

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

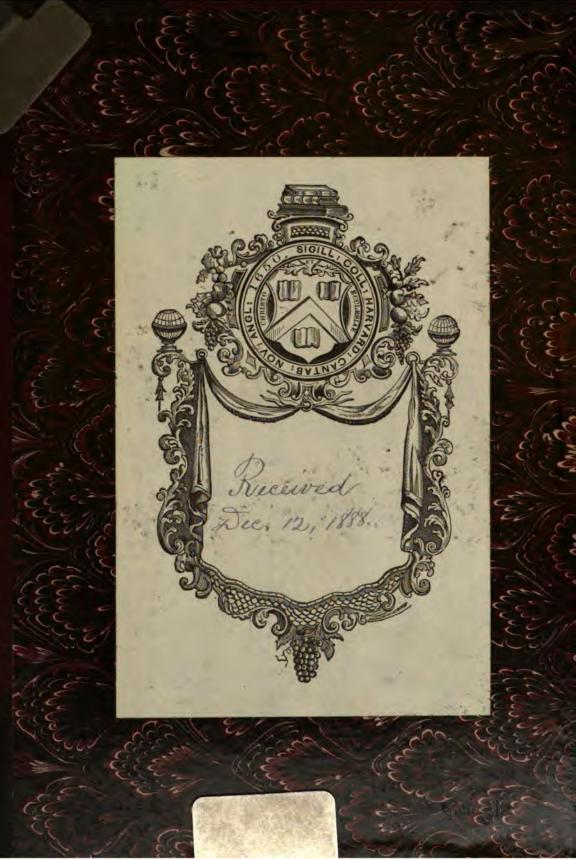
We also ask that you:

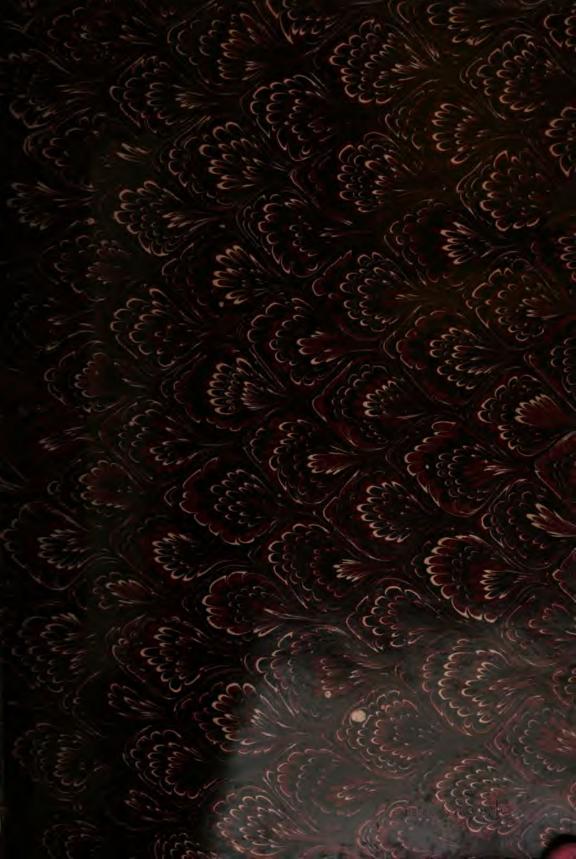
- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/







Die

Strafprozesordnung

für bas

Deutsche Reich.

Bermany Laux, statutes, etc. Codes, Criminal procedure

Strafprozekordnung

für das Deutsche Reich

nebft

dem Gerichtsverfassungsgesetz und den das Strafverfahren betreffenden Bestimmungen der übrigen Reichsgesetze.

Mit Kommentar

DOIL

Dr. E. Löme, Beh. Derjuftigrath und vortr. Rath im Rönigl. Breufe. Juftigminifterium.

fünfte, verbefferte und vermehrte Auflage.

Berlin und Leipzig. Berlag von J. Guttentag (D. Collin). 1888.

Nic. Dec. 12, 1818

Normort gur erften Auflage.

Der vorliegende Rommentar ift hauptfächlich bestimmt, ein Hulfsmittel für ben Braktiter zu fein, ber bas neue beutsche Strafprozegrecht anzuwenden berufen ift. Das Bedürfniß nach berartigen Hülfsmitteln wird kaum in Abrede gestellt werden, und gerade bei ber Strafprozefordnung burfte fich baffelbe, wenigstens in ber ersten Beit nach ihrem Inkrafttreten, in besonderer Beise geltend machen. 3war bringt bie Strafprozegorbnung für ben größeren Theil Deutschlands nicht entfernt so fundamentale Neuerungen, wie dies die Civilprozehordnung thut; allein sie wird in anderer Hinfict für die praktische Anwendung nicht unerhebliche Schwierigkeiten bieten. Zunächt schon beshalb, weil ein Theil bes Strafprozefrechts in das Gerichtsverfassungsgeset aufgenommen worden ist und bemzufolge eine große Rahl von Borschriften ber Strafprozesorbnung eine Bergleichung mit ben Bestimmungen jenes Gesets erfordert. Es kommt bingu, daß die Justigkommission bes Reichstages ben Entwurf ber Strafprozegorbnung in wesentlichen Studen umgestaltet, auch ihre eigenen Beschluffe wiederholt geandert hat und daß bemnach die Strafprozegordnung nichts weniger ist als ein in seinen Theilen harmonisches Ganze. Hiermit steht es im Zusammenhang, daß die Gestaltung des Berfahrens, im Ganzen wie auch im Einzelnen betrachtet, eine fehr tomplizirte geworben ift. Ueber bie Prinzipien, nach benen bas Strafverfahren zu regeln ift, geben bie Meinungen gegenwärtig noch fo weit auseinander, daß in dieser Hinsicht füglich niemand etwas allsettig Befriedigenbes von der beutschen Strafprozefordnung erwartet haben kann. Wohl aber muß an jebes Strafprozefigeset bie Anforberung gestellt werben, bag es bas Berfahren in einfacher und durchsichtiger Beise gestalte, und in dieser Beziehung wird die Strafprozehordnung, wie fie aus ben Beschlüffen ber genannten Kommission hervorgegangen ift, von dem Vorwurf nicht freizusprechen sein, daß sie hinter den bisherigen Landes: gesetzen jurudftebe. In teinem biefer Gesetze findet fich ein auch nur annabernd so komplizirtes und vielgestaltiges Verfahren wie basjenige ist, welches burch die Strafprozefordnung eingeführt wird, und es wird nicht geleugnet werden können, daß dieselbe erhebliche Zweifel auch in solchen Bunkten hervorruft, die in den bis= herigen Gesetzen in klarer und zweifelsfreier Weise geordnet waren.*)

Bei ber Auslegung ber gesetlichen Vorschriften habe ich mich bemuht, auch

^{*)} Man verfolge 3. B. nur die eine Frage, in welchen Fällen die Anwesenheit des Angeklagten iu der Hauptverhandlung entbehrlich bezw. seine Bertretung zulässig sei: StBD. §§ 229—235, 370, 371, 390, 427, 451, 457; insbes. vgl. § 370 Note 2, 3. Bgl. ferner §§ 319, 322, 474 und § 318 Note 3. b.

insoweit, als beren Angemessenheit zu bestreiten ist, mich lediglich auf den Standspunkt des Gesetzes selbst zu stellen und den Bünschen, die de lege ferenda berechtigt erscheinen, nirgends einen Sinsluß auf die Auslegung zu räumen. Demzusolge ist auch die Kritik, wo ich mich zu einer solchen veranlaßt gesehen habe, von der Auslegung selbst gesondert gehalten.

Die gesetzeichen Materialien sind sorgfältig benutt und, wo es erforderlich ober zwedmäßig erschien, wörtlich mitgetheilt worden.

In Betreff bes Inhalts bes Buches und ber Eintheilung besselben ist zu bemerken, daß dasselbe in drei Abtheilungen die reichsrechtlichen Bestimmungen über das Strasversahren umfaßt.*) Die erste Abtheilung enthält das Gerichtsversassungsgeset nebst dem Sinführungsgeset; diese Gesetze sind vollständig abgedruckt, jedoch, dem Plane des Buches entsprechend, nur als Theile der Strasprozesordnung behandelt und also nur insoweit erläutert, als ihre Bestimmungen eine Bedeutung sur das Strasversahren haben. Die zweite Abtheilung enthält die Strasprozesordnung nebst dem Sinsührungsgeset. Die dritte umfaßt die in den übrigen Reichsgesetzen sich vorsindenden Bestimmungen strasprozesprechtlichen Inhalts, soweit dieselben nicht schon in der ersten oder zweiten Abtheilung eingeschaltet worden sind.

Möge ber Kommentar bei ben beutschen Juriften eine wohlwollenbe Aufnahme finden.

Frankfurt a. b. D., im Dezember 1878.

£.

Norwort zur fünften Auflage.

In der vorliegenden fünften Auflage ist der Kommentar in weiterem Maße, als dies in der vorangegangenen Auflage geschehen, einer Umarbeitung unterzogen worden, und insbesondere hat die reichhaltige Judikatur und Literatur dem Versfasser Veranlassung gegeben, in eine abermalige Prüfung der zahlreichen Streitsfragen einzutreten. Der Verfasser hofft, daß auch diese Auslage, gleich den früheren, eine wohlwollende Aufnahme finden werde.

Berlin, im Dezember 1887.

£.

^{*)} Bgl. übrigens bie Anm. auf S. 839.

Inhalt.

Berichtigungen und Zusäte	XI
Erflarung ber wichtigften Abfürzungen	XI
Finleitung	XIII
Erste Abtheilung.	
Gerichtsverfassungsgesetz.	•
I. Ginführungsgefet jum Gerichtsverfaffungsgefet	. 3
II. Gerichtsverfaffungsgefet :	
Erfter Titel. Richteramt. SS 1-11	. 19
Zweiter Titel. Gerichtsbarteit. SS 12-21	. 21
Dritter Titel. Amtsgerichte. SS 22-24	. 37
Bierter Titel. Schöffengerichte. SS 25-57	. 39
Fünfter Titel. Landgerichte. SS 58—78	. 67
Gechster Litel. Schwurgerichte. SS 79-99	. 82
Siebenter Titel. Rammern für Hanbelksachen. SS 100—118	. 95
Achter Titel. Oberlandesgerichte. SS 119-124	. 99
Reunter Titel. Reichsgericht. SS 125-141	. 102
Zehnter Litel. Staatsanwaltschaft. SS 142—153	. 111
Effter Litel. Gerichtsichreiber. § 154	. 122
3molfter Titel. Buftellungs: und Bollftredungsbeamte. SS 155. 156	
Dreizehnter Titel. Rechtshülfe. SS 157—169	. 123
Bierzehnter Titel. Deffentlichkeit und Sitzungspolizei. SS 170—185	. 139
Fünfzehnter Titel. Gerichtssprache. SS 186—193	. 149
Sechszehnter Titel. Berathung und Abstimmung. SS 194—200	. 155
Siebzehnter Titel. Gerichtsferien. SS 201-204	. 164
Zweite Abtheilung.	
Strafprozekordnung.	
I. Ginführungsgeset jur Strafprozegorbnung	. 169
II. Strafprozegorbnung.	
Erftes Buch.	
Allgemeine Beftimmungen.	180
Griter Abschnitt. Sachliche Buftanbigfeit ber Gerichte. §§ 1-6	
Bweiter Abschnitt. Gerichtsstand. SS 7-21	
Dritter Abidnitt. Ausschließung und Ablehnung ber Gerichtspersonen, SS 22-35	
Bierter Abiconitt. Gerichtliche Entscheinungen und beren Befanntmachung. SS 33-42	
Bunfter Abschnitt. Friften und Wiebereinsehung in ben vorigen Stand. SS 42-47	
Sechster Abschnitt. Zeugen. SS 48-71	. 251
Siebenter Abschnitt. Sachverständige und Augenschein. SS 72-93	-
Achter Abschritt. Beschlagnahme und Durchsuchung. SS 94-111	. 319
Reunter Abschnitt. Berhaftung und vorläufige Festnahme. SS 112—132 .	346
Behnter, Abschnitt. Bernehmung bes Beschulbigten. SS 133-136	373
Elfter Abschnitt. Bertheibigung. SS 137—150	378
Digitized by	
Digitized by GOO	310

Zweites Bug.	Seite
Berfahren in erster Instanz.	397
Erfter Abiconitt. Deffentliche Rlage, SS 151-155	398
3meiter Abschnitt. Borbereitung ber öffentlichen Rlage. SS 156-175	419
Dritter Abidnitt. Gerichtliche Boruntersuchung. SS 176-195	445
Bierter Abschnitt. Entscheibung über bie Eröffnung bes hauptverfahrens. SS 196-211	465
Fünfter Abschnitt. Borbereitung ber hauptverhandlung. SS 212-224	491
Sechster Abschritt. Hauptverhandlung. SS 225—275	506
Siebenter Abschnitt. Hauptverhanblung por ben Schwurgerichten. SS 276—317 Achter Abschnitt. Berfahren gegen Abwesenbe. SS 318—337	581 631
Drittes Buch.	
Rechtsmittel.	644
Erfter Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen. SS 338-345	644
Zweiter Abschnitt. Befcomerbe. SS 346-353	653
Dritter Abschnitt. Berufung. SS 354-373	662
Bierter Abschnitt. Revision. SS 374—398	687
Biertes Buch.	
Wiederaufnahme eines durch rechtsträftiges Urtheil geschloffenen	
Berfahrens. SS 399-413.	723
Fünftes Buch.	
Betheiligung des Berletten bei dem Berfahren.	741
Erfler Abschnitt. Privatklage. SS 414—434	741
Zweiter Abschnitt. Rebentlage. SS 435-446	766
Sechstes Buch.	
Besondere Arten des Berfahrens.	777
Erfter Abichnitt. Berfahren bei amterichterlichen Strafbefehlen. SS 447-452 .	777
Zweiter Abichnitt. Berfahren nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung.	cor
\$\$ 453—458	785
Dritter Abschnitt. Berfahren bei Zuwiberhanblungen gegen bie Borschriften über bie Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle. SS 459-469	790
Bierter Abichnitt. Berfahren gegen Abmefenbe, welche fich ber Behrpflicht ents	•••
zogen haben. SS 470-476	799
Fünfter Abidnitt. Berfahren bei Ginziehungen und Bermögensbeichlagnahmen.	
SS 477—480	803
Siebentes Buch.	
Strafvollstredung und Kosten des Berfahrens.	808
Erfter Abschnitt. Strafvollstredung. §§ 481—495	808
Omeiter Abichnitt Coffen bes Rerfahrens & 496—506	825

Dritte Abtheilung.	
Die das Strafverfahren betreffenden Bestimmungen der	
übrigen Reichsgesethe.	Seite
I. Gefet, betreffend bas Urheberrecht an Schriftwerken, Abbilbungen, mufitalifchen	
Rompositionen und bramatischen Berten. Bom 11. Juni 1870. (Auszug) .	841
II. Gefet, betreffenb bas Urheberrecht an Berten ber bilbenben Runfte. Bom 9. 3a:	
nuar 1876. (Auszug)	843
III. Gefet, betreffend ben Sout ber Photographien gegen unbefugte Rachbilbung.	
Bom 10. Januar 1876. (Auszug)	843
IV. Gefet, betreffend bas Urheberrecht an Mustern und Mobellen. Bom 11. Januar	
1876. (Վաելաց)	843
V. Geset über die Presse. Bom 7. Mai 1874. (Auszug)	844
VI. Geset über das Postwesen des Deutschen Reichs. Bom 28. Ottober 1871. (Auszug)	849
VII. Seemannsordnung. Bom 27. Dezember 1872. (Auszug)	851
VIII. Sefet, betreffend bie Berpflichtung beutscher Kauffahrteischiffe zur Mitnahme hulfs:	05.9
beburftiger Seeleute. Bom 27. Dezember 1872. (Auszug)	853
IX. (Preußisches) Geset über ben Belagerungszustand. Bom 4. Juni 1851	853
X. Geset über bie Konsulargerichtsbarkeit. Bom 10. Juli 1879. (Auszug)	856
XI. Gerichtstoftengesets. Bom 18. Juni 1878. (Anszug)	860
Sachregister	865
Perichtigungen.	
, , , ,	
5. 410 Rote 31 b. a. E. lied: darüber s. § 415 u. Rote 2, 3 das., § 429 Rote 4.	
5. 704 Rote 3 Zeile 7 lies: vgl. Buch 1 2c.	
California San million of the Business and Others	
Erklärung der michtigften Abkürzungen und Citate.	
A. M. (ober a. M.) = Anberer Meinung.	
Ber. — Bericht ber Justigsommission bes Reichstags.	
BBBl. = Bunbesgesethlatt (bes Norbb. Bunbes).	
CPO. = Civilprozehorbnung.	
G. = Ginführungsgefet.	
Entich. I. II. 2c. = Enticheibungen bes Reichsgerichts in Straffachen, Band I. II. 2c.	
I. A. — Gleicher Ansicht.	
96. — Gesetsammlung.	
Saal = Der Gerichtsfaal, Zeitschrift für Strafr. 2c., jest herausgeg. von v. Holkenborf	•
BBG. = Gerichtsverfaffungsgefes.	
Soltb. Arch. = Archiv für Strafrecht, begr. von Goltbammer, jest herausgeg. von Meves.	
INBI. = Justiz-Ministerial=Blatt.	
Johow I. II. 2c. = Jahrbuch für Entscheibungen bes preuß. Kammergerichts, herausgeg.	Don
Johow und Küngel, Bb. L. II. 2c.	
KGer. = Urtheil ober Beschluß bes preuß. Kammergerichts.	
MBl. b. i. B. = Ministerial-Blatt für die innere Verwaltung.	
Mot. = Motive zu bem betr. Geseth. Die Seitenzahlen beziehen sich auf bie im Berlage	
Fr. Rorttampf (Berlin 1874) erschienene Ausgabe ber Entwurfe ber Reichsjuftigges.	neolt
Mot. und Anl.	
D&Ger. = Urtheil ober Beschluß bes Oberlandesgerichts.	
DBGer. = Urifeil ober Beschluß bes preuß. Oberverwaltungsgerichts.	
Prot. = Protofolle ber Juftizsommission bes Reichstags.	
MEent.Bl. = Centralblatt für das D. Reich.	
RLR. = bie Justigkommission bes Reichstags.	ναΙ _α
Digitized by GOC	IXIC

RGer. I. — II. — III. — IV. — Urtheil ober Befchluß bezw. bes I. — II. — IV. Straffenats bes Reichsgerichts.

RGer. II. III. = besgl. bes vereinigten zweiten und britten Straffenals bes Reichsgerichts.

RBer. R. = besal. bes Rerienfenats bes Reichsgerichts.

RGer. B. = besgl. ber vereinigten Straffenate bes Reichsgerichts.

Rer. Bl. = besgl. bes Plenums bes Reichsgerichts.

Rhein. Ard. = Ardiv fur Civil- und Criminalrecht ber preuß. Rheinproving.

Ripr. I. IL 2c. = Rechtfprechung bes D. Reichsgerichts in Straffachen, Bb. I. II. 2c.

Stenogr. Ber. - ber flenographifche Bericht über bie Berhandl, bes Reichstags.

StoB. = Strafgefegbuch.

StBO. = Strafprozegorbnung.

StR3. = Zeitschrift für bie gesamte Strafrechtswissenschaft, begr. von Dochow und v. Liszt, jest herausgeg, von v. Liszt und v. Lilienthal.

Bbn. = Berordnung.

Die Namen Dalde, Dorenborf, John, Keller, Puchelt, v. Schwarze, Stenglein, Thilo, Boitus ohne weiteren Zusas ober mit bem Zusat "Romm." bezeichnen bie Rommentare zur Strafprozehordnung. Bon Keller und von Dalde ist die 2. Aust. citirt. — In den Koten zum GBG. bezeichnen die Namen Keller und Thilo die Kommentare dieser seiten Schriftseller zum Gerichtsverfassungsgeset.

Binbing ohne weiteren Bufat ober mit bem Bufat "Grunbr." = Binbing, Grunbrif bes ger meinen beutichen Strafprozeprechts, 2. Aufi.

Binbing fbb. = Binbing, Sanbbuch bes Strafrechts (erft Bb. I).

v. Bombarb = v. Bombarb und Roller, Rommentar jur Strafprozeforbnung.

Dochow ohne weiteren Bufat ober mit bem Bufat "RStB." = Dochow, Der Reichs: Strafprozes, 3. Aufl.

Dochow Zeugnifzw. = Dochow, Der Zeugnifzwang.

Freubenflein = Freubenflein, Syftem bes Rechtes ber Ehrenfrantungen nach Theorie und Braris.

Beger ober Geger 2b. - Geger, Lehrbuch bes gemeinen beutichen Strafprozegrechts.

Glaser - Glaser, Handbuch bes Strafprozesses, in Binbing, Systematisches Handbuch ber beutschen Rechtswissenschaft (erst Banb I u. II).

Sh. I. II. = v. Solbenborff, Sanbbuch bes beutschen Strafprozegrechts, Banb I. II.

haud = haud, Gerichtsverfassungsgeset fur bas Deutsche Reich, erlautert 2c.

Johow I. II. = Jahrbuch für bie Enticheibungen bes Rammergerichts, herausgegeben von Johow und Rungel, Band I. II. 2c.

Ranfer = Ranfer, Die Strafgerichtsverfassung und bas Strafverfahren bes Deutschen Reichs.

v. Kries = v. Kries, Die Rechtsmittel bes Civilprozesses und bes Strafprozesses nach ben Beflimmungen ber Deutschen Reichsgesete.

Mengel = Mengel, Die Privatklage nach bem Reichsftrafprozegrecht.

Meves = Meves, Das Strafverfahren nach ber beutschen Strafprozeforbnung.

f. Meyer = Sugo Meyer, Lehrbuch bes Strafrechts, 3. Muff.

Olshaufen = Olshaufen, Kommentar jum Strafgefesbuch, 2. Aufl.

Oppenhoff = Oppenhoff, Rommentar jum Strafgefenbuch, 10. Auft.

Pland = Bland, Syftematifche Darftellung bes beutichen Strafverfahrens.

Rupp = Rupp, Der Beweis im Strafverfahren.

v. Schwarze Erort. = v. Schwarze, Erörterungen praftifc wichtiger Materien aus bem beutichen Strafprozegrecht.

Strudmann u. Roch = Strudmann und Roch, Rommentar zur Civilprozesorbnung, 5. Aufl.

Turnau = Turnau, Die Juftigverfaffung in Breugen nach Reichs. und Lanbesrecht.

Boitus Kontr. I. II. = Boitus, Kontroversen, betr. bie Strafprozegorbnung und bas Gerichts. verfassungsgeses, Banb I. II.

Bacaria I. II. = Bacaria, hanbbuch bes beutschen Strafprozeffes, Banb I. II.

Einleitung.

§ 1.

Die Quellen des nenen bentichen Strafprozefrechts und ihr Berhaltnift gu einander.

I. Mit ber Erlassung ber vier Gesete, welche mit bem Namen ber "großen Reichs-Justigesete" bezeichnet zu werben pflegen, nämlich bes Gerichtsversassungsgesetes, ber Strafprozesordnung, ber Civilprozesordnung und ber Konkursordnung, hat die der Reichsgesetung gestellte Ausgabe: ein einheitliches Prozesprecht für das Reichsgebiet herzustellen, in der Hauptsache ihre Lösung gesunden. Die genannten Gesete sind ein organisches Ganze; namentlich aber hängen die drei erstgenannten "so eng mit einsander zusammen und bedingen sich gegenseitig in so eingreisender Weise, daß keines ohne das andere bestehen kann. Das Geset über die Einrichtung der Gerichte ist insbesondere die gemeinsame Grundlage und die wesentliche Boraussetung der beiden Gesete über das Versahren." ²)

Aus biesem Zusammenhange bes Gerichtsversassungsgesets mit ben beiben Prozesordnungen erklärt es sich, daß in das erstere auch solche Materien ausgenommen worden sind, welche die Sesetzebung disher in den Prozesordnungen zu behandeln pflegte, und zwar enthält das Gerichtsversassungsgeset nicht blos Bestimmungen organisatorischer Natur, wie diesenigen über die Zusammensetzung der Gerichte und die sachliche Zuständigkeit derselben, sondern es werden in ihm (Titel 13—16) auch Gegenstände von rein prozesvechtlichem Charakter behandelt, so namentlich die Rechtshülse die Dessentlicheit des Bersahrens, die Sitzungspolizei, die Gerichtssprache, die Berathung und Abstimmung der Gerichte. Die Aufnahme der diese Gegenstände betreffenden Bestimmungen in das Gerichtsversassungsgesetz beruht wesentlich auf Gründen der außeren Gesetzesdonomie: ein erheblicher Theil der Bestimmungen gilt gleichmäßig für den Civilprozes wie für den Strasprozes und hätte somit im Falle der Berweisung in die Prozesordnungen zweimal gegeben werden müssen. — Sonach ist neben der Strasprozesordnung auch das Gerichtsversassungsgesetz eine Hauptquelle des neuen beutschen Strasprozesprechts.

¹⁾ Zu jedem biefer Gesetze ift ein besonderes Einführungsgesetz erlassen. Außerdem bedurfte es vor dem Inkrafttreten bes neuen Bersahrens noch mehrerer Nebengesetz; an solchen sind ergangen: das Gesetz über den Sitz des Reichsgerichts v. 11. April 1877 (MGBI. S. 415), die Rechtsamwaltsordnung vom 1. Juli 1878 (MGBI. S. 177) und die das Rostens und Gebührenwesen betreffenden Gesetz; die letzteren sind in Note 2 zu § 1 des GG. z. GBG. (S. 3) ausgesührt.

²⁾ Mot. 3. GBG.

Auch zwischen ber Civilprozegordnung und ber Strafprozegordnung besteht insofern ein innerer Zusammenhang, als die lettere mehrsach (vgl. 3. B. §§ 37, 419 Abs. 3, 495, 503 Abs. 5) auf die erstere verweist.

II. Die prozefrechtlichen Borschriften ber vor ber Strafprozegorbnung ergangenen Reichsgesete find auch nach ber Ginführung ber Strafprozegorbnung in Rraft gesblieben; hierüber vgl. § 5 bes Ginführungsgesetes zu ber letteren.

III. Die Reichsgesetzgebung regelt nur bas Berfahren in benjenigen Strafsachen, welche vor bie orbentlichen Gerichte gehören. Auch innerhalb bieses ihres sachlichen Geltungsbereiches sind einzelne Gegenstände ber landesrechtlichen Regelung überlassen. Die Mehrzahl berselben ist untergeordneter Art; nur die Bestimmungen ber SS 6 und 11 bes Einführungsgesetzs zum Gerichtsversassungsgesetz sind als erhebliche Einschnitte in die Einheit des deutschen Strafprozestrechts zu bezeichnen. Das Nähere über die Zusständigkeit der Landesgesetzgebung s. im Ginführungsgesetz zur Strafprozestordnung SS 3, 4, 6 und in den Noten das; insbes. vgl. Note 3 zu S 3 und Note 3, 4 zu S 6.

\$ 2. Bur Entstehungsgeschichte ber Strafprozefiordunug und bes Gerichts: berfaffungsgesetes.1)

Schon bie Berfassung bes Norbbeutschen Bunbes hatte im Art. 4 Rr. 13, welche Beftimmung bemnachft in die Berfaffung bes Deutschen Reiches übergegangen ift, bie einheitliche Regelung bes Strafverfahrens für bas Bunbengebiet in Ausficht genommen, und bementsprechend fallen die erften Schritte, welche gur Berftellung eines beutschen Strafprozegrechts unternommen murben, noch in bie Beit, welche ber Begrunbung bes Deutschen Reiches unmittelbar vorausging. Der Reichstag bes Rorbbeutschen Bunbes befchloß am 18. April 1868 auf ben Antrag ber Abgeordneten Bagner (Altenburg) und Bland: ben Bunbestangler aufzuforbern, Entwurfe eines gemeinsamen Strafrechts und eines gemeinsamen Strafprozesses sowie ber baburch bedingten Borfchriften ber Berichtsorganisation balbthunlichft vorbereiten und bem Reichstage vorlegen zu laffen.2) Diefem Beschlusse trat ber Bunbesrath bes Norbbeutschen Bunbes am 5. Juni 1868 Bon ben gebachten Entmurfen murbe befanntlich junachft nur ber bes Strafgefetbuchs in Angriff genommen; allein icon por bem Ericheinen biefes Entwurfes, nämlich unterm 12. Juli 1869, ersuchte ber Bunbestangler ben preugischen Suftigminifter Dr. Leonharbt, bie Aufftellung bes Entwurfes einer Strafprozegorbnung gu Demaufolge murbe ber Berfaffer bes Entwurfes bes Strafgefegbuchs, bamalige Bebeime Dber-Juftigrath im preußischen Juftigminifterium, jebige preußische Juftigminifter Dr. Friedberg beauftragt, auch ben Entwurf einer Strafprozegordnung aufzuftellen.

Dieser Entwurf war im November 1870 vollendet und wurde als Manuftript

¹⁾ Ein spezielleres Eingehen auf die Entftehungsgeschichte ber Gesete ift mit Rudficht auf bie bem Kommentar gestellte Aufgabe unterblieben. Diese Geschichte ift in ebenso erschöpfenber wie lichtvoller Beise bargestellt von Dochow in v. holhenborff's handbuch bes beutschen Strafs prozestrechts S. 105, auf welches hiermit verwiesen wirb.

^{*)} Stenogr. Ber. S. 124 ff.

gebruckt, auch einer kleinen Anzahl preußischer Juristen zur Begutachtung mitgetheilt. Die Ausarbeitung ber Motive geschah in der Zeit vom Rovember 1870 bis zum Mai 1871, ebenso diejenige der Anlagen, soweit lettere nicht schon während der Aufstellung des Entwurses ausgearbeitet worden waren. 1) — Im Laufe des Sommers 1871 wurde der Entwurf wiederholten Berathungen im preußischen Justizministerium unterzogen, dei denen außer dem Justizminister Dr. Leonhardt ein Theil der Räthe des Ministeriums mitwirkte. In der Gestalt, in welcher der Entwurf aus diesen Bezathungen hervorging, wurde derselbe nebst den entsprechend geänderten Motiven und den Anlagen, übrigens erst Ansangs 1873, durch den Druck veröffentlicht (Berlin, R. v. Decker).

Im Bergleich mit bem bem Reichstage vorgelegten Entwurfe ist als charakteristissiches Merkmal bes vorgedachten Entwurfes ("I. Entw.") besonders hervorzuheben, daß derselbe die Schwurgerichte durch Große Schöffengerichte ersetzen, übrigens das Laienelement (die Schöffen) auch zu den erkennenden Erstinstanzgerichten mittlerer und unterster Ordnung zuziehen wollte.

Nachbem ber Entwurf dem Reichstanzler übermittelt worden, beschloß ber Bundesrath am 13. Marg 1873, gur Berathung beffelben eine Rommiffion von elf Juriften ju berufen. Bu Mitgliebern biefer Rommission wurden gewählt; ber Berfasser bes Ente wurfes Dr. Friedberg, ber preugische Gebeime Ober-Buftigrath im Buftig-Ministerium (fpater Ministerial-Direttor im Rultus-Ministerium) Dr. Forfter (+), ber preugische Bebeime Dber-Buftigrath und Appellationsgerichts : Bige: Prafibent in Infterburg (fpater Dberlandesgerichts: Prafibent in Caffel) Mager (+), ber preugifche Rechtsanwalt (jest Reichsgerichtsrath) Biener in Berlin, der Staatsrath Professor Dr. Zachariä in Bottingen (+), ber königlich fachfische General-Staatsanwalt Dr. v. Schwarze in Dresben (+), ber bayerifche Appellationsrath und Referent im Juftig-Ministerium (jest Rath am bayer, oberften Gerichtshofe) Dr. Staubinger in München, ber württembergifche Obertribunalgrath (jest wirkl. Staatsrath) v. Binder in Stuttgart, ber babifche Ministerialrath (jest Senats-Brafibent bes Reichsgerichts) Dr. Bingner in Rarlbrube, ber hejfische Oberappellationsrath (jest Oberappellationsgerichts: Prafibent a. D.) Dr. Zentgraf in Darmstabt und ber Oberstaatsanwalt (jest Reichsgerichtsrath) Dr. Mittelftabt in Samburg.

Die Rommission trat am 17. April 1873 zusammen und hielt unter bem Borsts Dr. Friedberg's in der Zeit bis zum 3. Juli 1873 39 Sitzungen, in denen der Entwurf einer dreimaligen Lesung unterzogen wurde. Das Ergebniß der Berathungen war: daß der Entwurf zwar im Einzelnen eine Reihe von Aenderungen ersuhr, seine Brinzipien jedoch im Wesentlichen sestgehalten wurden; insbesondere nahm die Rommission mit einer Majorität von acht gegen drei Stimmen die Ersehung der Schwurgerichte durch Große Schöffengerichte an. Die einzige Aenderung von prinzipieller Wichtigsteit war die: daß der neue Entwurf ("II. Entw.") die Nothwendigseit der Borsuntersuchung auf die in erster Instanz vor das Reichsgericht gehörigen Straffälle eins

¹⁾ Die Anlagen ber Motive bestehen aus folgenden sechs Erturfen: 1. die Berufungsinkanz; 2. die Bieberaufnahme der Untersuchung; 3. die Untersuchungshaft; 4. die Privatklage; 5. die Rechtssindung im Geschworenengericht; 6. das englische Geset vom 14. August 1848.

ichrantte, mabrend ber erfte Entwurf biefelbe auch auf bie vor bie Großen Schöffens gerichte gehörigen Sachen erstreckt hatte (I. Entw. § 144, II. Entw. § 148).

Auch mit ben Borarbeiten zur Aufstellung bes Entwurses eines Gerichtsversfassungsgesetes war im preußischen Justizministerium in Folge eines Ersuchens bes Bundestanzlers schon im Jahre 1870 ber Ansang gemacht worden, und es war bereits ein erster Entwurf vorhanden, als die vom Bundesrath berusene Kommission im April 1873 zusammentrat. Eine Beröffentlichung dieses Entwurses war indes nicht erfolgt, und auch der Kommission lagen nur Auszüge aus demselben vor, welche die für das Strasversahren wesentlichen Bestimmungen umfaßten. Der Entwurs, wie er dem Bundesrath vorgelegt wurde, beruhte hauptsächlich auf den Beschlässen ben Konserenzen, die in Berlin von den Justizministern der größeren deutschen Bundesstaaten behufs der Bereinbarung über das Gerichtsverfassungsgeset abgehalten worden waren.

Im Frühjahr 1874 gelangten die Entwürfe ber Strafprozesordnung und des Gerichtsversassungsgesetes an den Bundesrath. Das wesentlichste Ergebniß der Beschlußenahme des Letteren war: daß das Institut der Schwurgerichte wieder aufgenommen, aus den Strafgerichten mittlerer Ordnung das Laienelement wieder entsernt und die Zuziehung der Schöffen nur bei den Strafgerichten unterster Ordnung beibehalten wurde. Diese prinzipielle Aenderung des Entwurses zog selbstwerständlich die Aenderung einer größeren Zahl von Einzelbestimmungen nach sich; die somit ersorderliche Durcharbeitung des Entwurses und die Einfügung der das Schwurgericht betreffenden Vorschriften wurde zunächst einer Subkommission aufgetragen, deren Ausarbeitung sodann den Beschlüssen des Justizausschusses und denen des Plenums des Bundesraths zur Grundlage diente.

Die vom Bundesrath endgültig festgestellten Entwürse der Strafprozesordnung ("III. Entw.") und des Gerichtsversassungsgesetzes wurden zusammen mit dem Entewurse der Civilprozesordnung dem Reichstage in der Herbstssersassung dem Left und zwar am 29. Oktober vorgelegt.¹) Die erste Lesung des Gerichtsversassungsgesetzes fand am 24. und 25. November, diejenige der Strasprozesordnung am 26. November statt.²) Der Reichstag überwies die drei Entwürse einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Borderathung, und mit Rücksicht auf den Umsang der Borlagen erhielt die Kommission durch ein Reichstgesetz vom 23. Dezember 1874 (R.G.Bl. S. 194) die Ermächtigung, auch nach dem Schlusse der lausenden Session des Reichstages und die zum Beginn der folgenden ordentlichen Session ihre Berathungen sortzusetzen. Durch ein weiteres Reichstgesetz vom 1. Februar 1876 (R.G.Bl. S. 15) wurde diese Ermächtigung auf die Zeit die zur zweitnächsten Session ausgebehnt.

Bu Mitgliebern ber Kommission wurden gewählt die Abgeordneten: Miquél (Obersbürgermeister), Dr. v. Schwarze (General-Staatsanwalt), Spsolbt (Abvolat), Mayer (Appellationsgerichtsrath), Strudmann (Obertribunalbrath), Thilo (Kreisgerichts-Direktor),

¹⁾ Orudsachen bes Reichstages 1874 II. Session, Anlagen 5, 5. A, 5. B (Band III S. 101—333) und Anlage 4 (Bb. III S. 1—100). — Sämmtliche Borlagen sind mit den Motiven und Anlagen auch im Buchhandel, und zwar bei Fr. Kortkampf in Berlin, erschienen. — Die Entswürse ber Strafprozesorbnung und bes Gerichtsversassungsgesetzes sind (ohne Motive) auch absgedruckt in Goltbammer's Archiv Bb. XX S. 326 ff. und bezw. Bb. XXII S. 305 ff.

¹⁾ Stenogr. Ber. G. 275 ff.

Dr. Bahr (Ober-Tribunalsrath), Dr. Beder (Ober-Appellationsgerichtsrath), Bernards (Landgerichtsrath), v. Forcade be Biair (Ober-Tribunalsrath), Dr. Gneist (Brosessor), Dr. Grimm (Advolat), Gaupp (Kreisgerichtsrath), Haud (Amtmann), Herz (Bezirtsgerichtsrath), v. Jagow (Ober-Brässbert), Klot (Kreisgerichtsrath), Kräter (Appellationsgerichtsrath), Dr. Lieber, Dr. Laster (Rechtsanwalt), Dr. Marquarbsen (Brosessor), Pfafferott (Oberamtsrichter), v. Buttkamer (Appellationsgerichtsrath), Reichensperger (Ober-Tribunalsrath), v. Schöning (Landrath), Dr. Böll (Advolat), Dr. Wolfsson (Abvolat) und Dr. Zinn (Irrenheilanstalts-Direktor). An die Stelle des ausscheidenden Dr. Grimm trat gegen den Schluß der Kommissionsberathungen der Abg. Dr. Blum.

Die Kommission konstituirte sich am 26. Januar 1875 und wählte ben Abg. Miquél zum Borsitzenben, ben Abg. Dr. v. Schwarze zu bessen Stellvertreter und die Absgeordneten Spsoldt, Mayer, Struckmann und Thilo zu Schriftsührern. Als Protokolssührer wurden der Kommission beigeordnet: der preuß. Gerichtsassesson, der zeitweise durch den württ. Kreisrichter Ege vertreten wurde, der bayer. Stadtgerichtssassesson Dr. Seussert, an dessen Stelle später der bayer. Assessihrer trat, und der königl. sächsische Gerichtsassesson Dr. Schreber.

Rachbem bie Kommission in vier Sitzungen (am 26., 28., 30. und 31. Januar) zunächst über die Geschäftsordnung 2c. Beschluß gesaßt hatte, begann sie am 26. April 1875 die Berathung der Entwürse. Sie ist sodann bis zum 10. Juli, bemnächst vom 1. September bis zum 27. Ottober 1875 und, nachdem ihr Mandat durch das cit. Geset vom 1. Februar 1876 erneuert worden war, ferner vom 2. Mai 1876 bis zum 3. Juli 1876 versammelt gewesen. Sie hat in dieser Zeit 160 Sitzungen gehalten.

An den Berathungen ber Kommission nahmen als Vertreter des Bundesraths bezw. der einzelnen Regierungen Theil: der Direktor im Reichskanzleramte (Reichsjustigsamte), Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath v. Amsberg, die vortragenden Räthe bei derselben Behörde: Geheime Ober-Regierungsrath Hanauer und Geheime Regierungsrath Hanauer und Geheime Regierungsrath Hagens, die preußischen Ministerialräthe, Geheimen Justigräthe Oehlschläger und Schmidt, die bayerischen Ministerialräthe Loë und Dr. Hauser, der königt. sächsische Geheime Justigrath Held, der württembergische Obertribunals-Vizedirektor v. Beyerle und der württembergische Ministerialrath Heß.

Schon in ber Sitzung vom 26. April 1876 beschloß bie Kommission bie Einssetzung einer besonderen Rebaktionskommission. Bu Mitgliedern berselben wurden geswählt die Abgg. Dr. v. Schwarze (Borsitzender), Dr. Bahr und Becker, und sodann bei der zweiten Lesung der Entwürfe noch die Abgg. v. Forcade de Biair und Klot. Die Redaktionskommission hat mehr als 80 Sitzungen gehalten.

Jeber ber Entwurfe wurde von ber Rommission in zwei Lesungen burchberathen. In ber Beit zwischen ber ersten und zweiten Lesung trat ber Bundesrath über bie Ergebniffe ber ersten in Berathung. Seine Beschluffe wurden ber Rommission mitzgetheilt und bei ber zweiten Lesung in Betracht gezogen.

Die über bie Verhandlungen ber Kommission aufgenommenen Prototolle wurden gebrudt und ben sammtlichen Mitgliebern bes Reichstages wie auch ben Bundes=
regierungen fortlaufend mitgetheilt.

Rach Beendigung der zweiten Lesung beschloß die Kommission, über die Ergebnisse ihrer Thätigkeit dem Reichstage schriftliche Berichte erstatten zu lassen. Zu Referenten wählte sie für die Strafprozesordnungen den Abg. Dr. v. Schwarze und für das Gerichtse verfassungsgesetz den Abg. Miquel, zu Korreferenten den Abg. Klot bezw. den Abg. Haud. Die von den Referenten versasten Berichte wurden in fünf Sitzungen (161 bis 165) in der Zeit vom 17. dis 28. Oktober 1876 in der Kommission vorgetragen, von dieser endgültig sestgestellt und sodann mit der Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Lesung und der Nachträge zu diesen dem Reichstage vorgelegt. 1)

Der Reichstag trat am 30. Oktober 1876 zur IV. Session ber zweiten Legislaturperiobe zusammen. Mittelst Schreibens bes Reichskanzlers vom 3. November wurden ihm die Beschlüsse mitgetheilt, welche der Bundesrath inzwischen zu den Beschlüssen der Kommission gesaßt hatte.) Der Reichstag verwies das Schreiben an seine Justizstommission sin welche die 28 Mitglieder der seitherigen Kommission für die Berathung der Justizgesetze gewählt wurden. Die Justizstommission beschäftigte sich in der Zeit vom 8. die 14. November mit den Beschlüssen des Bundesraths, blieb jedoch in der Mehrzahl der streitigen Punkte bei ihren früheren Beschlüssen stehen. Ueber das Erzgebniß ihrer Berathung erstattete sie dem Reichstage unterm 14. November 1876 Bericht. 4)

Am 17. Rovember begann ber Reichstag die zweite Berathung ber Entwürfe; biejenige des Gerichtsversaffungsgesetzes erfolgte in der Zeit vom 17. bis 26. Rovember, die der Strafprozesordnung in der Zeit vom 27. Rovember bis 2. Dezember. Dierbei sanden die Differenzen, welche zwischen den Beschlüssen der Kommission und denen des Bundesraths bestanden, keine Erledigung, vielmehr trat der Reichstag in den meisten Punkten den Anträgen seiner Kommission bei. Die

Bu ben Beschlüssen ber zweiten Berathung nahm ber Bundesrath alsbald von Neuem Stellung, und ber Reichstanzler ließ unterm 12. Dezember 1876 bem Reichstage ein Schreiben zugehen, in welchem er diesenigen Puntte bezeichnete, hinsichtlich beren die Beschlüsse bes Reichstages von dem Bundesrath für unannehmbar erachtet wurden. Das Schreiben führte zu vertraulichen Berhandlungen zwischen einer Anzahl von Reichstagsmitgliedern und den Bertretern des Bundesraths, und das Ergebnis dieser Berhandlungen war die Einbringung der s. g. Rompromisanträge, welche bei einem Theile der streitigen Puntte die der Ansicht des Bundesraths entsprechende Nenderung der früheren Beschlüsse bezweckten, während dei einem anderen Theile die Regierungen ihren Widerspruch gegen diese Beschlüsse aufgaben. Die dritte Berathung der Entwürfe begann am 18. und endete am 21. Dezember 1876. Der Reichstag nahm die Rompromisanträge mit einzelnen unwesentlichen Modisstationen an: die Gesammtabstimmung über die Entwürfe ersolgte am 21. Dezember.

¹⁾ Drudfachen 1876 Rr. 8 unb 10.

¹⁾ Drudfachen Rr. 22.

³⁾ Stenogr. Ber. S. 62.

⁴⁾ Drudfachen Rr. 35 unb 37.

b) Stenogr. Ber. Bb. I S. 135-165, 175-204, 206-388, 392-569.

⁹⁾ Die Bufammenftellung ber Reichstagsbeichluffe zweiter Lefung f. in Rr. 81 und 82 ber Drudfacen.

⁷⁾ Stenogr. Ber. Bb. II S. 849-1004.

Der Bundesrath ertheilte den Beschlüssen der britten Berathung alsbald seine Zustimmung. Das vom Kaiser unterm 27. Januar 1877 vollzogene Gerichtsverfassungszgefet wurde nebst dem Sinführungsgesetz in dem Reichsgesetzblatt Nr. 4 des Jahres 1877 (ausgegeben zu Berlin am 7. Februar 1877), die unterm 1. Februar vollzogene Strafprozestordnung wurde nebst dem Sinführungsgesetz in dem Reichsgesetzblatt Nr. 8 (ausgegeben zu Berlin am 26. Februar 1877) publizirt.

Die Strafprozegordnung hat bis jest eine Anderung nicht erfahren. Dagegen ift § 137 bes Gerichtsverfaffungsgesehes durch bas Geseh vom 17. Marz 1886 (R.G. Bl. C. 61) geandert. 1)

3

Charafteriftit bes neuen bentiden Strafprozefrechts.

Das neue beutsche Strafprozestrecht beruht zwar im Großen und Ganzen auf benselben Prinzipien, auf benen die beutschen Strafprozesgesetzgebungen der letten Jahrzehnte beruhten; gleichwohl darf die deutsche Strafprozesordnung als ein neues und selbstftändiges Gesetzgebungswert bezeichnet werden, da sie nicht auf der Grundlage eines der vorhandenen Strafprozesgesetz aufgedaut ist, sondern es unternommen hat, unabhängig von diesen die dem Gesetzgeber gestellte Aufgabe zu lösen. Was die Frage betrifft, in welchen Punkten sich das neue deutsche Strafprozestrecht von dem früheren unterscheide, so steht einer bündigen Beantwortung derselben die große Mannigsaltigkeit der in den verschiedenen Bundesstaaten in Geltung gewesenen Strafprozesigesetzgebungen entgegen; "denn bei zahlreichen Punkten sie Gestung gewesenen Strafprozesigestetzeit des einen Staates als Reuerung erscheint, für das Gebiet eines anderen Staates keine solche." Es empsiehlt sich daher, eine Uebersicht über die Grundzüge des neuen Strafprozesprechts zu geben, ohne dabei die Vergleichung desselben mit dem früheren Recht zum Ausgangspunkte zu nehmen.

In bem Strafprozegrecht laffen sich brei ihrem Inhalt nach verschiebene Theile unterscheiben.

- I. Den ersten Theil bilbet bas Strafverfolgungsrecht, b. h. ber Inbegriff ber Normen, welche bas Recht und bie Pflicht zur Strasversolgung regeln. Diese Rormen gehören nach ber hergebrachten Systematit zwar bem Brozestrecht an, sind indes wesentlich materiellrechtlicher Natur und sinden baher in dem Civisprozestrecht keine Parallele. hier nun sind die Grundzüge des neuen Strasprozestrechts solgende:
- 1. Die Strafverfolgung findet regelmäßig von Staatswegen statt; sie zu betreiben hat der Staat ein besonderes Organ, nämlich die Staatsanwaltschaft), einzgesett. Die letztere ist, soweit das Gesett nicht Ausnahmen aufstellt, verpflichtet, wegen aller gerichtlich strafbaren und verfolgbaren Handlungen einzuschreiten (Legas litätsprinzip). Dei welchen Delitten die staatliche Strafversolgung an die Busstimmung (den Antrag oder die Ermächtigung) des Berletzten oder einer anderen Berson gebunden sei, ist in dem materiellen Strafrecht bestimmt.

¹⁾ In ber Civilprozesordnung hat I § 809 durch bas Geset vom 30. April 1886 (RGBI. S. 130) eine Ergänzung ersahren.

^{*)} Bgl. noch Sign. § 464.
*) Sgl. noch Sign. § 464.
*) SiPD. § 152. In Betreff ber Ausnahmen s. bas. Rote 5. Bgl. auch § 156 Note 1.
*)], Bgl. SiPD. Buch 2 Absch. 1 Rote 6, 7.

- 2. Die Entschließung barüber, ob die öffentliche Rlage zu erheben sei, ist in benjenigen Fällen, in benen ein Berletter vorhanden ist, nicht ausschließlich ber Staatsanwaltschaft überlassen; vielmehr tann, wenn biese die Erhebung ber Rlage abgelehnt, ber Berlette, welcher die Strasversolgung beantragt hat, auf gerichtsliche Entscheidung antragen, und bas Gericht (Dberlandesgericht bezw. Reichsgericht) hat alsbann, falls es ben Antrag für begründet erachtet, die Erhebung der öffentlichen Rlage zu beschließen. Die Staatsanwaltschaft hat diesem Beschlusse nachzukommen. 1)

 Die Einrichtung des französischen Rechts, nach welcher die oberen Gerichte von Amtswegen der Staatsanwaltschaft die Verfolgung einer Strafthat aufgeben konnen, hat in das deutsche Strafprozeserecht nicht Aufnahme gefunden.
- 3. Der Berlette tann sich unter gewissen Boraussetzungen ber erhobenen öffentslichen Rlage als Rebenkläger anschließen, um neben ber Staatsanwaltschaft bie Bestrafung bes Beschulbigten zu betreiben.) Er tann bies auch zu bem Zwede thun, um die Zuerkennung einer Buße, sofern ihm nach bem Strafgesetz ein Ansspruch hierauf zusteht, zu erwirken.) Im Uebrigen aber steht es bem Berletten nicht zu, die Rlage auf Schabensersatz bei bem Strafrichter anhängig zu machen ober sich als Civilpartei bem Strafversahren anzuschließen. 4)
- 4. Gine Privatklage zu erheben ist ber Berlette nur bei gewissen Beleibis gungen und Körperverletzungen befugt. Die Privatklage bes beutschen Strafprozeßrechts ift eine prinzipale.) Uebrigens können bie gebachten Delikte auch Gegenstanb ber öffentlichen Rlage sein.)
- II. Den zweiten Theil bilben bie Bestimmungen über bie Zwangsgewalt, welche bem Staate bei ber Durchführung ber Strafverfolgung zusteht.
- 1. hierher gebort zunächst ein Theil berjenigen Borfchriften, welche bie recht= liche Stellung bes Beschulbigten betreffen.
- a. Der Beschulbigte ift zwar verpflichtet, auf ergangene Labung vor Gericht zu erscheinen, und er kann im Falle bes Ungehorsams zwangsweise vorgeführt werben "); er ift aber nicht verbunden, sich über ben Gegenstand ber Beschulbigung auszulaffen. s)
- b. Die Untersuchungshaft tann sowohl wegen Fluchtgefahr wie auch wegen Kollusionsgefahr, außerbem aber auch zu bem Zwede verhängt werben, um die Answesenheit des Beschuldigten in der Hauptverhandlung zu bewirken. Im Bergleich mit dem seitherigen Rechtszustande in dem größeren Theile Deutschlands ist die Zuslässigkeit der Haft in engere Grenzen eingeschlossen. If die Haft nur wegen Fluchtsgesahr verhängt, so kann sie durch Sicherheitsleistung abgewendet werden. 10) —

¹⁾ StPO. SS 170-175. Bgl. Buch 2 Abichn. 1 Rote 11.

^{*)} StPD. § 435.

^{*)} StBD. \$ 443.

⁴⁾ Bgl. StBD. Buch 2 Abschn. 1 Note 2. b. u. 5.

⁵⁾ StPD. § 414 Abj. 1.

⁶⁾ StPD. §§ 416, 417 Abs. 2, 3. Bgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 8.

⁷⁾ StPD. §§ 133, 235.

⁸⁾ StPD. §§ 136, 242 Abs. 3; vgl. § 93 Note 3.

^{*)} Styro. \$\$ 112, 113, 229 Abs. 2.

¹⁰⁾ StBD. SS 117—122.

Rur bis zur Eröffnung bes hauptverfahrens unterliegt ber Bertehr bes Berhafteten mit bem Bertheibiger gewiffen Befdrantungen. 1)

- 2. Die Zeugnißpflicht greift nicht erst nach Eröffnung ber Untersuchung, sondern schon in dem Borbereitungsverfahren Blat; sie sett nicht voraus, daß die Strasverfolgung bereits gegen eine bestimmte Berson gerichtet ist.) Be freiungen von der Zeugnißpflicht sind in weitem Maße gewährt.) Bei ungerechtfertigter Berweigerung des Zeugnisses hat der Zeuge Strase verwirkt; auch kann er zur Erfüllung seiner Pflicht durch Zwangshaft angehalten werden, welche bei Berbrechen und Bergehen sechs Monate, bei Uebetretungen sechs Wochen dauern kann.) Der Zeugnißpssicht analog geordnet ist die Pflicht zur Herausgabe von Beweismitteln.
- 3. Reben ber Beugnigpflicht tennt bas Gefet auch eine, allerbings in enge Grenzen eingeschloffene Pflicht zur Abgabe fachverftanbiger Gutachten.6)
- 4. Die Anordnung von Beschlagnahmen und Durchsuchungen fteht grundsställich nur dem Richter, dagegen der Staatsanwaltschaft und ihren Sulfsorganen (Bolizeis und Sicherheitsbeamten) nur dei Gefahr im Berzuge zu. 7) Dies gilt auch vor Eröffnung der Untersuchung. Die Beschlagnahme von Briefen und Bostssendungen auf der Bost und von Telegrammen auf den Telegraphenanstalten ist zwar zugelassen, jedoch in mehrsacher hinsicht Beschränkungen unterworfen. 8)
- III. Den britten Theil bilben bie Bestimmungen, welche ben Organismus bes Berfahrens regeln.
- 1. Hier ist in erster Linie die Organisation der Gerichte zu erwähnen. Dieselbe wird mit Recht als eine unsertige und unharmonische bezeichnet. Als erstennende Gerichte erster Instanz fungiren die Schöffengerichte, die Strastammern der Landgerichte, die Schwurgerichte und bei gewissen Berbrechen gegen den Kaiser oder das Reich das Reichsgericht. Din gewissen Fällen erkennt der Amtörichter ohne Zuziehung von Schöffen. Die Oberinstanzgerichte fungiren die Landgerichte, die Oberlandesgerichte, das Reichsgericht. Die Oberlandesgerichte, das Reichsgericht. Die Schöffen üben in gleichberechtigter Stellung mit den Richtern das Richteramt in seinem vollen Umsange aus. Bn Betreff der Geschworenen s. unter 13. a.
 - 2. Die faciliche Buftanbigteit ber Gerichte ift in ziemlich tomplizirter Beife

¹⁾ StBD. § 148.

^{*)} Bgl. Rote 3. b ju \$\$ 51-54 ber StBO.

⁵) StPO. §§ 51—55.

⁴⁾ StBD. § 69.

⁵⁾ St\$D. § 95.

^{•)} StBD. SS 75-77.

⁷⁾ StPO. § 98 (vgl. bort Note 1), § 105 Abs. 1.

^{*)} StBD. § 99—101.

⁹⁾ GBG. § 12 u. Rote 3, 4, 7 baf.

¹⁰⁾ GBG. §§ 25, 26, 73, 74, 77, 78, 79, 81, 136; vgl. StBO. § 1 Note 2.

¹¹⁾ StBO. 55 211 Abj. 2; vgl. EG. 5 3 Abj. 3.

¹²⁾ GBG. SS 72, 76, S 123 Nr. 2, 3, 5, S 136 Nr. 2 u. Abs. 2.

¹³⁾ GBG, § 30; vgl. bort Note 3.

geordnet.1) — Bei der sachlichen Zuständigkeit im engeren Sinne, d. h. der Zuständigzteit der erkennenden Gerichte erster Instanz, bildet die Dreitheilung der strafbaren Hand-lungen in Berdrechen, Bergehen und Uebertretungen den Ausgangspunkt.2) — Die Regelung der Zuständigkeit zur Entscheidung über Rechtsmittel ist noch nicht in berfriedigender Beise geschehen. Der Ordnung des Instanzenzuges sehlt die Symmetrie; insbesondere ist es ein erheblicher Mangel, daß in Strassachen das Reichsgericht nicht auch als Beschwerdeinstanz sungirt.3) Die Folge hiervon ist die: daß der Ausgang einer Sache ein ganz verschiedener sein kann, je nach dem der Streit über eine gewisse Rechtsfrage bei dem Reschlusse über die Eröffnung der Untersuchung oder bei der Urtheilsssalung zum Austrage kommt. Außerdem ist dem Reichsgericht durch die Ausschließung einer Beschwerde an dasselbe die Rognition über alle die Fragen gänzlich entzogen, welche nicht durch Urtheil, sondern stets durch Beschluß entschieden werden, wie z. B. die wichtige Frage des Zeugnißzwanges.

- 3. Die örtliche Buftanbigkeit (ber Gerichtsstand) wird im Allgemeinen gleichmäßig burch ben Ort ber begangenen That wie burch ben bes Wohnsies 2c. bes Angeschulbigten begründet.4)
- 4. Die Gestaltung bes Berfahrens beruht auf bem Antlagepringip (attufa= torifchen Bringip). Sieruber ift im Ginzelnen zu bemerten:
- a. Die In it iat ive ber Strafversolgung steht grunbsätlich nicht bem Gericht, sonbern ber Staatsanwaltschaft bezw. bem Privatkläger zu. Die Eröffnung einer Unterssuchung findet nur auf erhobene Rlage (öffentliche Klage ober Privatklage) statt. 5)
- b. Die Rlage tann nach Berschiebenheit ber Fälle burch ben Antrag auf Boruntersuchung ober burch die Einreichung einer Anklageschrift erhoben werben.) Ihre Erhebung hat die Einleitung ber Untersuchung nicht nothwendig zur Folge vielmehr unterliegt die Rlage, übrigens bei jeder ber beiden Formen in verschiedenem Maße, der Prüfung des Gerichts. DInsbesondere kann der Regels) nach die Hauptverhandelung nicht stattsinden, ohne daß das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens, b. h. die Bersehung in den Anklagestand, beschlossen hat. Die Beschlußfassung ersolgt, ausgenommen in den vor den Schöffengerichten zu verhandelnden Sachen, nach Anshörung des Beschuldigten. 10) Einer Anklageschrift bedarf es auch dann, wenn dem Hauptversahren eine Boruntersuchung vorausgegangen ist. 11) In dem das Hauptversahren eröffnenden Beschlusse hat das Gericht die That nach eigenem Ermessen und

¹⁾ GBG. § 12 Note 7.

²⁾ StBD. § 1 Rote 3.

^{*)} Bgl. GBG. § 136 Rote 10.

⁴⁾ StBD. \$\$ 7, 8.

⁵⁾ StBO. § 151; pgl. bort Rote 2.

^{*)} StBD. § 168; vgl. bort Rote 2.

⁷⁾ SHBD. § 178, 201 ff.

⁵⁾ Die Ausnahmen f. in ber StBD. Buch 6 und in ben SS 211, 265.

^{*)} StPD. \$\$ 196, 197, 201 ff.

¹⁰⁾ StBD. \$ 199.

¹¹⁾ StPO. § 196 Abs. 2, § 206 Abs. 1.

unabhängig von ber Auffassung ber Anklageschrift zu qualifiziren 1); nicht bie lettere, sondern ber Beschluß bilbet die Grundlage ber Hauptverhandlung. 2)

- o. Rur bie in ber Rlage bezeichnete That ist Gegenstand ber Untersuchung und Entscheidung. Die Identität der That vorausgesetz, ist aber auch bei der Urtheilsfällung die Umgestaltung der Klage (Klageanderung) im weitesten Maße zugelassen. Dem gegenüber ist das Interesse der Bertheibigung durch besondere Kautelen geschützt. Dem gegenüber ist das Interesse der Bertheibigung durch besondere Kautelen geschützt. der undeschränkten Zulassung der Klageanderung korrespondirt der Grundsatz daß durch die richterliche Entscheidung die erhobene Klage nach allen bei ihr möglichen strafrechtlichen Gesichtspunkten erledigt und verbraucht wird (Non dis in idem). ()
- d. Rach erfolgter Eröffnung ber Untersuchung ift in Ansehung ber ben Gegenstand berselben bilbenden That das Gericht von ben Anträgen der Staatsanwaltschaft nicht weiter abhängig, vielmehr zu einer selbst ft and ig en Thätigkeit und insebesondere zur selbstständigen Ermittelung der Bahrheit berufen. Dach Abschluß der Boruntersuchung kann die Eröffnung des Hauptversahrens auch gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen werden.
- e. Eine Burudnahme ber öffentlichen Rlage ift unstatthaft.9) Die Privatflage tann zurudgenommen werben.10)
- f. Die prozessualischen Befugnisse ber Staatsanwaltschaft und bes Beschulbigten find im Allgemeinen und, soweit beibe Theile füglich mit einander in Parallele gestellt werben konnen, nach bem Grundsat ber Gleichberechtigung geregelt. 11)
- 5. Die Urtheilsfällung tann nur auf Grund einer vor bem erkennenden Gericht stattgehabten mundlichen Berhandlung (Hauptverhandlung) erfolgen (Prinzip der Mundelichteit). 12) In dieser Berhandlung darf eine Berlefung von Prototollen und sonstigen, die Beweißführung betreffenden Schriftstüden nur unter gewissen, im Geset bestimmten Boraussehungen stattsinden. 18)
- 6. Die Berhandlungen vor ben erkennenden Gerichten (Hauptverhandlungen) find offentlich, nicht aber die sonstigen Berhandlungen und insbesondere nicht die jenigen bes Borverfahrens. Auch in der Hauptverhandlung kann die Deffentlichkeit

¹⁾ StBD. § 204.

^{*)} StBD. § 242 906.

^{*)} StBO. § 153 Abs. 1.

⁴⁾ St930. § 263.

⁵⁾ St\$D. § 264.

⁶⁾ StBO. Buch 2 Abschn. 1 Rote 28-32.

⁷⁾ StBO. § 153 Abf. 2; vgl. bort Rote 4.

^{*)} StBO. § 196 und Rote 1 baj.

⁹ StBD. § 154.

¹⁰⁾ StBD. § 401.

¹¹⁾ ngl. 3. 8. StBD. SS 191, 221, 238—241, 244, 245, 282, 338.

¹⁹⁾ StBD. § 33 Rote 1. a, § 225 und Rote 1 bas., § 228 und Rote 1 bas., § 249.

¹⁸⁾ Strd. SS 248, 250—255.

unter gemiffen Boraussehungen, jeboch nicht bei ber Berkunbigung bes Urtheils, außgeschloffen werben.1)

- 7. Die förmliche Bertheibigung ift in allen Fällen und in jeber Lage bes Berfahrens, insbesondere auch schon im Borverfahren, statthaft.2) In den reichsegerichtlichen und schwurgerichtlichen Straffachen und unter gewissen Boraussenungen auch in landgerichtlichen ist die förmliche Bertheibigung von einem bestimmten Stadium des Berfahrens ab nothwendig.8)
- 8. a. In bem erstinstanzlichen Berfahren, welches auf Betreiben ber Staats-anwaltschaft stattfindet, lassen sich brei Stadien: das Vorbereitungsversahren, bie Voruntersuchung und das Hauptversahren, unterscheiben. Das Borbereitungsversahren ist niemals ein nothwendiger Bestandtheil des Prozesses. Dagegen nuß in reichsgerichtlichen und schwurgerichtlichen Strassachen der Eröffnung des Hauptversahrens eine Voruntersuchung vorausgehen. In landgerichtlichen Strassachen ist die Voruntersuchung nicht nothwendig, aber zulässig; in schöffengerichtlichen ist sie unzulässig.
- b. Der Zweck ber Borunt ersuchung ift hauptstächlich ber: bie Entscheidung barüber, ob das Hauptverfahren zu eröffnen sei, zu begründen und biejenigen Beweise sicherzustellen, beren Berlust für die Hauptverhandlung zu besorgen steht; über die Erreichung dieses Zweckes hinaus soll die Boruntersuchung regelmäßig nicht ausgedehnt werden.) Die Boruntersuchung wird von dem Untersuchungsrichter nach seinem eigenen Plane, und ohne daß es spezieller Antrage der Staatsanwaltschaft bedarf, geführt. 7)
- c. Die Beeibigung ber Beugen und Sachverstandigen findet regelmäßig nicht im Borverfahren, sondern in ber Hauptverhandlung ftatt. 8)
- d. Die Prozesbetheiligten find befugt, ber Einnahme bes Augenscheins im Borverfahren beizuwohnen; bei ber Bernehmung ber Zeugen und Sachverständigen steht
 ihnen eine solche Befugniß nur unter gewissen Boraussetzungen zu. 9) Die Bernehmung
 bes Beschulbigten erfolgt in Abwesenheit ber Staatsanwaltschaft und bes Bertheidigers. 10)
 - 9. In Betreff ber Sauptverhandlung ift hervorzuheben:
- a. Gegen einen ausgebliebenen Angeklagten findet eine hauptverhandlung in ber Regel nicht ftatt. Gin Ungehorfamsverfahren ift nur in engen Grenzen zugelassen; in ähnlicher Beise ift die Befugniß bes Angeklagten, sich vertreten zu laffen, beschränkt. 11) Gegen Angeklagte, welche im Sinne bes § 318 der StBD. abwesenb

¹⁾ GBG. \$\$ 170—176.

^{*)} StPD. § 137.

^{*)} StBD. § 140.

⁴⁾ hierüber f. StBO. Buch 2 Abich. 2-6 Rote 2.

⁵⁾ StBD. § 176.

^{•)} St\$D. § 188.

⁷⁾ StBD. § 182 und Rote 2 bas.

⁸⁾ StBD. § 65, § 79 Note 2.

⁹⁾ StBD. § 191.

¹⁰⁾ StBD. \$ 190 A61. 2.

¹¹⁾ StBO. \$\$ 229-235.

- (b. h. fluchtig 2c.) find, tann eine Hauptverhanblung nur eintreten, wenn bie That nur mit Gelbstrafe ober Einziehung bedroht ift. 1)
- b. Gine Berlesung ber Anklageschrift findet in ber Hauptverhandlung nicht statt. 2)
- c. Die Prozegbetheiligten find befugt, Zeugen und Sachverftanbige unmittels bar laben zu laffen. 3)
- d. Die Beweisaufnahme muß auf die fämmtlichen vorgelabenen Zeugen und Sachverständigen und die anderen herbeigeschafften Beweismittel er ftredt werben, sofern nicht die Staatsanwaltschaft und der Beschuldigte mit der Richterhebung einzelner Beweise einverstanden find. Dieser Grundsat erleidet bei gewissen Strafsachen eine Ausnahme. 4)
- e. Die Aufnahme bes Beweises erfolgt burch ben Borfitenben; bie beifitenben Richter, bie Geschworenen und bie Schöffen wie auch bie Prozestetheiligten find befugt, Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu richten. Gin Kreuz-verhör findet nur auf den übereinstimmenden Antrag der Staatsanwaltschaft und des Bertheibigers statt. 5)
 - f. Gine f. g. bistretion are Bewalt bes Borfigenben tennt bas Befet nicht.6)
- 10. Ueber bas Ergebnig ber Beweisaufnahme entscheibet bas Gericht nach feiner freien Ueberzeugung. 7)
- 11. Bu jeber bem Angeklagten nachtheiligen Beantwortung ber Schulbfrage ift eine Mehrheit von zwei Drittheilen ber Stimmen erforberlich. 8)
- 12. Das Geset tennt nur eine Art von Freisprechung. Gine vorläufige Freisprechung ober Lossprechung von ber Instanz giebt es nicht. 9)
 - 13. In Betreff bes fomurgerichtlichen Berfahrens ift hervorzuheben:
- a. Die Geschworenen entscheiben über bie Schulbfrage (StBD. § 262 Rote 2) in ihrem ganzen Umfange. Die Unterscheibung zwischen ber Thatfrage und ber Rechtsfrage ift von bem Gesetz ganz und vorbehaltsloß aufgegeben. 10)
- b. Ein Resumé bes Borfibenben im Sinne bes frangofischen Rechts findet nicht statt; berfelbe hat ben Geschworenen nur eine rechtliche Belehrung zu ertheilen. 11)
 - 14. In Betreff ber Rechtsmittel ift gu bemerten:
- a. Die Berufung ist nur gegen bie Urtheile ber Schöffengerichte und ber Amtsrichter zugelassen. Das Berufungsverfahren ift, soweit überhaupt bie Sache von ber Berufung betroffen wird, ein neues Hauptverfahren, in welchem ber Berufungs:

¹⁾ StBD. SS 319, 327.

²⁾ StBD. SS 242 und Rote 5. b bas.

^{*)} StPD. SS 219, 213; vgl. bort Note 3.

⁴⁾ SIBD. § 244.

b) StBO. \$\$ 237-241.

⁶⁾ StPO. § 220 Note 2, § 237 Note 1, § 243 Note 4.

⁷⁾ StBD. \$ 260.

⁸⁾ StPO. § 262; vgl. § 364 Note 2 (Schluß).

^{*)} StPO. § 259 u. Note 4, 5 bas.

¹⁰⁾ StPD. § 293 u. Note 3 baj.

¹¹⁾ SIBD. § 300.

¹³⁾ StBD. § 354.

richter felbstftandig und unabhangig von ben Feststellungen bes angefochtenen Urtheils zu entscheiben bat. 1)

- b. Gegen die Urtheile der Straftammern und die der Schwurgerichte findet das Rechtsmittel der Revision statt.) Dasselbe ist im Wesentlichen eine Richtigkeits: beschwerde im Sinne des seitherigen Rechts.) Die Revision gegen die Urtheile der Berufungsinstanz unterliegt hinsichtlich der Ansechtungsgründe einer wesentlichen Beschränkung.)
- c. Gegen Beschluffe und Berfügungen, welche von ben Gerichten in erster Instanz ober in ber Berufungsinftanz erlaffen werben, finbet regelmäßig bie Beschwerbe ftatt b) Gegen bie Entscheibung ber Beschwerbeinstanz ift nur in einzelnen Fallen eine weitere Beschwerbe ftatthaft.
- 15. Die Wieberaufnahme eines burch rechtsträftiges Urtheil geschlossenen Bersahrens (Restitution) ist zu Gunsten bes Berurtheilten in weitem Umfange zusgelassen; insbesondere tann dieselbe auch auf Grund neuer Thatsachen oder Beweismittel erfolgen. 7) In beschränktem Maße ist eine Wieberaufnahme auch zu Ungunsten bes Berurtheilten statthaft. 8)
- 16. Bei Uebertretungen und gemissen geringfügigeren Bergeben tann bie Strafe ohne vorgängige Untersuchung burch Strafbefehl bes Amtsrichters festgeset werben)
- 17. Das Organ für die Bollstreckung gerichtlicher Entscheidungen ist grunds sablich die Staatsanwaltschaft. 10) Insbesondere liegt ihr die Bollstreckung der Strafsurtheile ob; jedoch kann diese in schöffengerichtlichen Sachen seitens der Landesjustizs verwaltung den Amtsrichtern übertragen werden. 11) In dem Versahren auf erhobene öffentliche Klage hat die Staatsanwaltschaft auch die Ladungen 2c. zur Hauptverhandlung zu erlassen. 12)

Neben ben prozessualischen Brinzipien kommen endlich noch bie reichs faat 8 = rechtlichen Gesichtspunkte in Betracht, von welchen bie Strafprozegordnung und bas Gerichtsverfassungsgeset ausgehen. Diese Gesichtspunkte find in bem Kommentar zum Gerichtsverfassungsgeset Eit. 2 Note 1—15 im Zusammenhange behandelt, weshalb hier auf die bortigen Ausführungen verwiesen werden kann.

¹⁾ StBO. § 364 Note 2-5.

^{*)} St\$D. § 374.

^{*)} StBO. Buch 3 Abschn. 4 Note 1.

⁴⁾ StBD. § 380.

⁵⁾ StPD. § 346.

⁶⁾ SIBO. § 352.

⁷⁾ StBD. \$ 399.

^{*)} StBD. § 402.

⁹⁾ StPD. SS 447 ff.

¹⁰⁾ StPO. § 36 u. Note 1 bas.

¹¹⁾ StPD. § 483.

¹⁸⁾ StBD. § 213, § 221 ADJ. 2, § 364 Rote 8.

Erste Abtheilung.

Gerichtsverfassungsgesetz.

- I. Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetze. Bom 27. Januar 1877. (NGBl. 1877 Rr. 4 S. 77 ff.).
- II. Gerichtsversaffungsgesetz. Bom 27. Januar 1877. (RGBl. 1877 Rr. 4 S. 41 ff.).

I. Einführungsgesetzum Gerichtsverfaffungsgesetze.

Vom 27. Januar 1877.

(NGB1. 1877 Nr. 4 S. 77 ff.)

§. 1.

Das Gerichtsverfassungsgeset tritt im ganzen Umfange des Reichs an einem durch Kaiserliche Berordnung mit Zustimmung des Bundesraths sestzusehenen Tage, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der im §. 2 des Einführungsgesetzes der Civilprozehordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft.

(Entw. § 1.)

§. 2.

Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes finden nur auf die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und deren Ausübung Anwendung.

(Entw. § 2)

Bu § 1.

1. Da bas GBG. erft am 1. Oft. 1879, also zu bem gesetslich bestimmten spätesten Zeitspunkt, in Kraft getreten ift, so hat bie Erlassung einer Raiserlichen Berorbnung, wie fie in § 1 vorgefeben ift, nicht flattgesunden.

2. Nach Erlassung bes GBG. und ber Prozesordnungen ift auch das gesammte Kosten= und Gebührenwesen reichsgesehlich geregelt worden, und zwar sind ergangen: a) das Gerichtstosten= Ges. v. 18. Juni 1878 (NGBI. S. 141); b) die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher v. 24. Juni 1878 (NGBI. S. 166); c) die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige v. 30. Juni 1878 (NGBI. S. 173); d) die Gebührenordnung für Rechsanwälte v. 7. Juli 1879 (NGBI. S. 176); sodann: e) das die beiden ersteren Geset theisweis abändernde Ges. v. 29. Juni 1881 (NGBI. S. 178); f) die Kaiserl. Bdn., betr. die Gebührenfreiheit in dem Bersahren vor dem Reichsgericht, v. 24. Dezdr. 1883 (NGBI. 1884 S. 1).

Für Preußen vgl. bas Ausf.-Ges. jum Gerichtstoften-Ges. v. 10. März 1879 (GS. S. 145), bas Ges. v. 21. März 1882 (GS. S. 129) und bas Ausf.-Ges. jur Geb.-D. für Rechts-anwälte v. 2. Dezbr. 1880 (GS. S. 43).

3. — "im gangen Umfange bes Reichs" — hierzu vgl. Note 1 zu § 1 bes EG. 3. StBO. Ru § 2.

1. Bahrend im § 1 bas raumliche Geltungsgebiet bes GBG. bezeichnet ift, bestimmt § 2 in Berb. mit § 3 ben fachlichen (materiellen) Geltungsbereich biefes Gefetes.

2. a. Die fireitige Gerichtsbarkeit ift bie Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsftreitigkeiten und in Straffachen; bie orbentliche fireitige Gerichtsbarkeit ift biejenige Gerichtsbarkeit, welche von ben orbentlichen Gerichten in ben gebachten Rechtsfachen ausgesibt wird (Mot. S. 13, 97). In Betreff bes Begriffes "Straffache" f. EG. zur StPD. § 3; in Betreff ber "orbentlichen Gerichte": GBG. § 12.

b. Insoweit die Gerichtsbarkeit in solchen Sachen, für welche Sonbergerichte zugelassen find, ben orbentlichen Gerichten übertragen ist (§ 3 Abs. 1 u. Note 2 das.), fällt auch sie unter ben Begriff ber orbentlichen Gerichtsbarkeit. Bgl. GBG. § 13 Note 9. b. c. u. Note 14 EG. z. GBG. § 3 Note 5, und in Betreff bes Bersahrens: GG. z. SiBD. § 3 Abs. 2 azzed by

- 3. a. Das GBG. hat, wie bie Dot. S. 14 es ausbruden, nur einen fragmentarifchen Charafter ; feine Aufgabe mar lebiglich bie: bie gemeinfamen Grunblagen für bie gleichmäßige Anwendung ber Prozegord nungen (StBO., CBO., Kont.O.) ju ichaffen. Diese aber regeln nur basjenige Berfahren, welches por ben orbentlichen Gerichten ftattfinbet, und bemgemag behanbelt auch bas (988. nur bie orbentliche streitige Gerichtsbarkeit (Note 2). Außerhalb bes fachlichen Geltungsbereiches bes GBG. liegen fonach : a) bie ftreitige Gerichtsbarteit ber Conbers gerichte ; b) bie gefammte nicht ft reitige Gerichtsbarfeit (bas Bormunbichaftsmefen, bas Grunb: buchwefen 2c.) sowie die Angelegenheiten ber Juftigverwaltung nebft bem Raffen: und Depofitenwesen. Db und inwieweit bie Geschäfte ber nichtstreitigen Gerichtsbarteit ober biejenigen ber Juftigvermaltung ben Gerichten gu übertragen und melden Gerichten fie event. jugumeifen feien, hat bie Lanbesgesehgebung zu bestimmen; vgl. § 4. — Rach bem Entw. bes GBG. sollten auch alle Bestimmungen über bas Richter amt (bie Rabigfeit zu bemfelben, bie rechtliche Stellung ber Richter 2c.) ber Landesgesetgebung porbehalten bleiben; erft ber Reichstag bat bie bierauf bezug: lichen Borschriften (Tit. 1) in bas Geset aufgenommen. In Betreff ber Staatsanwaltichaft f. GBG. Tit. 10 Rote 1, 2. Die Bestimmungen über bie Rechtsan maltichaft find in ber Rechtsanwaltsorbnung v. 1. Juli 1878 (RBBl. S. 177) gegeben.
- b. Das GBG. läßt (abgesehen von ber Bestimmung bes § 152) bie Frage unberührt, burch welche Organe bie Dienstaufsicht über bie Gerichte ausznüben sei; somit hat auch hierüber lebiglich die Landesgesetzgebung zu bestimmen. In Breußen hat das Ausf.:Ges. v. 24. April 1878 § 78 das Aussichtecht der oberen Gerichte (b. h. der Kollegien) über die Gerichte ihres Bezirks ausgehoben; dieses Recht ist auf die Borstände (Präsidenten) der Oberlandeszgerichte und der Landgerichte übergegangen. Dem Beispiele Preußens ist die Wehrzahl der übrigen Bundesstaaten gesolgt. Dagegen ist das Aussichtecht der oberen Gerichte ausrecht erhalten u. A. in Sachsen (Auss.:Ges. § 9), Württemberg (Auss.:Ges. Art. 23), Baben (Auss.:Ges. § 18).
- 4. Ueber bas Berhältniß bes GBG. ju ben bisher ergangenen Reichsgesehen eine ausbrückliche Bestimmung zu treffen, ist nicht für ersorberlich erachtet worben. Die Mot. S. 100 sagen: "Die Frage, welche Borschriften ber bestehenben Reichsgesehe burch bas Gerichtsversassundsätzen von selbst." hiernach und ba bas GG. zum GBG. eine bem § 5 Abs. 1 bes GG. zur StBO. entsprechenbe Bestimmung nicht enthält, sind für ben sachlichen G eltungsbereich bes GBG. (Rote 2, 3) die Borschriften ber bisherigen Reichsgesehe insoweit außer Krast getreten, als sie eine im GBG. behandelte Materie betreffen. Indeß ist die Zahl ber von der Einsührung bes GBG. berührten Bestimmungen nur eine geringe; zu erwähnen ist bes. das RechtshülsesGes. v. 21. Juni 1869 (vgl. sibrigens GBG. Eit. 13 Note 1). Die Bestimmungen siber die Zuständigkeit des ReichsesOberhandelsgerichts in Strasssassung in burch die Ausschen Gese. v. 11. Juni 1870, betr. das Urheberrecht an Schristwerken 2c.) sind durch die Ausschen biese Gerichts hinfällig geworden; in Betreff der Civilsachen s. dagegen § 8 Abs. 2 des
- 5. a. Auch über das Berhältniß bes GBG. zu ben Landesgesetzen hat die Reichsgesetzebung keine Bestimmung getrossen, offendar von der Ansicht ausgehend, daß auch dieses Berhältniß sich aus dem Inhalt des GBG. und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen von selbst erzgebe. hier liegt indes die Sache nicht ganz so einsach, wie es scheint. Zwar versteht es sich, daß das GBG. an die Stelle der entsprechenden landesgesehlichen Bestimmungen getreten ist; allein es entsteht die Frage, od und inwieweit der Landesgesehlichen Bestimmungen getreten ist; allein es entsteht die Frage, od und inwieweit der Landesgesehlichen Bestimmungen getreten ist; allein es Benn die Mot. S. 97 (zu § 1 des EG.) bemerken: daß wegen des fragmentarischen Charakters des GBG. die Landesgesestzehung berufen sei, das Reichsrecht in erheblichem Umfange zu ergänzen, so kann dies nur auf dieseinigen Gegenstände bezogen werden, welche in dem GBG. entweder überzhaupt nicht (Note 3) oder doch nur in fragmentarischer Beise, b h. in der Art geregelt sind, daß die Bestimmungen des GBG. gleichsam nur einen von der Landesgesesgebung auszusüllenden Rahmen darstellen; lehteres ist z. B. der Fall bei den Bestimmungen über das Richteramt (Lit. 1) und über das Amt der Staatsanwaltschaft (vgl. Tit. 10 Note 1, 2). Im Uedrigen aber kann der Landesgesesgebung die Besugniß, das GBG. zu ergänzen, nur insoweit zugestanden werden, als

Digitized by GOOGIC

§. 3.

Die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche besondere Gerichte zugelassen sind, kann den ordentlichen Landesgerichten durch die Landesgesetzgebung übertragen werden. Die Uebertragung darf nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Zuständigkeits= normen erfolgen.

Auch kann die Gerichtsbarkeit letter Instanz in den vorerwähnten Sachen auf Antrag des betreffenden Bundesstaates mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiferliche Berordnung dem Reichsgerichte übertragen werden.

Insoweit für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten ein von den Vorschriften der Civilprozesordnung abweichendes Verfahren gestattet ist, kann die Zuständigkeit der ordentlichen Landesgerichte durch die Landesgesetzgebung nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Normen bestimmt werden.

(Catm. § 3.)

ihr biese Besugniß ausbrücklich beigelegt ift (vgl. 3. B. § 34 Abs. 2). Dies gilt namentlich von allen Bestimmungen, welche, wie Lit. 14—17, nicht sowohl einen organisatorischen, als vielmehr einen prozestrechtlichen Inhalt haben und welche wesentlich nur aus Gründen ber äußeren Gesetsölonomie aus ben Prozestordnungen ausgeschieben sind. Diese rein äußerliche Abtrennung prozestrechtlicher Materien von bem übrigen Prozestrecht kann sachlich einen Unterschieb nicht bes gründen; vielmehr sind hinsichtlich bes Berhältnisses des Reichstechts zum Landestecht die prozestrechtlichen Bestimmungen bes GBG. mit den Vorschriften der Prozestordnungen auf gleiche Linie zu stellen, und mithin gilt auch für sie der Grundsat des § 6 des GB. 3. StPD. — Auch verzsteht es sich, daß Zweisel ober Meinungsverschieden, zu denen die Bestimmungen des GBG. etwa Anlaß geben (vgl. 3. B. § 78 Note 4), nicht durch die Landesgesetzgebung entsschieden werden können.

b. In mehrfacher hinficht ift ber Lanbesgesehgebung eine Abweichung von ben Rormen bes GBG. ausbrudlich gestattet; vgl. 3. B. GG. SS 5, 6, 7, 11, GBG. S 17. In Betreff Elfaß= Lothringens f. noch GG. S 12.

6. Die von bem Reiche, von bem Rorbbeutschen Bunbe ober von einzelnen Bunbesstaaten mit auswärtigen Staaten abgeschlossenen Staatsverträge find von ber Ginführung bes BBG. nicht berührt worben (Mot. S. 100).

Zu F 3.

- 1. "Straffacen, für welche befonbere Gerichte jugelaffen finb" hiernber f BBG. § 13 Rote 12 u. § 14.
- 2. Bon einer Uebertragung ber hier gebachten Gerichtsbarkeit auf bie ordentlichen Landesgerichte kann streng genommen nur da die Rebe sein, wo die eine ober die andere Art von Sondersgerichten bisher bestanden hat und durch die Landesgesetzgebung ausgehoben wird. Im Uedrigen folgt daraus, daß die Einsetzung der gedachten Sondergerichte eben nur zugelassen (nicht angeordnet) ift, von selbst, daß die Landesgesetzgebung auch besugt ist, die Gerichtsdarkeit in den betreffenden Sachen den ordentlichen Gerichten zu belassen. Eine ausdrückliche Anordnung der Landesgestzgebung ist hierzu nicht erforderlich. Auch die Mot. S. 26 sagen: "Wird von der Julassung der besonderen Gerichte nicht Gebrauch gemacht, so gehören die betreffenden Sachen nach der allgemetnen Regel vor die ordentlichen Gerichte, ohne daß es einer besonderen landesgesetzlichen Bestimmung hierüber bedars." Ebenso: Mot. S. 98. Hiernach ist die Fassung des Abs. 1 keine ganz sachgemäße. Der legislative Inhalt des Absates ist wesentlich der: daß die Landesgesetzgebung, wenn sie die betreffenden Sachen den ordentlichen Gerichten beläßt oder überträgt, für sie besondere Zuständigseitsnormen ausstellen dars. Bgl. GBG. § 13 Note 9. c.

- 3. Die Bestimmung über bie Buftanbigfeitsnormen finbet hinsichtlich ber Straffachen ihre Ergänzung in ber Borfchrift bes EG. 3. StBD. § 3 Abf. 2, nach welcher bie Laubesgesetzung für bie in Rebe stehenben Sachen ein von ber StBD. abmeichenbes Berfahren gestatten kann. Der bortigen Borschrift zusolge ionnen auch in Ansehung ber örtlichen Zuständigkeit abweichenbe Bestimmungen getroffen werben, währenb hier nur von ber sachlichen Zuständigkeit bie Rebe ift.
- 4. Wie sich aus bem in Note 2 Bemerkten ("belassen") ergiebt, behandelt Abs. 1 lebiglich ben Fall, wenn die Gerichtsbarkeit in den gedachten Rechtssachen den ordentlichen Gerichten als solchen, b. h. in ihrer Gesammtheit, übertragen wird. Berschieden hiervon ift der andere Fall, wenn die gedachte Gerichtsbarkeit einem einzelnen ordentlichen Gericht oder mehreren besonders bestimmten ordentlichen Gerichten, mit Ausschluß der übrigen, übertragen wird, oder m. a. B.: wenn ein oder mehrere ordentliche Gerichte zugleich zu Sondergerichten für gewisse Rechtssachen bestellt werden. In Betreff bieses Falles s. GBG. § 13 Rote 14.

Bu 216 f. 2.

- 5. Die Bestimmung bes Abs. 2, betreffend bie Uebertragung ber Gerichtsbarteit letter Inftang auf bas Reichsgericht, ift juvorberft auf ben gall anwenbbar, wenn bie jugelaffenen Sonbergerichte wirflich bestellt find: bas Reichsgericht tann burch Raiferliche Berorbnung berufen werben, über Rechtsmittel zu enticheiben, welche gegen bie Enticheibungen bestimmter Sonbergerichte eingelegt werben. Bas ben anberen Fall betrifft, wenn bie zugelassenen Sonbergerichte nicht bestellt, bie gebachten Sachen vielmehr ben ordentlichen Gerichten übertragen find (Rote 2), fo entsieht die Frage: ob nicht hier das Reichsgericht schon traft bes Gesen es als das Gericht lepter Instanz anzusehen sei (insoweit nicht nach ben Borfchriften über ben Instanzenzug bas Oberlandesgericht bie lette Instanz bilbet). In ben Mot. S. 98 wird hierüber Folgendes gesagt: "Die Uebertragung foll nicht burch bie Landesgesetgebung, sondern auf Antrag bes betreffenben Bunbes= staats mit Zustimmung bes Bunbesraths burch Kaiserliche Berordnung ersolgen. Da eine solche Uebertragung auf die Bermehrung ber Mitgliebergahl bes Reichsgerichts und auf den Gefchaftsgang bei bemfelben von erheblichem Ginfluffe fein tann, auch aus bem lanbesgefehlich vorgefchriebenen besonderen Berfahren ober aus ber Natur bes Rechtsmittels begründete Bebenken gegen bie Buweisung an bas Reichsgericht entstehen konnen, so ericheint es nicht angemessen, bie Bestimmung barüber, ob bas Reichsgericht mit folchen Sachen in letter Instanz befaßt sein soll, ber Landesgesetgebung zu überlassen. Hervorzuheben ift, daß die Bestimmung im Absat 2 bieses Paragraphen keine Anwendung findet, wenn die Landesgesetzet von der Ermächtigung, in Betreff solcher Sachen, für welche besondere Berichte zugelaffen find, Ausnahmebestimmungen zu treffen, nicht Gebrauch macht. Berben folde Sachen ben ordentlichen Gerichten belaffen und auch befonbere Borfcriften über bas Berfahren unb über bie Zuftänbigkeit ber Lanbesgerichte nicht getroffen, so finden auf solche Sachen die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und ber Prozesorbnungen in vollem Umfange Anwendung, und das Reichsgericht bilbet die letzte Instang, ohne bag es einer Kaiserlichen Berordnung hieruber bebarg." Gegen biefe Ausführung läßt fich zwar einwenden, daß das in ihr aufgestellte Unterscheibungsmerkmal (bas Bestehen ober Richtbestehen besonderer Borschriften der gedachten Art) in dem Gesetze selbst nicht zum Ausbruck getommen ift. Für bas Strafverfahren burfte inbeg bie obige Frage ohne prattifche Bebeutung fein, weil bie hier in Betracht kommenden Sachen wohl burchweg zur Zuständigkeit ber Schöffengerichte geboren, somit aber die Oberlandengerichte bie lette Inftang bilben werben.
- 6. Die Frage: ob die Regierung eines Bundesstaates jur Stellung des in Abs. 2 bezeich= neten Antrages ber Zustimmung der Landesvertretung bedürfe, ift lediglich nach bem Bersassungsrecht des beir. Bundesstaates zu beantworten und hat in § 3 nicht entschieden werden sollen (Prot. S. 434).
- 7. Kaiserliche Berorbnungen bes in Abs. 2 bezeichneten Inhalts sind unterm 26. Sept. 1879 ergangen für Preußen, Hessen, Sachsen-Beimar, Sachsen-Meiningen, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rubolstabt, Balbed und Schaumburg-Lippe (RBBl. S. 287—296).

§. 4.

Durch die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetes über die Zuständigkeit der Behörden wird die Landesgesetzgebung nicht gehindert, den betreffenden Landessebehörden jede andere Art der Gerichtsbarkeit, sowie Geschäfte der Justizverwaltung zu übertragen. Andere Gegenstände der Verwaltung dürfen den ordentlichen Gerichten nicht übertragen werden.

(Cutm. § 4.)

§. 5.

In Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern sinden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes nur insoweit Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten.

(Entm. § 5.)

3u § 4.

- 1. Bergl. § 2 Note 3 somie Mot. S. 98. Hauptsächlich hat § 4 bie nichtfreitige Gerichtsbarfeit und die Justizverwaltung im Auge. Er ist jedoch auch hinsichtlich ber streitigen Sondergerichtsbarfeit von Bebeutung; vgl. GBG. § 13 Note 14. Für Preußen vgl. Aust.: Ges. v. 24. April 1878 §§ 25 ss., 40, 49 ss., 77 ff.
- 2. Unter "ben betreffenben Lanbesbeborben" werben bie Gerichte und bie Staatsanwaltsichaften verstanden.
- 3. a. Durch bie Bestimmung bes Schluffages: baß bie ben orbentlichen Gerichten zu übertragenben Berwaltungsgeschäfte nur Geschäfte ber Juftig verwaltung sein burfen, wird (für biese Gerichte) zu- gleich ber Grundsab ber Erennung ber Juftig von ber Berwaltung zum Ausbruck gebracht.
- b. Die Berwaltung ber Gefängnisse ift unbebenklich zu ben Geschäften ber Justigverwaltung zu gablen. In Breußen ist bieselbe, soweit bie Gefängnisse überhaupt zum Resort bes Just.2 Min. gehören, theils ber Staatbanwaltichaft, theils ben Amtörichtern übertragen: Allg. Berf. v. 14. Aug. 1879 (IMBI. S. 242).
- 4. Uebrigens ift in bem Schlußsatz nur ausgesprochen, baß bie orbentlichen Gerichte nicht zugleich Berwaltungsbehörben sein burfen. Dagegen verbietet die Bestimmung nicht, einzelne Mitglieber ber Gerichte zugleich zu Berwaltungsbeamten zu bestellen (Mot. S. 98). Ob letteres fratthaft sei, bestimmt sich lebiglich nach bem Landesrecht.

3u § 5.

- 1. a. Die Bestimmung bezieht fich nur auf bie beutich en Lanbesherren und beren Familien. b. In Betreff ber Gleichstellung ber Fürstlichen Familie hohenzollern mit ben lanbesherrlichen Familien f. bie Ausführung in ben Mot. 6. 98.
- 2. Die Bestimmung sindet ihre Ergänzung in der das Berfahren betreffenden Borschrift des EG. 3. StBD. § 4. Ihre Bedeutung ist hauptsächlich die: daß die Gerichtsbarkeit über die landessherrlichen Familien durch Sondergerichte, insbesondere auch durch Austräge, ausgeübt werden darf. In Preußen wird die streitige Gerichtsbarkeit über die Mitglieder des Königlichen Haufes und der Fürstlichen Familie Hohenzollern durch einen mit dem Kammergericht (vgl. GBG. § 12 Rote 2) verdundenen besonderen Gerichtshof ausgeübt, welcher den Namen: "der Geheime Justigrath" führt und aus Mitgliedern des Kammergerichts besteht: Ges. v. 26. April 1851 Art. III (GS. S. 182), Aussself. Ges. v. 24. April 1878 § 18 (GS. S. 230).
- 3. Die Mot. S. 98 heben hervor: burch ben § 5 werbe auch ber, in ben meisten Bundesstaaten burch ausdruckliche Berfassungsbestimmungen anerkannte Grundsat von ber Unverlet sarteit ber Person bes Lanbesherrn, bemzufolge eine Strafgerichtsbarkeit über ben letteren überhaupt nicht bestehe, aufrecht erhalten. Daß bieser Grundsat von bem GBG. nicht berührt wird, versteht sich übrigens schon mit Rucksicht auf die eng begrenzte Aufgabe bieses Gesehes (vgl. oben § 2 Rote 3) von selbst.

§. 6.

Unberührt bleiben bie bestehenden landesgesetzlichen Borschriften über die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen.

(Cuim. § —.)

§. 7.

Die Militärgerichtsbarkeit, sowie das landesgesetzlich den Standesherren gewährte Recht auf Austräge werden durch das Gerichtsverfassungsgesetz nicht berührt.

3u § 6.

- 1. Ueber ben Begriff ber burch bie Preffe begangenen ftrafbaren handlungen f. Preg-Gef. v. 7. Mai 1874 § 2.
- 2. § 6 gestattet ber Lanbesgesetzgebung in Ansehung ber vorgedachten Deliste Abweichungen von ben reichsgesetzlichen Zuständigkeitsnormen (GBG. §§ 27, 73, 80). Indessen sollen nur die zur Zeit des Inkrafttretens des GBG. bestehenben, b. h. die vor dem 1. Okt. 1879 erlassen landesgesetzlichen Borschriften underührt bleiben. Gegenwärtig ist es der Landesgesetzgebung nicht mehr gestattet, die Zuständigkeit der Schwurgerichte auf die durch die Presse begangenen strassaren handlungen zu erstrecken oder die bestehende Zuständigkeit zu erweitern, während umgekehrt eine diese Zuständigkeit einschreiben Benderung der landesgesetzlichen Bestimmungen sowie deren völlige Ausselbung jederzeit statthaft ift.
- 3. Die landesgesehliche Zuständigkeit der Schwurgerichte kann sich nur auf solche Sachen erstreden, welche reichsgesehlich zur Zuständigkeit der Strafkammern oder der Schöffengerichte gehören würden. An der Zuständigkeit des Reichsgerichts kann die Landesgesetzgebung nichtsändern; für die im GBG. § 136 Nr. 1 bezeichneten Berbrechen (vgl. dort Note 3) ist das Reichsgericht auch dann ausschließlich zuständig, wenn dieselben durch die Presse (vgl. StBB. § 85) begangen sind. Bgl. auch GBG. § 136 Note 4.
- 4. Auch in Ansehung ber burch § 6 zugelassenen Zuständigkeit für Preßstrassachen gehören die Schwurgerichte zu ben ord entlichen Gerichten; sie sind nicht, wie Keller S. 247 meint, in dieser Beziehung als besondere Gerichte anzusehen. Daher sind hinsichtlich der Zusammensehung, bes Gerichts und der Geschworenendank, wie auch hinsichtlich des Berfahrens lediglich die reichsgesetzlichen Borschriften maßgebend. Dies gilt insbes. von der Nothwendigkeit der Boruntersuchung. (StPO. § 176) und der Bertheibigung (StPO. § 140); vgl. Thilo, Komm. z. StPO. S. 180. Desgleichen sinden die Borschriften über den Zusammenhang mehrerer Strassachen (StPO. §§ 2—5) auch dann Anwendung, wenn die Zuständigkeit des Schwurgerichts durch ein Prestellkt begründet ist. Gl. A. John S. 152.
- 5. Lanbesgesetliche Bestimmungen bes in § 6 bezeichneten Inhalts bestehen nur a) in Bayern: Ausf.=Ges. 3. GBG. v. 23. Febr. 1879 Art. 35 (JWBI. S. 89); b) in Württemberg: Ausf.=Ges. 3. GBG. v. 24. Jan. 1879 Art. 12 (Reg.=BI. S. 3); c) in Baben: Ges. betr. bie Einf. ber R.=Just.=Ges. v. 3. März 1879 § 6 (Ges.BI. S. 91); d) in Olbenburg: Ausf.=Ges. v. 10. April 1879 Art. 29 (Ges.BI. S. 333).

Zu # 7.

I. Militairgerichtsbarteit.

- 1. Der f hat nur bie für bas heer und bie Marine bestehenben eigentlichen Militair= gerichte im Auge. In Betreff ber in Ausnahmezustanben statthaften Kriegsgerichte ober Standrechte f. GBG. § 16.
 - 2. Das R.-Militair-Ges. v. 2. Mai 1874 (RGBl. S. 45) bestimmt im § 39 Abs. 1:
 "Die besondere Gerichtsbarkeit über Militarpersonen beschränkt sich auf Strafsachen

"Bie besondere Gerichisdarteit uder Militarpersonen beschrantt sich auf Strassachen und wird durch Reichsgeses geregelt".

Das gebachte Reichsgeset (Militair-Strafprozegorbnung) ift bis jest nicht ergangen, und es fehlt baber zur Beit noch an einer einh eitlichen Regelung ber Militairgerichtsbarteit. In Baper n und Bürttem berg sind dis auf Beiteres die landesgesehlichen Bestimmungen in Kraft verblieben: Bündnisvertrag mit Bayern v. 23. Nov. 1870 unter III § 5 (BGBl. 71 S. 9), Militairsonvention mit Bürttemberg v. 21/25. Nov. 1870 Art. 10 (BGBl. 70 S. 658), Schlußbestimmung zum XI. Abschnitt der Reichsversassung, R.-Mil.-Ges. v. 2. Mai 1874 § 72. In Sachsen hat die sächsische Militair-Strasgerichtsordnung v. 4. Nov. 1867, welche indes der preußischen Militair-Strasgerichtsordnung nachgebildet ist und mit derselben sast ganz übereinstimmt, Gestung behalten. In den sibrigen Theisen des Reiches deruht die Militairgerichtsdarkeit auf der preußischen Militair-Strasgerichtsordnung vom 3. April 1845 (BGBl. 67 S. 229) und den dieselbe ergänzenden oder abändernden Gesehen und Berordnungen; vgl. Bdn. des Bundespräsibiums v. 29. Dez. 1867 (BGBl. S. 185), Reichsversassung Art. 61. In Betress Babens s. noch: Kaiserl. Bdn. v. 24. Nov. 1871 (RGBl. S. 401), in Betress Elsaßeothringens: Ges. v. 6. Dez. 1873 (GBl. sür Elsaßedir. S. 331).

- 3. Für bas Geltungsgebiet ber preußischen Militair: Strafgerichtsorbnung (Rote 2) ift Folgenbes hervorzuheben:
- a. Die Bestimmungen über ben Umfang ber Militairgerichtsbarkeit, b. h. über bie Bersonen und Straffälle, auf welche sie sich erstreckt, über ben Zeitpunkt bes Beginnes und bes Aufhörens bes Militairgerichtsstandes zc., sind in den §§ 1—18, 214 der Mil. StGO. enthalten. Diese Bestimmungen sind jedoch theilweis abgeändert durch das Militairsctrafgesethuch vom 20. Juni 1872 und das Einf. Ges. zu dems.; vgl. auch R. Militairges, v. 2. Mai 1874 §§ 38, 56 (NGBI. S. 45). Bgl. serner in Betr. des Militairgerichtsstandes sür ausgehobene Rekruten: RGer. IV. 10. März 85. (Entich. XII. 86); sür Personen des Beurlaubtenstandes: II. 21. Sept. 86 (Entsch. XIV. 328, Rspr. VIII. 548) in Berb. mit II. 30. Juni 85 (Entsch. XII. 319, Rspr. VII. 441); sür Aerzte der Reserve bei Zweikäupsen: II. 22./23. Mai 85 (Entsch. XII. 86, Rspr. VII. 326).
- b. Den orbentlichen Strafgerichten (Civilgerichten im Gegenfat zu ben Militairs gerichten) fleht eine Strafgerichtsbarkeit über Militairpersonen nur in fehr beschränktem Umfange zu. Es bestimmt nämlich bie Mil.-StGO. § 3:

"Den Civilbehörben bleibt die Untersuchung und Entscheidung der Kontraventionen gegen Finang: und Bolizeigesehe, und gegen Jagd: und Fischerei-Berordnungen in dem Fall überlassen, wenn die Kontravention im Geseh nur mit Gelbbufe ober Konfiskation bedroht ift.

Ift bagegen im Gefet bie Kontravention nur ober alternativ mit Freiheitsftrafe bebroht ober trifft mit ber Kontravention ein anberes Berbrechen zusammen, fo fteht bie Unterssuchung und Entscheibung ausschließlich ben Militairgerichten ju".

c. In Betreff ber Buftanbigfeit ber Militairgerichte gur Bornahme von Leichenschauen und Leichenöffnungen bestimmt bie Mil. St. § 41 Abf. 1:

"Die Obbuktion ber Leichname von Militairs oder Civilpersonen gehört vor die Militairs gerichte, wenn Berdacht vorhanden ist, daß eine Militairperson an dem Tode des Entleibten Schuld ist. Die äußere Besichtigung des Leichnams einer Militairperson, welche durch-Selbstmord oder einen Unglücksiall ums Leben gekommen ist, sowie die Ermittelung der Todesursache und der Beranlassung zum Selbstmord, gebührt den Militairgerichten. Besindet sich fein Militairgericht am Ort, so ist das Civilgericht um Aufnahme der Bershandlungen zu requiriren".

In Betreff bes Falles, wenn mehrere Bersonen bei ber That betheiligt und nur einige von ihnen Militairpersonen sind, f. Mil.-St. 5 52 (unter d).

- d. In Betreff ber Berbinbung einer militairgerichtlichen Untersuchung mit einer bei einem orbentlichen Strafgericht (Civilgericht) anhängigen bestimmt bie Mil.=StBD.:
 - § 52. "Wenn zwischen Militair: und Civilpersonen Beleibigungen ober Thatlichkeiten wechfeljeitig porfallen, ober wenn ein Berbrechen von Militair: und Civilpersonen gemein:

schaftlich verübt wird, so muß bie Untersuchung von einem aus Militair- und Civils gerichtspersonen zusammengeseten Gericht geführt werben.

Der fompetente Gerichtsherr ernennt bie Militairmitglieber. Der hochfte fommanbirte Offizier bat in biefem gemeinschaftlichen Untersuchungsgericht ben Borrang.

Die Berhanblungen, welche bie Mitangeschulbigten bes Militairftanbes betreffen, finb zu besonderen Aften zu nehmen.

§ 53. Rach beenbigter Untersuchung ift zuerft gegen bie angeflagten Militairpersonen von bem Militairgericht zu erkennen. Benn besondere Umftande ein Anderes erforbern, so ift barüber bie Entscheidung bes Königs burch bas General-Aubitoriat einzuholen."

Diese Bestimmungen haben allerbings bas foriftliche Berfahren im Auge, welches zur Zeit ihrer Erlassung (1845) auch bei ben orbentlichen Strafgerichten (Civilgerichten) in Geltung war; sie find indeß nicht aufgehoben und finden baber, wenn auch mit gewissen Modifikationen, auch gegenwärtig noch Anwendung.

- e. In Betreff ber von ben orbentlichen Strafgerichten (Civilgerichten) ben Militairs gerichten zu leiftenben Rechtshülfe [. § 354 ber preuß. Crim.O. v. 1805, auf welchen fich § 51 ber Mil.=StBO. ftüt (vgl. EG. z. StBO. § 6 Note 1). Die Befugniß, bie orbentlichen Strafsgerichte um Rechtshülfe zu ersuchen, sieht nach §§ 39, 40 ber Mil.=StBO. unter ben bort besstimmten Boraussehungen auch ben Militairbefehlshabern zu.
- f. In Betreff ber Bollstredung militairgerichtlicher Urtheile burch bie orbentlichen Strafgerichte (Civilgerichte) f. Mil.=StBD. § 183 Abs. 3, § 184 und Mil.=StBB. § 15 Abs. 3.
- 4. a. Darüber, bağ bas Gericht bas etwaige Begrünbetsein ber Militairgerichtsbarkeit von Amtswegen zu berücksichtigen hat, s. StPD. § 6 Rote 6. Dieser Bunkt unterliegt auch ber freien Nachprüsung bes Revisionsrichters: RGer. IV. 27. März 85 (Entsch. XII. 125, Ripr. VII. 198); vgl. StPD. § 376 Note 2 b u. 5 b, § 380 Note 1 a.
- b. In Betreff ber Beseitigung eines zwischen einem orbentlichen Strafgerichte (Civilgericht) und einem Militairgericht bestehenden Zuständigkeitsstreites hat die Reichsgesetzgebung bis jest eine Bestimmung nicht getroffen; vgl. GBG. § 13 Note 15 c. Auch die preuß. Mil.-StGO. enthält eine solche Bestimmung nicht. Für Bayern bagegen s. Ausf.-Ges. v. 23. Febr. 1879 Art. 11—14 (IMBI. S. 89), für Württemberg: Auss.-Ges. v. 4. März 1879 Art. 3 (Reg. Bl. S. 50).
- 5. Mit bem Bestehen einer besonderen Wilitairgerichtsbarteit hangt es zusammen, daß bie orbentlichen Strafgerichte (Civilgerichte) bei Ausübung ihrer eigenen Gerichtsbarteit einer Mitmirfung ber Militairgerichte ober anderer Militairbehörden bedürfen, wenn gewisse handlungen bes Gerichtszwanges gegen aktive Militairpersonen ober wenn Beschlagnahmen ober Durchjuchungen in militairischen Dienstgebänden vorzunehmen sind. Das Rähere s. StPO. § 48 Abs. 2, § 50 Abs. 4, § 69 Abs. 5, § 77 Abs. 2, § 98 Abs. 4, § 105 Abs. 4.
 - II. Berichtsbarfeit über bie Stanbesberren.
- 6. Unter "Stanbesherren" werben bie häupter berjenigen vormals reichsunmittelbaren fürftlichen und gräflichen häuser verftanden, auf beren Rechtszustand zur Zeit des Deutschen Bundes ber Art. XIV der beutschen Bundesafte v. 8 Juni 1815 Anwendung fand. Bgl. v. Rönne, Staatsrecht des D. Reichs 2. Aufl. 11. 2 S. 22 Anm. 2.
- 7. Rur für die Standesherren felbft, die Saupter ber ftanbesherrlichen Familien, nicht aber für die übrigen Mitglieder der letteren barf eine Aufträgalgerichtsbarteit besteben.
- 8. Nur das zur Zeit der Einführung des GBG. landesgesetzlich bereits gemährte Recht auf Austräge bleibt von dem GBG. unberührt. Gegenwärtig darf die Landesgesetzgebung ein solches Recht weber gewähren noch erweitern, es also z. B. nicht auf Straffälle ausdehnen, für welche es disher nicht bestand. In Preußen ist den Standesherren ein Recht auf Austräge durch die Instruktion vom 30. Mai 1820 § 17 (GS. S. 81) gewährt; vgl. Ges. v. 10. Juni 1854 (GS. S. 363) und Bdn. v. 12. Nov. 1855 (GS. S. 686).
- 9. Der privilegirte Berichtsfland ber Stanbesberren und ihrer Familien vor ben oberen Gerichten ift für Straffachen und burgerliche Rechtsftreitigleiten (val. Rote 10) burch

§. 8.

Durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates, in welchem mehrere Oberlandesgerichte errichtet werden, kann die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen und Beschwerden in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einem obersten Landesgerichte zugewiesen werden.

Diese Vorschrift findet jedoch auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, welche zur Zuständigkeit des Reichs-Oberhandelsgerichts gehören oder durch besondere Reichszgesete dem Reichsgerichte zugewiesen werden, keine Anwendung.

(Entm. § 7).

Gesetz über den Sitz des Reichsgerichts. Vom 11. April 1877 (RGBl. 1877 Nr. 17 S. 415).

§ 1. Auf denjenigen Bundesstaat, in dessen Gebiet das Reichsgericht seinen Sitz hat, findet §. 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz keine Anwendung.

§. 9.

Durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates, in welchem mehrere Oberlandessgerichte errichtet werden, kann die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigsteit der Oberlandesgerichte gehörenden Revisionen und Beschwerden in Strafsachen ausschließlich einem der mehreren Oberlandesgerichte zugewiesen werden.

(Entm. § 8.)

bas GBG. beseitigt (Mot. S. 99). Somit stehen fortan, insoweit nicht ein Aufträgalversahren Blat greift, auch die Standesherren unter der Gerichtsbarkeit der Landgerichte und der Amtszerichte. — Im Falle des Austrägalversahrens stehen diejenigen Amtsverrichtungen, welche früher den Obergerichten zustanden, insbesondere die Führung der Boruntersuchung, sortan den Landzerichten bezw. den Amtsgerichten zu. Desgleichen sind diese Gerichte (vgl. GBG. § 12 Note 3) für das hauptversahren und die Urtheilssällung gegen einen Standesherrn zuständig, wenn es sich um eine Strafthat handelt, welche landesgesehlich dem Austrägalversahren entzogen ist, oder wenn der Standesherr, sofern ihm landesrechtlich die Wahl zwischen dem Austrägalversahren und dem ordentlichen Bersahren zusteht, das letztere wählt.

10. Ein privilegirter Gerichtsftand ber ftanbesherrlichen Familien in Sachen ber nicht ftreitigen Gerichtsbarfeit ift burch bas GBG. nicht aufgehoben (vgl. &G. § 2 u. Note 3 baf.). — Für Preußen f. Ausf.: Gef. v. 24. April 1878 § 27 (GG. S. 230).

Zu § 8.

1. Ein oberfies Landesgericht besteht nur in Bayern, mit bem Site in München: Auss.: Bes. v. 23. Febr. 1879 Art. 42—49 (3MBI. S. 89), tgl. Bbn. v. 2. April 1879 § 1 (3MBI. S. 112). — In Straffachen (vgl. EG. 3. StPD. § 3 Note 2) steht biesem Gericht keinerlei Gerichtsbarkeit zu. Bgl. § 9 Note 2.

Bu § 9.

- 1. Durch bie in § 9 jugelaffene Ronzentrirung ber Rechtsprechung foll bie Ginheit ber letztern, namentlich in Anfehung bes Lanbesftrafrechts, geforbert werben. (Mot. S. 99.)
- 2. Der S fpricht nur von ber Verhanblung und Entscheideibung über Revisionen und Besschwerben und tann, ba er eine Ausnahmebestimmung enthält, nicht auf ben sonstigen, burch bie SiPD. und bas GBG. bestimmten Geschäftstreis ber Oberlandesgerichte bezogen werden. Daber geben a) die in ber StPD. SS 4, 12, 13, 14, 15, 19, 27 bezeichneten Verricht ungen des oberen Gerichts nicht auf bas in § 9 gedachte Oberlandesgericht über; hinsichtlich ihrer wird burch die Borschrift bes § 9 weber an der Zuständigkeit der übrigen Oberlandesgerichte, noch an der bes Reichsgerichts etwas geandert. Insbes. tann eine Bestimmung des zuständigen

Serichts, wenn bie mehreren in Betracht kommenden Gerichte verschiebenen Oberlandesgerichtsbezirken angehören, immer nur durch das Reichsgericht, nicht durch das in § 9 gedachte Oberlandessgericht (vgl. noch § 8 Rote 1) erfolgen. b) Die auf den Antrag des Berletten zu erlaffende Ents schiedung über die Erhebung der öffentlichen Klage (StBO. §§ 170 ff.) steht nur demjenigen Oberlandesgericht zu, zu bessen Bezirk die betheiligte Staatsanwallschaft gehört. c) Die in § 160 des GBG. bezeichnete, die Rechtshülfe betreffende Entscheidung verbleibt dem dort gebachten Oberlandesgericht, da es sich bei ihr nicht um eine prozessualische Beschwerbe, wie sie § 9 voraussetzt, handelt. Gl. A. Keller S. 253. Kauser S. 17.

3. Die Bestimmung bes § 9 hat nur für Preußen (mit Balbed: R.Ger. 13. Juni 81, Johow III. 234) und für Bayern Bebeutung, ba biese beiben Bundesstaaten bie einzigen sinb, in benen mehrere Oberlanbesgerichte bestehen.

A. Breufen.

- 4. Das Auss.:Ges. 3. GBG. v. 24. April 1878 (GS. S. 230) bestimmt in § 50:
 - "Das Oberlaubesgericht in Berlin ift ausschlieflich juftanbig für bie Berhanblung und Enticheibung:
 - 1) über bie nicht zur Buftanbigfeit bes Reichstgerichts gehörenben Revisionen gegen Urtheile ber Straftammern in erfter Inftang;
 - 2) fiber bie Revisionen gegen Urtheile ber Straffammern in ber Berufungsinftanz und fiber alle Beschwerben gegen Entscheidungen ber Straffammern, sofern eine nach Lanbesrecht strafbare hanblung ben Gegenstand ber Untersuchung bilbet.

In ben unter Rr. 2 bezeichneten Beschwerbesachen finbet bei Zweifeln über bie Buftans bigfeit ber S. 388 ber Deutschen Strafprozeforbnung entsprechenbe Anwenbung."

Mum. ju bem porftebenben § 50.

- 5. Die prenßische Gesetzebung ift bavon ausgegangen, baß ein Beburfniß zur Konzentrirung ber Rechtsprechung letter Inftanz nur hinsichtlich bes Landes ftrafrechts bestehe, weil die einheitzliche Anwendung bes Reichsrechts burch bas Reichsgericht hinreichend gewahrt sei, bessen Rechtssprechung zweisellos auch auf die Entscheidungen ber Oberlandesgerichte zurudwirfen werde (Mot. S. 16, 64). Demgemäß hat das Geset in \$50 nur für gewisse Revisionszund Besich werdesgericht zur Berlin (bem Kammergericht: GBG. § 12 Note 2) eine ausschließliche Zuständigkeit beigelegt, im Uebrigen aber ben anderen Oberlandesgerichten ihre reichsgesetlich (GBG. § 123 Nr. 2, 3, 5) bestimmte Zuständigkeit für Strafsachen belassen.
- 6. "Lanbesrecht" bebentet lebiglich ben Gegensatz zu "Reichbrecht"; es macht also keinen Unterschieb, ob bie in Frage stehende strafrechtliche Bestimmung im ganzen Staate oder nur in einem, wenn auch noch so kleinen Theile besselben Geltung hat. Sonach greift z. B. die Zustanzbigkeit des Kammergerichts auch dann Platz, wenn es sich um eine lebiglich auf dem linken Rheinzuser geltende strafrechtliche Norm handelt. Angemessener wäre es freilich wohl gewesen, diejenigen Strafsachen, in denen eine nur in einem einzelnen Oberlandesgerichtsbezirk geltende Bestimmung in Frage ist, dem betr. Oberlandesgericht zu belassen.

Bu Mr. 1.

7. Ju Rr. 1 vgl. GBG. § 123 Rr. 3. § 136 Rr. 2. — Zur Entscheibung über Revisionen gegen Urtheile ber Straffammern in erster Inflanz ift ein anberes Oberlandesgericht als bas Kammergericht niemals zuständig. Es kommen hier überhaupt nur solche Revisionen in Frage, welche ausschließlich auf die Berletung einer landestrechtlichen Norm gestütt sind; benn, sobalb die Bersletung einer reichsrechtlichen Norm geltend gemacht ift, tritt nach ben cit. § bie Zuständigkeit des Reichsgerichts ein; vgl. die Noten zu GBG. § 123 Rr. 3.

Bu Mr. 2.

8. Der Cap: "fofern — bilbet" bezieht fich in gleicher Beife auf bie Revisions- wie auf bie Beschwerbesachen. Die von Meves S. 147 erwähnte (von ihm übrigens nicht gethe:Ite) Ansicht, baß für Revisionssachen in allen Fällen bas Kammergericht zuständig fei, ift irrig.

- 9. "alle Beschwerben" gleichviel, ob die angesochtene Entscheidung von der Strafkammer in erster Instanz ober in der Berufungsinftanz ober in der Beschwerdeinstanz erlaffen ift.
 Bgl. GBG. § 123 Rr. 5 u. die Noten bas.
- 10 a. Das Kriterium, nach welchem § 50 Rr. 2 bie Zuständigkeit bes Kammergerichts gegen biejenige ber übrigen Oberlandesgerichte abgrenzt, ift ein anderes als dasjenige, nach welchem im GBG. § 123 Rr. 3 die Grenze zwischen ber Zuständigkeit bes Reichsgerichts und berjenigen der Oberlandesgerichte bestimmt ist. Rach § 123 kommt es auf diejenige Rechtsnorm an, auf deren Berletung die Revision gestütt wird, nach § 50 dagegen auf diejenige Strafbestim mung, nach welcher das vorliegende Delikt strafbar ist. Ob im einzelnen Falle das Revisionsoder Beschwerdegericht sich mit der Auslegung dieser Strasbestimmung zu beschäftigen hat oder nicht, ist für die Zuständigkeit gleichgültig. Demgemäß ist, sosenne ss sich um ein nach Landesrecht strasbares Delikt handelt, das Kammergericht zuständig, auch wenn die Revision lediglich auf Bersletung einer Bestimmung des allgemeinen Theiles des StBB. (vgl. R.Ger. 20. Jan. 81, Johow II. 197) oder des § 398 der StBD. (vgl. § 380 das.) gestütt wird, oder wenn bei einer Beschwerde nur über eine rein thatsächliche Frage, wie z. B. über das Borhandensein eines Bershaftungsgrundes, zu besinden ist.
- b. Eine Paublung, beren Strafe durch eines ber f. g. Blankett firafgesete (3. B. St&8. § 368 Nr. 8, § 369 Nr. 3) bestimmt wirb, ist, wenn die den Thatbestand normirende Bestimmung eine landesrechtliche ist, im Sinne des § 50 als eine nach Landesrecht strafbare anzusehen: K.Ger. 4. Febr. 84 (Johow IV. 265).
- 11. hat die Untersuchung mehrere Delifte jum Gegenstande, so ift die Zuständigkeit des Rammergerichts im gangen Umfange ber Sache begründet, sofern auch nur eines der Delifte nach Landesrecht strafbar ist; denn auch in diesem Falle ift die Boraussehung des § 50 Rr. 2 sowohl nach dem Bortlaut der Bestimmung wie auch nach der ratio legis vorhanden. Dies muß selbst dann gelten, wenn die Entscheidung (Urtheil, Beschluß) der Straffammer nur zum Theil und zwar nur in Betreff eines nach Reichbracht strafbaren Delistes angesochten ist; benn in § 50 wird die Zuständigkeit nicht nach dem Gegenstande des Rechtsmittels, sondern nach dem Gegenstande der Untersuchung geregelt; vgl. Note 10a (Schluß).
- 12. Nicht so unbebenklich liegt bie Zuständigkeitsfrage in dem Falle, wenn über bie ftraf= rechtliche Qualifizirung ber That eine Meinungsverschiebenheit möglich ist und von ber einen Seite eine landesrechtliche, von ber anderen eine reichsrechtliche Strafbestimmung für anwenbbar erachtet wird. Es kann sich 3. B. fragen, ob die That einen nach dem preuß. Geset v. 15. April 1878 ftraibaren Forstbiebstahl ober einen nach § 242 bes SiBB, ftrafbaren gemeinen Diebstahl barftelle, und es fann bieruber eine Meinungsverschiebenbeit besteben zwischen bem Urtheil ber erften Inftanz und bem ber Berufungsinstanz ober zwischen biefen Urtheilen einerseits und bem bas Sauptverfahren eröffnenben Beichluffe (StBD. § 201) anbererfeits, ober es tann, mabrenb alle Enticheibungen in ber Qualifigirung ber That übereinstimmen, bie Revision gerabe auf bie Behauptung gestütt sein, daß die That anders, als geschehen, qualifizirt werden musse. Es bürfte bas Richtige und bem Gebanten bes Gefetes am meiften Entsprechenbe fein, bie Buftanbigfeit bes Rammergerichts bann als begrunbet anzusehen, wenn bie Anwenbbarkeit einer landesrechtlichen Strafbestimmung entweber in ber angefochtenen Enticheibung angenommen ift ober im Bege bes vorliegenden Rechtsmittels behauptet wird. hiermit ftimmt ein Urth. bes R.Ger. vom 3. Jan. 81 (Johom II. 198) insofern überein, als baffelbe bie Buftanbigkeit bes örtlichen Oberlanbesgerichts baburch allein nicht für ausgeschlossen erachtet, daß in dem Urtheil er fter Instanz ein Landesftrafgefet zur Anwendung gebracht war. Uebrigens wird jedes Oberlandesgericht, welchem eine Revifions: ober Beschwerbesache vorliegt, sich gemäß 8 388 ber StBD. auch bann für unzustänbig zu erklären haben, wenn es bei ber ihm obliegenben Prüfung ber Sache zu der Ansicht gelangt, baß eine landesrechtliche Strafbestimmung Anwendung finden muffe.

Qu 21bi. 2.

Digitized by GOOGLE

^{13.} Daß in Abs. 2 nur von ben Beschwerbesachen bie Rebe ift, hat seinen Grund barin, bag für bie Revision fachen icon § 388 ber StBD. Die erforderliche Bestimmung enthält: biefer §

§. 10.

Die allgemeinen, sowie die in den §§. 126, 132, 133, 134, 137, 139, 140, 183 Abs. 1 enthaltenen besonderen Borschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes sinden auf die obersten Landesgerichte als Behörden der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

(Entm. \$ 9.)

§. 11.

Die landesgesetlichen Bestimmungen, durch welche die strafrechtliche ober civilrechtliche Verfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung ober in Beranlassung der Ausübung ihres Amts vorgenommenen Handlungen an besondere Voraussetzungen gebunden ist, treten außer Kraft.

Unberührt bleiben bie landesgesetzlichen Vorschriften, burch welche bie Bersfolgung ber Beamten entweber im Falle bes Verlangens einer vorgesetzten Behörbe ober unbedingt an die Vorentscheidung einer besonderen Behörde gebunden ift, mit ber Makaabe:

- 1. daß die Vorentscheidung auf die Feststellung beschränkt ist, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbesugnisse oder der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht habe;
- 2. baß in ben Bunbesstaaten, in welchen ein oberster Berwaltungsgerichtshof besteht, die Borentscheibung biesem, in ben anderen Bunbesstaaten bem Reichse gerichte zusteht.

(Entm.: EG. jur St#0. \$ 6 Mr. 2)

findet in gleicher Beise, wie auf bas Berhältniß bes Reichsgerichts zu ben Oberlandesgerichten, auch auf basjenige bes Kammergerichts zu ben übrigen preußischen Oberlandesgerichten Anwendung. Bgl. die Noten bas.

B. Sanern.

14. Das Ausf. Gef. 3. GBG. v. 23. Febr. 1879 (JBBI. S. 89) bestimmt in Art. 41: "Das Oberlandesgericht in München ist ausschließlich zuständig für die Verhandlung und Entscheidung ber zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehörenden Revisionen und Beschwerben in Strassachen."

(§ 10.) Au § 11.

- 1. Ter § behandelt die staatsrechtliche Frage: ob die strafrechtliche ober civilrechtliche Bersfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung 2c. ihres Amtes vorgenommenen handlungen an besondere Boraussetzungen gebunden werden durse. Nach dem Entw. d. E. 3. StBO. § 6 sollten alle hierauf bezüglichen landesrechtlichen Bestimmungen in Krast bleiben, wogegen die RIK. dieselben gänzlich beseitigen wollte. Der Reichstag trat in zweiter Lesung dem Beschlusse der KiK. dei; indeß wurde in Folge der s. g. Kompromisverhandlungen in dritter Lesung der § in seiner jetzigen Fassung angenommen (Sten. Ber. S. 851, 862, 870, 878—880, 925—936).
- 2. Bestimmungen bes in § 11 gebachten Inhalts sind von ber Reichsgesetzgebung nur in wenigen Bundesstaaten vorgesunden worden. In Bayern, Baben, Bessen und Essakelothringen bestand in mehr oder minder modifizirter Gestalt die aus bem französischen Recht stammende Einzichtung, nach welcher die Berfolgung öffentlicher Beamten wegen amtlicher Handlungen erst einztreten durfte, nachdem sie seiner bestimmten oberen Staatsbehörde für statthaft erklärt worden war; hier war die Berfolgung an die Borentschung der ebengedachten Behörde un bed in gt gebunden. In Preußen durfte nach dem Gesetz v. 13. Febr. 1854 (GS. S. 86) die dem betr. Beamten vorgesetzte Zentral- oder Provinzialbehörde, wenn sie die begonnene gerichtliche Verfolgung

für ungerechtfertigt erachtete, gegen bieselbe ben s. g. Konstilt erheben, und zwar mit ber Birkung, baß alsbann eine besondere Behörde (früher ber Kompetenzgerichtshof) über die Zulässigseit der Bersolgung zu entscheiden hatte; hier also war die Bersolgung im Falle des Berlangens einer vorgesetzten Behörde an die Borentscheidung gebunden. — Diese Einrichtungen nun sind, wenns gleich der Abs. 1 des § 11 im Grundsat die Ausbedung der betr. Bestimmungen ausspricht, doch vermöge der Ausnahmevorschrift des Abs. 2 in Wahrheit nicht beseitigt, sondern nur den in letzterem Absat vorgesehenen Modifikationen unterworsen worden.

- 3. Abs. 2 hat nur die schon am 1. Oft. 1879 in Kraft gewesenen landesgesetzlichen Borsichriften im Auge; gegenwärtig dürsen solche Borschriften nicht mehr neu eingeführt werden, selbst nicht mit den in Abs. 2 bestimmten Maßgaben. Diejenigen Bundesstaaten, in welchen solche Borschriften am 1. Oft. 1879 bestanden, dürsen dieselben zwar (unter Festhaltung der gedachten Maßzgaben) jederzeit ändern, nicht aber deren Auwendbarkeit erweitern, also z. B. die letztere nicht auf solche Beamtenklassen erstrecken, sur welche jene Borschriften disher nicht gegeben waren. Zu erwähnen ist, daß in der Zeit zwischen der Erlassung und dem Inkrasttreten des GBG. die Groß, berzogthümer Medlenburg-Schwerin und Medlenburg-Strelit durch zwei im Wesentlichen gleichs lautende Berordnungen v. 5. Mai 1879 (Reg.-Bl. v. Schwerin S. 101, Ossid. Anz. v. Strelit S. 137) gesehliche Borschriften des in § 11 bezeichneten Inhalts erlassen nach § 2 dieser beiden Berordnungen ist die gerichtliche Bersolgung an die Borentscheidung gebunden, salls die Erlassung einer solchen von der Staatsregierung verlangt wird.
- 4. a. Die landesgesetlichen Borichriften tonnen nur auf Lanbes beamte Anwendung finden. hinfichtlich ber Reichs beamten fagt § 13 bes Reichsbeamten=Ges. v. 31. Marz 1873 (RGBI. S. 63): "Jeder Reichsbeamte ift für die Gesetymäßigkeit seiner amtlichen handlungen verantwortlich." Bgl. preuß. OBGer. 24. Jan. 85 (Entsch. bess. XI. 403).
- b. Bon ben Reichsbeamten abgesehen, bestimmt sich ber Begriff ber "öffentlich en Beamten" nach ben Landesgesehen. Die letteren sind auch hinsichtlich ber Frage maßgebend: ob Beamte, welche bereits aus bem Dienste ausgeschieden sind, in Ansehung ber vor bem Ausschein vorgenommenen handlungen ben aktiven Beamten gleichzustellen seien.
- 5. a. Gegenstand ber Borentscheidung ift lediglich die Zeststellung: ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse bezw. der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht habe. It dies zu bejahen, so darf die gerichtliche Berfolgung nicht gehindert werden. In dieser hinsicht hat insbes. der Rechtszustand in Preußen eine Berzänderung ersahren, insofern nämlich nach § 1 des Ges. v. 13. Febr. 1854 die Borentscheidung auch darüber zu erlassen war, ob eine "zur gerichtlichen Berfolgung geeignete" Ueberschreitung der Amtsbesugnisse zu. vorliege. In Betress der die Schulzucht behandelnden preuß Kab.-D. v. 14. Mai 1825 (GS. S. 149) vgl. RGer. II. 18. Dez. 83 (Rspr. V. 794), preuß. DBGer. 18. Nov. 82 (Entsch. bess. IX. 435).
- b. Wie ber Ausbrud "ich ulbig" erkennen läßt, hanbelt es fich bei ber Borentscheibung nicht lebiglich um bie Feststellung bes objektiven Borhanbenseins einer Ueberschreitung zc., vielmehr um bie Enticheibung einer Schulbfrage, also ber Frage: ob bem Beamten ein amtliches Berschulben jur Laft salle. Diese Frage ist in ihrem ganzen Umfange, also auch nach ber Seite bes subjektiven Thatbestanbes hin, zu beurtheilen, so bag unter Umftänden auch ein bei bem Beamten vorbanden gewesener Irrthum zu ihrer Berneinung führen kann. Bgl. preuß. DBGer. 15. Febr. 82 (Entsch. defl. VIII. 417).
- c. Hanbelt es sich um eine Ueberschreitung ber Amtsbefugnisse, so ist nicht etwa blos barüber zu entschien: ob ber Beamte etwas gethan habe, was überhaupt (in abstracto) außerhalb seiner Amtsbesugnisse liegt, sonbern auch barüber: ob er biejenigen Amtsbesugnisse überschritten habe, welche er im vorliegenden Falle (in concreto) auszuüben hatte. Sobald auch nur letteres geschehen, ist die Bersolgung statthaft; vgl. die Ausführungen des Abg. Miquél im Reichstage (Sten. Ber. S. 925). Gl. A. Struckmann und Koch S. 1122. Uedrigens schließt die den Gegenstand der Borentscheidung bilbende Frage mit Nothwendigkeit die andere Frage ein:

ξ.

Die allgemeinen, sowie die in ben ? 183 Abs. 1 enthaltenen besonderen Borid auf die obersten Landesgerichte als Behöre entsprechende Anwendung.

(Cutm. § 9.)

Die landesgesetlichen Bestimmun rechtliche Verfolgung öffentlicher Becanlaffung ber Ausübung ihres Am Boraussetzungen gebunden ift, trete

Unberührt bleiben bie landes folgung ber Beamten entweder im ober unbedingt an die Vorentsche: ber Maßgabe:

- 1. daß die Borentscheibung fich einer Ueberschreitung ihm obliegenden Amtsb
- 2. daß in den Bundesstatbesteht, die Vorentschei gerichte zusteht. (Entm.: Co. jur stpo.

finbet in gleicher Beise, wie auch auf basjenige bes Ramm Bgl. bie Noten bas.

14. Das Ausf.=Gef. 3. "Das Oberland Enticheibung ? Beschwerben :

1. Eer & behandelt folgung öffentlicher Bann an besondere Borausla follten alle hieraus bes bieselben gänzlich bese bei; indeß wurde in jehigen Fassung ansen

2. Bestimmunge wenigen Bunbesftan bestanb in mehr ob

te anhängigen Sachen geben in ber prozessualischen Lage, in welcher auf das Reichsgericht über.

§. 15.

Werliche Verordnung kann auf Antrag eines Bundesstaates und mit Bundesraths die Verhandlung und Entscheidung berjenigen Sachen, wießherigen Prozeßgesehen von dem obersten Landesgerichte zu erzwären, dem Reichsgerichte zugewiesen werden.

§. 16.

Trlebigung ber nach Borschrift bes vorstehenben Paragraphen bem zugewiesenen Sachen können mit Zustimmung bes Bunbesraths burch verordnung bei bem Reichsgerichte Hülfssenate eingerichtet werben.

uchstanzler bestimmt die Zusammensehung ber Hulfssenate und die Ber-

er Wahrnehmung ber richterlichen Geschäfte in ben Hülfssenaten können voer bes Reichsgerichts und Mitglieber ber früheren obersten Gerichte berlandesgerichte beauftragt werben.

Anordnung ist für ein nicht zum Reichsgerichte gehörendes Mitglieb bis itpunkte unwiderruflich, in welchem die Wahrnehmung seiner Thätigkeit alfssenate nicht mehr erforderlich ist.

§. 17.

Antrag eines Bundesstaates und mit Zustimmung des Bundesraths kann afferliche Berordnung die Verhandlung und Entscheidung der im §. 17 besperfassungsgesetztes bezeichneten Streitigkeiten dem Reichsgerichte zugewiesen

ür diejenigen Bundesstaaten, in denen die im §. 17 des Gerichtsverfassungsbezeichneten Behörden bestehen und nach Maßgabe der Borschriften im Nr. 1—4 einer Beränderung ihrer Sinrichtung und des Bersahrens bedürfen, die Beränderung, sosern sie nicht bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes landestich getroffen ist, durch landesherrliche Berordnung eingeführt werden.

§. 18.

Die am Tage des Inkrafttretens des Gerichtsverfassungsgesetzes bei den Landesten anhängigen Sachen können den ordentlichen Landesgerichten ohne Rücksicht

3u § 16.

urch Raiferl. Berordnung v. 27. Sept. 1879 (RGBl. S. 299) bei bem Reichsgericht Hulfssenate bestehen nicht mehr.

Bu § 17.

lestimmungen bes Abs. 1 ergänzt biejenige bes § 17 bes GBG. — Eine Kaiserliche 3 bes hier bezeichneten Juhalts ist für Bremen unterm 26. Sept. 1879 ergangen 98.)

if. 2 vgl. für Preußen die Bon. v. 1. Aug. 1879 (GS. S. 573.)

(\$\$ 18-22.)

auf die im Gerichtsverfassungsgesetze bestimmten Grenzen der Zuständigkeit durch bie Landesgesetzung zugewiesen werden.

(Cutm. § 13.)

§. 19.

Die Mitglieber bes Reichs-Oberhandelsgerichts werden durch Kaiferliche Berfügung mit Beibehaltung ihrer Besoldung entweder bei dem Reichsgerichte angestellt ober in den Ruhestand versetzt.

(Cuimarf § 14.)

§. 20.

Bei ber ersten Einrichtung ber Landgerichte, ber Oberlandesgerichte und ber bei einem Amtsgerichte gebildeten Straftammern und während der Dauer des ersten Geschäftsjahres erfolgen die Geschäftsvertheilung und die Bestimmung der Mitglieder der Kammern und Senate sowie der regelmäßigen Vertreter der Mitglieder durch die Landesjustizverwaltung.

Bei ber ersten Sinrichtung bes Reichsgerichts und während ber Dauer bes ersten Geschäftsjahres erfolgen bie Geschäftsvertheilung und die Bestimmung der Ritglieber ber Senate sowie ber regelmäßigen Vertreter berselben durch ben Reichskanaler.

(Cutw. § -.)

§. 21.

Innerhalb zwei Jahren nach bem Inkrafttreten bes Gerichtsverkassungsgesetes kann die Landesjustizverwaltung bei nothwendiger Einziehung von Richterstellen die unfreiwillige Versetung eines Richters an ein anderes Gericht von gleicher Ordnung unter Belassung des vollen Gehalts und Erstattung der Umzugskosten verfügen.

(Entw. § --.)

§. 22.

Die Bestimmungen bes §. 2 bes Gerichtsverfassungsgesetzes über bie Fähigkeit zum Richteramte sinden auf diejenigen, welche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes die erste Prüfung in einem Bundesstaate zurückgelegt haben, nur insoweit Anwendung, als nicht in dem Bundesstaate abweichende Vorschriften bestehen.

Der für ben Borbereitungsbienst vorgeschriebene Zeitraum kann für die ersten vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in den einzelnen Bundesstaaten bis auf zwei Jahre abgekürzt werden.

(Cutm. § -..)

II. Gerichtsverfaffungsgefes.

Bom 27. Januar 1877.

(RGBI. 1877 Nr. 4 S. 41 ff.)

Erster Titel.

Richteramt.

§. 1.

Die richterliche Gewalt wird burch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfene Gerichte ausgeübt.

(Catu. § -.)

§. 2.

Die Fähigkeit zum Richteramte wird burch die Ablegung zweier Prufungen erlangt.

Der ersten Prüfung muß ein breijähriges Studium der Rechtswissenschaft auf einer Universität vorangehen. Bon dem breijährigen Zeitraume sind mindestens deit Halbjahre dem Studium auf einer deutschen Universität zu widmen.

Zwischen ber ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von brei Jahren liegen, welcher im Dienste bei ben Gerichten und bei ben Rechtsanwälten zu verswenden ift, auch zum Theil bei ber Staatsanwaltschaft verwendet werden kann.

In den einzelnen Bundesstaaten kann bestimmt werden, daß der für das Universitätsstudium oder für den Vorbereitungsdienst bezeichnete Zeitraum verlängert wird, oder daß ein Theil des letzteren Zeitraums, jedoch höchstens ein Jahr, im Dienste bei Verwaltungsbehörden zu verwenden ist oder verwendet werden darf.

(Cata. § -.) §. 3.

Wer in einem Bundesstaate die erste Prüfung bestanden hat, kann in jedem anderen Bundesstaate zur Vorbereitung für den Justizdienst und zur zweiten Prüfung zugelassen werden.

Die in einem Bundesstaate auf die Vorbereitung verwendete Zeit kann in jedem anderen Bundesstaate angerechnet werden.

(Cutm. §---.)

§. 4.

Zum Richteramte befähigt ift ferner jeber orbentliche öffentliche Lehrer bes Rechts an einer beutschen Universität.

(Catu. § -.)

Bum erften Titel.

1. Bgl. GG. 3. GBG. § 2 Note 3 u. 5 a.

(88 1-4.)

§. 5.

Wer in einem Bundesstaate bie Fähigkeit jum Richteramte erlangt hat, ift, soweit bieses Geset keine Ausnahme bestimmt, zu jedem Richteramte innerhalb bes Deutschen Reichs befähigt.

(Entm. § -.)

§. 6.

Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit.

(Eutw. § -.)

§. 7.

Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Gigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gebühren.

(Entw. § -.)

§. 8.

Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheibung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amts enthoben oder an eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden.

Die vorläufige Amtsenthebung, welche fraft Gesetzes eintritt, wird hierburch nicht berührt.

Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entsernungen vom Amte unter Belassung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung versfügt werden.

(Entm. § --.)

§. 9.

Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche ber Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegelb oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht auszgeschlossen werden.

(Entw. § —).

§. 10.

Die landesgesetlichen Bestimmungen über die Befähigung zur zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bleiben unberührt.

(Entm. § -.)

Zu § 5.

1. In Betrefi ber vormaligen rheinpreußischen Friebensrichter vgl. Ret. I. 27. Nov. 84 (Entid. XI. 272.)

(§ 6.)

Zu § 7.

1. Der § bezieht fich nur auf ftanbige Richter und ferner nur auf folche Gebühren, bie von ben Parteien gezahlt werben: Rer. III. 13. Nov. 80 (Entich. III. 231, Ripr. II. 508).

(§§ 8. 9.)

Au § 10.

1. Die hier gebachten lanbesgesehlichen Bestimmungen bleiben unberührt, jedoch nur insoweit, als sie nicht ben bezüglichen Borschriften bes GBG. (§§ 69, 122, 134) wibersprechen. — Für Preußen s. Auss.: Gel. v. 24. Apr. 1878 §§ 2—5, 38, 48.

2. Bgl. bie Noten gu § 69.

§. 11.

Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden die Bestimmungen ber §§. 2-9 feine Anwendung.

(Eutw. § -.)

3weiter Titel.

Berichtsbarkeit.

(§ 11.)

Bum Zweiten Titel.

- 1. Dit ber Ginfuhrung ber Reichsjuftigefete hat fich ein bebeutenber Schritt in ber Fortentwidelung nicht blos bes Brogefrechts, fonbern auch bes Reichsftaatsrechts vollzogen: es ift burch biefe Gefete nicht nur ein einheitliches Prozegrecht fur bas ganze Reich geschaffen, sonbern auch bie Ausübung ber orbentlichen fireitigen Gerichtsbarkeit (EG. § 2 Note 2) in ber Art geregelt, bag nunmehr bas gange Reichsgebiet in fast allen progefrechtlichen Begiebungen wie bas Gebiet eines Staates behandelt mirb. Diefe Beranderung bes fruberen Rechtszustanbes tommt, was bie Strafgerichtsbarfeit betrifft, in zweisacher Richtung zur Erscheinung. Erstens nämlich ift bie ben einzelnen Bunbesftaaten zustehenbe Strafgemalt neu geordnet und begrenzt worben, und insbej. ift, unter Ginichrantung berfelben, die burch Art. 75 ber Reichsverfassung bem Reiche felbit vorbehaltene Strafgewalt ins Leben gerufen. Zweitens aber hat bas Reich in ben neu eingesetten Reichsjustizbehörben (Rote 14) eigene Organe ber Strafgerichtsbarkeit erhalten, auf welche ein großer Theil berjenigen Funktionen übergegangen ift, bie zuvor von ben obersten Lanbesjustizbehörden wahrzunehmen waren. — Außerdem hat die Einführung der reichsgesehlich vorgeschriebenen Gerichtsverfassung für eine Anzahl Bundesstaaten die Nothwendiakeit herbeigesührt, sich mit einem ober mehreren anderen Bunbesftaaten jur Ginfebung gemiffer gemeinfamer ganbes juftigbeborben gu verbinden (Rote 16).
 - I. Die Strafgemalt bes Reichs und ber Bunbesftaaten.
 - A. Das Strafperfolgungerecht.
 - AA. Das Strafverfolgungsrecht bes Reichs im Berhaltnif zu bemjenigen ber Bunbefftaaten.
- 2. In ben Fällen bes Hochverraths und bes Lanbesverraths, insofern biese Berbrechen gegen ben Kaiser ober bas Reich gerichtet sind, steht die Strafversolgung nur bem Reiche zu; eine Strafgewalt ber einzelnen Bundesstaaten besteht in Ansehung der gedachten Straffälle nicht mehr (§ 136 Rr. 1). In Betreff der Erstreckung der Strafgewalt des Reichs auf andere als die vorstehend bezeichneten Straffälle s. § 136 Note 4. In Straffachen, die an sich nicht zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, aber mit einer reichsgerichtlichen Sache im Zussammenhang stehen, erlischt die Strafgewalt des betr. Bundesstaats, wenn und sobald dieselben bei dem Reichsgericht anhängig geworden sind, vorbehaltlich des Wiederauflebens im Falle einer späteren Trennung der Sachen.
- 3. Die Behörben und Beamten ber Bundesstaaten find, soweit ersorberlich, zu Organen ber Reichs-Strafgewalt bestellt; bas Rähere s. § 136 Note 7. b, § 147 Abs. 2, StBO. § 184 Abs. 2. Die allgemeine Pflicht ber Gerichte, bem Reichsgericht Rechtshülfe zu leisten (GBG. § 157), wird biese besonderen Bestimmungen nicht berührt.
- 4. In Betreff ber bem Reiche zustehenben Konsulargerichtsbarkeit s. Ges. v. 10. Juli 1879 (unten in Abth. III.), in Betreff ber Gerichtsbarkeit in ben beutschen Schungebieten: Gei. v. 17. Apr. 1886 (NGBI. S. 75), Ges. v. 7. Juli 1887 (NGBI. S. 307), Kais. Bbn. v. 5. Juni 1886 (NGBI. S. 187) u. v. 13. Sept. 1886 (NGBI. S. 291).

Gerichts, wenn bie mehreren in Betracht kommenden Gerichte verschiedenen Oberlandesgerichtsbezirken angehören, immer nur durch das Reichsgericht, nicht durch das in § 9 gedachte Oberlandeszgericht (vol. noch § 8 Rote 1) erfolgen. b) Die auf den Antrag des Berletten zu erlassende Entscheidung über die Erhebung der öffentlichen Klage (StBO. §§ 170 ff.) steht nur bemjenigen Oberlandesgericht zu, zu bessen Bezirk die betheiligte Staatsanwallschaft gehört. c) Die
in § 160 des GBG. bezeichnete, die Recht khulfe betreffende Entscheidung verbleibt dem dort gebachten Oberlandesgericht, da es sich bei ihr nicht nur eine prozessulische Beschwerbe, wie sie § 9
voraussetzt, handelt. Gl. A. Keller S. 253. Kanser S. 17.

3. Die Bestimmung bes § 9 hat nur fur Preußen (mit Balbed: R.Ger. 13. Juni 81, Johow III. 234) und für Bayern Bebeutung, ba biese beiben Bunbesstaaten bie einzigen finb, in benen mehrere Oberlanbesgerichte bestehen.

A. Breußen.'

- 4. Das Ausj.:Gef. 3. GBG. v. 24. April 1878 (GS. S. 230) bestimmt in § 50:
 - "Das Oberlanbesgericht in Berlin ift ausschlieflich zuständig für bie Berhandlung und Entscheidung:
 - 1) über bie nicht jur Buftanbigfeit bes Reichstgerichts geborenben Revisionen gegen Urtheile ber Straffammern in erfter Inftang;
 - 2) über bie Revisionen gegen Urtheile ber Straftammern in ber Berufungsinftang und über alle Beschwerben gegen Entscheibungen ber Straftammern, sofern eine nach Lanbesrecht strafbare handlung ben Gegenstand ber Untersuchung bilbet.

In ben unter Rr. 2 bezeichneten Beschwerbesachen findet bei Zweifeln über bie Buftanbigfeit ber S. 388 ber Deutschen Strafprozefordnung entsprechenbe Anwendung."

Mum. gu bem vorftebenben § 50.

- 5. Die preußische Gesetzebung ift bavon ausgegangen, baß ein Bedürsniß zur Konzentrirung ber Rechtsprechung letter Instanz nur hinsichtlich bes Lande & strafrechts bestehe, weil die einheitz liche Anwendung bes Reichsbrechts burch bas Reichsgericht hinreichend gewahrt sei, bessen Rechts sprechung zweisellos auch auf die Entscheidungen ber Oberlandesgerichte zurüdwirsen werde (Mot. S. 16, 64). Demgemäß hat das Gesetz in § 50 nur für gewisse Revisions und Besschwerbesschaft zu Berlin (bem Kammergericht: GBG. § 12 Note 2) eine ausschließliche Zuständigkeit beigelegt, im Uedrigen aber den anderen Oberlandesgerichten ihre reichsgesetzlich (GBG. § 123 Nr. 2, 3, 5) bestimmte Zuständigkeit für Strafsachen belassen.
- 6. "Lanbesrecht" bebeutet lebiglich ben Gegensatzu "Reichbrecht"; es macht also keinen Unterschieb, ob bie in Frage ftehenbe ftrafrechtliche Bestimmung im ganzen Staate ober nur in einem, wenn auch noch so kleinen Theile besselben Geltung hat. Sonach greift 3. B. bie Buftanbigkeit bes Kammergerichts auch bann Plat, wenn es sich um eine lebiglich auf bem linken Rheinsufer geltenbe straftachen, in benen eine nur in einem einzelnen Oberlandesgerichtsbezirk geltenbe Bestimmung in Frage ift, bem betr. Oberlandesgericht zu belassen.

Bu Mr. 1.

7. Ju Nr. 1 vgl. GBG. § 123 Nr. 3. § 136 Nr. 2. — Zur Entscheidung über Revisionen gegen Urtheile ber Straffammern in erster Instanz ift ein anderes Oberlandesgericht als bas Kammergericht niemals zuständig. Es kommen hier überhaupt nur solche Revisionen in Frage, welche ausschließlich auf die Berletung einer landesrechtlichen Norm gestüht sind; benn, sobald die Berletung einer reichsrechtlichen Norm geltend gemacht ift, tritt nach den cit. § bie Zuständigkeit des Reichsgerichts ein; vgl. die Noten zu GBG. § 123 Nr. 3.

Bu Mr. 2.

8. Der Cab: "fofern — bilbet" bezieht fich in gleicher Beife auf bie Revisions wie auf bie Beschwerbesachen. Die von Meves S. 147 ermähnte (von ihm übrigens nicht getheilte) Ansicht, bag für Revisionssachen in allen galen bas Kammergericht zuständig fei, ift irrig.

- 9. "alle Beichmerben" gleichviel, ob bie angesochtene Entscheibung von ber Straftammer in erster Instan, ober in ber Berufungsinftan, ober in ber Beschwerbeinftan, erlaffen ift. Bgl. GBG. § 123 Rr. 5 u. bie Roten bas.
- 10 a. Das Kriterium, nach welchem § 50 Nr. 2 bie Zuständigkeit des Kammergerichts gegen biejenige ber übrigen Oberlandesgerichte abgrenzt, ist ein anderes als dasjenige, nach welchem im GBG. § 123 Nr. 3 die Grenze zwischen ber Zuständigkeit des Reichsgerichts und berjenigen der Oberlandesgerichte bestimmt ist. Nach § 123 kommt es auf diejenige Rechtsnorm an, auf beren Berletzung die Revision gestützt wird, nach § 50 dagegen auf diejenige Strafbestimmung, nach welcher das vorliegende Delikt strafbar ist. Ob im einzelnen Falle das Revisionsoder Beschwerbegericht sich mit der Auslegung dieser Strafbestimmung zu beschäftigen hat oder nicht, ist für die Zuständigkeit gleichgültig. Demgemäß ist, sofern es sich um ein nach Landesrecht strasbares Delikt handelt, das Kammergericht zuständig, auch wenn die Revision lediglich auf Berletung einer Bestimmung des allgemeinen Theiles des StGB. (vgl. R.Get. 20. Jan. 81, Johow II. 197) oder des § 398 der StBD. (vgl. § 380 das.) gestützt wird, oder wenn bei einer Beschwerde nur über eine rein thatsächliche Frage, wie z. B. über das Borhandensein eines Berzhaftungsgrundes, zu besinden ist.
- b. Eine Hanblung, beren Strafe burch eines ber f. g. Blankett firafgesete (3. B. StGB. § 368 Rr. 8, § 369 Rr. 3) bestimmt wirb, ift, wenn bie ben Thatbestecht firasbare anzusehen: K.Ger. 4. Febr. 84 (Johom IV. 265).
- 11. Hat die Untersuchung mehrere Delikte jum Gegenstande, so ist die Zuständigkeit des Rammergerichts im gangen Umfange ber Sache begründet, sosern auch nur eines der Delikte nach Landesrecht strafbar ist; denn auch in diesem Falle ist die Boraussetzung des § 50 Nr. 2 sowohl nach bem Bortlaut der Bestimmung wie auch nach der ratio legis vorhanden. Dies muß selbst dann gelten, wenn die Entscheidung (Urtheil, Beschluß) der Strassammer nur zum Theil und zwar nur in Betreff eines nach Reichstecht strasbaren Deliktes angesochten ist; denn in § 50 wird die Zuständigkeit nicht nach dem Gegenstande des Rechtsmittels, sondern nach dem Gegenstande der Untersuchung geregelt; vgl. Note 10a (Schluß).
- 12. Richt so unbebentlich liegt bie Buftanbigfeitsfrage in bem Falle, wenn über bie ftraf= rechtliche Qualifigirung ber That eine Meinungsverschiebenheit möglich ift und von ber einen Seite eine lanbesrechtliche, von ber anderen eine reichsrechtliche Strafbestimmung für anwendbar erachtet wird. Es tann fich 3. B. fragen, ob die That einen nach bem preuß. Gelet v. 15. April 1878 ftrafbaren Forftbiebstahl ober einen nach § 242 bes SiGB. ftrafbaren gemeinen Diebstahl barftelle, und es fann hieruber eine Meinungsverschiebenheit bestehen amifchen bem Urtheil ber erften Inftang und bem ber Berufungsinstang ober zwischen biesen Urtheilen einerseits und bem bas hauptverfahren eröffnenben Befcluffe (StBD. § 201) anbererfeits, ober es fann, mahrenb alle Entscheibungen in der Qualifizirung der That übereinstimmen, die Revision gerade auf die Behauptung gestütt sein, daß die That anders, als geschehen, qualifizirt werden musse. Es dürfte das Richtige und dem Gedanten des Gefehes am meisten Entsprechende sein, die Zuständigkeit bes Rammergerichts bann als begrunbet anzusehen, wenn bie Anwendbarteit einer lanbebrechtlichen Strafbestimmung entweber in ber angefochtenen Entideibung angenommen ift ober im Bege bes vorliegenben Rechtsmittels behauptet wirb. hiermit ftimmt ein Urth. bes R. Ber. vom 3. Jan. 81 (Johow II. 198) insofern überein, als baffelbe bie Buftanbigfeit bes örtlichen Oberlanbesgerichts baburch allein nicht für ausgeschlossen erachtet, bag in bem Urtheil erfter Instanz ein Lanbesfirafgefet zur Anwendung gebracht war. Uebrigens wird jedes Oberlandesgericht, welchem eine Revifions- ober Befcmerbefache vorliegt, fich gemäß § 388 ber StBD. auch bann für unzuständig ju erklaren haben, wenn es bei ber ihm obliegenben Prufung ber Sache ju ber Anficht gelangt, baß eine lanbesrechtliche Strafbestimmung Anwendung finden muffe.

Bu Abi. 2.

^{13.} Daß in Abs. 2 nur von ben Beschwerbesachen bie Rebe ift, hat seinen Grund barin, baß für bie Revision 8 sachen schon § 388 ber StBD. Die ersorberliche Bestimmung enthält: biefer §

§. 10.

Die allgemeinen, sowie die in den §§. 126, 132, 133, 134, 137, 139, 140, 183 Abs. 1 enthaltenen besonderen Vorschriften des Gerichtsversassungsgesetzes finden auf die obersten Landesgerichte als Behörden der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

(Cutm. § 9.)

§. 11.

Die landesgesehlichen Bestimmungen, durch welche die strafrechtliche ober civilrechtliche Verfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung oder in Beranlassung ber Ausübung ihres Amts vorgenommenen Handlungen an besondere Voraussetzungen gebunden ist, treten außer Kraft.

Unberührt bleiben bie landesgesetzlichen Vorschriften, burch welche die Versfolgung ber Beamten entweder im Falle bes Verlangens einer vorgesetzten Behörde ober unbedingt an die Vorentscheidung einer besonderen Behörde gebunden ift, mit ber Maßgabe:

1. daß die Borentscheidung auf die Feststellung beschränkt ist, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbesugnisse oder ber Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht habe;

2. baß in ben Bundesftaaten, in welchen ein oberfter Berwaltungsgerichtshof besteht, die Borentscheidung biesem, in den anderen Bundesstaaten dem Reichsegerichte zusteht.

(Eutm.: E6. jur Stpo. § 6 Mr. 2)

finbet in gleicher Beise, wie auf bas Berhältniß bes Reichsgerichts zu ben Oberlanbesgerichten, auch auf basjenige bes Rammergerichts zu ben übrigen preußischen Oberlanbesgerichten Anwendung. Bgl. bie Noten bas.

B. Banern.

14. Das Auss.-Ges. 3. GBG. v. 23. Febr. 1879 (JBBl. S. 89) bestimmt in Art. 41: "Das Oberlandesgericht in München ift ausschließlich zuftändig für die Berhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehörenden Revisionen und Beschwerben in Strafsachen."

(§ 10.) Zu § 11.

- 1. Cer § behandelt die staatsrechtliche Frage: ob die strafrechtliche ober civilrechtliche Bersfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung zc. ihres Amtes vorgenommenen handlungen an besondere Boraussehungen gebunden werden durse. Nach dem Entw. d. EG. 3. StBO. § 6 sollten alle hierauf bezüglichen landesrechtlichen Bestimmungen in Krast bleiben, wogegen die REK. dieselben gänzlich beseitigen wollte. Der Reichstag trat in zweiter Lesung dem Beschlusse der REK. bei; indeß wurde in Folge der s. g. Kompromisverhandlungen in britter Lesung der § in seiner jehigen Fassung angenommen (Sten. Ber. S. 851, 862, 870, 878—880, 925—936).
- 2. Bestimmungen bes in § 11 gebachten Inhalts sind von der Reichsgesetzgebung nur in wenigen Bundesstaaten vorgesunden worden. In Bayern, Baden, hessen und Eljaßelothringen bestand in mehr oder minder modifizirter Gestalt die aus dem französischen Recht stammende Einrichtung, nach welcher die Berfolgung öffentlicher Beamten wegen amtlicher handlungen erst einr treten durfte, nachdem sie seiner bestimmten oberen Staatsbehörde für statthaft erklärt worden war; hier war die Berfolgung an die Borentschung der ebengebachten Behörde un bed in gt gebunden. In Preußen durfte nach dem Geset v. 13. Febr. 1854 (GS. S. 86) die dem betr. Beamten vorgesetzte Zentral oder Provinzialbehörde, wenn sie die begonnene gerichtliche Versolgung

für ungerechtsertigt erachtete, gegen bieselbe ben f. g. Konstitt erheben, und zwar mit ber Birfung, baß alsbann eine besondere Behörde (früher der Kompetenzgerichtshof) über die Zulässigkeit der Berfolgung zu entschieden hatte; hier also war die Berfolgung im Falle des Berlangen & einer vorgesetten Behörde an die Vorentschiung gebunden. — Diese Einrichtungen nun sind, wennzgleich der Abs. 1 des § 11 im Grundsat die Ausbedung der betr. Bestimmungen ausspricht, doch vermöge der Ausnahmevorschrift des Abs. 2 in Wahrheit nicht beseitigt, sondern nur den in letterem Absat vorgesehenen Modisstonen unterworsen worden.

- 3. Abs. 2 hat nur die schon am 1. Oft. 1879 in Kraft gewesenen landesgesehlichen Borschriften im Auge; gegenwärtig durfen solche Borschriften nicht mehr nen eingeführt werden, selbst nicht mit den in Abs. 2 bestimmten Maßgaben. Diejenigen Bundesstaaten, in welchen solche Borschriften am 1. Oft. 1879 bestanden, durfen dieselben zwar (unter Festhaltung der gedachten Maßgaben) jederzeit andern, nicht aber deren Anwendbarkeit erweitern, also z. B. die letzter nicht auf solche Beamtenklassen erstrecken, sur welche jene Borschriften disher nicht gegeben waren. Zu erwähnen ist, daß in der Zeit zwischen der Erlassung und dem Inkrasttreten des GBG. die Groß, berzogthümer Medlendurg-Schwerin und Medlendurg-Strelit durch zwei im Wesentlichen gleichslautende Berordnungen v. 5. Mai 1879 (Reg.-Bl. v. Schwerin S. 101, Ofsiz. Anz. v. Strelit S. 137) gesehliche Borschriften des in § 11 bezeichneten Inhalts erlassen nach § 2 dieser beiden Berordnungen ist die gerichtliche Bersolgung an die Borentscheidung gebunden, falls die Erlassung einer solchen von der Staatsregierung verlangt wird.
- 4. a. Die landesgesehlichen Borschriften tonnen nur auf ganbesbeamte Anwendung finden. hinfichtlich ber Reichsbeamten sagt § 13 des Reichsbeamten-Ges. v. 31. Marz 1873 (RGBl. S. 63): "Zeber Reichsbeamte ift für die Gesehmäßigkeit seiner amtlichen handlungen verantwortlich." Bgl. preuß. DBGer. 24. Jan. 85 (Entsch. bess. XI. 403).
- b. Bon ben Reichsbeamten abgesehen, bestimmt sich ber Begriff ber "öffentlich en Beamten" nach ben Landesgesehen. Die letteren find auch hinsichtlich ber Frage maggebenb: ob Beamte, welche bereits aus bem Dienfte ausgeschieben find, in Ansehung ber vor bem Ausschieben porgenommenen handlungen ben altiven Beamten gleichzustellen seien.
- 5. a. Gegenstand ber Borentscheidung ift lebiglich die Zeststellung: ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbesugnisse bezw. der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht habe. It dies zu bejahen, so darf die gerichtliche Bersolgung nicht gehindert werden. In dieser hinsicht hat insbes. der Rechtszustand in Preußen eine Bersänderung ersahren, insofern nämlich nach § 1 bes Ges. v. 13. Febr. 1854 die Borentscheidung auch darüber zu erlassen war, ob eine "zur gerichtlichen Bersolgung geeignete" Ueberschreitung der Amtsbesugnisse zc. vorliege. In Betress ber die Schulzucht behandelnden preuß Kab.-D. v. 14. Mai 1825 (GS. S. 149) vgl. RGer. II. 18. Dez. 83 (Ripr. V. 794), preuß. DBGer. 18. Nov. 82 (Entsch. bess. IX. 435).
- b. Wie ber Ausbrud "ich ulbig" erkennen läßt, hanbelt es sich bei ber Borentscheibung nicht lebiglich um bie Feststellung bes objektiven Borhanbenseins einer Ueberschreitung 2c., vielmehr um bie Entscheibung einer Schulbfrage, also ber Frage: ob bem Beamten ein amtliches Berschulben jur Laft falle. Diese Frage ist in ihrem ganzen Umfange, also auch nach ber Seite bes subjektiven Thatbestandes hin, zu beurtheilen, so daß unter Umftänden auch ein bei bem Beamten vorshanden gewesener Irrthum zu ihrer Berneinung führen kann. Bgl. preuß. OBGer. 15. Febr. 82 (Entsch. VIII. 417).
- c. hanbelt es sich um eine Ueberschreitung ber Amtsbesugnisse, so ist nicht etwa blos barüber zu entscheiben: ob ber Beamte etwas gethan habe, was überhaupt (in abstracto) außerhalb seiner Amtsbesugnisse liegt, sonbern auch barüber: ob er biejenigen Amtsbesugnisse überschritten habe, welche er im vorliegenden Falle (in concreto) auszuüben hatte. Sobald anch nur letteres geschehen, ist die Berfolgung statthaft; vgl. die Aussichrungen des Abg. Miquél im Reichstage (Sten. Ber. S. 925). Gl. A. Strudmann und Koch S. 1122. Uebrigens schließt die den Gegenstand der Borentscheidung bilbende Frage mit Nothwendigkeit die andere Frage ein:

§. 12.

Die für Elfaß-Lothringen geltenben Bestimmungen über bie Gerichtsfprache werben burch bie Vorschrift bes §. 186 bes Gerichtsverfassungsgesetzes nicht berührt.

(Entw. § —.) §. 13.

Die Bestimmungen über bas Richteramt im §. 8 bes Gerichtsverfassungsgesetzes treten in benjenigen Staaten, in welchen Borschriften für die richterliche Entscheidung über die Enthebung eines Richters vom Amte ober über die Bersetzung eines Richters an eine andere Stelle ober in Ruhestand nicht bestehen, nur gleichzeitig mit der landesgesetzlichen Regelung der Disziplinarverhältnisse der Richter in Wirksamkeit.

(Entw. § —.)

§. 14.

Die am Tage bes Inkrafttretens bes Gerichtsverfaffungsgesetzes bei bem Reichs.

- ob bie betr. Sanblung überhaupt als eine amtlich vorgenommene anzusehen fei; baber tann ber Umftanb, bag bas Gericht bies verneint, weber bie Erlassung ber Vorentscheibung ausschließen, noch an ber Birtung ber letteren (Note 6) etwas anbern.
- 6. Eine bie Schulbfrage verneinenbe Borentscheibung ift für bas Gericht binbenb; fie hat bie Birkung, baß (nicht blos eine Berurtheilung, sonbern) jebe weitere Berfolgung bes Beamten in Unsehung ber betr. hanblung unzulässig wird; bas Geset will ben Beamten nicht blos gegen eine ungerechtsertigte Berurtheilung, sonbern auch gegen bie Beiterungen eines mit Unrecht herbeigeführten Berfahrens schüten. Eine die Schulbfrage bejahen de Borentscheibung bagegen hat keine weitere Birkung als die: baß die gerichtliche Berfolgung beginnen bezw. ihren Fortgang nehmen barf; für die Entscheibung des Gerichts und für die Bertheibigung des Beschulbigten ist sie in keiner Beise präjubizirlich. Dasselbe gilt von einer Borentschung, welche ausspricht, daß die jragliche handlung keine amtlich vorgenommene sei.
- 7. Das Reichsgericht ift nur subsibiar zur Erlassung ber Borentscheidung berusen, b. h. nur für ben Fall, daß in dem betr. Bundesstaate ein oberster Berwaltungsgerichtshof nicht besteht. Hieraus solgt, daß, wenn ein solcher demnächt errichtet wird, die Zuständigkeit des Reichsgerichts zur Erlassung ber Borentscheidung auf ihn übergeht. Dies ist indeß streitig; vgl. Struckmann u. Koch S. 1122 und die bort angeführte Literatur. In Uebereinstimmung mit der diesseits vertretenen Unsicht ist in den oben (Note 3) cit. Medlenburgischen Bbn. § 3 bestimmt: "Die Borzentscheidung ersolgt, so lange ein oberster Berwaltungsgerichtshof für Unsere Lande nicht besteht, durch das Reichsgericht." Die Streitsrage hat übrigens eine Bedeutung nur noch für Medlenburg und Elsaßelchtringen, da in den übrigen oben (Note 2) genannten Staaten schon am 1. Oft. 1879 oberste Berwaltungsgerichshöse bestanden haben.
- 8. Das Verfahren ber zur Vorentscheibung berufenen Behörbe ift reichsgesetslich nicht geregelt. Für das Reichsgericht (Note 7) fehlt es somit überhaupt an bezüglichen Borschriften, und es ist die Sinrichtung des Berfahrens dem Ermessen des Reichsgerichts überlassen. Das Berfahren der Verwaltungsgerichtshöfe ist Gegenstand landesgesehlicher Regelung. Die Ansicht daß dieses Berfahren nur ebendasselse sein könne, welches vor dem betr. Berwaltungsgerichtshose in Berwaltungsfreitsachen Plat greise, erscheint nicht berechtigt; vgl. jedoch über die bestehende Meinungsverschiedenheit: Strudmann und Koch S. 1129. In Preußen ist das Bersahren des Oberverwaltungsgerichts nunmehr durch § 114 des Ges. iber die allg. Landesverwaltung v. 30. Juli 1883 (GS. S. 195) bestimmt.

(§§ 12. 13.) Zu §§ 14—22.

1. Diefe SS enthalten hauptfächlich Uebergangsbestimm ungen. Gine Ausnahme macht § 17. (§\$ 14. 15.)

Oberhandelsgerichte anhängigen Sachen geben in der prozessualischen Lage, in welcher sie sich befinden, auf das Reichsgericht über.

(Entw. § 10.)

§. 15.

Durch Kaiserliche Verordnung kann auf Antrag eines Bundesstaates und mit Zustimmung des Bundesraths die Verhandlung und Entscheidung derzenigen Sachen, welche nach den bisherigen Prozestgesehen von dem obersten Landesgerichte zu erzledigen gewesen wären, dem Reichsgerichte zugewiesen werden.

(Entw. § 11.)

§. 16.

Behufs Erlebigung ber nach Vorschrift bes vorstehenden Paragraphen bem Reichsgerichte zugewiesenen Sachen können mit Zustimmung des Bundesraths burch Kaiferliche Berordnung bei dem Reichsgerichte Hülfssenate eingerichtet werden.

Der Reichskanzler bestimmt die Zusammensetzung ber Hulfssenate und die Ber: theilung ber Geschäfte berselben.

Mit der Wahrnehmung der richterlichen Geschäfte in den Hülfssenaten können nur Mitglieder des Reichsgerichts und Mitglieder der früheren obersten Gerichte oder der Oberlandesgerichte beauftragt werden.

Die Anordnung ist für ein nicht jum Reichsgerichte gehörenbes Mitglieb bis zu bem Zeitpunkte unwiderruflich, in welchem die Wahrnehmung seiner Thätigkeit in dem Hulfssenate nicht mehr erforderlich ist.

(Entm. § 12.)

§. 17.

Auf Antrag eines Bundesstaates und mit Zustimmung bes Bundesraths kann burch Kaiserliche Verordnung die Verhandlung und Entscheidung der im §. 17 bes Gerichtsversassungsgesetzes bezeichneten Streitigkeiten dem Reichsgerichte zugewiesen werden.

Für diejenigen Bundesstaaten, in benen die im §. 17 des Gerichtsverfassungszesess bezeichneten Behörden bestehen und nach Maßgabe der Vorschriften im §. 17 Nr. 1—4 einer Beränderung ihrer Einrichtung und des Verfahrens bedürfen, kann die Veränderung, sofern sie nicht bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes landeszesesslich getrossen ist, durch landesherrliche Verordnung eingeführt werden.

(Entm. \$ --.)

§. 18.

Die am Tage bes Inkrafttretens bes Gerichtsverfassungsgesetzes bei ben Lanbesgerichten anhängigen Sachen können ben orbentlichen Lanbesgerichten ohne Rücksicht

3u § 16.

Bu § 17.

^{1.} Die burch Raiferl. Berordnung v. 27. Sept. 1879 (RGBI. S. 299) bei bem Reichsgericht eingerichteten Sulfssenate bestehen nicht mehr.

^{1.} Die Bestimmungen bes Ubs. 1 erganzt biejenige bes § 17 bes GBG. — Gine Raiserliche Berordnung bes hier bezeichneten Inhalts ift für Bremen unterm 26. Sept. 1879 ergangen (RGBI. S. 298.)

^{2. 3}u Abf. 2 vgl. für Preußen bie Bbn. v. 1. Aug. 1879 (96. 6. 573.)

auf die im Gerichtsverfassungsgesetze bestimmten Grenzen ber Zuständigkeit burch bie Landesgesetzgebung zugewiesen werden.

(Cutu. § 13.)

§. 19.

Die Mitglieber bes Reichs-Oberhandelsgerichts werden durch Kaiserliche Berfügung mit Beibehaltung ihrer Besoldung entweder bei dem Reichsgerichte angestellt
ober in den Rubestand versett.

(Cuimarf § 14.)

§. 20.

Bei ber ersten Sinrichtung ber Landgerichte, ber Oberlandesgerichte und ber bei einem Amtsgerichte gebildeten Straftammern und während der Dauer des ersten Geschäftsjahres erfolgen die Geschäftsvertheilung und die Bestimmung der Mitglieder der Rammern und Senate sowie der regelmäßigen Vertreter der Mitglieder durch die Landesjustizverwaltung.

Bei ber ersten Einrichtung bes Reichsgerichts und während ber Dauer bes ersten Geschäftsjahres erfolgen die Geschäftsvertheilung und die Bestimmung der Mitglieber der Senate sowie der regelmäßigen Bertreter derselben durch den Reichstanzler.

(Cutm. 1 -.)

§. 21.

Innerhalb zwei Jahren nach bem Inkrafttreten bes Gerichtsverkassungsgesetses kann bie Lanbesjustizverwaltung bei nothwendiger Sinziehung von Richterstellen die unfreiwillige Versetung eines Richters an ein anderes Gericht von gleicher Ordnung unter Belassung des vollen Gehalts und Erstattung der Umzugskosten verfügen.

(Cutm. § —.)

§. 22.

Die Bestimmungen bes §. 2 bes Gerichtsverfassungsgesetzes über die Fähigkeit zum Richteramte finden auf diejenigen, welche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes die erste Prüfung in einem Bundesstaate zurückgelegt haben, nur insoweit Anwendung, als nicht in dem Bundesstaate abweichende Vorschriften bestehen.

Der für ben Borbereitungsbienst vorgeschriebene Zeitraum kann für die ersten vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesehes in den einzelnen Bundesstaaten bis auf zwei Jahre abgekürzt werden.

(Cutm. 1 -.)



II. Gerichtsverfassungsgesetz.

Bom 27. Januar 1877.

(MGBI. 1877 Nr. 4 S. 41 ff.)

Erster Titel.

Richteramt.

§. 1.

Die richterliche Gewalt wird burch unabhängige, nur bem Gesetze unterworfene Gerichte ausgeübt.

(Catu. § --.)

§. 2.

Die Fähigkeit zum Richteramte wird durch die Ablegung zweier Prufungen erlangt.

Der ersten Prüfung muß ein breijähriges Stubium ber Rechtswissenschaft auf einer Universität vorangeben. Bon bem breijährigen Zeitraume sind mindestens brei Halbjahre bem Studium auf einer beutschen Universität zu widmen.

Zwischen ber ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von brei Jahren liegen, welcher im Dienfte bei ben Gerichten und bei ben Rechtsanwälten zu verswenden ift, auch zum Theil bei der Staatsanwaltschaft verwendet werden kann.

In den einzelnen Bundesstaaten kann bestimmt werden, daß der für das Universitätsstudium oder für den Vorbereitungsdienst bezeichnete Zeitraum verlängert wird, oder daß ein Theil des letzteren Zeitraums, jedoch höchstens ein Jahr, im Dienste dei Verwaltungsbehörden zu verwenden ist oder verwendet werden darf.

(Entm. § -.) §. 3.

Wer in einem Bundesstaate die erste Prüfung bestanden hat, kann in jedem anderen Bundesstaate zur Vorbereitung für den Justizdienst und zur zweiten Prüfung zugelassen werden.

Die in einem Bundesstaate auf die Borbereitung verwendete Zeit kann in jedem anderen Bundesstaate angerechnet werden.

(Cutm. § ---.)

§. 4.

Bum Richteramte befähigt ift ferner jeder orbentliche öffentliche Lehrer bes Rechts an einer deutschen Universität.

(Catu. § —.)

Bum erften Titel.

(\$\$ 1-4.)

^{1.} Bgl. EG. 3. GBG. § 2 Rote 3 u. 5 a.

§. 5.

Wer in einem Bundesstaate die Fähigkeit zum Richteramte erlangt hat, ist, soweit dieses Geset keine Ausnahme bestimmt, zu jedem Richteramte innerhalb des Deutschen Reichs befähigt.

(Entw. § -.)

§. 6.

Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit.

(€ntm. § -.)

§. 7.

Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Gigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gebühren.

(Entw. § —.)

§. 8.

Richter können wiber ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheibung unb nur aus ben Gründen und unter ben Formen, welche die Gesetze bestimmen, bauernd ober zeitweise ihres Amts enthoben ober an eine andere Stelle ober in Ruhestand versetzt werden.

Die vorläufige Amtsenthebung, welche fraft Gesetzes eintritt, wird hierburch nicht berührt.

Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entsernungen vom Amte unter Belassung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung versfügt werden.

(Entm. \$ --.)

§. 9.

Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche ber Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegelb oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht ausz geschlossen werden.

(Entw. § -).

§. 10.

Die landesgesetlichen Bestimmungen über bie Befähigung zur zeitweiligen Bahrnehmung richterlicher Geschäfte bleiben unberührt.

(Entm. § -.)

Zu § 5.

1. In Betrefi ber vormaligen rheinpreußischen Frieden Brichter vgl. Reer. I. 27. Rov. 84 (Entich. XI. 272.)

(§ 6.)

Zu § 7.

1. Der § bezieht fich nur auf ftanbige Richter und ferner nur auf folde Gebühren, bie von ben Parteien gezahlt werben: RGer. III. 13. Nov. 80 (Entich. III. 231, Ripr. II. 508).

(§§ 8. 9.)

Bu § 10.

1. Die hier gebachten lanbesgesehlichen Bestimmungen bleiben unberührt, jedoch nur insoweit, als sie nicht ben bezüglichen Borschriften bes GBG. (§§ 69, 122, 134) wibersprechen. — Für Preußen s. Aus. 24. Apr. 1878 §§ 2—5, 38, 48.

2. Bgl. bie Noten ju § 69.

§. 11.

Auf Hanbelsrichter, Schöffen und Geschworene finden die Bestimmungen ber §§. 2-9 feine Anwendung.

(Eutw. § -.)

3weiter Titel.

Berichtsbarkeit.

(§ 11.)

Bum 3weiten Titel.

- 1. Mit ber Ginfuhrung ber Reichsjuftigefehe bat fich ein bebeutenber Schritt in ber Fortentwidelung nicht blos bes Brozefrechts, sonbern auch bes Reichsftaatsrechts vollzogen: es ift burch bieje Gejepe nicht nur ein einheitliches Prozeftrecht für bas ganze Reich geschaffen, sonbern auch bie Ausübung ber orbentlichen streitigen Gerichtsbarkeit (EG. § 2 Note 2) in ber Art geregelt, daß nunmehr bas ganze Reichsgebiet in fast allen prozegrechtlichen Beziehungen wie bas Bebiet eines Staates behandelt wirb. Dieje Beranberung bes fruheren Rechtszuftanbes fommt, was die Strafgerichtsbarfeit betrifft, in zweisacher Richtung zur Erscheinung. Erstens nämlich ift bie ben einzelnen Bunbesftaaten zustehenbe Strafgemalt nen geordnet und begrenzt worden, und insbes. ift, unter Ginichrantung berfelben, bie burch Art. 75 ber Reichsverfassung bem Reiche felbit vorbehaltene Strafgemalt ins Leben gerufen. Zweitens aber hat bas Reich in ben neu ein: gesetten Reichs juftigbehörben (Rote 14) eigene Organe ber Strafgerichtsbarteit erhalten, auf welche ein großer Theil berjenigen Funftionen übergegangen ift, bie juvor von ben oberften Lanbesjuftigbeborben mahrzunehmen maren. - Außerbem bat bie Ginfuhrung ber reichstgesetlich porgefdriebenen Gerichtsverfassung für eine Ungahl Bunbesftaaten bie Nothwendigfeit berbeigeführt, fic mit einem ober mehreren anberen Bunbesftaaten jur Ginfebung gemiffer gemeinfamer ganbes : juftigbehörben gu verbinben (Rote 16).
 - I. Die Strafgemalt bes Reichs und ber Bunbesftaaten.
 - A. Das Strafverfolgungsrecht.
 - AA. Das Strafverfolgungsrecht bes Reichs im Berhaltnig zu bemjenigen ber Bunbebftaaten.
- 2. In ben Fällen bes Hochverraths und bes Lanbesverraths, insofern biese Berbrechen gegen ben Kaiser ober bas Reich gerichtet sind, steht die Strafverfolgung nur dem Reiche zu; eine Strafgewalt ber einzelnen Bundesflaaten besteht in Ansehung ber gedachten Straffälle nicht mehr (§ 136 Rr. 1). In Betress der Erstreckung ber Strafgewalt des Reichs auf andere als die vorstehend bezeichneten Straffälle s. § 136 Rote 4. In Straffachen, die an sich nicht zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören, aber mit einer reichsgerichtlichen Sache im Zussammenhang stehen, erlischt die Strafgewalt des betr. Bundesstaats, wenn und sobald dieselben bei dem Reichsgericht anhängig geworden sind, vorbehaltlich des Wiederaussehens im Falle einer späteren Trennung der Sachen.
- 3. Die Behörben und Beamten ber Bundesstaaten find, soweit erforderlich, zu Organen ber Reichs-Strafgewalt bestellt; bas Nähere s. § 136 Note 7. b, § 147 Abs. 2, StBO. § 184 Abs. 2. Die allgemeine Pflicht der Gerichte, dem Reichsgericht Rechtshülfe zu leisten (GBG. § 157), wird durch biese besonderen Bestimmungen nicht berührt.
- 4. In Betreff ber bem Reiche zustehenben Konsulargerichtsbarkeit f. Ges. v. 10. Juli 1879 (unten in Abth. III.), in Betreff ber Gerichtsbarkeit in ben beutschen Schutzebieten: Ges. v. 17. Apr. 1886 (NGBI. S. 75), Ges. v. 7. Juli 1887 (NGBI. S. 307), Kaij. Bbn. v. 5. Juni 1886 (NGBI. S. 187) u. v. 13. Sept. 1886 (NGBI. S. 291).

- BB. Das Strafverfolgungsrecht ber einzelnen Bunbesftaaten im Berbaltnig berfelben ju einanber.
- 5. Abgefehen von ben ber ausschließlichen Strafgewalt bes Reichs unterliegenben Straffällen (Rote 2) find zwar bie einzelnen Bunbesftaaten bie Inhaber bes Strafverfolgungsrechts geblieben; inbeß haben bie Grenzen ihrer Strafgewalt wesentliche Beranberungen erfahren (Rote 6-8). Der für bas materielle Strafrecht im StBB. S 8 ausgesprochene Sat: "Ausland -- ift jebes nicht zum Deutschen Reiche gehörige Gebiet" wirb nämlich von bem GBG. und ber StBD. (Mot. S. 131) als ein Sat betrachtet, ber "unbebenflich auch für bas Strafverfahren gelten muß", und gwar ift feine Uebertragung auf bas Strafprozefrecht in bem Sinne gefcheben, bag bie fammtlichen Bunbesstaaten als zu gemeinsamer Ausübung ber Strafrechtspflege verbunden angesehen und fammtliche im Reichsgebiet vorhandene Gerichte, Staatsanwaltschaften und Bolizeibehorben wie Organe einer und berfelben Strafgemalt betrachtet merben. Diefe Auffaffung - von welcher fich eine mefentliche Abweichung nur in § 394 Abf. 2 ber StBD. finbet - tritt insbef. beutlich hervor in ben Bestimmungen über ben Gerichtsftanb (StBD. Buch 1 Abicon, 2) und in benen über bie Rechtshulfe (BBG. Dit. 13). In bem von bem Gerichtsftanbe hanbelnben Abidnitt ber StBD. ift (abgesehen von ber bier nicht in Betracht tommenben Boridrift bes § 11) von ben einzelnen Bunbesftaaten überhaupt nicht bie Rebe; ber Abiconitt untericeibet nur zwischen Gerichtsbezirken, nicht aber zwischen Staatsgebieten. In bem Litel von ber Rechtshülfe ist nur in wenigen unwesentlichen Beziehungen auf bie Staatsangeborigfeit ber betheiligten Beborben 2c. Rudficht genommen (SS 165, 168, 163; vgl. auch S 166).
- 6. In Betreff ber Buftanbigkeit für bie Strafperfolgung zc. ift Folgenbes herporzuheben: Sind für diefelbe Sache mehrere Gerichte zuständig (StBD. § 12, 13) und gehören biefelben verschiebenen Bunbesftaaten an, fo find für bie Entschliegung ber Staatsanwalticaft barüber: bei welchem Gericht bie Sache anhängig zu machen sei, keinerlei internationalrechtliche Gefichtspuntte, vielmehr nur ebenbiefelben Rudfichten maggebend wie in bem Falle, wenn bie juftanbigen Gerichte bemfelben Bunbesftaate angeboren; weber bie Staatsangeborigfeit bes Befcul= bigten noch bie bes Thatortes begrünbet einen Unterschieb. Bgl. GBG. § 144 Abs. 3 u. bie Roten baf., StBD. § 12 Rote 4a. - Die Uebertragung einer Sache von bem mit ihr befaften Gericht auf ein anderes an fich zuständiges Gericht (StBD. § 12 Abf. 2, § 13 Abf. 2, 3) ift unter Gerichten verschiebener Bunbesflaaten in gleicher Beise flatthaft wie unter Gerichten beffelben Staates; die Staatsangehörigfeit der betheiligten Gerichte ist auf die Entscheidung darüber, ob die Uebertragung ftattfinben folle, rechtlich ohne Ginfluß (theilm. a. M. Binbing Grunbr. S. 60 u. Sbb. I. S. 482). — Auch bann, wenn es sich um die Uebertragung einer Sache auf ein an fich nicht zuständiges Gericht, alfo um die Begrundung ber Buftandigfeit burch ben Auftrag eines oberen Gerichts (StBD. § 15; vgl. bagegen § 394 Abs. 2), handelt, ift ber Uebergang ber Sache aus bem einen Staatsgebiet in ein anberes, m. a. 28.: bie Uebertragung ber Sache von bem an fich zuständigen Gericht auf ein Gericht eines anderen Bundesftaates, rechtlich teineswegs ausgefcloffen. Es wird aber freilich angemeffen fein, eine berartige Uebertragung fo lange zu vermeiben, als in bem Staate bes an fich juftanbigen Gerichts noch ein anberes Gericht von gleicher sachlicher Zustänbigkeit vorhanden ist (vgl. Note 12). — Endlich hängt auch die Zuständigkeit für bie nachträgliche Festfebung einer Gefammtftrafe (StBD. § 494 Abf. 3) in feiner Beife bavon ab, ob bie Berichte, welche bie verschiebenen Strafurtheile erlaffen haben, bemfelben Bunbesftaate ober verschiebenen Staaten angehoren.
- 7. In Ansehung ber einzelnen Untersuchungshandlungen ift ber Gebanke ber Einheit bes Reichsgebiets in solgenber Beise verwirklicht: a. Die Gerichtsgewalt, welche bem mit ber Sache besaften Gericht außerhalb seines Bezirkes zusieht, ift im ganzen Reichsgebiet bie gleiche, also in bem Gebiet eines anberen Bunbesstaates eben bieselbe wie in einem anberen Gerichtsbezirk bes eigenen Staates; bas Nähere s. Lit. 13 Note 4 u. § 161. Auch bie Befugniß bes befaßten Gerichts, ausnahmsweise Amtshanblungen außerhalb seines Bezirkes vorzunehmen (§ 167), greift ohne Rücksicht auf bie Grenzen bes Staatsgebiets Blat. b. Die Rechtshülse wird ben Behörben eines anberen Bunbesstaates in berselben Beise wie benen bes eigenen Staates,

geleiftet (§ 157). Rur in Betreff ber Bollftredung von Freiheitsftrafen greift eine Ginfdrantung Blat (§ 163 u. Rote 3 bas.).

- 8. Die Birkungen, welche die Rechtshangigkeit ber Sache sowie die Etlassung einer gerticklichen Ent scheidung bat, erstrecken sich gleichmäßig auf das ganze Reichsgebiet. Dies gilt insbes. von der Bollstreckarteit der Entscheidungen, ferner aber auch von dem Berbrauch des Straftlagerechts: die Entscheidung, durch welche die Straftlage für den einen Bundesstaat erlischt, bewirft nothwendig zugleich das Erlöschen berselben für alle übrigen etwa zur Strafversolgung berechtigten Bundesstaaten.
 - B. Das Begnabigungsrecht.
- 9. Die Frage; ob und inwiefern burch bie Reugestaltung ber Strafgewalt ber Bunbesstaaten und burd bie Berfiellung einer eigenen Strafgewalt bes Reichs bas ben Lanbesberren und ben Senaten ber freien Stäbte zustehenbe Begnabigungsrecht (bas Begnabigungsrecht i. e. S. unb bas in mehreren Bunbesftaaten bestehenbe Recht jur Abolition) berührt werbe, hat - abgesehen von ber besonberen Bestimmung ber StBD. § 484 (pgl. Rote 10) - in bem GBG. unb ber StBD. teine Beantwortung gefunben. Der gegenwärtige Rechtszustand fteht jedoch icon binfichtlich bes Berhaltniffes ber Reichsgewalt zu ben Ginzelftaaten mit bem Grunbgebanken ber Reichsverfaffung nicht im Ginklang, und burch bie Ginfuhrung ber Reichsjuftigefete ift berfelbe auch hinfichtlich bes Berhaltniffes ber Ginzelftaaten zu einanber ein fo untlarer geworben, bag er in vielen Buntten ben erheblichften Deinungsverschiebenheiten Raum giebt; vgl. insbef. Beinze, Staatsrechtl. und strafrechtl. Erörterungen zum Entw. bes StGB. S. 73 ff., sowie: Strafproz. Erörterungen zu ben Entw. ber StBD. und bes GBG. S. 121 ff. In ersterer hinsicht ist hervorzuheben, bag auch bei benjenigen Straffällen, welche, wie z. B. bie Beleibigung bes Raifers ober bes Bunbesraths, die Interessen des Reichs berühren (vgl. Art, 74 ber Reichsverfassung und die demfelben entsprechenden Bestimmungen bes StGB.), das Begnabigungsrecht nach wie vor nicht bem Raifer, fonbern bem betr. Lanbesberrn ober Senate jufteht, und ebenbaffelbe gilt fogar im Falle eines von einem Reichsbeamten begangenen Amtsverbreckens, ba bas Reichsbeamten. Gef. v. 31. Marg 1873 f 118 nur für Disziplinarsachen bem Raifer bas Begnabigungsrecht beigelegt bat. Auch in ben Boll- und Steuerstraffacen, in benen es fich um bie hinterziehung einer bem Reiche ober bem Bollverein guftebenben Abgabe hanbelt, bat ein Uebergang bes Begnabigungsrechts auf ben Raifer bisher nicht ftatigefunden; vgl. insbef. Art. 18 bes Bollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867 (BGBl. S. 102), Art. 15 bes Gef. vom 1. Juli 1869 (BGBl. S. 373). Im Allgemei= nen vgl. R. v. Mohl, Deutsches Reichsstaatsrecht S. 201-203, und in Betreff ber in ben folg. Roten erörterten, vielfach kontroversen Fragen: Binbing, Sbb. I S. 864; Derselbe, Grundr. zur Borlef. über Strafr. 3. Aufl. S. 190; v. List, 2b. 2. Aufl. S. 280; S. Meger, 2b. 3. Aufl. S. 414; Berner, 26. 14. Aufl. S. 315; John I S. 108; insbes. aber Loeb, Begnabigungsrecht 6. 12 ff.
 - AA. Das Begnabigungsrecht bes Raifers im Berhaltniß ber Reichstgewalt ju ben Bunbesftaaten,
- 10. a. Die StPD. § 484 überträgt bem Raifer bas Begnabigungsrecht in benjenigen Sachen, in benen bas Reich gericht in erster Inftanz erkannt hat (Note 2). Bei Anwendung biefer Bestimmung greift ein Unterschied zwischen solchen Sachen, für welche bas Reichsgericht an sich zuftändig war und solchen, auf welche die Zuständigkeit besselleben im einzelnen Falle erstreckt worden ift, nicht Plat; eine von dem Reichsgericht in erster Instanz erkannte Strafe unterliegt in keinem Falle und in keinem Punkte dem Begnadigungsrecht eines Landesherrn oder eines Senates.
- b. Das Begnabigungsrecht bes Raifers besteht nur in bem Recht, erkannte Strafen zu erlassen; ein Abolitionsrecht ift in § 484 cit. nicht vorgesehen. Die reichsgerichtlichen Strafsfälle sind aber auch bem etwaigen Abolitionsrecht ber Laubesherren 2c. völlig entzogen, ba mit bem Aushören jeber Lanbesstrafgewalt in biesen Sachen (Note 2) nothwendig auch die entsprechenbe Enabengewalt in Wegsall gekommen ist (a. M. v. Schwarze S. 504, Mewes in H. II S. 495).
 Für Sachen, welche an sich nicht zur Zuständigkeit bes Reichsgerichts gehören, aber mit einer reichsgerichtlichen Sache im Zusammenhang stehen, gilt dies von dem Zeitpunkt ab, zu wels

chem biefelben bei bem Reichsgericht anhängig geworben find. Lagegen wurde eine vor biefem Zeitpunkt ertheilte (landesgesetlich zuläffige) Abolition in den Sachen der letigebachten Art auch gegenüber ber Reichs: Strafgewalt von voller rechtlicher Birkung fein: die Ertheilung der Abolition wurde die Erftredung des reichsgerichtlichen Beriahrens auf die betreffende Sache ausschließen.

11. Das Gef. über bie Ronfulargerichtsbarteit vom 10. Juli 1879 (ROBI. €. 197) beftimmt im § 42:

"In Straffachen, in welchen ber Ronful ober bas Roninlargericht in erfter Instanz erstant bat, fieht bas Begnabigungsrecht bem Raifer ju".

Auch hier (vgl. Note 10. b) ift nur von bem Erlaffe bereits ertannter Strafen bie Rebe. — Bal. Gef. v. 17. Apr. 1886 (RGBI. S. 75).

BB. Das Begnabigungsrecht ber Bunbesft a aten im Berhaltnig berfelben ju einanber. 12. Das Begnabigungsrecht i. e. S.: bas Recht, erkannte Strafen zu erlaffen, fann grunbfatlich nur bemjenigen Staate jugeftanben werben, bem bas ertennenbe Gericht erfter Instanz an gehört. Gin anberer Staat ist zur Ertheilung ber Begnabigung nicht befugt, sollte er auch urfprunglich jur Strafverfolgung berechtigt gewesen sein (Rote 6). Dies muß auch bante gelten, wenn bie Cache nach Eröffnung ber Unterfuchung von bem uriprunglich befagten Gericht auf ein einem anderen Staate angehöriges Gericht übertragen worben mar; ja felbft in bem Kalle, wenn bie Sache von bem zuständigen Gericht auf ein an fich nicht zuständiges Gericht eines anberen Staates übergegangen war, kann bas Begnabigungsrecht nur bem Staate bes letsteren Gerichts jugestanben werben. — Bar ber Beschulbigte in erster Instang freigesprochen und ift bemnachft in hoberer Inftang von bem (Bernfungs- ober Revisions.) Gericht eines anberen Staates ober von dem Reichsgericht auf Strafe erkannt, fo steht das Begnadigungsrecht boch nur bem Staate bes Gerichts erfter Instang zu, ba hier bas Urtheil bes Oberinstanggerichts basjenige bes Erstinstanzgerichts erfett und es au einem prinzipiellen Grunde fehlt, biefen Fall anbers ju behandeln als ben, wenn bie Strafe icon in bem erften Urtheil ausgesprochen mar und bas Dberinstanggericht bas eingelegte Rechtsmittel verworien, alfo bie Strafverbangung aufrechterhalten hat. Bezüglich ber von bem Reichsgericht in ber Revisionsinftanz erkanuten Strafen ergiebt fich ber aufgestellte Sat indireft auch aus \ 481 ber StBD. - Durch bie nachträgliche Fefifenng einer Befammtftrafe an Stelle ter von Gerichten verschiebener Staaten ertannten Gingelftrafen (StiBB. § 79, StPD. § 494 Abs. 3) geht bas Recht bieser Staaten jum Erlag ber betr. Ginzelftrafen nicht unter; die entgegengefeste (von Lob G. 51 fowie in ben fruberen Aufl. biefes Romm. vertretene) Anficht findet weber in gefetlichen Borichriften, noch in bem Befen ber Gefammtftrafe eine genügende Rechtfertigung. Bgl. Rote 1 ju bem BunbeBrathsbeichl. v. 11, Juni 1885 Sinter § 163 bes GBG.).

13. a. Das in einzelnen Bunbesstaaten noch bestehenbe Recht zur Abolition (Rieberschlagung ber Untersuchung (vgl. GB. 3. StBD. § 6 Rote 2), fann mit voller rechtlicher Birfung nur noch bann ausgeübt werben, wenn entweber ber Staat, ber bie Abolition gemahren will, ber einzige jur Strafverfolgung berechtigte ift ober beim Borbanbenfein mehrerer berechtigten Staaten biefe fammtlich bie Abolition ertheilen. Der von nur einem ber berechtigten Staaten gemahrten Abolition ift außerhalb bes Gebietes besselben eine rechtliche Wirkung nicht beizumessen; weber in ber Reichsverfassung, noch in bem GBG. ober ber StBD. ift eine Grundlage fur bie Meinung. ju finden, bag bie Birtung ber Abolition fich auch auf einen anberen Bunbesftaat erftrede; burch eine folde Erftredung murbe bem einen Staate ein willfürliches Gingreifen in bie Staatsgewalt bes anberen gestattet fein. Dit ber gerichtlichen Enticheibung (Note 8) kann in biefer hinficht die Abolition nicht auf gleiche Linie gestellt werben. — Das Gesagte gilt zunächst von bem Falle einer por Gröffnung ber Untersuchung erfolgten Abolition; es muß jeboch, wenigftens pringipiell, auch in bem anderen Falle gelten, wenn nach Eröffnung ber Unterfuchung von bem Staate bes befaßten Gerichts bie Abolition gemahrt wird. Zwar ift in biefem galle fur bas befaßte Gericht bie Pravention begrunbet; allein burch biefe erlifct bie Buftanbigfeit anberer Gerichte nicht unbedingt, vielmehr gestattet bie StBO. § 12 Abs. 2 bie Uebertragung ber anhängigen Sache von bem befaßten Gericht auf ein anberes guftanbiges, und biefe Uebertragung (burch bas

Reichsgericht) wurde auch in bem eben gebachten Falle rechtlich feineswegs ausgeschlossen sein Anlaß zur Uebertragung wird aber freilich bier nicht füglich eintreten können; er könnte nur etwa baburch geboten werben, baß nach ber in bem einen Staate erfolgten Abolition bas gleichjalls zuständige Gericht eines anberen Staates, in Unkenntniß über die Pravention bes ansberen Gerichts, die Untersuchung eröffnete und baß sobann nach bem Bekanntwerben ber Sachlage die Staatsanwaltschaft bes erstgebachten Gerichts die Uebertragung beantragte.

b. Steht eine Strafjache, ju beren Berfolgung an fich nur ein Staat berufen ift, mit einer zweiten, in einem anderen Staate zu verfolgenben Straffache im Bufammenhang (StBD. SS 2-4, 13), so wird bas bem einen Staate gustehenbe Abolitionsrecht hiervon nur insofern berührt, als es nicht mehr mit rechtlicher Birfung ausgeubt werben fann, fobalb jene Straffache bei ben Gericht bes anberen Staates anhangig geworben ift. Die lebiglich auf bem Bujammenhange berubenbe Buftanbigfeit eines zweiten Gerichts wirb fur bas Abolitionsrecht bes Staates, bem bas einzige au fich zustandige Gericht angehört, erft bann von Bebeutung, wenn die Berbindung der zusammenhangenden Sachen wirklich eingetreten ift; ber blogen Zulässigkeit einer Berbindung kann hier eine Bebentung nicht beigemeffen werben. Sat 3. B. A. eine Strafthat in Preugen und eine zweite in Sachjen begangen, so ichließt die in Sachsen gewährte, die zweite That betreffende Abolition die Berfolgung biefer That auch in Preußen aus, wenn fie gemahrt wurde, bevor bas hinsichtlich ber erften That auftanbige preugifche Gericht bie Untersuchung megen ber zweiten That eröffnet hatte. -Die Rudficht auf ben in ber StBD. § 3 (vgl. bort Rote 1) aufgestellten Begriff bes Busammenhanges und ben hieraus fich ergebenden Begriff ber "einzelnen Straffache" muß bas Befagte auch in bem falle entiprechenbe Anwendung finden, wenn bei einer That mehrere Berfonen als Thater, Theilnehmer ac. betheiligt find. Sat z. B. A. in Berlin ein Berbrechen begangen, zu bem er in Dresben von bem bort wohnhaften B. angeftiftet worben ift, fo ift bie bem B. in Sachsen gemahrte Abolition auch in Preußen von rechtlicher Birfung, wenn fie gewährt murbe, bevor bas Gericht ju Berlin gegen B. bie Untersuchung eröffnet batte, - ein Rechtszustand, welcher freilich als febr unangemeffen bezeichnet merben muß.

II. Die Organe ber Strafgerichtsbarteit.
A. Die Reichsjuftigbehörben.

- 14. Die Organe ber Reichsgerichtsbarkeit find bas Reichsgericht und bie Reichsanwaltsichaft. Die Berfassung und Zuständigkeit des Reichsgerichts ist hauptsächlich in Tit. 9 bes GBB. bestimmt; pgl. bort Note 1. In Betreff der Reichsanwaltschaft s. § 143 Rr. 1, §§ 149, 150; in Betreff ihrer Zuständigkeit; § 143 Rote 3. Die Geschäfte der Reichsjustigkeitzung
- werben im Ramen und unter ber Berantwortlichkeit bes Reichskanzlers von bem Reichsjustizamt wahrgenommen.
- 15. An der handhabung bes ben Bunbesstaaten zustehenden Strafversolgungsrechts (Note 5) nehmen die Reichsbehörden nicht Theil, und insbes. übt das Reich eine Aufsicht hinsichtlich ber Strafversolgung über die Bundesstaaten nicht aus. Dem Derreichsauwalt steht zwar die Intideidung zu, wenn unter Staatsauwaltschaften verschiedener Bundesstaaten über die Zustäns digfeit zur Strafversolgung Streit entsteht (§ 144 Abs. 3); allein er ist nicht zur Entscheidung darüber berufen, ob überhaupt die Strafversolgung stattzusinden habe; eine Beschwerde an ihn gegen die hierauf bezüglichen Entschließungen der Staatsauwaltschaften sindet nicht statt. Dem entsprechend sind auch die, die Erhebung der öfsentlichen Klage betressenden Beschlüsse der Oberslandesgerichte (StPO. §§ 170 ff.) einer Beschwerde an das Reichsgericht nicht unterworfen.
 - B. Die gemeinfamen Lanbe & juftigbehörben.
- 16. Ueber die Errichtung gemeinsamer Landesjustizbehörden hat das GBG. feine Normen aufgestellt; dieselbe ist somit in allen Beziehungen Gegenstand der Bereindarung unter den Bundessnaaten (Mot. S. 25). Die zwischen den Bundesstaaten geschlossennen Berträge über Gerichtszemeinichaften 2c. sind abgedruckt in Pfasseroth's Jahrbuch der Deutschen Gerichtsverfassung 1880. 265 ff. Die Berträge Preußens s. auch in der preuß. G.S. 1879 Nr. 13 S. 165 ff.
 - 17. Insoweit für bie erfte Inftang (vgl. Rote 12) Gerichtsgemeinschaften zc. bestehen, bedarf

§. 12.

Die orbentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte und Landgerichte, burch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.

(Entw. § —.)

auch die Ausübung des Begnadigungsrechts ber vertragsmäßigen Regelung. Denn, wenn bei einem Straffalle innerhalb des Bezirks des gemeinsamen Gerichts mehrere die Zuständigkeit begründende Orte (vgl. StBO. SS 7, 8) vorhanden sind und der eine Ort in dem einen, der andere in dem anderen Staate liegt, so ist sowohl der eine wie der andere Staat zur Strafversolgung berusen (Rote 6), demzusolge aber ist die Frage, für welchen Staat in diesem Falle das Gericht die Strafgerichtsbarkeit ausübe, aus dem Gests allein nicht zu beantworten. — Bgl. z. Art. 18 bes Bertrages Preußens mit Oldenburg, betr. den Anschluß des Fürstenthums Birkenselb an den Landgerichtsbezirk Saarbrücken (GS. 1879 S. 169), und Art. 19 des Bertrages mit Schwarzburg-Sondershausen, detr. den Anschluß biese Staates an den Landgerichtsbezirk Ersurt (GS. 1879 S. 177); in diesen Berträgen ist bestimmt, daß in den aus dem betr. Fürstenthum an das Landgericht "erwachsen Strafsachen das Begnadigungsrecht dem Großherzoge von O. bezw. dem Fürsten von Schw. S. verbleibt.

3# § 12.

I. Gericht.

- 1. Neber ben Begriff ber ordentlichen ftreitigen Gerichtsbarkeit f. EG. § 2 Rote 2; über bas Berhältniß dieser Gerichtsbarkeit zu berjenigen ber Sondergerichte: GBG. § 13 Rote 15. Das Reichsgericht gehört nicht blos in der Eigenschaft als Gericht höch ster, sondern auch in der als Gericht erster Justanz zu den ordentlichen Gerichten; vgl. § 136 Rr. 1 u. Rote 4 das.
- 2. "Die gesetsliche Bezeichnung ber Gerichte als Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandessgerichte schließt es nicht aus, daß für einzelne Gerichte unbeschabet ihres Charafters als Gerichte einer dieser Ordnungen besondere Ramen aufrecht erhalten werden, welche durch die sich daran anknüpsenden historischen Erinnerungen besondere Bedeutung haben" (Mot. S. 25). In Preußen ist demgemäß durch Rgl. Erlaß v. 1. Sept. 1879 (GS. S. 587) bestimmt, daß das Oberlandesgericht zu Berlin auch serner ben Namen "Kammergericht" zu sühren hat. Die Mot. bemerken serner: "Gbensowenig ist es ausgeschlossen, ein Landgericht, welches lediglich für eine einzelne Stadt Gerichtsgewalt hat, als Stadtgericht" zu bezeichnen." Dieser Meinung läßt sich indeß nicht beitreten. Denn in der Bezeichnung "Stadtgericht" würde nicht ein "besonz berer" d. h. individueller Name, sondern ganz ebenso, wie in den Bezeichnungen "Amtsgericht" und "Landgericht", ein Ordnungsname zu sinden sein, und die Ausnahme irgend eines neuen Ordnungsnamens neben den im § 12 ausgessellten Bezeichnungen würde der Reichsgesetzgedung widerstreiten und muß daher sir unzulässig erachtet werden. Ueberdies aber würde, wenn sie zuslässig wäre, mit ganz bemselben Recht, wie einem Landgericht, auch einem ausschließlich für eine Stadt bestellten Amtsgericht der Name "Stadtgericht" beigelegt werden können.
- 3. Der § zählt bie staatsrechtlichen Gerichtstörper aus, aus benen bie zur Ausübung ber Gerichtsbarfeit berusenen Organe entnommen werben; vgl. Pland S. 61. Die Ausübung ber richterlichen Gewalt in Strafsachen ersolgt theils burch Einzelrichter (Amtsrichter, Untersuchungs-richter), theils burch Rollegien (Strafgerichte, bie in einer bestimmten, vom Geset vorgeschriebenen Zahl von Mitgliebern (vgl. § 194) zu entscheiben haben. Ein Theil bieser Strafgerichte besteht nur aus Berussrichtern, während ein anberer Theil berselben aus Berussrichtern und Laien zussammengeset ist. Die Strafgerichte ber ersteren Art werden im Geset "Straftammern" bezw. "Strafsenatt e" genannt und burch biese Namen als Abtheilungen ber gebachten Gerichtstörper gekennzeichnet (vgl. übrigens § 78). Den mit Laien besehten Strafgerichten bagegen legt bas Geset besondere Bezeichnungen bei, indem es sie "Schöffengerichte" bezw. "Schwurgerichte mennt. hinsichtlich bieser Gerichte wird in den Mot. S. 25 bemerkt: "Neben den Amts- und Landgerichten waren die Schöffen= und Schwurgerichte nicht besonders zu nennen. Diesen Gerichten ist im Geset nicht die Eigenschaft selbsissäniger Behörden von dauerndem Bestande beigelegt. Sie werden bei

ben Amts- und Landgerichten gebildet und fiellen eine ber Formen bar, in welcher im Strafverfahren bie Gerichtsbarkeit ber Amts- und Landgerichte in die Erscheinung tritt." Bgl. übrigens
in Betreff bes Borfitzenden bes Schwurgerichts: § 83 Abs. 1.

- 4. Die einzelnen Organe ber Strafgerichtsbarteit finb folgenbe: a) bie Amtbrichter in ber Gigenfcaft als Gingelrichter (§ 22); - b) bie ftanbigen Unterfucungbrichter ber ganbgerichte (§ 60) und ber für ben einzelnen fall zu bestellenbe Untersuchungsrichter bes Reichsgerichts (StBD. § 184); - c) bie mit ben Amtsgerichten verbundenen, aus einem Amtsrichter und zwei Shoffen bestehenden Schöffengerichte (GBG. SS 25, 26); — d) bie, nach Berschiebenheit ihrer Funttionen mit brei ober mit funf Richtern befetten Straftammern ber Landgerichte (SS 59, 77), einschließlich ber ausmärtigen b. b. berjenigen Straftammern, welche am Site eines Amtsgerichts gebilbet werben (§ 78); — o) bie mit ben Lanbgerichten verbunbenen, aus brei Richtern und zwölf Gejdworenen beftebenben Schwurg erichte (SS 79, 81); - f) bie aus funf Richtern beftebenben Straffenate ber Oberlanbengerichte (Sf 120, 124); - g) bie aun fieben Richtern bestehenben Straffenate bes Reichsgerichts (SS 132, 140), fomie in gewiffen Fallen ber vereinigte zweite und britte Straffenat (f. 138 Abs. 2), die vereinigten Straffenate und das Plenum bes Reichsgerichts (§ 137, neue Kassung). — Außerbem kommen noch in Betracht: h) bie Borfibenben ber Strafgerichte, infofern ihnen namlich bas Befet auch auferhalb ber Berichts: figungen für gemiffe Kalle ein felbitftanbiges Entideibungsrecht beilegt (val. 3. B.: StPO. § 124 Abf. 3, §§ 218 –220); — i) bie "beauftragten Richter"; über biesen Begriff f. Tit. 13 Rote 6b. Der "erfuchte Richter" ift flets ein Amtsrichter, alfo icon unter a. inbegriffen. - In Betreff ber von ben Landgerichten (jeboch nicht von ben Straftammern) mabrjunehmenben, auf bie Bilbung ber Schwurgerichte bezüglichen Bermaltungsgeschäfte f. \$\$ 89, 91.
- 5. Ueber die Terminologie ber StBD, bezüglich ber Organe ber Strafgerichtsbarfeit f. bie Roten zu Buch 1 baf.
- 6. In Betreff ber ben einzelnen Organen ber Strafgerichtsbarteit zugewiesenen Amtsbegirte f. bie Roten gur StBD. Buch 1. Abicon. 2.
 - II. Glieberung ber Berichte und Gefch aftstreis ber einzelnen Arten von Gerichten (fachliche Buftanbigfeit im weiteren Sinne).
- 7. In Straffacen beruht die Glieberung ber Gerichte und die Berschiebenheit ihres Geschäftstreises in sachlicher hinficht (sachliche Zuftändigkeit i. w. S.): a) auf bem Bestehen mehrerer Instanzen, b) barauf, daß bas Bersahren erster Instanz in verschiedene Stadien (Borversahren, hauptversahren) zerfällt, c) barauf, daß bas erkennende Gericht erster Instanz für die verschiedenen Arten von Strafsachen verschieden gebildet wird, ober m. a. W.: daß es mehre re Arten (Orbnungen) erkennender Gerichte erster Instanz giebt, unter welche die Strafsachen mit Rücksicht hauptsächlich auf die Art (Schwere) der strafbaren handlungen vertheilt sind. Bzl. Bland S. 61, 62. Das Rähere in Betreff des Geschäftskreises der einzelnen Arten von Gerichten s. in den Noten zu Eit. 3, 4, 5, 6, 8, 9; hier ist nur Folgendes hervorzuheben:
- a. In Betreff ber Inftanzen: a. Die Amtögerichte, die Schöffengerichte und die Schwurgerichte sind Erstinstanze-Gerichte. Die Landgerichte sind sowohl Erstinstanze-Gerichte wie auch Oberinstanze-Gerichte (Berusungs und Beschwerder-Gerichte). Die Oberlandesgerichte ind nur Oberinstanze-Gerichte (Revisions und Beschwerder-Gerichte). Das Reichägericht ist vornehmlich Oberinstanze-Gerichte (Revisionsgericht; vgl. § 136 Note 10); daneben ist es für gewisse Strassachen das Gericht erster und einziger Instanz. s. Es giebt in Strassachen der Regel nach nur zwei Instanzen. In Betress der Rechtsmittel gegen Urtheile machen die schöffengerichtlichen Sachen eine Ausnahme, indem gegen das Urtheil des Schöffengerichts die Berusung an die Strassammer (§ 76) und gegen das Urtheil der Berusungsinstanz der Revision an das Oberlandesgericht (§ 123 Rr. 2), in gewissen Fällen an das Reichsgericht (§ 136 Abs. 2), statssindet. In Betress der Beschwerde gegen Beschüsse sind Ausnahmen im GBG. § 160 und in der StBO. § 352 vorgesehen. Im Uedrigen su unter den Instanzenzug die Noten zur StBO. §§ 346, 354, 374. 7. In Betress son stetenstellt in ernessenzug die Koten zur StBO. §§ 346, 354, 374. —

§. 13.

Vor bie orbentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsftreitigkeiten und Straffachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden ober Verwaltungsgerichten begründet ist ober reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt ober zugelaffen sind.

(Entm § 2.)

- b. In Betreff ber verschiebenen Stabien bes Berfahrens erster Instanz: a. In bem Borversahren wird die Strafgerichtsbarkeit theils durch die Amtörichter (StBO. §§ 160, 163, 164, 183), theils durch die Untersuchungsrichter (§ 182) und, soweit Kollegialentscheidungen ersorsberlich sind, durch die Straffammern (vol. StBO. Buch 2 Absch. 3 Note 3) ausgeübt. In Bertreff der reichsgerichtlichen Strafsachen schaffachen schafferichten fragseichtlichen Strafsachen schafter der Stabscheit durch die Schöffengerichte, die Strafsammern, die Schwurgerichte und das Reichsgericht; in gewissen Fällen (StBO. § 211 Abs. 2, CG. 3. StBO. § 3 Abs. 3) erkennen die Amtörichter ohne Zuziehung von Schöffen. In schöffengerichten Strafsachen Strafsachen werden die außerhalb der Hauptverhandlung ersorderlichen Entschedungen durch die Amtörichter (§ 30 Abs. 2), in schwurgerichtlichen Strassachen der außerhalb der Dauptverhandlung ersorderlichen Entschedungen durch die Amtörichter (§ 30 Abs. 2), in schwurgerichtlichen Strassachen der außerhalb der Dauptversanblung ersorderlichen Entschaften der Sitzungsperiode ersorderlichen durch die Strassammen der betr. Landgerichte (§ 82, § 99 Abs. 2) ersassen
- c. In Betreff ber sachlichen Buftanbigfeit ber erkennenben Gerichte erfter Juftang f. bie Noten zur StPD. § 1.
- 8. In Betreff ber Gultigfeit von Untersuchungshandlungen, welche von einem fachlich unguftanbigen Gericht vorgenommen werben, f. StBD. § 20 Rote 4.

Bu § 13.

- 1. Durch ben f soll ber Geschäftskreis ber orbentlichen Gerichte (vgl. EG. § 2 Note 2, 3) bestimmt werden; die getrossen Bestimmung ist indeß -- wenigstens in Ansehung der Strassachen teine glückliche. Ihr Fehler besteht darin, daß sie zwei ganz verschiedene und gar nicht zussammenhängende Fragen mit einander in Zusammenhang gebracht hat, nämlich die Frage: welche Rechtssachen vor die Gerichte (Justizbehörden), im Gegensah zu den Berwaltungsbehörden und Berwaltungsgerichten, gehören, also Justizsachen seien, und die andere Frage: inwieweit die Justizsachen vor die ordentlichen Gerichte oder aber vor besondere Gerichte (Sondergerichte) gehören. Das Zusammenwersen beider Fragen hat dahin gesührt, daß der fin Betress der Strassachen etwas nicht ganz Richtiges ausspricht. Es sind nämlich auch diesenigen Sachen, welche der Strassewalt einer Berwaltungsbehörde unterliegen, dem gerichtlichen Versahren nicht unbedingt entzogen (Note 6), und, salls ein solches eintritt, gehören sie vor die ordentlichen Gerichte, während der Wortlant des § besagt, daß Strassachen der gedachten Art nicht vor die ordentlichen Gerichte gehören. Bgl. serner Note 9 c.
 - I. Buftanbigfeit von Bermaltungsbehörben ober Bermaltungsgerichten für bie Entscheibung von Straffachen.
- 2.a. Die Reichsgesetzgebung hat, gleich ben meisten früheren Landesgesetzgebungen, ben Grundssau; baß friminelle Strafen (vgl. hierüber und über ben Begriff "Strafsachen": Note 2 zu § 3 bes EG. 3. StBD.) nur von ben Gerichten verhängt werben bürsen, nicht ausnahmslos seitgeshalten, sonbern in beschränktem Maße auch ein Strafverfahren im Verwaltungswege (Belswaltungs-Strafverfahren, außergerichtliches Strafverfahren) für flatthaft erachtet, und zwar hat sie theils selbst ein solches Versahren angeordnet (Note 3), theils die landesgesetliche Anordnung besselbst zugelassen ift aber zugleich für alle übrigen die Unzulässigteit eines Berwaltungs-Strafversahrens ausgesprochen; mithin sind die etwaigen landesgesehlichen Vorschriften,

f. StPD. §§ 4, 12, 13, 14, 15, 19, 27, 170 u. Note 4 zu Buch 1 Abschn. 2 bas. Bgl. noch EG. 3. GBG. § 2 Note 3 b.

welche ein folches Berfahren noch für anbere als bie gebachten Arten von Straffachen gestatteten, anger Kraft getreten.

- b. Innerhalb ber Grenzen, in welchen ein Berwaltungs-Strafverfahren zugelaffen ift, bleibt nicht blos bas laubesgesetich bereits be ftebenbe Berfahren biefer Art aufrecht erhalten, sonbern bie lanbesgesetzgebung auch zu jebem späteren Zeitpunft befugt, ein solches Berfahren neu einzustühren. Bgl. EG. zur StBD. § 6 Rr. 3.
- 3. Reichsgesehlich angeordnet (vgl. GG. jur StBD. § 5 Abs. 1) ift ein Bermaltungs-Strafverfahren:
 - a) für Poft:Straffachen (Boft:Gef. v. 28. Oft. 1871 SS 34 if.);
 - b) für gemisse Zuwiberhandlungen gegen bie Borschriften ber Seemannsorbnung v. 27. Dez. 1872 (§ 101 bas.) und für die Zuwiberhandlungen gegen § 1 bes Ges. v. 27. Dez. 1872, betr. die Berpflichtung beutscher Rauffahrteischiffe zur Mitnahme hülfsbedürftiger Seesleute (§ 8 bas.).

Bgl. biefe Befete unten in Abth. III.

- 4. Bugelaffen (ber lanbesgejehlichen Anordnung überlaffen) ift ein Bermaltungs-Strafverfahren :
- a) fur Uebertretungen (im Sinne bes St&B. § 1);
- b) für Zuwiderhandlungen gegen bie Boridriften über bie Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle (Boll- und Steuer-Straffachen).
- In Betreff biefes Berwaltungs-Strasversahrens (a. b) s. EG. zur StPD. § 6 Nr. 3 u. StPD. §§ 453 ff., §§ 459 ff.
- 5. Bei bem reichsgesetlich angeordneten Berwaltungs-Strafverfahren (Note 3) find bie Bofts behörben bezw. bie Seemannsamter die zuständigen Berwaltungsbehörben. Bas bas reichse geiehlich zugelaffene Berfahren (Note 4) betrifft, so hat die Landesgesehung die zuständigen Behörben zu bestimmen; bieselbe murbe auch nicht gehindert sein, den Berwaltungsgerichten eine Mitwirfung bei dem gedahten Berfahren zu übertragen.
- 6. Gegen jebe im Berwaltungswege ergangene, eine Strafe verhängende Entscheidung fieht bem Beschuldigten binnen einer bestimmten Frist ber Antrag auf gerichtliche Untersuchung und Entscheidung zu; mithin sind auch die in Note 3, 4 bezeichneten Strafsachen der Strafgewalt der Gerichte nur bedingt, nämlich nur baun entzogen, wenn der Beschuldigte sich bei der Entscheidung der Berwaltungsbehörde beruhigt. Diese grund stliche Einschren fin der find ausgesprochen: hinsichtlich der Sachen, sur welche dieses Bersahren reichsgesehlich augeordnet ift, in den betreffenden Spezialgesehen: Bost-Ges. 3 35, Seemannsordnung § 101 Abs. 2; hinsichtlich der Sachen, sur welche dasselbe reichsgesehlich zus gelassen ist: in der StBD. § 453 Abs. 3, § 459 Abs. 2. Uedrigens wird in Borstehendem vorausgesetzt, daß die Verwaltungsbehörbe eine förmliche Entscheidung erlassen hat; in Betreff bes s. g. Submissions verfahrens s. bie Noten zur StBD. Buch 6 Abschn. 3.
- 7. a. Abgesehen von bem vorstehenb (Note 6) bezeichneten Grundsate hat die Reichsgesetzgebung allg emeine Normen über das Berhältniß des Berwaltungs Strasversahren zu dem gerichtlichen Bersahren nicht aufgestellt. Ob in gewissen Fällen ober unter geswissen prozessualtungsversahren ausgeschlossek sei; ob es ber Berwaltungsbehörbe gestattet sei, sich nach ihrem Ermessen auch in anderen Fällen der Entscheidung zu enthalten; ob der Beschuldigte schon während des Laufes des Berwaltungsversahrens den Antrag auf gerichtliche Untersuchung stellen durfe und ob alsdann durch den Antrag das Entscheideidungsrecht der Berwaltungsbehörde in Wegsall komme, 2c. alle diese Fragen sind bei den verschiedenen, hier in Betracht kommenden Arten von Strassach lediglich nach den betreffenden (Reichs. oder Laudes.) Spezial gesehen zu beantworten. Insbes. gilt dies in Betress der Frage: od die gerichtliche Untersluchung nur durch einen Antrag der Berwaltungsbehörde oder des Beschuldigten veranlaßt werden lönne, also Wangels eines solchen Antrages ausgeschlossen, oder od umgekehrt auch ohne solchen Antrag ein Einschler der Staatsanwaltschaft und die Eröffnung der gerichtlichen

Untersuchung statthaft sei. Uebrigens wird die Berfolgung bes betr. (Bost-, Boll-, Steuer- 2c.) Delitts burch die Staatsanwaltschaft schlechthin für zulässig zu erachten sein, wenn mit ihm eine andere, burch die Staatsanwaltschaft zu verfolgende strafbare handlung, z. B. eine Urfunden- fällschung, ibeell (StBB. § 73) tonkurrirt.

- b. In Betreff ber Enticheibung eines Streites über bie Bulaffigfeit bes Rechtsweges f. § 17.
- 8. Das Strafversahren im Berwaltungswege findet sich in ben Reichsjustigesetzen an drei Stellen erwähnt, nämlich: a) im GBG. § 13; b) im GG. zur StBD. § 6 Rr. 3; c) in ber StBD. Buch 6 Abschn. 2, 3. Bgl. auch GG. zur StBD. § 5 Abs. 2.
 - II. Befonbere Berichte (Sonbergerichte) für Straffacen.
- 9. a. Sonbergerichte für Straffacen find theils reichsgesehlich bestellt, theils ift beren Beftellung reichsgesehlich jugelassen, b. h. der Landesgesehgebung überlassen. Insoweit in einzelnen Bundesstaaten noch andere als die vorgedachten Sondergerichte bestanden, find sie durch die Einführung des GBG. aufgehoben (Mot. S. 36). Dies gilt u. A. von den Universitätszgerichten in ihrer Eigenschaft als Gerichten der streitigen Gerichtsdarkeit (für Preußen vgl. noch f. 13 des Auss. Sel. v. 24. Apr. 1878). Bgl. ferner f. 14 Note 2.
- b. Diejenigen zugelaffenen Sonbergerichte, welche bei Einführung bes GBG. bestanben, bestehen von selbst so lange fort, als nicht die Landesgesetzgebung sie ausbebt. Die lettere ist aber auch jederzeit besugt, solche Gerichte einzusen (Mot. S. 26). Eine Abweichung s. im EG. § 7 Note 8.
- c. Insoweit bie Lanbesgesetzgebung von ber Besugniß jur Aufrechterhaltung ober Ginsetung ber Sonbergerichte nicht Gebrauch macht, gehören bie betreffenden Sachen nach ber allgemeinen Regel vor die ordentlichen Gerichte. ohne daß es einer besonderen landesgesetlichen Bestimmung hierüber bedarf (Mot. S. 26). Es ergiebt sich hieraus, daß die Fassung des § 13 insofern eine ungenaue ist, als nicht schon die Zulassung, sondern erst das Bestehen der Sondergerichte das entscheiden Woment hinsichtlich der Einschrändung des Geschäftstreises der ordentlichen Gerichte bildet. Es müßte heißen: "ober reichsgesehlich besondere Berichte bestellt ober reichsgesehlich besondere Berichte bestellt ober reichsgesehlich besondere Berichte bestellt ober reichsgesehlich bestellt sind". Bgl. EG. § 2 Rote 2 b, § 3 Rote 2.
 - 10. Reichsgefetlich be ftellte Sonbergerichte für Straffacen finb :
 - a) bie Militairgerichte (vgl. GG. § 7 u. Rote 1, 2 baf.);
 - b) bie Ronfulargerichte sowie bie Gerichte in ben beutschen Schutgebieten (vgl. bie in Rote 4 gu Eit. 2 cit. Gef.).
- 11. Theils als reichsgesehlich be ftellte, theils als jugelaffen e Sonbergerichte find bie Rriegs gerichte und Stanbrechte anzusehen, beren Ginsehung in Ausnahmezustanben ersfolgen barf. hieruber f. § 16 u. bie Roten baf.
 - 12. Reichsgesehlich gugelaffen find folgenbe Sonbergerichte für Straffachen :
 - a) bie auf Staatsvertragen beruhenben Rheinschifffahrts und Elbzoll-Gerichte (§ 14 Rr. 1);
 - b) Gemerbegerichte (§ 14 Rr. 4; vgl. Rote 6 baf.);
 - c) besonbere Gerichte, namentlich auch Auftragalgerichte, für bas Berfahren gegen Ditglieber ber lanbesherrlichen Familien (GG. § 5);
 - d) Auftragalgerichte fur bas Berfahren gegen Stanbesherren (GG. § 7);
 - e) besondere Gerichte (Staatsgerichtshofe) für das Berfahren gegen Dinifter (ober andere, in ähnlicher Stellung befindliche Beamte) wegen Berfassung bersehung. Das Gefet selbst führt zwar diese Gerichte nicht auf; die Erwähnung derselben ist jedoch lediglich beshalb unterblieben, weil man die Zulässigteit ihres Fortbestehens für selbste verständlich angesehen hat. Die Mot. bemerken: daß bei diesen Gerichten "lediglich staatsrechtliche Berhaltnisse in Frage seien, auf deren Regelung die Bestimmungen bes GBG. sich nicht erstreden" (Mot. zum GBG. S. 30), und ferner: daß hier "die Entzschung nicht durch die Gerichte als Organe ber Rechtspflege, sondern durch einen

Staatsgerichtshof erfolge" (Mot. zur StPD. S. 233). Durch biese Erwägungen wirbfreilich bie Uebergehung ber gebachten Gerichte im Gesetestert nicht gerechtsertigt. Denn für den Begriff der Strafsache kann es nicht darauf allein ankommen, ob flaatsrechtliche Berhältnisse in Frage stehen (was ja bei vielen Strassachen, z. B. bei den Zu-widerhandlungen gegen die kirchenpolitischen Gesete, der Fall ist, sondern es kommt vor Allem darauf an, od kriminelle Strasen zu verhängen sind, und wenn den s. g. Staatsgerichtshosen die Berhängung solcher Strasen zusteht, so sind sie unbedenklich den Strasgerichten im Sinne des GBG. und der StPD. zuzuzählen.

Giner Ermahnung beburfen bier noch:

- bie Behörben (Gerichte), welche jur Enticheibung über Rompeteng=Ronflifte awifchen ben Jufig= und ben Berwaltungsbehörben berufen find. Das Bestehen beraartiger Behörben bleibt auch ferner statthaft (§ 17). Dieselben gehören indeß nicht zu ben Gerichten im Sinne bes GBG. und ber Brozesorbnungen, ba fic eben nur über bie Bulafsigteit bes Rechtsweges zu entscheiben, nicht aber Strafurtheile ober Civilaurtheile zu erlassen haben;
- bie Disziplinarg erichte. Diefelben bleiben von bem GBG. unberührt, ba bie Disziplinarfachen nicht zu ben Straffachen im Sinne ber StPD. unb folglich bie Disziplinargerichte
 nicht zu ben Gerichten im Sinne bes GBG. gehören; vgl. EG. zur StPD. § 3 u.
 Mot. S. 30.
- 13. Die Zulaffung ber Sonbergerichte erstreckt sich gleichmäßig auf alle Instanzen; bie-Lanbesgesetzung barf mithin in ben betr. Sachen auch bie Oberinstanz-Gerichte nach ihrem Erwessen einrichten. Bgl. EG. § 3 Abs. 2.
- 14. Auf Grund ber Bestimmung des EG. § 4 ift es nicht blos statthaft, ein Sondergericht mit Richtern, die zugleich Mitglieder eines ordentlichen Gerichts sind, zu besehen, sondern auch ein bestimmtes ordentliches Gericht oder eine Abtheilung eines solchen Gerichts oder mehrere solche-Gerichte zugleich als Sondergerichte für gewisse Rechtssachen zu bestellen, z. B. einem bestimmten ordentlichen Gerichte die Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der landesherrlichen Familie zu übertragen (in Betreff Preußens f. GG. § 5 Note 2). Bergl. GG. § 3 Abs. 1 u. Rote 4 das.
- 15. In Betreff bes Berhaltniffes ber orbentlichen Gerichtsbarteit zu ber Sonbergerichtsbarteit, b. h. zu ber Gerichtsbarteit ber reichs- ober landesgesehlich bestellten Sonbergerichte, ift Folgenbes zu bemerten:
- a. Zebe ber beiben Gerichtsbarkeiten ift eine ausschließliche. Demzusolge ift es nicht fatthaft, zu fam men hang ende Straffachen, von benen bie eine zur Zuständigkeit eines ordentslichen Gerichts, die andere zu ber eines Sondergerichts gehört, verdunden (vgl. StPD. §§ 2, 4) vor eines dieser Gerichte zu bringen. Ebensowenig wird ein Gericht, bei welchem irriger Beise eine seiner Gerichtsbarkeit nicht unterliegende Straffache anhängig gemacht worden ift, dadurch zuständig, daß der Beschuldigte sich stillschweigend ober ausbrücklich der Entscheidung dieses Gerichts unterwirft; vielmehr muß das Gericht, sobald seine Unzuständigkeit erhellt, dieselbe von Amtsewegen aussprechen.
- b. Mit Rudficht barauf, baß bie Lanbesgesetzgebung befingt ift, die Gerichtsbarkeit in solchen Sachen, für welche Sondergerichte zugelassen find, auch ben ordentlichen Gerichten als solchen zu übertragen (EG. § 3 Abs. 1 u. Note 4 bas.), ist dieselbe auch für besugt zu erachten, hinsichtlich dieser Sachen Abweichung en von dem unter a. ausgestellten Grundsate vorzuschreiben, jedochnur in der Richtung, daß Sachen, die an sich vor ein landes gesehlich bestelltes Sondergericht gehören, in den unter a. gedachten Fällen der Entscheidung eines ordentlichen Gerichts unterworfen werden dürsen. Dagegen steht umgekehrt es der Landesgesetzung nicht zu, Sachen, welche reichssessellich schlechthin der ordentlichen Gerichtsbarkeit angehören, der setzteren zu entziehen und sie der Entscheidung eines Sondergerichts zu unterwerfen.
 - c. Der fall eines zwifden einem orbentlichen Gericht und einem Sonbergericht bestehenben

§. 14.

Als besondere Gerichte merben zugelaffen:

- 1. die auf Staatsverträgen beruhenden Rheinschifffahrts- und Elbzollgerichte;
- 2. Gerichte, welchen die Entscheidung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei ber Ablösung von Gerechtigkeiten ober Reallasten, bei Separationen, Ronsolibationen, Berkoppelungen, gutsherrlich bäuerlichen Auseinandersfehungen und bergleichen obliegt;
- 3. Gemeinbegerichte, insoweit benselben die Entscheidung über vermögensrechtliche Ansprüche obliegt, beren Gegenstand in Geld ober Geldeswerth die
 Summe von sechzig Mark nicht übersteigt, jedoch mit der Maßgabe, daß
 gegen die Entscheidung der Gemeinbegerichte innerhalb einer gesehlich
 zu bestimmenden Frist sowohl dem Kläger wie dem Beklagten die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg zusteht, und daß der Gerichtsbarkeit des Gemeinbegerichts, als Kläger oder Beklagter, nur Personen
 unterworfen werden dürsen, welche in der Gemeinde den Wohnsis, eine
 Riederlassung oder im Sinne der §§. 18, 21 der Civilprozesordnung den
 Ausenthalt haben;
- 4. Gewerbegerichte. (Entw. § 3.)

Streites über bie Zuftanbigfeit ift im Gefet nicht vorgesehen. Besteht fur bie beiben streitenbeit Gerichte ein gemeinsames oberes Gericht (vgl. in Betreff bes Reichsgerichts: EG. § 3 Abs. 2), so wird dieses den Streit zu entscheiden haben. Beim Mangel eines gemeinsamen oberen Gerichts aber sehlt es an einem Mittel zur Beseitigung bes Streites; insbes. kann bieser alsbanu nicht burch bas Reichsgericht entschieben werben, ba die Entscheidungen des letzteren nur für die ihm untergeordneten Gerichte maßgebend sind. Es würde baber zur Beseitigung des Streites äußerften Falles eines Aktes ber Gesetzgebung bedürfen. In Betress ber Militairgerichte vgl. noch EG. § 7 Note 4.

16. In Betreff ber Anwendbarkeit ber SiBO, auf bas Berfahren ber Sonbergerichte f. GG. jur StBC. § 3 u. Rote 3 bas.

3u § 14.

- 1. 3m Allgemeinen find bier bie Bemerkungen ju § 13 unter II ju vergleichen.
- 2. Die unter Nr. 1 bezeichneten Gerichte sind bestalb bestehen geblieben, weil sie auf Staats= verträgen beruhen und einen internationalen Charafter haben. — Bei ben Beser= Bolls gerichten und ben Recar= Schiffsahrtsgerichten war letteres nicht ber Fall; biese Gerichte sind baher burch bie Einführung bes GBB. ausgehoben (Mot. S. 26).
- 3. Die Rheinschifffahrtsgerichte find eingesett durch die Rheinschifffahrts: Ordnung vom 31. März 1831 (G. S. 73) und beruhen in ihrer gegenwärtigen Ginrichtung auf der Revidirten Rheinschifffahrts: Afte v. 17. Oft. 1868 Art. 33-40 (G. 1869 S. 814), bei welcher außer den beutschen Rheinufer: Staaten auch die Niederlande betheiligt sind. Die Strafgerichtsbarkeit bieser Gerichte erstrecht sich auf alle Zuwiderhandlungen gegen die schifffahrts: und strompolizeilichen Borschriften (Art. 34 a. a. D.).

Für Preußen s. das Ges., betr. bie Rheinschiffschrtsgerichte, v. 8. März 1879 (GS. S. 129) und das Ges., betr. die Aussührung der Rev. Rheinschiffsahrtszukte v. 17. März 1870 (GS. S. 187).

— Als Rheinschiffsahrtsgerichte erster Instanz sind durch Bdn. v. 1. Sept. 1879 (GS. S. 609)

25 Amtsgerichte bestellt. Gericht zweiter Instanz ist, soweit nicht in dieser Instanz die Centrals

§. 15.

Die Gerichte find Staatsgerichte.

Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit besjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten sinden nicht statt.

Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ift ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ghe= und Verlöbnißsachen.
(Entw. § 4.)

§. 16.

Ausnahmegerichte find unstatthaft. Niemand barf seinem gesetlichen Richter entzogen werben. Die gesetlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standsrechte werben hiervon nicht berührt.

(Cutw. § 5.)

tommission ber Rheinuserstaaten in Mannheim zu entscheiben hat, nach § 1 bes Ges. v. 8. März 1879 bas Oberlanbesgericht zu Coln. Bgl. GBG. § 13 Rote 14, 13.

4. Die Elbzollgerichte beruhen auf ber Elbschifffahrts-Afte vom 23. Juni 1821 Art. XXVI. (96. 1822 6. 20) und ber Abbitional-Afte vom 13. April 1844 §§ 46 ff. (§6. 6. 468). Bei biesen Staatsverträgen ift außer ben beutschen Elbuser-Staaten auch Desterreich betheiligt. Nachsbem burch das Ges. v. 11. Juni 1870 (§6BI. 6. 416) der Elbzoll aufgehoben worden ist und somit die Zollftraffachen in Begfall gekommen sind, erstreckt sich die Strafgerichtsbarkeit der Elbzollgerichte nur noch: a) auf Uebertretungen schifffahrts und strompolizeilicher Vorschiften durch Schiffs: oder Floßiuhrer, beren Dienstleute, Passagiere oder Schiffszieher; b) auf Erzesse, welche die zur Bemannung der Stromsahrzeuge oder zum Schiffszuge gehörenden Bersonen gegen einander oder gegen die in Ausübung ihres Amtes begriffenen Elbschiffsahrtspolizeideamten begehen, injosern diese Erzesse nicht einen kriminellen Charakter (b. h. ben eines Vergehens oder Verbrechens) an sich tragen (Abdit-Afte vom 13. April 1844 § 47).

Für Preußen f. bas Gef., betr. bie Elbjollgerichte, v. 9. März 1879 (GS. S. 132). Nach § 1 beffelben find Elbjollgerichte erfter Inftanz bie Amtögerichte, beren Bezirke von ber Elbe innershalb ber burch bie Abbit.-Afte bestimmten Grenzen berührt werben, und Elbzollgerichte zweiter Instanz bie betr. Landgerichte.

Bu Mr. 2, 3.

- 5. Den unter Rr. 2, 3 bezeichneten Gerichten fteht eine Strafgerichtsbarteit nicht ju. Bu Rr. 4.
- 6. Da unter Rr. 4 nicht, wie unter Rr. 2, 3, von einer Beschränkung ber Gerichtsbarkeit auf Ewilsachen bie Rebe ift, so ift bie Ausübung einer Strafgerichtsbarkeit burch bie Gewerbesgerichte reichsgesestich nicht ausgeschlosen.

3u § 15.

- 1. Die Gerichte find Behörben entweber bes Reichs ober eines Bunbesftaates bezw. bes Reichstanbes Elfaß-Lothringen.
- 2. Der Ausbrud "Privatgerichtsbarteit" umfaßt sowohl bie ftanbesherrliche Gerichtsbarteit wie bie ritterschaftliche und ftabtische Batrimonialgerichtsbarteit (Mot. S. 31. 32).
- 3. Uebrigens finben, wie bas GBG. überhaupt (vgl. EG. § 2 Note 3), so auch bie Borsschriften bes § 15 nur auf die ftreitige Gerichtsbarkeit Anwendung.

Au \$ 16.

1. Bie bie Mot. S. 34 hervorheben, verbietet ber S nicht blos ber Staatsverwaltung, sonbern auch ber einzelftaatlichen Gesetzgebung bie Ginsehung von Ausnahmegerichten. "Die durch bas Reich bestimmte Ordnung ber Gerichte barf nur reichsgesehlich, nicht mehr staatsgesehlich vertudt werben."

25me, Strafprozegorbnung. b. Auflage.

- 2. "Gesetlich" ift nicht gleichbebeutend mit "an sich zuftanbig"; vielmehr ift auch berjenige Richter ein gesehlicher im Sinne bes § 16, ber auf Grund einer gesehlichen Borschrift berufen ift, an die Stelle bes an sich zuständigen Richters zu treten (vgl. z. B. StPD. § 15, § 394 Abs. 2).
- 3. Daß ber § bie Ausbrude "Kriegsgerichte" und "Stanbrechte" neben einanber gebraucht, hat seinen Grund barin, daß die Benennung dieser Ausnahmegerichte in den verschies benen Bundesstaaten noch keine gleichmäßige ist. Theils nämlich werden diese Gerichte Standsrechte oder Standgerichte genannt, so namentlich in Bayern, theils heißen sie Kriegsgerichte, so insbes. in Preußen. (Die preuß. Mil.-Strafgerichtsordnung § 61 versteht unter Standgerichten etwas Anderes, nämlich die eigentlichen Militärgerichte niederer Ordnung).
 - 4. a. Der Art. 68 ber Reichsverfaffung bestimmt:

"Der Raifer kann, wenn bie öffentliche Sicherheit in bem Bundesgebiete bedroht ift, einen jeden Theil besselben in Kriegszuftand erklaren. Bis zum Erlaß eines die Boraussetungen, die Form der Berkandigung und die Birkungen einer solchen Erklarung regelnben Reichsgesetzes gelten bafür die Borichriften bes Preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851.
(Gesetz-Samml. für 1851. S. 451 ff.)."

Das hier gebachte Reichsgeset ift bis jest nicht ergangen; jur Zeit also wurbe im Falle eines vom Raiser erklärten Rriegszustandes auch in Betreff der Ginsetung von Rriegsgerichten baserwähnte preuß. Geset (s. baffelbe unten in Abth. III.) maßgebend sein. Insbesondere murbe sich auch die Zusammensetung, die Zuständigkeit und das Berfahren der Kriegsgerichte in dem gedachten Falle lediglich nach den Borschriften jenes Gesets und nicht nach den betr. Landessgeseten bestimmen. — Die Kriegsgerichte, deren Ginsetung in Folge einer Anordnung des Raisers stattsindet, sind den reichsgesetzlich bestellten Sondergerichten beizugählen; vgl. § 13 Note 11.

b. Für Bayern gilt bas unter a. Bemerkte nicht; vielmehr bleiben bort einstweilen bie lanbesgesetlichen Bestimmungen in Rraft. Es fagt nämlich bie Schlufbestimmung jum XI. Absichnit ber Reichsverfassung:

"Die in biesem Abschnitt enthaltenen Borschriften tommen in Bayern nach naberer Bestimmung bes Bundnifvertrages vom 23. November 1870. (Bundesgesehbl. 1871. S. 9) unter III. §. 5. — jur Anwendung."

In biefem Bunbnigvertrage aber ift unter III. § 5 bestimmt :

"Die Artikel 61. bis 68. (ber Reicheverfassung) finden auf Bapern teine Anwendung. An beren Stelle treten folgende Bestimmungen:

VI. Die Boraussetzungen, unter welchen wegen Bebrohung ber öffentlichen Sichers beit bas Bunbesgebiet ober ein Theil besselben burch ben Bunbesselbherrn in Kriegs- juftand erklärt werben kann, bie Form ber Berkundung und bie Wirkungen einer solchen Erklärung werben burch ein Bunbesgeset geregelt."

Außerbem kommt hier noch § 7 bes Ges. v. 22. April 1871, betr. bie Einführung Norbbeutscher Bunbesgesets in Bayern (NGBI. S. 87), in Betracht. Dort ist mit Bezug auf ben (materielle Strafporschriften für ben Fall bes Kriegszustandes enthaltenden) § 4 bes EG. zum StGB. vom 31. Mai 1870 bestimmt:

"An Stelle ber Borichriften bes §. 4. bes gebachten Ginführungsgefebes hat es für Bayern bis auf Beiteres bei ben einschlägigen Bestimmungen bes Militairstrafrechts, sowie bei ben sonstigen gesehlichen Borschriften über bas Stanbrecht sein Bewenben."

5. Die in anderen Bundesstaaten etwa bestehende Befugniß ber Landes = Staatsgewalt, unter gewissen, landesgesehlich bestimmten Boraussehungen Rriegsgerichte oder Standrechte einzussehen, ist durch ben Art. 68 ber Reichsversassung nicht aufgehoben, sondern nur insofern berührt, als sie zurudtreten muß, wenn und insoweit der Kaiser von der ihm im Art. 68 gegebenen Befugniß wirklich Gebrauch macht. Auch das GBG. läßt diese Besugniß der Landes-Staatsgewalt unberührt. Erfolgt die Bertundung des Kriegs- oder Belagerungszustandes (nicht durch den Kaiser, sondern) durch die Landes-Staatsgewalt, so bestimmt sich auch die Zusammensetung.

§. 17.

Die Gerichte entscheiben über bie Bulaffigfeit bes Rechtswegs.

Die Landesgesetzgebung kann jedoch die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten über die Zulässigkeit des Rechtswegs besonderen Behörden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen übertragen:

- 1. Die Mitglieber werben für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleibeten Amts oder, falls sie zu dieser Zeit ein Amt nicht bekleiben, auf Lebenszeit ernannt. Gine Enthebung vom Amte kann nur unter denselben Boraussehungen wie bei den Mitgliedern des Reichszerichts stattsinden.
- 2. Minbestens die Hälfte der Mitglieder muß dem Reichsgerichte ober dem obersten Landesgerichte oder einem Oberlandesgerichte angehören. Bei Entscheidungen dürfen Mitglieder nur in der gesehlich bestimmten Anzahl mitwirken. Diese Anzahl muß eine ungerade sein und mindestens fünf betragen.
- 3. Das Verfahren ift gesehlich zu regeln. Die Entscheibung erfolgt in öffents licher Sitzung nach Labung ber Parteien.
- 4. Sofern die Zuläffigkeit des Rechtswegs burch rechtskräftiges Urtheil des

3u § 17.

- 1. Der Fall, wenn eine Berwaltungsbehörbe ber gerichtlichen Berfolgung eines ihr untergeordneten Beamten wiberspricht und bemaufolge eine Borentscheibung für die Buläffigfeit ber Berfolgung erforberlich wirb, ftellt eine "Streitigfeit über die Juläffigfeit bes Rechtsweges", wie § 17 fie im Auge hat, nicht bar. Diefer Fall ift in § 11 bes G. besonbers behandelt.
- 2. Für Strafsachen ift bemnach bie Bestimmung bes § 17 nur von geringer Bebeutung. Imischen einem Strafgericht und einer Berwaltungsbehörbe könnte ein Streit über bie Zulässigfeiteit bes Rechtsweges nur bann entstehen, wenn bei einem Delikt, welches Gegenstand eines Berwaltungs sericht bie Untersuchung eröffnete, ohne baß bie Borbebingungen für bas gerichtliche Bersahren erfüllt wären (vgl. § 13 Rote 7.a). Läßt z. B. bas für bas betr. Berwaltungs Strafversahren maßgebende Geseh bas gerichtliche Bersahren nur zu, wenn bie betheiligte Berwaltungsbehörbe ober ber Beschulbigte auf gerichtliche Entschen ganträgt, und wäre gleichwohl ohne einen solchen Antrag bas gerichtliche Bersahren eingeleitet worben, so wäre die Möglichteit eines Kompetenztonstiftes, sosern die Ersehung eines solchen landesgesetlich zugelassen ist, gegeben. Fälle dieser Art werden wohl nur selten vorkommen. In Preußen ist die Erhebung eines derartigen Kompetenzkonstiftes in Strassachen gänzlich ausgeschlossen v. 1. Aug. 1879 (SS. S. 573).
 - 3. Bgl. ben, ben § 17 ergangenben § 17 bes GG.
- 4. Der Fall, wenn nicht über die Zulässigfeit des Rechtsweges überhaupt, sondern darüber gestritten wird, ob die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte oder diejenige eines Sonder gerichts begründet sei, wird von der Vorschrift des § 17 nicht berührt; vgl. § 13 Note 15 c u. E.G. § 7 Note 4. Gl. A. Struckmann u. Roch S. 1011, Thilo S. 27; a. M. Keller S. 30.

bie Zustanbigkeit und bas Berfahren ber Kriegsgerichte ober Standrechte nach ben betr. Lanbesgesein.

^{6.} Die auf Grund landesgesehlicher Bestimmungen bestehenden Kriegsgerichte zc. (Note 4. b, 5) imb ben reichsgesehlich jugelaffenen Sonbergerichten beizugahlen; vgl. § 13 Note 11.

^{7.} Bgl. noch § 30 bes Preß-Ges. v. 7. Mai 1874 (RGBl. S. 65).

Gerichts feststeht, ohne daß zuvor auf die Entscheidung der besonderen Behörde angetragen war, bleibt die Entscheidung des Gerichts maßgebend. (Entw. 8. —)

§. 18.

Die inländische Gerichtsbarkeit erstreckt sich nicht auf die Chefs und Mitglieder ber bei dem Deutschen Reiche beglaubigten Missionen. Sind diese Personen Staatsangehörige eines der Bundesstaaten, so sind sie nur insofern von der inländischen Gerichtsbarkeit befreit, als der Staat, dem sie angehören, sich der Gerichtsbarkeit über sie begeben hat.

Die Chefs und Mitglieder ber bei einem Bundesstaate beglaubigten Missionen sind ber Gerichtsbarkeit dieses Staates nicht unterworfen. Dasselbe gilt von den

3u § 18.

- 1. Die hier aufgestellten Beschränkungen ber Gerichtsbarteit beruhen auf ben Grunbsahen bes Böllerrechts und theilweis auch auf ber Reichsversassung (Note 6). Das Rahere über bie s. g. Erterritorialität s. bei: heffter, Böllerrecht 7. Ausg. S. 433; Berner, Birkungskreis S. 206 ff.; v. Bar, Internat. Brivat= und Strafrecht S. 572 ff. In Betreff bes zweiten Sabes ("Sind biese" 2c.) sagen die Mot. S. 35: "Rach ber Ansicht ber Böllerrechtslehrer sind biplomatische Personen, wenn sie in einem bauernben Unterthanenverhältnisse zu bemjenigen Staate stehen, bei welchem sie beglaubigt sind, nur insoweit von bessen Gerichtsbarkeit befreit, als dieser Staat sich ber Gerichtsbarkeit über sie begeben hat. Im Berhältnisse zum Deutschen Reiche muß bie Reichsangehörigkeit als entschehen angesehen werden; bies bringt ber zweite Sat bes § 18 zum Ausbruck."
- 2. Die Bezeichnung "in Tanbifche Gerichtsbarteit" umfaßt fowohl bie Gerichtsbarteit bes Reichs (§ 136 Rr. 1) wie auch biejenige ber Bunbesftaaten. Bgl. oben Rote 2, 5 ju Tit. 2.
- 3. Die Bezeichnung "Chefs und Mitglieber" ber Miffionen ift gewählt, um eine moglicher Beise nicht erschöpfenbe Aufzählung ber Botschafter, Gesandten, Minifter-Residenten, Gesichäftsträger, Legations-Sekretare und Attaches zu vermeiben (Mot. S. 35).
- 4. Der Abs. 2 hat sowohl biejenigen Gesanbten ac. im Auge, welche von einer aus wartigen (nichtbeutschen) Macht bei einem beutschen Bunbesstaate beglaubigt find, wie auch biejenigen, welche ein Bunbesstaat bei einem anberen Bunbesstaate beglaubigt. So ift 3. B. ber preußische Gessanbte in München ber Gerichtsbarkeit ber bayerischen Gerichte nicht unterworfen.
- 5. Die bei einem Bunbesftaate beglaubigten Gesanbten 2c. find nach bem Bortlaut bes 20hs. 2 nur von ber Gerichtsbarkeit bieses Staates, nicht aber von berjenigen bes Reichs (§ 136 Rr. 1) ober ber anderen Bunbesftaaten erimirt.
- 6. Rach bem Schlufiat bes § find bie nichtpreußischen Mitglieber bes Bunde Braths ber Gerichtsbarteit ber preußischen Gerichte nicht unterworfen. Dies beruht auf Art. 10 ber Reichs= verfassung, welcher lautet:

"Dem Kaifer liegt es ob, ben Mitgliebern bes Bun besrathes ben üblichen biplomatischen Schutz zu gewähren."

Uebrigens ift bie Bestimmung bes Schluffages eine unbebingte und ihre Anwendbarkeit baher nicht auf die Zeit beschränkt, mahrend welcher die Mitglieder des Bundesraths in ihrer Gigenschaft als folche in Berlin anwesend find.

7. Aus § 18 ergiebt fich nicht nur, bag bie biplomatischen Bersonen 2c. "im Inlande nicht gegen ihren Willen verklagt werden können, sondern ebenso, daß Zustellungen an sie nach den Grundsäten von Zustellungen im Austande zu bewirken sind und daß gegen sie ein Zwang, sich als Auskunftspersonen vernehmen zu lassen, durch inländische Gerichte nicht zu üben ist" (Mot. S. 35).

^{8.} Bgl. &G. § 5.

Mitgliebern bes Bundesraths, welche nicht von bemjenigen Staate abgeordnet find, in bessen Gebiete ber Bundesrath seinen Sit hat.

(**€utm.** § 6.)

§. 19.

Auf die Familienglieber, das Geschäftspersonal ber im §. 18 erwähnten Perssonen und auf solche Bedienstete berselben, welche nicht Deutsche sind, finden die vorstehenden Bestimmungen Anwendung.

(Entw. § 7.)

§. 20.

Durch die Bestimmungen der §§. 18, 19 werden die Vorschriften über den ausschließlichen dinglichen Gerichtsstand in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht berührt.

(Entm. § 8.)

§. 21.

Die im Deutschen Reiche angestellten Konsuln sind ber inländischen Gerichtsbarkeit unterworfen, sofern nicht in Verträgen des Deutschen Reichs mit anderen Rächten Vereindarungen über die Befreiung der Konsuln von der inländischen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

(Entw. § 9.)

Dritter Titel.

Amtsgerichte.

§. 22.

Den Amtsgerichten fteben Ginzelrichter vor.

Ist ein Amtsgericht mit mehreren Richtern besetzt, so wird einem berselben von der Landesjustizverwaltung die allgemeine Dienstaufsicht übertragen. Jeder Amtsrichter erledigt die ihm obliegenden Geschäfte als Einzelrichter.

(Enim. § 10.)

Ru & 19.

J. Bgl. § 18 Note 1.

2. "Der Ausbrud Bebien ftete ift gewählt, um außer ben Dienstboten auch solche Personen zu bezeichnen, welche als Lehrer, Haushosmeister und bergl. im Dienste ber Gesanbten 2c. stehen" (Mot. S. 35).

(§ 20.) Zu § 21.

- 1. Die Konfuln, gleichviel ob Berufs- ober Bahlkonsuln, werden prinzipiell nicht als biplomatische Personen anerkannt. Sie können das Recht der Exterritorialität nur dann in Anspruch nehmen, wenn es ihnen durch einen Staatsvertrag besonders eingeräumt ist (Mot. S. 35).
- 2. In Betreff ber von bem Deutschen Reiche abgeschlossenen Konfularvertrage f. bie Roten ju § 5 bes GG. 3. StBD.

Bum Dritten Titel.

- 1. Für Preußen vgl. Ausf. Gel. SS 21 ff. (GS. S. 230), sowie Bbn., betr. die Errichtung ber Amtägerichte, v. 26. Juli 1878 (GS. S. 275) u. Bbn., betr. die Bilbung ber Amtägerichtsbeiter, v. 5. Juli 1879 (GS. S. 393). Diese beiben Berordnungen haben übrigens inzwischen mehrsache Abanderungen ersahren.
- 1. Die Fassung bes Abs. 1 ("stehen vor") ift teine gang gutreffenbe. Das Geseh will sagen: baß bie Amtsgerichte keine Kollegialgerichte finb (vgl. übrigens § 78). Auch bei ben mit

§. 23.

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte umfaßt in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, soweit dieselben nicht ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes den Landgerichten zugewiesen sind:

- 1. Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, beren Gegenstand an Gelb ober Gelbeswerth die Summe von breihundert Mark nicht übersteigt;
- 2. ohne Rudficht auf ben Werth bes Streitgegenstanbes:

Streitigkeiten zwischen Bermiethern und Miethern von Wohnungs- und anderen Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Miether in die Miethsräume eingebrachten Sachen;

Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gefinde, zwischen Arbeitzgebern und Arbeitern hinsichtlich des Dienst: und Arbeitsverhältnisses, sowie die im §. 108 der Gewerbeordnung bezeichneten Streitigkeiten, insofern dieselben während der Dauer des Dienst:, Arbeits: oder Lehrverhält: nisses entstehen;

Streitigkeiten zwischen Reisenben und Wirthen, Fuhrleuten, Schiffern, Flößern ober Auswanderungsexpedienten in den Sinschiffungshäfen, welche über Wirthszechen, Fuhrlohn, Ueberfahrtsgelber, Beförderung der Reisenden und ihrer Habe und über Verlust und Beschädigung der letteren, sowie Streitigkeiten zwischen Reisenden und Handwerkern, welche aus Anlaß der Reise entstanden sind;

mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten handelt ein Jeder als Einzelrichter und zwar mit voller Selbstständig keit innerhalb des ihm zugewiesenen Geschäftskreises. Das (früher z. B. im Königreich Sachsen befolgte) System, nach welchem nur einer der mehreren Richter als Träger des Richteramts gilt, während die übrigen als seine Gehülsen sungiren, ist reichsgesestlich ausgesschlossen (Mot. S. 36).

^{2.} Ueber die Bertheilung ber Geschäfte unter mehrere Richter besselben Amtsgerichts giebt bas GBG. teine Borschriften; hierüber entscheibet bas Landesrecht. — Für Preußen s. Auss.: Ges. § 23 (GS. S. 230) und Aug. Berf. v. 21. Juli 1879 (JWBI. S. 198; vgl. auch bie Drucksehler: Berichtigung S. 212 bas.).

^{3.} Desgleichen regelt fich bie Bertretung ber Richter bei ben Amtsgerichten nach ben lanbesz rechtlichen Bestimmungen. — Für Preußen s. Auss.: Ges. § 24 (GS. S. 230) und Allg. Berf. v. 10. Sept. 1879 (JMBl. S. 340).

^{4.} Ob bie "allgemeine Dien staufsicht", welche von einem ber mehreren Richter auszuuben ift, sich nur auf bie nichtrichterlichen Beamten ober auch auf bie übrigen Richter bes Amtsgerichts zu erstreden hat, unterliegt gleichsalls ber lanbesrechtlichen Bestimmung. Für Preußen s. Ausf.= Ges. § 79 Abs. 2; vgl. MGer. I. 2. Jan. 83 (Entsch. VII. 404). Anbers in Bayern: Ausf.= Ges. Art. 69, 70, vgl. MGer. I. 20. Jan. 87 (Entsch. XV. 212), sowie in Bürttemberg: Ausf.=Ges. Art. 5 (Reg.=Bl. S. 3), vgl. RGer. I. 17. März 84 (Entsch. XI. 163).

^{5.} Der Ausbruck "Lanbes juftizverwaltung" wirb im GBG. überall abstrakt gebraucht; er bezeichnet also keineswegs allein bie Centralbehörbe (Justiz-Ministerium 2c.), umsaßt vielmehr alle Organe ber Justizverwaltung. Bon welchem bieser Organe bie einzelnen Funktionen ber Lanbesjustizverwaltung wahrzunehmen seien, bestimmt sich nach bem Lanbesrecht (Mot. S. 47).

Streitigkeiten wegen Biehmängel; Streitigkeiten wegen Bilbichabens; Ansprüche aus einem außerehelichen Beischlafe; bas Aufgebotsverfahren.

§. 24.

Im Uebrigen wird die Zuständigkeit und der Geschäftskreis der Amtsgerichte durch die Vorschriften dieses Gesetz und der Prozesordnungen bestimmt.

Bierter Titel.

Shöffengerichte.

§. 25.

Für die Berhandlung und Entscheidung von Straffachen werden bei den Amtsgerichten Schöffengerichte gebildet.

(Entm. \$ 11.)

3u § 24.

1. In Straffachen ift ber Geschäftstreis ber Amterichter folgenber: a) bie Amterichter nehmen bie im Borbereitungsverfahren erforberlichen gerichtlichen Unterfuchungs= handlungen por (StBD. SS 160, 163, 164); b) fie enticheiben im Ralle bes § 157 ber StBD. über bie Bulaffigteit ber Beerbigung eines Leichnams; c) fie enticheiben über Befchlag = nahme und Durchfuchungen (StBD. 8 98 Abf. 2, 8 100 Abf. 3, 8 105); d) fie erlaffen bie nach einer Festnahme erforberlichen Berfügungen (GeBO. SS 128, 129, 132) und die haft= befehle, welche ber Erhebung ber öffentlichen Rlage vorausgeben (StBD. SS 125, 126); e) es tann ihnen die Führung einer Boru nter suchung sowie die Bornahme einzelner Untersuchungshandlun= gen in einer folchen übertragen werben (StBO. SS 183, 184); f) fie find Mitglieber (Borfibenbe) bes Schöffengerichts und erlassen an Stelle besselben bie außerhalb (vor ober nach) ber hauptverhandlung erforderlichen Entscheibungen (GBG. § 26, § 30 Abs. 2; vgl. StBD. §§ 197, 200, 463, 494, 501); g) sie fungiren in gewissen Källen als erkennenbe Richter ohne Auziehung von Schöffen (StBD. § 211 Abs. 2, EG. 3. StBD. § 3 Abs. 3); h) fie erlaffen bie Strafbefehle (StBD. § 447); i) fie nehmen bie hanblungen ber Rechtshulfe por (BBG. § 158; vgl. noch StPO. § 171 Abj. 3); k) es fann ihnen bie Strafvollstredung in ben ichoffengerichtlichen Sachen übertragen werben (StBD. § 483 Abf. 3). — Bgl. noch GBG. § 78.

Ueber bie Bermaltungegeichafte, welche ben Amterichtern hinfichtlich ber Bilbung ber Schöffengerichte und Schwurgerichte obliegen, f. GBG. SS 38-56, 85-89.

2. Den Amtkgerichten find einzelne Geschäfte besonders übertragen, welche vom Gerichts= ichreiber zu erledigen find, ohne daß es der Mitwirkung eines Richters bedarf; vgl. z. B. StBD. SS 156, 341.

Bum Bierten Titel.

Für Preußen vgl. Ausi.-Bei. SS 33 ff. (GS. S. 230) und bie bei ben einzelnen SS bes Tit. angeführten Allgemeinen Berfügungen bes Suft.-Min.

Zu § 25.

- 1. In Betreff bes Berbaltniffes ber Schöffengerichte gu ben Umtsgerichten f. § 12 Rote 3.
- 2. In Betreff ber Aburtheilung von Straffachen burch bie Amtsrichter ohne Zuziehung von Schöffen f. StBD. § 211 Abf. 2, EG. gur StBD. § 3 Abf. 3. Bgl. noch StBD. § 447.

§. 26.

Die Schöffengerichte bestehen aus bem Amtsrichter als Vorsitzenben und zwei Schöffen.

(€utw. § 17.)

§. 27.

Die Schöffengerichte find guftanbig:

- 1. für alle Uebertretungen;
- 2. für diejenigen Vergehen, welche nur mit Gefängniß von höchstens drei Monaten ober Gelbstrafe von höchstens sechshundert Mark, allein ober neben Haft ober in Verbindung mit einander ober in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, mit Ausnahme der im §. 320 des Strafgesehbuchs und der im §. 74 dieses Geses bezeichneten Vergehen;
- 3. für bie nur auf Antrag zu verfolgenben Beleibigungen und Körperverletzungen, wenn bie Verfolgung im Wege ber Privatklage geschieht;
- 4. für bas Vergeben bes Diebstahls im Falle bes §. 242 bes Strafgesethuchs, wenn ber Werth bes Gestohlenen fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
- 5. für bas Bergehen ber Unterschlagung im Falle bes §. 246 bes Strafgesethuchs, wenn ber Werth bes Unterschlagenen fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
- 6. für das Vergehen des Betruges im Falle des §. 263 des Strafgesethuchs, wenn der Schaden fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
- 7. für bas Vergehen ber Sachbeschäbigung im Falle bes §. 303 bes Strafgesetz= buchs, wenn ber Schaben fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
- 8. für bas Vergehen ber Begünstigung und für bas Vergehen ber Sehlerei in ben Fällen bes §. 258 Nr. 1 und bes §. 259 bes Strafgesethuchs, wenn bie Handlung, auf welche sich bie Begünstigung ober bie Hehlerei bezieht, zur Zuständigkeit ber Schöffengerichte gehört.

(Entm. §\$ 14. 15.)

Zu § 26.

- 1. In Betreff ber mit mehreren Richtern befesten Amtsgerichte f. § 22 Rote 2.
- 2. In Betreff ber Zuziehung von Erganzungspersonen f. § 194 u. bie Noten bas. 3u § 27.
- 1. Im Allgemeinen s. über bie sachliche Zuständigkeit ber erkennenden Gerichte erster Instanz und über die Gesichtspunkte, nach benen bieselbe geregelt ist: die Noten zur StPO. § 1. In Betreff ber Zuständigkeit ber Straffammern s. GBG. §§ 73, 74, 75; in Betreff berjenigen der Schwurgerichte: § 80; in Betreff berjenigen des Reichsgerichts: § 136 Nr. 1. Bgl. ferner StPO. § 477. In Betreff der Zulässigkeit landesgesehlicher Abweichungen s. GG. zum GBG. § 3 Abs. 1, § 6.
- 2. Der § 27 regelt bie urfprungliche, lediglich burch bie ftrafbare handlung felbft begründete Buftanbigkeit ber Schöffengerichte im Gegensat zu ber burch Uebermeisung begruns beten (§§ 29, 75). In Betreff bieser Unterscheidung und ber auf fie bezüglichen Terminologie f. § 29 Rote 2 a.
- 3. An ber Zuständigkeit des Schöffengerichts für die Aburtheilung der in § 27 bezeichneten. Delikte wird dadurch nichts geändert, daß wegen des Zusammentreffens mehrerer Straffälle (StGB. §§ 74 ss.) auf erheblichere Strafen zu erkennen ist. Das Schöffenger icht würde gesehlich nicht einmal gehindert sein, eine Gesammtstrase von zehn Jahren Gesängniß (StGB. § 74) zu ver=

hangen. Bgl. Rote 17. — In Betreff ber Befugniß biefes Gerichts, auf gufatliche Buchthaussftrafen zu erkennen, f. StBD. § 492 Rote 1 a.

- 4. In Betreff ber Boraussehungen einer Unguftanbigfeitsertlarung bes Schöffens gerichts f. StBD. § 270 u. bie Roten bas. Bgl. noch unten Rote 14.
- 5. Die Strafverfolgung hinsichtlich aller in § 27 bezeichneten Deliste liegt, sofern nicht auf Grund bes Zusammenhanges der Sache mit einer anderen (StPO. §§ 2, 4) ein Gericht höherer Ordnung mit der Untersuchung befaßt wird, bem Amtsan walt ob (GBG. § 143 Rr. 3). Bgl. jedoch § 142 Rote 2.

Bu Rr. 1. 2.

- 6. Ueber die Begriffe "Uebertretungen" und "Bergehen" vgl. die Noten zur StBD. § 1. Ru Rr. 1.
- 7. Alle Uebertretungen gehören zur Zuständigkeit der Schöffengerichte, gleichviel ob fie im StBB. ober in einem anderen Reichsgeses oder in einer landebrechtlichen Strafvorschrift vorsgesehen sind und ohne daß es auf die Art der angedrohten Strafe (vgl. insbes. StBB. § 362 Abs. 2) ankommt. Bgl. übrigens StBD. §§ 2, 4.

Bu Nr. 2.

- 8. a. Boraussetung ber unter Rr. 2 bestimmten Zuständigkeit des Schöffengerichts ist: daß das Bergeben mit keiner anderen Strafart als mit Gefängniß, haft, Geldstrafe oder Einziehung beboht ift und daß ferner das höchte Maß der angedrohten Gefängnißstrafe nicht mehr als drei Monate und daß ferner das höchten Geldstrafe nicht mehr als 600 Mark beträgt. Beispiele solcher Bergehen s. SiGB. § 121 Abs. 2, § 123 Abs. 1, §§ 148, 292, 299, Gewerbeordnung §§ 147, 153, Krankenverseses, v. 15. Juni 1883 § 82. Die Zuständigkeit der Schössengerichte (auß § 27 Nr. 2) greift somit nicht Plat, wenn neben Gefängniß von nicht mehr als drei Monaten Gelbstrase von mehr als 600 Mark ober umgekehrt neben Gelbstrase von nicht mehr als 600 Mark Gefängniß von mehr als brei Monaten angedroht ist; vgl. 3. B. SiGB. §§ 116, 300, 132, 293. Uebrigens haben die Worte "ober neben Haft" eine Bedeutung nur hinschtlich solcher Bergehen, welche in anderen Gesehen als dem SiGB. vorgesehen sind. Das SiGB. kennt nur ein mit haft bedrohtes Bergehen, nämlich die Beleidigung (§§ 185, 186); von diesem aber wird in § 27 unter Nr. 3 besonders gehandelt. Unter "Einziehung" ist auch die nach dem Strasseseh zustenden Berfallerklärung eines Gegenstandes oder seines Werthes mitbegrissen: RGer. II. 27. Febr. 85 (Entsch. XII. 75, Rspr. VII. 150).
- b. Die Borte "in Berbindung mit einander" umfaffen sowohl ben Fall, wenn Gefangniß und Gelbstrafe mahlweise angebrobt find, wie auch ben, wenn auf beibe Strafen jugleich
 ertannt werben muß ober barf.
- 9. Die Zuständigkeit bes Schöffengerichts wird baburch nicht ausgeschloffen, bag ber ju verstängenden Gelbstrafe für den Unvermögensfall eine Gefang nißftra fe von mehr als brei Monaten substituirt werden tann (StB. 88 28, 29). Die zu substituirende Freiheitöstrafe tommt bei Bestümmung ber Zuständigkeit nicht in Betracht.
- 10. Stellt das Strafgeset für ein Bergehen verschiedene Strafandrohungen auf, in der Art, daß für den Fall des Vorhandenseins gewisser erschwerenden Umstände die Strafgenen besonders normirt sind, so kommt es bei Bestimmung der Zuständigseit darauf an, od m Einzelfalle die erschwerenden Umstände vor liegen oder nicht: wo sie nicht vorliegen, bleibt die shwerere Strasandrohung hinsichtlich der Zuständigseit außer Betracht. Ein Beispiel bildet das im StBB. § 123 vorgesehene Bergehen des Haustriedensbruches: die Strasandrohung des Abs. 1 liegt innerhalb der Grenzen des § 27 Nr. 2, während diesenige des Abs. 3 dieselben überschreitet; demzusolge gehört der Haussriedensbruch zur Zuständigseit des Schöffengerichts, insosern nicht im Einzelfalle Abs. 3 des § 123 anwendbar ist. Umgesehrt sind solche Vorschriften, welche für den Fall des Vorhandenseins gewisser Milderungsgründe oder mildernder Umstände zc. eine geringere als die prinzipaliter bestimmte Strase androhen, sür die Zuständigseit bedeutungslos; hier ist stels nur die prinzipaliter angedrohte Strase maßgebend. Dies gilt insbes. auch von dem Strasmilberungsgrunde der Zugend (StBB. § 57). Bgl. die Noten zur StBD. § 1.

- 11. Die Bestimmung unter Rr. 2 finbet auch auf folde Bergeben gegen bie Borfdriften über bie Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle Anwenbung, beren Strafe in bem mehrsachen Betrage einer hinterzogenen Abgabe ober anberen Leiftung besteht: hier ift bie im einzelnen Falle verwirkte Strafe jugleich bie angebrobte. Die entgegengefette auf § 75 Rr. 15 geftüste Ansicht finbet in biefer letteren Borichrift feine Begrunbung. Denn einmal mußte, wie Reller S. 51 gutreffend bemerkt, falls § 27 Rr. 2 und § 75 Rr. 15 mit einander unvereinbar maren, bie erstere Bestimmung, welche bie orbentliche Buftanbigteit bes Schöffengerichts regelt, als bie maßgebenbe angesehen werben. Sobann aber ift auch § 75 Rr. 15 mit § 27 Rr. 2 feineswegs unvereinbar; vielmehr ist bie erstere Borfchrift auf folde Kalle zu beziehen, in benen unter gewiffen, in bem betr. Gefet porgefebenen Borausfenungen bem Richter bei ber Abmeffung ber Strafe ein Spielraum gelassen ift. Solche Falle f. g. B. im Salgfteuer-Bef. v. 12. Oft. 1867 § 16 (BGBl. S. 41) und im Brausteuer-Ges. v. 31. Mai 1872 § 33 Abs. 2 (RGBl. S. 153) Gl. A. Keller a. a. D., Olshausen S. 41, Thilo S. 57, Stenglein S. 17, Dalde S. 333, 334 (ber indeh ben § 75 Rr. 15 fur gegenstanbslos erachtet). Für unanwenbbar auf bie in Rebe flebenben Bergeben erachten ben § 27 Rr. 2: v. Schwarze S. 23, Richter, Die Buftanbigfeit in Straffachen S. 45, Boitus, Kontr. I S. 128 ff.
 - 12. In Betreff ber im § 320 bes St &B. bezeichneten Bergeben vgl. § 75 Rote 16. Bu Rr. 3.
- 13. Da nach § 414 ber StPO. bie Zulässigteit ber Privatklage auf biejenigen Beleibiguns gen und Körperverletungen beschränkt ift, beren Berfolgung nur auf Antrag eintritt, so sind in § 27 Rr. 3 bie Borte: "nur auf Antrag zu verfolgen" müßig. Es hätte genügt zu sagen: bie Schössengerichte sind für alle Privatklagesachen zuständig; aus der Zulässigkeit der erhobenen Privatklage solgt mit Rothwendigkeit die Zuständigkeit des Schössengerichts. Bgl. die Roten zu § 414 der StPO. Bor die Straffammer kann eine Privatklagesache nur auf Grund des Zussammenhangs mit einer Sache, in welcher die össentliche Rlage erhoben ist, gebracht werden (StPO. § 4). In Betreff des Schwurgerichts s. StPO. § 424 Abs. 2.
- 14. Birb in einer burch Privatklage anhängig geworbenen Strassache nach Eröffnung bes Hauptversahrens (StBO. § 423) bie Berfolgung von ber Staatsanwaltschaft über nommen (StBO. § 417), so erlisch bie in § 27 begründete Zuständigkeit bes Schössengerichts: Roer. III. 13. März 84 (Entsch. X. 237, Rspr. VI. 200). Bar jedoch schon ein Urtheil erzgangen, so kann die nachträglich eintretende Uebernahme ber Verfolgung an der Rechtsbeständigkeit besselben sowie an dem Instanzenzuge 2c. nichts mehr ändern. Ueber die bestehende Weinungsperschiedenheit s. bes. Boitus Kontr. II. S. 132 und Stenglein S. 18. hinsichtlich des Verschungs in dem gedachten Falle hat das cit. Urth. angenommen, daß § 429 der StBO. analog anwendbar, von dem Schössenzicht also die Einstellung des Versahrens auszusprechen sei. Bgl. noch StBO. § 422 Note 4 d und ferner GBG. § 77 Note 3.
- 15. Die Bestimmung findet (abweichend vom Entw. § 15) auch auf bie burch bie Breffe begangenen Beleibigungen Anwendung. Bgl. fibrigens GG. § 6.
- 16. In Betreff ber Buftanbigfeit für Beleibigungen und Rorperverlepungen, wenn bie Berfolgung im Bege ber öffentlichen Rlage geschieht, f. § 73 Rr. 1, § 75 Rr. 4, 5.

Zu Nr. 4—8 Bestimmungen 1

17. Die Bestimmungen unter Rr. 4—8 beruhen zwar auf ber stillschweigenben Boraussetzung, baß in ben hier gebachten Straffällen bie Strafe nach Art und Sobe in ber Regel biejenigen Grenzen nicht überschreiten werbe, welche unter Rr. 2 bezeichnet sind (vgl. § 75); indeß ift bie Zusständigkeit bes Schöffengerichts nicht bavon abhängig, ob biese Boraussetzung im einzelnen Falle wirklich zutrisset; vielmehr sind bie Schöffengerichte ohne Rücksicht auf bie Art und bie Sohe ber im einzelnen Falle zu verhängenden Strafe zuständig. Sie durfen jede in dem anzuwendenden Strasgeset angedrohte Strafart aussprechen, insbes. auch auf Berlust der bürgerslichen Ehrenrechte, auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, auf Zulässigkeit von Polizei-aussicht zu, erkennen. Auch hinsichtlich der Jöhe der Strafe sind ihnen keine anderen Grenzen, als

bie von bem betr. Strafgeset bestimmten, gezogen; vgl. Note 3. — Das Geset weicht hier weit von bem Entw. ab, ber bie Zuständigkeit ber Schöffengerichte viel enger begrenzt hatte; bie Abweichung gründet sich hauptsächlich auf die, vom Reichstag beschlossen Zulassung ber Berufung gegen die schöffengerichtlichen Urtheile. Bgl. ferner § 28.

Bu Rr. 4-7.

- 18. Liegt nur ein Berjuch bes Bergehens vor, so kommt es hinfichtlich bes Betrages bes Berthes bezw. Schabens barauf an, welche Sache im Falle ber Bollenbung ber That muthmaßlich bem Berletten entzogen, bezw. welcher Schabe in biefem Falle muthmaßlich eingetreten sein würde; eine genaue Ermittelung ist mit Rüdsicht auf § 28 nicht erforberlich. In manchen Fällen wird indeß auch eine annähernbe Ermittelung bes Berthes bezw. Schabens unmöglich sein, und alsbann greift bie Zuftändigkeit bes Schöffengerichts (unbeschabet ber Bestimmung bes § 28 sowie ber bes § 75) nicht Plat, da das Borhandensein ihrer gesetlichen Boraussetzung nicht nachweisbar ift. Gl. U. v. Schwarze S. 24, Thilo S. 62, Dalde S. 349, Geger S. 288, Stenglein S. 18, Olshausen S. 164; a. W. Reller S. 53, Haud S. 55, Boitus Komm. S. 25 und Kontr. I S. 251.
- 19. Da bei ben Bergehen bes Diebstahls, ber Unterschlagung, bes Betruges und ber Sachsbeschigung bie Zuständigkeit ber Straffammer bie Regel, diejenige bes Schöffengerichts aber bie Ausnahme bilbet, so muß, wenn bei bem letteren Gericht bie öffentliche Klage erhoben wirb, bie Anklageschrift die Behauptung enthalten, baß ber Werth bezw. der Schabe nicht mehr als 25 Mark betrage. Der Amtsrichter (f. StBO. § 197) hat bei der Beschlußnahme über die Ersöffnung der Untersuchung zu prüsen, ob die Behauptung glaubhaft sei, und event. nach § 200 ober § 207 Abs. 2 der StBO. zu versahren.
- 20. Beträgt bei ben vorstehenb (Rote 19) aufgeführten Bergeben ber Berth bezw. ber Schabe mehr als 25 Mart, so tann bie Zustänbigkeit bes Schöffengerichts burch Ueberweisung bes grunbet werben (§ 75 Rr. 6, 7, 10, 12). Bgl. ferner § 28.

Bu Rt. 4, 6.

21. Ift ber Diebstahl ober ber Betrug im wieberholten Rudialle verübt (StBB. SS 244 bezw. 264), so ftellt er nicht ein Bergeben, sonbern ein Berbrechen bar, und bie Zuständigkeit bes Schöffengerichts ift ausgeschlossen. Der Erhebung ber öffentlichen Rlage muß baber regelmäßig bie Ermittelung vorausgeben, ob ber Beschulbigte Vorstrafen erlitten habe, welche bie Anwensbung bes § 244 bezw. 264 begründen.

Bu Mr. 5.

22. Für Unterschlagungen, bie nach 'S 350 bes StBB. zu ftrafen finb, finb bie Schöffengerichte niemals zuständig; vgl. § 75 Rr. 7.

Bu Mr. 7.

23. Für Sachbeschädigungen, bie nach § 304 ober § 305 bes St&B. ftrafbar find, find bie Schöffengerichte nicht juftanbig; boch fann in ben Fällen bes § 304 ihre Zuftanbigfeit burch leberweisung begründet werden (§ 75 Rr. 12).

Bu Mr. 8.

- 24. Der Grund ber hier gegebenen Bestimmung ift ber: ber Begunstiger und ber hehler sollen in ber Regel mit bem Diebe zu fammen vor Gericht gestellt und es foll wennmöglich gegen alle Betheiligte in einem Urtheil entschieben werben.
- 25. Für die Bergehen der Begünstigung und der Hehlerei ift die Zuständigkeit des Schöffensgerichts aus § 27 nur dann begründet, wenn für die strafbare handlung, auf welche sich das Bergehen bezieht (3. B. für den Diebstahl, die Unterschlagung), das Schöffengericht ur sprung-lich, b. h. auf Grund des § 27, zuständig ift. Trifft aber diese Voraussehung zu, so hängt die Zuständigkeit des Schöffengerichts für die Begünstigung ober die hehlerei nicht weiter davon ab, ob die vom Geset bezweckte einheitliche Verhandlung und Entscheung (Note 24) wirklich stattssindet ober nicht; die Zuständigkeit des Schöffengerichts für die Begünstigung ober die hehlerei wird 3. B. badurch nicht aufgehoben, daß der Diebstahl vermöge des Zusammenhanges mit einem

§. 28.

Ist die Zuständigkeit des Schöffengerichts durch den Werth einer Sache oder den Betrag eines Schadens bedingt und stellt sich in der Hauptverhandlung heraus, daß der Werth oder Schaden mehr als fünfundzwanzig Mark beträgt, so hat das Gericht seine Unzuständigkeit nur dann auszusprechen, wenn aus anderen Gründen die Aussetzung der Verhandlung geboten erscheint.

(€ntw. § —.)

anberen Straffalle (StBO. SS 2, 4) vor ber Straffammer zur Aburtheilung gelangt. In biesem Falle wird zwar regelmäßig die Straffammer auch mit ber Entscheidung über die Begünstigung ober die Hehlerei zu befassen sein; nothwendig ist dies jedoch nicht, und die Zuständigkeit des Schössengerichts behalt namentlich dann ihre Bebeutung, wenn die Begünstigung oder die hehlerei erst verfolgt wird, nachdem die Straffammer über den Diebstahl erkannt hat.

26. 3ft für ben Diebstahl 2c. bas Schöffengericht nicht ursprünglich zuständig (Note 25), so gehören die Bergeben der Begünstigung und der hehlerei zur Zuständigkeit der Straffammer (§ 73 Nr. 1). Die Zuständigkeit des Schöffengerichts kann jedoch alsbann durch Ueberweisung besgründet werden (§ 75 Nr. 8, 9), und es wird die lettere namentlich dann angemessen sein, wenn hinsichtlich bes Diebstahls selbst die Ueberweisung ersolgt (§ 75 Nr. 6).

27. Diejenige hehlerei, welche (nicht ein Bergehen, sonbern) ein Berbrechen ift (StBB. §§ 260, 261), gehört zur Zuftänbigkeit ber Straftammer (§ 73 Rr. 6). Behufs einheitlicher Berurtheilung kann bie Straftammer auch mit ber Entscheibung über ben betr. Diebstahl zc. befaßt werben, sollte für biesen auch bas Schöffengericht ursprünglich zuständig sein (StBD. §§ 2, 4).

— Das in Note 21 Bemerkte findet auf die hehlerei entsprechende Anwendung.

3u § 28.

- 1. Die Bestimmung bezieht fich auf bie in § 27 Rr. 4-7 bezeichneten Falle.
- 2. Der Grund ber Bestimmung ist: es soll bie, nach Erlassung einer Unzuständigkeitserklärung (StBO. § 270) stell nothwendige Wiederholung ber Hauptverhandlung möglichst vermieden werden. Die Umgehung ber Unzuständigkeitserklärung ist sowohl mit Rüdsicht auf die Borsschriften in § 75 Nr. 6, 7, 10, 12 (vgl. § 27 Note 20), wie auch wegen der Statthastigkeit der Berusung gegen das Urtheil des Schöffengerichts für angemessen erachtet worden. Bgl. noch § 27 Note 17.
- 3. Nur bann soll ausnahmsweise von ber Erlassung ber Unzuständigkeitserklärung nicht abgesehen werben, wenn die Aussehung ber Berhandlung "aus anderen Gründen" (sei es auch nur aus einem Grunde) geboten erscheint, wie z. B. wenn es der Herbeischsung weiterer Beweise bedarf; benn in einem solchen Falle würde die Wiederholung der Hauptverhandlung auch dann nothwendig sein, wenn das Schöffengericht mit der Sache besaft bliebe. Mit Rücksicht auf diese ratio legis darf aber die Ausnahmebestimmung nicht auf den anderen Fall bezogen werden, wenn die Verhandlung zwar abgebrochen wird, demnächst aber nicht erneuert zu werden braucht, sondern fortgesetzt werden kann (vgl. StPO. § 228 Note 1); denn in diesem Falle würde allein durch die Unzuständigkeitserklärung diesenige Weiterung entstehen, welche das Geset eben vermeiden will (Note 2). Hierüber gehen indes die Meinungen auseinander; vgl. Boitus Kontr. I S. 256, Stenglein S. 19. Uedrigens ist die Ausnahmebestimmung unangemessen. Hat man einmal die Grenzen, welche der Entw. der Zuständigkeit der Schöffengerichte gezogen hatte, ausgegeben (vgl. § 27 Note 17), so liegt auch kein zwingender Brund mehr vor, die gedachte Ausnahme auszustellen, durch welche den, meist ganz zuställigen Aussehungsgründen ein Einstüß auf die Zuständigkeit des Gerichts eingeräumt wird.
- 4. Die Bestimmung bes § 28 läßt ben Fall unberührt, wenn bie Unjuständigkeit bes Schöffengerichts nicht wegen ber Sobe bes Werthes ober Schabens, sonbern wegen ber strafrechtlichen Qualifitation ber That in Frage kommt; vgl. StPO. § 270 u. die Noten bas.

§. 29.

Bor die Schöffengerichte gehören auch biejenigen Straffachen, beren Verhandlung und Entscheidung ihnen nach den Bestimmungen des fünften Titels von den Straffammern der Landgerichte überwiesen wird.

(Entre. § 16.)

§. 30.

Insoweit das Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt, üben die Schöffen während der Hauptverhandlung das Richteramt im vollen Umsange und mit gleichem Stimmrechte wie die Amtsrichter aus und nehmen auch an denjenigen, im Lause einer Hauptverhandlung zu erlassenden Entscheidungen Theil, welche in keiner Beziehung zu der Urtheilsfällung stehen, und welche auch ohne vorgängige mündliche Berhandlung erlassen werden können.

Die außerhalb ber Hauptverhandlung erforberlichen Entscheibungen werden von bem Amtsrichter erlaffen.

(**Entw.** § 18.)

Zu § 29.

- 1. Reben ber ursprünglichen Zuftänbigkeit ber Schöffengerichte (§ 27) tennt bas Gefetz auch eine burch Ueberweisung begründete Zuftänbigkeit, welche bei gewissen Bergeben Platz greift, für beren Aburtheilung ursprünglich die Straftammern zuständig find. Die näheren Bestimmungen enthält § 75; vgl. die Roten das., sowie § 270 Note 5, 10. Bgl. auch die Noten zur StBD. § 1.
- 2. a. Zwischen ber ursprünglichen Zuständigkeit ber Schöffengerichte und ber burch llebers weisung begründeten wird in ber Terminologie bes GBG. und ber StPD. unterschieben. Bo von ber ersteren die Rebe ist, da sagt das Geset; "die Schöffengerichte sind zuständig", ober es spricht von ben "zur Zuständigteit ber Schöffengerichte gehörigen" Sachen; dagegen wird von ben überwiesenne Sachen nur gesagt, daß sie "vor die Schöffengerichte gehören" (Mot. S. 41). Bgl. z. B. StPD. § 176 Abs. 1, § 197, § 332 Abs. 2, § 447 Abs. 1.
- b. Unter dem Ausdrud "schöffeng erichtliche Sachen" werden in diesem Komm. versstanden: a) diejenigen Sachen, für welche das Schöffengericht ursprünglich zuftändig ist, sosern nicht etwa ein Gericht höherer Ordnung auf Grund des Zusammenhanges (StPO. §§ 2, 4) mit einer solchen Sache besaßt ist; β) die dem Schöffengerichte überwiesenen Sachen von dem Zeitspunkt der geschehenen Ueberweisung ab.
- 3. "von ben Straftammern ber Landgerichte" hierzu vgl. § 78 u. bie Roten bas.

3u § 30.

Bu Abf. 1.

- 1. Bei der Urtheilsfällung fteht ben Schöffen gang biefelbe Mitwirfung gu, wie bem Amtsrichter; fie enticheiben insbes. auch über die Art und Sohe ber Strafe, ebenso über bie von bem Berletten beanspruchte Bufe.
- 2. Die Mitwirkung ber Schöffen erstreckt sich aber auch auf alle im Laufe ber Hauptvershandlung zu erlassenden Beschlüssen, insoweit nicht das Geset ausdrücklich eine Ausnahme seste sett (Rote 3). So entscheiden die Schöffen z. B. auch darüber, ob beim Ausbleiben des Beschulsdigten zur Berhandlung zu schreiten (StPD. § 231), ob eine Zeugnisverweigerung für berechtigt anzusehen sei, 2c. Es macht auch nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes keinen Untersseite, ob eine Entscheidung in Beziehung zu der Urtheilsfällung steht oder nicht; daher haben die Schöffen selbst bei denzenigen Entscheidungen mitzuwirken, welche die Ausübung der Situngspolizei (GBG. §§ 178 ss.) betreffen. A. M. mit Unrecht v. Schwarze S. 28.
- 3. Der Grunbfat bes § 30 erleibet nur eine wirkliche Ausnahme, und zwar bei ber Entideibung über bie Ausichließung ober Ablehnung von Schöffen (StBD. § 31 Abf. 2;

§. 31.

Das Amt eines Schöffen ist ein Chrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werben.

(Entw. § 19.)

- vgl. die Noten bas.). Allerdings werben auch die im GBG. SS 52—56 vorgesehenen Entscheidungen (über die Streichung eines Schöffen in der Lifte, über die Ablehnung der Berusung zum Schöffens amt 2c.) von dem Amtsrichter allein erlassen; allein diese Entscheidungen werden von der Bestimsmung des S 30 überhaupt nicht berührt, da sie nicht Bestandtheile einer hauptverhandlung, d. h. ber Berhandlung einer einzelnen Strafsache, sind, sondern zu den Berwaltungsgeschäften gehören, welche außerhalb der einzelnen Strafsachen liegen.
- 4. Die Bestimmungen, burch welche gewisse Berfügungen bem Borfipenben als foldem übertragen find (vgl. 3. B. StBO. § 230 Abs. 1), gelten selbstwerftanblich auch für bas Schöffensgericht und werden von ber Borschrift bes § 30 nicht berührt.
- 5. In Betreff ber Abstimmung f. GBG. § 199; in Betreff ber erforberlichen Stimmen:

Bu Abs. 2.

- 6. Benngleich mahrend ber Sauptverhandlung bie Schöffen auch bei ben Beschliffen mitzuwirken haben, jo ift ber eigentliche Zwed ihrer Berufung boch nur ber, baß fie an ber Urtheilsfaung Theil nehmen follen. Demzufolge tritt bas Schöffengericht nur behufs ber Sauptverhandlung und Urtheilsfallung zusammen; außerhalb ber Hauptverhandlung handelt und entscheibet ber Amtsrichter an Stelle bes Schöffengerichts.
- 7. Die Bestimmung gilt gleichmäßig für biejenigen Straffachen, für welche bas Schöffengericht urfprünglich juftanbig ift (§ 27), wie für biejenigen, welche ihm von ber Straftammer überwiefen worben (§ 29); für bie letteren gilt fie vom Zeitpuntt ber geschehenen leberweisung ab (Dot. S. 43).
- 8. Die Bestimmung gilt gleichmäßig für biejenigen Entscheibungen, welche vor ber Hauptverhandlung, wie für biejenigen, welche nach berselben zu erlassen sind. Insbes. beschließt ber Amtörichter an Stelle bes Schöffengerichts über bie Eröfsnung bes Hauptverfahrens (StPO. §§ 197 ss.). Bon ben Entscheibungen, welche ber Hauptverhandlung nachfolgen, sind biejenigen hervorzuheben, welche die Wiederausnahme des Berfahrens betreffen (StPO. §§ 407 ss.), sowie ferner biejenigen, welche bei der Strasvollstredung nothwendig werden (StPO. §§ 494 Abs. 1).
- 9. Insoweit bas erfennende Gericht in ber hauptverhandlung zur Aenderung früherer Beichluffe überhaupt besugt ift, ift selbstverftändlich auch bas Schöffengericht an die vom Amtsrichter vor ber hauptverhandlung erlassene Entscheidungen (vgl. 3. B. StBD. §§ 222, 232) nicht gebunden.
- 10. Die Bestimmung bes Abs. 2 finbet auch bann Anwendung, wenn es sich um die Absänberung ober Zurudnahme eines Beschlusses Schöffengerichts handelt; es barf 3. B. ber Amtsrichter ben Beschluß, durch welchen das Schöffengericht gegen einen ausgebliebenen Zeugen eine Strafe sestgest hat, im Falle ber nachträglichen Entschuldigung des Zeugen (StBD. § 50 Abs. 2) wieder ausheben.
- 11. Die außerhalb ber hauptverhandlung ergebenben Entideibungen find unter bem Ramen bes Amtsgerichts, nicht bes Schöffengerichts, zu erlaffen; vgl. § 12 Rote 3.
- 12. In Betreff ber Falle, in benen bie Mitwirtung ber Schöffen auch in ber hauptver= hanblung in Begfall tommen tann, f. StBD. § 211 Abs. 2, EG. jur StBD. § 3 Abs. 3.

Zu § 31.

- 1. Das Amt ber Schöffen ift ein Ehrenamt und baher un entgeltlich zu versehen (Mot. S. 43). Bgl. übrigens § 55.
- 2. In Betreff bes Begriffes "Deuticher" f. bas (als Reichsgeset geltenbe) Ges. über bie Erwerbung und ben Berluft ber Bundes- und Staatsangehörigkeit v. 1. Juni 1870 (BGBI. S. 355).
- 3. Nichtbeutsche sinb, wie ber Wortlaut ber Bestimmung ("fann nur") ergiebt, unfähig jum Schöffenamt; bie Mitwirkung eines Nichtbeutschen als Schöffen wurbe bie Nichtigkeit bes Urtheils begründen (Prot. S. 218). Bgl. Note 3 zu SS 32—35.

§. 32.

Unfähig zu bem Amte eines Schöffen find:

- 1. Personen, welche die Befähigung in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung verloren haben;
- 2. Berfonen, gegen welche bas Hauptverfahren wegen eines Berbrechens ober
- 4. In mehreren Bundesftaaten war vor bem Infrafttreten bes GBG. Die Fähigfeit jum Schöffen- und Beschworenenant auf Unterthanen bes betr. Staates beschränft; Diese Besichränfung ift burch & 31 aufgehoben (Mot. S. 44).
 - 5. Bgl. § 84.

Au 44 32-35.

- 1. Ueber bie Anmenbbarfeit ber SS 32-35 auf bas Gefdmorenenamt f. S 85.
- 2. Die Reichsgesetzung hat ben, von ben meiften ber früheren Landesgesetz befolgten Grundsat: ben Kreis ber zum Geschworenenamt und Schöffenamt zu berusenben Bersonen burch Aufftellung eines Census (Bermögenscensus und f. g. Bilbungscensus) zu beschränken, vollständig ausgegeben. Die Gewähr bafür, baß zu Geschworenen und Schöffen nur solche Bersonen berufen werben, welche die zu diesen Kemtern ersorberlichen Eigenschaften besitzen, wird lediglich in dem sestzgesten Bahlmobus gefunden. Das Rähere s. in den Mot. S. 43, 44.
- 3. Das Gefet untericheibet folche Berfonen, welche zu bem Schöffen: und Gefchworenenamte unfahig find (§§ 31, 32), folde Berfonen, welche nicht berufen werben follen (§§ 33, 34), und folde Berfonen, welche bie Berufung ablebnen burfen (§ 35). hierzu bemerken bie Dot. S. 44: "Unfähige Bersonen sollen nicht nur nicht zum Schöffen- ober Geschworenenbienfte berufen werben, fie burfen als Schöffen ober Gefcmorene nicht mitwirten. Ihre Mitwirtung macht bas Berfahren nichtig. Das mit einem unfähigen Richter besethe Gericht ift nicht gehörig besetht; bie Unfahigfeit ift von Amtswegen jederzeit und ohne weiteres Berfahren geltend zu machen (§ 52), und das Urtheil, an welchem ein unfähiger Schöffe ober Geschworener Theil genommen hat, ift in berfelben Beise ansechtbar, wie wenn Jemand als beamteter Richter bei Entscheidung ber Sache betheiligt gewesen wäre, der in der That nicht als Richter angestellt ist, ober wenn überhaupt nicht die vorgeschriebene Richterzahl bei dem Urtheil mitgewirkt hat (StBD. § 377 Nr. 1). — Diejenigen Bersonen, welche nur jum Schöffen- und Geschworenenbienft nicht beru fen werben sollen, find bagegen zu biefem Dienfte nicht unfabig. Die Rudfichten, aus welchen ihre Berufung nicht ftattfinden foll, find nicht von folder Bebeutung, bag bie Nichtbeachtung berfelben bas Berfahren nichtig macht. Immerbin beruben aber auch biefe Rudfichten auf bem öffentlichen Intereffe und es ift baber bie Geltenbmachung eines Grunbes, aus welchem bie Berufung nach bem Gefete nicht erfolgen foll, nicht an ben Antrag bes Betheiligten und nicht an eine Frist gebunden (§ 52). — Diejenigen Berfonen endlich, welche bie Berufung ablebnen burfen, finden nur Berudfichtigung aus gewissen Billigkeitsrudfichten, die nit den Juteressen der Rechtspflege nicht im Zusammenhange flehen. Die Ablehnungsgründe follen nicht, aber fie konnen bei Auswahl ber zu berufenben Personen von Amtswegen berudsichtigt werben. Werben sie nicht icon von Amtswegen bei Aufftellung ber Jahresliften berudfichtigt, so muffen fie von ben Betheiligten binnen einer praklufwifden Frift geltenb gemacht werben. (§ 53)."
- 4. Ganz verschieben von ber Unfähigfeit 2c. jum Schöffenamt überhaupt ift ber Fall, wenn in einer einzelnen Straffache bie Ausschließung ober Ablehnung eines Schöffen begründet ift; hierüber f. StAD. § 31.

Zu § 32.

- 1. Bgl. bie vorftehenben Bemerkungen ju §§ 32-35, insbes. in Betreff bes Begriffes "unsfähig": Rote 3.
 - 2. Bgl. § 31 Note 3.
- 3. In Betreff ber etwa erforberlichen Berichtigung ber Jahreslifte ber Schöffen f. § 52 206f. 1.

Bergehens eröffnet ift, das die Aberkennung der bürgerlichen Shrenrechte ober ber Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;

3. Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

(Entm. § 20.)

§. 33.

Ru bem Amte eines Schöffen follen nicht berufen werben:

- 1. Personen, welche jur Zeit ber Aufstellung ber Urlifte bas breißigste Lebens: jahr noch nicht vollendet haben;
- 2. Personen, welche jur Beit ber Aufstellung ber Urlifte ben Wohnsit in ber Gemeinde noch nicht zwei volle Jahre haben;
- 3. Personen, welche für sich ober ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen ober in ben brei letten Jahren, von Aufstellung ber Urliste zuruchgerechnet, empfangen haben;
- 4. Personen, welche wegen geistiger ober körperlicher Gebrechen zu bem Amte nicht geeignet find;
- 5. Dienstboten.

(Entw. § 21.)

Bu Rr. 1.

4. Der in Folge firafgerichtlicher Berurtheilung eintretende Berluft ber Befähigung jum Schöffenamt kann nach bem SiGB. § 31 bezw. §§ 34 ff., 358 ein bauernber, aber auch ein nur zeitweiliger sein. — Ift die in Frage stehende Berurtheilung nicht auf Grund bes StBB., sondern auf Grund eines ber früheren Landesgesetze erfolgt, so bestimmt sich auch die Birkung ber erkannten Strafe nach dem Landesrecht. Für Preußen vgl. den allgemeinen Gnadenerlaß v. 28. Febr. 1872 (GS. S. 259).

Bu Rr. 2.

- 5. Die Unfähigkeit jum Schöffenamt tritt ein, sobalb ber bie Eröffnung bes hauptver= fahrens aussprechenbe Beschluß (SIBO. § 201) ergangen ift. Die Eröffnung einer Borunter= suchung bewirft noch nicht bie Unfähigkeit; basselbe gilt von ber Berhaftung.
- 6. Es kommt nur barauf an, ob bie That, wie sie in bem bas hauptversahren eröffnenbent Beschlusse (Rote 5) bezeichnet ist, bie Aberkennung 2c. zur Folge haben "kann". Die Unfähigkeit tritt selbst bann ein, wenn nach Lage bes Falles mit Sicherheit vorauszusehen ift, baß weber bie Aberkennung ber bürgerlichen Ehrenrechte noch bie ber Fähigkeit zur Bekleibung öffentlicher Armter erfolgen werbe.

Bu Rr. 3.

- 7. Die Bestimmung ber Rr. 3 bezieht sich hauptsächlich auf erklärte Berichm enber und auf Gemein ich ulbner (Mot. S. 41). Mit bem Begfall ber hier gebachten Beschränfung hört auch bie Unfähigkeit zum Schöffenamt auf.
- 1. Die hier und in § 34 aufgeführten Bersonen find nicht "unfähig" jum Schöffenamt; vgl. oben Rote 3 zu §§ 32-35. Die in § 33 gebachten Bersonen werben in ben Mot. S. 43, 44 als solche bezeichnet, "bei benen man mit Rudficht auf ihr jugenbliches Alter, ihre abhängige Stellung und bergleichen ber Regel nach nicht biejenigen Eigenschaften voraussehen fann, welche zur Bekleibung bes Schöffen- und Geschworenenamtes erforberlich sind. Daß bas Geseh biese Berssonen nicht auch zu ben unfähigen rechnet, beruht auf ber Rothwendigkeit, die Fälle ber Unsfähigkeit eines Schöffen ober Geschworenen und bamit die Fälle ber Anfechtbarkeit bes Urtheils wegen solcher Unfähigkeit auf bas unumgängliche Maß zu beschränken und alle minder wesentlichen Mängel aus ber Reihe ber Unfähigkeitsgründe auszusondern". Die Berufung ber im § 33

§. 34.

Ru bem Amte eines Schöffen follen ferner nicht berufen werben:

- 1. Minister;
- 2. Mitalieber ber Senate ber freien Sansestäbte;
- 3. Reichsbeamte, welche jeberzeit einstweilig in ben Rubestand versett werden können;
- 4. Staatsbeamte, welche auf Grund ber Landesgesetze jeberzeit einstweilig in ben Rubestand versett werben fonnen;
- 5. richterliche Beamte und Beamte ber Staatsanwaltschaft;
- 6. gerichtliche und polizeiliche Bollstreckungsbeamte;
- 7. Religionsbiener:
- 8. Volksichullehrer;
- 9. dem aktiven Seere ober ber aktiven Marine angehörende Militärpersonen.

Die Landesgesetze können außer ben vorbezeichneten Beamten höhere Berwaltungsbeamte bezeichnen, welche zu bem Amte eines Schöffen nicht berufen werben sollen.

(Entw. § 22.)

gebachten Bersonen foll im Interesse ber Rechtspflege unterbleiben; bezüglich ber in 8 34 aufgeführten find andere Rudfichten, insbef. bie Rudficht auf bie allgemeinen Intereffen bes Reichs- ober bes Staatsbienftes, maggebenb.

- 2. Die Berfonen, welche jum Schöffenamt nicht berufen werben follen, finb, wenn bie Betufung bennoch erfolgt, berechtigt, die Dienftleiftung unter Geltenbmachung bes betr. Umftanbes ju verweigern. Diefes Beigerungsrecht untericheibet fich von bem Ablehnungsrecht (§ 35) ba= burd, baß feine Ausübung nicht an eine Frift gebunben ift.
 - 3. Bgl. § 52 Abf. 2.
 - 4. Gine ben Borfdriften ber SS 33, 34 verwandte Bestimmung f. in § 97.

Ru Mr. 3.

5. Das Gefet hat nur eine folde Unterftutung im Auge, welche im Bege ber Armen= pilege erfolgt. Daber fallt bie aus besonberem Anlag, wie 3. B. bei Branben ober anberen Ungludffallen, gefchebene Gemabrung porfibergebenber Unterftugungen nicht unter bie Borfdrift ber Rr. 3. Bgl. v. Schwarze S. 31, Thilo S. 70.

Bu Mr. 5.

6. Der Begriff "Dienftbote" bestimmt fich nach bem burgerlichen Recht und ben Gewohnheiten, fo bag er in ben verschiebenen Theilen bes Reiches ein verschiebener fein tann (Mot. S. 44, 45).

3u \$ 34.

- 1. Es find bier bie, auch auf S 34 bezüglichen Roten 1-4 gu S 33 gu vergleichen. Bu Nr. 3.
- 2. In Betreff ber Reichsbeamten, welche jederzeit einstweilig in ben Rubeftand verfest werben fonnen, f. § 25 bes Reichsbeamten-Gef. v. 31. Marg 1873 (RGBl. G. 65). Die in biefem Paragraphen enthaltene Aufgablung bat jeboch burch bie theilmeife Umgestaltung ber Reichabeborben verschiedene Mobififationen erfahren und ift nicht mehr vollftanbig.

Bu Mr. 5.

3.a. Bu ben richterlichen Beamten im Ginne bes § 34 geboren auch bie Sanbelsrichter, ba biefelben nach § 116 mahrend ber Dauer ihres Amtes alle Rechte und Pflichten ber Richter haben (Drot. S. 45). - Desgleichen geboren hierher biejenigen Ditglieber ber Son= ber gerichte (§ 14), welche Beruffrichter finb; ob auch bie in biefen Gerichten etwa fungirenben Laien zu ben richterlichen Beamten im Ginne bes 8 34 ju gablen feien, wird bavon abbangen, ob ihnen landesgegeglich bie Gigenichaft und bie rechtliche Stellung folder Beamten beigelegt ift. Als ju ben richterlichen Beamten gehörig find insbef. auch bie Mitglieber ber als Gerichte (f 14 Digitized by 4300916

§. 35.

Die Berufung jum Amte eines Schöffen burfen ablehnen:

- Dr. 2) fungirenben Auseinanber fetungsbehörben (in Breugen: ber Generaltommiffionen 2c.) ju nennen.
- b. Der Begriff bes richterlichen Beamten erforbert nicht, bag Jemand in einem bestimmten Richteramte bauernd angestellt fei; es gehoren baber auch bie bei ben Gerichten beschäftigten, noch nicht angestellten Gerichtsassefforen zc. zu ben richterlichen Beamten im Ginne bes § 34.
- 4. Bu ben Beamten ber Staatsanwaltichaft gehören auch bie Amtsanwalte, selbft wenn fie bie Amtsanwaltichaft nur als Rebenamt verseben. Bgl. Tit. 10 Rote 4.
- 5. Rechtsanmälte find vom Schöffenbienft nicht befreit (Brot. S. 228). Ebensowenig Notare, falls biefelben nicht etwa nach ben lanbesgefeslichen Borfchriften zu ben gerichtlichen Bollftredungsbeamten gehören; vgl. Staubinger in ber D. Notar.-Zeitg. 1880. S. 195.

Bu Rr. 6.

6. Der Begriff ber gerichtlichen und ber polizeilichen Bollftredungsbeamten bestimmt sich nach ben Lanbesgesehen. In Preußen zählen zu ben polizeilichen Bollstredungsbeamten u. A. bie zu hülfsbeamten ber Staatsanwaltschaft bestellten Forstschunkbeamten (Cirk.=Berf. bes Just.=Min. v. 25. Juli 1883) und bie in § 66 Rr. 5—17 bes Bahnpolizei=Regl. v. 30. Nov. 1885 (RGBl. S. 289) aufgeführten Gisenbahnbeamten (Cirk.=Berf. v. 9. März 1886). — Polizei=beamte, welche nicht Bollstredungsbeamte sind, bürfen zum Schöffenamt berufen werben.

Bu Rr. 7. 8.

7. Auch ber Begriff ber Religionsbiener und ber ber Boltsichullehrer läßt fich nur landesgesehlich bestimmen. In Betreff ber ersteren sagen die Mot. S. 45: Es "mußte bei ber Berschiebenheit ber Stellung ber einzelnen Staaten zu ben verschiebenen Religionsgesellschaften basvon Abstand genommen werben, ben Begriff einzuschränken und etwa einen Unterschied rudsichtlichber staatlich anerkannten ober privilegirten Religionsgesellschaften und blos gebulbeter Religionssähung zu machen. Es wird dies einer ber Fälle sein, in benen es leichter vorkommen kann, daß ber Befreiungsgrund, statt von Amtswegen berücksichtigt zu sein, von ben Betheiligten selbst unter Darlegung ber obwaltenden thatsächlichen Berhältnisse geltend gemacht werben muß."

Bu Mr 9:

- 8.a. Der Begriff ber Militarpersonen umfaßt bie Personen bes Solbatenstandes und bie Militarbeamten, welche zum heer oder zur Marine gehören; vgl. Mil.=StGB. § 4 und basbemselben beigefügte Berzeichniß (RGBl. 1872 S. 204), sowie in Betreff ber Militarbeamten: Bon. v. 29. Juni 1880 (RGBl. S. 169). Die Civilbeamten ber Militarverwaltung (vgl. R.-Mil.-Ges. v. 2. Mai 1874 § 38 C., RGBl. S. 56) sind von der Berufung zum Schöffenamt nicht ausgeschlossen.
- b. Ueber ben Begriff bes aktiven Heeres s. Ges., betr. die Berpflichtung zum Kriegsbienste, v. 9. Nov. 1867 §§ 2, 8, 12, 13, 15 (BGBI. S. 131) und R.Wil.-Ges. § 38 (RGBI. S. 56). Ob die zur Disposition gestellten Offiziere zum aktiven Heere gehören, ist bestritten; für die Bejahung: Laband, Staatsrecht d. D. R. Bb. III a. S. 231 ff., Heder in Goltb. Arch. XXXI S. 87; für die Berneinung: Haas ebenda S. 210.

Bum Schluffat:

- 9. Der Schlußsat trägt ben besonberen Berhaltnissen ber Ginzelftaaten Rechnung (Mot. S. 45). Uebrigens burfen auch Reichsbeamte lanbesgesetlich von ber Berufung zum Schössenamt ausgeschlossen werben (Prot. S. 384).
- 10. Bon ber Ermächtigung bes Schlußsahes hat der größte Theil ber Bundesstaaten Gebrauch gemacht; vgl. 3. B. preuß. Ausf.=Ges. v. 24. April 1878 § 33; bayer. Ausf.=Ges. v. 23. Febr. 1879 § 23; sächs. Auss.=Ges. v. 1. März 1879 § 24; württemb. Auss.=Ges. v. 24. Jan. 1879 Art. 19.

Ru § 35.

- 1. Bgl. oben Note 3 ju SS 32-35.
- 2. Die bier bestimmten Ablehnungsgrunde tonnen ichon von bem Ausichuf (§ 40) von

- 1. Mitglieder einer beutschen gesetzgebenben Bersammlung;
- 2. Personen, welche im letten Geschäftsjahre die Berpflichtung eines Geschworenen, ober an wenigstens fünf Sitzungstagen die Berpflichtung eines Schöffen erfüllt haben;
- 3. Aerzte;
- 4. Apothefer, welche feine Gehülfen haben;
- 5. Personen, welche bas fünfundsechzigste Lebensjahr zur Zeit ber Aufstellung ber Urliste vollendet haben oder dasselbe bis zum Ablaufe des Geschäftsjahres vollenden würden;
- 6. Personen, welche glaubhaft machen, daß sie den mit der Ausübung des Amts verbundenen Auswand zu tragen nicht vermögen.

Amtswegen berücksichtigt werben, und zwar badurch, baß die Aufnahme ber betr. Berson in die Jahresliste ber Schöffen (§ 44) unterbleibt. Eine solche Berücksichtigung ist bann angezeigt, wenn vorauszusehen ift, daß im Falle ber Berufung die Ablehnung erfolgen würde. Für Preußen vgl. in Betreff des Ablehnungsgrundes zu 2: Allg. Bers. des Just.-Min. v. 16. Febr. 1884 (JWBl. S. 36). Wacht die betr. Person ihr Ablehnungsrecht schon vor der Ausstellung der Jahressische geltend, so wird der Ausschuß basselbe berücksichtigen unt seen, da im Falle der Richtberücksichtigung voraussichtlich die Ablehnung vor dem Amtsrichter wiederholt, also eine nutslose Beiterung veranlaßt werden würde. — Ist dagegen die Berufung zum Schöffenamt einmal ersolgt, so greist die Bestimmung des § 53 Plat. Dies gilt selbst dann, wenn der Betreffende bereits vor dem Ausschuß den Ablehnungsgrund ersolglos geltend gemacht hatte; diese Geltendmachung wird durch die Aufnahme besselben in die Jahresliste debentungslos.

- 3. Die Ablehnungserklärung ift ftets nur fur bas einzelne Geichäftsjahr wirkfam, ber Ausichuß also nicht gehindert, den Betreffenden in die nächfte Jahreslifte aufzunehmen. Selbste verftändlich kann die Ablehnung, so lange der Ablehnungsgrund fortbesteht, in jedem Jahre wiedersholt werden. Bgl. v. Schwarze S. 33.
- 4. Der Beginn bes Geschäftsjahres ift reichsgesetlich nicht firirt, also lanbesrechtlich gu bestimmen. Gegenwärtig fällt bas Geschäftsjahr in allen Bunbesstaaten mit bem Kalenberjahr miammen. Für Preußen f. Allg. Berf. bes Just.=Min. v. 28. Juni 1879 (JMBI. S. 209). Bu Rr. 1.
- 5. Der unter Rr. 1 vorgesehene Ablehnungsgrund greift auch außerhalb ber Sigungs= perioden ber betr. Bersammlung Blat. — Macht ber zur Ablehnung Berechtigte von bieser Berechtigung keinen Gebrauch, so ift boch seine Entbindung von ber Dienftleistung an einzelnen Situngstagen bes Schöffengerichts (§ 54) nicht ausgeschlossen, wenn lettere in die Situngsperiobe ber betr. Bersammlung fallen (Mot. S. 45).

Bu Rr. 2.

6. Die Berpf lichtung eines Geschworenen hat berjenige erfüllt, ber als solcher — wenn auch nur als hulfsgeschworener (StPO. § 280); vgl. RGer. I. 24. Sept. 85 (Entsch. XII. 373) — einberusen war und ber Einberusung Folge geleistet hat. Daraus, ob ber Geschworene bei einer Berhanblung und Entscheidung mitgewirst hat, sommt es nicht an; es kann, namentslich in kurzeren Sitzungsperioben, sehr wohl vorkommen, daß ber Name eines der Geschworenen niemals ausgelooft wird. — Jedoch genügt das einmalige Erschienen des Geschworenen nicht, wenn dieser sich nur einsindet, um sogleich seine Entlassung für die ganze Dauer der Sitzungsperiode nachzususchen, und diesem Gesuche stattgegeben wird (§ 94). Bei einem hülfsgeschworenen ist diesem Falle auch der andere Fall gleichzusellen, wenn der Einberusene sogleich als überzählig wieder entlassen wird, weil inzwischen einer der Hauptgeschworenen wieder erschienen ist. Bgl. Keller S. 63 (ber das "ersüllt" etwas enger auffaßt).

§. 36.

Der Vorsteher einer jeben Gemeinbe ober eines landesgesetzlich ber Gemeinbe gleichstehenden Verbandes hat alljährlich ein Verzeichniß der in der Gemeinde wohnshaften Personen, welche zu dem Schöffenamte berufen werden können, aufzustellen (Urliste).

Die Urliste ist in ber Gemeinde eine Woche lang zu Jebermanns Sinsicht auszulegen. Der Zeitpunkt der Auslegung ist vorher öffentlich bekannt zu machen.
(Entw. § 24.)

§. 37.

Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der einswöchigen Frist schriftlich oder zu Protokoll Sinsprache erhoben werden.

(Entw. § 25.)

7. In Betreff bes Schöffen bienftes vgl. § 43 Abf. 2. — Bur Ablehnung berechtigt ift bers jenige, ber an fünf Sihungstagen als Schöffe in Funktion gewesen ift, gleichviel ob er als haupt: schöffe ober als halfsichöffe (§§ 48, 49) auf ber Jahreslifte gestanben hat.

Bu Dr. 3.

8. Der Ausbruck "Aerzte" wird hier (vgl. bagegen StPO. § 52 Rote 15) im weitesten Sinne zu verstehen sein, sodaß er auch die Zahnärzte und die Thierärzte (Gewerbe-O. § 29) umsfaßt; vgl. die eingehende Erörterung bei Boitus Komm. S. 34 si. Er ist aber andererseits nur auf approbirte Aerzte zu beziehen; vgl. Stenglein S. 24.

Bu Mr. 6.

9. Die Bestimmung ber Rr. 6 forgt bafur, baß nach bem Begfall jebes Benfus (Rote 2 gu SS 32-35) bie thatfächlichen Lebensverhaltniffe bie gebuhrenbe Berudfichtigung finden, fo baß jemand, ber ben mit ber Ausübung bes Schöffenamts verbundenen Aufwand zu tragen außer Stanbe ift, sich bie Berufung gefallen zu laffen nicht nöthig hat (Mot. S. 45).

Ru & 36.

1. Bon ber Aufnahme in die Urlifte find nicht blos biejenigen auszuschließen, welche jum Schöffenamt unfähig find (§ 32), sonbern auch biejenigen, welche bazu nicht berufen werden sollen (§§ 33, 34). Diejenigen Bersonen, benen Ablehnungsgrunde zur Seite stehen (§ 35), find in die Lifte aufzunehmen; boch wird ber Gemeinbevorsteher bei der Einsendung ber letteren (§ 38) die ihm bekannten Ablehnungsgrunde anzugeben haben, damit fie seitens bes Ausschuffes berücksichtigt werden konnen (Mot. S. 46). Bgl. § 35 Note 2.

2. Die Scheibung zwischen ben zu Schöffen und ben zu Geschworenen auszuwählenben

Personen geschieht erft burch ben Ausschuß (SS 87, 88).

3. Da bas GBG. barüber nichts bestimmt, in welcher Art bie Auslegung ber Urlifte und bie öffentliche Befanntmachung zu geschehen habe, so können hierüber landesgesehliche wie auch reglementare Bestimmungen erlassen werben. Die Mot. S. 46 bemerken, bag bie Art ber Beskanntmachung auch ber lokalen Gewohnheit überlassen werben könne.

4. Bgl. § 39.

Zu § 37.

- 1. Die Ginsprache kann von Jebermann ohne Unterschieb erhoben werben, also nicht blos von berjenigen Person, welche von ber etwaigen Unrichtigkeit ober Unvollfanbigkeit ber Urlifte betroffen wirb. "Es kommt barauf an, alles mögliche Material zu gewinnen, um die Jahreslifte nachher sachgemäß festzustellen" (Mot. S. 46).
- 2. Wie burch bie Borte: "Richtigkeit ober Bollftanbigkeit" ausgebrudt wirb, kann bie Gins fprache sowohl beshalb, weil Jemanb zu Unrecht in bie Urlifte aufgenommen, wie auch besthalb, weil Jemanb zu Unrecht übergangen sei, erhoben werben.
- 3. Die einwöchige Frift jur Erhebung von Ginsprachen fallt mit ber Auslegungsfrift (§ 36) gusammen. Uebrigens hat die Frift teine weitere Bebeutung als bie: bag por ihrem Ablauf

Digitized by GOOGLE

§. 38.

Der Gemeinbevorsteher sendet die Urlifte nebst ben erhobenen Ginsprachen und ben ihm erforberlich erscheinenden Bemerkungen an den Amtsrichter bes Bezirks.

Bird nach Absendung der Urliste die Berichtigung berselben erforberlich, so hat der Semeindevorsteher hiervon dem Amtsrichter Anzeige zu machen.

(Entm. § 26.)

§. 39.

Der Amtsrichter stellt die Urlisten des Bezirks zusammen und bereitet den Beschluß über die Sinsprachen gegen dieselben vor. Er hat die Beachtung der Borschriften des §. 36 Abs. 2 zu prüfen und die Abstellung etwaiger Mängel zu veranlassen.

(€atm. § 27.)

§. 40.

Bei bem Amtsgerichte tritt alljährlich ein Ausschuß zusammen.

Der Ausschuß besteht aus bem Amterichter als Vorsitzenden und einem von

bie Einsendung ber Urliste an den Amtörichter nicht erfolgen darf; benn, da auch jeder nach dem Ablauf sich herausstellenden Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Urliste von Amtowegen abgeholfen werden muß (§ 38 Abs. 2), so dürfen auch verspätete Einsprachen nicht unbeachtet bleiben.

4. Die Protofollirung munblich erhobener Ginfprachen ift erforberlich, weil nicht ber Gemeinbevorsteber, sonbern ber Ausschuf über bie letteren zu entscheiben hat. (§ 41.)

3u §§ 38-57.

- 1. In Betreff ber mit mehreren Richtern befetten Amtsgerichte und ber Frage: welcher berfelben bie in ben § 38 ff. bestimmten Funktionen auszuüben habe, f. § 22 Rote 2.
- 2. In Betreff ber Borbereitungen jur Bilbung ber Schöffengerichte und ber Schwurs gerichte f. für Preußen: Allg. Berf. bes Juft.: Min. v. 22. Juli 1879 (JMBI. S. 195).

Au \$ 38.

- 1. Der Amtsrichter hat in geeigneter Beise bafür ju forgen, bag bie Urliften nebft ben Gins fprachen ihm rechtzeitig zugehen (Dot. S. 46). Bgl. § 57.
- 2. Eine Berichtigung ber Urlifte mirb erforberlich, fobalb ber Gemeinbevorsteher, gleichs viel auf welchem Bege, von einer Unrichtigkeit ober Unvollftanbigkeit berfelben Kenntniß erlangt. Bgl. § 37 Rote 3, § 52.

Bu # 39.

- 1. Der Beichluß über bie Einsprachen fteht bem Ausschuß zu (§ 41). Unter bem Bors bereiten bes Beschlusses ift namentlich bie Bornahme berjenigen Ermittelungen zu verstehen, beren es noch bebarf, wenn bie geltenb gemachten Thatsachen weber gerichtstundig noch genügend bescheinigt sind. Bei Einsprachen, die nicht von dem Betheiligten selbst, sondern von einem Anderen (vgl. § 37 Rote 1) erhoben sind, wird in der Regel eine Anhörung des ersteren ersorberlich sein.
- 2. Findet der Amtsrichter, daß die Borfchriften bes § 36 Abs. 2 nicht gehörig befolgt find, so hat er die Racholung bes Berfaumten, also eine neue Auslegung der Urlifte und erforders lichensalls auch eine neue Befanntmachung, anzuordnen.

3u \$ 40.

- 1. Die Zusammen setzung bes Ausschuffes kann nicht auf unbestimmte Zeit, muß vielmehr für jebes Jahr aufs Neue erfolgen. Für Preußen vgl. Erl. bes Min. bes Inn. v. 18. Ott. 1879 (Min. Bl. b. i. B. 1880 S. 51.)
- 2. Unter ber Lanbesregierung, bie ben Staatsverwaltungsbeamten zu bestimmen hat, ist nicht nothwendig die Centralbehörbe (Ministerium 2c.) zu verstehen; es findet hier das zu § 22 Rote 5 Bemerkte entsprechende Anwendung. Für Preußen s. Auss.:Ges. § 34.
 - 3. Mit Rudficht auf bie große Berichiebenheit bes inneren Staatsrechts ber Bunbesftaaten und

ber Lanbesregierung zu bestimmenben Staatsverwaltungsbeamten, sowie sieben Bertrauensmännern als Beisitzern.

Die Vertrauensmänner werden aus ben Sinwohnern bes Amtsgerichtsbezirks gewählt.

Die Wahl erfolgt nach näherer Bestimmung der Landesgesetze durch die Vertretungen der Kreise, Aemter, Gemeinden oder dergleichen Verbände; wenn solche Vertretungen nicht vorhanden sind, durch den Amtsrichter. Letterer hat die Vertrauensmänner vornehmlich aus den Vorstehern der vorbezeichneten Verbände zu wählen.

Bur Beschlußfähigkeit bes Ausschusses genügt die Anwesenheit des Vorsitzensben, des Staatsverwaltungsbeamten und dreier Vertrauensmänner. Der Ausschußfaßt seine Beschlüsse nach der absoluten Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmensgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Ausschuß entscheibet über die gegen die Urliste erhobenen Sinsprachen. Die Entscheidungen sind zu Protokoll zu vermerken. Beschwerde sindet nicht statt.
(Entw. 5 29.)

insbes. ber in ihnen bestehenden Gemeinbeversassungen haben die Bestimmungen über die Organe für die Bahl der Bertrauensmänner ber Landesgesetzgebung überlassen werden muffen; biese also hat die Berbande zu bestimmen, durch deren Bertretung die Bahl der Bertrauensmänner zu erfolgen hat. Für Preußen voll. Auss.-Ges. § 35 (welcher bez. der Provinz Hannover durch die Kreisordnung v. 6. Mai 1884, GS. S. 181, modifizirt ift). — Auch darüber, ob Berbande und Bertretungen der hier vorausgesetzten Art als vorhanden anzusehen seien oder nicht, hat die Landesgesetzgebung zu entscheiden.

- 4. "nach näherer Bestimmung ber Lanbesgesete" Das GBG, giebt hinsichtlich ber Bertrauensmänner nur wenige Borschriften (vgl. §§ 55, 56) und überläßt das Meiste ber lanbeszgesehlichen Regelung. Dies gilt insbes. in Betreff ber Frage: wer zum Bertrauensmann mählbar sei und ob und aus welchen Gründen der Gewählte die Wahl ablehnen durse. Für Preußen s. Auss.:Ges. § 35 Abs. 3. Hervorzuheben ist, daß die Entscheidung über eine Ablehnung, sozfern nicht das betr. Landesgeseh etwas Anderes bestimmt, nur dem für die Wahl zuständigen Organe zusteht, dem Amtsrichter also nur dann, wenn er die Wahl vorgenommen hat, daß daz gegen der § 56 bes GBG. den Fall einer solchen Ablehnung unberührt läßt.
- 5. Abgesehen von bem Falle ber Stimmengleichheit, über welchen ber Schlufiat Bestimmung trifft, haben alle Mitglieber des Musichusses gleiches Stimmrecht.
 - 6. Bgl. § 57 u. bie Rote bas.

Bu § 41.

- 1. Der Ausschuß barf auch von Amtswegen Berichtigungen ber Urlifte vornehmen, insbes. in biese auch solche Bersonen noch aufnehmen, welche mit Unrecht ausgelassen waren. Diese Bessugniß folgt baraus, baß bie Ausschußmitglieber selbst nicht gehindert find, noch in ber Situng Einsprachen zu erheben (vgl. §. 37 Note 3). So: Stenglein S. 26.
- 2. Die Entscheidungen, welche ber Ausschuß auf die erhobenen Einsprachen trifft, sind vorbehaltlich der Bestimmung des § 52 (vgl. dort Note 1), end gültige. Eine Ausnahme greift nur Blat, wenn der Ausschuß eine Person, in Betreff deren Einsprache erhoben war, unter Berswerfung der letzteren in die Borschlagsliste der Geschworenen ausnimmt (§§ 87, 88); in diesem Falle ist die Entscheidung nur eine vorläufige, die endgültige Entscheidung steht dem Landgericht zu (§ 89 Abs. 2). Was übrigens die Unfähigkeitung eines Ausschussen des Landgerichts die Ansechung eines Urtheils wegen Mitwirfung eines unfähigen Schöffen

§. 42.

Aus ber berichtigten Urlifte mablt ber Ausschuß für bas nächfte Geschäftsjahr:

- 1. die erforderliche Rahl von Schöffen;
- 2. die erforderliche Zahl derjenigen Personen, welche in der von dem Ausschusse seitzusetzenden Reihenfolge an die Stelle wegsallender Schöffen treten (Hulfsschöffen). Die Wahl ist auf Personen zu richten, welche am Sitze des Autssgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen.

 (Entw. § 30.)

bezw. Geschworenen (StBD. § 377 Rr. 1) in keinem Falle ausgeschlossen; in bieser hinsicht ift bie Entscheinung bes Ausschusses zc. nicht prajubizirlich. Bgl. noch in Betreff ber Schöffen: § 52 Rote 11, in Betreff ber Geschworenen: StBD. § 279.

- 3. Es wird angemeffen fein, in allen Fallen bie Grunde ber Enticheibung bes Ausschuffes in bas Protofoll aufgunehmen.
 - 4. Die Situngen bes Musichuffes find nicht öffentlich.

Ru \$ 42.

- 1. "Aus ber berichtigten Urlifte" b. h. aus ber enbgultig festgestellten. Gine Ber richtigung ber Urlifte braucht nicht nothwendig stattgefunden zu haben.
- 2. Die Ausschufmitglieber felbst stehen hinfichtlich ber Bablbarteit ben übrigen, in ber Urlifte verzeichneten Bersonen gleich; insbes. begrundet bie Mitgliebschaft tein Recht, die Bahl jum Schöffen ober Geschworenen abzulehnen. Bgl. Thilo S. 81.
 - 3. In Betreff bes Gefcaftsjahres f. § 35 Rote 4.
 - 4. "bie erforberliche Bahl" hieruber f. § 43.
- 5. Die in § 42 Rr. 1 gebachten Schöffen werben im Gegensat ju ben Sulfsicoffen als Saupticoffen bezeichnet (§§ 43 ff.). Ueber ben Begriff "Erganzungsicoffe" f. § 194.
- 6. Es ift nicht ftatthaft, fur baffelbe GeschäftBjahr Jemanb fomobl jum Sauptichoffen wie auch jum Bulfflcoffen ju mablen.
- 7 a. Die Mot. S. 48 sagen: "Die Hulfsschöffen bienen bazu, ben Ersat für alle Fälle zu bieten, in benen bie Zuziehung eines anberen als bes zunächst berusenen Schöffen erforderlich ist. Hulfsschöffen sind sowohl diesenigen, welche sür ben ganzen Dienst eines wegsallenden Schöffen eintreten, als diezenigen, welche den Ersat für eine einzelne Situng bilden." Hieraus ist zu entrehmen, daß, wenn ein auf der Jahresliste stehender Hauptschöffe, sei es durch den Tod oder auf eine andere Weise (SS 52, 53), dauernd, d. h. für das ganze Geschäftsjahr oder doch sür den ganzen noch übrigen Theil desselben, in Wegsall kommt, die Ersetung desse helben nicht sur zede Situng besonders bewirft, sondern ein Hilfsschöffe als Ersatmann sur dan ganzen noch übrigen Jahresbienst des wegsallenden Schöffen berusen werden soll (was freilich richtiger im Gesetz selbst und nicht blos in den Motiven auszusprechen gewesen wäre). Der Hilfsschöffe tritt in diesem Falle in jeder Beziehung an die Stelle des wegsallenden Hauptschöffen. Folgerichtig aber hört er nun auch auf, Hülfsschöffe zu sein; er wird nunmehr Hauptschöffen und muß aus der Jahresliste der Hilfsschöffen in diesenige der Hauptschöffen übertragen werden (§ 44). Gl. A. v. Schwarze S. 37, Reller S. 72; a. M. Thio S. 86, Boitus Romment S. 46 (welche annehmen, daß die Ersetung des wegsallenden Schöfen sür jede Situng besonders, und zwar nach Maßgabe des § 49, ersolgen müsse).
- b. Bei ber Ersetung eines hauptschöffen für ben ganzen noch übrigen Jahresbienst ist die Reihenfolge maßgebend, in welcher her Ausschuß die hülfsichöffen in die Jahresliste ausgenommen hat; es tritt also bei bem ersten (zweiten zc.) Ersetungsfalle ber erste (zweite zc.) hülfseschöffe ein.
- 8. Zu einzelnen Sipungen werben bie Gulfsichöffen einberufen: a) wenn bas Schöffensgericht eine außerorbentliche Sibung halt und bie Auslosung von hauptschöffen wegen Dringlichsteit unthunsich ift (§ 48 Abs. 2); b) wenn bie Ersehung eines hauptschöffen für eine einzelne Sibung ober Berhandlung ersorberlich wirb (§ 49); o) wenn bie Zuziehung von Erganzungs-

§. 43.

Die für jedes Amtsgericht erforberliche Bahl von Hauptschöffen und Hülfs= fchöffen wird burch bie Lanbesjustizverwaltung bestimmt.

Die Bestimmung ber Zahl ber Hauptschöffen erfolgt in ber Art, daß voraussichtlich Jeber höchstens zu fünf orbentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird.

(Cutw. § 31.)

§. 44.

Die Namen ber erwählten Hauptschöffen und Hulfsschöffen werben bei jebem Amtsgerichte in gesonderte Berzeichnisse aufgenommen (Jahreslisten).

(€ntm. § 32.)

ichöffen ftattfinbet (§ 194). — In allen biefen Fällen bort ber Ginberufene nicht auf, für bem Reft bes Gefchäftsjahres Sulfsichöffe zu fein.

- 9. Der Schlußsat ("Die Bahl" 2c.) bezieht fich selbstverftanblich nur auf bie Sulisichoffen. Der Grund ber Bestimmung ift ber: bie Zuziehung eines Hulfsichoffen soll möglichst ohne Zeits verlust bewirkt werben konnen, wenn fich kurz vor Beginn ober erst im Laufe einer Sitzung bie Rothwenbigkeit ber Einberufung ergiebt. Bgl. noch § 48 Note 5.
- 10. Da ber Ausschuß bei ber Bahl ber Schöffen jugleich bie ju Geschworenen vorzusschlagenben Personen zu mahlen hat (§ 87), und ba ferner niemand für basselbe Geschäftsjahr zu beibe n Aemtern berusen werben soll (§ 97), so hat ber Ausschuß zu erwägen, für welches Amt ber Einzelne am besten geeignet sei. Hierbei wirb in erster Linie zu berücksichtigen sein, baß bas. Amt ber Geschworenen bas erheblich schwierigere ift und bei Beitem größere Ansprücke an die Intelligenz ber zur Entscheidung berusenen Personen macht; ferner aber sind die Bermögensvershältnisse bes Einzelnen und ber Umstand in Betracht zu ziehen, daß die Ausübung bes Geschworenenants regelmäßig mit einem viel größeren Gelbauswande, als diezenige bes Schöffenants, versbunden sein wird. Im Uebrigen wird es sich empsehlen, Personen, bei benen Gründe, sie vorzzugsweise für das eine Amt zu wählen, nicht vorliegen, in den verschiedenen Jahren abwechselnd zu bem einen und zu bem andern Amte zu berusen.

Ru \$ 43.

- 1. Die Zahl ber auf bie Jahresliste ju bringenben Schöffen muß fich nach bem Beburfn if bes einzelnen Amtsgerichts, also, mit Rudficht auf bie Bestimmung bes Abs. 2, nach ber Bahl ber mahrenb bes Jahres abzuhaltenben orbentlichen Situngen bes Schöffengerichts richten; sie ist mithin von bem Umfange ber schöffengerichtlichen Geschäfte abhängig (Mot. S. 47).
- 2. "Landesjuftizvermaltung" hierüber f. § 22 Rote 5. Für Preußen vgl. § 3 ber Allg. Berf. bes Juft. Min. v. 22. Juli 1879 (JMBl. S. 195).
- 3. Durch Abs. 2 ift zwar ausgesprochen, bag in ber Regel jeber hauptschöffe boch ftens zu fünf orbentlichen Situngstagen herangezogen werben soll; indeg burfte auch die heranziehung zu weniger als funf Situngstagen zu vermeiben sein, ba die Schöffen nur durch öftere Theilnahme an ben Berhandlungen biejenige Bekanntichaft mit ben gesehlichen Bestimmungen erlangen konnen, beren sie zur Erfüllung ihrer Ausgabe (§ 30) beburfen.
 - 4. "Sipungstagen" hierzu vgl. § 45 Rote 2.
- 5. Die Borfchrift bes Abf. 2 giebt ben Sauptichoffen nicht bie Berechtigung, bie Dienftleiftung. an einem fechften zc. orbentlichen Sigungstage zu verweigern. In Betreff bes folgenben Geschäftsjahres vgl. bagegen § 35 Rr. 2.
- 6. Für die Sülfsich öffen besteht eine Bestimmung, wie die des Abs. 2, nicht, da sich die Zahl ber möglichen Einberufungsfälle (§ 42 Rote 8) nicht im Borans bemessen läßt. Im Uedrigen versteht es sich, daß die Zahl der Hulfsichöffen für jeden Amtsgerichtsbezirk mit Rūcklicht auf die Zahl der Hauptschieden zu bestimmen sein wird.

3u § 44.

1. Die Jahresliften ber Schöffen werben von bem Ausichuffe befinitiv feftgeftellt, fo

§. 45.

Die Tage ber orbentlichen Sitzungen bes Schöffengerichts werben für bas ganze Jahr im voraus festgestellt.

Die Reihenfolge, in welcher die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen des Jahres Theil nehmen, wird durch Ausloofung in öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts bestimmt. Das Loos zieht der Amtsrichter.

Ueber die Ausloosung wird von bem Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.

(Catw. § 33.)

§. 46.

Der Amtsrichter fest die Schöffen von ihrer Ausloofung und von den Sigungs-

bağ unmittelbar auf Grund biefer Liften bie heranziehung ber Schöffen zu ben einzelnen Sitzungen nach Rafgabe bes § 45 erfolgt. In Betreff einer späteren Berichtigung ber Jahreslisten f. § 52. — Ueber bie Jahreslisten ber Geschworenen vgl. §§ 89, 90.

3u \$ 45.

- 1. Ob ber Amtsrichter ober ein anderes Organ ber Justizverwaltung die Tage ber ordentslichen Sipungen festzustellen habe, ist im GBG. nicht bestimmt; es entscheibet hierüber bas Landesrecht. Für Preußen s. § 5 Nr. 4 ber Allg. Berf. bes Just.-Min. v. 22. Juli 1879 (JMBI. S. 195).
- 2. Das Gefet fpricht bei ben Schöffengerichten von Situngstagen (§ 46), nicht, wie bei ben Schwurgerichten, von Situngsperioben. hinfichtlich ber Schöffengerichte sind bie Ausbrude "Situng" und "Situngstag" gleichbebentend, und wenn ein solches Gericht zwei ober mehrere auf einander folgende Tage in Thatigkeit ift, so finden im Sinne bes Gesetes eben so viele versichtene Situngen ftatt. Dies erleibet nur bann eine Ausnahme, wenn die auf einen Situngstag anberaumten Sachen (ober eine berselben) an diesem Tage nicht zu Ende gesührt werden konnen und beshalb die Fortsetung der Situng an dem solgenden Tage erforderlich wird; vgl. § 50-u. die Roten bas.
- 3. Eine nähere Anordnung barüber, nach welchem Modus bie Schöffen auf die einzelnen Sipungstage zu vertheilen seien und in welcher Art der Bechsel unter ihnen ftattzusinden habe, ift im Bejet nicht gegeben; vielmehr läßt dasselbe einer Berschiebenheit des Ausloosung so verfahrens Raum. Am zwedmäßigsten wird die Ausloosung in der Art vorzunehmen sein, daß die Ramen aller Hauptschöffen in eine Urne gelegt und sodann für jede ordentliche Situng zwei von ihnen gezigen werden. Die gezogenen Ramen werden jedesmal wieder in die Urne zurückgelegt, und zwar so oft, dis bei dem einzelnen Schössen die Zahl der auf ihn fallenden Situngen erschöpft ist. Auf diese Beise ist jede Billkur ausgeschlossen. Ob diezenigen zwei Schössen, welche für die erste, zweite z. Situng ausgeloost werden, auch bei einer späteren Situng wieder zusammentressen, hängt bei diesem Bersahren lediglich von dem Loose ab. Bgl. Keller S. 69, Dochow S. 49, Hauck S. 71, andererseits aber Boitus Komm. S. 43 u. Kontr. I S. 272, Meves S. 14.
- 4. An ber öffentlichen Sihung bes Amtsgerichts nimmt ber Amtsichter und ber Berichisschreiber Theil. Der Zuziehung ber Staatsanwaltschaft bebarf es nicht (Mot. S. 48).

 Daß bie Zeit ber Sigung zuvor öffentlich bekannt zu machen sei, ift nicht vorgeschrieben.
- 5. Das Protofoll ift von bem Amterichter und von bem Gerichtsschreiber ju untersichreiben. Bgl. StBD. § 271.

3u \$ 46.

1. Die hauptschöffen sollen burch bie hier vorgeschriebene, bas ganze Geschäftsjahr umfassenbe-Benachrichtigung schon vor ober bei Beginn bes Geschäftsjahres einen Ueberblick über bie gejammte Thätigkeit erhalten, zu welcher sie, von Ausnahmefällen (§ 48) abgesehen, im Laufe bes Jahres herangezogen werben sollen; sie werben auf biese Beise in ben Stanb geseht, in ihren

tagen, an welchen fie in Thätigkeit zu treten haben, unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens in Renntniß.

In gleicher Weise werben bie im Laufe bes Geschäftsjahres einzuberufenben Schöffen benachrichtigt.

(Eutw. § 34.)

§. 47.

Eine Aenderung in der bestimmten Reihenfolge kann auf übereinstimmenden Antrag der betheiligten Schöffen von dem Amtsrichter bewilligt werden, sofern die in den betreffenden Situngen zu verhandelnden Sachen noch nicht bestimmt sind. Der Antrag und die Bewilligung sind aktenkundig zu machen.

(Entw. \$ 35.)

§. 48.

Wenn die Geschäfte die Anberaumung außerordentlicher Sigungen erforderlich

Seschäften und sonstigen Privatangelegenheiten im Boraus auf ben Schöffendienst Rudficht zu nehmen (Mot. S. 48); vgl. auch § 47. — Benn bie Mot. S. 48 ferner bemerken, baß an die gemäß Abs. 1 im Allgemeinen benachrichtigten Schöffen bemnächst besondere Ladungen zu ben einzelnen Situngen nicht mehr erlassen zu werden brauchen, so hat dem gegenüber die Erssahrung gezeigt, daß die Schöffen nicht selten die allgemeine Benachrichtigung im Lause des Jahres vergessen und Mangels besonderer Ladung ausdleiben. In Preußen hat demzusolge der Juft. Min. den Amtsgerichten empsohlen, noch besondere Ladungen zu den einzelnen Situngen, und zwar etwa acht Tage vor den betreffenden Situngstagen, zu erlassen: Allg. Verf. v. 30. Oft. 1882 (INVI. S. 324).

- 2. In Betreff ber Folgen bes Ausbleibens f. § 56.
- 3. In Abs. 2 find die Borte: "In gleicher Beise" auf ben in Abs. 1 gebachten "hinsweis" zu beziehen. Die Erlassung einer allgemeinen, b. h. sich auf eine Mehrzahl von Situngsetagen erstreckenden Benachrichtigung an die im Laufe des Geschäftsjahres einzuberusenden Schöffen ist nur in Ansehung solcher hullschöffen aussuhrbar, welche an Stelle eines wegsallenden Hauptschöffen für bessen Jahresdienst treten (§ 42 Note 7). Im Uebrigen wird es, wieswohl gerade dies in Abs. 2 nicht gesagt ift, angemessen sein, alle zu hulfsschöffen gewählten Berssonen (§ 42) bei Beginn des Geschäftsjahres von ihrer Bahl zu benachrichtigen, damit eine etwaige Einberusung sie nicht ganz unvorbereitet finde.

3u § 47.

- 1. Unter ber "Aenderung in ber bestimmten Reihenfolge" ift ein Lausch zwischen zwei, zu verschiedenen Sigungen berufenen hauptschöffen zu verstehen (Mot. S. 48). Dieser Lausch tann sich sowohl auf die sammtlichen im Boraus bestimmten Sigungstage ber betheiligten Schöffen (§ 45) erstreden, wie auch auf einzelne Sigungstage beschränken.
- 2. Durch bie Borte "fofern -- finb" foll es ausgeschlossen werben, bag im hinblid auf eine bestimmte Straffache eine willfürliche Aenberung in ber Besetzung des Gerichts erfolge (Mot. S. 48). Sobalb auf einen Situngstag auch nur eine Sache anberaumt ift, barf für biefen Tag ein Tausch nicht mehr gestattet werben.
- 3. Der Antrag und bie Bewilligung beburfen ber Beurtunbung bei ben bie Berufung ber Schöffen betreffenben Generalaften.
 - 4. Bgl. § 54 Abs. 2.

3u § 48.

Bu Abs. 1.

1. Die Bestimmung ber zu außerorbentlichen Sihungen heranzuziehenben Schöffen erfolgt in ber Regel (vgl. Abs. 2) mittelft Austoofung "in Gemäßheit bes § 45"; also werben bie Schöffen aus ber Jahrebliste ber haupt schöffen ausgelooft (Mot. S. 48). — Im Uebrigen besagt bie Bezugnahme auf § 45: es hat die Austoofung in öffentlicher Sibung stattzufinden, das Loos

machen, so werben bie einzuberufenden Schöffen vor dem Sitzungstage in Gemäßs beit des §. 45 ausgelooft.

Erscheint dies wegen Dringlickeit unthunlich, so erfolgt die Ausloosung durch den Amtsrichter lediglich aus der Zahl der am Sitze des Gerichts wohnenden hülfsschöffen. Die Umstände, welche den Amtsrichter hierzu veranlaßt haben, sind aktenkundig zu machen.

(Entm. § 36.)

§. 49.

Wird zu einzelnen Sitzungen bie Zuziehung anderer als ber zunächst berufenen Schöffen erforberlich, so erfolgt bieselbe aus ber Zahl ber Hulfsschöffen nach ber Reibenfolge ber Jahreslifte.

Burbe durch die Berufung der letteren eine Vertagung der Verhandlung oder eine erhebliche Verzögerung ihres Beginnes nothwendig, so sind die nicht am Sitze des Gerichts wohnenden Hulfsschöffen zu übergehen.

(Eutu. § 37.)

ift burch ben Amtbrichter ju ziehen, und es ift burch ben Gerichtsichreiber ein Protofoll auf-

- 2. Die Ausloojung erstreckt sich für jebe einzelne außerorbentliche Sigung auf alle auf ber Jahreslifte stehenben Hauptichöffen; ber Umstand, daß ein Schöffe in bemselben Geschäftsjahr bereits ein ober mehrere Male zu einer solchen Sigung herangezogen worben ist, begründet nicht seine Ausschließung von späteren Ausloosungen. Dies gilt auch dann, wenn gleichzeitig eine Ausloosung für mehrere Sigungen stattsindet.
- 3. Die Ausloojung wird vorzunehmen fein, fobalb bie Anberaumung ber außerorbentlichen Sibung erfolgt ift.

Bu Abs. 2.

- 4. Der Fall ber Dringlichkeit liegt nur bann vor, wenn aus Grünben, bie in ber Besichaffenheit ber zu verhandelnden Sachen liegen, eine außerordentliche Sitzung auf einen so nahen Tag anderaumt werden muß, daß anzunehmen ist, es werde sich die Einberufung der Hauptschöffen (Abs. 1) nicht mehr rechtzeitig bewirfen lassen. Die Bestimmung des Abs. 2 ist also hauptsächlich auf haftsachen berechnet.
- 5. Die Bestimmung sett voraus, baß am Sige bes Gerichts mindestens brei Gulfsschöffen wohnen. Denn, salls nur zwei daselbst vorhanden sind, kann eine Ausloosung nicht stattsinden; bieje aber ist ein nothwendiger Bestandtheil bes in Abs. 2 bezeichneten Bersahrens, und es steht dem Amtörichter nicht zu, einsach die beiden vorhandenen Gulfsschöffen einzuberusen (a. M. Keller S. 71, Stenglein S. 28). In dem ebengedachten Falle wurde somit, der Oringlichkeit ohnerachtet, die Berufung der Schöffen nur gemäß Abs. 1 ersolgen können. Ebendeshalb aber wird es gesboten sein, in die Jahresliste der Hülfsschöffen stets mindestes drei am Sie des Gerichts wohnende Bersonen auszunehmen (vgl. § 42 Nr. 2).
 - 6. "aftentundig" bieruber f. § 47 Rote 3.

Bu Abs. 1. 2.

7. Ericheint einer ber gemäß Abs. 1 ober Abs. 2 einberufenen Schöffen nicht, fo erfolgt bie Beranziehung eines Ersahmannes nach Maggabe bes § 49.

Ru \$ 49.

Bu Abs. 1.

- 1. Die Bugiehung ju einzelnen Sigungen bilbet ben Gegensat ju ber Ersetung eines wegiallenben haupticoffen fur ben gangen noch übrigen Jahresbienst; pgl. § 42 Rote 7.
- 2. Die Bestimmung gilt gleichmäßig für bie ordentlichen Sigungen (§ 45) wie für bie außerorbentlichen (§ 48).

- 3. Sie finbet Anwendung, gleichviel ob es fich um bie Erfetang beiber einberufenen Schoffen ober nur eines berfelben handelt.
- 4. Die Zuziehung eines anderen Schöffen wird erforderlich, sobald es feststeht, baß in einer bestimmten Sigung einer ber zunächst berufenen Schöffen aus irgend welchem Grunde, z. B. wegen Erkrankung ober weil er von ber Dienstleistung entbunden ift (§ 54), nicht sungiren werde. Es gehört ferner ber Fall hierher, wenn einer ber in der Situng sungirenden Schöffen in einer einzelnen Sache von der Ausübung des Schöffenamtes ausgeschlossen ober mit Erfolg abzgelehnt ist (StBD. §§ 22, 24, 31); in diesem Falle erstreckt sich aber die Thätigkeit des Ersatzmannes nur auf die betr. Sache, und wenn auf die Berhandlung der letzteren noch die Berhandlung anderer Sachen folgt, so hat der ursprünglich berusene Schöffe wiederum in das Gericht einzutreten. Endlich sindet § 49 auch auf die Zuziehung von Ergänzungsschöffen (§ 194) Anwendung (Mot. S. 48).
- 5. Eine Ausloosung ber einzuberufenden Gulfsschöffen findet in den Fallen des § 49 nicht ftatt; die Zuziehung berselben geschiebt vielmehr in regelmäßiger Abwechselung und zwar nach der Reihenfolge der Jahresliste (§ 44), so daß im ersten Einberufungsfalle der zuerst aufgesührte Hulfsschöffe, im zweiten der zweite 2c., einberufen wird. Daß ein solcher Bechsel stattzusinden habe, ist zwar im Geset nicht ausdrücklich ausgesprochen, muß jedoch für selbstverständlich gelten, da es nicht die Absicht des Gesehrs sein kann, den zuerst ausgesührten Hulfsschöffen stärter zu belasten als den anderen. Derselbe kommt somit nach einmal ersolgter Zuziehung erst wieder an die Reihe, nachdem die Einberufung seiner hintermänner erfolgt ist. Einberufungen, welche auf Grund einer Ausloosung (§ 48 Abs. 2) stattgefunden haben, bleiben bei Anwendung des § 49 ganz außer Betracht. Aus dem Gesagten ergiebt sich, daß das Gericht ein genaues Berzeichs niß der aus Erund des § 49 geschehenen Einberufungen der Hulfsschöffen führen muß.
- 6. Ift ein einberufener Bulfsichöffe am Erscheinen verhindert, so ift ohne Beiteres sein nächter hintermann aus der Jahresliste der Gulfsichöffen einzuberusen. In dem nächt folgenden Einberufungsfalle ist sodann der hintermann des letztgedachten Schöffen, nicht der verzhindert gewesene hulfsichöffe, heranzuziehen; denn das Zurucgreifen auf diesen wurde eine Abweichung von der vorgeschriedenen Reihenfolge enthalten, und eine sol de Abweichung muß, inso weit sie nicht im Geses ausdrucklich zugelassen ift (Abs. 2), als unstatthaft angesehen werden.
- 7. Sobalb ein Hülfsichöffe bauernb an die Stelle eines Hauptschöffen getreten ift, barf es nicht mehr in der ersteren Eigenschaft einberusen werden; er kommt alsbann bei Anwendung des § 49 Abs. 1 nicht mehr in Betracht; vgl. § 42 Note 7.

Bu Mbs. 2.

- 8. Die Bestimmung bes Abf. 2 hat ben Fall im Auge, wenn erst bei Beg inn ber Situng ob er furz zuwor bem Amterichter bekannt wird, bag es ber Eisetung eines ber zunächst einsberufenen Schöffen burch einen anderen bebarf. Uebrigens ift die Fassung des Abs. intorreft. Statt ber Borte "durch Berufung ber letteren" mußte es heißen: "burch Innehaltung bieser Reihenfolge"; die "letteren", b. h. die Hullssichöffen, werden ja jedenfalls einberufen.
- 9. Es ift im Falle bes Abs. 2 so zu versahren, wie wenn in ber Jahreslifte nur bie am Site bes Gerichts wohnenben hulfsichöffen verzeichnet wären; unnerhalb bes Rreises ber letteren aber bestimmt sich bie Auswahl ber zu Berufenben nach bem in Rote 5 Bemerkten. Bohnen z. B. von 8 hulfsichöffen bie unter Nr. 2, 3, 6, 8 aufgeführten am Site bes Gerichts und ift in bem zunächft vorhergegangenen Einberufungsfalle Nr. 4 in Funktion gewesen, so ist nunmehr Nr. 6 (nicht Nr. 5) zu berufen. In bem nächftolgenben Einberufungsfalle kommt sobann, je nachbem nach Abs. 1 ober nach Abs. 2 zu versahren ift, Nr. 7 bezw. Nr. 8 an bie Reibe.
- 10. Ift ein gemäß Abs. 2 einbernsener Husselschöffe am Erscheinen verhindert, so ist von ben am Site des Gerichts wohnenden Hulfsschöffen der nächstelgende einzuberusen (Rote 6). Führt aber das Bersahren nach Abs. 2 nicht zum Ziel, so muß nunmehr, sosern nicht etwa die Ausbedung der Situng erfolgt, eine ganz neue Einberusung in Gemäßheit des Abs. 1 stattsfinden.

§. 50.

Erstreckt sich die Dauer einer Sigung über die Zeit hinaus, für welche ber Schösse zunächst einberufen ist, so hat er bis zur Beendigung der Sigung seine Amtsthätigkeit fortzusetzen.

(Entre. § 38.)

§. 51.

Die Beeibigung ber Schöffen erfolgt bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung. Sie gilt für die Dauer bes Geschäftsjahres.

Der Vorsitzende richtet an die zu Beeidigenden die Worte:

"Sie schwören bei Gott bem Almächtigen und Alwissenben, die Pflichten eines Schöffen getreulich zu erfüllen und Ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben."

Die Schöffen leiften ben Sib, indem Jeber einzeln die Worte spricht: "ich schwöre es, so mahr mir Gott helse."

Der Schwörenbe foll bei ber Gibesleiftung bie rechte Sand erheben.

Ist ein Schöffe Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz ben Gebrauch gewisser Betheuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die 3u § 50.

^{1.} Der S beichaftigt fich mit ber Umtapflicht ber Schöffen und fieht ben gall vor, wenn bie Berhandlung ber auf einen Sigungstag (vgl. § 45 Rote 2) anberaumten Sachen fo viel Beit in Auspruch nimmt, daß die Sitzung auf ben folgenden Tag erstreckt werben muß. Berschieben von diesem Falle ist ber andere Fall, wenn die Berhandlung einer bestimmten Sache wegen eines prozessualifden binberniffes, 3. B. wegen bes Ausbleibens eines Beugen, abgebrochen werben muß und an einem anderen Tage fortgefett werben foll; in biefem Falle handelt es fich nicht um bie Erstredung einer Sigung, sonbern um bie Fortsegung einer Berhandlung in einer neuen Situng. Daraus nun, bag nach § 228 ber StBD. (vgl. bort Rote 1) bie Fortsetung einer unterbrochenen Berhanblung noch binnen vier Tagen zuläsfig bleibt, kann nicht gefolgert werben, daß die Schöffen, welche in der unterbrochenen Berhandlung mitgewirkt haben, verpflichtet seien, bebufs ber fortsetung ber letteren in einer neuen Sigung ju ericeinen, fur welche fie nicht ausgelooft waren. Der § 228 cit. behandelt lediglich ben prozessualischen Gegensat zwischen ber Forifehung und ber Erneuerung einer Berhanblung ohne spezielle Rudficht auf bie organisatorifchen Berhaltnisse bes Schöffengerichts; für bie Auslegung bes § 50 ift er nicht maßgebenb. Andererseits besteht für bas Schöffengericht kein hinberniß, an einem ber auf bie betr. Sigung folgenden vier Tage behufs ber Fortfetjung einer unterbrochenen hauptverhandlung wieber gufammengutreten, wenn bie betheiligten Schoffen gewillt finb, in ber neuen Sigung wieberum mitaumirfen. Mangels folder Bereitwilligfeit aber ift bie Fortfetung einer unterbrochenen fchöffengerichtlichen Hauptverhanblung an einem ber auf bie Unterbrechung folgenben vier Tage nur möglich, wenn für die neue Sipung zufällig bieselben Schöffen ausgeloost find, welche in ber unterbrochenen hauptverhandlung mitgewirft haben (val. StBD, § 228 Rote 3). Uebrigens ift bie Sache streitig; vgl. Boitus Kontr. I S. 268, Stenglein S. 29.

^{2.} Die Bestimmung bes § 50 ist auch bann anwenbbar, wenn ber folgende Tag, auf ben sich bie Sihung erstredt, in ein neues Geschäftsjahr (§ 35 Note 4) fällt. Aus ber Borschrift bes § 51 Abs. 1 ift nicht zu folgern, baß es in diesem Falle an bem folgenden Tage einer nochmaligen Beeibigung der Schöffen bedürse.

Zu § 51. Zu Abs. 1.

^{1.} Die Bestimmung, baß jeber Schöffe innerhalb besselben Geschäftsjahres nur einmal beeibigt werben foll, ift eine ganz allgemeine. Selbst in bem Falle, wenn ein Schöffe zu bersienigen Sigung, in welcher er ben Gib geleiftet hat, nur als Erganzungsschöffe (§ 194) zugezogen war

Abgabe einer Erklärung unter ber Betheuerungsformel dieser Religionsgesellschaft ber Sibesleiftung gleich geachtet.

Neber die Beeidigung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protofoll aufgenommen.
(Entw. § 39.)

§. 52.

Wenn die Unfähigkeit einer als Schöffe in die Jahresliste aufgenommenen Person eintritt ober bekannt wird, so ist der Name derselben von der Liste zu streichen.

Ein Schöffe, hinfichtlich beffen nach feiner Aufnahme in die Jahreslifte andere Umstände eintreten ober bekannt werden, bei beren Borhandensein eine Berufung jum Schöffenamte nicht erfolgen foll, ist zur Dienstleistung ferner nicht heranzuziehen.

Die Entscheidung erfolgt burch ben Amtsrichter nach Anhörung ber Staatsanwaltschaft und bes betheiligten Schöffen.

Beschwerbe finbet nicht ftatt.

(Cutw. § 40.)

und an ber Urtheilsfällung nicht Theil genommen hat, ift bie Beeibigung fur bas gange Gefchafts- jahr wirkfam. — Bgl. noch § 50 Rote 2.

2. Die Beeibigung eines jeben Schöffen hat öffentlich und zwar unmittelbar nach Eröffnung berjenigen Sihung stattzufinden, in welcher der Schöffe den ersten Dienst für das betr. Geschäftsjahr leistet. Der Anwesenheit der Angeklagten, gegen welche in der Sihung verhandelt werden soll, bedarf es nicht, da die Beeidigung nicht einen Bestandtheil der Hauptverhandlung in den einzelnen Sachen bildet. Die Anwesenheit der Staatsanwaltschaft ist nicht nothwendig, wohl aber für angemessen zu erachten. Gl. A. Keller S. 75, Turnau I S. 292; a. M. Stengslein S. 30.

Bu 216f. 3. 4. 5.

3. Bgl. bie von ber Beeibigung ber Zeugen hanbelnben SS 62, 63, 64 ber StBD. u. bie Roten bas.; bas bort Gesagte finbet auch auf bie Beeibigung ber Schöffen entsprechenbe Anwenbung.

, Zu Abs. 6.

- 4. Der Beurfundung ber Gibesleiftung bebarf es icon beshalb, weil bie Mitwirfung eines nicht beeibigten Schöffen bie Richtigkeit bes Berfahrens gur Folge haben murbe; vgl. StBD. § 377 Rr. 1 u. bie Noten bas.
 - 5. In Betreff ber Unterzeichnung bes Protofolls f. § 45 Rote 5.
- 6. Die Protofolle über die Beeibigung ber Schöffen gehören zu ben die Bilbung bes Schöffensgerichts betreffenden Generalaften. Die Mittheilung von Abichriften dieser Protofolle zu ben einzelnen Untersuchungsaften wird es nur in dem Falle bedürfen, wenn ein gegen das Urtheil eingelegtes Rechtsmittel auf die Behauptung gestütt wird, daß hinsichtlich der Beeibigung der Schöffen das Geseh verlett sei.
- 1. Der S hat nier solche Umflände (Gründe ber Unfähigkeit ober ber Nichtberufung) im Auge, welche erft nach Beendigung ber Thätigkeit des Ausschufses (SS 41, 42) eintreten ober boch bekannt werden. Umflände, welche, sei es aus Anlaß einer Einsprache ober auch ohne eine solche, bereits Gegenstand einer Entscheidung des Ausschusses gewesen find, gehören nicht hierher; dem Amtsrichter sieht eine Aenderung der Entscheidungen des Ausschusses nicht zu. Bgl. jedoch Note 11.
- 2. Die Grunde, welche die Unfahigfeit ober Nichtberufung bedingen, find im öffentlichen Interesse vorgeseben; baber sind die Bestimmungen bieses fiels von Amtswegen zur Anwendung zu bringen, ohne bag es eines Antrages bedarf (Mot. S. 49).
- 3. In Betreff ber Erfetung eines in Begfall fommenben Sauptichoffen f. § 42 Note 7. Die Erfetung eines in Begfall tommenben Gulfsichöffen ift im Gefet nicht vorgefeben.

§. 53.

Ablehnungsgründe find nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb einer Woche, nachdem der betheiligte Schöffe von seiner Sinderufung in Kenntniß gesetzt worden ift, von demselben geltend gemacht werden. Fällt ihre Entstehung oder Befanntwerdung in eine spätere Beit, so ist die Frist erst von diesem Zeitpunkte zu berrechnen.

Der Amtsrichter entscheibet über bas Gesuch nach Anhörung ber Staatsanwaltschaft. Beschwerbe findet nicht statt.

(Entm. § 41.)

Zu Abs. 1.

4. In Betreff ber Grunbe ber Unfahigfeit f. SS 31, 32.

Bu Abs. 2.

- 5. In Betreff ber Perfonen, welche ju Schöffen nicht berufen werben follen, f. SS 33, 34.
- 6. Die Bestimmung bes Abs. 2 finbet auch auf ben Fall Anwendung, wenn ein Schöffe im Laufe bes Geschäftsjahres seinen Wohnsit in einen anderen Amts gerichtsbezirk verlegt (vgl § 33 Rr. 2). Gl. A. Turnau I S. 294; a. M. Stenglein S. 31.
- 7. a. Bon ber ferneren Heranziehung ist Abstand zu nehmen, sobalb ber Grund, aus welchem bie Berufung unterbleiben soll, bekannt wirb. Auch bann, wenn ber betr. Schöffe in ber Situng erscheint und erft jest jener Grund zur Sprache kommt, wird er sogleich, b. h. schon für bie gebachte Situng, von der Dienstleistung zu befreien sein.
- b. Ist ber bie Richtberufung begründende Umftand ein nur zeit weise bestehender, so ift nach bem Wegfall besselben ber Schöffe wieder zum Dienst heranzuziehen, wogegen die in Abs. 1 vorgeschriebene Streichung von der Lifte für bas laufende Geschäftsjahr eine befinitive ift. Bgl. Reller S. 76, Turnau I S. 295, Stenglein S. 30.
 - 8. Auch im Falle bes Abf. 2 bebarf es einer ausbrudlichen Entscheibung bes Amterichters. Bu Abf. 3.
- 9. Die Entscheibung (Abs. 1, 2) tann sowohl in ber Sigung (munblich) wie auch außers halb ber selben (schriftlich) erfolgen. Ebenso tann bie Anhörung ber Staatsanwaltschaft und bes betheiligten Schöffen in ber Entgegennahme einer munblichen wie auch in ber einer schriftlichen Erflärung bestehen. Munbliche Erflärungen ober Entscheibungen find zu Prototoll zu nehmen.
- 10. Die Anhörung bes betheiligten Schöffen ift erforberlich, bamit berfelbe Gelegenheit habe, feine Rechte wahrzunehmen. Die Staatsanwaltschaft hat bas öffentliche Interesse geltenb zu machen (Mot. S. 49). Uebrigens ist bem Erforberniß ber Anhörung bes Schöffen genügt, wenn biesem bie Gelegenheit, sich zu erklaren, gegeben worben ist; bie Abgabe einer Erklarung wird nicht nothe wendig vorausgesetzt.

Bu Abf. 4.

11. Beber bem betheiligten Schöffen noch ber Staatsanwaltschaft sieht eine Beschwerbe zu, und zwar auch bann nicht, wenn ber Amtsrichter einen auf Anwendung bes § 52 gerichteten Anstrag verworsen hat. — Durch eine Entscheidung ber letteren Art wird übrigens eine Ansechtung bes Urtheils wegen angeblicher Mitwirkung eines unfähigen Schöffen nicht ausgeschlossen; bas zu § 41 Rote 2 Bemerkte sindet hier entsprechende Anwendung. Umgekehrt wird in dem Falle, wenn in Folge eines gegen ein Urtheil eingelegten Rechtsmittels von dem Gericht höherer Instanz die Unsähigkeit eines Schöffen anerkannt wird, der Amtsrichter hieraus Beranlassung zu nehmen haben, den Namen des Schöffen in der Liste zu streichen, damit nicht künstig noch Urtheile erlassen werden, deren Aushebung im Falle der Ansechtung vorauszusehen ist.

Ru & 53.

1. Es ift hier von bem Falle bie Rebe, wenn ein Schöffe bie Berufung jum Schöffenamt überhaupt, b. h. fur bas gange Geschäftsjahr bezw. ben noch übrigen Theil besselben, aus einem ber in § 35 bestimmten Grunbe ablehnt. Bgl. § 54.

§. 54.

Der Amterichter kann einen Schöffen auf beffen Antrag wegen eingetretener hinderungsgrunde von der Dienstleistung an bestimmten Situngstagen entbinden.

Die Entbindung bes Schöffen von der Dienftleiftung kann davon abhängig gemacht werben, daß ein anderer für das Dienstjahr bestimmter Schöffe für ihn eintritt.

Der Antrag und die Bewilligung find aftenkundig zu machen.

(Entm. § 42.)

§. 55.

Die Schöffen und bie Bertrauensmänner bes Ausschuffes erhalten Bergütung ber Reisekoften.

(Entm. § 43.)

- 2. In Betreff ber Frift sagen bie Mot. S. 49: "Den betreffenben Bersonen ift es anheim gegeben, ob fie von bem Ablehnungsgrunde Gebrauch machen wollen ober nicht. Bur Bermeibung von Beiterungen, welche entstehen, wenn bas Recht auf Ablehnung unmittelbar vor ber Sitzung, ober erst in biefer selbst geltenb gemacht wird, binbet bas Geset bie Geltenbmachung bes Abslehnungsgrundes an eine präflusivische einwöchentliche Frift."
- 3. Die Frist beginnt (außer im Falle des Sates 2) mit dem Ablauf des Tages, an welchem bem Schöffen die Benachrichtigung zugestellt worden ift, daß er für das Geschäsisher zum Hauptschöffen oder Hulfschöffen berufen sei (§ 46). It es unterlassen worden, die Hulfschöffen bei Beginn des Geschäftsjahres im Boraus von ihrer Bahl zu benachrichtigen (vgl. § 46 Note 3 Schluß), so beginnt sur den einzelnen die Frist mit dem Ablauf des Tages, an welchem er zum ersten Mal die Einberufung zu einer Sitzung erhalten hat. A. M. Turnau I S. 296 u. Seussert, Erört. über die Besetzung der Schössengerichte 2c. S. 73: für die Hulfsschöffen beginne die Frist siets mit dem letztgedachten Tage.
 - 4. Bu Abf. 2 vgl. § 52 Rote 9.

3u § 54.

- 1. Ueber bie Erheblichkeit bes geltenb gemachten hin ber ungsgrundes und barüber, ob berselbe glaubhaft sei, hat ber Amtsrichter nach billigem Ermessen zu entscheiben. Auch Abslehnungsgrunde (§ 35), die als solche von ben Schöffen nicht ober zu spät (§ 53) geltend gemacht waren, können sur einzelne Sithungen immer noch als hinderungsgrunde in Betracht kommen; wgl. z. B. § 35 Rote 5.
- 2. "Der zweite Absat bes & eröffnet bem Amtörichter für Fälle, bie er nicht geeignet erachtet, um zum Bortheil bes die Entbindung nachsuchene Schöffen einen anbern von Amtöwegen zu beläftigen, in benen es aber hart sein würde, bas Gesuch abzulehnen, ben Ausweg, die Entbindung zu bewilligen, wenn ein anderer Haupt- oder Hulfschöffe zum Ersat einzutreten bereit ift. Hierdurch soll indessen dem durch § 47 ausgeschlossenen Austausch der Sitzungstage nach Bestimmung der an benselben zu verhandelnden Sachen nicht auf einem Umwege Raum gegeben werden. Der Schöffe, welcher auf diese Beise um Entbindung nachsucht, hat kein Recht auf den Tausch; der Tausch ist von dem Umtörichter nur zu gestatten, wenn derselbe neben der Bereitz willigkeit des Ersatschöffen einen ausreichenden Grund sur bie Entbindung als vorhanden annimmt" (Mot. S. 49).
- 3. Macht ber Amtsrichter von ber Bestimmung bes Abs. 2 nicht Gebrauch, so geschieht bie Erse ung bes von ber Dienstleiftung entbunbenen Schöffen nach Maggabe bes § 49.
 - 4. Der Anhörung ber Staatsanwaltschaft bebarf es nicht.
 - 5. "aftenfunbig" hieruber f. § 47 Rote 3.
- 6. Gine Befchwerbe finbet, wie in ben Fallen ber §§ 52, 53, fo auch hier nicht ftatt, mas bie Mot. S. 49 unter hinweiß auf bie Fassung bes § ("tann") ausbrücklich hervorheben.
 - 3u § 55.
 1. Bgl. § 31 u. Rote 1 bas. In Betreij ber Geschworenen s. § 96.

§. 56.

Schöffen und Vertrauensmänner des Ausschuffes, welche ohne genügende Entichuldigung zu ben Sitzungen nicht rechtzeitig sich einfinden oder ihren Obliegenbeiten in anderer Beise sich entziehen, sind zu einer Ordnungsftrafe von fünf bis zu eintaufend Mark, sowie in die verursachten Kosten zu verurtheilen.

Die Berurtheilung wird burch ben Amtsrichter nach Anhörung ber Staatsanwaltschaft ausgesprochen. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die Berurtheilung ganz oder theilweise zurückgenommen werden. Gegen die Entscheidungen findet Beschwerbe von Seiten des Verurtheilten nach den Vorschriften der Strasprozesordnung statt.

(Entm. § 41.)

2. Die naberen Bestimmungen über bie Bergutung ber Reifetoften gu treffen, ift ber Lanbes= gefengebung überlaffen. - fur Preugen f. Must.- Gef. § 36.

Bu \$ 56.

1. Auch auf folde Berfonen, welche ben gefestichen Bestimmungen (vgl. §§ 31 ff. bezw. § 40 Rote 4) entgegen zu bem Amt eines Schöffen ober Bertrauensmannes herangezogen finb, findet § 56 Anwendung, wenn fie sich ber Wahrnehmung diefes Amtes entziehen, ohne ben ihrer heranziehung entgegenstehenben Umftand geltend zu machen.

Bu Mbf. 1.

- 2. a. Begen Ausbleibens ober ju fpaten Ericheinens tann die Berurtheilung nur etfolgen, wenn bem Ausgebliebenen ze. in gehöriger Beife bavon Kenntniß gegeben war, daß er in der betr. Situng ju ericheinen habe. Der erfolgte hinweis auf die gesehlichen Folgen bes Ausbleibens (§ 46) ift nicht als ein Erforderniß ber Bestrafung anzuseben; so: Keller S. 70.
- b. Es versteht fich, daß das Gefet ben Amtörichter nicht verpflichtet, auch unerhebliche Berfpatungen zu strafen; vielmehr ist bem vernünftigen Ermessen bes Amtörichters hier Spielstaum gelaffen (vgl. Prot. S. 253).
- 3. Seinen Obliegenheiten entzieht fich auch berjenige, ber zwar in ber Situng ersichent, jedoch die Ausübung einer ihm gesetlich zugewiesenen Pflicht, sei es ausbrudlich ober ftillsimeigend, verweigert. So wurde z. B. auch die Beigerung eines Schöffen, fich bei einer Abstimmung zu beiheiligen (vol. § 197), unter die Bestimmung bes § 56 fallen. Bgl. Thilo S. 94, Turnau S. 301.
- 4. a. Ob eine vor ober in ber Sigung vorgebrachte Entiduldigung für genügend zu . erachten fei, unterliegt bem Ermeffen bes Amtsrichters. Daffelbe gilt von ber Frage, ob bie thats jählichen Angaben bes betr. Schöffen ober Bertrauensmannes ohne Beiteres für glaubhaft zu erachten ober welche Rachweise etwa noch zu ersorbern seien.
- b. Deff entliche Beamte, welche als Schöffen ac. einberufen find, können nicht die Bersfagung von Urlaub feitens ber vorgesetten Behörde vorschützen; die Pflicht, ber Berufung nachs putommen, ist von einer Urlaubsbewilligung nicht abhängig; vgl. RGer. III 22. Mai 80 (Rfpr. I. 810).
- 5. Der Fall, daß die Gelbstrase nicht beizutreiben ist, wird von bem Gesetz als nicht vorskommend angesehen. Daher ist die Substituirung einer Freiheitsstrase nicht angeordnet und folglich nicht statthast; die Vorschrift des § 28 bes StBB. findet hier, wo es sich nicht um eine kriminelle Strase, sondern um eine Ordnungsstrase handelt, nicht Anwendung.
- 6. Unter ben verursachten Koften find biejenigen zu verstehen, welche erwachsen, wenn in folge ber Pflichtwidrigkeit eines Schöffen ober Bertrauensmannes eine Sigung des Schöffen gerichts ober boch eine einzelne Hauptverhandlung bezw. eine Sigung des Ausschusses vereitelt wird. Auch die Koften, welche durch die Bollftredung der festgesetzten Ordnungsstrafe entstehen, jallen dem Schulbigen zur Laft.

§. 57.

Bis zu welchem Tage die Urlisten aufzustellen und dem Amtsrichter einzureichen sind, der Ausschuß zu berufen und die Aussoosung der Schöffen zu bewirken ist, wird durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

(Entw. § 45.)

Bu Abs. 2.

- 11. Giner ber Straffesting vorausgehenben Anhörung bes Schöffen ober Beretrauens mannes bedarf es nicht, ba bas Gefet bemfelben bie nachträgliche Entschulbigung gestattet.
- 12. Die nachträgliche Entichulbigung ift an eine Frift nicht gebunden. Selbst bie bereits erfolgte Beitreibung ber Strafe murbe einer Zurudnahme ber Straffestiegung nicht entgegenstehen. Gl. A. Stenglein S. 32; a. M. Reller S. 79.
- 13. Auch bei genügenber nachträglicher Entichulbigung lagt bas Gefet ("fann") eine Aufrechterhaltung ber Berurtheilung zu. Es erklärt fich bies burch bie Rudfichtnahme auf ben Fall, wenn ber Ausgebliebene zwar sein Ausbleiben, nicht aber bie Berspätung seiner Ent= schulbigung zu rechtfertigen vermag. Wären in einem solchen Falle bie verursachten Koften burch eine rechtzeitige Anzeige zu vermeiben gewesen, so kann es angemessen, bie Berurtheilung in bie Kosten aufrecht zu erhalten, bie Bestrafung bagegen wieber aufzuheben.
- 14. Eine theilweise Burudnahme ber Berurtheilung fann auch bann eintreten, wenn bie vorgebrachte Entschuldigung zwar nicht für genügend befunden wird, die Strafe indeß mit Rudsicht auf die obwaltenden, erft jest befannt gewordenen Umftanbe zu hoch bemessen erscheint.
- 15. a. Die Beschwerbe sicht nur bem von ber Berurtheilung Betroffenen, nicht aber ber Staatsanwaltschaft zu; bies gilt selbst bann, wenn ber Amtsrichter einen Antrag ber letteren absgelehnt hat. Der Berurtheilte kann bie Beschwerbe ergreisen, ohne zuvor bie Zurücknahme ber Berurtheilung bei bem Amtsrichter beantragt zu haben. Er kann bie Beschwerbe auch lebiglich wegen ber Höhe ber Strase einlegen.
- b. Für die Beschwerde sind die Borschriften ber StPO. §§ 348 ff. maßgebend; danach ist dieselbe weber an eine Frist noch an eine Form gebunden. Die Entscheidung über sie steht ber Straffammer des Landgerichts zu (GBG. § 72). Eine weitere Beschwerde gegen diese Entscheidung sindet nicht statt (StPO. § 352).

Zu § 57.

^{7.} Macht fich Jemand ber hier vorgesehenen Pflichtwidrigkeit wiederholt schuldig, so liegen ebensoviele selbstiftandige Straffalle vor, als Sigungen in Frage stehen. Die angebrohten Folgen, (Strafe und Roften) sind also für eine jede Sigung besonders festzuseben.

^{8.} Der Ausbrud' "verurtheilen" entspricht nicht genau bem Sprachgebrauche ber StPO.: bie Festsehung ber Strafe hat nicht durch Urtheil, sonbern durch Beschluß zu erfolgen; vgl. die Noten zur StPO. Buch 1 Abschn. 4.

^{9.} In Betreff bes Falles, wenn eine als Schöffe ober Geschworener berufene Perfon eine unwahre Thatfache als Entschulbigung porfchutt, f. noch StBB. § 138 Abf. 1, 3.

^{10.} Die Staatsanwaltschaft ift, obwohl sie bei ben Berhanblungen bes Ausschuffes nicht mitwirkt, boch auch in bem Falle zu hören, wenn es sich um bie Festsehung einer Strafe gegen ein Ausschußmitglieb hanbelt (Mot. S. 49).

^{1. — &}quot;Lanbesjustizvermaltung" — hierüber f. § 22 Note 5.

^{2.} Hür Preußen f. Allg. Berf. bes Just.-Min. v. 22. Juli 1879 § 5 (JWBl. S. 195) u. Gemeinsch. Berf. bes Min. bes Jun. u. bes Just.-Min. v. 18. Jan. 1882 (JWBl. S. 18). In Betreff ber Anberaumung ber Sihungen bes Ausschusses s. ferner: Allg. Berf. bes Just.-Min. v. 8. Dez. 1884 (JWBl. S. 280).

Fünfter Titel.

Landgerichte.

§. 58.

Die Landgerichte werden mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Direktoren und Mitgliedern beseht.

(Catu. § 46.)

§. 59.

Bei ben Landgerichten werben Civil- und Straffammern gebilbet.
(Entw. § 47)

Bum fünften Titel.

1. Für Preußen vgl. Ausf.:Gef. SS 37 ff. (GS. S. 230), Gef. v. 4. Marg 1878 (GS. S. 109) und bie bei ben einzelnen SS biefes Titels angeführten Allgemeinen Berfügungen bes Juft.:Min.

(§ 58.) Zu § 59.

- 1. Der Gefcaftstreis ber Straffammern wird burch bie §§ 72-76 bes GBG. und burch verschiebene Borfchriften ber StBD. geregelt. Es laffen fich in ihm brei verschiebene Arten von Funktionen unterscheiben:
- a. Die Straftammern erlassen bie im Borversahren erforberlichen tollegialgerichtlichen Entscheidungen. a. In der Boruntersuchung stehen ihnen diejenigen Entscheidungen zu, welche bas Gejet dem "Gericht" ober dem "Landgericht" im Gegensah zu dem Untersuchungsrichter zuweist (BBG. § 72; vgl. StPD. § 178 Abs. 1, § 179 Abs. 1, § 183, § 195 Abs. 2). β . Sie beschießen über die Eröffnung des hauptverfahren sowohl nach geführter Boruntersuchung wie auch im Falle einer bei dem Landgericht unmittelbar erhobenen Anklage (BBG. § 72; vgl. StPD. §§ 196, 197, 200 ss.). γ . Sie beschiließen über die Ueberweisung gewisser, an sich zur Zuständigkeit der Straftammern gehörigen Sachen an die Schöffengerichte (BBG. § 75).
- b. Die Straftammern find bie erkennen ben Erftinft ang Berichte mittlerer Ordnung (BBG. §§ 73, 74), in welcher Eigenschaft fie selbstverständlich (Mot. S. 51) auch diejenigen Entscheibungen erlassen, welche in den bei ihnen anhängigen Sachen außerhalb der hauptverhandlung, sei es vor dieser (vgl. 3. B. StBD. § 222), sei es nach der Urtheilsfällung (vgl. 3. B. StBD. §§ 407 ff., § 494), ersorberlich werden. In ihrer vorgedachten Eigenschaft find die Strafskammern serner berusen, an Stelle des Schwurgerichts diesenigen Entscheidungen zu erlassen, welche in den vor dieses Gericht verwiesenen oder von ihm abgeurtheilten Sachen außerhalb der Dauer ber Sigungsperiode ersorberlich werden (GBG. § 82).
- c. Die Strafkammern fungiren als Ober in ft an ze Gerichte. a. Sie find die Berufungs gerichte für die Schöffengerichte und die Amtögerichte (vgl. StBO. § 211 Abs. 2) ihred Bezirks und die Beschöffengerichte, die Amtörichter und die Unterschungszichte (BBG. §§ 76, 72; in Betreff der Beschwerbeinstanz vgl. jedoch § 160 und § 183 Abs. 3). 3. Sie haben gegenüber den Schöffengerichten und den Amtögerichten ihred Bezirk die in der StBO. §§ 12, 13, 14, 15, 19 bezeichneten Berrichtungen des oberen Gerichts wahrzunehmen (vgl. die Roten zur StBO. Buch 1 Abschn. 2). y. Sie entscheiden über Ablehnungen von Amtörichtern (StBO. § 27).

Inwieweit bie ausmärtigen Straftammern gur Bahrnehmung ber unter a-c. bes geichneten Funktionen berufen feien, barüber f. bie Noten gu § 78.

2. Rach bem Entw. ber StBD. follten bie verschiebenen Funktionen ber Straftammer fammtlich mit einander vereindar fein, b. b. von benselben Richtern wahrgenommen werden burfen.
Dementsprechend wird weber in bem GBG. noch in ber StBD. bas Bestehen verschieben artiger
Straftammern vorausgeseht; die Gesehe sprechen überall nur von "ber Straftammer" schlecht=
hin, ohne ber Berschiebenheit ber Funktionen berselben durch Ausstellung besonder er Benen

§. 60.

Bei ben Landgerichten sind Untersuchungsrichter nach Bedürfniß zu bestellen. Die Bestellung erfolgt durch die Landesjustizverwaltung auf die Dauer eines Geschäftsjahres.

(Entw. § 49.)

- nungen, wie folde in ben fruberen Canbesgefesen vortommen (3. B. Rathstammer, An= klagekammer, Urtheilskammer, Berufungskammer), Erwähnung zu thun. Hierin hat fich auch burch bie Beschluffe bes Reichstages nichts Befeutliches geanbert. Zwar schreibt bie StBD. § 23 Abs. 3, abweichend von bem Entw. vor, baß von ben (brei) Richtern, welche bei ber Enticheibung über bie Gröffnung bes Sauptverfahrens mitgewirft haben, höchstens zwei an ber Hauptverhanblung vor ber Straftammer Theil nehmen bürfen; bies hat inbeg in organisatorischer hinficht teine weitere Folge als bie, bag bei jebem Lanbgericht für bie Gefcafte ber Straftammer minbestens fechs (flatt minbestens funf) Richter erforberlich finb. Die Errichtung einer von ber ertennenben Straftammer verschiebenen Rathsftraffammer wirb burch ben Organismus bes Prozeffes nicht bebingt; bie Untericeibung amifchen ber erfteren und ber letteren murbe fachlich feinen anberen Inhalt haben, als ben burch ben § 23 Abs. 3 bezeichneten. Anbererseits aber fieht auch nichts entgegen, bei großen Landgerichten, bei benen bie Straftammergefchafte eine großere Angahl von Richtern erforbern, bie Geschäfte nach ben verfciebenen gunttionen gu vertheilen, alfo eine besondere Rathsftraftammer (Note 1. a), eine Urtheilsftraftammer (Note 1. b) und eine Berufungofammer (Rote 1. c) ju bestellen; bie Errichtung berartiger Rammern ift lebiglich eine Bermaltungsangelegenheit ohne prozessualifche Bebeutung. Bgl. RGer. II. 19. Oft. 80 (Entich. II. 353, Ripr. II. 357).
- 3. Ob bei größeren Landgerichten wegen bes Umfangs der Geschäfte mehrere gleichartige Straftammern zu bestellen seien, ist gleichsalls eine Berwaltungsfrage, der eine prozessualische Bedeutung nicht beiwohnt; vgl. § 77 Note 1. s. Bestehen bei einem Landgerichte mehrere solche Strafsammern, so sind dieselben im Berhältniß zu einander nicht als verschiedene Gerichte im Sinne der StPO. anzusehen. In Betreff der auswärtigen Strafsammern s. dagegen GBG. § 78 Note 4. Bgl. noch StPO. § 394 Note 7 s.
- 4. Die Bestimmung ber Zahl ber zu bilbenben Kammern steht ber Lanbesjustizverwaltung (vgl. § 22 Note 5) zu. Für Preußen s. Allg. Berf. bes Just.=Min. v. 16. Nov. 1879 § 2 (IMBI. S. 454) u. v. 25. Sept. 1880 (IMBI. S. 221).
 - 5. Ueber bie Bertheilung ber Gefchäfte unter mehrere Straftammern f. § 62.
 - 6. In Betreff ber verschiebenen Befehung ber Straftammern f. § 77 u. bie Roten baf.

3u § 60.

- 1. Die Borte "nach Beburfniß" befagen nur, bag bie Bahl ber bei einem Landgericht zu bestellenben Untersuchungsrichter sich nach bem Beburfniß bestimmt. Es muß bei jedem Landsgericht minbestens ein ständiger Untersuchungsrichter vorhanden sein. So mehrere Untersuchungsrichter zu bestellen und wie event. Die Geschäfte unter sie zu vertheilen sein, ist im Berwaltungswege zu bestimmen. Bgl. noch § 64.
- 2. "Landes justizverwaltung" hierüber f. § 22 Note 5. Für Preußen wgl. Allg. Berf. bes Just.: Min. v. 16. Nov. 1879 § 1 (INBI. S. 454).
- 3. Der zum Untersuchungsrichter bestellte Richter ift von ber Bahrnehmung anderer richterlicher Funktionen nicht ausgeschlossen; er barf also auch Mitglied einer Kammer sein. Nur in benjenigen Sachen, in benen er die Boruntersuchung führt ober geführt hat greift eine Ausnahme Plat (StBD. § 23 Ubs. 2).
- 4. Der Untersuchungsrichter als solcher hat nur bie Aufgabe, bie Boruntersuchungen gu führen (SiBD. § 182). Gine (auf ben Beschlüffen ber RER. beruhenbe) Abweichung von biesem Grundsat s. StPD. § 171 Abs. 3. In bem Borbereitungsversahren (StPD. §§ 160, 163, 164) wirft ber Untersuchungsrichter nicht mit; vgl. SiPD. Buch 2 Abschn. 2 Note 3 c. \beta.

§. 61.

Den Borsit im Plenum führt ber Präsident, ben Borsit in ben Kammern führen ber Präsident und die Direktoren. Bor Beginn des Geschäftsjahres bestimmt ber Präsident die Rammer, welcher er sich anschließt. Ueber die Vertheilung des Borsites in den übrigen Kammern entscheiden der Präsident und die Direktoren nach Stimmenmehrheit; im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

(€ntm. § -.)

§. 62.

Bor Beginn bes Geschäftsjahres werben auf die Dauer besselben die Geschäfte unter die Rammern berselben Art vertheilt und die ständigen Mitglieder der einzelnen Kammern sowie für den Fall ihrer Berhinderung die regelmäßigen Berztreter bestimmt. Zeber Richter kann zum Mitgliede mehrerer Kammern bestimmt werden.

Die getroffene Anordnung kann im Laufe des Geschäftsjahres nur geändert werden, wenn dies wegen eingetretener Ueberlastung einer Rammer oder in Folge Bechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Witglieder des Gerichts erforderslich wird.

(Entm. § -.)

§. 63.

Die im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Anordnungen erfolgen burch das Präfibium.

Das Präsidium wird burch ben Präsidenten als Vorsigenden, die Direktoren

- 5. Ueber bas Berhaltnig bes Untersuchungsrichters jur Straftammer mahrend ber Boruntersuchung f. StBD. Buch 2 Abichn. 3 Note 3 c.
- 6. Einem Amtörichter kann die Funktion bes Untersuchungsrichters zwar für einzelne Sachen durch Beschluß ber Strafkammer übertragen werden (StBO. § 183); dagegen ist die Bestellung eines Amtörichters zum ständigen Untersuchungsrichter eines Bezirks im Gesetz nicht vorgeziehen und beshalb ausgeschlossen. Dies gilt auch von benjenigen Amtögerichten, bei welchen eine Strafkammer (§ 78) gebildet ist (Mot. S. 53); a. M. mit Unrecht Haud S. 117 u. Ortloff in StR3. II S. 512.
- 7. In Betreff bes für reichsgerichtliche Straffachen zu bestellenben Untersuchungs-

(§ 61.) Zu §§ 62. 63.

- 1. Der Ausbrud "Rammern berfelben Art" bezieht fich auf bie Unterscheibung zwischen Givilfammern und Straftammern. In Betreff ber letteren vgl. § 59 Rote 2-4.
- 2. Der Fall ber Berhinberung eines stänbigen Mitgliedes ber Straffammer liegt auch dann vor, wenn bieses Mitglied an bem betr. Sitzungstage vom Landgerichts-Präsidenten zu ber Sitzung einer anderen Kammer, welcher dasselbe als Bertreter angehört, einberusen ist; ob diese Einberusung mit Recht erfolgt war, unterliegt nicht der Prüsung der gedachten Straffammer und folglich auch nicht der bes Revisionsgerichts: RGer. III. 5. Mai 80 (Entsch. II. 51, Rspr. I. 727).
 - 3. In Betreff bes Beichaftsjahres f. § 35 Rote 4.
- 4. Inwiesern die Revision gegen ein Urtheil auf die Behauptung gestütt werden könne, daß dei der Besehung der Straffammer gegen die Vorschriften der §§ 62, 63 verstoßen sei, darüber sie Roten zur StBO. § 377 Rr. 1.

und das dem Dienstalter nach, bei gleichem Dienstalter das der Geburt nach älteste Mitglied gebildet. Das Präsidium entscheibet nach Stimmenmehrheit; im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

(Eutw. § -.)

§. 64.

Der Präsident kann bestimmen, daß einzelne Untersuchungen von dem Untersuchungsrichter, dessen Bestellung mit dem Ablaufe des Geschäftsjahres erlischt, zu Ende geführt werden, sowie daß in einzelnen Sachen, in welchen während des Geschäftsjahres eine Berhandlung bereits stattgefunden hat, die Kammer in ihrer früheren Zusammensehung auch nach Ablauf des Geschäftsjahres verhandle und entscheide.

§. 65.

Im Falle ber Verhinderung des ordentlichen Borfitzenden führt den Vorsitz in der Kammer dasjenige Mitglied der Kammer, welches dem Dienstalter nach und bei gleichem Dienstalter der Geburt nach das älteste ist.

Der Präsident wird in seinen übrigen burch bieses Gesetz bestimmten Geschäften burch benjenigen Direktor vertreten, welcher bem Dienstalter nach und bei gleichem Dienstalter ber Geburt nach ber älteste ist.

(Cutm. § - · .)

§. 66.

Im Falle ber Berhinderung des regelmäßigen Bertreters eines Mitgliedes wird ein zeitweiliger Bertreter durch den Präsidenten bestimmt.

(Cutm. § —.)

§. 67.

Die Bestimmungen ber §§. 61—66 sinden auf die Kammern für Handels- sachen keine Anwendung.

(Eutw. § --.)

3u § 64.

1. Die die Zusammensehung ber Kammer betreffende Bestimmung greift auch bann Plat, wenn die nach Ablauf bes Geschäftsjahres vorzunehmende Berhanblung im Sinne bes § 228-ber StBD. (vgl. bort Rote 1) eine neue ift. Gl. A. Steuglein S. 30.

Ju § 65.

- 1. Im Falle ber Berhinderung bes Borfitenben ber Straftammer steht ber Borfit bem ältesten ftanbigen Mitgliebe ber Kammer fzu, sollte auch ber eintretenbe Stellvertreter ben Dienstighren nach älter sein: RGer. II. 2. März 80 (Entsch. I. 238, Rspr. I. 414). Bgl. StBD. § 377 Rr. 1.
- 2. Tritt im Laufe einer Berhanblung, zu welcher ein Ergänzungkrichter zugezogen ift (§ 194), eine Berhinberung bes Borsitzenben ein und befindet sich das älteste Mitglieb ber Kamsmer nicht unter den in der Berhandlung mitwirkenden Richtern (vgl. § 77 Rote 1 a), so muß ber Borsitz auf den ältesten unter diesen letteren übergeben, da die Ersetung des Borsitzenden durch jenes Mitglieb eine Wiederholung der Verhandlung erforderlich machen würde, während die Juziehung des Ergänzungkrichters gerade den Zweck hat, die Rothwendigkeit einer solchen Wieders holung auszuschießen (vgl. § 194 Note 3). Diesen Fall hat § 65 nicht im Auge. Gl. A. Struckmann u. Roch S 1030; a. M. Turnau I S. 338.
- 3. Ift ber jum Borfit Berufene nur an ber Führung bes Borfites, nicht aber an einer sonstigen Mitwirkung in ber Berhanblung verhinbert, so ift es nicht unjulaffig, baß er in biefer als Beisiter sungirt: Rer. II. 22. Apr. 84 (Entsch. X. 318, Ripr. VI. 287).

§. 68.

Innerhalb ber Kammer vertheilt ber Borfigende die Geschäfte auf die Mitglieder.

§. 69.

Soweit die Bertretung eines Mitgliedes nicht durch ein Mitglied desselben Gerichts möglich ift, erfolgt die Anordnung derselben auf den Antrag des Prässidums durch die Landesjustizverwaltung.

Die Beiordnung eines nicht ständigen Richters darf, wenn sie auf eine bestimmte Zeit erfolgte, vor Ablauf dieser Zeit, wenn sie auf unbestimmte Zeit erfolgte, so lange das Bedürfniß, durch welches sie veranlaßt wurde, fortdauert, nicht widerrufen werden. Ist mit der Vertretung eine Entschädigung verbunden, so ist diese für die ganze Dauer im voraus festzustellen.

Unberührt bleiben biejenigen landesgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen richterliche Geschäfte nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden können, sowie diejenigen, welche die Bertretung durch ständig angestellte Richter regeln.

(Extm. § --.)

§. 70.

Bor bie Civilfammern, einschließlich ber Rammern für hanbelssachen, gehören alle burgerlichen Rechtsftreitigkeiten, welche nicht ben Amtsgerichten jugewiesen sind.

Die Landgerichte sind ohne Rücksicht auf ben Werth bes Streitgegenstandes ausschließlich juständig:

- 1. für die Ansprüche, welche auf Grund des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über die Abgaben von der Flößerei oder auf Grund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873 gegen den Reichssiskus
 erhoben werden;
- 2. für die Ansprüche gegen Reichsbeamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse ober wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshanblungen.

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, Ansprüche ber Staatsbeamten gegen ben Staat aus ihrem Dienstverhältnisse, Ansprüche gegen ben Staat wegen Ber-

(§ 68.) Zu § 69.

^{1.} Die Frage: ob bie Bertretung bes betr. Mitgliebes burch ein anderes Mitglieb besselben Gerichts möglich ober bas Bebürfniß zur Zuziehung eines Hülfsrichters eingetreten sei, unterliegt lebiglich bem Ermessen ber in Abs. 1 gebachten Berwaltungsorgane, nicht aber ber Prüfung bes Revisionsgerichts: RGer. III. 13. Rov. 80 (Entsch. III. 231, Rspr. II. 508).

^{2 - &}quot;Lanbesjuftigvermaltung" - hierüber f. § 22 Rote 5.

^{3.} Ueber bie Befähigung zu ber Funktion eines hulfsrichters bei bem Landgericht entsichet bie Landesgesetzgebung (§ 10); insbes. hat diese zu bestimmen, ob zu hulfsrichtern nur ftandig angestellte Richter ober auch andere, zum Richteramte besähigte Personen berusen werden. dursen; vol. z. B. preuß. Auss. Sei. SS 5, 38; sach. Auss. Ges. SS 20, 22; bab. Auss. Ges. S 12. Bgl. auch Reer. I. 4. Okt. 80 (Entsch. II. 311), II. 22. Febr. 81 (Ripr. III. 68).

^{4.} Daß ein Sulfsrichter in seiner Eigenschaft als folder eine Befolbung beziehe, ift fein reichsgeseplich vorgeschriebenes Erforberniß: RGer. III. 19. Juni 80 (Rfpr. II. 80).

^{5.} In Betreff ber Gulfsrichter bei ben Oberlanbengerichten f. § 122, in Betreff bes Reichngerichts: § 134.

fügungen ber Berwaltungsbehörben, wegen Berschulbung von Staatsbeamten und wegen Aufhebung von Privilegien, Ansprücke gegen Beamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse ober wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshand-lungen, sowie Ansprücke in Betreff öffentlicher Abgaben ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes den Landgerichten ausschließlich zuzuweisen.

(Entm. § 50.)

§. 71.

Die Civilfammern sind die Berufungs= und Beschwerbegerichte in den vor den Amtsgerichten verhandelten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

(Entm. § 51.)

§. 72.

Die Straftammern sind zuständig für diejenigen die Boruntersuchung und beren Ergebnisse betreffenden Entscheidungen, welche nach den Borschriften der Strafprozesiordnung von dem Gerichte zu erlassen sind; sie entscheiden über Beschwerden gegen Berfügungen des Untersuchungsrichters und des Amtsrichters, sowie gegen Entscheidungen der Schöffengerichte. Die Bestimmungen über die Zuständigsteit des Reichsgerichts werden hierdurch nicht berührt.

Die Straftammern erledigen außerbem bie in ber Strafprozesorbnung ben Landgerichten zugewiesenen Geschäfte.

(Entm. § 52.)

§. 73.

Die Straftammern find als erkennende Gerichte guftanbig:

(§ 71.) Zu § 72.

- 1. Im Gegensat zu ben SS 73, 74, 76, welche bie Buftanbigfeit ber Straffammern in ihrer Gigenschaft als erfennenbe Gerichte regeln, hanbelt § 72 von ber Zuftanbigfeit ber Straffammern außerhalb eines bei ihnen anhängigen hauptverfahrens; wgl. § 59 Rote 1, 2.
- 2. Die Straffammern erlaffen alle in § 72 gebachten Entscheibungen in ber Befetung von brei Mitgliebern (§ 77).
- 3. In Betreff bes Instanzenzuges bei Befdmerben enthalten bie \$\$ 160, 183 abweichenbe Bestimmungen.
- 4. In Betreff ber Buftanbigfeit bes Reichsgerichts enthalt § 138 Abf. 1 bie bier in Betracht tommenbe Borfchrift.
- 5. Durch Abs. 2 soll zum Ausbrud gebracht werben, daß das GBG. keine erschöpfende Aufz zählung der Funktionen der Strafkammern enthält. Im Uebrigen spricht der Abs. den nach § 59 eigentlich selbstverständlichen Sat aus, daß die Entscheidungen, welche im Strafversahren den Landgerichten zustehen, von den Strafkammern herselben zu erlassen sind, oder m. a. 28.: daß, wo die StBD. von dem Landgericht redet, hierunter die Strafkammer dieses Gerichts zu verstehen ist. hierbei ist zu bemerken, daß die StBD., insoweit sie nicht die allgemeine Bezeichnung "Gericht" gewählt hat, in der Regel (vgl. z. B. §§ 27, 197, 207, 463) den Ausbrud "Landgericht" gebraucht und nur an wenigen Stellen (z. B. § 23) von der Strafkammer spricht.
- 6. Die die Bilbung ber Schwurgerichte betreffenden Berwaltungsgeschäfte, welche bas GBG. ben Landgerichten zuweift, werden nicht von den Straftammern, sondern von Abtheis lungen wahrgenommen, beren Zusammensehung besonders geregelt ift (§ 89 Abs. 2, § 91 Abs. 1).

 Ru § 78.
- 1. In Betreff ber sachlichen Zuständigkeit im Allgemeinen und ber Gesichtspunkte, nach benen bieselbe geregelt ist, s. bie Noten zur StPO. § 1. In Betreff ber Zuständigkeit ber Schöffensgerichte s. GBG. §§ 27—29, 75; in Betreff berjenigen ber Schwurgerichte: § 80; in Betreff bers

- 1. für bie Bergeben, welche nicht gur Buftanbigfeit ber Schöffengerichte gehören;
- 2. für biejenigen Berbrechen, welche mit Zuchthaus von höchstens fünf Jahren, allein ober in Verbindung mit anderen Strafen bedroht find. Diefe Bestimmung findet nicht Anwendung in den Fällen der §§. 86, 100 und 106 des Strafgesethuchs;
- 3. für die Berbrechen der Personen, welche jur Zeit der That das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten;
- 4. für das Verbrechen der Unzucht im Falle des §. 176 Rr. 3 des Straf= gesetzbuchs;
- 5. für die Berbrechen des Diebstahls in den Fällen der §§. 243 und 244 des Strafgesethuchs;
- 6. für bas Verbrechen ber Hehlerei in ben Fällen ber §§. 260 und 261 bes Strafgesethuchs;
- 7. für das Verbrechen des Betruges im Falle des §. 264 des Strafgesethuchs. (Entw. 8 63.)

jenigen bes Reichsgerichts: § 136 Rr. 1. In Betreff ber Zulässigfeit lanbesgesestlicher Abweichungen [. EG. 3um GBG. § 3 Abs. 1, § 6. Gine Uebersicht über bie Zuständigkeit ber Strafkammern [. bei Dochow RStPr. im Anhang u. bei Turnau I. S. 362.

- 2. "als erkennenbe Gerichte" hierzu vgl. § 59 Note 1, 2; § 72 Note 1. Zu Rr. 1.
- 3. Die Bergehen, welche zur Buftanbigfeit ber Schöffengerichte gehören, find in § 27 Rr. 2-8 aufgeführt. Bgl. § 29 u. Rote 2. a baf. Bu Rr. 2.
- 4. a. Die Zuständigkeit der Straftammern auf Grund der Bestimmung in Nr. 2 ist lediglich dadurch bedingt, daß das höchste Maß der angedrohten Zuchthausstrafe fünf Jahre nicht übersteigt; welche Strasen etwa neben der Zuchthausstrase oder an Stelle derselben verhängt werden tonnen, ist gleichgültig. Sonach gehören aus dem StGB. diesenigen Berdrechen hierher, welche in den §§ 159, 171, 173 Abs. 1, 174, 179, 181, 218, 224, 227 Abs. 2, 254, 258 Nr. 2, 268 Nr. 1, 321 Abs. 2 (erster Fall), 332, 336, 338, 343, 346, 347 Abs. 1, 356 Abs. 1 vorgesehen sind. Fernere Beispiele s. Seemannsordu. v. 27. Dez. 1872 § 91 Abs. 2 (RGBI. S. 409), Ges., betr Abwehr der Kinderpest. v. 21. Mai 1878 § 2 (RGBI. S. 95), Nahrungsmittel s. Ges. v. 14. Mai 1879 § 12 Abs. 3 (RGBI. S. 145), SprengstoffsGes. v. 9. Juni 1884 § 8 (RGBI. S. 61).
- h. Das zu § 27 Rote 10 Bemerkte findet auch hier entsprechende Anwendung. Daher gehört das im St&B. § 321 Abs. 2 vorgesehene Berbrechen zur Zuständigkeit der Strafkammer, insofern nicht im Einzelfalle der Tod eines Menschen verursacht worden ift. Umgekehrt ift für das im St&B. § 96 vorgesehene Berbrechen die Strafkammer auch dann unzuständig, wenn der Fall ein minder schwerer ist. Dasselbe gilt von dem Berbrechen des Meineides, auch wenn einer der in § 157 des St&B. vorgesehenen Milberungsgründe vorliegt: RGer. I. 25. Jan. 83 (Entsch. VIII. 177), III. 21. Mai 83 (Rfpr. V. 372). Bgl. die Roten zur St&D. § 1.
- 5. Der Ausnahme, welche hinsichtlich ber im StBB. SS 86, 100, 106 vorgesehenen Bersbrechen gemacht ift, liegt die Rudficht auf die politische Natur ber letteren zu Grunde (Mot. S. 52). Ru Rr. 3.
- 6. Bgl. die Bestimmungen bes StoB. §§ 56, 57. Die hier gebachten jugenblichen Berfonen tonnen übrigens auch vor bas Schwurgericht gestellt werben, wenn ihre strafbare handlung mit einem zur Zuständigkeit bieses Gerichts gehörigen Berbrechen im Bufammen hang fteht (StBD. §§ 2, 4). Bgl. ferner § 136 Dote 3. b.

Bu Rr. 5-7.

^{7.} In Betreff ber Buftanbigteit fur bie Bergeben bes Diebstahls, ber Deblerei und bes

§. 74.

Die Straftammern find als erkennende Gerichte ausschließlich juftanbig:

- 1. für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz vom 25. Oktober 1867, betreffend bie Nationalität ber Kauffahrteischiffe 2c.;
- 2. für die nach Artikel 206, 249 und 249 a des Gesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, strafbaren Handlungen;
- 3. für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§. 1, 2 und 3 bes Gesehes vom 8. Juni 1871, betreffend die Inhaberpapiere mit Pramien;
- 4. für die nach §. 67 und §. 69 des Gesets vom 6. Februar 1875, betreffend die Beurkundung des Personenstandes 2c., strafbaren Handlungen;
- 5. für die nach §. 59 des Bankgefetzes vom 14. März 1875 strafbaren Handlungen.

 (Entw. § —.)

 §. 75.

Die Straffammer tann bei Eröffnung bes hauptverfahrens wegen ber Bergeben:

- 1. des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in den Fällen ber §§. 113, 114, 117 Abs. 1 und des §. 120 des Strafgesethuchs;
- 2. wiber die öffentliche Ordnung in den Fällen des §. 123 Abs. 3 und des §. 137 des Strafgesethuchs;
- 3. wiber die Sittlichkeit im Falle bes §. 183 bes Strafgesetbuche;

Betruges f. § 27 Rr. 4, 8, 6, § 73 Rr. 1, § 75 Rr. 6, 9, 10. — Das nach § 258 Rr. 2 bes StBB. ftrafbare Berbrechen ber hochlerei ift unter Rr. 6 beshalb nicht aufgeführt, weil es icon unter bie Bestimmung ber Rr. 2 fällt (Rr. 4. a).

3u \$ 74.

- 1. Die hier aufgeführten "Zuwiberhandlungen" und "ftrafbaren Sanblungen" find fammtlich entweber mit Gefängniß ober mit einer Gelbstrafe bebrobt, beren Sochftbetrag 150 Mart übersteigt; fie find also Bergeben. Beshalb bie RER., aus beren Beschlussen ber hervorgegangen ift, gerabe bier ben Ausbrud "Bergeben" vermieben hat, ist nicht ersichtlich.
- 2. Das Bort "ausschließlich" soll, wie aus ben Berhandlungen ber RTR. (Brot. S. 610) erhellt, nur besagen, baß über bie hier aufgeführten Bergehen in keinem Falle bas Schöffens gericht erkennen soll, was übrigens schon aus § 27 Rr. 2 und § 75 Rr. 14 hervorgeht, so baß bas Bort "ausschließlich" eigentlich überflüssig ift. Dagegen ist es nicht bie Absicht gewesen, die Anwendung ber §§ 2, 4 ber SPD. bei den hier aufgeführten Bergehen auszuschließen; es ist somit nicht unzulässig, seines der bezeichneten Bergehen auf Grund des Zusammenhangs mit einer schwurgerichtlichen Strassach vor das Schwurgericht zu bringen.
- 3. Zu Nr. 2. Die unter biefer Nr. aufgeführten Borschriften sind aufgehoben burch bas Ges., betr. die Kommanditgesellschaften 2c., v. 18. Juli 1884 (NGBl. S. 123). Die in ben Art. 249—249 f. des letteren Ges. vorgesehenen Vergehen gehören durchweg zur Zuständigkeit der Straftammer, und durch die Höhe der angebrohten Strafen ist überall die Ueberweisung an das Schöffengericht ausgeschlossen.
- 4. Ju Nr. 3. Das in § 6 Abs. 2 bes Ges. v. 8. Juni 1871 vorgesehene Bergehen gehört, ba es in § 74 Nr. 3 nicht erwähnt ift, zusolge § 27 Nr. 2 zur Zuständigkeit bes Schöffengerichts. Gl. A. Keller S. 99.
- 3u § 75.
 1. Der S gestattet ber Straffammer, gewisse Bergebensfälle, für beren Aburtheilung fie felbst nach § 73 Rr. 1 zuständig ift, im hinblid auf die voraussichtlich nicht hohe Strafe bem Schöffens gericht zu überweisen. Dit bem Falle einer folchen Ueberweisung ift nicht zu verwechseln ber

- 4. ber Beleidigung und der Körperverletung in den Fällen der nur auf Antrag eintretenden Verfolgung;
- 5. ber Körperverletung im Falle bes §. 223 a bes Strafgesethuchs;
- 6. des Diebstahls im Falle des §. 242 des Strafgesethuchs;
- 7. ber Unterschlagung im Falle bes §. 246 bes Strafgesethuchs;
- 8. der Begunftigung;
- 9. ber Hehlerei in ben Fällen bes §. 258 Nr. 1 und bes §. 259 bes Straf= gesethuchs;
- 10. bes Betruges im Falle bes §. 263 bes Strafgefetbuchs;
- 11. bes ftrafbaren Gigennutes in ben Fällen ber §§. 288 und 298 bes Strafs gesethuchs;
- 12. ber Sachbeschäbigung in ben Fällen ber §§. 303 und 304 bes Strafs gesethbuchs

und

13. wegen der gemeingefährlichen Vergehen in den Fällen des §. 327 Abf. 1 und des §. 328 Abf. 1 des Strafgesethuchs;

ferner

14. wegen berjenigen Bergehen, welche nur mit Gefängnißstrafe von höchstens sechs Monaten ober Gelbstrafe von höchstens eintausenbfünfhundert Mark, allein ober in Berbindung mit einander oder in Berbindung mit Einziehung bedroht sind, mit Ausnahme der in den §§. 128, 271, 296 a, 301, 331 und 347 des Strafgesetbuchs und der im §. 74 dieses Gesetzes bezeichneten Bergehen;

iowie

15. wegen solcher Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, deren Strafe in dem mehrfachen Betrage einer hinterzogenen Abgabe oder einer anderen Leiftung besteht;

auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung dem Schöffenserichte, soweit dieses nicht schon zuständig ist, überweisen, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß wegen des Vergehens auf keine andere und höhere Strafe, als auf die im §. 27 Nr. 2 bezeichnete und auf keine höhere Buße als sechshundert Mark zu erkennen sein werde.

Beschwerbe findet nicht ftatt.

Halle ber Nr. 15 die Verwaltungsbehörbe die öffentliche Klage erhoben, fo steht ihr ber Antrag auf Ueberweisung an das Schöffengericht in gleicher Weise wie der Staatsanwaltschaft zu.

(Entw. § 55)

bem Entw. ab. Der lettere (§ 55 Abf. 2) enthielt folgenbe Bestimmung :

andere Fall, wenn die Straffammer bei Eröffnung bes hauptversahrens findet, daß für die Sache bas Schöffengericht ursprünglich zuständig (§ 27) sei. Ueber ben letteren Fall s. StBD. § 207.

2. a. In Betreff der rechtlichen Birkung der Ueberweisung weicht bas Geset wesentlich von

[&]quot;Erachtet bas Schöffengericht nach bem Ergebnisse ber Berhanblung eine andere ober höhere Strafe ober eine höhere Buße für verwirkt, so hat es bie Sache burch Beschluß an bie Strafkammer zu verweisen."

Die RLR. hat biese Bestimmung gestrichen, um eine, lediglich durch die hohe ber Strase ober ber Buße bebingte Zurückverweisung an die Strassammer auszuschließen (Prot. S. 609). Somit dars eine solche Zurückverweisung niemals stattsinden. Das Schöffengericht ist aber bei der Urtheilse sällung weber hinsichtlich der Art oder der Höße der Strase, noch auch hinsichtlich der Buße an die der Ueberweisung zu Grunde liegende Ansicht der Strassammer gedunden; vielmehr darf es nach seinem freien Ermessen jede in dem anzuwendenden Strassesse angedrohte Strase verhängen, also z. B. auf Gesängniß von mehr als drei Monaten, auf Berlust der dürgerlichen Ehrenrechte, auf Unsähigseit zur Besteidung öffentlicher Aemter oder auf Zulässigsselt von Bolizeiaussicht erkennen. Diese wesentliche Abweichung von dem Entw. gründet sich auf die von der RLR. beschlossen Zulässung der Berusung gegen die schöffengerichtlichen Urtheile; voll. § 27 Rote 17. — Eine Unzzuständigseitserklärung des Schöffengerichtlichen Urtheile; voll. § 27 Rote 17. — Eine Unzzuständigsen der wegen der strassechtlichen Qualisisation der That ersolgen; das Rähere hierüber schollenen Sach nur wegen der strassechtlichen Qualisisation der That ersolgen; das Rähere hierüber schollenen

b. Die Ueberweisung schließt es nicht aus, bag bemnachft bie überwiesene Sache wegen ihres Busammenhangs mit einer anberen Sache (StBD. § 4) bem Schöffengericht wieber entzogen werben kann.

Bu Abf. 1.

- 3. 3u Betreff ber Straffammer f. § 59 Rote 1.a, 2 fowie § 78 Rote 3.b.
- 4. "bei Eröffnung bes hauptverfahrens" Die Straftammer selbst muß ben Eröffnungsbeschluß (StPO. § 201) erlassen und kann bie Beschlußfassung (also bie Brüfung, ob ber Angeschulbigte hinreichend verbächtig sei 20.) nicht etwa bem Amtsrichter überlassen. Die Ueberweisung kann nur in Berbindung mit der Eröffnung des hauptversahrens beschlossen, nicht aber später nachgeholt werden. Erfolgt die Eröffnung des hauptversahrens, nachdem die Strassammer sie abgelehnt hatte, auf erhobene Beschwerde durch das Oberlandesgericht, so hat dieses an Stelle der Strassammer auch sider die Ueberweisung zu entschein (StPO. § 351 Abs. 2). In. Stenglein S. 40; a. M. OLG. Dresden (fächs. Ann. I. 385 ss.).
- 5. In Betreff ber Bulaffigfeit ber Ueberweisung macht es feinen Unterschieb, ob eine Bor= untersuchung flattgefunden bat ober nicht.
- 6. Die Ueberweisung barf nur auf Antrag ber Staatsanwaltschaft erfolgen; bas Geseth will biese Maßregel auf die Fälle beschränken, in benen über ihre Angemessenheit zwischen ber Staatsanwaltschaft und bem Gerichte Einverständniß besteht. Ift ein Rebenkläger (StBD. §§ 435 ff.) vorhanden, so ist ein Antrag besselben zur Ueberweisung weber genügend noch erforderlich. Bgl. Note 18.
- 7. a. Die Ueberweisung ist (trot bes in Rote 2. a Bemerkten) nur zulässig, wenn "nach ber Um stän ben bes Falles anzunehmen" ist, baß die Strafe nach Art und höhe in ben Grenzen ber Bestimmung bes § 27 Rr. 2 (vgl. bort Rote 8 ff.) bleiben, auch die etwa zu verhängende Buße ben Betrag von 600 Mark nicht überschreiten werbe. Das Gericht hat unter Berücklichtigung aller aus ben Atten ersichtlichen Thatumstände zu prüfen, ob diese Annahme begründet sei; hier bei sind insbes. auch die etwaigen im Strasgeseh vorgesehenen Strasmilberungsgründe (z. B. StB. SS 44, 49, 57) und milbernde Umstände in Betracht zu ziehen. Die Annahme, daß an Stelle ber ordentlichen Strase nur auf Verweiß (StB. § 57 Rr. 4) oder an Stelle ber Gesängnißstrase aus Haft (StBB. § 185) zu erkennen sein werde, steht ber Ueberweisung nicht entgegen. So: Keller S. 102.
- b. Im Falle bes Busammentreffens mehrerer Bergehen hat die Straffammer die unter a. bezeichnete Prüsung bezüglich jedes einzelnen Straffalles besonders vorzunehmen. Erifft bei jedem einzelnen Straffalle die Boraussehung des § 75 zu, so ist die Ueberweisung zulässig; sie wird badurch nicht unstatthaft, daß anzunehmen ist, die zu verhängende Gesammestrafe werde über die in § 27 Nr. 2 bezeichneten Strafgrenzen oder die Summe mehrerer zu verhängenden Gelbstrafen oder Busen über den Betrag von 600 Mart hinausgehen. Bgl. § 27 Note 3.
- 8. Auch bann, wenn bie gesetliche Boraussenung ber Ueberweisung gutrifft, ift bie lettere feineswegs nothwenbig, sonbern in bas Ermeffen ber Straffammer gestellt ("tann uber-

- weisen"). Das Geset so heißt es in ben Mot. S. 52 "schreibt nicht vor, bag bie Ueberweisung steis erfolgen soll, sobald nur anzunehmen ift, daß bie zu verhängende Strafe bas ers wähnte Strafnaß nicht überschreiten wirb. Grünbe mannigsacher Art können auch in Fällen, welche an sich weniger strafbar erschenen, bafür sprechen, es bei ber Zuständigkeit ber Strafkammern als erkennender Gerichte zu belassen." Danach bedarf die Ablehnung der Ueberweisung regelmäßig keiner Begründung.
- 9. Bird bie Ueberweisung beschloffen, so erfolgt sie an basjenige unter ben verschiebenen, im Bezirke ber Straftammer bestudlichen Schöffengerichten, welches örtlich zu fan big wäre, wenn bie Sache an sich zur Zuständigkeit bes Schöffengerichts gehörte. Ist ber Gerichtsstand bei mehreren Schöffengerichten besselben Landgerichtsbezirks begründet (StPD. § 12), so hat die Straftammer, da hier eine Pravention nicht vorliegen kann, die Sache bemjenigen Schöffengericht zu überweisen, welches mit Rudficht auf ben Wohnort der Zeugen ober auf den des Beschulbigten als bas geeignetste erscheint.
- 10. Durch die Ueberweisung kommt die Sache vollständig in die Lage derjenigen Sachen, für welche das Schöffengericht ursprünglich zuständig (§ 27) ift. In Betreff der Einrichtung der Antlageschrift s. StBD. § 198 Note 9; in Betreff der Mittheilung der letzteren au den Angeschuldigten: StBD. § 199 Note 2. hinsichtlich der Strafvollstreckung s. noch StBD. § 483 Note 4.
- 11. Die Straffammer fann ben Ueberweisungsbeschluß jurudnehmen, so lange eine Ersöffnung beffelben an einen Betheiligten noch nicht erfolgt ift: RGer. III. 11. Jebr. 80 (Rspr. I. 336). Bu ben "Betheiligten" gehört bas Amtsgericht nicht; bie Mittheilung bes Beschlusses an bieses wurde baber für fich allein die Zurudnahme nicht ausschließen; so: Stenglein S. 40.

Bu Rr. 4 .- 10, 12.

12. Für die Bergehen der Beleidigung, ber Körperverletung, des Diebstahls, der Untersichlagung, ber Begunftigung, ber Hehlerei, des Betruges und der Sachbeschädigung find unter gewissen Boraussehungen die Schöffengerichte ursprünglich zuständig (§ 27 Rr. 3-8); hierauf beziehen sich die Borte: "soweit dieses nicht schon zuständig ist".

Bu Rr. 4.

13. Bei Beleibigungen, welche ohne Antrag verfolgbar find, ift die Ueberweisung ausgeschlossen. Dies gilt namentlich auch von benjenigen Beleibigungen, zu beren Berfolgung es einer Ermächtigung bedarf (StBB. SS 99, 101, 197); das Erforberniß der Ermächtigung fteht dem des Antrages nicht gleich. Dagegen ift bei allen Antragsfällen StBB. SS 194—196, 103, 114) ohne Ausnahme die Ueberweisung zulässig, insbes. auch bei den s. g. Amtsbeleibigungen (StBB. S 196).

3a Rr. 4, 5.

14. Ueber bas Erforbernig bes Antrages bei Rorper verlet ungen f. Ston. § 232. Der gall bes Ston. § 223 a. ift unter Rr. 5 beshalb besonbers hervorg hoben, weil in biefem galle bie Strafverfolgung nicht von bem Antrage abhängig ift.

Bu Mr. 14.

- 15. "bebroht find" Das gu § 27 Rote 10 Bemertte gilt auch bier.
- 16. a. hierher gehören 3. B. die Bergehen, welche im StGB. §§ 134, 184, 241, 293, 296 vorgesehen find. Eine Aufzählung s. bei Turnau I S. 375. Droht das Geset (vgl. StGB. §§ 201, 203) Festungshaft bis zu sechs Monaten an, so ist die Ueberweisung nicht statthaft. So: Reller S. 103.
- b. Da die Bergehen gegen § 320 bes St & B. unter ben in Nr. 14 bezeichneten Ausnahmen nicht aufgeführt find, so kann bei ihnen die Ueberweisung nicht für ausgeschlossen erachtet werben, wenngleich sie nach § 27 Nr. 2 ber ursprünglichen Zuständigkeit des Schöffengerichts entzogen sind und bei ihnen die Strafe die in § 75 bestimmten Erenzen überhaupt nicht überschreiten kann. So: Boitus, Kontr. I. S. 102 ff.; a. M. (ansch.) v. Schwarze S. 23 Note 5.

Ru Mr. 15.

17. In Betreff ber hier gebachten Bergebensfälle f. § 27 Rote 11. Gine Aufgählung f. bei Lumau I S. 376.

§. 76.

Die Straffammern sind als erkennende Gerichte ferner zuständig für die Vershandlung und Entscheideng über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte.

(Eutm. § -.)

§. 77.

Die Kammern entscheiben in ber Besetzung von drei Mitgliebern mit Einschluß bes Vorsitzenden. Die Straffammern sind in der Hauptverhandlung mit fünf Mitgliedern, in der Berufungsinstanz bei Uebertretungen und in den Fällen der Privatklage aber mit drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden zu besetzen.

(Entw. § 57.)

Bu Abs. 2.

18. Der Beschluß ber Straffammer ift insoweit, als er bie Ueberweisung zum Gegenstande hat, ber Anfechtung burch Beichwerbe entgogen, gleichviel ob er bie Ueberweisung ausspricht ober fie ablehnt; bas thatfachliche Ermeffen ber Straffammer hinfichtlich ber Strafe ober ber Buge foll einer Rachprufung burch bas Befchmerbegericht nicht unterworfen fein. Es entfteht aber bie Frage: ob bie Bestimmung bes Abs. 2 auch eine auf Rechtsgründe gestütte Befchwerbe vollig ausschließe. Diese Frage wirb mit Rudficht auf f 209 Abs. 2 ber StBD. babin ju beantworten fein, bag ber Staatsanwalticaft bie fofortige Beichwerbe jufteht, wenn bie Ueberweisung in einem Kalle ausgesprochen wirb, in welchem sie rechtlich unzulässig ift, sei es, baß es sich um ein Bergeben banbelt, welches nicht ju ben in § 75 aufgeführten gebort, fei es, bag bie Staatsanwaltichaft bie Ueberweisung nicht beantragt batte. Bollte man auch bier bie Beichwerbe fur ausgeschloffen erachten, fo murbe in bem letteren Falle jebes Mittel fehlen, bem geschehenen Berftoge abguhelfen; benn ber Mangel bes erforberlichen Antrages ber Staatsanwalticaft murbe bas Schöffengericht nicht gur Erlaffung einer Unguftanbigfeitserflarung berechtigen (bie in bem erfteren Falle allerbings murbe erfolgen muffen). Gl. A. Reller S. 103, Rayfer S. 62, u. in Betreff bes zweiten Kalles auch Turnau I S. 372; a. M. v. Schwarze S. 54, Thilo S. 118, Puchelt S. 541. Dochow S. 23, Boitus Rontr. II S. 146, Stenglein S. 40.

Bu Abj. 3.

19. Die Bestimmung bezieht sich auf bas in ber StBD. § 464 vorgesehene Berfahren. Die Borte "in gleicher Beise" besagen, baß sowohl die Berwaltungsbehörbe als auch die Staatsanwaltschaft zu bem Antrage berechtigt sein soll, also ber eine wie ber andere Antrag genügt (vgl. StBD. § 465 Abs. 1). Gl. A. Stenglein S. 41, Turnau I S. 371; a. M. Reller S. 103 (ber ben Antrag ber Berwaltungsbehörbe für ersorberlich hält). — Im Falle bes bloßen Auschlusseben Berwaltungsbehörbe (StBD. § 467) ift nur die Staatsanwaltschaft zu bem Antrage berechtigt.

3u § 76.

1. Bgl. § 59 Rote 1, 2.

2. Ueber bas Berfahren in ber Berufungsinftang f. StBO. SS 354 ff.

Bu § 77.

1. a. Benngleich die Straffammern bei ber einzelnen Entscheibung ftets nur mit ber in § 77 vorgeschriebenen Richterzahl beseth sein burfen (§ 194), so kann boch die Zahl ber Richter, welche einer Strafkammer zugetheilt werben, mehr als fünf betragen; alsbann hat in ben einzzelnen Situngen ein Bechsel ber Richter nach einer im voraus bestimmten Reihenfolge stattzusinden. Ob eine solche Einrichtung zu treffen sei, ift eine Berwaltungsfrage, ber eine prozessualische Bebeutung nicht beiwohnt. Bgl § 59 Note 3.

b. Die Straffammern (vgl. § 59 Rote 1, 2) enticheiten theils in ber Befetung von brei, theils in ber von funf Mitgliebern. — In ber hauptverhanblung find fie ber Regel nach mit funf Richtern befett; biefe Regel erleibet in Betreff ber Berufungsinftanz bie in § 77

Digitized by GOOGLE

§. 78.

Durch Anordnung der Landesjustizverwaltung kann wegen großer Entfernung des Landgerichtssitzes bei einem Amtsgerichte für den Bezirk eines oder mehrerer Amtsgerichte eine Straskammer gebildet und berselben für diesen Bezirk die gesammte Thätigkeit der Straskammer des Landgerichts oder ein Theil dieser Thätigkeit zugewiesen werden.

Die Besetzung einer solchen Strafkammer erfolgt aus Mitgliebern bes Landsgerichts ober Amtsrichtern bes Bezirks, für welchen bie Kammer gebilbet wird. Der Borsitzenbe wird ständig, die Amtsrichter werden auf die Dauer des Geschäftszjahres durch die Landesjustizverwaltung berufen, die übrigen Mitglieder werden nach Mahaabe des S. 62 durch das Bräsidium des Landgerichts bezeichnet.

(Extm. § 58.)

bezeichneten beiben Ausnahmen, mahrend fie für die erfte Instanz ausnahmslos gilt. Außerhalb ber hauptverhandlung entscheiben die Straffammern stets in der Zahl von drei Richtern, und zwar selbst dann, wenn sie Beschlusse erlassen, benen die Bebeutung eines Urtheils beiwohnt (vgl. 3. B. StBD. SS 407, 494).

- 2.a. "Bei Nebertretungen" find die Straffammern als Gerichte der Berufungs inftanz auch in der hauptverhandlung nur mit drei Richtern besett. Es kommt bei Anwendung dieser Borschrift nicht darauf an, was in erster Instanz Gegenstand der Untersuchung und Entischung gewesen, sondern nur darauf, womit das Berufungsgericht befaßt ist. Handelte es sich z. B. in erster Instanz um zwei Straffälle, ein Bergehen und eine Uebertretung, und ist die Berufung nur gegen den die Uebertretung betreffenden Theil des Urtheils eingelegt, so hat die Straffammer in der Zahl von drei Richtern zu entscheiden. Dasselbe gilt, wenn das vorliegende Delikt zwar in dem das hauptversahren eröffnenden Beschlusse als Bergehen, in dem Urtheil dagegen als Uebertretung qualisizirt worden ist und die Richtigkeit der letzteren Qualisitation in der Berufungseinstanz nicht mehr in Frage kommt.
- b. Die Bestimmung bezüglich ber Uebertretungen ist als Ausnahmebestimmung strikt auszulegen; sie ist also nur anwendbar, wenn es unstreitig und zweifellos ist, daß das in Rebe stehende Delikt eine Uebertretung darstellt. Hat z. B. das Gericht erster Instanz wegen einer Uebertretung (z. B. wegen Entwendung von Emaaren: StGB. § 370 Rr. 5) auf Strase erkannt, die Staatsanwaltschaft aber die Berufung deshald ergriffen, weil die That als Bergehen (als Diebstahl: StGB. § 242) zu qualifiziren sei, so kann die Straskammer nur in der Zahl von füns Richtern entschen. Dasselbe muß auch dann gelten, wenn erst in der Hauptverhandlung vor der mit drei Richtern besehten Straskammer die Qualifizirung der That als eines Bergehens in Frage kommt; in diesem Falle muß daher die nachträgliche Zuziehung noch zweier Richter erfolgen. RGer. III. 22. Apr. 82 (Entsch. VI. 315). Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß im gegebenen Falle wegen der relativen Rechtskraft des angesochtenen Urtheils (StBD. § 372) eine Berschaftung der Strase ausgeschlossen ist. Gl. A. Turnau S. 381, Stenglein S. 42; a. M. Keller S. 105.
- 3. "in ben Fällen ber Privatklage" Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn vor Erlaß bes Urtheils erster Instanz die Staatsanwaltschaft die Berfolgung übernommen hatte; vgl. § 27 Note 14. Eine später ersolgende Uebernahme ist auf die Besehung des Berusungszerichts ohne Einsluß, da ein im Privatklageversahren erlassense Urtheil vorliegt; die Straskammer entscheibet also in der Zahl von drei Richtern. Bgl. Stenglein S. 42, Boitus Kontr. II. S. 122

Bu Abs. 1. 3u § 78.

^{1.} Die Ginfenung von Straftammern außerhalb bes Sipes bes Landgerichts (aus mar tigen Straftammern) fteht ber Landesjustizverwaltung ju. Diefe entscheibet über bas Beburfniß ber Sinfehung; fie bestimmt bie Sipe und bie Begirte ber einzusepenben ausmärtigen Straftammern

- Gbenfo fteht es ber Lanbesjuftigvermaltung zu, eine Straftammer wieber aufzuheben ober über ben Sit ober Begirt berfelben eine neue Bestimmung zu treffen.
- 2. Der Bezirk einer auswärtigen Strafkammer muß mit bem Bezirk eines Amtsgerichts ober ben Bezirken mehrerer Amtsgerichte zusammenfallen; bie Theilung eines Amtsgerichtsbezirks ift nicht statthaft. Gl. A. Turnau I S. 381; a. M. Keller S. 106. Die mehreren Amtsegerichte muffen bemfelben Landgerichtsbezirk angehören.
- 3. a. Der Geichäftstreis ber auswärtigen Straftammern (bie fachliche Buftanbigfeit i. w. S.) ift gesehlich nicht firirt; vielmehr überläßt bas Geseh bie Bestimmung besselben ber Lanbes justizverwaltung. Diese kann allgemeine, b. h. für alle solche Strafkammern geltende Rormen aufstellen, ebenso aber auch ben Geschäftstreis für die einzelnen Strafkammern besonder 8 normiren. --- Sie kann die getrojenen allgemeinen ober besonderen Bestimmungen andern und ben Geschäftstreis aufs Reue bestimmen.
- b. Bird einer Straffammer für ihren Bezirk die gesammte Thätigkeit der Straffammer bes Landgerichts zugewiesen, so besteht zwischen beiden Straffammern kein weiterer Unterschied als ber, daß der letzteren diejenigen Geschäfte verbleiben, welche sie an Stelle des Schwurgerichts (§ 82) wahrzunehmen hat (diese Geschäfte können übrigens auch bei einzelnen Landgerichten ganz sehlen: § 99 Abs. 2). Im Uebrigen ist gesehlich keine Straffammerfunktion (vgl. § 59 Rote 1) von dem Geschäftskreise der auswärtigen Straffammern ausgeschlossen, so z. B. auch nicht die Entzscheing über die Ueberweisung von Strassachen an die Schöfsengerichte (§ 75), ebensowenig die Wahrnehmung der Berrichtungen des oderen Gerichts (StP.). §§ 12, 13, 14, 15, 19, 27) gegenüber den Amisgerichten und den Schöfsengerichten des Strassammerbezirks. Wenn die Mot. S. 53 noch die auf die Bildung der Schwurgerichte bezüglichen Geschäfte der Landgerichte (§ 89, 91) als von der Thätigkeit der auswärtigen Strassammern ausgenommen bezeichnen, so ist dies insofern ungenau, als diese Geschäfte den Strassammern überhaupt nicht obliegen; vgl. § 72 Note 6. Darüber, daß ein ständiger Untersuchungsrichter am Siee einer auswärtigen Rammer nicht bestellt wird, s. § 60 Note 6.
- c. Die Worte "ein Theil biefer Thatigkeit" find nur auf die Berschiebenheit ber Funktionen ber Straffammer (§ 59 Note 1, 2) zu beziehen: es kann die eine Funktion ben aus-wärtigen Straffammern übertragen, die andere ben Straffammern der Laubgerichte vorbehalten werden; vgl. das vorstehend (b) Bemerkte. Dagegen ist es nicht statthaft, eine Theilung nach Delikten anzuordnen und gewisse Delikte wie etwa die Berbrechensfälle, von der Zuständigkeit ber auswärtigen Straffammer auszunehmen; vgl. Keller S. 107.
- d. In Breußen ift bie Einsehung auswärtiger Straftammern burch bie Allg. Berf. bes Just.-Min. v. 25. Juli 1879 (JMBI. 207) erfolgt (bie Bahl berjelben ift inzwischen vermehrt worden). Diese Berf. bestimmt:
 - "Den Straffammern bei biefen Amtsgerichten wird bis auf Beiteres jugewiefen :
 - 1. bie Thatigfeit ber Straffammer bes Landgerichts als erkennenden Gerichts erfter Inftang.
 - 2. bie Thatigleit ber Straffammer bes Landgerichts als erkennenben Gerichts in ber Berufungsinftang, soweit in ber Besetzung mit brei Richtern zu verhandeln an enticheiben ift".
 - Ber ertennenben Gerichts ift hier, wie ber Juft.-Min. in einer (nicht vermai 1880 ausgesprochen hat, lediglich die Thätigkeit in der hauptverhand.
 Berrichtungen, welche die StPD. (§ 124 Abs. 3, §§ 141, 144, 212, 218,
 em Borfitenden zuweist, stehen allein dem Borsitzenden ber auswärtigen
 für einzelne der gedachten Straffammern ist ber Geschäftstreis abweichend
 mint; vgl. INBI. 1882 C. 31, 321.

Arnis ber auswärtigen Straftammern zu ben betr. Lanb= et nicht näher geregelt. Wenngleich biese Straftammern im Allgemeinen Lanbgerichte aufzusassen sind, so muß doch in Unsehung der örtlichen abweichender Besichtspunkt Platz greisen und eine auswärtige Strafkammer



in gewissen Beziehungen als ein selbsistänbiges, von der Straftammer des Landgerichts verschiebenes Gericht betrachtet werben. Denn nach ber Borschrift bes § 78 wird jebe auswärtige Straftammer iur einen bestimmten Bezirk bestellt, fie ist für biesen Bezirk zuständig, und das Recht bes Beschulbigten, por ben juftanbigen Richter geftellt ju werben, muß auch im Berbaltnif ber beiben Straffammern zu einander zur vollen Geltung kommen (gl. A. Reller S. 107, Turnau I. S. 383; a. M. v. Schwarze S. 57, Thilo S. 124, Stenglein S. 44). hieraus nun ergeben fich folgenbe Sane: 2. Einer auswärtigen Straffammer dürfen ohne gesehlichen Anlaß weder Sachen, für welche sie örtlich zuständig ist, entzogen, noch auch Sachen, für welche sie nicht zuständig ist, zugewiesen werben; bas zu § 59 Rote 3 Bemerkte finbet auf bie auswärtigen Strafkammern nicht Anwen= dung. Daher muß, fofern die Boraussekungen einer Unzuständigkeitserklärung (StBD. § 18) vorliegen, die letztere von der auswärtigen Straffammer bezw. von der Straffammer am Sitze bes lanbgerichts auch bann ausgesprochen werben, wenn nicht bie Rustanbigkeit verschiebener Lanbgerichte, sondern nur die der beiden Straftammern in Frage steht. — b. Sind für eine Sache beibe Straftammern zuständig, so entscheibet auch unter ihnen die Pravention (StBO. § 12 Abs. 1); bie Uebertragung einer bereits aubangigen Sache von ber einen Straftammer auf bie anbere 🐧 12 Abi. 2) kann nur burch Beschluß bes Oberlanbesgerichts, nicht bes Landgerichts, erfolgen. c. Letteres gilt auch dann, wenn es sich um die Berbindung zusammenhängender, bereits an= hängiger Sachen handelt und eine Bereinbarung ber beiben Straffammern nicht zu Stande kommt (StBD. § 13 Abf. 2). — d. Auch ein Buftanbigfeitsftreit zwischen beiben Straffammern (StBD § 14) fann nur burch Befchluß bes Oberlanbesgerichts enticieben werben. - o. Darüber, ob bie auswärtige Straftammer in einem einzelnen galle an ber Ausubung bes Richteramts verhinbert ober ob von ber Berhanblung por ihr eine Gefährbung ber öffentlichen Sicherheit zu besorgen sei (StPD. § 15), hat gleichfalls bas Oberlanbesgericht zu entscheiben. Die etwa erforberliche Ueber= nagung einer Straffache wird hier ber Regel nach auf die Straffammer bes betr. Lanbgerichts 30 erfolgen haben, wenngleich bie Berweijung an ein anberes Gericht nicht unstatthaft ist. In bem umgefehrten Ralle, wenn bie Sache von einem Landgerichte, welches eine auswärtige Straffammer hat, hinwegzuperweisen ift, braucht die Uebertragung nicht gerabe auf die auswärtige Strafkammer ju geschen, ba biese nur behufs ber Entscheibung ber Sachen ihres Bezirks bestellt ist. — f. Wirb gegen einen ober mehrere Richter ber auswärtigen Straffammer ein Ablehnungsgesuch an= gebracht, so liegt der Fall der Beschlußunfähigkeit (StPO. § 27) schon dann vor, wenn bei der Straffammer felbst bie zur Entscheibung über bas Gesuch erforberliche Richterzahl nicht mehr vorhanden ift; die Entscheidung steht alsdann nicht dem Landgericht, sondern dem Oberlandesgericht 34 (vgl. die Noten zu § 27 cit.) — g. Bgl. ferner StBO. § 394 Rote 7.a (Schluß).

Bas bie Ginlegung ber Revision gegen bie Urtheile ber auswärtigen Straffammern betrifft, so hat das Riger. Il. 4. Juni 80 (Ripr. II. 30) in einer Strafsache aus Preußen angenommen, daß biefelbe auch bei bem Landgericht wirksam erfolgen könne. Zuvor hatte das PGer. III. 10. März 80 (Entsch. I. 267, Ripr. I. 444) in einer Strafsache aus Anhalt ausgesprochen, daß die Einlegung ber Revision bei ber auswärtigen Strafkammer zu erfolgen habe. - Bon ber Frage, mo bas Rechtsmittel einzulegen fei, ift unabhangig bie andere: welches Gericht aber bie Bulaffigfeit beffelben ju beichließen habe. In Breugen fteht nach ber in note 3.d cit. Berf. bieje Befdlußfaffung nur bem Landgericht gu.

Bu 216 [. 2.

^{5.} Die auswärtige Straffammer wird baburch, bag nach Maggabe bes Abs. 2 bestimmte Richter zu Mitgliedern berselben bestellt werben, für je ein Geschäftsjahr als ftanbiges Gericht tonkituirt. — Zu Mitgliedern können die Mitglieber bes Landgerichts und biejenigen Amtsrichter, welche in bem Bezirke ber Straftammer angestellt finb, berufen werben. Es ift ebenso panhaft, die Mitglieder der Straftammer ausschlie glich aus der einen ober der anderen der beiben Kategorien von Richtern, wie auch theils aus ber einen, theils aus ber anderen zu nehmen; bas Befet hat in biefer Binficht feine Schranten gezogen.

^{6.} Die Besetung der Straffammer ift, soweit nicht Abs. 2 Beschränfungen aufftellt (vgl Rote 7, 8), ber Landesjustizverwaltung überlassen. Die lettere bestimmt zuvorderst die Zahl ber Lime, Etrafprozegorbnung. 5. Auflage.

Sechster Titel.

Schwurgerichte.

§. 79.

Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen treten bei den Landsgerichten periodisch Schwurgerichte zusammen.

(Entw. § 48)

- Mitglieber (vgl. § 77 Rote 1.a) und die ber ständigen Bertreter (gl. A. Reller S. 108; a. R. Stenglein S. 44). Sie ernennt ben Borsitzenben. Sie bestimmt ferner, ob und event. zu welchem Theile die Mitglieder ber Straffammer aus ben Mitgliebern des Landgerichts ober aus ben Amtszrichtern zu nehmen seien. Sie bestimmt endlich die Personen der als Mitglieder ober Bertreter zu berusenden Amtsrichter. In Betreff der Landesjustizverwaltung s. § 22 Rote 5. Für Preußen vgl. Allg. Berf. des Just. Min. v. 16. Nov. 1879 § 3 (JWBl. S. 454) u. v. 25. Sept. 1880 (JWBl. S. 221).
- 7. a. Die Auswahl bes Borsitenben ift in bas Ermessen ber Landesjustizverwaltung gesstellt. Auch bann, wenn die Straftammer gemischt (Rote 5) besetzt ift, kann sowohl ein Mitglied (Direktor ober Richter) bes Landgerichts wie auch ein Amtsrichter zum Borsitenden bestellt werden. Daß der Borsitende "ständig" berufen werden soll, ist dahin zu verstehen, daß er nicht blosauf ein Geschäftsjahr zu ernennen ist, daß ihm vielmehr, so lange er sein hauptamt bekleibet und die Strafkammer besteht, der Borsit nicht wider seinen Willen entzogen werden darf (Prot. der 170. Situng S. 12, Sten. Ber. S. 252).
- b. Die Landesjuftizverwaltung ist, sofern nicht landesgesetlich etwas Anderes bestimmt ift, auch befugt, dem Borsitzenden generell einen Bertreter für Berhinderungsfälle zu bestellen; ift dies geschen, so kommt § 65 erst im Falle der Berhinderung dieses Bertreters in Betracht: RGer. II. 8. Jan. 84 (Entsch. IX. 397, Rfpr. VI. 30).
- 8. Bill bie Lanbesjuftizverwaltung, von bem Borfigenben abgesehen, Mitglieber bes Lanbgerichts berufen, so hat sie nur bie Bahl berselben festzusehen; bie Auswahl ber Mitglieber steht alsbann bem Prafibium bes Lanbgerichts (§ 63) zu. Dasselbe gilt von ben ftandigen Berstetern ber berufenen Lanbgerichts-Mitglieber (§ 62). In Betreff ber Bestellung eines zeitweiligen Bertreters s. § 66.
- 9. Ueber bie Bahrnehmung ber Gefchafte ber Staatsanwaltichaft bei ben auswartigen Straffammern f. bie Roten ju § 142.

Bum fcoften Titel.

1. Für Preußen vgl. Ausf. : Gef. SS 44, 45 (GS. S. 230 ff.) und bie Allg. Berf. bes Juft. : Min. v. 22. Juli 1879 (JMB1. S. 195).

Zu § 79.

- 1. Die periodische Bilbung ber Schwurgerichte schließt sich in ähnlicher Beise an bie Landgerichte an, wie diejenige ber Schöffengerichte (§ 25) an die Amtsgerichte; vol. § 12 Rote 3. Doch braucht nicht nothwendig mit jedem Landgericht ein Schwurgericht verbunden zu sein (§ 99). In Betress ber Abhaltung einer Schwurgerichtssitzung außerhalb bes Landgerichtssitzes i. § 98.
- 2. Ueber die Bahl ber jährlich abzuhaltenden Sigungsperioben sowie über beren Dauer und die Zeit ihres Beginnes können von der Landesjustizverwaltung Bestimmungen erlassen wersen (Mot. S. 50). Für Preußen s. § 2 der Allg. Berf. bes Just. Min. v. 22. Juli. 1879 (JMBl. S. 195) u. Allg. Berf. v. 22. Mai 1882 (JMBl. S. 146).

§. 80.

Die Schwurgerichte sind zuständig für die Verbrechen, welche nicht zur Busftändigkeit ber Strafkammern ober bes Reichsgerichts gehören.

(Eutm. § 59.)

§. 81.

Die Schwurgerichte bestehen aus drei richterlichen Mitgliebern mit Ginschluß bes Vorsitzenden und aus zwölf zur Entscheidung der Schuldfrage berufenen Geschworenen.

(Entm. § 62.)

§. 82.

Die Entscheidungen, welche nach ben Borschriften bieses Gesetzes ober ber Strafprozesordnung von bem erkennenden Gerichte zu erlassen sind, erfolgen in den bei den Schwurgerichten anhängigen Sachen durch die richterlichen Mitglieder des Schwurgerichts. Werden diese Entscheidungen außerhalb der Dauer der Sitzungsperiode erforderlich, so erfolgen sie durch die Strafkammern der Landgerichte.

(€ntm. § 63.)

Zu § 80.

1. Ueber bie fachliche Buftanbigkeit im Allgemeinen und bie Gefichtspunkte, nach benen biefelbe geregelt ift, f. bie Roten gur StBD. § 1.

2. In Betreff ber zur Buftanbigfeit ber Straftammern gehörigen Berbrechen f. § 73 Rr. 2—7 u. bie Roten bas, insbes. Rote 4.b; in Betreff ber zur Zustänbigfeit bes Reichs= gerichts gehörigen: § 136 Rr. 1.

3. In Betreff ber burd bie Breffe begangenen ftrafbaren Banblungen ogl. EG. § 6.

3u § 81.

1. Die Richter einerseits und bie zwölf Geschworenen anbererseits bilben zwei getrennte Rollegien, welche in ber StPO. (vgl. bort SS 279, 291, 309, — SS 278, 286, 287) mit bem Ramen "Gericht" bezw. "Geschworenenbant" bezeichnet werben. Der Ausbrud "Schwursgericht" begreift beibe in sich.

2. In Betreff ber Zusammensetzung bes Gerichts f. § 83 u. Die Roten bas. — Die Gesichworenenbant wird für jebe einzelne hauptverhandlung nach Maggabe ber StBD. §§ 278 ff.

gebilbet.

3. In Betreff ber bei längeren Berhanblungen statthaften Ruziehung von Ergänzungs:
richtern ober Ergänzungsgeschworenen s. GBG. § 194.

4. — "Soulbfrage" — hiernber f. StPD. § 262 u. §§ 293 ff., insbef. § 293 Rote 2, 3. Bgl. übrigens § 297 u. Rote 1 baf.

Zu § 82.

1. Das Schwurgericht bilbet mahrend ber ganzen Dauer ber Situngsperiobe (vgl. § 79) einen besonderen Gerichtstörper, ber nicht blos innerhalb ber einzelnen hauptverhandluns gen, sondern auch außerhalb berselben, also in berathender Situng (vgl. die Noten zur StPD. § 33) Beschlüsse fassen kann, so 3. B über die Erlasjung oder Ausbebung eines haftbesehls.

2. Bei bem Schwurgericht an hängig ift eine Sache, sobald ber Beschluß erlassen ist, welcher bie Eröffnung bes Hauptversahrens ausspricht und bas Schwurgericht als bas Gericht bezeichnet, vor welchem bie Hauptverhandlung stattfinden soll (StPD. § 201). Dem steht nicht, wie Dalde S. 369 annimmt, ber Umstand entgegen, baß vor Beginn ber Situngsperiode bas Schwurgericht noch nicht versammelt ist; vielmehr trägt gerade diesem Umstande die Vorschrift in Sat 2 Rechenung. Bgl. Note 4.

3. Abgesehen von bem bie hauptverhandlung vor ben Schwurgerichten betreffenben Abschitt ber SiBC. (Buch 2 Abschi. 7) ift in biefer und in ben prozegrechtlichen Borschriften bes GBG. (Lit. 14-16) überall nur von bem Gericht (ober bem erkennenben Gericht) im Allgemeinen bie

Digitized by GOOGIC

§. 83.

Der Vorsitsende des Schwurgerichts wird für jede Situngsperiode von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts ernannt. Die Ernennung erfolgt aus der Zahl der Mitglieder des Oberlandesgerichts oder der zu dem Bezirke des Oberlandesserichts gehörigen Landgerichte.

Der Stellvertreter bes Vorsitzenben und die übrigen richterlichen Mitglieber werben von dem Präsidenten des Landgerichts aus der Zahl der Mitglieder des Landgerichts bestimmt.

So lange die Ernennung des Borfitzenden nicht erfolgt ift, erledigt der Borfitzende der Straffammer des Landgerichts die in der Strafprozesordnung dem Borfitzenden des Gerichts zugewiesenen Geschäfte.

(Entw. § 64.)

Au § 83.

Rebe, ohne daß babei bem besonberen Organismus bes Schwurgerichts, b. h. ber Scheibung zwischen ben Richtern und ber Geschworenenbank, ausdrücklich Rechnung getragen wird. Der erste Sat bes § 82 vermittelt nun die Anwendbarkeit der allgemeinen Bestimmungen auf das schwurzerickliche Bersahren, indem er generell ausspricht, daß für dieses Bersahren unter dem erken nenden Gericht das Kollegium der drei Richter, nicht auch das der Geschworenen, zu verstehen ist. Aus dem Kreise der Funktionen der Richter ist allein die, den Geschworenen zusallende "Entscheidung der Schuldfrage" (§ 81) und die Entscheidung über das Borhandensein milbernder Umsstände (StPO. § 297) ausgeschieden; im Uedrigen stehen im schwurgerichtlichen Bersahren alle richterlichen Funktionen dem Richterkollegium (dem "Gericht", vgl. § 81 Rote 1), und zwar ihm allein, zu. — Durch die Borschrift des § werden selbstwerständlich diesenigen Bestimmungen nicht berührt, nach denen gewisse Entscheungen dem Borsitzenden allein zugewiesen sind.

^{4.} a. Der zweite Sat bes f regelt eine Frage ber äußeren Organisation, indem er bestimmt, daß außerhalb der Situngsperiode bes Schwurgerichts (§ 79) an Stelle besselben die Strafskammer (vgl. § 77) die erforderlichen Entscheidungen zu erlassen hat. Diese ist auch für diesenigen Entscheidungen zuständig, welche zwar während des Lauses einer Situngsperiode, jedoch in solchen Sachen zu erlassen siehen sich nehre Aburtheilung in einer früheren Situngsperiode erfolgt war (vgl. z. B. StBO. §§ 407 ff., 494). — Umsast der Schwurgerichtsbezirk mehrere Strassammers bezirke (§§ 78, 99), so stehen die Entscheidungen in den bei dem Schwurgericht auhängigen Sachen (Note 2) nur derjenigen Strassammer zu, die sich am Site des Schwurgerichts besindet. Bei bieser Strassammer verbleibt die Sache auch nach der Urtheilsfällung und sie allein ist für die später noch ersorderlichen Entscheidungen (vgl. z. B. StBO. §§ 407 ff., § 494) zuständig. — Bestehen am Site des Landgerichts mehrere Strassammern, so ist diesenige, welche die Geschäfte bes Schwurgerichts wahrzunehmen hat, nach § 62 des GBG. zu bestimmen.

b. Bgl. § 30 Abs. 2 u. Rote 9, 10 bas.; bas bort Bemerkte findet auch hier entsprechende Answendung. Das Rote 11 bas. von dem Amisgericht und ber hauptverhandlung Gesagte gilt hier von dem Landgericht und ber Sigungsperiode bes Schwurgerichts.

^{5.} Mit ber Beenbigung ber Sipungsperiobe erlischt die Eristenz bes Schwurgerichts bergeftalt, baß alle Funktionen besselben auf bas betr. Landgericht übergeben; baber kann nach jenem Zeitpunkt die Einlegung der Revision ober bie Andringung der Revisionsanträge nicht mehr bei dem Borsipenden des Schwurgerichts wirksam ersolgen: Rer. III. 30. Nov. 85 (Entsch. XIII. 156, Rspr. VII. 708).

Bu Abs. 1.

^{1.} Es wird für die ganze Dauer der Sigungsperiode ein Borsigender ernannt. Der Zeits Digitized by

punft ber Ernennung ift nicht vorgeschrieben; boch wird biefelbe mit Rudficht auf § 93 spateftens zwei Bochen vor Beginn ber Sitzungen ju erfolgen haben. Bgl. noch Rote 6. b.

- 2. Unter ben Mitgliebern bes Oberlanbesgerichts ober ber Landgerichte find ebensowohl bie Brafibenten und Direktoren wie die übrigen Richter bieser Gerichte zu verstehen. Dieser Auslegung fteht die Fassung bes § 58 ("Direktoren und Mitglieber") nicht entgegen; bort ist der Ausbruck: "Mitglieder" nur gebraucht, weil man den Ausbruck "Räthe" (vgl. §§ 119, 126) vermeiben und die Bestimmung barüber, ob bei den Landgerichten alle Richter außer dem Präsidenten und den Direktoren den Amtititel "Räthe" sühren sollen, den Ginzelstaaten überlassen wollte. Insbesondere hat das Geseh die Präsidenten und Direktoren der Landgerichte von dem Borsich im Schwurgericht keineswegs ausschließen wollen.
- 3. Die Mitglieber ber Landgerichte tonnen, gleichviel welchem Landgericht fie angehören, bei jebem Schwurgericht bes betr. Oberlandesgerichtsbezirk zu Borfigenben bestellt werben.

Bu Abf. 2.

- 4. Auch ber Stellvertreter bes Borfigenben und bie übrigen Richter bes Schwurgerichts merben fur jebe Sigungsperiobe besonbers ernannt.
- 5. In Betreff bes Stellvertreters bes Borfigenben giebt bas Befet feine naberen Borfdriften. Es find bier folgenbe Buntte bervorzuheben: a. Die Ernennung bes Stellvertreters wird alsbald nach berjenigen bes Borfitenben felbst vorzunehmen fein, ba schon vor Beginn ber Sitzungsperiode Bertretungsfälle vorfommen tonnen. — b. Der Stellvertreter ift nur berufen, in ein gelnen Sigungen ober in anberen ein zelnen Gelchäften ben Borfigenben zu vertreten. Rann also ber zum Borsipenden Ernannte seine Funktion überhaupt nicht antreten, so muß die Ernennung eines anderen Borfigenben burch ben Brafibenten bes Oberlanbesgerichts erfolgen. Daffelbe wird gelten muffen, wenn bas hinberniß zwar erft im Laufe ber Sipungsperiobe, jeboch für ben gangen Rest berselben, eintritt und bie Ernennung eines anberen Borsitenben noch rechts zeitig erfolgen kann (a. M. Stenglein S. 46). In beiben Fällen hat ber Stellvertreter (als folcher) ben Borfit fo lange zu fuhren, als bie Ernennung eines neuen Borfitenben noch nicht stattgefunden oder berselbe seine Funktion noch nicht angetreten hat. Selbstverstänblich kann der urfprunglich jum Stellvertreter bestimmte Richter bemnachft jum Borfitenben ernannt werben; alsbann wird ein neuer Stellvertreter ju bestimmen fein, fofern bies mit Rudficht auf bie Dauer ber Sihungsperiobe noch erforberlich erscheint. -- c. Rur im Falle ber Berhinberung hat ber Stellvertreter bie Geschäfte bes Borfigenben ju libernehmen; bas Gefet geftattet bem letteren teineswegs, fich beliebig vertreten zu lassen ober gar mit bem Stellvertreter im Borfit abzus wechfeln. — d. Bum Stellvertreter tann ber Prafibent jebes Mitglieb bes Canbgerichts, insbef. auch fich felbft, ernennen; es ift also nicht erforberlich, bag gerabe einer ber Beifiger bes Schwurgerichts jum Stellvertreter ernannt werbe. - o. Tritt im Laufe einer Sauptverhandlung, ju ber ein Erganzungerichter zugezogen ift (§ 194), eine Berhinberung bes Borfigenben ein, fo geht ber Borfit auf ben altesten ber mitwirkenben Richter über. Bgl. Reller S. 112 und bie abw. Ans fict von Turnau I S. 408.
- 6. a. Das Geset schreibt nicht vor, daß für die ganze Situngsperiode neben dem Vorsitzenden gerade nur zwei richterliche Mitglieder zu ernennen seien; vielmehr fieht es dem Landgerichts- Präsidenten frei, eine größere Zahl heranzuziehen und für jeden einzelnen Situngstag die beiden Beister besonders zu bestimmen (gl. A. Stenglein S. 46, Turnau I S. 409; a. M. Keller S. 112). Indes wird ein solcher Bechsel thunlicht zu vermeiden sein, da die Gleichmäßigkeit in der Beshandlung der einzelnen Sachen besser verbürgt ist, wenn das Gericht an allen Situngstagen mit beuselben Richtern besetzt ist.
- b. Auch ein Direktor bes Landgerichts kann Beisiger im Schwurgericht sein: MGer. I. 31. Jan. 81 (Entsch. III. 310, Mspr. II. 776). Desgleichen können die bei dem Landgericht fungirenden Hülfsrichter (vgl. § 69 u. die Noten das.) zu Beisigern ernannt werden: MGer. I. 20. Mai 80 (Rspr. I. 807).
 - 7. 3gl. § 99 Abf. 3 u. bie Roten baf.

§. 84.

Das Amt eines Geschworenen ist ein Shrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werben.

(Cutm. \$ 65.)

§. 85.

Die Urliste für die Auswahl ber Schöffen dient zugleich als Urliste für die Auswahl ber Geschworenen.

Die Borschriften ber §§. 32—35 über bie Berufung zum Schöffenamte finden auch auf bas Geschworenenamt Anwendung.

(Entm. § 66.)

§. 86.

Die Zahl ber für jedes Schwurgericht erforderlichen Geschworenen und die Vertheilung dieser Zahl auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke wird durch die Landes-justizverwaltung bestimmt.

(€ntm. § 67.)

Ցս ՉԾԵ (. 3.

- 8. Es ift hier von bemjenigen Landgericht bie Rebe, mit welchem bas Schwurgericht vers bunben ift; vgl § 82 Rote 4.
- 9. Sobald bem Borsigenben bie Ernennung bekannt gemacht ift, hat berselbe bie Geschäfte, welche bie StBD. (vgl. insbef. §§ 218, 220) bem Borsigenben überträgt, qu übernehmen. Bon bemselben Zeitpunkt ab liegt in Berbinder ungsfällen bie Bertretung besselben nicht bem Borsigenben ber Straffammer, sonbern bem ernannten Stellvertreter ob (ber übrigens selbstverftandslich mit jenem ibentisch sein kann). In bringlichen Fällen kann ber Umftand, bag ber Borsigenbe sich nicht am Orte bes Schwurgerichts befindet, ben Anlag zur Bertretung bieten.

3u \$ 84.

1. Bgl. § 31 u. bie Roten baf., fowie § 96.

3u § 85.

- 1. Das Schöffenamt und bas Geschworenenamt beruben auf gang gleicher Grunblage. Bgl. bie Noten ju SS 32-35, sowie biejenigen zu ben einzelnen SS 32, 33, 34, 35.
- 2. In Betreff ber Urlifte f. § 36 u. Rote 1, 2 baf., fowie §§ 37-39, 41, 42; in Betreff ber übrigen Gefchworenenliften: Rote 1 gu §§ 87-94.
 - 3. Bgl. StBD. SS 279, 280 u. bie Roten baf.

Au \$ 86.

- 1. Unter ber Zahl ber für jebes Schwurgericht erforberlichen Geschworenen ist, wie sich aus bem zweiten Sahe bes § 87 ergiebt, die Zahl ber in die Jahreslisten (§ 89 Abs. 2, § 90) aufs zunehmenden Geschworenen zu verstehen. Die Landesjustizverwaltung muß die Zahl ber Hauptsgeschworenen und die der Hülfsgeschworenen besonders seststehen (§ 89 Abs. 2).
- 2. Die Zahl ber "erforberlichen" Geschworenen ist von der Zahl der jährlichen ordentlichen Sitzungsperioden des einzelnen Schwurgerichts abhängig. Es genügt jedoch keineswegs,
 bieselbe so zu bestimmen, daß auf jede Sitzungsperiode 30 Hauptgeschworene gerechnet werden
 und die so gefundene Zahl um diejenige der ersorderlichen Hulfsgeschworenen vermehrt wird;
 vielmehr muß die Zahl der Geschworenen sehr erheblich größer normirt werden. Denn es ist auf
 bie Möglichkeit, daß im Lause des Jahres Geschworene durch den Tod oder auf andere Beise in
 Begsal kommen oder durch Krankheit zo. an der Ausübung des Geschworenenamtes verhindert
 werden, Rücksicht zu nehmen; auch ist in Betracht zu ziehen, daß die Abhaltung einer außers
 ordentlichen Sitzungsperiode nothwendig werden kann. Für Preußen vgl. Allg. Berf. des
 Just.=Win. v. 22. Mai 1882 (JWBI. S. 146).
 - 3. Die Bertheilung ber Bahl ber ju Geschworenen vorzujelagenben Berfonen auf bie eine

Digitized by GOOGLE

§. 87.

Der alljährlich bei bem Amtsgerichte für die Bahl der Schöffen zusammentretende Ausschuß (§. 40) hat gleichzeitig diejenigen Personen aus der Urliste auszumählen, welche er zu Geschworenen für das nächste Geschäftsjahr vorschlägt. Die Borschläge sind nach dem dreisachen Betrage der auf den Amtsgerichtsbezirk verstheilten Zahl der Geschworenen zu bemessen.

(Entw. §. 68.)

§. 88.

Die Namen der zu Geschworenen vorgeschlagenen Personen werden in ein Berzeichniß aufgenommen (Borschlagsliste).

(Entw. § 69.)

§. 89.

Die Borfchlagslifte wird nebft ben Ginsprachen, welche sich auf die in bieselbe aufgenommenen Personen beziehen, bem Prasibenten bes Landgerichts übersendet.

zelnen Amtsgerichtsbezirke ift nothwendig, weil bie Borfchlagsliste für jeden Amtsgerichtsbezirk bes sonders aufzustellen ist (§§ 87, 88). — Die Unterscheidung zwischen Hauptgeschworenen und hülfsgeschworenen kommt bei der Bertheilung nicht in Betracht (§ 89 Abs. 3).

4. — "Lanbesjustizverwaltung" — hierüber f. § 22 Note 5. — Für Preußen vgl. § 4. 5 ber Aug. Berf. des Just.-Min. v. 22. Juli 1879 (JMBL S. 195).

3u §§ 87-94.

- 1. Die §§ 87—90 regeln bie Ansmahl ber Geschworenen (haupt: und hülfsgeschworenen) für bas Geschäftsjahr, bie §§ 91, 94 Abs. 2 biejenige ber hauptgeschworenen für bie einzelnen Sipungsperioden. Bei ber ersteren sind ber Ausschüft (§ 87) und bas Landgericht (§ 89 Abs. 2) die bestimmenden Faktoren; bei der letteren entscheibet nur das Loos (§ 91 Abs. 1). Die einzelnen Stadien, in welche das Auswahlversahren zerfällt, werden durch die verschiedenen Listen bezeichnet. Es sind dies, von der Urliste (§ 36) abgesehen, solgende: a. die Borschlagsliste, ausgestellt auf Grund der Urliste mittelst Bahl seitens des Ausschüffes (§§ 87, 88); b. die Jahresliste der hülfsgeschworenen, ausgestellt aus Grund der Borschlagsliste mittelst Bahl seitens des Landgerichts (§§ 89, 90); c. die Spruchliste ber hauptgeschworenen, ausgestellt für die einzelne Situngsperiode aus Grund der Jahresliste mittelst Ausloosung seitens des Landgerichts (§ 91 Abs. 2). In Betress ber weiteren Berwendung der Jahresliste der Hülfsgeschworenen seinen Geschaupt von der Bereichung der Bahresliste der Külfsgeschworenen serwendung der Jahresliste der Hülfsgeschworenen serwendung der Jahresliste der Hülfsgeschworenen serwendung der Fahresliste der Külfsgeschworenen serwendung der Fahresliste der Külfsgeschworenen serwendung der Fahresliste der
- 2. Die Bilbung ber Gefcomorenenbant für bie einzelnen Sachen ift ein Bestanbtheil ber hauptverhandlung und haber in ber StBD. (SS 278-286) geregelt.

3u § 87.

- 1. Bgl. bie vorstehenben Roten ju SS 87-94.
- 2. Bal. \$ 42 Rote 10.
- 3. In Betreff ber auf ben Amtsgerichtsbezirt vertheilten Bahl ber Geschworenen f. § 86 unb Rote 3 baf.
- 4. Bei Aufftellung ber Borichlagslifte fommt bie Unterscheidung zwischen haupt geschworenen und hulfsgeschworenen nicht in Betracht (§ 89 Abf. 3).

3u § 88.

1. Bgl. oben Rote 1 gu SS 87-94.

Zu § 89.

- 1. Bgl. oben Rote 1 ju SS 87-94.
- 2. Rur folde Einsprachen find bem Landgericht zu übersenden, welche fich auf die in die Borichlagslifte aufgenommenen Bersonen beziehen. In Betreff biefer Ginsprachen ift die vom Ausschuß getroffene Entscheidung nur eine vorläufige; vgl. § 41 Rote 2.

§. 76.

Die Straffammern sind als erkennende Gerichte ferner zuständig für die Bershandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte.

(Entm. § -.)

§. 77.

Die Kammern entscheiben in ber Besetzung von brei Mitgliebern mit Einschluß bes Vorsitzenden. Die Straftammern sind in der Hauptverhandlung mit fünf Mitgliebern, in der Berufungsinstanz bei Uebertretungen und in den Fällen der Privatklage aber mit drei Mitgliebern einschließlich des Vorsitzenden zu besetzen.

Bu Abf. 2.

Bu Abj. 3.

3u § 76.

1. Bgl. § 59 Rote 1, 2.

2. Ueber bas Berfahren in ber Berufungeinftang f. StBO. SS 354 ff.

Zu § 77.

1. a. Benngleich die Straftammern bei ber einzelnen Enticheibung ftets nur mit ber in § 77 vorgeschriebenen Richterzahl besetzt sein burfen (§ 194), so tann boch die Bahl ber Richter, welche einer Straftammer zugetheilt werben, mehr als fünf betragen; alsbann hat in ben einzelnen Sigungen ein Bechsel ber Richter nach einer im voraus bestimmten Reihenfolge stattzusinden. Ob eine solche Einrichtung zu treffen sei, ist eine Berwaltungsfrage, ber eine prozessualische Bebeutung nicht beiwohnt. Bgl § 59 Note 3.

b. Die Straftammern (vgl. § 59 Rote 1, 2) enticheiben theils in ber Besetung von brei, theils in ber von funf Mitgliebern. — In ber hauptverhanblung find fie ber Regel nach mit funf Richtern befett; biefe Regel erleibet in Betreff ber Berufungsinftang bie in § 77

Digitized by GOOGLE

^{18.} Der Beschluß ber Straffammer ift insoweit, als er bie Ueberweisung jum Gegenstanbe hat, ber Anfechtung burch Beschwerbe entzogen, gleichviel ob er bie Ueberweisung ausspricht ober fie ablehnt; bas thatsächliche Ermessen ber Straftammer hinsichtlich ber Strafe ober ber Buße foll einer Rachprufung burd bas Befcmerbegericht nicht unterworfen fein. Es entfleht aber Die Frage: ob die Bestimmung des Abs. 2 auch eine auf Rechtsgründe gestützte Beschwerde völlig ausichließe. Diefe Frage mirb mit Rudficht auf § 209 Abf. 2 ber StBD. babin zu beantworten fein, baß ber Staatsanwaltichaft bie fofortige Beichwerbe jufteht, wenn bie Ueberweifung in einem Falle ausgesprochen wird, in welchem fie rechtlich unzuläffig ift, fei es, bag es fich um ein Bergeben handelt, welches nicht zu ben in § 75 aufgeführten gebort, fei es, bag bie Staatsanwaltichaft bie Ueberweisung nicht beantragt hatte. Bollte man auch hier bie Beschwerbe für ausgeschloffen erachten, fo murbe in bem letteren Falle jebes Mittel fehlen, bem gefchenen Berftofe abzuhelfen; benn ber Mangel bes erforberlichen Antrages ber Staatsanwalticaft murbe bas Schöffengericht nicht jur Erlaffung einer Unjuftanbigfeiteerflarung berechtigen (bie in bem erfteren Kalle allerbings würbe erfolgen muffen). Gl. A. Reller S. 103, Kanfer S. 62, u. in Betreff bes zweiten Kalles auch Turnau I S. 372; a. M. v. Schwarze S. 54, Thilo S. 118, Buchelt S. 541. Dochow S. 23, Boitus Rontr. II S, 146, Stenglein S. 40.

^{19.} Die Bestimmung bezieht sich auf bas in der StBO. § 464 vorgesehene Berfahren. Die Borte "in gleicher Beise" besagen, daß sowohl die Berwaltungsbehörde als auch die Staatsanwaltschaft zu dem Antrage berechtigt sein soll, also der eine wie der andere Antrag ge=nügt (vgl. StBO. § 465 Abs. 1) Gl. A. Stenglein S. 41, Turnau I S. 371; a. M. Reller S. 103 (der den Antrag der Berwaltungsbehörde für ersorderlich hält). — Im Falle des bloßen Anschlusses der Berwaltungsbehörde (StBO. § 467) ist nur die Staatsanwaltschaft zu dem Antrage berechtigt.

§. 78.

Durch Anordnung der Landesjustizverwaltung kann wegen großer Entfernung des Landgerichtssitzes bei einem Amtsgerichte für den Bezirk eines oder mehrerer Amtsgerichte eine Strafkammer gebildet und derfelden für diesen Bezirk die gesammte Thätigkeit der Strafkammer des Landgerichts oder ein Theil dieser Thätigkeit zugewiesen werden.

Die Besetzung einer solchen Straffammer erfolgt aus Mitgliebern bes Landsgerichts ober Amtsrichtern bes Bezirks, für welchen die Rammer gebilbet wird. Der Borsitzenbe wird ständig, die Amtsrichter werden auf die Dauer des Geschäftsighres durch die Landesjustizverwaltung berusen, die übrigen Mitglieder werden nach Maßgabe des §. 62 durch das Präsidium des Landgerichts bezeichnet.

(Entm. § 58.)

bezeichneten beiben Ausnahmen, mahrend fie für die erste Instanz ausnahmstos gilt. Außerhalb ber hauptwerhandlung entscheiben die Straffammern stets in der Zahl von drei Richtern, und zwar selbst dann, wenn sie Beschluffe erlassen, benen die Bedeutung eines Urtheils beiwohnt (vgl. 3. B. StBD. SS 407, 494).

- 2.2. Bei Nebertretungen" find die Straffammern als Gerichte der Berufungsinftanz auch in der hauptverhandlung nur mit drei Richtern besetzt. Es kommt bei Anwendung
 dieser Borschrift nicht darauf an, was in erster Instanz Gegenstand der Untersuchung und Enticheihung gewesen, sondern nur darauf, womit das Berufungsgericht befaßt ist. Handelte es sich
 z. B. in erster Instanz um zwei Straffälle, ein Bergehen und eine Uebertretung, und ist die Berufung nur gegen den die Uebertretung betreffenden Theil des Urtheils eingelegt, so hat die Strafkammer in der Zahl von drei Richtern zu entscheiden. Dasselbe gilt, wenn das vorliegende Delikt
 zwar in dem das Hauptversahren eröffnenden Beschusse als Bergehen, in dem Urtheil dagegen als
 Uebertretung qualisszirt worden ist und die Richtigkeit der letzteren Qualisstation in der Berufungsinfanz nicht mehr in Frage kommt.
- b. Die Bestimmung bezüglich ber Uebertretungen ist als Ausnahmebestimmung strikt auszulegen; sie ist also nur anwendbar, wenn es unstreitig und zweisellos ist, daß das in Rebe stehende Delikt eine Uebertretung barstellt. Hat z. B. das Gericht erster Instanz wegen einer Uebertretung (z. B. wegen Entwendung von Eswaaren: StBB. § 370 Rr. 5) auf Strase erkannt, die Staatsanwaltschaft aber die Berufung deshalb ergrissen, weil die That als Bergehen (als Diebstahl: StBB. § 242) zu qualifiziren sei, so kann die Straskammer nur in der Zahl von sünf Richtern entscheiden. Dasselbe muß auch dann gelten, wenn erst in der Hauptverhandlung vor der mit drei Richtern besehen Straskammer die Qualifizirung der That als eines Bergehens in Frage kommt; in diesem Falle muß daher die nachträgliche Zuziehung noch zweier Richter erfolgen. RGer. III. 22. Apr. 82 (Entsch. VI. 315). Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß im gegebenen Falle wegen der relativen Rechtskraft des angesochtenen Urtheils (StBD. § 372) eine Berschärfung der Strase ausgeschlossen ist. Gl. A. Turnau S. 381, Stenglein S. 42; a. R. Keller S. 105.
- 3. "in ben Fällen ber Privatklage" Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn vor Erlaß bes Urtheils erster Instanz die Staatsanwaltschaft die Berfolgung übernommen hatte; vgl. § 27 Rote 14. Gine später erfolgende Uebernahme ist auf die Besehung des Berusungszerichts ohne Ginfluß, da ein im Privatklageversahren erlassens Urtheil vorliegt; die Strassammer entscheidet also in der Zahl von drei Richtern. Bgl. Stenglein S. 42, Boitus Kontr. II. S. 122

Zu Abs. 1. 3u § 78.

Digitized by GOOGLE

^{1.} Die Ginfepung von Straftammern außerhalb bes Sibes bes Lanbgerichts (aus mar tigen Straftammern) fieht ber Lanbesjustizverwaltung zu. Diefe entscheibet über bas Beburfniß ber Sinfepung; fie bestimmt bie Sipe und bie Bezirte ber einzusepenben auswärtigen Straftammerp

- Gbenfo fteht es ber Lanbesjuftigvermaltung zu, eine Straftammer wieber aufzuheben ober über ben Gib ober Begirt berfelben eine neue Bestimmung zu treffen.
- 2. Der Bezirk einer auswärtigen Strafkammer muß mit bem Bezirk eines Amtsgerichts ober ben Bezirken mehrerer Amtsgerichte zusammenjallen; bie Theilung eines Amtsgerichtsbezirks ift nicht statthaft. Gl. A. Turnau I S. 381; a. M. Keller S. 106. Die mehreren Amtsgerichte muffen bemfelben Landgerichtsbezirk angehören.
- 3. a. Der Geschäftstreis ber auswärtigen Straffammern (bie sachliche Buftanbigkeit i. w. S.) ist gesehlich nicht firirt; vielmehr überläßt bas Geseth bie Bestimmung besselben ber Lanbessjustizverwaltung. Diese kann allgemeine, b. h. für alle solche Straffammern geltende Normen aufftellen, ebenso aber auch ben Geschäftstreis für die einzelnen Straffammern besonder normiren. --- Sie kann die getrossenen allgemeinen ober besonderen Bestimmungen andern und ben Geschäftskreis auß Reue bestimmen.
- b. Birb einer Straffammer für ihren Bezirf bie gesammte Thätigkeit ber Straffammer bes Landgerichts zugewiesen, so besteht zwischen Seiben Straffammern kein weiterer Unterschied als ber, daß der letteren diejenigen Geschäfte verbleiben, welche sie an Stelle des Schwurgerichts (§ 82) wahrzunehmen hat (diese Geschäfte können übrigens auch bei einzelnen Landgerichten ganz sehlen: § 99 Abs. 2). Im Uebrigen ist gesehlich keine Straffammerfunktion (vgl. § 59 Note 1) von dem Geschäftskreise der auswärtigen Straffammern ausgeschlossen, so z. B. auch nicht die Entsicheibung über die Ueberweisung von Strafsachen an die Schössenerichte (§ 75), ebensowenig die Wahrnehmung der Berrichtungen des oberen Gerichts (StP.). §§ 12, 13, 14, 15, 19, 27) gegenüber den Amtsgerichten und den Schössenerichten des Strafsammerbezirks. Wenn die Mot. S. 53 noch die auf die Bildung der Schwurgerichte des Strafsammerbezirks. Wenn die Mot. S. 53 noch die auf die Bildung der Schwurgerichte bezüglichen Geschäfte der Landgerichte (§ 89, 91) als von der Thätigkeit der auswärtigen Strafsammern ausgenommen bezeichnen, so ist dies insofern ungenau, als diese Geschäfte den Strafsammern überhaupt nicht obliegen; vgl. § 72 Note 6. Darüber, daß ein ständiger Untersuchungsrichter am Siee einer auswärtigen Kammer nicht bestellt wird, s. § 60 Note 6.
- o. Die Borte "ein Theil biefer Thatigfeit" find nur auf die Berschiebenheit ber Funktionen ber Straffammer (§ 59 Rote 1, 2) zu beziehen: es kann die eine Funktion ben aus-wärtigen Straffammern übertragen, die andere ben Straffammern ber Landgerichte vorbehalten werben; vgl. das vorstehend (b) Bemerkte. Dagegen ift es nicht statthaft, eine Theilung nach Delikten anzuordnen und gewisse Delikte wie etwa die Berbrechensfälle, von der Zuständigkeit ber auswärtigen Straffammer auszunehmen; vgl. Reller S. 107.
- d. In Preußen ift bie Ginsebung auswärtiger Straffammern burch bie Allg. Berf. bes Just.-Min. v. 25. Juli 1879 (IMBI. 207) erfolgt (bie Bahl berjelben ift inzwischen vermehrt worben). Diese Berf. bestimmt:
 - "Den Straffammern bei biefen Amtsgerichten wird bis auf Beiteres jugewiefen :
 - 1. bie Thatigleit ber Straffammer bes Landgerichts als erfennenden Gerichts erfter Inftang,
 - 2. Die Thätigfeit ber Straffammer bes Landgerichts als ertennenben Gerichts in ber Berufungsinftang, soweit in ber Besetsung mit brei Richtern zu verhanbeln und zu entscheiben ift".

Unter ber Thätigkeit bes erkennenben Gerichts ift hier, wie ber Just.-Min. in einer (nicht verzöffentlichten) Berf. v. 8. Mai 1880 ausgesprochen hat, lebiglich bie Thätigkeit in ber hanptverhand. Iung zu verstehen. Die Berrichtungen, welche die StBD. (§ 124 Ubs. 3, §§ 141, 144, 212, 218, 220, 270, 426, 466) bem Borsigenben zuweist, stehen allein bem Borsigenben ber ausmärtigen Straffammer zu. — Für einzelne ber gebachten Straffammern ist ber Geschäftskreis abweichend von ber Alla, Berf. bestimmt; val. INBI. 1882 ©. 31, 321.

4. Das Berhältniß ber auswärtigen Straftammern zu ben betr. Lands gerichten ift im Gefet nicht näher geregelt. Wenngleich biefe Straftammern im Allgemeinen als Abtheilungen ber Landgerichte aufzusaffen find, so muß doch in Ansehung ber örtlichen Buftanbigkeit ein abweichenber Gesichtspunkt Blat greifen und eine auswärtige Straftammer

in gemillen Beziehungen als ein felbfiftanbiges, von ber Straftammer bes Lanbgerichts verschiebenes Bericht betrachtet werben. Denn nach ber Borichrift bes § 78 wird jebe auswärtige Straffammer für einen bestimmten Begirt bestellt, fie ift für biefen Begirt guftanbig, und bas Recht bes Befdul= bigten, vor ben zustänbigen Richter gestellt zu werben, muß auch im Berhaltniß ber beiben Straffammern zu einander zur vollen Geltung kommen (gl. A. Reller S. 107, Turnau I. S. 383; a. M. v. Schwarze S. 57, Thilo S. 124, Stenglein S. 44). hieraus nun ergeben fich folgenbe Sate: a. Einer auswärtigen Straffammer bürfen ohne gelehlichen Anlaß weber Sachen, für welche fie örtlich zuständig ist, entzogen, noch auch Sachen, für welche sie nicht zuständig ist, zugewiesen werben; bas zu § 59 Rote 3 Bemerkte finbet auf bie auswärtigen Strafkammern nicht Anwen= bung. Daber muß, sofern bie Boranssehungen einer Unguftanbigkeitserklarung (StBD. § 18) vorliegen, bie lettere von ber auswärtigen Straffammer bezw. von ber Straffammer am Site bes lanbgerichts auch bann ausgesprochen werben, wenn nicht bie Bustanbigkeit verschiebener lanbgerichte, sondern nur die der beiden Straftammern in Frage steht. — b. Sind für eine Sache beibe Straffammern zuständig, so entscheibet auch unter ihnen die Brävention (StBD. § 12 Abs. 1); bie Uebertragung einer bereits anhangigen Sache von ber einen Straftammer auf bie anbere (§ 12 Mbj. 2) tann nur burd Beidluß bes Oberlanbesgerichts, nicht bes Lanbgerichts, erfolgen. c. Lesteres gilt auch bann, wenn es fich um bie Berbinbung zusammenhangenber, bereits an= hangiger Sachen hanbelt und eine Bereinbarung ber beiben Straftammern nicht ju Stanbe tommt (StBD. § 13 Abf. 2). — d. Auch ein Zuftanbigfeitöstreit zwischen beiben Straffammern (StBD § 14) tann nur burch Beschluß bes Oberlanbesgerichts entschieben werben. — 0. Darüber, ob bie auswärtige Straftammer in einem einzelnen galle an ber Ausubung bes Richteramts verhinbert ober ob von ber Berbanblung por ibr eine Gefabrbung ber öffentlichen Sicherbeit au beforgen fei (StPD. § 15), hat gleichfalls bas Oberlanbesgericht zu entscheiben. Die etwa erforberliche Ueber= nagung einer Straffache wird hier ber Regel nach auf bie Straffammer bes betr. Landgerichts 311 erfolgen haben, wenngleich die Berweisung an ein anderes Gericht nicht unstatthaft ist. In dem umgefehrten Falle, wenn bie Sache von einem Lanbgerichte, welches eine auswärtige Straftammer hat, hinwegzuverweisen ift, braucht bie Uebertragung nicht gerabe auf bie answärtige Straffammer ju geideben, ba biefe nur behufs ber Enticheibung ber Sachen ibres Begirts bestellt ift. - f. Wirb gegen einen ober mehrere Richter ber auswärtigen Straffammer ein Ablehnungsgesuch an= gebracht, fo liegt ber Fall ber Befchlugunfähigkeit (StBD. § 27) icon bann vor, wenn bei ber Straffammer felbst bie zur Entscheibung über bas Gesuch erforberliche Richterzahl nicht mehr porhanden ift; bie Enticheibung fieht alsbann nicht bem Landgericht, sonbern bem Oberlandesgericht ju (vgl. bie Noten ju & 27 cit.) - g. Bgl. ferner StBD. & 394 Rote 7.a (Schluß).

Bas die Einlegung der Revision gegen die Urtheile der auswärtigen Straffammern betrifft, so hat das RGer. II. 4. Juni 80 (Rspr. II. 30) in einer Strafface aus Preußen ans genommen, daß dieselbe auch bei dem Landgericht wirksam erfolgen könne. Zuvor hatte das RGer. III. 10. März 80 (Entsch. I. 267, Rspr. I. 444) in einer Strafsache aus Anhalt auszehrochen, daß die Einlegung der Revision bei der auswärtigen Straffammer zu erfolgen habe.

Bon der Frage, wo das Rechtsmittel einzulegen sei, ist unabhängig die andere: welches Gericht über die Zulässigfigkeit besselben zu beschließen habe. In Preußen sieht nach der in Note 3. d cit. Berf. diese Beschlichsgessung nur dem Landgericht zu.

Bu Abs. 2.

5. Die auswärtige Straffammer wird baburch, baß nach Maggabe bes Abs. 2 bestimmte Richter zu Mitgliedern derselben bestellt werden, für je ein Geschäftsjahr als ständiges Gericht tonstituirt. — Zu Mitgliedern können die Mitglieder bes Landgerichts und diejenigen Amtsrichter, welche in bem Bezirke ber Straffammer angestellt sind, berusen werden. Es ist ebenso statthaft, die Mitglieder der Straffammer ausschlie lich aus der einen oder der anderen der beiben Kategorien von Richtern, wie auch theils aus der einen, theils aus der anderen zu nehmen; bas Geseh hat in dieser hinsicht keine Schranken gezogen.

6. Die Besetung ber Straffammer ift, soweit nicht Abs. 2 Beschränfungen aufstellt (vgl. Rote 7, 8), ber Landesjuftizverwaltung überlassen. Die lettere bestimmt zuvorderst die Zahl ber

Lime, Ctrafprozegorbnung. 5. Auflage.

Sechster Titel.

Shwurgerichte.

§. 79.

Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen treten bei den Landsgerichten periodisch Schwurgerichte zusammen.

(Entw. § 48)

- Mitglieber (vgl. § 77 Rote 1.a) und die ber ftändigen Bertreter (gl. A. Reller S. 108; a. M. Stenglein S. 44). Sie ernennt ben Borsthenben. Sie bestimmt serner, ob und event. zu welchem Theile die Mitglieber ber Strafkammer aus ben Mitgliebern des Landgerichts ober aus ben Amtsrichtern zu nehmen seien. Sie bestimmt endlich die Personen der als Mitglieber ober Bertreter zu berusenden Amtsrichter. In Betreff der Landesjustizverwaltung s. § 22 Rote 5. Für Preußen vgl. Allg. Berf. des Just. Min. v. 16. Nov. 1879 § 3 (JWBl. S. 454) u. v. 25. Sept. 1880 (JWBl. S. 221).
- 7. a. Die Auswahl bes Borsitenben ist in bas Ermessen ber Landesjustizverwaltung geftellt. Auch bann, wenn die Strafkammer gemischt (Rote 5) besetzt ift, kann sowohl ein Mitglied (Direktor ober Richter) bes Landgerichts wie auch ein Amtsrichter zum Borsitenben bestellt werben.— Daß ber Borsitenbe "ständig" berusen werben soll, ist bahin zu verstehen, daß er nicht blosauf ein Geschäftsjahr zu ernennen ist, daß ihm vielmehr, so lange er sein Hauptamt bekleibet und bie Strafkammer besteht, ber Borsit nicht wiber seinen Willen entzogen werben barf (Prot. ber 170. Situng S. 12, Sten. Ber. S. 252).
- b. Die Landesjustizverwaltung ist, sofern nicht landesgesetzlich etwas Anderes bestimmt ist, auch befugt, dem Borsitzenden generell einen Bertreter für Berhinderungsfälle zu bestellen; ift dies geschehen, so kommt § 65 erst im Falle der Berhinderung dieses Bertreters in Betracht: RGer. II. 8. Jan. 84 (Entsch. IX. 397, Rspr. VI. 30).
- 8. Will bie Lanbesjustizverwaltung, von bem Borsipenben abgesehen, Mitglieber bes Lanbgerichts berufen, so hat sie nur bie Zahl berselben festzusehen; bie Auswahl ber Mitglieber steht alsbann bem Prafibium bes Lanbgerichts (§ 63) ju. Dasselbe gilt von ben ftanbigen Berstetern ber berufenen Lanbgerichts-Mitglieber (§ 62). In Betreff ber Bestellung eines zeitweiligen Bertreters s. § 66.
- 9. Ueber bie Bahrnehmung ber Gefchäfte ber Staatsanwaltichaft bei ben ausmartigen: Straffammern f. bie Roten ju § 142.

Bum fechften Titel.

1. Für Preußen vgl. Ausf.: Gef. §§ 44, 45 (GS. S. 230 ff.) und bie Allg. Berf. bes Juft.: Min. v. 22. Juli 1879 (JMBI. S. 195).

Bu & 79.

- 1. Die periodische Bilbung ber Schwurgerichte schließt fich in ähnlicher Beise an bie Landgerichte an, wie diejenige der Schöffengerichte (§ 25) an die Amtsgerichte; vgl. § 12 Rote 3. Doch braucht nicht nothwendig mit jedem Landgericht ein Schwurgericht verbunden zu sein (§ 99). In Betreff der Abhaltung einer Schwurgerichtssihung außerhalb des Landgerichtssihes s. § 98.
- 2. Ueber die Bahl ber jährlich abzuhaltenben Sigungsperioben sowie über beren Dauer und bie Zeit ihres Beginnes tonnen von der Landesjustizverwaltung Bestimmungen erlassen wers ben (Mot. S. 50). Für Preußen s. § 2 ber Allg. Berf. bes Just.=Min. v. 22. Juli 1879 (JMBl. S. 195) u. Allg. Berf. v. 22. Mai 1882 (JMBl. S. 146).

§. 80.

Die Schwurgerichte sind zuständig für die Berbrechen, welche nicht zur Zusständigkeit der Strafkammern oder des Reichsgerichts gehören.

(Eutw. § 59.)

§. 81.

Die Schwurgerichte bestehen aus brei richterlichen Mitgliebern mit Einschluß bes Vorsigenben und aus zwölf zur Entscheibung ber Schulbfrage berufenen Geschworenen.

(Entm. § 62.)

§. 82.

Die Entscheibungen, welche nach ben Borschriften bieses Gesetzs ober ber Strafprozehordnung von dem erkennenden Gerichte zu erlassen sind, erfolgen in den bei den Schwurgerichten anhängigen Sachen durch die richterlichen Mitglieder des Schwurgerichts. Werden diese Entscheidungen außerhalb der Dauer der Sitzungsperiode erforderlich, so erfolgen sie durch die Strafkammern der Landgerichte.

(**€ntm.** § 63.)

Zu § 80.

- 1. Ueber bie fachliche Buftanbigfeit im Allgemeinen und bie Gesichtspunkte, nach benen bieselbe geregelt ift, f. bie Roten jur StBD. § 1.
- 2. In Betreff ber gur Buftanbigfeit ber Straffammern gehörigen Berbrechen f. § 73 Rr. 2—7 u. bie Roten baf., insbef. Rote 4.b; in Betreff ber gur Buftanbigfeit bes Reichs = gerichts gehörigen: § 136 Rr. 1.
 - 3. In Betreff ber burch bie Breffe begangenen ftrafbaren Sanblungen vgl. EG. § 6.
- 1. Die Richter einerseits und bie zwölf Geschworenen anbererseits bilben zwei getrennte Rollegien, welche in ber StPD. (vgl. bort SS 279, 291, 309, SS 278, 286, 287) mit bem Ramen "Gericht" bezw. "Geschworenenbant" bezeichnet werben. Der Ausbrud "Schwursgericht" begreift beibe in sich.
- 2. In Betreff ber Zusammensetzung bes Gerichts f. § 83 u. bie Noten bas. Die Ge= ichworenenbant wird für jebe einzelne hauptverhandlung nach Maßgabe ber StBD. §§ 278 ff. gebilbet,
- 3. In Betreff ber bei langeren Berhandlungen flatthaften Ruziehung von Ergangungs= tichtern ober Ergangungsgeschworenen f. BB. § 194.
- 4. "Soulbfrage" hierüber f. SiPD. § 262 u. §§ 293 ff., insbes. § 293 Rote 2, 3. Bgl. übrigens § 297 u. Rote 1 bas.

Au \$ 82.

- 1. Das Schwurgericht bilbet mahrend ber ganzen Dauer ber Sipungsperiobe (vgl. § 79) einen besonberen Gerichtskörper, ber nicht blos innerhalb ber einzelnen hauptverhandlunsen, jondern auch außerhalb berselben, also in berathenber Sipung (vgl. bie Roten zur StPD. § 33) Beschlüffe fassen tann, so 3. B über die Erlassung ober Ausbedung eines haftbefehls.
- 2. Bei bem Schwurgericht an hangig ift eine Sache, sobalb ber Beschluß erlassen ist, welcher bie Eröffnung bes Hauptversahrens ausspricht und bas Schwurgericht als bas Gericht bezeichnet, vor welchem die Hauptverhandlung stattfinden soll (StPD. § 201). Dem steht nicht, wie Dalde S. 369 annimmt, der Umftand entgegen, daß vor Beginn der Situngsperiode das Schwurgericht noch nicht versammelt ist; vielmehr trägt gerade diesem Umstande die Borschrift in Satz 2 Rechenung. Bgl. Note 4.
- 3. Abgesehen von bem bie Hauptverhandlung vor ben Schwurgerichten betreffenden Abschnitt ber StBD. (Buch 2 Abschn. 7) ift in bieser und in ben prozestrechtlichen Borschriften bes GBG. (Tit. 14-16) überall nur von bem Gericht (ober bem erkennenden Gericht) im Allgemeinen bie

Digitized by GOOSIC

§. 83.

Der Borsitzende des Schwurgerichts wird für jede Sitzungsperiode von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts ernannt. Die Ernennung erfolgt aus der Zahl der Mitglieder des Oberlandesgerichts oder der zu dem Bezirke des Oberlandesserichts gehörigen Landgerichte.

Der Stellvertreter bes Vorsitzenden und die übrigen richterlichen Mitglieder werden von dem Präsidenten des Landgerichts aus der Zahl der Mitglieder des Landgerichts bestimmt.

Co lange die Ernennung des Vorsitzenden nicht erfolgt ift, erledigt der Vorsitzende der Straffammer des Landgerichts die in der Strafprozesorbnung dem Vorsitzenden des Gerichts zugewiesenen Geschäfte.

(Entm. § 64.)

Rebe, ohne baß babei bem besonberen Organismus bes Schwurgerichts, b. h. ber Scheibung zwischen ben Richtern und ber Geschworenenbank, ausbrücklich Rechnung getragen wirb. Der erste Sat bes § 82 vermittelt nun bie Anwenbbarkeit ber allgemeinen Bestimmungen auf bas schwurzgerichtliche Berfahren, indem er generell ausspricht, baß für bieses Berfahren unter bem erken nenden Gericht bas Kollegium ber brei Richter, nicht auch bas ber Geschworenen, zu verstehen ift. Aus bem Kreise ber Funktionen ber Richter ist allein die, den Geschworenen zusallende "Entscheidung ber Schulbfrage" (§ 81) und die Entscheidung über das Borhandensein milbernder Umsstände (StBO. § 297) ausgeschieden; im Uedrigen stehen im schwurgerichtlichen Berfahren alle richterlichen Funktionen dem Richterkollegium (dem "Gericht", vgl. § 81 Rote 1), und zwar ihm allein, zu. — Durch die Borschrift des § werden selbstwerständlich diesenigen Bestimmungen nicht berührt, nach denen gewisse Entscheiden dem Korsischen allein zugewiesen sind.

- 4. a. Der zweite Sat bes f regelt eine Frage ber äußeren Organisation, indem er bestimmt, daß außerhalb der Situngsperiode des Schwurgerichts (§ 79) an Stelle desselben die Strafstammer (vgl. § 77) die ersorderlichen Entscheidungen zu erlassen hat. Diese ist auch für diesenigen Entscheidungen zuständig, welche zwar während des Laufes einer Situngsperiode, jedoch in solchen Sachen zu erlassen sinch, deren Aburtheilung in einer srüheren Situngsperiode ersolgt war (vgl. z. B. StPO. §§ 407 ff., 494). Umsatt der Schwurgerichtsbezirt mehrere Straftammers bezirte (§§ 78, 99), so stehen die Entscheidungen in den bei dem Schwurgericht anhängigen Sachen (Note 2) nur derjenigen Straftammer zu, die sich am Site des Schwurgerichts besindet. Bei bieser Strassammer verbleibt die Sache auch nach der Urtheilssällung und sie allein ist sür die später noch ersorderlichen Entscheidungen (vgl. z. B. StPO. §§ 407 ff., § 494) zuständig. Bestehen am Site des Landgerichts mehrere Straftammern, so ist diesenige, welche die Geschwurgerichts wahrzunehmen hat, nach § 62 des GBG. zu bestimmen.
- b. Bgl. § 30 Abs. 2 u. Note 9, 10 bas.; bas bort Bemerkte findet auch hier entsprechende Answendung. Das Rote 11 bas. von dem Amtsgericht und ber hauptverhandlung Gesagte gilt hier von dem Landgericht und ber Sigungsperiode des Schwurgerichts.
- 5. Mit ber Beenbigung ber Sipungsperiobe erlischt bie Eriftenz bes Schwurgerichts bergefialt, baß alle Junktionen besselben auf bas betr. Landgericht übergeben; baber kann nach jenem Zeitpunkt bie Einlegung ber Revision ober bie Anbringung ber Revisionsantrage nicht mehr bei dem Borsibenben bes Schwurgerichts wirksam erfolgen: RGer. III. 30. Nov. 85 (Entsch. XIII. 156, Rspr. VII. 708).

Bu § 83.

³ u Abs. 1.

^{1.} Es wird für die gange Dauer ber Sigungsperiode ein Borfigenber ernannt. Der Beit-

punkt ber Ernennung ift nicht vorgeschrieben; boch wird bieselbe mit Rudficht auf § 93 spätestens zwei Bochen vor Beginn ber Situngen qu erfolgen haben. Bgl. noch Rote 6. b.

- 2. Unter ben Mitgliebern bes Oberlanbesgerichts ober Landgerichte find ebensowohl bie Bräfibenten und Direktoren wie bie übrigen Richter bieser Gerichte zu verstehen. Dieser Auslegung steht die Fassung bes § 58 ("Direktoren und Mitglieber") nicht entgegen; bort ift ber Ausbruck: "Mitglieber" nur gebraucht, weil man ben Ausbruck "Räthe" (vgl. §§ 119, 126) vermeiben und bie Bestimmung barüber, ob bei ben Landgerichten alle Richter außer bem Präfibenten und ben Direktoren ben Amtötitel "Räthe" sühren sollen, ben Einzelstaaten überlassen wollte. Insbesondere hat bas Gesey die Präfibenten und Direktoren ber Landgerichte von bem Borsit im Schwurgericht keineswegs ausschließen wollen.
- 3. Die Mitglieber ber Landgerichte tonnen, gleichviel welchem Landgericht fie angehören, bei jebem Schwurgericht bes betr. Oberlandesgerichtsbezirts zu Borfigenben bestellt werben.

Bu Abf. 2.

- 4. Much ber Stellvertreter bes Borfigenben und bie übrigen Richter bes Schwurgerichts merben fur jebe Sigungsperiobe besonbers ernaunt.
- 5. In Betreff bes Stellvertreters bes Borfitenben giebt bas Gefet feine naberen Boridriften. Es find bier folgende Buntte bervorzuheben: a. Die Ernennung bes Stellvertreters wird alsbalb nach berjenigen bes Borfigenben felbft vorzunehmen fein, ba icon vor Beginn ber Situngsperiobe Bertretungsfalle portommen tonnen. — b. Der Stellvertreter ift nur berufen, in einzelnen Situngen ober in anberen einzelnen Beidaften ben Borfitenben zu vertreten. Rann also ber zum Borsipenben Ernannte seine Funktion überhaupt nicht antreten, so muß bie Ernennung eines anberen Borfigenben burch ben Brafibenten bes Oberlanbesgerichts erfolgen. Caffelbe wirb gelten muffen, wenn bas hinbernig zwar erft im Laufe ber Sigungsperiobe, jeboch für ben ganzen Rest berselben, eintritt und die Ernennung eines anderen Borsitenben noch rechtzeitig erfolgen kann (a. M. Stenglein S. 46). In beiben Fällen hat ber Stellvertreter (alb solcher) ben Borfit so lange zu führen, als bie Ernennung eines neuen Borfitenben noch nicht ftattgefunden oder berselbe seine Funktion noch nicht angetreten hat. Selbstverständlich kann ber urfprunglich jum Stellvertreter bestimmte Richter bemnachft jum Borfigenden ernannt werben; alsbann wird ein neuer Stellvertreter zu bestimmen sein, sosern dies mit Rücksicht auf die Dauer ber Sikungsperiode noch erforderlich erscheint. — c. Nur im Falle der Berhinderung hat ber Stellvertreter bie Geschäfte bes Borfigenben ju übernehmen; bas Gefet gestattet bem letteren teineswegs, fich beliebig vertreten zu lassen ober gar mit bem Stellvertreter im Borfit abzus wechieln. — d. Zum Stellvertreter kann ber Bräfibent jedes Mitglied bes Landgerichts, insbes. auch sich felbst, ernennen; es ist also nicht erforberlich, daß gerade einer ber Beisiger bes Schwurgerichts jum Stellvertreter ernannt werbe. - o. Eritt im Laufe einer hauptverhandlung, ju ber ein Erganzungsrichter zugezogen ift (§ 194), eine Berhinberung bes Borfitenben ein, so geht ber Borfit auf ben altesten ber mitwirkenben Richter über. Bgl. Reller S. 112 und bie abw. Ans ficht von Turnau I S. 408.
- 6. a. Das Geset schreibt nicht vor, daß für die ganze Situngsperiode neben bem Borsitzenden gerade nur zwei richt erliche Mitglieder zu ernennen seien; vielmehr steht es dem Landgerichts: Präsidenten frei, eine größere Zahl heranzuziehen und für jeden einzelnen Situngstag die beiden Beisitzer besonders zu bestimmen (gl. A. Stenglein S. 46, Turnau I S. 409; a. M. Reller S. 112). Indes wird ein solcher Bechselt thunlichst zu vermeiden sein, da die Gleichmäßigkeit in der Beshandlung der einzelnen Sachen besser verbürgt ist, wenn das Gericht an allen Situngstagen mit benselben Richtern besetzt ift.
- b. Auch ein Direktor bes Landgerichts kann Beisiger im Schwurgericht sein: RGer. I. 31. Jan. 81 (Entsch. III. 310, Rspr. II. 776). Desgleichen können die bei bem Landgericht fungirenden Hilfsrichter (vgl. § 69 u. die Noten das.) zu Beisigern ernannt werden: RGer. I. 20. Mai 80 (Rspr. I. 807).

^{7.} Bgl. § 99 Abf. 3 u. bie Roten baf.

§. 84.

Das Amt eines Geschworenen ist ein Shrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.

(Entm. § 65.)

§. 85.

Die Urliste für die Auswahl ber Schöffen bient zugleich als Urliste für die Auswahl ber Geschworenen.

Die Vorschriften ber §§. 32—35 über bie Berufung zum Schöffenamte finden auch auf bas Geschworenenamt Anwendung.

(€ntm. § 66.)

§. 86.

Die Zahl ber für jedes Schwurgericht erforderlichen Geschworenen und die Bertheilung dieser Zahl auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke wird durch die Landes= justizverwaltung bestimmt.

(Entw. § 67.)

Zu Abs. 3.

8. Es ist hier von bemjenigen Landgericht bie Rebe, mit welchem bas Schwurgericht versbunden ist; vgl § 82 Note 4.

9. Sobalb bem Borsigenben bie Ernennung befannt gemacht ift, hat berselbe bie Geschäfte, welche bie StBD. (vgl. insbes. SS 218, 220) bem Borsigenben überträgt, zu übernehmen. — Bon bemselben Zeitpunkt ab liegt in Berhinder ungsfällen bie Bertretung besselben nicht bem Borssigenben ber Straffammer, sonbern bem ernannten Stellvertreter ob (ber übrigens selbstverftandslich mit jenem ibentisch sein kann). In bringlichen Fällen kann ber Umftand, bag ber Borsigenbe sich nicht am Orte bes Schwurgerichts befindet, ben Anlaß zur Bertretung bieten.

3u § 84.

1. Bgl. § 31 u. bie Roten baf., fomie § 96.

3u § 85.

1. Das Schöffenamt und bas Geschworenenamt beruhen auf gang gleicher Grunblage. * Bgl. bie Roten ju SS 32-35, sowie biejenigen ju ben einzelnen SS 32, 33, 34, 35.

2. In Betreff ber Urlifte f. § 36 u. Rote 1, 2 baf., fomie §§ 37-39, 41, 42; in Betreff ber übrigen Gefcmorenenliften: Rote 1 gu §§ 87-94.

3. Bgl. StBD. SS 279, 280 u. bie Roten bas.

3u \$ 86.

1. Unter ber Zahl ber für jebes Schwurgericht erforberlichen Geschworenen ist, wie sich aus bem zweiten Sate bes § 87 ergiebt, bie Zahl ber in die Jahreslisten (§ 89 Abs. 2, § 90) auf zunehmenben Geschworenen zu verstehen. — Die Landesjustizverwaltung muß die Zahl ber haupt= geschworenen und die ber hülfsgeschworenen besonders sestleten (§ 89 Abs. 2).

- 2. Die Zahl ber "erforberlichen" Geschworenen ift von ber Zahl ber jährlichen orbentlichen Sitzungsperioden bes einzelnen Schwurgerichts abhängig. Es genügt jedoch keineswegs,
 bieselbe so zu bestimmen, daß auf jede Sitzungsperiode 30 Hauptgeschworene gerechnet werden
 und die so gesundene Zahl um diesenige der ersorderlichen Hülfsgeschworenen vermehrt wird;
 vielmehr muß die Zahl der Geschworenen sehr erheblich größer normirt werden. Denn es ist auf
 bie Möglichkeit, daß im Lause des Jahres Geschworene durch den Tod oder auf andere Beise in
 Begsal kommen oder durch Krankheit zo. an der Ausübung des Geschworenenamtes verhindert
 werden, Rücksicht zu nehmen; auch ist in Betracht zu ziehen, daß die Abhaltung einer außers
 ordentlichen Sitzungsperiode nothwendig werden kann. Für Preußen vol. Allg. Berf. des
 Just-Win. v. 22. Mai 1882 (JWBl. S. 146).
 - 3. Die Bertheilung ber Bahl ber ju Geschworenen vorzuschlagenden Berfonen auf bie eine

§. 87.

Der alljährlich bei bem Amtsgerichte für die Wahl der Schöffen zusammenstretende Ausschuß (§. 40) hat gleichzeitig diejenigen Personen aus der Urliste auszuwählen, welche er zu Geschworenen für das nächste Geschäftsjahr vorschlägt. Die Borschläge sind nach dem dreisachen Betrage der auf den Amtsgerichtsbezirk verstheilten Zahl der Geschworenen zu bemessen.

(Entm. §. 68.)

§. 88.

Die Namen der zu Geschworenen vorgeschlagenen Personen werben in ein Berzeichniß aufgenommen (Borschlagsliste).

(€xtm. § 69.)

§. 89.

Die Vorschlagsliste wird nebst ben Ginsprachen, welche sich auf die in dieselbe aufgenommenen Personen beziehen, bem Präsidenten bes Landgerichts übersendet.

zelnen Amtögerichtsbezirke ift nothwendig, weil bie Borschlagslifte für jeben Amtögerichtsbezirk bes sonders aufzustellen ist (§§ 87, 88). — Die Unterscheibung zwischen Hauptgeschworenen und hulfsgeschworenen kommt bei der Bertheilung nicht in Betracht (§ 89 Abs. 3).

4. — "Landesjustigvermaltung" — hierüber f. § 22 Rote 5. — Für Preußen vgl. § 4. 5 ber Allg. Berf. bes Just.: Min. v. 22. Juli 1879 (JMBl. S. 195).

3u 88 87-94.

- 1. Die §§ 87—90 regeln die Auswahl ber Geschworenen (haupt- und hulfsgeschworenen) für das Geschäftsjahr, die §§ 91, 94 Abs. 2 biejenige der hauptgeschworenen für die einzelnem Sibungsperioden. Bei der ersteren sind der Ausschuß (§ 87) und das Landgericht (§ 89 Abs. 2) die bestimmenden Faktoren; bei der letteren entschiebet nur das Loos (§ 91 Abs. 1). Die einzelnen Stadien, in welche das Auswahlversahren zerfällt, werden durch die verschiedenen Listen bezeichnet. Es sind dies, von der Urliste (§ 36) abgesehn, solgende: a. die Borschlagsliste, ausgestellt auf Grund der Urliste mittelst Bahl seitens des Ausschusses (§ 87, 88); b. die Jahresliste der Hauptgeschworenen und die Jahresliste der Hülfsgeschworenen, ausgestellt aus Grund der Borschlagsliste mittelst Bahl seitens des Landgerichts (§§ 89, 90); c. die Spruchliste der hauptgeschworenen, ausgestellt für die einzelne Situngsperiode aus Grund der Jahresliste mittelst Ausloosung seitens des Landgerichts (§ 91 Abs. 2). In Betress bet weiteren Berwendung der Jahresliste der Hülfsgeschworenen serwendung der Fahresliste der Hülfsgeschworenen serwendung der Fahresliste der Hülfsgeschworenen serwendung der
- 2. Die Bilbung ber Gesch worenenbant für bie einzelnen Sachen ift ein Bestanbtheil ber hauptverhandlung und haber in ber StBD. (SS 278-286) geregelt.

3# \$ 87.

- 1. Bgl. bie vorstebenben Noten au SS 87-94.
- 2. Vgl. § 42 Rote 10.
- 3. In Betreff ber auf ben Amtsgerichtsbezirt vertheilten Bahl ber Geschworenen f. § 86 und Rote 3 bal.
- 4. Bei Aufstellung ber Borichlagslifte fommt bie Unterscheidung zwischen haupt geschworenen und hulfsgeschworenen nicht in Betracht (§ 89 Abf. 3).

3u § 88.

1. Bgl. oben Rote 1 au \$\$ 87-94.

3u § 89.

1. Bgl. oben Rote 1 ju SS 87-94.

2. Rur folde Ginfprachen find bem Landgericht zu übersenben, welche fich auf die in die Borichlagslifte aufgenommenen Personen beziehen. In Betreff dieser Ginsprachen ift die vom Ausschuf getroffene Entscheidung nur eine vorläufige; val. § 41 Rote 2.

Der Präsident bestimmt eine Situng des Landgerichts, an welcher fünf Mitglieber mit Einschluß des Präsidenten und der Direktoren Theil nehmen. Das Landgericht entscheidet endgültig über die Einsprachen und wählt sodann aus der Vorsschlagsliste die für das Schwurgericht bestimmte Zahl von Hauptgeschworenen und Hülfsgeschworenen.

Als Hülfsgeschworene sind solche Personen zu mahlen, welche an bem Sitzungsorte bes Schwurgerichts ober in bessen nachster Umgebung wohnen.

(Entw. § 70.)

§. 90.

Die Namen der haupt- und hulfsgeschworenen werben in gesonderte Jahres= liften aufgenommen.

(Entw. §. 71.)

- 3. "bes Lanbgerichts" hierzu vgl. § 99 Abf. 2.
- 4. Die nach Abs. 2 zu bilbenbe Abtheilung bes Landgerichts ift (gleich ber in § 91 Abs. 1 bezeichneten) nicht mit ber Straffammer ibentisch. Der Präsibent bestimmt, wer von ben Direktoren und Mitgliebern bes Landgerichts an ber Sigung Theil zu nehmen habe; ba es sich hier nicht um bie Bilbung einer Kammer handelt, so finden die §§ 62, 63 nicht Anwendung. Die Zuziehung ber Direktoren ift nicht unbedingt vorgeschrieben, sondern in das Ermessen bes Präsibenten gestellt; das Geseh will nur sagen, daß die etwa zugezogenen Direktoren, wie auch der Präsibent selbst, in der Zahl fünf inbegriffen sind.
- 5. Die Sigung ift nicht öffentlich. Die Staatsanwaltschaft nimmt an berselben nicht Theil; auch bedarf es ber Zuziehung eines Gerichtsschreibers nicht. Bgl. bagegen § 91 Abs. 1, 3.
- 6. a. Bei ber Bahl ber Geschworenen hat bas Landgericht von Amtswegen bie vom Aussichus etwa übersehenen Gründe ber Unfähigkeit (§§ 31. 32) ober ber Nichtberufung (§§ 33. 34) zu beachten. Dasselbe gilt von solchen Ablehnungsgründen (§ 35), beren Geltendmachung entweber schon erfolgt ober boch voranszusehen ift; vgl. § 35 Rote 2 sowie § 94 Rote 8 b.
- b. Die in § 86 bezeichnete Bertheilung auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke ift fur bie Bahl ohne Bebeutung; bas Landgericht mahlt die Geschworenen ohne Rudficht barauf, in welchem Amtsgerichtsbezirk fie wohnhaft find. Bezüglich ber hulfsgeschworenen erfahrt bies eine Einschränkung burch bie Bestimmung bes Abs. 3.
- c. Fur bie Bahl gilt, ba bas Gefet befonbere Borfchriften über fie nicht giebt, ber Grunds fan bes § 198 Abf. 1: fie erfolgt nach ber absoluten Mehrheit ber Stimmen.
 - 7. "bie bestimmte Babi" hieruber f. § 86 u. Rote 1 baf.
- 8. Die hülfsgeschworenen sind bestimmt, zur Ansübung des Geschworenenamts berufen zu werden, sobald bei dem Beginn einer schwurgerichtlichen hauptverhandlung sich ergiebt, daß die Bahl der anwesenden Geschworenen weniger als 24 beträgt; das Nähere s. StPD. § 280. "Hülfsgeschworener" ist nicht gleichbebeutend mit "Ergänzungsgeschworener"; hierüber s. GBG. § 194. Im Gegensat zu den hülfsgeschworenen werden die übrigen, in die Jahreslisten auszusnehmenden Personen als hauptgeschworene bezeichnet.
 - 9. Riemand barf jugleich jum Saupt: und jum Sulfsgeschworenen gemablt werben.
- 10. Der Grund ber Bestimmung bes Abs. 3 ift ber : bie heranziehung ber Bulfsgeichworenen soll möglicht ohne Zeitverluft bewirft werben konnen. Es verfteht sich übrigens, baß bie in Abs. 3 gebachten Bersonen, statt zu hulfsgeschworenen, auch zu hauptgeschworenen gewählt werben konnen.
- 11. Es wird zwedmäßig fein, bie ju Gulfsgeschworenen gemählten Bersonen von ber erfolgten Bahl und von ber Zeit ber Sigungsperioben zu benachrichtigen, bamit eine etwaige Einberufung fie nicht unvorbereitet finde. Lgl. § 46 Rote 3.

Bu # 90.

1. Ueber bie weitere Berwenbung ber Jahreslifte ber Sauptgeschworenen f. S 91. Die Jahres-

Digitized by GOOGLE

§. 91.

Spätestens zwei Wochen vor Beginn ber Styungen des Schwurgerichts werden in öffentlicher Sitzung des Landgerichts, an welcher ber Präsident und zwei Mitglieder Theil nehmen, in Gegenwart der Staatsanwaltschaft dreißig Hauptgeschworene ausgelooft. Das Loos wird von dem Präsidenten gezogen.

Auf Geschworene, welche in einer früheren Sitzungsperiobe besselben Geschäftsjahres ihre Verpflichtung erfüllt haben, erstreckt die Ausloosung sich nur bann, wenn
bies von ihnen beantragt wirb.

Ueber die Ausloofung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protokoll auf= genommen.

(Eutm. § 72)

§. 92.

Das Landgericht übersendet das Berzeichniß der ausgeloosten Hauptgeschworenen (Spruchliste) dem ernannten Borsitzenden des Schwurgerichts.

(Cutu. § 73.)

lifte ber Hulfsgeschworenen fommt erst mahrend ber Sitzungen bes Schwurgerichts (erforberlichensials) zur Berwendung; sie wird für alle Sitzungsperioben bes Geschäftsjahres aufgestellt; bas Rabere f. StBD. § 280.

3t § 91.

1. Der f handelt von der Bilbung der Spruchlifte (§ 92) für die einzelne Situngs = perio de; diefelbe erfolgt mittelft Ausloofung aus der Jahreslifte der Hauptgeschworenen (§ 90); vgl. oben Note 1 zu §§ 87—91.

Bu Abs. 1.

- 2. Die Ausloofung hat fich, mit ber in Abs. 2 bestimmten Beschräufung, jedesmal auf alle in der Jahresliste verzeichneten Personen zu erstreden; das Geseh legt dem Landgericht nicht die Besugniß bei, aus Anlaß der Ausloosung eine Berichtigung der Jahresliste (vgl. § 52) vorzunehmen; vgl. § 94 Note 8b u. StPD. § 279. A. M. Keller S. 118, ter das Landgericht sür besugt erachtet, vor der Ausloosung solche Personen in der Jahresliste zu streichen, welche leit Bildung der letteren unfähig geworben oder gestorben sind; ähnlich auch Stenglein S. 48.
- 3. Die Ausloosung ift bier, wie in § 45, unter bie Kontrole ber Ceffentlich feit gestellt.

 hinsichtlich ber Theilnahme ber Staatsanwaltichaft an ber Sigung weicht § 91 von § 45 ab; vgl. bort Note 4.
 - 4. Bgl. § 89 Rote 3, 4.

Bu Abs. 2.

- 5. "ihre Berpflichtung erfüllt haben" hierüber f. § 35 Note 6. Bersonen, welche in einer fruheren Sigungsperiobe als Geschworene zwar einberufen waren, indeß ihre Berpflichtung nicht erfüllt haben, burfen nicht von ber Ausloofung ausgeschlossen werben.
- 6. In Folge ber Bestimmung bes Abs. 2 verringert fich regelmäßig mit jeber späteren Sibungsperiobe bie Bahl ber bei ber Ausloosung betheiligten hauptgefchworenen.
- 7. Ift ein Geschworener, ber in einer früheren Sigungsperiobe seine Berpflichtung erfüllt hatte, ohne seinen Antrag, also unter Richtbeachtung ber Bestimmung bes Abs. 2, in bie Aussolung eingeschlossen und ausgelooft worben, so ist er berechtigt, ber Einberufung zu wibers sprechen; seinem Gestiche um Zurudnahme ber letteren muß stattgegeben werben. -- Auf ein solches Gesuch findet § 94 Anwendung.

Bu Abs. 3.

8. Das Protofoll ift von bem Prafibenten und bem Gerichtsichreiber zu unterschreiben. Bgl. StBD. § 271.

Bu § 92.

1. - "Spruchlifte" - hierzu f. oben Rote 1 ju SS 87-94.

Digitized by Google

1

§. 93.

Die in der Spruchliste verzeichneten Geschworenen werden auf Anordnung des für das Schwurgericht ernannten Vorsitzenden zur Eröffnungssitzung des Schwurgerichts unter hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleidens geladen.

Zwischen ber Zustellung ber Labung und ber Eröffnungssitzung soll thunlichft bie Frift von einer Woche, jedoch minbestens von brei Tagen liegen.

(Cutm. § 74.)

§. 94.

Ueber die von Geschworenen geltend gemachten Ablehnungs: und hinderungsgründe erfolgt die Entscheidung nach Anhörung der Staatsanwaltschaft durch die richterlichen Mitglieder und, so lange das Schwurgericht nicht zusammengetreten ift, burch den ernannten Vorsitzenden des Schwurgerichts. Beschwerde findet nicht statt.

An Stelle ber wegfallenben Geschworenen hat ber Vorsitzenbe, wenn es noch geschehen kann, aus ber Jahresliste durch Ausloosung andere Geschworene auf bie Spruchliste zu bringen und beren Labung anzuordnen. Ueber die Ausloosung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.

(Entw. § ?5.)

Au & 93.

- 1. Der Borsitzenbe kann an ber burch die Ausloosung festgestellten Spruchlifte keinerlei Beranberungen vornehmen; er hat lebiglich die Labung ber Geschworenen anzuordnen (was strenggenommen überfluffig ift). Die Erlassung ber Labungen liegt ber Staatsauwaltschaft ob (StPD. § 213).
 - 2. In Betreff ber gefetlichen Folgen bes Musbleibens f. SS 56, 96 Mbf. 1.
- 3. Der Grund ber Bestimmung bes Abs. 2 ift ber: es soll ben Geschworenen hinreichenbe Zeit zur Ordnung ihrer Geschäfte gelassen werden (Mot. S. 56). Uebrigens hat die Bestimmung selbst insoweit, als sie die breitägige Frist sesslet, nur eine instruktionelle Bebeutung: ein Geschworener, dem diese Frist verkürzt wird, hat nicht das Recht, die Berufung dieserhalb abzulehnen (gl. A. John S. 403); doch wird er unter Umständen verlangen können, daß er für die ersten Sigungstage von der Dienstleistung entbunden werde.

Ru \$ 94.

Bu Abj. 1.

- 1. Die Bestimmung bes Abs. 1 bezieht sich gleichmäßig auf ben Fall, wenn ein Geschworener für die ganze Sihungsperiode ober boch für ben ganzen noch übrigen Theil berfelben entlaffen, wie auch auf ben, wenn er nur für einzelne Sihungstage beur aubt fein will. Bgl. Note 10.
- 2. Die Mot. S. 56 bemerten: "Die Enthebung eines Geschworenen von ber Dienstleistung, nachbem berselbe in die Spruchliste ausgenommen ist, kann aus verschiedenen Gründen nothwendig werden. Es kann sich nachträglich herausstellen, daß ein Geschworener nicht hätte berusen werden (§§ 33, 34, 97) ober daß er nicht hätte zur Ausloosung kommen sollen (§ 91 Abs. 2). Auch kann ein Geschworener von einem Ablehnungsrechte Gebrauch machen (§ 35). Außerdem komnen thatsächliche Gründe vorliegen, welche aus Billigkeitsrücksichten die Entbindung eines Geschworenen von der ganzen Dienstleistung oder von einzelnen Situngen rechtfertigen. (Bgl. § 54.) Alle diese Gründe umfaßt der § 94 mit dem Ausdrucke "Ablehnungs= und hinderungs= gründe". Unerwähnt lassen die Mot. den Fall, wenn ein Geschworener seine Unfähigkeit zum Geschworenenamt (vgl. § 85 u. Rote 1 das.) geltend macht, und andererseits wird der Kall der Unfähigkeit in der StBO. § 279 besonders hervorgehoben. Hieraus ift indeß nicht zu sollgern, daß § 94 auf die Unsähigkeitsgründe nicht Anwendung sinde; vielmehr kann auch über das Bor-

^{2.} In Betreff bes Rechts bes Angeklagten auf Mittheilung ber Spruchlifte bezw. auf Ginficht berfelben f. StBD. § 277.

handensein eines Unfähigkeitsgrundes ichon vor dem Zusammentritt des Schwurgerichts durch den Borsitzenden entschieden werden (gl. A. v. Schwarze S. 62, Thilo S. 139, Stenglein S. 49, Turnau, I S. 420; a. M. Keller S. 120). Durch die Erwähnung der Unfähigkeit in der StPO. § 279 soll nur ausgesprochen werden, daß Unfähigkeitsgründe (wegen der event. eintretenden Richtigkeit des Versahrens) selbst noch in der Hauptverhandlung von Amtswegen berücksichtigt werden müssen. — Gründe, welche die Ausschließung eines Geschworenen in einer einzelnen Sache bewirfen (StPO. §§ 22, 32), gehören nicht, wie Stenglein S. 49 meint, hierher, könznen vielmehr nur in der betr. Hauptverhandlung (StPO. § 279) erörtert werden.

- 3. Die Geltenbmachung von Ablehnungsgrund en (§ 35) ift, ba § 53 auf die Geschwortenen nicht Anwendung findet, an eine Frist nicht gebunden. Es läßt sich daher auch nicht ausstellen, daß ein Geschworener, wenn er ohne Widerspruch an einer Sigung des Schwurgerichts Theil nimmt, hierdurch seines Ablehnungsrechts für die folgenden Sigungstage verlustig gehe, A. D. Reller StBD. S. 358.
- 4. Die Gesuche der Geschworenen um Entlassung zc. sind, so lange das Schwurgericht noch nicht zusammengetreten ist, schriftlich anzubringen. Der Beschleunigung wegen wird sich die Einzeichung bei dem Landgericht (nicht bei dem vielleicht entsernt wohnenden Borsitzenden des Schwurgerichts) empsehlen, da das Gesuch zunächst der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zur Erflärung vorgelegt werden muß. Während der Sitzungsperiode des Schwurgerichts können die Gesuche sowohl schriftlich als nundlich angebracht werden.
- 5. Die Anhörung ber Staatsanwaltschaft ift hier (im Gegensatz zu § 54) für alle Falle vorgeschrieben, weil eine Berminderung der Zahl der Geschworenen zu Verzögerungen führen tann und somit das öffentliche Interesse berührt (Mot. S. 57).
- 6. "burch bie richterlichen Mitglieber" also burch bas "Gericht"; vgl. § 81 u. Rote 1 bas.
- 7. Da bie hier in Rebe ftehenben Enticheibungen, auch wenn fie nach bem Busammenstritt bes Schwurgerichts erfolgen, nicht Bestandtheile ber hauptverhandlung in einer einzelnen Sache find, so brauchen sie nicht nothwendig in einer Situng bes Schwurgerichts, b. h. in Anwesenheit ber Geschworenen, erlassen zu werden; vielmehr können sie auch in einer berathenben Situng ber richterlichen Mitglieber ersolgen. Uebrigens wird es sich empsehlen, alle Entscheidungen, welche eine Beränderung bes Geschworenenpersonals zur Folge haben, in der Situng bes Schwurgerichts zu verkünden. Bgl. StBD. § 279.
- 8. a. Eine Beichwerde gegen bie Entscheidung sieht weber bem betr. Geschworenen noch ber Staatsanwaltschaft zu. Dagegen wird eine Ansechtung des Urtheils wegen Mitwirkung eines unfähigen Geschworenen (StPD. § 377 Nr. 1) in keinem Falle daburch ausgeschlossen, daß über ben betr. Unfähigkeitsgrund gemäß § 94 entschieden und das Vorhandensein besselben verneint worden ist. Bgl. § 41 Note 2.
- b. Die Birkung einer Entscheidung, welche das Borhandensein eines Unjähigkeits, Richtsberufungs: oder Ablehnungsgrundes anerkennt, erstreckt sich stets nur auf die einzelne Sikungs periode. Eine Berichtigung der Jahresliste (SS 89, 90), wie solche in Betress der Schöffen in § 52 Abs. 1 angeordnet ist, sieht dem Schwurgericht nicht zu und ist überhaupt im Gese nicht vorgesehen; vgl. Reller S. 120. In letterem Bunkte a. M. Turnau I. S. 415, welcher annimmt, das auch im Laufe des Geschäftsjahres das Landgericht in der durch § 89 bestimmten Zusammenssehung Entscheidungen erlassen und die Jahresliste berichtigen dürse.
 - Зи Ябј. 2.
- 9. Indem das Geset es ermöglicht, die wegsallenden Geschworenen alsbald durch andere hauptgeschworene zu ersetzen, will es die heranziehung der hillsgeschworenen (StBO. § 280) auf möglichst seltene Källe beschränken (Mot. S. 57).
- 10. Unter "wegfallenben" Geschworenen find nur folche zu verfieben, die für die ganze Sipungsperiode ober boch für ben ganzen Rest berfelben entlassen metben, nicht aber folche, welche für einen ober mehrere Tage beurlaubt werben und bemnächft wieder zu erscheinen haben.
 - 11. Aus bem Bortlaut ber Bestimmung ("ber wegfallenden Geschworenen" "andere Ge-

§. 95.

Erstreckt sich eine Sitzungsperiode bes Schwurgerichts über ben Endtermin bes Geschäftsjahres hinaus, so bleiben bie Geschworenen, welche zu berselben eins berufen sind, bis zum Schlusse ber Sitzungen zur Mitwirkung verpflichtet.

(Entm. \$ 76.)

§. 96.

Die Bestimmungen ber §§. 55, 56 finden auch auf Geschworene Anwendung. Die im §. 56 bezeichneten Entscheidungen werden in Bezug auf Geschworene von ben richterlichen Mitgliebern bes Schwurgerichts erlaffen.

(Entw. \$ 17.)

- 12. Die in Abs. 2 vorgesehene Ergänzung ber Spruchliste burch Ausloosung von Ersatmännern aus ber Jahrekliste ber hauptgeschworenen ist nur bis zum Beginn ber Situngen bes Schwurgerichts statthaft; zu einer Ergänzung bes Geschworenenpersonals mahrenb ber Situngsperiode sind die Hilfsgeschworenen bestimmt (StPO. § 280); vgl. Reller S. 121. Demzentsprechend sind die an sich unklaren Worte: "wenn es noch geschehen kann", dahin zu verzstehen, daß eine Ausloosung von Ersatmännern so lange stattsinden soll, als anzunehmen ist, daß das rechtzeitige Erscheinen berselben noch zu bewirfen sein werde. Uedrigens tritt die Einderusung eines Ersatmannes nicht wieder außer Kraft, wenn diese Annahme sich demnächst als irrig erzweist, b. h. wenn der Einderusene statt bei Eröffnung der Situngsperiode erst an einem späteren Tage erscheint. Die Fristbestimmung des § 93 Abs. 2 ist hier nicht anwendbar; gl. A. Turnau I. S. 423; a. M. Thilo S. 140, Haud S. 129.
 - 13. Auch fur bie Austofung ber Erfaymanner gilt bie Borfchrift bes § 91 Abf. 2.
- 14. Bon ben bie Förmlichkeiten ber Ausloosung betreffenben Bestimmungen bes § 91 ift nur bie auf bas Prototol bezügliche in § 94 wiederholt. Hieraus ist zu entnehmen, daß bie Ausloosung nicht in öffentlicher Sitzung zu geschehen hat und baß es der Zuziehung zweier Gerichtsmitglieber und ber Anwesenheit der Staatsanwaltschaft nicht bedarf; so: Wer. I. 4. Oft. 80 (Entsch. II. 312, Rspr. II. 296). Es enthält jedoch andererseits keine Berlehung des Gesets, wenn die Ausloosung öffentlich zc. erfolgt: Reer. III. 24. Sept. 81 (Entsch. V. 21, Rspr. III. 530). Bgl. Keller S. 121.
- 15. Unter bem Gerichtsschreiber ift, wie in § 91, nur berjenige bes betr. Landgerichts zu versitehen; sonach kann auch die Ausloosung ber Ersahmänner nur am Sibe bes Landgerichts stattfinden, sollte auch ber Borsibenbe bes Schwurgerichts nicht Mitglied bieses Landgerichts sein (vgl. § 83 Abs. 1). Nöthigenfalls ist die Ausloosung durch ben Stellvertreter bes Borsibenden (§ 83 Abs. 2) vorzunehmen.

3u § 95.

1. Die Bestimmung ift nothwendig, weil die Auswahl ber Geschworenen stets nur für ein Geschäftsjahr erfolgt (Dot. S. 57). Bgl. § 50.

Bu # 96.

- 1. § 55 handelt von ber Bergütung ber Reifetoften; vgl. baf. Rote 2. Bgl. auch § 84.
- 2. § 56 betrifft bie gegen Geschworene gu verhängenben Orbnungsftrafen 2c. Das in ben Roten gu jenem & Bemerfte finbet auch hier entsprechenbe Anwendung.
- 3. "von ben richterlichen Mitgliebern" hierzu f. § 81 Note 1. § 82 Rote 3. Rach Beenbigung ber Sigungsperiobe find bie alsbann noch erforberlichen Entscheibungen von ber Straffammer zu erlaffen (§ 82).

fcmorene") ift nicht zu folgern, bag nothwendig eine Dehrheit von Geschworenen ausgelooft werben muffe; vielmehr kann nach Abs. 2 verfahren werben, sobalb auch nur ein Geschworener in Begfall kommt.

§. 97.

Niemand foll für dasselbe Geschäftsjahr als Geschworener und als Schöffe bestimmt werben.

Ist dies bennoch geschehen, ober ist Jemand für dasselbe Geschäftsjahr in mehreren Bezirken zu diesen Aemtern bestimmt worden, so hat der Einberusene dassenige Amt zu übernehmen, zu welchem er zuerst einberusen wird.

(Entw. \$ 78.)

§. 98.

Die Straffammer bes Landgerichts kann bestimmen, daß einzelne Sitzungen bes Schwurgerichts nicht am Sitze bes Landgerichts, sondern an einem anderen Orte innerhalb bes Schwurgerichtsbezirks abzuhalten seien.

In diesem Falle wird für diese Sitzungen von dem Landgerichte eine besondere Lifte von Hulfsgeschworenen gebildet.

(Entm. § 79)

3u § 97.

- 1. Die Bestimmung erganzt bie Borschriften ber §§ 33, 34 (Mot. S. 57). Es wird also hier nicht ein bloges Ablehnungsrecht (§ 35) gewährt; vielmehr hat ber Ausschuß (§§ 42, 87) bie Bestimmung stets von Amtswegen zu beachten.
- 2. Ein Untericied zwifchen ben Saupticoffen und Sauptgeschworenen einerseits und ben Sulfsicoffen und Sulfsgeschworenen greift bei Anwendung ber Bestimmung nicht Blat.
- 3. Die Bestimmung bes Abs. 2 umfaßt zwei vericiebene Falle. Der erste Fall ift ber, wenn Jemand für basselbe Geschäftsjahr zu beiben Aemtern, bem Schöffenamt und bem Geschworeneramt, berufen wird, in welchem Falle es mit Rücksicht auf Abs. 1 gleichgültig erscheint, ob bie Berufung in verschiebenen Gerichtsbezirken ober in bemselben Gerichtsbezirk erfolgt. Der andere Fall ift ber, wenn Jemand in verschiebenen Bezirken zu bem gleich en Amte berufen wird; bieser Fall ift bentbar, wenn Jemand einen boppelten Bohnsit hat (Mot. S. 57).
- 4. Nach Abs. 2 soll nicht bie früher erfolgte Bestimmung (Abs. 1), sonbern bie früher erfolgte Einberufung maßgebenb sein; es fragt sich baher, was unter Einberufung im Sinne des § 97 zu verstehen ist. Bei den Hauptschöffen stellt die für das ganze Geschäitsjahr im Boraus erfolgende Benachrichtigung (§ 46 Abs. 1) die Einberusung dar. Dasselbe muß bei denjenigen Hilfschöffen gelten, welche an die Stelle eines wegsallenden Hauptschöffen für dessen ganzen Dienst treten; im Uebrigen aber kann bei den Hülfsschöffen nur die Ladung zu einer bestimmten Sitzung als Einberusung angesehen werden, nicht die allgemeine Benachrichtigung von der Bahl zum Hülfsschöffen, da aus der Wahl allein noch nicht nothwendig solgt, daß der Gewählte zur Aussübung des Schöffenamts auch wirklich werde herangezogen werden (vgl. § 46 Note 3). Bei den Hauptgeschworenen wie bei den Hilfsgeschworenen ist unter der Einberusung die Ladung zu einer bestimmten Sitzungsperiode bezw. zu dem noch übrigen Theile einer solchen zu verstehen; in Betreff der allgemeinen Benachrichtigung der Hülfsgeschworenen (vgl. § 89 Note 12) gilt dassenige, was vorstehend in Betreff der Hülfsschöffen gesagt ist. Uebrigens ist die Einberusung erst mit der Zustellung, nicht der Berfügung, maßgebend.

3u # 98.

1. Die Mot. S. 57 bemerken: "Die Bestimmung beruht auf geschäftlichen Rudslichten. Sie wird namentlich bann von praktischem Berthe sein, wenn besonderer Berhältnisse wegen die Abhaltung ber Sihung an dem Sibe bes Landgerichts mit unverhältnismäßigen Kosten ober sonstigen Unzuträglichseiten verknüpft sein würde, 3. B. wenn eine große Anzahl von Zeugen zu laben ift, welche größtentheils an demselben vom Landgerichte weit entsernten Orte wohnen, wenn wegen Ausbruchs einer Epidemie am Orte des Landgerichts die Abhaltung von Schwurgerichtssihungen an diesem Orte vermieden werden muß, ober wenn zur Berhandlung eines in einer

§. 99.

Die Landesjustizverwaltung kann bestimmen, daß die Bezirke mehrerer Landsgerichte zu einem Schwurgerichtsbezirke zusammengelegt und die Sitzungen bes Schwurgerichts bei einem der Landgerichte abgehalten werben.

In biesem Falle hat das Landgericht, bei welchem die Sitzungen des Schwurgerichts abgehalten werden, und der Präsident desselben die ihnen in den §§. 82—98 zugewiesenen Geschäfte für den Umfang des Schwurgerichtsbezirks wahrzunehmen.

Die Mitglieber bes Schwurgerichts mit Einschluß bes Stellvertreters bes Borfitzenden können aus der Zahl der Mitglieder der im Bezirke des Schwurgerichts
belegenen Landgerichte bestimmt werden.

(Entw. § 89.)

Sefangenenanstalt verübten Berbrechens Gefangene als Angeklagte ober Zeugen zu laben find, beren Transport nach bem Orte bes Schwurgerichts schwierig und gefährlich ware. In solchen Fällen kann es ben Umständen nach angemessen sein, die betreffenden Sitzungen an dem geeigneten anderen Orte abzuhalten." — Der hier vorgesehene Fall ift nicht zu verwechselu mit dem Falle des § 15 ber StBO.: in dem ersteren geht die Sache nicht auf ein anderes Gericht über, sondern das Gezricht tritt an einem anderen Orte seines Bezirks zusammen.

- 2. Benngleich bas Gefet nur von "einzelnen Situngen" fpricht, so tann bie in § 98 bestimmte Anordnung boch auch in Ansehung aller Situngen einer Situngsperiobe getroffen werben. Es erhellt bies baraus, bag bie Mot. (Note l) als Beispiel ben Fall bes Ausbruchs einer Epibeinie ermähnen.
- 3. Besteht ber Schwurgerichtsbezirk aus ben Bezirken mehrerer Landgerichte, so kann bie hier vorgesehene Abhaltung von Situngen, statt am Orte besjenigen Landgerichts, mit welchem bas Schwurgericht dauernd verbunden ift (vgl. § 99 Rote 3), auch am Site eines ber anderen Landgerichte erfolgen. In diesem Falle kann das Schwurgericht auch ausschließlich mit Mitgliedern bessenigen Landgerichts besethen, bei welchem die Situng oder Situngsperiode abgehalten wird (§ 99 Abs. 3).
 - 4. Ueber ben Grund ber Bestimmung bes Abs. 2 f. § 89 Mbs. 3 u. Rote 11 baj.
- 5. Die Bilbung ber besonberen Lifte von Gulfsgeschworen en erfolgt auf Grund ber Borfdlagslifte in ber in § 89 Abf. 2 bestimmten Beise. Bersonen, welche bereits auf ber Jahreblifte ber hauptgeschworenen fteben, burfen in bie erfigebachte Lifte nicht aufgenommen werben.
- 6. Der f fpricht nur von Situngen bes Schwurgerichts. Darüber, ob bie Straf= tammer aus Zwedmäßigkeitsgründen eine hauptverhandlung außerhalb bes Sites bes Land= gerichts, also an einem anderen Orte ihres Bezirkes, abhalten burfe, enthält bas Geset keine Bestimmung. Das RGer. hat die Frage bejaht: III. 20. Rov. 84 (Entich. XI. 352, Ripr. VI. 749).

3u § 99.

Bu 216f. 1.

- 1. "Landesjuftizvermaltung" hierüber f. § 22 Rote 5 und für Breußen: Allg. Berf. bes Juft.: Min. v. 22. Juli 1879 § 1 (IMBI. S. 195).
- 2. Die Bestimmung bes § 99 hat in Preußen bisher nicht Anwendung gesunden; dagegen ift sie angewendet in dem Bertrage zwischen Preußen und den Thüringischen Staaten v. 11. Nov. 1878, betr. die Errichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte zu Gera und Meiningen (preuß. GS. S. 216). Ebenso in § 22 des Mecklend. Schwerinschen Anst. Ges. v. 17. Mai 1879 (Reg Bl. S. 131), wonach für die Mecklen d. Großherzogthilmer nur ein Schwurgericht (Güstrow) bestieht. Auch in Bayern hat vielsach die Bereinigung mehrerer Landgerichtsbezirke zu einem Schwurgerichtsbezirk stattgesunden (Bek. des Just. 2011. v. 30. Apr. 1879, JWBI. S. 176).
- 3. Das Schwurgericht muß mit einem ber Lanbgerichte bauernb verbunden fein; eine Abmechselung unter ben mehreren Lanbgerichten in ber Art, bag bie Sigungen bes Schwur=

Digitized by GOOGIC

Siebenter Titel.

Rammern für handelssachen.

§. 100.

Soweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfniß als vorhanden annimmt, können bei den Landgerichten für deren Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Theile berselben Kammern für Handelssachen gebildet werden.

Solche Kammern können ihren Sit innerhalb bes Landgerichtsbezirks auch an Orten haben, an welchen bas Landgericht seinen Sit nicht hat.

(Entw. § 81.)

§. 101.

Bor bie Kammern für Handelssachen gehören nach Maßgabe ber folgenden Borschriften biejenigen ben Landgerichten in erster Instanz zugewiesenen bürgerslichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch:

- 1. gegen einen Kaufmann (Art. 4 bes Handelsgesethuchs) aus Geschäften, welche auf Seiten beiber Kontrahenten Handelsgeschäfte (Art. 271—276 bes Handelsgesethuchs) sind;
- 2. aus einem Bechsel im Sinne ber Bechselorbnung;
- 3. aus einem ber nachstehend bezeichneten Rechtsverhältniffe geltend gemacht wird:
 - a) aus bem Rechtsverhältnisse zwischen ben Mitgliebern einer Handelsgesellsschaft, zwischen dem stillen Gesellschafter und dem Inhaber eines Handelszgewerbes, zwischen den Theilnehmern einer Vereinigung zu einzelnen Handelsgeschäften oder einer Vereinigung zum Handelsbetriebe (Art. 10 des Handelsgesethuchs), sowohl während des Bestehens als nach Auflösung des geschäftlichen Verhältnisses, sowie aus dem Rechtsverhältnisse zwischen den Liquidatoren oder den Vorstehern einer Handelsgesellschaft und der Gesellschaft oder den Mitgliedern der Gesellschaft;

gerichts balb bei dem einen, balb bei dem anderen abzuhalten wären, ist nicht zugelassen. Bgl. übrigens § 98 Note 3.

Bu Abs. 2.

^{4.} Ein Landgericht, mit welchem bas Schwurgericht nicht verbunden ift, hat weber solche Beschäfte wahrzunehmen, welche die Bildung des Schwurgerichts betreffen (§§ 89—98), noch auch an Stelle des Schwurgerichts (§ 82) Entscheidungen in schwurgerichtlichen Strassachen zu erlassen. Dies gilt entsprechend auch von den Geschäften, welche dem Borsibenden der Strassammer (§ 83 Abs. 3) obliegen (Mot. S. 57).

^{5.} Bgl. § 82 Rote 4, und in Betreff bes Zeitpunttes, von welchem ab bie einzelnen Sachen als bei bem Schwurgericht anhängig anzusehen find: Rote 2 bas.

Bu Abi. 3.

^{6.} Es wird von ber Landesjuftizverwaltung zu bestimmen sein, ob und unter welchen Borsaussetzungen ber Prafibent bestienigen Landgerichts, mit welchem bas Schwurgericht verbunden ift, besugt sein soll, Mitglieber eines andern Landgerichts zu Beisitzern bes Schwurzegerichts zu ernennen. Reller S. 125 folgert diese Besugniß aus dem Gesetz selbst (§ 99, § 83 Abs. 2); ebenso v. Schwarze S. 65, Thilo S. 144. Bgl. noch Stenglein S. 51.

- b) aus bem Rechtsverhältnisse, welches bas Recht zum Gebrauche ber Handels= firma betrifft;
- c) aus den Rechtsverhältnissen, welche sich auf ben Schutz ber Marken, Muster und Mobelle beziehen;
- d) aus bem Rechtsverhältnisse, welches burch bie Beräußerung eines bestehens ben Handelsgeschäfts zwischen ben Kontrabenten entsteht;
- e) aus bem Rechtsverhältnisse zwischen bem Prokuristen, bem Sandlungsse bevollmächtigten ober Handlungsgehülfen und dem Gigenthümer der Handelsniederlassung, sowie aus dem Rechtsverhälknisse zwischen einer britten Person und demjenigen, welcher ihr als Prokurist oder Handelungsbevollmächtigter aus einem Handelsgeschäfte haftet (Art. 55 des Handelsgesethuchs);
- f) aus dem Rechtsverhältnisse, welches aus den Berufsgeschäften des Handels= mäklers im Sinne des Handelsgesethuchs zwischen diesem und den Parteien entsteht;
- g) aus den Rechtsverhältnissen des Seerechts, insbesondere aus benjenigen, welche auf die Rhederei, die Rechte und Pflichten des Rheders, des Korrespondentrheders und der Schiffsbesatung, auf die Bodmerei und die Haverei, auf den Schadensersat im Falle des Zusammenstoßens von Schiffen, auf die Bergung und Hülfeleistung in Seenoth und auf die Ansprüche der Schiffsgläubiger sich beziehen.

 (Entw. § 83.)

§. 102.

Die Verhandlung des Rechtsstreits erfolgt vor der Kammer für Handelssachen, wenn der Kläger dies in der Klageschrift beantragt hat. Die Ginlassungsfrist (§. 234 Sat 1 der Civilprozesordnung) beträgt mindestens zwei Wochen.

In den Fällen der §§. 466, 467 der Civilprozesordnung hat der Kläger ben Antrag auf Verhandlung vor der Kammer für Handelssachen in der mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgerichte zu stellen.

(Entin. § -.) §. 103.

Wird vor der Kammer für Handelssachen eine vor dieselbe nicht gehörige Klage zur Verhandlung gebracht, so ist der Rechtsstreit auf Antrag des Beklagten an die Civilkammer zu verweisen.

Gehört die Klage oder die im Falle des §. 467 der Civilprozesordnung ershobene Widerklage als Klage nicht vor die Kammer für Handelssachen, so ist diese auch von Amtswegen besugt, den Rechtsstreit an die Civilkammer zu verweisen, so lange nicht eine Verhandlung zur Hauptsache erfolgt und auf dieselbe ein Beschluß verkündet ist. Die Verweisung von Amtswegen kann nicht aus dem Grunde erfolgen, daß der Beklagte nicht Kaufmann ist.

(Entru. § -.) §. 104.

Wird vor ber Civilkammer eine vor bie Rammer für Hanbelssachen gehörige

Rlage zur Berhandlung gebracht, so ist ber Rechtsstreit auf Antrag bes Beklagte an die Rammer für Handelssachen zu verweisen. Sin Beklagter, welcher nicht in das Handelsregister eingetragen ist, kann den Antrag nicht barauf stützen, daß er Kaufmann ist.

Der Antrag ist zurückzuweisen, wenn die im Falle des §. 467 der Civilprozeß: ordnung erhobene Widerklage als Klage vor die Kammer für Handelssachen nicht gehören würde.

Bu einer Berweisung von Amtswegen ift bie Civilfammer nicht befugt.

Die Sivilkammer ift zur Verwerfung bes Antrags auch bann befugt, wenn ber Rläger bemfelben zugestimmt hat.

Bird in einem bei ber Kammer für Handelssachen anhängigen Rechtsstreite die Klage in Gemäßheit des §. 253 der Civilprozesordnung durch den Antrag auf Festsellung eines Rechtsverhältnisses erweitert oder eine Widerklage erhoben und gehört die erweiterte Klage oder die Widerklage als Klage nicht vor die Kammer sur Handelssachen, so ist der Rechtsstreit auf Antrag des Gegners an die Civilstammer zu verweisen.

Unter ber Beschränkung bes §. 103 Abs. 2 ist die Kammer zu ber Verweisung auch von Amtswegen befugt. Diese Besugniß tritt auch bann ein, wenn burch eine Klagänderung ein Anspruch geltend gemacht wird, welcher nicht vor die Kammer für Handelssachen gehört.

§. 106.

Der Antrag auf Berweisung des Rechtsstreits an eine andere Kammer ist nur vor ber Berhandlung des Antragstellers zur Sache zulässig.

Ueber ben Antrag ift vorab zu verhandeln und zu entscheiben.

Gegen die Entscheidung über Berweisung eines Rechtsstreits an die Civilfammer ober an die Rammer für Handelssachen sindet kein Rechtsmittel statt. Erfolgt die Berweisung an eine andere Rammer, so ist diese Entscheidung für die Rammer, an welche der Rechtsstreit verwiesen wird, bindend. Der Termin zur weiteren, mündlichen Verhandlung wird von Amtswegen bestimmt und den Parteien bekannt gemacht.

Bei ber Kammer für Handelssachen kann ein Anspruch in Gemäßheit des §. 61 ber Civilprozesordnung nur dann geltend gemacht werden, wenn der Rechtsstreit nach den Bestimmungen des §. 101 vor die Kammer für Handelssachen gehört.

Die Rammern für Handelssachen entscheiben in ber Besetzung mit einem Mitgliebe bes Landgerichts als Borsitzenben und zwei Handelsrichtern.

98

Sämmtliche Mitglieber ber Rammer für Hanbelssachen haben gleiches Stimmrecht.

In Streitigkeiten, welche sich auf bas Rechtsverhältniß zwischen Rheber ober Schiffer und Schiffsmannschaft beziehen, kann bie Entscheidung durch ben Borsitzenden allein erfolgen.

(Cutm. § 82, 92.)

§. 110.

Im Falle bes §. 100 Abs. 2 kann ein Amtsrichter Borsigenber ber Kammer für Handelssachen sein.

(Entm. § 82 3.bf. 2.)

§. 111.

Das Amt ber Hanbelsrichter ist ein Shrenamt.

§. 112.

Die Handelsrichter werden auf gutachtlichen Borschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berusenen Organs für die Dauer von drei Jahren ernannt; eine wiederholte Ernennung ist nicht ausgeschlossen.

(**Entw.** § 86.)

§. 113_€

Zum Handelsrichter kann jeber Deutsche ernannt werben, welcher als Kaufmann ober als Borstand einer Aktiengesellschaft in das Handelsregister eingetragen ober eingetragen gewesen ist, das dreißigste Lebenssahr vollendet hat und in dem Bezirke der Kammer für Handelssachen wohnt.

Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in ber Berfügung über ihr Bermögen beschränkt sind, können nicht zu handelsrichtern ernannt werben.

(Entm. # 87.)

§. 114.

An Seeplägen können Hanbelsrichter auch aus bem Kreise ber Schifffahrts- kundigen ernannt werben.

(Entw. § 88.)

§. 115.'

Die Handelsrichter find vor ihrem Amtsantritte auf die Erfüllung der Obliegensheiten des ihnen übertragenen Amts eidlich zu verpflichten.

(Cutw. § 89.)

§. 116.

Die Handelsrichter haben mahrend ber Dauer ihres Amts in Beziehung auf basselbe alle Rechte und Pflichten richterlicher Beamten.

(Cutm. § 90).

§. 117.

Ein Handelsrichter ist seines Amts zu entheben, wenn er eine ber für die Ernennung erforderlichen Sigenschaften nachträglich verliert.

Die Enthebung erfolgt burch ben erften Civilfenat bes Oberlandesgerichts nach Anhörung bes Betheiligten.

(Entw. § 91.)

§. 118.

Ueber Gegenstände, zu beren Beurtheilung eine kaufmännische Begutachtung genügt, sowie über das Bestehen von Handelsgebräuchen kann die Kammer für Handelssachen auf Grund eigener Sachkunde und Wissenschaft entscheiden.

(Cutw. § —.)

Achter Titel.

Cherlandesgerichte.

§. 119.

Die Oberlandesgerichte werben mit einem Präsidenten und der erforberlichen Anzahl von Senatspräsidenten und Räthen besetzt.

(**Eutw. §** 93.)

§. 120.

Bei ben Oberlandesgerichten werden Civil- und Straffenate gebilbet.

§. 121.

Die Bestimmungen der §§. 61—68 sinden mit der Maßgabe Anwendung, daß ju dem Präsidium stets die beiden ältesten Mitglieder des Gerichts zuzuziehen sind.

(Entw. 8 —.)

§. 122.

Zu Hulfsrichtern burfen nur ftanbig angestellte Richter berufen werben.

§. 123.

Die Oberlandesgerichte find zuständig für die Berhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel:

(§ 118.)

Rum Moten Titel.

1. Bur Zeit bestehen im Deutschen Reiche 28 Oberlanbesgerichte und zwar zu Berlin, Königsberg i. Pr., Marienwerber, Stettin, Posen, Breslau, Naumburg a. S., Kiel, Celle, Hamm, Köln, Kassel, Frankfurt a. M., München, Zweibrüden, Bamberg, Nürnberg, Augsburg, Dresben, Stutigart, Karlsruhe, Darmstabt, Jena, Braunschweig, Rostod, Olbenburg, Hamburg und Kolmar.

2. In Betreff berjenigen Bunbesftaaten, in benen mehrere Oberlandesgerichte bestehen, vgl.

G. S 9 u. die Roten baf.

3. Fur Preußen vgl. Ausf.-Gef. §§ 47 ff. (GG. S. 230) und Gef. v. 4. Marg 1878 (GG. S. 109). In Betreff bes "Rammergerichts" j. oben § 12 Rote 2.

(\$ 119.)

3u \$ 120.

1. In Betreff ber Bahl ber Senate vgl. § 59 Rote 4.

(§ 121.)

3u § 122.

1. Bgl. SS 10, 69, 134. - Für Breußen f. Ausf.: Gef. v. 24. April 1878 § 48.

Zu § 123.

1. Der Geschäftstreis ber Oberlandesgerichte ift in Straffachen folgenber: Sie bilben in ben in § 123, Rr. 2, 3 bestimmten Fallen die Revision sinftanz und in ben in § 123 Rr. 5, § 160, § 183 bestimmten die Beschwerbeinstanz. Sie nehmen ferner gegenüber ben Erft,

- 1. ber Berufung gegen die Endurtheile ber Landgerichte in bürgerlichen Rechtsftreitigkeiten;
- 2. ber Revision gegen Urtheile ber Straftammern in ber Berufungsinftang;
- 3. ber Revision gegen Urtheile ber Straftammern in erster Instanz, sofern bie Revision ausschließlich auf die Verletzung einer in den Landesgesetzen entshaltenen Rechtsnorm gestützt wirb;
- 4. ber Beschwerbe gegen Entscheidungen ber Landgerichte in bürgerlichen Rechtsftreitigkeiten;
- 5. ber Beschwerbe gegen strafrichterliche Entscheidungen erster Instanz, soweit nicht die Zuständigkeit der Strafkammer begründet ist, und gegen Entscheisdungen der Strafkammern in der Beschwerbeinstanz und Berufungsinstanz.

 (Entw. § 95.)

instanzgerichten ihres Bezirks bie in ber StPO. §§ 4, 12, 13, 14, 15, 19, 27 bezeichneten Berrichtungen bes oberen Gerichts mahr, gegenüber ben Amtsgerichten (Schössengerichten) übrigens nur insoweit, als nicht bas Landgericht für biese Berrichtungen zuständig ist; vgl. die Roten zur StPO. Buch 1 Absch. 2 sowie § 27 bas. Endlich entscheiden die Oberlandesgerichte über die Erhebung der öffentlichen Rlage, wenn der von der Staatsanwaltschaft ablehnend beschiedene Berlette auf gerichtliche Entscheidung anträgt (StPO. §§ 170 fs.)

Bu Rr. 2.

- 2. Die Revision gegen bie von ben Straftammern in ber Berusungsinstanz (§ 76) erlassenen Urtheile geht nicht an bas Reichsgericht, sonbern an bas Oberlandesgericht, gleichviel ob bie als verlet bezeichnete Rechtsnorm bem Reichsrecht ober bem Landesrecht angehört. Indeßerfährt bie Bestimmung ber Nr. 2 eine Einschränkung burch biejenige bes § 136 Whs. 2. Bgl. serner StBO. § 369 Note 12 a. Für Preußen s. noch § 50 bes Auss. Gef. (oben S. 12). Bu Nr. 3.
- 3. Die Revision gegen die von den Straftammern in erster Instanz erlassenen Urtheile geht nach § 136 Rr. 2 regelmäßig an das Reichsgericht und nur in dem in § 123 Rr. 3 bestimmten Falle an das Oberlandesgericht. Für die Zuständigkeit maßgebend ist hier nicht die Strafbestimmung, nach welcher das vorliegende Delist strafbar ist, sondern diejenige Rechtsnorm, deren Berslehung in Frage steht. Das Oberlandesgericht bildet nur dann die Revisionsinstanz, wenn die Revision ausschließlich auf die Berlehung einer in den Landes gesehen enthaltenen Rechtsnorm gestütt wird; steht sowohl die Berlehung einer reichsgesehlichen wie auch die einer landesgesehlichen Rorm in Frage, so ist das Reichsgericht zuständig. Danach kann die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts niemals Platz greisen, sobald die Berlehung einer Bestimmung der Styll. gerrügt ist. Im Uedrigen ist es gleichgültig, ob die angeblich verlehte Rechtsnorm dem Strafrecht oder dem Privatrecht, Staatsrecht z. angehört. Für Preußen vgl. noch § 50 des Aussschland wird insbes. Note 10 das. (oben S. 12, 13).
- 4. a. Die Frage: auf welche Gesetsverletzung die Revision "gestütt" und welche Rechtsnorm als die angeblich verletzte anzusehen sei, muß von demjenigen Revisionsgericht, an welches die Einsendung der Aften erfolgt, nach Lage des einzelnen Falles geprüft und beantwortet werden. Es kommt hier keineswegs blos auf die von dem Beschwerbesührer ausdrücklich bezeichneten Rechtsnormen an; vgl. StPO. SS 384, 392 u. die Noten das. Andererseits muß jede solche ausdrückliche Bezeichnung in Betress der Zuständigkeit des Revisionsgerichts Berücksichtigung sinden, sollte es auch ohne Weiteres klar sein, daß nicht die bezeichnete, sondern nur eine andere Rechtsnorm verletzt sein könne. Rechtsnormen, die zwar bei der Entscheidung über die Revisionsbeschwerde in den Kreis der Beurtheilung zu ziehen sind, deren Berletzung jedoch nicht in Frage steht, bleis ben hinsichtlich der Zuständigkeit außer Betracht.

b. Zwischen bem Reichsrecht und bem Lanbesrecht besteht in mannigfacher hinficht ein innerer Bufammenhang. Die Grunbfate bes allgemeinen Theiles bes SiBB gelten auch für

§. 124.

Die Senate ber Oberlanbesgerichte entscheiben in ber Besetung von fünf Mitgliebern mit Ginschluß bes Vorsitzenben.

(Catu. § 96.)

solche Delikte, welche in den Landes-Strafgesehen vorgesehen find. Die letteren enthalten ferner vielsach (ausdrücklich oder stillschweigend) Berweisungen auf das StGB. Umgekehrt enthält auch das StGB. Bestimmungen, welche, anstatt in sich den Thatbestand eines Deliktes erschöpfend zu normiren, das Zuwiderhandeln gegen gewisse landesrechtliche Gebote oder Berdote mit Strase bebrohen, also in dem Landesrecht ihre Ergänzung finden (s. g. Blankettstrafgesehe); vgl. z. B. § 368 Rr. 8, § 369 Rr. 3. Hiernach wird über die vorstehend (a) bezeichnete Frage bisweilen eine Meinungsverschiedenheit möglich sein. Im Zweiselssalle muß die Zuständigkeit des Reichsgerichts, da sie die regelmäßige ist, Plat greisen; im Uedrigen lassen sich allgemeine Kormen nicht aussellen. Bgl. v. Schwarze, S. 70, Boitus Komm. S. 77.

5. Ein Buftanbigteits ftreit zwischen bem Reichsgericht und bem Oberlandesgericht ift burch bie Bestimmung ber StBD. § 388 Mbf. 2 ausgeschlossen.

Bu Rr. 5.

- 6. In Betreff ber Bejdmerbe vgl. StBD. § 346.
- 7. a. Unter ftrafrichterlichen Entideibungen erfter Inftang find biejenigen Befdluffe und Berfugungen zu versteben, welche von bem Gericht erfter Inftanz, gleichviel in welchem Stabium bes Berfahrens, erlaffen werben; vgl. Note 9.
- b. In Betreff ber Zuständigkeit ber Straftammer zur Entscheidung über Beschwerben i. §. 72. Danach und andererseits nach § 160 und § 183 sind die Oberlandes gerichte zur Entsischung über Beschwerben gegen Beschsiffe ober Berfügungen erster Inftanz zuständig, wenn diese erlassen sind: «) von dem Landgericht, einschließlich der auswärtigen Straftammern (§ 78). Ob eine Straftammer ober Borsigende oder ein beauftragter Richter (vgl. StBO. § 346 u. die Roten das.) die angesochtene Entscheidung erlassen hat, ist gleichgültig; nur die Entscheidungen des Untersuchungsrichters machen eine Ausnahme (§ 72); β) von dem Schwurgericht oder von dem Borsigenden desselben oder von einem beauftragten Richter. γ) Die Entscheidung über Beschwerden gegen Entscheidungen der Untersuchungsrichter, der Amtsrichter und der Schössenzerichte steht dem Oberlandesgericht nur im Falle des § 183 (Situngspolizei), gegen Entscheidungen der Amtsrichter außerdem im Falle des § 160 (Rechtshülse) zu.
- o. Reben ber Straffammer ift hier noch bas Reichsgericht zu nennen, insofern nämlich in reichsgerichtlichen Straffachen (§ 136 Rr. 1) ber erste Straffenat bes Reichsgerichts bie Gesichste ber Straffammer wahrzunehmen hat (§ 138 Abs. 1 u. Rote 3 bas.).
- 8. Gegen bie Enticheibungen, welche von ben Straftammern in ber Beichwerber inftan z erlaffen finb, finbet eine weitere Beschwerbe nur in bem Falle ftatt, wenn fie Berhaftungen betreffen (StBD. § 352).
- 9. Unter ben burch Beschwerbe anzusechtenben Entscheidung en ber Straftammer in ber Berufungsinftanz find solche Beschülffe und Berfügungen zu verstehen, welche von ben Straffammern innerhalb eines bei ihnen anhängigen Berufungsversahrens, also aus Anlaß der Berufung gegen ein schöffengerichtliches ober amtörichterliches Urtheil, nicht aus Anlaß einer Beschwerbe, erlassen werben. Selbstverständlich wird auch hier vorausgesetzt, daß die betr. Entschibung übershaupt burch Beschwerbe ansechtbar ist; hierüber school. S 347 u. die Noten das. Die Beschwerde steht z. B. einem Zeugen zu, gegen welchen die Straffammer wegen Berweigerung des Zeugnisses eine Strase ober die Zwangshaft (StBD. S 69) verhängt, ebenso einem Angeklagten, gegen welchen dieselbe einen Haftbesehl erlassen hat ze. Auch Bersügungen des Borsitzenden der Straffammer, soweit sie ansechtbar sind, sallen unter die Borschrift der Rr. 5; vgl. DLGer. Dresden 21. Febr. 83 (Ann. dies. Ger. IV. 483).

3u \$ 124.

1. Die Bestimmung gilt gleichmäßig für bie hauptverhanblungen wie für bie berrathenben Sigungen.

Neunter Titel.

Reichsgericht.

§. 125.

Der Sit bes Reichsgerichts wird burch Gefet bestimmt. (Entw. § 97.)

Gesetz über den Sitz des Reichsgerichts. Vom 11. April 1877. (RGBl. 1877 No. 17, S. 415.)

§. 2. Das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Leipzig.

2. Bgl. § 77 Rote 1.a; das bort Bemerkte findet auf die Straffenate der Oberlandesgerichte entsprechende Anwendung. Zum Renuten Titel.

1. Die Zustanbigkeit bes Reichsgerichts in Straffachen wird burch § 136, in Berb. mit einzelnen Borschriften ber Prozesorbnungen (f. 3. B. StPD. § 4 Abs. 2, § 9, § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 2, 3, § 14, § 15, § 19, § 27 Abs. 1, § 170 Abs. 3, § 207 Abs. 1, § 494 Abs. 3) bestimmt. In Betreff ber Civissachen s. § 135.

Außerbem regelt sich ber Geschäftskreis bes Reichsgerichts noch durch eine Anzahl Borsschriften, weiche theils jene Zuständigkeit erweitern, theils dem Reichsgericht (bezw. dem Präsidium ober dem Präsidenten) einige besondere, außerhalb der Civils und Strafrechtspsiege liegende Funktionen zuweisen. Als solche Vorschriften sind anzusühren: a) § 160 Ab. 1 des GB.; — b) § 3 Abs. 2 des GB.; — c) § 11 Ar. 2 des GB.; — d) § 17 des GB.; — e) §§ 128, 129, 131 des GB.; — f) §§ 98, 99 der Rechtsanw.-D.; — g) § 1 des Ges. v. 16. Juni 1879, betr. den Uebergang von Geschäften auf das Reichsgericht (RGBI. S. 157); — h) §§ 18, 20, 34, 36, 43 des Ges. v. 10. Juli 1879 über die Konsulargerichtsbarkeit (RGBI. S. 197) nebst Ges. v. 17. April 1886, betr. die Rechtsverhältnisse d. Schutzgebiete (vgl. oben Rote 4 zu Tit. 2); — i) § 32 des Ges., betr. die Reichsstempelabgaben v. 1. Juli 1881 (RGBI. 85

S. 179); — k) bas Ges. v. 14. März 1881, betr. bie Zuständigkeit bes Reichsgerichts für Streitsragen zwischen bem Senat und ber Bürgerschaft ber freien und Hanseltabt Hamburg (RGBI. S. 37); — l) In Betreff ber Ertheilung von Schiedssprüchen burch bas Reichsgericht s. § 14 ber Geschäftsorbnung v. 8. April 1880 (vgl. § 141 u. Note 1 bas.).

In Betreff ber Besethung bes Reichs-Disziplinarhofes mit Mitgliebern bes Reichsgerichts f. § 91 bes Reichsbeamten-Ges. v. 31. März 1873 (RGBl. S. 61) und § 1 bes cit. Ges. v. 16. Juni 1879 (RGBl. S. 157); in Betreff ber Besethung bes Ehrengerichtshofes für Rechtsanwälte s. § 90 ber Rechtsanw. D. v. 1. Juli 1878 (RGB. S. 177).

- 2. In Betreff ber Staatsanwaltschaft bei bem Reichsgericht f. § 143 Rr. 1 u. Rote 5 baf.
 - 3. In Betreff ber Gerichtsidreiber f. § 154, in Betreff ber Gerichtsvollzieber: § 155.
- 4. In Betreff ber Rechtsanwälte bei bem Reichsgericht f. §§ 98—102 ber Rechtsanw.-C. v. 1. Juli 1878 und § 52 ber Gebühren-D. v. 7. Juli 1879 (RGBI. S. 176).
- 5. In Betreff ber Gerichtstoften in ben an bas Reichsgericht gelangenden Sachen s. SS 1 u. 98 bes Gerichtskoften-Ges. v. 18. Juni 1878 (RGBl. S. 141), Bbn. v. 24 Dez. 1883 (RGBl. 1884 S. 1), sowie § 506 ber StPO. Bgl. ferner Dienstw. des Bundesraths v. 21. Juni 1879, betr. die Einziehung 2c. der Kosten (preuß. JWBl. 1884 S. 253), und Aband. v. 7. Juli 1887 (a. a. D. S. 206), sowie sur Preußen: Allg. Bers. des Just. Win. v. 19. Wärz 1886 (JWBl. S. 68) und v. 19. Aug. 1887 (JWBl. S. 206),
- 6. In Betreff bes Fortbestebens eines oberften Landes,gerichts neben bem Reichsgericht f. EG. § 8.

3u § 125.

1. Den § 1 bes Gef. v. 11. April 1877 f. oben G. 11.

§. 126.

Das Reichsgericht wird mit einem Präfibenten und ber erforberlichen Anzahl von Senatspräfibenten und Räthen besetzt.

(Cutm. § 98.)

§. 127.

Der Präsident, die Senatspräsidenten und Rathe werden auf Vorschlag des Bundesraths von dem Kaiser ernannt.

Zum Mitgliebe des Reichsgerichts kann nur ernannt werden, wer die Fähigskeit zum Richteramte in einem Bundesstaate erlangt und das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat.

(Cutw. § 99.)

§. 128.

Ift ein Mitglied zu einer Strafe wegen einer entehrenben Hanblung ober zu einer Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer rechtskräftig verurtheilt, jo kann basselbe burch Plenarbeschluß bes Reichsgerichts seines Amts und seines Gehalts für verlustig erklärt werben.

Vor ber Beschlußfassung find bas Mitglied und ber Ober-Reichsanwalt zu hören. (Catm. § 100.)

§. 129.

Ift wegen eines Verbrechens ober Vergehens das Hauptverfahren gegen ein Mitglied eröffnet, so kann die vorläufige Enthebung desselben von seinem Amte nach Anhörung des Ober-Reichsanwalts durch Plenarbeschluß des Reichsgerichts ausgesprochen werden.

Bird gegen ein Mitglied die Untersuchungshaft verhängt, so tritt für die Dauer berfelben die vorläufige Enthebung von Rechtswegen ein.

Durch die vorläufige Enthebung wird das Recht auf den Genuß des Gehalts nicht berührt.

(Cutu. \$ 101.)

§. 130.

Wenn ein Mitglieb burch ein körperliches Gebrechen ober burch Schwäche seiner körperlichen ober geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspslichten bauernd unfähig wirb, so tritt seine Versetzung in den Ruhestand gegen Gewährung eines Ruhegehalts ein.

Das jährliche Ruhegehalt beträgt bis zur Vollenbung bes zehnten Dienstjahres 20%, bes Gehalts; es erhöht sich mit ber Vollenbung eines jeden folgenden Dienstzjahres und bis zur Vollenbung bes fünfzigsten Dienstjahres um je 1/80 bes Gehalts.

Bei Berechnung ber Dienstzeit wird die Zeit mitgerechnet, mährend welcher bas Mitglied sich im Dienste des Reichs oder im Staats- oder Gemeindedienste eines Bundesstaates befunden oder in einem Bundesstaate als Anwalt, Abvokat, Rotar, Patrimonialrichter oder als öffentlicher Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität fungirt hat.

(Entm. § 102.)

§. 131.

Bird bie Berfetung eines Mitgliebes in den Ruhestand nicht beantragt,

obgleich die Boraussetzungen berselben vorliegen, so hat der Präsident die Aufsforderung zu erlassen, binnen einer bestimmten Frist den Antrag zu stellen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so ist die Bersetzung in den Ruhestand durch Plenarbeschluß des Reichsgerichts auszusprechen.

Bor ber Beschluffaffung sind bas Mitglied und ber Ober-Reichsanwalt zu hören.
(Entm. § 103.)

§. 132.

Bei bem Reichsgerichte werden Civil- und Straffenate gebilbet. Die Zahl berselben bestimmt ber Reichstanzler.

(Entm. § 104.)

§. 133.

Die Bestimmungen ber §§. 61—68 sinden mit der Maßgabe Anwendung, daß zu dem Präsidium die vier ältesten Mitglieder des Gerichts zuzuziehen sind(Entw. 8 -.)

§. 134.

Die Zuziehung von Hülfsrichtern ift unzuläffig.

§. 135.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist bas Reichsgericht zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel:

- 1. ber Revision gegen die Enburtheile ber Oberlandesgerichte;
- 2. ber Beschwerbe gegen Entscheibungen ber Oberlandesgerichte.
 (Entw. § 106.)

§. 136.

In Straffachen ift bas Reichsgericht zuständig:

Ru & 132.

2. Ursprünglich bestanben bei bem Reichsgericht fünf Givilsenate und brei Straffenate; jeht beträgt bie Bahl ber ersteren: sechs, bie ber letteren: vier. — Die Zahl ber Straffenate kann gufolge ber Borfcriften bes § 138 nicht weniger als brei betragen.

3. Bgl. § 140 unb bie Rote baf.

- 4. In Betreff ber Bertheilung ber Geschäfte unter bie Senate f. SS 133, 62 unb S 138.
- 5. Stänbige Untersuchung Brichter für reichsgerichtliche Straffachen (vgl. § 136 Rr. 1) werben bei bem Reichsgericht nicht befiellt (StBO. § 184).

(**%% 133-135.**)

3u f 136.

- 1. 3m Allgemeinen f. fiber bie Buftanbigfeit bes Reichsgerichts oben Note 1 zu Eit. 9.

 I. Bu Abf. 1 Rr. 1. Buftanbigfeit bes Reichsgerichts als Gerichtserfter Inftanz.
- 2. Die Bestimmung unter Dr. 1 grunbet fich auf Art. 75 ber Reichsverfaffung, nach

^{1.} In Straffacen wie auch in Civilsachen erfolgt bie Entscheidung regelmäßig burch einem Senat. In ben Fällen bes § 136 R. 1 bilben ber vereinigte zweite unb britte Straffenat bas erkennenbe Gericht erfter und letter Inftanz (§ 138 Abs. 2). Die Fälle, in benen bie vereinigten Civilsenate ober bie vereinigten Strafsenate ober bas Plenum Reichsgerichts zu entscheiden haben, sind in § 137 bestimmt. Das Plenum ift außerbem für die Erledigung gewisser innerer Angelegenheiten bes Gerichts (§§ 128, 129, 131, 141) zuständig. Bgl. noch § 3 ber Geschäftsordnung bes Reichsgerichts v. 8. April 1880 (§ 141 u. Note 1 bas.).

- 1. für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letter Instanz in den Fällen des Hochverraths und des Landesverraths, insofern diese Verbrechen gegen den Kaiser oder das Reich gerichtet sind;
- 2. für die Berhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz, insoweit nicht die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte begründet ist, und gegen Urtheile der Schwurgerichte.

In Strafsachen wegen Zuwiberhanblungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher in die Reichskasse fließender Abgaben und Gefälle ist das Reichsgericht auch für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in der Berufungsinstanz zuständig, insern die Entscheidung des Reichsgerichts von der Staatsanwaltschaft bei der Sinsendung der Akten an das Revisionsgericht beantragt wird.

(Entre. § 107.)

welchem einstweilen bas vormalige Ober-Appellationsgericht zu Lübeck über bie hier bezeichneten Berbrechen als Gericht erster und letter Instanz entscheiben sollte.

- 3. a. Die Ausbrücke "hoch verrath" und "Lanbes verrath" umfassen bie im StGB. 2 Abschn. 1 (§§ 80—92) vorgesehenen strafbaren handlungen, also auch biejenigen, welche bort als vorbereitende bezeichnet sind ober boch sich als solche charafterisiren (vgl. §§ 83—86 bas.)- Ber Bersuch und bie Theilnahme (Austistung und Beihülse) stehen hinsichtlich der Zuständigzieit bem Berbrechen selbst gleich; vgl. die Noten zur StBD. § 1. Dagegen erstreckt sich die Zuständigseit bes Reichsgerichts an sich (vgl. Note 4) nicht auf die Beginstigung, da biese ein selbstständiges Bergehen (StBB. § 257) barstellt, und ebensowenig auf die Unterlassung ber Anzeige von dem Borhaben eines Hochverraths ober Landesverraths (StBB. § 139). Bgl. EG. § 6 Note 3.
- b. Bei ben unter Nr. 1 bezeichneten Berbrechen ist das Reichsgericht auch dann ausschließe lich zuständig, wenn ber Thäter das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte; die Bestimmung in § 73 Nr. 3 beschränkt nur die Zuständigkeit des Schwurgerichts. Gl. A. v. Schwarze S. 74.
- 4. Steht eine zur Buftanbigfeit bes Reichsgerichts gehörige Straffache mit einer anbern im Bufammenbang, fo tann bas reichsgerichtliche Berfahren auch auf bie lettere erftredt werben; bie Bestimmungen ber StBD. SS 2-5 finben im vollen Umfange auch auf bas Reichsgericht Anwendung. Dies wird in ben Mot. jur StBD. (Entw. § 148) S. 165 ausbrudlich ausgeiproden. In ber RER, machten fich abweichenbe Ansichten gelbenb; theils hielt man bie Ausführung ber Mot. schon nach Lage bes Entw. für unrichtig, weil bas Reichsgericht in seiner Gigen= Saft als Gericht erster Instanz ein Ausnahmegericht sei, theils hielt man die fragliche Erweite= rung seiner Zustänbigkeit für unangemessen und die Aufnahme einer diese Erweiterung auß-Schließenden Bestimmung für ersorberlich. In ber 163. Sihung (Prot. S. 5) nahm bie RER. mit geringer Dehrheit ben Antrag auf Annahme einer Beftimmung an, nach welcher bie Bufianbigfeit bes Reichsgerichts zwar auf bie Begunftigung bes hochverraths ober Lanbesverraths. nicht aber auf anbere ftrafbare Sanblungen follte erftredt werben burfen. Diefer Antrag murbe in ber 164. Sibung (Brot. S. 2) wieber gurudgezogen, und gwar "in Ermagung beffen, baf burd bie Abftimmung bereits tonftatirt fei, bag bie Majoritat ber Rommiffion bie in ben Dot. jur StBO. aufgeftellte Meinung nicht theile". Die RER. beschloß bemnachft bas Refultat ber gepflogenen Berhanblungen in bem an ben Reichstag zu erstattenben Berichte zu erwähnen. — Diefe Borgange find nun aber feineswegs geeignet, die Richtigfeit ber oben und in ben Dotvertretenen Anficht in Frage zu fiellen, ganz abgesehen bavon, bag in ber RTA. selbst bie Annichten getheilt waren, die Meinung ber Majorität von ben Regierungsvertretern befampft murbe

und in dem Plenum des Reichstages die streitige Frage gar nicht zur Erörterung gekommen ift. Das Reichsgericht gehört auch in der Eigenschaft als Erstinstanz-Gericht zu den ordentlichen Gerichten (§ 12); dasselbe wird von dem GBG. und der StBO. in keiner Beise als ein Ausnahmezgericht ausgesaßt (vgl. Note 7. a), vielmehr als das ordentliche Erstinstanz-Gericht höchster Ordnung angesehen. Dementsprechend gilt, wie undeftritten ist, der § 269 der StBO. auch für das Reichsgericht: dasselbe darf nach Eröffnung des hauptversahrens sich nicht deshalb für unzuständig erklären, weil die That nicht zu den in § 136 Nr. 1 bezeichneten Delitten gehöre, sondern eine strasbare Handlung anderer Art darstelle. Hiernach würde es in der StBO. §§ 2—5 eines ausdrücklichen Borbehalts bedurft haben, um die Anwendbarkeit dieser §§ auf das Reichsgericht auszuschlichen. Gl. A. Keller StBO. S. 3, Puchelt S. 30, Thilo S. 186, Dalde S. 13, Rewes S. 152, Binding Grundr. S. 54, Geyer S. 379, Ullmann im H. I. S. 146, Stenglein S. 60, Glaser II S. 84; a. M. v. Schwarze S. 75, 122 u. in H. S. 25. 554, theilw. auch John S. 148.

- 5. Bas bie prozessualische Behanblung ber Zuftanbigkeitsfrage betrifft, so hat bas Gefet, abgesehen von ber Borschrift ber StBD, § 207 Abs. 1 (vgl. die Noten bas.), besondere Bestimmungen für die reichsgerichtlichen Strafsachen nicht getroffen; es finden somit auch hier die allgemeinen Bestimmungen Anwendung.
- a. Sollte ber Rall eintreten, bag megen obwaltenber Meinungsverschiebenbeit über bie Qualifitation ber That bie Eröffnung ber Boruntersuchung sowohl von bem Reichsgericht wie von bem Lanbgericht abgelehnt murbe, fo murbe ein negativer Buftanbigfeitsftreit vorliegen, für beffen Befeitigung tein Mittel gegeben mare, ba es bier an einem gemeinschaftlichen oberen Bericht fehlt. Aus ber Eigenichaft bes Reichsgerichts als Gericht hochfter Inftang ift nicht gu folgern, bag auch biejenigen Entideibungen, welche baffelbe in ber Gigenicaft als Bericht erfter Instanz erläßt, für die übrigen Gerichte binbend seien; es hatte bies ausbrucklich vorgeschrieben werben mulfen (a. M. John S. 139). Es wird fich inbeg gerabe in Rudficht auf bas Borbemertte für bie Landgerichte ftets empfehlen, bei ber Enticheibung über bie Eröffnung ber Boruntersuchung fich ber Anficht bes Reichsgerichts unterzuordnen und auf biese Beise einen negativen Buftändigkeitsstreit zu vermeiben. — Nach Eröffnung ber Untersuchung, sei es burch bas Reichsgericht ober burch bas Landgericht, tann ein folder Buftanbigteitsftreit überhaupt nicht mehr eintreten. Wirb von bem Reichsgericht, sei es nach einer bei ihm anhängig gewesenen Borunterfuchung ober im Falle bes § 207 ber StBD., bas hauptverfahren vor einem anberen erkennenben Gericht eröffnet, so muß bieses lettere sich ber hauptverhanblung unterziehen; indeß ist basselbe an ble Anficht bes Reichsgerichts nicht gebunden, also nicht gehindert, sich für unzuftändig zu erklären, weil bas Reichsgericht zuständig fei. Auf Grund einer folchen Unzuständigkeitserklärung geht alsbann bas hauptverfahren auf bas Reichsgericht über (StBD. § 270), und biefes barf fich nun nicht mehr fur unguftanbig erklaren (§ 269). Daffelbe gilt, wenn auf Grund ber Unzustänbigkeitserklarung eines erkennenben Gerichts eine Sache an bas Reichsgericht gelangt, mit welcher biefes juvor noch nicht befaßt gemefen ift.
- b. Ift biefelbe Sache fowohl bei bem Reichsgericht wie auch bei einem anderen Gericht anhängig geworben, so wird bas lettgebachte Gericht ohne Rudficht barauf, wie es ben Fall materiell beurtheilt, sein Berfahren einzustellen und bie Aften an bas Reichsgerichts abz zugeben haben; bas Nähere s. in ben Noten zur StBD. Buch 1 Abschn. 1. Bgl. Stenglein S. 60.
- 6. Die einzelnen Organe ber erstinstanzlichen Gerichtsbarkeit bes Reichsgericht find: a) ber erste Straffenat besselben (§ 138 Abs. 1); b) ber vereinigte zweite und britte Straffenat (§ 138 Abs. 2); o) ber Untersuchungsrichter und bie als seine Bertreter ober auf sein Ersuchen handelnden Richter (StBO. § 184). In Betreff ber Reichsanwaltschaft s. GBG. § 143 Rr. 1; vgl. auch § 147 Abs. 2.
- 7. a. Es ware zwedmäßig gewesen, bas reichsgerichtliche Berfahren in einem befonberen Abschnitte ber StBD. (Buch 6) übersichtlich zu behandeln; man hat bies indeß nicht gewollt, um nicht ben Schein hervorzurusen, als sei bas Reichsgericht in seiner Eigenschaft als Gericht erster Instanz ein Ausnahmegericht. Daher finden sich bie bas reichsgerichtliche Berfahren be-

treffenden Bestimmungen in der StPD. zerstreut: § 140, § 170 Abs. 3, § 176, § 184, § 198 Abs. 2, § 207, § 346 Abs. 3, § 484, § 494 Abs. 3, 4, § 506.

- b. Die Beftaltung bes Berfahrens ift folgenbe: Die Staatsanwaltschaften ber Bunbesftaaten haben', fobalb fie von einem jur Buftanbigfeit bes Reichsgerichts geborigen Berbrechen Remtniß erhalten, bem Ober-Reichsanwalt Bericht ju erftatten, jugleich aber als Organe beffelben (vgl. § 147 Abf. 2) fich allen Amishanblungen ju unterziehen, in Ansehung beren Gefahr im Berguge obwaltet, insbef. alfo, wenn es auf ichleunige Bornahme gerichtlicher Untersuchungshanblungen ankommt, bie erforberlichen Antrage bei bem juftanbigen Amtsrichter (StBD. § 160) ju fiellen. Die Amterichter haben bier wie in anderen Straffachen ju verfahren (StBD, § 160, 164), alfo nothigenfalls auch von Amtswegen einzuschreiten (§ 163). Im Uebrigen liegt bie Strafverfolgung bem Ober-Reichsanwalt ob (GBG. § 143 Nr. 1), bessen Anweisungen alle Staatsanwaltichaften Folge zu leiften haben (§ 147 Abf. 2). Der Ober-Reichsanwalt tann, bepor er uber bie Erbebung ber öffentlichen Rlage feine Entichlieftung faft, alle pon ibm fur erforberlich erachteten gerichtlichen ober außergerichtlichen Ermittelungen vornehmen; es finbet auf ihn Alles Anwendung, was in ber StPD. Buch 2 Abschn. 2 in Betreff ber Staatsanwaltschaft bestimmt ift. Die Erhebung ber öffentlichen Rlage (vgl. auch StBD. § 170 Abf. 3, § 173) geichieht burch ben Antrag auf Eröffnung ber gerichtlichen Boruntersuchung (StBD. SS 168, 176) nach porgangiger Bestellung bes Untersuchungerichtere burd ben Prafibenten bes Reichsgerichts ETPD. § 184 Rote 3). Auf bas weitere Berfahren find bie Bestimmungen ber StBD. über bie Boruntersuchung, insbes. auch bie SS 182, 178, mit ber Daggabe anwenbbar, bag bie gunttionen ber Straffammer von bem erften Straffenat bes Reichsgerichts mahrgenommen werben (989. § 138 Abs. 1); in Betreff ber Funktion bes Untersuchungerichters s. noch StBD. § 184 Abs. 2, 3. Dem gedachten Senat steht sobann bie Entscheidung über bas Ergebniß ber Boruntersuchung, insbes. also bie Eröffnung bes hauptverfahrens, gu. Ift bie lettere ausgesprochen, fo geht bas Berfahren auf ben vereinigten aweiten und britten Graffenat über (GBG. § 138 Mbf. 2; vgl. bort Rote 1). Gur bas Sauptverfahren find bie Bestimmungen ber SiBD. Buch 2 Abichn, 5, 6 makgebenb; bas Berfahren ift alfo bas gleiche wie por ber Straftammer. In Betreff ber Bertheibigung f. inbef StBD. § 140.
- c. Gegen die Entscheidungen ber Senate bes Reichsgerichts findet ein Rechtsmittel nicht fatt (BBG. § 136 Rr. 1; StBD. § 346 Abs. 3, vgl. §§ 354, 374). In Betreff ber Beschwerbe gegen die Berfügungen bes Untersuchungsrichters oder eines an seiner Stelle handelnden Richters s. GBG. § 138 Note 3. Die Wiederaufnahme eines durch rechtsträstiges Urtheil gesichlossenwerten Berfahrens (StBD. Buch 4) ift in reichsgerichtlichen Strafsachen ebenso, wie in anderen, ftatthaft. In Betreff der Ruftandigkeit s. § 138 Note 1.
- d. Die Strafvollstredung liegt bem Ober-Reichsanwalt ob (StPO. § 483). Bei der Bollstredung von Freiheitsstrasen sowie bei berjenigen ber Tobesstrase bedarf berselbe ber Mitwirkung ber Staatsanwaltschaften ber Bundesstaaten. Diese sind nach § 147 Abs. 2 verpslichtet, der Anweisung des Ober-Reichsanwalts: eine vom Reichsgericht erkannte Strase zu vollstreden, Folge zu leisten. Hinsichtlich der Bollstredung von Gelbstrasen besteht zwischen den Urtheilen des Reichsgerichts und benjenigen anderer Gerichte kein Unterschied; vgl. § 164 Note 9.
 - e. In Betreff ber Begnabigung f. StBO. SS 484, 485. Bgl. auch GBG. Eit. 2 Rote 10.
 - f. In Betreff ber Roften bes Berfahrens f. StBO. § 506.
- 8. Birb eines ber in § 136 Rr. 1 bezeichneten Berbrechen gegen einen anberen Canbes= herrn als ben Raifer, bezw. (nicht gegen bas Reich, fonbern) gegen einen Bunbesftaat begangen, jo greifen bie allgemeinen Zuftänbigkeitsnormen Plat, mithin ift für bas hauptver= jahren bas Schwurgericht zuständig (GBG. § 80; vgl. § 73 Rr. 2).
 - II. Bu Abl. 1 Rr. 2 und Abs. 2. Buftanbigfeit bes Reichsgerichts als Gerichts bochfer Juftang.
- 9. Als Gericht höchster Inftang ift bas Reichsgericht außer zur Entscheidung über Rechtsmittel auch zur Bahrnehmung ber in ber StPD. §§ 4, 9, 12, 13, 14, 15, 19, 27 bezeichneten Berricht ungen bes oberen Gerichts in benjenigen Fällen berufen, in benen biese Berrichtungen nicht

einem Oberlanbesgericht ober einem Lanbgericht zustehen; das Nähere s. in den Roten zur StPO. Buch 1 Abschn. 2 und zu § 27 das. — Bgl. EG. zum GBG. § 9 Rote 2.

10. Bur Enticheibung über Beschwerben ift (abgesehen von ben in erfter Inftang vor bas Reichsgericht gehörigen Straffachen: § 138 Rote 3) bas Reichsgericht nicht berufen; vgl. StPC. § 346 Abs. § 123 Rr. 5. Gine Ausnahme f. GBG. § 160.

Bu Abf. 1 Dr. 2.

11. Inwieweit jur Entscheidung über bie Revision gegen Urtheile ber Straffammern in erster Instanz bie Oberlandesgerichte zuständig sind, barüber f. § 123 Rr. 3 u. die Roten bas. Bgl. ferner StBD. § 369 Rote 12 a.

Bu Abf. 2.

- 12. Die Bestimmung bes Abs. 2, betreffend die Revision gegen Urtheile ber Berufungseinstang, enthält eine Ausnahme von der Borschrift des § 123 Rr. 2. Der Grund ber Ausnahmebestimmung liegt in dem Interesse bes Reichs an der einheitlichen Rechtsprechung bei Answendung der hier in Rebe stehenden Borschriften.
- 13. Die Bestimmung ift auf alle "Buwiberhanblungen" gegen bie bier bezeichneten Borfdriften anwendbar, also nicht blos auf biejenigen Straffachen, in benen es sich um bie hinterziehung einer Abgabe 2c. hanbelt. Bgl. StBO. Buch 6 Abschn. 3.
- 14. Die Bestimmung sindet nur Anwendung, wenn es sich um solche Abgaben oder Gefälle handelt, welche in die Reichstasse slie fließen; hierher gehören die Zölle (Art. 38 der Reichsvers.), die in Art. 35 das. bezeichneten Abgaben, die Reichsstempeladgaben (Ges. v. 1. Juli 1881 29. Mai 1885 RGBI. 85 S. 179), die Postgeschuten Abgaben, die Reichsberers.) w. Der Umstand, daß der Ertrag einer Abgabe aus der Reichstasse den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, schließt die Eigenschaft der Abgabe als einer in die Reichstasse sliebenden nicht aus: RGer. III. 2. Mai 83 (Entsch. VIII. 326, Rspr. V. 304). In Betress Bayerns, Württembergs und Babens subrigens Reichsversassung Art. 35 Abs. 2, Art. 38 Abs. 1, 4; in Betress ber beiben erstgenannten
- versassung, v. 25. Juni 1873 § 4 (RGBL S. 161).

 15. Die Anwendbarkeit der Bestimmung des Abs. 2 wird badurch nicht ausgeschlossen, daß angesochtene Urtheil neben einer Zuwiderhandlung der in Rede stehenden Art auch and ere Delikte zum Gegenstande hat, welche an sich nicht von der Bestimmung des Abs. 2 betrossen werden. In Fällen dieser Art hat das Reichsgericht über die Revision in ihrem ganzen Umfange, also auch in Ansehung der gedachten Delikte, zu entschen, da das Rechtsmittel nicht theilweis von dem einen und theilweis von dem anderen Revisionsgericht erledigt werden kann.

Staaten ferner: Art. 52; in Betreff Elfag. Lothringens: Gef., betr. bie Ginfuhrung ber Reichs-

- 16. a. Der Antrag ber Staatsanwaltschaft auf Entscheidung bes Reichsgerichts ift stets statthaft, auch wenn bie Revision nicht von ber Staatsanwaltschaft, sondern von dem Angeklagten oder von der als Redenklägerin betheiligten Verwaltungsbehörde (StPO. § 467) eingelegt und nicht gegen die Anträge der Staatsanwaltschaft gerichtet ist: RGer. III. 7. Dez. 82 (Entsch. VII. 326). Dieser letteren dagegen sieht die Befugnis, den Antrag zu stellen, nicht zu; das Geset erwähnt hier, abweichend von § 75 Abs. 3 die Verwaltungsbehörde nicht; a. M. Stenglein S. 61.

 Zu der Antragstellung befugt ist die Staatsanwaltschaft am Berufungsgericht; doch greift auch hier die Bestimmung des GBG. § 146 Plas.
- b. Rur bei ber Einsenbung, b. h. bei ber Borlegung ber Atten an bas Revisions= gericht tann ber Antrag gestellt werben; eine spätere Antragstellung ift wirfungslos.
- c. Die Burudnahme eines bem Gericht bereits vorliegenben Antrages ift fur unsstatthaft zu erachten, ba fie im Gefet nicht erwähnt ist und es ber Staatsanwaltschaft nicht zusstehen kann, die einmal begründete Zuständigkeit bes Reichsgerichts wieder zu beseitigen; a. M. Stenglein S. 61.
- 17. Finbet bas Reichsgericht, baß es an einem ber Erford erniffe bes Abf. 2 fehle, fo in § 388 ber Stal. anwendbar.

§. 137.

Will in einer Rechtsfrage ein Civilsenat von ber Entscheidung eines anderen Civilsenats ober der vereinigten Civilsenate, oder ein Straffenat von der Entsscheidung eines anderen Straffenats oder der vereinigten Straffenate abweichen, so ist über die streitige Rechtsfrage im ersteren Falle eine Entscheidung der vereinigten Civilsenate, im letzteren Falle eine solche der vereinigten Straffenate einzuholen.

Einer Entscheibung ber Rechtsfrage burch das Plenum bedarf es, wenn ein Civilsenat von der Entscheidung eines Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate, oder ein Strafsenat von der Entscheidung eines Civilsenats oder der vereinigten Civilsenate, oder ein Senat von der früher eingeholten Entscheidung des Plenums abweichen will.

Die Entscheidung der Rechtsfrage durch die vereinigten Senate ober das Plenum ist in der zu entscheidenden Sache bindend. Sie erfolgt in allen Fällen ohne vorgängige mündliche Berhanblung.

Vor ber Entscheibung ber vereinigten Straffenate ober berjenigen bes Plenums, sowie in She= und Entmundigungssachen ift ber Ober=Reichsanwalt mit seinen schriftlichen Antragen zu hören.

Soweit die Entscheidung der Sache eine vorgängige mündliche Verhandlung erfordert, erfolgt dieselbe durch den erkennenden Senat auf Grund einer erneuten mündlichen Verhandlung, zu welcher die Prozestetheiligten von Amtswegen unter Wittheilung der ergangenen Entscheidung der Rechtsfrage zu laden sind.

(Catm. \$ 108) — Gef. v. 17. Marz 1886 (RGBl. €. 61.)

3u & 137.

^{1.} Der § ist durch das Ges. v. 17. März 1886 abgeanbert. Die Aenderung betrifft zwei wesentliche Bunfte: erstens ift eine Entscheidung streitiger Rechtsfragen durch das Plenum des Reichsgerichts vorgesehen, während die ursprüngliche Bestimmung nur Berweisungen an die verzeinigten Civilsenate bezw Strafsenate kannte, und zweitens sind die vereinigten Senate bezw. das Plenum nicht mehr zur Berhandlung und Entscheidung in der Sache selbst, sondern nur zur Entscheidung der streitigen Frage berusen. Diese letztere Entscheidung erfolgt demgemäß stets ohne mündliche Berhandlung. — Außerdem ist jest die Mitwirkung der Reichsanwaltschaft ausdrücklich geregelt.

^{2.} Die Bulaffigteit einer Berweisung an die vereinigten Civilsenate ober Straffenate bezw. an bas Plenum ift auf die im § 137 bezeichneten Fälle beschränkt; es steht baber ben einzelnen Senaten nicht zu, lediglich wegen ber besonderen Wichtigkeit ober Zweiselhaftigkeit einer Rechtsefrage die Berweisung zu beschließen.

^{3.} Finden die vereinigten Senate 2c., daß die Boraussehungen bes § 137 nicht vorliegen, so ergeht ber Beschluß babin: daß die Entscheidung der betr. Rechtsfrage abzulehnen sei. Dieser Fall ift nunmehr in dem (in Folge des Ges. v. 17. März 1886 abgeanderten) § 13 der Geschäftsordnung des Reichsgerichts (vgl. § 141) ausdrücklich vorgesehen.

^{4.} Auf biejenigen Straffachen, fur welche bas Reichsgericht in erfter Instanz zuständig ift (§ 136 Rr. 1), war § 137 in ber ursprünglichen Fassung unanwendbar, ba die Entscheidung in ber Sache selbst (bas Urtheil) nur bem vereinigten zweiten und britten Straffenat zusteht. Nach ber neuen Fassung bes § sieht lehteres ber Anwendbarkeit besselben auf die gebachten Sachen nicht mehr entgegen.

^{5.} Bon feinen eigenen Enticheibungen barf jeber Senat abweichen.

§. 138.

Der erste Straffenat bes Reichsgerichts hat bei ben im §. 136 Rr. 1 bezeichneten Verbrechen; diejenigen Geschäfte zu erledigen, welche im §. 72 Abs. 1 ber Strafkammer bes Landgerichts zugewiesen sind.

Das Hauptverfahren findet vor dem vereinigten zweiten und britten Straffenate statt.

(Entm. § 109.)

§. 139.

Zur Fassung von Plenarentscheidungen und von Entscheidungen ber vereinigten Civil- ober Straffenate, sowie ber beiden vereinigten Straffenate ist die Theilnahme von mindestens zwei Drittheilen aller Mitglieder mit Sinschluß des Vorsitzenden erforderlich.

Die Zahl ber Mitglieber, welche eine entscheibenbe Stimme führen, muß eine ungerabe sein. Ift die Zahl ber anwesenden Mitglieder eine gerade, so hat der=

3u § 138.

Zu § 139.

^{1.} Bei ben in § 136 Nr. 1 bezeichneten Straffachen werben bie tollegialgerichtlichen Geschäfte durch zwei Abt heilungen bes Reichsgerichts wahrgenommen, nämlich durch ben ersten Straffenat und burch ben vereinigten zweiten und britten Straffenat. Der Geschäftkreis bes ersten Straffenats wirb durch die Bezugnahme auf § 72 Abs. 1 bestimmt (vgl. § 136 Note 7.b). Durch ben die Eröffnung des hauptverfahrens aussprechenden Beschluß wird die Sache bei dem vereinigten zweiten und britten Straffenate anhängig, und nicht blos die hauptverhandlung sindet vor diesem vereinigten Senate statt, sondern es stehen demselben von dem Zeitpunkt des Beschusses auch alle Entscheidungen zu, welche außerhalb der hauptverhandlung zu erlassen sind, insbes. diesenigen, welche der Urtheilssäuung nachfolgen (StBD- §§ 407 st., § 494). Dem entspricht auch die Praris des Reichsgerichts, wie gegenüber der abweichenden Angabe Stengleins S. 61 hervorzuheben ist.

^{2.} Die Bestimmung ber StPO. § 23 Abs. 3 ift nur für die erkennende Strafkammer bes Landgerichts gegeben, also auf das Reichsgericht nicht anwendbar. Es wird indeß, zumal das Urtheil des letteren jeder Ansechtung burch ein Rechtsmittel entzogen ist, angemessen sein, an der Hauptverhandlung keines der Mitglieder des ersten Strassenats Theil nehmen zu lassen. — Was den Untersuchungsrichter betrifft, so sindet § 23 Abs. 2 der StPO. in vollem Umsange auch auf reichsgerichtliche Strassacht Anwendung.

^{3.} Gegen bie Berfügungen bes Untersuchungsrichters (StPD, § 184 Abs. 1, 2) und ber für biesen handelnden Richter (ebenda Abs. 2, 3) findet, wie sich aus § 346 Abs. 1 der StPD. in Berd. mit der Berweisung auf § 72 Abs. 1 des GBG. ergiebt, die Beschwerde statt; die Entsicheidung über diese steht in allen Fällen dem ersten Straffenat des Reichsgerichts, also nicht demjenigen Gericht zu, welches sonft die Beschwerdeinstanz für den detr. Richter bildet. — Ebens dasselbe gilt von den Berfügungen des Amtörichters im Bordereitungsversahren (StPD. §§ 160, 163, 164). In letterem (also während das Reichsgericht mit der Sache noch nicht besaft ist) wird ein Straffall dann als zur Zuständigkeit dieses Gerichts gehörig anzusehen sein, wenn entsweder der Ober-Reichsanwalt bereits eingeschritten ist oder der für den Ober-Reichsanwalt hans belinde Staatsanwalt bezw. der von Amtswegen einschreitende Amtörichter (StPD. § 163) die Sache als eine reichsgerichtliche bezeichnet hat; vgl. GBG. § 136 Note 7. b.

^{1. -- &}quot;Plenarentscheibungen" -- hierüber f. § 137 sowie §§ 128, 129, 131. Bgl. noch § 141.

^{2.} Die Bestimmung bes Abs. 1 enthalt eine Abweichung von berjenigen bes § 194 Abs. 1. Bal. § 140 Rote 1.

jenige Rath, welcher zulett ernannt ift, und bei gleichem Dienstalter berjenige, welcher ber Geburt nach ber jüngere ist, ober, wenn bieser Berichterstatter ist, ber nächst ältere kein Stimmrecht.

(Cuim. § 110.)

§. 140.

Die Senate des Reichsgerichts entscheiden in der Besehung von sieben Mitsgliedern mit Ginschluß des Borsitzenden.

(Estm. § 111.)

§. 141.

Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, welche das Plenum auszuarbeiten und dem Bundesrath zur Bestätigung vorzulegen hat.

Behnter Titel.

Staatsanwaltschaft.

3u \$ 140.

- 1. Benngleich bei jeder Entscheibung eines Senates nur steben Richter mitwirken burfen, so kann boch die Zahl der Richter, welche einem Senate zugetheilt werden, eine größere sein. Auch die letztere Zahl hat hier anders als bei den Kammern der Landgerichte zc. (vgl. § 77 Rote 1. a, § 124 Note 2) vermöge der Bestimmung des § 139 Abs. 1 eine prozessulische Bedentung.
- 1. Die vom Bunbesrath unterm 8. April 1880 bestätigte Geschäftsorb nung bes Reichs= gerichts ift im Rentr. Bl. 1880 S. 190, eine unterm 25. Juli 1886 bestätigte Abanberung bers felben (val. § 137 Rote 3) im Rentr. Bl. 1886 S. 300 veröffentlicht.
 - 2. In Betreff ber Bertheilung ber Gefchafte f. SS 133, 62, 63.

Bum Behnten Titel.

- 1. Der Titel regelt hauptsächlich bie Organisation ber Staatsanwaltschaft, jedoch absgesehen von ber Reichsanwaltschaft nur in fragmentarischer Beise, so daß die Bestimmungen besselben in mehrsacher Richtung ber Ergänzung burch bas Landesrecht (vgl. EG. § 2 Note 3, 5. a) bedürfen. Das Nähere s. bei § 149; vgl. auch § 143 Note 2. Für Preußen vgl. Auss.:Ges. §§ 58—67.
- 2. a. Auch ber Wirkungsfreis ber Staatsanwaltschaft in abgesehen von ber Reichsamwaltschaft (vgl. § 143 Note 3) reichsgesehlich nur insoweit geregelt, als die Mitwirkung berselben bei der Ausübung der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit und im ehrengerichtlichen Bersahren gegen Rechtsanwälte (Rechtsanw.D. §§ 66, 92) in Frage steht. (In dem Reichsebeamten-Ges. v. 31. März 1873 §§ 85, 110, 122 ist zwar auch von den Berrichtungen der Staatsanwaltschaft, nicht aber von den bei den Gerichten bestehenden staatsanw. Behörden die Rede.) Mithin hat die Landesgesehung zu bestimmen, ob und welche Thätigkeit außers halb des Gebietes der Prozesordnungen der Staatsanwaltschaft zu übertragen, insbes. auch, ob ihr eine Mitwirkung dei der Justizverwaltung und der Dienstaufsicht, bei Disziplinarsachen und bei der Ausübung der nichtspreitigen Gerichtsdarkeit zuzuweisen sei, vgl. EG. § 4. Eine Einsichraftung der Landesgesetzgebung s. in § 152. Für Preußen s. bes. v. Marc, Die Staatssanwaltschaft bei den Lands und Amtsgerichten in Preußen.
- b. Auf bem Gebiet ber Strafrechtspflege ift ber reichsgefehlich bestimmte Birfungstreis ber Staatsanwaltichaft folgender: a) die Staatsanwaltichaft ift bas Organ ber Strafverfolgung; bas Rabere hierüber f. bei Sh 152, 153 ber StBO.; — B) sie ift ber Regel nach

§. 142.

Bei jebem Gerichte foll eine Staatsanwaltschaft besteben. (Entw. § 113.)

§. 143.

Das Amt ber Staatsanwaltschaft wird ausgeübt:

- 1. bei dem Reichsgerichte burch einen Ober-Reichsanwalt und burch einen ober mehrere Reichsanwälte;
- 2. bei ben Oberlandesgerichten, ben Landgerichten und ben Schwurgerichten burch einen ober mehrere Staatsanwälte;
- 3. bei ben Amtsgerichten und ben Schöffengerichten burch einen ober mehrere Amtsanwälte.

Die Zuständigkeit der Amtsanwälte erstreckt sich nicht auf das amtsrichterliche Verfahren zur Vorbereitung der öffentlichen Klage in benjenigen Straffachen, welche zur Zuständigkeit anderer Gerichte als der Schöffengerichte gehören.

bie Bollstredungsbehörbe (StBD. §§ 36, 483; vgl. auch § 213); — y) sie hat bei ben bie Bilbung ber Schöffengerichte und ber Schwurgerichte betreffenden Berwaltungsgeschäften mitzuwirken und bas öffentliche Interesse wahrzunehmen (GBG. §§ 52, 53, 56, 91, 94).

c. Die Mitwirfung ber Staatsanwalticaft im Civilprozeß ift auf Gefachen (CBO. SS 569 ff.) und Entmundigungsfachen (CBO. SS 595 ff.) befchrantt. Bgl. noch GBG. S 137 Abf. 4.

3. In Betreff ber Ausichlie fung und Ablehnung flaatsanwaltschaftlicher Beamten in einzelnen Straffachen f. bie Roten jur StBD. Buch 1 Abichn. 3.

4. In Betreff ber Terminologie ist zu bemerken: Der Ausbrud "Staatsanwaltschaft" wird im GBG. und in ber StBO. regelmäßig in abstraktem Sinne gebraucht, so baß er bas ganze Institut, einschließlich ber Reichsanwaltschaft und ber Amtsanwaltschaft (vgl. z. B. GBG. SS 53, 56), umsaßt. Dagegen wird unter "Staatsanwalt" nur ber bei einem Kollegialgericht angestellte Beamte, nicht auch ber Amtsanwalt, verstanden (vgl. Sten. Ber. S. 457).

3u § 142.

- 1. a. Bei ben periobifch zusammentretenben Gerichten: ben Schwurgerichten und ben Schöffengerichten, werben bie staatsanwaltschaftlichen Geschäfte burch bie Staatsanwaltschaft bes betr. Landgerichts bezw. Amtsgerichts versehen, wie bies in § 143 Rr. 2, 3 ausbrucklich bestimmt, übrigens nach bem zu § 12 Note 3 Bemerkten auch selbstverständlich ift.
- b. Bei ben auswärtigen Straftammern (§ 78) werben bie staatsanwaltschaftlichen Geschäfte von ber Staatsanwaltschaft bes Landgerichts wahrgenommen. Sie konnen aber auch einem einzelnen Mitgliebe bieser Behörbe ständig übertragen und es kann demselben ber Sit ber Strafkammer als Bohnsty angewiesen werben, in der Art, daß bieser Beamte, unbeschabet seiner Unterordnung unter ben Ersten Staatanwalt bes Landgerichts, das Amt selbstständig zu versehen hat (Mot. S. 79). Das Maß bieser Selbstständigkeit ist durch die Landesjustigverwaltung naber zu bestimmen.
- 2. Der S will nicht vorschreiben, baß bei jebem Gericht ein besonberer Beamter ber Staatsanwaltschaft angestellt sein musse; vielmehr kann für mehrere Gerichte (gleicher ober versichiedener Orbnung) eine gemeinschaftliche staatsanwaltschaftliche Behörde bestellt werben; vgl. z. B. olbenb. Ausf.:Ges. Art. 34. Insbes. ist es statthaft, einen bei bem Landgericht sungirenden Staatsanwalt zugleich zum Amtsanwalt bei einem ober mehreren Amtsgerichten zu bestellen (Mot. S. 76). Für Preußen vgl. Ausf.:Ges. § 63.
 - 3. In Betreff ber Bestellung mehrerer Amtsanwälte für ein Amtsgericht f. § 143 Rote 4.

Bu Abs. 1. 3u § 143.

1. Die Glieberung ber Staatsanwaltschaft foließt sich an biejenige ber orbentlichen Gerichte an, und, wie bei biesen, so ift auch bei ben Beamten ber Staatsanwaltschaft von einer sachlichen

und einer örtlichen Buftanbigfeit bie Rebe (§ 143 bezw. § 144). Demgemäß gerfallt bie Staatsanwaltichaft in eine ber Bahl ber Gerichte ohngefahr (§ 142 Rote 2) entsprechenbe Angahl felbft: ftanbiger Beborben. Die Selbftftanbigfeit ber letteren ift indeß eine befdrantte, infofern namlic bie Staatsanwaltichaft in gewiffem Mage wieberum einen einheitlichen Organismus bilbet, als beffen Saupt bie oberfte Juftigverwaltungsftelle ericeint. Die Auffaffung bes frangofischen Rechts von der Ginbeit und Untheilbarteit ber Staatsanwaltschaft ("le ministere public est un et indivisible") war, wenngleich mit Einschränfungen, schon in die Mehrzahl ber beutschen Landesgesete übergegangen und hat, gleichfalls in eingeschräntter Beise, auch in bas GBG. Aufnahme gefunden. 3m Gingelnen ift Folgenbes hervorzuheben: a. Dit Rudficht auf die fortbeftebenbe Juftighobeit ber Gingelftaaten tommt ber Grunbfat ber Ginheit ber Staatsanwalticaft nur innerhalb bes einzelnen Staates, nicht für bas gesammte Bebiet bes Reiches (vgl. § 148 u. Rote 4 baf.) jur Geltung (vgl. inbeg auch § 146 Rote 1). - b. Innerhalb bes einzelnen Staates fieht ber Lanbesjuftigvermaltung und ben porgefesten ftaatsanwaltichaftlichen Behorben (§ 148) bas Recht ber Aufficht und Leitung in ber Art ju, bag bieselben jeberzeit burch Anmeijungen in bie Thatigleit einer unteren Beborbe eingreifen burfen (§ 147 u. Rote 3 baf.). - c. Innerhalb beffelben Oberlandesgerichtsbezirfs und bezw. Laubgerichtsbezirfs fieht ber porgefetten Behörbe bas Devolutions : und Substitution Brecht zu; bas Rabere f. au § 145 (beffen Abj. 2 eine Ginidrantung biefes Rechts enthalt). - d. Aus ben vorbezeichneten Befugniffen (b. c.) ift inbeg nicht bie Auffaffung berguleiten, als feien bie unteren Beborben nur als Bertreter ber porgefesten thatig; vielmehr find biefelben überall fraft eigenen Rechts gur Ausubung ihres Amtes berufen, und fie find nach außen bin, insbesonbere ben Gerichten gegenüber, völlig felbstftanbig; vgl. § 147 Rote 5. — e. Besteht eine ftaatsanwaltschaftliche Beborbe aus mehreren Beamten, fo ift allein ber erfte Beamte ber Trager bes Amts, und bie ihm beigegebenen Beamten hanbeln überall nur als feine Bertreter (§ 145). — f. In bem Berhaltnig ber ftaatsanwaltschaftlichen Beborben verfchiebener Bezirke zu einanber greift ber Gefichtspuntt ber Ginbeit ber Staatsanwalticaft im Allgemeinen nicht Plat (§ 144). Die eine Beborbe fann bie Gefcafte ber anberen nur auf Grund einer Substitution (§ 146 Abf. 1) fomie in bem Falle mahrnehmen, wenn in Ansehung einer Amtshandlung Gefahr im Berguge obwaltet (§ 144 Abj. 2).

2. Den bei bem Reichsgericht fungirenden Beamten der Staatsanwaltschaft hat das GBG. die ihrer Eigenschaft als Reichsbeamte entsprechenden Amtstitel beigelegt. Im Uebrigen hat das Gesch die Bestimmung der Amtstitel ben einzelnen Bundesstaaten überlassen, und nur für die dei den Amtsgerichten anzustellenden Beamten eine besondere Benennung gewählt. Letteres beruht wesentlich auf einer redaktionellen Rücksicht: die in mancher Hinsicht singuläre Stellung bieser Beamten machte die Ausstellung einiger besonderen Bestimmungen (§ 143 Abs. 2, § 146 Abs. 2, StPD. § 483 Abs. 2) nothwendig. — In den meisten Bundesstaaten (vgl. 3. B. preuß. Auss.-Ges. § 59, dayer. Auss.-Ges. Art. 51) sühren die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft dei den Oberlandesgerichten den Titel "Oberstaatsanwalt", dei den Landgerichten den Titel "Estaatsanwalt", die übrigen Beamten dei den Oberlandesgerichten und Landgerichten den Titel "Staatsanwalt". Im Königreich Sachsen sühren der Eitel "General-Staatsanwalt", während der Titel "Oberstaatsanwalt" von den ersten Staatsanwalt" und ersten Staatsanwalt", während der Titel "Oberstaatsanwalt" von den ersten Staatsanwälten der größeren Landgerichte geführt wird.

Bu Mr. 1.

3. Die Thätigkeit ber Reichsanwaltschaft umfaßt: a. die staatsanwaltschaftlichen Berrichstungen in ben an das Reichsgericht gelangenden Strassachen (§ 143 Rr. 1, § 137 Abs. 4); — b. den Betrieb der Strasversolgung zc. in den Strassachen, sur welche das Reichsgericht in erster Instanz zuständig ist (§ 136 Rr. 1 u. Rote 7 b das.; § 147 Abs. 2); — c. die Bestimmung der zuständigen Staatsanwaltschaft im Falle des § 144 Abs. 3; — d. die staatsanwaltschaft lichen Berrichtungen in den an das Reichsgericht gelangenden, zu einer Mitwirkung der Staatsanwaltschaft geeigneten Civilsachen (§ 137 Abs. 4); — e. die staatsanwaltschaftlichen Berrichtungen in den von dem Reichsgericht (Ges. v. 16. Juni 1879) oder dem Ehrengerichtshose

§. 144.

Die örtliche Zuständigkeit der Beamten der Staatsanwaltschaft wird durch die örtliche Zuständigkeit des Gerichts bestimmt, für welches sie bestellt sind.

für Rechtsanwälte (Rechtsanw.:D. SS 90, 92) zu entschenen Disziplinarsachen (vgl. oben Rote 2. a zu Sit. 10); — f. die Mitwirfung bei ben inneren Angelegenheiten bes Reichsgerichts (SBG. SS 128, 129, 131).

Bu Mr. 3.

4. "Die Stellung mehrerer Amtsanwälte bei bem selben Amtsgericht ift reichs= gefetlich nicht geregelt. Es ift ber Lanbesgefetgebung überlaffen, ju bestimmen, ob bie mehreren Amtsanwälte von einanber unabhängig zu stellen find ober für bie Amtsanwaltschaft besselben Amtsgerichts bie Einheitlichfeit ber Behörbe burchzuführen ift" (Mot. S. 79). Man hat hierbei hauptfäclich an bie in mehreren Bunbesstaaten vorgefundene Einrichtung gebacht, nach welcher bei gemiffen Arten von Straffachen (g. B. bei Forfte, Jagbe, Bolle, Steuer-Straffachen) Beamte ber betr. Berwaltungszweige bas Amt ber Staatsanwalticaft, unabhängig von ber orbentlichen flaats= anwaltichaftlichen Beborbe (Amtsanwaltichaft), verfeben, fo baß bei einem Gerichte mehrere amtsanwalticaftliche Behörben besteben, beren Gefcaftstreife fachlich verfchieben finb. Gin= richtungen biefer Art find auch ferner julaffig. Uebrigens murbe es auch ftatthaft fein, bei einem Amtsgericht mehrere selbstständige Amtsanwaltschaften in der Art zu bestellen, daß ihnen verschie= bene Bezirke angewiesen werben; insbesonbere kann für solde Bezirke, in benen periobisch Gerichtstage abgehalten werben, bie Bestellung einer besonberen Amtsanwalticaft erfolgen. - Für Preußen vgl. Geichaftsanweisung für bie Amtsanwalte v. 28. Aug. 1879 Art. 6, 16 (IDBL S. 261). Gemäß ber Bestimmung bes Art. 16 ift bei einer Angahl von Amtsgerichten bie Bearbeitung ber Bergebensfachen (ilberhaupt ober boch im Borverfahren) ber Staatsanwalifchaft bes Lanbgerichts übertragen.

Bu Abs. 2.

- 5. Für die sachliche Zuständigkeit der Beamten der Staatsanwaltschaft sind diejenigen Normen maßgebend, welche die sachliche Zuständigkeit der erkennenden Gerichte regeln (Mot. S. 79). Daher sieht in den Sachen, welche im Hauptversahren zur Zuständigkeit der Strassammer, des Schwurgerichts oder des Reichsgerichts gehören, die Strasversolgung von Ansang an. also auch während des amtörichterlichen Bersahrens zur Bordereitung der öffentlichen Klage (StPC. SS 156 ff.), nur der landgerichtlichen Staatsanwaltschaft bezw. der Reichsanwaltschaft, nicht aber der Amtösanwaltschaft, zu. Wird der Amtönwaltschaft eine strasbare Handlung angezeigt, zu deren Berzsolgung sie sachlung nicht zuständig ist, so hat sie der Anzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft, dei obwaltender Gesahr im Berzuge aber an den Amtörichter abzugeben, damit dieser in den Stand geset werde, nöthigensalls von Amtöwegen (StPC. S 163) einzuschreiten.
- 6. Der Ausbruck: "zur Buftanbigkeit gehören" ift auch hier in bem zu § 29 Rote 2. a. bezeichneten engeren Sinne gebraucht. Sonach beschränkt sich bie Thätigkeit ber Amtsanwaltschaft im Borversahren auf biejenigen Sachen, für welche bas Schöffengericht ursprünglich zusständig ift (§ 27), und nur in biesen steht ber Amtsanwaltschaft die Erhebung ber öffentlichen Klage zu. In den Sachen, in denen die Zuständigkeit des Schöffengerichts durch Ueberweisung begründet wird (§§ 29, 75), tritt die Zuständigkeit der Amtsanwaltschaft erst ein, wenn in Folge der Ueberweisung die Akten an das Amtsgericht gelangt sind.
- 7. Die Borfchrift bes Abs. 2 schließt nicht aus, baß in einzelnen Terminen vor bem Amtörichter (StBD. §§ 160, 164, 183) ein Amtsanwalt in Folge Auftrages eines Borgesetten bie Funktionen ber Staatsanwaltschaft wahrnehmen kann (Mot. S. 79). Ob und in welchen Fällen berartige Aufträge ertheilt werden burfen, bestimmt sich nach ben Anordnungen ber Landessjustigverwaltung. Bgl. noch § 146 Abs. 2.

Bu Abs. 1.

3u § 144.

^{1.} Bgl. § 143 Rote 1. f.

^{2.} Geht eine Strafface von einem Gericht auf ein anberes fiber (vgl. 3. 8. StPD.

Ein unzuständiger Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich denjenigen innershalb seines Bezirks vorzunehmenden Amtshandlungen zu unterziehen, in Ansehung welcher Gefahr im Berzuge obwaltet.

Können die Beamten der Staatsanwaltschaft verschiedener Bundesstaaten sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Berfolgung zu übernehmen hat, so entsichet der ihnen gemeinsam vorgesetzte Beamte der Staatsanwaltschaft und in Ermangelung eines solchen der Ober-Reichsanwalt.

(Cutm. § 115.)

§ 15, § 394 Abj. 2), so hat bies von selbst bie Folge, baß bie staatsanwaltschaftlichen Berrichtungen auf bie Staatsanwaltschaft bes lettgebachten Gerichts übergeben.

Bu Abf. 2.

- 3. Es ift hier nur von ben örtlich unzuftänbigen Beamten bie Rebe; vgl. StBD. § 21. In Betreff ber sachlichen Zustänbigkeit vgl. § 143 Abs. 2 u. Rote 5 bas., sowie § 146.
- 4. Unter Amtshandlungen find hier insbesonbere auch bie Antrage zu verstehen, welche bei bem Amtsrichter zu stellen find, falls es auf schleunige Bornahme einer gerichtlichen Untersiudungshandlung antommt (StBD. § 160).

Bu Abs. 3.

- 5. Die Borte: "ber ihnen gemeinsam vorgesette Beamte", haben ben Fall im Auge, wenn Theile verschiebener Bundesftaaten zu einem Landgerichtsbezirk ober zu einem Ober-landesgerichtsbezirk vereinigt und bemzufolge einem oberen Beamten ber Staatsanwaltschaft Beamte verschiebener Bunbesstaaten untergeordnet sind; vgl. Tit. 2 Rote 16. In Betreff bes Ober-Reichsanwalts vgl. § 148 Rote 4.
- 6. Der Fall ber Nichteinigung unter Beamten besselben Bunbesstaates ist beshalb nicht ausbrücklich vorgesehen, weil es sich nach § 148 von selbst versteht, bag in biesem Falle bie Entscheidung bem gemeinsam vorgesehten Beamten (Ersten Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt) und beim Mangel eines solchen ber Lanbesjustizverwaltung zusteht. Sachlich ist dieser Fall von bem in Abs. 3 behandelten nicht verschieden; baher findet das in den solgenden Noten (7, 8) Bemerkte auch auf ihn entsprechende Anwendung.
- 7. a. Besteht die Meinungsverschiedenheit der betheiligten Beamten barin, daß jeder sich für allein zu ftandig ober jeder sich für unzuständig halt, so ift, salls eine Einigung nicht statischet, die Entscheideng der gemeinsam vorgesetzen Instanz nothwendig. Bis zur Erlassung berzielben wird in bem erstgedachten Falle berjenige Beamte, welcher später als der andere mit der Sache besaft worden ift, dem zuerst besaften den Betrieb der Sache einstweilen zu überlassen. In dem letztgedachten Falle hat der zuerst besafte Beamte sich einstweilen dem Betrieb der Sache, soweit ersorderlich, zu unterziehen; für den später besaften Beamten ist einstweilen § 144 Abs. 2 maßgebend.
- b. Eine Meinungsverschiebenheit der vorbezeichneten Art (a) kann nicht blos zwischen geordneten Beamten, sondern auch zwischen einem landgerichtlichen Staatsanwalt und einem dem Bezirk eines anderen Landgerichts angehörigen Amtsanwalt bestehen, nämlich alsdann, wenn eine Strafthat, sur melche in zwei Landgerichtsbezirken ein Gerichtsstand begründet ift, in beiden zur Anzeige gelangt, jedoch unter verschiedener Qualistzirung der That (z. B. als Raud bezw. als Diebstahl), so daß in dem einen Bezirk der Staatsanwalt, in dem anderen ein Amtsanwalt mit der Sache besaßt wird. In einem derartigen Falle würde, da hier der Amtsanwalt dem Staatsanwalt nicht untergeordnet und somit an dessen Ansicht nicht gebunden ist, ein etwaiger Streit durch den gemeinsam vorgesehten Beamten zu entscheiden sein. Es wird sich indeh für den Amtsanwalt durchaus empfehlen, sich der Ansicht des Staatsanwalts unterzuordenen, mindestens alsdann, wenn dieser die Zuständigkeit zur Bersolgung für sich in Anspruch nimmt. Hat die eine staatsanwaltschaftliche Behörde bereits die össentliche Rlage erhoben, so ist wegen der Rechtshängigkeit der Sache eine Versolgung durch die andere Behörde unstatthaft.

§. 145.

Besteht die Staatsanwaltschaft eines Gerichts aus mehreren Beamten, so handeln die dem ersten Beamten beigeordneten Personen als dessen Vertreter; sie sind, wenn sie für ihn auftreten, zu allen Amtsverrichtungen desselben ohne den Nachweis eines besonderen Auftrags berechtigt.

(€ntm. § 116.)

§. 146.

Die ersten Beamten ber Staatsanwaltschaft bei ben Oberlandesgerichten und ben Landgerichten sind befugt, bei allen Gerichten ihres Bezirks die Amtsverrichtungen ber Staatsanwaltschaft selbst zu übernehmen ober mit Bahrnehmung bersfelben einen anderen als ben zunächst zuständigen Beamten zu beauftragen.

Amtsanwälte können das Amt ber Staatsanwaltschaft nur bei den Amts= gerichten und den Schöffengerichten versehen.

(Cutm. § 117.)

Betreff bes Falles, wenn bennoch eine Sache mehrfach und zwar bei Gerichten verschiebener Orbnung anhängig geworben ift, f. StBD. Buch 1 Abfcn. 1 Rote 2. a.

- c. Zwischen einem Amtsanwalt und bem ihm vorgesetten Staatsanwalt kann vermöge ber Borschrift bes § 147 ein Streit ber zu b. gebachten Art nicht entstehen. Die Anweisung bes Staatsanwalts: die Berfolgung eines Straffalles zu übernehmen ober fie zu unterlassen, und die bieser Anweisung zu Grunde liegende Auffassung der Sache ift für den Amtsanwalt bindenb.
- 8. Besteht die Meinungeverschiedenheit ber betheiligten Beamten barüber, bei welchem von mehreren zuständigen Gerichten eine Sache anhängig zu machen sei, ober barüber, ob zussammenhängende Sachen zu verbinden oder bei welchem Gericht sie im Falle der Berbindung anshängig zu machen seien, so wird den Mangel der Einigung eine Entscheidung der gemeinsam vorgesehten Instanz noch nicht unbedingt erforderlich. Das Rähere darüber, wie in diesen Fallen von den Beamten der Staatsanwaltschaft zu versahren ift, s. in den Noten zur StBO. SS 12, 2, 13.

Au & 145.

- 1. Die Rollegialverfassung ift bem Institut ber Staatsanwaltichaft burchaus fremb; vgl. § 143 Rote 1. e.
- 2. Die Sandlungen eines beigeordneten Beamten werben hinfichtlich ihrer rechtlichen Birtfamteit überall als Sandlungen bes erften Beamten angeseben.
- 3. Auf bas Berhaltniß mehrerer Amtsanwalte bei bemfelben Antsgericht bezieht fich biefe Bestimmung nur in bem Falle, wenn einem von ihnen bie Aufsicht und Leitung übertragen ift; vgl. § 143 Rote 4.

3u § 146.

Bu Abs. 1.

- 1. Der S behanbelt bas, auf bem Gebanken ber Einheit ber Staatsanwaltschaft (vgl. § 143Rote 1) beruhenbe Devolutions und Substitutionsrecht ber oberen staatsanwaltschafts lichen Beamten. Bermöge bieses Rechts kann (mit ber in Abs. 2 bestimmten Einschränfung) innershalb besselben Oberlandesgerichtsbezirks bezw. Landgerichtsbezirks jeber in bem Bezirk sungirende Beamte ber Staatsanwaltschaft kraft Auftrages bie staatsanwaltschaftlichen Geschäfte bei jedem Gericht bes Bezirks versehen. In Bezirken, welche sich aus Gebietstheilen verschiedener Bundessstaaten zusammensehen, kommt dieses Recht ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit bestu beauftragenden Beamten zur Anwendung: Rese. III. 20. Mai 86 (Rfpr. VIII. 369).
- 2. Die ben "er ften " Beamten beigelegten Befugniffe fteben felbstverftanblich auch benjenigen Staatsanwälten ber Lanbgerichte und ber Oberlandesgerichte zu, benen ein anderer Beamter nicht beigegeben ift.
- 3. Im Falle einer Bertretung bes betr. Beamten steht bem Bertreter auch bie Ausübung ber in § 146 bezeichneten Besugnisse zu.

§. 147.

Die Beamten ber Staatsanwaltschaft haben ben bienfilichen Anweisungen ihres Borgefesten nachzukommen.

In denjenigen Sachen, für welche das Reichsgericht in erster und letzter Instanz zuständig ist, haben alle Beamte der Staatsanwaltschaft den Anweisungen des Ober-Reichsanwalts Folge zu leisten.

(Enfm. § 118.)

- 4. Die Ausübung biefer Besugnisse ift in jeber Lage ber Sache und zu jebem Zeitpunkt zuläsig. Sie kann selbst im Laufe einer Hauptverhandlung erfolgen, ohne baß jeboch hierburch an bem Gange ber Berhandlung etwas geanbert werben barf. Bgl. StBD. § 226.
- 5. In ber Befugniß ber oberen Behörbe, bie Amtsverrichtungen ber unteren gu übersnehmen, ift insbesondere die Berechtigung enthalten, die der letteren Behörde gustehenden Rechtsmittel zu ergreisen. Aus jener Befugniß folgt ferner die Berechtigung, die von der unteren Beshörde abgegebenen Erklärungen (Antrage 2c.) zuruchzunehmen, insoweit eine solche Zuruchnahme überhaupt statthaft ift. In Betreff ber Zuruchnahme eines Rechtsmittels s. die Noten zu § 344 der StPD.
- 6. hat ber obere Beamte bie Amtsverrichtungen einer ihm untergeordneten Behörbe (3. B. ber Oberftaatsanwalt bes Oberlandesgerichts biejenigen bes Staatsanwalts bei bem Landgericht ober bie eines Amtsanwalts) übernommen, so sindet wiederum die Bestimmung bes § 145 volle Anwendung: ber obere Beamte kann die gebachten Berrichtungen durch die ihm beigeordneten Bersonen aussüben lassen, ohne daß es einer besonderen Beaustragung derselben bedarf. Das Bort "selb ft" bezieht sich nur auf den Gegensatz zwischen den verschiedenen Behörden, nicht auf den zwischen den verschiedenen Beamten derselben Behörde.
- 7. Der erste Beamte ber Staatsanwaltichaft bei bem Oberlandesgericht tann auch die eigenen Geschäfte bei biesem Gericht einem bei einem Landgericht fungirenden Staatsanwalt auftragen. Es ift auch durchaus statthaft, daß ein Beamter, der in einer früheren Instanz die Geschäfte ber Staatsanwaltschaft versehen hat, sie in höherer Instanz abermals wahrnimmt.
- 8. Die erfolgte Beauftragung (Substitution) eines örtlich nicht zuständigen Beamten (§ 144) muß bem Gericht gegenüber nachgewiefen werben; vgl. § 143 Rote 1. f.

Bu Abf. 2.

9. Abs. 2 enthält eine Beschränkung bes Substitutionsrechts. Dieselbe beruht baraui, baß bas Amt ber Amtsanwälte bei einem großen Theil ber Amtsgerichte Berwaltungsbeamten ober anderen Personen anvertraut werben muß, benen bie juristische Bilbung abgeht (Mot. S. 80). — Bgl. § 143 Abs. 2.

3u § 147.

Bu Abs. 1.

- 1. Bgl. bie auf bie Einheit ber Staatsanwalticaft bezüglichen Bemerkungen gu § 143 Rote 1.
- 2. Der Begriff bes "Borgefesten" ergiebt fich aus § 148 in Berb. mit § 145.
- 3. a. Unter "bien ftlichen Anweisungen" find nicht blos allgemeine Anordnungen (Inftruktionen 2c.), sondern auch solche Berfügungen zu verstehen, welche die Behandlung der ein zielnen Sachen betreffen. Insbes. gilt die Bestimmung des Abs. 1 auch hinschtlich des Gebrauchs (der Einlegung und der Zurücknahme) von Rechtsmitteln. In Betreff der Anweisungen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage zum Gegenstande haben, vgl. noch die Noten zu § 152 u. § 170 ber StPD.
- b. Die REK. hatte in ben § 147 folgende Bestimmung eingeschaltet: "Bei ben Aussschrungen und Antragen nach bem Schlusse ber Beweisaufnahme sind die Beamten ber Staatsanwaltschaft an bienftliche Anweisungen ihrer Borgesetten nicht gebunden." Die Bestimmung wurde ins bes in Folge bes Widerspruchs ber Regierungsvertreter wieder gestrichen (Prot. ber 170. Sigung S. 14). Sonach greift auch hinsichtlich ber Ausführungen und Anträge in der Hauptsverhandlung der Grundsab bes § 147 Abs. Es versteht sich übrigens, daß in dieser

§. 148.

Das Recht ber Aufficht und Leitung fteht zu:

- 1. bem Reichstanzler binfichtlich bes Ober-Reichsanwalts und ber Reichsanwälte;
- 2. ber Lanbesjustizverwaltung hinsichtlich aller staatsanwaltlichen Beamten bes betreffenben Bunbesstaates;
- 3. ben ersten Beamten ber Staatsanwaltschaft bei ben Oberlandesgerichten und ben Landgerichten hinsichtlich aller Beamten ber Staatsanwaltschaft ihres Bezirks.

(Cutm. § 119.)

Sinficht bie Borgefesten binbenbe Anweisungen nur ausnahmsweise und nur bann zu ertheilen haben werben, wenn ein besonberer Anlag hierzu vorliegt.

- 4. Jebe Anweisung kann ebensowohl von Amtswegen wie aus Anlag einer Anfrage ober einer Beschwerbe erlassen werben; es kommt hinsichtlich ihrer Birkung auf ben Grund ihrer Er-lassung nicht an. In Betreff ber Beschwerbe vgl. § 148 Rote 2.
- 5. Eine erfolgte Anweisung ift lebiglich eine innere Angelegenheit ber Staatsanwaltssichaft; bem Gericht gegenüber ift sie ohne Bebeutung. Demzusolge hangt bie rechtliche Birksamwaltschaftlichen Beamten nicht bavon ab, ob bas Berhalten besselben ber an ihn ergangenen Anweisung entspricht ober nicht, und biese Birksamkeit kann niemals burch ben Umftanb aufgehoben werben, daß ber Beamte gegen bie geschene Anweisung gehanbelt hat. Auch bie Rechtzeitigkeit einer auf Anweisung vorgenommenen handlung ber Staatsanwaltschaft ist ftets nur nach bem Zeitpunkt ber Bornahme, nicht nach bem ber Anweisung, zu beurtheilen.
- 6. Das Recht ber Borgesetten, bie Anweisung jur Bornahme einer handlung zu erlassen, schließt noch nicht bie Befugniß in sich, die handlung selbst vorzunehmen; biese Befugniß ift vielmehr in § 146 Abs. 1 besonders geregelt und steht nur ben bort bezeichneten Beamten zu. Sonach tann die Landesjustizverwaltung bezw. die Reichsjustizverwaltung weber die öffentliche Rlage erheben, noch sonst Erfarungen an Stelle ber Staatsanwaltschaft abgeben.

3n Abs. 2.

- 7. Bgl. § 136 Rr. 1. -- Der Abf. 2 bes § 147 wendet bie Borfdrift bes Abf. 1 in besichränktem Umfange auf das Berhältniß bes Ober-Reichsanwalts zu ben fammtlichen Beamten der Staatsanwaltschaft im ganzen Reiche an, mahrend im Allgemeinen ber Ober-Reichsanwalt nicht ber Borgesette biefer Beamten ift (vgl. § 148 Note 4, § 143 Note 1.a).
- 8. Die fammtlichen Beamten ber Staatsanwaltschaft find insbes. auch in Betreff ber Frage: ob bie betr. Strafsache gur Buftanbigkeit bes Reichsgericht gehöre, an bie Anficht bes Ober-Reichsanwalts gebunben, so baß ein Zustanbigkeitöftreit zwischen biefem und einem anberen Beamten ber Staatsanwaltschaft nicht entstehen kann.

3u # 148.

- 1. Bahrend bie Aufsicht über bie Gerichte, von ber Bestimmung bes § 152 abgesehen, reichsgesestlich nicht geregelt ift (vgl. EG. § 2 Rote 3.b), ift die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft in ben Kreis ber reichsgesehlichen Anordnungen gezogen, weil bei dieser Behörde bas Aufsichtsrecht im engsten Zusammenhange mit dem Recht der Leitung steht und letteres von großer Bedeutung für das Bersahren ist. Das Recht der Leitung enthält namentlich die Besugniß, durch Anweisungen an die untergeordneten Organe unmittelbar in den Betried ber einzelnen Sachen einzugreisen; vgl. § 147 u. Note 3, 4 das., § 143 Note 1.
- 2. In bem Recht ber Aufsicht und Leitung ist auch bas Recht enthalten, über Beschwerben zu entschein, welche gegen die Berfügungen ober gegen das Bersahren staatsanwaltschaftlicher Beamten erhoben werben. Die Befugniß zur Anbringung berartiger Beschwerben hat, abgesehen von der Bestimmung der SIPO. § 170, in dem GBG. und der StPO. keine ausdrückliche Erwähnung gefunden. Hieraus ist indeß nicht zu folgern, daß es die Absicht des Gesetes gewesen

§. 149.

Der Ober-Reichsanwalt und die Reichsanwälte find nicht richterliche Beamte. Zu diesen Aemtern sowie den Aemtern der Staatsanwaltschaft bei den Ober-landesgerichten und den Landgerichten können nur zum Richteramte befähigte Beamte ernannt werden.

(Entm. § 120.)

sei, außerhalb bes Falles bes § 170 bie Beschwerbeführung auszuschließen; im Gegentheil ift biese überall für zulässig zu erachten. Auch hinsichtlich ber Zahl ber Instanzen sind ber Beschwerbesführung im Allgemeinen keine Schranken geseht; es ist z. B. bemjenigen, ber sich über ben Amtsanwalt bei bem Staatsanwalt bes Landgerichts ersolglos beschwert hat, nicht verwehrt, die Besichwerbe noch an den Staatsanwalt des Oberlandesgerichts und event. an die Landesjustizverwaltung zu bringen. — In Betress der Beschwerbe, welche die Erhebung der öffentlichen Klage zum Gegenstande hat, vol. noch die Roten zur StPO. § 170.

Bu Rr. 1.

- 3. Die Mot. sprechen an einzelnen Stellen von ber Reichsjustizverwaltung; in biefer Ausbrudsweise ift sachlich eine Abweichung von ber Bestimmung unter Rr. 1 nicht enthalten. Soweit Geschäfte ber Justizverwaltung bem Reiche zustehen, werben fie unter ber Berantwortlichkeit bes Reichskanzlers von bem Reichsjustigant wahrgenommen.
- 4. Die Reichsanwaltschaft nimmt an ber Aufsicht über bie Staatsanwaltschaften und an ber Leitung berfelben im Allgemeinen nicht Theil; Abweichungen f. in § 144 Abs. 3, § 147 Abs. 2. Bgl. Tit. 2 Note 14.

Bu Dr. 3.

- 5. Dem erften Beamten ber Staatsanwaltschaft bei bem Oberlandes gericht find untergeordnet: bie ihm beigeordneten Beamten (§ 145), die sammtlichen Beamten ber Staatsanwaltschaft bei ben Landgerichten und die sämmtlichen Amtsanwälte des Oberlandesgerichtsbezirks. Dem erften Beamten bei bem Landgericht find untergeordnet: die ihm beigeordneten Beamten, einschließlich ber bei einer auswärtigen Straftammer fungirenden (§ 142 Rote 1. b), und die sämmtlichen Amtsanwälte des Landgerichtsbezirks.
- 6. In Betreff bes Berhaltniffes, in welchem mehrere, für baffelbe Gericht bestellte Amteanwälte zu einander steben konnen, f. § 143 Rote 4.

3u § 149.

- 1. Ueber bie staatsrechtliche Stellung ber Beamten ber Staatsanwaltschaft hat, von ber Reichsanwaltschaft abgesehen, bas GBG. keine Bestimmung getrossen; es entscheibet somit hierüber bas Lanbesrecht; vgl. oben Note 1 zu Tit. 10. Es gilt bies namentlich von ber Frage: ob die Staatsanwaltschaft mit ständigen Beamten zu besehen ober ob ihre Amtsverrichtungen durch richterliche Beamte auf Grund eines widerrussichen Auftrages wahrzunehmen seien. Die Mehrzahl der Bundesstaaten hat sich sür das erstere System entschieden, so insbes. Preußen (Auss. Gel. § 61). Dagegen sindet sich in Ansehung der Staatsanwälte (nicht auch der Oberstaatsanwälte) das zweite System in Oldenburg (Auss. Ges. Art. 37), Medlenburg-Schwerin (Auss. Bdn. § 37), Bedlenburg-Strelit (Auss. Bdn. § 37), Braunschweig (Auss. Ges. § 52, 53) und Schaumburg-Lippe (Auss. Ses. § 34).
- 2. Bafrend § 149 Abs. 2 eine Bestimmung über bie Befähigung zu ben staatsanwaltsichailichen Aemtern bei den Oberlandesgerichten und Landgerichten trifft, ift für die Amtsanwälte eine reichsgesehliche Borschrift entsprechenden Inhalts nicht gegeben. In Betreff der Besehung der Amtsanwaltschaft ift also den Bundesstaaten nach jeder Richtung hin freie hand gelassen. Für Preußen vgl. Auss. Gel. SS 62—65.
- 3. Auch barüber, ob im Falle ber Dringlichfeit bie Bertretung eines verhinderten Beamten ber Staatsanwaltichaft einem Richter ober einem anderen gerichtlichen Beamten aufgetragen werden tonne, entscheibet bas Landesrecht. Für Preußen vgl. Ausf.: Ges. §§ 66, 67.

§. 150.

Der Ober-Reichsanwalt und die Reichsanwälte werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser ernannt.

Dieselben können burch Kaiserliche Verfügung jeberzeit mit Gewährung bes gesetzlichen Wartegelbes einstweilig in ben Ruhestand versetzt werben.

(Entw. § 121.)

§. 151.

Die Staatsanwaltschaft ist in ihren Amtsverrichtungen von ben Gerichten unabhängig.

(Entw. § 122.)

§. 152.

Die Staatsanwälte bürfen richterliche Geschäfte nicht wahrnehmen. Auch darf ihnen eine Dienstaufsicht über bie Richter nicht übertragen werben.

(Entm. § -.)

§. 153.

Die Beamten bes Polizei- und Sicherheitsbienstes find Hulfsbeamte ber Staatsanwaltschaft und find in bieser Eigenschaft verpflichtet, ben Anordnungen ber

Zu § 150.

1. Bu Abs. 2 vgl. 25 bes Reichsbeamten. Ges. v. 31. Marg 1873.

3u § 151.

- 1. Der f ift aus bem Entw. in bas Geset übergegangen, wiewohl es nach ben Beschlüssen, welche bie ALR. zur StBO. gesaßt hat, richtiger gewesen wäre, ihn zu streichen. Daß die Staatsamwaltschaft eine selbstftändige, neben ben Gerichten stehende Behörde ift, ergiebt sich schon aus ben sonstigen Bestimmungen bes Titels, insbes. aus f 148; es brauchte dies also nicht besonders ausgesprochen zu werden. Der f spricht aber auch nicht sowohl dies aus, als vielmehr: daß die Staatsanwaltschaft in ihren Amtsverrichtungen von den Gerichten unabhängig sei, und dieser Sat ist nach der StBO., wie sie aus den Beschlüssen der ALR. hervorgegangen ist, nicht richtig: in mehrsacher Beziehung ist die Staatsanwaltschaft in ihren Amtsverrichtungen von den Gerichten abhängig. Sie ist dies namentlich in der wichtigsten ihrer Junktionen: der Erhebung der öfsentlichen Rlage (StBO. SS 170, 173). Bgl. ferner u. A. StBO. § 490 Abs. 2, 3.
- 2. Die Gerichte einerseits und die Staatsanwaltschaft andererseits bilden zwei selbstständige Zweige ber Justiz, die zu einander in dem Berhältniß gleichgeord neter Behörden steben. Dieser Gesichtspunkt ift in dem gesammten Berkehr zwischen beiden Behörden sestzen, und zwar auch da, wo die Staatsanwaltschaft in ihren Amtsverrichtungen von dem Gericht abhängig ist (Note 1). Demzusolge hat das Gericht der Staatsanwaltschaft weder "Anweisungen" zu erztheilen, noch "Auslagen" zu machen; auch wäre es nicht angemessen, die Staatsanwaltschaft bei Mittheilung einer Entscheidung ze. ausdrücklich zu etwas "auszusorbern", was sie schon kraft gesetzlicher Borschrift zu thun verpsischtet ist. Insbes. ist die Staatsanwaltschaft zu hauptverhandlungen und sonstigen Terminen nicht "vorzusaben"; vielmehr ist sie von benselben einsach in Kenntniß zu setzen.
- 3. Inmiemeit bie Beamten ber Staatsanwalticaft ber Sit ungspolige i ber Berichte unters morfen feien, barüber f. § 177 Rote 3.

(§ 152.) Zu § 153.

1. Die Bebeutung ber Bestimmung liegt barin, bag für bie Zwede ber Strafversolgung gemisse Rlassen ber Beamten bes Polizeis und Sicherheitsbienstes ber Staatsanwaltschaft unters geordnet werben und somit eine organische Berbindung zwischen bieser Behörde und ber Polizei hergestellt wird. In Folge bieser Unterordnung erlassen bie Staatsanwaltschaften (innerhalb ihrer Bezirke) an die gedachten Beamten Anordnungen (nicht Ersuchen); auch sollen sie nach ben Mot. S. 83 besugt fein, diese Beamten event. durch Ordnungsftrafen zur Erfüllung ihrer Dienste

Staatsanwälte bei bem Landgerichte ihres Bezirks und ber biesen vorgesetzten Beamten Folge zu leisten.

Die nähere Bezeichnung berjenigen Beamtenklassen, auf welche biese Bestimmung Anwendung sindet, erfolgt durch die Landesregierungen.

(Entw. § 123.)

phichten anzuhalten. Das Nähere hierüber wie überhaupt in Betreff ber Disziplinarbefugnisse ber Staatsanwaltschaft ift lanbesrechtlich zu bestimmen; für Preußen vgl. Auss.: Ses. S81. — Durch ben S hat sonach bas Institut ber gerichtlichen Polizei, wie es ber Code d'instr. crim. sennt, in die Reichsgesetzgebung Aufnahme gefunden. Bor bem Inkrafttreten des GBG. bestand innerhald Deutschlachs eine eigentliche Organisation ber gerichtlichen Polizei nur in dem Geltungszgebiet des französischen Rechts und in Braunschweig; in beschränkterer Beise war ein Anordnungszrecht der Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei auch in einigen anderen Staaten anerkannt. In den meisten Staaten aber, insbes. auch in Preußen (ausschließlich des Bezirks von Köln) durste die Staatsanwaltschaft nur mittelst Ersuchens die Vitwirkung der Polizeibehörde in Anspruch nehmen. — Den Ausdruck "gerichtliche Polizei" hat die Reichsgesetzgebung übrigens nicht aufzgenommen; vgl. Note 4.

2. a. Den Staatsanwälten ber Lanbgerichte und ben ihnen vorgeseten Inflanzen is 148 Rr. 2, 3) steht die Leitung der gerichtlichen Polizei zu; ebenso den bei einer auswärtigen Straffammer jungirenden Staatsanwälten (§ 142 Note 1. b); vgl. § 145. — Den Amtsanwälten bagegen sind die Beamten der gerichtlichen Polizei nicht untergeordnet. Zu einer solchen Untersordnung sehlt ein praktisches Bedürsniß; auch würde ihr der Umstand entgegenstehen, daß zu Amtsamwälten meistens Berwaltungsbeamte von geringerer Rangstellung werden bestellt werden müssen. Für Preußen vgl. Art. 13 der Geschäftsanweisung für die Amtsanwälte vom 28. Aug. 1879 (INBI. S. 261).

b. Bei Berfolgung ber jur Zuftändigfeit bes Reichsgerichts in erster Inftanz gehörigen Bersbrechen (§ 136 Rr. 1) find die gedachten Bolizeis und Sicherheitsbeamten in allen Theilen Deutschs jugleich Hulfsbeamte bes Ober Reichsanwalts. "Es folgt dies daraus, daß in diesen Straffachen nach § 147 Abs. 2 alle Beamte der Staatsanwaltschaft den Anweisungen des Obers Reichsanwalts Folge zu leisten haben, der Obersneichsanwalt also in dieser Beziehung Korgesetzter der Staatsanwälte bei allen Landgerichten ist" (Mot. S. 83).

- 3. Das GBG. hat sich barauf beschränkt, bas Institut ber gerichtlichen Polizei im Prinzip auszunehmen; die Organisation selbsi mußte ben einzelnen Bundeskaaten überlassen bleiben, da die Einrichtung der Polizeibehörden in diesen eine mannigsach verschiedene ist. Für Breußen vgl. die gemeinsch. Bers. des Just.Min. und des Min. des Inn. vom 15. Sept. 1879 (INVI. S. 349). Dieselbe ist übrigens bereits mehrsach modistzirt und ergänzt; vgl. insbes. in Betreff der Königlichen Forstschubeamten: Allg. Bers. des Just.-Min. v. 9. Ost. 1882 (INVI. S. 312) u. v. 2. Febr. 1883 (INVI. S. 28), in Betreff der Fischereibeamten: Allg. Verf. v. 26. März. 1886 (INVI. S. 78). Die Gendarmen sind in Preußen nicht Hülfsbeamte der Staatsanwaltschaft; vgl. RGer. II. 24. Ost. 84 (Entsch. XI. 175).
- 4. Da bie Borfchrift bes f lebiglich organisatorischer Natur ift, so läßt sie bie Frage ganz unberührt, inwieweit und in welcher Art bie Bolizeibehörben und biejenigen Polizeis 2c. Besanten, welche nicht zu ben ber Staatsanwaltschaft untergeordneten gehören, bei der Strafs verfolgung mitzuwirken haben. Dies bestimmt sich nach den Borschriften der StPO. Die lettere unterscheibet hinsichtlich der polizeilichen Besugnisse mehrsach zwischen benjenigen Polizeis und Sichers heitsbeamten, welche "als hülssbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben", und den Behörden und Beamten des Polizeis und Sicherheitsdienstes im Alls gemeinen; vgl. z. B. §§ 98, 105, 159, 161.
 - 5. Bgl. StPD. § 187 sowie bie Roten zu § 156 baf.

Elfter Titel.

Gerichtsschreiber.

§. 154.

Bei jebem Gerichte wird eine Gerichtsschreiberei eingerichtet. Die Geschäftse einrichtung bei bem Reichsgerichte wird burch ben Reichstanzler, bei ben Landessgerichten burch bie Landesjustizverwaltung bestimmt.

(Entw. § 124.)

3wölfter Titel.

Bustellungs- und Hollstreckungsbeamte.

§. 155.

Die Dienst: und Geschäftsverhältnisse ber mit ben Zustellungen, Labungen und Vollstreckungen zu betrauenden Beamten (Gerichtsvollzieher) werden bei bem Reichsgerichte burch ben Reichskanzler, bei ben Landesgerichten burch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

€utm. § 125.)

§. 156.

Der Gerichtsvollzieher ift von ber Ausübung seines Amts traft Gesets ausgeschloffen:

3u § 154.

- 1. Die Gefchäftseinrichtung ber Gerichtsichreiberel ift nicht gefehlich geregelt, ba fie für bas Berfahren felbft unwesentlich ift.
- 2. Der Geschäftstreis ber Gerichtsschreiber in Strafsachen, soweit er eine prozessualische Bebeutung hat, ergiebt sich aus ber StPO. und einzelnen Bestimmungen bes GBG. Derselbe umfaßt: a) bie, hauptsächlich in ber Führung bes Protosolles bestehenbe Ritwirkung bei ben gerichtlichen Berhandlungen zc. (StPO. SS 166, 185, 225, 271; GBG. SS 45, 51, 91); b) bie Aufenahme von Erklärungen (Anträgen, Rechtsmitteln zc.) ber Prozesbetheiligten außerhalb ber gerichtlichen Berhandlungen; hierüber s. StPO. Buch 1 Note 10; c) bie Mitwirkung bei Labungen und Zustellungen (StPO. S 37, S 425 Mbs. 2, S 430 Mbs. 3; GBG. S 162); d) bie Besglaubigung und Ertheilung von Außsertigungen und Abschiften gerichtlicher Entscheidungen und von Außgera auß benselben (StPO. SS 275 Mbs. 4, 483 Mbs. 1).
- 3. In Betreff ber Musichliegung ober Ablehnung eines Gerichtsichreibers in Straf-

Ru & 155.

- 1. Durch ben Ausbrud "Gerichtsvollzieher" wird hier wie auch in ben Prozesordnungen nicht eine bestimmte Rlasse von Beamten bezeichnet; vielmehr wird ber Ausbrud ganz abstratt gesbraucht, so baß er alle Personen umfaßt, welche burch die Justizverwaltungen mit Gerichtsvollziehergeschäften betraut werben. Seinen konfreten Inhalt erhält der Begriff bes Gerichtsvollziehers erst burch die von ben Justizverwaltungen erlassen Bestimmungen. Das Rähere s. Mot. S. 88.
 - 2. Alle im § 155 gebachten Bestimmungen find im Bermaltungsmege ju erlaffen.

3u § 156.

1. Bu ben für bie Straffachen gegebenen Bestimmungen bieses § (II) find bie, bie Richter betreifenben Borschriften ber StBD. § 22 Rr. 1-3 und bie Noten bas, zu vergleichen. Die Be-

- I. in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten :
 - 1. wenn er selbst Partei ober gesetslicher Bertreter einer Partei ist, ober zu einer Partei in bem Berhältnisse eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten ober Schabensersappflichtigen steht;
 - 2. wenn seine Shefrau Partei ift, auch wenn die She nicht mehr besteht;
 - 3. wenn eine Person Partei ist, mit welcher er in gerader Linie verwandt, verschwägert ober durch Aboption verbunden, in der Seitenlinie dis zum dritten Grade verwandt oder dis zum zweiten Grade verschwägert ist auch wenn die She, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;

II. in Straffacen:

- 1. wenn er felbst burch bie strafbare Handlung verlet ist;
- 2. wenn er ber Chemann ber Beschulbigten ober Verletten ift ober gewesen ift;
- 3. wenn er mit bem Beschulbigten ober Verletten in bem vorstehend unter Rr. I 3 bezeichneten Verwandtschafts- ober Schwägerschaftsverhältnisse steht. (Entw. § 126.)

Dreizehnter Titel.

Rechtshülfe.

ftimmung in § 156 II Nr. 2 weicht von berjenigen in § 22 Nr. 2 insofern ab, als in ihr ble Botte "ober Bormund" jehlen.

2. Ein Berftoß gegen bie Borfchrift bes § 156 hat bie Ungultigteit (Richtigkeit) bes bett. Gerichtsvollgieheraftes zur Folge (Mot. S. 89). Bgl. bie Noten zur StBD. § 22.

Rum Dreigehnten Titel.

I. Geltungsgebiet ber Beftimmungen bes Titels.

1. a. Gleich ben übrigen Bestimmungen bes GBG. finden auch biejenigen bes Tit. 13 an sich nur auf die ordentliche ftreitige Gerichts bart eit Anwendung (vgl. CG. § 2 Rote 2, 3). Smifichtlich ber Angelegenheiten, welche nicht zum Gediete biefer Gerichtsbarkeit gehören, sind für die Rechtshülfe maßgebend: a) zwischen Behörden verschiebener Bundesstaaten: bas Rechtshülfes Gef. v. 21. Juni 1869 (BGBI. S. 305) und die etwa bestehenden Staatsverträge (vgl. Rote 2); 3) zwischen Behörden bessehen bessehen bessehen Bundesstaates: die landesrechtlichen Bestimmungen (vgl. z. B. preuß. Must. Gef. & 87. baver. Ausf. Gef. Art. 77).

b. Bgl. § 99 bes Gerichtstoften=Gef. v. 18. 3uni 1878 (unten in Abth. III).

2. Im Gegensatz zu bem Rechtshülfe-Gese, unterscheibet ber Tit. 13 fast gar nicht zwischen bem Falle, wenn bie in Frage stehenben Gerichtsbezirke verschiebenen Bunbesstaaten, und bem anderen Falle, wenn sie bem selben Bunbesstaate angehören; nur in ben §§ 163, 165, 168 (vgl. auch § 166) sindet sich eine Unterscheidung dieser Art. — Bermöge bes Umstandes, daß der Tit. das ganze Reichsgebiet in fast allen Beziehungen wie das Gebiet eines Staates aufsast (vgl. hierüber die Roten zu Tit. 2), hat auch die (im Rechtshülfe-Ges. § 46 behandelte) Frage: mwiesern zwischen den Bundesstaaten noch Staatsverträge über die Rechtshülfe bestehen sonnen, für das Gebiet der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit (Note 1) ihre praktische Bedeutung größtentheils versoren: silr solche Berträge ist eben nur noch insoweit Raum vorhanden, als der Tit. zwischen den beiden oben bezeichneten Fällen unterscheibet. Innerhalb dieser Begrenzung sind Staatsverträge unter den Bundesstaaten auch gegenwärtig noch stathaft; sie können indes nur die Rechte und Pflichten der Staaten selbst zum Gegenstande haben, an den durch den Tit. 13

begründeten Besugnissen ber Staatsangehörigen bagegen nichts ändern. Es würde baher statthaft sein, daß zwei Bundesstaaten mittelst Staatsvertrages ein für allemal auf die wechselsseitige Erstattung non Auslagen (§ 165) Berzicht leisten; dagegen steht es ihnen nicht zu, wechselsseitig ihre Beamten von der Befolgung des § 168 Abs. 2 zu entbinden, da es sich in dieser Bestimmung auch um eine Besugnis des Ergrissenn handelt (vgl. StBD. § 128). In Betress der Strasvollstreckung s. das Nähere zu § 163 Note 4. Bgl. noch die weiter gehende Ansicht Bindings, Grundr. S. 64.

3. a. Die Frage: in welchen Fallen von ben beutschen Behörben ben Behörben bes Aus- Ianbes Rechtshülse zu leisten sei, wird von bem GBG. nicht berührt; sie ist lebiglich nach ben bestehenben Staatsverträgen und event. nach ben Grundsäten bes Bölkerrechts zu beantworten; vgl. Zacharia I S. 403 ff., Glaser I S. 302. Auch die weitere Frage: ob und inwiesern bei bem von einer ausländischen Behörbe gestellten Ersuchen um Rechtshülse ber obersten Justizerwaltungsbehörbe (bem Justize Ministerium z.) ein Entscheibungsrecht zustehe, wird von dem GBG. nicht berührt; vgl. Zacharia I S. 405.

b. In Betreff ber im Auslande zu erledigenden Ersuchen um Rechtshülfe (ausschließelich ber Auslieferung) f. für Preußen: Aug. Berf. des Juft.-Min. v. 20. Mai 1887 (JMBI. S. 139).

II. Charafteristif des Titels.

- 4. Unter "Rechtshülfe" versteht bas GBG. abgefehen von ben SS 163, 164, welche in ben Mot. S. 90 als Sonberbestimmungen aufgefagt werben, und von § 169 (vgl. bort Rote 1) - biejenige Bulfe, welche ein Bericht bem anberen leiftet (vgl. Rote 7). Das Gebiet ber Rechtshillfe in biefem Sinne ift aber nach bem BBB. ein wefentlich engeres, als es nach bem Rechtshülfe-Gef. mar, infofern nämlich in vielen gallen, in benen nach bem letteren Befet bie Bulle eines anberen Gerichts in Anspruch genommen werben mußte, biese Inanspruchnahme jest entbehrlich ift. "Rach bem Grundgebanten, auf meldem bie Borichriften ber Brogeforbnungen und bes BBG. beruhen, erftredt fich bie Gerichts gewalt eines jeben beutichen Gerichts auf alle fich im Deutschen Reiche aufhaltenben Berfonen, biefelben mogen bem Bunbesftaate bes Brogefigerichts ober einem anberen Bunbesftaate angeboren. Sieraus ergiebt fich ohne ausbrudliche Bestimmung von felbft, bag bie Enticheibungen eines beutichen Gerichts burch gang Deutichland vollstrector find" 2c. (Mot. S. 90). - Diefer Grundgebante bes Gefetes ift besonbers in ben SS 161, 162 jum Ausbrud gelangt; mgl. bie Roten ju biefen beiben SS. 3m Uebrigen ift noch bervorzuheben: Die von einem beutichen Bericht ober einer beutiden Staatsanwalticaft erlaffenen Gebote ober Berbote haben auch ba, wo eine Bollftredung nicht in Frage fieht, im gangen Reichsebiet bie gleiche rechtliche Wirfung; fie muffen fomit, ihre fonftige Rechtsverbinblichfeit vorausgefest, auch von benjenigen, burch fie betroffenen Berfonen befolgt merben, welche fich außerhalb bes Begirts ber gebietenben ober verbietenben Beforbe aufhalten; einer feitens ber Behörbe bes Aufenthaltsortes ju erlaffenben Anweifung gur Folgeleiftung ober einer fonftigen Mitwirfung berfelben bebarf es nicht. hierbei macht es feinen Unterschieb, ob bie ver= ichiebenen Gerichtsbezirke bemfelben Bunbesftaat ober verschiebenen Bunbesftaaten angehoren. Dies gilt 3. B. von folden Berfügungen, melde eine Befchlagnahme ansfprechen. Rach bem vorftebend Bemerkten liegt ber gall ber (gerichtlichen: Rote 7) Rechtshulfe nur noch bann vor, wenn ein Gericht eine nach Borichrift ber Prozeforbnungen erforberliche richterlice Sanblung einem anberen Bericht übertragt. "Diefe Uebertragung gefchieht im Bege bes Ersuchens um Rechtshülfe" (Mot. G. 90).
- 5. Die StBD. sieht zwar an verschiebenen Stellen (3. B. in SS 164, 171, 183, 222, 232) bie Mitwirfung eines ersuchten Gerichts (vgl. Rote 6. b) ausbrudlich vor; fie hat jedoch eine alls gemeine Norm barüber, unter welchen Boraussehungen die Uebertragung einer Untersuchungsshandlung von bem befaßten Gericht auf ein anderes statthaft sein soll, nicht aufgestellt. Sie betrachtet es als selbstverständlich, daß das mit einer Sache besatte Gericht der Regel nach auch alle einzelnen, in dieser Sache ersorberlichen Untersuchungshandlungen vorzunehmen hat. Die Uebertragung einer Untersuchungshandlung auf ein anderes Gericht enthält eine Abweichung von der Regel und darf bemgemäß, soweit sie nicht überhaupt durch die Mündlichkeit des Hauptver=

jahrens (vgl. StBD. SS 249, 250, 373) ausgeschlossen ift, nur aus erheblichen Gründen stattfinden, also nur bann, wenn die Bornahme ber betr. Handlung burch bas befaßte Gericht selbst mit einer unnöthigen Erfcwerung bes Berfahrens ober mit einer unnöthigen Bermehrung ber Roften verbunben fein murbe. Der Grund ber Uebertragung wirb in ben meiften Fallen ber fein, bag bie betr. hanblung außerhalb bes Bezirks bes befaßten Gerichts vorzunehmen ift. Indeß ift ber Fall wenn ein Gericht eine Sanblung bem Gericht eines anberen Begirtes überträgt, nicht ber einzige Fall ber Rechtshülfe, da biese vielmehr auch ben im Instanzenzuge vorgeseten Gerichten von ben Amtsgerichten ihres eigenen Bezirts zu leiften ift (vgl. z. B. StBO. SS 183, 222, 224). - Durchaus ungehörig ift es, wenn, wie bies vielfach vorgefommen, bie Landgerichte eine fommiffarifche Beweisaufnahme bem an bem felben Orte befindlicen Amtsgericht übertragen, ftatt biefelbe burch eines ber eigenen Ditglieber zu bewirken. Für ein folches Berfahren fehlt jeber jachliche Grund; baffelbe fuhrt fogar zu einer gang unnöthigen Bermehrung ber Arbeit, ba ber ersuchte Richter, um die Beweisaufnahme bewirken zu können, sich erst in der Sache informiren muß. Sinb nun auch nach ber ausbrudlichen Bestimmung bes § 159 (vgl. bort Rote 4) bie Amtsgerichte nicht befugt, aus ber Ungehörigkeit eines Ersuchens einen Grund zu beffen Ablehnung zu entnehmen, fo ift es boch Pflicht ber Justigverwaltung, bem Digbrauch, ber in bem gebachten Berfahren liegt, im Auffichtswege entgegenzutreten. Seitens bes preuß. Juft.: Din. ift bies in einer Girt.=Berf. v. 16, Oft. 1883 geicheben.

- 6. In Betreff ber Terminologie ber StBD. ift gu bemerten:
- a. Die Aufforberung zur Leistung ber Rechtshülfe wird prozessulisch "Ersuchen" genannt, umb zwar auch bann, wenn sie von einem vorgesehten Gericht ausgeht. Ob bie vorgesehten Gerichte befugt sind, ihre Ersuchen als "Anfträge" ober "Anweisungen" zu bezeichnen, hängt von ben landesrechtlichen Einrichtungen ab, ba reichsgesehlich über die Form, in welcher die Korrespondenz zwischen den betheiligten Behörben zu führen ist, nichts bestimmt ist.
- b. Die Unterschelbung zwischen bem "ersuchten Richter" und bem "beauftragten Richter" steht in keiner Beziehung zu ber Unterschelbung zwischen gleichgeordneten Gerichten einerzieits und über= und untergeordneten Gerichten andererseits. Unter bem "ersuchten Richter" wird überall dasjenige Gericht verstanden, welches einem anderen (nämlich dem mit der Sache besasten) Gericht die Rechtshülse leistet und an Stelle dieses Gerichts eine Untersuchungshandlung vornimmt. Dagegen bezieht sich der Ausdrudt "beaustragter Richter" lediglich auf den Fall, wenn eine Unterzuchungshandlung, statt von dem mit der Sache besasten Gericht selbst (dem Rollegium), von einem einzelnen Mitgliede besselben vorgenommen wird; der beaustragte Richter ist derzeuige, der nach der Sprachweise der älteren Gesehe "der Deputirte" genannt wurde. Wie sich hieraus ergiebt, sind zwar die Ausdrücke "ersuchtes Gericht" und "ersuchter Richter" gleichbedeutend; das gegen kann statt "beaustragter Richter" keineswegs gesagt werden: "beaustragtes Gericht"; vielswehr würde unter dem letzteren Ausdruck ein ersuchtes Gericht im Sinne der Prozesordnungen verstanden werden müssen müssen metsen müssen mußsen.
- 7. Die von der Staatsanwaltschaft zu erlassenden Ersuchen fallen im Allgemeinen nicht unter ben Begriff und die Regeln der Rechtshülfe; nur für die Strasvollstredung (§§ 163, 164) greift eine Ausnahme Plat (Mot. S. 90). Bgl. §§ 161, 162 und die Noten das. Hier ist noch hervorzuheben:
- a. Die Antrage, welche die Staatsanwaltschaft im Borbereitungsversahren bei ben Amtsgerichten stellt (StBD. § 160), berühren bas Gebiet ber Rechtshülse nicht; "ber ersuchte Richter hat solche Antrage lebiglich nach ben Borschriften ber StBD. unter Prüfung seiner Zuspändigkeit und ber gesehlichen Zulässigkeit ber verlangten Maßregel zu behandeln, mag die ersuchenbe Staatsanwaltschaft bemselben ober einem anderen Bundesstaate angehören" (Mot. S. 90).
- b. Eines Ersuchens von Staatsanwaltschaft zu Staatsanwaltschaft wird es, abgejehen von bem besonders geregelten Falle der Strafpollstreckung (GBG. §§ 163, 164), regelmäßig
 nicht bedürsen. Solche Ersuchen sind indeß keineswegs ausgeschlossen, und die Mot. S. 90 bemerten hierüber: "Ift der ersuchte Beamte dem ersuchenden untergeordnet, so entscheiden die allgemeinen Grundsähe über das Recht der Aufsicht und Leitung (§ 148). In allen anderen Fällen

§. 157.

Die Gerichte haben fich in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten und in Straffachen Rechtshulfe zu leiften.

(Entw. § 127.)

§. 158.

Das Ersuchen um Rechtshülfe ist an das Amtsgericht zu richten, in bessen Bezirke die Amtshandlung vorgenommen werben soll.

(Entm. # 128)

§. 159.

Das Ersuchen barf nicht abgelehnt werben.

Das Ersuchen eines nicht im Instanzenzuge vorgesetzten Gerichts ist jedoch abzulehnen, wenn dem ersuchten Gerichte die örtliche Zuständigkeit mangelt, oder die vorzunehmende Handlung nach dem Rechte des ersuchten Gerichts verboten ist.

hat die ersuchte Staatsanwaltschaft selbsiständig ihre Zuständigkeit und die Gesemäßigkeit der verlangten Maßregel zu prüfen und, falls sie auf das Ersuchen eingeht, auch die Berantwortlickeit für die Handlung zu übernehmen. Für den Fall einer unbegründeten Ablehnung des Ersuchens ift die Beschwerde im Aufsichtswege gegeben." Es wird sich z. B. die eine Staatsanwaltschaft an die andere wenden können, wenn es sich um eine, in einem anderen Bezirk polizeilich auszuführende Mahregel handelt und es darauf ankommt, daß ein besonders geeigneter Beamter mit der Ausführung betraut werde; hier kann die Rücksicht auf die zu treffende Auswahl für die erssuchende Staatsanwaltschaft ein Anlaß sein, statt direkten Angehens der Polizeibehörde die Hülfe der Staatsanwaltschaft des beir. Bezirks in Anspruch zu nehmen; vgl. § 153.

3u § 157.

- 1. Der Grunbfat bes & gilt für Straffachen nicht blos innerhalb ber Untersuchung, fonbern auch im Borbereitungsversahren (vgl. StBD. § 164 Abf. 2).
- 2. Es macht feinen Unterschieb, ob bas Ersuchen von einem Gericht ober von einem eine gelnen Richter, 3. B. bem Untersuchungsrichter, ausgeht.
- 3. Bei Erlebigung bes Ersuchens fiehen bem ersuchten Richter im Allgemeinen bieselben Befugnisse zu, welche bem ersuchenben zugestanden haben murben, wenn bieser selbst in seinem Amtsbezirk bie betr. Handlung vorgenommen hatte. Ausbrückliche Bestimmungen hierüber f. in ber StPD. § 50 Abs. 3, § 69 Abs. 3.

3u § 158.

- 1. Die Leiftung ber Rechtshulfe gehört ausschließlich ju bem Geschäftstreise ber Amtsgerichte, nicht ju bem ber Landgerichte.
 - 2. Bgl. § 159 Note 2.

Ru & 159.

- 1. a. Das Ersuchen eines im Inftanzenzuge vorgesetten Gerichts (vgl. oben Rote 5 zu Tit. 13) barf niemals abgelehnt werben. Man hat es, wie die Mot. S. 91 bemerken, für unangemessen erachtet, bas vorgesette Gericht gegenüber dem ersuchten Amtsrichter auf den Beschwerbeweg zu verweisen (vgl. § 160 Rote 6). Wie sich hieraus ergiebt, ist die Ablehnung des Ersuchens nicht blos dann unzulässig, wenn das vorgesette Gericht in seiner Eigenschaft als Dersinstanzgericht das Ersuchen stellt, ober m. a. W.: wenn die betr. Sache bei ihm im Berfahren höherer Instanz anhängig ist, sondern auch dann, wenn das ersuchende Gericht (bas Landgericht und in den Fällen des § 136 Nr. 1 das Reichsgericht) als Gericht erster Instanz mit der Sache besaft ist. Bgl. indeß oben Rote 5 (Schluß) zu Tit. 13.
- b. "Im Instanzenzuge vorgesetit" ift, außer bem Reichsgericht, nur basjenige Obers lanbesgericht und Landgericht, zu bessen Bezirf bas ersuchte Amtsgericht gebort; teineswegs ift, wie v. Schwarze S. 90 will, die Bestimmung so aufzufassen, als ob jedes beutsche Oberlandesgericht

igitized by GOOGIC

ober Landgericht jedem deutschen Amtogericht vorgesetzt sei. Gl. A. Strudmann u. Roch S. 1080, Reller S. 199, Stenglein S. 68. — Bgl. noch Note 6.

- c. hat bas vorgesehte Bericht irrth umlich bas Ersuchen an ein örtlich unguftanbige Amtsgericht gerichtet, fo barf bieses bie Sache an bas zuständige Amtsgericht abgeben ober bei bem vorgesehten Bericht vorstellig werben (Mot. S. 91).
- 2. "wenn bem ersuchten Gericht bie ortliche Zustänbigteit mangelt" b. h. wenn berjenige Ort, ber für die Erlassung bes Ersuchens bestimmend war, nicht im Bezirt bes ersuchten Berichts liegt. Gewisse handlungen, wie die Einnahme eines Augenscheins und die Durchsuchung, sind ihrer Natur nach an einen bestimmten Ort gebunden. Betrifft das Ersuchen die Bernehmung einer Berson, so ist der zeitige Ausenthaltsort der letteren der maßgebende Ort. Ift das Ersuchen auf Gegenüberstellung mehrerer Personen gerichtet, die sich nicht sämmtlich im Bezirk des ersuchten Eerichts befinden, so muß dieses auch die außerhalb seines Bezirks besindlichen vor sich laden.
- 3. "wenn bie vorzunehmenbe Sanblung nach bem Recht bes ersuchten Gerichts ver-
- a. Man hat bei biesen Borten hauptsächlich ben Fall im Auge gehabt, wenn hinfichtlich ber vorzunehmenben handlung in bem Bezirk bes ersuchten Gerichts ein anderes Recht als in bem Bezirk bes ersuchenben besteht (Mot. S. 91). Gleichwohl ist eine solche Berschiedenheit bes Rechts nicht nothwendige Boraussehung einer Ablehung des Ersuchens; unter dem "Recht des ersuchten Gerichts" ist auch dassenige Recht indegriffen, welches sowohl in dem Bezirk des einen wie in dem des anderen Gerichts gilt. Sonach ist auch eine Ablehnung des Ersuchens auf Frund einer reichsrechtlichen Bestimmung, wenn diese von dem ersuchten Gericht anders als von dem ersuchenen ausgesaßt wird, nicht ausgeschlossen.
- b. Unter einer verbotenen handlung ift nicht ausschließlich eine solche zu verstehen, beren Bornahme in bem Geset ausbrücklich untersagt ist; es kommt vielmehr nur barauf an, ob bie fragliche handlung nach dem Sinne ber gesetlichen Bestimmungen für unzulässig zu erachten ist. Jedoch ist eine Ablehnung des Ersuchens nur statthaft, wenn die handlung an sich (in abstracto) unzulässig ist. Darüber, ob sie in concreto zulässig sei, b. h. ob im einzelnen Falle die gesetzlichen Boraussesungen ihrer Vornahme zutreffen, hat nur das ersuchende Gericht zu entschen; daher darf z. B. das ersuchte Gericht die Anwendung der Zwangshaft gegen einen das Zeugniß verweigernden Zeugen nicht beshalb ablehnen, weil es, abweichend von der Ansicht bes ersuchenden Gerichts, die Weigerung des Zeugen für gesetzlich begründet erachtet (vgl. StPD. § 69 Rote 10. c.). A. M. Glaser II. S. 278.
- 4. Aus anderen Gründen, als ben in § 159 bezeichneten, darf das Ersuchen nicht absgelehnt werben, also namentlich nicht wegen vermeintlicher Unzuständigfeit des ersuchen den Gerichts. Ebensowenig deshalb, weil das ersuchte Gericht die Lebertragung der bett. Handlung für unstatthaft oder ungehörig halt und der Ansicht ist, daß die lettere von dem ersuchenden Gericht selbst oder von einem beauftragten Mitgliede desselben vorgenommen werden musse. Bgl. übrigens oben Rote 5 (Schluß) zu Tit. 13.
- 5. Sollte die Mitwirfung eines Gerichts für eine Handlung in Anspruch genommen werben, welche überhaupt nicht in den Bereich der Rechtshülse fällt (wgl. oben Note 4 zu Tit. 13) und für welche also jene Mitwirfung überstüssig ist, so würde das Gericht die letztere allerdings abzulehnen befugt sein; indes wird sich selbst in berartigen Fällen die Bereitwilligkeit zur Hülse-leiftung empsehlen. Zu den Fällen der gedachten Art gehört übrigens nicht der Fall, wenn das Ersuchen dahin geht: eine Durchsuchung richterlich auszusühren; denn auch die Aussschung dieser Maßregel gehört in den Kreis der richterlichen Handlungen, wenngleich dei ihr die Ritwirfung des Richters keine nothwendige ist (wgl. StPD. § 105 u. die Noten das.). Ob die richterliche Ausssührung ersorderlich sei, ist Sache des Ermessens im einzelnen Falle, und dieses Ermessen steht nur dem ersuchend en Gericht zu. Daher darf das Ersuchen nicht deshalb abzelehnt werden, weil nach Anssicht des ersuchten Gerichts die Mitwirfung des Richters im vorsliegenden Falle nicht ersorderlich sei.

§. 160.

Wird das Ersuchen abgelehnt, oder wird der Borschrift des §. 159 Abs. 2 zuwider dem Ersuchen stattgegeben, so entscheidet das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirke das ersuchte Gericht gehört. Sine Ansechtung dieser Entscheidung sindet nur statt, wenn dieselbe die Rechtshülfe für unzulässig erklärt, und das ersuchende und das ersuchte Gericht den Bezirken verschiedener Oberlandesgerichte angehören. Ueber die Beschwerde entscheidet das Reichsgericht.

Die Entscheibungen erfolgen auf Antrag ber Betheiligten ober bes ersuchens ben Gerichts ohne vorgängige münbliche Berhanblung.

(Cutm. § 130.)

6. Für bie Boruntersuchung erleibet bie Bestimmung bes § 159 eine Mobifitation burch biejenige ber StBO. § 183 Sat 3; bas Rabere f. borr Rote 14.

Ru & 160.

- Bu Abf. 1.
- 1. Der erste Sat bes & hanbelt von ber Anfectung berjenigen Entschließung, welche bas ersuchte Gericht hinsichtlich ber Zulässigleit ber beauspruchten Rechtshülse faßt. Aus bem Bortlaut bes Sates ("so entscheibet") ist nicht etwa zu folgern, baß auch Mangels einer Anssechtung bie Entscheidung bes Oberlandesgerichts einzuholen sei. In dem Falle, wenn dem Ersuchen stattgegeben wird, versteht sich das Ersorderniß der Ansechtung von selbst; dasselbe greift aber auch im Falle der Ablehnung des Ersuchens Blat. Die Ansechtung geschieht mittelst Beschwerde; aus welchem Grunde der S die Bezeichnung "Beschwerde" nur auf die Ansechtung der Entscheidung des Oberlandesgerichts anwendet, ist nicht ersichtlich, da zwischen dem einen und dem anderen Falle der Ansechtung ein sachlicher Unterschied nicht besteht. Uedrigens handelt es sich hier nur um eine Beschwerde im weiteren Sinne, nicht um eine Prozesbeschwerde im Sinne der Prozese ordnungen (Mot. S. 91).
- 2. Der Ausbrud "Ablehnung bes Ersuchens" umfaßt auch ben Fall, wenn über bie Ausführung bes Ersuchens eine Meinungsverschiebenheit zwischen ben beiben Gerichten besteht; benn eine "bem Ersuchen nicht völlig entsprechenbe Ausführung enthält eine theilweise Ablehnung" (Mot. S. 91). Dagegen wurde bie Abhulfe gegen Berzögerungen ober sonstige Unregelmäßigkeiten nicht auf bem in § 160 geordneten Bege, sondern durch Anrusung der dem ersuchten Gericht vorgesetzen Aufsichtsbehörbe herbeizuführen sein (Mot. a. a. D.).
- 3. Gine Beschwerbe barüber, bag ber Borschrift bes § 159 Abs. 2 zuwiber bem Ersuchen ftattgegeben worben fei, war im Entw. nicht vorgesehen; berselbe ging bavon aus, baß eine solche Beschwerbe bas Gebiet ber Rechtshülse nicht berühre, baß sie sich vielmehr in Bahrheit gegen bie betreffende Anordnung bes ersuchen ben Gerichts wende und beshalb bas bem letteren vorgesehte Gericht zur Entscheidung über sie berufen sei. Dieser Auffassung ift die RER. nicht beigetreten. Uebrigens wird die Zulässigteit einer über die Anordnung bes ersuchen gerichtes zu führenden Beschwerde von ber Bestimmung bes § 160 nicht berührt. Bgl. die Roten zu § 346 ber StP.
- 4. Dağ die Beschwerde über bas ersuchte Amtsgericht an bas Oberlandesgericht gest, enthält eine Abweichung von dem sonstigen Instanzenzuge (§ 72). Diese Abweichung beschränkt sich jedoch auf die beiden hier vorgesehenen Fälle. Bird z. B. von einer durch die Berfügung des Amtsgerichts betroffenen Person darüber Beschwerde geführt, daß das Gericht bei der (zus lässigen und deshalb an sich nicht angesochtenen) Erledigung des Ersuchens eine ungesehliche Ansordnung erlassen habe, so dewendet es bei der Bestimmung des § 72: die Beschwerde geht an das Landgericht.
- 5. Die Befcomerbe an bas Reichsgericht findet nur ftatt, wenn beibe in Abi. 1 bezeichnete Boraussehungen: Ablehnung bes Ersuchens und Berschiebenheit bes Oberlandesgerichts=
 bezirfs, zusammentreffen.

§. 161.

Die Herbeiführung ber zum Zwede von Bollstredungen, Labungen und Auftellungen erforberlichen handlungen erfolgt nach Borfdrift ber Brozehordnungen ohne Ruckficht barauf, ob die Handlungen in dem Bundesstaate, welchem das Prozefgericht angebort, ober in einem anderen Bundesstaate vorzunehmen find.

(Cutm. § 131.)

Ru Mbf. 2.

7. Bon einer Befcwerbe ber "Betheiligten" tann in Straffachen nur bann bie Rebe fein, wenn bem Erfuchen ftattgegeben wirb; über bie Ablehnung beffelben fann nur bas erfuchenbe Gericht felbst Beschwerbe führen. Dagegen wurden bie "Betheiligten", wenn bas ersuchenbe Gericht bie Erhebung ber Beichwerbe unterläßt, geeignetenfalls wegen biefer Unterlaffung uber bas er= fuchenbe Gericht Beichwerbe fuhren tonnen. - In Betreff ber Antrage, welche im Borbereitungs: verfahren von ber Staatsanwalticaft an bie Amtsgerichte gerichtet werben, f. oben note 7.a ju Tit. 13.

3# § 161.

- 1. Der S enthalt eine fpezielle Anwenbung ber allgemeinen Grunbfabe, auf benen bas GBG. und bie Brogegordnungen beruhen (vgl. oben Rote 4 gu Tit. 13); er fpricht aus, bag gur Berbeiführung ber hier bezeichneten handlungen eine Mitwirkung bes Gerichts, in bessen Bezirk biefelben porgenommen werben follen, regelmäßig nicht erforberlich ift. "Gine ausbrückliche Bestimmung in biefer Beziehung erschien zwedmäßig, um bem bisher geltenben Rechte gegenüber (SS 3-12, 20, 40 bes Rechtshülfe-Gef.) jeben Zweifel barüber ju befeitigen, bag es bei Labungen, Buftellungen und Bollftredungen bes Ersuchens um Rechtshulfe nicht bebarf" (Mot. S. 92).
- 2. Ueberall, wo eine Thatiafeit bes Gerichtsvollziehers erforberlich ift, ift biefelbe burch unmittelbaren Auftrag feitens bes befatten Gerichts ober ber befatten Staatsanwalticaft begm. bes betr. Prozegbetheiligten (vgl. StBD. § 219 Abf. 1, § 426 Abf. 2) zu veranlaffen, ohne Rudficht barauf, ob bas Gericht zc. und ber Gerichtsvollzieher bemfelben Bunbesftaate angehören ober nicht. In Betreff einer Mitmirtung bes Gerichtsichreibers f. § 162. - Bei Buftellungen, welche burch bie Bost erfolgen, macht es keinen Unterschieb, ob ber bie Zustellung ausführende Bostbeamte einerfeits und ber bie Mitwirfung ber Boft veranlaffenbe Gerichtsichreiber ober Gerichtsvollzieher anbererfeits bemfelben Staate ober verschiebenen Bunbesftaaten angehoren (Mot. S. 91).
- 3. s. Der Ausbrud "Bollftredungen" umfaßt Bollftredungen jeber Art mit Ausnahme berjenigen ber Freiheitsftrafen; fur bie letteren find in ben SS 163, 164 besonbere Bestimmungen getroffen. In Straffachen tommt bie Borichrift bes § 161 bei ber Bollftredung von Gelbstrafen jur Anwenbung. — In Betreff ber Gebühren und Auslagen bes mit einer folchen Bollftredung beauftragten Gerichtsvollziehers f. für Preußen: Allg. Berf. bes Juft.: Din. v. 23. Oft. 1885 (JWV). S. 355).
- b. Ift ein Saft= ober Borführungsbefehl gegen eine Berfon zu vollftreden, bie fich in einem anberen Gerichtsbezirk aufhält, so kann bas Gericht ober bie Staatsanwaltschaft bie Bolizeibehörbe bes Aufenthaltsortes unmittelbar um bie Bollftredung ersuchen, auch wenn biefer Ort nicht in bem Staate ber ersuchenben Behorbe liegt. Giner Mitwirfung bes Gerichts bes Aufenthaltsortes bedarf es nicht. Das Gleiche gilt, wenn es fich um eine in einem anderen Gerichtsbezirk vorzunehmenbe Befclagnahme ober Durchsuchung handelt; vgl. übrigens § 159 Rote 5.
 - 4. Birb in ben vorftebenb (Rote 2, 3. b) gebachten Fallen bie Erlebigung bes Auftrages ober Digitized by GOOGLE tome, Strafprozeporbnung. 5. Auflage.

^{6.} Der Fall, wenn bas Ersuchen von einem im Instanzenzuge vorgesetten Gericht ausgeht, wird von ber Borfdrift bes § 160 nicht berührt. Da bie Ablehnung bes Erfuchens unftatt= haft ift (§ 159 Rote 1.a), so kann selbstverstänblich eine Beschwerbe barüber, bag bem Ersuchen fattgegeben worben fei, nicht erhoben werben. Sollte aber, bem Gefet zuwiber, eine Ablehnung bes Erfuchens erfolgen, fo murbe bas erfuchte Gericht im Auffichtsmege gur Erlebigung bes Ersuchens anzuhalten sein (vgl. Mot. S. 91, 92).

§. 162.

Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gerichtsschreiber können wegen Ertheilung eines Auftrags an einen Gerichtsvollzieher die Mitwirkung des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts in Auspruch nehmen, in dessen Bezirke der Auftrag ausgeführt werden soll. Der von dem Gerichtsschreiber beauftragte Gerichtsvollzieher gilt als unmittelbar beauftragt.

(Eutm. § 132.)

§. 163.

Eine Freiheitsftrafe, welche bie Dauer von sechs Wochen nicht übersteigt, ift in bemjenigen Bundesstaate zu vollstrecken, in welchem ber Berurtheilte sich befindet.
(Entw. § 133.)

Beschluss des Bundesraths v. 11. Juni 1885 (R.Centr.Bl. S. 270, preuss. JMBl. S. 309).

Der Bundesrath hat durch Beschluss vom 11. Juni 1885 in Bezug auf die Vollstreckung von Gesammtstrafen bei Festsetzung der Einzelstrafen von Gerichten verschiedener Bundesstaaten den nachstehenden Grundsätzen die Zustimmung ertheilt:

Grundsätze,

welche in Betreff der Vollstreckung einer auf Grund von §. 79 des Strafgesetzbuchs oder §. 492 der Strafprozessordnung erkannten Gesammtstrafe,

Ersuchens verweigert, so findet bie Beichmerbe bei ber bem Gerichtsvollgieber bezw. ber ersuchten Bolizeibehorbe vorgesetten Dienftauffichtsbeborbe, nicht aber bei bem Gericht (als foldem) ftatt.

5. Jebe fich in Deutschland aufhaltenbe Person hat jeder Labung por ein beutsches Gericht nachzukommen, gleichviel in welchem Bunbesftaate fie fich aufhalt.

3u § 162.

1. Bgl. oben Rote 4 gu Tit. 13.

2. Die Bestimmung bezweckt bie Erleichterung bes Geschäftsverkehrs und will bem Umftanbe Rechnung tragen, bag in vielen Fällen ber Rame bes zu beauftragenben Gerichtsvolls ziehers ber mit ber Sache besaften Behorbe unbekannt fein wirb (Mot. S. 92).

3u § 163.

1. Bgl. oben Rote 4 ju Tit. 13.

- 2. Die Bestimmungen ber SS 163, 164 gelten für alle Freiheitsftrafen ohne Unterschieb, mithin auch für bie Ordnungsftrafen (vgl. 3. B. StBO. SS 50, 69). Der Ausbrud "ber Berurtheilte" ift bier in einem weiteren Sinne verstanden.
- 3. a. Die Bestimmung bes § 163 ist nur im Zusammenhange mit § 164 und im Hinblid auf ben Grundgebanken, auf welchem das GBG. und die Prozehorbnungen beruhen (vgl. Note 1, 5 ff. zu Tit. 2), richtig zu verstehen. Daß auch hinsichtlich ber Bollstredung von Freiheitöstrasen jeder Bundesstaat dem anderen unbedingt zur Rechtshülse verpstichtet ist, wird von dem GBG. als selbstwerständlich betrachtet; das GBG. weicht hier von dem Rechtshülse: Ges. weit ab, welches lettere in den §§ 21 ff. wesentlich auf dem Standpunkte des völkerrechtlichen Begriffes der "Auslieserung" steht (Mot. S. 92). Benn gleichwohl das GBG. in § 163 rückschlich der Strasvollstredung den Fall, daß der Berurtheilte sich in einem anderen Staate besindet, besonders vorsieht, so hat dies seinen Grund darin, daß es bei der Strasvollstredung zwei Formen der Rechtshülse giebt: die Ablieferung an die ersuchende Behörde und die Bollstredung durch die ersuchte Behörde selbst. Die lettere Form ist die einsachte und nächsliegende; allein im Berhältniß verschiedener Staaten zu einander sommt in Betracht, daß "die Bollstredung von längeren Freiheitsstrasen eine Last ist, deren Uedernahme einem Staate aus Grund eines in einem anderen Staate ergangenen Strasertenntnisses nicht zugemuthet werden kann" (Mot.). Mit Rücksicht hierauf unterscheibet das

falls die Einzelstrafen von Gerichten verschiedener Bundesstaaten festgesetzt sind, zur Anwendung zu kommen haben, unbeschadet anderweiter Vereinbarung der betheiligten Bundesstaaten im einzelnen Falle.

- Die Vollstreckung der Gesammtstrafe ist von demjenigen Bundesstaate zu bewirken, dessen Gericht dieselbe, sei es in der regelmässigen Form, sei es in der Form einer sogenannten Zusatzstrafe, festgesetzt hat.
- 2. Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des in Nr. 1 bezeichneten Staates ist die Vollstreckung von demjenigen Bundesstaate zu übernehmen, welcher nach dem Gesammtbetrage der von seinen Gerichten erkannten oder für verwirkt erachteten Einzelstrafen an der Gesammtstrafe am höchsten betheiligt ist. Bei Berechnung des Gesammtbetrages

986. zwischen ber Pflicht zur Ablieferung und ber Pflicht zur Bollstredung, und es seht bie Grenzen seft, innerhalb beren bie eine ober die andere Pflicht Plat greift. hiernach wird burch § 163 in Berbindung mit § 164 Folgendes bestimmt: Bei Strasen von nicht mehr als sechs Bochen Dauer ift für ben Staat, in bessen Gebiet der Berurtheilte sich befindet, die Pflicht zur Bollstredung begründet; bei längeren Strasen greift die Pflicht zur Ablieferung Plat; das Bessehen der einen Pflicht schließt das ber anderen aus. Daß in dem GBG. nicht mehr von "Auslieferung", sonbern nur von "Ablieferung" die Rede ist, ist eine Konsequenz des Standspunktes, auf welchem, wie bemerkt, das GBG. im Gegensatz zu dem Rechtshülfes: Ges. steht (Mot. S. 92).

- b. In welchen Fallen bei ber Rechtshulfe unter Beborben beffelben Staates eine Ablieferung und in welchen bagegen bie Bollftredung burch bie ersuchte Beborbe ftattzufinden habe, bestimmt fich nach ben Anordnungen ber Landesjustizverwaltung; es hangt biese Frage mit ber anderen zusammen, in welchen Gefangenanstalten bie verschiebenen Freiheitsstrafen vollftredt werben.
- 4. Der ju einer Freiheitsftrafe von fechs Bochen ober meniger Berurtheilte ift auf Grund bes § 163 fur berechtigt an erachten, ber Ablieferung an einen anberen Staat gu miberfprechen, ba biefe Magnahme von ihm in ber Regel als bas größere Uebel empfunden werben wirb; babei wirb allerbings porausgefett, bag es fich um eine felbftftanbige Strafe, nicht um eine folde hanbelt, welche Bestandtheil einer Gesammtstrafe (ogl. ben Beschluß bes Bunbesraths v. 11. Juni 1885). Dagegen ift bem zu einer langeren Strafe Berurtheilten ein Recht auf die Ablieferung und ein Wiberfprucherecht gegen bie Bollftredung im Staate feines Aufenthalts nicht juzugesteben. — Dem ent= fprechend find auch bie Bundesstaaten zwar für besugt zu erachten, die Rechtshülfe bei ber Strafvollstredung burch Staatsverträge in einer von § 163 abweichen Beise zu regeln; jeboch fann burch einen folchen Bertrag bas vorbezeichnete Biberfpruchsrecht bes Berurtheilten nicht ausgeichloffen werben (vgl. oben Rote 2 ju Tit. 13). Mit berfelben Beidrantung find bie Bunbes: flaaten auch befugt, für einen einzelnen Fall ein befonberes Abtommen zu treffen; berartiger Bereinbarungen gebenkt ausbrudlich ber cit. Beschluß bes Bunbebraths. — Die Rosten einer folden, von § 163 abmeidenben Rechtsbulfe unterliegen ber Bereinbarung ber betheiligten Staaten ; mangels einer folden Bereinbarung murben inbeg auch bier bie Bestimmungen bes § 165 maggebenb fein.
- 5. Zur Leiftung ber Rechtshulfe (Bollstredung bezw. Ablieferung) ist jeber Bunbesstaat verspsichtet, in bessen Gebiet der Berurtheilte sich zur Zeit, wenn auch nur vorübergehend, "besin det"; auf die Staatsangehörigkeit, ben Wohnsis oder den gewöhnlichen Aufenthaltsort kommt es nicht an. Somit liegt im Falle eines Steckbriefes (StPD. § 489 Abs. 2) die Pflicht zur Rechtsbulse (Bollstredung bezw. Ablieserung) jedem Bundesstaate ob, in dessen Gebiet der Berurtheilte betroffen wird.
- 6. a. Der § 163 behandelt lediglich ben Fall, wenn die Strafvollstredungsbehörde bes einen Bundesftaates ber hulfe ber Behörden eines anderen Bundesftaates bedarf; die Fälle, in benen eine solche hulfe nicht erforderlich ift, bleiben hierbei unberührt, wenngleich die Fassung bes § ("ist zu vollstreden") für bas Gegentheil sprechen könnte. Der Staat, dem das erkennende Gericht

- der Einzelstrafen sind der Art nach verschiedene Strafen nach ihrem gesetzlichen Geltungsverhältniss (§. 21 des Strafgesetzbuchs) in Anschlag zu bringen.
- 3. Sind mehrere Bundesstaaten mit einem gleichen Höchstbetrage an der Gesammtstrafe betheiligt, so ist, falls einer derselben bereits eine in die Gesammtstrafe einbezogene, ihr gleichartige Einzelstrafe vollstreckt, die Gesammtstrafe von diesem zu vollstrecken. Anderenfalls werden die bezeichneten Staaten sich darüber vereinigen, welcher von ihnen die Vollstreckung zu übernehmen hat.
- 4. In den Fällen der Nr. 3 werden die Kosten der Strafvollstreckung, als welche indess nur baare Auslagen in Rechnung gestellt werden sollen, von den mehreren höchstbetheiligten Staaten zu gleichen Theilen getragen.

Im Uebrigen findet eine Erstattung von Kosten nicht statt.

5. Unberührt bleibt die Vorschrift im §. 163 des Gerichtsverfassungs-

angehört, ift ftets auch befugt, in seinem Gebiet bie Strafe zu vollftreden, sofern er fur fich allein bie hierzu erforderliche Gewalt befitt; es ist ihm baber auch in solchen Fällen, in benen das Ersuchen um Ablieferung (Rote 3) nicht statthaft sein wurde, unverwehrt, ben Berurtheilten in seine Gefängnisse aufzunehmen, sei es, daß bieser sich freiwillig zur Strafvollstredung stellt oder daßer zufällig im Gediet des gedachten Staates betroffen wird und ein Anlaß zu schleuniger Ergreifung vorliegt. Es kann dies um so weniger zweiselhaft sein, als es nach § 163 nur darauf ankommt, wo der Berurtheilte sich zur Zeit "besindet".

- b. Es ist insbesonbere nicht unzulässig, baß bie Strafvollstredungsbehörbe an einen in einem anberen Bunbesstaate besindlichen Berurtheilten eine Labung zum Antritt ber Strafe (StBO. § 489) erläßt; bei Strafen von kurzerer als sechswöchiger Dauer wurde bies allerdingsnicht für angemessen zu erachten sein, ba ber Berurtheilte sich auf die Unzulässigkeit einer Ablieferung würde berusen können. Inwieweit überhaupt, b. h. auch innerhalb besselben Staates, von der Strasvollstreckungsbehörde direkte Ladungen zum Antritt der Strase (vgl. StBO. § 489) an folche Personen zu erlassen seien, die sich außerhalb ihres Amtsbezirks besinden, bestimmt sich nach den landesrechtlichen Einrichtungen; vgl. Note 3 b.
- 7. In Betreff ber Berechnung ber Dauer ber Freiheitsstrafe ift Folgendes hervorzuheben: a. Ift Jemand in bemselben Urtheil zu Freiheitsstrafen verschiebener Art verurtheilt, z. B. zu fünf Bochen Gefängniß und brei Bochen haft (vgl. StBB. SS 77, 75), so ist jede dieser Strasen selbstständig Gegenstand der Bollstreckung, ohne daß die Gesammtdauer in Betracht kommt; in dem gedachten Beispielssalle also ist für den Staat, in welchem der Berurtheilte sich befindet, die Psicht zur Bollstreckung begründet. b. Ist Zemand in verzichiebenen Urtheilen zu Strasen verurtheilt, deren jede die Dauer von sechs Bochen nicht übersteigt, so wird an der sur den Staat des zeitigen Ausenthalts begründeten Pslicht zur Bollstreckung dadurch nichts geändert, daß diese Strasen zusammengerechnet mehr als sechs Bochen betragen und daß sie in ununterbrochener Folge vollstreckt werden sollen. c. Ist der Rest einer in ihrem Bollzuge ununterbrochener Folge vollstreckt werden sollen. die Betrag der letzteren selbst, nicht der des Restes maßgebend. Dies gilt insbes. auch im Falle des Biberruss einer vorläusigen Entlassung (StBB. S 24); in diesem Falle wäre die Ausnahme des Berurtheilten in eine andere Strasanstalt als in diesenige, aus welcher er entlassen war, eine dem Gedanken des Gesehes widerstreitende Maßnahme.
- 8. Daß im Falle einer Ablieferung jeber Bunbesftaat verpflichtet ift, fich bie Durchführung bes Berurtheilten burch fein Gebiet gefallen zu laffen (Rechtshülfe-Ges. § 32), ift für felbstverständlich erachtet und beshalb nicht ausbrudlich vorgeschrieben worben (Mot. S. 92).
 - 9. Bgl. im Uebrigen bie Bemerfungen gu § 164.

gesetzes. Der auf Grund dieser Vorschrift eine Gesammtstrafe vollstreckende Staat wird die nach §. 165 des Gerichtsverfassungsgesetzes zu erstattenden Auslagen von demjenigen Staate ersetzt erhalten, der nach obigen Grundsätzen die Vollstreckung zu übernehmen hätte.

6. Vorstehende Grundsätze finden entsprechende Anwendung, wenn die Gesammtstrafe oder eine in dieselbe einbezogene Einzelstrafe vom Reichsgericht in erster Instanz festgesetzt worden ist.

§. 164.

Soll eine Freiheitsstrafe in dem Bezirke eines anderen Gerichts vollstreckt oder ein in dem Bezirke eines anderen Gerichts befindlicher Verurtheilter zum Zwecke der Strafverdüßung ergriffen und abgeliefert werden, so ist die Staatssanwaltschaft bei dem Landgerichte des Bezirks um die Ausführung zu ersuchen.

(Cuten. 8 134.)

Bu dem Befdluffe des Bundesraths v. 11. Juni 1885:

- 1. Der Beichluß ist ans der Erwägung hervorgegangen, daß es weber dem Geiste und der Absicht der SS 74, 79 des StGB., noch den Bedingungen eines gerechten und zwedmäßigen Strafvollzuges entspreche, wenn Gesammtstrafen in Strasanstalten verschiedener Bundesstaaten getheilt vollstreckt werden; er will also die einheitliche Bollstreckung solcher Strasen herbeisühren. Uedrigens ändert der Beschluß nichts an der gesehlichen Zuständigkeit der Behörden für die Strasvollstreckung und die mit dieser zusammenhängenden Entscheidungen; er will vielmehr nur bestimmen, welcher der betheiligten Staaten die thatsächliche Last und die Rosten des Strasvollzuges zu überzehmen habe, und er harakterisit sich somit als eine unter den Bundesstaaten getroffene Berzeindarung, durch welche für die bezeichneten Fälle eine Bslicht zur Leistung von Rechtshülfe begründet wird (vgl. Note 2 zu Tit. 13, Note 4 zu S 163 des GBG.). Gine weitergehende Bebeutung hat der Beschluß nicht; es ist also Binding Hdb. I S. 877 nicht beizustimmen, wenn er sogar das Begnadigungsrecht als durch den Beschluß berührt ansieht.
- 2. Die Bestimmung unter Rr. 4 Abf. 2 bes Beichl. enthalt eine Abweichung von ber bie Erstattung ber Auslagen betreffenben Rorm bes GBG. § 165 Abf. 1.
- 3. Wie unter Nr. 5 fonstatirt wird, berührt ber Beschluß biejenige Pflicht zur Rechtshülse nicht, welche burch ben Aufenthalt bes Verurtheilten begründet ist. It z. B. in einer Strafsache, in welcher die Einzelstrasen theils in Preußen, theils in Sachsen erkannt sind, Preußen ber nach bem Beschlusse zur Uebernahme ber Bollstredung verpflichtete Staat, mahrend ber Ausenhaltsort bes Berurtheilten in Bayern liegt, so bleibt Bayern verpflichtet, sich auf Ersuchen bem Strafvollzuge zu unterziehen (§ 163). Die baaren Auslagen bes letteren (§ 165 Abs. 1) sind alsbann von Preußen an Bayern zu erstatten.

3u § 164.

- 1. Es find bier bie Bemertungen ju § 163 ju vergleichen.
- 2. Der S fest voraus, bag es bes Ersuchens um Bollftredung ober um Ablieferung bebari. Imwiefern ein solches Ersuchen ohnerachtet bes Umstandes, bag ber Berurtheilte sich in
 einem anderen Gerichtsbezirk befindet, entbehrlich sein könne, barüber f. § 163 Note 6; barüber,
 auf welche ber beiben Arten von Rechtshulfe bas Ersuchen zu richten sei: § 163 Note 3.
- 3. Ift eine Ablieferung erforberlich, fo ift nach § 164 gu verfahren, ohne Unterschieb, ob ber Berurtheilte an bie ersuchenbe Behörbe ober anberswohin, 3. B. an eine in einem britten Gestichtsbezirt befindliche Strafanstalt, abgeliefert werben foll.
- 4. Der Inhalt bes § 164 ift ber: bag bie (landgerichtliche) Staatsanwaltschaft zum Organ ber Rechtshulfe bei ber Bollftredung von Freiheitsftrasen bestellt wirb, ohne Unterschieb, ob im einzelnen Falle eine Staatsanwaltschaft ober ein Gericht bie Behörde ift, welche bie Strasvollstredung anordnet und die Rechtshulse nachsucht (vgl. StBO. § 483, GBG. § 181). Die Mot. S. 92 bemerken hierüber: "Es empsiehlt sich, bei Regelung der Rechtshulse nur ein bestimmtes

Digitized by GOOSIC

§. 165.

Im Falle ber Rechtshulfe unter ben Behörben verschiebener Bunbesftaaten

Organ als basjenige zu bezeichnen, an welches alle, die Rechtshülfe zum Zwed ber Bollftredung einer Freiheitsftrase betreffende Ersuchen zu richten sind. Jede Unterscheidung, welche in dieser Beziehung bas Geseh treffen wollte, wurde in der Praxis in vielen Fällen zu Schwierigkeiten indren, z. B. wenn der ersuchenden Behörde nicht bekannt ist, ob in einem anderen Bundesestaate der Amtörichter zur Bollstredung der Urtheile der Schöffengerichte berusen ist." — In der Braxis hat sich jedoch die Bestimmung in ihrer Allgemeinheit keineswegs als zwedmäßig erwiesen; benn in den Fällen, in denen eine Freiheitsstrasse in einem amtögerichtlichen Gesäugniß verdüßt werden soll, ist die Mitwirkung der in § 164 bezeichneten Staatsanwaltschaft meistens eine un= nöthige Weiterung, und es hat sich daher sehr bald bas Bedürsniß geltend gemacht, auch ein birektes Angehen der Amtögerichte zuzulassen. So hat denn auch der preuß. Just.-Win. in einer (nicht veröffentlichten) Eirk.-Bers. vom 22. Jan. 1880 für diesenigen Sachen, in denen die Strassvollstredung den Amtörichtern zusteht (StPO. § 483 Abs. 3), ein direktes Ersuchen von Amtösericht zu Amtögericht innerhald Preußens für statthaft erklärt, salls die Strase in einem amtöserichtlichen Gefängniß verdüßt werden soll.

- 5. Dem Ersuchen um Bollftredung ober um Ablieferung ift eine mit ber Beicheinigung ber Bollftredbarteit versehene beglaubigte Abichrift ber Urtheilsformel beigufügen; vgl. StBO. § 483 Abs. 1. Der Beifügung sonftiger Urtunben bebarf es nicht.
- 6. Die ersuchte Staatsanwaltschaft hat lebiglich bie Zulässieit bes gestellten Ersuchens (§ 163 Note 3) und die jormellen Ersorbernisse besselben (Note 5) zu prüfen; waltet in diesen Beziehungen ein Anstand nicht ob, so muß sie dem Ersuchen stattgeben Gesuche um Aufsichub ber Strafvollstredung, welche von dem Berurtheilten 2c. bei der ersuchten Staatsanwaltschaft angebracht werden, unterliegen der Entscheidung der ersuchen Behörde und sind daher an diese abzugeben; doch ist die ersuchte Behörde in den geeigneten Fällen befugt und verpflichtet, eine vorläufige Anordnung zu treffen.
- 7. Lehnt bie ersuchte Staatsanwaltichaft bas Ersuchen ab, so ift bie Beschwerbe an ben vorgesetten Oberstaatsanwalt statthaft; ein ablehnender Bescheid bes letteren kann wiederum burch Beschwerbe bei ber Landesjustizverwaltung angesochten werden; vgl. § 148 Note 2. Gine Mitwirkung der Gerichte findet auch in diesen Fallen nicht statt; die Mot. S. 92 sagen: "ein Beburfniß, unter Durchbrechung der Organisation der Staatsanwaltschaft die Entscheidung über solche Beschwerden den Gerichten zu überweisen, kann nicht anerkannt werden."
- 8. In Betreff bes Falles, wenn ber Berurtheilte flüchtig ift ober fich verborgen balt, f. SiPD. § 489 Abf. 2, 3. Bgl. GBG. § 163 Note 5.
- 9. Die Bollftredung von Gelbstrafen hat in § 164 teine Erwähnung gefunden, well ber Fall, wenn die Bollftredung außerhalb bes Bezirks des erkennenden Gerichts erfolgen muß, eine Rechtshülfe im Sinne des GBG. (vgl. oben Rote 4 zu Tit. 13) nicht erfordert. Es sindet nämlich in diesem Falle weder eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft des anderen Bezirks statt, noch wird das Gericht bieses Bezirks in der Eigenschaft als Strafgericht thätig. Bielmehr geschieht die Bollftredung burch unmittelbare Beauftragung eines Gerichtsvollziehers seitens der zur Bollftredung berusenn Behörde (§ 162) und, sofern es bei den einzelnen Bollftredungsmaßregeln einer Mitwirkung des Eivilgerichts (Bollstredungsgerichts) bedarf, durch unmittelbares Angehen des letteren (Mot. S. 92). Bgl. StBD. § 495.

Ru & 165.

- 1. Der § hanbelt von ben Roften ber Rechtshülfe; er fieht inbeg nur ben Fall vor, wenn bie ersuchenbe nub bie ersuchte Behörbe verschiebenen Bunbesftaaten angehören. Bie unter Behörben beffelben Bunbesftaates bezüglich ber Roften ber Rechtshülfe zu versahren sei, bestimmt fich nach bem Lanbesrecht. Für Preußen vgl. Ausf.: Gef. z. Gerichtskoften: Ges. v. 10. Marz 1879 § 28 (GS. S. 145).
 - 2. a. Der & unterscheibet zwijchen ber Berpflichtung ber ersuchenben Beborbe: bie Roften

nnd die baaren Auslagen, welche durch eine Ablieferung ober Strafvollstreckung entstehen, der ersuchten Behörde von der ersuchenden zu erstatten.

Im übrigen werben Koften ber Rechtshülfe von ber ersuchenben Beborbe nicht erstattet.

Ist eine zahlungspflichtige Partei vorhanden, so sind die Kosten von berselben burch die ersuchende Behörde einzuziehen und der eingezogene Betrag der ersuchten Behörde zu übersenden.

Stempel-, Sinregistrirungsgebühren ober andere öffentliche Abgaben, welchen bie von der ersuchenden Behörde übersendeten Schriftstücke (Urkunden, Protokolle) nach dem Rechte der ersuchten Behörde unterliegen, bleiben außer Ansat.

(Entw. § 135.)

ihrerseits, b. h. aus ber betr. Staatstaffe, zu erstatten (Abs. 1, 2), und ber Berpflichtung: biefelben von einer Partei einzuziehen und der ersuchten Behörbe zu übersenden (Abs. 3). Gine Erftattung finbet grunbfählich (Abs. 2) nicht flatt; bie Bunbekstaaten leisten einanber bie Rechtshülfe tostenfrei. Es gilt bies auch von ben baaren Auslagen bes erfuchten Gerichts insbef. von ben an Zeugen ober Sachverftanbige gezahlten Gebuhren; biefe bleiben also ber Raffe bes erfuchten Gerichts jur Laft, falls fie nicht von einer Partei eingezogen werben; vgl. Bergog in ben Bl. f. Rechtspfl. in Thur. 2c. Bb. 29 G. 231, und fur Breugen: Allg. Berf. bes Juft.s Min. v. 10. Juli 1884 (JMBI. S. 161). — Eine Ausnahme machen allein biejenigen baaren Auslagen, welche burch eine Ablieferung ober Strafpollstrecung (vgl. § 163 Rote 3) entsteben: biefe find von ber ersuchenben Beborbe ber ersuchten ju erftatten, gleichviel ob bie Biebereinziehung berfelben von bem Berurtheilten möglich ift ober nicht. Ueber bie Frage: welche Auslage in als unter bie Bestimmung bes Abj. 1 sallenb anzusehen seien, ist unter ben Bunbesnaaten eine Bereinbarung getroffen, welche in Breugen burch Allg. Berf. bes Juft. : Min. v. 21. April 1885 (INBI. S. 152) befannt gemacht ift. Ueber bie Nichtanwenbbarkeit biefer Berf. auf Die Beitreibung von Gelbstrafen und Roften f. Allg. Berf. v. 23. Oft. 1885 (IMBI. **355.**)

b. Bgl. noch § 163 Rote 4 (Schluß). Zu Abs. 3.

- 3. In biesem Abs. ift nicht, wie in Abs. 1, blos von ben baaren Auslagen, sonbern von ben gesammten, burch bie Leiftung ber Rechtshülfe verursachten Roften bie Rebe.
- 4. Die Bestimmung bes Abs. 3 ift in Straffachen, ohnerachtet bes Ausbrud's "Bartei", nicht blos auf bas Privatflageversahren, sonbern auch auf bas Berfahren auf erhobene öffents liche Klage anwendbar. Für biese Ansicht spricht namentlich bie Erwägung, baß bem zu Strafe Berurtheilten auch bie burch bie Rechtshülfe verursachten Kosten zur Laft sallen und baß, falls er sie zahlt, fein Grund vorliegt, bas Gezahlte bem ersuchten Gericht vorzuenthalten. So: Keller S. 205.
- 5. Gine Partei, welcher bas Armenrecht bewilligt ift, ift im Sinne bes § 165 nicht "dah: lungspflichtig."
- 6. Die Pflicht ber ersuchten Behörbe, bas Ersuchen zu erlebigen, ift bavon, ob bie Ginziehung ber Roften ber Rechtshülfe zu erwarten steht, ganz unabhängig. Die Ginziehung biefer Roften braucht nicht früher als zu bemienigen Zeitpunkt zu erfolgen, zu welchem bie ersuchenbe Behörbe bie Ginziehung ber übrigen Rosten in ber betr. Sache bewirkt; zur Zeit ber Erlebigung bes Ersuchens wird es regelmäßig noch ungewiß sein, ob und von wem bie Rosten einzuziehen sein werben.
- 7. Die Einziehung liegt ftets ber ersuchenben Beborbe ob; bie lettere barf bie ersuchte Beborbe niemals an bie Bartei selbst verweifen.
- 8. Rur ber eingezogene Betrag ift ber ersuchten Beborbe ju übersenben; eine subsibiare Saftbarteit ber ersuchenben Beborbe (ber Staatstaffe) beim Unvermögen bes Zahlungspflichetigen tritt nicht ein. Die Festftellung bes Unvermögens fieht lebiglich ber ersuchenben Be-

§. 166.

Für die Höhe ber ben gelabenen Zeugen und Sachverständigen gebührenden Beträge sind die Bestimmungen maßgebend, welche bei dem Gerichte gelten, vor welches die Ladung erfolgt.

Sind die Beträge nach bem Rechte bes Aufenthaltsorts ber gelabenen Ber- sonen höher, so konnen bie boberen Beträge geforbert werben.

Bei weiterer Entfernung bes Aufenthaltsorts ber gelabenen Personen ift benfelben auf Antrag ein Borfchuß zu bewilligen.

(Entw. § 136)

hörbe ju; biefelbe enticheibet insbes. barüber, ob es ju biefer Feststellung bes vorgangigen Bers suches einer Zwangsvollftredung bebarf ober nicht.

Bu Abs. 4.

9. Die Bestimmung bes Abs. 4 ift bem S von ber RER. mit Rudficht auf bie in Elfaß: Lothring en bestehenbe Ginregistrirungspflicht hinzugesuge worben. Dieselbe bezieht sich nicht auf solche Schriftstude, welche von ber ersuchten Beborbe in Folge bes Ersuchens aufgenommen werben.

Bu Abs. 1. 2. 3u § 166.

1. Der S hat nicht, wie es nach seiner Stellung im Tit. 13 schienen könnte, ben Fall im Auge, wenn ein Zeuge ober Sachverständiger (statt vor das mit dem Bersahren besaste) vor ein ersuchtes Gericht geladen wird; benn in diesem Falle versteht es sich von selbst, daß die Gebühren nicht nach den für das ersuchten, sondern nach den für das ersuchte Gericht geltenden Bestimmungen zu berrechnen sind. Bielmehr behandelt der S den Fall, wenn Jemand, statt vor das Gericht des Bezirks seines Aussenhaltsortes vor das Gericht eines anderen Bezirks geladen wird, und er trägt in Abs. 2 dem Umstande Rechnung, daß auch nach der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 (vgl. 3. B. SS 13, 14) einer Berschiedenheit in der Entschäugung der Zeugen 2c. Raum gegeben ist. — Der eben gedachte Fall berührt nun freilich das Gediet der Rechtshülse im Sinne des GBG. nicht, und die Aussande des S in den Tit. 13 erklärt sich lediglich daraus, daß derselbe den S 40 des Rechtshülse-Ges. zur Grundlage hat (bessen Standpunkt indes ein wesentlich anderer ist als der des GBG.) Bgl. auch Note 2.

Bu Abs. 3.

- 2. Der Abs. 3 bezieht sich, ohnerachtet seiner Anreihung an die Bestimmungen ber Abs. 1 u. 2, nicht blos auf ben Fall, wenn Jemand vor das Gericht eines anderen Bundesstaates ober boch eines anderen Bezirks geladen wird; er ist vielmehr nach seinem Bortlaut und den Bershandlungen ber REK. (Prot. S. 680), auch dann anwendbar, wenn innerhalb bessellen Landgerichtsbezirks eine erhebliche Entsernung zurückzulegen ist. Somit steht die Bestimmung an einer unrichtigen Stelle; sie gehört ausschließlich zu § 70 der StPO. und § 366 der EPO.
- 3. Auch bann, wenn Jemand in einen anberen Bunbesftaat gelaben wirb, ift (abweichend von § 40 bes Rechtshülfe-Ges.) ber Anspruch auf Bewilligung eines Borschusses bavon abhangig, ob ber Gelabene eine weitere Entfernung gurudgulegen bat.
- 4. Der § macht zwar ben Anspruch auf Bewilligung bes Vorschusses nicht ausbrücklich bavon abhängig, ob die gelabene Person bes letteren bedürftig, b. h. außer Stande sei, ohne Empfang eines Borschusses die Reise zu unternehmen; es liegt indeß in der Natur der Sache, daß auch die Vermögensverhältnisse des Gelabenen in Betracht zu ziehen sein werden. Wer den Auswand der Reise ohne Schwierigkeit zu bestreiten vermag, hat keinen Anspruch auf Gewährung eines Vorschusses. VI. A. Dalde S. 395; a. M. Keller S. 207, Thilo S. 237, Stenglein S. 72, Struckmann u. Koch S. 1087. Jedenfalls ist es statthaft, eine Entsernung, die für den Undemittelten eine weite ist, gegenüber einer wohlhabenderen Person für eine nicht weite zu erachten.
- 5. Ueber ben Antrag auf Bewilligung eines Borschusses entscheibet bas Gericht, vor welchem ber Gelabene erscheinen soll, ohne Unterschied, ob die Ladung burch bas Gericht selbst ober burch die Staalsanwaltschaft bewirft worden ift.

§. 167.

Ein Gericht darf Amtshandlungen außerhalb seines Bezirks ohne Zustimmung bes Amtsgerichts des Orts nur vornehmen, wenn Gefahr im Berzuge obwaltet. In diesem Falle ist dem Amtsgerichte des Orts Anzeige zu machen.

(Entw. § 137.)

§. 168.

Die Sicherheitsbeamten eines Bundesstaates sind ermächtigt, die Verfolgung eines Flüchtigen auf das Gebiet eines anderen Bundesstaates fortzuseten und den Flüchtigen daselbst zu ergreifen.

Der Ergriffene ist unverzüglich an das nächste Gericht ober die nächste Polizeisbehörde des Bundesstaates, in welchem er ergriffen wurde, abzuführen.

(**Enim.** § 138.)

3u § 167.

- 1. Unter "Amtshanblungen außerhalb bes Bezirks" find solche richterliche handfungen zu verstehen, zu beren Bornahme ber mit ber Sache besatte Richter sich selbst in einen
 fremden Gerichtsbezirk begiebt; es gehört hierher z. B. die Einnahme bes Augenscheins. Die Mot.
 S. 93 sagen: "Es können Umstände vorliegen, unter benen es für die sachliche Behandlung eines
 vorliegenden Falles von Nachtheil sein würde, wenn ein außerhalb des eigenen Gerichtsbezirks vorjunehmender Alt einem ersuchten Richter übertragen werden müßte. In solchen Fällen muß es
 dem Gericht möglich sein, die Grenzen seines Bezirks zu überschreiten; regelmäßig freilich nur so,
 daß der örtlich zuständige Amtbrichter seine Zustimmung ertheilt." Um einen Alt der Rechtshülse handelt es sich somit in § 167 nicht; vielmehr hat das Versahren nach § 167 gerade die Folge,
 daß die Leistung der Rechtshülse entbehrlich wird.
- 2. Db bie betr. Gerichtsbezirte bemfelben Bunbesftaate ober verfchiebenen Bunbes- faaten angehoren, ift gleichgultig.
- 3. Eine Befdmerbe über bas bie Buftimmung verweigernbe Amtsgericht ift nicht für ausgeichloffen zu erachten. Gl. A. Stenglein S. 72, a. M. Reller S. 875.
- 4. Gin Fall ber Gefahr im Berguge liegt z. B. vor, wenn ber Richter fich behufs Bornahme einer Leichenschau ober Leichenöffnung an Ort und Stelle begeben hat, die Leiche aber inmiden auf einen Begrabnifplat geschafft worben ift, ber in einem anderen Gerichtsbezirk liegt.

3u \$ 168.

- 1. Der S behandelt bie Racheile. Er ift, abweichend von § 30 bes Rechtshulfe-Ges., auch auf bie Berfolgung eines icon Berurtheilten anwendbar (Mot. S. 93).
- 2. Der Begriff ber Sicherheitsbeamten bestimmt sich nach ben lanbesrechtlich bestehenben Einrichtungen. Es gehören hierher auch die Forstschutze mten: RGer. I 9. Dez. 86 (Ripr. VIII 735). Ebenso die Genbarmen; eine ausbrückliche Erwähnung berselben, wie solche sich in § 30 bes Rechtshülse-Ges. sindet, ist für entbehrlich erachtet worden. Handelt es sich um die Berfolgung eines aus einer Strasanstalt Entstohenen, so sind auch die Strasanstalt 2 steamten als Sicherheitsbeamte anzusehen (Prot. S. 14).
- 3. a. Als ein Flüchtiger ift nicht blos berjenige anzusehen, ber sich im eigentlichen Sinne auf ber Flucht befindet, sondern auch berjenige, welcher auf frischer That oder unmittelbar nachher benoffen ift, sich jedoch ber Festnahme thatsächlich entzogen hat; vgl. Auth. Juterpret. der Beschlusse
 ber RER. (Anl. J. zum Prot. der 184. Sitzung, S. 15).
- b. Die Bestimmung des S ist auch bann anwendbar, wenn die Berfolgung nur die Feste neillung der Verson bezweckt und durch diese Feststellung die Festnahme sich erübrigt: RGer. 9. Dez. 86 (Rspr. VIII 735).
- 4. Die Befugniß zur Racheile ift meber auf eine bestimmte Entfernung jenseits ber Lanbesgrenze, noch auf bas Gebiet bes junach it angrenzen ben Bunbesstaates beschränft;

Digitized by (1009)

§. 169.

Die in einem Bundesstaate bestehenden Vorschriften über die Mittheilung von Aften einer öffentlichen Behörde an ein Gericht dieses Bundesstaates kommen auch bann zur Anwendung, wenn das ersuchende Gericht einem anderen Bundesstaate angehört.

(Enim. § —.)

vielmehr barf fich bie Berfolgung nothigenfalls auf bie Gebiete mehrerer Bunbesftaaten erftreden (Brot. S. 13, 14).

- 5. Bur Befolgung ber Bestimmung bes Abs. 2 find bie verfolgenden Sicherheitsbeamten unter allen Umstanden verpflichtet; fie burfen den Ergriffenen selbst bann nicht ohne Beiteres mit fich nehmen, wenn bieser auf die Abführung an die Behorbe bes Staates, in welchem er ergriffen worden ift, ausbrudlich verzichtet.
- 6. Ob ber Ergriffene an das Gericht ober an die Polizeibehörde abzuführen fei, unterliegt dem Ermessen des Beamten, der die Ergreifung bewirkt. Es wird sich übrigens die Abführung an die Polizeibehörde empsehlen, sofern nicht das Gericht leichter als diese erreichdar ist. Bgl. Note 7.
- 7. Das Berfahren ber Beborbe, an welche ber Ergriffene abgeführt wirb, richtet fich, ba etwas Besonderes hieruber nicht porgefchrieben ift, nach ben Bestimmungen ber StBD.; es wirb alfo auf bie Lage ber Sache und ben Unlag ber Berfolgung antommen; ber Umftanb, bag bei ber letteren eine Lanbesgrenze überichritten worben ift, hat einen weiteren, als ben in Rote 5 bezeichneten, Ginfluß nicht. - Ift ber Ergriffene an bie Boligeibehorbe abgeführt und liegt eine Keftnahme im Sinne ber StBD. § 127 ff. vor, fo muß die Bolizeibehörde benfelben nothwendig bem Amtsrichter vorführen (StBD. § 128). Bat bie Ergreifung auf Grund eines Saftbefehls ober Stedbriefs ftattgefunben, fo braucht bie Borführung por ben Umterichter nur zu erfolgen, menn ber Ergriffene fie verlangt (StBD. § 132). Ift ein Grund gur Borführung nicht vorhanben, fo bat bie Polizeibeborbe ben Ergriffenen wieberum bem verfolgenben Beamten ju überantworten, welcher lettere nunmehr befugt ift, benselben mitzunehmen und ber zuständigen Beforbe zu uberliefern. Die Befugnig, ben Ergriffenen wiber ben Billen bes verfolgenben Beamten in Freiheit au feten, ift ber Bolizeibeborbe nicht jujugefteben. - Ift ber Ergriffene por ben Amterichter gebracht, fo hat biefer, gleichviel ob bies unmittelbar burch ben verfolgenben Beamten ober burch bie Polizeibehörbe gefcheben ift, nach Maggabe ber cit. SS zu prufen, ob feinerfeits ein haftbefehl (§ 128) ju erlaffen ober etwa bie Freilaffung (§§ 128, 132) ju verfügen fei; hat weber bas Gine noch bas Unbere zu gescheben, fo ift ber Ergriffene bem verfolgenben Beamten zu fiberantworten. Ein Fall ber letteren Art liegt 3. B. vor, wenn ein aus einer Strafanstalt Entflohener (vgl. Rote 1) alsbalb verfolgt und nach Ueberschreitung einer Lanbesgrenze ergriffen wirb.
- 8. Die Bestimmung bes § 30 Abs. 2 bes Rechtshülfe-Ges, nach welcher bie verfolgenben Beamten jur selbstständigen Bornahme von haussuchungen in dem anderen Bundesstaate nicht besugt seine sollen, ist in den § 168 nicht aufgenommen, weil es sich von selbst versieht, daß Mangels einer ausdrücklichen Bestimmung die Berfolgung und Ergreifung nicht eine Zuständigkeit zur Bornahme von haussuchungen begründet. hinsichtlich der Besugniß zur Durchsuchung ber Person des Ergriffenen kommt es auf den Ort der Ergreifung nicht an.

Zu § 169.

- 1. Der S ist erft von ber RER. aufgenommen worben. Der Entw. hatte in Tit. 13 bes Ersuchens um Mittheilung von Alten teine Erwähnung gethan, weil berartige Grsuchen nicht unter ben Begriff ber Rechtshülfe im Sinne bes GBG. (vgl. oben Rote 4 zu Tit. 13) fallen. Ueber bas Gebiet ber Rechtshülfe geht die Bestimmung bes S auch noch insofern hinaus, als sie sich auf bie Alten aller öffentlichen Behörben, nicht blos auf die ber Gerichte, erstreckt.
- 2. Der Inhalt ber Bestimmung ift nur ber: bag es feinen Unterfchieb machen foll, ob bas ersuchenbe Gericht und bie ersuchte Beborbe bemfelben Bunbesftaate ober verfchie=

Bierzehnter Titel.

Deffentlichkeit und Sigungspolizei.

§. 170.

Die Berhandlung vor bem erkennenden Gerichte, einschließlich ber Verkundung ber Urtheile und Beschluffe besselben, erfolgt öffentlich.

(Catu. § 139.)

§. 171.

In Chesachen ist die Deffentlichkeit auszuschließen, wenn eine der Parteien es beantragt.

(Entw. # 140 Abf. 2.)

denen Bundesstaaten angehören. In welchen Fällen die Behörden überhaupt verpflichtet leien, den auf Mittheilung von Aften gerichteten Ersuchen zu entsprechen, wird in § 169 nicht bestimmi; hierüber vgl. StBD. § 96 u. die Noten das.

Rum Biergebnten Titel.

- 1. Der zweite Theil bes Titels (§§ 177—185) handelt nicht blos von ber Situngspolizei, ionbern von ber Aufrechterhaltung ber Ordnung bei richterlichen Amtshandlungen überhaupt (§ 182).

 34 § 170.
- 1. Die StBD. (vgl. Buch 2 Abichn. 5, 6) neunt die Berhanblung por bem ertennenben Gerichte: "Sauptverhanblung".
 - 2. Der Grundfat bes § 170 gilt gleichmäßig für alle Inftangen.
- 3. Bermöge bes Grund a ges ber Deffentlich feit mussen bie hauptverhanblungen in solchen Raumen statisinden, zu benen mahrend der Dauer der Berhandlung dem Publikum der Jutritt offen steht. Es versteht sich indes schon mit Rucklicht auf die Raumverhältnisse der Tickkszimmer von selbst, daß nicht Jeder, der einer Berhandlung beizuwohnen wünscht, einen uns bedingten Anspruch auf Einlaß in das Gerichtszimmer hat. Daher sind Mahregeln, welche darauf abzielen, eine Ueberfüllung des für die Zuhörer bestimmten Raumes zu verhindern, durchaus flatthaft; insbesel, liegt eine unzulässige Beschränkung der Dessentlichkeit nicht vor, wenn die Thüren des Sigungszimmers geschlossen werden, nachdem so viele Personen Einlaß gesunden haben, als der Raum gestattet; so: RGer. III. 20. Ost. 80 (Rspr. II. 360). Auch die Anordnung, das die den Einlaß verlangenden Personen sich zuvor mit Einlaßkarten zu versehen haben, ist nur als eine die Dessentlichkeit ordnende Wahregel, nicht als eine unzulässige Beschränkung der Dessentlichkeit anzusehen, vorausgesetzt, daß die Erlangung der Einlaßkarten sur Jeden in gleicher Beise möglich ist. Bgl. noch RGer. II. 1. Ott. 80 (Entsch. II. 301), II. 21. Wärz 82 (Rspr. IV. 268).
- 4. In Betreff ber Berathung und Abstimmung f. § 195; in Betreff ber Bertunbung ber Enticheibungen: § 174.
- 5. In Betreff ber Beurtunbung ber Deffentlichfeit burch bas Prototoll f. StBD. § 272 Rr. 5.
- 6. In Betreff ber Anfechtung eines Urtheils megen Berletung ber Borfchriften über bie Ceffentlichfeit f. StBD. § 377 Rr. 6, § 369 Abf. 2.
- 7. Indem § 170 für die hauptverhandlung die Deffentlichkeit vorschreibt, spricht er zugleich aus, daß alle übrigen gerichtlichen Berhandlungen, insbes. also biejenigen der Borunters suchung, nicht öffentlich erfolgen. Dies gilt selbst von benjenigen Berhandlungen, welche nach Eröffnung des hauptversahrens, statt vor dem erkennenden Gericht selbst, vor einem ersuchten ober beauftragten Richter statisinden (StPD. SS 222—224).
- 8. In Betreff ber Deffentlichfeit von Gerichtssigungen, welche nicht jum 3med einer hauptverhandlung ftattfinden, f. noch GBG. § 45 Abf. 2, § 91 Abf. 1.

§. 172.

In dem auf die Klage wegen Anfechtung ober Wiederauschebung der Entmündigung einer Person wegen Geistestrankheit eingeleiteten Versahren (§§. 605, 620 der Civilprozesordnung) ist die Deffentlichkeit während der Vernehmung des Entmündigten auszuschließen, auch kann auf Antrag einer der Parteien die Deffentlichkeit der Verhandlung überhaupt ausgeschlossen werden.

Das Verfahren wegen Entmündigung ober Wieberaufhebung der Entmündigung (§§. 593—604, 616—619 ber Civilprozehordnung) ist nicht öffentlich.

(Eutw. § --.)

§. 173.

In allen Sachen kann burch bas Gericht für die Verhandlung ober für einen Theil berselben die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährbung der öffentlichen Ordnung ober der Sittlichkeit besorgen läßt.

(Entw. § 140 Abf. 1.)

§. 174.

Die Berkündung des Urtheils erfolgt in jedem Falle öffentlich.

Bu § 178.

- 1. a. Ob bie Besorgniß einer Gefährbung ber öffentlichen Ordung ober ber Sittlichkeit begründet sei, unterliegt bem thatsachlichen Ermessen bes Gerichts. Das GBG. hat (abweichend von einem Theile ber früheren Landesgesehe) bavon abgesehen, für gewisse Arten strafbarer Sandslungen, wie z. B. für Münzverbrechen, bie Ausschließung ber Oeffentlichkeit und eb in gt zu gebieten.
- b. Der Fall, wenn bie Deffentlichkeit zu einer Störung ber Berhanblung ober zu einer Erschwerung ber Bahrheitsermittelung gemißbraucht wirb, ift nicht besonbers hers vorgehoben, weil in biesem Migbrauch selbstverstänblich eine Gesährbung ber öffentlichen Ordnung gesunden werden kann (Mot. S. 93). Bgl. § 178 Rote 5.
- 2. Die Ausschließung ber Deffentlichfeit tann sowohl bei Beginn ber Berhanblung wie auch zu jebem Zeitpunkt im Laufe berfelben und ebensowohl für bie ganze Berhanblung wie auch für einen Theil ausgesprochen werben; im Zweifel ift fie als für bie ganze noch folgenbe Bershanblung beichlossen anzusehen; vgl. jeboch § 174. In Betreff ber Bilbung ber Gesichworenenbank s. bie besonbere Bestimmung ber StBD. § 281.
- 3. Der bie Dessentlichseit ausschließenbe Gerichtsbeschluß nuß nothwendig eine Besgründung enthalten, b. h. aussprechen, daß eine Gefährdung der össentlichen Ordnung bezw. der Sittlichseit nach Lage der Sache zu besorgen sei; der Mangel einer solchen Begründung entshält eine Berletung des Gesetzes: MGer. II. 1. Nov. 81 (Rfpr. III. 677). Uebrigens sind die Worte des Gesetzes nicht sakramental; die Anwendung gleichbedeutender Ausbrücke ift, sofern sie nur unzweidentig sind, nicht ausgeschlossen: MGer. II. 29. Jan. 84 (Rfpr. VI. 69). Zener Aussipruch bedarf seinerseits einer weiteren thatsächlichen Begründung nicht.
- 4. Das Gericht tann seinen bie Deffentlichteit betreffenden Beschluß, gleichviel ob berfelbe bie Ausschließung ober aber bie Ablehnung eines hierauf gerichteten Antrages ausgesprochen hat, ftets wieder abanbern, wenn die Berhandlung hierzu Beranlassung bietet.
- 5. Da bie Ausschließung ber Deffentlichkeit eine in das Ermeffen bes Gerichts gestellte Ausnahmemaßregel ist und ber Angeschulbigte kein Recht auf bieselbe hat, so kann die Thatsache, daß
 bie Berhanblung öffentlich stattgesunden hat, die Revision gegen das Urtheil nicht begründen. Ebensowenig wird die Revision dadurch begründet, daß eine Handlung, welche nach Ausschluß
 ber Deffentlichkeit in nicht öffentlicher Sitzung hätte geschehen sollen, in öffentlicher Sitzung vorgenommen worden ist. Bgl. § 175 Note 4 u. die dort cit. Urth. bes RGer.

3u § 174.

1. Die Berfündung bes Urtheils hat ftets öffentlich ju erfolgen; bies gilt auch bann,

§. 175.

Ueber die Ausschließung ber Deffentlichkeit wird in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt.

Der Beschluß, welcher bie Deffentlichkeit ausschließt, muß öffentlich verkundet werben.

(Cutm. § 141.)

ber Gefdmorenen (StBD. SS 308, 313).

§. 176.

Der Zutritt zu öffentlichen Berhandlungen kann unerwachsenen und solchen wenn basselbe eine Entscheidung in der Sache selbst nicht enthält. Dagegen sindet die Bestimmung auf die übrigen, im Lause der Hauptverhandlung ergehenden Entscheidungen keine Anwendung, also weber auf die Beschlüsse der Gerichts (vgl. jedoch § 175 Abs. 2), noch auf den Spruch

- 2. Bur Berfündung des Urtheils gehört nach § 267 ber StPO. auch die Berfündung der Urtheilsgrunde; somit muffen auch diese öffentlich verfündet werden. Freilich wird in vielen Fällen, wenn der Zwed der Ausschließung der Oeffentlichkeit nicht vereitelt werden soll, die Bertündung der Grunde nur in sehr summarischer Beise erfolgen burfen.
- 3. hat die Artheilsverkundung in nicht öffentlicher Sitzung stattgefunden, so begrundet bies die Revision nach § 377 Rr. 6 ber StBD.: RGer, II. 30. Jan. 80 (Entsch. I. 90, Rspr. I. 297), III. 26. Nov. 81 (Rspr. III. 743).

Au \$ 175.

- 1. Ueber bie Ausschließung ber Deffentlichkeit ift von Amtswegen zu beschließen. Uebrigens ift es Sache ber Staatsanwaltschaft, in ben Fallen, in benen fie bie Ausschließung für angemessen eruchtet, einen Antrag zu ftellen. Auf jeben Antrag, auch wenn berselbe vom Beschulbigten ober vom Brivattläger ober Rebentläger gestellt ist, hat bas Gericht eine ausbrückliche Entscheidung zu erlassen.
- 2. Bewor die Ausschließung der Oeffentlichkeit beschlossen werden kann, muß über sie vershandelt, d. h. es muß die Staatsanwaltschaft und der (anwesende) Angeschuldigte, von mehreren Angeschuldigten jeder einzelne, zur Abgabe einer Erklärung veranlaßt werden; daß dies geschehen, muß sich dei Bermeidung der Richtigkeit aus dem Situngsprotokoll ergeben: RGer. II. 9. Jan. 80 (Entsch. I. 50, Rspr. I. 206), II. 9. Row. 80 (Rspr. II. 480), I. 11. Febr. 84 (Entsch. X. 92, Rpr. VI. 106) u. öster. Ebenso ist der etwaige Rebenkläger und im Privatklageversahren (StBO. § 425) der Privatkläger zu hören. Ob eine Erklärung wirklich abgegeben wird ober nicht, und ob sie dem Antrage zustimmt ober widerspricht, ist gleichgültig.
- 3. Das Berfahren bei Ausschließung ber Deffentlichkeit gestaltet sich nach § 175 solgenbermaßen: Sobald bie Ausschließung beantragt ober seitens des Gerichts von Amtswegen in Antegung gebracht ist, erfolgt die einstweilige Aushebung der Deffentlichkeit: ber Borsitzende besiehlt, daß die etwa anwesenden Zuhörer das Sitzungszimmer einstweilen verlassen. Hierauf wird über die Ausschließung der Deffentlichkeit verhandelt und Beschluß gesaßt. Demnächst wird das Sitzungszimmer von Neuem geöffnet, und es erfolgt, nachdem auf diese Beise die Dessentlichkeit wieder hergestellt ist, die Berkündung des Beschlusses. Lautet derselbe auf Ausschließung der Dessentlichkeit, so sindet nunmehr die Schließung des Sitzungszimmers statt.
- 4. Die Thatsache, daß, der Bestimmung des Abs. 1 entgegen, über die Ausschließung der Oessentlichkeit in öffentlicher Sitzung verhandelt worden ist, begründet nicht die Revision; iv: RGer. II. 23. Apr. 80 (Ripr. I. 652), III. 22. Jan. 81 (Entsch. III. 295), III. 29. März & (Ripr. IV. 286). Bgl. § 173 Rote 5.
- 5. Die Berkund eines bie Deffentlichkeit ausschließenden Beschlusses muß nothwendig öffentlich erfolgen, widrigenfalls Nichtigkeit eintritt. Die öffentliche Berkundung hat sich auch auf bie Gründe bes Beschluffes (§ 173 Rote 3) zu erstreden.

Ru § 176.

Zu Abs. 1.

1. Die Bestimmung setzt Personen voraus, die bei der Berhandlung selbst nicht betheiligt Digitized by

Personen versagt werben, welche sich nicht im Besitze ber bürgerlichen Sprenrechte besinden, oder welche in einer der Würde des Gerichts nicht entsprechenden Beise erscheinen.

Bu nicht öffentlichen Berhandlungen kann ber Zutritt einzelnen Personen von bem Vorsisenden gestattet werden.

(Eutm. § 142.)

§. 177.

Die Aufrechthaltung ber Ordnung in der Sitzung liegt dem Borfitzenden ob. (Entw. § 143.)

- find. Inwiesern einer bei ber Berhaublung betheitigten Berson gerabe bieses Betheiligtseins wegen ber Butritt ju bem Sigungszimmer versagt werben burfe, barüber f. StBO. § 242 Abs. 4 u. bie Roten bas.
- 2. Ginem unter Polizeiaufficht Stehenben, bem bie burgerlichen Chrenrechte nicht abertannt find (vgl. z. B. StBB. § 262), barf ber Zutritt nicht verfagt werben.
- 3. Unter Berfonen, bie in einer ber Burbe bes Gerichts nicht entfprechenben Beife erfcheinen, find namentlich betruntene ober anftößig befleibete Berfonen zu verstehen; auch tonnen folche Berfonen hierher gerechnet werben, die ohne besondere Berechtigung Baffen bei fich führen.
- 4. Die Befugniß, ben hier bezeichneten Personen ben Zutritt zu versagen, steht ben mit ber Bewachung bes Zuhörerraumes betrauten Beamten zu, vordehaltlich ber Entscheidung bes Borzstenben in dem Falle, wenn der Zurückgewiesene sich dessen Bestimmung erbittet. Bgl. NGer. II. 1. Oft. 80 (Entsch. II. 301), II. 21. März 82 (Rspr. IV. 268), Struckmann u. Koch S. 1093. Ift Zemand, dem nach der Ansicht des Borstenden der Zutritt zu versagen ist, in das Sitzungszimmer eingetreten, so ist der Borstende befugt, die alsbaldige Entserung besselben anzuordnen, ohne daß ein Gerichtsbeschluß erlassen wird (vgl. § 177 Rote 2. a.). A. M. Stenglein S. 76, der gegen die Entschließung des Borstenden die Anzusung des Gerichts zulassen will.

Bu Abs. 2.

- 5. "Gingelnen Berfonen" barf ber Butritt vom Borfitenben gestattet werben. Es verftößt gegen ben Sinn und bie Absicht ber Bestimmung, wenn ber Borfitenbe einer größeren Zahl von Berfonen ober gar gangen Personenklassen, wie 3. B. ben Gerichtsbeamten, ben Anwalten 20., ben Jutritt gewährt.
- 6. Die Erlaubniß, einer nicht öffentlichen Berhanblung beizuwohnen, braucht nicht nothwendig eine ausdrückliche zu sein; sie kann auch stillschweigend ertheilt werden. Uebrigens kann ber Umstand, daß Jemand ohne Erlaubniß ber Berhandlung beigewohnt hat, die Rechtsbeständigkeit des Berfahrens niemals beeinträchtigen; vgl. § 173 Note 5.

Au \$ 177.

- 1. a. Die Bestimmung ber S\$ 177 ff. greifen mahrenb ber Dauer ber Situng Plat; sie sind also nicht anwendbar auf Paufen, welche im Laufe einer Situng gemacht werben. Uebrigend bilben bie Berathungen bes Gerichts und bie ber Geschworenen Bestandtheile ber Situng; bie Zeit also, mahrend welcher bas erstere ober bie letteren sich behufs einer Beschlußnahme im Berathungszimmer befinden, ist nicht als Pause anzusehen.
- b. Die hier bestimmten Besugnisse bes Gerichts und bezw. bes Borsitenben erstreden sich auf alle für die Berhandlung ersorberlichen Raum lich feiten, also auch auf das Berathungszimmer bes Gerichts und auf das der Geschworenen. Belche Maßregeln behufs Aufrechthaltung ber Ordnung zu ergreisen seien, wenn die Sitzung durch Borgänge gestört wird, die außerhalb ber erwähnten Räumlichseiten stattsinden, bestimmt sich nach den landesrechtlich bestehenden Einzrichtungen.
- 2. a. Das Gefet (vgl. die Ueberschrift bes Titels) faßt alles Dasjenige, mas behufs Aufrechthaltung ber Orbnung in ber Situng ober aus Anlag einer begangenen Orbnungswibrigkeit gu

gescheben hat, unter bem Ansbrud "Sibungspolizei" zusammen. Die hanbhabung ber letteren neht theils bem Gericht, theils bem Borfitenben zu. Dem Gericht vorbehalten (§§ 178—180) find alle Dagregeln, welche ben Charatter einer Strafe haben; ju ihnen gebort auch bie Entfernung einer Berfon aus bem Sipungszimmer (§ 178). Der Inhalt ber Befugniffe bes Bor= fipenben läßt fich nicht burch einen einzelnen Ausbrud bezeichnen: bem Borfipenben ftebt bie Ergreifung aller Maßnahmen zu, welche nicht ben Charakter einer Strafe haben. Er hat zunächst alle jur Aufrechthaltung ber Orbnung und Rube erforberlichen Anordnungen ju treffen. Er hat ferner bas Recht und bie Bflicht, ben Ordnungswibrigkeiten entgegenzutreten, beren fich Jemanb burch fein Betragen ober burch feine Ausbrucksweise fculbig macht; insbes. barf er bie vor bem Gericht fprechenben Bersonen jur Rube und Mäßigung ermahnen, fie in ihren Auslassungen unterbrechen, unangemessene Ausbrücke rügen 20. (bas Wort "verweisen" bürfte gegenüber ben unter einem Disgiplinargefet ftebenben Berfonen ju vermeiben fein, ba nach ben Disgiplinargefeten ber Ausdrud "Berweis" regelmäßig eine bestimmte Disziplinarstrase bezeichnet). Nach bem Entw. jollte ber Borfigenbe befugt fein, bie anwesenben (bei ber Berhanblung nicht amtlich betheiligten) Bersonen "jur Ordnung ju rufen"; bie bezügliche Bestimmung wurde indeg von ber MER. geftrichen, inbem man es weber für erforberlich noch für angemeffen erachtete, bas Ginschreiten bes Borfipenben an eine bestimmte Formel, wie fie in parlamentarifchen Bersammlungen üblich, ju binben (Prot. S. 36). — In Betreff ber Befugniß jur Entziehung bes Bortes unb jur Burudweisung ungeeigneter Fragen f. StBO. § 257 bezw. § 240 u. bie Roten baf.

- b. Hat ber Borfitenbe eine Ruge 2c. ausgesprochen, so steht es ber von ihr betroffenen Berson nicht zu, auf bie Entscheibung bes Gerichts anzutragen, bamit bie Wieberausbebung ober bie Zurudnahme bes Ausspruchs bes Borfitenben erfolge. Umgekehrt aber wird burch bie Ruge bas Gericht nicht gehindert, eine ber in ben SS 178—180 bezeichneten Strafmagregeln zur Anwendung zu bringen, wenn es bafür hält, daß in ber Rüge eine hinreichenbe
 Ahndung ber vorliegenden Ordnungswidrigkeit nicht enthalten sei.
- c. Im Schöffengericht wirfen die Schöffen auch bei ben die handhabung ber Situngspolizei betreffenden Entscheidungen mit (§ 30). Findet die hauptverhandlung vor dem Amtsrichter allein statt (StBD. § 211 Abs. 2, EG. dur StBD. § 3 Abs. 3), so gebührt ihm auch
 bie Ausübung aller in den §§ 178—180 dem Gericht zugewielenen Strafbefugnisse. Bgl. § 182.
- 3. Der Sipungspolizei find alle im Sipungszimmer anwesende Berfonen, jedoch in versichiebenem Rage, unterworfen. Es ift hier zu unterscheiden zwischen ben Befugniffen bes Borsfibenben und ben Strafmagregeln, beren Berbangung nur bem Gericht zufteht.
- a. Die Befugnisse bes Borsigenben (vgl. Note 2.a) greisen gegenüber allen Personen gleichmäßig Blat. Insbef. haben bie Beamten ber Staatsanwaltschaft in bieser Beziehung keine Ausnahmestellung, wie bies auch in ber RER. (Prot. S. 37 ff.; Anl. J. zum Prot. ber 164. Situng) ausdrücklich anerkannt worben ist; vgl. RGer. III. 6. Okt. 84 (Entsch. XI. 135, Rspr. VI. 599), Binding Grundr. S. 79; a. M. Boitus Romm. S. 258. Selbsterständlich wird jedoch der Borsitzenbe stets zu beachten haben, daß der Staatsanwalt der Bertreter einer koordinirten Behörde ist; sein Berhalten gegenüber dem Staatsanwalt ist wesentlich eine Sache des richtigen Laktes. Eine Ausschreitung des Beamten der Staatsanwaltschaft würde unter Umständen eine Bertagung der Berhandlung und eine Anzeige bei der ihm vorgesetzen Stelle erzbeischen können. Sollte eine der Gerichtspersonen (Richter, Schöffen, Geschworenen, Gerichtsschreiber) sich einer Ordnungswidrigkeit schuldig machen, so hat zwar der Borsitzende sir beren Abstellung Sorge zu tragen; er hat indes in einem solchen Falle selbstwerständlich jede die Autorität des Gerichts schöfigende öffentliche Erörterung zu vermeiben.
- b. hinsichtlich ber Strafmaßregeln, beren Berhängung bem Gericht zusieht, untersichet bas Geset: a) die bei ber Berhandlung amtlich betheiligten Personen, zu benen insbes. auch die Beamten ber Staatsanwaltschaft gehören: gegen diese Personen sinden Strasmaßregeln nicht statt. Bei Ordnungswidrigkeiten von Schöffen oder Geschworenen greift eine Ausnahme insofern Blat, als § 56 (vgl. § 96) anwendbar wird, wenn die betr. Ordnungswidrigkeit von ber Art ist, daß ber Schöffe oder Geschworene sich burch sie zugleich "seinen Obligen entzieht"

§. 178.

Parteien, Beschulbigte, Zeugen, Sachverständige oder bei der Verhandlung nicht betheiligte Personen, welche den zur Aufrechthaltung der Ordnung erlassenen Besehlen nicht gehorchen, können auf Beschluß des Gerichts aus dem Sitzungszimmer entsernt, auch zur haft abgeführt und während einer in dem Beschlusse zu bestimmenden Zeit, welche vierundzwanzig Stunden nicht übersteigen darf, sestzgehalten werden.

(Entm. § 144.)

3# § 178.

- 1. "auf Befchluß bes Gerichts" - hierzu vgl. § 177 Rote 3.
- 2. Gegen Militairpersonen findet die Bestimmung des § 178 insofern Anwendung, als bieselben im Falle des Ungehorsams auf Beschluß des Gerichts aus dem Situngszimmer entjernt werden durfen. Dagegen ist die Festsetung einer Haft gegen Willtairpersonen ausgeschlossen, da grundsählich die Berhangung von Strasen gegen solche nur den militairischen Instanzen zusieht, die sosonstellten Bollstreckung der Haft auch überdies den davon Betrossenen der Erfüllung seiner Dienstpssichten entziehen wurde. Bgl. StPD. § 50 Abs. 4 u. die Noten das.
- 3. Bu ben Parteien im Sinne biefes & gebort auch ber Privatkläger und ber Nebenkläger.
 4. a. Der Beschulbigte ift besonbers erwähnt, weil im Bersahren auf erhobene öffentliche Rlage ber Ausbrud "Partei" auf ihn strenggenommen nicht paßt.
- b. In ben Berhanblungen ber AER. (Prot. S. 684) findet fich ausgesprochen, daß durch
 § 178 "dem Recht des Beschuldigten, der Hauptverhandlung vollständig beizuwohnen, nicht präziubizirt werde", sowie: "daß hier die StPO. als lex specialis dem § 178 gegenüberstehe." Hierzu ist indeß zu bemerken: Die StPO. schließt eine zwangsweise Entfernung des Beschuldigten aus der Hauptverhandlung nicht aus; sie setzt vielmehr in § 246 Abs. 2 die Anwendbarkeit des § 178 auch auf den Beschuldigten geradezu voraus. Allerdings aber wird, im Hindlick auf das Interesse der Wahrheitsermittelung und auf das Vertheidigungsrecht, die Entsernung des Beschuldigten aus der Sitzung nur im Nothsalle zur Anwendung zu bringen sein, und serner ist aus § 246 Abs. 2 der StPO. in Berdindung mit Abs. 1 zu solgern, daß das Gericht die bescholossen Maßregel sobald als thunlich wieder ausgeben, also wenigstens versuchen soll, ob der Beschuldigte sich demnächst ordnungsmäßig betragen werde. In Betress der Vesanntmachung des Urtheils vol. die Noten zur StPO. § 267. Aus dem Gesagten ergiedt sich übrigens auch, daß, wenn das Gericht die Entsernung des Beschuldigten beschließt, es stets angemessen sieh, daß, wenn das Gericht die Entsernung des Beschuldigten beschließt, es stets angemessen sieh, daß, wenn das Gericht die Entsernung des Beschuldigten in der Sitzung zu bewirken.
- 5. Unter ben bei ber Berhanblung nicht betheiligten Berfonen find die Zuhörer zu versteben. In Betreff ber Befugniß bes Gerichts, die Entfernung aller Zuhörer, also die Räumung bes Sikungszimmers, anzuordnen, s. § 173 Rote 1.b. Will das Gericht, obzwohl es zu bieser Maßregel schreitet, die Deffentlichkeit doch nicht völlig ausschließen, so ist es bejugt, nach erfolgter Räumung des Sikungszimmers die Zuhörer von Reuem in dieses einzulassen, dabei aber diesenigen auszuschließen, welche einer Störung der Ordnung verdächtig sind. Bgl. RGer. III. 11. Febr. 82. (Rspr. IV. 152.)
- 6. Gin "Richtgehorchen" gegenüber ben erlassenen Befehlen liegt zwar vor, sobalb Zemand einem solchen Befehl nicht nachkommt; immerhin aber wird von ben hier zugelassenen Maßregeln nur bann Gebrauch zu machen sein, wenn anzunehmen ift, baß bie betr. Person vorfätlich ben Befehl unbefolgt gelassen habe. Der Ungehorsam kann übrigens zugleich eine Ungebühr barstellen; alsbann wird § 179 anwendbar.

[—] β) bie Rechtsanwälte und bie Bertheibiger: gegen sie kann bie in § 180 bestimmte Ordnungsstrase verhängt werden; — γ) bie übrigen bei ber Berhandlung betheiligten sowie bie nicht betheiligten Personen. Das Rähere s. zu SS 178, 179, 180.

§. 179.

Das Gericht kann gegen Parteien, Beschulbigte, Zeugen, Sachverftanbige ober bei ber Berhandlung nicht betheiligte Berfonen, welche fich in ber Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, vorbehaltlich der strafgerichtlichen Verfolgung, eine Ordnungestrafe bis zu einhundert Mark ober bis zu brei Tagen haft festseben und fofort vollftreden laffen.

(Entm. § 145.)

- 7. Ob blos bie Entfernung bes Ungehorsamen ober auch feine Abführung jur Saft anguordnen fei, unterliegt lebiglich bem Ermeffen bes Gerichts und wird nach ber Befchaffenheit bes Ungehorfams im einzelnen Salle zu bestimmen fein.
- 8. Der jur haft Abgeführte wird mahrend ber Dauer berfelben gleich bemjenigen ju bebanbeln fein , ber ju einer haft im Sinne bes StoB. § 18 verurtheilt ift. Uebrigens ift es ftatthaft , bie Saft , ftatt in bem Befangenhause , in einem verschloffenen Raume bes Berichtsgebaubes ju vollftreden.
- 9. Die in § 178 jugelaffenen Dagregeln find von bem Gericht von Amtemegen ju treffen. Doch ist bie Staatsanwaltschaft vermöge ihres allgemeinen Berufes (val. StBD. § 153 Rote 5.b) befugt, bie Anwenbung biefer Dagregeln in Antrag ju bringen. Ueber einen folden Antrag muß bas Gericht jebenfalls Beichluß faffen.
- 10. Bevor gegen eine bei ber Berhandlung betheiligte Berjon eine ber fraglichen Dag= regeln beichloffen wird, ift biefelbe ju horen, bamit ibr bie Moglichfeit, fich ju enticulbigen, nicht entgogen werbe. Auch gegenüber ben bei ber Berhandlung nicht betheiligten Berfonen wirb in ber Regel in gleicher Beife zu verfahren fein; boch ift, wenn es fich nur um bie Entfernung aus bem Sigungszimmer hanbelt, bie Anhörung nicht unerläglich.
- 11. Der Beschluß ift sofort vollstreckbar. Gine Beschwerbe finbet, wie fich aus § 183 ergiebt, nicht fatt. Dagegen fieht es bem Bericht ju, ben Befchluß, wenn besonbere Grunbe hiergu porliegen, mieber gurudjunehmen ober auch bie Bollftredung beffelben ausguseben ober ju unterbrechen, fo 3. B. in bem Falle, wenn ber Ungehorfame bei ber Berhanblung betheiligt ift und feine Anwesenheit in biefer wieberum erforberlich wird; vgl. Note 4. b.

Ru & 179.

- 1. Bgl. S 177 Rote 3; besgl. bie, auch fur S 179 geltenben Bemerfungen ju S 178 Note 2-5, 8-10.
- 2. Unter Ungebühr ift jebe groblichere Berlegung ber Orbnung ju verfteben; barüber, ob eine folde porliegt, enticheibet bas Ermeffen bes Berichts. Meußerungen bes Beifalls ober bes Miffallens tonnen unbebenklich als Ungebuhr geahnbet werben. Bgl. § 178 Rote 6 (Soluf).
- 3. a. Ob bas eine Ungebühr barstellenbe Berhalten zugleich ben Thatbestand einer straf= baren, b. b. ftrafrechtlich ju abnbenben Sanblung enthält, ift für bie Anwenbbarteit bes § 179 gleichaultig. Die Orbnungsftrafe und bie friminelle Strafe find neben einanber ftatthaft und pou einander unabhängig; ber Grundfat: "non bis in idem" findet auf bas Berhaltnig biefer beiben Strafen ju einander nicht Anwendung. — Das Bort "vorbehaltlich" hat hiernach nicht ben Sinn, als habe bas Gericht in seinem Beschlusse ben Borbehalt einer strafgerichtlichen Berfolgung ausbrudlich auszufprechen.
- b. Insbef. tann eine in ber Situng begangene Beleibigung bes Berichts, eines Richters, des Staatsanwalts ober einer bei ber Berhanblung betheiligten Berson als Ungebühr geahnbet werben. 3m Salle ber Beleibigung eines Richters finbet bie Bestimmung ber StBD. § 22 Rr. 1 nicht Anwendung : ber Beleibigte ift von ber Mitwirfung bei bem bie Orbnungsftrafe verbangenben Befdluffe nicht ausgeschloffen (Dot. S. 94). Bgl. Glafer II. S. 110.
- 4. Das Gericht tann bie Orbnungsftrafe verhangen; es tann fich aber auch barauf befchrane ten, die Entfernung bes Schulbigen (§ 178) anzuordnen. Die lettere Magregel ift felbftver= flanblich auch neben ber Orbnungsftrafe ftatthaft. Digitized by Google

§. 180.

Das Gericht kann gegen einen bei ber Berhanblung betheiligten Rechtsanwalt ober Bertheibiger, ber sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig macht, vorbehaltlich der strafgerichtlichen oder disziplinaren Berfolgung, eine Ordnungsstrafe bis zu einhundert Mark festseten.

(€utm. § -..)

§. 181.

Die Bollstredung der vorstehend bezeichneten Ordnungsstrafen hat der Borsitende unmittelbar zu veranlassen.

(Eutw. § 146.)

§. 182.

Die in ben §§. 177—181 bezeichneten Befugnisse stehen auch einem einzelnen Richter bei ber Bornahme von Amtshandlungen außerhalb ber Sitzung zu.

(Entw. § 147.)

- 5. Die Gelbstrafe und bie Saft find mast meife angebrobt. Birb eine Gelbstrafe verhangt, so ift fogleich fur ben gall, bag fie nicht beigutreiben ift, bie entsprechenbe haft feftzuseten.
- 6. Ob die verhängte Ordnungsftrafe sofort zu vollstreden ober ob aus einem besonder ren Grunde von der Bollftredung einstweilen abzusehen sei, unterliegt dem Ermessen des Gerichts. In Betreff des Beschuldigten f. noch § 178 Rote 4. b.
 - 7. In Betreff ber Befcomerbe und beren Birfung f. § 183.

3u § 180.

1. Bgl. § 177 Note 3.

- 2. Die Bestimmung findet Anwendung einerseits auf alle Rechtsanwälte, welche als solche bei ber Berhandlung betheiligt find, alfo 3. B. auch auf ben Anwalt bes Privatslägers ober bes Rebenklägers, und andererseits auf alle Bertheibiger, auch wennt sie nicht Rechtsauwälte sind (vgl. StBO. § 138 Abs. 2, § 144 Abs. 2).
 - 3. "Ungebühr" hierüber f. § 179 Rote 2, 3.
- 4. Gegen Rechtsanwälte ober Bertheibiger ift eine andere Strasmaßregel als die hier ans gebrohte Gelbstrase nicht statthaft. Da der § 180, abweichend von § 179, haft überhaupt nicht zuläßt, so darf dieselbe auch nicht für den Fall verhängt werden, daß die Gelbstrase nicht beizustreiben sein sollte; der für kriminelle Strasen geltende Grundsatz des StBB. § 28 sindet auf Ordnungsstrasen nicht ohne Weiteres Anwendung. Ebensowenig ist es statthaft, einen bei der Bershandlung betheiligten Rechtsanwalt ober Bertheibiger aus der Sitzung zu ent fernen.
- 5. Macht fich ein Rechtsanwalt ober Bertheibiger nach erfolgter Berhangung ber Orbnungsftrafe von Reuem einer Ungebuhr ichnibig, fo verwirft er hierburch abermale eine Orbnungsftrafe.
 - 6. In Betreff ber Befdmerbe und ihrer Birtung f. § 183.
- 7. "vorbehaltlich ber strafgerichtlichen ober bisziplinaren Berfolgung" hierüber f. § 179 Note 3; bas bort Bemerkte findet hier entsprechende Anwendung. Unter ber bisziplinaren Berfolgung eines Rechtsanwalts ift bas im Abschn. 4 ber Rechtsanw. D. ges regelte ehrengerichtliche Berfahren zu verstehen.

3u § 181.

1. — "un mit telbar" — hierburch ift für das Strafverfahren ausgesprochen, daß die Bolls firedung ohne Bermittelung ber Staatsanwaltschaft (vgl. StBD. SS 36, 483) ftattfindet.

3u § 182.

1. Die Bestimmung gilt für bie Umtshanblungen, welche ein Richter außerhalb einer Sigung vornimmt, also für bie Termine, in benen Zeugen, Sachverständige ober Beschulbigte vernommen werden, für Augenscheinseinnahme, haussuchungen 2c. Immer aber wird eine Bershanblung vorausgeseht; ber & ift also nicht anwendbar, wenn sich Jemand in einem bem Gericht eingefandten Schriftstud ungebührlicher Ausbrude 2c. fculbig macht. In diesem Sinne

Digitized by GOOGLE

§. 183.

Ift in ben Fällen ber §§. 179, 180, 182 eine Orbnungsstrafe festgesett, so findet binnen ber Frist von einer Woche nach ber Bekanntmachung ber Entscheibung Beschwerbe statt, sofern bie Entscheibung nicht von bem Neichsgerichte ober einem Oberlandesgerichte getroffen ist.

Die Beschwerbe hat in bem Falle bes §. 179 keine aufschiebende Wirkung, in den Fällen bes §. 180 und des §. 182 aufschiebende Wirkung.

Ueber die Beschwerbe entscheidet bas Oberlandesgericht.

(Entm. § -.)

hat sich auch ber preuß. Zust.:Min. in einer (nicht veröffentlichten) Berf. ausgesprochen; a. M. KGer. 6. Dez. 80. (Johow II. 302).

- 2. Unter bem "einzelnen Richter" ift ber Untersuchungsrichter, ber Amterichter und ber beauftragte Richter (pgl. Rote 6. b zu Eit. 13) zu verfteben.
- 3. In Betreff ber Bollfredbarteit ber von einem einzelnen Richter außerhalb ber Sigung verhangten Orbnungeftrafen f. § 183 Abf. 2 u. Rote 5 baf.
- 4. In Betreff bes Falles, wenn ber Amtsrichter in ber Sigung als Ginzelrichter fungirt, i. § 177 Rote 2 c.
 - 5. Bgl. StBO. § 162 u. bie Roten baf.

3u § 183.

Bu 2151. 1.

- 1. Kur gegen die Festschung einer Ordnungs ftrafe (§§ 179, 180; vgl. § 182) ift die Beschwerbe statthaft; die Anordnung, daß Jemand wegen Ungehorsams zu entsernen oder zur haft abzusühren sei (§ 178), ist jeder prozessualischen Ansechtung entzogen. Auch die Festsehung einer Ordnungsstrafe ift unansechtbar, wenn sie seitens des Reichsgerichts oder eines Oberlandesgerichts erfolgt ift (StBO. § 346 Abs. 3). Dagegen ist die Andringung einer Disziplinarbeschwerde wegen ungehörigen Bersahrens des Richters oder Misbrauchs seiner Amtsgewalt durch § 183 nicht ausgeschlossen; die Zulässigseit einer solchen Beschwerde ist lediglich nach den landesgeseslichen Besummungen zu beurtheilen; vgl. GG. § 2 Note 3.
 - 2. Die Befdmerbe wird burch bie erfolgte Boll fire dung ber Orbnungeftraje nicht ausgefdloffen-
- 3. Im Sinne ber StPO. (§ 353) murbe bie hier zugelaffene Beschwerbe als "fofortige Beschwerbe" zu bezeichnen sein. Dieser Ausbruck ift indeß hier beshalb vermieben, weil bie Bestümmung anch für ben Civilprozeß gilt und in letterem (CPO. § 540) unter ber sofortigen Besichwerbe bie an eine zweimöchige Frist gebundene Beschwerbe verstanden wird.
- 4. hat ber zu Bestrafenbe fich vor ber Berfündung bes bie Ordnungsstrafe verhängenben Beschusses entfernt und ift sein Wiebererscheinen in ber Sigung nicht zu bewirken, so muß ihm ber Beschlug burch Zuftellung bekannt gemacht werben (St.PO. § 35).

3 n Abj. 2.

- 5. Abf. 2 fiellt hinsichtlich bes einzelnen Richters, welcher außerhalb einer Sigung in Thatigfeit ift (vgl. § 177 Rote 2.c), eine Musnahmebestimmung auf, indem es die sofortige Bollftredbarkeit ber von ihm verhängten Orbnungsftrafen (Rote 1) in allen Fallen ausschließt.
- Bu Abs. 3.
 6. hinsichtlich ber Fälle, in benen die Ordnungsstrase von einem Schöffengericht, einem Amtsrichter oder einem Untersuchungsrichter verhängt ift, weicht ber in Abs. 3 bestimmte Instanzenjug von der Regel des § 72 ab. Die Gründe dieser (von der ALR. beschlossenen) Abweichung
 sind nicht ersichtlich, und die lettere dürfte auch schwerlich zu rechtfertigen sein. Jedenfalls kann
 sie zu eigenthumlichen Resultaten sühren: hat z. B. das Schössengericht den Beschuldigten in der hauptsache zu Gefängniß verurtheilt und baneben gegen ihn wegen einer Ungebühr eine haft selet, so hat über die in der Hauptsache eingelegte Berusung die Strassammer des Landgerichts,

Digitized 07 GOOGLE

§. 184.

Ist eine Ordnungsstrafe wegen Ungebühr festgesetzt, ober eine Person zur Haft abgeführt, ober eine bei der Verhandlung betheiligte Person entfernt worden, so ist der Beschluß des Gerichts und bessen Veranlassung in das Protokoll aufzunehmen.

(Entw. § 148.)

§. 185.

Wird eine strafbare Handlung in ber Sitzung begangen, so hat das Gericht ben Thatbestand festzustellen und ber zuständigen Behörde das darüber aufgenommene Protokoll mitzutheilen. In geeigneten Fällen ist die vorläufige Festnahme des Thäters zu versügen.

(Entm. §. 149.)

bagegen über bie, bie geringfügigere Orbnungsftrafe betreffenbe Beschwerbe bas Oberlanbesgericht zu entscheiben.

7. — "bas Oberlanbesgericht" — b. h. ein Straffenat ober ein Eivilsenat, je nachbem bie Berhängung ber Orbnungsftrafe in einer Straffache ober in einer Civilsache erfolgt ift.

3u \$ 184.

- 1. Die Bestimmung bezieht fich gleichmäßig auf bie Sigungen wie auf bie Amtshandlungen eines einzelnen Richters außerhalb einer Sigung (§ 182).
- 2. Die in ben SS 178-182 bezeichneten Magregeln find fammtlich burch bas Protofoll zu beurfunden; nur ber Fall, wenn eine unbetheiligte Person aus bem Sigungszimmer entsfernt wird, ohne zugleich zur haft abgeführt zu werben (§ 178), macht eine Ausnahme.

Bu § 185.

- 1. "in ber Gigung" hierzu vgl. § 177 Rote 1.
- 2. Die Anwendbarteit ber Bestimmung beschränkt fich nicht auf die Situngen ber Straf= gerichte, erstredt fich fvielmehr auch auf die ber Civilgerichte, einschließlich bes Amtsrichters.
- 3. In einigen ber früheren Lanbesgesetze war nach bem Borbilbe bes Code d'instr. crim. bestimmt, bag, wenn eine ftrafbare Hanblung in ber Situng eines erkennenben Strafgerichts bezaugen werbe, unter gewissen Boraussetzungen über bieselbe sofort verhandelt und erkannt werben könne. Die Reichgesetzgebung hat ein praktisches Bebürsniß für die Aufnahme einer berartigen Bestimmung nicht anerkannt (Mot. S. 94). Auf eine von dem Angeschulbigten in der Situng begangene strafbare Hanblung würde allerdings, wie Dalde S. 178 bemerkt, § 265 ber StPD., seinem Bortlaut nach, anwendbar sein; indeß wäre es schwerlich angemessen, in einem solchen Falle den Angeschuldigten über seine Zustimmung zur sosortigen Aburtheilung zu befragen.
- 4. Wenngleich § 185 sich ben Bestimmungen über bie Sipungspolizei anreiht, so ist er boch feineswegs blos auf solche strafbare hanblungen zu beziehen, welche sich als eine Störung ber Orbn ung barstellen; er ist vielmehr auf alle strasbaren hanblungen anwendbar. Insbes. kann gegen einen Zeugen, ber eines in ber Verhandlung begangenen Meineibes hinreichend verdächtig ist, ge mäß § 185 versahren werden. Im schwurgerichtlichen Versahren wird übrigens, um jede Beeinstussynd ber Geschworenen zu vermeiben, ein berartiges Vorgehen gegen einen Zeugen bis nach ber Verkündung bes Geschworenenspruches auszusehen sein, sosen bies, ohne den Zweck der Mahregel zu gesährden, geschehen kann.
- 5. Unter bem fehr unbestimmten und nicht glüdlich gewählten Ausbrud: "ben That be ftanb fesitellen", ift die Bornahme berjenigen sofort aussührbaren Untersuchungshandlungen zu versstehen, durch welche ber Beweis ber begangenen That insoweit hergestellt wird, als dies für die Einleitung ber Strafversolgung ersorberlich erscheint. Es wird also nach Berschiedenheit ber Falle die Bernehmung der Personen, welche die That beobachtet haben, die Bernehmung des Berdachtigen, die Einnahme des Augenscheins durch den Borsichenden z.c. stattzusinden haben. Ueber die Art und den Umfang dieser Beweiserhebungen entscheidt das Ermessen des Gerichts. Selbsteverständlich bedarf es einer besonderen Feststellung des Thatbestandes überhaupt nicht, wenn, wie

Digitized by GOOGIC

Fünfzehnter Titel.

Gerichtssprache.

bies beim Meineibe eines Zeugen (Note 4) ber Fall ift, schon bie Berhandlung ber Hauptsache bie ersorberlichen Beweiserhebungen enthält. In biesem Falle kann auch bas sonft auszunehmenbe bessonbere Protokoll burch einen Auszug aus bem Sigungsprotokoll (vgl. StBD. § 273 Abs. 3) erseht werden.

- 6. Das Gefet macht zwar bas hier vorgesehene Ginschreiten bes Gerichts nicht von einem Antrage ber Staatsanwaltschaft abhängig; was jedoch die Situngen ber Strafgerichte (vgl. Rote 2) betrifft, so folgt aus bem, bem Strasversahren zu Grunde liegenden Anklageprinzip, das ber in der Situng fungirende Beamte der Staatsanwaltschaft berufen ist, das Ersorberliche in Antrag zu bringen, und Mangels eines solchen Antrages wird für das Gericht ein Anlaß zu einem Einschreiten der hier gedachten Art regelmäßig nicht vorliegen. Gine Ausnahme muß indeß Platz greisen, wenn in der Situng des Schössengerichts oder des Amtsrichters eine strasbare Handelung begangen wird, zu deren Bersolgung der anwesende Amtsanwalt nicht zuständig ist (vgl. § 143 Abs. 2). Selbstverständlich hat das-Strafgericht auch dann von Amtswegen einzuschreiten, wenn in der Situng eine Privattlagesache ohne Anwesenheit der Staatsanwaltschaft (vgl. StPC. § 417) verhandelt wird.
- 7. Die zustan bige Behörbe, welcher bas Protofoll mitzutheilen ift, ist regelmäßig bie Staatsanwaltschaft. Befindet sich indeß die (sachlich zuständige) Staatsanwaltschaft (vgl. § 143 Abs. 2) nicht am Orte und ist die schleunige Bornahme gerichtlicher Untersuchungshandlungen erstorderlich, so ift das Protofoll bem Amtsrichter mitzutheilen (vgl. StPO. § 161 Abs. 2); dieser hat sobann gemäß § 163 a. a. O. zu versahren. Desgleichen hat die Mittheilung des Protofolles an den Amtsrichter zu erfolgen, wenn die Borführung des sestigenommenen Thäters vor benselben ersorderlich ist; vgl. Note 8.
- 8. Batrend bie StPD. (vgl. bort § 127) unter ber vorläufigen Fest nahme eine Ergreifung ohne vorgängigen richterlichen Besehl versteht, wird hier mit diesem Ausbruck eine richterslich angeordnete Ergreifung bezeichnet. Es muß (wiewohl die Mot. hierüber schweigen) angenommen werden, daß ber Ausbruck mit Absicht gewählt ift und daß man ber hier vorgesehenen Ergreifung in der That nur die Bedeutung einer vorläusigen Festnahme im Sinne der StPD., also nicht die einer Berhaftung, hat beilegen wollen. Für diese Ansicht spricht namentlich die Erwägung, daß die Ergreifung auch in der Situng eines Civilgerichts (Note 2) ersolgen, ein solches aber zur Erlasiung eines Hastbesehls nicht für besugt erachtet werden kann. Sonach kommt, wenn eine Festnahme in der Situng stattgefunden hat, das Bersahren gegen den Festgenommenen in ganz dieselbe Lage wie im Falle einer außergerichtlich ersolgten Festnahme; es muß also gemäß § 128 a. a. D. versahren werden. Der Amtsrichter hat darüber, ob genügender Grund zur Ersassung tines haftbesehls vorliege, nach seinem sreien Ermessen, unabhängig von der Ansicht des Gerichts, welches die Festnahme beschlossen hat, zu entscheiden.
- 9. Darüber, bag eine ftrafbare Sanblung auch als Ungebühr geahnbet werben fann, f. § 179 Rote 3.

Bum fünfzehnten Titel.

1. Durch bie Bestimmungen bieses Eit. finb für ben Bereich ber orbentlichen streitigen Gerichtsbarteit (GG. § 2 Rote 2) alle bie Gerichtsprache betreffenben Borschriften ber Lanbes z gefete außer Kraft gesetht; eine Ausnahme machen nur bie für Elsaß-Lothringen bestehenben Borschriften (GG. § 12). -- Für Preußen vgl. bas, für bie nichtstreitige Gerichtsbarbeit z. in Kraft gebliebene Ges. v. 28. Aug. 1876 (GS. S. 389).

§. 186.

Die Gerichtssprache ist die beutsche. (Entw. § 150.)

§. 187.

Wird unter Betheiligung von Personen verhandelt, welche der beutschen Sprache nicht mächtig sind, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen. Die Führung eines Nebenprotokolls in der fremden Sprache findet nicht statt; jedoch sollen Aussagen und Erklärungen in fremder Sprache, wenn und soweit der Nichter dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache für erforderlich erachtet, auch in der frem den Sprache in das Protokoll oder in eine Anlage niedergeschrieben werden. In den dazu geeigneten Fällen soll dem Protokolle eine durch den Dolmetscher zu bes glaubigende Uebersetzung beigefügt werden.

Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die betheiligten Bersonen sämmtlich ber fremben Sprache mächtig sind.

(Entw. § 151)

3u § 186.

- 1. Unter ber beutschen Sprache find auch alle Mundarten berfelben inbegriffen; von einer eigentlichen Berbotmetschung kann bei biesen nicht die Rebe fein: RGer. III. 11. Marz 86 (Ripr. VIII. 160).
- 2. Das Geseth berudsichtigt ben Umftanb, baß Jemand ber beutschen Sprache nicht machtig ift, nur bei gerichtlichen Berhandlungen; vgl. § 187, 190. hieraus und aus ber Bestimmung bes § 186 folgt, baß es ben Prozestbetheiligten nicht gestattet ift, schriftliche Erklärungen in einer anderen Sprache abzugeben, und baß, wenn bies bennoch geschieht, die Einreichung bes betr. Schriftstuds ohne rechtliche Wirkung ift. Dies gilt insbes. von ber schriftlichen Einlegung eines Rechtsmittels, ber schriftlichen Erhebung eines Ginspruchs (StPO. § 450) 2c.

3u § 187.

Bu Abs. 1.

- 1. a. Ob Jemand als der beutschen Sprache nicht mächtig anzusehen, also bie Zuziehung eines Dolmetschers ersorberlich sei, unterliegt dem thatsächlichen Ermessen bes Gerichts; an die hierauf bezüglichen Erstärungen bes zu Bernehmenden ift bas Gericht nicht gebunden. Auch ber Umstand, daß ber zu Bernehmende ein Ausländer ist, ist nicht entschend: Rer. III. 10. Jan. So (Entsch. I, 137, Ripr. I. 208).
- b. Ift Jemand außer Stande, fich mit Geläufigfeit beutsch auszudrüden, mahrend er bas beutsch Gesprochene vollfommen versteht, so ift es flatthaft, ihn blos hinsichtlich seiner eigenen Erflärungen als einen ber beutschen Sprache nicht Mächtigen zu behandeln, die Mit-wirkung bes Dolmetschers also auf die Uebertragung dieser Erflärungen zu beschränken.
- 2. Die bei ben Berhanblungen in Strassachen betheiligten Bersonen, welche hier in Betracht kommen, sind: ber Beschulbigte und bie sonstigen von der Strasversolgung betroffenen Personen (vgl. 3. B. StBO. § 478 Abs. 2), der Privatkläger und der Nebenkläger, die Zengen, die Sachverständigen; ferner: die auf Grund der StBO. § 149 zugelassenen Beistände des Beschulbigten und dieseinigen Verlheidiger, welche als solche nur mit Genehmigung des Gerichts aufstreten können (StBO. § 138 Abs. 2; übrigens darf das Gericht unbedenklich gerade daraus, daß der zum Vertheidiger Gewählte der beutschen Sprache nicht mächtig ist, einen Anlaß zur Versagung der Genehmigung entnehmen). Außerdem sind hier die Schöffen und die Geschworen en zu nennen, da das GBG. (§§ 31—35, 85) solche Personen, welche der beutschen Sprache nicht mächtig sind, von der Berusung zum Schössen oder Geschworenenant nicht grundsählich ausschließer.
- 3. a. In ber hauptverhandlung muffen, wenn eine ber betheiligten Berfonen, abgefeben von ben Beugen und Sachverftanbigen, ber beutschen Sprache nicht machtig ift, alle wejentlichen

Berhanblungsatte, welche in Gegenwart ber betr. Person in beutscher Sprache vorgenommen werben, in die fremde Sprache übertragen werden. Dies gilt insbes. von der Berlesung des Beschlusses über die Eröffnung des hauptversahrens (StBD. § 242 Abs. 2), von der Bernehmung der Mitbeschuldigten, der Zeugen und der Sachverständigen, von der Berlesung von Schriftstüden, der Stellung von Anträgen, der Fragestellung im Schwurgericht, der Berkündung der Entscheideisdungen zc. In Betress der Schlusvorträge der Staatsanwaltschaft und des Vertheibigers enthält die StBD. § 258 eine Einschräntung (vgl. Note 1 bas.). Hinsichtlich des Schluswortes des Borsspenden des Schwurgerichts vgl. die Noten zu § 300 der StBD. — Eine Uebertragung der geleisteten Eide ift nicht erforderlich, da der Inhalt des betr. Eides in allen Strassachen der gleiche ist.

- b. Ein Bergicht ber ber beutschen Sprache nicht mächtigen Person auf bie nach Borflehenbem (a) nothwendige Uebertragung ist nicht für statthaft zu erachten. A. M. Glaser I. S. 429.
- 4. Es genügt ftets bie Buziehung eines Dolmetichers. Das Gericht tann zwar, auf Antrag ober von Amtswegen, die Zuziehung mehrerer Dolmeticher beschließen, wenn es hierzu besondere Beranlaffung findet; ein Anfpruch bierauf fteht indeft teinem ber Prozefbetheiligten zu.
- 5. Die Auswahl bes Dolmetschers steht bem Gericht zu (vgl. § 193 Rote 4); baffelbe hat nach freiem Ermessen barüber zu besinden, ob Jemand befähigt sei, ben Beruf bes Dolmetschers ber betr. Sprache zu erfüllen. Das Borhandensein dieser Befähigung braucht nicht durch bas Situngsprotofoll konstatirt zu werben: RGer. I. 27. Apr. 80 (Entsch. I. 397, Rspr. I. 678). Selbst Frauenspersonen können als Dolmetscher fungiren. Ift bei bem Gericht ein für die betr. Sprache im Allgemeinen verpflichteter Dolmetscher vorhanden, so wird regelmäßig dieser zuzuziehen sein (vgl. § 193 Rote 4, StBD. § 73 Abs. 2).
- 6. Außer in bem Falle bes Abs. 1 ift die Mitwirfung eines Dolmetschers auch dann ersorberslich, wenn eine in einer fremden Sprace abgesaßte Schrift als Beweisstüd gebraucht werden soll; es ist unstatthaft, von einer Uebersetung Gebrauch zu machen, welche von einer nicht als Dolmetscher zugezogenen und beeibigten Berson angesertigt ist: RGer. I. 2. Juli 83 (Entsch. IX. 51, Rspr. V. 478). In der Hauptverhandlung kann die Uebertragung einer Schrift durch den Dolemetscher mundlich erfolgen; ebenso statthaft ist es aber auch, daß derselbe schon zuvor eine Uebersetung ansertigt und diese in der Hauptverhandlung verliest: RGer. III. 14. Dez. 82 (Entsch. VII. 388, Rspr. IV. 875). Uedrigens kann die Berlesung einer solchen Uebersetung auch durch eine der Gerichtspersonen geschehen (StPO. § 248 u. Rote 4 das.). In dem einen wie in dem anderen Falle muß jedoch der Dolmetscher die eidliche Bersicherung der Richtigkeit der Uebersetung (§ 191) in der Hauptverhandlung mündlich abgeben; nach dem Erundsah der Ründlickeit, welcher auf die Anhörung des Dolmetschers in gleicher Weise wie auf die der Sacheverschandligen Anwendung sindet, genügt es nicht, wenn der Dolmetscher die Uebersetung mit der unterschriftlichen Erklärung versehen hat, daß er die Richtigkeit auf den von ihm ein für allemal geleistene Dolmetschered versichere. A. W.: RGer. III. 14. Juni 83 (Rspr. V. 434).
- 7. Dem Dolmetider find erforberlichenfalls Fragen über Umftanbe, welche feine Unbesfangenheit (Glaubwürdigkeit) in ber vorliegenben Sache betreffen, vorzulegen; vgl. StPD. \$\$ 72, 67.
- 8. Die erfolgte Zuziehung bes Colmetschers und die Beranlassung bieser Maßregel muß durch das Protofoll beurkundet werden. Ergiebt aber dieses, daß die Zuziehung des Dolmetschers für die ganze Berhandlung (vgl. Note 3. a) erfolgt ist, so ist es nicht weiter erforderlich, bei jedem einzelnen Berhandlungsakte die Mitwirkung des Dolmetschers noch besonders zu erwähnen: RGer. I. 27. Apr. 80 (Entsch. I. 397, Rspr. I. 678).
- 9. a. Db eine Aussage ober Erklarung, außer in ber beutschen, auch in ber fremben Sprace nieberzuschreiben sei, barüber entscheibet bas Ermessen bes Richters; basselbe gilt von ber Beifügung einer Uebersehung. In ber hauptverhandlung steht nach Maggabe bes § 237 ber StBD. Die Entscheidung zunächst dem Vorsigenben und event. bem Gericht zu; vgl. Stenglein S. 81. Die NIR. hat einen Antrag abgelehnt, nach welchem ein nicht in ber Sprache bes

§. 188.

Bur Verhandlung mit tauben ober stummen Personen ist, sofern nicht eine schriftliche Verständigung erfolgt, eine Person als Dolmetscher zuzuziehen, mit beren Hilfe die Verständigung in anderer Weise erfolgen kann.

(€ufm. § 152.)

Befdulbigten aufgenommenes Protofoll nicht follte zum Beweise eines Geständnisses benutt wers ben burfen (Prot. S. 45).

b. Das Rieberschreiben in ber fremben Sprache hat, gleichviel ob es in bas Prototolt selbst ober in eine Anlage stattsindet, burch ben Dolmetscher zu geschehen, burch ben Gerichts= schreiber also nur bann, wenn bieser zugleich als Dolmetscher sungirt (§ 192).

Bu Abs. 2.

10. Die (in ben Mot. nicht weiter erläuterte) Bestimmung bes Abs. 2 ist hauptsäcklich für bas Borversahren und für die sonstigen außerhalb ber hauptverhandlung statisindendem Bernehmungen von Bedeutung. Die Anwendung der Bestimmung auf die hauptverhandlung ist nach dem Bortlaut berselben zwar nicht für andgeschlossen zu erachten; indeß kauptverhandlung ist nach dem Bortlaut berselben zwar nicht für andgeschlossen zu erachten; indeß kauptverhandlung ift nach dem Bortlaut derselben werden, daß einzelne in einer fremden Sprache abgegebene Außsfagen oder einzelne in einer fremden Sprache desegebene Außsfagen oder einzelne in einer fremden Sprache mächtigsind. Reineswegs aber ist es statthaft, eine ganze hauptverhandlung in der von dem Beschuldigten gesprochenen fremden Sprache zu führen, sollten auch alle mitwirkenden Gerichtspersonen ze. dieser Sprache mächtig sein; die Leitung der Berhandlungen, die Berkündung der Entscheldungen, die Borträge der Staatsanwaltschaft und der Rechtsanwälte müssen nothwendig in deutscher Sprache erfolgen. Gl. A. Reller S. 225, Geper S. 457, Stenglein S. 81; a. M. Struckmann u. Koch S. 1100, Thilo S. 259. Daß die Hührung des Protokolls stells in der beutschen Sprache stattsinden müsse, erkennen auch die setzgenannten Schriftseller an.

3u § 188.

- 1. Die Bestimmung gilt nur für taube ober ftumme Personen, nicht für solche, welche blos ich werhörig sind. Uebrigens ift es Pflicht bes Borfigenben, auch im Falle bloger Schwershörigleit eines Angeklagten bie geeigneten Beranstaltungen zu treffen, um ihm bas Berftandnift ber Berhanblung zu ermöglichen; bie hierzu erforberlichen Magnahmen unterliegen jedoch bem richterlichen Ermeffen: Re. IV. 7. Jan. 87 (Entsch. XV. 172).
- 2. Unter einer ichriftlichen Berftanbigung im Sinne biefes & ift nur eine folche zu verstehen, welche beiberfeits ichriftlich, also burch Nieberschreibung ber Fragen und ber Ant-worten, erfolgt (Prot. S. 46). Ift eine solche Berftanbigung nicht möglich, so barf von ber Buziehung eines Dolmetschers nicht abgesehen werben; ift sie bagegen möglich, so hängt es von bem Ermessen bes Gerichts ab, ob es in ber einen ober in ber anberen Art mit ber tauben ober stummen Person verhandeln will. Auch eine Berbindung beiber Berhandlungsarten ift statthaft.
- 3. Unter ber Berftanbigung "in anberer Beise" ift nicht ausschließlich eine Berftanbigung mittelft ber Zeichensprache zu verstehen; es giebt Personen, welche, obwohl taub, boch im Stanbe find, bestimmten anderen Personen bie Borte von den Lippen abzulesen. hiernach werden auch unter Dolmetschern im Sinne bieses I nicht lebiglich solche Personen verstanden, welche, wie die Taubstummenlehrer, der Zeichensprache kundig sind.
- 4. Das zu § 187 Note 3, 4, 5, 7, 8 Bemerkte findet auch auf die Zuziehung ber in § 188 gebachten Dolmetscher entsprechenbe Anwendung.
 - 5. In Betreff ber Beeibigung flummer ober tauber Berfonen f. StBD. § 63.
- 6. In Betreff bes Falles, wenn ber Befdulbigte taub ober ftumm und bie hier gebachte Berftanbigung nicht möglich ift, f. Note 20 b. ju Buch 2 Abichn. 1. ber StBO.

§. 189.

Ob einer Partei, welche taub ift, bei ber mündlichen Berhandlung ber Vortrag ju gestatten sei, bleibt bem Ermessen bes Gerichts überlassen.

Dasselbe gilt in Anwaltsprozessen von einer Partei, bie ber beutschen Sprache nicht machtig ift.

(€ntm. §. 153.)

§. 190.

Personen, welche ber beutschen Sprache nicht mächtig find, leisten Gibe in ber ihnen geläufigen Sprache.

(Entm. § 154.)

§. 191.

Der Dolmetscher hat einen Gib babin zu leiften:

baß er treu und gewissenhaft übertragen werbe.

Ift ber Dolmetscher für Uebertragungen ber betreffenden Art im Allgemeinen beeibigt, fo genügt die Berufung auf ben geleisteten Gib.

(Entre. § 155.)

3u § 189.

1. Die Bestimmungen biefes & finben nur auf Civilprozeffachen Anwenbung. Gl. A. Blafer II, S. 257; a. M. Stenglein S. 83.

3u § 190.

- 1. In Betreff ber Beeibigung ber Zeugen und Sachverftändigen im Strafversahren f. StPO-§ 63, 72 u. die Noten bas.
- 2. Einer Uebertragung bes von einem Zeugen ober Sachverftanbigen in frember Sprache geleifteten Gibes in die beutiche Sprache bebarf es nicht; vgl. § 187 Rote 3 a (Schluß).

3u § 191.

- 1. Die Uebertragung bebarf ftets ber eiblichen Bestärkung in ber einen (Abs. 1) ober anderen (Abs. 2) Form, selbst wenn ein in Gib und Pflicht stehenber Gerichtsbeamter als Dol-metider sungirt; nur ber in § 192 bezeichnete Fall macht eine Ausnahme; vgl. bort Note 3. Ein Bergicht ber Prozesbetheiligten auf bie eibliche Bestärfung ift nicht flatthaft.
- 2. Die eibliche Bestärkung ber Uebertragung (nach Abs. 1 bezw. Abs. 2) bilbet, ba etwas Entgegenstehenbes nicht vorgeschrieben ift, gleich ber Beeibigung eines Gutachtens einen Bestandteil ber einzelnen Berhanblung; mithin muß sie, wenn in einer Sigung mehrere, die Zuziehung bes Dolmetschers erforbernbe Sachen zur Verhandlung kommen, in jeder berselben bes sonbers erfolgen. Es ist dies allerdings ein Uebelstand, und es ware angemessenre gewesen, die eibliche Bestärkung für entbehrlich zu erklaren, wenn ein Gerichtsbeamter als Dolmetscher lungirt und als solcher im Allgemeinen beeibigt ift. Bgl. Note 6.
- 3. In Betreff ber Formel bes vom Dolmetscher nach Abs. 1 gu leistenden Gibes und in Betreff ber Art ber Ableiftung find fur Straffachen bie Vorschriften ber StBO. §§ 62, 63 Abs. 1 maßgebenb. Bgl. § 193 Rote 4, StBO. § 72.

4. a. In Betreff ber Beeibigung im Allgemeinen vgl. StPO. § 79 Abs. 2 und bie Roten bas. — Für Preußen f. Dolmetscherorbnung v. 24. Apr. 1886 § 19 (3MBI. S. 98).

b. Die Worte "ber betreffenben Art" beziehen sich zunächst auf die Berschiebenheit ber in § 187 und ber in § 188 behandelten Falle. Außerdem besagen sie, daß die Berufung auf ben allgemeinen Gib unstatthaft ift, wenn es sich im vorliegenden Falle um eine andere fremde Sprache als um diejenige handelt, bezüglich beren der Dolmetscher im Allgemeinen beeibigt ift.

5. Unter ber Berufung auf ben im Allgemeinen geleisteten Gib ift eine ausbrudliche Erstlarung bes Dolmetschers selbst zu verstehen: RGer. IV. 24. Juni 85 (Rspr. VII. 426); vgl. StBO. § 79 Note 14 und über ben Zeitpunkt, zu welchem bie Erklarung abzugeben ist, Note 15 bas. In Betreff ber Mundlichkeit ber Erklarung vgl. noch oben § 187 Note 6 (Schluß).

§. 192.

Der Dienst bes Dolmetschers kann von dem Gerichtsschreiber mahrgenomment werden. Einer besonderen Beeibigung bedarf es nicht.

(Entm. § 156.)

§. 193.

Auf ben Dolmetscher finden die Bestimmungen über Ausschließung und Absehnung der Sachverständigen entsprechende Anwendung. Die Entscheidung erfolgt durch das Gericht oder den Richter, von welchem der Dolmetscher zugezogen ist.

(Cutw. § 137.)

6. Der Fall, wenn ber Colmetscher bei einer späteren Berhanblung in berselben Sache aber mals jugezogen wird, ift im Geset nicht vorgesehen. Es lätt sich Mangels einer aust brücklichen Bestimmung nicht behanpten, baß bie einmal erfolgte eibliche Bestärfung auch für alle folgenden Berhandlungen in berselben Sache wirkjam sei. Sonach muß, wenn der Oolmetscher im Allgemeinen beeibigt ist, in der späteren Berhandlung die Berufung auf den allgemeinen Eid von Neuem erfolgen. War bei der ersten Zuziehung der Dolmetscher gemäß Abs. 1 besonders beeibigt worden und erfolgt seine abermalige Zuziehung in dem elben Borversahren ober in dem selben Hauptversahren, so ist, wie dei Zeugen und Sachverständigen (vgl. StBO. §§ 66, 72). die Bersicherung auf den früher geleisteten Eid sür genügend zu erachten; das Rähere in Betreif dieser Bersicherung und des Zeitpunktes, zu welchem sie abzugeben ist, s. in den Roten zu § 615 der StBO. Erfolgt dagegen die abermalige Zuziehung im Hauptversahren, mährend die frühere im Borversahren stattgesunden hat, so ist die nochmalige Beeidigung des (nicht im Allgemeinen beeidigten) Polmetschers ersorderlich (vgl. Rote 2). Ell. A. Stenglein S. 83.

Ju § 192.

- 1. Nur ber Gerichtsichreiber, nicht aber ber Richter, barf in einer Berhandlung, in welcher er sein Umt ausübt, jugleich als Dolmetscher thätig sein. Auch mit ber Funktion bes Staatsanwalts und bes Bertheibigers ift biejenige bes Dolmetschers unvereinbar. Bgl. § 193 Note 2.
- 2. Bezüglich ber Prüfung, ob ber Gerichtsichreiber fahig fei, bie Funktion bes Dolmetschers in ber betr. Sprache zu versehen, besteht zwischen ihm und anderen Bersonen selbstverftanblich tein Unterschieb (vgl. § 187 Rote 5). Für Preußen vgl. Dolmetscherordnung v. 24. Apr. 1886 § 1 (3MBl. S. 98).
- 3. Die Mot. S. 95 bemerken: "Indem ber § ben Gerichtsschreiber von besonderer Leiftung bes Dolmetschreibes entbindet, erklärt er für den Fall der heranziehung des Gerichtsschreibers zum Dolmetschreibenft die treue und gewissenhafte Uebertragung für eine Amtöpslicht." Bie sich hieraus ergiebt, ist nicht blos die "besondere" Beeidigung des Gerichtsschreibers als Dolmetschers (§ 191 Abs. 1) entbehrlich, sondern es braucht der Gerichtsschreiber auch nicht "im Allgemeinen" (§ 191 Abs. 2) als Dolmetscher beeidigt zu sein. Bgl. Wer. I. 27. Apr. 80 (Entsch. I. 397. Afpr. I. 678). Uebrigens bezieht sich Sah 2 nur auf benjenigen Gerichtsschreiber, welcher als solcher in der Berhandlung mitwirkt; wird ein anderer Gerichtsschreiber als Dolmetscher zugezogen, so sindet auf ihn der § 191 Anwendung: Rer. II. 22. Oft. 80 (Entsch. II. 372, Ripr. II. 372).

Zu § 193.

- 1. Die hier bezeichneten Bestimmungen sind in ber StBD. § 74 und in ber CBD. § 371 enthalten. Beibe Prozesordnungen fennen übrigens nur eine Ablehnung, nicht eine Ausfcließung von Sachverständigen; solche Thatsachen, auf Grund beren ein Richter traft Gesetzes ausgeschlossen ist, sind bezüglich eines Sachverständigen nur geeignet, die Ablehnung zu begründen; vgl. StBD. § 24 Abs. 1. Es beruht baber auf einem Bersehen, daß in § 193 auch von einer Ausschließung die Rede ist. Gl. A. RGer. F. 26. Aug. 85 (Rspr. VII. 501).
 - 2. Gin Beuge tann zugleich als Dolmeticher thatig fein (vgl. StBD. § 74 Abf. 1).
- 3. Im Schöffengericht nehmen die Schöffen an ber Entscheibung über die Ablehnung Theil (GBG. § 30; vgl. StBD. § 31).

Sechzehnter Titel.

Berathung und Abstimmung.

§. 194.

Bei Entscheidungen burfen Richter nur in ber gesetlich bestimmten Anzahl mitwirken.

Bei Verhandlungen von längerer Dauer kann ber Vorsitzenbe bie Zuziehung von Ergänzungsrichtern anordnen, welche ber Verhandlung beizuwohnen und im Falle ber Verhinderung eines Richters für denselben einzutreten haben.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf Schöffen und Geschworene Anwendung.

(Catm. § 138.)

4. Das Gejeh betrachtet ben Dolmetscher im Ganzen wie einen Sachverständigen (Mot. §. 95). Gleichwohl ist baraus, daß bezüglich ber Ablehnung die besonbere Borschrift bes § 19:3 gegeben ift, zu entnehmen, daß die die Sachverständigen betreffenden Bestimmungen nicht schlechte bin auf den Dolmetscher Anwendung sinden. Es wird bei den einzelnen Bestimmungen darauf ankommen, ob in der Natur der Sache Gründe sür ihre Anwendung auf den Dolmetscher zu sinden sind; vgl. z. B. § 187 Note 5, § 191 Note 6. Der § 75 der StPO. ist nur theilweis sür anwendbar zu erachten: eine Berpssichtung, die Funktion des Dolmetscher zu übernehmen, ist nur dann als begründet anzusehen, wenn Jemand gerade zum Dolmetscher ("zur Erstatung von Eutachten der ersorderten Art") öfsentlich bestellt ist. § 67 a. a. D. sindet auf Dolmetscher nicht Anwendung; die Borlegung der s. g. Personalfragen unterliegt dem richterlichen Ermessen: RGer. II. 19. März 86 (Ripr. VIII. 203). Auch § 244 ist auf Dolmetscher nicht anwendbar: RGer. II. 26. Jan. 86 (Ripr. VIII. 97).

Bum Sechzehnten Titel.

- 1. Zu biesem Titel sind die, auf die Erlassung, Begründung und Benennung ber strafgerichts lichen Entscheidungen bezüglichen Bemerkungen jur SIPO. Buch 1 Abschi. 4 und zu ben SS 33, 34 das. zu vergleichen.
- 1. Durch Abs. 1 in Berbindung mit Abs. 3 ift zunächst ausgesprochen: daß die Gesammt = 3ahl ber bei ber Entscheidung mitwirkenden Gerichtspersonen nur die im Geset bestimmte (teine größere und keine geringere) sein darf; hinsichtlich des Schöffengerichts aber serner: daß innerhalb besselben die Zahl ber Schöffen nur die im Geset bestimmte sein darf: ein Schöffe kann nicht durch einen Richter, der Richter nicht durch einen Schöffen erseht werden. In Betress bestwurzgerichts versteht sich das bem letteren Sate Entsprechende von selbst (§ 81 u. Note 1 bas.). Bgl. SiPC. § 377 Pr. 1.
- 2. Die Bestimmungen über bie Angahl ber Richter, Schöffen und Geschworenen f. im GBG. \$\$ 22, 26, 77, 81, 89, 91, 124, 140; vgl. auch \$ 139.
- 3. Nach bem Grunbsat ber Münblichfeit burfen bei einer auf Grund einer hauptverhandlung zu erlassenhen Entscheidung nur diejenigen Richter, Schöffen und Geschworenen mitwirken, welche
 an der ganzen hauptverhandlung ununterbrochen Theil genommen haben (vgl. StBO. § 225). hieraus
 folgt, daß, wenn im Laufe der Berhandlung eine dieser Gerichtspersonen durch Erfrankung ober in
 anderer Beise an der ferneren Mitwirkung behindert wird, es nothwendig der Biederholung
 ber disherigen Verhandlung bedarf, es sei denn, daß auch der zur Ersehung des Behinderten Betusene an der Berhandlung von Ansang an Theil genommen hat (vgl. Note 9). Indem nun das
 Geseh die Zuziehung von Ergänzungsrichtern zo. gestattet, will es der Gesahr, eine Berhandlung
 von längerer Dauer wegen eintretender Behinderung eines Richters zo. wiederholen zu müssen,
 thunlicht vorbeugen. Uedrigens wird trot ber erfolgten Zuziehung eines Ergänzungsrichters die

Bertagung ber Berhandlung angemessen sein, wenn bie Behinderung in der Berson bes Borsitenben eintritt und ber zu bessen Bertretung berufene Beisitger (vgl. § 65) für biese Funktion
nicht genügend vorbereitet ift.

- 4. "Ergangung Brichter", "Ergangungsichöffe", "Ergangungsgefcmorener" ift nicht gleichbe= beutenb mit: "Du I ferichter" (§ 122, 134), "Bulfsichöffe" (§ 42), "Bulfegeichworener" (§ 89).
- 5. Es ericheint nicht ftatthaft, im Laufe einer ich öffen gerichtlichen Berhanblung ben eine zigen in ihr mitwirkenben Richter (§ 26) burch einen anberen zu erfeten. hiervon ausgegangen, tann bie Zuziehung eines Ergänzungsrichters nur bei ben mit einer Mehrzahl von Richtern besiehten Gerichten ftattfinben.
- 6. Die Buziehung von Erganzungspersonen ift in bas Ermeffen bes Borfigenben bes verhanbelnben Gerichts, nicht bes Gerichtsvorftanbes (Lanbgerichts- Prafibenten 20.) geficut.
- 7. Der Borsitzende kann die Zuziehung von Ergänzungspersonen der einen Kategorie (3. B. ber Geschworenen) anordnen, ohne daß es beshalb bezüglich ber anderen Kategorie (ber Richter) ber gleichen Maßregel bedarf. Ebenso ift die Zahl ber zuzuziehenden Ergänzungspersonen in das Ermessen des Borsitzenden gestellt. In der Regel wird für jede der verschiedenen Kategorien von Gerichtspersonen eine Ergänzungsperson genügen, und jedensalls wird die Zahl zwei nur ganz ausnahmsweise und nur bei Berhandlungen von voraussichtlich sehr langer Dauer zu übersschreiten seine.
- 8. In welcher Beise die Anordnung bes Vorsitienben zur Aussiührung zu bringen fei, bestimmt sich in Ansehung ber Ergänzungsrichter (von bem Reichsgericht abgesehen) nach ben lanbestrechtlichen Borschrijten (Mot. S. 96); bie §§ 62, 63 bes GBG. sind hier nicht anwendbar (a. M. Reller S. 228, Stenglein S. 84). Die Einberufung ber Ergänzungsschöffen erfolgt nach Maßgabe bes § 49. Die Ergänzungsgeschworenen werden bei Vildung der Geschworenensbant ausgelooft; bas Nähere s. StPO. § 285.
- 9. a. Nur Derjenige tann im Falle ber Behinderung einer Gerichtsperson als Erganzungs= person an beren Stelle treten, ber auf Grund ber Anordnung bes Borfibenden, also in ber amt= lichen Gigen schaft als Erganzungsrichter zc., ber Berhandlung von Anfang an unnnterbrochen beigewohnt hat. Es ware durchaus unstatthaft, einen Richter zc., ber, wenngleich ununter= brochen, doch nur als Zuhörer in der Verhandlung anwesend gewesen ift, an die Stelle bes Behinderten treten zu lassen.
- b. Die Erganzungspersonen haben ber Berhanblung auf bestimmten, ihrer amtlichen Gigens ichaft entsprechenben Blaten beizuwohnen. Es burfte am angemessensten sein, ben Erganzungszrichtern und Erganzungsichöffen Blate an ober neben bem Gerichtstisch, ben Erganzungsgeschworenen Blate neben ben Giben ber Geschworenen anzuweisen.
- 10. So lange ber Fall ber Behinberung einer Gerichtsperson nicht eingetreten ift, find bie Erganzungspersonen nur bagu berufen, ber Berhandlung beizuwohnen; an ben Entscheibungen (Abstimmungen) nehmen fie selbstverständlich nicht Theil. Auch zur Mitwirkung bei ben Berathungen sind sie ericht berufen, und bemgufolge wird, was die Erganzungsrichter und die Erganzungsschöffen betrifft, es mindestens angemeisen sein, wenn dieselben im Situngszimmer verbleiben, während bas Gericht sich behufs ber Berathung im Berathungszimmer befindet. In Betreff ber Erganzungsgeschworenen s. StBD. § 285 Note 5.
- 11. Nur bei wirklicher Behinderung einer Gerichtsperson ist die Ersetung berselben burch bie Ergänzungsperson statthaft; ber Umstand, daß eine Gerichtsperson aus irgend welchem Grunde, 3. B. wegen eines Gewissenisseisels, aus ber Berhandlung auszuscheiben wünscht, kann die Ersetung niemals begründen. Die Entscheidung barüber, ob der Fall einer Behinderung vorliege und die Ersetung stattzusinden habe, steht nicht dem Borsitenden, sondern dem Gericht zu; so (bez. der Ergänzungsgeschworenen): RGer. II. 22. Dez. 85 (Entsch. XIII. 191, Rspr. VII. 755). Uebrisgens erscheint die Nothwendigkeit der Ersetung genügend bekundet, wenn das Gericht die Entsbindung der betr. Person von ihrer Funktion mit Bezug auf den von derselben geltend gemachten Behinderungsgrund ausdrücklich beschlossen hat: RGer. I. 23. Nov. 82 (Entsch. VII. 284).
 - 12. Berben mehrere Ergangungerichter ober mehrere Ergangungefcoffen (vgl. Rote 7) gu=

§. 195.

Die Berathung und Abstimmung bes Gerichts erfolgt nicht öffentlich. Diese Vorschrift steht ber Zulassung ber bei bem Gerichte zu ihrer juristischen Ausbildung beschäftigten Bersonen nicht entgegen.

(Entw. § 139 Abf. 2.)

gezogen, so wird bei ihrer Buziehung zugleich die Reihenfolge festzuseten sein, in welcher sie event. einzutreten haben. Ift dies nicht ausdrücklich geschen, so ist diesenige Reihenfolge, in der sie in der betr. Berfügung aufgesührt sind, und bei nicht gleichzeitig erfolgter Berufung die Zeit der letteren maßgebend. Zebenfalls ift eine Abanderung der Reihenfolge nur dis zum Beginn der Berschandlung sur statthaft zu erachten. In Betress der Ergänzungsgeschworenen enthält § 285 Abs. 2 der StBD. eine besondere Borschrift.

Ru § 195.

- 1. Der & handelt nur von ber Berathung und Abstimmung bes Gerichts, nicht von bers jenigen ber Geschworenen; fur biese enthält bie StBO. besonbere Borschriften (SS 303 ff.)
- 2. Die Bestimmung bes Abs. 1 ift nicht bahin zu verstehen, als ob bas Gericht bei Erlassung einer jeben Entscheidung sich nothwendig in das Berathungszimmer zurüdziehen müßte; es ift vielmehr, und zwar selbst im Falle ber Anwesenheit von Zuhörern, statthast, daß die Mitzglieber des Gerichts sich im Situngszimmer mit leiser Stimme über die Entscheidung verständigen; nur dursen ihre Borte nicht für Andere hördar sein. Indes wird ein berartiges Bersahren sich nur dei Beschlässen und auch nur dann empsehlen, wenn es sich um die Entscheidung über einziache, eine eigentliche Berathung nicht erheischende Fragen handelt. Bas die Urt heile betrist, in wird es (abgesehen von benzenigen, welche aus Grund eines von den Geschworenen ausgeziprochenen Nichtschuldigs zu erlassen sind. StBO. § 314) behnis der Berhütung von Uebereilungen und Bersehern stets angemessen sein, die Berathung und Abstimmung in dem Berathungszimmer vorzunehmen.
- 3. Die Bestimmung bes Abs. 2 war in bem Entw. nicht enthalten; sie ist von ber RTA., und zwar erft nach wieberholten Berhanblungen, aufgenommen worben. Die letteren betrafen bie Arage: ob und in welchem Dage bei ber Berathung bes Gerichts im Berathungszimmer bie Anwesenheit anderer Bersonen auszuschließen sei, und man faßte hierbei namentlich die Anwesenheit eines von ber Auffichtsinstanz abgesandten Revisors sowie diejenige des (bei ber Berhandlung nicht betheiligten) Gerichtsvorstandes ober anberer unbetheiligter Richter in's Auge (Prot. 6. 55 ff.). In erster Lefung beschloß bie Rommiffion bie Aufnahme folgenber Bestimmung: "Außer ben betheiligten Richtern burfen nur bie bei bemielben Gericht zu ihrer juriftischen Ausbilbung beicatigten Bersonen jugegen sein; die Anwesenheit der letteren kann in einzelnen Fallen burch das Gericht ausgeschlossen werden." In zweiter Lesung wurde die Bestimmung hinsichtlich ihrer Rassung beanstandet, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie den zu ihrer Ausbildung beschäftigten Berjonen ein gefehliches Recht zu verleihen ichien, bei ber Berathung zugegen gu fein (Prot. S. 691 ff.). Demaufolge wurde ber Bortlaut ber Bestimmung geanbert. Diefe Aenberung muß insofern als eine mißglüdte bezeichnet werben, als bie Bestimmung, wie sie jeht lautet, eine Entideibung ber ftreitigen Frage überhaupt nicht mehr enthält. Denn bie im Berathungszimmer pattfinbenbe Berathung und Abstimmung wird so wenig burch bie Bulaffung von Referenbarien 2c. vie durch die eines Revisors 2c. zu einer "össentlichen", und folglich versteht es sich von selbst, daß die lediglich von der Dessentlichkeit handelnde Borschrift des Abs. 1 der Zulassung der gedachten Bersonen nicht entgegenstehen kann. Etwas Weiteres als bies ist aber in Abs. 2 nicht ausgesprochen. So hoch man nun auch ben Werth, ben bie Kommissionsverhandlungen als Material für die Auslegung bes Gefehes haben, veranschlagen mag, jo muß es boch unzuläsfig erscheinen, auf Grund ihrer in bas Gefet einen Sinn hineinzulegen, ben es feinem Bortlaut nach absolut nicht hat. Es muß deshalb behauptet werben, daß die oben aufgestellte Frage von dem Gefet nicht entschieden ift. — Bei biefer Sachlage wird bas Gericht zwar für befugt zu erachten fein, jebe zur Mits wirfung bei ber Enticheibung nicht berufene Berfon von bem Berathungszimmer auszuschließen;

§. 196.

Der Borfitende leitet die Berathung, stellt die Fragen und sammelt die Stimmen.

cin gesetslicher Zwang hierzu besteht jedoch in dieser Allgemeinheit nicht, und, was speziell die Anwesenheit eines Borgesetzen (Revisors 2c.) betrifft, so ist die Zulassung besselben eine Frage bes Takes. Daß die Anwesenheit eines unbetheiligten Beamten an sich nicht die Ansechung des Urtheils begründe, hat das RGer. wiederholt anerkannt; so in Betress eines Borgesetzen: II. 26. Okt. 80 (Entsch. II. 393, Rspr. II. 394), in Betress eines Subalternbeamten des Gerichts: RGer. II. 11. Jan. 81 (Rspr. II. 714). Anlangend insdes, den Gerichtsschwere aussichließen will oder nicht; die Meinung der ATK., daß der Gerichtssichreiber nicht anwesend sein "dürse" (Prot. S. 693), kann gegenüber dem Bortlaut des Gesetzes schon beschalb nicht maßzgebend sein, weil der Errichtsschweiber eine in dem Bersahren amtlich mitwirfende Gerichtssperson ist. Gl. A. Keller S. 229, Thilo S. 266. Unbedingt unzulässig wäre es dagegen, einem Prozestetheiligten, z. B. dem Staatsanwalt oder dem Bertheibiger, oder einer Privatperson die Anwesenheit im Borathungszimmer zu gestatten. In Betress der Ergänzungspersonen s. § 194 Note 10.

4. a. Die Berathung und Abstimmung ift lediglich eine innere Angelegenheit bes Berichts; ob und welche Meinungsverschiebenheiten bestanben haben und mit welcher Stimmenjahl biefelben entichieben worben find, barf meber in ben Enticheibungagrunden irgendmie erfennbar gemacht werben, noch find hierüber Bermerte in ben Atten ftatthaft. Zwischen einer mit Ginftimmigfeit und einer mit Stimmenmehrheit befoloffenen Entideibung barf nach außen bin feinerlei Untericieb befteben: jebe Enticheibung gilt als Enticheibung bes gangen Rollegiums. Bgl. Mer. II. 15, Juni 80 (Ripr. II. 70). - Die Frage, ob ein überftimmtes Mitglied berechtigt jei, ein schriftliches Separatvotum abzugeben, war von ber RER. in ber 1. Lesung (Brot. S. 59 ij.) bejaht, und es mar eine Bestimmung aufgenommen worben, babin lautenb : "Jeber Richter ift befugt, seine von bem Beschlusse bes Gerichts abweichenbe Ausicht in ben Geheimakten besselben nieberzusegen." Die Bestimmung murbe inbeg in ber 2. Lefung wieber gestrichen, nachbem fie theils als fachlich unangemeffen, theils als "unnöthig" befampft worden mar (Brot. S. 694). hieraus tann inbef bie Ungulaffigfeit eines Separatvotums nicht gefolgert merben, und gwar um jo meniger, als bie Frage nicht ausschließlich bem Gebiet bes Prozegrechts angehört; benn es hanbelt sich bei ibr, wenigstens hinfichtlich gemiffer Entscheibungen, auch um bie privatrechtliche Bertretungsverbindlich= feit bes Richters, und unter biefem Gefichispunkt ift bas Separatvotum 3. B. im preug. Alla. Landrecht Th. 2 Tit. 10 § 144 ermähnt. Sonach entscheibet über bie Bulaffigfeit eines Separatpotums bei ben Lanbesgerichten bas Lanbesrecht; für bas Reichsgericht ift biefelbe in § 15 ber Gefcaftsorbnung (§ 141) ausbrudlich anerfannt. Bgl. Strudmann u. Roch G. 1105. Hebrigens barf ein Separatvotum feinesfalls ju ben ber Ginfict ber Prozegbetheiligten ac. untece liegenben Untersuchungs- ober Brogefiaften genommen, es muß vielmehr biefen Berfonen gegenüber unbedingt geheim gehalten werden. Bgl. § 200.

b. Das vorstehend (a) Bemertte erfährt nur bann eine Einschränkung, wenn im einzelnen Falle gerade bie Art bes Abstimmens (§ 196 Abs. 2) ben Gegenstand ber Meinungsverschiesbenheit bilbet. Fällt bie Entscheidung selbst verschieben aus, je nachdem bie Abstimmung nach ber einen ober nach ber anberen Ausicht vorgenommen wird, so ist bas Gericht für besugt und verspsichtet zu erachten, die von ihm bei ber Abstimmung befolgten Grundfähe in ber Riederschift ber Entscheidungsgründe barzulegen, bamit im Falle ber Ausechung ber Entscheidung das Gericht höherer Inftanz biese Grundsähe prüsen und eine aus einer unrichtigen Abstimmung hervorges aangene Entscheidung ausbeben kann.

3u § 196.

^{1.} Der S handelt nur von dem Berfahren bes Gerichts; in Betreff ber Geschworenen f. SiBD. S\$ 304 ff.

Meinungsverschiebenheiten über ben Gegenstand, die Fassung und die Reihensfolge der Fragen oder über das Ergebniß der Abstimmung entscheidet das Gericht.

- 2. Insoweit über ben Gegenstand, die Fassung und die Reihenfolge ber vom Gericht zu entsichenden Fragen keine Meinungsverschiebenheit besteht, gehört die Ausstellung berselben lediglich zur Funktion des Borsitenden. Anders verhält es sich bei obwaltender Meinungsverschiedens beit: diese kann nur durch Beschluß des Gerichts selbst erledigt werden, da schon "die Ausstellung der Fragen unter Umständen in die Sachentscheideng selbst hineingreist und für die lettere präsudizirlich sein kann" (Mot. S. 96). hier hat die Fragstellung des Vorsitzenden nur die Bedeutung "eines von dem Gericht zu genehmigenden oder zu berichtigenden Vorschlages." Auch eine Meinungsverschiedenheit darüber, was als das Ergebniß der ersolgten Abstimmung anzusehen sei, kann nur von dem Gericht selbst entschieden werden.
- 3. Art ber Abstimmung. Abstimmung nach Grunben ober nach bem Enberejultat?
- a. Der Anfstellung von Borschriften über bie Art (ben Juhalt) ber Abstimmungen hat sich bas Geseth ganzlich enthalten; insbesondere hat es die in der Theorie sehr streitige frage nicht berührt, ob in den Richterkollegien nach Gründen oder nach dem Endresultat, für welches die einzelnen Mitglieder sich entlicheiben würden, abzustimmen sei. Die Mot. S. 96 sagen: daß es nicht Sache des Gesethes sei, "in diesen theoretischen Streit durch positive Bestimmungen einzugreisen." Dem gegenüber wurde in der ALR. von verschiedenen Seiten die Nothwendigkeit geltend gemacht, die Streitsrage im Geseth zu lösen; die bezüglichen Anträge wurden indeß nach längerer Diskussion (Brot. S. 47 si.) abgelehnt. Eine Uebersicht der die Streitsrage behandelneden Lieteraur s. des Zack, Ueber Beschußfassung in Bersammlungen und Richterkollegien, S. 60 si. Außerdem s. bes.: v. Bar, Zur Lehre von der Abstimmung in den Richterkollegien, in der Kritzlicktslährisschrift X S. 467 si., Binding Grundr. S. 134 si., Glaser II. S. 165 si.
- b. 218 Grunbfat (vgl. unter c.) ift fur Straffacen aufzustellen: bag, wenn eine Ent= Beibung von ber Beantwortung mehrerer, rechtlichen ober thatfaclichen Fragen abhangig ift, über jebe berfelben getreunt, also nach Grünben, abgestimmt werben muß. Denn bas richterliche Urtheil enthalt nicht eine nach Willfur ober auch nur nach Zwedmäßigfeiteruchien zu treffenbe Anordnung; es foll vielmehr ber Ausbruck einer, aus vergangenen Thatsachen refultirenben rechtlichen Rothwendigfeit fein, und bem entsprechend verlangen bie Gefete in großerem ober geringerem Mage bie Angabe ber Entscheibungsgrünbe. Die letteren verhalten fich zu ber Entscheibung felbft wie bie Pramiffen zur Schlußfolgerung, und somit tann bie Entscheidung felbft nicht fruber beichloffen werben, als bis bie Grunde berfelben feststeben. Dies gilt für bie Enticheibungen eines Rollegiums in gleicher Beife wie fur bie eines einzelnen Richters. Und bem Befen ber Rollegial= verjaffung folgt nun aber, bag auch bie Bramiffen nicht anbers ale burch Befchlug bes Rollegiums, alfo im Ralle ber Deinungeverschiebenheit burch Befolug ber Dehrheit, feftgeftellt merben fonnen, und bag bie aus ben festgestellten Bramiffen fich ergebende Schluffolgerung als bie Enticheibung bes Rollegiums angesehen werben muß, sollte bieselbe auch von berjenigen Ent= iheibung abweichen, welche bie einzelnen Mitglieber ber Mehrheit treffen murben, wenn fie als Einzelrichter zu entscheiben hatten. Gine lediglich nach dem Resultat erfolgende Abstimmung murbe Enticheibungen hervorrufen fonnen, für welche fich gar fein von bem Rollegium als iolden, b. b. von ber Mehrheit, gebilligter Grund anfuhren liege. Beifpiel: Die Revifion gegen ein Urtheil ift auf zwei Anfechtungsgrunde geftutt; bie Richter A. B. C. halten nur ben erften, bie Richter D. E. F. nur ben zweiten für zutreffend, mahrend ber Richter G. beibe für uns sutreffend halt. hier muß bie Revifion verworfen werben, obwohl im Resultat feche Stimmen bie Aufhebung bes Urtheils wollen; benn, ba jeber ber beiben Anfechtungsgrunbe mit vier gegen brei Stimmen verworfen wirb, fo ift bas Revifionsgericht außer Stanbe, eine Aufhebung bes Artheils überhaupt zu begründen. Selbstverständlich mare es unzulässig und geradezu finnlos, bas Urtheil aufzuheben und beibe Anfechtungsgrunde für zutreffend zu erklaren; benn bas Revifionsgericht murbe auf biefe Beife babin gelangen, Rechtsansichten auszusprechen, welche

es in seiner Mehrheit für unrichtig halt und die es vielleicht unmittelbar barauf in einer anberen Sache, in welcher es sich nur um einen ber beiben Ansechtungsgrunde haubelt, verwersen wurde.

— Rach bem aufgestellten Grundsat versteht es sich insbesondere, daß bei der Berathung über das Strafurtheil die Schulbfrage und die Straffrage stets gesondert zu entschein find und nicht mit einander vermischt werden dursen; erft nach der Entscheidung der ersteren kann die letztere Gegenstand der Berathung und Abstimmung sein. Ueber den Begriff der Schulbfrage und die Abgrenzung zwischen ihrem Gebiet und bem der Straffrage s. S1BD. § 262.

c. a. Der vorftebenbe Grunbfat (b.) erleibet jeboch eine wefentliche Ausnahme binfichtlich ber Enticheibung ber Schulbfrage. Die Schulbfrage (;ift ber Beichulbigte ber ihm ju Laft gelegten strasbaren Hanblung schuldig?) sett sich logisch zusammen aus ber Beweisfrage (:ist die That und bie Thaterichaft ermiefen?) und aus ber Frage ber Gefetesanwendung (: ftellen bie ermiefenen Thatsachen ben im Strafgeseth bezeichneten Thatbestand bar?), zu welchen Fragen in gewissen Fällen noch bie britte Frage hinzutritt; ob etwa ein bie Strafbarleit (genauer: die Schulb) bes Beschulbigten ausschliegenber Thatumfiand vorliege. In Betreff ber Abstimmung über bie Schulbfrage fommt nun Folgenbes in Betracht: Bom Standpunkt bes Strafrechts aus hat jede That eine Bebeutung nur vermoge bes Billensaftes, aus bem fie berporgegangen ift; ein Billensunfabiger kann sich nicht ftrajbar machen. Der Billensakt aber ist (soweit es sich um eine That einer Person hanbelt) etwas Ginheitliches, und burch ihn wirb auch bie That felbst ju einer Ginheit gufammengefaßt, sollte sie auch von der Art sein, daß sich in ihr einzelne Thatsachen von einander untericeiben laffen. Diefem Befen ber ftrafbaren Sanblung muß bei ber Enticheibung über bie Schulbfrage Rechnung getragen werben, unb zwar baburch, bag bie Schulbfrage ungetheilt zur Abstimmung gebracht, also barüber abgestimmt wirb, ob ber Beschulbigte ber ihm zur Last gelegten ftrafbaren hanblung ichulbig fei. Ergiebt fich fur bie Schulbigertlarung nicht bie erforberliche Mehrheit ber Stimmen, fo muß ber Befdulbigte nothwendig fur nichtschulbig erklart werben, follten auch bie einzelnen für bas Nichtschulbig stimmenben Witalieber in ihren Grünben außeinanbergeben. Gine Abstimmung lebiglich nach Grunben, b. b. über bie porbezeichneten Unterfragen, würbe auf eine kunstliche, bem Besen ber Sache wiberstreitenbe Zerglieberung ber That hinauslaufen und babin fuhren können, bag Remand verurtheilt murbe, ben bie Dehrheit nicht für foulbig halt und freifprechen will. Gine folde Berurtheilung aber mare mit bem oberften Grundfat bes Strafprozeffes unvereinbar: fie murbe prafumtiv bie Berurtheilung eines Nichticulbigen fein. Beifpiel: A will freifprechen, weil ber Beschulbigte jur Beit ber That ungurechnungefabig gewesen fei ; B mill freisprechen, weil ber Beschulbigte im Stanbe ber Rothmehr gehanbelt habe; O mill verurtheilen. hier muß bie Freisprechung erfolgen, obwohl bie Mehrheit bes Rollegiums (nämlich je zwei Stimmen) anuimmt, daß ber Beschulbigte zurechnungsfähig gewesen sei und daß er nicht im Stanbe ber nothwehr gehanbelt habe. Für bie nothwenbigfeit einer ungetheilten Abstimmung über bie Schulbfrage bat sich auch bas RGer. wieberholt ausgesprochen: III. 13. Oft. 80 (Entich. II. 379), III. 14. Dez. 81 (Ripr. III. 797), II. 17. Apr. 83 (Entich. VIII. 218). Bgl. auch Glafer II. S. 271.

Bird ber Beschulbigte von ber ersorberlichen Mehrheit für schulbig befunden, so ift selbstversständlich auch bei jeder der einzelnen Unterfragen, aus denen sich die Schulbfrage zusammensett, die ersorberliche Mehrheit für die dem Beschulbigten ungünstige Beautwortung vorhanden, da kein Richter für das Schuldig stimmen kann, der auch nur eine dieser Unterfragen zu Gunsten des Beschuldigten beantwortet. Eine Abstimmung über die einzelnen Unterfragen hat daher nur die Beschuldigten beantwortet. Gine Abstimmung über die einzelnen Unterfragen hat daher nur die Beschuldigten unterstick begründen und rechtsertigen lasse. — Mit der Annahme, daß die Bejahung der Schuldsfrage nothwendig eine dem Beschuldigten ungünstige Beantwortung der Unterfragen einschließe, steht scheiden der Fall im Widerspruch, wenn zwar die ersorderliche Mehrheit den Beschuldigten für schuldig hält, jedoch in Betress der strafrechtlichen Qualisistation der That die Meinungen innerhalb der Mehrheit außeinandergehen. Beispiel: A hält den Beschuldigten des Diebstahls, B hält ihn der Unterschlagung für schuldig, C hält ihn sir nichtschuldig. In diesem Falle muß, wenn eine Mehrheit nicht zu erzielen ist, wegen der Unmöglichseit, das Schuldig durch einen Mehre

Digitized by GOOSIC

heitsbeschluß zu begründen, das Nichtschuldig ausgesprochen werden (a. M. Binding Grunder, S. 136, 137, Stenglein S. 456). Der Wiberspruch zwischen diesem Ergebniß und ber obigen Annahme ist jedoch nur ein scheinderer. Denn die Schuldfrage kann stets nur in Beziehung auf ein bestimmtes Strasgesetz gestellt werden; es ist nicht statthaft, zunächst darüber abzustimmen, ob der Beschuldigte überhaupt einer strassaren Handlung schuldig sei, und sodann darüber, welches Strasgesetz er verletzt habe. Ein Streit über die Qualifisation der That kann vielmehr nur in der Art zum Antrage gedracht werden, daß zunächst über den einen Thatbestand (z. B. den des Diebstahls) und sodann, falls hier die ersorderliche Wehrheit für das Schuldig nicht vorhanden ist, über den anderen Thatbestand (z. B. den der Unterschlagung) abgestimmt wird (vgl. sibrigens unten d. \$1.). Dies gilt namentlich auch dann, wenn es streitig ist, ob die That vorsählich ober suhrlässig begangen worden: Rer. III. 25. Febr. 82 (Repr. IV. 198).

- β. Die Nothwendigkeit, die Schuldigerklärung durch einen Mehrheitsbeschluß zu bezründen, erstreckt sich übrigens nicht auf die Beweisgründe; über biese braucht baber eine Abstimmung nicht flattzusinden. Denn, indem das Seset bezüglich der Entscheidung der Beweisfrage den Richter lediglich auf seine subjektive Ueberzeugung verweist, ohne ihn an Beweisregeln zu binden, gestattet es zugleich, daß diese Ueberzeugung bei den verschiedenen Richtern sich in verschiedener Weise bilde. Es ist daher die Ueberzeugung bei den verschiedenen Richtern sich in verschiedener Weise bilde. Es ist daher die Uebereinstimmung der Rehrheit nur darüber erforderlich: daß alle wesentlichen Wertmale der strafbaren Handlung sowie die Thäterschaft des Beschuldigten erwiesen, bezw. daß der etwa in Rede stehende Schuldausschließungsgrund nicht erwiesen sei. Beim Borhandensein dieser Uebereinstimmung kommt es aber nicht weiter darauf an, ob hinsichtlich der einzelnen Beweismomente, z. B. der Glaubwürdigkeit eines Zeugen oder des Berthes eines Indiziums oder hinzsichtich der Frage, ob die als Indizium zu verwerthende Thatsache überhaupt erwiesen sei zu, die Reinungen auseinandergehen. Bgl. hierzu in Betress der schriftlichen Absassung der Urtheilszgründe: StPO. § 266 u. die Noten bas.
- d. Der Sat: bag über bie Schulbfrage eine ungetheilte Abstimmung ftattzufinden habe (c), erleibet aber wieberum eine boppelte Mobifitation.
- a. Zunächst in Betreff einer Kategorie von Strafausschließungsgründen, nämlich betjenigen, von ber That selbst zeitlich getrennten Thatsachen (Handlungen des Thäters), durch welche (im Gegensatzu dem Chatumständen, die, wie z. B. Unzurechnungsfähigkeit und Nothwehr, das Borhandensein einer Schuld von Ansang an ausschließen) die an sich vorhandene Schuld strafrechtlich wieder ausgeholden wird. Bon den Strasausschließungsgründen dieser Art gilt das unter c. a. Gesagte nicht: dieselben liegen außerhalb der das Strasgeseh verlehenden Thätigkeit des Beschuldigten und sind mit der an sich strasparen That nicht durch die Einheit des Willensaktes verdunden; die Abstimmung über sie ist daher von der Abstimmung über die Schuldsrage zu trennen (a. R. John S. 483). Derartige Strasausschließungsgründe sind z. B.: der Wiberrus einer sahrlässig abgegebenen salschen Aussage (StBB. § 163) und das freiwillige Ausgeben des Zweisamps (SiBB. § 204). Dagegen sind der freiwillige Mückritt des Thäters vom Versuch und die Absweidung des Ersolges des Bersuches der Khäters (StBB. § 310) als Bestandtheile der That selbst anzusehen, und somit sind diese Strasausschließungsgründe nach dem unter c. a ausgestellten Sah zu behandeln (dez. des § 46 cit. a. M. Olshausen S. 174).
- 6. Die zweite Mobifitation bieses Sates greift Plat hinsichtlich berjenigen, im Strafsgest hervorgehobenen Thatsachen, welche bie Strasbarkeit erhöhen ober verminbern. Diese Thatsachen gehören zwar bem Gebiet der Schulbfrage an, insosern duch sie, je nachdem sie vorhanden ober nicht vorhanden sind, der strafrechtliche Charakter der That in größerem ober gerinsgrem Maße eine Beränderung erfährt; allein der Ausspruch des Schuldig ober Richtschuldig ist von der Feststellung dieser Thatsachen nicht nur nicht abhängig, sondern es kommt auf letztere übershanpt erst dann an, wenn der Ausspruch des Schuldig beschlossen ist. Daher ist über die gedachten Thatsachen, insosern in Betress ihrer eine Meinungsverschiedenheit besteht, besonders abzustimmen. hierbei macht es keinen Unterschied, ob ein die Strasbarkeit erhöhender Thatumstand nach Inhalt des Strasgesess nur die Bedeutung eines erschwerenden Rebenum standes hat (wie

Digitized by GO

§. 197.

Rein Richter, Schöffe ober Geschworener barf bie Abstimmung über eine Frage verweigern, weil er bei ber Abstimmung über eine vorhergegangene Frage in ber Minberheit geblieben ist.

(Entm. # 160.)

- 3. B. bas Einsteigen beim Diebstahl) ober ob burch bas hinzutreten bessellen ber strafrechtliche Name ber haublung verändert wird (wie 3. B. beim Raube, bessen Khatbestand
 aus bem Thatbestand bes Diebstahls unter hinzutritt ber Gewalt ober Orohung besteht).
 Denn auch in ben Fällen ber letztgebachten Art müßte bei ungetheilter Abstimmung über die gesammte Schulbsrage es jedem Mitgliede bes Rollegiums freistehen, zwar für das Schulbig zu
 stimmen, zugleich aber auch das Borhandensein der die Strasbarkeit erhöhenden Thatsache zu verneinen, und aus dieser Zulässisteit einer Theilung der Antwort solgt von selbst auch die Zulässigkeit einer Theilung der Abstimmung. Gendasselbe gilt entsprechend von den die Strasbarkeit
 vermindernden Umständen. Wird z. B. ein des Diebstahls Angeklagter von dem Gericht für übersührt erachtet, während die Meinungen darüber auseinandergehen, od die That als Diebstahl oder
 nur als Entwendung im Sinne des § 370 Rr. 5 des StBB. zu qualifiziren sei, so ist zunächst
 über die Schulbigerklärung und sodann darüber abzustimmen, od die in § 370 Rr. 5 bestimmten
 Umstände vorliegen: Reer. III. 28. Jan. 82 (Entsch. V. 404, Ripr. IV. 83). In Betreff der
 Stimmenzahl s. StBD. § 262 u. die Roten das.
- e. Darüber, wie ein bei ber einen Abstimmung in ber Minberheit gebliebenes Mitglieb bei ben ferneren Abstimmungen gu stimmen habe, f. § 197 Rote 1.
 - 4. Bgl. § 195 Rote 4. b.

Ru § 197.

- 1. a. Der § schreibt vor, baß auch berjenige, ber bei einer Abstimmung in ber Minberheit geblieben ist, an ben ferneren Abstimmungen Theil nehmen muß; er giebt aber keine Borschift barüber, wie ber Ueberstimmte bemnächst zu stimmen habe. Die Mot. S. 96 bemerken hierüber: "Die viel erörterte Frage, ob bas bei einer Borsrage überstimmte Mitglieb bes Kollegiums sich bei ben ferneren Abstimmungen auf ben Standpunkt ber früheren Mehrheit zu stellen hat ober berechtigt ist, ben eigenen früheren Standpunkt seitzuhalten, läßt sich durch positive gesehliche Borsschiften nicht beantworten und wird nach logischen Grundsthen in Gemäßheit der Berschiebenheit der Fälle verschieben beantwortet werden muffen." Bgl. § 196 Note 3. a.
- b. hinfichtlich ber Straffachen ift bei Beantwortung ber porftebenb (a) gebachten Frage junadft barauf hinzuweisen, bag nach bem ju S 196 Rote 3. c. d Gesagten bie Schulbfrage ungetheilt jur Abstimmung ju bringen ift und nur bie bafelbft unter d bezeichneten Thatfachen eine Ausnahme machen; sonach kann, von biesen Ausnahmen abgesehen, davon überhaupt nicht bie Rebe fein, daß ein Richter 2c. durch ben Berlauf ber Abstimmung genothigt werben konnte über die Schulbfrage in einem von ihm nicht gewollten Sinne abzustimmen. Dies aber voraus: geschidt, folgt aus dem Wesen der Rollegialversassung allerbings, daß der bei der einen Abstimmung Ueberstimmte fich bei ben ferneren Abstimmungen auf ben Stanbpuntt ber Debrheit ftellen, also das von dieser Beschlossene als maßgebend anerkennen muß. Er darf sich sonach bei ben ferneren Abstimmungen nicht lebiglich von bem Bestreben leiten lassen, eine Entscheibung herbeizuführen, welche ber von ihm ursprünglich gewollten im Resultat am nächsten kommt; ein berartiges Berhalten bes Ueberftimmten murbe mit bem Erforberuig einer logifden Begrunbung ber Rollegialenticheibung im Biberfpruch fteben (wennichon regelmäßig ber Fehler in ben Ent= fceibungsgrunben nicht erkennbar fein murbe). Am beutlichften zeigt fich bies bei ber Abmeffung ber Strafe: ber bei ber Enticheibung ber Schulbfrage Ueberftimmte barf nicht lebiglich behalb, weil er ben Befculbigten für nichticulbig balt, für eine milbe Strafe ftimmen ; benn es murbe bies, wie v. Bar (Rrit. Bierteljahreich. X. 498) treffenb fagt, inbireft jur Berbangung von Berbachtsstrafen führen. Gl. A. Binbing S. 133, Dochow S. 236; a. M. Geper S. 611, Glaser II. S. 269. Derfelbe Gesichtspunft ift bei ber Abstimmung über bas Borbanbensein milbernber

Digitized by GOOGLE

§. 198.

Die Entscheibungen erfolgen, soweit bas Gefet nicht ein Anderes bestimmt, nach ber absoluten Mehrheit ber Stimmen.

Umftanbe ober eines bestimmten Strafmilberungsgrunbes maggebenb; auch bier wirb berimige, welcher fur nichtichulbig gestimmt bat, bie bem Beschulbigten gunftige Ausicht nur aus folden Grunben vertreten burfen, beren Geltenbmachung auch vom Stanbpunkt ber Dehrheit aus möglich ift. Gbenfo verhalt es fich ferner mit ber Abstimmung über bie bie Strafbarteit erhoben ben Thatfachen; es mare 3. B. unlogifc, wenn ber bei ber Schulbfrage Ueberftimmte, welcher ben bes Diebstahls Befchulbigten fur nicht überführt halt, lebiglich bieferhalb auch bie meifelbfrei ermittelte Thatsache, bag ber Diebstahl mittelft Ginsteigens begangen worben, für nicht etwiesen erklaren wollte. Der aufgestellte Sat gilt ferner auch für bie Abstimmung über folche Hatsachen, welche die an sich begründete Strafbarkeit wieder aufheben und welche theils bem Bereich ber Schulbfrage (vgl. § 196 Rote 3. d. a), theils, wie z. B. bie Berjährung, bem Bereich ber Straffrage (vgl. StBD. § 262) angehören; es barf 3. B. ber bei ber Schulbfrage Ueberfimmte, welcher ben ber fahrlaffigen Ableiftung eines falfchen Gibes Befculbigten fur nicht überführt hält, nicht lediglich dieserhalb die Frage bejahen, ob der Beschuldigte seine Aussage rechtzeitig wiberrufen habe. — Bas endlich ben Fall betrifft, wenn nach Berneinung ber (pringipalen) Schulbfrage barüber abzustimmen ift, ob nicht bie That bes Beschulbigten unter einen anderen strafrechts ligen Gefichtspuntt falle (eventuelle Schulbfrage), z. B. ob ber bes Morbes für nichticulbig erfiarte Beidulbigte einer vorfatlichen Korperverlegung mit tobtlichem Ausgange (StBB. § 226) schuldig sei, so gehört bieser gall streuggenommen nicht in ben Bereich ber bier erörterten grage. Denn bie Berneinung ber prinzipalen Schulbfrage hat eben teine anbere Bebeutung als bie einer Regative; die Grunde für das Richtschuldig konnen bei den verschiedenen Bersonen gang verfciebene gewesen sein; über bie Regative hinaus ist von einem "Standpunkt ber Mehrheit" über= hamt nicht, wenigstens nicht in abstracto, die Rebe. Ob berjenige, welcher die prinzipale Schulb= frage bejaht hat, bemnachft fur bie Bejahung ober aber für bie Berneinung ber eventuellen Schulbs frage zu flimmen haben wird, hängt bavon ab, ob in bem von ihm prinzipaliter angenommenen Thatbeftanbe ber in ber eventuellen Schulbfrage bezeichnete mitenthalten ift ober nicht. In bem obigen Beispielsfalle wird berjenige, ber ben Beidulbigten bes Morbes für ichulbig erachtet bat, bie eventuelle Schulbfrage unbebenflich ju bejahen haben. Gbenfo tann es fich unter Umftanben in bem Kalle verhalten, wenn bie prinzipale Schulbfrage bie vorfätliche, bie eventuelle Schulbfrage dagegen bie fahrlässige Begehung ber That jum Gegenstande hat; vgl. RGer. III. 25. Febr. 82 (Mipr. IV. 198), v. Bar a. a. D. S. 494.

c. Einer Erwähnung bedarf noch ber Fall, wenn es sich um die Borfrage handelt, ob die Erlassung einer Entscheidung in der Sache selbst zulässig sei oder derselben ein formelles oder materielles hinderniß entgegenstehe. Bird in einem berartigen Falle von der Mehrheit beschlossen, daß die Entscheidung zu erlassen sei, so ist der Ueberstimmte an diesen Beschluß in dem Sinne gebunden, daß er nunmehr in der Sache selbst mit abstimmen muß; dagegen sind die Gründe, auf denen der die Borfrage betreffende Mehrheitsbeschluß beruht, für den Ueberstimmten nicht maßzgebend. Entsteht z. B. bei der Berathung des Urtheils die Borfrage, od es zur Auftlärung der Sache noch einer weiteren Beweiserhebung bedürse, und wird diese Borfrage von der Mehrheit deshalb verneint, weil der Beschuldigte bereits hinreichend übersührt sei, so muß berzenige, welcher sür die Beweiserhebung gestimmt hat, demnächst zwar in der Hauptsache, also über die Schuld des Beschuldigten, abstimmen; er ist aber selbstverständlich nicht an die Gründe des Mehrheitsbeschlusses gebunden, vielmehr ebenso berechtigt als verpslichtet, für das Nichtsachlig zu stimmen.

2. Bgl. § 195 Rote 4.

3u \$ 198.

^{1.} Bu Abf. 1. Besonbere Bestimmungen in Betreff ber Stimmenzahl f. in ber StBD. \$\square\$ 262 (vgl. 373), 307, 317.

^{2.} Abf. 2 gilt nur für Civilprozeffachen.

Bilben fich in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiben ift, mehr als zwei Meinungen, beren keine bie Mehrheit für sich hat, so werben bie für bie größte Summe abgegebenen Stimmen ben für bie zunächft geringere abgegebenen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergiebt.

Bilben sich in einer Straffache, von der Schulbfrage abgesehen, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die dem Beschulbigten nachtheiligken Stimmen den zunächst minder nachtheiligen so lange hinzugerechnet, dis sich eine Mehrheit ergiebt.

(€utm. § 161.)

§. 199.

Die Reihenfolge bei ber Abstimmung richtet sich nach bem Dienstalter, bei ben Schöffengerichten und ben Kammern für Hanbelssachen nach bem Lebensalter; ber Jüngste stimmt zuerst, ber Borsitzenbe zuletzt. Wenn ein Berichterstatter ernannt ist, so giebt bieser seine Stimme zuerst ab.

Bei ber Abstimmung ber Geschworenen richtet sich bie Reihenfolge nach ber Ausloosung. Der Obmann ftimmt zulett.

(Entm. \$ 162.)

§. 200.

Schöffen und Geschworene sind verpflichtet, über ben Hergang bei ber Berathung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten.

(Entw. § 163.)

Siebenzehnter Titel.

Gerichtsferien.

§. 201.

Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September. (Entw. § 164.)

§. 202.

Während der Ferien werden nur in Feriensachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen.

Bu & 199.

1. Zu Abs. 2 vgl. StPD. §§ 283, 304.

3u § 200.

1. Die Richter find hier nicht ermann, weil biefelben ichon traft ihrer amtlichen Stellung gur Amtsverschwiegenheit verpflichtet find. Bgl. § 195 Rote 4.

(§ 201.)

Ru & 202.

1. Da alle Straffachen Feriensachen find, so haben die Gerichtsferien für bas Strafs Digitized by

^{3.} Zu Abs. 3 find die Bemerkungen zu § 196 zu vergleichen. Nach dem bort Note 3. b Gefagten können auch innerhalb ber Straffrage mehrere Abstimmungen erforderlich sein; insbesarf die Abstimmung darüber, ob die Bestrasung durch Berjährung ausgeschlossen sei, nicht mit der Abstimmung über die Art und höhe der event. auszusprechenden Strafe vermischt werden. Die Borschrift des Abs. 3 bezieht sich sonach nur auf die letztgebachte Abstimmung. — Kommen außer der hauptstrafe noch Rebenstrafen in Betracht, so ist zunächst über die erstere und sodann in besonderer Abstimmung über die letzteren zu entscheiden. — Ueber die Begriffe "Schuldfrage" und "Straffrage" schuldfrage".

Feriensachen find:

- 1. Straffachen;
- 2. Arreftsachen und bie eine einstweilige Berfügung betreffenden Sachen;
- 3. Deß= und Marktfachen;
- 4. Streitigkeiten zwischen Bermiethern und Miethern von Wohnungs- und anderen Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung berselben, sowie wegen Zurückhaltung ber vom Miether in die Miethsräume eingebrachten Sachen;
- 5. Wechselsachen;
- 6. Baufachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues geftritten wirb.

Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleumigung bedürfen, als Feriensachen bezeichnen. Die gleiche Besugniß hat vorbehaltlich der Entscheidung bes Gerichts der Vorsitzende.

(Cutu. § 165)

§. 203.

Bur Erledigung ber Feriensachen können bei ben Landgerichten Ferienkammern, bei den Oberlandesgerichten und dem Reichsgerichte Feriensenate gebildet werden.

§. 204.

Auf das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß.

(Entre. § 166.)

verfahren vor den ordentlichen Gerichten keine weitere Bebeutung als die, daß fie (wegen der Beurlaubung eines Theiles der Beamten) unter Umftänden ein spärlicheres Anberaumen der haupt verhandlung en rechtfertigen können. — Auf den Beginn und den Lauf der Fristen im Strafversahren haben die Ferien keinerlei Einstuß.

(88 203. 204.)



Zweite Abtheilung.

Strafprozegordnung.

- I. Einführungsgesetz zur Strafprozegordnung. Bom 1. Februar 1877. (NGBl. 1877 Nr. 8 S. 346 ff.).
- II. Strafprozeßorbnung. Bom 1. Februar 1877. (RGBl. 1877 Nr. 8
 S. 253 ff.).

I. Einführungsgesetz zur Strafprozefordnung.

Vom 1. Februar 1877.

(RGEI. 1877 Nr. 8 S. 346 ff.)

§. 1.

Die Strafprozesorbnung tritt im ganzen Umfange bes Reichs gleichzeitig mit bem Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

(Cutm. § 1.)

§. 2.

Die erfordlichen Anordnungen, um die Jahreslisten der Schöffen und der Geschworenen bis zum Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung nach den Borschriften des Gerichtsversassungsgesetzes herzustellen, insbesondere die Bezeichnung der Behörden, welche hierdei die den Amtsrichtern und den Landgerichten zusgewiesenen Geschäfte wahrzunehmen haben, erfolgen durch die Landesjustizverwaltung. Dieselbe kann den Zeitraum, für welchen die in dieser Beise hergestellten Listen Geltung haben sollen, abweichend von dem Gerichtsversassungsgesetze, jedoch nicht über das zweite Geschäftsjahr, bestimmen.

(Cutw. § 2.)

S. 3.

Die Strafprozefordnung findet auf alle Straffachen Anwendung, welche vor die orbentlichen Gerichte gehören.

Insoweit die Gerichtsbarkeit in Strafsachen, für welche besondere Gerichte

3u § 1.

(§ 2.) Zu § 3.

^{1.} Auch außerhalb bes Reichs findet bie StPO. nebst einigen Theilen bes GBG. in gewissem Mage Anwendung, nämlich bei ben beutschen Konfulargerichten und bei ben Gerichten ber beutschen Schutzeite; vgl. Ges. über bie Konsular=Gerichtebarkeit v. 10. Juli 1879 SS 21 ff. (unten in Abth. III) und bie in Note 4 zu Tit. 2 bes GBG. cit. Borschriften.

^{1.} Bahrend in § 1 bas raum liche Geltungsgebiet ber SIBD. bezeichnet ift, bestimmt § 3 bas jachliche (materielle) Geltungsgebiet berfelben. Bgl. EG. jum GBG. § 2.

^{2.} a. Der Begriff ber Straffache ergiebt fich aus bem materiellen Strafrecht; er seht ein Bersahren voraus, welches, wie die Mot. S. 233 sagen, "bie Entscheidung über die Anwendung einer ftrafrechtlichen Norm zum Zwede hat", und in welchem es sich somit um die Berhängung einer friminellen Strafe (im weiteren Sinne bieses Ausbrucks) handelt. hierbei ift hervor-

zugelaffen find, burch bie Lanbesgefetgebung ben orbentlichen Gerichten übertragen wird, kann biefe ein abweichenbes Berfahren gestatten.

Die Landesgesetze können anordnen, daß Forst= und Felbrügesachen burch bie Amtsgerichte in einem besonderen Verfahren, sowie ohne Zuziehung von Schöffen verhandelt und entschieden werden.

(Eutw. § 3.)

zuheben, daß zu ben Straffachen im Sinne bes heutigen beutschen Strafrechts und ber StBO. auch gehören: a. die Bolizeistrafsachen, b. h. diejenigen Sachen, in benen die Berhängung ber durch Bolizeisbertretungen verwirkten Strafen (nicht zu verwechseln mit ben polizeilichen Erekutivstrafen [b. a]) ben Gegenstand ber Entscheidung bilbet. Das f. g. Bolizeistrafrecht ift gegenwärtig ein Theil bes allgemeinen (kriminellen) Strafrechts geworden; vgl. StBB. Th. 2 Abschn. 29. Es macht auch keinen Unterschied, ob eine Uebertretung durch ein Geseh ober durch eine mit Geseheskraft erlassene Strasverordnung einer Berwaltungsbehörbe mit Strase bedroht ist; — β . die Strassachen, in benen Zuwiderhandlungen gegen die Borschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle in Frage stehen (Boll-, Stener-, Post-Strassachen). — Bgl. die Noten zum GBG. § 13 unter I.

b. Bu ben Straffachen im Sinne ber StBD. gehoren biejenigen galle nicht, in benen es fich um bie Berhangung einer außerhalb bes Gebietes bes Strafrechts liegenben, alfo nicht= friminellen Strafe handelt. Als Strafen blefer Art find anzuführen: «. die Grekutiv= ftrafen, burch beren Berhangung bie Erfüllung einer gesetlichen Pflicht ober bie Unterwerfung unter eine obrigfeitliche Anordnung erzwungen werben foll; - 3. Die Ordnungeftrafen (Uns geborfams., Prozefitrafen 2c.), zu beren Berhangung Gerichte, Bermaltungsbeborben, Genoffenicafits. porftanbe 2c. bei Behanblung ber zu ihrer Buftanbigfeit gehörenben Angelegenheiten gefethlich befugt finb; vgl. z. B. Saubelsgefetb. Urt. 26, 45, CBD. SS 345, 355, StBO. SS 50, 69, GBG. SS 179, 180, Unfallversicherungsges. v. 6. Juli 1884 SS 103, 104 (RGBl. S. 69); — 7. die Disziplinar= ftrafen, gleichviel ob beren Berhangung einem Gericht ober einer anderen Beborbe guftebt; pgl. 3. B. Reichsbeamten-Gef. v. 31. Marg 1873 SS 72 ff., Seemannsorbnung v. 27. Deg. 1872 S 79. - Uebrigens ift bie Grenge gwifchen bem Gebiet ber friminellen und bem ber nichtfriminellen Strafe lebiglich eine positivrechtliche, bie ber Gefetgeber nach Zwedmagigfeitsgrunben bestimmt und verfciebt; vgl. in biefer hinficht 3. B. bie Ueberficht ber in bem Unfallverficherungsgef. angebrobten Strafen bei v. Woebite, Kommentar ju biefem Bef., 2. Aufl. S. 263, sowie ferner StBB. § 138 in Berb. mit GBG. §§ 56, 96. Ueber eine Singularität vgl. noch StBD. Buch 6 Abicon. 3 Rote 5. - Die Mot. S. 233 icheiben aus bem Rreife ber Strafjachen im Sinne ber StBD, auch bie f. g. Ministeranklagen auß; dies ist inbeg in solcher Allgemein= heit nicht als richtig anzuerkennen; bas Nabere f. GBG. § 13 Rote 12. e.

3. In Betreff ber Anmenbbarteit ber SiBO. find folgenbe Rategorien von Straffachen ju untericheiben:

a) biejenigen Straffachen, welche ichlechthin vor bie orbentlichen Gerichte gehören. Auf fie findet die SiPO. Anwendung, auf die Forste und Feldrügesachen jedoch mit dem in Abs. 3 ausgesprochenen Borbehalt;

b) biejenigen Straffachen, für welche zwar Sonbergerichte zugelaffen finb, in benen jeboch bie Gerichtsbarkeit landesgesetlich ben orbentlichen Gerichten übertragen ift. Auf biefe Sachen findet die StBD. insoweit Anwendung, als nicht landesgesehlich ein abweichendes Bersfahren vorgeschrieben ift (Abf. 2);

c) biejenigen Strafsachen, welche zur Zuftändigkeit eines reichsgesetzlich ober landesgesetzlich bestellten Sondergerichts gehören. Auf diese Sachen findet die StBD. nur Anwendung, wenn und insoweit die für das betr. Sondergericht maßgebenden Spezialgesetze sie ausdrücklich für anwendbar erklären oder auf die allgemeinen Strafprozesporschriften verweisen (vgl. Mot. S. 233). In einer Verweisung dieser Art ist künftig eine Berweisung auf die StBD. zu sinden. Enthält bagegen das betr. Spezialgeset eine Berweisung (nicht auf die allgemeinen Strafprozesporschriften,

sonbern) auf ein einzelnes, bestimmt bezeichnetes Gefet, so ift letteres in biefer Beziehung nicht burch bie StBD. erfett, sollte baffelbe auch für bas Berfahren vor ben orbentlichen Gerichten burch bie StBD. außer Kraft gesett fein (§ 6).

Bgl. zu a-c: GBG. § 13 u. Rote 9-12 baf., EG. zum GBG. § 3 u. Rote 2 baf.

- 4. Die StBD. regelt nur bas gerichtliche Strafversahren, nicht bas Strafversahren im Berwaltungswege (GBG. § 13 Rote 2. a); boch enthält fie im Buch 6 Abschn. 2, 3 einzelne, bas lehtgebachte Berfahren betreffenbe Bestimmungen; vgl. EG. § 6 Nr. 3 u. Note 11, 12 bas. Zu Abs. 2.
- 5. Die Beftimmung bes Abf. 2 bezieht fich auf biejenige bes EG. jum GBG. § 3 Abf. 1 und erganzt biefelbe.
- 6. Die Landesgesetzgebung barf nach Abs. 2 bas gange Berfahren abweichenb von ber Reichsgesetzgebung regeln; sie kann sich aber auch barauf beschränken, bezüglich einzelner Gegens ftanbe, z. B. hinsichtlich bes Gerichtsftanbes (StBO. Buch 1 Abschn. 2), etwas Abweichenbeb vorzuschreiben. Sie ift übrigens nach keiner Richtung bin an bie prozestrechtlichen Borschriften ber Reichsgesetzung gebunben. Der Umftanb, baß eine Reihe solcher Borschriften, statt in bie StBO., in bas GBG. ausgenommen worben ift, kann einen Unterschieb nicht begrünben; bie Landesgesetzgebung ift baher besugt, auch von ben im GBG. (3. B. Lit. 14—17) enthalte=nen prozestrechtlichen Borschriften abzuweichen (vgl. GG. zum GBG. § 2 Note 5. a).

Bu 216f. 3.

7. Der Entw. bes EG. enthielt bie Bestimmung bes Abs. 3 nicht, weil ber Entw. bes GBG. 3 Rr. 5 bie Einsetung besonberer Forst= und Felbrügegerichte vorgesehen hatte und, bie Zulässigsteit bieser Sondergerichte vorausgeseht, auf bas Berfahren in Forst= und Felbrügesachen die Bestimmung bes Abs. 2 anwendbar gewesen wäre. Die ALR. beseitigte indes die besonderen Forst= und Felbrügegerichte und nahm sodann, um dem praktischen Bedürsniss nach einem möglichst einssachen Berfahren in Forst= und Felbrügesachen zu genügen, die Bestimmung des Abs. 3 auf.

für Preußen s. bas Forstbiebst. Gef. v. 15. Apr. 78 §§ 19 ff. (GS. S. 222) und bas gelbe und Forstpolizeis Gef. v. 1. Apr. 80 § 53 (GS. S. 230).

- 8. Der Begriff ber "Forft: und Relbrugefachen" ift reichsgefetlich nicht begrengt, bie Bestimmung seines Inhalis vielmehr ber Lanbesgesetzgebung überlassen (Prot. S. 827 ff.), was freilich wegen ber großen Unbestimmtheit bes Ausbruds "Rügefache" ju bebauern bleibt. burften fich bier folgenbe Rormen aufftellen laffen : a. Unter Forftrugefachen bezw. Felbrugefachen find biejenigen Straffachen ju verfteben, auf beren Gegenstand nach bem gewöhnlichen Sprachgebrauche bie Bezeichnung "Forftfrevel" bezw. "Felbfrevel" anwendbar ericheint. Es macht hierbei feinen Unterfchieb, ob es fich um ein Delift von wesentlich polizeilichem Charafter ober um einen Gingriff in bas Gigenthum, 3. B. eine Entwenbung pon Bolg bezw. von Kelbfruchten, banbelt. Dagegen find Jagbfrevel weber ju ben Forfts, noch ju ben Felbfreveln ju gablen. - b. Bei benjenigen Forft- und Felbfreveln, welche in befonberen, b. h. neben bem SiBB. bestehenben Strafporichriften porgesehen sind, kommt es darauf nicht an, ob die einzelne That sich nach Art und Maß der Strafe als Uebertretung ober als Bergehen darstellt; daher fallen 3. B. unter ben Begriff ber Forftrugesachen auch biejenigen Forftbiebftable im Ginne bes § 2 bes GG. jum StBB., bei benen auf eine Gelbstrafe von mehr als 150 Mart ober auf Gefängniß zu erkennen ift (vgl. bie Roten zur StBD. § 1). -- c. Bas bie nach bem Strafgesetbuch zu ahnbenben Sandlungen betrifft, fo tann ber Begriff ber Forfts bezw. ber Felbrugefachen nur auf Uebers tretungen (3. B. § 370 Rr. 1, 2), nicht aber auf Bergeben erftredt werben; baber gebort 3. B. ein in einer Forst begangener Diebstahl an Rlafterholz, welcher als gemeiner Diebstahl nach § 242 bes StBB. zu ahnben ift, niemals in ben Kreis ber Forstrügesachen. Bgl. übrigens John S. 95 ff.
- 9. Durch Abs. 3 wird ber Landesgesetzgebung in breisacher hinsicht ein Abweichen von ben Bestimmungen ber Reichsgesetzung (bes GEG. und ber StBD.) gestattet: sie barf alle Forsts und Feldrügesachen ber Bust andig teit ber Amtsgerichte zuweisen, sie barf die Mitwirfung ber Schöffen ausschließen und endlich ein besonderes Verfahren vorschreiben. Die Landeszgeschung kann sich auch auf die eine ober die andere Abweichung beschränken; es ist 3. B. die Digitized by

§. 4.

In Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern sinden die Bestimmungen der Strafprozeßordnung nur insoweit Anwendung, als nicht besons dere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimsmungen enthalten.

(Entm. § 4.)

Bulaffigfeit eines besonderen Berfahrens nicht bavon abhangig, daß die Mitwirfung ber Schöffen in Begfall fommt. Immer aber wird ein amtsgerichtliches Berfahren vorausgesett; für folche Forst= ober Feldrügesachen also, welche in erster Inftang (vgl. Note 11) von der Straffammer zu entscheiden find, darf etwas Abweichendes nicht vorgeschrieben werden.

- 10. Der Ausbruck "befonderes Berfahren" ift gleichbebeutend mit dem in Abs. 2 gesbrauchten Ausbruck "abweichendes Berfahren"; das in Note 6 Bemerkte sindet auch auf die Forsts und Feldrügesachen Anwendung. Daher darf die Landesgesetzgedung auch hinsichtlich der Beeidigung der als Zeugen auftretenden Forsts oder Feldbeamten besondere Bestimmungen treffen, also an Stelle der Eidesleistung (vgl. SIPC. § 63 n. Note 1 das.) die Berusung auf einen Diensteid oder auf einen eins sur allemal geleisteten Eid gestatten (Brot. S. 827); vgl. 3. B. §§ 23 –25 des prauß. Forstdiehst. Ges. (Note 7). Genso darf sie die Besugniß zur Beschlags nahme besonders regeln: Reser. III. 20, Nov. 84 (Entsch. XI. 321); vgl. § 16 des cit. preuß. Ges. u. dazu Reser. IV. 29. Jan. 86 (Entsch. XIII. 270, Ripr. VIII. 105).
- 11. Auch für die höheren Instanzen barf die Landesgesetzgebung besondere Bestimmungen treffen; hiersur spricht die ratio legis, der gegenüber auf den Wortsaut des Abs. 3 ("durch die Amtsgerichte") tein entscheidendes Gewicht zu legen ist (ein Komma hinter "Amtsgerichte" würde zur Berdeutlichung des Sinnes der Bestimmung genügt haben). Gl. A. Stenglein; a. M. Keller S. 649, John S. 95, Glaser I. S. 289. Sonach ist die Landesgesetzgebung insbes, befugt, die Rechtsmittel zu beschränken (vgl. z. B. § 32 des preuß. Forstdiebst.:Ges.), ebenso auch: die Besetzung des Gerichts höherer Instanz zu bestimmen (§ 19 Abs. 3 a. a. O.). Bgl. noch Kayser S. 20.
- 12. Durch eine bem Abs. 3 entsprechende Anordnung ber Landesgesetigebung wird ben Amtszgerichten nicht ber Charafter von Sondergerichten verließen; vielmehr gehören dieselben auch in ihrer Funktion als Gerichte für Forst oder Feldrügesachen zu den ordentlichen Gerichten. Demzufolge sindet § 269 der StPD. auch auf diese Strafsachen Anwendung: RGer. I. 4. März 86 (Entsch. XIII. 383). Auch kann eine solche Sache auf Grund des Zusammenhanges mit einer anderen Strafsache (StPD. § 2) mit dieser verbunden und vor ein Gericht höherer Ordnung gedracht werden: RGer. II. 4. Jan. 81 (Entsch. III. 157, Aspr. II. 693); es sindet alsdann § 5 der StPD. Anwendung. Die Landesgesetzgedung würde allerdings besugt sein, eine solche Berbindung auszuschließen (a. M. John S. 98.) Das preuß. Forstdiebst. Ges. enthält eine die Berbindung ausschließende Bestimmung nicht (vgl. das cit. Urth.). Bgl. noch GBG. § 13 Rote 15.

3u § 4.

- 1. Die Bestimmung Schlieft sich sachlich an biejenige bes EG. jum GBG. § 5 an und ift gleich biefer nur auf bie beutschen Lanbesherren und beren Familien zu beziehen. In Betreff ber Fürftlichen Familie Hohenzollern f. Note 1. b ju § 5 cit.
- 2. Die besonberen laubesrechtlichen Boridriften find sowohl in bem Falle maggebend, wenn es fich um ein Strafversahren gegen eine ber hier gebachten Berfonen felbft hanbelt, wie auch in bem anderen Falle, wenn eine biefer Bersonen in einem fonftigen Berfahren als Zeuge, als Inhaber eines Beweisstuds zc. in Betracht fommt. In bem erfteren Falle tonnen bie landesrechtlichen Borichriften sowohl bas Berfahren als Ganzes, wie auch einzelne Puntte besselben zum Gegenstande haben. hinsichtlich ber Ditglieber ber landesberrlichen Familien erwähnen die Mot. S. 233 z. B. biejenigen landesrechtlichen Bestimmungen, nach benen bie Zulässigteit ber Berfolgung

Digitized by GOGIE

§. 5.

Die prozestrechtlichen Borschriften ber Reichsgesetze werden burch bie Straf= prozestonung nicht berührt.

Wird in ben Fällen bes §. 101 ber Seemannsordnung gegen ben Bescheib bes Seemannsamtes auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so sinden auf das weitere Verfahren die §§. 455—458 ber Stafprozesordnung entsprechende Answendung.

(Cutm. § 5.)

ober ber Berhaftung an eine Ermächtigung seitens bes Lanbesherrn gebunden ist (vgl. 3. B. preuß. Krim.:D. v. 1805 § 251). In Betress ber Lanbesherren selbst (gegen welche ein Strasverfahren überhaupt nicht statthast ist; vgl. EG. zum GBG. § 5 Note 3), besteht die Bedeutung der Borschrift des § 4 u. A. darin, daß dieselben landesrechtlich von der Pflicht zum Zeugniß völlig befreit werden können; vgl. z. B. sächs. StPO. Art. 228 (welcher Art. sonach durch die StPO. nicht außer Kraft geseht ift).

- 3. Die abweichenben Bestimmungen ber hausversassungen ober ber Landesgesetze finden selbsteverständlich nur im Gebiete besjenigen Bunbesstaates Anwendung, von welchem fie erslassen find; in einem anderen Bundesstaate können die hier gebachten Personen sich nicht auf bas Recht ihres heimathoftaates berufen (vgl. Mot. S. 99). Sl. A. Binding S. 46.
- 4. Lagegen beschränkt fich bas Recht eines Bunbesftaates, abweichenbe Bestimmungen zu treffen, nicht auf die Mitglieber ber eigenen laubesherrlichen Familie; vielmehr können jene Bestimmungen auch hinsichtlich ber Mitglieber ber lanbesherrlichen Familien anberer Bunbesstaaten sur ben Fall, daß fie sich in bem erstgebachten Staate aufhalten, erlassen werben. Gl. A. Stengslein S. 91; a. M. John S. 100, Binding S. 47, Glaser I. S. 286.
 - 5. Bgl. StBD. § 71 u. bie Roten baf.

Zu § 5.

- 1. Der S behandelt nur das Berhaltniß ber Strafprozefordn ung zu ben bisber ergansemen Reichsgeseten. Inwiesern biese burch bie Ginsubrung bes Gerichtsverfassungsgesetes berührt worden, barüber f. EG. zum GBG. § 2 Rote 4.
- 2. Der Ausbruck "Reichsgesete e" ift hier im Gegensatz zu ben Landesgeseten (§ 6) gestraucht und umfaßt auch die s. g. Bollvereinsgesete. Die Bestimmung bes Abs. 1 ift ferner auch auf diejenigen Gesetes bes Rordbeutschen Bundes zu beziehen, welche nicht ausbrucklich zu Reichsgeseten erklärt sind.
- 3. Bu ben prozegrechtlichen Borichriften im Sinne bes § 5 gehören auch biejenigen, welche bas Strafverfahren im Bermaltungswege (vgl. GBG. § 13 Rote 2. a, 3) betreffen.
- 4. Die hauptfächlichften ber in ben sonstigen Reichsgesetzen enthaltenen ftrafprozestrechtlichen Bestimmungen find theils unten in Abth. III aufgenommen, theils auf bem Titelblatt jener Abth. aufgeführt.
- 5. Die strafprozegrechtlichen Borschriften ber Reichsgesesche stehen in ben Einzelheiten nicht überall mit ber StBD. im Einklang; vgl. z. B. die Fristbestimmung in § 35 bes Post-Ges. 28. Oft. 1871 mit berjenigen in § 459 ber StBD. Man hat indeß die StBD. und beren EG. nicht für ben geeigneten Ort zu einer "Revision ber in ben Spezialgesehen enthaltenen Bessimmungen" erachtet (Mot. S. 233).
- 6. Die Bestimmung bes Abs. 1 schließt es übrigens nicht aus, baß einzelne reichsgesetliche Borschriften in Folge ber Einführung ber StPD. mittelbar eine Beränberung ihres Inshalts ersahren haben. Dies gilt namentlich von ben Berweisungen auf solche Landesgesetze, welche sur das Bersahren vor ben ordentlichen Gerichten durch die StPD. außer Kraft gesetz sind: bie Berweisungen dieser Art sind jetzt auf die StPD. zu beziehen (vgl. dagegen § 3 Note 3. c). Die Rot. S. 233 führen serner beispielsweise den § 24 bes Pres: Ges. v 7. Mai 1874 an: unter dem dort bezeichneten zuständigen Gericht ist jetzt, zusolge § 98 Abs. 2 der StPD., der Amtsrichter zu versteben.

§. 6.

Die prozehrechtlichen Vorschriften ber Landesgesetze treten für alle Strafsachen, beren Entscheidung in Gemäßheit bes §. 3 nach den Vorschriften ber Strafprozeßsordnung zu erfolgen hat, außer Kraft, insoweit nicht in der Strafprozeßordnung auf sie verwiesen ist.

Unberührt bleiben bie landesgesetlichen Bestimmungen:

- 1. über die Boraussetzungen, unter welchen gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Bersammlung mahrend der Dauer einer Sitzungsperiode eine Strafverfolgung eingeleitet oder fortgesetzt werden kann;
- 2. über bas Berfahren bei Zuwiberhandlungen gegen bie Gesetze über bas Berzeins. und Berfammlungsrecht;
- 3. über bas Verfahren im Verwaltungswege bei Uebertretungen, wegen beren bie Polizeibehörden zum Erlaß einer Strafverfügung befugt find, und bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, insoweit nicht die §§. 453, 454, 455 und 459—463 ber Strafprozesordnung abändernde Bestimmungen treffen.

7. Bon ber Einführung ber StBD. unberührt geblieben find auch die prozestechtlichen Borschriften ber Staatsverträge bes Deutschen Reiches, ba lettere nach § 7. unter ben Begriff ber Reichsgesetz fallen (Mot. S. 234). Es kommen hier in Betracht: a) bie Austlieferungsverträge (vgl. § 6 Rote 5); b) bie Konfularverträge und bie hanbelss und Schiffsahrtsverträge, insofern biese Berträge einzelne Borschriften prozestechtlichen Inhalts, 3. B. über bie Befreiung ber Konsular-Archive, über bie Berfolgung besertirter Schiffsmannsschaft, über bie Unverlehlichkeit ber Konsular-Archive, über bie Berfolgung besertirter Schiffsmannsschaften 2c., enthalten.

Bu Abs. 2.

8. Wie die Mot. S. 234 hervorheben, enthält Abs. 2 teine Ausnahme von bem Grundsat bes Abs. 1; er regelt nur das, in der Seemannsordnung nicht geordnete gerichtliche Berfahren für ben Fall, wenn gegen ben Bescheid bes Seemannsamtes auf gerichtliche Entscheidung angetragen wird. Das Räbere f. bei § 101 ber Seemannsordnung (unten in Abth. III.).

3u § 6.

Bu Abf. 1.

- 1. Durch bie Einführung ber StBD. find bie ftrafprozegrechtlichen Borfchriften ber Lanbesgesethe nur für bie in § 3 Abf. 1 bezeichneten Straffachen außer Kraft gesetht. Bgl. § 3 Rote 3.
- 2. Nur die prozeßrechtlichen Borschriften ber Landesgesete find außer Krast getreten. Zu ihnen find die Bestimmungen über das in einzelnen Bundesstaaten noch bestehende landesherrliche Recht zur Abolition (Riederschlagung der Untersuchung) nicht zu zählen; dieses Recht ist daher durch die StPO. nicht ausgehoben. Hierüber gehen jedoch die Meinungen sehr auseinander; die Literatur über die Streitsrage s. dei Binding Hdb. I. S. 871. Inwiesern das Abolitionsrecht mittelbar durch das GBG. und die StPO. berührt worden, darüber s. GBG. Tit. 2 Rote 10. d., 13. Dagegen sind durch die StPO. diesenigen Bestimmungen außer Krast gesetzt, welche dem Landesherrn die Besugniß gewährten, noch in anderer Beise in den Gang des Strasversahrens ein zu greisen (vgl. Mot. zum GBG. S. 23, 24). Dies gilt namentlich von den Bestimmungen der Rev. sächs. StPO. Art. 319 Abs. 3 und Art. 387 Abs. 2, nach welchen der König in gewissen feine Wiederaufnahme des Bersahrens zu Gunsten eines Berurtheilten anordnen durste.
- 3. a. Innerhalb ihres fachlichen Geltungsgebiets (§ 3 Abf. 1) ift bie StBD. vollftanbig an bie Stelle bes Lanbesprozegrechts getreten, und es find nicht blos bie mit ihr nicht verein:

baren, sondern alle Borschriften des Landesprozestrechts außer Kraft gesett, insoweit nicht in der StBO., dem GBG. oder den Einschrungsgeseten (Note 4) auf dieselben verwiesen ift (Mot. S. 234). Die Borschriften des Landesprozestrechts sind selbst in Ansehung solcher Gegenstände beseitigt, über welche in der StBO. und dem GBG. Bestimmungen nicht getrossen sind: das Reichsprozestrecht tann (von den Berweisungen abgesehen) nicht durch das Landesrecht ergänzt werden. So entsbält 3. B. die StBO. keine Bestimmung darüber, ob derzenige, der eine Erklärung zum Protofoll des Gerichtsschreibers abgiedt, dieselbe zu unterschreiben habe; gleichwohl sind die etwaigen hierauf bezüglichen Borschriften der Landesgesetz außer Kraft getreten (vgl. Note 10. d. zu Buch 1 der StBO.). — Bgl. ferner GG. zum GBG. § 2 Note 5.

- b. Das Recht ber Landesregierungen, reglementare Borichriften über folche Gegenstande zu erlassen, welche nach allgemeinen Grundiagen nicht bem Gebiet ber Gesetzebung, sons bern bem der Berwaltung angehören (wie z. B. über die Einrichtung der Akten, die Art der Aufsbewahrung der Beweisstude 2c.), wird burch die StPO. nicht berührt. Es würde freilich ber Reichsgesetzebung nicht verwehrt sein, auch Gegenstande reglementarer Art in ihren Bereich zu ziehen und, insoweit dies geschähe, würde das Berordnungsrecht der Landesregierungen in Wegstall sommen.
- 4. a. Berweisungen auf bas Landesprozestrecht finden fich nicht blos in der StPO., sondern auch in dem EG. § 3, Abs. 2, 3, § 4, § 6 Abs. 2, serner im EG. 3. GBG. § 11 und im GBG. § 17.
- b. Die StPO. verweift nicht überall, wo sie bes Lanbebrechts erwähnt, auf die Lanbedzgesete, sondern mehrsach auf die Anordnungen der Landesjustizverwaltung. Die Berweisungen der letteren Art berühren zum Theil das Landesstaatsrecht, insosern nämlich durch einzelne von ihnen den Justizverwaltungen die Erlassung auch solcher Anordnungen übertragen wird, zu denen es wohl sonft in der Wehrzahl der Bundesstaaten eines Actes der Gesetzgebung bedurft haben würde; vgl. z. B. S 39, S 483 Abs. 3, S 420 Abs. 1. Uebrigens sind die Bundesstaaten nicht gehindert, die der Landesjustizverwaltung zugewiesenen Anordnungen im Wege der Gesetzgebung zu erlassen.
- c. Die Berweisungen auf das Landesrecht sind boppelter Art. Einestheils nämlich werden demselben Abweichungen von dem Reichsprozestrecht gestattet, so daß das letztere oder boch gewise Bestimmungen desselben nur die Bedeutung subsidiaren Rechtes haben. hierher gehören namentlich die Berweisungen des EG. zur StBD. SS 3, 4, 6, der StBD. SS 39, 483 Abs. 3, des EG. zum GBG. S 11, des GBG. S 17. Anderentheils stellt die Reichsgesetzgebung dei gewissen Bunkten eine unvollftändige Norm auf, deren Ausfüllung ausdrücklich oder stillschweigend dem Landesrecht überlassen ist und die ihren vollen Inhalt somit erst durch letzteres empfängt. hierher gehören u. A. die Bestimmungen der StBD. SS 64, 420 Abs. 1. Außerdem kommt das Landesrecht noch mehrsach in Ansehung solcher Einrichtungen in Betracht, welche, ohne dem Gebiet des Prozestechts anzugehören, doch in den Gang des Bersahrens eingreisen; vgl. z. B. in Betress der nallgemeinen Feiertage": StBD. S 43 Note 4, in Betress des Gerichtsarztes": S 87 Note 4. d.
- d. Innerhalb ber Grenzen, in welchen beim Intrafttreten ber StPD. lanbesrechtliche Borsichtiften bestehen bleiben ober erlaffen werden burien, bleiben bie Bunbesstaaten auch zu jebem fpateren Zeitpunkt besugt, neue Bestimmungen zu erlaffen. Gine Abweichung f. im GG. zum GBG. § 11 Note 3.
- 5. Zu ben Lanbesgesehen sind zwar vermöge ber Bestimmung bes § 7 auch bie von einzelnen Bundesstaaten mit auswärtigen Mächten geschlossenen Auslieferung verträge zu zählen. Da jedoch die Auslieferung eine nicht sowohl dem Strafprozehrecht, als vielmehr dem materiellen Strafrecht und dem Bölferrecht angehörender Gegenstand ist, so sind jene Verträge durch die Einsstrung der StPD. nicht außer Kraft geseht. Sie bleiben, mit der aus § 9 des StGB. sich erzgebenden Einschrüng, so lange in Kraft, als nicht das Reich selbst mit der betr. Macht einen Auslieserungsvertrag abschließt. (Gl. A. v. Bomhard S. 375, Staudinger S. 8.). Vgl. § 5 Rote 7.

Bu 216f. 2 Dr. 1.

- 6. Die Bestimmung bezieht sich namentlich auf biejenigen landesrechtlichen Borschriften, welche mahrend ber Dauer einer Sitzungsperiode die Einleitung eines Strafversahrens gegen ein Mitglied ber Landesvertretung ober die Berhaftung eines Mitgliedes von der Genehmigung ber Lans besvertretung abhängig machen ober ber lehteren die Besuguiß gewähren, die einstweilige Ausssetzung des Berfahrens ober der Berhaftung zu verlangen. Bgl. z. P. preuß. Berf.-Urf. Art. 84 Alb. 2, 4; bayer. Berf.-Urf. Tit. VII § 26.
- 7. Die bezüglichen Borichriften haben, ba etwas Entgegenflebenbes reichsgefehlich nicht ausgesprochen ift, nur fur benjenigen Bunbesftaat Geltung, in welchem fie erlaffen finb.
- 8. Die auf bie Mitglieber bes Reichstages bezügliche, ben hier gebachten landes= rechtlichen Borichriften entsprechenbe Bestimmung ber Reichsverfassung, welche nach § 5 von ber Ginführung ber StBD. gleichfalls unberührt bleibt, lautet:
 - Art. 31. "Ohne Genehmigung bes Reichstages fann tein Mitglieb besselben mahrenb ber Situngsperiobe wegen einer mit Strafe bebrohten handlung jur Untersuchung gezogen ober verhaftet werben, außer wenn es bei Ausubung ber That ober im Laufe bes nachftfolgenben Tages ergriffen wirb.

Gleiche Genehmigung ift bei einer Berhaftung megen Schulben erforberlich.

Auf Berlangen bes Reichstages wird jebes Strafverfahren gegen ein Mitglieb beffelben und jebe Untersuchungs- ober Civilhaft fur die Daner ber Sigungsperiobe aufgehoben."

Bu Mr. 2.

9. Die Bestimmung hat fo lange Bebeutung, als nicht bie in Art. 4 Rr. 16 ber Reichsverfassung in Aussicht genommene reich gefetliche Regelung bes Bereins wesens erfolgt. —
Unter ben aufrechterhaltenen lanbesrechtlichen Bestimmungen find namentlich biejenigen hervorzusheben, nach welchen bie Schließung eines Bereines burch gerichtliches Urtheil zu erfolgenhat. Bgl. z. B. preuß. Bbn. v. 11. März 1850 SS 8, 16 (GS. S. 277).

Bu Rr. 3.

- 10. Ueber bas Bermaltungs. Strafverfahren im Allgemeinen f. bie Roten jum GBG. § 13 unter I.
- 11. Die Bestimmung ber Rr. 3 gestattet ber Lanbesgesetzgebung, bei Uebertretungen (im Sinne bes StBG. § 1) in gewissen Grenzen und mit gewissen Beschränkungen ein Berwaltungss-Strafversahren vor ben Polizeibehörden eintreten zu lassen, in welchem bie letteren bie verswirkten Strafen durch Berfügung sestschen. Die StPO. regelt in Buch 6 Abichn. 2 bas gericht= liche Berfahren, welches stattsindet, wenn gegen die polizeiliche Strafversügung auf gerichtliche Entscheidung angetragen wird. Mit dem Berwaltungs-Strafversahren selbst beschäftigt sich die StPO. nur insosen, als sie a) die gedachten Grenzen und Beschänkungen sestsche (§ 453; vgl. GBG. § 13 Note 6) und b) einzelne Borschriften giebt, welche zwar in das Berwaltungs-Straf-versahren eingreisen, ihren Grund jedoch hauptsächlich in dem event. eintretenden gerichtlichen Bersssahren haben (§ 453 Abs. 3, § 454). Das Rährere s. in den Noten zur StPO. Buch 6 Abschn. 2.
- 12. a. hinsichtlich der Zuwiderhandlungen gegen die Borschriften über die Erhebung öffentslicher Abgaben und Gefälle geht die Bestimmung, wie ihre Fassung ergiebt, weiter als hinssichtlich der Uebertretungen (Note 11): sie läßt nicht blos das eigentliche Berwaltungs-Strafsverschren, also die Besugniß der Zoul 2c. Behörden zur Erlassung und Bollstreckung von Strafsbeschen, sondern erstreckt sich anch auf diejenigen Strassälle, in denen die Bershängung der Strass nur dem Gericht zusteht, insosern sie nämlich die Besugnisse der gedachten Behörden zum ersten Angriff, zur Ergreisung gewisser Untersuchungsmaßtegeln 2c. auch für diese Strassälle aufrecht erhält (Mot. S. 234). Im Uebrigen sindet das vorstehend (Note 11) Bemerke auch hier entsprechende Anwendung: die StPD. (Buch 6 Abschn. 3) beschäftigt sich mit dem Berwaltungs-Strasversahren nur unter den beiden in Note 11 unter a. und d. bezeichneten Gesichtspunkten; vgl. zu a.: SS 459, 463; zu b.: S 459 Abs. 2; das Rähere s. in den Notenz zur StPD. Buch 6 Abschn. 3.

§. 7.

Gefet im Sinne ber Strafprozefordnung und biefes Gesetzes ift jebe Rechtsnorm.

§. 8.

In den am Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung anhängigen Straffachen sind für das weitere Versahren die Vorschriften der Strafprozesordnung maßgebend. Die Landesgesetzgebung kann die zur Ueberleitung des Versahrens erforderlichen Bestimmungen treffen.

War jedoch vor bem Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung ein Endurtheil erster Instanz ergangen, so sinden auf die Erledigung der Sache bis zur rechtskräftigen Entscheidung die bisherigen Prozestgesetz Anwendung.

(Cutu. § 7.)

§. 9.

Bird ein vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung ergangenes Endurtheil erster Instanz in der höheren Instanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückgewiesen, so regelt sich das weitere Verfahren nach den Vorschriften der Strafprozesordnung.

(€utm. § 8.)

§. 10.

Für die Wiederaufnahme eines durch rechtsträftiges Urtheil geschlossenen Berfahrens sind die Vorschriften der Strafprozesordnung auch dann maßgebend, wenn das Urtheil vor dem Tage des Intrasttretens der Strafprozesordnung erlassen oder rechtsträftig geworden war.

(Entm. § 9.)

1. Zu ben Endurtheilen gehören nicht bie nach Art. 186 bes Code d'instr. crim. ergangenen Kontumazialurtheile, welche burch bloßen Einspruch bes Berurtheilten in Begsall kommen: RGer. L. 21. Mai 85 (Entsch. XII. 219). Ebensowenig die nach den preuß. Ges. v. 3. Mai 1852 Art. 39 und v. 25. Apr. 1853 § 9 und nach der StBD. v. 1867 §§ 456, 457 erlassenen Kontumazialurtheile, welche in Begsall kommen, sobald der Berurtheilte sich stellt ober zur Haft gebracht wird. Für Bayern vgl. DLG. München 25. Nov. 82 (Entsch. dieses Ger. II. 262).

(§ 9.) Zu § 10.

b. Eine reichsgesetliche Regelung bes eigentlichen Berwaltungs-Strafversahrens bei Zuwiderhandlungen ber in Rr. 3 bezeichneten Art ist die jest nur für die Bost-Strafpachen ersiolgt; vgl. Bost-Ses. vom 28. Oft. 1871 SS 34 ff. (unten in Abth. III). Was die Zolls und Steuer-Strafsachen betrifft, so enthalten die bezüglichen Reichsgesete bezw. Zollvereinsgesete war Bestimmungen über die Besugniß der Berwaltungsbehörden zum ersten Angriff zc., nicht aber über das weitere Bersafren und über das Recht zur Berhängung der Strafe. Ein Theil bieser Gesehe (vgl. z. B. S 18 bes Bechselssenselselsenselselsen v. 10. Juni 1869 in Berb. mit S 24 bes Reichsstempelabgaben: Ges. vom 1. Juli 1881; S 12 bes Tabatsteuer-Ges. v. 26. Mai 1868) verweist hinsichtlich bes Strasversahrens auf die Bestimmungen der Zollgesete; das Bereinszollgeset v. 1. Juli 1869 S 165 verweist aber seinerseits wiederum auf die Landesgesete.

c. In Betreff bes gerichtlichen Strafverfahrens vgl. Note 3 zu Buch 6 Abichn. 3 ber StBD.

^{1.} Die hier gegebene Auslegungsregel finbet fich auch in § 12 bes EG. 3. CBD.

^{2. — &}quot;Recht Bnorm" -- hieruber f. bas Rabere bei § 376 ber StBD.

^{1.} a. Die Borschrift bes § 10 gilt nicht blos für die formelle Behandlung eines Anstewe, Strasprozehorbnung. 5. Aussage.

§. 11.

Die Berfolgung von Beleibigungen und Körperverletungen findet nur nach ben Borfdriften ber Strafprozegorbnung ftatt.

Insoweit biese Verfolgung nach ber Gesetzgebung eines Bundesstaates im Wege bes Civilprozesses stattsand, richtet sich die Erledigung eines anhängigen Verfahrens nach ben Vorschriften bes Einführungsgesetzes zur Civilprozesordnung.

(Eutw. \$ 10.)

§. 12.

Auf bie Strafvollstredung finden bie Borfdriften ber Strafprozegorbnung

trages auf Bieberaufnahme bes Berfahrens, sondern auch für die Gründe der Wiederaufnahme und für die Berechtigung zur Stellung des Antrages; die gesammten Bestimmungen in Buch 4 ber StPO. sinden fortan auf jeden derattigen Antrag Anwendung. Die Wiederausnahme des Strafversahrens wird von dem Geseh nicht unter dem Geschtspunkt eines Rechtsmittels, sondern unter dem eines neu eröffneten Bersahrens ausgesaßt (Mot. S. 235). Die Rechte des Berurtheilten sind durch die StPO. für die meisten Rechtsgediete Deutschlands erheblich erweitert. Andererseits ift jeht aber auch zu Ungunsten eines vor dem 1 Oft. 1879 freigesprochenen oder verurtheilten Angeklagten die Wiederausnahme des Bersahrens nach Maßgade des § 402 statthaft, und zwar auch dann, wenn nach dem früheren Gesch (wie z. B. nach der preuß. Bdn. v. 3. Jan. 1849) eine solche Wiederausnahme gänzlich ausgeschlossen mar. Daß, wie Keller S. 655 meint, ein nachträgliches Geständniß des Freigesprochenen (§ 402 Rr. 4) die Wiederausnahme nur dann begründen könne, wenn es nach dem Inkragittreten der StPO. abgesegt sei, ist nicht anzuerkennen; gl. A. John S. 148, Glaser I. S. 314.

- b. Bar in dem früheren Berfahren, bem damals geltenden Prozestrecht gemäß, auf vorläufige Freisprechung ober auf Lossprechung von der Instanz erkannt, so liegt ein rechtsfräftiges Urtheil im Sinne der SIBO. nicht vor, und die Zulässigfeit eines neuen Berfahrens ift nicht an die Voraussekungen des § 402 ber StPO. gebunden, sondern nach den Bestimmungen bes früheren Prozestrechts zu beurtheilen, mährend im Uebrigen für das neue Bersahren die StPO. maßgebend ift. In ersterer hinsicht a. M. Stenglein S. 95.
- 2. hinsichtlich ber vor bem 1. Oft. 1879 ergangenen Urtheile ift, ba bie bamaligen Gerichte zu bestehen aufgehört haben, die Buftanbigkeit für die Entscheidung über die Bieberaufnahme landesgeschlich zu regeln gewesen, ebenso die Zuständigkeit für die Berhandlung und Entscheidung der Sache in bem wieder aufgenommenen Bersahren. Für Preußen ift diese Regelung in § 38 bes Ges. v. 31. März 1879 (GS. S. 332) erfolgt.
- 34 § 11.

 1. In einzelnen Theilen Teutschlands, insbes. im Geltungsgebiet ber preuß. Allg. Gerichtsordnung, wurde vor dem Infrastreten der StPO. auch über solche Brivatklagen, welche wegen
 Beleidigung ober Körperverletung erhoben und auf Berhängung der öffentlichen Strafe gerichtet waren, im Wege des Civilprozesses verhandelt und entschieden. Dieser s. g. Injurienprozeß ist duch die Einführung der SIPO. beseitigt. Durch die Bestimmung des § 11 Abs. 1
 ist aber serner auch die Unzulässigseit jeder auf Privatstrase, Abbitte, Widerrus und bergl. gerichteten
 Rlage ausgesprochen (Prot. S. 767 ff.). Eine beim Civilrichter zu erhebende Rlage kann nunmehr,
 wie bei anderen Delisten, so auch dei Beleidigungen und Körperverletungen nur den Auspruch auf
 Schabensersat zum Gegenstande haben.
- 2. Das Privatklageverfahren bei Beleibigungen und Körperverletzungen ift in ber StPO. Buch 5 Abichn. 1 geregelt; vgl. auch § 446.

3u § 12.

1. Die Bestimmung gilt auch für biejenigen Sachen, in welchen bie Strafvollstredung schon vor bem 1. Oft. 1879 begonnen hat (Mot. S. 235). Mit biejem Tage find alle Bestimmungen ber StBO. Buch 7 Abichn. 1 auf die laufenden Strafvollstredungen anwendbar geworden.

Anwendung, auch wenn die Strafe nach den bisherigen Borfchriften über das Strafverfahren erkannt ist.

(Cutm. § 11.)

2. Da bie StBO. in § 482 und in § 493 über bie Anrechnung ber Untersuchungshaft bem. bes Mu fenthalts in einer Rrantenanftalt Bestimmungen trifft, welche fur ben größten Theil Peutschlands neues Recht enthalten, fo entfteht bezüglich berjenigen Freiheitsftrafen, welche am 1. Oft. 1879 icon in ber Bollftredung begriffen waren, bie Frage: ob zufolge ber Borfchrift bet § 12 in ben von jenen beiben SS betroffenen Rallen eine Reuberechnung ber Straf= bauer erforberlich ober julaffig fei. Dies muß verneint werben. Strafprozeggefete haben grundfahlich feine rudwirtenbe Kraft. Gine folde murbe aber ben SS 482, 493 felbst bann nicht beigumeffen fein, wenn man in ihnen materiellrechtliche Bestimmungen erbliden wollte; benn nach § 2 Mi. 2 bes StBB. ift bie Rudwirtung neuerer milberer Strafgefete auf ben Fall beschränft, wenn bie Aenberung ber Befetgebung amifchen ber Beit ber Begehung ber That und bem Tage ber Aburtheilung (nicht ber Strafvollftredung) eingetreten ift. Etwas von biefen Grunbfagen Abweichenbes enthalt auch ber § 12 nicht; benn auch in ihm ift, ebenso wie in § 8, nur an bas "weitere" Berfahren gebacht. Sonach muß bei jeber einzelnen ber vorbezeichneten Strafen geprüft werben, welcher Theil berfelben am 1. Oft. 1879 bereits verbuft mar, und biefe Frage ift nur nach bem früheren Recht zu enticheiben. Auf die Bollftredung bes am 1. Dft. 1879 noch nicht verbust gewefenen Theiles ber Strafe findet bagegen § 493 volle Anwendung. In biefem Sinne hat fich auch ber preuß. Juft .= Min. in einem an bie Oberftaatsanwälte erlaffenen Reftript v. 6. Dez. 1879 ausgesprochen. A. DR. Reller S. 656, und in Betreff bes & 482 auch John S. 121.

II. Strafprozefordnung.

Vom 1. Februar 1877.

(R.G.BI. 1877 Nr. 8 S. 253 ff.)

Erftes Buch.

Allgemeine Bestimmungen.

Bum Erften Buche.

1. Die Ueberichrift bes Buches finbet ihre Erflärung barin, baß bie in beinfelben behanbelten Gegenstände für alle Stadien bes Berfahrens ihre entsprechende Bedeutung haben (Mot. S. 129). I. Bur Terminologie ber SIPO. und bes GBG.

2. "Gericht", "Richter" - hiernber finbet fich in ben Brot. S. 1121 folgende Erflarung ber Rebattionstommiffion: "Die Rommiffion habe fich bemuht, icharf zwifchen Richter und Gericht ju untericheiben. Ueberall, mo ein einzelner Richter nicht hanbeln folle, werbe, abgefeben von bem Falle, mo ber Umtsrichter bas Gericht bilbe, ber Ausbrud "Gericht" gebraucht. Bo aber ber einzelne Richter als folder hanbeln burfe (wie ber Amterichter im Borbereitungsverfahren, ber Untersuchungsrichter, der ersuchte oder beaustragte Richter), da werde das Wort "Richter" gebraucht. Damit fei aber nicht ausgefcoloffen, bag bas Bort "Richter" auch bas Gericht mit umfaffe. Den Ausbrud "Richter und Gericht" habe man als zu ichleppend vermieben. Benn von einem "Gericht" bie Rebe fei, folle ftets bas erfennenbe Gericht gemeint fein." Es lagt fich inbeg feineswegs anerkennen, bag bie Ausbrucksmeise ber StPD. und bes BBG, biefer Erklarung burchmeg. entspricht; vielmehr muß behauptet werden, daß die von der REA. bezeichnete scharse Unterscheibung in keinem ber beiben Gefete burchgeführt ift. Bor Allem ift ber Ausbrud "Gericht" keineswegs ausschließlich auf das erkennende Gericht zu beziehen; er bezeichnet namentlich auch bie beschließende Straffammer, so insbef. in ber Boruntersuchung; vgl. BBG. § 72, StBO. SS 178 ff., 196 ff. An manchen Stellen umfaßt er auch ben Anterichter im Borverfahren, ben Untersuchungerichter 2c., fo g. B. GBG. § 184 (vgl. § 182). Anbererseits wird ber Ausbrud "Richter" vorzugsweise ba gebraucht, wo bas Befet von ber richterlichen Gewalt in abstracto spricht, er umfaßt also bann sowohl bie Kollegien, wie bie einzelnen Richter; vgl. 3. B. StPD. SS 70, 73, 83, 98, 100, 105, 110, 114. Sonach fehlt es fowohl in ber StPD. wie im BBB. an einer festen Terminologie binfictlich ber Ausbrude "Richter" und "Gericht"; bie Frage, mas unter bem einen ober bem anberen ju verfteben fei, muß bei jeber einzelnen ber betr. Borschriften nach bem Sinne und Busammenhange berfelben beantwortet werben. 280 es fich um ben Gegenfat zwifchen bem Rollegium und einem einzelnen Richter handelt, bezeichnet ber Ausbruck "Gericht" bas erstere, fo 3. B. in ben SS 178, 179, 195 ber StBD. im Gegensat ju bem Unter= suchungerichter, in ben SS 241, 243 ff. im Gegensat zu bem Borfitenben. 3m fcmurgerichtlichen.

Digitized by GOOSIC

Berfahren wird unter "Gericht" bas Richtertollegium auch im Gegensatz ju ben Geschworenen verftanben; mgl. GBG. SS 81, 82, StBD. SS 314, 317.

Die für bie hauptverhandlung und Urtheilsfällung juftanbigen Gerichte werben, bem bisherigen Sprachgebrauch entsprechend, als "ertennende Gerichte" bezeichnet (vgl. z. B. StBD. \$23, 347, 377), obwohl bie StBD. ben Ausbrud "Erkenntniß" (für "Urtheil") nicht aufgenommen hat.

- 3. "Staatsanwaltichaft", "Staatsanwalt" hieruber f. BBG. Tit. 10 Rote 4.
- 4. "Befculbigter", "Angefdulbigter", "Angeflagter" hierüber f. StBD. § 155 u. bie Roten baf.
 - 5. "Berletter" hieruber f. bie Roten gur StBO. § 170; ogl. § 414.
- 6. "Unterfuchung", "Borverfahren", "Sauptverfahren" zc. hierüber f bie Noten gur SIBD. Buch 2 Abichnitt 2-6.
- 7. "Enticheibungen", "Beichluß", "Berfügung" 2c. hieruber f. bie Roten gur StBD. Buch 1 Abichu. 4.
 - II. Form ber Ertlarungen ber Prozegbetheiligten.
- 8. Bu ben Gegenstanben, benen eine allgemeine Bebeutung in bem oben (note 1) bezeichneten Sinne beiwohnt, gehort auch bie form berjenigen Erflarungen, mittelft beren bie Brogege betheiligten ihre prozeffualifchen Befugniffe außerhalb ber hauptverhanblungen und richterlichen Termine ausüben. Erklärungen bieser Art finb 3. B. diejenigen, durch welche Rechtsmittel eingelegt, begrundet ober beautwortet merben, ferner bas Befuch um Biebereinsetzung in ben porigen Stanb (§ 45), ber Ginfpruch gegen einen Strafbefehl (§ 449), bas Ablehnungsgefuch (§ 26) 2c. Dan ift bei Aufftellung bes ursprunglichen (nicht publigirten) Entw. ber StBD. bavon ausgegangen, bag, entsprechend bem bisherigen Rechtszustanbe, im Strafverfahren bie Erflärungen ber Brogegbetheiligten, insbef. bie bes Beidulbigten, im Allgemeinen nicht an Formen gu binben feien, es vielmehr ben Prozeftbetheiligten in ber Regel freifteben muffe, eine Erflärung mittelft Ginreichung eines formlofen Schriftfiids abjugeben ober auch an ber Berichtsftelle ju ericheinen und bie Erflarung munblich zu Protofoll zu geben. Demgemäß enthielt ber gebachte Entw. nur in Anfehung ber Rechtsmittel ausbrudliche Bestimmungen über bie form ber Erflarungen. Als berfelbe bemnachft im prengifchen Juftigminifterium einer Berathung unterzogen murbe und fich bas Bestreben geltenb machte, ibn thunlichft mit bem Entw. ber CBO. in Uebereinsteinmung ju bringen, murben aus biefem eine Angabl, bie form ber Ertlarungen betreffenber Bestimmungen in bie StaD. nibernommen, und namentlich ruhrt ber in ber StBD. jest haufig vortommenbe Baffus: "au Brotofoll bes Gerichtsichreibers ober ichriftlich" aus ber CBD. ber. Die RIR. hat bie Bahl ber Stellen, an benen fich eine Formvorschrift bieses Inhalts finbet, noch vermehrt. Es mare nun freilich richtiger gewesen, fatt biefer Gingelbestimmungen eine allgemeine Rorm aufzustellen; benn biefelben find - jumal bei Bergleichung mit folden Borfchriften, in benen über bie Form ber Erklatung nichts gefagt ift, 3. B. SS 16, 234 - geeignet, bie irrige Meinung hervorgurufen, als fei in ihnen etwas Befonberes vorgeschrieben, mabrend in Bahrheit bie gebachten Bestimmungen nichts Anberes aussprechen, als bie Anwendung ber fillschweigend angenommenen allgemeinen Rorm auf ein= zelne Arten von Erklärungen. Die Regel ist sonach bie: baß, insoweit bie StBD. nicht etwas Anberes vorichreibt (Rote 11), alle Erklarungen ber Prozegbetheiligten ebensowohl mittelft Gin= reichung eines formlofen, b. h. an teine weitere Form gebunbenen Schriftstuds, wie auch munblich gu Brotofoll abgegeben werben tonnen (a. D. Boitus Rontr. I S. 222 ff.). - Dies gilt auch von ben Erklarungen ber Beugen, Sachverständigen 2c., wenn es fich um bie Ausubung projeffualifcher Befugniffe berfelben banbelt (val. a. B. § 50 Mbf. 2).
- 9. a. Bas bie Abgabe ber Erklarungen mittelst Ginreichung eines Schriftstud's betrifft, so wird entsprechend bem Grundsat: baß im Strafversahren bie Rechtsverfolgung möglichst wenig an Formen zu binden sei, und insbes. in savorem defensionis ben etwaigen Mangeln bes Schriftstud's nicht die Bebeutung beizumessen soh sie bei rechtliche Birksamkeit der Einzeichung hindern. Es wird daher die betr. Erklarung auch dann für abgegeben zu erachten sein, wenn das eingereichte Schriftstud nicht mit einem Namen unterschrieben, sondern nur nit hande

zeichen (Kreuzen 2c.) unterzeichnet ift und diese einer Beglaubigung entbehren; wgl. RGer. II. 24. Oft. u. 14. Nov. 79 (Rspr. I. 69), woselbst es sich übrigens um einen nicht nach der StPO., sondern nach der preuß. Bdn. v. 3. Jan. 1849 zu beurtheilenden Fall handelte. Selbst der Mangel jeder Unterzeichnung wird für unschädlich zu erachten sein, sosern nur über die Berson des Einssenders kein Zweisel besteht oder ein etwa vorhandener Zweisel durch ein Anerkenntniß der bett. Berson seine Erledigung sindet; a. M. jedoch Wer. II. 9. Nov. 80 (Rspr. II. 484), 18. Febr. 87 (Rspr. IX. 144): eine der Unterschrift entbehrende Revisionsanmeldung sei unwirksam und könne auch durch die demnächsige formgerechte Andringung der Revisionsanträge nicht wirksam werden. Die Einreichung eines Schriftsucks verliert dadurch nicht ihre Wirksamkeit, daß der Einsender, statt selbst das Schriftsuck zu unterschen, basselbe durch eine andere Person mit seinem Ramen hat unterzeichnen lassen; gl. A. v. Kries S. 62 u. ansch.) Puchelt S. 545; a. M. Reller S. 438, Boitus Komm. S. 360.

b. Ueber die Frage: ob eine durch Telegramm abgegebene Erffärung als eine schrift- liche im Sinne des Gesehes anzusehen sei, haben die Meinungen geschwankt. Das RGer. hat in Betreff der Einlegung der Revision die Frage Ansangs verneint: III. 24. Jan. 80 (Rspr. I. 266), II. 5. Apr. 81 (Entich. IV. 59, Rspr. III. 201), neuerdings jedoch bejaht: III. 2. Juli 83 (Entich. IX. 38, Rspr. V. 480). Ebenso ist die telegraphische Andringung des Antrages auf Strafs versolgung für zuläsig erachtet: RGer. I. 16. Okt. 84 (Rspr. VI. 624). Da die letztgedachten Urth. berjenigen Aussalfung entsprechen, auf welcher das (den § 267 des StB. betreffende) Urth. der vereinigten Strafsen. v. 6. März 83 (Entich. VIII. 92, Rspr. V. 161) beruht, so darf die Bes jahung obiger Frage seitens des RGer. jeht als eine besinitive angesehen werden.

10. a. Indem die StBD. im Allgemeinen die Abgabe mundlicher Erklarung en an ber Gerichtsftelle gestattet, erkennt sie zugleich fillschweigend die Berpflichtung ber Gerichtsbehörden an, die Erklarungen entgegenzunehmen und burch ein Protofoll zu beurkunden. Diese Berpflichtung greift auch gegensiber bem Bertheibiger und bem Anwalt des Berletten Platz: auch diese Personen burfen z. B. ein Rechtsmittel mundlich anmelben, Revisionsantrage mundlich andringen zc. — Das Gleiche gilt im Allgemeinen von der Staatsanwaltschaft: auch die Beamten der letzteren sind besugt, Erklärungen zu Protofoll des Gerichtsschers abzugeben. Gin solches Berfahren der Staatsanwaltschaft ware indes, weil den Gerichtsbienst unnöthig erschwerend, unangemessen, und bieselbe wird baher, was auch ihrer Stellung als Behörde entspricht, ihre Erklärungen außerhalb ber hauptverhandlungen und Termine regelmäßig mittelst Anschreibens an das Gericht abzugeben haben.

b. Die Entgegennahme münblicher Erklarungen und die Aufnahme ber Prototolle über bies selben gehört zu bem Geschäftskreise bes Gerichtsschreibers. Indes werben auch solche Erklarungen, welche ein Richter ohne Mitwirkung des Gerichtsschreibers zu Prototoll nimmt, für rechtlich wirksam zu erachten sein, da den Beurkundungen des Richters mindestens derselbe öffentliche Glaube, wie denen des Gerichtsschreibers, beigemessen muß. — Bird in einer Hauptsverhandlung ober in einem anderen richterlichen Termine von den Prozestetseiligten eine Erklärung abgegeben, deren Abgabe und Entgegennahme nicht in die Hauptverhandlung oder den Termin gehört, so besteht zwar für das Gericht keine Berpflichtung, die Erklärung durch das Situngs bezw. Terminsprototoll zu beurkunden; wenn dies dennoch geschieht, so ist die Abzgabe der Erklärung für rechtlich wirksam zu erachten. In Betreff der Anmelbung von Rechtssmitteln in der Hauptverhandlung seiedoch die Noten zu S 355 und zu S 381.

c. Ueber die Protofolle bes Gerichtsschreibers enthält die StPO. teine Bestimmungen, wie solche hinsichtlich der Termins: und der Situngsprotosole in den SS 186, 271—273 enthalten sind. Es läßt sich daher nicht ausstellen, daß die Unterzeichnung des Protosoles durch den Ersklärenden nothwendig sei, wenngleich es immerhin sich empsehlen wird, die Bestimmung des S 186 Abs. 3 auch hier zu befolgen. Bgl. EG. S 6 Note 3. a.

d. Bei ben Borten "Bu Brotofoll bes Gerichtsschreibers" hat bas Gefet nur ben Gerichtsichreiber bes mit ber Sache befaßten Gerichts im Auge, wie auch aus ber Ausnahmevorschrift
bes § 341 erhellt; vgl. RGer. III. 16. Febr. 81 (Ripr. III. 50). Gine bei einem anberen Gericht
zu Protofoll gegebene Erklärung ift an sich wirfungsloß; fie ift jeboch, falls fie von bem Erklärenben

Erfter Abidnitt.

Sacliche Buftanbigfeit ber Gerichte.

unterzeichnet ist und dem befaßten Gericht übersandt wird, als eine bei dem letzteren schriftlich abgegebene zu behandeln. Für die Wahrung einer Frist kommt es in einem solchen Falle lediglich auf denjenigen Zeitpunkt an, zu welchem die Erklärung dei dem befaßten Gericht eingeht.

11. Die oben (Rote 8) aufgestellte Regel unterliegt einigen, indeß nicht zahlreichen Außenahmen, indem die StPD, einerseits bei gewissen Erflärungen die mundliche Abgabe ansichließt und andererseits in gewissen bie Einreichung eines Schriftftuds nur dann zuläst, wenn dassselbe von einem Rechtsanwalt oder von dem Bertheibiger unterzeichnet ift. In ersterer Beziehung i. 3. B.: § 436, in letterer: § 385, 406. In den Fällen der §§ 170, 430 Abs. 2 bilbet die Einzeichung einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift die allein zulässige Form der Erstlärung. -- In Betress bes berhafteten Beschuldigten vgl. noch § 341.

Bum Grften Abidnitt.

- 1. a. Bon ber Zuständigkeit ber Gerichte ist im Strasversahren in zweisacher, nämlich in sachlicher und in örtlicher hinsicht die Rebe. Die örtliche Zuständigkeit der Gerichte ift in Abschn. 2 geregelt. In Betreff des Begriffes der sachlichen Zuständigkeit voll. GBG. § 12 Note 7. Der Abschn. 1 hat hauptsächlich die sachliche Zuständigkeit im engeren Sinne, d. h. die Zuständigkeit der erkennenden Gerichte erster Justanz, zum Gegenstande.
- b. Der Entw. ber StPO. enthielt einen bie sachliche Zufländigkeit behandelnden Abschnitt nicht; erst die RER. hat den Abschn. 1. aufgenommen, der dem Abschn. 1 ber EPO., freilich mehr änserlich als inhaltlich, entspricht. Die Bestimmungen des Abschn. sind theils neu, theils sauden sie sich zerstreut in dem Entw. vor. Uedrigens umfast der Abschn. nur einen kleinen Theil der die jachliche Zuständigkeit betrefsenden Bestimmungen der StPO.; er handelt hauptsächlich von dem Zusammenhange unter mehreren Strafsachen und dem Einstuß desselben auf die sachliche Zuständigkeit; nur die SS 1, 6 haben einen anderen Juhalt. Die StPO. enthält Borschriften über die sachliche Zuständigkeit u. A. noch in den SS 176, 207, 209 Abs. 2, 269, 270, 377 Nr. 4, 388, 394 Abs. 3, 395, 477, 494 Abs. 3.
- 2. Ueber bie Erlebigung eines bie sachliche Buftanbigkeit betreffenden Streites hat bie StPO. Bestimmungen, wie solche hinsichtlich ber örtlichen Buftanbigkeit in ben §§ 14, 19 enthalten finb, nicht getroffen.
- a. In Betreff ber Möglichkeit eines positiven Buflanbigfeitoftreits ift Folgenbes ju bemerten: Ift eine Straffache bei einem Gericht auhängig geworben, fo barf ein anderes Gericht mit ihr felbst bann nicht befaßt werben, wenn sich ergiebt, daß ber That eine andere ftrafrechtliche Qualifikation beimobnt ale biejenige, unter melder fie anhangig gemacht morben ift. Sat 3. B. ber Amisanwalt bie öffentliche Klage bei bem Schöffengericht (Amisgericht) wegen einer That erhoben, in welcher er einen einfachen Diebstahl (vgl. GBG. § 27 Nr. 4) erblickt hat, so barf der Staatsanwalt die Klage bei ber Straffammer selbst bann nicht erheben, wenn er der Meinung ist, bak der Diebstahl ein schwerer sei. Der Staatsanwalt kann in einem solchen Kalle seine Ansicht nur in ber Art gur Geltung bringen, bag er in ber hauptverhandlung por bem Schöffengericht auf bie Erlaffung einer Unzuständigkeitserklärung hinwirkt (vgl. auch GBG. 88 146, 147). — 3ft inbeß bieselbe Sache, vermöge ber Unkenntniß ber einen Behörbe über bie bei ber anberen an= fangige Berfolgung, bennoch bei zwei Gerichten verschiebener Ordnung anhangig geworben, so wirb bas Gericht nieberer Orbning, felbft wenn es bas querft befagte Gericht ift und gleichviel wie es materiell bie Sache beurtheilt, fein Berfahren burch Befdluß einzustellen und bie Untersuchung bem Gericht hoherer Ordnung zu überlassen haben, ba bei einem berartigen Berfahren jeder Buftanbigkeitsftreit vermieben, außerbem aber ber materiellen Beurtheilung ber Sache in keiner Weise vorgegriffen wird. Für diese Ansicht spricht auch solgende Erwägung: Es kann eine Strafsache, für die an sich unbestritten nur das Schöffengericht zuständig ift, bei diefem Gericht, zugleich aber vermöge bes Zusammenhanges mit der anderen Sache (§ 2) bei der Straffammer anhängig ges

Digitized by GOOGLE

§. 1.

Die sachliche Buftanbigkeit ber Gerichte wird burch bas Gefet über bie Gerichtsverfassung bestimmt.

(I. II. III. Entm. § -.)

macht worden sein. In diesem Falle kann es keinem Bebenken unterliegen, daß das schöffengerichtliche Bersahren einzustellen ist; benn die betr. Sache könnte ja selbst bann, wenn sie noch nicht bei ber Strafkammer anhängig ware, durch Beschus ber letteren bem Schöffengericht jederzeit entzogen werden (§ 4 Abs. 2). Es liegt aber wohl kein Grund vor, zwischen einem berartigen Falle und bem Falle ber ersterwähnten Art einen Unterschied zu machen. Gl. A. Reller S. 2; a. M. Puchelt S. 26, 27 u. John S. 138 (welche ben § 14 für analog anwendbar erachten).

b. Ein negativer Buftanbigfeitsftreit zwijchen Gerichten verschiebener Orbnung erscheint nach ben SS 207, 209, 269, 270 im Allgemeinen ansgeschlossen; bas Rabere siehe in ben Roten zu biesen SS sowie zu S 178. Gine Ausnahme f. im GBG. S 136 Rote 5. a.

3. Ueber bie fachliche Buftanbigfeit ber Beamten ber Staatsanmaltichaft f. GBG. § 143.

Bu § 1.

1. Der Geschäftstreis ber Gerichte (bie sachliche Zuständigkeit i. w. S.) und insbes. berjenige ber erkennenden Gerichte erster Instanz (die sachliche Zuständigkeit i. e. S.) wird hauptsachlich burch das GBG. bestimmt: §§ 27—29, 72—76, 78, 80, 123, 136, 158, 160, 183 Abs. 3;
vgl. das. § 12 Note 7, § 24 Note 1, § 59 Note 1. Doch enthält auch die StBD. Borschriften,
welche die Begründung ber sachlichen Zuständigkeit betreffen, so B. in § 98 Abs. 2, § 100
Abs. 3, § 125 Abs. 2, §§ 128, 160, 176, 477, § 494 Abs. 3. — In Betreff berjenigen Borschriften
ber StBD., welche die Erörterung und Feststellung ber sachlichen Zuständigkeit regeln, vgl.
oben Note 1. b zu Abschn 1.

Sachliche Buftanbigfeit ber ertennenben Gerichte erfter Inftang (f. 3. im engeren Sinne).

2. a. Die Reichsgesetzung bat in ben meiften Bunbesftaaten brei Arten (Orbnungen) erkennenber Gerichte erfter Inftang vorgefunden, beren Buftanbigkeit im Allgemeinen nach ber Art (Schwere) ber ftrafbaren Sandlungen bestimmt mar, bergeftalt, bag bie jur Aburtheilung ber schwersten Straffalle berufenen Gerichte als Gerichte höchster Orbnung, die anderen aber als Gerichte mittlerer bezw. unterfter Ordnung bezeichnet und bem entsprechend bie Ausbrude: "höhere (größere)" und "niebere (geringere) Buftanbigfeit" gebraucht murben. Diefe Ginrichtung und bie mit ihr jusammenhangenbe ebengebachte Ausbrudsweise ift von ber Reichsgesetzing beibehalten worben, jeboch mit ber Mobifitation, bag ben brei Orbnungen erstinftanglicher Strafgerichte (Schwurs gerichte, Straffammern, Schöffengerichte) noch bas Reichsgericht in feiner Gigenschaft als Gericht erfter Inftang (GBG. § 136 Rr. 1) hingutritt. Siernach besteben reichsrechtlich vier Orbnungen erkennenber Strafgerichte erster Instanz, und zwar stellt bas Reichsgericht bas Gericht höchster Orbnung bar; vgl. GBG. § 136 Rote 4. — Unter ber Bezeichnung "Schöffengericht" ift hier auch ber Amisrichter, wenn er ohne Buziehung von Schöffen verhandelt und enticheibet (StBD. § 211 Abs. 2, GG. § 3 Abs. 3), mit inbegriffen; bie Amtggerichte find auch binfictlich bes ebengebachten Falles nicht als eine besondere (etwa unter ben Schöffengerichten ftebenbe) Orbnung erfennenber Gerichte aufzufaffen; vgl. GBG. § 12 Rote 3.

b. Nach Maßgabe bes Borstehenben (a) lassen fich bie Straffachen in reichsgerichtliche, schwurgerichtliche, Ian bgerichtliche und schöffen gerichtliche eintheilen. Unter ben landgerichtlichen Straffachen werben bie zur Zustänbigkeit ber Straffammern gehörigen verstanben, unter ben schöffengerichtlichen bie amtsgerichtlichen mit inbegriffen. In Betreff ber schöffengerichtlichen saußerbem GBG. § 29 Note 2. b.

3. Sieht man von ber besonderen, auf ftaatbrechtlicher Grundlage beruhenden Zuständigkeit bes Reichsgerichts ab (vgl. GBG. § 136 Rr. 1 u. Note 2 das. sowie Tit. 2 Note 1, 2), so hat die Regelung der sachlichen Zuständigkeit i. e. S. (GBG. §§ 27—29, 73—75, 80) ihren Ausgangspunkt in der im StGB. § 1 aufgestellten Dreitheilung der ftrafbaren Sandlungen

Digitized by GOOGIC

in Berbrechen, Bergeben und Uebertretungen: fur bie Berbrechen find ber Regel nach bie Schwurgerichte, fur bie Bergeben bie Straftammern, fur bie Uebertretungen bie Schoffengerichte juftanbig (GBG. § 27 Rr. 1, § 73 Rr. 1, § 80). Bon biefer Regel finb inbeg bebufs ber Bereinfachung des Berfahrens fo umfangreiche Abweichungen gemacht, daß biefelbe beinahe mehr eine theoretische als eine praftifche Bebeutung hat; es find nämlich in weitem Umfange die Straffammern auch jur Enticheibung über Berbrechen, Die Schöffengerichte auch jur Enticheibung über Bergeben berujen. Diefe Abmeichungen von ber Regel aber beruhen auf Befichtspuntten mannigfacher An, über welche fowohl zwischen ben Regierungevertretern und ber RER. wie auch innerhalb ber levieren felbst die größten Deinungsverschiedenheiten bestanden haben, so daß die Beschlüffe ber RER. wiederholt geanbert worben find. Der Regelung ber fachlichen Auftanbigfeit liegt biernach feineswegs ein einheitliches System zu Grunde; vielmehr beruht biefelbe auf einer Rombinirung verschiebener Syfteme, indem theils bie in thesi angebrobte, theils die im Gingelfalle (muthmaßlich) eintretende Strafe, theils bie Beschaffenheit bes Delifts bas bie Zustänbigkeit bestimmende Moment bilbet, woneben bei einzelnen Borichriften noch anbere speciellere Rudfichten maßgebenb gewesen find. Diese Momente aber treten wiederum in verschiedener Weise hervor bei Bestimmungen ber Zuftanbigkeitegrenze zwischen bem Schwurgericht und ber Straffammer einerfeits unb mijden ber Straftammer und bem Schöfjengericht andererfeits. — Bas bie Buftanbigkeitsgrenze miten bem Schwurgericht und ber Straftammer betrifft, fo find gewisse Berbrechen mit Rudnicht auf ben Hochstetrag ber angebrohten Strafe ben Bergeben gleichgeftellt (GBG. § 73 Rr. 2); andere find ihrer Beschaffenheit wegen ber Straftammer zugewiesen (§ 73 Rr. 4-7), und eben bieje Rudficht liegt ber in § 73 unter Rr. 2 hinzugefügten Ausnahmebestimmung zu Grunde. Die Borfdrift bes § 73 Rr. 3 nimmt hauptfachlich auf bie Berfonen ber Befdulbigten Rudficht. - Anlangend bie Bufianbigfeitegrenze zwischen ber Straffammer und bem Schöffengericht, in find gemiffe Bergeben mit Rudficht auf ben Bochftbetrag ber angebrobten Strafe ben Uebertretungen gleichgestellt (BBG. § 27 Rr. 2), mabrent ben Borfchriften in § 27 Rr. 3 und benen in § 74 bie Rudficht auf bie Beschaffenheit ber betr. Delitte zu Grunde liegt. Gewisse Bergeben aber konnten im Sinblid auf bie große Bericiebenheit ber einzelnen Ralle und ber Bobe ber gu veihangenben Strafen weber ichlechthin ber Straffammer, noch ichlechthin bem Schöffengericht gugetheilt werben; bei ihnen hat baber bas Gefet bie im Gingelfalle muthmaglich eintretenbe Strafe für maggebend erachtet und bemgufolge unter gemiffen Boransfehungen bie Ueberweifung ber einiclnen Sache von ber Straffammer an bas Schöffengericht (GBG. § 75) vorgeschrieben. Die Rudficht auf bie Strafe bes Gingelfalles liegt auch ben Bestimmungen bes BBG. § 27 Rr. 4-7 ju Grunbe: in ben bort bezeichneten gallen wirb bie Berbangung einer geringeren Strafe vermuthet, und man hat baher die unmittelbare Auhangigmachung ber Sache bei bem Schöffengericht int julaffig und eine Borprufung und Ueberweifung berfelben burch bie Straftammer fur ent= behrlich erachtet. In Betreff ber Bestimmung bes § 27 Nr. 8 f. baf. Rote 24.

4. In Betreff ber Begriffe "Berbrechen, Bergeben, Uebertretung" f. SiGB. § 1 und bie Erlauterungen ju biefem § in ben Kommentaren jum StGB. hier ift Folgenbes zu bemerten:

a. Stellt das Strafgeset für eine handlung verschiedene Strafanbrohungen auf, in der Art, daß prinzipaliter Gefängniß und nur für den Fall des Borhandenseins gewisser ersichwerenden Umftände Zuchthaus angedroht ist, so ift die handlung nur in denjenigen Fällen als Berbrechen zu qualifiziren, in denen diese Umftände vorliegen; ohne dieselben ist sie ein Berzgehen. Beispiele s. im StBB. §§ 221, 340, § 348 in Berd. mit § 349. Bei gewissen Bergehen Erich Berzgehen. Beispiele s. im StBB. §§ 244, 261, 264) biset auch der Rücksall einen die Qualität als Berbrechen begrünzbenden erschwerenden Umstand. Das Gesagte würde entsprechende Anwendung auch dann sinden, wenn ein Strafgeset prinzipaliter haft oder Gelbstrafe dis zu 150 Mart, für den Fall des Borzhandenseins gewisser erschwerenden Umstände aber Gefängniß oder eine höhere Gelbstrafe androhen sollte (Uebertretung — Bergehen). Umgekehrt bleiben solche Vorschriften, welche für den Fall des Borhandenseins gewisser Milberungsgründe oder "milbernder Umstände" eine gestingere als die prinzipaliter vorgeschriebene Strafe androhen, bei Bestimmung der Begriffe "Berzligtet dy

Bu Abs. 2 Mr. 1.

- 6. Die Bestimmung bezieht sich namentlich auf biejenigen laubesrechtlichen Borschriften, welche mahrend ber Dauer einer Sigungsperiobe bie Einleitung eines Strafversahrens gegen ein Mitglieb ber Lanbesvertretung ober bie Berhaftung eines Mitgliebes von ber Genehmigung ber Lans besvertretung abhängig machen ober ber lehteren bie Besugniß gewähren, die einstweilige Aussehung bes Bersahrens ober ber Berhaftung zu verlangen. Bgl. z. B. preuß. Bers.-Urf. Art. 84 Abs. 2, 4; bayer. Bers.-Urf. Tit. VII § 26.
- 7. Die bezüglichen Borichriften haben, ba etwas Entgegenstehenbes reichsgefehlich nicht ausgesprochen ift, nur fur benjenigen Bunbesstaat Geltung, in welchem fie erlaffen finb.
- 8. Die auf bie Mitglieber bes Reichstages bezügliche, ben bier gebachten Ianbesrechtlichen Borichriften entsprechenbe Bestimmung ber Reichsverfaffung, welche nach § 5 von ber Einführung ber StBD. gleichfalls unberührt bleibt, lautet:
 - Art. 31. "Ohne Genehmigung bes Reichstages tann tein Mitglieb beffelben mahrenb ber Sihungsperiobe wegen einer mit Strafe bebrohten handlung zur Untersuchung gezogen ober verhaftet werben, außer wenn es bei Ausübung ber That ober im Laufe bes nachftjolgenben Tages ergriffen wirb.

Gleiche Genehmigung ift bei einer Berhaftung wegen Schulben erforberlich.

Auf Berlangen bes Reichstages wird jebes Strafverfahren gegen ein Mitglied beffelben und jebe Untersuchungs: ober Civilhaft fur die Dauer ber Sigungsperiobe aufgehoben."

Bu Mr. 2.

9. Die Bestimmung hat so lange Bebeutung, als nicht bie in Art. 4 Rr. 16 ber Reichsverfassung in Aussicht genommene reich Sgesehliche Regelung bes Bereins wesens erfolgt. —
Unter ben aufrechterhaltenen lanbesrechtlichen Bestimmungen sind namentlich biejenigen hervorzuheben, nach welchen die Schließung eines Bereines burch gerichtliches Urtheil zu ersolgen.
hat. Bgl. z. B. preuß. Bbn. v 11. März 1850 SS 8, 16 (95. 6. 277).

Bu Rt. 3.

- 10. Ueber bas Bermaltungs:Strafverfahren im Allgemeinen f. bie Noten jum GBG. § 13- unter I.
- 11. Die Bestimmung ber Rr. 3 gestattet ber Lanbesgesetzgebung, bei Uebertretungen (im Sinne bes StBG. § 1) in gewissen Grenzen und mit gewissen Beschänkungen ein Berwaltungsschrafversahren vor ben Polizeibehörden eintreten zu lassen, in welchem bie letteren die verswirkten Strasen durch Berfügung sessischen. Die StPD. regelt in Buch 6 Absan. 2 das gerichtsliche Bersahren, welches statssiliche, wenn gegen die polizeiliche Strasversugung auf gerichtliche Entscheidung angetragen wird. Mit dem Berwaltungsschrasversahren selbst beschäftigt sich die StPD. nur insosen, als sie a) die gedachten Grenzen und Beschänkungen sessische (§ 453; vgl. GBG. § 13 Note 6) und b) einzelne Borschriften giebt, welche zwar in das Berwaltungsschrassversahren eingreisen, ihren Grund jedoch hauptsächlich in dem event. eintretenden gerichtlichen Berssahren haben (§ 453 Abs. 3, § 454). Das Nährere s. in den Noten zur StPD. Buch 6 Abschn. 2.
- 12. a. hinsichtlich ber Zuwiberhanblungen gegen bie Borschriften über die Erhebung öffentslicher Abgaben und Gefälle geht die Bestimmung, wie ihre Fassung ergiebt, weiter als hinssichtlich ber Uebertretungen (Note 11): sie läßt nicht blos das eigentliche Berwaltungs-Strassversahren, also die Besugniß der Zoul 2c. Behörden zur Erlassung und Bollstreckung von Strass beschen fortbestehen, sondern erstreckt sich auch auf diesenigen Strassäule, in denen die Berzhängung der Strase nur dem Gericht zusieht, insosern sie nämlich die Besugnisse der gedachten Behörden zum ersten Angriff, zur Ergreisung gewisser Untersuchungsmaßregeln 2c. auch für diese Strassäule aufrecht erhält (Mot. S. 234). Im Uedrigen sindet das vorstehend (Note 11) Bemerkte auch hier entsprechende Anwendung: die StPD. (Buch 6 Absch. 3) deschäftigt sich mit dem Berwaltungs-Strasversahren nur unter den beiden in Note 11 unter a. und b. bezeichneten Gesichtspunkten; vgl. zu a.: §§ 459, 463; zu b.: § 459 Abs. 2; das Rähere s. in den Notenzur StPD. Buch 6 Absch. 3.

§. 7.

Seset im Sinne ber Strafprozesordnung und dieses Gesetzes ist jebe Rechtsnorm.
(Cutu. § 12.)

§. 8.

In ben am Tage bes Intrafttretens ber Strafprozesorbnung anhängigen Straffachen sind für das weitere Verfahren die Vorschriften der Strafprozesordnung maßgebend. Die Landesgesetzgebung kann die zur Ueberleitung des Verfahrens erforderlichen Bestimmungen treffen.

War jedoch vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung ein Endurtheil erster Instanz ergangen, so sinden auf die Erledigung der Sache bis zur rechtskräftigen Entscheidung die bisherigen Prozesigesete Anwendung.

(Cutw. § 7.)

§. 9.

Bird ein vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung ergangenes Endurtheil erster Instanz in der höheren Instanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückgewiesen, so regelt sich das weitere Versahren nach den Vorschriften der Strafprozesordnung.

(Eutm. § 8.)

§. 10.

Für die Wieberaufnahme eines durch rechtsträftiges Urtheil geschlossenen Bersfahrens sind die Vorschriften der Strafprozesordnung auch dann maßgebend, wenn das Urtheil vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozesordnung erlassen oder rechtskräftig geworden war.

(Entw. § 9.)

c. In Betreff bes gerichtlichen Strafverfahrens vgl. Note 3 ju Buch 6 Abichn. 3 ber StBD.

Au § 8.

(§ 9.) 2. § 10

3n § 10.

b. Eine reichsgesetliche Regelung bes eigentlichen Berwaltungs-Strafverfahrens bei Zuwiderhandlungen ber in Rr. 3 bezeichneten Art ist bis jest nur für die Bost-Straffachen ersiolgt; vgl. Bost-Ses. vom 28. Oft. 1871 SS 34 ss. (unten in Abth. III). Bas die Zolls und Steuers-Strafsachen betrifft, so enthalten die bezüglichen Reichsgesete bezw. Zollvereinsgesete zwar Bestimmungen über die Besugniß der Berwaltungsbehörden zum ersten Angriss 2c., nicht aber über bas weitere Bersahren und über das Recht zur Berhängung der Strafe. Ein Theil bieser Gesete (vgl. z. B. S 18 bes Bechselstempelsteuers-Ges. v. 10. Juni 1869 in Berb. mit S 24 bes Reichsstempelabgaben:Ges. vom 1. Juli 1881; S 12 bes Tabaksteuers-Ges. v. 26. Mai 1868) verweist hinsichtlich bes Strasversahrens auf die Bestimmungen der Zollgesete; das Bereinszollgeset v. 1. Juli 1869 S 165 verweist aber seinerseits wiederum auf die Landesgesete.

^{1.} Die hier gegebene Muslegungsregel finbet fich auch in § 12 bes GG. 3. CBD.

^{2. - &}quot;Rechtenorm" -- hierüber f. bas Rabere bei § 376 ber StBD.

^{1.} Zu ben En burth eilen gehören nicht bie nach Art. 186 bes Code d'instr. crim. ergangenen Kontumazialurtheile, welche burch bloßen Einspruch bes Berurtheilten in Begsall fommen: RGer. L. 21. Rai 85 (Entich. XII. 219). Ebensowenig bie nach ben preuß. Ges. v. 3. Mai 1852 Art. 39 und v. 25. Apr. 1853 § 9 und nach ber StPD. v. 1867 §§ 456, 457 erlassenen Kontumazialurtheile, welche in Begsall fommen, sobalb ber Berurtheilte sich stellt ober zur haft gebracht wirb. Für Bayern vgl. DLG. München 25. Nov. 82 (Entsch. bieses Ger. II. 262).

^{1.} a. Die Borschrift bes § 10 gilt nicht blos für bie formelle Behanblung eines Anstene, Strasprozehorbnung. 5. Auflage.

§. 11.

Die Verfolgung von Beleibigungen und Körperverletungen findet nur nach ben Vorschriften ber Strafprozegorbnung statt.

Insoweit biese Verfolgung nach ber Gesetzgebung eines Bundesstaates im Wege bes Civilprozesses stattsand, richtet sich die Erledigung eines anhängigen Verfahrens nach ben Vorschriften bes Ginführungsgesetzes zur Civilprozesordnung.

(Entw. § 10.)

§. 12.

Auf bie Strafvollstredung finben bie Borfdriften ber Strafprozegorbnung

trages auf Bieberausnahme bes Bersahrens, sondern auch für die Gründe der Wiederausnahme und für die Berechtigung zur Stellung des Antrages; die gesammten Bestimmungen in Buch 4 ber StPO. sinden sortan auf jeden deratigen Antrag Anwendung. Die Wiederausnahme des Strasversahrens wird von dem Geseh nicht unter dem Geschtspunkt eines Rechtsmittels, sondern unter dem eines neu erössneten Bersahrens ausgesaft (Mot. S. 235). Die Rechte des Berurtheilten sind durch die StPO. für die meisten Rechtsgediete Deutschlands erheblich erweitert. Andererseits ist jest aber auch zu Ung un sten eines vor dem 1 Oft. 1879 freigesprochenen oder verurtheilten Angeklagten die Wiederausnahme des Versahrens nach Maßgade des § 402 statthaft, und zwar auch dann, wenn nach dem süheren Geseh (wie z. B. nach der preuß. Bdn. v. 3. Jan. 1849) eine solche Wiederausnahme gänzlich außgeschlossen war. Daß, wie Keller S. 655 meint, ein nachträgliches Geständniß des Freigesprochenen (§ 402 Rr. 4) die Wiederausnahme nur dann begründen könne, wenn es nach dem Inkrafttreten der StBO. abgelegt sei, ist nicht anzuerkennen; gl. A. John S. 148, Glaser I. S. 314.

b. Bar in bem früheren Bersahren, bem bamals geltenden Prozestrecht gemäß, auf vorläufige Freisprechung ober auf Lossprechung von ber Justanz erkannt, so liegt ein rechtsträstiges Urtheil im Sinne ber SIPO. nicht vor, und die Zulässigteit eines neuen Bersahrens ift nicht an die Voraussehungen des § 402 der StPO. gebunden, sondern nach den Bestimmungen bes früheren Prozestrechts zu beurtheilen, während im Uebrigen für das neue Bersahren die StPO. maßgebend ift. In ersterer hinsicht a. M. Stenglein S. 95.

2. hinsichtlich ber vor bem 1. Oft. 1879 ergangenen Urtheile ift, ba bie bamaligen Gerichte zu bestehen aufgehört haben, bie Buft andigfeit für bie Entscheidung über bie Bieberaufnahme landesgeschlich zu regeln gewesen, ebenso bie Buftanbigfeit für bie Berhanblung und Entscheidung ber Sache in bem wieber aufgenommenen Bersahren. Für Preußen ift biese Regelung in § 38 bes Ges. v. 31. Mary 1879 (GS. S. 332) erfolgt.

3u \$ 11.

- 1. In einzelnen Theilen Deutschlands, insbef. im Geltungsgebiet ber preuß. Allg. Gerichtsordnung, wurde vor bem Infrastreten ber StBD. auch über solche Brivatklagen, welche wegen
 Beleidigung ober Körperverletung erhoben und auf Berhängung ber öffentlichen Strafe gerichtet waren, im Wege bes Civilprozesses verhandelt und entschieden. Dieser s. g. Injurien =
 prozeß ist duch die Einführung ber StD. beseitigt. Durch die Bestimmung bes § 11 Abs. 1
 ist aber serner auch die Unzulässigseit jeder auf Privatstrase, Abbitte, Widerrus und bergl. gerichteten
 Rlage ausgesprochen (Prot. S. 767 ff.). Eine beim Civilrichter zu erhebende Rlage kann nunmehr,
 wie bei anderen Delisten, so auch bei Beleidigungen und Körperverletungen nur ben Anspruch auf
 Schabensersat zum Gegenstande haben.
- 2. Das Privatflageverfahren bei Beleibigungen und Körperverletzungen ift in ber SPD. Buch 5 Abicon. 1 geregelt; vgl. auch § 446.

3u § 12.

1. Die Bestimmung gilt auch für biejenigen Sachen, in welchen bie Strafvollfredung icon vor bem 1. Oft. 1879 begonnen hat (Mot. S. 235). Mit biejem Tage find alle Bestimmungen ber StBD. Buch 7 Abicon. 1 auf die laufenden Strafvollstredungen anwendbar geworben.

Anwenbung, auch wenn die Strafe nach den bisherigen Vorschriften über das Strafverfahren erkannt ist.

(Entm. § 11.)

2. Da bie StBO. in § 482 und in § 493 über bie Anrechnung ber Untersuchungshaft bezw. bes Aufenthalts in einer Rrantenanftalt Bestimmungen trifft, welche für ben größten Theil Peutschlands neues Recht enthalten, fo entfteht bezüglich berjenigen Freiheitsftrafen, welche am 1. Oft. 1879 icon in ber Bollftredung begriffen waren, bie Frage: ob zufolge ber Borfcrift bet § 12 in ben von jenen beiben SS betroffenen gallen eine Reuberechnung ber Straf= bauer erforberlich ober julaffig fei. Dies muß verneint werben. Strafprozefgefete haben grunbfaplich teine rudwirtenbe Rraft. Gine folde murbe aber ben SS 482, 493 felbft bann nicht beigu= meffen fein, wenn man in ihnen materiellrechtliche Beftimmungen erbliden wollte; benn nach § 2 Bl. 2 bes StBB. ift bie Rudwirtung neuerer milberer Strafgesete auf ben Fall beschränft, wenn bie Menberung ber Gefetgebung zwischen ber Zeit ber Begehung ber That und bem Tage ber Ab urtheilung (nicht ber Strafvollftredung) eingetreten ift. Etwas von biefen Grunbfaben Abweichenbes enthalt auch ber § 12 nicht; benn auch in ihm ift, ebenfo wie in § 8, nur an bas "weitere" Berfahren gebacht. Sonach muß bei jeber einzelnen ber vorbezeichneten Strafen gepruft werben, welcher Theil berfelben am 1. Oft. 1879 bereits verbuft mar, und biefe Frage ift nur nach bem fruberen Recht zu enticheiben. Auf bie Bollftredung bes am 1. Dft. 1879 noch nicht verbust gewefenen Theiles ber Strafe findet bagegen § 493 volle Anwendung. In diesem Sinne hat fich auch ber preuß. Juft.= Min. in einem an bie Oberftaatsanwälte erlaffenen Reffript v. 6. Dez. 1879 ausgesprochen. A. DR. Reller S. 656, und in Betreff bes & 482 auch John S. 121.

II. Strafprozefordnung.

Vom 1. Februar 1877.

(R.G.Bl. 1877 Nr. 8 S. 253 ff.)

Erftes Buch.

Allgemeine Bestimmungen.

Bum Erften Buche.

1. Die Ueberichrift bes Buches finbet ihre Erflärung barin, baß bie in bemfelben behanbelten Gegenstände für alle Stadien bes Berfahrens ihre entsprechende Bedeutung haben (Mot. S. 129). I. Bur Terminologie ber SiPC. und bes GBG.

2. "Gericht", "Richter" - hierüber finbet fich in ben Brot. S. 1121 folgende Erflarung ber Rebattionstommiffion: "Die Rommiffion habe fich bemuht, icharf amifchen Richter und Gericht ju untericheiben. Ueberall, mo ein einzelner Richter nicht handeln folle, werbe, abgefeben von bem Kalle, wo ber Amtsrichter bas Gericht bilbe, ber Ansbrud' "Gericht" gebraucht. Bo aber ber eingelne Richter als folder hanbeln burfe (wie ber Amterichter im Borbereitungsverfahren, ber Unterfuchungerichter, ber erfuchte ober beauftragte Richter), ba werbe bas Bort "Richter" gebraucht. Damit fei aber nicht ausgefchloffen, bag bas Bort "Richter" auch bas Gericht mit umfaffe. Den Ausbrud "Richter und Gericht" habe man als ju ichleppend vermieben. Benn von einem "Gericht" bie Rebe fei, folle ftets bas ertennenbe Gericht gemeint fein." Es lagt fich inbeg teineswegs anertennen, bag bie Ausbrudsmeife ber StPD. und bes BBB. biefer Erflarung burchmeg. entspricht; vielmehr nuß behauptet werben, bag bie von ber RER. bezeichnete icarfe Unterfceibung in teinem ber beiben Gefege burchgeführt ift. Bor Allem ift ber Ausbrud "Gericht" keineswegs ausschließlich auf bas erkennenbe Gericht zu beziehen; er bezeichnet namentlich auch bie beschliegende Straftammer, so insbef. in ber Boruntersuchung; vgl. GBG. § 72, StBD. SS 178 ff., 196 ff. An manchen Stellen umfaßt er auch ben Amtkrichter im Borverfahren, ben Untersuchungsrichter 2c., fo 3. B. GBG. § 184 (vgl. § 182). Andererseits mirb ber Ausbrud "Richter" vorzugsweise ba gebraucht, wo bas Geset von ber richterlichen Gewalt in abstracto spricht, er umfaßt also bann sowohl die Kollegien, wie die einzelnen Richter; vgl. 3. B. StPD. 88 70, 73, 83, 98, 100, 105, 110, 114. Sonach fehlt es sowohl in ber StPD. wie im GBG. an einer festen Terminologie binfichtlich ber Ausbrude "Richter" und "Gericht"; Die Frage, was unter bem einen ober bem anberen zu verstehen sei, muß bei jeber einzelnen ber betr. Bor= schriften nach bem Sinne und Zusammenhange berfelben beantwortet werben. 280 es fich um ben Gegensat zwifchen bem Rollegium und einem einzelnen Richter handelt, bezeichnet ber Ausbruck "Gericht" bas erstere, so 3. B. in ben SS 178, 179, 195 ber StBD. im Gegensat ju bem Untersuchungerichter, in ben SS 241, 243 ff. im Gegensatz zu bem Borfibenben. 3m-schwurgerichtlichen.

Digitized by GOOGLO

Berfahren wird unter "Gericht" bas Richtertollegium auch im Gegensat ju ben Geschworenen verftanben; vgl. GBG. SS 81, 82, StBD. SS 314, 317.

Die für die hauptverhandlung und Urtheilsfällung zuständigen Gerichte werden, dem bissherigen Sprachgebrauch entsprechend, als "ertennende Gerichte" bezeichnet (vgl. 3. B. StPO. \$\sigma 23, 347, 377), obwohl die StPO. ben Ausbruck "Erkenntniß" (für "Urtheil") nicht aufgenommen hat.

- 3. "Staatsanmaltichaft", "Staatsanmalt" hieruber f. BBG. Tit. 10 Rote 4.
- 4. "Befdulbigter", "Angefdulbigter", "Angeflagter" hieruber f. StBD. § 155 u. bie Noten baf.
 - 5. "Berletter" hieruber f. bie Roten gur StBD. § 170; vgl. § 414.
- 6. "Untersuchung", "Borverfahren", "Sauptverfahren" zc. hierüber f. bie Roten gur SIBO. Buch 2 Abichnitt 2-6.
- 7. "Enticheibungen", "Befchluß", "Berfügung" 2c. hieruber f. bie Roten gur StBD. Buch 1 Abichu. 4.
 - II. Form ber Ertlarungen ber Brogegbetheiligten.
- 8. Zu ben Gegenstänben, benen eine allgemeine Bebeutung in bem oben (Note 1) bezeichneten Sinne beiwohnt, gehört auch bie Form berjenigen Erklärungen, mittelft beren bie Prozeße betheiligten ihre prozessualifchen Befugniffe außerhalb ber hauptverhandlungen und richterlichen Termine ausuben. Erflarungen biefer Art finb 3. B. biejenigen, burch welche Rechtsmittel eingelegt, begrunbet ober beantwortet werben, ferner bas Gefuch um Biebereinfegung in ben porigen Stanb (§ 45), ber Ginfpruch gegen einen Strafbefehl (§ 449), bas Ablehnungsgefuch (§ 26) 2c. Man ift bei Ausstellung bes ursprünglichen (nicht publigirten) Entw. ber StBD. bavon ausgegangen, baß, entsprechenb bem bisherigen Rechtszustande, im Strafverfahren bie Erflärungen ber Prozeß: betheiligten, insbes, bie bes Beschulbigten, im Allgemeinen nicht an Formen zu binben seien, es vielmehr ben Prozesbetheiligten in ber Regel freifteben muffe, eine Erklärung mittelft Einreichung eines formlofen Schriftstud's abzugeben ober auch an ber Gerichtsftelle zu erscheinen und bie Erflarung munblich zu Protofoll zu geben. Demgemäß enthielt ber gebachte Entw. nur in Ansehung ber Rechtsmittel ausbrudliche Bestimmungen über bie Form ber Erklarungen. Als berfelbe bemnächt im preußischen Justizministerium einer Berathung unterzogen wurde und fich bas Bestreben geltenb machte, ibn thunlichft mit bem Entw. ber CBD. in Uebereinstimmung ju bringen, murben aus biefem eine Angahl, bie form ber Erflärungen betreffenber Bestimmungen in bie StBD. übernommen, und namentlich ruhrt ber in ber StBD. jest häufig vortommenbe Baffus: "zu Prototoll bes Gerichtsichreibers ober ichriftlich" aus ber CBD. her. Die RIR. hat bie Bahl ber Stellen, an benen fich eine Formvorschrift biefes Inhalts finbet, noch vermehrt. Es mare nun freilich richtiger gewefen, ftatt biefer Ginzelbestimmungen eine allgemeine Rorm aufzustellen; benn biefelben find - jumal bei Bergleichung mit folden Borfchriften, in benen über bie Form ber Erklarung nichts gesagt ift, 3. B. SS 16, 234 — geeignet, die irrige Meinung hervorzurufen, als sei in ihnen etwas Befonberes vorgeschrieben, mährend in Wahrheit die gedachten Bestimmungen nichts Anderes ausiprechen, als die Anwendung ber stillschweigend angenommenen allgemeinen Rorm auf eingelne Arten von Erklarungen. Die Regel ift sonach bie: bag, insoweit bie StBD. nicht etwas Anberes vorfdreibt (Rote 11), alle Erflarungen ber Prozefbetheiligten ebensowohl mittelft Gin= reidung eines formlofen, b. h. an feine weitere form gebunbenen Schriftftuds, wie auch munblich zu Brotofoll abgegeben werben konnen (a. Dt. Boitus Kontr. I S. 222 ff.). - Dies gilt auch von ben Ertlarungen ber Zeugen, Sachverftanbigen zc., wenn es fich um bie Ausubung prozessualischer Befugnisse berselben handelt (vgl. 3. B. § 50 Abs. 2).
- 9. a. Bas bie Abgabe ber Ertfarungen mittelft Einreichung eines Schriftftud's betrifft, so wirb entsprechend bem Grunbsat: baß im Strafversahren bie Rechtsverfolgung möglichst wenig an Formen zu binden sei, und insbes. in favorem defensionis ben etwaigen Mangeln bes Schriftstud's nicht die Bebeutung beizumessen sein, daß sie bie rechtliche Birtsamfeit der Ginzteichung hindern. Es wird daher die betr. Ertsarung auch dann für abgegeben zu erachten sein, wenn bas eingereichte Schriftstud nicht mit einem Namen unterschrieben, sondern nur mit hande

Digitized by GOOQ

zeichen (Kreuzen 2c.) unterzeichnet ift und biese einer Beglaubigung entbehren; vgl. RGer. II. 24. Okt. u. 14. Nov. 79 (Rspr. I. 69), woselbst es sich übrigens um einen nicht nach ber StBO., sonbern nach ber preuß. Bon. v. 3. Jan. 1849 zu beurtheilenden Fall handelte. Selbst der Mangel jeder Unterzeichnung wird für unschädlich zu erachten sein, sosen nur über die Berson des Einssenderts kein Zweisel besteht ober ein etwa vorhandener Zweisel durch ein Anerkenntniß der betr. Berson seine Erledigung sindet; a. M. jedoch RGer. II. 9. Nov. 80 (Rspr. II. 484), 18. Febr. 87 (Rspr. IX. 144): eine der Unterschrift entbehrende Revisionsanmeldung sei unwirksam und könne auch durch die bemnächstige formgerechte Andringung der Revisionsanträge nicht wirksam werden. Die Einreichung eines Schriftstücks verliert dadurch nicht ihre Wirksamkeit, daß der Einsender, statt selbst das Schriftstück zu unterschen, dasseles den andere Person mit seinem Ramen hat unterzeichnen lassen; gl. A. v. Kries S. 62 u. ansch.) Puchelt S. 545; a. M. Reller S. 438, Boitus Komm. S. 360.

b. Ueber die Frage: ob eine durch Telegramm abgegebene Erffärung als eine schrift- liche im Sinne bes Gesetes anzusehen sei, haben die Meinungen geschwankt. Das RGer. hat in Betress der Einlegung der Revision die Frage Ansangs verneint: III. 24. Jan. 80 (Rspr. I. 266), II. 5. Apr. 81 (Entsch. IV. 59, Rspr. III. 201), neuerdings jedoch bejaht: III. 2. Juli 83. (Entsch. IX. 38, Rspr. V. 480). Ebenso ist die telegraphische Andringung des Antrages auf Straspversolgung für zuläsig erachtet: RGer. I. 16. Oft. 84 (Rspr. VI. 624). Da die letztgedachten Urth. berjenigen Aussalfung entsprechen, auf welcher das (den § 267 des StB. betressend) Urth. der vereinigten Strassen. 6. März 83 (Entsch. VIII. 92, Rspr. V. 161) beruht, so darf die Besighung obiger Frage seitens des RGer. jeht als eine desinitive angesehen werden.

10. a. Indem die StBD. im Allgemeinen die Abgabe münblicher Erklärung en an ber Gerichtsftelle gestattet, erkennt sie zugleich stillschweigend die Berpstichtung der Gerichtsbehörden an, die Erklärungen entgegenzunehmen und durch ein Protosoll zu beurkunden. Diese Berpstichtung greift auch gegenüber dem Bertheidiger und dem Anwalt des Berletten Platz auch diese Personen bürsen z. B. ein Rechtsmittel mündlich anmelden, Revisionsanträge mündlich andringen z. — Das Gleiche gilt im Allgemeinen von der Staatsanwaltschaft: auch die Beamten der letzteren sind befugt, Erklärungen zu Protosoll des Gerichtsschreibers abzugeben. Ein solches Bersahren der Staatsanwaltschaft wäre indes, weil den Gerichtsbienst unnöthig erschwerend, unangemessen, und bieselbe wird baher, was auch ihrer Stellung als Behörde entspricht, ihre Erklärungen außerhalb ber hauptverhandlungen und Termine regelmäßig mittelst Anschreibens an das Gericht abzugeben haben.

b. Die Entgegennahme mündlicher Erklärungen und bie Aufnahme ber Brototolle über bies selben gehört zu bem Geschäftskreise bes Gerichtsschreibers. Indeß werben auch solche Erklärungen, welche ein Richter ohne Mitwirkung bes Gerichtsschreibers zu Prototoll nimmt, für rechtlich wirksam zu erachten sein, ba ben Beurkundungen bes Richters mindestens berselbe öffentliche Glaube, wie benen des Gerichtsschreibers, beigemessen werden muß. — Wird in einer Hauptsverhandlung ober in einem anderen richterlichen Termine von ben Prozesbetheiligten eine Erklärung abgegeben, deren Abgabe und Entgegennahme nicht in die Hauptverhandlung ober den Termin gehört, so besteht zwar für das Gericht keine Berpflichtung, die Erklärung durch das Sihungs bezw. Terminsprototoll zu beurkunden; wenn dies bennoch geschieht, so ist die Abzgabe der Erklärung für rechtlich wirksam zu erachten. In Betress der Anmelbung von Rechtssmitteln in der Hauptverhandlung seiedoch die Noten zu S 355 und zu S 381.

c. Ueber bie Brototolle bes Gerichtsschreibers enthält bie StBD. teine Bestimmungen, wie solche hinfichtlich ber Termins: und ber Situngsprototolle in ben SS 186, 271—273 enthalten sind. Es läßt sich baber nicht aufstellen, bag bie Unterzeichnung bes Prototolles burch ben Ers klärenben nothwendig sei, wenngleich es immerhin sich empfehlen wirb, die Bestimmung bes S 186 Abs. 3 auch hier zu befolgen. Bgl. EG. S 6 Note 3. a.

d. Bei ben Borten "zu Protofoll bes Gerichtsschreibers" hat bas Gefet nur ben Gerichtsfcreiber bes mit ber Sache befaßten Gerichts im Auge, wie auch aus ber Ausnahmevorschrift bes § 341 erhellt; vgl. RGer. III. 16. Febr. 81 (Rfpr. III. 50). Gine bei einem anberen Gericht zu Protofoll gegebene Erflärung ift an sich wirfungslos; fie ift jeboch, falls sie von bem Erflärenben

Erfter Abichnitt.

Sacliche Buftandigfeit ber Gerichte.

unterzeichnet ift und bem befaßten Gericht übersanbt wird, als eine bei bem letteren foriftlich abgegebene zu behandeln. Bur die Wahrung einer Frift kommt es in einem solchen Falle lediglich auf benjenigen Zeitpunkt an, zu welchem die Erklärung bei bem befaßten Gericht eingeht.

11. Die oben (Note 8) aufgestellte Regel unterliegt einigen, indeh nicht zahlreichen Außnahmen, indem die StPD, einerseits bei gewissen Erflärungen die mündliche Abgabe ausschließt
und andererseits in gewissen hie Einreichung eines Schriftstuds nur dann zuläßt, wenn basselbe von einem Rechtsanwalt ober von dem Bertheidiger unterzeichnet ift. In ersterer Beziehung
s. 3. B.: § 436, in letterer: § 385, 406. In den Fällen der §§ 170, 430 Abs. 2 bildet die Einreichung einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift die allein zulässige Form der ErMärung. -- In Betress bestafteten Beschuldigten vgl. noch § 341.

Bum Erften Abidnitt.

- 1. a. Bon ber Zuständigkeit ber Gerichte ift im Strafverfahren in zweisacher, nämlich in sachlicher und in örtlicher hinsicht bie Rebe. Die örtliche Zuständigkeit ber Gerichte ift in Abschn. 2 geregelt. In Betreff bes Begriffes ber sachlichen Zuständigkeit vgl. GBG. § 12 Note 7. Der Abschn. 1 hat hauptsächlich bie sachliche Zuständigkeit im engeren Sinne, b. h. die Zuständigfeit ber erkennenden Gerichte erster Instanz, zum Gegenstande.
- b. Der Entw. ber StPD. enthielt einen bie sachliche Zuftändigkeit behandelnden Abschnitt nicht; erst die RER. hat den Abschn. 1. aufgenommen, der dem Abschn. 1 der CPD., freilich mehr änserlich als inhaltlich, entspricht. Die Bestimmungen des Abschn. sind theils nen, theils sanden sie sich zerstrent in dem Entw. vor. Uedrigens umfaßt der Abschn. nur einen kleinen Theil der die sachliche Zuständigkeit betreffenden Bestimmungen der StPD.; er handelt hauptsächlich von dem Zusammenhange unter mehreren Strafsachen und dem Einfluß desselben auf die sachliche Zuständigkeit; nur die SS 1, 6 haben einen anderen Juhalt. Die StPD. enthält Borschriften über die sachliche Zuständigkeit u. A. noch in den SS 176, 207, 209 Abs. 2, 269, 270, 377 Rr. 4, 388, 394 Abs. 3, 395, 477, 494 Abs. 3.
- 2. Ueber bie Erlebigung eines bie sachliche Buftanbigkeit betreffenben Streites hat bie StPO. Bestimmungen, wie solche hinfichtlich ber örtlichen Buftanbigkeit in ben §§ 14, 19 enthalten finb, nicht getroffen.
- a. In Betreff ber Doglichkeit eines positiven Buftanbigfeitsftreits ift Folgenbes ju bemerten: Ift eine Straffache bei einem Gericht anhängig geworben, fo barf ein anderes Gericht mit ihr felbst bann nicht befaßt werben, wenn sich ergiebt, bag ber That eine anbere ftrafrechtliche Qualifikation beiwohnt als biejenige, unter welcher fie anhängig gemacht worben ift. Sat 3. B. ber Amtsanwalt bie öffentliche Rlage bei bem Schöffengericht (Amtsgericht) wegen einer That erhoben, in welcher er einen einfachen Diebstahl (vgl. GBG. § 27 Rr. 4) erblidt hat, so barf ber Staatsanwalt bie Rlage bei ber Straffammer felbft bann nicht erheben, wenn er ber Meinung ift, bafe ber Diebstahl ein schwerer sei. Der Staatsanwalt kann in einem solchen Kalle seine Ausicht nur in ber Art jur Beltung bringen, bag er in ber Sauptverhandlung vor bem Schöffengericht auf bie Erlaffung einer Unguftanbigkeitserflarung binwirft (vgl. auch GBB. SS 146, 147). — Ift indeß biefelbe Sache, vermöge ber Unkenntnig ber einen Beborbe über bie bei ber anberen anhangige Berfolgung, bennoch bei zwei Gerichten verschiebener Orbnung anhängig geworben, so wirb das Gericht niederer Ordnung, felbst wenn es das zuerst befaßte Gericht ist und gleichviel wie es materiell bie Sache beurtheilt, fein Berfahren burch Beichluß einzustellen und bie Untersuchung bem Gericht hoherer Ordnung zu überlassen haben, ba bei einem berartigen Berfahren jeber Buftanbigkeitsftreit vermieden, außerdem aber ber materiellen Beurtheilung der Sache in keiner Beife vorgegriffen wird. Für biefe Anficht fpricht auch folgenbe Erwägung: Es tann eine Straffache, für die an sich unbestritten nur das Schöffengericht zuständig ist, bei diesem Gericht, augleich aber vermöge bes Bufammenhanges mit ber anberen Sache (§ 2) bei ber Straffammer anhangig ges

§. 1.

Die sachliche Bustanbigkeit ber Gerichte wird burch bas Gefet über bie Gerichtsverfassung bestimmt.

(I. II. III. Catm. § -.)

macht worden sein. In diesem Falle kann es keinem Bebenken unterliegen, daß das schöffengerichtliche Bersahren einzustellen ist; benn die betr. Sache könnte ja selbst dann, wenn sie noch nicht bei der Strafkammer auhängig ware, durch Beschinß der letteren dem Schöffengericht jederzeit entzogen werden (§ 4 Abs. 2). Es liegt aber wohl kein Grund vor, zwischen einem derartigen Falle und dem Falle der ersterwähnten Art einen Unterschied zu machen. Gl. A. Keller S. 2; a. M. Puchelt S. 26, 27 u. John S. 138 (welche den § 14 für analog anwendbar erachten).

b. Ein negativer Buftanbigfeitsftreit zwijchen Gerichten verschiedener Ordnung erscheint nach ben §§ 207, 209, 269, 270 im Allgemeinen ausgeschlossen; bas Rabere fiebe in ben Roten zu biesen §§ sowie zu § 178. Gine Ausnahme f. im GBG. § 136 Rote 5. a.

3. Ueber bie fachliche Buftanbigfeit ber Beamten ber Staatsanwaltichaft f. GBG. § 143.

3u § 1.

1. Der Geschäftstreis ber Gerichte (die sachliche Zuständigkeit i. w. S.) und insbes. bersenige ber erkennenden Gerichte erster Instanz (die sachliche Zuständigkeit i. e. S.) wird hauptssächlich burch bas GBG. bestimmt: §§ 27—29, 72—76, 78, 80, 123, 136, 158, 160, 183 Abs. 3; vgl. das. § 12 Note 7, § 24 Note 1, § 59 Note 1. Doch enthält auch die StBD. Borschriften, welche die Begründung der sachlichen Zuständigkeit betreffen, so z. v. in § 98 Abs. 2, § 100 Abs. 3, § 125 Abs. 2, §§ 128, 160, 176, 477, § 494 Abs. 3. — In Betress dersenigen Borschriften der StBD., welche die Erörterung und Feststellung der sachlichen Zuständigkeit regeln, vgl. oben Note 1. b zu Abschn. 1.

Sadlice Bufianbigfeit ber erfennenben Gerichte erfter Inftang (f. 3. im engeren Sinne).

- 2. a. Die Reichsgesetgebung hat in ben meiften Bunbesftaaten brei Arten (Orbnungen) erkennenber Gerichte erster Instanz vorgefunden, beren Zuständigkeit im Allgemeinen nach ber Art (Schwere) ber strafbaren handlungen bestimmt war, bergestalt, baß bie zur Aburtheilung ber ichmerften Straffalle berufenen Berichte als Gerichte hochfter Orbnung, bie anderen aber als Berichte mittlerer bezw. unterfter Dibnung bezeichnet und bem entsprechend bie Ausbrude: "bogere (größere)" unb "niebere (geringere) Buftanbigfeit" gebraucht murben. Diese Ginrichtung und bie mit ihr jusammenhangenbe ebengebachte Ausbrudsweise ift von ber Reichsgesetzung beibehalten worben, jeboch mit ber Mobififation, bag ben brei Orbnungen erstinstanglicher Strafgerichte (Schwurgerichte, Straftammern, Schöffengerichte) noch bas Reichsgericht in feiner Eigenschaft als Gericht erfter Inftang (BBG. § 136 Rr. 1) bingutritt. hiernach besteben reichsrechtlich vier Orbnungen erkennenber Strafgerichte erster Instanz, und zwar stellt bas Reichsgericht bas Gericht bochfter Orbnung bar; vgl. GBG. S 136 Rote 4. - Unter ber Bezeichnung "Schöffengericht" ift hier auch ber Amterichter, wenn er ohne Bugiehung von Schöffen verhandelt und enticheibet (StPO. § 211 Abs. 2, EG. § 3 Abs. 3), mit inbegriffen; bie Amtsgerichte find auch binfichtlich bes ebengebachten Falles nicht als eine besonbere (etwa unter ben Schöffengerichten fiehenbe) Ordnung erkennender Gerichte aufzufassen; vgl. GBG. § 12 Rote 3.
- b. Nach Maßgabe bes Borstehenben (a) laffen sich bie Straffachen in reichsgerichtliche, ich wurgerichtliche, I an bgerichtliche und schöffen gerichtliche eintheilen. Unter ben landgerichtlichen Straffachen werben bie zur Zuständigseit ber Straffammern gehörigen verstanben, unter ben ichöffengerichtlichen bie amtsgerichtlichen mit inbegriffen. In Betreff ber schöffengerichtlichen saußerbem GBG. § 29 Note 2. b.
- 3. Sieht man von ber besonderen, auf staatsrechtlicher Grundlage beruhenden Zuständigkeit bes Reichsgerichts ab (vgl. GBG. § 136 Nr. 1 u. Note 2 das. sowie Tit. 2 Note 1, 2), so hat die Regelung ber sachlichen Zuständigkeit i. e. S. (GBG. §§ 27—29, 73—75, 80) ihren Ausgangspunkt in ber im StGB. § 1 ausgestellten Dreitheilung ber strafbaren handlungen

Digitized by GOOGLE

in Berbrechen, Bergeben und Uebertretungen: für bie Berbrechen finb ber Regel nach bie Schwurgerichte, für bie Bergeben bie Straffammern, für bie Uebertretungen bie Schöffengerichte juftanbig (GBG. § 27 Rr. 1, § 73 Rr. 1, § 80). Bon biefer Regel find inbeg behufs ber Bereinfachung des Berfahrens fo umfangreiche Abweichungen gemacht, daß biefelbe beinahe mehr eine theoretische als eine praktische Bebeutung hat; es find nämlich in weitem Umfange die Strafkammern auch jur Enticheibung über Berbrechen, bie Schöffengerichte auch jur Enticheibung über Bergeben berujen. Dieje Abweichungen von ber Regel aber beruhen auf Gefichtspunkten mannigfacher An, über welche fowohl zwischen ben Regierungsvertretern und ber RTR. wie auch innerhalb ber levteren felbst bie größten Meinungsverschiebenheiten bestanben haben, so daß die Beschluffe ber RER. wieberholt geanbert worben find. Der Regelung ber fachlichen Buftanbigfeit liegt hiernach feineswegs ein einheitliches Spftem gu Grunde; vielmehr beruht biefelbe auf einer Rombinirung verschiebener Syfteme, indem theils die in thesi angebrobte, theils die im Gingelfalle (muth: maklich) eintretenbe Strafe, theils bie Beschaffenheit bes Delifts bas bie Auftanbigfeit bestimmenbe Moment bilbet, woneben bei einzelnen Borichriften noch anbere speciellere Rudfichten maggebenb gewesen find. Diese Momente aber treten wieberum in periciebener Beise hervor bei Beftim= mungen ber Buftanbigkeitegrenze zwifden bem Schwurgericht und ber Straftammer einerfeits und mifden ber Straftammer und bem Schöffengericht anbererfeits. — Bas bie Buftanbigfeitsgrenze mifden bem Schwurgericht und ber Straftammer betrifft, fo find gewiffe Berbrechen mit Rudficht auf ben Sochstbetrag ber augebrohten Strafe ben Bergeben gleichgeftellt (BBG. § 73 Rr. 2); andere find ihrer Beichaffenheit megen ber Straftammer jugemiefen (§ 73 Rr. 4-7), unb eben biefe Rudficht liegt ber in § 73 unter Rr. 2 hinzugefügten Ausnahmebestimmung zu Grunde. Die Borichrift bes § 73 Rr. 3 nimmt hauptfachlich auf bie Personen ber Beschulbigten Rudficht. - Anlangend bie Buftanbigfeitegrenze zwijcon ber Straffammer und bem Schoffengericht, fo find gemiffe Bergeben mit Rudficht auf ben Bochftbetrag ber angebrobten Strafe ben Uebernetungen gleichgestellt (GBG. § 27 Rr. 2), mabrent ben Borfchriften in § 27 Rr. 3 und benen in \$ 74 bie Rudficht auf bie Beschaffenheit ber betr. Delitte ju Grunde liegt. Gemiffe Bergeben aber fonnten im Sinblid auf Die große Berichiebenbeit ber einzelnen galle und ber Bobe ber gu veihangenden Strafen weber ichlechthin ber Straffammer, noch ichlechthin bem Schöffengericht que getheilt werben; bei ihnen hat baber bas Gefet bie im Einzelfalle muthmaglich eintretenbe Strafe für maggebenb erachtet und bemgufolge unter gemiffen Borausfetungen bie Ueberweifung ber einzelnen Sache von ber Straffammer an bas Schöffengericht (GBG. § 75) vorgeschrieben. Die Rūdficht auf die Strafe bes Einzelfalles liegt auch ben Bestimmungen bes GBG. § 27 Rr. 4—7 Brunbe: in ben bort bezeichneten Sallen wird bie Berhangung einer geringeren Strafe vermuthet, und man hat baher die unmittelbare Anhängigmachung ber Sache bei dem Schöffengericht für julaffig und eine Borprufung und Ueberweifung berfelben burch bie Straffammer für entbehrlich erachtet. In Betreff ber Bestimmung bes § 27 Rr. 8 f. baf. Note 24.

4. In Betreff ber Begriffe "Berbrechen, Bergeben, Uebertretung" f. Ston. § 1 unb bie Grlanterungen zu biefem § in ben Kommentaren jum Ston. hier ift Folgenbes zu bemerten:

a. Stellt bas Strafgesetz für eine hanblung verschiebene Strafanbrohungen auf, in ber Art, baß prinzipaliter Gefängniß und nur für ben Fall bes Borhandenseins gewisser ersichwerenden Umftände Zuchthaus angebroht ist, so ist die handlung nur in benjenigen Fällen als Berbrechen zu qualifiziren, in benen diese Umstände vorliegen; ohne dieselben ist sie ein Berzgeben. Beispiele s. im Stob. §§ 221, 340, § 348 in Berb. mit § 349. Bei gewissen Bergeben (Stb. §§ 244, 261, 264) bilbet auch der Rücksall einen die Qualität als Berbrechen begrünzbenden erschwerenden Umstand. Das Gesagte würde entsprechende Anwendung auch dann finden, wenn ein Strafgesetz prinzipaliter haft oder Gelbstrase bis zu 150 Mart, für den Fall des Borzhandenseins gewisser erschwerenden Umstände aber Gesängnis oder eine höhere Gelbstrase androhen sollte (Uedertretung — Bergehen). Umgesehrt bleiben solche Vorschriften, welche für den Fall des Borhandenseins gewisser Milberungsgründe oder "milbernder Umstände" eine gestingere als die prinzipaliter vorgeschriebene Strase androhen, bei Bestimmung der Begrifse "Verz

Digitized by GOOGLE

§. 2.

Busammenhängende Strafsachen, welche einzeln zur Zuständigkeit von Gerichten verschiedener Ordnung gehören wurden, können verbunden bei bemjenigen Gericht anhängig gemacht werben, welchem die höhere Zuständigkeit beiwohnt.

Aus Grunden ber Zwedmäßigkeit kann burch Beschluß bieses Gerichts bie Trennung ber verbunbenen Straffachen angeordnet werben.

(I. Entw. § 143 Abf. 2; II. Entw. § 147 Abf. 1; III. Entw. § 148 Abf. 1.)

brechen" 2c. und folgeweise bei Regelung ber sachlichen Zuständigkeit außer Betracht. So ist 3. B. ber Meineib auch dann ein Berbrechen, wenn § 157 ober § 158 bes StBB. Anwendung sindet: RGer. I. 25. Jan. 83 (Entsch. VIII. 177), III. 21. Mai 83 (Ripr. V. 372); ebenso der Todtschlag im Falle des § 213 das. Das Gesagte gilt auch von den allgemeinen Strassmilderungsgründen, 3. B. dem der Jugend (StBB. § 57; vgl. BBG. § 73 Nr. 3). Dagegen gilt dasselbe nicht, wenn das Strasgesets in der einen Bestimmung die vorsähliche, in der anderen die fahrlässige Begehung einer Handlung vorsieht, da alsdann zwei selbst ft and ige Thatbestände neben einander gestellt sind; ein Beispiel s. in § 347 des StBB., woselbst in Abs. 1 ein Verbrechen, in Abs. 2 ein Bergehen vorgesehen ist. — Bedroht ein Strasgesetz die verschies denen, bei einer Handlung betheiligten Personen mit verschiedenne Strasen, so kann die Handlung der einen ein Berbrechen, diesenige der auberen ein Bergehen sein; ein Peispiel s. in § 173 des StBB.

- b. Bei Bestimmung ber Begriffe "Berbrechen" zc. findet zwischen ber vollendeten That und bem Versuche, zwischen ber Thäterichaft und ber Theilnahme (Anstiftung und Beihülse) kein Unterschied statt; von der Strasmilberung, welche bei dem Bersuche und der Beihülse Plat greift (StB. §§ 44, 49), gilt das vorstehend (a) Gesagte. Bgl. indeß Olshausen S. 39, Oppenshoff S. 20.
- c. Ift für die Sohe der Strafe das im Einzelfalle vorliegende Object berartig maßgebend, daß nach einem im Geset vorgeschriebenen Maßstade auf eine bestimmte Strafe erkannt werden muß, so ist auch für die Qualisikation der handlung als Uebertretung oder als Bergeben die im Einzelfalle verwirkte Strase entschend, ohne daß es auf die für Delikte der fraglichen Art in abstracto bestehende Strasgrenze ankommt. Dies gilt namentlich von solchen Zuwidershandlungen gegen die Borschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, dei denen die Strase in dem mehrsachen Betrage einer hinterzogenen Abgabe oder einer anderen Leistung besteht, sowie ferner von solchen Entwendungen, dei denen auf eine dem mehrsachen Betrage des Werthes des Entwendeten gleichkommende Gelostrase zu erkennen ist: ist im Einzelfalle eine Geldzsstrase von mehr als 150 Mark verwirkt, so stellt die Handlung ein Bergehen, ander usalls stellt sie eine Uebertretung dar.
- 5. Durch ben Umstand, daß mehrere strafbare Handlungen in realer Konkurrenz (StGB. SS 74 sc.) begangen sind, wird, abgesehen von der Bestimmung des § 2, an der für die einzelne Handlung begründeten Zuständigkeit nichts geändert. Somit bleibt z. B. das Schöffensgericht auch dann zuständig, wenn Zemand eine Mehrzahl von Uebertretungen begangen hat und die zu verhängenden Geldstrafen zusammengerechnet den Betrag von 150 Mark übersteigen. In Betreff der Bergehen vgl. noch GBG. § 27 Note 3, § 75 Note 7. d. hierbei ist hervorzuheben, daß, wo sich die Strase nach der Zahl der Objecte des verbotenen Thuns richtet, regelmäßig, b. h. sofern das betressend Strassels nicht eine andere Aussallung begründet, ebensoviele selbste ständige Strassäue vorliegen, als Objekte vorhanden sind; ein Beispiel s. in § 10 Abs. 2 des Ges., betr. den Spielsartenstempel, v. 3. Juli 1878 (RGBI. S. 133).

Zu § 2.

- 1. Ueber ben Begriff bes Bufammenhanges f. § 3 u. bie Roten baf.
- 2. § 2 behandelt ben Einstuß bes Busammenhanges auf Die fachliche Buftandigfeit, magrend bie entsprechende Bestimmung bezüglich ber örtlichen Buftandigfeit in § 13 enthalten ift. Der Fall, wenn die Berbindung ber jusammenhangenden Sachen fowohl bie sachliche, wie auch bie

örtliche Zuständigkeit berührt (wie 3. B.: wenn für die eine Sache die Strafkammer zu Berlin, für die andere das Schöffengericht zu Dresden an sich zuständig ist), gehört unter die Borschrift des § 2, wie insdes. aus § 4 Abs. 2 erhellt. Gl. A. Glaser II. S. 80.

- 3. a. Durch ben Zusammenhang kann ein Gericht höherer Orbnung auch für solche Sachen juftandig werden, welche an sich vor ein Gericht nieberer Ordnung gehören; nicht aber kann umstehtt eine Erweiterung ber Zuständigkeit bes Gerichts nieberer Ordnung eintreten. Bgl. die auf gleicher Auffassung beruhenden Borschriften ber SS 269, 270.
- b. In Betreff ber Anwendbarteit ber Bestimmung auf bas Reichsgericht f. GBG. § 136-Rote 4. In Betreff ber Sachen, welche gur Zuständigkeit von Sondergerichten gehören, vgl. GBG. § 13 Rote 15.
- c. In Betrefi ber Forft: und Felbrügesachen, für welche ein besonderes Berfahren vorgeschrieben ift, f. E.G. & 3 Rote 12.
- 4. Die zusammenhängenden Sachen "fönnen" verdunden werden; ob die Berbindung oder die getrennte Berhandlung vor den an sich zuständigen Gerichten vorzuziehen sei, ift in das Ermeisen der Behörden (Note 7, 8) gestellt; es sind hier die Rücksichneten Falle: wenn mehrere Personen dis isteit maßgebend. In dem zweiten der im § 3 bezeichneten Fälle: wenn mehrere Personen bei einer That betheiligt sind, wird schon mit Rücksicht auf die Beweissishtrung und auf die Erzielung einer sachgemäßen Entscheidung die Berbindung als die Regel anzusehen sein; vgl. GBG. § 27 Note 24 ff. In dem anderen Falle: wenn eine Person mehrerer strasbarer Handlungen beschuldt ift, wird es auf die Lage der Sache ausommen, insbes. auch darauf, od eine Gesammtsstrase (StBB. § 74) zu verhängen sein wird; zwingend ist indeß auch diese Rücksicht nicht (vgl. SPD. § 492). Uebertretungen werden ohne hinreichende Gründe nicht vor die Gerichte höherer Ordnung zu bringen sein. Handelt es sich um mehr als zwei zusammenhängende Sachen, so ist es durchaus statthaft, einige derselben zu verdinden, andere aber abgesondert bei den sur susändigen Gerichten anhängig zu machen.
- 5. Die Berbindung zusammenhängender Straffachen tann vor wie auch nach Eröffnung ber Untersuchung erfolgen, ber lettere Rall ift in § 4 vorgesehen; val. bort Rote 3.
- 6. Berbunben anhängig gemacht werben bie zusammenhängenden Strafsachen baburch, daß sie seitens der Staatsanwaltschaft in einer Klage zusammengesaßt und so vor dasselbe Gericht gebracht werden. Hierdeit es feinen Unterschied, ob die Klage durch den Antrag auf Boruntersuchung oder durch Einreichung einer Anklageschrift (§ 168) erhoben wird. Uedrigenstift es, wenn zunächst die eine Sache allein dei dem Gericht der höheren Ordnung anhängig geworden ift, statthaft, demnächst mittelst einer nachträglichen Klage auch die audere Sache bei demjelben Gericht anhängig zu machen, vorausgesetzt, daß noch die Möglichkeit besteht, beide Sachen zur gleichzeitigen Berhandlung und Entscheidung zu bringen.
- 7. In Betreff ber Entschließung ber Staatsanwaltschaft über bie Berbindung ber zuiammenbangenben Sachen ift Kolgenbes zu bemerten: So lange biejenige Staatsanwaltichaft, welche fur bie Berfolgung ber vor bas Gericht nieberer Orbnung gehörigen Sache juftanbig ift, mit biefer Sache noch nicht befaßt ift, ift bie Staatsanwaltichaft bes Gerichts hoherer Orbnung bejugt, die Berfolgung zu übernehmen, ohne daß es bes vorgängigen Ginvernehmens mit der erst= gebachten Staatsanwaltschaft bedarf; es wird fich aber in Fällen biefer Art empfehlen, behufs Bermeidung boppelter Berfolgung die Staatsanwaltschaft bes Gerichts niederer Ordnung von dem Geschehenen zu benachrichtigen. — Ist bagegen die Staatsanwaltschaft dieses Gerichts bereits mit der ihr zugehörigen Sache befaßt, so kommt es darauf an, ob die Staatsanwaltschaft des Gerichts biberer Ordnung die ihr vorgesete Behörde (GBG. § 148) ift ober nicht. Ift bies ber Fall, bann ift ber Bille ber letteren für bie untergeordnete Staatsanwaltschaft maßgebend. Besteht aber ein folches Unterordnungsverhältniß nicht, fo ift ein einseitiges Gingreifen ber einen Behörde in bie Thatigkeit ber anderen unstatthaft; biejenige Behörbe, welche von ber anderen bie Ueberlaffung ze. einer Sache verlangt, hat im Falle ber Ablehnung bes Berlangens zu erwägen, ob von letterem Abstand zu nehmen ober bie Entscheibung ber gemeinsam vorgesetten Instanz (GBG. § 144 Abf. 3) einzuholen fei.

§. 3.

Ein Zusammenhang ist vorhanden, wenn eine Person mehrerer strafbarer Handlungen beschulbigt wird, ober wenn bei einer strafbaren Handlung mehrere Personen als Thäter, Theilnehmer, Begünstiger ober Hehler beschulbigt werden.

(I. Entw. § 6 Abf. 2; Il. und III. Entw. § 7 Abf. 2.)

- 8. Die Ansicht ber Staatsanwaltschaft über die Zwedmäßigkeit der Berbindung ist für das Gericht, bei welchem die Klage erhoben wird, nicht bindend; vielmehr hat nach der Vorschrift des Abs. 2 das Gericht bei dem auf die Klage zu sassenden Beschlusse auch über die Zwedmäßigkeit der Verbindung zu befinden. Erachtet das Gericht die lettere für unzwedmäßig, so ordnet es die Abtrennung berjenigen Sache an, welche an sich zur Zuständigkeit eines Gerichts niederer Ordnung gehört (vgl. die Roten zu § 176 u. zu § 207); es bleibt alsdann der Staatsanwaltschaft überslassen, die Klage in dieser Sache anderweit bei dem an sich zuständigen Gericht zu erheben. Son nach ist in Abs. 2 (im Gegensat zu § 4) unter der Anordnung der "Trennung" die Ablehnung des Antrages der Staatsanwaltschaft: die Untersuchung auf die detr. Sache zu erstreden, zu verstehen. Die Worte "aus Gründen der Zwedmäßigkeit" sind in Abs. 2 insofern überslüssig und mangemessen, als sie in Abs. 1 und in § 4 sehlen, während es sich dei allen in den §§ 2, 4 vorgesehenen Maßregeln in gleicher Weise lediglich um Gründe der Zwedmäßigseit handelt. Findet übrigens das Gericht, daß der in der Klage voransgesehte Zusammenhang nicht vorhanden ist, so muß es die Trennung anordnen.
- 9. Eine Beschwerbe gegen ben bie Trennung anordnenden Beschluß ist nicht ausgeschlossen (§ 346); gl. A. Reller S. 4. Die entgegengesette Ansicht Buchelts S. 30 (vgl. auch Stenglein S. 102) läßt fich weber aus § 346 Abs. 3, noch aus § 347 herleiten, da es sich in § 2 nicht um Beschlüsse des Oberlandesgerichts, sondern des Landgerichts und serner nicht um Beschlüsse der in § 347 gedachten Art handelt.

10. Bgl. § 4 Rote 5.

3u § 3.

- 1. Ans bem f ergiebt sich, daß, wenn bei einer That mehrere Bersonen, sei es als Thater ober Theilnehmer, betheiligt sind, im Sinne ber StBD. ebensoviele Strafsachen vorliegen, als Beschulbigte vorhanden sind, eine Auffassung, die der Mehrzahl der früheren Gesete fremd war.
- 2. Der § zählt bie Fälle bes Zusammenhanges erschöpfen b auf; bie Mot. S. 132 bemerken ausbrüdlich: es liegt kein Beburfniß vor, ben Begriff bes Zusammenhanges weiter, als hier geschehen, zu sassen. Sonach kann ein Zusammenhang anderer als ber hier bezeichneten Art hinssichtlich ber Zust an bigkeit nicht in Betracht kommen. hat z. B. in ber Untersuchung wiber A. ber Zeuge B. einen Meineib geleistet, so besteht zwischen ber ersteren und ber gegen B. zu richtens ben Untersuchung nicht ohne Weiteres ein Zusammenhang; ein solcher liegt jedoch bann vor, wenn B. burch A. zum Meineibe angestistet worben ist (vgl. Note 3). Bgl. noch § 236 und bie auf bie Verbindung mehrerer Straftlagen bezüglichen Bemerkungen zu Buch 2 Absch. 1 Note 33 ff.
- 3. Hanbelt es sich um mehr als zwei Sachen, so ist bie Zulässigleit ber Berbinbung berselben nicht bavon abhängig, baß sie sämmtlich mit berjenigen Sache, für welche bas Gericht höherer Ordnung an sich zuständig ist, unmittelbar zusammenhängen; vielmehr genügt auch ein mittelbarer, b. h. ein burch eine andere Sache vermittelter Zusammenhang. Ist z. B. A. wegen Raubes und B. wegen Begünstigung dieses Verbrechens vor das Schwurgericht gestellt, so kann dieses Vericht auch mit der Verhandlung und Entscheidung über einen von B. begangenen Diebstahl besast werden, wenngleich dieses Vergehen mit dem die Zuständigkeit des Schwurgerichts begründenden Verbrechen nicht unmittelbar zusammenhängt. Gl. A. Keller S. 4, Thilo S. 7, Iohn S. 160, Glaser II. S. 182, Stenglein S. 98; a. M. Puchelt S. 31, Dalce S. 14; vgl. auch Geper S. 375.

§. 4.

Sine Verbindung zusammenhängender oder eine Trennung verbundener Strafssachen kann auch nach Eröffnung der Untersuchung auf Antrag der Staatsanwaltsichaft oder des Angeschuldigten oder von Amtswegen durch gerichtlichen Beschluß angeordnet werden.

Zuständig für den Beschluß ist dasjenige Gericht, zu bessen Bezirk die übrigen Gerichte gehören. In Ermangelung eines hiernach zuständigen Gerichts erfolgt die Beschlußfassung durch das gemeinschaftliche obere Gericht.

(I. Entw. \$ -; II. Entw. \$ 147 Abf. 2; III. Entw. \$ 148 Abf. 2.)

3u \$ 4.

Bu Abf. 1.

- 1. "nach Eröffnung ber Untersuchung" hieruber vgl. Rote 3. a. ju Buch 2 Abicon. 2-6.
- 2. "fann angeordnet werben" Auch hier entscheiben, und zwar sowohl hinsichtlich ber Berbindung wie hinsichtlich ber Trennung, lediglich bie Rudfichten ber Zwedmäßigfeit; vgl. § 2 Rote 4.
 - 3. Berbinbung jufammenbangenber Straffachen.
- a. Im Gegensat zu § 2 behandelt § 4 ben Fall, wenn bie einzelnen Sachen gesonbert bei ben an fich zufländigen Gerichten anhängig geworben find und nachträglich vereinigt werden sollen.
- b. Die Bestimmung sett voraus, daß die zu verbindenden Sachen sich im Stadium bes hauptversahrens besinden und daß eine gleichzeitige Berhandlung und Entscheidung berselben etfolgen kann. Schwebt in der einen Sache die Boruntersuchung, so muß die Erössnung des hauptversahrens abgewartet werden, bevor eine Berbindung bescholsen werden kann (a. M. John S. 162). Besinden sich beide Sachen noch im Stadium der Boruntersuchung, so ist lediglich § 13 anwendbar, da in diesem Stadium es nur eine sachliche Zuständigkeit giebt und Gerichte verschiedener Ordnung nicht vorhanden sind (vgl. § 176). Eine Ausnahme sindet nur statt, wenne die eine der zu verbindenden Boruntersuchungen bei dem Reichsgericht, die andere bei einem Landsgricht anhängig ist: auf diesen Fall ist § 4 anwendbar; vgl. GBG. § 136 Nr. 1 u. Rote 4 das.
- c. Es entsteht die Frage: ob die verdundenen Sachen in Folge der Berbindung vor ein Gericht gebracht werben können, welches an sich für keine berselben zuständig ift. Beispiel: die eine Sache ist bei dem Schwurgericht zu Berlin, die andere bei der Straffammer zu Dresden anhängig; können in diesem Falle (durch Beschluß des Reichsgerichts) beide Sachen verdunden vor das Schwurgericht zu Dresden verwiesen werden? Es wird dies zu bejahen sein; denn einmalischwurgericht und Straffammer Organe derselben Strafgerichtsdarkeit, nämlich der des Landsgerichts (vgl. GBG. § 12 Rote 3), und sodann wäre es ja im Stadium der Boruntersuchung unsebenklich statthaft gewesen, beide Sachen bei dem Untersuchungsrichter zu Dresden anhängig zu machen; hierdurch aber würde für das Hauptversahren in beiden Sachen die Zuständigkeit des Schwurgerichts zu Dresden begründet worden sein (vgl. § 17). Anders dagegen wäre der Fall zu beurtheilen, wenn die eine Sache bei dem Schwurgericht oder der Straffammer zu Berlin, die andere aber bei dem Schen verdunden vor das Schwurgericht bezw. In diesem Falle würde es nicht statthaft sein, die Sachen verdunden vor das Schwurgericht bezw. die Straffammer zu Dresden zu bringen, da hier jede Grundlage sür die Zuständigseit dieser Gerichte sehlen würde. Theilw. a.R. John S. 165, Stenglein S. 103, Glaser II. S. 180.
 - 4. Trennung verbundener Straffachen.
- a. Die Bestimmung findet gleichnäßig Anwendung auf ben Fall, wenn die Berbindung ber Sachen schon bei Erhebung ber Klage (§ 2), wie auch auf ben, wenn sie nachträglich (§ 4) eingetreten war. Bgl. § 2 Note 8.
 - b. Ift bie Trennung beschloffen, jo geht bie abgetrennte Sache in ber Lage, in welcher

fie fich jur Beit bes Befchlusses befindet, auf basjenige Gericht über, welches für fie an fich justanbig ift. Für bas weitere Berfahren find alsbann bie für biefes Gericht geltenden Borsichtiten maßgebend (§ 5).

- c. Bgl. § 394 Abf. 3 u. bie Roten baf.
- 5. Nach erfolgter Eröffnung bes hauptversahrens wird die Zuftändigkeit bes befaßten Gerich:s für diejenige Sache, für welche an sich ein Gericht nieberer Ordnung zuftändig ift, nicht dadurch von selbst wieder aufgehoben, daß der Zusammenhang erlischt (vgl. § 269); wohl aber kann dies Erlöschen Beranlassung bieten, die gedachte Sache gemäß § 4 an das an sich zuständige Gericht zu verweisen. Dies gilt auch dann, wenn diejenige Sache, für welche bas Gericht höherer Ordnung an sich zuständig ift, völlig (wie z. B. durch den Tod des Angeschuldigten) in Begsall kommt, so daß von der "Anordnung einer Trennung" strenggenommen nicht mehr die Rede sein kann. -- In Betreff der Boruntersuchung vgl. die Noten zu § 207.
- 6. Der Befchluß tann auch von Amtswegen, alfo, falls er bem gemeinschaftlichen oberen Gericht guftebt, auch auf Anregung feitens eines ber betheiligten Gerichte erlaffen werben.
 - 7. In Betreff ber Privattlage f. noch bie befonbere Bestimmung in § 424 Abf. 2.
- 8. Die Kassung bes Abs. 2 ift keine sachgemäße; fie läßt ben Umftand unberudfichtigt, baß, falls es fich um nur zwei Cachen handelt, ber Bezirt bes Gerichts hoherer Ordnung mit bem bes Gerichts nieberer Orbnung vollig jufammenfallen taun, fo g. B. ber Begirt bes Schwurgerichts mit bem ber Straftammer, ber Bezirt einer auswärtigen Straftammer mit bem eines Schöffengerichts; in solchen Källen paßt ber Ausbrud: "basjenige Gericht, zu bessen Bezirt bie übrigen Gerichte geboren" auf beibe betheiligte Gerichte. Das Gefet will fagen: Die Befclugfaffung ftebt bem betheiligten Gericht boberer Orbnung (Schwurgericht, Straffammer) ju, wenn bas betheiligte Gericht nieberer Ordnung (Straffammer, Schöffengericht) seinem Bezirk angehört; bas Gericht höherer Ordnung kann alle innerhalb seines Bezirks anhängigen Sachen auf Grund des Zusammen: hanges an fich ziehen, und ebenso tann es ben seinem Bezirk angehörigen (an fich zuständigen) Gerichten nieberer Ordnung bie abgutrennenben Sachen jumeisen. An Stelle bes Schwurgerichts befdließt außerhalb ber Sigungsperiobe bie betr. Straftammer (BBG. § 82, § 99 Abf. 2). A. DR. Buchelt S. 33, Geper S. 378. Dem Reichsgericht als Gericht er fter Inftang fteben bie Befugniffe bes Gerichts höherer Ordnung gegenüber allen beutiden Gerichten ju (vgl. GBG. § 136 Rote 4). -Gin Befdluß bes gemeinicaitlichen oberen Gerichts ift erforberlich, wenn bas betheiligte Bericht nieberer Orbnung bem Begirt bes betheiligten Berichts hoherer Orbnung nicht angebort. Db amifchen biefen beiben Gerichten über bie Zweckmäßigfeit ber Berbinbung ober Trennung Meinungsverschiebenheit besteht ober nicht, ift gleichgultig; eine Bereinbarung ber betheiligten Gerichte, wie folde in § 13 vorgeseben ift, macht bie Enticheibung bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts nicht entbehrlich (ein Grund für biefe Berfchiebenheit bes Berfahrens ift übrigens nicht erfichtlich). Sonach bebarf es 3. B. eines Befcluffes bes Reichsgerichts, wenn von ben bei ber Straftammer zu Berlin anhängigen verbunbenen Sachen bie eine abgetrennt und bem für fie an fich juftanbigen Schöffengericht in Dresben jugewicfen werben foll (A. Dr. Stenglein G. 104). - Sanbelt es fich um bie Berbindung ober Trennung von mehr als zwei Sachen und befinbet fich von ben betheiligten Gerichten nieberer Ordnung nur bas eine außerhalb bes Begirts bes Gerichts höherer Ordnung, fo bebarf es bes Beidluffes bes gemeinicaftlichen oberen Gerichts nur bezüglich berjenigen Sache, welche bei bem gebachten Gericht nieberer Orbnung anhangig ober an baffelbe ju verweisen ift.
- 9. In Betreff bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts f. Rote 4 ju Abichn. 2; hier kommen als obere Gerichte nur bie Oberlanbesgerichte und bas Reichsgericht in Betracht.
- 10. Gegen ben Beschluß bes Erstinftanzgerichts höherer Orbnung ift eine Beschwerbe nicht ausgeschloffen; bagegen unterliegt ber Beichluß bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts einer Aufechtung nicht; pgl. § 346 Abs. 3 sowie Rote 4. d zu Abschn. 2.

§. 5.

Für die Dauer ber Berbindung ift ber Straffall, welcher zur Zuständigkeit des Gerichts höherer Ordnung gehört, für bas Berfahren maßgebend.

(I. II. III. Enim. § —.)

§. 6.

Das Gericht hat seine sachliche Zuständigkeit in jeder Lage bes Berfahrens von Amtswegen zu prüfen.

(L II, III. Entw. § -.)

Ru § 5.

- 1. Der § spricht aus, baß hin sichtlich bes Berfahrens biejenigen Sachen, mit benen bas Gericht höherer Ordnung auf Grund bes Zusammenhanges besaßt ift, ganz ebenso zu behandeln sind, wie diejenigen, sur welche dieses Gericht an sich zuständig ist. Es gilt dies 3. B. hinsichtlich ber Nothwendigkeit ber Bornntersuchung (§ 176 Abs. 3) und ber Nothwendigkeit der Bertheibigung (§ 140); ebenso hinsichtlich der Statthaftigkeit der Rechtsmittel (§§ 354, 374). Lagegen bezieht sich die Vorschrift nicht auf die materielle Behandlung der Sache, wie z. B. die Frage der Berjährung: RGer. II. 25. Mai 83 (Entsch. VIII. 312, Rspr. V. 385).
- 2. "Für bie Dauer ber Berbindung" Diefer Ausbrud ift ungenau; es soll heißen: iolange und soweit bas Gericht höherer Ordnung mit der betr. Sache besatht bleibt und diese nicht an das für sie ursprünglich zuständige Gericht verwiesen ift. Darauf, ob die Sachen vereinigt oder gesondert zur Berhandlung und Entscheidung gelangen, tommt es nicht an; das Gericht höherer Ordnung tann in allen bei ihm anhängigen Sachen nur die für sein Berkahren gegebenen Borschiften anwenden. Bgl. noch § 4 Rote 5 u. 4. b.

3u § 6.

- 1. Die Prüfung ber sachlichen Zuständigfeit ist niemals von einem Antrage ober Einwande (wie solcher in § 18 hinsichtlich ber örtlichen Zuständigkeit ersorbert wird) abhängig; das Gericht hat vielmehr von Amtswegen seine Zuständigkeit zu prüfen und event. sich für unzuständig zu erstären. Der Ausdruck: "in jeder Lage des Berfahrens" ist allerdings insofern nicht ganz genau, als das Gericht nicht in jedem beliedigen Zeitpunkt zu einer Entscheidung über die Zuständigkeit schreiten kann. Dasselbe hat seine sachliche Zuständigkeit bei den Entscheidungen über die Eröffnung der Boruntersuchung bezw. des Hauptversahrens (vgl. § 176 Abs. 3, § 178 bezw. § 207) und sodann in der Hauptverhandlung (§ 270) zu prüfen. Ist die Eröffnung des Hauptversahrens einmal ersolgt, so kann vor der Hauptverhandlung eine Unzuständigkeitserklärung nicht erlassen werden, auch wenn sich inzwischen die sachliche Unzuständigkeit des Gerichts herauszgestüt bat.
- 2. In ber Sauptverhanblung erfährt ber Grundfat bes § 6 eine Ginfchrantung burch bie Beftimmung bes § 269.
- 3. Inwiefern tas mit ber Entscheidung über eine Berufung ober eine Revision befaßte Gericht boberer Inftang von Amtswegen bie sachliche Buftanbigfeit bes Gerichts erfter Inftang zu prufen habe, barüber f. § 369 Abs. 3, § 377 Rr. 4, § 392 u. bie Roten baf.
- 4. Auf bas Berhaltniß ber Revifionsgerichte (bes Reichsgerichts und ber Oberlandess gerichte) zu einander findet § 6 nicht Anwendung; hier ift die besondere Borschrift bes § 388 maggebend.
 - 5. Bgl. § 20 Rote 4.
- 6. Da ber in § 6 aufgestellte Sat ein sich aus bem Begriffe ber Zuständigkeit von selbst argebender ift, während die Bestimmungen der §§ 16—18 sich als eine positivrechtliche Abweichung darftellen, so versteht es sich, daß bas Gericht auch die Frage: ob ihm im vorliegenden Falle übenhaupt eine Gerichtsbarkeit zustehe, steis von Amtswegen zu prüsen und event, von Amtswem seine Unzuständigkeit auszusprechen hat. Es gilt dies namentlich in Beziehung auf die Rilitärgerichtsbarkeit unterworsenen Person irtihümlich vor dem ordentlichen Gericht (Civilgericht) eingeleitet, so muß dieselbe von Amtswegen

3meiter Abichnitt.

Gerichtsftand.

eingestellt werden, sobalb bas Gericht ben Mangel seiner Gerichtsbarkeit erkennt. In einem solchen Falle erfährt auch bas in Note 1 (Schluß) Bemerkte insofern eine Mobisikation, als bas Gericht gegen ben Beschulbigten mit Hanblungen bes Gerichtszwanges (Labung, Borführung 2c.) überhaupt nicht weiter vorgehen barf.

Bum zweiten Mbfdnitt.

- 1. a. Der Abidin. hanbelt von ber örtlichen Zuftändigfeit ber Gerichte im Gegensch zu ber sachlichen, welche in Abidin. 1 behandelt ift (vgl. bort Note 1. a); er regelt also die Bertheilung ber Strafsachen unter die gleichartigen Gerichte verschiedener Bezirke. Der Ausbruck "Gerichts ftand" wird von ber StPO. ausschließlich auf die örtliche Zuständigkeit bezogen, was eine Abweichung von bem bisherigen Sprachgebrauch enthält, wie aus den bisher gebräuche lichen, sich auf die Gerichtsbarkeit beziehenden Ausbruck: "befreiter (ober privilegirter) Gerichtsfand" hervorgeht.
- b. Der Abschn. regelt bie örtliche Zuftanbigkeit für bie Untersuchung und Entscheibung, also für das Berfahren als Ganzes. Reben dieser Zuständigkeit fommt mehrsach noch die örtliche Zuständigkeit für einzelne Untersuchungshandlungen in Betracht; vgl. α) in Betreff der Berhaftungen: § 125 Abs. 2, §§ 128, 132; β) in Betreff der Beschlagnahmen: § 98 Abs. 2, § 100 Abs. 3; γ) in Betreff der Untersuchungshandlungen, welche vor Eröffnung der Untersuchung stattsfinden: §§ 160, 163, 164; δ) in Betreff der nachträglichen Festsehung einer Gesammtstrase: § 494 Abs. 3; ε) in Betreff der Handlungen der Rechtshülse: GBG. § 158; ζ) in Betreff der Besugniß der Gerichte, Amtshandlungen außerhalb des eigenen Bezirls vorzunehmen: GBG. § 167. Bgl. auch StBO. § 21.
- c. Der Abschn. regelt die örtliche Zuständigkeit der Gerichte erster Instanz. Bon dieser ist die örtliche Zuständigkeit der Oberinstanz-Gerichte bergestalt abhängig, daß über ein eingelegtes Rechtsmittel jedesmal dasjenige (sachlich berusene) obere Gericht zu entscheiden hat, zu dessen Bezirk das Gericht, dessen Entscheidung angesochten wird, gehört; vgl. § 12 Rote 11, § 15 Note 10, § 394 Abs. 2. Geht eine Sache von dem einen Erstinstanzgericht auf ein anderes über, so tritt damit von selbst der entsprechende Bechsel der Oberinstanzgerichte ein, soweit nicht die letzeren den betheiligten Erstinstanzgerichten gemeinsam sind. Bgl. auch EG. zum GBG. § 9.
- d. Die Bestimmungen bes Abschn. betreffen theils bie Begrundung bes Gerichisstandes (SS 7—13, 15), theils bie Erörterung und Feststellung ber Zuständigkeit (S 12 Ubs. 2, S 13 Ubs. 2, 3, S 14, SS 16—19), theils die Bornahme von Untersuchungshandlungen burch un zusständige Gerichte (SS 20, 21).
- o. Auch außerhalb bes Abidn. enthält bie StPO. Bestimmungen über ben Gerichtsfanb, und zwar über bie Begründung beffelben u. A. in § 394 Abf. 2, § 428 (vgl. bort Rote 3), § 471 Abf. 1, § 477 Abf. 1, über bie Erörterung und Feststellung ber Bustanbigkeit u. A. in §§ 178—180, § 199 Abf. 3, § 377 Rr. 4, § 395.
- 2. In Betreff ber ben Bestimmungen bes Abschn. zu Grunde liegenden reichs ftaatsrecht= lichen Aufsaffung f. GBG. Tit. 2 Rote 5, 6.
- 3. Der Begriff bes Gerichtsbezirks ift, je nachbem ein Gericht höherer ober nieberer Ordnung mit ber Sache befaßt ift, ein verschiebener. In bieser Beziehung ist zu bemerken: Der Bezirk bes Landgerichts fällt regelmäßig mit bem bes Schwurgerichts und ber Strafkammer zusammen; boch können auch mehrere Landgerichtsbezirke zu einem Schwurgerichtsbezirk vereinigt sein (BBG. § 99), und ferner kann ber Bezirk eines Landgerichts die Bezirke mehrerer Strafkammern umfassen (BBG. § 78). Der Bezirk bes ständigen Untersuchungsrichters (BBG. § 60) ist mit dem bes Landgerichts rechtlich ibentisch; die Bertheilung der Geschäfte unter mehrere Untersuchungsrichter besselieben Landgerichts ist, auch wenn sie nach Bezirken ersolgt, nur eine innere Angelegenheit bes Gerichts. Der Bezirk des Amtsgerichts fällt mit dem des Schössengerichts zusammen (BBG. § 12 Note 3).

§. 7.

Der Gerichtsstand ist bei bemjenigen Gerichte begründet, in beffen Bezirk bie strafbare Handlung begangen ift.

(I. II. III. Entm. \$ 1.)

- 4. 2 Bei Regelung ber örtlichen Zuständigkeit tritt vielsach (§ 9, § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 2, §§ 14, 15, 19) eine Mitwirkung ber oberen Gerichte ein. Die oberen Gerichte im Sinne bieses Abschn. sind: das Reichsgericht, die Oberlandesgerichte und die Landgerichte. Unter dem gemeinsichaftlichen oberen Gericht ift, wenn den in Frage stehenden Erstinstanz-Gerichten mehrere obere Gerichte gemeinsam sind, das zunächst obere Gericht zu verstehen. Sonach erfolgen die in den §§ 12, 13, 14, 19 bezeichneten Entscheidnungen: a) durch das Landgericht (Strassammer), wenn es sich um Amtsgerichte oder Schössensichte besselben Landgerichtsbezirk handelt; 3) durch das Oberlandesgericht, wenn es sich um Gerichte desselben Oberlandesgerichtsbezirk handelt und nicht der zu a gedachte Fall vorliegt; y) durch das Reichsgericht, wenn es sich um Gerichte verschiedener Oberlandesgerichtsbezirk handelt. Bgl. EG. zum GBG. § 8 Note 1 und § 9 Note 2.
- b. Insoweit nicht in einzelnen Bestimmungen (vgl. § 13) etwas Anberes vorgeschrieben ift, tann bas obere Gericht alle ihm zustehenben Entscheidungen sowohl auf Antrag eines Prozeß= betheiligten wie auch von Amtswegen, folglich auch auf Anregung seitens eines ber betheiligten Gerichte, erlassen.
- c. Die Entschung bes oberen Gerichts erfolgt burch Beschluß ohne munbliche Bershandlung. Buvor ift bie Staatsanwaltschaft bes entscheinen Gerichts mit ihrer Erklärung gu hören (§ 33). Die Ginholung von Erklärungen ber sonstigen Prozesbetheiligten ift nicht vorgesichteben, unterliegt also bem Ermessen bes Gerichts.
- d. Gegen bie Enticheibung bes oberen Gerichts finbet ein Rechts mittel nicht statt. Bejuglich ber Entscheibung bes Reichsgerichts ober bes Oberlandesgerichts ergiebt sich bies auß 346 Abs. 3; die Unansechtbarkeit ber Entscheibung bes Landgerichts folgt baraus, daß diese weber als eine "in erster Justanz", noch als eine "in ber Berufungsinstanz" erlassene Entscheibung im Sinne bes § 356 Abs. 1 angesehen werden kann (vgl. auch Mot. S. 133). Das obere Gericht ift jedoch für besugt zu erachten, selbst seinen Beschluß wieder auszuheben oder abzuändern, wenn es hierzu genügende Beranlassung sindet; eine solche kann auch aus dem gegen den Beschluß gerichteten Wiberspruche eines Prozesbetheiligten entnommen werden.
- 5. Unter mehreren Gerichten, Straffachen 2c. find überall (§§ 12, 13, 14, 19) auch zwei zu verfteben.
 - 6. Ueber bie ortliche Buftanbigfeit ber Staatsanmaltichaften f. BBG. § 144.

3u \$ 7-13 und 15.

- 1. Begründet wird ber Gerichtsftand hauptsächlich burch ben Ort ber begangenen That (§ 7) und burch ben Bohnfit 2c. bes Beschulbigten (§ 8; vgl. bort Note 2). Den Gerichtsftand ber Ergreifung hat die StBD. als einen allgemeinen nicht aufgenommen; nur in ben Fallen bes § 9 kommt es auf ben Ort ber Ergreifung an. Gin singulärer Gerichtsstand ift in § 10 bestimmt. Der Gerichtsstand kann ferner begründet werden burch ben Auftrag eines oberen Gerichts (§§ 9, 15) und burch ben Zusammenhang mehrerer Straffachen (§ 13).
- 2. Die Bestimmungen bes Abschn. über bie Begründung bes Gerichtsstandes finden insoweit nicht Anwendung, als in der StPO. ober in anderen Reichsgeseten (vgl. EG. § 5) etwas Mbsweichendes bestimmt ist. Solche Ausnahmebestimmungen s. in der StPO. § 471, in der Seemannssordnung § 101 Abs. 3 (unten in Abth. III). Insoweit es der Landesgesetzgebung zus steht, ein von der StPO. adweichendes Bersahren einzusühren (EG. § 3 Abs. 2, 3), darf sie auch hinsichtlich des Gerichtsstandes besondere Bestimmungen tressen; vgl. z. P. preuß. Forstbiebst. Ses. v. 15. April 1878 § 21.

3u § 7. 8.

1. Bei ben im Inlande, b. h. im Gebiete bes Deutschen Reichs, begangenen strafbaren Handslungen find ber Gerichtsftand ber begangenen That (§ 7) und ber bes Bohnsiges 2c. (§ 8) gleich-

Lowe, Strafprozegorbnung. 5. Aufl.

Digitized by 1500gle

berechtigt; gesetlich sieht keinem von beiben ein Borzug vor bem anderen zu. Ein gewisser Borzug des ersteren Gerichtstandes wird aber freilich durch die Ratur der Sache begründet, und zwar schon deshalb, weil bei dem ersten Einschreiten der Behörden häusig die Person des Thäters und solgeweise der Gerichtstand des Bohnsiges zu undekannt ift. Sodann aber wird meistens auch die Erhebung der Beweise am sichersten und schnellten im Gerichtstande der begangenen That zu bewirken sein. Es wird sich daher sur die Staatsanwaltschaft in der Regel empsehlen, die Sache im Gerichtsftande der begangenen That anhängig zu machen, den Gerichtsstand des Bohnsiges zu aber nur da zu wählen, wo diese Bahl nach Lage der Sache, z. B. wegen des Bohnorts der zu vernehmenden Zeugen, als die zwechmäßigere erscheint. Bgl. Ortsoff im Geaal XXXVI. S. 319.

- 2. Bgl. § 9 Abf. 2 u. bie Roten baf., sowie § 12.
 - Bu & 7.
- 1. Carüber, welcher Ort als Ort ber Begehung anzusehen sei, hatten die früheren Landesgesete eine Anzahl Einzelbestimmungen aufgestellt, beren Zwed ber war, die hinsichtlich gewiser Fälle bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu entschieden. Die Reichsgesetzgebung hat die Austellung berartiger Borschieften nicht für ersorderlich erachtet, sich vielmehr jeder Definirung best Begriffes best Begehungsortes enthalten. Die Mot. S. 131 sprechen sich über einzelne ber gebachten Fälle and; allein die von ihnen ausgestellten Sätze können, da sie nicht im Gesetz selbst zum Ausdruck gekommen sind, nicht ohne Beiteres als maßgebend angesehen werden (a. M. Auchelt S. 36). Als Begehungsort im Sinne bes Prozehrechts muß sonach ebenberselbe Ort gelten, ber im Sinne bes materiellen Strafrechts (vzl. St. 3) si.) der Begehungsort ist; es ist baher auf die Lehtbücher des Strafrechts und auf die Kommentare zum Stoß. SS 3, 4 zu verweisen; vgl. insbes. Olshausen S. 50 ss., woselbst auch die gesammte, die einschlägigen Streitsgen behandelnde Literatur angesührt ist. Hier sind nur solgende Fälle hervorzuheben:
- a. Die strafbare handlung besteht in einem einzigen Borgange, ber sich jeboch auf ber Grenze zweier Gerichtsbezirfe zugetragen ober sich über bieselbe hinmeg erstreckt hat: hier ist bie That sowohl in bem einen wie in bem anberen Bezirfe begangen. Beispiele: ein Zweikampf, bei welchem ber eine Theil bieseits, ber andere jenseits ber Grenze steht; eine Schlägerei, bei welcher sich die Betheiligten erst in bem einen und sodam in dem anderen Bezirk ober theils in bem einen, theils in dem anderen Bezirk besindem. hierher gehört auch der Fall, wenn über die Grenze hinüber ein Schuß abgeseuert ober ein Stein geworsen wird. hier muß die ganze von der Rugel oder dem Steine durchlausene Raumstrecke als Ort der Begehung angesehen werden; es ist willkurlich und gegen die Natur der Sache, wenn man in diesem völlig einheiklichen Vorgange zwei Momente, nämlich erstens die Thatigseit der Person und zweitens die unmittelbare Wirfssamseit ihres Thuns (das Fliegen der Augel 2c.), von einander scheine, das lehtere Moment als einen von der handlung selbst zu trennenden "Ersolg" (vgl. b) qualifiziren und demnach als Ort der Begehung nur benjenigen Ort ansehen will, an welchem sich der Thäter während seiner Thätigkeit besunden hat.
- b. Der Thatbestand seht sich zusammen aus mehreren, räumlich getrennten Borgangen. Dat in einem solchen Falle ber eine Borgang nur die Bebeutung eines zu ben Begriffsmerkmalen ber vollendeten Strafthat gehörigen Erfolges, so kann ber Ort, wo eben nichts weiter als das Einstreten dieses Ersolges stattgesunden hat, als Ort der Begehung nicht angesehen werden; vgl. RGer. I. 25. Sept. 84 (Entsch. XI. 245). Allein unter Erfolg ift keineswegs alles Dassienige zu versiehen, was nach Abschluß der eigenen körperlichen Thätigkeit des Thäters wielmehr dische alles Dassenige einen Bestandtheil der Handlung selbst, was der Thäter "durch eine fremde, von ihm als Werzeug benutzt (menschliche, thierische oder mechanische) dewegende Kraft zu Wege bringt, insoweit er eben wegen dieser Benutzung seinerseits doch als Thäter (und nicht als Anstister) anzusehen ist; in diesem Falle dauert die Handlung des Thäters so lange, als die von ihm in Bewegung geschte Krast wirksam ist" (so: Oppenhoss, Reichsschafzelesbuch § 3 Rote 7). Gl. A. RGer. III. 13. Wärz 80 (Entsch. I. 274, Rspr. I. 460): bei dem verbotswidigen, mittelst brieslicher Uedscsendung ersols

§. 8.

Der Gerichtsftand ift auch bei bemjenigen Gerichte begründet, in bessen Bezirk ber Angeschulbigte zur Zeit ber Erhebung ber Klage seinen Wohnsis hat.

genden Bertriebe von Lotterieloosen stellt ber Ort, wo der Brief an den Abressaten gelangt, den Thatort dar. Bgl. auch RGer. II. III. 12./19. Mai 84 (Entsch. X. 420). — Richt die eigene Thätigkeit des Thäters, sondern die Ausführung der That bildet im Sinne des Strafrechts den begrifslichen Gegensatz zu dem Erfolge; als ein Bestandtheil der Aussiührung muß aber naumentslich der jenige Borgang gelten, in welchem sich der verdrecherische Angriff vollzieht oder die Rechtszwerlehung als solche zur Erscheinung kommt, gleichviel ob in diesem Borgange der Thäter selbst noch thätig ist oder nicht. Sonach sind unter "Ersolg" nur solche durch die Strafthat verursachte Borgange (Ereignisse) zu verstehen, welche von dem letzten Aussiührungsakte räumlich und zeitlich getrennt sein können; ein solcher Borgang ist z. B. der Tod des Berletzten bei dem Berbrechen der Tödtung: der Ort des Todes ist als solcher nicht der Ort der Begehung der That (vgl. übrigens § 9 Rote 8).

c. Sett sich ber Thatbestand aus mehreren, an verschiedenen Orten vorgenommenen Ausführung batten zusammen, so ist die gesammte Thätigkeit des Handelnden als Begehung der That anzusehen; die lettere ist also an jedem Orte begangen, an welchem einer der Ausführungsatte stattgefunden hat: RGer. II. III. 12./19. Mai 84 (Entsch. X. 420), IV. 25. Jan. 87 (Entsch. XV. 232, Rspr. IX. 93). Dies gilt insbes. auch dann, wenn zum Thatbestande des Delitts begrifflich eine Mehrheit von Thätigkeiten gehört, von denen die frühere ihren strafrechtelichen Charakter erst durch das hinzutreten der späteren erhält, wie z. B. bei der Urkundensklichung (StGB. § 267: Ansertigung der Urkunde — Gebrauch). — Gewohnheitsmäßige oder gewerdsmäßige Delikte sind überall da begangen, wo eine der bezüglichen Einzelhandlungen vors genomwen wurde.

Nebrigens ist die Frage: welcher Ort ber Begehungsort sei, eine sehr bestrittene; vgl. Planck S. 77, Zacharia I. S. 370, v. Bar, Internat. Recht S. 555, Berner, Lehrb. des Strafrechts 10. Aust. S. 261, H. Meyer, Lehrb. des Strafrechts S. 102, Oppenhoff a. a. O., v. Schwarze, Strasgesethuch S. 59, v. Wächter in Goltb. Arch. XVIII. S. 524, Ullmann in HH. I. S. 154, Geyer S. 366, Kanser S. 116, Hassischer im GSaal XXX. S. 52, Ressel in Goltb. Arch. XXV. S. 1, Häberlin ebenda S. 432. Bgl. ferner die Kommentare zur StPO. § 7, insbes. John S. 205 und Keller S. 8.

- 2. Sind bei einem Delift Theilnehmer (Anstifter, Gehilfen) vorhanden, so stellt im Sinne bes § 7 bas die Theilnahme enthaltende Thun jedes Ginzelnen für sich allein eine "strafbare handlung" dar, so daß gegen den Ginzelnen ber Gerichtsstand der begangenen That da begründet ift, wo seine Thätigkeit (von welcher übrigens das in Note 1 a. b. c. Bemerkte gleichfalls gilt) stattand; es folgt dies daraus, daß die StBO. den gedachten Fall als einen Fall des Zusammenshanges mehrerer Strafsachen behandelt (§ 3 u. Note 1 das.; vgl. § 13). Gl. A. (in einem Falle der Beihilse) RGer. III. 14. Juni 83 (Entsch. IX. 10, Rspr. V. 434); a. M. IV. 24. Juni 84 (Entsch. XI. 20, Rspr. VI. 473): die im Auslande geleistete Beihilse zu einer im Inlande begangenen That sei als eine im Julande begangene strafbare Handlung auzusehen.
- 3. Sind bei einem Straffalle mehrere Orte als Begehungsorte anzusehen und gehören biefelben ben Bezirken verschiebener Gerichte an, so ift ber Gerichtsftand ber begangenen That
 bei jebem biefer Gerichte gleichnäßig begründet. Bgl. § 12.
- 4. Ueber bie Zuftanbigkeit für bas fog. objektive Strafverfahren f. § 477 Rote 8; aber bie Zuftanbigkeit in Prefiftraffachen: bie Roten zum Prefiges. v. 7. Mai 1874 (unten in Abih. III.).

3u § 8.

^{1. - &}quot;auch" - vgl. oben Rote 1 zu SS 7, 8 sowie § 12.

^{2.} Mit bem Ausbrud "Gerichtsftanb bes Bohnfiges" wird in ber StBD. jeber

Hat ber Angeschulbigte einen Wohnsitz im Deutschen Reich nicht, so wird ber Gerichtsstand auch burch ben gewöhnlichen Aufenthaltsort und, wenn ein solcher nicht bekannt ist, burch ben letzten Wohnsitz bestimmt.

(I. II. III. Cutm. \$ 4.)

§. 9.

Wenn die strafbare Handlung im Auslande begangen und ein Gerichtsftand in Gemäßheit des §. 8 nicht begründet ift, so ist dasjenige Gericht zuständig, in

- nad Abi. 1 ober nach Abi. 2 bes § 8 begrunbete Gerichtsftanb, alfo auch ber burch ben gewöhnlichen Aufenthaltsort ober ben letten Wohnfit begrunbete, bezeichnet; pgl. 3. B. § 9 Abi. 2.
- 3. Der Begriff bes Wohnfiges bestimmt fich nach ben Lanbesgesehen. Insofern nach biefen jemand einen mehrsachen Wohnsig haben tann, tann auch ber Gerichtsstand bes Wohnsiges an mehreren Orten gleichzeitig begründet sein. Bal. Buchelt S. 39.
- 4. Nur ber gewöhnliche Aufenthaltsort, nicht ber Ort eines vorübergehenden Aufenthalts, begründet ben Gerichtsftand bes § 8. Ob ein Ort als ber gewöhnliche Aufenthaltsort anzusehen sei, darüber entscheidet bas thatsächliche Ermessen bes Richters. Der Ausbruck "gewöhnlicher Aufenthaltsort" ist dem Ges. über ben Unterftühungswohnsit vom 6. Juni 1870 (BBBI. S. 360) entnommen.
- 5. Der Ort, wo jemand eine Freiheitsftrafe verbugt, tann felbst bann, wenn biese von langerer Dauer ift, nicht als gewöhnlicher Aufentsaltsort im Sinne bes § 8 gelten, ba bas Gesetnur einen freiwillig gemählten Aufenthalt im Auge hat.
- 6. Durch ben gewöhnlichen Aufenthaltsort wird nur beim Mangel eines gegenwärtigen beutichen Bohnsiges, burch ben letten beutichen Wohnsit nur in bem Falle, wenn ber zeitige gewöhnliche Aufenthaltsort nicht bekannt ift, ein Gerichtsftanb begründet.
- 7. a. Der Begriff ber Erhebung ber Klage ergiebt sich aus § 168 Abs. 1 und § 421. Findet eine Boruntersuchung statt, so stellt nur ber sie veranlassende Antrag (§ 177), nicht aber die nach Abschluß berselben erfolgende Einreichung der Anklageschrift (§ 196 Abs. 2) die Erhebung der Klage dar. In dem in Buch 6 Abschu. 1 behandelten amtörichterlichen Bersahren wird die Klage durch den Antrag auf Erlassung des Strasbefehls (§§ 447, 448) erhoben.
- b. Es fommt, soweit es sich um ben gegenwärtigen Wohnst ober Aufenthaltsort handelt, lediglich auf ben Zeitpunkt ber Erhebung der Riage an; welchen Bohnst ober Aufenthalt ber Angeschuldigte zur Zeit ber That, der Anzeige ober der Borermittelungen (Buch 2 Abschn. 2) gehabt hat, ist gleichgültig. Eine nach Erhebung der Rlage eintretende Beränderung des Bohnsites ober Aufenthaltsortes ist auf den Gerichtsfland des § 8 ohne Ginfluß. Dies muß nach dem Bortlaut des § selbst dann gelten, wenn die Beränderung eintritt, bevor das Gericht ben die Untersuchung eröffnenden Beschluß erläßt; vgl. 3. B. § 200 ("einzelne Beweiserhebungen").
- c. Birb eine Untersuchung nicht burch Erhebung ber Klage, sonbern baburch veranlaßt, baß gegen eine außergerichtliche Straffestsetung auf gerichtliche Entscheibung angetragen wird (vgl. GBG. § 13 Note 6), so muß ber Zeitpunkt bieses Antrages, welcher lettere in seiner Birkung ber Erhebung ber Klage gleichsteht, als ber maßgebenbe angesehen werben, und zwar ohne Unterschied, ob bie Anbringung bes Antrages bei bem Gericht ober bei einer anderen Beborbe erfolgt. A. M. John I. S. 230, Stenglein S. 110, Glaser II. S. 158, die den Zeitpunkt, zu welchem die Staatsanwaltschaft die Akten dem Gericht vorlegt, für maßgebend ansehen.

Bu § 9.

Ru Abs. 1.

- 1. "im Auslande" b. h. außerhalb bes Deutschen Reichs. Der im StoB. § 8 ausgesprochene Sat: "Ausland im Sinne bieses Strafgesetzes ist jedes nicht zum Deutschen Reiche gehörige Gebiet" gilt entsprechend auch für bas Strasversahren: RGer. II. 6. Febr. 80 (Ripr. I. 322). Pgl. Mot. S. 131.
- 2. Darüber, in welchen Fällen wegen einer im Auslande begangenen ftrafbaren handlung eine Strafverfolgung im Inlande ftattfinde, f. StBB. §§ 4-7, 37, 102, 298, sowie ferner:

bessen Bezirk die Ergreifung erfolgt. Hat eine Ergreifung nicht stattgefunden, so wird das zuständige Gericht vom Reichsgerichte bestimmt.

Sleiches gilt, wenn eine strafbare Handlung im Inlande begangen ist, jedoch weber ber Gerichtsstand ber begangenen That noch ber Gerichtsstand bes Wohnsitzes ermittelt ist.

(Abf. 1: I. II. III. Entw. § 2. Abf. 2 -.)

- \$\cong 22, 25 bes Ges. v. 11. Juni 1870, betr. bas Urheberrecht an Schriftwerken ic. (BGBs. S. 3.39), \$\cong 16 bes Ges. v. 9. Jan. 1876, betr. bas Urheberrecht an Werken ber bilbenden Künste (RGBs. S. 4), \$\cong 9 bes Ges. v. 10. Jan. 1876, betr. ben Schutz ber Photographien (RGBs. S. 8), \$\cong 14 bes Ges. v. 11. Jan. 1876, betr. bas Urheberrecht an Mustern und Modellen (RGBs. S. 11), \$\cong 81-100\text{ ber Seemannsorbnung v. 27. Dez. 1872 (RGBs. S. 409), Mil.:StGB. v. 20. Juni 1872 \$\cong 7\$, 160, 161 (RGBs. S. 174 ff.), Bertrag mit Belgien, betr. die Bestrasung der Forsteitent n. v. 29. Apr. 1885 (RGBs S. 251). In Betress der Strasssälle, welche der Gerichtsbarkeit der im Auslande sungirenden deutschen Konsulaugerichtsbarkeit v. 10. Juli 1879 \$\cong 1\$, 12, 31 (unten in Abth. III). Bgs. serner das Ges. der. die Rechtsverhältnisse der bentschen Schutzgebiete, v. 17. April 1886 (RGBs. S. 75).
- 3. Bei ben im Auslande begangenen ftrafbaren Sandlungen greift in erfter Linie ber in § 8 befimmte Berichtsftand Blat; in Ermangelung biefes Gerichtsftanbes finbet § 9 Anwendung.
- 4. a. Unter Ergreifung ift bie erfte, burch einen zu Festnahmen 2c. berufenen Beamten (im Falle bes § 127 Abs. 1 auch die durch eine andere Person) vorgenommene handlung zu versstehen, durch welche einem Beschulbigten ober Berdächtigten zum Zwede der Strasverfolgung die petfonliche Freiheit thatsächlich entzogen wird; eine gerichtlich vorgenommene oder auch nur ansgeordnete handlung ist nicht ersorderlich. Die auf die Ergreifung solgenden, die Festhaltung oder gerichtliche Inhastnahme des Ergriffenen betreffenden Maßregeln, insbes. die Aufnahme besselben in eine Gesangenenanstalt, sind für die Begründung des Gerichtsstandes bedeutungslos.
- b. Bur Begrundung bes Gerichtsftanbes für eine im Auslande begangene That ift es nicht eriorderlich, daß die Ergreifung gerade aus Anlag biefer That flattgefunden habe; das Gericht bes Ergreijungsortes ift vielmehr auch für anbere im Auslande begangene Sanblungen bes Ergriffenen juftanbig. Bon Bichtigkeit ift bies in bem falle, wenn binfichtlich ber bie Ergreifung veranlaffenden That, fei es wegen Mangels an Beweisen ober aus einem anberen Grunde, die Erhebung ber Klage unterbleibt, ber Gerichtsftanb für bie übrigen Sandlungen alfo nicht burch ben Busammenhang (§ 13) begrundet werben tann. Beispiel: A., ber eines im Austande begangenen Diebftable bezichtigt ift, wird in Deutschland bieferhalb verhaftet, Die Rlage jeboch in Un= fehung bes Diebstable nicht erhoben; bevor inbeg bie Freilaffung bes A. erfolgt, gelangt ein von ihm im Auslande begangener Raub jur Renntnig ber Staatsanwaltichaft; auch fur bie biefes Raubes megen zu erhebenbe Rlage ift bas Gericht bes Ergreifungsortes zuftändig. Für bie bier vertretene Anficht fpricht bie Ermagung, bag ja bie Ruftanbigfeit bes Gerichts bes Grareifungsortes in Ausehung bes Raubes willfürlich baburch begründet werben tonnte, bag A. nach erfolgter Entlassung aus ber wegen bes Diebstahls verhängten Untersuchungshaft sogleich auf's Neue, und smar jest wegen bes Raubes, ergrijfen murbe. Gl. A.: RGer. I. 2. Jan. 82 (Ripr. IV. 7). -Borfiebenbes findet übrigens bann teine Anwendung, wenn bie Rlage wegen ber nach ber Ergreifung ermittelten That erft erhoben wird, nachbem bas Berfahren wegen ber bie Ergreifung veraulaffenben That bereits beenbet und ber Ergriffene wieber in Freiheit gefett mar; benn bie Micht bes Gefetes geht nicht babin, jebes Gericht für gustanbig zu erklaren, in beffen Begirk irgenb einmal eine Ergreifung bes Beschulbigten flattgefunden hat. Ansch. a. M .: ber cit. Beidl, des RGer.
- c. Der burch bie Ergreifung begrünbete Gerichtsftand wird baburch nicht wieder auf= gehoben, daß ber Ergriffene entflieht ober einstweilen, z. B. weil er Sichetheit leiftet, wieder in Freiheit gesetzt wird. Folgeweise wird auch burch bie Wiederergreifung besselben ein neuer Gerichts-

ftand in Betreff berfelben That nicht begrundet. Gl. A. Geger S. 371; a. M. in letterem Puntte Ctenglein S. 111.

- 5. a. In bem Falle, wenn es gemäß Abf. 1 ber Bestimmung bes zuftanbigen Gerichts burd bas Reichsgericht bedarf, giebt es, fo lange biefe Bestimmung nicht erfolgt ift, noch keine zuftanbige Staatsanwaltichaft (BBB. § 144 Abj. 1; vgl. übrigens unten Rote 8); es fragt fic baber, von wem ber Antrag auf Bestimmung bes justanbigen Gerichts bei bem Reichsgericht gu ftellen fei. Das Richtige burfte fein: biejenige Staatsanwaltschaft, bie von ber im Auslande begangenen, ibrer Unficht nach im Inlande ju verfolgenden That Renntnig erlangt, berichtet bieruber bem Ober-Reichsanwalt, und biefer ftellt alsbann ben Antrag bei bem Reichsgericht. Die Frage: ob bie Strafperfolgung im Inlande überhaupt julaffig und ob fie angemeffen fei, wird hierbei weder von bem Ober-Reichsanwalt noch von bem Reichsgericht zu prufen, vielmehr ber Enticheibung ber ju bestimmenben guftanbigen Beborbe porzubehalten fein. Im Uebrigen haben bie Beamten ber Staatsanwaltschaft und die Gerichte die Borschriften bes GBG. § 144 Abs. 2 bezw. ber SiBD. § 21 ju befolgen. A. M. John G. 236, ber jebe beutiche Staatsanwaltichaft fur berufen erachtet, bas Reichsgericht anzugehen, und Stenglein S. 112, ber ber Reichsanmaltichaft bie Initiative zuweift. Buchelt G. 43 und Geger G. 387 nehmen au, bag bas Reichsgericht auch von Amtewegen bas zuftanbige Bericht bestimmen tonne, mas inbeg mit ben Pringipien ber CtBD. nicht vereinbar ericheint.
- b. Die burch bie Befeimmung bes Reichsgerichts begrunbete Buftanbigfeit wird baburch nicht wieber aufgeboben, baß fpater bie Ergreifung bes Beschulbigten erfolgt; auch wird burch lettere ein zweiter Gerichtsftand nicht begrunbet.
- 6. Befondere Bestimmungen über bie Zuständigfeit für die im Auslande begangenen ftraibaren Sandlungen j. in § 10 ber StBD. sowie in § 101 Abs. 3 ber Seemannsordnung (unten in Abth. III).
 - Bu Abf. 2.
- 7. In bem Falle bes Abs. 2 gilt bas Gleiche wie im Falle bes Abs. 1, b. h.: ber Gerichtsfland wird burch bie Ergreifung und Mangels einer folden burch bie Bestimmung bes Reichsegerichts begründet.
- 8. Die Borschrift bes Abs. 2 ift nicht icon bann für anwendbar zu erachten, wenn über bie bin Gerichisstand begründenden Orte Ungewißheit besteht, sondern erst dann, wenn ein solcher Ort überhaupt "nicht ermittelt" ift. Gleichwie für die Eröffnung des Bersahrens der Bersdacht genügt, daß eine strafbare Handlung begangen sei, so muß auch hinsichtlich der Begründung des Gerichisstandes die aus den vorliegenden Thatumständen hergeleitete Annahme, daß die That an dem fraglichen Orte begangen sei zc., genügen. Unbedeutlich kann z. B. der Ort, wo die Leiche eines Getöbteten gesunden wird, als Ort der That betrachtet werden, so lange nicht ein anderer Begehungsort ermittelt ist. Ueberhaupt sind diesenigen Behörden, in deren Bezirk sich die Sputen einer strasbaren handlung finden, in erster Linie zum Einschreiten verpflichtet; sie haben, wie über die That selbst, so auch über den Ort berselben die ersorderlichen Beweise zu erheben.
- 9. Bird bie Bestimmung bes zuständigen Gerichts durch bas Reichsgericht erforderlich, so ift biefelbe burch bie mit der Sache befaßte Staatsanwaltschaft (Note 8) auf dem in Note 5 a bezeichneten Bege einzuholen.
- 10. Die durch die Ergreifung oder durch die Bestimmung des Reichsgerichts begründete Zusständigkeit wird badurch nicht wieder aufgehoben, daß der Gerichtsftand der begangenen That oder der des Bohnsites (§ 8 Rote 2) später ermittelt wird; wohl aber bleidt eine Uebertragung der Untersuchung (§ 12 Abs. 2) auf das als zuständig ermittelte Gericht statthaft. In den Prot. der RTK. S. 1119 sindet sich die Ansicht vertreten, daß, wenn im Laufe der Boruntersuchung der Thatsort oder der Bohnort ermittelt werde, die allgemeine Regel wieder eintrete, "so daß der Staatsamwaltschaft die Bahl zustehe"; diese Ansicht kann indeß, salls hier unter der Bahl noch etwas Anderes als die Besugniß: die Uebertragung zu beantragen, verstanden wird, nicht für richtig erachtet werden; sie sindet in dem Gesehe selbst keine Begründung. Gl. A. Keller S. 13, Stenglein S. 111; a. M. Glaser II. S. 161.

§. 10.

Ist die strafbare Handlung auf einem beutschen Schiffe im Ausland ober in offener See begangen, so ist dasjenige Gericht zuständig, in bessen Bezirk der Heimathshafen ober berjenige deutsche Hasen liegt, welchen das Schiff nach der That zuerst erreicht.

(I. II. III Cutm. \$ 3.)

§. 11.

Deutsche, welche das Recht ber Exterritorialität genießen, sowie die im Ausland angestellten Beamten des Reichs oder eines Bundesstaates behalten in Ansjehung des Gerichtsstandes den Wohnsit, welchen sie in dem Heimathsstaate hatten. In Ermangelung eines solchen Wohnsites gilt die Hauptstadt des Heimathsstaates als ihr Wohnsit. Ist die Hauptstadt in mehrere Gerichtsbezirke getheilt, so wird der als Wohnsit geltende Bezirk im Wege der Justizverwaltung durch allgemeine Anordnung bestimmt.

Auf Wahlkonsuln finden diese Bestimmungen keine Anwendung.
(I. II. III. Entw. § 5.) Byl. Epo. § 16.

3u § 10.

- 1. "im Anstanb" b. h. in einem auslänbifden Safen ober Gemaffer.
- 2. Ueber die Bestrasung ber auf Schiffen außerhalb ber Sasen und Gemässer bes heis mathestaates begangenen strafbaren handlungen und über die hierbei maßgebenden völkerrecht ziiden Grundsate f. Heister und Strerecht S. 171, Bluntschli, Das moderne Bölkerrecht S. 319 ss., Bar, Juternat. Privat= und Strafrecht S. 574, Berner, Birkungskreis S. 170, Glaser II. S. 159. Fremde handelsschiffe, welche sich in einem deutschen hafen besinden, sind der beutschen Gerichtsbarkeit unterworsen: RGer. I. 22. Apr. 80 (Entsch. II. 17, Rjpr. I. 642). In Betress der Straffalle, bei denen es sich um Berlehung der Pflichten der Schiffsseute und bergl. handelt, j. Seemaunsordnung v. 27. Da. 1872 SS 81—100, in Betress des Bersahrens: ebenda S 100—103 (unten in Abth. III). Die Desertion aus dem Schissdicht ist als eine auf dem Schisse begangene strafbare handlung anzusehen: RGer. I. 27. Sept. 80 (Rspr. II. 261).
- 3. Der Seimathshafen eines Schiffes ift berjenige bentsche hafen, von welchem aus bie Seefahrt mit bem Schiffe betrieben werben foll (hanbelsgesethuch Art. 453 Rr. 3, Ges., betr. bie Rationalität ber Rauffahrteischiffe, v. 25. Oft. 1867 § 5 [BGBI. S. 36]).
- 4. 3ft ber nach ber That zuerft erreichte bentiche Safen ein anberer als ber Beimathshafen, fo ift ber Gerichtsftanb in ben Bezirten beiber Safen gleichmagig begrundet.
- 5. Der § 10 normirt einen fingirten Gerichtsftanb ber begangenen That (Mot. S. 131); neben bemfelben besteht auch bier ber Gerichtsftanb bes Bobnfiges (vgl. § 8 u. Rote 2 baf.).
- 6. Ift wegen einer auf einem beutichen Schiffe begangenen handlung von einem beutschen Seemannsamt ein Strafbescheib erlaffen und von bem Beschnlögen auf gerichtliche Entsichenng angetragen worben, so findet nicht § 10, sondern § 101 Abs. 3 ber Seemannsordnung (unten in Abth. III) Anwendung; vgl. oben Note 2 gu SS 7-13 und 15.

Ru & 11.

- 1. Die Bestimmung findet sowohl auf die im Inlande (§ 8) wie auf die im Auslande (§ 9) begangenen ftrafbaren Sanblungen Anwendung. Begeht 3. B. ein im Auslande angestellter Beamter mabrend seines Aufenthalts in Deutschland eine strafbare Sandlung, so tonkurrirt ber nach § 11 ju bestimmende Gerichtsftaub bes Wohnsiges mit bem Gerichtsstande ber begangenen That.
- 2. Die Deutschen, welche bas Recht ber Exterritorialität genießen, find theils solche, welche sich im Auslande, theils solche, welche sich im Inlande befinden; in Betreff der letteren vgl. GBG. § 18 Mbs. 2. Ueber die Exterritorialität der im Auslande besindlichen Deutschen entsichen die Grundsähe des Bolkerrechts, auf benen auch diesenigen Bestimmungen beruhen, welche im GBG. § 18—21 hinsichtlich der in Deutschland beglaubigten ausländischen Missionen 2c. gestrossen sie Roten zu biesen §8.

§. 12.

Unter mehreren nach ben Vorschriften ber §§. 7—11 zuständigen Gerichten gebührt bemjenigen ber Vorzug, welches bie Untersuchung zuerst eröffnet hat.

Jeboch kann bie Untersuchung und Entscheidung einem anderen ber zuständigen Gerichte burch bas gemeinschaftliche obere Gericht übertragen werben.

(I. Entw. § 7 Abf. 1, 2; II. III. Entm. § 6.)

- 3. Als folde (nicht erterritoriale) Beamte, auf welche § 11 anwendbar ift, find haupts fächlich bie an ausländischen Grenzorten stationirten beutschen Zollbeamten und Gisenbahnbeamten zu nennen. Auf die Familien ber Beamten erstreckt sich die Bestimmung nicht; a. M. Puchelt S. 47.
- 4. Der Fall, wenn es in Ansehung eines Reichsbeamten an einem Beimathsftaate fehlt, ift in § 11 nicht vorgesehen und bleibt von ben Bestimmungen bes § unberührt. Die Borsichrift bes § 21 Abs. 1 bes Reichsbeamten: Gef. v. 31. Marg 1873 (R&Bl. S. 65):

"Reichsbeamte, beren bienstlicher Bohnsit sich im Austande befindet, behalten ben ordents lichen personlichen Gerichtsftand, welchen sie in ihrem heimathsftaate hatten. In Ermangestung eines solchen Gerichtsftandes ift ihr ordentlicher personlicher Gerichtsftand in ber hauptstadt bes heimathsstaates, und in Ermangelung eines heimathsstaates vor bem Stadtgericht zu Berlin begründet. It die hauptstadt in mehrere Gerichtsbegirfe getheilt, so wird bas zuständige Gericht im Wege ber Justizverwaltung burch allgemeine Anordnung bestimmt."

ist zwar burch bie Prozesorbnungen nicht außer Kraft gesett, erscheint indeß auf bas Strafvers fahren nicht anwendbar, da ber Begriff bes "ordentlichen perfönlichen Gerichtsstandes" tein strafs prozessualischer ist. A. M. Buchelt S. 47, Gener S. 371.

5. "Bahlkonfulu" ift ber Gegenfatz zu Berufskonfuln (R. Konful-Gef. v. 8. Nov. 1867 SS 7, 9, BEBl. S. 137). Auf bie Berufskonfuln finden bie Bestimmungen bes § 11 Anwendung. Bgl. GBG. § 21 Note 1.

3u § 12.

- 1. Der S behandelt ben Fall bes Zusammentreffens (f. g. Konfurrenz ober Kollision) mehrerer Gerichtsftände. Es macht bei Anwendung bes S feinen Unterschied, ob ber Grund ber Zuständigkeit bei ben verschiedenen Gerichten ber gleiche (vgl. § 7 Rote 2, § 8 Rote 3) ober ob bei bem einen Gericht ber Gerichtsstand ber begangenen That, bei bem anderen ber bes Wohnsites begründet ift.
- 2. "mehreren Gerichten" hierüber f. oben Rote 5 gu Abfchn. 2. Es ift hier von ben gleich geordneten Gerichten verschiebener Bezirfe bie Rebe.

Bu Abf. 1.

- 3. a. Die StPO. läßt (in Uebereinstimmung mit bem gemeinen Recht und ben meisten ber seitherigen Landesgesehe) beim Zusammentressen mehrerer Gerichtsftände die Pravention entstheiben. Begründet aber wird biese nach ber StPO. nur burch die Eröffnung ber Untersuchung, nicht burch gerichtliche Handlungen im Borbereitungsversahren (§§ 160, 163), auch nicht burch die Erlassung eines Haftbefehls (§ 125). Handlungen ber Staatsanwaltschaft können die Pravention überhaupt nicht begründen; es kommt beshalb auch nur auf ben Zeitpunkt an, zu welchem die Ersöffnung ber Untersuchung, nicht auf benjenigen, zu welchem die Erhebung ber Klage stattgesunden hat.
- b. Unter ber Eröffnung ber Untersuchung ift nach Berschiebenheit ber Falle (vgl. § 168) bie Eröffnung ber Boruntersuchung ober bie bes hauptversahrens zu verstehen. Beibe Atte sind hinsichtlich ber Pravention von ganz gleicher Bedeutung; es wurde also auch dann, wenn das eine Gericht die Boruntersuchung, das andere aber das hauptversahren eröffnet haben sollte, die Pravention nicht nothwendig bei dem lehtgedachten, vielmehr bei demjenigen Gericht begründet sein, dessen Eröffnungsbeschluß ber frühere ist. Bas die besonderen Bersahren Betrifft, bei denen eine (ausdrückliche) Eröffnung der Untersuchung nicht stattfindet, is siner

jolden hinfichtlich ber Prävention gleichzustellen: a) im Falle bes § 211 Abs. 1: ber Beginn ber hauptverhandlung; 3) im Falle bes § 265: ber Beschluß bes Gerichts, die betr. That zum Gegenstande ber Aburtheilung zu machen; y) im Falle ber §§ 447 ff.: bie Erlassung bes Strasbesehls; di in ben Fällen ber §§ 456, 462: bie Anberaumung bes Termins zur Hauptverhandlung.

- 4. a. Unter mehreren zuständigen Gerichten hat zunächst (vgl. Abs. 2) die Staatsanwaltschaft bie Bahl (Mot. S. 131). Das Gericht, bei welchem die Klage erhoben wird, darf die Eröffnung der Untersuchung nicht beshalb ablehnen, weil es zwedmäßiger sei, die Sache bei einem anderen zuftändigen Gericht anhängig zu machen. In Privatklagesachen steht die Bahl dem Privatkläger zu; eine Einschränkung s. in § 415 Abs. 2.
- b. Bei welchem ber auftanbigen Gerichte bie öffentliche Rlage au erheben fei, barüber bat bie Staatsan walticaft (vgl. GBG. S 144) nach ben im einzelnen Falle obwaltenben Rudfichten ber prozessualischen Zwedmäßigkeit ihre Entschliegung ju faffen; wgl. oben Rote 1 gu 🐒 7, 8. Dem Umstande, bağ bie eine Staatsanwaltschaft früher als bie andere mit ber Sache beiast worden ift, wohnt ein entscheibendes Gewicht nicht bei. Findet die zuerst befaßte Staats= anwaltichaft, daß die Sache zweckmäßiger in einem anderen Bezirk verfolgt werde, so barf sie biefelbe, unbefcabet ihrer Berpflichtung jur Ergreifung bringlicher Magregeln, an bie Staatsanwalt= icait diefes Bezirks abgeben. Lebut diefe die verlangte Uebernahme der Sache ab, so hat die erst: gedachte StaatBanwaltichaft zu erwägen, ob von dem Berlangen Abstand zu nehmen ober die Ent= icheibung ber gemeinfamen vorgefetten Juftang einguholen fei: letterenfalls bat fie bis jum Gin= tteffen ber Entideibung ben Betrieb ber Sache, foweit erforberlich, fortzufeten. - Gine gleich= zeitige Berfolgung berfelben Sache burch mehrere Staatsanwaltschaften ift, abgefeben von ber Bornahme bringlicher Amtshanblungen (GBG. § 144 Abf. 2), unftatthaft. Baren gleichwohl zwei Staatsanwaltichaften mit ber Sache befaßt worben, fo murbe, fofern noch von keiner berfelben bie öffentliche Rlage erhoben ift, bie fpater befaßte Beborbe ben Betrieb ber Sache ber fruber befagten ju überlaffen haben; falls aber bie eine ober bie anbere Behörbe bies für unzwedmäßig erachtet, murbe bie Enticheibung ber gemeinfam porgefetten Inftang (a. a. D. Abf. 3) einzuholen fein. — Es ift in Borftehenbem überall von ben gleichgeordneten Staatsanwaltschaften ver-Schener Begirte bie Rebe; pgl. GBG. § 144 Rote 7, 8, fowie StBD. § 2 Rote 7, § 13 Rote 7.
- 5. Stellt sich herans, bag von mehreren zuständigen Gerichten wegen besselben Straffalles die Untersuchung eröffnet worden ift, so hat dasjenige Gericht, besselben Eröffnungsbeschluß ber spätere ift, sein Bersahren einzustellen und die Untersuchung bemjenigen Gericht zu übersassen, bei welchem die Pravention begründet ist; die Zuständigkeit des letzteren Gerichts ist nunmehr die ausschließliche und diejenige des ersteren (undeschabet der Bestimmung des Abs. 2) erloschen. Sierzbei bedarf es, salls unter den betheiligten Gerichten über die Pravention Ginverständniß besteht, einer Mitwirkung des gemeinschaftlichen oberen Gerichts nicht; beim Mangel eines solchen Ginzverständnisses bagegen liegt der Fall des § 14 vor.
- 6. Obwohl von einer Pravention eigentlich nur unter zuständigen Gerichten die Rebe sein tann, so macht boch die bei dem einen Gericht erfolgte Erössnung der Untersuchung die Berfolgung der Sache bei einem anderen Gericht selbst dann unzulässig, wenn nunmehr die Unzuständigkeit des zuerst befaßten Gerichts behauptet wird; das befaßte Gericht muß von anderen Behörden so lange als zuständig anerfannt werden, als nicht durch eine von ihm selbst oder von einem ihm vorgesehten Gericht erlassene Entscheidung seine Unzuständigkeit ausgesprochen ist. Bgl. auch § 18. Folgeweise sindet das in Note 5 Bemerkte selbst dann Anwendung, wenn in dem dort vorauszgesehten Falle das später besaßte Gericht der Ansicht ist, daß eine Zuständigkeit des früher besaßten Gerichts nicht begründet sei. Gl. A. Keller S. 16, Stenglein S. 114; a. M. Dalce S. 18, theilw. auch Buchelt S. 49, John S. 249.
 - 7. In Betreff ber Pravention bei gufammenhangenben Straffachen f. § 13 Rote 5. b. Bu Abs. 2.
- 8. Die Uebertragung ber Sache von bemjenigen Gericht, bei welchem bie Pravention bes grunbet ift, auf ein anderes an sich zuständiges Gericht ift behufs ber Erleichterung bes Bersfahrens zugelassen; bas obere Gericht wird also von ber ihm hier beigelegten Befugnif Gebrauch

§. 13.

Für zusammenhängende Strafsachen, welche einzeln nach den Borschriften ber §§. 7-11 zur Zuständigkeit verschiedener Gerichte gehören würden, ist ein Gerichtse stand bei jedem Gerichte begründet, welches für eine berselben zuständig ist.

Sind mehrere zusammenhängende Strafsachen bei verschiebenen Gerichten anshängig gemacht worden, so können dieselben sämmtlich oder zum Theil durch eine ben Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechende Bereindarung dieser Gerichte bei einem unter ihnen verbunden werden. Kommt eine solche Bereindarung nicht zu Stande, so entscheidet, wenn die Staatsanwaltschaft oder ein Angeschuldigter hierauf anträgt, das gemeinschaftliche obere Gericht darüber, ob und bei welchem der Gerichte die Berbindung einzutreten habe.

In gleicher Weise kann die Berbindung wieder aufgehoben werben. (I. Entm. § 6, 7 Abs. 3; 11. 111. Entw. § 7.)

- 9. In Betreff bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts und feiner Entscheibung f. oben Rote 4 gu Abschn. 2.
- 10. Die Uebertragung ift von einem Antrage nicht abhängig, tann vielmehr auch von Amtswegen, alfo auch auf Anregung seitens bes besaften Gerichts, beschloffen werben. Ueber einen bie Uebertragung bezwedenben Antrag muß jebenfalls eine ausbrudliche Entscheibung ergeben.
- 11. Die Uebertragung ist in jeber Lage bes erstinstanzlichen Berfahrens zuläsig, so lange bas Urtheil noch nicht ergangen ist. Dagegen ist es nicht statthaft, die Berhandlung und Entscheidung in der Bernfungsinstanz auf Grund des § 12 von demjenigen Gericht, welches dem Erstinstanzgericht im Instanzenzuge vorgeseht ift, auf ein anderes Gericht zu überstragen: RGer. I. 22. Febr. 86 (Entsch. XIII. 365); vgl. oben Note 1. c. zu Abschn. 2 und andererseits § 15 Note 10. Wird eine Strassache bei Anscheung des Urtheils zur anderweiten Berhandlung an die erste Instanz zurückverwiesen (§ 394 Abs. 2), so ist auch in dieser Instanz eine Uebertragung auf Grund des § 12 nicht mehr statthaft; so: John I. S. 251, Glaser II. S. 164.
- 12. Dem Gericht, welchem bie Sache übertragen ift, steht zwar eine Prüfung ber Frage, ob bie Uebertragung zwedmäßig sei, nicht zu; wenn basselbe jedoch sindet, daß seine Busständigkeit überhaupt nicht begründet, sondern von dem oberen Gericht irrthumlich voraussgesett sei, so ist es durch den Beschliß bes letteren nicht gehindert, sich für unzuständig zu erzklären, da jener Beschluß nur bezweckte, die Wirkung der Prävention aufzuheben. Gl. A. Keller S. 16, Dalde S. 19, Stengsein S. 114; a. M. v. Schwarze S. 135, Puchelt S. 50, John S. 252. Unders läge die Sache, wenn das obere Gericht, sei es in Folge einer Beschwerde oder eines Streites über die Zuständigkeit, auch über die lettere selbst ausdrücks entschieden hätte.
- 13. In Folge ber Uebertragung geht bie Sache von bem einen Gericht auf bas andere uber, ohne baß hierburch bie Lage bes Berfahrens veranbert wirb. Einer Erneuerung bes letteren bebarf es weber hinsichtlich ber bisherigen Untersuchungshandlungen, noch hinsichtlich ber Entsichebungen, welche bas zuerft befaste Gericht erlassen hat.
- 14. Durch bie einmal erfolgte Uebertragung wird eine abermalige Anwendung biefer Maßregel, also die Rudubertragung ber Sache auf das querft befaßte Gericht ober die Uebertragung berselben auf ein brittes zuständiges Gericht, nicht ausgeschlossen, wenn hinreichende Gründe hierzu vorliegen (vgl. oben Note 4. d. zu Abschn. 2). Gl. A. Geper S. 381, Stenglein S. 115; a. M. v. Schwarze S. 135, Auchelt S. 50.

3u \$ 13.

gu machen haben, wenn erhebliche Zwedmäßigkeitsgrunbe, g. B. bie Rudficht auf ben Wohnort ber ju vernehmenben Zeugen, bie Uebertragung rechtfertigen (Mot. S. 132).

- f. § 3 u. Rote 1 baf. In Betreff bes Ausbrucks "mehrere Straffachen" f. Rote 5 zu Abichn. 2.
- 2. a. Der S behandelt ben Ginfluß bes Zusammenhanges auf die örtliche Zuständigkeit, mahrend bie entsprechenben Bestimmungen bezüglich ber fachlichen Buftanbigfeit in ben §§ 2, 4 enthalten finb. Bermoge bes Bujammenbanges tann ein Gericht fur eine Straffache guftanbig werben, bie an fich jur Buftanbigfeit bes Gerichts eines anderen Begirts gebort. Diefer Sat wird zwar in Abs. 1 ganz allgemein und ohne Rücksicht auf die für die einzelne Sache Blag greifenbe fachliche Ruftanbigfeit anggefprochen; eine Bergleichung bes § 13 mit ben SS 2, 4 ergiebt indeg, daß in dem Falle, wenn durch die Berbindung zusammenhängender Sachen iomohl bie fachliche wie auch bie örtliche Buftanbigfeit eine Beranberung erfahrt, für bas bei ber Berbindung zc. eintretende Berfahren bie SS 2, 4 maggebend find. Sonach finbet bas in § 13 Abf. 2, 3 vorgesehene Berfahren nur Anwendung, wenn bie Berbindung ober Trennung ber gujammenhangenben Sachen eine Beranberung ber jachlichen Buftanbigfeit nicht gur (unmittelbaren) Folge bat; fur bie Berbinbung insbef. ift § 13 nur bann maggebenb, wenn bie ju verbindenben Sachen entweber beibe fich im Stabium ber Borunterfuchung befinden ober beibe bei ettennenben Gerichten gleicher Orbnung (also beibe bei Schöffengerichten, beibe bei Straffaumern ober beibe bei Schmurgerichten) anhangig find (vgl. § 2 Rote 2, § 4 Rote 3. b. c.). A. M. Stenglein S. 116, theilm. auch Glaser II. S. 83 u. im GSaal XXXVII. S. 108. - Las Berfahren nach S 13 weicht von bem in ben SS 2, 4 vorgefchriebenen in mehrfacher hinnicht ab, ohne daß innere Grunde für diese Berschiebenheit bestehen. Es erklart fich dies ledig= lich aus ber Entstehungsgeschichte ber SS: bie SS 2, 4 beruhen auf ben Beichluffen ber RIR.; man bat es bei ber Rebattion berfelben unterlaffen, auf bie Berfiellung einer Uebereinftimmung mit § 13 Bebacht zu nehmen.
- b. Der S ist and bann anwendbar, wenn in ber einen ber zusammenhängenden Sachen bereits bas Urtheil erlassen, dieses aber in höherer Instanz ausgehoben und die Sache an ein anderes Gericht verwiesen war (§ 394 Abs. 2); bei bem letteren können alsbann nach ersiolgter Bereinbarung auch die übrigen Sachen zur Berhandlung und Entscheidung gebracht werden: Rer. III. 11. Oft. 86 (Entsch. XIV. 396).
- 3. a. Indem die StPD. den Gerichtsstand bes Zusammenhanges anerkennt, bezweckt sie die Berbindung ber zusammenhängenden Strassachen behuss einheitlicher Berhandlung und Entsichung; beschalb kann da, wo eine solche Berbindung-nicht möglich ist, der Gerichtsstand des Zussammenhangs nicht Platz greisen. Dies ist zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, ergiedt sich indeß aus Abs. 2 und aus den Mot. S. 132. Demzusolge kann ein Gericht mit einer Sache, für die es an sich nicht zuständig ift, nicht um beshalb befaßt werden, weil es zuvor mit einer anderen, jes doch schon erledigten Sache befaßt gewesen ist, mit welcher die erstere zusammenhängt (gl. A. John S. 256). So kann z. B. bei dem hinsichtlich des Thäters zuständigen Gericht der Gerichtsstand des Zusam menhanges gegenüber dem Theilnehmer dann nicht Platz greisen, wenn der Thäter vor Erhebung der Klage gestorben ist. Bil. § 3 Note 1.
- b. Ob eine Berbindung ber zusammenhängenden Sachen möglich sei, also ber Gerichtsftand bes Zusammenhanges Plat greisen könne, ist von dem Gericht so oft und so lange von Amt bewegen zu prüfen, als dasselbe überhaupt seine Zuständigseit von Amtswegen zu prüfen hat (§ 18). Wird also wegen zweier zusammenhängender Sachen eine Boruntersuchung von einem Gericht geführt, welches an sich nur für die eine zuständig ist, und wird sodann in dieser letzeren Sache der Beschuldigte außer Bersolgung geseht (§ 202), so muß das Gericht in Betress der anderen sich für unzuständig erklären. Nach ersolgter Eröffnung des Hauptversahrens dagegen wird der einmal begründete Gerichtsstand des Zusammenhanges dadurch nicht wieder ausgehoben, daß aus irgend welchem Grunde eine gleichzeitige Verhandlung und Entschlung der verbundenen Sachen nicht statssinden kann. Ob wegen des setzeren Umstandes eine Trennung der Sachen und die Zurückverweisung der einen an das für sie zuständige Gericht zu beschließen sei (Abs. 3), ist eine nach Zwedmäßigkeitsrücksichten zu beautwortende Frage.

4. Der Gerichtsftand bes Zusammenhanges steht zu ben ursprünglichen Gerichtsständen ber Digitized by

einzelnen Sachen in bemfelben Berhältniß ber Gleich berechtigung, in welchem zwei für eine Sache vorhandenen Gerichtsstände zu einander fteben; vgl. Note 1 zu SS 7, 8. Daber ift die Berbindung ber zusammenhängenden Sachen bei einem ber zuständigen Gerichte ebenso statthaft, wie die getrennte Untersuchung berselben in ihren ursprflinglichen Gerichtsständen; ob die erstere ober die lettere vorzuziehen sei, darüber entscheiden die Rückfichen der prozessucischen Zweck mäßigsteit; es findet hier das zu S 2 Note 4 Bemerkte entsprechende Anwendung. Bgl. John S. 257.

- 5. Aus Borftehenbem (Note 4) ergiebt fich, baß für zusammenhungenbe Straffachen, welche einzeln zur Buftanbigfeit verschiebener Gerichte geboren, ftets eine Mehrzahl von Gerichtständen (§ 12) vorhanden ift. Obwohl nun § 12 zunächft nur ben Fall im Ange hat, wenn bei einer Sache mehrere Gerichtsftände zusammentreffen, so erstredt fich seine Anwendbarkeit doch auch auf den anderen Fall, wenn die Zuständigkeit mehrerer Gerichte nur in Folge des Zusammenshangs mehrerer Sachen begründet ift. hieraus folgt:
- a Die Berbindung ber zusammenhängenden Sachen kann nicht blos auf bem in Abs. 2 bestimmten Wege, sondern auch in der Art ersolgen, daß dieselben in einer Klage zusammengefaßt und bei einem Gericht anhängig gemacht werden; vol. § 2 Rote 6: das dort Bemerkte sindet hier entsprechende Anwendung. Der Staatsanwaltschaft bezw. dem Privatsläger steht (zusnächt) die Wahl zwischen der Berbindung und der getrennten Bersolgung zu; vol. § 12 Rote 1. Im Falle der Berbindung darf das Gericht, bei welchem die Klage erhoben wird, die Erstreckung der Untersuchung auf dieseinge Sache, die an sich vor ein anderes Gericht gehört, nicht deshald ablehnen, weil es zweckmäßiger sei, die Sachen bei den verschiedenen Gerichten getrenut anhängig zu machen; die in § 2 Abs. 2 (vol. bort Rote 8) bestimmte Besugniß sieht hier dem Gericht nicht zu. Werden umgekehrt die Sachen getrennt bei den an sich zuständigen Gerichten anhängig gemacht, so darf von keinem berselben die Erössnung der Untersuchung deshalb abgelehnt werden, weil es zweckmäßiger sei, die zusammenhängenden Sachen zu verbinden.
- b. hat eines ber zuständigen Gerichte in ben zusammenhängenden Sachen die Untersuchung eröffnet, so ist hierdurch die Pravention auch bezüglich berjenigen Sache begründet, für welche bieses Gericht ursprünglich nicht zuständig war. hat z. B. A. eine Strafthat in Berlin und eine zweite in Dresben begangen, und hat das Gericht in Dresben wegen beider Fälle die Untersuchung eröffnet, so steht dem Gericht in Berlin auch hinsichtlich der am letteren Orte verübten That die Eröffnung der Untersuchung nicht mehr zu. Rach Maßgade des § 12 (vgl. dort Rote 5) ift auch der Fall zu behandeln, wenn (durch ein Versehen z.) die eine Sache sowohl bei dem für sie an sich zuständigen Gericht, wie auch, verdunden mit der anderen, bei dem für die lettere zuständigen Gericht anhängig geworden ist, desgleichen der andere Fall, wenn beide Sachen verdunden sowohl bei dem einen wie dei dem anderen Gericht anhängig geworden sind.
- c. Auch hier greift bas Uebertragungsrecht bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts (§ 12 Abs. 2) Blat, und zwar ift biefes Gericht nicht blos besugt, bie zusammenhangenben Sachen verbunden einem anderen zuständigen Gericht (in bem unter b erwähnten Beispielsfalle bem Gericht zu Berlin) zu übertragen, sondern auch unter Anordnung ber Trennung die abzutrennende Sache vor bas für sie an sich zuständige Gericht zu verweisen.
- 6. Bei jebem ber für bie einzelnen Sachen zuständigen Gerichte ift der Gerichtsftand bes Zusammenhanges gleich mäßig begründet, so daß auch hinsichtlich der Frage, welches der Gerrichte mit der Untersuchung ber verdundenen Sachen zu befassen sei, die Rücksichten der Zwecke mäßigkeit entscheiden. Der Umstand, daß bei getrennter Untersuchung das eine Gericht die schwerere, das andere die leichtere Strase auszusprechen haben würde, begründet einen Vorzug des ersteren Gerichts nicht (vgl. § 4 Rote 3. c). Ebensowenig hat dei einer gegen mehrere Beschulzdigte gerichteten Untersuchung das sur Thäter zuständige Gericht einen Vorzug vor demjenigen Gericht, welches ursprünglich nur in Ansehung des Theilnehmers zuständig ist (vgl. § 3 Rote 1); es würde nicht einmal unzulässig sein, eine Untersuchung wegen Dieditahls, Raubes zc. bei einem Gericht auhängig zu machen, welches ursprünglich nur in Ansehung eines Hehlers zuständig ist. Sonach kann bei einer Untersuchung, welche mehrere Strassälle umsast und gegen eine Mehrzahl von Personen gerichtet ist, der Kreis der zuständigen Gerichte ein sehr großer sein, und der hier

für die Auswahl gewährte Spielraum scheint in der That über das praktische Bedürfniß erheblich hinauszugehen. — Die Bahl des zu befassenden Gerichts steht der Staatsanwaltschaft bezw. dem Krivatsläger zu; das Gericht, dei welchem die Rlage erhoben ist, darf die Eröffnung der Unterpuchung nicht deshald ablehnen, weil ein anderes zuständiges Gericht für die Untersuchung der verbundenen Sachen geeigneter erscheine. Bgl. Note 5. a. c.

7. In Betreff ber ber Staatsanwaltschaft zustehenden Entschließung (Rote 5. a. b) und bes Berhältnisses ber betheiligten Staatsanwaltschaften zu einander f. § 12 Rote 4. b; das bort Bemerke findet hier entsprechende Anwendung.

Bu Abf. 2.

- 8. Der Abs. giebt teine erschöpfenden Borschriften über das Bersahren bei Berbindung zusiammenhängender Strafsachen; er regelt vielmehr nur ben einen Fall, wenn die zusammenhängenden Sachen bereits einzeln bei verschiedenen Gerichten anhängig geworden sind, in der Art, daß jedes Gericht mit derjenigen Sache besaht ift, für die es ursprünglich zuständig ift. Bal. Rote 5.
- 9. Die Berbindung ber Sachen kann in jedem Stabium bes Berfahrens erfolgen. Bes sindet fich jedoch die eine Sache noch im Stadium der Boruntersuchung, während die andere schon bei dem erkennenden Gericht anhängig ist, so kann die Berbindung erst eintreten, nachdem auch in der ersteren Sache die Eröffnung des hauptversahrens stattgefunden hat. Bgl. Note 2.
- 10. a. Mittelst einer Bereinbarung ber verschiebenen Gerichte kann bie Berbinbung ber gettennt anhängig gemachten Sachen nur bann bewirft werben, wenn sowohl bie Gerichte als auch bie betheiligten Staatsanwaltschaften über bie Berbinbung und über bas Gericht, bei welchem biese hattniben soll, einverstanden sind. Daraus, daß der S von den Anträgen (nicht dem Antrage) der Staatsanwaltschaft rebet, ergiebt sich, daß eine Bereinbarung der Gerichte nicht Plat greifen kann, wenn auch nur eine der betheiligten Staatsanwaltschaften einen abweichenden Antrag stellt. Uedrigens braucht der erste Anlaß zu der Bereinbarung nicht nothwendig in einem Antrage der Staatsanwaltschaft zu liegen; er kann vielmehr auch aus einem Antrage des Beschulbigten ennommen werden, sosen nur die Staatsanwaltschaft diesem Antrage zustimmt.
- b. In ber Boruntersuchung find nicht die Untersuchungsrichter, sonbern nur die Straf- fammern ber betheiligten Berichte befugt, die Bereinbarung über die Berbindung zu treffen, ba bie Entscheidungen über die Zuständigfeit im Allgemeinen ber Straftammer vorbehalten find; vgl. §§ 178—180.
- c. Die Befchlusse, mittelft beren bie Bereinbarung erfolgt, sind einer Anjechtung burch Besichwerbe nicht entzogen (§ 346). Sind die betheiligten Gerichte nicht bem selben Beschwerbesericht untergeordnet, so kann nur jeder Beschluß für sich allein angesochten werden, und die Birlung der Beschwerbe kann, salls diese für begründet erachtet wird, nur die sein, daß das Besichwerbegericht den Beschluß bes ihm untergeordneten Gerichts aushebt, wodurch dann allerdings zugleich die Bereinbarung selbst ausgeschoben wird. Uebrigens würde der Entscheidung bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts hierdurch nicht vorgegriffen werben.
- 11. In Betreff bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts und feiner Entscheibung f. oben Rote 4 zu Abschn. 2. Rur auf ben Antrag ber Staatsanwaltschaft ober eines Beschulbigten kann bie Entscheibung bes oberen Gerichts erfolgen, nicht aber von Amtswegen und folglich auch nicht auf Berlangen eines ber betheiligten Gerichte; vgl. Note 2 (Schluß).

Bu Abs. 3.

- 12. Abs. 3 bezieht sich, wie sein Wortlaut ("wieber aufgehoben") ergiebt, lebiglich auf Abs. 2; er behandelt also nur den Fall, wenn die zusammenhängenden Sachen ursprünglich bei verschiedenen Gerichten anhängig gemacht waren und sodann gemäß Abs. 2 verbunden worden sind (a. M. Puchelt S. 54). In Betreff bes anderen Falles, wenn die Sachen verbunden bei einem Ericht anhängig gemacht waren und bemnächst eine Trennung eintreten soll, sole 5. c.
- 13. Bie für bie Berbindung ber jusammenhängenben Straffachen (Note 4), fo find auch für eine Aufhebung ber Berbindung (Trennung) lebiglich bie Rudfichten ber prozessualischen Bwedmäßigkeit maßgebenb.

ftanb in Betreff berfelben That nicht begrundet. Gl. A. Geper S. 371; a. M. in letterem Buntte Ctenglein S. 111.

- 5. a. In bem Ralle, wenn es gemäß Abs. 1 ber Bestimmung bes zuftanbigen Gerichts burch bas Reichsgericht bedarf, giebt es, fo lange biefe Bestimmung nicht erfolgt ift, noch keine zufranbige Staatsanwaltschaft (GBG. § 144 Abj. 1; vgl. übrigens unten Rote 8); es fragt fich baber, von wem der Antrag auf Bestimmung bes justanbigen Gerichts bei bem Reichsgericht gu ftellen fei. Das Richtige burfte fein: biejenige Staatsanwaltschaft, bie von ber im Auslanbe begangenen, ihrer Anficht nach im Inlande zu verfolgenden That Kenntniß erlangt, berichtet hierüber bem Ober-Reichsanwalt, und Diefer ftellt alsbann ben Antrag bei bem Reichsgericht. Die Frage: ob bie Strafverfolgung im Inlande überhaupt julaffig und ob fie angemeffen fei, wird bierbei weder von bem Ober-Reichsanwalt noch von bem Reichsgericht zu prufen, vielmehr ber Enticheibung. ber zu bestimmenben guftanbigen Beborbe vorzubehalten fein. Im Uebrigen haben bie Beamten ber Staatsanwaltichaft und bie Berichte bie Borichriften bes GBG. § 144 Abf. 2 bezw. ber SiBD. § 21 ju befolgen. A. M. John G. 236, ber jebe beutsche Staatsanwaltichaft für berujen erachtet, bas Reichstgericht anzugeben, und Stenglein S. 112, ber ber Reichsanwaltichaft bie Anitiative zuweift. Buchelt S. 43 und Geger S. 387 nehmen an, bag bas Reichsgericht auch von Amtswegen bas zuständige Gericht bestimmen tonne, mas indeß mit ben Pringipien ber StBD. nicht vereinbar erfcheint.
- b. Die burch bie Lestimmung bes Reichsgerichts begründete Buftanbigkeit wird baburch nicht wieder aufgehoben, daß später bie Ergreifung des Beschulbigten erfolgt; auch wird burch lettere ein zweiter Gerichtsstand nicht begründet.
- 6. Befondere Bestimmungen über die Zuständigfeit für die im Auslande begangenen strafbaren Sandlungen j. in § 10 ber StBD. sowie in § 101 Abs. 3 ber Seemannsordnung (unter in Abth. III).
 - Bu 216 f. 2.
- 7. In bem Falle des Abs. 2 gilt bas Gleiche wie im Falle des Abs. 1, d. h.: der Gerichtsfland wird burch die Ergreifung und Mangels einer solchen durch die Bestimmung des Reichsegerichts begründet.
- 8. Die Vorschrift bes Ubs. 2 ift nicht schon bann für anwendbar zu erachten, wenn über bie ben Gerichisftand begründenden Orte Ungewißheit besteht, sondern erst bann, wenn ein solcher Ort überhaupt "nicht ermittelt" ift. Gleichwie für die Erössnung des Bersahrens der Berbacht genügt, daß eine ftrafbare Handlung begangen sei, so muß auch hinsichtlich der Begründung des Gerichtsstandes die aus den vorliegenden Thatumständen hergeleitete Annahme, daß die That an dem fraglichen Orte begangen sei ze., genügen. Unbedentlich kann z. B. der Ort, wo die Leiche eines Getöbteten gesunden wird, als Ort der That betrachtet werden, so lange nicht ein anderer Begehungsort ermittelt ist. Ueberhaupt sind diesenigen Behörden, in deren Bezirk sich die Spuren einer strasbaren Handlung sinden, in erster Linie zum Einschreiten verpstichtet; sie haben, wie über die That selbst, so auch über den Ort berselben die erforderlichen Beweise zu erheben.
- 9. Birb bie Bestimmung bes zuständigen Gerichts burch bas Reichsgericht erforderlich, so ift bieselbe burch bie mit ber Sache befaßte Staatsanwaltschaft (Rote 8) auf bem in Rote 5. bezeichneten Bege einzuholen.
- 10. Die durch die Ergreifung ober durch die Bestimmung des Reichsgerichts begründete Zuftändigkeit wird dadurch nicht wieder aufgehoben, daß der Gerichtsstand der begangenen That oder der des Bohusipes (§ & Note 2) später ermittelt wird; wohl aber bleidt eine Uebertragung der Untersuchung (§ 12 Abs. 2) auf das als zuständig ermittelte Gericht statthaft. In den Prot. der RTK. S. 1119 sindet sich die Ansicht vertreten, daß, wenn im Laufe der Boruntersuchung der Thatsort oder der Bohnort ermittelt werde, die allgemeine Regel wieder eintrete, "so daß der Staatsanwaltschaft die Bahl zustehe"; diese Ansicht kann indeß, salls hier unter der Bahl noch etwas Anderes als die Besugniß: die lebertragung zu beantragen, verstanden wird, nicht für richtig erzachtet werden; sie sindet in dem Geseh selbst keine Begründung. Gl. A. Reller S. 13, Stengsein S. 111; a. M. Glase II. S. 161.

§. 10.

Ist die strafbare Handlung auf einem deutschen Schiffe im Ausland ober in offener See begangen, so ist dasjenige Gericht zuständig, in bessen Bezirk der Heimathshafen ober berjenige deutsche Hafen liegt, welchen das Schiff nach der That zuerst erreicht.

(I. II III Entm. \$ 3.)

§. 11.

Deutsche, welche das Recht ber Exterritorialität genießen, sowie die im Ausland angestellten Beamten des Neichs oder eines Bundesstaates behalten in Ansiehung des Gerichtsstandes den Wohnsit, welchen sie in dem Heimathestaate hatten. In Ermangelung eines solchen Wohnsites gilt die Hauptstadt des Heimathsstaates als ihr Wohnsit. Ist die Hauptstadt in mehrere Gerichtsbezirke getheilt, so wird der als Wohnsit geltende Bezirk im Wege der Justizverwaltung durch allgemeine Anordnung bestimmt.

Auf Bahlkonfuln finden diese Bestimmungen keine Anwendung.
(I. II. III. Entw. § 6.) Byl. Epo. § 16.

Bu § 10.

- 1. "im Ausland" b. h. in einem ausländifchen Safen ober Gemäffer.
- 2. Neber die Bestrasung der auf Schiffen außerhalb der häfen und Gemässer bes heis mathsstaates begangenen strasbaren handlungen und über die hierbei maßgebenden völkerrecht: liden Grundsates begangenen strasbaren handlungen und über die hierbei maßgebenden völkerrecht § 319 ff., v. Bar, Juternat. Privat= und Strassecht S. 574, Berner, Wirtungskreiß S. 170, Glaser II. S. 159. Fremde handelsschiffe, welche sich in einem deutschen hafen besinden, sind der deutschen Gerichtsdarfeit unterworfen: Roer. I. 22. Apr. 80 (Entsch. II. 17, Ripr. I. 642). In Betress der Strassiale, bei denen es sich um Berlehung der Pflichten der Schiffsleute und dergl. handelt, s. Seemannsordnung v. 27. D. 1872 SS 81—100, in Betress des Bersahrens: ebenda SS 100—103 (unten in Abth. III). Die Desertion aus dem Schissbaicht ist als eine auf dem Schisse begangene strassbare handlung anzusehen: Roer. I. 27. Sept. 80 (Rspr. II. 261).
- 3. Der Seimathshafen eines Schiffes ift berjenige beutsche hafen, von welchen aus bie Seefahrt mit bem Schiffe betrieben werben soll (haubelsgesethuch Art. 453 Rr. 3, Ges., betr. bie Rationalität ber Raufiahrteischiffe, v. 25. Oft. 1867 § 5 [BGBI. S. 36]).
- 4. Ift ber nach ber That guerft erreichte bentiche Safen ein anberer als ber Beimathshafen, fo ift ber Gerichtsfland in ben Bezirten beiber Bafen gleichmaßig begrundet.
- 5. Der § 10 normirt einen fingirten Gerichtsftanb ber begangenen That (Mot. S. 131); neben bemfelben befteht auch bier ber Gerichtsftanb bes Bohnfites (vgl. § 8 u. Rote 2 baf.).
- 6. Bit wegen einer auf einem beutichen Schiffe begangenen handlung von einem beutschen Geemannsamt ein Strafbescheib erlaffen und von bem Beschulbigten auf gerichtliche Entsichtung angetragen worben, so findet nicht § 10, sondern § 101 Abs. 3 der Seemannsordnung funten in Abth. III) Anwendung; vgl. oben Rote 2 gu §§ 7—13 und 15.

3u § 11.

- 1. Die Bestimmung findet sowohl auf die im Julande (§ 8) wie auf die im Auslande (§ 9) begangenen ftrafbaren Sandlungen Anwendung. Begeht 3. B. ein im Auslande angestellter Beamter mabrend seines Aufenthalts in Deutschland eine strafbare Handlung, so konfurrirt der nach § 11 3u bestimmende Gerichtsftand bes Wohnsiges mit dem Gerichtsstand ber begangenen That.
- 2. Die Dentschen, welche bas Recht ber Exterritorialität genießen, sind theils solche, welche sich im Austande, theils solche, welche sich im Inlande befinden; in Betreff ber letteren vgl. GBG. § 18 Abs. 2. Ueber die Exterritorialität ber im Austande befindlichen Deutschen entsichen bie Grundsate bes Bollerrechts, auf benen auch diesenigen Bestimmungen beruhen, welche im GBG. § 18—21 hinsichtlich ber in Deutschland beglaubigten ausländischen Missionen zc. gestrossen find; vgl. die Noten zu diesen SS.

§. 12.

Unter mehreren nach ben Vorschriften ber §§. 7—11 zuständigen Gerichten gebührt bemjenigen ber Vorzug, welches die Untersuchung zuerst eröffnet hat.

Jeboch kann bie Untersuchung und Entscheibung einem anderen ber zuständigen Gerichte burch bas gemeinschaftliche obere Gericht übertragen werben.

(I. Eutw. § 7 Hbf. 1, 2; II. III. Eutw. § 6.)

"Reichsbeamte, beren bienftlicher Bohnsit sich im Auslande befindet, behalten ben ordente lichen personlichen Gerichtsftand, welchen sie in ihrem heimathsftaate hatten. In Ermangelung eines solchen Gerichtsftandes ist ihr ordentlicher personlicher Gerichtsftand in ber hauptstadt bes heimathsstaates, und in Ermangelung eines heimathsstaates vor bem Stadtgericht zu Berlin begründet. It die hanptstadt in mehrere Gerichtsbezirfe getheilt, so wird bas zuständige Gericht im Wege ber Justizverwaltung burch allgemeine Anordnung bestimmt."

ist zwar burch bie Prozesordnungen nicht außer Kraft gesett, erscheint indeß auf das Strafvers fahren nicht anwendbar, da der Begriff des "ordentlichen persönlichen Gerichtsstandes" kein strafs prozessualischer ist. A. M. Buchelt S. 47, Gener S. 371.

5. "Bahlkonfuln" ift ber Gegensatz zu Berufstonsuln (R.-Konful-Ges. v. 8. Nov. 1867 SS 7, 9, BEBl. S. 137). Auf die Berufstonsuln finden die Bestimmungen des § 11 Anwendung. Bgl. GBG. § 21 Note 1.

Bu § 12.

- 1. Der S behandelt ben Fall bes Busammentreffens (f. g. Ronfurreng ober Rollifion) mehrerer Gerichtsstände. Es macht bei Unwendung bes S feinen Unterschied, ob ber Grund ber Zuftändigkeit bei ben verschiedenen Gerichten ber gleiche (vgl. § 7 Rote 2, § 8 Rote 3) ober ob bei bem einen Gericht ber Gerichtsftand ber begangenen That, bei bem anderen ber bes Wohnstes begründet ift.
- 2. "mehreren Gerichten" hierüber f. oben Rote 5 gu Abichn. 2. Es ift bier von ben gleich georbneten Gerichten verschiebener Begirte bie Rebe.

Bu Abs. 1.

- 3. a. Die StPO. läßt (in Uebereinstimmung mit bem gemeinen Recht und ben meisten ber seitherigen Landesgesehe) beim Zusammentressen mehrerer Gerichtsftände die Prävention entsicheiben. Begründet aber wird diese nach ber StPO. nur durch die Erössnung ber Unterluchung, nicht durch gerichtliche Handlungen im Borbereitungsversahren (§§ 160, 163), auch nicht durch die Erlassung eines Haftbesehls (§ 125). Handlungen der Staatsanwaltschaft können die Prävention überhaupt nicht begründen; es kommt beshalb auch nur auf den Zeitpunkt au, zu welchem die Ersössnung ber Untersuchung, nicht auf benjenigen, zu welchem die Erhebung der Klage stattgesunden hat.
- b. Unter ber Eröffnung ber Untersuchung ift nach Berschiebenheit ber Falle (vgl. § 168) bie Eröffnung ber Boruntersuchung ober bie bes hauptversahrens zu verstehen. Beibe Atte sind hinsichtlich ber Pravention von ganz gleicher Bebeutung; es wurde also auch dann, wenn das eine Gericht die Boruntersuchung, das andere aber das hauptversahren eröffnet haben sollte, die Pravention nicht nothwendig bei dem lehtgebachten, vielmehr bei demjenigen Gericht bez grundet sein, dessen Eröffnungsbeschluß ber frühere ist. Was die besonderen Bersahren Betrifft, bei denen eine (ausdrückliche) Eröffnung der Untersuchung nicht flatifindet, so sind einer

^{3.} Als solche (nicht erterritoriale) Beamte, auf welche § 11 anwendbar ift, find haupts sachlich die an ausländischen Grenzorten flationirten beutschen Zollbeamten und Eisenbahnbeamten zu nennen. — Auf die Familien ber Beamten erstreckt sich die Bestimmung nicht; a. M. Puchelt S. 47.

^{4.} Der Fall, wenn es in Ansehung eines Reichsbeamten an einem Beimathsftaate fehlt, ift in § 11 nicht vorgesehen und bleibt von ben Bestimmungen bes § unberührt. Die Borsschift bes § 21 Abs. 1 bes Reichsbeamten: Gef. v. 31. März 1873 (REBl. S. 65):

iolden hinfichtlich ber Pravention gleichzustellen: a) im Falle bes § 211 Abf. 1: ber Beginn ber hauptverhandlung; 3) im Falle bes § 265: ber Beschluß bes Gerichts, bie betr. That jum Gegensftanbe ber Aburtheilung zu machen; y) im Jalle ber §§ 447 ff.: bie Erlassung bes Strafbesehlß; 3) in ben Fallen ber §§ 456, 462: bie Anberaumung bes Termins zur hauptverhandlung.

- 4. a. Unter mehreren zuständigen Gerichten hat zunächst (vgl. Abs. 2) die Staatsanwaltschaft bie Bahl (Mot. S. 131). Das Gericht, bei welchem die Klage erhoben wird, barf die Eröffnung ber Untersuchung nicht beshalb ablehnen, weil es zwedmäßiger sei, die Sache bei einem anderen zuständigen Gericht anhängig zu machen. In Privatklagesachen steht die Bahl bem Privatkläger zu; eine Einschränkung s. in § 415 Abs. 2.
- b. Bei welchem ber juftanbigen Gerichte bie öffentliche Rlage zu erheben fei, barüber hat bie Staatsan maltichaft (vgl. GBG. § 144) nach ben im einzelnen Falle obmaltenben Ridficten ber prozessualischen Zwedmäßigfeit ihre Entschliegung zu fassen; ogl. oben Rote 1 zu 85 7, 8. Dem Umftanbe, bag bie eine Staatsanwaltschaft früher als bie anbere mit ber Sache befagt worden ift, wohnt ein enticheibendes Gewicht nicht bei. Findet bie zuerst befagte Staatsanwaltichaft, bag bie Sache zwedmäßiger in einem anberen Begirt verfolgt werbe, fo barf fie biefelbr, unbeschabet ihrer Berpflichtung gur Ergreifung bringlicher Ragregeln, an bie Staatsanwalt= idait biejes Bezirfs abgeben. Bebut biefe bie verlangte Uebernahme ber Sache ab, fo hat bie erst: gebachte Staatsanwaltichaft zu ermägen, ob von bem Berlangen Abftand zu nehmen ober bie Enticheibung ber gemeinsamen vorgesetten Inftang einguholen fei: letterenfalls hat fie bis jum Ginmeifen ber Enticheibung ben Betrieb ber Sache, soweit erforberlich, fortzuseten. — Eine gleich= eitige Berfolgung derfelben Sache durch mehrere Staatsanwaltschaften ist, abgesehen von der Bor: nahme bringlicher Amtshandlungen (GBG. § 144 Abf. 2), unstatthaft. Wären gleichwohl zwei Staatsanwaltschaften mit ber Sache befaßt worben, so würbe, sofern noch von keiner berselben bie öffentliche Rlage erhoben ift, bie fpater befaßte Beborbe ben Betrieb ber Sache ber fruber befaßten zu überlaffen haben; falls aber bie eine ober bie anbere Beborbe bies fur ungwedmaßig erachtet, wurde bie Enticheibung ber gemeinfam porgefetten Juftang (a. a. D. Abs. 3) einzuholen fein. — Es ift in Borftebenbem überall von ben gleichgeorbneten Staatsanwaltschaften verschiebener Bezirke bie Rebe; vgl. GBG. § 144 Rote 7, 8, sowie StBD. § 2 Note 7, § 13 Note 7.
- 5. Stellt sich herans, bag von mehreren zuständigen Gerichten wegen besselben Straffalles die Untersuchung eröffnet worden ift, so hat dasjenige Gericht, besse Eröffnungsbeschluß ber ipatere ift, sein Berfahren einzustellen und die Untersuchung demjenigen Gericht zu überlassen, bei welchem die Pravention begrundet ist; die Bustandigkeit des letteren Gerichts ist nunmehr die ausschließlichte und diesenige des ersteren (unbeschadet der Bestimmung des Abs. 2) erloschen. Sierz bei bedarf es, salls unter den betheiligten Gerichten über die Pravention Ginverständnis besteht, einer Mitwirkung des gemeinschaftlichen oberen Gerichts nicht; beim Mangel eines solchen Ginzverständnisses bagegen liegt der Fall des § 14 vor.
- 6. Obwohl von einer Pravention eigentlich nur unter zust and ig en Gerichten bie Rebe sein tann, so macht boch die bei bem einen Gericht erfolgte Eröffnung der Untersuchung die Bersolgung der Sache bei einem anderen Gericht selbst dann unzulässig, wenn nunmehr die Unzuständigkeit bes zuerst besatten Gerichts behauptet wird; das besatte Gericht muß von anderen Behörden so lange als zuständig anerkaunt werden, als nicht durch eine von ihm selbst oder von einem ihm vorgesetzen Gericht erlassene Entscheidung seine Unzuständigkeit ausgesprochen ist. Bgl. auch § 18. Folgeweise sindet das in Note 5 Bemerkte selbst dann Anwendung, wenn in dem dort vorausz gesetzen Falle das später besatte Gericht der Ansicht ist, daß eine Zuständigkeit des früher besatten Gerichts nicht begründet sei. Gl. A. Keller S. 16, Stenglein S. 114; a. M. Dalde S. 18, theilw. auch Buchelt S. 49, John S. 249.
 - 7. In Betreff ber Pravention bei zusammenbangenben Straffachen f. § 13 Rote 5. b. Bu Abs. 2.
- 8. Die Uebertragung ber Sache von benjenigen Gericht, bei welchem bie Pravention bes grundet ift, auf ein anderes an sich zuständiges Gericht ist behufs der Erleichterung des Bersiahrens zugelassen; das obere Gericht wird also von der ihm hier beigelegten Besugnis Gebrauch

Digitized by GOOSIC

§. 13.

Für zusammenhängenbe Straffachen, welche einzeln nach ben Borschriften ber §§. 7-11 zur Zuständigkeit verschiebener Gerichte gehören wurden, ist ein Gerichtstand bei jedem Gerichte begründet, welches für eine berselben zuständig ist.

Sind mehrere zusammenhängende Strafsachen bei verschiebenen Gerichten anshängig gemacht worden, so können dieselben sämmtlich oder zum Theil durch eine den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechende Bereindarung dieser Gerichte bei einem unter ihnen verbunden werden. Rommt eine solche Bereindarung nicht zu Stande, so entscheidet, wenn die Staatsanwaltschaft oder ein Angeschuldigter hierauf anträgt, das gemeinschaftliche obere Gericht darüber, ob und bei welchem der Gerichte die Berbindung einzutreten habe.

In gleicher Beise kann die Verbindung wieder aufgehoben werden. (I. Entw. § 6, 7 Abs. 3; 11. 111. Entw. § 7.)

- 9. In Betreff bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts und feiner Entscheidung f. oben Rote 4 ju Abschn. 2.
- 10. Die Uebertragung ift von einem Antrage nicht abhängig, kann vielmehr auch von Amtswegen, also auch auf Anregung seitens bes besaten Gerichts, beschlossen werben. Ueber einen bie Uebertragung bezwedenben Antrag muß jedensalls eine ausbrudliche Entscheidung ergeben.
- 11. Die Uebertragung ist in jeder Lage bes erst in stanzlichen Verfahrens zulässig, so lange das Urtheil noch nicht ergangen ist. Dagegen ist es nicht statthaft, die Berhandlung und Entscheidung in der Berufungs in stanz auf Grund des § 12 von demjenigen Gericht, welches dem Erstinstanzgericht im Instanzenzuge vorgeseht ist, aus ein anderes Gericht zu überstragen: RGer. I. 22. Febr. 86 (Entsch. XIII. 365); vgl. oben Rote 1. c. zu Absch. 2 und andererseits § 15 Rote 10. Wird eine Strafsache bei Aussehung des Urtheils zur anderweiten Berhandlung an die erste Instanz zurüdverwiesen (§ 394 Abs. 2), so ist auch in dieser Instanz eine Uebertragung auf Grund des § 12 nicht mehr statthaft; so: John I. S. 251, Glaser II. S. 164.
- 12. Dem Gericht, welchem bie Sache übertragen ift, steht zwar eine Prüfung ber Frage, ob die Uebertragung zwedmäßig sei, nicht zu; wenn basselbe jedoch sindet, daß seine Zusständigkeit überhaupt nicht begründet, sondern von dem oberen Gericht irrthümlich voraussgesett sei, so ist es durch den Beschluß bes letteren nicht gehindert, sich sur unzuständig zu erzklären, da jener Beschluß nur bezwedte, die Wirfung der Prävention auszuheben. Gl. A. Keller S. 16, Dalde S. 19, Stenglein S. 114; a. M. v. Schwarze S. 135, Puchelt S. 50, John S. 252. Unders läge die Sache, wenn das obere Gericht, sei es in Folge einer Beschwerde oder eines Streites über die Zuständigeit, auch über die lettere selbst ausdrücklich entschieden hätte.
- 13. In Folge ber Uebertragung geht bie Sache von bem einen Gericht auf bas andere über, ohne bag hierburch bie Lage bes Verfahrens verandert wirb. Einer Erneuerung bes letteren bebarf es weber hinsichtlich ber bisherigen Untersuchungshandlungen, noch hinsichtlich ber Entsicheibungen, welche bas zuerst befaßte Gericht erlassen hat.
- 14. Durch bie einmal erfolgte Uebertragung wird eine abermalige Anwendung biefer Maßregel, also die Rudubertragung der Sache auf das zuerst befaßte Gericht oder die Uebertragung berselben auf ein brittes zuständiges Gericht, nicht ausgeschlossen, wenn hinreichende Gründe hierzu vorliegen (vgl. oben Note 4. d. zu Abschu. 2). Gl. A. Geger S. 381, Stenglein S. 115; a. M. v. Schwarze S. 135, Ruchelt S. 50.

Au § 13.

zu machen haben, wenn erhebliche Zwedmäßigkeitsgrünbe, z. B. bie Rudficht auf ben Wohnort ber zu vernehmenben Zeugen, die Uebertragung rechtfertigen (Mot. S. 132).

^{1.} Ueber bie Begriffe "Bufammenhang" und "zufammenhangenbe Straffachen"

- f. § 3 u. Rote 1 baf. In Betreff bes Ausbrud's "mehrere Straffachen" f. Rote 5 zu Abichn. 2.
- 2. a. Der & behandelt ben Ginfluß bes Zusammenhanges auf bie örtliche Zuständigkeit, mabrend bie entsprechenden Bestimmungen bezüglich ber fachlichen Buftanbigfeit in ben SS 2, 4 enthalten find. Bermoge bes Busammenhanges tann ein Gericht für eine Straffache zuständig merben, bie an fich zur Buftanbigfeit bes Gerichts eines anberen Begirfs gehört. Diefer Sat wird zwar in Abs. 1 gang allgemein und ohne Rudficht auf bie fur bie einzelne Sache Plat greifenbe fachliche Buftanbigteit ausgesprochen; eine Bergleichung bes § 13 mit ben SS 2, 4 ergiebt indeg, bag in bem galle, wenn burch bie Berbinbung gusammenhangenber Sachen jowohl bie fachliche wie auch bie örtliche Buftanbigkeit eine Beranberung erfährt, für bas bei ber Berbindung zc. eintretenbe Berfahren bie SS 2, 4 maggebend finb. Sonach finbet bas in § 13 Abf. 2. 3 vorgefebene Berfahren nur Anwendung, wenn bie Berbindung ober Trennung ber zusammenhängenden Sachen eine Beränderung der sachlichen Zuständigkeit nicht zur (unmittels baren) Folge hat; für die Berbindung insbes. ist f 13 nur bann maßgebend, wenn die zu verbindenben Sachen entweder beide fich im Stadium ber Borunterfuchung befinden ober beibe bei erkennenden Gerichten gleicher Orbnung (also beibe bei Schöffengerichten, beibe bei Straffammern ober beibe bei Schwurgerichten) anhängig find (vgl. § 2 Rote 2, § 4 Rote 3, b. c.). A. R. Stenglein S. 116, theilw. auch Glaser II. S. 83 u. im GSaal XXXVII. S. 108. - Das Berfahren nach § 13 weicht von bem in ben §§ 2, 4 vorgeschriebenen in mehrfacher hinficht ab, ohne daß innere Grunde für diese Berschiebenheit bestehen. Es erklärt sich bies ledige lid aus ber Entstehungsgeschichte ber SS: bie SS 2, 4 beruben auf ben Befchluffen ber RIR.; man hat es bei ber Rebaktion berfelben unterlaffen, auf bie herstellung einer Uebereinstimmung mit § 13 Bebacht ju nehmen.
- b. Der S ist auch bann anwendbar, wenn in der einen der zusammenhängenden Sachen bereits das Urtheil erlassen, dieses aber in höherer Instanz ausgehoben und die Sache an ein anderes Gericht verwiesen war (§ 394 Abs. 2); bei dem letteren können alsdann nach ers solgter Bereinbarung auch die übrigen Sachen zur Verhandlung und Entscheidung gebracht werden: Rer. III. 11. Oft. 86 (Entsch. XIV. 396).
- 3. a. Indem die StBD. den Gerichtsfland bes Zusammenhanges anerkennt, bezweckt sie die Berbindung ber zusammenhängenden Strafsachen behufs einheitlicher Berhandlung und Entzickiung; beshalb kann ba, wo eine solche Berbindung nicht möglich ift, der Gerichtsfland bes Zusammenhangs nicht Plat greisen. Dies ist zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, ergiedt sich indes aus Abs. 2 und aus den Mot. S. 132. Demzusolge kann ein Gericht mit einer Sache, für die es an sich nicht zuständig ift, nicht um beshalb befatt werden, weil es zuvor mit einer anderen, jesdoch schon erledigten Sache befaßt gewesen ist, mit welcher die erstere zusammenhängt (gl. A. John S. 256). So kann z. B. bei dem hinsichtlich des Thäters zuständigen Gericht der Gerichtsfland bes Zusammenhanges gegenüber dem Theilnehmer dann nicht Plat greisen, wenn der Thäter vor Erhebung der Klage gestorben ist. Byl. § 3 Note 1.
- b. Ob eine Berbindung ber zusammenhängenden Sachen möglich sei, also der Gerichtsftand bes Zusammenhanges Plat greisen könne, ift von dem Gericht so oft und so lange von Amt & wegen zu prüsen, als dasselbe überhaupt seine Zuständigkeit von Amtswegen zu prüsen hat (§ 18). Wird also wegen zweier zusammenhängender Sachen eine Boruntersuchung von einem Gericht gesührt, welches an sich nur für die eine zuständig ift, und wird sodann in dieser letteren Sache der Beschuldigte außer Bersolgung geseht (§ 202), so muß das Gericht in Betress der anderen sich für unzuständig erklären. Nach ersolgter Eröffnung des Hauptversahrens dagegen wird der einmal begründete Gerichtsftand des Zusammenhanges dadurch nicht wieder ausgehoben, daß aus irgend welchem Grunde eine gleichzeitige Verhandlung und Entschildung der verbundenen Sachen nicht stattsinden kann. Ob wegen des letzeren Umstandes eine Trennung der Sachen und die Zurückverweisung der einen an das sur sie zusändige Gericht zu beschließen sei (Abs. 3), ist eine nach Zweckmäßigkeitsrücksichten zu beantwortende Frage.
 - 4. Der Gerichtsftand bes Zusammenhanges fteht zu ben ursprünglichen Gerichtsftanben ber Digitized by

einzelnen Sachen in bemfelben Berhältniß ber Gleich berechtigung, in welchem zwei für eine Sache vorhandenen Gerichtsftände zu einander fleben; vgl. Note 1 zu SS 7, 8. Daber ift die Berbindung ber zusammenhängenden Sachen bei einem ber zuftändigen Gerichte ebenso flatthaft, wie die getrennte Unterluchung berselben in ihren urspringlichen Gerichtsftänden; ob die erstere ober bie lettere vorzuziehen sei, darüber entscheiden die Rückfichten der prozessualischen Zwedmäßigeteit; es findet hier das zu S 2 Note 4 Bemerkte entsprechende Anwendung. Bgl. John S. 257.

- 5. Aus Borftehenbem (Note 4) ergiebt fich, baß für zusammenhängenbe Straffachen, welche einzeln zur Buftandigkeit verschiebener Gerichte gehören, ftets eine Dehrzahl von Gericht 8-ftanben (§ 12) vorhanden ift. Obwohl nun § 12 zunächft nur ben Fall im Auge hat, wenn bei einer Sache mehrere Gerichtsstände zusammentreffen, so erstreckt fich seine Anwenbbarkeit boch auch auf den anderen Fall, wenn die Zuständigkeit mehrerer Gerichte nur in Folge des Zusammenshangs mehrerer Sachen begründet ift. hieraus folgt:
- a Die Berbindung der zusammenhängenden Sachen kann nicht blos auf bem in Abs. 2 bestimmten Wege, sondern auch in der Art erfolgen, daß dieselben in einer Klage zusammengefaßt und bei einem Gericht anhängig gemacht werden; vol. § 2 Rote 6: das dort Bemerkte sindet hier entsprechende Anwendung. Der Staatsanwaltschaft bezw. dem Privatkläger steht (zusnächt) die Wahl zwischen der Berbindung und der getrennten Berfolgung zu; vol. § 12 Rote i. Im Falle der Berbindung darf das Gericht, dei welchem die Klage erhoben wird, die Erstreckung der Untersuchung auf diejenige Sache, die an sich vor ein anderes Gericht gehört, nicht beshald ablehnen, weil es zweckmäßiger sei, die Sachen bei den verschiedenen Gerichten getrenut anhängig zu machen; die in § 2 Abs. 2 (vol. bort Rote 8) bestimmte Besugniß steht hier dem Gericht nicht zu. Werden umgekehrt die Sachen getrennt bei den an sich zuständigen Gerichten anhängig gemacht, so darf von keinem berselben die Erössnung der Untersuchung deshalb abgelehnt werden, weil es zweckmäßiger sei, die zusammenhängenden Sachen zu verbinden.
- b. hat eines ber zuständigen Gerichte in ben zusammenhängenden Sachen die Untersuchung eröffnet, so ift hierdurch die Prävention auch bezüglich berjenigen Sache begründet, für welche bieses Gericht ursprünglich nicht zuständig war. hat z. B. A. eine Strafthat in Berlin und eine zweite in Dresden begangen, und hat das Gericht in Dresden wegen beider Fälle die Untersuchung eröffnet, so steht dem Gericht in Berlin auch hinsichtlich der am letteren Orte verübten That die Eröffnung der Untersuchung nicht mehr zu. Rach Maßgabe des § 12 (vgl. dort Note 5) ist auch der Fall zu behandeln, wenn (durch ein Bersehen 2c.) die eine Sache sowohl bei dem für sie an sich zuständigen Gericht, wie auch, verdunden mit der anderen, bei dem für die lettere zuständigen Gericht anhängig geworden ist, desgleichen der andere Fall, wenn beide Sachen verdunden sowohl bei dem einen wie dei dem anderen Gericht anhängig geworden sind.
- c. Auch hier greift bas Uebertragungsrecht bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts (§ 12 Abf. 2) Blat, und zwar ift bieses Gericht nicht blos befugt, bie zusammenhängenben Sachen verbunden einem anderen zuständigen Gericht (in bem unter b erwähnten Beispielsfalle bem Gericht zu Berlin) zu übertragen, sonbern auch unter Anordnung ber Trennung die abzutrennende Sache vor bas für sie an sich zuständige Gericht zu verweisen.
- 6. Bei jebem ber für bie einzelnen Sachen zuständigen Gerichte ift ber Gerichtsftanb bes Zusammenhanges gleich mäßig begründet, so daß auch hinsichtlich ber Frage, welches ber Gerrichte mit ber Untersuchung ber verbundenen Sachen zu besassen sein Rücksichten ber Zweckmäßigkeit entschein. Der Umstand, daß bei getrennter Untersuchung das eine Gericht die schwerere, das andere die leichtere Strase auszusprechen haben würde, begründet einen Vorzug bes ersteren Gerichts nicht (vgl. § 4 Rote 3. c). Ebensowenig hat bei einer gegen mehrere Beschulz digte gerichteten Untersuchung das sur den Thäter zuständige Gericht einen Vorzug vor demjenigen Gericht, welches ursprünglich nur in Ansehung des Theilnehmers zuständig ist (vgl. § 3 Rote 1); es würde nicht einmal unzulässig sein, eine Untersuchung wegen Diebstahls, Raubes zc. bei einem Gericht anhängig zu machen, welches ursprünglich nur in Ansehung eines Hehlers zuständig ist. Sonach kann bei einer Untersuchung, welche mehrere Strassale umfaßt und gegen eine Rechtzahl von Personen gerichtet ist, der Kreis der zuständigen Gerichte ein sehr großer sein, und der hier

Digitized by GOOSIC

für die Auswahl gewährte Spielraum scheint in der That über das praktische Bedürfniß erheblich hinauszugehen. — Die Bahl des zu befassenden Gerichts steht der Staatsanwaltschaft bezw. dem Privatkläger zu; das Gericht, bei welchem die Klage erhoben ist, darf die Eröffnung der Untersuchung nicht deshalb ablehnen, weil ein anderes zuständiges Gericht für die Untersuchung der verbundenen Sachen geeigneter erscheine. Bgl. Note 5. a. c.

7. In Betreff ber ber Staatsanwaltichaft guftehenben Entschließung (Rote 5. a. b) und bes Berhältniffes ber betheiligten Staatsanwaltschaften gu einander f. § 12 Rote 4. b; das bort Bemertte findet hier entsprechenbe Anwendung.

Bu Abf. 2.

- 8. Der Abs. giebt teine erschöpfenben Borschriften über bas Berfahren bei Berbindung zussammenhängenber Straffachen; er regelt vielmehr nur ben einen Fall, wenn die zusammenshängenben Sachen bereits einzeln bei verschiebenen Gerichten anhängig geworden sind, in der Art, daß jedes Gericht mit derjenigen Sache befast ift, für die es ursprünglich zuständig ift. Bal. Note 5.
- 9. Die Berbindung ber Sachen kann in jedem Stabium des Versahrens ersolgen. Befindet sich jedoch die eine Sache noch im Stadium der Boruntersuchung, mahrend die andere schon bei dem erkennenden Gericht anhängig ist, so kann die Verbindung erst eintreten, nachdem auch in der ersteren Sache die Erössnung des Hauptversahrens stattgefunden hat. Agl. Note 2.
- 10. a. Mittelft einer Bereinbarung ber verschiebenen Gerichte kann bie Berbindung ber gettennt anhängig gemachten Sachen nur bann bewirft werben, wenn sowohl die Gerichte als auch die betheiligten Staatsanwaltschaften über die Berbindung und über das Gericht, bei welchem biese fauffinden soll, einverstanden sind. Daraus, daß der S von den Anträgen (nicht dem Antrage) der Staatsanwaltschaft redet, ergiebt sich, daß eine Bereinbarung der Gerichte nicht Plat greisen kann, wenn auch nur eine der betheiligten Staatsanwaltschaften einen abweichenden Antrag stellt. Uebrigens braucht der erste Anlaß zu der Bereinbarung nicht nothwendig in einem Antrage der Staatsanwaltschaft zu liegen; er kann vielmehr auch aus einem Antrage des Beschuldigten enmommen werden, sofern nur die Staatsanwaltschaft diesem Antrage zustimmt.
- b. In ber Boruntersuchung find nicht die Untersuchungsrichter, sondern nur die Straf- tammern ber betheiligten Gerichte befugt, die Bereindarung über die Berbindung zu treffen, da die Entscheidungen über die Zuständigkeit im Allgemeinen ber Straftammer vorbehalten find; vgl. §§ 178—180.
- c. Die Beschlüsse, mittelft beren die Bereinbarung erfolgt, sind einer Anjechtung burch Beschwerbe nicht entzogen (§ 346). Sind die betheiligten Gerichte nicht bem selben Beschwerdegericht untergeordnet, so kann nur jeder Beschluß für sich allein angesochten werden, und die Birtung der Beschwerde kann, salls diese für begründet erachtet wird, nur die sein, daß das Beschwerdegericht den Beschluß des ihm untergeordneten Gerichts aushebt, wodurch dann allers
 dings zugleich die Bereinbarung selbst ausgehoben wird. Uedrigens würde der Entscheidung des
 gemeinschaftlichen oberen Gerichts hierdurch nicht vorgegriffen werden.
- 11. In Betreff bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts und seiner Entscheidung s. oben Rote 4 zu Abschn. 2. Rur auf ben Antrag ber Staatsanwaltschaft ober eines Besichuldigten kann die Entscheidung bes oberen Gerichts erfolgen, nicht aber von Amtswegen und folglich anch nicht auf Berlangen eines ber betheiligten Gerichte; vgl. Note 2 (Schluß).

Bu Abf. 3.

- 12. Abs. 3 bezieht sich, wie sein Bortlaut ("wieber aufgehoben") ergiebt, lediglich auf Abs. 2; er behandelt also nur ben Fall, wenn die zusammenhängenden Sachen ursprünglich bei verschiebenen Gerichten anhängig gemacht waren und sodann gemäß Abs. 2 verbunden worden find (a. D. Buchelt S. 54). In Betreff bes anderen Falles, wenn die Sachen verbunden bei einem Ericht anhängig gemacht waren und bemnächst eine Trennung eintreten soll, s. Rote 5. c.
- 13. Bie fur bie Berbindung ber gusammenhängenden Straffachen (note 4), fo find auch fur eine Aufhebung ber Berbindung (Erennung) lediglich bie Rudfichten ber prozefsualischen Zwedmäßigteit maggebenb.

§. 14.

Besteht zwischen mehreren Gerichten Streit über bie Zuständigkeit, so bestimmt bas gemeinschaftliche obere Gericht basjenige Gericht, welches sich ber Untersuchung und Entscheidung zu unterziehen hat.

(1. II. III. Ent. § 8.)

§. 15.

Ift bas an fich zuständige Gericht in einem einzelnen Falle an ber Ausübung

- 14. Abs. 3 gestattet für die Trennung dieselben zwei Bege, auf benen nach Abs. 2 die Berbindung erfolgen kann, ohne daß er nähere Bestimmungen darüber trifft, unter welchen Boranssehungen der eine oder aber der andere Beg statthaft sein soll. Es ift hier davon auszugeben, daß es ben Gerichten erster Instanz nicht zustehen kann, einen Beschluß bes oberen Gerichts
 auszuheben, und folgeweise kann die Trennung mittelst Bereindarung jener Gerichte nur kann
 ersolgen, wenn auch die Berbindung auf diesem Bege bewirft worden war. Dagegen kann das
 odere Gericht die Trennung nicht blos dann anordnen, wenn die Berbindung von ihm beschlossen,
 sondern auch dann, wenn lettere im Bege der Bereindarung bewirst worden war, über die Trennung aber eine Bereindarung nicht zu Stande kommt. — Die sonstigen Ersordernisse sür die Bereindarung oder sur den Beschluß bes oberen Gerichts sind bei der Trennung dieselben wie bei
 ber Berbindung; vgl. Note 10, 11. Uedrigens braucht der Antrag auf Trennung nicht von
 dem selben Prozesbetheiligten gestellt zu sein, der den Antrag auf Berbindung der Sachen gestellt
 hatte (Prot. 3. 786).
- 1. "zwifden mehreren Gerichten" hieruber f. oben Rote 5 zu Abichn. 2. In Betreff bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts und feiner Entscheibung f. baf. Rote 4.

2. Da ber Fall bes negativen Buftanbigfeitsftreites in § 19 besonbers behandelt ift, so ift § 14 hauptsächlich auf ben Fall bes positiven Buftanbigfeitsftreites zu beziehen. Bgl. bie Roten zu § 19.

- 3. Durch bie Borschrift bes § 14 mirb eine Erlebigung bes Streites im Wege ber Besich werbe nicht ausgeschlossen. It z. B. bieselbe Straffache sowohl bei bem Landgericht zu
 Berlin wie auch bei bem zu München anhängig geworden, so kann die Staatsanwaltschaft besjenigen Gerichts, bessen zuständigkeit nicht für begründet erachtet wird, ben betr. Beschluß bieses
 Gerichts burch Beschwerbe bei bem vorgesetten Oberlandesgericht ansechten, damit dieses die Einstellung bes bei bem gedachten Gericht schwebenben Bersahrens ausspreche; vgl. § 12 Rote 5 n.
 S 351 Abs. 2. Hat die Beschwerde Ersolg, so bedarf es der Entscheidung des gemeinschaftlichen
 oberen Gerichts nicht; anderensalls aber nuß dieses Gericht den Streit durch Bestimmung des zuständigen Gerichts erledigen. In biesem letzteren Falle stellt nun allerdings der Beschwerdeweg
 einen untslosen Umweg dar, und eben beshalb wird sich die Einlegung der Beschwerde nur dann
 empsehlen, wenn von ihr mit Sicherheit ein Ersolg erwartet werden dars. Uebrigens ist die ganze
 Frage nur dann von Bedeutung, wenn das gemeinschaftliche obere Gericht nicht zugleich das den
 streitenden Gerichten gemeinschaftliche Beschwerdegericht ist.
 - 3u § 15.
- 1. Der S behandelt einen burch Auftrag (Uebertragung) seitens bes oberen Gerichts bes gründeten Gerichtsstand: ein an sich unzuständiges Gericht wird burch den Auftrag für die Untersstuchung und Entscheidung einer bestimmten Straffache zuständig. Aus anderen als den hier beszeichneten Gründen darf die Uebertragung nicht erfolgen, also z. B. nicht wegen Berzögerung der Rechtspslege der weil in dem betr. Gerichtsbezirke die Geschworenen nicht als undesangen zu betrachten seien. In Betreff anderer Fälle der Begründung des Gerichtsstandes durch Auftrag s. S 9 und S 394 Abs. 2.
- 2. a. "rechtlich ober that fächlich verhindert" Diese Borte find im Anschluft an bie CBO. § 36 Rr. 1 hier aufgenommen worden. Uebrigens ist ber Unterschied zwischen rechtlichen und thatsächlichen Sindernissen mehr ein scheinbarer als ein wirklicher. Denn einerseits beruht

bes Richteramts rechtlich ober thatsächlich verhindert, ober ist von der Verhandlung vor diesem Gerichte eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen, so hat das zunächst obere Gericht die Untersuchung und Entscheidung dem gleichstehenden Gericht eines anderen Bezirks zu übertragen.

(f. 11 III. Entm. §. 9.)

jebes rechtliche hinderniß auf irgend einem thatfachlichen Berhaltniß, und andererfeits wird jedes thatfachliche Sinbernig eben baburch ju einem rechtlichen, bag es von bem Gefet als ein Grunb für bas Eintreten eines außerorbentlichen Gerichtsftanbes anerkannt wirb. Die Mot. jur CBD. (S. 79) führen als Beifpiel eines thatfachlichen Sinberniffes ben in ber CBO. § 222 ermannten fall an, wenn in Folge eines Rrieges ober eines anberen Greigniffes bie Thatigfeit eines Gerichts aufhort (als ein Greignig in biefem Sinne murbe u. A. eine ben Bertehr mit bem Gerichtsorte aufhebenbe Epibemie augufeben fein). Allein biefes Beifpiel ericheint nicht gutreffenb; benn es hanbelt fich bei ihm nicht um ein "in einem einzelnen Falle", b. h. in einer einzelnen Sache obwaltendes, fondern um ein bie gefammte Rechtspflege bes betreffenben Begirfs berührenbes Sin= bernig, und es liegt mithin ber in § 15 (wie auch in § 36 Rr. 1 ber CBO.) vorgefehene Fall nicht vor. In ben gedachten Beispielsjällen murbe vielmehr burch eine allgemeine, im Bege ber Bejetgebung ober ber Bermaltung ju treffende Anordnung, vielleicht burch zeitweise Aenderung ber Berichtsbezirfe, fur bie hanbhabung ber Rechispflege geforgt werben muffen. - Sonach ift ber gall einer Berbinberung bes zustanbigen Gerichts im Sinne bes \$ 15 nicht wohl anders bentbar als in ber Art, bag es bei biefem Gericht an bem für bie Untersuchung und Entscheidung ber betr. Sache erforberlichen Richterperjonal fehlt, fei es in Folge ber Ausschließung ober Ablehnung von Richtern (§§ 22--24), sei es, weil solde als Zeugen in ber Sache zu vernehmen find (§ 22 Rote 20) xc. Bgl. auch Rote 3 zu Abschn. 3.

- b. Bei einem mit mehreren Amtorichtern befetten Amtogericht liegt ber Fall ber Bershinderung bes Gerichts nicht icon bann vor, wenn ber zur Erledigung ber betr. Sache bezwiene Richter verhindert, sondern erft dann, wenn seine Ersetung durch einen anderen Richter besselben Gerichts unthunlich ist; gl. A. Keller S. 20, John S. 266. Die entgegengesetzte Ansicht Buchelt's S. 56 und Calde's S. 21 widerfreitet dem Grundgedanken des GBG., nach welchem auch ein mit niehreren Richtern besetzte Amtogericht eine einheitliche Behörde bilbet.
- 3. Die Worte "Gefährbung ber öffentlichen Sicherheit" find von ber RER. (Brot. 6. 11, 12) an Stelle ber im Entw. stehenben "Störung ber öffentlichen Ordnung" aufgenommen worben. Es ist hier hauptsächlich an ben Fall einer Bebrohung ber Richter, Geschworenen ze. ju benten.
- 4. Ob einer ber im § 15 bezeichneten Gründe für die Uebertragung vorliegt, darüber entsischet lediglich das Ermessen bes oberen Gerichts. Demjenigen Gericht, welchem die Sache übertragen ift, steht eine Rachprüsung der Gründe des Beschlusses nicht zu; vielmehr ist basselbe an diesen Beschluß gebunden, sofern nur letterer eine der Boranssehungen des § 15 als vorhanden anerkennt: Re. II. 9. Mai 84 (Entsch. X. 381). Etwas Anderes wäre es, wenn das betr. obere Gericht zur Ersassung bes Beschlusses nicht zuständig gewesen oder wenn in letterem ein gesetzicher Grund für die Uebertragung überhaupt nicht angegeben wäre; in einem solchen Falle würde das Gericht, welchem die Sache übertragen worden, seine Unzuständigkeit auszuhrechen haben. So auch das eit. Urth.; a. M. Stenglein S. 119.
- 5. Die Uebertragung ift in jeber Lage bes Berfahrens flatthaft; bas ju § 12 Rote 11 Bemertte finbet bier gleichfalls Anwenbung. Bgl. auch oben Rote 4. d. ju Abichn. 2.
- 6. Die Zulässigfeit ber Uebertragung auf ein an fich unguständiges Gericht ift nicht bas burch bedingt, bag bas verhinderte zc. Gericht bas einzige an sich zuständige ift ober baß, wenn mehrere zuständige Gerichte vorhanden find, bei ihnen allen eine ber Boraussetungen bes § 15 juitifft; vielmehr barf die Uebertragung auf ein an sich unzuständiges Gericht auch bann ftatte sinden, wenn anger bem verhinderten zc. Gericht noch andere zuständige Gerichte vorhanden find, die Berweisung der Sache an eines von diesen aber unzwedmäßig sein wurde. Gl. A. John S. 267.

§. 16.

Der Angeschulbigte muß ben Sinwand ber Unzuständigkeit bei Verluft desfelben bis zum Schlusse ber Voruntersuchung, falls aber eine solche nicht stattgefunden hat, in der Hauptverhandlung bis zur Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens geltend machen.

(I. II. III. Entm. § 11.)

3u §§ 16-18.

- 1. Die §§ 16-18 enthalten Bestimmungen über die Erörterung und Feststellung ber örtlichen Zuftändigkeit, ohne jedoch ben Gegenstand zu erichöpsen; die StBD. enthält auch in anderen Abschnitten hierauf bezügliche Borschriften, insbesondere in den §§ 178-181, 199, § 377 Rr. 4, § 395. Bgl. ferner Rote 3-6.
- 2. a. Den Bestimmungen ber §§ 16—18 liegt bie Absicht zu Grunde, die Erörterung ber Buftänbigkeitsfrage thunlichst einzuschränken, um ben ungehinderten Fortgang des Berfahrens zu sichern. Der für die sachliche Zuständigkeit in § 6 aufgestellte Grundsat ist hier nicht wiederholt, sondern durch die entgegengesetzten Borschriften der §§ 17, 18 ersetzt; auch ist das Recht des Angeschuldigten auf Beurtheilung durch den ordentlichen, b. h. ben an sich zuständigen Richter seinem Berzicht unterworfen. Bgl. Mot. S. 132.
- b. Die Borichriften ber §§ 16—18 finben nicht Anwendung, wenn es sich fragt: ob eine Strasversolgung vor ben inländischen Gerichten überhaupt statthaft sei. Diese Frage gehört bem Gebiet ber örtlichen Zuständigkeit im Sinne bes Abschn. 2 nicht an, und ihre Ersörterung ist daher in jedem Stadium bes Versahrens zulässig, auch von einem Einwande bes Angeschulbigten nicht abhängig. Es macht auch keinen Unterschied, ob die etwaige Unzulässigkeit ber Strasversolgung auf den gesehlichen Vorschriften (vgl. insbes. St. 8 4 fs.) ober auf einem Staatsvertrage beruht.
- 3. Bei ber prozessualischen Behandlung ber Zuständigkeitsfrage kommen in Betracht: a) bas Recht bes Angeschuldigten, die Unzuständigkeit des befaßten Gerichts zu rugen; b) die Berechtigung und Berpflichtung bes Gerichts, von Amtswegen seine Zuständigkeit zu prufen; c) die Amtsbefugenisse ber Staatsanwaltschaft.
 - a. Ueber bas Recht bes Angeschulbigten f. § 16, insbef. Note 2, 3 baf.
 - b. In Betreff ber Berechtigung und Berpflichtung bes Berichts, von Amtemegen

^{7.} In Betreff bes junachft ober en Gerichts und feiner Entscheidung f. oben Rote 4 gu Abichn. 2; banach find fur bie Amtsgerichte und Schöffengerichte bie Landgerichte bie junachft oberen Gerichte. Bgl. Rote 9.

^{8.} Das Wort "gleich ft eh en ben" bezieht fich auf bie fachliche Buftanbigkeit: an bie Stelle bes an fich justanbigen Gerichts barf immer nur ein Gericht gleicher Orbnung treten; bie Uebertragung bleibt ohne Einfluß auf bie fachliche Buftanbigkeit.

^{9.} Das obere Gericht kann bie Sache immer nur einem Gericht seines cigenen Bezirks übertragen; die Worte: "eines anderen Bezirks" beziehen sich auf die Bezirke der Gerichte erster Instanz. Bei der Größe der Landgerichtsz und der Oberlandesgerichtsbezirke wird der Fall, daß die Boraussenungen des § 15 bei sämmtlichen Amtsgerichten eines Landgerichtsbezirks bezw. Dei sämmtlichen Landgerichten eines Oberlandesgerichtsbezirks vorliegen und die Sache in einem anderen Landgerichtsz bezw. Oberlandesgerichtsbezirk verwiesen werden müßte, nicht leicht einztreten können. Sollte er eintreten, so würde alsdann die Uebertragung nicht von dem zu nächst oberen Gericht, sondern nur von dem über diesem stehenden, also von dem Oberlandesgericht bezw. dem Reichsgericht ausgesprochen werden können.

^{10.} Die Bestimmung bes § 15 ift auch auf bie Gerichte hoherer Inftang (Berufungs: Revisions:, Beschwerbegerichte) anwendbar, wenn bei einem solchen Gericht ber Fall ber Bershinderung 2c. eintritt; alsbann hat bas bem verhinderten vorgeordnete Gericht die Sache einem anderen Gericht gleicher Inftang zu übertragen. Nur bas Reichsgericht kann nicht burch ein anderes Gericht erseht werben.

leine Zuständigkeit zu prüfen und sich event. sur unzuständig zu erklären, hat die StBD. einen allgemeinen Sat nicht aufgestellt. Zeboch ist durch die Borschrift des § 18 indirekt ausgesprochen, daß, so lange nicht die Eröffnung des Hauptversahrens erfolgt ist, dem Gericht jene Berechtigung zusteht; voll. RGer. IV. 22. Sept. 85 (Rspr. VII. 520). Die lehtere aber schließt zusgleich die Berpflichtung des Gerichts ein, die gedachte Prüsung vorzunehmen und event. die Unzuständigkeitserkarung zu erlassen (a. M. v. Kries StRZ. V. S. 8.) Eine Prüsung der Juständigkeit muß hiernach sowohl bei der Entscheidung über die Eröffnung der Boruntersuchung wie auch bei derjenigen über die Eröffnung des Hauptversahrens stattsinden, und zwar dei der lehteren Entscheidung auch dann, wenn eine Boruntersuchung vorausgegangen ist; indes bedarf es eines ausdrücklichen Ausspruchs, daß das Gericht zuständig sei, nur in dem Falle, wenn von einem Brozesbetheiligten die Unzuständigkeit des Gerichts behauptet ist. Auch dann, wenn im Laufe der Boruntersuchung sich die Unzuständigkeit des Gerichts erzgiebt, hat lehteres von Amtswegen sich alsbalb für unzuständig zu erklären. — Inwiesern die vorbezeichnete Berechtigung und Berpflichtung des Gerichts schon vor dem Beschlusse sie Eröffnung des Hauptversahrens erlöschen kann, darüber s. § 17 Note 3. a.

- c. Bon einem ber Staatsanwaltschaft zustehenden Einwande ber Unzuständigkeit kann nach der prozestrechtlichen Stellung dieser Behörde zwar keine Rede sein; allein aus dem allgemeinen Beruse der Staatsanwaltschaft, durch ihre Anträge auf die Besolgung der gesetlichen Borschriften hinzuwirken (vgl. § 153 Note 5), folgt, daß, so lange dem Gericht die Prüfung seiner Zuständigsteit von Amtswegen zusteht (d), auch die Staatsanwaltschaft besugt und verpslichtet ist, die Zuständigsteit des Gerichts zu prüfen und geeignetensalls die Erlassung der Unzuständigseitserklärung zu beantragen. Der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft selbst die Sache bei dem betr. Gericht anhängig gemacht hat, steht einem solchen Antrage nicht entgegen; vgl. § 153 Note 5, § 338 Note 3.
- 4. Die Entscheidung über die örtliche Zuständigkeit erfolgt burch Beschluß; dies gilt auch bann, wenn das Gericht in der Hauptverhandlung sich für unzuständig erklärt (§ 270). Eine Abweichung greift nur Plat, wenn in höherer Instanz ein Urtheil wegen Unzuständigkeit deseinigen Gerichts, welches dasselbe erlassen hat, ausgehoben wird (vgl. § 395, § 369 Abs. 3).
- 5. Ueber bie An fechtbarteit ber bie Buftanbigfeit betreffenden Befchluffe enthält bie StBO. mar einzelne (größtentheils von ber RER. aufgenommene) Bestimmungen; biefelben laffen inbeg ein allgemeines Prinzip, auf welches fie zurudzufilhren waren, vermiffen.
- a. Bas zunächft biejenigen Beschüffe betrifft, welche, unter Berwerfung eines Einwandes ober Antrages, die Zukändigkeit des Gerichts aussprechen, so finden sich in den §§ 180, 199, 347 hierauf bezügliche Borschriften. Rach § 180 steht dem Angeschuldigten, wenn sein in der Boruntersuchung erhodener Einwand der Unzuftändigkeit verworfen wird, nur die so fortige Beschwerde zu, und ebendasselbe gilt in dem Falle des § 199; vgl. die Noten zu diesen §§. Zusolge § 347 ift der im Hauptversahren erlassene, die Zuständigkeit aussprechende Beschluß der Ansechung durch Beschwerde entzogen; die Unrichtigkeit des Beschulsse kann nur mittelst des gegen das Urtheil einzulegenden Rechtsmittels geltend gemacht werden; vgl. § 375, § 377 Nr. 4, § 369 Abs. 2. Im lebrigen muß beim Mangel entgegenstehender Borschriften die Bestimmung des § 346 Blat greisen: es steht jedem Prozesbetheiligten die (fristlose) Beschwerde zu. Dies gilt z. B. in dem kalle, wenn das Gericht den im Lause der Boruntersuchung seitens der Staatsanwaltschaft geskellten Antrag, eine Unzuständigkeitserklärung zu erlassen, verworfen hat.
- b. Die die Unzuständigkeit des Gerichts aussprechenden Beschüsse können sämmtlich mittelst der Beschwerde angesochten werden. Die letztere ist regelmäßig die fristlose Beschwerde; nur dann, wenn das Gericht seiner vermeintlichen Unzuständigkeit wegen die Eröffnung der Borunterluchung oder des Hauptverfahrens abgelehnt hat, greift die sosorige Beschwerde Plat (§ 181, § 209 Abs. 2). Wird von dem Beschwerdegericht die Beschwerde für begründet erachtet und die Unzuständigkeitserklärung ausgehoben, so ist hiermit die Zuständigkeitsfrage endgültig entschieden, und das Gericht, dessen Beschuss ausgehoben worden ist, darf seine Zuständigkeit nicht von Keuem erörtern; eine Ausnahme sindet nur statt, wenn der Angeschuldigte demnächst den (noch

nicht verspäteten) Einwand ber Unzuständigkeit erhebt; vgl. § 16 Rote 2. — In Betreff ber Aufsbeung einer burch Beschwerbe nicht mehr ansechtbaren Unzuständigkeitserklarung f. § 19.

- 6. a. Die Birtung einer nach Eröffnung ber Untersuchung (ber Boruntersuchung ober bes hauptversahrens) erlassen Unzuft andig feit bertlärung ift bie: baß bie Untersuchung (bas Bersahren als Sanzes) als nicht geschehen angesehen werden muß; insbesondere wird duch die Unzuftändigkeitserklärung der Eröffnungsbeschliß bes Gerichts (stillschweigend) wieder ausgehoben. Diernach muß basjenige Gericht, bei welchem bemnächt die Sache anhängig gemacht wird, von Reuem über die Eröffnung ber Untersuchung (ber Boruntersuchung ober des hauptversahrens) beschließen; bei dieser Beschlußfassung ist das vorausgegangene Bersahren in keiner Beise präjudigirlich; das Gericht barf z. B. die Eröffnung der Untersuchung ablehnen, wenn es sindet, daß die That unter kein Strafgeseh salle (vgl. § 178). Inwiesern in dem neuen Bersahren eine Bieberholung der einzelnen Untersuchungshandlung en bes früheren Bersahrens ersorberlich sei, darüber s. § 20 u. Note 3 das.
- b. Die Staatsanwaltichaft ift auf Grund ber nach Eröffnung ber Untersuchung ergangenen (von ihr nicht ober ohne Erfolg angesochtenen) Unzuftändigkeitserstärung verpflich tet, die Sache bei dem zuständigen Gericht anhängig zu machen, und es steht ihr nicht zu, von der weiteren Bersolgung derselben Abstand zu nehmen. Denn in einer solchen Abstandnahme würde eine Zurücknahme ber öffentlichen Klage enthalten sein, welche nach S 154 unstatthaft ift, sobald ein (wenn auch unzuständiges) Gericht die Eröffnung der Untersuchung beschloffen hat; hieran wird durch ben Umftand, daß der Eröffnungsbeschluß durch die Unzuständigkeitserstärung außer Kraft tritt (a), nichts geändert. Bgl. die auf die sachliche Unzuständigkeit bezügliche Bestimmung des § 270. In dem Falle dagegen, wenn ein Gericht die Eröffnung der Untersuchung wegen Unzuständigkeit abgelehnt hat, ein Eröffnungsbeschluß also noch nicht ergangen ist, ist die Staatsanwaltschaft nicht verpflichtet, die Klage bei dem zuständigen Gericht anhängig zu machen; sie darf hiervon Abstand nehmen, wenn sie sich inzwischen von der Undurchführbarkeit berselben überzeugt hat.

Zu § 16.

- 1. Bgl. bie vorftebenben Bemerfungen ju SS 16-18.
- 2. Der Angeschuldigte kann bes Ein wan bes ber Unzuständigkeit nur burch Berfäumung verlustig geben, und Mangels einer solchen wird die Erhebung bes Einwandes dadurch nicht ausgeschlossen, und Mangels einer solchen wird die Erhebung bes Einwandes dadurch nicht ausgeschlossen, das bereicht eine Entscheidung ergangen ist, welche die Zuständigkeit des Gerichts ausspricht. Hat z. B. das Gericht erster Instanz die Eröffnung der Untersuchung wegen vermeintzlicher Unzuständigkeit abgelehnt, auf die von der Staatsanwaltschaft erhobene Beschwerde aber das Gericht höherer Instanz die Zuständigkeit jenes Gerichts anerkannt und die Untersuchung eröffnet, oder hat aus Anlaß eines Zuständigkeitsstreits zwischen zwei Gerichten das gemeinschaftliche obere Gericht das zuständige Gericht bestimmt, so stehen diese Entscheidungen der Erhebung des Einwandes der Unzuständigkeit nicht entgegen; das Gericht darf also den (rechtzeitigen) Einwand nicht lediglich wegen des Vorhandenseins der betr. Entscheidung zurückweisen; es muß ihn vielmehr sachlich prüsen und, wenn es ihn für begründet erachtet, sich für unzuständig erklären (wennschon die Ausgedung dieser Unzuständigkeitserklärung durch das Beschwerdegericht bezw. das gemeinschaftliche obere Gericht regelmäßig vorauszusehen sein wird). Agl. John S. 269 ff., Stenglein S. 121; a. M. Buchelt S. 61.
- 3. Der Begriff ber Berfäumung ift lediglich aus § 16 zu bestimmen; es muß bies her vorgehoben werben, weil die Vorschriften ber §§ 179, 199 mit § 16 nicht ganz in Einklang stehen und auch in der RIR. (Prot. S. 789) die Ansicht bestanden hat, daß der Angeschuldigte noch auf andere als auf die in § 16 bezeichnete Beise die Erhebung des Einwandes versammen kome. Es sind hier folgende Fälle in Betracht zu ziehen: Wenn der Angeschuldigte vor der Beschlußsfassung über die Eröffnung der Voruntersuchung gemäß § 178 Abs. 2 gehört wird und es unterzläßt, einen nach Lage der Sache gegebenen Einwand zu erheben, so ist zusolge § 179 Abs. 2 nach Eröffnung der Voruntersuchung bie Erhebung des Einwandes ausgeschlossen. Es fragt sich, ob dies auch auf den Einwand der Unzuständigkeit Anwendung sindet. Dies muß verneint werben-

Denn, ba § 179 von allen in § 178 bezeichneten Ginwanben hanbelt, § 16 aber nur ben Ginwand ber Unzuftandigkeit zum Gegenstande hat, jo fteht § 16 bem § 179 als lex specialis gegen= über, und er geht baber bem § 179 vor: ber Angeschulbigte tann, auch wenn er gemäß § 178 Abi. 2 gehört worben ift und er hierbei bie Erhebung bes Ginwandes ber Unjuftanbigfeit unterlaffen hat, biefen Ginmand noch bis jum Schluffe ber Boruntersuchung erheben (gl. A. Stenglein S. 121, Glafer II. S. 166, 167; a. Dr. Reller S. 21). — Derfelbe Gefichtspuntt muß im Falle bes § 199 Plat greifen: wenn eine Boruntersuchung nicht flattgefunden hat und ber Angefoulbigte auf bie ihm gemäß biefes S jugegangene Aufforberung bie Erhebung bes Ginwanbes ber Unjuftanbigfeit unterläßt, so verliert er hierburch nicht bie Befugnif, ben Ginwand in ber hauptverhandlung (bis jur Berlefung bes Beichluffes) ju erheben. — In ber RER. (Brot. S. 790) ift enblich ber Rall zur Sprache gekommen, wenn eine nicht auf Einwand bes An geschulbigten ergangene, bie Buftanbigfeit bes Gerichts aussprechenbe Enticheibung bem Angeschulbigten jugeftellt worben ift, berfelbe aber bie Erhebung ber Befcmerbe unterlassen bat; auch in biefem Falle foll nach ber Meinung ber ATR. ber Angeschulbigte ben Ginmanb ber Unguftanbigfeit verfaumt haben. Diefe Meinung findet inbeg in bem Gefete felbft teine Begrundung und tann beshalb als richtig nicht anerkannt werben. Uebrigens entbehrt die bezüglich bes letigebachten Falles obwaltende Meinungsverschiebenheit beshalb einer erheblichen praktischen Bebeutung, weil gegen die Beichluffe bes Beschwerbegerichts und bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts eine Beschwerbe überhaupt nicht ftattfindet, die Beschwerde gegen einen Beschluß des Gerichts erster Instauz aber an eine Frist nicht gebunden sein würbe (vgl. Rote 5, a zu SS 16—18). Bgl. auch die vorstehende Rote 2.

- 4. Die Nichterhebung bes Einwandes mahren b ber Boruntersuchung tann ben Berluft besselben nur unter ber Boraussetzung jur Folge haben, baß bem Angeschulbigten bie Eröff nung ber Boruntersuchung betaunt gemacht worben war (§ 190). Burbe bie Bernehmung bes Angeschulbigten nicht burch bas besatte Gericht selbst, sonbern burch ein ersuchtes Gericht bewirkt, so ift eine fernere Boraussetzung bes Berlustes bie: baß bem Angeschulbigten besannt gemacht war, von welchem Gericht bie Boruntersuchung geführt werbe.
- 5. Die Boruntersuchung ift geschlossen, sobald ber Untersuchungsrichter gemäß § 195 Abs. bie Uebersendung der Aften an die Staatsanwaltschaft verfügt hat. Findet jedoch bemanacht eine Erganzung ber Boruntersuchung statt (§ 195 Abs. 2), so wird hierdurch ber vorherige Schluß der letteren wieder aufgehoben, und ber Einwand ber Unzuständigkeit ift noch bis zum anderweiten Schlusse ber Boruntersuchung statthaft.
- 6. Soweit ber Einwand ber Unzuständigkeit noch in ber hauptverhanblung zulässig, tann berselbe auch schon vor ber letteren erhoben werben. Auch die Entscheidung über ben Einwand kann schon vor ber hauptverhandlung, also in berathender Situng (vgl. die Roten zu 33), erfolgen. Doch wirde im Falle der Berwerfung des Einwandes der Beschluß nur ein vorsläusiger und das erkennende Gericht stets berechtigt sein, in der hauptverhandlung von Reuem den Einwand zu prüsen und sich event. für unzuständig zu erklären; demzusolge aber würde im Falle des wiederholten Bordringens des Einwandes das Gericht zu einer erneuten Brüfung und Beschlußfassung auch für verpstichtet zu erachten sein. Anders verhält es sich, wenn der Angeschulbigte gemäß § 199 den Einwand vor der Beschlußfassung über die Eröffnung des haupts versahren serhoben hat; hierüber s. Note 11.
- 7. In Betreff ber Berlesung bes Belchlusses über bie Eröffnung bes hauptversahrens i. § 242 Abs. 2. In benjenigen besonderen Bersahrensarten, in benen ein die Eröffnung der Untersuchung aussprechender Beschluß nicht erlassen wird (§§ 211, 451, 456, 462), ist die Erzebeung des Einwandes dis zum Schlusse der über die Anschlusigung ersolgenden Bernehmung des Angeschulbigten (§ 242 Abs. 3) für statthaft zu erachten. Gl. A. Geper S. 356, Stenglein S. 121; a. M. John S. 269.
- 8. Rach ber Berlefung bes Beschlusses bezw. ber Bernehmung (Rote 7) ift bie Erhebung bes Einwandes selbst bann nicht mehr ftatthaft, wenn biejenigen Thatumstände, aus benen bie Unzuständigkeit bes Gerichts folgt, erst im Laufe ber Berhanblung hervortreten.

§. 17.

Durch eine Entscheidung, welche bie Zuständigkeit für die Voruntersuchung feststellt, wird die Zuständigkeit auch für das Hauptverfahren festgestellt.

(I. II. III. Entw. § 12.)

- 9. Die Bestimmung bes § 16 ift auch in bem Falle anwendbar, wenn die hauptverhandlung ohne Anwesenheit bes Angeschulbigten flattfindet (vgl. §§ 231—233); baber tann ein Angeschulbigter, welcher erst nach der Berlesung des Beschlusses erscheint, mit dem Einwande nicht mehr gehört werden. Dagegen hebt die Biedereinsehung in den vorigen Stand (§ 234) auch den in Folge des Ausbleibens eingetretenen Berlust des Einwandes wieder auf.
- 10. Außerhalb ber hauptverhandlung kann ber Einwand in jeber Erklärungsform geltend gemacht werben; insbes. kann ihn ber Angeschuldigte bei seinen Bernehmungen (§§ 190, 232) erzheben, und es muß in diesem Falle der Einwand zu Protokoll genommen werden. Bgl. die Roten zu Buch 1 unter II. In der hauptversammlung ift eine schriftliche Erhebung des Ginswandes selbsiverständlich ausgeschlossen.
- 11. Der Einwand ber Unzuständigkeit wird burch eine ihn verwerfende Enticheibung (von beren Anfechtbarkeit abgesehen) verbraucht; er kann nicht von Reuem erhoben werden (eine Modistation s. jedoch in Note 6). hat also ein Angeschuldigter aus Anlag der an ihn gemäß I 199 erlassenn Aufforderung den Einwand erhoben und ist letterer verworfen worden, so ist die Erhebung des Sinwandes in der Hauptverhandlung seitens des selben Angeschuldigten (vgl. Glaser II. S. 168) nicht mehr statthaft.
- 12. Sowohl die Berfäumung (Note 3) wie der Berbrauch des Einwandes (Rote 11) kann immer nur in Beziehung auf ein bestimmtes, nämlich auf das mit dem Berfahren befaste Gericht eintreten. Geht bemnächst die Untersuchung auf ein anderes Gericht über (vgl. 3. B. § 12 Abs. 2), so ist es dem Angeschuldigten unbenommen, die Zuständigkeit dieses anderen Gerichts zu bestreiten.

3u \$ 17.

- 1. Bgl. oben bie Bemerkungen ju SS 16-18, insbes. Note 2.
- 2. Der & bezieht fich nicht lediglich auf ben & 16, ftellt vielmehr einen felbfiftanbigen Grund: fat auf: bie Erörterung ber Bufianbigfeitsfrage foll auch in benjenigen Sachen, in benen eine Boruntersuchung bem hauptverfahren vorausgeht, regelmäßig nur einmal erfolgen. Es wirb also in § 17 nicht nothwendig eine auf einen Unzuständigkeitseinwand bes Angeschulbigten ergangene Eutscheibung vorausgesett; vielmehr findet der f Anwendung, sobalb in der Voruntersuchung eine Enticheibung ergangen ift, welche bie Buftanbigfeit bes Gerichts feststellt. — Unter einer bie Bustanbigkeit festikellenden Entscheibung ist aber nur eine solche Entscheibung zu verstehen, welche gegenüber ber seitens eines Prozefbetheiligten ober eines Gerichts aufgestellten Behauptung ber Unguständigfeit die Buständigfeit ausdrudlich als begrundet anerkennt. Es gehoren hierher: die Entscheidung, welche den vom Angeschulbigten erhobenen Ginwand der Unzuftändigkeit ober einen auf Unzuständigkeitserklärung gerichteten Antrag ber Staatsanwaltichaft (vgl. oben Rote 3. c ju SS 16-18) verwirft, ferner bie Enticheibung bes Befchwerbegerichts, welche eine burch Beichwerbe angejochtene Unguftanbigfeitserflarung aufhebt, und bie Guticheibung eines oberen Gerichts, welche aus Anlaß eines Zuständigkeitsstreits das zuständige Gericht beftimmt. Dagegen ftellt bie bie Gröffnung ber Bornnterfuchung aussprechenbe Enticheibung bes Untersuchungerichtere ober ber Straffammer (vgl. S\$ 182, 178), burch welche fillichweigenb ober ohne Biberlegung etwaiger Zweiselsgründe bie Zuständigkeit des Gerichts anerkannt wird, eine Entscheibung im Sinne bes § 17 nicht bar. Dies muß auch in bem Falle gelten, wenn ber Untersuchungerichter die Enticheibung ber Straffammer gerade beshalb eingeholt hat, weil er bas Gericht fur unguftanbig erachtet; benn bie Meinungsverschiebenheit zwischen ihm und ber Straftammer ist eine innere Angelegenheit bes Gerichts, und bie Straffanimer tann fich barauf beforanten, burch ihren Befcluß bie Eröffnung ber Boruntersuchung anzuordnen, ohne bag es einer ausbrudlichen Erörterung ber Buftanbigfeitsfrage bebarf. 2. D. Buchelt S. 62.

§. 18.

Rach Eröffnung bes Hauptverfahrens barf bas Gericht seine Unzuständigkeit nur auf Sinwand ber Angeklagten aussprechen.

(L. II. III. Cutm. § 10.)

- 3.2. Ift in der Boruntersuchung eine die Zuständigkeit seststellende Entscheidung ergangen, so erlischt hiermit die Berechtigung des Gerichts, sich von Amtswegen für unzuständig zu erklären (vgl. oben Rote 3. d zu SS 16—18). Zwar spricht S 17 ausdrücklich nur von bersenigen Wirkung, welche die Entscheidung auf das Hauptversahren äußert; allein die Wirkung der Entscheidung in auch schon während der Boruntersuchung die gleiche, d. h. auch während der letzteren darf eine Unzuständigkeitserklärung nicht mehr erlassen werden. Jedoch muß mit Rücksicht auf die Bebeutung und den Zweck der Boruntersuchung (vgl. auch S 9 Note 8) eine Ausnahme Platz greisen, wenn nach der Erlassung der Entscheidung neue Thatsacken ermittelt werden, welche die Unzuständigkeit des Gerichts ergeben. In diesem Falle darf das Gericht sowohl im Lause der Boruntersuchung wie auch dei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptversahrens seine Unzuständigkeit aussprechen. Diese Berechtigung ist dem Gericht selbst dann zuzugestehen, wenn die vorausgegangene, die Zuständigkeit aussprechende Entscheidung von einem höheren Gericht erlassen war, insofern eben durch die neu ermittelten Thatsachen die Boraussetungen der Entscheidung hinfällig werden. Gl. A. Glaser II. S. 168; a. M. Stenglein S. 124.
- b. In Betreff bes Falles, wenn nach Erlassung ber bie Buftanbigkeit feststellenden Entsicheng ber Angeschulbigte ben Einwand ber Unguftanbigkeit erhebt, f. § 16 Rote 2, 11.
- 4. Das vorstehenb (Note 3. a) Gesagte erfährt insoweit eine Einschränkung, als bas mit ber Sache besaßte Gericht befugt ist, seine eigenen, die Zuständigkeit aussprechenden Entscheidungen abzuändern. Eine solche Abanberung wird durch § 17 nicht ausgeschlossen; vielmehr ist die Frage: ob sie statthaft sei, nach den allgemeinen Bestimmungen in § 348 Abs. 2, § 353 Abs. 3 zu beantworten. Sonach ist das Gericht, wenn es einen Unzuständigkeitselnwand des Angeschuldigten verworfen hat, an diesen seinen Beschuss gebunden, da die Ansechtung des letzeren mittelst der sofortigen Beschwerde geschieht (§ 180, 199, § 353 Abs. 3; vgl. oben Note 5. a zu §§ 16—18). Hat dagegen das Gericht einen auf Erlassung einer Unzuständigkeitsertsärung gerichteten Antrag der Staatsanwaltschaft verworsen, so ist dasseiene Unzuständigkeitsertsärung gerichten Beschluß an eine Frist nicht gedunden ist, besugt, den letzteren abzuändern, und in der Zulässigkeit dieser Abänderung ist die Zulässigkeit einer Unzuständigkeiterklärung enthalten. In Betress der Entscheidungen der oberen Gerichte so oden Note 4. d zu Abschn. 2.
- 5. Der Sift nicht bahin zu verstehen, als muffe, wenn bie Zuständigkeit bes befaßten Gerichts in ber Boruntersuchung festgestellt ift, bas weitere Bersahren nothwendig bei biesem Gerichte versbleiben; vielmehr ift auch in bem hier behandelten Falle die Uebertragung ber Sache auf im anderes Gericht zulässig, wenn ein gesehlicher Anlaß zu bieser Maßregel (§§ 12, 13, 15) eintritt.

Zu § 18.

- 1. Bgl. oben bie Bemertungen gu SS 16-18, sowie ferner S 17 Rote 3.
- 2.a. "Rach Eröffnung bes hauptverfahrens" b. h. nachbem ber in bem § 201 bezeichnete Befchluß erlaffen ift.
 - b. Bgl. bie Roten ju § 471.
- c. Bas biejenigen befonberen Berfahrensarten betrifft, in benen ein bie Eröffnung ber Untersuchung aussprechender Beschluß nicht erlassen wird, so sind hinsichtlich der Anwendung bes § 18 ber Erlassung eines solchen Beschlusses gleich zu achten: a) die Erlassung eines Strafsbeichls (§§ 447 ff.); A) die Anberaumung der Hauptverhandlung in den Fällen der §§ 456, 462. 7) In den Fällen des § 211 wird die Unzuständigkeitserklärung dis zur Erlassung des Urtheils für satthaft zu erachten sein, da beim Beginn der Hauptverhandlung das Gericht disweilen noch außer Stande sein wird, seine Zuständigkeit zu beurtheilen; a. M. Keller S. 24, John S. 278, Stengelein S. 125.

§. 19.

Haben mehrere Gerichte, von benen eines bas zuständige ist, burch Entscheis bungen, welche nicht mehr anfechtbar find, ihre Unzuständigkeit ausgesprochen, so bezeichnet bas gemeinschaftliche obere Gericht bas zuständige Gericht.

(I. II. III. Entw. § 13.)

- 3. Rur auf Einwand bes Angeklagten barf eine Unzuftändigkeitserklärung erfolgen, also weber von Amtswegen, noch auf Antrag der Staatsanwaltschaft (vgl. Note 3. a. zu S 16—18), des Privatklägers oder des Rebenklägers; vgl. RGer. III. 20. Rov. 80 (Entsch. III. 136, Rspr. II. 538). Sind mehrere Angeklagte vorhanden, so genügt der von einem von ihnen ershobene Einwand, um das Gericht mit der Entscheidung über die Zuständigkeitsfrage hinsichtlich aller Angeklagten zu befassen.
- 4. Der § fest einen rechtzeitig erhobenen Einwand (§ 16) voraus; ein zu spät erhobener ift ohne sachliche Prüfung als unzulässig zuruchzuweisen.
- 5. Die Bestimmung bes & erleibet selbst bann teine Ausnahme, wenn bie Unzustanbigkeit bes Gerichts sich aus Thatsachen ergiebt, welche erft nach Eröffnung bes Hauptversahrens ermittelt wurden. Bal. § 17 Rote 3. a.
- 6. Dagegen greift eine Ausnahme Blat, wenn fich herausstellt, daß zwei Gerichte mit berfelben Sache befaßt find. In diesem Falle muß basjenige Gericht, bessen Zuständigkeit burch bie Bravention bes andern erloschen ift, seine nunmehrige Unzuständigkeit von Amtswegen ausssprechen und sein Berfahren einstellen; vgl. § 12 Note 5.

3u \$ 19.

- 1. Bgl. § 14 u. Note 2 baf. Da § 14 seinem Bortlaut nach auch ben Fall bes negativen Zuständigkeitsstreites umfaßt, so besteht ber Inhalt bes § 19 gegenüber bem bes § 14 hauptsachtlich barin, daß § 19 die Austebung auch solcher Unzuständigkeitserklärungen zuläßt, welche nicht mehr ansechtbar, also rechtsfräftig find. Somit ist die Rechtskraft einer Unzuständigkeitse erklärung stets nur eine beschränkte.
- 2. Die Bestimmung ist auch auf ben Fall anwendbar, wenn eine Unzuständigkeitserklärung nicht von dem betheiligten Erflinstanzgericht selbst, sondern in Folge eingelegter Beschwerde z. von dem Oberinstanzgericht erlassen worden ist; es würde sonst für diesen Fall an jedem Mittel zur Lösung des Zuständigkeitsstreites sehlen, da § 9 Abs. 2 hier nur unter besonderen Umständen einen Ausweg bieten kann. Gl. A. Boitus, S. 19, Geyer S. 395, Stenglein S. 126, Glaser II. S. 173; a. M., unter Bezugnahme auf die Prot. der RER. (S. 1127—1129), Puchelt S. 64-Reller S. 25, Dalde S. 22.
- 3. In Betreff bes gemein ichaftlichen oberen Gerichts und feiner Entscheibung f. oben Rote 4 ju Abschn. 2.
- 4. Der Befchluß bes gemeinschaftlichen oberen Gerichts braucht nur bas zuständige Gericht zu bestimmen, ohne baß es einer ausbrudlichen Aufhebung ber hiervon betroffenen Unzuständigkeitserklärung bebarf. Die lettere tritt burch ben Beschluß von Rechtswegen außer Kraft, gleichviel von welchem Gericht und in welcher Lage bes Berfahrens sie erlassen ift.
- 5. Das gemeinschaftliche obere Gericht ift nicht gehindert, eine von ihm felbft (als Besichwerbegericht) erlassene Unzuständigkeitserklärung außer Kraft zu seben. A. M. Stenglein S. 127, Glaser II. S. 174.
- 6. Findet das gemeinschaftliche obere Gericht, daß teines ber jenigen Gerichte, beren Unzuftändigkeit ausgesprochen ift, sondern ein anderes zuständig sei, so liegt der Fall des § 19 nicht vor. Das obere Gericht hat sich alsdann barauf zu beschränken, den Antrag auf Bestimmung des zuständigen Gerichts abzulehnen und darf die Sache nicht an das von ihm für zuständig erzachtet Gericht verweisen; vielmehr ist (zunächst) die Sache auf dem gewöhnlichen Wege durch die Staatsanwaltschaft vor dieses Gericht zu bringen.

§. 20.

Die einzelnen Untersuchungshandlungen eines unzuständigen Gerichts find nicht schon dieser Unzuständigkeit wegen ungültig.

(I. II. III. Cutm. \$ 14.)

§. 21.

Ein unzuständiges Gericht hat fich benjenigen innerhalb seines Bezirks vorzu-

Zu § 20.

- 1. Der Begriff ber "einzelnen Untersuchungshanblungen" ergiebt sich aus bem Gegensate, als welchen bie Mot. S. 133 "bas Bersahren als Ganzes" bezeichnen (in Betreff bes letteren s. oben Rote 6. a. zu SS 16—18). Danach sind hier unter ben Untersuchungshandlungen hauptsächlich bie Einnahme bes Augenscheins und bie Bernehmung ber Zeugen und Sachverskändigen zu verstehen, ebenso aber auch die Beschlagnahmen und Berhaftungen. Es tritt z. B. eine Beschlagnahmen nicht von selbst außer Krast, wenn bas Gericht, welches sie angeordnet hat, sich bemnächt für unzuständig erklärt. Das Gleiche gilt von dem haftbefehl; es wird übrigens angemessen, bei Unzuständigseitserklärungen in haftsachen stets ausdrücklich zu entscheben, ob der haftbefehl auszuhaben oder die Beiteres, b. h. bis zur Entscheidung bes zuständigen Gerichts, aufrecht zu erhalten sei; val. S 21 Rote 3.
- 2. Der § 20 hat ben Fall im Auge, wenn ein unzuftändiges Gericht, weil es fich irrsthümlich für zuständig gehalten, die Untersuchung eröffnet und Untersuchungshandlungen vorgenommen hat (Wot. S. 133). Die Gültigkeit folder handlungen, welche ein (für die Untersluchung) unzuständiges Gericht in Auslibung der dem zuständigen Gericht zu leistenden Rechtschülfe vornimmt, versteht sich von selbst; vgl. GBG. §§ 157, 158, StBD. § 21 Note 1.
- 3. Da bie Untersuchungshanblungen eines unzustanbigen Gerichts burch biefe Unzustänbigkeit allein ihre Gultigfeit nicht verlieren, so tann bie Unzuständigteit für fic allein auch teinen Grund barftellen, die Bornahme ber handlungen ju wiederholen. Die Frage: ob und inwieweit eine Bleberholung nothwendig sei, ist je nach ben verschiebenen Stadien des Berfahrens und nach ben für biefe maggebenben Bestimmungen zu beantworten. hat fich bas ertennenbe Gericht in ber hauptverhanblung für unzuftanbig erklart, fo folgt bie Rothwenbigkeit, in ber Sauptverhanblung vor bem justanbigen Gericht bie einzelnen Beweisatte ber ersteren Berhandlung zu wieberholen, aus bem Pringip ber Münblichteit und Unmittelbarteit (SS 225, 228): bagegen wurde es einer Bieberholung ber auf Anordnung bes unzuständigen Gerichts tommiffarifc vorgenom= menen Beweisatte (SS 222-224) nicht beburfen, viellmehr wurde bie Berlefung ber über biefe Afte aufgenommenen Protofolle auch in der Berhandlung vor dem zuständigen Gericht völlig statthaft sein. In ber Borunterfuchung bebarf es einer Bieberholung ber von bem unzuftänbigen Untersuchungsrichter vorgenommenen handlungen ebensowenig, wie es ber Bieberholung ber in bem Borbereitungsversahren von dem Amtsrichter vorgenommenen Handlungen (§§ 160, 163, 164) bedarf; nur die Bernehmung des Angeschulbigten wird mit Rudficht auf f 190 zu wieberholen fein. Auch wird sowohl in ber Boruntersuchung wie im Sauptverfahren, wenn ber Angeschulbigte in haft ift, bas Gericht von Reuem über beren Fortbauer zu beschließen haben (vgl. 205 Abs. 2). - Selbftverftanblich ift bas juftanbige Gericht befugt, eine jebe Untersuchungshandlung ju wiederholen, wenn es biergu eine besondere Beranlaffung findet.
- 4. Benngleich § 20 zunächft nur die örtliche Zuftändigkeit zum Gegenstande hat, so ift boch ber in ihm ausgesprochene Grundsat auch auf die sacliche Zuständigkeit analog anwendbar. Sat sich z. B. das Schöffengericht für unzuständig erklart, weil die Sache zur Zuständigkeit der Strafkammer gehore, so tritt hierdurch der von ihm (ober dem Amtsrichter) erlassene Daitbefehl nicht von selbst außer Kraft (vgl. Note 1).

Au § 21.

1. Das hier bestimmte Borgehen bes unzuständigen Gerichts fiellt eine Art von Rechtshülfe (vgl. GBG. §§ 157 ff.) bar, welche jedoch wegen der Oringlichkeit der betr. Handlung ohne vors gängiges Ersuchen bes zuständigen Gerichts zu leisten ift.

nehmenden Untersuchungshandlungen zu unterziehen, in Ansehung beren Gefahr im Berzug obwaltet.

(I. II. III. Entm. § 15.)

Dritter Abidnitt.

Ausichliefung und Ablehnung der Gerichtsperfonen.

- 2. Da für ben Fall, wenn bie öffentliche Rlage noch nicht erhoben ift, die besondere Bestimmung bes § 163 (vgl. § 160) besteht, so ist § 21 hauptfächlich auf ben Fall einer bereits anshängigen Untersuchung zu beziehen.
- 3. Die Bornahme ber hier gebachten Untersuchungshandlungen gehört regelmäßig zum Gesichäftskreise ber Amtsgerichte (vgl. Rote 1 und GBG. § 158). Die Landgerichte werden nur ausnahmsweise in die Lage kommen können, auf Grund des § 21 einzuschreiten. Gin solcher Ausenahmefall wäre der, wenn die Strafkammer in der Hauptverhandlung ihre (örtliche) Unzuständigzkeit ausspräche, zugleich aber es für geboten erachtete, den bisher nicht verhafteten Angeschuldigten sogleich in Haft zu nehmen; in diesem Falle würde sie auf Grund des § 21 zur Erlassung des Hastbesehls befugt sein.
- 4. Den Beamten ber Staatsanwaltschaft liegt es nach § 144 Abs. 2 bes GBG. zwar ob, die geeigneten Antrage bei bem Gericht zu stellen, wenn sie von den das schleunige Einschreiten bedingenden Thatsachen Kenntniß erhalten; indeß ist die Verpstichtung des Gerichts, gemäß § 21 zu versahren, von einem solchen Antrage keineswegs abhängig, und insbes. dann nicht, wenn ein zur Antragstellung berufener Beamter der Staatsanwaltschaft (vgl. GBG. § 143 Abs. 2) sich nicht am Orte besindet.

Bum Dritten Abidnitt.

- 1. Der Albichn. behandelt die Fälle, in benen eine Gerichtsperson an ber Ausübung ihres Amtes in einer einzelnen Strassach rechtlich behindert ist. Die Gründe einer solchen Behinderung werden in zwei Klassen: in Ausschließungsgründe und Ablehnungsgründe, geschieden (judex inhabilis, judex suspectus). Die Geltendmachung blober Ablehnungsgründe unterliegt dem Belieben und dem Berzicht der Prozesbeteheiligten. Dagegen entzieht das Borhandensein eines Ausschließungsgrundes der betr. Gerichtsperson von selbst ("krast Gesehes") die Fähigkeit zur Ausübung des Amtes, ohne daß es darauf ankommt, ob die Prozesbetheiligten gegen die letztere Widerspruch erheben oder nicht. "Gewisse hinderungsgründe sind von der Ausschließung des Ansehen der Jusis die Ausschließung des Richters erheischt" (Mot. S. 133). In Betress der erwähnten Unterscheidung sich ergebenden Folgerungen s. § 22 Note 1, 2, § 25 u. Note 1 das. Uedrigens handelt es sich dei den Bestimmungen über die Ausschließung nur um die resative d. h. aus eine einzelne Strassachen Bestimmungen über die Ausschließung nur um die resative d. h. aus eine einzelne Strassachen Bestimmungen dier habe, wird hier vorausgesetzt voll. § 377 Nr. 1. Bgl. die entsprechenden Bestimmungen der CBD. §§ 41—49.
- 2. Die Gerichtspersonen, von benen ber Abschn. hanbelt, sind: bie Richter, bie Schöffen, bie Gerichtsschreiber (§ 31), in gewisser hinficht (§ 32) auch bie Geschworenen. Bgl. noch in Betreff ber Gerichtsvollzieher: GBG. § 156, in Betreff ber Sachverstänbigen: StBD. § 74, in Betreff ber Dolmetscher: GBG. § 193.
- 3. a. Darüber, ob ein ganges Gericht als foldes, b. h. als Behörbe, fraft Gefetes ausgeschlossen sein ober abgelehnt werben tonne, enthält die StBD. teine Bestimmung. Nach ben Mot. S. 137 ist eine bie Ablehnung eines Gerichts betreffende Borichrift für überstüssig erachtet worden, weil die StBD. eben nur die Ablehnung von Gerichtspersonen tenne, hieraus aber die Unstatthaftigkeit der Ablehnung eines ganzen Gerichts von selbst folge. Benngleich nun die Mot. hier nur von der Ablehnung sprechen, so trifft der angegebene Grund doch in gleicher Beise auch hinsicklich der Ausschließung zu, und somit kann die rechtliche Behinderung eines ganzen Gerichts (vgl. § 15) nur mittelbar baburch eintreten, daß fämmtliche Mitglieder bes Gerichts

Digitized by GOOGLE

§. 22.

Ein Richter ist von ber Ausübung bes Richteramts traft Gesetzes ausgeschloffen: 1. wenn er felbst burch bie ftrafbare Handlung verlett ift;

fraft Gefehes ausgeschlossen ober mit Erfolg abgelehnt find ober boch so viele von ihnen, baß es an ber jur Erlebigung ber Sache erforberlichen Richterzahl fehlt.

b. Giner befonderen Betrachtung bebarf indeg ber Sall, wenn bie Untersuchung eine gegen ein Gericht begangene Beleibigung betrifft. An sich macht auch bieser Fall keine Ausnahme von dem eben (a) aufgestellten Sate. Es wird hier, da eine Beleidigung des Gerichts regelmäßig eine Beleibigung von Mitgliebern beffelben einschließt, barauf antommen, welche Mitglieber als von der Beleibigung betroffen anzuseben find: nur bann, wenn unbetroffene Mitglieber nicht ober doch nicht in der zur Erledigung der Sache erforderlichen Auzahl vorhauden sind, ist das Gericht ichilich behindert, sich der Untersuchung und Entscheidung zu unterziehen. Bervorzuheben ist hierbei, daß überall ba, wo es fich um eine beleibigenbe Befprechung einer gerichtlichen Magregel ober Enticheibung hanbelt, nur biejenigen Richter als von ber Beleibigung betroffen anzusehen fein werben, welche bei ber fraglichen Magregel ober Eutscheibung mitgewirkt haben (vgl. § 22 Rote 5. a). — Anders freilich gestaltet sich bie Sache, wenn bas Gericht als solches ben Antrag auf Strafverfolgung (StBB. § 196) geftellt hat: in einem folden galle muß bas Bericht eben biefer Antragstellung wegen als fraft Geletzes ausgeschlossen gelten; bas Nähere s. § 22 Rote 3. Gbenbeshalb aber wirb es fich auch empfehlen, bie Anträge auf Strafverfolgung nur von ber burch bie Beleibigung betroffenen Abtheilung bes Gerichts ober von ben betroffenen Richtern ausgehen zu lassen und nur dann, wenn solches unthunlich erscheint, den Antrag Ramens bes Gerichts als Gangen zu ftellen.

4. Auf bie Beamten ber Staatsanwaltschaft find bie Bestimmungen biefes Abschnitts nict anwendbar; auch find sonstige Borschriften über Ausschließung ober Ablehnung bieser Beamten nicht vorhanden (vgl GBG. SS 142 ff.). In den Mot. S. 138 wird bemerkt: "Es erschien überflüsfig, besonbere Borschriften hinsichtlich ber Beamten ber Staatsanwaltschaft zu geben. Zwar ift bie lettere keineswegs blos Partei; sie hat vielmehr auch eine Reihe von Amtsverrich= tungen wahrzunehmen, welche zweifellos teine Parteihanblungen barftellen. Allein bie Organijation ber Staatsanwaltichaft geftattet, bag in ben Fällen, mo bie Erfetung eines flaatsanwaltichaft= ligen Beamten burch einen anberen geboten ober munichenswerth ericheint, Diefelbe auf Antrag be Beschulbigten ober jenes Beamten felbst ober auch von Amtswegen burch bie vorgesette Behörbe bewirft werben tann, ohne bag es eines formlichen Berfahrens hierbei bebarj." Danach ift ber Leichuldigte zwar befugt, bei der vorgeseten Behörde des betr. Beamten auf Ersehung beffelben anzutragen, nicht aber, bei bem Ger icht ein Ablehnungsgesuch anzubringen. Ebensowenig dari das Bericht von Amtswegen die Frage erörtern, ob der Beamte der Staatsanwaltschaft bei ber vorliegenden Sache ein solches Privatinteresse habe, daß seine Ersepung durch einen anderen Beamten erforberlich ober angemessen sei. Enblich verlieren auch bie Amtshanblungen eines Beamten ber Staatsanwaltichaft baburch nicht ihre Gültigkeit, baß berfelbe fich in einem Babalinif befindet, welches bei einem Richter die Ausschliefung ober Ablehnung begründen wurde, und insbesondere fann ein Grund zur Anfechtung eines Urtheils niemals aus der Person bes Beamten entnommen werben, welcher in ber Sache bie Berrichtungen ber Staaisanwaltschaft mahrgenommen bat. Dagegen bat jeber ftaatsanwaltichaftliche Beamte, beffen Privatintereffe von einer Strafface berührt wird, die Pflicht, sich seiner amtlichen Thätigkeit in dieser Sache zu mthalten, was ba, wo die ftaatsanwaltschaftliche Beborbe aus mehreren Beamten besteht, feine Somierigkeiten hervorrufen kann. Bo bie Beborbe nur aus einem Beamten besteht, hat biefer bei ber ihm porgefesten Behörbe seine Ersepung nachzusuchen und sich einstweilen auf die Bornahme folder Amtobanblungen zu befdranten, welche feinen Aufschub leiben. Bgl. noch § 156 Rote 11.

- 2. wenn er Shemann ober Bormund ber beschulbigten ober ber verletzten Person ist ober gewesen ist;
- 3. wenn er mit bem Beschulbigten ober mit bem Berletten in geraber Linie verwandt, verschwägert ober durch Aboption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt ober bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die She, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht:
- 4. wenn er in ber Sache als Beamter ber Staatsanwaltschaft, als Polizeis beamter, als Anwalt bes Berletten ober als Bertheibiger thatig gewesen ift;
- 5. wenn er in der Sache als Zeuge oder Sachverständiger vernommen ist. (I. II. III. Entm. § 16.) Bgl. EPO. § 41.

betr. Sache enthalten; bies gilt selbst hinsichtlich solcher handlungen, bei benen Gesahr im Berzuge obwaltet; vgl. oben Rote 1 zu Abschin. 3. In Betreff bes Falles, we an der Richter über bas Borhandensein eines Ausschließungsgrundes im Zweisel ift, s. § 30.

- 2. a. Nimmt ein traft Gesets ausgeschlossener Richter bennoch eine Amtshanblung vor, so ist dieselbe nichtig; gl. A. v. Schwarze S. 148, Dalde S. 24, Reller S. 28, Dochow S. 57, Gigser I. S. 670, Binding S. 69; a. M. Pucket S. 68, Boitus Kontr. II. S. 450, John S. 305, Stenglein S. 1:32. Uebrigens ist hinsichtlich der Folge der Richtigkeit zwischen Entscheidungen, welche von dem ausgeschlossenen Richter oder unter seiner Mitwirkung erlassen werden, und sonstigen Amtshandlungen besselben zu unterscheiden. Bei Entscheid ungen besteht die Folge der Richtigkeit nur darin, daß sie, salls sie durch das zusässige Rechtsmittel angesochten werden, der Aushebung durch eine andere Entscheidung unterliegen (vgl. § 377 Rr. 2); sie erlangen aber, salls sie nicht angesochten werden, Rechtsgilltigkeit, sodald die Ansechtbarkeit aushört. Dagegen besteht dei sonst ig en Amtshandlungen des ausgeschlossenen Richters, insdes. dei allen außershalb der Hauptwerhandlung vorgenommenen Beweisalten, die Folge der Nichtigkeit ohne Weiteres darin, daß diese Handlung überhaupt nicht als gerichtliche, die Protosole also nicht als gerichtliche Urkunden betrachtet werden können. Die Richtigkeit solcher Amtshandlungen ist seitens des Gerichts überall von Amtswegen zu berücksichtigen.
- b. Die Nichtigkeit ber von einem ausgeschlossenen Richter vorgenommenen handlungen ift bavon unabhängig, ob bemfelben ber Ausschließungsgrund betannt mar ober nicht.
- o. Entfteht ber Ausschließungsgrund erft im Laufe bes Berfahrens, fo verlieren bie fruher vorgenommenen Sandlungen bes Richters nicht ihre Gultigfeit.
- 3. Der S lagt ben Sall unermagnt, wenn ein Richter als Antragsberechtigter im Sinne bes StBB. S 61 ben Antrag auf Strafverfolgung gestellt und hierburch bie Eröffnung ber Untersuchung veranlaßt hat. Die Uebergehung biefes Falles beruht auf ber Annahme, baf ber antragsberechtigte Richter ftets entweber felbft ber Berlette fein ober ju bem Berletten in einem berjenigen Berhaltniffe fteben werbe, welche nach § 22 Rr. 2, 3 bie Ausschließung begrunden. Diefe Annahme trifft indeg nicht ausnahmslos ju, nämlich ba nicht, wo ein Richter als Borgefester eines Beamten (St&B. § 196) megen einer bem letteren jugefügten Beleibigung bie Strafverfolgung beantragt hat, und es entfteht baber bie Frage, ob in biefem Falle ber Richter in ber von ihm felbft beantragten Untersuchung fein Richteramt ausuben burfe. Dies muß verneint werben. Zwar hat ber Antragsteller bier nicht eine perfonliche, sonbern lebiglich eine amtliche Angelegenheit wahrgenommen; auch gehört ber Antragsberechtigte als folder nicht zu ben Prozefbetheiligten (vgl. § 435). Allein vernioge feines Rechts jur Zurudnahme bes Antrages (StBB. § 194) fleht ihm bennoch eine Ginwirtung auf bas Berfahren zu, und bie ihm hierburch Bugewiesene Rolle ift mit berjenigen bes Richters in berselben Sache unvereinbar. hiernach muß ber Richter, welcher bie Strafverfolgung wegen Beleibigung beantragt bat, in ber betr. Unterfuchung als fraft Gefetes ausgeschlossen gelten. Gl. A. John S. 315, Glafer II. S. 113,

Digitized by GOOGLE

Binding S. 68; a. M. RGer. III. 25. Jebr. 82 (Rfpr. IV. 207), woselbst angenommen ist, daß die Antragstellung nur die Ablehnung begründen tönne. Hat dagegen nur der beleibigte Beamte selbst die Strafversolgung beantragt, so kann die (nicht zur Birksamkeit gekommene) Antragsberechtigung des vorgesehren Richters weber die Ausschließung noch die Ablehnung begründen; vgl. RGer. I. 7. Mai 83 (Rspr. V. 333). — Bet einem Richter, welcher, ohne selbst der Berlette ober der Antragsberechtigte zu sein, die Untersuchung durch eine Anzeige (Denunziation) veranlast hat, trifft der vorbemerkte prozessualische Grund für die Ausschließung nicht zu. Bohl aber ist der hier unzweiselhaft bestehende Ablehnungsgrund von der Art, daß der Richter sich jeder amtlichen Thätigkeit zu enthalten haben wird, da die Aussübung einer solchen etwas in hohem Grade Anstösiges sein würde (vgl. § 30). Uedrigens gilt dies nur dann, wenn ein Richter als Privatmann die Anzeige einer strafbaren Handlung gemacht hat, nicht aber in dem Falle, wenn er von Amtswegen Beranlassung genommen hat, Akten, in welchen eine strafbare handlung zur Sprache gekommen ist, der Staatsanwaltschaft zur Kenntnissnahme mitzutheilen; in einem Falle der letzeren Art wird die Ablehnung nur unter besonderen Umständen begründet sein können.

Bu Rr. 1. 2. 3.

4. Als "verlett" im Sinne des § 22 ift berjenige anzusehen, der durch die strasbare handlung unm ittelbar betrossen ist, der also, salls es sich um ein Antragsbelikt handelte, der Antragsberechtigte sein wurde. So ist z. B. in einem Strasversahren wegen Bankerotts jeder Konkursgläubiger verletzt, der wegen Unzulänglichkeit der Masse nicht vollständig befriedigt worden: RSer. IV. 7. Okt. 84 (Entsch. XI. 223). Den Begriff des Berletzten in einem weiteren Sinne zu verstehen, erscheint nicht statthaft; es würde sonst bie Rechtsbeständigkeit des Urtheils in manchen Fällen in Frage gestellt werden können, in denen das Gericht gar nicht in der Lage war, das Berletztein des betr. Richters 2c. zu erkennen. Gl. A. Stenglein S. 132; a. M. Glaser II. S. 109, Geger S. 350.

Bu Rr. 1.

- 5. a. Der Richter ift auch in bem Falle "selbst verlett", wenn bie Untersuchung eine ihm im Amte ober in Beziehung auf bas Amt zugefügte Beleibigung betrifft. Die für bas gemeine wie auch für bas preußische Recht ausgestellte Ansicht, baß ber Richter amtliche Besleibigungen selbst ahnben burse, weil er hier nicht eine persönliche Angelegenheit wahrnehme und nicht als Selbstbetheiligter erscheine, sindet in der StBD. keine Begründung und steht mit der Ratur der Sache in Widerspruch (gl. A. Glaser II. S. 109). Uebrigens enthält die einem Gezicht zugefügte Beleibigung nicht nothwendig eine Beleibigung aller einzelnen Mitglieder des Gezichts; vgl. oben Rote 3. d. aufbich. 3.
- b. Birb ber in einer Straffache fein Amt ausübende Richter mahrend bes Berfahrens von dem Beschulbigten ober bem Berletten beleibigt, so wird hierdund für jene Sache weber seine Ausschließung noch seine Ablehnung begründet; es würde sonst jeder Prozesteiligte in der Lage sein, einen ihm unbequemen Richter baburch zu beseitigen, daß er ihn beleibigt. Bgl. GBG. § 179 Rote 3. b.

Ջս જી թ. 2.

- 6. Das Berlobnif eines Richters mit ber beschulbigten ober ber verletten Berfon begrundet nicht die Ausschließung, wohl aber bie Ablehnung beffelben.
- 7. Unter "Bormund" ift auch ber Nebens ober Gegenvormund inbegriffen; fo in Betreff bes Gegenvormundes bes preuß. Rechts: Roer. IV. 7. Oft. 84 (Entic. XI. 223). Eine Pflegicaft fieht ber Bormundicaft nicht gleich, tann indeg bie Ablehnung begründen.

Ru Mr. 3.

- 8. Der in ber Berwandtschaft zc. liegende Ausschließungsgrund wird baburch nicht aufgehoben, baß ber Richter nach beiben Seiten bin, b. h. zu bem Beschulbigten wie auch zu bem Ber- letten, in einem Berwandtschaftsverhältniß zc. fteht.
 - 9. Die Rabe ber Bermanbticaft und ber Schmagerschaft bestimmt fic nach ben Regeln bes

burgerlichen Rechts. "Bis zum britten Grabe" 2c. heißt: einschließlich bieses Grabes. — Auch bie uneheliche Berwandtichaft 2c. fallt unter bie Bestimmung ber Rr. 3.

- 10. Ift bie Bermanbtichaft 2c. bes Richters mit bem Beschulbigten ober bem Berletten eine ent ferntere als bie bier bezeichnete, so fann fie nur eine Ablehnung begründen.
- 11. Der Abopt in verbindung fieht bas Berhaltnig von Pflegeeltern und Pflegefindern nicht gleich; boch tann baffelbe bie Ablehnung begründen.
- 12. Gine Bermanbtichaft zc. bes Richters mit bem Beamten ber Staatsanwaltichaft, bem Bertheibiger ober bem Anwalt bes Berletten tann nur einen Ablehnungsgrund bariftellen.
- 13. Gbenfo die Bermandtichaft ze mit bem Angeigenben (Benungianten), wenn biefer nicht zugleich ber Berlette ift.
- 14. Die Bermanbifcaft 2c. bes Richters mit einem Beugen ober Sachverstänbigen bilbet teinen Ausschließungsgrund, wird jeboch unter Umftanben bie Ablehnung begrunben tonnen.
- 15. Gine Bermanbtichaft ber Richter untereinanber sowie biejenige eines Richters mit bem Gerichtsschreiber begründet weber eine Ausschließung noch eine Ablehnung. Ift in einem Landessgeset (vgl. 3. B. bayer. Auss.: Ges. Art. 5) vorgeschrieben, baß zwischen Beamten besselben Gerichts keine Bermanbtichaft zc. bestehen solle, so ist hierin nur eine Bermaltungsvorschrift zu finden, ber eine prozessualische Bebeutung nicht beiwohnt.

Bu Mr. 4. 5.

16. Unter bem Ausbrud "in ber Sache" ift hier nur bie anhängige Straffache einschl. bes Borbereitungsversahrens verftanden; ber Ausschließungsgrund liegt nicht icon bann vor, wenn ber Richter in einer anberen, jedoch benfelben Gegenstand betreffenden Rechtslache eine nichtrichterzliche Thätigkeit ber hier bezeichneten Art ausgeübt hat (Mot. S. 137). Im letteren Falle wird jedoch regelmäßig die Ablehnung bes Richters begründet sein.

Bu Dr. 4.

- 17. Der hier vorgesehene Ausschließungsgrund liegt auch bei bemjenigen Richter vor, ber die Berrichtungen der Staatsanwaltschaft, wenn auch nur bei einzelnen Amtsgeschäften, vertretungsweise versehen hat, so z. B. bei einem Gerichtsassesson, welcher bei der Staatsanwaltschaft als Hilfsarbeiter beschäftigt war: RGer. III. 13. Nov. 82 (Entsch. VII. 236). Auf die materielle Bedeutung des betr. Amtsgeschäfts kommt es nicht au; es genügt z. B. zur Begründung der Ausschließung, wenn der Richter in Vertretung des Staatsanwalts einen Antrag bei dem Gericht gestellt, ja selbst, wenn er auch nur die Reinschrift einer von dem Staatsanwalt erlassen Berfügung in Vertretung besselfelben unterzeichnet hat. A. M. Keller S. 29, Steuglein S. 133.
- 18. Die Borte "als Polizeibeamter" finb hauptfächlich mit Rudficht auf bie Schöffen und bie Gefcmorenen aufgenommen; vgl. §§ 31, 32.
 - 19. "als Anwalt bes Berletten" hierzu vgl. §§ 418, 437. Bu Rr. 5.

20. Nur ber schon vernommene Richter ift ausgeschlossen; ber Antrag auf Bernehmung eines Richters begründet die Ausschließung noch nicht. Die Mot. S. 137 sagen: "Findet das Gericht genügenden Grund zu der Annahme, daß die Benennung eines Richters als Zeugen nur in der Absicht geschieht, den letzteren an der Ausübung seines Amtes zu hindern, so wird es sich bei der Bersicherung des Richters, daß er keine eigene Bissenstäutes zu hindern, so wird es sich bei der Bersicherung des Richters, daß er keine eigene Bissenstäute und der fraglichen Thatsache habe, begnügen und die Bernehmung ablehnen können." Dies gilt auch im Falle der unmittelbaren Ladung eines Richters zur hauptverhandlung; der Grundsat des § 244 Abs. 1 muß hier eine Ausnahme erseiden, da er sonst dem Angeschuldigten die handhabe bieten würde, das Gesetz zu umgehen. Gl. A. Reller S. 9, Glaser I. S. 476, Puchelt S. 71; a. M. John S. 319. Bei der Beschlußsassung darüber, ob die beantragte Bernehmung eines Richters ersolgen solle, ist die Mitwirtung des letztern selbst nicht ausgeschossen. — Dagegen greift die Ausschließung des vers nommenen Richters unbedingt Plat, also auch dann, wenn seine Aussach das ganz bedeutungslos erweist oder wenn durch sie Annahme begründet wird, daß die Bernehmung nur zum

Digitized by GOOGIC

§. 23.

Ein Richter, welcher bei einer durch ein Rechtsmittel angefochtenen Entscheidung mitgewirft hat, ist von der Mitwirfung bei der Entscheidung in höherer Instanz fraft Gesetzes ausgeschlossen.

Der Untersuchungsrichter barf in benjenigen Sachen, in welchen er bie Boruntersuchung geführt hat, nicht Mitglieb bes erkennenden Gerichts sein, auch nicht bei einer außerhalb ber Hauptverhandlung erfolgenden Entscheidung ber Strafstammer mitwirken.

An dem Hauptverfahren vor der Strafkammer durfen mehr als zwei von benjenigen Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben, und namentlich der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, nicht theilnehmen.

(L. II. ILL Cutm. \$ 17.) Bgl. C#0. \$ 41 Rr. 6.

Bu § 23.

1. 8. Der S behandelt die Unvereinbarteit gewisser richterlichen Funktionen innerhalb berielben Strafsache; er sest also Richter voraus, bei benen ein Ausschließungsgrund ber in § 22 bezichneten Art nicht vorliegt, die vielmehr ihr Richteramt in der Sache schon ausgeübt haben. — lebrigens handelt es sich auch in Abs. 2, 3 um eine Ausschließung "traft Gesense", wenngleich biese Borte sich nur in Abs. 1 finden; so : Roer. I. 10. Mai 80 (Entsch. II. 209).

b. Indem die StBO. in § 23 die Unvereinbarfeit gemisser richterlichen Funktionen außeipricht, erkennt sie zugleich an, daß im Uebrigen die verschiedenen Funktionen bes strafrichter- lichen Amts mit einander vereindar sind. Somit aber kann, außer in den Fällen des § 23, auch ein Ablehnungsgesuch gegen einen zur Mitwirkung berusenen Richter nicht lediglich darauf gegründet werden, daß berselbe vermöge seiner vorausgegangenen amtlichen Thätigkeit in der Sache besangen erscheine (§ 24), oder daß jene Thätigkeit einen mehr oder minder sicheren Schluß auf seine Rechts-aussaliung gestatte; vgl. Reser. II. 6. Juni 82 (Rspr. IV. 527). Etwas Anderes wäre es, wenn die Art, wie der Richter bei dieser Thätigkeit sein Amt ausgeübt hat, geeignet wäre, die Besorgniß der Besangenheit zu begründen; ein unter diesem Gesichtspunkt angebrachtes, auf bestimmte That-lachen gestüttes Ablehnungsgesuch würde nicht unstatthaft sein.

Bu Abs. 1.

Zwede ber Ausschließung bes Richters beantragt worben sei. Auch kommt es barauf nicht an, in welchem Stadium bes Berfahrens die Bernehmung erfolgte; vgl. RGer. II. 29. Febr. 84 (Rfpr. VI. S. 161).

^{21.} Die Bestimmung sest bie munbliche Abhör eines Richters als Zeugen voraus; bie Abgabe einer schriftlichen Erklärung seitens besselben sieht ber Vernehmung nicht gleich: RGer. II. 1. Mai 85 (Entsch. XII. 180, Rspr. VII. 265). Um so weniger ist die Bestimmung auf die Mitglieber eines Gerichts anwendbar, welches eine amtliche Auskunst in der Sache ertheilt hat. Dagegen kann unter Umständen die Ablehnung der betr. Richter begründet sein. — Hinschlich ber Zuziehung eines Richters als Sachverständigen greist insofern eine Abweichung. Plat, als die auf Grund bes § 82 im Borversahren erfolgte schriftliche Erstattung eines Gutzachtens der mündlichen Bernehmung gleichsteht: cit. Urth.

^{22.} Der Dolmeticher gehört nicht zu ben Sachverständigen im Sinne bes § 22; wgl. GBG. § 193 Note 4. Sonach begründet die Thatsache, daß ein Richter zuvor als Dolmetscher in der Sache fungirt hat, nicht die Ausschließung besselben; doch wird sie unter Umständen die Abslehung begründen können.

^{2.} Der in Abf. 1 bestimmte Ausschließungsgrund liegt nur bei benijenigen Richter vor, ber bei ber angefochtenen Enticheibung mitgemirkt hat. Gine anbere Amtsthätigkeit in ber Borsinfang, 3. B. biejenige bes ersuchten ober beauftragten Richters, bilbet kein hinberniß ber Mit-

wirfung. — Der Erganjungsrichter ber Borinftang ift nur ausgeschloffen, wenn er wirflich an ber Entscheibung theilgenommen hat (vgl. GBG. § 194 Rote 10).

- 3. Rechtsmittel im Sinne ber StBD. find nur die Beschwerbe, die Berufung und die Revision (vgl. Buch 3). Der Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens (Buch 4) ift tein Rechtsmittel; von der Mitwirkung bei ben aus Anlag bieses Antrages ergehenden Entscheidungen find die Richter, welche bas burch benselben angesochtene Urtheil erlassen, nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern es ist durchaus zwednäßig und wünschenswerth, daß gerade biese Richter auch über den Antrag entscheiden.
- 4. "in boberer Inftang" In Betreff einer anderweiten Berhandlung in ber Bor: nftang vgl. § 394 Rote 7 a.

Bu Abf. 2.

- 5. Untersuchung srichter im Sinne bes § 23 ift auch ber Amtsrichter, bem ble Führung ber Boruntersuchung gemäß § 183 Sat 1 übertragen war; bieser Amtsrichter kann sonach in ber betr. Sache auch nicht Borsitzenber bes Schössengerichts (vgl. 3. B. GBG. § 75 u. Rote 5 bas.) sein. Dem Untersuchungsrichter steht berjenige Richter gleich, ber ihn, wenn auch nur bei einzelnen Untersuchungshandlungen, vertreten hat: RGer. II. 28. Juni 81 (Entsch. IV. 342); vgl. auch I. 10. Juni 80 (Kspr. II. 51). Dagegen ist die Bestimmung nicht anwendbar auf den Amtsrichter, welcher aus Ersuchen bes Untersuchungsrichters (§ 183 Sat 2) Handlungen der Boruntersuchung vorgenommen hat (gl. A. John S. 323, Stenglein S. 134; a. M. Keller S. 31); dies gilt selbst dann, wenn diese Handlungen die gesammte Beweisaufnahme erschöpften: RGer. IV. 16. Mai 85 (Rspr. VII. 302). Unanwendbar ist serner die Bestimmung auf denjenigen Amtsrichter, welcher im Borbereitungsversahren (§§ 160, 163, 164) thätig gewesen ist: RGer. III. 30. Ott. 80 (Rspr. II. 409); ebenso auch auf denjenigen Richter, welcher vor oder nach Erzösstungen vorgenommen hat: RGer. III. 20. Ott. 80 (Rspr. II. 360).
- 6. Die Fassung bes Abs. 2 beruht, soweit sie bie von ber Straftammer außerhalb ber Sauptverhanblung ju erlaffenben Beidluffe betrifft, auf einem Rebattionsverfeben; bie Borte "geführt hat" tonnen bie Meinung hervorrufen, bag ber Untersuchungsrichter erft nach Abfolug ber Boruntersuchung von ber Mitwirkung bei ben Entscheibungen ber Straffammern ausgefcloffen fein folle. Er foll aber vor Allem mabrenb ber Borunterfuchung von ber Mitwirfung ausgeschloffen fein. Es ergiebt fich bies schon baraus, bag mabrenb ber Boruntersuchung bie Straftammer bie Beschwerdeinstanz über ben Untersuchungerichter bilbet (BB. § 72), ferner aber auch aus bem Dot. S. 137, woselbst es beißt: "Es tommt bingu, bag bei Befcluffen, welche lediglich auf Grund ber Aften getroffen werben, erfahrungsmäßig ber mit ben letteren am genauesten bekannte Untersuchungerichter leicht einen überwiegenben Ginfluß auf bie Enticheibung ausubt, wenn ihm eine Mitwirfung bei biefer eingeraumt ift." Biernach ift bie Bestimmung bes Abs. 2 bahin zu verstehen, bah auch während der Boruntersuchung ber Untersuchungs: richter an ben Beidluffen ber Straffammer nicht Theil nehmen barf, und ber Abf. 2 mußte fomit, richtig gefaßt, lauten : "Der Untersuchungsrichter fann in benjenigen Sachen, in benen er bie Borunterfuchung führt ober geführt bat, nicht Mitglieb ber Straffammer ober bes ertennenben Gerichts fein."
- 7. a. Die Ausschließung gemäß Abs. 2 wird erst durch die Führung der Boruntersuchung begründet, b. h. durch die Bornahme eines wesentlichen Aktes der letteren; als solche Akte sind die Bernehmung der Zeugen und Sachverständigen und die des Angeschuldigten anzusehen. In der Anordnung einer Ladung, der Aufnahme eines Antrages von dem Angeschuldigten und dergs. ist eine "Kührung" der Boruntersuchung noch nicht zu sinden; vol. Reser. I. 10. Juni 80 (Ripr. II. 51), II. 8. Okt. 80 (Entsch. II. 314) u. 21. März 81 (Rspr. III. 155). Insbeschegründet (was für die Fälle des § 183 Sas 1 von Wichtigkeit ist) die Eröffnung der Boruntersuchung (vgl. § 182) noch nicht die Ausschließung, auch wenn bei derselben zugleich die Fortdauer der Untersuchungshaft angeordnet worden ist: Reser. III. 3. Dez. 83 (Entsch. IX. 285, Rspr. V. 752). Aus dem Borbemerkten ergiebt sich auch, daß der Untersuchungsrichter an dem-

jenigen Straftammerbeschlusse, burch welchen der Antrag auf Eröffnung der Boruntersuchung absgelchnt (§ 178), ebenso auch an demjenigen, burch welchen die Führung der Boruntersuchung einem Amtbrichter übertragen wird (§ 183), Theil nehmen darf. Bgl. GBG. § 60 Rote 3.

- b. Anbererseits aber genügt jebe auch nur theilweise Führung ber Boruntersuchung, also die Bornahme einer Bernehmung, zur Begründung ber Ausschließung; baber erstreckt sich bie lettere, salls mehrere Untersuchungsrichter nach einander in einer Sache thätig gewesen sind (vgl. GBG. SS 60, 64), auf diese alle. Hat jedoch ein Untersuchungsrichter eine ursprünglich gegen mehrere Angeschuldigte gerichtete Boruntersuchung nur theilweis geführt und betraf dieser Heil nur einen Angeschuldigten, welcher demnächst außer Berfolgung geseht wurde, so ist jener Richter von der Miwirkung in der Hauptverhandlung gegen die übrigen Angeschuldigten nicht ausgeschlossen: RGer. II, 8. Oft. 80 (Entsch. II. 314); a. M. Glaser II. S. 117. Atte, welche zwar nach Schluß der Boruntersuchung, aber vor Erlassung bes das Hauptversahren erössnehen Beschlusses stattgefunden haben, stehen den in der Boruntersuchung vorgenommenen gleich: RGer. II. 28. Juni 81 (Entsch. IV, 341). Dies gilt insbes. auch von den Beweiserhebungen, welche die Strassammer gemäß § 200 angeordnet hat: RGer. II. 8. Oft. 80 (Entsch. II. 314).
- 8. Derjenige Untersuchungsrichter, bei welchem bie vorstehenb (Rote 7) bezeichnete Borausssehung zutrifft, ift von jeder Mitwirkung in der Straftammer und in dem erkennenden Gericht, und zwar in allen Inftanzen, ausgeschlossen; er darf 3. B. auch nicht bei der Entscheidung über ein Ablehnungsgesuch an Stelle des Abgelehnten (vgl. § 27 Rote 2) mitwirken. Bgl. noch die Roten zu § 375.

Bu 2161. 3.

- 9. Die Bestimmung gilt nur für die Straffammer, nicht für das Schwurgericht (vgl. Ret. III. 11. Juni 83 [Ripr. V. 423], II. 29. Jan. 84 [Ripr. VI. 64]) und selbstverständlich (vgl. §§ 197, 200 ff.) auch nicht für das Schöffengericht; ebensowenig für das Reichsgericht (vgl. stod GBG. § 138 Rote 2). Für die Straffammer aber gilt sie schlechthin, also auch in der Berufung sinstand; sie greift 3. B. Plat, wenn die Straffammer eine Sache dem Schöffenzgricht überwiesen hat (GBG. § 75) und sodann gegen das Urtheil des letteren die Berufung eingelegt wird.
- 10. Unter bem Hauptversahren "vor" ber Straftammer ist hier nur bie Hauptverstandlung und Urtheilsfällung zu verstehen; nur von der Theilnahme an letterer hat man die berr. Richter ausschließen wollen; vgl. § 27 Rote 1. d.
- 11. a. Die Borschrift bes Abs. 3 ift auf die Mitglieder des Landgerichts, welche bei der Enteschung über die Eröffnung des Hauptversahrens mitgewirft haben, auch dann answendbar, wenn diese Entscheidung auf Außerverfolgsehung des Angeschulbigten (§ 202) sautete und die Eröffnung des hauptversahrens erst auf erhobene Beschwerde von dem Obersandesgericht beschlichen wurde: RGer. I. 10. Wai 80 (Entsch. II. 209). Dagegen greist die Borschrift nicht Blat, wenn die Mitwirkung des betr. Richters nur stattsand bei einem Beschlusse, durch welchen eine weitere Beweiserhebung (§ 200) oder die Eröffnung der Boruntersuchung (§ 199, 200) angeordnet wurde: RGer. III. 1. Dez. 80 (Entsch. III. 81, Rspr. II. 592), 15. Juni 85 (Entsch. XII. 308, Rspr. VII. 370), oder wenn sie nur bei einem Beschlusse über die Auschlußertsang des Rebenklägers erfolgte: RGer. II. 16. Febr. 83 (Entsch. VIII. 82, Rspr. V. 122).
- b. Sind mehrere Straffälle Gegenstand einer Hauptverhandlung und ift die Eröffnung bes hauptverfahrens getrennt burch verschiebene Beschlusse erfolgt (vgl. § 236), so kann bas Gericht über die verbundenen Sachen in berjenigen Zusammensehung verhandeln und erkennen, in welcher es bezüglich jeder einzelnen Sache zu verhandeln und zu erkennen befugt gewesen ware: Ret. II. 16. Febr. 83 (a. a. O.). A. M. Glafer II. S. 119.
- 12. Die Entscheibung über die Eröffnung des Hauptversahrens kann nicht füglich anders als auf Grund des Bortrages eines Berichterstatters erlassen werden (vgl. § 33 Rote 1. b. 7.). Sonach und da die Strassammer stets in der Zahl von drei Richtern zu entscheiden hat (GBG. § 77, 194), besagt die Bestimmung des Abs. 3 eigentlich nur, daß der Berichterstatter an der hauptverhandlung nicht Theil nehmen darf. Bgl. v. Schwarze S. 152, Glaser II. S. 119; a. M.

8. 24.

Ein Richter kann sowohl in ben Fällen, in benen er von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen ift, als auch wegen Besorgniß der Befangenheit abgelehnt werden.

Wegen Besorgniß der Befangenheit findet die Ablehnung statt, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen.

Das Ablehnungsrecht steht ber Staatsanwaltschaft, bem Privatkläger und bem Beschuldigten zu. Den zur Ablehnung Berechtigten sind auf Verlangen die zur Mitwirkung bei der Entscheidung berufenen Gerichtspersonen namhaft zu machen.
(I. II. III. Enim. § 18.) 8gl. Epo. §. 42.

§. 25.

Die Ablehnung eines Richters wegen Besorgniß der Befangenheit ist in der Buchelt S. 75, John S. 331, Keller S. 32, Stenglein S. 136, welche die Nothwendigkeit eines Berichterstatters leugnen.

Ru § 24.

- 1. Da bas Borhandensein eines Ausschließungsgrundes stets von Amtswegen zu berücksichtigen ift und die Handlungen eines trast Gesetzes ausgeschlossenen Richters nichtig sind (vgl. § 22 Rote 2. a), so liegt, wie die Mot. S. 137 bemerken, die Bedeutung der Bestimmung: daß ein Richter wegen des Borhandenseins eines Ausschließungsgrundes abgelehnt werden könne, wesentlich darin, daß auch über die Behauptung eines Prozesbetheiligten: es liege ein Ausschließungsgrund vor, nach Waßgade der Borschriften des Abschla. 3 verhandelt und entschieden werden muß. Das Erforderniß der Glandhaftmachung (§ 26 Abs. 2) greist dei Ausschließungsgründen nicht Plat; vgl. John S. 335. Bgl. serner § 25.
- 2. a. Bon ber Anführung solcher Thatsachen ober Berhaltnisse, welche bie Ablehnung wegen Besorgniß ber Befangenheit begründen, hat bas Geset Abstand genommen, ba es nicht möglich ift, alle hier in Betracht kommenden Fälle erschöpfend aufzugählen. hiernach ist die Burdigung bes geltend gemachten Ablehnungsgrundes bem richterlichen Ermessen überlassen. Gleiche wohl giebt es auch solche Thatsachen 2c., welche stets die Ablehnung begründen werden (vgl. 3. B. § 22 Note 3, 6); a. M. John S. 336. Bgl. Glaser II. S. 120.
 - b. Bgl. § 23 Rote 1. b.
- 3. Auch bem Rebenkläger steht bas Ablehnungsrecht zu; es folgt bies aus § 437 Abf. 1 und aus ber Ausnahmevorschrift bes Abf. 2 bas. In bem Falle bes § 464 steht bas Abslehnungsrecht auch ber Bermaltungsbehörbe zu, welche bie Klage erhoben hat (§ 466).
- 4. Das Ablehnungsrecht fteht in jebem Falle allen Berechtigten gleich maßig du, gleich: viel nach welcher Seite hin bas bie Ablehnung begründenbe Berhältniß besteht; es fann 3. B., wenn ein Richter mit bem Beschulbigten verwandt ift, auch ber lettere selbst ben ersteren bieserhalb abelehnen. Bgl. § 22 Rote 8.
- 5. a. In bem Schlufiat ift ber Ausbrud "Entscheidung" zu eng; auch ba, wo es sich nicht um eine solche, sonbern um eine andere Art amtlicher Thätigkeit handelt, wird einem Gesuche um Ramhastmachung ber mitwirkenden Gerichtspersonen stattzugeben sein, da hinsichtlich ber Ausübung des Ablehnungsrechts ein Unterschied zwischen Entscheidungen und anderen Amtsverrichtungen nicht besteht. Gl. A. Geper S. 355, Puchelt S. 77, Glaser II. S. 123, Stenglein S. 137; a. M. Boitus S. 99, John S. 338.
- b. Ein nach erfolgter Ramhaftmachung eintretenber Bech fel ber Gerichtspersonen muß bem betr. Prozeftbetligten von Umtswegen befannt gemacht werben.

3u § 25.

1. Die Geltenbmachung bloger Ablehnungsgrunbe unterliegt bem Bergicht ber Prozeß=

hauptverhandlung erster Instanz nur bis zur Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens, in der Hauptverhandlung über die Berufung und die Revision nur dis zum Beginne der Berichterstattung zulässig.

(I. II. III. Entm. § 19.) Bgl. CHO. § 43.

§. 26.

Das Ablehnungsgesuch ist bei bem Gerichte, welchem ber Richter angehört, anzubringen; es kann vor bem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werben.

Der Ablehnungsgrund ist glaubhaft zu machen; ber Sib ist als Mittel ber Glaubhaftmachung ausgeschlossen. Zur Glaubhaftmachung kann auf bas Zeugniß bes abgelehnten Richters Bezug genommen werben.

Der abgelehnte Richter hat sich über ben Ablehnungsgrund bienstlich zu äußern.
(L. II. III. Entm. § 20.) 891. Epo. § 44.

betheiligten (vgl. oben Note 1 zu Abschn. 3); das Geset bindet baber die Ablehnung eines in der haupthandlung mitwirkenden Richters an eine zeitliche Grenze und läßt das Ablehnungszecht durch Bersaunung untergehen. "Es mürde ebenso sehr gegen die Würde des Gerichts wie gegen die Ordnung des Strafversahrens verstoßen, wenn es dem Beschuldigten oder dem Ankläger steistände, durch ein im Lause oder gar am Schlusse der Berhandlung vorgebrachtes Ablehnungszeschach die letztere gleichsam ungeschen zu machen" (Wot. S. 137).

- 2. Die Bestimmung erleibet (abweichend von § 43 ber EBD.) auch bann keine Ausnahme, wenn bas Borhanbensein eines Ablehnungsgrundes erst nach bem hier bestimmten Zeitpunkt her-vortritt ober bem betr. Prozestbeiligten bekannt wird: RGer. II. 14. Mai 86 (Mfpr. VIII. 356); a. M. John S. 341. Doch wird ein verspätetes Ablehnungsgesuch unter Umständen Anlaß jur Anwendung bes § 30 bieten können.
- 3. In Betreff ber Berlefung bes Beschlusses über bie Eröffnung bes hauptverfahrens f. § 242 Abs. 2 und § 16 Note 7; bas bort von bem Einwande ber Unzuständigkeit Gesagte findet auf bas Ablehnungsgesuch entsprechende Anwendung. In Betreff ber Berichterstattung in den höheren Inftanzen s. §§ 365, 391. Es versteht sich, daß die Ablehnung eines Mitgliedes bes erkennenden Gerichts auch schon por der Hauptverhandlung erfolgen darf.

Bu § 26.

- 1. In Betreff bes Gerichts, welchem ber Richter angehört, f. § 27 Note 1. Im Falle einer schon por ber Hauptverhandlung (vgl. § 25 Note 3) stattfindenden Ablehnung eines Mitgliedes bes Schwurgerichts ober Schöffengerichts ist bas Gesuch bei bem betr. Landgericht bew. Amtsgericht anzubringen.
- 2 Daraus, bag bas Gejuch bei bem Gericht, welchem ber Abgelehnte angehört, anzubringen ift, folgt, bag in bem Falle, wenn bie Entscheibung bem zunächst oberen Gerichte zusteht (§ 27), solde Ablehnungsgrunbe nicht zu berucksichnigen sind, welche erft vor bem letteren Gericht geltenb gemacht werben: Re. I. 17. Oft. 81 (Entsch. V. 133).
- 3. Außerhalb ber hauptverhandlung ift auch bie ichriftliche Anbringung bes Ablehnungs: gefuches flatthaft. Bal. oben Rote 8 ju Buch 1.
- 4. Ueber ben Begriff ber "Glaubhaftmachung" im Algemeinen s. § 45 Note 5. Bei bem Ablehnungsgesuch besteht noch die Besonberheit, daß auch auf das Zeugniß der Abgelehnten selbst Bezug genommen werden darf. Uebrigens versteht das Geseth hier unter "Zeugniß" nicht eine in den Formen der Zeugenvernehmung abzugebende Aussage, sondern nur die in Abs. 3 gesdachte dienstliche Aeußerung des abgelehnten Richters (Prot. der 164. Sibung S. 1, 11). Es ist dem Ermessen des Gerichts anheimgegeben, ob es, sofern die dienstliche Aeußerung des Abgelehnten die Angaben des Ablehnungsgesuches bestätigt, schon auf Grund dieser Aeußerung entscheiden oder sich noch durch andere Mittel Ausertsärung verschaffen will.

§. 27.

Ueber das Ablehnungsgesuch entscheibet das Gericht, welchem der Abgelehnte angehört; wenn dasselbe durch Ausscheiben des abgelehnten Mitglieds beschlußunfähig wird, das zunächst obere Gericht.

Wird ein Untersuchungsrichter ober ein Amtsrichter abgelehnt, so entscheibet bas Landgericht. Giner Entscheidung bedarf es nicht, wenn der Abgelehnte bas Ablehnungsgesuch für begründet hält.

(L. II. III. Cutm. § 21.) Bgl. C#0. § 45.

3u § 27.

- Bu Abs. 1.

 1. a. Unter bem Gericht, welchem ber Abgelehnte angehört, ift nicht ber staatsrechtliche Gerichtstörper, bessen Mitglieb ber Abgelehnte ist (vgl. GBG. § 12 Rote 3), zu verstehen
 sonbern bie betr. Strassammer, ber betr. Strassenat, bas betr. Schwurgericht; eben beshalb wird
 in Abs. 2 ber Untersuchungsrichter besonbers erwähnt. Somit steht bie Entscheidung über ein
 gegen ben Borsihenben bes Schwurgerichts gerichtetes Ablehnungsgesuch auch dann dem Schwurgericht selbst zu, menn der Borsihende Mitglied des Oberlandesgerichts ist (vgl. GBG. § 83);
 außerhalb der Sihungsperiode entscheidet an Stelle des Schwurgerichts die Strassammer (GBG.
 § 82). Gl. A. Glaser II. S. 126; theilm. a. M. Keller S. 34, John S. 348, Geyer S. 357,
 Stenglein S. 140.
- b. Eine münbliche Berhanblung über bas Ablehnungsgesuch ift nicht vorgeschrieben-Bird ein solches in der Hauptverhandlung angebracht, so ist das babei stattsindende Bersahren nicht als Bestandtheil der letteren auzusehen, und es kann daher bei der Entscheidung über das Gesuch auch ein Richter mitwirken, der an dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptversahrens (vgl. § 23 Abs. 3) theilgenommen hatte: RGer. IV. 22. Jan. 86 (Entsch. XIII, 302, Rspr. VIII. 89.) Dementsprechend ist es aber auch zwedmäßig, die Entscheidung über ein vor der Hauptverhandlung angebrachtes, einen erkennenden Richter betressends Gesuch schon vor Beginn der letteren zu erlassen, damit innerhalb derselben ein Bechsel der Richter (Rote 2) und eine Berz zögerung des Versahrens vermieden werde.
- 2. Der Abgelehnte felbst darf bei der Entscheidung über das Gesuch nicht mitwirken; er ist daher einstweilen, b. h. behus der Erlassung dieser Entscheidung, durch einen anderen Richter zu ersehen. Ein abgelehntes Mitglied bes Schwurgerichts wird durch einen Richter besjenigen Landgerichts erseht, bei welchem das Schwurgericht zusammentritt (vgl. GBG. § 83).
- 3. Das Gericht ift beichlußunfähig, wenn es an bem jur einstweiligen Ersetung (Note 2) bes ober ber Abgelehnten ersorberlichen Richterpersonal sehlt; ber Grundsat, daß die Gerichte stets nur in ber vom Geset bestimmten Richterzahl entscheiden bürsen (GBG. § 194), erseibet auch bei ber Erlebigung von Ablehnungsgesuchen keine Ausnahme (Not. S. 138). Werden so viele Richter abgelehnt, daß die gleichzeitige Ersetung berselben nicht ersolgen kann, so liegt der Fall der Beschungungähigkeit vor: es ist nicht statthaft, daß bei der Entscheidung über das den Richter A. betreffende Gesuch der gleichfalls abgelehnte Richter B. mitwirke, wenn das gegen biesen gerichtete Gesuch noch nicht für unbegründet erklärt ist; benn jene Entscheidung gehört nicht zu ben im Sinne des § 29 unausschlichten Handlungen, welche der Abgelehnte vor der Erledigung bes ihn betreffenden Gesuches vornehmen darf.
- 4. Alls obere Gerichte (vgl. Rote 4 ju Abichn. 2) fommen mit Rudficht auf Abi. 2 hier nur die Oberlandesgerichte und das Reichsgericht in Betracht; das lettere entscheibet, wenn es fich um die Ablehnung von Mitgliebern eines Oberlandesgerichts handelt. Das obere Gericht kann, wenn es die Ablehnung für begründet erachtet, mit seiner Entscheidung zugleich die etwa erforberliche Bestimmung des für das weitere Berfahren zuständigen Gerichts (§ 15) verbinden.

Bu Abs. 2.

^{5. — &}quot;bas Landgericht" — b. h. die Straftammer besselben (GBG. § 72 Abs. 2). — Im Falle ber Ablehnung bes Untersuchungsrichters bes Reichsgerichts (StBD. § 184)

§. 28.

Gegen den Beschluß, durch welchen das Ablehnungsgesuch für begründet erklärt wird, findet kein Rechtsmittel, gegen den Beschluß, durch welchen das Gesuch für unbegründet erklärt wird, sindet sofortige Beschwerde statt.

Der Beschluß, burch welchen ein gegen einen erkennenben Richter angebrachtes

steht die Entscheidung bem ersten Straffenat bieses Gerichts zu (GBG. § 138 Abs. 1), auch wenn jener nicht zu ben Mitgliedern bes Reichsgerichts gehört. Gl. A. Glaser II. S. 126, Stenglein S. 141; theilw. a. R. John S. 352.

- 6. a. Auf ben Amedrichter findet Abs. 2 Anwendung, wenn berselbe als Einzelrichter ober als Mitglied bes Schöffengerichts abgelehnt wird; in biesen Fällen kann die Entscheidung, wenn es derselben (nach bem Schlußiat) überhaupt bedarf, nur durch das Landgericht erfolgen.

 Die Bestimmung des Abs. 2 ist auch anwendbar, wenn der abgelehnte Amtsrichter als ersuchter Richter (BBG. § 158) mit der Sache befaßt ist; die Entscheidung steht also nicht dem ersuchen Gericht, sondern dem Landgericht zu, zu dessen Bezirk das Amtsgericht gehört.
- b. Dagegen findet Abs. 2 nicht Anwendung, wenn ein Amtörichter als Mitglied einer auswärtigen Straftammer abgelehnt wird: in diesem Falle steht die Entscheidung der letzteren selbst und bei eintretender Beschlußunfähigkeit dem Oberlandesgericht zu; vgl. GBG. § 78 Note 4. f. Es ist dieser Fall bei dem Entw. der StPD. außer Betracht geblieben, da damals der Entw. des GBG. noch nicht aufgestellt und die Einrichtung auswärtiger Straffammern noch nicht in Aussicht genommen war. A. M. Stenglein S. 141.
- 7. Die Bestimmung des Schlußsass bezweckt die Bermeidung der Beiterungen, welche im Falle der Nothwendigkeit einer Entscheidung und namentlich dann entstehen können, wenn der abgelehnte Amtsrichter und das Landgericht sich nicht an demselben Orte besinden. Uedrigens besagt der Schlußsas eben nur, daß es der Entscheidung "nicht bedarf"; er besagt dagegen nicht, daß über ein von dem Abgelehnten selbst für begründet erachtetes Ablehnungsgesuch niemals eine Entscheidung des Landgerichts ergehen durse; vielmehr bleibt die Erlassung einer solchen zulässig, wenn iros der Erlärung des Abgelehnten gegen das Begründetsein des Gesuches Bedenken obwalten. In den Mot. zur EPO. S. 88 ist zwar die entgegengesetzte Aufsassung vertreten; doch kann dieselbe für die StBO. nicht maßgebend sein. Gl. A.: RGer II. 10. Febr. 82 (Entsch. V. 438); vgl. dagegen Boitus Kontr. II. S. 460 u. Glaser II. 122. Bgl. noch § 15 Rote 2 b.

Bu Abs. 1. 2.

- 8. Die Bestimmung bes Schluffapes gilt nur für bie Ablehnung eines Untersuchungsrichters ober eines Amterichtere; hierans folgt, baß im Falle ber Ablehnung von Mitgliebern eines Kollegiums eine Entscheinung bes betr. Gerichts unbebingt nothwendig ift; RGer. II. 10. Febr. 82 (Entsch. V. 438). Bgl. auch GBG. SS 62 ff.
- 9. Birb nach Berwerfung eines Ablehnungsgesuches von berselben Person gegen benselben ober bieselben Richter auf's Neue ein solches Gesuch angebracht, so hat das Gericht, ohne materielles Eingehen auf dasselbe und ohne daß es des Ausscheidens des oder der Abgelehnten bedarf, das Gesuch zurückzuweisen, da es sonst dem Beschuldigten möglich sein würde, durch unbegründete Ablehnungsgesuche das Bersahren hinzuhalten; gl. A. Roer. III. 3. Nov. 84 (Entsch. XI. 224). Dies muß auch dann gelten, wenn das neue Gesuch auf neue Gründe gestüht wird, sofern nicht die letteren erst nach der Berwerfung des früheren Gesuches entstanden sind; a. M. Stenglein S. 142 u. ausch das cit. Urth.

3u \$ 28.

- 1. Der Befchluß, burch welchen ein Ablehnungsgesuch für begründet erklart wirb, ift jeber Ansechtung entzogen, weil ein praktifches Beburfniß für die Gemahrung eines Rechtsmittels nicht besteht und bie Prozesbetgeiligten einen Anspruch auf die Mitwirkung bestimmter Richter nicht haben.
- 2. Die Bestimmung: baß gegen ben bas Geluch verwerfenben Befchliß bie fofortige Befchwerbe (§ 353) fattfinbe, fest vor aus, baß berfelbe von einem Gericht erlassen ift, beffen Befchliffe nach

Digitized by

Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt wird, kann nicht für sich allein, sondern nur mit dem Urtheil angesochten werden.

(I. II. III. Cutm. \$ 22.) Bgl. CPO. \$ 46.

§. 29.

Sin abgelehnter Richter hat vor Erlebigung bes Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, welche keinen Aufschub gestatten.

(L. II. III. Entm. § 23.) Bgl. C#0. § 47.

- § 346 überhaupt ber Anfechtung burch Beschwerbe unterliegen; gegen Beschlisse ber Oberlandesgerichte und bes Reichsgerichts sindet auch im Falle des § 28 eine Beschwerde nicht statt. Somit
 besagt die Bestimmung eigentlich nur: daß, soweit eine Beschwerde stattsindet, dieselbe an die eine
 wöchentliche Frist gebunden ist (vgl. Prot. der NEA. zum GBG. S. 719). Bgl. § 46 Abs. 3 u.
 Note 4 das.
- 3. Unter ben "ertennenben Richtern" find nur biejenigen Richter zu verfteben, welche nach erfolgter Eröffnung bes hauptverfahrens mit ber Sache befaßt find: Ret. III. 27. Sept. 82 (Entic. VII. 175).
- 4. Die Fassung bes Abs. 2 entspricht nicht genau bem Sinne ber Borschrift; benn es ift nicht gemeint: baß neben bem Rechtsmittel gegen bas Urtheil (Berufung, Revision) noch eine bessonbere Beschwerbe gegen ben Beschluß zulässig sein soll, sonbern: baß aus ber (zu Unrecht ersfolgten) Berwerfung eines Ablehnungsgesuchs ein Grund zur Ansechtung bes Urtheils entnommen werben kann, sofern bas lettere überhaupt ausechtbar ift (Mot. S. 138); vgl. § 377 Rr. 3 u. die Roten das. Sonach enthält Abs. 2 eigentlich nur eine spezielle Anwendung des im § 347 ausgesprochenen allgemeinen Grundsates. Ob der Beschluß in der Hauptverhandlung oder schon vor derselben (vgl. § 27 Rote 1. b) erlassen worden, ist gleichgültig; Re. III. 27. Sept. 82 (Entsch. VII. 175).

3u § 29.

- 1. a. Die Mot. S. 34 sagen: "Die Anbringung eines Ablehnungsgesuchs barf für sich alleim nicht die Wirfung haben, daß der Abgelehnte sogleich von jeder Mitwirfung in der Sache ausgeschlossen würde. Denn der Beschuldigte würde sonst im Stande sein, die Vornahme bringlicher Untersuchungshandlungen durch Borbringen eines undegründeten Ablehnungsgesuchs zu verhindern." Wie sich hieraus ergiebt, liegt der Schwerpunkt der Bestimmung darin, daß der abgelehnte Richter zur Bornahme unausschliebarer Handlungen einstweilen besugt bleibt, und daß, der Ablehnung ohnerachtet, diese Handlungen gültig sind, was namentlich dann von Wichtigkeit ist, wenn der Abgelehnte der einzige Richter am Orte oder doch seine Ersehung durch einen anderen nicht sogleich aussschlichtbar ist. Im Uebrigen steht selbstverständlich die Bestimmung des § 29 der einstweiligen Ersehung des Abgelehnten auch hinschlich der unausschlichbaren Handlungen nicht entgegen; es wird sich vielmehr regelmäßig empsehlen, dis zur Erledigung des Absehnungsgesuches die gessammte Thätigkeit des Abgelehnten in der betr. Sache einem andern Richter zu übertragen, salls dies ausssührbar ist.
- b. Dem abgelehnten Richter, ber nach erfolgter Ablehnung eine Amtshandlung vornimmt, liegt es ob, ben Grund aftenkundig zu machen, aus welchem er die Handlung für unaufschiebbar gehalten hat. Ift bies geschehen, so erscheint es nicht ftatthaft, bemnächt die Gültigkeit ber handslung unter ber Behauptung anzusechten, daß bieselbe nicht unaufschiebbar gewesen sei. Anderers seits wird es für zulässig zu erachten sein, die Unaufschiebbarkeit der Handlung nachträglich nachz zuweisen, wenn der Richter es unterlassen haben sollte, dieselbe aktenkundig zu machen.
- o. Das Gericht tann in allen fällen eine Bieberholung berjenigen hanblungen, welche ein (mit Erfolg) abgelehnter Richter vorgenommen hat, anordnen, wenn es, ohnerachtet ber Gultig= teit berfelben, eine folche Wieberholung nach Lage ber Sache für angemessen erachtet.
- 2. Da ein fraft Gefenes ausgeschloffener Richter felbft unaufschiebbare Sanblungen nicht vornehmen barf, feine Sanblungen vielmehr ftets nichtig find (vgl. SS 22 Rote 1, 2), fo hat

§. 30.

Das für die Erledigung eines Ablehnungsgesuchs zuständige Gericht hat auch dann zu entscheiden, wenn ein solches Gesuch nicht angebracht ist, ein Richter aber von einem Verhältnisse Anzeige macht, welches seine Ablehnung rechtsertigen könnte, ober wenn aus anderer Veranlassung Zweisel darüber entstehen, ob ein Richter kraft Gesetzes ausgeschlossen sei.

(I. II. III. Entm. \$ 24.) Bgl. CBO. \$ 48.

§. 31.

Die Bestimmungen bieses Abschnitts finden auf Schöffen und Gerichtsschreiber entsprechende Anwendung.

Die Entscheidung über eine Ausschließung ober Ablehnung von Schöffen erfolgt burch den Amtsrichter. Ueber die Ausschließung ober Ablehnung eines Gerichts=
schreibers entscheidet das Gericht ober der Richter, welchem derselbe beigegeben ist.
(L. II. III. Entw. § 25.) Bgl. Epo. § 49

§ 29 zunächft nur ben Fall ber bloßen Ablehnbarteit bes Richters (§ 24 Abs. 2) im Auge. Benn indeh ber Zwed ber Bestimmung (Rote 1. a) nicht vereitelt werden soll, so muß ber § auch ba Anwendung sinden, wo zwar das Ablehnungsgesuch das Borhandensein eines Ausschließungszundes behauptet, ein solcher jedoch offenbar nicht vorliegt.

3. In ben Fällen, in benen ber bas Ablehnungsgesuch verwersende Beschluß burch sofortige Beschwerbe ansechtbar ift (vgl. § 28 u. Note 2 bas.), ist bas Gesuch erst bann als erlebigt anzuschen, wenn bie Beschwerbefrist unbenut verstrichen ober bie eingelegte Beschwerbe zurückgewiesen ift. It bie Beschwerbe ausgeschlossen, so barf ber erfolglos abgelehnte Richter sogleich nach Erslassung bes Beschlusses seine Amtsthätigkeit in vollem Umfange ausüben.

4. Durch ben Beichluß, welcher ein Ablehnungsgefuch für begründet erflatt, wird ber abgelehnte Richter einem fraft Gefetes ausgeschloffenen völlig gleichgeftellt: er tann von bem Zeitpunkt bes Beschlusses an keinerlei Amtshandlungen mehr gultig vornehmen.

Bu § 80.

- 1. In Betreff bes zu ftanbigen Gerichts f. § 27 Abf. 1 u. Rote 1 baf. Liegt ber Fall bes § 30 bei fo vielen Richtern vor, baß bie für bie Entscheibung erforberliche Richterzahl nicht mehr übrig bleibt, so ift bie Entscheibung bes zunächst oberen Gerichts einzuholen. Bgl. § 27 Rote 2, 3, 4.
- 2. Zweifel barüber, ob ein Richter fraft Gefetes ausgeschloffen fei, find ftets von Amtswegen zu erörtern und zu erlebigen, ba bas Gericht überall von Amtswegen barüber zu wachen hat, baf nichts geschehe, was bie Rechtsbeständigkeit bes Bersahrens zu gefährben geeignet ift. Daber konne Zweifel ber gebachten Art von jedem Mitgliebe bes Gerichts, nicht blos von dem betr. Richter selbst, angeregt werben.
- 3. Im Strasversahren ist es eine Pflicht bes Richters, von jebem Berhältniß, welches seine Ablehnung rechtsertigen könnte, bem Gericht Anzeige zu machen (a. M. Buchelt S. 86 und John S. 363, bie nur bei Ausschließungsgründen eine solche Pflicht stauiren wollen). Dagegen erkennt das Geset ein eigentliches Selbstablehnungsrecht nicht an; der betr. Richter hat der Entscheidung des Gerichts Folge zu leisten, wenn diese, seiner Ansicht entgegen, das Borhandensein eines Ablehnungsgrundes verneint; auch steht dem Richter eine Ansechung der Entscheidung nicht zu. Ein Beschluß, welcher das Borhandensein eines Ablehnungsgrundes anerkennt, steht in seiner Birtung demjenigen Beschlusse gleich, welcher ein von einem Prozesbetheiligten angebrachtes Abslehnungsgesuch für begründet erklärt; vgl. § 29 Note 4.

Zu § 31.

1. — "entsprechenbe Anwendung" — b. h. bie Bestimmungen bes Abschn. sind auf Schöffen und Gerichtsschreiber insoweit anwendbar, als fie auf bas Amtsverhältniß biefer Ge-

§. 32.

Die Bestimmungen bes §. 22 sinden auf Geschworene Anwendung. (L. II. Catu. -; III. Catu. § 26.)

richtspersonen passen. Die Ausschließungsgrunde bes § 22 gelten schlechthin auch für Schöffen und Gerichtsschreiber. Dagegen paßt § 23 nicht auf die Gerichtsschreiber; vielmehr barf in allen Stadien des Berfahrens und in ben verschiedenen Instanzen berselbe Gerichtsschreiber fungiren: RGer. III. 10. Dez. 81 (Rspr. III. 789). Auf Schöffen könnte § 23 nur anwendbar werden, wenn Jemand, der als Schöffe fungirt hat, bemnächt ein Richteramt übernimmt; vgl. Boitus Kontr. II. S. 455. — Bon den die Ablehnung betreffenden Borschriften sind die §§ 24, 25, 26, 28 auf die Schöffen und den Gerichtsschreiber anwendbar; § 29 zwar auf den letteren, nicht aber auf die Schöffen. § 30 sindet mit der aus § 31 Abs. 2 sich ergebenden Raßgabe Anwendung. In Betreff des § 27 s. Rote 3.

- 2. Belche Folgen für bas Berfahren aus ber Mitwirkung eines traft Gefetes ausgeschloffenen ober mit Erfolg abgelehnten Gerichtsichreibers entflehen, ift im Gefet nicht bestimmt und beshalb bestritten. Die von einem solchen Gerichtsscher aufgenommenen Brotokolle konnen, wenn anders bie Ausichließung zc. besselben nicht etwas Bebeutungslofes fein foll, als beweißtraftig nicht gelten, gleichviel ob fie zur Beurkundung einer richterlichen handlung ober zur Beurfundung einer por bem Gerichtsichreiber allein abgegebenen Erflärung aufgenommen murben. (In bem, von Stenglein S. 146 jur Begrunbung ber entgegengefetten Anficht hervorgehobenen Falle, wenn ber Angeklagte bie Einlegung ber Revision por einem gesetlich ausgeschloffenen Gerichtsichreiber ju Brotofoll erflart und beffen Ausgeschloffenfein nicht gefannt bat, wirb in bem alsbann vorliegenben amtlichen Berfchulben [§ 44 Rote 4. b] ein unabwendbarer Bufall ju erbliden fein, welcher bie Biebereinfetung in ben vorigen Stanb begrundet; übrigens murbe bas Protofoll, wenn es vom Angeflagten unterzeichnet ift, immer noch als eine fdriftlich abgegebene Erklärung zu behandeln und als solche wirksam fein; vgl. Rote 10. d zu Buch 1.) Bas bie Mitwirtung eines ausgefoloffenen Gerichtsichreibers in ber hauptverhanblung betrifft, fo ift biefelbe, ba bas Urtheil nicht auf bem Sibungsprotofoll beruht, an fich nicht geeignet, bie Revision zu begründen; vielmehr ist ber Umstand, daß dem Protokoll die Beweikkraft fehlt, für die Rechtsbeständigkeit bes Urtheils nur bann von Bebeutung, wenn die gegen letteres erhobenen Angriffe ber Art find, bag es bei ihrer Beurtheilung auf ben Inhalt bes Protofolles anfommt (SS 274, 271 Rote 7); vgl. RGer. III. 12. Rov. 85 (Entich. XIII. 76, Ripr. VIL 660). Zu Abs. 2.
- 3. Der Abs. 2 erseht hinfichtlich ber Schöffen und Gerichtsschreiber bie Bestimmung bes § 27; bas bort Rote 1. b Bemertte gilt auch bier.
- 4. Die Entscheidung fiber bie Ausschließung ober Ablehnung eines Schöffen ift bem Amtscrichter allein übertragen, weil die einstweilige Ersetzung bes Abgelehnten (vgl. § 27 Rote 2) regels mäßig nicht ohne Zeitverluft würde geschehen können und folglich durch unbegründete Ablehnungszgesuche unnötige Beiterungen entstehen würden. Die Ersetzung eines ausgeschlossen ober mit Ersolg abgelehnten Schössen geschieht nach Maßgabe des § 49 bes GRG. (vgl. bort Rote 4). Die Ausschließung ze. eines Schössen in einer einzelnen Sache ift nicht zu verwechseln mit der Entslassen vom Schössen amt überhaupt ober mit der Entbindung von ber Dienstsleiftung für bestimmte Sitzungstage; hierüber s. GBG. §§ 52—54.
- 5. An ber Entideibung über bie Ausschließung ober Ablehnung eines Gerichtsichreibers nehmen in ber schöffengerichtlichen hauptverhandlung auch die Schöffen Theil (GBG. § 30). Unter bem Ausbrud "ber Richter" ift ber Untersuchungsrichter, ber Amtsrichter und ber besauftragte Richter verftanben. Uebrigens wird die Erfehung eines Gerichtsschreibers regelmäßig turzer hand zu bewirken, eine Entschiedung also nur erforberlich sein, wenn es auf Zurudweisung eines unbegründeten Ablehnungsgesuches ankommt.

Ju § 32.

1. Rur hinfichtlich ber Grunbe ber Ausschliefung find bie Gefcworenen ben Richtern

Bierter Abichnitt.

Serichtliche Enticheidungen und beren Befanntmachung.

und Schöffen gleichgestellt. In Betreff bes Berfahrens bei ber Ausschließung f. § 279, in Betreff ber Ablehnung: §§ 282—285.

2. Bgl. § 377 Rr. 2 u. bie Roten baf.

Bum Bierten Abidnitt.

- 1. a. Die Ueberschrift bes Abschnitts entspricht nicht vollständig bem Inhalt besselben; benn ber Abschn. handelt nicht blos von der Erlassung und Bekanntmachung der Entsichungen, sondern auch von deren Bollstredung (§ 36), und ferner nicht blos von der Bekanntmachung der Entsche eine hangen, sondern von den Zustellungen überhaupt (§ 37 ff.).
- b. Die Borfdriften über bie Berathung und Abstimmung bei gerichtlichen Ents icheibungen f. GBG. 88 195-200.
- 2. Die Terminologie ber StBD. weicht in Betreff ber gerichtlichen Entscheidungen 2c. von ber in ben beutschen Gesetzebungen üblich gewesenen nicht unwesentlich ab. Bährend nämlich früher unter bem Ausdrud "Entscheidungen" ber Gegensatzu ben blos prozeßleitenben Ansordnungen (Berfügungen) verstanden zu werden psiegte, umfaßt die StBD. mit demselben alle Arten richterlicher Entschließungen und Anordnungen, einschließlich der blos prozeßleitenden (vgl. Rot. S. 138). Diese Reuerung ist indeß keineswegs als eine glüdliche zu bezeichnen; überdieß aber ist die neue Ausdrucksweise schon im Entw. nicht streng sestgehalten, so daß in den Berhandlungen der ALR. mehrsach Zweisel und Meinungsverschiedenseheiten darüber hervortraten, was in den einzelnen Borschriften unter dem Ausdruck "Entscheidungen" zu verstehen set. Eine allgemeine Auslegungsregel lätt sich auch nach den Beschüssen verstehen, nicht aufstellen; vielmehr muß die Frage: ob jener Ausdruck auch die blos prozeßleitenden Versügungen oder nur die eigentlichen Entscheidungen umfasse, bei jeder einzelnen Bestimmung, in welcher er vorsommt, im hins blie auf den gesetzeberischen Gebanken der Borschrift besonders geprüft und beantwortet werden; vgl. 3. B. § 34 Note 1, § 35 Note 1. Für die einzelnen Arten von Entschungen hat die StBD. folgende Benennungen:
- a. Urtheil. Mit biefem Ausbrud werben nur bezeichnet: bie bie hauptverhanblung erster Inflanz abschließenbe, bie Anklage erlebigenbe Entscheidung (§ 259); ferner die in einer hauptverhandlung ergehende Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung oder das der Revision (§ 363 si., 389 si.); endlich diejenige Entscheidung, welche nach erfolgter Wiederaufnahme des Bersahrens die Ausbedung oder die Aufrechterhaltung des früheren Urtheils ausspricht (§§ 411 413). Der Ausdrud "Erkenntniß", den die meisten früheren Landesgesetze als mit "Urtheil" gleichbedeutend gebrauchten und der auch im StBB. (3. B. § 38) in diesem Sinne vorkommt, sindet sich in der StBD. nicht, odwohl der Ausdrud "erkennendes Gericht" beibehalten ist.
- b. Strafbefehl. hierunter wird bie ohne vorgängige hauptverhandlung ergehende amtsrichterliche Enticheibung verftanden, welche unter gewissen Boraussehungen bas Urtheil vertritt (§§ 447 ff.).
- c. Die übrigen gerichtlichen Entscheidungen werden Beschlässe ober Verfügungen ges nannt. In Betreff dieser Benennungen bemerken die Mot. zum I. Entw. S. 35, daß unter Berstägung die Entscheidung eines einzelnen Richters, unter Beschluß diesenige eines Kollegiums verstanden werde; man überzeugte sich indes bemnächst, daß diese Unterscheidung in dem Entw. selbst nicht sestgedalten, daß insbes. unter "Beschluß" öfter auch die Entscheidung eines einzelnen Richters versianden sein, und der II. Entw. (vgl. Mot. S. 34) hat daher grundsählich jene Unterscheidung ausgegeben, die übrigens in der Fassung einzelner Bestimmungen noch vielsach erkennbar geblieben ist. Nan hätte passend mit dem Ausbrud "Berfügungen" die blos prozesseiteinden Anordnungen, mit dem Ausbrud "Beschlüße" die eigentlichen Entscheidungen (ausschließlich der Urtheile) bezeichnen können; allein diese Unterscheidung ist, wennschon man sie in einzelnen von der ALR. beschlossen Bestimmungen ausgesprochen sinden könnte, doch im Allgemeinen nicht ausgenommen. Sonach wohnt den Ausbrüden "Beschluß" und "Berfügung" im Berhältniß zu einander eine bestimmte

Digitized by GOOQ

(pal. Brot. S. 801 ff.), erhielt fie ihre gegenwärtige Kaffung. Aus biefer erhellt, bag (abgefeben von ber besonberen Borschrift bes § 122 Abs. 2) bie Staatsanwaltschaft nicht Anspruch barauf hat, munblich in ber Sipung gehort zu werben (theilm. a. M. Stenglein S. 148). Daß aber auch bas Gericht nicht befugt fei, munbliche Erflarungen ber Staatsanwaltichaft in berathenber Sigung entgegenzunehmen, befagt bie Bestimmung teineswegs, ba fie im Gegentheil von ber au gerhalb ber hauptverhandlung abzugebenben munblichen Erflärung ber Staatsanwaltichaft fpricht und im Befet felbft fein Grund ju finden ift, bies nur auf folde Erflarungen ju beziehen, welche etwa in einem Termine vor einem beauftragten Richter 2c. von bem anwesenden Beamten ber Staatsanwaltichaft abgegeben werben. Es tommt hierbei nicht einmal barauf weiter an, ob man unter bem "Gericht" im Sinne bes & 33 nur bas ertennenbe Gericht versteben will ober nicht (vgl. unter a); benn auch biefes tann in bie Lage tommen, Enticheibungen außerhalb einer hauptverhandlung zu erlaffen, fo z. B. wenn nach Eröffnung bes hauptverfahrens, jeboch vor bem Tage ber Sauptverhandlung, über bie Berhaftung bes Beschulbigten ju enticheiben ift. schließt bas Geset eine in berathenber Sitzung erfolgenbe münbliche Anhörung ber Staatsanwalt= fcaft nicht aus; gl. A. Buchelt S. 92, Reller S. 38, Dalde S. 31, Geper S. 604, Binbing S. 133; a. Dr. v. Schwarze S. 159. Es ift inbeg anzuerlennen, bag ein berartiges Berfahren fich im Allgemeinen nicht empfiehlt, vielmehr erhebliche Bebenten gegen fich hat, wie es benn auch ein vorgangiges Ginvernehmen zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft vorausfeten murbe, ba für bie lettere eine Bflicht, auf Erforbern bes Berichts in einer berathenben Sigung ju ericheinen, nicht besteht. Uebrigens kann ba, wo bas Geset ausbrücklich bie schriftliche Abgabe einer Erklarung ber Staatsanwaltichaft vorschreibt (vgl. 3. B. § 196), eine munbliche Erflärung niemals bie fdriftliche erfepen. - Fanbe bie Bugiehung ber Staatsanwaltschaft gu einer berathenben Sitzung ftatt, fo murbe ber jugezogene Beamte bem Bortrage bes Berichterftatters, nicht aber ber Be= rathung unb Abstim m ung beiwohnen burfen. Die munbliche Befanntmachung (Berfunbung) bes gesaßten Beschlusses an ben Beamten ber Staatsanwaltschaft würde für statthaft zu erachten sein (vgl. § 35). — Eine münbliche Bernehmung anberer Prozesbetheiligten als ber Staatsanwaltichaft finbet in berathenber Sihung nicht statt; eine Ausnahme greift bei ber in § 122 Abs. 2 behandelten Entscheibung, fibrigens auch nur in der Beschwerbeinstanz, Plat.

- 3. "Erlassen" ("ergangen") und rechtlich existent geworden ist eine in der Hauptver= hanblung getroffene Entscheibung, sobalb fie verkünbet ist, wobei es nicht weiter barauf ankommt, ob bie von ber Entideibung betroffene Berfon bei ber Berfundung anwesend ift ober nicht. Bor erfolgter Berfundung ift bas Gericht noch immer befugt, pon ber beichloffenen Enticheibung wieber abzugeben und fie burch eine andere zu erfeten; bies gilt auch bann noch, wenn bie Enticheibung bereits niebergeschrieben ist: bie Nieberschrift hat vor erfolgter Berkundung nur die Bedeutung eines Entwurfes. Rach erfolgter Berkunbung bes Urtheils bagegen ift eine Abanberung beffelben unstatthaft; bas Rabere f. ju § 267 Rote 6. - Auch in richterlichen Terminen tann eine Entideibung munblich erlaffen werben, vorausgesett jeboch, bag bie von ihr betroffene Berfon in bem Termine anwesend ift. Dies gilt g. B. in bem Falle, wenn ber Untersuchungerichter bei ungerechtfertigter Berweigerung bes Zeugniffes bie Berhangung ber gefehlichen Straf. ober Zwangsmagregeln (§ 69) befcließt, ober wenn wegen Störung ber Orbnung in einem Termine eine Strafe festzuseten ift (GBG. § 182). In Fällen biefer Art besteht, gleichwie in ber hauptverhandlung, bie Erlassung ber Entscheibung eben in ihrer Berkundung, ohne bag es babei auf ben Zeitpunkt ber fcriftlicen Abfaffung ankommt. — Bas bie fon ftigen Enticheibungen außerhalb ber hauptverhanblung betrifft, so finb bieselben zwar als erlassen anzusehen, sobalb fie fcriftlich abgefaßt find; fo lange jeboch eine folde Enticheibung noch niemanbem befannt gemacht ift (vgl. § 35), bleibt bas Gericht befugt, fie wieber ju befeitigen und ale nicht erlaffen ju behandeln; vgl. z. B. GBG. § 75 Note 11. — Darüber, unter welchen Boraussehungen eine bereits befannt gemachte Enticheibung von bemfelben Gericht, welches fie erlaffen hat, wieberaufge= hoben ober abgeändert werben burfe, s. bie Noten zu § 348 u. § 353.
- 4. Was bie Beurtunbung gerichtlicher Entscheibungen betrifft, fo enthalt bie StBD. Be= ftimmungen nur hinsichtlich bes Urtheils und ber sonstigen in ber hauptverhandlung portommenben

§. 34.

Die durch ein Rechtsmittel anfechtbaren Entscheidungen sowie diejenigen, durch welche ein Antrag abgelehnt wird, find mit Gründen zu versehen.

(I. Cutu. § 29; IL III. Cutu. § 28.)

Entscheibungen (§§ 271, 273, 275, 301, 307, 312). — Entscheibungen, welche von einem Richter in einem Termin erlassen werden (Note 3), sind durch das Terminsprotokoll zu beurkunden. — In den berathenden Sitzungen der Gerichte (Note 1. d.) bedarf es der Aufnahme eines Protokolles nicht; die Beurkundung der gesaften Beschlässe ersolgt durch Niederschreibung derselben seines eines der Richter. Die Niederschrift wird zweckmäßig von allen mitwirkenden Richtern zu unterzeichnen sein; unerläßlich ist dies indeß nicht, da das Geseh die für das Urtheil gegebene Borzichtit des § 275 Abs. 2 auf die Beschlässe nicht erstreckt hat: Reser. III. 18. Febr. 80 (Entsch. I. 210; Rfpr. I. 362); ebenso: Reser. I. 29. Apr. 80 (Entsch. I. 402, Rspr. I. 697).

5. Ueber bie Fassung und außere Einrichtung gerichtlicher Entscheingen giebt bie StBD. teine Borschriften. In Betreff ber Entscheidungen bes Reichsgerichts f. bessen Geschung & 16 ff. (GBG. § 141 Rote 1).

Zu § 34.

- 1. a. Die Bestimmung ift nicht fachgemag. Bunachft tonnte fie bie Meinung hervorrusen, als fei bei ben in letter Inftang sowie bei ben von bem Reichsgericht in erfter Inftang erlaffenen Enticheibungen, mit Rudficht auf beren Unanfechtbarteit, bie Angabe von Grünben entbehrlich. Es ist bies indeg nicht ber fall, sondern im Gegentheil die Angabe von Gründen bei ben Entideibungen hoberer Inftang flets, bei ben erftinftanglicen Enticheibungen bes Reichsgerichts in bemfelben Dage, wie bei ben erftinftanglichen Entscheibungen anberer Gerichte, erforberlich. - 3m Uebrigen werben bier unter ben anfectbaren Enticheibungen" nur bie eigent= licen Enticeibungen, nicht auch bie blos prozefleitenben Berfügungen zu verstehen sein; benn auch bie lezteren finb burch Beschwerbe ansechtbar (§ 346); es kann aber nicht bie Absicht bes Gesets sein, bei jeber prozeßleitenden Berfügung, z. B. bei berjenigen, welche die Ladung eines Beugen anorbnet, die Angabe von Grünben zu erforbern. Prozeßleitenbe Anorbnungen, welche die Benutung von Beweismitteln in der Hauptverhanblung betreffen, bedürfen, wie das RGer. III. 15. Apr. 82 (Mfpr. IV. 324) ausgesprochen hat, einer Begrünbung bann, wenn Anträge abgelehnt werben ober wenn ein Biberspruch ber Prozesbetheiligten vorliegt ober wenn es sich um Beweismittel handelt, beren Gebrauch bas Gefeb an gewisse Borbebingungen geknüpft hat. In biesen Fällen wird allerdings in der "Anordnung" eine eigentliche Entscheidung zu finden sein. — Bgl. die abweichende Ansicht Johns S. 380 ff.
- b. Diejenigen Beschlusse ber erkennenben Gerichte, welche zwar nicht burch Beichwerbe anfechtbar find, wohl aber ber Brufung bei ber Urtheilsfällung höherer Inftanz unterliegen (§§ 347, 375, 369 Abs. 2), sind im Sinne bes § 34 anfechtbar und bedürfen gleich anderen Beschlussen ber Angabe ber Entscheibungsgründe.
- 2. Unter ber Ablehnung eines Antrages ift nicht auch bie Abweisung einer gegen ben Antrag erhobenen Einwendung zu versiehen; diese Abweisung macht also für sich allein die Angabe von Gründen nicht ersorberlich: RGer. II. 13. Mai 81 (Rspr. III. 295). Bgl. jedoch das oben (Rote 1. a) cit. Urth.
- 3. Bas unter ben anzugebenden "Gründen" zu verstehen sei und wieweit die Begründung sich in's Einzelne zu erstrecken habe, läßt sich nicht im Allgemeinen, sondern nur hinsichtlich der einzelnen Arten von Entscheidungen näher bestimmen. Es kommt darauf an, die Entscheidungen grzmüber den Betheiligten zu rechtsertigen (so: Puchelt S. 93). Insbes. muß jede Entscheidung kar ersehen lassen, od und wieweit sie auf rechtlichen oder auf thatsächlichen Gründen beruht. Rähere Bestimmungen über das Ersorderniß der Begründung enthält die StPD. hinsichtlich des Urtheils (§§ 266, 316) und der die Eröffnung des Hauptversahrens betreffenden Beschlisse (§§ 202, 205); vgl. auch in Betreff des Hastbesehls § 114 Abs. 2.

^{4.} Der Ausbrud "zu verfeben" beutet zwar zunächt auf bie fcriftliche Abfaffung ber

§. 35.

Entscheidungen, welche in Anwesenheit der bavon betroffenen Persch ergeben, werden derselben durch Verkundung bekannt gemacht. Auf Verlangen ist ihr eine Abschrift zu ertheilen.

Die Bekanntmachung anberer Entscheibungen erfolgt burch Bustellung.

Dem nicht auf freiem Fuße Befindlichen ift das zugestellte Schriftstud auf Berlangen vorzulesen.

(L. Catw. \$ 30; II. III. Cutw. \$ 29.)

Entscheibungen bin; bie Bestimmung bes § 34 gilt inbest auch für bie Betanntmachung ber Entscheibungen: bie lettere hat sich stets auf bie Entscheibungsgründe mit zu erstreden, infoiern nicht bas Geses ausbrudlich etwas Anberes vorschreibt. In Betreff ber Bertunbung bes Urtheils vgl. noch § 267.

- 5. Berben bie Gründe einer to I legial gerichtlich en Entschibung nicht fogleich in ber Situng niedergeschrieben, sonbern später burch einen ber mitwirkenden Richter abgesaßt, so hat der Borssitzende zwar die Niederschrift in materieller wie in formeller hinsicht zu prüfen; es steht ihm jedoch nicht zu, einseitig Aende rungen an berselben vorzunehmen. Aus dem Besen der Kollegialverssassitzen folgt mit Nothwendigkeit, daß dem Borsitzenden bei der Abfassung ber Gründe nur eben dasselbe Stimmrecht zustehen kann wie bei der Entschiedung selbst; er kann weder besugt sein, einen vom Kollegium gebilligten, ihm selbst aber missiedigen Entschibungsgrund zu streichen, noch einen vom Kollegium nicht gebilligten hinzuzusügen Es empsiehlt sich, die Niederschriften der Entschibungen erst dann, wenn sie von dem Berfasser und dem Borsitzenden unterschriften der Entschibungen aus lassen, wenn sie von dem Berfasser und dem Borsitzenden unterschrift an die anderen Richter gelangen zu lassen. Bgl. § 275 Note 4. b. In Betress Schöffengerichts s. § 275 Abs. 2.
 - 6. Ueber bie Folgen bes Mangels ber Entscheibungsgrunde im Urtheil f. § 377 Rr. 7.
- 7. Die ben § 34 berührenden Entscheidungen bes Reichsgerichts f. bei benjenigen §§, in benen bie einzelnen Falle gerichtlicher Beschluftaffung behandelt sind; insbes. vgl. die Roten zu § 243 Abs. 2, 3.

Ru & 35.

- 1. Unter Enticheibungen find hier auch bie blos prozefleitenben Berfügungen zu verfteben: RGer. II. 6. Apr. 80 (Entich. I. 345, Ripr. I. 543). Bgl. oben Rote 2 zu Abichn. 4.
- 2. Der f trifft nur barüber Bestimmung, wie die Bekanntmachung ber Entscheidungen statzgusinden habe. Die Frage: inwieweit eine Bekanntmachung erforderlich sei, wird in § 35 ebenssowenig entschieden wie die andere: welche Personen als von einer Entscheidung betroffen anzusehen seien. Beide Fragen sind in jedem einzelnen Falle nach den allgemeinen Grundsaten der StPD. zu beantworten (vgl. Puchelt S. 94). Für gewisse Fälle giebt die StPD. noch besondere Borschriften; vgl. z. B. §§ 202, 440.
 - 3. "ergeben" hierzu vgl. § 33 Rote 3.
- 4. Ter & hanbelt nur von ber rechtsförmlichen Bekanntmachung ber Entscheidungen, welche auf zweierlei Art, entweber burch Berkündung ober burch Zustellung, erfolgt. Es braucht jeboch nicht eine jede schriftliche Bekanntmachung in rechtssormlicher Beise, b. h. burch Zustellung, zu erfolgen; die StPD. schließt, wenngleich dies nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, auch die sormlose Bekanntmachung von Entscheidungen mittelst einsachen (zur Post gegebenen zc.) Ansschriebens nicht aus. Der Zustellung bedarf es im Allgemeinen nur da, wo es wegen des Laufes einer Frist, wegen der Realistrung eines Prajudizes ober aus einem ähnlichen Grunde auf ben urkundlichen Beweis der erfolgten Bekanntmachung ankommt (gl. A. Geyer S. 613, Stenglein S. 151; a. R. Puchelt S. 95, Reller S. 40). Eine über einen Antrag ergangene (dem Antragsteller nicht verkündete) Entschiung ist dann jedensalls zuzustellen, wenn das weitere Berzhalten des letzteren von der Gewährung oder Ablehnung des Antrages abhängen kann: Roer. II.

- 28. Jan. 87 (Entsch. XV. 202, Ripr. IX. 96). Bgl. Bekanntm. bes bayer. Just.-Min. v. 29. Ang. 1879 (IMB). S. 554).
 - 5. Bgl. § 34 Rote 4.

Bu Abf. 1.

- 6. Richt blos bie in einer hauptverhanblung, sonbern auch bie in einem richterlichen Termine ergehenden Enticheibungen werben ben anwesenden Betheiligten burch Berfündung bestannt gemacht (Mot. S. 139). In Betreff ber Berfündung bes Urtheils f. bas Rabere in § 267.
- 7. Rur folde Entigeibungen, welche in Anwesenheit ber bavon betroffenen Bersonen ergeben, tonnen benfelben burch Bertundung befannt gemacht werben. Es ift nicht flatthaft, in einem Termine eine bereits früher erlassene Enticheibung zu verfünben ober gar, wie bies nach einzelnen Landesgesetzen zulässig war, zum Zwede ber Bertundung einen Termin anzusberaumen; eine berartige Bertundung wurde ohne rechtliche Wirtung sein. A. M. Buchelt S. 95.
- 8. Die Berfündung ift eine richt erliche handlung und kann durch einen nichtrichterlichen Beamten nicht vorgenommen werden (Mot. S. 139). Sie muß baber selbst dann durch ben Richter erfolgen, wenn die von der Entscheidung betroffene Person der deutschen Sprache nicht mächtig ift und deshalb die verkündete Entscheidung alsbald durch den Dolmetscher in die betr. Sprache übertragen werden muß.
- 9. Der Beweis ber geschehenen Berfundung tann nur burch bas Sigungs: bezw. bas terminsprototoll geführt werben (val. § 274).
- 10. hat bie Berkundung in einer bem Gefet nicht entsprechenen, alfo rechtlich nicht wirksamen Beise (wgl. 3. B. Rote 8, § 34 Rote 4) stattgefunden oder fehlt es an bem Beweise ber geschehenen Berkundung (Rote 9), so muß die Bekauntmachung ber Entscheidung andermeit, und zwar nunmehr durch Zustellung, bewirft werben.
- 11. Die Ertheilung einer Abichrift ber verfündeten Enticheibung tann nicht blos unmittelbar nach ber Berfundung, fonbern auch ju jedem fpateren Zeitpunkt verlangt werben.

Bu Abi. 2. 3.

- 12. Ueber ben Begriff ber Buftellung f. EBD. § 156. Bgl. unten § 37 Rote 8.
- 13. Der Ausbruck: "nicht auf freiem Fuße befindlich" ift gewählt, um alle gesetlich juläsigen Arten von Haft zu umfassen. Die Bestimmung bes Abs. 3 ift also anwendbar, gleichs viel ob die Person, welcher zugestellt werden soll, eine Freiheitsstrase verbüßt (als welche auch die Unterbringung in einem Arbeitshause [StBB. § 362] anzusehen ist) oder ob sich dieselbe in Untersuchungshaft, Zwangshaft (StBD. § 69) zc. oder in einer vom Civilrichter (CBD. §§ 774, 782 ss.) oder von der Polizei verhängten Haft besindet.
- 14. Auch an die nicht auf freiem Juße befindlichen Personen hat die Zustellung in der vorgeschriebenen Beise zu erfolgen; die Borlesung ift ein von der Zustellung verschiebener, ihr nachfolgender Aft und kann die lettere selbst niemals erseten; das Geset (welches hier von dem Entw. § 29 Abs. 3 adweicht) spricht deshalb auch von der Borlesung des "zugestellten" Schriftstäds; vgl. Reser. 6. Apr. 80 (Entich. I. 345, Repr. I. 543). Ob das Schriftstäd in den händen des Empfängers verbleiben dürfe oder demnächst für ihn durch die Gefängnisverwaltung auszubewahren sei, bestimmt sich nach der Gefängnisordnung; doch darf diese dem Empfänger nicht die Besugnis entziehen, von Zeit zu Zeit das Schriftstäd abermals einzusehen.
- 15. Aus bem Borbemerkten (Rote 14) folgt weiter, baß bie geschehene Zustellung ihre rechtliche Birksamkeit nicht verlieren wurde, wenn trot bes Berlangens bes Berhafteten bie Borlesung bes Schriftstickes unterbliebe. Bei erfolgter Bersäumung einer Frist wurde aber biese Unterlassung unter Umftanben ben Antrag auf Wiebereinsetzung in ben vorigen Stanb (§ 44) begründen können.
- 16. Die Borlejung tann burch ben zustellenben Beamten wie auch burch einen Gerichtsfcreiber geschehen; erforberlichenfalls hat bas Gericht hierüber zu bestimmen. Bgl. Boitus S. 106, Buchet S. 95. Für Preußen schreibt § 41 ber Geschäftsanw. für die Gerichtsvollzieher v. 24. Juli 1879 (Anl. zu Rr. 31 bes IMBL.) vor, daß ber zustellenbe Gerichtsvollzieher

§. 36.

Entscheidungen, die einer Zustellung ober Vollstreckung bedürfen, sind ber Staatsanwaltschaft zu übergeben, welche das Erforderliche zu veranlassen hat. Auf Entscheidungen, die lediglich den inneren Dienst der Gerichte oder die Ordnung in den Sitzungen betreffen, sindet diese Bestimmung keine Anwendung.

Der Untersuchungsrichter und ber Amtsrichter können Zustellungen aller Art sowie die Vollstreckung von Beschlüssen und Verfügungen unmittelbar veranlassen.
(1. Entw. § 31; II. III. Entw. § 30.)

bas zugestellte Schriftftud bem Gefangenen vorzulefen hat, wenn biefer bie fofortige Borlefung verlangt.

17. Gleich Abs. 1 u. 2 handelt auch Abs. 3 an sich nur von ber Bekanntmachung ber Entsscheibungen; indes ift es auch bei der Zustellung anderer Schriftstude (3. B. ber Anklagesschriften, Rechtsertigungsschriften) als eine Amtspsticht bes Richters anzusehen, einem Gesuch um Borlesung bes zugestellten Schriftstuds zu entsprechen, wenn der nicht auf freiem Fuße befindeliche Bitisteller bes Lesens nicht kundig ift.

Au § 36.

Bu Abs. 1.

- 1. Nach bem Borbilbe bes französischen Rechts und einiger deutschen Strafprozesorbnungen ist hier die Staatsanwaltschaft zur Bollstredungsbehörde im Strasversahren bestellt, in wele der Eigenschaft ihr auch der Betrieb der Zustellungen und der Ladungen (§ 213, § 221 Abs. 2) übertragen ist. Dies spricht der erste Sat des § im Grundsat aus; Abweichungen von letzterem sind, außer in § 36 selbst, noch in § 425 Abs. 2 (vgl. § 466), § 483 Absat 3 sowie im GBG. § 181 vorgesehen.
- 2. Die Bestimmung ist nicht bahin zu verstehen, baß, abgesehen von den im Geset bezeichneten Ausnahmefällen, die Kollegialgerichte schlechterbings nicht besugt seien, die Zustellung oder Bollstreckung einer Entscheideng ohne Vermittelung der Staatsanwaltschaft zu veranslassen. Dieselben sind vielmehr hierzu überall für besugt zu erachten, wo die Angehung der Staatsanwaltschaft zu einer Verzögerung oder gar Vereitelung der beschlossenen Maßregeln führen könnte; insbes. muß es den Gerichten zustehen, von der Angehung der Staatsanwaltschaft abzusiehen, wenn sich eine Entscheidung kurzer Hand, d. h. ohne daß es einer außerhalb der Gerichtsstelle vorzunehmenden Handlung bedars, vollstrecken läßt. Gl. A. Wer. II. 14. Apr. 82 (Entsch. VI. 179, Rspr. IV. 323), woselbst ausgesprochen ist, daß eine von der Strassammer unmittelbar veranlaßte Zustellung wirklam und geeignet ist, den Lauf der gesehlichen Frist zu begründen; vgl. auch Geper S. 615, Stenglein S. 152. A. M. Buchelt S. 96, Keller S. 41.
- 3. "einer Buftellung beburfen" hierzu vgl. § 35 Rote 4. Die bort gebachten einsachen Anschreiben läßt bas Gericht birekt bem Empfanger zugeben.
- 4. "bas Erforderliche zu veranlassen" Bei Zustellungen verfährt bie Staatsanwaltschaft so, wie wenn sie eine solche aus eigener Entschließung (vgl. z. B. §§ 213, 361) verfügt. Ju Betreff ber Bollftredung vgl. noch GBG. §§ 153, 164 und StBD. § 495.
- 5. In Betreff ber Enticheibungen, welche bie Orbnung in ben Sigungen betreffen, vgl. BBG. § 181.

Bu Abs. 2.

- 6. Für ben Amtsrichter gilt bie Bestimmung bes Abs. 2 auch hinsichtlich ber Bollftredungen und Zustellungen in schöffengerichtlichen Sachen sowie hinsichtlich seiner Funktion als ersuchter Richter. Dagegen ift Abs. 2 nicht anwendbar auf die Funktion des Amtsrichters als Borsitzenden einer auswärtigen Strafkammer (GBG. § 78).
- 7. Nach bem Wortlaut bes Gesetes haben ber Untersuchungsrichter und ber Amtsrichter bie Bahl zwischen ber unmittelbaren Beranlassung bes Erforberlichen und ber Angehung ber Staats-anwaltschaft, unb, wenn ber Richter ben letteren Weg mahlt, hat die Staatsanwaltschaft bie in

Digitized by GOOGIC

§. 37.

Auf bas Berfahren bei Zustellungen finden die Vorschriften der Civilprozeß= ordnung über Zustellungen entsprechende Anwendung.

(L. Cutm. § 33; II. III. Entm. § 32.)

- § 36 gebachten Obliegenheiten ganz ebenso wie bei anderen Entscheidenungen zu erfüllen. Indeß stellt hier die unmittelbare Beranlassung den einsacheren und darum regelmäßigen Weg dar, und, was insbes. die Amtsanwaltschaft betrifft, so dürste von deren Angehung gänzlich abzusehen sein, da diese Behörde im Allgemeinen zur Wahrnehmung der hier bestimmten Funktionen wenig geeignet erscheint. Aus letzterm Grunde hat die StPO. den Amtsanwälten die Bollstreckung der Strafurtheile gänzlich entzogen (§ 483 Abs. 2). Bgl. auch GBG. § 153 Note 2.a. Für Preußen vgl. noch Art. 24 der Geschäftsanw. für die Amtsanwälte v. 28. Aug. 1879 (JWBI. S. 261)
- 1. Der S entspricht wörtlich bem Entw. Die RTR. hatte biesen Anfangs beanstanbet und beschloffen, bas Bersahren bei Zustellungen in Strassachen burch besondere Bestimmungen zu trzeln. Solche waren benn auch von einer hierzu bestellten Subkommission entworsen; die RTR. entschied sich jedoch schließlich für die Annahme bes Entw. (vgl. Prot. S. 36, 49, 733—743. 803, 804).
 - 2. Die CPD. behandelt bie Buftellungen in ben SS 152-190.
- 3. Die Borichriften ber CBD. finben "entfprechenbe Anmenbung", b. h. fie finb auf bie Buftellungen im Strafverfahren insoweit anzuwenben, als hier bie für bie Anwenbung erforber- lichen Boraussetzungen gegeben finb. 3m Einzelnen ift Folgenbes zu bemerten:
- 4. Bon § 152 ber CBD. ift Abs. 1 auf bas Strafversahren anwendbar, nicht aber Abs. 2; vgl. Rote 6, 20.
- 5. Die Bestimmungen bes § 153 find in ben Fallen bes § 38 ber StBD. insoweit anwendsbar, als fie von bem Gerichtsvollzieher handeln. In Betreff bes Gerichtsschreibers f. Rote 6.
- 6. Zu § 154. Die Borte "unter Bermittelung bes Gerichtsschreibers" haben in ber EBD. eine bestimmte technische Bebeutung, indem mit ihnen nur der Fall bezeichnet wird, wenn die Partei, statt unmittelbar ben Gerichtsvollzieher zu beauftragen, ben Gerichtsschreiber anseht, dieser also im Auftrage der Partei thätig wird. Gine solche Bermittelung des Gerichtssichrebers giebt es in Strafsachen nicht; die in § 425 Abs. 2 (vgl. § 466) der StPO. bezeichnete Thätigkeit desselben sindet auf richterliche Anordnung statt. Hiernach past § 154 nicht dirett auf das Strasversahren; gleichwohl ist derselbe, den Schlußsab ("sofern wolle") ausgenommen, auf die ebengedachte Thätigkeit des Gerichtsschreibers analog anwendbar.
- 7. § 155 ift im Strafverfahren nicht anwendbar, ba er lebiglich bie Parteiverhältniffe bes Civilprozeffes voraussest. In ben Fällen bes § 38 ber StPD. handelt es fich um verschiedene, von einander unabhängige Zustellungen.
- 8. Bu § 156. In welchen gallen eine "Ausfertigung" juguftellen fei, barüber enthalt bie StBD. feine Borfcbrift; auch fommt ber Ausbrud "Ausfertigung" nur in § 275 Abf. 4 vor. Eine besondere Bebeutung wird bemselben aber auch bort nicht beizumessen sein; es läßt sich vielmehr fur ben Strafprozeg ber Sat aufftellen, bag "Ausfertigung" und "beglaubigte Abichrift" gleichbebeutenbe Ausbrude finb. Es fehlt bier nicht nur jebes prattifche Beburfnig, zwifchen Ausiertigung und beglaubigter Abichrift ju unterscheiben, sonbern es ift auch aus ben Boridriften ber SiBD. nicht einmal zu entnehmen, welches ber begriffliche Unterschied zwischen Ausfertigung und bealaubigter Abschrift sein soll. Denn ob ein Schriftftud fich felbft "Ausfertigung" nennt ober nicht, ericheint gleichgultig, und auch bie Beibrudung bes Gerichtssiegels ift als ein carafteriftifches Mertmal um fo weniger anzuseben, als biefelbe lanbesrechtlich vielleicht auch bei beglaubigten Abidriften üblich fein tann; minbestens find bie Lanbesjustigverwaltungen burch nichts gehindert, die Unterfiegelung ber beglaubigten Abichriften anzuordnen. — Daß eine beglaubigte Abfcrift der Ausfertigung gleichstehe, ift in bem Befchl. bes RGer. II. 5. Dez. 79 (Ripr. I. 118) anerfannt; pal. auch Rer. I. 5. Juli 83 (Entsch. IX. 274). Digitized by Google

- 9. Bu § 157. a. Auf ben Beschulbigten findet ber civilprozessucifde Begriff ber Prozeß = fähigkeit keine Anwendung; baber find auch die Borschriften bes § 157 auf ihn nicht anwendbar: es greift in Ansehung ber Zuftellungen ein Unterschied zwischen einem großiährigen und einem minderjährigen Beschulbigten nicht Plat (Prot. S. 803). Bgl. übrigens StPD. § 268.
- b. Auf ben Privattläger ift ber Begriff ber Prozeßfähigfeit anwendbar (StBD. § 414 Abs. 3). Insoweit jedoch eine gesehliche Bertretung des Privatslägers stattfindet, steht der Bertreter von Ansang an vollständig an Stelle besselben, und folgeweise ift er selbst als der eigentzliche Empfänger (Abressat) der Zustellung anzusehen. Das Gleiche gilt hinsichtlich des Reben = tlägers (StBD. §§ 435, 437).
- 10. Bu § 158. a. Die Bestimmung findet auch im Strafversahren Anwendung. Die rechtliche Birtsamteit der an die Kommandobehörde erfolgten Zustellung ist davon nicht abhängig, ob das zugestellte Schriftsud in die hande besjenigen gelangt, für den es bestimmt ift, wenngleich es selbstverständlich eine Pflicht der Kommandobehörde ist, für die Aushändigung Sorge zu tragen.
- b. Wer zur Klasse ber Unteroffiziere ober Gemeinen zu zählen sei, barüber s.
 bas bem Mil.-SiGB. vom 20. Juni 1872 beigefügte Berzeichniß (RGBI. S. 204). In Betress "aktiven Heeres" und ber "aktiven Marine" s. Ges., betr. bie Berpsiichtung zum Kriegsbienste, v. 9. Nov. 1867 SS 2, 8, 12, 13, 15 (BGBI. S. 131) und R.Militair-Ges. v. 2. Mai 1874 S 38 (RGBI. S. 45).
- c. Die Buftellungen an Offiziere ober im Offiziersrange ftehenbe Militairpersonen, ebenso blejenigen an Militairbeamte erfolgen nach Maßgabe ber allgemeinen Borfchriften. Bgl. übrigens StBO. § 48 Abs. 2, § 72.
- 11. Die §§ 159—161 finden im Strafversahren nicht Anwendung. Einen Zust ellung 8= bevollmächtigten im Sinne ber CPO. tennt die StPO. nur im Falle des § 119 (vgl. die folgende Note). Eine Zustellung durch Aufgabe zur Post (vgl. Strudmann u. Roch Note 2 zu § 161) giebt es in Strafsachen nicht.
- 12. Auch die §§ 162—164 find auf das Strasversahren nicht anwendbar. Insbes. ist eine analoge Anwendung des § 162 auf den Beschuldigten und den Bertheidiger ausgeschloffen; vgl. RGer. I. 10. März 82 (Entsch. VI. 93). Daher können die für den ersteren bestimmten Zuftellungen nicht mit rechtlicher Wirkung an den letzteren erfolgen; vgl. die Roten zur StBD. Buch 1 Abschn. 11. In Betress des Privatklägers enthält die StBD. § 418 eine dem § 162 ähnliche Bestimmung. In Betress bes Rebenklägers s. StBD. § 437.
- 13. § 165 finbet im Strafverfahren Anwendung. "Ort" bebeutet hier: Ortschaft; wgl. Strudmann u. Roch S. 181.
- 14. a. Die §§ 166—170 gelten auch für bas Strafversahren. Das Rähere über bie hier behanbelte s. g. Ersatzustellung s. bei Strudmann u. Koch in ben Roten zu biesen §§. Gine Zustellung an bie Ghefrau bes Hauswirths bes Abressaten ift unwirksam: RGer. III. 25. Sept. 80. (Rspr. II. 255). Bgl. noch StPD. § 44 Sat 2.
- b. In Betreff ber Anwendbarkeit bes § 169 f. namentlich § 41 Rote 2. Im Uebrigen kann ber § bei ber Privatklage (§ 414 u. Rote 6 bas.) und bei ber Rebenklage (§ 435) Answendung finden.
- 15. § 171 findet im Strafversahren entsprechende Anwendung. Bei einer von ber Staatsanwaltschaft veranlaßten Zustellung (StPD. § 36) steht die Ertheilung ber nach § 171 erforderlichen Erlaubniß außer bem Richter auch ber Staatsanwaltschaft zu.
 - 16. § 172 ift auf bas Strafverfahren nicht anwenbbar.
- 17. § 173 gilt auch für bas Strafversahren. Die Richtbefolgung ber Bestimmung bes Abs. 3 kann unter Umständen den Beginn eines Fristenlauses hindern: RGer. II. 23. Rov. 80 (Rspr. II. 558). Abs. 4 sindet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Zustellungs-Urkunde der beauftragenden Stelle' (Gericht, Gerichtsschreiber, Staatsanwaltschaft), bei unmittelbaren Ladungen (StBO. § 38) aber dem beauftragenden Prozesbetheiligten zu übermitteln ift.
- 18. § 174 ift gleichfalls im Strafverfahren anwendbar. An Stelle bes Gerichts (Rr. 2) ift bie Staatsanwalticaft zu bezeichnen, wenn bie Zustellung von ihr angeorbnet max.

§. 38.

Die bei bem Strafverfahren betheiligten Personen, benen die Befugniß beisgelegt ift, Zeugen und Sachverständige unmittelbar zu laden, haben mit der Zuftellung der Ladung den Gerichtsvollzieher zu beauftragen.

(L. Cutm. § 32; II. III. Entm. § 31.)

Au \$ 38.

1. Unter ber unmittelbaren Labung wird im Strafverfahren biejenige Labung eines Zeugen ober Sachverftändigen verstanden, welche von dem Zustellungsbeamten nicht im Auftrage bes Gerichts (des Gerichtsschreibers) oder der Staatsanwaltschaft, sondern im unmittelbaren Auftrage bes Beschuldigten, des Privatklägers oder des Nebenklägers bewirkt wird. In welchen Fällen eine Besugis biefer Personen zur unmittelbaren Ladung von Zeugen oder Sachverständigen besteht, darüber f. SS 193, 219, 364, 426, 437; vgl. auch S 466.

2. Die zur unmittelbaren Labung Berechtigten haben ben Gerichtsvollzieher zu beaufstragen; die Bermittelung bes Gerichtsschreibers können sie nicht in Anspruch nehmen; wgl. oben Rote 6 zu § 37. Ebensowenig steht ihnen ein birektes Angehen ber Post (EPO. § 179) zu. Dagegen ift es nicht nur statthaft, daß der Gerichtsvollzieher seinerseits die Zustellung durch die Bost bewirkt (EPO. §§ 176--178), sondern der Anstraggeber wird ihn häusig gerade hierzu ausweisen muffen, wenn er sich vor unnöthigen Kosten schüpen will; vgl. oben Rote 21 zu § 37.

3. Die Prozesbetheiligten konnen eine burch bie Boft auszuführenbe Buftellung jebem im Deutschen Reiche angestellten Gerichtsvollzieher auftragen (vgl. GBG. § 161 Rote 2 Schluß). Rur bann, wenn bie Zustellung ohne Mitwirfung ber Bost stattfinden soll, muß ein Gerichts-vollzieher beauftragt werben, zu bessen Amtsbezirt ber Bestimmungsort gehört.

^{19. § 175} ift nicht anwendbar; vgl. Rote 11.

^{20.} Die §§ 176-179 finben im Strafverfahren Anwendung. In Betreff bes § 179 gilt bas in Rote 6 Bemertte.

^{21. § 180} ist auch im Strafverfahren anwendbar, und zwar wird er hier sowohl auf das Berhältniß der Staatskasse zu bem Beschülbigten wie auch auf basjenige des Privatklägers und des Rebenklägers zu demselben zu beziehen sein. Es werden also auch die Gerichte und Staatsanwaltschaften, um nicht die Staatskasse zu belasten, die Zustellungen soweit als möglich durch die Post bewirken mussen.

^{22. § 181} ift im Strafverfahren nicht anwendbar.

^{23.} a. Die §§ 182—185 finden auch im Strafverfahren Anwendung, der § 185 mit ber Maggabe, bag bie Ersuchungsschreiben von berjenigen Beborbe, welche nach § 36 der StPO. Die Zuftellung zu veranlaffen hat, also nach Berschiebenheit ber Falle von ber Staatsanwaltschaft ober bem Richter zu erlaffen find.

b. In ben hier behandelten Fällen sind die ersuchten Behörden oder Beamten nicht, wie im Falle des § 158 der EPD., die Empfänger der Zustellung, sondern sie vermitteln dieselbe nur, und es muß nachgewiesen werden, daß die Zustellung an den Abressaten ersolgt ist. Das in § 185 Abs. 2 bezeichnete Zeugniß vertritt hier die Beurkundung des Gerichtsvollziehers. Egl. noch B.-Ronsul.-Ges. v. 8. Nov. 1867 § 19 (BGBI. S. 141) u. Ges. über die Konsulargerichtsbarkeit v. 10. Juli 1879 § 10 (RGBI. S. 197).

^{24.} Zu S\$ 186-190. Da über öffentliche Bustellungen an ben Beschulbigten bie StBD. § 40 besondere Bestimmungen enthält, so beschräntt sich die Unwendbarkeit der die öffent liche Bustellung betreffenden Borschriften ber GBD. im Strafprozes auf die Fälle, wenn andere Bersonen, 3. B. ein Privatkläger, ein Rebenkläger ober ein Bürge des Beschulbigten (vgl. StBD. § 122), mährend des Bersahrens den bisherigen Ausenthaltsort verlassen haben und der neue Ausenthaltsort nicht bekannt ober im Auslande belegen ift. Freilich ist gerade für diese Fälle das umftändliche Zustellungsversahren der GBD. unnöthig und unangemessen.

^{4. 3}m Uebrigen vgl. oben Rote 5 u. 17 gu § 37.

§. 39.

Für das die öffentliche Klage vorbereitende Verfahren, für die Voruntersuchung und für das Verfahren bei der Strafvollstreckung können durch Anordnung der Landesjustizverwaltung einsachere Formen für den Nachweis der Zustellung zugelassen werden.

(I. Entw. § —; II. III. Entw. § 32.) §. 40.

Kann eine Zustellung an einen Beschuldigten, welchem eine Ladung zur Hauptverhandlung noch nicht zugestellt war, nicht in der vorgeschriebenen Weise im
Deutschen Reich bewirkt werden, und erscheint die Befolgung der für Zustellungen
im Auslande bestehenden Vorschriften unaussührbar oder voraussichtlich erfolglos,
so gilt die Zustellung als erfolgt, wenn der Inhalt des zuzustellenden Schriftstücks
durch ein deutsches oder ausländisches Blatt bekannt gemacht worden ist und seit
dem Erscheinen dieses Blattes zwei Wochen verstossen sind. Die Auswahl des
Blattes steht dem die Zustellung veranlassenden Beamten zu.

War die Ladung zur Hauptverhandlung dem Angeklagten schon vorher zugestellt, so gilt eine weitere Zustellung an denselben, wenn sie nicht in der vorgeschriebenen Weise im Deutschen Reich bewirkt werden kann, als erfolgt, sodald das zuzustellende Schriftstuck zwei Wochen an der Gerichtstafel des Gerichts erster Instanz angeheftet gewesen ist. Von Urtheilen und Beschlüssen wird nur der entscheidende Theil angeheftet.

(I. Cutw. § 34; II. III. Cutw. § 33.)

Au § 39.

^{1.} Die von ber Lanbesjuftigverwaltung zu erlaffenben Bestimmungen tonnen nur ben Rach = weis ber Buftellung (vgl. CBO. §§ 173, 174, 178, 185) jum Gegenstanbe haben, im Uebrigen aber nichts an bem Buftellungsversahren anbern.

Für Breugen f. Aug. Berf. bes Just :- Min. v. 16. Juli 1879 (JMBl. S. 194), für Bayern Befanntm. bes Just :- Min. v. 29. Aug. 1879 (JMBl. S. 554).

³u § 40.

^{1.} Mur auf Zustellungen an ben Beschulbigten, nicht an andere Personen, findet der S. Anwendung; vgl. SS 186—190 der EBO. u. oden Rote 24 zu S 37. In Ansehung des Beschulbigten aber ist er auf alle Zustellungen, gleichviel ob sie eine Entscheidung, eine Ladung oder etwas Anderes zum Gegenstande haben, anwendbar, insoweit nicht das Gesetz für gewisse Zustellungen besondere Bestimmungen aufstellt. Solche sind für die Ladung adwesender Beschuldigter zur Hauptwerhandlung erster Instanz in den SS 320, 321 und in S 476 getroffenz vgl. übrigens Rote 11.

^{2.} Der f fest nicht etwa, wie aus ber Fassung ("und erscheint — erfolglos") gefolgert werben könnte, blos ben Fall voraus, wenn ber Beschulbigte sich im Auslande besindet: er ist vielmehr ebenso anwendbar, wenn ber Aufenthalt bes Beschulbigten unbekannt ift. Die Frage, ob die Besolgung ber für Zustellungen im Auslande bestehenden Borschriften ausssührbar sei, kann selbstverständlich nur dann entstehen, wenn der Beschulbigte sich im Auslande aushält und auchsein Aufenthaltsort bekannt ift.

^{3.} Die hier behandelte Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung (öffentliche Buftellung)ift im Falle des Abs. 2 eine wesentlich ein fachere als im Falle des Abs. 1. Bon einem Beschulbigten, dem die Ladung zur hauptverhandlung bereits zugestellt war, "darf verlangt werden, daß
er sich um den Fortgang des Berfahrens befünnnere und die gesehlich vorgeschriebene Zustellung,
ermögliche, namentlich also sehn Bechsel seines Ausenthalts dem Gericht anzeige" (Mot. S. 40).

^{4.} Die öffentliche Zustellung ift nur ftatthaft, wenn eine Zustellung im Deutschen Reiche nicht in ber vorgeschriebenen Beise bewirkt werben kann (Rote 5). Dieses Erforberniß ist in beiber

Absaten bes § 40 bas gleiche. Befindet sich der Beschuldigte im Auslande und ift sein Ausents haltsort bekannt, so ist im Falle des Abs. 1 ein ferneres Erforderniß das: daß die Befolgung der für Zustellungen im Auslande bestehenden Borschriften (§§ 182—185 der EPO.) nicht aussführdar oder voraussichtlich erfolglos erscheint; im Falle des Abs. 2 dagegen kommt es hierauf nicht weiter an.

- 5. Rach § 165 ber EBO. tann zwar bie Bustellung an jebem inlänbischen Orte erfolgen, an welchem ber Beschulbigte "angetroffen" wirb; es bebarf indeh bes (überbies taum möglichen) Rachweises nicht, baß ber Beschulbigte nirgends im Deutschen Reiche anzutreffen sei. Selbstverftandlich aber ift es eine Pflicht ber Behörben, die sich etwa barbietenden Mittel zur Erforschung bes Ausenthaltsorts des Beschulbigten zu versuchen, bevor sie gemäß § 40 versahren (vgl. § 153 Rote 4, 5).
- 6. Die Zuftellung gilt sowohl im Falle bes Abs. 1 wie in bem bes Abs. 2 als zu bemjenigen Zeitpunkt erfolgt, mit welchem bie zweiwöchige Frift abgelaufen ift; mithin beginnt, wenn wiederum von ber Zustellung ber Lauf einer Frift abhängt, biese lettere mit bem auf ben gebachten Zeitpunkt folgenden Tage. Bgl. SS 42, 43.

Bu Abs. 1.

- 7. Der Abs. 1 wirb, ba er auf Labungen zu hauptverhandlungen nicht anwendbar ift, nur in seltenen Fällen zur Anwendung kommen können; die Mot. S. 140 weisen z. B. auf ben Fall bes § 122 Abs. 2 hin. Bal. S. 329, 330.
- 8. Unter bem bie Buftellung veranlaffenben Beamten ift nach Berschiebenheit ber galle (vgl. § 36) ber Staatsanwalt ober ber Richter zu versteben.

Bu Abs. 2.

- 9. Es kommt lediglich barauf an, ob die Labung zur hauptverhandlung dem Beschlichten bereits zugestellt war; die Zustellung der Anklageschrift (§ 199) sowie diejenige des Beschlusses über die Eröffnung des hauptversahrens (§ 214) steht der Zustellung der Ladung nicht gleich und kann dieselbe nicht ersen.
- 10. Der Abs. 2 ist auch bann anwendbar, wenn die Ladung zu einer hauptverhandlung dem Beschuldigten nicht in der gewöhnlichen Weise, sondern gemäß S\$ 320, 321 oder gemäß S\$ 473 öffentlich zugestellt war; gl. A. Reller S. 45, Puchelt S. 102. Bgl. die S\$ 323, 476, welche nur besondere Anwendungen der Borschrift des \$ 40 enthalten.
- 11. War bem Beschulbigten einmal die Labung zu einer Hauptverhandlung zugestellt, so gilt die Bestimmung des Abs. 2 für jede "weitere Zustellung", also auch für die Labung zu einer neuen Hauptverhandlung. Bezüglich der Hauptverhandlung in höherer Instanz kann hierüber kein Zweisel bestehen; aber auch in dem Falle, wenn in der Hauptverhandlung erster Instanz, zu welcher der Beschuldigte gehörig (vgl. Note 10) geladen war, eine Bertagung eintritt und die Anderaumung einer neuen Hauptverhandlung nöthig wird, sehlt jeder Grund, bei der abermaligen Ladung den § 40 für unanwendbar zu erachten. Bgl. § 320 u. die Noten bas.
 - 12. "bas juguftellende Schriftftud" biergu vgl. CBO. § 156.
- 13. Die Anheftung muß stets, also selbst bann, wenn es sich um bie Labung vor ein Gericht höherer Instanz hanbelt, an ber Gerichtstafel bes Gerichts erft er Instanz erfolgen; eine Anheftung an ber Gerichtstafel bes Gerichts höherer Instanz wurde ohne rechtliche Wirkung sein.
- 14. Die Anheftung und die Abnahme bes Schriftstäds ist durch den Gerichtsschreiber zu besorgen. Er hat demnächst das Schriftstäd mit der Bescheinigung zu versehen: daß dasselbe zwei Bochen hindurch an der Gerichtstafel angeheftet gewesen sei. Die Borschrift der CPO. § 189 Abs. 3, nach welcher es bedeutungslos ist, wenn das Schriftstäd zu früh von der Gerichtstasel entfernt wird, ist hier nicht für anwendbar zu erachten. Gl. A. v. Schwarze S. 163, Reller S. 46, Thilo S. 41, Stenglein S. 155; a. M. Buchelt S, 102, Dalde S. 39.
- 15. Die Bestimmung bes Schlußsages gilt auch für solche Entscheidungen, welche bas Gericht als "Berfügunge" bezeichnet hat, ba sachlich ein Unterschied zwischen Beschlüssen und Bersitzungen nicht besteht (vgl. oben Note 2. c zu Abschn. 4). Die Aufnahme ber Entscheidungsgrunde in bas anzuhestende Schriftstüd ist also in keinem Falle ersorberlich.

§. 41.

Zustellungen an die Staatsanwaltschaft erfolgen durch Vorlegung der Urschrift bes zuzustellenden Schriftstucks. Wenn mit der Zustellung der Lauf einer Frist beginnt, so ist der Tag der Vorlegung von der Staatsanwaltschaft auf der Urschrift zu vermerken.

(I. Entw. § 35; II. III. Entw. § 34)

Fünfter Abschnitt.

Friften und Biedereinsetzung in den vorigen Stand.

3u \$ 41.

1. Der Mitwirkung bes Gerichtsvollziehers bebarf es bei Zustellungen an bie Staatsanwaltsichaft nicht; ber Gerichtsschreiber läßt bie Urschrift bes quustellenben Schriftsuds kurzer hand an bie Staatsanwaltschaft gelangen. — Uebrigens giebt § 41 nur bie regelmäßige Art ber Zuftellung an. Eine nicht nach biesem §, sonbern nach ben allgemeinen Bestimmungen (§ 37) erfolgenbe Zustellung ist gleichfalls für zulässig unb rechtlich wirksam zu erachten, zumal in bem Falle, wenn bie Staatsanwaltschaft, an welche bie Zustellung erfolgen soll, sich nicht am Orte ber bie Zustellung veranlassen Behörbe besinbet (vgl. z. B. §§ 222—224). Gl. A. Geper S. 619.

2. Wird ber Staatsanwalt (vgl. auch GBG. § 145) in seinem Amtslofal nicht angetroffen, so kann die Borlegung oder sonstige Zustellung bes betr. Schriftstudes zufolge § 169 ber GBD.

an einen Bureaubeamten (Sefretair 2c.) erfolgen. Gl. A. Reller S. 42, 43.

3. Der Lauf einer Frift tann mit ber "Borlegung" nur bann beginnen, wenn biefe eben jum Zwede ber Zustellung bes betr. Schriftftiids flattfanb; biefer Zwed braucht zwar vor bem Gericht nicht ausbrudlich bezeichnet zu werben, muß inbeß für bie Staatsanwaltschaft erstennbar fein.

Bum Gunften Abidnitt.

I. Friften.

- 1. Die in der StPD. vorkommenden Friften sind theils solche, welche den Brozesbetheis ligten gesetht sind, in der Art, daß gewisse handlungen derselben an eine Frist gebunden sind (Erklärungsfristen), theils solche, welche der Richter bezw. die Staatsanwaltschaft aft einzuhalten hat. Bu den Friften der letteren Art gehören z. B. die Ladungsfristen (SS 216, 320), die Fristen bei der öffentlichen Zustellung (§ 40), serner die Fristen, innerhalb deren eine gewisse richterliche Handlung vorgenommen sein muß, wenn nicht eine vorausgegangene vorläusige Anordnung außer Kraft treten oder ausgehoben werden soll (z. B. SS 100, 126).
- 2. Die von ben Prozesbetheiligten mahrzunehmenben Friften (Erffärungsfriften) sinb theils gesetliche, b. h. solche, beren Dauer vom Geset selbst allge mein bestimmt ift und bie von einem bestimmten prozessualichen Ereigniß (Berkündung ober Zustellung einer Entscheidung zc.) ab von selbst zu laufen beginnen; theils sind sie richterliche, b. h. solche, beren Beginn und Dauer für den einzelnen Fall durch richterliche Berfügung sestgest wird. Die Dauer der gesetzlichen Fristen beträgt fast überall eine Boche; vgl. z. B. SS 45, 234, 353, 355, 358, 381, 385, 449, 453, 459; nur für wenige Fälle ist die Frist eine andere; vgl. z. B. SS 170, 469. Richterliche Fristen sind z. B. in den SS 121, 408, 422 vorgesehen. Der Lauf einer solchen Frist beginnt, wenn nicht im einzelnen Falle etwas Anderes bestimmt wird, mit der Bekanntmachung der die Frist seinen daß sie mit einem bestimmten Kalenderlage endigt.
- 3. Gesehliche Fristen können nicht verlängert werben; bie etwaige Bewilligung einer Berlängerung wurde ohne rechtliche Wirkung sein. Was bagegen bie richterlichen Friften bestrifft, so ift in ber Besugniß bes Richters, bie Dauer berselben zu bestimmen, auch bie weitere Besugniß enthalten, sie auf Antrag ober geeigneten Falles selbst von Amtswegen zu verlängern. Doch kann bies nur innerhalb ber ursprünglich bestimmten Frift, nicht nach beren Ablauf, ges

§. 42,

Bei ber Berechnung einer Frist, welche nach Tagen bestimmt ist, wird ber ichehm; gl. A. Geyer S. 453, Binding S. 136; a. M. John S. 429 u. theilw. Stenglein 3. 156.

- 4. In Betreff ber Berichtsferien f. BBB. § 202 Rote 1.
- 5. Bahrung und Berfaumung ber Ertlarungsfriften.
- a. Eine Erklarungsfrift ift nur bann gemabrt, wenn innerhalb berfelben entweber bie Erflärung bei bem zuständigen Gericht zu Brotofoll gegeben ober ein die Erflärung enthaltenbes Schriftflud bei biefem Gericht eingegangen, b. b. in bie Banbe eines jur Empfangnahme eingebenber Schriftftude berufenen Beamten gelangt ift (bie Bulaffiateit ber gemablten Erflarungsform with hierbei vorausgesett; vgl. oben Rote 8 ff. ju Buch 1). Im Falle ber Ginreichung eines Schriftftuds tommt es nur auf ben Zeitpunkt jener Empfangnahme an, nicht also 3. B. auf benjenigen, ju welchem bas Schriftftud in ben Brieftaften bes Gerichts gelegt ober an einen jur Empfangnahme nicht berufenen Beamten (a. B. ben Raftellan bes Gerichtsgebanbes: RGer. II. 5. Jebr. 84 — Entich. X. 74, Ripr. VI. 85) abgegeben wurde. Ebensowenig kommt es auf ben Zeitpunkt an, zu welchem ein mit ber Boft versanbtes Schriftftud bei ber Boftanftalt bes Berichtsortes eingetroffen ift. In bem Salle, wenn bie Ginfenbung eines Schriftftuds burch bie Boft unter "Ginichreibung" erfolgt ift, wird übrigens ber Zeitpuntt, ju welchem ber Boftauslieferungsichein in die Sande bes zur Empfangnahme berufenen Beamten gelangt ift, als ber Zeitpunkt ber Empfangnahme bes Schriftstud's felbst anzusehen sein. — Festgestellt wirb ber Zeitpunkt eines Ginganges eines Schrijtstuds bei bem Gericht burch ben barauf gesetzten Gingangs= (Brajentation8-) Bermert bes hierzu berufenen Beamten, ber Zeitpunkt ber Abgabe einer Erklarung ju Protokoll burch bas Datum bes letzteren. Uebrigens ist ber Nachweis ber Unrichtigkeit bes Prafentationsvermerkes bezw. bes Datums bes Protokolles nicht ausgeschlossen.
- b. Jit ein Schriftstud erst nach Ablauf ber Frift bei bem Gericht eingegangen, so kann bie Frift nicht um beshalb als gewahrt angesehen werben, weil bie Berspätung burch bas Gericht verschulbet worben sei; vielmehr kann bieser Umstand nur die Wiebereinsehung in den vorigen Stand begründen; das Nähere hierüber s. bei § 44 Rote 4. b. In der früheren preußischen Praris bestand eine andere Aussalung, indem von dem Obertribunal angenommen wurde, daß da, wo der Beschuldigte alles in seiner Macht Stehende zur Wahrung der Frist gethan habe, die letztere für gewahrt zu erachten, die Wiedereinsehung in den vorigen Stand also nicht ersorderlich ei (Oppenhoss, Breuß. Strafvers. S. 457, 458). Bal. übrigens § 44 Rote 3. c.
- c. Durch Einreichung eines Schriftstud's bei einem anberen als bem zuständigen Gericht wird eine Frift nur dann gewahrt, wenn noch innerhalb berselben das Schriftstud bei dem juftändigen Gericht eingeht. Es gehört zwar zum officium nobile bes erstgedachten Gerichts, das Schriftstud unverzüglich dem zuständigen Gericht zu übersenden; die Berzögerung dieser Uebersiendung ist indes nicht einmal geeignet, ein Gesuch um Wiedereinsehung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der Frist zu begründen, da es Sache des Erklärenden ist, die Erklärung bei dem zuständigen Gericht abzugeben. In Betress der Uebersendung einer bei einem unzuständigen Gericht zu Protofoll gegebenen Erklärung vgl. Note 10. d zu Buch 1 sowie andererseits die Aussnahmebestimmung des § 341. Bgl. auch § 353 Abs. 2.
 - d. Bgl. § 138 Rote 11 a (Schluß).
 - II. Biebereinsetung in ben vorigen Stanb.
- 6. Der Abschnitt handelt nur von berjenigen Biebereinsehung in ben vorigen Stand, welche gegen die Berfaumung einer Frift statifindet. Die StBD. fennt aber auch eine Biebereinsehung gegen die Berfaumung einer hauptverhandlung ober eines anderen Termins; hierüber f. § 234, 356, 370, 382, 452, 431.
- 7. Die Wiedereinsetzung gegen den Ablauf einer Frist findet fich außer in Abschn. 5 noch in ben §§ 431, 452, 455, 461 ermähnt.
 - Ju § 42.
 - 1. Bgl. oben Rote 1, 4 zu Abicon. 5.



Tag nicht mitgerechnet, auf welchen ber Zeitpunkt ober bas Greigniß fällt, nach welchem ber Anfang ber Krift fich richten soll.

(I. Cutm. § 36; II. III. Cutm. § 35.) Bgl. CPO. § 199.

§. 43.

Eine Frist, welche nach Wochen ober Monaten bestimmt ist, endigt mit Ablauf besjenigen Tages der letzten Woche ober des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder Zahl dem Tage entspricht, an welchem die Frist begonnen hat; sehlt dieser Tag in dem letzten Monate, so endigt die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

Fällt bas Enbe einer Frist auf einen Sonntag ober allgemeinen Feiertag, so enbigt bie Frist mit Ablauf bes nächstfolgenden Werktages.

(I. Cutm. § 37; II. III. Cutm. § 36.) Bgl. CPO. § 200.

§. 44.

Gegen die Versäumung einer Frist kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beansprucht werden, wenn der Antragsteller durch Raturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle an der Sinhaltung der Frist verhindert worden ist. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntniß erlangt hat.

(I. Entw. § 38; II. III. Entw. § 37.)

3u § 43.

- 1. Bgl. oben Rote 1, 4 au Abicon. 5.
- 2. Die Borschrift gilt selbstverständlich auch von Fristen von einer Boche ober einem Monat. Ift 3. B. die Zustellung einer durch sofortige Beschwerde ansechtbaren Entscheidung an einem Montage erfolgt, so endigt die Beschwerdefrist (§ 353) mit Ablauf bes nächstolgenden Montags. Ift im Falle bes § 469 die Revisionsschrift bes Angeklagten der verfolgenden Bermaltungsbehörde am 31. Mai ober am 1. Juni zugestellt worden, so endigt die Frist zur Gegenerklärung mit dem Ablauf des 30. Juni bezw. des 1. Juli.
- 3. In § 43 ift mittelbar auch basjenige ausgelprochen, was in § 42 hinfichtlich bes Beginnes ber nach Tagen bestimmten Friften porgefchrieben ift.
- 4. Welche Feiertage als allgemeine anzusehen seien, ist reichsgesetzlich nicht vorgeschrieben; somit entscheibet hierüber bas Lanbesrecht; wgl. RGer. II. 2. Juni 81 (Entsch. IV. 240, Rspr. III. 365), GG. § 6 Note 4. c (Schluß). Bu ben allgemeinen Feiertagen können auch solche Tage zählen, welche nicht kirchliche allgemeine Festtage sinb. In Betreff ber Tage, welche für bas Reichsgericht als allgemeine Feiertage gelten, s. § 6 ber Geschäftsordnung besselben (GBG. § 141 Note 1).
- 5. Auf bie Antragsfrist (SiGB. § 61) find bie §§ 42, 43 nicht anwendbar: RGer. I. 22. Dez. 79 (Entich. 1. 40), III. 16. Nov. 81 (Ripr. III. 716).

3u § 44.

- 1. Bgl. oben bie Roten gu Abichn. 5, insbef. in Betreff ber "Berfaumung": Rote 5.
- 2. a. Die Biebereinsetzung in ben vorigen Stand kann ebensowohl gegen die Berfaumung einer richterlichen wie gegen die einer gesetlichen Frist beansprucht werben; selbst ber Umpfand, bag die versaumte richterliche Frist eine verläugerte (vgl. Note 3 zu Abschn. 5) war,

Digitized by GOOGIC

^{2.} Auch für die nach Tagen bestimmten Fristen gilt die Borschrift bes § 43 Abs. 2. Für biese Ansicht spricht sowohl die ratio legis wie auch die Entstehungsgeschichte der mit den §§ 42, 43 wörtlich übereinstimmenden §§ 199, 200 der CPD.; vgl. John S. 438, Reller S. 47, Stenglein S. 157. Die Meinungen sind indeß getheilt; vgl. Boitus Kontr. II. S. 431.

ichlieft ben Anspruch auf Biebereinsetung nicht aus. — Gegen ben Ablauf ber Antragsfrift (StBB. § 61) finbet, ba biese nicht eine Prozeffrist ift, eine Biebereinsetung nicht statt; vgl. Oppenhoff S. 168, Olshausen S. 301.

- b. In Betreff ber Berfaumung ber in § 170 bestimmten zweiwochigen Frift, welche burch eine bei ber Staatsan maltfcaft abzugebenbe Erklarung zu wahren ift, f. bie Noten zu § 170.
- c. Der Entw. (§ 41) enthielt folgende Bestimmung: "Gegen die Berfaumung ber Frist für die Anbringung bes Gesuchs um Biebereinsetung in ben vorigen Stand findet eine Biebereinsetung nicht ftatt." Diese Bestimmung wurde von ber ALR. gestrichen (Brot. S. 38, 804). Somit ift auch gegen die Berfaumung ber ebenbezeichneten Frist die Biebereinsetung ftatthaft.
- 3. a. Auf bie Biebereinsehung in ben vorigen Stanb hat beim Borhanbensein ihrer gesetzlichen Boraussehung jeber Prozesbetheiligte Anspruch, mithin auch bie Staatsanwaltschaft. Auch and ere Personen, benen bei Bahrnehmung ihrer Rechte Friften gesetz find, tonnen bie Biebereinsehung beanspruchen, so 3. B. die Bürgen bei Bersaumung ber Beschwerbefrift im Falle bes § 122 Abs. 2.
- b. Das Gesuch um Biebereinsetung ift zwar kein Rechtsmittel im Sinne ber StPO. (vgl. Buch 3); gleichwohl werben in Betreff ber Berechtigung, zu Gunsten bes Beschulbigten ein solches Gesuch anzubriugen, bie Bestimmungen bes 3338 Abs. 2 und ber §§ 339, 340 analog anzuwenden sein. Es erscheint dies um so mehr gerechtsettigt, als die Biedereinsehung vorzugsweise bei der Bersaumung von Rechtsmittelfristen vorkommen wird; offenbar aber würde es gegen die Folgerichtigkeit verstoßen, wollte man demjenigen, der zu Gunsten des Beschuldigten die Berusung oder die Revision einzulegen berechtigt gewesen wäre, die Besugniß verslagen, das Gesuch um Biedereinsehung des Beschuldigten in den vorigen Stand anzubringen, wenn dieser die Berusungs- oder die Revisionsfrist versaumt hat (a. M. John S. 441, Stengslein S. 159). Selbstverständlich können die in § 340 bezeichneten Personen die Wiedereinsehung auch dann nachsuchen, wenn sie selbst duklidung ihrer in jenem § bestimmten "selbstständigen" Berechtigung eine Frist versaumt haben. hinsichtlich der Berechtigung zur Zurüchnahme eines Gesuchs um Wiedereinsehung werden die Bestimmungen des § 344 Sat 2 u. Abs. 2 analog anzuwenden sein.
- c. Auch bie Bestimmung bes § 342, nach welcher bie irrthumliche Bezeichnung eines Rechtsmittels unschädlich ift, wird hier analog anzuwenden, es wird also, wenn ber von bem Wlauf einer Frift Betroffene gegen die Pratlusion Einwendungen erhebt, seine Erklarung event. als Gesuch um Wiedereinsehung zu behandeln fein; so Stenglein S. 157.
- 4. a. Bas als "unabwenbbarer Zufall" zu betrachten sei, läst sich nicht erschöpfenb beitimmen; bas Geset begnügt sich beshalb bamit, die Raturereignisse als die hier hauptsächlich in Betracht kommenden Zufälle beispielsweise hervorzuheben. Sonach entscheibet bas richtersliche Ermessen darüber, ob dasjenige Borkommiß, auf welches das Gesuch um Wiedereinsetzung gestütt wird, einen unabwendbaren Zufall barstelle.
- b. a. Jit bie Bahrung einer Frift burch Richterfüllung gesehlicher Obliegenheiten seiner Behörbe ober eines Beauten vereitelt worben, so ist in biesem amtlichen Berschulben ein unabwendbarer Zusall, welcher bas Gesuch um Biebereinsehung begründet, zu finden. Ein kall dieser Art kann 3. B. vorliegen, wenn ein Prozestetheiligter rechtzeitig eine Erklärung hat zu Brotokoll geben wollen, sein Verlangen jedoch mit Unrecht abgelehnt worden ift. Anlangend den nicht auf freiem Juße befindlichen Beschuldigten, so liegt ein amtliches Berschulden schon dann vor, wenn man es unterlassen hat, für die rechtzeitige Aufnahme einer Erklärung Sorge zu tragen, nachbem berselbe seinen Billen, eine solche abzugeben, zu erkennen gegeben hatte; so (in einem Falle verspäteter Borsichrung): RGer. II. 2. Jan. 80 (Mfpr. I. 179). Ebenso verhält es sich, wenn von dem Berlaugen des Berhafteten, sich behufs Abgabe einer Erklärung mit dem Bertheibiger ober mit einem Rechtsanwalt zu besprechen, dem ersteren bezw. dem letzteren nicht alsbald Kenntniß gegeben worben ist. hierher gehört ferner die etwaige Unstegelmäßigkeit in dem Geschäftsverkehr bes Gerichts, so z. B. der Kall, wenn die Ere

öffnung bes gerichtlichen Brieffastens ober bie Abholung ber Posisenbungen von ber Post nicht zu bem bestimmten Zeitpunkt, sonbern verspätet stattgesunden hat. Die Einrichtung, nach welcher bie an das Gericht abressirten Posisendungen durch einen Gerichtsbeamten von der Post abgeholt werden, begründet überdies schon an sich (also auch Mangels einer Berspätung der Abholung) die Biedereinsehung, salls das betr. Schriftsuck durch die gewöhnliche Briesbestung mittelst Post-boten dem Gericht rechtzeitig zugegangen wäre: AGer. II. 28. Sept. 80 (Entsch. II. 271). A. M.: AGer. I. 31. Mai 80 (Aspr. I. 846), in welchem Beschl. sogar die Berspätung der Abholung nicht als Biedereinsehungsgrund angesehen wurde. Bgl. oben Note 5. a, b zu Abschn. 5. Ein Irrthum hinsichtlich der bei dem betr. Gericht sür den Geschäftsbetrieb bestehenden Einrichtungen stellt einen Wiedereinsehungsgrund nicht dar: RGer. II. 5. Febr. 84 (Entsch. X. 74, Ripr. VI. 85).

- β. Ein die Wiedereinsetung begründendes Verschulben des Gerichts liegt übrigens nicht vor, wenn letteres blos das officium nobile judicis unbeachtet gelassen, wie z. B. wenn es unterlassen hat, den Beschuldigten oder den Privatkläger auf die sormelle Mangelhaftigkeit eines eingereichten Schriftsück (vgl. z. B. § 385 Abs. 2) ausmerklam zu machen (vgl. auch Rote 5. c zu Abschu. 5). Gensowenig kann die Wiedereinsetung aus dem Grunde beansprucht werden, weil die Einhaltung der Frist vermöge eines von dem Gericht selbst veranlaßten Rechtsirrthums des Beschuldigten oder des Privatklägers unterblieden sei; denn es ist Sache des Betheiligten, sich selbst die ersorderliche Renntnis von den gesehlichen Bestimmungen zu verschaffen. Dies gilt z. B. dann, wenn das Gericht auf eine die Dauer oder die Berechnung einer Frist betreffende Anfrage einen unrichtigen Beschie ertheilt oder wenn es die beantragte (unzulässige) Berlängerung einer gesehlichen Frist (vgl. oben Note 3 zu Abschu. 5) bewilligt hat. Hinschlich des nicht auf freiem Fuße besindlichen Beschuldigten wird übrigens in Fällen dieser Art in der Regel zugleich eine die Wiedereinsehung begründete Unterlassung des Gerichts (a) vorliegen.
- c. Ein Berichulben bes Bertheibigers stellt für ben Beschulbigten einen unabwendbaren, das Gesuch um Wiebereinsehung begründenden Zusall nicht dar: RGer. II. 5. Febr. 84 (Entich. X. 74, Ripr. VI. 85), III. 1. Juli 86 (Ripr. VIII. 508), John S. 444; a. M. v. Schwarze S. 165. Dies gilt insbes. auch dann, wenn ber vom Beschuldigten mit der Einzlegung eines Rechtsmittels beauftragte Rechtsanwalt die rechtzeitige Beibringung einer Bollmacht unterlassen hat: RGer. III. 28. Apr. 80 (Ripr. I. 689).
- 5. Die Wiebereinsehung ift nicht ftatthaft, wenn ben Antragfteller ein eigenes Berichulben trifft, ohne welches ber betr. Zufall bie Berfaumung nicht herbeigeführt haben murbe. Gin solches Berschulben ift aber barin allein, bag ber Antragsteller mit ber Bornahme ber betr. handlung bis jum letten Tage ber Frift gezögert hat, nicht zu erbliden, sofern er nur nicht bas an biefem Tage eingetretene hinderniß vorhersehen konnte.
- 6. a. Die Bestimmung bes Schlußiates trägt bem Umstande Rechnung, daß eine Zustellung auch in Abwesenheit bes Abressaten stattsinden kann (Ersatzustellung); vgl. EBD. SS 1669. hat der Abressat von einer solchen Zustellung ohne sein Berschulden keine Kenntniß erslangt und bemzusolge eine Frist versäumt, so kann er gegen diese Bersäumung die Biedereinssehung nachsuchen. Ob dem Antragsteller ein Berschulden beizumessen sei oder nicht, hat der Richter nach freiem Ermessen zu beurtheilen. Es kommt aber nur auf das eigene Berschulden des Antragstellers au; durch dassenige einer anderen Person wird das Gesuch um Biedereinsehung selbst dann nicht ausgeschlossen, wenn diese Person eine solche ist, welche als gesehlicher Bertreter des Antragestellers austreten dars. Bei Zustellungen, welche gemäß SS 119, 418 an den Zustellungs Bevollmächtigten des Beschuldigten bezw. an den Anwalt des Privatslägers ersolgen, ist der Zustellungsbevollmächtigte bezw. der Anwalt der Abressat: daher kann der Beschuldigte bezw. der Privatsläger ein Gesuch um Wiedereinsehung nicht darauf stüten, daß er selbst von der Zustellung keine Kenntniß erlangt habe. Gl. A. Keller S. 49, John S. 446. Dalde 41:S. a. M. Ruchelt S. 109.
- b. Bei ber gang allgemeinen Faffung bes Schluffabes ift bie Anwendung beffelben auf ben Fall ber öffentlich en Buftellung (§ 4) n. CBD. § 186) nicht für ausgeschloffen zu erachten.

§. 45.

Das Sesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muß binnen einer Boche nach Beseitigung des hindernisses bei bemjenigen Gerichte, bei welchem die Frist wahrzunehmen gewesen wäre, unter Angabe und Glaubhaftmachung der Bersaumungsgründe angebracht werden.

Mit bem Sesuch ist zugleich bie versäumte Handlung selbst nachzuholen.
(1. Entw. § 39; 11 111. Entw. § 38.)

7. hat bas Gericht irrthumlich eine Frift für verfäumt erachtet, so ift eine Biebereinsetung m ben vorigen Stand nicht ersorberlich; vielmehr find die auf Grund der irrthumlichen Annahme ergangenen Berfügungen zurückzunehmen ober abzuändern. Dies gilt namentlich bann, wenn ber Lauf der Frift wegen eines prozessualichen Mangels (3. B. weil die Bekanntmachung der betr. Entscheidung nicht in der vorgeschriedenen Beise erfolgt war) noch gar nicht hatte beginnen können.

Ru & 45.

- 1. In Betreff ber einwöchigen Frift vgl. § 43 u. Rote 2, 3 baf.
- 2. Unter bem "Hinderniß" ift berjenige Umstand zu verstehen, welcher die Ursache ber Bersaumung war. Ift eine Zustellung bem Abressaten ohne sein Berschulben unbekannt geblieben is 44 Schlußsat), so bitbet eben biese Unsenntniß das hinderniß; basselbe ift "beseitigt", sobald der Abressat von der Zustellung und dem Gegenstande derselben (dem Inhalt des zugestellten Schriftsuch). Renntniß erlangt hat. Ist demjenigen, der das zur Bahrung einer Frist Ersordersliche gethan, die Frist aber dennoch versäumt hat, die Bersäumung zunächst unbekannt geblieben, io muß diese Unkenntniß als dasjenige hinderniß angesehen werden, mit dessen Beseitigung die Irist sie Andringung des Gesuches beginnt, da, so lange die Unkenntniß dauert, jeder Anlah iehlt, die Biedereinsehung nachzusuchen. Ein Fall dieser Art ist z. B. der, wenn ein rechtzeitig zur Bost gegebenes Schriftstuch während der Bostbeförderung verdrennt oder versoren geht, der Absender aber, hiervon ununterrichtet, der irrigen Meinung ist, das Schriftstuck sei neichts Anderem als darin gesunden werden, daß der Absender von dem Bersuste des Schriftstucks Kenntniß erhält.
- 3. Belder Zeitpuntt als berjenige ber Beseitigung bes hinberniffes anzusehen fei, hat im Zweifelsfalle ber Richter nach feinem Ermeffen zu bestimmen.
- 4. Das Gericht, bei welchem bie Frist mahrzunehmen gewesen mare, ist bastenige, bei welchem bie versaumte hanblung vorgenommen werben mußte ober kounte. Daher
 kann ber nicht auf freiem Fuße besinbliche Beschulbigte, ber eine Rechtsmittelfrist versaumt hat,
 bas Gesuch um Wiedereinsehung nicht blos bei dem mit dem Versahren besatten Gericht, sondern
 auch bei dem Amtsgericht des Gefängnißortes andringen (§ 341). Bei Versäumung der Frist
 für die josortige Beschwerde wird das Gesuch auch bei dem Beschwerdegericht angebracht werden
 können (§ 353 Abs. 2).
- 5. Durch ben Ausbrud "Glaubhaftmachung" will bas Gefet zweierlei aussprechen, ernens: baß ber Antragsteller regelmäßig ben Richter in ben Stanb seten soll, auch ohne som eiche Beweiserhebung bie angesührten Thatsachen für wahr zu halten, und zweitens: baß es bei ber Entscheidung über bas Gesuch nicht nothwendig ber rechtlichen Gewißheit bedürfen, vielmehr ichon eine ftarte Bahrscheinlichkeit genügen soll. "Glaubhaftmachung" bebentet also im Besentlichen basselbe, was in älteren Geseten unter "Bescheinigung" verstanden zu werden pflegte. Der Antragsteller soll wennmöglich mit dem Gesuch Schriftstude (amtliche Atteste, Erstärungen von Ausgen z.) vorlegen, durch deren Inhalt seine Behauptungen bestätigt werden. Gin undedingtes Eriorderniß ist dies indes keineswegs, zumal dem Antragsteller bisweilen die Beschaffung solcher Schriftstude unmöglich sein wird; es muß daher unter Umständen auch die bloße Angabe von Rugen oder sonstigen Beweismitteln für genügend erachtet werden. Die Beeibigung der ausgezüttlen Behauptung ist kein zulässiges Mittel der Glaubhaftmachung; dies gilt auch da, wo das Geset nicht, wie in § 26 Abs. 2 und § 74 Abs. 3, den Eid ausdrüdlich ausschließt; die einzige

§. 46.

Ueber bas Gesuch entscheibet basjenige Gericht, welches bei rechtzeitig erfolgter Handlung zur Entscheidung in ber Sache felbst berufen gewesen ware.

Die bem Gesuche stattgebende Entscheidung unterliegt keiner Ansechtung. Gegen die das Gesuch verwerfende Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt. (I. Entw. § 40; II. III. Entw. § 39.)

6. Die Nachholung ber verfäumten hanblung ift ein nothwendiges Erforberniß ber Biebereinsetung; Mangels ihrer ift bas Gesuch als unzulässig zuruckzuweisen. Uebrigens tann bas zuruckzeiene Gesuch innerhalb ber Frist von Reuem angebracht werben, wenn nurmehr bie versäumte hanblung nachgeholt wirb. — Entbehrlich ift bie "Nachholung", wenn bie Bornahme ber betr. Handlung bereits vor der Andringung des Gesuches ftattgefunden hatte; so genügt z. B., wenn das ein Rechtsmittel anmelbende Schriftstuck dem Gericht verspätet eingereicht war, die Bezugnahme auf dieses Schriftstuck; vgl. Puchelt S. 111, John S. 401.

7. Das Gesuch selbst ist an keine besondere Form gebunden (vgl. oben Rote 8 ff zu Buch 1). Dagegen muß die für die versäumte handlung etwa vorgeschriebene besondere Form (vgl. z. B. §§ 385, 430) selbstverständlich auch bei beren nachholung beobachtet werden, widrigenfalls die lettere als nicht geschen zu betrachten, bas Gesuch also zurudzuweisen ift.

Ru \$ 46.

- 1. Die Entscheidung steht bem jenigen Gericht zu, welches bei rechtzeitig erfolgter handlung zu ber burch biese veranlaßten materiellen Entscheidung bernsen gewesen ware, also bei Bersaumung von Rechtsmittelfristen bem zur Entscheidung über das Rechtsmittel selbst berusenen höheren Gericht; vgl. Roer. IV. 12. Nov. 86 (Ripr. VIII. 704). Die Mot. S. 140 sagen hierüber: "Der Abs. 1 hat namentlich die Rechtsmittel-Instanz im Auge. Burde z. B. bei Bersaumung der Frist zur Einlegung der Revision die Entscheidung über das Gesuch um Biebereinsehung in den vorigen Stand dem Gerichte erster Instanz übertragen, so müßte gegen dessen abweisenden Beschluß wiederum die Beschwerde an das höhere Gericht gestattet, also in nerhalb des Bersahrens über das eine Rechtsmittel (die Revision) noch über ein zweites (die Beschwerde) entschieden werden. Sine solche Beiterung ist durch die getrossen Bestimmung ausgeschlossen, nach welcher in dem gedachten Falle das Revisionsgericht über die Wiedereinsehung in den vorigen Stand zu entsichelben hat."
- 2. Die Enticheibung über bas Gesuch erfolgt burch Beichluß. Bor ber Beschlußfassung wird bie Staatsanwaltichaft bes beschließenben Gerichts, falls sie nicht selbst bie Antragstellerin ift, mit ihrer Erklärung zu hören sein. Im Uebrigen ift eine Anhörung ber Prozesbetheiligten nicht vorgeschrieben, also in bas Ermessen bes Gerichts gestellt. Bgl. § 33 Note 2.
- 3. Onrch bie Bestimmung bes Abs. 2 ist nicht blos bie Beschwerbe gegen bie bem Gesuche stattgebenbe Entscheidung ansgeschlossen, sondern ber letteren überhaupt die Eigenschaft einer ends gültigen Entscheidung beigelegt, ba das Geset nicht ansspricht, daß im Laufe bes weiteren Berfahrens eine nochmalige Erörterung der Biedereinsetzungsgründe statthaft sei. Sonach darf der Gegner des Antragstellers bei der weiteren Berhandlung der Sache der erfolgten Biedereinsetzung nicht mehr widersprechen, und auch das Gericht selbst ist an den ergangenen Beschluß gedunden, sollte es auch dennächst sinden, daß die Wiedereinsetzung mit Unrecht gewährt worden sei.
 - 4. Bu Abf. 3 vgl. § 28 Rote 2; bas bort Bemertte gilt auch bier.
 - 5. In Betreff ber Roften f. C 505 Abf. 3.
 - 6. In Betreff ber in § 170 bestimmten zweiwöchigen Frift vgl. Rote 3. b. zu biefem §.

Ausnahme f. in § 55 (a. M. John S. 449, Stenglein S. 160). Bei gerichtskundigen Thatsachen bebarf es auch ber blogen Angabe von Beweismitteln nicht. — Ob die Behauptungen des Antragstellers für glaubhaft zu erachten seien, darüber entscheibet das freie Ermessen des Richters; übrigens ift es dem letteren nicht verwehrt, selbst eine formliche Beweisaufnahme eintreten zu lassen, wenn auf andere Beise die erforderliche Grundlage der Entscheidung nicht herzustellen ift.

§. 47.

Durch das Gefuch um Wiedereinsetzung in ben vorigen Stand wird die Bollsftredung einer gerichtlichen Entscheidung nicht gehemmt.

Das Gericht kann jeboch einen Aufschub ber Bollstreckung anordnen(1. Entw. § 41; II. III. Entw. § 40.)

Sechster Abichnitt.

Beugen.

3u § 47.

- 1. Der Anbring ung bes Gefuches hat bas Gefet bie aufschiebenbe Birtung versagt, um ben Dibtrauch auszuschließen, bem bas Institut ber Biebereinsetung sonft ausgeseht sein wurde (Mot. 3. 141). Dagegen wird burch ben bie Biebereinsetung ertheilenden Beschluß die Bollftredung. ber beir. Entscheidung von selbst gehemmt bezw. unterbrochen, wenn und soweit diese Bollftredung mabrend bes Laufes ber wiederhergestellten Frist unzuläffig ift. Bgl. § 400.
- 2. Unter "Auffchub" ift auch bie Unterbrechung einer icon begonnenen Bouftredung inbegriffen.
- 3. Buftanbig für die Anordnung eines Aufschubes ber Bollfredung ift basjenige Gericht, welchem die Entscheidung über bas Gesuch um Biedereinsetzung zusteht; zu einer einstweiligen Anordnung ift auch basjenige Gericht für befugt zu erachten, bei welchem bas Gesuch anzubringen ift; vgl. John S. 456. Buchelt S. 113 u. Reller S. 51 halten nur bas erstere Gericht, Stenglein S. 163 nur basjenige für zuständig, welches die zu vollftredende Entscheidung erlassen hat. Ueber ben Fall ber Beschwerbe gegen eine bas Gesuch verwersende Entscheidung (§ 46 Abs. 3) vgl. noch § 349 Abs. 2.
- 4. Gin Aufichub ber Bollftredung tann nicht blos auf Antrag, fonbern auch von Amts = megen angeordnet werben.
- 5. Liegt bie Bollftredung ber betr. Entscheidung ber Staatsanwaltschaft ob (vgl. SS 36, 483), so ift biese zwar für besugt zu erachten, ihrerseits in bringlichen Källen einen ein ft weiligen Aufsch ber Bollftredung eintreten zu lassen; nicht aber barf sie einen an sie gerichteten Antrag auf Ausschleibund abweisen ober auch nur unbeachtet lassen, vielmehr hat sie einen solchen Antrag mit ihrer Erflärung (S 33) unverzüglich bem Gericht vorzulegen. Die Staatsanwaltschaft barf auch ihrereitst einen Antrag auf Ausschleibund ber Bollftredung bei bem Gerichte stellen (vgl. S 153 Note 5. a).
- 3um Sechsten Absanitt.

 1. Zeuge im Sinne bes Abschn. 6 ist berjenige, ber in einer Strafsace, ohne selbst Partei in dieser Sache zu sein, vor dem Richter eine Aussage über seine Bahrnehmungen in Betress von Thatsachen abgeben soll. Selbst solche Personen, welche bei der den Gegenstand der Untersüchung bilbenden Strafthat betheiligt sind, jedoch aus irgend welchem Grunde (z. B. wegen jugendlichen Alters oder wegen des Mangels des zur Strasverfolgung ersorderlichen Antrages) nicht verfolgt werden können, müssen, wenn ihre Bernehmung über jene That ersorderlich wird, in der Eigenschaft von Zeugen vernommen werden (vgl. § 56 Nr. 3). In einem weiteren Sinne als der Ausdruck "Zeugen" läßt sich der Begriff "Zeugniß" versiehen, insosern man hierunter auch die Aussage eines Mitbeschuldigten gegen den anderen begreisen kann; vgl. Note 3. c und Verer in Ho. I S. 266.
- 2. a. Die StPD. erklärt, abweichend von ben älteren Gesetzebungen, niemand für unfähig, als Zeuge vernommen zu werben; bie Frage: ob bie zu vernehmende Berson befähigt sei bezw. gewesen sei, richtige Bahrnehmungen zu machen, das Bahrgenommene richtig auszusassen, zu bezurcheilen und wiederzugeben, ist der freien Entscheidung des Richters überlassen. Sonach können auch Kinder als Zeugen vernommen werden. Desgleichen ist die Bernehmung geisteskrauker Bersonen, und zwar selbst in der Dauptverhandlung, nicht ausgeschlossen; sie kann vielmehr statischen, wenn das Gericht von der Auslassung der betr. Person oder von der Art ihres Austretens eine Ausstätzung der Sache erwartet; die Braris kennt verschiedene Fälle, in denen die Bernehmung

eines Beistestranten mit wesentlichem Ruten für bie Sache ftattgefunden hat. Bgl. § 260; Geper 2b. S. 524 u. in &B. I. S. 282, Glaser I. S. 467.

- b. Auch die formelle Unterscheidung zwischen vollgültigen (klassichen) und vers bächtigen Zeugen ist durch den Grundsat der freien Beweiswürdigung (§ 260) hinfällig geworden: nur allein in Beziehung auf die Beeidigung (§§ 56, 57) macht sie sich noch in gewissen Maße geltend. Daber darf das Gericht einen Antrag des Angeschuldigten: seine Ehefrau oder einen anderen nahen Angehörigen als Zeuge zu vernehmen, nicht aus dem (abstratten) Grunde ablehnen, weil die betr. Person als Zeuge verdächtig oder weil ihre Aussage ein "ungeeignetes Beweismittel" sei; vielmehr kann eine solche Ablehnung nur auf die Bürdigung der konkreten Sachlage gegründet werden: RGer. III. 17. Nov. 80 (Rspr. II. 523), II. 30. Nov. 80 (Rspr. II. 588). Bgl. Note 7. b zu §§ 51—54 und § 57.
- 3. a. Niemand fann in demfelben Berfahren gleichzeitig Beschuldigter und Zeuge sein; baher fann ein Mitbeschuldigter gegenüber einem anderen Mitbeschuldigten nicht als Zeuge vernommen werden. Dies gilt auch bann, wenn die Untersuchung mehrere selbstkändige Straffälle betrifft und ber eine Mitbeschuldigte nur über einen Straffall Austunft geben soll, bei welchem er selbst einer Betheiligung nicht beschuldigt ober auch nur verdächtig ist; auch in diesem Falle fann ber betr. Beschuldigte nur als solcher vernommen werden. Gl.A. Reser. II. 9. Mai 82 (Entsch. VI. 279, Rspr. IV. 455), Glaser I. S. 472; a. M. Binding Grundr. S. 122. Ersorberlichenfalls läßt sich die Bernehmung eines Mitbeschuldigten als Zeugen baburch ermöglichen, daß die verbundenen Straffachen getrennt werden. Bgl. unten b. y. lledrigens hat das Reser. F. in einem Urth. v. 14. Aug. 83 (Rspr. V. 528) angenommen, daß unter "demselben Bersahren" hier nur berselbe Versahrens abschiedt (Hauptversahren, Boruntersuchung) zu verstehen sei und daß in dem Hauptversahren gegen einen Mitbeschuldigten ein anderer Mitbeschuldigter, gegen welchen das Hauptversahren noch nicht eröffnet ist, als Zeuge vernommen werden könne (vgl. § 56 Nr. 3).
- b. a. Unbererfeits tann ein bisber Befchulbigter, wenn er aufgebort hat, ein folder gu fein, und es bemnachft auf feine Bernehmung gegenüber anderen Befculbigten automint, in ber Eigenschaft als Zeuge, und zwar nur in biefer Eigenschaft, vernommen werben. Es gilt bies for wohl in bem Falle, wenn ber zu Bernehmenbe nach geführter Boruntersuchung außer Berfolgung gefett (§ 202), wie auch in bem anberen Salle, wenn er burch Urtheil rechtsfraftig freigefprocen ift; in beiben Fallen finden auf ben zu Bernehmenben bie für die Zeugen gegebenen Borfchriften Anwenbung. Insbef. also ift berfelbe ber Zeugnigpflicht unterworfen; bei Geltenbmachung berfelben und Brufung einer etwaigen, auf § 54 geftutten Beigerung wirb allerbings bie Doglichteit einer Bieberaufnahme bes gegen ben Beugen ftattgehabten Berfahrens (§§ 210, 402 Rr. 4) ju be: rudfichtigen fein. Die Beeibigung anlangend, fo bestimmt § 56 Dr. 3, daß fie unstatthaft ift, wenn ber Beuge hinfichtlich ber ben Gegenftand ber Untersuchung bilbenben That als Theilnehmer 2c. verbachtig ober bereits verurtheilt ift; ein in ber RER. (Brot. S. 815) gestellter Antrag : que bie Beeibigung außer Berfolgung gefetter ober freigefprochener Mitbefdulbigter auszuschließen, ift nicht jur Annahme gelangt. Sonad muß ber Beuge, ber juvor ale Befculbigter außer Berfolgung gefest ober freigesprocen mar, beeibigt merben, fofern nicht bas Gericht ausbrudlich feitftellt, bag er ber Theilnahme 2c. verbächtig fei. Bu einem folchen Husspruch bleibt bas Gericht ber Freis fprechung 2c. ohnerachtet flets befugt, wenn es in ber gegenwärtigen Berhandlung einen genügenben Anhalt für benfelben finbet; gl. A. RGer. II. 26. Juni 83 (Entich. VIII. 382, Ripr. V. 469), 4. Oft. 81 (Ripr. III. 589), Glafer I. S. 570; a. M. Geper a. a. D. S. 286 u. theilw. auch Binbing S. 122; nur barf felbstverstänblich ber Ausspruch nicht lebiglich darauf gegründet werden, bag ber Beuge wegen Theilnahme ac. in Untersuchung gestanden habe. Es ift aber freilich ftete etwas Digliches, wenn bas Gericht einen Ausspruch abgiebt, burch welchen es mit einer fruheren Enticheibung, minbestens fdeinbar, in Biberfpruch tritt und welcher überbies bie bem Freigesprocenen nachtheilige Birfung haben muß, bag in ber öffentlichen Meinung bem freifprechenben Urtheil feine Bebeutung großentheils entzogen mirb. Richtiger mare es baber mobl gemefen, bie Beeibigung bes fruber befdulbigt gewesenen Beugen, wenn nicht auszuschließen, so boch in bas Ermeffen bes Gerichts zu ftellen. - Ift übrigens ein Beuge in ber wiber ihn ergangenen Enticheibung zwar fur ichulbig

§. 48.

Die Ladung der Zeugen geschieht unter hinweis auf die gesetzlichen Folgen bes Ausbleibens.

Die Ladung einer bem aktiven Heere ober ber aktiven Marine angehörenben Person bes Solbatenstandes als Zeugen erfolgt burch Ersuchen ber Militärbehörde.
(I. Entw. § 48; II. III Entw. § 47) 8al. CPO. 35 342. 343.

befunden, jedoch wegen eines Strafaufhebungsgrundes, 3. B. wegen Berjährung, freigesprochen worden, so ift er im Sinne des § 56 Nr. 3 "verdächtig", und zur Rechtfertigung der Richtbeeibigung genügt daher die Bezugnahme auf die gedachte Entscheidung.

- 3. Soll ein rechtsträftig verurtheilter Mitbeschulbigter in einer späteren Berhanblung gegen Mitbeschulbigte vernommen werben, so ist er gleichsalls als Zeuge zu behandeln, wie dies auch in § 56 Rr. 3 vorausgesetzt wird. Insbes, steht bemselben der in § 70 bestimmte Entsichäungsanspruch zu. Rur die Beeidigung des Berurtheilten ist nach § 56 Rr. 3 unzuslässig; val. dort Rote 13. e.
- y. Das vorstehenb (a. 3) Gesagte ift nicht auf ben Fall zu beziehen, wenn in einer, mehrere selbständige Delikte umfassenden Untersuchung ein vormaliger (außer Berfolgung gesetter, freigesprochener oder Berurtheilter) Mitbeschuldigter über ein Delikt vernommen werden ioll, bei welchem er selbst einer Betheiligung gar nicht beschuldigt war; in einem solchen kalle ist ber zu Bernehmenbe in jeder Beziehung, also auch hinsichtlich ber Beeidigung, als Beuge zu behandeln.
- c. hinfichtlich ber Beweiswurdigung befteht fibrigens ein Unterschieb zwischen ber Ausjage eines Mitbeschulbigten (Bezichtigung) und einer Bengenausjage, zumal einer unbeeibigten, nicht; ber Richter hat ben Werth ber ersteren wie ben ber letteren lebiglich nach feinem freien Ermeffen zu beurtheilen; vgl. § 260 u. die Roten bas.
- 4. Ueber eine Bernehmung bes Privatklägers ober bes Rebenklägers als Zeugen f. bie Roten ju § 424 bezw. zu § 437.
- 5. Riemand kann in berfelben Straffache eine amtliche Thätigkeit ausüben und zugleich Zeuge fein (vgl. § 22 Rr. 5 u. Rote 20 bas., §§ 31, 32). Dasselbe gilt von ber Thätigkeit bes Bertheibigers (vgl. § 138 Rote 5) und von berjenigen bes Anwalts bes Privatklägers (§ 418) ober bes Rebenklägers (§ 437).
- 6. In Betreff ber ein Zeugniß enthaltenben fcriftlichen Erflärungen von Beborben i. § 96, 255 u. bie Noten baf.
- 7. In Betreff ber Grenze zwischen ben Begriffen "Beuge" und "Sachverftanbiger" i § 85 u. bie Roten baf.
- 3u § 48.

 1. Die Labung ber Zeugen wird zwar, wie dies in der Natur der Sache liegt, in der Regel ichtiftlich, d. h. durch Zustellung eines die Ladung enthaltenden Schriftstick, ersolgen; da indeß der J nicht besagt, daß die Ladung nothwendig eine schriftliche sein müsse, so ift auch eine mündliche Ladung nicht ausgeschlossen, und namentlich im Borversahren wird eine solche, durch einen Gerichtsbiener ze. zu bewirkende Ladung oftmals angemessen sein. Bei Berlegung eines Termines, insbesauch einer Hauptwerhandlung, kann die Ladung in der Art mündlich ersolgen, daß der Richter den anwesenden Zeugen die Zeit des neuen Termins bekannt macht, sie zum Erscheinen in demselben aussordert und sie auf die gesehlichen Folgen des Ausbleidens hinweist; daß dies geschehen, wird alsdann durch das Protokoll zu beurkunden sein. Auch mittelst Te legramms kann ersorderlichensalls eine Ladung ersolgen; vgl. oden Rote 9. b zu Buch 1. Im Uedrigen s. § 50 Rote 1.
- 2. Abgesehen von bem hinweise auf die gesehlichen Folgen bes Ausbleibens giebt die StPD. feine Borschriften über ben nothwendigen Inhalt ber Ladung ber Zeugen; es ist also in das Ermessen ber bie Ladung anordnenden Behörde gestellt, ob ber Name bes Beschuldigten oder doch eine Bezeichnung ber betr. Strafsache, besgleichen ob die Angabe ber Thatsachen, über welche die

§. 49.

Der Reichstanzler, die Minister eines Bundesstaates, die Mitglieder der Senate Bernehmung ersolgen soll, in die Ladung auszunehmen sei. Die Aufnahme der letteren Angabe wird sich in Strassachen regelmäßig nicht empsehlen; wgl. § 68 Abs. 1.

- 3. Darüber, baß es bei ber Labung von Beugen, bie fich in einem anberen Gericht Bbegirt aufhalten, ber Mitmirfung ber Beborben biefes Begirt's nicht bebarf, f. 686. \$ 161.
 - 4. Ueber bie burch bie Labung begrunbete Berpflichtung bes Belabenen f. § 50 Rote 2-5.
- 5. Die StBD. ermähnt einer Befugniß des Gerichts, einen Zeugen ohne Beiteres, d. h. ohne daß derselbe zuwor geladen worben, vorführen zu lassen (voll. § 50), nicht, und es fragt sich baher, wie zu versahren ist, wenn die Rothwendigseit eintritt, einen noch nicht geladenen, in der Rabe befindlichen Zeugen sogleich, z. B. im Laufe der schon begonnenen Hauptverhandlung, zu vernehmen. In einem solchen Falle ist es statthaft, eine Ladung zu erlassen und den Zeugen in ihr anzuweisen, bei Bermeidung der sofortigen zwangsweisen Borführung dem mit der Zustellung der Ladung beaustragten Beamten unverzüglich vor das Gericht zu folgen, während diesem Beamten gleichzeitig der Besehl zu ertheilen sein wird, den Zeugen zwangsweise vorzusühren, falls derselbe der in der Ladung enthaltenen Anweisung nicht sogleich Folge leisten sollte (gl. A. John S. 523). Es versteht sich übrigens, daß ein solches Bersahren nur im Nothsalle anzuwenden und daß der betr. Beamte in seinem Berhalten Alles zu vermeiden haben wird, was zu einer Kränkung des Zeugen gereichen könnte.
- 6. Dariber, burch men bie Labungen ber Zeugen zu veranlaffen feien, f. §§ 36, 213, 425 2151. 2 fowie § 38.

Bu Abs. 2.

- 7. In ben vor bie orbentlichen Gerichte gehörigen Strassagen werben auch solche Zeugen, welche bem Solbaten ft ande angehören, ohne Unterschied bes Ranges (vgl. die in Rote 10 cit. "Bestimmungen"), von dem besasten Gericht selbst, nicht von dem Militairgericht, vernommen; bementsprechend ist in dem Falle, wenn die Bernehmung durch ein ersuchtes Gericht zu bewirken ist, das Ersuchen regelmäßig an das örtlich zuständige Amtsgericht (GBG. § 158), nicht an das Militairgericht, zu richten. Zur Berhütung von Kollisionen, welche zwischen der Psticht zum Ersscheinen vor Gericht und der militairischen Dienspsticht entstehen könnten, schreibt nun § 48 Abs. 2 die Bermittelung der Ladung durch die dem Zeugen vorgesehte Militairbehörde vor, welche die dienstliche Abkönmlichseit des Zeugen zu prüsen hat (Mot. S. 146). Durch die Richtabkömmlichse teit desselbst fann eine Terminsverlegung und, wenn eine Hauptverhandlung iu Frage steht, unter Umständen eine kommissarische Bernehmung des Zeugen (§§ 222, 223, 250) ersorderlich werden.
- 8. Der § 48 spricht (abweichend von § 50 Abs. 4, § 69 Abs. 5) nur von ben Personen bes Solbatenstanbes, nicht von ben Militairpersonen im Allgemeinen; er findet also auf die Militairbeamten (vgl. § 50 Note 21) nicht Anwendung. Die Militairärzte (Mitglieder des Sanitātstorps) und die Mitglieder des Maschineningenieurkorps sind nicht Militairdeamte, sondern Personen des Solbatenstandes (Anl. zum Mil.:St&B. v. 20. Juni 1872, RGBI. S. 204).
- 9. In Betreff bes "aktiven heeres" und ber "aktiven Marine" f. Gef., betr. bie Berspflichtung zum Kriegsbienfte, v. 9. Nov. 1867 SS 2, 8, 12, 13, 15 (BGBl. S. 131) u. R.-Milistair-Gef. v. 2. Mai 1874 S 38 (RGBl. S. 45).
- 10. Ueber ben Begriff "Militairbehörbe" f. bie von ben Kriegsminiftern Breugens, Bayerns, Burttemberg und Sachfens sowie von bem Chef ber Abmiralität getroffenen Bestim= mungen im R. Centr. Bl. 1880 Rr. 26 und preuß. JWBI. 1880 S. 157.
- 11. Die Militafrbehörde ift hier nicht blos, wie nach § 158 ber CPO. (vgl. oben § 37 Rote 10) Empfängerin ber Zustellung, sonbern fie ift bei Uebersenbung bes bie Labung enthaltenben Schrift= studs um bie Erlassung einer ber Labung entsprechenben bien ftlichen Beisung an ben Zeugen (Baritionsorbre) zu ersuchen.
 - 12. Bgl. § 53 Note 6 (Schlußfat).

3u § 49.

1. Der S war im Entw. nicht enthalten; er ift von ber RER. auf Berlangen ber Regierungs-

ber freien Hansestädte, die Vorstände ber obersten Reichsbehörden und die Vorstände ber Ministerien sind an ihrem Amtssitze oder, wenn sie sich außerhalb besselben aufhalten, an ihrem Aufenthaltsorte zu vernehmen.

Die Mitglieber bes Bundesraths sind mährend ihres Aufenthalts am Site bes Bundesraths an diesem Site, und die Mitglieder einer beutschen gesetzgebenden Bersammlung mährend der Sitzungsperiode und ihres Aufenthalts am Orte der Bersammlung an diesem Orte zu vernehmen.

Bu einer Abweichung von ben vorstehenben Bestimmungen bedarf es:

- in Betreff bes Reichstanglers ber Genehmigung bes Raifers.
- in Betreff ber Minister und ber Mitglieber bes Bunbesraths ber Genehmigung bes Lanbesherrn,
- in Betreff ber Mitglieber ber Senate ber freien Sansestäbte ber Genehmis gung bes Senats,
- in Betreff ber übrigen vorbezeichneten Beamten ber Genehmigung ihres unmittelbaren Borgesetten,
- in Betreff ber Mitglieber einer gesetzgebenben Versammlung ber Genehmigung ber letteren.
 - (L II. III. Entw. § -.) Bgl. CPO. § 347.

vertreter aufgenommen und sodann vom Reichstag felbst gebilligt worden. Ueber die Gründe, auf denen die Bestimmung beruht, s. Brot. S. 815 ff.

- 2. Die Bestimmungen bes § gelten für alle Stabien bes Bersahrens; ihre Bebeutung ber fieht jedoch hauptsächlich darin, daß sie für das hauptverfahren eine Abweichung von dem Erundsah der Mündlichseit ausstellen, indem sie sür den Fall, daß der Amtssih z. des Zeugen nicht zugleich der Sit des erkennenden Gerichts ist, die kommissarische Bernehmung des Zeugen (§§ 222, 223) an Stelle der Bernehmung in der hauptverhandlung vorschreiben. In dieser wird, wie in den Fällen des § 250, das Protokoll über die kommissarische Bernehmung verlesen. Streitig ist, od die letzere und die Berlesung des Protokolles ohne Weiteres oder ob sie erst dann zulässig sind, wenn die Genehmigung zur Ladung des Zeugen vor das erkennende Gericht ersolglos nachgesucht worden. Das Erstere erscheint als das Richtige, da § 49 im Berhältniß zu den §§ 222, 250 eine selbstständige Vorschrift enthält und deshalb das in diesen beiden §§ ausgestellte Ersorderniß eines "nicht zu beseitigenden" Hindernisses des persönlichen Ersichens nicht auf die Fälle des § 49 zu beziehen ist. So: Reller S. 53, John S. 531, Stenglein S. 166; a. M. Buchelt S. 118, v. Schwarze S. 172, v. Bomhard S. 35, Geyer & S. 510 u. in S. I. S. 267.
- 3. Die in Abs. 3 bezeichnete Genehmigung tann sowohl von bem Gericht wie auch von sebem Prozestbetheiligten, ber ein Interesse an bem Erscheinen bes Zengen hat, eingeholt werben (theilw. a. M. Stenglein S. 167). Das Gericht tann barüber, ob eine Abweichung von ben Bestimmungen in Abs. 1, 2 und bemzusolge die Einholung ber Genehmigung angezeigt sei, von Amiswegen wie auf Antrag Beschluß fassen.
- 4. Mangels ber gebachten Genehmigung ist eine Abweichung von den Bestimmungen in Abs. 1, 2 unstatthaft und daher nicht geeignet, die Pslicht zum Erscheinen zu begründen. Im llebrigen aber ist die lettere sur die hier bezeichneten Personen die gleiche wie für andere Zeugen; jene lönnen also nicht beanspruchen, in ihrer Bohnung vernommen zu werden. Unter dem "Amtsssis" ist nur der Ort (die Ortschaft) zu verstehen, wo der Beamte seinen dienstlichen Bohnsitz seich Beeichneten Ges. v. 31. März 1873 SS 21, 22, 40) hat. Hält sich eine der in Abs. 1 bezeichneten Personen an einem Orte auf, welcher nicht Sitz eines Gerichts ist, so muß ber Richter an den Ausenthaltsort des Zeugen begeben, da der S nicht die Bernehmung durch das Gericht des Ausenthaltsortes, sondern die Vernehmung "am Ausenthaltsorte" vorschreibt.

§. 50.

Ein ordnungsmäßig gelabener Zeuge, welcher nicht erscheint, ist in die durch bas Ausbleiben verursachten Kosten, sowie zu einer Gelbstrafe dis zu breihundert Mark, und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zur Strafe der Haft bis zu sechs Wochen zu verurtheilen. Auch ist die zwangsweise Vorführung des Zeugen zulässig. Im Falle wiederholten Ausbleibens kann die Strafe noch einmal erkannt werden.

Die Berurtheilung in Strafe und Rosten unterbleibt, wenn das Ausbleiben bes Zeugen genügend entschulbigt ist. Erfolgt nachträglich genügende Entschuls bigung, so werden die gegen den Zeugen getroffenen Anordnungen wieder aufzgehoben.

Die Befugniß zu biefen Dafregeln fieht auch bem Untersuchungerichter, bem Amterichter im Borverfahren, sowie bem beauftragten und ersuchten Richter zu.

Die Festsetzung und die Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht, die Vorführung einer solchen Person durch Ersuchen der Militärsbehörde.

(I. Entm. § 49; II. III. Entm. § 48.) Bgf. CPO. §§ 345. 346.

Bu § 50.

^{5.} Es macht bei ben in Abs. 1 bezeichneten Berjonen, wenn fie sich außerhalb ihres Amtsfiges aufhalten, keinen Unterschieb, ob ihre Abwefenheit vom Amtsfige einen bienfte lichen Grund hat ober nicht; es fällt z. B. auch ber Ausenthalt an einem Babeorte unter bie Borschrift bes S.

^{6.} In Betreff "ber oberften Reichsbehörben" ist hervorzuheben, daß das der Bbn. v. 23. Nov. 1874 beigefügte Berzeichniß I (NGBl. S. 136) nicht mehr maßgebend ist; vgl. Laband Staatsrecht I. S. 298 u. John S. 533. Namentlich sind als oberste Reichsbehörden inzwischen hinzugekommen: das Reichsbant-Direktorium (Bdn. v. 19. Dez. 1875, RGBl. S. 378); das Reichs-Postamt (Bdn. v. 22. Dez. 1875, RGBl. S. 379, u. Erl. v. 23. Febr. 1880, RGBl. S. 25); das Reichsinstigamt; das Reichsamt sür die Berwaltung der Reichseisenbahnen (Erl. v. 27. Mai 1878, RGBl. 1879 S. 193); das Reichsschaft (Erl. v. 14. Juli 1879, RGBl. S. 196); endlich das Reichsgericht (GGG. § 125). In Betreff des Reichsamts des Innern vgl Erl. v. 24. Dez. 1879 (RGBl. S. 321).

^{7.} Der Ausbrud "Vorstände der Ministerien" ift gewählt, weil es Bunbesstaaten giebt, in benen nicht jeder Chef eines Ministeriums den Litel "Minister" führt; vgl. Strudmann u. Roch S. 406.

^{8.} Auf bie Mitglieber ber beutichen gesetsgebenben Bersammlungen finbet ber 5 nur Unwendung "mahrend ber Sihungsperiode und ihres Aufenthalts am Orte ber Berjamm= lung"; es muffen beibe Boraussehungen zutreffen.

^{1.} Die Pflicht bes Zengen, vor bem Gericht (vgl. § 159 Note 3.b) zu erscheinen, mirb nur burch eine orbn ungsmäßig ersolgte Labung begründet, und nur die Richtbesolgung einer solchen kann die Anwendung der Bestimmungen des § 50 nach sich ziehen. Es wird also eine Ladung vorausgesetzt, welche Ort und Zeit des Termines bestimmt angiedt und den hinweis auf die gesetztigen Folgen des Ausbleidens (§ 48 Abs. 1) enthält. In Betreff der Schristlichkeit der Ladung vgl. § 48 Note 1. — Eine unter Richtbeachtung des § 48 Abs. 2, des § 49 Abs. 3 oder des § 71 erlassene Ladung ist eine ordnungswidrige und verpflichtet den Zeugen zum Erscheinen nicht.

^{2.} Die Bflicht bes Beugen jum Ericheinen geht babin: fich an bem in ber Labung bestimmten

Orte einzufinden. Dieser Ort kann ein außerhalb ber Gerichtsftelle liegender sein, 3. B. ber Ort, wo eine Augenicheinsnahme ftattfinden foll (vgl. Rote 4.b ju SS 51-54). Ift im Borverfahren eine größere Bahl von Ginwohnern einer entfernteren Orticaft ju vernehmen, fo fann bas Gericht aus Zwedmagigfeitsrudfichten bie Bernehmung in biefer Ortichaft bemirfen und die Zeugen borthin an eine von ihm zu bestimmenbe Stelle laben. — Personen, welche wegen Rrantheit ober Gebrechlichfeit an ber Gerichtsfielle ju erscheinen außer Stanbe finb, tonnen in ihrer Bohnung ober an bem soustigen Orte, an welchem fie fich jur Zeit befinben, vernommen werben. Bal. noch § 71. .

- 3. Es macht hinfictlich ber Aflicht jum Erscheinen feinen Unterschieb, ob ber Leuge por bas Gericht bes Begirts feines Aufenthaltsortes ober por ein anderes beutsches Gericht gelaben wirb : vgl. GBG. S 161 u. Rote 5 bas. Richt zutreffend ift bie Anflicht Buchelts G. 121, bag febr große Entiernung ben Beugen von ber Pflicht jum Ericeinen befreie; ber § 222, auf welchen Buchelt Bezug nimmt, giebt nur bem Gericht, nicht aber bem Zeugen, eine Befugniß; al. A. Glafer L S. 496, Stenglein S. 168. Bgl. noch GBG. § 166 Abf. 3.
- 4. Die Berechtigung zur Berweigerung bes Zeugnisses (SS 51-54) befreit bie als Beuge gelabene Berfon nicht ohne Beiteres von ber Pflicht jum Erscheinen, jumal bie Frage, ob ein geletlicher Beigerungsgrund im einzelnen galle wirtlich beftebe, bisweilen ber munblichen Geörterung bebürfen wirb. Somit hat, wenn ein geladener Zenge vor bem Termine bie Berweigerung des Beugniffes ichriftlich anzeigt, ber Richter nach Lage bes Falles barüber ju entscheiben, ob ber Beuge von bem Ericeinen ju entbinben fei ober nicht; übrigens tann bas Befteben eines Beigerungsgrundes bem Richter unter Umftanben auch Beranlaffung bieten, bas Ausbleiben ber Beugen für enticuldigt zu erachten. - Bgl. § 49 Rote 4.
- 5. Die Bflicht jum Erscheinen schließt bie weitere Pflicht in fich, von bem in ber Labung befimmten Beltpunkt ab am Orte ber Bernehmung (Rote 2) fo lange ju verbleiben, bis ber Richter, ausbrudlich ober ftillichweigenb, bie Entlaffung bes Beugen ausgesprochen bat; bies gilt auch von ben icon vernommenen Beugen, ba beren nochmalige Befragung ober eine Begenüberftellung mit anderen Beugen nothwendig werben fann (vgl. § 247). Daber ift ber Richter bejugt, einen Beugen, welcher fich vorzeitig entjernen will, nothigenfalls fo lange zwangsweife feftbalten gu laffen, als feine Anwefenheit in bem Termine zc. erforberlich ift (vgl. Rote 11). Aus ber gebachten Bflicht ift ferner ju folgern, bag gegen einen Beugen, ber fich ohne Erlaubnig entfernt, bie Bestimmungen bes § 50 wie gegen einen nicht ericbienenen Beugen Anwendung finden. Der Entw. sprach bies ausbrudlich aus; bie bezüglichen Worte murben jedoch von ber RIR. geftrichen, um bie StBD. mit ber CBD. in Uebereinstimmung gu bringen; eine fachliche Bebeutung ift biefer Streichung nicht beizumessen. Gl. A. Dochow MStB. S. 166, Thilo S. 51, Buchelt S. 122, Daide S. 45, Reller S. 54, John S. 536, Glafer I. S. 485, Stenglein S. 169; a. D. v. Schwarze Romm. S. 173, Boitus Routr. I. S. 30, Geger 26. S. 513.
- 6. In Betreff ber Anwendbarteit bes § 50 auf bie unmittelbar gelabenen Bengen f. bie Roten gu § 219.

3n 916 [. 1.

7. Das erfte, nicht hinreichend entschulbigte Ausbleiben bes Beugen gieht, fofern nicht ber Ball des Abs. 2 vorliegt, bie Berurtheilung in Roften und Strafe nothwenbig nach fic. Borführung kann angeordnet werden. Beide Maßregeln find neben einander statthaft. — Bleibt bei wieberholter Ladung ber Beuge abermals aus, fo tann ber Richter noch einmal eine Strafe verhangen; er tann es aber auch bei ber nunmehr anzuordnenben Borführung bewenden laffen. Dehr als zweimal barf nach bem (erft von ber RER. aufgenommenen) Schluffage bes Abs. 1 bie Strafe nicht verhängt werden. Dies ist indeß nur bahin zu verstehen, bag in Un= fehung beffelben Bernehmungsfalles eine öftere Bestrafung ausgeschloffen fein foll; baber ift 3. B. gegen ben in ber hauptverhandlung ansgebliebenen Zeugen bie Berhangung ber Strafe auch bann ftatthaft, wenn berfelbe bereits in ber Boruntersuchung zweimal mit Strafe belegt mar; ber Grundfat bes § 69 Abf. 4 findet hier nicht Anwendung. Gl. A. v. Schwarze S. 174, Reller 6. 55, Dalde S. 45, Meves S. 36, Buchelt S. 122, John S. 539, Geger 26. S. 513, Boitus Digitized by COSIC

Lome, Strafprozegoronung. D. Auflage.

- Kontr. II. S. 19, Stenglein S. 170, Glaser II. S. 281; a. M. Dochow RStB. S. 167, Binding S. 123. Daß in jedem Ungehorsamssalle ben Zeugen die Kosten treffen, ist zwar nicht ausbrücklich gesagt, versteht sich indes schon nach civilrechtlichen Grundsätzen von selbst.
- 8. Die Sohe ber Strafe ift innerhalb ber gefehlichen Grenzen nach richterlichem Ermeffen für jeben einzelnen Fall besonders zu bestimmen; es werben hierbei namentlich die Bermögensverhältniffe bes Zeugen zu berücksichtigen fein. Bas die im Falle wiederholten Ausbleibens "noch
 einmal" zu verhängende Strafe betrifft, so ist aus ber Fassung des Schlussabes nicht zu folgern,
 baß fie gerade nur in berfelben hobe, wie die zuerst verhängte, sestgefeht werben burfe.
- 9. Unter ben Roften, welche ben ungehorsamen Zeugen treffen, sind vorzugsweise biejenigen zu verstehen, welche durch die Berlegung bes Termines, die nochmalige Labung anderer Zeugen & erwachsen. Auch diejenigen Rosten sallen bem Zeugen zur Laft, welche durch die Bollstredung ber gegen ihn sestgesehren Strafe entstehen (Mot. S. 146).
 - 10. In Betreff ber Saft vgl. § 69 Rote 5. c.
- 11. In ber Befugniß gur Borführung liegt auch bie Befugniß, ben vorgeführten Zeugen an bem Orte, wo bie Bernehmung erfolgen soll, mabrend einer turgen Zeit festhalten zu laffenwenn ber sofortigen Bernehmung ein hinberniß entgegensteht. Bgl. Rote 5.
- 12. Bur Berhangung ber in Abf. 1 bezeichneten Dagregeln bebarf ce eines Antrages nicht; biefelben find vielmehr von Amtswegen anzuordnen.
- 13. Einer ber Strafverhangung z. vorausgebenben Anhörung bes ausgebliebenen Zeugen bebarf es nicht, ba bas Geset bemjelben bie nachträgliche Entschuldigung gestattet. In Betreff ber Anbörung ber Staatsanwaltschaft f. § 33 Rote 2.

Bu Abf. 1. 2.

- 14. Die Berhängung ber in Abs. 1 bezeichneten Maßregeln erfolgt, selbst wenn sie im Laufe einer hauptwerhandlung stattsindet, burch Beschluß, nicht durch Urtheil; das Gleiche gilt von ber Wiederaushebung berselben (Abs. 2); vgl. oben Rote 2 zu Abschn. 4. Aus der der EPO. entlehnten Ausdrucksweise des S ("verurtheilen" "erkannt werden") ist das Gegentheil um so weniger zu folgern, als selbst im Civilprozes die Entscheidung durch Beschluß erfolgt (EPO. § 345 Abs. 3).
- 15. Gegen alle in Abs. 1, 2 gebachten Beschlüsse findet, sofern sie nicht von einem Ober- landesgericht ober von bem Reichsgericht erlassen sind, die Beschwerde statt (§ 346 Abs. 2, 3). Dieselbe ist ohne ausschiedende Birkung (§ 349). Uebrigens ist auch eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft nicht ausgeschlossen, so 3. B. in dem Falle, wenn die letztere der Ansicht ift, daß die Wiederaushebung der Strafe nicht gerechtsertigt sei (vgl. § 153 Note 5. b).
 - Bu Abs. 2.
- 16. Ob bas Ausbleiben genügenb entschulbigt sei, barüber entscheibet bas Ermessen bes Richters; bies gilt insbes. in Betreff ber Frage, ob die thatsäcklichen Angaben bes Zeugen für glaubhaft (§ 45 Note 5) zu erachten seien. Gerichtstundige hindernisse bes Erscheinens sind von Amtswegen zu berücksichtigen, so z. B. ber Umstand, daß bem Zeugen die Labung zu spät zugestellt worden. In Betreff bes Korbringens unwahrer Entschuldigungsgründe s. noch StBB. § 138.
- 17. An eine Frift ift bie nachträgliche Entidulbigung nicht gebunden. Selbft bie bereits erfolgte Beitreibung ber Gelbstrafe murbe einer Bieberaufhebung ber getroffenen Ansordnungen nicht entgegenstehen.
- 18. Der Umftanb, baß bie Bernehmung bes ausgebliebenen Zeugen entbehrlich geworben ift, fann bem Mangel einer genügenben Entschulbigung bes Ungehorsams nicht abhelfen, also nicht bie Wieberaufhebung ber Strafe 2c. begründen, sollte er auch bie Wieberaufhebung bes gleichzeitig erlassenen Borführungsbefehls zur Folge haben.
 - Bu Abs. 3.
- 19. "bem Amterichter im Borverfahren" vgl. §§ 160, 163, 164, 183. Selbftver: ständlich fleben bie fraglichen Besugnifie bem Amterichter auch im hauptverfahren zu, wenn er als erkennenber Richter ohne Buziehung von Schöffen (vgl. § 211 Abs. 2, EG. § 3 Abs. 3)

§. 51.

Bur Berweigerung bes Zeugniffes find berechtigt:

- 1. ber Berlobte bes Beschulbigten;
- 2. der Shegatte des Beschuldigten, auch wenn die She nicht mehr besteht;
- 3. biejenigen, melche mit bem Beschulbigten in gerader Linie verwandt, versichwägert oder durch Aboption verbunden, oder in der Seitenlinie bis zum britten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert sind, auch wenn die She, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

Die bezeichneten Personen sind vor jeder Vernehmung über ihr Recht zur Versweigerung des Zeugnisses zu belehren. Sie können den Verzicht auf dieses Recht auch während der Vernehmung widerrusen.

(L. Caim. § 43; II. III. Caim. § 42.) Bgl COp. § 348 Rr. 1-3.

- jungirt. In ben ich öffen gerichtlichen hauptverhandlungen nehmen die Schöffen an ben Besichluffen gegen ungehorfame Zeugen Theil (GBG. § 30; vgl. Rote 2, 10 bal.).
 - 20. "bem beauftragten und ersuchten Richter" vgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. b. Bu Abs. 4.
- 21. Die Bestimmung erstredt sich auf alle Militairpersonen, also auch auf bie Militairsbeamten; in Betreff bieser s. Bbn. v. 29. Juni 1880 (RGBl. S. 169). Bgl. § 48 Rote 8. In Betreff bes "aktiven heeres" und ber "aktiven Marine" s. § 48 Rote 9.
- 22. Die Entscheidung über die Strafbarkeit des Zeugen steht ausschließlich dem Militairgericht zu; dieses hat also nicht blos über die Höhe ber etwaigen Strafe, sondern vor Alem darüber zu besinden, ob das Ausbleiden des Zeugen als strafdar oder als entschuldigt anzusehen sei. Es ergiedt sich dies sowohl aus den Berhandlungen der RER. über dem, dem § 50 entsprechenden § 345 der EBO. (Prot. zu EBO. S. 129, 131), wie auch aus der Erwägung, daß der als Zeuge zu vernehmende Soldat den Besehl zum Erscheinen vor Gericht von seinen Borzesten empfängt, daß also sein etwaiger Ungehorsam die Nichtbesolgung eines Dienstdeschls enthält und daß es dei der Beurtheilung desselben auf die Einsicht in die militärischen Disziplinarverhältnisse ankommt. Die Entscheidung über die Kosten ist allerdings in § 50 Abs. 4 nicht erwähnt und folglich von dem Eivilgericht zu erlassen (gl. A. Keller S. 55; a. M. Stenglein S. 170); bei ihr ist jedoch die Entscheidung des Militairgerichts, der Natur der Sache nach, als präjudizirsch anzusehen, so daß eine Berurtheilung des Zeugen in die Kosten nur eintreten kann, wenn das Militairgericht eine Strase verhängt hat.
 - 23. Ueber ben Begriff "Militairbehorbe" vgl. § 48 Rote 10.

3u §§ 51-54.

I. Beugnigpflicht.

- 1. a. Der in ben früheren Gesehen meift ausbrudlich aufgestellte Grunbsat; baß zur Abslegung eines Zeugnisses Jebermann insoweit verpflichtet ift, als nicht ein gesehlich vorgesehener Befreiungsgrund vorliegt, findet sich in der StBD. ebensowenig wie in der EPD. ausbrüdlich ausgesprochen; er ergiebt sich aus dem Zusammenhange der in den SS 51-54 und § 69 entshaltenen gesehlichen Borschriften.
- b. Der im Deutschen Reiche sich aufhaltenbe Auslanber ift in ben bei ben beutschen Gerichten anhängigen Straffachen ber Zeugnifpflicht in bemselben Mage wie ber Inlander unters worfen. Bgl. hieruber bes. Dochom Zeugnifigm. S. 29 ff.
- 2. Es ift hier nur von ber Beugnifpflicht bei gerichtlichen Bernehmungen bie Rebe; vgl. oben Rote 1 ju Abichn. 6. In Betreff ber außergerichtlichen Abhörung von Zeugen f. §§ 159, 161 u. die Roten bas.
 - 3. a. Boraussehung ber Beugnifpflicht ift ber Berbacht, bag eine ftrafbare Sanblung

begangen sei; barüber aber, ob biese Voraussehung zutrifft, entschiebet lediglich bas Ermessen bes Gerichts. — Der Umstand, baß der Berhängung einer Strafe im einzelnen Falle ein gesehlicher Strafausschliehungsgrund (StBB. §§ 51 ff.) entgegenstehen wurde, ist für die Zeugnifpflicht bebeutungslos.

- b. Daß die Strafversolgung bereits gegen eine bestimmte Person gerichtet sei, in keineswegs Boraussehung ber Zeugnispsticht; die Ausstellung einer berartigen Boraussehung würde vielmehr mit dem Grundgedanken des Strasversahrens im Widerspruch stehen, da in zahlreichen Fällen die Hauptausgabe dieses Bersahrens gerade darin besteht, die noch unbekannte Person des Thäters zc. zu ermitteln. Die ALA. hat einen Antrag: die Zeugenvernehmung nur nach Erössnung der Boruntersuchung oder im Hauptversahren für zulässig zu erklären, mit Recht verworsen (Prot. S. 38 ss.). Sonach greist die Zeugnispsticht im Borbereitungsversahren ganz ebenso Platz wie in der Untersuchung, wie dies insbes. auch aus § 68 Abs. 1. (— "sosen ein solcher vorhanden ist" —) erhellt. Bgl. Gever Lb. S. 511 u. in Hh. Bb. I. S. 269, Dochow Zeugniszw. S. 48 si., Glafer I. S. 492 ss.
- 4. a. Die Pflicht bes Zeugen geht bahin: seine Biffenschaft von ber Sache, gleichviel ob fie auf Sehen ober auf hören beruht, zu bekunden; er hat über die von ihm wahrgenommenen Thatsachen Auskunft zu geben. Hierbei macht es jedoch keinen Unterschied, ob die betr. Thatsache Gegenstand unwnittelbarer sinnlicher Bahrnehmung war ober ob der Zeuge zum Erkennen berselben nur mittelst eines Urtheils gelangen konnte. So ist z. B. die Trunkenheit einer Person eine Thatsache, welche Gegenstand des Zeugenbeweises sein kann: RGer. II. 20. Dez. 81 (Rspr. III. 812). Dagegen ist der Zeuge nicht verpflichtet (vgl. § 68 Note 4), "Meinungen ober Muthmaßungen über thatsächliche Berhältnisse und ihre indizirende Bedeutung kundzugeben"; so: Zachariä II. S. 182; vgl. John S. 644 u. andererseits Stenglein S. 203.
- b. In ber Zeugnispflicht ift die Pflicht inbegriffen, sich anderen Personen (Zeugen, Sachverständigen, Beschuldigten) gegenüberftellen zu lassen. Auch ift jeder Zeuge für verpflichtet
 zu erachten, an einer gerichtlichen Augenscheinbeinnahme Theil zu nehmen und hierbei erforberlichenfalls bem Richter diejenigen Dertlichkeiten, Gegenstände 2c. zu bezeichnen, von denen in
 bem Zeugniß die Rebe ift; vgl. § 50 Note 2. Dagegen begreift die Zeugnispflicht nicht die Pflicht
 zu irgend welcher außergerichtlichen Thätigkeit, z. B. zur Einziehung von Erkundigungen, in sich.
- 5. Jeber Zeuge ist verpflichtet, sein Zeugnif in berfelben Sache fo oft abzulegen, als bies von ihm geforbert wirb. Bgl. § 69 Rote 3. b.
- 6, Bie bie StPD. überhaupt (vgl. EG. S 3 u. Note 3 bas.), so find auch ihre Bestimmungen über die Zeugnißpflicht an fich nur auf biejenigen Straffachen anwenbbar, welche vor die orbentlichen Gerichte geboren. - Db in einem Bermaltungs: Strafverfahren (vgl. BBG. § 13 Note 2-8) ober in einem Disziplinar: Berfahren eine Zeugnigpflicht Blat greife und ob und in welcher Beife bie Erfüllung berfelben erzwungen werben tonne, ift eine Frage, welche nach bem bas betr. Berfahren regelnben (Reichs: ober Lanbes:) Gefetz zu beantworten ift; bie Anwenbbarteit ber StBD. hangt bavon ab, ob in bem betr. Gelet eine Bezugnahme auf fie ober auf bie allgemeinen Strafprozegvorfdriften zu finden ift. Dies gilt auch in bem Falle, wenn bie guftanbige Bermaltungs: bezw. Disziplinarbeborbe, ftatt felbst einen Zeugen zu laben, bas orbentliche Gericht um bie Bernehmung beffelben erfucht: bie Uebertragung ber Bernehmung auf biefes Gericht wurde für fic allein nicht geeignet sein, die Anwendbarkeit ber StBD. zu begrunden (gl. A. Glafer I. S. 491). - Die preußischen Disziplinargesete v. 7. Mai 1851 (GS. S. 218) und 21. Juli 1852 (GS, S, 465) enthalten in § 27 bezw. § 32 bie Bestimmung: "es werben bie Zeugen eiblich vernommen" -, mabrent fie fonftige Boridriften über ben Beugenbeweis nicht aufftellen. Damit ift beutlich auf bie allgemeinen Strafprozeftvorichriften Bezug genommen, alfo ausgefprochen, bag Dasjenige, was in Strafsachen i. e. S. hinfichtlich ber Zeugnifpflicht und bes Zeugnifzwanges Rechtens ift, auch in Disziplinarstraffachen Rechtens fein foll. Diefer Auffaffung gemäß hat auch bas pormalige preuß. Obertribunal bis jum 1. Oft. 1879 ftets angenommen, bag bie in ber Rrim.=O. v. 1805 enthaltenen Borichriften über bie Zeugnippflicht auf Disziplinarfachen anwendbar seien. Nunmehr ift in jener Bezugnahme auf die allgemeinen Strafprozesvorschriften die Bezug-

nahme auf die StPO. zu finden. Wollte man letteres wegen der Bestimmung des § 3 Abs. 1 bes EG. verneinen, so würde die nothwendige Konsequenz hiervon die sein: daß hinsichtlich der Zengnispflicht in Disziplinarsachen noch die Krim.-O. Anwendung finden müßte, welche ja durch die Einführung der StPO. seineswegs schlechthin außer Krast geseht ift (EG. § 6 u. Note 1 das.).
— Edenso verhält es sich mit der Zengnispflicht in Disziplinarsachen gegen Reichsbeamte nach dem Reichsbeamten-Ges. v. 31. März 1873 §§ 94 si.

II. Befreiung von ber Beugnifpflicht.

- 7. a. Die Befreiung von ber Zeugnispflicht besteht nach ber StBO. regelmäßig nur in ber Berechtigung bes Zeugnispflicht besteht nach ber wermeigern. Gin (übrigens blos bedingtes) Berbot ber Bernehmung hat die StBO. nur hinsichtlich ber öffentlichen Beamten (§ 53) anigenommen, während ein Theil ber früheren Landesgesehe weiter ging und z. B. die Bernehmung von Geistlichen über bas ihnen in ber Beichte zc. Anvertraute gänzlich untersagte (vgl. württemb. StBO. Art. 142, bab. StBO. § 105). Bgl. § 51 Rote 13.
- b. Der Antrag eines Prozestetheiligten: eine ber in ben §§ 51, 52 bezeichneten Personen als Zeugen zu vernehmen, fann von bem Gericht nicht lediglich beshalb abgelehnt werben, weil ber Zeuge zur Ablegung bes Zeugnisses nicht verpflichtet sei; es ift vielmehr abzuwarten, ob ber Zeuge von seiner Berechtigung Gebrauch machen werbe. Dagegen genügt bie einmal erklärte Beigerung des Zeugen zur Ablehnung eines später gestellten Antrages, und zwar auch bann, wenn dieser Antrag ein neues Beweisthema betrifft, sofern auch nur hinsichtlich bes lehteren bas Beigerungsrecht Platz greist. In Betreff ber Fälle bes § 53 f. bort Note 2. Bgl. noch oben Rote 2. b zu Abschn. 6.
- c. Die Erflärung eines Zeugen, baß er bie Ablegung eines Zeugniffes verweigere, kann miberrufen werben: RGer. I. 7. Mai 80 (Entich. II. 53), III. 17. März 84 (Ripr. VI. 210). Rach bem ersteren Urth. ift im Falle eines folchen Wiberrufs bie Bernehmung bes Zeugen auch bann ftatthaft, wenn berselbe inzwischen bei ber Abhör anderer Zeugen zugegen gewesen ist. Bgl. § 58 Rote 1.
- 8. Zwischen ben Fallen bes § 51 und benen ber §§ 52-54 befteht ber Unterschieb, bag in ber erfteren bie Zeugnifpflicht in ihrem gangen Umfange wegfallt, mahrend fie in ben Fallen ber §§ 52-54 nur eine Ginschränfung babin erfahrt, baß ber Zeuge über gewisse Begen # fianbe feine Auskunft zu geben braucht.
- 9. Die Falle, in benen eine Berechtigung zur Berweigerung bes Zeugnisse Plat greift, sind in ben SS 51—54 erschöpsenb ausgeführt. Daher bars ein Zeuge die Ausstunft über Mit=theilungen eines Anderen nicht beshalb verweigern, weil bieser Andere, wenn er selbst hinssichtlich ber mitgetheilten Thatsache zum Zeugniß ausgesorbert wurde, die Ablegung des letteren wurde verweigern bürsen; voll. § 251 Rote 8, Glaser I. S. 513. Ebensowenig kann eine Berzweigerung des Zeugnisses darauf gegründet werden, daß dem Zeugen die Mittheilung der in Frage stehenden Thatsache nur im Bertrauen oder nur gegen das Bersprechen der Berzichwiegenheit gemacht worden ist. Eine Zeuge, der über die Abgabe seiner Stimme bei einer stattgehabten Bahl Auskunft geben soll, darf die Aussage nicht deshalb verweigern, weil die Bahl eine geheime war: RGer. I. 7. Juli 84 (Rspr. VI. 517).
- 10. In Betreff ber Belehrung ber Beugen über bie Berechtigung gur ganglichen ober theilmeifen Berweigerung bes Beugniffes f. § 51 Abf. 2, § 52 Rote 3, § 54 Rote 7.
- 11. Die StPO. spricht nirgends aus, daß ber zur gänzlichen ober theilweisen Berweigerung bes Zeugnisses berechtigte Zeuge bieser Berechtigung verlustig geben könne; ein solcher Berlust in vielmehr bem Geset unbekannt. Daher barf ein Zeuge bie ihm gesetlich zustehende Berechtigung auch in bem Falle ausüben, wenn er selbst ben Antrag auf Strafverfolgung gestellt ober bie ftrasbare Hanblung angezeigt hat. Insbes. aber geht die Berechtigung nicht baburch versloren, daß ber Zeuge bereits ausbrücklich ober stillschweigend auf sie Berzicht geleistet und bas gesorberte Zeugniß abgelegt hat; ber Zeuge kann jederzeit, also sowohl bei jeder neuen wie auch im Laufe einer und berselben Bernehmung, seine Entschließung andern und die sernere Ablegung bes Zeugnisses verweigern. Darans, daß bies (nach einem Beschlusse ber RIK.) in § 51

Digitized by GOOGLE

- Abs. 2 hinsichtlich ber in biesem & gebachten Personen ausbrücklich ausgesprochen ift, ist nicht zu solgern, daß in ben Fällen ber §§ 52, 54 ctwas Anderes gelten solle. Gl. A. Puchelt S. 136, Reller S. 60, Glaser I. S. 546, Staudinger i. d. Blätt. f. Rechtspfl. in Bayern Bd. XLV. Erg.=Bl. 3; a. M. v. Schwarze i. d. Sächs. Ger.=Zeit. 1881. S. 102. In Betreff der Ber= lesung bes abgelegten Zeugnisses s. § 251 u. die Noten bas.
- 12. In Betreff ber Berechtigung, bie Beeibigung bes abgelegten Zeugniffes zu verweigern, f. § 56 Rote 5, § 57 Rote 5.
 - 13. In Betreff ber Bflicht jum Ericeinen por bem Gericht f. & 50 Rote 4.
- 14. In Betreff ber ber Zeugnigpflicht analogen Pflicht jur Berausgabe von Beweis: mitteln f. SS 95-97.

3u § 51.

- 1. Bgl. bie vorstehenden Bemerkungen ju §§ 51-54, insbes. Rote 7-13. Bu Abs. 1.
- 2. Die Bestimmungen bes S finden auch im Borbereitungsverfahren Anwendung, sofern biefes bereits die Richtung gegen eine bestimmte Person genommen hat, also ein Beschulbigter vorhanden ift; vgl. SS 155, 164. Ift ein Beschulbigter noch nicht vorhanden, so geswährt § 54 dem Zeugen ben erforderlichen Schute.
- 3. Die Berechtigung gur Bermeigerung bes Beugniffes greift auch bann ohne Ginfdrantung Plak, wenn das Berfahren gegen mehrere Beschulbigte gerichtet ist und der Zeuge nur zu einem von ihnen in einem Berhaltniffe ber hier bezeichneten Art fteht. Die Birtung und Tragweite einer Aussage ift nicht immer im Boraus mit Sicherheit zu bemeffen. Gine Bestimmung wie bie in ber öfterreichischen StBD. § 152 enthaltene: "Steht eine als Beuge vorgelabene Berfon nur ju einem von mehreren Beidulbigten in einem ber porftebenb ermabnten Berbaltniffe, fo tann fie fich bes Zeugniffes hinfichtlich ber Anberen nur bann entichlagen, wenn eine Sonberung ber Ausjagen, welche bie lettere betreffen, nicht möglich ift" - hat in bie beutsche StBD. nicht Auf: nahme gefunden. So: RGer, II. 13. Apr. 83 (Ripr. V. 239), UI. 11. Oft. 83 (Ripr. V. 599); vgl. II. 24. Oft. 80 (Entsch. III. 161); Keller S. 57, Gener Lb. S. 520 u. in Hg. I. S. 277, Glajer I. S. 509, v. Bomhard S. 37, Boitus Kontr. I. S. 196, Stenglein S. 173; a. M. v. Schwarze S. 177, Thilo S. 55, Puchelt S. 128, Dalde S. 46. Auch wird bie Berechtigung jur Berweigerung bes Zeugnisses baburch nicht aufgehoben, bag berjenige Mitbeschulbigte, befjen Angehöriger ber Zeuge ift, bereits rechtsfraftig abgeurtheilt ift und die gegenwärtige Berhandlung nur noch anbere Mitbeschulbigte betrifft: RGer. I. 12. Febr. 80 (Entid. I. S. 207, Ripr. I. S. 347), III. 29. Dez. 83 (Mipr. V. 809). — Das Gefagte erleibet jeboch eine Ausnahme, wenn eine Untersuchung mehrere felbstftanbige Straffalle umfaßt und bas Zeugnig nur rudfichtlich eines Straffalles erforbert wirb, bei welchem ber Angeborige 2c. bes Beugen überhaupt nicht Beschulbigter ift; hier fehlt fur bie Befreiung von ber Zeugnifpflicht jeber innere Grund, jumal biefe Befreiung burch eine Trennung ber verbunbenen Sachen (SS 4, 13) ohne Beiteres beseitigt werben konnte (a. M. Glaser I. S. 507, Stenglein S. 173). Uebrigens stellt bie Behlerei und bie Begunstigung im Berhattniß zu ber hauptthat einen selbstftanbigen Straffall nicht bar: RGer. II. 13. Apr. 83 (Ripr. V. 239).
- 4. Der Zeuge ift auch bann gur Berweigerung bes Zeugniffes berechtigt, wenn feine Bernehmung gerabe von bemjenigen Befdulbigten beantragt ift, zu welchem er in einem Berhaltnig ber bier bezeichneten Art ftebt.
- 5. Die Bermanbtichaft ac, mit bem Brivatflager ober bem Rebentlager begrunbet eine Berechtigung zur Bermeigerung bes Zeugniffes aus § 51 nicht.
 - Bu Mr. 1.
- 6. Das Berlobnif braucht, um bie Befreiung von ber Zeugnispflicht zu begrunben, nicht ein rechtsförmliches zu fein; vgl. Rer. III. 28. Jan. 84 (Entich. X. 117, Ripr. VI. 54). Ebensowenig wirb ein öffentliches ersorbert; III. 14. Febr. 87 (Ripr. IX. 129). Bgl. übrigens Boitus Rontr. I. S. 191 u. Glafer I. S. 510. Db bas behauptete Berlobniß wirklich als bestehen b anzusehen sei, barüber entscheibet bas richterliche Ermessen auf Grund ber porliegenben

Thatfachen; die Anficht des Zeugen ift für den Richter nicht maßgebend; vgl. RGer. III. 10. Juli 80 (Ripr. II. 182), I. 1. Apr. 86 (Entich. XIV. 7).

Bu Rr. 3.

- 7. Für ben Begriff ber Bermanbtichaft tommt es auf bie Ghelichteit ober Unehelichfeit ber Geburt nicht an; baber ift 3. B. ein außerehelicher Sohn zur Berweigerung bes Zengnisses gegen bie ehelichen Kinber seiner Mutter berechtigt: RGer. IV. 17. Apr. 85 (Entich. XII. 143). Das Gleiche gilt bei ber Schwägerich aft: II. 8. Juni 86 (Entich. XIV. 187, Ripr. VIII. 439).
- 8. Der Aboptivverbindung fteht bas Berhaltniß von Pflegeeltern und Pflegefindern nicht gleich.

Ru Mbf. 2.

- 9. a. Die in Abf. 2 vorgefchrisene Belehrung ift auch bann erforberlich, wenn ce fich um eine uneibliche Beruchmung (§ 56) hanbelt: RGer. F. 7. Sept. 80 (Entic. II. 228, Ripr. II. 208).
- b. Der Umstand, daß dem Zeugen das Berständniß für die Berechtigung zur Bersweigerung des Zeugnisses und somit für die Belehrung mangelt, macht weder die letztere entsbehrlich, noch kann er die Unterlassung der Bernehmung rechtsertigen: RGer. III. 14. Juli 81 (Entsch. IV. 398, Rspr. III. 488). St. A. Glaser I. S. 541, Stenglein S. 174; a. M. Keller S. 58, John S. 553, Geper i. StRZ. II. S. 320. Die Unmundigkeit des Zeugen macht die Zuziehung seines gesehlichen Bertreters zu der Belehrung nicht erforderlich: RGer. III. 17. Sept. 85 (Entsch. XII. 403). Bgl. Note 13.
- 10. Der Zeuge ift vor ber Bernehmung mundlich durch ben Richter zu belehren; daß bies geichehen, muß durch bas Prototoll beurkundet werden; vgl. § 274, RGer. III. 19. Apr. 83 (Ripr. V. 266). Daß ber Zeuge schon in der Labung auf seine Berechtigung zur Berweigerung des Zeugnisses hingewiesen werde, ist nicht vorgeschrieben und auch nicht für angemessen zu erzachten. Uebrigens hat sich der Richter auf die Belehrung zu beschränken, nicht aber auf die Entschließung des Zeugen einzuwirken.
- 11. Die Belehrung hat "vor jeber Bernehmung" zu erfolgen, sie muß also, falls ber Zeuge in berselben Sache mehrmals vernommen wird, jebesmal von Neuem stattsinden; dies gilt selbst dann, wenn der Zeuge bei der früheren Bernehmung ausdrücklich auf sein Recht verzichtet hatte: Rec. I. 5. Juli 80 (Entsch. II. 192, Repr. II. 161). Jedoch bedarf es einer Wiederholung der Belehrung nicht, wenn eine unterbrochene Berhandlung sortgeseht wird und der nochmals abzuhörende Zeuge nicht inzwischen entlassen war: Rec. III. 17. Sept. 85 (Entsch. XII. 403).

 Gs ist nicht erforderlich, daß die Abhörung des Zeugen der Belehrung unmittelbar nachfolgt: Rec. III. 12. Febr. 83 (Repr. V. 99).
- 12. Ift bie Belehrung unterblieben, fo begrunbet biefer Berftog gegen bie gesehliche Borichrift, fofern bas Urtheil auf ihm beruht, bie Revision: RGer. I. 5. Juli 80 (Rote 11), 20. Sept. 80 (Mpr. II. 217), II. 4. Jan. 84 (Gutich. IX. 384). Es macht hierbei keinen Unterihieb, ob bie bas Recht zur Berweigerung bes Zeugnisses begrünbenbe Thatsache bem Gericht befannt war ober nicht: RGer. II. 2. Juni 85 (Ripr. VII. 346), III. 14. Febr. 87 (Ripr. IX. 129). Bal. S 376 Rote 5. c. — Bon bem Brotofoll über bie betr. Bernehmung barf ein weiterer Gebrauch nicht gemacht, insbes. barf basselbe in ber hauptverhandlung nicht verlesen werben, auch wenn im Uebrigen bie Boraussenungen bes § 250 porliegen. Gbensowenig burfen über ben Inhalt ber abgegebenen Aussage bie betheiligten Gerichispersonen als Zeugen vernommen werben: RGer. III. 5. Kebr. 83 (Enifch. VIII. 122, Ripr. V. 87), III. 19. Apr. 83 (Ripr. V. 266). Dagegen ist der Mangel ber Belehrung für behoben zu erachten, wenn der Zeuge nachträglich erflärt, daß er auch im Falle der Belehrung von seiner Berechtigung nicht Gebrauch gemacht haben würbe. — Dem Falle ber zu Unrecht unterbliebenen Belehrung steht übrigens ber anbere Kall nicht gleich, wenn zur Zeit ber Bernehmung berjenige, zu welchem ber Zeuge in einem ber im § 51 bezeichneten Berhaltnisse steht, noch nicht Beschulbigter war und aus biesem Grunbe ber Anlag jur Belehrung fehlte.

13. Die Zulaffigfeit ber Bernehmung ift nicht von einem ausbrudlichen Bergicht bes Beugen

Digitized by GOOGLE

§. 52.

Bur Berweigerung bes Zeugnisses sind ferner berechtigt:

- 1. Geistliche in Ansehung bessenigen, was ihnen bei Ausübung ber Seelsorge anvertraut ist:
- 2. Bertheidiger des Beschuldigten in Ansehung desjenigen, was ihnen in dieser ihrer Sigenschaft anvertraut ist;
- 3. Rechtsanwälte und Aerzte in Ansehung besjenigen, mas ihnen bei Ausübung ihres Berufs anvertraut ist.

Die unter Rr. 2, 3 bezeichneten Personen burfen bas Zeugniß nicht verweigern, wenn sie von ber Berpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind.

(1. Entw. § 44; II. III. Entw. § 43) Bgl. CBB. § 348 Rr. 4. 5.

- auf seine Berechtigung abhängig; vielmehr ist bem Geset burch bie erfolgte Besehrung bes Zeugen genügt: Roer, II. 28. Jan. 31 (Entsch. III. 325); vgl. Baitus Kontr. II. S. 153. Egleferner Note 9. b.
- 14. In Betreff bes Biberrufs eines Bergichts auf bie Berechtigung f. oben Rote 11 3u \$\$ 51-54.
- 15. In Betreff ber Berechtigung ber in § 51 bezeichneten Bengen, Die Beeibigung bes Bengniffes zu verweigern, f. § 57 26f. 2 u. Die Roten baf.

Zu § 52.

- 1. Bgl. oben bie Bemertungen ju SS 51-54, insbes. Rote 7-13.
- 2. Der § handelt von benjenigen Befreiungen von der Zeugnispflicht, welche barauf beruhen, baß gewisse Klassen von Bersonen vermöge ihres Berufes Bertrauens personen sind. Ueber Thatsachen zc., die einer solchen Person in ihrer Berufseigenschaft (vgl. § 55 Rote 1) ans vertraut find, ist dieselbe, den Fall des Uhs. 2 ausgenommen, Zeugniß abzulegen nicht verspslichtet. Diese Befreiung von der Zeugnispflicht wird badurch nicht ausgehoben, daß die betr. Berson demnächst aus jenem Beruse ausscheidet, also aushört, Geistlicher zc. zu sein. Unter "Anvertrauen" wird hier jedes Mittheilen verstanden; daß der Mittheilende sich ausdrücklich Berschwiegenheit ausbedungen habe, wird nicht erfordert. Auch ist es gleichgültig, wer dem Zeugen die betr. Mittheilung gemacht hat; insbesondere ist die Befreiung nicht auf die Mitztheilungen des Beschuldigten beschriebtstift; vgl. Note 19.
- 3. Gine Belehrung über bie Berechtigung jur Berweigerung bes Zeugniffes (vgl. § 51 Ubf. 2) ift hinfichtlich ber in § 52 gebachten Bersonen nicht porgefchrieben.
- 4. Die Beeibigung eines abgelegten Beugniffes burfen bie in § 52 bezeichneten Berfonen nicht verweigern; vgl. § 56 Rote 5, § 57 Abf. 2.
- 5. In Betreff ber Zeugnippflicht in Prefiftraffachen f. bie Roten ju SS 20, 21 bes Pref-Gef. v. 7. Mai 1874 (unten in Abig. III).

Bu Dr. 1.

- 6. Die Borschrift hat die "Geist lichen" ber staatlich anerkannten Religionsgesellichaften im Auge; außerhalb der letzteren würde es an einem entscheidenden Merkmal für die Bestimmung des Begriffes "Geistlicher" sehlen. Gl. A. v. Schwarze S. 179, Keller S. 59, Geger Lb. S. 521 u. in Hh. I. S. 278. Bgl. Puchelt S. 131 u. John S. 560, welche den Begriff enger bestimmen, und andererseits Glaser I. S. 526.
- 7. Die Befreiung von ber Zeugnispflicht ift nicht auf bas in ber Beichte Anvertraute besichtänkt, erstreckt sich vielmehr auf alle Mittheilungen, welche bem Geistlichen bei Ausübung ber Seelsorge gemacht sind. Sie greift bagegen nicht Plat, wenn ber Geistliche bie betreffenbe Mittheilung nicht als Seelsorger, sonbern in anderer, wenngleich amtlicher Eigenschaft, &. B. als Vertreter ber Kirchengemeinde oder als (vormaliger) Civisftandsbeamter, erhalten hat.

 Die Bornahme bes Sühneversuches in einer Ehescheidungssache gehört zu ben Angelegenheiten ber Seelsorge.

- 8. Der Geistliche ift zur Permeigerung bes Zeugnisses berechtigt. Ob er auf bie Aussübung biefer Berechtigung in einem einzelnen Falle verzichten, also über bas ihm Anvertraute Zeugniß ablegen burfe, hat lediglich er selbst zu beurtheilen; ber Richter braucht bas Erbieten zur Ablegung bes Zeugnisses nicht zuruckzuweisen (vgl. Note 18). Umgekehrt aber greift eine Verpflichtung zur Ablegung bes Zeugnisses niemals Blat, also auch bann nicht, wenn ber Geistliche von ber Berpflichtung zur Berschwiegenheit burch biejenige Berson, die ihm die betr. Rinheilung gemacht hat, entbunden (vgl. Abs. 2) ober wenn diese Berson verstorben ift.
- 9. Der § spricht bie Befreiung ber Geistlichen von ber Zeugnißpflicht nur für bas Strafs verfahren aus: für die Zwede ber Strafrechtspflege soll bas Zeugniß bes Geistlichen nicht erzwungen werben burien. Dagegen hebt ber S solche landesrechtliche Bestimmungen nicht auf, welche ben Geistlichen die Offenbarung bes ihnen Anvertrauten behufs Abwendung einer bem Craate brobenben Gesahr ober behufs Berhütung eines Berbrechens ober behufs Abhülfe gegen die scholichen Folgen eines schon begangenen Verbrechens gebieten; vgl. 3. B. preuß. Allg. Landrecht Th. 2. Tit 11. § 82.

Bu Rr. 2.

- 10. Die Bestimmung gilt für alle Bertheibiger, gleichviel ob bas Bertheibigen zu ihren Berufsgeschäften gebort ober nicht.
- 11. Die Fassung ber Bestimmung: "Bertheibiger bes Beschulbigten" giebt ben Sinn bes Getetes nicht richtig wieber; die Borte "bes Beschulbigten" wären zu streichen gewesen. Denn es ift nicht gemeint: baß nur ber gegenwärtige ober frühere Bertheibiger bes gegenwärtig in Untersuchung stehenben Beschulbigten von ber Zeugnißpflicht befreit sei, sondern: baß Berscheibiger über bas ihnen in bieser Eigenschaft Anvertraute überhaupt nicht Zeugniß abzulegen brauchen, gleichviel wann und in welcher Sache sie als Zeugen benannt werden. hinsichtlich ber Bertheibiger, welche Rechtsanwälte sind, ergiebt sich dies ohne Weiteres aus ber, die gesammte Thätigseit bes Anwalts umsassen Bestimmung ber Nr. 3 (vgl. Note 13); ein Unterschied zwischen Rechtsanwälten und anderen Bertheibigern hat aber nicht gemacht werden sollen und nach ber Natur ber Sache nicht gemacht werden können.
- 12 Die Befreiung von der Zeugnifpslicht ift nicht dadurch bedingt, daß der jum Berstheibiger Gemählte ober Bestelle (§§ 138, 140) die Bertheibigung auch wirklich geführt hat (vol. 3. B. § 143); es kommt vielmehr nur darauf an, daß er aus Anlaß der bereits erfolgten Bahl oder Bestellung jum Bertheibiger, also in der Eigenschaft als solcher, die bett. Mittheilung empfangen hat. Dagegen erstreckt sich die Besteilung nicht auf solche Mittheilungen, welche dem Bertheibiger schon vor der Bahl oder Bestellung gemacht waren (vol. übrigens Note 13). Die zuvor schon begründete Zeugnispsticht wird durch die Bahl oder Bestellung nicht ausgehoben; der Beschulbigte würde sonst im Stande sein, das ihn belastende Zeugniß einer ihm gunftig gesinnten Berson dadurch zu beseitigen, daß er dieselbe zum Bertheibiger wählt. A. M. Glaser I. S. 535.

Bu Nr. 3.

- 13 a. Die Befreiung ber Rechtsanwälte von ber Zeugnifpflicht erstredt fich auf Alles, was ihnen bei Ausübung ihres Berufes anvertrant ift, ohne Unterschieb, ob es sich bei ber betr. Berathung 2c um eine Straffache ober um eine Civilfache ober um eine anbere Augelegenheit gehandelt hat.
- b. Ein gemäß § 25 ber Rechtsanm.D. bestellter Stellvertreter eines Rechtsanwalts ift in gleicher Beise, wie ber lettere selbst, von ber Zenguispflicht befreit; Mangels bieser Bestreing wurde burch bie Bertretung bas Vertrauensverhältniß zwischen bem Rechtsanwalt und seinem Alienten, welches von bem Geset in Schutz genommen wird, beeintrachtigt sein. Bgl. basgegen Note 17.
- 14. Rotare find nicht von ber Zeugnifpflicht befreit (Prot. S. 807). Daber erftredt fich, wenn ein Rechtsanwalt zugleich Rotar ift, feine Befreiung von ber Zeugnifpflicht nicht auf bass jenige, was ihm in ber Eigenschaft als Rotar anvertraut ift.
 - 15. Der Begriff ber "Mergte" wird hier (vgl. bagegen GBG, § 35 Rote 8) babin gu be-

§. 53.

Deffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, durfen über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde ober der ihnen zuletzt vorzesesetzt gewesenen Dienstbehörde vernommen werden. Für den Reichstanzler bedarf es der Genehmigung des Raisers, für die Minister der Genehmigung des Landessherrn, für die Mitglieder der Senate der freien Hansestädte der Genehmigung des Senats.

Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Ablegung bes Zeug= niffes bem Wohle bes Reichs ober eines Bundesstaates Nachtheil bereiten würde. (I. Entw. § 46; II. III. Entw. § 44.) Bgl CPO. § 341.

stimmen sein, daß er biejenigen umfaßt, welche nach absolvirtem medizinischen Studium die arzte liche Staatsprüfung bestanden und bemzusolge die staatliche Approbation als "Arzt" erhalten haben. Selbstverftändlich umsaßt ber Begriff auch die s. g. Spezialärzte (Augenärzte ic.). Daß Thierarzte nicht von der Zeugnißpslicht befreit sind, etgiebt sich aus dem Zwed der Borschrift: es soll die heilung eines Menschen nicht verhindert werden durch die Besorgniß, daß der Arzt als Zeuge vernommen werden könnte. So: John S. 562; a. M. Stenglein S. 177.

16. Sonftige Medizinalpersonen, insbes. hebammen und Apotheter, find nicht zur Berweigerung bes Zeugnisses berechtigt (Prot. S. 807).

Bu Rr. 2. 3.

- 17. Auf bas Sulfspersonal ber hier gebachten Zeugen erstredt fich die Befreiung von ber Zeugnifpflicht nicht. Dies gilt insbes. auch von ben in dem Bureau eines Rechtsanwalts besichäftigten Personen; gl. A. Buchelt S. 131, Glaser I. S. 532; a. M. v. Schwarze S. 180. Bgl. Note 13. d.
- 18. Eine Bergleichung ber Bestimmungen bes § 52 mit § 300 bes StBB. führt zu ber Frage: ob Bertheibiger, Rechtsanwälte und Aerzte, salls sie nicht von der Perpsiichtung zur Bersschwiegenheit entbunden sind, das Zeugniß über das ihnen Anvertraute überhaupt ablegen barfen und ob sie nicht vielmehr die Ablegung desselben verweigern mußen, wenn sie nicht gegen § 3(0) eit. verstoßen wollen. Es tönnte scheinen, als sei die Offenbarung von Privatgeheinmissen eben insoweit eine "unbesugete" im Sinne des § 300, als eine Berpstlichtung zu dieser Offenbarung (§ 52 Abs. 2) nicht besteht. Diese Aufsassung wäre indes seineswegs die der Absicht des Gesetzgebers entsprechende; das Gesetzschen Rersonen eben nur für "berechtigt", das Zeugniß zu verweigern, und überlätt es ihrem pslichtmäßigen Ermessen, ob sie das Zeugniß abstegen wollen oder nicht. In der Ablegung eines von dem Richter gesorderten Zeugnisses ist eine "unbesugte" Offenbarung im Sinne des § 300 niemals enthalten. Gl. A. Geyer 26. S. 522 u. in S. I. S. 279, v. Schwarze S. 180, Reller S. 60, Glaser I. S. 533, Binding Sbb. I. S. 773 n. Grundr. S. 125, Stenglein S. 178.

Bu Abs. 2.

19. Bon der Berpflichtung jur Berschwiegenheit fann den als Zeugen Benannten nur bers jenige wirfjam entbinden, ber ihm die betr. Thatsache mitgetheilt hat; ob dies ber Befchuldigte ift ober ein Anderer, macht keinen Unterschieb.

Au & 58.

- 1. Der Ausbrud "Beamte" ift hier im weitesten Sinne zu verstehen, so daß er auch biejenigen Personen umfaßt, welche in einzelnen Bundesstaaten als "öffentliche Diener", im Gegensat zu ben Beamten i. e. S., bezeichnet werben. Auch Beamte, die weber Reichsbeamte noch
 Staatsbeamte sind, tonnen "öffentliche Beamte" sein, so z. B. die Gemeindebeamten; es entscheiben in dieser hinsicht die Landesgesete.
- 2. Nach bem Entw. follte bie Bernehmung eines Beamten über einen Gegenstand, auf welchen fich bie Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, erft bann unzuläffig fein, wenn bie oberfte Dienst-

Digitized by GOOGIC

behörde die Erllärung abgegeben, daß die Ablegung des Zeugnisses dem Bohle des Reiches ober eines Bundesfinaates Rachtheile bereiten würde. Nach dem Geset ist umgekehrt die Bernehmung erst dann zulässig, wenn die dem Beamten vorgesetzte Dienstbehörde zc. die Genehmigung zu berselben ertheilt hat. Mangels der letteren darf der Richter die Bernehmung nicht bewirken, selbst wenn der Beamte sich zur Ablegung des Zeugnisses dereit erklärt; die Entschidung: ob bies abzulegen oder zu verweigern sei, steht nicht dem Beamten, sondern allein der Dienstbehörde zu. In Betreff der Reichsbeamten vgl. noch Reichsb.-Ges. v. 31. März 1873 SS 11, 12 in 1892. S. 61).

- 3. a. Db ber Begenstand ber Bernehmung ein folder fei, auf welchen bie Pflicht gur Amtsverfcwiegenheit fich bezieht, barüber enticheibet im Zweifelsfalle bie betr. Dienfts behorbe 2c.; ber Ausfpruch berfelben (vgl. übrigens note 5) ift fur ben Richter maggebenb; gl. M. RGer. I. 18. Sept. 82 (Entich. VII, 74), IV. 8. Febr 87 (Ripr. IX. 123), Reller S. 61, Beger 26. S. 523 u. in Bo. I. S. 280, Glafer I. S. 522 ff. Die entgegengefeste Anficht (Puchelt S. 134) wurde zu einer Bereitelung bes Zwedes bes § 53 fuhren; benn ber Richter murbe bie obige Frage regelmagig nur auf Grund von Erörterungen enticheiben tonnen, welche ielbit icon zu einer Berlehung bes Amisgebeimniffes fuhren murben. Die Bernehmung eines öffentlichen Beamten über einen fein Amt berührenben Gegenstand ift sonach ohne Genehmigung ber betr. Dienstbehörbe nur bann statthaft, wenn ber Richter nach forgfältiger Prüfung es für zweifellos hält, daß die Bflicht zur Amtsverschwiegenheit sich auf den Gegenstand der Bernehmung nicht erstrede, und auch seitens des zu vernehmenden Beamten eine abweichende Auffassung nicht geltend gemacht wird. Ergiebt bagegen die Brufung einen Zweifel oder wird ein folder von bem Beamten geltend gemacht, fo barf bie Bernehmung nicht ftattfinben, bevor nicht die vorgesetzte Dienstbehörde entweder die Erflärung, daß die Bsilicht zur Amtkverschwiegens heit im vorliegenden galle nicht Plat greife, abgegeben ober bie Genehmigung zur Bernehmung etheilt hat. Bgl. Die hiermit übereinstimmende Allg. Berf. bes preuß. Juft.-Min. v. 24. Mai 1886 3RBl. S. 137) sowie RGer. III. 30. Nov. 85 (Entfc. XIII. 154). Bgl. noch RGer. II. 18. Ferb. 87 (Ripr. IX. 142).
- b. Bird bie Bernehmung eines Beamten über einen Gegenstand, auf welchen fich bie Pflicht jur Amtsverschwiegenheit bezieht, beantragt und bas Beweisthema vom Richter für erheblich ersachtt, so ift es Sache bes letteren, die Genehmigung zur Bernehmung einzuholen, sofern biesielbe nicht bereits von anberer Seite eingeholt und beigebracht ift.
- 4. Die Genehmigung jur Bernehmung eines Beamten tann von ber Dienstbehörbe auch unter Ginichrantung auf gewiffe Thatfachen zc. eriheilt werben; ber Richter ift alsbann an biefe Ginichrantung gebunben: Roer. 1. 18. Sept. 82 (Entich. VII. 74).
- 5. Sofern es über ber betr. Dienstbeforbe überhaupt eine Beschwerbeinstanz giebt, ift eine gegen die Entschließung ber ersteren gerichtete Beschwerde nicht ausgeschlossen, und zwar tann nich biese sowohl gegen die Annahme, daß ber betr. Gegenstand in ben Bereich ber Amtsversichwiegenheit falle (Note 3), wie auch gegen die Bersagung ber Genehmigung richten. Bur Erstehung ber Beschwerbe ist sowohl ber Richter wie auch jeder Prozesbetheiligte, ber ein Interesse an ber Bernehmung hat, befugt; vgl. Roer. IV. 8. Febr. 87 (Ripr. IX. 123).
- 6. Abgesehen von der Borschrift des § 53, besteht zwischen einem als Zeugen zu vernehmenden Beamten und einem anderen Zeugen fein weiterer Unterschied (vgl. Glaser I. S. 460). Daher ist der Beamte auch dann zur mundlichen Ablegung des Zeugnisses verpflichtet, wenn mit Rucksicht auf den Gegenstand des letzteren der Richter berechigt sein würde, sich mit einer amtlichen schriftlichen Auskunft (vgl. § 255) zu begnügen; auch darf ein Beamter das Zeugniss nicht aus dem Grunde verweigern, weil seiner Ansicht nach nicht er persönlich, sondern die Behörde, welcher er angehört oder untergeordnet ist, die betr. Auskunft zu ertheilen habe. Ueber die Art und die Rittel der Beweiserhebung hat der Richter zu besinden; etwaige abweichende Borschriften der stühren Landesgesehe sind durch die StPD. außer Krast geseht. (Es versteht sich indes, das die Gerichte auch das Interesse des Dienstes zu berücksichtigen und beshalb unnötzige Bernehmungen von Beamten thunlicht zu vermeiben haben.) Auch hinsichtlich der Pflicht zum

§. 54.

Jeber Zeuge kann die Auskunft auf folche Fragen verweigern, beren Beantswortung ihm felbst ober einem ber im §. 51 Nr. 1—3 bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen wurde.

(I. Entm. \$ 46; II. III. Entm. \$ 45.) Bgl. CPO. § 349.

Erscheinen steht ber Beamte jebem anderen Zeugen gleich (vgl. § 50 Rote 4); insbes. ift biese Pflicht von einer Genehmigung ber Dienstbehörbe nicht abhängig. — Uebrigens ift bie Erlassung reglementärer Borschriften über bie Labung von Beamten flatthaft; es tann 3. B. angeordnet werben, baß bie bem Beamten vorgesette Dienstbehörbe von ber Labung zu benachrichtigen sei. Für Preußen vgl. Aug. Berf. bes Just.-Min. v. 17. Mai 1833 (JWBl. S. 155) u. v. 13. Parz 1834 (JWBl. S. 54). — In Betreff ber Beeibigung s. § 63 Rote 1. b.

7. Bgl. § 96 u. bie Roten baf.

3u § 54.

- 1. a. Bgl. oben bie Bemertungen ju SS 51-54, insbef. Rote 7-11.
- b. Es ift bem Ermessen bes Zeugen überlassen, ob er bie Auskunft geben ober verzweigern will; bas Gericht barf bie Borlegung einer Frage an ben Zeugen nicht beshalb ablehnen, weil berfelbe sich burch beren Beantwortung ber Gesahr einer strafgerichtlichen Verfolgung aussesen würde: RGer. I. 17. Jan. 84 (Entsch IX. 426, Rspr. VI. 36). Bgl. Rote 7.
- c. Der Zeuge barf bie in § 54 ibm gemährte Befugniß nur burch ausbrüdliches Berweigern ber Auskunft ausüben, teinesmegs aber burch Berfchweigen einzelner Thatumftaube: Rer. III. 21. Mai 83 (Ripr. V. 372).
- 2. a. Nur die Gefahr einer ftrafgerichtlichen Berfolgung, nicht aber der Umstand, daß der Zeuge bei Beantwortung einer Frage seine eigene Schande ober die eines Angehörigen würde bekennen mussen, berechtigt zur Verweigerung der Auskunft. Ebensowenig wird eine solche Berechtigung durch den Umstand begründet, daß dem Zeugen zc. aus der Beantwortung der betr. Frage ein erheblicher Vermögensnachtheil erwachsen kann; der Zeuge ist daher nöthigenfalls auch zur Offenbarung eines Kunste ober Gewerbegeheim nifses verbunden. Mit Rücksicht auf die Verschiedenheit, welche zwischen der Ausgabe des Strafprozesses und berjenigen des Civilsprozesses besteht, schließt die StBD. die Besteiungen von der Zeugnispsticht in engere Grenzen ein, als dies die EBD. § 349 thut. Usbrigens ist es auch im Strafversahren eine Pflicht des Richters, auf die der Ehre oder dem Vermögen eines Zeugen zc. drohenden Nachtheile billige Rücksicht zu nehmen.
- b. Unter strafgerichtlicher Berfolgung ist nur biejenige Berfolgung zu verstehen, welche zum Zwede ber Berhängung einer friminellen Strafe (vgl. EG. § 3 Rote 2) stattsfindet. Die Gefahr einer Disziplinarverfolgung fällt nicht unter die Bestimmung des § 54; das Gesel weicht hier von dem Entw. ab, welcher den Ausbrud "Strasverfolgung" enthielt und damit auch das Disziplinarstrasverfahren umfassen wollte (vgl. Prot. S. 1130).
- 3. a. Die Mot. S. 145 bezeichnen bie Bestimmung bes § 54 als bas nothwendige Korrelat ber Borschriften in § 136 und § 51, nach welchen ein Beschuldigter nicht zu einer Aussage wider sich selbst und ein Zeuge nicht zu einer Aussage wider einen ihm nahe verwandten z. Beschuldigten gezwungen werden bars. Indeß reicht die Besreiung des § 54 nicht so weit, als nach dieser Bemerkung angenommen werden könnte: es ist dem Zeugen nicht schlechthin erlassen, über eine von ihm selbst ober von einem nahen Angehörigen begangene strafbare handlung Auskunft zu geben; vielmehr greist die Besreiung nur Plat, wenn und insoweit hinsichtlich der betr. Handlung für den Zeugen oder den Angehörigen die Gesahr der Strasversolgung besteht. Sonach darf z. B. der Zeuge die Auskunst über eine von einem verstorbenen Angehörigen begangene strasbare handlung nicht verweigern, ebensowenig über eine Handlung, die er selbst oder der Angehörige vor Bollendung des zwölsten Lebensjahres begangen hat. Desgleichen fällt die Besreiung sort, wenn die Strasversolgung bereits durch Berjährung

Digitized by GOOSIC

§. 55.

Die Thatsache, auf welche ber Zeuge die Verweigerung des Zeugnisses in den Fällen der §§. 51, 52, 54 stütt, ist auf Verlangen glaubhaft zu machen. Es genügt die eidliche Versicherung des Zeugen.

(L. II. III. Cutw. § -.) Bgf. CPO. § 351.

- ober durch Begnadigung ausgeschlossen ift. Bei der Berjährung wird allerdings ein etwaiger, ihre Bollendung betreffender Zweisel zu Gunften der Befreiung zu entscheiden, und es wird namentlich zu beachten sein, daß, so lange die strafrechtliche Qualistitation der betr. Handlung nicht genau seiftlicht, auch die Dauer der Berjährungszeit nicht genau zu bestimmen ist; die letztere ist z. B. beim schweren Diebstahl eine andere als beim einsachen (vgl. St. § 67). Bgl. § 56 u. Rote 11 das.
- b. In Betreff bes Falles, wenn eine als Zeuge zu vernehmende Berjon in berfelben Untersuchung zuvor Beschulbigter war, s. oben Note 3. b zu Abschn. 6.
- 4. Es tommt hinfichtlich ber Anwendbarteit bes § 54 nicht barauf an, ob bie betr. Auskunft jum 3wede ber Ueberführung bes Befculbigten ober jum Zwede ber Bertheibigung geforbert wirb; baher findet die Borfchrift 3. B. auch dann Anwendung, wenn die Untersuchung eine Beleibigung betrifft und es fich bei ber bem Zeugen vorgelegten Frage um die Erbringung bes Bahrheitsbeweises (StBB. § 186) handelt.
- 5. Bird ein Zeuge in der Untersuchung wider einen nahen Angehörigen vernommen, nachdem er von der Berechtigung, das Zeugniß insgesammt zu verweigern (§ 51), nicht Gebrauch gemacht hat, so darf er doch noch die Auskunft auf einzelne Fragen verweigern, wenn die Boraussiehung des § 54 zutrifft. Dies gilt insdes. auch in dem Falle, wenn die Beantwortung einer Frage den Beschuldigten der Gesahr aussehen würde, wegen einer anderen, als der ben Eegenstand des schwebenden Bersahrens bilbenden strafbaren handlung verfolgt zu werden; a. R. Glafer I. S. 519.
- 6. Benngleich § 54 nur von ber Berweigerung ber Auskunft auf einzelne Fragen pricht, so kann biefelbe boch unter Umstäuben einer Berweigerung bes ganzen Zeugnisses thatsäcklich gleichkommen, so z. B. in bem Falle, wenn Jemanb über eine Schlägerei Zeugniß ablegen soll, bei welcher er selbst in strafbarer Weise betheiligt gewesen ist, ober wenn in einer Unterziuchung wegen Kuppelei eine Frauensperson vernommen werden soll, welche durch bie Ablegung bes Zeugnisses sich selbst der strafbaren Unzucht wurde schuldig bekennen muffen; vgl. RGer. III. 9. Oft. 80 (Rspr. II. 305).
- 7. Eine Belehrung bes Zengen über bie in § 54 bestimmte Berechtigung ift nicht vorgeschrieben und somit nicht ersorberlich: RGer. II. 31. Mai 81 (Rfpr. III. 350), I. 28. Febr. 84 (Entsch. X. 154). Bgl. Rote 1. b.
 - 8. Bgl. § 55 u. Rote 1 baf.
- 9. Macht ber Zeuge von ber Berechtigung jur Berweigerung ber Auskunft nicht Gebrauch, io ift er verpflichtet, die lettere zu beeidigen, sofern nicht die Beeidigung nach \$ 56 Nr. 3 (vgl. das. Note 11) unzuläffig ober die Berweigerung der Gibesleiftung aus \$ 57 Mbs. 2 zu begründen ift. Aus \$ 54 tann eine Berechtigung, die Gibesleiftung zu verweigern, nicht bergeleitet werden.
- 10. In Betreff ber Zeugnigpflicht in Preßftrafsachen f. Die Roten zu SS 20, 21 bes Prefe-Gef. v. 7. Mai 1874 (unten in Abth. III.).

Bu § 55.

1. Segenstand der Glaubhaftmachung ist die "Thatsache, auf welche der Zenge die Bersweigerung des Zeugnisses stückt"; ob in dieser Thatsache der im Geset bestimmte Weigerungsgrund enthalten sei, hat der Richter zu beurtheilen. In den Fällen des § 51 handelt es sich um die Phatsache, welche das verwandtschaftliche zc. Verhältniß begründet (vgl. dort Note 6). In den Fällen des § 52 ist die glaubhaft zu machende Thatsache die: daß dem Zeugen dassenige, worüber das Zeugniß ersordert wird, nur bei Aussibung seines Veruses zc. anvertraut worden und daß er davon nicht auch auf andere Weise Kenntniß erlangt hat. Hinsichtlich der Fälle des § 54 läßt

§. 56.

Unbeeibigt find zu vernehmen:

- 1. Personen, welche zur Zeit ber Vernehmung das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet oder wegen mangelnder Verstandesreise oder wegen Verstandessichwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Sides keine genügende Vorstellung haben;
- 2. Personen, welche nach ben Bestimmungen ber Strafgesetze unfähig sind, als Zeugen eiblich vernommen zu werben;

sich nicht generell bestimmen, was unter ber glaubhaft zu machenben Thatsache zu verstehen sei; hier muß bas richterliche Ermessen nach Lage bes einzelnen Falles entscheiben. Einerseits barf ber Richter ben geltenb gemachten Beigerungsgrund ohne Beiteres verwersen, wenn es klar ist, daß die Beantwortung ber betr. Frage für sich allein nicht geeignet sein kann, die Gesahr der Strasversolgung herbeizusschen. Andererseits kann von dem Zeugen nicht verlangt werden, daß er diezienige That, wegen deren er event. versolgt werden könnte, angebe; denn durch eine solche Angabe würde er ja gerade dieseinige Gesahr herbeisühren, vor welcher ihn das Geset schieden will. Die Lage eines einzelnen Falles kann daher immerhin so geartet sein, daß der Richter von dem Ersfordern näherer thatsächlichen Angaben abstehen und sich damit begnügen muß, wenn der Zeuge beschwört; daß er nach seinem Besten Bissen annehme, er würde durch die betr. Auskunft sich selbst bezw. einer Person, zu der er in einem Verhältniß der in § 51 bezeichneten Art stehe, die Gesahr strasgerichtlicher Bersolgung zuziehen. Bgl. RGer. III. 9. Okt. 80 (Rspr. II. 305), Puchelt S. 137.

- 2. Ob es einer Glaubhaft machung ber betr. Thatsache bebars, unterliegt nach bem Bortslaut bes Gesetes ("auf Berlangen") bem richterlichen Ermessen. Der Richter bar ber betr. Erstärung bes Zeugen auch ohne Beiteres Glauben schenen, zumal wenn berselben nicht wibersprochen wirb; bie Revision gegen bas Urtheil fann nicht auf bie Behauptung gegründet werben, baß bie Erstärung eine unwahre sei: RGer. III. 2. Juli 80 (Rspr. II. 156), Glaser I. S. 548; a. R. John S. 547. Ueber ben Begriff ber Glaubhaftmachung s. § 45 Note 5. Bersucht ber Zeuge bie Glaubhaftmachung burch andere Mittel als durch ben Gib, so hat ber Richter über ben Berth berselben nach seinem freien Ermessen zu befinden; mit dem Eide dagegen muß er sich begnügen (Prot. S. 51 ff.).
- 3. Unter ber "eiblichen Versicherung" ift, ba bie StPO. (abgesehen von ben fällen ber §§ 64, 66) eine s. g. eibes stattliche Versicherung nicht kennt (a. M. nur Dalde S. 49), die Ableistung eines körperlichen Eides (§§ 62, 63) zu verstehen. An die Stelle der Norm des Zeusgeneides (§ 61) tritt hier die Angade der Thatsache, welche glaubhaft gemacht werden soll (Note 1). Bgl. John I. S. 574, Stenglein S. 182. Wird die Aussage nur theilweis (§§ 52–54) verweigert und das Zeugniß selbst, insoweit es abgelegt ist, von dem Zeugen beeidigt, so kann der Zeugeneid zugleich auf die den Weigerungsgrund betressende Erklärung des Zeugen bezogen werden; es wird der letztere aber hierüber ausdrücklich zu bedeuten und diese Bedeutung in das Protokoll auszunehmen sein. Im Falle des § 66 kann die Abgabe der Versicherung durch Berusung auf den geleisteten Eid ersolgen. Die Bestimmung des § 64 gilt auch hier.
- 4. Die im § 55 vorgesehene eibliche Berficherung bes Beugen tann in jebem Stabium bes Berfahrens geforbert werben; auf fie find bie Bestimmungen bes § 65 nicht anwenbbar.
- 5. Bon ben bie Gibesfähigkeit betreffenben Bestimmungen gelten bie bes § 56 Rr. 1, 2 auch hier; bie ber Rr. 3 bagegen erscheint für § 55 bebeutungslos (wgl. Buchelt S. 137).

3u \$ 56.

1. a. Die SS 56, 57 befagen ihrem Bortlaut nach zwar nur: baß gewisse Zeugen unbeeibigt bleiben muffen bezw. burfen; sie geben aber mittelbar zugleich bem Grunbsat Ausbrud: baß jebe Zeugenaussage beeibigt werben muß, sofern nicht ein im Geset vorgesehener Grund fur die Richtbeeibigung vorliegt (vgl. Mot. S. 145). Es ift in bem auf bem Prinzip ber freien Beweiß.

3. Personen, welche hinsichtlich ber ben Gegenstand ber Untersuchung bilbenben That als Theilnehmer, Begünstiger ober Hehler verbächtig ober bereits versurtbeilt find.

(I. Cutm. § 47; II. III. Entm. § 46.) Bgl. CPO. §§ 358, 356 Rbf. 2.

wurdigung berubenben Strafverfahren bem Richter zwar nicht verwehrt, fein Urtheil auch auf unbeeibigte Beugniffe zu fluten; allein, wo es an einem gefehlichen Grunbe fur bie Richtbeeibigung fehlt, ba barf bie Beeibigung nicht unterbleiben; benn es barf tein gefehliches Mittel, bie Bafrheit and licht zu bringen, unbenutt gelaffen werben, und bas Befet geht von ber Annahme aus, bag bie Beeibigung ben Beugen gur Angabe ber Bahrheit bewegen werbe. Ueber abm. Anfichten ogl. Domich im GSaal XXXVI. S. 590. Nebrigens ift bem RGer. nicht beigustimmen, wenn baiselbe — z. B. II. 15. Juni 80 (Entsch. II. 109), II. 5 Oft. 80 (Ripr. II. 297), I. 21. Mai 83 (Entid. VIII. 407) - im § 60 jenen Grunbfat ausgesprochen finbet; benn biefer § will inchen bem Erforbernig ber Ginzelbeeibigung) nur ben Beitpuntt ber Beeibigung beftimmen, wie feine Stellung im Spftem bes Abiconitts beutlich zeigt, mabrend er, wenn er bie Rothwen: bigfeit ber Beeibigung hatte jum Ausbrud bringen follen, por bie SS 56, 57 ju fiellen gewesen ware. -- Die Ausnahmen, welche bas Gefet von bem obigen Grunbfat macht, inbem es in gewiffen gallen bie Beeibigung eines Beugen verbietet (§ 56, § 57 Abf. 2), in anberen fie in bas Ermeffen bes Richters fiellt (§ 57 Abf. 1), beruben auf ber Ermägung, bag in biejen fallen bie vorgebachte Annahme im Allgemeinen nicht gutreffenb ericeint.

- b. Der Grunbfat, daß jedes Zeugniß zu beschwören ift, sofern nicht einer ber gesehlichen Ausnahmefalle vorliegt, erleidet eine Einschränkung durch die Bestimmung des § 65, nach welcher die Beeibigung der Zeugen der Regel nach erft in ber hauptverhandlung erfolgen soll. Bermöge dieser Bestimmung können, wenn nach Abschluß des Borverfahrens die Strafverfolgung eingestellt wird (§§ 169, 202), die abgelegten Zeugnisse überhaupt unbeelbigt bleiben.
- 2. a. 3m Sauptverfahren hat bie Beeibigung ber Zeugen bie Bebeutung eines wesent= ligen Attes bes Berfahrens, fo bag fie, infofern nicht einer ber gefetlichen Ausnahmefälle vorliegt, auch ba nicht unterbleiben barf, wo es für bie Entscheibung bes Richters nicht weiter barauf ankommt, ob ber Zeuge seine Aussage beschwört ober nicht; vgl. RGer. III. 21. Apr. 80 (Ripr. I. 631), II, 15. Juni 80 (Entich. II. 109). Die Beeibigung barf also nicht beshalb unter= laffen werben, weil ber Ausfage auch ohne ben Gib voller Glaube ju ichenten fei: RGer. I. 16 Kebr. 80 (Mfpr. I. 359); ebensowenig aber aus bem umgekehrten Grunde, weil die Aussage auch im kalle ber Beeibigung für werthloß anzusehen sein würbe (vgl. Rote 12, b.). Gl. A. Reller S. 63, Buchelt S. 139, Geper Lb. S. 526 u. in Hb. I. S. 281, Stenglein S. 184; a. M. Boitus Kontr. I. S. 176, 295 (bem de lege ferenda allerbings jujustimmen ift). — Auch bie Unerheblichteit bessen, was ber Zeuge ausgesagt hat, kann die Beeibigung nicht entbehrlich machen, zumal erst nach der Eidesleistung formell feftftebt, bag ber Reuge etwas Erhebliches nicht zu befunden wiffe. Anbers verhält es fich allerbings, wenn fic bei ber Bernehmung ergiebt, daß die als Zeuge erschienene Person nicht diejenige ist, beren Bernehmung beantragt ober angeorbnet war; in einem solchen Falle kann nach त्रिमीहिद्यामा ber Berfonenvermechfelung bie Beeibigung ber betr. Berfon unterbleiben, ba als: dam bie von ihr abgegebene Erklärung überhaupt nicht als ein Zeugniß anzusehen ist. Bgl. noch Rote 4 (Schluß).
- b. Die Beeibigung barf (im Hauptversahren) nicht beshalb unterbleiben, weil bie Bernehmung als eine blos in formatorische zu betrachten sei. Die StPD. kennt einen Unterschied zwischen Bernehmungen, die zum Zwede bloßer Information, und solchen, die zum Zwede des Beweises stattsinden, nicht; insbes. ist ihr die Einrichtung des französischen Rechts (Code d'instr. crim. art. 269), nach welcher der Borsisende des Schwurgerichtshoses krast seiner s. g. diskretionaten Gewalt eidesfähige Zeugen uneidlich vernehmem darf, gänzlich undekannt. Bgl. die Noten zu § 243 Abs. 3.
- 3. Die Grunde, aus benen im hauptverfahren bie Beeibigung eines Zeugen unterbleiben muß ober barf, find in ben SS 56, 57 er ich opf enb aufgeführt (eine Mobifikation f. gu S 69

- Note 6.b). Sonach stellt 3. B. bas Interesse, welches ber Zeuge an bem Ausgange ber Untersuchung hat, einen Grund für die Richtbeeidigung nicht bar; ebensowenig ber Umftand, baß ber Zeuge die strafbare Handlung angezeigt ober ben Antrag auf Strafverfolgung geftellt hat; ebensowenig die Schwierigkeit ber Beeidigung (wegen Schwerhörigkeit bes Zeugen): Rer II. 27. Febr. 85 (Rfpr. VII. 148).
- 4. Die Nothwendigkeit der Beeidigung ift in Straffachen unabhängig von den Autragen ber Prozefbetheiligten; baber ift auch ein Bergicht ber letteren auf Die Gibesleiftung bebeutungs-Ios und ungeeignet, bie nichtbeeibigung ju rechtfertigen: RGer. III. 25. Febr. 80 (Rfpr. I. 398). Gl. A. auch Reller S. 63, Geper Lb. S. 526 und in Sh. I. S. 283, Buchelt S. 139, Glafer I. S. 598, Boitus Kontr. I. S. 186, Stenglein S. 184; a. M. v. Schwarze S. 187, 188. — Die (affertorifche) Beeibigung wirb auch baburch nicht entbehrlich, bag nach erfolgter Bernehmung allseitig auf ben Zeugen, alfo auf bas Beweismittel felbft, verzichtet wirb. Denn, ba bie erfolgte Bernehmung thatsächlich nicht ungeschehen gemacht werben kann, so ist ein berartiger Bers zicht nur bem Namen, nicht aber ber Sache nach von bem Berzicht auf die Eidesleiftung verschieben, und, was bas schwurgerichtliche Berfahren betrifft, so ist es überbics ganz unbestimmbar, welche Ginwirfung bie Aussage eines Beugen auf bie Enticheibung ber Geschworenen haben fann, auch wenn bie Ausfage babin geht, bag ber Beuge von bem Gegenstanbe ber Befragung nichts wiffe. Erfolgt bagegen ein folder Bergicht vor ber formlichen Bernehmung, fo brauchen Erklärungen, welche der Zeuge bereits zuvor freiwillig abgegeben hat, und insbes, solche, burch welche er bie Entbehrlichfeit seiner Bernehmung barthun will, nicht beeibigt zu werben : RBer. II. 24. Sept. 80 (Entich. II. 267, Ripr. II. 253). Bgl. Note 2. a (Schluß).
- 5. Aus § 56 in Berbindung mit § 69 ergiebt fich auch die Pflicht bes Zeugen, feine Aussfage zu beeidigen. Gine eigentliche Berechtigung jur Berweigerung ber Beeidigung erstennt die StBD. nur in § 57 Abf. 2 an (vgl. bort Rote 3). Außerbem ift aber jeder Zeuge für befugt zu erachten, auch feinerseits die aus § 56 herzuleitende Ungulafsigfeit feiner Beseidigung geltend zu machen.
- 6. a. Unterbleibt im hauptversahren bie Beeibigung eines Zeugen, ohne baß ein gesehlicher Grund für die Richtbeeibigung vorliegt, so enthält bies eine Verletung bes Gesets im Sinne bes § 376. Demzufolge muß bas erkennenbe Gericht bei uneiblicher Bernehmung eines Zeugen die Richtbeeibigung ausbrudlich beschließen und burch Angabe bes gesehlichen Grundes rechtfertigen: RGer. III. 21. Apr. 80 (Rspr. I. 631), 10. Nov. 80 (Rspr. II. 489). Diese Angabe kann nicht durch ben bloßen hinweiß auf eine ber Bestimmungen bes § 56 ersett werben; eine solche Motivirung ist vielmehr unzureichenb: RGer. III. 18. Juni 81 (Entsch. IV. 324, Rspr. III. 422). Bgl. § 57 Note 2.
- b. Die Thatsache ber erfolgten Beeibigung tann im Borversahren wie im hauptverfahren nicht anbers als burch bas Protofoll (vgl. § 274) bewiesen werben; ber Mangel eines hierauf bezüglichen Bermerks wird baburch nicht gebeckt, baß in ben Urtheilsgrunden die betr. Aussage als eine eibliche bezeichnet ist. Es ist angemessen, in Betreff jedes einzelnen Zeugen bas Erforberliche über die Beeibigung zu vermerken. Pgl. Rer. II. 5. Oft. 80 (Ripr. II. 297), 11L. 22. Mai 80 (Ripr. I. 814).
- 7. Die in § 56 bezeichneten Berjonen burfen nicht beeibigt werben; auch ber Umftand, daß alle Prozesbetheiligten ber Beeibigung zustimmen ober sie sogar beautragen, kann an ber Unzuslässisseit ber letteren nichts ändern. Findet gleichwohl die Beeibigung statt, so ist hierin gleichfalls (Note 6) eine Berletung des Gesets enthalten; die lettere begründet die Aussehung des Urtheils, falls nicht das Gericht vor dessen Fällung die Sidesunfähigkeit des Zeugen erkannt und demzusolge die Aussage nur als eine unbeeibigte gewürdigt hat; vgl. Roer. I. 11. Apr. 82 (Entsch. VI. 155), II. 16. Febr. 83 (Rspr. V. 122), III. 24. Mai 84 (Rspr. VI. 370), II. 6 Febr. 85 (Rspr. VII. 89). In Betreff der Revisionsinstanz vgl. § 376 Rote 2. d., 5. c.

Bu Rr. 1.

- 8. Personen unter 16 Jahren find nicht eibes mündig und burfen niemals beeibigt werden; Ausnahmen, wie fie in einzelnen Landesgesehen zugelaffen waren, tennt die Sipo. nicht.

 Uebrigens tommt es nur auf das Alter bes Zeugen zur Zeit ber Bernehmung an; ber Zeuge darf also nicht beshalb unbeeibigt bleiben, weil er zur Zeit berjenigen Bahrnehmung, über welche er Zeugniß ablegen soll, noch nicht 16 Jahre alt war.
- 9. Die ungenngenbe Borftellung bes Zeugen von bem Befen bes Gibes ichließt bie Beeibigung nur aus, wenn fie auf Mangel an Berftanbesreife ober auf Berftanbes, idmade beruht. Das Gefet hat, wie Buchelt S. 139 bemerkt, ben Gottesleugner von ber Pflicht zur Eibesleiftung nicht befreien wollen. Bgl. auch § 62 Note 1.

Bu Rr. 2.

- 10. a. Das Reichs-SiBB. (§ 161) läßt bie Unfähigkeit zur Ablegung eines eiblichen Zeugnisses als Folge strafgerichtlicher Berurtheilung nur bei bem Berbrechen bes Meineibes
 eintreten; aber auch bei diesem Berbrechen ist die gebachte Unfähigkeit keine von selbst eintretenbe
 kolge ber Berurtheilung, sie muß vielmehr in dem Urtheil ausdrücklich ausgesprochen werden.
 nach dem Reichs-Strafgesehbuch ist somit derzenige zur Ablegung eines eidlichen Zeugnisses
 unfähig, dem die Fähigkeit hierzu wegen Meineides durch Urtheil ausdrücklich aberkannt ist:
 nGer. III. 24. Jan. 80 (Rspr. I. 269); a M. John S. 591. Die Unfähigkeit beginnt erst mit
 der Rechtskraft des Urtheils.
- b. Durch bie Ginführung bes Reichs: StelB. ift an ben früher verbangten, auf Grund der Banbesgefete ausgesprochenen Strafen und an beren rechtlichen Birfungen nichts geanbert worben. Daber ift bei benjenigen Bersonen, welche unter ber herrichaft bes preug. SteB. pon 1851 (SS 11, 12, 21) in Folge ber Berurtheilung ju Buchthausftrafe bie burgerlichen Chrenrechte verloren batten ober benen bie Ausubing ber letteren auf Beit unterfagt mar, bie Unfabig= leit jur Ablegung eines eiblichen Beugniffes burch bie Ginführung bes Reichs-StoB. nicht aufgehoben worden; vielmehr besteht (wie auch bas preuß. Ob.-Trib. wiederholt ausgesprochen hat, io д. B. Goltb. Arch. XX. S. 481 ff.) jene Unfahigfeit fo lange fort, als nicht bie gebachten Bersonen ben Befit ber burgerlichen Ehrenrechte wiebererlangt haben; vgl. ben preuß. Gnaben= Erlaß v. 28. Kebr. 1872 (GS. S. 259), woselbst in Betreff ber wegen Meineibes Berurtheilten ber erforberliche Borbehalt gemacht ift. - hieran ift nun auch burch bie Ginfuhrung ber StBD. nichts geanbert, ba biefe hinfichtlich ber Unfähigkeit zur Ablegung eiblichen Zeugnisses nicht auf bie Bestimmungen bes Reichs-StoB., fonbern auf biejenigen "ber Strafgefete" vermeift, alfo nicht poridreibt, bag bie Rabigfeit ober Unfabigfeit nunmehr nur nach bem Reichs-StBB. ju beurtheilen fei. Gl. A. Roer. III. 25. Juni 81 (Entich. IV. 335), Geger in S.S. I. S. 285; a. D. John S. 592. Angemeffener mare es freilich gewesen, auf bas SiGB. allein zu verweifen und fomit für bas gange Reichsgebiet einen gleichen Rechtszustand hinfictlich ber Gibesunfähigfeit berauftellen.
- c. Eine im Auslande erfolgte Berurtheilung wegen Meineibes kann die Anwendung bes § 56 Rr. 2 nur bann begründen, wenn im Inlande nachträglich gemäß § 37 des St&B. auf die Unfähigkeit zum eidlichen Zeugniß erkannt ift. Gl. A. John S. 593, Stenglein S. 186; a. M. Puchelt S. 140, der dem ausländischen Urtheil die gleiche Wirkung wie dem inländischen beimist; theilw., nämlich für den Fall, wenn der Zeuge ein Richtbeutscher ift, auch Glafer I. S. 565. Zu Nr. 3.

11. - "binfictlich ber ben Gegenftanb ber Unterfuchung bilbenben That" -

a. Die StPD. hat nicht, wie einzelne ber früheren Landesgesetze (3. B. bie preuß. Krim...D. v. 1805 § 356 Rr. 8), allgemein vorgeschrieben, daß ein Zeuge unbeelbigt bleiben musse ober durse, wenn er über eine strasbare handlung Zeugniß ablegt, bei welcher er selbst in irgend welcher Beise betheiligt gewesen ift (vgl. § 54 u. Rote 9 bas.); vielmehr schließt die StPD. die Beridigung nur bann aus, wenn ber Zeuge ber Betheiligung zc. an ber jenigen That verdächtig ift, welche ben Gegenstand ber Unter such ung bilbet; vgl. RGer. III. 5. Nov. 81 (Rspr. III. 686). Auch die Betheiligung des Zeugen an einer strasbaren handlung ahnlicher ober

gleicher Art stellt einen Grund für die Richtbeeidigung nicht bar: Rer. III. 4./7. Jan. 82 (Entich. V. 362), Reller S. 64. — Liegt bagegen ber Fall bes § 56 Rr. 3 vor, so ist die Beeidigung des Zeugen schlechthin, also auch dann unguläffig, wenn berselbe nicht über seine eigene Betheiligung an der That, sondern über irgend einen Gegenstand vernommen wird, bezüglich bessen für ihn ein Grund, mit der Bahrheit zuruckzuhalten, nicht besteht.

b. Bei gleichzeitiger Berhandlung über verbunbene Straffachen, beren Zusammenhang nur ein außerlicher (prozessualer) ift, barf die Aussage eines Zengen (vgl. oben Rote 3. a zu Absch. 6), ber nur bei einem ber mehreren Straffalle ber Betheiligung verdächtig ift, insoweit nicht unbeeibet bleiben, als sie einen anberen Strafall zum Gegenstanbe hat: RGer. III. 12. Febr. 85 (Rspr. VII. 98). In bem Urth. v. 24. Juni 84 (Entsch. XI. 1, Rspr. VI. 466) hatte bas RGer. II. bereits ausgesprochen: es bestehe fein gesehliches Sinderniß, hinsichtlich ber Beeidigung bie verschiebenen Theile ber Aussage zu sondern. A. M. Stenglein S. 187.

12. "That" - "Theilnehmer, Begunftiger ober Behler".

a. Der Begriff ber "That" wie auch ber bes "Theilnehmers" ift bier im weitesten Sinne ju verfleben.

Demgemäß bebeutet "That" ben gangen Borgang, welcher ben Stoff ber Untersuchung bilbet. In biesem Borgange kann ber Thatbestand verschiebener Delikte enthalten sein; alsbann ist es zur Anwendung bes § 56 Rr. 3 nicht erforberlich, daß die Betheiligung bes Zeugen an bem Borgange bas sellet barstelle wie biesenige bes Angeschulbigten; so: RGer. III. 30. März 80 (Rspr. I. 523) in einem Falle, in welchem von zwei Personen gemeinsam ein Jagdvergehen begangen und von ber einen außerbem bem sie betreffenden Förster Biberstand geleistet war. 21. M. NGer. III. 13. Mai 82 (Entsch. VI. 286) in einem Falle ber Auppelei; Glaser I. 6. 566.

"Theilnehmer" im Ginne bes § 56 ift nicht blos ber, beffen Thun unter bie §§ 47 ff. bes StBB, fällt, sonbern Zeber, ber in strafbarer Beife bei bem fraglichen Borgange betheiligt gewesen ist; vgl. RGer. III. 1. Dez. 84 (Entsch. XI. 300), IV. 24. März 85 (Entsch. XII. 122, Rspr. VII. 193). Gine nicht firafbare Betheiligung gebort nicht bierber; baber finb g. B. in ben Rallen bes § 174 bes StBB. Diejenigen Personen, mit benen ein Beamter, Argt zc. unguchtige hanblungen vorgenommen hat, nicht als Theilnehmer zu behandeln, und zwar auch bann nicht, wenn biefe hanblungen mit ihrem Ginverstandniß vorgenommen waren (gl. A. Geger 2b. G. 528, Glafer I. S. 568). Es genügt aber ein an fich ftrafbares Thun; ber § 56 wird baburch nicht unan: wendbar, daß der Beuge wegen eines in concreto zutreffenden Strafausichliegungsgrundes ber Bestrafung entzogen ist: Reer. III. 15. März 86 (Gutfc. XIV. 19, Ripr. VIII. 171). — Es ist ferner nicht erforberlich, daß ein bewußtes Zusammenwirken des Zeugen und bes Angefchulbigten flattgefunden habe; baber tann auch bei Fahrläffigteitsvergeben von einer Theil= nahme im Sinne bes § 56 bie Rebe sein: RGer. III. 7. Mai 83 (Entsch. VIII. 299, Ripr. V. 341), II. 16. Apr. 86 (Ripr. VIII. 294), Enblich braucht ber Zeuge überhaupt nicht Deit: fculbiger bes Angefculbigten ju fein; vielmehr ift § 56 auch bann anwenbbar, wenn nach Lage ber Sache nur Giner von Beiben bie That begangen haben tann, fo bag aus ber Annahme ber Soulb bes Beugen bie nichtichulb bes Angefculbigten folgen murbe: Reer. III. 11. Daray 82 (Mipr. IV. 237).

Andererseits aber sett ber § voraus, daß das Thun des Zeugen irgend welche Art von Mit wirkung zu dem unter Anklage gestellten Delist enthält; es genügt nicht, daß der Zeuge bei Gelegenheit oder aus Anlaß des letzteren eine strassare handlung begangen haben soll, die sich materiell als eine selbstständige darstellt, wie z. B. wenn in einer Strassache wegen Röthigung der als Zeuge auftretende Genöthigte verdächtig wird, bei dem Borgange eine Körperverletzung gegen den Angeschuldigten begangen zu haben: cit. RGer. III. 1. Dez. 84 (Entsch. XI. 300); ebenso II. 8. Mai 85 (Entsch. XII. 190, Rspr. VII. 281). In einer Strassach wegen Körperverletzung darf der Berletzte nicht deshalb unbeeibigt bleiben, weil er verdächtig ist, die Körperverletzung alsbald erwidert zu haben: KGer. II. 15. Apr. 87 (Rspr. IX. 234); a. M. I. 7. Dez. 82 (Entsch. VII. 331, Rspr. IV. 871). Anders verhält es sich bei der Schlägerei im Sinne des St. 227; da

§. 57.

Stehen Personen zu bem Beschulbigten in einem Berhältniffe, welches fie nach

hier bas Gefes bie Thatigfeit aller Betheiligten als einen einheitlichen Alt auffaßt, fo fallt auch ber Gegner bes Angefculbigten unter § 56 Rr. 3: cit. RGer. II. 15. Apr. 87.

- b. "Begun tiger". Es wird hier eine bereits zuvor begangene, unter ben Begriff ber Begünstigung fallende handlung bes Zeugen vorausgesetzt; berselbe darf also nicht best halb unbeeibigt bleiben, weil ber Berbacht vorliegt, daß er, um ben Beschuldigten zu begünstigen, bei seiner gegenwärtigen Bernehmung etwas Unwahres aussagen werbe oder ausgesagt habe: Roer. I. 21. Mai 83 (Entsch. VIII. 407), III. 3. Juli 84 (Entsch. XI. 29, Ripr. VI. 510); vgl. III. 19. Nov. 83 (Ripr. V. 720). Bgl. ferner Note 2. a.
- c. "hehler" Das Gejet behandelt benselben in Ansehung der Beeidigung wie ben Theilnehmer und stellt beide auf gleiche Linie. hieraus solgt, daß auch in dem Falle, wenn in der Untersuchung wider den hehler der bereits verurtheilte Dieb als Zeuge vernommen wird, die Beeidigung unstatthaft ist; es fehlt jeder innere Grund, zwischen diesem und dem umgekehrten Falle, wenn der hehler in der Untersuchung wider den Dieb Zeuge ist, einen Unterschied zu machen: RGer. II. 9. Juli 80 (Entsch. II. 217, Rfpr. II. 177), I. 29. Oft. 85 (Rfpr. VII. 627) Das Gleiche gilt von der Untersuchung wider den Begünstiger.
- d. Gin Zeuge, welcher, ohne Theilnehmer, Gehler ober Begunftiger zu fein , an ben ben theilnehmern zc. aus ber Strafthat erwachsenen Bortheilen Antheil gehabt hat, barf nicht unsbeibigt bleiben; vgl. Rote 3.
 - 13. "verbächtig ober bereits vernrtheilt" -
- a. Ob ein Zeuge ber Theilnahme ze. verbächtig sei, barüber entscheibet bas freie Ermesen bes Gerichts. Dies muß auch im Falle einer Selbstbezichtigung bes Zeugen gelten; bas Gericht barf ben Zeugen beeibigen und ihn erforberlichenfalls zwangsweise zur Eibeszleitung anhalten, wenn es die Selbstbezichtigung für unwahr halt; es würde sonst einem Zeugen die Möglichkeit geboten sein, durch eine nuwahre, später zu wiberrusende und barum gesahrlose Selbstbezichtigung auf die Freisprechung bes Beschulbigten hinzuwirken.
- b. Das Gericht muß, um bie Nichtbeeibigung zu rechtfertigen, ausbrücklich feststellen, das ber Zeuge ber Theilnahme 2c... "werd ächtig" set; bie Erwägung: ber Zeuge sei "vielleicht" ober "möglicherweise" bei ber That betheiligt, würde ber Bestimmung des § 56 Rr. 3 nicht entsprechen und nicht geeignet sein, die Richtbeeidigung zu rechtsertigen. Auch muß das Gericht anzeben, in welcher Art es den Zeugen als dei der That betheiligt erachtet; der entgegengesehte Ausspruch des RGer. III. 12. Febr. 85 (Rspr. VII. 98): daß Erörterungen über die Beschafsenseit der fraglichen Theilnahmehandlung entbehrlich sein, erscheint, insosen diese Entbehrlichseit nicht blos für den konkreten Fall, sondern in abstr. anerkannt werden soll, unn so bedenklicher, als das Wer. in einer Reihe von Fällen (Rote 12. a) die angesochtenen Urth. gerade wegen unz richtiger Aussallung des Begrisses der "Theilnahme" ausgehoben hat. Bgl. übrigens Wer. III. 20. Jan. 87 (Rspr. IX. 76).
- c. In Betreff folder Beugen, welche ber Theilnahme zc. beschulbigt gewesen, jeboch außer Berfolgung gesett ober freigesprochen finb, f. oben Rote 3. b ju Abichn. 6.
- d. Daß bie Berurtheilung bes Zeugen bereits rechtsträftig fei, wird nicht erfordert; bem ber Berurtheilte ift minbestens ein Berbächtiger (vgl. Glafer I. S. 569). Andererfeits aber verliert die Berurtheilung als folche (vgl. die eben cit. Rote) ihre Birkung, sobald bas verzuntheilende Erkenntniß in höherer Instanz oder im Bege ber Biederaufnahme bes Berfahrens aufgehoben wird. Die Begnabigung bes Berurtheilten anbert nichts an ber Unzulässigeit jeiner Beeibigung.
- 14. In Betreff ber Beeibigung bes Zeugen in Prefftraffachen f. bie Roten ju SS 20, 21 bes Brefe-Gef. v. 7. Dai 1874 (unten in Abth. III).

Bu § 57.

1. a. Die Beeibigung ber in § 51 bezeichneten Angeborigen ac, bes Befculbigten unterliegt

Digitize 18 y Google

§. 51 zur Berweigerung bes Zeugniffes berechtigt, so hangt es von bem richterlichen Ermessen ab, ob sie unbeelbigt zu vernehmen ober zu beeibigen sinb.

Dieselben können auch nach ber Vernehmung bie Beeibigung bes Zeugniffes verweigern und find über bieses Recht zu belehren.

(I. Cutw. § 47; II. 1II. Cutw. § 46.) Bgl. CHO. § 358.

in ber Regel erheblichen Bebenken, und ebenbeshalb war sie in einigen ber früheren Lanbesgesetze (vgl. 3. B. bab. StPD. § 106, lüb. StPD. § 88) ganz untersagt, in anderen (vgl. 3. B. preuß. StPD. v. 1867 § 161, württemb. StPD. Art. 156) nur unter gewissen Boraussehungen gestattet. Die StPD. läßt hier bas richterliche Ermessen. — Die Nichtbeeibigung wird als die Regel, die Beeibigung als die Ausnahme anzusehen sein, wie ja auch das Gesetz die unbeeibigte Bernehmung an erster Stelle erwähnt. Als ein Fall, in welchem die Beeibigung anzemessen sein kann, ist der hervorzuheben, wenn die strafbare Handlung gegen den Zeugen selbst oder gegen ein anderes Mitglied der Familie des Beschuldigten verübt ist. — Bgl. noch oben Note 2. b zu Absch. 6.

- b. "zu bem Beschulbigten" Beim Borhandensein mehrerer Beschulbigten genügt es zur Anwendung des S, wenn auch nur einer von ihnen ein Angehöriger zc. des Zeugen ift: RGer. II. 24. Oft. 80 (Entich. III. 161). Dies gilt auch dann noch, wenn die ser Beschulbigte bereits rechtsfräftig abgeurtheilt ift und diejenige Berhandlung, in der die Bernehmung des Zeugen erfolgt, nur einen anderen Witbeschulbigten betrifft; RGer. I. 12. Febr. 80 (Entsch. I. 207. Rspr. I. 347). Bgl. § 51 Rote 3.
- c. Der Umftand, bag ein Zeuge im Borverfahren bereits beeibigt worben ift, binbert bas Gericht im hauptverfahren nicht, ibn nunmehr gemäß § 57 uneiblich zu vernehmen: RGer. I. 16. Febr. 80 (Ripr. I. 358).
- 2. In Betreff ber Hauptverhanblung hat das Rer. wieberholt z. B. I. 18. Now. 80 (Entich. III. 46. Ripr. II. 520), II. 18. Sept. 83 (Ripr. V. 535), III. 25. Oft. 83 (Ripr. V. 639) angenommen, daß die Entichließung über die Beeidigung ober Richtbeeidigung eines Zeugen zunächt bem Borfitenden zustehe und daß es eines Befchlusses des Gerichts erft dann bebürfe, wenn das Berfahren des Borsitenden beanstandet werde; gl. A. John S. 587, Glaser I. S. 559, Reller S. 280, Puchelt S. 143. Diese Ansicht ift nicht unbedenklich, da nach § 57 Beeidigung und Richtbeeidigung gleichmäßig zulässig sind, während der von dem Rer. in Bezug genommene § 237 Abs. 2 nur den Fall vorsieht, wenn eine Anordnung des Borsitenden "als unzulässig" beanstandet wird. Mindestens wird die Erlassung eines Gerichtsbeschulses in allen Fällen angemessen sein. Uedrigens bedarf der Beschluß, da hier lediglich das richterliche Ermessen entscheid, neben der Feststellung des betr. Berhältnisses seiner weiteren Begründung; voll. Reser. I. 16. Febr. 80 (Ripr. I. 358), III. 21. Apr. 80 (Ripr. I. 631). Bgl. noch § 56 Note 6.a.
- 3. Ob bie Beeibigung angemessen sei, wird fich regelmäßig erft nach ber Bernehmung beurtheilen lassen; baber wird bei ben hier gebachten Bersonen eine Beeibigung vor ber Bernehmung (§ 60) sich nicht empsehlen, wenngleich sie nicht unstatthaft ist; vgl. Rer. II. 20. Sept. 81 (Entsch. V. 16, Ripr. III. 514). Selbstverständlich ist bas Recht, die Beseibigung zu verweigern, bavon unabhängig, ob bie Aufsorberung zur Elbesteistung vor ober nach ber Bernehmung erfolgt.
- 4. hat ein in berselben Sache mehrmals zu vernehmenber Zeuge seine erfte Aussage beschworen, so ift er bennoch berechtigt, bei ber späteren Bernehmung bie abermalige Sibesleiftung ober bie Abgabe ber in § 66 bezeichneten Berficherung zu verweigern. Von Bebentung kann biese Berechtigung sein, wenn bie neue Bernehmung sich auf Gegenstänbe erstreckt, über welche ber Zeuge früher nicht vernommen wurbe.
- 5. Die Belehrung muß ausbrudlich auch barüber erfolgen, baß ber Beuge gur Bermeigerung ber Beeibigung berechtigt fei; es genugt nicht, baß er über bie Berechtigung gur Berweigerung bes Beugniffes belehrt ift: RGer. II. 5. Oft. 83 (Rfpr. V. 576), II. 4. Jan. 84

§. 58.

Jeber Benge ift einzeln und in Abwesenheit ber später abzuhörenden Beugen zu vernehmen.

Sine Segenüberstellung mit anberen Zeugen ober mit bem Beschulbigten findet im Borversahren nur dann statt, wenn sie ohne Nachtheil für die Sache nicht bis zur Hauptverhandlung ausgesetzt bleiben kann.

(I. Entw. \$ 50; II. III. Entw. \$ 49.) Bgl. CPO. \$ 359.

§. 59.

Bor ber Leistung bes Gibes hat ber Richter ben Zeugen in angemeffener Belfe auf die Bebeutung bes Sibes hinzuweisen.

(I. Cutm. \$ 51; II. III. Cutm. \$ 50.) 9gl. CPO. \$ 442.

Entich. IX. 384), I. 8. Juni 85 (Ripr. VII. 357); a. M. II. 18. März 87 (Entich. XV. 358).

— Im Uebrigen vgl. § 51 Note 10, 11.

3u § 58.

Bu Abs. 1.

- 1. a. Die Bestimmung bes Abs. 1 gilt gleichmäßig für alle Stabien bes Berfahrens. Sie ist übrigens, soweit sie bie Abwe senheit ber später abzuhörenben Zeugen betrifft, nur instruktionell; es ift keineswegs unzulässig, Zeugen zu vernehmen, welche ber Bernehmung anberer Zeugen, b. im Zuhörerraume, beigewohnt haben: Rer. I. 7. Mai 80 (Entsch. II. 53), II. 13. Mai 81 (Mpr. III. 295). Ebenbeshalb kann ber lettere Umstanb für sich allein kein Grund sein, einen Antrag auf Bernehmung bes betr. Zeugen abzulehnen: Rer. I. 15. Apr. 80 (Entsch. I. 366, Ripr. I. 603). Bgl. § 242 Abs. 4.
- b. Darüber, ob ein icon vernommener Zeuge ber Bernehmung von Mitzeugen beis wohnen burfe, enthalt bie StPD. teine Borfchrift; es unterliegt bies bem richterlichen Ermeffen. 8gl. § 247.
 - 2. In Betreff ber Bernehmung ber Sachverftanbigen f. § 82 Rote 2.
- 3. In Betreff ber Berechtigung ber Prozestbeth eiligten, bei ber Bernehmung von Zeugen außerhalb ber Hauptverhandlung anwefend zu sein, vgl. §§ 167, 191, 192, 223, 409 sowie § 71 Rote 3. Zu Abs. 2.
- 4. Die hier gegebene Bestimmung findet sich schon in mehreren der früheren Landesgesetze und entspricht der Auffassung der Doktrin, nach welcher Gegenüberstellungen regelmäßig erst in der hauptverhandlung stattsinden sollen; vgl. Zachariä II. S. 228, 229. Indes dürste die Besdeutung der Bestimmung (gegen welche sich überdies schon prinzipielle Bedenken erheben lassen) mehr eine theoretische als eine praktische sein; denn abgesehen davon, daß der Begriff: "Rachsteil für die Sache" ein sehr undestimmter ist, so wird sich auch in der Wehrzahl der Fälle das Bedürsniß geltend machen, die Beseitigung eines zwischen zwei Aussagen vorhandenen Biderspruches baldmöglichst zu versuchen. Uebrigens ist, sofern die Boraussehung des Abs. 2 zutrifft, die Gegenüberstellung auch im Bordereitungsversahren (§§ 160, 163, 164) statthaft, da der Ausbrud "Borversahren" auch bieses umsaßt.
- 5. Auf ben gall, wenn eine Gegenüberftellung jum Zwede ber Biebererkennung einer Berfon ftattfinden foll, ift die Bestimmung des Ubs. 2 nicht zu beziehen, da in diesem Falle ein hinausichieben ber Gegenüberftellung die Sicherheit ber Wiebererkennung gefährben, also zwedzwidig fein murbe. Bal. Brot. S. 54.
- 6. Fur Gegenüberftellungen amifchen mehreren Beichulbigten giebt bie StBD. feine bem § 58 entfprechenbe Borfchrift; fie unterliegen alfo feiner Beichrantung.
- 7. Ueber bas bei Gegenüberstellungen zu beobachtenbe Berfahren enthält bie StBD. feine Boridriften, ba folche immer nur bie Bebeutung einer Instruktion haben könnten und baber entbehrlich erscheinen.

Zu § 59.

1. Der S will nicht vorschreiben, daß bie hinweisung auf die Bebeutung bes Gibes ftets

§. 60.

Jeber Zeuge ist einzeln und vor seiner Vernehmung zu beeibigen. Die Beeibigung kann jedoch aus besonderen Gründen, namentlich wenn Bedenken gegen
ihre Zulässigkeit obwalten, die nach Abschluß der Vernehmung ausgesetzt werden.
(L. Entw. § 52; II. III. Entw. § 51.) 18gl Epo. § 336.

unmittelbar vor ber Eibesleiftung stattfinben muffe, und ebensowenig: daß jeber Zeuge ein zeln auf ben Eib hinzuweisen sei. Es ist baber statthaft, vor Beginn ber Zeugenvernehmung an sämmtliche Zeugen gleichzeitig die Ermahnung zu richten. — Ein Zeuge, bessen Beeibigung bis nach Abschluß ber Bernehmung ausgeseht wird (§ 60); ist schon vor Beginn ber Bernehmung zu ermahnen, wodurch selbstverständlich eine nochmalige Ermahnung unmittelbar vor ber Eibesleistung nicht ausgeschlossen wird. — Bei ber im Borverfahren ftattsindenden uneiblichen Bernehmung (§ 65) ist der Zeuge unter hinweis barauf, daß er event. in der hauptverhaudlung seine Aussage werde beschwören mussen, zur Angabe der Wahrheit zu ermahnen.

- 2. Der Richter foll ben Zeugen "in angemeffener Beife" auf bie Bebeutung bes Gibes hinweisen; ber Inhalt ber Ermahnung ift also in jebem einzelnen Falle bem Ermeffen bes Richters überlaffen. Die etwaigen landesgesetzlichen Borschriften, welche ein bestimmtes Formular für bie Ermahnung aufstellten, sind außer Kraft getreten; die lettere soll in freier Ansprache geschehen.
- 3. Der Umftand, baß die Ermahnung unterlassen worden ift, entzieht der Eidesleiftung, nicht die rechtliche Wirkamkeit und kann die Ansechtung des Urtheils nicht begründen: RGer. I. 8. Mai 82 (Entsch. VI. 267).
- 1. Die gleichzeitige Beeibigung mehrerer (wenn auch nur zweier) Zeugen ift unzulaffig; es macht hierbei feinen Unterschieb, ob ber Gib vor ober nach ber Bernehmung geleiftet wirb.
- 2. a. Die StBD. giebt (gleich ber CBD.) bem Boreib ben Borzug vor bein Racheib und ftellt ben letteren zu bem ersteren in bas Berhaltnig ber Ausnahme zu ber Regel (über bie Grunbe ngl. Mot. S. 147, Brot. ber RTR. S. 57, Ber. ber RTR. S. 19, Stenogr. Ber. bes RT. S. 443). Die Ausnahme hat aber für ben Strafprozeß eine ungleich größere Bebeutung wie für ben Civilprozeß, ba in ersterem die Fälle viel häusiger find, in benen sich bie Zulässigteit ober Angemessen: heit ber Beeibigung erst nach ber Bernehmung beurtheilen läßt. — Die Beeibigung tann "aus besonberen Grünhen" ausgesett werben, b. h. aus Grünben, welche ber Lage bes einzelnen Falles entnommen find. Wie bie Fassung bes S ("namentlich") flar ergiebt, ift ber Fall, wenn Bebenken gegen bie Zuläffigkeit ber Breibigung obwalten, zwar als ber hauptsächlichste, keineswegs aber als ber einzige Fall ber Nachbeeibigung anzuseben; bie lettere rechtsertigt sich z. B. auch bann, wenn es munichenswerth ericeint, die Beeibigung eines Zeugen erft nach feiner Ronfrontation mit einem anderen Zeugen vorzunehmen. Bgl. § 57 Rote 3, § 56 Rote 12. b. — Im Borverfahren insbef. ist bie Nachbeeibigung auch in bem Kalle statthaft, wenn erst bie Bernehmung felbst ben Anlag bietet, die Beeibigung, anftatt in ber hauptverhandlung, alsbalb qu bewirken (§ 65), ein Fall, auf welchen bie Ausbruckmeife bes Gefehes ("ausgefeht") eigentlich nicht paßt.
- b. Gine Angabe ber Grünbe, aus benen ber Richter bie Nachbeeibigung für angemeffen erachtet hat, ift nicht erforberlich; bie Revision gegen ein Urtheil fann nicht barauf gestützt werben, baß ein Zeuge ohne genügenden Grund erst nach ber Bernehmung beeibigt worden sei: RGer. II. 4. März 81 (Entsch. III. 370); vgl. RGer. F. 12. Sept. 81 (Rspr. III. 495). A. M. Glaser I. S. 586.
- c. In ber hauptverhandlung hat junächst ber Borfitenbe über eine Aussesung ber Beeibigung zu befinden; eines Gerichtsbeschlusses bebarf es nach § 237 nur bann, wenn bie Anordnung bes Borsitenden von einer bei ber Berhandlung betheiligten Person beanstandet wird: RGer. II. 4. März 81 (Entsch. III. 370).
 - 3. Es ift nicht erforberlich, bag bie Bernehmung an bie Beeibigung ober biefe an jene fich

Digitized by GOOGLE

§. 61.

Der vor ber Bernehmung ju leiftenbe Gib lautet:

baß Zeuge nach bestem Wissen bie reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzuseten werbe;

ber nach ber Bernehmung zu leiftenbe Gib lautet:

baß Zeuge nach bestem Wiffen die reine Wahrheit gesagt, nichts verschwiegen und nichts hinzugesett habe.

(I. Entm. \$ 53; II. III. Entm. \$ 52.) Bgl. CPO. \$ 357.

unmittelbar anschließe. Die Borbeeibigung allerbings wird regelmäßig erst bei Beginn ber Bernehmung zu bewirfen sein; es sehlt auch, da die gleichzeitige Beeibigung mehrerer Zeugen unstatthaft ist, an der Beranlassung, sie zu einem früheren Zeitpunkt vorzunehmen. Bas dagegen die Rachbeeibigung betrifft, so wird es bei der Bernehmung mehrerer Zeugen in einer Berhandlung häusig zwedmäßig sein, erst beim Schlusse des gesammten Zeugenverhörs zur Beeibigung zu ichreiten, damit die Rothwendigkeit, von einzelnen Zeugen wegen nachträglicher weiterer Befragung noch die in § 66 (vgl. dort Rote 1 Schluß) bezeichnete Bersicherung zu ersorbern, vermieden werde. Bgl. RGer. II. 12. Juli 80 (Entsch. II. 219).

4. Die Borlegung ber f. g. Berfonals und Generalfragen bilbet nach § 67 einen Theil ber Bernehmung, und bie auf biefe Fragen erfolgenben Erflarungen bes Beugen beburfen baber, gleich ber Aussage jur Sache, ber Beeibigung ; bemnach muß im Falle bes promifforifchen Eibes bie Borlegung und Beantwortung biefer Fragen ber Gibesleiftung nachfolgen. Anbererfeits wird über bie Bulaffigkeit ober Angemeffenheit ber Beeibigung bes Beugen (§§ 56, 57) oftmals erft auf Grund ber Berfonal- und General-Bernehmung befunden werben tonnen ; in berartigen fällen wirb mithin ber Richter genothigt fein, Diefe Bernehmung zweimal, nämlich vor unb nach ber Gibesleiftung, porgunehmen. Die Richtbeeibigung ber gebachten Erffarungen begrunbet bie Revision, fofern bas Urtheil auf ihr beruht (vgl. § 376 Rote 7). Gl. A. RGer. II. 30. Nov. 80 (Entich. III. 79. Refpr. II. 585); ebenfo II. 29. Jan. 84 (Ripr. VI. 64), wofelbst übrigens bezüglich ber Richtbeeibigung ber Bersonalangaben angenommen ift, bag als auf ihr berubenb bas Urtheil nur bann angujeben fei, wenn geltend gemacht werbe, bag ber Beuge in Betreff ber 3bentitat ober ber Gibesiähigkeit unwahre Angaben gemacht habe. A. M. RGer. 111. 27. Oft. 80 (Ript. IL 401); bort ift angenommen, daß, weil die Borlegung der Generalfragen überhaupt nicht geboten fei, es auch ber Beeibigung ber auf fie gegebenen Antworten nicht nothwenbig beburfe, und bag ferner bie Richtbeeibigung ber auf bie Berjonal fragen gegebenen Ertlarung bie Revision nur bann begrunden tonne, wenn es zweifelhaft fei, ob bei richtigem Berfahren bie Beribigung bes Reugen nicht überhaupt unterblieben fein murbe (gegen bies lettere Urth. f. bie jutteffende Ausführung bei John S. 606.) Enblich hat RGer. I. 17. März 84 (Ripr. VI. 205) Die Richtbeeidigung ber Berfonalangaben für bebeutungslos erachtet, weil bie betr. Borfdrift nur inftruftioneller Ratur fei. Lettere Auffaffung ericeint unhaltbar. Bgl. Stenglein S. 201, fowie Boitus Rontr. I. S. 305.

Bu \$ 61.

1. Es ist für überstüssig erachtet worden, für die Fälle einer berechtigten theilweisen Zeugniss verweigerung (§§ 52—54) eine ber letteren entsprechende besondere Eidesnorm (wie sie 3 B. die preuß. Krim.=D. § 333 enthielt) vorzuschreiben, da die Borte des Eides "nichts verschweigen" sich selbstverständlich nicht auf solche Thatsachen beziehen können, hinsichtlich beren die Besugnis jur Berweigerung des Zeugnisses von dem Zeugen ausdrücklich geltend gemacht und von dem Richter anerkannt worden ist. Der lettere wird in Fällen der gedachten Art den Zeugen über die Tragweite des Eides zu belehren und einen hierauf bezüglichen Berwerk in das Protokoll auszunehmen haben. Dagegen kann die Ausnahme eines von dem Zeugen gewinschten Borbehalts in die Eidesnorm selbst nicht für zulässig erachtet werden. Bgl. John S. 565, Glaser I. S. 587.

^{2.} Bgl. bie Roten ju § 85.

§. 62.

Der Gib beginnt mit ben Worten:

"Ich schwöre bei Gott bem Allmächtigen und Allwissenben" und schließt mit ben Worten:

"So mahr mir Gott helfe."

(I. Enim. § 54; II. III. Enim. § 53.) Bgf. CPO. § 443.

§. 63.

Der Gib wird mittels Nachsprechens ober Ablesens ber die Sibesnorm entshaltenben Sibesformel geleistet. Der Schwörenbe soll bei ber Sibesleistung bie rechte Hand erheben.

Stumme, welche schreiben können, leisten ben Gib mittels Abschreibens und Unterschreibens ber bie Gibesnorm enthaltenben Gibesformel.

Stumme, welche nicht schreiben können, leiften ben Gib mit Gulfe eines Dolmetschers burch Reichen.

(I. Entm. § 55; II. III. Entm. § 54.) 28gl. CDG. § 444, 445

3u § 62.

- 1. Bur Ableiftung bes Gibes in ber hier vorgeschriebenen Fassung ift ber Zeuge auch bann verpflichtet, wenn bie lettere seinen religiösen Ausch aunngen widerspricht; eine etwaige Beigerung bes Zeugen begründet, auch wenn sie sich nur auf die Fassung bes Gibes bezieht, die Anwendung bes § 69. Sowohl die RER. wie auch ber RT. selbst hat die auf Einführung bes s. g. bürgerlichen Gibes (b. h. auf Reseitigung ber Borte: "bei Gott dem Almächtigen und Alwissenden" und "so wahr mir Gott helse") gerichteten Anträge abgelehnt (vgl. Prot. S. 58. Sten. Ber. S. 231 ff., 445 ff., 889 ff.).
- 2. Der Bortlaut bes Gibes ift von bem Gefet bergeftalt firirt, bag bie gefetlichen Gibes: worte von bem Schwörenben ohne irgend melde Menberung ober auch nur Ginichaltung gefprochen werben muffen. Dagegen find tonfestionelle Bufate ju benfelben bem Schwörenben geftattet, fofern fie lebiglich jur Berftartung ber in bem Gibe enthaltenen Betheuerung bienen, alfo nicht etwa auf eine Regirung ber letteren binaustaufen. In ber RER. (Brot. jur CBD. S. 189) bat ber Regierungstommiffar bie Bulaffig feit folder Bufate vertreten, und in ber Sigung bes Reichstages v. 20. Nov. 1876 (Sten. Ber. S. 233) hat er erflart, baß bie Abficht ber verbunbeten Regierungen babin gebe. Die besonderen Formen und Gebrauche in ben verfchiebenen Territorien Deutschlands aufrecht zu erhalten. In berfelben Sigung bes Reichstages hat ber Berichterftatter, ohne Biberspruch zu erfahren, fonftatirt, bag bie RER. etwas von ber Abficht ber Regierungen Abweichendes nicht beichloffen habe; feitens bes Reichstages ift ein Befchlug nicht gefaßt worben Bon biefen, die Entstehungsgeschichte bes & betreffenden Momenten abgesehen, ift aber die Zulässig: keit konfestioneller Zusätze auch aus ber Ratur ber Sache zu folgern. Denn einerseits besteht an fich icon tein Gruub, einen bie Bethenerung lediglich verftartenben Zufat für ungulaffig zu erachten, und andererseits würde bie Annahme einer solchen Unzulässigkeit in ihrer konsequenten Durchiührung die Folge haben, daß selbst die hinzufügung des Bortes "Amen" für unftatthaft gelten mußte, was offenbar eine Absurdität wäre. Endlich ift jedenialls bie Anficht unhaltbar. daß burch bie hinzufugung einer tonfessionellen Betheuerung bie Rechtsgultigteit bes Gibes in Frage gestellt werbe; bies aber vorausgesest, würbe bie Annahme ber Unstatthaftigkeit konkestioneller Bufabe auch jebes realen Inhalis entbebren. Bur bie Bufaffigfeit folder Bufabe bat fich auch bas RGer. I. 24. Jan. 84 (Entfc. X. 181, Rfpr. VI. 44.) ausgesprochen. Bgl. bie Berf. bes preuß. Juft.: Min. v. 18. Dez. 1880 (3MBI. S. 369).
- 3. Daß ber Zeuge nach bem Borte "Ich" seinen Namen nenne, ift nicht ersorberlich, eben beshalb aber auch nicht einnal fur angemessen zu erachten.

3u \$ 68.

^{1.} a. Bon ben Fällen ber SS 64, 66 abgesehen, erforbert bas Gefet überall bie körperliche

§. 64.

Der Sibesleistung wird gleichgeachtet, wenn ein Mitglied einer Religionszgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewiffer Betheuerungsformeln an Stelle des Sides gestattet, eine Erklärung unter der Betheuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abgiebt.

(I. Entw. § 56; II. III. Entw. § 55) Bgl. § 288 Abf. 6; CHO. § 416.

Ableiftung bes Zeugeneibes. Gine blofe Berficherung an Gibesftatt ("Handgelubbe"; vgl. ; B. bab. StBD. § 117) ift ber StBD. (wie auch ber CBD.) unbekannt.

b. Die in bem Entw. (§ 56) enthaltene Bestimmung:

"Legt ein öffentlicher Beamter über Gegenstände, welche fein Amt unmittelbar betreffen, Beugniß ab, fo tann es ber Gibesleiftung für gleich geachtet werben, wenn ber Zeuge bie Richtigfeit feiner Ausfage unter Berufung auf feinen Diensteib verfichert"

in von ber RER. gestrichen worben (Prot. S. 59 ff., 819, 820). Sonach hat ein Beamter, auch wenn er als folcher Zeugniß ablegt, gleich jedem anderen Zeugen den Eid zu leisten. Bgl. jedoch EG. § 3 Abs. 2, 3 n. Rote 10 das. — Bgl. ferner § 79 Note 10.

Bu Abj. 1.

- 2. Der Bortlaut bes Gibes fest fich aus ber Gibes formel (§ 62) und ber Gibes norm (§ 61) gusammen; vgl. bie Noten ju § 62.
- 3. Die Gibesleiftung mittelft Ablefens ift hauptfächlich mit Rudficht auf taube Berfonen (vgl. Rote 6) jugelaffen, übrigens auch in jebem anderen Falle ftatthaft.
- 4. Das Borfprechen bes Etbes geschieht burch ben Richter, wenn aber ber Zeuge ber beutschen Sprache nicht mächtig ift, burch ben Dolmetscher; boch wird es auch in bem letteren Falle burch ben Richter felbst erfolgen burjen, wenn biefer ber fremben Sprache in bem erforber-lichen Maße mächtig ift. Bgl. GBG. § 196.
- 5. a. Die Erhebung ber rechten Sand bilbet teinen wefentlichen Bestandtheil ber Gibes- leiftung; bie etwaige Unterlaffung hebt bie Gultigfeit bes Gibes nicht auf; bies ift in bem Gefet felbst burch ben Gebrauch bes Bortes "foll" angebentet (vgl. Brot. S. 58, Bericht ber RER. S. 20).
- b. Sowohl Manner wie Frauen haben unter Erhebung ber rechten Sand zu ichwören; bie bei ben Frauen gebrauchlich gewesene Auflegung ber rechten Sand auf bie Bruft ift bamit in Begiall gefommen.
- c. Die Bornahme anderer, bisher gebränchlicher symbolischer handlungen neben ber Ershebung ber rechten hand, 3. B. bas Nieberknien, ift nicht für unzuläsing zu erachten (gl. A. v. Schwarze S. 196, Reller S. 55; a. M. Puchelt S. 149); boch ift bieselbe ber eigenen Enischlichung bes Schwörenben überlassen; ber Richter barf etwas Beiteres als die Erhebung ber rechten hand nicht forbern. Da bas Berfahren bei der Eidesleiftung nicht mehr Gegenstand landesgesehlicher Anordnung ift, so kann die Landesgesehlichen handlung nicht mehr treffen.

Bu 216 f. 3.

6. In Betreff bes Dolmetichers vgl. GBG. § 188. Die Zuziehung eines folden tann auch erforderlich werben, wenn ein tanber Zeuge bes Lefens untundig ift; vgl. § 56 Note 3 (Schluf). — Bei Stummen, welche teine Schulbilbung genoffen haben und bemzufolge nicht ichreiben können, wird häufig die Boraussetung bes § 56 Nr. 1 (ungenügende Borftellung von bem Befen bes Gibes) autreffen, so daß die Beeidigung in Begfall kommen wird.

3u § 64.

- 1. Unter "Gefeh" ift ein Reiche ober Lanbesgefet zu verstehen, nicht die Satung ber betr. Religionsgefellichaft; biefe begrundet für sich allein die Befreiung von ber forperlichen Gibes leiftung nicht.
- 2. Reich sgesehliche Borschriften über bie Befreiung von ber forperlichen Gibesleiftung find bis jest nicht ergangen: jur Zeit alfo tommen nur bie Lanbesgesehe in Betracht. Indeft bleibt eine reichsrechtliche Regelung bieses Gegenstanbes munichenswerth, ba es Religionsgesellichaften

§. 65.

Die Beeibigung ber Zeugen erfolgt, vorbehaltlich ber Bestimmungen bes §. 222, in ber Hauptverhandlung.

Sie kann schon in ber Voruntersuchung erfolgen, wenn voraussichtlich ber Beuge am Erscheinen in ber Hauptverhandlung verhindert ober sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird, ober wenn die Beeidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erscheint.

In bem vorbereitenden Verfahren ist die Beeibigung nur zulässig, wenn Gefahr im Verzug obwaltet, ober wenn die Beeibigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage über eine Thatsache, von der die Erhebung der öffentlichen Klage abhängig ist, erforderlich erscheint.

Erfolgt bie Beeibigung im Vorverfahren, so ift ber Grund in bem Protofoll anzugeben.

(I. Entw. \$ 56; II. III. Entw. \$ 55.)

giebt, beren Mitglieber zwar in einigen, nicht aber in allen Bundesstaaten von der Gidesleistung befreit sind. Wird ein Zeuge, dem in seinem heimathsstaate die Befreiung zusteht, in einem ans beren Bundesstaate vernommen, in welchem dieselbe nicht besteht, so kann er sich auf das Recht seines heimathsstaates nicht berusen, da jedes Landesgeleh nur in dem Staate, der es erkassen, Geltung hat (gl. A. Puchelt, S. 151, Dochow WStP. S 165, Dalde S. 54, Stenglein S. 194; a. M. Geger Ld. S. 535 u. in H. I. S. 292, Reller S. 71, John S. 613, Glaser I. S. 591) Dieser Rechtszustand enthält gegenüber der für alle Reichsangehörigen bestehenden Pflicht, auf Ersordern vor jedem deutschen Gericht als Zeuge zu erscheinen (vgl. GBG. § 161 Note 5), eine härte. — In Preußen sind außer den Menoniten (Bdn. v. 11. März 1827, GS. S. 28) auch die Philipponen (Kab D. v. 19. Nov. 1836, Jahrd. Bd. 49 S. 175) von der Pflicht zur körperlichen Eidessleistung befreit. In Betress der Bundesstaaten s. die Zusammenstellung bei Geper Ld. S. 534; vgl. auch Reller S. 71.

- 3. Die landesgejehlichen Borschriften, welche eine Befreiung von ber törperlichen Gibetleiftung betreffen, bleiben auch bann bestehen, wenn sie nicht in einem besonderen Geset, sondern in einer ber bisherigen Strafprozegordnungen enthalten sind; die letteren treten in biesem Punkte nicht außer Kraft, da § 64 eine Berweisung auf das Landesrecht im Sinne des § 6 des EG. enthält.
- 4. Etwaige landesgesehliche Borfchriften bes Inhalts, bag ber Zeuge seine Angehörigkeit zu ber betr. Religionsgesellschaft bem Richter in einer bestimmten Art nachzuweisen habe, bleiben n Kraft, sofern die Führung dieses Nachweises sich nach bem betr. Gefet als Bedingung ber Befreiung barftellt. A. M. Glafer I. S. 593.
- 5. Darüber, ob neben ber vorgeschriebenen Betheuerungsformel noch eine fymbolische Sanblung (3. B. ein hanbichlag) erforberlich fet, enticheibet lebiglich bas betr Lanbesgeset; bie Bestimmung bes § 63 Abs. 1 gilt ausschließlich für bie körperliche Gibesleiftung.
- 6. Die bie Eibekleiftung vertretenbe Betheuerung ift, gleich bem Gibe felbft (§ 60), regelmäßig por, ausnahmsweise nach ber Bernehmung qu erforbern.

3u § 65.

1. a. Die Beeibigung ber Zeugen soll in ber hauptverhandlung erfolgen. Bon biefem Grundsat ausgehend, bestimmt bie StBD. erstend: bag im Borverfahren bie Bernehmung ber Zeugen regelmäßig eine uneibliche sein (§ 65), und zweitend: baß bie förperliche Ableiftung bes Zeugeneibes in ber hauptverhandlung baburch nicht entbehrlich werben soll, baß ber Zeuge ausnahmsweise schon im Borverfahren beeibigt worben ift (§ 66). — In bem gebachten Grundsate stimmt bas Geset mit bem Entw. ibberein (vgl. Mot. S. 147). Dagegen weicht es hinsichtlich ber Ausnahmen von bem Entw. ab, indem es die Zulässigseit ber Beeibigung im Borbereitungs-

Digitized by GOOGLE

verfahren (§ 65 Abf. 3) in noch engere Grengen einschließt als in ber Boruntersuchung (Abf. 2). Die zweite ber porbezeichneten Bolgerungen aus bem Grunbfat batte ber Entw. (§ 58) überhaupt nicht gezogen : val. § 66 Rote 2.

- b. Eine weitere Ausnahme von bem Grunbfay bes § 65 Abf. 1 f. in § 328 Abf. 2.
- 2. a. "wenn voraussichtlich ber Zeuge am Erscheinen in ber hauptverhaub= lung verhinbert ober fein Ericheinen megen großer Entfernung befonbers erichmert fein mirb." - Der erfte Theil biefes Saves umfaßt felbftverftanblich auch folde falle, in benen es fich nicht blos, wie 3. B. bei dauernder Krankheit eines Zeugen, um bas Richts ericheinen in ber hauptverbanblung, fonbern um bie Unmöglichfeit einer fpateren Beeibigung überbaupt, alfo um ben Berluft bes Bemeismittels banbelt, wie z. B. bei nabe bevorftebenbem Lobe bes Zeugen, bevorftebenber Ausmanberung u. bergl. Die Falle alfo, welche ber Abf. 3 burch bie Borte "Gefahr im Berguge" bezeichnet, werben auch von ber Borfdrift bes Abf. 2 getroffen, - Bon ben Rallen biefer Art abgejeben, liegt, wie eine Bergleichung ber SS 222, 250 Abf. 2, § 191 Abf. 2 und namentlich bes Schlugfates bes § 250 ergiebt, Die Bebeutung ber Ausnahmevorfdrift barin, bag burd bie Beeibigung bes Beugen in ber Boruntersuchung bie Möglichfeit gefoffen wirb, Die fonft vielleicht erforberliche tommiffarifde Bernehmung beffelben nach Eröffnung bes hauptverfahrens zu erubrigen; val. § 222 Rote 1. Selbftverftanblich aber ift bie im Borverfahren erfolgte Beeibigung für bas ertennenbe Gericht bei ber Befclugnahme barüber, ob ber Beuge jur Sauptverhandlung ju laben ober feine frubere Ausfage ju verlefen fei, nicht nur nicht prajubigirlich, fonbern biefes Gericht bleibt fogar unbebingt verpflichtet, felbftftanbig bas Borhanbenfein ber Borausfehungen bes § 222 ju prufen und festjuftellen, wenn es von ber Labung bes Beugen Abstand nehmen will.
 - b. Ueber ben Begriff ber großen Entfernung f. bie Roten ju § 222.
- 3. "wenn bie Beeibigung als Mittel gur Berbeiführung einer mahrheits: gemagen Ausfage erforberlich ericheint" - b. b., wenn anzunehmen ift, bag ber Beuge ohne Beeibigung nicht bie Bahrheit fagen merbe. Das Borbanbenfein biefer Borausfepung wirb fich regelmäßig erft nach erfolgter Bernehmung bes Zeugen feftstellen laffen. - 3m Borbereitungsverfahren (Abf. 3) tritt gu biefer Borausfehung bas meitere Erforbernig bingu, bag es fich bei ber berbeiguführenben Aussage um eine Thatsade hanbeln muß, von beren Ermittelung ober Aufflarung bie Erhebung ber öffentlichen Rlage abhangig ift. Ob es fich bei ber Ausiage um bie Feftstellung ber That, ober um bie Ermitielung bes Thaters zc. hanbelt, ift gleichgültig. Auch gehört ber Fall hierher, wenn die strafrechtliche Qualifizirung ber That von ber Ermittelung ber betr. Thatfache abhangt; Stenglein G. 196.
- 4. Ob eine ber gefetlichen Borausfetungen für bie Breibigung bes Bengen vorliege, baruber hat in ber Boruntersuchung ber Untersuchungerichter, im Borbereitungsverfahren ber bie Bernehmung bewirkende Amtörichter, nicht bie Staatsanwaltschaft (vgl. die Roten zu 🖇 160) zu enticheiben (gl. A. Glafer I. S. 574, Kroneder in Goltb. Arch. XXIX. S. 325 ff., Stenglein S. 196; a. M. John S. 624). Hierzu ist im Einzelnen zu bemerken: a. In allen Fällen steht ber Staatsanwaltichaft, wenn ein von ihr gestellter Antrag auf Beeibigung eines Zeugen von bem Richter abgelehnt wird, die Beschwerde an die Straftammer zu. — d. Wird nach geführter Boruntersuchung von der Staatsanwaltschaft noch die Beeibigung eines Zengen beantragt und will ber Untersuchungsrichter bem Antrage nicht stattgeben, so ist, ohne bag es einer Beschwerbe bebarf, bie Enticheibung ber Straftammer erforberlich (§ 195 Abf. 2). - c. Im Borbereitungsverfahren hat ber Amtbrichter Mangels eines auf Beeibigung gerichteten Antrages ber Staatsanwaltichaft bie Beeibigung nur bann vorzunehmen, wenn Gefahr im Berzuge obwaltet (§ 163). — d. Gin um bie eibliche Bernehmung eines Zeugen ersuchter Richter (GBG. § 158, StBD. § 183 Sat 2, § 164 Abs. 2) hat, die Gibessähigkeit bes Zeugen porausgesett, die Buläsfigkeit ber alsbalbigen Beeibigung nicht weiter zu prufen; vgl. GBG. § 159 Rote 3. b. Andererfeits ift er bei einem auf uneibliche Bernehmung gerichteten Ersuchen für befugt zu erachten, die Beeibigung vorzus nehmen, wenn er finbet, bag Gefahr im Berguge obwaltet (§ 163).

5. Abs. 4 bezieht sich sowohl auf Abs. 2 wie auf Abs. 3. Das Protokoll muß angeben

Digitized by 🔽 🔾

§. 65.

Die Beeibigung ber Beugen erfolgt, vorbehaltlich ber Bestimmungen bes g. 222, in ber Hauptverhandlung.

Sie kann schon in ber Boruntersuchung erfolgen, wenn voraussichtlich ber Beuge am Erscheinen in ber hauptverhandlung verhindert oder sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird, oder wenn die Beeibigung als Mittel zur herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage ersorderlich erscheint.

In bem vorbereitenden Verfahren ift die Beeidigung nur zuläffig, wenn Gefahr im Verzug obwaltet, oder wenn die Beeidigung als Mittel zur herbeiführung
einer wahrheitsgemäßen Aussage über eine Thatsache, von der die Erhebung der
öffentlichen Klage abhängig ift, erforderlich erscheint.

Erfolgt bie Beeibigung im Borverfahren, fo ift ber Grund in bem Protofoll anzugeben.

(I. Entw. \$ 56; II. III. Entw. \$ 55.)

giebt, beren Mitglieber zwar in einigen, nicht aber in allen Bunbesstaaten von ber Eibesleiftung befreit sind. Wird ein Zeuge, dem in seinem heimathsstaate die Befreiung zusieht, in einem anderen Bunbesstaate vernommen, in welchem bieselbe nicht besteht, so kann er sich auf das Recht seines heimathsstaates nicht berufen, da jedes Landesgeset nur in dem Staate, der es erlassen, Geltung hat (gl. A. Buchelt, S. 151, Dochow RSP. S 165, Dalde S. 54, Stenglein S. 194; a. M. Geper Ld. S. 535 u. in Sh. I. S. 292, Reller S. 71, John S. 613, Glaser I. S. 591) Dieser Rechtszuskande enthält gegenüber der für alle Reichsangehörigen bestehenden Pflicht, auf Ersordern vor jedem deutschen Gericht als Zeuge zu erscheinen (vgl. GBG. § 161 Note 5), eine Härte. — In Preußen sind außer den Menoniten (Bdn. v. 11. März 1827, GS. S. 28) auch die Philipponen (Rab D. v. 19. Nov. 1836, Jahrb. Bd. 49 S. 175) von der Pflicht zur körperlichen Eiden Eidesleistung befreit. In Betress der anderen Bundesstaaten s. die Zusammenstellung bei Geper Lb. S. 534; vgl. auch Keller S. 71.

- 3. Die landesgejehlichen Borichriften, welche eine Befreiung von der torperlichen Gibet leiftung betreffen, bleiben auch bann bestehen, wenn sie nicht in einem besonderen Gefet, sondern in einer ber bisherigen Strafprozefordnungen enthalten sind; die letteren treten in diefem Puntte nicht außer Kraft, ba § 64 eine Berweisung auf bas Landesrecht im Sinne des § 6 des GG. enthalt.
- 4. Etwaige landesgesehliche Borichriften bes Inhalts, daß ber Zeuge seine Angehörigkeit zu ber betr. Religionsgesellichaft bem Richter in einer bestimmten Art nachzuweisen habe, bleiben n Kraft, sojern die Führung bieses Nachweises sich nach dem betr. Gefet als Bedingung ber Befreiung barftellt. A. M. Glafer I. ⊚. 593.
- 5. Dariber, ob neben ber vorgeschriebenen Betheuerungsformel noch eine fymbolifche Sanblung (3. B. ein Sanbichlag) ersorberlich fei, entscheibet lebiglich bas betr Landesgeset; bie Bestimmung bes § 63 Abs. 1 gilt ausschlich fur bie forperliche Gibesleiftung.
- 6. Die bie Gibesleiftung vertretenbe Betheuerung ift, gleich bem Gibe felbft (§ 60). regelmäßig vor, ausnahmsweise nach ber Bernehmung zu erforbern.

3u § 65.

1. a. Die Beeibigung ber Zeugen foll in ber Sauptverbaublung erfolgen. Ern nb fat ausgehenb, bestimmt bie StBD. erstens : hat im Boroerfahren bie Bernehmann Zeugen regelmäßig eine uneibliche fein (§ 65), Zeugeneibes in ber Hauptverhanblung babur nahmsweise schon im Borverfahren beeibig stimmt bas Gese mit bem Entw. siberen ber Ausnahmen von bem Entw. a

verfahren (§ 65 Abf. 3) in noch engere Grenzen einschließt als in ber Boruntersuchung (Abf. 2). Die zweite ber vorbezeichneten Folgerungen aus bem Grundfat hatte ber Entw. (§ 58) überhaupt nicht gezogen; vgl. § 66 Rote 2.

b. Gine weitere Ausnahme von bem Grundfat bes § 65 Abf. 1 f. in § 328 Abf. 2.

2. a. - "wenn voraussichtlich ber Zeuge am Ericheinen in ber hauptverhanb: lung verhindert oder sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erichwert fein wird." — Der erfte Theil biefes Sates umfaßt felbstverftandlich auch folche Falle, in benen es fich nicht blos, wie z. B. bei bauernber Krankheit eines Zeugen, um bas Richtericheinen in ber hauptverhandlung, sonbern um bie Unmöglichkeit einer spateren Beeibigung überhaupt, alfo um ben Berluft bes Beweismittels handelt, wie 3. B. bei nahe bevorstehenbem Lobe bes Zeugen, bevorstehender Auswanderung u. bergl. Die Fälle also, welche ber Abs. 3 burch bie Borte "Gefahr im Berguge" bezeichnet, werben auch von ber Borichrift bes Abf. 2 getroffen. - Bon ben Fallen biefer Art abgeieben, liegt, wie eine Bergleichung ber SS 222, 250 Abf. 2, § 191 Abf. 2 und namentlich bes Schluffages bes § 250 ergiebt, die Bebeutung ber Ausnahmevorschrift barin, bag burch bie Beeibigung bes Beugen in ber Boruntersuchung bie Moglichkeit geicaffen wirb, bie fonft vielleicht erforberliche tommiffarifce Bernehmung beffelben nach Eröffnung bes hauptverfahrens zu erübrigen; vgl. § 222 Rote 1. Selbfiverständlich aber ift bie im Borverfahren erfolgte Beeibigung für bas erfennenbe Gericht bei ber Befchlugnahme barüber, ob ber Zeuge zur hauptverhandlung zu laben ober seine frühere Aussage zu verlesen sei, nicht nur nicht präjubizirlich, sonbern bieses Gericht bleibt sogar unbedingt verpflichtet, selbstständig das Borhandenfein der Borausfehungen bes § 222 ju prufen und festguftellen, wenn es von ber Labung bes Beugen Abstand nehmen will.

b. Ueber ben Begriff ber großen Entfernung f. bie Roten ju § 222.

3. — "wenn bie Beeibigung als Mittel zur herbeiführung einer mahrheitse gemäßen Aussage erforberlich erscheint" — b. h., wenn anzunehmen ift, bag ber Zeuge ohne Beeibigung nicht die Bahrheit sagen werbe. Das Borhanbensein bieser Boraussehung wird fich regelmäßig ern nach ersolgter Bernehmung bes Zeugen seftstellen lassen. — Im Borbereitungse versahren (Abs. 3) tritt zu bieser Boraussehung bas weitere Ersorberniß hinzu, baß es sich bei ber herbeizuführenben Aussage um eine Thatsache handeln muß, von beren Ermittelung ober Aussiage um bie Erhebung ber öffentlichen Klage abhängig ift. Ob es sich bei ber Aussiage um bie Fesstellung ber That, ober um bie Ermittelung bes Thaters z. handelt, ift gleichgültig. Auch gehört ber Fall hierher, wenn bie strafrechtliche Qualistzirung ber That von ber Ermittelung bett. Thatsache abhängt; Stenglein S. 196.

4. Ob eine der gesetlichen Borausssehungen für die Beeidigung des Zeugen vorliege, darüber hat in der Boruntersuchung ber Untersuchungsrichter, im Bordereitungsversahren der die Betnehmung bewirfende Amtsrichter, nicht die Staatsanwaltschaft (vgl. die Roten zu § 160) zu entscheiden (gl. A. Glaser I. S. 574, Kroneder in Goltd. Arch. XXIX. S. 325 ff., Stenglein S. 196; a. M. John S. 624). Hierzu ist im Einzelnen zu bemerken: a. In allen Fällen steht der Staatsanwaltschaft, wenn ein von ihr gestellter Antrag auf Beeidigung eines Zeugen von dem Richter abgelehnt wird, die Beschwerbe an die Strassammer zu. — b. Wird nach geführter Borunterluchung von der Staatsanwaltschaft noch die Beeidigung eines Zeugen beantragt und will da Untersuchung von der Staatsanwaltschaft noch die Beeidigung eines Zeugen beantragt und will da Untersuchung der Strassammer ersorderlich (§ 195 Abs. 2). — c. Im Borbereitungsversahren dan kannt vorzunehmer der Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Verdaung nur danne dans vorzunehmer der Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Verdaung nur danne den Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Verdaung nur danne den Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Verdaung nur danne den Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Greibigung nur danne den Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Greibigung aus dem Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Greibigung aus dem Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Greibigung aus dem Greibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft der Greibigung aus der Greibigung der Grei

\$ 100 BK

(Fibesiahiat

ichter (GBG. § 158, StBC. § 183 Sat 2, ausgesett, die Zulässigkeit ber alsbalbigen Rote 3. b. Andererseits ift er bei einem fugt zu erachten, die Beeibigung vorzus

et (§ 163). bi. 3. Tas Protofoll muß angeben

§. 66.

Wird ber Zeuge, nachbem er eiblich vernommen worben ist, in bemselben Borverfahren ober in bemselben Hauptverfahren nochmals vernommen, so kann ber Richter statt ber nochmaligen Beeibigung ben Zeugen bie Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf ben früher geleisteten Gib versichern lassen.

(I. Cutw. \$ 59; II. III. Cutw. \$ 58.) Bgf. CPO. \$ 363 A6f. 3.

- 6. Der Unstand, daß die Beeidigung eines Zeugen im Borversahren stattgefunden hat, obschon die Boraussehungen bes § 65 fehlten, kann für sich allein (vol. § 66 Rote 2.8) die Ansfechtung des Urtheils nicht begründen: RGer. III. 24. Apr. 80 (Rspr. I. 655). Auch ist die erfolgte Beeidigung, jenes Mangels ungeachtet, von rechtlicher Birksamkeit und somit eine Berslesung der betr. Aussage als einer eiblichen (§ 250 Abs. 3) nicht ausgeschlossen: RGer. II. 29. Febr. 84 (Entsch. X. 156). Gl. A. John S. 626, Stenglein S. 197, Boitus Kontr. II. S. 292; a. M. Geper Lb. S. 532 und in H. I. S. 289, v. Schwarze S. 200, Thilo S. 69, Puchelt S. 153, Glaser I. S. 576.
- 7. Die Bestimmungen bes § 65 Abs. 2. 3 finden auch bei ber Beschlußfassung über bie Eröffnung bes hauptverfahrens entsprechende Anwendung: das Gericht tann, sofern eine ber gesehlichen Boraussehungen ber alsbalbigen Beeibigung vorliegt, gemäß § 200 sowohl die eibliche Bernehmung noch unvernommener Zeugen, wie auch die nachträgliche Beeibigung uneiblich vernommener anordnen. Auch die lettere stellt im Sinne des § 200 eine Ergänzung ber Boruntersuchung bezw. eine Beweiserhebung dar.

3u § 66.

1. Der Begriff ber noch maligen Bernehmung ift mit Rudficht auf ben Gegenfat: bie einmalige Bernehmung, zu bestimmen. Alle Erffarungen, welche ein Beuge in bemfelben Termine ober in berfelben Sauptverhandlung abgiebt, ftellen gufammen nur eine Bernehmung bar, gleichviel ob ber Zeuge nur einmal jur Auslaffung aufgeforbert wird ober ob nach ber inamifchen erfolgten Bernehmung anderer Zeugen 2c. aufs Reue Fragen an ibn gerichtet werben ober eine Konfrontation fattfinbet zc. Dies gilt auch bann, wenn eine Sauptverhandlung fich auf mehrere Tage erftredt und bie Befragung bes Beugen an verfchiebenen Tagen ftattfinbet; benn es fehlt jeber prinzipielle Grunb, zwijchen einer eintägigen und einer mehrtägigen Berhandlung zu untericeiben. Gelbft ber Sall macht teine Aufnahme, wenn bie hauptverhandlung eine eine ober mehrtägige Unterbrechung erfahrt, fofern nur bemnachft bie Fortfepung ber Berhandlung, nicht eine Erneuerung berfelben eintritt (vgl. § 228 Rote 1). Unter ber nochmaligen Bernehmung eines vernommenen Zeugen ift alfo im Sinne bes & 66 biejenige Bernehmung ju verfteben, welche in einem neuen Termine bezw. in einer neuen hauptverhandlung ftattfindet und biefer Sat erleibet nur infofern eine Mobifitation, als bas Borhanbenfein einer nochmaligen Bernehmung innerhalb ber felben Berhandlung bann anzunehmen fein mirb, wenn ber Richter bie Bernehmung eines Beugen fur beenbet erflart und benfelben entlaffen batte, bemnachft aber ber Beuge von Reuem herbeigerufen und befragt mirb (in Beireff bes letteren Falles a. DR.: RGer. III. 12. Mai 80, Ripr. I. 756). - Bas nun bie eibliche Bestärfung ber Aussage betrifft, fo geht bas Befet ohne Zweijel bavon aus, bag biejelbe bei einer Bernehmung nur einmal ftattgufinden habe. Dies gilt bei bem promifforifden Gibe unbebingt; biefer Gib erftredt fich (mit ber ebengebachten Mobifitation) auf alle Grflarungen, welche ber Beuge im Laufe ber betr. Berhanblung, gleichviel ob an einem ober an verschiebenen Tagen, abziebt. Es wirb zwar zwedmäßig fein, ben Beugen bei ber ipateren Befragung über biefe Eragweite bes Gibes ju bebeuten; allein bie Abgabe ber in § 66 bezeichneten Berficherung (Rote 9) wird baburch nicht erforberlich, bag ber am ersten Tage beeibigte und vernommene Benge an einem fpateren Tage berfelben Berhandlung von Reuem befragt wirb. Go: RGer. III. 12. Mai 80 (Ripr. I. 756). - Auch

aus meldem ber gefehlichen Grunde bie Beeibigung bes Beugen icon im Borverfahren erfolgt ift; bagegen ift eine nabere Darlegung bes betr. Grundes nicht erforberlich.

bei bem assertarischen Gibe gilt prinzipiell basselbe: wenn z. B. ber Zeuge am britten Tage ber Berhandlung affertorisch beeibigt wird, so beschwört er auch alles bassenige, was er am ersten ober zweiten Tage ausgesagt hat. Nur insosen besteht zwischen bem affertorischen Gibe und bem promissorischen hier ein Unterschied, als ber erstere seinem Bortlaut nach nicht aus Erklärungen bezogen werben kann, welche ber Zeuge etwa noch nach der Beeibigung abgiebt; wenn also ber Zeuge nach der letzteren von Reuem befragt wird, so muß er die Richtigkeit seiner nachträglichen Erklärungen in der in § 66 bestimmten Weise versichern. So: RGer III. 25. Febr. 80 (Ripr. I. 398). — Bgl. § 60 Rote 3.

2. a. Per Entw. (§ 58) enthielt die Bestimmung, daß ber einmal beeibigte Zeuge bei noche maliger Bernehmung in berfelben Untersuchung bie Richtigleit ber neuen Aussage auf ben fruber geleifteten Eib verfichern tonne; banach alfo follte in ber hauptverhanblung eine nochmalige Gibesleiftung feitens ber im Borverfahren beeibigten Beugen nicht erforberlich fein. hieran nahm bie RIR. Anftog, und fie gab bem f bie gegenwärtige Faffung (vgl. Prot. S. 72, 73, 825, 626). Die lettere aber ift in Anjehung bes hauptverfahrens eine unflare und lagt vericiebenen Zweifeln Raum. Es fragt fich: mas ift bier unter "hauptverfahren" ju verfieben? foll insbefonbere bann, wenn bie begonnene Samptverhandlung nicht ju Ende geführt, fondern aus irgend welchem Grunde (3. B. behufs Labung neuer Zeugen) vertagt wird und bemnachst eine neue hauptverhandlung (vgl. § 228 u. Rote 1 baf.) ftattfindet, in biefer bie Berufung bes Beugen auf ben in ber erften Berhanblung geleifteten Gib zuläffig fein? Aur bie Bejahung biefer grage fpricht ber Bortlaut bes Gefetes; benn bie StBO. verfteht unter bem "hauptverfahren" nicht bie hauptverhandlung, fondern benjenigen Abiconitt bes Prozesses, welcher mit bem in § 201 bezeichneten Befdluffe beginnt und mabrend beffen bie Sache bei bem ertennenben Gericht anbangig ift: bie Sauptverhandlung ift ein Theil bes hauptverfahrens. Die RER. hat freilich biese Terminologie nicht burchmeg festgehalten (vgl. § 23 Rote 10). In ben Berhanblungen ber RER. laffen fich Arqumente fur bie eine wie fur bie anbere Meinung finben. Bon ber einen Seite wurde auf bas Berhaltnig bes Borverfahrens jum Sauptverfahren, auf bie größere Reierlichteit ber in ber Dampwerhandlung erfolgenden Gibesleiftung, sowie barauf Gemicht gelegt, bag ber Gib in Gegenmart bes Angeflagten und bes Anflagers geleiftet werben muffe; biefe Momente laffen fich fur die Bejahung obiger Frage geltend machen. Bon anberer Seite wurde betont, daß ber Gib vor benjenigen Richtern, welche bas Urtheil fallen, ju leiften fei; bies Argument fpricht fur bie Berneinung ber Frage. Es durfte aber noch Folgendes in Betracht zu ziehen fein: Die Berneinung fann ju einer bebentlichen Saufung ber Gibe fuhren, ba nicht felten in berfelben Sache mehrere Sauptverhandlungen por bem Gerichte erfter Inflang ftattfinden. Ferner aber ift bei Berneinung der Frage die Borfchrift des 8 66 für das Hauptverfahren beinahe gegenstandslos; benn in derfelben hauptverhandlung tann fie nach bem in Rote 1 Bemerkten nur in ben feltenen Fällen anwenbbar werben, wenn ein Beuge nach erfolgter Entlaffung nochmals herbeigerufen ober wenn ein affertorisch beeibigter Zeuge nach ber Beeibigung nochmals befragt wirb. Diese Ermägungen rechtferrigen bie Bejahung obiger Frage, also ben Sat : bag in § 66 ber Ausbruck "Hauptverfahren" in dem technischen Sinne der StBD., mithin nicht gleichbedeutend mit "Haupt-Derhandlung", zu verstehen ift. So: RGer. II. 15. Juni 80 (Entsch. II. 109), III. 25. Febr. 80 (Ripr. I. 399), III. 8. Kan. 84 (Ripr. VI. 29) und die unter b cit. Urth. Gl. A. auch Tohow S. 164, Dalde S. 56, ansch. auch Thilo S. 70; a. M. Keller S. 75, v. Schwarze S. 200, Buchelt S. 155, Boitus Romm. S. 127 u. Kontr. Il. S. 5, Geger 26. S. 533 u. in ýh. I. S. 289, Meves S. 81; pal. Glafer I. S. 582, John S. 627. — Auf Grund ber hier vertretenen Auffaffung ift bie Abgabe ber in S 66 bezeichneten Berficherung auch bann ftatthaft, wenn in der hauptverhandlung ein Reuge vernommen wird, ber nach Eröffnung bes hauptverjahrens junachft tommiffarifc (§ 222) vernommen und hierbei beeibigt worben war: RGer. 8. 27. Juli 81 (Entsch. IV. 437, Ripr. III. 490). Dagegen ift es bei ber kommissarischen Bernehmung, da diefelbe der Bernehmung in der Hauptverhandlung felbst gleichsteht, nicht statthaft, den Zeugen auf einen im Borverfahren geleisteten Eib zu verweisen: RGer. III. 24. Apr. 80 (Mpr. I. 655), I. 24. Sept. 85 (Entsch. XII. 373, Ripr. VII. 529).

- .. b. Auch bie weitere Frage: mas unter "bemfelben hauptverfahren" zu verfteben fei, giebt Zweifeln Raum. Der in ber hauptverhandlung erfter Inftang beeibigte Beuge wirb, wenn er in zweiter Juftang nochmals vernommen wirb, aufs Reue gu beeibigen fein; benn bas Berujungsverfahren ftellt einen befonderen Abidnitt bes Prozeffes, ein neues Sauptverfahren, bar. Ferner ift eine neue Gibesleiftung fur erforberlich zu erachten, wenn nach Aufhebung eines burch ein Rechtsmittel angesochtenen Urtheils und Burudverweifung ber Sache in bie Borinftang (§§ 369, 394) in biefer ber Beuge von Renem vernommen wird (wiewohl bier bie einzelnen Untersuchungsafte ber früheren hauptverhandlung als folche nicht von ber Aufhebung betroffen werben und bie frühere Gibesleiftung nicht ihre Gultigfeit verliert); gl. A. John 6. 633; a. DR. MGer. II. 17. Sept. 80 (Entsch. II. 234), 8. Jan. 84 (Mfpr. VI. 29), Glaser I. S. 582, Stenglein S. 199. Ebenjo verhalt es fic, wenn nach Erlaffung einer Unguftanbigfeits: erflärung eine neue hauptverhanblung vor einem anberen Gericht ftattfindet (wiewohl auch hier nach § 20 bie fruhere Gibesleiftung gultig bleibt; vgl. Rote 6. a. zu §§ 16-18). Auch bei ber Bieberaufnahme eines burch rechtsfraftiges Urtheil gefchloffenen Berfahrens (§§ 399 ff.) ift bie Berufung auf ben in ber hauptverhandlung geleifteten Gib für unfatthaft zu erachten. - Bas enblich ben Fall betrifft, wenn in einer Sache mehrere hauptverhandlungen ftattfinden und bei ber fpateren Berhandlung neue Mitbefculbigte betheiligt find (wie 3. B. wenn inzwischen eine Berbindung mehrerer Straffachen erfolgt ift; vgl. § 236), fo wirb auch bier bie nochmalige Gibesleiftung für erforberlich ju erachten fein, ba nach ber bem § 66 gu Grunbe liegenben Auffaffung jeber Beschulbigte barauf Anspruch bat, bag in feiner Gegenwart ber Beuge ben Gib leifte.
- 3. Unter bem "Borverfahren" wird auch hier (vgl. Rote 2 zu Buch 2 Abichn. 2-6) sowohl das Borbereitungsverfahren wie die Boruntersuchung verftanden; baber in bei ber Bernehmung in ber letteren die Bernfung bes Zeugen auf ben in bem Borbereitungsverfahren gesleisteten Gib ftatthaft.
- 4. Die Anwendbarfeit bes § 66 ift nicht auf den Fall beschränkt, wenn der Zeuge bei feiner Bernehmung ben Inhalt einer früheren Aussage wiederholt; vielmehr ift die Borschrift auch dann anwendbar, wenn der Zeuge jeht von der früheren Aussage abweicht, ebenso dann, wenn der Gegenstand ber neuen Bernehmung ein anderer als der der früheren ift. Ueberhaupt kommt es darauf nicht an, ob gleichzeitig mit der Beeibigung auch eine Bernehmung stattgefunden hat: Roer. III. 16. Apr. 83 (Afpr. V. 250).
- 5. Da bie hier bezeichnete Berficherung ber Gibelleiftung gleichsteht, so barf fie von bem Beugen nicht gesorbert werben, wenn berselbe jeit'seiner Beeibigung bie Gibelfahigkeit (vgl. § 56 Nr. 2), verloren hat ober seine schon fruber vorhandene, aber unbefannt gewejene Gibels unfahigkeit inzwischen ermittelt ift.
- 6. Daß ber Zeuge bei ber fruheren Bernehmung wirklich ben Gib geleiftet hat, tann nur burch bas betr. Protofoll, nicht burch bie eigene Erflärung bes Zeugen bewiejen werben. Ift bie erfolgte Beeibigung in bem Protofoll vermerkt und wird bieselbe gleichwohl von bem Zeugen in Abrebe gestellt, so wird von ber Anwendung bes § 66 abzusehen sein.
- 7. Der Richter "tann" bie Bersicherung an Stelle ber nochmaligen Beeibigung forbern. Er barf aber auch ben Zeugen aufs Rene beeibigen, wenn er hierzu besondere Beranlassung findet; eine solche tann 3. B. daraus entnommen werben, daß der Zeuge auscheinend außer Stande ift, die Bedeutung der Bersicherung richtig auszusassen. Der Zeuge ist, wenn der Richter die Eidestelistung forbert, nicht befugt, dieselbe beshalb zu verweigern, weil die in § 66 bezeichnete Berzsscherung genüge. Gl. A. Puchelt S. 155, John S. 637, Glaser I. S. 578, Boitus Kontr. II. S. 16.
- 8. Der Richter hat ben Zeugen über bie Bebeutung ber abzugebenben Berficherung gu belehren; bie rechtliche Wirffamteit ber letteren ift inbeg von ber Belehrung nicht abhangig. Bgl. StBB. § 155 Rr. 2.
- 9. Es genugt nicht, daß ber Richter ben Zeugen auf ben früheren Gib verweist; vielmehr muß ber Zeuge felbst eine bie fragliche Bersicherung enthaltenbe Erklärung abgeben: RGer. III. 8. Jan. 81 (Refpr. II. '704), 16. Apr. 83 (Rfpr. V. 250); vgl. § 79 Rote 14. Eine

§. 67.

Die Bernehmung beginnt bamit, bag ber Beuge über Bornamen und Bunamen, Alter, Religionsbekenntniß, Stand ober Gewerbe und Wohnort befragt wird. Erforberlichenfalls find bem Zeugen Fragen über folche Umftanbe, welche seine Glaubwürdigseit in der vorliegenden Sache betreffen, insbesondere über seine Beziehungen zu bem Beschuldigten ober bem Verletten, porzulegen.

(L. Cutm. \$ 60; II. III. Cutm. \$ 59.) Egl. CHO. \$ 360

bestimmte Formel hierfür ist nicht vorgeschrieben, und insbes, braucht bie Erklärung nicht gerabe mit den Borten bes S 66 abgegeben zu werden; so: das erstere Urth. Demzufolge ist es auch gmügenb, wenn ber Zeuge die Frage des Richters: ob er die Wahrheit seiner Aussage auf seinen früheren Gib verfichere, mit "Ja" beantwortet. — Die Erhebung ber rechten Sanb (§ 63) finbet bei Abgabe ber Berficherung nicht statt.

10. Das Gefet fcreibt nicht por, ob ber Richter bem Beugen bie Berficherung por ober nach ber Bernehmung (promifforisch ober affertorisch) abzunehmen habe; es ist baber Beibes für ftatthaft zu erachten (vgl. § 60). Ob die Gidesleistung selbst promissorisch oder affertorisch stattgefunden hat, ist hierbei nicht entscheibend, da in der Berufung auf den früheren Eid nur eine Bezugnahme auf die frühere Betheuerungsformel (§ 62), nicht auf die Norm des Eides (§ 61) enthalten ist; gl. A. RGer. II. 28. März 82 (Entsch. VI. 145), Olshaufen S. 601. Buchelt S. 156 u. Boitus Romm, S. 127 halten nur bie affertorische Form für zuläffig.

Ru § 67.

- 1. Der & handelt von ben f. g. Berfonal: und Generalfragen. Rur die Borlegung ber erfteren ift schlechthin vorgeschrieben, bie ber letteren bagegen in bas Ermessen bes Richters geftellt; vgl. RGer. II. 10. Dez. 80 (Entsch. III. 100). Die "Beziehungen" bes Zeugen zu bem Beschulbigten werben freilich mit Rücksicht auf die Bestimmungen ber SS 51, 57 in ber Regel ber Grörterung bebürfen; hinfictlich ihrer ift baber bas "erforderlichenfalls" babin zu verften, daß die Befragung unterbleiben barf, wenn es bekannt ober boch ohne Beiteres anzunehmen ift, bag Beziehungen ber fraglichen Art nicht besteben.
- 2. Durch bie Borte: "in ber vorliegenben Sache" ift ausgesprochen, bag bie Befragung nicht auf Umftanbe zc. gerichtet werben foll, welche in biefer Sache einen Ginflug auf bie Beurtheilung ber Glaubwürdigfeit bes Zeugen nicht haben können. Selbstverständlich aber barf bie Bernehmung auf folde Umftanbe gerichtet werben, welche ben Zeugen als überhaupt unglaub: murbig ericbeinen laffen.
- 3. Die Frage: ob ber Zeuge Strafen erlitten habe, wird nicht ohne hinreichenbe Beranlaffung ju ftellen fein; fur julaffig ift fie indest ftets ju erachten (Mot. S. 62). Bunachft ift fie unzweifelhaft in dem Falle zu ftellen, wenn behauptet ober vermuthet wird, daß ber Beuge in Folge einer strafgerichtlichen Berurtheilung eibesunfähig sei; benn bieser Umstand bebarf schon mit Rudfict auf bie Rechtsbestanbigfeit bes Berfahrens (vgl. § 56 Rr. 2) ber Erörterung. Sobann aber tann auch bie Thatfache, bag ber Reuge megen einer aus ehrlofer Gefinnung entfprungenen handlung verurtheilt worden, einen Grund barftellen, die Glaubwürdigkeit beffelben zu bezweifeln. Enblich wird auch ber Umstand, daß ein Zeuge gerade wegen einer strafbaren handlung berfelben Art verurtheilt worben, wie die den Gegenstand der Untersuchung bildende ist, bisweilen die Glaubwurbigkeit bes Bengniffes in Frage ftellen, wie 3. B. in bem Kalle, wenn für einen wegen gewerbsmafigen Jagbvergebens Angeklagten ein Entlastungszeuge auftritt, ber wegen gleichen Bergebens beftraft ift.
- 4. Der Richter bat bie ihm erforberlich icheinenben gragen von Amtowegen ju fiellen, aber auch bie etwaigen, hierauf bezüglichen Antrage ber Prozefbetheiligten in Betracht zu ziehen. In ber hauptverhandlung finden bie SS 238-241 auch hinfichtlich ber Personals und Generals fragen Anwenbung.
 - 5. Der Zeuge ift nicht berechtigt, die Beantwortung einer Frage beshalb zu verweigern,

§. 68.

Der Zeuge ist zu veranlassen, basjenige, was ihm von dem Gegenstande seiner Bernehmung bekannt ist, im Zusammenhange anzugeben. Bor seiner Bernehmung ist dem Zeugen der Gegenstand der Untersuchung und die Person des Beschuldigten, sofern ein solcher vorhanden ist, zu bezeichnen.

Zur Auftlärung und zur Bervollständigung der Aussage sowie zur Erforschung des Grundes, auf welchem die Wissenschaft des Zeugen beruht, find nöthigenfalls weitere Fragen zu stellen.

(I. Entw. \$ 61; II. III. Entw. \$ 60.) Bgi. CDO. \$ 361.

- 6. Die Beeibig ung (§§ 61, 64, 66) erstredt fich auch auf Dasjenige, mas ber Zeuge auf bie Bersonals und Generalfragen erklärt; hierauf wird berselbe ausbrudlich hinzuweisen fein. Im Uebrigen f, hierüber § 60 Rote 4.
- 7. Die Borlegung und Beantwortung ber Personalfragen bedarf ber Beurfundung burch bas Protofoll: RGer. II. 10. Dez. 80 (Entich. III. 100).

Bu § 68.

- 1. Ueber ben Gegenstand ber Untersuchung ift ber Zeuge insoweit zu unterrichten, baß er bei Beginn seiner Bernehmung weiß, um welchen Borgang es sich handelt und inwiesern bersselbe zu bem Strafgeset in Beziehung gebracht wird. Die Bezeichnung der Person bes Beschulbigten muß auch im Borbereitungsversahren erfolgen, wenn bieses bereits die Richtung gegen eine bestimmte Person genommen hat (vgl. § 51 Rote 2). Das bloße Borhandensein eines Berbachtes bagegen macht die Benennung des Berbächtigten nicht ersorberlich. Daß der Beschulbigte auch schon als solcher vernommen sei (§ 136), wird nicht nothwendig vorausgesest. Ein Berstoß gegen die Bestimmung des Sates 2 in an sich nicht geeignet, die Revision zu begründen: RGer. I. 8. Mai 82 (Entsch. VI. 267).
- 2. Hinsichtlich ber Einrichtung ber Zeugenvernehmung hat sich bie StBO. auf die allgemeinen Borschritten in Sah 1 u. 3 des § 68 beschränkt, während die früheren Landesgesetze saft sammtlich noch eine Anzahl ins Einzelne gehender Bernehmungsregeln ausstellten, wie z. B. über
 die Bermeidung suggestiver und kaptibser Fragen. Alle berartigen Borschriften sind, weil sie
 lediglich die Bedeutung einer Instruktion haben und ihr Inhalt sich überdies aus der Ratur ber
 Sache ergiebt, für entbehrlich erachtet und es ist die Einrichtung der Bernehmung dem verständigen
 Ermessen bes Richters überlassen (Mot. S. 148). Alls selbstverftändlich ist es insbes, angesehen
 worden, daß der Richter dem Zeugen auch die Einsicht von Schriftstüden (Rotizen,
 Rechnungen 20.) gestatten dars, wenn der Zeuge zur Unterstühung seines Gedächtnisse diese Einsicht bedarf; welcher Grad von Zuverlässigseit alsdann der Aussage beizumessen sei, hat der Richter
 nach Lage des einzelnen Falles zu beurtheilen; vgl. Reser. II. 3. Dez. 86 (Reser. VIII. 722),
 betr. einen Fall, in welchem einem als Zeugen zu vernehmenden Bolizeibeamten ein von ihm selbst
 ausgenommenes Brotokoll zur Einsicht übergeben wurde. In Betress der Einsicht von Sandzeiche nungen vgl. Reser. III. 24. Jan. 87 Rspr. (IX. 89).
- 3. Der Zeuge foll fich in jufammenhangenber Erzählung auslassen; bies gilt, weim er mehrmals vernommen wirb, für jebe Bernehmung. It eine zusammenhangenbe Erzählung von bem Zeugen nicht zu erlangen, so muß bie Befragung im Einzelnen stattfinben. Im Uebrigen erfolgt bie Borlegung weiterer Fragen zu bem in Abs. 2 bezeichneten Zwede.
- 4. Der Grund, auf welchem bie Biffenschaft bes Zeugen beruht, ift namentlich beshalb zu erforschen, bamit nicht Thatsachen, von benen ber Zeuge nur burch Mittheilungen Anberer Kenntniß erlangt hat, irrthumlich als von ihm selbst mahrgenommene behandelt werben, sowie serner beshalb, bamit ber Zeuge nicht Schlusse und Folgerungen, bie er aus gewissen Thatsachen gezogen, mit ben Bahrnehmungen selbst verwechsele. Uebrigens hat bas Geset ein Berbot, in

weil es feiner Anficht nach auf ben Gegenstand berfelben für bie vorliegende Sache nicht antonme ; bas Recht zur Berweigerung einer Antwort bestimmt fich auch bei ber Generalvernehmung lebiglich nach \$ 5-4.

Digitized GOOGLE

§. 69.

Wird das Zeugniß ober die Sidesleiftung ohne gesetlichen Grund verweigert, io ift der Zeuge in die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Gelbstrafe die zu dreihundert Mark und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zur Strafe der Haft die zu sechen zu verurtheilen.

Auch kann zur Erzwingung bes Zeugnisses die haft angeordnet werben, jedoch nicht über die Zeit der Beendigung des Verfahrens in der Instanz, auch nicht über die Zeit von sechs Monaten, und bei Uebertretungen nicht über die Zeit von sechs Wochen hinaus.

Die Befugniß zu biefen Maßregeln fieht auch bem Untersuchungsrichter, bem Amtsrichter im Borverfahren, sowie bem beauftragten und ersuchten Richter zu.

Sind die Maßregeln erschöpft, so tonnen fie in bemselben ober in einem anderen Berfahren, welches bieselbe That zum Gegenstande hat, nicht wieberholt werden.

Die Festsetzung und die Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Herre oder der aktiven Marine angehörende Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht.

(I. Cutm. § 62; IL III. Cutm. § 61.) Byl. CPO. §§ 351-355.

Ru \$ 69.

ber hauptverhandlung Zeugen vom hörenfagen zu vernehmen, nicht aufgenommen, und war mit Recht. Zunächt läßt sich die Möglichkeit, daß ein Zeuge auch über Gehörtes auslagt, überhaupt nicht ausschließen; es kommt nicht selten vor, daß ein Zeuge von einer Thatsache wie von einer von ihm selbst wahrgenommenen spricht und daß erst die weitere Befragung ergiebt, daß er diese Thatsache nur vom hörensagen kennt. Aber anch ein für den erkennenden Richter bestimmtes Berbot, auf ein Zeugniß vom hörensagen Gewicht zu legen, erscheint müßig; denn durch ein solches Zeuguiß kann selbstwersändlich eben nichts weiter bewiesen werden, als daß der Zeuge von der beir. Thatsache gehört hat, während es regelniäßig ungerechtsertigt wäre, aus dem Zeugniß auf die Bahrheit der Thatsache selbst zu schließen; daß gedachte Verdot würde daher nichts weiter sein als das Verdot einer ungerechtsertigten Schlußsolgerung. Gl. A. RGer. III. 12. Mai 80 (Entsch. II. 160), III. 28. Juni 86 (Rspr. VIII. 502). — Ebenso verhält es sich mit der Bernehmung der Zeugen über Meinungen, Muthmaßungen und Schlüsse, die die das ihren Bahrnehmungen gezogen haben (vgl. indeß Rote 4. a zu §§ 51—54). Die bezüglichen Ingaben können nicht nur zur Klarstellung der Wahrnehmungen selbst beitragen (Stenglein Sngaben können nicht nur zur Klarstellung der Wahrnehmungen selbst beitragen (Stenglein

^{5.} In Betreff ber Bernehmung von Zeugen, welche ber bentichen Sprache nicht machtig unb, f. GBG. § 187; in Betreff ber Bernehmung von tauben ober ftummen Zeugen: GBG. § 188.

^{6.} In Betreff ber Protofollirung ber Beugenaussagen f. StBD. SS 186, 166, 273.

^{1.} Ueber bie Anwenbbarteit bes S auf Beugenvernehmungen, welche in einem Berwaltung #= Strafverfahren ober in einem Disziplinar=Berfahren ftattfinben follen, f. Rote 6 gu SS 51-54.

^{2.} Die in § 69 vorgesehenen Dapregeln finden nicht blos in ber Untersuchung, sonbern auch im Borbereitungsverfahren Anwendung; vgl. Rote 3. b ju SS 51-54.

^{3.} Der Ungehorfam bes Beugen.

a. Der S fest voraus, daß ein vor dem Richter erschienener Zeuge die Erfüllung seiner Zeugnispflicht, ganz oder theilweis, verweigert. Derjenige Ungehorsam, welcher in dem Aussbleiben des Zeugen besteht, ist in § 50 behandelt. Die dort vorgesehenen Maßregeln und die in § 69 bestimmten sind von einander unabhängig; eine Anrechnung der gemäß § 50 festgesehten Stafe auf die gemäß § 69 zu verhängende Strafe oder Zwangshaft sindet nicht statt, und zwar

lone, Strafprozeporbnung. 5. Auflage.

§. 62.

Der Gib beginnt mit ben Worten:

"Ich schwöre bei Gott bem Allmächtigen und Allwissenben" und schließt mit ben Worten:

"So mahr mir Gott helfe."

(I. Entm. § 64; II. III. Entm. § 53.) Bgf. CHO. § 443.

§. 63.

Der Gib wird mittels Nachsprechens ober Ablesens ber bie Gibesnorm ente haltenben Gibesformel geleistet. Der Schwörenbe foll bei ber Gibesleistung bie rechte hand erheben.

Stumme, welche schreiben können, leisten ben Gib mittels Abschreibens und Unterschreibens ber bie Gibesnorm enthaltenben Gibesformel.

Stumme, welche nicht schreiben konnen, leiften ben Gib mit Gulfe eines Dolmetschers burch Zeichen.

(L. Enfm. § 55; II. III. Enfm. §. 54.) Bgl. CPO. § 444, 445.

3u § 62.

- 1. Bur Ableiftung bes Eibes in ber hier vorgeschriebenen Fassung ist ber Zeuge auch bann verpflichtet, wenn bie lettere seinen religiösen Anschaunngen wiberspricht; eine etwaige Beigerung bes Zeugen begründet, auch wenn sie sich nur auf die Fassung des Sibes bezieht, die Anwendung des S 69. Sowohl die RER. wie auch der RE. selbst hat die auf Einführung des s. g. bürgerlichen Eibes (d. h. auf Beseitigung ber Borte: "bei Gott dem Almächtigen und Almissenen" und "so wahr mir Gott helse") gerichteten Anträge abgelehnt (vgl. Prot. S. 58, Sten. Ber. S. 231 ff., 445 ff., 889 ff.).
- 2. Der Bortlaut bes Gibes ift von bem Gefet bergeftalt fixirt, bag bie gefehlichen Gibesworte von bem Schwörenben ohne irgend melde Aenberung ober auch nur Ginicaltung gesprochen werben muffen. Dagegen find tonfessionelle Bufate ju benfelben bem Schwörenben gestattet, fofern fie lebiglich jur Berftarfung ber in bem Gibe enthaltenen Betheuerung bienen, alfo nicht etwa auf eine Regirung ber letteren binaustaufen. In ber RER. (Brot. jur CBD. S. 189) hat ber Regierungstommiffar bie Bulaffig feit folder Bufate vertreten, und in ber Sigung bes Reichstages v. 20. Rov. 1876 (Sten. Ber. S. 233) hat er erflart, baß bie Abficht ber verbunbeten Regierungen bahin gebe. bie besonderen formen und Gebräuche in ben verschiebenen Territorien Deutsch : lands aufrecht zu erhalten. In berfelben Sigung bes Reichstages hat ber Berichterftatter, ohne Biberspruch zu erfahren, konstatirt, bag bie RIR. etwas von ber Absicht ber Regierungen Abweichenbes nicht beichloffen habe; feitens bes Reichstages ift ein Befchlug nicht gefaßt worben Bon biefen, bie Entstehungsgeschichte bes & betreffenden Momenten abgesehen, ift aber bie Bulaffigkeit konfessioneller Zusätze auch aus ber Natur ber Sache zu folgern. Denn einerseits besteht an fich icon tein Grund, einen bie Bethenerung lebiglich verftartenben Bufat fur ungulaffig ju erachten, und andererseits würbe die Annahme einer solchen Unzulässigfeit in ihrer konsequenten Durdführung bie Folge haben, bag felbst bie Bingufugung bes Bortes "Amen" fur unftatthaft gelten mußte, was offenbar eine Absurbitat mare. Enblich ift jebenfalls bie Anficht unhaltbar. bag burd bie hingufugung einer fonfessionellen Betheuerung bie Rechtsgultigfeit bes Gibes in Hrage gestellt werbe; bies aber vorausgesest, würbe bie Annahme ber Unstatthaftigkeit konfessioneller Bufabe auch jebes realen Inhalis entbehren. Für bie Bulaffigfeit folcher Bufabe hat fich auch bas RGer. I. 24. Jan. 84 (Entfch. X. 181, Rfpr. VI. 44.) ausgesprochen. Bgl. bie Berf. bes preuß. Juft.:Min. v. 18. Dez. 1880 (JMBI. S. 369).
- 3. Daß ber Zeuge nach bem Worte "Ich" seinen Ramen nenne, ift nicht erforberlich, eben beshalb aber auch nicht einmal für angemessen zu erachten.
 - 34 § 63.
 1. a. Bon ben Fallen ber SS 64, 66 abgefehen, erforbert bas Gefet überall bie forperliche

Digitized by GOOGLE

§. 64.

Der Sidesleiftung wird gleichgeachtet, wenn ein Mitglied einer Religionssgesellschaft, welcher bas Gefetz den Gebrauch gewisser Betheuerungsformeln an Stelle des Sides gestattet, eine Erklärung unter ber Betheuerungsformel biefer Religionsgesellschaft abgiebt.

(I. Cutm. \$ 56; II. III. Entm. \$ 55) Bgl. \$ 288 Abf. 6; CHO. \$ 416.

Mbleiftung bes Zeugeneibes. Eine blofe Bersicherung an Eibesfatt ("Handgelübbe"; vgl. 3. B. bab. StBD. § 117) ift ber StBD. (wie auch ber CBD.) unbekannt.

b. Die in bem Entw. (§ 56) enthaltene Bestimmung:

"Legt ein öffentlicher Beamter über Gegenstände, welche fein Amt unmittelbar betreffen, Beugniß ab, fo tann es ber Gibesleiftung für gleich geachtet werben, wenn ber Zeuge bie Richtigleit feiner Ausfage unter Berufung auf feinen Diensteib verfichert"

ift von der REA. gestrichen worden (Brot. S. 59 sf., 819, 820). Sonach hat ein Beamter, auch wenn er als solcher Zeugniß ablegt, gleich jedem anderen Zeugen den Eid zu leisten. Bgl. jedoch EG. § 3 Abs. 2, 3 u. Rote 10 das. — Bgl. serner § 79 Note 10.

Bu Abf. 1.

- 2. Der Bortlaut bes Gibes fett fich aus ber Gibes formel (§ 62) und ber Gibes norm (§ 61) jufammen; pgl. bie Roten ju § 62.
- 3. Die Gibesleiftung mittelft Ablefens ift hauptjächlich mit Rudficht auf taube Berfonen (vgl. Rote 6) jugelaffen, übrigens auch in jebem anderen Falle ftatthaft.
- 4. Das Borfprechen bes Etbes geschieht burch ben Richter, wenn aber ber Zeuge ber beutschen Sprache nicht mächtig ift, burch ben Dolmetscher; boch wird es auch in bem letteren Falle burch ben Richter selbst erfolgen burjen, wenn biefer ber fremben Sprache in bem erforderslichen Mage mächtig ift. Bgl. GBG. § 196.
- 5. a. Die Erhebung ber rechten hand bilbet teinen wesentlichen Bestandtheil ber Gibes-leiftung; bie etwaige Unterlaffung bebt die Gultigleit bes Gibes nicht auf; bies ift in bem Gefet felbft burch ben Gebrauch bes Bortes "foll" angebentet (vgl. Brot. S. 58, Bericht ber RTR. S. 20).
- b. Sowohl Manner wie Franen haben nuter Erhebung ber rechten Sanb zu ichwören; bie bei ben Frauen gebräuchlich gewesene Auflegung ber rechten Sanb auf bie Bruft ift bamit in Begiall gesommen.
- c. Die Bornahme anderer, bisher gebräuchlicher symbolischer handlungen neben ber Erstebung ber rechten hand, 3. B. bas Nieberknien, ift nicht für unzuläsig zu erachten (gl. A. v. Schwarze S. 196, Reller S. 55; a. M. Puchelt S. 149); boch ift bieselbe ber eigenen Enischließung bes Schwörenben überlassen; ber Richter barf etwas Beiteres als die Erhebung ber rechten hand nicht forbern. Da bas Berfahren bei ber Eidesleiftung nicht mehr Gegenstanb landesgesetlicher Anordnung ist, so kann bie Landesgesetzgebung auch Bestimmungen über die imbolischen handlung nicht mehr treffen.

Bu 2161. 3.

6. In Betreff bes Dolmetichers vgl. GBG. § 188. Die Zuziehung eines folden taun auch erforberlich werben, wenn ein tanber Zeuge bes Lesens untunbig ift; vgl. § 56 Rote 3 (Schluß). — Bei Stummen, welche teine Schulbilbung genoffen haben und bemzusolge nicht ihreiben tonnen, wirb häufig bie Boraussetzung bes § 56 Nr. 1 (ungenügende Borftellung von bem Befen bes Gibes) zutreffen, so daß die Beeibigung in Begfall tommen wird.

3u \$ 64.

- 1. Unter "Gefeh" ift ein Reichts ober Canbesgeset zu verstehen, nicht die Satung der betr. Religionsgesellschaft; blese begründet für sich allein die Befreiung von der körperlichen Eidesleiftung nicht.
- 2. Reich & gefehliche Borichriften über bie Befreiung von ber forperlichen Gibesleiftung finb bis jest nicht ergangen : zur Zeit alfo tommen nur bie Lanbes gefete in Betracht. Inbes bleibt eine reichsrechtliche Regelung biefes Gegenftanbes wünschenswerth, ba es Religionsgefellichaften

Digitized by GOOGIC

§. 65.

Die Beeibigung ber Zeugen erfolgt, vorbehaltlich ber Bestimmungen bes §. 222, in ber Hauptverhandlung.

Sie fann schon in ber Boruntersuchung erfolgen, wenn voraussichtlich ber Beuge am Erscheinen in ber Hauptverhandlung verhindert oder sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird, oder wenn die Beeidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage ersorberlich erscheint.

In bem vorbereitenben Verfahren ist die Beeibigung nur zulässig, wenn Gefahr im Verzug obwaltet, ober wenn die Beeibigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage über eine Thatsache, von der die Erhebung der öffentlichen Klage abhängig ist, erforderlich erscheint.

Erfolgt bie Beeibigung im Borverfahren, jo ist ber Grund in bem Protofoll anzugeben.

(I. Entw. § 56; II. III. Entw. § 55.)

- giebt, beren Mitglieber zwar in einigen, nicht aber in allen Bundesstaaten von der Eidesleistung befreit sind. Wird ein Zeuge, dem in seinem heimathstaate die Befreiung zusteht, in einem ans beren Bundesstaates vernommen, in welchem dieselbe nicht besteht, so kann er sich auf das Recht seines heimathstaates nicht berusen, da jedes Landesgesetz nur in dem Staate, der es erkaffen, Geltung hat (gl. A. Buchelt, S. 151, Dochow RStB. S 165, Dalde S. 54, Stenglein S. 194; a. M. Geper Lb. S. 535 u. in Hh. I. S. 292, Reller S. 71, John S. 613, Glaser I. S. 591) Dieser Rechtszustand enthält gegenüber der für alle Reichsangehörigen bestehenden Pflicht, auf Erfordern vor jedem deutschen Gericht als Zeuge zu erscheinen (vgl. GBG. § 161 Note 5), eine Härte. In Breußen sind außer den Menoniten (Bdn. v. 11. März 1827, GS. S. 28) auch die Philipponen (Rab D. v. 19. Nov. 1836, Jahrb. Bb. 49 S. 175) von der Pflicht zur körperz lichen Eidesleistung befreit. In Betreff der anderen Bundesstaaten s. die Zusammenstellung bei Geper Lb. S. 534; vgl. auch Reller S. 71.
- 3. Die landesgejehlichen Borfchriften, welche eine Befreiung von ber torperlichen Gibetleiftung betreffen, bleiben auch bann bestehen, wenn sie nicht in einem besonderen Gefet, sondern in einer ber bisherigen Strafprozefordnungen enthalten find; die lehteren treten in diesem Puntte nicht auger Kraft, da § 64 eine Berweisung auf das Landesrecht im Sinne des § 6 des EG. enthält.
- 4. Etwaige landesgesetzliche Borschriften bes Inhalts, bag ber Zenge seine Angehörigkeit zu ber betr. Religionsgesellichaft bem Richter in einer bestimmten Art nach uweisen habe, bleiben n Kraft, sojern die Führung bieses Nachweises sich nach bem betr. Geseh als Bebingung ber Bestreiung barftellt. A. M. Glaser I. S. 593.
- 5. Darüber, ob neben ber vorgeichriebenen Bethenerungsformel noch eine fymbolifche hanblung (3. B. ein hanbichlag) erforberlich fei, enticheibet lediglich bas betr Lanbesgefet; bie Bestimmung bes § 63 Abf. 1 gilt ausschließlich für die körperliche Gibesleistung.
- 6. Die bie Eibesleiftung vertretenbe Betheuerung ift, gleich bem Gibe felbft (§ 60), regelmäßig vor, ausnahmsweise nach ber Bernehmung zu erforbern.

3u § 65.

1. a. Die Beeibigung ber Zeugen foll in ber hauptverhanblung erfolgen. Bon biefem Grundfat ausgehend, bestimmt bie StBD. erstens: baß im Borverfahren bie Bernehmung ber Zeugen regelmäßig eine uneibliche sein (§ 65), und zweitens: baß bie förperliche Ableiftung bes Zeugeneibes in ber hauptverhanblung baburch nicht entbehrlich werben soll, baß ber Zeuge aus nahmsweise schon im Borverfahren beeibigt worben ist (§ 66). — In bem gebachten Grundsate stimmt bas Geses mit bem Entw. überein (vgl. Mot. S. 147). Dagegen weicht es hinsichtlich ber Ausnahmen von bem Entw. ab, indem es die Zulässgeit ber Beeibigung im Borbereitungs-

Digitized by GOOGLE

veriahren (§ 65 Abf. 3) in noch engere Grengen einschlieft als in ber Boruntersuchung (Abf. 2). Die zweite ber porbezeichneten Solgerungen aus bem Grunbfat hatte ber Entw. (§ 58) überhaupt nicht gezogen ; mgl. § 66 Rote 2.

- b. Eine weitere Ausnahme von bem Grunbfan bes § 65 Abf. 1 f. in § 328 Abf. 2.
- 2. a. "wenn voraussichtlich ber Beuge am Erfcheinen in ber hauptverhanb= lung verbinbert ober fein Ericheinen megen großer Entfernung befonbers er= jowert fein wirb." - Der erfte Theil biefes Sapes umfaßt felbftverftanblich auch folde galle, in benen es fich nicht blos, wie g. B. bei bauernber Rrantheit eines Beugen, um bas Richts ericeinen in ber hauptverhanblung, fonbern um bie Unmöglichfeit einer fpateren Beeibigung überhaupt, also um ben Berluft bes Beweismittels handelt, wie 3. B. bei nahe bevorstehenbem Lobe bes Beugen, beworftebenber Auswanderung u. bergl. Die galle alfo, welche ber Abf. 3 burch bie Borte "Gefahr im Berguge" bezeichnet, werben auch von ber Borfchrift bes Abf. 2 getroffen. - Bon ben gallen biefer Art abgejeben, liegt, wie eine Bergleichung ber SS 222, 250 Abf. 2, § 191 Abf. 2 und namentlich bes Schluffapes bes § 250 ergiebt, die Bebeutung ber Ausnahme: vorfdrift barin, bag burd bie Beeibigung bes Beugen in ber Borunterfuchung bie Möglichfeit geicaffen wirb, die fonft vielleicht erforberliche tommiffarifce Bernehmung beffelben nach Eröffnung bes hauptverfahrens zu erübrigen; vgl. § 222 Rote 1. Selbftverftanblich aber ift bie im Borverfahren erfolgte Beeibigung für bas ertennenbe Gericht bei ber Befchlufinahme barüber, ob ber Beuge gur hauptverhandlung gu laben ober feine frubere Ausfage gu verlefen fei, nicht nur nicht prajubigirlich, fonbern biefes Gericht bleibt fogar unbebingt verpflichtet, felbftftanbig bas Borhanbeufein ber Borausfehungen bes § 222 ju prufen und festjuftellen, wenn es von ber Labung bes Beugen Abstand nehmen will.
 - b. Ueber ben Begriff ber großen Entfernung f. bie Roten ju § 222.
- 3. "wenn bie Beeibigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheits: gemäßen Ausfage erforberlich erfcheint" - b. b., wenn anzunehmen ift, bag ber Beuge ohne Beeibigung nicht bie Bahrheit sagen werbe. Das Borhanbensein biefer Boraussehung wirb fich regelmäßig erft nach erfolgter Bernehmung bes Zeugen feftftellen laffen. - 3m Borbereitungsverfahren (Abf. 3) tritt ju biefer Boraussehung bas weitere Erforbernig hingu, bag es fich bei ber herbeiguführenben Aussage um eine Thatsache handeln muß, von beren Ermittelung ober Aufflarung bie Erhebung ber öffentlichen Rlage abhangig ift. Ob es fich bei ber Ausiage um bie Refiftellung ber That, ober um bie Ermittelung bes Thaters ze. hanbelt, ift gleichgultig. Auch gehört ber Fall hierher, wenn bie ftrafrechtliche Qualifizirung ber That von ber Ermittelung ber betr. Thatface abhangt; Stenglein S. 196.
- 4. Ob eine ber gesetlichen Boraussehungen für bie Breibigung bes Zeugen vorliege, barüber hat in ber Boruntersuchung ber Untersuchungsrichter, im Borbereitungsverfahren ber bie Bernehmung bewirkenbe Amterichter, nicht bie Staatsanwaltschaft (vgl. bie Roten ju § 160) ju enticheiben (gl. A. Glafer I. S. 574, Kroneder in Goltb. Arch. XXIX. S. 325 ff., Stenglein 6. 196; a. M. John S. 624). hierzu ift im Einzelnen zu bemerken: a. In allen Fallen ficht ber Staatsanwaltichaft, wenn ein von ihr gestellter Untrag auf Beeibigung eines Beugen von bem Richter abgelehnt wird, die Beschwerbe an die Straftammer ju. — b. Wird nach geführter Boruntersuchung von ber Staatsanwaltichaft noch bie Beeibigung eines Zeugen beantragt und will ber Untersuchungsrichter bem Antrage nicht ftattgeben, so ift, ohne baß es einer Beschwerbe bebarf, bie Entscheibung ber Straffammer erforberlich (f 195 Abs. 2). — c. Im Borbereitungsversahren hat der Amtkrichter Mangels eines auf Beeibigung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft die Beeibigung nur bann vorzunehmen, wenn Gefahr im Berzuge obwaltet (§ 163). — d. Ein um die eibliche Bernehmung eines Zeugen ersuchter Richter (GBG. § 158, StBD. § 183 Sat 2, § 164 Abs. 2) hat, die Gibesfähigteit bes Bengen vorausgesett, die Buläffigkeit der alsbalbigen Beeibigung nicht weiter zu prüfen; val. GBG. S 159 Note 3. b. Anbererseits ist er bei einem auf uneibliche Bernehmung gerichteten Ersuchen für befugt zu erachten, die Beeibigung vorzus nehmen, wenn er finbet, bag Gefahr im Berguge obwaltet (§ 163).

5. Abs. 4 bezieht sich sowohl auf Abs. 2 wie auf Abs. 3. Das Protokoll muß angeben,

§. 66.

Wird ber Zeuge, nachdem er eiblich vernommen worden ist, in demselben Borversahren ober in bemselben Hauptversahren nochmals vernommen, so kann ber Richter statt der nochmaligen Beeibigung den Zeugen die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den früher geleisteten Sid versichern lassen.

(I. Cutm. § 59; II. III. Cutm. § 58.) Bgl. CPO. § 363 Abf. 3.

3u § 66.

1. Der Begriff ber noch maligen Bernehmung ift mit Rudficht auf ben Gegenfat: bie einmalige Bernehmung, ju bestimmen. Alle Erffarungen, welche ein Zeuge in bemfelben Termine ober in berfelben hauptverhandlung abgiebt, stellen zusammen nur eine Bernehmung bar, gleichviel ob ber Zeuge nur einmal jur Auslaffung aufgeforbert wird ober ob nach ber inzwischen erfolgten Bernehmung anderer Zeugen 2c. aufs Reue Fragen au ihn gerichtet werben ober eine Konfrontation stattfindet zc. Dies gilt auch bann, wenn eine hauptverhandlung sich auf mehrere Tage erftredt und bie Befragung bes Beugen an verfchiebenen Tagen ftattfinbet; benn es fehlt jeber prinzipielle Grund, zwijchen einer eintägigen und einer mehrtagigen Berhandlung zu unterscheiben. Gelbft der Fall macht teine Ausnahme, wenn bie hauptverhandlung eine eine ober mehrtägige Unterbrechung erfährt, fofern nur bemnachft bie Fortfe gung ber Berhanblung, nicht eine Erneuerung berfelben eintritt (vgl. § 228 Rote 1). Unter ber nochmaligen Bernehmung eines vernommenen Beugen ift alfo im Sinne bes & 66 biejenige Bernehmung ju verfteben, welche in einem neuen Termine bezw. in einer neuen Sauptverhanblung ftattfindet und biefer Sat erleibet nur insofern eine Mobifitation, als bas Borhanbensein einer nochmaligen Bernehmung innerhalb ber felben Berhanblung bann angunehmen fein mirb, wenn ber Richter bie Bernehmung eines Beugen für beendet erflart und benfelben entlaffen hatte, bemnachft aber ber Beuge von Reuem herbeigerufen und befragt wirb (in Beireff bes letteren galles a. D.: RGer. III. 12. Mai 80, Ripr. I. 756). - Bas nun bie eibliche Bestärfung ber Aussage betrifft, so geht bas Gefet ohne Zweifel bavon aus, bag biefelbe bei einer Bernehmung nur einmal fattgufinben habe. Dies gilt bei bem promifforifchen Gibe unbedingt: biefer Gib erftredt fich (mit ber ebengebachten Mobifitation) auf alle Erklärungen, welche ber Zeuge im Laufe ber betr. Berhandlung, gleichviel ob an einem ober an verschiebenen Tagen, abziebt. Es wirb zwar zwedmäßig fein, ben Bengen bei ber fpateren Befragung über biefe Tragmeite bes Gibes gu bebeuten; allein bie Abgabe ber in § 66 bezeichneten Berficherung (Rote 9) wirb baburch nicht erforberlich, bag ber am erften Tage beeibigte und vernommene Beuge an einem fpateren Tage berfelben Berhanblung von Neuem befragt wirb. So: RGer. III. 12. Mai 80 (Rípr. I. 756). — Auch

aus meldem ber gesehlichen Grunbe bie Beeibigung bes Zeugen icon im Borverfahren erfolgt ift; bagegen ift eine nabere Darlegung bes betr. Grunbes nicht erforberlich.

^{6.} Der Umstand, daß die Beeidigung eines Zeugen im Borverfahren stattgefunden hat, obschon die Boraussesungen des S 65 fehlten, kann für sich allein (vgl. § 66 Rote 2.a) die Ansfechtung des Urtheils nicht begründen: RGer. III. 24. Apr. 80 (Rspr. I. 655). Auch ist die erfolgte Beeidigung, jenes Mangels ungeachtet, von rechtlicher Birksamkeit und somit eine Berzlefung der betr. Aussage als einer eidlichen (§ 250 Abs. 3) nicht ausgeschlossen: RGer. II. 29. Febr. 84 (Entsch. X. 156). Gl. A. John S. 626, Stenglein S. 197, Boitus Kontr. II. S. 292; a. M. Geyer Lb. S. 532 und in Hh. I. S. 289, v. Schwarze S. 200, Thilo S. 69, Puchelt S. 153, Glaser I. S. 576.

^{7.} Die Bestimmungen bes § 65 Abs. 2. 3 finden auch bei ber Beschlußfassung über bie Eröffnung bes hauptverfahrens entsprechende Anwendung: bas Gericht tann, sofern eine ber gesetlichen Boraussehungen ber alsbalbigen Beeibigung vorliegt, gemäß § 200 sowohl bie eibliche Bernehmung noch unvernommener Zeugen, wie auch die nachträgliche Beeibigung uneiblich vernommener anordnen. Auch bie lettere stellt im Sinne bes § 200 eine Ergänzung ber Boruntersuchung bezw. eine Beweiserhebung bar.

bei bem affertorischen Sibe gilt prinzipiell basselbe: wenn z. B. ber Zeuge am britten Tage ber Bethanblung affertorisch beeibigt wirb, so beschwört er auch alles basjenige, was er am ersten ober zweiten Tage ansgesagt hat. Rur insoseth besteht zwischen bem affertorischen Gibe und bem promissorischen hier ein Unterschied, als ber erstere seinem Wortlaut nach nicht aus Erklärungen bezogen werden kann, welche ber Zeuge erwa noch nach der Beeibigung abgiebt; wenn also ber Zeuge nach ber letzteren von Reuem befragt wird, so muß er die Richtigkeit seiner nachträglichen Erklärungen in der in § 66 bestimmten Weise versichern. So: RGer III. 25. Febr. 80 (Ripr. I. 398). — Bgl. § 60 Note 3.

2. a. Der Entw. (§ 58) enthielt bie Bestimmung, bag ber einmal beeibigte Zenge bei noche maliger Bernehmung in berfelben Untersuchung bie Richtigfeit ber neuen Aussage auf ben fruber geleisteten Eid versichern könne; banach alfo sollte in ber hauptverhanblung eine nochmalige Eidesleiftung feitens ber im Borverfahren beeibigten Beugen nicht erforberlich fein. hieran nahm bie RIR. Anftof, und fie gab bem & bie gegenwärtige gaffung (vgl. Brot. S. 72, 73, 825, 626). Die leptere aber ift in Anfehung bes hauptverfahrens eine unklare und läßt verschiedenen Zweifeln Raum. Es fragt fich: was ift hier unter "hauptverfahren" zu verstehen? foll insbesonbere bann, wenn bie begonnene Hauptverhanblung nicht zu Enbe geführt, sondern aus irgend welchem Grunde (3. B. behufs Labung neuer Zeugen) vertagt wird und bemnachst eine neue haupt= verbandlung (vgl. § 228 u. Rote 1 baf.) ftattfinbet, in biefer bie Berufung bes Beugen auf ben in ber erften Berhandlung geleifteten Gib julaffig fein? gur bie Bejahung biefer Frage fpricht ber Bortlaut bes Gefetes; benn bie StBD. verfteht unter bem "hauptverfahren" nicht bie Saupt= verhandlung, sonbern benjenigen Abschnitt bes Prozesses, welcher mit bem in § 201 bezeichneten Befdluffe beginnt und mabrend beffen bie Sache bei bem ertennenben Bericht anhängig ift: bie Bauptverhandlung ift ein Theil bes hauptverfahrens. Die MER. hat freilich biese Terminologie nicht burchweg festgehalten (vgl. § 23 Rote 10). In ben Berhanblungen ber RER. laffen fich Argumente fur bie eine wie fur bie anbere Meinung finben. Bou ber einen Seite murbe auf das Berhältniß des Borverfahrens zum hauptverfahren, auf die größere Feierlickkeit der in der haupwerhanblung erfolgenden Gibedleistung, sowie barauf Gewicht gelegt, baß ber Gib in Gegen= wart bes Angeflagten und bes Anflagers geleiftet werben muffe; biefe Momente laffen fich für bie Bejahung obiger Frage geltenb machen. Bon anderer Seite wurde betont, daß ber Eib vor benjenigen Richtern, welche bas Urtheil fallen, ju leiften fei; bies Argument fpricht fur bie Berneinung ber Frage. Es burfte aber noch Rolgenbes in Betracht ju gieben fein; Die Berneinung fann ju einer bebentlichen Saufung ber Gibe führen, ba nicht felten in berfelben Sache mehrere Sauptverhandlungen vor bem Gerichte erfter Inftang ftattfinden. Ferner aber ift bei Berneinung ber Frage Die Borichrift bes & 66 fur bas Sauptverfahren beinahe gegenstanbslos; benn in ber = ielben hauptverhandlung tann fie nach bem in Rote 1 Bemertten nur in ben feltenen gallen anmenbbar werben, wenn ein Beuge nach erfolgter Entlaffung nochmals berbeigerufen ober wenn ein affertorifc beeibigter Benge nach ber Beeibigung nochmals befragt wirb. Diefe Erwägungen rechtfertigen die Bejahung obiger Frage, also ben Sat : baß in § 66 ber Ausbruck "hauptverfahren" in bem technischen Sinne ber StBD., mithin nicht gleichbebentenb mit "haupt= verhandlung", ju verfteben ift. So; RGer. II. 15, Juni 80 (Entich. II. 109), III. 25. Febr. 80 (Ript. L 399), III. 8. Jan. 84 (Ript. VI, 29) und die unter b cit. Urth. Gl. A. auch Dochow S. 164, Dalde S. 56, ansch. auch Thilo S. 70; a. W. Keller S. 75, v. Schwarze S. 200, Buchelt S. 155, Boitus Rounn. S. 127 u. Kontr. Il. S. 5, Geger 26. S. 533 u. in 👯 L S. 289, Meves S. 81; val. Glafer I. S. 582, John S. 627. — Auf Grund ber hier vertretenen Auffaffung ift bie Abgabe ber in § 66 bezeichneten Berficherung auch bann ftatthaft, wenn in ber hauptverhandlung ein Reuge vernommen wird, ber nach Eröffnung bes haupts verjahrens junachft tommiffarifch (§ 222) vernommen und hierbei beeibigt worben war: Re. 8. 27. Juli 81 (Enifch. IV. 437, Ripr. III. 490). Dagegen ift es bei ber kommiffarischen Bernehmung, ba biefelbe ber Bernehmung in ber hauptverhandlung felbft gleichfteht, nicht flatthaft, ben Zeugen auf einen im Borversahren geleisteten Gib zu verweisen: RGer. III. 24. Apr. 80 (Ripr. I. 655), I. 24. Sept. 85 (Entsch. XII. 373, Ripr. VII. 529).

- b. Auch bie weitere Frage: was unter "bemfelben hauptverfahren" zu verflehen fei, giebt Zweifeln Raum. Der in ber hauptverhandlung erfter Inftang beeibigte Beuge wird, wenn er in zweiter Juftang nochmals vernommen wirb, aufs Reue zu beeibigen fein; benn bas Berujungsverfahren ftellt einen befonderen Abichnitt bes Prozeffes, ein neues Sauptverfahren, bar. Ferner ift eine neue Gibesleiftung für erforberlich zu erachten, wenn nach Anfhebung eines burd ein Rechtsmittel angesochtenen Urtheils und Burndverweifung ber Sache in Die Borinftang (§§ 369, 394) in biefer ber Beuge von Renem vernommen wirb (wiewohl bier bie einzelnen Untersuchungsafte ber fruberen hauptverhandlung als folde nicht von ber Aufhebung betroffen werben und die frubere Gibesleiftung nicht ihre Gultigfeit verliert); gl. A. John 6 633; a. DR. MGer. II. 17. Sept. 80 (Entsch. II. 234), 3. Jan. 84 (Mipr. VI. 29), Glaser I. S. 582, Stenglein S. 199. Ebenjo verhalt es fic, wenn nach Erlaffung einer Unguftanbigfeits: erflarung eine neue hauptverhandlung por einem anderen Gericht flattfindet (wiewohl auch hier nach § 20 bie fruhere Gibesleiftung gultig bleibt; vgl. Rote 6. a. ju §§ 16-18). Auch bei ber Bieberaufnahme eines burch rechtsfraftiges Urtheil geschloffenen Berfahrens (SS 399 ff.) ift bie Berufung auf ben in ber Sauptverhanblung geleifteten Gib für unftatthaft zu erachten. - Bas enblich ben Fall betrifft, wenn in einer Sache mehrere hauptverhandlungen ftattfinden und bei ber fpateren Berhandlung neue Mitbefdulbigte betheiligt find (wie 3. B. wenn in= awifchen eine Berkindung mehrerer Straffachen erfolgt ift; vgl. § 236), fo wirb auch bier bie nochmalige Gibesleiftung fur erforberlich ju erachten fein, ba nach ber bem § 66 gu Grunbe liegenben Auffassung jeber Beschulbigte barauf Auspruch hat, bag in seiner Gegenwart ber Beuge ben Gib leifte.
- 3. Unter bem "Borverfahren" wird auch hier (vgl. Rote 2 zu Buch 2 Abichn. 2-6) sowohl bas Borbereitungsverfahren wie die Boruntersuchung verstanden; baher in bei ber Bers nehmung in ber letteren die Berufung bes Zeugen auf ben in bem Borbereitungsverfahren ges leisteten Gib statthaft.
- 4. Die Anwendbarteit des § 66 ift nicht auf den Fall beschränkt, wenn der Zeuge bei seiner Bernehmung den Inhalt einer früheren Aussage wiederholt; vielmehr ift die Borschrift auch dann anwendbar, wenn der Zeuge jeht von der früheren Aussage abweicht, ebenso dann, wenn der Gegenstand der neuen Bernehmung ein anderer als der der früheren ist. Ueberhaupt kommt es darauf nicht au, ob gleichzeitig mit der Beeidigung auch eine Bernehmung stattgefunden hat: RGer. III. 16. Apr. 83 (Rfpr. V. 250).
- 5. Da bie hier bezeichnete Berficherung ber GibeBleiftung gleichsteht, so barf fie von bem Beugen nicht gesorbert werben, wenn berselbe seit'seiner Beeibigung bie Gibes fahigkeit (vgl. § 56 Rr. 2), verloren hat ober seine schon fruher vorhandene, aber unbekannt gewesene Gibes unfähigkeit inzwischen ermittelt ift.
- 6. Daß ber Zeuge bei ber früheren Bernehmung wirklich ben Gib geleiftet hat, kann nur burch bas betr. Protofoll, nicht burch bie eigene Erklärung bes Zeugen bewiesen werben. Ift bie erfolgte Beeibigung in bem Protofoll vermerkt und wird bieselbe gleichwohl von bem Zeugen in Abrebe gestellt, so wird von ber Anwendung bes § 66 abzusehen sein.
- 7. Der Richter "kann" bie Bersicherung an Stelle ber nochmaligen Beeibigung forbern. Er barf aber auch ben Zeugen aufs Neue beeibigen, wenn er hierzu besondere Beranlassung sindet; eine solche kann z. B. daraus entnommen werden, daß der Zeuge auscheinend außer Stande ift. die Bedeutung der Bersicherung richtig auszusalssellen. Der Zeuge ist, wenn der Richter die Eidestelitung forbert, nicht besugt, dieselbe beshalb zu verweigern, weil die in § 66 bezeichnete Berssicherung genüge. Gl. A. Puchelt S. 155, John S. 637, Glaser I. S. 578, Boitus Kontr II. S. 16.
- 8. Der Richter hat ben Zeugen über bie Bebeutung ber abzugebenben Berficherung zu belehren; bie rechtliche Birksamkeit ber letteren ift indes von ber Belehrung nicht abhangig. Bgl. StBB. § 155 Nr. 2.
- 9. Es genugt nicht, daß ber Richter ben Zeugen auf ben früheren Gib verweist; vielmehr muß ber Zeuge felbst eine die fragliche Bersicherung enthaltende Erklärung abgeben: RGer. III. 8. Jan. 81 (Refpr. II. 704), 16. Apr. 83 (Ripr. V. 250); vgl. § 79 Rote 14. Gine

§. 67.

Die Vernehmung beginnt bamit, daß der Zeuge über Vornamen und Zunamen, Alter, Religionsbekenntniß, Stand oder Gewerbe und Wohnort befragt wird. Erforderlichenfalls sind dem Zeugen Fragen über solche Umstände, welche seine Glaubwürdigkeit in der vorliegenden Sache betreffen, insbesondere über seine Beziehungen zu dem Beschuldigten oder dem Verletzen, vorzulegen.

(L. Cntm. \$ 60; II. III. Entm. \$ 59.) Bgl. CPO. \$ 360

bestimmte Formel hierfür ist nicht vorgeschrieben, und insbes. braucht die Erstärung nicht gerabe mit den Borten des § 66 abgegeben zu werden; so: das erstere Urth. Demzufolge ist es auch genügend, wenn der Zeuge die Frage des Richters: od er die Wahrheit seiner Aussage auf seinen irüheren Eid versichere, mit "Za" beantwortet. — Die Erhebung der rechten Hand (§ 63) sindet bei Abgade der Bersicherung nicht statt.

10. Das Geset schreibt nicht vor, ob ber Richter bem Zeugen bie Bersicherung vor ober nach ber Bernehmung (promissorisch ober afsertorisch) abzunehmen habe; es ist baher Beibes für katthaft zu erachten (vol. § 60). Ob bie Eibesleistung selbst promissorisch ober afsertorisch statz gesunden hat, ist hierbei nicht entscheibend, da in der Berusung auf den früheren Eid nur eine Bezugnahme auf die frühere Betheuerungssormel (§ 62), nicht auf die Rorm des Eides (§ 61) aufalten ist; gl. A. Roer. II. 28. März 82 (Entsch. VI. 145), Olshausen S. 601. Puchelt S. 156 u. Boitus Romm. S. 127 halten nur die afsertorische Form für zulässig.

3u \$ 67.

- 1. Der S handelt von den s. g. Personals und Generalfragen. Nur die Borlegung der ersteren ift schlechthin vorgeschrieben, die der letteren bagegen in das Ermessen des Richters genellt; vgl. Rec. II. 10. Dez. 80 (Entsch. III. 100). Die "Beziehungen" des Zeugen zu dem Beschuld igten werden freilich mit Rücksicht auf die Bestimmungen der SS 51, 57 in der Regel der Grörterung bedürsen; hinsichtlich ihrer ist daher das "erforderlichenfalls" dahin zu verssehen, daß die Bestagung unterbleiben darf, wenn es bekannt oder doch ohne Weiteres auzunehmen ift, daß Beziehungen der fraglichen Art nicht bestehen.
- 2. Durch bie Borte: "in ber vorliegenben Sache" ift ausgesprochen, daß die Bestagung nicht auf Umftanbe zc. gerichtet werben soll, welche in bieser Sache einen Einsing auf die Beursteilung ber Glaubwürdigkeit bes Zeugen nicht haben können. Selbstverstänblich aber barf die Bernehmung auf folche Umftande gerichtet werben, welche den Zeugen als überhaupt unglaubswürdig erscheinen lassen.
- 3. Die Frage: ob der Zeuge Strafen erlitten habe, wird nicht ohne hinreichende Beranslaffung zu ftellen sein; für zuläsfig ift sie indeß ftets zu erachten (Mot. S. 62). Zunächst ift sunzweiselhaft in dem Falle zu stellen, wenn behauptet oder vermuthet wird, daß der Zeuge in Folge einer strafgerichtlichen Berurtheilung eidesunfähig sei; benn dieser Umstand bedarf schon mit Rüdsicht auf die Rechtsbeständigkeit des Bersahrens (vgl. § 56 Rr. 2) der Erörterung. Sodann aber kann auch die Thatsache, daß der Leuge wegen einer aus ehrloser Gesinnung entsprungenen handlung verurtheilt worden, einen Grund darstellen, die Glaubwürdigkeit desselben zu bezweiseln. Endlich wird auch der Umstand, daß ein Zeuge gerade wegen einer strasdaren handlung derselben Int verurtheilt worden, wie die den Gegenstand der Untersuchung bildende ist, disweilen die Glaubwürdigkeit des Zeugnisses in Frage stellen, wie z. B. in dem Falle, wenn sur einen wegen gewerdsmäsigen Jagdvergehens Angeklagten ein Entlastungszeuge austritt, der wegen gleichen Bergehens bestaft ist.
- 4. Der Richter hat die ihm erforberlich scheinenben Fragen von Amtswegen zu fiellen, aber auch die etwaigen, hierauf bezüglichen Anträge ber Prozestbetheiligten in Betracht zu ziehen. In ber hauptverhandlung finden die SS 238—241 auch hinsichtlich ber Personals und Generalsfragen Anwendung.
 - 5. Der Zeuge ift nicht berechtigt, bie Beantwortung einer Frage beshalb gu verweigern,

§. 68.

Der Zeuge ist zu veranlassen, basjenige, was ihm von bem Gegenstande seiner Vernehmung bekannt ist, im Zusammenhange anzugeben. Bor seiner Vernehmung ist bem Zeugen ber Gegenstand ber Untersuchung und die Person bes Beschulbigten, sofern ein solcher vorhanden ist, zu bezeichnen.

Bur Aufklärung und zur Bervollständigung ber Aussage sowie zur Erforschung bes Grundes, auf welchem die Wissenschaft des Zeugen beruht, sind nöthigenfalls weitere Fragen zu stellen.

(I. Entm. § 61; II. III. Entm. § 60.) Bgl. CBC. § 361.

weil es feiner Anficht nach auf ben Gegenstand berfelben für bie vorliegenbe Sache nicht ankomme ; bas Recht zur Berweigerung einer Antwort bestimmt sich auch bei der Generalvernehmung lediglich nach § 54.

- 6. Die Beeibig ung (§§ 61, 64, 66) erstredt fich auch auf Dasjenige, mas ber Zeuge auf bie Bersonals und Generalfragen erklärt; hierauf wird berfelbe ausbrudlich hinzuweisen sein. Im Uebrigen f. hierüber § 60 Rote 4.
- 7. Die Borlegung und Beantwortung ber Personalfragen bedarf ber Beurfundung burch bas Protofoll: RGer. II. 10. Dez. 80 (Entid. III. 100).

3u § 68.

- 1. Ueber ben Gegenstand ber Untersuchung ift ber Zeuge insoweit zu unterrichten, baß er bei Beginn seiner Bernehmung weiß, um welchen Borgang es sich hanbelt und inwiesern bersselbe zu bem Strafgeses in Beziehung gebracht wird. Die Bezeichnung ber Person bes Besichulbigten muß auch im Borbereitungsversahren erfolgen, wenn bieses bereits bie Richtung gegen eine bestimmte Person genommen hat (vgl. § 51 Note 2). Das bloße Borhandensein eines Berbachtes bagegen macht die Benennung bes Berbächtigten nicht ersorberlich. Daß ber Beschulbigte auch schon als solcher vernommen sei (§ 136), wird nicht nothwendig vorausgeseht. Ein Berstoß gegen die Bestimmung des Sates 2 in an sich nicht geeignet, die Revision zu begründen: RGer. I. 8. Mai 82 (Entsch. VI. 267).
- 2. hinsichtlich ber Einrichtung ber Zeugenvernehmung hat sich bie StPO. auf bie allgemeinen Borschritten in Sat 1 u. 3 bes § 68 beschränft, während die früheren Landesgesetze saft sammtlich noch eine Anzahl ins Einzelne gehender Bernehmungsregeln ausstellten, wie z. B. über die Bermeidung suggestiver und kaptioser Fragen. Alle derartigen Borschriften sind, weil sie lebiglich die Bedeutung einer Instruktion haben und ihr Inhalt sich überdies aus der Natur der Sache ergiebt, sur entbehrlich erachtet und es ist die Einrichtung der Bernehmung dem verständigen Ermessen des Richter überlassen (Rot. S. 148). Alls selbstverständlich ift es insbes. angesehen worden, daß der Richter dem Zeugen auch die Einsicht von Schriftstüden (Notigen, Rechnungen 20.) gestatten dars, wenn der Zeuge zur Unterstühung seines Gedächnisse dieser Einssicht bedarf; welcher Grad von Zuverlässigteit alsdann der Aussage beizumessen sei, hat der Richter nach Lage des einzelnen Falles zu beurtheilen; vol. Koer. II. 3. Dez. 86 (Roer. VIII. 722), betr. einen Fall, in welchem einem als Zeugen zu vernehmenden Polizeibeamten ein von ihm selbst ausgenommenes Brotosoll zur Einsicht übergeben wurde. In Betress der Einsicht von hand eichnung en vol. Roer. III. 24. Jan. 87 Rspr. (IX. 89).
- 3. Der Zeuge foll fich in jufammenhangenber Erzählung auslassen; bies gilt, wenn er mehrmals vernommen wirb, für jebe Bernehmung. Ift eine zusammenhangenbe Erzählung von bem Zeugen nicht zu erlangen, so muß bie Befragung im Sinzelnen stattfinden. Im Uebrigen erfolgt b' iterer Fragen zu dem in Abs. 2 bezeichneten Zwede.

welchem die Wissenschaft bes Zeugen beruht, ift namentlich beshalb Thatsachen, von benen ber Zeuge nur burch Mittheilungen Anberer hümlich als von ihm selbst wahrgenommene behandelt werden, sowie Zeuge nicht Schlusse und Folgerungen, die er aus gewissen Thatsachen mungen selbst verwechsele. — Uebrigens hat bas Geset ein Berbot, in



§. 69.

Wird das Zeugniß ober die Sidesleiftung ohne gesetlichen Grund verweigert, to ift ber Zeuge in die burch die Beigerung verursachten Rosten sowie zu einer Gelbstrafe bis zu breihundert Dark und für ben Kall, daß biefe nicht beigetrieben werden tann, jur Strafe ber haft bis ju feche Mochen ju verurtheilen.

Auch tann gur Erzwingung bes Zeugnisses bie haft angeordnet werben, jeboch nicht über die Zeit der Beendigung des Berfahrens in der Instanz, auch nicht über die Zeit von sechs Monaten, und bei Uebertretungen nicht über die Zeit von iechs Wochen hinaus.

Die Befugniß zu diesen Maßregeln steht auch dem Untersuchungsrichter, bem Amtsrichter im Borverfahren, sowie bem beauftragten und ersuchten Richter zu.

Sind die Maßregeln erschöpft, so können sie in demselben oder in einem anderen Berfahren, welches dieselbe That zum Gegenstande hat, nicht wiederholt werden.

Die Restsesung und die Bollstredung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere ober der aktiven Marine angehörende Militärperson ersolat auf Ersuchen durch das Militärgericht.

(I. Entw. § 62; II. III. Entw. § 61.) Bal. CHO. §§ 351-355.

Ru & 69.

ber hauptverhandlung Beugen vom Sorenfagen ju vernehmen, nicht aufgenommen, und war mit Recht. Bunachft lagt fich bie Möglichteit, baf ein Zeuge auch über Gebortes aussagt, überhaupt nicht ausichließen; es kommt nicht felten vor, daß ein Zeuge von einer Thatface wie von einer von ihm felbst mabrgenommenen spricht und bag erft bie weitere Befragung ergiebt, bag er biefe Thatfache nur vom Borenfagen tennt. Aber auch ein fur ben ertennenben Richter bestimmtes Berbot, auf ein Zeugniß pom borenfagen Gewicht ju legen, ericeint mufig; benn burd ein foldes Zeugnig tann felbstverstänblich eben nichts weiter bewiefen werben, als bag ber Beuge von ber betr. Thatlache gehört hat, mahrenb es regelmäßig ungerechtfertigt mare, aus bein Beugnig auf bie Babrbeit ber Thatfache felbft ju foliegen; bas gebachte Berbot murbe baber nichts weiter sein als das Berbot einer ungerechtfertigten Schlußfolgerung. Gl. A. RGer. III. 12. Mai 80 (Entich. II. 160), III. 28. Juni 86 (Ripr. VIII. 502). — Ebenso verhält es sich mit ber Bernehmung ber Zeugen über Meinungen, Muthmagungen und Schluffe, bie fie aus ihren Bahrnehmungen gezogen haben (vgl. inbeg Rote 4. a zu SS 51-54). Die bezüglichen Angaben tonnen nicht nur jur Rlarftellung ber Bahrnehmungen felbft beitragen (Stenglein 6. 203), fonbern auch ben Anlag zu weiteren Beweißerhebungen ac. bieten.

^{5.} In Betreff ber Bernehmung von Zeugen, welche ber beutichen Sprache nicht mächtig find, f. GBG. § 187; in Betreff ber Bernehmung von tauben ober ftummen Zeugen: GBG. N 188.

^{6.} In Betreff ber Brotofollirung ber Zeugenaussagen f. StBD. SS 186, 166, 273.

^{1.} Ueber bie Anwenbbarteit bes S auf Beugenvernehmungen, welche in einem Bermaltung #= Strafverfahren ober in einem Disziplinar : Berfahren ftattfinden follen, f. Rote 6 ju SS 51-54.

^{2.} Die in § 69 porgefebenen Dafregeln finben nicht blos in ber Untersuchung, fonbern auch im Borbereitungsverfahren Anwendung; vgl. Rote 3.b zu SS 51-54.

^{3.} Der Ungehorfam bes Bengen.

a. Der f fest voraus, bag ein vor bem Richter erichienener Zeuge die Erfullung feiner Beugnifpflicht, gang ober theilweis, verweigert. Derjenige Ungehorfam, welcher in bem Mus: bleiben bes Zeugen besteht, ift in \$ 50 behandelt. Die bort vorgesehenen Magregeln und bie in § 69 bestimmten sind von einander unabhängig; eine Anrechnung der gemäß § 50 festgesehten Strafe auf bie gemäß f 69 zu verhängende Strafe ober Zwangshaft findet nicht statt, und zwar Digitized 19 GOOGLE

selbst dann nicht, wenn der Zeuge gerade wegen der vermeintlichen Berechtigung zur Berweigerung. des Zeugnisses ausgeblieben war; vgl. § 50 Rote 4.

- b. Da jeber Zeuge verpflichtet ift, baß Zeugniß so oft abzulegen, als ber Richter es forbert, so finden die in \$69 bestimmten Mahregeln auch gegen benjenigen Zeugen Anwendung, ber zwar bei einer früheren Bernehmung seine Zeugnippslicht erfüllt hat, bei einer späteren Bershandlung aber das Zeugniß ober bessen Beeibigung ohne gesehlichen Grund verweigert.
- c. Die Bestimmungen bes § 69 sind in ihrem ganzen Umsange anwendbar, wenn der Zeuge die Ersüllung seiner Zeugnispsticht auch nur theilweis verweigert, wie z. B. wenn er zwar nicht die Auslassungt, sondern nur die Beantwortung einzelner Fragen ohne gesehlichen Grund ablehnt. Die Berweigerung der Beeidigung steht berjenigen des Zeugnisses selbst völlig gleich; auch die Zwangshaft ist dei jener wie dei dieser statthaft, und es deruht lediglich auf einem Redaktionsversehn, daß in Abs. 2, adweichend von Abs. 1, nur von dem Zeugniß, nicht auch von der Beeidigung die Rede ist. Der Entw. war in diesem Aunkte ganz klat, und die AER. hat eine Aenderung nicht beabsichtigt (vgl. Prot. S. 77, 828). Auch würde die Erzwingung eines uneiblichen Zeugnisses dei einem eidebsschiegen Zeugen etwas Zweckloss sein, zuwal gewade die Berweigerung der Beeidigung, sosern sie nicht etwa auf religiösen Bedenken beruht, das Zeugnis verdächtig machen müßte. In Abs. 1 wäre statt "Eidesleistung" richtiger zu sagen gewesen: "Beeidigung"; denn auch derzenige Zeuge, der die Abgabe einer die körperliche Gidesleistung ersetzenden Bersticherung (§§ 64, 66) verweigert, unterliegt den Bestimmungen des § 69.
- 4. Die Maßregeln gegen ben ungehorsamen Zeugen. Den früheren Landesgesehen lagen hinsichtlich ber gegen ben ungehorsamen Zeugen eintretenden Maßregeln zwei verschiedene Auffassungen zu Grunde: nach der einen waren diese Maßregeln Zwangsmittel,
 nach der anderen waren sie Strasen des Ungehorsams; ein Theil der Landesgesehe, so namentlich die preuß. Krin.: Ordn., ließ freilich ein klares hervortreten der einen oder der anderen Aufschsung vermissen. Die StPO. ist hier vollsommen klar: sie schreibt die Bestrasung des ungeshorsamen Zeugen vor (Abs. 1) und gestatet außerdem die Anwendung des Zwanges (Abs. 2). Die Berhängung der Zwangshaft kann nicht ohne vorgängige oder gleichzeitige Festseung der Strase eintreten (vgl. Note 6. a). Im Uedrigen aber sind beide Maßregeln von einander unabhängig; insbes tommt, wenn die Geldstrase nicht beizutreiden und demzusolge die substituirte Hast (Abs. 1) zu
 vollstrecken ist, diese Hast nicht auf die Zwangshaft (Abs. 2) in Anrechnung, so daß die letzere nothewendig um die Dauer der ersteren gesürzt werden müßte. Hiernach kann die Dauer der Freiheitsentz ziehung außersten Falles sechs Monate und sechsen, dei lebertretungen zwöls Wochen betragen.
 - 5. Die Strafe.
- a. Die Strase ist verwirkt, wenn ber erschienene Zeuge das Zeugniß oder die Beeibigung verweigert, ohne daß ihm ein gesehlicher Grund für die Beigerung zur Seite steht; ob die Weigerung mittelst einer ausdrückichen Erklärung oder stillschweigend erfolgt, ist gleichgültig. Boraussehung ber Strasverhängung ist aber, daß dem Zeugen gemäß § 68 Sah 2 der Gegenstand der Untersuchung und die Person des Beschuldigten, sosern ein solcher vorhanden, bezeichnet worden ist. Hat der Zeuge für seine Beigerung einen bestimmten, gesehlich nicht anerkannten Grund geltend gemacht, so ist eine fernere Boraussehung der Strasverhängung die: daß ihm die Unzulässische des Beigerungsgrundes durch den Richter bekannt gemacht ist und daß er dennoch dei seiner Beigerungsgrundes durch den Richter bekannt gemacht ist und daß er dennoch bei seiner Beigerungsgrundes durch dann, wenn der Zeuge erklärt, daß er gegen die Berwerfung seines Beigerungsgrundes Beschwerde erheben wolle; durch dine solche Beschwerde (vgl. § 346 Mbs. 2 u. die Roten das.) wird die Fesssehen wolle; durch dine solche Beschwerde (vgl. § 346 Mbs. 2 u. die Roten das.) wird die Fesssehen den dann, wenn er sür seine Beigerung gar keinen Grund anführt, zuvörderst über die Zeugnispssicht zu belehren, und es wird die Strase erst im Falle der Ersolgslossehen beier Belehrung festzusehen sein.
 - b. Liegen bie Boraussepungen bie Strafverhangung vor, fo muß biefelbe erfolgen; fie ift icht, wie bie Berhangung ber Zwangshaft, in bas Ermeffen bes Richters gestellt. Inbes ift ein stweiliger Anfschub ber Strafverhangung in ber Art, bag ber Richter sich junachst auf bie

Anbrohung ber Strafe beschränkt und ben Erfolg biefer Anbrohung abwartet, nicht für uns flatthaft zu erachten.

- c. Der Zeuge ift mit einer Gelbstrase zu belegen; die Haft (als Strase) tritt nur ein, wenn die Geldstrase nicht beizutreiben ist. Die Hobb et Geldstrase ist innerhalb des in § 69 bestimmten Spielraums nach dem Ermessen des Richters zu bestimmen; es wird hierbei auf die Schwere und die Bedeutung des den Gegenstand der Untersuchung bilbenden Delikts, auf den muthmasslichen Grund des Ungehorsams des Zeugen und auf die Bermögensverhältnisse desselben Rückschau zu nehmen sein. Die event eintretende haft ist zugleich mit der Geldstrase sessuchen. Bei Bestimmung ihrer Dauer ist der Richter an den Masstad des StGB. § 29 nicht gebunden, da es sich hier um eine Ordnungsstrase, nicht um eine kriminelle Strase, handelt. Dieses letteren Umstandes ohnerachtet kann übrigens unter der "Haft", da die StBD. diesen Ausbruck nirgends besinirt, nichts Anderes als die Haft im Sinne des StGB. verstanden werden; mithin sudet die Bestimmung des § 18 Abs. 2 des StGB. auch auf den mit haft bestrasten Zeugen Anwendung.
- d. Ans ber Ratur ber Strafe folgt von selbst, daß ber die lettere verhängende Beschuß bestehen bleibt und zu vollstreden ift, auch wenn ber Zeuge bemnächst seiner Zeugnispssicht genügt ober die Entbehrlichteit seines Zeugnissssich serausstellt. Die sestgesete Strafe bleibt von den späteren Borkommnissen und dem Berlause der Untersuchung völlig underührt; hierin unterscheibet sich dieselbe von der Zwangshaft (Note 6. d). Dagegen ist der Richter zur Wiederaussbedung der Strafseligenung (§ 348 Abs. 2) besugt, wenn er sich nachträglich überzeugt, daß die Beigerung des Zeugen eine berechtigte sei. Gl. A. Puchelt S. 162, Stenglein S. 206; a. R. Glaser II. S. 282.
- e. Die Bestrafung bes Zeugen barf in berselben Strafsache ober in einer anberen, welche bieselbe That zum Gegenstande hat (Note 8), nicht öfter als ein mal stattsinden, und zwar ist eine abermalige Bestrafung selbst dann ausgeschlossen, wenn die sestgesete Strafe das zulässige Raximum von 300 Mark nicht erreicht hat (a. M. Glaser II. S. 283). Der § 69 weicht hier, indem er die Berurtheilung zu einer Gelbstrafe vorschreibt, in bestimmter Beise von dem Entw., welcher "Gelbstrase die zum Gesammtbetrage von 600 Mark" zuließ, und ebenso von § 50 Abs. 1 und § 77 Abs. 1 ab; die Fassung des § 69 ist freilich insosenn nicht korrekt, als in Abs. 4 von der Erschöpssung der Makregeln die Rede ist, während es auf die Erschöpssung nur dei der Zwangsbaft, nicht bei der Strase ansommt. Sonach kann ein Berufungsgericht nur dann in die Lage kommen, auf Grund des § 69 eine Strase (vgl. Rote 6. e) zu verhängen, wenn der Zeuge sich des Ungehorsams erst in zweiter Instanz schuldig macht.
- f. Der bie Strafe verbangenbe Beidluß ift, auch wenn er burch Beidwerbe angesochten wirb (§ 346), sofort vollstredbar (§ 349).
 - 6. Die 3mangshaft.
- a. Die Berbangung ber Zwangshaft fest meber eine vorgangige Bollftredung ber Strafe (ogl. Rote 4), noch ben Ablauf eines Beitraums feit Festfepung berfelben, noch bie Anberaumung eines neuen Termines woraus; fie ift vielmehr neben ber Beftrafung ohne Beiteres ftatthaft. Gl. A. Reller S. 78, Dalde S. 58, Dochow Zeugnifigm. S. 48, Geger in S. I. S. 273; a. M. Thilo S. 73. Gerabe im Strafverjahren ift bie Bulaffigfeit fofortigen 3manges ein unbebingtes Beburfnig, fo namentlich in ber Sauptverhanblung, beren Fortführung ober Bertagung (val. unter g) bavon abbangig fein fann, ob es gelingt, ben Ungehorfam bes Beugen als: balb ju brechen. Aber auch im Borverfahren tann bie fofortige Anwendung bes Zwanges nothe wendig fein, fo 3. B. alsbann, wenn ber Fortgang bes Berfahrens ober bie Richtung beffelben Don bem Juhalt bes Beugniffes abhangt, wenn Ginwirfungen anbeter Berfonen auf ben Beugen 34 beforgen find 2c. — Auch der die Zwangshaft verhängende Beschluß ist sosort vollstreckbar. Die Bollftredung ber ber Belbstrafe substituirten Saftstrafe mirb ber Anwendung ber Zwangshaft beshalb nicht immer vorausgehen können, weil zu bem Zeitpunkt, zu welchem die Nothwendigkeit bes Zwanges eintritt, noch nicht immer bie Uneinziehbarkeit ber Gelbstrafe feststehen wirb; fteht biefe aber bemnachft fest, so muß mit Rudsicht auf bie Möglichkeit ber Ablegung bes Zeugnisses,

hurch welche die Zwangshaft, nicht aber die Strafhaft erledigt werben wurde (Note 5, d), die Zwangshaft unterbrochen und zuwörderst die Strafhaft vollstredt werben (a. M. Stenglein S. 207).

- b. Die Zwangshaft fann angeordnet werden; ihre Anwendung ift also in das Ermeffen bes Richters gestellt, und berselbe kann von der Berhängung dieser Ragregel, überhaupt ober doch einstweisen, Abstand nehmen, wenn er des betr. Zeugnisses zur Aufklärung der Sache nicht zu bedürfen glaubt, oder wenn er aus einem anderen Grunde es für angemessen hält, den Zeugen mit der Zwangshaft zu verschonen. Das hier von dem Zeugniß Gesagte gilt auch von der Beeibigung: der Grundsab, daß im hauptversahren jeder Zeuge Mangels eines gesehlichen Grundes der Richtbeetbigung beeibigt, werden muß (vgl. § 56 Rote 1, 6), nöthigt den Richter nicht unbedingt, gegen den die Beeibigung verweigernden Zeugen die Zwangshaft zu verhängen ober die gesehlich zulässige Dauer derselben zu erschöpfen; vielmehr greift im Falle der Eidesverweigerung eine Ausnahme von jenem Grundsabe Plat. Ein ganzliches Absehn von der Anwendung des Eideszwanges wird freilich nur unter besonderen Umständen gerechtsertigt sein können.
- c. Die Zwangshaft barf höchstens die Dauer von sechs Monaten bezw. von sechs Bochen erreichen. Auf welche Dauer sie im einzelnen Falle zu verhängen und ob insbesondere das höchste zulässige Raß zu erschöpfen sei, in dem richterlichen Ermessen und ob insbesondere das höchste zulässige Raß zu erschöpfen sei, in dem richterlichen Ermessen und ob insbesondere das höchste wird hier vor Allem die muthmaßliche Bichtigleit des Zeugnisses in Betracht zu ziehen, falls es sich aber um die Beeidigung handelt, zu prüsen haben, ob aus der Berweigerung des Gides etwa auf die Unwahrheit oder Unvollftändigseit des uneiblich abgelegten Zeugnisses zu schließen sei; auch sind die in Note 5. c bezüglich der Höhe der Strafe hervorgehobenen Romente zu berücksichtigen.

 Uedrigens braucht der Richter bei der Anordnung der Zwangshaft sich über die Dauer derselben noch keineswegs schlüssig zu machen, da ja vielmehr seine Entschließung hierüber von dem späteren Berlause des Berschrens abhängen muß; die Anordnung der Zwangshaft auf einen im voraus bestimmten Zeitraum wäre sogar insofern unangemessen, als der Richter doch immer besugt bleiben würde, eine Berlängerung der Hast über diesen Zeitraum hinaus die zu dem gesetzlichen Maximum zu beschließen, während der Zeuge in den, seinen Ungehorsam bestärkenden Irrethum versehr werden könnte, daß nach Ablauf des Zeitraums die gegen ihn zulässigen Wahregeln erschöpft sein würden.
- d. Die Aufhebung ber Zwangshaft nuß nothwendig erfolgen: a) wenn der Zeuge seiner Zeugnigpflicht vollftändig (vgl. Rote 3.c) genügt hat; p) wenn die in § 69 Abs. 2 zugelassene höchste Dauer der Zwangshaft erschöpft ist; p) wenn das Berjahren in der betr. Instanz beendigt ist; d) wenn sich ergiebt, daß das Zeugniß für die Entscheidung der Sache nicht weiter erforderlich ist; e) wenn der die Beeidigung verweigernde Zeuge die Eidesfähigkeit (§ 56) verliert (vgl. Puchelt S. 163).
- Bu 7. Mit ber Beenbigung bes Berfahrens in ber hauptjache fällt ber Zwed bes gegen ben Zeugen gerichteten Zwangsversahrens unb folglich auch die Berechtigung bes letteren weg; die Beenbigung bes Berfahrens in einer Inftanz muß aber, da das Beschreiten einer ferneren Instanz nicht ohne Beiteres vorauszuschen ist, einstweilen als die Beenbigung des Berfahrens siberhaupt angesehen werden. Uedrigens ist der Ausdrud "Instanz" hier in demfelben Sinne wie an anderen Stellen der SIPD. zu verstehen: die einzelnen Abschnitte des Berfahrens vor dem Erstinstanz-Gericht (Bordereitungsversahren, Boruntersuchung, hauptversahren) sind im Berhältniß zu einander nicht als Instanzen auszusassen, ber Boruntersuchung die Ausschung der Abschlich des Bordereitungsversahrens bezw. der Boruntersuchung die Ausschung der Ausschlich nur dann von selbst zur Folge, wenn mit ihm die Einstellung der Strafverziolgung (§§ 169, 202) eintritt; geht dagegen mit dem Abschlich bes einen Stadiums das Bersahren in ein weiteres Stadium über, so hängt die Aussehung oder Ausrechthaltung der Zwangshaft lediglich von dem richterlichen Erweisen ab.
- Bu d. Daß die Zwangshaft aufzuheben ift, wenn sich die Entbehrlichteit bes gefors berten Zeugnisses herausstellt, ist zwar in bem Geseth selbst nicht gesagt, indeß aus ber Ratur bes Zwangsmittels im Gegensat zu ber Strafe (Note 5. d) zu folgern. A. M. Stenglein S. 205.

- e. Bas bie Frage betrifft: ob nach erfolgter Aufhebung ber Zwangshaft biefe Dafe regel von Renem verbangt merben burie, fo fommt es lebiglich barauf an, ob bie bochfte julaffige Beitbauer berfelben bereits erichopft ift ober nicht. Wenn bies ber fall ift, ber Beuge fic also sechs Monate bezw. sechs Wochen in Zwangshaft befunben hat, so ift eine abermalige Berbängung biefer Maßregel folechthin unstatthaft, auch wenn bas Berfahren in ein neues Stadium ober in eine Inftang übergegangen ober wenn es nach erfolgtem Abichluß wieberaufgenommen worben ift (SS 210, 399 ff.). Das gefammte Berhalten bes ungehorfamen Zeugen kommt lebiglich als eine Einheit in Betracht; es tann nicht eine jebe Bieberholung feiner Beigerung als ein felbftnanbiger Ungehorfamsfall behanbelt werben. Dies gilt felbst bann, wenn es sich bei einer späteren Berhanblung um ein neues Beweisthema hanbelt, ober wenn ber Zeuge bei berfelben zwar bas Zeugniß ablegt, nunmehr aber bie Eibesleistung verweigert. — Ift bagegen bie Aufhebung ber Bwangshaft vor Erfcopfung ber bochften julaffigen Beitbauer, g. B. nach vier Monaten, erfolgt, jo ift bie abermalige Berhangung auf ben noch übrigen Theil biefer Zeitbauer, also in bem gedachten Beispielsfalle auf noch zwei Monate, ftatthaft, sofern ber Richter genügenbe Beranlassung tinbet, ben Rwang aufs Reue anzuwenben; benn bie Thatsache ber einmal erfolgten Aufhebung ber haft tann fur fich allein eine Ginichrantung ber gefetlichen Zwangsgewalt bes Richters nicht begrunden. Gin Zweisel tonnte vielleicht hinfichtlich bes Kalles befteben, wenn bie Aufhebung ber Zwangshaft als Folge ber Beenbigung ber erften Inftanz eingetreten war: es konnte nach ber Borjarift bes Abl. 2 scienen, als wäre in biesem Kalle, auch wenn die Awangshaft nicht sechs Ronate bezw. fechs Wochen gebauert hat, ihre abermalige Berhängung in zweiter Instauz aus: geichloffen. Für diese Meinung ließe sich geltend machen, daß Abs. 2 seiner Fassung nach die Beenbigung bes Berfahrens in ber Inftanz mit bem Ablauf bes Zeitmarimums auf gleiche Linie stelle unb daß folgeweise beide Greignisse auch die gleiche Wirkung haben müßten. Allein die faffung bes Abf. 2 ift eine unfachgemäße; bie Gleichftellung ber beiben Greigniffe fann vom Befet nicht beabsichtigt fein, ba es an jebem rationellen Grunde für fie fehlen murbe. Ge tann 3. B. ber Richter erfter Juftang ber Bermeigerung bes betr. Zeugniffes ohnerachtet gur Urtheils= fällung gefcritten fein, weil er bie fonftigen Beweise jur Ueberführung bes Befculbigten für genügend erachtete; der Berufungsrichter aber tann diefe Beweise ungenügend finden und beshalb bie Erzwingung bes verweigerten Bengniffes fur geboten halten; bier fehlt jeber Grund, ihm bie Befugniß zur weiteren Berhanging ber Zwangshaft abzusprechen, - Rach bem Gesagten ift bie anberweite Berhangung ber Amangshaft auch bann unbebenklich fur flatthaft zu erachten, wenn nach erfolgter Aufhebung eines Urtheils in höherer Instanz die Sache zur anderweiten Berhandlung und Enticheibung in bie Borinftang gurudver wie fen worben ift (SS 369, 394) unb bas nunmehr von Renem verhanbelnbe Gericht bie Erzwingung bes Zeugniffes fur erforberlich halt; besgleichen ist bei Bieberaufnahme eines burch rechtsträftige Entscheibung geschlossenen Beriahrens (SS 210, 399 ff.) bie anberweite Berhangung ber Zwangshaft zuläffig. Gbenfo barf das erfennende Gericht im Hauptverfahren, der Unterfuchungsrichter in der Borunterluchung bie anberweite Berhangung ber in einem fruberen Stabium (in ber Boruntersuchung bezw. im Borbereitungsverfahren) aufgehobenen Zwangshaft anordnen; endlich ift auch innerhalb besselben Brozepabschnitts bie anberweite Berhangung ber aufgehobenen Awangshaft burchaus natthaft. Gl. A. Dochow, Zeugnißzw. S. 49, Geper in S.S. I. S. 274, Reller S. 78; theilm. 4. R. v Schwarze S. 204. In allen Fällen aber, in benen die Zwangshaft mehrmals verbangt wirb, barfen bie verichiebenen Zeitraume jufammengerechnet bie Dauer von fechs Monaten bezw. fechs Bochen nicht überfteigen.
- f. Die Zwangshaft ift in Betreff ihrer Beschaffenheit (ber Behanblung bes Berhafteten u.) von ber in Abf. 1 bezeichneten haft nicht verschieben; pgl. Rote 5. c.
- g. Die Berhängung ber Zwangshaft kann eine Aussehung bes Berfahrens zur Folge baben, insbes. kann fie, wenn fie in ber Sauptverhanblung erfolgt, die Bertagung ber letteren bedingen und rechtfertigen. Bare eine folche Bertagung unstatthaft, so würde ber Zeugnißzwang im Sauptverfahren meistens illusorisch sein; benn, da eine Hauptverhanblung in ben meisten Fällen an bemselben Tage begonnen und beendet wird und ba ferner die Zwangshaft aufgehoben

werben muß, sobalb bas Urtheil erlassen ist, so würde die Zwangshaft regelmäßig sogleich ober boch nach wenigen Stunden ihr Ende erreichen und somit schwerlich geeignet sein, den Zeugen zur Ersüllung seiner Pflicht zu bewegen. Ob übrigens die Bertagung angemessen oder ob nicht vielmehr, zumal wenn der Beschuldigte sich in Haft befindet, unter Berzicht auf das verweigerte Zeugniß 2c. zur Urtheilssällung zu schreiten sei, lät sich nur nach Lage der einzelnen Sache mit Rücksicht auf die Schwere des Delikts und auf die muthmaßliche Wichtigkelt des verweigerten Zeugnisses oder Eides 2c. entscheiden. Ueberhaupt sieht diese Frage in gar keiner direkten Bezziehung zu dem, lediglich die rechtliche Stellung des Zeugen behandelnden § 69; in Betrest des Beschuld bigten liegt die Sache im Falle der Zeugnisserweigerung prinzipiell nicht anders wie in dem Falle, wenn die Benuhung eines gewissen Zeugnisserweigerung prinzipiell nicht anders wie in dem Falle, wenn die Benuhung eines gewissen zugendlicklich unmöglich ist.

- 7. Die Roften. hieruber f. § 50 Rote 9. Das bort von ber Bollftredung ber Strafe Gesagte gilt auch von ber Bollftredung ber Zwangshaft.
 - 8. Die 3bentitat ber That und bes Berfahrens.
- a. Die StBD. fest bie Zeugnifpflicht in Beziehung zu einer bestimmten That; bemaufolge foll es, wenn ber Zenge bie Erfüllung biefer Bflicht wieberholt verweigert, binfichtlich bes Umfanges ber gegen ibn julaffigen Dagregeln feinen Unterschieb machen, ob bie fpatere Beigerung in bemfelben ober in einem anderen, jeboch biefelbe That betreffenben Berfahren flatifinbet. -Der Ausbrud "biefelbe That" ift bier im weiteften Sinne, gleichbebeutend mit "berfelbe Straffall", ju verfleben. Es tommt also einerseits auf bie ftrafrechtliche Qualifitation ber Sandlung, auf bas hingutreten ober Begfallen begleitenber Umftanbe (§ 263) und auch auf bie Untericheibung awifchen Thaterichaft und Theilnahme 2c. nicht an und andererfeits auch nicht auf die Berfon bes Befdulbigten: in einem neuen, benfelben Straffall betreffenben, wennicon gegen einen anberen Befdulbigten gerichteten Berfahren ift bie Berhangung einer Strafe gegen ben bereits mit Strafe belegten Beugen unftatthaft (Rote 5. e), bie Anwendung ber Zwangehaft aber nur noch insoweit julaffig, ale beren Berbangung auch im Salle ber Bieberaufnahme bes fruberen Berfahrens ftatthaft fein murbe (Rote 6. e). Daß bie Berfon bes Befculbigten nicht in Betracht tommen tann, folgt icon aus ber Erwägung, daß die im Borbereitungsversahren etwa verhängte Bwangshaft auf bie Gesammtbauer bieser Magregel auch bann in Anrechnung gebracht werben muß, wenn in jenem Stabium ein Beidulbigter noch nicht vorhanben mar. Ueberbies aber wurbe bie entgegengefeste Anficht babin fubren, bag im Falle ber Betheiligung mehrerer Berfonen bei bemfelben Delift ber Umfang ber gegen ben Beugen julaffigen Magregeln ein verichiebencr fein wurbe, je nachbem bie mehreren Theilnehmer 2c. gleichzeitig in einer Untersuchung ober fucceffive in getrennten Untersuchungen verfolgt murben.
- b. In bemfelben Berfahren ift eine wieberholte Bestrafung bes Zeugen ober eine Ersftredung ber Zwangshaft über bie Dauer von fechs Monaten bezw. sechs Boden auch bann nicht zulässig, wenn bas Berfahren mehrere selbstständige Deliste zum Gegenstande hat und ber Zeuge über jebes berfelben seine Aussage verweigert.
- 9. Das Berfahren gegen ben Zeugen, und zwar sowohl die Berhängung der Strafe wie die der Zwangshaft, findet von Amtswegen statt; ein hierauf gerichteter Antrag ist nicht erforderlich (vgl. jedoch Note 10. b); in Betreff der Anhörung der Staatsanwaltschaft f. S 33 Rote 2. Die Entscheidung erfolgt in allen Fällen, auch wenn sie im Laufe einer Hauptverzhandlung ergeht, durch Beschluß, nicht durch Urtheil; vgl. S 50 Rote 14. Alle Entscheidungen, mit Ausnahme der von einem Obersandesgericht oder von dem Reichsgericht erlassenen, sind mittelst der Beschwerde ansechtbar (§ 346); in Betreff der Beschwerde des Zeugen s. bes. Abs. 2 des lehteren S. Bon den Prozesbetheiligten kann auch derjenige Beschluß angesochten werden. der die Berhängung der Zwangshaft ablehnt oder die lehtere ausseht. Die Beschwerde ist an eine Frist nicht gedunden und hat keine ausschiedende Wirkung (§§ 348, 349). Bgl. noch § 352 Rote 3.
- 10. Die Buftanbigteit für bie Enticheibung. Der Beichluß über bie gegen ben uns gehorfamen Beugen zu verhängenben Dafregeln fteht bem mit ber Sache befahten Gericht zu:

diese Zuständigkeit geht, wenn das Bersahren nach Abschluß des einen Stadiums in ein neues eintritt, von dem Richter des früheren auf den des späteren Stadiums über, so 3. B. von dem Untersuchungsrichter auf das erkennende Gericht (vgl. Note 6. dy). — In § 69 Abs. 3 find noch einzelne nähere Bestimmungen über die Zuständigkeit getrossen; zu senselben ist solgendes zu bewerken:

- a. In ber Boruntersuchung steht die Entichelbung bem Untersuchung brichter ju. Die Straffammer hat im Falle einer erhobenen Beschwerbe (GBG. § 72), Mangels einer folchen aber nur dann zu entschen, wenn nach Abschluß ber Boruntersuchung die Staatsanwaltschaft junachft noch die Berhängung ober Fortsetzung einer Zwangshaft behufs Erganzung ber Boruntersuchung beantragt und ber Untersuchungsrichter bem Antrage nicht stattgeben will (§ 195 Abs. 2).
- b. Die Borte: "bem Amt brichter im Borverfahren" beziehen sich ausschließlich auf das Borbereitungsverfahren (§§ 160, 163, 164); in der Boruntersuchung handelt der Amibrichter entweder als Untersuchungsrichter oder als ersuchter Richter (§ 183 Sat 1 bezw. 2); in Betress schöffengerichtlichen Hauptversahrens s. GBG. § 30 Abs. 2. Beim Ungehorsam eines auf Antrag der Staatsanwaltschaft (§ 160) geladenen Zeugen ist es, sosen nicht Gefahr im Berzuge obwaltet, zulässig, daß der Amtsrichter vor Verhängung der Zwangshaft zuvörderst die Staatsanwaltschaft zur Erklärung bezüglich dieser Maßregel aufsordert. Auch solgt aus dem Besen des Bordereitungsversahrens von selbst, daß die Zwangshaft aushören muß, sobald die Staatsanwaltschaft ihren auf Bernehmung des Zeugen gerichteten Antrag zurücknimmt.
- c. In Betreff bes "er fuchten Richters" (vgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. b) ift bie Boridrift bes Abs. 3 nicht nur unzulänglich, sonbern auch, insofern fie anscheinend ben ersuchten Richter mit bem Untersuchungbrichter auf gleiche Linie ftellt, geeignet, eine irrige Auffaffung bervorzurufen. Das Gefet will feineswegs fagen: bag im Kalle bes Ungehorfams eines por einen erfuchten Richter gelabenen Reugen bie Enticheibung fiber bie Berechtigung jur Bermeigerung bes Reugnisses ober ber Beeibigung sowie über bie gegen ben Zeugen zu verhängenben Magregeln nur bem ersuchten Richter zusteben foll. Gine Bestimmung folden Inhalts mare zunächst außerft unangemessen, ba ber ersuchte Richter häusig gar nicht in ber Lage sein würbe, die Bebeutung bes geforberten Zeugniffes für bie Untersuchung genügenb zu überseben (val. Rote 6. b. c.), ibm auch bisweilen fur bie Brufung bes Weigerungsgrunbes bie erforberliche Grundlage fehlen murbe. Es ift aber ferner auch völlig unerfinblich, welches Motiv ben Gefetgeber bestimmen tonnte, bem mit der Sache befatten Richter die Entscheidung eines einzelnen Ingidentpunftes zu entziehen und biefe Enticheibung bem ersuchten Richter, also einem Richter zu übertragen, beffen Mitwirkung regelmäßig durch ganz zufällige Umstände herbeigeführt wird. Bor Allem aber fällt bie Erwägung ins Gewicht, baß, wenn über bie Berechtigung bes Weigerungsgrunbes ober über ben Umfang bes auzuwenbenben Zwauges zwischen bem ersuchenben und bem ersuchten Richter Reinungsverschiedenheit besteht, der erstere ja ohne Weiteres seiner Ansicht dadurch Geltung ver= ichaffen tann, bag er unter Zurudnahme bes Ersuchens ben Zeugen vor sich selbst labet (vgl. BBG. S 161 Rote 5). — Hiernach rechtfertigen sich folgende Sätze: Der ersuchte Richter ist im kalle bes Ungehorsams eines Zeugen befugt, gegen biesen sogleich gemäß § 69 Abs. 1, 2 ju verfahren; diese Besugniß ist wichtig, weil Gesahr im Berzuge obwalten sann und weil serner Mangels ber Befugniß ein im Interesse bes Beschulbigten hanbelnber Zeuge im Stanbe sein wurde, bas Berfahren burch feine Beigerung binguhalten. Db aber im gegebenen Falle von ber gebachten Befugniß Gebrauch zu machen ober zunächft bie Entscheibung bes ersuchenben Gerichts abzuwarten sei, unterliegt bem Ermessen bes ersuchten Richters. Seine etwaige Entscheibung ist ftets nur eine porläufige; er hat die Sachlage alsbalb bem ersuchenben Gericht mitzutheilen. Das lettere bat fobann über bie Berechtigung bes Beigerungsgrundes ju enticheiben und event. byüglich ber zu verhäugenden Magregeln ein weiteres Ersuchen zu stellen, wobei die Hohe der ieftzusetenben Strafe bem Ermessen bes ersuchten Richters zu überlassen sein wird. Im Uebrigen ift biefer an bie Entscheibung bes ersuchenben Richters gebunden, und insbes. ist er für verpflichtet 34 erachten, die Zwangshaft (innerhalb ber gesehlichen Grenze) so lange aufrecht zu erhalten, als das ersuchenbe Gericht bies verlangt (vgl. GBG. § 159 u. Note 3. b bas.). Gl. A. Geper 86.

- . b. Auch die weitere Frage: mas unter "bemfelben Sauptverfahren" zu verflehen fei, giebt Zweifeln Raum. Der in ber hauptverhandlung erfter Inftang beeibigte Beuge wirb, wenn er in zweiter Inftang nochmals vernommen wirb, aufs Reue gu beeibigen fein; benn bas Berufungsverfahren ftellt einen besonberen Abichnitt bes Prozesses, ein neues Sauptverfahren, bar. Ferner ift eine neue Gibesleiftung für erforberlich zu erachten, wenn nach Aufhebung eines burch ein Rechtsmittel angesochtenen Urtheils und Burndverweifung ber Sache in bie Borinftang (SS 369, 394) in biefer ber Beuge von Reuem vernommen wird (wiewohl bier bie einzelnen Untersuchungsafte ber fruberen hauptverhandlung als folde nicht von ber Aufhebung betroffen werben und bie frubere Gibesleiftung nicht ihre Gultigfeit verliert); gl. A. John 6 633; a. DR. MGer. II. 17. Sept. 80 (Entich. II. 234), S. Jan. 84 (Ripr. VI. 29), Glafer I. S. 582. Stenglein S. 199. Ebenjo verbalt es fic, wenn nach Erlaffung einer Unguftanbigfeite: erflarung eine nene hauptverhanblung vor einem anberen Bericht ftattfinbet (wiewohl auch bier nach § 20 bie fruhere Gibebleiftung gultig bleibt; vgl. Rote 6. a. ju §§ 16-18). Auch bei ber Bieberaufnahme eines burch rechtsfraftiges Urtheil gefcloffenen Berfahrens (§§ 399 ff.) ift bie Berufung auf ben in ber hauptverhandlung geleifteten Gib für unfratthaft zu erachten. -- Bas endlich ben Fall betrifft, wenn in einer Sache mehrere hauptverhandlungen flattfinden und bei ber fpateren Berhandlung neue Mitbefdulbigte betheiligt finb (wie 3. B. wenn in: zwischen eine Berkindung mehrerer Strafjachen erfolgt ift; wgl. § 236), so wird auch bier bie nochmalige Gibesleiftung für erforberlich zu erachten fein, ba nach ber bem § 66 zu Grunbe liegenben Auffassung jeber Beschulbigte barauf Auspruch hat, bag in feiner Gegenwart ber Beuge ben Gib leifte.
- 3. Unter bem "Borverfahren" wird auch hier (vgl. Rote 2 zu Buch 2 Abichn. 2—6) sowohl bas Borbereitungsverfahren wie die Boruntersuchung verstanden; baber ist bei ber Bers nehmung in der letteren die Berusung bes Zeugen auf den in dem Borbereitungsverfahren ges leisteten Gib statthaft.
- 4. Die Anwendbarfeit des § 66 ift nicht auf den Fall beschränkt, wenn der Zeuge bei seiner Bernehmung den Inhalt einer früheren Aussage wiederholt; vielmehr ift die Borschrift auch bann anwendbar, wenn der Zeuge jeht von der früheren Aussage abweicht, ebenso dann, wenn der Gegenstand der neuen Bernehmung ein anderer als der der früheren ist. Ueberhaupt kommt es darauf nicht an, ob gleichzeitig mit der Beeidigung auch eine Bernehmung stattgefunden hat: Roet. III. 16. Apr. 83 (Ripr. V. 250).
- 5. Da bie hier bezeichnete Berficherung ber Gibesleiftung gleichsteht, so barf sie von bem Beugen nicht gesorbert werben, wenn berfelbe seit'seiner Beeibigung bie Gibes fahigteit (vgl. § 56 Rr. 2), verloren hat ober seine schon fruher vorhandene, aber unbekannt gewesene Gibes unfahigkeit inzwischen ermittelt ift.
- 6. Daß ber Zeuge bei ber früheren Bernehmung wirklich ben Gib geleiftet hat, tann nur burch bas betr. Protofoll, nicht burch bie eigene Erflärung bes Zeugen bewiesen werben. Ift bie erfolgte Beeibigung in bem Protofoll vermerkt und wird bieselbe gleichwohl von bem Zengen in Abrebe gestellt, so wird von ber Anwendung bes § 66 abzusehen sein.
- 7. Der Richter "tann" bie Bersicherung an Stelle ber nochmaligen Beeibigung forbern. Er barf aber auch ben Zeugen aufs Rene beeibigen, wenn er hierzu besondere Beranlassung findet; eine folche tann z. B. baraus entnommen werben, daß ber Zeuge auscheinend außer Stande ift, bie Bedeutung ber Bersicherung richtig auszusassellen. Der Zeuge ift, wenn ber Richter die Eidestelitung forbert, nicht befugt, dieselbe beshalb zu verweigern, weil die in § 66 bezeichnete Berssicherung genüge. Gl. A. Puchelt S. 155, John S. 637, Glaser I. S. 578, Boitus Kontr II. S. 16.
- 8. Der Richter hat ben Zeugen über bie Bebeutung ber abzugebenden Berficherung zu belehren; die rechtliche Birksamkeit ber letteren ist indes von ber Belehrung nicht abhängig. Bgl. StGB. § 155 Nr. 2.
- 9. Es genügt nicht, daß ber Nichter ben Zeugen auf ben früheren Gib verweist; vielmehr muß ber Zeuge felbst eine die fragliche Bersicherung enthaltende Erklärung abgeben: RGer. III. 8. Jan. 81 (Refpr. II. '704), 16. Apr. 83 (Rfpr. V. 250); vgl. § 79 Rote 14. Gine

§. 67.

Die Vernehmung beginnt bamit, daß der Zeuge über Vornamen und Zunamen, Alter, Religionsbekenntniß, Stand oder Gewerbe und Wohnort befragt wird. Erforderlichenfalls find dem Zeugen Fragen über solche Umstände, welche seine Glaubwürdigkeit in der vorliegenden Sache betreffen, insbesondere über seine Beziehungen zu dem Beschuldigten oder dem Verletzten, vorzulegen.

(L Cnim. \$ 60; II. III. Cnim. \$ 59.) Egl. CBC. \$ 360

bestimmte Formel hierfur ift nicht vorgeschrieben, und insbes, braucht die Erflärung nicht gerabe mit den Worten bes § 66 abgegeben zu werben; so: bas erstere Urth. Demzusolge ist es auch genügend, wenn ber Zeuge die Frage bes Richters: ob er die Wahrheit seiner Aussage auf seinen früheren Eid versichere, mit "Ja" beantwortet. — Die Erhebung ber rechten Hand (§ 63) sindet bei Abgabe ber Bersicherung nicht statt.

10. Das Gesch schreibt nicht vor, ob ber Richter bem Zeugen bie Bersicherung vor ober nach ber Bernehmung (promissorisch ober asserties) abzunehmen habe; es ist baher Beibes für statthaft zu erachten (vgl. § 60). Ob die Eibesleiftung selbst promissorisch ober affertorisch stattz gefunden hat, ist hierbei nicht entscheidenb, da in der Berufung auf den früheren Eid nur eine Bezugnahme auf die frühere Betheuerungsformel (§ 62), nicht auf die Rorm des Eides (§ 61) enthalten ist; gl. A. RGer. II. 28. März 82 (Entsch. VI. 145), Olshausen S. 601. Puchelt S. 156 u. Boitus Komm. S. 127 halten nur die afsertorische Korm für zulässig.

3u § 67.

- 1. Der & hanbelt von ben f. g. Berfonals und Generalfragen. Nur die Borlegung ber ersteren ift schlechthin vorgeschrieben, die ber letteren bagegen in das Ermessen bes Richters gestellt; vgl. Roer. II. 10. Dez. 80 (Entsch. III. 100). Die "Beziehungen" bes Zeugen zu bem Beschulbigten werben freilich mit Rücksicht auf die Bestimmungen der SS 51, 57 in der Regel der Erörterung bedürsen; hinsichtlich ihrer ist daher das "erforderlichenfalls" dahin zu versften, daß die Bestragung unterbleiben darf, wenn es bekannt oder doch ohne Weiteres auzunehmen ift, daß Beziehungen der fraglichen Art nicht bestehen.
- 2. Ourch die Borte: "in ber vorliegenden Sache" ift ausgesprochen, daß die Bestagung nicht auf Umftanbe zc. gerichtet werben soll, welche in bieser Sache einen Ginfluß auf die Beurstheilung ber Glaubwürdigkeit bes Zeugen nicht haben können. Selbstverständlich aber barf die Bernehmung auf solche Umftande gerichtet werben, welche den Zeugen als überhaupt unglaubswürdig erscheinen lassen.
- 3. Die Frage: ob ber Zeuge Strafen erlitten habe, wird nicht ohne hinreichende Beranslaffung zu fiellen sein; für zulässig ift sie indeß stets zu erachten (Mot. S. 62). Zunächst ist sunzweiselhaft in dem Falle zu stellen, wenn behauptet oder vermuthet wird, daß der Zeuge in Folge einer strafgerichtlichen Berurtheilung eidesunfähig sei; denn dieser Umstand bedarf schon mit Rückscht auf die Rechtsbeständigkeit des Berfahrens (vgl. § 56 Rr. 2) der Erörterung. Sodann aber kann auch die Thatsache, daß der Zeuge wegen einer aus ehrloser Gesinnung entsprungenen handlung verurtheilt worden, einen Grund darstellen, die Glaubwürdigkeit dessellen zu bezweiseln. Endlich wird auch der Umstand, daß ein Zeuge gerade wegen einer strasdaren Handlung derselben Art verurtheilt worden, wie die den Gegenstand der Untersuchung bildende ist, disweisen die Glaubwürdigkeit des Zeugnisses in Frage stellen, wie z. B. in dem Falle, wenn sur einen wegen gewerdsmäßigen Jagdvergehens Angeklagten ein Entlastungszeuge austritt, der wegen gleichen Bergehens bestraft ist.
- 4. Der Richter hat die ihm erforberlich scheinenden Fragen von Amtswegen zu fiellen, aber auch die etwaigen, hierauf bezüglichen Anträge der Prozesbetheiligten in Betracht zu ziehen. In der hauptverhandlung finden die SS 238—241 auch hinsichtlich der Personal= und General= stagen Anwendung.
 - 5. Der Beuge ift nicht berechtigt, bie Beantwortung einer Frage beshalb gu vermeigern,

§. 68.

Der Zeuge ist zu veranlassen, basjenige, was ihm von bem Gegenstande seiner Vernehmung bekannt ist, im Zusammenhange anzugeben. Vor seiner Vernehmung ist bem Zeugen der Gegenstand der Untersuchung und die Person des Beschulbigten, sofern ein solcher vorhanden ist, zu bezeichnen.

Bur Aufklärung und zur Bervollständigung der Aussage sowie zur Erforschung bes Grundes, auf welchem die Wissenschaft des Zeugen beruht, sind nöthigenfalls weitere Fragen zu stellen.

(I. Entw. § 61; II. III. Entw. § 60.) Bgl. CDC. § 361.

Bu § 68.

- 1. Ueber ben Gegenstand ber Untersuchung ist ber Zeuge insoweit zu unterrichten, baß er bei Beginn seiner Bernehmung weiß, um welchen Borgang es sich handelt und inwiesern bersselbe zu bem Strafgeset in Beziehung gebracht wird. Die Bezeichnung der Person bes Beschulbigten muß auch im Borbereitungsversahren ersolgen, wenn bieses bereits die Richtung gegen eine bestimmte Person genommen hat (vgl. § 51 Note 2). Das bloße Borhandensein eines Berbachtes bagegen macht die Benennung des Berdächtigten nicht ersorberlich. Daß der Beschulbigte auch schon als solcher vernommen sei (§ 136), wird nicht nothwendig vorausgesett. Ein Berstoß gegen die Bestimmung des Sates 2 ist an sich nicht geeignet, die Revision zu begründen: RGer. I. 8. Mai 82 (Entsch. VI. 267).
- 2. hinsichtlich ber Einrichtung ber Zeugenvernehmung hat sich bie StBO. auf die allgemeinen Borschritten in Sat 1 u. 3 bes § 68 beschränkt, während die früheren Landesgesetz saft sammtlich noch eine Anzahl ins Sinzelne whender Vernehmungsregeln ausstellten, wie z. B. über die Bermeidung suggestiver und kaptioser Fragen. Alle berartigen Borschriften sind, weil sie lebiglich die Bedeutung einer Instruktion haben und ihr Inhalt sich überdies aus der Ratur der Sache ergiebt, für entbehrlich erachtet und es ist die Einrichtung der Bernehmung dem verständigen Ermessen des Richters überlassen (Mot. S. 148). Als selbstverständlich ist es insbes. angesehen worden, daß der Richter dem Zeugen auch die Einsicht von Schristsüchen (Rotizen, Rechnungen 2c.) gestatten dars, wenn der Zeuge zur Unterstühung seines Gedächtnisse dieser Einssicht bedarf; welcher Grad von Zuverlässigkeit alsdann der Aussage beizumessen sie, hat der Richter nach Lage des einzelnen Falles zu beurtheilen; vgl. Wer. II. 3. Dez. 86 (RGer. VIII. 722), betr. einen Fall, in welchem einem als Zeugen zu vernehmenden Polizeibeamten ein von ihm selbst ausgenommenes Protosoll zur Einsicht übergeben wurde. In Betress der Einsicht von Sandzeiche ung en vgl. Wer. III. 24. Jan. 87 Ripr. (IX. 89).
- 3. Der Zeuge foll fich in zusammenhangenber Erzählung auslassen; bies gilt, wenn er mehrmals vernommen wird, für jede Bernehmung. Ift eine zusammenhangenbe Erzählung von bem Zeugen nicht zu erlangen, so muß bie Befragung im Ginzelnen stattfinden. Im Uebrigen erfolgt die Borlegung weiterer Fragen zu bem in Abs. 2 bezeichneten Zwede.
- 4. Der Grund, auf welchem die Biffenschaft best Zeugen beruht, ift namentlich beshalb zu erforschen, bamit nicht Thatsachen, von benen der Zeuge nur durch Mittheilungen Anderer Kenntniß erlangt hat, irrthumlich als von ihm selbst wahrgenommene behandelt werden, sowie serner beshalb, damit ber Zeuge nicht Schlisse und Folgerungen, die er aus gewissen Thatsachen gezogen, mit den Bahrnehmungen selbst verwechsele. Uebrigens hat das Geseh ein Berbot, in

weil es feiner Auficht nach auf ben Gegenstand berfelben für bie vorliegenbe Sache nicht antomme; bas Recht dur Berweigerung einer Antwort bestimmt fich auch bei ber Generalvernehmung lebiglich nach \$ 54.

^{6.} Die Beeibig ung (§§ 61, 64, 66) erstredt fich auch auf Dasjenige, mas ber Zeuge auf bie Personal= und Generalfragen erklärt; hierauf wird berselbe ausbrudlich hinzuweisen sein. 3m Uebrigen f. hierüber § 60 Rote 4.

^{7.} Die Borlegung und Beantwortung ber Personalfragen bedarf ber Beurfundung burch bas Brotofoll: RGer. II. 10. Dez. 80 (Entid. III. 100).

§. 69.

Wird bas Zeugniß ober die Sibesleiftung ohne gesetlichen Grund verweigert. jo ift der Zeuge in die durch die Beigerung verursachten Kosten sowie zu einer Gelbstrafe bis zu breihundert Darf und für ben Kall, daß diese nicht beigetrieben werben tann, jur Strafe ber haft bis ju feche Bochen ju verurtheilen.

Auch kann zur Erzwingung bes Zeugnisses die haft angeordnet werden, jedoch nicht über bie Zeit der Beendigung des Berfahrens in der Inftang, auch nicht über die Zeit von sechs Monaten, und bei Uebertretungen nicht über die Zeit von iechs Wochen hinaus.

Die Befugniß zu biesen Maßregeln steht auch bem Untersuchungsrichter, bem Amtsrichter im Borverfahren, sowie dem beauftragten und ersuchten Richter ju.

Sind die Mahregeln erschöpft, so können sie in demselben oder in einem anderen Berfahren, welches dieselbe That jum Gegenstande hat, nicht wiederholt werden.

Die Festsetung und die Bollstredung der Strafe gegen eine dem attiven heere ober ber aktiven Marine angehörende Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht.

(I. Catu. § 62; II. III. Catu. § 61.) Bal. CBO. §§ 351-355.

ber hauptverhandlung Beugen vom Borenfagen ju vernehmen, nicht aufgenommen, und war mit Recht. Bunachft lagt fich bie Möglichkeit, baf ein Beuge auch über Gebortes ausfagt, überhaupt nicht ausschließen; es kommt nicht felten por, bag ein Zeuge von einer Thatfache wie von einer von ihm felbst mabrgenommenen spricht und bag erft bie weitere Befragung ergiebt, daß er biefe Thatfache nur vom Borenfagen tennt. Aber auch ein für ben ertennenden Richter bestimmtes Berbot, auf ein Zeugniß vom hörensagen Gewicht zu legen, ericeint mußig; benn burd ein foldes Beugnig tann felbstverftanblich eben nichts weiter bewiefen werben, als bag ber Beuge von ber betr. Thatface gebort bat, mabrent es regelmagig ungerechtfertigt mare, aus bem Zeugniß auf bie Bahrheit ber Thatsache selbst zu schliegen; bas gebachte Berbot murbe baber nichts weiter sein als das Berbot einer ungerechtfertigten Schlußsolgerung. Gl. A. RGer. III. 12. Mai 80 (Entich. II. 160), III. 28. Juni 86 (Ripr. VIII. 502). — Ebenjo verhalt es sich mit ber Bernehmung ber Zeugen über Meinungen, Muthmagungen und Schluffe, bie ne aus ihren Bahrnehmungen gezogen haben (vgl. indeß Rote 4. a ju SS 51-54). Die bezüglichen Angaben tonnen nicht nur jur Rlarftellung ber Bahrnehmungen felbst beitragen (Stenglein S. 203), jonbern auch ben Anlaß zu weiteren Beweiserhebungen ac. bieten.

5. In Betreff ber Bernehmung von Beugen, melde ber beutichen Sprace nicht machtig finb, f. GBG. § 187; in Betreff ber Bernehmung von tauben ober ftummen Beugen: BBG. § 188.

6. In Betreff ber Protofollirung ber Zeugenaussagen f. StBD. SS 186, 166, 273.

3u \$ 69.

- 1. Ueber bie Anwendbarteit bes § auf Beugenvernehmungen, welche in einem Bermaltung #= Strasversahren ober in einem Disziplinar Berfahren stattfinden sollen, s. Rote 6 zu SS 51—54.
- 2. Die in § 69 vorgesehenen Dagregeln finden nicht blos in ber Untersuchung, sonbern auch im Borbereitungsverfahren Anwendung; vgl. Note 3.b zu SS 51-54.
 - 3. Der Ungehorfam bes Beugen.
- a. Der S fest voraus, bag ein vor bem Richter erichienener Beuge bie Erfüllung feiner Beugnifpflicht, gang ober theilmeis, verweigert. Derjenige Ungehorsam, welcher in bem Aus: bleiben bes Bengen besteht, ift in § 50 behanbelt. Die bort vorgesehenen Dagregeln und bie in § 69 bestimmten find von einander unabhängig; eine Anrechnung der gemäß § 50 festgeseten Strafe auf bie gemaß S 69 ju verbangenbe Strafe ober Zwangshaft findet nicht ftatt, und zwar Digitized 19 GOOGLE

felbst bann nicht, wenn ber Zeuge gerabe wegen ber vermeintlichen Berechtigung zur Berweigerung. des Zeugnisses ausgeblieben war; vgl. § 50 Rote 4.

- b. Da jeber Zeuge verpflichtet ift, baß Zeugniß fo oft abzulegen, als ber Richter es forbert, so finden die in § 69 bestimmten Maßregeln auch gegen benjenigen Zeugen Anwendung, ber zwar bei einer früheren Bernehmung seine Zeugnifpflicht erfüllt hat, bei einer späteren Bershanblung aber bas Zeugniß ober beffen Beeibigung ohne gesehlichen Grund verweigert.
- c. Die Bestimmungen bes § 69 sind in ihrem gauzen Umsange anwendbar, wenn der Zeuge die Ersüllung seiner Zeugnispsticht auch nur theilweis verweigert, wie z. B. wenn er zwar nicht die Auslassung überhaupt, sondern nur die Beantwortung einzelner Fragen ohne gesehlichen Grund ablehnt. Die Berweigerung der Beeidigung steht berjenigen des Zeugnisses selbst völlig gleich; auch die Zwangshaft ist dei jener wie det dieser katthast, und es deruht ledigsich auf einem Redaktionsversehen, daß in Abs. 2, abweichend von Abs. 1, nur von dem Zeugniß, nicht auch von der Beeibigung die Rede ist. Der Entw. war in diesem Punkte ganz klat, und die AER. hat eine Aenderung nicht beabsichtigt (vgl. Prot. S. 77, 828). Auch würde die Erzwingung eines uneiblichen Zeugnisses bei einem eidebssähigen Zeugen etwas Zweckloses sein, zuwal gerade die Berweigerung der Beeibigung, sosen sie nicht etwa auf religiösen Bedenken beruht, das Zeugnis verdächtig machen müßte. In Abs. 1 wäre statt "Eidesleist ung" richtiger zu sagen geswesen: "Beeidigung"; denn auch derzenige Zeuge, der die Abgabe einer die körperliche Eidesleistung ersesnden Berssüchtung (§§ 64, 66) verweigert, unterliegt den Bestimmungen des § 69.
- 4. Die Maßregeln gegen ben ungehorsamen Zeugen. Den früheren Landesgeseten lagen hinsichtlich ber gegen ben ungehorsamen Zeugen eintretenden Mahregeln zwei verschiedene Auffassungen zu Grunde: nach der einen waren diese Mahregeln Zwangsmittel,
 nach der anderen waren sie Strafen des Ungehorsams; ein Theil der Landesgesehe, so namentlich die preuß. Krim.: Orden., ließ freilich ein klares hervortreten der einen oder der anderen Aufssassung vermissen. Die StBO. ist hier volltommen klar: sie schreibt die Bestrasung des ungehorsamen Zeugen vor (Abs. 1) und gestattet außerdem die Anwendung des Zwanges (Abs. 2). Die Berhängung der Zwangssasst kann nicht ohne vorgängige oder gleichzeitige Festsehung der
 Strase eintreten (vgl. Note 6. a). Im Uedrigen aber sind beide Mahregeln von einander unabhängig;
 insbes. lommt, wenn die Gelöstrase nicht beizutreiben und demzufolge die substitutre haft (Abs. 1) zu
 vollstrecken ist, diese haft nicht auf die Zwangshaft (Abs. 2) in Anrechnung, so daß die letzere nothwendig um die Dauer der ersteren gekürzt werden müßte. Hiernach kann die Dauer der Freiheitsentziehung äußersten Falles sechs Monate und sechs Bochen, bei Uedertretungen zwölf Bochen betragen.
 - 5. Die Strafe.
- a. Die Strase ist verwirkt, wenn ber erschienene Zeuge bas Zeugniß ober bie Beeibigung verweigert, ohne baß ihm ein gesehlicher Grund für die Weigerung zur Seite steht; ob die Weigerung mittelst einer ausbrücklichen Erklärung ober stillschweigend erfolgt, ift gleichgültig. Boraussehung ber Strasverhängung ist aber, daß dem Zeugen gemäß § 68 Sat 2 der Segenftand der Untersuchung und die Person des Beschuldigten, sosen ein solcher vorhanden, bezeichnet worden ist. Hat der Zeuge für seine Weigerung einen bestimmten, gesehlich nicht anerkannten Grund geltend gemacht, so ist eine sernere Boraussehung der Strasverhängung die: daß ihm die Unzulässeit des Weigerungsgrundes durch den Richter bekannt gemacht ist und daß er bennoch bei seiner Weigerung beharrt. Sind diese Boraussehungen erfüllt, so tritt die Berhängung der Strase ein, und zwar auch dann, wenn der Zeuge erklärt, daß er gegen die Verwerfung seines Weigerungsgrundes Beschwerde erheben wolle; durch eine solche Beschwerde (vgl. § 346 Abs. 2 u. die Roten das.) wird die Festsehung der Strase nicht ausgehalten (anders nach der EPD. § 355). Uebrigens wird der Zeuge auch dann, wenn er für seine Weigerung gar keinen Grund anssührt, zuvörderst über die Zeugnispssicht zu belehren, und es wird die Strase erst im Falle der Ersolgslosselt bieser Belehrung sestzusen sein.
- b. Liegen bie Boraussetzungen bie Strafverhangung vor, so muß bieselbe erfolgen; sie ift nicht, wie die Berhangung ber Zwangshaft, in das Ermessen bes Richters gestellt. Indes ift ein einstweiliger Aufschub ber Strafverhangung in der Art, bag ber Richter sich zunächst auf die

Anbrohung ber Strafe beschränkt und ben Erfolg biefer Androhung abwartet, nicht für uns fatthaft zu erachten.

- c. Der Zeuge ift mit einer Gelbstrase zu belegen; die haft (als Strase) tritt nur ein, wenn die Geldstrase nicht beizutreiben ist. Die höhe ber Geldstrase ist innerhalb des in § 69 bestimmten Spielraums nach dem Ermessen des Richters zu bestimmen; es wird hierbei auf die Schwere und die Bebeutung des den Gegenstand der Untersuchung bilbenden Delits, auf den wuthmaßlichen Grund des Ungehorsams des Zeugen und auf die Bermögensverhältnisse desselben Rücksich zu nehmen sein. Die event. eintretende haft ist zugleich mit der Gelbstrasse sesstummung ihrer Dauer ist der Richter an den Maßstad des StBB. § 29 nicht ges bunden, da es sich hier um eine Ordnungsstrase, nicht um eine kriminelle Strase, handelt. Dieses letzten Umstandes ohnerachtet kann übrigens unter der "Haft", da die StBD. diesen Ausdruck nirgends bestinirt, nichts Anderes als die haft im Sinne des StBB. verstanden werden; mithin sindet die Bestimmung des § 18 Abs. 2 des StBB. auch auf den mit haft bestrassen Leugen Anwendung.
- d. Aus ber Ratur ber Strafe folgt von selbst, daß ber die lettere verhängende Beschluß bestehen bleibt und zu vollstreden ift, auch wenn der Zeuge demnächst seiner Zeugnissplicht genügt oder die Entbehrlichteit seines Zeugnisslicht senusstellt. Die sestgesete Strafe bleibt von den späteren Borkommnissen und dem Berlaufe der Untersuchung völlig underührt; hierin unterscheit sich dieselbe von der Zwangshaft (Note 6. d). Dagegen ist der Richter zur Wiederaussbeutung der Strafsestung (§ 348 Abs. 2) besugt, wenn er sich nachträglich überzeugt, das die Beigerung des Zeugen eine berechtigte sei. Gl. A. Puchelt S. 162, Stenglein S. 206; a. R. Glaser II. S. 282.
- e. Die Bestrasung des Zeugen darf in derselben Strassache ober in einer anderen, welche bieselbe That zum Gegenstande hat (Note 8), nicht öfter als ein mal stattsinden, und zwar ist eine abermalige Bestrasung selbst dann ausgeschlossen, wenn die sestigesete Strase das zulässige Rarimum von 300 Mark nicht erreicht hat (a. M. Glaser II. S. 283). Der § 69 weicht hier, indem er die Berurtheilung zu einer Geldstrase vorschreibt, in bestimmter Beise von dem Entw., welcher "Geldstrase dis zum Gesammtbetrage von 600 Mark" zuließ, und ebenso von § 50 Abs. 1 und § 77 Abs. 1 ab; die Fassung des § 69 ist freilich insosenn nicht korrekt, als in Abs. 4 von der Erschöpfung der Makregeln die Rede ist, während es auf die Erschöpfung nur bei der Zwangssatt, nicht bei der Strase ankommt. Sonach kann ein Berufungsgericht nur dann in die Lage kommen, auf Grund des § 69 eine Strase (vgl. Note 6. e) zu verhängen, wenn der Zeuge sich des Ungehorsams erst in zweiter Instanz schuldig macht.
- f. Der bie Strafe verbangenbe Beichluß ift, auch wenn er burch Beschwerbe angesochten wirb (§ 346), fofort vollstredbar (§ 349).
 - 6. Die Zwangshaft.
- a. Die Berhangung ber Zwangshaft fest weber eine vorgangige Bollftredung ber Strafe togl. Rote 4), noch ben Ablauf eines Zeitraums feit gestiebeng berfelben, noch bie Anbergumung eines neuen Termines poraus; fie ift vielmehr neben ber Beftrafung ohne Beiteres fatthaft. Gl. A. Reller S. 78, Dalde S. 58, Dochow Zeugnißzw. S. 48, Geper in Sh. I. 5. 273; a. DR. Thilo S. 73. Gerabe im Strafverjahren ift bie Rulaffigfeit fofortigen 3manges en unbebingtes Beburfnig, fo namentlich in ber Sauptverhanblung, beren Fortführung ober Bertagung (val. unter g) bavon abbangig fein tann, ob es gelingt, ben Ungehorfam bes Beugen als: balb zu brechen. Aber auch im Borverfahren tann bie fofortige Anwendung bes Zwanges nothe wendig sein, so 3. B. alsbann, wenn ber Fortgang bes Berfahrens ober die Richtung besselben von dem Inhalt des Zeugnisses abhängt, wenn Einwirfungen anderer Bersonen auf den Zeugen ju besorgen find 2c. — Auch ber die Zwangshaft verhängende Beschluß ist sofort vollstreckbar. Die Bollfredung ber ber Gelbstrafe substituirten Saftstrafe wird ber Anwendung ber Zwangshaft beshalb nicht immer vorausgehen fönnen, weil zu bem Zeitpunkt, zu welchem bie Nothwenbigkeit bes Zwanges eintritt, noch nicht immer bie Uneinziehbarteit ber Gelbftrafe feftfteben wirb; fteht biefe aber bemnächft fest, so muß mit Rücksicht auf bie Möglichkeit ber Ablegung bes Zeugnisses,

hurch welche die Zwangshaft, nicht aber die Strafhaft erledigt werden würde (Rote 5, d), die Zwangshaft unterbrochen und zuvörderst die Strafhaft vollstreckt werden (a. M. Stenglein S. 207).

- b. Die Zwangshaft kann angeordnet werben; ihre Anwendung ift also in das Ermessen bes Richters gestellt, und berselbe kann von der Berhängung dieser Rahregel, überhaupt oder doch einstweilen, Abstand nehmen, wenn er des betr. Zeugnisses zur Aufklärung der Sache nicht zu bedürsen glaubt, oder wenn er aus einem anderen Grunde es für angemessen hält, den Zeugen mit der Zwangshaft zu verschonen. Das hier von dem Zeugniß Gesagte gilt auch von der Beeidigung: der Grundsah, daß im Hauptversahren jeder Zeuge Mangels eines gesehlichen Grundes der Richtbeeidigung beeidigt, werden muß (vgl. § 56 Rote 1, 6), nöthigt den Richter nicht unbedingt, gegen den die Beeidigung verweigernden Zeugen die Zwangshaft zu verhängen oder die gesehlich zulässige Dauer derselben zu erschöpsen; vielmehr greift im Falle der Eidesverweigerung eine Ausnahme von jenem Grundsahe Plat. Ein gänzliches Absehen von der Anwendung des Eideszwanges wird freilich nur unter besonderen Umständen gerechtsertigt sein können.
- c. Die Zwangshaft bari höchstens die Dauer von sechs Monaten bezw. von sechs Wochen exreichen. Auf welche Dauer sie im einzelnen Falle zu verhängen und ob insbesondere das höchste zulässige Ruß zu erschöpfen sei, ist dem richterlichen Ermessen und ob insbesondere das höchste zulässige Ruß zu erschöpfen sei, ist dem richterlichen Ermessen überlassen. Der Richter wird hier vor Allem die muthmaßliche Bichtigkeit des Zeugnisses in Betracht zu ziehen, falls es sich aber um die Beeibigung handelt, zu prüsen haben, ob aus der Berweigerung des Gides etwa auf die Unwahrheit ober Unvollständigkeit des uneidlich abgelegten Zeugnisses zu schließen sei; auch sind die in Note 5. c bezüglich der Höhe der Strafe hervorgehobenen Momente zu berücksichtigen.

 Uedrigens braucht der Richter bei der Anordnung der Zwangshaft sich über die Dauer derselben noch keineswegs schlüssig zu machen, da ja vielmehr seine Entschließung hierüber von dem späteren Berlause des Versahrens abhängen muß; die Anordnung der Zwangshaft auf einen im voraus bestimmten Zeitraum wäre sogar insofern unangemessen, als der Richter doch immer besugt bleiben würde, eine Berlängerung der Haft über diesen Zeitraum hinaus die zu dem geseslichen Maximum zu beschließen, während der Zeuge in den, seinen Ungehorsam bestärkenden Irrthum verseht werden könnte, daß nach Ablauf des Zeitraums die gegen ihn zulässigen Maßregeln erschöpft sein würden.
- d. Die Aufhebung ber Zwangshaft muß nothwendig erfolgen: a) wenn ber Zeuge seiner Zeugnippsticht vollständig (vgl. Rote 3.c) genügt hat; s) wenn die in § 69 Abs. 2 zugelassene höchste Dauer ber Zwangshaft erschöpft ist; s) wenn das Berjahren in ber betr. Instanz beendigt ist; d) wenn sich ergiebt, daß das Zeugniß für die Entscheidung der Sache nicht weiter erforderlich ist; e) wenn der die Beeidigung verweigernde Zeuge die Eidesfähigkeit (§ 56) verliert (vgl. Puchelt S. 163).
- Bu 7. Mit ber Beenbigung bes Berfahrens in ber Sauptjache fällt ber Zwed bes gegen ben Zeugen gerichteten Zwangsversahrens und folglich auch die Berechtigung des letteren weg; die Beendigung des Berfahrens in einer Instanz muß aber, da das Beschreiten einer jerneren Instanz nicht ohne Beiteres vorauszusehen ist, einstweilen als die Beendigung des Berjahrens siberhaupt angesehen werden. Uebrigens ist der Ausdrud "Instanz" hier in demselben Sinne wie an anderen Stellen der StPO. zu verstehen: die einzelnen Abschnitte des Berfahrens vor dem Erstinstanz-Gericht (Bordereitungsversahren, Boruntersuchung, Hauptversahren) sind im Berhältnis zu einander nicht als Instanzen auszusassen der Voruntersuchung die Aussellen Zwangshaft nur dann von selbst zur Folge, wenn mit ihm die Einstellung der Strafveriolgung (SS 169, 202) eintritt; geht dagegen mit dem Abschluß des einen Stadiums das Berfahren in ein weiteres Stadium über, so hängt die Aussehung oder Aussechtbaltung der Zwangshaft lediglich von dem richterlichen Erwessen
- Bu &. Daß die Zwangshaft aufzuheben ift, wenn sich die Entbehrlichkeit bes gefors berten Zeugnisses herausstellt, ift zwar in bem Geseth felbst nicht gesagt, indeß aus der Ratur bes Zwangsmittels im Gegensat zu ber Strafe (Rote 5. d) zu folgern. A. M. Stenglein S. 205.

- e. Bas bie Frage betrifft: ob nach erfolgter Aufhebung ber 3mangshaft biefe Dagregel von Reuem verhangt werben burie, fo fommt es lebiglich barauf an, ob bie bochfte julaffige Beitbauer berfelben bereits ericopopt ift ober nicht. Wenn bies ber gall ift, ber Beuge fic alfo fechs Monate bezw. fechs Bochen in Zwangshaft befunben bat, fo ift eine abermalige Berbangung biefer Magregel folechthin unftatthaft, auch wenn bas Berfahren in ein neues Stabium ober in eine Inftanz übergegangen ober wenn es nach erfolgtem Abichluß wieberaufgenommen worben ift (SS 210, 399 ff.). Das gefammte Berhalten bes ungehorfamen Zeugen tommt lebiglich als eine Ginheit in Betracht; es tann nicht eine jebe Bieberholung feiner Beigerung als ein felbftnanbiger Ungehorsamsfall behanbelt werben. Dies gilt felbst bann, wenn es fich bei einer späteren Berhandlung um ein neues Beweisthema banbelt, ober wenn ber Beuge bei berfelben gmar bas Beugnif ablegt, nunmehr aber bie Gibelleiftung verweigert. — Ift bagegen bie Aufhebung ber 3mangshaft vor Erichopfung ber hochften julaffigen Zeitbauer, j. B. nach vier Monaten, erfolgt, fo ift bie abermalige Berhangung auf ben noch abrigen Theil biefer Zeitbauer, alfo in bem gedachten Beispielsfalle auf noch zwei Monate, statthaft, sofern ber Richter genügende Beranlassung indet, den Awang aufs Reue anzuwenden; benn bie Thatfache ber einmal erfolgten Aufhebung ber haft fann fur fic allein eine Ginichrantung ber gefehlichen Zwangsgewalt bes Richters nicht begrunden. Gin Zweifel tonnte vielleicht hinfichtlich bes Ralles bestehen, wenn bie Aufhebung ber Zwangshaft als Kolge ber Beenbigung ber ersten Instanz eingetreten war: es könnte nach ber Boridrift bes Abf. 2 icheinen, als mare in biefem Falle, auch wenn bie Zwangshaft nicht feche Ronate bezw. fechs Bochen gebauert bat, ihre abermalige Berbangung in zweiter Inftang ausgeichlossen. Kür diese Meinung ließe sich geltend macken, daß Abs. 2 seiner Kassung nach die Beendigung bes Berfahrens in ber Inftang mit bem Ablauf bes Zeitmarimums auf gleiche Linie felle und bag folgeweise beibe Greigniffe auch bie gleiche Birfung haben mußten. Allein bie faffung bes Abs. 2 ift eine unsachgemäße; bie Gleichftellung ber beiben Greigniffe fann vom Befet nicht beabsichtigt fein, ba es an jebem rationellen Grunbe für fie fehlen murbe. Es tann 3. B. ber Richter erfter Inftang ber Berweigerung bes betr. Zeugniffes ohnerachtet gur Urtheils: fallung gefdritten fein, weil er bie fonftigen Beweife jur Ueberfuhrung bes Befdulbigten für genügend erachtete; ber Berufungsrichter aber kann biefe Beweife ungenügend finden und beshalb bie Erzwingung bes verweigerten Zeugniffes für geboten halten; hier fehlt jeber Grund, ihm bie Befugniß zur weiteren Berhangung ber Zwangshaft abzusprechen. - Nach bem Gesagten ift bie anberweite Berbangung ber Imangshaft auch bann unbebenflich fur flatthaft zu erachten, wenn nach erfolgter Aufbebung eines Urtheils in boberer Inftang bie Sache gur anberweiten Berhandlung und Enticheibung in bie Borinftang jurudver wie fen worben ift (Sf 369, 394) unb das nunmehr von Neuem verhanbelnbe Gericht die Erzwingung des Zeugnisses für erforderlich balt; besgleichen ift bei 28 ieberaufnabme eines burch rechtsträftige Entscheibung geschlossenen Berfahrens (SS 210, 399 ff.) bie anderweite Berhangung ber Zwangshaft julaffig. Gbenfo barf das ertennende Gericht im hauptverfahren, ber Untersuchungsrichter in ber Borunterjudung bie anberweite Berhangung ber in einem früheren Stabium (in ber Boruntersuchung bezw. im Borbereitungsversahren) aufgehobenen Zwangshaft anordnen; endlich ift auch innerhalb beffelben Brogenabichnitts bie anderweite Berhangung ber aufgehobenen Zwangshaft burchaus natthaft. Gl. A. Dochow, Zeugnißzw. S. 49, Geper in S.S. I. S. 274, Reller S. 78; theilw. a. D. v Schwarze S. 204. In allen gallen aber, in benen bie Zwangshaft mehrmals verhangt wirb, burfen bie verichiebenen Zeitraume jufammengerechnet bie Dauer von fechs Monaten bezw. fechs Bochen nicht überfteigen.
- f. Die Zwangshaft ift in Betreff ihrer Beschaffenheit (ber Behandlung bes Berhafteten zc.) von ber in Abs. 1 bezeichneten haft nicht verschieben; vgl. Rote 5. c.
- g. Die Berhängung ber Zwangshaft kann eine Aussehung bes Berfahrens zur Folge baben, insbes. kann fie, wenn fie in ber Hauptverhandlung erfolgt, die Bertagung ber letteren bedingen und rechtfertigen. Bare eine solche Bertagung unstatthaft, so würde ber Zeugnißzwang im hauptverfahren meistens illusorisch sein; benn, ba eine Hauptverhandlung in ben meisten Fällen an bemselben Tage begonnen und beenbet wird und ba ferner die Zwangshaft aufgehoben

werben muß, sobald bas Urtheil erlassen ift, so wurde bie Zwangshaft regelmäßig sogleich ober boch nach wenigen Stunden ihr Ende erreichen und somit schwerlich geeignet sein, den Zeugen zur Ersüllung seiner Pflicht zu bewegen. Db übrigens die Bertagung angemessen oder ob nicht vielmehr, zumal wenn der Beschuldigte sich in haft besindet, unter Berzicht auf das verweigerte Zeugniß 2c. zur Urtheilssällung zu schreiten sei, läßt sich nur nach Lage der einzelnen Sache mit Rücksicht auf die Schwere des Delikts und auf die muthmaßliche Wichtigkeit des verweigerten Zeugnisses oder Eides 2c. entscheiden. Ueberhaupt steht dies Frage in gar keiner direkten Beziehung zu dem, lediglich die rechtliche Stellung des Zeugen behandelnden § 69; in Betress Beschung zu bem, lediglich die rechtliche Stellung des Zeugen behandelnden § 69; in Betress wie in dem Falle, wenn die Benuhung eines gewissen Zeugnisserweigerung prinzipiell nicht anders wie in dem Falle, wenn die Benuhung eines gewissen Zeugnisserweigerung aus einem anderen Grunde, z. B. weil der zeitige Ausenthalt des Zeugen undekannt, augendlicksich unmöglich ist.

- 7. Die Roften. hierilber f. § 50 Rote 9. Das bort von ber Bollftredung ber Strafe Gefagte gilt auch von ber Bollftredung ber Zwangshaft.
 - 8. Die 3bentitat ber That und bes Berfahrens.
- a. Die StBD. fest bie Beugnifpflicht in Beziehung zu einer bestimmten That; bemaufolge foll es, wenn ber Renge bie Erfullung biefer Bflicht wieberholt verweigert, binfichtlich bes Umfanges ber gegen ibn zulässigen Dagregeln feinen Unterschied machen, ob bie spätere Beigerung in bemfelben ober in einem anderen, jedoch dieselbe That betreffenden Berfahren stattfindet. — Der Ausbrud "biefelbe That" ift bier im meiteften Sinne, gleichbebeutend mit "berfelbe Straffall", ju verfteben. Es tommt also einerseits auf bie ftrafrechtliche Qualifitation ber Sanblung, auf bas hingutreten ober Begfallen begleitenber Umftanbe (§ 263) und auch auf bie Untericheibung awifchen Thaterichaft und Theilnahme 2c. nicht an und andererseits auch nicht auf die Berfon bes Befculbigten: in einem neuen, benfelben Straffall betreffenben, wennichon gegen einen anberen Befdulbigten gerichteten Berfahren ift bie Berhangung einer Strafe gegen ben bereits mit Strafe belegten Zeugen unftatthaft (Note 5. e), bie Anwendung ber Zwangshaft aber nur noch insoweit zulässig, als beren Berhangung auch im Falle ber Bieberaufnahme bes früheren Berfahrens ftatthaft sein würde (Rote 6. e). Daß bie Berson bes Beschulbigten nicht in Betracht kommen kann, folgt schon aus ber Erwägung, baß bie im Borbereitungsversahren etwa verhängte Bwangshaft auf bie Gesammtbauer biefer Magregel auch bann in Anrechnung gebracht werben muß, wenn in jenem Stabium ein Befculbigter noch nicht vorhanden mar. Ueberbies aber murbe bie entgegengefeste Anficht babin fubren, bag im Falle ber Betheiligung mehrerer Personen bei bemfelben Delift ber Umfang ber gegen ben Zeugen julaffigen Magregeln ein verfchiebener sein würbe, je nachbem bie mehreren Theilnehmer 2c. gleichzeitig in einer Untersuchung ober successive in getrennten Untersuchungen verfolgt murben.
- b. In bemfelben Berfahren ift eine wieberholte Bestrafung bes Beugen ober eine Ersftredung ber Zwangshaft über bie Dauer von fechs Monaten bezw. fechs Bochen auch bann nicht juläsig, wenn bas Berfahren mehrere selbststänbige Delifte jum Gegenstanbe hat und ber Zeuge fiber jebes berfelben seine Aussage verweigert.
- 9. Das Berfahren gegen ben Zeugen, und zwar sowohl die Verhängung ber Strafe wie die der Zwangshaft, findet von Amtswegen fiatt; ein hierauf gerichteter Antrag ist nicht erforderlich (vgl. jedoch Rote 10. b); in Betreff der Anhörung der Staatsanwaltschaft f. \$33 Rote 2. Die Entscheidung erfolgt in allen Fällen, auch wenn sie im Lause einer Hauptwershandlung ergeht, durch Beschluß, nicht durch Urtheil; vgl. \$50 Rote 14. Alle Entscheidungen, mit Andnahme der von einem Obersandesgericht oder von dem Reichsgericht erlassenen, sind mittelst der Beschwerde ansechtbar (\$346); in Betreff der Beschwerde des Zeugen s. des. Abs. 2 des letteren \$. Bon den Prozesbetheiligten kann auch derzenige Beschluß angesochten werden, der Berhängung der Zwangshaft ablehnt oder die lettere aussehelt. Die Beschwerde ist an eine Frist nicht gebunden und hat keine ausschiedende Wirkung (\$\$348, 349). Bgl. noch \$352 Rote 3.
- 10. Die Buftanbigteit fur bie Entideibung. Der Befchluß über die gegen ben unsgehorfamen Zeugen zu verhängenben Magregeln fteht bem mit ber Sache befaßten Gericht zu:

Digitized by GOOGIC

viese Zuständigkeit geht, wenn bas Berfahren nach Abschluß bes einen Stadiums in ein neues eintritt, von bem Richter bes früheren auf ben bes späteren Stadiums über, so 3. B. von bem Untersuchungsrichter auf bas erkennende Gericht (vgl. Note 6. dy). — In § 69 Abs. 3 find noch einzelne nähere Bestimmungen über die Zuständigkeit getrossen; zu senselben ist solgendes zu bewerken:

- a. In ber Boruntersuchung fteht bie Entscheidung bem Untersuchungsrichter ju. Die Straffammer hat im Falle einer erhobenen Beschwerbe (GBG. § 72), Mangels einer solchen aber nur bann zu entscheiden, wenn nach Abschluß ber Boruntersuchung bie Staatsanwaltschaft junachft noch bie Berhangung ober Fortsetzung einer Zwangshaft behufs Erganzung ber Boruntersuchung beantragt und ber Untersuchungsrichter bem Antrage nicht ftattgeben will (§ 195 Abs. 2).
- b. Die Worte: "bem Amt brichter im Borverfahren" beziehen sich ausschließlich auf bas Borbereitungsverfahren (§§ 160, 163, 164); in ber Boruntersuchung hanbelt ber Amibrichter entweber als Untersuchungsrichter ober als ersuchter Richter (§ 183 Sat 1 bezw. 2); in Betreff bes schöffengerichtlichen hauptversahrens s. GBG. § 30 Abs. 2. Beim Ungehorsam eines auf Antrag ber Staatsanwaltschaft (§ 160) gelabenen Zeugen ist es, sosenn nicht Gefahr im Berzuge obwaltet, zulässig, baß ber Amtsrichter vor Verhängung ber Zwangshaft zuvörberst die Staatsanwaltschaft zur Erklärung bezüglich bieser Maßregel aufsorbert. Auch solgt aus bem Besen bes Borbereitungsversahrens von selbst, baß die Zwangshaft aushören muß, sobalb die Staatsanwaltschaft ihren auf Bernehmung bes Zeugen gerichteten Antrag zurücknimmt.
- c. In Betreff bes "ersuchten Richters" (vgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. b) ift bie Boridrift bes Abf. 3 nicht nur ungulänglich, fondern auch, insofern fie auscheinend ben ersuchten Richter mit bem Untersuchungsrichter auf gleiche Linie ftell, geeignet. eine irrige Auffaffung bervorzurujen. Das Gefet will teineswegs fagen: bag im Falle bes Ungehorfams eines por einen erfuchten Richter gelabenen Reugen bie Enticheibung niber bie Berechtigung gur Bermeigerung bes Beugniffes ober ber Beeibigung sowie über bie gegen ben Reugen ju verbangenben Magregeln nur bem ersuchten Richter jufteben foll. Gine Bestimmung folden Inhalts mare gunachft augerft unangemeffen, da ber ersuchte Richter häufig gar nicht in ber Lage fein würbe, die Bebeutung bes geforberten Reugniffes fur bie Untersuchung genugent ju überfeben (vgl. Rote 6. b. c.), ibm auch bisweilen für bie Brufung bes Beigerungsgrundes bie erforberliche Grunblage fehlen murbe. Es ift aber ferner auch völlig unerfinblich, welches Motiv ben Gefetgeber bestimmen könnte, bem mit ber Sade befatten Richter bie Entideibung eines einzelnen Ingibentpunttes ju entzieben unb biese Entscheibung bem ersuchten Richter, also einem Richter zu übertragen, bessen Mitwirkung regelmäßig burch gang zufällige Umftanbe berbeigeführt wirb. Bor Allem aber fällt bie Erwägung ins Gewicht, daß, wenn über die Berechtigung des Beigerungsgrundes oder über den Umfang bes angumenbenben Zwanges amifchen bem erfuchenben und bem erfuchten Richter Meinungsverschiebenheit besteht, der erstere ja ohne Beiteres feiner Ansicht badurch Geltung vericaffen tann, dag er unter Burudnahme bes Ersuchens ben Beugen vor fich selbft labet (vgl. GBG. S 161 Rote 5). — hiernach rechtfertigen sich folgende Säpe: Der ersuchte Richter ist im falle bes Ungehorsams eines Beugen befugt, gegen biesen fogleich gemäß § 69 Abs. 1, 2 ju verfahren; diese Besugnif ist wichtig, weil Gefahr im Berzuge obwalten sann und weil ferner Rangels ber Befugniß ein im Interesse bes Beschulbigten hanbelnber Zeuge im Stanbe sein würde, das Berjahren durch seine Weigerung hinzuhalten. Ob aber im gegebenen Falle von ber gebachten Befugnif Gebrauch zu machen ober junachft bie Enticheibung bes ersuchen Gerichts abjuwarten sei, unterliegt bem Ermessen bes ersuchten Richters. Seine etwaige Entscheibung ist ftets nur eine porlaufige; er hat bie Sachlage alsbalb bem ersuchenben Bericht mitzutheilen. Das lettere hat sobann über die Berechtigung des Weigerungsgrundes zu entscheiben und event. bezüglich ber zu vethängenben Magregeln ein weiteres Erfuchen zu ftellen, wobei bie Bobe ber feftzusehenben Strafe bem Ermeffen bes ersuchten Richters zu überlaffen fein wirb. 3m Uebrigen ift biefer an die Entscheibung bes ersuchenben Richters gebunden, und insbes. ist er für verpflichtet ju erachten, bie Zwangshaft (innerhalb ber gefehlichen Grenze) fo lange aufrecht zu erhalten, als das ersuchende Gericht dies verlangt (vgl. GBG. § 159 u. Rote 3. b das.). Gl. A. Geger &b.

§. 70.

Jeber von dem Richter oder der Staatsanwaltschaft geladene Zeuge hat nach Maßgabe der Gebührenordnung Anspruch auf Entschäftigung aus der Staatskasse für Zeitversäumniß und, wenn sein Erscheinen eine Reise ersorderlich macht, auf Erstattung der Rosten, welche durch die Reise und den Ausenthalt am Orte der Bernehmung verursacht werden.

(I. Entw. § 63; II. III. Entw. § 62.) Bgl. CPO. § 366.

§. 71.

Die Landesherren und die Mitglieder der landesherrlichen Familien sowie die Mitglieder der Fürftlichen Familie Hohenzollern find in ihrer Wohnung zu vernehmen.

Den Sib leisten dieselben mittels Unterschreibens ber bie Sibesnorm enthal= tenben Sibesformel.

Zur Hauptverhandlung werben sie nicht gelaben. Das Protofoll über ihre gerichtliche Bernehmung ist in ber Hauptverhandlung zu verlesen.

(L. II. Entw. --; III. Entw. \$ 63.) Bgf. CPO. \$ 196 Abf. 2, 340 Abf. 2, 441 Abf. 2, 444 Abf. 3.

b. Bgl. § 50 Rote 21 und § 48 Rote 9.

Bu § 70.

- 1. Darüber, mer als Beuge anzuseben fei, ogl. oben Rote 1, 3 zu Abicon. 6.
- 2. In Betreff ber Labung von Zeugen burch bie Staatsanwaltschaft vgl. SS 36, 213, 221 Abf. 2 jowie § 159.
- 3. In Betreff ber Anfpruche ber von bem Beschulbigten, bem Privatflager ober bem Rebenflager unmittelbar gelabenen Beugen f. § 219 u. bie Roten baf. Bgl. §§ 426, 437.
- 4. Der Unfpruch bes Zeugen wird erft burch die vollftändige Erfüllung feiner Zengniße pflicht begründet (a. M. Glafer I. S. 496). Die Berweigerung des Zeugniffes ober ber Bezeibigung schließt jedoch ben Unspruch nur bann aus, wenn sie eine unberechtigte ift; im Falle ihrer Berechtigung hat ber Zeuge seine Pflicht burch sein Erscheinen erfüllt; vgl. § 50 Rote 4.
- 5. Die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige ist unterm 30. Juni 1878 ergangen (RGBI. S. 173). Für Preußen vgl. hierzu die Allg. Berf. des Just.-Min. v. 15. Juni 1883 (JMBI. S. 190), 3. Nov. 1884 (JMBI. S. 253), 27. März 1885 (JMBI. S. 128), 22. Juni 1885 (JMBI. S. 225).
 - 6. Bgl. GBG. § 166 u. bie Roten baf.

3u § 71.

1. Der § (im Befentlichen bem preuß. Gef. vom 3. Mai 1852 Art. 24 entnommen) enthält nur subsibiares Recht; in erster Linie entscheibet barüber, wie bie hier gebachten Personen zu vernehmen und zu beeibigen seien, bas am Bernehmungsorte geltenbe Landesrecht (Geset ober

Digitized by GOOSIC

S. 516 u. in Hh. I. S. 274; a. M. v. Schwarze S. 205, Puchelt S. 162, Keller S. 80, Stenglein S. 206.

d. Auf ben "beauftragten Richter" finbet bas vorstehend (c.) Bemerkte gleichfalls Anwendung; bag bie Entscheidungen eines beauftragten Richters stets nur vorläufige sein konnen, folgt schon aus ber Natur seiner Funktion (vgl. GBG. Eit. 13 Note 6. b) von selbst.

^{11.} Berfahren gegen Militarperfonen.

a. Die Festsetung und Bollstredung ber Strafe steht bem Militärgericht zu; vgl. § 50 Abs. 4 u. Note 22 bas. Dagegen ist für die Berhängung ber 3 wangshaft, ba biese sich in Abs. 5 nicht erwähnt sindet, bas ordentliche Strafgericht (Civilgericht) zuständig, und insbes, gesbührt bem letteren auch die Bestimmung ihrer Dauer. Das Ersuchen um Bollstreckung der Zwangshaft ift an die Militärbehörbe (vgl. § 48 Note 10) zu richten.

Siebenter Abschnitt.

Sachverftändige und Augenschein.

§. 72.

Auf Sachverständige finden die Borschriften des sechsten Abschnitts über Zeugen entsprechende Anwendung, insoweit nicht in den nachfolgenden Paragraphen abweichende Bestimmungen getroffen sind.

(I. Entw. § 71; II. Entw. § 72; III. Entw. § 73.) Bgl. CHO. \$ 367.

- hausversaffung): EG. § 4; wgl. bie Noten bas., sowie Rote 4. o zu § 6 bes EG. In Betreff ber Fürfilichen Familie hobenzollern f. EG. zum GBG. § 5 Note 1. b.
- 2. Der Schwerpunft ber ihier getroffenen Bestimmungen liegt barin, baß nach Abs. 3 bie munbliche Bernehmung bes Zeugen in ber hauptverhandlung burch bie Berlesung bes Prostofolles erseht wird; ber S fügt also (wie S 49) ben Ausnahmen, welchen ber Grundsat ber Runblichkeit nach ben SS 222, 250 unterliegt, eine neue Ausnahme hinzu. Selbstverständlich bebarf es ber Berlesung bes Protofolles in ber hauptverhandlung nur bann, wenn bas barin enthaltene Zeugniß von einem ber Prozesbetheiligten in Bezug genommen ift ober von bem Gericht selbst für erheblich befunden wirb.
- 3. Das in § 71 vorgeschriebene Berfahren weicht von bem regelmäßigen Berfahren noch insisern ab, als hier ben Prozesbetheiligten ein Anfpruch auf Anwesenheit bei ber Bernehmung nicht eingeräumt ift; bieselben haben einen solchen Anspruch selbst dann nicht, wenn die Bernehmung nach Eröffnung des Hauptverfahrens kommissarisch (§§ 222, 223) geschieht. Hieraus aber folgt weiter, daß es ber komissarischen Bernehmung überhaupt nicht mehr bedarf, wenn die eibliche Bernehmung des Zeugen schon im Borversahren stattgesunden hat; auch das im Borversahren ausgenommene Protokoll kann stets (vgl. § 250 Abs. 2) verlesen werden, und eine Wiederholung der Bernehmung ist also nur dann ersorderlich, wenn sachliche Gründe dieselbe erheischen. Hinssische Erfordernisses der Beeibigung der Aussage (§ 56 Note 1. ff.) besteht zwischen den in § 71 bezeichneten Personen und anderen Zeugen kein Unterschied.

Bum Ciebenten Abidnitt.

- 1. Die StPD. "hat die Borschriften über die Bernehmung von Sachftändigen und diejenigen über die Einnahme bes Augenscheins in einem Abschnitt vereinigt, weil in Strafsachen beibe Arten von Beweiserhebungen in einer inneren Berbindung stehen und die Zuziehung der Sachverftändigen vorzugsweise bei der Einnahme des gerichtlichen Augenscheins stattzusinden pflegt" (Mot. S. 151). Der Abschn. enthält zuvörderst die Bestimmungen über die Sachverständigen (S 72—85), sodann eine Bestimmung über den Angenschein (S 86) und endlich besondere Borschiften hinsichtlich gewisser Delitte, bei denen die Zuziehung von Sachverständigen oder die Einzachne des Augenscheins vorzugsweise stattsindet (S 87---93).
- 2. Ueber ben Begriff bes Sachverständigen und über ben Sachverständigenbeweis im Allgemeinen f. die Roten zu § 73 u. zu § 85, über ben Augenschein im Allgemeinen die Noten zu § 86. 3u § 72.
- 1. Bei der wesentlichen Berschiedenheit, welche zwischen den Zeugen und den Sachverständigen besteht, ist von den Borschriften des 6. Abschitts nur ein Theil auf die Sachverständigen anwendbar. Im Einzelnen ist zu bemerken: § 48 sindet auf die Sachverständigen Anwendung (vgl. dort insdes, Note 8). Ebenso: § 49, der indes hinsichtlich der Sachverständigen wegen der Borschrift des § 76 Abs. 2 kaum von praktischer Bedeutung sein durfte. Bon § 50 ist nur Ibs. 2, 3 anwendbar; vgl. § 77 u. Note 2, 5 das. In Betreff der §§ 51—55 s. § 76 u. Rote 2, 5 das. In Betreff der §§ 51—55 s. § 82

Rote 2. a. — In Betreff ber §§ 59—66 (Beeibigung) f. § 79 u. die Roten das. — In Betreff ber §§ 59—66. (Beeibigung) f. § 67, 68 (Bernehmung) f. § 82 Note 2. d. — Bon § 69 ift nur Abs. 3, 4 anwendbar; vgl. § 77

Digitized by 4009

§. 73.

Die Auswahl ber zuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl erfolgt durch den Richter.

Sind für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt, so sollen andere Personen nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es erfordern.

(I. Catu. § 64; II. Catu. §§ 63, 64; III. Cutu. §§ 64, 65.) Bgl Cpo. § 369.

- 1. Unter Sachverstänbigen werben biejenigen Personen verstanden, welche auf Grund besonderer Fachlenntnisse, beren Besit nur durch eine spezialwissenschaftliche Thätigkeit oder burch eine tunftlerische oder gewerdliche Uebung erlangt werden kann, ein Gutachten abgeben oder welche vom Richter behufs der Ermittelung solcher Thatsachen oder Zustände zugezogen werden, zu beren Wahrnehmung berartige Fachlenntnisse ersorderlich sind. Bgl. 85 u. die Noten das. Ueber die prozestrechtliche Stellung der Sachverständigen s. bes. Mittermaier in Goltb. Arch. I. S. 1 ff., 107 ff., 259 ff., Geger in Hh. I. S. 233 ff., John S. 514 ff., Glaser I. S. 670 ff., Binding S. 117.
- 2. a. In welchen Fällen Sachverständige burch das Gericht von Amtswegen zuzuziehen seien, ift, abgesehen von gewissen Delikten (SS 87—93), nicht vorgeschrieben; hierüber "hat — so fagen bie Mot. S. 151 - bas Gefet fo wenig Bestimmungen zu treffen, wie barüber, in welchen Fällen ein Zeugenbeweis zu erheben fei. Die Lage bes einzelnen Falles bestimmt bie bem Richter zustebende Auswahl ber Beweismittel. Nach bem Grunbfat ber freien Beweiswürdigung steht es in bem Ermeffen bes Richters, ob er Sachverftanbige pernehmen will ober nicht. Auch in Bezug auf technische Fragen enticheibet die Ueberzeugung des Richters, und es folgt hieraus, daß berfelbe von ber Ginholung eines fachverftanbigen Gutachtens abfeben fann, wenn er glaubt, felbft bie betreffenbe Frage entscheiben zu konnen; sowie ferner, bag er an ben Inhalt eines abgegebenen Gutachtens nicht gebunden ift, und bag er beim Biberfpruche zwischen mehreren Gutachten ohne Beiteres bem einen ben Borzug vor dem anderen geben darf, wenn er eines Obergutachtens ober einer fonftigen weiteren Auftlarung nicht ju beburfen glaubt." Siergu ift ju bemerten : Der Richter hat allerbings nach feinem Ermeffen barüber ju befinden, ob und welche Buntte jum Gegenstande eines Sachverständigenbeweises zu machen seien; val. RGer. III. 5. Jan. 81 (Entsch. III 176). Bas inbeft bie eigentlich technischen Fragen betrifft, fo besteht bie Aenberung, bie burch ben Grunbfat ber freien Beweismurbigung gegenüber bem Beweisipftem bes alteren Rechts eingetreten ift, wefentlich nur barin, bag ber Richter bie von ben Sachverftanbigen abgegebenen Butachten, alfo bie Birfung bes Beweifes, frei zu murbigen hat und bag er bei feiner Enticheibung an bie Gutachten nicht gebunden ift; bagegen liegt es in ber Natur ber Sache, bag bas gangliche Abfeben von ber Ginholung fachverftanbiger Gutachten bei eigentlich technischen Fragen fich nur in feltenen Ausnahmefällen rechtfertigen laffen wirb. Zebenfalls fest es voraus, bag ber Richter im Allgemeinen (in abstracto) befähigt erscheint, bie betr. Frage ohne sachverftanbigen Beirath richtig ju beurtheilen; ber Umftanb, bag jufallig gerabe bie im Gingelfalle mitwirfenben Richter im Befit ber erforberlichen technischen Renntniffe zu fein glauben, tann bie Erhebung eines Sachverftandigenbeweifes icon im hinblid auf die Möglichfeit, bag die Sache funftig jur Enticeibung anberer Richter gelangt, nicht erubrigen. - In Betreff bes Augenicheines vgl. 8 86 Rote 4.
- b. In Betreff ber Entscheibung bes erkennenben Gerichts über bie auf Bernehmung von Sachverständigen gerichteten Anträge ber Prozesbetheiligten f. §§ 243, 244 u. die Roten bas. In Betreff ber Boruntersuchung vgl. § 182, Rote 2 u. § 195, in Betreff bes Borbereitungs= versahrens § 160 Rote 11.

u. Rote 2, 6 bas. — § 70 ift nicht anwendbar; vgl. § 84. — § 71 kommt hier nicht in Betracht; vgl. § 75 Abs. 1.

^{2.} Die außerhalb bes 6. Abschnitts ftebenben Borschriften über Zeugen (vgl. 3. B. SS 192, 246) finben auf die Bernehmung ber Sachverftändigen nicht Anwendung. So: Boitus Komm. S. 132, Puchelt S. 166.

- c. In Betreff ber Burbigung ber abgegebeneu Gutachten f. § 260 u. bie Roten baf. 3. Die Sachverftanbigen find nicht, wie die Zeugen, burch bie Sache felbst gegeben; fie werben vielmehr gemablt, und awar fieht bie Auswahl grunbfaplich bem Richter gu, ber fomit auch barüber zu befinden bat, ob Jemand hinfichtlich bes in Frage fiebenben Gegenstaubes als Sachverftanbiger anzusehen sei. Diese Auffassung wird durch die Borschrift bes § 73 Abs. 1 zum Ausbrud gebracht. Indeß ift die lettere nur bei Bergleichung mit anderen Borfchriften ber GiBD. ricktig zu verftehen: fie will weber besagen, baß in allen Fällen ber Richter eine ausbrückliche Bestimmung darüber zu treffen habe, wer als Sachverstänbiger zuzuziehen fei, noch auch: baß nur bem Richter und nicht auch ben Prozefbetheiligten eine Auswahl guftebe. In ber haupt= verbandlung merben als Sachverftanbige regelmäßig biejenigen Berfonen ju vernehmen fein, welche als folche in der Anklageschrift benannt find (§ 198) ober von der Staatsanwaltschaft später geladen werden (f. 221 Abs. 2); in Betreff bes Bahlrechts bes Beschulbigten enthalten bie 85 218, 219, 244 nabere Bestimmungen; vgl. bef. bie Roten ju § 244. Das ertennenbe Gricht wird nur felten Beranlaffung haben, feinerfeits Sachverftanbige auszumablen, bie von feiner Seite in Borfchlag gebracht find; vgl. RGer. III. 22. Jan. 81 (Rfpr. II. 754). In ber Borunter: judung fleht die Auswahl ber Sachverständigen bem Unterjuchungsrichter zu: val. § 182 Note 2: in Betreff best Wahlrechts best Beschuldigten f. § 193. Im Borbereitungsverfahren enblich hat die Staatsanwaltschaft, wenn fie die Bernehmung von Sachperständigen bei dem Amtsrichter beantragt (§ 160), biefelben regelmäßig auch zu benennen, und ber Amtsrichter hat alsbann bie benannten Sachverständigen zu vernehmen: das Rähere f. in den Roten zu § 160. In Betreff bes Beschulbigten f. SS 164, 167 Abf. 2 u. bie Roten baf.
- b. Das Bahlrecht bes Richters wie auch bas ber Staatsanwaltschaft und bes Beschuldigten eriährt, außer burch § 74, auch baburch eine Einschränkung, baß als Sachverständige nur solche Bersonen sungiren können, beren Beeibigung burch nichts gehindert ist; hierüber vgl. § 79 Rote 1.
- 4. a. Auch hinsichtlich ber Anzahl ber im Ginzelfalle zu vernehmenden Sachverftändigen findet bie Borschrift bes § 73 Abs. 1 ihre Ergänzung in den Bestimmungen der in Rote 3 angesührten SS; vgl. bes. die Roten zu § 244. An sich, b. h. abgesehen von der durch die Anträge der Brozesbetheiligten bedingten Rothwendigkeit der Bernehmung einer Mehrzahl von Sachverständigen, ift es dem Richter gestattet, sich mit der Zuzichung eines Sachverständigen zu begnügen, insoweit nicht das Geset (vgl. § 87) ausdrücklich etwas Anderes vorschreibt.
 - b. In Betreff ber Ginbolung von Obergutachten f. bie Roten ju § 83.
- 5. Die Borschrift des Abs. 2, bei welcher vorzugsweise an die Gerichtsärzte gebacht ift, hat, jumal bei der Unbestimmtheit der für die Ausnahme aufgestellten Boraussehung, nur die Bedeutung einer Instruktion: RGer. II. 28. Okt. 81 (Entsch. V. 79, Ripr. III. 658). Sie ist aber nicht blod für den Richter gegeben, sondern auch von der Staatsanwaltschaft bei ihren Anträgen ac. (§ 160, § 198 Abs. 1, § 221 Abs. 2) zu besolgen. Die "besonderen Umstände", welche ein Abweichen von der Regel rechtsertigen, können sowohl in der zeitweisen Behinderung des öffentlich bestellten Sachverständigen wie auch in der Lage des einzelnen Falles, insbesondere in der Oringslichtet der betr. Untersuchungshandlung, enthalten sein.
- 6. In Betreff ber Abgabe von Gutachten burch Behörben (Fachbehörben) f § 83 Abs. 3 n. Rote 4, 5 bas.
- 7. Die reichsgesehlichen Borschriften über die Vildung von Sach verständigen Bereinen, welche bei gewissen Straffällen Gutachten abzugeben haben (vgl. Ges. betr. das Urheberrecht an Schriftwerken zc. v. 11. Juni 1870 § 31 und die auf dieses Geset verweisenden Gesete über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, an Mustern und Modellen zc., unten in Abth. III), find durch die SiPO. nicht berührt (EG. § 5 Abs. 1). Ein Zwang zur Bestagung der Bereine besteht zwar nach diesen Borschriften für den Richter nicht: RGer. II. 28. Oft. 81 (Note 5); indes wird das erforderliche Gutachten regelmäßig von dem betr. Berein einzuholen und eine Außnahme nur dann zu machen sein, wenn besondere Umstände eine solche erheischen. Kgl. für Breußen: Allg. Berf. des Just.-Min. v. 5. Juli 82 (JWBI. S. 199).

§. 74.

Ein Sachverständiger kann aus benfelben Gründen, welche zur Ablehnung eines Richters berechtigen, abgelehnt werden. Ein Ablehnungsgrund kann jedoch nicht daraus entnommen werden, daß ber Sachverständige als Zeuge vernommen worden ist.

Das Ablehnungsrecht steht ber Staatsanwaltschaft, bem Privatkläger und bem Beschuldigten zu. Die ernannten Sachverständigen sind den zur Ablehnung Berechtigten namhaft zu machen, wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen.

Der Ablehnungsgrund ift glaubhaft zu machen; ber Gib ift als Mittel ber Glaubhaftmachung ausgeschloffen.

(I. II. Entw. § 65; III. Entw. § 66.) Bgi. CRO. § 371.

3u \$ 74.

Bu Abs. 1.

- 1. Gine Ablehnung im Sinne bes § 74 greift, wie bie Gleichstellung bes Sachverftändigen mit dem Richter ergiebt, nur Plat, wenn es fich um die Unbefangenheit und Unparteilich: teit bes Sachverftändigen handelt. Die Befähigung besselben zur Abgabe bes betr. Gutachtens steht hier nicht in Frage; hierstber s. § 73 Note 3 u. die Noten zu § 244.
- 2. Im Gegensat zu ben die Richter betreffenden Borschriften (§§ 22--24) fennt § 74 nur eine Ablehnung, nicht aber eine Ausschließung von Sachverständigen (einen Ausschließungsfall hat die StPD. nur in § 87 Sat 2 vorgesehen). Somit sind die Gründe, welche die Ausschließung bes Richters bedingen (§ 22), hinsichtlich der Sachverständigen nur als Ablehnungszgründe (vgl. § 24 Mbs. 1) wirksam. Als solche sind sie allerdings zwingender Natur, b. h.: wenn das Ablehnungsgesuch auf eine Thatsache gestütt wird, welche bei dem Richter die Ausschließung begründen würde, so muß demselben, ohne Rücksich auf die sonstige Sachlage, stattgegeben werden: RGer. II. 22. Dez. 85 (Mpr. VII. 752); vgl. §. 26. Aug. 85 (Mpr. VII. 501). Dagegen kann, salls die Ablehnung unterblieben ist, die Rechtsbeständigkeit des Betsahrens nicht unter Berusung auf jene Thatsache angesochten werden; so das lettere Urth., Stenglein S. 212; a. R. John S. 674, 676.
- 3. Soweit nicht ber in Note 2 bezeichnete Fall vorliegt, hat bas Gericht, gleichwie bei ber Ablehnung eines Richters, nach freiem Ermeffen zu entscheiben, ob bas Ablehnungsgesuch für begründet zu erachten sei (vgl. § 24 Note 2). Eine Berwandtschaft 20. ber Sachverftanbigen unter einander ober mit den Gerichtspersonen wird unter Umftanden eine Ablehnung begründen können (vgl. § 22 Note 14).
- 4. Nur hinsichtlich ber Gründe ber Ablehnung, nicht aber hinsichtlich bes Berfahrens (§§ 25 fi.), sind die Sachverständigen ben Richtern gleichgestellt. Insbes. ift die Ablehnung ber ersteren nicht an eine Frist gebunden, vielmehr selbst nach Erstattung bes Gutachtens noch zutässig. Dies ist in ber Bestimmung bes § 83 Abs. 2 anerkannt, aber auch in der Natur der Sache begründet, da die als Ablehnungsgründe geltend zu machenden Thatsachen die Glaubwürdigkeit der Sachverständigen berühren.
- 5. Ift bas einen Sachverftänbigen betreffenbe Ablehnungsgesuch für begrünbet erklart worben, fo ift es unstatthaft, benfelben noch ferner zuziehen ober von seinem bereits abgegebenen Gutachten weiter Gebrauch zu machen (vgl. § 83 Note 4); ber Grunbsat ber freien Beweiswurzbigung (§ 260) erfährt hierburch eine Einschräntung. Dagegen bleibt es statthaft, ben Abgelehnten in ber Folge noch als sachverständigen Zeugen zu vernehmen (vgl. § 85 Note 2. a).
- 6. An bem Beichluffe über bas Ablehnungsgesuch nehmen in ber ichöffengerichtlichen haupts verhanblung auch bie Schöffen Theil. (GBG. § 30).
- 7. Soll von einer Beborbe ober von einem Sachverftanbigen : Berein ein Gutachten abgegeben werben, fo ift es zuläffig, einzelne Mitglieber ber Beborbe ober best Bereins abzulehnen-

§. 75.

Der zum Sachverständigen Ernannte hat der Ernennung Folge zu leisten, wenn er zur Erstattung von Gutachten der erforderten Art öffentlich bestellt ist, oder wenn er die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, beren Kenntniß Boraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerbe ausübt, oder wenn er zur Ausübung derselben öffentlich bestellt oder ermächtigt ist.

Bur Erstattung bes Gutachtens ist auch berjenige verpflichtet, welcher sich zu berjelben vor Gericht bereit erklärt hat.

(I II. Catw. § 66; III. Catw. § 67.) Bgl. CPO. § 372.

A. D. Stenglein S. 212, ber bies nur von bem Bertreter ber Beborbe (§ 255 Abf. 2) gelten laffen will.

Bu Abs. 2.

- 8. Bgl. § 24 Rote 3, 4; bas bort Bemertte gilt auch bier.
- 9. Im Borbereitungsverfahren ift ein Befculbigter nicht immer vorhauben, i Mit Rudficht auf die Bestimmung in § 167 Abs. 2 wird im Sinne bes § 74 Abs. 2 nur berjenige als Beschulbigter anzusehen sein, ber als solcher vom Richter vernommen ift ober fich in Untersuchungs-hait befindet.
- 10. Den jur Ablehnung Berechtigten find die ernannten Sachverständigen vor ihrer Bernehsmung, und zwar von Antewegen, namhaft zu machen; die im Entw. enthaltenen Borte "auf Berlangen" wurden von der RER. gestrichen (Brot. S. 84). Als ein der Ramhaftmachung entsgegenstehender Umftand ist z. B. bezüglich des Beschuldigten die Abwesenheit besselben anzusiehen (vgl. § 329); außerdem wird hier namentlich die Oringlichseit der Vernehmung und die Unswölichseit einer vorgängigen Benachrichtigung in Betracht kommen.

. Bu 21 bf. 3.

11. In Betreff ber "Glaubhaftmachung" vgl. § 45 Rote 5 sowie § 26 Abs. 2. Der Ablehnenbe kann sich auch auf eigene Auskunft bes abgelehnten Sachverständigen berusen; die Befragung bes letzteren steht bem Gericht felbstverständlich auch ohne eine solche Berusung zu.

3u \$ 75.

- 1. a. Der f fest eine an gewisse Boraussetungen gebundene und beingemäß beschränkte, im Uebrigen aber der Zeugnispflicht analoge Pflicht jur Abgabe sachverständiger Gutachten ich (vgl. Mot. S. 152). Diese Pflicht besteht nicht blos, wie aus der Ausdruckweise des Gesiebes ("Ernennung") gefolgert werden könnte, im Falle der durch den Richter erfolgten Ausswahl (§ 73); sie greift vielmehr auch im Falle der unmittelbaren Ladung Plat, salls nach § 219 Abs. 3 der als Sachverständige Geladene zum Erscheinen verpslichtet ist. Die Festsetung der Erscheinungspflicht hätte keinen Sinn, wenn nicht das Geseh auch die entsprechende Pflicht zur Abgabe des Gutachtens als begründet ansähe. Gl. A. Buchelt S. 171, Glaser I. S. 701, Stenglein S. 213.
 - b. Ueber bie Anwendbarfeit bes § 75 auf Dolmeticher f. GBG. § 193 Rote 4.
- 2. Die Pflicht zur Abgabe eines sachverftändigen Gutachtens begreift auch die Pflicht in sich, biejenige sachverftändige Untersuchung vorzunehmen, beren es vor Abgabe des Gutachtens nothwendig bedars. Die Mot. S. 152 thun dieser letteren Pflicht ausbrücklich Ermähnung; auch wurde die Pflicht zur Abgabe des Gutachtens oftmals bedeutungslos sein, wenn sie sich nicht auch auf die Bornahme der sachverftändigen Untersuchung erstreckte.
- 3. "zur Erstattung von Gutachten öffentlich bestellt" Diese Borausiehung trifft z. B. bei ben Gerichtsärzten, Taratoren, Bücherrevisoren z. zu; vgl. Rote 5. Die Ritglieber einer zur Erstattung von Gutachten berusenen Behörde, z. B. eines Medizinalkollegiums, sind für ihre Person nicht ohne Weiteres als zur Erstattung von Gutachten bestellt anzusehen. Bgl. § 255 Absat 2.
 - 4. Der Ausbrud "Gewerbe" ift bier, wie in ber RER. bei Berathung bes § 372 ber CBO.

§. 76.

Dieselben Gründe, welche einen Zeugen berechtigen, das Zeugniß zu verweigern, berechtigen einen Sachverständigen zur Berweigerung des Gutachtens. Auch aus anderen Gründen kann ein Sachverständiger von der Verpslichtung zur Erstattung des Gutachtens entbunden werben.

Die Vernehmung eines öffentlichen Beamten als Sachverständigen findet nicht statt, wenn die vorgesetzte Behörde des Beamten erklärt, daß die Vernehmung den bienstlichen Interessen Nachtheil bereiten würde.

(I. 11 Entm. \$ 67; 111. Entm. \$ 68.) Bgf. CPO. \$ 373.

- (Brot. S. 148) touftatirt wurde, im weitesten Sinne ju verstegen; es wird alfo nicht ausschlieftich ein Gewerbe im Sinne ber Gewerbeordnung porausgesett.
- 5. Aerzte find zur Abgabe medizinischer Gutachten verpflichtet, ba fie "bie Biffen fcaft, beren Kenntniß Boraus sehung ber Begutachtung ift", öffentlich zum Erwerbe ausüben Ebenso find Apotheter verpflichtet, über Fragen ber Pharmazie ober bes Apothetergewerbes Gutsachten abzugeben; dagegen besteht für sie keine Pflicht, sich über Fragen, die lediglich ber Chemie angehören, als Sachverftändige vernehmen zu lassen ober sich chemischen Untersuchungen zu unterziehen, da sie einerseits nicht bie Wissenschaft ber Chemie zum Erwerbe ausüben und aubererseits die Kenntniß der Pharmazie ober bes Apothekergewerbes hier nicht Boraussehung der Begutachtung ift.
- 6. In Betreff ber Frage, inwiefern öffentliche Beamte unter bie in Abf. 1 aufgestellten Kategorieen fallen, vgl. für Preußen ben Erlaß ber Min. bes Inn. 2c. v. 6. Apr. 1883 (Min.=Bl. b. i. B. S. 80). Bgl. § 76 Rote 4.
- 7. Durch die Bestimmung bes Abs. 2 soll ben Beiterungen vorgebeugt werben, welche für bas Berjahren entstehen könnten, wenn es bem Sachverftandigen, jumal nach schon begonnener Thätigkeit, freistände, seine Bereitwilligkeitberklarung zu wiberrufen.
- 8. Aus bem vorstehend (Note 6) bezeichneten Motive des Gesetes wie auch aus der Fassung ber Bestimmung ("des Gutachtens") erhellt, daß bieselbe eine auf den speziellen Fall bezügliche Erklärung vorausset, also eine generelle Erklärung, Gutachten der bett. Art abgeben zu wollen, nicht genügt. Gl. A. Boitus Romm. S. 134 u. Kontr. II. S. 412, Geper 2b. S. 493 u. in Hh. I. S. 243, Reller S. 85, Glaser I. S. 703, Stenglein S. 213. Die entgegengesetzte Reinung (Puchelt S. 172, Dalde S. 60, John S. 679; vgl. auch Binding S. 118), übersieht, daß eine generelle Erklärung jederzeit widerrussich bleiben würde, da sich boch nicht füglich ausstellen läßt, daß eine solche den betr. Sachverständigen für immer binde.
- 9. Daß bie Erklarung "vor Gericht" munblich abgegeben fei, wird nicht erfordert; auch burch eine bem Gericht schriftlich eingereichte Erklarung wird bie Anwendung ber Bestimmung begrundet.

Bu \$ 76.

- 1. Die Bestimmung fest voraus, bag an fich bie Pflicht zur Erstattung bes Gutachtens nach § 75 begrundet sein murbe; nur unter biefer Boraussehung kann es auf bas Borhandensein eines besonderen Befreiungsgrundes überhaupt ankommen.
 - 2. Die bie Befreiung von ber Beugnifpflicht betreffenben Borfdriften f. in SS 51-55.
- 3. Die Bestimmung bes zweiten Sabes bes Abs. 1 trägt bem Umftande Rechnung, bak es Fälle giebt, in benen bie Anwendung bes Sachverständigenzwanges eine Harte murbe (Mot. S. 152).
- 4. Abs. 2 will gegenüber ber "überhandnehmenden Sitte, bie Bahl mit Borliebe auf beamtete Sachverständige zu lenken", das Interesse bes Dienstes mahren (Mot. S. 152). Die Befugniß, ber Bernehmung zu widersprechen, steht der dem betr. Beamten vorgesetten Behörde in allen Fällen, also auch bann zu, wenn ber Beamte fich zur Abgabe des Gutachtens bereit erklärt hatte (§ 75 Abs. 2). Kur Preußen voll. die Allg. Berf. des Just.: Win. v. 10. Marz 1885

§. 77.

Im Falle des Richterscheinens oder der Weigerung eines zur Erstattung des Gutachtens verpflichteten Sachverständigen wird dieser zum Ersate der Rosten und zu einer Gelbstrafe dis zu breihundert Mark verurtheilt. Im Falle wiederholten Unsgehorsams kann noch einmal eine Gelbstrafe dis zu sechshundert Mark erkannt werden.

Die Festsehung und die Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht.

(I. II. Entm. § 68; III. Entm. § 69.) Bgf, CPO. § 374.

§. 78.

Der Richter hat, soweit ihm bies erforderlich erscheint, die Thatigkeit der Sachverständigen zu leiten.

(I. II. Gutu. § 69; III: Cutu. § 70)

- (IMBL S. 103) und in Betreff ber Benachrichtigung ber vorgesehten Behörde die Allg. Berf. v. 17. Mai 1883 (IMBL S. 155) u. 13 März 1884 (IMBL S. 54).
- 5. Erfart ein Beamter, bag er bas geforberte Gutachten nicht abgeben tonne, ohne Umftanbeju offenbaren, auf welche fich bie Pflicht gur Amt boerfcwiegenheit bezieht, fo wirb § 53 answendbar: es bedarf alsbann jur Bernehmung ber Genehmig ung ber vorgefesten Dienftbeborbe.
 - 6. Ueber ben Begriff bes "öffentlichen Beamten" f. § 53 Rote 1.

Zu § 77.

- 1. Rur auf einen zur Erstattung bes Gutachtens verpflichteten Sachverftänbigen finbet bie Bestimmung Anwendung; ein hierzu nicht verpflichteter ist mithin auch zum Erscheinen vor Bericht nicht verbunden, sondern berechtigt, seine Weigerung schriftlich zu erklaren. Bu den nicht verpflichteten Sachverständigen im Sinne des S gehören auch diejenigen, benen ein besonderer-Beigerungsgrund (§ 76) zur Geite steht. Anders bei Zeugen: § 50 Note 4.
- 2. Die Borfchrift bes § 77 Abf. 1 erfeht fur bie Sachverftanbigen biejenigen Bestimmungen, welche hinsichtlich ber Zeugen in § 50 Abf. 1 u. § 69 Abf. 1, 2 gegeben sinb. Unter bem Falle ber "Beigerung" ift hier sowohl ber Fall zu verstehen, wenn ber Sachverständige bie Abgabe bes Gutachtens ober auch nur die Bornahme ber erforberlichen Untersuchung (§ 75 Note 2), wie auch ber andere Fall, wenn er die Beeibigung bes Gutachtens verweigert.
- 3. Die Anwendung forperlichen Zwanges behufs der Erlangung eines auf geistiger Arbeit beruhenden Gutachtens ift von dem Geset nicht für angemessen erachtet; beshalb weicht § 77 wesentlich von den §§ 50, 69 ab. Gegen den Sachverständigen findet nur die Berhängung von Gelbstrafen statt; die zwangsweise Borführung und die Haft sind gänzlich ausgeschlossen, und zwar darf die lettere weder an Stelle einer nicht beizutreibenden Gelbstrafe, noch als Zwangseit haft verhängt werden.
- 4. Die Gelbstrafe barf nicht öfter als zweimal verhängt werden, auch wenn bie zulässigenb höchstbetrage berselben (300 bezw. 600 Mart) nicht erschöpft sind. Es macht auch keinen Untersisied, ob ber Ungehorsam bes Sachverständigen an ben verschiedenen Bernehmungstagen ber gleiche ift ober ob er an bem einen Tage in bem Ausbletben, an bem anderen in einer Weigerung besteht.
 - 5. Bgl. St&B. § 138 Abj. 2.
- 6. Die Bestimmungen in § 50 Abs. 2, 3 und in § 69 Abs. 3, 4 finden auf Sachverständigeentsprechenbe Anwendung (§ 72). Bgl. die Roten zu ben cit. §.
- 7. Zu Abs. 2. Auch gegen Militärpersonen kann bie Strafe ftets nur in einer Gelbftrafe bestehen. Die Berhängung einer Disziplinarstrase wegen Nichtbefolgung ber Paritionsorbre(vgl. § 48 Rote 11) wird selbstverständlich burch § 77 nicht ausgeschlossen. Im Uebrigen vgl.
 311 Abs. 2 die Noten zu § 50 Abs. 4 und zu § 69 Abs. 5.

Bu § 78.

1. Unter ber "Ehätigkeit" ber Sachverständigen ist hier die von benselben vorzumehmende-

§. 79.

Der Sachverständige hat vor Erstattung bes Gutachtens einen Gib babin zu leiften :

baß er bas von ihm erforberte Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werbe.

Ift ber Sachverständige für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im Allgemeinen beeibigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Sid.

(I II Entw. \$ 70; III. Entw. § 71.) Bgl. CHO. \$ 375.

Untersuchung zu verstehen. Der S liberläßt es bem pflichtmäßigen Ermessen bes Richters, ob er bieser Untersuchung bei wohnen will ober nicht. Es wird hier barant, ob die Anwesenheit des Richters für die Erreichung bes Zwedes der Untersuchung förderlich sein kann, sowie auf die Art ber leiteren ankommen. Im I. Entw. enthielt der S noch die Bestimmung: "Die sachverständige Untersuchung wird jedoch ohne Beisein des Richters vorgenommen, wenn der Anwesenheit desselben Rücksichten des Anstandes entgegenstehen oder wenn die Thätigkeit der Sachverständigen fortgesehte Beobachtungen oder längere Zeit dauernde Bersuche erheischt." Dieser Sach wurde indeß, weil er etwas Selbstverständliches aussprach und andererseins doch nur eine Instruktion enthielt, schon im II. Entw. gestrichen. Bgl. § 87. — Daß eine richterliche Leitung der Sachverständigen auch inssofern ersorderlich ift, als der Richter dieselben aus das hinzuweisen hat, worauf es im vorzliegenden Falle bei der Untersuchung und dem Gutachten aukommt, versteht sich von selbst.

3u § 79.

1. In bem f ift ausgesprochen, daß die Bernehmung der Sachverständigen im Hauptverfahren (vgl. Note 2) stets eine eibliche sein muß; eine uneidliche Begutachtung giebt es im Hauptversahren nicht (eine Modistation s. zu § 250 Note 13). Der Mangel der eiblichen Berträftigung begründet die Revision; dies gilt auch dann, wenn bei der Bernehmung eines im Allzemeinen beeibigten Sachverständigen die Berufung auf den geleisteten Eid unterblieben ist: RGer. L 27. Apr. 82 (Entsch. VI. 242). — Diejenigen Personen, welche nach § 56 als Zeugen nicht eide kfähig sind, können auch den Sachverständigeneid nicht leisten (§ 72), demzusolge aber als Sachverständige überhaupt nicht vernommen werden. Die in § 57 gedachten Personen können nur ausnahmsweise als Sachverständige sungiren, nämlich nur dann, wenn weder sie selbst die Eidesleistung verweigern, noch anch der Richter Bebenken trägt, sie zu beeidigen. Gl. A. Glaser I. S. 691, Stenglein S. 215; vgl. Puchelt S. 178 (der eine Zuziehung der gedachten Personen als Sachverständige sur ausgeschlossen erachtet).

Bu Abf. 1.

- 2. Gleich ben Zeugen (§ 65) sind auch die Sachverständigen regelmäßig erst in ber hauptverhandlung zu beeidigen; dieser sich aus § 72 ergebende Sat sindet darin seine Bestätigung, daß § 328 Abs 2 (vgl. die Noten das.) neben den Zeugen auch die Sachverständigen nennt. Gl. A. Reller S. 87, Boitus Kontr. I. S. 205, Glaser I. S. 707, John S. 687, auch (beil.) RGer. III. 4. Juni 83 (Entsch. VIII. 359, Rspr. V. 401); a. M. Geger in hh. I. S. 250, Stenglein S. 215. Bon den Ausnahmebestimmungen des § 65 ist nur die im ersten Sate des Abs. 2 enthaltene sur die Sachverständigen von Bedeutung, da die Behörden solche Bersonen, deren nochmalige Bernehmung voraussichtlich nicht würde ersolgen können, ebensowenig als Sachverständige zuziehen werden, wie solche, von benen ein wahrheitsgemäßes Gutachten nur im Falle der Beeidigung erwartet werden kann.
- 3. Da § 79, abweichend von §§ 60, 61, eines Nacheibes nicht erwähnt und eine affertorische Eibesnorm nicht aufstellt, so fann die Eibesleistung (vgl. bagegen Rote 7, 15) ber Sachverzständigen nur promissorisch ersolgen. Gl. A. Buchelt S. 178, Keller S. 87, Boitus Kontr. I. S. 118; a. M. v. Schwarze S. 214, Stenglein S. 216. In letterem Sinne auch Reser. III. 4. Juni 83 (Note 2), insofern bort die Zulässigligkeit von Ausnahmen anerkannt wird; vgl. bagegen II. 6. Apr. 80 (Entsch. I. 349). Sollte bei einer im Borversahren ersolgenden Bernehmung eines Sachverständigen die Nothwendigkeit, ihn schon jest zu beeidigen (Note 2), sich erft nach

ber Abgabe bes Gutachtens herausstellen, so würde nichts übrig bleiben, als nach erfolgter Eibesleiftung bie Bernehmung zu wiederholen.

- 4. Es ift nicht unerläßlich, daß die Beeibigung unmittelbar vor ber Erstattung bes Gutsachtens erfolge; sie kann 3. B., wenn der Sachverständige zunächst eine Untersuchung vorzunehmen hat, auch schon vor deren Bornahme stattsinden. Bgl. § 60 Rote 3.
- 5. Jeber Sachverftändige ift einzeln zu beeibigen (§§ 60, 72): RGer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 153); a. R. Glaser I. S. 710.
 - 6. Die SS 62, 63 Abf. 1 finden auch auf bie Sachverftanbigen Anmenbung; vgl. bie Roten baf.
- 7. Das Gleiche gilt von ben §§ 64, 66. Da übrigens bas Gesetz für die bort gedachten, ben Eid vertretenden Erklärungen einen bestimmten Wortlaut (Norm) nicht vorgeschrieben hat, so erscheint eine affertorische Abgabe berselben nicht ausgeschlossen; vgl. Note 15 sowie § 64 Note 6, § 66 Note 10. A. M. Puchelt S. 178.
- 8. Die hinweisung auf die Bebeutung bes Sibes (§ 59) wird bei ben Sachverständigen häufig entbehrlich sein und ift bemzufolge als in bas richterliche Ermeffen gestellt zu erachten. Bu Abs. 2.
- 9. Da die StBD. nabere Bestimmungen über die Beeibigung im Allgemeinen nicht getroffen hat, so bleiben hier in mehrsacher hinsicht die landesgesehlichen Borschriften (vgl. EG. § 6 Rote 4. 0) maßgebend, insbes. bezüglich ber Norm bes allgemeinen Gibes und bezüglich ber Frage, vor welcher Behörbe berfelbe zu leisten sei; vgl. NGer. II. 15. Juni 83 (Entich. VIII. 357, Ripr. V. 444).
- 10. Bei öffentlichen Beamten kann ber in Abs. 2 gedachte allgemeine Sachverständigeneib ihon in bem Diensteibe inbegriffen sein. So: Re. III. 8, Jan. 81 (Entsch. III. 321) bez juglich ber preußischen Kreisphysiker und ber von ihnen innerhalb ihres amtlichen Geschäftskreises abgegebenen Gutachten; besgl. II. 15. Juni 83 (Note 9) bez. ber preußischen Kreiswundarzte. Bal. § 63 Rote 1. b.
- 11. Die Bestimmung bes Abs. 2 ift auch in ben Fällen bes § 255 Abs. 2 anwendbar: RGer. III. 29. Jan. 81 (Entich. III. 326).
- 12. Die Berufung auf ben geleisteten Gib "genügt", b. h. ber Richter barf (anbers als im Falle bes § 66; vgl. dort Note 7) bie forperliche Gibesleiftung nicht forbern. Bgl. indeß Note 13.
- 13. Sofern die Thatsache, daß der Sachverständige für Gutachten der betr. Art im Allgemeinen beeidigt ift, nicht gerichtskundig ift, muß der Richter dieselbe ermitteln und fest stellen Darüber, wie dies zu geschehen habe, giebt die StPO. keine Borschrift. Daher ist der Richter nicht gehindert, die eigene Angade des Sachverständigen für genügend zu erachten: RGer. I. 8. Mai 82 (Entich. VI. 267); im Zweifelsfalle wird jedoch der Eid abzunehmen sein. Einer ausdrückelichen Feststellung jener Thatsache und eines bezüglichen Bermerkes in dem Protokoll bedarf es übrigens nur dann, wenn die letztere von einem Prozesbetheiligten in Zweifel gezogen oder zum Gegenstande eines Antrages gemacht wird: RGer. II. 15. Juni 83 (Rspr. V. 444), III. 24. Apr. 84 (Rspr. VI. 295). Die Richtigkeit der fraglichen Feststellung oder Annahme ist der Rachprüfung des Revisionsrichters nicht entzogen: RGer. III. 13. Juli 81 (Entsch. IV. 388, Rspr. III. 481); vgl. § 376 Note 2 d.
- 14. Es genügt nicht, daß ber Richter ben Sachverständigen auf ben allgemeinen Eid verzweift, sondern der Sachverständige selbst hat eine entsprechende Erklärung (vgl. § 66 Note 9) abzugeben: RGer. II. 10. Dez. 80 (Entsch. III. 100, Rspr. II. 624); a. M. Glaser I. S. 705. 8gl. noch RGer. III. 14. Jan. 84 (Rspr. VI. 34).
- 15. Gine ben Gib vertretenbe Bersicherung ift regelmäßig in promissorischer Form abzugeben; boch ift auch hier (vgl. Rote ?) bie affertorische Abgabe nicht ausgeschlossen: RGer. II. 6. Apr. 80 (Entich. I. 349).
 - 16. Bgl. § 82 Rote 1 (Schluß).

Bu Abf. 1. 2.

17. In Betreff ber Beeibigung ber auf bie f. g. Berfonal: und Generalfragen bezuge lichen Antworten f. § 82 Rote 2. b.

Digitized 20 Google

§. 80.

Dem Sachverständigen kann auf sein Verlangen zur Vorbereitung bes Gutachtens burch Vernehmung von Zeugen ober bes Beschulbigten weitere Aufklärung verschafft werben.

Bu bemselben Zwecke kann ihm gestattet werben, die Akten einzusehen, der Bernehmung von Zeugen oder des Beschuldigten beizuwohnen und an dieselben unmittelbar Fragen zu stellen.

(I. II. III. Cutm. \$ -.)

§. 81.

Zur Vorbereitung eines Gutachtens über ben Geisteszustand des Angeschuldigten kann das Gericht auf Antrag eines Sachverständigen nach Anhörung des Bertheidigers anordnen, daß der Angeschuldigte in eine öffentliche Jrrenanstalt gebracht und bort beobachtet werde.

Dem Angeschulbigten, welcher einen Vertheibiger nicht hat, ift ein solcher zu bestellen.

Gegen ben Beschluß findet sofortige Beschwerbe statt. Diefelbe hat aufsiciebende Birkung.

Die Verwahrung in ber Anstalt barf die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen(1. II. III. Cutm. § -.)

18. In Betreff bes Falles, wenn ein Sachverftanbiger jugleich als Beuge vernommen wirb f. § 85 Rote 3.

Bu # 80.

- 1. Die Bestimmung beruht auf ben Beschlüssen ber RTR. (Prot. S. 84, 829). Sie hat, ba alle in ihr bezeichneten Maßnahmen in bas richterliche Ermessen ("kann") gestellt sind, nur die Bebeutung einer Instruktion. Der Richter ist insbes. auch besugt, bas von bem Sachverständigen gestellte Berlangen abzulehnen. Dies erfährt nur insosern eine Einschrung, als, wenn ber Sachverständige behufs Abgabe bes Gutachtens ber Kenntniß gewisser, außerhalb ber sachverkandigen Untersuchung liegenden Thatsachen ze. bedars, die letteren nothwendig zum Gegenstande der Beweissausnahme (ber Bernehmung von Zeugen ober ber Bestragung des Beschuldigten) gemacht werden müssen. Thatsachen, welche Prämissen des Gutachtens sind, müssen selchsverständlich gleich allen anderen sur die Entschiung erheblichen Umständen dewiesen werden; es genügt also nicht, daß der Sachverständige sich durch außergerichtliche Rachstage über sie unterrichtet und sodann das ihm Mitgetheilte vor Gericht wiedergiebt. Bgl. § 68 Rote 4.
- 2. Die Bestimmung findet auch auf die hauptverhandlung (vgl. § 239) entsprechenbe Anwendung. Bgl. Puchelt S. 180.

Au # 81.

- 1. Der S ift von ber MTR. aufgenommen worben (Prot. S. 87, 829 ff.). Er beruft auf ber Erwägung, daß nicht jeber Arzt ohne Beiteres geeignet ift, zweifelhafte Geisteszustände richtig zu beurtheilen, daß es hierzu vielmehr in vielen Fällen eines Spezialarztes und einer Beobsachtung, wie sie in Irrenanstalten stattfindet, bedarf.
- 2. Durch bie Bahl bes Bortes "Angeschulbigten" (vgl. § 155) ift ausgesprochen, baß bie hier vorgesehene Maßregel nur in ber Untersuchung, nicht im Borbereitungsverfahren, zu- lässig ift. Im Uebrigen ift sie in jebem Stadium ber Untersuchung ftatthaft. Mit ber Untersuchungshaft hat bie Maßregel nichts gemein; sie ist gegen nichtverhaftete wie gegen vershaftete Angeschulbigte gleichmäßig zulässig.
- 3. Die Bestimmung fest voraus, bag ber gegenwärtige Beiftesjuftanb bes Angeschulbigten in Frage steht; gegen eine Berson, bei ber eine Beiftestrantheit ober Geiftesftörung gegenwärtig nicht vorhanben ift, tann bie Dafregel nicht beshalb verhangt werben, weil über ben Geiftesjus

§. 82.

Im Borversahren hängt es von der Anordnung des Richters ab, ob die Sachverständigen ihr Gutachten schriftlich oder mündlich zu erstatten haben.

(L. II. Entw. § 71; III. Entw. § 72.) Bgl. CPO. § 376.

- nand jur Zeit der That Zweisel obwalten (a. M. Ortloff i. Geaal XXXV. S. 457, Stenglein S. 218). Umgekehrt ift die Zulässigkeit der Maßregel nicht auf den Fall beschränkt, wenn seste gestellt werden soll, in welchem Geisteszustande der Angeschuldigte sich zur Zeit der That bes junden habe; vielmehr kann, weil mit einem Geisteskranken nicht verhandelt werden kann, die Rafregel dann auch eintreten, wenn allein der gegenwärtige Geisteszustand in Frage steht. Bgl. Rote 20. a zu Buch 2 Absch. 1.
- 4. Mit ber Begutachtung bes Geisteszustanbes bes Angeschulbigten werben zunächst ber Serichtsarzt ober ein anberer Arzt ober auch mehrere Aerzte zu betrauen sein. Ohne ben Antrag eines berfelben kann bie Magregel nicht eintreten. Ueber ben Antrag entscheibet bas Gericht nach freiem Ermessen.
- 5. Ohne vorgängige Anhörung bes Bertheibigers barf bie Maßregel nicht beschlossen werben; eben beshalb schreibt Abs. 2 event. Die Bestellung eines Bertheibigers vor. Uebrigens erzivtert bas Geseth nur die Anhörung, nicht bas Einverständ niß bes Bertheibigers. hinsichtlich ber Nothwendigkeit ber Bertheibigung ergänzt § 81 die Bestimmungen bes § 140; biese Rothwendigkeit fällt jedoch wieder weg, wenn bas Gericht ben Antrag bes Sachverständigen abslehnt ober wenn die Berwahrung in der Anstalt ihr Ende erreicht (gl. A. Glaser II. S. 229). Da übrigens das Gericht nach § 141 auch in den ebendezeichneten Fällen die Bestellung des Berstheibigers aufrecht erhalten kann, so wird es angemessen sein, denselben über die Beendigung ober die Kortbauer seiner Kunktion ausbrücklich zu bescheien.
- 6. Auch bie Staatsanwaltschaft ift vor ber Erlassung bes Beschlusses zu horen (§ 33 u. Rote 2. b bas.)
- 7. In der Boruntersuchung fieht die Entscheidung über den Antrag nur der Strafs fammer, nicht dem Untersuchungsrichter zu (vgl. Buch 1 Note 2 u. § 33 Note 2. a). Gl. A. Keller S. 89, John S. 709, Ortloff a. a. O. S. 455; a. M. Stenglein S. 219. In schöffensgerichtlichen Strafsachen wurde außerhalb der hauptverhandlung die Entscheidung dem Antscichter zustehen (GBG. § 30 Abs. 2); doch durfte in diesen Sachen die Anwendung des § 81 nicht leicht sur angemessen zu erachten sein, da das Geset der immerhin ungewöhnlichen Maßregel nur wichtigere Straffälle im Auge hat.
- 8. Der bie Maßregel anordnende Beidluß muß, ba ja bie Geiftestrantheit bes Angeschulbigten einstweilen noch nicht feststeht, nicht blos bem Bertheibiger, sonbern auch bem Angeichnligten selbst burch Buftellung betannt gemacht werden.
- 9. Die sofortige Beschwerbe, ber hier ausnahmsweise (§ 349) ausschiebende Wirkung beisgelegt ift, steht sowohl dem Angeschulbigten selbst wie auch dem Bertheibiger und der Staatsanwaltschaft zu. Die Bestimmung des § 339 kann hier, der Natur der Sache nach, nicht Platzgreisen: der Bertheibiger ist von dem Willen des Angeschuldigten nicht abhängig. Gl. A. v. Kries S. 20, Stenglein S. 220 Glaser II. S. 246; a. M. Dalde S. 62, Puchelt S. 182, Reller S. 89, John S. 711. Dem Sachverständigen steht nach seiner prozessuchlichen Stellung eine Beschwerde über die Ablehnung seines Antrages nicht zu; es liegt hier keiner der in § 346 Abs. 2 vorgesehenen Fälle vor. Gl. A. Stenglein S. 219; a. M. John S. 711.
- 10. Rur in eine öffentliche Irrenanftalt, nicht in eine Privatanftalt, barf ber Angeschulbigte auf Grund bes § 81 gebracht werben.
- 11. Die gemäß § 81 ftrafrichterlich angeordnete Berwahrung barf bie Dauer von fechs Bochen in keinem Falle übersteigen, also selbst bann nicht, wenn nach Ablauf bieses Zeitraums ber betr. Arzt sich außer Stanbe erklärt, schon jest ein Gutachten abzugeben; vgl. Ortloff a. a. D. S. 461, Stenglein S. 220.

Bu § 82.

1. a. Rur im Borverfahren ift eine foriftliche Erftattung bes Gutachtens gulaffig; im

Digitize 20 y Google

§. 83.

Der Richter kann eine neue Begutachtung burch bieselben ober burch andere Sachverständige anordnen, wenn er bas Gutachten für ungenügend erachtet.

Der Richter kann bie Begutachtung burch einen anberen Sachverständigen anordnen, wenn ein Sachverständiger nach Erstattung bes Gutachtens mit Erfolg abgelehnt ist.

In wichtigeren Fällen kann bas Gutachten einer Fachbehörbe eingeholt werben.
(I. Enim. § 72; II. Enim. § 73; III. Enim. § 74.) Lgl. Epo. § 377.

hauptversahren siehen hinsichtlich bes Ersorbernisses ber Münblichfeit bie Sachverständigen völlig ben Zeugen gleich; vgl. §§ 222, 250, § 255 u. Rote 3 bas. Im Borversahren aber erstreckt sich bie Zulässigfigkeit einer schriftlichen Erstärung bes Sachverständigen auch auf die thatsächlichen Anzgaben über die von ihm gemachten Beobachtungen zc. — Dagegen kann die die Eidesleistung vertretende Bersicherung bes Sachverständigen (§ 79 Abs. 2) nur mündlich vor dem Richter abzgegeben werben; eine dem Gutachten hinzugefügte schriftliche Bersicherung ift ohne rechtliche Birkung.

b. In Betreff bes Berfahrens bei ber Zuziehung von Sachverständigen, welche in einem anderen Bunbesstaate wohnhaft find, vgl. für Breußen die Allg. Berf. bes Just.-Win. v. 10. Juli 84 (JWBI. S. 161).

- 2. Für die mundliche Bernehmung ber Sachverftanbigen, im Borverfahren wie im Sauptverfahren, gelten im Allgemeinen die für die Bernehmung ber Zeugen gegebenen Bestimmungen (§ 72). Im Ginzelnen ift zu bemerten:
- a. § 58 gilt für die Sachverständigen nicht. Die Gründe, welche hinsichtlich ber Zeugen die Borschriften dieses frechtsertigen, tressen bei ben Sachverständigen nicht zu; es ist im Gegenztheil, wie durch die Praxis anerkannt ist, meistens von Ruten, wenn die Bernehmung mehrer er Sachverständigen gleichzeitig erfolgt ober doch der eine der Bernehmung des anderen beiwohnt. Gl. A. Roer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 153), Geger Lb. S. 499, John S. 598; theisw. a. M. Glaser I. S. 728. Das Geset (vergl. auch Mot. zur GPD. S. 259) hat die Zulässigsteit der gleichzeitigen Bernehmung als selbsverständlich betrachtet, während es allerdings mit Rücksich auf § 72 richtiger gewesen ware, die Anwendung des § 58 auf die Sachverständigen ausbrücklich auszuschließen.
- b. Die §§ 67, 68 finben auch auf bie Sachverständigen Anwendung; vgl. die Noten bas.

 Diejenigen Antworten, welche ber Sachverständige auf die s. g. Bersonals und Generalsfragen giebt, bedürfen ber Beeidigung regelmäßig nicht, da § 79 ("vor der Erstattung des Gutsachtens") eine Abweichung von § 60 ("vor seiner Bernehmung") enthält; erachtet der Richter im einzelnen Falle die Beeldigung für ersorberlich, so muß er dem Sachverständigen auch den Zeugenseid abnehmen, da der Sachverständigeneid (§ 79) seinem Bortlaut nach jene Antworten nicht trifft: Re. II. 31. März 85 (Entsch. XII. 128, Rspr. VII. 212), Puchelt S. 183, Olshausen S. 596; a. M. Rer. I. 8. Wai 82 (Entsch. VI. 267), woselbst die Antworten als durch letzteren Eib gededt erachtet werden, John S. 701; theilw. a. M. auch Stenglein S. 217, Glaser I. S. 730.
- c. Aus ber Zulässigleit ichriftlicher Gutachten im Borverfahren folgt, bag es in letterem auch statthaft ift, in bem Prototoll über bie munbliche Bernehmung bes Sachverständigen auf ein schriftlich abgegebenes Gutachten besselben Bezug zu nehmen und ein solches auch als Beilage bes Prototolles zu behandeln.
- 1. Darüber, ob eine neue Begutachtung erforberlich sei, entscheibet (unbeschabet ber Borschrift bes § 244) bas richterliche Ermessen; vgl. RGer. I. 20. Mai 80 (Rfpr. I. 805). Dies gilt insbes. auch bann, wenn seitens eines Prozesbetheiligten beantragt ift, ein Obergutachten ber betr. Fachbehörbe einzuholen: RGer. III. 2. März 81 (Rspr. III. 96). Bgl. § 73 Note 2. a., § 260 Note 2.
- 2. Der Ausbrud "ungenügenb" trifft auch ben Fall, wenn innerhalb eines Gutachtens ober zwischen mehreren Gutachten ein Biber pruch besteht (vgl. Prot. z. CPD. S. 150, 151). Auch in biesem Falle gilt bas in Rote 1 Bemerkte.

§. 84.

Der Sachverständige hat nach Maßgabe ber Gebührenordnung Anspruch auf Entschädigung für Zeitversäumniß, auf Erstattung ber ihm verursachten Rosten und außerbem auf angemessene Vergütung für seine Mühewaltung.

(I. Entm. § 73; II. Entm. § 74; III. Entm. § 75.) Bgl. EPG. § 378.

§. 85.

Insoweit zum Beweise vergangener Thatsachen ober Zustände, zu beren Wahrsnehmung eine besondere Sachkunde erforderlich war, sachkundige Personen zu versnehmen sind, kommen die Borschriften über den Zeugenbeweis zur Anwendung.

(I. Entw. § 74; II. Entw. § 75; III. Entw. § 76.) Bgi. CPO. § 379.

- 3. Bei ber Borfchrift bes Abs. 1 ift nicht nothwendig an eine Mehrheit von Sachvernandigen zu benten; es tann auch eine neue Begutachtung burch ben felben ober burch einen anberen Sachverftanbigen angeordnet werben.
- 4. Die Bestimmung bes Abs. 2 ("kann") ift nur auf ben Fall zu beziehen, wenn von meh steren über bieselbe Frage vernommenen Sachverständigen einer mit Erfolg abgelehnt ift; in biesem Falle braucht ber Abgelehnte nicht nothwendig durch einen anderen Sachverständigen ersetz zu werden. Anders dagegen verhält es sich, wenn ber Abgelehnte ber einzige zugezogene Sachsverständige war; benn einerseits kann das Gutachten eines mit Ersolg abgelehnten Sachverständigen nicht die Grundlage ber richterlichen Entscheidung bilden (vgl. § 74 Note 5), und andererseits wird ber Richter, nachdem er einmal die Erhebung bes Sachverständigenbeweises beschlossen hat, ben letzteren nicht füglich für entbehrlich erklären können. A. M. Geper 26. S. 505, Boitus Kontr. II. S. 416.
- 5. Die Borfchrift bes Abs. 3 ist teine sachgemäße. Zunächst tann ihre Anreihung an die Bestimmungen in Abs. 1, 2 die Meinung hervorrufen, als solle die Befragung einer Fach be hor be nur in ben bort bezeichneten Fällen, also nur nach vorgängiger Bernehmung von Sachverftändigen, statthaft sein; dies aber ist teineswegs der Bille des Gesebes. Und ferner tann die Zulässigfeit der Befragung einer Fachbehörde auch nicht ausschließlich auf die "wichtigeren" Fälle beschränkt sein, da es auch in minder wichtigen Fällen an der Möglichkeit sehlen kann, den Sachverständigens beweis in anderer Art, als durch Befragung einer Fachbehörde, zu erheben. Bgl. 3. B. § 92.
- 6. Durch bie Borichrift bes § 83 wirb fur bie ersuchte Jachbehörbe eine Berpflichtung, bas Gutachten abzugeben, nicht begründet; vielmehr kann die Frage, ob eine folde Berpflichtung Plat greife, nur nach den für die Thätigkeit dieser Behörde bestehenden (reichs ober landesrechtlichen) Bestimmungen beantwortet werden; vgl. § 96 Rote 7. Daraus folgt benn auch, daß diezinigen landesrechtlichen Borschriften in Kraft bleiben, welche für den Fall der Einholung eines medizinischen oder sonstigen Obergutachtens den administrativen Instanzenzug regeln und z. B. die Angehung der oberen Instanz erst bann zulassen, wenn die betr. Borinstanz ihr Gutachten bereits abgegeben hat.
 - 7. In Betreff ber hauptverhanblung vgl. § 255 Abf. 2.

Ru \$ 84.

- 1. Die in § 70 enthaltenen Borte: "von bem Richter ober ber Staatsanwaltichaft gelabene", ebenso bie Borte: "ans ber Staatstaffe" fehlen hier; eine sachliche Rerichiebens beit liegt inbeg biefer Abweichung nicht zu Grunbe. Bgl. § 219 Ubs. 2, 3.
 - 2. In Betreff ber Gebührenordnung f. § 70 Rote 5.
- 3. Der Ausbrud "Roften" umfaßt hier sowohl bie Koften ber Reise und bes Aufenthalts (§ 70), wie auch biejenigen, welche bem Sachverständigen etwa burch bie hergabe von Stoffen 2c. etwachien. Bgl. Geb.D. § 3.
 - 4. Bgl. GBG. § 166 in Berb. mit Geb.D. § 13.
 - 5. Bgl. noch § 85 Rote 4.

3# \$ 85.

1. Auf bie bier bezeichneten "fachverftanbigen Beugen" find lediglich bie Borfdriften

bes Abschn. 6, nicht diejenigen bes Abschn. 7, anwendbar. Giebt ein sachverständiger Zeuge neben ber Bekundung des Wahrgenommenen auch ein Gutachten ab, so ist er sowohl als Zeuge wie auch als Sachverständiger zu behandeln; vgl. Rote 3 u. Binding S. 117.

- 2. a. Die Mot. jur SiBO. S. 152 sagen, indem fie Diejenigen ju § 379 ber CBO. wortlich wiebergeben, Folgenbes: "Durch ben S wirb außer Zweifel gestellt, bag bie sachverftanbigen Beugen, b. b. bie Beugen, welche vergangene Thatfachen ober Buftanbe befunden follen, beren Bahrnehmung eine besondere Sacktunde voraussett, wahre Zeugen find, daß mithin auf die zum Beweise folder bestrittenen Thatsaden und Buftanbe flattfindende Bernehmung jener Bersonen bie Borfcriften über ben Zeugenbeweis Anwendung finden. Die Bervorhebung bes inneren Unterschiebes, welcher zwischen ben Sachverstänbigen, die als Gehalfen bes Richters ftets aus Thatsachen Schluffe diehen, und ben sachverständigen Zeugen, die eigene Bahrnehmungen bekunden, unleugdar besteht, ift jur Befeitigung vielfacher Streitigkeiten fur angemeffen erachtet." Diefer Ausführung ber Mot. ift bingugufugen: Auf ben in S 85 gebachten Rall find bie Borfchriften über ben Sach: verständigenbeweis aus mehreren Grunden nicht anwendbar. Die sachverftandigen Zeugen find gleich anberen Beugen burch bie Sache felbst gegeben; bie richterliche Auswahl (§ 73) fallt weg, ba biejenigen Personen, welche bie betreffenbe Wahrnehmung gemacht haben, nicht burch solche ersett werben können, von benen biese Bahrnehmung nicht gemacht worden ift. Demzufolge muß bei erfteren bie Pflicht jur Befundung bes Bahrgenommenen in bemfelben Umfange, wie bei Beugen, Plat greifen, und es muffen, um bie Grfullung biefer Pflicht erzwingen zu tonnen, alle bie Magregeln julaffig fein, welche gegen ungehorfame Beugen ftattfinben (SS 50, 69). Es fann aber ferner eine Ablehnung ber fachverftanbigen Beugen burch bie Brogefbetheiligten (§ 74) nicht jugelaffen merben.
- b. Die Anwendbarteit bes S ift nicht auf ben gall beschränft, wenn bie Bahrnehmung ber betr. Thatsachen ober Umstände schon vor bem Beginn bes Strafverfahrens stattgefunden hatte; vielmehr greift die Borschrift auch bann Plat, wenn die Wahrnehmung innerhalb des Strafverfahrens auf Beranlaffung bes Richters, fci es in Berbinbung mit einer gerichtlichen Augen: fceinseinnahme ober ohne eine folde, gemacht worben ift. Infofern bie in berartigen Fallen mahr: genommenen Thatfachen ober Buftanbe fich bei einer fpateren Berbanblung als "vergangene" barftellen und ihre nochmalige Beobachtung ausgeschloffen ift, machen fich alle biejenigen Rudfichten geltenb, welche vorftebenb (a) bervorgehoben finb, und hieraus folgt, bag in vielen Sallen bie: jenigen Bersonen, welche ber Richter als Sachverstänbige zugezogen und mit ber Bornahme einer sachverftänbigen Unterfuchung beauftragt hat, nach bie fer zugleich bie Gigenschaft sachverftanbiger Beugen erlangen (a. D. Glafer I. S. 685 ff., Stenglein S. 223). Es gilt bies insbef. von ben Aerzten, welche bie Leichenöffnung (§ 87) vorgenommen haben; biefelben find in ber haupt: verhandlung nicht blos Sachverständige, sondern hinsichtlich des Sektionsbefundes zugleich fachverftanbige Beugen; fie fonnen nur in ber erfteren, nicht aber in ber letteren Gigenicait abgelehnt werben und würben im Falle bes Ungehorfams auch ben Bestimmungen ber SS 50, 69 unterliegen.
- 3. a. Wird Jemand, sei es in bem oben (Note 1) gebachten Falle ober sonst, so wohl als Zeuge wie auch als Sachverständigen zu leisten; so: MGer. I. 29. Apr 80 (Entsch. I. 402, Ripr. I. 698). Jedoch ist ein Zeuge, ber bei Abgabe seiner Aussage gelegentlich auch ein Urtheil ausspricht, auch wenn basselbe auf einer besonderen Sachtunde beruht, dieserhalb noch nicht nothewendig als Sachverständiger anzusehen, er braucht also nicht neben dem Zeugeneibe noch den Sachverständigeneid zu leisten; dies gilt insbes. von den Angaben über den Werth eines Gegenstandes. Weiter geht das RGer. II. 10. Dez. 80 (Entsch. III. 100, Rspr. II. 624); dort ist angenommen, daß überhaupt der Zeugeneid "den Sachverständigeneid bede", die Ableistung des ersteren also die eibliche Verräftigung eines abgegebenen Gutachtens enthalte, ein Sas, der in dieser Augemeinheit nicht als richtig anzuersennen ist. Ein Sachverständiger einen mallgemeinen geleisteten Eid (§ 79) zugleich nicht blos seine Erklärungen über allgemeine Ersahrungsthatsachen aus dem Ge-

Digitized by GOOGLE

§. 86.

Findet die Sinnahme eines richterlichen Augenscheins statt, so ist im Protokolle ber vorgefundene Sachbestand festzustellen und darüber Auskunft zu geben, welche Spuren oder Merkmale, beren Vorhandensein nach der besonderen Beschaffenheit des Falles vermuthet werden konnte, gefehlt haben.

(L Cutm. \$ 75; II. Cutm. \$ 76; III. Cutm. \$ 77.)

biete der betr. Wissenschaft 2c., sondern auch seine Bekundungen über die von ihm im vorliegenden Kalle bei der sachverftändigen Untersuchung beobachteten Thatsachen und Erscheinungen; somit braucht, ohnerachtet der Borschrift des § 85, ein sachverständiger Zeuge nicht unter allen Umständen den Zeugeneid zu leisten. Wollte man bezüglich der gedachten Bekundungen den Sachverständigeneid für unzureichend halten, so würden die Gerichtsätzte, welche die Leichenöffnung vorgenommen haben, in der Hauptverhandlung stets als Zeugen beeidigt werden müssen, hierdurch aber bei ihnen der Zweck, zu welchem das Geset die allgemeine Beeidigung von Sachverständigen zuläst, versehlt werden. Gl. A. RGer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 153), II. 26. Okt. 80 (Entsch. II. 389, Ripr. II. 393), I. 19. Mai 81 (Entsch. IV. 231). Dagegen genügt der Sachverständigenzeid nicht, wenn der Arzt, welcher den Berletzten untersucht hat und beshalb als Sachverständiger vernommen wird, über die Mittheilungen aussagt, welche ihm von dem Berletzten hinschtlich der Entstehung der Berletzungen z. gemacht worden sind: RGer. I. 23. Dez. 80 (Rspr. II. 665). — Bgl. noch § 82 Rote 2. d.

- b. Ruß Zemand sowohl als Zeuge wie als Sachverständiger beeidigt werden, so ist es statthaft, die beiben Eidesnormen (§§ 61, 79) ju einem Eide zu vereinigen. Gbenso aber ist auch eine getrennte Beeidigung zulässig, und es kann ber eine Theil der Aussage promissorisch, der andere assertischerung deschworen, der eine durch die Eidesleistung, der andere durch eine den Sid vertretende Bersicherung (§§ 66, 79) bekräftigt werden. Bgl. RGer. III. 4. Juni 83 (Entsch. VIII. 359, Rspr. V. 401).
- 4. Gin sachverftanbiger Zeuge, ber nicht jugleich ein Gutachten abgegeben hat, tann auf Ent = ihabigung nur nach Daggabe bes § 70 (nicht bes § 84) Anspruch machen; bie Gebühren=Q. enthält eine besonbere Borschrift in Betreff eines solchen Zeugen nicht.

3u # 86.

- 1. a. Der Begriff bes Augenscheins umfaßt alle eigenen (unmittelbaren) sinnlichen Bahrnehmungen bes Gerichts, sie mogen burch bas Auge ober burch andere Sinnesorgane gemacht werden; vgl. Zacharia II. S. 216, Glafer I. S. 654, John S. 494. Die Einnahme bes Augensichens tann ebensowohl seitens des erkennenden Gerichts, also im Laufe einer Hauptverhandzung, wie seitens eines einzelnen Richters (vgl. unter c.) in einem Termine ersolgen; indes wird in den wenigen, den Augenschein betreffenden Borschriften der StBO. nur der letztere Fall, also berjenige Augenschein behandelt, der von dem Antsrichter im Bordereitungsversahren (vgl. §§ 160, 163, 164, 167), von dem Untersuchungsrichter in der Boruntersuchung (§§ 191, 193) oder von einem beauftragten oder ersuchten Richter (§§ 183, 224, 223) eingenommen wird. Insbes. behandelt auch § 86 nur diesen Augenschein. In Betreff der Augenscheinseinnahme seitens des erkennenden Gerichts s. § 243 Rote 3. § 224 Rote 4; vgl. § 248.
- b. Als Beweisaft ift bie Augenscheinseinnahme burchweg eine richterliche Handlung. Sindet eine Besichtigung durch die Staatsanwaltschaft, durch einen Polizeibeamten oder durch einen von dem Richter beauftragten nichtrichterlichen Beamten statt, so kann diese Maßnahme nur die Information der Staatsanwaltschaft bezw. des Gerichts behufs der Entschließung über die weiteren Untersuchungshandlungen bezweden; auch kann sie allerdings gerade die Folge haben, daß auf Grund ihrer die richterliche Augenscheinseinnahme für überstülssig erachtet wird (vgl. die Noten zu § 188). Mein eine solche Besichtigung stellt eine Augenscheinseinnahme im Sinne der StBC. überhaupt nicht dar; denn während das Ergebniß des außerhalb der Hauptverhandlung eingenom=
 menen richterlichen Augenscheins durch das über diesen ausgenommene Protokoll sestgestellt und regelmäßig durch Berlesung des lehteren zur Kenntniß des erkennenden Gerichts gebracht wird (§ 248),

kann bas über eine nichtrichterliche Besichtigung etwa aufgenommene Protokoll niemals als Beweisstüd bienen. Kommt es in ber hauptverhandlung bem erkennenben Gericht barauf an, bas Erz gebniß einer nichtrichterlichen Besichtigung zu ersahren, so muß ber Beamte, welcher bie lettere vorgenommen hat, nothwendig als Zeuge vernommen werben. Bgl. die Roten zu § 248, Glaser II. S. 363.

- c. Bei ber Ginnahme bes Augenscheins außerhalb ber hauptverhanblung muß außer bem Richter ein Gerichts oreiber mitwirken (SS 166, 185). Mangels bieser Mitwirkung wurde ber hanblung bes Richters bie Bebeutung einer gerichtlichen Augenscheinseinnahme überhaupt nicht beiwohnen. Der Gerichtsschreiber hat an ber Besichtigung ze, in ganz gleicher Beise wie ber Richter Theil zu nehmen, da beibe Gerichtspersonen für die wahrheitsgemäße Aufzeichnung des Befundes einzustehen haben und das Brotofoll die Ratur einer von beiben ausgestellten amtlichen Bezeugung hat. Daher barf eine das Ergebniß bes Augenscheins betreffende Meinungsverschiebenheit ber beiben Gerichtspersonen, wenn eine Berftändigung nicht zu erzielen ist, nicht mit Stillssweigen übergangen, sie muß vielmehr in das Protofoll verzeichnet werden. Die Zuziehung weiterer Urlundspersonen zu dem Augenschein, wie solche in mehreren Landesgesehen vorzgeschrieben war, sindet nach der StPD. nicht statt (vgl. Mot. S. 152).
- d. Die Einnahme bes Augenscheins tann burch bas Gericht allein ober auch unter Ditwirtung von Sachverftänbigen ftattfinden. Eine Besichtigung, welche burch Sachverftändige allein, b. h. ohne Beisein des Richters erfolgt, fällt nicht unter den Begriff bes gerichtlichen Augenscheins; vgl. jedoch Note 3. b.

2. Gegenstand bes Augenscheins tonnen sowohl Dertlichkeiten, unbewegliche und bewegliche Sachen wie auch Bersonen sein, und zwar sowohl biejenigen Bersonen, welche einer strafbaren handlung verbachtig find, wie auch biejenigen, an benen eine folche begangen ift.

- 3. a. Inbem bas Gejet bie Ginnahme bes Augenicheins als ein Mittel jur Erbringung bes Beweifes anertennt und bem Richter bie Befugnig jur Benugung biefes Mittels giebt, begrunbet es fillschweigend auch bie Pflicht zur Dulbung bes Augenscheins, bergeftalt, bag mit beffen Ginnahme nothigenfalls amangsmeife vorgegangen werben barf; gl. A. RGer. II. 11. Juni 86 (Entid. XIV. 189, Ripr. VIII. 454). Giner gefehlichen Befchrantung ift biefe Befugnig bezw. Pflicht nur insofern unterworfen, als ba, mo bie Ginnahme bes Augenscheins jugleich eine Durchfuchung enthält ober ohne eine folche nicht flattfinben kann, biejenigen Boraussebungen vorhanden sein muffen, von benen bie Bulaffigfeit ber Durchfuchung (SS 102, 103) abhangt. Gin Fall folder Art ift insbes, bie Besichtigung bes Rörpers einer Person; in ber zwangsweisen Bornahme ber Befichtigung ift eine Durchsuchung ber Berson enthalten; fo: bas cit. Urth. In biesem ift insbes. die körperliche Besichtigung von Frauenspersonen, und zwar selbst der im Sinne des § 103 unverbächtigen , für statthaft erklärt, (babei übrigens es als felbstverstänblich bezeichnet, baß ber Richter eine bas weibliche Schamgefühl verlegenbe Magregel nur bann, wenn biefe nicht gu umgeben fei, anordnen burfe). Bu ber Beugnifpflicht fieht bie Bflicht, Die forperliche Befichtigung zu bulben, in keiner Beziehung: bass. Lith. — Ueber bas Berhältniß bes Augenscheins zur Durch: fuchung vgl. bef. Bland S. 225, Glafer II. S. 288.
- b. Soweit die Pflicht jur Dulbung bes richterlichen Augenscheins begründet ist, besteht auch die Pflicht zur Dulbung solcher Besichtigungen, welche im Auftrage bes Richters von Sachverftanbigen vorgenommen werden sollen; gl. A. bas cit. Urth. (a). Es können wichtige Rücksichten, so insbes, die des sittlichen Anstandes, die Abwesenheit des Richters bei einer solchen Besichtigung bedingen; hierdurch aber wird an der Pflicht, den Augenschein zu bulben, nichts geandert.
- 4. In welchen Fallen ber richterliche Augenschein einzunehmen sei, darüber giebt die StBD. teine Borschriften; mit dem Wegsall bes ältereren Beweisspstems und ber Einführung bes Grundsabes der freien Beweiswürbigung sind die Bestimmungen, nach welchen bei gewissen Berbrechen, z. B. bei der Brandstiftung, die durch die That hervorgebrachten, sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungen nothwendig durch den Augenschein festgestellt werden mußten, hinfällig geworden; wgl. § 73 Note 2. a. bas bort Gesagte findet auf den Augenschein entsprechende Anwendung.

Digitized by GOOGLE

§. 87.

Die richterliche Leichenschau wird unter Zuziehung eines Arztes, die Leichensöffnung im Beisein des Richters von zwei Aerzten, unter welchen sich ein Gerichtsarzt befinden muß, vorgenommen. Demjenigen Arzte, welcher den Berstorbenen in der dem Tode unmittelbar vorausgegangenen Krankheit behandelt hat, ist die Leichenöffnung nicht zu übertragen. Derselbe kann jedoch aufgefordert werden, der Leichenöffnung anzuwohnen, um aus der Krankheitsgeschichte Ausschlässen.

Die Zuziehung eines Arztes kann bei ber Leichenschau unterbleiben, wenn sie nach bem Ermessen bes Richters entbehrlich ift.

Behufs ber Befichtigung ober Deffnung einer ichon beerdigten Leiche ist ihre Ausgrabung statthaft.

(I. Cutw. \$ 76; II. Cutw. \$ 77; III. Cutm. \$ 78.)

- Diernach ift, abgesehen von ben besonberen Borschriften ber SS 87 ff., die Einnahme bes Augensichens in ber Untersuchung in das Ermessen Berichters, im Borbereitungsversahren in das jenige der Staatsanwaltschaft (vol. die Roten zu S 160), gestellt. Es ift nach Lage bes einzelnen Falles zu beurtheilen, welchen Werth der richterliche Augenschein für die Aufklärung der Sache haben kann und ob es neben den sonst vorhandenen Beweismitteln der Einnahme desselleben bedarf. Auch in der Hauptverhandlung entscheidet über Anträge auf Einnahme des Augenscheins das richterliche Ermessen; das Gericht ist also nicht verpflichtet, einem solchen Antrage zu entsprechen, wenn es die sonstigen Beweismittel als zur Ausklärung des betr. Punktes genügend erachtet: Reer. II. 9. Juli 86 (Entsch. XIV. 276); vgl. III. 28. Sept. 81 (Rspr. III. 544).
- 5. Bezüglich bes Berfahrens bei ber Einnahme bes Augenscheins hat fich bie StBD. auf bie Borfchrift bes § 86 beschränkt, beren Inhalt wesentlich instruktionell und mit Rudficht auf ben 3wed bes Augenscheins eigentlich selbstverftänblich ift. Der Richter wird sich bei ber Abfassung bes Brotokolles zu vergegenwärtigen haben, daß basselbe bestimmt ift, in ber hauptverhandlung, falls eine solche stattsindet, verlesen zu werden (§ 248) und bem erkennenden Gericht ein möglichst treues und klares Bilb bes besichtigten Gegenstandes zu liefern.
- 6. Zur Beranschaulichung des besichtigten Gegenstandes und zur Erläuterung des Protofolles ift erforderlichensalls eine handzeichnung aufzunehmen. Dieselbe bedarf der gleichen unterschriftlichen Beglaubigung wie das Protofoll selbst (§ 186 Abs. 1, § 166) und ist alsdann in Ansehung ihrer weiteren Bennhung als Bestandtheil des Protofolles zu betrachten, also event. in der hauptverhandlung dem erkennenden Gericht und den Geschworenen zur Ansicht vorzulegen. Bgl. § 68 Rote 2 a. E. Auch kann mit der Einnahme des Augenscheins eine photographischen. Bgl. § 68 Rote 2 a. E. Auch kann mit der Einnahme des Augenscheins eine photographischen Gegenstandes verdunden und das ausgenommene Bild demnächst in der vorbezeichenten Beise benuht werden; selbstverständlich liegt es in einem solchen Falle dem Richter ob, für die Feststellung der Ibentität des von ihm besichtigten und des bildlich dargestellten Gegenstandes Sorge zu tragen.
- 7. Ueber bie Berechtigung ber Prozesbetheiligten, ber Augenschinahme beizumohnen, i. S. 167, 191, 224, 223, 409, 425, 437, 466, und über bie Berechtigung bes Beschulbigten, seinerseits Sachverständige juzuziehen: SS 193, 167 Abs. 2.

Zu § 87.

1. Der § hanbelt von bem Berfahren bei ber richterlichen Leichenschau und Leichenöffnung, enthält aber keine Bestimmung barüber, unt er welchen Boraussehungen bie eine ober bie andere biefer Untersuchungshandlungen vorzunehmen sei. Inwiefern es im Falle bes nicht natürzlichen Todes eines Menichen oder bei Auffindung eines unbekannten Leichnams der Leichenschau oder Leichenöffnung bedürfe, um festzustellen, daß der Tod nicht durch eine strafbare Handlung verursacht sei, darüber s. die Noten zu § 157. Was dagegen die andere Frage betrifft, ob im Falle ber Töbtung die Leichenöffnung zur Feststellung der Todesursache nothwendig sei oder ob sie mit Rücksicht auf die sonstige Lage des Beweises unterbleiben dürse, so folgt aus dem Grundsach

ber freien Beweiswürdigung allerdings, daß (auch abgesehen von den Fällen, wo die Leiche zerftört ober bei Seite geschaft ift) die Leichenöffnung nicht mehr einen unerläslichen Bestandtheil des Beweisversahrens bildet; vgl. § 73 Rote 2. a, § 86 Rote 4. Die Todesursache Vonn z. B. ohne Leichenöffnung durch die sonstigen Beweismittel mit völliger Gewißheit sestgesellt werden, wenn bei einem Eisendahnunsall Personen den Tod gesunden haben oder wenn Jemand durch einen Anderen unter den Augen von Zeugen in ein Gewässer gestürzt und sodann todt aus diesem herausgezogen worden ist. Dennoch ist dei Tödtungen als Regel sestzuhalten, daß die Leichenössung stattsinden muß, nicht nur weil, zumal bei wichtigen Straffällen, jede Thatsache in möglichst zu verlässe erwittelt werden muß, sondern schon deshalb, weil vielleicht dasjenige, was dem Staatsanwalt, dem Amtsrichter oder dem Untersuchungsrichter zweisellos erscheint, von dem erkennenden Gericht für nicht zweisellos besunden werden kann und weil die Beränderungen in dem Zustande der Leiche eine spätere Nacholung der Leichenöffnung regelmäßig ausschließen oder doch den Ersolg der letztern beeinträchtigen. Hat eine Wehrzahl von Bersonen durch dasselbe Ereigniß den Tod gesunden, so wird es, je nach Lage des Falles, zulässig sein, die Leichenöffnung auf einige Leichen oder selbst auf eine zu beschränken.

- 2. a. Unter "Leichenschau" versteht die StBD. biejenige gerichtliche Besichtigung einer Leiche, mit welcher eine Deffnung ber letteren nicht verbunden ift; die Mot. S. 152 sprechen von ber "bloken" Leichenschau im Gegensat zur Leichenöffnung. Diejenige außere Besichtigung einer Leiche, welche bei Beginn einer Leichenöffnung nothwendig stattsinden muß, bildet einen Bestandtheil der letteren handlung selbst und muß mithin von den beiben zur Leichenöffnung berufenen Aerzten im Beisein des Richters vorgenommen werden. In Betreff der Zulässigkeit einer Leichens besichtigung durch den Staatsanwalt s. die Noten zu § 157.
- b. Die Zuziehung eines Arztes zu ber Leichenschau bilbet bie Regel; fie barf ause nahmsweise unterbleiben, wenn ber Richter fie für entbehrlich halt, also namentlich bann, wenn bie Tobesart schon mit Sicherheit ermittelt ift und es auf eine sachverständige Besichtigung ber an ber Leiche vorhandenen Berletzungen 2c. nicht weiter ankommt. Uebrigens muß auch im Falle ber Mitwirkung eines Arztes sowohl der Richter wie auch der Gerichtsschreiber an der Besichtigung der Leiche Theil nehmen; benn die Leichenschau stellt auch in diesem Falle eine gericht liche Augenscheinseinnahme dar, und § 87 erfordert bei ihr nicht, wie bei der Leichenöffnung, blos das "Leisein" des Richters; vgl. § 86 Note 1.c.]
- c. Der zugezogene Arzt hat zwar bas Protofoll mit zu unterschreiben; einer formlichen Bernehmung besselben bebarf es jeboch nur, wenn eine besondere Beranlassungfhierzuseintritt, wie insbes. bann, wenn über bie Ergebnisse ber Besichtigung eine Meinungsverschiebenheit unter ben mitwirkenben Bersonen besteht.
- 3. a. Bezüglich ber Leichenöffnung weicht § 87 von bem Grundfat bes § 73 ab, inbem er bie Zuziehung zweier Aerzte unbedingt vorschreibt. In Betreff ber Bernehmung berfelben in ber Hauptverhandlung vgl. jedoch die Noten zu § 248. Beim Berbacht einer Bergiftung kann auch ein Chemiter (vgl. § 91) schon zur Leichenöffnung zugezogen werben.
- b. Bei ber Leichenöffnung ift nur bas "Beisein" bes Richters und bes Gericht seichreibers (vgl. § 86 Rote 1.0) erforderlich; an ber Besichtigung ber Leiche brauchen bie Gerichtspersonen sich nicht zu betheiligen, und zwar selbst bann nicht, wenn eine Leichenschau (Rote 2.2) nicht vorangegaugen war.
- c. Ueber bas von ben Aerzten zu beobachtenbe Berfahren und barüber, wie bie ärzteliche Arbeit unter sie zu vertheilen sei, hat die StBO. (von den §§ 89, 90 abgesehen) keine Besstimmungen getrossen; es bleiben also die hierauf bezüglichen landesrechtlichen Rormen, welche meistens in reglementären Erlassen der obersten Webizinalbehörden enthalten sind, in Kraft; vgl. EG. § 6 Rote 3. d. Hür Preußen s. d. Begulativ v. 6. 3an. 1875 (IMBI. S. 75 ff.);
- d. Die Erflarungen ber Merzte fiber ben Befunb (bas Ergebniß ber Leichenöffnung ein: folieflich ber außeren Befichtigung), sowie ihr Gutachten, geeignetenfalls auch eine turge Be-

vgl. auch Berf. bes Min. ber geiftl. 2c. Angel. v. 22. Marg 1881 (3MBl. S. 86).

gründung beffelben, find in das Protofoll aufzunehmen. Ob von den Aerzten bemnächft noch bie Einreichung eines mit Gründen versebenen schriftlichen Gutachtens (§ 82) zu erfordern sei, unterliegt bem Ermessen des Richters, im Borbereitungsversahren dem Ermessen der Staats-anwaltschaft; übrigens wird sich die Einholung eines solchen Gutachtens in allen Fällen empfehlen, in benen das Ergebniß der Leichenöffnung nicht von der Art ist, daß die Einstellung des Bersiahrens zweisellos erscheint.

4. a. Der S beschränkt 'bas Bahlrecht bes Richters (§ 73 Abs. 1) hinsichtlich ber jugusziehenden Aerzt e. — Den zur Leichenschau zuzuziehenden Arzt sowie ben zweiten Arzt bei ber Leichenöffnung kann ber Richter beliebig auswählen, sofern nicht landesrechtliche Einrichtungen bestehen, nach welchen bestimmte Aerzte zu ben gebachten Funktionen berufen sind (§ 73 Abs. 2); vgl. EG. § 6 Note 4. c). — Die Berwandtichaft zc. eines Arztes mit dem Richter ober ber beiben Aerzte unter einander ift kein hinderniß der Zuziehung; vgl. jedoch § 74 Note. 3.

b. Unter bem "Gerichtsarzt" versteht bie StBO. benjenigen Arzt, welcher zur Bahrnehmung ber in Untersuchungen und anderen gerichtlichen Angelegenheiten vorkommenden ärztlichen Geschäfte ein für allemal bestellt ist. Seine nähere Bestimmung erhält ber Begriff bes
Gerichtsarztes durch die landesrechtlichen Einrichtungen; insbes. entscheidet das Landesrecht darüber,
ob die Funktion des Gerichtsarztes in einem bestimmten Staats Medizinalamte von selbst ents
halten ift (vgl. EG. § 6 Note 4. c). — In Praußen gehört die Bahrnehmung der gerichtsärzts
lichen Funktionen zu dem amtlichen Beruse des Kreisphysikus.

- c. Durch die Borte: "unter welchen sich ein Gerichtsarzt befinden nuß" wird die Zuziehung eines andern Arztes zur Bertretung des Gerichtsarztes nicht ausgeschlossen, wenn der lettere an der Ausübung seiner Funktion verhindert (vgl. 3. B. Rote 5) und seine Ersetung durch einen anderen Gerichtsarzt wegen der Dringlickseit des Falles oder aus einem sonstigen Grunde unmöglich ist (a. M. Palde S. 65; vgl. John S. 729, Glaser I. S. 717). Für Preußen vgl. die Berf. des Min. der geistl. 2c. Angel. v. 14. Mai u. 30. Juni 80 (MBl. d. i. B. S. 134, 200); danach kann zur Bertretung des verhinderten Kreisphysikus ein pro physicatu geprüfter Arzt zugezogen werden, wenn der geordnete Stellvertreter des ersteren, der Kreiswundzarzt, nicht pro phys. geprüft oder wenn er gleichsalls verhindert ist; ebenso kann aber auch die Zuzichung des Kreisphysikus eines benachbarten Bezirkes ersolgen.
- 5. a. Derjenige Arzt, welcher ben Berftorbenen behanbelt hat, ift von ber Mitwirfung bei ber Leichenöffnung fraft Gesets ausgeschlossen; seine Mitwirfung wurbe ber Leichenöffnung bie Bebeutung einer gultigen Untersuchungshandlung entziehen. Somit wird sich ber Richter vor Beginn ber Leichenöffnung barüber zu vergewissen haben, baß ber Fall ber Aussichließung bei keinem ber beiden Arzte vorliegt. Haben mehrere Aerzte ben Berftorbenen in der iraglichen Krantheit behanbelt, so ist jeder von ihnen ausgeschlossen. Uebrigens erstreckt sich bie Ausschließung eben nur auf die Bornahme ber Leichen öffnung; von ber Mitwirkung bei ber bloßen Leichenschau (Note 2. a) ist der behandelnde Arzt nicht ausgeschlossen; auch wurde es nicht unftatthaft sein, ihn hinsichtlich des Ergebnisses der Leichenöffnung als Sachverständigen neben ben belben andern Aerzten zu vernehmen (vgl. unter c).
- b. Die Ausbrüde "Krantheit" und "behanbelt" find im weitesten Sinne zu verstehen, so baß der erstere auch die äußeren Berlehungen, der letztere jede Art ärztlicher Hülfeleistung umiaßt; das Gesetz geht davon aus, daß die vorgängige ärztliche Thätigkeit die Unbefangenheit des
 Arztes möglicherweise beeinträchtigen könne. Die Behandlung muß aber in der dem Tode "uns
 mittelbar vorausgegangenen", also in einer Krantheit stattgesunden haben, an welcher der
 Berstorbene dis zum Tode oder doch die furz vor demselben gelitten hat. Gin ursachlicher Zus
 sammenhang zwischen der Krantheit und dem Tode oder zwischen der strasbaren handlung und
 der Krantheit wird nicht ersordert; auch würde ein solcher regelmäßig eben erst durch die Leichenöffnung selbst mit Sicherheit sestzustellen sein. A. M. John S. 730.
- c. Der behandelnbe Arzt tann "aufgeforbert" werben, ber Leichenöffnung "angus wohnen", nm "Aufschluffe" zu geben; bie Unbestimmtheit bieser Ausbrude tann Zweifel über bie Rolle anregen, bie bas Gefet bem Arzt zuweift. Derfelbe ift als sachverftanbiger Zeuge anzu-

Digitized by GOOGLE

§. 88.

Vor ber Leichenöffnung ift, wenn nicht besondere hindernisse entgegenstehen, die Persönlichkeit des Verstorbenen, insbesondere durch Befragung von Personen, welche den Verstorbenen gekannt haben, sestzustellen. Ift ein Beschuldigter vorshanden, so ist ihm die Leiche zur Anerkennung vorzuzeigen.

(L. Entw. \$ 77; II. Entw. \$ 78; III. Entw. \$ 79.)

§. 89.

Die Leichenöffnung muß sich, soweit ber Zustand ber Leiche bies gestattet, stets auf die Deffnung ber Kopf-, Brust- und Bauchhöhle erstreden.

(I. Cutm. \$ 78; II. Cutm. \$ 79; III. Cutm. \$ 80.)

sehen. Insbes. gilt dies hinsichtlich ber Pflicht zum Erscheinen; benn, da es an sich unzweiselhaft bem Richter nicht verwehrt ift, ben behandelnden Arzt als Zeugen (wie auch als Sachverständigen) zu vernehmen, so muß es ihm auch zustehen, benselben behus ber Bernehmung an dem Ort ber Leichenöffnung zu laden; vgl. § 50 Rote 2, §§ 51—54 Rote 4. b. Gl. A. Dalde S. 65, Puchelt S. 192, Stenglein S. 226; a. M. Keller S. 94. — Sonach steht bem betr. Arzt auch ber im § 70 bestimmte Entschäugungsanspruch zu; vgl. § 85 Rote 4.

- 6. Mit ber Leichenschau ober ber Leichenöffnung wirb meiftens eine Besichtigung bes Ortes, wo man bie Leiche gefunden, und ber an berselben ober in ihrer Umgebung befindlich gewesenen Gegen ft an be zu verbinden fein. An fich handelt es fich hier um eine von ber Leichenschau selbst verschiebene Beaugenscheinigung; indeg tann auch bei biefer eine Mitwirtung ber Aerzte von Ruben fein.
- 7. Soweit nicht § 87 etwas Abweichenbes vorschreibt (vgl. Rote 3. b), findet auch auf die Leichenschung nab für die Einnahme bes Augen zicheins im Allgemeinen gilt; vgl. insbes. § 86 Rote 7. Desgleichen finden mit derselben Maßgabe auf die Aerzte alle Bestimmungen Anwendung, welche für die Sachverständigen im Allgemeinen gegeben sind; insbes. ist auch der Gerichtsarzt, selbst wenn er als solcher Staatsbeamter ist, verpflichtet, die Richtigkeit seiner Aussage und seines Gutachtens eidlich zu befräftigen (§ 79 Abs. 1 bezw. 2). Uedrigens bedarf es der Beeidigung der Aerzte regelmäßig erst in der Hauptverhandlung (§ 79 Rote 2). Bgl. ferner § 85 Rote 2. b, 3. a.
- 8. In Betreff ber Buftanbigfeit ber Militargerichte für eine Leichenschau ober Leichen: offnung f. EG. jum GBG. § 7 Rote 3. c.
- 9. In Betreff bes Berfahrens bei Töbtungen auf Schiffen f. Seemannsorbnung § 102 (unten in Abih, III).
- 34 § 88.

 1. Daß in ben Fällen, wo bas Auffinden einer Leiche ober ber Tob eines Menschen gerichtliche Beweiserhebungen veranlaßt, der Richter auch die Aufgabe hat, die Perfönlichteit des
 Berftorbenen festzustellen, versteht sich von sethst; der § 88 will nur die (instruktionelle und
 eigentlich auch selbstverftändliche) Bestimmung geben, daß die Persönlichkeit wenn möglich festzustellen ist, bevor mit der Leiche Beränderungen vorgenommen werden. Ist der Berstorbene
 ben Gerichtspersonen selbst genau bekannt, so bedarf es der Abhörung von Biedererkennungszeugen
 überhaupt nicht; andernfalls aber sind dieselben, gleich anderen Zeugen, zu vernehmen; unter
 ber "Befragung" kann nichts Anderes als eine förmliche Beruchmung verstanden werden.
- 2. Auch für die Borzeigung an ben Beschulbigten gelten die Worte bes ersten Sates: "wenn nicht besondere hindernisse entgegenstehen"; ein unbedingtes Gebot kann in Sat 2 schon im hindlick auf den Fall, daß der Beschuldigte flüchtig ift, nicht gesunden werden (a. D. nur Puchelt S. 194). Somit ist es auch nicht nöthig, einen verhafteten Beschuldigten an den Ort der Leichenöffnung zu transportiren, wenn dieser Transport mit Schwierigkeiten verknüpst oder ein Entweichen des Beschuldigten zu besorgen sein wurde 2c. In Betress des Anspruchs des Beschuldigten auf Anwesenheit bei der Leichenöffnung s. § 191 Abs. 1, Abs. 4, § 167.
 - 3. Bgl. bie Roten ju § 157.

Zu 🖁 89.

1. Der Umftanb, bag bie Aergte icon bei Deffnung ber einen Boble bie Cobesurfache er-

§. 90.

Bei Deffnung ber Leiche eines neugeborenen Kindes ift die Untersuchung insbesondere auch darauf zu richten, ob dasselbe nach ober mährend der Geburt gelebt habe, und ob es reif ober wenigstens fähig gewesen sei, das Leben außerhalb des Mutterleibes fortzusehen.

(I. Cutm. \$ 79; II. Cutm. \$ 80; III. Cutm. \$ 81.)

§. 91.

Liegt ber Berbacht einer Bergiftung vor, so ist die Untersuchung ber in ber Leiche ober sonst gefundenen verdächtigen Stoffe durch einen Chemiker ober durch eine für solche Untersuchungen bestehende Kachbehörde vorzunehmen.

Der Richter kann anordnen, baß biese Untersuchung unter Mitwirkung ober Leitung eines Arztes stattzufinden habe.

(J. Catw. # 80; II. Cutw. # 81; III. Cutw. # 82.)

§. 92.

Bei Münzverbrechen und Münzvergeben find bie Münzen ober Papiere er-

mittelt zu haben meinen, soll sie von ber Berpflichtung zur Deffnung ber übrigen höhlen nicht entbinden, weil ein zuverlässiges Urtheil über die Tobesursache in der Regel erst nach Deffnung der drei Haupthöhlen abgegeben werden kann und die Möglichkeit besteht, daß die Richtigkeit der nach Deffnung der einen höhle gewonnenen Ansicht durch das Ergebniß der ferenern Untersuchung wieder in Frage gestellt wird.

2. 3m Uebrigen f. § 87 Rote 3. c.

Bu # 90.

1. Die Borfchrift ift instruktionell und ihre Fassung in sofern ungenau, als die Untersuchung nicht "auch", sondern vor allem Anderen barauf zu richten ift, ob das Rind nach ober während ber Geburt gelebt habe. — Im Uedrigen andert die Bestimmung selbstverständlich nichts an dem Begriffe und bem gesehlichen Thatbestande ber Kindestödtung (StGB. § 217).

Ru # 91.

- 1. Der Berbacht einer Töbtung ober eines Töbtungsversuches ift hier nicht nothwendig vorsausgesetzt; die Bestimmung ("ober sonst") gilt für alle Fälle einer Bergiftung (vgl. StBB. § 229, 230, 324), und sie ift vermöge der allgemeinen Borschrift des § 73 (vgl. bort Note 2. a) selbst da anwendbar, wo es, ohne daß der Berdacht einer Bergistung vorliegt, auf die Ermittelung ansommt, ob ein gewisser Stoff als Gift anzusehen sei (vgl. StBB. § 367 Rr. 3, 5).
- 2. Der Richter kann bie Untersuchung auch durch mehrere Chemiker vornehmen laffen und die Mitwirkung mehrerer Aerzte anordnen (§ 73). Der mitwirkende Arzt braucht nicht nothwendig ein Gerichtsarzt oder einer berjenigen Aerzte zu sein, welche die vorangegangene Leichensöffnung ausgeführt haben. In Betreff ber Anwesenheit bes Richters selbst und ber Leitung ber Untersuchung durch ihn f. § 78.

3. In Betreff ber Fachbehörben vgl. S 83 Rote 5.

4. Es ift bei Gemischen Untersuchungen eine wichtige Aufgabe bes Richters, für bie Festnellung ber 3 bentität bes untersuchten und bes als verbächtig in Beschlag genommenen Stoffes,
sowie serner basur Sorge zu tragen, baß behus ber Ermöglichung einer nochmaligen Untersuchung
ein Theil bes verbächtigen Stoffes von ber Untersuchung ausgeschlossen und in unverandertem Zustande erhalten werbe. Die Aufnahme besonderer Borschriften hierüber, wie solche in den früheren Landesgesehen enthalten waren, ist für entbehrlich erachtet worden.

Bu # 92.

^{1. - &}quot;Müngverbrechen und Mungvergeben" - hieruber f. SteB. SS 146-152, insbef. § 149.

forderlichenfalls berjenigen Behörde vorzulegen, von welcher echte Münzen oder Bapiere dieser Art in Umlauf gesetzt werden. Das Gutachten bieser Behörde ist über die Unechtheit oder Berfälschung sowie darüber einzuholen, in welcher Art die Fälschung muthmaßlich begangen worden sei.

handelt es fich um ausländische Münzen ober Papiere, fo tann an Stelle bes Gutachtens ber ausländischen Behörbe basjenige einer beutschen erforbert werben.

(L. Cutu. \$ 81; IL. Cutu. \$ 82; III. Cutu. \$ 83.)

§. 93.

Bur Ermittelung ber Schtheit ober Unechtheit eines Schriftstuds, sowie zur Ermittelung bes Urhebers besselben kann eine Schriftvergleichung unter Zuziehung von Sachverständigen vorgenommen werden.

(I. Entm. § 82; II. Entm. § 83; III. Entm. § 84.)

- 2. Die Bestimmung ift nur instruttionell ("erforberlichenfalls"); inbeß burfte bie Erflarung ber betr. Behörbe in allen Fällen einzuholen fein, in benen nicht ichon ber bloge Augenschein bie Unechtheit ober Berfällchung mit Sicherheit erfennen lagt. Bgl. § 83 Rote 5.
- 3. Hanbelt es sich um ein von einer Korporation ober Gesellschaft ausgegebenes Bapier (vgl. StBB. § 149), so ist es im Borversahren unbebenklich zulässig, von bem betr. Borstande ein schriftliches Gutachten einzuholen, auch wenn berselbe nicht als "Behörbe" anzusehen ift. In biesem Falle ist jedoch eine Berlesung bes Gutachtens in ber Hauptverhandlung (§ 255) unstatthaft.
- 4. Abf. 2 bezwedt bie Bermeibung ber Beiterungen, welche burch bie Korrespondeng mit auslänbischen Behorben zu entsteben pflegen.
- 5. Ueber die Behandlung der bei Reichs. oder Landeskassen eingehenden gefälschen Reichs. munzen 2c. sind verschiedene reglementare Anordnungen ergangen. Bgl. in Betreff der Reichs. munzen: Bet. v. 9. Mai 1876 (R.Centr.Bl. S. 260, preuß. JWBl. S. 114); in Betreff der Reichskassensiene: Bbn. v. 6. Juni 1876 (Reichsanz. Nr. 234, preuß. JWBl. S. 119; in Betreff der Reichsbanknoten: Bbn. v. 20. März 1877 (preuß. JWBl. S. 54).

Ru & 98.

- 1. Die Zulässigkeit ber Schriftvergleichung ift nicht an besonbere Bebingungen geknüpft; biefes Beweismittel ift mithin auch ba flatthaft, wo nur bie Echtheit ober Unechtheit einer Unterschrift bewiesen werben soll. Auch greift ein Unterschieb zwischen Schriftstuden, welche muthmaßlich von bem Beschulbigten, unb solchen, welche muthmaßlich von einem Anberen herrühren, nicht Blat.
- 2. Da bie Fähigfeit, Sanbidriften zu beurtheilen, nicht auf einer besonberen Fachbilbung, vielmehr auf einer, bas häufige Lesen frember hanbschiften mit sich bringenden Beschäftigung und ber hierin enthaltenen Uebung im Bergleichen von Schriftigigen beruht, so tann die Schriftverzgleichung stets von dem Gericht selbst vorgenommen werden. Db es nöthig ober zwednuckig sei, Schriftver ständige zuzugiehen, unterliegt bem richterlichen Ermessen. Die Zuziehung solcher wird sich namentlich in schwurgerichtlichen und schöffengerichtlichen Strafsachen empfehlen, da die vorgedachte Uebung bei den Geschworenen und Schöffen im Allgemeinen nicht vorausgeseht werden kann. Auch sonft kann es für die hauptverhandlung förderlich sein, wenn alle sur die Entscheidung wesentlichen Ergebnisse der Schriftvergleichung im Zusammenhauge dargelegt werden.
- 3. Rach ben meiften ber früheren Landesgesetze war es bem Richter ausbrucklich gestattet, ben Beschulbigten jum Rieberschreiben einiger Sate ober Borte auszusorbern, wenn es barauf ankam, ein unzweifelhaft von ber hand besselben herrührendes Schriftstud als Bergleichungsftud zu beschaffen. Auch nach ber StBD. ift ein solches Bersahren statthaft. Zeboch sindet ein Zwang zum Schreiben gegen ben Beschulbigten nicht statt: RGer. IV. 25. Febr. 87 (Entsch. XV. 319). Andererseits ist aber auch bas Gericht nicht genöthigt, auf den Antrag des Beschulbigten,

Achter Abschnitt.

Beichlagnahme und Durchindung.

§. 94.

Gegenstände, welche als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder ber Sinziehung unterliegen, find in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicher zu stellen.

ihn etwas als Schriftprobe nieberschreiben zu lassen, einzugehen; vielmehr kann auch jedes anbere, unzweiselhaft von der hand desselben herrührende Schristftück zur Bergleichung benutt werden: dass. Urth.

Rum Achten Abichnitt.

- 1. a. Der Abichn. handelt von ber jum 3 mede ber Strafverfolgung ftattfinbenden Besichtagnahme bestimmter Gegenuanbe. Eine von biefer Untersuchungshandlung verschiebene Rafregel ift die Beschlagnahme eines Bermögens ober Bermögenstheiles; hierüber f. SS 325, 326, 332—336, 480; vgl. auch Ston. SS 93, 140. Auf polizeiliche Beschlagnahmen pravenstiver Ratur sinden die Bestimmungen dieses Absch. nicht Anwendung: Res. II. 23. Oft. 83 (Entsch. IX. 121, Ript. V. 637), I. 16. Nov. 85, (Entsch. XIII. 44, Ript. VII. 668).
- b. Die Beichlagnahme und Durchsuchung ift auch in bem ehrengerichtlichen Berfahren gegen Rechtsanwälte zuläsig: Roer. II. 13. Juni 84 (Entich. K. 425, Ripr. VI. 426).
- 2. Ueber die Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und über Durchsuchungen bestehen noch verschiebene Spezialbestimmungen außerhalb der StPD. Bgl. insbes. a) über die Beschlagsnahme von Druckschriften: Bresz-Ges. v. 7. Mai 1874 SS 23 ff. (unten in Abth. III); b) über die Beschlagnahme und Durchsuchung auf Schiffen: Seemannbordnung S 103 Abs. 1 (ebenda). c) Ueber Beschlagnahmen und Durchsuchungen bei Zolls und Steuerbelikten enthalten die Zolls und Steuergesehe besondere Borschriften; die lehteren sind von der Einsührung der StPD. underührt geblieden, gleichviel ob jene Gesehe Reichs oder Landesgesehe sind; vogl. EG. S 5, S 6 Rr. 3 und Note 12. a das.
- 3. Der Abschn. umsaßt alle Bestimmungen, welche bie herbeischaf fung ber als Beweissmittel i. w. S. bienenben ober ber Einziehung unterliegenden Gegenstände betreffen; hauptsächlich handelt er von der Beschlagnahme. Bon den Mitteln zur Ausstührung einer solchen werden dei besonders hervorgehoben und geregelt: der Zwang zur herausgabe (§ 95 Abs. 2), die Durchsuchung (§§ 102-110) und das an eine Behörde gerichtete Ersuchen um Auslieserung (§§ 96, 99-101). Daß in der Ueberschrift des Abschn. die Durchsuchung besonders erwähnt worden ift, beruht darauf, daß diese Maßregel nicht aussichließlich ein Mittel zur Ausstührung von Besschlagnahmen ist, sondern als Mittel zur Ergreifung des Beschuldigten (vgl. §§ 102-104) noch eine weiter gehende Bedeutung bat.
- 4. Ueber die Anordnung bes Stoffes innerhalb bes Abschn. ist zu bemerken: Der letze beginnt mit einer allgemeinen Bestimmung über die Sicherstellung und die Beschlagnahme von Beweisstüden zc. (§ 94); alsdann folgt eine Borschrift über die Psticht zur Perausgabe von Beweisstüden (§ 95). In den SS 96, 97 werden die der Beschlagnahme entzogenen Gegenstände bestimmt. S 98 behandelt die Zuständigkeit zur Beschlagnahme. In den SS 99—101 sind besondere Borschiften über die Beschlagnahme von Postsendungen und von Telegrammen gegeben. Es solgen sodann die Borschiften über die Durchsuchung (SS 102—110). Den Schluß bildet eine Bestimmung über die Rüdgabe der dem Berletzen durch die Strafthat entzogenen Gegenstände (§ 111).

3u § 94.

1. Rach bem Entw. follte es ber Beichlagnahme bedürfen: wenn burch bie Berwahrung ac. "bas Berfügungsrecht einer Berfon beeinträchtigt" ober wenn ber Berwahrung widersprochen wirb. Die Rot. S. 153 fagten: "Unter Beschlagnahme versteht ber Entw. bie ausbrudliche, regels

Befinden sich die Gegenstände in dem Gewahrsam einer Person und werden bieselben nicht freiwillig herausgegeben, so bedarf es der Beschlagnahme.

(I. Cutw. § 88; IL. Cutw. § 84; III. Cutw. § 85.)

mäßig nur bem Richter zufiehenbe Anorbnung, bag ein Gegenftand in amtliche Bermahrung ju nehmen ober fonft ficher ju ftellen fei. Giner folden ausbrudlichen Anordnung foll es nur bann beburfen, wenn burch bie Bermahrung ober Sicherstellung bas Berfugungsrecht Jemanbes beeintrachtigt, ober wenn biefer Dagregel von Jemand wiberfprocen wirb. Gine berartige Begrenzung bes Begriffs ber Beichlagnahme erfcbien erforberlich, um bie richterliche Anordnung ba entbehrlich zu machen, wo bie fragliche Maßregel gar keinen Eingriff in Brivatrechte enthält. Es murbe in gablreichen gallen zu einer gang nuplofen Erfchwerung bes Berfahrens fuhren, wenn man fur eine jebe im Laufe ber Borermittelungen eintretenbe Bermahrung eines Gegenftanbes eine richterliche Anordnung erforbern wollte. Benn g. B. am Orte ber That Die ju beren Berübung gebrauchten Bertzeuge gefunden merben, beren Gigenthumer unbefannt ift und beren Berausgabe Riemand beansprucht, ober wenn fur bie Untersuchung ein an fich werthloses Studchen Bapier von Bebeutung ift, bann liegt tein Grund für bie Rothwendigfeit einer fofortigen richterlicen Anorbnung por; es entipricht vielmehr bem Intereffe bes Berfahrens, wenn bie mit ben Borermittelungen beschäftigte Beborbe jene Gegenstanbe fo lange in ihrer Berwahrung bebalt, bis eine fonstige Beranlassung eintritt, ben Richter mit ber Sache gu befassen." Siergu ift inbeg gu bemerten: Die vorstehend gegebene Bestimmung bes Begriffes ber "Befchlagnahme", wonach unter biefer eine "Unordnung" verftanben werben follte, war icon im Entw. nicht tonfequent feftgebalten, wie namentlich ber § 89 beffelben (jest § 98) ergiebt, mofelbft im Biberfpruch mit jener Begriffsbestimmung von ber "Anordnung von Beichlagnahmen" bie Rebe ift. In Bahrheit verfteht bie StBD. unter Beichlagnahme balb ben thatfaclichen Aft bes In-Beichlagnehmens, balb bie Anorbnung biefes Aftes, und bie Unficherheit und Untlarbeit bes Begriffes ift burch bie Beranberungen noch vermehrt worben, welche bie RER. an ben Borichriften bes § 98 (§ 89 bes Entw.) vorgenommen bat. Das Rabere f. in Rote 1 ju & 98. Bgl. v. Bolbenborff in B.B. I. S. 313 ff., John S. 744 ff., Binbing S. 110.

- 2. Die Borschrift bes § 94 berudfichtigt nur ben Willen bestenigen, ber ben betr. Gegenstand im Gewahrsam hat; giebt ber Inhaber ben Gegenstand freiwillig heraus, so bebarf es ber Beschlagnahme im Sinne bes § 94 nicht, auch wenn ber Inhaber burch bie herausgabe bem Billen bes Eigenthümers ober bes sonstigen Berechtigten entgegenhanbelt; vgl. jedoch § 98 Note 1. Uebrigens wirb eine ausbrückliche Willenserklärung bes Inhabers nicht nothwendig vorausgesett; es genügt seine stillschweigend erklärte Einwilligung zu ber amtlichen Berwahrung bes betr. Gegenstandes.
- 3. Der § 94 fieht, seinem Bortlaut ("herausgegeben") nach, ben Fall nicht vor, wenn zwar ber betr. Gegenstand in bem Gewahrsam bes Inhabers belassen, bem letteren jedoch jede Bersfügung über ihn (Beräußerung, Zerstörung zc.) untersagt wirb. Gleichwohl muß auch eine in bieser Art ersolgende Beschlagnahme für statthaft und rechtlich wirksam (vgl. StBB. § 137) erachtet werben, zumal es Fälle giebt, in benen, wie z. B. bei lebenden Thieren, eine andere Art ber Sicherstellung im Augenblid unmöglich sein kann. Auch bei einer Beschlagnahme bieser Art sind in Ansehung ber Zuftanbigkeit bie Borschriften bes § 98 maßgebend.
- 4. Der Ausbrud "Beweismittel" (genauer: "Beweisstüde") ift hier im weitesten Sinne zu verstehen und umfaßt alle Thatbestands- und Ueberführungsftüde. Insbes. gehören hierher: Schriftstüde, welche ben Gegenstand ber Untersuchung (bas corpus delicti) bilben ober über bie That ober die Thäterschaft Aufschluß geben ober welche bei einer Schriftvergleichung (§ 93) als Bergleichungsstüde bienen sollen; ferner Sachen, welche bem Anschein nach zur Begehung ber That gebient haben ober bienen sollten ober Spuren ber That an sich tragen, ober welche burch bie That hervorgebracht ober verändert ober burch bieselbe erlangt worden sind; ferner Gegensstände, auf beren Wiebererkennung es ankommt und welche baher bei ber Bernehmung von Zeugen vorzulegen sind 2c.

§. 95.

Ber einen Gegenstand ber vorbezeichneten Art in seinem Gewahrsam hat, ist verpflichtet, benfelben auf Erforbern vorzulegen und auszuliefern.

Er kann im Falle ber Weigerung burch bie im §. 69 bestimmten Zwangsmittel hierzu angehalten werben. Gegen Personen, welche zur Verweigerung bes Zeugnisses berechtigt sind, sinden biese Zwangsmittel keine Anwendung.

(I. Entw. § 84; II. Entw. § 85; III. Entw. § 86.)

- 5. Außer ben Beweisstuden sollen biejenigen Gegenstände in Berwahrung genommen 2c. wers ben, auf beren Einziehung in ber vorliegenden Sache voraussichtlich zu erkennen sein wird; es handelt sich hier, soweit biese Gegenstände nicht zugleich als Beweisstude (Note 4) in Betracht tommen, um eine die Bollftredung des Urtheils vorbereitende Maßregel (vgl. übrigens § 108). Belche Gegenstände der Einziehung unterliegen, bestimmt das im Ginzelfalle anzuwendende (Reichssober Landes) Strafgesetz.
- 6. Die Beweisstüde und Einziehungsftüde sind Zubehör ber Aften. Daher hat im Borbertitungsversahren die Staatsanwaltschaft für beren Berwahrung und Sicherstellung Sorge zu tragen. Bei Erhebung ber öffentlichen Klage aber hat dieselbe alle von ihr verwahrten 2c. Gegenstände bem Gericht zur Berfügung zu stellen. In welcher Art die Berwahrung auszusühren sei, beitimmt sich nach den landesrechtlichen Borschriften; vzl. EG. z. GBG. § 2 Note 3. a, EG. zu StBD. § 6 Note 3. b.
- 7. Daß eine Beschlagnahme wieber auf zuheben ift, sobalb bie Nothwendigkeit ihrer ferneren Aufrechterhaltung aufhört, ist als selbstwerständlich betrachtet und beshalb nicht ausbrücklich vorgeschrieben worben. Im Vorbereitungsversahren ist die Staatsanwaltschaft zur Aushebung einer Beschlagnahme auch bann besugt, wenn die letztere von dem Richter angeordnet oder bestätigt (§ 98) war; es folgt dies aus der Besugnis der Staatsanwaltschaft, die Versolgung selbst ohne Zustimmung bes Richters einzustellen; vgl. Note 3 zu Buch 2 Abschn. 2.

3u § 95.

- 1. "einen Gegenstand ber vorbezeichneten Art" b. h. ein Beweisstud ober ein Einziehungsftud (§ 94). Darüber, ob einem Gegenstande die Eigenschaft eines Beweisstuds 2c. beiwohne, entscheibet bas Ermessen ber Behörbe; ber Inhaber barf die herausgabe nicht beshalb verweigern, weil er die gedachte Eigenschaft bes gesuchten Gegenstandes nicht anerkennt.
- 2. Der S behandelt bie Pflicht jur Berausgabe von Beweisstuden ac. und bie Mittel, burd welche bie Erfüllung berselben erzwungen werden tann. Da biefe Bflicht ein positives Thun jum Gegenstande hat, so ist sie in erheblich engere Grenzen eingeschlossen als bie Zulässige feit ber Beschlagnahme überhaupt und bie Pflicht, bie lettere zu bulben. — Dementsprechenb bestimmt fich auch bas Berhaltnig ber in § 95 Abf. 2 vorgesehenen Zwangsmittel zu ben sonstigen Rafregeln, burch welche eine Beichlagnahme jur Ausführung gebracht werben tann. Die Rulässigiseit der Durch such ung und der zwangsweisen Begnahme eines Gegenstandes ist von ber Zulässigfetet ber in § 69 bestimmten Zwangsmittel nicht abhängig; bie Anwenbbarkeit ber erfteren Mahregeln reicht vielmehr weiter als biejenige ber letteren. So kann 3. B. bei bem Bater des Beschulbigten (vgl. § 51) bie Durchsuchung nach einem Beweisstück abgehalten und dieses mangsmeise weggenommen werben; es ist aber nicht statthaft, ben Bater burch bie Mittel bes § 69 zur Herausgabe zu zwingen. — Da, wo sowohl ber Zwang nach § 69 wie auch bie Burchjuchung 2c. statihaft ift, ift jebe biefer Magregeln von ber anberen unabhangig; es ift bem Ermeffen bes Richters und, foweit es im Borbereitungsverfahren auf bie Entichließung ber Staatsanwaltschaft ankommt, bem Ermessen ber letteren überlassen, ob zunächt mit ber einen ober mit ber anderen Maßregel vorzugehen sei; beibe Maßregeln sind nach einander wie auch neben einander zulässig, so daß z. B. die Durchsuchung auch stattfinden kann, während ber Inhaber ber zu burchsuchen Raume sich auf Grund bes § 95 in Zwangshaft befinbet. Theilw. a. D. Binbing Grundr. S. 111 (bei einer ohne Beiteres ausführbaren Beschlagnahme leien bie Zwangsmittel bes \$ 95 nur subsibiare).

§. 96.

Die Borlegung ober Auslieferung von Aften ober anderen in amtlicher Ber-

- 3. a. Die StBD. ftellt bie Pflicht jur herausgabe von Beweisftuden zc. auf gleiche Linie mit ber Beugnifpflicht: bie erftere Pflicht greift alfo nur ba Blat, mo bie lettere beftebt. Somit fann gegen ben Befdulbigten ober Berbächtigen nicht nach § 95 Abf. 2 verfahren werben; vielmehr ift bie Anwenbbarkeit biefer Borfchrift baburch bebingt, bag ber muthmaßliche Inhaber bes gesuchten Gegenstanbes nothigenfalls auch als Beuge vernommen werben fann.
- b. In folgerichtiger Durchführung ber vorbezeichneten Analogie bat bas Befet bie An= wendung ber Zwangsmittel bes § 69 in bemfelben Dage ausgeschloffen, in welchem bei ber betr. Berson bie Befreiung von ber Zeugnifpflicht Blat greifen murbe. Unanwenbbar also find bie gebachten Zwangsmittel gegenüber folden Berfonen, bie ju bem Befdulbigten in einem ber in § 51 bezeichneten Berbaltniffe fieben. Bei ben in § 52 benannten Berfonen fommt es, sofern es fich nicht um ein ber Beschlagnahme überhaupt entzogenes Schriftfind (§ 97) hanbelt. barauf an, ob fie ben betr. Gegenstanb in ihrer burch jenen S bezeichneten Berufseig en ich aft erhalten haben ober nicht; ist dies der Hall, so ist § 69 nicht anwendbar; vgl. § 52 Note 2, § 55 Sat 3. B. Jemand eine von ihm gefälschte Urfunde feinem Anwalt übergeben, fo finben gegen letzteren bie Zwangsmittel bes § 69 nicht statt, obwohl bie Durchsuchung nach ber Urkunde und bie Beschlagnahme auch bei bem Anwalt flatthaft ift. In Betreff bes \$ 53 vgl. \$ 96 Rote 8. Anlangend enblich ben § 54, so ericheint auch er auf bie herausgabepflicht analog anwenbbar: es murben bie Zwangsmittel bes § 69 ausgeschloffen fein, wenn ber Inhaber bes Gegenftanbes glaubhaft machte, daß er durch herausgabe beffelben fich felbst ober einen naben Angehörigen 2c. ber Gefahr ber Strafverfolgung aussetzen murbe; ein Rall biefer Art wird freilich nicht leicht portommen fonnen.
- 4. Die Anwendung ber Zwangsmittel bes § 69 fest weiter voraus, bag bas Erforbern auf einen individuell bestimmten Wegen ftand gerichtet ift, fowie ferner: bag ber bie Berausgabe Berweigernbe ausbrudlich ober boch fillichweigenb jugeftanben bat, ben gesuchten Gegenftand in feinem Gemahrsam ju haben. Gegen ben ben Gemahrsam Leugnenden tann, felbit menn feine Erflarung unglaubmurbig ericeint, nicht nach § 69 verfahren, fonbern nur mit ber Durch: fuchung zc. porgegangen werben; es folgt bies baraus, baf bie StBD. einen Ebitionseib nicht kennt, mahrend boch bemjenigen, gegen ben seines Leugnens ohnerachtet mit Zwangsmaßregeln porgegangen merben tonnte, ein Mittel gemahrt fein mußte, bie Annahme, bag er ber Inhaber bes gesuchten Gegenstanbes fei, ju miberlegen. Gl. A. Geper 26. S. 556, John G. 767 ff.; a. M. Buchelt S. 204, Thilo S. 92, Reller S. 99, Dalde S. 68, Boitus Rontr. II. S. 204, Stenglein S. 231. — Auf einen Wiberruf bes ben Gemahrfam betreffenben Augestanbniffes wird freilich nur bann, wenn bie nunmehr vorliegende Erklarung glaubhaft ericeint, Rudficht zu nehmen fein.
- 5. Die Beigerung braucht nicht ausbrudlich ertlart ju fein; es genugt, bag ber Inhaber bes Gegenstanbes ber Aufforberung jur Berausgabe thatfacilich nicht nachkommt.
- 6. Der Ausbrud "Zwangsmittel" begreift, wie auch bie Bahl bes Plurals ertennen läßt, nicht blos bie Zwangshaft (§ 69 Abs. 2), sonbern auch bie Berurtheilung zu Strafe und Roften (Abs. 1) in sich. Gl. A. Reller S. 99, Dochow S. 139, v. Bombard S. 64, John S. 773, Boitus Kontr. II. S. 193, Stenglein S. 231; a. M. Puchelt S. 204, Dalde S. 68, v. Holbenborff in Sh. I. S. 316, Binbing S. 111.
- 7. Die Aufhebung ber Zwangshaft muß, abgefehen von ben in § 69 Abf. 2 bestimmten Aufhebungsgrunben, nicht nur bann erfolgen, wenn ber gesuchte Gegenftanb berausgegeben wirb ober sonst, 3. B. bei einer Durchsuchung, in die Hände ber Behörbe gelangt, sonbern auch bann, wenn glaubhaft gemacht wirb, bag ber Berhaftete nicht mehr in ber Lage ift, ben Gegenftanb berauszugeben, wie j. B. im Falle ber erfolgten Berftorung beffelben.
- 8. Die Berhangung ber julaffigen Dagregeln fteht auch hier nur bem Richter gu. Abf. 3 u. 5 bes § 69 finben gleichfalls Anmenbung.

Bu # 96.

1. Unter "Behörben" find nicht ausschließlich bie Organe ber Reichs- ober ber Staats-

Digitized by GOOGIC

į

wahrung befindlichen Schriftstücken durch Behörden und öffentliche Beamte darf nicht gefordert werden, wenn deren oberste Dienstbehörde erklärt, daß das Bekannt-werden des Inhalts dieser Akten oder Schriftstücke dem Wohle des Reichs oder eines Bundesstaates Nachtheil bereiten würde.

(I. Cutm. § 85; II. Cutm. § 86; III. Cutm. § 87.)

verwaltung zu verstehen; ber § findet vielmehr auch auf die Organe von Gemeinden, Korporationen zc. Anwendung, falls dieselben nach dem Landebrecht zu den öffentlichen Behörden gehören. — Durch die Erwähnung der "öffentlich en Beamten" neben den Behörden will das Gesehnur einen Zweisel hinsichtlich solcher Beamten ausschließen, die für sich allein eine Behörde repräsientien. Im Uebrigen versteht es sich, daß das Ersuchen um Borlegung zc. von Atten und Schriftstüden nur an die Behörde selbst ober an deren Borstand, nicht aber an einen beliebigen Beamten der Behörde gerichtet werden darf, und daß ein Beamter, dem persönlich eine Berfügung über die Atten zc. nicht zusteht, ein an ihn gerichtetes Ersuchen schon des letzteren Umstandes wegen ablehnen müßte. Bgl. § 53 Note 1.

- 2. Die Borschrift berücksichtigt nur das Reichs= und das Staatswohl, nicht aber Brivatinteressen. Daher schließt sie die Beschlagnahme solcher Schriftstüde nicht aus, die Jemand unter der ausdrücklichen Bedingung oder der stillschweigenden Boraussetzung der Geheims baltung bei einer Behörde oder einem Beamten niedergelegt hat; ein in der NER. gestellter Antrag auf Bestellung solcher Schriftstüde von der Beschlagnahme wurde nach ersolgtem Widerspruch jurückgezogen (Prot. S. 92). Sonach sind z. B. die bei einem Notar verwahrten Urkunden und ielbst die bei Gericht niedergelegten Testamente der Beschlagnahme nicht entzogen. Bgl. Keller S. 100.
- 3. Bon ber Borschrift bes § 53 (vgl. bort Note 2—4) weicht biejenige bes § 96 insofern ab, als nach letterer bas Interesse bes Reichse ober Staatsbienstes seitens bes Richters nicht von Amtswegen zu berücksichtigen ist. Die Einholung und Benutung ber Akten 2c. ist schlechthin statthaft, so lange nicht eine von ber betr. obersten Dienstbehörbe abgegebene Erklärung bes im § 96 bezeichneten Inhalts vorliegt. Diese Erklärung event. herbeizuführen, ist Sache ber die Akten verwahrenden Behörbe; bem Richter liegt eine vorgängige Anfrage bei der obersten Dienstbehörbe nicht ob.
- 4. Es ift eine Ertlarung ber "oberften Dienftbeborbe" bes betr. Berwaltungszweiges erforberlich; eine Ertlarung ber junachft vorgesetten Beborbe genugt, fofern biefe nicht zugleich bie
 oberfte ift. nicht.
- 5. Auf Grund der Bestimmung bes § 96 tann selbstverständlich auch ein Theil ber geiorberten Atten von der Borlegung ober Auslieserung abgeschlossen werden. Es wird indes,
 wenn dies geschieht, bas Gericht hiervon in Kenntniß zu seben sein, bamit dasselbe nicht irrthumlich annehme, daß die Atten vollständig mitgetheilt seien.
- 6. Der § 96 behandelt die Vorlegung und Auslieferung von Akten 2c. nur unter dem Gefichspunkt der Geheimhaltung ihres Inhalts. Eine andere Frage ift die: ob da, wo der Fall der Geheimhaltung nicht vorliegt, die ersuchte Behörde überall zur Auslieferung der betr. Urschrift verpflichtet oder ob nicht vielmehr der Richter gehalten ift, sich auf Grund der Erklätung der Behörde: daß eine Bersendung der Betwent Akten oder Urkunden nicht statthaft sei, mit der Ertheilung einer Auskunft aus den Akten oder mit der Uebersendung einer beglaubigten Abschift oder mit der Gestatung der Akteneinssicht 2c. im Antslokal der Behörde zu begnügen. Diese Frage wird durch die StPD. nicht entschieden (vgl. GBG. § 169 u. Note 2 das.). Hier nach sind die Landesregierungen für besugt zu erachten, die Bersendung gewisser Akten und Urkunden, z. B. der Grundbücher oder der Personenstandsregister, zu untersagen (a. M. Puchelt S 205, Stenglein S. 233). Rur hinsichtlich solcher Urkunden, welche selbst Sach bestand für de sind, wie z. B. diesenigen, an denen eine Fälschung begangen ist, muß eine Ausnahme gelten: sie müssen aus Ersordern des Richters in der Urschrift ausgeliesert werden.
 - 7. Auch bie fernere Frage: ob und unter welchen Borausfepungen Behorben und Beamte

Digitized 21 GOOGLE

richterliche Entscheidung nachsuchen. So lange die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist, erfolgt die Entscheidung durch den Amtsrichter, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat.

Ist nach erhobener öffentlicher Klage bie Beschlagnahme burch bie Staatsanwaltschaft ober einen Polizei- ober Sicherheitsbeamten erfolgt, so ist binnen brei Tagen dem Richter von der Beschlagnahme Anzeige zu machen und sind demselben die in Beschlag genommenen Gegenstände zur Verfügung zu stellen.

Beschlagnahmen in militärischen Dienstgebäuben, zu welchen auch Kriegsfahrzeuge gehören, erfolgen burch Ersuchen ber Militärbehörde, und auf Berlangen ber Civilbehörde (Richter, Staatsanwaltschaft) unter beren Mitwirkung. Des Erssuchens ber Militärbehörde bebarf es jedoch nicht, wenn die Beschlagnahme in Räumen vorzunehmen ist, welche in militärischen Dienstgebäuden ausschließlich von Civilpersonen bewohnt werden.

(I. Eutw. § 90; II. Eutw. § 88; III. Cutw. § 89.)

zufteben und eine Ausnahme nur bei obwaltenber Wefahr im Berguge Blat greifen (Abf. 1), und zweiten8: daß eine ohne richterliche Anordnung erfolgte Beschlagnahme regelmäßig der rich: terlichen Beftätigung beburfen foll (20f. 2, 3). Der in biefen Bestimmungen jum Musbrud tommende Grundgebante: bag, abnlich wie bie perfonliche Freiheit, so auch Eigenthum und Befig unter bem Schut bes Richters fteben muffe, ift an fich ein berechtigter, und es muß bier bem Gefet ber Borzug ber Kolgerichtigfeit gegenüber bem Entw. zugestanben werben, welcher lettere bie richterliche Enticheibung über eine außergerichtliche Beichlagnahme nur auf ben Antrag bes von biefer Betroffenen eintreten laffen molte. 3m Gingelnen aber entbebren bie Beftimmungen bes § 98 ber Rlarheit, und insbef. ergiebt fich aus ihnen, bag bie RIR., auf beren Beichluffen ber § in seiner jetzigen Kassung beruht, mit bem Ausbrud "Beschlagnahme" eine bestimmte technische Bebeutung gar nicht mehr verbunben bat. — hinfichtlich bes Erforbernisses ber richterlichen Anordnung verhalt es fich namlich nach § 98 in Berbinbung mit § 94 fo: Birb ein Gegenstand berrentos gefunden ober von bem Inhaber freiwillig an bie Staatsanwalticaft ober einen Bolizeibeamten heraußgegeben, so bebarf es zur Ergreifung unb Berwahrung besselben einer richterlichen Anordnung nicht; benn es liegt bier ein Eingriff in Privatrechte (junachft) nicht vor, und folgeweise auch nicht ber Fall einer Beschlagnahme im Sinne bes \$ 94. Birb bagegen von ber Staatsanwaltschaft 2c. ein Gegenstand ergriffen und in Berwahrung genommen, der sich in Zemandes Gewahrsam befindet und nicht freiwillig herausgegeben wird, so handelt es sich um eine Beschlagnahme im Sinne des § 94, und es muß von bem fie anorbnenben Beamten bie richterliche Bestätigung biefer Dagregel eingeholt werben, fofern einer ber beiben in § 98 Abf. 2 bezeichneten Falle porliegt. britten möglichen Falle einer Beschlagnahme: wenn ber Inhaber zwar ben gesuchten Gegenstanb nicht freiwillig herausgiebt, letterer aber (3. B. bei einer Durchsuchung) gefunden und ergriffen und nunmehr ein ausdrücklicher Wiberspruch gegen bie Berwahrung 2c. nicht erhoben wird, soll es einer von Amtowegen einzuholenben richterlichen Entscheibung nicht bedürfen. Run fagt bas Gefet weiter: "Der Betroffene tann jeberzeit bie richterliche Enticheibung nach: fuchen." Bollte man bei biefer Bestimmung bas Borhanbenfein einer Befchlagnahme im Ginne bes § 94 Abf. 2 als nothwendig vorausseten, fo murbe ihre Anwendbarteit auf ben foeben bezeich: neten Fall, in welchem es ber amtlichen Ginholung ber richterlichen Entscheibung nicht bebari, befdrantt fein; es murbe alfo j. B. bem Inhaber bes in Bermahrung genommenen Gegenftanbes, wenn er biefen zwar freiwillig ber Staatsanwalticaft ausgeliefert, fpater uber bie Rudgabe beffelben erfolglos nachgefucht bat, nicht zustehen, eine richterliche Enticheibung über bie Fortbauer ober Aufhebung ber Bermahrung herbeiguführen. Gine folde Auslegung ber Bestimmung murbe inbeg ber Absicht bes Gefetes nicht entsprechen; es muß vielmehr angenommen werben, bag bie Beftimmung nicht ausschließlich fur bie galle gegeben ift, in benen bie Bermahrung von Anfang

Digitized by GOOGLE

an ben Charafter einer Befchlagnahme gehabt hat. Es ift auch, wenn man ben obenbezeichneten Grundgebanken bes Gefehes im Auge behalt, in ber That nicht abzuseben, warum es barauf allein antommen follte, ob ber Biberipruch gegen bie Bermahrung eines Gegenftanbes im Mugenblid bes Beginnes biefer Dagregel erfolgt; benn, wenn ber Inhaber ben Gegenstanb freiwillig berausgegeben bat, fo enthalt bie Bermahrung zwar anfänglich einen Gingriff in bas Recht beffelben nicht; wohl aber ftellt fie einen folden Gingriff von bem Augenblide an bar, wo ber Inhaber bie Rudgabe bes Gegenftanbes verlangt und gegen bie Fortbauer ber Bermahrung Biberfpruch erhebt. Es mare hiernach burchaus intonsequent, zwifchen bem anfanglichen, gegen ben Beginn ber Bermahrung gerichteten Biberspruche und bem spateren, gegen bie Fortbauer ber Magregel gerichteten einen Unterschieb zu machen. - Rach bemfelben Gesichtspunkt wird ber Fall zu beurtheilen fein, wenn ber Inhaber, ber ben in Bermahrung genommenen Gegenstand freiwillig herausgegeben hat, nicht ber Eigenthumer besselben ift und nunmehr ber lettere geltend macht, daß die Berausgabe gegen feinen Billen geichehen fei, ober wenn ber Gigenthumer aus einem anberen Grunbe ber Fortbauer ber Bermahrung wiberspricht; ebenso auch ber fall, wenn ber Eigenthumer ber berrenlos gefundenen Sache fich melbet und beren Freigabe beantragt. In allen biefen Fallen ift im Borbereitungsverfahren bie Ginholung ber richterlichen Entscheibung für erforberlich gu erachten, wenn bie Staatsanwaltichaft bem Antrage auf Freigabe bes vermahrten Gegenstanbes nicht binnen brei Tagen ftattgeben will, und zwar ohne Unterschieb, ob ber Antrag von bem letten Inhaber ober von einer anderen Berfon gestellt wirb, die ein rechtliches Interesse an der Freigabe geltend macht; jeber, ber ein folches Interesse zu haben behauptet, ift als ein von ber Beschlagnahme "Betroffener" im Ginne bes § 98 angufeben. In ber Unterfuchung (Abf. 3) verfteht es fich von felbft, bag über jeben Antrag auf Freigabe ber Richter ju enticheiben bat. - Die Borichriften ber StBD. find, insoweit fie ben Begriff ber Beschlagnahme und bas Erforberniß richterlider Enticheibung betreffen, wenig angemessen und insbes. viel ju tompligirt; bas Richtige und Ginfachfte mare gemefen: unter Beschlagnahme lebiglich und unterschiebslos ben Att bes In-Beschlagnehmens zu verfteben und fobann zu bestimmen : bag eine außergerichtliche Befchlagnahme nur ftatthaft fei an herrenlos gefundenen ober freiwillig herausgegebenen Sachen, und im Uebrigen nur bei Gefahr im Berzuge, sowie ferner: bag im Borbereitungsverfahren bie richterliche Bestätigung einer außergerichtlichen Befdlagnahme in bem letigebachten Salle fowie bann erforberlich fei, wenn bie Freigabe eines Gegenstanbes beantragt ift und bie Staatsanwalticaft bem Antrage nicht binnen brei Tagen flattgeben will.

b. Der Richter hat in allen Fallen, wie über bie Zulässigfig teit, so auch über bie Roth = wendigfeit und Angemessenheit ber Beschlagnahme und ihrer Fortbauer zu befinden. Dies gilt auch im Borbereitungsverfahren; bas Rabere s. zu § 160 Rote 11.

2. a. Die Borfchriften in Abs. 1—3 finden auch in dem Falle Anwendung, wenn eine Berswahrung bes betr. Gegenstandes junächst nicht eintritt, die Beschlagnahme vielmehr in der Art ersolgt, daß dem Inhaber jede Berfügung über den in seinem Gewahrsam verbleibenden Gegensfand untersagt wird (vgl. § 94 Rote 3).

b. Im Falle einer Berhaftung ober vorläufigen Festnahme geben bie Gegenstände, welche bie zu verhaftende zc. Berson im Augenblide ber Ergreifung bei sich führt, von selbst in ben polizeitichen zc. Gewahrsam über, ohne daß es (hierzu) einer besonderen Beschlagnahme bedarf; in der Besugniß zur Berhaftung oder Festnahme liegt von selbst die Berechtigung, auch jene Gegenstände in Serwahrung zu nehmen, und zwar auch dann, wenn die Person sich der Ergreisung entzieht oder sich der Gegenstände zu entäußern sucht: Mer. II. 20. März 83 (Entsch. VIII. 288, Rspr. V. 194.)

Bu Mbf. 1.

3. Der Ausbrud: "Anorbnung von Beschlagnahmen" ift gemählt, um hervorzuheben, baß nur bie Entscheibung: ob bie Beschlagnahme zu verhängen sei, regelmäßig bem Richter vorsbehalten ift, bagegen bie Ausführung ber Maßregel nicht burch ben Richter zu geschehen braucht. Dem entsprechend ift unter einer gerichtlichen Beschlagnahme biejenige zu verstehen, welche auf einer gerichtlichen Anordnung beruht.

4. Eine "Gefahr im Berzuge" waltet ob, wenn zu besorgen ift, baß ber burch bie Ans

Bu Abf. 2.

- 5. Der Ausbrud "Angehörige" ift hier im weitesten Sinne zu versteben; er umfaßt alfo auch folche Bersonen, welche nicht zu ben in § 51 bezeichneten gehören. Selbstverftanblich ift auch bie Borschrift bes StoB. § 52 hier nicht maßgebenb.
- 6. a. Der Beamte, welcher bie Beschlagnahme angeordnet hat, "foll" binnen brei Tagen bie richterliche Best ätigung nachsuchen. Es ist bies eine Anweisung an ben Beamten; burch eine Richtbesolgung berselben murbe indeß bie Beschlagnahme keineswegs von selbst außer Kraft treten.
- b. Bezüglich ber Fälle, in benen ein Bolizeis ober Sicherheitsbeamter bie Besichlagnahme angeordnet hat, ift die Borichrift nicht bahin zu verstehen, als ob der Beamte nothswendig direkt den Richter angehen mußte. Dem Berhältniß, in welchem, zumal während des Borbereitungsversahrens, die Polizei zu der Staatsanwaltschaft steht, entspricht es vielmehr, daß der Polizeibeamte z. alsbald der Staatsanwaltschaft aft Anzeige erstattet und ihr den in Beschlag genommenen Gegenstand zur Berfügung stellt, und daß demnächst die Staatsanwaltschaft, falls sie nicht alsbald die Beschlagnahme wieder aushebt, die weiteren Schritte bei dem Richter thut. Der Polizeibeamte z. wird daher nur dann direkt den Richter anzugehen haben, wenn dieser leichter erreichdar ist als die Staatsanwaltschaft und die Angehung der letzteren zu einer Bersäumung der Frist sühren würde. Kommt ein derartiger Fall im Bordereitungsversahren vor, so wird der Richter vor seiner Entscheidung die Staatsanwaltschaft zu hören haben, salls dem nicht die Dringslichstet der Sache entgegensteht.
- 7. Die breitägige Frift beginnt nicht ichon mit bem Zeitpunkt ber Anordnung ber Beichlagnahme, sonbern erft mit bemjenigen Zeitpunkt, zu welchem ber thatsachliche Akt bes In-Beschlagnehmens ftattgefunden hat. In ben in Note 2 gedachten Fällen bagegen beginnt sie mit bem Zeitpunkt ber Bekanntmachung ber Anordnung an ben Inhaber bes in Beschlag genommenen Gegenstandes.
- 8. Das Wort "jeberzeit" soll nur besagen: baß ber Antrag bes von ber Beschlagnahme Betroffenen an eine Frift nicht gebunden ift. hat der Richter bereits auf ben Antrag der Staats-anwaltschaft ober eines Polizeibeamten die Beschlagnahme bestätigt und sucht demnächt noch der Betroffene die richterliche Entscheidung nach, so muß aus Anlaß dieses Gesuches der Richter von Neuem Beschluß fassen, da in dem Gesuche zugleich ein Antrag auf Wiederaushehung der bereits bestätigten Beschlagnahme gesunden werden muß. Vor der Entscheidung über das Gesuch hat der Richter regelmäßig die Staatsanwaltschaft mit ihrer Erklärung zu hören; vgl. § 33 u. Note 2 bas.
 - 9. Für bie Erlaffung ber richterlichen Enticheibung ift eine Frift nicht vorgeschrieben.
- 10. Wenn ber Richter im Falle bes Abs. 2 finbet, baß ein genügender Grund zur Berhangung ber Beschlagnahme vorliege, so barf er die Aufhebung ber letteren nicht lediglich beshalb beschließen, weil eine Gefahr im Berzuge nicht obgewaltet und somit ein Anlaß zu außergerichtlicher Beschlagnahme nicht vorgelegen habe.
- 11. Die Bestimmung über bie Buft anbigteit bes Amtsrichters entfpricht ber allgemeinen Rorm bes § 160.

Zu Abs. 3.

12. Nach erfolgter Eröffnung ber Untersuchung find auch folde Gegenstände, die herrenlos gefunden ober von dem Inhaber freiwillig an die Staatsanwaltschaft zc. herausgegeben worden find und an denen somit eine Beschlagnahme im Sinne des § 94 gar nicht stattgefunden hat, dem Richter alsbald zur Versügung zu stellen.

§. 99.

Zulässig ist die Beschlagnahme der an den Beschuldigten gerichteten Briese und Sendungen auf der Post sowie der an ihn gerichteten Telegramme auf den Telegraphen-anstalten; desgleichen ist zulässig an den bezeichneten Orten die Beschlagnahme solcher Briese, Sendungen und Telegramme, in Betreff derer Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß sie von dem Beschuldigten herrühren oder für ihn bestimmt sind und daß ihr Inhalt für die Untersuchung Bedeutung habe.

(L. Enim. § 95; II. Enim. § 89; III. Enim. § 90) Bgl. Konk.-D. § 111.

Bu Abf. 4.

- 13. In Betreff ber "Militairbeborbe" f. § 48 Rote 10. Die Mitmirtung biefer Beborbe it hier theils aus Rlicffichten ber militairischen Disziplin und weil die Beschlagnahme durch die Borgefesten ber betr. Militairperson am leichtesten auszuführen sein wird, theils mit Rücksicht barauf, daß eine Militairperfon bei bem betr. Straffalle als Mitichulbiger betheiligt fein tann, por= geschrieben; vgl. EG. jum GBG. § 7 Rote 5. Uebrigens greift bie Borfdrift auch Blat, wenn von ber Befclagnahme ausichlieglich eine in bem Dienftgebaube wohnenbe Civilperion betroffen wird, fofern nicht ber im Schluffat vorgefebene Fall vorliegt. Anbererfeits wird bie Borfchrift nur auf ben Fall zu beziehen fein, wenn ber thatfachliche Aft bes In:Befchlagnehmens (bie Ergreifung und Begnahme) in einem militairifden Dienftgebaube ober auf einem Rriegsfahrzeuge fattfinden foll, nicht aber auf ben anderen Fall, wenn es fich blos um bie Unterfagung ber Berfügung über einen Gegenftanb (Rote 2) hanbelt: bei ber Buftellung ber biefe Unterfagung ent= haltenben Berfügung bebarf es ber Mitwirfung ber Militairbeborbe nicht, ba bie Buftellung auch außerhalb ber Bohnung bes von ber Anordnung betroffenen mit rechtlicher Birtung flatt= finden fonnte (CBO. § 165) und bas Betreten bes Dienstgebaubes burch ben Bustellungsbeamten für fich allein eine Mitwirkung ber Militairbeborbe nicht nothwendig machen tann (gl. A. Stenglein S. 236). In Betreff ber Bustellungen an Unteroffiziere und Gemeine f. jeboch CBO. § 158.
- 14. Bu ben im Schlugfat gebachten "Civilpersonen" gehören auch bie Givilbeamten ber Militairverwaltung (R.:Militair:Ges. v. 2. Mai 1874 § 38. C, ROBI. S. 56).
- 15. Für Befchlagnahmen, welche bei einer Militairperson (vgl. GEG. § 34 Note 8. a) außer = halb eines Dienftgebäubes ftattfinden sollen, sind besondere Borschriften nicht gegeben; es ift also lediglich nach ben allgemeinen Bestimmungen zu versahren. Daher bedarf es, gleichviel in welchem Range die von ber Beschlagnahme betroffene Militairperson sieht, einer Mitwirkung der Militairbehorbe ober ber Erlassung einer Paritionsordre seitens berselben nicht. Bezüglich ber in § 95 Abs. 2 bezeichneten Magregeln f. bagegen § 69 Abs. 5.

Zu # 99.

- 1. Unter "Beschlagnahme" ift hier bas auf die Sendung 2c. bezügliche Ersuchen bes Richters ober ber Staatsanwaltschaft zu verstehen (a. M. Stenglein S. 237). Im Uebrigen bes darf ber Begriff ber "Beschlagnahme" für Briefe und andere Postsendungen einerseits und für Lelegramme andererseits noch ber naheren Bestimmung.
- a. Bas die Beschlagnahme auf der Bost betrifft, so ist in § 5 des Post-Ges. v. 28. Ott. 1871 (AGBI. S. 347) der Grundsat der Unverletlichseit des Briefgeheimnisses ausgestellt, zugleich jedoch sur Strassachen und Konkurse die Zulässigkeit von Ausnahmen ausgesprochen und die Festsehung derselben der reichsgesetlichen Regelung vordehalten. Für die Strassachen ist diese Regelung durch die §§ 99—101 der StBO. erfolgt; die letzteren gelten gleichmäßig für alle Arten von Postsendung en, ohne daß zwischen Briefen, Karten, Packeten ze. unterschieden wird. Der Fall der Beschlagnahme im Sinne des § 99 liegt nun überall da vor, wo mit einer Postsendung auf Ersuchen des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft irgend etwas gesichehen soll, was entweder in das Briefgeheimniß oder in die postmäßige Beförderung der Sendung eingreist; ein solcher Eingriff kann eben nicht anders als im Wege der in den § 99—101 geregelten Beschlagnahme statischen. Sonach ist eine Beschlagnahme nicht blos in demjenigen Ersuchen enthalten, welches dahin geht: die betr. Sendung an eine Untersuchungss

behorbe auszuliefern, fonbern auch icon in bem Ersuchen: bie Sendung bis auf Beiteres anzuhalten; besgleichen muß bas Ersuchen: eine Sendung behufs ber Besichtigung ihrer außeren Beichaffenheit, ber hanbichrift ber Abreffe zc. bem Richter ober bem Staatsanwalt vorzuzeigen. unter ben Begriff ber Beichlagnahme fubfumirt werben. - Im Uebrigen fallt bas f. g. Brief: geheimniß nicht zusammen mit bem Amtsgeheimniß, zu bessen Bahrung bie Bostbeamten gleich allen anberen öffentlichen Beamten verpflichtet find (gl. A. Stenglein S. 237). bes Briefgeheimniffes ift nur berjenige Inhalt ber Boftfenbungen, von welchem (abgefeben von ben im Boft:Reglement bezeichneten, burch ben Dienftbetrieb felbst bebingten Ausnahmen) auch bie Pofibeamten felbst nicht Renntniß nehmen burfen; somit erstredt fich bas Briefgeheimniß weber auf biejenigen Angaben, welche sich auf ben Abressen ber Senbungen ober fonft auf ben Briefumichlagen 2c. befinden, noch auf bie in unverschloffenen Genbungen, wie 3. B. auf Pofikarten, enthaltenen Mittheilungen (bie Bostbeamten find im Berordnungswege augewiesen, Bostkarten von anstößigem Inhalt zurudzuweisen, also: sie zu lesen). Diese Angaben und Mittheilungen find zwar Gegenstand bes Amtsgeheimnisses; bas lettere aber schließt nur die Ertheilung einer Auskunft an unberufene Bersonen aus. Der Richter und bie Staatsanwaltschaft find sonach befugt, über die von den Bostbeamten amtlich in Erfahrung gebrachten, dem Umtsgeheimniß unterliegenben Thatsachen, also 3. B. über ben Eingang eines Briefes ober ben Inhalt einer Boftfarte, Austunft zu verlangen und von ben bie Bostsenbungen betreffenben Gintragungen in die amtlichen Bücher Kenntniß zu nehmen; ein hierauf bezügliches Ersuchen ift lediglich nach ben allgemeinen Borichriften (vgl. § 96 u. bie Roten baf., § 53 u. Rote 6 baf.), nicht nach ben bie Beschlagnahme behanbelnben SS 99-101 ju beurtheilen. Somit greift binfichtlich ber gebachten Ausfunftsertheis lung ber in § 100 bezeichnete Untericied zwischen bem Gericht und ber Staatsanwaltichaft (vgl. § 159) nicht Plat, und zwar auch bann nicht, wenn es fich um eine erft bevorstehenbe Genbung und somit um eine von ben Bostbeamten erft zu machenbe Bahrnehmung handelt.

b. In Betreff ber Telegramme fagt § 3 ber Telegraphen=Orbnung vom 21. Juni 1872 (RBBl. G. 213): "Die Regierungen werben Sorge tragen, bag bie Mittheilung von Depefchen an Unbefugte verhinbert und bag bas Telegraphengeheimniß in jeber Beziehung auf bas Strengfte gemahrt merbe." Das f. g. Telegraphengeheimniß besteht hiernach nur barin, bag ber Inhalt ber Depefchen "Unbefugten" nicht mitgetheilt wirb; baffelbe fällt alfo mit bem allgemeinen Amtsgebeimniß zusammen und hat mit bem Briefgeheimniß (a) nichts gemein. Um eine Beichlagnahme im Sinne bes 8 99 handelt es fich baber bei Telgrammen nur bann, wenn ein Eingriff in bie Beforberung ber Depefche erfolgt, fei es, bag auf ber Aufgabestation bie Abtelegraphirung ober auf ber Abrefftation bie Bestellung an ben Abressaten inhibirt wirb; bei ber ersteren Station ift bie Uridrift ber Depefche, bei ber letteren bie Ausfertigung berfelben Gegenstand ber Befchlagnahme. - Bas bie bereits beforberten Depefchen betrifft, fo fallt bas Ersuchen um Auslieferung ber in ber Bermahrung ber Telegraphenanstalten verbliebenen Schriftflude, alfo ber Urichrift ber Depefche und ber bei ber Abrefftation befindlichen Aufzeichnung (vgl. § 29 ber Telegr .= D.), lebiglich unter bie allgemeine Borichrift bes § 96; es greift alfo ber in § 100 bezeichnete Unterichieb zwifchen bem Gericht und ber Staatsanwaltichaft nicht Blat. Das Gleiche gilt von bem Ersuchen um Mustunft über ben Juhalt einer Depefche (vgl. § 159).

2. a. Die §§ 99—101 sind nur auf diejenige Beschlagnahme anwenddar, welche auf ber Bost oder der Telegraphenanstalt stattsindet; im Uebrigen sind für die Beschlagnahme von Posisendungen und Telegrammen die allgemeinen Borschriften maßgebend. So lange sich jedoch eine zur Ausgade gelangte Posisendung oder Depesche in den händen des dieselbe bestellenden Beamten (Briesdoten z.) besindet, muß sie als im Gewahrsam der Post z. selbst besindlich ansgesehen werden; vgl. Keller S. 106, Puchelt S. 216, v. Schwarze Erört. S. 108, Stenglein S. 237; a. M. Boitus Kontr. II. S. 218. — Ersolgt die Weiterbesörderung eines Telegrammes durch die Post (Telegr.-D. § 23), so muß dasselbe, so lange es sich auf einer Postanstalt besindet, in jeder Beziehung als Postsendung behandelt werden.

b. hinfichtlich ber Bulaffigfeit ber Befchlagnahme besteht zwischen ber Aufgabestation und ber Abrefftation fein Unterschieb.

- 3. Die Beschlagnahme ift auch in benjenigen Straffachen zulässig, welche eine Uebertretung jum Gegenstande haben; bie REA. hatte bie Ausschließung ber Uebertretungsfälle zwar beschlossen, ben Beschluß jedoch wieder aufgehoben (Prot. S. 102 ff., 847 ff., 15 ff. Sigg. 171). Bgl. übrigens § 100 Sat 1.
- 4. Die Beschlagnahme ist in jeber Lage ber Sache, insbesonbere auch im Borb er eit ungsveriahren, statthaft, wie bies auch aus ber Bahl bes Bortes "Beschulbigter" (vgl. § 155) hervorgeht. Ein Theil ber früheren Landesgesetze hatte bie vorgängige Erlassung eines haft- ober Borführungsbesehls als Ersorberniß aufgestellt.
- 5. In Betreff ber Formulirung ber Boraus setzungen, unter benen bie Beschlagnahme nathaft sein soll, weicht bas Gesetz von bem Entw. ab. Der lettere lautete: "Die Beschlagnahme von Briesen und anderen Sendungen auf ber Post, sowie von Telegrammen auf ben Telegraphenstnitalten ist zulässig, wenn bieselben an ben Beschuldigten gerichtet sind, oder wenn anzunehmen ist, daß sie von ihm herrühren oder für ihn bestimmt seien und daß ihr Inhalt für die Unterzuchung eine Bedeutung habe." Die jetige Fassung der Bestimmung beruht theils auf ben Bezichlüssen der RTR., theils auf benen des Reichstages selbst (Prot. S. 102 si.; Sten. Ber. S. 447 si., 367 si.). Sie unterscheibet schärfer als der Entw. zwischen den an den Beschuldigten selbst adressirten Sendungen 2c. einerseits und benjenigen Sendungen 2c. andererseits, welche entweber muth maßlich für den Beschuldigten bestimmt sind oder muth maßlich von ihm herrühren. Im Einzelnen ist zu bemerken:
- a. In Betreff ber an ben Beschulbigten selbst abressirten Senbungen ftellt bas Geset nicht bas Ersorberniß auf, baß ber Inhalt ber Senbung muthmaßlich für die Untersuchung von Bebeutung sein musse; vielmehr ist die Beschlagnahme bieser Senbungen schlechthin zulässig. Tabei versteht es sich allerdings, daß die Beschlagnahme nur da zu verhängen ist, wo sie im Intersse bes Bersahrens liegt und einen bestimmten Zweck hat; benn die Thatsache, daß Jemand sich in Untersuchung besindet, kann sur sich allein Knlaß sein, die Korrespondenz besselben in Beschlag zu nehmen. Bgl. v. Schwarze Erört. S. 113.
- b. In ben Berhanblungen bes Reichstages (Sten. Ber. G. 450 ff., 969 ff.) finbet fich ausgesprochen, daß nach der in 🖇 99 aufgestellten Unterscheidung die Beschlagnahme einer nicht an den Beschuldigten abressirten Bostsenbung eine Inbivibualisirung, b. b. eine Bezeichnung ber Senbung nach gewiffen individuellen Merkmalen, porausfete. Allein eine wirklich individuelle Bezeichnung erscheint in ber Regel boch erft bann möglich, wenn bie ersuchenbe Behörbe bie aujuhaltenbe Senbung gefeben hat, und ju einer Befichtigung ber Senbung tann biefelbe wieberum nur mittelft ber Beschlagnahme gelangen (vgl. Rote 1. B). Das bie Beschlagnahme enthaltenbe Ersuchen tann bemnach nur babin geben: jebe Senbung anzuhalten, bei welcher gewisse, von ber eifudenden Beborbe angugebenbe Merkmale gutreffen, und nur in biefem Sinne tann bas Erforderniß einer Judividualisirung verstanden werden. Nur darin besteht zwischen dem Beschulbigten und anderen Bersonen ein Unterschieb, daß, mabrend bie an ersteren abressirte Korresponden; ins : gesammt in Beschlag genommen werben bari, es bei ber Beschlagnahme ber an anbere Personen abreifirten Senbungen noch ber Angabe fpezieller Merkmale bebarf, vermöge beren fich bie anguhaltenben Sendungen aus ber übrigen Rorrefponbeng bes Abreffaten ausicheiben laffen; ein ioldes Merkmal tann 3. B. in bem Ort ber Aufgabe ber Senbung ober in ber Uebereinstimmung ber hanbichrift ber Abreise mit ber hanbichrift eines von ber ersuchenben Beborbe vorgelegten anberen Schriftfuds enthalten fein. Ericopfenbe Normen über bas nothwenbige Daß ber Spesialifitung laffen fich nicht aufstellen. Bgl. v. Schwarze Komm. S. 232 u. Erört. S. 115, Puchelt 8. 216, v. Holhenborff in Sh. I. S. 321.
- c. Die Borte: "in Betreff beren Thatsachen vorliegen, aus welchen zu ichließen ift", find von ber ALR. aufgenommen worben, weil bie Borte bes Entw.: "wenn anzunehmen ift", zu unbestimmt und behnbar erschienen (Brot. S. 102 ff.). Dem pflichtmäßigen Ermeffen ber Behörben wird übrigens auch burch bie Fassung bes Gesetzes ein weiter Spielraum gewährt.
- 6. Darüber, ob im einzelnen Falle bie gesetlichen Boraussen ber Beidlagnahme vorliegen, hat nicht bie ersuchte Bofte ober Telegraphenanstalt, sonbern nur bie ersuchen Be-

§. 100.

Bu ber Beschlagnahme (§. 99) ist nur ber Richter, bei Gefahr im Verzug und, wenn die Untersuchung nicht blos eine Uebertretung betrifft, auch die Staats-anwaltschaft befugt. Die lettere muß jedoch ben ihr ausgelieserten Gegenstand sofort, und zwar Briese und andere Postsendungen uneröffnet, dem Richter vorlegen.

Die von der Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme tritt, auch wenn sie eine Auslieferung noch nicht zur Folge gehabt hat, außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem Richter bestätigt wird.

Die Entscheidung über eine von ber Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme sowie über die Eröffnung eines ausgelieferten Briefes ober einer anderen Postsendung erfolgt durch ben zuständigen Richter (§. 98).

(I. Entw. § 96; II. Entw. § 90; III. Entm. § 91.)

borbe ju entscheiben, und nur biefer fallt bie Berantwortlichkeit für bie Dagregel ju. Demzufolge bebarf es in bem bie Beschlagnahme enthaltenben Ersuchen auch einer Erklarung barüber nicht, ob berjenige, beffen Korrespondenz in Beschlag genommen wirb, ber Beschulbigte fei.

7. Die Briese 2c., welche ber Beschulbigte an ben Bertheibiger ober bieser an jenen richtet, sind von der Beschlagnahme auf der Bost bezw. der Telegraphenanstalt (vgl. § 97 u. Rote 4 bas.) nicht befreit; die RTR. hat einen (zu § 131 bes Entw., jest § 148 gestellten) Antrag: die Bestreiung auszusprechen, abgelehnt (Prot. S. 516 ff., 882).

3u § 100.

1. Bgl. die Noten ju § 99, insbes. über ben Begriff ber hier behandelten Beschlagnahme: Rote 1, 2 bas.

Ru Abf. 1.

- 2. a. Die Befugnif zur Beschlagnahme von Bostenbungen 2c. fteht regelmäßig nur bem Richter (vgl. bes. §§ 160, 163), ausnahmsweise auch ber Staatsanwaltschaft zu; bie Behörben und Beamten bes Polizeis und Sicherheitsbienstes haben biese Befugniß nicht, selbst wenn sie Hulfsbeamte ber Staatsanwaltschaft (GBG. § 153) sinb.
- b. Die Befugniß ber Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme sett voraus, daß die Untersuchung nicht blos Uebertretungen (vgl. § 99 Note 3) betrifft und daß Gesahr im Berzuge obwaltet: bei de Voraussehungen mussen zutressen. Der Ausdrud "Untersuchung" ist insofern ungenau, als das Gesetz seineswegs aussprechen will, daß der Staatsanwaltschaft die Besugniß zur Beschlagnahme erft nach ersolgter Eröffnung der Voruntersuchung oder des Hauptversahrens zustehe: vielmehr ist gerade das Vordereitungsversahren daszenige Prozestadium, für welches die gebachte Besugniß der Staatsanwaltschaft vorzugsweise Pedeutung hat. Der Absicht des Gesetzes gemäß wird die Besugniß der Staatsanwaltschaft dast dann für ausgeschlossen zu erachten sein, wenn die Strasversolgung zwar sowohl eine Uebertretung wie auch ein Bergehen oder Verdechen zum Gegenstande hat, die in Beschlag zu nehmende Sendung aber nur sür die lebertretung von Erheblichkeit sein kann. In Betress der "Gesahr im Berzuge" vgl. § 98 Note 4. Insoe weit die Voraussehungen des § 100 in einer zur Zuständigseit des Amtsanwalts (vgl. GVG. § 143 Abs. 2) gehörigen Strassach zutressen, steht die Besugniß auch dem Amtsanwalt zu (vgl. GVG. Tit. 10 Note 4).
- c. Ob bie gesetlichen Boraussetzungen ber Befugniß ber Staatsanwaltschaft vorhanben seien, barüber hat nur biese Behörbe selbst, nicht bie ersuchte Bost voer Telegraphenanstalt, zu entscheiben; die Berantwortlichkeit für die Maßregel fällt allein ber ersuchenden Staatsanwaltsichaft zu. Demzufolge bedarf es in dem die Beschlagnahme enthaltenden Schreiben auch nicht ber Angabe, daß Gesahr im Berzuge obwalte (vgl. § 99 Note 6). Dagegen wird es sich für die Staatsanwaltschaft empfehlen, in ihren Aften die Gründe zu verzeichnen, aus welchen sie bas Borhandensein einer Gesahr im Berzuge angenommen hat.
 - d. Bie Sat 2 bes Abf. 1 ergiebt, tann bie Staatsanwaltichaft verlangen, bag ibr felbft

bie anzuhaltende Bostsendung oder Depesche ausgeliesert werde. Es wird aber häusig zweds mäßig sein, das Ersuchen dahin zu richten, daß die Sendung direkt dem (von der Staatsanwaltsichaft zu bezeichnenden) Richter ausgeliesert werde, zumal dann, wenn die betheiligten Behörden verschiedene Amthische haben und durch die Auslieserung an die Staatsanwaltschaft ein hins und herschieden des Briefes ze. ersorderlich werden würde.

- 3. In Betreff ber Befugniffe und Pflichten, welche bie Staatsanwaltichaft nach einer von ihr verfügten Beschlagnahme hat, ift Folgenbes zu bemerken: Go lange bie Beschlagnahme (vgl. § 99 Note 1) eine Auslieferung noch nicht zur Folge gehabt hat, ift bie Ginholung ber rich : terlichen Bestätigung nur beshalb nothwendig, weil Mangels bieser bie Beschlagnahme nach btei Lagen außer Kraft treten würde. — Ist eine Auslieferung an bie Staatsanwaltschaft erfolgt, so bats die sofortige Borlegung des ausgelieferten Gegenstandes an den Richter nur bann unterbleiben, wenn bie Staatsanwalticaft benfelben unverzuglich wieber freigiebt; bierzu tann bie Besichtigung bes ausgelieserten Gegenstanbes Beranlassung bieten: bie Staatsanwaltschaft barf von den Abressen und bei unverschlossenen Sendungen (z. B. Bostfarten) auch von dem Inhalt berfelben Reuntniß nehmen (vgl. § 99 Rote 1). — Die Eröffnung verschlossener Boftsenbungen fleht ber Staatsanwaltschaft nicht zu; nur ber Kall macht eine Ausnahme, wenn ber Abressat selbst behufs Beschleunigung ber Aushanbigung sich bamit einverstanben erklart, bag bie Gröffnung burch bie Staatsanwaltichaft erfolge; vgl. § 110 Abf. 2; Dalde S. 72, Geper Lb. S. 561, v. Schwarze Erort. S. 125. - Lie Eröffnung von Telegrammen ift in § 100 beshalb nicht vorgeseben, weil biefelben auf ben Telegraphenanstalten immer offen find (Brot. S. 848); baber ift bie Staatsanwaltschaft, wenn ihr seitens der Telegraphenanstalt (vgl. noch 8 99 Note 2. a) ein Telegramm verichlossen ausgeliefert wird, zur Eröffnung besselben ohne Weiteres befugt. Gl. A. John S. 804. Zu Abs. 2.
- 4. Die Bestimmung bes Abf. 2 bezieht fich nicht auf folde Boffenbungen und Telegramme, welche bereits an die Staatsanwaltschaft ober an das Gericht ausgeliefert sind; bezüglich biefer behalt bie Beschlagnahme ihre Birtung bis zur Erlassung ber richterlichen Entscheibung, mag biese binnen brei Tagen ober später ersolgen (val. Note 8). Auch ist die Bestimmung nicht dahin zu werstehen, als habe die Post 2c. einen angehaltenen Brief 2c an ben Abressaten auszus antworten, falls nicht die richterliche Bestätigung binnen brei Tagen eingeht; benn ber angehaltenc Brief 2c. wirb ja nicht einstweilen auf ber Post 2c. zurückbehalten, sonbern alsbalb an die Staats= anwaltichaft ausgeliefeit, wie bies aus Abs. 1 Sat 2 beivorgeht. Bielmehr ift ber Sinn ber Benimmung ber : bag bas von ber Staatsanwaltschaft erlassene, bie Beschlagnahme enthaltenbe Erjugen Mangels ber richterlichen Bestätigung nur auf bie Dauer von brei Tagen wirklam ist also die am vierten Tage eingehenben Senbungen pon ber Beschlagnahme nicht mehr betroffen werben (vgl. Note 5). Gl. A. Stenglein S. 240; a. M. John S. 806. — Zweiselhaft erscheint ber Fall, wenn eine Sendung zwar am britten Tage auf ber Post 2c. eingeht und angehalten wird, biefer Zage jedoch abläuft, bevor bie Auslieferung an bie Staatsanwaltschaft hat bewirkt werben können. Falls nun auch bei Beginn bes vierten Tages bie richterliche Beflätigung noch micht bei ber Bost ze. eingegangen ist, entsteht bie Krage : ob bie Senbung bennoch an bie Staats= anwalticaft auszuliefern ift ober nunmehr ihre Beiterbeförberung einzutreten hat. Das Erstere ericheint als bas Richtige, ba ber Eingang ber Sendung auf ber Post 2c., nicht aber bie von Bufälligkeiten abhängige Auslieferung als bas maßgebenbe Moment anzusehen ift. A. M. Reller S. 111, v. Schwarze Erört. S. 123, Stenglein S. 239.
- 5. Die Beschlagnahme, b. h. bas Ersuchen ber Staatsanwaltschaft, gewisse Senbungen anzubalten und ber ersuchenben Behörbe ober bem von ihr bezeichneten Richter (Note 2. d) auszuliesern, tritt Mangels ber richterlichen Bestätigung auch bann nach brei Tagen außer Kraft, wenn innerhalb bieser Frift eine von ber Beschlagnahme betroffene Senbung nicht eingegangen ist, die Beschlagnahme also noch keine Folge gehabt hat. Umgekehrt behält bie Beschlagnahme auch bann, wenn sie eine Auslieserung zur Folge gehabt hat, sur ben Rest ber breitägigen Frist ihre Birtung, so baß, salls innerhalb ber Frist noch andere, von ber Beschlagnahme betroffene Senbungen eingehen, auch biese anzuhalten und auszuliesern sind.

§. 101.

Bon den getroffenen Maßregeln (§§. 99, 100) find die Betheiligten zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes geschehen kann.

Sendungen, deren Eröffnung nicht angeordnet worden, find ben Betheiligten sofort auszuantworten. Dasselbe gilt, soweit nach ber Eröffnung die Zuruckbehaltung nicht erforderlich ist.

Derjenige Theil eines zurückbehaltenen Briefes, bessen Vorenthaltung nicht burch die Rücksicht auf die Untersuchung geboten erscheint, ist dem Empfangs-berechtigten abschriftlich mitzutheilen.

(I. Entw. § 97; II. Entm. § 91; III. Entm. § 92.)

- 6. Die breitäge Frist beginnt mit bem Beitpunkt, zu welchem bas die Beschlagnahme enthaltenbe Ersuchen bei ber Bost ober ber Telegraphenanstalt eingeht; auf ben Zeitpunkt bes Ersuchens tommt es nicht an. hinsichtlich ber Dauer ber Frist findet die Borschrift bes § 42 Anwendung; somit tritt das Ersuchen, wenn es im Laufe des Montags der Post zugegangen ift, Mangels der richterlichen Bestätigung mit Ablauf des Donnerstags außer Kraft.
- 7. Da Abs. 2 hauptsächlich eine Norm für das Berfahren ber Bost und ber Telegraphenanstalten darstellt, so kann es nicht barauf ankommen, ob die richterliche Beftätigung innerhalb
 ber breitägigen Frist beschlossen ist, sondern nur darauf, ob der Beschluß innerhalb dieser Frist
 ber Bost 2c. mitgetheilt wird; ift letteres nicht der Fall, so tritt die Beschlagnahme außer
 Kraft. Der Post 2c. liegt eine Anfrage bei dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft nicht ob.

 Uedrigens hat ein verspätet mitgetheilter und selbst ein verspätet erlassener, die Bestätigung
 aussprechender Beschluß alle Wirkungen einer neuen richterlichen Beschlagnahme, wenngleich die
 burch ihn bestätigte Bersügung der Staatsanwaltschaft bereits außer Kraft getreten war.

Bu Abs. 3.

- 8. In Betreff ber richterlichen Enticheibung gilt bas ju § 98 Rot 1.b Bemerke. Diefelbe muß, ba eine Frift nicht vorgeschrieben ift, unverzüglich erfolgen.
- 9. Der bie Beschlagnahme bestätigenbe Beschluß ift ber Entscheibung barüber, ob eine ausgelieserte Bostsenbung zu eröffnen sei, nicht präjubizirlich. Der Richter kann nach ber äußeren Beschaffenheit einer Bostsenbung bie Ansicht gewinnen, daß beren Eröffnung nicht ersorberlich sei; er kann serner ber Meinung sein, daß seit ber Berhängung ber Beschlagnahme bie Gründe bieser Maßregel weggesallen sein, und er kann gerabe aus Anlaß ber Auslieserung einer Sendung bie Wichterauschebung ber Beschlagnahme beschließen. Auch im Borbereitungsverfahren hat ber Richter wie über die Beschlagnahme so auch über die Eröffnung einer Sendung nach seinem Ermessen zu entschein. Gl. A. v. Schwarze Erört. S. 124; a. M. Dalde S. 73, Reller S. 112, Puchelt S. 218 (welche annehmen, daß ber Richter bem Antrage ber Staatsanwaltschaft auf Eröffnung ber ausgelieserten Sendung stattgeben müssernng einer Sendung an den Richter (Note 2. d) die Eröffnung zu unterbleiben hat, wenn die Staatsanwaltschaft auf bieselbe verzichtet
- 10. Die Ein ficht in die eröffnete Bostsendung steht ber Staatsanwaltschaft in allen Fällen zu; die Bestimmung bes § 110 Abs. 1 ift nur bei Durchsuchungen anwendbar. A. M. Stenglein S. 240.
- 34 § 101.

 1. Unter ben "getroffenen Maßregeln" ist hier nur bie erfolgte Auslieferung sowie bie Eröffnung und Zurückehaltung einer Sendung zu verstehen. Bevor eine Auslieferung erfolgt ist, hat eine Benachtichtigung barüber, baß das die Beschlagnahme enthaltende Ersuchen an die Post oder die Telegraphenanstalt erlassen sei, nicht stattzusinden, da eine solche Benachtichtigung regelmäßig den Ersolg der Beschlagnahme vereiteln würde. Ist aber einmal eine Auslieferung ersolgt, so muß die Benachtichtigung der Betheiligten über alles mit der betr. Sendung Borgenommene nothwendig stattsinden, und zwar unvorzüglich, salls nicht ausnahmsweise die Kücksicht auf die Erreichung des Untersuchungszweckes einen Ausschlaß erheischt.

§. 102.

Bei bemjenigen, welcher als Thater ober Theilnehmer einer ftrafbaren handlung ober als Begunftiger ober Hehler verdächtig ift, kann eine Durchsuchung ber Bob-

- 2. In Betreff ber Anordnung ber Eröffnung vgl. § 100 Rote 9.
- 3. Der Aufichub ber Benachrichtigung (Rote 1), bie Burudbehaltung einer eröffneten Sendung (Abs. 2), sowie bie Borenthaltung einer Abschrift (Abs. 3) sind Ragnahmen, welche von ber Beschlagnahme selbst qualitativ nicht verschieden sind, sich vielmehr als Bestandtheile berselben charafteristen; baber ist auch im Borbereitungsversahren, falls über eine bieser Magnahmen zwischen ber Staatsanwaltschaft und bem Richter Meinungsverschiedenheit besteht, die Ansicht ber Staatsanwaltschaft für den Richter nicht maßgebend, vielmehr steht die Entscheidenig in jeder Beziehung dem Richter zu. A. M. v. Schwarze Erört. S. 126, Reller S. 113.
- 4. Die Ausführung ber in § 101 behanbelten Mahnahmen (Benachrichtigung, Ausantwortung, abichriftliche Mittheilung) liegt in ber Untersuchung bem Richter, im Borbereitungsverfahren regelmäßig ber Staatsanwaltichaft ob; boch wirb, falls bies zur Beschleunigung bient, auch im Borbereitungsversahren ber Richter sich ber Ausführung zu unterziehen haben.
- 5. In Abs. 1 u. 2 ift von ben "Betheiligten", in Abs. 3 von bem "Empfangsberechetigten" bie Rebe. Unter biesem ist ber Abressat zu verstehen; bagegen schließt ber Ausbruck "Bestheiligte" auch ben Absender ein (a. M. Boitus S. 147). Hieraus ist indes nicht zu solgern, daß die Benachrichtigung und die Ausantwortung sowohl an den Abressaten wie auch an den Absiender ersolgen musse; eine Ausantwortung (Abs. 2) an beide wird überdies meistens unmöglich sein. Das Geset will vielmehr nur gestatten, daß die Benachrichtigung wie die Ausantwortung unter Umftänden, statt an den Abressaten, an den Absender stattsinde, und es hat hierbei hauptsüchlich den Fall im Auge, wenn anzunehmen ist, daß auf diesem Wege den Interessen der Bestheiligten besser gedient werde. Auch in dem Falle, wenn der Abressat nicht auszusinden ist, wirddie Benachrichtigung 2c. an den Absender zu richten sein. Ist ein Telegramm auf der Ausgabestation in Beschlag genommen und der Untersuchungsbehörbe ausgeliesert, so ist die letztere verbunden, demnächst die Abtelegraphirung desselbes zu veranlassen, sofern kein Erund vorliegt, den Inhalt dem Adressaten vorzuenthalten.

3u § 102-110.

- 1. Die SS 102—110 handeln von der Durchsuchung. Gegenstand einer solchen können Räume, Sachen und Bersonen, Zwed berselben kann die Aussindung von Beweisstüden oder Einziehungsflüden (§ 94), bei einer Durchsuchung von Räumen oder Sachen auch die Ergreifung einer Berson sein. In Betreff der Einziehungsstüde a. M.: v. holhendorff in Hh. I. S. 324, Geyer 25. S. 562; vgl. jedoch John S. 765, 810, Voitus Kontr. II. S. 268. Die richterliche Luchsluchung kann zugleich die Bedeutung einer Augenschen heinschen wird ein für die Untersuchung wichtiger Gegenstand gefunden, so wird die Thatsache, daß derselbe sich an dem bett. Orte befunden hat, durch den Augenschein sestgestellt (vgl. § 86 Note 1 b. c.).
- 2. Die wichtigste und am häufigsten vorkommende Art ber Durchsuchung ist die Hausjuchung, b. h. diejenige Durchsuchung, beren Gegenstand die Bohnung, die Geschäftsräume ober das befriedete Besithum (vgl. StBB. § 123) sind. Besondere Bestimmungen über die hausjuchung enthält die StBD. nur in § 104 und in § 105 Abs. 2. Richt jedes traft amtlicher Gewalt statisindende Eindringen in eine Bohnung 2c. fällt ohne Beiteres unter den Begriff derhaussuchung; vgl. RGer. II. 22. Febr. 81 (Rspr. III. 63). — Der (in mehreren Landesgesehen ausdrücklich behandelte) Fall einer allgemeinen haussuchung, d. h. einer solchen, welche in allen häusern 2c. einer Ortschaft oder doch eines bestimmten Theiles derselben stattsindet, hat in der StBD. keine Erwähnung gesunden, sonach müssen, wenn eine Mehrzahl von häusern 2c. durchsucht werden soll, die gesehlichen Boraussehungen dieser Mahregel bei jedem derselben zutressen.

3u § 102.

^{1.} Die felbftverftanbliche. Borausfehung einer Durchsuchung ift, wie bie Mot. S. 154 be-

nung und anderer Räume, sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen, sowohl zum Zwecke seiner Ergreifung, als auch dann vorgenommen werden, wenn zu versmuthen ist, daß die Durchsuchung zur Aufsindung von Beweismitteln führen werde.

(I. Entw. § 87; II. Entw. § 92; III. Entw. § 93)

§. 103.

Bei anberen Personen sind Durchsuchungen nur behufs ber Ergreifung bes Beschulbigten ober behufs ber Versolgung von Spuren einer strafbaren Handlung ober behufs ber Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zuläsig, wenn Thatsachen vorliegen, aus benen zu schließen ist, daß die gesuchte Person, Spur ober Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen besinde.

Diese Beschränkung sindet keine Anwendung auf die Räume, in welchen ber Beschuldigte ergriffen worden ift, oder welche er mahrend ber Verfolgung betreten hat, oder in welchen eine unter Polizeiaufsicht stehende Person wohnt oder sich aufhält.

(I. Entm. § 88; 11. Entm. § 93; III. Entm. § 91.)

- merten, überall bie Bahricheinlichteit, baß eine ftraibare hapblung begangen fei; vgl. RGer. I. 1. Mai 82 (Ripr. IV. 415). Ob biefe fich als Berbrechen ober Bergeben ober ale Uebertretung qualiftzirt, ist gleichgultig (vgl. Brot. S. 110). Im Uebrigen aber unterscheibet bas Gefes amifchen ben einer Betheiligung an ber ftrafbaren Sandlung 2c. verbachtigen (§ 102) und "anberen", b. b. folden Berfonen, gegen welche ein Berbacht ber Betheiligung zc. nicht vorliegt (§ 103): gegenüber ben letteren ift bie Bulaffigfeit ber Durchfuchung an ichmerere Bebingungen gefnupit. Bei bem Berbachtigen barf eine Durchsuchung icon bann ftattfinden, wenn "ju permuthen" ift, bag fie irgend ein für bie Cache erhebliches Ergebniß haben, 3. B. jur Auffindung irgend welcher Spuren ber That führen fonne. Gegenüber "anberen Berfonen" hingegen "ericheint bie Durchjuchung nur als ein Mittel, bie Erfullung ber Pflicht jur Berausgabe von Beweismitteln ju erzwingen" (Mot. a. a. D.), und bemgufolge barf bie Magregel nur ftattfinben, wenn ein beftimmter Begenftanb ober eine bestimmte Spur begm. eine bestimmte verbachtige Berfon gesucht wirb; ber § 103 gebraucht zwar bas Beiwort "bestimmt" nur in Berbinbung mit bem hauptwort "Gegenständen", spricht indeg am Schlusse bes Abs. 1 klar von ber "gesuchten" Berson, Spur ober Sache. Außerdem aber genügt bei unverbächtigen Dritten nicht eine Bermuthung, fonbern es muffen "Thatfachen porliegen", aus benen ju foliegen ift, bag ber gefuchte Gegenstand ac. fich an bem betr. Orte befinbe.
- 2. Die Zulässigfeit ber Durchsuchung ist bavon, ob bereits ein Berfahren, wenn auch nur ein Borbereitungsversahren, eingeleitet ift, ganz unabhängig; gerade die Durchsuchung wird häufig die uach Entbedung einer strafbaren handlung zuerst zu treffende Maßregel sein. Dem entsprechend sagt bas Geseh hier: "verbächtig", nicht: "beschulbigt". Daher barf im Falle eines gegen mehrere Personen vorliegenden Verdachts die Durchsuchung bei allen Verdächtigen gleichzeitig stattsinden, selbst wenn die Lage ber Sache von ber Art ist, daß nur Einer berselben ber Schulbige sein kann.
- 3. Als "Bohnung" bes Berbächtigen ift jebe von ihm thatsachlich bewohnte Raumlichfeit zu behandeln, sollte auch rechtlich ein Anderer als Inhaber berselben anzusehen sein. Auch schlieft bas Borhandensein von Mitbewohnern die Anwendbarkeit bes § 102 nicht aus. Unter ben "an deren Räumen" sind solche Räume zu verstehen, welche, ohne Bestandtheile der Wohnung zu sein, dem Berdächtigen zur Benutung ober Mitbenutung überlassen sind. Bgl. noch § 103 Abs. 2 u. Note 7 bas.

Zu § 103.

1. Bgl. die vorstehenden Bemerkungen ju §§ 102—110 und ju § 102, insbes. Rote 1 bas. 2. Die Fassung bes Abs. 1 ift insofern nicht korrekt, als biefer nur von ben ju burchsuchen

§. 104.

Rur Nachtzeit burfen die Wohnung, die Geschäftsräume und bas befriedete Besitzthum nur bei Berfolgung auf frischer That ober bei Gefahr im Berzug ober bann burchsucht werben, wenn es sich um die Bieberergreifung eines entwichenen Gefangenen banbelt.

Diese Beschränfung findet keine Anwendung auf Wohnungen von Versonen. welche unter Polizeiaufficht fteben, sowie auf Raume, welche zur Nachtzeit Jebermann zugänglich ober welche ber Bolizei als Serbergen ober Berfammlungsorte bestrafter Berfonen, als Nieberlagen von Cachen, welche mittels ftrafbarer Sanblungen erlangt find, ober als Schlupfwinkel bes Glücksiviels ober gewerbsmäßiger Unzucht bekannt find.

Die Nachtzeit umfaßt in bem Zeitraume vom ersten April bis breißigsten September bie Stunden von neun Uhr Abends bis vier Uhr Morgens und in

Raum en fpricht und hierburch bei Bergleichung mit § 102 bie Meinung hervorgerufen werben tann, als fei bei ben einer Betheiligung nicht verbachtigen Dritten bie Durchsuchung ber Berfon und ber außerhalb ber Bohnung ac. befindlichen Sachen ausgeschloffen. Diefe Meinung murbe inbeg bem Sinne bes Befetes nicht entsprechen; binfichtlich ber Objette ber Durchsuchung wirb in den SS 102, 103 zwischen bem Berbachtigen und anderen Bersonen nicht unterschieden. Gl. A. RSer. II. 11. Juni 86 (Entich. XIV. 189, Ripr. VIII. 454), Stenglein S. 242, Glafer II. S. 291, Reller S. 115, Thilo S. 102, Puchelt S. 224; a. Dr. v. holbenborff in Bo. I. S. 324, Beper S. 563, John S. 812, Boitus Rontr. II. S. 272. Bgl. § 86 Rote 3.

- 3. Darüber, baf bie Bulaffigkeit ber Durchsuchung nicht von ber Bulaffigkeit sonftiger, auf bie Berausgabe von Beweisftuden ac. abzielenber 3mangsmittel abbangig ift, vgl. § 95 Rote 2.
- 4. In Betreff ber aufzusuchenben und event. in Beichlag gu nehmenben Gegenftanbe f. § 94 Rote 4, 5; in Betreff ber Befreiung von ber Beschlagnahme: § 97 u. bie Roten baf.
- 5. Gine Befragung ber von ber Durchjudung betroffenen Berfon, ob fie ben gefuchten Begenftanb 2c. in ihrem Gewahrfam babe, und eine Aufforberung gur Berausgabe ift gmar gefeslich nicht vorgefcrieben; gleichwohl gebort eine folde Befragung und Aufforberung, falls bie aebachte Berfon ober ein Stellvertreter berfelben angetroffen wirb, ju ben Obliegenheiten bes bie Durchluchung ausführenben Beamten, ba bem von biefer Magregel Betroffenen Gelegenheit gegeben werben muß, burch freiwillige Berausgabe bes gefuchten Gegenftanbes ober burch Biberlegung ber bie Durchluchung veranlaffenden Annahme bie Bollziehung biefer Magregel abzumenben. Bgl. v. Somarze S. 236, Binbing S. 107.
- 6. Die Raume, in welchen ber Befchulbigte ergriffen worben ift ober welche er mahrenb ber Berfolgung betreten bat, find in Abi. 2 hinfichtlich ber Borausfegungen ber Durchjudung (f 102 Rote 1) ben von bem Beschulbigten bewohnten gleichgestellt. — Daß § 103 nicht, wie § 102, von bem Berbachtigen, fonbern von bem "Befdulbigten" fpricht, ift ohne fachliche Bebeutung ; es gilt auch bier bas ju § 102 Pote 2 Bemerkte. Gl. A. Boitus S. 148, Reller S. 115; a. M. Buchelt S. 224.
- 7. In Betreff ber unter Boligeiaufficht ftebenben Berfonen val. SteB. SC 38. 39. -Die Borte "fich aufhalt" find bier aufgenommen, bamit zeitraubende Ermittelungen barüber, ob bie betreffende Berfon in ber fraglichen Raumlichfeit wirtlich ihre Bohnung babe, erubrigt werben; ber Ort bes zeitigen Aufenthalts wird ber Bohnung gleichgeftellt. Dagegen genugt ein bloges augenblidliches Berweilen in einem Raume jur Anwendung bes Abf. 2 nicht.

Bu § 104.

1. a. 3m Gegenfat ju ben SS 102, 103 hanbelt S 104 nur von ber Sausfuchung: val. oben Rote 2 ju SS 102-110. - Die landebrechtlichen Boridriften, welche bas nachtliche Ginbringen in Bohnungen ze. betreffen (vgl. 3. B. preuß. Gef. v. 12. Febr. 1850, GG. S. 45), find burch ben Digitized by 22 009 le bem Zeitraume vom ersten Oktober bis einundbreißigsten März die Stunden vom neun Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens.

(I. Entw. # 98; IL Entw. # 94; III. Entw. # 95.)

§. 105.

Die Anordnung von Durchsuchungen sieht bem Richter, bei Gefahr im Verzug auch ber Staatsanwaltschaft und benjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hülfsbeamte ber Staatsanwaltschaft ben Anordnungen berselben. Folge zu leisten haben.

Wenn eine Durchsuchung ber Wohnung, ber Geschäftsräume ober bes befriedeten Besithums ohne Beisein bes Richters ober bes Staatsanwalts stattsindet, so sind, wenn dies möglich, ein Gemeindebeamter oder zwei Mitglieder der Gemeinde, in beren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, zuzuziehen. Die als Gemeindemitglieder zugezogenen Personen dürsen nicht Polizeis oder Sicherheitsbeamte sein.

Die in ben vorstehenden Abfaten angeordneten Beschränkungen ber Durch-

- S insoweit außer Kraft geset, als fie bie jum Zwede ber Strafverfolgung ftattfinbenben haussuchungen betreffen; im Uebrigen, wie 3. B. hinfichtlich ber Falle einer Lebensgefahr, finbfie von ber Einfuhrung ber StPD. unberührt geblieben.
- b. Die Bestimmung hat nur ben Fall im Auge, wenn bie haussuchung jur Rachtzeit begonnen werben foll; eine bei Tage begonnene haussuchung barf ohne Beiteres in bie Racht hinein fortgesett werben; fo: Glaser II. S. 292.
- c. Ueber bie Begriffe "Bohnung", "Gefcaftsraume", "befriebetes Befitethum" vgl. Stob. § 123 u. Rer. II. 22. Jan. 86 (Entid. XIII. 312).
- 2. "Berfolgung auf frischer That" Eine solche ist vorhanden, wenn die That unmittelbar nach ihrer Berübung entbedt und auf Grund der hierbei gemachten, auf den Thater hinweisenden Bahrnehmungen die Berfolgung desselben unverzüglich begonnen worden ist. Daß der Thater bei der That selbst betroffen worden, ist nicht ersorderlich; vgl. Boitus Kontr. II. S. 277. Bgl. auch § 127.
- 3. Im Sinne bes § 104 liegt "Gefahr im Berzuge" vor, wenn anzunehmen ift, bagber Aufschub ber Durchsuchung bis zur Tageszeit ben Erfolg ber Maßregel vereiteln wurde. Bgl. § 98 Note 4.
- 4. Als "Gefangener" ift auch ein vorläufig Feftgenommener (§§ 127 ff.) anzusehen, selbst wenn seine Aufnahme in ein Gefängniß noch nicht erfolgt war. Auch im Falle ber Entweichung eines Gesangenen aus ber Strafhaft ift bie nächtliche haussuchung statthaft.
 - 5. In Betreff ber unter Polizeiaufficht fiehenben Bersonen vgl. StoB. § 39 Rr. 3.
- 6. Unter ben "Räumen, welche jur Nachtzeit Jebermann jugänglich" find, find namentlich die Gasthäuser, Restaurationslotale und bergl. zu verstehen. Auf die Räume, welche bem Birth zur Wohnung dienen, ist, insoweit sie von ben öffentlichen Räumen erkennbar geschieben sind, die Borschrift des Abs. 2 nicht zu beziehen. — Uebrigens ist auch in den öffentlichen Räumen der Beginn einer nächtlichen Haussung nur so lange unbedingt (Abs. 2) statthaft, als dies selben wirklich für Jedermann zugänglich sind.
- 7. Auch Mangels ber in Abl. 1, 2 bezeichneten Boraussehungen ift bie nächtliche haussuchung flatthaft, wenn ber Inhaber ber zu burchsuchenben Räume ausbrücklich einwilligt, bag bie hausssuchung während ber Rachtzeit vorgenommen werbe. A. M. Keller S. 119.
 - 8. In Betreff ber Boll- und Steuerftraffachen vol. noch oben Rote 2 ju Abfch. 8. 3u § 105.

Bu Abs. 1.

1. Die Befugniß gur Anordnung einer Durchsuchung ift bier im Befentlichen in bers felben Beife geregelt wie in § 98 Abs. 1 die Befugniß gur Anordnung einer Befchlagnahme : fie

judung finden keine Anwendung auf die im §. 104 Abs. 2 bezeichneten Wohnungen und Raume.

Durchsuchungen in militärischen Dienstgebäuben erfolgen burch Ersuchen ber Militärbehörbe, und auf Berlangen ber Civilbehörbe (Richter, Staatsanwaltschaft) unter beren Mitwirkung. Des Ersuchens ber Militärbehörbe bebarf es jeboch nicht, wenn bie Durchsuchung von Räumen vorzunehmen ist, welche in militärischen Dienstzgebäuben ausschließlich von Civilpersonen bewohnt werben.

(L. Entw. § 90; II. Entw. § 95; III. Entw. § 96.)

- ift grundsäßlich bem Richter vorbehalten und nur in beschränktem Maße ber Staatsanwaltschaft und beren Hilfsbeamten eingeräumt; vgl. § 98 Rote 1. Daß eine Durchsuchung auch bann ohne richterliche Anordnung vorgenommen werben burfe, wenn berjenige, ber von bieser Maßregel betroffen werben soll, sich ihr freiwillig unterwirft, wird in ben Mot. S. 154 als selbstverständlich bezeichnet; indes wird hierbei eine ausdrückliche Erklärung des Einverständnisses vorausseselet. Eine ohne richterliche Anordnung vorgenommene Durchsuchung macht, wenn sie nicht zu einer Beschlagnahme geführt hat, die nachträgliche Einholung einer richterlichen Bestätigung (§ 98 Abs. 2) nicht erforderlich, da die Bersagung der letzteren eines realen Inhalts entbehren würde; nur eine bei der Durchsuchung erfolgte Beschlagnahme kann Gegenstand der richterlichen Bestätigung seine
 - 2. "Gefahr im Berguge" hiernber f. § 98 Rote 4.
 - 3. "Bulfsbeamte ber Staatsanwalticaft" hieruber f. BBG. § 153.
- 4. Die Durchsuchung ift eine Dagregel, bie am haufigften bei Beginn einer Strafverfolgung, aljo im Borbereitungsverfahren, jur Anwendung tommt. hier ift nun ber regelmäßige Gang bes Berjahrens nach f 105 ber: bag bie Staatsanwaltschaft bie Anordnung ber Durchjuchung bei bemjenigen AmtBrichter, in beffen Begirt bie lettere ftattfinden foll (§ 160), qu bean= tragen hat. Bon biefem regelmäßigen Berfahren wird inbeß namentlich in benjenigen Sachen, welche nicht jur Buftanbigkeit ber Schöffengerichte geboren, vielfach abgewichen werben muffen; benn in biesen Sachen steht nur ber Staatsanwaltschaft bes Landgerichts, nicht ber Amtsanwalticaft, die Strafverfolgung zu (BBG. § 143 Abf. 2), und wenn ber Sit ber mit ber Sache bejaften Staatsanwaltschaft ein anberer ist als ber bes zustänbigen Amtsrichters, so wird bie vorgangige Angehung bes letteren häufig nicht ohne großen, ben Erfolg ber Durchsuchung vereitelnben Beitverluft möglich fein. In folden Kallen wirb bie Staatsanwalticaft ihrerfeits bie Durch= judung anordnen. — Oft aber wird wegen ber großen Entfernung bes Siges ber Staatsanwalticaft auch die Angehung der letteren felbst vor der Durchsuchung unterbleiben muffen; alsbann bat ber mit ber Sache befaßte Bulfsbeamte ber Staatsanwaltichaft je nach Lage bes Falles entweber auf Grund eigener Entidliegung jur Durchjudung ju ichreiten ober, fofern bies thunlich ericheint, unmittelbar ben Amisrichter um Anordnung ber Durchsuchung anzugeben (vgl. § 161 Abs. 2). Der Amtörichter hat in biesem Kalle, wie auch bann, wenn er von einem Bolizeibeamten, welcher nicht Gulfsbeamter ber Staatsanwalticaft ift, ober birett von bem Berlegten um bie Anordnung einer Durchsuchung angegangen wirb, ju prufen, ob Gefahr im Berguge obwaltet. und, wenn er bies bejaht, hat er gemäß S 163 pon Amtamegen bas Erforberliche gu verfügen.
- 5. a. In Betreff bes Ausbrucks: "Anordnung von Durchsuchungen" vgl. § 98 Rote 3; bas dort Bemerkte findet hier entsprechende Anwendung. Mit der Ausführung einer angeordenten Durchsuchung und ber bei biefer bezweckten Beschlagnahme können auch solche Bolizeis und Sicherheitsbeamte, welche nicht hulfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind, betraut werden, da die StBO. hinsichtlich der Aussührung von Durchsuchungen beschränkende Bestimmungen nicht aufsiselt. Bas insbes. die richterlich angeordneten Durchsuchungen betrifft, so kann der Richter nach seinem Ermessen (vgl. ibrigens GBG. § 159 Rote 5) dieselbe entweder selbst aussühren oder die Ausssühren einem Gerichtsbeamten (Gerichtsichreiber, Gerichtsbiener), einem Gerichtsvollzieher oder auch einer Behörde oder einem Beamten der Polizei (vgl. § 187) übertragen; auch kann er

im Borbereitungsversahren, wenn die Staatsanwaltschaft ober ein Polizeibeamter (vgl. Note 4) bie Ermächtigung zur Bornahme einer Durchsuchung beantragt, sich auf die Ertheilung bieser Ermächtigung beschränken und die Aussührung ber Maßregel bem antragstellenden Beamten überslassen. — In gleicher Beise hängt es bei einer von der Staatsau waltschaft angeordneten Durchsuchung von deren Ermessen ab, ob sie selbst sich der Aussührung unterziehen oder die letztere einem ihrer Hülfsbeamten 2c. übertragen will. Pgl. § 106 Note 4 (Schluß).

- b. Das Bahnpolizeis Reglement für die Eisenbahnen Deutschlands v. 30. Nov. 85 (MGBl. S. 289, M. Gentr. Bl. S. 541) zählt in den SS 54, 55 unter benjenigen Beamten, denen das Betreten des Bahnplanums, der dazu gehörigen Böschungen, Dämme, Gräben, Brücken und sonstigen Anlagen bezw. der dem Publikum nicht geöffneten Theile der Bahnhöfe auch ohne vorgängige Erlaubniß gestattet ist, zwar die in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Beamten der Staatsanwaltschaft und der Polizei, nicht aber die Richter aus. Sonach muß der Richter, wenn er selbst an einem der gebachten Orte eine Durchsuchung vornehmen will, regelsmäßig zuvor die Zustimmung der Eisenbahnbehörde einholen. Da jedoch in der stragischterlichen Gewalt alle Befugnisse der Artminalpolizei inbegrissen sied die vorgängige Einholung der Erlaubniß nicht thunlich ist, der Mangel der letzteren die Bornahme einer richterlichen Ourchssuchung nicht hindern kann. In Fällen dieser Art wird der Richter der Eisenbahnbehörde nachsträglich sogleich von dem Geschenen Mittheilung zu machen haben.
- 6. Der Richter hat, wenn er felbst eine Durchsuchung aussührt, einen Gerichtsschreiber zuguziehen (§§ 186, 166; vgl. § 185). Der Mangel ber Mitwirkung eines solchen wurbe zwar hinsichtlich ber etwa ersolgten Beschlagnahmen bebeutungslos sein; bagegen wurbe bas von bem Richter allein ausgenommene Protokoll nicht geeignet sein, als Augenscheinsprotokoll benutzt zu werben; vgl. oben Note 1 zu §§ 102--110 und § 86 Note 1. c.

Bu Abs. 1. 2.

7. In Abs. 1 ift unter ber "Staatsanwaltschaft" auch ber Amtsanwalt inbegriffen (vgl. GBG. Tit. 10 Note 4). Dagegen sind in Abs. 2 bie Borte "bes Staatsanwalts" gerade bese halb gebraucht, um zwischen ben Beamten ber landgerichtlichen Staatsanwaltschaft und ben Amtsanwälten zu unterscheiden: bas Beisein bes Amtsanwalts macht die Zuziehung eines Gemeinbes beamten zc. nicht entbehrlich (Prot. ber 171. Sitg. S. 17). Bgl. Boitus Kontr. I. S. 354.

Ցս Ջել. 2.

- 8. Der Abs. 2 hanbelt, im Gegensat ju Abs. 1, nur von ber haussuchung; vgl. oben Rote 2 gu SS 102-110.
- 9. In Betreff ber in Abs. 2 getroffenen Bestimmung sagen bie Mot. S. 154: In bem hier gebachten Falle "ist ber bie Durchsuchung leitenbe Beamte ein solcher, bei bem nicht schlechthin biejenige Kenntnis ber Gesehe, welche bem Rechtsverständigen beiwohnt, vorausgeseht werden kaun. Beil nun in biesen Fällen mehr als bei anderen Durchsuchungen die Möglichkeit vorliegt, daß über die Geseslichkeit bes Bersahrens bes durchsuchen Beamten zwischen biesem und bem von der Durchsuchung Betroffenen eine Meinungsverschiebenheit hervortreten kann, so scheint es ebenso sehr auf Aufrechterhaltung der Ordnung zu bienen, wie die Bürgschaft für eine strenge Beobsachtung bes Gesehes zu erhöhen, wenn eine oder zwei achtbare Personen aus der Gemeinde, in beren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, der letzteren beiwohnen."
- 10. "wenn bies möglich" hierbei ift nicht an eine absolute Unmöglichkeit gebacht; vielmehr kommt es barauf an, ob burch ben mit ber Zuziehung ber bezeichneten Bersonen versbundenen Zeitverlust ber Erfolg ber Durchsuchung voraussichtlich vereitelt werden würde; es entssichet hierüber bas pflichtmäßige Ermessen bes die lettere vornehmenden Beamten: RGer. II. 24. Mai 84 (Rspr. IV 366), IV. 29. Sept. 85 (Rspr. VII. 544). Das Geset trägt namentz lich bem Unistande Rechnung, daß auf dem Lande die Zuziehung der hier gedachten Bersonen häusig auf große Schwierigkeiten stoßen wird, so 3. B. bei isolirt liegenden Gehöften, während ber Erntezeit 2c.; auch gehört hierher der Fall, wenn ein Gemeindebeamter nicht zur Stelle ift,

§. 106.

Der Inhaber ber zu burchsuchen Räume ober Segenstände barf ber Durchs suchung beiwohnen. Ist er abwesend, so ist, wenn dies möglich, sein Vertreter ober ein erwachsener Angehöriger, Hausgenosse ober Nachbar zuzuziehen.

Dem Inhaber ober ber in bessen Abwesenheit zugezogenen Person ist in ben Fällen bes §. 103 Abs. 1 ber Zweck ber Durchsuchung vor beren Beginn bekannt zu machen. Diese Borschrift sindet keine Anwendung auf die Inhaber ber im §. 104 Abs. 2 bezeichneten Räume.

(L. Entw. § 92; II. Entw. § 96; III. Entm. 97.)

bie jur Affistenz aufgeforberten Gemeinbemitglieber aber fich weigern, ber Aufforberung Folge ju leiften.

11. Die Borfchrift bes zweiten Capes in Abf. 2 bezieht fich nur auf bie beiben Gemeinbemitglieber, nicht auf ben Gemeinbebeamten.

Bu Abf. 3.

12. Rach ber Bestimmung bes Abs. 3 tonnen Durchsuchungen ber in § 104 Abs. 2 bezeichneten Bohnungen und Raume, auch wenn Gefahr im Berzuge nicht obwaltet, ohne richterliche Anordnung vorgenommen werben. Selbst solche Polizeibeamte, welche nicht zu ben hülfsbeamten ber Staatsanwaltschaft gehören, sind befugt, aus eigener Entschließung zur Durche suchung zu schreiten. Die Zuziehung eines Gemeinbebeamten ober zweier Gemeinbemitglieber ist nicht erforberlich. Bgl. RGer. II. 11. Jan. 81 (Entsch. III. 185).

Bu 21 bf. 4.

- 13. Die Begriffsbestimmung bes § 98 Abf. 4, nach welcher Kriegsfahrzeuge ju ben militarifchen Dienstgebauben gehoren, ift eine allgemeine, gilt alfo auch fur Durchfuchungen.
- 14. Ju Betreff ber "Militairbehörbe" f. § 48 Rote 10. Im Uebrigen vgl. § 98 Abs. 4 und die Noten das.

Bu Abs. 1-4.

- 15. In Betreff ber Boll: und Steuer: Straffachen vgl. noch oben Rote 2 zu Abschn. 8.
- 1. hinfichtlich bes bei Durchfuchungen zu beobachtenben Berfahrens hat fich bie StPO. auf die Auffiellung ber in ben SS 106 ff. gegebenen Bestimmungen beschränkt und weitere Borsichtiften instruktionellen Inhalts für entbehrlich erachtet. Daß bei Durchsuchungen mit möglichster Schonung zu versahren ift und insbes. zu einer gewaltsamen Eröffnung verschlossener Behältnisse zc. nur im Nothfalle geschritten werben barf, ift selbstverständlich.

Bu Mbj. 1.

- 2. Das Recht, ber Durchsuchung beizuwohnen, legt ber S bem Inhaber ber zu burchjudenden Raume zc. für den Fall bei, daß er zur Zeit der Ausführung dieser Maßregel in den
 gedachten Raumen anwesend ift. Auf das Ericheinen bes zur Zeit nicht gegenwärtigen Inhabers
 zu warten oder ihn herbeiholen zu lassen, ift der die Durchsuchung ausführende Beamte nicht verpflichtet. Macht fich der Inhaber der zu durchsuchen Räume einer vorsählichen Störung
 ber Durchsuchung schuldig, so finden auch gegen ihn die Bestimmungen des § 162 bezw. die bes
 GBG. § 182 Anwendung.
- 3. Auch ber Angehörige, Hausgenosse ober Rachbar wird lediglich als Vertreter bes Inshabers ber Raume 2c. und behufs ber etwaigen Bahrnehmung ber Rechte besselben zugezogen; eine Zuziehung von Urfundspersonen findet nicht statt (vgl. § 86 Note 1. c Schluß).
- 4. Dem Beichnlbigten (als foldem) und ebenso bem Bertheibiger fieht ein Anspruch auf Buziehung zu ben vorzunehmenben Durchsuchungen nicht zu. Dies gilt auch von ber burch ben Richter ansgesührten Durchsuchung, obicon bas über eine solche aufgenommene Protokoll bie Bedeutung eines Augenscheinsprotokolles gewinnen kann (vgl. oben Note 1 zu SS 102—110): bie Bestimmungen, welche bie Anwesenheit ber Prozesbetheiligten bei Augenscheinnahmen betreffen

§. 107.

Dem von ber Durchsuchung Betroffenen ift nach beren Beenbigung auf Berlangen eine schriftliche Mittheilung zu machen, welche ben Grund ber Durchjuchung (§§. 102, 103) fowie im Falle bes §. 102 bie strafbare Hanblung bezeichnen muß. Auch ift bemfelben auf Berlangen ein Berzeichniß ber in Berwahrung ober in Befolag genommenen Gegenstände, falls aber nichts Berbächtiges gefunden wird, eine Bescheinigung hierüber zu geben.

(f. Entw. § 92 Mbf. 2; II. Entw. § 96 Mbf. 2; III. Entw. § 97; Mbf. 2.)

§. 108.

Berben bei Gelegenheit einer Durchsuchung Gegenstände gefunden, welche zwar

(SS 191, 167), find auf ben Fall ber Durchsuchung nicht zu beziehen, und zwar icon beshalb nicht, weil bie vorgangige Benachrichtigung von ber Durchfuchung meiftens geeignet fein murbe. ben 3med ber letteren ju vereiteln (a. D. John G. 823 ff., Geper 26. S. 568, Stenglein S. 248). -- Der nicht auf freiem Fuße befinbliche Befchulbigte hat einen Anspruch auf Anwefenheit felbst bei folden Durchsuchungen nicht, welche in feiner Behaufung zc. abgehalten werben; ein folder Anspruch murbe ihm auch bann nicht gufteben, wenn bie Beftimmungen über ben Augenichein anwendbar maren (§ 191 Abf. 4). — Das vorstehend von bem Beschulbigten und bem Berthelbiger Bemertte gilt in gleicher Beije von bem Brivattlager, bem Reben: flager und beren Anwalt. — hiernach unterliegt bie Zuziehung ber Prozesbetheiligten zu Durchfudungen (ebenfo wie bie unter Umftanben zwedinäßige ober nothwendige Bugiebung von Beugen ober Sachverftanbigen) lebiglich bem Ermeffen bes bie Durchfuchung anordnenben ober ausführenben Beamten. Gine Ausnahme macht nur bie Staatsanwaltichaft: aus ihrer Befugniß, unter Umftanben Durchfuchungen felbft anzuordnen und vorzunehmen, ift auch ihre Berechtigung herzuleiten, allen richterlich angeorbneten Durchfuchungen beizuwohnen, und zwar ohne Untericiet, ob bei beren Ausführung ber Richter felbft mitwirft ober nicht (vgl. § 105 Rote 5. a).

Bu Abs. 2.

- 5. Die Boridrift gilt nur fur bie galle bes § 103, alfo nur fur Durchfuchungen, welche bei nichtbeschulbigten Berfonen ftaltfinben (vgl. § 103 Rote 5).
 - 6. Unter ber Befanntmadung ift bier nur eine munbliche Eröffnung gu verfteben.

Ru § 107.

- 1. Bie aus ber Allegirung ber SS 102, 103 erhellt, ift unter bem von ber Durchsuchung "Betroffenen" nach Bericiebenheit ber Falle ber Beschulbigte ober ber nicht beschulbigte Dritte zu verstehen. -- Das "Berlangen" fann, wenn ber von ber Durchsuchung Betroffene bei bieser nicht gegenwärtig war, auch von ber an seiner Stelle zugezogenen Person gestellt werben (a. Dr. Stenglein S. 249, ber bies nur von bem gesehlichen Bertreter gelten laffen will).
- 2. Die Borte "nach Beenbigung" besagen nur, baß bie schriftliche Mittheilung nicht früher geforbert werben barj. Daß das Schriftstud fogleich an Ort und Stelle ausgefertigt merben muffe, ift nicht porgefchrieben.
- 3 Gegenstand ber ichriftlichen Mittheilung ift ber Grund ber Durchsuchung: ber von biefer Betroffene hat Anspruch barauf, zu erfahren, was man bei ihm gesucht habe und ob er selbst verbächtig fei ober nicht; bem Berbachtigen (§ 102) muß außerbem bie in Frage ftebenbe ftrafbare hanblung bezeichnet werben. Dagegen fann ber Betroffene feine Auskunft barüber bean: fpruchen, welche Thatumstände, Ausfagen 2c. zu der Annahme geführt haben, daß der gefuchte Gegenstand fich in feinem Gemahrfam befinbe.
- 4. Sowohl bie "schriftliche Mittheilung" wie auch bas "Berzeichniß" und bie "Bescheinigung" find unentgeltlich zu ertheilen.

3u § 108.

1. Die Borfdrift ift nach zwei Richtungen bin von Bebeutung. Ginerfeits mobifizirt fie für ben Fall einer burch einen nichtrichterlichen Beamten ausgeführten Durchsuchung bie Bestimin keiner Beziehung zu ber Untersuchung flehen, aber auf die erfolgte Verübung einer anderen strafbaren Handlung hindeuten, so sind dieselben einstweilen in Beschlag zu nehmen. Der Staatsanwaltschaft ist hiervon Renntniß zu geben.

(L Entus. § 93; IL Entus. # 97; III. Entus. # 98.)

anbere Sache zu erftreden bat.

§. 109.

Die in Berwahrung ober in Beschlag genommenen Gegenstände sind genau ju verzeichnen und zur Verhütung von Verwechselungen durch amtliche Siegel ober in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen.

(L. Entw. § 92 Abf. 2; II. Eutw. § 98 Abf. 2; III. Entw. § 97 Abf. 2.)

§. 110.

Sine Durchsicht ber Papiere bes von ber Durchsuchung Betroffenen steht nur bem Richter gu.

Andere Beamte sind zur Durchsicht ber aufgefundenen Papiere nur dann befugt, wenn der Inhaber berselben die Durchsicht genehmigt. Anderenfalls haben sie die Papiere, deren Durchsicht sie für geboten erachten, in einem Umschlage, mung des § 98 Abs. 1 über die Besugniß zur Beschlagnahme: der der, Beamte wird, gleichviel ob ihm sonst die Anordnung von Beschlagnahmen überhaupt zusteht oder nicht und ob Gesahr im Berzug obwaltet oder nicht, für besugt und verpslichtet erklärt, auch solche verdächtige Gegenstände in Beschlag zu nehmen, welche in keiner Beziehung zu der vorsiegenden Strassachten und beren Beschlagnahme also bei der Anordnung der Durchsuchung gar nicht bezweckt wurde. — Andererseits enthält die Borschrift für den Fall der richterlichen Durchsuchung eine Ausnahme von dem Grundsat, daß die Gerichte nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft einzuschen, und zwar wird, abweichend von § 163, eine Gesahr im Berzuge hier nicht vorausgesetzt. Es versteht sich übrigens und erhellt überdies aus dem Schlußsat des S, daß, wenn die zur Berfolgung der "anderen" strasbaren Handlung zuständige Staatsanwaltschaft (vgl. GBG. § 143 Abs. 2) der Durchsuchung beiwohnt, der Richter nicht ohne deren Antrag seine Ehätigkeit auf die

- 2. Statt ber Borte: "zu ber Untersuchung" ware richtiger zu sagen gewesen: "zu bem Bersahren"; benn bie Bestimmung set keineswegs bie bereits erfolgte Eröffnung ber Untersuchung voraus, sonbern findet auch im Borbereitungsversahren Anwendung.
- 3. Die seitens eines nichtrichterlichen Beamten auf Grund bes § 108 erfolgte Beschlagnahme fieht hinsichtlich bes Erforberniffes ber richterlichen Bestätigung (§ 98 Abs. 2) jeber anbern Beschlagnahme gleich.
- 4. In Betreff bes Falles, wenn ble "anbere" ftrafbare Sanblung ein Antragsbelitt ift, f. Rote 7. c ju Buch 2 Abichn. 1.
- 1. Die Bestimmung gilt nicht blos fur Durchfuchungen, fonbern für alle Falle einer Ber= mahrung ober Befchlagnahme.
- 2. Daß auch ber Inhaber ber in Bermahrung ober in Beschlag genommenen Gegenstände besugt sei, bieselben burch sein Siegel zc. tenntlich zu machen, ift hier zwar nicht, wie in § 110 Abs. 3, ausgesprochen, es ift indeß hieraus nicht zu folgern, daß bas Geset biese Besugniß nicht habe gewähren wollen.

Ru & 110.

1. Der & hanbelt nur von folden Papieren, welche bei einer Durch uch ung aufgefunden werden; auf Papiere, welche bei einer anderen Gelegenheit in ben Gewahrsam ber Untersuchungsbehörden gelangen, findet bie Bestimmung nicht Anwendung. Bezüglich ber Durchsuchung aber werden weitere Unterscheidungen bier nicht aufgestellt; es tommt also nicht barauf an, ob ber von

welcher in Gegenwart des Inhabers mit dem Amtssiegel zu verschließen ift, an ben Richter abzuliefern.

Dem Inhaber ber Papiere ober bessen Bertreter ist die Beibrudung seines Siegels gestattet; auch ist er, falls bemnächst die Entsiegelung und Durchsicht der Papiere angeordnet wird, wenn dies möglich, aufzuforbern, berselben beizuwohnen.

Der Richter hat die zu einer strafbaren Handlung in Beziehung stehenden Bapiere ber Staatsanwaltschaft mitzutheilen.

(I. Entw. § 94; IL. Entw. § 98; III. Entw. § 99.)

ber Durchsuchung Betroffene ein Beschulbigter ober ein nichtbeschuldigter Dritter ift, ebenso wenig barauf ob es fich um eine haussuchung ober um eine andere Durchsuchung handelt, ob ber Zwed ber Magregel gerabe in ber Auffindung und Beschlagnahme von Papieren bestand ober nicht.

- 2. Der Ausbrud "Bapiere" ift im weitesten Sinne ju verstehen, so bag er alle Arten von Schriftstuden umfaßt; insbes. gehören hierher auch bie handlungs: und Rechnungsbucher bes von ber Durchsuchung Betroffenen. Auf Drudschriften bagegen findet bie Bestimmung nicht Anwens bung; gl. A. Buchelt S. 236.
- 3. Die Befugniß zur Durchsicht von Papieren ist burch bie Borschriften bes & in engere Grenzen eingeschlossen als die Befugniß zur Beschlagnahme (§§ 98, 108). Rach dem Entw. sollte sie bem Richter und den Beamten der Staatsanwaltschaft zustehen, weil von diesen wie von jenem die ersorderliche Distretion erwartet werden könne (Mot. S. 155). Die RER. aber glaubte die Besugniß zur Durchsicht nur dem Richter gewähren zu sollen und anderte in dieser hinsicht den Entw. ab (Prot. S. 120 ff., vgl. Sten. Ber. S. 462). Daß übrigens der Richter sich bei der Durchsicht von Papieren, soweit nöthig, auch der hülfe von Sachverständigen, z. B. der eines Dolmetscher der bei kaufmännischen Büchern der eines Raufmanns, bedienen kann, erscheint selbstverständlich; vgl. v. Schwarze S. 242, Thilo S. 109.

Bu 216f. 2.

- 4. Die Bestimmung erforbert eine ausbrüdliche Genehmigung bes Inhabers; bas Gesetweicht auch hierin vor bem Entw. ab, welcher lettere nur ben Mangel eines Widerspruchs vorausssetzt. Die Genehmigung kann nur von bem Inhaber selbst wirksam ertheilt werben; baß bie Genehmigung bes Bertreters zc. nicht genügt, ergiebt sich sowohl aus ber Bergleichung bes Abs. 2 mit Abs. 3, wie auch aus ber Erwägung, baß regelmäßig nur ber Juhaber selbst bie Tragsweite ber Genehmigung ganz zu übersehen im Stanbe sein wird (gl. A. Keller S. 123, John S. 834, Stenglein S. 251; a. M. Boitus S. 152, Puchelt S. 236). Die Genehmigung kann auf gewisse Beamte ober auf gewisse Schriftstüde beschränkt, und es muß biese Beschränkung alsbann als bindend anerkannt werden; auch ist ein Wiberruf der Genehmigung, soweit die Durchsicht noch nicht ersolgt ist, wirksam; so: Stenglein S. 251.
- 5. "in Gegenwart bes Inhabers". Bei biefen Worten wird vorausgesest, baß ber Inhaber überhaupt anwesenb ift. Seine Abwesenheit kann selbstverständlich die Einfiegelung und Ablieferung ber Papiere nicht aufhalten, sondern nur die Folge haben, daß biese Handlungen in Gegenwart bes etwa anwesenben Bertreters zc. (§ 106) vorzunehmen sind.

Bu Abs. 3.

6. Die Aufforderung an ben Inhaber zc., ber Entsiegelung und Durchsicht ber Papiere beizuwohnen, ift, "wenn bies möglich", zu erlassen; sie barf also nur unterbleiben, wenn ente weber ber Aufenthalt bes Inhabers zc. unbekannt ist ober wenn sie einen mit ber Dringlichkeit ber Sache nicht vereinbaren Aufschub herbeisühren wurde. — Das Ausbleiben bes zum Ersicheinen ausgesorberten Inhabers kann bie Entsiegelung und Durchsicht ber Papiere in keinem Falle hindern.

Ցս Ջենլ. 4.

7. Bie ber Bortlaut ber Bestimmung ("Bu einer ftrafbaren Sanblung") ergiebt, ift bie bier angeordnete Dagnahme nicht auf folche Bapiere beschränkt, welche zu ber ben Anlag ber

§. 111.

Gegenstände, welche burch die strasbare Handlung dem Verletzten entzogen wurden, sind, falls nicht Ansprüche Dritter entgegenstehen, nach Beendigung der Untersuchung und geeignetenfalls schon vorher von Amtswegen dem Verletzten zurückzugeben, ohne daß es eines Urtheils hierüber bedarf.

Dem Betheiligten bleibt die Geltendmachung seiner Rechte im Civilverfahren vorbebalten.

(I. Entm. § 335; II. Entm. § 340; III. Entm. § 100.)

Durchfuchung bilbenben Strafthat in Beziehung ftehen; wgl. § 108 u. Note 1 bas. Da übrigens ber Richter häufig gar nicht in ber Lage sein wird, die Beziehung eines Schriftstuds zu einer anderen ftrafbaren hanblung mit Sicherheit zu erkennen, so wird er alle irgendwie versbächtig erscheinenben Schriftstude ber Staatsanwaltschaft mitzutheilen haben.

Ru \$ 111.

- 1. Die Bestimmung gilt nur für solche Gegenstände, welche bem Berletten burch die strafsbare handlung entzogen sind; sie erstreckt sich dagegen nicht auf solche, welche mittelst entwendeten z. Geldes ober aus bem Erlöse entwendeter z. Sachen angeschafft worden: RGer. I. 12. Jan. 80 (Entsch. I. 144, Rspr. I. 217). So auch RGer. I. 3. Juni 80 (Rspr. II. 20) hinsüglich solchen Geldes, welches durch die Umwechselung unterschlagener Banknoten erlangt war. Dagegen fallen, wenn der Thater die dem Berletten entzogenen Gegenstände verpfändet hat, die Bsandzettel unter die Borschrift des S, da sie diese Gegenstände unmittelbar vertreten: RGer. I. 5. Juli 80 (Rspr. II. 162).
- 2. Die Zurudgabe ift nicht burch bas gegen ben Beschulbigten ergehende Urtheil, sonbern burch Beschluß anzuordnen. Dieser "ftellt sich als eine ben Besit ft and vorläufig regelnde Entscheidung bar, und es bleibt dem Beschulbigten unbenommen, die Unrichtigkeit berselben demnächt in einem von ihm als Rtäger anzustrengenden Civilprozesse darzulegen" (Mot. S. 155).

 Die lettere Besugniß steht selbstverftändlich nicht blos dem Beschulbigten, sondern auch jedem anderen Interessentaut: durch die strafrichterliche Entscheidung wird niemand an der Bersolgung ieiner vermeintlichen Ansprüche im Civilprozeß gehindert. Bgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 5.
- 3. Der Strafrichter barf, inbem er aber bie Rudgabe eines in gerichtlicher Bermahrung beündlichen Begenftandes verfügt, immer nur eine Enticheibung zwifden bem Befdulbigten und bem Berletten treffen, niemals aber in die Rechtsverhaltniffe Dritter eingreifen. Daber ift die Bestimmung überhaupt nur auf folde Gegeustänbe anwendbar, welche bei einem Beihulbigten in Beschlag genommen finb: bie Rückgabe ersolgt fatt an biesen an ben Berletten. Die bei einem Dritten in Befchlag genommenen Gegenstände können nur im Falle ber ausbrudlichen Einwilligung beffelben bem Berletten ausgeantwortet und mulfen anbernfalls bem Dritten gurudgegeben werben; will ber Berlette bie Rudgabe an ben Dritten hinbern, fo muß er bei bem Civilrichter bie Anordnung eines Arrestes erwirken, wozu ihm feitens bes Straftichters eine Frift gewährt werben tann. — Bas bagegen bie bei bem Befchulbigten in Beidag genommenen Gegenstände betrifft, fo tann ber Umftand, bag ein Dritter beren Berausgabe beansprucht und ber Ausantwortung an ben Berletten wiberspricht, für fic allein bie lettere nicht unjulaffig machen; benn einerseits tann ber Strafrichter über ben Anspruch bes Dritten nicht entideiben und alfo dem Gesuche besselben ohne Zustimmung des Berletten nicht stattgeben, und anbererfeits tann bie bloge Aufftellung biefes Anspruches nicht für unbestimmte Beit bie Fortbauer ber gerichtlichen Bermahrung jur Kolge haben; hier also muß event. ber Dritte ben Arrest erwirken, wozu auch ihm eine Frift bewilligt werben tann. Mangels eines folchen Arreftes ftellt bie an ben Berletten erfolgenbe Rudgabe einen Gingriff in bie Rechtsverhältniffe bes Dritten nicht bar, ba nicht biefer, sonbern ber Beschulbigte gur Zeit ber Beschlagnahme ber Inhaber bes verwahrten Gegenstanbes gemefen ift.

4. Darüber, ob ber beir. Gegenstanb bem Berletten burd bie ftrafbare Sanblung entiden fei, entideibet magrenb bes Laufes ber Untersuchung ber Richter nach feinem freien

Reunter Abidnitt.

Berhaftung und vorläufige Festnahme.

Ermeffen (vgl. § 260); nach Beenbigung ber Untersuchung find in biefer hinfict bie thatfaclichen Annahmen ber ergangenen Entschibung (bie thatsachliche Feststellung bes Urtheils bezw. ber Spruch ber Geschworenen) maggebend. — Uebrigms seht bie Rudgabe an ben Berletten nicht nothwendig voraus, daß ber Beschulbigte zu Strafe verurtheilt ober seine Bestrafung zu erwarten ist; vielmehr ist die Bestimmung auch anwendbar, wenn ber für überführt erachtete Beschulbigte wegen bes Borhandenseins eines Strasaushebungsgrundes, z. B. wegen eingetretener Berjährung, strassos bleibt.

- 5. Die verwahrten Gegenstände sich ich on vor Beenbigung ber Untersuchung bem Bers letten jurudzugeben, wenn ihre amtliche Berwahrung nicht weiter erforberlich erscheint. Die frühere Rudgabe seht allerdings regelmäßig voraus, daß die Beweisfrage (Rote 4) in zweifelssfreier Beise aufgeklärt ist; boch können besondere Umftande, wie z. B. der, daß der verwahrte Gegenstand dem Berberben ausgeseht ift, auch hier eine Ausnahme bedingen.
- 6. Ueber bie haftpflicht bes Staates bezüglich ber Rudgabe ber in amtliche Berwahrung gekommenen Gegenstände entscheibet bis auf Beiteres bas Landesrecht. Der Reichstag hat einen Antrag auf reichsgesesliche Regelung bieses Bunttes abgelehnt (Sten. Ber. S. 462 ff.).

Bum Reunten Abidnitt.

- 1. Der Abichn. handelt von ber gegen ben Beschulbigten zu verhängenden Freiheitsentziehung; biese wird, je nachdem sie auf Grund einer richterlichen Anordnung ober ohne eine solche eintritt. als "Berhaftung" ober als "vorläufige Festnahme" bezeichnet. Der Entw. (§§ 101, 114, 115) verstand unter ber Berhaftung nur biejenige richterlich angeordnete Inhaftnahme, welche nach Erhebung der öffentlichen Klage verhängt wird, und bezeichnete die im Borbereitungsversahren eine tretende Berhaftung mit dem Ansbrud "Berwahrung"; die RTR. hielt jedoch eine berartige Unterscheidung nicht für sachgemäß und beseitigte den lehtgebachten Ausbrud (Prot. S. 167 ff., 173).
- 2. Auch außerhalb bes Abschnitts enthält bie StBD. einzelne bie Bethaftung bezw. bie vorläufige Festnahme betreffenbe Borschriften (§§ 205, 229, 235, 211, 337; vgl. auch GBG. § 185).
- 3. Reben ber StBD. tommen bezüglich ber Berhaftung und ber porläufigen Festnahme noch verfciebene fpezialgefegliche Borfdriften in Betracht, welche in Rraft geblieben finb. Bgl. a. hinsichtlich ber Mitglieber bes Reichstages und ber gesetgebenben Berfamm= lungen ber Bundesftaaten: EG. § 6 Rote 6-8; - b. hinfictlich ber Mitglieber ber beutichen lanbesherrlichen Familien: EG. § 4 u. Rote 2 bas.; -- c. hinfichtlich ber auf Schiffen begangenen ftrafbaren handlungen: Seemansordnung § 103 (unten in Abth. III); — d. hinfichtlich ber Boll: und Steuerbelitte: E. S 6 Rr. 3 u. Rote 12. a bas. - Dagegen find folde lanbebrechtliche Borichriften, welche bie Berhaftung ober bie Festnahme gemiffer Beamten an besonbere Boraussenungen banben, außer Rraft gesett; nur verfteht fich von felbft, bag bie Buläffigfeit ber Berhaftung ac. von ber Buläffigfeit ber Strafverfolgung (vgl. § 11 bes EG. 3. GBG.) abhangig bleibt. Bu ben außer Rraft getretenen Bestimmungen geboren u. A. ber § 11 bes preuß. Bef. v. 28. Juni 1834 und ber § 9 bes preuß. Gef. v. 31. Marg 1837, betr. ben Baffengebrauch ber Grenzauffichtsbeamten bezw. ber Forft- und Jagbbeamten (GS. 1834 G. 83, bezw. 1837 S. 65); vgl. Thilo S. 113. Bestimmungen, nach welchen bie Untersuchungsbehörben von ber Berhaftung eines Beamten ber betr. Dienftbeborbe Mittheilung ju machen haben, find, ba fie nicht prozegrechtlichen Inhalts find und überbies im Bermaltungswege erlaffen werben tonnen, burch bie Ginffihrung ber StBD. nicht aufgehoben.
- 4. Reben ber Berhaftung und ber Festnahme tennt bie StBD. noch gewisse geringere & reis beitsbeschränkungen, welche aus Anlag einer einzelnen Berhanblung gegen ben Beschulbigten verhangt werben tonnen (§§ 135, 230). Bgl. ferner StBD. § 162 u. bie Roten bas., GBG.

Digitized by GOOGIC

§. 112.

Der Angeschuldigte darf nur dann in Untersuchungshaft genommen werden, wenn bringende Berbachtsgründe gegen ihn vorhanden find und entweder er der Flucht verdächtig ist oder Thatsachen vorliegen, aus benen zu schließen ist, daß er Spuren der That vernichten oder daß er Zeugen oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnispsticht zu entziehen. Diese Thatsachen sind aktenkundig zu machen.

Der Berbacht ber Flucht bebarf teiner weiteren Begrundung:

- 1. wenn ein Berbrechen ben Gegenstand ber Untersuchung bilbet;
- 2. wenn ber Angeschuldigte ein Beimathloser ober Lankftreicher ober nicht im Stanbe ift, fich über feine Berson auszuweisen;
- 3. wenn der Angeschuldigte ein Ausländer ist und gegründeter Zweifel besteht, daß er sich auf Ladung vor Gericht stellen und dem Urtheile Folge leisten werde.

(I. Catu. §§ 98, 99; II. Catu. § 99; III. Catu. § 101.)

- § 178 u. Rote 4. b bas., GBG. § 182, StPO. § 81 u. Rote 2 bas. Bgl. noch § 127 Rote 1. b.
- 5. Die StBD. behandelt die Mittel jur Geftellung bes Beschuldigten por bas Gericht nicht in Berbindung mit ber Berhaftung. Bgl. in Betreff ber Ladung und bes Borführungs-beschle: SS 133, 134, in Betreff ber Bermögensbeschlagnahme: SS 332--335, in Betreff bes fichten Geleites: S 337.
- 6. Ueber die Anordnung des Stoffes innerhalb des Abschn. ift zu bemerken: Der Abschn. beginnt mit den Boraussehungen der Untersuchungshaft (§§ 112, 113). Heran schließen sich die Borschriften über den Inhalt und die Bekanntmachung des Haftbefehls (§ 114), über die Bernchmung des Berhafteten (§ 115) und über die Beschaftenheit der Untersuchungshaft (§ 116). Es solgen alsdann die Borschriften über die Abwendung der Untersuchungshaft durch Sicherheitsleistung (§ 117—122) und die Bestimmungen über die Ausschung der Untersuchungshaft (§ 123). Hierzach wird die Zuständigkeit für die Erlassung der auf die Untersuchungshaft bezüglichen Entsichengen bestimmt (§ 124). Sodann folgen die Borschriften über die vor Erhebung der öffentslichen Klage eintretende Berhaftung (§§ 125, 126) und über die vorläufige Festnahme (§§ 127—129). alsdann eine die Antragsbeliste betreffende besondere Bestimmung (§ 130) und eine Borschrift siber die Erlassung von Steckbriefen (§ 131). Am Schluß wird dassenige Bersahren behandelt, welches eintritt, wenn ein Ergriffener nicht soson den zuständigen Richter gestellt werden kann (§ 132).
- 34 § 112.

 1. Die "Untersuchungshaft" besteht in ber Inhafthaltung bes Angeschuldigten in bem sur Untersuchungsgefangene bestimmten öffentlichen Gefängniß (SS 115, 116). Der s. g. Sausarrest (die Bewachung bes Angeschuldigten in einer Privatwohnung) wird in ber StBD. nicht erwähnt und kann beshalb als eine zulässige Art von haft, welche ber Richter wahlweise statt ber Inhafthaltung im Gefängniß verhängen könnte, nicht angesehen werden. Er ist vielmehr nur als eine erzeptionelle und einstweilige Makregel da für statthaft zu erachten, wo zwingende Umstände, wie z. B. schwere Erkrantung des Angeschuldigten, der Aufnahme des letzteren in das Gesängniß oder seinem Berbleiben darin zeitweise entgegenstehen. Hinsichtlich der Eigenschaft des Angeschuldigten als eines Berhafteten und der Anwendbarkeit der Borschriften sider die Unterzuchungshaft ist der Ort, an welchem die Inhasthaltung erfolgt, ohne Einstuß. Gl. A. Stenglein S. 253, theitwo. a. M. v. Schwarze S. 249.
- 2. Wie fich aus ber Bahl bes Ausbrud's "Angeschulbigter" (vgl. § 155) ergiebt, handelt § 112 (gleich ben §§ 113—124) nur von berjenigen haft, welche nach Erhebung ber öffentlichen Riage verhangt wirb. Bgl. bagegen §§ 125, 126.

- 3. a. Allgemeine Vorbebingung ber Berhängung ber Untersuchungshaft ift bas Borhandensein "bringender" (nicht blos, wie der Entw. wollte: "hinreichender") Berdachtsgründe, und zwar muß sowohl dafür, daß eine strasbare Handlung begangen sei, wie auch für die Thäterschaft z. des Angeschuldigten ein dringender Berdacht vorliegen. Zu dem Borhandensein dieser Borbedingung muß aber, wenn eine Berhastung erfolgen soll, noch ein bestimmter, diese Raßregel rechtsertigender Grund (Zweck) hinzukommen. Als Berhastungsgründe erkennt nun die SiBO. in § 112 der Regel nach (in Betreff der Ausnahmen s. § 113) die Flucht gefahr (Note 4) und die Rollusionsgesandes seines dritten Berhastungsgrundes seine § 229 Abs. 2 und § 235. Einzelne der früheren Landesgesete (z. B. die sächl. Rev. SiBO. Art. 151) gestatteten die Berhastung auch dei begründeter Besorgniß, daß der Angeschuldigte seine Freiheit zur Berübung neuer strasbarer Handlungen mißbrauchen oder die noch nicht vollendete That aussichten werde; die StBO. hat indeß diesen Berhastungsgrund nicht ausgenommen, da er kein strasprozessussischer ist, sondern dem Gebiet der Präventivpolizei angehört (Mot. S. 155).
- b. Die StBD. hat eine Bestimmung, bag bei gewissen Straffällen bie Untersuchungshait eintreten musse, nicht aufgestellt, vielmehr bem Richter überall bie Brufung, ob ein Grund jur Berhaftung vorliege, überlaffen. Es kann baber auch bei Berbrechen (§ 112 Rr. 1) bie Berbaftung unterbleiben, und es kann sich bieselbe namentlich bann erübrigen, wenn wegen ber offen: bar vorliegenben Milberungsgrunde 2c. bie Berbangung einer geringeren Strafe zu erwarten ift.
- 4. a. Der Begriff ber Flucht febt nicht nothwendig voraus, daß ber Angeschuldigte sich nach einem entfernten ober nach einem ansläudischen Orte begeben will; vielmehr ift auch berjenige. ber fich verborgen halt, als flüchtig anzusehen, und eine Beränderung bes Ausenthalts, welche zum Zwede bes Berbergens geschieht, kann eine Flucht barftellen.
- b. In ben Fällen, welche Abs. 2 unter Nr. 1—3 aufführt, bebarf ber Berbacht ber Flucht beshalb keiner weiteren Begründung, weil hier die Bermuthung bafür spricht, daß der Angeschulbigte zu fliehen suchen werde. Der Richter hat jedoch stets zu prüfen, ob nicht im einzelnen Falle Umstände vorliegen, welche diese Bermuthung entfraften; val. Note 3. b.
 - c. Bu Rr. 1. "Berbrechen" hierzu vgl. StoB. § 1 fomie oben StBD. § 1 Rote 4.
- d. Bu Rr. 2. Als ein "Beimathlofer" wird Jeber anzusehen sein, ber entweber seiner Angabe nach einen bestimmten Wohnsit ober Ausenthaltsort nicht hat ober boch nach seiner Auselassung verbächtig ift, einen solchen nicht zu haben. Bgl. Freizügigfeits-Ges. v. 1. Nov. 1867 SS 3, 12. In Betreff bes "Lanbstreichers" vgl. St. S. 361 Nr. 3.
- e. Zu Nr. 2 "nicht im Stanbe, sich auszuweisen" hierbei wird vorausgesett, baft die Berson bes Angeschuldigten nicht bekannt ift; auf ben Ausweis kann es nur unter bieser Boraussetung ankommen. Im Uebrigen ist bemjenigen, ber sich nicht ausweisen kann, berjenige, ber bies nicht will, gleichzustellen: wer seinen Namen verschweigt ober falich angiebt, ist schon bieses Verhaltens wegen fluchtverbächtig. Bgl. Thilo S. 112, Boitus S. 155. Stenglein S. 254.
 - f. Bu Rr. 3 "Anstanber" b. h. Richtbeuticher; vgl. § 9 Rote 1.
- g. Aus ber Bestimmung in Abs. 2 folgt, baß, wenn keiner ber bort bezeichneten Salle vorliegt, bestimmte Umftanbe vorhanden sein muffen, burch welche ber Fluchtverdacht begrundet wird. Der Richter muß sich über biese Umftanbe Rechenschaft geben, und er wird bieselben aktentundig zu machen haben, wennschon bies, ba ber zweite Sat bes Abs. 1 nur von ben bie Kollusionsgesahr betreffenden Thatsachen spricht, im Geset nicht ausbrucklich gesagt ift.
- 5. a. Die Zuläffigkelt ber Berhaftung wegen Kollusionsgefahr ift (nach ben von bem Entw. nicht unwesentlich abweichenben Beschlüffen ber RER.; Brot. S. 127 ff., 853 ff.) bavon abhängig gemacht, baß "Thatsachen vorliegen, aus benen zu schließen ift", baß ber Angeschulbigte sich in ber in § 112 bezeichneten Beise verhalten werbe. Die bloße, in jeder Straffache mögliche Bermuthung eines solchen Berhaltens reicht nicht hin; die Besorgniß, daß Rollusionen bevorstehen, muß eine aus der Lage bes konkreten Falles hergeleitete sein und sich auf thatsachliche Anhaltspunkte ftühen. Uebrigens brauchen die letteren nicht nothwendig aus eigenen hande

§. 113.

Ift die That nur mit haft ober mit Gelbstrafe bedroht, fo barf bie Untersuchungs=

lungen ober Aeußerungen bes Angeschulbigten entnommen zu werben. — Auch ist aus ber Fassung bes & ("verleiten werbe") nicht zu folgern, daß ber Richter ben muthmaßlichen Erfolg bes zu bes jorgenden Berleitungsversuches zu prüsen habe; es kommt vielmehr nur darauf an, ob nach ben vorliegenden Thatsachen ber Bersuch selbst zu erwarten steht.

- b. Die Borte: "sich ber Zeugnißpflicht zu entziehen" treffen jedes ber Zeugnißpflicht zuwiderlaufende Berhalten des Zeugen, als sowohl den Fall, wenn der Zeuge sich verdirgt ober der Ladung nicht Folge leistet, wie auch den, wenn er das Zeugniß ohne gesehlichen Grund verweigert. Bgl. § 69 Rote 6. g.
- 6. Zwischen ben einzelnen Stabien ber Untersuchung macht bas Gefet keinen Untersische: bie Untersuchungshaft kann in jedem Stadium verhängt werden, und die Bedingungen biefer Mafregel find in allen Stadien biefelben (vgl. übrigens SS 229, 235). Auch noch nach Erlaffung bes Urtheils ift die Berhangung ber Untersuchungshaft ftatthaft (vgl. SS 481, 482).
- 7. Ueber bie Dauer ber haft in ber Untersuchung enthält bas Geset keine weitere Borsichtit als bie bes § 123; insbes. schreibt es nicht vor, bag mit Ablauf eines gewissen Zeitraums bie haft aufhören ober baß, wenn sie fortbauern solle, an Stelle bes ursprünglichen haftbefehls ein neuer erlaffen werben muffe; bie in ber MER. gestellten Antrage auf Festishung gewisser Zeitzgemzen für bie Dauer ber haft fanben nicht Annahme (Prot. S. 127, 140, 804, 854 ff.). Bgl. übrigens § 205 Abs. 2 u. Rote 8 bas. In Betress bes Borbereitungsversahrens s. basgegen § 126.
- 8. a. Batrend nach einigen Lanbesgefeten bie Berhangung ber Untersuchungshaft eift nach erfolgter Bernehmung bes Angefchulbigten ftatthaft, gegen ben noch nicht vernommenen aber nur vorbereitenbe Magregeln, wie namentlich bie Erlassung eines Vorführungsbesehls, zugelaffen waren, ftellt bie StBD, für bie Erlassung bes haftbefehls bas Erforberniß ber vorgängigen Bernehmung nicht auf. Es ift also bem Ermessen bes Richters überlassen, ob er seine Ent= ihliegung über bie Berhangung ber haft bis nach erfolgter Anhörung bes Angeschulbigten ausseben will ober nicht; er hat die Wahl zwischen der Erlassung des Saftbejehls und derjenigen eines Borführungsbefehls; vgl. § 134 u. Rote 2 baf. Uebrigens mirb es fich regelmäßig empfehlen, über bie Berbangung ber haft erft nach ber Bernehmung zu beschließen, ba bie Auslassung bes Augefdulbigten fur ben Befdlug von mefentlicher Bebeutung fein tann. Much beftebt in ber Boruntersuchung (vgl. bagegen § 126 Rote 3) zwifchen bem Saftbefehl und bem Borführungsbefehl ber Unterfchieb, bag nach § 124 ber erftere, wenn er einmal erlaffen ift, von bem Unterfuchungs= richter nicht ohne Rustimmung ber Staatsanwaltschaft aufgehoben werben kann und Mangels biefer Buftimmung Die Enticheibung ber Straftammer nothwendig wird, mahrend im galle bes Borführungsbefehls bei Untersuchungsrichter felbst ben Angeschuldigten ftets fogleich wieder in Frei= beit jeten tann, wenn er bie Berhangung ber haft nicht für gerechtfertigt erachtet.
- b. Ift die haft ohne vorgängige Anhörung des Angeschuldigten verhängt worden, so hat bet Richter nach der Bernehmung zu prüfen, ob mit Rücksicht auf das Ergebniß der letteren die Auftrchthaltung der haft gerechtsertigt sei; einer ausdrücklichen Entscheidung hierüber bedarf es allerdings nur dann, wenn die Ausbedung des haftbefehls beantragt wird.
- 9. In der Untersuchung tann, gleich jeder anderen Maßregel (vgl. § 153 Abs. 2), auch die Berhängung der haft ebensowohl von Amtswegen wie auch auf Antrag der Staatsanwalts ihat beschlossen werden. Auf einen solchen Antrag muß jedenfalls eine ausdrückliche Entscheidung ergehen. Auch wird die Staatsanwaltschaft von einer von Amtswegen beschlossenen Berhaftung zu benachrichtigen sein; in Betreff ihrer vorgängigen Anhörung vgl. § 33 Note 2. Die Bestimmung des § 338 Abs. 2 findet auch bezüglich der Untersuchungsbast Anwendung.
 - 10. In Betreff bes Berfahrens auf erhobene Privattlage f. § 424 u. bie Roten bas.
 - 1. Die Bestimmung finbet Anwendung, wenn die That entweber nur mit Saft ober nur mit

haft nur wegen Verbachts ber Flucht und nur bann verhängt werden, wenn ber Angeschuldigte zu den im §. 112 Nr. 2 ober 3 bezeichneten Personen gehört, oder wenn berselbe unter Polizeiaufsicht steht, oder wenn es sich um eine Uebertretung handelt, wegen deren die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden kann.

(I. Cutm. § 98 Uhl. 2; II. Cutm. § 100; III. Cutm. § 102.)

§. 114.

Die Verhaftung erfolgt auf Grund eines schriftlichen Haftbefehls bes Richters. In dem Haftbefehl ist der Angeschuldigte genau zu bezeichnen und die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung sowie der Grund der Verhaftung anzugeben.

Dem Angeschulbigten ist der Haftbefehl bei der Verhaftung und, wenn dies nicht thunlich ist, spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängniß, nach Vorschrift des §. 35 bekannt zu machen und zu eröffnen, daß ihm das Rechtsmittel der Beschwerbe zustehe.

(I. Entw. § 100; II. Entm. § 101; III. Entm. § 103.)

Gelbstrase ober mit beiben Strasen, sei es mahlweise ober zugleich, bebroht ift. Sie wird baburch nicht unanwendbar, daß die Gelbstrase für den Fall, daß sie nicht beizutreiben ift, in Gefängniß (statt in haft) umgewandelt werden muß ober darf; vgl. z. B. StBB. § 185. — Im Uedrigen hat der f nur die s. g. hauptstrasen, nicht auch die Rebenstrasen, im Auge, wie aus der Erwähnung der Uederweisung an die Landespolizeibehörde (am Schluß des S) hervorgeht. Demzusolge wird die Anwendbarkeit der Bestimmung dadurch nicht ausgeschlossen, daß neben der haft oder der Geldstrase auch auf eine Einziehung (StBB. §§ 40, 41) erkannt werden muß oder kann.

- 2. Der § stellt eine Ausnahme von ber bie Berhaftungsgrunde betreffenben Regel bes § 112 auf, indem er bei den hier bezeichneten geringfügigeren Delitten die Julafsigkeit der Untersjuchungshaft erheblich einschräft: die lettere darf bei diesen Delitten wegen Kollusionsgesahr überhaupt nicht und wegen Fluchtgesahr nur unter den in § 113 bestimmten Boraussehungen verhängt werden. Die Borte: "und nur dann" sind gleichbebeutend mit: "und zwar nur dann"; sie besagen also, daß einer der hier bezeichneten Fälle vorliegen und daneben der Berdacht der Flucht bestehen, sowie ferner: daß dieser ein auf bestimmte Umftande gegründeter (§ 112 Rote 4. g) sein muß und eine Bermuthung, wie nach § 112 Abs. 2, hier nicht Blat greift. Die die Berhaftungen betreffenden Bestimmungen der §§ 229, 235 werden von der Borschrift des § 113 nicht berührt.
- 3. In Betreff ber Boligeiaufficht f. SiGB. § 38. Uebrigens fest bie Beftimmung voraus, bag ber Angeschulbigte wirklich unter Polizeiaufficht geftellt ift; es genügt nicht, bag bie Zuläffigeteit berfelben gegen ibn burch ein Urtheil ausgesprochen ift.
 - 4. In Betreff ber "Ueberweisung an bie Lanbespolizeibehörbe" f. StBB. § 362.
- 1. Unter bem "haftbefehl" wird bie richterliche Entscheidung verftanben, burch welche bie Untersuchungshaft verhangt wird (vgl. § 123). In Betreff "bes Richters", welchem bie Erlassung bes haftbefehls zusteht, f. § 124.
- 2. Die Bestimmung bes Abs. 1 ift nicht bahin zu verstehen, als muffe ber haftbefehl nothwendig schon vor ber Berhaftung schriftlich abgefaht sein. Wenn bas Gericht in ber hauptvershandlung ober ber Richter in einem Termine die Verhastung bes anwesenden Angeschuldigten beschliebt, so iritt dieser Beschluß (dessen schriftliche Absalfung barin besteht, daß er in das Prototoll verzeichnet wird) unbedenklich schon burch die Verkündung in Wirksamkeit; vgl. § 33 Rote 3, 4 sowie unten Note 4.
- 3. Bas ben Inhalt bes haftbefehls betrifft, so soll ber lettere junachft ben Angeschulbigten insoweit genau bezeichnen, als bies ersorberlich ift, um bie Ibentität ber Person außer Zweifel ju stellen. Der haftbefehl soll ferner bie ftrafbare hanblung angeben. Da ber Ange-

Digitized by GOOGLE

§. 115.

Der Berhaftete muß spätestens am Tage nach seiner Ginlieferung in bas Gefängniß burch einen Richter über ben Gegenstand ber Beschulbigung gehört werden.
(L. Entw. § 101; II. Entw. § 102; III. Entw. § 104.)

joulbigte burch die Bekanntmachung des haftbefehls darüber Gewißheit erhalten foll, wegen welcher That er verhaftet werbe, fo genugt es nicht, die lettere blos mit ihrem ftrafrechtlichen Ramen, 3. B. durch bie Borte "wegen Diebstahls" ju benennen; vielmehr ift es erforberlich, bie That, abnlich wie in ber Antlageformel, individuell ju bezeichnen, alfo ben Beichluß etwa babin ju faffen : bag gegen X, welcher bringend verbachtig ift, ju ber und ber Beit am Orte A bem B ben Gegen= ftand C geftohlen zu haben, die Untersuchungshaft zu verhängen. Die Berbachtsgrunbe finb nicht anzuführen. Dagegen ift bie Angabe bes Berhaftungsgrunbes (§ 112 Rote 3, a) erforderlich. Besteht ber Werhaftungsgrund in ber Fluchtgefahr, so muß, wenn einer ber in § 112 Abf. 2 bezeichneten galle vorliegt, bas Borhandenfein ber betr. Borausfepung (g. B. bie Beimathslofigkeit) hervorgehoben, anderenfalls aber müffen die Thatfachen angegeben werben, aus benen ber Richter bie Annahme ber Fluchtgefahr herleitet (ugl. § 112 Rote 4. g). Bilbet bie Kollufionsgefahr den Berhaftungsarund, so muß der Beschluß die hierauf bezüglichen Thatsachen anführen (§ 112 Abi. 1). Die Aufnahme ber ben Berhaftungsgrund barstellenden Thatsachen in ben Beichlufe erfdeint nothwendig, bamit ber Angefdulbigte in ben Stand gefett merbe, bei feiner Bernehmung ober mittelft ber Befchwerbe bie Annahme ber Fluchtgefahr ober Kollufionsgefahr ju miberlegen. A. R. Reller S. 130, John S. 849, Stenglein S. 256; theilm. auch Buchelt S. 244.

- 4. Für die Bekanntmachung des haftbesehls sind die Vorschriften des § 35 in allen Beziehungen maßgebend. Daher ist die Bekanntmachung durch Berkundung nur statthaft, wenn der hastbesehl in Anwesenheit des Angeschuldigten erlassen wird (vgl. Rote 2, § 35 Rote 7); in diesem Falle erhält der Angeschuldigte eine Abschrift des haftbesehls nur auf sein Berlangen (a. R. John I. S. 850, Stenglein S. 256). In den übrigen Fällen muß die Bekanntmachung durch Zustellung ersolgen. Die letztere soll thunlicht "bei der Berhaftung" statssuden; dieß icht voraus, daß bei dieser ein Zustellungsbeamter mitwirkt. Die Rechtmäßigkeit der Berbaftung ist von der Bekanntmachung des hastbesehls nicht abhängig: RGer. IV. 4. Juni 86 (Ript. VIII. 424).
- 5. Die Bestimmung, daß dem Angeschuldigten eine Eröffnung über sein Beschwerderecht zu machen ift, beruht auf den Beschlüssen der REA. (Brot. S. 143 ff., 857). Die letztere hielt die Eröffnung für ersorderlich, weil im Borversahren die Haft nicht von dem Kollegium, sondern von einem einzelnen Richter verhängt werde. Uedrigens lautet die Bestimmung selbst ganz allgemein; & bedarf also der Eröffnung selbst dann, wenn der Haftbesehl von einem Kollegium erlassen ist, sosern nur dessen Beschlüsse überhaupt der Beschwerbe unterliegen (vgl. § 346 Abs. 3 u. Rote 8 das.). Ueder die Form der Eröffnung enthält das Geset keine Bestimmung; die Eröffnung wird also ebensowohl schristlich durch Aufnahme in den Hastbesehl wie auch mündlich ersolgen dürsen, im letzteren Falle aber durch ein Protosoll zu beurfunden sein.
- 6. In Betreff ber Bollftredung ber Safibefehle f. § 36 u. GBG. § 161 Rote 3. Bon ben Bollftredungs mitteln haben in biefem Abidnitt nur bie Stedbriefe (§ 131) eine ausbrudliche Erwähnung gefunden; im Uebrigen vgl. in Betreff ber Durchfuchung §§ 102, 103, in Betreff ber Radeile: GBG. § 168.
- 7. Ein Berbat, Berhaftungen jur Rachtzeit vorzunehmen (wie solches z. B. in ber bab. StBD. § 186 enthalten war), findet sich in der StBD. nicht. Die nächtliche Bollstredung eines haftbefehls unterliegt baber einer Beschränkung nur insosern, als in dem Falle, wenn behuse der Ergreifung des zu Berhaftenden eine nächtliche haussuchung vorgenommen werden soll, eine der Boraussichungen des § 104 vorliegen muß.

Bu § 115.

^{1.} Bgl. § 112 Rote 8. a.

^{2.} Die Borausfehungen, unter welchen ber § Anwendung finbet, bedürfen einer naberen

§. 116.

Der Verhaftete foll, soweit möglich, von Anberen gesonbert und nicht in bemfelben Raume mit Strafgefangenen verwahrt werben. Mit seiner Zustimmung
fann von bieser Borschrift abgesehen werben.

Dem Berhafteten burfen nur solche Beschränkungen auferlegt werben, welche zur Sicherung bes Zweckes ber Haft ober zur Aufrechthaltung ber Ordnung im Gefängnisse nothwendig sind.

Bequemlichkeiten und Beschäftigungen, die bem Stande und ben Bermögensverhältnissen des Berhafteten entsprechen, darf er sich auf seine Kosten verschaffen, soweit sie mit dem Zwecke der Haft vereindar sind und weder die Ordnung im Gefängnisse stören, noch die Sicherheit gefährden.

Fesseln bürsen im Gefängnisse dem Verhafteten nur dann angelegt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit seiner Person, namentlich zur Sicherung Anderer ersorderlich erscheint, oder wenn er einen Selbstentleibungs- oder Ent-weichungsversuch gemacht oder vorbereitet hat. Bei der Hauptverhandlung soll er ungesesselt sein.

Die nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen erforberlichen Verfügungen hat ber Richter zu treffen. Die in bringenden Fällen von anderen Beamten getroffenen Anordnungen unterliegen der Genehmigung des Richters.

(I. Cutm. § 102; II. Entm. § 103; JII. Cutm. § 105.)

Bestimmung. Daß ber Angeschulbigte überhaupt noch nicht über bie Anschildigung vernommen sei, wird nicht vorausgeset; eine früher erfolgte Bernehmung erübrigt das hier vorgeschriebene Gehör des Berhasteten nicht. Ebenso wenig ist die Anwendbarkeit des Sauf das Bors versahren beschränkt; vielinehr ist die Borschrift auch nach Eröffnung des Hauptversahrens (vgl. S 205 sowie SS 229, 235) zu befolgen, und zwar ist in diesem Stadium der Untersuchung die Anhörung des Angeschuldigten durch einen beauftragten Richter (vgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. d.) zu bewirken (gl. A. Staudinger in Seufferts Bl. für Rechtsanw. XXV. S. 433 ff.). Der Umsstand, daß der Termin zur hauptverhandlung bereits anderaumt ist, macht die richterliche Ansbörung nur dann überstüffig, wenn dieser Termin am ersten Tage nach der Einlieserung des Angeschuldigten ansteht. Bgl. noch dez. des Strafbesehls: S 447 Rote 3. — Dagegen bedarf es der hier vorgesehenen richterlichen Anhörung nicht, wenn die Berhaftung des Angeschuldigten in einem Termine, in welchem er vernommen worden, oder in einer Hauptverhandlung, in den er erschienen war, stattsindet. Desgleichen sält die Nothwendigkeit des Gehörs fort, wenn die Berhaftung nach Erlassung des Urtheils ersolgt (gl. A. Stenglein S. 257; a. R. Keller S. 131).

^{3.} Durch bas Bort "gehört", welches von ber RER. (Prot. S. 144) an die Stelle bes im Entw. stehenben Bortes "vernommen" gesett ift, soll jum Ausbruck gebracht werden, daß es sich hier nur um einstweilige Anhörung, nicht um eine erschöpfende Bernehmung handelt. Der Angeschuldigte soll namentlich Gelegenheit zu solchen Ausführungen erhalten, welche geeignet find, die alsbaldige Aushebung bes haftbejehls herbeizuführen.

^{4.} Die Anhörung bes Angeschuldigten muß jedenfalls spätestens am Tage nach ber Gin : lieferung erfolgen, auch wenn biefer Tag ein Sonntag ober allgemeiner Feiertag ift.

³u § 116.

^{1. 3}m Gntw. enthielt ber f nur eine bem jetigen Abs. 2 entsprechente Borichrift. Die Bestimmungen ber Abs. 1, 3—5 find von ber RER. hinzugefügt worden, um hinsichtlich ber Bestanblung ber Untersuchungsgefangenen gewisse reichsrechtliche Normativbestimsmungen auszustellen, welche für die Gefängnisorbnungen, b. h. für die Gefängnisse betreffenden

§. 117.

Ein Angeschuldigter, bessen Berhaftung lebiglich wegen bes Berbachts ber Flucht angeordnet ist, kann gegen Sicherheitsleistung mit ber Untersuchungshaft versichent werden.

(I. Entw. § 103; II. Entw. § 104; III. Entw. § 106.)

- Reglements, maßgebend sein sollen. Außerdem hat durch Abs. 5 zum Ausdrud gebracht werden sollen, daß hinsichtlich der dem Berhafteten auszuerlegenden Beschränkungen nicht ausschließlich das beit. Reglement maßgebend, es vielmehr dem Richter gestattet sein soll, hinsichtlich einzelner Unterssuchungsgesangenen abweichende Anordnungen zu tressen, gleichviel ob die Berwaltung des Gesängnisses dem Gericht oder einer anderen Behörde zusteht. Aus eben diesem Grunde ist in Abs. 2 der im Entw. gebrauchte Ausdrud "Gesängnissordnung" durch die Worte "Ordnung im Gesängsnisse" erset worden (Prot. S. 148 st., 859, Prot. der 171. Sitz. S. 19 st.). Für Preußen s. 93 Abs. 1, 2 des Reglements für die Gesängnisse der Justizverwaltung v. 16. März 1881 (Anl. zum IWBl. Nr. 11), und bez. derzenigen Untersuchungsgesangenen, welche sich in den zum Ressort der Berwaltung des Innern gehörigen Gesängnissen besinden: Cirk.-Bers. des Min. des Inn. v. 14. Ott. 1884 Nr. 9, 24 (WB. d. i. B. S. 241). Bgl. Kronecker in Goltd. Arch. XXIX, S. 369 ss.
- 2.a. Der richterlichen Beaufsichtigung unterworfen ift insbes. auch ber münbliche unb schriftliche Berkehr bes Berhafteten mit anberen Personen. Ohne Genehmigung bes Richters barf ber Berhaftete weber Unterrebungen haben, noch Briefe ober sonstige schriftliche Mittheilungen empfangen ober absenben, noch auch sich im Besit von Schreibmaterialien besinden. Die Abssaug und Absenbung von Eingaben an Behörben, insbes. an die Gerichte, muß bem Berhafteten gestattet werben. Für Preußen voll. §§ 77, 78 a. a. D.
- b. In Betreff bes Bertehrs bes Berhafteten mit bem Bertheibiger f. bie besonbere Be-
- 3. Die Fesselung bes Berhafteten bei seiner Bernehmung ober bei sonstigen, in seiner Answesenheit stattfindenden Terminen (vgl. 3. B. § 223) unterliegt der allgemeinen Borschrift bes ersten Sabes in Abs. 4. Rur für die hauptverhandlung ift eine besondere Bestimmung getroffen. Uebrigens wird durch das Bort "soll" zum Ausdruck gebracht, daß ein absolutes Berbot der Fesselung auch für die hauptverhandlung nicht ausgesprochen, vielmehr nur eine Regel aufgestellt wird, von welcher abgewichen werden darf, wenn in einem einzelnen Falle die Fesselung sich als unerlässlich darstellt. Gl. A. Keller S. 133; a. M. v. holhendorff in Hh. I. S. 355.
- 4.a. Da bas Gefet nicht sagt, welcher Richter (vgl. Note 2 zu Buch 1) unter bem in Abi. 5 gebachten zu verstehen sei, und ba ferner bie hier bezeichneten "Berfügungen" in engem Zusammenhange mit ber Gefängnisbisziplin stehen, so ist die Landesjustizverwaltung besugt, die Zuftändigkeit zum Erlaß dieser Berfügungen näher zu regeln. In Preußen ist dies in § 93 Abi. 3, 4 bes cit. Regl. geschehen. Mangels einer berartigen Regelung stehen die gedachten Berzügungen bemjenigen Richter zu, welcher in bem betr. Stadium bes Berfahrens über die haft selbst zu entscheiden hat; in der Boruntersuchung ist dies der Untersuchungsrichter (§ 124). Uebrigens gehen die Ansichten hierüber erheblich auseinander; vgl. Stenglein S. 258, John I. S. 857, Ortloss in Goltb. Arch. XXX. S. 267 sowie die Abh. ebenda XXXI. S. 375.
- b. hinfichtlich ber Bulaffigteit ber Beichwerbe gegen bie Berfügungen bes Richters und binfichtlich bes Inftanzenzuges gelten bie allgemeinen Bestimmungen ber StBO. § 346 unb bes BBG. § 72, 123 Rr. 5; pgl. DeGer. Munchen 14. Nov. 83 (Entich. biefes Ger. II. 570).

3u & 117.

1. Die Bestimmung sett, wie ihr Bortlaut ("Berhaftung — angeordnet ist") ergiebt, bie erfolgte Erlassung bes haftbefehls voraus. Die Birkung ber Sicherheitsleistung besteht barin, bas lettere bie Bollstredung bes haftbefehls abwendet, ber Angeschulbigte also in Freiheit versbleibt ober, wenn er schon zur haft gebracht war, wieder in Freiheit geseth wird. Diese Abewendung ber Bollstredung ift verschieben von der Aushebung bes haftbefehls (§ 123).

Digitized 23 Google

§. 118.

Die Sicherheitsleistung ist durch Hinterlegung in baarem Gelbe ober in Werthpapieren ober durch Pfandbestellung ober mittels Bürgschaft geeigneter Personen zu bewirken.

Die höhe und die Art der zu leistenden Sicherheit wird von dem Richter nach freiem Ermessen festgesetzt.

(I. Entm. § 104; II. Entm. § 105; III. Entm. § 107.)

- 2. Die Bollftrechung bes haftbefehls kann nur bann burch Sicherheitsleistung abgewendet werben, wenn die Fluchtgefahr ben alleinigen Berhaftungsgrund bilbet; die Rollusionsgesahr läßt sich burch Sicherheitsleiftung nicht ausschließen. Uebrigens kommt es nicht sowohl barauf an, aus welchem Grunde die Berhaftung angeordnet ift, als vielmehr barauf, welcher Berhaftungsgrund zu ber Zeit besteht, zu welcher die Sicherheitsleistung in Frage kommt; es kann ein früher vorhandener Grund inzwischen in Wegfall gekommen, aber auch ein neuer Grund hinzugetreten sein. In den Källen der SS 229, 235 kann eine Sicherheitsleistung nicht stattsinden, weil das abermalige Ausbleiden des Angeschuldigten in der Hauptverhandlung nicht geeignet sein würde, ten Bestall ber Sicherheit herbeizusühren.
- 3. Die StPO. schließt die Sicherheitsleiftung bei keiner Art von Delikten grundsatlich aus. Selbstverständlich aber giebt es strafbare handlungen, bei benen die Schwere ber den Ansgeschuldigten muthmaßlich erwartenden Strafe nothwendig die Bermuthung begründen muß, daß der Angeschuldigte ohne Rüdsicht auf die Art und höhe der Sicherheit sich lieber dem Berfall derselben als der Bollstredung der Strafe unterwerfen werde, und es liegt mithin in der Natur der Sache, daß in vielen Fällen die Schwere des Delikts die Freilassung des Angeschuldigten gegen Sicherheitsleisung ausschließen wird. Es bedurfte deshalb einer das richterliche Ermessen beschaftenden Borschrift nicht.
- 4. Das Gefetz legt nach feinem Wortlaut ("kann") bem Angeschulbigten einen An fpruch auf Bulaffung ber Sicherheitsleiftung nicht bei. Gleichwohl wurde es bem Sinne bes Gefetzes zuwiber- ausen, wenn ber Richter ben betr. Antrag auch ba zurudweisen wollte, wo burch bie Leiftung ber angebotenen Sicherheit bie Beforgniß ber Flucht thatsachlich völlig ausgeschlossen wirb.
- 5. Die Freilassung gegen Sicherheitsleiftung ift in jebem Stabium bes Berfahrens flatthast. In Betross bereits verurtheilten Angeklagten s. § 488 Abs. 3.
- 6. a. Die Sicherheit wird, wie aus § 122 Abs. 1 erhellt, bafür geleistet, baß ber Angeschulbigte sich weber ber Untersuchung, noch bem Antritt ber zu verhängenden Freiheitsftrase entziehen werbe. Für sonstige Berbindlichkeiten bes Angeschulbigten haftet die Sicherheit nicht, also sinsbes. nicht für eine Gelbstrase ober die Kosten ber Untersuchung, ebensowenig für eine Buße und onftige Ausprüche bes Berletten. Dagegen ist es dem leuteren unverwehrt, bei dem Civilrichter einen Arrest (CBO. §§ 796 ff.) zu erwirken, wenn die Boraussehungen eines solchen vorliegen.
- b. Die Frage, ob die Sicherheit auch für ben Antritt berjenigen Freiheitsftrase hafte, welche an Stelle einer nicht beizutreibenden Gelbstrase tritt, ist grundsählich zu ber jahen, da § 122 zwischen einer solchen Freiheitsstrase und einer unmittelbar erkannten nicht unterscheibet und die Untersuchungshaft auch bei den mit bloker Gelbstrase bedrohten Delitten nicht ausgeschlossen ist (§ 113). El. A. Puchelt S. 255, Thilo S. 122, Stenglein S. 259; a. R. v. Holzendorff in H. S. 369, Keller S. 139, John S. 859. Thatjächlich wird freilich die gebachte Haftung kaum eintreten können, da bei Erkassung eines blos auf Geldbstrase lautenden Urtheils regelmäßig (vgl. § 123 Note 4) die Aushebung des Haftbesehles zu erfolgen hat und hierzmit die Sicherheit frei wird (§ 121).
- 1. Rur gegen bie hier vorgesehene Art ber Sicherheitsleiftung, nicht aber gegen ein eibliches Berfprechen tann ber Angeschulbigte mit ber haft vericont werben.
- 2. Das Befen ber Sicherheitsleiftung besteht barin, baß ber Angeschulbigte ober ein Dritter sich einem bestimmten Bermögensichaben für ben Fall unterwirft, baß ber erstere fich ber Untergluchung ober bem Antritt ber Freiheitsstrase entziehen sollte. Die zu leiftenbe Sicherheit muß hier-

§. 119.

Der Angeschuldigte, welcher seine Freilassung gegen Sicherheitsleistung beantragt, ist, wenn er nicht im Deutschen Reich wohnt, verpflichtet, eine im Bezirk bes zuständigen Gerichts wohnhafte Person zur Empfangnahme von Zustellungen zu bevollmächtigen.

(I. Entm. § 105; IL Entm. § 106; III. Entm. § 108.)

- nach immer auf einen bestimmten Gelbbetrag festgesetzt werben. Ueber bie Sohe bieses Gelbbetrages enthält bas Gesetz sich jeder Borschrift; es stellt irgend welchen Maßstab nicht auf, sondern überläßt die Bestimmung des Gelbbetrages dem Ermessen des Richters. Dieser wird die höhe der Sicherheit nach Lage des einzelnen Falles so zu bestimmen haben, daß angenommen werden kann, der Angeschuldigte werde den event. eintretenden Bermögensverlust für ein empfindelichers Uebel ansehen als die Bollftredung des Strasurtheils.
- 3. Auch über bie Art ber Sicherheitsleiftung foll bas freie Ermeffen bes Richters enticheiben und zwar insojern, als berfelbe jebe nicht in baarem Belbe beftebenbe Sicherheit zurudweisen barf, wenn er beren Annahme im vorliegenden Falle nicht für angemeffen erachtet. Das Gintreten eines Dritten für ben Angeidulbigten tann überhaupt nur bann julaffig ericeinen, menn bie Berfönlichfeit bes letteren eine Gewähr bafür giebt, baß er ben ersteren ber Gefahr eines Bermogensichabens nicht aussehen merbe. Auf Ermittelungen über bie Rablungsfähigfeit bes vorgeihlagenen Burgen braucht fich ber Richter teinesfalls einzulaffen; er tann bas Anerbieten ber Burgicaft icon bann ablehnen, wenn bie Rahlungsfähigfeit nicht zweifelsfrei feftfteht. Das Erbieten jur Bjanbbeftellung barf icon bann gurudgewiesen werben, wenn ber etwaige Berfauf bes ju verpfanbenben Begenftanbes porausfichtlich auf Schwieriafeiten ober auch nur auf Beiterungen flogen murbe. Desgleichen barf ber Richter bie Annahme von Berthpapieren icon megen bes fdmantenben Rurfes berfelben ober megen ber Schwierigfeit ihrer Beraugerung ablehnen. - Anberer: feits aber legt bas Gefet bem Richter bei ber Enticheibung über bie Unnahme ober Ablehnung eines an fich zuläffigen Sicherheitsmittels auch feine weiteren Befdrantungen auf : es unterfceibet nicht zwischen unbeweglichen und beweglichen Bfanbftuden und ebensowenig zwischen intanbischen und ausländischen Berthpapieren ac.
- 4. Dem bisherigen Sprachgebrauche folgend, bezeichnet die StBD. die von bem Dritten zu übernehmende Berbindlichkeit durch ben Ausbrud' "Burgichaft". Um eine Burgichaft im Sinne bes Civilrechts handelt es fich hier jedoch strenggenommen nicht, da eine vermögensrechtliche Bersbindlicht:it des Angeschulbigten gegenüber der Staatskasse nicht in Frage steht. Die Berbindlichtit des Burgen ist keine subsidiare, und folglich kann von dem Einwande, daß zuerst der Ansgeschuldigte belangt werden musse, hier nicht die Rede sein. Bgl. v. Schwarze S. 254.
- 5. In Betreff ber Buftanbigkeit für die Entscheidung und in Betreff ber Anhörung ber Staatsanwaltschaft f. § 124. In Betreff ber Bulaffigkeit ber Beschwerbe gelten bie allgemeinen Bestimmungen bes § 346. Hervorzuheben ift, baß, ba die Sicherheit nicht für die Ansprücke bes Berletten haftet (vgl. § 117 Rote 6), berselbe auch nicht vor ber Entscheidung zu boren ift.

Bu § 119.

- 1. In bem hier vorausgesetten Falle hat, ba bie Bestellung bes Buftellungsbevollmächtigten eine Boibebingung ber Freilassung bilbet, ber Richter über ben Antrag bes Beschulbigten nich teher zu beschließen, als bis bieser ber Borschrift bes § 119 genügt hat (a. M. Stenglein S. 261); auch muß bie gewählte Berson bie Bollmacht ausbrudlich angenommen haben.
- 2. Die Bestimmung bes S ift erforberlich, "ba ohne bieselbe es bem Beschulbigten leicht werben wurde, sich nach erlangter Freilassung ber Zustellung von Labungen zu entziehen und eine Bersichleppung ber Untersuchung herbeizusühren, gleichzeitig aber burch scheinbar berechtigte Borwande ben Berfall ber geleisteten Sicherheit zu hintertreiben" (Mot. S. 157).
- 3. Unter bem guftanbigen Gericht ift bas mit bem Berfahren befagte zu versteben. Ift bie gubrung ber Boruntersuchung einem Amterichter übertragen (§ 183), so ift bennoch bas ganb

§. 118.

Die Sicherheitsleistung ist burch Hinterlegung i Werthpapieren ober burch Pfandbestellung ober mittels "
sonen zu bewirken.

Die Sohe und die Art ber zu leistenden Sicherheit 'freiem Ermeffen feftgesett.

(I. Entw. § 104; II. Entw. § 105; III. Entw. § 107.)

- 2. Die Bollftredung bes haftbefehls kann nur bann berwerben, wenn bie Fluchtgefahr ben alleinigen Berhaftung läßt sich burch Sicherheitsleiftung nicht ausschließen. Uebrigen aus welchem Grunde bie Berhaftung angeordnet ift, als vie grund zu der Zeit besteht, zu welcher die Sicherheitsleistung vorhandener Grund inzwischen in Wegfall gekommen, abei sein. In den Källen der §§ 229, 235 kann eine Sicherhaltseiben des Angeschulbigten in der haupgiten ber Beisall ber Saupeichulbigten in der haupgiten ber Beisall ber Sicherheit herbeizusühren.
- 3. Die StBD. schließt bie Sicherheitsleiftung bei faus. Selbstverftänblich aber giebt est strafbare handlungeschulbigten muthmaßlich erwartenben Strafe nothwender Angeschulbigte ohne Rudsicht auf die Art und höhe als der Vollstredung der Strafe unterwersen werden, im vielen Fällen die Schwere des Delitts die Freilassium ausschließen wird. Es bedurfte deshalb einer das rich
- 4. Das Geset legt nach seinem Bortlaut ("fo Bulassung ber Sicherheitsleiftung nicht bei. Gleic' aufen, wenn ber Richter ben betr. Antrag auber angebotenen Sicherheit bie Besorgniß ber
- 5. Die Freilassung gegen Sicherheitsleiftu haft. In Betreff bes bereits verurtheilten M
- 6. a. Die Sicherheit wirb, wie aus § 1 schulbigte sich weber ber Untersuchung, no ziehen werbe. Für sonstige Berbinblichkeitstellen nicht für eine Gelbstrafe ober bonftige Ansprüche bes Berletten. Da einen Arrest (GPD. §§ 796 ff.) zu
- b. Die Frage, ob bie Sicher welche an Stelle einer nicht jahen, ba § 122 zwischen einer scheibet und bie Untersuchungs ausgeschlossen ist (§ 113).
 v. Holhenborss in H. S. I. Sachte Hattung faum eintheils regelmäßig (vgl. mit bie Sicherheit
- 1. Nur ge-Berfpreche 2. Das sich einem

յա**փ**սոշ

gilized by Google

§. 121.

gerheit wird frei, wenn ber Angeschulbigte zur fibefehl aufgehoben worben ist, ober wenn ber be erfolgt.

ngeschuldigten Sicherheit geleistet haben, können baß sie entweder binnen einer vom Gerichte zu beschngeschuldigten bewirken, oder von den Thatsachen, neichuldigten beabsichtigten Flucht begründen, rechtsach die Verhaftung bewirkt werden kann.

III. Entw. § 110.)

Bu § 121.

allachen — und außer ihnen selbstverständlich auch ber Tob 2 Schluß) — bewirken bas Freiwerben ber Sicherheit unter vor ihrem Eintritt eine ben Berfall begründende Thatsache und barauf, baß bas Borhandensein dieser Boraussehung im fit die Erlassung einer bas Freiwerben ber Sicherheit ausstwothwendig zu erachten, obwohl die gedachten Thatsachen werben zur Folge haben, so daß es nur auf den Zeitpunkt michten ausommt. Berniöge des letzteren Umstandes wird badurch nichts mehr geändert, daß der zur haft gebrachte bevor noch die Freigabe der Sicherheit verfügt ist. Bgl.

gebracht" beziehen sich ausichließlich auf bie Bollftredung ach e erlassenen haftbefehls; baß mit ihnen nicht eine jebe ben Anston ift, erhellt schon baraus, baß neben bem "Zurshaftsbringen" bestiehers ermähnt wird, was ganz überflüssig wäre, wenn beutung beiwohnte. Sonach wird bie Sicherheit daburch nicht von bate in einer anderen Sache zur Untersuchungshaft ober Strasstyricht auch durchaus bem praktischen Bedürsniß: benn es ist 3. B. wohl begeichtlichen eine kurze Strassaft vollstredt wird, ohne daß dies bemstad, von welchem der Angeschuldigte gegen Sicherheit freigelassen ist. — berweite hait von längerer Dauer, da durch sie der in der schwebenden haltbesehl thatsächlich bedeutungslos werden kann, auch für das Gericht Serbeit ausdrücklich freizugeben.

Luldigte ist berechtigt, die Raus nabe ber Sicherheit und die Bollstreckung berlangen. Auch dem der Anderten wird dieselbe Berechtigung zuzus German S. 258, III 122, John S. 874; a. M. v. Holtsendorff Arch. XXX. S. 225, Stenglein S. 264).

m worben ift" — hierzu vgl. § 123 u. insbef. u. deibung in ber hauptsache (bie Freisprechung 2c.) tigen Folge hat (Note 4, 6 bas.), wird bie Sichers wing frei, sollte auch aus Berfehen bie ausbrudliche

tafe ist erst bann als ersolgt anzusehen, wenn bie Aufs phüßung bestimmte Gesangenenanstalt stattigesunden hat, a besselben behuse ber Ablieserung in jenes Gesängniß ersolgt a. M. v. holhendorff in hh I. S. 370, Stenglein S. 263.

Digitized by GOOQI

- 5. Gine auf einen bestimmten Zeitraum ober ein bestimmtes Stabium bes Bersahrens beschränkte Sicherheitsleiftung wird durch bas Geses nicht ausgeschlossen (Prot. S. 154); in einem berartigen Falle würde die Sicherheit durch ben Ablauf des Zeitraums bezw. ben Abschließ bes betr. Stadiums frei werden. Indes wird sich die Annahme einer in dieser Beise eingeschränkten Sicherheitsleistung im Allgemeinen nicht empsehlen.
 - Bu Abf. 2.
- 6. Unter benjenigen, "welche fur ben Angeschulbigten Sicherheit geleistet haben", sind hier nur solche Bersonen zu verstehen, welche bei der Sicherheitsleistung in eigenem Namen als Bürgen, Pfandbesteller zc. vor dem Richter ausgetreten sind. Dat der Angeschuldigte selbst einen Gegenstand hinterlegt, so tann demnächst ein Oritter die im § 121 Abs. 2 bezeichneten Besugnisse nicht unter der Behauptung in Anspruch nehmen, daß er der Eigenthümer des hinterlegten Gegenstandes sei und daß er ihn dem Angeschuldigten nur behufs der hinterlegung überlassen habe.
- 7. Auch für ben Dritten gilt bie Borfchrift bes Abs. 1; bie bes Abs. 2 will sagen: "Diejenigen ac. können ihre Befreiung auch baburch berbeiführen" ac.
- 8. Zwischen ben beiben in Abs. 2 behandelten Fallen besteht insofern eine wefentliche Berfciebenbeit, als es fich in bem erftgebachten um eine bereits verfallene Sicherbeit unb um bie Bieberaufhebung bes Berfalles hanbelt, mabrenb ber zweite Sall fich ben Sallen bes Abs. 1 (vgl. Note 1) anreiht. Bei bem ersten Falle seht nämlich bie Borschrift voraus, baß ber Angeschulbigte sich ber Untersuchung ober ber Strafvollftredung bereits entzogen hat (§ 122); benn nur unter biefer Borausfennng bat bas "Bemirten ber Gestellung" burch ben Dritten und die gerichtliche Bestimmung einer Frift einen Sinn, mabrend Mangels ber Borausfegung einfach ber Richter felbft bie erforberlichen Schritte ju thun hat (gl. A. Geger S. 598; a. M. Dochom RStB. S. 154, Boitus in Goltb. Arch. XXX. S. 228, Stenglein S. 264; vgl. auch John S. 876). Die Rechtswohlthat, welche bier bem Dritten gewährt ift, beruht auf ber . Ermägung, bag für bas Strafverfahren bie Ergreifung bes Angeichulbigten ungleich wichtiger ift als ber Berfall ber Sicherheitssumme (Mot. S. 156). -- Uebrigens ift ber Richter nicht folechthin verpflichtet, auf bas Erbieten bes Dritten: bie Gestellung zu bewirken, einzugeben und eine Frift festaufeten; er hat vielmehr über bas Erbieten nach freiem Ermeffen gu befinden, und er tann baffelbe 3. B. bann ablehnen, wenn nach Lage ber Sache bie Ergreifung bes Angeschulbigten ohnehin zu erwarten fieht und es nicht wesentlich barauf antommt, ob fie bis zu einem gewissen Beitpunkt ftattfinbet ober nicht. - Ugl. § 122 Rote 7.
 - 9. "bie Gestellung bewirken" Diesem Erforberniß ist nur bann genügt, wenn innerhalb ber vom Gericht bestimmten Frist die Ergreifung des Angeschulbigten wirlich erfolgt. Dieselbe muß wesentlich auf die Thätigkeit des Dritten zurudzuführen sein; dagegen wird nicht erfordert, daß bieser sie ohne amtliche Hulfe bewerkstelligt habe; vgl. v. Polhenborsf a. a. D. S. 371 ff.
 - 10. In bem Falle, wenn ber Oritte von bem vorhandenen Fluchtverdacht Anzeige macht, ift die Befreiung nicht unbedingt bavon abhängig, daß die Berhaftung wirklich erfolgt; es genügt, wenn die Anzeige so zeitig gemacht ist, daß sie bei sachgemäßem Borgehen der Behörde die Berhaftung herbeisühren mußte. Wird die lettere durch eine Säumniß ober ein sonstiges Bersehen bes Richters oder eines anderen betheiligten Beamten vereitelt, so kann dieser Umstand der Besteiung des Oritten nicht entgegenstehen. Die Entscheidung darüber, ob eine solche Säumniß zu vorliege, bildet vorkommenden Falles einen Bestandtheil der Entscheidung über den Berfall der Sicherheit; sie steht somit nicht dem Civilrichter, sondern dem Strastrichter zu und ist in dem in § 122 geordneten Bersahren zu erlassen. Ist ein Berschulden des Richters in Frage, so sinder § 30 Anwendung; auch wird dem Oritten das Ablehnungsrecht zuzugestehen sein, wenngleich § 24 diesen Fall nicht ausdrücklich vorsieht. Gl. A. v. holzendorss a. a. D. S. 372, Dochow S. 155, Gener 26. S. 598, John S. 880, Stenglein S. 265; a. M. Boitus Komm. S. 161 u. in Goltd. Arch. XXX. S. 232 (er will den aus § 121 Abs. 2 herzuleitenden Anspruch auf Befreiung im Streitsalle nur im Bege des Civilprozesse entschieden wissen. Einem im Civilprozes zu verssolgenden Regresanspruch des Oritten an den betheiligten Beamten wird die strassichterliche Entz

§. 122.

Eine noch nicht frei gewordene Sicherheit verfällt ber Staatskasse, wenn ber Angeschuldigte sich ber Untersuchung ober bem Antritt ber erkannten Freiheitsstrase entzieht.

Bor ber Entscheibung sind ber Angeschulbigte sowie biejenigen, welche für ben Angeschulbigten Sicherheit geleistet haben, zu einer Erklärung aufzusorbern. Gegen die Entscheibung steht ihnen nur die sofortige Beschwerbe zu. Bor der Entscheibung über die Beschwerbe ist den Betheiligten und der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur mündlichen Begründung ihrer Anträge sowie zur Erörterung über stattgehabte Ermittelungen zu geben.

Die ben Berfall aussprechenbe Sntscheidung hat gegen diejenigen, welche für ben Angeschuldigten Sicherheit geleistet haben, die Wirkungen eines von dem Civilstickter erlassenen, für vorläufig vollstreckbar erklärten Sndurtheils, und nach Abslauf der Beschwerdefrist die Wirkungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils.

(I. Cutm. § 108; II. Cutm. § 109; III. Cutm. § 111.)

icheibung allerbings nicht entgegenfteben, ba fie formelles Recht nur zwischen bem Dritten und ber Staatstaffe berfiellt.

Ru & 122.

Ցս ՉԾ հ. 1.

- 1. Das hier bezeichnete Berhalten bes Angeschulbigten tann ben Berfall ber Sicherheit nur unter ber Borausfehung bewirken, baß nicht bereits zuvor ein bas Freiwerben ber Sicherheit bewirkenbes Ereigniß eingetreten war. Gleich bem Freiwerben tritt auch ber Berfall ber Sicherbeit ipso jure ein; val. § 121 Rote 1.
- 2. hinsichtlich ber Beurtheilung ber Thatsachen, welche ben Berfall ber Sicherheit bewirken tönnen, läßt bas Geset vermöge ber großen Unbestimmtheit bes hier gebrauchten Ausbrucks "sich entziehen" bem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum. Es wird ein Berhalten bes Angelchulbigten vorausgesetzt, welches auf ber Absicht besselhen, sich ber Gewalt bes Richters, wenn auch nur zeitweise, zu entziehen, beruht, und welches ben beabsichtigten Erfolg, wenn auch gleichfalls nur zeitweise, gehabt hat. Hauptsächlich also wird von ber gesehlichen Borschrift ber Fall getrossen, wenn ber Angeschulbigte slieht ober sich verbirgt. Der Umstand, daß berselbe wieder ergrissen wird ober freiwillig zursicksehr, schließt bas Vorhandensein eines "Sich-entziehens" im Sinne des 3 nicht aus. Dagegen kann ein solches nicht in dem bloßen Ungehorsam bes (sür den Richter erreichbaren) Angeschulbigten, insbes. nicht barin gesunden werden, daß berselbe auf ergangene Ladung, wenn auch wiederholt, ausbleibt. Ebensowenig fällt der Selbstmord des Angeschulbigten unter den Begriff des "Sich-entziehens" im Sinne des §; gl. A. v. holhendorssen. D. S. 373.
- 3. Daß ber Angeschulbigte ober ber Dritte, welcher Sicherheit geleistet hat, über bie ben Berfall betreffenben gesehlichen Bestimmungen belehrt worben, ift nicht Boraussehung bes Bersialles ber Sicherheit.
- 4. Die Sicherheit verfallt ber Staatstaffe bez. (§ 506) ber Reichstaffe. In Betreff ber Anfpriche bes Berletten vgl. § 117 Rote 6. a.
- 5. Der einmal eingetretene Berfall ber Sicherheit bleibt, abgesehen von bem in § 121 Abs. 2 (vgl. bort Rote 8) behandelten Ausnahmesalle, von bem weiteren Berlaufe bes Berfahrens unberührt; ber Berfall wird also badurch nicht wieber ausgehoben, daß ber Angeschuldigte bem-nacht freigesprochen ober außer Berfolgung geseht ober nur zu einer geringen (statt zu ber bei Erlas bes haftbesehls vorausgesehenen) Strase verurtheilt wird. Demzusolge kann ber zu einer Gelbstase ober zur Zahlung von Kosen verurtheilte Angeschuldigte auch nicht beanspruchen, daß zu beren Dedung die versallene Sicherheit verwendet werbe.

Bu Abf. 2. 3.

- 6. Die Borschriften in Abs. 2, 3 behandeln die über ben Berfall ber Sicherheit zu erlassende Entscheid ung und bas bei dieser eintretende Berfahren. Der Entw. ist hier durch die Besschlüsse ber REA. (Prot. S. 157, 861 ff., 1130 ff.) nicht unwesentlich geandert worden; die vorgenommenen Aenberungen haben die schon im Entw. vorhandene Unbestimmtheit noch erboth, so daß die Borschriften des S in mehrsacher Beziehung erheblichen Zweiseln Raum geben. Bgl. namentlich Boitus S. 163 ff.
- 7. a. Die Entscheidung über ben Berfall ber Sicherheit bilbet einen Incidentpunkt im Strafverschren und steht nur bem Strafrichter zu; ber in ber ATR. gestellte Antrag auf Zulassung bes Civilprozesweges ist abgelehnt worden (Prot. S. 801—804). Hiernach ist die Erhebung einer Civilklage nicht nur niemals ersorberlich, um die Sicherheitsssumme für die Staatskasse beizutreiben, sondern der Civilprozesweg ist zwischen der letteren und dem, der die Sicherheit geleistet hat, schlechthin ausgeschlossen, so daß es selbst dem Bürgen nicht zusteht, zum Zwecke der Wiederausbedung der den Berfall aussprechenden Entscheidung eine Civilsage zu erheben. Die Entscheidung des Strafrichters ist nicht (wie im Falle des § 111) eine vorläusige, sondern eine endgültige; sie hat alle Wirkungen eines Civilendurtheils (Note 13). Diese Wirkungen hat sie vor Allem gegenüber dem Angeschuldigten selbst, und es beruht auf einem Redaktionsversehen, daß in Abs. 3 nach dem Worte "hat" nicht ein "auch" oder "selbst" eingeschaltet ist (vgl. Mot. S. 158). Tas vorstehend von dem Versall Bemerkte gilt auch von der Wiederaushebung besselben in dem zu § 121 Note 8 bezeichneten Falle.
- b. Gegen ft an b ber Entscheidung bes Strafrichters ift nicht blos bie Frage: ob ber Ansgeschuldigte sich ber Untersuchung 2c. entzogen habe; vielmehr ist von bem Strafrichter auch über alle sonstigen Boraussehungen bes Berfalls (vgl. Rote 1) sowie überhaupt über alle im Einzelssalle vorsommenden Streitpunkte zu entscheiden, also z. B. auch über die Rechtsverbindlichkeit der Bürgschaft oder ber Pfandbestellung. Uebrigens hat der Strafrichter eine Entscheidung nur zwischen der Staatskasse und Demjenigen, der die Sicherheit geleistet hat, zu treffen; das Rechtsverhältniß zwischen dem Angeschuldigten und dem Dritten, der für ihn eingetreten ift, bleibt von der strafrichterlichen Entscheidung unberührt.
- 8. Bei ben Erörterungen und ber Entscheidung über ben Verfall ber Sicherheit sind bie Staatsanwaltschaft und ber Angeschuldigte stells als betheiligt anzusehen. Die Staatsanwaltschaft hat das Interesse der Staatstasse anwaltschaft hat das Interesse der Staatstasse nacht and in bem Sinne, das sie, wie dies überhaupt ihre Ausgabe ist (§ 153 Note 5), dasjenige zu beantragen hat, was bei objektiver Prüfung der Sachlage sich als das Richtige darstellt. Was den Angeschuldigten betrifft, so macht es mit Rücksicht auf seine Regresverbindlichkeit keinen Unterschied, od er selbst ober ein Dritter die Sicherheit bestellt hat. Ebensowenig unterscheit das Geset zwischen dem abwesenden und dem anwesenden (wiederhasteten) Angeschuldigten; es müssen also alle Entscheidungen 2c. auch dem ersteren bekannt gemacht werden; vgl. § 40 u. Note 7 kas. Bgl. auch unten Note 12.
- 9. Ju Betreff ber Buftanbigfeit für bie ftrafrichterliche Entscheibung f. § 124 u. Role 5.a baf. Bgl. auch § 121 Rote 10.
- 10. Tas Berfahren bes jur Entscheidung zunächft, b. h. in erster Inftanz, berusenen Gerichts wird vom Geseh nicht näher geregelt; nur die Aufforderung der Betheiligten zur Erzflärung ist vorgeschrieben. Diese Aufsorderung ist benselben in rechtssörmlicher Beise (§ 35) ber kannt zu machen; in Betress bes abwesenden Angeschulbigten vgl. § 40 u. Note 7 bas. Mit der Aussorberung ist die Bestimmung einer angemessenne Frist für die Abgabe der Erklärung zu verzbinden. Für die Form der Erklärung gelten die allgemeinen Gründstäte (vgl. Note 8 zu Buch 1). Die Entscheidung ersolgt in berathender Situng (vgl. § 33 Note 1).
- 11. In Bet reff ber Beichwerbe entfleht bie Frage: ob bieselbe auch ber Staatsanwalt: fcaft zustehe. Es wird bies, wenngleich § 122 ausbrudlich nur einer Beschwerbe bes Angeischuldigten und bes betheiligten Dritten ermähnt, zu bejahen sein, und zwar sowohl mit Rudficht auf § 346 wie auch beshalb, weil nicht ersichtlich ift, aus welchem Grunde bas Gefet eine Ente

§. 123.

Der Haftbefehl ist aufzuheben, wenn ber in bemselben angegebene Grund ber ichidung, welche die Sicherheit für nicht versallen erklärt, jeder Ansechtung entzogen haben sollte, obwohl diese Entscheidung unter Umständen (§ 125 Abs. 2) von einem Einzekrichter erkassen werden sann. Wan wird aber ferner, wenngleich auch hier der Wortlaut des Gesehes für das Gegentheil zu sprechen scheint, auch der Staatsanwaltschaft nur die sofortige, nicht die fristlose Beschwerde zugesiehen können, da anderensalls derjenige, welcher die Sicherheit geleistet hat, auf ganz undestimmte Zeit hinaus über das Freiwerden der Sicherheit in Ungewißheit verbleiben würde, dies aber mit der Absicht des Gesehes um so weniger vereindar erscheint, als die strafrichterliche Entscheidung hier in jeder Hinsicht die des Civilrichters ersehen soll. El. A. Dochow S. 155, John S. 884, Puchelt S. 255, Stenglein S. 267. Thilo S. 124 u. v. Bombardt S. 87 wollen die fristlose Besichwerde gestatten, während Reller S. 140, v. Holhendorss in Ho. I. S. 373 u. Boitus in Goltd. Axx.

12. Das Berfahren vor bem Befcwerbegericht unterfcheibet fich von bem erftinstang: liden Berfahren mejentlich baburch, bag eine munbliche Berhanblung por jenem Gericht anberaumt wirb. Dies ift ber Sinn bes fehr buntel gefagien britten Sates in Abs. 2; ben Ausbrud "munbliche Berhandlung" hat man beshalb vermieden, um nicht bie Meinung hervorzurufen, als solle Alles, was für die Hauptverhandlung vorgeschrieben ift, auch für die hier gebachte Berhandlung gesten (Prot. S. 862, 1131). Zwischen der letteren und der Hauptverhandlung besteht namentlich ber Unterschieb, daß es in jener bes Erscheinens ber Betheiligten und selbst ber Staatsanwaltichaft nicht bebarf und daß hinsichtlich ber etwa nöthigen Ermittelungen ber Gruubsat ber Runblicfeit nicht Blat greift, bas Beidwerbegericht vielmehr biefelben auf jebem ihm angemeffen ericheinenben Bege vornehmen fann. Die Befanntmachung bes Berhanblungstermins an bie Staatsanwaltschaft und die betheiligten Dritten wird wie Bei der Hauptverhandlung flattzufinden haben. Das Mangelhafte ber getroffenen Bestimmung tritt aber hinsichtlich bes Angeschulbigten hervor. Es fragt fich: Muß bem abwefenben Angefchulbigten, auch wenn er vor ber Entscheibung erfter Justang erfolglos zur Abgabe einer Erklärung aufgeforbert worben war, ber Termin zur Berhanblung por bem Befcmerbegericht wieberum bekannt gemacht werben, ober finbet bier bie Bestimmung bes § 329 Unwenbung? Man wird fich für Ersteres enticheiben muffen, ba § 122 gegenuber bem § 329 eine Spezialvorichrift enthalt und in bem "Gelegenheit-geben" bie Befanntmadung bes Termins inbegriffen ift. Die fernere Frage: ob ber wieberergriffene und gur Baft gebrachte Angeschuldigte beauspruchen tann, zur Berhandlung por bem Beschwerbegericht vorgesührt 3u werben, ericheint fehr zweifelhaft ; fie burfte zu verneinen fein, ba bie "munbliche Begrunbung" ber Antrage bes Angeschulbigten auch burch einen Bertheibiger erfolgen kann und bie Anerkennung bes gebachten Anspruchs bei weiter Entfernung bes Saftortes vom Gike bes Beschwerbegerichts ju fehr erheblichen und haufig nuglofen Beiterungen fuhren murbe. A. M. John S. 888, Stenglein S. 267, 268.

13. Die Borschrift bes Abs. 3, welche bie Wirkungen ber strafrichterlichen Entschiungen burch Gleich fiellung ber letteren mit gewissen Entscheibungen bes Givilrichters bestimmt, giebt ben Gebanken bes Gesets nur ungenügend wieder. Die strafrichterliche Entscheibung erlangt die Wirkungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils nicht immer durch den Ablauf der Beichwerdestrift, sondern, jalls die Beschwerde eingelegt worden, durch deren Berwersung. Hat das Gericht erster Justanz die Sicherheit für nicht verfallen erklärt, das Beschwerdegericht aber auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft den Bersall ausgesprochen, so hat der lettere Beschluß seiner Unaussechbarkeit wegen sofort die Wirkungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils. Dasselbe gilt von einem Beschlusse, den das Reichsgericht als Gericht eister Instanz erläst (§ 346 Abs 3). Der Ibi. 3 will also sagen: daß die strafrichterliche Entscheinung, salls sie nicht oder nicht mehr ansiechbar ist, dem rechtskräftigen Civilendurtheil, die noch ansechtbare bagegen dem für vorläusig vollstreckar erstärten Endurtheil des Civilrichters (vgl. CPD §§ 648 ss.) gleichsteht.

3u § 123.

Ì

^{1.} Die Aufhebung bes haftbefehls (vgl. § 117 Note 1) ist entweber eine felbsistänbige Maß-

Berhaftung weggefallen ist, ober wenn ber Angeschuldigte freigesprochen ober außer Berfolgung gesetzt wird.

Durch Sinlegung eines Rechtsmittels barf die Freilassung bes Angeschulbigten nicht verzögert werben.

(I. Entm. § 109; II. Entw. § 110; III. Entm. § 112.)

regel ober bie nothwendige Folge ber in ber hauptsache ergehenden Entscheidung. Die ausbrudliche Aushebung wird baburch nicht entbehrlich, daß ber Angeschuldigte sich auf Grund erfolgter Sicherheitsleiftung thatsächlich auf freiem Fuße befindet. Bgl. § 121 u. Rote 3 bas.

- 2. "wenn ber Grund ber Berhaftung weggefallen ift" Diese Borte geben ben Sinn bes Gesehes nur ungenau wieber. Denn unter bem "in bem haftbefehl angesgebenen Grunde" würde eigentlich nur die Fluchtgesahr ober bie Kollusionsgefahr verstanden werden fönnen (vgl. § 112 Rote 3. a); somit aber könnte es scheinen, als wäre, wenn einmal der haftbefehl erlassen ist, eine Prüfung der Berdachtsgründe vor Erlassung ber das betr. Prozesstadium abschließenden Entscheidung (vgl. § 205 Abs. 2) nicht weiter geboten. Gine berartige Aufglung entspräche indeß keineswegs der Absicht bes Gesehes; vielmehr hat der Richter während bes ganzen Laufes des Bersahrens das Borhandensein aller gesehlichen Boraussehungen der haft im Auge zu behalten, also geeignetensalls den haftbefehl auch wegen der Berminderung der Berbachtsgründe auszuheben.
- 3. Ift zwar ber in bem haftbefehl angegebene Grund ber Berhaftung (§ 114 Rote 3) meggefallen, nunmehr jeboch ein anberer Grund hervorgetreten, fo hat ber Richter unter Bezeichnung bes letteren bie Aufrechthaltung bes haftbefehls ausbrudlich zu beschließen.
- 4. Die besonbere Ermahnung ber Freisprechung und ber Aukerverfolgfegung ift, wenn man allein ben Abf. 1 in Betracht zieht, ftrenggenommen überfiliffig; erft burch ben Bingutritt ber Boridrift bes Abs. 2 erhalt fie einen bestimmten Inhalt: Die Freifprechung zc. foll felbft bann bie Freilassung zur Folge haben, wenn sie burch ein Rechtsmittel angefochten wirb. — Es barf ferner aus ber Bervorbebung ber Freisprechung nicht gefolgert werben, bag nicht auch ein auf Strafe lautendes Urtheil geeignet fei, die Aufhebung bes haftbefehls ohne Beiteres zu bewirken; vielmehr muß auch ein berartiges Urtheil biese Birkung insoweit haben, als mit ihm bie thatfächlichen Borausfegungen bes haftbefehls hinfällig werben. Ift z. B. bie That bes Angefchulbigten bei Erlaffung bes haftbefehls als Raub angefeben worben, mabrend fie in bem Urtheil nur als einfacher Diebstahl qualifizirt und bemgemäß ber Angefchulbigte zu einer geringen Gefängnisstrafe verurtheilt wird, so ist ber Saftbefehl aufzuheben, falls nicht etwa ohnerachtet ber Beranberung ber Sachlage (vgl. § 112 Rr. 1) bas Fortbestehen eines Berhaftungsgrundes anzuerkennen ift. Mangels eines folden barf ber Angeschulbigte nicht lediglich beshalb, weil er eine Freiheitsftrafe ju verbugen hat, in Untersuchungshaft behalten werben. — Gin nur auf Gelbftrafe lautenbes Urtheil muß regelmäßig bie Aufhebung bes Saftbefehls nach fich gieben; eine Ausnahme fann (arg. § 113) nur Blat greifen, wenn ber Angefculbigte zu ben in § 112 Rr. 2, 3 bezeichneten Berfonen gebort und anzunehmen ift, bag im galle ber greitaffung weber bie Beitreibung ber Gelbftrafe noch bie Bollftredung ber fubfituirten Freiheitsftrafe ausführbar fein werbe. Bl. A. Buchelt 6. 255, Thilo S. 122; a. M. Reller S. 139, v. Soltenborff in S.S. I S. 369, John S. 859 (welche fich gegen bie Ansnahme erflaren).
- 5. Bor ber Beschluftassing über bie Ausbebung eines haftbefehls wirb, sofern biese nicht als nothwendige Folge ber Entscheidung in ber hauptsache eintritt (Rote 1), die Staatsaumaltschaft mit ihrer Ertlärung zu hören sein; vgl. § 33 n. Rote 2 bas., sowie § 121 Abi. 2.
- 6. Die Bestimmung bes Ubf. 2 findet in allen Fallen, in benen ein haftbefehl aufgehoben wird, Anwendung: weber die Beschwerbe über eine im Laufe ber Untersuchung beschloffene Aufhebung ber haft, noch das gegen die Enischeidung in der hauptsache (die Freisprechung 2c.) eingelegte Rechtsmittel hat hinsichtlich ber Freilassung ausschlebende Wirkung.
- 7. Die erfolgte Aufhebung ber Saft fteht einer Bieberverhaftung nicht entgegen, wenn in gefehlicher Anlaß zur Erlaffung eines neuen Saftbefehls eintritt. Bar bie Freilaffung bie

§. 124.

Die auf die Untersuchungshaft, einschließlich ber Sicherheitsleiftung, bezüglichen Entscheingen werben von dem zuständigen Gericht erlaffen.

In der Boruntersuchung ist der Untersuchungsrichter zur Erlassung des Haftbesehls und mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft auch zur Aushebung eines
solchen sowie zur Freilassung des Angeschuldigten gegen Sicherheitsleistung besugt.
Bersagt die Staatsanwaltschaft diese Zustimmung, so hat der Untersuchungsrichter,
wenn er die beanstandete Maßregel anordnen will, unverzüglich, spätestens binnen
vierundzwanzig Stunden, die Entscheidung des Gerichts nachzusuchen.

Die gleiche Befugniß hat nach Eröffnung bes Hauptverfahrens in bringenben

Fällen der Borfigende des erkennenden Gerichts.

(I. Entw. § 110; II. Eutw. § 111; III. Entw. § 113.)

Folge eines freisprechenben Artheils 2c., so tritt bie Zulässigkeit einer Bleberverhaftung mit ber Aushebung besselben ein. Im Berusungsversahren ift aber bas Gericht zweiter Inftanz für besugt zu erachten, auch schon vor ber Aushebung bes Urtheils einen neuen haftbesehl zu erlassen, wenn bie im Lause bieser Instanz erfolgte Beränderung der Sachlage bies erheischt; dieser Ansicht sieht bie Borschrift bes Abs. 2 nicht entgegen, da dieselbe nur besagt, daß die Einlegung eines Rechtsminels für sich allein die Freilassung nicht verzögern dürse (gl. A. John S. 893, Dalde S. 85, Boitus Kontr. II. S. 436; a. M. v. holhendorff in Hh. I. S. 359, Reller S. 142). Das Ersagte sindet auch auf das Wiederaufnahmenverfahren (§ 402) entsprechende Anwendung.

Ru \$ 124.

Bu Abs. 1.

- 1. An fich betrachtet entbehrt ber Abs. 1 eigentlich bes legislativen Inhalts, ba man einerseits bas, was er ausspricht, für selbstverftänblich ansehen kann, und andererseits gerade die möglichen Zweisel barüber, welches Gericht bas für die Berhaftung zuständige sei, in ihm nicht entschieden werden. Wie aber die Bergleichung mit Abs. 2, 3 ergiebt wird in Abs. 1 unter bem "Gericht" bas Kollegium im Gegensat zu bem einzelnen Richter (bem Untersuchungsrichter bezw. dem Borsstenden) verstanden, und der Inhalt des Abs. 1 besteht sonach darin, daß, vorbehaltlich der in Abs. 2, 3 ausgestellten Ausnahmen, die auf die Untersuchungshaft bezüglichen Entscheidungen dem Kollegium übertragen werden. Uebrigens sindet der S nur auf die Untersuchung (vgl. § 112 Rote 2) Anwendung; im Borbereitungsversahren stehen alle hier gedachten Entscheidungen dem Amtsrichter zu (§ 125 Abs. 2, 3).
- 2. a. Unter bem "zu ftanbigen" Gericht ift im Allgemeinen (vgl. unter b) bas mit bem Bersiahren zur Zeit befaßte Gericht zu verfieben; hierzu vgl. § 197, § 205 Abf. 2, GBG. §§ 30, 82. Simb mehrere Landgerichte zu einem Schwurgerichtsbezirk vereinigt (GBG. § 99), so ist nach ersiolgter Eröffnung bes schwurgerichtlichen Hauptverfahrens die Straftammer besienigen Landgerichts zusändig, bei welchem bas Schwurgericht zusammentritt, sollte auch die Boruntersuchung bei einem anderen Landgericht geführt sein; vgl. GBG § 82 Note 2.
- b. Bahrend bes Berufungsversahrens stehen bem Berusungsgericht auch bie auf bie Untersuchungshaft bezüglichen Entickeibungen zu, unbeschabet ber Besugniß und Berpflichtung bes Gerichts erfter Instanz zur einstweiligen Anordnung bringlicher Maßregeln. Anders verhält es sich mit dem Revisionsversahren: da das Revisionsgericht nur mit der Prüsung der Revisionssanträge, nicht aber mit der Sache selbst besaßt ist (§§ 392 if), so können Entscheidungen über die Untersuchungshaft, abgesehen von der durch eine Freisprechung (vgl. § 394 Abs. 1) gebotenen Ausbedung des haftbesehls (§ 123), von ihm nicht erlassen werden; vielmehr ist nur das Gericht erster Instanz für diese zuständig; so: Reser. I. 14. März 81 (Entsch. III. 421, Ripr. III. 141); vgl. IV. 27. Mai 87 (Ripr. IX. 352).
- 3. In Betreff ber Anfect barteit ber bie Untersuchungshaft betreffenden Entscheidungen 1 S 346, 347, 352. Durch ben Umftand, bag bas Befcmerbegericht unter Aufgebung bes burch

§. 118.

Die Sicherheitsleistung ist burch Hinterlegung in baarem Gelbe ober in Werthpapieren ober burch Pfandbestellung ober mittels Bürgschaft geeigneter Personen zu bewirken.

Die Höhe und die Art ber zu leistenden Sicherheit wird von dem Richter nach freiem Ermessen festgesetzt.

(I. Catm. § 104; II. Catm. § 105; III. Catm. § 107.)

- 2. Die Bollftredung bes haftbefehls fann nur bann burch Sicherheitsleiftung abgewendet werben, wenn bie Fluchtgefahr ben alleinigen Berhaftungsgrund bilbet; bie Rollusionsgesahr latt sich burch Sicherheitsleiftung nicht ausschließen. Uebrigens kommt es nicht sowohl barauf an, aus welchem Grunde die Berhaftung an geordnet ift, als vielmehr barauf, welcher Berhaftungsgrund zu ber Zeit besteht, zu welcher bie Sicherheitsleistung in Frage kommt; es kann ein früher vorhandener Grund inzwischen in Wegfall gekommen, aber auch ein neuer Grund hinzugetreten sein. In ben Källen ber §§ 229, 235 kann eine Sicherheitsleistung nicht statisinden, weil das abermalige Ausbleiben bes Angeschulbigten in der haup:verhandlung nicht geeignet sein würde, ten Berfall ber Sicherheit herbeizusühren.
- 3. Die StBO. schließt bie Sicherheitsleiftung bei keiner Art von Delikten grundstlich ans. Selbstverständlich aber giebt es strafbare handlungen, bei benen die Schwere ber ben Angeschulbigten muthmaßlich erwartenden Strafe nothwendig die Bermuthung begründen muß, daß der Angeschulbigte ohne Rudficht auf die Art und höhe der Sicherheit sich lieber dem Berfall berselben als der Bollstredung der Strafe unterwerfen werde, und es liegt mithin in der Natur der Sache, daß in vielen Fällen die Schwere des Delikts die Freilassung des Angeschuldigten gegen Sicherheitsleiftung ausschließen wird. Es bedurfte deshalb einer das richterliche Ermessen beschränkenden Borschitzlich incht.
- 4. Das Gefet legt nach seinem Wortlaut ("kann") bem Angeschulbigten einen Anfpruch auf Bulassung ber Sicherheitsleiftung nicht bei. Gleichwohl würde es bem Sinne bes Gesetes zuwiderausen, wenn ber Richter ben betr. Antrag auch ba zurudweisen wollte, wo burch bie Leistung ber angebotenen Sicherheit die Besorgniß ber Flucht thatsächlich völlig ausgeschlossen wirb.
- 5. Die Freilassung gegen Sicherheitsleiftung ift in jedem Stabinm bes Verfahrens statthaft. In Betress bereits verurtheilten Angeklagten s. § 488 Abs. 3.
- 6. a. Die Sicherheit wird, wie aus § 122 Abs. 1 erhellt, bafür geleistet, baß ber Angeschulbigte sich weber ber Untersuchung, noch bem Antritt ber zu verhängenden Freiheitsftrase ents ziehen werbe. Für sonstige Berbindlichkeiten bes Angeschulbigten haftet die Sicherheit nicht, also sinstes. nicht für eine Gelbstrase ober die Kosten ber Untersuchung, ebensowenig für eine Buße und onstige Ausprüche des Berletten. Dagegen ift es dem letteren unverwehrt, bei bem Eivikrichter einen Arrest (CBD. §§ 796 ff.) zu erwirken, wenn die Voraussetzungen eines solchen vorliegen.
- b. Die Frage, ob die Sicherheit auch für den Antritt berjenigen Freiheitsstrase haite, welche an Stelle einer nicht beizutreibenden Gelbstrase tritt, ist grundsählich zu bei jahen, da § 122 zwischen einer solchen Freiheitsstrase und einer unmittelbar erkaunten nicht untersscheibet und die Untersuchungshaft auch bei den mit bloker Gelbstrase bedrohten Delisten nicht ausgeschlossen ist (§ 113). Gl. A. Auchelt S. 255, Thilo S. 122, Stenglein S. 259; a. A. v. Holtenboris in H. S. 369, Keller S. 139, John S. 859. Thatsächlich wird freilich die gebachte Haftung kaum eintreten können, da bei Erlassung eines blos auf Gelbstrase santenben Urtheils regelmäßig (vgl. § 123 Note 4) die Aushebung des Hastbesehles zu erfolgen hat und hiermit die Sicherheit frei wird (§ 121).
- 1. Rur gegen bie bier vorgesehene Art ber Gicherheitsteiftung, nicht aber gegen ein eibliches Berfprechen tann ber Angeschulbigte mit ber haft vericont werben.
- 2. Das Befen ber Sicherheitsteiftung besteht barin, bag ber Angeschulbigte ober ein Tritter sich einem bestimmten Bermögensichaben für ben Fall unterwirft, bag ber erftere sich ber Untersuchung ober bem Antritt ber Freiheitsftrase entziehen sollte. Die zu leistenbe Sicherheit muß hier-

§. 119.

Der Angeschuldigte, welcher seine Freilassung gegen Sicherheitsleistung beantragt, ist, wenn er nicht im Deutschen Reich wohnt, verpflichtet, eine im Bezirk bes zuständigen Gerichts wohnhafte Person zur Empfangnahme von Zustellungen zu bevollmächtigen.

(I. Eutm. § 105; II. Eutm. § 106; III. Eutw. § 108.)

- nach immer auf einen bestimmten Gelbbetrag festgesetzt werben. Ueber bie Sohe bieses Gelbbetrages enthält bas Gesetz sich jeber Borschrift; es stellt irgend welchen Maßstab nicht auf, ionbern überläßt die Bestimmung des Gelbbetrages dem Ermessen des Richters. Dieser wird die hobe ber Sicherheit nach Lage bes einzelnen Falles so zu bestimmen haben, daß angenommen werden kann, der Angeschuldigte werde den event. eintretenden Bermögensverlnft für ein empfindelichers Uebel ansehen als die Bollftredung des Strasurtheils.
- 3. Auch über bie Art ber Sicherheitsleiftung foll bas freie Ermeffen bes Richters enticheiben und gmar insofern, als berfelbe jebe nicht in baarem Belbe bestehenbe Sicherheit gurudweisen barf, wenn er beren Annahme im porliegenden Salle nicht fur angemeffen erachtet. Das Gintreten eines Dritten für ben Angeichulbigten tann überhaupt nur bann julaffig ericheinen, wenn bie Berfonlichkeit bes letteren eine Gemahr bajur giebt, bag er ben erfleren ber Gefahr eines Bermogensichabens nicht ausseten werbe. Auf Ermittelungen über bie Zahlungbfähigfeit bes vorgeichlagenen Bürgen braucht fich ber Richter teinesfalls einzulassen; er tann bas Anerbieten ber Bürgichaft icon bann ablehnen, wenn die Zahlungsfähigkeit nicht zweifelsfrei feststeht. Das Erbieten jur Bianbbestellung bari icon bann jurudgewiefen werben, wenn ber etwaige Bertauf bes ju verpfanbenben Gegenstanbes porausfichtlich auf Schwierigfeiten ober auch nur auf Beiterungen flofen murbe. Desgleichen barf ber Richter bie Annahme von Berthpapieren ichon wegen bes ichmantenben Rurfes berfelben ober megen ber Schwierigfeit ihrer Berangerung ablehnen. - Anbererieits aber legt bas Befet bem Richter bei ber Entideibung aber bie Unnahme ober Ablehnung eines an fich zuläffigen Sicherheitsmittels auch feine weiteren Befchrankungen auf : es unterscheibet nicht zwischen unbeweglichen und beweglichen Pfanbstuden und ebensowenig zwischen inlanbischen und ausländischen Werthpapieren ac.
- 4. Dem bisherigen Sprachgebrauche folgend, bezeichnet die StBD. die von bem Dritten zu übernehmende Berbindlichkeit durch ben Ausbrud' "Burgschaft". Um eine Burgschaft im Sinne bes Cwilrechts handelt es sich hier jedoch strenggenommen nicht, da eine vermögendrechtliche Bersbindlichkeit bes Angeschuldigten gegenüber ber Staatskasse nicht in Frage steht. Die Berbindlichtit des Bürgen ist keine subsidiare, und solglich kann von dem Einwande, daß zuerst der Angeschuldigte belangt werden muffe, hier nicht die Rede sein. Bgl. v, Schwarze S. 254.
- 5. In Betreff ber Buftanbigteit für bie Entscheidung und in Betreff ber Anhörung ber Staatsanwaltschaft f. § 124. In Betreff ber Bulaffigfeit ber Beschwerbe gelten bie allgemeinen Bestimmungen bes § 346. Hervorzuheben ift, baß, ba bie Sicherheit nicht für bie Ansprüche bes Berletten haftet (vgl. § 117 Note 6), berselbe auch nicht vor ber Entscheidung zu boren ift.

Ru & 119.

- 1. In bem hier vorausgesetten Falle hat, ba bie Bestellung bes Buftellungsbevollmächtigten eine Borbebingung ber Freilaffung bilbet, ber Richter niber ben Untrag bes Beschulbigten nicht teher zu beschließen, als bis bieser ber Borschrift bes § 119 genügt hat (a. M. Stenglein S. 261); auch muß bie gewählte Person bie Bollmacht ausbrudlich angenommen haben.
- 2. Die Bestimmung bes S ift erforberlich, "ba ohne bieselbe es bem Beschulbigten leicht werben wurde, fich nach erlangter Freilassung ber Zustellung von Labungen zu entziehen und eine Bersichleppung ber Untersuchung herbeizuführen, gleichzeitig aber burch scheinbar berechtigte Bormanbe ben Berfall ber geleisteten Sicherheit zu hintertreiben" (Mot. S. 157).
- 3. Unter bem juftanbigen Gericht ift bas mit bem Berfahren befaßte zu versteben. Ift bie Rubrung ber Boruntersuchung einem Amterichter übertragen (§ 183), fo ift bennoch bas Land.

§. 120.

Der Sicherheitsleistung ungeachtet ist der Angeschuldigte zur Haft zu bringen, wenn er Anstalten zur Flucht trifft, wenn er auf ergangene Ladung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, ober wenn neu hervorgetretene Umstände seine Verhaftung erforderlich machen.

(I. Entw. § 106; II. Entw. § 107; III. Entw. § 109.)

- gericht als bas zuständige Gericht anzusehen; der Zustellungsbevollmächtigte braucht also nicht nothwendig in bem Bezirk bes betr. Amisgerichts zu wohnen. Der Umftand, daß nach erfolgter Bestellung bes Zustellungsbevollmächtigten das Berfahren von dem ursprünglich befaßten Gericht auf ein anderes übergeht, begründet für den Beschuldigten nicht die Berpflichtung, nunmehr einen anderen, in dem Bezirk des letztgedachten Gerichts wohnenden Bevollmächtigten zu bestellen.
 - 4. Auch ber Bertheibiger tann als Buftellungsbevollmächtigter bestellt merben.
- 5. Im Falle bes § 119 ift nicht ber Angeschulbigte, sondern ber Zustellungsbevollmächtigte ber Abressat ber Zustellung. Die Borschriften über bie Ersatzustellung (EPO. §§ 166-168) finden auch bei ihm Anwendung.
- 6. Die Zustellungsvollmacht hat nur fo lange Gultigkeit, als die Sicherheitsleiftung bauert, b. h. bis zu bem Zeitpunft, zu welchem die Sicherheit frei wird ober verfallt. Gl. A. Reller S. 135, John S. 868; a. M. Stenglein S. 261 u. in Betreff bes Berfalls auch Puchelt S. 251.

Bu § 120.

- 1. Db in einem bestimmten Berhalten bes Angeschuldigten "Anstalten gur Flucht" gu finden seien, unterliegt bem thatfachlichen Ermessen bes Richters.
- 2. Es macht keinen Unterschieb, ob ber Angeschulbigte in einer hauptverhandlung ober in einem anberen Termine ausbleibt. Sollte ber gemäß § 120 zur haft gebrachte Angeschulbigte nach ersolgter Inhaftnahme sein Ausbleiben genügenb entschulbigen und bas Gericht in Folge bessen von Neuem seine Freilassung gegen Sicherheit beschließen, so wilrbe eine Erneuerung ber Sicherheitsleiftung ersorberlich sein, ba bie ursprünglich geleistete Sicherheit burch bie Inhaftnahme bes Beschulbigten frei wurde (§ 121).
- 3. a. Die neu hervorgetretenen Umftanbe können bie Berhaftung entweber wegen ber nunmehr vorhandenen Kollusionsgesahr (§ 117 Note 2) nothwendig machen ober wegen ber nunmehr begründeten Besorgniß, daß der Angeschuldigte ber Sicherheitsleistung ungeachtet siehen werde. In letterer Beziehung können sowohl Beränderungen in dem Ergebniß der Untersuchung (3. B. neu ermittelte, die Strafbarkeit erhöhende Thatsachen), wie auch Beränderungen in den perssönlichen Berhältnissen des Angeschuldigten, (3. B. ein Bechsel seines Aufenthalts), endlich auch Beränderungen in dem Gegenstande der Sicherheitsleistung (3. B. eine Berminderung des Berthes des bestellten Pfandes, Berschlechterung der Bermögensverhältnisse des Bürgen) in Betracht kommen.

 Zur Anwendung des § genügt es, wenn die neu hervorgetretenen Umstände in Berbindung mit den schon früher bekannten die Berhaftung erforderlich machen.
- b. Die neu hervorgetretenen Umftanbe können bem Richter auch Beranlassung geben, bie fernere Freilassung bes Angeschulbigten von einer Erhöhung ber Sicherheit ober von einer Aenberung ber Art berselben (§ 118) abhängig zu machen und die Inhaftnahme erst bann eintreten zu lassen, wenn ber Angeschulbigte ber gestellten Anforderung nicht genügt (a. M. Stenglein S. 262).
- 4. Auch in bem Falle, wenn bie Freilassung gegen Sicherheitsleistung von einem Gericht höherer Inftanz beschlossen war, steht die Bejugniß zu ber in § 120 behandelten Inhaftnahme bem Gerichte er fter Inftanz zu. Die Ginholung ber Entschiedung bes höheren Gerichts wurde häusig mit einem Zeitverlust verbunden sein, der die Inhastnahme vereiteln könnte, während anbererseits der Angeschuldigte durch das ihm zustehende Beschwerberecht hinreichend geschütt ift (Mot. S. 156).

§. 121.

Sine noch nicht verfallene Sicherheit wird frei, wenn ber Angeschulbigte zur haft gebracht, ober wenn ber Haftbefehl aufgehoben worden ist, ober wenn ber Antritt der erkannten Freiheitsstrafe erfolgt.

Diejenigen, welche für ben Angeschuldigten Sicherheit geleistet haben, können ihre Befreiung dadurch herbeiführen, daß sie entweder binnen einer vom Gerichte zu bestimmenden Frist die Gestellung des Angeschuldigten bewirken, oder von den Thatsachen, welche den Berdacht einer vom Angeschuldigten beabsichtigten Flucht begründen, rechtzzeitig dergestalt Anzeige machen, daß die Berhaftung bewirkt werden kann.

(I Entw. § 107; II. Entw. § 108; III. Entw. § 110.)

3u § 121.

Bu Abs. 1.

- 1. Die in Abs. 1 bezeichneten Thatsachen und außer ihnen selbstverständlich auch ber Tob bed Angeschuldigten (vgl. § 122 Rote 2 Schluß) bewirken bas Freiwerben ber Sicherheit unter ber Boraussehung, baß nicht schon vor ihrem Eintritt eine ben Versall begründende Thatsache (§ 122) eingetreten war. Mit Rücksicht barauf, baß bas Borhandensein dieser Boraussehung im einzelnen Falle zweiselhaft sein kann, ift die Erlassung einer bas Freiwerben ber Sicherheit aussiprechenden Entscheidung stets hur nothwendig zu erachten, obwohl die gedachten Thatsachen ichon an sich (ipso jure) bas Freiwerben zur Folge haben, so daß es nur auf den Zeitpunkt ihres Eintritts, nicht auf den der Entscheidung ausommt. Bermöge des letztern Umstandes wird zu. B. an dem Freiwerden der Sicherheit badurch nichts mehr geändert, daß der zur haft gebrachte Angeschuldigte aus dieser entweicht, bevor noch die Freigabe der Sicherheit versügt ist. Bgl. § 122 Rote 1.
- 2. a. Die Worte "zur haft gebracht" beziehen sich ausschließlich auf die Bollftredung bes in der vorliegenden Sache erlassenen haftbesehls; daß mit ihnen nicht eine jede den Anseichulbigten treffende haft gemeint ift, erhellt schon darans, daß neben dem "Zur-haft-bringen" der Antritt der erkannten Freiheitsftrase besonders erwähnt wird, was ganz überstüssig wäre, wenn jenen Worten eine weitere Bedeutung beiwohnte. Sonach wird die Sicherheit dadurch nicht von lelbst frei, daß der Angeschulbigte in einer anderen Sache zur Untersuchungshaft oder Strassait gebracht wird. Dies entspricht auch durchaus dem praktischen Bedürsniß: denn es ist 3. B. wohl wöglich, daß gegen den Angeschulbigten eine kurze Strassait vollstredt wird, ohne daß dies demzinigen Richter bekannt wird, von welchem der Angeschulbigte gegen Sicherheit freigelassen ist. Uedrigens kann eine anderweite hat von längerer Dauer, da durch sie der in der schwebenden Untersuchung erlassen Hatelschlich bedeutungslos werden kann, auch sur das Gericht ein Anlaß sein, die Sicherheit ausbrücklich freizugeben.
- b. Der Angeschuldigte ist berechtigt, die Rückgabe ber Sicherheit und die Bollstreckung bes haftbefehls zu verlangen. Auch bem britten Caventen wird dieselbe Berechtigung zuzugestehen sein (gl. A. v. Schwarze S. 258, Thilo S. 122, John S. 874; a. M. v. Holhenborff in Hh. I. S. 371, Reller S. 138, Boines in Goltb. Arch. XXX. S. 225, Stenglein S. 264). Selbstverständlich aber wird die Sicherheit erst frei, wenn der Angeschuldigte wirklich zur Haft gebracht ist.
- 3. "wenn ber haitbefehl aufgehoben worben ist" hierzu vgl. § 123 u. insbef. Rote 1 baf. In ben Fällen, in benen bie Entscheibung in ber hauptsache (bie Freisprechung 2c.) bie Aushehung bes haftbeiehls zur nothwendigen Folge hat (Note 4, 6 bas.), wird bie Sichers beit icon burch bie Erlassung jener Entscheibung frei, sollte auch aus Bersehen bie ausbrückliche Aushehung bes haftbesehls unterblieben sein.
- 4. Der Antritt einer Freiheits ftrase ift erst bann als ersolgt anzusehen, wenn bie Aufnahme bes Berurtheilten in bie zur Strasverbüßung bestimmte Gesangenenanstalt stattgesunden hat,
 nicht also schon dann, wenn die Ergreisung desselben behus ber Ablieserung in jenes Gesängniß ersolgt
 ift. Gl. A. Reller S. 137, Dalde S. 84; a. M. v. holhendorff in hh I. S. 370, Stenglein S. 263.

Digitized by GOOGIC

- 5. Eine auf einen bestimmten Zeitraum ober ein bestimmtes Stabium bes Berfahrens beschränkte Sicherheitsleiftung wird burch bas Gesetz nicht ausgeschlossen (Prot. S. 154); in einem berartigen Falle wurde bie Sicherheit burch ben Ablauf bes Zeitraums bezw. ben Abschluß bes betr. Stabiums frei werben. Indeß wird sich bie Annahme einer in dieser Beise eingeschränkten Sicherheitsleistung im Allgemeinen nicht empsehlen.
 - Bu Abj. 2.
- 6. Unter benjenigen, "welche fur ben Angeschuldigten Sicherheit geleiftet haben", find hier nur solche Bersonen zu verfteben, welche bei ber Sicherheitsleiftung in eigenem Ramen als Bürgen, Pfandbesteller zc. vor bem Richter aufgetreten sind. hat ber Angeschuldigte selbst einen Gegenstand hinterlegt, so tann bemnächft ein Oritter die im § 121 Abs. 2 bezeichneten Befugnisse nicht unter ber Behauptung in Anspruch nehmen, daß er ber Eigenthumer bes hinterlegten Gegensstandes sei und bag er ihn bem Angeschuldigten nur behufs ber hinterlegung siberlassen habe.
- 7. Auch für ben Dritten gilt bie Boridrift bes Abs. 1; bie bes Abs. 2 will fagen : "Diejenigen 2c. tonnen ibre Befreiung auch baburch berbeifuhren" 2c.
- 8. Zwifchen ben beiben in Abf. 2 behanbelten Fallen befteht insofern eine mefentliche Berfciebenbeit, als es fich in bem erftgebachten um eine bereits verfallene Sicherbeit unb um bie Bieberaufhebung bes Berfalles hanbelt, mabrenb ber zweite Sall fich ben gallen bes Abs. 1 (vgl. Rote 1) anreiht. Bei bem ersten Falle sett nämlich bie Borschrift voraus, bag ber Angefculbigte fich ber Untersuchung ober ber Strafvollftredung bereits entzogen hat (§ 122); benn nur unter biefer Borausfegung bat bas "Bewirten ber Geftellung" burch ben Dritten und bie gerichtliche Beftimmung einer Frift einen Ginn, mabrent Mangels ber Borausfebung einfach ber Richter felbft bie erforberlichen Schritte ju thun hat (gl. A. Geger S. 598; a. M. Dochom RStB. S. 154, Boitus in Goltb. Arch. XXX. S. 228, Stenglein S. 264; vgl. auch John S. 876). Die Rechtsmoblthat, welche bier bem Dritten gemahrt ift, beruht auf ber . Ermägung, baß für bas Strafverfahren bie Ergreifung bes Angeschulbigten ungleich wichtiger ift als ber Berfall ber Sicherheitssumme (Dot. S. 156). - Uebrigens ift ber Richter nicht folechtbin verpflichtet, auf bas Erbieten bes Dritten: bie Gestellung zu bewirken, einzugeben und eine Frist festauseten; er hat vielmehr über bas Erbieten nach freiem Ermessen au befinden, und er kann basselbe 3. B. bann ablehnen, wenn nach Lage ber Sache bie Ergreifung bes Angeschulbigten ohnehin zu erwarten fleht und es nicht wesentlich barauf ankommt, ob fie bis zu einem gewissen Beitpunkt ftattfinbet ober nicht. - Bgl. § 122 Rote 7.
 - 9. "bie Gestellung bewirken" Diesem Erforberniß ist nur bann genügt, wenn innerhalb ber vom Gericht bestimmten Frist die Ergreifung bes Angeschulbigten wirkich erfolgt. Dieselbe muß wesentlich auf die Thätigkeit bes Dritten zuruckzuführen sein; bagegen wird nicht erfordert, daß dieser sie ohne amtliche Hulfe bewerkstelligt habe; vgl. v. Holzendorss a. a. D. S. 371 ff.
 - 10. In bem Falle, wenn ber Dritte von bem vorhandenen Fluchtverdacht Anzeige macht, ist die Befreiung nicht unbedingt davon abhängig, daß die Berhaftung wirklich erfolgt; es genügt, wenn die Anzeige so zeitig gemacht ist, daß sie bei sachgemäßem Borgehen der Behörde die Berbaftung herbeiführen mußte. Wird die lettere durch eine Säumniß oder ein sonstiges Bersehen des Richters oder eines anderen betheiligten Beamten vereitelt, so kann dieser Umstand der Besseiung des Dritten nicht entgegenstehen. Die Entscheidung darüber, ob eine solche Säumniß zervorliege, bildet vorkommenden Falles einen Bestandtheil der Entscheidung über den Bersall der Sicherheit; sie steht somit nicht dem Civilrichter, sondern dem Strassichter zu und ist in dem in § 122 geordneten Bersahren zu erlassen. Ist ein Berschulden des Richters in Frage, so sinder § 30 Anwendung; auch wird dem Dritten das Ablehnungsrecht zuzugestehen sein, wenngleich § 24 diesen Fall nicht ausdrücklich vorsieht. Gl. A. v. Holzendorss a. a. D. S. 372, Dochow S. 155, Geger 26. S. 598, John S. 880, Stenglein S. 265; a. M. Boitus Komm. S. 161 u. in Golid. Axxx. S. 232 (er will den aus § 121 Abs. 2 herzuleitenden Anspruch auf Besteiung im Streitsalle nur im Bege des Civilprozesses entschieden wissen. Einem im Civilprozes zu verzsolgenden Regresanspruch des Oritten an den betheiligten Beamten wird die strassichterliche Entz

§. 122.

Eine noch nicht frei geworbene Sicherheit verfällt der Staatskasse, wenn der Angeschuldigte sich der Untersuchung oder dem Antritt der erkannten Freiheitsestrase entzieht.

Bor ber Entscheidung sind ber Angeschulbigte sowie biejenigen, welche für ben Angeschulbigten Sicherheit geleistet haben, zu einer Erklärung aufzusorbern. Segen die Entscheidung steht ihnen nur die sofortige Beschwerbe zu. Bor der Entscheidung über die Beschwerbe ist den Betheiligten und der Staatsanwaltschaft Selegenheit zur mündlichen Begründung ihrer Anträge sowie zur Erörterung über stattgehabte Ermittelungen zu geben.

Die den Verfall aussprechende Entscheidung hat gegen diejenigen, welche für den Angeschuldigten Sicherheit geleistet haben, die Wirkungen eines von dem Civilzichter erlassenen, für vorläufig vollstreckar erklärten Sndurtheils, und nach Abslauf der Beschwerdefrist die Wirkungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils.

(I. Entw. § 108; II. Entw. § 109; III. Entw. § 111.)

icheibung allerbings nicht entgegensteben, ba fie formelles Recht nur zwischen bem Dritten und ber Staatstaffe berftellt.

3u § 122.

Bu Abs. 1.

- 1. Das hier bezeichnete Berhalten bes Angeschulbigten tann ben Berfall ber Sicherheit nur unter ber Borausjehung bewirken, baß nicht bereits zuvor ein bas Freiwerben ber Sicherheit bewirkenbes Ereigniß eingetreten war. Gleich bem Freiwerben tritt auch ber Berfall ber Sichersheit ipso jure ein; val. § 121 Rote 1.
- 2. hinfichtlich ber Beurtheilung ber Thatsachen, welche ben Berfall ber Sicherheit bewirken tonnen, läst bas Geset vermöge ber großen Unbestimmtheit bes hier gebrauchten Ausbrucks "sich entziehen" bem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum. Es wird ein Berhalten bes Angeschulbigten vorausgeset, welches auf ber Absicht besselben, sich ber Gewalt bes Richters, wenn auch nur zeitweise, zu entziehen, beruht, und welches ben beabsichtigten Ersolg, wenn auch gleichfalls nur zeitweise, gehabt hat. hauptsächlich also wird von ber gesehlichen Borschrift ber Fall getrosen, wenn ber Angeschulbigte stieht ober sich verbirgt. Der Umstand, daß berselbe wieder ergriffen wird ober freiwillig zurücksehrt, schließt das Borhandensein eines "Sich-entziehens" im Sinne bes S nicht aus. Dagegen kann ein solches nicht in dem bloßen Ungehorsam bes (sur den Richter erreichbaren) Angeschulbigten, insbes. nicht darin gesunden werden, daß berselbe auf ergangene Ladung, wenn auch wiederholt, ausbleibt. Ebensowenig fällt der Selbstmord bes Angeschulbigten unter den Begriff des "Sich-entziehens" im Sinne des §; gl. A. v. holhendorsse. a. D. S. 373.
- 3. Daß ber Angeschuldigte ober ber Dritte, welcher Sicherheit geleistet hat, über bie ben Berfall betreffenben gesehlichen Bestimmungen belehrt worben, ift nicht Boraussehung bes Bersalles ber Sicherheit.
- 4. Die Sicherheit verfallt ber Staatstaffe bez. (§ 506) ber Reichstaffe. In Betreff ber Anfpriiche bes Berletten vgl. § 117 Rote 6. a.
- 5. Der einmal eingetretene Berfall ber Sicherheit bleibt, abgesehen von bem in § 121 Abs. 2 (vgl. bort Rote 8) behandelten Ausnahmefalle, von bem weiteren Berlaufe bes Berfahrens underührt; ber Berfall wird also baburch nicht wieber ausgehoben, daß ber Angeschuldigte bem-nacht freigesprochen ober außer Berfolgung geseht ober nur zu einer geringen (statt zu ber bei Erlas bes Haftbefehls vorausgesehenen) Strase verurtheilt wird. Demzusolge kann ber zu einer Gelbstrase ober zur Zahlung von Kosten verurtheilte Angeschuldigte auch nicht beauspruchen, daß zu beren Dedung die versallene Sicherheit verwendet werbe.

Digitized by Google

۱

Bu 216f. 2. 3.

- 6. Die Borfchriften in Abs. 2, 3 behandeln bie fiber ben Berfall ber Sicherheit zu erlassende Entscheid ung und bas bei bieser eintretende Berfahren. Der Entw. ist hier burch bie Besschliffe ber MIR. (Brot. S. 157, 861 ff., 1130 ff.) nicht unwesentlich geandert worben; die vorgenommenen Aenderungen haben die schon im Entw. vorhandene Unbestimmtheit noch ershöht, so daß die Borschriften des S in mehrsacher Beziehung erheblichen Zweiseln Raum geben. Bgl. namentlich Boitus S. 163 ff.
- 7. a. Die Entscheidung über ben Bersall ber Sicherheit bilbet einen Incidentpunkt im Strafverschren und steht nur bem Strafrichter zu; ber in ber RTR. gestellte Antrag auf Zulassung bes Civilprozesweges ist abgelehnt worden (Prot. S. 801—804). Hiernach ist die Erhebung einer Civilklage nicht nur niemals erforderlich, um die Sicherheitssumme für die Staatskasse beizutreiben, sondern der Civilprozesweg ist zwischen der letteren und dem, der die Sicherheit geleistet hat, schlechthin ausgeschlossen, so daß es selbst dem Bürgen nicht zusteht, zum Zwede der Wiederausbedung der den Bersall aussprechenden Entscheidung eine Civilsage zu erheben. Die Entscheidung des Strafrichters ist nicht (wie im Falle des § 111) eine vorläusige, sondern eine endgültige; sie hat alle Wirfungen eines Civilendurtheils (Note 13). Diese Wirfungen hat sie vor Alem gegeniber dem Angeschulbigten selbst, und es beruht auf einem Redaktionsversehen, daß in Abs. 3 nach dem Worte "hat" nicht ein "auch" oder "selbst" eingeschaltet ist (vgl. Mot. S. 158). Tas vorstehend von dem Versall Bemerkte gilt auch von der Wiederaushebung besselben in dem zu § 121 Note 8 bezeichneten Falle.
- b. Gegen ft and ber Entscheibung bes Strafrichters ift nicht blos bie Frage: ob ber Ansgeschuldigte sich ber Untersuchung ze. entzogen habe; vielmehr ift von bem Strafrichter auch über alle sonstigen Boraussehungen bes Berfalls (vgl. Rote 1) sowie überhaupt über alle im Einzelfalle vorkommenden Streitpunkte zu entscheiben, also z. B. auch über die Rechtsverbindlichkeit der Bürgschaft ober ber Pfandbestellung. Uebrigens hat der Strafrichter eine Entscheibung nur zwischen ber Staatskasse und Demjenigen, der die Sicherheit geleistet hat, zu treffen; das Rechtsverhältniß zwischen dem Angeschuldigten und dem Dritten, der für ihn eingetreten ift, bleibt von der strafrichterlichen Entscheidung unberührt.
- 8. Bei ben Erörterungen und ber Entschiedening über ben Bersall ber Sicherheit sind bie Staatsanwaltschaft und ber Angeschulbigte stells als betheiligt anzusehen. Die Staatsanwaltschaft und ber Angeschulbigte stells als betheiligt anzusehen. Die Staatsanwaltschaft hat bas Interesse ber Staatskasse wahrzunehmen, jedoch nur in dem Sinne, daß sie, wie dies überhaupt ihre Aufgabe ist (§ 153 Note 5), dasjenige zu beantragen hat, was bei objektiver Prüsung der Sachlage sich als das Richtige darstellt. Bas den Angeschulbigten betrifft, so macht es mit Rücksicht auf seine Regresverdindlichkeit keinen Unterschied, od er selbst oder ein Dritter die Sicherheit bestellt hat. Ebensowenig unterscheibet das Gesch zwischen dem abwesenden und dem anwesenden (wiederhasteten) Angeschulbigten; es müssen also alle Entscheidungen 2c. auch dem ersteren bekannt gemacht werden; vgl. § 40 u. Note 7 das. Bgl. auch unten Note 12.
- 9. Ju Betreff ber Buftanbigfeit für bie ftrafrichterliche Entscheibung f. § 124 u. Rote 5.8 baf. Bgl. auch § 121 Rote 10.
- 10. Tas Berfahren bes zur Entscheidung zunächft, b. h. in erster Inftanz, berusenen Gerichts wird vom Geseh nicht näher geregelt; nur bie Aussorberung ber Betheiligten zur Erzflärung ist vorgeschrieben. Diese Aussorberung ist benselben in rechtssörmlicher Beise (§ 35) ber kannt zu machen; in Betress bes abwesenden Angeschnlötigten vgl. § 40 u. Note 7 das. Mit der Aussorberung ist die Bestimmung einer angemessenen Frift für die Abgabe der Erklärung zu verzbinden. Für die Form der Erklärung gelten die allgemeinen Gründsäte (vgl. Note 8 zu Buch 1). Die Entscheidung erfolgt in berathender Situng (vgl. § 33 Note 1).
- 11. In Bet reff ber Befchmerbe entfleht bie Frage: ob biefelbe auch ber Staatsanmalte fcaft zustehe. Es mirb bies, wenngleich § 122 ausbrudlich nur einer Beschwerbe bes Angeschuldigten und bes betheiligten Dritten ermahnt, zu bejahen fein, und zwar sowohl mit Rudficht auf § 346 wie auch beshalb, weil nicht ersichtlich ift, aus welchem Grunbe bas Gefet eine Ente

§. 123.

Der Haftbefehl ist aufzuheben, wenn ber in bemselben angegebene Grund ber icheibung, welche bie Sicherheit für nicht verfallen erklärt, jeber Ansechtung entzogen haben sollte, obwohl diese Entscheibung unter Umständen (§ 125 Abs. 2) von einem Einzekrichter erlassen werden fann. Wan wird aber ferner, weungleich auch hier der Wortlaut des Gesehes für das Gegentheil zu sprechen schnen, da and der Staatsanwaltschaft nur die sofortige, nicht die frisklose Beschwerde zugesiehen können, da anderensalls berjenige, welcher die Sicherheit geleistet hat, auf ganz understimmte Zeit hinaus über das Freiwerden der Sicherheit in Ungewißheit verbleiben würde, dies aber mit der Absächt des Gesehes um so weniger vereindar erscheint, als die strafrichterliche Entscheidung hier in zeder hinsicht die des Civilrichters ersehen soll. Al. A. Dochow S. 155, John S. 884, Puchelt S. 255, Stenglein S. 267. Thilo S. 124 u. v. Bomhardt S. 87 wollen die fristlose Besichwerde gestatten, während Reller S. 140, v. Holbendorss in Ho. I. S. 373 u. Boitus in Goltd. Arch. XXX. S. 240 eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft überhaupt sür ausgeschlossen erachten.

12. Das Berfahren por bem Befdmerbegericht unterfceibet fich von bem erftinftanglichen Berfahren wesentlich baburch, bag eine münbliche Berhanblung vor jenem Gericht anberaumt wirb. Dies ift ber Sinn bes fehr bunkel gefaßten britten Sates in Abs. 2; ben Ausbrud "mündliche Berhandlung" hat man beshalb vermieden, um nicht bie Meinung hervorzurusen, als solle Alles, was für die Hauptverhandlung vorgeschrieben ift, auch für die hier gedachte Berhandlung gelten (Brot. S. 862, 1131). Zwifchen ber letteren und ber hauptverhandlung besteht namentlich ber Unterfchieb, bag es in jener bes Erfcheinens ber Betheiligten und felbft ber Staatsanwaltichait nicht bedarf und daß hinfichtlich ber etwa nöthigen Ermittelungen ber Grunbfat ber Runblichfeit nicht Blat greift, bas Befchmerbegericht vielmehr biejelben auf jebem ihm angemeffen ericheinenben Bege vornehmen fann. Die Befanntmachung bes Berhanblungstermins an bie Staatsanwalticaft und die betheiligten Dritten wird wie bei ber Sauptverhandlung flattzufinden haben. Das Mangelhafte ber getroffenen Bestimmung tritt aber hinsichtlich bes Angeschulbigten bervor. Es fragt fich: Dug bem abwefenben Angeschulbigten, auch wenn er vor ber Enticheibung erfter Juftang erfolglos gur Abgabe einer Erflärung aufgeforbert worben war, ber Termin gur Berhanblung por bem Befcmerbegericht wieberum bekannt gemacht werben, ober finbet bier bie Beftimmung bes & 329 Anwendung? Dan wird fich fur Erfteres enticheiben muffen, ba & 122 gegenuber bem § 329 eine Spezialvoridrift enthält und in bem "Gelegenbeit:geben" bie Befannt= madung bes Termins inbegriffen ift. Die fernere grage: ob ber wieberergriffene und jur Saft gebrachte Angeiculbigte beaufpruchen tann, jur Berhanblung vor bem Beichwerbegericht vorgeführt ju merben, ericheint fehr zweifelhaft ; fie burfte zu verneinen fein, ba bie "munbliche Begrunbung" ber Antrage bes Angefculbigten auch burch einen Bertheibiger erfolgen tann und bie Anerfennung bes gebachten Anjpruchs bei weiter Entfernung bes Saftortes vom Sige bes Befchwerbegerichts ju febr erheblichen und haufig nuplofen Beiterungen führen murbe. A. M. John S. 888, Stenglein S. 267, 268.

13. Die Borschrift bes Abs. 3, welche bie Wirfungen ber strafrichterlichen Entscheibungen burch Gleich stellung ber letteren mit gewissen Entscheibungen best Eivilrichters bestimmt, giebt ben Gebanken best Sesetes nur ungenügend wieder. Die strafrichterliche Entscheibung erlangt bie Birkungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils nicht immer durch ben Ablauf ber Beschwerbefrift, sondern, jalls die Beschwerbe eingelegt worden, burch beren Berwersung. Hat das Gericht erster Instanz die Sicherheit sur nicht verfallen erklärt, das Beschwerbegericht aber auf die Beschwerbe ber Staatsanwaltschaft den Berjall ausgesprochen, so hat der lettere Beschluß seiner Unansechibarkeit wegen sofort die Wirfungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils. Dasselbe gilt von einem Beschlusse, den das Reichsgericht als Gericht eister Instanz erläßt (§ 346 Abs 3). Der Abs. 3 will also sagen: daß die strafrichterliche Entscheidung, jalls sie nicht oder nicht mehr anssechtbar ist, dem rechtskräftigen Civilendurtheil, die noch ansechtbare dagegen dem sür vorläusig vollstreckar erklärten Endurtheil des Civilrichters (vgl. CPD § 648 fs.) gleichsteht.

3u § 123.

^{1.} Die Aufhebung bes haftbefehls (vgl. § 117 Rote 1) ift entweber eine felbstftanbige Maß-

Berhaftung weggefallen ift, ober wenn ber Angeschuldigte freigesprochen ober außer Berfolgung gesetzt wird.

Durch Einlegung eines Rechtsmittels barf bie Freilassung bes Angeschulbigten nicht verzögert werben.

(I. Cutm. \$ 109; II. Entw. \$ 110; III. Eutm. \$ 112.)

regel ober bie nothwendige Folge ber in ber hauptsache ergehenden Enticheibung. Die ausbrudliche Aushebung wird baburch nicht entbehrlich, daß ber Angeschulbigte sich auf Grund erfolgter Sicherheitsleiftung thatsachlich auf freiem Fuße befindet. Bgl. § 121 u. Rote 3 bas.

- 2. "wenn ber Grund ber Berhaftung weggefallen ist" Diese Borte geben ben Sinn bes Gesetes nur ungenau wieber. Denn unter bem "in bem haftbefehl anges gebenen Grunde" würde eigentlich nur die Fluchtgesahr ober die Kollusionsgefahr verstanden werden tönnen (vgl. § 112 Rote 3. a); somit aber könnte es scheinen, als wäre, wenn einmal der Haftbefehl erlassen ist, eine Prüfung der Berdachtsgründe vor Erlassung der das betr. Prozesstadium abschließenden Entscheidung (vgl. § 205 Abs. 2) nicht weiter geboten. Gine berartige Aussalium abschließenden Entscheidung (vgl. § 205 Abs. 2) nicht weiter geboten. Gine berartige Aussalium gentspräche indeß keineswegs der Absicht bes Gesetes; vielmehr hat der Richter während bes ganzen Lauses des Bersahrens das Borhandensein aller gesetlichen Boraussehungen der Haft im Auge zu behalten, also geeignetensalls den haftbefehl auch wegen der Berminderung der Berbachtsgründe auszuheben.
- 3. Ift zwar ber in bem haftbefehl angegebene Grund ber Berhaftung (§ 114 Rote 3) meggefallen, nunmehr jeboch ein anderer Grund hervorgetreten, fo hat ber Richter unter Bezeichnung bes letteren bie Aufrechthaltung bes haftbefehls ansbridtlich zu beschließen.
- 4. Die besondere Ermähnung ber Freisprechung und ber Außerverfolgfegung ift, menn man allein ben Abf. 1 in Betracht zieht, ftrenggenommen überfififig; erft burch ben Singutritt ber Borichrift bes Abs. 2 erhalt fie einen bestimmten Inhalt: Die Freisprechung zc. foll felbft bann bie Freilassung zur Folge haben, wenn fie burch ein Rechtsmittel angefochten wirb. — 😘 barf ferner aus ber hervorhebung ber Freisprechung nicht gefolgert werben, bag nicht auch ein auf Strafe lautenbes Urtheil geeignet fei, die Aushebung des haftbefehls ohne Beiteres zu bewirken; vielmehr muß auch ein berartiges Urtheil biese Wirkung insoweit haben, als mit ihm bie thatfächlichen Borausfehungen bes haftbefehls hinfällig werben. Ift z. B. bie That bes Angeschulbigten bei Erlassung bes haftbefehls als Raub angesehen worben, mahrend fie in bem Urtheil nur als einfacher Diebstahl qualifizirt und bemgemäß ber Angeschuldigte zu einer geringen Gefängnißstafe verurtheilt wirb, so ist ber Hastbefehl aufzuheben, salls nicht etwa ohnerachtet ber Beränberung ber Sachlage (vgl. § 112 Rr. 1) bas Fortbestehen eines Berhaftungsgrundes anzuerkennen ift. Mangels eines folchen barf ber Angeschulbigte nicht lediglich beshalb, weil er eine Freiheitsstrafe zu verbugen hat, in Untersuchungshaft behalten werben. — Gin nur auf Gelbftrafe lautenbes Urtheil muß regelmäßig bie Aufhebung bes Saftbefehls nach fich ziehen; eine Ausnahme fann (arg. § 113) nur Blat greifen, wenn ber Angefculbigte zu ben in § 112 Rr. 2, 3 bezeichneten Berfonen gehort und anzunehmen ift, bag im galle ber Freilaffung weber bie Beitreibung ber Gelbstrafe noch bie Bollftredung ber fubstituirten Freiheitsftrafe ausführbar fein werbe. Gl. A. Buchelt G. 255, Thilo S. 122; a. M. Reller S. 139, v. Solpenborff in S.S. I S. 369, John S. 859 (welche fich gegen bie Ausnahme erflären).
- 5. Bor ber Beschluftassung über bie Aufbebung eines haftbefehls wirb, sofern biese nicht als nothwendige Folge ber Entscheidung in ber hauptsache eintritt (Rote 1), die Staatsanwaltschaft mit ihrer Ertlärung zu hören sein; vgl. § 33 u. Rote 2 bas., sowie § 121 Abi. 2.
- 6. Die Bestimmung bes Ubf. 2 findet in allen Fällen, in benen ein haftbefehl aufgehoben wirb, Anwendung: weber bie Beschwerbe über eine im Laufe ber Untersuchung beschloffene Aufhebung ber haft, noch bas gegen die Enischeidung in ber hauptsache (die Freisprechung 2c.) eingelegte Rechtsmittel hat hinsichtlich ber Freilassung ausschlichende Wirkung.
- 7. Die erfolgte Aufhebung ber haft fteht einer Bieberverhaftung nicht entgegen, wenn in gefesticher Anlag zur Erlaffung eines neuen Baftbefehls eintritt. Bar bie Freilaffung bie

§. 124.

Die auf die Untersuchungshaft, einschließlich ber Sicherheitsleiftung, bezüglichen Entscheinungen werben von bem zuständigen Gericht erlaffen.

In der Boruntersuchung ist der Untersuchungsrichter zur Erlassung des Haftbesehls und mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft auch zur Aushebung eines solchen sowie zur Freilassung des Angeschuldigten gegen Sicherheitsleistung befugt. Bersagt die Staatsanwaltschaft diese Zustimmung, so hat der Untersuchungsrichter, wenn er die beanstandete Maßregel anordnen will, unverzüglich, spätestens binnen vierundzwanzig Stunden, die Entscheidung des Gerichts nachzusuchen.

Die gleiche Befugniß hat nach Eröffnung bes Hauptverfahrens in bringenben Källen ber Borfisende bes erkennenben Gerichts.

(I. Cniw. § 110; II. Cniw. § 111; III. Cniw. § 113.)

Folge eines freisprechenben Urtheils 2c., so tritt bie Zulässigkeit einer Bleberverhaftung mit ber Aufhebung besselben ein. Im Berufungsversahren ift aber bas Gericht zweiter Inftanz für befugt zu erachten, auch schon vor ber Aufhebung bes Urtheils einen neuen haftbefehl zu erlassen, wenn bie im Laufe biefer Instanz erfolgte Beranberung ber Sachlage bies erheischt; biefer Ansicht sieht bie Borschrift bes Abs. 2 nicht entgegen, ba biefelbe nur besagt, bag bie Ginlegung eines Rechtsmittels für sich allein bie Freilassung nicht verzögern burfe (gl. A. John S. 893, Dalde S. 85,

Boitus Kontr. II. S. 436; a. M. v. Holhenborff in Hh. I. S. 359, Reller S. 142). Das Erfagte findet auch auf bas Bieberaufnahmeverfahren (§ 402) entsprechenbe Anwendung.

34 § 124.

Bu 216f. 1.

- 1. An sich betrachtet entbehrt ber Abs. 1 eigentlich bes legislativen Inhalts, ba man einerseits bas, was er ausspricht, für selbstverständlich ansehen kann, und andererseits gerade die möglichen Zweisel barüber, welches Gericht bas für die Berhaftung zuständige sei, in ihm nicht entschieden werden. Wie aber die Bergleichung mit Abs. 2, 3 ergiebt wird in Abs. 1 unter dem "Gericht" das Kollegium im Gegensatz zu dem einzelnen Richter (bem Untersuchungsrichter bezw. dem Borsstenden) verstanden, und der Inhalt des Abs. 1 besteht sonach darin, daß, vorbehaltlich der in Abs. 2, 3 ausgestellten Ausnahmen, die auf die Untersuchungshaft bezüglichen Entscheidungen dem Kollegium übertragen werden. Uebrigens sindet der S nur auf die Untersuchung (vgl. § 112 Rote 2) Anwendung; im Borbereitungsversahren stehen alle hier gedachten Entscheidungen dem Amtörichter zu (§ 125 Abs. 2, 3).
- 2. a. Unter bem "zu ftanbigen" Gericht ift im Allgemeinen (vgl. unter b) bas mit bem Bersiahren zur Zeit befaßte Gericht zu verfiehen; hierzu vgl. § 197, § 205 Abf. 2, GBG. §§ 30, 82. Sind mehrere Landgerichte zu einem Schwurgerichtsbezirf vereinigt (GBG. § 99), so ist nach ersiolgter Eröffnung bes schwurgerichtlichen Hauptversahrens die Straftammer besjenigen Landgerichts zuständig, bei welchem bas Schwurgericht zusammentritt, sollte auch die Boruntersuchung bei einem anderen Landgericht geführt sein; vgl. GBG § 82 Note 2.
- b. Bahrend bes Berufungsverfahrens stehen bem Berufungsgericht auch bie auf bie Untersuchungshaft bezüglichen Entscheidungen zu, unbeschabet ber Befingniß und Berpflichtung bes Gerichts erfter Inftanz zur einstweiligen Anordnung bringlicher Magregeln. Anbers verhält es sich mit dem Revisions verfahren: ba bas Revisionsgericht nur mit der Prüsung der Revisionsanträge, nicht aber mit der Sache selbst besacht ift (SS 392 ff), so können Entscheidungen über die Untersuchungshaft, abgesehen von der durch eine Freisprechung (vgl. S 394 Abs. 1) gebotenen Aushebung des Haftbesehls (S 123), von ihm nicht erlassen werden; vielmehr ift nur das Gericht erster Instanz für diese zuständig; so: RGer. I. 14. März 81 (Entsch. III. 421, Ripr. III. 141); vgl. IV. 27. Wai 87 (Rspr. IX. 352).
- 3. In Betreff ber Anfectbarteit ber bie Untersuchungshaft betreffenben Entscheibungen i. S 346, 347, 352. Durch ben Umftand, bag bas Befcmerbegericht unter Aufgebung bes burch

§. 125.

Auch vor Erhebung ber öffentlichen Rlage tann, wenn ein zur Erlaffung eines bie Beschwerbe angesochtenen Beschusses einen haftbesehl erlassen, einen solchen ausgehoben hat, wird an ber Zuständigkeit bes Gerichts erster Justanz für die Erlassung ber serneren, die Untersuchungshaft betreffenden Entscheidungen nichts geandert. Bei gleicher Sachlage ift das Gericht erster Instanz allerdings an die Entscheidung des Beschwerbegerichts gebunden; es bleibt aber besugt und verpflichtet, eine der letteren entgegengesetzte Entscheidung zu erlassen, wenn die Beranderung der Sachlage eine solche rechtsertigt. Bgl. § 123 sowie § 120 Rote 4.

- 4. In Betreff bes Berfahrens unguftanbiger Gerichte f. § 21 u. Rote 3 baf. fowie § 20 Rote 1. Bu Abf. 2.
- 5. a. Der Abs. unterscheibet zwischen ber unbebingten Entscheibung sbefugniß bes Untersuchungsrichters, ber bebingten, b. h. an bie Zustimmung ber Staatsanwaltschaft gebundenen Besugniß unb ber Richtbefugniß besselleben; soweit hiernach bie Zuständigseit bes Untersuchungsrichters ausgeschlossen ift, ift bie Straftammer (vgl. noch GBG. § 138 Abs. 1) zuständig. Aus ber Besugniß bes Untersuchungsrichters zur Erlassung bes haftbefehls und aus bem unter Note 7 Bemerkten solgt auch seine Berechtigung, Anträge auf Aushebung bes haftbefehls ober auf Freilassung gegen Sicherheitsleistung zurud zu weisen. Zur Freilassung gegen Sicher heitsleistung ift er nur befugt, wenn die Zustimmung ber Staatsanwaltschaft auch bezüglich aller Modalitäten ber Sicherheitsleistung vorhanden ist. Der Bersal ber Sicherheit (§ 122) fann nur durch Beschluß der Straftammer ausgesprochen werden.
- b. Die Bestimmung bes Abs. 2 ift nur auf Entscheidungen von prozessinalischer Bebeutung, nicht aber auf biejenigen Anordnungen zu beziehen, welche bie Behandlung bes Berhafteten (§ 116) betreffen; mit biefen Anordnungen wird bie Straftammer nur im Falle einer über ben Untersuchungsrichter geführten Beschwerbe besaft; vgl. § 116 Note 4.
- 6. Der Untersuchungsrichter ist zur Erlassung ber betr. Entscheidenigen "befugt". Aus ber Bahl bieses letteren Ausbrucks (ftatt "zuständig") folgt, baß es bem Untersuchungsrichter auch gestattet ist, sich im Falle erheblicher Zweisel ber Entscheinung zu enthalten und ben Beschluß ber Straffammer einzuholen (Mot. S. 159). Bgl. Glafer II. S. 396.
- 7. "wenn er die beanstandete Magregel anordnen will" Durch biefe Borte wird ausgesprochen, bag es der Ginholung ber Entscheidung ber Straftammer nicht bedarf, wenn ber Untersuchungsrichter nach erfolgter Erflärung der Staatsanwaltschaft sich die Ansicht der letteren aneignet und er bemzufolge von der betr. Maßregel Abstand nehmen will.
- 8. Die Staatsanwaltschaft hat ihre Erflärung unverzüglich abzugeben. Gine Frift hierzu ift ihr feitens bes Untersuchungsrichters nicht zu bestimmen; im Falle ungerechtfertigter Bögerung murbe alsbalb bie Entscheidung ber Straftammer einzuholen sein.
- 9. Der Untersuchungerichter ift verpflichtet, spateftens binnen vierund zwanzig Stunden bie Entscheidung ber Straftammer nachzusuchen; indes ift eine rechtliche Folge mit ber Berfaumung ber Frift nicht verbunden.

3 u Abs. 3.

- 10. "nach Eröffnung bes hauptverfahrens" b. h. nach Erlaffung bes in § 201 bezeichneten Beschluffes.
- 11. Boraussehung ber Entscheibungsbefugniß bes Borsigenben ift bie Oring lichteit ber zu verfügenben Maßregel. Unter bieser Boraussehung sindet auf den Borsigenben alles Dasjenige Anwendung, was in Abs. 2 bezüglich des Untersuchungsrichters verordnet ift (Rote 5). Die Entscheidung bes Vorsigenben ift feine blos vorläufige und bedarf baber nicht der Bestätigung durch das erkennende Gericht, unbeschadet der Besugniß des letteren, eine andere Entscheidung zu treffen, wenn hierzu ein gesehlicher Anlaß vorliegt. Für das Schöffengericht ift die Bestimmung bebeutungslos (GBG. § 30 Abs. 2).

Bu & 125.

1. "Auch vor Erhebung ber öffentlichen Klage" — Diese Worte beziehen sich auf § 112; vgl. bort Note 2. Bgl. ferner oben Note 1 zu Abschn 9.

Haftbefehls berechtigender Grund vorhanden ist, vom Amtsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder, bei Gefahr im Berzuge, von Amtswegen ein Haftbefehl erlassen werden.

Bur Erlassung bieses Haftbefehls und ber auf die Untersuchungshaft, einschließlich ber Sicherheitsleistung, bezüglichen Entscheidungen ist jeder Amtsrichter bejugt, in bessen Bezirk ein Gerichtsstand für die Sache begründet ist ober der zu Verhaftende betroffen wird.

Die Bestimmungen ber §§. 114—123 finden entsprechende Anwendung. (I. Entw. § -; II. Entw. § 112; III. Entw. § 114.)

- 2. In der Theorie wie in der Praxis ist vielsach die Meinung vertreten worden, daß die Staatsanwaltschaft mit dem Antrage auf Berhaftung stets den Antrag auf Eröffnung der Untersuchung (der Boruntersuchung oder des Hauptversahrens) verbinden musse, weil es nicht kauhast seinen Angeschuldigten in Haft zu halten, während sich die Leitung des Bersahrens noch gar nicht in der Hand des Gerichts, sondern in der der Staatsanwaltschaft besinde. Die StBD. hat sich zwar dieser Meinung nicht angeschlossen, weil die praktische Durchsührung derselben in vielen Fällen zu erheblichen Beiterungen führen würde; sie hat indest andererseits der vor Erzeichung der Klage eintretenden Haft in bestimmter Beise den Charakter einer provisorischen Rafregel dadurch gegeben, daß sie ihre Dauer an die in § 126 bestimmten Fristen gebunden hat. Rach Ablauf dieser Fristen muß entweder die provisorische Haft in die, durch die Erhebung der össentlichen Klage bedingte sörmliche Untersuchungshaft (§ 112) übergehen oder die Freilassung des Angeschuldigten ersolgen.
- 3. Durch bie Bestimmung bes Abs. 1 erhalten bie fur bas Borbereitung verfahren gezgebenen allgemeinen Borschriften (§ 160 bezw. 163) ihre spezielle Anwendung auf die Berhangung ber Untersuchungshaft. Bon einer von Amtswegen (§ 163) beschlossenen Berhaftung hat ber Amtbrichter sogleich ber Staatsanwaltschaft Renntniß zu geben, damit diese in den Stand geseht werbe, die Fristen bes § 126 innezuhalten.
- 4. Es ift hinfichtlich ber Anmenbung ber SS 125, 126 gleichgultig, ob eine porläufige geftnahme bes Befchulbigten (SS 127, 128) porausgegangen ift ober nicht.
- 5. Bei der Bestimmung der Zuständigkeit für die Berhaftung konnte das Geset auf die Zuständigkeit für die hauptsache (die Untersuchung und Entscheidung) nicht schlechthin Bezug nehmen, weil es sich hier auch um diesenigen Straffälle handelt, in denen dem Amtörichter (vgl. GBG. § 30 Abl. 2) die sachliche Zuständigkeit für die hauptsache mangelt und ein Gericht höherer Ordnung zuständig ist. Daher sagt das Geset hier: "in dessen Bezirk ein Gerichtsstand begründet ist", d. h. ein für die Begründung des Gerichtsstandes maßgebender Ort liegt. Diesem Orte wird hier berjenige Ort, wo der Beschuldigte betrossen wird, gleichgestellt, ohne daß hierdurch an der Zuständigkeit für die Hauptsache etwas geändert wird (vgl. § 9 und Note 1 zu §§ 7—13).
 Sind mehrere nach § 125 für die Berhaftung zuständige Amtörichter vorhanden, so ist derzienige von ihnen, welcher zu erst die Berhaftung beschlossen allein zuständig. Dies gilt auch dann, wenn das Gesängniß, in welchem der Beschlosze sich besindet, einem anderen Amtörichter unterstellt ist; so: Simonson im G.Saal XXXIV. S. 360.
- 6. Der Amterichter tann fich in ben Fallen bes § 125 auch junachft auf bie Erlaffung eines Borführungsbefehls beschränten; vgl. § 134 u. Rote 2 baf.
- 7. Die auf die Untersuchungshaft bezüglichen Entscheid ungen fteben im Borbereitungsversahren fammtlich bem Amtörichter zu, insbes. auch biejenigen, welche in der Boruntersuchung ber Straffammer vorbehalten sind; der § 124 ift in § 125 Abs. 3 nicht in Bezug genommen. hiernach ift ber Amtörichter zur Freilassung gegen Sicherheitöleistung auch Mangels ber Zustimmung der Staatsanwaltschaft befugt. In Betreff ber Ausbedung des haftbesehls vgl. noch § 126 Rote 3. Die Straffammer entscheibet nur in der Beschwerbeinstanz. In Betreff ber weiteren Beschwerbe s. § 352.

§. 126.

Der vor Erhebung der öffentlichen Klage erlassene Haftbefehl ist aufzuheben, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt, ober wenn nicht binnen einer Boche nach Bollstreckung des Haftbefehls die öffentliche Klage erhoben und die Fortbauer der Haft von dem zuständigen Richter angeordnet, auch diese Anordnung zur Kenntenis des Amtsrichters gelangt ist.

Wenn zur Vorbereitung und Erhebung ber öffentlichen Klage die Frist von einer Woche nicht genügt, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Amterichter um eine Woche und, wenn es sich um ein Verbrechen oder Vergehen handelt, auf erneuten Antrag der Staatsanwaltschaft um sernere zwei Wochen verlängert werden.

(1. Entw. § -; II. Entw. § 113; ItI. Entw. § 115.)

9. Bgl. § 127 Rote 3.b.

3u § 126.

1. Bgl. bie Roten gu § 125, insbes. Rote 2.

- 2. Daß bie Aufhebung bes haftbefehls erfolgen muß, wenn bie Staatsauwalticaft es beantragt, folgt aus bem Befen bes Borbereitungsverfahrens (vgl. Rote 3 zu Buch 2 Abichn. 2) von felbft.
- 3. Da ber S als Grunde ber Aufhebung bes Saftbefehls nur ben Antrag ber Staatsanwalt fcaft und ben Ablauf ber Frift ausbrudlich hervorhebt, fo entfteht bie Frage: ob ber Amterichter befugt fei, vor Ablauf ber Frift auch ohne und felbst gegen ben Antrag ber Staats: anwaltichaft ben haftbefehl aufzuheben, wenn er finbet, bag ber Grund ber Berhaftung weggefallen sei. Es unk dies bejaht werden, da nach § 125 Abs. 3 die Bestimung des § 123 auch auf ben provisorischen Saftbesehl Anwendung findet und überbies nicht ersichtlich ift. weshalb im Borbereitungsverfahren ber Richter genothigt fein follte, eine haft langer aufrecht zu erhalten, als er bies für gerechtfertigt erachtet. Der Umftanb, bag nach f 124 in ber Borunterfuchung ber Untersuchungerichter nur mit Buftimmung ber Staatsanwalticaft ben Saftbefehl aufheben barf. fteht ber bier vertretenen Anficht nicht entgegen; benn einmal gebort ber § 124 nicht zu ben in § 125 Abf. 3 in Bezug genommenen Bestimmungen, und außerbem fann mahrend ber Borunter: fuchung Mangels ber Buftimmung ber Staatsanwaltichaft bie Aufhebung bes Saftbefehls burch bie Straffammer erfolgen. Benn bie lettere im Borbereitungsverfahren (abgefehen von ber Beschwerbeinstanz) nicht mitwirkt, so hat bies nicht bie Folge: bag biejenigen Entscheinungen, welche ihr mahrend ber Boruntersuchung porbehalten finb, im Borbereitungsverfahren überhaupt nicht erlaffen werben können, sonbern bie: bag fie bem Amterichter zufteben. Gl. A. Reller S. 146, John S. 900, Puchelt S. 263, Gener S. 589, Kronecker in Goldt. Arch. XXIX. S. 364, Glafer II. S. 304; a. D. Boitus Romm. S. 171 u. Rontr. II. S. 161 ff., theilm. auch Calde S. 87, Stenglein S. 272.
- 4. a. Nach Ablauf ber (urfprünglichen ober gemäß Abf. 2 verlängerten) Frift ift ber Antistichter verpflichtet, von Amtswegen ben Saftbefehl aufzihreben, wenn nicht zuvor eine entgegenstiehenbe Anordnung bes zuständigen Richters zu feiner Kenntniß gelangt. Es genügt übrigens eine von bem zuständigen Richter ober auch von der Staatsanwaltschaft dem Amtsrichter gemacht schriftliche ober telegraphische Mittheilung, daß die Fortbauer ber haft beschlichen sei; daß der Beschluß in urkundlicher Form dem Amtsrichter vorliege, wird nicht ersorbert.
- b. Die Frift beginnt mit ber Bollftredung bes haftbefehls; unter biefer ift, wenn ber Beschulbigte fich bei bessen Erlassung noch auf freiem Fuße befand, ber thatsacliche Alt ber Ergreifung gu versteben; ift eine vorläufige Festnahme vorausgegangen, so fallt bie Bouftredung bes

^{8.} Die burch § 125 begrundete Buftanbigkeit bes Amtsrichters erlischt, sobalb eine bie Untersuchungshaft betreffenbe Anordnung bes mit ber erhobenen öffentlichen Rlage befaßten gusftanbigen Richters (§ 126) zur Kenntnig bes Amtsrichters gelangt ift.

§. 127.

Wird Jemand auf frischer That betroffen ober verfolgt, so ist, wenn er ber Flucht verdächtig ist ober seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, Jebermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen.

Die Staatsanwaltschaft und bie Polizeis und Sicherheitsbeamten sind auch bann zur vorläufigen Festnahme befugt, wenn die Voraussehungen eines Haftbefehls vorliegen und Gefahr im Verzug obwaltet.

Bei strafbaren Handlungen, beren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist bie vorläufige Festnahme von ber Stellung eines solchen Antrags nicht abhängig. (L. Entw. § 111; II. Entw. § 114; III. Entw. § 116.)

haftbefehls mit ber Erlaffung jufammen (§ 128). — Die Berechnung ber Frift bestimmt fich nach § 43 (vgl. bort Rote 3).

- 5. Die Fassung bes Abs. 2 ift eine versehlte. Denn es kann hinsichtlich ber Fristverlängerung nicht sowohl barauf ankommen, ob die einwöchige Frist zur Borbereitung und Erhebung ber öffentlichen Rlage genügt, als vielmehr barauf, ob innerhalb ihrer auch die Anordnung des zuständigen Richters erlassen und zur Kenntniß bes Amtsrichters gebracht werden kann; somit aber ift schon dann, wenn auch nur das lettere unaussührbar ift, der Antrag auf Fristverlängerung begründet. Gl. A. Dalde S. 87, Kroneder a. a. D. S. 365, Stenglein S. 274. Die entgegenz gesehte Ansicht (Puchelt S. 263, Keller S. 147) würde bahin führen, daß da, wo die Frist zwar zur Erhebung der Klage, nicht aber zu der richterlichen Anordnung ausreicht, es an jedem Mittel fehlen würde, die Freikassung und die Flucht des Beschuldigten zu verhüten. Bgl. Boitus Kontr. II. S. 172 ss.
- 6. Neber ben Antrag auf Friftverlangerung hat ber Amterichter mit Rudficht auf bie Lage bes einzelnen Falles und auf die von ber Staatsanwaltschaft angeführten Gründe nach freiem Ermeffen zu entschen. Er ift auch besugt, bem Antrage theilweis zu entsprechen, b. h. eine furzere als bie beantragte Frift zu bewilligen.
- 7. Die Dauer ber provisorischen Untersuchungshaft barf nach ben Beftimmungen bes § 126 bei Berbrechen und Bergeben höchstens vier Wochen, bei Uebertretungen höchstens zwei Wochen betragen. Uebrigens ift es auch bei Berbrechen und Bergeben nicht statthait, auf ben ersten Anstrag ber Staatsanwaltschaft bie Frift alsbalb um mehr als eine Woche zu verlängern; vielmehr ift bie Gewährung einer längeren Nachfrift von einem erneuten Antrage und folgeweise von einer erneuten richterlichen Prüfung ber Sachlage abhängig gemacht.

Bu § 127.

1.a. Der & haubelt von ber ohne richterlichen Befehl erfolgenben Freiheitsentziehung unb bezeichnet biefelbe mit bem Ausbrud "vorläufige Festnahme". Die allgemeine Bestimmung über die Zulässigfeteit einer solchen ist in Abs. 2 des & zu finden, mahrend der Abs. 1 einen besonberen gall, namlich ben bes Betreffens ober Berfolgens auf frifcher That, behanbelt; bag biefer Fall an bie Spige bes & gestellt ift, beruht nur auf einem rebaktionellen Grunbe. — 3m Allge= meinen (Abf. 2) find jur porläufigen Refinahme nur bie Staatsanwaltichaft und bie Boligei- und Siderheitsbeamten befugt, biefe übrigens ohne Unterfchieb, ob fie Bulfsbeamte ber Staatsanwaltichaft (BBG. § 153) find ober nicht. Bulaffig ift bie Refinahme, wenn bie Erlaffung eines Saftbefehls gerechtfertigt fein murbe, bie Ergreifung bes Berbachtigen aber fo bringlich ift, bag fie nicht bis gur Entideibung bes Richters aufgeschoben werben tann. In Betreff ber Borausfepungen bes Saftbejehls find bie S\$ 112, 113 maßgebenb (vgl. insbef. § 112 Rote 3. a). Sonach braucht ber Anlag gur Befinahme nicht nothwendig in ber Fluchtgefahr, er tann vielmehr auch in ber Rollufionsgefahr liegen; andererseits aber tommt es bier wegen ber Borfdrift bes § 113 auf bie Befcaffenheit bes Delitis an. - 3m Falle bes Betreffens 2c. auf frifcher That (Abs. 1) verhalt es fich anbers: bier ift Jebermann gur Festnahme befugt, falls entweber ber Fluchtverbacht vorliegt ober boch bie Perfonlichfeit bes Betroffenen nicht fofort festgestellt werben tann; anbererfeits tommt es bier Digitized by GOOGIC

§. 128.

Der Festgenommene ift unverzüglich, sofern er nicht wieber in Freiheit gesetht

auf die Beschaffenheit ber That (§ 113) nicht an; vgl. RGer. I. 11. Mai 85 (Entsch. XII. 194). Die Besugniß der Staatsanwaltschaft zc. zur Festnahme greist im Falle des Betreffens zc. auf frischer That ebensowohl dann Plat, wenn die Boraussehungen des Abs. 2, wie auch dann, wenn diejenigen des Abs. 1 vorliegen.

- b. Der § hat nur biejenige Festnahme im Auge, welche aus Anlas einer strafbaren handlung und zum Zwede ber Strafverfolgung stattsinbet; die landesgesetzlichen Borschriften, nach benen die Polizei besugt ist, zu ander en Zweden (z. B. behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe) zur Festnahme (Berwahrung, Sistirung) einer Person zu schreiten, sind von der StPC. unberührt geblieben; vgl. RGer. II. 23. März 80 (Entsch. I. 331, Rspr. I. 502), II. 11. Jan. 81 (Entsch. III. 185), III. 13. Apr. 81 (Entsch. IV. 102), I. 29. Sept. 84 (Entsch. XI. 101), IV. 15 März 87 (Entsch. XV. 356).
- 2. "auf frischer That" hierüber f. § 104 Rote 2. Die im Entw. hinter "That" stehenben Worte "ober unmittelbar nachher" sind von der REK. als überstüssig und behufs herstellung der lebereinstimmung mit § 104 gestrichen worden (Prot. S. 174, 868). Sachlich ift hierburch nichts geandert. Bgl. GBG. § 168 u. Rote 3 bas.
- 3. a. Die Borfdrift bes Abf. 2 finbet auch mahrend bes Laufes ber Untersuchung Anwendung. Erfährt 3. B. bie Polizeibehörbe bes Aufenthaltsortes bes Angeschulbigten, baß letterer im Begriff fei, die Flucht zu ergreifen und kann ein haftbeschluß bes zuständigen Richters nicht rechtzeitig eingeholt werden, so ift die vorläufige Festnahme gerechtfertigt.
- b. Mit bem Borbemerkten (a) steht die Frage im Zusammenhang: ob im Laufe einer Untersuchung ein (mit dieser nicht befaßter) Amtörichter einen Haftbesehl erlassen durfe, ohne daß eine Festnahme seitens ber Staatsanwaltschaft ober ber Polizei vorausgegangen ift, wie 3. B. dann, wenn gegen den in Dresden wohnhaften Angeschuldigten bei dem Gericht zu Bertin die Untersuchung geführt wird und der Amtörichter zu Dresden in Ersahrung bringt, daß der Angeschuldigte im Begriff sei, die Flucht zu ergreisen. Auf einen berartigen Fall ist weber § 125 noch § 129 anwendbar; denn § 125 seht voraus, daß die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist, § 129 bagegen, daß eine Festnahme bes Angeschuldigten stattgefunden hat. Gleichwohl ist obige Frage zu bejahen, und zwar sowohl wegen der Bestimmung des § 21 wie auch auf Grund der Erwägung, daß es prinzipwidrig wäre, das Einschreiten des Richters von dem Borausgehen einer Maßregel abhängig zu machen, die keinen anderen Zweck hat als den, den Ersolg jenes Einschreitens sicher zu stellen. Gl. A. Reller S. 193, John S. 900, Stenglein S. 275. Der in dem gedachten Falle erlassen Hafter der geeignetensalls der Amtörichter selbst die Aussehng beschließt; die Frissbestimmungen des § 126 sind hier nicht anwendbar.
- 4. a. Die Staatsanwaltschaft und die Polizeis und Sicherheitsbeamten find in den Fällen, in benen ihnen die Besugniß zur vorläufigen Festnahme zusteht, auch besugt, alle zur Ausführung der letteren ersorderlichen Maßregeln zu treisen, also z. B. wenn der Festzunehmende sich berreits auf die Flucht begeben hat, andere Behörden telegraphisch zc. um die Ergreisung zu ersuchen. Nur hinsichtlich der Steckbriese greift eine Ausnahme Plat (§ 131). In Betreff der Nachzeile voll. noch GBG. § 168 und die Noten das.
- b. Ueber bie Befugniß bes bie Festnahme bewirkenben Beamten, bem Festgenommenen Sachen, welche er bei fich tragt, abgunehmen, f. § 98 Rote 2 b.
- 5. Die Bestimmung bes Abs. 3 bezieht sich gleichmäßig auf Abs. 1 und Abs. 2. Im Uebrigen f. § 130.
- 6. Abf. 3 gilt analog auch fur folde Delifte, beren Berfolgung von einer Ermachtigung abhangig ift; fo: Dlobaufen S. 422, Oppenhoff S. 251.

3u § 128.

1. Der S behandelt ben Fall, wenn gegen ben Festgenommenen bie offentliche Rlage

wird, dem Amtorichter bes Bezirks, in welchem die Festnahme erfolgt ist, porzuführen. Der Amtsrichter hat ihn spätestens am Tage nach ber Vorführung zu vernehmen.

halt der Amtsrichter die Festnahme nicht für gerechtfertigt oder die Gründe berselben für beseitigt, so verordnet er bie Freilassung. Anderenfalls erläßt er einen Saftbefehl, auf welchen die Bestimmungen bes §. 126 Anwendung finden.

(I. Entm. §§ 112, 113 216f. 1; II. Entm. § 115; III. Entm. § 117.)

noch nicht erhoben ift. Auf ben anderen Kall, wenn beren Erhebung bereits erfolgt ift, finbet er nur insomeit Amwendung, als nicht § 129 etwas Abweichenbes vorschreibt; vgl. bort note 2.

^{2.} Den Refigenommenen fogleich wieber in Freiheit zu feten, ift fowohl berjenige, ber bie Refinahme bewirtt hat, wie auch berjenige justanbige Beamte befugt, bem ber Festgenommene zunachft zur Berfügung gestellt wird (vgl. Note 3). Die Befugniß schließt, falls bie Borausjenungen ber Zeftnahme weggefallen finb, jugleich bie entsprechenbe Berpflichtung ein.

^{3.} Der Refigenommene foll "unverzüglich" bem AmtBrichter vorgeführt werben. Damit ift nicht gefagt, daß die Borführung nothwendig unmitt elbar vor den Amtsrichter zu erfolgen habe. Dag eine Brivatperson, welche bie Festnahme bewirft hat, ben Festgenommenen ber Bolizei übergeben burje, wurbe in ber REA. ausbrudlich auerfannt (Brot. S. 176). Aber auch bann, wenn bie Zeftnahme burch einen Polizei: ober Sicherheitsbeamten erfolgt, wird bie Borführung regelmäßig zunächst vor die Polizeibehörde des Festinahmeories zu geschehen haben, welche alsbann bas weiter Griorberliche zu veranlassen hat. In bieser Beise ift bas Bersabren in Breufien geregelt; vgl. Cirf. bes Min. bes Innern v. 11. Juli 1881 (3MBl. S. 245). — Befinbet fich am Sibe bes Amisrichters auch bie guftanbige Staatsanwaltichaft, fo tann es zwar zwedmagig fein, biefer ben Fefigenommenen vorzufuhren und biefelbe fomit in ben Stanb zu feten alsbalb ihre Antrage bei bem Amtsrichter zu ftellen; ein foldes Berfahren ift jeboch nur ftatthaft, wenn hierüber eine generelle Bereinbarung zwischen ber Staatsanwaltschaft und bem Amtsrichter getroffen ift. Rebrigens ift ber Amterichter, bem ein Festgenommener vorgeführt ift, feinesfalls bejugt, fein Ginidreiten aus bem Grunbe abzulehnen, weil jener junachft ber Staatsanwalticaft vorzuführen fei. Bgl. Teffenborf in Goltb. Arch. XXVIII. S. 314.

^{4. - &}quot;vorzuführen" - b. b. bem Amtbrichter unter Mittheilung bes Sachverhalts jur Berfügung ju ftellen. Ift bie Feftnahme außerhalb bes Ortes erfolgt, an welchem ber Amtsrichter feinen Sit hat, fo muß ber Fesigenommene auch fofort nach biefem Orte transportirt werben.

^{5.} In bem Gerichtagefangnig wird ber Beftgenommene, auch wenn fiber feine haft noch nicht vom Richter beichloffen ift, nach ben fur bie Untersuchungsgefangenen bestehenben Borfdriften (§ 116) gu behandeln fein. - Für Preußen ogl. § 1 bes Gefangniß-Regl. v. 16. Marg. 1881 (Auf. gu Rr. 11 bes 3MBl.).

^{6. - &}quot;fpateftens am Tage nach ber Borführung" - Much bier gilt bas ju § 115 Rote 4 Bemerfte.

^{7.} Die Bernehmung bes genigenommenen bat infoweit ju erfolgen, ale bies fur bie Befolugnahme bes Anrterichters (Abf. 2) erforberlich ift; pgl. auch § 164. -- Sie fann unter= bleiben, wem ber Amisrichter bie fofortige Freilaffung ohne Beiteres für geboten erachtet.

^{8.} Die Fassung des Abs. 2 ist insofern eine ungenaue, als anscheinend hier vorgeschrieben ist, bağ bie Freilaffung ftets und nothwendig erfolgen muffe, wenn ber Amterichter Die Festnahme nicht für gerechtfertigt erachtet. Letteres ist aber nicht allein entschiebend. Findet ber Amtsrichter, bag zwar bie geftnahme als folde, b. b. bie Ergreifung ohne richterlichen Befehl, nicht gerechtfertigt gewesen, daß aber nunmehr die Boraussehungen zur Erlassung eines haftbesehls nach § 125 vorhanden feien, fo hat er ben letteren zu erlaffen; benn bie Anwendbarteit bes § 125 wird selbftverftänblich baburch nicht ausgeschlossen, bag zu Unrecht eine vorläufige Festnahme erfolgt mar; vgl. f. 125 Rote 4.

^{9.} Erlagt ber Amterichter einen Saftbefehl, fo fommt bie Sache baburch in gang biefelbe Digitized 24 GOGIC 20me, Strafprozegorbnung. f. Auflage.

§. 129.

Ist gegen ben Festgenommenen bereits bie öffentliche Klage erhoben, so ist berselbe entweber sofort, ober auf Verfügung bes Amtsrichters, welchem berselbe zunächst vorgeführt worben, bem zuständigen Gericht ober Untersuchungsrichter vorzuführen, und haben diese spätestens am Tage nach ber Vorsührung über Freilassung ober Verhaftung bes Festgenommenen zu entscheiben.

(I. II. III. Entm. § -.)

Lage wie im Falle bes § 125; baher finben alsbann bie Borschriften bes § 126 in vollem Umsfange Anwenbung.

3u § 129.

- 1. Diefer erft von ber RER. (Prot. S. 175) aufgenommene & fchließt fich fachlich an § 127 an. Er fest einerseits im Gegensat zu § 128 vor aus: baß gegen ben Festgenommenen bereits bie öffentliche Klage erhoben, also schon ein Gericht mit ber hauptsache befaßt ist, anbererseits aber im Gegensat zu § 132: baß von bem besatzen Gericht ein haftbefehl noch nicht erlassen ist.
- 2. Die Boridrift ift eine giemlich unflare, junadft icon binficilid ber Frage: unter melden Boraussehungen bie Borführung vor ben Amter ichter bes Begirke ber gefinahme (§ 128) ju gefcheben habe, wenn biefer Richter nicht jugleich ber mit ber hauptfache befagte ift. Falls beibe Richter benfelben Amtsfit haben ober boch gleich ichnell erreichbar finb, ift ber geftgenommene unmittelbar bem befagten Richter vorzusühren; in bem erfteren Falle wird, wenn gleichwohl bie Borführung por ben AmtBrichter erfolgt, biefer ben geftgenommenen ohne Beiteres bem befaften Richter zu überweisen haben. In bem anberen Falle aber: wenn ber befatte Richter ber entferntere und schwerer erreichbare ist, fragt es sich, ob bie Borführung vor ben Amtsrichter von Amts: wegen ober nur auf Berlangen bes gestigenommenen ju geschehen habe. Dag fie im galle bes Berlangens geschehen muß, erscheint im Sinblid auf § 132 unbebenklich; benn ber Fefigenommene muß im Falle bes § 129 minbeftens biefelbe Berechtigung baben, bie er im falle eines von bem jufianbigen Richter icon erlaffenen Saftbefehls bat. Allein es tann auf bas Berlangen bes Zestgenommenen überhaupt nicht ankommen; benn es hätte zu einer Abweichung von bem im § 128 enthaltenen Grunbfat: bag im galle einer geftnahme bie richterliche Enticheibung über bie haft unverzüg lich herbergeführt werben muß, einer ausbrücklichen Borfchrift bedurft, und in ber Borführung por ben fpateren erreichbaren Richter ift ein Bergug, ein Aufichub jener Enticheibung, enthalten. Selbst ein Bergicht bes Fesigenommenen auf bie Borfuhrung por ben Amtsrichter ift für rechtlich wirkungslos zu erachten. A. M. Stenglein S. 277, ber bie Borführung por ben mit ber hauptsache befaßten Richter flets für erforberlich erachtet, wenn bie bereits erfolgte Erhebung ber öffentlichen Rlage bem festnehmenben Beamten zc. befannt ift.
- 3. Die Fassung des S kann serner die Meinung hervorrusen, als habe der Amt Brichter, welchem der Festgenommene vorgeführt worden, nach Bernehmung desselben die Borsührung vor den besasten Richter jedenfalls anzuordnen. Dies kann indes nicht die Absicht des Geletes seine; benn bei einer derartigen Auslegung desselben würde die Borsührung vor den Amtsrichter eine leere Formalität sein, und die Lage des Festgenommenen wäre im Falle des § 129 eine schlimmere als im Falle des § 132. Der Amtsrichter hat vielmehr auch im Falle des § 129 nach Maßgade des § 128 Abs. 2 über die Freilassung oder Berhaftung zu entscheiden (a. M. Stengslein a. a. O.). Auch dann, wenn er die Verhaftung beschließt, draucht er nicht nothwendig sosort die Vorsührung des Festgenommenen vor den desasten Richter zu versügen; vielmehr kann er sich nach Bernehmung des Festgenommenen geeignetensalls darauf beschränken, zunächst diesem Richter von der Verhaftung Mittheilung machen und dessen weitere Anordnung abwarten, und ein solches Versähren wird sich namentlich dann empsehlen, wenn die Aufrechterhaltung der Haft zweiselhaft erschern wird sich namentlich dann empsehlen, wenn die Aufrechterhaltung der Haft zweiselhaft erscheint und es sich um einen weiten, vielleicht ganz überstüffigen Transport des Festgenommenen handelt. Die Fristbestimmungen des § 126 sinden in einem solchen Falle nicht Anwendung. Nach dem Gesagten ist die Schlußbestimmung des § ("und haben zu ents

§. 130.

Bird wegen Verdachts einer strasbaren Hanblung, beren Versolgung nur auf Antrag eintritt, ein Haftbesehl erlassen, bevor ber Antrag gestellt ist, so ist ber Antragsberechtigte, von mehreren wenigstens einer berselben, sofort von bem Erlas bes Haftbesehls in Kenntniß zu setzen. Auf ben Haftbesehl sinden die Bestimmungen bes §. 126 gleichfalls Anwendung.

(L II. III. Entu. § -.)

§. 131.

Auf Grund eines Haftbefehls können von bem Richter sowie von ber Staatsanwaltschaft Steckbriefe erlassen werben, wenn ber zu Verhaftenbe flüchtig ist ober sich verborgen hält.

icheiben") eben nur auf ben Fall zu beziehen, wenn bie Borführung vor ben befagten Richter fattgefunden hat.

4. -- "fpateftens am Tage nach ber Borführung" — Auch bier gilt bas ju § 115 Rote 4 Bemerfte.

3u § 180.

- 1. Der S ist von ber RTA. (Prot. S. 179) ausgenommen, jedoch nicht in sachgemäßer Jassung; benn, während nach ben Eingangsworten die Zulässigfigkeit ber Berhaftung vor erfolgter Antragstellung vorausgeseht wird, will ber S gegenüber ben bisher vorhandenen Meinungsverschiedenheiten vor Allem aussprechen: daß die Berhaftung zulässig ift, gleichwie S 127 Abs. 3 die Zulässigfigkeit ber vorläusigen Festnahme ausspricht. Uebrigens spricht ber S die Zulässigseit der Berhaftung schlechthin aus, ohne Unterschied, ob eine Festnahme vorausgegangen ist ober nicht. Die Bestimmungen des S 127 Abs. 3 und des S 130 tragen dem Umstande Rechnung, daß der Antragsberechtigte (z. B. durch Abwesenheit) behindert sein kann, alsbald den Antrag auf Straspversolgung zu stellen, und daß sich der Schuldige vielleicht der Strase mürde entziehen können, wenn seine Berhaftung stets erst nach erfolgter Antragstellung statthast wäre.
- 2. An sich gehört die Benachrichtigung bes Antragsberechtigten zwar zu ben Obliegensbeiten ber Staatsanwaltschaft, sie wird jedoch von bem Amtsrichter zu erlassen sein, wenn auf biese Beise ber Antragsberechtigte schneller in Kenntniß gesetzt werden kann. Es wird sich empfehlen, benselben barüber, ob er die Strafversolgung beantrage, ausbrücklich zu befragen; bagegen ware es ungehörig, ihn zur Stellung des Antrages auszufordern und so auf seine Entschließung einzuwirken. Bgl. Note 7. d zu Buch 2 Abschn. 1.
- 3. Die von bem Antragsberechtigten und, falls mehrere benachrichtigt worben, von allen abgegebene Erklärung: baß bie Strafversolgung nicht beantragt werbe, hat die sofortige Aufsbedung bes Haftbefehls zur nothwendigen Folge. Db beim Schweigen ber benachrichtigten Betsonen es gerechtsertigt sei, die in § 126 zugelassen Frisverlängerung zu beantragen bezw. zu bewilligen, ist eine nach Lage bes einzelnen Falles zu beantwortende Frage, bei welcher namentlich die Schwere des Delists in Betracht kommen wird (a. M. Stenglein S. 275, der die Fristverlängerung für ausgeschlossen erachtet). -- Selbstverständlich ersährt die Antragsberechtigung selbst (StBB. § 61) durch das (einstweilige) Schweigen der benachrichtigten Personen keine Beschränkung, und demgemäß steht auch die Aussehung der Haft an sich einer späteren Wieders verhaftung nicht entgegen.
- 4. Den Antragsbeliften fteben auch bier (vgl. § 127 Rote 6) biejenigen Delifte gleich, ju beren Berfolgung es einer Ermächtigung bebarf.

3u § 131.

1. Die Erlaffung von Stedbriefen ist grundfählich nur als ein Mittel zur Bollstredung richterlicher Entscheibung en (haftbefehle ober Strafurtheile [§ 489]) zugelassen; von biesem Grundsat ist in Abi. 2 eine im Interesse ber Berfolgung nothwendige Ausnahme gemacht. In Betreif ber Borführungsbesehle vgl. § 134 Rote 6.

Digitized 24Google

Ohne vorgängigen Haftbefehl ist eine steckbriefliche Verfolgung nur bann statthaft, wenn ein Festgenommener aus bem Gefängnisse entweicht ober sonst sich ber Bewachung entzieht. In diesem Falle sind auch die Polizeibehörden zur Erlassung bes Steckbriefs befugt.

Der Steckbrief foll, soweit dies möglich, eine Beschreibung des zu Berhafe tenden enthalten und die demselben zur Last gelegte strafbare Handlung sowie das Gefängniß bezeichnen, in welches die Ablieferung zu erfolgen hat.

(I. Entm. § 114; II. Entm. § 116; III. Entm. § 118.)

§. 132.

Ist Jemand auf Grund eines Haftbefehls ober eines Steckbriefs ergriffen worden, und kann er nicht spätestens am Tage nach der Ergreifung vor den zusständigen Richter gestellt werden, so ist er auf sein Verlangen sofort dem nächsten Amtsrichter vorzusühren.

Seine Vernehmung ist spätestens am Tage nach ber Ergreifung zu bewirken. Weist er bei ber Vernehmung nach, baß er nicht bie verfolgte Person, ober baß bie Verfolgung burch bie zuständige Behörde wieder aufgehoben sei, so hat der Amtsrichter seine Freilassung zu verfügen.

(I. Cutm. § 115; II. Entm. § 117; III. Entm. § 119.)

- 2. Die Erlaffung bes Stedbriefs, also namentlich bie Entscheidung barüber, ob ber zu Berhaftenbe als flüchtig anzusehen sei 2c., muß, ba bas Geset etwas Anderes nicht bestimmt, als zur Funktion bes Richters ober ber Staatsanwaltschaft gehörig angesehen werben, je nachbem im einzelnen Falle ber erstere ober bie lettere zur Bollftredung bes haftbefehls berusen ift (vgl. § 36). Uebrigens ift ber Richter auch in ben Fällen, in benen die Bollftredung ber Staatsanwaltschaft obliegt, für berechtigt zu erachten, seinerseits die stedbriesliche Verfolgung aus-brudlich anzuordnen.
- 3. Wenngleich Abs. 2 junachst nur ben Fall im Auge hat, wenn ein Festgenommener (also noch nicht Berhafteter) entweicht, so find bie Polizeibehörden zur Erlassung bes Steckbriefs boch auch bann für befingt zu erachten, wenn ein bereits Berhafteter ober Berurtheilter, welcher Polizeibehörde zum Transport nach einem anderen Orte übergeben ift, während bes Transports entspringt; benn es sehlt einerseits an jedem Grunde, in dem bereits vorhandenen Paste befehl ein hinderniß ber polizeilichen Erlassung des Steckbriefs zu erbliden, während andererseits hinsichtlich ber Dringlichseit des letzteren die gedachten Fälle auf gleicher Linie stehen. Bgl. Puchelt S. 270, Stenglein S. 279.
- 4. Der Inhalt bes Stedbriefes fällt nicht zusammen mit bem Inhalt bes haftbefehls (§ 114). Die ftrafbare hanblung braucht in bem Stedbrief nur mit ihrem strafrechtlichen Namen (3. B. burch bie Borte "wegen Diebstahls"), erforberlichenfalls unter hinzufugung ber Angabe von Zeit und Ort, bezeichnet zu werben. Die Berbachtsgründe und ber Berhaftungsgrund sind nicht in ben Stedbrief auszunehmen.
- 1. In ben hier vorgesehenen Fallen ift ber Ergriffene nur "auf fein Berlangen" bem nächsten Amtbrichter vorzuführen. Der Zwed biefer Borführung ift nämlich nur ber: bie möglichft balbige Freilassung bes Ergriffenen zu sichern, wenn etwa bie Ergreifung auf einer Berfonenverwech felung ober auf einem sonstigen Irrthum beruht (Mot. S. 159).
- 2. Die besondere Ermähnung bes Stedbriefs hat ihren Grund in ber Bestimmung bes § 131 Abs. 2.
- 3. Der "nächfte Amtsrichter" ift berjenige, beffen Amtsfit am schnellsten zu erreichen ist; er kann sehr wohl ein anderer sein als berjenige, in beffen Bezirk die Ergreifung erfolgt ift. Bgl. § 128.

Behnter Abichnitt.

Bernehmung des Befduldigten.

§. 133.

Der Beschulbigte ift jur Bernehmung fchriftlich ju laben.

Die Ladung kann unter ber Androhung geschehen, daß im Falle bes Ausbleibens feine Borführung erfolgen werbe.

(I. Entw. § 116; II. Entw. § 118; III. Entw. § 120.)

- 4. Abf. 2 betrifft nur ben Fall ber Borführung por ben nachften Amtörichter, wie aus ben Borten: "fpateftens am Tage nach ber Ergreifung" erhellt. hinsichtlich biefer Zeits bestimmung gilt bas ju § 115 Rote 4 Bemertte.
- 5. Die Bernehmung burch ben nachften Amtsrichter braucht fich nur auf basjenige ju ersitreden, worauf es fur bie von biefem ju treffenbe Berfugung (Rote 1) antommt.

Bum Behnten Abidnitt.

- 1. Der Abschn. hanbelt nur von ber im Borverfahren erfolgenden richterlichen Bernehmung bes Beschuldigten; bie hier gegebenen Borschriften hatten baber ihre Stelle eigentlich
 nicht in Buch 1, sondern- in Buch 2, Abschn. 2, 3 erhalten sollen; vgl. Note 1 zu Buch 1. —
 In Betreff der Hauptverhandlung finden sich die entsprechenden Bestimmungen in § 215, § 229
 Mbs. 2, § 242 Abs. 2, 3. In Betreff der nichtrichterlichen Bernehmung des Beschuldigten s. die Roten zu § 159.
- 2. In bem Abschn. wirb nur vorgeschrieben, wie die Bernehmung des Beschulbigten herbeiszusühren und vorzunehmen sei. Darüber, unter welchen Boraussehungen eine Bernehmung besselsten im Borversahren erforderlich sei, s. \$ 190, \$ 160 und die Roten das., sowie serner \$ 115, \$ 125 Abs. 3, \$ 128 Abs. 1, \$ 129 Rote 3, \$ 132 u. Rote 5 das.
 - 3. Ueber bie Bebeutung bes Geftanbniffes fur bie Urtheilsfallung f. bie Roten gu § 243.
 - 4. In Betreff ber Erforichung bes Geifteszuftanbes bes Beichulbigten f. § 81.

Ru § 133.

- 1. Es verfteht fich, bağ bie Rechtsgültigkeit einer Bernehmung bes Befculbigten (vgl. §§ 190, 253) bavon unabhängig ift, ob eine Labung 2c. besselben stattgefunden hat ober nicht. Die Bernehmung kann auch erfolgen, wenn ber Beschulbigte unaufgeforbert ober auf formlose Bestellung por bem Richter erscheint.
- 2. Die Labung muß aussprechen, daß ber Gelabene als Beschulbigter vernommen werben soll. Dagegen ift eine Angabe ber strafbaren hanblung in ber Labung nicht erforberlich, im Allgemeinen auch nicht einmal für angemessen zu erachten.
- 3. a. Der Beschulbigte ift auch im Vorversahren verpflichtet, auf ergangene Labung zu erscheinen, wenngleich für ihn eine Pflicht, sich auf die Beschulbigung zu erklären, nicht besteht (§ 136); die Erscheinungspflicht ift für das Strasversahren schon deshalb unentbehrlich, weil die Gegenüberstellung des Beschulbigten mit Zeugen oder Mitbeschulbigten behus der Wiedererkennung ersorderlich sein kann. Zur Erzwingung des Erscheinens gewährt das Geset dem Richter kein anderes Mittel als die Ersassung eines Borführung zwedelts; diese ist statthaft, wenn der Beschulbigte, obwohl ihm die Vorsührung in der Ladung angebroht war, ohne genügende Entschulbigung ausbleibt. Zwar spricht § 133, abweichend von § 134, nicht von der Vorsührung selbst, sondern nur von deren Androhung; allein, da das Geset ohne Zweisel nicht die Androhung einer unausstührbaren Maßregel hat vorschreiben wollen, so folgt aus der Bestimmung des Mi. 2 in Verbindung mit dem vorssehend über die Erscheinungspflicht Gesagten die Zuslässigteit der Vorsührung selbst. Bal. § 134 Note 1.

b. In Betreff ber Ericheinun gspflicht vgl. noch § 50, Rote 2, 3. Das bort von ben Zeugen Gefagte findet auf ben Beschulbigten entsprechende Anwendung.

§. 134.

Die sofortige Vorführung bes Beschuldigten kann verfügt werben, wenn Gründe vorliegen, welche bie Erlaffung eines Haftbefehls rechtfertigen würden.

In dem Vorführungsbefehle ist der Beschuldigte genau zu bezeichnen und die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung sowie der Grund der Vorführung anzugeben.
(L. Entw. § 117; II. Entw. § 119; III. Entw. § 121.)

- c. In Betreff bes Borführungsbefehls vgl. § 134 Rote 3. Das bort Rote 4-6 Gefagte gilt auch fur ben fall bes § 133 Bgl. auch § 135 Rote 1.
- 4. Nach bem Entw. sollte bie Labung stets unter ber Androhung ber Borführung ersfolgen; bie ALR. hielt bies jedoch nicht für angemessen, theils weil der Beschulbigte zur Erklärung auf die Beschulbigung nicht verpstichtet sei, theils weil die Androhung unter Umständen eine unnöthige Kränkung für ihn enthalten könne. Das erstgedachte Argument ist nach dem oben (Note 3.a) Bemerkten nicht maßgebend und die letztgedachte Rücksicht eine um so weniger berechtigte, als sogar die Zeugen stets unter hinweis auf die Folgen des Ausbleibens geladen werden (SS 48, 72). Auch nach dem Gesetz ist die Aufnahme der Androhung in die Ladung als die Regel anzusehen, zumal die Beglassung berselben das Bersahren hinhalten könnte; denn, wenn der Beschulbigte auf eine die Androhung nicht enthaltende Ladung ausbleibt, so muß, sosern nicht etwa der Fall des S 134 Abs. 1 vorliegt, erst eine neue Ladung mit der Androhung ergehen, bevor die Borsührung ersolgen dars.
- 1. Der Ausbrud' "fofortige Borführung" ift nicht ganz sachgemäß; gemeint ift bie Borführung ohne vorgängige Labung, im Gegensatz zu berjenigen Borführung, welche in Folge bes unentschulbigten Ausbleibens eintritt; vgl. § 133 u. Rote 3. a, 4 bas.
- 2. Da es zur Erlassung eines haftbesehls ber vorgängigen Bernehmung bes Beschulbigten nicht bebarf (vgl. § 112 Note 8. a), so wird der Borführungsbesehl in der StPO. nicht als eine ben haftbesehl vordereitende Maßregel, sondern nur als ein Mittel, die Bernehmung des Beschuldigten herbeizusühren, angesehen, und er sindet sich demzusolge nicht in Absch. 9, sondern in Absch. 10 behandelt. Wenn bessen ohngeachtet in § 134 der Borführungsbesehl in Beziehung zu dem haftbesehl gedracht wird, so beruht dies darauf, daß auch in solchen Fällen, in denen die Erlassung bes haftbesehls gerechtiertigt erscheint, es disweilen dem Richter munschenswerth sein mird, vor Erlassung seines Beschlusses den Beschuldigten selbst zu hören. Da aber andererseits in solchen Fällen die Erlassung einer Ladung vielleicht unangemessen sein kann, so ift es für ersorderlich erachtet worden, dem Richter durch die Zulassung des Vorsührungsbesehls einen Mittelzweg zwischen der Berhastung und der Ladung zu erössnen. Aus dem Gesagten ergiebt sich zusgleich, daß ein Vorsührungsbesehl gemäß § 134 nur erlassen werden dars, wenn in allen Bezziehungen die Voraus setzungen des Haitbesecht § 113) vorliegen.
- 3. Die Borfchrift bes Abs. 2 bezieht sich ebensowohl auf ben Fall bes § 133 (Borführung wegen Ausbleibens) wie auf ben bes § 134 Abs. 1; bemzusolge hatte sie ihre Stelle eigentlich nicht im § 134, sonbern entweber hinter biesem in einem besonberen § ober in § 133 finden sollen.
- 4. Der Inhalt bes Borführungsbesehls besteht zunächst in ber an ben Beschulbigten erlassenen Anweisung, bem mit ber Borführung beauftragten Beamten sogleich vor den Richter zu folgen, und andererseits in der Auweisung an diesen Beamten, den Beschuldigten im Falle seiner Beigerung zwangsweise vorzuführen. Der Beschuldigte ist dergestalt genau zu bezeichnen, daß jede Personens verwechselung ausgeschlossen wird. In Betreff der Angabe der strafbaren Handlung gilt daß zu S 114 Rote 3 Bemerkte. Als Grund der Borsührung ist nach Berscheit der Fälle daß unentschuldigte Ausbleiben des Beschuldigten oder der Umstand anzusühren, daß die Borausssseungen eines Hastbesehls vorliegen; einer näheren Angabe der letzteren, wie solche in dem Hastbeschle erforderlich ist, bebarf es in dem Borsührungsbesehle nicht.
- 5. Der Borführungsbefehl muß ichriftlich abgefaßt und von bem beauftragten Beramten bem Beschulbigten auf Berlangen vorgezeigt werben.

§. 135.

Der Borgeführte ist sofort von bem Richter zu vernehmen. Ist bies nicht aussubrbar, so kann er bis zu seiner Vernehmung, jedoch nicht über ben nächste solgenden Tag hinaus, festgehalten werden.

(I. Entw. § 118; II. Entw. § 120; III. Entw. § 122.)

§. 136.

Bei Beginn ber ersten Vernehmung ist bem Beschulbigten zu eröffnen, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt wirb. Der Beschulbigte ist zu befragen, ob er etwas auf die Beschulbigung erwidern wolle.

Die Vernehmung soll bem Beschulbigten Gelegenheit zur Beseitigung ber gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geltendmachung ber zu seinen Gunften sprechenden Thatsachen geben.

Bei ber erften Vernehmung bes Befdulbigten ift zugleich auf bie Ermittelung seiner perfonlichen Verhältnisse Bebacht zu nehmen.

(I. Entw. § 117; IL Entw. § 119; III. Entw. § 121.)

6. Die Bollstredung eines Borführungsbefehls tann auch in einem anberen Gerichtsbezirk mittelst Ersuchens ber betr. Behörbe erfolgen (vgl. GBG. § 161 Note 3. b); ebenso burch Nachseile (GBG. § 168). Dagegen ist die Erlassung eines Steckbriefes behus Bollstreckung bes Borsührungsbefehls nicht statthaft; sie wird vielmehr erst zulässig, wenn an Stelle bes letzteren ber hastbefehl erlassen worden ist (§ 131). — Die Bestimmung bes § 132 sindet, wiewohl in ihr der Borführungsbefehl keine Erwähnung gesunden hat, doch auch auf diesen analoge Anwendung; gl. A. Thilo S. 138; a. M. Stenglein S. 281.

Zu § 135.

- 1. Die Bestimmung biefes & bezieht sich ebensowohl auf ben Fall bes § 133 wie auf ben bes § 134 Abs. 1.
- 2. Der nachftfolgenbe Tag ift berjenige, welcher auf ben Tag bes Gintreffens bes Bes ihulbigten bei bem Richter folgt, gleichviel ob bie Borflihrung einen ober (wegen ber Entfernung bes Aufenthaltsortes bes Beschulbigten vom Gerichtssite) mehrere Tage in Anspruch genommen hat. Ob ber gebachte Tag ein Berktag ober ein Sonntag ober allgemeiner Feiertag ift, ift gleichs gultig; vgl. § 115 Note 4.
- 3. Spateftens mit bem Ablauf bes nächftfolgenben Tages muß entweber ein haftbefehl erlaffen ober ber Befculbigte in Freiheit gefest werben.
- 4. Die Festhaltung bes Beschulbigten kann ebensowohl in ber Aufnahme besselben in bas Errichtsgefängniß wie auch in ber bloßen Bewachung im Gerichtszimmer bestehen. Auch die Einsschiegung in ein Gerichtszimmer ift, ba diese Maßregel im Bergleich zu ber Unterbringung in bas Gefängniß sich als eine milbere barstellt, unbebenklich für flatthaft zu erachten. Es wirb bei ber Bahl ber einen ober ber anberen Maßregel namentlich auf die Dauer ber Festhaltung anstommen. hinsichtlich ber Behanblung bes Beschulbigten mahrend ber Dauer ber Festhaltung mussen Mangels besonderer gesehlicher Borschriften diejenigen Bestimmungen Plat greifen, welche sur Untersuchungsgefangene gegeben sind (§ 116).

Au § 186.

- 1. Außerhalb ber hauptverhandlung ift jeber Beschulbigte einzeln und in Abwesenheit ber etwaigen Mitbeschulbigten zu vernehmen. In Betreff ber Gegensiber ftellung von Mitbeschulbigten untereinanber vgl. § 58 Rote 6.
- 2. Bgl.: a. in Betreff ber Bernehmung eines ber beutichen Sprache nicht mächtigen Beiculbigten: GBG. § 187; b. in Betreff ber Bernehmung eines tauben ober ftummen Beiculbigten: GBG. § 188; c. in Betreff ber Zuziehung eines Gerichtsichreibers und ber Beurtunbung ber Bernehmung: StBD. §§ 185, 186, 166; d. in Betreff ber Abwesenheit

Elfter Abichnitt.

Bertheidigung.

wechselseitige Mittheilung ber Strafurtheile, v. 16 Juni 1882 (R.Centr.Bl. S. 309, preuß. 3RBl. S. 207) und für Preußen: bie Aussiührungsverf. b. Just.-Min. v. 12. Juli 1882 (JRBl. S. 200). — Endlich ift in ben geeigneten Fällen auch ber Leumund bes Beschuldigten zu ersforschen. Im Vorversahren kann bies burch Einholung einer von ber betr. Behörbe zu ertheilenden schriftlichen Auskunft geschen; hinsichtlich ber Hauptverhandlung s. § 255 u. die Noten bas.

Bum Elften Mbfdnitt.

- 1. Der Abichn. (mit Ausnahme bes § 149) hanbelt von ber formlichen Bertheibigung. Ueber bie f. g. materielle Bertheibigung bes Beschulbigten, welche zu ben Amtspflichten bes Richters und ber Staatsanwaltschaft gehört, f. § 153 Rote 4, 5, § 158 Abf. 2.
- 2. Außer burch ben Bertheibiger tann bas Intereffe bes Befculbigten in gewiffen Fallen auch burch anbere Personen mahrgenommen werben; bie StBO. spricht an verschiebenen Stellen von "Bertretern" besselben und in § 149 von "Beistänben". In Betreff ber letteren int hier auf bie Roten zu § 149 zu verweisen.
 - I. Bertretung bes Befdulbigten.
 - 3. Befettliche Bertreter. Ueber biefe ift Folgenbes ju bemerten :
- a. Auf ben Beichulbigten finbet ber civilprozeffualifche Begriff ber Prozeffahigteit (CPD. § 50 ff.) nicht Anwendung. Die strafrechtliche Berantwortlichkeit ist rein perfonlicher Natur, und bem entsprechend fleht grundfablich ber Befchulbigte felbft por bem Strafrichter, auch wenn er zu benjenigen Berfonen gebort, benen bie Sabigleit, in Civilprogepfachen por Gericht gu fleben, mangelt. Bur Gultigkeit ber Alte bes Strafverfahrens bebarf es nicht ber Zuziehung berjenigen Berfon, welche im Civilprozeg ben Befdulbigten zu vertreten haben murbe, und intbej. find bie Erklarungen bes Befculbigten überall auch ohne ben Beitritt feines civilrechtlichen Bertreters wirkjam; vgl. RGer. II. 12. Juni 85 (Ripr. VII. 377). Wenn bessenohngeachtet bie StBCan verfciebenen Stellen von bem gefetlichen Bertreter bes Befculbigten fpricht, fo bat bies feinen Grund nur barin, bag fie benjenigen Berfonen, welche unter jenem Autbrud verftanben werben, eine gewisse Betheiligung bei bem Berfahren gestattet und ihnen die Möglichkeit gemagt, an ber Geltenbmachung ber Intereffen bes Beschuldigten, also an ber Bertheibigung im weiteren Sinne, Theil ju nehmen. Dem gesetlichen Bertreter fteht bie Ausübung gewiffer Befugnisse zu; keineswegs aber ist er ein Stellvertreter bes Beschulbigten im Berfahren. Seine Betheiligung an letterem kann weber bie perfonliche Zuziehung bes Befchulbigten erübrigen, noch auch biefen in ber eigenen Ausubung feiner Befugniffe befchränken. Erklärungen bes gefehlichen Bertreters tonnen nicht als Erflarungen bes Beschulbigten felbft behandelt werden; bies gilt insbef. von etwaigen Bestänbniffen.
- b. Der Begriff bes gesehlichen Bertreters wird in ber StPD. nicht befinirt; er bestimmt sich nach bem bürgerlichen Recht mit denjenigen Modisstationen, welche sich aus ber Ratur der Strassatelicher Interessen Recht mit denjenigen Wobisstationen, welche sich aus ber Ratur der Strassatelicher Interessen Beginnergeichten, welche lediglich die Bahrnehmung wermögensrechtlicher Interessen begweckt, sur Weitwirfung im Strasversahren nicht berechtigt; gl. A. Reller S. 159, Geper S. 441, Boitus S. 186, v. Schwarze Erdet. I. S. 153; a. R. Puckelt S. 281, John S. 971, Glaser II. S. 249, Binding S. 173. Ebenso bedeutunglos für das Strasversahren ist die väterliche Gewalt über Großsährige, zumal dieselbe jeht selbst im Einisprozes (vgl. CPD. § 51) ihre Bedeutung verloren hat; vgl. MGer. II. 23. Apr. 80 (Afpr. I. 650), I. 2. Nov. 85 (Aspr. VII. 631). Für das Strasversahren kommt somit nur diezenige gesehliche Bertretung in Betracht, welche durch die Mindersährigkeit des Beschuldigten oder durch dessen Gerkliches Gebrechen, wie z. B. durch Taubstummscin, bedingt ist, und unter dem gesehlichen Bertreter ist nach Berschiedenkeit der Fälle der Bater oder Adoptivvater oder der Bormund des Beschuldigten zu verstehen (vgl. § 149). Uedrigens stehen die Rechte

bes gesehlichen Bertreters einer als Bormund fungirenden Frauensperson in gleicher Beise wie, anderen Bormunbern ju.

- c. Die Befugnisse bes gesetlichen Bertreters sind in den SS 137, 140, 149, 268, 340 (1951. § 405) bestimmt; vgl. auch § 44 Rote 3. b u. die Roten zu den SS 451, 454, 460. Diese Besugnisse keben dem gesetlichen Bertreter "selbstständig" (§ 340), d. h. in der Art zu, daß er sie traft seiner gesetlichen Stellung ausübt; er ist hierbei von dem Willen des Beschuldigten ebenso unabhängig, wie es umgekehrt der lettere von dem seinigen ist. Aus der Besugniß zur selbstständigen Ergreisung von Rechtsmitteln folgt übrigens nicht, daß dem gesetlichen Bertreter auch alle gegen den Beschuldigten (vgl. die Roten zu § 340 Abs. 2) ergehenden Entscheidungen von Amtswegen besannt gemacht werden müßten; es erhellt dies sowohl aus der die Frist betressenden Vorschrift des § 340, wie auch aus der, eine Ausnahme ausstellenden Bestimmung des § 268. Einem Antrage des gesetlichen Bertreters auf Mittheilung einer Entscheidung wird dagegen regelmäßig stattzugeben sein.
- d. Bon ber Funftion bes Bertheibigers ift ber gefehliche Bertreter nicht ausgesihloffen. Er tann gemäß § 137 Abf. 2 fich felbst jum Bertheibiger mahlen, und zwar, falls er ju ben in § 138 Abf. 1 bezeichneten Personen gehört, ohne Genehmigung bes Gerichts; vgl. v. Holbenborff in S.S. I. S. 420.
- 4. Der Ehemann einer beichulbigten Frau ift in mehreren (§§ 149, 340, 405), nicht aber in allen (§§ 137, 140) Beziehungen bem gesehlichen Bertreter gleichgestellt; insoweit bies ber Fall, finbet bas vorstehenb (Note 3) Gesagte auf ihn entsprechenbe Anwendung.
- 5. Ift ber Befchulbigte abweienb (§ 318), fo find feine Angehörigen in gewiffem Dage ju feiner Bertretung befugt; hierüber f. §§ 322, 328, 474 u. bie Noten bas.
- 6. a. Inwiefern ber Bertheibig er zugleich auch Bertreter bes Befculbigten fei, barüber f. Rote 8. Es entfteht aber bie Frage: ob ber Beschulbigte fich bei Ausübung seiner prozessualischen Befingniffe außerhalb ber hauptverhandlungen und ber fonstigen richterlichen Termine noch burch andere Perfonen als ben Bertheibiger auf Grund einer Bollmacht beliebig vertreten iassen burfe, ob er also munbliche Erklärungen por bem Gerichtsschreiber (3. B. über Rechtsmittel) ober fdriftliche Erflärungen burch einen beliebigen Bevollmächtigten wirkfam abgeben konne. La bie StBD. folder Bevollmächtigten nirgenbs ermahnt und ba ferner bie Abgabe von Erflarungen für ben Befchulbigten (wie 3. B. bie Ginlegung ober Begrunbung eines Rechtsmittels) ich fachlich als ein Att ber Bertheibigung barftellt, fo muß bie Frage verneint werben: bie gegebachten Erflärungen find nur wirkfam, wenn entweber ber Bevollmächtigte zu ben in § 138 Abs. 1 bezeichneten Bersonen gebort, also ohne Beiteres als Bertheibiger auftreten barf, ober wenn a gemäß § 139 Abs. 2 zu seinem Auftreten die Genehmigung des Gerichts, wenn auch nur für ben einzelnen Aft (val. f. 138 Rote 7), erlangt hat. Gl. A. RGer. II. Befchl. v. 16. Ett. 83 (Entich. IX. 78), Dalde S. 93; a. M. v. Schwarze Komm. S. 492 u. Erört. I. S. 159, Reller S. 158, 437, Puchelt S. 281, 529, Stenglein S. 287. Uebrigens hat bas RGer. in bem cit. Befcl. angenommen, daß, da in ber Bevollmächtigung die Wahl zum Bertheibiger enthalten iti, bas Gericht auch ohne einen ausbrudlichen Antrag über bie Ertheilung ber Genehmigung zu beihließen habe. Wird die lettere ertheilt, so ist die betr. Erklärungsfrist icon bann als gewahrt anjusehen, wenn innerhalb ihrer die Abgabe der Erklärung stattgefunden hat, sollte auch die Ges nehmigung erft nach Ablauf ber Frift erfolgt fein (vgl. ben cit. Beschl.). — Das Gesagte gilt ielbit von bem gejetzlichen Bertreter und von bem Ehemanne, joweit biefe Berfonen nicht in Ausübung einer eigenen Befugniß (vgl. Rote 3. c, 4) hanbeln.
- b. Aus bem Borbemerkten ift übrigens nicht zu folgern, baß Erklärungen, welche im Interfie bes Beschulbigten von einer zur Vertretung besselben nicht besugten Person abgegeben werden, ftets unberudfichtigt zu lassen seien; vielmehr wird ber Richter, soweit seine Amtspflicht, die Interssen bes Beschulbigten wahrzunehmen, reicht, geeignetensalls auch aus Gesuchen ober sonftigen Erklärungen unbetheiligter Oritter Anlaß zu amtlichen Schritten, z. B. zur Erhebung bisher unbekannter Beweise, zu entnehmen haben. Jebenfalls gehört es zum nobile officium bes Richters wie auch ber Staatsanwaltschaft, Personen, die ein berechtigtes Interesse an ber Lage

bes Befculbigten haben (wie z. B. beffen Ehefrau), auf ihre Antrage und Gefuche zu besicheiben.

II. Formliche Bertheibigung.

- 7. Die Buziehung eines Bertheibigers ift zwar im Allgemeinen in bas Belieben bes Beschulbigten ober seines gesehlichen Bertreters 2c. (§§ 137, 328) gestellt, für gewisse Fälle (§§ 140, 81) indes vom Geset sür nothwendig erachtet und beshalb angeordnet. Dieser Gegensah von willskurlicher und nothwendiger Bertheibigung fällt mit bemjenigen von der Wahl und der Bestellung des Bertheibigers nicht zusammen; denn auch im Falle der nothwendigen Bertheibigung steht dem Beschuldigten die Bahl des Bertheibigers zu (§ 140 Abs. 3), und anderersseits kann auch da, wo die Bertheibigung keine nothwendige ist, die Bestellung eines Bertheibigers durch das Gericht, und zwar selbst von Amtswegen, ersolgen (§ 141).
- 8. Der Inhalt ber Funktion bes Bertheibigers und bie rechtliche Stellung bes letteren ergiebt sich aus ben Einzelbestimmungen ber StBD.; eine hierauf bezügliche allgemeine Norm ist nicht aufgestellt. Es sind hier folgende allgemeine Gesichtspunkte hervorzuheben:
- a. Der Bertheibiger kann bie prozessualischen Besugnisse bes Beschulbigten an Stelle besselchen ausüben, ohne baß er einer speziellen Ermächtigung hierzu bedarf; seine Erklärungen werden als Erklärungen des Beschulbigten selbst angesehen und haben in dieser Simsicht volle Birksamkeit. Es gilt dies z. B. von der Erhebung eines Einwandes (vgl. z. B. § 179), von der Ausübung des Absehnungsrechts, von den die Beweisausnahme betressenden Anträgen x. Anlangend solche Erklärungen des Bertheibigers, denen die Bedeutung eines Berzichtes auf die Ausübung einer Besugniß ze. beiwohnt, so milsen sie mindeftens dann als Erklärungen des Beschuldigten selbst gelten, wenn sie in Gegenwart besselhen und ohne Widerspruch von seiner Seite abgegeben sind; dies ist u. A. in Betress der in § 244 Sat 2 gedachten Erklärung anerkannt in den Urth. des Roer. II. 10. Febr. 80 (Entsch. I. 198, Rspr. I. 335) u. III. 24. Apr. 84 (Ripr. VI. 295); vgl. III. 4. Febr. 84 (Entsch. X. 135, Rspr. VI. 79). Eine Ausnahmebestimmung s. in § 344 Abs. 2.
- b. Die Frage, ob ber Bertheibiger befugt sei, im Interesse ber Bertheibigung, also zu Gunften bes Beschulbigten, bem ausbrüdlich erklärten Billen bessellen entgegen zuhandeln, ist grunbsählich zu bejahen, und zwar ohne Unterscheibung zwischen bem Falle ber nothwendigen und bem ber willfürlichen Bertheibigung. Das Gericht also muß die Ertlärungen (Behauptungen, Anträge) bes Bertheibigers sachlich prüsen, auch wenn ber Angeschulbigte ihnen widerspricht. Bezüglich ber Ginlegung von Rechtsmitteln zo. ist der Wille bes letteren ber maßgebende (§§ 339, 405; vgl. § 344 Abs. 2). Die Meinungen in der bezeichneten Frage gehen übrigens auseinander; vgl. bes. Glaser II. S. 244, John S. 962, v. Holhendorff in Hh. I. S. 405, v. Schwarze Erört. I. S. 199.
- c. Bei seiner Bernehmung über bie Beschulbigung und bei ber Beantwortung ber auf biese bezüglichen, vom Richter gestellten Fragen kann sich ber Beschulbigte nicht burch ben Bertheibiger vertreten laffen. Der Beschulbigte hat auf bie an ihn ergangene Labung per fons lich zu erscheinen. Dies gilt für bie Bernehmung außerhalb ber hauptverhanblung (SS 133 ff.) ausnahmslos; bezüglich ber hauptverhanblung bagegen sinb Ausnahmen in ben SS 233, 322, 370, 390, 427, 451, 452, 457, 466, 474 zugelassen.
- d. Enticheibungen, welche einer Bekanntmachung an ben Beschulbigten bedürfen, muffen biesem selbst bekannt gemacht werben; eine Bertretung besselben burch ben Bertheibiger sindet hierbei nicht statt. Ebensowenig ift eine solche Bertretung rucksichtich ber Empfangnahme ber Labungen und sonstigen Zustellungen zulässig, und insbes. ware eine Erklarung bes Beschulbigten: bas er ben Bertheibiger allgemein zur Empfangnahme ber Zustellungen bevollmächtige, ohne rechtliche Wirkung, ba bie StBD., abgeschen von dem Falle des § 119, eine alsgemeine Zustellungsvollmacht nicht kennt. Dagegen kann eine ein zelne Zustellung auf Grund einer sür sie ertheilten Spezialvollmacht (welche auch in einem die einzelne Zustellung betreffenden Antrage des Angeklagten zu sinden ift) mit rechtlicher Wirkung an einen Dritten, insbes. den Bertheibiger, erfolgen. In Betreff der Zustellung des Urtheils s. das Rähere zu § 383 Rote 3 und zu § 357 Rote 8.

§. 137.

Der Beschulbigte kann sich in jeber Lage bes Berfahrens bes Beistanbes eines Bertheibigers bebienen.

hat ber Beschuldigte einen gesetzlichen Vertreter, so kann auch biefer felbständig einen Bertheibiger mablen.

(I. Entw. § 120; II. Entw. § 122; III. Entw. § 124.)

§. 138.

Bu Bertheibigern können bie bei einem beutschen Gerichte zugelaffenen Rechts= anwälte sowie bie Rechtslehrer an beutschen Hochschulen gewählt werben.

Andere Personen können nur mit Genehmigung bes Gerichts und, wenn ber Fall einer nothwendigen Vertheidigung vorliegt und der Gewählte nicht zu den Personen gehört, welche zu Vertheidigern bestellt werden dürsen, nur in Gemeinsichaft mit einer solchen als Wahlvertheidiger zugelassen werden.

(L Entw. § 121; II. Entw. § 123; III. Entw. § 123.)

Rechtsanwaltsordnung. Vom 1. Juli 1878 (RGBl. 1878 Nr. 23 S. 177).

§. 26. Auf Grund der Zulassung bei einem Gericht ist der Rechtsanwalt befugt, in den Sachen, auf welche die Strafprozessordnung, die Civilprozess-

e. Der Bertheibiger hat Anspruch barauf, zu ben hauptverhandlungen und sonstigen Terminen neben bem Beschulbigten besonbers gelaben, bezw. von biesen besonbers benache richtigt zu werben; vgl. §§ 191, 217, 223, 373. Eine Abweichung f. in § 390.

3u § 137.

Bu Abs. 1.

- 1. Durch Abs. 1 ift ausgesprochen, baß bie förmliche Bertheibigung icon im Borverfahren, und zwar sowohl in ber Boruntersuchung wie auch im Borbereitungsversahren, ftatthaft ift. Bgl. § 190 Abs. 2, § 191, § 167.
- 2. In der Hauptwerhandlung können für einen Beschulbigten mehrere Bertheibiger gleichs zeitig auftreten (§ 226). Aus dieser Bestimmung ist zu folgern, daß außerhalb der Hauptwershandlung das Gericht regelmäßig (vgl. Rote 5) nicht verpstichtet ist, eine Mehrzahl von Berztheibigern gleichzeitig zuzulassen; gl. A. Puchelt S. 281, Keller S. 158, Stenglein S. 286; a. R. v. Schwarze Komm. S. 285 u. Erört. I. S. 189, Boitus S. 186. Dagegen ist der Berstulbigte auch im Borversahren unbedenklich besugt, die Berson des Bertheibigers beliedig zu wechseln ober auch sur einzelne Akte des Bersahrens, wie z. B. für Beweiserhebungen, die durch ein ersuchtes Gericht bewirkt werden, einen besonderen Vertheibiger zu wählen. In Betreff der jubstituirten Bertheibiger vgl. noch § 139 Rote 1.
 - 3. "bes Beiftanbes" hierzu vgl. oben Rote 8 zu Abschn. 11. Bu Abs. 2.

4. In Betreff bes "gefetlichen Bertreters" f. oben Rote 3, 4 gu Abichn. 11.

- 5. Der gefehliche Bertreter ift jur Bahl eines Bertheibigers "felbftftanbig" bercchtigt, b. h. er ift hierbei von bem Billen bes Beschulbigten unabhängig, und zwar sowohl hinsichtlich ber Juziehung eines Bertheibigers überhaupt, wie auch hinsichtlich ber Auswahl besselben. Bie aber bie Mot. S. 161 hervorheben, wirb burch bie Bestimmung bes Abs. 2 bas eigene Recht bes Beschulbigten zur Bahl eines Bertheibigers nicht beschränkt, und bemzusolge muffen, wenn ber Beschulbigte und ber gesehliche Bertreter sich über bie Auswahl bes Bertheibigers nicht einigen, sonbern zwei verschiebene Bertheibiger wählen, die lehteren gleichzeitig zugesassen werben.
 - 6. Bgl. noch § 328.

3u § 138.

1. Der & handelt von ber Fahigkeit jur Funktion bes gemählten Bertheibigers (Bahle vertheibigers). In Betreff bes bestellten Bertheibigers f. § 144.

ordnung und die Konkursordnung Anwendung finden, vor jedem Gericht innerhalb des Reichs Vertheidigungen zu führen, als Beistand aufzutreten und, insoweit eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, die Vertretung zu übernehmen.

§. 100. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Reichsgericht ist mit der Zulassung bei einem anderen Gericht unvereinbar.

Die bei dem Reichsgerichte zugelassenen Rechtsanwälte dürfen bei einem anderen Gerichte nicht auftreten.

Bu Abf. 1.

- 2. a. Rach § 26 ber Rechtsanw.: D. barf jeber bei einem beutschen Gericht zugelassen Bechtsanwalt bei jedem beutschen Gericht als Bertheibiger auftreten. Auch in ben bei bem Reichsgericht anhängigen Sachen ist die Besugniß zur Führung ber Bertheibigung nicht auf die Reichsgerichtsanwälte beschränkt, gleichviel ob bas Reichsgericht in erster ober in letzter Instanz mit ber Sache besath ift.
- b. Dagegen erleibet § 26 ber Rechtsanm .: D. binfichtlich ber Reichsgerichtsanmalte eine Ausnahme burch die Borichrift bes § 100 Abs. 2, die ihrem Wortlaut nach auch auf Straffachen bezogen werben muß. Inbeg läßt fich bie Borfdrift bes § 100 nicht als ein unbebingtes Berbot auffaffen; fie ift vielmehr nur babin ju verfteben, bag bie bei bem Reichsgericht jugelaffenen Rechtsanwälte in ihrer Gigenicaft als folde (§ 138 Abf. 1) jur gubrung ber Bertheibigung vor anberen Gerichten nicht befugt finb, alfo einen Unfpruch barauf, als Bahlvertheibiger por auberen Gerichten jugelaffen ju merben, nicht haben. Bas bingegen bie Bestimmung bes § 138 Abs. 2 betrifft, so muß bieselbe, ba fie fur Jebermann gilt (Note 7), auch fur bie Reichsgerichts anwälte gelten; mithin können biefe auch por einem anberen Gericht als bem Reichsgericht bie Bertheibigung führen, wenn fie hierzu bie Benehmigung bes erfteren Gerichts erlangt haben. Der Borschrift über die Rothwendigkeit ber Bertheibigung (§ 140) ift auch durch die feitens eines Reichsgerichtsanwalts geführte Bertheibigung genügt. GL A. Reller S. 160; a. M. v. Schwarze Erört. I. S. 142, John S. 980, Glaser II. S. 232, Stenglein S. 289. — 280 nach ber SiPC. (vgl. 3. B. § 170 Abf. 2, § 385 Abf. 2, § 406 Abf. 2) gewiffe Erflarungen mittelft eines von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schriftftuds abzugeben find, tann biefe Untergeichnung, gleichviel bei meldem Gericht bie Ginreichung bes Schriftftuds ju gefdeben bat, auch burd einen Reichsgerichtsanwalt wirtfam erfolgen, ba in ihr ein "Auftreten bei einem Gericht" im Sinne bes § 100 nicht ju finben ift. Gl. A. Stenglein S. 289; a. DR. John S. 980, Glaser II. S. 232.
 - 3. Unter bem Ausbrud "Recht !lehrer" find auch bie Brivatbogenten inbegriffen.
- 4. Gine Berpflichtung, die Bahl jum Bertheidiger anzunehmen, besteht für die Rechtsanwälte nicht; vgl. Rechtsanw. D. § 30, StBD. § 143. Daß sie für die Rechtslehrer nicht besteht, ift felbstverftanblich.
- 5. Das Bahlrecht bes Beschuldigten ac. ift einer Einschräntung insofern unterworfen, als solche Bersonen, die als Zeugen in ber Sache zu vernehmen sind, nicht zum Bertheibiger gewählt werden können. Der zu Bernehmenbe ift selbst bann von ber Funktion bes Bertheibigers ausgeschlossen, wenn sich die Rothwendigkeit seiner Bernehmung als Zeuge erst nach ersolgter Bahl ergiebt; daß die Bernehmung überhaupt zulässig sei (vgl. § 52 u. Rote 12, 13 bas.), wird hierbei vorausgesest. Bgl. übrigens Glaser I. S. 479 ff. Inwiesern ein Rechtsanwalt an der Uebernahme einer Bertheibigung durch eine vorausgegangene anderweite Thätigkeit behindert werde, barüber s. Rechtsanw. D. § 31.

Bu Abs. 2.

6. Der Abs. 2 ift erst von ber RTR. aufgenommen. Dieselbe hielt bie vom Entw. beabsichtigte Beschränfung ber Bahlvertheibigung auf Rechtsanwälte und Rechtslehrer für ungerechtfertigt, weil ber Beschulbigte ein besonberes Interesse haben könne, von einer bestimmten anberen

Berfon vertheibigt zu werben, fei es wegen feines Bertrauens zu ihr, fei es weil fie biejenigen tednischen Kenntniffe befitht, auf welche es fur bie Bertheibigung im vorliegenben Falle haupt- jächlich antommt. Auch wurde in Betracht gezogen, baß es an ben Siten vieler Schöffengerichte an bem erforberlichen Anwaltspersonal fehlen werbe (Prot. S. 489 ff.).

- 7. Rach ber Bestimmung bes Abs. 2 ift niemanb fclechthin unfahig, als Bablvertheibiger ju fungiren; insbef. finbet ein Unterichteb zwifchen Inlanbern und Auslanbern nicht ftatt. Las Gericht würde auch nicht einmal gehindert sein, eine Frauensperson (vgl. oben Rote 3. b zu. Abicon. 11) als Bertheibiger zuzulassen; boch ift bies ftreitig, wgl. Boitus Kontr. I. S. 48. — Anbererfeits aber ift bie Bulaffung aller Perfonen, welche nicht Rechtsanwalte ober Substituten berfelben (§ 139) ober Rechtslehrer finb, ichlechthin von ber Genehmigung bes Gerichts abhangig, und biefes hat fiber bie Ertheilung ober Berfagung ber Genehmigung nach freiem Ermeffen ju beidliegen; hierbei wird mit Rudficht auf bie weitgebenben Befugniffe, welche bie StBD. bem Bertheibiger einraumt, hauptsächlich bie Bertrauenswürdigkeit ber in Frage flehenben Berson zu prufen fein. In teinem Falle bebarf es ber Angabe ber Grunbe, auf benen bie Entschließung bes Gerichts beruht. - Es ericeint auch ftatthaft, Die Genehmigung in eingefchränkter 28 eife, b. h. in ber Art zu ertheilen, daß die betr. Berson nur für einen einzelnen Abschnitt bes Prozesses ober für einen einzelnen Prozesaft zugelassen wird; vgl. RGer. II. 16. Oft. 83 (Entsch. IX. 78), Glafer II. S. 232. In Rallen, in benen bas Gericht Bebenten tragt, Die Bulaffung fur bas gange Berfahren ju genehmigen, tann bod eine berartige befdrantte Bulaffung bem Intereffe bes Beschulbigten entsprechen (wal. oben Rote 6.a zu Abschn. 11). Dagegen mare es unftatthaft, bie Genehmigung fachlich, b. b. in ber Art einzuschränten, bag ber jum Bertheibiger gemählten Berfon gewiffe Befugniffe porenthalten murben, welche bas Gefet bem Bertheibiger gewährt: zwischen bemjenigen, ber als Bertheibiger gemäß Abs. 2 jugelaffen ift, und einem jum Bertheibiger gemahlten Rechtsanwalt befteht fein Unterschieb.
- 8. Das Gericht ift befugt, die ertheilte Genehmigung jurudjunehmen, wenn die Boraussiehung, daß der Gewählte die Bertheibigung in sachgemäßer Beise führen werde, sich als unzux treffend erweift, oder wenn sonftige Grunde, wie z. B. der gegen den Gewählten vorliegende Berdacht der Mitschuld oder die Nothwendigkeit; ihn als Zengen zu vernehmen (vgl. Note 5), die Jurudnahme erheischen. Nur muß, falls die lettere erfolgt, dem Beschuldigten die zur Ersehung des Bertheidigers erforderliche Frist gewährt und geeignetensalls ein solcher von Amtswegen bespielt werden.
- 9. Unter bem "Gericht", welches über bie Genehmigung ju beschließen hat, ift mahrend ber Boruntersuchung bie Straffammer, nicht ber Untersuchungsrichter, ju versteben (vgl. § 141). 3m Borbereitungsverfahren fteht ber Beschluß bem Amtbrichter ju.
- 10. Daß ein gemäß Abs. 2 zum Bertheibiger gemählter öffentlicher Beamte, um bie Berstheibigung führen zu können, auch ber Genehmigung seiner vorgesetten Dienstbehörbe bedürse, ift in der StBD. nicht vorgeschrieben; für das Strasversahren ist daher eine derartige Genehmigung nicht erforderlich und, falls sie ertheilt ift, ohne Bedeutung. Do aber der Beamte seiner Dienstschörbe gegenüber verpflichtet sei, deren Genehmigung einzuholen und Mangels der letteren sich der Bertheibigung zu enthalten, ist eine Frage, die von der StBD. nicht berührt wird und lediglich. nach ben betr. Dienstvorschriften zu beantworten ist. Bgl. § 139 Note 2.

Bu Abi. 1. 2.

11. a. Darüber, in welcher Art ber gemählte Bertheibiger sich als folder auszuweisen habe, enthält bie StBD. keine allgemeine Borschrift; es ift hieraus bie Absicht bes Gesetes zu. erkennen, bie Zulassung eines Bertheibigers so wenig als möglich von formellen Ersorbernissen abhangig zu machen. Gine förmliche Bevollmächtigung bes Bertheibigers burch ben Beschulbigten ober burch bessen gesehlichen Bertreter ift hiernach in ber Regel (vgl. unter b) nicht ersorberlich; es genügt vielmehr, wenn ber Beschulbigte ober bessen Bertreter bem Gericht bie ersolgte Bahl bes Bertheibigers (münblich, schriftlich ober burch Telegramm) anzeigt. Die Anzeige ift akstillschweig end geschehen anzunehmen, wenn ber Bertheibiger mit bem Beschulbigten vor Gericht erschein und in Gegenwart und ohne Wiberspruch bes Beschulbigten bie Thatigkeit bes Ber

§. 139.

Der als Bertheibiger gewählte Rechtsanwalt kann mit Zustimmung bes Angeklagten die Bertheibigung einem Rechtskundigen, welcher die erste Prüfung für den Justizdienst bestanden hat und in demselben seit mindestens zwei Jahren besschäftigt ist, übertragen.

(L II. 1II. Cuim. § -.)

theibigers ausübt; a. M. RGer. III. 13. Nov. 82 (Ripr. IV. 813); vgl. auch Boitus Kontr. I. S. 46. — Werben von einem Rechtsanwalt, ber sich als Bertheibiger bezeichnet, bessen besten Bahl zeboch bem Gericht noch nicht angezeigt ist, schriftliche Erklärungen zu ben Akten eingereicht, so muß zu Gunsten bes Beschulbigten bie Bermuthung ber erfolgten Bahl Platz greisen, da nicht zu erwarten ift, baß ein Rechtsanwalt ohne Auftrag als Bertheibiger auftreten werbe. Die Erklärungen sind baher als rechtlich wirsiam anzusehen, insofern nur nachträglich eine Bollmacht beigebracht ober von bem Beschulbigten ze. die erfolgte Bahl angezeigt ober anerkannt wirb. Dies gilt insbes. auch in Betreff ber Einlegung ze. der Rechtsmittel sowie bezüglich ber sonstigen an eine Nothfrist gebundenen Erklärungen: es muß genügen, wenn die Erklärung selbst innerhalb der Frist erfolgen. Gl. A. John S. 976 si., v. Kries S. 21 si.; a. M. RGer. II. 16. Jan. 80 (Entich. I. 71, Ripr. I. 237), 7. Dez. 80 (Entich. III. 91); nach dem letzeren Beschl. soll die nachträgliche Beibringung der Bollmacht selbst dann unwirkam sein, wenn beren Ausstellung innerhalb der Frist erfolgt war; Glaser II. S. 236, Stenglein S. 285. Bezüglich der Revisionsrechtsertigung s. jedoch S 385 Note 3.

b. In ben Fallen, in benen ber Bertheibiger in ber haupt verhandlung als Bertreter bes nicht anwesenben Beschulbigten erscheint, find bie besonberen Bestimmungen ber §§ 233, 390, 427, 451, 457 maggebenb; vgl. auch §§ 322. 370, 474.

12. Der Bertheibiger ift als für bie gange Dauer bes Berfahrens gemählt zu bestrachten, falls unb fo lange nicht von ihm felbst ober von bem Befdulbigten bezw. (§ 137 Abs. 2) bem gesehlichen Bertreter etwas Entgegenstehenbes erklart ift. Bgl. § 339.

Ru \$.189.

1. Darüber, ob ber Bertheibiger befugt fei, fich fur feine Funktion ober einzelne Afte berfelben einen anberen Bertheibiger zu substituiren, hat die StBD. weitere Bestimmungen als die in § 139 enthaltene nicht getroffen. Die Zuläffigfeit einer Substitution, in welche ber Befchulbigte bezw. (§ 137 Abf. 2) beffen Bertreter ein willigt, ift nicht zu bezweifeln; benn bie Ginwilligung enthalt sachlich die Bahl eines zweiten Bertheibigers (vgl. § 137 Rote 2 und § 138 Rote 11. a). Es ift auch für ftatthaft zu erachten, daß ber Beschulbigte fich im voraus (in ber Bollmacht 2.) mit einer Substitution einverstanden erklart und daß er bie Ausmahl bes Substituten bem Belieben bes Bertheibigers überläßt. Selbftverstänblich aber gelten auch für ben Substituten bie Erforberniffe bes § 138; biefen Gat ju mobifigiren, ift § 139 bestimmt (Rote 2). - Anbererfeits verfteht es fich gleichfalls von felbft, bag obne Ginwilligung bes Befdulbigten zc. ber Bertheibiger feine Funktion nicht einem Anberen übertragen barf. Dies erleibet eine Ausnahme in bem Falle, wenn ein zum Bertheibiger gemahlter Rechtsanmalt zeitweife in ber Gefammtheit feiner Gefchafte von einem Anberen vertreten wirb (Rechtsanm .= D. § 25 Abf. 1, 2); in biefem Falle tritt ber allgemeine Stellvertreter (f. g. General-Substitut) gang an bie Stelle bes Rechtsaumalts; baber ift, mabrent ein anderer Substitut Die Einwilligung bes Befoulbigten ze. in bie Substitution nachweisen muß, ber Stellvertreter eines Rechtsanwalts ofte Beiteres fo lange jur Fuhrung ber Bertheibigung legitimirt, als nicht feitens bes Befculbigten :c. ausbrudlich eine entgegenfiebenbe Erflärung abgegeben wirb (vgl. Brot. S. 507). Beiter geht bas RGer. III. in bem Urth. vom 11. Oft. 83 (Entich. IX. 279, Ripr. V. 591): bort ift an: genommen, bag ein gur gubrung ber Bertheibigung bevollmächtigter Rechtsanwalt bie Bertretung bes Angeflagten in ber Revifionsinftang einem bei bem Revifionsgericht zugelaffenen Rechtsanwalt

Digitized by GOOGLE

§. 140.

Die Bertheibigung ist nothwenbig in den Sachen, welche vor dem Reichs: gericht in erfter Inftang ober vor bem Schwurgerichte zu verhandeln find.

In Sachen, welche vor bem Landgericht in erfter Instanz zu verhandeln find. ist die Bertbeidigung nothwendig:

- 1. wenn ber Angeschulbigte taub ober ftumm ift ober bas fechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
- 2. wenn ein Berbrechen ben Gegenstand ber Untersuchung bilbet und ber Beschuldigte ober fein gefetlicher Bertreter bie Bestellung eines Bertheibigers beantraat.

Diese Bestimmung findet nicht Anwendung, wenn die strafbare Sandlung nur beshalb als ein Berbrechen sich barftellt, weil sie im Rückfall begangen ift.

In ben Fällen bes Abs. 1 und bes Abs. 2 Rr. 1 ift bem Angeschulbigten. welcher einen Bertbeibiger noch nicht gewählt hat, ein folcher von Amtswegen zu

übertragen bürfe, auch wenn ihm in ber Bollmacht bie Substitutionsbefugniß nicht ausbrück: lich eingeraumt ift; ebenfo Stenglein S. 290.

- 2. Bie fich aus bem vorftebenb (Rote 1) Bemerkten ergiebt, ift ber wesentliche Inhalt bes f 139 ber: daß die hier bezeichneten Rechtskundigen, obwohl fie zu den in f 138 Abs. 2 gebachten "anberen Berfonen" geboren, boch jur gubrung ber Bertheibigung ber Genehmiqung bes Gerichts, b. b. bes mit ber Sache befagten Strafgerichts, nicht beburfen follen. - Die Frage, ob biefelben die Genehmigung ihrer vorgeseten Dienstbehörbe einzuholen haben, wird burch f 139 nicht berührt; benn felbftverflänblich hat bie StBD. nicht geftatten wollen, baß ein im Gerichtsbienft befcaftigter Referenbar zc. beliebig auch Bertheibigungen über= nehme, bie vielleicht mit seinen sonstigen Dienstpflichten follibiren können. Es finbet vielmehr auch hier bas zu § 138 Rote 10 Bemerfte entsprechenbe Unwenbung.
- 3. Die Boridrift bes & 139 gilt nur fur ben gemahlten Bertheibiger; in Betreff bes befellten f. S 144 Rote 7. Auf ben erfteren ift fie bagegen nicht blos im Falle ber willfurlichen, fonbern auch in bem ber nothwenbigen Bertheibigung (§ 140) anwendbar.
- 4. Die Borfdrift findet, wie aus ber Bahl bes Bortes "Angetlagter" (vgl. § 155) er= erhellt, erft Anwendung, wenn die Eröffnung bes Sauptverfahrens beschloffen ift; fie hat haupt= fäclich die Aubrung der Bertheibigung in der hauptverhandlung im Auge. A. Dr. Keller S. 162, Stenglein S. 291.
- 5. Die hier gebachten "Rechtstund igen" find folde, welche nach bestandener erfter Brufung behufs ihrer Borbereitung für das Richteramt ober die Anwaltschaft im Justizdienst beichaftigt werben (Referendare 2c.) (Prot. S. 489 ff.). Ihrem Bortlaut nach erftredt fich bie Borihrift allerdings weiter, da fie des Borbereitungsbienstes nicht Erwähnung thut, und fie könnte smit auch auf Bersonen angewendet werden, welche nach der ersten Brüfung, ohne die anfäng: lich eingeschlagene Lausbahn weiter zu verfolgen, sich im Juftizdienst (z. B. als Gerichtsschreiber) anftellen laffen; eine berartige Auslegung murbe inbef ber Abficht bes Gefetes wiberfprechen und ift baher nicht für flatthaft zu erachten. — Bgl. Boitus S. 188. — Auf Personen, die sich nicht mehr im Juftigbienft befinden, finbet bie Borfdrift nicht Anwendung, wie icon ihre gaffung ("beidaftigt ift") ergiebt.
 - 6. Bgl. § 427 Abs. 2.

3u § 140.

1. a. In ben bier bezeichneten Sachen ift bie Bertheibigung bergeftalt "nothwenbig", bag bem Angefculbigten gu bem in Abf. 3 bestimmiten Zeitpunft von Amtowegen ein Bertheibiger bestellt werben muß, falls ibm nicht bereits ein gemablter Bertheibiger jur Seite fieht (vgl. oben Rote 7 ju Abicon. 11). Die Bestellung muß felbst gegen ben ausbrudlichen Billen bes Digitized 25GOGIC bestellen, sobald die im §. 199 vorgeschriebene Aufforderung stattgefunden hat. In dem Falle des Abs. 2 Nr. 2 ist der Antrag binnen einer Frist von drei Tagen nach der Aufforderung zu stellen.

(I. Entw. § 122; II. Entw. § 124; III. Entw. § 126.)

Angeschuldigten erfolgen (vgl. § 145 Note 5). Auch ber Fall, wenn ber Angeschuldigte selbst ein Rechtskundiger ist, macht teine Ausnahme. — Uebrigens ist es, wenn ein Bertheidiger gewählt ist, gleichgültig, ob die Bahl durch den Angeschuldigten selbst ober durch dessen gesehlichen Bertreter (§ 137 Abs. 2) erfolgt ist: auch im letteren Falle bedarf es der Bestellung eines Bertheidigers nicht.

- b. Bgl. noch § 81 u. Rote 2 baf.
- 2. a. In ben vor bem Reichsgericht in erster Instanz ober vor bem Schwurgericht zu verhaubelnben Strassachen ift die Bertheibigung im vollen Umfange ber Sache nothwendig, also auch in Ansehung solcher Angeklagten und solcher Straffälle, mit beren Aburtheilung bas Gericht lediglich auf Grund bes Zusammenhanges (StPD. § 2-4, vgl. GBG. § 138 Rote 4) besati ift; selbst Uebertretungen machen keine Ausunhme Gl. A. RGer. II. 28. Jan. 81 (Rspr. II. 764); a. M. John S. 168.
- b. In land gerichtlichen Straffachen besteht bie Nothwendigkeit ber Bertheibigung nur in ben burch Abs. 2 bestimmten Grenzen; sie erstreckt sich also im Falle ber Rr. 1 nicht auf Mitangeklagte und im Falle ber Rr. 2 nicht auf konkurrirende Delikte. Im Falle ber Rr. 2 wird sie wieder ausgehoben, wenn ber Antragsteller nachträglich auf die Bestellung eines Bertheibigers ausbrücklich verzichtet: RGer. II. 28. Jan. 81 (Rfpr. II. 764).
- 3. In Sachen, welche von bem Landgericht bem Schöffengericht überwiesen sind (GBG. § 75), besteht die Nothwendigseit ber Bertheidigung nicht; das Geseh fpricht iu Abs. 2 nicht von ben "zur Zuständigseit bes Landgerichts gehörigen" Sachen, sondern von solchen, welche vor dem Landgericht in erster Instanz "zu verhandeln" sind; die überwiesenen Sachen werden, wie in anderen Beziehungen (vgl. § 198 Abs. 2, § 199 Abs. 4 u. die Roten daselbst, so auch hinsichtlich der Rothwendigseit der Bertheidigung benjenigen Sachen gleichgestellt, sür welche das Schöffengericht an sich zuständig ift. Gl. A (ausch.) Lochow S. 109, v. Schwarze Romm. S. 510 u. Erört. S. 170, Reller S. 165, John S. 994, Stenglein S. 292; a. R. Boitus Kontr. I. S. 53.
- 4. Die für bas Lanb gericht gegebenen Bestimmungen gelten felbftverftanblich auch für bie ausmärtigen Straftammern (GBG. § 78).
- 5. "wenn ber Angeschulbigte bas sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat"— In dieser hinsicht ift nicht ber Zeitpunkt ber That, sondern derzenige Zeitpunkt maßgedend, zu welchem nach Abs. 3 die Bestellung des Vertheibigers stattzusinden hat. Auch auf den Zeitpunkt der Hauptverhandlung kommt es nicht an (vgl. Rote 8); demzusolge hört die einmal begründete Nothwendigkeit der Vertheibigung dadurch nicht wieder auf, daß der Angeschuldigte vor dem Tage ber hauptverhandlung das sechzehnte Lebensjahr vollendet: Roer. II. 3. Juli 85 (Ripr. VII. 467). Bgl. Glaser II. 3. 321.
- 6. "ein Berbrechen" hierzu vgl. StoB. § 1 und StBD. § 1 Rote 4. In Betreff ber Buftanbigfeit bes Landgerichts zur Aburtheilung von Berbrechen f. GBG. § 73 Rr. 2-7.
- 7. In Betreff berjenigen Delifte, welche an sich Bergeben find, aber burch bie Rudfällige teit bes Angeschulbigten als Berbrechen qualifizirt werben, f. Stob. \$\$ 244, 245, 261, 264.
 Bu Abs. 3.
- 8. a. Die Bestimmung über ben Zeitpuntt, zu welchem bie Bestellung bes Bertheibigers erfolgen muß, beruht auf ber Erwägung, baß ber Angeschulbigte in ben Stanb geset werben soll, sich schon bei Anbringung ber in § 199 gebachten Antrage ober Einwendungen bes Beiftandes bes Bertheibigers zu beblenen; bemzusolge ist es notig, daß ber lettere bem Angeschulbigten bei Erlassung ber in § 199 vorgeschriebenen Aufjorderung zugleich namhaft gemacht wird: Rer. II. Juli 82 (Entsch. VI. 441), III. 21. Dez. 82 (Ripr. IV. 890). Uebrigens ift die Berfpa-

§. 141.

In anderen als den im §. 140 bezeichneten Fällen kann das Gericht und bei vorhandener Dringlichkeit der Vorsitzende desselben auf Antrag oder von Amtsewegen einen Vertheibiger bestellen.

(I. Entm. § 122; JI. Entw. § 124; III. Entw. § 125.)

- tung der Bestellung des Bertheibigers nicht geeignet, die Revision zu begründen, es sei benn, daß der Angeschuldigte in der Hauptverhandlung die Berspätung gerügt und die Aussehung des Bersiahrens beantragt, das Gericht aber den Antrag ohne zutressenden Grund abgelehnt hatte: RGer. III. 12. Nov. 83 (Rspr. V. 682); vgl. auch die beiden zuvor cit. Urth., sowie serner § 199 Rote 3. d. Der in § 199 vorgeschriebenen Aussorberung steht die in § 206 Abs. 2 bezeichnete gleich.
- b. Gelangt eine Sache, mit welcher ursprünglich ein erkennenbes Gericht nieberer Orbnung besaft war, bemnächst vermöge einer Unjuständig keitberklarung (§ 270) ober vermöge ber Berbindung mit einer anderen Sache (§ 4) vor ein Gericht höherer Ordnung, so muß, wenn hierdurch die Nothwendigkeit der Bertheidigung begründet wird (Note 2. a), die Bestellung bes Bertheidigers ersolgen, sobald das letztgebachte Gericht mit der Sache besaft ift.
- 9. Daß ein Bertheibiger noch nicht gewählt fei (vgl. Rote 1 Schluß), ift fo lange an juf nehmen, als eine Bahl noch nicht bei ben Alten bekannt geworben ift; eine vorgängige Beftragung bes Angeschulbigten hierüber wurde meistens eine unnöthige Beiterung enthalten.
- 10. Für die Fälle des Abs. 2 Rr. 2 ift durch die Borschrift des Schlußsages ausgesprochen, daß, wenn der Antrag nicht binnen brei Tagen (vgl. § 42) nach der Befanntmachung der Ausscherung gestellt wird, die Berpslichtung des Gerichts zur Bestellung eines Bertheidigers in Begfall tommt. Das Gericht bleibt indes befugt, auch einem verspäteten Antrage zu entsprechen (§ 141). Die dreitägige Frist darf dem Angeschuldigten nicht verfürzt werden: Rec. II. 29. Oft. 80 (Ripr. II. 406). Ein ausdrücklicher Berzicht auf dieselbe ift indes für zulässig zu erachten; vgl. § 145 Rote 5.
- 11. a. Die Nothwendigkeit der Bertheidigung greift nur in erster Instanz Plat und erstreckt sich nicht auf die Revisionsinstanz (eine Berusungsinstanz giebt es in den in § 140 bezeichneten Sachen nicht, vgl. Note 3). El A. v. Schwarze Romm. S. 281 u. Erört. S. 174, Puchett S. 284, Dochow S. 109, Reller S. 164, v. Bomhard S. 102, Dalde S. 95, Geyer S. 431, John S. 995, Stenglein S. 292; a. M. v. Holtenborss in Ho. I. S. 397, Boitus Romm. S. 189 u. Rontr. I. S. 50. Selbstverständlich aber wird die Bertheibigung von Neuem nothwendig, wenn die Sache zur anderweiten Berhandlung und Entschiedigung in die erste Instanz zurücksverwiesen wird (§ 394 Abs. 2). Bgl. § 141 Note 1. Im Falle der Wieder aufnahme des Bersahrens (§§ 399 ss.) tritt die Nothwendigkeit der Bertheibigung wieder ein, wenn die Erneuerung der Hauptverhandlung (§ 410 Abs. 2) beschossen ist. Gl. A. Dochow S. 109, Reller S. 164, v. Bomhard S. 102, Stenglein S. 293; a. M. v. Schwarze S. 281 u. (ansch.) Buchet S. 285.
- b. Aus bem Borbemerkten (a) ift inden nicht ju folgern, daß die Funktion bes bestellten Bertheibigers mit ber Erlassung bes Urtheils erster Inftang von felbst erlösche; vielmehr ficht einem bestellten Bertheibiger bie Befugniß zur Einlegung von Rechtsmitteln 2c. (§§ 339, 405) in gleicher Beise wie bem gewählten Bertheibiger zu.

3u § 141.

- 1. "In anderen Fallen" fo insbes. auch im Berfahren vor bem Schöffengericht; ebenso in ber Berujungs- ober Revisionsinstanz (vgl. § 140 Rote 11. a). Ueberhaupt ift bie Bestellung eines Bertheibigers in keinem Falle und in keinem Stabium bes Berfahrens ausgeschloffen.
- 2. Der S will sagen: bas Gericht tann bie Bestellung eines Bertheibigers beschließen. Die Ausmahl bes Bertheibigers steht stels bem Borsitenben allein zu (§ 144). In Betreff ber icoffengerichtlichen Sachen vgl. noch GBG. § 30 Abs. 2.
 - 3. Db ein Bedurfniß vorliege, einen Bertheibiger ju bestellen, unterliegt in ben bier gebachten

Digitized so Google

§. 142.

Die Bestellung bes Vertheibigers kann schon mahrend bes Vorverfahrens erfolgen.

(I. U. III. Entw. §. -.)

§. 143.

Die Bestellung ist zurückzunehmen, wenn bemnächst ein anderer Bertheibiger gewählt wird und bieser bie Wahl annimmt.

(I. Entw. § 122; II. Entw. § 124; III. Entw § 126.)

Fällen bem richterlichen Ermessen. Der Grund zur Bestellung kann ebensowohl aus ber Beschaffenheit ber Sache wie aus ber Personlichkeit bes Beschulbigten, z. B. aus seiner Unbeholsenz heit im Sprechen, aus Zweiseln an seiner Zurechnungsfähigkeit zc., entnommen werden. Mit Rücksicht auf § 150 wird bas Gericht auch darauf Bedacht zu nehmen haben, daß nicht die Staatskasse unnöthig mit Kosten belastet werbe.

- 4. Ein Anfpruch auf Beftellung eines Bertheibigers fteht zwar außerhalb ber Falle bes \$ 140 bem Beschulbigten niemals und insbes. auch bann nicht zu, wenn er armuthshalber außer Stanbe ift, die Gebühren eines Bahlvertheibigers zu bezahlen. Dennoch wird über einen Antrag auf Bestellung eines Bertheibigers stets ausbrucklich zu beschließen, auch wird ber Beschluft alsbalb bem Bittsteller bekannt zu machen sein, bamit bieser event. in ben Stanb geseht werbe, seinerseits einen Bertheibiger zu wählen.
- 3u § 142.
 1. Wie nach § 141, fo fann auch nach § 142 bie Bestellung "auf Antrag ober von Amtswegen" erfolgen. Das zu § 141 Rote 3, 4 Bemerkte findet auch hier Anwendung.
- 2. Der Befchluß barüber, ob ein Bertheibiger zu bestellen fei, steht, wie aus § 141 gefolgert werben muß, in ber Boruntersuchung nicht bem Untersuchungsrichter, sonbern ber Straffammer zu. Ein Fall ber Dringlichfeit, wie ihn § 141 vorsieht, burfte in ber Boruntersuchung nicht wohl vorsommen tonnen. In Betreff ber Auswahl bes Bertheibigers f. § 144 u. Rote 4 bas.
- 3. Die Bestimmung bes § 142 gilt auch für bas Borbereitungsversahren (vgl. Rote 2 ju Buch 2 Abschn. 2—6); ihrer Aussührbarkeit sind indes hier durch die Ratur dieses Berfahrens gewisse Gernzen gezogen. Denn das Vorbereitungsversahren ist nicht nothwendig bei einem einzigen Amtsgericht anhängig; es wird vielmehr häusig vorkommen, daß die Bernehmung des Beschuldigten bei dem einen Amtsgericht, diesenige eines Zeugen bei einem zweiten und diesenige eines anderen Zeugen bei einem britten Amtsgericht zu bewirken sein wird (vgl. § 160). Die (anscheinend unserwogen gebliebene) Frage: welcher Amtsrichter hier für die Bestellung des Bertheibigers zuständig sei, dürste nach Analogie des § 164 (vgl. die Noten dort) zu entscheiden, für zuständig also dürste, je nachdem der Beschuldigte in Haft ist oder nicht, derzenige Amtsrichter zu erachten sein, welcher über die Freilassung zu beschließen, bezw. derzenige, welcher den Beschuldigten zu vernehmen hat; dieser Amtsrichter aber wird bisweilen gar nicht in der Lage sein, die Angemessensseit des § 142 im Vorbereitungsversahren thatsächten auf seurtheilen. Hiernach wird sich die Anwendbarkeit des § 142 im Vorbereitungsversahren thatsächlich auf seltene Fälle beschränken.

3u \$ 143.

- 1. Die Bestimmung bezieht fich gleichmäßig auf bie S\$ 140, 141, 142.
- 2. Die Bestellung erlischt im Falle ber Bahl eines anderen Bertheibigers nicht von felbit; erft burch ihre ausbrudliche Burudnahme wird ber bestellte Bertheibiger ber Pflichten eines solchen enthoben.
- 3. Die Zurudnahme ber Bestellung fest außer ber Bahl eines anberen Bertheibigers und beren Annahme auch vorans, baß entweber ber Gewählte Rechtsanwalt ober Rechtslehrer ift ober baß er bie Genehmigung bes Gerichts zur Führung ber Bertheibigung erlangt hat (§ 138). Uebrigens erleibet die Bestimmung bes § 143, sofern die Vertheibigung eine nothwendige ift (§ 140), eine Ausnahme, wenn ber gewählte Vertheibiger nicht zu ben Personen gehört, welche nach § 144 zu Vertheibigern bestellt werden können: in biesem Falle muß ber bestellte Vertheibiger neben bem Wahlvertheibiger in Funktion bleiben (§ 138 Abs. 2).

§. 144.

Die Auswahl bes zu bestellenden Vertheibigers erfolgt durch den Vorsitzenden des Gerichts aus der Zahl der am Sitze dieses Gerichts wohnhaften Rechtsanwälte. Für das vorbereitende Verfahren erfolgt die Bestellung durch den Amtsrichter.

Auch Justizbeamte, welche nicht als Richter angestellt find, sowie solche Rechtstundige, welche die vorgeschriebene erste Prüfung für den Justizdienst bestanden baben, können als Bertheibiger bestellt merben.

(I. Cutu. § 123; II. Cutu. § 125; III. Cutu. § 127.)

Rechtsanwaltsordnung. Vom 1. Juli 1878 (RGBl, 1878 Nr. 23 S. 177).

§. 39. Für die Verpflichtung des Rechtsanwalts, in Strafsachen die Vertheidigung zu führen, sind die Bestimmungen der Strafprozessordnung massgebend.

In denjenigen Fällen, in welchen nach §. 144 der Strafprozessordnung die Bestellung des Vertheidigers durch den Vorsitzenden des Landgerichts oder den Amtsrichter zu erfolgen hat, stehen den am Sitze des Gerichts wohnhaften Rechtsanwälten die innerhalb des Bezirks desselben wohnhaften und bei demselben zugelassenen gleich. Auf Reisekosten und Tagegelder für die Reise nach dem Sitze des Gerichts haben dieselben keinen Anspruch.

Ein nach §. 12 widerruflich zugelassener Rechtsanwalt kann in Ermangelung von Rechtsanwälten, welche im Bezirke des Gerichts wohnhaft sind, in den Fällen des §. 144 der Strafprozessordnung zum Vertheidiger bestellt werden.

§. 12. Auf Antrag eines Landgerichts können bei demselben Rechtsanwälte, welche bei einem benachbarten Landgerichte zugelassen sind, widerruflich zugelassen werden, wenn nach dem Gutachten des Oberlandesgerichts die Zulassung zur ordnungsmässigen Erledigung der Anwaltsprozesse erforderlich ist.

^{4.} Rach erfolgter Burudnahme ber Bestellung tann bie abermalige Bestellung eines Bertheibigers erforberlich werben, wenn einer ber in § 145 Abs. 1 vorgefehenen Falle eintritt ober ber Beschulbigte bie Bahl wiberruft.

^{1.} Der S bestimmt ben Kreis ber Bersonen, aus welchem ber zu bestellende Bertheibiger auszuwählen ist; vgl. Note 3. "Daß ber S bei Bestimmung ber Bersonen, welche als Bertheibiger bestellt werben können, sich nicht auf die Rechtsanwälte beschränkt, hat seinen Grund barin, daß in Untersuchungen, welche sich auf eine Mehrzahl von Angeklagten erstrecken, die Zahl der erstoderlichen Bertheibiger nicht selten diesenige ber am Sie des Gerichts vorhaubenen Rechtsanwälte übersteigt. hinsichtlich der Schössenwalt überhaupt nicht besindet" (Mot. S. 162). — Rechtselehrer können, da heren Sie sie nicht nennt, nicht zu Bertheibigern bestellt werden. A. M. John S. 1011 si. bemselben ist freilich darin bezutreten, daß im Hinblick auf S 138 Abs. 1 eine Untersischung zwischen Rechtslehrern und Rechtsanwälten nur bezüglich der Berpstichtung, die Berstheibigung zu übernehmen, hätte gemacht werben sollen.

^{2.} a. In Betreff bes Rreifes ber Rechtsanwälte, aus welchem bie Auswahl bes zu bestellenben Bertheibigers erfolgen soll, ift § 144 Abs. 1 mobisizirt burch § 39 Abs. 2, 3 ber Rechtsanw.-D. Danach können zu Bertheibigern bestellt werben: a) alle Rechtsanwälte, welche am Sipe bes befaßten Gerichts wohnhaft sinb, auch wenn sie nicht bei biesem, sondern nur bei einem anderen Gericht zugelassen sind. Eine Ausnahme machen in dieser hinsicht die Rechtsanwälte bes Reichsgerichts: bieselben können zusolge § 100 Abs. 2 ber Rechtsanw.-D. (vgl. oben § 138 Rote 2) nur bei dem Reichsgericht zu Bertheibigern bestellt werden; — β) alle Rechtsan-

wälte, welche bei bem besatten Gericht jugelassen und im Bezirte, wenn auch nicht am Site besselben, wohnhaft sind; — γ) Rechtsanwälte, welche gemäß \S 12 ber Rechtsanw.=D. bei einem Landgericht widerruflich jugelassen sind, können in den bei diesem Gericht (einschl. des mit ihm verbundenen Schwurgerichts) anhängigen Sachen in Ermangelung von Rechtsanwälten, welche im Bezirt des Gerichts wohnhaft sind, ju Bertheibigern bestellt werden. Der Fall der "Ermangelung" liegt auch vor, wenn und insoweit die im Bezirt des Gerichts wohnstaften Rechtsanwälte zusolge \S 31 Rr. 2, 3 der Rechtsanw.=D. an der Uebernahme der Bertheibigung behindert sind oder ihre Zahl gegenüber der Zahl der Angeschuldigten (vgl. StBD. \S 146) unzureichend ist. Bgl. Fr. Weper S. 60.

- b. Die Bestimmung bes § 39 Abs. 1 ber Rechtsanm.-D. ift in Berb. mit § 144 ber StBD. babin zu verstehen, baß ein in Gemäßheit bieser §§ zum Bertheibiger bestellter Rechtsanwalt die Berpflichtung hat, die Bertheibigung zu übernehmen; vgl. John S. 1007 ff. halt ein zum Bertheibiger bestellter Rechtsanwalt die Bestellung für eine ungesetzliche, ober erachtet er sich im einzelnen Falle sit behindert (Rechtsanw.-D § 31 Nr. 2, 3), ober ist er der Meinung, daß er in unbilligem Maße zu den Ofstzial-Bertheibigungen herangezogen werde, so kann er bei dem für die Auswahl des Bertheibigers zustäudigen Richter vorstellig werden und event. die Beschwerde, soweit biese nach § 346 stattbaft ist, ergreisen.
- c. In ber Bestellung eines Rechtsanwalts zum Bertheibiger ist für ben Fall einer allgemeinen Stellvertretung besselben (vgl. § 139 Rote 1) stillschweigenb zugleich die Bestellung bes Stellvertreters mit enthalten (a. M. Reller S. 162). Im Uebrigen kann bei bem bestellten Bertheibiger von einer Substitution nicht die Rede sein; eine solche könnte nur mit Genehmigung bes Gerichts stattsinden; in dieser Genehmigung aber würde zugleich die Bestellung eines anderen Bertheibigers, sei es für das ganze Bersahren oder für einen Theil desselben, enthalten sein (a. M. Glafer II. S. 234).
- 3. a. Unter ben "Justizbeamten, welche nicht als Richter angestellt sinb", werben haupt- sächlich bie bei ben Gerichten angestellten Bureaubeamten (Gerichtsschreiber 2c.) verstanden, und zwar ohne Unterschieb. ob sie Rechtsverständige sind ober nicht. In Betress der "Rechts: kundigen, welche die erste Prüfung für den Justizdienst bestanden haben" (Reseendare 2c.), weicht § 144 von § 139 (vgl. dort Note 5) insofern ab, als er eine zweisährige Beschäftigung im Justizdienst nicht vorausgesetzt und ferner auch diesenigen nicht ausschließt, welche aus dem Justizdienst wieder ausgeschieden sind.
- b. Durch § 144 wirb für die in Abs. 2 gedachten Bersonen eine Berpflichtung, die Bertheibigung zu übernehmen, nicht begründet; vielmehr kann die Frage: ob eine solche Berpflichtung bestehe und welche Gründe event. zur Ablehnung der Bertheibigung berechtigen, nur nach den die Dienstpstichten jener Bersonen regelnden Borschriften eutschieden werden. Durch die letzteren wird indirekt zugleich der Kreis der in Abs. 2 gedachten "Justizdeamten" näher bes grenzt; an sich ist dieser Ausdruck-so unbestimmt, daß er z. B. auch die Staatsanwätte umfast, während es doch zweisellos nicht die Absicht der StPO. ist, daß Staatsanwälte zu Bertheibigern bestellt ober gar zur Uebernahme von Bertheibigungen verpflichtet sein sollen. Rgl. Boitus S. 192 ff., Gaser II. S. 235.
- 4. Die Ausmahl bes Bertheibigers steht bem Borfipenben bes mit ber Sache befasten Gerichts (ber Straffammer, bes Schwurgerichts 2c.), also nicht bem Gerichtsvorstande (z. B. bem Landgerichts Bräsidenten), insoweit dieser nicht zugleich der Borsipende ift, zu. In Betress bes Schwurgerichts voll. GBG. S 83 Abs. 3. In der Boruntersuchung gebührt die Ausmahl nicht dem Untersuchungsrichter, sondern dem Borsipenden der Straftammer (voll. S 142 Note 2). Dies gift auch dann, wenn die Boruntersuchung einem Amtsrichter übertragen ist (§ 183). In Betress des Borbereitungsversahrens voll. § 142 Note 3.
- 5. Geht nach Bestellung bes Bertheibigers bas Berfahren von bem befaßten Gericht auf ein anberes über, welches an einem anberen Orte seinen Sib hat (vgl. 3. B. SS 12, 13, 15), so wirb in ber Regel auch ein anberer Bertheibiger an Stelle bes zuerst berusenen zu bestellen sein.
 - 6. Db bei ber Ausmahl bes zu bestellenben Bertheibigers ein etwaiger Bunfc bes Befdul-

§. 145.

Benn in einem Falle, in welchem bie Vertheibigung eine nothwendige ober die Bestellung eines Vertheibigers in Gemäßheit des §. 141 erfolgt ist, der Vertheibiger in der Hauptverhandlung ausbleibt, sich unzeitig entfernt oder sich weigert, die Vertheibigung zu führen, so hat der Vorsitzende dem Angeklagten sogleich einen anderen Vertheibiger zu bestellen. Das Gericht kann jedoch auch eine Aussehung der Verhandlung beschließen.

Erklärt ber neu bestellte Vertheibiger, daß ihm die zur Vorbereitung ber Verstheibigung erforderliche Zeit nicht verbleiben würde, so ist die Verhandlung zu unterbrechen ober auszusetzen.

Bird durch die Schuld des Vertheidigers eine Aussetzung erforderlich, so sind demfelben, vorbehaltlich dienstlicher Ahndung, die hierdurch verursachten Kosten auszuerlegen.

(L. Entw. § 124; II. Entw. § 126; III. Entw. § 123)

bigten ju berudfichtigen sei, ift bem richterlichen Ermessen überlaffen. Gin Recht, ben bestellten Bertheibiger abzulehnen, giebt bie StBD. bem Beschulbigten nicht (vgl. übrigens § 143). Gleichwohl muß eine Erklärung bes letteren: baß von bem bestellten Bertheibiger wegen irgend welcher Beziehung zu ber Sache ober zu bem Berletten zc. eine genügende Bahrnehmung bes Interesses bes Beschulbigten nicht zu erwarten sei, stets geprüft werben, und es wird über sie von dem Gericht zu entscheiben sein, wenn der Borsitzende Bedenken trägt, dem Gesuche um Bestellung eines anderen Bertheibigers ohne Beiteres zu entsprechen. Bgl. noch § 146 u. Rote 2 bas.

Ru & 145.

- 1. Der S behandelt die Fälle der nothwendigen Bertheibigung (§ 140) und der erfolgten Bestellung eines Bertheibigers (§ 141). In dem ersteren Falle macht es keinen Untersissied, ob der Bertheibiger gewählt oder bestellt ist; vgl. oben Rote 7 zu Abichn. 11. Auch Abs. 3 des § 145 sindet gleichmäßig auf beide erwähnte Fälle Anwendung. Dagegen ist derselbe nicht, wie Stenglein S. 297 meint, auch auf den Fall zu beziehen, wenn ein Bertheibiger gewählt, die Bertheibigung jedoch keine nothwendige ist; von diesem Falle, in welchem das Ausebleiben des Bertheibigers die Berhandlung nicht vereitelt, ift in § 145 überhaupt nicht die Rede; gl. A. Reller S. 163.
- 2. In welcher Art bas Interesse bes Beschulbigten außerhalb ber hauptverhandlung von bem Bertheibiger wahrzunehmen sei, überläßt bas Geset bem Ermessen bes letteren. Bezüglich ber hauptverhandlung bagegen schreibt es vor, baß ber Bertheibiger ihr beizuwohnen und die Bertheibigung zu führen habe. Hierzu bemerken die Mot. S. 162: "Insoweit die Bertheibigung nach dem Geset eine nothwendige ift ober bas Gericht im vorliegenden Falle sie sur nothwendig gehalten und bemzusolge einen Bertheibiger bestellt hat, muß das Geset auch den Fall vorsehen, wenn der Bertheibiger in der hauptverhandlung ausbleibt oder sich unzeitig entsernt oder sich weigert, die Bertheibigung zu subsern. Die hierüber getrossene Bestimmung hat eben so sehr die Bahrung bes Interesses bes Angeklagten im Auge, wie sie andererseits verhüten will, daß der Bertheibiger durch ein psichtwidriges Berhalten die Berhandlung oder deren Fortgang vereitele."
- 3. hat ein Beschulbigter mehrere Bertheibiger, so genugt es, wenn auch nur einer von ihnen in ber hauptverhandlung erscheint; bas Ausbleiben zc. eines zweiten macht bie Bestellung eines anberen Beriheibigers an Stelle bes Ausgebliebenen nicht ersorberlich. Dies erleibet inbest eine Robifikation burch bie Borschrift bes § 138 Abs. 2; vgl. § 143 Note 3.
- 4. Gine bauern be Entfernung bes Bertheibigers vor Erlassung bes Urtheils ift jebens salls eine "unzeitige"; bies gilt insbes. auch bann, wenn nach Bertindung bes Spruchs ber Geschworenen ber Bertheibiger sich entfernt, bevor er gemäß § 314 Abs. 2 gehört worben: RGer. I. 14. Juni 80 (Entsch. II. 104, Rspr. II. 64). Ob barin, baß ber Bertheibiger für eine kurze Zeit bas Sigungszimmer verläßt, ein unzeitiges Sich Entsernen zu sinden set, bat bas

Digitized by GOOGLE

§. 146.

Die Bertheibigung mehrerer Beschulbigter kann, insofern bies ber Aufgabe ber Gericht nach Lage der Sache frei zu beurtheilen; eine ununterbrochene Gegenwart bes Bertheibigers in der hauptverhandlung erfordert die StPD. nicht unbedingt (vgl. § 225); a. M. Stenglein S. 297.

- 5. Der Angeklagte kann nicht wirkfam auf die Anwesenheit und Thätigkeit bes Bertheibigers verzichten: MGer. I. 14. Juni 80 (Roie 4). Eine Ausnahme greift jedoch Plat, wenn die Bestellung bes Bertheibigers nur in Folge eines Antrages zu erfolgen brauchte (§ 140 Rr. 2); in diesem Falle ift ein ausbrücklicher Berzicht des Angeklagten zulässig; vgl. RGer. II. 28. Jan. 81 (Rspr. II. 764).
- 6. Die Borfdrift bes § 145 legt bem Bertheibiger nicht bie Pflicht auf, gegen feine Ueberzeugung zu hanbeln und unter allen Umftanben einen auf Freisprechung zc. bes Beschulbigten gerichteten Schlufvortrag zu halten; baber ift in einer Erffarung bes Bertheibigers: bab er nichts zu Gunften bes Beschulbigten vorzubringen wisse, eine "Beigerung" im Sinne bes San sich nicht enthalten. Es kommt vielmehr barauf an, ob eine berartige Erklarung nach Lage ber Sache gerechtsertigt erscheint; ift bies nicht ber Fall, so kann bas Gericht sie als eine "Weigerung" behandeln und bemzusolge einen anderen Bertheibiger bestellen, gleichwie es übers haupt zu ber letteren Maßregel besugt ist, wenn es findet, bas ber Bertheibiger seine Pflichten nicht genügend erfülle (Mot. S. 162).
- 7. Es ift, wenn mehrere Beschulbigte und mehrere Bertheibiger vorhanden find, völlig zuläffig, an Stelle bes ausgebliebenen zc. Bertheibigers einen ber anwesenden Ditvertheibiger zu bestellen, so daß diefer nun mehrere Beschulbigte zu vertheibigen hat; vorausgeset wird hierbei felbstverständlich, daß die Interessen ber letteren nicht kollibiren (§ 146).
- 8. Das Gericht ist stell befugt, eine Unterbrechung ober Aussehung ber Berhandlung (vgl. §§ 227, 228) zu beschiefen. Im Falle bes Abs. 2 ist es hierzu verpflichtet, sollte es auch bie Ansicht bes neu bestellten Bertheibigers bezüglich bes Zeitmangels nicht für begründet erachten. Jedoch würde es auch in biesem Falle bem Gericht nicht verwehrt sein, unter Zurücknahme ber Bestellung bes neuen Bertheibigers abermals einen anderen zu bestellen, ber sich zur sosortigen Führung ber Bertheibigung bereit erstärt (vgl. Brot. S. 887 u. Brot. ber 164. Sitz. Ans. L.); gl. A. v. Schwarze S. 284, Reller S. 168, Boitus S. 195, Dalde S. 98, Stenglein S. 297; a. M. Buchelt S. 289. Uebrigens spricht Abs. 2 nur von bem neu bestellten Bertheibiger; er umfaßt also nicht ben Fall, wenn an Stelle bes ursprünglich gewählten Bertheibigers ein neuer Bahlvertheibiger austritt und bieser die hier gebachte Erklärung abgiebt: RGer. I. 18. Apr. 87 (Entsch. XVI. 32, Rspr. IX. 243).
- 9. Die Fassung bes Abs. 3 entspricht nicht gang bem Sinne ber Bestimmung. Trifft ben Bertheibiger eine Schuld, so fallen ihm die burch Aussehung ber Dauptverhandlung erwachsenen Roft en zur Laft, gleichviel ob die Aussehung "erforberlich" war ober nicht; ber Bertheibiger kann sich nicht mit ber Behauptung schügen, daß die sofortige Bestellung eines anderen Bertheibigers angemessen und aussschieden gewesen ware.
- 10. Die Auferlegung ber Roften erfolgt burch Beidluß. Db ber Bertheibiger guvor über etwaige Entschuldigungsgründe zu horen sei ober nicht, unterliegt bem Ermeffen bes Gerichts. Im Falle einer nachträglichen Entschuldigung bes Vertheibigers ift bas Gericht befugt, seinen Beschluß zur uch men (§ 348). Im Uebrigen fieht bem Bertheibiger bie (friftlose) Beschwerbe zu, sofern nicht ber Beschluß von bem Reichsgericht ober einem Oberlanbesgericht erlaffen ift (§ 346).
- 11. Die die nftliche Ahnbung ift hier nur erwähnt, um auszusprechen, daß dieselbe durch bie Anferlegung der Roften nicht ausgeschlossen werde, und umgekehrt; beibe Maßregeln find von einander unabhängig. Selbstverständlich kann von einer dienftlichen Ahndung nur bei Vertheibigern die Rebe sein, welche unter einem Disziplinargesetze. siehen. In Betress der Rechtsanwälte f Rechtsanw. D. §§ 62 ff. Lgl. GBG. § 180.

3u § 146.

^{1.} Die Bestimmung gilt nicht blos für bie Bahl vertheibigung, sonbern ift auch im Fall

Bertheibigung nicht widerstreitet, durch einen gemeinschaftlichen Bertheibiger ges
führt werden.

(1. Entm. \$ 125; II. Catm. \$ 127; III. Entm. \$ 129.)

§. 147.

Der Vertheibiger ist nach bem Schlusse ber Boruntersuchung und, wenn eine solche nicht stattgefunden hat, nach Sinreichung ber Anklageschrift bei bem Gerichte zur Sinsicht ber bem Gerichte vorliegenden Akten befugt.

Schon vor diesem Zeitpunkte ist ihm die Sinsicht der gerichtlichen Unterssüchungsakten insoweit zu gestatten, als dies ohne Gefährdung des Untersuchungszwedes geschehen kann.

Die Einsicht ber Protofolle über bie Bernehmung bes Beschuldigten, ber Gutsachten ber Sachverständigen und ber Protofolle über biejenigen gerichtlichen Sandlungen, benen ber Bertheidiger beizuwohnen befugt ift, barf ihm keinenfalls verzweigert werben.

Rach bem Ermeffen bes Borsitzenben können bie Akten, mit Ausnahme ber Ueberführungsstude, bem Bertheibiger in seine Wohnung verabsolgt werben.

(I. Cutm. § 126; II. Cutm. § 128; III. Cutm. § 130)

ber Bestellung von Bertheibigern anwendbar: es unterliegt, sofern ein Biberftreit der Interessen nicht obwaltet, bem richterlichen Ermessen, ob für mehrere Beschutbigte ein gemeinschaftlicher ober für ben einen oder anderen von ihnen ein besonderer Bertheibiger zu bestellen sei. Es ift auch nicht unstatthaft, ben von dem einen Beschulbigten gewählten Bertheibiger zugleich zum Bertheibiger eines Mitbeschulbigten zu bestellen.

- 2. Das Auftreten eines gemeinschaftlichen Bertheibigers wiberfireitet ber Aufgabe ber Bertheibigung, wenn bie Interessen ber mehreren Beschulbigten einanber entgegenstehen, also namentslich bann, wenn ber eine Beschulbigte sich baburch zu entlasten sucht, baß er ben anderen bezichtigt. Findet das Gericht, daß ein Fall dieser Art vorliege, so hat es die gemeinschaftliche Bertheibigung von Amtswegen sur unstatthaft zu erstären. Dies gilt auch im Falle der Bahlvertheibigung; gl. A. Boitus S. 196, Geper S. 432, John S. 1021, v. Schwarze Erört. I. S. 192; a. M. Keller S. 169, v. Holzendorff in H. I. S. 408, Stenglein S. 298, Glaser II. S. 239. Ersors berlichensalls ist dem einen oder dem anderen Beschuldigten von Amtswegen ein anderer Bertheis diger zu bestellen. Ueber einen hierauf bezüglichen Antrag hat, wenn der Borsitzende Bedenken trägt, demselben ohne Weiteres zu entsprechen, das Gericht, in der Boruntersuchung die Straffammer, zu entscheiden. Bgl. § 144 Rote 4, 6.
- 3. Stellt fich ber Biberftreit ber Intereffen erft in ber hauptverhanblung heraus und ift bie alsbalbige Zuziehung eines anberen Bertheibigers nicht thunlich, fo wird die Unterbrechung ober Ausfehung ber Berhanblung nothwendig.
- 4. Die bie Gemeinschaftlichkeit ber Bertheibigung betreffenben richterlichen Beschlüffe und Maßnahmen unterliegen nach § 346 (vgl. bort insbes. Note 1. a) ber Beschwerbe. A. M. nur
 v. Schwarze S. 285.
 - 5. Bgl. § 499 Rote 4.

3u \$ 147.

- 1. Ueber bie Befugniffe bes Bertheibigers im Allgemeinen f. oben Rote 8 gu Abicon. 11.
- 2. Die Bestimmungen bes § 147 gelten fur alle Bertheibiger ohne Unterschieb; vgl. § 138 Rote 7.
- 3. "nach bem Soluffe ber Borunterfuchung" "nach Einreichung ber Antlageschrift" hierzu vgl. § 195 bezw. § 197. Danach greift bie Befugniß bes Berthei-bigers zur Ginsicht ber Aften schon Blat, bevor bas Gricht über bie Eröffnung bes hauptver-fahrens Beichluß fast. Bon Bichtigkeit ift bies namentlich wegen ber Beftimmung bes § 199.

- 4. Unter ben in Abs. 1 gebachten "bem Gericht vorliegenben Aften" sind auch bie von ber Staatsanwaltschaft im Borbereitungsversahren geführten Aften zu verstehen, insoweit bieselben ben gerichtlichen Aften einverleibt ober beigefügt find. Inwieweit sibrigens die Staatsanwaltschaft verpflichtet sei, bei Erhebung ber öffentlichen Rlage ihre Aften bem Gericht zugehen zu lassen, barüber s. die Roten zu § 168. Auch alle bem Gericht vorliegenden Beiaften, z. B. biejenigen, welche bie Borftrasen bes Beschuldigten betreffen, bar ber Bertheibiger einsehen.
- 5. a. Auf das Borbereitungsversahren finden die Bestimmungen des Abs. 2 und des Abs. 3 nicht Anwendung. In Betreff bes Abs. 2 ist entscheidend, daß es im Borbereitungsversahren "gerichtliche Untersuchungsatten" nicht giebt, daß vielmehr jelbst die Protofolle über die etwaigen gerichtlichen Untersuchungshandlungen (§§ 160, 163, 164) Bestandtheile der Atten der Staatsanwaltschaft werden. Der Abs. 3 aber enthält nicht eine selbsiständige Borschrift, sondern nur eine Modisstation des Abs. 2: die dort aufgestellte Beschränfung ("insoweit kann") soll hinsichtlich der in Abs. 3 bezeichneten Protofolle nicht Platz greisen. Daß Abs. 3 etwas Reherres nicht bestimmen will, erhellt auch aus seiner negativen Fassung. Gl. A. John S. 1023; vgl. übrigens Boitus Kontr. I. S. 65, sowie Stenglein S. 300 (letterer will für die Fälle des § 167 Abs. 2 eine Ausnahme machen).
- b. Aus bem Borbemerkten ergiebt fich auch die Bebeutung bes Wortes "keinesfalls". Abs. 3 giebt bem Bertheibiger keinen Anspruch barauf, baß ihm die Aften ftets fogleich vorgelegt werben, nachbem er ben bezüglichen Antrag gestellt hat; vielmehr muß die in Betreff ber Staatsamwaltschaft in § 194 getroffene Bestimmung: baß burch die Einsichtnahme in die Aften bas Berfahren nicht aufgehalten werben barf, auch gegenüber dem Bertheibiger Platz greifen und der lettere sich somit auch einen Aufschub der Erledigung seines Antrages gefallen laffen, wenn die Lage der Sache zunächst einen anderweiten Gebrauch ber Aften erheischt.
- 6. Die Entscheibung barüber, ob und inwieweit mahrend ber Boruntersuchung (Abs. 2) bem Bertheibiger die Einsicht ber Alten zu gestatten sei, nieht dem Untersuchungsrichter zu. El A. Reller S. 170, Boitus S. 197, John S. 1024, Stenglein S. 300; a. M. Puchelt S. 292.
- 7. Ob der (auf ben Beschässen ber RTR. beruhende) Abs. 4 schon in der Borunters such ung anwendbar sei, erscheint zweiselhaft. Die Borte "des Borsitzenden" tonnen füglich nur auf das hauptversahren bezogen werden; an den Borsitzenden der in der Boruntersuchung beischließenden Straftammer ist hier beshalb nicht wohl zu denken, weil es sehr unangemessen ware, wenn das Geset die Entscheidung über die Berahfolgung der Aften während der Boruntersuchung statt dem Untersuchungsrichter dem Corsitzenden der Straftammer übertragen wollte (a. M. Geyer S. 438). Gleichwohl ist auch in der Boruntersuchung eine Berahfolgung der Aften in die Bohnung des Bertheibigers nicht schlechthin auszeschlossen, vielmehr der Untersuchungsrichter für besugt zu erachten, ausnahmsweise die Berabsolgung zu bewilligen, wenn er hierzu besondere Gründe sindet sindet.
- 8. Unter ben in Abf. 4 gebachten "Ueberführungsftuden " finb, im Gegeniat ju ben Protofollen, namentlich bie Sachbestandsftude (3. B. bie gefälschte Urfunde, ber beleivigende Brief) zu verstehen.
- 9. Die StBD. enthält feine Borfchrift barüber, ob ber Bertheibiger, insoweit ihm bie Einsicht ber Alten zusieht, auch die Ertheilung von Abschriften aus ben letteren verlaugen tonne. Ein Anspruch hierauf fann ihm nicht zugestanden werben, zumal die Anfertigung der Abschriften oftmals zu einer erheblichen Belastung des Gerichts und zu einer Berzögerung des Berfahrens sühren könnte. Andererseits aber ift das Gericht unbedenklich besugt, dem Bertheibiger auf seine Kosten die erbetenen Abschriften zu ertheilen, wenn im einzelnen Falle Beiterungen hieraus nicht entstehen. Einem bestellten Bertheibiger werden ausnahmsweise die Abschriften to ften frei zu ertheilen sein, wenn und soweit das Gericht bessen Augade: daß er berselben zur Erfüllung seiner Aufgabe im vorliegenden Falle nothwendig bedürfe, für begründet erachtet. Theilw. a. R. v. Schwarze Erört. I. S. 211 u. andererseits Buchelt S. 292; vgl. Keller S. 171. Sich selbst Abschriften aus den siehen zur Erstelbst underwehrt.

Digitized by GOOGLE

§. 148.

Dem verhafteten Beschulbigten ist schriftlicher und munblicher Berkehr mit dem Bertheibiger gestattet.

So lange das Hauptverfahren nicht eröffnet ist, kann der Richter schriftliche Mittheilungen zurückweisen, salls deren Ginsicht ihm nicht gestattet wird.

Bis zu bemselben Zeitpunkte kann ber Richter, sofern die Berhaftung nich. lediglich wegen Berdachts ber Flucht gerechtfertigt ist, anordnen, daß ben Unterzedungen mit dem Beriheibiger eine Gerichtsperson beiwohne.

(I. Entm. \$ 127; II. Entm. \$ 129; III. Entm. \$ 131.)

3u § 148.

- 1. Auch biefer & findet auf alle Bertheibiger ohne Untericied Anwendung; vgl. § 138 Rote 7.
- 2. Sobalb bas hanptverfahren eröffnet, b. h. ber in § 201 bezeichnete Beschluß (vgl. auch § 211) erlassen ist, bürsen bie in Abs. 2, 3 bestimmten Beschräntungen nicht mehr Plat greisen. hieraus ift indes weder eine Besugniß des Bertheibigers, die Zeit für den mündlichen Berkehr mit dem Beschuldigten beliedig zu wählen, noch auch eine Besugniß des Beschuldigten, beliedig oft Briese z. an den Bertheibiger zu schreiben, herzuleiten; vielmehr sind in dieser Beziehung die Bestimmungen der Gefängnißvordnung maßgebend (§ 116 Abs. 2). Für Preußen vzl. §§ 77, 78 des Gesängniß-Regl. v. 16. März 1881 (Anl. zum JWBl. Nr. 11). Was übrigens die an den Beschuldigten gerichteten schriftlichen Mittheilungen betrifft, so müssen auch diezenigen, welche nach Eröffnung des Hauptversahrens eingehen, als solche, welche von dem Bertheidiger herrühren, erkennbar sein, wenn Abs. 1 auf sie Anwendung sinden soll.
- 3. Die in Abf. 2, 3 bestimmten richterlichen Befugnisse fieben im Borbereitungsverssahren bem Amtbrichter, in ber Boruntersuchung bem Untersuchungsrichter und, nachbem bie Atten bem zur Eröffnung bes hauptverfahrens zuftändigen Gericht zugegangen find (§§ 196—201), bem letteren zu.
 - Bu Mbf. 2.
- 4. Die Bestimmung findet, abweichend von berjenigen bes Abj. 3, auch bann Anwendung, wenn die haft nur wegen bes Berbachts ber Flucht verhangt ift.
- 5. Die Bestimmung ift, wenngleich sie nur von ichriftlichen Mittheilungen fpricht, boch unbebentlich auf alle Arten von Senbungen (Badete zc.) zu beziehen, zumal in solchen ftete schriftliche Mittheilungen enthalten fein tonnen.
- 6. Die in Abs. 2 bem Richter gegebene Befugnig gestaltet fich verschieben, je nachbem es fich um eine von bem Beschulbigten an ben Bertheibiger ober umgekehrt von biesem an jenen gerichtete Mittheilung handelt. Bill ber Beschulbigte an ben Bertheibiger schreiben, so kann ber Richter die Genehmigung hierzu von der Einfichtnahme in das Schriftstud abhängig machen. Hat er aber bie Genehmigung bebingungslos ertheilt, so barf er bas von bein Beschulbigten Geschriebene wider bessen Billen nicht einsehen; er darf viemehr, wenn er nachträglich Bedenken gegen die Absendung hegt, das Schriftstid nur vernichten, und er muß, bevor er dies thut, dem Beschuldigten bie Bahl lassen, ob er sich ber Durchsicht bes Schriftstuds unterwersen ober bessen Bernichtung grichehen laffen will. hat ber Befchulbigte ohne bie Genehmigung bes Richters ein Schreiben abgefaßt, so unterliegt dasselbe ber Beschlagnahme und Durchsicht. — Lätt ber Bertheibiger dem Beschulbigten ein Schreiben zugehen, so hat ber Richter zu prüfen, ob die Durchsicht beffelben erforberlich erfcheint hat er bies verneint und bas Schreiben bem Beschulbigten ausgehandigt, so ift auch eine nachträgliche Beschlagnahme und Durchsicht besselben unstatthaft. Balt bagegen ber Richter bie Durchsicht vor ber Aushanbigung an ben Beschulbigten für erforberlich, und wird ihm diefelbe nicht, d. h. weder von dem Bertheibiger noch von dem Beschuldigten selbst, geftattet, so hat er bas Schreiben jurudjum eisen. Inbem bas Geseth bie Zurudmeisung ge-

^{10.} Die Befugniffe, welche § 147 bem Bertheibiger gemahrt, fichen weber bem Beichul: bigten felbft noch bem gefehlichen Bertreter beffelben gu.

§. 149.

Der Chemann einer Angeklagten ift in ber Hauptverhandlung als Beiftand berfelben zuzulaffen und auf fein Berlangen zu hören.

Dasfelbe gilt von bem Bater, Aboptivvater ober Bormund eines minber- jährigen Angeklagten.

In bem Borverfahren unterliegt bie Zulaffung folder Beiftanbe bem richterlichen Ermeffen.

(I. Entw. § 128; II. Entw. § 130; III. Entw. § 132.)

ftattet, schließt es stillschweigenb zugleich weitergehende Magnahmen aus: bas Schreiben bars weber in ber hand bes Ueberbringers, noch überhaupt während ber Rückbeförberung an ben Bertheibiger in Beschlag genommen werben; in bieser hinsicht ergänzt § :48 Abs. 2 bie Bestimmung bes § 97. Bgl. noch § 99 Note 7.

Зи Ибі. 3.

- 7. Die hier bezeichnete Anordnung ift unstatthaft, wenn ber Erund ber Berhaftung lediglich in der Fluchtgefahr, nicht auch in der Kollusionsgefahr, besteht. In bieser hinsicht kommt es zwar zunächst, aber nicht ausschließlich, auf den Inhalt bes hasbeiehls (vgl. § 114) an; vielmehr hat der Richter, wie auch die Fassung ber Bestimmung ("gerechtsertigt ist") erkennen läßt, die gegenwärtige Lage der Sache in Betracht zu ziehen, und wenn er die in dem Haftbesehl angenommene Kollusionsgefahr für beseitigt erachtet, muß dem Bertheibiger die Unterredung mit dem Beschuldigten ohne Beisein einer dritten Berson gestattet werden. Es ist aber auch umgekeht, wenn der Hastbesehl nur wegen Fluchtgefahr ersassen. Völlig statthaft, benselben hinsichtlich seiner Begründung zu ergänzen und mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage nunmehr auch das Borhandensein der Kollusionsgesahr sestzustellen. Bgl. § 123 Rote 3.
- 8. Unter bem Ausbrud "Gerichtsperson" ift hier jeber zu verstehen, ber bei bem Gericht in Gib und Pflicht fieht. Die Auswahl ber Person, welche im Falle bes Abs. 3 ber Unterredung beizuwohnen hat, sieht bem Richter zu; selbstverftanblich kann auch bieser selbst ber Unterredung beiwohnen.
- 9. Erfcheint ber Inhalt ber Unterrebung verbachtig, fo ift, wie Stenglein S. 301 gutreffenb bemerft, bie Berichtsperson befugt, biefelbe ab gubrechen.
- 10. Berlangt ber Befdulbigte eine Unterrebung mit bem Bertheibiger, fo ift es Pflicht bes Richters, ben letteren hiervon alsbalb gu benachrichtigen.

3u § 149.

- 1. In Betreff bes Rreifes ber bier aufgeführten Ber fonen vgl. bas in Rote 3, 4 ju Abidu. 11 Bemertie.
- 2. Die gebachten Bersonen find auch bann berechtigt, als Beiftanbe bes Beschulbigten aufgutreten, wenn biesem ein Bertheibiger gur Seite fteht.
- 3. Der Inhalt ber Berechtigung, als Beiftanb aufzutreten, wird burch § 149 nur in sehr unbestimmter Beise bezeichnet: bie Beistandsperson ift auf ihr Berlangen "zu hören". hiernach ift bieselbe für besugt zu erachten, Thatsächliches und Rechtliches zu Gunsten bes Beschulbigten vorzubringen, die Erflärungen bes letteren zu ergänzen und zu erläutern ze.; auch wird ihr die Berechtigung, die Erhebung von Beweisen in Anregung zu bringen, nicht abzusprechen sein. Im Uebrigen aber ist eine Beistandsperson nicht berechtigt, die prozessualischen Besugnisse bes Beschulzbigten, z. Bas arklahnungsrecht, selbstständig auszuüben.

n ber benbe ein ing, als Beiftand zugelassen zu werben, sieht ben gebachten Bersonen nur blung zu; boch werben bie nach Eröffnung bes hauptversahrens stattfinideweistermine (SS 222, 224) ber hauptverhandlung felbst gleichzustellen i3). Die Berechtigung beschränkt sich nicht auf die hauptverhandlung mehr in allen Instanzen gleichmäßig Plat. — Uebrigens wird ber

§. 150.

Dem zum Vertheibiger bestellten Rechtsanwalte sind für die geführte Vertheisbigung die Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung aus der Staatstaffe zu bezahlen.

Der Rückgriff an den in die Kosten verurtheilten Angeklagten bleibt vor-

(I. II. III. Catm. \$ -.)

3weites Buch.

Berfahren in erfter Instang.

Ausbrud' "Beiftand" bahin zu verstehen sein, bag bie Beiftanbsperson nur noben bem erfchienenen, nicht aber an Stelle bes ausgebliebenen Beschulbigten auftreten barf.

- b. Ein Anspruch auf Labung zur hauptverhandlung steht ben Beistandspersonen nicht zu; wohl aber ist es als eine Pflicht bes Richters und ber Staatsanwaltschaft anzusehem, einem Geuche um Benachrichtigung barüber, wann die hauptverhandlung anstehe, zu entsprechen. Es
 enthält übrigens eine Berletung bes § 149, wenn die hauptverhandlung zu einer früheren als
 ber sestgesehten Stunde abgehalten wirb, ohne daß dem Beistande des Angellagten hiervon zuvor
 Rachricht gegeben worden: RGer. I. 6. Oft. 31 (Entsch. V. 50, Ripr. III. 607).
- 5. Bei ber bas Borverfahren betreffenben Bestimmung bes 21bs. 3 ift namentlich auf bie Gefahr einer Rollusion zwischen bem Beschulbigten und seinen Angehörigen Rudficht genommen. Uebrigens gilt bie Bestimmung gleichmäßig für bie Termine zur Bernehmung bes Beschulbigten selbst (§ 136), wie auch für biejenigen Beweistermine, benen berselbe beizuwohnen besugt ift (§§ 191, 167). Bgl. noch § 409 Abs. 3.

3u § 150.

- 1. Der § beruht auf ben Befchlüssen ber RER. (Prot. S. 520 si., 882 si. und S. 22 si. [Sisg. 171]). Der bem Bertheibiger hier gewährte Anspruch an die Staatskasse hat solgende Boraussehungen: a. Der Bertheibiger muß als solcher bestellt sein; bem gewählten Bertheibiger steht ber Anspruch selbst dann nicht zu, wenn die Bertheibung eine nothwendige (§ 140) war: RGer. III. 29. Nov. 83 (Rspr. V. 743); vgl. übrigens § 499 Abs. 2 u. die Roten das. Dagegen kommt es umgekehrt dei dem bestellten Bertheibiger auf die Nothwendigkeit der Bertheibigung nicht an (vgl. § 141). b. Der bestellte Bertheibiger muß ein Rechts an walt sein. c. Die Bertheibigung muß durch ihn oder durch seinen allgemeinen Stellvertreter (§ 144 Rote 2. c) geführt worden sein, d. h. der Bertheibiger muß selbst oder durch den Stellvertreter biesenige Thätigkeit ausgeübt haben, welche ihm im vorliegenden Falle oblag. Hierbei greift ein Unterschied zwischen dem Borversahren und dem Hauptversahren nicht Plat; auch für die Thätigkeit in ersterem steht dem Bertheibiger der Anspruch an die Staatskasse zu.
- 2. In Betreff ber Gebühren f. Gebührenordnung für Rechtsanwalte vom 7. Juli 1379 \$\$ 63 ff. (RGBI. S. 176). Bgl. die, eine Beschränfung bes Gebührenanspruchs enthaltenbe Beschimmung bes § 39 Abs. 2 ber Rechtsanw.=D. (oben bei § 144).
 - 3. In Betreff bes Rudgriffs an ben verurtheilten Angeflagten vgl. § 497.

Bum Zweiten Buche.

1. In Buch 2 wird bas auf Betreiben ber Staatsanwaltichaft fattfinbenbe orbentliche Berjahren erfter Inftang bis einschließlich ber Urtheilsfällung behanbelt.

Erfter Abidnitt.

Deffentliche Rlage.

Im Gegensath hierzu s. in Betreff bes Privatklageversahrens und bes Anschlusses eines Rebenllägers: Buch 5; in Betreff ber besonberen Bersahrensarten: Buch 6; in Betreff bes Bersahrens nach ber Uriheilsfällung: Buch 4 und Buch 7 Abschn. 1. Das Bersahren in ben höheren Inftanzen ift in Buch 3 geregelt.

Bum Erften Abidnitt.

- 1. Der Abicon. behandelt hauptsächlich bas Antlageprinzip (affusatorische Prinzip); vgl. hierüber die Roten zu § 151. Er enthält aber außerdem in § 152 Abs. 2 einen wichtigen, die materielle Seite ber Strafverfolgung betreffenden Grundsat, während die übrigen hierauf bezüglichen Borschriften sich zerfreut in anderen Theilen der StBO., insbes. in Buch 2 Abschn. 2 und in Buch 5, befinden. Mit Rücksicht hierauf erscheint der gegenwärtige Abschn. als die geeignete Stelle, das Recht der Strafverfolgung im Zusammenhange zu behandeln.
- 2. a. Das Recht bes Staates, gegen strasbare handlungen einzuschreiten und ben Schulbigen ber Strase zu unterwersen, ist zwar an sich von ber Form bes Strasversahrens unabhängig, kommt inbeß da, wo das lettere sich in der Form einer zwischen Parteien stattsindenden Berhand- Iung bewegt, in der Gestalt eines Klagerechts zur Erscheinung: der Staat erhebt durch das von von ihm hierzu bestellte Organ eine auf Untersuchung und Bestrasung gerichtete Klage. In diesem Sinne hat der Begriff der Klage in das gegenwärtige Strasversahren, wiewohl dasselbe auf dem Grundsah der von Staatswegen stattsindenden Bersolgung beruht, Aufnahme gestunden; voll. Planck S. 117 st. Zu unterscheiden von dem Klagerecht ist die Brozeshandlung, durch welche dasselbe zur Ausübung gelangt, also die Klage erhoben wird; hiersiber s. § 168 u. die Noten das.
- b. 3m Begenfat zu ber civilrechtlichen, auf Schabenserfat ober Rudgabe eines Begen: ftanbes zc. gerichteten Rlage, welche aus einer ftrafbaren Sanblung erwachlen tann, ift bie auf Untersuchung und Beftrafung gerichtete Rlage am jutreffenbften als "Strafflage" ju bezeichnen (fo: Berner, Lehrbuch bes Strafrechts I. Aufl. S. 223, preug. StBD. von 1867 & 3). Die StBD. hat indeg biefen Ausbrud nicht aufgenommen; vielmehr bebient fie fich zweier Ausbrude, inbem fie nach bem Borgange einiger Lanbesgesete (Olbenburg Art. 56, Bremen Art. 22) bie von ber Staatsanwalticaft erhobene firafrechtliche Rlage als "öffentliche Rlage", bie von einer Privatperson erhobene als "Privatklage" bezeichnet. Die burch biese Benennungen ausgebrudte Untericeibung betrifft lebiglich bie Berichiebenheit bes bie Rlage erhebenben Subjefts. -Die Bezeichnung "öffentliche Rlage" ift von ben beutichen Gesetgebungen bem Code d'instr. crim. art. 2--4 entlebut, mofelbft bie Rlage auf Bestrafung (welche nach frangofischem Recht ausschließe lich ben Organen des Staates zusteht) "action publique" genannt wird. Den Gegensat zu bieser bilbet bie "action eivile", welche jeboch von ber Privatklage ber StBD. begrifflich verschieben ist und auch mit ber Rebenklage nur hinsichtlich bes in § 443 behandelten Kalles verwandt ist. Die action civile ist nämlich nicht eine Klage auf Bestrafung, sondern lediglich die aus ber ftrafbaren Sanblung ermachjene Rlage auf Schabenserfat ic., welche inbeg, nach einer bem frangofifden Recht eigenthumlichen Ginrichtung, felbft in bem falle, wenn eine Strafverfolgung noch nicht anhängig ist, bei bem Strafrichter angebracht werben kann und welche in biefem Falle bie Birfung hat, bag burch fie bie Berhanblung und Enticheibung auch in ber Straffache berbeigeführt wird (art. 1 sq., 63 sq., 145, 182).
- c. In bem Folgenden wird ba, wo sowohl von der öffentliche Klage wie von der Privatflage die Rebe ist, der Ausbruck "Strafflage" gebraucht. — In Betreff bes Ausbrucks "Anklage" und des Bethältnisses besselben zu dem Begriff der "Klage" s. unten Note 3. b zu Abschn. 2—6 (hinter § 155).
 - I Gegenstand ber Straftlage. Berhaltniß jur Civilflage. Straf: rechtsmeg und Civilrechtsmeg.
 - 3. Die Strafflage ift bas prozeffualifche Mittel jur herbeiführung nicht blos ber Strafe

- i. e. S., sondern auch aller sonstigen fir afrechtlichen, b. h. im Strafgeset begründeten Folgen der firasbaren Handlung. Als solche find u. A. hervorzuheben: a. die Einziehung (Unbrauchsbarmachung 2c.) einzelner Gegenstände, welche Maßregel in gewissen Fällen auch gegen andere Bersonen als den Schuldigen und serner gemäß § 42 des StBB. auch selbstständig, b. h. ohne Bersolgung einer Person, erkannt werden kann; das Rähere s. in den Noten zu §§ 477—479;
 b. die nach einzelnen Gesehen eintretende haftbarkeit eines Anderen sur §§ 477—479;
 b. die nach einzelnen Gesehen eintretende haftbarkeit eines Anderen sur §§ 461, preuß. Forstbiebst.-Ges. v. 15. Apr. 1878 §§ 11, 12 (GS. S. 222);
 c. die Untersagung des Gewerbetriebes im Falle des § 23 des Ges. gegen die gemeingesährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21. Okt. 1878 (NGBI. S. 351);
 d. die Schließung eines Bereines wegen Zuwiderhandelns gegen die Vorschriften über das Vereins- und Versammlungsrecht; vgl. 3. B. preuß. Bdn. v. 11. März 1850 § 16 (GS. S. 277).
- 4. a. Die Strafflage kann nur bei bem Strafrichter (vgl. übrigens GBG. § 13 Note 2 ff.) erhoben und nur im Bege bes Strafversahrens erledigt werden; sie kann nicht Gegenstand eines Civilprozesses sein, insoweit nicht ausnahmsweise bas Geset bies ausdrücklich gestattet. Eine iolche Ausnahme (Einziehung ber Nachbrucks-Gremplare 2c.) s. in § 26 Abs. 2 bes Ges. über bas. Urheberrecht an Schristwerken 2c. v. 11. Juni 1870 und in den auf dieses verweisenden Geseten über das Urheberrecht an Werken ber bilbenden Künste, an Photographieen, an Mustern und Mosellen (unten in Abth. 111). In Betress ber durch eine Einziehung veranlaßten Civilstage eines Dritten gegen den Staat (Fisslus) s. die Noten zu §§ 477—479.
 - b. In Betreff ber f. g. Injurientlagen vgl. EG. § 11 u. Rote 1 bafelbit.
- 5. Die Strafflage und bie aus ber strafbaren Hanblung etwa erwachsene Civilklage (vgl. Rote 2. b) sind von einander ganz unabhängig; die über die eine Rlage ergangene Enischebung ift für die Entscheidung über die andere Rlage nicht präjudizirlich; vgl. § 260, CBO. §§ 259, 140, 543 Rr. 6, EG. zur CBO. § 14 Rr. 1. Die Civilklage kann nicht mit der Straftlage verbunden werden und nicht Gegenstand des Strafverschrens und der strafrichterlichen Entscheidung sein (ber 1. und II. Entw. der StBO. hatten den Abhäsionsprozeß ausgenommen, der bezügliche Abschn. wurde jedoch im III. Entw. gestrichen). Dieser Sat erleidet eine Aussuchme nur insoweit, als das Strafgeset dem Berletzten den Anspruch auf Zuerkennung einer Buße gewährt: die Buße ist nichts Anderes als die im Strafversahren, also durch Urtheil des Strafsichters sestzusebende Entschädigung des Verletzten; vgl. hierüber des. Dochow, Die Buße im Strafrecht und Strafprozeß S. 9. Das Rähere s. unten § 413. Bgl. noch § 111.

II. Berechtigungen in Bezug auf bie Strafflage. Berechtigte Subjette.

- 6. Für ben Staat wird nach ber heutigen, anch ber SPD. zu Grunde liegenden Auffassung bes Strafrechts ber Regel nach burch die strafbare handlung ebensowohl bas Recht wie die Pflicht zur Strasverfolgung begründet. Das Recht ift im StGB. insosern indirekt zum Ausbruck gebracht, als dieses Gesetduch nur bei gewissen Delikten die staatliche Strasverfolgung an die Bustimmung (ben Antrag bezw. die Ermächtigung) des Verletzen oder einer anderen Person gedunden hat. Diese Antrags bezw. Ermächtigungsbelikte stellen zugleich hinsichtlich des Rechts des Staates die Ausnahmen von der obigen Regel dar. Die Pilicht des Staates zur Strasversolgung ist in der StBD. § 152 Abs. 2 anerkannt, woselbst auch auf die Ausnahmen verwiesen ist, benen nach dieser Richtung hin die odige Regel unterliegt; val. die Noten zu § 152.
- 7. Da bie Reichsgesetzung bas Erforberniß bes Antrages bezw. ber Ersmächtigung nicht in ber StBD., sonbern im StBB (SS 61-65 bezw. SS 99, 101, 197) beshandelt hat, so gehört bas Rabere hierüber nicht in ben vorliegenden Kommentar; es ist hier im Allgemeinen auf die Lehrbücher bes Strafrechts und die Rommentare zum StBB. sowie auf die die Antragsbelikte behandelnden Monographien zu verweisen; vgl. insbes.: Fuchs, Anklage und Antragsbelikte, Reffel, Die Antragsberechtigungen bes Deutschen Reichs-Strafgesetzbuches; Reber, Die Antragsbelikte bes Deutschen Strafrechts, und ferner Dochow in v. holyendorff's handb. bes

Straft. IV. S. 239 ff. — In Betreff ber Antragsbelifte ift jeboch Folgendes, als ben Prozes befonders berührend, hier hervorzuheben:

- a. Das Befen bes Antragserforberniffes besteht in ber Berechtigung bestimmter Berfonen, burd Unterlaffung bes Antrages ober, infoweit eine Burudnahme beffelben gulaffig ift, burd biefe ben Staat an ber Strafperfolgung ober an beren Fortfetung gu binbern. Rur in biefer Richtung steht bem Antragsberechtigten eine Einwirkung auf die Strafverfolgung zu. Unter ber Antragsberechtigung ift alfo teineswegs ein Anspruch barauf, bag bie Strafverfolgung flatifinbe, gu verfleben; einen folden Anfpruch bat ber Antragoberechtigte nur in gang bemfelben Dage wie jeber anbere Berlette. Bird ber Antrag auf Strafverfolgung (rechtzeitig) gestellt, fo ift, abgeseben von ber etwaigen Zuläsigkeit seiner Zurudnahme, bas Berhaltniß bes Staates zu bem vorliegenben Straffalle ber Regel nach (vgl. § 416) gang baffelbe wie bei einem Delitt, bei welchem bas Ans tragserforbernig nicht Blat greift. Insbef. ift für bie Entichlieftung ber Staatsanwalticaft barüber, ob bie öffentliche Rlage zu erheben ober beren Erhebung (z. B. wegen Mangels bin: reichenber Beweife) ju unterlaffen fei, ber Bille und bie Meinung bes Antrageberechtigten in feiner Beise makgebend (al. A. Dishausen S. 299). — Ganz folgerichtig hat auch die StBD, bem Antragsberechtigten als foldem eine Barteirolle ober eine fonftige Mitwirfung in bem Berfahren nicht eingeraumt; inbeg werben bei ibm regelmäßig bie Borausfegungen fur ben Anichlug als Rebenflager (§ 435) gutreffen.
- b. Die Erhebung ber öffentlichen Klage wegen eines Antragbelitts und bie Ersöffnung ber Untersuchung barf nur erfolgen, wenn ber Antrag gestellt ist; ber Nachweis ber geschenen Antragstellung und ihrer Rechtzeitigkeit gehört zur Begründung ber Klage. Bare jedoch die Eröffnung der Untersuchung ohne das Borhandensein dieses Nachweises erfolgt, so würde dies die Einstellung des Bersahrens nicht nothwendig zur Folge haben. Zunächst sieht uns bedenklich der Staatsanwaltschaft die nachträgliche Beibringung des Nachweises zu, das der Antrag in der That vor Erhebung der Rlage gestellt sei, und das Gericht wird ihr erforder sichenfalls eine Frist zu dieser Beibringung zu gewähren haben. Aber auch ein nach Eröffnung der Untersuchung (innerhalb der gesehlichen Antragsfrist) gestellter Antrag ist von rechtlicher Birksamseit und schließt die Einstellung des Bersahrens (§ 259 Abs. 2) aus; es kommt allein darauf an, ob in dem Zeitpunkt, zu welchem das Gericht die Entscheidung erläst, ein rechtzeitiger Strasantrag vorliegt. Gl. A. Roer. II. 20. Apr. 83 (Rspr. V. 270), IV. 21. Jan. 87 (Rspr. IX. 83). Bgl. Olshausen S. 302, v. Kries in StR3. V. S. 10; a. M. Binding Normen I. S. 9.
- o. Aus ber Unzuläffigkeit ber Rlage vor erfolgter Antragftellung ift inden nicht zu falgern, bag vor ber letteren auch die Bornahme solcher Untersuchungshand Iungen (Beweiserhebungen, Beschlagnahmen zc.) unstatthaft sei, in Ansehung beren Gesahr im Verzuge obwaltet; vielmehr ist die Staatsanwaltschaft sur berechtigt und verpflichtet zu erachten, auch Mangels bes Antrages insoweit einzuschreiten, als bies durch die gedachte Gesahr bedingt ift. Dieser Sat sindet sich zwar in der StPO. nicht ausgesprochen; er ergiebt sich indes daraus, daß die StPO. sogar die Berzhaft ung des Beschlichgen vor erfolgter Antragstellung zuläst (§§ 130, 127 Abs. 3); a. R. Weser. I. 13. Febr. S2 (Entsch. VI. 37), Olshausen S. 312. Für die Entschließung der Staatsanwaltschaft wird es, außer auf die gedachte Gesahr, darauf ausommen, ob anzunehmen ift, daß es dem Antragsberechtigten (3. B. wegen Abwesenheit) an der Möglichkeit der Antragstellung geschlt habe, daß er aber demnächt den Antrag stellen werde. Bgl. noch § 160 Note 10. Das hier von der Staatsanwaltschaft Gesate sindet auch auf die Behörden und Beamten des Polizeis und Sicherheitsbienstes (§ 161) und auf den Amtsrichter (§ 163) entsprechende Anwendung.
- d. Die Staatsanwaltschaft und beren Organe find auch ba, wo ein einstweiliges Einschreiten berfelben (o) nicht stattgefunden hat, befugt, ben Antragsberechtigten zur Erklärung, ob er die Strafverfolgung beantragen wolle, aufzufordern; eine solche Befragung muß schon beshalb für statthaft erachtet werden, weil es dem Antragsberechtigten nicht selten unbefannt ift, baß Mangels des Antrages die Strasverfolgung unterbleiben würde. Darüber, ob die Befragung bes Antragsberechtigten angemessen sein, haben die Staatsanwaltschaft bezw. deren Organe nach Lage des einzelnen Falles zu besinden, wobei insbes. auf die Erheblichseit des Delitis und die

etwaige Gefährlichfeit bes Thaters Rudficht ju nehmen fein wirb. Gine Ginwirtung auf ben Entidlug bes Antragsberechtigten haben bie Beborben nicht ju üben. - In Betreff ber Berhaftung val. noch S 130 u. Rote 3 baf.

- e. Beicht bas ertennende Gericht hinfichtlich ber Qualifigirung ber That von ber Aufjaffung ab, welche bem Beidluffe über bie Eröffnung ber Unterfuchung gu Grunde liegt, fo tommt es nunmehr binfictlich bes Erforberniffes bes Antrages nur noch barauf an, welches Strafgefes von bem erkennenben Gericht für anwenbbar erachtet wirb. Demnach wirb 2. B. ber IIms stand, daß demjenigen, welcher den Antrag gestellt hat, die Legitimation hierzu sehlt, bebeutungs los, fobalb bas ertennenbe Gericht, abweichend von bem Eröffnungsbeichlusse, in ber porliegenben That ein Delift findet, zu beffen Berfolgung es eines Antrages nicht bebarf. In bem umgefehrten falle: wenn es nach Lage bes Gröffnungsbefcluffes eines Antrages nicht beburfte, bas erkennenbe Bericht aber bie That als eine folde qualifigirt, ju beren Berfolgung ein Antrag erforberlich ift. wird die Rachholung des letteren, sofern fie noch geschehen kann, nothwendig, und solalich ist in biefem falle bie Berurtheilung bes Angeflagten unstatthaft, wenn ber Antrageberechtigte ben Antrag nicht stellt ober bie nachträgliche Antragstellung burch ben Ablauf ber Frist ausgeschlossen ift. — Die Staatsanwaltschaft wird in ben geeigneten Källen (vgl. 3. B. StBB. SS 223, 223, 8. 332) ber Möglichkeit einer von ber anfänglichen Auffassung abweichenben Beurtheilung ber That daburch im Boraus Rechnung zu tragen haben, daß fie rechtzeitig ben (nach jener Auffassung nicht erforberlichen) Antrag bes Berechtigten einholt, bamit nicht Straflofigkeit in Fallen einnete, in benen biefelbe ebenfofehr bem Billen bes Berletten mie bem Intereffe ber öffentlichen Orbnung wiberftreiten murbe.
- f. Ueber bie Ronftatirung ber erfolgten Antragftellung in ber Sauptverhanblung f. § 259 Rote 13; über bas in biefer Sinficht bem Revifionsgericht guftebenbe Brufungerecht: § 376 Rote 2. b.
- g. In Betreff bes Falles, wenn bei einem Antragsbelifte mehrere Berfonen als Thater ac. betheiligt finb, f. § 153 Rote 3. b.
- h. Ausbrudliche Ermahnungen ber Antragsbelitte finden fich in ber StBD. in § 127 916. 3, § 130, § 156 916. 2, § 259 916. 2, § 414, § 502.
- 8. Der ftaatlichen Strafverfolgung (ber öffentlichen Rlage) ist teine Rlaffe strafbarer Handlungen völlig entzogen: Straffalle, beren Berfolgung ausichlieglich im Bege ber Privat= flage flatthaft mare, tennt bie StBD. nicht (vgl. SS 416, 417 Abf. 2).
- 9. In Betreff ber Frage: welchen Organen bes Staates bie Initative bei ber Strafverfolgung guftebe, f. S 151 Rote 2.
 - 10. In Betreff ber faat grecht lich en Seite bes Strafflagerechts f. BBG. Tit. 2 Rote 2, 5, 6, 15.
 - B. Die Berechtigungen bes Berletten und anberer Berfonen.
- 11. In Bezug auf ben Betrieb ber öffentlichen Rlage tennt bie GtBD. folgenbe Be= rechtigungen :
- a. Strafbare Banblungen angugeigen und Antrage auf Erhebung ber öffentlichen Rlage ju ftellen, ift (von ben Antragsbeliften abgefeben) Zebermann berechtigt (vgl. § 156 Rote 1). Demjenigen, ber einen folden Antrag gestellt hat, steht, falls bie Staatsanwaltschaft biesem nicht Folge giebt, ber Anspruch auf Bescheibung zu (§ 169).
- b. Dem Berletten, welcher ben Antrag auf Erhebung ber öffentlichen Rlage geftellt hat, fteht, falls bie Staatsanwalticaft biefem nicht Folge giebt, nach Maggabe bes § 170 bie Be= ichwerde und event. ber Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu. Das Rähere, insbef. über ben Begriff bes Berlepten, f. in ben Roten ju § 170.
- c. Der Berlette tann fich ber erhobenen öffentlichen Rlage in ber Gigenicaft als Reben= flager anichliegen: a) wenn es fich um ein Bergeben hanbelt, wegen bessen er auch als Brivatfläger hatte auftreten konnen (§ 435 Abf. 1); 3) wenn bie strafbare handlung gegen fein Leben, feine Gefundheit, feine Freiheit, feinen Personenstand ober seine Bermögensrechte gerichtet war und er bie Erhebung ber öffentlichen Rlage burch einen Antrag auf gerichtliche Entscheibung herbeigeführt Digitized L $_{26}$ 00810

Lowe, Strafprozegorbnung. 5. Auflage.

hat (§ 435 Abs. 2); y) wenn er die Zuerkennung einer Buße zu verlangen berechtigt ift (§ 443). Das Rähere s. in den Noten zu diesen §S.

Uebrigens ift niemand berechtigt, eine Strafverfolgung gegen sich selbst zu verlangen, gleichviel, ob das Berlangen die Berhängung einer Strafe ober die Wiberlegung eines vorhandenen Berbachtes bezweckt. hieraus folgt, daß im Falle einer erfolglosen Selbstanzeige (vgl. § 158 Rote 2. a) bem Anzeigenden ein Recht zur Beschwerde nicht zusteht (wenngleich die angerusene staatsanwallsschilde Instanz auch aus einer solchen Beschwerde den Anlaß zu einer Anweisung an die untere Instanz entnehmen kann; vgl. GBG. § 147 Rote 4).

12. Das Institut ber Privatklage hat nur in sehr beschränktem Maße in ber StPD. Aufnahme gesunden: lediglich bei solchen Beleidigungen und Körperverlehungen, deren Bersolgung nur auf Antrag eintritt, steht dem Berketten und demjenigen, welcher neben diesem selbstständig auf Bestrafung antragen darf (StGB. § 195), die Erhebung einer Privatklage au (§ 414). Bgl. auch § 433 Abs. 2. — Die Privatklage der StPD. ist nicht eine substätze, sondern eine pringipale, da sie ohne vorgängige Anrusung der Staatsanwaltschaft erhoben werden kann (§ 414 Abs. 1). Darüber, daß die Erhebung der Privatklage das staatliche Strafklagerecht in dem bett. Falle nicht beseitigt, s. § 417 Abs. 2, 3. Bgl. auch oben Note 8.

III. Berfonen, welche von ber Strafflage betroffen werben tonnen.

- 13. Als Beidulbigte (Thater, Anftifter, Gehülfen) tonnen ftets nur Inbividuen, nicht aber juriftische Bersonen ober Bersonenmehrheiten als solche verfolgt werben. Daber ift 3. B. eine Straftlage gegen die "Direktion einer Aktiengesellschaft" ober gegen "eine Sanbelsfirma" unftatthaft: die Strafklage kann nur gegen die Personen, welche die Direktion bilben bezw. gegen die Inhaber ber Firma erhoben werben.
- 14. Außer bem Beschulbigten tonnen von ber Strafflage noch andere Bersonen betroffen werben, falls es fich nämlich bei bem ftrafrichterlichen Urtheil um folde Festfepungen hanbelt, welche in bie Rechtsiphare Unberer eingreifen und gegen biefe vollstredt werben follen. Es tommen hier in Betracht (vgl. oben Rote 3): a. Diejenigen Bersonen, beren Rechte von einer burch bas Urtheil auszusprechenben Gingiehung 2c. berührt merben; bas Rabere in Betreff biefer Bersonen f. in ben Roten ju SS 477-479; - b. biejenigen, bie nach bem Strafgejet fur eine ben Beidulbigten treffenbe Gelbstrafe haftbar finb. Die prozessuale Stellung biefer letteren Berfonen ift gesehlich nicht geregelt; im Allgemeinen werben bieselben, mas ihren Anspruch auf Augiehung jum Berfahren und ihre Bertheibigungsbefugniffe betrifft, bem Befdulbigten gleichzuftellen fein. Insbef. aber find fie befugt, ber Strafflage in allen ihren Theilen zu widersprechen und, unabhangig von bem Berhalten bes Beschulbigten selbft, bas Nichtvorhandensein eines Delittes barguthun; bies gilt felbst bann, wenn gegen ben Befculbigten icon rechtsträftig ertannt ist; gl. A. RGer. IV. 22. Mai 85 (Entsch. XII. 212), III. 7. Juni 83 (Entsch. VIII. 362, Rspr. V. 410). - Auf Die porftebend (a. b.) gebachten Berfonen findet bas in note 13 Bemertte nicht Anwendung : als Gingiehungsintereffenten bezw. als haftbar tonnen auch juriftifche Berfonen et. bei bem Berfahren betheiligt fein.

IV. Allgemeine und befondere Boraussehungen ber Straftlage. hinberniffe ber letteren.

15. Allgemeine Boraussehung ber Strafflage ift: baß in Ansehung ber That und ber zu versolgenben Berson bie beutsche Strafgewalt (vgl. GBG. Tit. 2 Note 2, 5) begründet ift. Eine im Auslande begangene That unterliegt ber Strafgewalt ber beutschen Gerichte nur in gewissen, in ben Strafgesehen vorgeschenen Fällen; vgl. hierüber § 9 Note 2. Belche Personen bet beutschen Strafgewalt entzogen sind, bestimmt sich nach den Grundsten bes Staatse und Bölfererechts; hierüber s. GBG. §§ 18—21 u. die Noten bas. In manchen Fällen aber ift die Zuläsigesteit der Strafversolgung noch von gewissen besonderen, positiven oder negativen Boraussisch ung en abhängig, deren Nichtvorhandensein sich als ein der Strafslage entgegenstehendes hinders niß barstellt, und die Birkung eines solchen hindernisse ist theils die: daß die Erhebung der Strafslage einstweilen oder, salls das hinderniß nicht beseitigt wird, überhaupt unterbleiben muß, theils die: daß die Durchführung der erhobenen Strafslage (die Erwirkung eines Strafurtheils)

Digitized by GOOQIC

nicht erfolgen kann, vielmehr mit bem Berfahren innegehalten bezw. bieses völlig eingestellt werben muß. Bgl. hierüber bes. v. Kries, Die Prozesvoraussenungen bes Reichsstrafprozesses, in SiR3. V. S. 1 ff. — Die gebachten hinbernisse haben ihren Grund theils in ber Beschaffenheit ber Sache, theils in ber Person bes zu Berfolgenben.

- A. Sinderniffe, bie in ber Befcaffenheit ber Sade begrundet find.
- 16. Ein hinberniß biefer Art liegt vor, wenn, bevor bie Erhebung ber Strafflage ober beren Durchführung erfolgen tann, bie Enticheibung einer anberen Rechtsfache abgewartet werben muß; vol. Pland S. 451, Zacharia II. S. 107. In biefer Beziehung ift Folgenbes hervorzuheben:
- a. Die Entscheidung über civilrechtliche Borfragen (3. B. über ben Personenstand eines Renschen, über bie Einrebe ber Berechtigung zu ber gerügten Hanblung 2c.) ist grundsätlich bem Strafrichter nicht entzogen; er ist nur besugt, geeignetensalls die das fragliche Rechtsverhältnis berreffende Entscheidung des Civilrichters abzuwarten. Dies gilt entsprechend auch für Borfragen aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts, welche Gegenstand der Entscheidung eines Berwalsungsgerichts 2c. sein können. Das Rähere s. bei § 261.
- b. Berschieben von bem Falle einer civilrechtlichen Borfrage find die hierher gehörigen Fälle ber Geerschleichung, ber Entführung und bes Shebruchs; in biesen ift die Erhebung ber Strafestage erft statthaft, nachbem bas Civilgericht ein bie Auflösung ber betr. Che aussprechens bes Urtheil erlassen hat (StBB. §§ 170, 238, 172). Dagegen gehört ber Fall ber Bigamie (StBB. § 171) nicht hierher, ba bei bieser die Strafversolgung von ber vorgängigen Richtigkeitserklätung ber zweiten Ehe nicht abhängig ift.
- c. Bon ber Erledigung einer anberen Straffache abhängig ift bie Durchführung ber Straftlage in ben Fällen bes § 164 Abf. 2 und bes § 191 bes StBB. (faliche Anschuldigung bezw. Beleibigung). Das Rabere in Betreff biefer Bestimmungen f. in ben Kommentaren jum StBB., insbef. bei Olshausen S. 624, 722.
- 17. Die Berfolgung öffentlicher Beamten megen amtlicher hanblungen tann landesrechtlich an bie Borentscheidung einer besonderen Behörde gebunden sein; bas Rabere f. im EB. jum SBB. § 11.
- 18. In Betreff bes Mangels bes gur Strafverfolgung erforberlichen Antrages bezw. ber erforderlichen Ermachtigung f. oben Rote 7.
- 19. In ber gesetzlichen Rothwenbigkeit, bas betr. Delikt zunächft zum Gegenstande eines Berwaltungs-Strafversahrens zu machen (hierüber s. GBG. § 13 unter I. u. insbes. Rote 7.a. bas.), ist nur scheinbar ein hinberniß ber Straftlage enthalten, ba bas gebachte Bersiahren im Berhältniß zu bem gerichtlichen nur eine andere Form bes Strafversahrens barstellt und auch in ihm bas Strafrecht bes Staates zur vollen Wirksamkeit kommen kann.
 - B. Sinberniffe, melde in ber Perfon bes gu Berfolgenben begrundet finb.
- 20. a. Ein Hinderniß, zwar nicht ber Erhebung, wohl aber der Durchführung der Straftlage liegt vor, wenn ber zu Berfolgenbe geisteskrank ift. Das Berfahren hat fich hier — ab= gejegen von folden Magregeln, welche gerabe bie Reftftellung bes Beiftegauftanbes betreffen (val. 3. B. S 81) — barauf zu beschränken, für ben Kall ber kunftigen Genesung bes Beschulbigten bie Beweise gu fichern; vgl. § 203 sowie § 331, ber bier analog angumenben fein mirb. Gine Dauptverhanblung barf, sobalb bie Geisteskrankheit bes Beschnlbigten feststeht, gegen ihn nicht flatifinden, da ihm bie Möglichkeit, sich in vernunftgemäßer Beise zu vertheibigen, fehlt. Leibet ein Beschuldigter an partieller Geistesstörung, jo kommt es darauf an, ob diese von der Art ist, bag fie ihn an ber vernunftigen Geltenbmachung feiner Rechte hinbert; ift bies nicht ber Fall, fo fann bie hauptverhandlung flattfinden: RGer. III. 17. Jan. 80 (Enifch. I. 149, Rfpr. I. 242). - Das Gefagte gilt auch fur bie Berufungs: und fur bie Revifionsinftang, und zwar felbft bann, wenn es gewiß ift, bag ber Beidulbigte, mare er gefund, in ber hauptverhandlung nicht eicheinen wurbe. Die Bulaffigfeit ber Bertretung beffelben burch einen Bertheibiger tann biergegen nicht in Betracht tommen, ba ein Geiftestranter auch nicht in ber Lage ift, einen Bertheibiger mit ben nöthigen Anweisungen zu versehen. — Dagegen wird burch bas bloße Bors Digitized 600 SIC

- 4. Unter ben in Abs. 1 gebachten "bem Gericht vorliegenben Aften" find auch bie von ber Staatsanwaltschaft im Borbereitungsversahren geführten Aften zu verstehen, insoweit bieselben ben gerichtlichen Aften einverleibt ober beigefügt find. Inwieweit übrigens bie Staatsanwaltschaft verpflichtet sei, bei Erhebung ber öffentlichen Klage ihre Aften bem Gericht zugehen zu saffen, barüber s. bie Roten zu § 168. Auch alle bem Gericht vorliegenden Beiaften, z. B. biejenigen, welche bie Borstrasen bes Beschulbigten betreffen, barf ber Bertheibiger einsehen.
- 5. a. Auf das Borbereitungsverfahren finden die Bestimmungen des Abs. 2 und des Abs. 3 nicht Anwendung. In Betress des Abs. 2 ist entscheidend, daß es im Borbereitungsversahren "gerichtliche Untersuchungsalten" nicht giebt, daß vielmehr selbst die Protosole über die etwaigen gerichtlichen Untersuchungshandlungen (§§ 160, 163, 164) Bestandtheile der Atten der Staatsanwaltschaft werden. Der Abs. 3 aber enthält nicht eine selbstständige Borschrit, sondern nur eine Modisstation des Abs. 2: die dort aufgestellte Beschräntung ("insoweit kann") soll hinsichtlich der in Abs. 3 bezeichneten Protosole nicht Platz greisen. Daß Abs. 3 etwas Rehreres nicht bestimmen will, erhellt auch aus seiner negativen Fassung. Gl. A. John S. 1023; vgl. übrigens Boitus Kontr. I. S. 65, sowie Stenglein S. 300 (letzterer will für die Fälle des § 167 Abs. 2 eine Ansnahme machen).
- b. Aus bem Borbemerkten ergiebt sich auch die Bebeutung bes Bortes "feinesfalls". Abs. 3 giebt bem Bertheibiger keinen Anspruch barauf, baß ihm die Aften ftets fogleich vorgelegt werben, nachdem er ben bezüglichen Antrag gestellt hat; vielmehr muß die in Betreff ber Staatsamwaltschaft in § 194 getroffene Bestimmung: baß burch die Einsüchtnahme in die Aften bas Bertfahren nicht ausgehalten werben barf, auch gegenüber bem Bertheibiger Plat greisen und ber lettere sich somit auch einen Ausschub ber Erledigung seines Antrages gefallen laffen, wenn die Lage ber Sache zunächst einen anberweiten Gebrauch ber Aften erheischt.
- 6. Die Enticheibung barüber, ob und inwieweit mahrend ber Boruntersuchung (Abs. 2) bem Bertheibiger die Einsicht ber Alten zu gestatten sei, sieht bem Untersuchungsrichter zu. GI. A. Reller S. 170, Boitus S. 197, John S. 1024, Stenglein S. 300; a. M. Puchelt S. 292.
- 7. Db ber (auf ben Beschüssen ber MIR. beruhenbe) Abs. 4 schon in ber Borunters such ung anwendbar sei, erscheint zweiselhaft. Die Borte "bes Borsitenden" tonnen füglich nur auf das hauptversahren bezogen werden; an den Borsitenden ber in der Boruntersuchung beschließenden Straftammer ist hier deshalb nicht wohl zu denken, weil es sehr unangemessen ware, wenn das Geset die Entscheidung über die Berahfolgung der Alten während der Boruntersuchungstatt dem Untersuchungsrichter dem Corsitenden der Straftammer übertragen wollte (a. M. Geyer S. 438). Gleichwohl ist auch in der Boruntersuchung eine Berahfolgung der Alten in die Bohrung des Bertheibigers nicht schlechthin auszeschlossen, vielmehr der Untersuchungsrichter sur befugt zu erachten, ausnahmsweise die Berabsolgung zu bewilligen, wenn er hierzu besondere Grinde sindet, findet, die Bohre Grinde sindet.
- 8. Unter ben in Abs. 4 gebachten "Ueberführungsftuden " finb, im Gegensat zu ben Protofollen, namentlich bie Sachbestanbsstude (3. B. bie gefälschte Urfunde, ber beleidigende Brief) zu verstehen.
- 9. Die StBD. enthält feine Borfchrift barüber, ob ber Bertheibiger, insoweit ihm bie Einsicht ber Alten zusieht, auch die Ertheilung von Abschriften aus ben letteren verlaugen tonne. Ein Anspruch hierauf fann ihm nicht zugestanden werden, zumal die Ansertigung der Abschriften oftmals zu einer erheblichen Belastung des Gerichts und zu einer Berzögerung des Berfahrens sühren könnte. Andererseits aber ist das Gericht unbedenklich besugt, dem Bertheibiger auf seine Kosten die erbetenen Abschriften zu ertheilen, wenn im einzelnen Falle Beiterungen hieraus nicht entstehen. Einem bestellten Bertheibiger werden ausnahmsweise die Abschriften fosten frei zu ertheilen sein, wenn und soweit das Gericht bessen Augade: daß er derselben zur Ersüllung seiner Ausgabe im vorliegenden Falle nothwendig bedürfe, für begründet erachtet. Theilm. a. R. v. Schwarze Erört. I. S. 211 u. andererseits Buchelt S. 292; vgl. Keller S. 171. Sich selbst Abschriften aus den sich ein zur Ersüllung tenerwehrt.

Digitized by GOOGIC

§. 148.

Dem verhafteten Beschulbigten ist schriftlicher und munblicher Berkehr mit dem Bertheibiger gestattet.

So lange das Hauptverfahren nicht eröffnet ift, kann ber Richter schriftliche Mittheilungen zuruckweisen, falls beren Sinsicht ihm nicht gestattet wirb.

Bis zu bemselben Zeitpunkte kann ber Richter, sofern bie Berhaftung nich. lebiglich wegen Berbachts ber Flucht gerechtfertigt ist, anordnen, daß ben Unterzedungen mit dem Beribeibiger eine Gerichtsperson beiwohne.

(I. Entm. \$ 127; II. Entm. \$ 129; III. Entm. \$ 131.)

10. Die Befugniffe, welche § 147 bem Bertheibiger gemahrt, fichen weber bem Beichuls bigten felbft noch bem gefehlichen Bertreter beffelben gu.

3# § 148.

- 1. Auch biefer & findet auf alle Bertheibiger ohne Unterschied Anwendung; vgl. § 138 Rote 7.
- 2. Sobalb bas hauptverfahren eröffnet, b. h. ber in § 201 bezeichnete Beschluß (vgl. auch § 211) erlassen ift, bursen bie in Abs. 2, 3 bestimmten Beschräntungen nicht mehr Plat greisen. Dieraus ift indeh weber eine Besugniß des Bertheibigers, die Zeit für den münblichen Berkehr mit dem Beschuldigten beliedig zu wählen, noch auch eine Besugniß des Beschuldigten, beliedig oft Briese ze. an den Bertheibiger zu schreiben, herzuleiten; vielmehr find in dieser Beziehung die Bestimmungen der Gesängnißordnung maßgebend (§ 116 Abs. 2). Für Preußen voll. S§ 77, 78 des Gesängniß-Regl. v. 16. März 1881 (Anl. zum IRB. Nr. 11). Bas übrigens die an den Beschuldigten gerichteten schriftlichen Mittheilungen betrifft, so müssen auch diezenigen, welche nach Eröffnung des hauptversahrens eingehen, als solche, welche von dem Bertheidiger hertühren, erkennbar sein, wenn Abs. 1 auf sie Anwendung sinden soll.
- 3. Die in Abs. 2, 3 bestimmten richterlichen Befugnisse stehen im Borbereitungsverssahren bem Amtörichter, in der Boruntersuchung dem Untersuchungsrichter und, nachdem die Akten dem zur Eröffnung des hauptverfahrens zuständigen Gericht zugegangen find (§§ 196—201), dem lehteren zu.
 - Bu Abf. 2.
- 4. Die Bestimmung finbet, abweichend von berjenigen bes Abi. 3, auch bann Anwendung, wenn bie haft nur wegen bes Berbachts ber Flucht verhangt ift.
- 5. Die Bestimmung ift, wenngleich fie nur von fcriftlichen Mittheilungen spricht, boch uns bebenflich auf alle Arten von Senbungen (Badete ic.) zu beziehen, zumal in solchen ftets schrifts liche Mittheilungen enthalten fein tonnen.
- 6. Die in Abs. 2 bem Richter gegebene Befugniß gestaltet fich verschieben, je nachbem es sich um eine pon bem Beschulbigten an ben Bertheibiger ober umgekehrt pon biesem an jeuen gerichtete Rittheilung handelt. Will ber Beschulbigte an ben Bertheibiger schreiben, so kann ber Richter bie Genehmigung hierzu von ber Ginsichtnahme in bas Schriftftud abhangig machen. hat er aber bie Genehmigung bebingungslos ertheilt, fo barf er bas von bem Befdulbigten Gefdriebene wider dessen Willen nicht einsehen; er darf viemehr, wenn er nachträglich Bebenken gegen die Absendung hegt, das Schriststud nur vernichten, und er muß, bevor er bies thut, dem Beschulbigten bie Bahl laffen, ob er sich ber Durchficht bes Schriftstuds unterwerfen ober beffen Bernichtung geschen lassen will. hat ber Beschulbigte ohne bie Genehmigung bes Richters ein Schreiben abgefaßt, so unterliegt basselbe ber Beschlagnahme und Durchsicht. — Läßt ber Bertheibiger dem Beschulbigten ein Schreiben zugehen, so hat der Richter zu prüsen, ob die Durchsicht besselben erforberlich erscheint hat er bies verneint und bas Schreiben dem Beschulbigten ausgehanbigt, so ist auch eine nachträgliche Beschlagnahme und Durchsicht besselben unstatthaft. Halt bagegen ber Richter bie Durchsicht vor ber Aushänbigung an ben Beschulbigten für erforberlich, und wirb ihm biefelbe nicht, b. b. weber von bem Bertheibiger noch von bem Befculbigten felbft, gestattet, so hat er bas Schreiben jurückjuweisen. Inbem bas Gesetz bie Zurückweisung ge-

§. 149.

Der Shemann einer Angeklagten ift in ber Hauptverhandlung als Beiftanb berfelben zuzulaffen und auf sein Berlangen zu hören.

Dasselbe gilt von bem Bater, Aboptivvater ober Bormund eines minder- jährigen Angeklagten.

In bem Borverfahren unterliegt bie Zulaffung folder Beiftanbe bem richter- lichen Ermeffen.

(L. Entw. § 128; II. Entw. § 130; III. Entw. § 132.)

ftattet, ichließt es ftillschweigend zugleich weitergebende Dagnahmen aus: bas Schreiben barf weber in ber Sand bes Ueberbringers, noch überhaupt während ber Rückbeförberung an ben Bertheibiger in Beschlag genommen werben; in bieser hinsicht erganzt § :48 Abs. 2 bie Bestimmung bes § 97. Bgl. noch § 99 Note 7.

Bu 216f. 3.

- 7. Die hier bezeichnete Anordnung ift unstatthaft, wenn ber Erund ber Berhaftung lediglich in ber Flucht gefahr, nicht auch in ber Rollusionsgefahr, besteht. In dieser hinsicht kommt es zwar zunächst, aber nicht ausschließlich, auf ben Inhalt bes haibefehls (vgl. § 114) an; vielmehr hat ber Richter, wie auch die Fassung ber Bestimmung ("gerechtsertigt ist") erkennen lätt, die gegenwärtige Lage ber Sache in Betracht zu ziehen, und wenn er die in dem haftbesehl anz genommene Rollusionsgesahr für beseitigt erachtet, muß dem Bertheidiger die Unterredung mit dem Beschulbigten ohne Beisein einer britten Person gestattet werden. Es ist aber auch umgekehrt, wenn der haftbesehl nur wegen Fluchtgesahr erlassen war, völlig statthaft, benselben hinsichtlich seiner Begründung zu ergänzen und mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage nunmehr auch das Borhandensein der Rollusionsgesahr sestzustellen. Bgl. § 123 Note 3.
- 8. Unter bem Ausbrud "Gerichtsperson" ift hier jeber zu verstehen, ber bei bem Gericht in Gib und Pflicht steht. Die Auswahl ber Berson, welche im Falle bes Abs. 3 ber Unterrebung beizuwohnen hat, steht bem Richter zu; selbstverständlich fann auch biefer selbst ber Unterrebung beiwohnen.
- 9. Ericheint ber Inhalt ber Unterrebung verbächtig, fo ift, wie Stenglein S. 301 gutreffend bemerft, bie Berichtsperson befugt, biefelbe ab jubrechen.
- 10. Berlangt ber Beschulbigte eine Unterrebung mit bem Bertheibiger, so ift es Pflicht bes Richters, ben letteren biervon alsbalb gu benachrichtigen.

3u § 149.

- 1. 3n Betreff bes Rreifes ber bier aufgeführten Ber fonen vgl. bas in Rote 3, 4 ju Abidn. 11 Bemerfte.
- 2. Die gebachten Berfonen finb auch bann berechtigt, als Beiftanbe bes Beschulbigten aufzutreten, wenn biefem ein Bertheibiger gur Seite fteht.
- 3. Der Inhalt ber Berechtigung, als Beiftanb aufzutreten, wird burch § 149 nur in sehr unbestimmter Beise bezeichnet: bie Beistandsperson ift auf ihr Berlangen "zu hören". hiernach ift bieselbe für bejugt zu erachten, Thatsächliches und Rechtliches zu Gunsten bes Beschnlötzen vorzubringen, die Erklärungen bes letteren zu ergänzen und zu erläutern zc.; auch wird ihr die Berechtigung, die Erhebung von Beweisen in Anregung zu bringen, nicht abzusprechen sein. Im Uebrigen aber ist eine Beistandsperson nicht berechtigt, die prozessualischen Besugnisse bes Beschulzbigten, 3. B. bas Ablehnungsrecht, selbsiständig auszuüben.
- 4. a. Die Berechtigung, als Beiftand zugelassen zu werben, steht ben gebachten Bersonen nur in ber Sauptverhandlung zu; boch werben bie nach Eröffnung bes Sauptverfahrens stattfinstenben kommissarischen Beweistermine (SS 222, 224) ber Sauptverhandlung selbst gleichzustellen sein (a. M. Reller S. 173). Die Berechtigung beschränkt sich nicht auf die Hauptverhandlung erster Instanz, greift vielmehr in allen Instanzen gleichmäßig Plat. Uebrigens wird ber

§. 150.

Dem zum Bertheibiger bestellten Rechtsanwalte sind für die geführte Bertheis bigung die Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung aus der Staatstaffe zu bezahlen.

Der Rückgriff an ben in die Kosten verurtheilten Angeklagten bleibt vor-

(I. II. III. Catm. § -.)

3weites Buch.

Berfahren in erfter Instanz.

Ausbrud "Beiftand" babin zu verstehen fein, bag bie Beiftanbsperson nur neben bem erichienenen, nicht aber an Stelle bes ausgebliebenen Befculbigten auftreten barf.

- b. Gin Anspruch auf Labung zur hauptverhandlung fieht ben Beistandspersonen nicht zu; wohl aber ist es als eine Pflicht bes Richters und ber Staatsanwaltschaft anzusehem, einem Geuche um Benachrichtigung barüber, wann bie hauptverhandlung anstehe, zu entsprechen. Es
 enthält übrigens eine Berletung bes § 149, wenn bie hauptverhandlung zu einer früheren als
 ber sestgeseten Stunde abgehalten wird, ohne daß bem Beistande bes Angeklagten hiervon zuvor
 Rachricht gegeben worden: RGer. I. 6. Oft. 31 (Entsch. V. 50, Ripr. III. 607).
- 5. Bei ber bas Borverfahren betreffenben Bestimmung bes 21bs. 3 ift namentlich auf bie Gesahr einer Kollusion zwischen bem Beschulbigten und seinen Angehörigen Rudficht genommen.

 Uebrigens gilt bie Bestimmung gleichmäßig für bie Termine zur Bernehmung bes Beschulbigten selbst (§ 136), wie auch für biejenigen Beweistermine, benen berselbe beizuwohnen besugt ist (§ 191, 167). Bgl. noch § 409 Abs. 3.

3u § 150.

- 1. Der § beruht auf ben Befchlüssen ber MIR. (Brot. S. 520 ff., 882 ff. und S. 22 ff. sisg. 171]). Der bem Bertheibiger hier gemährte Anspruch an die Staatskasse hat solgende Boraussepungen: a. Der Bertheibiger muß als solcher bestellt sein; dem gemählten Berztheibiger steht ber Anspruch selbst dann nicht zu, wenn die Bertheibung eine nothwendige (§ 140) war: Re. III. 29. Nov. 83 (Mspr. V. 743); vgl. übrigens § 499 Abs. 2 u. die Roten das. Dagegen kommt es umgekehrt bei dem bestellten Bertheibiger auf die Nothwendigkeit der Bertheibigung nicht an (vgl. § 141). d. Der bestellte Bertheibiger muß ein Rechtsan walt sein. c. Die Bertheibigung muß durch ihn oder durch seinen allgemeinen Stellvertreter (§ 144 Rote 2. c) geführt worden sein, d. h. der Bertheibiger muß selbst oder durch den Stellvertreter biesenige Thätigkeit ausgeübt haben, welche ihm im vorliegenden Falle oblag. Hierbei greist ein Unterschied zwischen dem Borversahren und dem Hauptversahren nicht Plat; auch für die Thätigkeit in ersterem sieht dem Bertheibiger der Anspruch an die Staatskasse zu.
- 2. In Betreff ber Gebühren f. Gebührenordnung für Rechtsanwälte vom 7. Juli 1379 § 63 ff. (RGBI. S. 176). Bgl. die, eine Beschränfung des Gebührenauspruchs enthaltende Beskimmung bes § 39 Abs. 2 ber Rechtsanw.-D. (oben bei § 144).
 - 3. In Betreff bes Rudgriffs an ben verurtheilten Angeflagten vgl. § 497.

Bum Zweiten Buche.

1. In Buch 2 mirb bas auf Betreiben ber Staatsanmaltichaft ftattfinbenbe orbentliche Berfahren erfter Inftang bis einschließlich ber Urtheilsfällung behanbelt.

Erfter Abichnitt.

Deffentliche Rlage.

Im Gegensat hierzu s. in Betreff bes Privatklageversahrens und bes Anschlusses eines Rebenklägers: Buch 5; in Betress ber besonderen Bersahrensarten: Buch 6; in Betreff bes Bersahrens nach ber Urtheilsfällung: Buch 4 und Buch 7 Abschn. 1. Das Bersahren in ben höheren Inftanzen ift in Buch 3 geregelt.

Bum Erften Abichnitt.

- 1. Der Abichn. behandelt hauptsächlich bas Anklageprinzip (aktusatorische Brinzip); vgl. hierüber bie Roten zu § 151. Er enthält aber außerbem in § 152 Abs. 2 einen wichtigen, bie materielle Seite ber Strafverfolgung betreffenden Grundsat, mabrend bie übrigen hierauf bezüglichen Borschriften sich zerstreut in anderen Theilen ber StBD., insbes. in Buch 2 Abschn. 2 und in Buch 5, befinden. Mit Rücksicht hierauf erscheint ber gegenwärtige Abschn. als die geeignete Stelle, das Recht ber Strafverfolgung im Jusammenhange zu behandeln.
- 2. a. Das Recht bes Staates, gegen strasbare hanblungen einzuschreiten und ben Schulbigen ber Strase zu unterwersen, ist zwar an sich von ber Form bes Strasversahrens unabhängig, kommt indeß da, wo das letztere sich in der Form einer zwischen Parteien stattsindenden Verhandlung bewegt, in der Gestalt eines Rlagerechts zur Erscheinung: der Staat erhebt durch das von von ihm hierzu bestellte Organ eine auf Untersuchung und Vestrasung gerichtete Rlage. In diesem Sinne hat der Begriss der Rlage in das gegenwärtige Strasversahren, wiewohl dasselbe auf dem Grundsah der von Staatswegen stattsindenden Versolgung beruht, Aufnahme gestunden; voll. Pland S. 117 st. Zu unterscheiden von dem Rlagerecht ist die Prozeshandlung, durch welche dasselbe zur Ausübung gelangt, also die Rlage erhoben wird; hierüber s. § 168 u. die Roten das.
- b. 3m Begenfat ju ber civilrechtlichen, auf Schabenserfat ober Rudgabe eines Gegenftanbes zc. gerichteten Rlage, welche aus einer ftrafbaren Sanblung ermachfen tann, ift bie auf Untersuchung und Beftrafung gerichtete Rlage am jutreffenbften als "Strafflage" ju bezeichnen (fo: Berner, Lehrbuch bes Strafrechts I. Aufl. S. 223, preug. StBD. von 1867 & 3). Die StBD. hat indeg biefen Ausbrud nicht aufgenommen; vielmehr bebient fie fich zweier Ausbrude, inbem fie nach bem Borgange einiger Lanbesgesete (Olbenburg Art. 56, Bremen Art. 22) bie von ber Staatsanwaltschaft erhobene strafrechtliche Rlage als "öffentliche Rlage", bie von einer Privatperson erhobene als "Privattlage" bezeichnet. Die burch biefe Benennungen ausgebrudte Unterfcheibung betrifft lebiglich bie Berfchiebenheit bes bie Rlage erhebenben Gubiefts. -Die Bezeichnung "öffentliche Rlage" ift von ben beutschen Gesetzungen bem Code d'instr. crim art. 2 .- 4 entlebnt, wofelbft bie Rlage auf Bestrafung (welche nach frangofifchem Recht ausschließe lich ben Organen bes Staates juftebt) "action publique" genannt wirb. Den Gegensat gu biefer bilbet bie "action civile", welche jeboch von ber Brivatklage ber StBD. begrifflich verschieben ist und auch mit ber Rebenklage nur hinsichtlich bes in § 443 behanbelten Kalles verwandt ift. Die action civile ift nämlich nicht eine Rlage auf Bestrafung, sonbern lediglich bie aus ber ftrafbaren hanblung erwachiene Rlage auf Schabensersat zc., welche inbeg, nach einer bem frangöfischen Recht eigenthumlichen Ginrichtung, felbst in bem Falle, wenn eine Strafverfolgung noch nicht anhängig ist, bei bem Strafrichter angebracht werben kann und welche in biefem Falle bie Birtung hat, bag burch fie bie Berhanblung und Enticheibung auch in ber Strafface berbeigeführt wird (art. 1 sq., 63 sq., 145, 182).
- c. In dem Folgenden wird ba, wo sowohl von der öffentliche Klage wie von der Privatflage die Rebe ift, der Ausbruck "Straftlage" gebraucht. — In Betreff des Ausbrucks "Anklage" und des Beihältnisses besselben zu dem Begriff der "Klage" s. unten Note 3. b zu Abschn. 2—6 (hinter § 155).
 - I Gegenstanb ber Straftlage. Berhaltniß jur Civilflage. Straf: rechtsmeg und Civilrechtsmeg.
 - 3. Die Strafflage ift bas prozessualische Mittel zur herbeiführung nicht blos ber Strafe

- i. e. S., sondern auch aller sonstigen firafrechtlichen, b. h. im Strafgeset begründeten Folgen der firajdaren Handlung. Als solche sind u. A. hervorzuheben: a. die Einziehung (Unbrauchsbarmachung 2c.) einzelner Gegenftände, welche Maßregel in gewissen Fällen auch gegen andere Bersonen als den Schuldigen und serner gemäß § 42 des StBB. auch selbstständig, b. h. ohne Bersolgung einer Person, erkannt werben kann; das Rähere s. in den Noten zu §§ 477—479;
 b. die nach einzelnen Gesehen eintretende haftbarkeit eines Anderen sur §§ 477—479;
 b. die nach einzelnen Gesehen eintretende haftbarkeit eines Anderen sur §§ 461, preuß. Forstbiebst.-Ges. v. 15. Apr. 1878 §§ 11, 12 (GS. S. 222);
 c. die Untersagung des Gewerbetriebes im Falle des § 23 des Ges. gegen die gemeingesährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie v. 21. Okt. 1878 (RGBI. S. 351);
 d. die Schließung eines Bereines wegen Zuwiderhandelns gegen die Borschriften über das Vereins und Versammlungsrecht; vgl. 3. preuß. Bdn. v. 11. März 1850 § 16 (GS. S. 277).
- 4. a. Die Straftlage tann nur bei bem Strafrichter (vgl. übrigens GBG. § 13 Rote 2 ff.) erhoben und nur im Bege bes Strafversahrens erledigt werden; fie tann nicht Gegenstand eines Civilprozesses sein, insoweit nicht ausnahmsweise bas Geset bies ausbrücklich gestattet. Gineiolche Ausnahme (Ginziehung ber Nachbrucks-Eremplare 2.) s. in § 26 Abs. 2 bes Ges. über bas. Urheberrecht an Schristwerken 2c. v. 11. Juni 1870 und in ben auf bieses verweisenben Geseten über bas Urheberrecht an Berken ber bilbenben Künste, an Photographieen, an Mustern und Rosebellen (unten in Abth. 111). In Betreff ber burch eine Einziehung veranlaßten Civilslage eines Dritten gegen ben Staat (Kiskus) f. die Noten zu §§ 477—479.
 - b. In Betreff ber f. g. Injurienklagen ogl. EG. § 11 u. Rote 1 bafelbit.
- 5. Die Straftlage und die aus der strafbaren handlung etwa erwachsen Civilklage (vgl. Rote 2. b) find von einander ganz unabhängig; die über die eine Rlage ergangene Enischeidung if für die Entscheidung über die andere Rlage nicht präjudizirlich; vgl. § 260, CBO. §§ 259, 140, 543 Rr. 6, EG. zur CBO. § 14 Rr. 1. Die Civilklage kann nicht mit der Strafz tlage verbunden werden und nicht Gegenstand des Strafversahrens und der strafrichterlichen Entschidung sein (der 1. und II. Entw. der StPO. hatten den Abhäsionsprozeß aufgenommen, der dezügliche Absch. wurde jedoch im III. Entw. gestrichen). Dieser Sat erleidet eine Aussnahme nur insoweit, als das Strafgeset dem Berletzten den Anspruch auf Zuerkennung einer Buße gewährt: die Buße ist nichts Anderes als die im Strasversahren, also durch Urtheil des Strafrichters sestzusehnde Entschädigung des Berletzten; vgl. hierüber bes. Dochow, Die Buße im Strasprozeß S. 9. Das Rähere s. unten § 413. Bgl. noch § 111.
 - II. Berechtigungen in Bezug auf bie Straftlage. Berechtigte Subjette.
 A. Die rechtliche Stellung bes Staates.
- 6. Für ben Staat wird nach ber hentigen, auch ber SIPO. zu Grunde liegenden Auffassung bes Strafrechts ber Regel nach burch die strafbare handlung ebensowohl das Recht wie die Pflicht zur Strafverfolgung begründet. Das Recht ift im StGB. insofern indirekt zum Ausbruckgebracht, als dieses Gesethuch nur bei gewissen Delikten die staatliche Strasverfolgung an die Burstimmung (ben Antrag bezw. die Ermächtigung) des Verletzen oder einer anderen Person gebunden hat. Diese Antrags bezw. Ermächtigungsbelikte stellen zugleich hinsichtlich des Rechts des Staates die Ausnahmen von der obigen Regel dar. Die Pilicht des Staates zur Strasversolgung ist in der SIPO. § 152 Abs. 2 anerkannt, woselbst auch auf die Ausnahmen verwiesen ist, benen nach dieser Richtung hin die obige Regel unterliegt; vgl. die Noten zu § 152.
- 7. Da bie Reichsgesetzung bas Erforberniß bes Antrages bezw. ber Ersmächtigung nicht in ber StBD., sonbern im StBB (SS 61-65 bezw. SS 99, 101, 197) bes handelt hat, so gehört bas Rabere hierüber nicht in ben vorliegenden Rommentar; es ist hier im Allgemeinen auf bie Lehrbücher bes Strafrechts und die Rommentare zum StBB. sowie auf die Antragsbeliste behandelnden Monographien zu verweisen; vgl. insbes.: Fuchs, Anklage und Antragsbeliste, Nessel, Die Antragsberechtigungen bes Deutschen Reichs-Strafgesetzuches; Reber, Die Antragsbeliste bes Deutschen Strafrechts, und serner Dochow in v. Holgendors?'s handb. bes

Strafr. IV. S. 239 ff. — In Betreff ber Antragsbelitte ift jeboch Folgenbes, als ben Proges befonders berührend, hier hervorzuheben:

- a. Das Befen bes Antragserforberniffes besteht in ber Berechtigung bestimmter Berfonen, durch Unterlassung des Antrages oder, insoweit eine Aurücknahme desselben zulässig ist. durch diese ben Staat an ber Strafverfolgung ober an beren Fortfebung ju binbern. Rur in biefer Richtung fieht bem Antragsberechtigten eine Ginwirtung auf bie Strafverfolgung ju. Unter ber Antragsberechtigung ift alfo feineswegs ein Anfpruch barauf, bag bie Strafverfolgung flattfinbe, zu verfteben; einen folchen Anspruch hat ber Antragsberechtigte nur in gang bemfelben Dage wie jeber anbere Berlette. Wirb ber Antrag auf Strafverfolgung (rechtzeitig) geftellt, fo ift, abgefeben von ber etwaigen Bulaffigteit feiner Burudnahme, bas Berhaltniß bes Staates ju bem vorliegenben Straffalle ber Regel nach (vgl. § 416) gang baffelbe wie bei einem Delitt, bei welchem bas Ans tragserforbernig nicht Blat greift. Insbef. ift für bie Entichließung ber Staatsanwalticaft barüber, ob bie öffentliche Rlage ju erheben ober beren Erhebung (g. B. megen Mangels binreichenber Beweife) ju unterlaffen fei, ber Bille und bie Meinung bes Antrageberechtigten in feiner Beise maßgebend (gl. A. Olshausen S. 299). — Ganz folgerichtig bat auch bie StBD, bem Antrageberechtigten als foldem eine Barteirolle ober eine fonftige Mitwirfung in bem Berfahren nicht eingeraumt; indeß werben bei ibm regelmäßig bie Borausfegungen fur ben Anichluf als Rebenflager (\$ 435) antreffen.
- b. Die Erhebung ber öffentlichen Klage wegen eines Antragbelitts und bie Ersöffnung ber Untersuchung barf nur erfolgen, wenn ber Antrag gestellt ift; ber Rachweis ber geschehenen Antragstellung und ihrer Rechtzeitigkeit gehört zur Begründung ber Klage. Bare jedoch die Eröffnung ber Untersuchung ohne das Borhandensein dieses Rachweises erfolgt, so würde dies die Sinstellung des Bersahrens nicht nothwendig zur Folge haben. Zunächst sieht und bebenklich der Staatsanwaltschaft die nachträgliche Beibringung des Nachweises zu, das der Antrag in der That vor Erhebung der Klage gestellt sei, und das Gericht wird ihr erfordertichensals eine Frist zu dieser Beibringung zu gewähren haben. Aber auch ein nach Eröffnung der Untersuchung (innerhalb der gesehlichen Antragsfrist) gestellter Antrag ist von rechtlicher Wirsfamkeit und schließt die Ginstellung des Bersahrens (§ 259 Abs. 2) aus; es kommt allein daraus an, ob in dem Zeitpunkt, zu welchem das Gericht die Entscheidung erläßt, ein rechtzeitiger Strasantrag vorliegt. Gl. A. Roer. II. 20. Apr. 83 (Rspr. V. 270), IV. 21. Jan. 87 (Rspr. IX. 83). Bgl. Olshausen S. 302, v. Kries in StR3. V. S. 10; a. M. Binding Rormen I. S. 9.
- c. Aus ber Unzuläffigkeit ber Klage vor erfolgter Antragitellung ift indeß nicht zu falgern, daß vor der letteren auch die Bornahme solcher Untersuchung & hand lungen (Beweiserhebungen, Beschlagnahmen zc.) unstatthaft sei, in Ansehung beren Gesahr im Berzuge obwaltet; vielmehr ist die Staatsanwaltschaft sur berechtigt und verpflichtet zu erachten, auch Mangels des Antrages insoweit einzuschreiten, als dies durch die gedachte Gesahr bedingt ift. Dieser Sat findet sich zwar in der StPO. nicht ausgesprochen; er ergiebt sich indeß baraus, daß die StPO. so gar die Berzhaftung bes Beschuldigten vor erfolgter Antragstellung zuläßt (§§ 130, 127 Abs. 3); a. R. Wer. I. 13. Febr. 82 (Entsch. VI. 37), Olshausen S. 312. Für die Entschließung der Staatsanwaltschaft wird es, außer auf die gedachte Gesahr, darauf ankommen, od anzunehmen ift, daß es dem Antragsberechtigten (3. B. wegen Abwesenheit) an der Möglichteit der Antragstellung geschlt habe, daß er aber demnächst den Antrag stellen werde. Bgl. noch § 160 Note 10. Das hier von der Staatsanwaltschaft Gesagte sindet auch auf die Behörden und Beamten des Polizeiz und Sicherheitsdienstes (§ 161) und auf den Amtsrichter (§ 163) entsprechende Anwendung.
- d. Die Staatsanwaltschaft und beren Organe find auch ba, wo ein einstweiliges Einschreiten berselben (o) nicht stattgefunden hat, befugt, ben Antragsberechtigten jur Erklarung. ob er die Strafversolgung beantragen wolle, auf zufordern; eine solche Befragung nuß schon beshalb für statthaft erachtet werden, weil es dem Antragsberechtigten nicht selten unbekannt ift, bag Mangels des Antrages die Strafversolgung unterbleiben würde. Darüber, ob die Befragung bes Antragsberechtigten angemessen sein, haben die Staatsanwaltschaft bezw. deren Organe nach Lage des einzelnen Falles zu befinden, wobei insbes. auf die Erheblichkeit des Delitts und die

etwaige Gefährlichkeit des Thaters Rudficht zu nehmen sein wird. Gine Ginwirtung auf den Entschluß des Antragsberechtigten haben die Behörden nicht zu üben. — In Betreff der Bers haftung vol. noch § 130 u. Rote 3 das.

- e. Beicht bas ertennenbe Gericht binfictlich ber Qualifigirung ber That von ber Aufjaffung ab, welche bem Befcluffe über bie Eröffnung ber Untersuchung zu Grunde liegt, jo tommt es nunmehr hinfichtlich bes Erforberniffes bes Antrages nur noch barauf an, welches Strafgefet von bem ertennenben Gericht für anwendbar erachtet wirb. Demnach wirb j. B. ber Imftand, daß bemjenigen, welcher ben Antrag gestellt hat, die Legitimation hierzu fehlt, bedeutungs. los, fobalb bas ertennende Gericht, abweichenb von bem Eröffnungsbeschlusse, in ber vorliegenben That ein Delitt findet, zu beffen Berfolgung es eines Antrages nicht bedarf. In bem umgekehrten galle: wenn es nach Lage bes Eröffnungsbeichluffes eines Antrages nicht bedurfte, bas erkennenbe Gericht aber bie That als eine folde qualifizirt, zu beren Berfolgung ein Antrag erforberlich ift, wird die Rachholung bes letteren, fofern fie noch geschehen tann, nothwendig, und .folglich ift in biefem Falle bie Berurtheilung bes Angeklagten unftatthaft, wenn ber Antrageberechtigte ben Antrag nicht fiellt ober bie nachträgliche Antragftellung burch ben Ablauf ber Frift ausgeschloffen ift. - Die Staatsanwaltschaft wird in ben geeigneten fallen (vgl. 3. B. St BB. SS 223, 223, a. 332) ber Möglichteit einer von ber anfänglichen Auffassung abweichenben Beurtheilung ber That baburch im Boraus Rechnung ju tragen haben, bag fie rechtzeitig ben (nach jener Auffassung nicht erforderlichen) Antrag bes Berechtigten einholt, bamit nicht Straflosigkeit in gallen einute, in benen biefelbe ebenfofehr bem Billen bes Berletten wie bem Intereffe ber öffentlichen Orbnung wiberftreiten murbe.
- f. Ueber bie Konstatirung ber erfolgten Antragstellung in ber hauptverhandlung f. § 259 Rote 13; über bas in biefer hinsicht bem Revisionsgericht zustehenbe Brufungsrecht: § 376 Rote 2. b.
- g. In Betreff bes Falles, wenn bei einem Antragsbelifte mehrere Bersonen als Thater 2c. betheiligt finb, f. § 153 Rote 3. b.
- b. Ausbruckliche Ermahnungen ber Antragsbelitte finben sich in ber StBD. in § 127 Abs. 3, § 130, § 156 Abs. 2, § 259 Abs. 2, § 414, § 502.
- 8. Der staatlichen Strafverfolgung (ber öffentlichen Rlage) ist teine Rlasse firasbarer Sands lungen völlig entzogen: Straffälle, beren Berfolgung ausschließlich im Bege ber Privatsflage statthaft ware, kennt bie StPD. nicht (vgl. §§ 416, 417 Abs. 2).
- 9. In Betreff ber Frage: welchen Organen bes Staates bie Initative bei ber Strafversiolgung guftebe, f. § 151 Rote 2.
 - 10. In Betreff ber faat frecht lichen Seite bes Strafflagerechts f. GBG. Tit. 2 Rote 2, 5, 6, 15.

 B. Die Berechtigungen bes Berlegten und anberer Berfonen.
- 11. In Bezug auf ben Betrieb ber öffentlichen Rlage tennt bie StBO. folgenbe Betechtigungen:
- a. Strafbare hanblungen anzuzeigen und Antrage auf Erhebung ber öffentlichen Rlage zu ftellen, ift (von ben Antragsbeliften abgesehen) Jebermann berechtigt (vgl. § 156 Note 1). Demjenigen, ber einen solchen Antrag gestellt hat, steht, falls bie Staatsanwaltschaft biesem nicht Folge giebt, ber Anspruch auf Bescheibung zu (§ 169).
- b. Dem Berletten, welcher ben Antrag auf Erhebung ber öffentlichen Rlage gestellt hat, neht, falls die Staatsanwaltschaft biesem nicht Folge giebt, nach Maßgabe bes § 170 bie Besichnerbe und event. ber Antrag auf gerichtliche Entscheibung zu. Das Nähere, insbes. über den Begriff bes Berletten, s. in den Roten zu § 170.
- a. Der Berlette kann fich ber erhobenen öffentlichen Rlage in ber Eigenschaft als Neben=
 fläger anschließen: a) wenn es fich um ein Bergeben handelt, wegen bessen er auch als Privatsfläger hätte auftreten können (§ 435 Abs. 1); B) wenn die strafbare handlung gegen sein Leben, seine Gesundheit, seine Freiheit, seinen Personenstand oder seine Bermögensrechte gerichtet war und er die Erhebung der öffentlichen Rlage durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung herbeigessührt

26

hat (§ 435 Abf. 2); 7) wenn er bie Zuerkennung einer Buge ju verlangen berechtigt ift (§ 443). Das Rabere f. in ben Noten ju diefen SS.

Uebrigens ift niemand berechtigt, eine Strafverfolgung gegen fich felbst zu verlangen, gleichviel, ob das Berlangen die Berhängung einer Strafe ober die Widerlegung eines vorhandenen Berdachtes bezweckt. Hieraus folgt, daß im Falle einer erfolglosen Selbstanzeige (vgl. § 158 Rote 2. a) dem Anzeigenden ein Recht zur Beschwerde nicht zusteht (wenngleich die angerusene staatsanwaltsschied Instanz auch aus einer solchen Beschwerde den Anlaß zu einer Anweisung an die untere Instanz entnehmen kann; vgl. GBG. § 147 Rote 4).

12. Das Institut der Privatklage hat nur in sehr beschränktem Maße in der StPD. Aufnahme gesunden: lediglich bei solchen Beleidigungen und Körperverletzungen, deren Berfolgung nur auf Antrag eintritt, steht dem Berletzten und demjenigen, welcher neben diesem selbstständig auf Bestrafung antragen darf (StBB. § 195), die Erhebung einer Privatklage zu (§ 414). Bgl. auch § 433 Abs. 2. — Die Privatklage der StPD. ist nicht eine subsidiäre, sondern eine prinzipale, da sie ohne vorgängige Anrusung der Staatsanwaltschaft erhoben werden kann (§ 414 Abs. 1). Darüber, daß die Erhebung der Privatklage das staatliche Straftlagerecht in dem bett. Falle nicht beseitigt, s. § 417 Abs. 2, 3. Bgl. auch oben Note 8.

III. Berfonen, melde von ber Straftlage betroffen merben tonnen.

- 13. Als Beidulbigte (Thater, Anftifter, Gehülfen) tonnen ftets nur Inbividuen, nicht aber juriftische Bersonen ober Bersonenmehrheiten als solche verfolgt werben. Daber ift 3. B. eine Straftlage gegen die "Direktion einer Aktiengesellschaft" ober gegen eine handelsfirma" unsstatthaft: die Strafklage kann nur gegen die Personen, welche die Direktion bilben bezw. gegen die Inhaber ber Firma erhoben werben.
- 14. Außer bem Beschulbigten können von ber Strafflage noch andere Personen betroffen werben, falls es fich nämlich bei bem ftrafrichterlichen Urtheil um folche Festfehungen handelt. welche in bie Rechtsiphare Anderer eingreifen und gegen biefe vollftredt werben follen. Es tommen hier in Betracht (val. oben Note 3): a. biejenigen Bersonen, beren Rechte von einer burch bas Urtheil auszusprechenben Gingiehung ac. berührt werben; bas Nabere in Betreff biefer Berfonen f. in den Noten zu SS 477—479; — b. diejenigen, die nach dem Strafgeset für eine den Beschulbigten treffenbe Gelbftrafe haftbar finb. Die prozessuale Stellung biefer letteren Bersonen ift gesetlich nicht geregelt; im Allgemeinen werben biefelben, was ihren Anspruch auf Zuziehung jum Berfahren und ihre Bertheibigungsbefugniffe betrifft, bem Befculbigten gleichauftellen fein. Insbej, aber find fie befugt, ber Straftlage in allen ihren Theilen ju wiberfprechen und, unabhängig von bem Berhalten bes Befchulbigten felbft, bas Richtvorhanbenfein eines Delittes barguthun; bies gilt felbft bann, wenn gegen ben Beschulbigten icon rechtstraftig ertannt ift; gl. A. RGer. IV. 22. Mai 85 (Entich, XII. 212), III. 7. Juni 83 (Entich, VIII. 362, Ripr. V. 410). - Auf bie vorstehend (a. b.) gebachten Bersonen findet bas in Note 13 Bemerkte nicht Anwenbung: als Ginziehungsintereffenten bezw. als haftbar tonnen auch juriftifche Berfonen 2c. bei bem Berfahren betheiligt fein.

IV. Allgemeine und besondere Boraussehungen ber Straftlage. Sins berniffe ber letteren.

15. Allgemeine Boraussehung ber Straftlage ift: baß in Ansehung ber That und ber zu versolgenden Person die deutsche Strafgewalt (vgl. GBG. Eit. 2 Note 2, 5) begründet ift. Eine im Auslande begangene That unterliegt der Strafgewalt der beutschen Gerichte nur in gewissen, in den Strafgeiehen vorgesehenen Fällen; vgl. hierüber § 9 Note 2. Belche Personen der beutschen Strafgewalt entzogen sind, bestimmt sich nach den Grundsähen des Staatse und Bölferz rechts; hierüber s. GBG. SS 18—21 u. die Noten das. In manchen Fällen aber ist die Zulässigfeit der Strasversolgung noch von gewissen besonderen, positiven oder negativen Boraussesehungen abhängig, deren Nichtvorhandensein sich als ein der Strasslage entgegenstehendes hinders niß darstellt, und die Wirkung eines solchen hindernisses ist theils die: daß die Erhebung der Straftlage einstweilen oder, falls das hinderniß nicht beseitigt wird, überhaupt unterbleiben muß, theils die: daß die Durchführung der erhobenen Straftlage (die Erwirkung eines Strafuntheils)

Digitized by GOOGLE

nicht erfolgen kann, vielmehr mit dem Berfahren innegehalten bezw. dieses völlig eingestellt werden nuß. Bgl. hierüber bes. v. Kries, Die Prozesporaussenungen des Reichsstrasprozesses, in StR3. V. S. 1 ff. — Die gedachten hindernisse haben ihren Grund theils in der Beschaffenheit der Sache, theils in der Person des zu Bersolgenden.

- A. Sinberniffe, bie in ber Beichaffenbeit ber Sache begrunbet finb.
- 16. Ein hinderniß biefer Art liegt vor, wenn, bevor die Erhebung ber Straftlage ober beren Durchiuhrung erfolgen tann, die Enticheibung einer anderen Rechtsfache abgewartet werden muß; vol. Pland S. 451, Zacharia II. S. 107. In diefer Beziehung ift Folgendes hervorzuheben:
- a. Die Entscheidung über civilrechtliche Borfragen (3. B. über ben Bersonenstand eines Renschen, über bie Einrebe ber Berechtigung ju ber gerügten handlung 2c.) ist grundsätlich bem Strafrichter nicht entzogen; er ist nur besugt, geeignetensalls die das fragliche Rechtsverhaltnis bentessende Entscheidung bes Civilrichters abzuwarten. Dies gilt entsprechend auch sur Borfragen aus bem Gebiete des öffentlichen Rechts, welche Gegenstand ber Entscheidung eines Berwalstungsgerichts 2c. sein konnen. Das Rähere s. bei § 261.
- b. Berschieben von bem Falle einer civilrechtlichen Borfrage sind die hierher gehörigen Fälle ber Speerschleichung, ber Entführung und des Shebruchs; in diesen ist die Erhebung der Strafsstage erft statthaft, nachdem das Civilgericht ein die Auflösung der betr. She aussprechens des Urtheil erlassen hat (StBB. §§ 170, 238, 172). Dagegen gehört der Fall der Bigamie (SIBB. § 171) nicht hierher, da bei dieser die Strafversolgung von der vorgängigen Nichtigkeitsertstaung der zweiten Che nicht abhängig ift.
- c. Bon ber Erlebigung einer anberen Straffache abhängig ift bie Durchführung ber Strafflage in ben Fällen bes § 164 Abf. 2 und bes § 191 bes StBB. (faliche Anschulbigung bezw. Beleibigung). Das Rähere in Betreff bieser Bestimmungen f. in ben Kommentaren zum EIGB., insbes. bei Olshausen S. 624, 722.
- 17. Die Berfolgung öffentlicher Beamten wegen amtlicher hanblungen tann lanbesrechtlich an bie Borentscheibung einer besonberen Behörbe gebunden fein; bas Rabere f. im EB. zum GBG. 8 11.
- 18. In Betreff bes Mangels bes jur Strafverfolgung erforberlichen Antrages bezw. ber eforberlichen Ermächtigung f. oben Rote 7.
- 19. In ber gesetlichen Nothwendigkeit, bas betr. Delikt zunächst zum Gegenstande eines Berwaltungs-Strafverfahrens zu machen (hierüber s. GBG. § 13 unter I. u. insbes. Rote 7.a. bas.), ist nur scheinbar ein hinderniß der Strafklage enthalten, da das gedachte Bersiahren im Berhältniß zu dem gerichtlichen nur eine andere Form des Strafversahrens darstellt und auch in ihm das Strafrecht des Staates zur vollen Wirksamkeit kommen kann.
 - B. hinderniffe, welche in ber Person bes zu Berfolgenden begründet find. 20. a. Gin hinderniß, zwar nicht ber Erhebung, wohl aber ber Durchführung der Straftlage

20. A. Ein Hindering, zwar nicht der Erzeding, wohl aber der Duchglugtung der Straftage fiegt vor, wenn der zu Berfolgende geisteskrank ist. Das Berfahren hat sich hier — absgeichen von solchen Maßregeln, welche gerade die Feststellung des Geisteszustandes betressen (vogl. 3. B. § 81) — darauf zu beschränken, für den Fall der künstigen Genesung des Beschuldigten die Beweise zu sichern; vgl. § 203 sowie § 331, der hier analog anzuwenden sein wird. Eine Hauptverhandlung dars, sobald die Geisteskrankseit des Beschuldigten sessen ihn nicht datssinden, da ihm die Möglichkeit, sich in vernunstgemäßer Weise zu vertheidigen, sehlt. Leidet ein Beschuldigter an partieller Geistessförung, so kommt es darauf an, od diese von der Art ist, daß sie ihn an der vernünstigen Geltendmachung seiner Rechte hindert; ist dies nicht der Fall, so kan die Hauptverhandlung stattsinden: MGer. III. 17. Jan. 80 (Entsch. I. 149, Kspr. I. 242). — Das Gesagte gilt auch für die Berufungs= und für die Revisionsinstanz, und zwar selbst dann, wenn es gewiß ist, daß der Beschuldigte, wäre er gesund, in der Hauptverhandlung nicht ericheinen würde. Die Zulässigkeit der Vertretung desselben durch einen Verteidiger kann hiers gegen nicht in Betracht kommen, da ein Geisteskranker auch nicht in der Lage ist, einen Berzsteidiger mit den nöthigen Anweisungen zu versehen. — Dagegen wird durch das blose Vorseschieder

handensein von Zweiseln über den Geisteszustand des Beschuldigten die hauptverhandlung nicht unstatthaft, da dieselbe im Gegentheil für das Gericht ein geeignetes Mittel sein kann, sich über jenen Zustand Gewisheit zu verschaffen. Das Gericht kann auf Grund des von ihm wahrgenommenen Berhaltens des Beschuldigten und der von ihm abgegedenen Erklärungen die gedachten Zweisel für beseitigt erachten und demgemäß auch zur Entscheidung schreiten; andernsalls muß es die Berhandlung aussehen. Auch dies gilt gleichmäßig für die erste wie für die oberen Instanzen.

— Uedrigens ist die Frage: od der Beschuldigte zur Zeit geisteskrank sei, nicht mit der anderen Frage zu vermischen: ob berselbe sich bei Begehung der That in geisteskrankem Zustande besunden habe.

- b. Ift ber Zustand eines taubstummen Beschuldigten von ber Art, daß eine Berftändigung mit ihm ausgeschlossen ift, so hindert die hierin liegende Unmöglickeit der Bertheibigung die Durchführung ber Straftlage in dem vorstehend (a) bezeichneten Maße; es kann also, wenn bereits mit der Hauptverhandlung begonnen worden ist, nicht zur Urtheilsfällung geschritten, vielmehr nur durch Beschluß die vorläusige Einstellung des Bersahrens ausgesprochen werden: RGer. III. 10. Nov. 80 (Entich. III. 29, Rspr. II. 487). Der gedachte Fall trifft mit dem in § 58 des StBB. behandelten nicht nothwendig zusammen.
- c. Ist der Beschuldigte berartig körperlich krant ober gebrechlich, daß sein Erscheinen vor Gericht nicht möglich ist, so darf eine Hauptverhandlung wider ihn nicht flatissinden, es muß vielmehr mit dem Bersahren inne gehalten werden; sonach kann eine dauern de Krankbeit z. auch ein dauerndes hinderniß der Durchsührung der Strasklage bilden. Dies gilt sur die Fälle, in denen eine Bertretung des Beschuldigten in der Hauptverhandlung unstatthaft ist, unbedingt. In den Fällen, in denen die Bertretung zulässig ist (§§ 233, 427, 451, 457, vgl. § 370), darf die Hauptverhandlung stattsinden, wenn der Beschuldigte auf sein Recht, in derselben zu erscheinen, ausdrücklich verzichtet; in Ermangelung eines solchen Berzichts aber muß auch sied die Hauptverhandlung unterbleiben, da durch die Zulässigkeit der Bertretung das Recht des Beschuldigten, der Hauptverhandlung beizuwohnen und sich selbst zu vertheibigen, nicht beschränkt wird. Aus die Hauptverhandlung in der Revisionsinstanz (§ 390) sindet jedoch das Vorstehendenicht Anwendung, da mit Rücksicht aus die Ratur des Rechtsmittels der Revision (§§ 376, 392) das Erscheinen des Beschuldigten vor dem Revisionsgericht etwas Unwesentliches ist und ebendeshalb das Geset dem verhasteten Beschuldigten den Anspruch auf Anwesenkeit in der Hauptverhandlung ausdrücklich entzieht (§ 390 Abs. 2).
- 21. Die Abmesenheit bes Beschulbigten im Sinne bes § 318 bilbet ein hinberniß ber Durchführung ber Straftlage, wenn nicht einer ber in § 319 ober in § 470 bezeichneten Falle vorliegt; bas Rähere s. ju § 327.
- 22. In Betreff ber Erhebung und Durchführung ber Straftlage gegen Mitglieber bes Reichstages f. Art. 31 ber Reichsversaffung (oben Note 8 zu § 6 bes EG.) und in Betreff ber Mitglieber ber gesetzenben Bersammlungen ber Bunbesstaaten: § 6 Rr. 1 bes EG. u. Note 6, 7 bas. Die Borschriften bes StB. §§ 11, 12, gehören nicht hierher, ba sie materielles Strafrecht enthalten (bie bort bezeichneten Hanblungen sind nicht strafbar).
 - 23. In Betreff ber Mitglieber ber lanbesberrlichen Familien f. EG. § 4 Rote 2.
 - V. Erhebung ber Strafflage. Rechtshängigfeit berfelben. 24. Ueber ben Begriff ber Erhebung ber Strafflage f. § 168 n. Rote 2 baf.
- 25. a. Durch die erfolgte Erhebung wird die Strafflage rechtshängig. Die Folge ber Rechtshängigkeit ift die: baß, so lange bas Versahren schwebt, die ben Gegenstand ber Strafflage bilbende That nicht noch anderweit, sei es vor demselben oder vor einem andern Gericht, zum Gegenstande einer Strafverfolgung gemacht werden barf; vgl. GBG. § 144 Rote 7, 8, StP. § 12 Note 4. b, § 2 Note 7, § 13 Note 7. Geschähe dies bennoch, so würde das später angerusene Gericht von Amtswegen die bei ihm erhobene Strafflage ohne Weiteres, b. h. ohne ein Eingehen auf die Sache selbst, als unzulässig zurückzuweisen haben. In Betreff des Falles, wenn gleichwohl von zwei Gerichten in derselben Strafsache die Untersuchung eröffnet worden ware, s.

Rote 2. a ju Buch 1 Abschn. 1, § 12 u. Rote 5, 6 bas., § 13 und Note 5. b bas. Bgl. Glaser II. S. 339, v. Kries a. a. D. S. 18. — In Betreff ber Ibentität ber That s. unten Note 30. b. In Betreff ber Brivatklage s. noch § 415 u. die Noten bas.

26. Die Rechtshängigkeit ber Strafklage hat die Erlaffung einer Entscheid ung über die Schuld ober Richtschung ilber die Schuld ober Richtschung ilber die Schuldigten nicht unbedingt zur Folge, und insbest tann unter gewissen Boraussehungen selbste die Hauptverhandlung mit einer auf Einstellung bes Bergabtens lautenben Entschiedung enben, bei welcher die Schuldfrage unentschieden gelassen wird. Auch dem Beschuldigten legt die StBD. ein Recht, der Einstellung des Berfahrens zu widersprechen und eine Entscheidung der Schuldfrage zu verlangen, nicht bei, wiewohl er ein wesentliches und berechtigtes Interesse an der Erlassung einer solchen Entscheidung haben kann, sei es, daß er seine Richtschuld anerkannt sehen will, sei es, daß es ihm darauf ankommt, die Möglichkeit einer abermaligen Bersolgung auszuschließen. Daß dieses Interesse bes Beschuldigten in der StBD. keine Berückstigung gefunden hat, ist ein Mangel, der namentlich in dem Falle hervortritt, wenn es sich um ein Antragsbelikt handelt und der Antragsberechtigte wider den Willen des Beschuldigten den Antrag zurücknimmt. Bgl. die Noten zu S 259 und zu Buch 2 Abschn. 5.

VI. Erlöschen ber Straftlage.

27. a. Die Gründe, welche das Erlöschen ber Straftlage bewirken, gehören nach der Systematif der Reichsgesetzegedung fast sämmtlich dem materiellen Straftecht an und sind, insoweit dies der Fall, hier nicht des Näheren zu erörtern. Nur Folgendes ist hier zu bemerken: a) Die Straftlage erlischt durch den Tod des Beschuldigten; das Strasversahren sinde durch ihn seine Erledigung. Eine Ausnahme greift Plat, insoweit nach § 42 des St.B. die in den §§ 40, 41 das bestimmten Raßregeln (Einziehung 2c.) "selbstständig" erkannt werden können; das Nähere s. §§ 477—479. In Betress der Wollsteils in den Nachlaß des Beschuldigten s. St.B. § 30, St.B. §§ 495, 497 Abs. 2. d) Die Strasurtheils in den Nachlaß des Beschuldigten s. St.B. §§ 66 st.), sowie o dei Antragsbelisten durch den Untergang der Antragsberechtig ung (St.B. § 61); vgl. § 259 Abs. 2. Sie kann serner d) auch durch Abolition erlöschen; hierzüber s. G. zur St.B. § 6 Note 2 und GBG. Tit. 2 Note 10. d, 13, 17. — Sowohl auf dem Gebiet des materiellen Strastechts wie aus dem des Prozehrechts liegt bagegen e) das Erlöschen der Strasslage durch Berbrauch.

b. Bon bem Erlöschen ber Straftlage begrifflich verschieben ift bas Erlöschen bes Rechts einer einzelnen Person, die Privatklage zu erheben (als Privatklager aufzutreten): die sest kann untergehen, bevor noch die Strastlage erloschen ist; vgl. die Noten zu §§ 420, 432, sowie zu § 415.

Erlöschen ber Strafflage burd Berbrauch.

(Non bis in idem.)

28. a. Das burch bie ftrafbare Sandlung begründete Rlagerecht wird burch bie über baffelbe ergangene rechtstraftige Enticheibung bergestalt verbraucht, bag es nicht mehr von Reuem gellend gemacht, b. h. bie Strafflage nicht von Renem erhoben werben tann. Diefer Grundsat, ber gewöhnlich burch bie Formel "Non bis in idem" zum Ausbruck gebracht wirb und ber icon bisher in bem größten Theile Deutschlands geltenbes Recht mar, findet fich zwar in ber SiPD. nicht ausbrücklich ausgesprochen, wohl aber in ben Mot. mehrfach (3. B. S. 191 zu \$ 223 bes Entw., S. 221 zu § 337) anerkannt und ist auch aus den Bestimmungen der StPO. selbst zu begründen. Es kommen hier namentlich in Betracht ber § 259, bemzufolge bas Urtheil on ber Einstellung bes Berfahrens abgesehen) nur auf Berurtheilung ober auf Freisprechung Фефівін, nicht aber auf vorläufige Freisprechung ober auf Lossprechung von der Instanz lauten darf, und ferner der § 402, welcher die Boraussehungen behandelt, unter benen ohnerachtet der Rechtstraft bes Urtheils eine Wieberaufnahme bes Berfahrens zu Ungunsten bes Beschulbigten flatihaft ift. Der Antrag auf Bieberaufnahme ist zwar ein von ber erneuerten Erhebung (Erneuerung) ber Straftlage verichiebener Rechtsbehelf; benn er bezwedt bie Aufhebung bes ergangenen und die Erlassung eines neuen Urtheils über die frühere Rlage, während die Erneuerung der Klage das ergangene Urtheil in seinem Bestande unberührt läßt und die Eröffnung einer neuen

Untersuchung bezweckt. Allein indirekt ist der § 402 boch auch hinsichtlich der Erneuerung der Rlage von Bichtigkeit. Denn dieser Borschrift zusolge darf eine Wiederaufnahme des Bersahrens zu Ungunsten des Beschuldigten nicht auf Grund neuer Thatsacken oder Beweismittel statkinden; diese Unstatthaftigkeit der Wiederaufnahme aber würde sachlich bedeutunglos sein, wenn auf Grund neuer Thatsacken oder Beweismittel eine Erneuerung der Rlage zulässig wäre; durch die Zuslässigkeit der neuen Rlage würde zugleich die Umgehung der Bestimmungen des § 402 zugelassen sein. Der Satz "Non die in idem" ist für die StPD. in undestrittener Geltung; vol. die in den folgenden Noten cit. Urth. des Weer., insdes. I. 12. März 83 (Entsch. VIII. 135); sowie Reller S. 326, v. Schwarze in H.D. II. S. 332, Dochow S. 321, insdes. aber Glaser in Grüntlits Zeitschr. XII. S. 303 ss., Schanze in StRJ. IV. S. 437 ss., und dez. der Rechtsprechung des NGer: Eichhorn im Saal XXXVIII. S. 401 ss. Deutschland vol. des. Mittermaier im Arch. des Krim. Rechts sowie über den früheren Rechtszustand in Deutschland vol. des. Mittermaier im Arch. des Krim. Rechts 1850 S. 497 ss. und Deutsches Strasvers. §§ 202, 205, 206, Pland S. 133 ss., Bacharia Bb. II. S. 653 ss., Berner in Goltd. Arch. III. S. 472 ss., Küßner ebenda S. 198.

b. In Betreff ber Ungulässigfeit bes Borbehalt B einer and erweiten Berfolgung s. § 263 Rote 4. Gin etwaiger Borbehalt bieser Art ift, ungeachtet ber Rechtstraft bes ihn ents haltenben Urtheils, ohne rechtliche Birtung und ungeeignet ben Berbrauch ber Strafflage auszuschließen, selbst wenn bas Urtheil auf ber ausbrücklich ausgesprochenen (irrigen) Annahme beruht, baß bie ber anberweiten Aburtheilung vorbehaltenen Thatsachen eine "andere That" barftellen: Rec. III. 15. Nov. 86 (Entsch. XV. 133). Bgl. übrigens Rote 29 e.

In Betreff ber Boraussehungen und ber Tragweite bes Sates "Non bis in idem" ift Folgenbes zu bemerten:

29. Die gerichtliche Enticheibung.

a. Der Berbrauch ber Strafflage tann nur burch eine Enticheibung bewirkt werben, welche bie fri mine Ile Strafbarfeit ber That jum Gegenstanbe hat, alfo nur burd eine Enticheibung bes Strafrichters. Sonach find Entichelbungen, welche Disziplinarstrafen verhaugen, niemals ein hinberniß fur bie Straftlage. (In Betreff bes Ginfluffes, welchen umgefehrt bas ftrafrichterliche Urtheil auf bas Disziplinarverfahren außern kann, find bie Disziplinargefete maßgebenb.) Daffelbe gilt von Orbnungsftrafen, auch wenn fie im Laufe eines Strafverfahrens, alfo von bem Strafrichter felbft, verhangt merben; vgl. 3. B. GBG. § 179 u. Rote 3 baf., § 180 u. Rote 7 baf. -Den ftrafgerichtlichen Enticheibungen find aber biejenigen, welche in einem Berwalt ung 8: Straf: verfahren (vgl. GBG. § 13 Rote 2-8) von ber betr. Bermaltungsbehörbe erlaffen werben, im Allgemeinen, b. h. insofern nicht bas betr. Spezialgeset etwas Anberes vorschreibt, gleichzustellen: auch fie bewirfen ben Berbrauch ber Strafflage. Dies fest allerbings voraus, bag bie Betmaltungsbehörbe jur Enticheibung über ben vorliegenben Straffall be fugt mar; baber bleibt bie gerichtliche Strafverfolgung flatthaft, wenn bas betr. Delitt bei richtiger Beurtheilung fich als ein foldes barftellt, welches überhaupt nicht Gegenstand bes Bermaltungs-Strafverfahrens fein tonnte. So, und zwar hinsichtlich ber polizeilichen Strafverfügung: RGer. III. 2. Juni 80 (Entich. II. 211, Reipr. II. 18), II. 2. Oft. 83 (Ripr. V. 570), III. 19. Febr. 85 (Ripr. VII. 132). Bgl. noch III. 6. Nov. 80 (Entich. III. 105, Ripr. II. 469); danach kann, wenn burd Strafbefcheib einer Steuerbehorbe ein Brennereiunternehmer megen Anftiftung feines Bewerbsgehülfen ju einem Steuervergeben mit Strafe belegt ift, nachtraglich noch ein gerichtliches Strafverfahren gegen ibn zu bem Zwede eintreten, bamit feine Saftbarteit fur bie bem Gewerbegehülfen auferlegte Belbftrafe ausgesprochen merbe.

b. Der Berbrauch ber Strafflage wird im Allgemeinen nur burch bie Entscheidung eines in landischen Gerichts bewirkt; bas Rabere hieruber und insbes. über bie Ausnahmen f. im SiBB. § 5 Rr. 1, § 7, § 37.

c. Es macht hinsichtlich bes Berbrauchs ber Straftlage keinen Unterschieb, ob ein Gericht höherer ober nieberer Orbnung bas Urtheil erlassen hat; auch bie schöffengerichtlichen und amtörichterlichen Urtheile bewirken biesen Berbrauch in vollem Umfange: RGer. I. 23. Dez. 80 (Entsch. III. 210, Rspr. II. 671). Demgemäß wird an ber Unzulässigfeit einer neuen Strasver-

Digitized by GOOGLE

solgung baburch nichts geänbert, baß lettere vor einem Gericht höherer Ordnung stattsinden soll und daß das früher besafte Gericht niederer Ordnung nicht zuständig gewesen wäre, über die That in berjenigen Qualistation zu erkennen, welche ihr nunmehr beigelegt werden soll; das lettzgedachte Gericht war verpstichtet, sich event. für unzuständig zu erklären (§ 270). Auch der Umptand, daß dieses Gericht nach Inhalt seines Urtheils seine Zuständigkeit wirklich überschritten hat, int bedeutungslos: hat das Urtheil die Rechtskraft erlangt, so sind die Mängel besselben, insbes. der Mangel der Zuständigkeit, geheilt; vgl. die unter d. (Schluß) cit. Urth. des Wer.

- d. Es kommt ferner nicht barauf an, in welcher Berfahren sart bas Urtheil ergangen ift; der Berbrauch der Straftlage wird z. B. auch durch die im Berfahren gegen abwesende Wehrspsichtige erlassenen Urtheile (§§ 470 ff.) bewirkt: RGer. II. 25. März 81 (Entsch. III. 437, Ripr. III. 160). Derselbe wird auch nicht baburch ausgeschlossen, daß diesenige Berfahrensart, in welcher verhandelt worden, z. B. das Privatklageversahren, im vorliegenden Falle unzulässig war: RGer. III. 23. Juni 83 (Entsch. IX. 14, bes. 20 ff.), III. 15. Nov. 83 (Entsch. IX. 324, bes. 331, Rspr. V. 698).
- e. Auf solche Urtheile, welche die Einstellung bes Berfahrens ober die Unzulässigsteit ber Strasversolgung (§ 259 Note 4 u. 6. b) aussprechen, bewirken ben Berbrauch ber Strasflage: RGer. IV. 28. Jan. 87 (Entsch. XV. 237, Rspr. XI. 99). Dies erfährt zedoch eine Einschrang, wenn nach ber Natur bes maßgebenden Entscheidungsgrundes das Urtheil (an sich) eine endgültige Erledigung der erhobenen Strasslage nicht enthält. Gründet sich dasselbe z. B. darauf, daß der vorliegende Antrag auf Strasversolgung unwirksam sei, so ist eben nur die Frage der Birksamteit dieses Antrages rechtskräftig entschieden (was thatsächlich allerdings einer endgültigen Erledigung der Sache gleichkommen kann); es würde aber eine Erneuerung der Strasslage statthaft sein, wenn demnächst (noch rechtzeitig) ein wirksamer Antrag gestellt würde; voll. RGer. II. 13. Juli 81 (Rspr. III. 479), III. 18. Dez. 82 (Entsch. VII. 355). In Fällen dieser Art enthält das Urtheil von selbst und stillschweigend den Borbehalt einer Erneuerung der Bersolgung. Eine besondere Form sür diese Erneuerung ist im Seseh nicht vorgeschrieben; wenn das letztgedachte Urtheil sagt, daß nur eine Wiederaufnahme des Bersahrens in den Formen der \$3399 ss. eintreten könne, so sieht dem entgegen, daß hier keiner der Gründe zutrisst, aus denen nach \$402 die Ausgebung eines rechtskräftigen Urtheils erfolgen darf.
- f. Die Frage: ob ein vollstreckbar gewordener amtstichterlicher Strafbesehl auch hinschilich des Verdages ber Straftlage die Wirlung eines rechtsträftigen Urtheils' habe, ersicheint mit Rücksich auf § 450 nicht unzweiselhaft. Das MGer. hat sie grundsählich verneint, weil der den Strasbesehl erlassende Richter nicht in die Lage geseth sei, die Fhat nach allen Richtungen hin zu prüsen, wie es nach § 263 in der Hauptverhandlung zu geschen habe, der Grundsah des Alageverdrauchs aber nur das nothwendige Korrelat der Borschift des § 263 sei; so: I. 2. Juni 81 (Entsch. IV. 243, Rspr. III. 367), II. 21. Dez. 83 (Entsch. IX. 321, Rspr. V. 804). Indes ist die Zulässigsteit einer neuen Berfolgung davon abhängig, daß nunmehr die That unter einen in dem Strasbesehl noch nicht gewürdigten, eine erhöhte Strasbarkeit begründenden Gesichtspunkt gedracht wird: IV. 8. Okt. 86 (Entsch. XIV. 358, Rspr. VIII. 606). Der Umstand, daß dieser Sessähnunkt schan der Sersassen nicht aus dem Antrage des Amtsanwalts erkenndar war, schließt die neue Berfolgung nicht aus: IV. 14. Dez. 86 (Entsch. XV. 112). Wird in dem neuen Berfahren aus Strase erkannt, so ist von dieser die in dem Strasbesehl sestages eit auch von forstrichterlichen Strasbesehlen: cit. II. 21. Dez. 83 (Schluß). Las Geiagte gilt auch von forstrichterlichen Strasbesehlen: cit. IV. 14. Dez. 86.
- g.a. Der Berbrauch ber Strafflage wird nicht ausschließlich burch bas Urtheil, sonbern in gewissem Maße auch durch solche Beschlüsse, welche bie Eröffnung ber Boruntersuchung ober bes hauptversahrens betreffen, bewirkt; bas Nähere hierüber s. zu SS 181 und 210; auch gehört hiether die singuläre Bestimmung des § 172 Abs. 2. Indes besteht zwischen dem Urtheil und ben gedachten Beschüffen solgender wesentliche Unterschied: Es kommt bei dem Urtheil nicht darauf an, ob es aus Berurtheilung ober auf Freisprechung lautet; der Berurtheilte ift gegene eine neue Klage in gleicher Beise wie der Freigesprochene geschützt. Insbes. ift die Erneuerung

ber Straftlage nicht blos nicht jum Zwede einer Berschärfung ber erkannten Strafe, sonbern auch nicht zum Zwede ber nachträglichen Festsehung einer Nebenstrase statthaft; voll. übrigens Rote 31 a. β. Die vorgebachten Beschlüsse bagegen bewirken einen Berbrauch ber Straftlage nur bann, wenn sie die Eröffnung ber Boruntersuchung ober bes Hauptversahrens ablehnen; in dem umgekehrten Falle, wenn diese Eröffnung ausgesprochen wird, haben sie nur den Charafter prozesseitender Berfügungen. It z. B. die Boruntersuchung wegen Raubes geführt worden und hat demnächst die Strafkammer bei Eröffnung des hauptversahrens die That nur als Diebstahl qualifiziert, so wird hierdurch, auch wenn der Beschluß ansechtbar war (§ 209 Abs. 2) und unangesochten geblieben ist, der Entschelnung des erkennenden Gerichts nicht vorgegriffen, letzteres also nicht gehindert, wegen Raubes zu strafen bezw. sich für unzuständig zu erklären.

3. Bgl. die besondere Bestimmung bes § 208 Abs. 2 u. Rote 8 bas.

30. Die 3bentitat ber That.

a. Rach ben Borichriften ber SS 263, 264 (vgl. auch § 204) hat ber mit ber Enticheibung über eine Straftlage bejaßte Richter nicht blos barüber zu befinden, ob ber Befdulbigte fich gegen basjenige Strafgefet vergangen babe, welches in bem Beichluffe uber bie Eröffnung bes Sauptverfahrens bezeichnet ift; er ift vielmehr ebenfo berechtigt als verpflichtet, bie That nach allen bei ibr möglichen rechtlichen Gefichtspunkten zu prufen und fie fo zu qualifiziren, wie fie fich nach bem Ergebnisse ber Berhanblung barstellt. Diese weitgehende Besugnis jur Umgestaltung ber Rlage ist, wie bie Mot. S. 191 ergeben, bem Gericht gerade beshalb gewährt worben, um bie Anwenbung bes Sates "Non bis in idem" in vollem Umfange zu ermöglichen unb es auszufoliegen, "bag eine und biefelbe That, ein und berfelbe Borgang wieberholt jum Gegenftanbe einer Anklage gegen biefelbe Berson gemacht werbe." hieraus folgt, bag auch in Ansehung bes Beibrauchs bes Straftlagerechts ber Begriff ber Ibentität ber That nach Maggabe bes § 263 ju bestimmen ift: ber Grunbfat "Non bis in idem" reicht fo weit, als bei ber fruberen Enticheibung bie Bejugniß bes Gerichts jur Umgestaltung ber Straf: klage reichte. Durch die richterliche Entscheidung wird die ethobene Strafklage nach allen bei ihr möglichen strafrechtlichen Gefichtspunkten erlebigt, gleichviel, ob biefe sammtlich in ben Entideibungsgrunden eine ausbrudliche Erörterung gefunden haben ober nicht; baber tann bie Beranberung bes ftrafrechtlichen Gefichtspunttes bie Bulaffigfeit einer abermaligen Erhebung ber Strafflage nicht begründen. hiernach fann j. B. ber von ber Anflage ber vorfahlichen ober fahrlässigen Begehung einer That Freigesprochene bemnächst nicht wegen fahrlässiger bezw. vorfaklicher Begehung berfelben That, ber von ber Unklage ber vollendeten That Freigesprochene nicht wegen bes Bersuches bieser That, ber von ber Unklage bes Morbes Freigesprochene nicht wegen vorfahlicher Rorperverlegung mit tobtlichem Ausgange aufs Rene verfolgt werben. Bon ben Urth. bes RGer. vgl. 3. B. III. 16. Oft. 80 (Entich. II. 347, Ripr. II. 341): vorsätliche und jahrlässige Begehung der That; — II. 21. Dez. 80 (Entsch. III. 132, Rspr. II. 654): besgl.; — I. 10. Dez. 85 (Entsch. XIII. 146): Thäterschaft und Beihülfe; — II. 27. Mai 81 (Ripr. III. 343): grober Unfug und öffentlich begangene Körperverlehung; — I. 12. März 83 (Entsch. VIII. 135): Diebftahl und Sehlerei; - IV. 28. Gept. 86 (Entid. XV. 9): Beleibigung und Urfunbenfällchung. 3m Uebrigen val. über ben Begriff ber 3bentität ber That bie Roten ju § 263 und bie bort cit. Urth. bes Rer. - Much bie nachträgliche Geltendmachung eines ibeell konkurrirenben strafrechtlichen Gesichtspunktes ift ausgeschlossen: RGer. I. 23. Dez. 80 (Entsch. III. 210, Ripr. II. 671), III. 22. Jan. 83 (Ripr. V. 52); vgs. jedoch unter b. — Es macht ferner feinen Unterschieb, ob bie Beranberung bes ftrafrechtlichen Gefichtspunftes auf neu ermittelten Thatsachen beruht ober nicht; benn es war Sache bes in der früheren Unterluchung entscheibenden Richters, den Sachverhalt vollfommen aufzuklären und alle die That Barakterifirenden Umstände zu erforschen. Endlich können selbst jolche Thatsachen, welche erft nach Erlassung ber Entscheibung eingetreten finb, die Zulässigkeit einer nochmaligen Berfolgung nicht begründen; es fann 3. B. ber wegen Rorperverlegung Berurtheilte ober von ber Anklage ber Körperverletung Freigesprochene nicht von Neuem verfolgt werben, wenn nach ber Erlaffung ber Entscheidung ber Berlette an ben Folgen ber That verftorben ift.

- b. Die ergangene Enticheibung fann ben Berbrauch ber Strafflage in Unsehung folder ftrafrechtlichen Gefichtspunkte nicht bewirken, unter welchen vermöge eines obwaltenben recht = liden hinberniffes eine Bestrafung nicht eintreten tonnte; insoweit letteres ber gall, bleibt eine neue Erhebung ber Strafklage julaffig. Dies gilt namentlich im Falle ber Ibealkonkurreng, wenn bie Anwenbung bes einen Strafgefetes einen Antrag bes Berletten erbeifcte, ein folder aber nicht gestellt und bemaufolge ber entideibenbe Richter auf bie Anwendung besienigen Strafgesetes beidrauft mar, für welches bas Antragserforbernig nicht befleht; in biefem Salle ift, wenn nachträglich ber Antrag gestellt wirb, eine neue Berfolgung zulässig, und zwar ohne Unterschieb, ob bie ergangene Entscheibung auf Freisprechung ober auf Berurtheilung lautete. Im Falle ber Berurtheilung kann allerbings bemnächst nicht auf eine zweite selbstständige Strafe erkannt, es muß vielmehr ber Borschrift bes StGB. § 73 in ber Art Rechnung getragen werben, baß nach Buschiebenheit ber Falle entweber bie frühere Strafe in bie spätere eingerechnet ober es lebiglich bei ber früheren Strafe belaffen wirb. Gl. A. Reller S. 327, Gener S. 841, H. Mener Lb. S. 395, Olshausen S. 369; a. M. RGer. I. 3. März 81 (Entsch. III. 384, Rspr. III. 100), Glaier II. S. 73, Stenglein S. 308, 311. In Betreff bes Falles, wenn burch ein Antragsbelikt eine Mehrheit von Berjonen verlett, ber Antrag auf Strafverfolgung aber gunachft nur von einzelnen berfelben gestellt ift, f. bie Roten au § 415.
- c. Der Grundfat "Non bis in idem" folieft nur bie abermalige Berfolgung berfelben That aus, welche Gegenstand ber fruheren Aburtheilung mar; bagegen wird, wenn eine anbere That in Frage fleht, ber Grundsat nicht baburch anwendbar, daß biese That und die erstere gleichartige find: RGer. II. 30. Sept. 81 (Entsch. V. 101, Rspr. III. 563 — erneute Berbreitung einer unguchtigen Schrift, nachbem in bem vorangangenen Berfahren auf Freisprechung ertannt war, weil ber Inhalt ber Schrift nicht unzüchtig sei); III. 27. Sept. 86 (Entsch. XIV. 342, Ripr. VIII. 570 — gleichzeitige, gegen § 17 bes Prefiges. verstoßenbe Beröffentlichung einer Antlagefchrift in verschiebenen Preforganen); I. 9. Juni 84 (Entich. IX. 5, Ripr. VI. 395 -Banferutt bezüglich bes Brivatvermogens nach vorgangiger Bestrafung bes Beschulbigten als Mitgliebes einer in Konturs verfallenen Sanbelsgesellichaft); III. 12. März 85 (Ripr. VII. 170 - mehrmaliger Berfauf von Loofen einer auslänbifchen Lotterie). Die Anwenbbarfeit jenes Grunds lages wird auch baburch nicht begrunbet, bag bie nunmehr in Frage ftebenbe That icon vor ber Aburtheilung ber erfteren begangen mar, fofern nur jene als eine felbftfanbige im Sinne bes § 74 bes StoB. aufzufaffen ift: Re. II. 30. Sept. 81 (Entich. V. 105) in einem Falle bes wieberholten Invertehrbringens von Baaren mit falfcher Marte. — Anbers verhalt es fich dagegen, wenn Gegenstand ber früheren Aburtheilung ein f. g. Kollektivbelikt (3. B. gewohn: heitsmäßige Ruppelei, gewerbsmäßiges unberechtigtes Jagen) war und nunmehr eine zuvor begangene Gingelhanblung in Frage tommt, auf welche ber früher erkennenbe Richter, mare fie ihm bekannt gewejen, seine Entscheibung hätte erstrecken können; hier ist bie Straftlage auch hinfichtlich biefer Ginzelhanblung verbraucht und eine neue Berfolgung ausgeschlossen: RGer. III. 12. Juli 82 (Entsch. VII. 32), II. 10. Nov. 82 (Entsch. VII. 229); vgl. III. 19. Nov. 85 (Mipr. VII, 670). Dies gilt entiprechenb auch hinfichtlich ber einzelnen Thatigkeiteakte bei ben f. g. fortgefesten Delitten: Reer. III, 10. Dez. 83 (Entich. IX. 345, Ripr. V. 766). Um= gefehrt aber barf ber fpater ertennenbe Richter rechtsträftig abgenrtheilte Sanblungen nicht für Beftandtheile eines von ihm angenommenen fortgefetten Delifts erklaren, wenn bas fruhere Ur= theil festgestellt hatte, daß diefe Sandlungen felbsiständige, in realer Konkurrenz begangene seien: III. 4. Nov. 86 (Entic. XV. 23, Ripr. VIII. 643).
 - 31. Die 3bentitat ber Berfonen.
- a.a. Der Grunbfat "Non bis in idem" sett die Ibentität der Person des Beschulbigten voraus; aus einer gegen einen Anderen ergangenen Entscheidung können Einreden gegen die Zu-lässigistet der Straftlage nicht entnommen werden. Ift d. B. Jemand als Thäter einer strasbaren Sandlung verurtheilt und stellt sich demnächst heraus, daß ein Anderer die That begangen habe, so ist die Bersolgung des letteren, auch wenn nur einer von beiden schuldig sein kann, zulässig und nicht von einer vorgängigen Aussehung des gegen den ersteren ergangenen Urtheils abhängig. Tesgleichen ist die Bersolgung des Theilnehmers und ebenso die des Hellers statthaft, nachdem

ber Thater bezw. ber Dieb freigesprochen ift, und zwar selbst bann, wenn bas freisprechenbe Urtheil ben objektiven Thatbestand ber That bezw. bes Diebstahls verneint hatte; ber über bie neue Strafflage entscheibende Richter ist nicht gehindert, sich mit den thatsächlichen oder rechtlichen Annahmen bes früheren Urtheils in Biberspruch zu setzen. Gl. A. Rer. II. 7. Okt. 84 (Ripr. VI. 603); a. M. Schanze a. a. O. S. 479.

- 3. Der bezeichnete Grundsat schließt auch ein nachträgliches s. g. objektives Strassverfahren (§ 477) auß, soweit bieses bie Berhängung eines Strasübels gegen ben in bem voraußgegangenen Berfahren Berurtheilten ober Freigesprochenen bezweckt: RGer. II. 25. Mai 83 (Entsch. VIII. 349, Rspr. V. 389). Dagegen ist jenes Bersahren statthaft, wenn, wie z. B. im Falle bes StGB. § 152, die babei bezweckte Einziehung z. sich nur als eine sicherheitspolizeiliche Unordnung charakterisitet: II. 28. Mai 86 (Entsch. XIV. 161, Rspr. VIII. 400).
- b. Die Frage: inwiefern ber Grundsat "Non bis in idem" bie Ibentität bes Anklägers voraussete, hat für bie StBO. nur geringe Bebeutung. Im Bersahren auf erhobene öffentliche Klage ist überall ber Staat ber Ankläger, und biefes Bersahren bilbet nach ber StBO. bergestalt bie Regel, daß ber Privatklage nur ein geringer Raum gelassen ist. Durch die Entscheibung über bie erhobene öffentliche Klage erlischt auch jedes Privatklagerecht. Inwieweit aber durch eine auf erhobene Privatklage ergangene Entscheidung die Strafklage verbraucht werde, darüber s. die Noten du § 429; wgl. auch § 415 u. die Noten das.
- 32. Man tann zwar, wie in Civisiagen, so auch in Strafsachen von einem Einwande ber rechtsträftig entschieden en Sache sprechen; es barf indeß babei nicht übersehen werben, baß, wie alle anderen Bertheibigungsmomente, so auch die auf bem Berbrauch ber Straftlage beruhende Unzulässigfeit einer neuen Strasversolgung von dem Gericht stets von Amtswegen zu berüdssichtigen ist. Stellt sich in der Hauptverhandlung die Unzulässigfeit der neuen Strasversolgung heraus, so hat das Urt heil eben nur diese Unzulässigfeit auszusprechen; es darf in der Sache selbst nicht entscheiden, insbes. auch nicht auf Freisprechung lauten, da auch diese nur auf Grund einer zulässigen Strasslage auszesprochen werden dars. Bgl. § 259 Rote 4; RGer. III. 18. Dez. 82 (Entsch. VII. 355), III. 23. Juni 83 (Entsch. IX. 14).

Es ift bier enblich noch bie

Berbinbung mehrerer Strafflagen

ju ermähnen.

33. Nach ber Auffassung ber StBD. (vgl. § 3 Rote 1, § 153 Abs. 1) liegt eine Berbinbung mehrerer Straftlagen überall ba vor, wo eine Untersuchung auf mehrere, wenn auch nur von demselben Beschulbigten begangene strafbare handlungen ober auf mehrere, wenn auch nur bei berselben Handlung betheiligte Beschulbigte erstreckt wird. Nähere Bestimmungen über eine solche Berbindung hat jedoch die StBD. nur für den Fall getrossen, daß die mehreren Sachen einzeln zur Zuständigkeit verschiedener Gerichte gehören, die Berbindung also eine Beränderung der sachlichen und der örtlichen Zuständigkeit zur Folge hat (§§ 2–5, § 13). Der andere Fall, wenn die Sachen auch einzeln vor dasselbe Gericht gehören, die Zuständigkeit also von der Berbindung underührt bleibt, hat eine spezielle Erwähnung nur in § 236 sowie in der, ein besonderes Bersahren betressenden Borschrift des § 471 Abs. 2 gesunden; die Aufstellung noch weiterer Borschriften in Betress Falles sales ist für entbehrlich erachtet worden. An dieser Stelle ist nur von dem lehtgedachten Falle zu handeln; in Betress des erstgedachten se Noten zu §§ 2, 3, 4, 5, 13. — Wichtige Bestimmungen, welche für bei de Fälle gelten, s. in § 208 und in § 397.

34. Ift ber Busammenhang mehrerer, jur Zuständigkeit beffelben Gerichts gehörigen Strafflagen von ber in § 3 bezeichneten Art, so sett bie StBD. bie Berbinbung berselben fillschweigend als bie Regel voraus. Aber auch bann, wenn ber Zusammenhang nicht ber in § 3 bezeichnete ift, ift bie Berbinbung allgemein für zuläfsig zu crachten. Daraus, baß in § 236 speziell für bie Hauptverhanblung bie Berbinbung gestattet wirb, ift nicht zu folgern, baß bieselbe in ben früheren Stadien bes Bersahrens nicht statthaft sein solle; vielmehr will ber § nur aussprechen, baß bie Berbinbung in ber Hauptverhanblung selbst bann zulässig sei, wenn bis bahin bie einz zelnen Sachen getrennt geführt worden. Selbst in ber Berufungs- und in-ber Revisionsinstan;

Digitized by GOOSIC

§. 151.

Die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung ist burch bie Erhebung einer Rlage bebingt.

(I. Entm. § 129; II. Entm. § 132; III. Entm. § 133.)

ift die Berbindung mehrerer, in ber Borinftanz getrennt verhandelten Sachen zuläsfig. — Aus § 236 ift ferner nicht zu folgern, daß die zu verbindenden Sachen gleichzeitig zur hauptverhandlung reif sein muffen; es ift vielmehr zulässig, mit der Berhandlung und Entscheidung der einen Sache auf die andere zu warten, sofern nicht im einzelnen Falle die auf den Beschulbigten, insbesauf den Berhafteten, zu nehmende Rudficht dies verbietet.

35. Ob (außerhalb ber Falle bes § 3) ein Zusammenhang zwischen mehreren Sachen vorshanden sei, ist eine nach thatsacklichem Ermessen zu beantwortende Frage: eine erschöpsende Bestimmung bes Begriffs bes Zusammenhanges lägt sich nicht aufstellen. Gin Fall bes Zusammenhanges liegt z. B. vor, wenn zwei Bersonen wechselseitig ftrafbare Handlungen gegen einsander verübt haben oder wenn die eine Handlung in einer ursachlichen Beziehung zu der anderen fieht. — Bgl. noch § 471 Abs. 2, woselbst die Berbindung solcher Straftlagen gestattet ist, zwischen benen ein Zusammenhang nicht besteht.

36. Bei ber Entscheidung barüber, ob die Berbindung ber Sachen ober die getrennte Bershandlung vorzuziehen sei, sind die Rücksichen ber prozessualischen zweckmäßigkeit maßgebend; es wird namentlich darauf ankommen, ob die Berbindung geeignet erscheint, die Ermittelung der Bahrheit zu fördern und eine gerechte Entscheidung zu sichern. — Der Umstand, daß die Bersbindung einen Einfluß auf das Berfahren selbst, insbes. auf die Prozesbesugsnisse der die Prozesbesugsnisse der die Bes Beschuldigten zustehen Ablehnungen von Geschworenen sich vermindert oder daß eine sonst als Zeuge zu vernehmende Person nunmehr als Mitbeschuldigter erscheint und also underedigt bleiben muß (vgl. Note 3 zu Buch 1 Abschn. 6), kann zwar geeignetensalls berücksicht werden, macht indeß die Berbindung nicht unstathaft.

37. a. Ueber die Zwedmäßigkeit der Berbindung hat das Gericht zu entschehen; die Entsichung kann auf Antrag oder von Amtswegen ersolgen. Zuvor wird die Staatsanwaltschaft mit ihrer Erklärung zu hören sein; die vorgängige Anhörung des Beschuldigten ist nicht ersorderlich (vgl. § 33). Dagegen muß über jeden gegen die Verbindung, wenn auch erst nachträglich, ers hobenen Biderspruch eine ausdrückliche Entscheidung ergehen.

b. Die Staatkanwalticaft fann bie Berbinbung mehrerer Straftlagen in ber Art herbeiführen, baß sie bieselben in einem Antrage auf Boruntersuchung ober in einer Anflagesichift (§ 168) zusammensaßt. Das Gericht hat alsbann bei Eröffnung ber Untersuchung zugleichüber bie Zwedmäßigkeit ber Berbinbung zu befinden; die Zulassung ber letteren kann in diesem Falle auch stillschweigend badurch erfolgen, daß das Gericht dem Antrage der Staatkanwaltschaft entsprechend beschließt. — Das Gesagte findet auch auf den Privatkläger Anwendung, wenn es sich um die Berbindung mehrerer Privatklagesachen handelt.

38. Die verbundenen Strafflagen tonnen burch Befchluß bes Gerichts jederzeit wieder getrennt werben, sobald die Trennung zwedmäßig erscheint; insbesondere unterliegt es in dem Falle, wenn in der hauptverhandlung die eine oder die andere Sache sich als nicht spruchreif erweist, dem Ermessen bes Gerichts, ob bezüglich der übrigen zur Urtheilsfällung zu schreiten oder die lettere behus einheitlicher Entscheidung auszuseten sei; vgl. § 4 Note 4. — Einen besonderen Fall der Trennung s. in § 208.

39. Die Berbindung einer Privatklage mit einer öffentlichen Rlage ift nach § 424 Abs. 2 nur por bem Schwurgericht ausgeschlossen, im Uebrigen also nicht unstatthaft.

40. In Betreff ber Berbinbung von Rlage und Bibertlage im Brivattlageverfahren i. § 428.

3u \$ 151.

1. Der § 151 bringt bas Antlagepringip (attusatorifche Pringip) jum Ausbrud; burch bie

§. 152.

Bur Erhebung ber öffentlichen Klage ift bie Staatsanwaltschaft berufen. Dieselbe ift, soweit nicht gesetlich ein Anderes bestimmt ift, verpflichtet, megen

- SS 153, 154 wird basselbe naher bestimmt und begrenzt. Gegenstand biese Prinzips ift die Form bes Berfahrens. Der nach dem Anklageprinzip organisirte Prozes bewegt sich in der Form eines Rechtsstreites zwischen einem Anklager und dem Beschuldigten; der Richter hat zwischen beiden zu entscheiden. Im Ginzelnen führt dieses Prinzip auf drei Fragen: a) Steht die Initiative bezüglich der Strafverfolgung dem Richter zu oder ift der Beginn des Berfahrens von dem Austreten eines Anklägers abhängig? b) Bewegt sich im Prozes die Thätigkeit des Richters nur innerhald der Ankräge der Prozesbetheiligten, oder ist der Richter, unabhängig von ihnen, zu einer selbstständigen Thätigkeit berusen? c) Kann der anhängige Prozes durch Zurücknahme der Klage, also ohne richterliche Entschiedung erledigt werden? Die erste dieser Fragen wird in § 151 und § 153 Abs. 1 (vgl. dort Rote 1), die zweite in § 153 Abs. 2, die dritte (jedoch nur in Ansehung der öffentlichen Klage) in § 154 entschieden. Ueder die verschiedenen Bedeutungen, welche dem Ausbruck "Anklageprinzip" sonst noch beigelegt sind, s. bes. Ortsoss, Das Strasversahren in seinen leitenden Erundsähen und Hauptsormen.
- 2. Die Initiative bezüglich ber Strafverfolgung fteht grunbfahlich nicht bem Richter, fonbern ber Staatsanwaltschaft bezw. bem Privatklager gu. Im Ginzelnen ift zu bemerken:
- a. Das erste Einschreiten bei strafbaren hanblungen liegt ber Staatsanwaltschaft (und beren Organen) ob; bie vor Erhebung ber öffentlichen Rlage etwa ersorberlichen gerichtlichen Untersuchungshandlungen werben regelmäßig nur auf Antrag ber Staatsanwaltschaft vorzenommen (§§ 158, 160). Dieser Grundsat erleibet jedoch eine Ausnahme, wenn und insoweit Gefahr im Berzuge obwaltet: alsbann ist ersorberlichenfalls ber Amtörichter zum ersten Einschreiten berufen (§ 163). Eine besondere Anwendung der in § 163 enthaltenen allgemeinen Norm auf die Berhaftung s. in § 125; vgl. auch § 128. Ein Einschreiten des Richters ohne Antrag der Staatsanwaltschaft ist ferner in § 189 vorgesehen. Endlich gehört hierher auch die Bestimmung des § 108; vgl. dort Note 1. In allen diesen Fällen aber ist das Einschreiten des Richters nur ein vorläusiges; durch dasselbe wird der Entschließung der Staatsanwaltschaft über die weiteren Schritte und insbes. über die Erhebung der öffentlichen Klage in keiner Weise vorzegestissen (§§ 165, 189 216]. 2).
- b. Die Eröffnung einer Untersuchung erfolgt niemals burch bas Gericht von Antswegen, sondern nur auf erhodene öffentliche Klage (vgl. noch § 152 Note 3) oder Privatklage.
 Neußerlich betrachtet unterliegt dieser Sat keiner Ausnahme. Allein das durch ihn bezeichnete
 Berhältniß der Staatsanwalischaft zu dem Gericht erfährt in Wahrheit eine wesentliche Modifikation durch die Borschriften der §§ 170, 173: auf Antrag des Berketten kann das Oberlandesgericht bezw. das Reichsgericht die Erhebung der öffentlichen Klage gegen die Ansicht
 ber Staatsanwaltschaft beschließen und die lettere ist alsbann zur Durchsührung dieses Beschlusses
 verpflichtet.
- c. Ift eine ftrafbare hanblung Gegenstand eines Bermaltungs-Strafverfahrens geworben, so tann die gerichtliche Untersuchung auch burch ben Antrag des Beschulbigten veranlagt werden; vgl. GBG. § 13 Note 2 ff., insbes. Note 6. Gine "Eröffnung" ber Unterssuchung im Sinne bes § 151 findet in biesem Falle allerdings nicht statt (§§ 456, 462).
- 3. Ueber bie Beziehung, in welcher bie Begriffe "Rlage" und "Untersuchung" zu einander fieben, f. Rote 3 zu Abschn. 2-6 (hinter § 155), über bie "Erhebung" ber Rlage: § 168 u. Rote 2 bas.

Zu § 152.

Bu Abs. 1.

- 1. 3m Allgemeinen vgl. über ben Beruf ber Staatsanwaltschaft auf bem Gebiet ber Strafrechtspflege: GBG. Tit. 10 Rote 2. b.
- 2. s. Die Staatsanwaltschaft ift bie mit ber hanbhabung bes staatlichen Strafflage: rechts betraute Beforbe; als solche hat sie bas gesammte Interesse, welches ber Staat an ber

Digitized by GOOGLE

aller gerichtlich strafbaren und verfolgbaren handlungen einzuschreiten, sofern zus reichenbe thatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(I. Catm. & 130; II. Cutm. & 133; III. Cutm. & 134.)

Strasversolgung hat, wahrzunehmen. Demnach liegt es a) ber Staatsanwaltschaft ob, barüber zu wachen, daß keine von Staatswegen (gerichtlich) zu verfolgende Strasthat ungeahndet bleibe; sie hat den strassdaren Handlungen, wo immer der Berdacht einer solchen hervortritt, nachzusorschen und sür deren Ausbedung zu sorgen (vgl. § 156 Rote 1, § 158 Rote 2). Die Staatsanwaltschaft ift also vor Allem die Trägerin des krimtnalpolizeilichen Interesses des Staates, die Beshörden und Beamten der Polizei erscheinen in dieser Hinschleistig als ihre Organe, und zwar selbst insoweit, als sormell ein Unterordnungsverhältniß (GBG. § 153) nicht besteht. Die Gesichten nehmen an der Wahrnehmung des gedachten Interesses in dem zu § 151 Rote 2. a bezeichsenen Raße Theil. — B) Der Staatsanwaltschaft steht ferner nach Raßgade des § 152, Abs. 2 die Entschließung über die Erhebung oder Richterhebung der öffentlichen Rlage, alsolesteren Falls auch die Abweisung der etwaigen Anträge der Betheiligten zu. An dieser Funktion nehmen die oberen Gerichte nach Raßgade der §§ 170, 173 Theil; vgl. § 151 Rote 2. d. — 7) Rach ersolgter Erössnung der Untersuchung hat die Staatsanwaltschaft die erhodene öffentliche Rlage vor Gericht zu vertreten; hierüber s. das Rähere zu § 153 Rote 5. — Bgl. noch § 122 Rote 8.

- b. Der von bem Berletten erhobene Anspruch auf Zuerkennung einer Buße ist von ber Staatsanwaltschaft nicht zu vertreten (vgl. die Roten zu § 443). Im Uebrigen aber ift es allers bings als eine Aufgabe ber Staatsanwaltschaft anzusehen, bei ihren Maßregeln und insbes. bei bem ersten Einschreiten, z. B. bei ber Entschließung über die Bornahme einer Durchsuchung, auch das Interesse bes Berletten wahrzunehmen. Bgl. § 111.
- 3. Bei Zuwiberhandlungen gegen bie Borichriften über bie Erhebung öffentlicher Abgaben und Befälle fteht auch ben betr. Berwaltungsbehörben bie Erhebung ber öffentlichen Rlage ju (§ 464); bie bort gebachte Rlage fällt ungeachtet ber Borichrift bes § 466 unter ben Begriff ber öffentlichen Rlage.

Bu Abs. 2.

- 4. a. Durch bie Borschrift bes Abs. 2 hat bas s. g. Legalitätsprinzip in die StBO. Aufnahme gefunden. Der Inhalt dieses Prinzips ift der: es soll der Staatsanwaltschaft nicht zusfiehe, strafbaren Handlungen, bei benen die Boraussehungen der Bestrasung vorliegen, aus Zwecksmäßigkeitsgründen unverfolgt zu lassen. Den Gegensat zu diesem Prinzip dilbet das s. g. Opporstunitätsprinzip, nach welchem die Staatsanwaltschaft besugt sein soll, in einzelnen Fällen auch beim Borhandensein jener Boraussehungen von der Bersolgung Abstand zu nehmen, und zwar insbes. dann, wenn wegen der Geringfügigkeit des Delikts das Interesse der öffentlichen Ordnung die Bersolgung nicht erheischt. Bgl. Note 6.
- b. Die StPD. bringt bas Legalitätsprinzip baburch zum Ausbruck, baß sie bie Staatsanwaltschaft für verpsichtet erklart, wegen aller gerichtlich strafbaren und versolgbaren hanblungen "einzusch reiten". Die Art und ber Umfang bieses Einschreitens hängt von ber Lage bes einzelnen Falles ab. Die Staatsanwaltschaft hat zunächst, soweit erforberlich, ben Sachverhalt zu erforschen (§ 158), bemnächst zu prüsen, ob die Sache zur Erhebung ber öffentlichen Klage angethan sei (Note 6), und, wenn sie dies bejaht, muß sie bie letztere erheben. Selbstverständlich ist geradeletztes das Besentliche bei dem Einschreiten der Staatsanwaltschaft; im Falle der Richterhebung einer begründeten Klage würde die vorausgegangene Thätigkeit der Staatsanwaltschaft in den Fällen reicht, in denen (zwar nicht der Erhebung, wohl aber) der Durch sührung der Klage ein gesehliches hinderniß entgegensteht, so daß event. mit der schwebenden Untersuchung innegehalten werden müßte (vgl. 3. B. oben Rote 16. c, 20 zu Abschn. 1). Darf hier die Staatsanwaltschaft, wenn sie alles zur Sicherung des Beweises Ersorderliche im Wege des Vorbereitungsversahrens bewirft hat, die Erhebung der Klage ein stweilen aus sehen (die Rlage ruhen lassen), die den beweiten des einstellen aus sehen (die Rlage ruhen lassen), die Grebebung der Klage ein stweilen aus sehen (die Rlage ruhen lassen), die Grebebung der Rlage ein stweilen aus sehen (die Rlage ruhen lassen), die Erhebung der Rlage ein stweilen aus sehen (die Rlage ruhen lassen), die Grebebund

•

hinderniß beseitigt ift? Es wird dies zu bejahen sein, zumal die Mot. S. 206 gerade für ben wichtigsten Fall ber gedachten Art, nämlich für ben Fall ber Abwefenheit bes Beschulbigten, die fragliche Besugniß ber Staatsanwaltschaft ausbrudlich anerkennen; vgl. die Noten zu § 327.

- 5. a. Das Legalitätsprinzip unterliegt einzelnen Ausnahmen, auf welche bie Borte: "joweit nicht gesetzlich ein Anberes bestimmt ist" hinweisen. In biesen Ausnahmefallen hat die Staatsanwaltschaft zu prüfen, ob das öffentliche Interesse die Berfolgung erheische, und sie barf, wenn bies zu verneinen ist, dieselbe unterlassen. Der Richter bagegen ift zu einer Brufung ber bezeichneten Frage nicht berufen; er darf also die von der Staatsanwaltschaft beantragte Eröffnung der Untersuchung zc. nicht beshalb ablehnen, weil das öffentliche Interesse die Berfolgung nicht erfordere. Bgl. § 170 Note 4, § 416 Note 4.
- b. Die gebachten Ausnahmen greisen Blat: a) bei ben nur auf Antrag zu versolgenden Beleibigungen und Körperverletungen (§ 416); β) ber Regel nach bei ben im Auslande begangenen, im Inlande versolgbaren Delikten (StBB. § 4: "kann versolgt werden"), sowie in ben Fällen des § 37 bes StBB. Die Regel des § 4 cit. erleibet indeß ihrerseits wiederum Ausnahmen, indem bei gewissen, im Auslande begangenen Delikten die Bersolgung nicht fakultativ, sondern obligatorisch ist; vgl. StBB. § 298 und die oben § 9 Rote 2 ausgeführten Gesetze jowie Oppenhoss, Strasgesetzbuch § 4 Rote 9, 10; γ) bei dem s. objektiven Straspersahren; hierüber s. § 477 Rote 4. b.

Bgl. hierzu: in Betreff ber Berfolgung mehrerer handlungen berfelben Person: bie Roten zu § 208; — in Betreff bes Berfahrens gegen Abwesenbe: bie Roten zu §§ 319, 327; — in Betreff bes Berfahrens bei Zuwiberhandlungen gegen bie Borschriften über bie Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle: bie Roten zu § 464.

- c. Landesrechtliche Abweichungen von bem Legalitätsprinzip find insoweit ftatthaft, als die Landesgesetzung befugt ift, ein von ber StBD. abweichenbes Berfahren vorzuschreiben; vgl. EG. § 3 u. Note 6, 10 bas.
- 6. Ganz verschieben von ber Frage: ob bie Erhebung einer begründeten Rlage unterbleiben burfe, ist die andere Frage: ob sich im gegebenen Falle die Rlage genügend begründen, b. h. mit Aussicht auf Ersolg erheben lasse. Diese Frage wird in vielen Fallen zweiselhaft sein, und es versteht sich, daß bei ihrer Beantwortung das Ermessen der Staatsanwaltschaft Plat greisen muß, da es nicht die Aufgabe der letteren sein kann, unbegründete oder doch voraussichtlich ersolglose Rlagen zu erheben. Auch bei dieser Frage kann es sich um Zwedmäßigkeitsrücksichten handeln; es kann z. B. unter Umständen zwedmäßig sein, trot der bei der Staatsanwaltschaft vorhandenen Ueberzeugung von der Schuld des Berbäcktigen wegen der Schwäche des Beweises und der voraussichtlichen Ersolglosigkeit der Rlage die Erhebung der letteren einstweilen zu unterlassen und das Aussichen weiterer Beweise abzuwarten. Diese Rücksichten prozessuchen nichts gemein, und das hier in Rede siehende Ermessen der Staatsanwaltschaft sieht zu dem Gegensat des Legalitätsprinzips und des Opportunitätsprinzips in keiner Beziehung. Bgl. § 168 Note 5, Glaser I. S. 224.
- 7. In Betreff ber "gerichtlich strafbaren" handlungen vgl. GBG. § 13 Rote 2, 7. a.— Richt "verfolgbar" im Sinne bes § 152 ist eine straftlage handlung, wenn ber Erhebung ber Straftlage ein gesehliches hinderniß entgegensteht ober die Straftlage erloschen ist; vgl. oben Rote 15—23, 27, 28 zu Abschn. 1.
- 8. Die für die Erhebung der öffentlichen Alage zuständigen Beamten der Staatsanwaltschaft find auch bei dieser ihrer Funktion an die Anweisungen der Borgesetten gebunden, und zwar haben sie sowohl der Anweisung: eine Klage zu erheben, wie auch der: eine Klage nicht zu erheben, Folge zu leisten (GBG. § 147). Hervorzuheben ist hierbei, daß es auch der kandesjustiverwaltung (GBG. § 148 Nr. 2) zusteht, die Erhebung der öffentlichen Klage im einzelnen Falle zu untersagen. Es ist dies eine nicht abzuweisende Konsequenz aus den gesehlichen Bestimmungen: die Borschift des § 152 Abs. 2 stellt nicht eine Ausnahme gegenüber derzenigen des § 147 des GBG. aus. Dies erhellt daraus, daß § 152 nur die Richterhebung begründeter Klagen ausschließen will; wenn aber darüber, ob die Klage begründet sei, zwischen der zuständigen Staals-

§. 153.

Die Untersuchung und Entscheidung erstreckt sich nur auf die in der Alage bezeichnete That und auf die durch die Klage beschulbigten Personen.

Innerhalb bieser Grenzen sind die Serichte zu einer selbständigen Thätigkeit berechtigt und verpflichtet; insbesondere sind sie bei Anwendung des Strafgesetzes an die gestellten Anträge nicht gebunden.

(L. Entw. § 131; II. Entm. § 131; III. Entm. § 135.)

anwalifcaft und ber Lanbesinftigvermaltung Meinungsverfciebenbeit besteht, fo ift nach \$ 147 eben bie Meinung ber Lanbesjuftizverwaltung bie maßgebenbe. Uebrigens faun bie lettere auch ohne jebe Angabe von Grunden bie Erhebung ber Rlage unterfagen. Die zustänbige Staats: anwaltschaft wird burch eine in bieser Richtung erfolgenbe Anweisung von ihrer aus § 152 Abs. 2 entspringenben Berantwortlichfeit frei; bie Berantwortlichfeit fur bie Richterhebung ber Rlage fällt alsbann ber bie Anweisung erlaffenben Beborbe gu. In reichsgerichtlichen Straffachen (BBG. § 136 Rr. 1) finbet bies auf bie Reichsjuftizverwaltung (GBG. § 148 Rr. 1 u. Rote 3 bas.) ents sprechenbe Anwenbung. Bgl. Glafer I. S. 222. — Das Gesagte gilt aber selbstverftänblich nicht, wenn in Folge eines von bem Berletten geftellten Antrages bie Erhebung ber öffentlichen Rlage von bem zuftanbigen Gericht befchloffen ift (SS 170, 173). Die Durchführung biefes Befcluffes feitens ber Staatsanwalticaft muß unter allen Umftanben erfolgen, unb eine demselben widersprechende Anweisung ware schlechthin unstatthaft und wirkungslos. hierin liegt benn auch bezüglich aller galle, in benen ein Berletter porhanben ift, ein Korrettiv gegen bie vorgebachte Anweifungsbefugniß ber Juftizverwaltung: bie lettere wurde fich burch bie Anweifung jur Richterhebang einer Klage ber Gefahr ausseten, ihr Berhalten bemnächft burch gerichtlichen Beichluß reprobirt ju feben.

Zu § 153.

Bu 2161. 1.

- 1. Die Bestimmung bes Abs. 1 schließt sich sachlich au f 151 an und hätte richtiger bort ihre Stelle ethalten. "Eine Rlage, — fo fagen bie Mot. S. 163 — welche wegen mehrerer strafbaren Handlungen berselben Berson ober gegen mehrere bei berselben That betheiligte Bersonen ethoben ift, enthält in Bahrheit eine Berbindung mehrerer Rlagen, und es bedarf baber in Anichung jeber einzelnen That bezw. jebes einzelnen Beschulbigten eines Antrages bes Rlagers, ebe bas gerichtliche Berfahren beginnen fann." Geht man von biefer Auffassung aus (vgl. auch oben Rote 33 ju Abicon. 1), fo ift bie Bestimmung bes Abf. 1 eine nothwendige Ronfequeng aus berjenigen bes § 151. Der Sinn der Bestimmung ist sonach nicht, wie man nach dem Wortlaut annehmen tonnte, ber: bag bie Untersuchung nicht auf anbere Straffalle bezw. Berfonen, als bie in ber (urfprunglichen) Rlage bezeichneten, erftredt werben, fonbern vielmehr ber: bag biefe Er= ftredung nicht ohne Antrag ber Staatsanwaltschaft, also nicht ohne eine neue Rlage, erfolgen barf. Beispielsweise barf, wenn gegen A bie Rlage wegen Diebstable erhoben ift, im Laufe bes Berfahrens aber ermittelt wird, daß B an dem Diebstahl theilgenommen und daß ferner A auch einen Raub begangen habe, ohne Antrag (Rlage) ber Staatsanwaltichaft bie Untersuchung weber auf bie Theilnahme bes B noch auf ben von A begangenen Raub ausgebehnt werben. Bgl. § 189 sowie § 265 u. bie Roten bas.
- 2. In Betreff ber "in ber Rlage bezeichneten That" und ber Frage ber 3bentität i. § 263 u. bie Noten bas.
- 3. a. Darüber, bag bie Erhebung ber Rlage nur gegen eine ober mehrere bestimmte Ber= fonen erfolgen tonne, f. Rote 4 ju Abicon. 2-6.
- b. Der Grundsat bes Abs. 1 gilt auch bei Antragsbeliften und erleibet durch die Bestümmung bes StBB. 5 63 keine Ausnahme. Die Besolgung der letteren Borschrift ist Pflicht ber Staatsanwaltschaft; das Gericht dagegen darf im Falle einer Nichtbefolgung weder die Untersuchung auf die nicht angeschuldigten Betheiligten erstrecken, noch die Eröffnung des Bersahrens gegen die Angeschuldigten ablehnen. So: Olshausen S. 308.

Bu Abs. 2.

4. a. In Abs. 2 ift ein von bem Inhalt bes Abs. 1 fachlich gang verschiebener Gegenftanb behanbelt: bie Stellung und Aufgabe bes Richteramts in bem burch bie Alage in Be: wegung gefesten Brogeft. Das Gefet tritt bier in bestimmtefter Beife ber Meinung entgegen, als sei bie Rolle, welche in bem auf ber Anklageform beruhenben Strafverfahren bem Richter zufällt, eine wesentlich paffive, als habe fich bie Thatigfeit bes Richters nur innerhalb ber Antrage bes Unflägers und bes Beschulbigten zu bewegen. Die Aufgabe bes Strafprozesses ift bie Erforichung und Reftftellung materieller Bahrheit; baber barf ber Richter fich bei ber Erflarung bes Befdul: bigten: bag er bie That begangen habe, nicht beruhigen; er muß vielmehr bie Bahrheit biefer Erflarung prufen und event. ben Beichulbigten trop bes Schulbbetenntniffes freifprechen. Die Berurtheilung eines Unichulbigen bort baburch nicht auf, eine Rechtsbeugung zu fein, bag fie bem Buniche beffelben entfpricht. hieraus folgt, bag nach ber einen Seite, namlich nach ber bes Befoulbigten bin, bie Baffivitat bes Richters icon burch bie Ratur ber Straffache begrifflich ausgefcolossen ist. Nach ber anheren Seite, ber bes Anklägers, hin greift zwar ein anberer Gesichtspuntt Blat; allein auch bier macht fich bie absolute Ratur ber Strafface geltenb. Bo nämlich bie Unfichten bes Gerichts und ber Staatsanwaltschaft bei Beurtheilung eines Salles auseinanbergeben, ba muß bie Bermuthung fur bie Richtigfeit ber Anficht bes Gerichts ftreiten; mare nun in einem Salle, in welchem bie lettere im Bergleich mit ber Anfict ber Staatsanwalticaft bie ftrengere ift, ber Richter burch bie Antrage ber Staatsanwaltichaft gebunben, fo murbe er unter Umftanben Enticheibungen erlaffen muffen, welche ber mabren Sachlage prajumtiv nicht ent: fprechen murben. Jebenfalls mare es mit ber Ratur ber Straffache völlig unvereinbar, wenn in einem Falle, in welchem ber Beschulbigte sowohl nach ber Ansicht bes Gerichts wie nach ber ber Staatsanwaltschaft strafbar ist, bennoch bie Freisprechung besselben erfolgen mutte, weil bas Gericht einerseits bas von ber Staatsanwaltschaft fur anwendbar gehaltene milbere Strafgefet fur un: anwenbbar erachtete und andererfeits an ber Unwenbung bes von ihm felbft fur jutreffenb gehal: tenen ftrengeren Strafgefetes aus formellen Grunben gehindert mare. — Der vorftebenb bargelegten Auffassung entspricht es, bag bie StBD., in Uebereinftimmung mit ben meiften bisberigen Lanbesgeseten, für bas eigentliche Strafverfahren bie aus bem inquifitorischen Broges herruhrenbe Bezeichnung "Unterfuchung" beibehalten bat.

b. Rach ber Bestimmung bes Abf. 2 hat ber Richter in allen Stabien bes Berfahrens feiner Aufgabe: bie materielle Bahrheit festzustellen, unabhängig von ben Anträgen ber Prozesbetheiligten zu genügen, also ersorberlichensalls über biese Anträge hinauszugehen. Rach ber Seite ber Bertheibigung hin bebarf bieser Sat keiner näheren Erörterung. In Betreff ber Ans klage ift zu bemerken: Der Richter ift weber in Ansehung ber Beweisführung noch in Ansehung ber Entideibung an bie Untrage ber Staatsanwaltichaft gebunben. Bas bie Bemeisführung betrifft, so hat er ben Sachverhalt in jeber ihm geeignet erscheinenben Beise aufzuklären, also event. auch folche Belaftungsbeweise zu benützen, welche von ber Staatsanwaltichaft nicht in Bezug genommen finb. Es gilt bies sowohl hinfichtlich ber Beweismittel wie hinfichtlich ber Beweisthatfacen (Inbigien); vgl. SS 220, 243 Abf. 3, Re. III. 23. Mary 82 (Entic. VI. 135), III. 7. Dez. 85 (Entich. XIII. 158), IV. 2. Juli 86 (Entich. XIV. 303). Die Enticheibung anlangenb, fo barf ber Richter auch benjenigen Beschulbigten fur foulbig erklaren und verur: theilen, ben bie Staatsanwalticaft freigesprochen miffen will; bie analoge Anwendung biefes Sates auf die Boruntersuchnng f. in § 206. Soweit eine Umgestaltung ber Strafflage überhaupt statthaft ist (§ 263), barf bieselbe in ganz bemselben Umfange, wie auf Antrag, auch ohne einen folden erfolgen; bas Gericht barf j. B., wenn bie Anklage auf Diebstahl ober auf Betrug lantet, die That als Raub bezw. als Urkundenfälschung qualifiziren und demgemäß den Beschulbigten ftrafen bezw. (§ 270) fich fur unguftanbig erklaren (vgl. auch § 204). Diefe Befugnif bes Gerichts ichließt jugleich bie entsprechenbe Berpflichtung ein: RGer. III. 8. Dez. 80 (Entich. III. 95), II. 29. Marg 81 (Entich. IV. 34). Das Gericht barf ferner in ber Art und bem Dage ber Strafe über bie Anträge ber Staatsanwaltschaft hinausgehen. — Das Gefagte erleibet für bie höheren Instanzen insofern eine Modifikation, als ein Urtheil ohne Antrag ber Staatsanwalt-

- schaft, b. h. ohne baß es von bieser burch baß zulässige Rechtsmittel angesochten worben, nicht zu Ungunsten bes Beschulbigten geanbert zc. werben barf (§§ 372, 398 Abs. 2). Das Gleiche gilt von bem Wieberaufnahmeversahren (§ 413 Abs. 2). In Betreff bes Privatklageversahrens s. bie Roten zu § 424.
- c. Der Grunbsat, daß die Thätigkeit des Gerichts von den Antragen der Prozesbetheiligten unabhängig ift, gilt, soweit nicht das Geset ausdrücklich Ausnahmen aufstellt, auch für diejenigen in der Untersuchung in Frage kommenden Maßregeln, welche zu der Beweiskührung und der Entscheidung in keiner unmittelbaren Beziehung stehen. Daher darf z. B. das Gericht auch ohne und selbst gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft die Berhaftung des Beschuldigten beschließen. Ein serneres Beispiel s. in Note 4. b zu Buch 1 Abschn. 2.
- d. Die StBO. bezeichnet bie selbstständige Thatigkeit bes Gerichts durch ben Ausbruck "von Amtswegen"; berselbe ift gleichbedeutend mit bem in früheren Landesgesehen vorstommenden Ausbruck "aus eigener Bewegung" ober "aus eigener Entschließung". Der Gegensat wird burch die Borte "auf Antrag" ausgedrückt. Bgl. 3. B. §§ 4, 125.
- 5. a. Bas die Stellung und Aufgabe ber Staatsanwaltschaft in dem auf erhobene Klage statsindenden Bersahren betrifft, so ist dieselbe, äußerlich betrachtet, die eine Partei, der als Gegenpartei der Beschuldigte gegensibersteht: die Staatsanwaltschaft hat die von ihr erzhobene Klage vor dem Richter zu vertreten. Da indes der lette Zweck ihrer Thätigkeit überall nur der sein kann, die gerechte Anwendung des Strasgesets herbeizusühren, so versteht es sich, daß sie nicht mit der Einseitigkeit einer Partei auf die Berurtheilung des Beschuldigten hinzuwirken, sondern dei ihren Anträgen überall das Recht und bessenwirklichung im Auge zu behalten hat. hiernach hat die Staatsanwaltschaft in den geeigneten Fällen ihre Anträge auch zu Gunst en des Beschuldigten, also die Freisprechung besselben, die Außerverfolgsetzung (§ 202) 2c. zu beantragen; vgl. § 154. Diese Aufsassung der Aufgade der Staatsanwaltschaft sindet ihren schäfften Ausdruck in der Borschrift des § 338 Abs. 2, nach welcher die Staatsanwaltschaft besugt ist, auch zu Gunsten des Beschuldigten Rechtsmittel einzulegen (vgl. § 405). Bgl. noch § 158 Abs. 2. u. Rote 5 das.
- b. Die Staatsanwaltichaft bat in ber Untersuchung bas gesammte Interesse bes Staates mahrgunehmen ; biefer aber ift mefentlich babei intereffirt, bag bas Berfahren in rechtsbestänbiger Beise por fich gebe und bag bie Aufhebung von Entscheibungen und bie Bieberholung von Berhandlungen möglichft vermieben werbe. Daber ift bie Staatsanwaltichaft berufen, in biefer Richtung alle ihr geeignet icheinenben Antrage ju ftellen und burch biefe auf bie Befolgung ber gesehlichen Borichriften bingumirten, und zwar nicht blos bann, wenn fie feitens bes Gerichts jur Abgabe einer Erflärung veranlaßt wirb, fonbern überall ba, wo fie bie Richtbefolgung einer gefehlichen Borfdrift mahrnimmt. Bare 3. B. in einem Falle, in welchem bie Bertheibigung eine nothwendige ift (§ 140), ber Beschulbigte ohne Bertheibiger geblieben, fo murbe es Bflicht ber Staatsanwaltichaft fein, Die Beftellung eines folchen in Antrag ju bringen. - Die Befugniß ber Staatsanwaltichaft jur Antragfiellung erftredt fich auch auf folde Bortomms niffe im Berfahren, welche ju ber erhobenen öffentlichen Rlage in feiner unmittel= baren Beziehung stehen; es kann z. B. bie Staatsanwaltschaft, wenn in einer Berhanblung eine Störung ber Orbnung erfolgt, bie Anwendung ber bezüglichen Bestimmungen (BBG. SS 178 ff.) beantragen. — Auf jeben Antrag ber Staatsanwaltschaft hat das Gericht eine ausbrückliche Ents Schidung zu treffen. Bgl. noch § 33 Note 2. b.
 - c. Bgl. § 122 Rote 8.
- 6. Ob man auf die Staatsanwaltschaft und den (von ihr) Beschuldigten den Ausbruck "Parteien" anwenden will, ist eine untergeordnete Frage. In dem Kommentar wird statt "die Barteien" gesagt: "die Prozesbetheiligten", und zwar wesentlich deshald, weil die StPO. selbst den ersteren Ausdruck auf das Bersahren bei erhobener öffentlicher Klage (in Betress der Privatslage s. § 420 Abs. 2) nicht angewendet hat; vgl. noch GBG. § 178 u. Note 4.a das. Der Ausdruck "die Prozesbetheiligten" umfaßt auf der Seite der Anklage: die Staatsanwaltssich, die in § 464 gedachten Berwaltungsbehörden, den Privatsläger und den Nebenkläger; auf

§. 154.

Die öffentliche Klage kann nach Eröffnung ber Untersuchung nicht zurudgenommen werben.

(L. Entm. § 132; II. Entm. § 135; III. Entm. § 136.)

§. 155.

Im Sinne bieses Gefetes ift:

Angeschulbigter ber Beschulbigte, gegen welchen bie öffentliche Rlage er-

Angeklagter ber Beschuldigte ober Angeschuldigte, gegen welchen die Eröffnung bes Hauptverfahrens beschloffen ist.

(I. II. III. Entw. § -.)

ber Gegenseite: ben Beschulbigten und in gewissen Fallen (vgl. 3. B. § 340) biejenigen Bersonen, welche in seinem Interesse selbstftändig zu handeln besugt sind, sowie ferner die oben Note 14 zu Abschn. 1. gebachten Personen. Bgl. noch die singulären Bestimmungen in § 401 Abs. 2 u. in § 433 Abs. 2.

3u § 154.

- 1. Die StBD. hat die Konfequenzen des Anklageprinzips nicht soweit gezogen, als es von manchen Seiten gefordert wird: sie gestattet die Zurucknahme der öffentlichen Klage nach erfolgter Eröffnung der Untersuchung nicht mehr. Die Mot. S. 164 sagen hierüber: hat die Staatsamwaltschaft "einmal das Richteramt mit einer Klage besast, so entspricht es ebensosehr dem Wesen einer Strafsache als der Burde des strafsichterlichen Amtes, daß der Fortgang der Sache dann nicht mehr dem einseitigen Ermessen der Staatsanwaltschaft unterstellt bleiben darf, die Klage wielmehr durch richterliche Entschung ihre Erledigung finden muß." Indek hört die Bestunis
- vielmehr burch richterliche Entscheidung ihre Erledigung finden muß." Indeß hort die Besugnif ber Staatsanwaltschaft zur Zurudnahme ber erhobenen Klage nicht schon mit dem Zeitpunkt der "Befassung" bes Richteramts, sondern erst dann auf, wenn eine die Untersuchung (die Boruntersuchung oder das Hauptversahren) erössende Entscheidung (§§ 179, 201) ergangen ist, und insbesisst die Zurudnahme noch während der in § 178 Abs. 2, § 199, § 200 bezeichneten Erörterungen statthaft. Bgl. Note 6. b zu §§ 16—18.
- 2. In bem Antrage ber Staatsanwaltschaft, ben Beschulbigten freizusprechen ober außer Verfolgung zu seten, ift eine Zurudnahme ber öffentlichen Rlage im Sinne bes § 154 nicht enthalten; vgl. § 153 Note 5.a. Ebensowenig hanbelt es sich um eine Zurudnahme ber öffentlichen Rlage, wenn bei einem Antragsbelikt in Folge ber geschenen Zurudnahme bes Antrages auf Strafversolgung von ber Staatsanwaltschaft bie Einstellung bes Versahrens beantragt wirb (§ 259 Abs. 2).
 - 3. Gine Musnahme von bem Grunbfat bes § 154 enthält § 451.
 - 4. In Betreff ber Burudnahme ber Privattlage und ber Rebentlage f. SS 431, 442, 444.
- 1. Die hier gegebenen Begriffsbestimmungen beruhen auf ben Beschlüssen ber ALR.; sie kommen bei ber Auslegung einer Reihe von Borschriften ber StBD., namentlich bes 1. Buches, in Betracht; vgl. 3. B. § 81 Rote 2, § 112 Rote 2. Sie enthalten gegenüber einzelnen Landeszgesehen, welche nach bem Borbilbe bes Code d'instr. orim. zwischen ben verschiebenen Ordnungen erkennender Gerichte unterschieben und nur ben vor bas Schwurgericht verwiesenen als "Angetlagten" bezeichneten, insofern eine Neuerung, als sie sich nur auf die Unterscheidung ber verschiebenen Stadien bes Berfahrens gründen, ohne barauf Rücksicht zu nehmen, welches Gericht im hauptversahren zuständig ift.
- 2. Der Begriff bes Beschulbigten ichließt ben bes Angeschulbigten, ber lettere wieberum ben bes Angeklagten ein; in Zeile 4 ericeinen baber bie Borte "Beschulbigte ober" überfüssig.

 Der Bersuch, ben Begriff bes Beschulbigten erschöpfend zu bestimmen, ist in ber RER. zwar gemacht worben, indeß nicht geglückt (Prot. S. 1120). Der Ausbrud "Beschulbigter" wird an

Zweiter Abichnitt.

Borbereitung der öffentlichen Rlage.

ben verschiebenen Stellen ber StBD. balb in einem weiteren, balb in einem engeren Sinne gebraucht; im weitesten Sinne umfaßt er jeben einer strafbaren Hanblung Berbachtigen, gegen welchen irgend eine Art obrigkeitlichen Einschreitens stattfindet ober auch nur in Antrag gebracht wird; vgl. 3. B. §§ 97, 99, 102, 172.

Bum Zweiten bis Geoften Abfduitt.

1. Die StPO. hat ben Organismus bes Strafverfahrens im Ganzen ebenso gestaltet, wie er in bem größten Theile Deutschlands schon früher gestaltet war, und insbes gilt bies von demjenigen Abschnitt bes Bersahrens, über welchen in ber Theorie die Ansichten am weitesten anseinandergehen: von der Boruntersuchung. In der RER. sind verschiedene auf eine Reugestaltung des Borversahrens abzielende Anträge gestellt worden, die indeß von ganz entgegengesetten Ansichauungen ausgingen und zu sundamentalen Aenderungen des Systems nicht gesührt haben, wennsichon im Einzelnen manches von dem disherigen Rechtszustande Abweichende in das Gesetz aufsgenommen worden ist. Bgl. Prot. S. 227—245. Ber. S. 37, 45.

Den Abschnitten 2-6 find folgende allgemeine Bemerkungen über ben Organismus bes Bersiahrens und die auf ihn bezügliche Terminologie ber StPO. vorauszuschicken:

- 2. Die StPO. unterscheibet zwischen ber Borbereitung ber öffentlichen Rlage (im Kommentar "Borbereitungsversahren" genannt), ber Boruntersuchung und bem hauptversahren. Durch ben letteren Ausbruck wird nicht lediglich die Hauptverhandlung, sondern das ganze Prozeßeftadium bezeichnet, in welchem die Sache bei dem erkennenden Gericht anhängig ist und welches mit dem in § 201 bezeichneten Beschlusse beginnt. Die StPO. stellt nun einerseits das Hauptwersahren in Gegensah zu dem "Borversahren" und saht unter dem letteren Ausbruck das Borbereitungsversahren und die Boruntersuchung zusammen. Andererseits aber stellt sie das Borbereitungsversahren in Gegensah zu der Boruntersuchung und dem Hauptversahren und saht die beiden letteren Prozesssahren unter dem Namen der "Untersuchung" (vgl. § 153 Note 4. a) zusammen. Der erstgebachte Gegensah beruht auf der inneren Berscheheit der beiden im Straspersahren vorkommenden Thätigkeiten der Behörden: dem Nachsorschen nach strasbaren handlungen und dem Sammeln der Beweise einerseits und dem Berhandeln und Entscheie über eine Ansichulbigung andererseits, bei welcher letteren Thätigkeit die gesammelten Beweise dem Gericht im Jusammenhange vorgesührt werden. Dagegen ist der zweitgebachte Gegensah positivrechtlicher Ratur; val. Note 6.
- 3. a. Die "Erhebung ber Rlage" und bie "Eröffnung ber Untersuchung" finb forrespondirende Begriffe: die Rlage ift bas nothwendige Fundament ber Untersuchung; die vor ihrer Ethebung etwa ftattfinbenben gerichtlichen Sanblungen (SS 160, 163, 164) fiellen noch nicht eine Untersuchung im Sinne bes Gesetzes bar. — Die Erhebung ber Klage geschieht regelmäßig entweber burch ben Antrag auf Boruntersuchung ober durch bie, bie Gröffnung bes Sauptverfahrens bezwedende Ginreichung einer Anklageschrift (§ 168); in Betreff ber Abweichungen vgl. Rote 2 baf. In bem Antrage auf Boruntersuchung ift stets bie Erhebung ber Klage enthalten, in ber Einreichung ber Anklageschrift bagegen nur bann, wenn nicht eine Boruntersuchung voraußgegangen ist (§ 197); andernfalls hat, ba die Rlage bereits erhoben mar, die Ginreichung ber Unflageschrift nur bie Bebeutung einer ein neues Brozefftabium einleitenben Brozeffanblung (§ 196). -- Dem entsprechenb ift unter ber "Eröffnung ber Unterfuchung" nach Berfchiebenheit ber Falle bie Eröffnung ber Borunterfuchung ober bie bes Sauptverfahrens ju verfteben. In ber Gröffnung ber Borunterfudung ift nothwendig bie Eröffnung ber Untersuchung enthalten; bagegen ftellt bie Eröffnung bes hauptverfahrens (§ 201) eine Gröffnung ber Untersuchung nur bar, falls eine Boruntersuchung nicht vorausgegangen ift (§ 197); anbernfalls hat die Eröffnung bes hauptverfahrens nur bie Bebeutung einer ein neues Prozefftabium einleitenben Zwischenentscheibung. Digitized 27 Google

- b. Insoweit nach Borstehenbem in ber Einreichung einer Anklageschrift die Erhebung ber Rlage enthalten ift, spricht die StBD. (vgl. 3. B. SS 197, 464) auch von der "Erhebung der Anklage"; dagegen hat fie für die durch den Antrag auf Boruntersuchung erfolgende Erhebung der Rlage einen besonderen technischen Ausbruck (etwa: Erhebung der Anschuldigung) nicht aufgenommen (§ 177). Bgl. noch § 155.
- c. Inwiesern ber Staatsanwaltschaft zwischen ber einen ober ber anberen Art ber Erbebung ber Rlage bie Bahl zustehe, barüber f. § 176 u. Rote 1. a. bas. Das Gericht kann von ber Bahl ber Staatsanwaltschaft unter Umftänben insofern abweichen, als es ftatt bes haupts verfahrens bie Voruntersuchung eröffnen kann (§ 176 Nr. 2, §§ 199, 200). Dagegen steht es ihm nicht zu, auf Grund eines Antrages auf Boruntersuchung bas hauptverfahren zu eröffnen.
- 4. Jum Begriffe ber "Erhebung ber Rlage" gehört bie Anschuldigung einer bestimmten Person (SS 177, 198; vgl. S 153); eine Boruntersuchung ohne Beschuldigten (vgl. 3. B. württemb. StPD. Art. 73) tennt bie StPD. nicht; vgl. unten Note 2 zu Abschn. 2. Ein von dem vorsstehenden Grundsape abweichendes Berfahren f. in SS 477—479.
- 5. Die Erhebung ber Klage zieht die Eröffnung ber Untersuchung nicht nothwendig nach sich; vielmehr ist das Gericht zur Brüfung ber Klage und zur Entscheid ung über die Einleitung bes Berfahrens berusen, und es darf ben Antrag auf Eröffnung ber Untersuchung geeignetenfalls zurückweisen (§§ 178, 199—203). Das Institut ber s. g. unmittelbaren Labung des Beschuldigten vor das erkennende Gericht hat in die StPD. nicht Ausnahme gefunden. Die Gründe, aus benen eine Zurückweisung stattsinden darf, sind übrigens verschieden, je nachdem es sich um die Eröffnung der Boruntersuchung oder um die des Hauptversahrens handelt (§§ 178, 201). Bgl. noch §§ 211, 265, 448.
- 6. Durch bie erfolgte Eröffnung ber Untersuchung (ber Boruntersuchung ober bes hauptversahrens) wird bas Gericht mit ber Sache bergestalt selbstftanbig befaßt, baß ber Staatsanwaltschaft bie einseitige Berfügung über bie Strafversolgung nicht weiter zusteht; bie öffentliche Rlage kann von ihr nicht mehr zurückenommen werben (§ 154). Demzusolge kann nach Abschluß ber Boruntersuchung bas Gericht selbst bann die Eröffnung bes hauptversahrens beschließen, wenn die Staatsanwaltschaft die Außerversolgsehung bes Beschuldigten beantragt (§§ 196, 206). Bgl. auch § 153 Abs. 2 u. Note 4 bas.
- 7. Das Borbereitungsversahren ist niemals ein nothwendiger Best and theil des Strafversahrens in dem Sinne, daß ohne dasselbe die Erhebung der össentlichen Rlage nicht stattsinden könnte (vgl. die Noten zu § 158). Dagegen ist die Boruntersuchung in den reichsgerichtlichen und in den schwurgerichtlichen Strassachen (vgl. § 1 Note 2. b) in dem Sinne nothwendig, das die Eröffnung des Hauptversahrens nicht stattsinden kann, ohne daß eine Boruntersuchung vorausgegangen ist (§ 176 Abs. 1). In gewissen Fällen ist die Boruntersuchung unzulässig (§ 176 Abs. 3). Hiernach ist nur in einem Bruchtheil aller Strassachen der Berlauf des Bersahrens der: daß zunächst ein Borbereitungsversahren, sodann die Boruntersuchung und demnächst das Hauptversahren stattsindet; in vielen Fällen wird die Boruntersuchung, in anderen das Borbereitungsversahren sehlen; unter Umständen kann das Hauptversahren stattsinden, ohne daß irgend ein Borversahren vorausgegangen ist (vgl. §§ 211, 265).
- 8. Erlebigt wird eine bei der Staatsanwaltschaft anhängig gewordene Strafsache, abgesehen von dem Falle sosoniger Weglegung der Anzeige 2c. (§ 158 Rote 3. a), entweder dadurch, daß die Staatsanwaltschaft das Versahren ohne Erhebung der öffentlichen Klage einstellt (§ 169) oder das Oberlandesgericht bezw. das Reichsgericht den Antrag des Verletzen auf Erhebung der öffentlichen Klage verwirft (§ 172), oder durch Zurückweisung des Antrages auf Boruntersuchung seitens des Gerichts (§ 178) oder durch Wiederaussehung der die Boruntersuchung eröffnenden Versügung (§ 179 Rote 6), oder daburch, daß nach geführter Boruntersuchung oder auf eine unmittelbar erzhobene Anklage (§ 197) von dem Gericht die Nichteröffnung des Hauptversahrens oder die einstweilige Ginstellung des Versahrens beschlossen wird (§ 202, 203), endlich nach erfolgter Eröffnung des Hauptversahrens durch das in der Hauptverhandlung ergehende Urtheil des erkennenden Gerichts (§ 259). Inwiesern noch nach Eröffnung des Hauptversahrens eine Erledigung der Sache

ohne hauptverhandlung und also ohne Urtheil eintreten könne, barüber s. bie Roten zu Abschn. 5.

Bum Zweiten Abidnitt.

- 1. Die Ueberschrift bes Abschnitts bezeichnet nur sehr unvollständig ben Inhalt besselben: ber Abschn. handelt erstens von ber Anzeige und ber Erforschung strafbarer handlungen (§§ 156—167) und zweitens von ber Entschließung über die Erhebung ber öffentlichen Klage (§§ 168—175). Als eine "Borbereitung" ber letteren läßt sich die Erhebung ber öffentlichen Klage (§§ 168—175). Als eine "Borbereitung" ber letteren läßt sich die Erhebung ber Klage mirklich erfolgt; bagegen paßt ber gewählte Ausdruck auf die Fälle nicht, in benen die Bersolgung eingestellt wird (§ 169). Es wäre daher richtiger gewesen, den Abschn. mit den Borten: "Ermittelungsversahren und Erhebung der öffentzlichen Klage" zu überschreiben. In dem Kommentar ist, um mit der Terminologie des Geses möglicht in Uebereinstimmung zu bleiben, überall statt des korrekteren Ausdrucks "Ermittelungsversahren" ber Ausdruck "Ermittelungsversahren" ber Ausdruck "Ermittelungsversahren" ber Ausdruck "Ermittelungsversahren" ber Ausdruck "Bordereitungsversahren" gebraucht worden.
- 2. Ueber bie Bebeutung bes Borbereitungsverfahrens und über bie ein foldes bebingenben Romente ift Folgenbes zu bemerken: Richt jebe Anzeige (Denunziation) und nicht jeber auf jonftige Beife angeregte Berbacht einer ftrafbaren hanblung tann ohne Beiteres Unlaß zur Einleitung einer Untersuchung bieten; bie Anzeigen finb häufig faliche, ber Berbacht ift oftmals ein grundloser. Es bedarf also, bevor die Staatsanwaltschaft die öffentliche Klage erhebt, zuvörberst einer Brüfung und, wenigstens ber Regel nach, einer vorläufigen, summarischen Erforschung bes Sachverhalts. Es liegt auch, so sagen die Mot. S. 164, "einer der wesentlichsten Bortheile, welchen die Einrichtung der Staatsanwaltschaft bietet, gerade in der Möglichkeit, ohne gerichtliches Berfahren bie Grundlofigfeit einer Denunziation ober eines angeregten Berbachts zu erkennen unb aso ergebniflose Untersuchungen zu vermeiben." Ein zweites Moment ift bas: bag in vielen Fällen, und zwar auch in folchen, in benen bas Borhandensein einer strafbaren Handlung von vornherein nicht zu bezweifeln und auch ber Thater nicht unbefannt ift, bas erfte Ginfchreiten (ber erfte Angriff) sogle ich, also bevor noch die Erbebung ber Rlage und die Formulirung ber Anihulbigung (§ 177) möglich ift, stattfinden muß. Für bie StBD. kommt weiter hinzu, bag biefelbe eine Boruntersuchung ohne bestimmten Beschulbigten nicht tennt (f 177) und bag baber alles Erforberliche (val. insbef. f 158 Abf. 2) im Bege bes Borbereitungsverfahrens geschehen muß, fo lange noch tein Berbächtiger porhanden ober boch tein genügender Anhalt gegeben ift, von mehreren Berbachtigen (von benen nach ber Lage bes Kalles nur einer ober einige bie Schulbigen fein konnen) ben einen ober ben anberen für porgugsmeife belaftet angufeben und bemaufolge gegen ibn bie öffentliche Rlage zu erheben. Endlich bilbet in ben Fallen, in benen bie StPO. bie Boruntersuchung ausschließt (§ 176 Abs. 3), bas Borbereitungsversahren auch ben, einzigen Beg zur Sammlung bes für bie Hauptverhanblung erforberlichen Beweismaterials. Bgl. v. Kries i. StR3. V. S. 4. — Nach ben porstehenb bezeichneten Momenten wird sich im einzelnen Falle ber Inhalt und ber Umfang bes Borbereitungsverfahrens bestimmen.
- 3. Die im Borbereitungsversahren thatigen Behörben find bie Staatsanwaltschaft, bie Behörben und Beamten bes Polizei- und Sicherheitsbienftes und ble Amtsrichter. Das Verhaltnig berselben zu einander ift folgendes.
- a. Entsprechenb seinem hauptsächlichsten Zwede: für die Entschließung über die Erhebung ber öfsentlichen Rlage die Grundlage zu schaffen, konzentrirt sich das Berfahren völlig in der hand ber Staatsan waltschaft; diese ift die Trägerin und Leiterin des Berfahrens, so daß man dasselbe sehr wohl mit dem bisweilen vorkommenden Ausdrude "staatsanwaltschaftliches Borversahren" bezeichnen kann. Die Staatsanwaltschaft (vgl. § 152 Note 2. a) ersorscht die strasbaren Handlungen (§ 158); die hierbei nothwendigen Ermittelungen nimmt sie entweder selbst vor (§ 159), oder sie setz die übrigen Organe des Bersahrens zu diesem Behuse in Bewegung (§§ 159, 160). Selbst da, wo diese ohne eine seitens der Staatsanwaltschaft gegebene Beranlassung vorläusig einschreiten (§ 161, 163, 157), gedührt die weitere Entschließung überall der Staatsanwaltschaft (§ 161 Abs. 2, § 165). Die letztere bestimmt die Ausbehnung und den Abschlus des Bersahrens (§§ 168, 169).

b. Die Behorben und Beamten bes Boligei: und Sicherheitsbienftes handeln ent-

§. 156.

Anzeigen strafbarer Handlungen ober Anträge auf Strafverfolgung können bei ber Staatsanwaltschaft, ben Behörben und Beamten bes Polizeis und Sichersheitsbienstes und ben Amtsgerichten münblich ober schriftlich angebracht werben. Die münbliche Anzeige ist zu beurkunden.

Bei strafbaren Handlungen, beren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, muß ber Antrag bei einem Gericht ober ber Staatsanwaltschaft schriftlich ober zu Protokoll, bei einer anderen Behörbe schriftlich angebracht werden.

(I. Cutm. § 133; IL. Entm. § 136; III. Entm. § 137.)

weber auf Beranlassung ber Staatsanwaltschaft (§ 159) ober schreiten aus eigener Entschließung ein (§ 161). Das Rähere siehe in ben Noten zu biesen SS. Bgl. auch GBG. § 153 und bie Roten bas.

- c. a. Die Mitwirkung ber Gerichte im Borbereitungsversahren (§§ 160, 163, 164, 157, 98, 105, 125 ff.), sofern eine solche überhaupt stattsindet, besteht nur in der Bornahme einzelner Untersuchungsbandlungen, beren Art und Zahl in den verschiedenen Fällen eine sehr verschiedene sein kann. Ein zusammenhängendes richterliches Bersahren stellen diese Handlungen, selbst wenn sie sämmtlich von demselben Amtsgericht (vgl. § 160) vorgenommen werden, nicht dar; grundsählich kann davon, daß das Bordereitungsversahren als ein Ganzes bei einem bestimmten Amtsgericht anhängig wäre, nicht die Rede sein, ein Sat, der nur durch die Bestimmungen des § 164 und durch die der §§ 125, 126 einigermaßen modistzirt ist. Die gerichtlichen Untersuchungshandlungen werden regelmäßig auf Antrag der Staatsanwaltschaft (§ 160), ausnahmsweise von Amtswegen (§§ 163, 157), vorgenommen; auch kann eine Erweiterung der gerichtlichen Thätigkeit auf Antrag des Beschulbigten (§ 164) eintreten. Das Rähere sin den Roten zu diesen SS, insbes. zu § 160.
- 3. Die gesammte richterliche Thätigkeit im Borbereitungsversahren sieht allein bem Amts: richter zu. Die Staatsanwaltschaft ist nicht befugt, ben Untersuchung brichter (GBG. § 60) anzugehen, und zwar selbst bann nicht, wenn es gewiß ist, daß bemnächst die Boruntersuchung folgen werde; in dieser Ausschließung bes Untersuchungsrichters bürfte ein, unter Umständen fühlbarer Mangel enthalten sein, da es bisweilen von wesentlichem Ruben sein kann, wenn die richterliche Thätigkeit während des Borversahrens von Ansang an von demselben Beamten ausgeübt wird. Bgl. übrigens § 171 Abs. 3 sowie § 189. Die Strastam mer entscheidet über Beschwerden gegen Bersügungen des Amtsrichters; irgendwelche erstinstanzliche Thätigkeit sieht ihr im Borbereitungsversahren nicht zu.

3u § 156.

- Zu Abs. 1.
- 1. Abs. 1 gilt für alle biejenigen strafbaren Hanblungen, bei benen es zur Strafverfolgung eines Antrages im Sinne bes StBB. S 61 nicht bebarf. Da es bei berartigen Hanblungen überhaupt nicht darauf ankommt, ob die Verfolgung von Jemandem gewollt wird oder nicht, dieselbe
 vielmehr siets und Staalswegen stattsindet (vgl. S 152 Abs. 2), so besteht bei ihnen hinschlich
 der Pflicht ber Behörden zum Einschreiten (vgl. dagegen SS 169, 170) zwischen einer blosen
 "Anzeige" und einem "Antrage" kein sachlicher Unterschied; die Anzeige wie der Antrag stellt
 hier nichts weiter als die Kenntnisquelle dar, aus welcher die Behörden den Anlaß zu ihrem
 Einschreiten von Amtswegen entnehmen. Daher kann sowohl die Anzeige wie der Antrag von
 Jeder mann angebracht werden.
- 2. Der legislative Inhalt bes Abs. 1 ift wefentlich ber: bag alle bentichen Behörben und Beamten ber in Abs. 1 bezeichneten Kategorien, ohne Rudficht auf ihre örtliche und sachliche Buttanbigfeit für ben vorliegenben Fall, verpfichtet find, ichriftliche und mundliche Anzeigen und Antrage entgegenzunehmen und fie ber zuständigen Stelle zu übermitteln.
 - 3. Gleich ber munblichen Anzeige muß felbstverftanblich auch ber munbliche Antrag auf Straf:

Digitized by GOOGLE

verfolgung beurkundet werben, da in einem folden stets zugleich eine Anzeige enthalten ist. Bei beiben genügt übrigens eine bloße Registratur; vgl. Note 4, 6.

- Bu Abf. 2.
- 4. Die die Antragsbelikte betreffende Bestimmung bes Abs. 2 beruht auf den Beschlüssen ber ALR. (Prot. S. 887 ff., Bericht S. 36 ff.). Die in der Praxis häusig vorhandenen Zweisel darüber, od in einer vor einem Polizeibeamten zc. mündlich abgegebenen Erklärung ein Antragauf Strasversolgung (StBB. § 61) enthalten sei, haben Beranlassung gegeben, für die Antragestellung eine besondere Form vorzuschreiben. Danach kann die mündliche Andringung des Antrages nur bei einem Gericht oder bei einer Staatsanwaltschaft ersolgen; bei anderen Beshörden und Beamten kann der Antrag nur schriftlich angedracht werden; dies gilt auch von denzienigen Beamten des Polizeis und Sicherheitsdienstes, welche Hüssbeamte der Staatsanwaltschaft sind: RSer. II. 23. Nov. 80 (Entsch. III. 55, Rspr. II. 556). Diese Formvorschriften sind indes nur für die Andringung des Antrages gegeben, nicht aber auf die Zurücknahme eines solchen zu beziehen: RSer. II. 26. Jan. 83 (Entsch. VIII. 79, Rspr. V. 62). Uebrigens giebt die Bestimmung des Abs. 2 mehrsachen Zweiseln Raum; in Betreff der in den Einzelheiten mannigsach auseinandergehenden Ansichten der Schriststeller wird hier auf Boitus Kontr. I. S. 214 ss. verweisen.
- 5. Der Antrag kann schriftlich ober munblich bei "einem Gericht" angebracht werben, also nicht blos bei ben Amtsgerichten. Diese Abweichung von Abs. 1 ift wichtig, weil sich in einem ichon schweben ben Berfahren bas Ersorberniß ber Antragstellung nachträglich herausstellen kann; alsbann kann bie letztere bei bem mit ber Sache besathen Gericht erfolgen (vgl. Rote 7. b, zu Buch 2 Abschn. 1). Bon biesem Falle abgesehen, sind aber nur die Amtsgerichte, nicht auch bie übrigen Gerichte, sur verpflichtet zu erachten, münbliche Antrage entgegenzunehmen und zu beurkunden; ware letzteres gleichwohl seines hierzu nicht verpflichteten Gerichts geschen so würde die Antragstellung allerdings rechtlich wirksam seine.
- 6. Im Gegensat zu Abs. 1 schreibt Abs. 2 bie Aufnahme eines Protofolles vor. hieraus solgt jedoch nicht, daß ber Antragsteller seine Erklärung nothwendig unterzeich nen musse; benn bie StBD. enthält eine allgemeine Borschrift, nach welcher jedes eine Erklärung beurkundende Brotofoll der Unterzeichnung durch die erklärende Person bedürfte, nicht; sie hat vielmehr nur für gewisse Protofolle (SS 186, 166; vgl. dagegen SS 271—273) eine solche Unterzeichnung vorgeschrieben. Gl. A. Weser. I. 28. Juni 80 (Entsch. II. 125, Rspr. II. 128); vgl. übrigens oben Note 10. b zu Buch 1. Bezüglich der staatbanwaltlichen Protofolle hat das Weser. III. 30. Apr. 85 (Entsch. XII. 172, Rspr. VII. 259) serner sowohl die Anwendung der birekten Redesorm in der Riederschrift der Erklärung wie auch die Borsesung der Riederschrift für unwesentlich erklärt und ausgesprochen, daß zwischen der in Abs. 1 vorgeschriebenen Beurkundung und der in Abs. 2 ers sorberten Anbringung zu Protofoll "kein formaler Unterschled von normativer gesehlicher Bebeutung" bestehe.
- 7. Der bei einem Gericht munblich angebrachte Antrag kann von einem Gericht sich reiber 3u Protokoll genommen werben, ohne baß bie Mitwirkung eines Richters erforberlich ist; wgl. Rote 10. c zu Buch 1. Es bebarf übrigens nicht nothwendig ber Aufnahme eines besonderen Protokolles; ber Antrag kann wirklam auch in jedes Sihungs- ober Terminsprotokoll aufge-nommen werben; wgl. Rote 5. Ein bei ber Staatsanwaltschaft angebrachter Antrag barf nur von einem Mitgliede bieser Behörde, nicht von einem Bureaubeamten (Sekretair 2c.) bersielben zu Protokoll genommen werden, da die StPD. berartige staatsanwaltschaftliche Bureausbeamte, welche zur Ausnahme von Protokollen berusen wären, nicht kennt; gl. A. John II. S. 309; a. M. Glaser II. S. 330 und die bas. Eit. Bgl. übrigens Note 10.
- 8. Die Rechtzeitigfeit eines bei einem Gericht, einer Staatsanwaltschaft ober einer Polizeisbehörbe angebrachten Antrages ift, ohne Rudficht auf bie örtliche und sachliche Zuftänbigkeit für ben vorliegenben Fall, nach bem Zeitpunkt ber Anbringung bes Antrages, nicht nach bemjenigen Zeitpunkt zu beurtheilen, zu welchem bas ben Antrag enthaltenbe Schriftstild ober Protokoll bei ber zustänbigen Behörbe eingeht.

§. 157.

Sind Anhaltspunkte bafür vorhanden, daß Jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben ist, oder wird der Leichnam eines Unbekannten gefunden, so sind die Polizeis und Gemeindebehörden zur sofortigen Anzeige an die Staatsanwaltsschaft oder an den Amtsrichter verpstichtet.

Die Beerbigung barf nur auf Grund einer schriftlichen Genehmigung ber Staatsanwaltschaft ober bes Amtsrichters erfolgen.

- (I. Eutw. § 135; II. Eutw. § 137; III. Eutw. § 138.)
- 9. Die Borte: "bei einer anberen Behörbe" find nur auf die Behörben bes Polizeiund Sicherheitsbienstes zu beziehen; für sonstige Behörben besteht eine Berpflichtung, Strafanträge aufzunehmen, nicht. — Bird ein Antrag auf Strafverfolgung bei einer sonstigen Behörbe (z. B. im Falle ber Amtsbeleibigung bei ber bem beleibigten Beamten vorgesetten Dienstbehörbe) eingereicht und von bieser ber Staatsanwaltschaft zc. übersandt, so ift zwar die Antragstellung an sich nicht unwirtsam, da es barauf nicht ankommen kann, ob ber Antrag direkt ober durch Bermittelung einer anderen Behörbe an die Staatsanwaltschaft gelangt; allein die Rechtzeitigkeit des Antrages ist nur nach bemjenigen Zeitpunkt zu beurtheilen, zu welchem der Antrag bei einem Gericht, einer Staatsanwaltschaft ober einer Polizeibehörde eingeht.
- 10. a. "schriftlich angebracht" Es wird ein Schriftstud erfordert, welches von dem Antragsteller unterzeichnet ist: RSer. II. 29. März 81 (Entsch. III. 442, Rspr. III. 172). Bei schriebensunkundigen Personen genügt die bloße Unterfreuzung, so lange nicht dargethan ist, daß das Schriftstud ohne oder gegen den Billen des Antragstellers an die Behörde gelangt ist: RGer. II. 6. Mai 81 (Rspr. III. 281). Ueber telegraphische Andringung s. Note 9. d zu Buch 1 Abschn. 1. Uedrigens ist auch ein von einem Beamten zu Protofoll genommener Antrag als ein schristlich angebrachter anzusehen, sosen er von dem Antragsteller unterzeichnet ist: RGer. I. 28. Juni 80 (Entsch. II. 125, Rspr. II. 128), III. 2. Febr. 81 (Rspr. III. 3); vgl. auch I. 28. Juni 80 (Entsch. II. 253, Rspr. II. 133).
- b. Der schriftliche Antrag verliert baburch nicht seine Birksamkeit, daß er im mundlichen Auftrage bes Antragsberechtigten von einem Dritten nicht bloß geschrieben, sonbern auch mit ber Namensunterschrift bes ersteren versehen ist: MGer. II. 24. Febr. 82 (Entsch. VI. 69); vgl. Note 9 a zu Buch 1. Ueberhaupt erstreckt sich, wenn ber Antrag burch einen Bevollmächtigten gestellt wird, bas Ersorberniß ber Schriftlichkeit nicht auf die Bollmacht, biese kann vielmehr mündlich ertheilt werden: MGer. II. 10. Dez. 80 (Rspr. II. 625), 21. März 81 (Entsch. III. 425, Rspr. III. 156).
- 11. Eine beleidigte Staatsanwaltschaft bezw. ein beleidigter Staatsanwalt kann ben Antrag wirksam bei sich selbst anbringen und insbes. auch in ben eigenen Aken schriftlich nieberlegen: RGer. I. 16. Juni 81 (Entsch. IV. 264, Rspr. III. 407). Bgl. Note 4 zu Buch 1 Absch. 3.
 - Bu Abs. 1, 2.
- 12. Die StPO. trifft keine Bestimmung barüber, ob öffentliche Behörben ober Beamte, welche nicht zu ben in § 161 bezeichneten gehören, verpstichtet seien, über bie zu ihrer amtlichen Renntniß gelangenden strasbaren handlungen ber Staatsanwaltschaft Mittheilung zu machen. Gine solche Anzeige pflicht liegt außerhalb bes Prozestrechts und ift, soweit nicht besondere reichsrechtliche Bestimmungen (vgl. z. B. § 21 bes Bechselstempelsteuer-Ges. v. 10. Juni 1869) bestehen, landestrechtlich zu regeln. Auch kann landestrechtlich angeordnet werden, daß gewisse Borkommisse (z. B. Brände, Eisenbahnunsalle 2c.) der Staatsanwaltschaft stets, also auch dann angezeigt werden mussen, wenn nach der Ansicht ber betr. Behörde der Berdacht einer strasbaren Handlung überhaupt nicht vorliegt. Bgl. z. B. preuß. Auss. Ges. zur Kont. D. v. 6. März 1879 § 12 (GS. S. 109).

Bu & 157.

1. a. Der & verpflichtet die Polizeis und Gemeindebehörben, über gewisse Todesfalle ber Staatsanwaltschaft ober bem Amtörichter eine Anzeige zu erstatten, gleichviel ob ber Berbacht einer

Digitized by GOOGLE

strafbaren Hanblung nach ber Ansicht ber betr. Behörbe vorliegt ober nicht. Die Bestimmung ist triminalpolizeilicher Natur. Sie beruht, wie die Mot. S. 164 sagen, "auf der Erwägung, daß die Entscheinig darüber, ob es in einem Falle der vorgedachten Art einer gerichtlichen Thatbestandserhebung ober der näheren Ermittelung der Todesart bedürse, den einzelnen Polizeis oder Gemeindebehörden nicht wohl überlassen werden kann, zumal namentlich in Dörsern das Amt des Gemeindevorstandes sich öster in den händen von Personen besindet, deren Bildungsgrad keine genügende Gewähr für eine sachgemäße Beurtheilung der Frage, ob der Berdacht einer strasbaren handlung begründet sei, darbietet. Zene Entscheidung muß vielmehr in allen Fällen einer Justizsehörde vorbehalten bleiben."

- b. Die zur Anzeige verpflichtete Behorbe bat auch bie fernere Pflicht, ben Leichnam bis auf Beiteres ficher zu fiellen und bafur zu forgen, bag mit ihm feine Beranberungen vorgenommen werbeu.
- 2. a. Die Anzeige muß schon bann erstattet werden, wenn "Anhaltspunkte" bafür vorshanden sind, daß Jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben sei, also insbes. auch in dem kalle, wenn muthmaßlich ein Selbstmord vorliegt.
- b. "wird ber Leichnam eines Unbekannten gefunden" Hierunter wird auch ber Fall zu subjumiren sein, wenn ber Tob eines Menschen zwar unter den Augen anderer Personen erfolgt, aber keine von diesen den Berstorbenen kennt. So: Boitus S. 204; a. M. Glaser I. S. 715, John II. S. 319, Stenglein S. 321.
- 3. Da die Berfolgung berjenigen firasbaren Handlungen, beren Borhandensein in den Fällen bes § 157 in Frage kommen kann, niemals dem Amtsanwalt zusteht (vgl. GBG. § 143 Abs. 2), so ist unter der Staatsanwaltschaft, an welche die Anzeige zu erstatten ist, nur die Staatsanwaltschaft des Landgerichts (vgl. übrigens GBG. § 142 Note 1. b) zu verstehen. Geht dem Amtsanwalt eine Anzeige zu, so hat er dieselbe sofort an den Staatsanwalt, salls aber dieser an einem anderen Orte seinen Sit hat, an den Amtsrichter abzugeben; vgl. GBG. § 143 Note 5.
- 4. Die Anzeige ift an bie Staatsanwaltschaft ober an ben Amtsrichter bes Bezirks, in welchem sich ber Leichnam befindet, zu erstatten, je nachdem bie eine oder die andere Behörbe die schneller erreichbare ist. Nur bann, wenn beide Behörben benselben Sit haben, muß die Anzeige nothwendig an die Staatsanwaltschaft gerichtet werden. Wäre in diesem Falle die Anzeige bennoch bem Amtsrichter zugegangen, so würde dieser sie einfach an die Staatsanwaltsichgit abzugeben haben, da es hier an jedem Anlaß zu einem selbstständigen Einschreiten des Richters sehlen würde.
- 5. Die Staatsanwaltschaft kann, falls sie schon nach bem Inhalt ber ihr zugegangenen Anzeige ben Berbacht einer strafbaren Hanblung für ausgeschlossen erachtet, ohne Beiteres die Beerdigung gestatten. Anderenfalls kam sie auf jede ihr geeignet erschienende Beise sich darüber Aufstärung verschaffen, ob ein Berdacht vorhanden sei ober nicht; insbes. kann sie selbst (vgl. § 159 sowie § 86 Note 1. d.) eine Besichtigung der Leiche vornehmen (was sich indeß im Allgemeinen nicht empsehlen wird). Sie stellt, wenn und soweit sie die Bornahme richterlicher Untersuchungs-handlungen (Leichenschau, Leichenöffnung, Bernehmung von Zeugen 2c.) für angezeigt erachtet, ihre bezüglichen Anträge bei dem Amtsrichter (§ 160). Nach Ersebigung derselben wird mit Rücksicht auf die Dringlichseit der Beerdigung die Genehmigung zu letzterer regelmäßig von dem Amtsrichter zu ertheilen und nur ausnahmsweise der Staatsanwaltschaft vorzubehalten sein; vgl. übrigens Note 6, b.
- 6. a. Geht bie Anzeige bem Amtarichter zu, so hat berselbe (von bem in Note 4 bezeichen neten Falle abgejehen) an Stelle ber Staatsanwaltschaft bie Sachlage zu prüfen, und es fteben alsbann ihm bie in Note 5 bezeichneten Besugniffe ber Staatsanwaltschaft zu. Er hat also in ben geeigneten Fällen alsbalb bie Genehmigung zur Beerbigung zu ertheilen. Es ift ihm auch nicht verwehrt, gleich bem Staatsanwalt ausnahmsweise eine einsache Besichtigung ber Leiche im Gegensatz zu ber förmlichen Leichenschau bes § 87) vorzunehmen, wenn besondere Umftände, die alsbann aktenkundig zu machen sind, diese Maßregel angemessen erscheinen lassen. Bei einer solchen Besichtigung bedarf ber Amtsrichter so wenig wie die Staatsanwaltschaft ber Mitwirkung

§. 158.

Sobalb die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige ober auf anderem Bege von dem Berdacht einer strafbaren Handlung Kenntniß erhält, hat sie behufs ihrer Entschließung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben sei, den Sachverhalt zu erforschen.

Die Staatsanwaltschaft hat nicht blos bie zur Belaftung, sonbern auch bie zur Entlastung bienenben Umstände zu ermitteln und für die Erhebung berjenigen Beweise Sorge zu tragen, beren Berluft zu besorgen steht.

(I. Catm. § 136; IL. Cutm. § 138; III. Cutm. § 139.)

eines Gerichtsichreibers ober ber Zuziehung eines Arztes. Macht bie Saclage die alsbalbige Bornahme richterlicher Untersuchungshandlungen (Leichenschau, Leichenöffnung, Bernehmung von Zeugen 2c.) ersorberlich, so nimmt auch diese der Amtsrichter von Amtswegen vor. — Liese Thätigseit des Amtsrichters ift, da sie sich nicht auf die Bornahme richterlicher handlungen deschränkt, eine weiter reichende als diesenige, welche der § 163 vorsieht. Die dort vorausgesetzte "Gesahr im Berzuge" besteht hier in der, schon wegen der Beerbigung des Leichnams regelmäßig vorhandenen Dringlichkeit des Einschreitens. Uebrigens ist der Amtsrichter auch befugt, sich der Entschließung zu enthalten und die Anzeige ohne Weiteres an die Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn dies im einzelnen Falle ohne einen für die Sache wesentlichen Berzug ausführbar ist.

b. Auch hier wird burch bas Berfahren bes Amtstichters und insbes burch bie von ihm ertheilte Genehmigung jur Beerbigung ber Leiche ber weiteren Entschließung ber Staats: anwaltschaft in keiner Beise vorgegriffen (§ 165). Die Anzeige und bie etwaigen Protokollex. find ber Staatsanwaltschaft balbmöglichft zu übersenden.

7. In Betreff bes Berfahrens bei ber Leichenschau und ber Leichenöffnung f. § 87 u. bie Roten bas. Inwiefern für biese Untersuchungshandlungen ein Militairgericht zustanbig fein fonne, barüber f. EG. zum GBG. § 7 Rote 3. c.

8. Etwaige lanbesrechtliche Anordnungen, nach welchen bas Auffinden unbefannter Leichen von ber Staatsanwalticaft ober bem Richter öffentlich befannt ju machen ift, find burch bie StBD. nicht außer Kraft gesett und können auch kunftig erlassen werben, ba es sich bei berarigen Bekanntmachungen noch um andere als ftrafprozessulische Zwede handeln kann.

Au # 158.

Bu Abj. 1.

1. Darüber, welche Staatsanwaltschaft im einzelnen Falle sachlich und örtlich zuständig sei, s. EBG. § 143 u. Note 5, 6 das., § 144 u. Note 7, 8 das.; StBO. § 2 Note 7, § 9 Note 5. s. § 12 Note 4. d., § 13 Note 7. — Geht die Anzeige 2c. einer unzuständigen Staatsanwaltschaft zu, so ist sie alsbald an die zuständige Stelle abzugeben. In Betreff der dringlichen Maßregeln s. GBG. § 144 Abs. 2.

2. a. Auf welchem Bege bie Staatsanwaltschaft von bem Berbacht einer strafbaren hand: lung Kenntniß erhält, ist (von ben Antragsbelisten abgesehen) rechtlich gleichgültig; die Berfolgung tritt von Staatswegen ein, sobalb die Staatsanwaltschaft ben Berbacht in Ersahrung bringt. Daher hat die Staatsanwaltschaft ganz ebenso wie auf Grund einer Anzeige auch auf Grund ihrer eigenen Bahrnehmungen ober eines vorhandenen Gerüchts einzuschreiten. — Die Aufnahme einer besonderen Bestimmung über namenlose oder von einem Unbekannten herrührende Anzeigen ist von der ALR. (Prot. S. 206), und zwar mit Recht, abgesehnt worden. Denn die Namenlosigseit zo. hat nach Borstehendem sediglich insofern eine Bedeutung, als sie Zweisel an der Bahrheit der Anzeige erregen kann; berartige Zweisel bestehen aber häusig auch dei Anzeigen, die von bekannten Personen gemacht werden; es ist in allen Fällen Sache der Staatsanwaltschaft, die etwaigen Bedenken, gleichviel worauf sie beruhen, in Betracht zu ziehen und bei ihren Raßnahmen mit Borsicht zu versahren, damit der Angezeigte nicht eine unverschulbete Kränkung erz

Digitized by GOOSIC

iahre. Rach bemfelben Gesichtspunkte find Anzeigen zu behandeln, welche mit dem Berlangen, den Ramen des Anzeigenden zu verschweigen, angebracht werden. Endlich steht auch eine Selbstanzeige rechtlich jeder anderen Anzeige gleich; nur wird sie freilich immer mit besonderer Borzsicht zu behandeln sein. Hinsichtlich aller dieser Fälle lassen sich erschöpfende und bindende Normen nicht ausstellen.

- b. Letteres gilt auch hinfichtlich ber Frage: ob ein Beamter ber Staatsanwaltschaft, wenn er außeramtlich, z. B. in einem Privatgespräch, eine ftrafbare Hanblung in Ersaftrung bringt, zum Einschreiten bezw. zur Mittheilung an seine Behörbe verpstichtet sei. Im Allgemeinen ist bies zwar zu verneinen; boch mussen auch hier Ausnahmen Platz greisen, wenn es sich um schwere Berbrechensfälle handelt; unbedenklich wurde z. B. der Staatsanwalt ein Gespräch, welches einen der Behörbe noch nicht bekannten Berdacht eines Mordes betrafe, nicht unbeachtet lassen durfen.
- 3. Benn ber & vorschreibt, baß die Staatsanwaltschaft behufs ber Entschließung über die Erzhebung ber öffentlichen Rlage ben Sachverhalt zu erforschen habe, so fiellt er bamit nur eine Regel auf, welche nach zwei Seiten hin Ausnahmen erleibet. Ginerseits nämlich kann die Staatse anwaltschaft ohne Beiteres die Anzeige weglegen und ben Antrag auf Strafverfolgung zurude weisen, und andererseits kann sie auch ohne Beiteres die öffentliche Rlage erheben.
- s. Die so fortige Beglegung ber Anzeige ift statthaft, wenn bie angezeigte handlung unter kein Strafgeset fällt ober wenn bie Strafverfolgung unzulässig ist; unter Umständen wird
 sie auch beshalb erfolgen können, weil die Staatsanwaltschaft von vornherein von ber thatsächlichen Grundlosigkeit der Anzeige überzeugt ift. Die Staatsanwaltschaft ift nicht unbedingt genöthigt, die angeführten Beweise zu erheben; sie kann z. B. auf Grund ihrer aus anderen Strafjachen geschöpften Renntniß die benannten Zeugen für nicht glaubwürdig erklären. Diese Besugniß
 wird das Legalitätsprinzip nicht ausgeschlossen (§ 152 Note 6); von Wichtigkeit ift sie
 namentlich gegenüber solchen Personen, die wegen grundlosen ober frivolen Denunzirens bekannt
 sind und sich in ihren verschiedenen Anzeigen auf dieselben Zeugen zu berusen pflegen.
- b. Die sofortige Erhebung ber öffentlichen Rlage tann namentlich bann ftattsfinden, wenn es zunächst einer Boruntersuchung bedarf (§ 176) und für den Antrag auf Eröffnung einer solchen schon in der Anzeige genilgende Anhaltspunkte zu finden find, oder wenn gegen den Angezeigten bereits eine Boruntersuchung schwebt und nunmehr noch eine zweite von ihm begangene handlung zur Anzeige kommt, oder wenn berselbe auf frischer That ergriffen ift zc. Unter Umständen wird selbst die Einreichung einer Anklageschrift (§§ 168, 197) ohne Weiteres erfolgen können; auch kommen bezüglich ber alsbalbigen herbeisschrung des hauptverfahrens noch die bessonderen Bestimmungen der §§ 211, 265 in Betracht. Bgl. ferner § 448.
- In beiben Beziehungen (a. b) tann bie Erforschung bes Sachverhalts feitens ber Staatsanwaltschaft insbes. auch baburch erübrigt werben, baß bie von ber Polizei aufgenommenen, mit ber Anzeige eingesandten Berhandlungen (§ 161 Abs. 2) bereits bas erforberliche Material für bie Entschließung ber Staatsanwaltschaft enthalten.
- 4. Die Erforichung bes Sachverhalts tann auf außergerichtlichem (§ 159) wie auf gerichtlichem (§ 160) Bege erfolgen. Die Staatsanwaltschaft tann beibe Bege gleichzeitig einschlagen. Die Art und bie Zahl ber zu ergreifenden Magregeln wird je nach Lage bes Falleseine verschiedene sein; es entscheibet hierüber lediglich bas Ermessen ber Staatsanwaltschaft. Bgl. oben Rote 3. c zu Abschn. 2.

Bu 916 f. 2.

5. Zu Abs. 2 vgl. die, die Stellung der Staatsanwaltschaft im Allgemeinen betreffenden Bemerkungen zu § 153 Rote 5. — Daß im Borbereitungsversahren von einer Parteistellung, der Staatsanwaltschaft nicht die Rede sein kann, versteht sich nach der Natur dieses Bersahrens von selbst; die Entschließung der Staatsanwaltschaft über die Erhebung der öffentlichen Klage hat da, wo ein Antrag auf Strasversolgung zurückgewiesen wird, in gewissem Waße sogar den Charafter einer Entscheidung zwischen streitenden Parteien. Bei Delikten, dei denen neben dem Sachbestande die Thäterschaft gesondert in Frage kommen kann, also dei der Mehrzahl der Strassfälle, kommt überdies hinzu, daß nicht selten der Berdacht gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen

§. 159.

Bu bem im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Zwede kann die Staatsanwaltschaft von allen öffentlichen Behörden Auskunft verlangen und Ermittelungen jeder Art, mit Ausschluß eidlicher Bernehmungen, entweder selbst vornehmen oder durch die Behörden und Beamten des Polizeis und Sicherheitsdienstes vornehmen lassen. Die Behörden und Beamten des Polizeis und Sicherheitsdienstes sind verspslichtet, dem Ersuchen oder Auftrage der Staatsanwaltschaft zu genügen.

(I. Cutm. § 136; II. Entw. § 138; III. Entw. § 139.)

hin entsteht, und zwar in ber Art, baß diese einanber wechselseitig ausschließen und baß aus ber Schulb bes einen Berbächtigen die Richtschuld des Anderen nothwendig folgt; hier kann die Aufgabe ber Staatsanwaltschaft selbstrebend nur in einem ganz objektiven Abwägen der verschiedenen Berdachtsgrunde bestehen. Aber selbst da, wo der Berdacht der Thäterschaft sich zunächst nur in einer Richtung dewegt, wurde die Nichtbeachtung etwaiger Entlastungsmomente schon beshalb dem Berufe der Staatsanwaltschaft widerstreiten, weil im Falle der Nichtschuld bes Berbachtigen die einseitige Berfolgung besselben zugleich dem Schuldigen zu Gute kommen wurde.

6. Die Erhebung von Beweisen, beren Berluft zu beforgen steht, ift von ber Staalsanwaltschaft alsbalb bei bem Amtkrichter (§ 160) zu beantragen, so z. B. die etwa erforberliche Einnahme bes Augenscheins, die Bernehmung eines bem Tobe nahen Zeugen zc. Bgl. § 188 Abs. 2.

Ru & 159.

- 1. Bgl. oben Rote 2, 3 ju Abicon. 2 und § 158 Rote 4.
- 2. In Betreff ber Befugniß ber Staatsanwaltschaft, von öffentlichen Behörben Austunft ju verlangen, f. bas zu § 96 Note 7 Bemerkte. Die Staatsanwaltschaft ift in gleicher Beije wie bie Gerichte (§ 96) auch befugt, öffentliche Behörben um die Borlegung ober Austlieferung von Akten ober anberen Schriftstaden zu ersuchen.
- 3. a. Die Staatsanwalischaft barf "Ermittelungen" jeber Art "selbst vornehmen"; biese Ermittelungen sollen jeboch nur "zu bem in § 158 bezeichneten Zwede" stattfinden und haben baber in keinem Falle die Bedeutung richterlicher Untersuchungshandlungen. Ebendeshalb können auch die von der Staatswaltschaft über das Ergebniß ihrer Ermittelungen gemachten Auszeichnungen, selbst wenn sie den Erfordernissen eines Protokolles entsprechen, niemals Beweisstüde darstellen, sondern stets nur zur Information der Staatsanwaltschaft oder bes über die Gröffnung der Untersuchung beschließenden Gerichts (SS 178 si., SS 197 ss.) bienen.
- b. Die Staatsanwaltschaft ift insbes. befugt, Beschulbigte, Zeugen und Sachverftanbige ju vernehmen; nur bie Beeibigung fieht ihr in feinem Falle gu. Bon ber gebachten Befugnif wird bie Staatsanwaltichaft namentlich bei ben auf bie Entbedung eines Berbrechens folgenben erften Schritten (bem erften Angriff) und bei Rachforschungen an Ort und Stelle Gebrauch machen fonnen. Auch fonft kann fie Personen vor fich laben, welches Berfahren fich indes im Allgemeinen nicht empfehlen wirb. — Beftritten ift bie Frage: ob fur bie betr. Berfonen bie Berpflichtung bestehe, por ber Staatsanwaltichaft zu ericheinen und fich vernehmen zu laffen, und ob ber Staatsanwaltichaft eine entsprechenbe 3mangsgemalt, insbes. bie Befugnig, im Ungehorsamsfalle bie zwangsweise Borführung bes Ausgebliebenen anzuordnen, zustehe. Das RGer. III. hat in einem — bie Besugnisse ber Staatsanwaltschaft wie bie ber Polizei gleichmäßig berührenden - Urth. v. 22. Nov. 83 (Entich. IX. 433, Ripr. V. 726) die Frage verneint, ba bas Gefet eine Zwangsgewalt in ber fraglicen Begiebung nur bem Richter guertenne und überbies in § 159 eine Bflicht gur Ausfunftsertheilung nur ben Beborben, nicht aber ben Privatpersonen, auferlegt fei. In einem Urth. I. 30 Sept. 80. (Entich. II. 282, Ripr. II. 282) war zwar bie Zwangsgewalt ber Bolizei, nicht aber die Ericeinungspflicht ber Austunftspersonen verneint worben. Gegen bie Zwangsgewalt nichtrichterlicher Beamten erklären fich auch : v. Schwarze S. 174, 269, Reller S. 186, Thilo S. 172, v. Bomhard S. 95, Dochom S. 190, v. Holhenborff in Sh. I. S. 380, Geper ebenba S. 272, Binbing S. 121, 91, Glafer II. S. 363, Stenglein S. 323, theilm. auch Buchelt

Digitized by GOOGIC

§. 160.

Erachtet die Staatsanwaltschaft die Vornahme einer richterlichen Untersuchungshandlung für erforderlich, so stellt sie ihre Anträge bei dem Amtsrichter des Bezirks, in welchem diese Handlung vorzunehmen ist.

Der Amtsrichter hat zu prüfen, ob die beantragte Handlung nach ben Um= ftanben bes Kalles gesehlich juläffig ift.

(I. Entm. \$ 137; II. Entm. \$ 139; III. Entm. § 140.)

- 5. 123, 125, 274, 308; für dieselbe bagegen Boitus S. 115, 183, Dalde S. 45, 92, Juchs in Hh. I. S. 448. Bgl. bes. die eingehende Erörterung bei John S. 412, ber die obengebachte Berpflichtung als bestehend ansieht, jedoch annimmt, daß die Anwendung der Zwangsmittel nur durch ben Richter erfolgen könne. Bgl. noch § 161 Note 1. d.
- c. In Betreff ber Einnahme bes Augenscheins f. § 86 Rote 1. b, § 157 Rote 5. Gine außergerichtliche Leichenöffnung vornehmen zu lassen, ift die Staatsanwaltschaft nicht befugt, und zwar schon beshalb nicht, weil burch biese Magnahme ber Zustand ber Leiche verandert und in dem Falle, wenn bemnächft die gerichtliche Leichenöffnung (§ 87) erforderlich wird, das Ergebniß ber letteren beeinflußt werden könnte (a. M. Puchelt S. 191).
- 4. Alle Behörben und Beamten bes Polizeis und Sicherheits bienstes haben, ihre Zuständigkeit vorausgesett, sich ben von der Staatsanwaltschaft verlangten Ermittelungen zu unterziehen, gleichviel ob das Berlangen im Bege des Ersuchens ober des Auftrages ausgesprochen wird; die Berantwortlichkeit für die verlangte Mahregel fällt überall der Staatsanwaltschaft zu; vgl. § 161 u. Note 1 das. Die Unterscheidung zwischen "Ersuchen" und "Auftrag" bezieht sich auf § 153 des GBG.: innerhalb der bort gedachten Grenzen ertheilt die Staatsanwaltschaft "Aufträge". Sonach ist ein "Ersuchen" zu erlassen: wenn das Berlangen von einem Amtsanwalt ausgeht; wenn dasselbt; wenn dasselbt einen einen in einem anderen Bezirk sungirenden, also der ersuchenden Stelle nicht untergeordneten Beamten erlassen wird; wenn es an einen Beamten ergeht, der nicht zu den hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft gehört; endlich wenn es an eine Behörde erlassen wird. Bgl. die Noten zu § 153 des GBG., insbese. Note 2. d.
- 5. Die Staatsanwaltschaft tann behufs Erforschung bes Sachverhalts ober bes Thaters und misbel. auch behufs Auffindung von Beweisen alle ihr geeignet erscheinenden öffentlichen Bestanntmachungen erlaffen.
- 6. In Betreff ber Befugniß ber Staatsanwalticaft, Beichlagnahmen und Durch= jugungen anzuordnen, f. §§ 98, 100, 105, in Betreff ber vorläufigen Festnahme bes. Beichulbigten: § 127.

3# § 160.

- 1. 3m Allgemeinen voll. oben Rote 3. o zu Abichn. 2 und § 158 Rote 4. Bu Abi. 1.
- 2. a. Die Bornahme richterlicher Untersuchungshandlungen im Borbereitungsversahren kann aus verschiedenen Gründen erforderlich werden. In zahlreichen Fällen muß die
 gerichtliche Feststellung des s. g. objektiven Thatbestandes stattsinden, devor man noch irgend welche
 kenntnis von der Person des Thäters hat, also bevor die Erhebung der öffentlichen Rlage möglich
 ift (§ 177). Es kann die schleunige Bornahme eigentlicher Beweisakte nothwendig sein, well der
 Berlust des betr. Beweismittels zu besorgen steht (§ 158 Abs. 2). Es kann ferner dei der Nachforschung nach dem Thatbestande oder dem Thäter der Anwendung von Zwangsmitteln bedürsen,
 welche nur dem Richter zustehen. Auch die Natur der vorliegenden Sache kann eine Nachschung
 auf polizellichem Wege ungeeignet erscheinen lassen; dies ist z. B. regelmäßig der Fall, wenn
 Jemand der salschen Ableistung eines Parteieides beschuldigt ist und es sich bei der Prüfung, ob
 das Beschworene wahr sei, um die Ermittelung und Aufklärung privatrechtlicher Berhältnisse handelt.
 Ferner wird der Umstand, daß der Beschuldigte verhaftet ist (§ 125), in der Regel ein Anlaß sein,
 die ersorderlichen Ermittelungen ganz oder doch theilweis auf gerichtlichem Bege zu bewirken, zu-

mal ber Amterichter auf biefe Beife am beften in ben Stand gefet wirb, über bie etwaigen Antrage auf Berlangerung ber haft (§ 126) sachgemaß zu entscheiben.

- b. Jebe Untersuchungsbanblung, die nach Eröffnung ber Untersuchung ftatthaft ift, tann auch im Borbereitungsversahren beantragt und vorgenommen werden; insbef. gilt dies von ber Bernehmung des Beschuldigten. Gine Modifitation in Betreff ber Beeibigung ber Zeugen s. in § 65 Abs. 3.
- 3. Auch ber Amtsanwalt ift in ben Sachen, in benen ihm bie Berfolgung zusteht (GBG. § 143 Rr. 3 u. Abs. 2), zu ber in § 160 behandelten Antragstellung besugt; innerhalb semer Zustänbigseit ift sein Berhältniß zu bem Amtsrichter basselbe wie dassenige bes landgerichtlichen Staatsanwalts. Es empfiehlt sich indeß, im Wege reglementarer Anordnung Fürsorge zu treffen, daß bie Amtsanwalte nicht ohne zwingende Gründe den Weg gerichtlicher Erhebungen betreten. Für Preußen s. Art. 33 Abs. 2 ber Geschäftsanweisung für die Amtsanw. v. 28. Aug. 1879 (NWBI. S. 260).
- 4. In Betreff bes Bezirts, in welchem bie hanblung vorzunehmen ift, f. GBB. § 159 Rote 2; bas bort Gesagte findet hier entsprechende Anwendung, insbes. auch hinsichtlich ber Gegenüberstellung von Bersonen, die sich in verschiedenen Amtsgerichtsbezirten aufhalten. Bebarf es einer Mehrzahl von richterlichen handlungen und sind dieselben in verschiedenen Bezirten vorzunehmen, so tann die Staatsanwaltschaft nach ihrem Ermessen die verschiedenen Amtsrichter gleichzeitig ober auch ben einen nach bem andern angehen; auch tann sie letztem Falles ben einen Amtsrichter ersuchen, nach Bornahme der betr. handlung die Aften bireft an einen anderen Amtsrichter behus Erledigung eines weiteren Antrages abzugeben.
- 5. Die Staatkanwaltschaft hat ihre Antrage auf die Bornahme bestimmter Unterfuchungshandlungen ju richten; fie wirb alfo nach Berfchiebenheit ber galle g. B. bean: tragen: ben A als Befculbigten, ben B, C, D als Beugen, ben E als Sachverftanbigen ju vernehmen 2c. Dies ist indeß nicht babin zu verstehen, als bedürfe es überall einer ins Ginzelne gebenben Spezialifirung ber vom Amterichter vorzunehmenben hanblungen; es ift vielmehr nicht nur julaffig, sonbern in ben geeigneten gallen burchaus ju empfehlen, burch eine weitere Kassung bes Antrages bem Amtsrichter einen gewissen Spielraum zu gewähren, bamit bie Rothwenbigfeit einer nochmaligen Angehung beffelben Amterichters und einer wieberholten bin- und Berfenbung ber Aften thunlichft vermieben werbe. Insbes. ift es ftatthaft, in gewiffen Fallen, fo 3. B. bei Branben, bei ber Auffindung eines Leichnams (§ 157) 2c., ben Antrag allgemein auf "Erhebung bes Thatbestanbes" ju richten und bie Ausmahl ber Beweismittel bem Amtsrichter ju überlaffen, zumal ber Rreis ber letteren häufig aus ber Unzeige 2c. nicht bestimmt berporgeben wirb. Ebenfo fann bie Staatsanmalticaft alternative ober eventuelle Antrage ftellen und auf biefe Beife bem Ermeffen bes mit ben Lotal- und Berfonalverhaltniffen feines Begirts muthmaglic genauer vertrauten Amtsrichters einen Ginfluß auf bie Behanblung ber Sache einräumen. — Diefen Befuguiffen ber Staatsanwaltichaft entiprechenb, ift anbererfeits auch ber Amtsrichter berufen, fich nicht peinlich an bie Antrage ber Staatsanwaltschaft ju binben, fonbern unter Umftanben über biefe hinausgebend fo ju verfahren, wie es muthmaglich ber Abficht ber Staatsanwalticaft entspricht; er wird 3. B., wenn fich bei ber Bernehmung eines Beugen ergiebt, baf bie Benennung beffelben in ber Unzeige auf ber Bermechslung mit einer anberen Berfon beruhte, biefe lettere auch ohne Rudfrage bei ber Staatsanwalticaft vernehmen burfen. Dag ber Amtsrichter über bie Antrage ber Staatsanwaltichaft auch infoweit hinauszugeben bat, als bies burch eine Befahr im Berguge bebingt ift, ergiebt fich aus § 163; pgl. 3. B. § 65 Rote 4.c. Bgl. noch § 164.
- 6. Nach erfolgter Bornahme ber beautragten ober ber gemäß § 163 ober § 164 noch hinzugekommenen hanblungen hat ber Amtsrichter die Akten alsbald ber Staatsanwaltschaft zu übersenden; seine Thätigkeit erreicht hiermit (überhaupt oder doch für jett) ihren Abschluß; er ist nicht weiter mit der Sache befaßt, vorbehaltlich der Bestimmung des § 126. Die Akten sind nicht Akten des Gerichts, sondern der Staatsanwaltschaft, und zwar auch insoweit, als sie gerichtliche Protokolle enthalten. Bgl. § 168 Note 7.

- 7. Die Staatsanwaltschaft tann ihre Antrage jeberzeit zurudnehmen; auch burch bie Burudnahme hort ber Amtbrichter auf, mit ber Sache besaht zu fein.
- 8. In Betreff ber Anwesenheit ber Staatsanwaltschaft bei ben richterlichen Saublungen i. § 167.

3u Abi. 2.

- 9. Der Abs. ist erst von der ALR. ausgenommen (Prot. S. 211 st., 820 st., 4 st. [Sigg. 172]). Er soll aussprechen, daß die Staatsanwaltschaft zu dem Amtsrichter nicht in demselben Berhältniß sieht wie ein ersuchendes Gericht zu dem ersuchten (vgl. GBG. § 159 Note 3. d.), daß vielmehr die Anträge der Staatsanwaltschaft hinsichtlich der Zulässigseit der beantragten Handlung der Brüfung des Amtsrichters unterliegen. Der Umfang dieses Prüfungsrechts wird freilich durch die getrossene Bestimmung keineswegs klargestellt, und demzusolge gehen auch die Ansichten der Schriftkeller hier nicht unerheblich auseinander; vgl. Keller S. 188, v. Schwarze S. 307, Thilo S. 172, Boitus S. 206, Dalde S. 109, Puchelt S. 310, Huchs in Ho. I. S. 445, Meves S. 35, Kronecker in Goltd. Arch. XXIX. S. 317, Glaser II. S. 373, Stenglein S. 325, insbes. ader John II. S. 337.
- .10. Gegenstand ber Brüfung bes Amtsrichters ift nur bie einzelne in Antrag gebrachte Untersuchungshanblung, nicht bas staatsanwaltschaftliche Bersahren als Ganzes. Daher barf bie Ablehnung eines Antrages nicht erfolgen wegen vermeintlicher Unzuständigkeit ber antragsiellenden Staatsanwaltschaft, ebensowenig beshalb, weil die angezeigte That unter kein Strassespetialle ober weil die Strasversolgung aus irgend welchem Grunde, z. B. wegen des Mangels des ersorderlichen Antrages des Berletten (StBB. § 61), ausgeschlossen sei (hiernach braucht diese Antrag auch nicht dem Richter vorgelegt zu werden). Ebensowenig darf ein Antrag aus dem Grunde abgelehnt werden, weil die Sache schon zur Eröffnung der Boruntersuchung angethan sei.
- 11. Auch die einzelne in Antrag gebrachte Untersuchungshandlung unterliegt nur hinsichtlich ihrer gesetzlichen Zulässigteit der Brüfung des Amtörichters. Die Zulässigteit aber ist überall "nach ben Umständen bes Falles" zu prüsen, ein Antrag der Staatsanwaltschaft also nicht blos dann abzulehnen, wenn die beantragte Handlung überhaupt (in abstracto) unzulässigt, sondern schon dann, wenn es in concreto an den gesetzlichen Boraussetzungen ihrer Zulässigtit mangelt. Im Uedrigen bedarf es hier einer Unterscheidung zwischen den verschiedenen Arten richterlicher Handlungen:
- a. Bei benjenigen Handlungen, beren Anordnung bas Gefet mit Rudficht auf ben Schut ber perfonlichen Freiheit, bes Eigenthums 2c. grund fatl ich bem Richter vorbehalten hat, tann es teinerlei Unterschied machen, ob sie in ber Untersuchung ober im Borbereitungsversahren vorzunehmen sind. Auch in dem letteren tann bas richterliche Ermessen durch die Anträge der Staatsanwaltschaft nicht beschränkt werden; der Richter hat mithin auch über die Rothwendigkeit und Angemessenheit der beantragten Sandlungen zu entscheiden. Dies gilt von der Berhaftung (§ 125), von der Beschlagnahme (§ 98, 100, vgl. § 101 Note 3) und von der Durchsuchung (§ § 105, 110).
- h. a. Bezüglich ber sonstigen Hanblungen kommt es barauf an, ob und inwiesern das Geset Bornahme berselben ausdrücklich ober stillschweigend von besonderen Borausses hungen abhängig gemacht hat: das Borhandensein der letteren ist Gegenstand der richterlichen Prüfung; dagegen hat der Amtsrichter über die Rothwendigkeit oder Angemessenheit der beautragten Handzicklich auf micht zu befinden. Sonach darf er den Antrag: eine Person als Beschuldigten zu vernehmen, nicht deshalb ablehnen, weil dieselbe nicht ausreichend verdächtig sei. Der Antrag auf Bernehmung von Zeugen oder Sachverständigen kann eine richterliche Prüfung nur dann veranlassen, wenn die Weigerung (§§ 51—54, 75, 76) zu besinden; vgl. § 69 Note 10. d. Der Antrag: einen Zeugen oder Sachverständigen zu beeidigen, unterliegt sowohl hinsichtlich der Eidessähigkeit der zu vernehmenden Person (§ 56) wie auch hinsichtlich der Frage der alsbaldigen Beeidigung (§ 65 Abs. 3, vgl. Note 4 das.) der richterlichen Prüfung Ist die beantragte Handlung zulässig, so darf dauf außergerichtlichem Bege bewirken lasse. Gebensownig ist der Amtsrichter, wenn die Staats-

§. 161.

Die Behörben und Beamten bes Polizei- und Sicherheitsbienstes haben strafbare Handlungen zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Berdunkelung der Sache zu verhüten.

Sie übersenben ihre Berhanblungen ohne Berzug der Staatsanwaltschaft. Erscheint die schleunige Vornahme richterlicher Untersuchungshandlungen erforderlich, so kann die Uebersendung unmittelbar an den Amtsrichter erfolgen.

(I. Entw. § 138; II. Entw. § 140; III. Entw. § 141.)

anwaltichaft gleichzeitig ober successive eine Mehrzahl von Sandlungen in Antrag bringt, befugt, bie Erlebigung bieser Antrage um beshalb theilweis abzulehnen, weil es zur Auftlarung ber Sache nicht aller beantragten Handlungen beburfe.

- 3. Insoweit hiernach ber Amtsrichter verpflichtet ist, eine beantragte Handlung vorzunehmen, ist er auch verpflichtet, im Falle bes Ungehorsams ber betr. Berson die gesetlichen Zwangsmittel zc. (§§ 50, 69, 77, 95 Abs. 2; § 133, vgl. bort Rote 3. a) zur Anwendung zu bringen; er kann dies sogleich, d. h. ohne vorgängige Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft, thun, aber geeignetenfalls auch zunächt die weiteren Anträge der letzteren einholen. Bas dagegen die Art und den Umfang der Zwangsmittel betrifft, so werden dieselben, soweit das Geset dem Richter hier eine Wahl oder einen Spielraum gewährt, auch von dem Amtsrichter nach freiem Ermessen der ihm is derselbe ist in dieser Hinscht von den Anträgen der Staatsanwaltschaft nicht abhängig, und es würde ihm z. B. im Falle einer unberechtigten Zeugnisverweigerung nicht verwehrt sein, sich auf die Festseung der Strafe zu beschänken und die Berhängung der Iwangshaft abzulehnen (vgl. § 69 Note 6. d.). Umgekehrt aber solgt aus der Natur des Vorbereitungsverschrens von selbst, daß jede Anordnung eines Zwangsmittels wieder auszuheben ist, sobald die Staatsanwaltschaft auf dasselbe verzichtet (Note 7); nur die bereits sestgeseten Strasen bleiben von einem solchen Berzicht underührt (vgl. z. B. § 69 Note 5. d.).
- 12. Gegen alle Berfügungen und Beschluffe bes Amtsrichters findet bie Beschwerbe ftatt (§ 346).

3# § 161.

- 1. a. Der & hanbelt von ber selbstftänbigen, b. h. auf eigener Entschließung berubenden Thätigkeit ber Polizei im Gegensat zu berjenigen, welche burch bie Staatsanwaltschaft veranlast ist (§ 159). Der Beruf ber Kriminalpolizei hat nach wie vor die Ansgabe, strafbare Hanblungen und beren Thäter zu ersorschen und insbes. sich bem s. g. ersten Angriss zu unterziehen. Sie handelt aber nach der Aussalfung ber StPO. auch hierin überall als Organ der Staatsanwaltschaft und bient burchweg benjenigen Zweden, deren Trägerin die letztere ist (vgl. § 152 Note 2. a). Es versteht sich daher, daß die Staatsanwaltschaft die Uebersendung der polizeilichen Berhandlungen nicht abzuwarten braucht, sondern jederzeit besugt ist, nach ihrem Gutdünken auch in die erste Thätigkeit der Polizei einzugreisen, selbst wenn der mit der Sache besaste nicht zu den Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft gehört. Bgl. GBG. § 153 u. Note 4 das.
- b. Ueber die Besugniß der Kriminalpolizei, Personen zu vernehmen und zu diesem Bestuse zu laden, s. das zu § 159 Rote 3. d in Betreff der Staatsanwaltschaft Bemerkte. In dem dort cit. Urth. des MGer. III. 22. Nov. 83 ist die "Möglichkeit" anerkannt, daß landes gesetzlich eine Psticht der geladenen Person zum Erscheinen vor der Polizeibehörde bestehen könne. Die Besugniß der Polizeibeamten, Augenzeugen einer Strafthat, welche die Angabe ihres Namens und Wohnorts verweigern, behus Fest stellung ihrer Persönlichkeit zwangsweise vor die Behörde zu führen, ist dagegen schon in § 161 begründet: RGer. II. 19. März 86 (Entsch. XIII. 426, Rspr. VIII. 204), II. 25. Mai 86 (Aspr. VIII. 390); vgl. II. 19. März 86 (Aspr. VIII. 204).

 In Betreff der sonstigen Besugnisse der Polizei s. § 98 (vgl. § 100 Rote 2. a u. § 108 Note 1), § 105 (vgl. Note 12 das.), § 127, § 131 Abs. 2, § 162. Bgl. serner § 127 Rote 1. b.

§. 162.

Bei Amtshandlungen an Ort und Stelle ist der Beamte, welcher dieselben seitet, befugt, Personen, welche seine amtliche Thätigkeit vorsätzlich stören oder sich den von ihm innerhalb seiner Zuständigkeit getroffenen Anordnungen widersetzen, sestnehmen und bis zur Beendigung seiner Amtsverrichtungen, jedoch nicht über den nächstolgenden Tag hinaus, festhalten zu lassen.

(L. Catw. \$ 139; II. Cutw. \$ 141; III. Cutw. \$ 142.)

- 2. a. In allen Fällen, in benen es ber Staatsanwaltschaft füglich barauf ankommen kann, von einer Strafthat alsbald Kenntniß zu erhalten, insbes. aber bei allen schweren Verbrechenssällen, wird die Polizei der Staatsanwaltschaft schleunigst Anzeige zu erstatten haben, auch wenn sie noch nichts ermittelt hat und Berhandlungen, welche übersendet werden könnten, noch nicht existien. Dagegen wird es in unwichtigeren und nicht eiligen Fällen einer solchen vorläufigen Anzeige nicht nothe wendig bedürfen; hier kann die Polizei zunächst ihre Ermittelungen zu Ende sühren und demenächst durch Uebersendung der Berhandlungen die Staatsanwaltschaft von der That in Kenntnis leben. Es können hierüber im Berwaltungswege nähere Anordnungen erlassen werden.
 - b. Bal. § 156 u. Rote 2 baf., § 157 u. Rote 1. b baf.
- 3. a. Die Bestimmung bes Schlußsates beruht auf ber Erwägung, daß ber Sit ber que nändigen Staatsanwaltschaft (vgl. GBG. § 143 Abs. 2) häusig viel weiter entsernt sein wird als derjenige bes zuständigen Amtbrichters und daß also die birekte Uebersendung ber Bershandlungen an den letteren wesentlich zur Beschleunigung ber ersten gerichtlichen Untersuchungs-handlungen beitragen kann. Haben die Staatsanwaltschaft und der Amtbrichter denselben Amtbsitz, io kann die Bestimmung nur unter besonderen Umständen Anwendung sinden. Es kann sich hier z. B. um die schleunige Einnahme des Augenscheins oder um die Bernehmung eines dem Tode nahen Zeugen handeln; außerdem wird die Borsührung eines Festgenommenen vor den Amtbrichter (§ 128) stets die gleichzeitige Mittheilung der bezüglichen Berhandlungen bedingen. Bgl. serner § 157. In allen wichtigeren Fällen wird die Polizei bei der Absendung der Berhandlungen an den Amtbrichter zugleich der Staatsanwaltschaft eine Anzeige zu erstatten haben.
- b. Die Polizei wird zwar, soweit ersorberlich, ben Antkrichter barauf hinzuweisen haben, aus welchem Grunde die direkte Uebersendung der Verhandlungen statifinde; sie kann aber weber in eigenem Namen noch als Organ der Staatsanwaltschaft Anträge bei ihm stellen. Bielmehr ift für den Amtkrichter der § 163 maßgebend; er hat die nach seinem Ermessen dinglichen Untersuchungshandlungen von Amtswegen vorzunehmen, falls er aber die Dringlichkeit seines Einschreitens verneint, die Berhandlungen an die Staatsanwaltschaft weiterzusenden.

3u & 162.

- 1. Der S bezieht sich auf solche Amtshandlungen, welche außerhalb bes Amtslokals natsinden; die Worte "an Ort und Stelle" bezeichnen gerade den Gegensatz zu dem Amtslokal (Mot. S. 191). Es beruht baber auf einem Jrrthum, wenn sich in den Prot. S. 216 das Gegentheil ausgesprochen findet. Gl. A. Boitus Romm. S. 208 u. Rontr. II. S. 282, Dalde S. 110, Puchelt S. 312, Reller S. 191; a. M. v. Schwarze S. 310, Stenglein S. 328. Hauptsjäcklich bezieht sich der S. auf Haussuchungen, Augenscheinseinnahmen und bergl.
- 2. Die hier bestimmte Besugniß steht jebem, eine Amtshandlung an Ort und Stelle leistenben Beamten zu, ohne Unterschied, ob berselbe ein richterlicher ober nichtrichterlicher ift (a. M. John II. S. 373, Stenglein S. 327, welche bie Bestimmung nur auf nichtrichterliche Beamte beziehen). Die bem Richter zustehenbe Besugniß zur Berhängung von Strasmaßregeln (BBG. § 182) wird von ber Bestimmung bes § 162 nicht berührt; ber Richter kann also ba, wo sowohl die Boraussehungen bes § 182 wie die bes § 162 zutreffen, geeignetenfalls neben ber Maßregel bes § 162 noch eine Strase verhängen.
 - 3. "innerhalb seiner Buftanbigteit" hierzu vgl. StoB. § 113 und Brot. S. 216.

§. 163.

Wenn Gefahr im Berzug obwaltet, hat ber Amtsrichter bie erforderlichen Untersuchungshandlungen von Amtswegen vorzunehmen.

(I. Cutw. \$ 140; II. Entw. \$ 141; III. Eutw. \$ 142.)

§. 164.

Wird der Beschuldigte von dem Amtsrichter vernommen und beantragt er bei dieser Vernehmung zu seiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen, so hat der Amtsrichter dieselben, soweit er sie für erheblich erachtet, vorzunehmen, wenn der Verlust der Beweise zu beforgen steht oder die Beweiserhebung die Freilassung des Beschuldigten begründen kann.

Der Richter kann, wenn die Beweiserhebung in einem anderen Amtsbezirke vorzunehmen ist, den Amtsrichter des letzteren um Vornahme derselben ersuchen.

(I. II. III. Cutu. § —)

3u § 168.

- 1. Die Staatsanwaltschaft wird vermöge ihrer Organisation (vgl. insbes. SBG. § 143 Abs. 2) bie Kenntniß von einer Strafthat häusig später erhalten als der Amtsrichter; die StPO. legt baher dem lepteren die Pflicht aus, dei vorhandener Gesahr im Berzuge von Amtswegen einz zuschreiten und die ersorderlichen Untersuchungshandlungen vorzunehmen. Sonach hat der Amtsrichter in gewissem Waße die Staatsanwaltschaft in der Wahrnehmung des kriminalpolizeilichen Interesses (§ 152 Note 2. a) zu vertreten; es gilt baher auch für ihn das zu § 158 Rote 2 Bemerkte. Bgl. noch § 161 Note 3. b.
- 2. Die vorstebend gedachte Bflicht hat, ohne Rudficht auf die Buftanbigfeit für bie Sauptsache, jeder Amtsrichter, in bessen Begirt eine bringliche Untersuchungshandlung vorzusnehmen ift (val. § 160).
- 3. Die Bestimmung bes § 163 hat nicht bloß ben s. g. ersten Angriff im Auge, sonbern sie findet auch Anwendung, wenn in einer Sache, mit deren Berfolgung die Staatsanwaltschaft bereits befaßt ist, die Nothwendigkeit einer schleunigen richterlichen handlung eintritt; insbestann die obwaltende Gesahr im Berzuge für den mit der Erledigung eines Antrages der Staatsanwaltschaft (§ 160) besaßten Amtsrichter ein Anlaß sein, über die Grenzen des Antrages hinauszugehen und noch andere als die beantragten handlungen vorzunehmen. In Betreff berjenigen Sachen, in benen bereits die Untersuchung schwebt, s. § 21 u. Note 2 das.
- 4. Bei Anwendung des § 163 greift ein Unterschied zwischen bem Entlastungsbeweise und bem Belastungsbeweise nicht Blat; baber kann auch da, wo § 164 nicht anwendbar ift, ein Antrag bes Beschulbigten ben Anlaß zur Bornahme einer Untersuchungshandlung bieten: val. § 158 Abs. 2. Bal. auch Brot. S. 911 ff.
- 5. Eine "Gefahr im Berguge" im Sinne bes S ift überall ba vorhanden, mo ber Aufsichub ber betr. Handlung beren Bornahme überhaupt vereiteln oder boch die Erreichung ihres Zwedes irgendwie gefährben tonnte.
- 6. Die Borichrift gilt für alle Arten von Untersuchungshanblungen ohne Unterfoieb; val. 3. B. § 105 Rote 4. Gine besonbere Anwendung bes Grundsates bes § 163 f. in § 125 Abs. 1; vgl. auch § 128.
- 7. Die aufgenommenen Berhanblungen hat ber Amtbrichter ohne Berzug ber Staatsanwaltschaft ju überfenben (§ 165).

3u § 164.

1. Die Bestimmung beruht auf ben Beichlüffen ber RER. (Prot. S. 896 ff., 909 ff., Bericht S. 40); fie foll verhüten, baß im Borbereitungsverfahren bas Interesse bes Beschulbigten burd einseitige Erhebung ber Belastungsbeweise und Außerachtlassung ber Entlaftungsbeweise eine Außerachtlassung ber Entlaftungsbeweise eracht, ber Staatsanwaltschaft geschäbigt werbe. Dan hat biese Rücksicht für bergestalt wichtig erachtet, baß man eine erhebliche Abweichung von bem Prinzip bes Borbereitungsversahrens (vgl. oben

§. 165.

In ben Fällen ber §§. 163, 164 gebührt ber Staatsanwaltschaft bie weitere Berfügung.

(I. Entw. § 140 Abf. 2; II. Entw. § 142 Abf. 2; III. Entw. § 143 Abf. 2.)

§. 166.

Die Beurkundung der von dem Amtsrichter vorzunehmenden Untersuchungsshandlungen und die Zuziehung eines Gerichtsschreibers erfolgt nach den für die Boruntersuchung geltenden Borschriften.

(I. Catm. § 141; II. Entw. § 143; III. Entw. § 141.)

§. 167.

Für die Theilnahme ber Staatsanwaltschaft an ben richterlichen Berhandlungen tommen die für die Boruntersuchung geltenden Borschriften jur Anwendung.

Das Gleiche gilt hinfichtlich bes Beschulbigten, seines Bertheibigers und ber von ihm benannten Sachverständigen, wenn der Beschulbigte als solcher vom Richter vernommen ist oder sich in Untersuchungshaft besindet.

(I. Entw. § 142; II. Entm. § 144; III. Entm. § 145.)

- Rote 3. c. zu Abschn. 2) statnirt und ben Amtsrichter für verstichtet erklärt hat, unter gewissen Boraussethungen und in gewissen Grenzen selbstständig, b. h. unabhängig von den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die Entlastungsbeweise zu erheben. Die Bedeutung und Tragweite der Besimmung ist übrigens in den beiden hier vorgesehenen Fällen eine verschiedene. Handelt es sich um die Freilassung des verhafteten Beschuldigten, so wird der Antsrichter alsbald alle Beweise zu erheben haben, aus welche es sür seine weitere Entschliebung über die Fortbauer der Haft anstommen kann; seine selbstständige Rognition über die Haftsrage bedingt zugleich eine entsprechende Selbstständigkeit seiner Beweiserhebungen, und überdies liegt es wegen der Kürze der in § 126 besimmten Fristen im Interesse der Staatsanwaltschaft selbst, daß die ersorderlichen Beweisaussachen möglichst dalb ersolgen. Anders verhält es sich dagegen, wenn es sich um die Besorgnis des Berlustes von Beweisen handelt; hier wird der Amtsrichter die Begründung dieser Besorgnis genau zu prüsen und er wird nicht ohne zwingende Gründe den Anträgen der Staatszanwaltschaft vorzugreisen haben.
- 2. Die Entscheidung über ben Antrag auf Beweiserhebung fle ht, wenn ber Beschulbigte sich in haft befindet, bem jenigen Amtsrichter zu, ber zur Zeit über die Freilassung bes Beschulbigten zu entschein hat (SS 125, 126, 128). Im Uebrigen kann nur berjenige Amtsrichter als zuständig angesehen werben, ber die Bernehmung bewirkt, sollte er auch mit sonstigen Untersuchungshandlungen in ber Sache bisher gar nicht besacht gewesen sein. Bgl. § 142 Rote 3.
- 3. Der S behandelt nur den Fall, wenn ber Beschuldigte als solcher vernommen wird und hierbei Anträge auf Beweißerhebungen stellt; im Uebrigen wgl. § 163 Rote 4. Aus welchem Anlaß die Bernehmung des Beschuldigten ersolgt (vgl. §§ 160, 125, 128), ist einflußloß.
- 4. Das im Abs. 2 vorgefebene Ersuchen fällt in jeber Beziehung unter bie Bestimmungen über bie Rechtshülfe (GBG. SS 157 ff.)

3# \$ 165.

- 1. Die von Antswegen (§ 163) ober auf Antrag bes Beschulbigten (§ 164) vorgenommenen Untersuchungshandlungen find für die wei teren Entichlie gungen ber Staatsanwaltschaft in feiner Beise prajudizirlich; zwischen ihnen und ben auf Antrag ber Staatsanwaltschaft selbst (§ 160) vorgenommenen besteht hinsichtlich ihrer Folgen kein Unterschieb. Bgl. § 151 Rote 2. a.
 - 1. Die in Bezug genommenen, für bie Boruntersuchung geltenben Borfchriften f. in SS 185, 186.
 - 1. Die hier in Bezug genommenen Borfchriften f. in SS 191-193.

§. 168.

Bieten die angestellten Ermittelungen genügenden Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so erhebt die Staatsanwaltschaft dieselbe entweder durch einen Antrag auf gerichtliche Boruntersuchung oder durch Sinreichung einer Anklageschrift bei dem Gerichte.

Anderenfalls verfügt die Staatsanwaltschaft die Ginstellung des Verfahrens und seth hiervon den Beschuldigten in Kenntniß, wenn er als solcher vom Richter vernommen oder ein Saftbefehl gegen ihn erlaffen war.

(I. Entw. § 143 Abf. 1; II. Entw. § 146; III. Entw. § 147; § 146 Abf. 3.)

- 2. a. Die Uebertragung bieser Borschriften auf bas Borbereitungsversahren bietet um beshalb eine Schwierigkeit, weil es nach ber Natur bes lehteren im einzelnen Falle zweiselhaft sein kann, wer als Beschulbig ter anzusehen sei. Mit Rücksicht hierauf stellt Abs. 2 gewisse Kriterien auf: nur berjenige, welcher als Beschulbigter vom Richter vernommen worben ist ober sich in Untersuchungshaft besindet, kann bezüglich der Theilnahme an den richterlichen Berhandlungen diesenigen Besugnisse in Anspruch nehmen, welche in dieser Beziehung in der Boruntersuchung dem Beschulbigten zustehen; erst durch die richterliche Bernehmung oder die Berhastung erhält ein Berdäcktiger in äußerlich erkennbarer Beise die Eigenschaft eines Beschulbigten. Uebrigens können aus der Uebertragung des § 191 Abs. 3 auf das Borbereitungsversahren erhebliche Beiterungen in dem Falle entstehen, wenn bei den Nachsorschungen nach dem Thäter eines Berdrechens mehrere Bersonen, von denen nur eine oder einige schuldig sein können, gleichzeitig oder nach einander in Berbacht gekommen und deshalb vernommen worden sind; in diesem Falle haben sie saatsanwaltschaft bezüglich der einen oder anderen Person die Einstellung des Versahrens (§ 169) ausdrücklich ausgesprochen hat.
- b. Der Beschulbigte ift auch bann "als folder vernommen", wenn bie Bernehmung nur aus Anlaß seiner Berhaftung ober Festnahme (§§ 115, 125, 128) ersolgte. Dem in Unterssuchungshaft besinblichen Beschulbigten muß nach ber ratio logis berjenige gleichgeachtet werben, ber gegen Sicherheitsleistung mit ber haft verschont worben ift (vgl. § 117 Note 1). Gl. A. Reller S. 195, Stenglein S. 331; a. M. Buchelt S. 317.
- 3. Die richterliche Bernehmung bes Beschulbigten erfolgt auch im Borbereitungsverschren stets in Abwesenheit ber Staatsanwaltschaft und bes Bertheibigers (§ 190 Abs. 2).
- 4. Die Befugniß ber Staatsanwaltschaft zur Anwesenheit bei polizeilichen Sanblungen folgt baraus von selbft, baß bie Bolizei in Straffachen überall als Organ ber Staatsanwaltschaft erscheint und baß bie lettere befugt ift, alle polizeilich aussuhrbraren Sandlungen selbst vorzunehmen (§ 159). Dem Beschulbigten und seinem Bertheibiger fieht ein Anspruch auf Anwesenheit bei außergerichtlichen Hanblungen nicht zu. Bgl. übrigens § 106.

3# § 168.

Bu Abj. 1.

- 1. Bgl. oben Rote 3, 4 ju Abichn. 2-6.
- 2. Der § hat nur bas gewöhnliche Berfahren im Auge; in biefem besteht die Erhebung ber öffentlichen Klage entweber in bem Antrage auf Boruntersuchung (§ 177) ober in ber Einreichung einer Anklageschrift (§ 197). In außergewöhnlicher Weise wird die öffentliche Klage erhoben: a. durch das § in 211 bestimmte mundliche Bordringen der Staatsanwaltschaft; b. durch die in § 265 Abs. 1 bezeichnete Antragstellung; c. durch den Antrag auf Erlassung eines Strafbesehls (§§ 447, 448); d. durch den in § 477 bezeichneten Antrag. In Betreis der Privatklage s. § 421.
 - 3. "bie angestellten Ermittelungen" hierzu vgl. § 158 Rote 3.
- 4. Bieweit bie Ermittelungen zu erstreden seien, bevor bie Staatsauwaltschaft ihre Entschließung über bie Erhebung ber öffentlichen Rlage ober über bie Ginstellung bes Berfahrens faßt, ift bem Ermessen ber Staatsanwaltschaft überlassen. In bieser Beziehung steben übrigens

Digitized by GOOGLE

ber Antrag auf Boruntersuchung (§ 177) und bie Einreichung ber Antlageschrift (§ 197) nicht auf gleicher Linie. Die letztere Art ber Klageerhebung darf nicht früher stattsinden, als bis die Beweise in dem für die Eröffnung des Hauptversahrens genügenden Maße (§ 201) gesammelt sind. Bo dagegen eine Boruntersuchung nothwendig ist oder doch angemessen erscheint (§ 176 Abs. 1, 2), da sällt gerade ihr die Ausgade der Beweissammlung zu, und somit ist für den Antrag auf Boruntersuchung ein geringeres Maß von Berdachtsgründen genügend; ja es wäre da, wo die Boruntersuchung obligatorisch ist, sogar sehlerhaft, den Antrag auf Erössnung derselben länger als nothwendig hinauszuschieden. In Haitsachen sind übrigens der Ausbehnung des Borbereitungs-versahrens durch die Borschriften des § 126 engere Grenzen gesett.

- 5. Die Staatsanwaltschaft hat, bevor fie zur Erhebung ber Rlage schreitet, die rechtlichen Borbebingungen ber letteren, ihre rechtliche und thatfachliche Begrunbung und ihren muthmaglichen Erfolg zu prufen. hiernach unterlagt fie bie Erhebung ber Rlage: a. wenn bie That unter fein Strafgefet fallt; - b. wenn ber Erhebung ber Rlage ein gefetliches hinbernig entgegenfteht (vgl. oben Rote 15 ff. ju Buch 2 Abichn. 1); - c. wenn ein Strafaufhebungsgrund (3. B. Berjahrung) porliegt, bas Klagerecht alfo erloschen ift; -- d. wenn es für bie That ober boch für einen zu ben wesentlichen Mertmalen berfelben gehörigen Thatumftand ober für bie Thatericaft an genügenben Beweisen mangelt (hier finbet jeboch zwischen bem Antrage auf Borunterfudung und ber Ginreidung ber Anflageschrift ber in Rote 4 bezeichnete Unterschieb ftatt); e. wenn ein Schulbausichliegungsgrund (a. B. Ungurechnungsfähigfeit, Rothwehr) ameifelsfrei feftgeftellt ift; im Zweifelefalle muß biefe Reftstellung ber gerichtlichen Enticeibung porbehalten, alfo tie Alage erhoben werben. — Zweifelhafte Rechtsfragen wird bie Staatsanwaltschaft regelinäßig jur Entideibung ber Berichte gu bringen haben, und jebenfalls wirb fie bie Erhebung ber Rlage nicht auf Grund ihrer eigenen Rechtsansicht unterlaffen burfen, wenn bie lettere mit ber Rechtiprechung ber Gerichte und insbef. mit ber bes bochften Gerichtshofes im Biberfpruch ftebt. Theilm. a. DR. Stenglein S. 332, John II. S. 404.
- 6. Inwiefern ber Staatsanwaltschaft eine Bahl zwischen ben beiben in § 168 bezeichneten Arten ber Rlageerhebung guftebe, barüber f. § 176 u. bie Roten bas.
- 7. Bei Erhebung ber Klage hat die Staatsanwaltschaft ihre Aften, b. h. die bisher gejührten Berhandlungen, dem Gericht vorzulegen; dieselben werden, falls die Eröffnung der Unterjuchung stattfindet, Bestandtheile der gerichtlichen Aften. Es ist übrigens der Staatsanwaltschaft
 nicht verwehrt, die von ihr mit ihren Organen oder mit anderen Behörden oder mit Privatpersonen über die Sache geführte Korrespondenz aus den Aften auszuscheiden und zurüczubehalten,
 wenn sie Anlaß zu dieser Mahregel sindet. Dagegen dürsen gerichtliche Berhandlungen, gleichviel
 ob sie auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder ohne solchen (§§ 163, 164) ausgenommen sind,
 nicht zurückbehalten werden.

Bu Abf. 2.

- 8. Die Einstellung bes Berfahrens ist eine nach Umsang und Tragweite verschiebene Maßregel, je nachbem die Berfolgung überhaupt ober (wegen Mangels an Beweisen für die Thaterschaft) nur gegenüber einem bestimmten Beschulbigten abgeschlossen wird; lehteren Falles bleibt es selbstwerständlich die Ausgabe der Staatsanwaltschaft, dem Thater auch serner nachzusorschen.

 If der Beschulbigte verhaftet, so muß die Staatsanwaltschaft dei Einstellung des Versahrens augleich seine Freilassung herbeisühren: vgl. § 126 Note 2.
- 9. Einen Berbrauch bes Rlagerechts bewirft bie von ber Staatsanwaltschaft verfügte Ginitellung bes Berfahrens nicht: bie Bieberaufnahme ber Berfolgung und bie Erhebung ber öffentlichen Rlage bleibt jeberzeit statthaft. Bgl. bagegen § 172 Abs. 2.
- 10. Rur von ber Einstellung best stattgehabten Versahrens ist ber Beschulbigte in Kenntniß zu setzen; im Falle ber sofortigen Weglegung ber Anzeige (§ 158 Note 3. a) sinbet eine solche Benachrichtigung nicht statt. Die Angabe ber Gründe ber Einstellung ist hier (vgl. basgen § 169) nicht vorgeschrieben. In Betreff bes Schlußsabes ("wenn war") s. § 167 Note 2. b.

§. 169.

Giebt die Staatsanwaltschaft einem bei ihr angebrachten Antrage auf Erhebung der öffentlichen Klage keine Folge, oder verfügt sie nach dem Abschlusse der Ermittelungen die Sinstellung des Verfahrens, so hat sie den Antragsteller unter Angabe der Gründe zu bescheiden.

(I. Entm. \$ 142 Abf. 1; II. Entm. \$ 145 Abf. 1; III. Entm. \$ 146 Abf. 1)

§. 170.

Ist ber Antragsteller zugleich ber Verlette, so steht ihm gegen biesen Bescheib binnen zwei Wochen nach ber Bekanntmachung bie Beschwerbe an ben vorgesetzen Beamten ber Staatsanwaltschaft und gegen bessen ablehnenden Bescheib binnen einem Wonate nach ber Bekanntmachung ber Antrag auf gerichtliche Entscheibung zu.

Der Antrag muß die Thatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen, und die Beweismittel angeben, auch von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Der Antrag ist bei dem für die Entscheidung zuständigen Gericht einzureichen.

Bur Entscheidung ist in den vor das Reichsgericht gehörigen Sachen das Reichsgericht, in anderen Sachen das Oberlandesgericht zuständig.

(I. Entw. § 142 Abf. 2; II. Entw. § 145 Abf. 2; III. Entw. § 146 Abf. 2.)

3u \$ 169.

Digitized by GOOGIC

^{1.} Die Bestimmung bezieht fich gleichmäßig auf alle Arten ftrafbarer Sanblungen, gleichviel ob es zur Strafverfolgung eines Antrages im Sinne bes SteB. § 61 bebarf ober nicht.

^{2.} Unter bem "Antrage auf Erhebung ber öffentlichen Klage ift ber in § 156 Abf. 1 gebachte Antrag auf Strafverfolgung zu verstehen; ein ausbrückliches Berlangen bahin, baß die öffentliche Klage erhoben werbe, wird keineswegs erforbert. Ob in einer Anzeige ein Antrag auf Strafverfolgung enthalten sei, ist eine thatsächliche Frage, die überall da zu bejahen sein wird, wo der Wille des Anzeigenden, die Strafverfolgung zu veranlassen, deutlich erkennbar ist. Ueberdies würde ja der Anzeigende den ausbrücklichen Antrag auf Strafverfolgung nacht bolen können.

^{3. — &}quot;einem bei ihr angebrachten Antrage" — Diese Worte sind nicht bahin zu verstehen. als werbe ein unmittelbar bei ber Staatsanwaltschaft angebrachter Antrag vorausgesett; es ift vielmehr gleichaultig, auf welchem Bege ber Antrag an bie Staatsanwaltschaft gelangt ift.

^{4.} Der Antragsteller ift auch bann unter Angabe ber Grunbe ju bescheiben, wenn er nicht ber Berlette ift. Bgl. § 170.

^{5 &}quot;Giebt — feine Folge" — Diese Worte beziehen fich auf ben Fall ber sofortigen Beg: legung ber Anzeige (§ 158 Note 3. a). In Betreff ber "Einstellung bes Bersahrens" i. 168 Abs. 2.

^{6.} Wegen ber Frifibestimmung bes § 170 bebarf es ber Buftellung bes Bescheibes; vgl. § 35 Rote 4.

³u § 170.

1. Der S gehört zu benjenigen Bestimmungen, in benen sich bas Geset am weitesten von bem Entw. entsernt. Dem letteren lag im Wesentlichen bas Prinzip bes s. g. Anklagemonopols zu Grunde; benn eine Privatklage sollte nur bei ben Antragsbelikten und in den Fällen, in denen der Strafrichter auf eine Buße erkennen kann, zulässig sein; im Uebrigen aber war, wenn die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Klage ablehnte, nur der Beg der Beschwerde an die vorzgesetzte staatsanwaltschaftliche Stelle eröffnet. Die REK. beschloß, das Anklagemonopol zu beseitigen. Hierstir doten sich zwei Wege: einerseits die Zulassung der Privatklage in weitem Umiange und andererseits die Unterordnung der Staatsanwaltschaft unter einen von den Betheiligten u

erwirkenden gerichtlichen Beschluß: daß die öffentliche Klage zu erheben sei. Die AEK. entschied sich für den letteren Weg und wollte das Recht, die Entschiung des Gerichts herbeizuführen, nicht blos dem Berletten, sondern Jedem, der die Berfolgung beantragt hatte, gewähren. Bei den s. g. Kompromisverhandlungen im Reichstage selbst wurde aber seitens der Regierungen die Einschränkung dieses Rechts auf den Berletten verlangt, und vom Reichstage wurde diesem Berlangen entsprochen. Bgl. Prot. S. 217 ff., 628 ff., 643 ff., Stenogr. Ber. S. 484 ff., 977 ff.

- L Die Befdmerbe an ben vorgefesten Beamten ber Staatsanwalticaft. 2. Der Umftanb, bag ber S bie Beidwerbe und ben Antrag auf gerichtliche Enticheibung außerlich auf gleiche Linie ftellt, ift geeignet, eine migverftanbliche Auffassung hinfichtlich ber erstern hervorzurufen. Die in der Organisation der Staatsanwaltschaft begründete Befugniß und Berpflichtung ber Borgefesten, erforberlichenfalls burch Anweifungen in bie Thatigkeit ber ihnen untergeordneten Beamten einzugreifen, befteht in vollem Umfange auch in Betreff ber Erhebung ber öffentlichen Rlage, und auch bier wird ber Anlag zu einem folchen Gingreifen vorzugsweife aus erhobenen Beschwerben zu entnehmen sein; wgl. GBG. § 147 Rote 4, § 148 Rote 2, § 143 Rote 1, StBD. § 152 Rote 8. Die Borfchrift bes § 170 Abf. 1 ift bemaufolge nicht babin qu verfieben, als fei außerhalb ber in biefem & beftimmten Grengen bie Beschwerbeführung unftatthaft und als habe ber angerusene Borgesette event. Die Beschwerbe unbeachtet ju lassen; vielmehr ift ber Sinn ber in Abi. 1 enthaltenen Begrengung bes Beichwerberechts nur ber: bag erftens außers halb berfelben bem Befdmerbeführer ein Anfpruch auf bie Enticeibung bes Borgefetten nicht zusteht, und bag zweitens bas Recht, auf gerichtliche Entscheibung anzutragen, von ber Innehaltung beiber in Abs. 1 bestimmten Fristen abhängig ift. — Sonach wird ber angerusene Borgefette vermoge bes Rechts und ber Bflicht jur Aufficht und Leitung (GBG. § 148) eine über bie Richterhebung ber öffentlichen Rlage geführte Befcmerbe ber Regel nach auch bann ju prufen haben, wenn ber Beschwerbeführer nicht als Berletter anzusehen ist ober wenn die Beichwerbe erft nach Ablauf ber zweiwöchigen Frist erhoben wirb; eine lediglich auf ben formellen Rangel bes Befcmerberechts geftupte Abmeifung ber Befcmerbe wird nur bei frivolen Denun: ziationen ober gegenüber bekannten Querulanten angemessen sein. Desgleichen ift, wenn ber porgesette Beamte bie erhobene Beschwerbe als unbegrunbet zuruckgewiesen hat, eine weitere Beschwerbe bei ben höheren Borgesetten (GBG. 8 148 Rote 2) keineswegs ausgeschlossen: es ift vielmehr bem Ermeffen ber letteren überlassen, ob und inwieweit fie fich einer fachlichen Prüfung ber Beschwerbe unterziehen wollen; auch fie werben im Auffichtswege einzuschreiten haben, wenn Anhaltspunkte bafür vorliegen, daß die Staatsanwaltschaft nicht sachgemäß gehaudelt habe. Es lagt fic auch teineswegs aufstellen, bag bie Ginlegung einer weiteren Beschwerbe icon an sich ben Betlust bes Rechts, auf gerichtliche Entscheibung anzutragen, bewirke; vielmehr folgt aus ber Borschrift bes f 170 nur bas: baß bie Einlegung einer weiteren Beschwerbe auf ben Beginn und ben Lauf ber einmonatlichen Antragsfrift ohne Ginfluß ift und bag ber Befchwerbeführer burch bie Berfaumung ber Frift bas Antragerecht auch bann verliert, wenn bie angerufene bobere Inftanz zunächft Ermittelungen veranlaßt und bis zum Ablauf ber Frift ben Beschwerbeführer noch nicht beschieben hat. Bgl. Boitus Kontr. II. S. 338.
- 3. a. Unter bem "vorgeseten Beamten ber Staatsanwaltschaft" ift bie junächst vorzeiehte ftaatsanwaltschaftliche Behörbe zu versiehen; baber geht, je nachbem ber bie Erhebung ber öffentlichen Rlage ablehnenbe Bescheib von bem Amtsanwalt ober von bem Staatsanwalt bes Landgerichts erlassen war, die Beschwerbe an ben letteren bezw. an ben Staatsanwalt bes Oberlandesgerichts (Oberstaatsanwalt). Ein staatsanwaltschaftlicher Beamter, ber am Sige einer auswärtigen Straffammer fungirt (GBG. § 142 Note 1. b), ist in ber hier fraglichen Beziehung lediglich als Mitglieb ber Staatsanwaltschaft bes Landgerichts anzusehen. In Betreff ber reichsgerichtlichen Strafsachen schafflachen sch
- b. John S. 452 nimmt an, baß, gleichwie gegen bie Berfaumung ber zweiten (einmonatlichen) Frift, so auch gegen bie ber erften (zweiwöchigen) bie Biebereinsehung in ben vorigen Stanb (SS 44 ff.) beansprucht werben könne und baß bie Entscheibung über baß Gejuch bem Oberftaatsanwalt zustehe. Allein eine solche Entscheibungsbefugniß bes Oberftaatsanwalis

Digitized by GOOGLE

ift bem Geset unbekannt, und ba es ferner an einem Gericht fehlt, welches nach ben SS 45, 46 für die Ertheilung ber Wiebereinsetzung zuständig wäre, so ist die Möglichkeit einer solchen gegen die Bersäumung der erst en (zweiwöchigen) Frist nicht gegeben, was freilich als ein Mangel zu bezeichnen ist. Stenglein S. 339 leugnet diesen Mangel, indem er bemerkt, daß der Antragsteller den abgelehnten Antrag bei der Staatsanwaltschaft beliedig von Neuem andringen könne. Letteres ist allerdings richtig, und es ist ohne Zweisel die Pflicht der Staatsanwaltschaft, jeden neuen Antragsachlich zu prüfen und ihm event. Folge zu geben; wenn aber Stenglein, wie es den Anschen hat, meint, daß das neue Andringen auch die Berechtigung zu einer neuen Antrusung des Oberlandsgerichts begründe, so sieht dieser Ansicht die Erwägung entgegen, daß sie die beliedige Umzgehung des Gesets ermöglichen würde.

II. Der Antrag auf gerichtliche Enticheibung.

- 4. Das bem Berletten gewährte Antragsrecht foll die Durchführung des Legalitäts, prinzips (§ 152 Note 4) sichern. Daher reicht dasselbe nur eben so weit, als die herrschaft dieses Prinzips reicht: insoweit die Bersolgung strafbarer Handlungen in das Ermessen der Gtaatsanwaltschaft gestellt ist (§ 152 Note 5), greist das Antragsrecht nicht Platz die Gerichte sind nicht zur Entscheidung von Opportunitätsfragen berusen (vgl. Sten. Ber. S. 491). Sl. A. Reller S. 199, Thilo S. 184, Dalde S. 114, Dochow S. 194, v. Schwarze im GSaal XXXI. S. 288, Stenglein S. 338 (vgl. jedoch S. 313), John II. S. 227, 416; a. M. Puchelt S. 321, theilm. auch Olshausen S. 61. Bgl. noch § 416 Note 4.
- 5. Das Antragsrecht fieht bemjenigen ju, welcher ber Antragfieller und jugleich ber Berlette ift.
- a. Ueber ben Begriff bes "Antragftellers" vol. § 169 Rote 1—3. Bu bem Antrage auf gerichtliche Entscheidung ist nicht nur berjenige Berlette berechtigt, welcher burch eine Anzeige zuerst bas Einschreiten ber Staatsanwaltschaft veranlaßt, sonbern auch jeder andere Berslette, welcher nachträglich bie Erhebung ber öffentlichen Klage bei ber Staatsanwaltschaft besantragt hat. Ein solcher nachträglicher Antrag kann auch bann, wenn die Staatsanwaltschaft bereits die Einstellung bes Bersahrens verlügt hat (§ 168), und zwar gerade zu bem Zwede gestellt werben, um fur ben Antragenden die in § 170 bestimmten Berechtigungen zu begründen.
- b. Den Begriff bes "Berlegten" anlangenb, fo ift es ein vergebliches Bemuben, benfelben burch eine bestimmte Formel ericoperent befiniren zu wollen, und bierin liegt zugleich ein wesentlicher Mangel ber Bestimmung bes § 170. Aus ben Berhanblungen bes Reichstages (Sten Ber. S. 851, 982) ergiebt fich bie Auffaffung, bag biefer Begriff bier im weitesten Sinne jn Det: fleben fei. Bon bem Berichterftatter murbe u. A. erflatt, als Berletter fei Jeber angufeben, "ber burch bas betr. Delitt in feinen Rechten, privaten ober öffentlichen, gefränkt worben", unb ferner: "es fei hier jebes Recht gemeint, felbst ""bas ibeale"", foweit es vom Strafgefetbuch als Gegenstand eines Delifts anerkannt werbe." 3ft nun auch mit biefen Erklärungen noch nicht viel für bie Bestimmung bes Begriffes gewonnen, fo ergiebt boch icon bie Bergleichung mit § 435 Abs. 2, baß eine möglichst weite Fassung besselben bas ber Absicht bes Gesetgebers Entsprechenbe ift. Sonach muß als Berletter Jeber gelten, beffen Rechtsfphare burch bas Delift irgenbwie berührt wurde, ohne Unterschieb, ob das verlette Recht bem Gebiet bes Privatrechts ober bem bes öffentlichen Rechts angebort. hiermit ift übrigens zugleich ausgesprochen, bag bas Delift eine inbivibuelle Beziehung zu ber Perfon bes Anfragftellers haben muß; Mangels biefes Erforberniffes murbe bie Antragsbefugniß bes § 170 auf bie Bopularflage hinauslaufen, beren Annahme bie verbunbeten Regierungen ausbrudlich abgelebnt haben. Rach bem Gefagten wirb 3. B. im Kalle ber versuchten Gefährbung eines Eisenbahnzuges nicht blos bie betr. Gisenbahnverwaltung. sonbern auch jeber auf bem Buge befinbliche Passagier, im Falle ber Erregung eines öffentlichen Aegernisses (St&B. § 183) Jeber, ber bie betr. Handlung mahrgenommen hat, als Berletter ju betrachten sein. Dem Sinne und der Absicht bes Gesetes gemäß wird man ferner im Falle ber Töbtung ben Angehörigen bes Getöbteten bie Antragsberechtigung zugefteben muffen, wenngleich biefelben nur mittelbar burch bas Delift verlett find. hiernach wird ber Rreis berjenigen Delifte, bei benen es begrifflich an einem Berletten fehlt, nur ein kleiner fein; ein Beispiel bilbet bie

ieitens einer unverheiratheten schwangeren Frauensperson begangene Abtreibung ber Leibesfrucht (StBB. § 218). Mit Borftehenbem im Wesentlichen übereinstimmend Stenglein S. 337; ähnlich auch v. Schwarze S. 316, 317, Reller S. 197, Thilo S. 183, Puchelt S. 321, Dochow S. 193. Für eine einschränkende Auslegung bes Begriffs bes Berlehten erklären sich dagegen Boitus Komm. S. 212 u. Kontr. II. S. 317 ff., Dalde S. 215, Fuchs in Hy. I. S. 453, Geger S. 407 und neuerdings bes. John II. S. 408.

- c. Die Aububung ber in § 170 bestimmten Berechtigungen tann, wenn ber Berlette einen gesetlichen Bertreter hat, burch biesen ersolgen; vgl. RGer. III. 11. Oft. 83 (Entsch. IX. 124, Rspr. V. 596).
- 6. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung sett voraus, daß die Staatsanwaltschaft die Erbebung ber öffentlichen Rlage abgelehnt hat; eine bloße Berzögerung ber Erhebung berechtigt den Berletten noch nicht, bas Gericht anzurufen. Der Antrag auf gerichtliche Entscheibung finbet ferner nicht flatt, wenn bie Staatsanwaltschaft bie Rlage erhoben hat, aber in ber Qualifizirung der That von ber Auffassung ber Berletten abgewichen ift, wie 3. B. wenn fie die Auschlichung nicht, wie beantragt, auf miffentlichen Meineib, fonbern nur auf fahrlaffige Berletzung ber Gibespflicht gerichtet hat. Das Interesse bes Berletten an einer ber wirklichen Sachlage entsprechenben Berurtheilung des Schuldigen ist daburch gewahrt, daß das Gericht, ohne an die Anträge der Staatsanwaltschaft gebunden zu sein, von Amtswegen den wirklichen Thatbestand zu ermitteln und demgemäß zu enticheiben hat (§ 153 Abs. 2, SS 263, 270). — Dagegen wird der Antrag auf gerichtliche Entscheidung dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Rlage blos "zur Zeit" abgelehnt hat. In ben Kallen, in benen bie Staatsanwalticaft berechtigt in, die Rlage wegen eines ihrer Durchführung entgegenftebenben hinberniffes ruben ju laffen is 152 Rote 4. b), wird fich die gerichtliche Enischeibung allerdings auf die Frage zu beschränken haben, ob bas Borbanbenfein bes betr. Sinberniffen anguerkennen fei. - Birb, wenn es fich um mehrere Straffalle ober um mehrere Beichulbigte hanbelt, bie Erhebung ber Rlage nur in Aufehung. einzelner Straffalle ober Beschulbigter abgelehnt, so berechtigt auch biese theilweise Ablehnung ju bem Antrage auf gerichtliche Enticheibung.
- 7. a. Der Antrag "muß" in ber in Abs. 2 bestimmten Beise substantiirt werben; bie Bezugnahme anf bie Aften ber Staatsanwaltschaft (vgl. § 171) ift nicht genügenb. Ein unsubstantiiter Antrag wurde von bem Gericht ohne Beiteres als unzulässig zuruckzuweisen sein; biese Jurūdweisung wurbe indeß ber späteren Anbringung eines substantiirten Antrages innerhalb ber einmonatlichen Frist nicht entgegenstehen.
- b. Das Gesetz unterscheibet nicht, ob bie angeführten Thatsachen ober Beweismittel bereits ber Staatsanwaltschaft bekannt waren ober nicht. Sonach kann ber Antrag auch auf neue Ansishrungen gegründet werben, und bas Gericht muß auch solche bei seiner Entscheidung in Bestracht ziehen.
- 8. Das Erforberniß ber Unterzeichnung bes Antrages burch einen Rechtsanwalt foll baju bienen, bie Anbringung frivoler, unbegründeter ober mangelhafter Antrage möglichft auszusihließen. Bum Protofoll bes Gerichtsichreibers fann ber Antrag nicht angebracht werben. Findet ber Antragsteller keinen zur Unterzeichnung bes Antrages geneigten Rechtsanwalt, fo kann er nach § 33 ber Rechtsanw... b. bie Beiorbnung cines folchen zum Zwede ber Unterzeichnung bei bem für bie Entscheidung zuständigen Gericht (Abs. 3) beantragen.
- 9. Buftandig ift badjenige Oberland es gericht, in beffen Bezirk die flaatsanwaltschafts liche Behorbe ihren Sit hat, von welcher die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt worden ift. Die Entscheidung ift von einem Straffenat zu erlaffen.
- 10. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung tann, so lange diese (§§ 172, 173) noch nicht erlassen ist, jurud genommen werben; es erhelt dies insbes. aus § 174 Abs. 2, da dort logar eine stillschweigende Zurudnahme vorgesehen ift. Die Zurudnahme steht einer Erneuerung des Antrages innerhalb ber einmonatlichen Frist nicht entgegen. In der Zurudnahme des Antrages auf gerichtliche Entscheidung ift bei Antragesbelisten die Zurudnahme des Antrages auf Strafversolgung (§ 156, StBB. § 61) nicht von selbst enthalten.

§. 171.

Auf Verlangen bes Gerichts hat bemselben bie Staatsanwaltschaft bie bisher von ihr geführten Berhandlungen vorzulegen.

Das Gericht kann ben Antrag unter Bestimmung einer Frist bem Beschulbigten zur Erklärung mittheilen.

Das Gericht kann zur Vorbereitung seiner Entscheidung Ermittelungen anordnen und mit deren Vornahme eines seiner Mitglieder, den Untersuchungsrichter ober den Amtsrichter beauftragen.

(I. II. III. Entw. § -.)

- III. Die Anwenbbarteit bes § 170 auf bie vor bas Reichs gericht gesbörigen Sachen.
- 11. Unter ben vor bas Reichsgericht gehörigen Sachen sind biejenigen zu versteben, welche in erster Instanz vor dieses Gericht gehören (GBG. § 136 Rr. 1). Auch in diesen Sachen ist bas Borhandensein eines Berletten in dem oben (Note 5. b) bezeichneten Sinne sehr wohl benkbar. Die Ansicht von Meves S. 43: daß hier diejenigen Sachen gemeint seien, welche in letter Instanz der Entscheidung des Reichsgerichts unterliegen, ist unhaltbar, wie dies auch das RGer. I. 6. Nov. 79 (Rspr. I. 41) ausgesprochen hat.
- 12. Puchelt S. 321 u. Stenglein S. 335 find ber Ansicht, daß gegen ben ablehnenben Bescheib bes Oberreichsanwalts zunächst eine Beschwerbe bei bem Reichstauzler (vgl. EBG. S 148 Nr. 1) angebracht werden musse, ehe ber Antrag auf gerichtliche Entscheidung zulässig sei. Der § 170 fpricht jeboch nicht von bem ber Staatsanwaltschaft vorgesetten Beamten, sonbern von bem "vorgesetzen Beamten der Staatsanwaltschaft", also von einem Beainten, der selbst der Stagtsanwaltschaft (BBG, § 143) angebort. Da es einen folden Borgefesten bes Oberreichsanwalts nicht giebt, so nimmt Dochow S. 194 an, daß in reichsgerichtlichen Sachen das Antragsrecht bes \$ 170 thatfachlich nicht burchzuführen fei. Allein ber Bille bes Gefetes, auch fur biefe Sachen bas Antragerecht ju gemabren, ift in zweifelsfreier Beife ausgesprochen, und bemgufolge ericeint bie Anficht berechtigt, bag in reichsgerichtlichen Sachen gwar bie Beichwerbe an ben porgefetten Beamten in Begfall tommt, gegen ben ablehnenben Befcheib bes Oberreichsauwalis jeboch unmittelbar ber Antrag auf gerichtliche Entscheibung, und zwar binnen ber Frist von einem Monate, flattfinbet. Gl. A. v. Schwarze im GSaal XXXI. S. 299, Keller S. 200; vgl. noch Boitus Rontr. II. S. 349, Glafer II. S. 343. - Auf eine bei bem Reichstangler angebrachte Beschwerbe wurde übrigens das oben (Note 2) von der weiteren Beschwerde Gejagte entfprechenbe Unmenbung finben. 3u & 171.
- 1. Alle hier vorgesehenen Magnahmen sind in bas Ermeffen bes Gerichts gestellt. Doch burfte es in keinem Falle angemessen sein, ohne vorgängige Einsicht ber von ber Staatsanwaltischaft geführten Ukten bie Entscheibung zu erlassen. Das zu § 168 Rote 7 bezüglich ber Atten Bemerkte findet auch hier Anwendung.
- 2. Die Anhörung ber bei bem beschließenden Gericht fungirenden Staatsanwalticait ift zwar in § 171 nicht vorgeschrieben, indeß schon nach § 33 für nothwendig zu erachten; vgl. auch § 170 Rote 7. b. Erklärt die Staatsanwaltschaft hierbei, daß sie die öffentliche Rlage nunmehr erheben bezw. deren Erhebung anordnen wolle, so kann das Gericht die Entscheidung einstweilen aussehen und sodann, nachdem ihm die erfolgte Erhebung der Rlage angezeigt worden, ben Antrag des Berletten für erledigt erklären.
- 3. Alle Arten von Ermittelungen, welche im Borbereitungsversahren vorgenommen werben tonnen, find auch im Salle bes & 171 ftatthaft. Bal. insbef. & 65 Abf. 3.
- 4. Daß fich in Abs. 3 auch ber Untersuchungsrichter genannt findet, ift eine Singularität: vgl. GBG. § 60 Rote 4 u. oben Rote 3. c. β zu Buch 2 Abschn. 2.
- 5. Der Ausbrud "beauftragen" ift gegenüber ber sonstigen Ausbrudsweise ber StPC. ungenau; vgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. b.

§. 172.

Ergiebt sich kein genügenber Anlaß zur Erhebung ber öffentlichen Klage, so verwirft bas Gericht ben Antrag und setzt den Antragsteller, die Staatsanwaltsichaft und ben Beschulbigten von der Verwerfung in Kenntniß.

Ift ber Antrag verworfen, so kann bie öffentliche Klage nur auf Grund neuer Thatsachen ober Beweismittel erhoben werben.

(L II, III. Entm. § —)

§. 173.

Erachtet bagegen bas Gericht ben Antrag für begründet, jo beschließt es die Erhebung der öffentlichen Klage. Die Durchführung dieses Beschlusses liegt der Staatsanwaltschaft ob.

(L II. III. Cutm. § -.)

3u § 172.

- 1. Bevor bas Gericht auf die Sache selbst eingeht, hat es die Borprüfung vorzunehmen, ob den Ersordernissen des § 170 (Berechtigung zu dem Antrage, vorgängige Beschwerdeführung 2c.) überall genügt sei. Fehlt es an einem dieser Ersordernisse, so ist der Antrag als sormell unzuslässig zurückzuweisen. Ein solcher Beschluß steht der Andringung eines neuen Antrages innershalb der ursprünglichen Frist nicht entgegen; auch wohnt ihm nicht die in Abs. 2 bestimmte Birtung bei.
- 2. Bei ber Prufung: ob genugenber Anlag jur Erhebung ber Rlage vorhanden fei, hat bas Gericht alles basjenige in Betracht ju ziehen, mas die Staatsanwaltschaft bei ber Entschließung über bie Erhebung ber Rlage zu erwägen hat; hierüber f. § 168 Rote 5.
- 3. Die Entscheidung unterliegt feiner Anfechtung (§ 346 Abf. 3). Gleichwohl wird fie mit Grunben zu versehen sein (vol. § 34 Rote 1); a. M. Buchelt S. 324.
- 4. Nach Abs. 2 tritt hier ein bedingter Berbrauch bes Strafklagerechts (vgl. oben Rote 29. d. α zu Buch 2 Abschn. 1) ein, obwohl eine Ausübung bes letteren burch die Staats-anwaltschaft noch nicht stattgesunden hatte. Die Bestimmung will, gleich berjenigen bes § 210, den Beschulbigten gegen eine wiederholte Bersolgung bei unveränderter Sachlage schützen.
- 5. Als "neue" im Sinne bes Abs. 2 find alle diejenigen Thatsachen ober Beweismittel anzuseben, welche bei Erlassung ber gerichtlichen Entscheidung bem Gericht nicht bekannt waren. Ob ber Berlette fie damals icon gefannt hat, ift gleichgultig.
- 6. Berben ber Staatsanwaltschaft nach Berwerfung bes Antrages, sei es burch eine Anzeige ober auf anderem Bege, neue Thatsachen ober Beweismittel bekannt, so wird dieselbe nicht ohne Beiteres zur Erhebung der Klage zu schreiten und sich auf die Angabe dieser neuen Momente zu beschränken, sie wird vielmehr zunächst die Eristenz der letzteren zu ermitteln und sodann auf Grund dieser Ermittelungen aufs Neue über die Erhebung der Klage zu beschließen haben. Der Berletzte ist zu einer nochmaligen Antragstellung bei dem Gericht erst dann besugt, wenn die Staatsanwaltschaft aufs Neue die Erhebung der Klage abgelehnt hat.

Au & 173.

- 1. Das Gericht barf sich nicht auf ben Ausspruch beschränken, bağ bie Erhebung ber öffentlichen Rlage beschlossen werbe, sonbern es muß bie That, welche ben Gegenstand ber Rlage
 bilden soll, burch hervorhebung ihrer gesehlichen Merkmale und bes anzuwendenden Strafgesetes
 (vgl. § 205) bezeichnen. Es erscheint dies nicht nur in dem Falle nothwendig, wenn die
 Staatsanwaltschaft die Erhebung der Rlage gerade deshalb abgelehnt hatte, weil die That unter
 lein Strafgeset zu subsumiren sei, sondern in allen Fällen, damit bei der Durchsührung des Beihlusses (Note 2) die Möglichkeit einer weiteren Meinungsverschiedenheit zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Gericht völlig ausgeschlossen werde.
- 2. Die Durchführung bes Beschlusses besteht lebiglich barin, bag bie Staatsanwaltichaft bie öffentliche Rlage nach Maggabe bes Beschlusses erhebt; bies hat, nachbem ber Beschluß ihr

§. 174.

Dem Antragsteller kann vor ber Entscheidung über den Antrag die Leistung einer Sicherheit für die durch das Verfahren über den Antrag und durch die Untersuchung der Staatskasse und dem Beschuldigten voraussichtlich erwachsenden Kosten durch Beschluß des Gerichts auferlegt werden. Die Sicherheitsleistung ist durch Hinterlegung in baarem Gelde oder in Werthpapieren zu bewirken. Die Höhe der zu leistenden Sicherheit wird von dem Gerichte nach freiem Ermessen seitgesetzt. Dasselbe hat zugleich eine Frist zu bestimmen, binnen welcher die Sicherheit zu leisten ist.

Wird die Sicherheit binnen der bestimmten Frist nicht geleistet, so hat das Gericht den Antrag für zurückgenommen zu erklären.

bekannt gemacht worben, unverzüglich zu geschehen; vgl. übrigens Boitus Kontr. II. S. 351. Weitere Berpflichtungen erwachsen ber Staatsanwaltschaft aus bem Beschlusse nicht; insbes. if sie, wenn bas mit ber Klage befaßte zuständige Gericht die Eröffnung der Untersuchung ablehn (§§ 178, 202), nicht verpflichtet, die Beschwerbe einzulegen (vgl. Rote 5). Auch ist die Staatsanwaltschaft bei ihrem Berhalten nach Eröffnung der Untersuchung, insbes. bei ihren Anträgennicht an die dem Beschusse zu Grunde liegende Auffassung gedunden; vgl. § 153 Note 5. a.

- 3. Ift ber betr. Straffall von ber Urt, bag bie Erhebung ber öffentlichen Rlage ebensowohl burch ben Untrag auf Boruntersuchung wie burch bie Ginreichung einer Anklages forift erfolgen tann (§§ 168, 176), so tann bie ber Staatsanwaltichaft zustehenbe Bahl zwischen biefen beiben Begen burch ben gerichtlichen Befolug nicht beschränkt werben.
- 4. Der Beichluß fann ben oberen ftaatsanwaltschaftlichen Instanzen unter Umftanben Anlag gur Anwendung bes § 146 bes GBG. bieten.
- 5. Für bie weiteren gerichtlichen Entscheibungen ift ber Beichluß in keiner Beile prajubizirlich. Auch bas Oberlandesgericht selbst würde, wenn bie Sache später im Bege eines Rechtsmittels (3. B. § 209 Abs. 2) nochmals zu seiner Entscheidung gelangen sollte, burch ben Beschluß nicht gebunden sein.
 - 6. Bgl. § 435 Abs. 2.

(I. II. III. Entw. § -.)

3u § 174.

- 1. Die Befugniß bes Gerichts, Sicherheitsleiftung zu forbern, foll einen weiteren Sour gegen ben Migbrauch bes bem Berletten in § 170 gemährten Antragsrechts bieten. Uebrigens in bas Erforbern einer Sicherheitsleiftung ganz in bas Er me ffen bes beichließenben Gerichts geftellt; bas lettere wird bie Lage bes einzelnen Falles, insbes. bie Stärke ber angeführten Berbachtsgrunde und bie Berechtigung besjenigen Interesses, welches ber Antragsteller an ber Berfolgung hat, in Betracht zu ziehen haben.
- 2. Gine Bewilligung bes Urmenrechts ift beim Mangel einer hierauf bezüglichen Bestimmung (vgl. § 419 Abf. 3) nicht statthaft (Sten. Ber. S. 496). Bohl aber tann bie Armuth bes Antragiftellers für bas Gericht ein Grund sein, von bem Erforbern einer Sicherheitsleiftung abzusteben.
- 3. In Betreff ber Koften bes "Berfahrens über ben Antrag" f. § 175 Rote 1. Das eine Sicherheitsleistung auch für bie burch bie Untersuchung voraussichtlich erwachsenben Koften geforbert werben barf, obwohl bie Untersuchung nur in Folge eines für begründet befundenen Antrages eintreten kann, beruht auf ber Bestimmung bes § 504. Aus ber Besugniß bes Gerichts, von einer Sicherheitsleistung gäuzlich abzusehen, folgt übrigens unbebenklich auch die andere Besugniß, bas Erforbern ber Sicherheitsleistung auf diejenigen Kosten zu beschränken, welche voraussichtlich burch bas Bersahren über ben Antrag erwachsen. In Betreff ber Kosten bes Beschulbigten f. § 499 Abs. 2, §§ 504, 503.
- 4. Die bem Antragsteller bestimmte Frift fann auf ein vor ihrem Ablauf angebrachtes Gesuch besselben verlangert werben (Prot. S. 7, Sigg. 174).

§. 175.

Die durch das Verfahren über den Antrag veranlaßten Kosten sind in dem Falle des §. 172 und des §. 174 Abs. 2 dem Antragsteller aufzuerlegen.
(L. II. III. Entw. 5 -.)

Dritter Abichnitt.

Gerichtliche Boruntersuchung.

- 5. Zu Abs. 2 vgl. § 170 Note 10; bas bort Bemerkte findet auch hier Anwendung. Ru § 175.
- 1. Die burch bas Berfahren über ben Antrag veranlagten Roften befteben in ber, in § 69 bes Berichtstoften-Bef. v. 18. Juni 1878 bestimmten Gebuhr und in ben burch bie eimaigen Ermittelungen (§ 171 Abf. 3) verursachten Auslagen. Sierbei ift jeboch gu bemerten, bag bie in § 69 Ibi. 1 bes Gerichtstoften .- Gef. bestimmte Gebuhr nicht zu erheben ift, wenn ber Antrag megen eines formellen Mangels (z. B. wegen Berfpatung) ohne fachliche Brufung jurud. gewiesen wird. Rach § 175 nämlich sollen bie Roften "im Falle bes § 172" bem Antragsteller auferlegt werben; ber § 172 aber behanbelt nur ben gall, wenn fich "tein genügenber Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage" ergiebt, er fest also voraus, daß der Antrag einer sachlichen Brüfung unter: 30gen und für unbegründet befunden worden ist. Der Fall der Zurückeisung wegen eines formellen Mangels ist in den SS 172, 175 nicht vorgesehen, und es fehlt somit an einer gesetlichen Borfdrift, auf Grund beren bem Antragfteller in biefem galle Gebuhren auferlegt werben konnten. Dies erhellt auch aus S 69 cit. Denn wenn nach Abs. 3 bieses S in bem Falle, wo ber Antrag wegen Richtleiftung ber Sicherheit fur gurudgenommen erflart wirb, nur bie Balfte ber in Abf. 1 beftimmten Gebuhr erhoben werden foll, fo tann bas Gefet für ben Sall ber vorgebachten fofortigen Burudweisung nicht bie Erhebung ber vollen Gebuhr beabsichtigt haben. In biefem Sinne hat fic auch ber preuß. Juft.eMin. wieberholt ausgesprochen. — Die Berpflichtung bes Antragüellers, die Rosten der Aussertigung und Zustellung des Beschlusses zu tragen, beruht auf der allgemeinen Bestimmung bes § 89 bes Gerichtskoften-Ges.

Bum Dritten Abichnitt.

- 1. Ueber das Berhältniß der Boruntersuchung ju dem Borbereitungsversahren einerseits und zu dem Hauptversahren andererseits s. oben die Roten zu Abschn. 2—6. Ueber die Aufsgabe der Boruntersuchung sagt der Bericht der RER. S. 45: "Die Boruntersuchung ist dazu bestümmt, die gegen den Angeschuldigten wegen einer bestimmten That erhobene Beschuldigung soweit zu eröffnen oder der Angeschuldigte außer Bersolgung zu segründen, ob das Hauptversahren zu eröffnen oder der Angeschuldigte außer Bersolgung zu setzen, eine beinet daher genau genommen demjelben Zwecke wie die Borerörterungen, jedoch mit dem Unterschiede, daß in der Boruntersuchung bereits die Anschuldigung wegen einer bestimmten That gegen eine bestimmte Person als Thäter oder Theilnehmer gerichtet ist und daß nunmehr die Erörterungen lediglich in die Hände des Richters, welchem die Entschließung über den Umsang und die Richtung derselben gebührt, gelegt sind, während dem Staatsanwalte nur das Recht zusteht, einzelne Pandlungen des Richters zu beantragen und hierdurch auf den Gang und die Richtung der Untersuchung einzuwirken. Bgl. § 177, 182, 188.
- 2. Eine Boruntersuchung tann immer nur auf erhobene öffentliche Klage eintreten; vgl. § 151 Rote 2. b und ferner Rote 3. a zu Abschn. 2—6. Die össentliche Klage braucht jedoch nicht nothwendig durch ben Antrag auf Boruntersuchung erhoben zu sein, um die Eröffnung einer solchen zur Folge zu haben; vielmehr kann (die Zulässigkeit der Boruntersuchung nach § 76 vorsausgeset) das Gericht auch dann die Boruntersuchung eröffnen, wenn die Staatsanwaltschaft die Klage durch Einreichung einer Antlageschrift (§ 197), also mit dem Antrage auf Eröffnung des Hauptvers, erhoben hatte. Eine solche Abweichung von dem Antrage der Staatsanwaltschaft kann auf Antrag des Beschulbigten (§ 176 Rr. 2) wie auch von Amtswegen (§ 200) beschlossen, werden.

§. 176.

Die Voruntersuchung findet in benjenigen Straffachen ftatt, welche jur gutftänbigkeit des Reichsgerichts ober ber Schwurgerichte gehören.

In benjenigen Straffachen, welche zur Zuständigkeit ber Landgerichte gehören, findet die Voruntersuchung statt:

- 1. wenn bie Staatsanwaltschaft biefelbe beantragt;
- 2. wenn ber Angeschuldigte dieselbe in Gemäßbeit bes §. 199 beantragt und
- 3. a. Die richterliche Gewalt wird in der Boruntersuchung theils durch den Untersuchungsrichter, theils durch die Straffammer ausgeübt. Die Funktion des Untersuchungstichters ift eine landgerichtliche (GBG. § 60); inwiefern sie im einzelnen Falle auf Amtsrichter übertragen werden könne, ist in § 183 der StPD. bestimmt. In Betreff der Straffammer s. GBG. §§ 59, 72. Daß in Abschn. 3 statt "Straffammer" überall "Gericht" gesagt ist, beruht darauf, daß die Bestimmungen des Abschn. auch auf die reichsgerichtlichen Strafsachen Anwendung sinden sollen; dieser bei Ausstellung des Entw. der StPD. maßgebend gewesene redaktionelle Grund hat später dadurch seine Erledigung gefunden, daß in das GBG. die Borschrift des § 138 Abs. 1 ausgenommen worden ist.
- b. Darüber, baß ber Untersuchungsrichter, sobalb er als solcher seine Thatigleit begonnen hat, nicht Mitglieb ber Straftammer sein tann, f. StPO. § 23 Abs. 2 u. Note 5-7 bas.
- c. Das Berhaltniß, in welchem ber Untersuchungerichter und bie Straftammer ju einanber fteben, ift folgenbes: Der Untersuchungerichter bat bie Boruntersuchung ju eröffnen und felbstftanbig ju fuhren (§ 182), auch alle in ihr erforberlichen Enticheibungen ju erlaffen, someit biefelben nicht im Befet "bem Bericht" (a) porbehalten finb. Der Befichtspuntt, nach welchem im Abicon. 3 bas Enticheibungerecht ber Straffammer gegen basjenige bes Untersuchungsrichters abgegrengt ift, ift im Allgemeinen ber; bag es ju einer Ablehnung wie ju einer Beenbigung bes Berfahrens (wenn auch nur jur Beenbigung ber Thatigfeit bes befa ft en Gerichts wegen Unguftanbigfeit) eines tollegialgerichtlichen Befchluffes beburfen foll (SS 178, 179, § 195 Abs. 2, § 196; vgl. § 13 Rote 10. b). Sobann aber ift bas Enticheibungsrecht ber Straffammer noch burch verschiebene, mit jenem Gefichtspunkt nicht jusammenbangenbe Spezialvorichriften erweitert (§ 183, § 81 u. Rote 7 baf., § 124 u. Rote 1, 5-7 baf., § 138 u. Rote 9 baf., § 142 u. Rote 2 baf., § 146 u. Rote 2 baf., § 144 u. Rote 4 baf.). -- Der Unterfuchungerichter if nicht berechtigt, in Rallen, in benen ibm felbft bie Entichliegung juftebt (pgl. 3. B. S 65 Abf. 2, S 69 Abs. 3), fich wegen obwaltenber Ameifel ber Enticheibung ju enthalten und biejenige ber Straftammer einzuholen (vgl. Dot. S. 170); eine Mobifitation f. ju § 124 Rote 6. - Die Enticheibungen bes Untersuchungsrichters find mittelft ber Befcomerbe anfechtbar (§ 346); über biefe enticheibet bie Straffammer (GBG, § 72); pgl. noch StBD. § 182 Rote 2. — Sonach jungirt bie Straftammer in ber Boruntersuchung balb als Gericht erfter, balb als Gericht zweiter Instanz. — In Betreff ber auswärtigen Strastammern f. noch GBG. § 78 u. Rote 3 bas.
- d. Die von ber Straffammer in erster Inftanz erlassense Entscheidungen unterliegen, insoweit bas Geset (vgl. z. B. § 180 Abs. 2) sie nicht ausbrücklich ber Ansechtung entzieht, ber Beschwerbe (§ 346); gegen ble in zweiter Instanz erlassenen findet eine weitere Beschwerbe nur nach Maßgabe bes § 352 statt. In beiben Fällen steht die Entscheidung dem Obers landes gericht zu (GBG. § 123 Nr. 5).
- e. In Betreff ber reichsgerichtlichen Straffachen f. GBG. § 136 Rote 7. b. c. u. § 138, StPD. § 184.
- 1. a. Der S handelt von ber Nothwendigkeit und ber Zulässigkeit ber Boruntersuchung. In reichsgerichtlichen und schwurgerichtlichen Strassachen ift bie Boruntersuchung regelmäßig (vgl. Note 3, 4) nothwendig, und zwar in bem Sinne, baß die Eröffnung bes hauptversahrens nicht erfolgen barf, ohne baß eine Boruntersuchung vorausgegangen ist; dies wird durch

erhebliche Grunbe geltend macht, aus benen eine Boruntersuchung zur Borsbereitung feiner Bertheibigung erforberlich erscheint.

In den zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen ist, außer dem Falle der Verbindung in Folge eines Zusammenhanges (§. 5), die Voruntersjuchung unzulässig.

(L Entm. \$ 144; II. Entm. \$ 148; III. Entm. \$ 119)

bie Borte bes Abs. 1: "findet statt" ausgebrückt. In landgerichtlichen Strassachen ist die Boruntersuchung zulässig, aber nicht nothwendig; ob sie im einzelnen Falle eintritt, hängt nach Raßgabe des § 176 Abs. 2 und des § 200 (vgl. oben Rote 2 zu Abschn. 3) theils von den Ansträgen der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten, theils von der Entschliedung des Gerichts ab. In schössenschlichen Strassachen ist die Boruntersuchung regelmäßig (Abs. 3) unzulässig. In Betress der in Buch 6 Abschn. 3, 4, 5 behandelten besonderen Bersahrensarten vgl. die Roten zu §§ 462, 464, 472, 477. In den Fällen der Abschn. 1, 2 das folgt die Unzulässigsteit der Boruntersuchung schon daraus, daß es sich um schösserichtliche Sachen handelt (§ 176 Abs. 3). — Aus den Bestimmungen über die Rothwendigkeit und die Zulässigteit der Boruntersuchung ergiedt sich zugleich, inwieweit der Staatsanwaltschaft zwischen den beiden in § 168 des zeichneten Arten der Rlageerhebung die Bahl zusteht.

b. Der Umstand, daß in einer schwurgerichtlichen Strassache die hauptverhandlung stattsgesunden hat, ohne daß die gesehlich nothwendige (vgl. Rote 3, 4) Boruntersuchung vorsausgegangen, begründet nicht die Revision; vielmehr kann ber Mangel einer Boruntersuchung nur auf dem in § 199 Abs. 3 und § 181 vorgesehenen Bege der sofortigen Beschwerde gegen den das hauptversahren eröffnenden Beschluß geltend gemacht werden: RGer. III. 2. März 81 (Rspr. III. 91), II. 29. Febr. 84 (Rspr. VI. 161). — Dementsprechend darf auch das Gericht, vor welches die Sache verwiesen ist, nicht wegen jenes Mangels das Eintreten in die hauptverhandlung ober den Erlaß des Urtheils ablehnen: so: v. Kries in StRR. V. S. 38.

Bu Abf. 1.

- 2. In Betreff ber Buftanbigfeit bes Reichsgerichts f. GBG. § 136 Rr. 1, in Betreff ber- jenigen ber Schmurgerichte: GBG. § 80.
- 3. Die Bestimmung bes Abs. 1 erleibet eine Ausnahme burch biejenige bes § 270 Abs. 2: burch bie Unzuständigkeitserklärung eines erkennenben Gerichts kann eine Sache zur hauptverhandlung vor bas Reichsgericht ober vor bas Schwurgericht gebracht werben, ohne baß eine Boruntersuchung stattgesunden hat; so in Betreff bes Schwurgerichts: RGer. III. 2. Febr. 81 (Entich. III. 311); vgl. auch I. 21. Nov. 81 (Entsch. V. 243), Binding S. 150.
- 4. Die Rothwendigfeit der Boruntersuchung erstreckt sich auch auf solche Strassachen, welche an sich zur Zuständigkeit des Landgerichts oder des Schöffengerichts gehören, aber auf Grund des Zusammenhanges mit einer anderen Sache vor dem Schwurgericht oder dem Reichsgericht zur Aburtheilung gelangen sollen; vgl. Rer. II. 8. Juli 81 (Entsch. IV. 365). Rur dann, wend die Sachen einzeln bereits dei den verschiedenen erkennenden Gerichten anhängig waren, lann die Berbindung gemäß § 4 beschlossen werden, ohne daß es in der landgerichtlichen oder schöffengerichtlichen Sache der Nachholung der Boruntersuchung bedarf. Gl. A. Dalde S. 118, v. Schwarze S. 328, Fuchs in Hh. I. S. 473.

Bu Abs. 2, 3.

5. In Betreff ber Zuständigkeit bes Land gerichts f. GBG. SS 73, 74, in Betreff bereinigen bes Schöffengerichts: GBG. S 27; vgl. StBD. S 1 Rote 2. b. Diejenigen Sachen, in benen bie Zuständigkeit bes Schöffengerichts burch Ueberweisung (GBG. S 75) begründet werden kann, fallen unter die Borschrift bes Abst. 2, nicht bes Abs. 3, in ihnen also ift die Borsuntersuchung schlechthin zulässig; vgl. GBG. S 29 Rote 2.

Bu Abf. 2.

6. In ben landgerichtlichen Sachen ift es bem Ermeffen ber Staatsanwaltichaft anheim-

§. 177.

Der Antrag ber Staatsanwaltschaft auf Eröffnung ber Boruntersuchung muß ben Beschuldigten und bie ihm zur Last gelegte That bezeichnen.

(I. Entw. \$ 145 Abf. 1; II. Cutw. \$ 149 Abf. 1; III. Cutw. \$ 1(0 Abf 1.)

- hebung ber Antlage (§ 197) bas hauptversahren herbeissühren will. Es wird hier auf die Lage ber einzelnen Sache und ben Umsang berjenigen Beweiserhebungen ankommen, beren es zur Borzbereitung des hauptversahrens bedarf. Der Anlaß zu dem Antrage auf Voruntersuchung wird oftmals badurch gegeben sein, daß sich der Angeschuldigte in hait besindet; benn die in § 126 bestimmten Fristen werden zur Vorbereitung des hauptversahrens häusig zu kurz sein; vgl. § 125 Note 2. Die Gründe, aus benen die Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung für ersorderlich hält, unterliegen der Prüfung des Gerichts nicht und sind beshalb auch in dem Antrage (§ 177) nicht anzugeben. Das Gericht ist nicht besugt, au Stelle der Voruntersuchung das Hauptversahren zu eröffnen, sondern muß, wenn es jene sür unzulässig hält, sich aus die Zurückweisung des Antrages beschränken.
- 7. Die ben Angeschulbigten betreffende Bestimmung bes Abs. 2 sett voraus, bag bie Staatsanwaltschaft die Anklage unmittelbar erhoben (§ 197) und bag ber Borsitende die Anklageschrift bem Angeschulbigten mitgetheilt hat (§ 199). In diesem Falle barf ber lettere geltend machen, baß zur Borbereitung seiner Bertheibigung eine Boruntersuchung ersorberlich sei, und er darf unter Darlegung seiner Gründe ber Eröffnung bes Hauptverfahrens widersprechen und die Eröffnung ber Boruntersuchung beantragen. Die Erheblichteit ber angesührten Gründe unterliegt ber freien Beurtheilung bes Gerichts; basselbe barf ben Antrag bes Angeschuldigten ablehnen, wenn es eine Boruntersuchung zur Vorbereitung ber Bertheibigung nicht für erforberlich erachtet. Dies gilt auch bann, wenn ber Angeschulbigte in Haft ist (vgl. Prot. S. 931 ff., Sten. Ber. S. 499 ff.).
- 8. Darfiber, baß bas Gericht aus Anlag einer unmittelbar erhobenen Antlage (§ 197) auch von Amtswegen bie Eröffnung ber Boruntersuchung beschließen fann, f. § 200.
- 9. In ben Fallen bes Ubs. 2 wird burch die Eröffnung ber Boruntersuchung gegen einen von mehreren Mitbeschulbigten nicht die Rothwendigfeit begründet, auch gegen die übrigen die Boruntersuchung zu eröffnen: RGer. II. 8. Juli 81 (Entich. IV. 365).
 - Bu Abj. 3.
- 10. In schöffengerichtlichen Sachen (Note 5) ist die Voruntersuchung im Allgemeinen unstatthaft; ihre Zulässigiet taun nur baburch begründet werben, daß eine schöffengerichtliche Sache mit einer anderen Sache zusammenhängt und mit ihr verbunden werben soll (vgl. §§ 2, 3) In diesem Falle tann die Staatsanwaltschaft den in der landgerichtlichen zc. Sache zu stellenden Antrag auf Boruntersuchung sogleich auf die schöffengerichtliche Sache erstreden; es ist aber auch zulässig, die lehtere nachträglich bei dem Untersuchungsrichter anhängig zu machen Bgl. § 2 Note 6, § 177 Note 5. Aus dem Gesagten ergiebt sich zugleich, daß der Antrag auf Boruntersuchung niemals von dem Amtsanwalt, sondern nur von dem landgerichtlichen Staatsanwalt gestellt werden kann. Bgl. § 2 Note 7.
- 11. Die Zweckmäßigkeit ber Berbindung unterliegt der Prüsung des Gerichts, somit kann in der schöffengerichtlichen Sache der Antrag auf Boruntersuchung auch (vgl. § 178) deshalb abgelehnt werden, weil die Berbindung der Sachen nicht angemessen erscheint; vgl. § 2 Abs. 2 und Note 8 das.; das dort Bemerkte sindet hier entsprechende Anwendung. Diese Ablehnung steht aber nicht dem Untersuchungsrichter zu, sondern kann nur durch Beschluß der Straskammer erfolgen (§ 178 Abs. 1).
- 1. In bem Antrage ber Staatsanwaltschaft' auf Eröffnung ber Boruntersuchung ift bie Ershebung ber öffentlichen Rlage enthalten (§ 168); baber muß ber Antrag gegen eine ober mehrere bestimmte Bersonen gerichtet sein; vgl. oben Note 4 zu Abschn. 2-6.
- 2. a. Bur Bezeichnung bes Beschulbigten ift bie Rennung bes Ramens nicht erforberlich, wenn biefer noch nicht befannt ift; pgl. Rupp, Beweis im Strafverf. S. 215.

§. 178.

Der Antrag kann nur wegen Unzuständigkeit des Gerichts ober wegen Unzuslässigkeit der Strafverfolgung oder der Boruntersuchung (§. 176), oder weil die in dem Antrage bezeichnete That unter kein Strafgeset fällt, abgelehnt werden. hierzu bedarf es eines Beschlusses des Gerichts.

Der Angeschuldigte tann vor ber Beschlußfaffung gehört werben.

(I. Entw. § 145 Abf. 2; II. Entm. § 149 Abf. 2; III. Entw. § 150 Abf. 2.)

- b. Die bem Beschulbigten zur Laft gelegte That muß in bem Antrage bergestalt genau bezeichnet werben, daß über den Gegenstand der Boruntersuchung kein Zweisel odwalten kann. Es wird sich empsehlen, in den Antrag, unter Anführung des betr. Strafgesehes, eine bestimmt formulirte Beschulbigung, wie solche in der Antlageschrift (§ 198) enthalten sein muß, aufzunehmen, also z. B. den Antrag dahin zu fassen: "gegen A., welcher beschulbigt wird: am 1. Januar zu B. dem C. einen demselben gehörigen Beutel mit 100 Mark Geld in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben, die Boruntersuchung zu sühren." Eine derartige Formusirung erscheint überdies beshalb ersorderlich, um dem Gericht die nothwendige Grundlage für die Brüfung seiner Zuständigkeit und der Zulässigkeit der Boruntersuchung zu verschaffen; vgl. § 178 Rote 5, 6.
- 3. Etwas Beiteres als die Bezeichnung bes Beschuldigten und ber ihm zur Laft gelegten That braucht ber Antrag nicht zu enthalten, insbes. nicht eine Angabe ber Berbachtsgründe ober ber Beweismittel. Dagegen hat die Staatsanwaltschaft ihre Atten bem Antrage beizufügen; vgl. § 168 Rote 7.
- 4. Der Antrag auf Eröffnung ber Boruntersuchung ift unmittelbar an ben Untersuchungsrichter bes Landgerichts zu richten; vgl. § 182, § 178 Rote 8. In Betreff ber reichsgericht=
 lichen Straffachen f. § 184 Rote 3.
- 5. Birb von ber Staatsanwaltschaft im Laufe ber Boruntersuchung bie Ausbehnung ber letteren auf andere als bie bisher angeschulbigten Bersonen ober auf andere Straffalle beantragt, so muß auch biefer Antrag ben Ersorbernissen bes § 177 entsprechen. Bgl. § 153 Rote 1 u. § 189.
 - 6. Bgl. § 178 Rote 7.

3u § 178.

Bu Abs. 1.

- 1. Es ift hier nur von bem Antrage ber Staatsanwaltschaft, nicht von bemjenigen bes Angeschulbigten (f. 176 u. Rote 7 bas.) bie Rebe.
- 2. Der Antrag auf Eröffnung ber Boruntersuchung unterliegt ber richterlichen Prüfung in viel beschränkterem Maße als ber Antrag auf Eröffnung bes Hauptverfahrens (§ 201): er kann nur aus rechtlichen, nicht aus thatsächlichen Gründen des hauptverfahrens (§ 201): er kann nur aus rechtlichen, micht aus thatsächlichen Gründen den abgelehnt werben. Sonach barf bie Ablehnung nicht beshalb erfolgen, weil es an Beweisen für die That ober für eines der wesentlichen Merkmale berselben ober für die Thäterschaft sehle: die Ermittelung und Sammlung der Beweise ist eben die Aufgabe der Boruntersuchung. Ebensowenig ist die Ablehnung zulässig, weil ein Schuldausschließungsgrund (z. B. Unzurechnungssächigkeit, Nothwehr) thatsächlich schon hinzteichend dargethan sei: ob ein solcher wirklich vorliege, soll eben durch die Voruntersuchung erzwittelt werden; gl. A. Dalde S. 120, Meves S. 98, Reller S. 206; a. M. Fuchs in H. E. 477. Auch der Umstand, daß das Gericht das Hauptversahren schon für genügend vorsbereitet hält, begründet nicht die Ablehnung des Antrages; vgl. § 176 Note 6.
- 3. "wegen Unguft anbigkeit bes Gerichts" Diese Worte beziehen fich junachft auf bie örtliche Zuständigkeit (vgl. § 12 Rote 6), sobann aber auch auf die sachliche, insofern nämlich bei bem Untersuchungsrichter bes Landgerichts reichsgerichtliche Strafsachen überhaupt nicht und schöffengerichtliche nur ausnahmsweise (§ 176 Abs. 3) anhängig gemacht werben bürfen. Ein Fall ber Unzuständigkeit liegt ferner bann vor, wenn die Sache nicht vor die ordentlichen Gerichte, sondern vor ein Sondergericht (GBG. SS 13, 14) gehört.
- 4. "wegen Unzuläffigkeit ber Strafverfolgung" Diese Botte umfassen sos [18me, Strafprozehorbnung. 5. Austage.

wohl die Fälle, in benen der Erhebung der Strafflage ein rechtliches hinderniß entgegensteht, wie auch diejenigen, in benen das Strafflagerecht erloschen ist (vgl. oben Rote 15 ff. und 27 ff. 31 Abschn. 1). Auch gehört hierher der Fall, wenn der Beschuldigte zur Zeit der That noch nicht das zwölste Lebensjahr vollendet hatte (StGB. § 56).

- 5. "wegen Unzulässigteit ber Boruntersuchung" hierzu vgl. § 176 Abs. 3 und die das. Rote 1. dangesührten Bestimmungen. Bei den schöffengerichtlichen Strassachen säll die Unzulässigteit der Boruntersuchung mit der Unzuständigkeit des Gerichts (Rote 3) zusammen. Uebrigens muß das Gericht bei Prüfung der Frage: ob die Sache eine schöffengerichtliche sei, diesenigen Merkmale der That, welche in dem Antrage (§ 177 Rote 2) hervorgehoden sind, als vorhanden voraussehen; es darf also in der Qualifizirung der That nicht deshalb von dem Antrage adweichen, weil für eines der gedachten Merkmale kein Beweis vorliege; das Borhandensein des letzteren soll eben durch die Boruntersuchung ermittelt werden. Sonach darf z. B, wenn die Beschuldigung auf Raub (Begnahme einer Sache mit Gewalt an der Person) lautet, die Abslehnung des Antrages nicht deshalb ersolgen, weil die Anwendung von Gewalt nicht genügend indigitt sei, hiernach aber die That nur einen, unter die Bestimmung des GBG. § 27 Nr. 4 sals lenden Diebstahl darstelle.
- 6. "weil die in bem Antrage bezeichnete That unter tein Strafgefet fallt" -- Auch bier findet bas in Rote 5 bezüglich der Merkmale der That Gefagte Anwendung; es erhellt dies insbes. baraus, daß bas Geset von der "in bem Antrage bezeichneten That" spricht.
- 7. Daß ber Antrag ber Staatsanwaltschaft auch bann abgelehnt werben kann, wenn er ben Erforbernissen bes § 177 nicht entspricht, ist selbstverständlich; es sehlt in einem solchen Falle an der erforberlichen Grundlage für die Boruntersuchung (vgl. Mot. S. 170). Auch zu einer Ablehnung bieser Art bebarf es eines Peschlusses der Straffammer (a. M. Ortloff in Goltd. Arch. XXX. S. 267 ff.). Auf einen berartigen Fall ist aber das zu § 181 Rote 2 Bemerkte nicht zu beziehen, weil die Ablehnung hier nur die Bedeutung einer einstweiligen Berfügung hat; die Staatsanwaltschaft bleibt jederzeit besugt, den Antrag zu ergänzen und von Neuem zu stellen.
- 8. Der Antrag ber Staatsanwaltschaft unterliegt zunächft ber Brüfinng bes Untersuchung srichters; bieser erössnet bie Boruntersuchung (§ 182), wenn seines Erachtens ein gesetsiches hinderniß nicht entgegensieht. Hegt er bagegen in bieser Beziehung Bebenken, so legt er bie Atten ber Straftammer zur Entschiung vor. Er selbst ist zur Absehnung bes Antrages in keinem Falle befugt. Bgl. § 23 Rote 7. s. Erkennt die Straftammer bas Borhandensein eines der in § 178 bezeichneten hindernisse au, so spricht sie die Absehnung des Antrages aus. Anderensfalls wird der Beschnung der Universität bie Erössnung der Antrage der Staatsanwaltschaft statzgugeben sei; die Erössnung der Boruntersuchung ist nicht in dem Beschlusse selbst, sondern aus Grund desselben durch Berfügung des Untersuchungsrichters auszusprechen; vgl. § 182 und die Fassung des § 179 ("in Folge"). Der Beschluß der letztgedachten Art braucht die Angade der Gründe, auf denen er beruht, nur insoweit zu enthalten, als er einen von dem Angeschuldigten (Abs. 2) erhodenen Einwand verwirft.

Bu Abj. 2.

- 9. Das Gefet gestattet bie Anhörung bes Angefculbigten vor ber Beschlußfassung um in ben Fällen, in benen bie Erhebung eines Einwandes seitens besselben (§ 179) erwartet werben tann, eine gleichzeitige Enticheibung über bie etwaigen Bebenken bes Untersuchungsrichterbund über ben Einwand zu ermöglichen und bie Rothwendigkeit einer abermaligen Beschlußfassung ber Strafkammer thunlicht auszuschließen; vgl. § 179 Abs. 2. Die Anhörung bes Angeschulbigten ift in bas Ermessen ber Strafkammer gestellt; ber Untersuchungsrichter in nicht besugt, benselben zu einer Erklärung aufzusorbern (a. M. Glaser II. S. 388).
- 10. Auch bie Art ber Anhörung bes Angeschulbigten ift bem Ermessen ber Straftammer über: laffen. Die Labung zu einem Termine ist nicht erforberlich; es genügt, wenn ber Angeschulbigte unter Mittheilung bes Antrages ber Staatsanwaltschaft und unter Bestimmung einer Frist auf-

§. 179.

Gegen die Berfügung, durch welche auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Boruntersuchung eröffnet worden ist, kann der Angeschuldigte aus einem der im §. 178 Abs. 1 bezeichneten Gründe Sinwand erheben. Ueber den Sinwand entsicheibet das Gericht.

Diefe Bestimmung sindet nicht Anwendung, wenn die Voruntersuchung in Folge des Beschlusses bes Gerichts eröffnet und der Angeschuldigte vorher gehört worden ist.

(f. 11. III. Entm. § —. Bgl. jedoch: I. Entm. § 145 Abj. 3; II. Entm. § 149 Abj. 3; III. Entm. § 150 Abj. 3.)
gesorbert wird, seine etwaigen Einwande schriftlich ober zum Prototoll bes Gerichtsschreibers ans jubringen.
Bu Abs. 1, 2.

11. Die Bestimmungen bes & finden in vollem Umfange auch auf nachträgliche, bie Aussbehnung ber Boruntersuchung betreffenbe Antrage (§ 177 Rote 5) Anwendung.

3u § 179.

- 1. Rach bem Entw. sollte bie, die Borunterjuchung eröffnende Berfügung einer Anfechtung feitens des Angeschuldigten nicht unterliegen. Die RLA. erwog dagegen: daß schon "die Ersöffnung der Boruntersuchung mit schweren Nachtheilen für den Beschuldigten, seine öffentliche und bürgerliche Stellung, seine Familie und seine Erwerdsverhältnisse verdunden sein kann, und zwar mit Nachtheilen, die späterhin durch eine etwaige Freisprechung nicht wieder ausgeglichen werden können", und sie nahm deshalb die hier getroffene Bestimmung auf (Ber. S. 54 ff.).
- 2. Bon bem Rechtsmittel ber Beschwerbe unterscheibet sich ber bem Angeschulbigten zustehenbe "Einwand" nur baburch, baß er bie Sache nicht zur Entscheibung einer höheren Justanz bringt: über ben Einwand hat auch bann bie Straftammer zu entscheiben, wenn bie Erössung ber Borzuntersuchung in Folge ihres Beschlusses (§ 178 Note 8) stattgefunden hat. Hiernach kann, wenn ber Angeschulbigte nicht vor ber Beschlußfassung gehört worden, ber Fall eintreten, daß die Strafskammer aus Anlaß eines Einwandes eine von ihr bereits entschiedene Frage nochmals prüsen und enticheiben muß. Der auf den Einwand ergangene Beschluß unterliegt nach Naßgabe ber §§ 180, 181 ber sofortigen Beschwerde.
- 3. Das Gejet ich ließt bie Erhebung bes Einwandes nur in bem in Abs. 2 vorgesehenen Falle aus; sonach wird bieselbe baburch allein nicht unzulässig, daß die Erössnung ber Boruntersiuchung auf Beschwerbe ber Staatsanwaltschaft von dem Oberlandesgericht angeordnet worden ist, nachdem die Straffammer bieselbe (ohne vorgängige Anbörung des Angeschulbigten) abgelehnt hatte. Die Straffammer kann demzusolge allerdings in die Lage kommen, einen Beschluß zu erslassen, der einen Beschluß des Oberlandesgerichts, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch der Sache nach aushebt. Gl. A. Puchelt S. 332; a. M. Keller S. 209, Dalde S. 120; vgl. auch Glaser II. S. 391.
- 4. Der Einwand tann, ba das Gefet etwas Anderes nicht beftimmt, mahrend bes gangen Laufes ber Boruntersuchung, und zwar auch schon vor ber in § 190 vorgeschriebenen Bestanntmachung, erhoben werben; seine Erhebung wird erst unstatthaft, wenn ber Schluß ber Boruntersuchung (§ 195) erfolgt ist. Auch verliert ber Angeschulbigte baburch, daß er zunächst nur ben einen ber in § 178 bezeichneten Einwände erhoben hat, noch nicht die Besugniß, nach Berwersung besselben einen anderen zulässigen Einwand zu erheben (a. M. Stenglein S. 348).
- 5. Die Erhebung bes Einwandes tann fowohl bei ber Bernehmung bes Angeschulbigten (§ 190) wie auch ju Brotofoll bes Gerichtsschreibers ober burch Ginreichung eines formlofen Schriftftuds erfolgen; pgl. Rote 8 ju Buch 1.
- 6. hinfichtlich ber Beurtheilung bes Einwandes gilt bas zu § 178 Note 5, 6 Bemerkte. Sonach ift z. B. ber Einwand, baß die Boruntersuchung unzuläsfig sei, nicht begründet, wenn die That in bem Antrage ber Staatsanwaltschaft als schwerer Diebstahl bezeichnet ift, sich aber in der Boruntersuchung, wenn auch schon vor Erhebung des Einwandes, herausgestellt hat, daß nur

§. 180.

Gegen ben Beschluß bes Gerichts, burch welchen ber von bem Angeschulbigten in bem Falle bes §. 178 Abs. 2 und in bem Falle bes §. 179 Abs. 1 erhobene Sinwand ber Unzuständigkeit (§. 16) verworfen wird, sieht bem Angeschulbigten bie sofortige Beschwerbe zu.

Im Uebrigen kann ber Beschluß bes Gerichts, burch welchen ber Sinwand bes Angeschulbigten verworfen ober bie Eröffnung ber Voruntersuchung angeordnet ift, nicht angesochten werben.

(I. Cutw. § 145 Abf. 3; II. Cutw. § 149 Abf. 3; III. Cutw. § 150 Abf. 3.) Ş. 181.

Gegen ben Beschluß bes Gerichts, burch welchen ber Antrag ber Staatseine Entwendung von Ehwaaren (StGB. § 370 Nr. 5), also eine schöffengerichtliche Straffache, vorliege. In diesem Falle muß die Straffammer nach Abschluß ber Boruntersuchung (§ 195) bas Hauptversahren vor dem Schöffengericht eröffnen (§ 207).

7. Bird ber Einwand für begründet erachtet, so hat der Beschluß die Aushebung der bie Voruntersuchung eröffnenden Versügung des Untersuchungsrichters auszusprechen. Soweit es sich hierbei um die örtliche Zuständigkeit des Gerichts, um die Zulässigkeit der Strasversolgung (§ 178 Note 4) oder um die Strasdarkeit der That (§ 178 Note 6) handelt, besteht zwischen einem solchem Beschlusse und demjenigen, der nach dem Abschluß der Voruntersuchung die Unzzuständigkeit des Gerichts bezw. die Einstellung des Versahrens (§ 202) ausspricht, kein sachlicher Unterschied.

Bu Abs. 2.

- 8. Bgl. § 178 Abj. 2 u. Rote 9 baf.
- 9. Auf ben Einwand ber örtlichen Unguständigkeit ift die Bestimmung bes Abi. 2 nicht zu beziehen: biefer Einwand geht baburch allein, bag ber Angeschuldigte bei seiner Anhörung nach § 178 Abs. 2 bie Erhebung beffelben unterlassen hat, nicht verloren. Das Nähere s. zu § 16 Rote 3.
- 10. Der Angeschulbigte ist im Sinne bes Abs. 2 "gebort", wenn er zur Abgabe einer Erklärung aufgeforbert worben ift (§ 178 Rote 10); baß er eine solche auch wirklich abgegeben habe, wird nicht erforbert.
- 34 § 180.

 1. Bar bie Boruntersuchung ohne vorgängige Anhörung bes Angeschutbigten eröffnet, so steht bemselben, gleichviel ob bie Eröffnung auf einem Beschlusse ber Strastammer (§ 178 Rote 8) beruht ober nicht, eine Beschwerbe zunächt überhaupt nicht zu; er kann sich nur mit einem Einwande (§ 179) an die Straskammer wenden. Auch der Beschluß der Straskammer, welcher nach Anhörung des Angeschulbigten (§ 178 Abs. 2) die Eröffnung der Boruntersuchung angeordnet hat, unterliegt im Auseneinen einer Ansechtung durch Beschwerde nicht; eine Ausnahme greift nur Plat, wenn der Einwand der örtlichen Unzuständigkeit vom Angeschulbigten erhoben war und von der Straskammer (ausdrücklich oder stillschweigend) verworsen worden ist. Die Beschwerde kann nur die Berwerfung dieses Einwandes zum Gegenstande haben. Ganz dasselbe gilt endlich von der Ansechtung bessenigen Beschulsses, welcher nach Eröffnung der Boruntersuchung über einen vom Angeschulbigten erhobenen Einwand (§ 179) entschieden hat.
- 2. Die besondere Berückfichtigung, welche ber Einwand ber örtlichen Unguftanbigkeit in § 180 gefunden hat, beruht auf der Borschrift bes § 17. Wirb der ben Einwand verwersende Beschluß von dem Angeschuldigten innerhalb der gesehlichen Frist (§ 353) nicht durch Beschwerbe angeschien ober wird die lettere zuruckgewiesen, so ift die Zuständigkeit des Gerichts auch für das hauptversahren seitzellt.
 - 3. Bgl. noch § 199 Rote 14, § 338 Abf. 2.

Zu § 181.

1. In Betreff ber Ablehnung bes Antrages ber Staatsanwaltschaft vgl. § 178 und

anwaltschaft ober bes Angeschulbigten auf Eröffnung ber Boruntersuchung abgelehnt worden ift, findet sofortige Beschwerbe statt.

(I. II. III. Cutw. \$ --.)

§. 182.

Die Boruntersuchung wird von dem Untersuchungsrichter eröffnet und geführt. (I. Cutw. § 146 Abs. 1; II. Cutw. § 150 Abs. 1; III. Cutw. § 151.)

- Rote 8 bas. Dem Falle, wenn bie Straftammer ben Antrag auf Eröffnung ber Borunterjudung abgelehnt hat, fieht hinsichtlich ber Ansechtbarkeit ber anbere Fall gleich, wenn in Folge
 eines Einwandes bes Angeschulbigten bie bie Boruntersuchung eröffnende Berfügung burch Beichluß ber Straftammer wieber aufgehoben worden ift (§ 179 Rote 7); auch ber lettere
 Beschuß kann nur mit ber sofortigen Beschwerbe angesochten werben.
- 2. Jit die Anfechtbarkeit bes den Antrag der Staatsanwaltschaft ablehnenden zc. Beschluffes in Folge des Ablaufs der Frist oder der Zurudweisung der erhobenen Beschwerde erzloichen, so kann die Klage nur auf Grund neuer Thatsachen wieder aufgenommen werden (vgl. jedoch § 178 Note 7). Wäre die Wiederausnahme schlechthin zulässig, so würde es bedeutungstos sein, daß das Gesetz die Beschwerde an eine Frist (§ 353) bindet. Bgl. § 210 und die Roten das.
- 3. "ber Antrag bes Angefculbigten" Diese Borte beziehen sich auf § 176 Rt. 2 (vgl. bort Rote 7). Der Angeschulbigte tann bie sofortige Beschwerbe einlegen, wenn bie Straffammer seinen Antrag: ftatt bes hauptver fahrens zunächst eine Poruntersuchung zu eröffnen abgelehnt hat.

Au § 182.

- 1. Die Eröffnung ber Boruntersuchung ift von bem Untersuchungsrichter burch eine Bersfügung ausbrudlich auszusprechen, und zwar auch bann, wenn fie auf Grund eines gerichtlichen Beidlusses erfolgt (§ 178 Rote 8). Gbenso bebarf es einer ausbrudlichen Berfügung, wenn später eine Ausbehnung ber Boruntersuchung auf neue Angeschulbigte ober auf neue Straffalle statts sindet; vgl. § 153 Abs. 1, § 177 Rote 5.
- 2. Bas bie Führung ber Boruntersuchung betrifft, so ift bie Funktion bes Untersuchungstigters im Befentlichen bieselbe geblieben wie in bem früheren Berfahren. Seine Thatigfeit kann mar nur auf Grund eines Antrages ber Staatsanwaltschaft (§ 177) beginnen; fie ift aber, nach: dem fie einmal begonnen hat, eine selbstständige. Der Untersuchungsrichter verfährt nach seinem eigenen Plane; er nimmt von Amtswegen alle biejenigen Beweiserhebungen und sonstigen Unter= judungshandlungen vor, die er für erforderlich erachtet, und bestimmt die Reihenfolge ber einzelnen Alte. Die Staatsanwaltschaft ftellt Antrage, welche ben Gang bes Berfahrens ober bie Bornahme einzelner Untersuchungshandlungen betreffen, nur bann, wenn fie einen besonderen Aulag hierzu findet (§ 194). Es muß zwar auf jeben ihrer Antrage eine ausbrudliche Berfügung ergeben; allein ber Untersuchungerichter bat über bie Antrage nach freiem Ermeffen zu enticheiben, er tann biejelben also auch ablehnen. Gleichwohl ift eine Beschwerbe ber Staatsanwaltschaft über eine olde Ablehnung nicht ausgeschloffen (§ 346), und insbef. ist die Unzulässigkeit bersetben nicht baraus zu folgern, bag in § 195 Abf. 2 ber Staatsanwaltschaft ein besonberer Beg eröffnet ift, nad Abichluß ber Borunterfuchung ihre Antrage jur Entscheibung ber Straftammer ju bringen; benn es tann ber Staatsanwaltschaft im einzelnen galle gerabe barauf ankommen, bag eine gewife Untersuchungshandlung alsbalb vorgenommen werbe, so 3. B. weil ihrer Ansicht nach ber Berluft bes betr. Beweismittels zu besorgen ift. Gl. A. Puchelt S. 333, Glaser I. S. 378, Stenglein S. 350, 362; a. M. Keller S. 225. — Das vorstehend Gefagte findet auch auf Ans trage, welche ber Angeschulbigte ftellt, entsprechenbe Anwenbung.
- 3. Inwiefern bie Straftammer, von ber Beschwerbe abgesehen, in ber Boruntersuchung mitzuwirken habe, barüber s. oben Rote 3. c zu Abschn. 3.
- 4. Die Staatsanwaltschaft bleibt auch nach Eröffnung ber Boruntersuchung befugt, ersforberlichenfalls Ermittelungen felbst vorzunehmen ober burch ihre Organe vornehmen zu laffen (§ 159); boch barf hierburch niemals in die Thätigkeit bes Untersuchungsrichters eingegriffen

Digitized by GOOGLE

§. 183.

Durch Beschluß bes Landgerichts kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft bie Führung der Voruntersuchung einem Amtsrichter übertragen werden. Um die Vornahme einzelner Untersuchungshandlungen kann der Untersuchungsrichter die Amtsrichter ersuchen. Auf Amtsrichter, welche mit dem Untersuchungsrichter denselben Amtssit haben, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

(I Eutw. § 146; II Eutw. § 150; 111. Eutw. § 152.)

5. Die Bestimmung bes § 162 ift auch in ber Boruntersuchung anwendbar.

Ru # 183.

- 1. Die hier vorgesehenen Maßnahmen sind mit Rücklicht auf die Größe der Landgerichts: bezirke behufs der Erleichterung des Berfahrens und der Berminderung der Kosten zugelassen; insbes, hat das Geset den Umstand im Auge, daß die von den Zeugen 2c. zurückzulegenden Entsernungen meistens erheblich geringer sein werden, wenn die Bernehmung, flatt am Site des Landgerichts, am Site des Amtsgerichts erfolgt. Ebendeshalb aber sindet die Borschrift auf diesenigen Amtsrichter nicht Anwendung, welche mit dem Untersuchungsrichter denselben Amtslit haben.
 - I. Uebertragung einer Borunterfuchung.
- 2. Mur die Führung der Boruntersuchung, nicht die Eröffnung der letteren, kann einem Amtsrichter übertragen werden; die Eröffnung muß also erfolgt sein, bevor die Uebertragung desichlossen werden kann. Dies folgt nicht nur darans, daß § 183, abweichend von § 182, der Ersöffnung nicht erwähnt, sondern auch aus der Erwägung, daß in den Fällen, in denen gegen die Eröffnung der Boruntersuchung Bebenken obwalten können, es sehr unzwedmäßig ware, vor Ersledigung der letteren die Akten an den auswärtigen Amtsrichter abzusenden, da auf diese Beise ein hin: und hersenden berselben herbeigesihrt werden könnte. Gl. A. Dochow S. 199; a. R. Reller S. 212, Puchelt S. 335, Boitus Kontr. II. S. 237, Ortloff in StR3. II. S. 512 st. Glaser II. S. 393, Stenglein S. 331.
- 3. Die Uebertragung erforbert einen Antrag ber Staatsanwaltschaft und einen Befchluß bes Gerichts; es muß also über bie Zwedmäßigkeit ber Uebertragung zwischen Beborben Einvernanbniß besiehen. In Betreff "bes Lanbgerichts" vgl. GBG. § 72, § 78 u. Rote 3 bai
- 4. Das Gefet fieht bie Führung ber Boruntersuchung burch ben Untersuchungsrichter als bie Regel, die Uebertragung als bie Aus nahme an. Die Uebertragung wird fich in einfacheren Sachen empfehlen, in benen sich bas gesammte Beweismaterial innerhalb besselben Amtsgerichtsbezirks befindet.
- 5. Die Uebertragung tann nur auf ein Amtsgericht erfolgen, in beffen Bezirk ein ben Gerichtsftanb begründender Ort liegt; gl. A. Thilo S. 202, Reller S. 212; a. M. Puchell S. 335, Boitus Kontr. II. S. 245, Ortloff a. a. O. S. 516, Stenglein S. 352. Zwischen mehreren hiernach zuständigen Amtsgerichten hat die Straftammer die Bahl. Selbstverftanblich tann die Uebertragung stets nur auf ein zum Bezirk des beschließenden Landgerichts gehöriges Amtsgericht erfolgen.
- 6. Die Worte "einem Amtsrichter" sind nicht bahin zu verstehen, als habe, wenn bas betr. Amtsgericht mit mehreren Richtern besetht ist, die Strafkammer benjenigen Amtsrichter zu bezeichnen, welcher die Boruntersuchung führen soll. Eine solche Besugniß steht der Strafkammer nicht zu; vielmehr ist die Frage, welchem Amtsrichter die Führung der Boruntersuchung obliegt. lediglich nach der Geschäftsordnung des Amtsgericht zu entschein; vgl. GBG. § 22 Rote 2. Gl. A. Keller S. 212, Stenglein S. 352; a. M. Puchelt S. 334, Boitus Kontr. II. S. 243, Ortloss a. O. S. 511.
 - 7. Die Uebertragung ift auch im Laufe ber Boruntersuchung noch ftatthaft.

werben. — Diejenigen Befugnisse, welche bas Gefet ber Staatsanwaltschaft fur bie Falle ber Gerfahr im Berzuge 2c. ausbrudlich beilegt (§§ 98, 100, 105, 127), stehen berfelben auch nach Ersöffnung ber Boruntersuchung zu.

§. 184.

Bei bem Reichsgerichte wird ber Untersuchungsrichter für jebe Straffache aus ber Zahl ber Mitglieber burch ben Präfibenten bestellt.

Der Prasident kann auch jedes Mitglied eines anderen deutschen Gerichts und jeden Amtsrichter zum Untersuchungsrichter, oder für einen Theil der Geschäfte bes Untersuchungsrichters zum Vertreter besselben bestellen.

Der Untersuchungsrichter und bessen Bertreter können um die Bornahme eins zelner Untersuchungshandlungen die Amtsrichter ersuchen.

(I. II. Catm. § -; III. Cutm. § 153.)

- 8. Sie fann jeberzeit gurudgenommen merben.
- 9. Der Amtsrichter tritt in Folge ber Uebertragung in jeber hinficht an bie Stelle bes Untersuchungs richters; alle ben letteren betreffenben Bestimmungen sinden auf ihn Anwendung. Der Untersuchungsrichter bes Landgerichts hat als solcher (vgl. § 23 Note 7) keinerlei Funktionen in ber übertragenen Sache mehr zu üben und insbes. auch nicht ben Berkehr bes Amtsrichters mit der Strafkammer zu vermitteln.
 - II. Uebertragung einzelner Untersuchung Bhanblungen.
- 10. Sind Personen zu vernehmen, welche zwar im Bezirt bes Landgerichts, jedoch nicht in bemjenigen Amtsgerichtsbezirt wohnhaft sind, in welchem jenes Gericht seinen Sit hat, so hängt es von dem Ermessen bes Untersuchungsrichters ab, ob er dieselben vor sich laden oder die Betnehmung dem betr. Amtsgericht übertragen will; es wird hier auf die Lage der einzelnen Sache, auf die Bichtigkeit und Schwierigkeit der Bernehmung und insbes. darauf ankommen, od dieselbe eine genaue Renntnis des gesammten Altenmaterials vorausseht oder nicht. Ift eine größere Jahl Einwohner derselben Ortschaft zu vernehmen, so wird ausnahmsweise der Untersuchungsrichter sich dorthin begeben können, um die Bernehmung zu bewirken; über die Boraussehungen derartiger Reisen können im Aufsichtswege Anordnungen erlassen werden. Bei Untersuchungs-handlungen, die (wie z. B. die Augenscheinseinnahme) an einen bestimmten Ort gebunden sind, hängt es von dem Ermessen oder die Hantersuchungsrichters ab, ob er sich behus Bornahme berselben an den betr. Ort gegeben oder die Handlung dem zuständigen Amtsrichter übertragen will.
- 11. Bie Sah 1, so hat auch Sah 2 bes S nur bie Amibrichter im Bezirt bes befaßten Landgerichts im Auge. Es versteht sich jedoch, daß der Untersuchungsrichter auch die Amtszrichter anderer Landgerichtsbezirte um die Bornahme von Untersuchungshandlungen, insbes. um die Bernehmung der in ihren Bezirten wohnhaften Bersonen, ersuchen darf; hierüber vgl. GBG. Lit. 13 Rote 5. Andererseits aber ist der Untersuchungsrichter auch befugt, Personen aus anderen Landgerichtsbezirten vor sich zu laden, wenn er besondere Berantassung hierzu sindet; vgl. GBG. § 161 Rote 5. In Betress bezirft vorzunehmen, s. GBG. § 167.
 - 12. Der Anhörung ber Staatsan maltichaft bebarf es por Erlaffung bes Erfuchens nicht.
- 13. In bem Ersuchichreiben wird ber Gegenstand ber Bernehmung zc. regelmäßig bergestalt genau zu bezeichnen sein, bag es ber Mitsenbung ber Aften nicht bedarf; die Bersendung ber letteren wird wegen ber hierburch bedingten Berzögerung bes Bersahrens thunlichst zu vermeiben sein.
- 14. Anf bas Berhaltniß bes Untersuchungsrichters zu ben ersuchten Amtsrichtern finden bie Bestimmungen über bie Rechtshülfe (GBG. Tit. 13) Anwendung. Jedoch wird § 159 bes GBG. (vgl. bort Rote 4) für die Boruntersuchung modifizirt durch den, eine Spezialvorschrift enthaltenden Sat 3 des § 183: ein entgegen dieser letteren Borschrift gestelltes Ersuchen darf von dem ersuchten Amtsrichter abgelehnt werden. Uebrigens ift der Untersuchungsrichter gegenüber den Amtsrichtern seines Bezirks nicht als ein "vorgesetztes Gericht" im Sinne des § 159 cit. anzusehen.

3u § 184.

1. "Bei bem Reichsgerichte" - hierzu vgl. BBG. § 136 Rr. 1.

§. 185.

Bei ber Vernehmung bes Angeschuldigten, ber Zeugen und Sachverftändigen sowie bei ber Einnahme des Augenscheins hat der Untersuchungsrichter einen Gerichtsschreiber zuzuziehen. In dringenden Fällen kann der Untersuchungsrichter eine von ihm zu beeidigende Person als Gerichtsschreiber zuziehen.

(I. Cutw. § 147; II. Cutw. § 151 Abf. 1; III. Cutw. § 154 Abf. 1.)

§. 186.

Ueber jede Untersuchungshandlung ift ein Protofoll aufzunehmen. Dasselbe ift von dem Untersuchungsrichter und dem zugezogenen Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

- 2. Wenn in Abs. 2 bem Prafibenten bes Reichsgerichts bie Befugniß beigelegt ift, bem Untersuchungsrichter für einen Theil seiner Geschäfte zugleich Bertreter zu bestellen, so beruht bies auf ber Erwägung, baß Untersuchungen ber fraglichen Art sich leicht über so große Bezirke erstreden konnen, baß bie gleichzeitige Thatigkeit mehrerer Untersuchungsrichter nothe wendig wirb.
- 3. Der Antrag auf Eröffnung bes Borunterjuchung wird, nachbem ber Präfibent bes Reichsgerichts ben Untersuchungsrichter ernannt hat, bei bem letteren gestellt (vgl. Stenglein S. 353). Das zu § 178 Note 8 Bemerkte findet hier mit ber Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle ber Straffammer bes Landgerichts ber erste Straffenat bes Reichsgerichts tritt (GBG. § 138 Abs. 1). Im Uebrigen vergleiche GBG. § 136 Note 7. b.
- 4. "Die Borschrift bes Abs. 3 torrespondirt mit § 183" (Mot. S. 170). Da übrigens § 184 im Berhältniß au § 183 eine Spezialvorschrift barstellt und Sat 3 bes § 183 hier nicht wieders holt ist, so ist ber Untersuchungsrichter bes Reichsgerichts und besser Stellvertteter auch besugt, auch die an seinem Amtssitze befindlichen Amtsrichter um die Bornahme von Unterssuchungshandlungen zu ersuchen. Gl. A. Keller S. 213, Puchelt S. 335, Stenglein S. 353; a. M. Thilo S. 203, Boitus S. 224.

Au § 185.

- 1. Die Buziehung bes Gerichtsschreibers bilbet bei ben hier aufgeführten Untersuchungshands Iungen ein wesentliches Erforberniß; bas von bem Richter allein aufgenommene Prototol wurde nicht bie Eigenschaft eines gerichtlichen haben und zur Berlesung in ber hauptverhandlung (vgl. §§ 248 ff.) nicht geeignet sein. Bgl. auch § 86 Rote 1. c.
- 2. Rur bei ber Bernehmung ber Sach verstänbigen, nicht aber bei ihrer sonstigen, wenn auch im Beisein bes Richters ftattfinbenben Thatigkeit (vgl. § 78) bebarf es ber Zuziehung bes Gerichtsschreibers.
- 3. Unter ben Begriff ber "Einnahme bes Augenscheins" fallt insbes. auch bie Leichensichau und Leichenöffnung (§ 87); vgl. übrigens § 157 Rote 6. a. In Betreff ber Durchssuchung s. § 105 Rote 6.
- 4. Der Schlußsat hat ben Fall im Auge, wenn bie sofortige Bornahme einer Untersuchungshandlung ersorberlich, ein Gerichtsichreiber aber nicht sogleich zur Stelle ist; insbes gehört hierher ber Fall, wenn bei einem Termine außerhalb bes Gerichtsortes ber Gerichtsschreiber plötlich erkrankt.
- 5. Die an Stelle bes Gerichtsichreibers zugezogene Person ift vor Beginn ihrer Berrichtungen zu beeibigen. Die Norm bes Eibes ift reichsgesehlich nicht vorgeschrieben; fie kann baber lanbesgesehlich bestimmt werben. In Preußen ift ber Zugezogene bahin zu beeibigen: baß er bie Pslichten eines Gerichtsschreibers getreulich erfüllen wolle (Ges., betr. bie Dienstwerh, ber Gerichtsschr., v. 3. März 1879, GS. S. 99)

Zu § 186.

1. "Ueber jebe Untersuchungshandlung" - Es find hier bie in § 185 aufgeführten Afte, außer biefen aber nur folche gemeint, bei benen ein Berhanbeln mit britten Personen fiatte finbet ober boch flattfinben tann, wie 3. B. bei ber Durchsuchung. Bei anberen Untersuchungs:

Das Prototoll muß Ort und Tag ber Verhandlung sowie die Namen der mitwirkenden oder betheiligten Personen angeben und ersehen lassen, ob die wesentslichen Körmlichkeiten des Versahrens beobachtet sind.

Das Protofoll ist ben bei ber Verhandlung betheiligten Personen, soweit es dieselben betrifft, behufs ber Genehmigung vorzulesen ober zur eigenen Durchlesung vorzulegen. Die erfolgte Genehmigung ist zu vermerken, und das Protokoll von ben Betheiligten entweder zu unterschreiben, oder in demselben anzugeben, weshalb die Unterschrift unterblieben ist.

(I. Entm. \$5 148-150; It. Entm. \$ 151 966, 1; III. Entm. \$ 154 966, 2.)

handlungen bebarf es ber Aufnahme eines Protofolles nicht; bies gilt z. B. von ber Berhaftung: die Anordnung berfelben erfolgt durch Berfügung des Richters, ihre Ausführung wird durch die Anzeige des betr. Beamten in den Aften konstatirt.

- 2. In ben Fallen, in benen ein Gerichtsschreiber mitwirkt (§ 185), überläßt bas Gefet es bem Ermessen bes Richters, ob er bem Gerichtsschreiber bas Protofoll biktiren ober ihm bie jelbstfanbige Rieberschreibung, vorbehaltlich seiner (bes Richters) Brujung, überlassen will; auch ift ein Rieberschreiben burch ben Richter selbst nicht unzulässig (vgl. ben Schlußsat bes § 185). Das Besentliche besteht nur barin, bas beibe Gerichtspersonen bas Protofoll unterschreiben und hierburch beiberseits die Richtigkeit seines Inhalts bezeugen. Aus ber Natur bes Protofolles als einer amtlichen Bezeugung bei ber Gerichtspersonen ergiebt sich auch, baß eine ben Inhalt besselben betreffenbe, unerledigt gebliebene Meinungsverschiebenheit nicht mit Stillschweigen übergangen werden bars, sondern in dem Protofoll selbst zum Ausbruck gebracht werden muß.
- 3. Bas ben Inhalt bes Prototolles betrifft, jo muß aus letterem vor Allem ersichtlich sein, welche Bersonen in bem Termine amtlich mitgewirft haben und welche vor bem Richter ersichten find; val. 3. B. § 191, § 149 Abs. 2. Es muß serner alles von bem gewöhnlichen Berlause ber Berhanblung Abweichenbe in bas Prototoll verzeichnet werben; vgl. 3. B. § 192. Sobann soll bas Prototoll über die Beobachtung ber "wesentlichen Förmlichkeiten" Auskunft geben. Als solche werben die in Abs. 3 bestimmten, außerbem aber diesenigen Maßnahmen zu betrachten sein, welche bas Geset für einzelne Arten von Untersuchungshandlungen speziell vorsichreibt, wie 3. B. bei der Bernehmung des Angeschuldigten die in § 136 Abs. 1 bezeichnete Erzöffnung und Befragung, bei der Bernehmung ber mit dem Angeschuldigten verwandten Zeugen die in § 51 Abs. 2 angeordnete Belehrung zc.
- 4. Ueber bie Faffung ber Prototolle giebt bie StPO. teine Borfcriften; fie überläßt biefelbe bem Ermeffen bes Richters. Es wird fich empfehlen, alle Aussagen ber Zeugen und Sachvernändigen, sowie bie Erklärungen bes Angeschulbigten in ber erften Person nieberzuschreiben, ba
 bies wefentlich bazu beiträgt, Migverständnisse bei ber Borlesung ober Durchlesung bes Prototolles
 ju verhuten.
- 5. Auch barüber hat die StPD. keine Bestimmung getroffen, ob und inwieweit durch Berstöße gegen die Borschriften des § 186 Abs. 2, 3 oder durch sonstige, dem Brotokoll anhaftende Mängel die Beweiskraft des letteren ausgehoben und seine Berlesung in der Hauptverhandlung (§§ 248 ff.) unzulässig gemacht werde. Hiernach ist es in jedem einzelnen Falle der freien Bürzbigung des erkennenden Richters (§ 260) überlassen, welche Bedeutung den etwaigen Berstößen und Mängeln beizumessen und od die Beweiskraft des Protokolles oder doch eines Theiles desselbeiselben für ausgehoben zu erachten sei. Dies gilt z. B. dann, wenn das Protokoll Rasuren, Durchstreichungen oder unbeglaubigte Randvermerke enthält, wenn es an dem Bermerk der ersolgten Genehmigung einer Aussage oder an der Angabe des Grundes sehlt, aus welchem eine vernommene Berson das Protokoll nicht unterschrieben hat. Der Mangel der Unterschrift einer der mitwirkenden Gerichtspersonen würde dagegen dem Brotokoll die Beweiskraft unbedingt entziehen; voll. § 185 Note 1.
- 6. In Betreff ber Berhandlungen, welche in einer fremben Sprache geführt werben, und ber event. anzufertigenben Ueberfehung bes Protofolles i. BBG. § 187 u. Rote 9 baf.

Digitized by GOOGLE

§. 187.

Die Behörden und Beamten des Polizeis und Sicherheitsdienstes sind verspslichtet, Ersuchen oder Aufträgen des Untersuchungsrichters um Aussührung einzelner Maßregeln oder um Bornahme von Ermittelungen zu genügen.

(I. Entw. § 151; II. Entw. § 152; III. Entw. § 155.)

§. 188.

Die Voruntersuchung ift nicht weiter auszubehnen, als erforberlich ift, um eine Entscheidung barüber zu begründen, ob bas Hauptversahren zu eröffnen ober ber Angeschulbigte außer Verfolgung zu seben sei.

Auch sind Beweise, beren Verlust für die Hauptverhandlung zu besorgen sieht, ober beren Aufnahme zur Vorbereitung der Vertheidigung des Angeschuldigten erforderlich erscheint, in der Voruntersuchung zu erheben.

(I. Entw. § 152; II. Entw. § 153; III. Entw. § 156.)

- 7. In Betreff bes über bie Haupt werhandlung aufzunehmenden Protofolles f. SS 271-274.

 Die Borschrift bes S 274 ift auch für die in S 186 gebachten Protofolle analog anwendbar; so: RGer. III. 19. Apr. 83 (Rspr. V. 266), Puchelt S. 337. Ein Beispiel s. zu S 66 Rote 6.

 3u § 187.
- 1. "Die Bestimmung wird baburch gerechtsertigt, daß bem Untersuchungsrichter, wenn berselbe nicht blos eine richterliche Thätigkeit auszuüben, sonbern innerhalb ber Grenzen, welche burch die von ber Staatsanwaltschaft erhobene Klage gezogen find, auch an ber Strafversolgung Theil zu nehmen hat, insoweit auch die gerichtspolizeilichen Hilßbeamten, beren sich die Staatsanwaltschaft bebient, zur Verfügung stehen mulfen" (Mot. S. 170, 171).
- 2. Ob ber Untersuchungsrichter befugt ift, die Form bes Auftrages zu mablen, hangt von ben lanbesrechtlichen Bestimmungen ab. § 187 begründet für sich allein eine folche Befugnis nicht, ba er eine bem § 153 bes GBG. entsprechende Borschrift nicht enthält, sonbern nur mit § 159 ber StBO. forrespondirt; vgl. bort Note 4.
 - 3. Bgl. GBG, § 161 Rote 3. b.

3u § 188.

1. In Betreff ber Aufgabe ber Boruntersuchung im Allgemeinen f. oben Rote 1 3u Abfcon. 3. Wieweit bie Boruntersuchung auszubehnen sei und welchen Inhalt fie nothwendig haben muffe, barüber laffen fich erichopfenbe und allgemein gutreffenbe Regeln nicht aufftellen. Die Mot. S. 171 fuhren aus: "In berfelben Beife, wie bas im zweiten Abichnitt biefes Buches geregelte Ermittelungsverfahren bagu bestimmt ift, ben Staatsanwalt in ben Stanb ju feten, fich über bie Erhebung ber Anklage fchluffig ju machen, ebenfo foll bie Borunterfuchung bem Rollegium bes Gerichts basjenige Material gemabren, welches bazu erforberlich ift, um über bie Bersetzung in ben Anklagestand befinden zu können. Beber in bem einen noch in bem anberen Rall ift es ber Zwed bes Borverfahrens, bei bem Staatsanwalt ober bei bem Rollegium bes Gerichts icon eine Ueberzeugung von ber Schulb ober Unichulb bes Befchulbigten ju begrunden. Darum find Magnahmen, welche barüber hinausgeben, Die Möglichfeit gur Prufung ber Bahr: icheinlichteit ober Unwahricheinlichteit bes angeregten Berbachts zu gewähren, minbestens für eine nutlofe Berweitlaufigung bes Berfahrens zu erachten, in ber Regel fogar icablic, ba fie ber hauptverhanblung vorgreifen und bie Buverlässigfeit sowie die Bedeutung der Ergebnisse ber letteren beeintrachtigen." Diefe Ausführung ericoppft inbeg nicht bie Gefichtspunkte, nach benen fich ber Umfang ber Borunterfuchung im einzelnen Salle bestimmen muß. Ginerfeits ift es allerbings felbit verftanblich, bag bie Boruntersuchung abzuschliegen ift, sobalb es flar ift, bag aus irgend welchem rechtlichen ober thatsacklichen Grunde bie Eröffnung bes hauptverfahrens nicht eintreten könne; ergiebt sich 3. B., daß die dem Angeschuldigten zur Last gelegte That bereits verjährt ift, so ist die Boruntersuchung abzuschließen, auch wenn die Thäterschaft des Angeschuldigten streitig und

Digitized by GOOGIC

ber hierauf bezügliche Beweis noch nicht genügend erhoben ist; die weitere Erhebung besselben wurde etwas Zweckloses sein; vgl. oben Note 26 zu Abschn. 1. Andererseits aber wird in manchen Fällen die Boruntersuchung auch dann noch sortzusetzen sein, wenn bereits klar erhellt, daß und unter welchem strafrechtlichen Gesichtspunkt (Note 2) das Hauptversahren zu erössnen sein werde. Denn die Aufgabe der Boruntersuchung, und diese Aufgabe ist um so wichtiger, je misticher im einzelnen Falle eine durch die Unvollnändigkeit des Beweismaterials bedingte Unterbrechung und Vertagung der Hauptverhandlung sein wurde. Die Boruntersuchung soll der Staatsanwaltschaft und dem Gericht auch eine Uedersicht über das vorhandene Beweismaterial gewähren. Hiernach läßt sich auch vom Standpunkt der StPD. aus keineswegs ausstellen, daß eine erschöpf en de Erhebung des Beweises in der Boruntersuchung nicht ersolgen dürse; eine solche wird vielmehr ostmals, jumal bei schweren Berbrechen, geboten sein. — Wie sich hieraus ergiebt, ist auch die in § 188 gegebene Borschrift selbst keine ganz sachgemäße: auch die Bordereitung der Hauptverhandlung hätte in ihr eine ausdrückliche Erwähnung sinden sollen, zumal die RTR., den Entwurf ergänzend, in Abs. 2 die Bordereitung der Bertheubigung ausdrücklich hervorgehoben hat.

- 2. Die Boruntersuchung foll bas Dafein und die Beschaffenheit ber in bem Antrage ber Staatsanwaltschaft (§ 177) bezeichneten ftrafbaren hanblung ermitteln. Selbstverständlich findet ber in § 263 fur bas hauptversahren aufgestellte Grundsat auch auf die Boruntersuchung enterveckende Anwendung: die That ift nach allen bei ihr möglichen strafrechtlichen Gesichtspunkten zu erörtern, und es sind alle begleitenden Umftande zu ersorschen, von benen ihre Qualifizirung abshängig sein kann; vgl. § 153 Abs. 2 u. Rote 4. b bas., § 204. Die genaue Ermittelung ber frasrechtlichen Qualifikation ber That ist namentlich auch beshalb von Wichtigkeit, weil von ihr die Bestimmung bes für bas hauptversahren zu ft an bigen Gerichts abhängt; vgl. § 205 Abs. 1.
- 3. Die Boruntersuchung foll bie Schulb ober Richtschulb bes Angeschulbigten in bem vorstehenb (Note 1) bezeichneten Maße ermitteln; es sind also ebensowohl bie für wie bie wiber benselben sprechenden Thatsachen und Beweismittel zu erforschen. Inwieweit der Bertheibigungs: beweis zu erheben sei, wird von der Lage der einzelnen Sache und von der Richtung dieses Beweises abhängen; unter Umftänden kann selbst die Aufnahme des über bloße Strafmilberungszgründe angetretenen Beweises angemessen sein; vgl. z. B. GBG. § 75.
- 4. Auch die Frage: inwiefern ein von dem Angeschuldigten abgelegtes Geständnis die Beweisaufnahme entbehrlich mache, läßt sich nur nach Lage des einzelnen Falles beantworten. Ueber
 bas Dasein und die Beschaffenheit der strafbaren Handlung wird regelmäßig trot des Geständnisses
 ber Beweis zu erheben sein. Bezüglich der Thäterschaft wird es namentlich auf die Persönlichseit
 bes Angeschuldigten, auf die Klarheit und Bestimmtheit seiner Auslassung, sowie darauf ankommen, od etwa ein Widerruf des Geständnisses zu erwarten ist. Bgl. die Noten zu § 243 u.
 zu § 260.
- 5. Befchrantungen ber Boruntersuchung hinfictlich gewiffer Beweishanblungen i. in § 65 Abf. 2 u. § 58 Abf. 2.
- 6. Beweise, beren Berluft für die Hauptverhandlung zu besorgen steht, sind stets zu ersteben, sofern ihre Erhebung nicht schon im Borbereitungsversahren (Rote 7) stattgefunden hatte. Bgl. § 158 Abs. 2.
- 7. Die im Borbereitungsversahren erfolgten Beweißerhebungen brauchen in ber Boruntersuchung nicht wiederholt zu werben, sofern nicht ein besonderer Anlaß zur Wiederholung vorliegt; die Aften des Borbereitungsversahrens werden mit Eröffnung der Boruntersuchung Benandtheile der Boruntersuchungsaften. Sonach kann es vorkommen, daß der Untersuchungsrichter nach Eröffnung der Boruntersuchung nur den Angeschulbigten vernimmt und sodann die Boruntersuchung schließt. In Betreff der Bernehmung des Angeschulbigten f § 190 Abs. 1.
- 8. Aus bem Befen ber Boruntersuchung (im Gegensatzu ber auf bem Prinzip ber Mundslichkeit beruhenben hauptverhandlung) folgt, baß ber Untersuchungsrichter nicht genöthigt ift, jebe Berson, bie über irgend welchen Umftand Auskunft geben soll, formlich zu vernehmen. Er fann geeignetenfalls, insbes, wenn es nur auf die Ermittelung weiterer Beweise ankommt, eine

§. 189.

Ergiebt sich im Laufe ber Boruntersuchung Anlaß zur Ausbehnung berselben auf eine in dem Antrage der Staatsanwaltschaft nicht bezeichnete Person oder That, so hat der Untersuchungsrichter in dringenden Fällen die in dieser Beziehung erforderlichen Untersuchungshandlungen von Amtswegen vorzunehmen.

Die weitere Berfügung gebührt auch in solchen Fällen ber Staatsanwaltschaft.
(I. Entw. § -; II. Entw. § 154; III. Entw. § 157.)

§. 190.

Der Angeschuldigte ist in ber Boruntersuchung zu vernehmen, auch wenn er schon vor beren Gröffnung vernommen worden ist. Demselben ift hierbei die Bersfügung, durch welche die Boruntersuchung eröffnet worden, bekannt zu machen.

Die Vernehmung erfolgt in Abwesenheit ber Staatsanwaltschaft und bes Bertheibigers.

(I. Catw. § 153; II. Catw. § 155; III. Catw. § 158.)

polizeiliche Befragung ber betr. Perfon (vgl. § 187) veranlaffen ober felbft burch birette fdriftliche Anfrage bei biefer bie Auskunft einholen; letteres wird 3. B. geschehen konnen, wenn ber zu Befragende ein öffentlicher Beamter ift, von welchem eine sachgemaße und zuverlässige Erklarung auch ohne munbliche Bernehmung zu erwarten fteht.

3u § 189.

1. Bgl. § 153 Rote 1, § 151 Rote 2. a.

A - 22.5 (1.44 - 17.42)

2. Wenn fich ein Anlaß zur Ausbehnung ber Bornntersuchung ergiebt, fo hat ber Untersuchungsrichter alsbalb ber Staatsanwaltichaft Mittheilung zu machen, bamit biefe in ben Stanb gefest werbe, ihre etwaigen Antrage (§ 177 Rote 5) zu ftellen.

Bu # 190.

- 1. Der Antrag auf Eröffnung ber Boruntersuchung enthält bie Erhebung ber öffentlichen Rlage (§ 168), und über biese muß ber Angeschuldigte gehört werden; baber tann seine im Borebereitungsversahren erfolgte Bernehmung bie nochmalige Bernehmung in ber Borunters suchung nicht erübrigen (Mot. S. 171).
- 2. Die Bestimmung gilt für jebe Boruntersuchung, also auch für biejenige, welche auf Antrag bes Angeichulbigten (§ 176 Rr. 2) ober auf Beschluß bes Gerichts von Amtswegen (§ 200) eröffnet worben ift.
- 3. Ob bie Bernehmung alsbalb nach Eröffnung ber Boruntersuchung ober zu einem späteren Beitpunkt zu bewirken und wie oft ber Angeschulbigte zu vernehmen sei, ift (abgesehen von ber Borschrift bes § 115) in bas Ermeffen bes Untersuchungsrichters gestellt. In ber Regel wird ber Angeschulbigte bei Beginn ber Boruntersuchung zu vernehmen sein (vgl. § 179). Gine Bieberz holung ber Bernehmung kann namentlich burch bas spätere hervortreten neuer Belastungszmomente ersorberlich werben (vgl. § 188 Abs. 2).
- 4. Benngleich ber Angeschulbigte zur Auslassung über bie Anschulbigung nicht verpflichtet ift (§ 136), so ist boch ber Bestimmung bes § 190 erst genügt, wenn er vor bem Richter erschienen ist; benn bas Geset schreibt nicht blos bie Labung zur Bernehmung, sonbern bie Bornahme der letteren selbst vor (gl. A. Puchelt S. 342, Glaser I. S. 625, Stenglein S. 357; c. M. Keller S. 219). Daber muß ber Richter bas Erscheinen bes Angeschulbigten nöttigensalls erzwingen (vgl. § 133 Rote 3). Für ben Fall ber Labung zu einer wiederholten Bernehmung (Rote 3) gilt bies jedoch nicht; hier kann ber Richter von weiteren Schritten gegen ten ausgebliebenen Anzeschulbigten Abstand nehmen, wenn er dies für angemessen erachtet.
- 5. Ueber ben Zwed und die Einrichtung ber Bernehmung bes Angeschulbigten f. § 136 und Rote 3--- 5 baf.
- 6. Die bie Boruntersuchung eröffnende Berfügung ift bem Angeschulbigten burd Bers funbung betannt zu machen: hierin liegt eine Ausnahme von ber allgemeinen Regel bes

Digitized by GOOGIC

§. 191.

Findet die Sinnahme eines Augenscheins statt, so ist der Staatsanwaltschaft, dem Angeschuldigten und dem Vertheidiger die Anwesenheit bei der Verhandlung zu gestatten.

Dasselbe gilt, wenn ein Zeuge ober Sachverständiger vernommen werden soll, welcher voraussichtlich am Erscheinen in der Hauptverhandlung verhindert, oder bessen Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird.

Bon ben Terminen find die zur Anwesenheit Berechtigten vorher zu benache richtigen, soweit dies ohne Aufenthalt für die Sache geschehen kann.

Einen Anspruch auf Anwesenheit hat ber nicht auf freiem Fuße befindliche Angeschuldigte nur bei solchen Terminen, welche an der Gerichtsstelle des Orts abgehalten werben, wo er sich in Haft befindet.

Auf die Berlegung eines Termins wegen Berhinderung haben die zur Answesenheit Berechtigten keinen Anspruch.

(I. Cutu. §§ 154, 155; II. Cutu. § 156; III. Cutu. § 159.)

- § 35 (vgl. bort Rote 7). Die Ausnahme ift aber nicht auf ben ber Berfügung etwa zu Grunde liegenben, auf einen Einwand bes Angeschuldigten (§ 178 Abs. 2) ergangenen Gerichtsbeschluß auszubehnen; vielmehr muß die Bekanntmachung bes letteren burch Buftellung erfolgen, und nur mit biefer kann ber Lauf ber Beschwerbefrift (§ 180 Abs. 1) beginnen.
- 7. Die Bestimmung bes Abs. 2, nach welcher bie Bernehmung bes Angeschulbigten in Absweienheit ber Staatsanwaltschaft und bes Bertheibigers zu erfolgen hat, beruht hauptjächlich auf ber Erwägung, baß die Anwesenheit bes Bertheibigers ben Angeschulbigten viel- leicht von Auslassungen zurüchalten möchte, zu benen berselbe geneigt sein könnte (Mot. S. 171). Die Richtzulassung ber Staatsanwaltschaft wurde als eine nothwendige Folge ber Richtzulassung bes Bertheibigers betrachtet. Uebrigens gilt die Bestimmung bes Abs. 2 nicht blos für die erste Bernehmung bes Angeschulbigten, sondern auch für jede spätere (Note 3).
 - 8. Ueber bie Bulaffung von Beiftanben f. § 149 Rote 5 baf.

3u § 191.

- 1. Die StPD. schließt bei ben Berhanblungen ber Boruntersuchung bie Anwesenheit ber Prozesbetheiligten (bie s. g. Parteienöffentlichfeit) ber Regel nach aus und läßt sie nur ausnahmsweise, nämlich nur bei solchen Beweisaften zu, beren Wiederholung in ber hauptverhandlung entweber nicht geschehen kann ober boch voraussichtlich nicht geschehen wird. leber ben Standpunkt, von welchem die ALR. bei Regelung dieses Gegenstandes ausgegangen ift, s. bes. den Bericht berselben S. 52 st. Die Ansicht von Fuchs in H. L. S. 469, Dalde S. 126 und Stenglein S. 360: daß § 191 nur ben Anspruch auf Anwesenheit behandele und daß es in anderen als ben hier bezeichneten Fällen von dem Ermessen bes Richters abhänge, ob er den Prozesbetheiligten oder doch dem Staatsanwalt die Anwesenheit gestatten wolle, ersichein in dieser Allgemeinheit nicht begründet; der Richter wird letztres zwar ausnahmsweise thun dürsen, jedoch nur aus erheblichen, aftentundig zu machenden Gründen, und jedensalls kann er, wenn er den Staatsanwalt zuläßt, auch dem Angeschuldigten und dem Vertheibiger den Zutritt zu der Berhandlung nicht verweigern; vgl. Keller S. 221. Uedrigens ist auch bei den in § 191 bezeichneten Beweisakten die Anwesenheit der Prozesbetheiligten in beren Belieden gestellt, nicht aber zur Gültigkeit des betr. Aktes erforderlich.
- 2. Die Bestimmungen bes § find auf alle Prozesbetheiligten (§ 153 Note 6) zu beziehen, insbes. auch auf ben Nebenkläger. In Betreff ber Beiftanbe vgl. noch § 149 Abs. 3 u. Note 5 bas.
- 3. Der S gestattet in ben Fallen ber Abs. 1, 2 zwar bie Anwesenheit ber Prozesteteiligten, giebt ihnen aber teine Befugniß zu einem Gingreisen in die richterliche Thatigkeit und insbes. nicht zur birekten Befragung ber Zeugen zc. (vgl. § 259). Es fieht baber ben Anwesenhen nur zu,

Digitized by GOOGIC

§. 192.

Der Richter tann einen Angeschulbigten von ber Anwesenheit bei ber Ber-

sich mit ihrem bezüglichen Berlangen an ben Richter zu wenden, und dieser hat nach freiem Ermessen barüber zu befinden, ob und inwieweit dem Berlangen stattzugeben sei. Gl. A. Keller S. 222, Puchelt S. 342, v. Bomhard S. 137, Geper S. 439, Stenglein S. 358; a. M. Dalde S. 126, Fuchs in H.H. I. S. 482, Glaser I. S. 380, Boitus Komm. S. 228 u. Kontr. II. S. 110.

Bu Abs. 1.

4. Ueber bie "Ginnahme bes Augenicheins" vgl. §§ 86, 87 fowie § 193. — Bgl. ferner § 106 Rote 4.

Bu 2161. 2.

5. Die Bebeutung ber bie Bernehmung ber Zeugen und Sachverständigen betreffenden Bestimmung bes Abs. 2 erhellt hauptsächlich aus § 250 Abs. 2; bas Rabere f. in ben Roten baj. Das ju § 65 bezüglich ber Beeibigung Bemerkte findet auf bie in § 250 gedachte "Beobachtung ber Borschriften bes § 191" entsprechende Anwendung.

Bu Abf. 3.

- 6. Aus ben Bestimmungen bes folgt von selbst, baß bie Termine regelmäßig so anberaumt werben muffen, baß ben zur Anwesenheit Berechtigten bas Erscheinen in benjelben möglich gemacht wird. Bon bieser Regel muß jedoch abgewichen werben, wenn bie betr. Untersuchungshandlung bringlich ift und ein Aufschub berselben bie Erreichung bes Untersuchungszwedes irgendwie gefährben könnte. In einem solchen Falle darf auch die Benachrichtigung der Berechtigten unterbleiben, wenn es zweisellos ist, daß dieselbe wegen der Kürze der Zeit ihren Zwed nicht mehr erfüllen kann; im Zweisel muß die Benachrichtigung erlassen werden. Daraus, daß die Benachrichtigung des einen Prozesbetheiligten (z. B. bes Angeschuldigten) nicht mehr aussichtbar ift, solgt nicht, daß auch die noch ausssührbare Benachrichtigung eines anderen (z. B. ber Staatsanwaltschaft oder bes Bertheibigers) unterbleiben bürfte. Gl. A. Geger S. 638, Glaser I. S. 382.
- 7. Der bei ben Aften bekannte Bertheibiger ift neben bem Angeschulbigten befonbers zu benachrichtigen; pgl. Rote 8. e zu Buch 1 Abschn. 11.
- 8. In ber Regel wird die Benachrichtigung ben Berechtigten jugustellen sein (vgl. §§ 35, 41), bamit es nicht an bem Nachweise, daß sie geschehen, sehle. Unerläßlich ist die Zustellung jedoch nicht, und ber Richter wird sich namentlich bann auf die einsache Absendung eines Benachrichtigungsschreibens zu beschränken haben, wenn anzunehmen ist, daß nur auf diese Beise bem Abressach die Nachricht noch rechtzeitig zugehen werbe.

Bu Abs. 4.

- 9. "ber nicht auf freiem Fuße befindliche Angeschulbigte" hierüber f. § 35 Rote 13. 10. Unter "Gerichts ftelle" ift nur bas regelmäßige Geschäftslofal bes Gerichts zu ver: fteben: RGer. III. 21. Apr. 80 (Rfpr. I. 634).
- 11. Die Bestimmung bes Abs. 4 beruht auf ber Erwägung, daß ber Transport bes Bers hafteten ju einem außerhalb ber Gerichtsstelle des haftortes abzuhaltenden Termine regelsmäßig mit Schwierigkeiten verbunden sein, auch demselben bisweiligen Gelegenheit jur Flucht bieten würde; das Geseh schließt beshalb einen Auspruch des Berhafteten auf Anwesenheit aus. Uebrigens ift ber Richter besugt, die Borführung des Berhafteten zu dem Termine anzuordnen, wenn er hierzu besondere Beranlassung sindet.

Bu 216 s. 5.

- 12. Die Bestimmung bes Abs. 5 hinbert ben Untersuchungsrichter nicht, ausnahmsweise bem Antrage auf Berlegung eines Termins zu entsprechen, wenn hieraus ein Nachtheil fur bie Sache nicht erwachsen kann.

 Ru § 192.
 - 1. Rur bei ber Bernehmung eines Beugen, nicht bei ben anberen in § 191 bezeichneten

handlung ausschließen, wenn zu befürchten ist, baß ein Zeuge in seiner Gegenwart die Wahrheit nicht sagen werbe.

(L Entw. § 156; II. Entw. § 157; III. Entw. § 160.)

§. 193.

Findet die Sinnahme eines Augenscheins unter Zuziehung von Sachverständigen statt, so kann der Angeschuldigte beantragen, daß die von ihm für die Hauptverhandlung in Vorschlag zu bringenden Sachverzändigen zu dem Termine geladen werden und, wenn der Richter den Antrag ablehnt, sie selbst laden lassen.

Den von dem Angeschulbigten benannten Sachverständigen ist die Theilnahme am Augenschein und an den erforderlichen Untersuchungen insoweit zu gestatten, als dadurch die Thätigkeit der vom Richter bestellten Sachverständigen nicht beshindert wird.

(L II. III. Entw. § --)

Beweisaften, tann ber Richter ben Angeschuldigten ausschließen. — Die Ausschließung bes Beratheibigers ift niemals zuläffig. Bgl. GBG. SS 180, 182.

- 2. Die Ausschließung bes Angeschulbigten tann erfolgen, wenn aus irgend welchem Grunbe, 3. B. wegen bes Respettsverhältnisses, in welchem ber Beuge zu bem Angeschulbigten fieht, zu bes fürchten ift, baß ber Benge in Gegenwart besselben mit ber Bahrheit zurudhalten murbe.
- 3. Es ift bier nicht, wie in § 246, vorgeschrieben, baß ber Richter alsbalb nach Abfdluß ber Bernehmung ben wesentlichen Inhalt ber Aussage bem Angeschulbigten mirgutheilen habe. Die alsbalbige Mittheilung ift also in bas Ermessen bes Richters gestellt.

3u § 193.

- 1. Diese erft von der RER. (Brot. S. 927 ff.) ausgenommene Borschrift steht mit § 219 in Zusammenhang: Die vom Angeschuldigten für die hauptverhandlung vorzuschlagenden Sacheveftändigen jollen in den Stand geseht werden, auch diesenigen Bahrnehmungen selbst zu machen, aus Grund deren das sachverständige Gutachten abgegeben werden soll. Uebrigens will Abs. 1 nur besagen, daß dem Angeschuldigten überhaupt die Zuziehung von Sachverständigen gestattet sei; denn, ob der Angeschuldigten gerade die in der Boruntersuchung zugezogenen Personen demnächst auch für die hauptverhandlung vorschlagen werde, läßt sich im Borans nicht bestimmen; eine Berpstichtung hierzu übernimmt der Angeschuldigte nicht, und es ist ihm beshalb auch nicht verwehrt, für die hauptverhandlung andere Sachverständige, sei es neben den in der Borunterziuchung zugezogenen oder an Stelle besselben, in Borschlag zu bringen oder zu laden.
- 2. Die Bestimmung sett voraus, baß überhaupt eine Zuziehung von Sachverständigen zu ber Augenscheinseinnahme vom Richter beschlossen ift; anderenfalls erwächst dem Angeschulz bigten aus seiner Berechtigung, der Augenscheinseinnahme beizuwohnen (§ 191), nicht das Recht, die Zuziehung von Sachverständigen zu verlangen. Mit dieser Beschränfung aber findet die Bestimmung auf alle Fälle einer Augenscheinseinnahme Anwendung, insbes. auch auf die Leichenschau und Leichenöffnung.
- 3. Ob ber Richter bie beantragte Labung ber Sachverständigen anordnen ober fie ab = lehnen will, unterliegt lediglich feinem Ermeffen; bie Ablehnung bebarf einer Begrundung nicht. Sie muß- aber balbmöglichft bem Antragsteller befannt gemacht werben.
- 4. In Betreff ber Labung ber Sachverständigen burch ben Angeschuldigten selbst i. § 38. Selbstverständlich tommt es für die in § 191 bestimmte Berechtigung bes Angeschuldigten und ber Sachverständigen darauf nicht weiter an, ob eine Labung der letzteren stattgefunden hat; ber Angeschuldigte kann die Sachverständigen auch einfach zu dem Termine stellen.
- 5. Der Richter ift befugt, die vom Angeschulbigten jugezogenen Bersonen von ber Berhands lung x. auszuschließen, wenn er es für zweifellos erachtet, baß benfelben bie Eigenschaft von Sachverftanbigen für bie vorliegenbe Begutachtung nicht beiwohne. Mangels bieser Bestugniß bes Richters warbe ber Angeschulbigte in ber Lage sein, jebe beliebige Person unter bem

§. 194.

Die Staatsanwaltschaft kann stets, ohne baß jeboch bas Berfahren baburch aufgehalten werben barf, von bem Stande ber Voruntersuchung burch Sinsicht ber Akten Kenntniß nehmen und die ihr geeignet scheinenden Antrage stellen.

(I. Cutm. § -; II. Cutm. § 158; III. Eutm. § 161.)

§. 195.

Erachtet ber Untersuchungsrichter ben Zweck ber Boruntersuchung für erreicht, so übersenbet er bie Aten ber Staatsanwaltschaft zur Stellung ihrer Antrage.

Beantragt die Staatsanwaltschaft eine Ergänzung der Boruntersuchung, so hat der Untersuchungsrichter, wenn er dem Antrage nicht stattgeben will, die Entscheidung des Gerichts einzuholen.

Lon bem Schluffe ber Boruntersuchung ist ber Angeschuldigte in Renntniß zu sehen.
(I. Entm. § 157; II. Entm. § 159; III. Entm. § 162.)

Borwande, daß sie Sachverständiger sei, zu dem Termine mitzubringen. Gl. A. Dalde S. 127, Reller S. 224, Glaser I. S. 699; a. M. Buchelt S. 343.

- 6. "bie Theilnahme zu gestatten" b. h.: bie Sachverständigen bes Angeschulbigten bürfen ben Besund ber gerichtlichen Sachverständigen in Augenschein nehmen und auf dasjenige aufmerksam machen, worauf es ihrer Ansicht nach ankommt. Ihrem Berlangen, gewisse Erscheinungen burch bas Protokoll zu konstatiren, wird in der Regel zu entsprechen sein (a. M. Juhs in H. S. 1. S. 484). Auf ein Mehreres haben die Sachverständigen des Angeschulbigten nicht Anspruch, und insbes. sehrt es ihnen nicht zu, in die Thätgkeit der gerichtlichen Sachverständigen irgendwie einzugreisen.
 - 7. Die Bestimmung bes § 219 Abf. 3 finbet bier nicht Unwendung; vgl. inbeß § 499 Abf. 2.
- 8. Die Staatsanwaltschaft ist in § 193 nicht erwähnt, weil das Geses von der Annahme ausgeht, daß zwischen ihr und dem Richter über die Auswahl der Sachverständigen regelemäßig Einverständniß bestehen werde (vgl. § 73 Abs. 2). Aus der Richterwähnung folgt daher nicht, daß die dem Angeschuldigten in § 193 gewährte Besugniß nicht auch der Staatsanwalischaft zustehe; vielmehr ist mit Stenglein S. 362 (gegen Keller S. 224) das Gegentheil daraus zu folgern, daß das für die Hanptverhandlung bestehende Recht der Staatsanwalischaft, Sachverständige auszuwählen (vgl. § 213 Note 3, § 221 Abs. 2, § 244), ohne eine vorgängige Insormation berselben, wie § 193 sie bezwedt, vielsach bedeutungslos sein würde. In Rücksch hierauf ist mit Stenglein a. a. D. die Besugniß des § 193 auch dem Rebenkläger zuzugestehen. Der Privatkläger kommt nicht in Betracht, da es im Privatklageversahren eine Boruntersuchung nicht giebt (§ 423).

Au § 194.

- 1. In Betreff ber Untrage ber Staatsanmalticaft vgl. § 182 Rote 2.
- 2. Der Untersichungsrichter tann, fo oft ihm bies angemessen ericeint, von Amtswegen bie Alten ber Staatsanwaltschaft gur Renntnifnahme und etwaigen Antragftellung vorlegen laffen.
 - 3. In Betreff ber Befugnig bes Bertheibigers gur Ginficht ber Aten f. & 147.

Zu § 195.

- 1. In Betreff bes 3medes ber Boruntersuchung f. § 188 u. bie Roten baf.
- 2. Der Untersuchungsrichter wirb, wenn er bie Absenbung ber Atten an bie Staatsanwalts ichaft versügt, ausbrücklich auszusprechen haben, daß er die Boruntersuchung schließe (a. M. Stenglein S. 362; vgl. auch Ortloff in Goltb. Arch. XXX. S. 293). Wirb bemnächt einem Antrage ber Staatsanwaltschaft auf Ergänzung ber Boruntersuchung stattgegeben, so bebarf es eines ausbrsicklichen Ausspruches: daß die Boruntersuchung fortgeseht werbe, nicht und ebensowenig eines nochmaligen ausbrücklichen Schlissen Schliffes berfelben. Bgl. übrigens § 16 Rote 5.
- 3. Gine Rudfenbung ber Aften an ben Untersuchungerichter erfolgt feitens ber Staatsanwaltschaft nur bann, wenn biefe eine Ergangung ber Boruntersuchung beantragt. Ihren Antrag

Digitized by GOOGIC

Bierter Abichnitt.

Entscheidung über die Gröffnung des Hauptverfahrens.

auf Eröffnung ober Nichteröffnung bes hauptverfahrens stellt bie Staatkanwaltschaft birekt bei ber Strafkammer (§ 196). Dem Untersuchungsrichter steht eine Entscheibung über bas Erzgebniß ber Boruntersuchung nicht zu, und insbef. ift er auch nicht befugt, eine, sei es auch nur vorläufige Einstellung bes Bersahrens (§ 203) auszusprechen (vgl. Brot. S. 306 ff., S. 930 ff.)

- 4. Eine Frift, binnen welcher die Staatsanwaltschaft ihre Antrage zu ftellen hatte, ift nicht vorgeschrieben. Gleichwohl muß aus der Richtbesugniß der Staatsanwaltschaft, die öffentliche Klage zurudzunehmen (§ 154), die Befugniß des Gerichts hergeleitet werden, den Fortgang der Sache im Auge zu behalten und ihn erforderlichenjalls bei der Staatsanwaltschaft oder der ihr vorgesetten Stelle in Erinnerung zu bringen; insbel. aber hat in Haftsachen das Gericht auch nach erfolgter Abgabe der Aften an die Staatsanwaltschaft darüber zu wachen, daß die haft des Angeschuldigten nicht ungebührlich verlängert werbe (a. M. Stenglein S. 363).
- 5. Birb im Falle bes Abs. 2 ber Antrag ber Staatsanwaltschaft auf Ergänzung ber Borunntersuchung auch von ber Straffammer abgelehnt, so hat die lettere eine weitere Entsichelbung in ber Sache selbst (§ 196 Abs. 1) zunächst nicht zu erlassen, sondern die Aften sind wiederum ber Staatsanwaltschaft zu übersenden, welche nunmehr ihre die Sache selbst betreffenden Antrage (§ 196 Abs. 2) zu stellen hat. Eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft über ben absiehnenden Beschluß der Straffammer ist nicht ausgeschlossen (§ 346).
- 6. Die Bestimmung bes Abs. 3 hat eine materielle Bebeutung nur vermöge ber Borschrift bes § 147 Abs. 1; vgl. § 199 u. § 202 Abs. 3. Die Benachrichtigung bes Angeschulbigten wird übrigens so lange aufzuschieben sein, bis feststeht, baß eine Erganzung ber Boruntersuchung (Abs. 2) nicht stattfindet (gl. A. Buchelt S. 345, Glaser II. S. 402).

Bum Bierten Abidnitt.

- 1. Bgl. oben bie Bemertungen ju Abichn. 2-6, insbef. 2, 3, 5.
- 2. Nach bem System ber StPO. fann eine Hauptverhandlung vor bem erkennenden Gericht ber Regel nach (bie Ausnahmen s. in §§ 211, 265 und in Buch 6) nur stattsinden, nachdem durch eine richterliche Entscheidung der Beschuldigte für "hinreichend verdächtig" (§ 201) besunden und demzusolge die "Eröffnung des Hauptversahrens" und die Berweisung der Sache vor das zuständige erkennende Gericht (§§ 201, 205) ausgesprochen worden ist. Die Erlassung einer Entzicklung darüber, ob das hauptversahren zu eröffnen oder nicht zu eröffnen sei, wird entweder dadurch veranlaßt, daß eine Boruntersuchung stattgesunden hat (§ 196 u. Note 1 das.), oder daburch, daß die Staatsanwaltschaft ohne vorgängige Boruntersuchung eine Anslage erhebt (§ 197). In Abschn. 4 werden beibe Fälle zusammengesaßt und im Wesentlichen gleichmäßig behandelt; der von dem Abschluß der Boruntersuchung handelnde § 196 knüpst an die Borschrift des § 195 Abs. 1 an. Die solgenden §§ des Abschn. beschäftigen sich größtentheils mit beiden vorgedachten Fällen; eine Ausnahme machen nur einerseits die §§ 203, 206, welche nur den Fall der Boruntersuchung betressen, und andererseits der § 211, welcher nur einen Fall der unmittelbaren Ansstagenhaung zum Gegenstande hat.
- 3. Der Entscheibung, welche bie Eröffnung bes hauptversahrens ausspricht, geht regelmäßig 18 196 Abs. 2, 8 197) bie Einreichung einer Anklageschrift seitens ber Staatsanwaltschaft voran; ausnahmsweise (§ 206 Abs. 1) folgt ihr bieselbe nach. Im Uebrigen vgl. über bas Berhältniß ber Anklageschrift zu ber Entscheibung bie Noten zu § 201 und zu § 204.
- 4. Die Entscheidung über bie Gröffnung bes hauptverfahrens erfolgt, soweit sie nicht bem Amtsrichter (§ 197) zusteht, in berathenber Sigung bes Gerichts auf Grund bes Bortrages eines Berichterstatters; vgl. § 33 u. Note 1. b bas. In Betreff ber Theilnahme ber Staatsanwaltsichaft an ber Sigung s. bas. Note 2. c. Bgl. ferner § 23 Abs. 2, 3.
 - 5. Der Abicon. hanbelt außer von den die Eröffnung bes hauptverfahrens betreffenden tom, Strafprozegordnung. 5. Auflage.

§. 196.

Hattgefunden, so entscheibet das Gericht, ob das Hauptversahren zu eröffnen oder der Angeschulbigte außer Verfolgung zu sehen oder das Verfahren vorläufig einzustellen sei.

Die Staatsanwaltschaft legt zu biesem Zwecke bie Akten mit ihrem Antrage bem Gerichte vor. Der Antrag auf Eröffnung bes Hauptversahrens erfolgt burch Einreichung einer Anklageschrift.

(I. Entw. § 159; II. Entm. § 160; III Entm. § 163.)

Entscheibungen und ben ihnen voransgehenben Anträgen ber Staatsanwaltschaft noch von ber Anhörung bes Angeschulbigten vor Erlassung ber Entscheibung (§ 199, vgl. § 206 Abs. 2), serner von ber Ansechtung ber letteren (§ 209) und von ber Wirkung eines bie Eröffnung bes Hauptveriahrens ablehnenden Beschlusses (§ 210). Endlich regelt § 211 ein besonderes Bersahren in schöffengerichtlichen Strafsachen.

- 1. Ueber bas Ergebniß ber Boruntersuchung muß eine gerichtliche Entscheibung ergeben, ba eine Zurüdnahme ber burch ben Antrag auf Boruntersuchung erhobenen öffentlichen Rlage nicht flatthaft ift (§ 154). Die Eröffnung bes Hanptverfahrens ist bavon, ob sie seitens ber Staatsanwaltschaft beantragt wird, nicht abhängig, kann vielmehr auch gegen ben Antrag ber letteren beschlossen werben (§ 206 Abs. 1; vgl. § 153 Abs. 2 u. Note 4. b bas.). Die Entscheibung ürbt in allen Fällen nicht bem Untersuchungsrichter, sondern dem "Gericht", also der Straftammer (GBG. § 72) oder, wenn die Voruntersuchung bei dem Reichsgericht anhängig war, dem ersten Strafsenat bes letzteren (GBG. § 138 Abs. 1) zu.
- 2. a. Die Staatsanwaltschaft hat, indem fie die Aften (vgl. § 195 Abs. 1) bem Gericht porlegt, biejenige Entscheibung, welche fie für sachgemäß erachtet, in Antrag zu bringen. Bill fie bie Gröffnung bes hauptverfahrens berbeiführen, fo reicht fie bem Gericht eine Antlageichrift ein, in welche ber Antrag auf Gröffnung bes Sauptverfahrens aufzunehmen ift. über ben Inhalt ber Unklageschrift f. in § 198. — Ueber ben Antrag auf Außerverfolgjepung bes Angeldulbigten fowie über benjenigen auf vorläufige Ginftellung bes Berfahrens entfalt bie StPD. feine näheren Bestimmungen. Zebenfalls hat bie Staatsanwaltschaft ihren Antrag mit einer, wenn auch nur furgen Begrunbung (vgl. § 202 Abf. 1) zu verfeben; einer Darftellung bes Sachverhaltniffes, wie folche für bie Anklageschrift erforbert wird (§ 198 Abs. 2), bebari es nicht. - Betraf bie Boruntersuchung mehrere Straffalle ober mehrere Angefculbigte und will bie Staatsanwaltschaft nur bei einzelnen Straffällen ober nur gegen einzelne Angeschulbigte bas hauptverfahren eröffnet miffen, fo muß fie bezüglich ber übrigen ausbrudlich bie Außerverfolgjehung 2c. beantragen; es barf fein Straffall und fein Angefculbigter übergangen werben. Es wirb in berartigen gallen ber Ucberfichtlichkeit wegen zwedmäßig fein, bem Bericht einen bie gefammte Sache umfaffenben Antrag vorzulegen und bemfelben bie Anklagefchrift als Beilage anguichließen.

b. Bgl. § 33 Rote 2. c.

3. Die Beichluffassung bes Gerichts tann sich nur auf diejenigen Straffälle und Angeschuldigten erstreden, welche in dem Antrage auf Boruntersuchung (§ 177) ober in einem Nachtrage desselchen bezeichnet sind, sollten auch in den Voruntersuchungsatten noch andere, mit jenen zusammenhängende Straffälle zur Sprache gekommen bezw. noch andere Personen bezichtigt worden sein; vgl. § 153 Abs. 1, § 177 u. Rote 1, 5 das. — Insofern es übrigens bei einem der letztgebachten Straffälle einer Voruntersuchung nicht nothwendig bedarf (§ 176), also die unmittelbare Erhebung der Antlage (§ 197) statthaft ist, ist es der Staatsanwaltschaft nicht verwehrt, den betr. Straffall ohne Nachholung einer Voruntersuchung in die gemäß § 196 einzureichende Antlageschrift mit auszunehmen und auf diese Beise die Straffammer mit der gleichzeitigen Entsschung auch über diesen Fall zu befassen. Bgl. § 176 Note 4, 9.

4. Das Gericht hat, bevor es in ber Sache felbft befchließt, feine örtliche Buftanbigfeit

§. 197.

Erhebt die Staatsanwaltschaft, ohne daß eine Voruntersuchung stattgefunden, die Anklage, so ist die Anklageschrift mit den Akten, wenn die Sache zur Zusständigkeit des Schöffengerichts gehört, bei dem Amtsrichter, anderenfalls bei dem Landgerichte einzureichen.

(I Entw. § 164 Abf. 1; II. Entw. § 161; III. Entw. § 164.)

ju prüfen und, falls ihm biefelbe fehlt, eine Unzuständigkeitserklarung zu erlassen; vgl. § 18 u. Rote 3. b. zu §§ 16—18. Dies gilt indeß nur insoweit, als nicht bereits zuvor eine die Zuständigkeit bes besaßten Gerichts feststellenbe, die weitere Erörterung der Zuständigkeitsfrage ausschließende Enticheidung ergangen ist; vgl. § 17 u. Rote 2—4 bas. -- In Betreff der haftsachen vgl. noch § 20 Rote 1 (Schluß).

- 5. Das Gericht hat ferner feine fachliche Buftanbigfeit zu prufen; bas Rabere hierüber f. ju § 207.
- 6. Das Gericht tann eine Erganjung ber Boruntersuchung beschließen, wenn es jus nachn eine beffere Auftlarung ber Sache für erforberlich halt (§ 200).
- 7. Der Beschluß ber Gerichts in ber Sache selbst lautet entweber babin: baß bas hau bauptverfahren zu eröffnen (§ 201), ober bahin: baß ber Angeschulbigte außer Berfolgung
 ju seten (§ 202) ober bahin: baß bas Berfahren vorläufig einzustellen (§ 203) sei. Das
 Rähere über bie Boraussehungen bieser verschiebenen Beschlüsse sin ben Roten zu ben brei cit.
 §§. Uebrigens erschöpfen bie Bestimmungen bieser §§ bie hier möglichen Fälle nicht; es kommen
 vielmehr noch einige Borschriften in Betracht, vermöge beren ber Beschluß einen Inhalt anberer
 als ber vorbezeichneten Art haben kann. Bei civilrechtlichen 2c. Borsragen (vgl. oben Rote 16. a.
 zu Buch 2 Abschn. 1) kann bie in § 261 Abs. 2 zugelassene Aussehung ber Untersuchung auch
 ichon in bem hier (§ 196) behandelten Stadium bes Bersahrens beschlossen werben (vgl. die Roten
 zu § 261). Auch hat in ben Fällen, in benen nach gesetlicher Borschrift mit bem Bersahren innezehalten werden muß (vgl. Rote 16.c zu Abschn. 1), die Strassammer bieses Innehalten zu
 beichließen, wenn ber gesetliche Anlaß hierzu bei ihrer Beschlußsassung hervortritt. In Betress
 bes Zusammenhanges mehrerer Strassachen s. serner § 208.
- 8. Ju Betreff ber Ueberweisung einer Sache von ber Straffammer an bas Schöffengericht 6. 986. § 75 Rote 4.
 - 9. Bgl. § 198 Note 11.

Bu § 197.

- 1. a. Die hier behanbelte Art ber Erhebung ber öffentlichen Klage im Kommentar "unmittelbare Erhebung ber Anklage" genannt (vgl. Note 3. b zu Abschn. 2—6) kann nur in benjenigen Strafsachen statischen, in benen eine Boruntersuchung nicht nothwendig ober nicht zulässig ist; vgl. § 176 u. Note 1. a bas. Berschieben von ber unmittelbaren Erhebung ber Anklage ist die bem französischen Recht (Code d'instr. crim. art. 182) angehörige Einrichtung ber i. g. un mittelbaren Labung, welche Einrichtung barin besteht, daß die Staatsanwaltschaft ben Angeschuldigten unmittelbar vor das erkennende Gericht labet und daß das letztere auf biese Beise mit der Berhandlung und Entschiedung der Sache besaft wird, ohne daß zuvor eine gerichtsliche Anordnung über die Erössnung bes Hauptversahrens ergangen ist. Diese Einrichtung ist von der StBD. nicht ausgenommen (vgl. oben Rote 2. a zu Abschn. 4); etwas ihr Nehnliches enthält jedoch § 211.
- b. In die Antlageschrift ift auch bier (vgl. § 196 Rote 2) ber Antrag auf Eröff= nung bes hauptverfahrens aufgunehmen.
- 2. Die unmittelbare Erhebung ber Anklage erfolgt bei bem für bas hauptversahren zuständigen Gericht, also in landgerichtlichen Straffachen (§ 1 Rote 2. b) bei der Straffammer, in schöffens gerichtlichen bei bem Amtbrichter. Der lettere entscheibet an Stelle des Schöffengerichts über die Eröffnung bes hauptversahrens (GBG. § 30 Abs. 2; vgl. StBD. § 200, § 207 Abs. 2).
 - 3. "mit ben Aften" hieruber f. § 168 Rote 7.

Digitized 37 Google

§. 198.

Die Anklageschrift hat die dem Angeschuldigten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesehlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesetes zu bezeichnen, sowie die Beweismittel und das Gericht, vor welchem die Hauptverhandlung stattfinden soll, anzugeben.

In ben vor bem Reichsgerichte, ben Schwurgerichten ober ben Landgerichten zu verhandelnden Straffachen sind außerdem die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittelungen in die Anklageschrift aufzunehmen.

(1. Entw. § 163 266, 2; II. Entw. § 162; III. Entw. § 165.)

- 4. Das Gericht hat im Falle bes § 197 bie Sachlage im Besentlichen ebenso und nach bensielben Gesichtspunkten zu prüfen wie im Falle bes § 196; bas zu letterem § Rote 3, 4, 5, 8 Gesagte findet daher hier entsprechende Anwendung. Im Uebrigen greisen hier diesenigen Modifikationen Blat, welche sich daraus, daß eine Boruntersuchung nicht vorausgegangen ist, ergeben. Im Ginzelnen ist zu bemerken:
- 5. Zur besseren Auftsärung ber Sache kann bas Gericht zunächst noch einzelne Beweis: erhebungen anordnen; auch kann die Strafkammer (nicht auch der Amtsrichter) zu diesem Zwecke die Eröffnung einer Boruntersuchung beschließen (§ 200). Bgl. § 196 Rote 6.
- 6. Der Beschluß bes Gerichts in ber Sache selbst lautet entweber babin: bag bas hauptverfahren zu eröffnen (§ 201), ober babin, bag baffelbe nicht zu eröffnen (bie Eröffnung abzulehnen) (§ 202 u. Rote 2 bai.) fei. Bgl. § 196 Rote 7. — Indeß erschöpfen bie Bestimmungen ber SS 201, 202 bie bier möglichen galle feinesmegs. In benjenigen Gallen, in benen nach geführter Borunterjuchung bie purlaufige Ginftellung bes Berjahrens (§ 203) gu beichliefen fein murbe, muß bas gemäß § 197 enticheibenbe Bericht fur befugt erachtet merben, ju beichliegen: bağ bağ Sauptverfahren einftweilen nicht zu eröffnen (bie Eröffnung einftweilen abzulehnen: sei; ein Fall bieser Art wäre 3. B. ber, wenn sich aus Anlaß ber in § 199 vorgeschriebenen Aufforberung herausstellte, bag ber Angeschulbigte inzwischen in Geiftestrantheit verfallen fei. Ginen gleichen Befchluß murbe bas Gericht zu erlaffen haben, wenn ein Kall vorläge, in welchem nach Eröffnung ber Untersuchung mit ber letteren innegehalten merben mußte; vgl. § 196 Rote 7. Endlich ift bie ebenba ermahnte Aussepung ber Entscheidung auch im Salle bes f 197 für statthaft zu erachten. Uebrigens wird bas Gericht nur selten in bie Lage kommen konnen, berartige einstweilige Enticheibungen zu erlassen; benn in ben gebachten Rallen wirb regelmäßig bie Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage einstweilen auszusehen (vgl. § 152 Note 4.b. ober bie schon erhobene einstweilen gurudzunehmen (vgl. § 154 Rote 1) haben. -- In Betreff bes Bufammenhanges mehrerer Straffachen f. ferner § 208.
- 7. Findet die Straffammer nach Prüfung der Sachlage (vgl. §§ 201, 204), daß die That eine zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehörige sei, so steht die Unzulässigkeit der unmittelbaren Anklageerhebung der Eröffnung des Hauptverfahrens entgegen, und es fragt sich, ob der Beschluß der Strafkammer hier nur auf Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens zu lauten habe und ob die Strafkammer die Eröffnung der zunächst nothwendigen Bormutersuchung beschließen müsse. Das lettere erscheint als das Richtige, da die StPD., wie insbesaus § 207 erhellt, dei den Bestimmungen des Abschu. 4 im Algemeinen von der Auffassung aubzgeht, daß das mit der Sache besaste Gericht von Amtswegen thunlichst für den Fortgang derselben zu sorgen und sich nicht auf die Ablehnung eines underechtigten Antrages zu beschränken habe. In Betress des Amtsrichters s. § 207 Abs. 2.
 - 8. Bgl. noch § 198 Rote 11.

3u § 198.

- 1. Die Borichrift gilt gleichmäßig fur ben gall ber vorausgegangenen Boruntersuchung. (§ 196 Abf. 1) wie für ben ber unmittelbaren Anklageerhebung (§ 197).
- 2. In Betreff bes 3 medes und ber Bestimmung ber Antlageschrift enthalt bie StBC. gegenuber bem früheren Rechtszustanbe eine wefentliche Reuerung: bie Antlageschrift wirb in ber

Digitized by GOOGLE

Hauptverhanblung weber verlesen, wie bies nach mehreren Landesgesehen, insbes. in Preußen, stüher geschah, noch wird ihr Inhalt, wie bies der Entw. (§ 205) wollte, mündlich von der Staatsanwaltsichat vorgetragen (§ 242). Nach der StPD. ist die Anklageschrift — abgesehen davon, daß sie im Falle der unmittelbaren Anklageerhebung (§ 197), gleich dem Antrage auf Voruntersuchung (§ 177), den Gegenstand und die Grenzen der Untersuchung bezeichnet (§ 153 Abs. 1) — bazu bestimmt, dem über die Eröffnung des Hauptversahrens beschließenden Gericht eine Uedersicht über die Sachlage zu gewähren; sie soll serner klar erkennen lassen, wie die Staatsanwaltschaft rechtlich und thatsächlich die Sache aufsakt, in welcher Richtung die Anschuldigung sich dewegt und woraus dieselbe gegründet wird. In benzeiigen Strassachen, welche vor einem andern Gericht als dem Schössengericht zu verhandeln sind (Rote 8), hat die Anklageschrift noch die weitere Bestimmung: dem Angeschuldigten mitgetheilt zu werden und auch ihm über die Richtung und Begründung der Anschuldigung und insbes. über die gegen ihn vorzudringenden Beweise Kenntniß zu geben (§ 199); vgl. Ber. d. RER. S. 58. Ueder die Bedeutung der Anklageschrift sowie über Inhalt und Form derselben s. namentlich Fuchs in H.S. II. S. 6 ss.

- 3. Die Anklageschrift muß bie Person bes Angeschulbigten bestimmt bezeichnen (vgl. § 177). Die personlichen Berhältnisse besselben werben minbestens insoweit anzugeben sein, als bies zur Feststellung ber Ibentität nothwendig ift. Bei Berbrechen und Bergeben ist regelmäßig auch die Angabe etwaiger Borbestrafungen ersorberlich. Bgl. § 136 Note 8.
- 4. Die bem Angeschuldigten jur Laft gelegte That ift unter Bervorhebung ihrer gefeb = lichen Mertmale zu bezeichnen. Es muß alfo aus ber Antlageschrift flar hervorgeben, erftens : welcher Borgang, welche handlung bes Angeschulbigten ben Gegenstand ber Aburtheilung bilben ioll, und zweitens: welches Delift, welcher ftrafrechtliche Thatbestand in biefer handlung nach Anficht ber Staatsanwalischaft zu finden ist; vgl. RGer. II. 8. März 81 (Entich. III. 406). Damit ubrigens jeber Zweifel barüber, mas Gegenstand ber Anflage fei, ansgefchloffen merbe, ericheint es nothwendig, eine bestimmte Antlageformel aufzustellen und in ihr die Merkmale der strafbaren hanblung jufamm engufaffen. Denn außer benjenigen Thatsachen, welche biese Mertmale barftellen, werben in ber Antlageschrift nicht felten noch andere zu ermähnen fein, in benen vielleicht auch ber Thatbestand eines Delikts gefunden werden kann, die aber darum noch nicht den Gegenstand ber Anklage im vorliegenden Falle zu bilden brauchen. So kann es z. B. bei einer Anklage wegen Diebstahls zur Belastung bes Angeschulbigten bienen, bag man ihn im Besit ialicher Legitimationspapiere gefunden hat, und es kann beshalb die Erwähnung diefes Umstandes in ber Antlageichrift angemessen sein, ohne bag berselbe barum in ber porliegenben Sache jum Gegenstanbe ber Anichulbigung (vgl. StBB. § 363) gemacht zu werben braucht. Es fann ferner 3. B. bei einer Anklage wegen Körperverletung zur Sprache kommen, daß man den Angeschulbigten vor der That im Besit ciner verbotenen Basse gesehen habe, ohne daß darum dieser Besit selbst einen Gegenstand ber Anschulbigung (vgl. Stoll B. S 367 Nr. 9) in ber vorliegenden Sache zu bilben braucht. Zu einer scharfen Hervorhebung ber bie Merkmale bes Delikts bilbenben That= sachen gegenüber ben sonstigen Anführungen ber Anklageschrift bient nun gerabe bie Aufstellung ber Anflageformel. — Die lettere wirb, unter Angabe von Zeit und Ort ber That, bie Merfmale bes Delitts mit ben abstratten Ausbruden bes Strafgesets wieberzugeben haben; boch in die Aufnahme der konkreten Bezeichnungen an Stelle der abstrakten statthaft, wenn und insoweit es felbftverftanblich ift, bag ber tonfret bezeichnete Gegenstand 2c. bas betr. Merkmal barftellt; insbes. tann ber im Gefet gebrauchte Ausbrud "Person" burch ben Namen ber Person, ber Ausbrud "bewegliche Sache" burch bie Bezeichnung ber Sache erfett merben. Im Uebrigen muß aus bem Inhalt ber Anklageschrift erhellen, welche konkreten Thatumftanbe unter ben abstrakten Aus: bruden verftanben werben. Beispielsweise wird im Falle bes § 253 bes StBB. bie Anklageformel regelmäßig zu lauten haben: "A. wird angeklagt, an bem und bem Tage zu B., um fich einen rechtswidrigen Bermogensvortheil ju verschaffen, ben C. burch Gewalt zu einer handlung genothigt ju haben"; in bem übrigen Theile ber Anklageschrift wird ber gesuchte rechtswidrige Bortheil, die angewendete Gewalt und die erzwungene handlung barzustellen sein. — Die Ans flageformel wird in größeren Sachen regelmäßig an bie Darftellung bes Sachverhaltniffes anzu-

reihen sein, also ben Abschluß berselben bilben; in einsacheren Sachen kann es sich empfehlen, die Formel voranzustellen und sobann bas zur Erlänterung und Ergänzung noch Ersorberliche hinzuzuspügen; auf diese Beise kann die zweimalige Erwähnung eines und besselben Umstandes erübrigt werden. Beispielsweise kann es genügen, an die solgende Anklagesormel: "A. wird angeklagt, an dem und dem Tage zu B. dem C. einen diesem gehörigen Rod in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben" — den Sat anzuschließen: "A. wurde von D. betroffen, als er das Haus des C. mit dem gestohlenen Rod verließ, und es wurde ihm der letztere abgenommen." — In den vor den Schössenerichten zu verhandelnden Sachen wird die Anklageschrift thatsächliche Angaben außerhalts der Formel überhaupt nicht zu enthalten brauchen, salls die Einfachheit des Sachverhalts es gestattet, auch die konkreten Thatumstände in die Formel mit aufzunehmen; vgl. Note 8.

- 5. In Betreff bes "angumenbenben Strafgefetes" f. § 205 Rote 3.
- 6. a. Die Anklageschrift muß bie Beweismittel, von welchen nach ber Ansicht ber Staatsanwaltschaft in ber Hauptverhandlung Gebrauch zu machen sein wirb, einzeln aufführen, also bie Zeugen und Sachverstäubigen benennen, bie etwa zu verlesenben Protokolle und sonstigen Urfunden bezeichnen zc. Der besseren Uebersicht wegen wird es sich empfehlen, die Beweismittel am Schlusse ber Anklageschrift in ein Berzeichniß zusammenzustellen.
- b. Bei ber Aufstellung biefes Berzeichnisses hat bie Staatsanwalischaft sich nicht auf die jur Belaftung bes Angefculbigten bienenben Beweismittel ju befchranten, fonbern auch bie jur Entlaftung bienenben insoweit zu berudfichtigen, als biefelben für erheblich zu erachten finb. Die Staatsanwalticaft hat 3. B. auch biejenigen Beugen in bas Bergeichnig aufzunehmen, aus beren Ausfagen fich bas Borbanbenfein eines bie Strafbarteit bes Angeschulbigten milbernben Umstandes ergiebt. Ueberhaupt hat die Staatsanwaltichaft zu ermägen, welche Beweiserhebungen bas Gericht muthmaßlich für nothwendig erachten werbe, und fie hat bei der Auswahl der Beweismittel namentlich bafur Sorge ju tragen, bag nicht burch bie Unvollftanbigfeit bes Beweißmaterials eine Unterbrechung und Bertagung ber Hauptverhanblung herbeigeführt werbe. Sie wiib 3. B. unter Umftanben felbst folde Entlaftungszeugen, bie fie für unglaubwürbig balt, in bas Berzeichniß aufzunehmen haben, wenn fie voraussieht, baß bas Gericht nicht ohne vorgängige Bernehmung berselben bas Urtheil werbe erlaffen wollen. Bgl. § 153 Note 5. — Selbswerstande lich ist bie Staatsanwaltschaft bei Aufstellung bes Berzeichnisses nicht auf bie schon im Borverfahren benutten Beweismittel beschränkt. — Ift für eine und dieselbe Thatsace eine Mehr: 3 a h I von Beweismitteln vorhanden, so hat die Staatsanwaltschaft nach Lage des einzelnen Falles zu erwägen, ob dieselben sämmtlich in das Berzeichniß aufzunehmen oder ob einzelne von ihnen und welche zu übergehen seien. Darüber, daß die Staatsanwaltschaft nicht gehindert ist, in der Sauptverhandlung noch andere als die in ber Anklageschrift verzeichneten Beweismittel vor zuführen, vgl. § 221 Abf. 2, § 245.
- 7. Die Angabe bes Gerichts, vor welchem bie hauptverhandlung stattfinden soll, ericeint in ber bei bem Amtbrichter einzureichenden Anklageschrift überfluffig, da ber Amtbrichter bas hauptverfahren niemals vor einem anderen Gericht als bem Amtbgericht (Schöffengericht) eröffnen kann.
- 8. Unter ben in Abs. 2 erwähnten "wesentlichen Ergebnissen ber flattgehabten Ermittelungen" sind alle wesentlichen Bestandtheile bes den Gegenstand ber Antlage bildenden Borganges, insbes. aber auch solche Thatsachen zu verstehen, welche als Beweisgrunde für oder wider den Angeschuldigten in Betracht kommen. Belche Ergednisse im einzelnen Falle als wesentlich anzusehen seine, unterliegt dem Ermessen der Staalbanwaltschaft; erschöpfende Rormen hierüber lassen sich nicht ausstellen. Damit die Antlageschrift ihren Zwee (Note 2) erfülle, wird in ihr auch erkennbar zu machen sein, aus welchen Beweismitteln sich die einzelnen Thatsachen ergeben.

 In den vor dem Schöffengericht zu verhandelnden Sachen (Note 9) bedarf es der Ausnahme ber wesentlichen Beweisergednisse in die Antlageschrift nicht; man hat sie für entbehrlich erachtet, weil bei diesen Strassällen die Sachlage meistens eine einsachere sein wird und weil überdies dem Angeschuldigten gegen das schöffengerichtliche Urtheil die Berufung zusteht (Brot. S. 392). Selbste

§. 199.

Der Vorsitzende des Gerichts hat die Anklageschrift dem Angeschuldigten mitzutheilen und ihn zugleich aufzusordern, sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu erklären, ob er eine Voruntersuchung oder die Vornahme einzelner Beweisserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen, oder Einwendungen gegen die Erössnung des Hauptverfahrens vorbringen wolle.

hat eine Voruntersuchung stattgefunden, so ist die Aufforderung entsprechend zu beschränken.

Ueber die Anträge und Sinwendungen beschließt das Gericht. Sine Anfechtung des Beschlusses sindet nur nach Maßgabe der Bestimmungen im §. 180 Abs. 1 und §. 181 statt.

Auf die vor den Schöffengerichten zu verhandelnden Sachen finden die Bestimmungen dieses Paragraphen keine Anwendung.

(I. II. III. Entm. § -.)

verftandlich wird die Staatsanwaltschaft ben Inhalt ber Anklageschrift über bas hiernach noths wendige Maß zu erweitern haben, wenn die betr. Sache hierzu Beranlassung bietet.

- 9. Die Nothwendigkeit, die wesentlichen Ergebnisse der Ermittelungen in die Anklageschrift auszunehmen, ist in Abs. 2 nicht bavon abhängig gemacht, ob die Sache an sich zur Zuständigkeit eines anderen Gerichts als des Schöffengerichts gehört, sondern davon, od sie vor einem anderen Gericht zu verhandeln ist. Somit mussen in dem Falle, wenn sich die Anklageschrift auf eine mit einer landgerichtlichen zu. Sache zusammenhängende schöffengerichtliche Sache erütedt (vgl. § 2), auch in Ansehung der letteren die wesenklichen Ergednisse der Ermittelungen ausgenommen werden. Umgekehrt aber bedarf es dessen nicht, wenn die Staatsanwaltschaft bei Einreichung der Anklageschrift in einer landgerichtlichen Sache die Ueberweisung der letteren an das Schössengericht (GBG. § 75) beantragt; im Falle der Ablehnung diese Antrages würde die Anklageschrift allerdings der Staatsanwaltschaft zurückgegeben und von dieser geändert werden mussen, bevor ihre Mittheilung an den Angeschuldigten ersolgen könnte (vgl. § 199 Note 2. a). Dies würde auch dann zu geschehen haben, wenn die Staatsanwaltschaft nach gesührter Borunterziuchung die That als eine zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehörige qualisizirt und demenschiedend die Anklageschrift abgesaßt hätte, das Gericht dagegen die That als eine zur Zuständigsteit der Strassammer 2c. gehörige qualisizirte (vgl. § 207 Note 6). Gl. A. Keller S. 230.
- 10. In Betreff bes Erforberniffes eines in ber Unflageschrift zu fiellenben Antrages f. § 196 Rote 2, § 197 Rote 1. b.
- 11. Im Falle ber unmittelbaren Anklageerhebung (§ 197) ift bas Gericht, wenn bie Anklagesichrift ben Erforbernissen bes § 198 nicht entspricht, für besugt zu erachten, die Eröffnung bes Hauptversahrens bieserhalb abzulehnen; vgl. § 178 Note 7: bas bort bezüglich bes § 181 Bemertte sindet hier bezüglich bes § 210 entsprechende Anwendung. Dagegen ist im Falle ber vorausgegangenen Boruntersuchung bas Gericht zu einer berartigen Ablehnung nicht besugt, weil dasselbe ber Untersuchung (vgl. Note 3. a, b zu Abschn. 2—6) von Amtswegen Fortgang zu geben und geeignetenzals die Eröffnung bes Hauptversahrens selbst gegen ben Antrag der Staatsanwaltsichait zu beschließen hat (§ 206). A. M. Keller S. 241, Thilo S. 221, welche die Ablehnung in beiden Fällen für unstatthaft, und andererseits Puchelt S. 350, Dalde S. 130, Glaser II. S. 417 si, welche sie in beiden Fällen für statthaft erachten; vgl. auch Stenglein S. 367. llebrigens würde der Angeschulbigte für berechtigt zu erachten sein, über die Unvollständigseit der Anklageschrift, sosern ihm durch sie die Vertheibigung beschränkt oder erschwert wird, bei der vorz gesetzen flaatsanwaltschaftlichen Justanz Beschwerde zu sühren; a. M. Stenglein S. 368.

3u § 199.

^{1.} Der S war in bem Entw. nicht enthalten. Die RIR. hat ihn aufgenommen, um in ben

jenigen Straffachen, in benen es feine Berufungsinstanz giebt, bem Angeschuldigten einen erhöhten Schutz gegen bie Gefahr zu gewähren, bag bie Sauptverhandlung ohne genügende Borbereitung ber Bertheibigung flattfinde (Brot. S. 300 ff., 315 ff.). — Uebrigens erfährt ber Grundsab bes S, bag bas Gericht erft nach Anhörung bes Angeschuldigten beschließen burfe, eine Einsichtung burch bie Borschrift bes S 206; val. bort Rote 4.

- 2. a. Das in § 199 vorgeschriebene Berfahren greift nur in benjenigen Sachen Blat, welche vor einem anberen Gericht als bem Schöffengericht zu verhanbeln sind. Der Amtsrichter also, bem bie Anflageschrift zugeht (§ 197 u. Rote 2 bas.), beschließt ohne vorgangige Mittheilung berfelben an ben Angefchulbigten über bie Gröffnung bes hauptverfahrens. Daffelbe gilt von ber Straftammer, wenn bie Staatsanwaltichaft nach geführter Boruntersuchung ben Antrag stellt, bas Bauptverfahren vor bem Schöffengericht zu eröffnen, weil bie Sache gur Buftanbigkeit bes letteren gebore (vgl. § 207). Ebenso ift ferner ber Rall ju behandeln, wenn die Staatsanwaltichaft bie Ueberweisung ber Cache an bas Schöffengericht (BBG. § 75) beautragt; benn ber Abi. 4 ipricht nicht von ben jur Buftanbigfeit ber Schöffengerichte geborigen, fonbern von ben vor biefen "ju verhandelnden" Sachen (vgl. § 198 Rote 9). Hierüber besteht jedoch Meinungsverschiebenheit: vgl. Boitus Kontr. I. S. 144. In beiben vorgebachten Fällen muß bie Wittheilung ber Anklagefchrift nachgeholt werben, wenn bie Straffammer, abweichend von bem Antrage ber Staatsanwaltschaft, findet, daß die Sache nicht vor dem Schöffengericht, sondern von einem Bericht höherer Orbnung zu verhaubeln fei. 3ft bei Bugrunbelegung bes Antrages ber Staatsanwalticoi: bie Sache vor ber Straffammer 2c. zu verhandeln, so ist es nicht die Ausgabe des Borsitzenden, zu prufen, ob jener Antrag begrunbet ober ob nicht vielmehr bie That anbers, als geschehen, zu qualifiziren fei 2c.; er hat vielmehr ohne Beiteres bie Mittheilung ber Anklagefchrift zu verfügen: ngl. jeboch Boitus a. a. D., Stenglein S. 369. — Bgl. noch § 207 Rote 6.
- b. Darüber, ob in ichoffengerichtlichen Straffachen nach Eröffnung bes hauptverfahrens eine Mittheilung ber Anklageschrift ftattfinbe, f. bie Roten ju § 214. Bgl. auch § 211.
- c. Der Borfitenbe barf bie Mittheilung ber Anklageschrift an ben Angeschulbigten nicht beshalb unterlassen, weil er voraussieht, bas bas Gericht beschließen werbe, bas hauptvers sahren nicht zu eröffnen (§ 202). Das Geset schreibt bie Anhörung bes Angeschulbigten vor. ohne zwischen ben verschiebenen, in ben §§ 201--203 behandelten Beschlüssen zu unterscheiben; überdies ist die Anhörung selbst im Falle des § 202 nichts Ueberstüssiges, weil der Staatsanwaltsschaft die sofortige Beschwerbe zusteht (§ 209) und das Beschwerbegericht bei seiner Beschlüssassigning die etwaigen Einwendungen des Angeschulbigten kennen muß. Bgl. jedoch Boitus Kontr. I. S. 144, Glaser II. S. 410 ss.
- 3. a. Die Mittheilung ber Anklageschrift an ben Angeschulbigten muß ungeachtet eines etwaigen Bergichtes beffelben erfolgen; ein folder Bergicht ift ohne rechtliche Birksamkeit.
- b. Bare die Mittheilung der Anklageschrift unterblieben, so wurde dieser Berstoß für sich allein die Revision gegen das Urtheil nicht begründen; eine Aussedung des letteren wurde, da die ersolgte Erössnung des Hauptversahrens sich nicht mehr rückgängig machen läßt, zwedloß sein. Bohl aber kann der Angeschuldigte, wenn er sich zusolge jenes Berstoßes in seiner Beretheibigung beschränkt sieht, behus besserer Borbereitung der letteren die Rachholung des Berschünden, die Aussehung der Hauptverhandlung zo. beantragen, und die Ablehnung eines solchen Antrages kann zu einer Aussehung des Urtheils sühren. Das Gleiche gilt, wenn die Wittheilung zwar nicht unterblieben, bei ihr jedoch in irgendwelcher Hinsicht (Form, Frift zc.; vgl. Rote 4—61 ungehörig verfahren ist. Bgl. RGer. II. 23. Jan. 80 (Rspr. I. 262), II. 6. Apr. 80 (Entsch. I. 345, Rspr. I. 543), II. 8. Juli 81 (Entsch. IV. 364), II. 13. Juli 81 (Rspr. III. 482), sowie ferner § 140 Rote 8, 10.

Bu Abj. 1.

- 4. Die Mittheilung ber Anklageschrift ze. muß, ba in ber Bestimmung ber Frist eine richterliche Entscheidung zu sinden ist, durch Zustellung erfolgen (§ 35). So: RGer. II. 6. Apr. 80 (Entsch. I. 345, Rspr. 1. 543); a. M. v. Schwarze Erört. S. 93.
 - 5. Die Mittheilung bat an ben Angeschulbigten felbft zu gefchehen und fann nicht burch



eine solche an ben Bertheibiger ersett werben; wgl. Rote 8. d zu Buch 1 Abichn. 11, Sten. Ber. S. 499, 504. Bgl. ferner § 140 Rote 8. a.

- 6. Die Frift ift von bem Borsitenben mit Rudficht auf bie Lage ber einzelnen Sache zu bestimmen. Bgl. übrigens § 140 Rote 10.
- 7. Der Angeschulbigte hat sich in ber bestimmten Frist nicht blos barüber zu erklaren, mas et "vorbringen zc. wolle", sondern er hat seine Antrage zc. auch wirklich innerhalb der Frist ans zubringen; es muß baher auch die an ihn zu richtende Aufford erung bementsprechend gesaßt werden. Bgl. Boitus Kontr. I. S. 172 ff.
- 8. Ueber bie Form ber vom Angeschulbigten abzugebenben Erklärung f. Buch 1 Rote 8. Der verhaftete Angeschulbigte wird in jedem Falle zu Prototoll zu vernehmen sein, ob er Antrage zu fiellen 2c. habe. A. M. Glafer II. S. 416.
- 9. Ueber die Besugniß bes Angeschulbigten, junachst eine Boruntersuchung zu beantragen, i. § 176 Rr. 2 n. Rote 7 bas. Selbstverständlich tann ber Angeschulbigte auch geltenb machen, daß nach ber Beschaffenheit bes vorliegenben Delitts die Boruntersuchung gesehlich nothwendig (§ 176 Abs. 1) sei; vgl. bort Note 1. b.
- 10. Unter ben Ginmenbungen", welche ber Angeschulbigte erheben kann, find nicht blos rechtliche zu verstehen; vielmehr kann berfelbe auch thatsachliche Gründe, z. B. bie Unzulänglichteit bes Beweises ober bas Borhandensein eines Schulbansichließungsgrundes, gegen bie Eröffnung bes hauptverfahrens vorbringen. Bgl. Re. III. 17. März 80 (Ripr. I. 477). A. M. nur thilo S. 222.

Զս Ջան (. Յ.

- 11. Die Beich Inffassung bes Gerichts barf nicht früher ftattfinden, als bis entweder bie gestellte Frist abgelaufen ober eine Erklärung von dem Angeschuldigten abgegeben worden ist; letteren Falles braucht der Ablauf der Frist nicht abgewartet zu werden. Uebrigens hat das Rer. III. 24. Apr. 80 (Entsch. II. 19) angenommen, daß eine verfrühte Beschlußfassung nicht geeignet sei, die Revision zu begründen. Ueber die Anträge zc. des Angeschuldigten kann das Gericht zunächst die Staatsanwaltschaft hören (vgl. § 33 Note 2. a). Glaser II. S. 416 erachtet biese Anhörung für obligatorisch.
- 12. Die Bestimmung bes Abl. 3 ift nicht babin ju verftehen, als habe bas Gericht über bie Antrage ober Ginmenbungen junadft einen befonberen Beidluß ju erlaffen, bevor es meiter in ber Sache felbft beichließt; vielmehr bilben bie Antrage und Ginmenbungen bes Angeichulbigten in gleicher Beife wie auf ber anberen Seite bie Antrage ber Staatsanwaltschaft bas Material für bie zu treffenbe Enticheibung (§§ 200-203). Die Bermerfung eines Antrages ac. fann alfo unter gleichzeitiger Eröffnung bes Sauptverfahrens erfolgen. - Dies muß auch in ben gallen gelten, in welchen bem Angeschulbigten gegen bie Berwerfung feines Antrages ac. die sofortige Beschwerbe gufteht (Rote 14); aus § 209 Abs. 1 ift ein Bebenten hiergegen nicht zu entnehmen, ba § 199 Abf. 3 eben eine Ausnahme gegenüber bem Grunbfat bes § 209 aufftellt. Rufte bas Gericht fich in ben gebachten gallen junachft auf bie Berwerfung bes Antrages zc. beidranten und mare bie Eröffnung bes Sauptverfahrens erft nach Ablauf ber Befchwerbefrift ober nach Erlebigung ber Befcomerbe flatthaft, fo fonnte es bei einem ingwijchen eintretenben Bechfel ber Mitglieber bes beidliegenben Gerichts vortommen, bag bei ber zweiten Beidlugfaffung eine andere Auffaffung als bei ber erften Blat griffe und bag bas Gericht nunmehr ben Angefchulbigten tur nicht hinreichend verbächtig (§ 201) befande, nachbem zuvor ber Antrag beffelben auf Eröffnung einer Boruntersuchung wegen bes bereits hinreichenb begrünbeten Berbachtes verworfen worben. Gl. A. Puchelt S. 352, Dalde S. 131, Stenglein S. 372, Glafer II. S. 416; a. M. in Betreff ber gebachten Fälle: Keller S. 234, v. Schwarze Erört. S. 98, Fuchs in HH. II. S. 23.
- 13. Ueber die Antrage und Einwendungen beschließt das Gericht nach freiem Ermessen; jedoch muß über sie ausdrücklich entschieden werden, und das Gericht darf sie nicht stillichweigend durch Eröffnung des Hauptversahrens ablehnen: RGer. III. 21. Jan. 80 (Entsch. I. 170, Rspr. I. 256).

§. 200.

Zur besseren Aufklärung der Sache kann das Gericht eine Ergänzung der Boruntersuchung nicht stattgefunden hat, die Ersöffnung einer solchen oder einzelne Beweiserhebungen anordnen. Die Anordnung einzelner Beweiserhebungen steht auch dem Amtsrichter zu.

Eine Anfechtung bes Beschlusses findet nicht ftatt.

(I. Entw. \$ 159 Abf. 2, § 165; II. Entw. § 163; III. Entw. § 166.)

14. Gine Anfechtung bes Beschlusses steht bem Angeschulbigten nur zu, wenn ber von ihm erhobene Ginwand ber örtlichen Unzuständigkeit bes Gerichts verworfen (§ 180) ober ber von ihm gesiellte Antrag auf Eröffnung einer Boruntersuchung abgelehnt (§ 181) worden ift. In beiden Fällen sindet bie sosortige Beschwerde statt. — Der Staatsanwaltschaft sieht eine Anfectung bessenigen Beschlusses, welcher eine Boruntersuchung oder einzelne Beweiserhebungen ansordnet, nicht zu (vgl. § 200). Gl. A. Puchelt S. 353, Keller S. 233, Fuchs in H. S. 22, Stenglein S. 373; a. M. Dalde S. 121, Boitus Komm. S. 236 u. Kontr. II. S. 384.

Ru § 200.

- 1. Der S bestimmt, bag bie hier vorgesehenen Anordnungen auch (vgl. § 199) von Amts: wegen getroffen werden können. Auch hier entscheibet bas freie Ermessen bes Gerichts. Selbswerftändlich wird bie Frage: ob eine Boruntersuchung gesehlich nothwendig sei (§ 176 u. Note 1 baj.), von § 201) nicht berührt. Bgl. § 199 Rote 9, § 197 Rote 7.
- 2. In ben Fällen, in benen bie Mittheilung ber Anklageichrift an ben Angeschulbigten (§ 199) zu erfolgen hat, ift auch eine Anordnung ber hier gedachten Art erst nach Eingang ber Erflärung besselben ober Ablauf ber Frift (§ 199 Rote 11) zu erlassen.
- 3. Eine Ergänzung ber Bornnters uchung kann auch in bem Falle beschlossen werben, wenn bie Staatsanwaltschaft bie Außerverfolgsehung bes Angeschulbigten beantragt (vgl. § 206 206). 1). Die Bornahme ber zur Ergänzung erforberlichen, von ber Straftammer zu bezeichnenden Untersuchungshandlungen liegt regelmäßig dem Untersuchungsrichter ob; doch wird sie, salls bied zur Beschleunigung bient, auch einem beauftragten ober ersuchten Richter übertragen werden bürsen. Nach Abschuß ber Ergänzung sind die Aften zunächst wieder ber Staatsanwaltschaft vorzulegen, damit diese in den Stand gesetzt wird, ersorderlichensalls ihre Anträge zu ändern oder zu ergänzen.
- 4. Beschließt die Straffammer die Eröffnung einer Boruntersuchung, so fommt die Sache hierdurch in dieselbe Lage, wie wenn die Voruntersuchung auf Antrag der Staatsanwaltschaft (§ 177) eröffnet worden wäre (vgl. § 182 Note 1). Der gedachte Antrag wird duch die Anklageschrift ersetz; die letztere hat als solche keine Bedeutung mehr, und wenn die Staatsanwaltschaft nach Abschluß der Boruntersuchung aufs Neue die Eröffnung des Hauptversahrens beantragt, so muß sie eine neue, dem Ergedniß der Koruntersuchung entsprechende Anklageschrift einreichen (welche beim Mangel neuer Ergedniße selbstverständlich mit der ersten Anklageschrift völlig übereinstimmen kann). Auch die neue Anklageschrift ist dem Angeschulbigten nach Maßgade bes § 199 mitzutheilen, da berselbe ersahren muß, wie die Staatsanwaltschaft das Ergedniß der Voruntersuchung aufsaht. Der Angeschulbigte ist auch befugt, eine Ergänzung der Voruntersuchung zu beantragen. Diese allerdings sehr weitläusige Prozedur ist eine nicht abzuweisende Konsequent aus § 199. Gl. A. Dalck S. 131, Puchelt S. 354, v. Schwarze im Gaal XXXII. S. 619, Glaser II. S. 421; a. M. Keller S. 236, Thilo S. 224, Herysch im Gaal XXXII. S. 614, theilm. auch Stenglein S. 373.
- 5. Beschließt die Straffammer auf eine unmittelbar erhobene Anstage (§ 197) einzelne Beweißerhebungen, so hat sie dieselben einem beauftragten oder ersuchten Richter (vgl. GR.). Eit. 13 Note 6. b) zu übertragen. Die Uebertragung erfolgt, da es sich bei der Aussührung des Beschlusses nicht um eine Bollstreckung im Sinne des § 36 handelt, direkt und ohne Bermitte lung der Staatsanwaltschaft; für diese Ansicht hat sich der preuß. Just. Min. wiederholt ausgesprochen; ebenso OLGer. Coln 14. Juli 84 (Rhein. Arch. Bb. LXXV. Abth. II. S. 31).

§. 201.

Das Gericht beschließt die Eröffnung des Hauptverfahrens, wenn nach den Ergebnissen der Boruntersuchung oder, falls eine solche nicht stattgefunden hat, nach den Ergebnissen des vorbereitenden Bersahrens der Angeschuldigte einer strafbaren handlung hinreichend verbächtig erscheint.

(L. Entw. § 160 Abf. 1, § 164 Abf. 2; II. Entw. § 164; III. Entw. § 167.)

In schöffengerichtlichen Sachen nimmt entweber ber Amtörichter selbst bie Beweiserhebung vor ober er ersucht ein anderes Amtögericht um beren Bornahme. — Das oben Note 3 a. E. Bemerkte findet hier gleichsalls Anwendung. Bgl. 8 154 Note 1.

- 6. In Betreff ber eiblichen Bernehmung von Beugen vgl. § 65 Rote 7.
- 7. Daß ber Amtsrichter nicht eine Boruntersuchung, sonbern nur einzelne Beweiserhebungen anordnen barf, bat feinen Grund in ber Borfchrift bes & 176 Abs. 3.
- 8. Die Bestimmung bes Abs. 2 fest voraus, bag bas Gericht bei bem Beschlusse innerhalb feiner in Abs. 1 bestimmten Besugnisse geblieben ift. Daher murbe bie Beschwerbe statthaft fein, wenn ber Amtsrichter ber Borschrift bes Abs. 1 entgegen eine Boruntersuchung erzöffnet hatte.

Ru § 201.

- 1. Bgl. in Betreff bes Falles, wenn eine Boruntersuchung ftattgefunden hat: § 196 Note 3-8, in Betreff bes Falles ber unmittelbaren Anklageerhebung: § 197 Note 4-7.
- 2. Der hier behandelte Beichluß (Eröffnungsbeichluß, Untlagebeichluß, Bermeifungsbeichluß) bildet ben Gegenfat ju bem in § 202 bezeichneten Befchluffe. Ueber bie Borausfetungen, unter welchen ber erftere ober ber lettere Beidluß gu erlaffen ift, giebt bas Gejet feine anberen Boridriften als biejenige, welche ber § 201 in Betreff ber Beweisfrage ("hinreichend verbächtig") enthalt; bie Aufstellung weiterer Bestimmungen bat man mit Rudficht auf bie Analogie, welche wijden ben gebachten Beichluffen und bem Urtheil besteht, für entbehrlich erachtet (Dot. S. 174, 175). Es ift bavon auszugeben, bag bas über bie Gröffnung ber Untersuchung beichließenbe Gericht die erhobene Klage in rechtlicher wie in thatfachlicher Beziehung zu prufen hat und bag biefe Prufung fich von berjenigen, welche bas erfennenbe Gericht bei ber Urtheilsfällung vornimmt, im Befentlichen nur hinfichtlich ber Burbigung ber Beweife (Note 3) unterfcheibet. Sonach hat bas Gericht bie Eröffnung bes Sauptverfahrens abgulehnen : a) wenn bie That unter fein Straf= gefet fallt; — b) wenn es hinfichtlich ber That ober eines zu ben wefentlichen Merkmalen berfelben gehörigen Thatumstandes oder hinsichtlich der Thäterschaft an genügenden Beweisen (Berbachtsgründen) mangelt; — c) wenn ein Schulbansschließungsgrund (z. B. Unzurechnungsfähigkeit, Rothwehr) als hinreichend bewiesen anzuschen ift; — d) wenn bie öffentliche Rlage erhoben worben, obwohl ihrer Erhebung ein gefehliches hinbernig (vgl. Note 15 ff. gu Buch 2 Abichn. 1) entgegen= nand, ober wenn nachträglich (z. B. burch bie Zurüdnahme bes erforberlichen Antrages) bie Strafverfolgung unzuläsig geworben ist; — e) wenn ein Strafaushebungsgrund (3. B. Berjährung) vorliegt, das Klagerecht also erloschen ist. — Durch die vorstehend (a-e) ausgeführten Momente werden jugleich bie Boraussepungen bes Eröffnungsbeichlusses bezeichnet: bas Gericht beschließt bie Eröffnung bes Hauptverfahrens, wenn ber Angeschulbigte ber ben Gegenstand ber Klage bilbenden that hinreichend verdächtig ist (b), diese That unter ein Strasgeset fällt (a), die Schulb des Ans geichulbigten burch nichts ausgeschlossen erscheint (c) und weder ein hinderniß der Strafverwaltung obwaltet (d), noch auch das Klagerecht erloschen ist (e). Bgl. § 168 Rote 5, § 178 Rote 2.
- 3. a. In Betreff ber Beurtheilung ber Beweisfrage heißt es in ben Mot. S. 174: "Ueber bas Maß von Beweisen, welches für bie Eröffnung bes hauptversahrens erforbertich ift, laffen sich spezielle Borschriften nicht geben. Die Bebeutung ber Bestimmung (bes § 201) liegt bemgemäß nur barin, baß bie Eröffnung bes hauptversahrens nicht erfolgen soll, wenn ber Besichulbigte nicht hinreichenb belastet erscheint, also eine Berurtheilung bessehen micht einmal mit einiger Bahrscheinlichkeit zu erwarten sieht. Der für die Urtheilssällung gegebene Grundsat bes § 260 findet auch auf ben Beschluß über die Eröffnung bes hauptversahrens analoge Anwendung,

§. 202.

Beschließt das Gericht, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen, so muß aus dem Beschlusse hervorgeben, ob derselbe auf thatsächlichen oder auf Rechtsgrunden beruht.

indem auch bei biefer Beschlußfassung das durch die Lage des einzelnen Falles geleitete freie Ermessen des Gerichts entschend sein muß." Und serner wird S. 175 in Betress des Einstellungsbeschlusses beschlusses gejagt: "In Betress der Burdigung des Beweises sind die Boraussehungen eines Einstellungsbeschlusses andere, als die eines freisprechenden Urtheils. Während ein solches icon dann ergeben nuß, wenn der Richter aus der Berhandlung nicht die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten gewinnt, wird ein Einstellungsbeschluß nur dann gerechtserigt sein, wenn die vorliegenden Beweise nicht genügen, um die Wahrscheinlichkeit der Schuld des Augusklagenden darzuthun. Umgekehrt wird, wenn es sich um einen eines Beweises bedürfenden Strafausschleßungsgrund (3. B. Nothwehr) handelt, der erkennende Richter den letzteren schon im Zweitel für bewiesen erachten können, während für einen, auf einen solchen Grund zu stützenden Erzistellungsbeschluß ein, wenn nicht die Gewisheit, so doch die höchste Wahrscheinlichkeit begründender Beweis ersordert werden nuß und das beschließende Gerägt daher im Zweisel die weitere Erzörterung und die Feststellung des behaupteten Strafausschließungsgrundes der mündlichen Berzhandlung vorbehalten wird."

b. Auch in icoffengerichtlichen Straffachen ift bei ber Enticheibung über bie Eröffnung bes hauptverfahrens bie Beweisfrage feitens bes Amtsrichters (BBG. S 30 Abf. 2, StBO. § 197) zu prufen. Die Mot. S. 174 bemerken hieruber: "Es ift nicht zu verkennen, daf bei geringfügigen Straffachen, namentlich bei Bolizeiübertretungen, zur Eröffnung bes hauptverfahrens ein geringeres Dag von Beweifen genügen wird und muß, und man wird eine genauere Aufklärung ber Sache im Bege von Borerörterungen schon beshalb ausschließen müssen, weil bie Bornahme folder nicht felten einen größeren Uebelftanb barftellen murbe als eine etwa voreilige Eröffnung bes hauptversahrens. Unbebenklich wird belspielsweise die Anzeige eines öffentlichen Beamten bei einer Bolizeiübertretung jur Erhebung ber Antlage genugen. Dies liegt aber auch so sehr in ber Natur ber Sache, baß bas Geset geglaubt hat, von besonberen Borschriften für die Behanblung geringfügiger Straffachen abfeben und bas Beitere bem Gerichtsgebrauch überlaffen zu können und zwar um so mehr, als das Berfahren vor den Schöffengerichten ohnehin durch bie Bestimmungen ber SS 211, 447 ff. und 453 ff. eigenthumliche Formen erhalten bat, bergeftalt, bag bie Gröffnung bes Sauptverfahrens burch formliche Berfügung bes Amterichters fich überhaupt nicht als bie regelmäßige Berfahrensart barftellen wirb." Auf bie Debriahl ber gur Buftanbigfeit bes Schöffengerichts gehörigen Bergeben (BBG. § 27) pagt bie lettere Bemerkung, welche bie Buftanbigkeitsnormen bes Entwurfs vor Augen hat, allerbings nicht. Bgl. § 160 Rote 3.

- 4. Nicht blos im Falle ber vorausgegangenen Boruntersuchung, sonbern auch bei unmittlebarer Antlageerhebung hat das Gericht die gesammten Ergebnisse bes disherigen Bersahrens, also ben ganzen Inhalt der Akten, in Betracht zu ziehen und sich nicht auf die Würdigung berjenigen Thatsachen und Beweismittel zu beschränken, welche in der Anklageschrift augeführt sind; nicht die lettere, sondern die Akten bilden die Grundlage der Entscheidung. Daben hat z. B. das Gericht auch dann das Hauptversahren zu erössnen, wenn zwar nach Inhalt der Anklageschrift der Angeschuldigte nicht hinreichend verbächtig erscheint, sich jedoch aus den Akten noch weitere, ausreichende Beweise ergeben. Bgl. § 204.
- 5. In Betreff bes Inhalts bes Eröffnungsbeichluffes und ber nothwendigfeit einer Ber grunbung beffelben f. § 205 u. Rote 2, 4 baj.
- 6. In Betreff ber Falle, in benen bie hauptverhandlung ftattfindet, ohne bag ein Befdluß über bie Eröffnung bes hauptverfahrens vorausgegangen ift. vgl. SS 211, 265, 451, 456, 462.
- 34 § 202.
 1. a. Bgl. bie Noten zu § 201, insbes. barüber, unter welchen Boraussen ein Beichluß ber in § 202 behanbelten Art zu erlaffen fei: Rote 2, 3 bas.

hat eine Voruntersuchung stattgefunden, so ist auszusprechen, baß ber Ansgeschuldigte außer Berfolgung zu setzen sei.

Der Beschluß ist bem Angeschuldigten bekannt zu machen.

(L Entw. § 161, 164 Abj. 3; II. Entw. § 168; III. Entw. 171.)

§. 203.

Borlaufige Ginftellung bes Berfahrens fann beschloffen werben, wenn bem

- b. Erftredt fich die Beschluffassung auf eine Debrzahl von Straffällen (reale Konkurrenz) ober von Angeschulbigten und erachtet das Gericht die Eröffnung des hauptversahrens bezüglich einzelner Straffälle ober einzelner Personen nicht für begründet, so muß es bezüglich dieser einen ausbrudlichen Ausspruch gemäß § 202 abgeben; es ift nicht statthaft, einzelne Straffälle ze, in der Art auszuscheiden, daß sie in dem Eröffnungsbeschlusse mit Stillschweigen übergangen werden. Egl. § 153 Note 1. In Betreff der ibealen Konkurrenz s. bagegen § 204 Note 2. b.
- 2. Die Bestimmung gilt sowohl für ben Fall einer vorausgegangenen Boruntersuchung (§ 196) wie für ben ber unmittelbaren Anklageerhebung (§ 197). Rur für ben ersteren Fall ichreibt Abs. 2 eine bestimmte Formel vor; ber Beschluß hat bahin zu lauten: baß ber Angesichulögte außer Berfolgung zu setzen sei. In Betress bes zweiten Falles s. § 197 Rote 6. In den Rotiven, nicht aber in bem Gesetz selbst, wird der in § 202 behandelte Beschluß als "Einstellungsbeschluß miellungsbeschluß wergesehenen "vorläusigen" Einstellung des Berfahrens handelt es sich in § 202 um eine (vorbehaltlich der Borschift bes § 210) endgültige.
- 3. Der gemag & 202 erlaffene Beichluß bebarf einer Begrunbung: er muß flar erfennen laffen, auf welchem rechtlichen ober thatfachlichen Grunbe (§ 201 Rote 2) er beruht. Es genügt aljo keineswegs, ihu, wie dies in der Praxis bisweilen vorkommt, dahin zu fassen: daß der An= geichulbigte nicht hinreichend verdächtig sei, das und das (wie es die Anklagesormel aufführt) ge= than zu haben; denn bei einer derartigen Fassung bleibt es ungewiß, ob das Gericht einen hin= reichenben Beweis fur bie Erifteng ber That überhaupt ober für ein einzelnes mefentliches Merkmal berfelben ober fur die Thatericaft bes Angeschulbigten vermißt, ob es bafur halt, bag bie that nicht unter bas Strafgelet falle zc. Bielmehr muß ber Befchluß ben maggebenben Ent= icheibungsgrund bestimmt bervorheben, alfo 3. B. aussprechen, baß tein genugenber Beweis bafur vorliege, bag ber Angeichulbigte berjenige fei, ber bie That begangen habe; ober: bag fein ge= nügenber Anhalt für die Annahme vorliege, daß ber Angeschulbigte in rechtswidriger Absicht gehandelt habe, daß aber Mangels der letteren seine handlung (vgl. 3. B. StBB. § 267) nicht unter dis Strafgeset salle; ober: daß die Handlung des Angeschuldigten nicht geeignet sei, den gesets ligen Thatbestand bes betr. Delifts darzustellen ic. Recht Banfichten muß bas Gericht, soweit erintberlich, naber begrunben; bagegen beburfen feine, Die Ergebniffe bes Beweifes betreffenben Annahmen einer weiteren Begrundung nicht, und eine Erörterung ber einzelnen Beweisgrunde 2c. iit nicht erforberlich. Es ist also z. B. nur zu sagen: daß (nicht warum) die Beweise für die Thaterichaft bes Angeschulbigten unzureichend seien, ober: baß (nicht woburch) genügend bargethan fei, baß ber Angeschuldigte im Stande ber Nothwehr gehandelt habe (val. Mot. S. 175).
 - 4. In Betreff ber Enticheibung über bie Roften bes bisherigen Berfahren f. §§ 496, 499, 502, 504.
 - 5. In Betreff der Aufhebung des etwa erlaffenen Saftbefehls f. § 123 u. Rote 1, 6 baf.
- 6. In Betreff ber Anfechtbarteit bes Befchluffes f. § 209, in Betreff feiner Bir: fung: § 210.
- 7. Die in Abs. 3 vorgeschriebene Bekanntmachung bes Beschlusses muß selbst bann erjolgen, wenn ber Angeschulbigte von ber gegen ibn erhobenen Auklage nicht in Kenntniß gesett
 worben war (vgl. § 199 Abs. 4 u. Note 2. a bas.). Da bem Angeschulbigten aus bem Beschlusse
 Rechte erwachsen (§ 210), so hat er in allen Fällen ein Interesse baran, benselben zu kennen. Gl. A.
 Reller S. 240. -- Die Bekanntmachung hat burch Zustellung zu erfolgen (§ 35 u. Note 7 bas.).
 Ru § 203.

1. Der § hat zwar ben Fall einer flattgehabten Boruntersuchung (§ 196) im Auge, ift Digitized by

weiteren Verfahren Abwesenheit bes Angeschulbigten ober ber Umstand entgegensieht, bag berselbe nach ber That in Geisteskrantheit verfallen ist.

(I. II. III. Entw. § -.)

§. 204.

Das Gericht ist bei ber Beschlußfassung an bie Anträge ber Staateanwalts schaft nicht gebunden.

(I. II. III. Entw. § -.)

jeboch auch auf ben der unmittelbaren Anklageerhebung analog anwendbar; vgl. § 197 Rote. 6, In Betreff der Sachen, die sich bereits im Stadium des Hauptverfahrens befinden, vgl. noch unten die Noten zu Abschn. 5.

- 2. Wenngleich ber S ausbrudlich nur die Falle ber Abwesenheit und ber Geistestrantseit bes Angeschulbigten vorsieht, so wird boch, nach bem ihm zu Grunde liegenden Gedanken, ber hier bezeichnete Einstellungsbeschluß überall ba zu erlassen sein, wo ber Durchführung ber Klage ein hind erniß entgegensteht, von bem zur Zeit nicht abzusehen ift, ob es jemals werbe beseitigt werben (vgl. Glaser II. S. 432). Es gehören baber auch die in Rote 20. b, c. zu Buch 2 Abschn. 1 bezeichneten Fälle hierber; vgl. insbes. bas bort (b) cit. Urth. bes Reer.
- 3. Inwiefern bie Abm efen beit bes Angeschulbigten bem weiteren Berfahren entgegenftebe, barüber f. SS 319, 327, 470.
- 4. Ju Betreff bes Falles ber Geiftesfrantheit vgl. Rote 20. a ju Buch 2 Abichn. 1 und § 81. hat fich herausgestellt, bag ber Angeschulbigte schon gur Zeit ber That geiftesfrant gewesen sei, so ift selbstverständlich seine Außerverfolgsenung (§ 202) zu beschließen.
- 5. Da bie hier vorgesehene Ginstellung ber Boruntersuchung, im Gegensatz zu ber in § 202 (vgl. bort Note 2) behandelten, eben nur eine vorläufige ift und in Bahrheit nur eine Aussehung bes Berfahrens enthält, so tann bas Gericht im Falle ber Beseitigung bes betr. hindernisses auch von Amtswegen bas Berfahren wieber aufnehmen; vgl. Note 6 zu Buch? Abschn. 2-6. Bgl. ferner § 210 Note 5.
- 1. Der S enthalt nur eine besondere Anwendung des in § 153 Abs. 2 aufgestellten Grundssatz ; vgl. bort Note 4. b. Er gilt gleichmäßig für ben Fall der vorangegangenen Borunter: suchung (§ 196) wie für ben ber unmittelbaren Anklageerhebung (§ 197); in Betreif bes erneren vgl. noch § 206.
- 2. a. Das Gericht ift namentlich binfichtlich ber ftrafrechtlichen Qualifigirung ber Ihat an bie in ber Anklageschrift vertretene Auffassung nicht gebunden. Dasselbe kann also bas hauptverfahren auf Grund eines anderen Strafgesetes als bes in ber Anklageschrift bezeichneten eröffnen, 3. B. die That statt als Diebstahl als Unterschlagung qualifiziren; es kann ferner Thatumstände. welche in ber Anklageschrift als genügend bewiesen angeseben find, für unbewiesen auseben, alio 3. B. in ber That nicht einen Raub, sondern nur einen Diebstahl finden; es kann aber auch um: gefehrt auf Grund ber Aften (vgl. § 201 Rote 4) Thatumftande bingunehmen, welche feitens ber Staatsanwalticaft als nicht genügend bewiefen übergangen worben find, und es tann auf biefe Beife bahin gelangen, in ber vorliegenben That ein Delift ichwererer Art als ber in ber Antlagefcrift bezeichneten zu finden. Das beschließende Gericht ift zur Umgestaltung ber Rlage in gang bemfelben Mage befugt wie bas erfennenbe (§ 263). Bon praktifcher Bichtigkeit ift biefe Befugniß bes befcließenben Gerichts allerbings nur in ben Fallen, in benen bie Beranberung ber Qualifizirung auch eine Beranberung ber fachlichen Buftanbigteit zur Kolge bat, fo bag event. bas hauptverfahren vor einem anberen Gericht als bem in ber Antlageschrift bezeichneten zu eröffnen ift (vgl. § 207). In anderen gallen wird zwedmäßig bie Erlebigung einer bie Qualifigirung betreffenben Meinungsverschiebenheit bem ertennenben Gericht vorbehalten bleiben, jumal biejes wieberum nicht an ben Eröffnungsbeschluß gebunden ift und also nicht gehindert sein wurde, auf bie in ber Unflageschrift enthaltene Auffassung gurudzufommen.
- b. Benn bas Gericht einen in ber Antlageschrift hervorgehobenen Thatbestand ausscheibet und bemzufolge bie That milber (3. B. ftatt als Rand nur als Diebstahl, ftatt als Mord nur

Digitized by GOOGIC

§. 205.

In bem Beschlusse, burch welchen das Hauptverfahren eröffnet wird, ist bie bem Angeklagten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesehlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesets, sowie das Gericht zu bezeichnen, vor welchem die Hauptverhandlung stattfinden soll.

Das Gericht hat zugleich von Amtswegen über die Anordnung ober Fortbauer ber Untersuchungshaft zu beschließen.

(I. Entm. §§ 160, 164; II. Entm. § 165; III. Entm. § 169.)

- als Tobtichlag qualifizirt, so barf es nicht einen Einstellungsbeichluß hinsichtlich ber schweren Cualifikation erlassen; eine solche theilweise Einstellung wäre gegenüber ber Besugniß bes erkennenben Gerichts, ben ausgeschiebenen Thatumftanb bennoch als bewiesen anzusehen, unwirksaun unb bebentungslos und ebendeshalb zugleich sehlerhaft: RGer. III. 15. Apr. 82 (Ripr. IV. 325); vgl. Note 29. g. a. zu Buch 2 Abschu. 1 sowie § 263. Ganz basselbe gilt in bem Falle, wenn die Anklageschrift die That unter zwei Strafgesetz subsumirt (ibeale Konkurrenz: StGB. § 73), das beschließende Gericht aber nur das eine Strasgesetz für anwendbar hält und bemgemäß die andere Qualifikation der That ausscheibet. Bgl. bagegen in Betreff der realen Konkurrenz: § 202 Note 1. b.
- 3. Der Umstand, daß das Gericht in der Qualifizirung der That von der Anklageschrift absweicht, bietet für sich allein der Staatsanwaltschaft keine Beranlassung, die Anklageschrift dem Beschlusse gemäß zu andern. Eine solche Aenderung wäre in der Regel zwecklos, da in der Kauptverhandlung nur der Beschluß, nicht die Anklageschrift verlesen wird (§ 242), die Mittheislung der letzteren an den Angeschuldigten vor der Beschlußfassung ersolgt (§ 199) und von der veränderten Anklageschrift ein für das weitere Bersahren wesentlicher Gebrauch nicht zu machen sein würde. Ausnahmsweise bedarf es jedoch einer Aenderung der Anklageschrift, wenn, abweichend von dieser, die Sache, statt vor das Schössengericht, vor ein Gericht höherer Ordnung verwiesen, demzusolge aber § 198 Abs. 2 und § 199 anwendbar wird (vgl. § 198 Note 9, § 207 Note 6); a. R. Reves S. 52, Stenglein S. 377.
- 1. Der das hauptversahren eröffnende Beschluß (§ 201, vgl. bort Note 2) hat nach bem Gefet eine wesentlich größere Bebeutung als nach bem Entwurfe. Er allein, nicht aber die Anslageschrift, bildet die Grundlage ber hauptverhandlung und nur er kommt in der letzteren zur Berlesung (§ 242). hieraus folgt, daß der Beschluß selbsiftändig die dem Angeklagten zur Langegegte That bezeichnen muß und daß er selbst da, wo er sich in rechtlicher und thatsächlicher sinsicht genau der Aussaffung der Anklageschrift anschließt (was in der großen Mehrzahl der Sachen der Fall sein wird), eine Bezugnahme auf die Anklageschrift nicht enthalten darf (vgl. §§ 168, 205 des Entw.). Die abw. Ansicht des Wer. II. 12. Apr. 81 (Entsch. IV. 77, Ripr. III. 225) sindet sich in späteren Urtheilen nicht mehr vertreten. Uedrigens ist eine heranziehung der Anklageschrift zur Erläuterung des Beschlusses nicht ausgeschlossen; vgl. RGer. II. 8. März 81 (Entsch. III. 406), III. 8. Okt. 83 (Rspr. V. 583), IV. 21. Mai 86 (Rspr. VIII. 377).
- 2. Bon ber Anklageschrift (§ 198) unterscheibet sich ber Eröffnungsbeschluß hinsichtlich seines Inhalts baburch, daß in ihn weber die Ergebnisse ber stattgehabten Ermittelungen noch die Besweismittel aufzunehmen sind. Dagegen muß er gleich ber Anklageschrift die dem Angeklagten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesehlichen Merkmale bezeichnen und es sindet auf ihn das zu § 198 Note 4 Bemerkte entsprechende Anwendung. Hiernach genügt es nicht, die That in der Art zu bezeichnen, daß die Merkmale berselben blos mit den abstrakten Ausbrücken des Gesehes unter Angabe von Zeit und Ort der That in eine Formel zusammengesaht werden, wie dies nach solchen Landesgesehen üblich war, welche die Berlesung der Anklageschrift in der Hauptverhandlung vorschrieben, vielmehr nuß der Beschluß auch die konkreten Thatumstände, in welchen die Merkmale des gesehlichen Thatbestandes gesunden werden, auführen. Er soll den in der Hauptverhandlung mitwirkenden und zur Entscheidung berusenn Wersonen wie auch

- 3. Unter bem anzuwendenden Strafgeseth sind nur biejenigen Bestimmungen zu verstehen, welche ben Begriff bes vorliegenden Delistes und die etwaigen erschwerenden Umstände (vgl. 3. B. SiGB. §§ 242, 267 §§ 243, 244, 268) normiren; beim Versuch, bei der Anstistung und der Beihuse gehören hierher auch die Bestimmungen der §§ 43, 48, 49. Dagegen ersordet der § 205 nicht die Ansührung einer jeden Borschrift, welche bei der Entscheidung neben den vorgedachten Bestimmungen etwa in Berücksigung zu ziehen ist; vgl. RGer. I. 31. März 81 (Entsch. IV. 40), 20. Oft. 81 (Entsch. V. 137). Insbes. bedarf es der Ansührung solcher Bestimmungen nicht, welche nur einen etwa vorliegenden Strasmilberungsgrund (z. B. StGB. § 213) oder nur die zu verhängende Strass (z. B. StGB. §§ 32, 35, 38, 248) betreffen.
- 4. Der Beschluß bebarf, abgesehen von ber Verwersung eines Antrages bes Angeschulbigten (§ 199 Rote 13, 14), ber Angabe von Gründen nicht, und zwar auch dann nicht, wenn er in rechtlicher ober thatsächlicher hinsicht von ber Anklageschrift abweicht. Dies erleibet nur in bem Falle eine Ausnahme, wenn die Verweisung der Sache, abweichend von dem Antrage der Staatsanwaltschaft, vor ein Gericht niederer Ordnung erfolgt: alsdann nuß mit Rücksicht auf die der Staatsanwaltschaft zustehende Beschwerde (§ 209 Abs. 2) aus dem Beschlusse hervorgehen, ob die Abweichung auf thatsächlichen ober auf Rechtsgründen beruht, und es findet bas zu § 202 Rote 3 Bemerkte entsprechende Anwendung. Bgl. serner § 206 Note 2.
- 5. Eine gegen § 205 verstoßenbe Unvollständigkeit bes Beschlusses begründet an sich nicht die Revision; vielmehr kann sie nur dann zur Ausbedung des Urtheils führen, wenn der Angeklagte aus ihr eine Beschränkung der Bertheibigung hergeleitet und das Gericht die dieserhalb von ihm gestellten Anträge auf Vertagung 2c. zu Unrecht abgelehnt hat: RGer. III. 8. Oft. 83 (Nspr. V. 583). A. M. v. Kries in StRZ. V. S. 33, welcher sogar annimmt, daß bei formeller Inkorrektheit des Beschlusses das Gericht das Eintreten in die Hauptverhandlung ablehnen muffe.
- 6. Ueber bas Berhaltniß bes Beschlusses zu bem Urtheil und über bie Zuläsigkeit einer Umgestaltung ber erhobenen Klage f. § 242 Rote 5, a sowie § 263 u. bie Roten bas.
- 7. In Betreff bes Gerichts, vor welchem bie hauptverhandlung ftattfinden foll, vgl. § 207 und Rote 2, 3, 7 baf. Das ju § 198 Note 7 Bemerkte gilt auch hier.
 - 8. In Betreff bes Musbruds "Ungeflagter" f. § 155.
- 9. Die Bebeutung ber Bestimmung bes Abs. 2 liegt hauptsächlich barin, baß, wenn sich ber Angeklagte in haft besindet, das Gericht bei Eröffnung des hauptversahrens nothwendig prüfen muß, ob es gerechtsertigt sei, die haft fortbauern zu lassen; in der Rothwendigkeit dieser Prüfung ist ein wesentlicher Schut bes Angeklagten gegen eine ungebührliche Berlängerung seiner haft enthalten (vgl. § 123). Das Gericht muß einen ausbrücklichen Beschluß darüber erlassen, ob die haft aufrechtzuerhalten oder auszuheben sei. In den Sachen dagegen, in denen sich der Angeklagte auf freiem Fuße besindet, ist ein ausdrücklicher Ausspruch: daß derselbe auch jett nicht zu verhaften, sondern auf freiem Fuße zu besassen seines auf Berhaftung gerichteten Antrages der Staatsanwaltschaft nicht für erforderlich zu erachten, wie denn das Geset überhaupt darin zu weit geht, daß es eine Beschlußnahme über die Anordnung der Hast ausnahmslos für alle Sachen vorschreibt.
 - 10. Bgl. noch § 270 Abf. 2.

§. 206.

Benn von der Staatsanwaltschaft beantragt ist, den Angeschuldigten außer Berfolgung zu setzen, von dem Gerichte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens beschloffen wird, so hat die Staatsanwaltschaft eine dem Beschlusse entsprechende Anklageschrift einzureichen.

Die Bestimmungen des §. 199 sinden hier gleichfalls Anwendung; es ist jedoch die Aufforderung auf die Erklärung zu beschränken, od der Angeklagte die Bornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen wolle.

(I. Entw. § -; II. Entw. § 166; III. Entm. § 169.)

Ru \$ 206.

- 1. Die Bestimmung sest voraus, baß eine Boruntersuchung stattgesunben hat, ba anbernsialls ein Antrag auf Außerversolgsehung bei bem Gericht nicht gestellt werben kann (vgl. § 168 Abs. 2, § 196 u. Rote 1, 3 bas.).
- 2. Auf ben Beschluß findet die Borschrift bes § 205 in vollem Umfange Anwendung. Die Frage: ob berselbe die Gründe enthalten musse, aus benen das Gericht von dem Antrage der Staatsanwaltschaft abgewichen ift, wird zu bejahen sein, da durch den Beschluß ein Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt wird (§ 34) und die letztere eine "dem Beschlusse entsprechenbe" Anklageschrift einreichen soll. Gl. A. Reller S. 243, Dalde S. 135, Puchelt S. 361, Boitus Romm. S. 243 u. Kontr. I. S. 417; a. M. Stenglein S. 380. Uedrigens würde die Staatsanwaltschaft ihrer Pflicht, eine Anklageschrift einzureichen, auch dann nachzusommen haben, wenn das Gericht es unterlassen haben sollte, den Beschluß mit Gründen zu versehen.
- 3. Die nachträglich abgesaßte Antlageschrift hat für bas Gericht keine weitere Bebeutung; ihre Einreichung ift nur mit Rücksicht auf ben Angeklagten, bem sie mitgetheilt wirb, vorgesichrieben (vgl. § 198 Rote 2). Gleichwohl muß bei ber bedingungslosen Fassung bes Abs. 1 die nachträgliche Einreichung einer Antlageschrift auch in den Fällen stattsinden, in denen die Berweisung der Sache vor das Schöffengericht erfolgt ist und also die Mittheilung an den Angestlagten (Note 4) unterbleibt; a. M. Stenglein S. 380.
- 4. In bem hier vorgesehenen galle weicht bas Berfahren von bem in f 199 georbneten wesentlich ab, und ber bem letteren S ju Grunde liegenbe Gebanke ift nur in geringem Mage verwirklicht: bie Auhörung bes Angeschulbigten vor ber Beschluffassung beg Gerichts tann nicht nattfinden, ba ein gegen ben Angefdulbigten gerichteter Antrag ber Staatsanwalticaft, welcher bemfelben mitgetheilt werben tonnte, nicht vorhanden ift. Es wird alfo gwar bie nachtraglich ein= gereichte Anklageschrift bem Angeschulbigten mitgetheilt, insosern bies in ber vorliegenden Sache nach Rafgabe bes § 199 (vgl. bort Abs. 4 u. Rote 2. a) nothwendig ift; ber Zweck biefer Dit= ibeilung ift jeboch nur ber: bem Angeschulbigten Gelegenheit jur Stellung von Bemeisantragen behuis ber befferen Borbereitung feiner Bertheibigung ju geben. Ginmenbungen gegen bie Eröffnung bes Sauptverfahrens fann ber Angeschulbigte nicht mehr vorbringen, ba biefelbe bereits bejaloffen und bas Gericht nicht befugt ift, seinen Gröffnungsbeschluß wieber aufzuheben ober auch nut ju mobifiziren. Gine folde Befugniß fteht bem Gerichte auch bann nicht ju, wenn bie etwaigen, auf ben Antrag bes Angeschulbigten vorgenommenen Beweißerhebungen ein Ergebniß haben, welches ben Beidlug in rechtlicher ober thatfachlicher Sinficht als nicht gutreffent ober als nicht ericoppfend ericeinen lagt; biefes Ergebnig tann erft por bem ertennenben Bericht weitere Berudfichtigung finden. Gl. A. v. Schwarze S. 370, Reller S. 244, Thilo S. 231, v. Bombard 5. 149, Stenglein S. 380, Glafer II. S. 440; a. M. Meves S. 48, Boitus Rontr. I. S. 417.
- 5. Dem Angeklagten wird mit ber Anklageschrift jugleich ber Eröffnungsbeichluß juzustellen sein, ba er auf diese Beise über die Lage ber Sache unterrichtet wird und erfährt, weshalb die sonft gegen die Anklageschrift julafsigen Ginwendungen ihm nicht justehen. GI. A. Reller S. 244.
 - 6. Die Antrage bes Angeklagten, welche bie Erhebung von Beweisen in ber Sauptverlime, Strafprozesordnung. 5. Auflage.

§. 207.

Das Landgericht kann das Hauptverfahren vor den erkennenden Gerichten jeder Ordnung, nicht aber vor dem Reichsgericht eröffnen. Erachtet das Landgericht die Zuständigkeit des Reichsgerichts für begründet, so legt es die Akten durch Vermittelung der Staatsanwaltschaft diesem Gerichte zur Entscheidung vor.

Sbenso hat der Amtsrichter, wenn er findet, daß eine bei ihm eingereichte Sache die Zuständigkeit des Schöffengerichts übersteige, die Akten durch Bermittelung der Staatsanwaltschaft dem Landgerichte zur Entscheidung vorzulegen.

(f. Cutm. § -; II. Cutm. § 167; ItI. Cutm. § 170.)

hanblung betreffen (§ 218), stehen hier nicht in Frage; es handelt sich hier vielmehr um Beweiserhebungen, welche ber Angeklagte noch vor ber Hauptverhandlung vorgenommen wissen will. Der Angeklagte muß, wenn er berartige Anträge stellt, das Interesse angeben, welches er dann hat, daß die beantragte Beweiserhebung nicht erst in der Hauptverhandlung ersolge, (a. M. Stenglein S. 381); er kann also z. B. geltend machen: daß der Berlust des betr. Beweismittels zu bessorgen sei, oder: daß sich aus der Beweiserhebung das Borhandensein noch weiterer, zur Hauptverhandlung herbeizuschaftender Beweismittel ergeben werde, oder: daß die Hauptverhandlung behus der Bermeidung einer bemnächstigen Bertagung noch einer weiteren Borbereitung bedurfe zu Selbstwerständlich hat das Gericht nicht blos über die Erheblichkeit des betr. Beweises überhaupt, sondern auch darüber, ob die Erhebung besselchen sche Erheblichkeit des betr. Beweises überhaupt, sondern auch darüber, ob die Erhebung besselchen su beschließen. Eine Ansechung des Beschlusses sindet nicht statt (vgl. § 199 Abs. 3).

- 7. Birb bem Antrage bes Angeklagten stattgegeben, so erfolgt die Beweiserhebung burch einen beauftragten ober ersuchten Richter; bem Untersuchungsrichter als solchem liegt sie nicht ob, ba sich die Sache bereits im Stabium bes hauptversahrens besindet. Aus demzielben Grunde ist hinsichtlich der Berechtigung der Prozesbetheiligten zur Anwesen heit bei der Beweiserhebung nicht der § 191, sondern der § 223 als anwendbar auzusehen, selbst wenn die Wiederholung des betr. Beweisaktes in der hauptverhandlung zu erwarten steht; a. M. Keller S. 244, Glaser II. S. 441.
- 1. Der S handelt von ber fachlichen Buftanbigkeit zur Eröffnung bes hauptverfahrens und findet sowohl auf ben Fall ber vorausgegangenen Boruntersuchung wie auf ben ber unmittelbaren Anklageerhebung Anwendung. Die örtliche Zuständigkeit wird hierbei als begrundet vorausgesett: ift im Bezirk bes beschließenden Gerichts ein Gerichtsstand nicht begrundet, so muß basselbe sich auf die Erlassung einer Unzuständigkeitserklarung beschränken; vgl. jedoch § 196 Rote 4.
- 2. a. Der Regel nach erfolgt bie Eröffnung bes hauptverfahrens in ichöffengerichtlichen Sachen burch ben Amtörichter (GBG. § 30 Abf. 2), in landgerichtlichen und in schwurgerichtlichen Sachen burch bas Landgericht (bie Straftammer: GBG. § 72), in reichsgerichtlichen Sachen durch bas Reichsgericht (ben ersten Straffenat: GBG. § 138 Abs. 1). Bon bieser Regel stellt nun § 207 behufs ber Bereinfachung bes Berfahrens und ber Bermeibung von negativen Buftanbigleitsfireiten (val. Note 2, b zum Buch 1 Abschn, 1) eine Abweichung auf, indem er grundsätlich das mit der Sache befaßte Gericht boberer Orbnung fur befugt erflart, bas hauptverfahren auch vor ben ju feinem Begirt gehörigen Gerichten nieberer Orbnung ju eröffnen. Ausbrudlich ausgesprocen ift bies amar nur in Betreff bes Lanbgerichts; inbeft muß bas Gleiche auch für bas Reichsgericht gelten. Bunachft ericeint es nicht zweifelhaft, bag bas Reichsgericht, wenn es in bem in Sat 2 bezeichneten Salle bie Anficht bes Lanbgerichts fur unrichtig balt, fic nicht auf eine Ablehnung ober UnzuftanbigteitBerklarung beschränken barf, sonbern bas Sauptverfahren vor bem von ihm für justanbig erachteten Gericht eröffnen muß: benn anberenfalls murbe bier berjenige negative Buftanbigfeitsftreit eintreten tonnen, melden bas Befet gerabe ausfoliegen will und fur beffen Befeitigung überbies jebes gefetliche Mittel fehlen murbe. Rolgerichtig muß aber bas gleiche Berfahren auch in bem anberen Falle Plat greifen wenn bas Reichs-

Digitized by GOOGIC

gericht nach Abschluß einer bei ihm anhängig gewesenen Boruntersuchung (§ 184) finbet, daß die That leine zu seiner Zuständigkeit gehörige sei. Dieser Ausicht entspricht die Praxis des RGer.; vgl. F. 29. Juli 80 und I. 20. Sept. 80 (Rspr. II. 219).

- b. Durch bie seitens bes Gerichts höherer Ordnung beschlossene Eröffnung bes hauptverziahrens wird bas für zuständig erachtete Gericht niederer Ordnung in gleicher Beise mit ber Sache befaßt, wie wenn die Eröffnung auf dem regelmäßigen Bege (a) erfolgt ware. Das lettgezdachte Gericht muß sich somit der hauptverhandlung unterziehen, sollte es auch sich selbst für unzuständig halten. In der hauptverhandlung bagegen ift dasselbe nicht gehindert, sich für unzuständig zu erklaren, wenn die Boraussepungen des § 270 vorliegen.
- 3. a. Das Landgericht tann in folgenden Fällen in die Lage tommen, bas hauptverfahren vor bem (örtlich justandigen) Schöffengericht zu eröffnen (bie Sache vor bas Schöffengericht zu verweisen):
- a. wenn nach geführter Boruntersuchung bie That fich als eine solche barftellt, welche jur Buftanbigkeit bes Schöffengerichts gehört, wie z. B. wenn fich ergiebt, bag nicht, wie bei Eröffnung ber Boruntersuchung angenommen worben, ein Raub, sonbern nur ein Diebstahl (vgl. BBG. § 27 Rr. 4) vorliegt;
- 3. wenn im Falle ber unmittelbar erhobenen Anklage (§ 197) bas Landgericht, abweichend von ber Ansicht ber Staatsanwaltschaft (vgl. § 201 Rote 4, § 204), die That als eine solche qualifizirt, welche zur Zuständigkeit bes Schöffengerichts gehört. Bon diesem Falle ist ber andere Fall zu unterscheiden, wenn die Sache schon nach Inhalt ber Anklageschrift eine schöffengerichtliche und die Anklage nur irrthumlich, b. h. auf Grund einer unrichtigen Aufsisssung ber Zuständigkeitsnormen, bei dem Landgericht erhoben worden ist. In einem derartigen Falle wurde das Landgericht nicht das hauptversahren vor dem Schöffengericht zu eröffnen, vielsmehr die Beschlußnahme wegen Unzuständigkeit abzulehnen haben, da hier für dasselbe jeder gesetzliche Anlaß sehlt, auf die Sache selbst einzugehen (a. M. Stenglein S. 382);
- y. wenn ber Amtsrichter gemäß § 207 Abs. 2 bie Sache bem Landgericht vorgelegt hat, biefes aber ber Anficht besselben nicht beitritt.
- b. Bericieben von ber vorstebenb (a) gebachten Eröffnung bes hauptverfahrens vor bem Schöffengericht ift bie Ueberweifung einer landgerichtlichen Straffache an biefes Gericht; hierüber f. BBG. § 75 u. bie Roten bas.
- 4. Bei ber in Abs. 1 Sat 2 und in Abs. 2 behandelten Borlegung ber Akten an das Gericht höherer Ordnung ist eine ausdrückliche Unzuständigkeitserklärung seitens des Gerichts niebeter Ordnung nicht zu erlassen; wohl aber wird das lettere Gericht behus der Insormation bes ersteren die Gründe, aus denen es sich für unzuständig hält, anzugeben haben, sosern dieselben sich nicht ohne Weiteres aus den Anträgen der Staatsanwaltschaft ergeben.
- 5. Wenn ber Amtkrichter findet, daß die ihm vorgelegte Sache an sich nicht zur Zuständig = feit bes Schöffengerichts gehört, so muß er gemäß Abs. 2 versahren, auch wenn sich voraussehen läßt, daß das Landgericht die Sache auf Grund des § 75 bes GBG. dem Schöffengericht über-weisen werbe.
- 6. Findet im Falle bes Abs. 2 bas Landgericht, daß die Sache zu seiner Zuständigkeit gehöre und auch eine Ueberweisung an das Schössengericht (GBG. § 75) nicht angemessen sei, so muß es zwörberft die Staatsanwaltschaft zu einer dem § 198 Abs. 2 entsprechenden Aenderung der Anstlageschrift veranlassen, und demnächst muß, bevor die Erössnung des Hauptversahrens beschlossen werden kann, gemäß § 199 versahren werden; so: RGer. III. 25/26. Ost. 82 (Rspr. IV. 767), woselbst übrigens ausgesprochen ist, daß auf einen bezüglichen Berstoß die Revision nicht gegründet werden könne, wenn der Angeklagte ihn vor dem erkennenden Gericht nicht geltend gemacht hat. Bgl. § 198 Note 9, § 199 Note 2. a.
- 7. a. hat die Borunterfuchung mehrere, mit einander jusammenhängende Strafs fachen (§ 3) jum Gegenstande gehabt, und gehören bieselben, wie fie fich nach bem Ergebniß ber Boruntersuchung barftellen, einzeln betrachtet jur Zuftandigfeit von Gerichten verschiebener Ordnung, so hat bas Gericht, welches bie Eröffnung bes hauptverfahrens beschließt, jugleich über bie

Digitize**31**, GOOGLE

§. 208.

Betraf bas Vorversahren mehrere berselben Person zur Last gelegte strasbare Handlungen, und erscheint für die Straszumessung die Feststellung des einen oder des anderen Straffalles unwesentlich, so kann das Gericht auf Antrag der Staatsamwaltschaft beschließen, daß in Ansehung eines solchen das Verfahren vorläufig einzustellen sei:

Die Aushebung des Einstellungsbeschlusses kann binnen einer Frist von drei Monaten nach Rechtskraft des Urtheils von der Staatsanwaltschaft beantragt werden, wenn nicht Verjährung eingetreten ist.

(I. Entw. § 162; II. Entw. § 169; III. Entw. § 172.)

Angemessenheit ber ferneren Berbinbung ber Sachen zu befinden. Soweit die Aufrechthaltung ber Berbindung beschlossen wird, werden die verdundenen Sachen sammtlich vor dasjenige
erkennende Gericht verwiesen, welches für den schwersten Straffall zuständig ist (§ 2). Soweit eine Trennung stattsindet, eröffnet das beschließende Gericht das Hauptversahren vor den für die
einzelnen Sachen zuständigen Gerichten. Dasselbe gilt, wenn in Betreff besienigen Straffalles,
welcher die Zuständigkeit des Gerichts höherer Ordnung begründet haben würde, die Außerverfolgsehung (§ 202) eintritt und demnach nur solche Straffälle übrig bleiben, welche zur Zustänbigkeit eines Gerichts niederer Ordnung gehören. In dieser Beise versährt auch das Riet. nach
bem Abschluß reichsgerichtlicher Boruntersuchungen; vol. Rote 2. a (Schluß).

b. Im Falle ber unmittelbaren Erhebung einer Anklage, welche sowohl landgerichtliche wie schöffengerichtliche Strassachen umsaßt, verhält es sich insosern anders, als hier bas Landgericht, wenn es die Abtrennung einer schöffengerichtlichen Sache für angemessen halt, eben nur diese Abtrennung anzuordnen hat, ohne barüber zu entscheiden, ob in der abgetrennten Sache bas hauptversahren vor dem Schöffengericht zu eröffnen sei oder nicht (vgl. § 2 Rote 8 sowie oben Rote 3. a. 3). Die Eröffnung des hauptversahrens durch das Landgericht selbst und die Berweisung der abgetrennten Sache vor das Schöffengericht erscheint hier, wenn auch nicht unstatthaft, so doch unangemessen, zumal in manchen Fällen durch ein derartiges Bersahren der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit entzogen werden würde, die schöffengerichtliche Sache auf einem vom Geset zugelassene einsacheren Wege (vgl. insbes. §§ 447 ss.) zur Erledigung zu bringen.

3u # 208.

Զս Ջել. 1.

1. In ben Dot. S. 175 wird gefagt: Durch bie Bestimmung "foll einer unnöthigen Baufung von Antlagen gegen eine und biefelbe Beifon vorgebeugt werben. Benn beifpielsweise ber eines Mordes Beschulbigte fich auch eines Diebstahls ober einer Unterschlagung, die mit jenem Berbrechen nicht im Busammenhange stehen, schulbig gemacht hat, so wird es, falls er wegen bes erfigebachten Berbrechens verurtheilt wirb, auf bie Aburtheilung biefer Bergeben nicht antommen, und bie Ausbehnung ber hauptverhanblung auf fie murbe vielleicht, jumal wenn bie Beweisführung feine einfache ift, eine nuplofe Beiterung und Erichwerung bes Berfahrens barftellen. Daffelbe wird bann gelten, wenn Jemand eine große Bahl gleichartiger Delitte, 3. B. Diebftable, begangen bat; auch bier wird es fur bie Abmeffung ber Gefammtftrafe haufig gleichgultig fein, ob jeber einzelne Straffall zum Gegenstand ber Anklage gemacht ober bie lettere auf eine gewiffe Zahl berfelben ober auf die erheblichsten beichrantt wird." - Uebrigens fest, wie hierzu zu bemerten ift, die Beftimmung teineswegs nur ben gall einer zu verhängenben Gefammtftrafe voraus; es tommt vielmehr nur barauf an, ob ber eine ober ber anbere Straffall für bie Strafverbangung unwefente lich ericheint. Sonach tann bie vorläufige Einstellung namentlich auch in Ansehung einer mit einem Berbrechen ober Bergeben fonkurrirenben Uebertretung erfolgen, obwohl event. auf Die durch biefe verwirfte Strafe nach SS 77, 78 bes SiGB. gefonbert erfannt werben mußte. Die Rich: tigkeit biefer Anficht erhellt auch aus ben Mot. felbst, insofern biefelben nämlich als Beispielsjall bie Konfurreng eines Morbes und eines Diebstahls ermahnen, in welchem Salle eine Gefammtprafe (§ 74 bes SiBB.) nicht eintreten fann. Digitized by Google

- 2. Der Entw. (§ 172) fprach nidt von bem "Borverfahren" im Allgemeinen, fonbern nur von ber Boruntersuchung; bie RER. (Brot. S. 327 ff.) bagegen hat burch bie von ihr befoloffene Aenderung die Bestimmung auch auf bas Borbereitungsverfahren ausgebehnt. Man hat es einerseits fur nothwendig erachtet, die Uebergebung einzelner unwesentlicher Straffalle auch ba jujulaffen, mo eine Boruntersuchung nicht ftattgefunden bat, andererseits aber bat man megen bes aufgenommenen Legalitätspringips (§ 152 Abf. 2) bie Staatsanwaltichaft nicht fur befugt erflaren wollen, lediglich auf Grund ihrer eigenen Entschliegung bie Berfolgung einzelner Straffalle qu unterlaffen. Das Richtige mare freilich gemejen, bier eine Ausnahme von bem Legalitätspringip aufjuftellen; benn bie Bestimmung, wie fie jest lautet, fuhrt zu eigenthumlichen Ronfequengen. welche die RER. augenscheinlich nicht vorhergesehen hat. Da nämlich von einer gerichtlich zu beichliegenben porlaufigen Ginftellung bes Berfahrens nur bann bie Rebe fein tann, wenn bas Bericht burd bie Erbebung ber öffentlichen Rlage mit bem betr. Straffalle befaft ift, fo bleibt Mangels einer Boruntersuchung für die Staatsanwaltschaft nichts übrig, als diejenigen Straffälle, bezüglich beren fie bie porlaufige Ginftellung beantragt, in bie Anflagefdrift (§ 197) mit aufzunehmen. . A. Buchelt S. 363, Reller S. 246, Glafer I. S. 223, Geper S. 655; a. D. Boitus Romm. S. 245 u. Rontr. II. S. 224, Dalde S. 137, Fuchs in B.B. II. S. 40 ff., Stenglein S. 383 (beren Argumente jeboch nur bie Unangemeffenbeit ber Bestimmung bemeifen).
- 3. Rur auf Antrag ber Staatsanwaltschaft tann bas Gericht bie vorläufige Einzstellung beschließen. Ueber ben gestellten Antrag entscheibet es nach freiem Ermessen. Birb nach geführter Boruntersuchung ein berartiger Antrag gestellt, vom Gericht jedoch nicht für bezgründet erachtet, so wird basselbe, anstatt sogleich die Eröffnung bes hauptverfahrens in dem betr. Buntte zu beschließen, zunächst nur die Staatsanwaltschaft zur Einreichung bezw. Ausbehnung ber Anklageschrift aufzufordern und bemnächst auch in diesem Punkte wiederum nach § 199 zu verziahren haben, da das in § 206 vorgesehene Bersahren nur anwendbar ift, wenn der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Anherverfolgsehung lautet. A. M. Keller S. 247, Stenglein S. 384; vgl. dagegen Glaser II. S. 435.
- 4. Die vorläufige Einstellung ift nicht blos bann julässig, wenn bie verschiebenen Straffälle gleichzeitig bem Gericht jur Beschlußfassung vorliegen; vielmehr kann auch bann, wenn bie Erzössung bes hauptversahrens wegen bes einen Straffalles bereits erfolgt ift, bie Staatsanwaltschaft einen anberen Straffall bem Gericht, welches ben Beschluß erlassen ift, mit bem Antrage vorlegen, bie vorläufige Einstellung bes Berfahrens zu beschließen. Die Zulässigkeit eines solchen nachträglichen Einstellungsbeschlusses hört jeboch auf, sobalb in bem eröffneten hauptversahren bas Urtheil ergangen ist; benn alsbann kann von einer vor läufigen Einstellung, wie sie § 208 vorsieht, nicht mehr bie Rebe sein. Gl. A. Geger S. 655; a. M. Keller S. 247, theilw. auch Stenglein S. 385.
- 5. In Anfehung eines Straffalles, wegen beffen bereits bas hauptverfahren eröffnet ift, ift bie Erlaffung eines Einstellungsbeschlusses nicht ftatthaft, follten auch nachträglich anbere ihwerere Straffalle hinzugekommen fein, welche bie Aburtheilung bes erstgebachten als für bie Strafe unwefentlich erscheinen laffen.
 - Bu Abj. 2.
- 6. Die Aufhebung bes Einstellungsbeschulfes kann niemals von Amtswegen, ionbern nur auf Antrag ber Staatsanwaltschaft erfolgen. Der (rechtzeitig gestellte) Antrag kann von bem Gericht nicht abgelehnt werben, insbes. auch nicht aus bem Grunde, weil eine wesentliche Ethöhung 2c. der Strafe nicht zu erwarten stehe (a. M. Stenglein S. 384, Glaser II. S. 436). Sonach hängt die Wiederausnahme des Versahrens lediglich von der Staatsanwaltschaft ab; das Gericht hat selbst da kein Mittel, die Staatsanwaltschaft zur Antragstellung anzuhalten, wo dieselbe durch Unterlassung bes Autrages sich einer Pflichtwidrigkeit (Note 7) schuldig machen würde.
- 7. Ift ber Angeklagte bezüglich ber jum hauptverfahren gebrachten Straffalle völlig freigesprochen, so ift es Pflicht ber Staatsanwaltschaft, die Aushebung bes Einstellungsbeschlusses zu beantragen, ba bie Boraussehung bes letteren burch bie Freisprechung hinfällig geworben ist. Ift eine Berurtheilung erfolgt, so hat die Staatsanwaltschaft mit Rücksicht auf die Art und

§. 209.

Der Beschluß, burch welchen bas Hauptverfahren eröffnet worben ift, fann von bem Angeklagten nicht angefochten werben.

Gegen ben Beschluß, burch welchen bie Eröffnung bes Hauptversahrens abgelehnt ober abweichend von bem Antrage ber Staatsanwaltschaft bie Verweisung an ein Gericht nieberer Ordnung ausgesprochen worben ist, sieht ber Staatsanwaltschaft bie sofortige Beschwerbe zu.

(I Entm. §§ 166, 167; II. Entm. § 170; III. Entm. § 173.)

bie Sohe ber erfaunten Strafe zu ermagen, ob neben biefer bie muthmaglich noch zu erzielenbe aubere Strafe als mefentlich ober unmefentlich zu betrachten ift.

8. Der Antrag auf Bieberaufhebung bes Einstellungsbeschlusses ift an eine breimonatliche Frift gefnüpft, bamit ber Angeschulbigte nicht auf langere Zeit hinaus über bas ihm etwa noch brobenbe Strafübel in Ungewißheit verbleibe. Ift ber Antrag innerhalb ber Frift nicht gestellt worben, so ift in Ansehung ber von bem Einstellungsbeschlusse betroffenen Straffalle bie Straftlage erloschen: bieselben werben als abgeurtheilt angesehen; wgl. Note 29. c zu Abschn. 1.

9. Die Staatsanwaltschaft kann ben Antrag auch schon por Eintritt ber Rechtskraft bes ergangenen Urtheils fiellen, sobalb eine Aenberung bes letteren zu Ungunften bes Angeschul-

bigten (vgl. §§ 372, 398 Abf. 2) nicht mehr ftatthaft ift.

10. Durch bie Borte: "wenn nicht Berjährung eingetreten" ift ausgesprochen, daß bie Berjährung von ber in Folge bes Einstellungsbeschlusse eintretenben Aussetzung bes Berfahrens nicht berührt wird, daß also schon von ber Erlassung bes Beschlusses ab (welcher eine bie Berjährung unterbrechenbe richterliche handlung im Sinne bes StBB. 568 barstellt: Binding hbb. I. S. 852) eine neue Berjährung beginnt. Eine berartige Regelung ber Sach ist freilich keineswegs angemessen, und es ware richtiger gewesen, analog dem in 569 bes StBB. behandelten Falle die Berjährung einstweilen ruben zu lassen. Denn selbstverständlich darf die Staatsanwaltichait nicht rubig zusehen, wie die Berjährung zu Ende geht; sie muß vielmehr ersorderlichensalls eine die Unterbrechung bewirkende richterliche handlung herbeisühren, und sie wird also, da andere richterliche handlungen nicht immer in Antrag zu bringen sein werden, disweilen genöthigt sein, die Aussehung des Einstellungsbeschlusses schon vor der Aburtheilung der übrigen Strassälle zu beantragen. Ein solcher vorzeitiger Antrag muß für zulässig erachtet werden und das Gericht wird ihm siattgeben müssen, wenn es anerkennt, daß anderensalls die Berjährung nicht abzuwenden sei. Uedrigens wird die Geschr der Berjährung, mit Rücksicht auf die in § 67 des StBB. bestimmten Fristen, füglich nur bei Uedertretungen eintreten können.

Bu § 209.

1. Der S enthält eine Spezialvorschrift gegenüber ber bie Beschwerbe betreffenden allgemeinen Bestimmung bes § 346 (vgl. unten Note 8). Daß er bie Ansechtbarkeit bes bas haupt: versahren eröffnenden Beschlusses wesentlich anders regelt als biejenige bes Ginftellungsbeschlusses, beruht auf ber Berschieben heit ber Bebeutung und Birkung beiber Beschlusse: ber Gröffnungsbeschluß hat nur zur Folge, daß die Sache zur mundlichen Berhandlung gelangt, der Ginstellungsbeschluß bagegen wird in der Regel thatsächlich die Bedeutung eines Urtheils (vgl. § 210) haben (Mot. S. 175, 176).

2. a. Die Bestimmung bes Abs. 1 erleibet eine Einsch rankung burch biejenige bes § 199 Abs. 3; vgl. bort Note 14. Insoweit banach bem Angeklagten bie sofortige Beschwerbe zusieht,

findet auch § 338 Abf. 2 Anmenbung.

b. Auf ben mit bem Gröffnungsbefclusse verbunbenen Beschluß über bie Untersuchungshaft (§ 205 Abs. 2) findet die Borschrift nicht Anwendung; dieser Beschluß ift in allen Fallen mit ber (frifilosen) Beschwerbe ansechtbar, wie er ja auch von bem beschließenden Gericht selbste jederzeit wieder geandert werden kann.

3. a. Bon ber Staatsanmalticaft tann, wie fich aus bem Busammenhange ber beiben Abfate bes & ergiebt, ber bas hauptverfahren eröffnenbe Beidlug nicht zu bem Zwede ans

gefochten werben, bamit ein Ginftellungsbefchluß (SS 202, 203) erlaffen werbe; bies gilt auch bann, wenn bie Eröffnung bes Sauptverfahrens gegen ben Antrag ber Staatsanwalticaft (§ 206) befoloffen ift. Diefe Ungulaffigfeit ber Anfechtung fest aber voraus, bag bas Gericht bei ber Beichlugfaffung feine gefehlichen Befugniffe nicht überfdritten bat; im Ralle einer folden Ueberjoreitung murbe bie Staatsanwaltichaft fur befugt ju erachten fein, ben Befolug burch fofortige Befdwerbe angufechten. Dies murbe j. B. bann gelten, wenn bas Gericht bas hauptverfahren wegen eines nicht jum Gegenstande ber Rlage gemachten Straffalles ober gegen eine von ber Staatsanwaltichaft nicht angeschulbigte Berson (vgl. § 196 Rote 3, § 197 Rote 4), ober wenn es baffelbe gegen eine feiner Gerichtsbarfeit nicht unterworfene Berfon eröffnet batte (a. D. beg. bes zweiten galles: DleGer. München 14. Apr. 82, Entich. biefes Ger. II. S. 128). - Die Staatsanwaltichaft tann ben Eroffnungsbeichluß auch nicht beshalb anfechten, weil bas Gericht bie That an bers, als bies in ber Anklageschrift geschehen, qualifizirt hat; fie tann ihre abweichenbe Anficht in ber hauptverhandlung geltend machen; vgl. Rer. III. 15. Apr. 82 (Ripr. 1V. 326). — Uebrigens geben bie Anfichten ber Schriftfteller über bas Befcmerberecht ber Staats: anwaltichaft febr auseinander; Reller S. 249, Buchelt S. 365, Stenglein S. 386 erfennen baf. jelbe ausichlieflich fur bie in Abs. 2 bezeichneten galle an, mahrend Dalde S. 139, Thilo S. 230, Boitus Romm S. 243 u. Fuchs in B.B. II. S. 46 ber Staatsanwaltschaft bie Beschwerbe in weiterem Umfange gemahren wollen. Das Rabere f. bei Boitus Rontr. I. G. 275 ff.; vgl. auch Glajer II. S. 445, Lamm, Bejdmerbe S. 16.

b. hat bas Gericht, abweichenb von bem Antrage ber Staatsanwaltschaft, die Sache vor ein Gericht niederer Ordnung verwiesen, so steht der Staatsanwaltschaft die soiortige Beschwerde zu; durch die Zulassung bes Rechtsmittels in diesem Falle sollen nuplose hauptverhandlungen und Unzuftändigkeitserklärungen vermieden werben. Es macht keinen Unterschied,
ob die Berweisung auf einer abweichenden Qualifizirung der That oder auf einer abweichenden Auffassung ber Zuständigkeitsnormen beruht, ebensowenig: ob im ersteren Falle die Grunde der
Abweichung rechtlicher oder thatsachlicher Natur sind.

- c. Bgl. GBG. § 75 Rote 18.
- 4. a. Hat bas Gericht die Eröffnung bes hauptversahrens abgelehnt (§ 202), so fann bie Staatsanwaltschaft ben Beschuß nicht anders als mittelft ber sofortigen Beschwerbe (§ 353) anziechten. Da bas Gericht nicht besugt ift, seinen Beschluß zurückzunehmen (vgl. § 352 Abs. 3), so darf auch die Staatsanwaltschaft einen hierauf gerichteten Antrag (Remonstration) nicht stellen; die Andringung eines solchen wurde auf den Lauf der Beschwerdefrist ohne Einstuß sein. Etwas Inderes wäre es, wenn das Gericht in dem Beschlusse den einen oder anderen Straffall oder Angeschuldigten übergangen hätte; in diesem Falle würde die Staatsanwaltschaft die Rachsburgen Beschung des Gerichts, einen nachträglichen Beschluß zu erlassen, und gegenüber einer etwaigen Weigerung des Gerichts, einen nachträglichen Beschluß zu erlassen, würde ihr die fristlose Beschwerde zustehen. Uebrigens würde auch ein derartiger Antrag den Beginn der Beschwerdefrist bezüglich solcher Punkte, dei denen das Gericht die Eröffnung der Berschrens ausschuldlich abgelehnt hat, nicht ausschen, die Staatsanwaltschaft würde also ersorderlichenfalls den Antrag und die Beschwerde nebeneinander andringen müssen.
- b. Die Beschwerbe wird baburch nicht ausgeschlossen, bag bie Ablehnung ber Eröffnung bes hauptversahrens von ber Staatsanwaltschaft selbst beantragt mar; vgl. § 338 Rote 5 DeGer. Dresben 19. Dez. 84 (Annalen bieses Ger. VII. 2).
- c. Die Beschwerbe fann auf rechtliche wie auf thatfächliche Grunde gestütt werben; auch ift bie Anführung neuer Thatfachen ober Beweise in ihr nicht ausgeschloffen, wenn schon für beren Geltenbmachung noch ein anberer Weg (§ 210) gegeben ift. Bgl. bie Roten ju § 346.
- 5. Die Bestimmung bes Abs. 2, nach welcher ber Staatsanwaltschaft bie sosorige Beschwerbe (im Gegensatzu ber friftlosen) zusteht, wurde auch Anwendung finden, wenn das Gericht die in § 208 behandelte vorläufige Ginstellung bes Bersahrens ohne Antrag ber Staatsanwaltschaft, also mit Unrecht, beschlosen hatte; a. D. Keller S. 250 (ber bie fristlose Beschwerbe für zulässig halt). Dagegen erscheint die Bestimmung auf die in § 203 bezeichnete vorläufige

berfelbe fich auf freiem Juge befindet; ein Berhafteter tann fich nicht "freiwillig ftellen"; a. D. Reller S. 253, Puchelt S. 367, Stenglein S. 390.

- 4. In Betreff ber burch eine vorläufige Festnahme veranlagten Borführung bes Beschulbigten f. §§ 127, 128. Geschieht bie Borführung nicht burch ben Amtsanwalt (vgl. § 128 Rote 3), so fann ber Amtsrichter biesen geeignetensalls zum alsbalbigen Erscheinen an ber Gerichtsftelle veranlassen, was Bersahren nach § 211 zu ermöglichen. Die Bestimmungen über bie Bersaftung (§ 128 Abs. 2, § 114) werben von biesem Bersahren nur insosern berührt, als bie Ersassung eines haftbesehls entbehrlich wirb, wenn noch am Tage ber Borsührung bie Urtheilsfällung stattsinbet und bas Urtheil entweber die alsbalbige Freilassung bes Beschulbigten ober den alsbalbigen Antritt einer Freiheitsstrasse (vgl. §§ 481, 482) zur Folge hat; in ben sonstigen Fällen, also insbes. bei Bertagung ber hauptverhandlung, muß ber Amtsrichter einen haftbesehl erlassen, wenn er nicht bie Freilassung bes Borgesührten anordnet.
- 5. Ift nur eine Uebertretung Gegenstand der Berfolgung, so fann der Amtsanwalt bei dem Amtsrichter ben Antrag auf Anderaumung einer Hauptverhandlung stellen, ohne daß er eine Antsageschrift einzureichen braucht (vgl. Note 7). Indeß muß der gedachte Autrag doch immer eine Bezeichnung der That, über welche verhandelt werden soll, enthalten, und bei der Einsachteit der schöffengerechtlichen Anklageschriften (vgl. § 198 Note 4 Schluß) wird er sich daher von einer solchen nicht wesentlich unterscheiben. Die Hauptsache bei dem hier zugelassenn Bersahren ist sonach bie, daß bei Uebertretungen ein sormlicher Eröffnungsbeschluß nicht erlassen werden braucht, der Amtsrichter vielmehr einsach dem Termin zur Hauptverhandlung anderaumt. Dies aber ist auch dann zulässig, wenn der Amtsamwalt eine Anklageschrift eingereicht hat; denn § 21! macht den Begial des Beschlusse nicht von dem Begsall der Anklageschrift abhängig. Sonach kann dei Uebertretungen die Zustellung eines Eröffnungsbeschlusses (§ 214) stels durch die Aufnahme des wesentlichen Inhalts der Anklage in die Ladung ersetz werden.
- 6. Es ift in bas Ermeffen bes Amtsauwalts gestellt, ob er bas in § 211 zugelassent Bersahren ober bas ber regelmäßigen Anklageerhebung (§ 197) mahlen will. Der Angeschulbigte hat kein Biberspruchsrecht. Auch ber Richter ift, die Anwendbarkeit bes § 211 vorausgeseht (Rote 8), nicht besugt, das Bahlrecht bes Amtsanwalts zu beschränken, sollte er auch im vorliegenden Falle das regelmäßige Versahren für das angemessenre halten. Den Amtsanwälten können im Berwaltung swege Borschriften über die handhabung diese Bahlrechts ertheilt werden. Für Preußen vgl. Geschästsanw. s. 28. Aug. 1879 Art. 54—56 (IMBI. S. 276).
- 7. Die Antlage wird bei Beginn der Berhandlung von dem Amtsanwalt mündlich erhoben; hierbei muß berfelbe die dem Beschuldigten zur Last gelegte That in bestimmter Beise bezeichnen. In den Fällen der freiwilligen Stellung oder der Vorsührung muß der wesentliche Inhalt der Anstage durch das Protofoll bergestalt firirt werden, daß kein Zweisel darüber bestehen kann, welche That den Gegenstand der disentlichen Klage und der Aburtheilung bilden soll; es wird also eine Antlagesormel (§ 198 Note 4) in das Protofoll niederzuschreiben sein. Uedrigens ift es auch für zulässig zu erachten, daß der Amtsanwalt eine solche schriftlich überreicht und daß dieselbe dem Protofoll als Beilage einverleibt wird; alsdann genügt die Bezugnahme auf die letztere. Im Kalle der Ladung muß behufs Fixirung des Gegenstandes der Klage die Ladungsurkunde als Beilage des Protofolls behandelt und daß zur Erläuterung derselben etwa Ersorderliche in das Protofoll verzeichnet werden.
- 8. Nach erfolgter munblicher Erhebung ber Rlage hat bas Gericht zunächst zu prufen, ob bie That, wie sie von bem Amtsanwalt bezeichnet ift, zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehört und ob bas eingeschlagene Berfahren zulässig ist; ift dies nicht der Fall, so lehnt das Gericht die Berhandlung der Sache ab, und es liegt sodann dem Amtsanwalt ob, das weitere Versahren auf dem geeigneten Bege zu veranlassen. Anderenfalls tritt das Gericht in die weitere Verhandlung ein, und hierdurch wird es in ganz berselben Beise wie durch einen Eröffnungsbeschluß (§ 201) mit der Sache besaßt; auf die weitere Behandlung der Sache ift die außergewöhnliche Einleitung bes Verfahrens ohne Einstuß. An die Erhebung der Anklage schließt sich, da die Verlesung

Digitized by GOOGLE

Fünfter Abidnitt.

Borbereitung der Sauptverhandlnng.

eines Beschlusses (§ 242) nicht flattfindet, die Bernehmung bes Beschuldigten an. Uebrigens tann im Falle ber Ladung auch gegen ben ausgebliebenen Beschuldigten zur Berhandlung geschritten werben, sofern bie Ersorbernisse bes § 231 Abs. 2 vorhanden find.

9. Ueber bie Einberufung ber Schöffen in bem Falle, wenn bie Anberaumung einer außerorbentlichen Sipung erforberlich wirb, f. GBG. § 48 u. Note 4 bas.

Bu Abf. 2.

- 10. Bgl. § 1 Rote 2. a (Schluß).
- 11. Die Zuziehung ber Schöffen barf nur bann unterbleiben, wenn bie hier bezeichneten vier Boraussehungen (Borführung in Folge einer Festnahme, Berjolgung wegen Uebertretung, Busimmung bes Amtsanwalts, Geständniß) fammtlich zutreffen. Ihr Borhanbensein muß burch
 bas Protofoll konstatir werben. Auf die Zustimmung des Beschulbigten kommt es nicht an. —
 llebrigens ist die Zuziehung der Schöffen in keinem Falle unzulässig; sie ist vielmehr in das Ermessen des Amtsrichters gestellt, so insbes. bann, wenn die Borführung des Beschulbigten im Laufe
 einer Schöffengerichtssigung erfolgt. Umgekehrt wurde die ungerechtsertigte Richtzuziehung der
 Schöffen die Ansechtung des Urtheils nach Maßgabe des § 369 Abs. 2 begründen.
- 12. a. Das Gefet erforbert zwar nicht, bag ber Beschulbigte sich ich ulbig bekenne, sonbern nur, baß er "bie That eingestehe"; bennoch ist nur ein solches Geständniß für genügend zu erachten, welches wenigstens in thatfachlicher binfict einem Sculbbefenntnig gleichfommt. Daber ift bie Mitwirfung ber Schöffen nicht entbehrlich, wenn ber Beschulbigte einen Schulbs ausschließungsgrund (z. B. Ungurechnungsfähigfeit) geltend macht, follte er auch fur feine Behauptung Beweise nicht angeben und dieselben isich ohne Weiteres als unglaubwürdig barstellen (gl. A. Stenglein S. 391; a. D. Reller S. 254). Die ohne Schöffen erfolgende Berurtheilung bes Befdulbigten barf in teinem thatsächlichen Wiberspruch mit ber Erklärung besselben stehen. Selbstverständlich muß bas Geständnig auch alle Merkmale bes Thatbestandes ericoppfen. — Das gegen wird bie Mitwirkung ber Schöffen baburch nicht erforderlich, bag ber Beschuldigte aus rechtlichen Grunben feiner Berurtheilung widerfpricht, fei es, bag er bie Anwendbarteit bes Strafgefetes auf feine handlung bestreitet ober einen Strafaufhebungsgrund (3. B. Berjährung) geltend macht zc. Auch murbe bie Mitwirfung ber Schöffen noch nicht nothwendig werben, wenn etwa ausnahmsweise, 3. B. wegen eines nur bie Strafzumeffung betreffenden Umfanbes, ber Umtsrichter fich veranlagt fanbe, einen Beweiß zu erheben; nur muß biefer fogleich jur Sanb fein, fo baß eine Bertagung nicht erforberlich wird (Stenglein S. 391).
- b. Benn ber Beschulbigte vor ber Urtheilsfällung bas Geständniß gang ober auch nur in einem für ben Thatbestand wesentlichen Puntte wiberruft, so wird bie Zuziehung ber Schöffen ersorberlich.
 - 13. In Betreff ber forft = und Felbrugefachen f. GG. § 3 26. 3.

Bum Fünften Abichnitt.

- 1. Das Geset "bezeichnet wie die Mot. S. 176 bemerken mit dem Ausbrud ""Borsbereitung der Hauptverhandlung" ben Indegriff aller berjenigen Handlungen des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten, welche in den Zeitraum zwischen dem Erlaß der das hauptversahren eröffnenden Entscheidung und dem Beginn der Hauptverhandlung selbst fallen." In diesem Sinne handeln übrigens auch § 231 Abs. 2 und § 232 von der Borbereitung der hauptverhandlung.
- 2. Durch bie Erlassung bes bas hauptversahren eröffnenden Beschlusses (§ 201) ift bie Sache bei bem erkennenben Gericht anhängig geworden; biesem fleht von nun ab die Ausübung ber richterlichen Gewalt zu, jedoch mit ber Maßgabe, baß in schöffengerichtlichen Sachen die vor dem Beginn der hauptverhandlung ersorderlichen Entscheinungen von dem Amtsrichter (GBG. § 30 abs. 2), in schwurgerichtlichen Sachen die vor dem Beginn der Sibungsperiode ersorderlichen von

Digitized by GOOGLE

§. 212.

Der Termin zur Hauptverhandlung wird von dem Borsißenden des Gerichts anberaumt.

(I. Entw. § 169: II. Entw. § 173; III. Entw. § 176.)

ber Straffammer (GBG. § 82, § 99 Abs. 2) zu erlassen sinb. — In landgerichtlichen und schwurzgerichtlichen Sachen stehen auch die außerhalb ber Hauptverhandlung ersorberlichen Entscheidungen
bem Gericht, nicht bem Borsitenben zu, soweit nicht das Geseh sie ausdrücklich bem letteren
allein überträgt (vgl. § 124 Abs. 3 u. Note 11 bas., § 219 Abs. 1, § 222 u. Note 8 bas.). Sonach hat auch das erkennende Gericht bisweilen Beschlüsse in berathenber Situng (vgl. § 33
Note 1. b) zu erlassen. In Betress ber Besehung ber Straffammer vgl. GBG. § 77.

- 3. a. Die StBD. ichweigt barüber, ob nach erfolgter Eröffnung bes hanptverfahrens nothwendig eine Sauptverhandlung ftattfinden muffe und nur in einer folden eine bie Unterfuchung abichließenbe Enticheibung ergeben burfe ober ob in gewiffen gallen bie Ginstellung bes Berfahrens auch in berathenber Sigung befchloffen werben, bie hauptverhanblung also in Begfall kommen konne. Die Ginstellung bes Berfahrens burch einen in berathender Sipung zu erlassenben Beschluß erscheint (abgesehen von bem Kalle bes Tobes bes Augeklagten) ba geboten, wo ein der Straftlage entgegentretendes hinderniß von der Art ift, daß es nicht blos die Berurtheilung, fondern auch die fernere Strafverfolgung, d. h. die Anwendung jeder strafrichterlichen Zwangsgewalt gegen ben Angeklagten (val. insbef. § 235), ungulaffig macht. hierher gehört ber Fall einer eintretenben (zulässigen) Abolition (vgl. CG. S 6 Rote 2, GBG. Tit. 2 Rote 10. b. 13, 17); ferner ber Fall, wenn bie Berfolgung eines Beamten wegen einer amtlichen Sanblung :c. burch eine gemäß § 11 bes GB. 3. GBB. ergebenbe Borenticheibung fur unftatthaft erflart wirb; desgleichen der Fall, wenn sich ergiebt, daß dem besaßten Gericht die Gerichtsbarkeit über den Angeklagten mangelt, 3. B. wegen ber Erterritorialität besselben (val. GBG. 88 18-21) ober wegen seiner Eigenschaft als Militärperson (vgl. StBD. S 6 Note 6). Für statthaft ift alsbalbige Ginfiellung bes Berjahrens auch ju erachten, wenn fich ergiebt, bie bag ber Angeklagte zur Zeit ber That noch nicht zwölf Jahre alt war; benn, wenngleich bie Borichrift bes § 55 bes StBB. unzweifelhaft ber Lehre von ber Zurechnungsfähigkeit angehört, so ift boch die Absicht des Gesehes baneben auch die: baß Kinder unter 12 Jahren nicht vor die Strafgerichte gestellt werben follen. Endlich ift bie Ginstellung bes Berfahrens ber Regel nach auch für ftatthaft zu erachten, wenn bie Burudnahme bes zur Strafverfolgung erforberlichen Antrages erfolgt; bas Rabere fiber biefen fall f. bei § 259. In allen übrigen Fallen aber tann bie bas Sauptverfahren abidliegenbe Enticheibung nur in ber Sauptverhanblung erlaffen werben, und dies gilt insbes. auch dann, wenn sich ergiebt, daß die Strafflage bereits durch Berjährung ober burch rechtskräftige Entscheibung erloschen ist (val. Note 27 ff. zu Buch 2 Abschu. 1). Es mare zwedmaßig gewesen, über bie bier erörterte Frage ausbrudliche Bestimmungen zu treffen, ba ein burchgreisenbes Prinzip kaum aufzustellen sein möchte; bag ein solches nicht aus ber Terminologie bes StBB. ("zu verfolgen", "zu bestrafen", "freizusprechen") zu entnehmen ift, barüber vgl. bef. Frande in Goltb. Arch. XX. S. 22 ff. Uebrigens geben bie Deinungen bier mannigfach außeinanber; vgl. bef. Dalde S. 141, Reller S. 237, Fuchs in Sh. II. S. 52, Puchelt S. 369, Boitus Rontr. I. S. 423, Stenglein S. 386, Glaser II. S. 449, v. Rries in StR3. V. S. 27, v. Risch im GSaal XXXVI. S. 260.
- b. Tritt nach Eröffnung bes hauptverfahrens bie Rothwenbigfeit einer porläufigen Einftellung im Sinne bes § 203 (vgl. bort Rote 2) ein, jo tann biefelbe in berathenber Sigung beichloffen werben. In Betreff ber Abmefenheit bes Angeklagten vgl. noch §§ 331, 336.
- c. In Betreff ber in ber hauptverhanblung zu erlaffenben Enticheibung f. bie Roten gu § 259.

Au § 212.

^{1.} Der Termin zur hauptverhandlung ift fogleich nach Eröffnung bes hauptverfahrens ans zuberaumen, wenn nicht ein besonderer Anlag zu einem Aufschube vorliegt. Ginen folden Anlag

§. 213.

Die zur Hauptverhandlung erforderlichen Labungen und bie Herbeischaffung ber als Beweismittel bienenden Gegenstände bewirkt die Staatsanwaltschaft.

(I. Entm. § 170; II. Entm. § 174; III. Entm. § 177.)

- 3. In ber Befugniß des Borsitenden, ben Termin anzuberaumen, ist auch die weitere Beiugniß enthaltend, benselben auf Antrag ober von Amtswegen zu verlegen, wenn ber Abhaltung der hauptverhandlung an dem bestimmten Tage ein hinderniß (z. B. Krantheit einer geladenen Berson) entgegentritt. Dies gilt jedoch nur unter der Boraussehung, daß die alsbaldige Ausberaumung eines anderen Termines thunlich ist; eine Aussehung des Bersahrens auf unbestimmte Zeit kann nur durch Beschluß des Gerichts erfolgen, zumal in berartigen Fällen das Gericht auch über die zur Feststellung oder zur Beseitigung des betr. hindernisses (vgl. z. B. § 222) etwa zu tressenden Maßregeln zu beschließen haben wird. Die Frage: ob auch zur Ablehnung eines auf Verlegung des Termins gerichteten Antrages der Vorsihende besugt oder hierzu ein Gerichtsbeschußersorberlich sei, ist (abw. von der in den früheren Aust. des Komm. vertretenen Ansicht) in ersterem Sinne zu beantworten; der Antragsteller, der sich durch die Ablehnung beschwert sindet, kann den Antrag in der Hauptverhandlung wiederholeu; so: Stenglein S. 392.
- 4. Die ben Bertheibiger betreffenbe Bestimmung bes § 227 Abf. 2 ift auch auf die Beratagung einer noch nicht begonnenen hauptverhandlung anwendbar; vgl. übrigens Note 4 bas. 3u § 213.
- 1. Bgl. § 36 u. Rote 1 bas. Da § 213 gegenüber bem § 36 Abs. 2 eine Spezialbestimmung enthält, so findet er auch in schössenerichtlichen Strafsachen und auch in bem Bersahren nach § 211 Anwendung, so daß auch der Amtkanwalt Ladungen zur hauptverhandlung zu erzlassen hat. Indeß schließt das Geset die Erlassung der Ladungen durch den Amtkrichter nicht aus. Für Preußen vgl. Geschäftkanw. jür die Amtkanw. v 28. Aug. 1879 Art. 24 Abs. 2 (INBL S. 270).
- 2. Der & gilt für alle amtlich zu erlaffenben Labungen, also nicht blos für biejenigen ber Zeugen und Sachverständigen, sondern auch für die des Angeklagten (§ 215) und des Bertheidigers (§ 217) sowie der sonstigen Prozesteiligten. Bgl. GBG. § 93 Rote 1. Die Staatsanwaltsichterläßt alle Ladungen in eigenem Ramen; das gilt auch von benjenigen, welche richterlich angeordnet (§§ 218, 220) find.
- 3. Der & hanbelt nur von ber Ausführung ber Labungen 2c., nicht von beren Anordnung. Belche Zeugen ober Sachverständige zu laben seien, hat in erster Linie die Staatsanwaltschaft zu ermessen. Sie stellt bei Absassung ber Antlageschrift das Berzeichniß der Beweissmittel auf (§ 198 u. Rote 6 bas.); sie kann aber auch nachträglich jede ihr ersorberlich erscheinende Labung erlassen (§ 221 Abs. 2). Hierbei handelt sie überall aus eigener Entschließung; von einer Zustimmung des Gerichts ist sie in keiner Beise abhängig, vielmehr ist sie bafür, daß bei der Auswahl der Zeugen und Sachverständigen sachgemäß versahren und insbes. nicht unsöchige Ladungen erlassen werden, nur im Dienstausstädberge verantwortlich. Ist der Angeklagte genändig, so kann die Staatsanwaltschaft unter Umständen von der Ladung von Zeugen Abstand nehmen (vol § 243 Rote 2); es wird dies jedoch alsdann in der Anklageschrift ausdrücklich hervorzuheben sein. Das vorstehend von der Ladung der Zeugen und Sachverständigen Gesate sindet auch auf die herbeischafsung and erer Beweismittel (Urtunden 2c.) entsprechende Answendung.
- 4. Rach bem Grundfat bes & hat bie Staatsanwaltichaft auch bie Borführung bes Uns geflagten jur hauptverhandlung (ben Transport 2c.) ju veranlaffen, wenn ber Ungeflagte fich

Digitized by GOOGI

bilbet 3. B. bie Bulaffigfeit ber Beschwerbe gegen ben Eröffnungsbeschluß (§ 199 Rote 14); vgl. ferner § 206 Abs. 2 u. Rote 6 bas., § 222 Rote 9.

^{2.} Unter bem Borfipenben ift berjenige Richter verftanben, welcher in bem erkennenben Gericht (ber Straffammer, bem Schwurgericht) ben Borfit ju fuhren hat, also nicht ber Berichts-vorftanb (ber Prafibent bes Landgerichts) als folder.

§. 214.

Der Beichluß über bie Eröffnung bes Hauptverfahrens ift bem Angeklagten spätestens mit ber Labung augustellen.

(I. Entw. § 171 216f. 2; II. Entw. § 175; III. Entw. § 178.)

§. 215.

Die Labung eines auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten geschieht schrift: lich unter ber Warnung, daß im Falle seines unentschuldigten Ausbleibens seine Berhaftung ober Vorführung erfolgen werbe. Die Warnung kann in den Fällen bes §. 231 unterbleiben.

Die Labung bes nicht auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten erfolgt burch Bekanntmachung bes Termins zur Hauptverhandlung in Gemäßheit bes §. 35. Dabei ist ber Angeklagte zu befragen, ob und welche Antrage er in Bezug auf seine Bertheibigung für die Hauptverhandlung zu stellen habe.

(I. Eutw. §§ 171, 172; II. Entw. § 176; III. Eutw. § 179.)

nicht auf freiem Fuße (§ 35 Rote 13) befindet und bas betreffende Gefangniß nicht etwa unter ber Aufficht bes erkennenben Gerichts (vgl. § 36 Sat 2: "innerer Dienft") fleht.

1. a. Der Befdluß wird bem Angeflagten ichon vor ber Labung juguftellen fein, wenn ber Termin jur hauptverhandlung nicht alsbalb nach erfolgter Gröffnung bes hauptverfahrens auberaumt, bie Bestimmung beffelben vielmehr einstweilen ausgeseht wirb. Bgl. § 212 Rote 1.

b. Ueber bie Wirksamteit eines Bergichtes auf bie Zustellung bes Beschluffes f. bas ju 8 199 Rote 3 Bemerkte.

2. Nach bem Entw. sollte mit ber Zustellung bes Beschlusses stets auch biejenige ber Antlageschrift ersolgen. Diese Borschrift bedurfte nach Aufnahme bes § 199 einer Mobisitation, und die ALR. hatte beshalb bem § 214 einen Abs. 2 bes Inhalts zugeseht: "Dem Beschlusse ift die Anstlageschrift beizusügen, sofern dieselbe nicht schon nach Maßgabe bes § 165. a (jeht 199) bem Ansgestagten mitgetheilt worden ist." Im Reichstage wurde dieser Abs. 2, augenscheinlich vermöge eines Bersehens, gestrichen (Sten. Ber. S. 983 ff.). Sonach ist in benienigen Strafsachen, in benne eine Mittheilung ber Antlageschrift nicht auf Grund der S§ 199, 206 erfolgt, also in den vor den Schössengerichten zu verhandelnden, eine Zustellung der Antlageschrift an den Angestlagten überhaupt nicht vorgeschrieben und bemnach nicht erforderlich. Gl. A. v. Schwarze S. 356, Dalce S. 142, Puchell S. 371, Reller S. 256, Stenglein S. 394; a. M. Thilo S. 241. v. Bomhard S. 155, Juchs in H. I. S. 9, Boitus Kontr. I. S. 155. — Uebrigens muß das in der Antlageschrift enthaltene Berzeich niß der Beweismittel (§ 198 Note 6), wie dies auch aus § 221 Abs. 2 und § 245 erhellt, jedensalls dem Angestagten bekannt gemacht werden, und diese Bekanntmachung kann auch in der Art ersolgen, daß die ganze Antlageschrift dem Angestagten zugestellt wird. Bgl. noch § 211 Note 5 (Schluß).

Bu § 215.

1. — "auf freiem Fuße befindlich bezw. nicht befindlich" — hierüber f. § 35 Rote 13.

2. Die in Abs. 1 vorgeschriebene Barnung hat ihren Grund in der Bestimmung des § 229. Selbstverständlich hebt die gemäß Abs. 1 erfolgte Ladung die Besugniß des Gerichts nicht auf, den Angestagten schon von der Hauptverhandlung in Haft zu nehmen, wenn ein gesehlicher Grund hierzu (§§ 11?, 113) eintritt.

3. In Betreff ber Falle bes § 231 vgl. bort Rote 11.

4. a. Die Befragung bes Angeklagten über seine etwaigen Bertheibigungsantrage (Abs. 2) muß ebenso wie die von ihm hierauf abgegebene Erklärung durch ein Brotokoll beurkundet werden; sie muß also durch einen Gerichtsschreiber erfolgen, falls sie nicht durch einen Richter bewirft wird (vgl. Rote 10. c zu Buch 1). A. M. Stenglein S. 395, ber auch die Befragung durch ben Gerichtsvollzieher für wirksam halt. — Bgl. ferner § 35 Rote 14, 16.

§. 216.

Zwischen ber Zustellung ber Labung (§. 215) und bem Tage ber Hauptverhanblung muß eine Frist von mindeftens einer Woche liegen.

Ist biese Frist nicht eingehalten worben, so kann ber Angeklagte bie Aussiehung ber Berhandlung verlangen, so lange mit ber Berlefung bes Beschlusses über bie Eröffnung bes Hauptverfahrens nicht begonnen ist.

(I. Entw. § 173; II. Entw. § 177; III. Entw. § 180.)

§. 217.

Reben dem Angeklagten ist der bestellte Vertheidiger stets, der gewählte Verstheidiger dann zu laden, wenn die erfolgte Wahl dem Gerichte angezeigt worden ist.
(I. Entw. § 174; II. Entw. § 178; III. Entw. § 181.)

- b. Die Befragung wird baburch nicht entbehrlich, bag ber Angeflagte in Folge ber an ihn gemäß § 199 ergangenen Aufforberung bereits Antrage ber bier in Rebe ftegenben Art gestellt hatte.
- 5. Die Unterlassung ober bie Mangelhaftigkeit ber Labung ober Befragung kann nicht die Revision gegen bas Urtheil begründen, wenn ber Angeklagte sie in ber Hauptvershandlung ungerügt gelassen hat: RGer. II. 30. Jan. 80 (Rspr. I. 299), III. 22. Okt. 83 (Ripr. V. 629).
- 6. Bird ber Angeklagte, nachdem die Bekanntmachung gemäß Abs. 2 stattgesunden hat, in Freiheit geset, so muß ihm, bevor letteres geschieht, nachträglich noch die betr. Warnung zu Protofoll gestellt werden, oder es muß nach geschener Entlassung des Angeklagten eine neue Ladung gemäß Abs. 1 ergehen. Wäre weber das Eine noch das Andere geschehen, so würde das Ausbleiben des Angeklagten in der hauptverhandlung die Erlassung eines Vorsührungsbesehls oder haftbesehls bezw. das Ungehorsamsversahren (§ 231) nicht zur Folge haben können.
 - 7. Bgl. § 228 Rote 7.
 - 8. In Betreff ber Labung von abwesenben Angeflagten f. SS 320, 321, 473.

3u § 216.

- 1. Die Frift zwischen ber Zuftellung ber Labung und bem Tage ber hauptverhanblung muß mindeftens eine Boche betragen; bies gilt auch für schöffengerichtliche Sachen, sofern nicht nach § 211 versahren wird. Ift im einzelnen Falle bie bem Angeklagten gelassen Frift für die Borsbereitung seiner Bertheibigung nicht ausreichend, so kann der Angeklagte unter Glaubhaftmachung bieses Umftandes eine Berlegung der hauptverhandlung beantragen (Mot. S. 177). In Betreff der Besugniß, über einen solchen Antrag zu entscheiden, s. § 212 Note 3.
- 2. a. Der Angeklagte kann auf die Einhaltung ber vorgeschriebenen Frift verzichten. Es ift auch ftatthaft, ihn barüber, ob er dies thun wolle, zu vernehmen; ein berartiges Bersahren wird namentlich in haftsachen häufig bem Interesse best Angeklagten entsprechen. Ein Wiberruf bes Berzichts ift als solcher nicht für statthaft zu erachten; bem barin enthaltenen Antrage auf Aufsichb ber Berhandlung braucht bas Gericht also nur bann stattzugeben, wenn sachliche Gründe hierfur vorhanden sind.
- b. Benn ber Angeklagte im Falle ber Nichteinhaltung ber Frist es unterläßt, bie Aussehung ber Hauptverhandlung zu beantragen, so verzichtet er stillschweigend auf die Frist; alsdann tann die Richteinhaltung berselben einen Revisionsgrund nicht darstellen: RGer. II. 23. Jan. 80 (Rfpr. I. 262). Dies gilt auch dann, wenn der Borsitzende die Bestimmung des § 227 Abs. 3 nicht besolgt hat: RGer. II. 30. Jan. 80, I. 23. Febr. 80, III. 8. Mai 80 (Rspr. I. 299, 376, 743).
- 3. Bei ber Labung zu einer neuen Hauptverhandlung (§ 228) ober ber Borführung 2c. zu einer solchen (§ 229 Abs. 2) greift die Fristbestimmung des § 216 nicht von Neuem Plat: RGer. III. 5. März 81 (Rspr. III. 113), I. 6. Dez. 86 (Entsch. XV. 113), I. 14. März 87 (Rspr. IX. 177).

3u § 217.

1.a. Die Angeige ber erfolgten Bahl muß, wenn fie bie Unwendung bes § 217 begrunden

§. 218.

Berlangt der Angeklagte die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen oder die Herbeischaffung anderer Beweismittel zur Hauptverhandlung, so hat er unter Angabe der Thatsachen, über welche der Beweis erhoben werden soll, seine Anträge bei dem Vorsitzenden des Gerichts zu stellen. Die hierauf ergehende Bersfügung ist ihm bekannt zu machen.

Beweisanträge bes Angeklagten find, soweit ihnen stattgegeben ift, ber Staatsanwaltschaft mitzutheilen.

(J. Entm. § 175; II. Entw. § 179; III. Entm. § 182.)

foll, von bem Angeklagten selbst ober von einem legitimirten Bertreter besselben ausgehen: RGer. II. 22. Oft. 80 (Entsch. II. 375), II. 20. Sept. 81 (Rspr. III. 516), III. 3. Jan. 87 (Rspr. IX. 4); in biesen Urth. hat das RGer. es sur unwirksam erachtet, wenn ein Rechtsanwalt sich als Bertheibiger bes Angeklagten gemelbet hat, ohne eine Bollmacht besselben vorzulegen. In einem Urth. v. 13. Nov. 82 (Rspr. IV. 813) hat das RGer. III. sogar angenommen, daß ein Rechtsanwalt, ber in einer, bennnächst vertagten hauptverhandlung mit bem Angeklagten als besselm Bertheibiger erschienen, die Ladung zu ber neuen hauptverhandlung nicht beanspruchen könne, da aus jenem Erscheinen noch nicht solge, daß der Angeklagte dem Rechtsanwalt auch für den weiteren Berlauf des Berkahrens die Bertheibigung im vollen Umfange übertragen habe. hiergegen s. jedoch das zu f 138 Note 11. a Bemerkte.

b. Es ist Sache bes Angeklagten, die Wahl so zeitig anzuzeigen, daß die Ladung des Bertheidigers noch ersolgen kann; ist lettere wegen der Kürze der Zeit unaussührbar, so ist eine Aussehung der Berhandlung nicht nothwendig. Bei rechtzeitiger Anzeige dagegen enthält die Richtsbeachtung der Bestimmung des § 217 eine wesentliche Beschränfung der Vertheidigung im Sinne des § 377 Rr. d: RGer. I. 29. Apr. 80 (Entsch. I. 405, Rspr. I. 696), II. 8. Juli 81 (Rspr. III. 472); vgl. auch RGer. II. 17. Sept. 80 (Entsch. II. 233).

2. Die Frift bestimmung bes § 216 Mbf. 1 gilt fur bie Labung bes Bertheibigers nicht.

gleichviel ob berfelbe bestellt ober gemählt ift.

3. Dem bestellten Bertheibiger wird in allen Fallen auch ber Eröffnungsbeichlus (vgl. § 214) in Abschrift mitzutheilen sein, ba bas Gericht ihn von Amtswegen in ben Stand seben muß, seine Obliegenheiten erfüllen zu können. An ben gemählten Bertheibiger wird die Mittheilung wenigstens bann erfolgen muffen, wenn sie beantragt wird und ber Angestagte nich in haft befindet (a. M. Stenglein S. 396). — Ju Betreff ber Besugniß bes Bertheibigers, die Atten einzusehen ober die Ertheilung sonstiger Abschriften aus benselben zu verlangen, f. § 147 u. Note 9 bas.

4. Bgl. § 228 Rote 7.

3u § 218.

- 1, Die Entscheidung über die die Beweismittel betreffenden Antrage des Angeklagten ift bis zum Beginn der hauptverhandlung nicht dem Gericht, soudern dem Borsitenden übertragen. Es beruht dies auf der Erwägung, daß regelmäßig dem Borsitenden der Afteninhalt am genauesten befannt und daß überdies vor der hauptverhandlung das erkennende Gericht noch gar nicht in derjenigen Zusammensehung vorhanden ift, in welcher es während der Berhandlung fungirt (vgl. BB. § 30 Abs. 2, § 77, § 82 Sat 2). Im Falle der Berhinderung des Vorsitzenden sieht die Berfügung seinem Stellvertreter zu; in Betreff der schwurgerichtlichen Sachen vgl. noch BB. § 83 Abs. 3.
- 2. a. Bei Prufung ber Antrage bes Angeflagten hat sich ber Borsitenbe im Algemeinen auf ben Standpunkt bes erkennenben Gerichts (vgl. § 243 Abs. 3) zu stellen; er barf also ielbit verständlich bie Labung einer Person nicht lebiglich beshalb ablehnen, weil bem Angeklagten bie Befingniß zur unmittelbaren Labung (§ 219) zustehe. Ebensowenig barf eine Ablehnung aus bem Grunde erfolgen, weil die Staatsanwaltschaft nicht mehr die erforderliche Zeit zur Einziehung von Erkundigungen habe (§ 245). Der Borsitenbe hat zuvörderst die Erheblichteit ber zu be-

Digitized by GOOGIC

§. 219.

Lehnt ber Borfitenbe ben Antrag auf Labung einer Person ab, so tann ber Angeklagte die letztere unmittelbar laden lassen. Hierzu ist er auch ohne vorgängigen Antrag befugt.

Gine unmittelbar gelabene Berson ist nur bann zum Erscheinen verpflichtet. wenn ihr bei ber Ladung bie gesetliche Entschädigung für Reisekosten und Berfäumniß baar bargeboten ober beren Hinterlegung bei bem Gerichtsschreiber nach= gewiesen wirb.

Ergiebt sich in ber Hauptverhandlung, daß die Vernehmung einer unmittelbar weisenden Ehatsachen, sobann aber auch die Beschaffenheit des vorgeschlagenen Beweis= mittelb zu prufen; er tann also einen Antrag, außer wegen Richtangabe bes Beweisthemas, somohl wegen der Unerheblickteit bes letteren wie auch um beshalb ablehnen, weil die Aussage ber benannten Person, sei es überhaupt ober boch im vorliegenben Kalle, nicht geeignet sein würbe ben betr. Beweis zu erbringen. Dieser Ablehnungsgrund wird z. B. Blat greifen, wenn ber Angeschulbigte eine dem Gericht als unglaubwürbig befannte Berson ober wenn er feine naben Bermanbten als Zeugen benenut, wenn er als Sachverftanbigen eine Berfon vorschlägt, ber bie Gigen= fcaft eines folden fur bas vorliegenbe Beweisthema nicht juguertennen ift je. Ift fiber benfelben Gegenstand eine Debrgabl von Beugen ober Sachverftanbigen in Borichlag gebracht, fo ftebt is bem Borfigenben ferner gu, bie Bahl ber ju labenben Berfonen ju beftimmen und bie Muse wahl unter ben vorgeschlagenen zu treffen. Ob ein Beweismittel bereits im Borversahren benust worben ift ober nicht, ift an fich ohne Ginfluß auf bie Enticheibung. Bgl. Dot. S. 179, Per, ber RER. S. 64.

- b. Ginen Anfpruch barauf, bag ber Borfigenbe eine nach feiner Anficht nicht erforberliche Labung anordne, bat ber Angeflagte felbit bann nicht, wenn er ben jur Enticabiqung bes Beugen ic. erforberlichen Betrag binterlegt; es fleht ibm vielmehr nur ber Weg ber unmittel: baren gabung (§ 219) offen.
- 3. a. Die Befanntmach ung ber Berffigung an ben Angeflagten ift für alle Källe vorgefdrieben. Im galle ber Ablehnung muß fie ichlennigft erfolgen, bamit ber Angeflagte in ben Stand gefest werbe, die unmittelbare Labung 2c. (§ 219) ju bemirten. Die Mittheilung ber Grunbe ber Ablehnung ift zwar nicht vorgeschrieben; fie wird jeboch regelmäßig ftattzufinden haben, und namentlich bann, wenn bie Ablehnung wegen eines Mangels, bem ber Angeklagte noch abheljen tann, wie 3. B. wegen Nichtangabe bes Beweisthemas, erfolgt.
- b. Die bem Antrage fattaebenbe Berfflaung muß ber Staatsanmalticaft befannt gemacht werben, ba biefer bie Ausführung berfelben obliegt (§ 213). Auch an ben Rebenkläger muß bie Befanntmachung erfolgen (§ 439 Abf 1). Die Befanntmachung an bie etwa vorhandenen Mitangellagten ift nicht vorgefdrieben und sonach in bas Ermeffen bes Borfigenben gestellt; ne wird niberall ba angemeffen fein, wo bie ergangene Berfugung bas Intereffe eines Mitangeflagten berühren fann; gl. A. Glafer I. S. 391.
- 4. Gine Befdmerbe gegen bie Berfugung bes Borfigenben finbet gufolge \$ 347 nicht ftatt; ngl. DeGer. Munden 10. Rov. 85 (Entid, biefes Ger. III. 605). - Die Revifion gegen bas Urtheil tann auf bie feitens bes Borfigenben erfolgte Ablehnung von Beweisantragen nicht gegründet werben: RGer. III. 29. Nov. 79 (Entich. I. 106), II. 16. Dez. 79 u. 20. Jan. 80 (Ript. I. 158, 250), I. 23. Sept. 80 (Ript. II. 246).
 - 5. Bgl. bie Roten au § 243 Abf. 3.

3u § 219.

- 1. "Lebut ber Borfibenbe ab" biergu vgl. § 218 Rote 2 fomie unten Rote 18.
- 2. Der & fieht nur ben Rall por, wenn ber Boifigenbe bie Labung einer Berfon abfebnt. Bur ben gall, wenn bie Berbeifchaffung eines anberen Beweismittels abgelebnt wirb, ift bem Angeflagten ein gefestich geregelter Weg jur eigenen Berbeifchaffung nicht ite Digitized by GOGLE

lome, Etrafprozegorbnung. 6. Auflage.

gelabenen Person zur Aufflärung ber Sache bienlich war, so hat bas Gericht auf Antrag anzuordnen, daß berselben bie gesetzliche Entschäbigung aus ber Staatstaffe zu gewähren sei.

(I. Entw. \$ 176; II. Entw. \$ 180; III. Entw. \$ 183.)

öffnet; ber Angeklagte muß also nothigenfalls seinen Antrag in ber hauptverhandlung wiederholen (§ 243).

- 3. Ueber ben Begriff ber unmittelbaren Labung und über beren Ausführung f. § 38 n. bie Roten bas. Der Gerichtsvollzieher hat bem ihm ertheilten Auftrage auch bann nachzutommen, wenn ihm eine Mittheilung über bie bem Zeugen 20. zu gewährenbe Entschänigung nicht gemacht wirb. Die Aussuhrung ber Labung ist von ber Erscheinungspflicht bes Gelabenen (Rote 6) nicht abhängig.
- 4. Daß ber Angeklagte (wie auch jeber anbere Prozesbetheiligte) Zeugen und Sachverftanbige, statt sie laben zu lassen, auch einsach zur Sitzung mitbringen ("fiellen") kann, ift als selbstverständlich betrachtet und baher nicht ausbrücklich vorgeschrieben (Mot. S. 179; Prot. S. 337). Bgl. § 221 Abs. 1.
- 5. In Betreff bes Unfpruchs bes Ungeflagten auf Bernehmung ber von ihm gelabenen ober gefiellten Beugen in ber hauptverhandlung f. § 244 u. bie Roten baf.

Bu Abs. 2.

- 6. Die Erscheinungspflicht einer unmittelbar gelabenen Perjon ist bavon abhängig, baß ihr bei ber Labung entweber bie gesetliche Entschädigung baar bargeboten ober beren hinterlegung bei be.n Gerichtsschreiber nachgewiesen wird; Mangels dieser Boraussehung begründet die unmittelbare Ladung keinerlei Berpflichtung für den Geladenen. Daß derselbe die dargebotene Entschädigung auch angenommen habe, wird nicht ersordert; denn es kann sich niemand willfürlich der Erscheinungspflicht badurch entziehen, daß er das Dargebotene zurückweist (vgl. übrigens Note 9). Sonach ist auch derzenige zum Erscheinen verpflichtet, der auf die Entschädigung, übershaupt oder einstweilen, verzichtet hat. Die Berzichtserklärung würde übrigens, falls das etwaige Ausbleiben des Gelabenen rechtliche Folgen nach sich ziehen soll (Note 10), in beglaubigter Form dem Gericht vorgelegt werden müssen
- 7. Das Darbieten ber Entichabigung hat burch ben mit ber Zustellung ber Labung be, auftragten Beamten zu geschehen (Mot. C. 178); biesem also muß ber Angeklagte ben betr. Belbetrag übergeben. hat eine hinterlegung bei bem Gerichtsschreiber ftattgefunden, so ift die über sie außgestellte Bescheinigung burch ben zustellenden Beamten bem Gelabenen bei ber 3ne wellung auszuhändigen (Mot. S. 178).
- 8. Nur bie Entschädigung für Reisetosten und Berfaumniß (vgl. §§ 70, 84) muß baar bargeboten ober hinterlegt werben. Die Bergütung, welche einem Sachverständigen für seine Mühwaltung ju gewähren ist (§ 84), fann von ihm erst nach ber Berhanblung beansprucht werben; gl. A. Boitus S. 253, Thilo S. 248, Puchelt S. 377, Reller S. 261, Stenglein S. 394; a. M. Dalde S. 145.
- 9. Der Gelabene hat auf die gesehliche Entschädigung Anspruch; er fteht hinsichtlich ber Sobe seiner Gebuhr bem amtlich gelabenen Zeugen und Sachverftändigen völlig gleich. Eine Schwierigkeit für die Anwendung ber Bestimmung erwächst daraus, daß die Gebühren innethalb gewisser, vom Geset gezogenen Grenzen für jeden einzelnen Fall besonders sestzusehen sind (vgl. Gebühren: D. v. 30. Juni 1878 § 2) und daß also über die Hoshe der Gebühren eine Meinungs: verschiedenheit zwischen dem Angeklagten und dem Geladenen möglich ift. Durch die Darbietung z. eines zu geringen Betrages kann der Geladene nicht zum Erschien verpstichtet werden; er wird aber doch, wenn er sich nicht den Folgen des unentschuldigten Ausbleibens auszehen will, einen zur Bestreitung seines Auswandes zc. thatsächlich ausreichenden Betrag, wenigstens einstweilen und vorbehaltlich einer Nachsorderung, auch als den gesehlichen ansehen müssen, und jedensalls ist er zum Erscheinen verpstichtet, wenn er den angebotenen Betrag, statt ihn als zu gering zurückzusweisen, angenommen hat.



10. Jit die Erscheinungspflicht bes Gelabenen begründet, so zieht sein unentschuldigtes Aussbleiben bieselben Folgen nach sich wie basjenige eines amtlich gelabenen Zeugen oder Sachverftändigen (§§ 50, 77); auch bebarf es zur Berhängung dieser Folgen eines Antrages bes Angeltagten, von dem die Ladung ausgegangen ift, nicht (vgl. § 50 Note 12). Bohl aber muß der Angellagte die gehörig ersolgte Ladung und die Ersüllung der Boraussetzungen des Abs. 2 urkundelich nachweisen. — Uedrigens kann in dem zu § 50 Note 4 (Schluß) gedachten Falle auch ein unmittelbar geladener Zeuge 20. durch das Gericht, ohne daß es der Zustimmung des Angeklagten bedarf, vom Erscheinen enthunden, bezw. hinsichtlich des Ausbleibens für entschuldigt erachtet werden.

Bu Abf. 3.

- 11. Rach bem Entw. follte eine Entichabigung ber unmittelbar gelabenen Berfonen qus Staatsmitteln niemals stattfinben; erst bie RTR. hat die Bestimmung des Abs. 3 aufgenommen (Brot. S. 336 ff., 944). Man ift bavon ausgegangen, baß, wenn fich bie Ausjage einer unmittelbar gelabenen Berfon als zur Aufflarung ber Sache bienlich erweift, biefe Berfon eigentlich amtlich, aljo auf Staatstoften, ju laben gewesen mare. Dit Rudfict auf biefen Gebanten bat es junachft ben Anichein, als habe bie Bestimmung bas Rechtsverhaltniß zwijchen ber Staatstaffe und bem Angeflagten jum Gegenstanbe und als folle ber lettere bezüglich ber von ihm verauslagten Roften entlaftet werben. Dies ift jeboch nicht bie Richtung ber Bestimmung; biefelbe behanbelt vielmehr nur die Frage, inwiefern ber Zeuge ober Sachverftanbige einen Anspruch an die Staatstaffe habe, mahrend fur bas Rechtsverhaltnig amifchen ber lepteren und bem Angeklagten, alfo fur bie ichliefliche Enticheibung über bie Roftenpflichtigfeit, bie SS 497 ff. bie maggebenben Rormen ents halten; vgl. insbef. § 499 Abf. 2. Der Grund, weshalb man bem Zeugen ober Sachverftänbigen einen bireften Anspruch an bie Staatstaffe gewährt hat, liegt in ber Erwägung: baf auf biefe Beise ber Unterfchieb zwischen bem armen und bem reichen Angeflagten einigermaßen ausgeglichen werbe, indem mancher Zeuge ober Sachverständige, der für die Sache Erhebliches wisse, im hinblick auf jenen Anspruch fich werbe bereit finben laffen, ohne Roftenvorichuf vor Gericht zu ericheinen (Brot. S. 327).
- 12. Mit Rudficht auf ben vorstehend bezeichneten Grund ber Bestimmung muffen ben unmittelbar gelabenen Personen biejenigen gleich behandelt werben, welche ber Angestagte ohne Labung jur Berhandlung stellt (Note 4); a. M. Stenglein S. 400. Allerdings wird eine nicht geladene Person zur Begründung bes Anspruches bezw. des Umsangs besselben glaubhaft machen mussen, daß sie lediglich zum Zwede ihrer Bernehmung nach dem Gerichtsorte bezw. zur Gerichtsstellz gekommen sei; stellt z. B. der Angestagte im Laufe der Berhandlung eine Person als Zengen, welche bereits an der Gerichtsstelle anwesend war, um als Zuhörer der Verhandlung beizuwohnen, io tann dieselbe eine Reisentschäung nicht beanspruchen.
- 13. Aus bem in Note 11 Bemerkten folgt ferner, daß die Entschädigung aus ber Staatskasse bem Zeugen ze. nur bann zu gewähren ift, wenn er eine solche nicht bereits von dem Angellagten erhalten hat; benn anderensalls besteht ja ein Anspruch des Zeugen zur Zeit seiner Berenehmung nicht mehr. Reineswegs ist die Absicht des Gesehes die: daß der Zeugen zur Zeit seiner Berenehmung nicht mehr. Reineswegs ist die Absicht des Gesehes die: daß der Zeuge zc. das von dem Angeklagten Empfangene an diesen zurückerstatten und nunmehr die Entschäbigung aus der Staatstasse erhalten solle. Ob dem Angeklagten selbst der dem Zeugen gezahlte Betrag demnächst aus der Staatskasse zu erstetten ist, hängt davon ab, ob der Angeklagte schließlich in die Kosten verzurtheilt wird oder nicht; ersterensalls kommt die Erstattung durch Ausrechung in Begsall; vgl. § 497, § 499 Abs. 2. Das hier von der Zahlung Bemerkte muß auch auf den Fall der bei dem Ertigkschreiber ersolgten hinter leg ung Anwendung sinden: der Zeuge hat den hinterlegten Betrag zu erheben, nicht aber aus der Staatskasse die Entschädigung zu erhalten. Wäre übrigens der gezahlte oder hinterlegte Betrag unzulänglich (vgl. Note 9), so würde man bezüglich der Disserenz dem Geladenen solgerichtig den Anspruch an die Staatskasse zugestehen müssen; diesen Anspruch hat insbel. auch ein Sachverständiger hinsicklich der Bergütung seiner etwaigen Mühwaltung (Note 8).

14. Kavon, ob ber Angeklagte verurtheilt ober freigesprochen wird, ist ber Anspruch bes Zeugen ober Sachverständigen nicht abhängig (Prot. S. 338, 340).

§. 220.

Der Borfigenbe bes Gerichts tann auch von Amtswegen bie Labung von

15. Dagegen ist ber Anspruch an bie Staatstaffe baburch bebingt, bag ber Zeuge ober Sachverftanbige etwas ausgefagt hat, mas "bur Aufflarung ber Sache bienlich" mar. Eb biefe Borausfebung zutrifft, barüber hat bas Gericht nach feinem freien Ermeffen und unter Berud: fictigung bes Gesammtergebnisses ber Berhanblung zu entscheiben. Dies gilt auch für bas schwurgerichtliche Berfahren, wiewohl hier im Uebrigen bie Burbigung ber Beweise jur guntion ber Gefcmorenen, nicht bes Gerichts, gebort. Es wird ftets eine besonbers vorfichtige Prufung ber ebengebachten Boraussehung geboten fein, wenn bie Bestimmung bes Abs. 3 nicht bas Dittel ju einer Musbeutung ber Staatstaffe, insbef. feitens folder Perfonen werben foll, welche aus bem Auftreten als Beugen einen Erwerb zu machen fuchen und fich ben Angeflagten als Beugen anbieten. - Bur Begrundung bes Anspruches genugt es nicht, bag Jemand etwas Bositives und jur Sache Beboriges befundet bat; es tommt vielmehr auch barauf an, ob bie Befundung in bem Dage glaubwurbig ericeint, bag ibr ein Ginflug auf Die Enticheibung eingeraumt werben fann: bie Brufung ber Glaubwürdigfeit ift um fo wichtiger, als von gewiffenlofen Reugen, wie folde feitens ber (fculbigen) Angeklagten febr häufig probuzirt werben, zu beforgen ift, bag fie burch bie event. in Aussicht stehenbe Entschäbigung (bie sie von bem Angeklagten selbst vielleicht nicht zu erwarten haben murben) fich bewogen finben werben, etwas zu befunben, mopon fie ent: weber gar keine ober boch keine hinreichenb genaue Kennntniß haben. Die Glaubwürdigkeit ber Ausfage und ber Ginfluß ber letteren auf bie Enticheibung wirb namentlich in ben fallen ju prufen fein, in benen bie Angeflagten ihre Angehörigen als Beugen ftellen. - Die "Dienlichfeit" einer Aussage tann von bem Gericht auch beshalb verneint werben, weil mit Rudficht auf bas bereits vorhandene Beweismaterial die Ladung der betr. Berson überflüssig gewesen sei; dieser Anficht fieht es nicht entgegen, daß die RTR. (Brot. S. 945) es abgelehnt hat, das Bort "bienlich" burch "erforberlich" zu erfeßen (gl. A. Dalde S. 146, Stenglein S. 400; a. M. Keller S. 262). Bgl. noch § 499 Abs. 2 u. Rote 4 bas. — Im Uebrigen kommt es für ben Anspruch bes Beugen nicht barauf an, ob seine Aussage eine ben Angeklagten belaftenbe ober ent: laftenbe, ebensowenig barauf, ob fie fur bie Entscheibung ber Schulbfrage ober nur fur bie Feitfiellung von Strafzumeffungsgrunben zc. von Bebeutung mar.

16. Der Antrag auf Entichabigung eines Zeugen ober Sachverständigen aus ber Staatstaffe fann sowohl von biesem selbst wie auch von bem Angeklagten ober von ber Staatsanwalticait gestellt werben. Ohne Antrag bagegen barf eine berartige Entschädigung nicht erfolgen.

17. Das Gericht ift nicht verpflichtet, sich über ben Antrag fogleich foluffig zu machen; es tann bie Entscheibung bis nach ber Urtheilsfällung und unter Umftanben auch noch langer aussehen, so namentlich bann, wenn es, um über ben Anspruch bes Zeugen befinden zu können noch irgend welcher Ermittelung (vgl. z. B. Rote 12, 13) bebarf.

18. Ift die vom Angeklagten beantragte (§ 218) Bernehmung einer Person zwar nicht abgetlehnt, jedoch kommissarisch (§ 222) bewirkt worden, und hat der Angeklagte ohnerachtet bieser Bernehmung den Bernommenen zur Hauptverhandlung unmittelbar laden lassen, so steht dem letzteren der in § 219 bestimmte Anspruch nicht zu. Eine Ausnahme würde nur Platz greisen können, wenn sich die Boraussetzungen des § 222 nachträglich als nicht zutressend erwiesen (vol. § 250 Note 10) ober wenn von dem Gericht anerkannt würde, daß die mündliche Bernehmung die Ausstätzung der Sache in höherem Grade gefördert habe, als dies durch die Berlesung des kommissarisch ausgenommenen Protosolles (§ 250) geschehen sein würde.

19. In Betreff bes Privattlageverfahrens vgl. § 426 Abf. 2.

Bu § 220.

1. Der S enthält nur eine besondere Anwendung des in S 153 Abs. 2 aufgestellten Grundssates; vgl. dort Note 4. — Bei Ausübung der hier bestimmten Besugniß macht es selbstverständlich keinen Unterschied, ob das betr. Beweismittel zur Belastung oder zur Entlastung des Angeklagten bient; ebenso ist es gleichgültig, ob basselbe schon im Borversahren benutt-worden ist oder nicht.

Zeugen und Sachverständigen sowie die Herbeischaffung anderer Beweismittel ansorbnen.

(I Entin. § 177; II. Entin. § 181; III. Entin. § 184.) Ş. 221.

Der Angeklagte hat die von ihm unmittelbar geladenen ober zur Hauptvershandlung zu stellenden Zeugen und Sachverständigen rechtzeitig der Staatsanwaltsicheft namhaft zu machen und ihren Wohns ober Aufenthaltsort anzugeben.

Dieselbe Verpflichtung hat die Staatsanwaltschaft gegenüber dem Angeklagten, wenn sie außer den in der Anklageschrift benannten oder auf Antrag des Angeklagten geladenen Zeugen oder Sachverständigen die Ladung noch anderer Personen, iei es auf Anordnung des Vorsitzenden (§. 220) oder aus eigener Entschließung, bewirkt.

(I. Entm. § 178; II. Entm. § 182; III. Entm. § 185.)

§. 222.

Benn bem Erscheinen eines Zeugen ober Sachverständigen in ber Hauptver-

- 2. Ueber ben Grund, weshalb bie fragliche Befugniß bem Borsitenben beigelegt ift, f. § 218 Rote 1. Es hanbelt sich, wie auch bie Mot. S. 179 hervorheben, in § 220 keineswegs um eine i. g. bistretionaire Gewalt im Sinne bes frangosischen Rechts; vgl. § 237 Note 1, § 243 Note 4.
 - 3. Bgl. § 245 Abj. 3.
- 4. Der Borfibenbe ift nicht bejugt, Zeugen ober Sachverständige ein ft weilen abzuhören ober abhören zu lassen, um sich barüber zu informiren, ob die Labung zur hauptverhandlung erjorberlich ober doch angemessen sei. Ein die Gemährung einer solchen Besugniß bezwedenber Antrag gelangte in der RER. nicht zur Annahme (Prot. S. 340).

Bu § 221.

- 1. Die Mot. S. 179 sagen: "Damit die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte sich für die hauptverhandlung genügend vorzubereiten vermögen, ist es erforderlich, daß sie beibe schon vor beren Beginn das Beweismaterial kennen lernen, von welchem der Gegentheil in der hauptverhandlung Gebrauch zu machen beabsichtigt." Daß auch der Gegenstand der Bernehmung dem Gegner bekannt gemacht werde, ist hier zwar nicht vorgeschrieben, jedoch im hindlick auf § 245 Abs. 1 ("die zu beweisende Thatsache") rathsam, damit eine Aussetzung der hauptverhandlung vermieden werde. Bgl. auch § 245 Note 2.
- 2. Bie lange vor dem Beginn der Hauptverhandlung die Namhaftmachung ftattfinden muffe, um als eine rechtzeitige gelten zu können, darüber läßt fich eine allgemeine, auf alle Fälle paffende Norm nicht aufftellen (Mot. S. 179). Ihren bestimmteren Inhalt erhält die Borschrift des § 221 durch die mit ihr korrespondirende des § 245; nach der letzteren entscheidet, salls die Aussehung der Berhandlung beantragt wird, über die Frage der Rechtzeitigkeit das freie Ermessen Gerichts.
- 3. In Betreff ber in ber Antlageschrift benannten Zeugen und Sachverftanbigen vgl. § 198 Rote 6, § 214 Rote 2.
- 4. Sind mehrere Angeklagte vorhanden, so hat die Staatsanwaltichaft die in Abs. 2 geichriebene Mittheilung jedem von ihnen zu machen. Dies erleibet nur bann eine Ausnahme, wenn die Bernehmung nur über einen folchen Straffall erfolgen soll, bei welchem nicht alle Ansgeflagte betheiligt find.
- 5. Daß eine Mittheilung an ben Gegner auch bann zu erfolgen habe, wenn die Staatsanswalticaft ober ber Angeklagte von dem Bordringen eines zuvor bekannten Beweismittels Abskand nimmt, ift nicht vorgeschrieben; die ALR. hat einen hierauf gerichteten Antrag abgelehnt (Brot. S. 342). Bgl. RGer. I. 23. Febr. 80 (Afpr. I. 376).

Zu § 222.

1. Ran dem Grundsate der Mündlichkeit, wie ihn § 249 aufstellt, läßt § 250 gewisse Aus-

handlung für eine längere ober ungewisse Zeit Krankheit ober Gebrechlickeit ober anbere nicht zu beseitigenbe hindernisse enigegenstehen, so kann bas Gericht die Bernehmung besselben burch einen beauftragten ober ersuchten Richter anordnen. Die Bernehmung erfolgt, soweit die Beeibigung zulässig ist, eidlich.

Dasselbe gilt, wenn ein Zeuge ober Sachverständiger vernommen werden soll, bessen Grichen wegen großer Entsernung besonders erschwert sein wirb.

(L. Entw. \$ 179; II. Entw. \$ 183; III. Entw. \$ 186.)

nahmen ju; mit ben Borfdriften bes letteren & fteht & 222 in engem Bufammenhange, und es find baber bier bie Roten ju \$ 250 ju vergleichen. Unter ben in \$ 222 bestimmten Boraus: setzungen kann nach erfolgter Eröffnung bes hauptverfahrens (§ 201) ein Zeuge ober Sachverftanbiger, fatt vor bem ertennenben Gericht felbft, burch einen ersuchten ober beauftragten Richter vernommen und bas über biefe Bernehmung aufgenommene Brotofoll fobann in ber hauptverhandlung verlesen werden. Diese innerhalb bes hauptversahrens flattfindende Bernehmung (tommiffarifche Bernehmung) with aber entbehrlich, wenn ber Beuge ober Sadverständige im Borversahren in ber Art (vgl. 8 65, 8 191 Abs. 2) vernommen war, das nach § 250 Abf. 2, 3 bie Berlefung bes bamals aufgenommenen Protofolles erfolgen bari (vgl. bort Note 6, 13). Sonoch tritt bie in § 222 vorgesehene kommissarische Bernehmung eines Beugen ober Sachverständigen, auf bessen Aussage es ankommt, ein, wenn von seiner Abhör in ber hauptverhandlung felbft aus einem gefehlich gebilligten Grunde Abstand genommen wird und nicht icon im Borverfahren eine folde Bernehmung ftattgefunden bat, welche bie tommiffarifde im Sauptverfahren erubrigt. — Selbftverftanblid tann trop einer ben Erforberniffen bes § 25" entsprechenben früheren Bernehmung die kommissarische baburch nothwendig werden, daß ein sach: licher Anlaß zu nochmaliger Befragung bes Zeugen zc. (z. B. bie Aufstellung eines neuen Beweisthemas ober bie Beforgniß, bag bie frugere Ausfage auf einem Migverfianbniß berube) bervortiit. Bu Abs. 1.

- 2. In ben Mot. S. 179 wird gesagt: "Die hier bentbaren hin berniffe lassen fich ersichöpfend nicht ausgählen. Das Geset muß sich baher bamit begnügen, die hauptsächlichsten und am häufigsten vorsommenden, wie Krantheit oder Gebrechlichkeit eines Zeugen, zu nennen, im Uebrigen aber die Anwendung dieser Ausnahmevorschrift bem verftändigen Ermessen bes Richters zu überlassen, von welchem vorausgesetzt werben muß, daß er sich überall bes Berthes ber mündlichen und unmittelbaren Vernehmung, im Gegensat zu der Verlesung einer zu Prototol genommenen Aussage, kewußt sein werbe." Als ein hinderniß der fraglichen Art kann u. A. auch die dienstliche Unabkömmlichkeit einer als Zeuge zu vernehmenden Person des Solbatensstandes (vgl. preuß. StPO, v. 1867 § 224) angesehen werden.
- 3. Abs. 1 sest ein hinderniß voraus, welches "für eine langere ober ungewisse Zeit" bem Erscheinen des Zeugen zc. in der hauptverhandlung entgegensteht. Erifft diese Boraussesung nicht zu, so fehlt es an einem genügenden Grunde zu einer Abweichung von dem Prinzip der Mündlichkeit; es muß alsdann die hauptverhandlung aufgeschoben werden und in der nach Beseitigung des hindernisses abzuhaltenden neuen hauptverhandlung die mündliche Bernehmung des Zeugen ze. erfolgen. Dies wurde z. B. in dem Falle gelten, wenn ein erfrankter Zeuge zwar nicht an dem für die hauptverhandlung zunächst bestimmten Tage erscheinen kann, er aber schon bergestalt in der Genesung vorgeschritten ist, daß bei einem kurzen Ausschied der hauptverhandlung sein Erscheinen in dieser erwartet werden darf. Passelbe gilt in dem Falle vorübergeschender bienstlicher Unabkömmlichkeit eines Zeugen; vgl. Wer. III. 29. Nov. 83 (Ripr. V. 737).
 - 4. Bgl. § 49 u. Rote 2 bas., § 71 u. Note 2, 3 bas.
- Bu Abf. 2.
 5. a. Die Mot. S. 179 fagen: "Gine große Entfernung bes Aufenthaltsortes eines Zeugen vom Site bes Gerichts tann an fich, jumal bei bem gegenwärtigen Zuftanbe ber Bertehrsmittel. nicht als ein hinderniß feiner Ladung und unmittelbaren Bernehmung betrachtet werben. Richtes bestoweniger darf fich ber Gesetzeber ber Erwägung nicht verschließen, bag es zu einer großen

Sarte gegen die Zeugen wie auch gegen die zur Kostenerstattung verpstichteten Angeklagten suhrer mußte, wenn er ausnahmstos die Ladung und unmittelbare Bernehmung der Zeugen auch bei noch so großer Entsernung ihres Ausenthaltsortes vorschen wollte. Daher behandelt das Gesch, in Uebereinstimmung mit dem bestehenden Recht, den Fall einer großen Entsernung dem eines hindernisses ganz analog. Es muß aber auch hier die Beurtheilung, ob eine Entsernung für eine große im Sinne des Gesetes zu erachten sei, dem Ermessen des Richters im einzelnen Fall überlossen. Der Richter wird hier auch die Frage nicht ganz außer Betracht zu lassen, ob die dem Zeugen zugemuthete Mühe einer großen Reise und der hierdurch erwachsende Kostenauswahd nicht in einem Mißverhältnisse zu dem Gegenstande der Untersuchung siehen wurte. Ran wird ofsender bei einer ein schweres Berbrechen betressend Untersuchung nicht Anstandnehmen, einen Zeugen, dessen Ausenthaltsort vom Sie des Gerichts sunfzig Meilen entsernt ist, zu laden; es würde dagegen in der Regel unangemessen sein, wollte man ein gleiches Bersahren in einer Untersuchung, die eine bloße Bolizeiübertretung betrifft, beobachten, wenngleich auch sür einen solchen Fall die Ladung nicht schlechten ausgescholossen kentellt, beobachten, wenngleich auch sür einen solchen Fall die Ladung nicht schlechten ausgescholossen kentellen kennes kann."

- b. Der Begriff ber großen Entfernung ist tein rein thatsächlicher, sonbern auch ein rechtlicher; baber ist bie Frage: ob die kommissarische Bernehmung burch große Entfernung gerechtfertigt gewesen set, ber Nachprüfung bes Revisionsgerichts nicht entzogen: RGer. II. 13. Mai &1 (Entsch. IV. 174, Ripr. III. 301), II. 3. Febr. 82 (Rspr. IV. 120); a. M. F. 7. Sept. 80 (Rspr. II. 204), Stenglein S. 403.
- c. Die Borte bes Abs. 1: "für eine langere ober ungewiffe Zeit" find auch auf Abs. 2 3u beziehen; baber tann ber Umftand, baß ein Zeuge zeitweise von feinem Bohnorte abs wesenb ift und fich an einem entfernten Orte aufhält, bie tommissarische Bernehmung nicht rechte fertigen, wenn bie balbige Rudtehr bes Zeugen bevorfteht; vgl. RGer. III. 4. Dez. 80 (Rfpr. II. 602).
- d. Die Bestimmung begründet nur eine Besugnig bes Gerichts, beren Ausübung seinem freien Ermessen unterliegt. Daher ift, wenn in bemselben weit entfernten Orte eine Mehrzahl von Zeugen 2c. wohnhaft ift, bas Gericht burch die tommissarische Bernehmung eines Theiles von ihnen nicht gehindert, die übrigen in der hauptverhandlung zu vernehmen: RGer. II. 14. Mai 86 (Rfpr. VIII. 358).
- 6. In Straffacen barf tein 'ertennenbes Gericht (bas Reichsgericht ausgenommen) Entfer= nungen innerhalb feines eigenen Begirts als große im Ginne bes § 222 behanbeln. Dies ift zwar in ber StPO. nicht ausgesprochen, folgt inbeg mit Nothwenbigfeit aus bem Rufammenhange berfelben mit bem BBG. Die burch letteres Gefet gefchaffene Gerichtsverfaljung ift bem burch bie Brogegorbnungen geregelten Berfahren angepaßt und gerabe auf Diefes und bie ihm zu Grunde liegenden Pringipien, alfo auch auf bas in Straffachen vor Allem wichtige Bringip ber Mündlichkeit, berechnet, und es muß ferner auch angenommen werben, bag bie lanbes: gefehliche Ausführung ber Gerichtsorganisation bem Geifte ber Reichsgesehung entsprecent erfolgt fei. Bollte man innerhalb beffelben Landgerichts- ober Schwurgerichtsbezirts bas Borhanbenfein großer Entfernungen im Sinne bes § 222 anerfennen, fo murbe man nothwendig jugefteben muffen, bag bie Formation bes betr. Begirts im Biberfpruch mit bem Geifte ber Reichsgefet= gebung ftattgefunden babe. Das Gefagte muß felbft bann gelten, wenn einzelne Ortichaften bes Bezirfs vom Sibe bes Berichts besonbers weit abgelegen find; benn es murbe fonft ba: hin tommen tonnen, daß fur die in einer folden Orticaft vortommenben Straffalle bas Bringip ber Rundlidfeit überbaupt außer Birtfamteit gefett murbe. Gl. A. Reller G. 265, Glafer I. S. 452, Stenglein S. 403. - Der hier aufgestellte Satz hat allerbings bie Folge, bag ber bei Bemeffung ber Entfernungen anzulegenbe Dafftab in ichöffengerichtlichen Sachen ein anderer fein wird als in landgerichtlichen; allein bies wiberftreitet bem Gefete nicht, ftebt vielmehr mit ber Auffaffung ber Motive (Rote 5 Schluß) gang im Gintlang. mare es auch in icoffengerichtlichen Sachen burchaus fehlerhaft, wenn bas Gericht jeben außerhalb feines Begirfs belegenen Ort als einen weit entfernten im Ginne bes § 222 an= feben mollte.

§. 223.

Lon ben zum Zwecke bieser Vernehmung anberaumten Terminen sind bie Staatsanwaltschaft, ber Angeklagte und ber Vertheibiger vorher zu benachrichtigen, insoweit dies nicht wegen Gesahr im Verzug unthunlich ist; ihrer Anwesenheit bei

3u § 228.

Bu Abf. 1. 2.

^{7.} hinsichtlich ber Bulaffigfeit und Rothwendigfeit ber Beeidigung (§ 56 u. Rote 1, 6, 7 bas., § 57) findet zwischen ber kommissarischen Bernehmung und ber in ber hauptverhandlung selbst erfolgenden ein Unterschied nicht statt; vgl. § 250 Rote 13. — In Betreff ber Unzulässigfeit ber Berufung auf einen im Borversahren geleisteten Gib s. § 66 Rote 2. a (Schluß).

^{8.} Gine fommiffarifche Bernehmung tann nicht von bem Borfitenben (vgl. § 218 Note 1), fonbern nur burch Befchluß bes Gerichts angeordnet merben; pgl. Rote 11. - Die Anordnung tann von Amtswegen wie auf Antrag erfolgen. Regelmäßig wird bie Staatsauwaltschaft, wenn fie eine kommissarische Bernehmung für erforberlich halt, ben bezüglichen Antrag icon bei Einreichung ber Anklageichrift ftellen; Mangels eines folden Antrages hat bas Gericht hinfichtlich ber von ber Staatsanwaltschaft vorgeschlagenen Zeugen und Sachverstänbigen feine Beranlassung zur Beschlußfassung, ba bie Staatsanwaltschaft nicht gehindert werben tann, bie zu vernehmende Berfon zur hauptverhandlung felbst zu laben; vgl. f 213 u. Rote 3 baf. Bare jeboch eine zu biefer gelabene Berfon am Erfcheinen verhinbert und ware bemzufolge zwischen einer kommissarifchen Bernehmung und bem Aufschube ber Sauptverhandlung bie Bahl zu treffen. fo murbe biefe lettere bem Gericht zustehen, bie tommissarische Bernehmung also auch gegen ben Antrag ber Staatsanwaltschaft beschlossen werben tonnen. — Auch ber Angeklagte wird baburch, bag aus Anlag eines von ihm gestellten Antrages auf Labung einer Berson (§ 218) bas Gericht bie kommissarische Bernehmung ber letteren angeordnet hat, nicht gehindert, diese Berson seinerfeits noch zur hauptverhaublung felbst zu laben; vgl. jeboch § 219 Rote 18. — Gelbstverstänblich kann bas Gericht einen seitens der Staatsanwaltschaft ober des Augeklagten gestellten Antrag auf fommissarifche Bernehmung ablehnen, wenn es bie Bernehmung in ber hauptverhandlung selbu für nothwendig erachtet (vgl. Rote 5. d).

^{9.} In ber Regel wird bas Gericht bie etwa erforberlichen tommiffarischen Bernehmungen alsbalb nach Eröffnung bes hauptversahrens anzuordnen haben, und es wird sich meistens empsehlen, bie Anberaumung ber hauptverhanblung einstweisen noch aufzuschieben (vgl. § 212 Note 1). Gine tommiffarische Bernehmung tann aber auch in jedem späteren Stadium bes Bersahrens und insbes, noch in ber hauptverhandlung angeordnet werden.

^{10.} Der Befchluß bes Gerichts ning ben Grund, aus welchem bie Labung bes zu Bernet, menben gur hamptverhandlung unterbleiben foll, angeben; vgl. § 250 Abf. 3 u. Rote 10 baj.

^{11. — &}quot;burch einen beauftragten ober ersuchten Richter" — hierüber vgl. GBG. Titel 13 Note 6. b. Die Auswahl bes zu beaustragenden Richters sieht nicht bem Gericht zu, ist vielmehr Sache bes inneren Dieustes: RGer. III. 15. Nov. 86 (Rspr. VIII. 712). Es ift nicht unstatthaft, daß der Borsitzende selbst alz beaustragter Richter die Bernehmung vornimmt; doch wird sich ein solches Bersahren nicht empsehlen, da basselbe demnächst unter Umständen die Undefangenheit des Vorsitzenden beeinträchtigt erscheinen sassen. Die Bernehmung kann auch durch denzeinigen Richter bewirft werden, welcher als Untersuchungsrichter (vgl. § 23 Abs. 2) sungirt hat: RGer. I. 24. März 81 (Entsch. IV. 91, Aspr. III. 159). Eine im Auslande vorzunehmende kommissarische Bernehmung kann auch durch einen deutschen Konsul (vgl. § 20 bes Ges. v. 8. Nov. 1867, BGBI. S. 137) erfolgen: RGer. F. 29. Aug. 82 (Rspr. IV. 697).

^{12.} In Betreff ber Frage, ob in ber hauptverhandlung von ber Berlefung bes Prototolles über bie tommiffarische Bernehmung Abstand genommen werden burfe, f. § 250 Rote 11.

^{13.} Ju Betreff einer fommiffarifchen Bernehmung bes Angeflagten vgl. § 232.

Bu Abs. 1.

^{1. 8.} Da bie tommiffarifche Bernehmung eines Beugen ober Sachverftanbigen baju bestimmt

ber Vernehmung bebarf es nicht. Das aufgenommene Protofoll ift ber Staatsanwaltschaft und bem Bertheibiger porzulegen.

Der nicht auf freiem Fuße befindliche Angeklagte hat einen Anspruch auf Answesenheit nur bei solchen Terminen, welche an der Gerichtsstelle des Orts absgehalten werben, wo er sich in Haft befindet.

(L. Entw. § 180; II. Entw. § 184; III. Entw. § 187.)

- ift, die Bernehmung besselben vor bem erkennenden Gericht zu ersehen, so find (mit ber in Abs. 2 benimmten Einschränkung) die Prozestbetheiligten besugt, ihr beizuwohnen. Die Ausübung dieser Besugniß ift in das Belieben der Prozestbetheiligten gestellt, so daß auch beim Ausbleiben derselben, und zwar selbst bei dem der Staatsanwaltschaft (vgl. § 225 Note 2), die Bernehmung stattfindet. Bezüglich einer Ausschließung des Angeklagten von der Berhandlung ift nicht § 192, sondern § 246 (vgl. GBG. § 178 Note 4. b) analog anwendbar; besgleichen ist hinssichtlich des Fragerechts ber Anwesenden der § 239 Abs. 2 für anwendbar zu erachten.
 - b. In Betreff ber im Austan be flatifinbenben fommiffarifden Bernehmungen f. § 250 Rote 15.
- 2. a. Aus ber oben (Rote 1 a.) bezeichneten Befugniß ber Prozeftetheiligten folgt ihr Anfpruch auf rechtzeitige Benachrichtigung von ben Terminen. Bei einer Mehrzahl von Angestlagten fteht jebem einzelnen biefer Anfpruch ju, auch wenn nur einer ben bie Bernehmung veranlassenden Antrag gestellt hat: Rer. III. 18. Febr. 80 (Entsch. I. 210, Ripr. I. 362).
- b. Der Bertheibiger ift neben bem Angeklagten befonbers zu benachrichtigen; vgl. RGer. I. 24. Rov. 80 (Rfpr. II. 562), IV. 7. Dez. 86 (Rfpr. VIII. 731).
- c. In Betreff bes Falles, wenn bie Benachrichtigung mit Unrecht unterblieben ift, i. § 250 Rote 7. b.
- d. Eine Belehrung über bie Bebeutung ber tommisfarifchen Bernehmung ift in bie Benadrichtigung nicht aufzunehmen: RGer. I. 16. Juni 81 (Entich. IV. 264).
- 3. Rur die obwaltende Gefahr im Berzuge, also namentlich ber brobende Berluft bes Beweismittels, tann die Unterlassung ber Benachrichtigung rechtfertigen. "Gefahr im Berzuge" ift aber nicht gleichbebeutend mit "Ausenthalt für die Sache" (§ 191 Abs. 3); daher tann ber Umeftand, daß bereits die Hauptverhandlung anberaumt war, eine die Benachrichtigung ausschließende Beichleunigung der Bernehmung nicht rechtfertigen, vielmehr muß erforderlichenfalls die Berlegung ber hauptverhandlung ersolgen: Roer. III. 18. Febr. 80 (Note 2. a), 24. Apr. 80 (Ripr. I. 655).
- 4. a. Die Borlegung bes Protofolles an ben Bertheibiger braucht nur bann zu erfolgen, wenn berfelbe bei ber Bernehmung nicht anwesend war; von bieser Auffassung ist man in ber MIR. ausgegangen (Prot. S. 343). Ginen Anspruch, baß die Borlegung in seiner Bohnung erfolge, hat ber Bertheibiger nicht; er wird baber nur zu benach richtigen sein, baß bas Protofoll für ihn zur Einsicht an ber Gerichtsstelle bereit liege; vgl. übrigens § 147 Abs. 4. Auf die Borlegung kann verzicht et werben; es gilt als stillschweigender Berzicht, wenn in der Hauptsverhandlung weber ber Angeklagte, noch der Bertheibiger ber Berlesung bes Protofolles wibers ipricht, obwohl die Borlegung besselleben unterblieben war: RGer. III. 2. Juli 80 (Rspr. II. 156).
- b. Ein Angeklagter, welcher Rechtsanwalt ift und fich felbst vertheibigt, kann nicht bieies Umfiandes wegen bie Borlegung bes Protokolles beanspruchen: RGer. III. 19. Apr. 82 (Rfpr. IV. 351).

Ru Abs. 2.

- 5. "nicht auf freiem guße befinblich" hierüber f. § 35 Rote 13. Bgl. § 191 Abf. 4.
- 6. Infoweit ber Angeklagte feinen Anfpruch auf Anwesenheit hat, braucht er auch nicht von bem Termin ben achrichtigt zu werben. Die Befugniffe bes Bertheibigers bleiben von ber Bestimmung bes Abs. 2 unberührt.
- 7. Findet ein Termin an der Gericht ftelle (vgl. § 191 Rote 10) des haftortes flatt, fo muß die Borführung des verhafteten Angeklagten ju bemfelben erfolgen. Gegen den ausbrudlichen Billen des Angeklagten braucht jedoch die Borführung nicht angeordnet zu werben, wenn fie nicht aus einem besonderen Grunde, z. B. wegen einer Gegenüberftellung, nothwendig ift.

§. 224.

Ift zur Borbereitung ber Hauptverhandlung noch ein richterlicher Augenschein einzunehmen, so finden die Bestimmungen bes vorhergehenden Paragraphen gleichfalls Anwendung.

(I. Entw. § 181; II. Entw. § 185; III. Entw. § 188.)

Sechster Abichnitt.

Hauptverhandlung.

§. 225.

Die Hauptverhandlung erfolgt in ununterbrochener Gegenwart ber zur Urtheils-

Bu & 224.

- 1. Da es sich hier, gleichwie in § 222, nicht blos um die Herbeischaffung eines Beweismittels zur hauptverhandlung (§ 220), sondern um die Anordnung einer kommissarischen Beweisaufnahme handelt, so ist nicht ber Borsitende, sondern nur das Gericht besugt, diese Anordnung zu tressen. Bl. A. Boitus Komm. S. 255 u. Kontr. 1. S. 334, v. Bomhard S. 163, Dalde S. 149, Glaser L. S. 394, Stenglein S. 401; a. M. Keller S. 268, Puchelt S. 383.
- 2. Die bem Angefculbigten in § 193 gemahrte Befugniß jur Bugiehung von Sachverftanbigen greift auch im Falle bes § 224 Blat.
 - 3. In Betreff ber Berlefung bes Augenichein. Protofolles in ber Sauptverhanblung

f. § 248 u. Rote 5 baf.

4. In ben Mot. S. 180 wird gesagt: Das Geset "erachtet es keineswegs für unzulässig, das bas erkennende Gericht, in Begleitung ber Staatsanwaltschaft und bes Angeklagten, sich selbst an Ort und Stelle begebe, um unmittelbar ben Augenschein einzunehmen, und, wo eine solche Magregel aussuhrbar ift, wird sie sogar, der Unmittelbarkeit der Auschauung wegen, vor der Augenscheinseinnahme durch einen beauftragten Richter den Borzug verdienen. Sie wird indes boch nur dann, wenn der zu besichtigende Ort oder Gegenstand sich in der Rähe des Ortes des Gerichts besindet, und solglich nur selten, aussührbar sein." — Ueber die Augenscheinseinnahme im Allgemeinen s. § 86.

Rum Sedsten Abidnitt.

- 1. Ueber ben Begriff ber Sauptverhanblung vgl. § 33 Rote 1. a.
- 2. Ueber bie Deffentlichfeit ber Sauptverhandlung f. GBG. S\$ 170-176, uber bie Musubung ber Signngspolizei: S\$ 177-185.
 - 3. 3n Betreff bes Ortes ber hauptverhandlung vgl. BBG. § 98 u. Rote 6 baf.
- 4. In Betreff bes Stoffes bes Abschnittes ift u. A. hervorzuheben: Das Prinzip ber Mündlichkeit ist in ben SS 225, 229, 249 zum Ausbruck gebracht; die Zulässigsteit einer Beweissführung burch Schriftstüde ist in ben SS 248, 250—255 behandelt. Die SS 229—235 handeln von ber Zulässigsteit eines Bersahrens ohne Anwesenheit bes Angeklagten. Die Funktion bes Borsitzenben im Berhältniß zu berjenigen bes Gerichts wird durch S 227 Abs. 1, SS 237, 239 240, 241, 243 bezeichnet. Der Umfang ber Beweisaufnahme wird durch die SS 243, 214 245 bestimmt; von ter den Prozesbetheiligten zustehenden Mitwirkung bei derselben handeln die SS 238, 239, 240. Die SS 259—270, 275 ketreffen das Urtheil bezw. die an die Stelle besselben tretende Unzuständigkeitserklärung, die SS 271—274 das Sizungsprotokoll. Der Gang der Bershandlung im Allgemeinen ergiebt sich aus den SS 242, 243 Abs. 1, 256, 257, 259, 267 Abs. 1; vgl. noch SS 246, 258.

3u § 225.

1. n. Rach bem Grundsatz ber Mündlichfeit fonnen bei ber Urtheilsfindung nur biejenigen Gerichtspersonen mitwirken, vor benen bie Berhandlung ber Sache stattgefunden hat; bieje Bersonen burfen in frinem, wenn auch noch so kleinen Theile ber Berhandlung aus bieser abwesend

Digitized by GOOGLE

findung berufenen Personen sowie ber Staatsanwaltschaft und eines Gerichtes schreibers.

(L Entw. § 182; II. Entw. § 186; III. Entw. § 189.)

§. 226.

Es können mehrere Beamte ber Staatsanwaltschaft und mehrere Bertheibiger in der Hauptverhandlung mitwirken und ihre Berrichtungen unter sich theilen.

(I. Entw. § -; II. Entw. § 187; III. Entw. § 190.)

jein; in Betreff ber Urtheilsverfündung vgl. § 267 Rote 2. a. Die Berhandlung über ein Ab = lehnung & gefuch bilbet nicht einen Bestandtheil ber Hauptverhandlung im Sinne bes § 225, sondern eine Unterbrechung berselben: RGer. IV. 22. Jan. 86 (Entsch. XIII. 302, Rspr. VIII. 302).

— In Betreff der Zuziehung von Ergänzungspersonen s. GBG. § 194 n. Rote 3, 9 das.

- 2. Die Staatsanwaltschaft muß gleichsalls mahrend ber ganzen Dauer ber Berhandlung vertreten sein. Ohne ihre Gegenwart tann schlechterbings kein Theil ber Berhandlung stattsinden; auch die Urtheilsverkundung macht keine Ausnahme: RGer. I. 11. Oft, 83 (Entsch. IX. 275, Ripr. V. 587). Dies gilt auch für schöffengerichtliche Strafsachen und auch in bem Berfahren nach § 211. Im Uebrigen s. § 226 u. Note 1 bas.
- 3. Auch bie Gegenwart eines Gerichtsichreibers ift mahrend ber ganzen Berhandlung nothwendig; boch ift ein Bechsel in ber Person besselben im Laufe ber Berhandlung statihaft. (Mot. S. 180). Demzusolge ift es in umfangreicheren Berhandlungen auch zulässig, von vornherein mehrere Gerichtsichreiber zuzuziehen, die sich mahrend ber Verhandlung ablösen; es hat alebann jeber von ihnen diejenigen Theile bes Protokolles zu unterschreiben (§ 271), welche er aufgenommen hat.
- 4. Die Frage, ob die ununterbrochene Gegenwart des Bertheibigers in der Berhandlung erforderlich sei, kann nur für die Fälle entstehen, in denen die Bertheibigung eine nothwendige ist oder die Bestellung eines Bertheibigers stattgefunden hat; in Petreff dieser Fälle s. § 145 u. Rote 3, 4 das.

3u § 226.

- 1. In Betreff ber Staatsanwaltschaft f. § 225 Rote 2. Gin Bechsel in ber Berson bes Beamten ber Staatsanwaltschaft ift in jedem Stadium ber Berhandlung flatthaft; es können aber auch mahrend ber ganzen Berhandlung ober mahrend eines Theiles berselben mehrere Beamte gleichzeitig jungiren; vgl. RGer. III. 28. Apr. 87 (Ripr. IX. 292), GBG. §§ 145, 146.
- 2. Der Släßt mehrere Bertheibiger für ben felben Angeklagten zu; bag von mehreren Angeklagten jeder einen besonderen Bertheibiger haben dars, versteht fich von selbst; vgl. § 146. Bie viele Bertheibiger für benselben Angeklagten zugelassen werden mussen, sagt das Gefet nicht (vgl. Rote 5 zu Buch 1 Abschn. 2). Das Gericht ift für befugt zu erachten, einer misbrauchlichen Ausbehnung der formellen Bertheibigung entgegenzutreten und die Zulassung von mehr als zwei Bertheibigern für benselben Angeklagten zu verweigern, wenn in der Sache ein Anlaß für die Zuzziehung einer größeren Anzahl nicht zu sinden ist (a. M. v. Schwarze Erört. I. S. 190, Stenglein S. 407). In Betreff des Borversahrens s. § 137 Note 2.
- 3. Benngleich bas Gefet von einer Theilung ber Berrichtungen spricht, so wird boch, auch wenn es sich nur um eine That besselben Angeklagten handelt, jedem Bertheibiger ein Schluße vortrag (§ 257 Abs. 1) und ebenso die Entgegnung auf die Erwiderung (Replit) der Staatsamwaltschaft zu gestatten sein; dies ist indeß streitig; vgl. Boitus Kontr. I. S. 79, Stenglein S. 407. Ohne Zweifel ift eine Beschränkung in dieser Beziehung da unstatthaft, wo nur der eine Bertheibiger vom Angeklagten selbst, der andere dagegen von dem gesehlichen Bertreter besselben gewählt ist (vgl. § 137 Rote 5) oder wo neben dem gewählten Bertheibiger noch ein bestellter sungirt (§ 138 Abs. 2). Bas die Staatsanwaltschaft betrifft, so steht diese, auch wenn sie durch mehrere Beamte gleichzeitig vertreten ift, stets als eine Einheit (vgl. GBG. § 143 Rote 1) dem Bericht gegenüber, und ebendeshalb ist eine Letheiligung mehrerer Beamten an den Schlußvorzträgen nur in der Art für statihaft zu erachten, daß eine sachliche Theilung des Stosses unter sie

Digitized by GOOGLE

§. 227.

Ueber Anträge auf Aussetzung einer Hauptverhandlung entscheibet bas Gericht. Rurzere Unterbrechungen ordnet ber Borsitsenbe an.

Sine Berhinderung bes Bertheibigers giebt, unbeschabet ber Bestimmung bes g. 145, bem Angeklagten kein Recht, bie Aussetzung ber Berhanblung zu verlangen.

Ist die Frist des §. 216 Abs. 1 nicht eingehalten worden, so soll der Borfigende den Angeklagten mit der Befugniß, Aussehung der Verhandlung zu verslangen, bekannt machen.

(I. Entw. § 184; II. Entw. § 189; III. Entw. § 192.)

stattsindet, also 3. B. ber eine Beamte ben einen, ber zweite einen anderen Straffall ober Ange-flagten zum Gegenstande ber Erörterung macht ober daß ber eine Beamte ben ersten Bortrag (§ 257 Abs. 1), ber andere die Erwiderung (Abs. 2) übernimmt; bagegen ware es mit der Stellung und dem Organismus der Staatsanwaltschaft nicht vereindar, wenn jeder der mitwirtenden Beranten, unabhängig von dem anderen, die ganze Sache vortragen wollte (a. M. Keller S. 269, Stenglein S. 407).

3u § 227.

Bu Abf. 1.

- 1. Das Gefet untericheibet bier (§ 227) amifchen einer Ausfehung ber hauptverhandlung und einer Unterbrechung berfelben auf furze Beit und verfteht unter ber Ausfehung eine Bertagung, unter ben "fürzeren Unterbrechungen" aber namentlich bie Erholungspausen und bei Berhanblungen von mehrtägiger Dauer auch ben Zeitraum zwischen ber Berhandlung bes einen und berjenigen bes anberen Tages. Der Inhalt biefer Unterscheibung besteht lebiglich barin, bag bie Anordnung ber fürzeren Unterbrechungen bem Borfibenben allein zusteht. -- 3m Allgemeinen bagegen wohnt ben Ausbruden "Ausfehung" und "Unterbrechung" im Berhaltniß ju einanber eine bestimmte tednische Bebeutung nicht bei; an fich ift in jeber Aussetzung auch eine Unterbrechung enthalten, und fur bie Frage: ob eine unterbrochene Berhanblung bemnachft fortgefest merben burfe ober erneuert werben muffe, fommt es nach f 228 lediglich auf bie thatfachliche Cauer ber Unterbrechung, nicht aber barauf an, ob bei bem Abbrechen ber Berhandlung nur eine "furgere Unterbrechung" ober eine Bertagung beabsichtigt mar. Bgl. noch § 145 Abf. 2, wofelbst, wie in § 237, bas Bort "unterbrechen" eine fürzere Paufe bebeutet. — In bem Bericht ber RER. S. 59 wird auch die Berlegung einer noch nicht begonnenen hauptverhandlung unter ben Begriff ber Musiehung gebracht; eine folche Berlegung wird jeboch von ber Bestimmung bes § 227 überhaupt nicht betroffen; vgl. § 212 Rote 3.
- 2. Die in Abs. 1 enthaltene Abgrenzung ber Besugnisse bes Gerichts und bes Borficenben greift nicht blos bei ber Entscheibung auf Antrage, sondern auch bei ben von Amtswegen zu erlassen Anordnungen Blas.
 - 3. In Betreff ber Grunde einer Aussetzung vgl. u. A. §§ 229, 235, 243, 245, 264. Bu Abs. 2.
- 4. Die Bestimmung verbietet nicht, wegen Berhinberung bes Bertheibigers bie Berhands- Iung auszuseten, sondern spricht dem Angeklagten nur das Recht auf Aussehung ab; das Gericht ift baber befugt, die Aussehung zu bewilligen, wenn besondere Umftände eine Berücksichtigung jener Berhinderung billig oder angemessen erscheinen lassen. Ein Recht auf Aussehung hat der Angeflagte selbst dann nicht, wenn sich der Beginn der Hauptverhandlung über die seitgesette Stunde hinaus verzögert: Reser. I. 1. März 80 (Entsch. I. 235, Rspr. I. 411); vgl. I. 23. Oft. 84 (Entsch. XI. 173). In Betreff der nothwendigen Bertheibigung und des bestellten Bertheibigers vgl. § 145.
 - 5. Bgl. § 212 Rote 4.

Ցս Ջեն. 3.

^{6.} Die Beftimmung bes Abf. 3 ift nur inftruttionell ("foll"); bie Richtbefolgung ber:

§. 228.

Eine unterbrochene Hauptverhandlung muß spätestens am vierten Tage nach ber Unterbrechung fortgesetzt werben, wibrigenfalls mit dem Verfahren von neuem zu beginnen ist.

(I. Entw. § 183; II. Entw. § 188; III. Entw. § 191.)

selben begrundet nicht die Anfechtung bes Urtheils. Bgl. § 216 Note 2. b und insbef. die bort cit. Urth. bes RGer,

Zu § 228.

- 1. Der Grundsat ber Münblickfeit macht es nicht nur ersorberlich, baß bie hauptverhandlung vor ben zur Urtheilssindung berusenen Bersonen statisinde (§ 225 Note 1), sondern er enthält auch das sernere Ersordernis: daß dieselbe ein zusammenhängendes Ganze dilbe und daß bie Richter, Schöffen und Geschweren unter dem lebendigen Eindruck des vor ihnen Berhandelten zur Entscheidung schreiten; vgl. Zachariä I. S. 49. Durch eine längere Unterdrechung der hauptverhandlung wird dieser Eindruck abgeschwächt und die Zuverlässigkeit der Erinnerung beeinrächtigt; das Geset bestimmt daher für die etwa ersorderlichen Unterdrechungen eine Maximalfrist, und zwar dergestalt, daß nach Ablauf berselben die Fortsetzung der unterdrochenen hauptvershandlung unzulässig wird. Den Gegensat zu der Fortsetzung bildet die Erneuerung der Bershandlung, d. h. die Bornahme einer völlig neuen hauptverhandlung, welche ganz in der Art statzzusinden hat, wie wenn irgendwelche Berhandlung vor dem erkennenden Gericht noch nicht vorauszgegangen wäre (eine Modistation hinsichtlich der Beeidigung der Zeugen s. in § 66 Note 2. a).

 In Betress der Münderschandlung sonder f. noch § 287.
- 2. Zwischen bem Tage, an welchem bie Unterbrechung erfolgt, und bem Tage ber Fortsetzung burfen boch ftens brei Tage liegen; sonach ift, wenn bie Unterbrechung am Connerstag erfolgte, ber Montag ber späteste Termin für die Fortsetzung ber Berhanblung. Die Bestimmung bes § 43 Ubs. 2 findet hier nicht Anwendung. Die Fortsetzung ber Berhandlung an einem Sonntage ober allgemeinen Feiertage ist gesehlich nicht ausgeschlossen. Bgl. Boitus Kontr. I. S. 139.
- 3. Selbstverständlich tann eine Fortsetung ber Berhanblung nur vor benfelben Richtern, Schöffen und Geschworenen erfolgen, welche vor ber Unterbrechung mitgewirft haben (§ 225). In Betreff ber Staatsanwaltschaft f. § 226 u. Note 1 baf., in Betreff bes Geztichtsschreibers § 225 Note 3.
- 4. Die mitwirkenben Richter, Schöffen und Gefcmorenen find nicht gehindert, in ber Bwifchenzeit an anderen gerichtlichen Berhanblungen Theil zu nehmen.
- 5. Auch im Falle ber Fortsetzung ber Berhandlung kann bas Gericht die bereits vorges nommenen Akte, insbes. diejenigen ber Beweisaufnahme, ganz ober theilweis von Reuem vorsnehmen, wenn es bies aus irgend welchem Grunde, 3. B. behufs Unterftützung bes Gebächtniffes ber mitwirkenben Gerichtspersonen, für erforberlich erachtet. Dagegen ist eine Berlesung ber vor ber Unterbrechung abgegebenen, in das Sitzungsprotokoll niedergeschriebenen Aussagen ichlechthin unstatthaft; vgl. § 250 Rote 1.
- 6. Auf bie Aussetung ber Urtheilsverfünbung finbet bie Friftbestimmung bes & nicht Anwendung (§ 267).
- 7. Der Zeitpunkt, zu welchem bie Fort se ung einer unterbrochenen hauptverhandlung ftattefinden soll, braucht nur durch Bert und ung bekannt gemacht zu werden; diese ift für alle Bestheiligten von rechtlicher Birksamkeit. Zu einer neuen hauptverhandlung bagegen muffen die Betheiligten von Reuem geladen werden. Dies gilt bezüglich des Angeklagten auch dann, wenner in der ersten hauptverhandlung nicht anwesend war (§§ 231, 232, 233) und das Gericht auch sein Erscheinen in der zweiten nicht für erforderlich erachtet; vgl. insbes. § 232 Note 8. Die Friftbestimmung bes § 216 greift bei der neuen Ladung nicht Plat; vgl. dort Note 3.
- 8. Die erneuerte Berhandlung ift auch hinfichtlich bes Umfanges ber Beweisaufnahme von ber früheren Berhandlung unabhängig: RGer. II. 15. Juni 80 (Entich. II. 109).

§. 229.

Gegen einen ausgebliebenen Angeklagten findet eine Hauptverhandlung nicht flatt. 3ft bas Ausbleiben bes Angeklagten nicht genügend entschulbigt, so ift bie Borführung anzuordnen ober ein Saftbefehl zu erlaffen.

(I. Entw. § 185; II. Entw. § 190; III. Eutw. § 193.)

Ru f 229.

Bu 216 f. 1.

- 1. Die GiPD. hat das Ungehoriams: (Rontumazial:) Berjahren grunbfählich ausgeschloffen. Sie geht bavon aus, bag ber Angeflagte nicht ungehört verurtheilt werben burfe, das ertennende Gericht vielmehr feiner Pflicht zur Erforschung ber materiellen Bahrheit nur dann vollständig genügen könne, wenn es selbst den Angeklagten vor sich sieht und ihn mit seiner Ber: theibigung hört (Mot. S. 182). Uebrigens ift aus biefer Ausfuhrung ber Mot. nicht zu folgen, baß bas Gericht ohne Anwejenheit bes Angeflagten in bie Sauptverhanblung eintreten burfe, wenn es voraussieht, bag ber Angeklagte nicht zu verurtheilen, sonbern freizusprechen 2c. fein werbe; bie Beftimmung bes Abf. 1 ift vielmehr eine unbebingte. Die Ausnahmen, benen ber Grunbfat bes Mbf. 1 unterliegt, find in ben SS 231, 319, 470, welche SS ein Ungehorfamsverfahren gulaffen, fowie in § 232, woselbst ein singuläres, bem Ungehorsamsverfahren nur äußerlich verwandtes Berfahren behandelt ist, vorgesehen. Bgl. serner § 230 Abs. 2 u. Note 5 das. und wegen bes Privatflageverfahrens: § 427. In Betreff ber Berufungsinftang vgl. §§ 370, 371, in Betreff ber Revifiondinftang: § 390. Ueber ben fruheren Rechtszustand in Deutschland f. bef. B. Deper, Das Berfahren gegen Abmefenbe.
- 2. Aus ber Bestimmung bes Abs. 1 folgt, baß, wenn ber Angeklagte sich nicht auf freiem 🔭 ա βe befinbet, seine Borf ührung zur Hauptverhandlung (vgl. § 213 Rote 4) erfolgen muß. Der Angeflagte fann auf bie Borführung nicht wirkjam verzichten. In Betreff ber Ausnahmen f. § 231 u. Rote 7 baf., § 232 u. Rote 3 baf.
- 3. Darüber, bag bie Anwesenheit bes Angeflagten nicht mahrenb ber gangen Sauptverhandlung erforberlich ift, f. § 230 Abf. 2 u. Rote 5 baf.
- 4. Beim Ausbleiben eines von mehreren Angeklagten ist es in das Ermessen bes Gerichts gefiellt, ob es gegen die erschienenen verhandeln ober die Berhandlung auch gegen fie ausseten will; es tommt auf die Lage ber einzelnen Sache an. Bgl. oben Note 38 zu Buch 2 Abschn. 1. Bu Mbi. 2.

5. Abs. 2 fest bie geborig erfolgte Labung bes Angeklagten und insbef. bie in biefer enthaltene Anbrohung ber Berhaftung ober Borführung voraus. Rur eine angebrohte Maßregel fann gegen ben ausgebliebenen Angeflagten verhangt merben.

6. — "nicht genügend entschulbigt" — vgl. \$ 50 Rote 16. Bur Borbringung von Ent: idulbigungsgrunden merben auch unbetheiligte Dritte jugulaffen fein, ohne bag fie einer Bollmacht beburfen; vgl. Rote 6. b ju Buch 1 Abichn. 11.

7. a. Der § nennt ben Borführungsbefehl (§ 134 u. Rote 4—6 bas.) an erster Stelle; ba, wo ein folder nicht ausreichend erscheint, um die Anwesenheit bes Angeklagten für eine neue Sauptverhandlung ju fichern, wird ein Saftbefehl (§ 114) ju erlaffen fein. Das Gefet ftellt bier einen selbstständigen Berhaftungsgrund auf; die Boraussekungen der SS 112, 113 brauchen nicht vorzuliegen (vgl. § 112 Rote 3. a). Der Hastbefehl kann auch mit ber Maßgabe erlassen werben, bag er nicht fogleich, fonbern erft eine gemiffe Beit vor bem Tage ber nenen hauptverhanblung gu pollitreden fei. Bgl. noch § 115 Rote 2.

b. In Betreff ber einstweiligen Festhaltung bes Borgeführten por Beginn ber Ber: handlung finbet § 135 und bas bort note 2, 4 Bemertte entfprechenbe Anwenbung (a. D. Reller G. 272). In Betreff ber nach bem Beginn ber Berhandlung julaffigen Dagregeln i. § 230 Note 2.

8. Die nach Abf. 2 zu erlaffenben Enticheibungen (Rote 5, 6) fteben bem Gericht, nicht bem Borfigenben, gu. 3m Schöffengericht wirfen fonach bie Schöffen bei ihnen mit (GBG. § 30). Bgl. § 347.

§. 230.

Der erschienene Angeklagte barf sich aus ber Verhanblung nicht entfernen. Der Borfigende kann die geeigneten Maßregeln treffen, um die Entfernung desselben zu verhindern; auch kann er ihn während einer Unterbrechung der Verhandlung in Gewahrsam halten lassen.

Entfernt der Angeklagte sich bennoch, ober bleibt er bei der Fortsetzung einer unterbrochenen Hauptverhandlung aus, so kann diese in seiner Abwesenheit zu Ende geführt werden, wenn seine Vernehmung über die Anklage schon erfolgt war und das Gericht seine fernere Anwesenlieit nicht für erforderlich erachtet.

(I. Catm. § 186; It. Catm. § 191; III. Cutm. § 194.)

3u § 230.

Bu 216 f. 1.

- 1. Die Bestimmung bes Abs. 1 gilt auch im Falle ber Berbindung mehrerer Strafs sachen (vgl. Rote 33 ff. zu Buch 2 Abschn. 1); es barf sich baber ein Angeklagter auch nicht während ber Berhandlung über solche Anklagepunkte entfernen, bei benen er felbst unbestheiligt ift.
- 2. "während einer Unterbrechung" Auf die Dauer berfelben kommt es nicht au; ber Angeklagte kann also, salls dies nöthig erscheinen sollte, auf Grund ber Anordnung des Vorsitsenden auch über Racht und bei einer mehrtägigen Unterbrechung (§ 223 u. Rote 2 bas.) auch mehrere Tage lang in Gewahrsam gehalten werden, ohne daß es eines haftbesehls bedarf; boch wird in Fällen dieser Art die Sache wohl meistens zur Erlassung eines haftbesehls (§§ 112, 113) angethan und diese alsbann vorzuziehen sein. Die gegen den erschienenn Angeklagten zur lässigen Rafregeln sind selbstverftändlich auch gegen den vorgeführten statthaft. In Betreff bes verhassetn Angeklagten vgl. noch § 116 Rote 3.
- 3. "in Gewahrsam halten" Das ju § 135 Rote 4 bezüglich ber Festhaltung Gesagte findet auch bier Anwendung.
- 4. In Betreff ber Befugniß bes Gerichts (nicht bes Borfitenben), ben Angeflagten wiber feinen Billen zeitweise aus ber Berhanblung zu entfernen, f. § 246 unb GBG. § 178 Rote 4. b.

Bu 2161. 2.

- 5. Dem in § 229 Abs. 1 (ogl. bort Rote 1) ausgestellten Grunbsate ift genügt, wenn bas erkennende Gericht den Angeklagten gehört hat; ob mährend bes weiteren Berlaufes der Berbandlung die Anwesenheit besselschen unerläßlich und burch einen Vorsührungsbefehl zc. zu erzwingen sci, ift dem von der Lage des einzelnen Falles geleiteten Ermessen des Gerichts überlassen. Auch will die Bestimmung des Abs. 2 dem Angeklagten die Möglichkeit abschneiben, die schon "begonnene und vielleicht dem Abschluß nahe hauptverhandlung dadurch unwirksam und gleichsam ungeschehen zu machen, daß er sich entsernt oder bei ihrer Wiedereröffnung ausbleibt" (Mot. S. 182). Das in Abwesenheit des Angeklagten verkündete Urtheil ift nicht als ein Kontumazialurtheil anzusehen; vgl. § 234 Note 1.
- 6. "bei ber Fortsetzung einer unterbrochenen hauptverhandlung" hierzu vgl. § 228 Rote 1 sowie § 267 Rote 2.a. Im Falle ber Erneuerung ber hauptverhandlung tritt § 229 Abl. 1 (zunächft) wieber in volle Geltung.
- 7. "wenn seine Bernehmung erfolgt war" hierüber s. § 242 Abs. 3. Uebrigens ift bem Ersorberniß bes Gesehes genügt, wenn ber Angeklagte befragt worben ist, ob er etwas auf bie Anklage erwibern wolle (§ 136); daß er sich auf biese wirklich ausgelassen habe, wird nicht ersorbert: RGer. IV. 19. März 86 (Ripr. VIII. 213).
- 8. In Betreff ber Bertheibigung und Bertretung bes nicht mehr anwesenben Angeflagten f. § 233 Rote 3 u. 6. b.

§. 231.

Beim Ausbleiben bes Angeklagten kann zur Hauptverhandlung geschritten werben, wenn die den Gegenstand der Untersuchung bilbende That nur mit Gelbstrafe, Haft oder Einziehung, allein oder in Verbindung mit einander bedroht ift.

In solchen Fällen muß ber Angeklagte in ber Labung auf bie Buläffigkeit biefes Berfahrens ausbrudlich hingewiefen werben.

(I. Entw. § 187; II. Entw. § 192; III. Entw. § 195.)

Bu § 281.

Bu 216 f. 1.

- 1. Bei ben in Abf. 1 gebachten geringeren Deliften (Bergehen und Uebertretungen) macht bie StBD. eine Ausnahme von bem Grundfat bes § 229 Abf. 1, indem fie ein Ungehorfams- verfahren zuläst (vgl. noch §§ 447 ff.). Es wird hier vorausgefett, daß ber Angellagte fich im Bereich ber richterlichen Gewalt befindet, also erforderlichentsauch das Berfahren nach § 235 eintreten fann. Bon bem Ungehorsamsversahren gegen nicht erreichbare Angellagte handeln die §§ 319, 470.
- 2. Das Ungehorsamsversahren ist nur zulässig, wenn die That mit keiner anderen Strafe als mit Gelbstrafe, haft ober Einziehung bebroht ist. Sonach ist basselbe bei ben im StyB. § 361 vorgesehenen Uebertretungen insoweit ausgeschlossen, als auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde (§ 362 Abs. 2) erkannt werden kann. Daß der Gelbstrafe im Unvermögenstalle Gefängniß substituirt werden darf, macht das Ungehorsamsversahren nicht unstatthaft: MGer. III. 9./16. Febr. 85 (Mspr. VII. 93); sonach kann dieses Bersahren auch bei einigen Bergehen (vgl. 3. B. StBB. §§ 145, 285) eintreten. Uebrigens ist es eine ungerechtsertigte Inkonsequenz, daß das hier behandelte Ungehorsamsversahren in engere Grenzen eingeschlossen ist, als das durch § 447 zugelassen Mandatsversahren.
- 3. Die hier in Betracht fommenden Delifte gehören größtentheils zur Zustandigfeit bes Schöffengerichts, theilweis jedoch zu berjenigen der Straffammer. Uebrigens unterscheibet der S überhaupt nicht zwischen den verschiedenen Ordnungen erkennender Gerichte; das Ungehorsamsversahren ift also prinzipiell felbst vor dem Schwurgericht und dem Reichsgericht nicht ausgeschlossen, wenn eines der gedachten Deliste auf Grund des Zusammenhanges (StPO. SS 2, 4) bei diesen Gerichten zur Aburtheilung gelangt.
- 4. Gegen Angeklagte, welche jur Zeit ber That bas achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollenbet hatten (StBB. § 57), kann bas Ungehorsamsversahren nicht Platz greisen; bas etzkennenbe Gericht muß einen iolchen Angeklagten vor sich sehen, um beurtheilen zu können, ob er bei ber That die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einficht besessen habe (gl. A. Dalde S. 153, Geger S. 673; a. M. Stenglein S. 411). Eine Ausnahme erscheint nur in dem Falle stathaft, wenn der Angekagte bereits wegen einer gleich artigen That vorbestraft und in dem betr. Urtheil das Borhandensein der Einsicht sestgesellt ift.
- 5. Das Ungehorsamsversahren barf nur stattfinden, wenn bie Labung bes Angellagten gehörig erfolgt ift und insbes. ben in Abs. 2 bezeichneten hinweis enthalten hat. Indes sind etwaige Mängel ber Labung bebeutungslos, wenn statt bes Angellagten ein mit schriftlicher Bollmacht versehener Bertheibiger erscheint (§ 233) und die Bollmacht ausbrücklich auf Bertretung bes Angellagten bei bessen Ausbleiben lautet. Aehnlich Keller S. 275; a. M. Stenglein S. 412.
- 6. Das Ungehorsamsversahren sett ein nicht genügenb enticulbigtes Ausbleiben voraus (vgl. § 229 Note 6). hat ber Angeklagte ein seinem Erscheinen entgegenstehendes hinderniß
 zwar angezeigt, aber nicht glaubhaft gemacht (vgl. § 45 Note 5), so ist das Ungehorsamsversahren statthaft. Diesem Falle ist der andere gleich zu behandeln, wenn der Angeklagte zwar sein Ausbleiben entschuldigt, sich jedoch ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat, daß das Versahren in seiner Abwesenheit stattsinde.
- 7. Ift ber Angeflagte in ber vorliegenben Sache verhaftet, fo muß er gur hauptverhanblung vorgeführt werben; ein Berzicht hierauf ift auch im galle bes \$ 231, (vgl. § 229

§. 232.

Der Angeklagte kann auf feinen Antrag wegen großer Entfernung feines Aufenthaltsorts von ber Verpflichtung jum Erscheinen in ber Sauptverhanblung entbunden werden, wenn nach bem Ermeffen bes Gerichts voraussichtlich keine andere Strafe als Freiheitsftrafe bis zu fechs Wochen ober Gelbstrafe ober Ginziehung, allein ober in Verbindung mit einander, zu erwarten steht.

In biefem Falle muß ber Angeklagte, wenn seine richterliche Bernehmung nicht schon im Borversahren erfolgt ist, burch einen beauftragten ober ersuchten Richter über die Anklage vernommen werden.

Bon dem jum Zwecke ber Bernehmung anberaumten Termine find die Staatsanwaltschaft und ber Bertheibiger vorher zu benachrichtigen; ihrer Anwesenheit bei der Vernehmung bedarf es nicht. Das Protokoll über die Vernehmung ist in ber Hauptverhandlung zu verlesen.

(I. Cutw. § 188; II. Cutw. § 193; III. Cutw. § 196.)

Bu Abf. 2.

3u \$ 232.

Rote 2) unwirksam. Befindet er fich in einer anberen Sache in haft (vgl. § 35 Rote 13), fo tann er im Salle bes & 231 auf feine Unwefenheit in ber Berhanblung verzichten; Mangels eines ausbrücklichen Berzichts aber barf seine Borführung auch hier nicht unterbleiben, ba bas Un= gehorsamsversahren das willfürliche Ausbleiben des Angeklagten voraussetzt (vgl. Note 6).

^{8.} Das Anfangs befchloffene Ungehorfamsverfahren tann fich in Folge bes Ergebniffes ber hauptverhandlung (§ 263) nachträglich als unstatthaft barstellen, nämlich alsbaun, wenn bas Gericht ber That bes Angeflagten eine Qualifikation beilegt, welche ber Boraussehung bes § 231 (Rote 2) nicht entspricht. In biesem Falle muß eine neue hauptverhandlung in Anwesenheit bes Angellagten fattfinben. Bgl. Rote 12.

^{9.} Dagegen wirb, soweit nicht jugleich ber vorstebenb (Note 8) bezeichnete Fall eintritt, bie Aussebung ber hauptverbanblung baburch allein nicht erforberlich, bag in Folge einer veranberten Qualifizirung ber That ber Angeklagte, mare er anwefenb, auf bie Beranberung bes ftraf= rechtlichen Gefichtspunttes bingewiefen werben mußte (§ 264); ber Angeklagte bat ben Anfpruch auf einen berartigen hinweis burch fein Ausbleiben verwirft (a. Dt. Stenglein 6. 412). Bgl. § 232 Rote 7.

^{10.} Bgl. § 232 Rote 2.

^{11.} Die Bestimmung bes Abs. 2 finbet ibre Erganzung in § 215 Abs. 1; banach ift in ber Labung neben bem hier bestimmten Hinweise auch bie Anbrohung ber Berhaftung ober Borführung zuläsfig. Die Androhung wird nur bann aufzunehmen sein, wenn bie Sachlage bas perfonliche Ericeinen bes Angeflagten erforbert. Ueber bas Borbanbenfein biefer Boraus= fetung hat bie bie Labung bewirfenbe Staatsanwaltschaft ju befinben, fofern nicht bas Bericht eine ausbrudliche Berfugung hieruber getroffen bat; in letterem Salle ift ber Bille bes Gerichts ber maggebenbe.

^{12.} In Betreff bes Falles, wenn bie begonnene hauptverhandlung bemnachft vertagt wirb, ogl. § 228 Rote 7.

Zu Abs. 1, 2.

^{13.} Auf Die Enticheibung ift bas Ausbleiben bes Angetlagten ohne Ginflug; Die Fiftion eines Bugeftanbniffes ift ber StBD. unbefannt. Bgl. übrigens § 452 216. 1, § 475 216. 1.

^{1.} a. Die Bestimmung beruht auf ber Ermägung, bag bie allzustrenge Festhaltung bes Grund= fabes bes § 229 unter Umftanben ju einer großen Barte gegen bie Angeflagten fuhren murbe; fie trägt insbef. bem Umftanbe Rechnung, bag bie burch eine weite Reife bebingten Opfer oft in einem erheblichen Digverhaltniß zu ber Geringfügigfeit ber Strafe fieben (Mot. S. 182). Das Digitized 33 GO

hier vorgesehene Berfahren ift fein Ungehorfamsverfahren (§ 229 Rote 1); vgl. Rer. III. 4. Febr. 84 (Entid. X. 135, Ripr. VI. 79).

- b. Darüber, bag bas Gericht bie Befreiung bes Angeflagten vom Erfcheinen flets jurud: nehmen barf, f. § 235.
- 2. Die Bestimmung ift bei Ueber tretungen und, ba unter "Freiheitsftrase" auch Gefangniß und Festungshaft inbegriffen ift, auch bei ben meisten Bergeben arten anwendbar; sie reicht also erheblich weiter als biejenige bes § 231. Uebrigens ist ber Angeklagte auch in ben Fällen bes § 231 berechtigt, ber großen Entfernung wegen die Entbindung vom Erscheinen zu beantragen; er erlangt hierburch ben Bortheil, baß seine Erklärung (Abs. 2) in der hauptverhandlung zur Berlesung kommt, er also mit seiner Bertheibigung auch ohne Bestellung eines Betteters (§ 233) gehört wirb.
- 3. Das zu § 231 Note 3, 4 Bemerkte finbet auch hier Anwendung (zu 4 a. M. Stenglein S. 413). Ebenso das das. Note 7 Gesagte: § 232 ist nicht anwendbar, wenn der Angeklagte in der vorliegenden Sache verhaftet ist (gl. A. Puchelt S. 392, Reller S. 275; a. M. Calde S. 154, Glajer II. S. 506).
- 4. Rur wegen großer Entfernung, nicht wegen anberer hindernisse (3. B. wegen Gebrechlichteit) barf bas Gericht ben Angeflagten von der Berpflichtung jum Erschienen entbinden; vol. oben Rote 20. c zu Buch 2 Abschn. 1. Ueber ben Begriff ber großen Entfernung f. § 222 Rote 5, 6.
- 5, a. Der Angeklagte wird ben Antrag alsbald nach Empfang ber Labung zu ftellen haben, und bas Gericht beschließt sobann über ihn in berathender Situng (vgl. oben Note 2 zu Buch 2 Abschn. 5). Da aber das Geset eine Frist für die Antragstellung nicht vorschreibt, so muß das Gericht auch einen erst in der Hauptverhandlung eingehenden Antrag sachlich prüfen, also event von der Anordnung der Borsührung oder Berhaftung (§ 229 Abs. 2) Abstand nehmen; in den Fällen des § 231 kann das Gericht von dem zulässigen Ungehorsansversahren abstehen und zunächt die nach Abs. 2 etwa erforderliche Bernehmung des Angeklagten versügen, wenn dem letzeren eine ungerechtsertigte Säumniß hinsichtlich der Antragstellung nicht beizumessen ist. Uedrigens kann, wenn in der Sache mehrere Hauptverhandlungen stattsinden, der in der erst en erschienene Angeklagte von dem Erscheinen in der zweiten ze. Hauptverhandlung entbunden werden; in einem solchen Falle kann, wenn das in der ersten Hauptverhandlung ausgenommene Protosoll eine volltständige Erklärung des Angeklagten enthält, die sehtere in der zweiten Hauptverhandlung verlesen werden, so das es der nochmaligen Bernehmung des Angeklagten (Abs. 2) nicht bedars.

b. Der auf ben Antrag ergehenbe Beich luß ift bem Angeflagten gugu fiellen: RGer. II. 28. 3an. 87 (Entich. XV. 202, Ripr. IX. 96).

6. In Betreff ber ben Angeklagten "voraussichtlich" erwartenben Strafe vgl. GBG. § 75 Note 7; bas bort Gesagte findet hier entsprechende Anwendung. — Auf eine höhere als die in Abs. 1 bezeichnete Strafe darf das Gericht ohne Beisein des Angeklagten nicht erkennen; viels mehr muß dasselche, wenn es eine solche Strafe für angemessen erachtet, das Erscheinen des Angeklagten nachträglich anordnen: RGer. III. 13. Jan. 87 (Entsch. XV. 337, Ripr. IX. 39).

7. Die in § 264 vorgeschriebene hin weisung bes Angeklagten auf die etwaige Beranderung bes ftrafrechtlichen Gesichtspunktes barf im Falle des § 232 (vgl. bagegen § 231 Rote 9) nicht unterbleiben; es genügt nicht, wenn der etwaige Bertreter des Angeklagten (§ 233) auf die Beranderung hingewiesen wird: Re. IV. 20. Febr. 85 (Entich. XII. 45, Ripr. VII. 435). Sonach muß eintretenden Falles behus der hinweisung die Berhandlung vertagt werden. Dies bedingt aber, sofern nicht zugleich der vorstehend (Rote 6) bezeichnete Fall vorliegt, nicht bas Erscheinen des Angeklagten in der anzuberaumenden neuen hauptverhandlung; vielmehr braucht nur eine neue kommissarische Bernehmung des Angeklagten (Abs. 2) zu ersolgen: cit. Urth.

8. Auch ein vom Erscheinen entbundener Angeklagter muß zu ben Hauptverhandlungen (und sonstigen Terminen) gelaben werben, ba sein Recht zum Erscheinen bestehen bleibt, er fich auch veranlast finden kann, einen Bertreter (§ 233) zu bestellen: RGer. II. 7. März 82 (Rspr. IV.

§. 233.

Insoweit die Hauptverhandlung ohne Anwesenheit des Angeklagten stattfinden kann, ist letterer befugt, sich durch einen mit schriftlicher Bollmacht versehenen Berstheibiger vertreten zu lassen.

(I. Entw. \$ 189; II. Entw. \$ 194; III. Entw. \$ 197.)

230). Die Barnung (§ 215) fommt hier felbstverständlich in Begfall; jur Bermeibung eines Bifverftandniffes wird ber Angeklagte in ber Labung ausbrudlich ju bebeuten sein, bag er nicht ju erscheinen brauche.

Bu Abj. 2.

- 9. "im Borverfahren" wenn auch nur im Borbereitungsverfahren (vgl. Rote 2 zu Buch 2 Abichn. 2—6). Die Bernehmung im Borverfahren kann übrigens nur bann genügen, wenn fie gegenüber bem Inhalt ber Anklageschrift fich als eine erschöpfende barftellt und auch eine Beränderung ber Sachlage inzwischen nicht eingetreten ift. Einem Antrage bes Angeklagten: ihn vor ber hauptverhandlung zu vernehmen, muß stets flattgegeben werden, auch wenn bereits im Korversahren eine vollständige Bernehmung erfolgt war: Rer. II. 28. Jan. 87 (Entich. XV. 202, Rfpr. IX. 96).
- 10. Das Wort "beauftragten" steht hier mußig: bie in großer Entfernung stattsindende Bernehmung kann füglich nur durch einen er such ten Richter bewirft werben. Bgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. b.
- 11. a. "über bie Antlage" b. h. über bie Anschulgung, wie sie in bem Gröffnungsbeschlusse formulirt ist; benn bieser bilbet nach § 242 bie Grunblage ber hauptverhandlung. Außerbem aber muß ber Angeklagte auch über bie in ber Anklageschrift gegen ihn vorgebrachten Thatsachen und Beweismittel gehört werben (vgl. § 256). Uebrigens ist bie Bernehmung, ba die
 Berlesung bes Protokoles die mündliche Anhörung des Angeklagten vollständig ersehn soll, auch
 auf die person lichen Berhältnisse bes Angeklagten (§ 242 Abs. 2) zu erstreden.
- b. In Betreff ber vom Angetlagten bei ber Bernehmung geftellten Beweisantrage vgl. § 243 Rote 10. b.

Zu Abs. 3.

12. Bgl. § 223.

13. Die Berlesung bes Protokolles muß in allen Fällen stattfinden, gleichviel ob bassselbe im Hauptversahren ober im Borversahren aufgenommen worden ift (ber Inhalt bes Schlußslates ist irrthumlich in ben Abs. 3 gestellt, mabrend er einen Abs. 4 bilden müßte). — Die Berslefung erfolgt, da sie die Bernehmung bes Angeklagten zu ersehen bestimmt ist, zu dem in § 242 Abs. 3 bestimmten Zeitpunkt.

Ju § 238.

- 1. Die bem Angeflagten bier gemahrte Befugniß, fich vertreten ju laffen, erleibet eine Gin-
- 2. "ohne Anwesenheit" Diese Ausbrucksweise ift gewählt, weil bas Bort "Abwefenheit" nach ben SS 318 ff. eine bestimmte technische Bebeutung hat, vermöge beren es hier nicht anwendbar ift.
- 3. Die Bestimmung bes & findet Anwendung in den Fällen der §§ 231, 232 sowie in dem bes § 230 Abs. 2. Im Falle des § 232 greist die Besugniß, sich vertreten zu lassen, selbstederftandlich erst Plat, nachdem das Gericht den Angeklagten von der Verpflichtung zum Erscheinen entdunden hat. Daß § 233 auch anwendbar ist, wenn der Angeklagte sich aus der Hauptverzhandlung entsernt hat oder bei deren Fortsehung ausbleibt (§ 230 Abs. 2), ist in der RER. ausdrücklich konstatirt worden (Brot. S. 345, Authent. Interpr. Anl. I. zur 164. Sigg). Bgl. Note 6. d.
- 4. Die Erklärungen bes Bertreters (Rote 6) werben als Erklärungen bes Angeklagten selbst behandelt, "und zwar auch insoweit, als sie Zugeständnisse enthalten" (Mot. S. 183). Uebrigens bleibt, wie sich aus bem zu § 153 Rote 4 über die Amtspflicht bes Richters Bemerkten ergiebt, das Gericht verpflichtet, etwaige Zweisel an der Richtigkeit eines von dem Bertreter abges gebenen Zugeständnisses von Amtswegen zu prüsen.

§. 234.

Hat die Hauptverhandlung ohne Anwesenheit bes Angeklagten stattgesunden, so kann berselbe gegen das Urtheil binnen einer Woche nach der Zustellung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter gleichen Voraussetzungen wie gegen die Versäumung einer Frist nachsuchen.

War jeboch ber Angeklagte auf seinen Antrag von ber Verpflichtung jum Erscheinen in ber Hauptverhandlung entbunden worden, oder hatte berselbe von ber Besugniß, sich vertreten zu lassen, Gebrauch gemacht, so sindet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt.

(I. Entw. § 190; II. Entw. § 195; III. Entw. § 198.)

- 5. Personen, welche nach § 138 Abs. 2 nur mit Genehmigung bes Gerichts als Bertheibiger auftreten können, bedürsen bieser Genehmigung auch im Falle bes § 233; ber Angeklagte also, ber eine solche Berson als Bertreter in bie Hauptversammlung senbet, thut bies auf bie Gefahr, baß bieselbe nicht zugelassen wird und er bemzusolge unvertreten bleibt. Uebrigens kann bas Gericht aus der Nichtzulassung bes Bertheibigers auch ben Anlaß zur Aussehung ber Hauptvershandlung entnehmen.
- 6. Der Bertheibiger muß mit einer ich riftlichen Bollmacht verfeben sein und biese ibn ausbrücklich jur Bertretung bes Angeklagten ermächtigen. Mit Rudficht auf bas lettere Ersforberniß wird bie schriftliche Bollmacht baburch nicht entbehrlich, bag ber Bertheibiger schon in bem vorausgegangenen Bersahren als solcher vor bem Gericht aufgetreten war (vgl. § 138 Rot 11); ein nicht gehörig bevollmächtigter Bertheibiger barf nicht zugelassen werben. Dieser Sat muß inden zwei Mobisitationen erleiben:
- a. Das Gesetz schließt prinzipiell eine Berhanblung ohne Anwesenheit bes Angestagten auch in ben Fällen nicht aus, in benen bie Bertheibigung eine nothwendige ift (vgl. § 231 Rote 3. b. § 232 Rote 3), und anbererseits wird burch die Richtanwesenheit bes Angestagten an ber Nothwendigseit ber Bertheibigung (§ 140) nichts geänbert. In den gedachten Fällen wird also, sofern nicht das Gericht gemäß § 235 das Erscheinen des Angestagten anordnet, ber bei den Alten bekannte (§ 138 Rote 11) Wahlvertheibiger zur Bertheibigung auch ohne Bollmacht zugesassen müssen; nur kann er alsbann nicht in Bertretung des Angestagten Zugeständnisse (Rote 4) abgeben. Das Gleiche gilt von dem bestellten (§§ 140, 141) ober in der Hauptverhandlung selbst zu bestellenden (§ 145) Bertheibiger.
- b. Im Falle bes § 230 Abs. 2 (vgl. Rote 3) barf ber Bertheibiger, welcher als solcher während ber Unwesenheit bes Angeklagten fungirt hat, auch ohne schriftliche Bollmacht bis zum Schlusse ber hauptverhandlung in Funktion bleiben; benn die Bernehmung bes Angeklagten über die Unklage hat hier bereits stattgefunden, und sonach ift in biesem Punkte eine Bertretung bes Angeklagten im Sinne bes § 233 nicht weiter erforberlich.
- 7. In Betreff ber Bekanntmachung bes Urtheils an ben Angeklagten felbit f. bie Roten ju § 267.
 - 8. Bgl. § 451 Abs. 2, § 457 Abs. 2, § 427.
- 9. In Betreff ber Bertretung bes Angeflagten in ben hauptverhandlungen ber boberen Inftangen f. SS 370, 390.

3u § 231.

1. Das Gefet gewährt bem Angeklagten bei unverschulbeter Berfaumung ber Sauptverhandlung ben Anspruch auf Wiedereinsetzung in ben vorigen Stand in gleichem Maße wie
bei unverschuldeter Bersaumung einer Frift. "Bo eine Bersaumung ber hauptverhandlung nicht in Frage ift, vielmehr ber erkennende Richter die Bertheibigung des Angeklagten, sei es durch Berslesung seiner Aussage (§ 232), sei es durch Anhörung eines Bertreters (§ 233), vernommen hat, da kann selbstwerständlich von einer Biedereinsetzung in den vorigen Stand nicht die Rebe sein" (Mot. S. 183). Im Einzelnen ift zu bemerken: a. Im Falle des § 232 greift die Wiedereinsetzung

8, 235,

Das Gericht ist stets befugt, bas persönliche Erscheinen des Angeklagten ans zuordnen und dasselbe durch einen Borführungsbefehl ober Haftbefehl zu erzwingen.
(L. Cutw. § 191; II. Cutw. § 196; III. Cutw. § 199.)

§. 236.

Das Gericht kann im Falle eines Zusammenhangs zwischen mehreren bei ihm anhängigen Strafsachen die Verbindung derselben zum Zwecke gleichzeitiger Verhandslung anordnen, auch wenn dieser Zusammenhang nicht der im §. 3 bezeichnete ist.

(I. Entw. § 192; II. Entw. § 197; III. Entw. § 2001.)

niemals Plat, ba die Berlefung bes die Erklärung bes Angeklagten enthaltenden Protokolles seine mündliche Anhörung ersett. b. Im Falle bes § 231 kann eine Wiedereinsetung nur eintreten, wenn weber der Angeklagte noch ein bevollmächtigter Bertreter erschienen war. Uebrigens kann hier das Gesuch auch darauf gegrundet werden, daß der Bertreter durch einen unadwendbaren Jusall x. am Erscheinen verhindert worden sei (a. M. Stenglein S. 416). c. In dem Falle, wenn der Angeklagte die Fortsetung einer unterbrochenen Hauptverhandlung (§ 230 Abs. 2) versäumt, ist die Wiedereinsetung für ausgeschlossen, da der Angeklagte bereits über die Anklage gehört war; daß in den Mot. S. 183 auch § 194 Abs. 2 des Entw. (jest § 230 Abs. 2) angessührt ift, beruht auf einem Freihum (gl. A. Keller S. 277.)

- 2. In Betreff ber Boraussehungen, unter benen bie Wiebereinsehung gewährt wirb, f. § 44. Insbes. findet bieselbe statt, wenn ber Angeklagte ohne sein Berschulben von der Ladung teine Kenntniß erlangt hatte. Wäre ihm bemnächst (3. B. im Falle eines Wechsels seines Ausentshaltsortes) auch die Zustellung des Urtheils unbekannt geblieben und hätte er demzusolge auch die in § 234 bestimmte Frist versaumt, so würde er gleichzeitig die Wiedereinsehung gegen die Bersaumung dieser Frist und gegen die Versaumung der Hauptverhandlung nachsuchen müssen (§ 45 Abs. 2; vgl. dort Note 2).
- 3. Die Biedereinsetzung gegen die Berfäumung einer Hauptverhandlung wird baburch nicht ausgeschlossen, daß der Angeklagte in berselben Sache scho n einmal eine Hauptverhandlung versjäumt und die Biedereinsetzung erlangt hatte. Bgl. bagegen § 452 Abs. 2.
- 4. Auf bas Gesuch um Wiedereinsetzung und auf bas dadurch veranlaßte Versahren finden die §§ 45, 46 entsprechende Anwendung; vgl. die Noten das, sowie § 44 Note 2. d. Die Entscheidung erfolgt in schöffengerichtlichen Sachen durch den Amtsrichter, in landgerichtlichen und schwurgerichtlichen Sachen durch die Straftammer in berathender Sitzung.
- 5. Birb bas Gesuch fur begrundet erachtet, so beschließt bas Gericht: ben Angeklagten gegen bas Urtheil in ben vorigen Stand wiebereinzusepen; hiermit ift bie Aufhebung bes Urtheils ausgesprochen. Da bieser Beschluß nicht ansechtbar ift (§ 46 Abs. 2), so wird nach seiner Erslaffung alsbald eine neue hauptverhandlung anberaumt.
- 6. Inwiefern bas Gesuch um Biebereinsehung auf die Anfechtung bes Urtheils mittelft ber Berufung bezw. ber Revision von Einfluß fei und umgekehrt, barüber f. SS 356, 382.

Bu § 235.

- 1. Die Bestimmung ist eine Folgerung aus bem Grundsage, baß bas Gericht von Amtszwegen bie materielle Wahrheit zu ersorschen hat (§ 153 Rote 4). Sie gilt für bie erste Justanzausnahmslos und in jeder Lage ber Sache; vgl. § 427 Abs. 3, § 451 Abs. 2, § 457 Abs. 2 u. die Noten bas. In Betreff ber höheren Justanzen s. §§ 370, 371, 390.
- 2. Gine Borführung ober Berhaftung bes Angeklagten ift in allen Fällen erft ftatthaft, wenn berfelbe unter Androhung ber betr. Maßregel geladen und bennoch ausgeblieben war; vgl. § 229 Note 5, § 231 Note 11. In ben Fällen bes § 230 Abs. 2 ift die Borführung ober Ber∍haftung stets ohne Beiteres zulässig; gl. A. Puchelt S. 395.

3u § 236.

1. Bgl. die die Berbindung mehrerer Strafflagen betreffenden Noten 33—40 zu Buch 2 Abschn. 1.

§. 237.

Die Leitung ber Berhandlung, die Bernehmung des Angeklagten und die Aufnahme des Beweises erfolgt durch den Borfitzenden.

Wird eine auf die Sachleitung bezügliche Anordnung des Vorsitzenden von einer bei der Verhandlung betheiligten Person als unzuläffig beanstandet, so entscheibet das Gericht.

(I. Cutm. \$ 193 Abf. 1; II. Cutm. \$ 198; III. Cutm. \$ 201.)

3u § 287.

1. Der & bestimmt im Algemeinen ben Inhalt ber Fu nktion bes Borsigen ben im Berbältniß bes letteren zu bem Gericht. Rach ber Auffassung ber StBD. handelt ber Borsische in allen wesentlichen Stüden im Ramen bes Gerichts und als Organ besselben; er ist baber bei seinen Anordnungen und Magnahmen, soweit beren Zulässigkeit (Abs. 2) in Frage kommt, an die Ansicht bes Gerichts gebunden. Eine s. g. diskretionare Gewalt des Borsischen im Sinne bes Code d'instr. crim. art. 268, 269, kennt die StBO. nicht. Im Bergleich mit ber Mehrzahl ber früheren Landesgesetze hat die StBO. die Besugnisse des Borsischen eingesschaft und diesenigen des Gerichts erweitert.

Bu Abs. 1.

- 2. a. Dem Borfigenben gebuhrt bie Leitung ber Berhanblung; er eröffnet und ichlieft fie (vgl. § 227 Abf. 1) und bestimmt, foweit bas Gefet bier nicht binbenbe Borfchriften (vgl. § 242, § 243 Abf. 1, § 257) giebt, ben Gang ber Berhanblung und bie Reihenfolge ber einzelnen Afte. — Insbef. bat ber Borfigenbe, wenn Jemanb fich bas Bort erbittet, über bie Gemahrung bes letteren ju befinden und ben Beitpuntt, ju welchem bie fich jum Bort melbenben Berfonen gu fprechen haben, ju bestimmen. Er ift befugt, jeben Sprechenben ju unterbrechen und ihm einft weilen bas 28 ort zu entziehen; val. RGer. III. 11. Febr. 82 (Rfpr. IV. 151), II. 9. Apr. 86 (Ripr. VIII. 271). Dies muß auch gegenüber bem Staatsanwalt gelten, ba bas Gefet bemfelben eine Sonberftellung in ber hier fraglichen Beziehung nicht angewiesen bat und es überbies bem im Laufe ber Berhandlung jum Bort verftatteten Staatsanwalt nicht zufteben fann, ben Borfitenben beliebig lange zu hinbern, seinerseits wieber bas Bort zu ergreifen (gl. A. Dalde S. 155, Geper S. 688, Stenglein S. 418; a. M. Keller S. 280, Puchelt S. 397). Derjenige, bem ber Borsigenbe bas Bort versagt ober entzieht, würbe übrigens berechtigt sein, gemäß Abs. 2 bie Entideibung bes Gerichts zu verlangen, wenn er behauptet, bag ihm burch bas Berfahren bes Borfipenben bie Geltenbmachung einer prozessualen Befugniß, 3. B. bie Stellung eines Antrages, in ungulaffiger Beise beidrantt werbe. - In Betreff ber Schlugvortrage f. § 257 u. bie Roten baf.
- b. Der Borfitenbe ift nicht befugt, bie Leitung ber Berhandlung einem ber beifitenben Richter zu übertragen: Roer. III. 1. Nov. 83 (Entich. IX. 310, Repr. V. 653); wgl. Rote 4.
- c. Mit ber Leitung ber Berhanblung hangt bie hanbhabung ber Sigungspolizei gufammen; bezüglich biefer ift jedoch bie Grenze zwischen ben Besugnissen bes Borfigenben und benen bes Gerichts burch bas GBG. §§ 177—180 besonbers geregelt; vgl. insbes. § 177 Rote 2, 3.
 - 3. "bie Bernehmung bes Angeflagten" vgl. SS 242, 256.
- 4. a. In Betreff ber Aufnahme bes Beweises erleibet bie Bestimmung bes § 237 eine Ginschränkung burch biejenige bes § 238; vgl. auch § 239. Die ganze Bernehmung eines Zeugen ober Sachverstänbigen einem ber beisitzenben Richter zu übertragen, ift ber Borsitzenbe nicht bes sugt: RGer. III. 1. Nov. 83 (Rote 2. b).
- b. In Betreff ber Beeibigung ber Zeugen f. § 57 Rote 2, § 60 Rote 2. 0, in Betreff ber Berlejung von Schriftstuden: § 248 Rote 4.

Bu Abs. 2.

5. Die Bestimmung bes Abs. 2 ift von ber RER. aufgenommen worben; sie enthielt nach bem Beschlusse ber 1. Lesung bie Borte "als unguläffig" nicht (Brot. S. 347 ff.). Die Regierungs- vertreter verlangten bemnächst bie Ginschlung ber Borte: "als gesehlich unguläffig", und biefem

§. 238.

Die Bernehmung ber von ber Staatsanwaltschaft und bem Angeklagten benannten Zeugen und Sachverständigen ist der Staatsanwaltschaft und dem Bertheibiger auf deren übereinstimmenden Antrag von dem Vorsitzenden zu überlassen. Bei den von der Staatsanwaltschaft benannten Zeugen und Sachverständigen hat diese, bei den von dem Angeklagten benannten der Vertheibiger in erster Reihe das Recht zur Vernehmung.

Der Vorsitzende hat auch nach bieser Vernehmung die ihm zur weiteren Aufklärung der Sache ersorberlich scheinenden Fragen an die Zeugen und Sachverftändigen zu richten.

(I. Entw. § 194; II. Entw. § 199; III. Entw. § 202.)

- Berlaugen wurde, nach anfänglicher Ablehnung besselben (Brot. S. 948), später entsprochen (Sigs. 172, S. 9); nur wurde das Bort "gesetzlich" wieder gestrichen, weil es neben dem Borte "unzulässig" überflüssig erschien. Der Sinn der Bestimmung ist demzusolge unzweiselhaft der: daß die Entscheidung des Gerichts nur dann eintritt, wenn von einem Betheiligten die gesetzliche Unzulässiger (also nicht blos die Unangemessenheit z.) einer Maßnahme des Borsitenden behanptet wird. Hiernach kann 3. B. die Entscheidung des Gerichts nicht dadurch veranlast werden, daß ein Betheiligter gegen die Reihensolge, in welcher der Borsitende die Zeugen vernimmt, Widersspruch erhebt; gl. A. RGer. II. 16. Apr. 86 (Rspr. VIII. 286). Uedrigens kann ein etwaiger Zweisel darüber, ob in der vorliegenden Erklärung eines Betheiligten ein Widerspruch gegen die Zulässig feit der betr. Anordnung zu sinden sei, wiederum nur von dem Gericht, nicht von dem Borsitenden, entschieden werden.
- 6. Die Bestimmung sett nicht nothwendig eine ausbrudliche "Anordnung" voraus, ist vielmehr bei allen Magnahmen bes Borsitzenben anwendbar, welche die "Sachleitung" betreffen. Durch die Bahl bes letteren Ausbrud's statt bes in Abs. 1 gebrauchten Bortes "Leitung" hat ausgebeutet werben sollen, daß die beanstandete Magnahme irgend eine sachliche Bebeutung haben musse, um Gegenstand der Entscheidung bes Gerichts sein zu können. Ueber das Borhandensein bieser Boraussehung tann aber im Zweisel auch wieberum nur das Gericht entscheiden.
- 7. Außer ben Prozestbetheiligten (vgl. § 153 Note 6 sowie Note 8. a zu Buch 1 Abschn. 11) sind auch die beissigenden Richter befugt, eine Maßnahme des Borsitzenden als unzulässig zu beanstanden; es kann dies ihrerseins freilich nur in der Art geschehen, daß sie den Borsitzenden in einer für Andere nicht vernehmbaren Beise ersuchen, mit dem Gericht in Berathung zu treten (vgl. GBG. § 195 Note 2). Eine berartige Besugniß muß den Beisitzern deshalb zugestanden werden, weil das Gericht für die Rechtsbeständigkeit seines Bersahrens, also dasur zu sorgen hat, daß nicht unzulässige, vielleicht die Richtigkeit des Urtheils nach sich ziehende Akte vorgenommen werden. Gl. A. Geher S. 335, Boitus S. 270, Stenglein S. 419; a. M. Buchelt S. 397, Dalde S. 156, Reller S. 281. Das von den Richtern Gesagte gilt auch von den Schössen (BBG. § 30), nicht aber von den Geschworenen, da deren Thätigkeit sich auf die Entscheidung der Schuldztage beschränkt (GBG. § 81).
- 8. Der Borfigenbe felbst ift nach bem in Note 1 Bemerkten für befugt zu erachten, seinerseits einen Befchluß bes Gerichts auch über bie Zwedmäßigkeit seiner Magnahmen, wie überhaupt
 über solche Punkte einzuholen, bezüglich beren ihm selbst bie Entschließung zustehen würde.
- 9. Auf bie Fragen, welche ber Borfibenbe an bie Zeugen und Sachverständigen ober an ben Angellagten richtet, findet § 237 Abf. 2 nicht Anwendung; hierüber f. § 241 Note 2.

Au # 238.

1. Der S läßt in beschränktem Maße bas s. g. Kreuzverhör zu. Dasselbe ift nur bei ber Bernehmung von Zeugen und Sachverständigen statthaft, wogegen die Bernehmung des Ange-klagten nur durch den Borsitzenden ersolgen kann (vgl. § 239 Note 4). — Die das Kreuzverhör

§. 239.

Der Vorsitzende hat ben beisitzenden Richtern auf Verlangen zu gestatten, Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu stellen.

Dasselbe hat ber Borsitenbe ber Staatsanwaltschaft, bem Angeklagten und bem Bertheibiger sowie ben Geschworenen und ben Schöffen zu gestatten.

(L. Entw. § 195; II. Entw. § 200; III. Entw. § 203.) Bgl. CPO. § 361 Rbj. 3, § 362 Rbf. 2, 3.

betreffenben Berhandlungen ber RIR. f. in ben Prot. S. 351 ff., 948, 949; vgl. auch ben Bericht ber RIR. S. 59.

- 2. Das Kreuzverhör erstredt sich nur auf biejenigen Zeugen und Sachverftändigen, welche von ber Staatsanwaltschaft ober bem Angeklagten benannt find. Die auf richter- liche Anordnung gelabenen Personen (§§ 220, 243 Abs. 3) sind ftets burch ben Borfitenben zu vernehmen.
- 3. Das Kreuzverhör fann nur eintreten, wenn ein Bertheibiger in ber Berhanblung mitwirft; ber Angeklagte selbst ift zur Bornahme bes Berhörs nicht befugt (vgl. übrigens § 239 Abs. 2.

 It von mehreren Angeklagten ber eine mit einem Bertheibiger versehen, ber andere
 nicht, so ist bas Rreuzverhör nur in Ansehung solcher Straffälle statthaft, bei benen ber legige
 bachte Angeklagte nicht betheiligt ift.
- 4. a. Das Kreuzverhör fest ben übereinstimmenben Antrag ber Staatsanwaltfchaft und bes Bertheibigers voraus; beim Borhandensein dieses Antrages muß der Borfisende baffelbe gestatten; auf den Willen bes Angeklagten selbst kommt es nicht an. Birken
 mehrere Bertheibiger in der Berhandlung mit, so ist die Uebereinstimmung aller erforderlich;
 andernfalls ift das Kreuzverhör nur in Ansehung solcher Straffälle flatthaft, bei deren Berhandlung
 ber widersprechende Bertheibiger nicht betheiligt ift.
- b. Der Antrag muß vor bem Beginn ber Beweißanfnahme gestellt werben, ba es ber Staatsanwalischaft und bem Bertheibiger nicht zustehen kann, bem Borfigenben bas von biesem bereits begonnene Berhor zu entziehen; im Falle eines verspäteten Antrages ift ber Borsigenbe zwar berechtigt, nicht aber verpflichtet, bas Kreuzverhor zu gestatten. Gl. A. Glafer I. S. 436.
- 5. Much einem Antrage: bas Rreugverbor in Ansehung eines Theiles ber Beugen und Sachverftanbigen ju gestatten, tann von bem Borsigenben entsprochen werben.
- 6. Gine Befugniß, bas Kreuzverhör nach seinem Ermessen zu schließen und bas Berbor von Zeugen und Sachverständigen wieber selbst zu übernehmen (vgl. z. B. preuß. Ges. v. 3. Mai 1852 Art. 77), sieht bem Borsitenben nicht zu. In Betreff eines Migbrauchs bes Kreuzverhörs f. § 240 Abs. 1 u. Rote 1 bas.
 - Ru # 239.
- 1. a. Mle in § 239 genannten Bersonen haben ein Recht, Fragen unmittelbar an bie Beugen und Sachverständigen zu stellen; ber Borsibenbe muß ihnen die Befragung gestatten. Daß hier, bei sonst gleichem Inhalt ber Bestimmungen in Abs. 1 und 2, die Richter gesondert genannt werben, hat seinen Grund in ber Borschrift bes § 240 Abs. 2; vgl. bort Note 4.
- b. Unter ben Richtern, Gefchworenen und Schöffen find auch bie Ergangungsperfonen ju verfteben; vgl. GBG. § 194 Rote 10.
- 2. Die gebachten Personen können ihr Fragerecht erst bann ausüben, wenn ber Borfisenbe bie seinerseits vorgenommene Bernehmung bes betr. Zeugen ober Sachverftanbigen beenbet hat; es hangt von bem Borfisenben ab, ob er schon vor biesem Zeitpunkt Zwischenfragen Anderer gestatten will. Bollen mehrere bas Fragerecht ausüben, so bestimmt ber Borsisenbe auch bie Reihenfolge unter ihnen (§ 237 und Note 2. a bas.). Im Falle bes Kreuzverhörs kann erft nach bem Schlisse besselben bas Fragerecht ber beisigenben Richter, ber Geschworenen und ber Schössen zur Ausübung kommen.
- 3. Gine Pflicht, bie gewünschten Fragen unmittelbar zu ftellen, haben bie gebachten Bersonen nicht; fie fonnen, soweit bie Fragen zulässig find (§ 240 Abs. 2), auch verlangen, bag bieselben burch ben Borsitenben gestellt werben. A. M. Glaser I. S. 441.

§. 240.

Demjenigen, welcher im Falle bes §. 238 Abs. 1 bie Befugniß ber Berneh= mung mißbraucht, kann bieselbe von bem Borsitenben entzogen werben.

In ben Fällen bes §. 238 Abs. 1 und bes §. 239 Abs. 2 kann ber Bor= sitzenbe ungeeignete ober nicht zur Sache gehörige Fragen zuruckweisen.

(I. Cutw. § 196; II.. Cutw. § 201; III. Entw. § 204.) Rgl. CPO. § 362 Abf. 3.

4. Der Angekagte kann -- abgesehen von ber Bestimmung bes § 80 Abs. 2 (vgl. bort Note 2) — nur burch ben Vorsitzenden selbst befragt werben (Prot. S. 361, 362; vgl. § 238 Note 1); a. M. Fuchs in H. S. 71, Dalde S. 156. — Bünscht eine ber in § 239 gebachten Personen die Borlegung einer Frage an den Angeklagten, so hat sie sich bieserhalb an den Borssenden zu wenden; es hängt alsdann von dem Ermessen des letzteren ab, ob er die Frage stellen will oder nicht; eine Psicht hierzu besteht für ihn nicht: MGer. II. 14. Dez. 83 (Mpr. V. 784); vgl. auch I. 27. Sept. 80 (Mpr. II. 264). Gl. A. auch Keller S. 283, Thilo S. 274, Stenglein S. 420; a. M. Boitus Komm. S. 271 u. Kontr. I. S. 33 s., Dalde S. 156, v. Bomhard S. 175, Dochow S. 221. — In Betress der Beantwortung der Fragen s. § 136 Note 4. b.

Bu # 240.

Bu Abf. 1.

- 1. Die Bestimmung betrifft bas in § 238 behanbelte Kreuzverhör. Der Begriff bes Mißsbrauchs ist nicht erschöpfend zu bestimmen. Ein solcher kann unter Umständen auch in einer umgebührlichen Ausbehnung der Bernehmung gefunden werden, namentlich dann, wenn etwaige Etmahnungen bes Borsitzenden fruchtlos bleiben. Bgl. § 238 Note 6.
- 2. Rur bem je nigen Brogegbetheiligten, welcher bie Befugniß zur Bernehmung migbraucht, tann biefelbe entzogen werben; bie Befugniß ber übrigen wirb hierburch nicht aufgehoben. An Stelle bes erfteren nimmt ber Borfigenbe bas weitere Berhor por.
- 3. Die Bestimmung bes § 237 Abs. 2 findet auch auf die hier vorgesehene Magnahme bes Borsibenden Anwendung. Gl. A. Dalde S. 157, Geger S. 676, Glaser I. S. 438, Stenglein S. 421; a. M. Puchelt S. 400, Keller S. 284.

Bu Abs. 2.

- 4.a. Da § 239 Abs. 1 hier nicht in Bezug genommen ift, so ift ber Borfitzenbe nicht beziugt, Fragen, welche von ben beisitzenben Richtern gestellt werben, zuruckzuweisen: Roer. I. 5. Mai 84 (Entich. X. 378, Ripr. VI. 350); vgl. Ber. ber REK. S. 62. Das cit. Unth. geht aber, wie Stenglein S. 421 zutreffend ausstührt, zu weit, wenn es bem Borfitzenben auch die Besugniß versagt, über die Zulässigfigkeit einer von einem Richter gestellten Frage einen Gerichtsbeschluß herbeizusühren; biese Besugniß ist vielmehr aus der Fassung bes § 241 ("Zweisel" "in allen Fällen") wie auch aus der Erwägung herzuleiten, daß eine so "souveraine" Stellung (Stenglein), wie sie jenes Urtheil dem einzelnen Beister zuweist, nicht in das sonstige System der StPD. passen würde.
- b. Die Gefdmorenen und Schöffen fteben hinfichtlich ber Befugniffe bes Borfigenben nicht ben Richtern, fonbern ben Prozegbetheiligten gleich.
- 5. Nur "ungeeignete" ober "nicht zur Sache gehörige" Fragen bürsen zurückgewiesen werben; bagegen berechtigt bie Unerheblichkeit einer (zur Sache gehörigen) Frage nicht zu beren Zurückweisung (Prot. S. 362); so: Roer. III. 26. Juni 80 (Rspr. II. 122), I. 8. März 83 (Entsch. IX. 161, Mspr. V. 167), III. 29. Apr. 86 (Rspr. VIII. 323); vgl. auch I. 26. Febr. 83 (Rspr. V. 143), I. 14. Jan. 86 (Rspr. VIII. 45). Unter "ungeeigneten" Fragen sind unpassend gefaßte, den Zeugen zu verlehende, namentlich aber solche zu versehen, welche sich unnötziger Weise, d. h. ohne daß dies durch die Sache erheischt wird, mit der Person des Befragten beschäftigen. Dagegen ist eine Frage nicht schon deshalb ungeeignet, weil deren Beantwortung für den Zeugen die Geschr einer Strasversolgung begründen würde: RGer. I. 17. Jan. 84 (Rspr. VI. 36); vgl. § 54 Note 1. d. Auch eine unmotivirte Wiederholung berselben Frage

§. 241.

Zweifel über die Zulässigkeit einer Frage entscheibet in allen Fällen das Gericht (L. Cutm. § -; II. Cutm. § -; III. Cutm. § 204 Abs. 4.)

§. 242.

Die Hauptverhandlung beginnt mit bem Aufrufe ber Zeugen und Sachver-ftändigen.

Hieran schließt sich die Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse und die Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hamptversahrens.

Sobann erfolgt bie weitere Bernehmung bes Angeklagten nach Maßgabe bes §. 136.

Die Verlesung bes Beschlusses und bie Vernehmung bes Angeklagten geschieht in Abwesenheit ber zu vernehmenden Zeugen.

(I. Cutm. \$ 179; II. Cutm. \$ 202; III. Cutm. \$ 205.)

tann als "ungeeignet" jurudgewiesen werben. — Darüber, ob eine Frage ungeeignet fei begw. nicht jur Sache gehöre, enticheibet bas freie Ermeffen bes Gerichts (§ 241).

Ru \$ 241.

- 1. "fiber bie Bulaffigteit einer Frage" hieruber f. § 240 Abf. 2 u. Rote 5 baf. Bgl. Rote 7 au SS 51-54.
- 2. Bur Anregung von Zweifeln und jur Beanftanbung einer Frage find außer bem Borfibenben und bem Befragten auch bie Prozefbetheiligten befugt. In Betreff ber Fragen ber beifibenben Richter f. § 240 Note 4. a.
- 3. Der Borsitzenbe kann aus ber (burch eine anbere Person erfolgenben) Beanstandung einer Frage Anlaß nehmen, seinerseits die lettere zurückzuweisen; alsbann wird die Entscheidung bes Gerichts nur erforderlich, wenn der Fragsteller auf der Borsegung der Frage beharrt. Der Borsitzenbe ift aber auch befugt, von einer Zursickweisung seinerseits Abstand zu nehmen und ohne Beiteres den Beschluß bes Gerichts einzuholen; vgl. § 237 Rote 8.
- 4. Auch im ich murgerichtlichen Berfahren fteht bie Entscheidung über bie Zulässigkeit einer Frage bem Gericht (GBG. § 81 Rote 1) zu, selbst wenn ber Gegenstand ber Frage ein solcher ift, welchen bemnächst die Geschworenen bei Abgabe ihres Spruches in Betracht zu ziehen haben: RGer. III. 5. Mai 80 (Entsch. II. 44, Rfpr. I. 732).

3u § 242.

Bu Abs. 1.

- 1. Der Beginn ber hauptverhanblung wird strenggenommen burch bie Borschrift bes Abs. 1 nicht genau bezeichnet; benn vor allem Anderen muß, wie auch bie Mot. S. 184 erwähnen, der Aufruf des Angeklagten bezw. seine Borsührung ersolgen. Die Art bes Aufrufs ift in das Ermessen bes Gerichts gestellt. Ein Aufruf im Anwaltszimmer ift, auch wenn ein Rechtsanwalt sich zuvor als Bahlvertheidiger schristlich gemeldet hatte, nicht geboten: Roser. II. 19. Apr. 81 (Rspr. III. 236). Bezüglich ber schwurgerichtlichen Berhandlungen f. § 278. Neber den Schluß ber Hauptverhandlung vgl. § 259.
- 2. In Betreff ber Bulaffigfeit einer Feffelung bes Angeklagten f. § 116 Abf. 4 unb Rote 3 baf.
- 3. a. Gine sachliche Bebeutung hat ber Aufruf ber Zeugen und Sachverftanbigen nur insofern, als burch ibn bas etwaige Ausbleiben einer gelabenen Berson alsbalb konstatit wirb, somit aber bas Gericht und bie Prozesbetheiligten alsbalb zur Erwägung barüber veranlagt werben, ob bie Bertagung ber Berhanblung erforberlich fei. Gine wesentliche Förmlichkeit bes Berfahrens ift in bem gebachten Aufruf nicht zu erbliden.
 - b. Der Borfigenbe tann an bie im Sigungszimmer versammelten Beugen und Sachver-

ftanbigen fcon jest bie bie Eibesleiftung betreffenbe Ermahnung richten; vgl. § 59 u. Rote 1 bai., § 79 Rote 8.

Bu Abf. 2.

- 4. In Betreff ber Bernehmung bes Angeflagten über feine perfonlichen Berhaltniffe f. § 136 Rote 7, 8.
- 5. a. Der Beschlus über bie Eröffnung bes hauptversahren bilbet bergestalt bie Grunblage ber Berhandlung und Urtheilsfällung, baß lettere sich auf kein Delikt erstrecken barf, welches nicht in bem Beschlusse als Gegenstand bes hauptversahrens bezeichnet ift, sollte auch bie Anklageschrift noch andere Delikte umfassen: Reer. II. 13. Jan. 80 (Entsch. I. 66); vgl. auch II. 8. Rarz 81 (Entsch. III. 406).
- b. Durch bie Berlefung bes Gröffnungsbeichluffes foll ben jur Entideibung berufenen Berfonen ber Gegenftanb ber Berhanblung befannt gemacht werben. Die Berlefung ber Antlage= ichrift, wie fie nach bem früheren Rechte ftattfanb, ift von ber StBD. völlig befeitigt; man hat in ihr eine Gefährbung ber Unbefangenheit ber jur Enticheibung berufenen Bersonen erblidt. Aus bemfelben Grunde läßt die StBO, auch eine munbliche Darlegung des Gegenstandes ber Anklage burch die Staatsanwaltschaft, wie fie der Entw. (§ 205 Abs. 2) wollte (vgl. auch Code d'instr. crim. art. 315), nicht zu (Prot. S. 363-365, Bericht S. 58, 63). Daß übrigens bie Berlefung bes Befdluffes haufig (z. B. in Unterfuchungen wegen Meineibes) nicht genugen wirb, bie Richter 2c. über ben Gegenstand ber Berhandlung zu informiren, ift zweifellos; es muß baber eine munbliche Erlauterung bes Beschluffes burch ben Borfigenben und eine hinweisung auf bie Richtung des Beweisversahrens für statthaft erachtet werden, und oftmals wird eine derartige Erläuterung geradezu nothwendig sein. Gl. A. RGer. III. 24. Jan. 80 (Rspr. I. 269), II. 25. März 84 (Rspr. VI. 223), v. Schwarze S. 399, Dalde S. 158, Thilo S. 279, Dochow S. 224, Keller S. 287; a. M. Buchelt S. 402. Nur barf bie Erläuterung nicht in solcher Beije erfolgen, daß fie eine Berletzung von Brozesvorschriften, z. B. des § 249, enthält. — Uebrigens ift bie Erläuterung auch in jedem späteren Stabium der Berhandlung statthaft.
- c. Der Beschluß braucht nur insoweit verlesen zu werben, als er ben in § 205 bestimmten Inhalt hat. Es ift also berzeinige Theil von ber Berlesung auszuschließen, welcher in Ansehung einzelner Straffalle ober einzelner Angeschulbigter die Einstellung des Berfahrens ausspricht (§ 202), besgleichen berzeinige Theil, welcher die Berwerfung eines vom Angeklagten ershobenen Einwandes (§ 199) betrifft.
- d. Finbet in Folge ber Unguftanbigkeitserklarung eines erkennenben Gerichts eine Sauptverhandlung vor einem anderen Gerichte flatt, so vertritt nunmehr ber die Unguftandigkeit aussprechenbe Beschluß ben Eröffnungsbeschluß (vgl. § 270 Abs. 2); ber erstere also kommt in ber neuen hauptverhandlung zur Berlesung: RGer. II. 8. Febr. 84 (Entich. X. 230), IV. 7. Juli 85 (Ripr. VII. 473).
- e. Die Berlefung wirb am paffenbften burch ben Gerichtsichreiber zu bewirken fein; boch fann fie, ba bas Gefet eine Borfcrift hierüber nicht giebt, auch burch ben Borfitenben ober einen ber anderen Richter erfolgen. Bgl. § 248 Rote 4.
- f. Die Unterlaffung ber Berlefung begrundet bie Revision: RGer. III. 22. Febr. 83 (Entid. VIII. 144, Rfpr. V. 134).

Bu Abj. 3.

6. Auf bie in ber Sache erfolgende Bernehmung bes Angeklagten findet in jeder Beziehung ber in § 136 enthaltene Grundsch Anwendung. Der Angeklagte ist also zu befragen, ob er etwas auf die Anklage erwidern wolle, und er darf ebensowohl jede Auslassung wie auch die Beantwortung einzelner Fragen verweigern. Es gilt auch hier alles zu § 136 Rote 3, 4 Bemerke. Berweigert der Angeklagte die Auslassung, so bedarf es der Borhaltung der Berbachtsspründe zunächt nicht, da eine solche im Laufe der Berhandlung flattsindet (§ 256). Aus der im Borversahren vor Gericht abgegebenen Aussage einer Person, welche zur Berweigerung des Zeugmisse berechtigt ist (vgl. § 251 u. Rote 8 bas.), darf dem Angeklagten eine Borhaltung nur dam Bemacht werden, wenn das Gericht sich vergewissert hat, daß diese Person von jener Berechtigung

§. 243.

Nach ber Bernehmung bes Angetlagten folgt bie Beweisaufnahme.

Es bedarf eines Gerichtsbeschlusses, wenn ein Beweisantrag abgelehnt werden foll, ober wenn die Vornahme einer Beweishandlung eine Aussehung der Hauptverhandlung erforderlich macht.

Das Gericht kann auf Antrag und von Amtswegen die Ladung von Zeugen und Sachverständigen sowie die Herbeischaffung anderer Beweismittel anordnen.
(1. Entw. § 198; II. Entw. § 203; III. Entw. § 206.)

nicht Gebrauch macht: RGer. I. 20. Dez. 86 (Entich. XV. 100). — Uebrigens hat ber Angeklagte feine Erklärungen in ündlich abzugeben; bie Berlefung ober Borlegung einer Bertheibigungsichnit ift unftatthaft: RGer. I. 12. Juni 82 (Ripr. IV. 563).

- 7. In einzelnen ber früheren Landesgesehe war es bem Angeklagten untersagt, sich vor Beantwortung einer an ihn gerichteten Frage mit dem Bertheidiger zu besprechen. So sehr eine solche Borschrift de lege fer. gerechtfertigt erscheinen mag, so kann boch von dem Standpunkte aus, ben die StPO. in § 136 eingenommen hat, eine derartige Beschränkung des Angeklagten nicht für statthaft erachtet werden. Der Angeklagte kann die Beantwortung einer jeden Frage absehnen; er kann gleichwohl zu jedem späteren Zeitpunkt der Berhandlung die Ansangs abgelehnte Antwort unausgesordert geden, und in der Zwischenzeit kann er ungehindert mit dem Bertheidiger sprechen; es ist also nicht abzusehen, weshalb er sich nicht auch alsbald mit dem Bertheidiger sollte unterreden dürfen; nur darf freilich ein Ausenthalt in der Berhandlung hieraus nicht entstehen. Gl. A. Gever S. 75, Dochow S. 224, Stenglein S. 424; a. M. v. Schwarze S. 400, Keller S. 287, Glaser I. S. 640, Kapser S. 226.
 - 8. Bgl. § 232 u. Rote 13 baf. fowie § 253.
- 9. Die Borlegung ber Beweisftude (§ 94 Rote 4) an ben Angeklagten tann icon bei ber Bernehmung beffelben gefcheben.
 - 10. Bgl. Rote 20. a ju Buch 2 Abichn. 1.

Bu Abs. 4.

11. a. Die Bestimmung beruht auf ber Erwägung, daß die Unbesangenheit der Zeugen be einträchtigt werden könnte, salls dieselben schon vor ihrer Bernehmung der Berhandlung beiwohnten. Die Zeugen verlassen also vor der Berlesung des Beschlusses das Sitzungszimmer und erwarten ihren abermaligen Aufruf in dem ihnen angewiesenen Raume; vgl. § 50 Note 5 u. § 247. — Uedrigens ist die Borschrift des Abs. 4 nur eine reglementäre: RGer. II. 7. Mai 80 (Entsch. I. 409. Rspr. I. 740), I. 3. Nov. 81 (Rspr. III. 685) u. öster. Dementsprechend darf auch ein Antrag auf Bernehmung eines Zeugen nicht lediglich deshalb abgelehnt werden, weil letzterer der Berleiung des Beschulusses oder einem anderen Theile der Berhandlung beigewohnt habe: RGer. I. 15. Apr. 80 (Entsch. I. 366, Rspr. I. 603).

b. Ob und welche Maßregeln zu treifen seien, um zu verhuten, daß die Zeugen fich unter einander ober mit britten Personen über die abzugebenden Aussagen besprechen, ift dem Ermeffen bes Borfigenden überlaffen; die Aufnahme einer Bestimmung hierüber ift fur entbehrlich erachtet worden (Prot. S. 262).

12. Für bie Sachverständigen gilt bie Bestimmung nicht: sie burfen ber ganzen Berhand: lung beiwohnen, was meistens sogar zwedmäßig sein wird; es entscheibet hierüber bas Ermessen bes Borsigenben. Auch auf ben Fall, wenn ein Sachverständiger zugleich als Zeuge vernommen werben soll, ift Abs. 4 nicht zu beziehen: RGer. F. 12. Sept. 81 (Rspr. III. 496). — Egl. § 80.

Bu 216f. 1.

1. Inwiefern bie Beweisaufnahme burch bie Enticheibung über eine Borfrage in Begial fommen tonne, barüber f. bie Roten ju § 259.

2. Mus ber Bestimmung bes Abs. 1 ift nicht zu folgern, bag bas Gericht fich niemals mit einem Geftanb niß bes Angeklagten begnugen burfe und bag nach ber Bernehmung bes letteren

unter allen Umftanben eine weitere Beweisaufnahme eintreten muffe; nach bem Grunbfat ber ireien Beweiswürdigung (§ 260) ift es vielmehr julaffig, eine Berurtheilung bes Angeklagten ausidlieflich auf bas Geständniß beffelben ju grunden; vgl. Boitus Rontr. I. S. 107 ff., Glafer I. 6. 606 ff. Thatfachlich wird jeboch eine lebiglich auf bas Geftanbnig bes Angeklagten geftutte Berurtheilung nur felten und zwar nur bei geringfügigen Deliften (vgl. insbef. § 211) vorkommen tonnen. Denn bas ertennenbe Bericht muß bie Glaubwurbigfeit bes Gestänbniffes prufen (§ 153 Rote 4); biefe Brufung fest regelmäßig bie Renntnig ber vorhandenen Belaftungsmomente voraus, und diese Renntnig barf bas Gericht wiederum nur aus ber Hauptverhandlung, nicht aber aus einer Ginficht ber Aften fcoppfen; fo: Re. II. 16. Jan. 80 (Entich. I. 81, Ripr. I. 236). Selbftverftandlich wird im galle bes Geftandniffes in ber Regel eine mefentliche Ginichrantung ber Beweisaufnahme Blat greifen konnen. Uebrigens hangt vermoge ber Borfchrift bes § 244 die Entbehrlichkeit ber Beweisaufnahme auch bavon ab, ob bie Staatsanwaltschaft und ber Angellagte mit der Richterhebung der zur Stelle befindlichen Beweise einverstanden find: der Mangel bifes Einverftanbnisses macht die Erhebung ber gebachten Beweise unerläßlich (vgl. § 244 Rote 6. d). - Im Borftebenben ift ein in ber Sauptverhand lung abgelegtes Geftanbnig vorausgefest; einem folden fteht basjenige gleich, welches bei ber in § 232 Abs. 2 vorgesehenen Bernehmung abgelegt wird. Dagegen ift ein außerhalb ber Sauptverhanblung abgelegtes, in biefer aber nicht wiederholtes Gestandniß nichts weiter als eine den Angeklagten belastende Thatsache, welche ihrer= feils wieberum Begenftand einer Beweisaufnahme fein fann (§ 253).

3. a. Die Beweisaufnahme besteht hauptsächlich in der Bernehmung der Zeugen und Sachverständigen; in Betreff biefer sind die Borschiften in Buch 1 Absch. 6, 7 maßgebend, sowit sie auf die Hauptverhandlung passen; vgl. Buch 1 Rote 1 u. insdes. 5 58 Abs. 1, 58 60; 66—68, 72. Gegenüberstellungen der vernommenen Bersonen untereinander oder mit dem Angestagten sind in jedem Stadium der Berhandlung statthaft (vgl. 5 58 Abs. 2). Zur Beweissausnahme gehört ferner die etwa erforderliche Verles ung von Protosollen und anderen Schriftsuden; von bieser handeln die SS 248—255. In Betress der gleichfalls einen Theil der Beweissausnahme bildenden Einnahme des Augenscheins an den vorliegenden Beweisstüden (§ 94 Note 4) hat die StPD. ausdrückliche Bestimmungen nicht getrossen; es versteht sich, das eine berartige Augenschiedeinseinnahme sets katthaft ist und daß zum Zwede berselben auch die herbeischafsung eines noch nicht zur Stelle besindlichen Beweisstüdes angeordnet werden darf. Ueber Augenscheinseinnahmen an Ort und Stelle vgl. § 224 Note 4. — Materiell gehört übrigens auch die Vernehmung des Angeklagten, insoweit sie Zugeständnisse enthält oder der eine Mitangestagte den anderen bezichtigt, zur Beweisausnahme; vgl. § 260 Note 2 u. § 246.

b. Der Inhalt in landischer Gesete ift Inicht Gegenstand einer Beweisaufnahme: Ren. II. 5. Apr. 87 (Ripr. IX. 231).

Bu 216f. 2.

4.a. Abs. 2 will, in Verbindung mit Abs. 3, in Ansehung der Beweisaufnahme die Be fuganisse bes Vorsitzenden gegenüber benjenigen des Gerichts abgrenzen; die Bestimmung ist indeß unklar, so daß sie zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß giebt. — Für den Umsang der Beweisausnahme ist zunächst § 244 maßgedend: diezeinigen Bernehmungen, auf welche nachdiem § die Prozesbetheiligten Anspruch haben, nimmt der Borsitzende ohne Gerichtsbeschluß vor. Bas aber eine Erweiterung der Beweisausnahme über die durch § 244 bezeichneten Grenzenhinaus betrifft, so entsteht zunächst die Frage: ob der Borsitzende einem Antrage auf Erhebung weitert Beweise, z. B. dem Antrage auf Bernehmung neuer Zeugen, ohne Gerichtsbeschluß stattzeben dürse, wenn diese Beweiserhebung alsdald aussührbar, eine Aussehung der Verhandlung also nicht erforderlich ist. Die Frage ist zu bejahen, da bei Berneinung derselben die Vorschrift des Abs. 2 müßig sein würde. Sonach ist es dem Borsitzenden auch nicht verwehrt, noch eine Ladung anzuordnen, wenn das alsbaldige Erscheinen des Geladenen zu erwarten steht. — Richt so unzweiselhaft ist die weitere Frage: ob ohne Gerichtsbeschluß der Vorsitzende auch von Amtsewegen die Beweisausnahme auf neue Erhebungen erstreden dürse, salls hierdurch eine Aussehung der Berhandlung nicht erforderlich wird. Das Wer. hat auch diese Frage wiederholt bejaht und

einen Gerichtsbeschluß nur bann für nothwendig erachtet, wenn auf einen solchen angetragen ober sonft die Magnahme bes Borsigenben beanstandet ist; so: III. 2. Juli 80 (Apr. II. 156). I. 5. Juli 80 (Entsch. II. 194, Apr. II. 160). A. W. Dalde S. 159, Buchelt S. 403, Gener S. 679; vgl. auch Glafer I. S. 408, Stenglein S. 425. — In Betreff beider vorgedachten Fragen vgl. noch § 237 u. Note 8 bas.

- b. Bgl. bie besonbere Bestimmung bes § 250 Abs. 3 u. Rote 10 bas.
- 5. Bur Ablehnung eines Antrages auf Erhebung eines Beweises ift ber Borsitzende in keinem Falle befugt; benn "ber eine solche Ablehnung aussprechende Beschluß ift in gewissem Sinne schon ein Bestandtheil bes Endurtheils" (Mot. S. 184). Dies gilt auch im Falle ber Bieder-holung eines bereits abgelehnten Antrages. In Betreff ber Borlegung einzelner Fragen s. bar gegen § 240 Abs. 2, § 241.
- 6. Zu einer Aussehung (Bertagung) ber Berhanblung ift ber Borfipenbe felbit in zweiselofen Fällen nicht besugt, so z. B. auch bann nicht, wenn ein Zeuge ausbleibt, beffen Bernehmung schlechterbings nothwendig ift. Eine fürzere Unterbrechung kann von bem Borfipenben angeordnet werben, so z. B. wenn bas Erschienen eines sehlenben Zeugen binnen Kurzem zu erwarten ficht (§ 227 Abs. 1; vgl. Note 1 bas.).

Bu Abf. 3.

- 7. a. Der Abs. enthält eine besondere Anwendung des Grundsapes: daß es die Ausgabe des Strafrichters ift, die materielle Bahrheit zu erforschen und festzustellen. Benn das in der Berthandlung vorgeführte Beweismaterial eine genügende Aufklärung noch nicht bietet, jedoch noch andere Beweismittel vorhanden sind, von denen eine solche erwartet werden kann, so ist das Gericht ebenso besugt wie verpstichtet, die weitere Aufklärung zu versuchen, also die gedachten Beweismittel herbeizuschaffen und nöthigensalls behufs ihrer herbeischsfung die Berhandlung auszussehen; auch kann es noch jeht jede kommissarische Beweisausnahme anordnen, sosen die gefehlichen Boraussehungen einer solchen (SS 222, 49, 71, 224) vorliegen. Es kommt hierbei nicht daraus au, ob das Borhandensein der gedachten Beweismittel oder doch die Rothwendigkeit ihrer Benutung sich erst aus der Berhandlung selbst ergeben hat oder nicht. Daß das Gericht alle erforderlichen Beweiserhebungen event. auch von Amtswegen anzuordnen hat, darüber i. § 153 Note 4.
- b. Das Gericht ist nicht befugt, die Sache behufs weiterer Aufklärung in die Borunter such ung zurückzwerweisen; ein solches Versahren ist der StPO. unbekannt: RGer. III. 1. Mai 80 (Entsch. II. 33).

3 u Abs. 2, 3.

- 8. Berben in der Hauptverhandlung (vgl. Note 10) Anträge auf Erhebung von Beweisen gestellt, so kommt es zunächst darauf an, ob das Gericht nach § 2.14 Abs. 1 formell genötdigt ift, benselben zu entsprechen. Insweit dies nicht der Fall ist, hat das Gericht die Erheblichkeit der vorgebrachten Beweise zu prüsen und über die Aufnahme oder Richtausnahme berselben zu entscheiden; vgl. RGer. 1. 12. Jan. 80 (Ripr. I. 218). Auch im schwurgerichtlichen Berssahren steht diese Entscheidung dem Gericht (d. h. den Richtern) zu; nur muß das lettere, wenn es einen Beweisantrag wegen Unerheblichkeit der betr. Thatsache ze. ablehnen will, auf die Röglichkeit einer abweichenden Aussalzung seitens der Geschworenen Rücksicht nehmen: Rspr. III. 20. Sept. 82 (Entsch. VII. 76, Rspr. IV. 702).
 - 9. Ablehnung von Bemeisantragen.
- a. Birb einem in ber hauptverhandlung gestellten Beweisantrage nicht stattgegeben, so muß die Ablehnung besselben burch einen Gerichtsbeschluß erfolgen; bie Uebergehung eines solchen Beweisantrages versicht gegen das Geset; so die tonst. Praxis des RGer.; vgl. 3. B. IV. 2./5. Jan. 86 u. 1. Oft. 86 (Rspr. VIII. 4, 581) sowie die im Folg. cit. Urth. Das blose Ers dieten zur Führung eines Beweises macht dagegen die Erlassung eines Beschlusses noch nicht ers forberlich; es tommt vielmehr darauf an, ob darin zugleich ein Beweisantrag zu sinden ift: RGer. IV. 30. Mai 84 (Rspr. VI. 390). Der Beschluß muß, und zwar mit den Gründen (b), alsbald oder boch vor dem Schlusse berweisausnahme (§ 257) verkündet werden;

benn ber Antragsteller muß Gelegenheit erhalten, auf die Sachlage, wie sie sich vermöge ber Ablehnung seines Antrages gestaltet, Rücksicht zu nehmen und im hindlick auf die Gründe der Ablehnung anderweite Anträge zu stellen; ebendeshald wird der Mangel eines verkündeten Beschlusses nicht daburch geheilt, daß die Ablehnung des Beweisantrages in den Urtheilsgründen motivirt wird: RGer. II. 16. Dez. 79 (Entsch. I. 34, Rspr. I. 156), III. 21. Jan. 80 (Entsch. I. 170, Rspr. I. 256), IV. 1. Mai 85 (Rspr. VII. 271), I. 15. März 86 (Rspr. VIII. 168) und öster. Eine Ausnahme erleibet dies nur, wenn ein Antrag nach Schluß der Beweisaufnahme blos eventuell, z. B. für den Fall gestellt war, daß das Gericht nicht auf Freisprechung erkennem sollte; hier genügt es, wenn die Rechtsertigung der Ablehnung des Antrages in den Urtheilszgründen ersolgt: RGer. I. 22. Apr. 80 (Entsch. I. 394), I. 13. Jan. 81 (Entsch. III. 222), III. 23. März 81 (Rspr. III. 157).

b. Der ablehnende Befdlug bebarf einer Begrunbung (\$ 34). Aus biefer muß junächft ethellen, ob bas Gericht ben Antrag in rechtlicher ober in thatsachlicher hinficht für uns etheblich erachtet; es muß eine Rachprufung ber etwaigen Rechtsgrunbe burch ben Richter hoberer Juftang ermöglicht werben: RGer. II. 6. Febr. 80 (Entich. I. 189). Die Begrundung muß eine vollftanbige und fpezielle fein; es genügt alfo nicht, ben Beweisantrag als "thatfachlich unetheblich" ju bezeichnen: RGer. II. 10. Febr. 80 (Ripr. I. 331). - Die Ablehnung barf nicht um beshalb erfolgen, weil bie Sache ich on genügenb aufgeklärt fei: RGer. III. 17. Apr. 80 (Entfc. I. 417, Rfpr. I. 612), IV. 20. Apr. 86 (Rfpr. VIII. 306), ober weil bie Unwahrs heit der behaupteten Thatsache bereits feststehe ober die betr. Behauptung bereis widerlegt fei: IV. 20. **Juni** 84 (Mfpr. VI. 453), IV. 15. Mai 85 (Afpr. VII. 296), ober weil wegen ber Unglaubwürbigkeit bes Angeklagten seine Behauptung fich als erbichtet barftelle: I. 23. Dez. 85 (Mpr. VII. 761). Dagegen ift es statthaft, einen Antrag auf Bernehmung von Zeugen beshalb abzulehnen, weil mit Rudficht auf bestimmte Umftanbe, 3. B. bie Bermanbtichaft mit bem Angeklagten, bie Aussagen berselben nicht geeignet sein würben, bas bereits vorliegenbe Beweisergebniß zu erfcuttern: RGer. I. 29. Juni 82 (Rfpr. IV. 633); pgl. auch III. 23. Deg. 81 (Entich. V. 312); a. M. II. 7. Dez. 81 (Ripr. III. 768). — Die Ablehnung eines Beweiss antrages barf nicht beshalb erfolgen, weil nicht erfichtlich fei, baß bie Zeugen bie unter ihr Beugniß geftellten Thatfachen murben befunben tonnen bezw. inwiefern fie von letteren Biffenichaft haben konnten; vgl. RGer. II. 9. Jan. 80 (Entich. I. 51); ebensowenig beshalb, weil ber Angeflagte fich nicht barüber informirt habe, was bie Zeugen bekunden würben: AGer. II. 7. Da. 81 (Ripr. III. 768). Rach RGer. I. 23. Jan. 82 (Ripr. IV. 63) wird bie Ablehnung auch nicht baburch gerechtfertigt, bag ber Angeflagte ben Aufenthalt bes benannten Zeugen nicht anzugeben vermag, sofern nicht das Gericht annimmt, daß die Ladung desselben überhaupt nicht bewerkftelligt werben konne (bebenklich). Bgl. noch § 242 Rote 11. a.

Die mangelhafte Substantiirung eines Beweisantrages (in Ansehung bes Beweissthemas x.) barf für sich allein nicht zur Ablehnung führen, wenn sich ber Sinn und Inhalt bes Antages aus bem Zusammenhange ber Berhandlung entnehmen läßt; insbes. ist, was die Antrage bes Angeklagten betrifft, eine lediglich an ihrem Bortlaut hastende Würdigung berselben gerignet, eine Beschränkung ber Bertheibigung darzustellen; es ist Psticht des Richters, ersorderslichensals durch Fragen dem Angeklagten Gelegenheit zur Bervollfländigung oder Erläuterung leiner Anträge zu geben: RGer. IV. 25. Sept. 85 (Rspr. VII. 534), II. 29. Jan. 86 (Entsch. XIII. 316, Rspr. VIII. 100), IV. 1. Ott. 86 (Rspr. VIII. 581); vgl. III. 30. Sept. 86 (Entsch. XIV. 406), IV. 9. Rov. 86 (Rspr. VIII. 693). In Betress solcher Anträge, welche bezweden, das Berkahren hinzuhalten, s. § 245 Note 1.

c. Stehen die Gründe des einen Beweisantrag ablehnenden Beschlusses mit den Gründen des Urtheils im Widerspruch, so begründet dies die Revision: RGer. III. 10. u. 20. Mai 82 (Ripr. IV. 465, 501), IV. 18. Juni 86 (Ripr. VIII. 462).

d. In Betreff ber Antrage auf Ginnahme eines Augenscheins f. § 86 Note 4 und bie bort cit, Urth.

^{10.} a. Die vor ber hauptverhandlung, sei es gemäß § 199 ober gemäß § 218, ge-

§. 244.

Die Beweisaufnahme ist auf die sämmtlichen vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen sowie auf die anderen herbeigeschafften Beweismittel zu erstrecken. Bon
der Erhebung einzelner Beweise kann jedoch abgesehen werden, wenn die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte hiermit einverstanden sind.

In ben Berhanblungen vor ben Schöffengerichten und vor ben Landgerichten in der Berufungsinstanz, sofern die Verhandlung vor letteren eine Uebertretung betrifft oder auf erhobene Privatklage erfolgt, bestimmt das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein.

(I. Entm. § 199; II. Entm. § 204; III. Entm. § 207)

stellten Beweisanträge, sind als solche nicht Gegenstand ber Beschlußfassung bes erkennenden Gerichts; das lettere ist mit diesen Anträgen (unbeschadet seiner Besugniß, sie von Amtswegen in Vetracht zu ziehen) nur dann besaßt, wenn sie in der hauptverhandlung wiederholt werden; vgl. Re. III. 21. Jan. 80 (Ripr. I. 251) bezw. I. 18. Febr. 80 (Ripr. I. 376). Im Falle der Wiederholung aber sind solche Anträge ebenso zu prüsen und zu behandeln, wie wenn sie zuvor nicht gestellt gewesen wären; daher kann der erforderliche Gerichtsbeschluß (Note 9) nicht dadurch erübrigt werden, daß der auf den früheren Antrag erlassene ablehnende Beschluß zur Berlesung gebracht wird: RGer. I. 18. März 80 (Ripr. I. 492). — Ebenso verhält es sich, salls nach Bertagung der Sache eine neue Hauptverhandlung (§ 228 Note 1) stattsindet, mit den Anträgen, welche in der früheren Berhandlung gestellt waren: RGer. III. 6. Juni 85 (Kipr. VII. 356).

- b. Im Falle bes § 232 find bie von bem Angeklagten bei feiner kommissarischen Bernehmung gestellten Beweisantrage wie bie in ber hauptverhandlung selbst gestellten zu beshanbeln; bies gilt auch bann, wenn ein in bieser anwesenber Bertreter bes Angeklagten es unterläßt, bie Antrage zu wiederholen: Re. III. 4. Febr. 84 (Entich. X. 135, Ripr. VL 79).
- 11. Die Zurudnahme eines Beschlusses, burch welchen bie Erhebung von Beweisen angeordnet war, und die nachträgliche Ablehnung ber letteren ift an sich nicht unzulässig, und insbesisst eine solche Unzulässigkeit nicht per argum. e contr. aus bem Schlusse bes § 244 ("burch frühere Beschlusse gebunden") zu folgern: RGer. III. 4. März 86 (Rfpr. VIII. 150).
- 12. In Betreff bes Erforbernisses ber Beeibigung findet zwischen ben in Abs. 3 gedachten und ben ursprünglich gelabenen Zeugen und Sachverständigen ein Unterschied nicht ftatt (Prot. S. 347 ff.). Bgl. § 56 Rote 2. b.

3u § 244.

Bu Abs. 1.

- 1. Der Entw. enthielt bie Borichrift: "Den Umfang ber Beweisaufnahme bestimmt bas Gerticht, ohne hierbei burch Anträge, Berzichte ober frühere Beschüllse gebunden zu sein." Das Gelet aber verordnet bas Gegentheil, indem es grundsätlich bas Gericht nöthigt, ben Beweis in bem von ben Prozesbetheiligten gewollten Umfange zu erheben. Die RER sand in ber Borschift bes Entw. eine ungerechtsettigte Beschränfung der Anklage und ber Bertheibigung in der Durchsührung des Beweises, insbes. auch gegenüber der dem Angeklagten in § 219 gewährten Besugniß zur Ladung von Leugen und Sachverständigen; das Rähere hierüber s. in dem Bericht der RER. S. 64 ff.
- 2. a. Die Bestimmung spricht von ben "vorgelabenen" Zeugen und Sachverständigen; sie sest also eine ftattgehabte Labung voraus und findet bemgemäß auf die von ben Prozesbetheiligten gestellten Personen (§ 219 Rote 4) nicht Anwendung: bezüglich dieser hat das Gericht die Erheblichkeit ber Vernehmung zu prüfen, und es barf die letztere wegen Unerheblichkeit ablehnen (vgl. § 243 Rote 8). Zwar scheint die in dem Bericht der REK. entwickelte ratio legis für die entgegengesetzte Ansicht zu sprechen. Allein man wird boch auf den Bortlaut des Gesets bas

entscheibende Gewicht um so mehr legen mussen, als man anderensalls mit Rücksicht auf § 245 Abs. 1 nicht berechtigt sein würbe, zwischen den bei Beginn der Beweisaufnahme und den erst später gestellten Zeugen 2c. zu unterscheiben, die Bestimmung aber zweisellos dem ärgsten Missbrauch ausgeseht sein würde, wenn der Angeklagte einen unbedingten Anspruch auf Bernehmung aller derzeinigen Personen hätte, die er im Laufe der Berhandlung, vielleicht aus dem Zuhörerzraume, herbeiholt. Der hier vertretenen Ansicht entspricht die konstante Praxis des Wert.: so z. B. II. 10. zebr. 80 (Entsch. L. 198, Ripr. I. 335), III. 14. zebr. 80 (Entsch. I. 297, Ripr. I. 356), L. 19. Apr. 80 (Entsch. I. 383). A. W. Glaser L. S. 401. — Die Thatsache der gemäß § 38 ersolgten Ladung muß, sosern sie nicht aktenkundig ist, dem Gericht nachgewiesen werden: RGer. III. 7. u. 24. Apr. 80 (Rspr. I. 549, 660), III. 4. Jan. 82 (Rspr. IV. 14), IV. 9. Jan. 85 (Rspr. VII. 24).

- b. Ferner aber setzt bie Bestimmung bes Abs. 1 voraus, daß die gesabenen Zeugen 2c. auch erschien en sind; im Falle ihres Ausbleibens sieht ben Prozesbetheiligten nicht ohne Weiteres ein Anspruch auf Aussehung der Berhandlung zu, vielmehr hat das Gericht über die Erheblichseit ber Bernehmung zu entscheiden. Der Angestagte würde sonst in der Bestimmung des S eine Handhabe bestihen, das Bersahren dadurch hinzuhalten, daß er Zeugen 2c. labet, von denen er im Boraus weiß, daß sie nicht erschien werden. Auch hiermit stimmt die tonstante Praxis des Moer. überzein; so z. B. I. 29. Jan. 80 (Entsch. I. 175, Rspr. I. 293), II. 10. Febr. 80 (Entsch. I. 196, Rspr. I. 333), III. 7. Apr. 80 (Rspr. I. 551). Das Gesagte gilt auch dann, wenn das Ausbleiben eines gesabenen Zeugen darauf beruht, daß berzenige Theil, der die Ladung veranlaßt hatte, demnächst auf den Zeugen verzichtet hat: Roer. II. 16. Dez. 79 (Entsch. I. 34, Rspr. 1. 156). Egl. Glaser I. S. 405.
- 3. hinsichtlich ber gelabenen und erschienenen Zeugen kommt es nicht barauf an, ob das Gericht ihre Bernehmung für erheblich erachtet; vielmehr muß diese erfolgen, insoweit nicht allseitiges Einverständniß über ihre Entbehrlichkeit besteht (Note 6); so: RGer. II. 24. Febr. 80 (Entsch. I. 225), III. 10. Apr. 80 (Rspr. I. 571) u. öster. Hierdei wird nicht einmal die Sieskähigkeit des Zeugen vorausgesetz; das Gericht darf auch eine Abhörung uneiblich zu verzeichnender Zeugen (SS 56, 57) nicht verweigern. Es macht ferner keinen Unterschied, ob ein Zeuge auf Anordnung der Staatsanwaltschaft, des Borsitzenden oder des Gerichts oder ob er von dem Angeklagten unmittelbar (S 219) geladen ist. Auch der Umstand, daß ein Zeuge Ansaugs aus einem gesetzlichen Grunde sein Zeugniß verweigert hatte und sich erst später zu bessen kegung bereit erklärt hat, begründet nicht die Ablehnung seiner Bernehmung: RGer. II. 2. Mai 84 (Ripr. VI. 337). Bgl. noch S 243 Rote 2, S 242 Rote 11. a. Eine Ausnahme von dem Grundsat des S 244 s. zu S 22 Rote 20.
- 4. Im Besentlichen gilt bas vorstehenb (Note 3) Gesagte auch von den Sachverständigen; jedoch können als solche nur eidessähige Personen vernommen werden (§ 79 Note 1). Uebrigens wird man das Gericht für besugt erachten müssen, die Bernehmung von Personen abzulehnen, denen bezüglich der vorliegenden Frage die Eigenschaft von Sachverständigen zweisellos nicht beigemessen kann. Dagegen kann die Ablehnung nicht deshalb ersolgen, weil es nach der Ansicht des Gerichts der Erhebung eines Sachverständigendeweises über die betr. Frage nicht bes dars (anders im Borversahren: § 193 Note 2). Aus Dolmetscher sinder § 244 nicht Answendung: Roer. II. 26. Jan. 86 (Ripr. VIII. 97).
- 5. a. Den Zeugen und Sachverständigen stehen hinsichtlich der Pflicht des Gerichts zur Beweiserhebung die anderen herbeigeschafften Beweismittel gleich; als solche kommen diezienigen Schriftstüde in Betracht, deren Berlesung ersolgen soll. Hierbei wird vorausgeseth, daß die Berlesung des betr. Studes an sich zulässig (§§ 248—255) ist; über die Zulässigtett dat in allen Fällen das Gericht zu befinden; dassselbe der Wirbe z. B. den Antrag auf Berlesung eines Leumundbzeugnisse zurückweisen mussen (§ 255). Zu den Beweismitteln im Sinne des § gehören insbes, die Protosolse über vorgenommene Beweisalte z. (vgl. c). Sanze Aften sind als solche nicht Beweismittel; es ist Sache der Prozesbetheiligten, bestimmte Schriftsuck, deren Berlesung z. sie wünschen, in den Aften zu bezeichnen; dann erst wird § 244 anwendbar: Reer.

- III. 15. Jan. 81 (Entsch. III. 250), II. 27. Sept. 81 (Entsch. V. 27, Rfpr. III. 538); vgl. III. 12. Febr. 81 (Rfpr. III. 42), III. 7. Dez. 85 (Entsch. XIII. 158). Auf Gegenstände, welche vorgelegt werben, bamit das Gericht an ihnen den Augenschein einnehme, ift § 244 nicht zu beziehen; die Einnahme des Augenscheins unterliegt stets dem Ermessen des Gerichts; hierüber s. § 86 Note 4.
- b. Belde Beweismittel als "berbeigefcaffte" im Sinne bes S angufeben feien, unter: liegt bei ber Unbestimmtheit bieses Ausbrucks erheblichen Zweifeln. Das RGer. bezieht die Beftimmung nur auf folde Schriftflude, welche in einer gefehlich vorgefchriebenen Beife, alfo entweber burch bie Staatsanwaltschaft (SS 198, 213) ober burch ben Borfigenben, sei es auf Antrag bes Angeklagten (§ 218) ober von Amtswegen (§ 220), ober auf Grund eines Gerichtsbeschlusse (f 243 Abs. 3), herbeigeschafft wurben: I. 19. Apr. 80 (Entic. I. 383). Diese Auffassung ift jedoch, wie Stenglein S. 428 mit Recht bemerft, ju eng, ba fie bem Angeflagten eine, feiner Befugnif jur unmittelbaren Labung von Beugen analoge Sanbhabe jur Berbeifchaffung von Schriftftiden nicht gemahrt; es wird vielmehr als "herbeigeschafft" zwar nicht icon basjenige Schriftftud angufeben fein, welches ber Angeklagte in ber hauptverhandlung porlegt, wohl aber basjenige, welches er por berselben unter entsprechenber Benachrichtigung ber Staatsanwaltschaft (§ 221) zu ben Aften eingereicht hat. — Als weiteres Erforberniß für bie Anwendbarkeit bes § 244 wird vom RGer. aufgestellt, daß in ber hauptverhandlung bie erfolgte herbeischaffung bes betr. Beweismittels tonftatirt wirb: IV. 9. Juni 85 (Ripr. VII. 364); bies gilt felbft bann, wenn letteres bereits in ber Anflageschrift in Bezug genommen war: II. 16. Dez. 81 (Entid. V. 268, Ript. III. 806), III. 8, Jan. 85 (Mfpr. VII. 20); a. M. I. 3, Nov. 84 (Mfpr. VI. 685). — Angeficts bes Migbrauchs, bem bie Bestimmung ausgesett ift, bat übrigens III. 3. Marg 80 (Entid. I. 241. Ripr. I. 418) bas Gericht auch für befugt erachtet, folde fcriftlice Beweise abzuschneiben, bie ju ber porliegenben Untersuchung in gar teiner Beziehung fteben. Bgl. ferner bie, mittelbar auch ben § 244 berührenbe Begrundung bes Urth. I. 8. Apr. 86 (Ripr. VIII. 264).
- c. In Betreff ber Prototolle über tommiffarifc erfolgte Bernehmungen (§§ 222, 223) f. § 250 Rote 11, in Betreff ber Prototolle über Einnahme bes Augenfcheins: § 248 Rote 5 c.
- 6. a. Die Abstandnahme von der Erhebung herbeigeschaffter Beweise ift nur beim Einversständniß aller Prozesbetheiligten statthaft. Es genügt nicht, daß derjenige, der das betr. Beweismittel vorgebracht hat, auf dasselbe verzichtet; benn die vorhandenen Beweismittel sind allen Prozesbetheiligten gemeinschaftlich, und insbes. kann jeder Zeuge auch über solche Thatsachen 2c. vernommen werden, über welche sein Zeugniß zunächst nicht angerusen war; voll. Wen. III. 28. Febr. 84 (Ripr. VI. 160). Beim Borhandensein von Mitangeklagten ist der Berzicht aller ersorderlich. Dies erleibet nur dann eine Einschränkung, wenn ein Beweismittel lediglich einen solchen Umstand 2c. betrifft, an welchem nur einzelne Mitangeklagte ein Interesse haben; alsbann bedarf es des Einverständnitses der übrigen nicht: Wen. III. 16. Juni 80 (Ripr. II. 70), I. 4. Apr. 84 (Entsch. X. 300). Nach dem Gesagten gilt die Borschrift des Abs. 1 in vollem Umsange auch für diezengen Beweismittel, welche seitens des Borsihenden oder des Gerichts von Amtswegen (§§ 220, 243 Abs. 3) herbeigeschafft sind.
- b. Ju Betreff ber Birffamleit ber Erflarungen bes Bertheibigers pgl. Rote 8.a ju Buch 1 Abicon. 11.
- c. Die Erklärung bes Einverständnisses muß eine ausbrudliche sein; in ber Richters hebung eines Protestes ober ber Richtstung von Antragen kann bieselbe nicht gefunden werden. Indeß erachtete RGer. III. 14. Juli 81 (Entich. IV. 398, Ripr. III. 488) bas Stillschweigen ber Betheiligten bann für genügend, wenn bieselben vor ber Erlassung des betr. Beschlusses zu einer Erklärung über die Nichterstreckung ber Beweisausnahme aufgeforbert waren (sehr bebenklich).
- d. Es fteht ben Prozefbetheiligten nicht zu, bie Erklarung ihres Einverftanbniffes beliebig zu wiberrufen; vielmehr entscheibet im Falle bes Biberrufs bas Ermeffen bes Gerichts über bie Erheblichkeit ber Bernehmung.

§. 245.

Eine Beweiserhebung barf nicht beshalb abgelehnt werben, weil bas Beweis: mittel ober bie zu beweisenbe Thatsache zu spät vorgebracht worben sei.

Ist jedoch ein zu vernehmender Zeuge oder Sachverständiger dem Gegner des Antragstellers so spät namhaft gemacht oder eine zu beweisende Thatsache so spät vorgebracht worden, daß es dem Gegner an der zur Einziehung von Erkundigungen ersorderlichen Zeit gesehlt hat, so kann derselbe dis zum Schlusse der Beweisaufsnahme die Aussehung der Hauptverhandlung zum Zweck der Erkundigung beantragen.

Dieselbe Befugniß haben die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte in Betreff der auf Anordnung des Vorsitzenden oder des Gerichts geladenen Zeugen oder Sachverständigen.

Ueber bie Antrage entscheibet bas Gericht nach freiem Ermeffen.

(I. Cutm. § 200; II. Cutm. § 205; III. Cutm. § 208.)

- o. Benngleich bas Gefet hier nur von ber Richterhebung einzelner Beweise spricht, so tann boch burch ein Geständniß bes Angeklagten unter Umftanben auch die gesammte Beweisaufsnahme erübrigt werden, wenn bas Einverständniß aller Prozesbetheiligten vorhanden ist; bas Rähere f. zu § 243 Note 2.
- f. Das Gericht bleibt felbftverftanblich befugt, auch folche Beweise zu erheben, auf beren Erhebung alleitig verzichtet worben ift (§ 153 Rote 4).
 - 7. Bgl. § 219 Abf. 3 u. bie Roten baf.

Bu Abf. 2.

- 8. "vor ben Schöffengerichten" Es kommt allein barauf an, ob bie Sache vor bem Schöffengericht verhanbelt wirb; bas zu § 198 Note 9 Gesagte findet hier entsprechende Anwendung. Ob bie Berhanblung ein Bergehen ober eine Uebertretung betrifft und ob bie Bersfolgung im Bege ber öffentlichen ober ber Privatklage flattfindet, ift gleichgultig.
- 9. Benn eine Berhandlung in ber Berufung sinftang ein im Bege ber öffentlichen Rlage verfolgtes Bergeben betrifft, fo ift Abs. 1 anwenbbar. Bgl. GBG. § 77 u. Rote 2, 3 bas.
- 10. In ben in Abs. 2 bezeichneten Berhandlungen entschiebt über bie Erheblichkeit ber Beweise bas Ermessen bes Gerichts; bies gilt selbst in Ansehung ber von ber Staatsanwaltsichaft gesabenen Zeugen 2c., so baß beren Bernehmung auch gegen ben Antrag ber Staatsanwaltschaft unterbleiben kann. Das Bort "Berzichte" ift mit Rücksicht auf bas in Note 6. 0 Bewerkte mußig. Die in Abs. 2 enthaltene Abweichung von bem Grundsat bes Abs. 1 beruht auf der Zukäsigseit der Berufung gegen bie Urtheile der Schössengerichte bezw. darauf, daß die hier gedachten, in der Berufungsinstanz zu verhandelnden Sachen von geringerer Bedeutung sind (Prot. der 172. Sitg. S. 9).

Bu § 245.

Bu Abs. 1.

1. Eine Präklusion ber Prozestbetheiligten mit ihren Beweisanträgen findet nicht statt; sie ware mit dem Grundsat: daß der Strafrichter die materielle Wahrheit zu erforschen hat (§ 153 Rote 4), nicht vereindar. Daher muß jeder im Lause der Berhandlung gestellte Beweissantrag sach lich geprüft werden. Formell unzulässig wird das Bordringen neuer Beweisanträge erst mit Beginn der Berkündung des Urtheils (vgl. § 257 Rote 1); war die letziere ausgeseicht (§ 267), io sind selbst in dem zur Berkündung anstehenden Termine neue Beweisanträge noch statthaft; vgl. Rer. III. 11. Dez. 80 (Entsch. III. 116, Rspr. II. 631). Das Gesagte gilt auch sur schäfensgerichtliche Sachen, wenngleich in diesen die Berufung zulässig ist. Im schwurgerichtlichen Berschen bildet der Beginn der Berkündung des Spruchs der Geschworenen die Grenze für das Vordringen von Beweisanträgen. — Ist übrigens das Gericht bezüglich eines vom Angeklagten gestellten Beweisantrages überzeugt, daß der Zwei desselben nur der sei, eine Aussehung der Verhandlung hers beizussühren und die Berurtheilung hinzuhalten, so darf es aus Grund diese Reberzeugung (vgl.

- § 260 Rote 4) ben Antrag ablehnen: RGer. IV. 24. Juni 85 (Entsch. XII. 335, Rspr. VII 427), II. 2. Oft. 85 (Rspr. VII. 550). Etwas einschränkenber verlangt II. 19. Rov. 85 (Entsch. XIII. 151, Rspr. VII. 679) bie Ueberzeugung bes Gerichts, baß ber Antrag gar nicht ernsthaft gemeint und ber Antragsteller sich bewußt sei, ben betr. Beweis nicht führen zu können. Zu Abs. 2, 3.
- 2. Abs. 2 korrespondirt mit § 221, Abs. 3 bezieht sich auf § 220 und § 243 Abs. 3. Der Grund der Bestimmung ist der: es soll jeder Prozesbetheiligte dagegen geschützt sein, daß neue, ihm disher nicht bekannte Beweise gegen ihn verwerthet werden, ohne daß ihm die Möglickeit gegeben worden ift, die Biberlegung derselben vorzubereiten. Mit Rücksicht auf diese ratio logis muß, wenngleich der § nur von den Zeugen und Sachverständigen spricht, die Bestimmung doch auch bei anderen Beweismitteln, z. B. bei Urkunden, analoge Anwendung sinden; gl. A. Glaser I. S. 418, Stenglein S. 432.
- 3. In bem Entw. waren bie Borte: "ober eine zu beweisenbe That fache so spat vorgebracht" nicht enthalten; bie RER. (Prot. S. 378, 953 ff.) hat die Aufnahme berselben für erforderlich erachtet, wiewohl nach § 221 eine Pflicht, die zu beweisenben Thatsachen dem Gegner vor der Hauptverhandlung mitzutheilen, nicht besteht (vgl. § 198 Note 8). Nach dem Bortlaut wie auch nach dem Sinne des Gesehes kann es keinen Unterschied machen, ob die als neu anzusehende Thatsache durch ein neu vorgebrachtes Beweismittel ober durch Bernehmung eines der schon anderweit benannten Zeugen z. bewiesen werden soll.
- 4. Das Gefet lagt ben Antrag auf Aussetzung ber Berhanblung bis jum Schluffe ber gesammten Beweisaufnahme zu, weil ber zu bem Antrage Berechtigte vielleicht erft nach Erzhebung aller Beweise zu ermessen werd, ob sein Interesse eine Aussetzung ersorberlich macht. "Gine Bestimmung babin, baß ber Antrag schon bei Beenbigung ber Bernehmung bet betr. Zeugen 2c. gestellt werben musse, wurde zu einer unnöthigen Bermehrung solcher Antrage führen" (Mot. S. 185).

Bu Abf. 4.

5. In ben Mot. G. 185 wirb gefagt: "Der Entw. mußte bie Beurtheilung ber Antrage auf Aussehung ber Berhandlung nach allen Richtungen bin bem freien Ermeffen bes Richters überlaffen. Das Gericht foll somohl barüber, ob es bem Gegentheil bes Beweisführers an ber erforberlichen Zeit zu Erkundigungen gefehlt hat, als auch barüber, ob es folder Erkundigungen nach ber Lage ber Sache überhaupt bebarf, frei enticheiben, und ebenfo foll es, wenn es bie Aussehung ber Berhanblung beschließt, die zu gewährende Frift nach seinem Ermessen sest seben." Ueber ben ersten und britten bieser Bunkte besteht kein Zweisel. Dagegen fragt es fich: ob, nach= bem bas Gefet in § 244 (vgl. bort Rote 1) bas Spftem bes Entwurfes verlaffen bat, bas Bericht die Aussehung der Berhandlung auch beshalb verweigern bürfe, weil nach seiner Ansicht im vorliegenben Falle, sei es wegen ber Unerheblichkeit ber betr. Thatfache, sei es wegen ber Einflußlofigfeit bes Beweismittels 2c., bie Ginziehung von Erfunbigungen überhaupt nicht ober nicht mehr erforberlich fei. In ben Berhandlungen ber RER. (Brot. S. 953 ff.) finbet fich überwiegend bie Anficht vertreten, daß bas Gericht die Aussehung bewilligen müsse, wenn es anerkenne, daß bem Antragfieller bie erforberliche Beit fur bie Gingiehung von Erkunbigungen gefehlt habe. Gleichwohl erscheint bie entgegengesette Ansicht als bie richtige. Denn bas Geset unterscheibet nicht zwischen neuen Beweismitteln und neuen Thatsachen, und bemzufolge würde nach ber in der REK. vertretenen Anficht bas Gericht bem Antrage auf Aussehung auch bann nothwenbig flattgeben muffen, wenn ein icon in ber Antlagefdrift benannter Beuge uber eine bisber nicht erortette Thatsache befragt worden ist; ja es murbe bie Ablehnung des Antrages selbst bann unstatthaft fein, wenn ber betr. Zeuge ausgesagt hat, daß er gar nichts von bem Gegenstande seiner Bernehmung wiffe. Dies tann nicht ber Absicht bes Gefehes entsprechen; es ift baber bie obige Ausführung ber Mot, im vollen Umfange auch jest noch als fautreffenb anzusehen. Im Befentlichen gl. A. Boitus Komm. S. 277 u. Kontr. I. S. 1 ff., Thilo S. 283, Dalde S. 161, Buchelt S. 407, Docior S. 226, Stenglein S. 433; a. M. v. Schwarze, Komm. S. 406 u. Erört. S. 77 ff., Keller S. 299, v. Bomhard S. 181, Geyer S. 682, theilw. auch Glaser I. S. 419 ff. Es versleht sich

§. 246.

Das Gericht kann ben Angeklagten, wenn zu befürchten ist, daß ein Mitsangeklagter ober ein Zeuge bei seiner Vernehmung in Gegenwart des Angeklagten die Bahrheit nicht sagen werbe, während dieser Vernehmung aus dem Sitzungszimmer abtreten lassen. Der Vorsitzende hat jedoch den Angeklagten, sobald dieser wieder vorgekassen worden, von dem wesentlichen Inhalt dessenigen zu unterrichten, was während seiner Abwesenheit ausgesagt oder sonst verhandelt worden ist.

In gleicher Beise ift zu verfahren, wenn das Gericht wegen ordnungswidrigen Benehmens des Angeklagten zeitweise bessen Sntfernung aus dem Sitzungszimmer angeordnet hat.

(I. Entm. § 201; II. Entm. § 206; III. Entm. § 209.)

§. 247.

Die vernommenen Zeugen und Sachverständigen dürfen sich nur mit Genehmigung oder auf Anweisung des Vorsitzenden von der Gerichtsstelle entfernen. Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte sind vorher zu hören.

(L Entm. § 202; IL Entm. § 207; III. Entm. § 210.)

übrigens, daß die Unerheblichkeit einer Thatsache 2c. nur da, wo sie klar zu Tage liegt, einen Grund für die Ablehnung des Antrages auf Aussehung der Berhandlung darstellen kann; dies gilt namentlich in dem schwurgerichtlichen Berkahren; vgl. § 243 Note 8.

34 \$ 246.

- 1. Da die Anord nung ber hier zugelassenen Mahregel nur bem Gericht, nicht bem Borssienben zusteht, so tann auch die Ablehnung eines auf Anwendung bes S gerichteten Antrages nur durch bas Gericht erfolgen.
- 2. Die Maßregel ift vermöge ihrer erzeptionellen Ratur nur innerhalb ber hier bestimmten Grenzen statthaft; fie tann also weber aus einem anberen Grunbe als wegen ber hier bezeichneten Besorgniß, noch bei anberen Berhanblungsatten als bei ber Bernehmung von Mitangeklagten ober Zeugen (einschl. ber in § 85 bezeichneten) eintreten. Insbes. ift sie bei ber Bernehmung von Sachverständigen nicht zulässig; a. M. Boitus S. 278.
 - 3. "aus bem Sigungszimmer abtreten" vgl. § 230 Abf. 1 u. Rote 3 baf.
- 4. Die in Sat 2 vorgeschriebene Mittheilung hat von Amtswegen zu erfolgen; ihre Unterslaffung begründet die Revision: RGer. II. 6. Febr. 83 (Entsch. VIII. 49). Ein Berzicht auf die Mittheilung ift für unwirksam zu erachten.
- 5. hat bas Gericht angeordnet, bag von mehreren Mitangeflagten ein jeber in Abwesens beit ber anderen zu vernehmen sei, so braucht ber an zweiter 2c. Stelle zu vernehmenbe nicht schon vor seiner Bernehmung von der Aussage des ober der zuvor vernommenen unterrichtet zu werden; vielmehr braucht die Mittheilung an jeden einzelnen erft zu ersolgen, nachdem sie sammte lich wieder vorgelassen sind: RGer. II. 30. März 83 (Entsch. VIII. 153, Rspr. V. 202).
- 6. Der wiedervorgelassene Angeklagte barf sein Fragerecht (§ 239) nachträglich noch ausüben. Dagegen ist eine Wiederholung der Bernehmung (wie solche in dem preuß. Ges. v. 3. Mai 1852 Art. 28 vorgeschrieben war) hier nicht angeordnet.
- 7. Die Anordnung ber Magregel und beren Grund, besgleichen bie geschene Mittheilung bes wesentlichen Inhalts ber Aussage muß burch bas Brototoll beurtundet werben (§§ 273, 274).
 - 8. Ru 206f. 2 vgl. GBG. § 178 u. Rote 4 b baf.

3u § 247.

1. Sich ohne Genehmigung bes Borfigenben mahrend ber Verhandlung zu entfernen, ift ben vernommenen Personen beshalb untersagt, weil ihre nochmalige Befragung ober eine Gegenstbetung erforberlich werben kann. Auf eben biefer Rudficht beruht auch bie Bestimmung in

§. 248.

Urkunden und andere als Beweismittel dienende Schriftstude werden in der Hauptverhandlung verlesen. Dies gilt insbesondere von früher ergangenen Strasurtheilen, von Strasslisten und von Auszügen aus Kirchenbüchern und Personenstandsregistern und findet auch Anwendung auf Protokolle über die Einnahme des richterlichen Augenscheins.

(I. Entm. \$ 203; II. Entm. \$ 208; III. Entm. \$ 211.)

Sat 2; vgl. § 245 Abf. 1; RGer. III. 7. Dai 85 (Ripr. VII. 279). — In Betreff bes Unge borfams eines Beugen ober Sachverständigen f. § 50 Rote 5.

2. Da ber § nur von einer Entfernung von ber Gerichtsftelle rebet, jo find bie Botte "auf Unweifung" bebeutungslos. In Betreff bes Berlaffens bes Sigungszimmers vgl. § 58 Rote 1. a.

3u § 248.

- 1. Wenn es barauf antommt, ben Inhalt eines Schriftfiuds jur Renntnig ber gur Urtheilsfindung berufenen Berfonen ju bringen, fo muß bas Schriftftid in ber hauptverhandlung verlefen merben. Den Grunbfat ber Dilinblichfeit beruhrt eine folche Berlefung an fich nicht; benn auch ber munbliche Prozeg tann bes Urfunbenbeweises nicht entbebren. Jener Grunbfat verbietet vielmehr nur, bie munbliche Bernehmung einer Berfon por bem ertennenben Gericht ohne zwingenben Grund burd Berlefung eines Brotofolles ober einer ichriftlichen Erflarung gu erfeben (§ 249). Der § 248 nun behanbelt biejenigen Salle einer Berlefung, welche bie Dunblichkeit bes Berfahrens unberührt laffen. Es gehört hierher u. A. bie Berlefung ber Sachbeftanbs: flude (j. B. ber gefälichten Urfunbe, bes eine Beleibigung enthaltenben Schreibens), bie Berlefung eines in Beichlag genommenen Briefes, ferner in Untersuchungen wegen Meineibes bie Berlefung bes über bie Gibesleistung ober über bie angeblich faliche Ausjage aufgenommenen Prototolles u.; vgl. auch § 249 Rote 3. — Uebrigens hat bas RGer. wieberholt angenommen, bag es nicht gegen bas Gefet verftoge, wenn ber Borfibenbe, ftatt ein Aftenftud ober ein fonfliges Schriftftud zu verlejen, munbliche Mittheilungen aus bemfelben macht ober auf Grund beffelben gewisse Thatjachen konstatirt, sofern nicht hiergegen Biberspruch erhoben ober ein förmlicher Beweisantrag gestellt ift; vgl. 3. B. I. 4 Rov. 80 (Entich. III. 161, Ripr. II. 452), 1. 2. Des. 80 (Ripr. II. 595), I. 6. Dez. 80 (Entich. III. 142, Ripr. II. 608), 20. Jan. 81 (Entich. III. 282, Ripr. II. 746). Ueberhaupt wird burd ben \$ 248 nicht ausgefcoloffen, bag von ben als Beweismittel bienenben Urfunben in anberer Art als burch Berlesen Gebrauch gemacht wirb; es tommt für bie Form ber Beweishandlung auf ben Zwed an, welcher mit bem Gebrauche Daber tann, flatt ober neben ber Berlefung, Die Borlegung eines Schrift: verfolgt wirb. ftudes, also eine Augenscheinseinnahme an bemfelben, erfolgen, wenn es fich um bie Ermittelung feiner Befchaffenheit, g. B. um bie Merkmale einer Falfchung ober bei einem Raffenbuche um bie Einrichtung beffelben und bie Art ber Gintragungen haubelt, vgl. RGer. III. 10. Dez. 81 (Ripr. III. 789), III. 25. Jan. 82 (Entich. V. 398). - Die bloge Borlegung von Aften an bie Progefibetheiligten ift fein Beweisatt, burch welchen ber Inhalt ber Atten ober eines in ihnen befinblichen Schriftfiddes festgestellt merben tonnte: RGer. II. 30. Apr. 81 (Ripr. III. 259); vgl. § 244 Rote 5. a.
- 2. "als Beweismittel bienenbe" b. h. solche Schriftstude, von benen zum Zwede ber Beweisführung Gebrauch gemacht werben soll. Db ein Schriftstud nach Form und Inhalt wirflich geeignet sei, etwas zu beweisen, ist von bem Gericht bezw. ben Geschworenen bei Erlassung bes Urtheils bezw. bei Abgabe bes Spruches zu prüfen; um biese Frage handelt es sich in § 248 nicht, und insbes. läßt ber § bie Frage unberührt, in welcher Urt bie Nechtheit eines Schriftstudes zu beweisen ei.
- 3. a. Ob bie Verlesung eines Schriftstückes stattzufinden habe, hangt, die Zulässigkeit berselben vorausgeset, gemäß § 243 (vgl. bort Rote 8) von dem richterlichen Ermessen ab, soweit nicht nach § 244 die Prozesbetheiligten schlechthin einen Anspruch auf sie haben; vgl. Rer. I. 19. Apr. 80 (Entsch. I. 383), III. 9. Juni 80. (Rspr. II. 45.) Ebenso

unterliegt es bem richterlichen Ermeffen, ob ein Schriftftud gang zu verlefen ober bie Berlefung auf einen Theil zu beschränken fei; vgl. Re. III. 19. Febr. 83 (Entic. VIII. 128).

- b. Die Entichliefung über bie Berlejung fteht junachft bem Borfitenben ju; eines Berichtsbeichlusses bebarf es nur, wenn bie lettere beanftanbet wirb (§ 237, § 243 Note 4). Bgl. bagegen § 250 Abs. 3.
- 4. Durch wen die Berlejung ber Schriftstude zu bewirken sei, barüber s. § 242 Rote 5. o. Den Prozesteiligten (§ 153 Rote 6) ift die Berlesung nicht zu überlassen; benn bieselbe bilbet einen Theil der Beweisaufnahme, und diese barf (abgesehen von den Fällen bes § 238 Abs. 1, § 239 Abs. 2) nicht durch die Prozestetheiligten vorgenommen werden. Bgl. noch § 257 Rote 6.
 - 5. "Prototolle über bie Ginnahme bes richterlichen Augenfcheins" -
- a. Die Bestimmung findet Anwendung, gleichviel ob die Ginnahme bes Augenscheins im hauptverfahren (§ 224) ober im Borverfahren stattgefunden hat. Die Berlefung ber im Borbereit ung bver fahren aufgenommenen Brotofolle ift statthaft, auch wenn jur Beit ber Augenscheinseinnahme bas Bersahren noch nicht gegen ben jeht Angestagten gerichtet war.
- b. Benn bas bei ber Einnahme bes Augenscheins beobachtete Berfahren an einem wesentlichen Rangel leibet, wie 3. B. wenn bie Borschriften ber SS 223, 224 unbefolgt geblieben
 find, so barf gegen ben Billen bes baburch Benachtheiligten bie Berlesung bes Prototolles nicht
 fautsinden: Roer. II. 9. März 80 (Entsch. I. 256).
- c. Die Berlejung findet statt, wenn ber Inhalt bes Protofolles von dem Gericht für erheblich erachtet wird; im Falle des § 224 gehört jedoch das Protofoll zu den "herbeigeschafften Beweismitteln", so daß § 244 Anwendung sindet (vgl. § 250 Rote 11.) Das Gericht ist auch beingt, an Stelle der Berlefung des Protofolles oder neben derselben die beiben Gerichtsperssonen, welche den Augenschein eingenommen haben, oder eine derselben über das Ergebnis als Zeugen zu vernehmen; indes wird von dieser Befugnis nur ausnahmsweise, b. h. nur dann Gebrauch zu machen sein, wenn besondere Umftände die Bernehmung erheischen. In Betress der Einmahme des Augenscheins durch das erkennende Gericht selbst s. § 86, Note 4, § 224 Note 4.
- d. Die Berlesung bes Prototolles (auf Grund bes § 248) ist nur insoweit statthaft, als basselbe bas Ergebniß bes gerichtlichen Augenscheins enthält; die in dem Prototoll etwa noch enthaltenen Aussagen von Zeugen und Sachverständigen bürsen nicht mit verlesen werden, sosen nicht beren Berlesung aus einem selbstständigen Grunde (§§ 250, 252) statthaft ift. Gl. A. Wer. IV. 6. Juni 84 (Ripr. VI. 395) bez. der in einem Sektionsprototoll enthaltenen Aussagen von Rekognitionszeugen; a. M. I. 15. Dez. 83 (Entsch. X. 10) in einem Falle, in welchem die Bekundungen der Zeugen "nur als ergänzende Momente für die von dem Untersuchungsrichter an dem Orte selbst sestzuchenden Thatsachen erschienen", übrigens die Zeugen auch in der hauptverhandlung wiederum vernommen wurden; ähnlich auch III. 11. Juni 85 (Entsch. XII. 308, Ripr. VII. 370).
- e. Zu den Augenscheinsprotokollen gehören auch die Protokolle über die gerichtliche Leich en icau. Ueber das Ergedniß der Leichen öffnung dagegen muß der Beweis durch mündliche Bernehmung der betheiligten Aerzte erhoben werden, und die Berlesung des Protokolles ist nur nach Maßgade der §§ 250, 252 statthaft. Gl. A. RGer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 153), F. 29. Aug. 82 (Apr. IV. 699), Dalde S. 163, Keller S. 301, vgl. auch Glaser I. S. 732 st.; a. R. Puckelt S. 411, John S. 732 st.; vgl. § 87 Note 3. d, § 85 Note 2. d. Uebrigens ist es nicht unerläßlich, daß beide Aerzte in der Hauptverhandlung vernommen werden; vielsmehr kann sich das Gericht ausnahmsweise auch mit der Bernehmung eines berselben begnügen; vgl. § 260.
- f. Die Bestimmung bes § 248 findet auch Anwendung auf die Prototolle über richters liche Durch fuchungen, falls biefelben ben Erforberniffen eines Augenscheinsprototolles entsipreden; val. § 105 Rote 6.
 - 6. "Strafurtheile"
 - a. Es ift hier nur von "fruher", b. h. in einer anberen Straffache ergangenen

§. 249.

Beruht ber Beweis einer Thatsache auf ber Wahrnehmung einer Person, so ist die lettere in der Hauptverhandlung zu vernehmen. Die Vernehmung darf nicht durch Verlesung des über eine frühere Vernehmung aufgenommenen Protofolls oder einer schriftlichen Erklärung ersetzt werden.

(I. Entis. § 204; II. Entis. § 209; III. Entis. § 212.)

Urtheilen, nicht von ben in bem gegenwärtigen Berfahren erlaffenen bie Rebe: RGer. III. 1. Apr. 82 (Ripr. IV. 300).

b. Dağ bas zu verlefenbe Urtheil rechtstraftig fei, wirb vom Gefet nicht erforbert: RGer. II. 30. Marg 83 (Entich. VIII. 153).

c. Die Berlefung barf fich auch auf bie Grunbe bes Urtheils erftreden (ebenba).

7. Die erfolgte Berlesung eines Schriftstud's ift durch das Sitzungsprotokoll zu beurkunden (§ 273). Ift diese Beurkundung unterdlieben, so muß die Berlesung als nicht geschen geltem (§ 274); in diesem Falle aber enthält es eine Berletung des § 260, wenn gleichwohl das Urtheil auf den Inhalt des detr. Schriftstud's gestützt wird: Mer. I. 31. Mai 80 (Entsch. II. 76, Ripr. I. 480), I. 17. Juni 80 (Rspr. II. 79). Dies sindet auch Anwendung auf die Attenstüde, auf Grund deren die Rückställigkeit des Angeklagten sessgestellt werden soll: Mer. III. 17. Nov. 80 (Rspr. II. 529).

8. Bgl. noch § 253 Abs. 1: ber bort behandelte Fall ber Berlefung reiht fich fachlich ben in § 248 vorgesebenen Fällen an.

Bu § 249.

1. a. Der f bringt bie eine Seite bes Grundfates ber Münblichfeit, namlich bie Unsmittelbarteit ber Beweisführung, jum Ausbrud; im Uebrigen vgl. § 225 Rote 1, § 228 Rote 1. — Ueber bas Berhältniß ber Bestimmung bes § 249 zu berjenigen bes § 248 vgl. bort Rote 1.

b. Das RGer. bezieht die Borschriften über die Mündlickeit des Beweisdersahrens (§§ 249 ff.) nur auf den Beweis der That (Schulb- und Straffrage), nicht auch auf den Beweis solcher Thatsachen zc., welche eine prozessuale Frage, wie insbes. die Zulässigkeit der Strasverfolgung, betreffen; so (bez. des Einwaudes der res judicata): II. 1. Apr. 84 (Entsch. X. 253). In Betreff des Antrages auf Strasverfolgung s. § 259 Note 13. Bgl. noch § 376 Note 2. b, 5. c. Gegen die Ansicht des RGer.: v. Kries in StRZ. VI. S. 122 ff.

2. Chensowenig wie burch bie Berlefung eines Prototolles ac. barf bie unmittelbare Beweiß: erhebung burch bie Bezugnahme auf eine, in einem anberen Berfahren erfolgte gent

ftellung gemiffer Thatfachen erfett werben: Reber. III. 6. Marg 80 (Ripr. I. 433).

3. Die Ausnahmen, benen die Regel des § 249 unterliegt, find hinsichtlich der Protofolle in § 250, hinsichtlich der schriftlichen Erklärungen in § 255 vorgesehen: in den dort bezeichneten Fällen wird die mündliche Bernehmung durch die betr. Berlesung ersett. In § 252 und in § 253 Abs. 2 dagegen handelt es sich nicht um eine Ersehung der Bernehmung, sondern um eine neben der letteren stattsindende Berlesung. Das Gleiche gilt von dem Falle, wenn das Protofoll über eine Aussage, welche ein in der hauptverhandlung anwesender Zeuge früher in der Sache abgegeben hat, verlesen werden soll, um zu konstatiren, inwiesern die jetige Aussage von der frühern abweicht; hier ist § 248 anwendbar: RGer. IV. 23. Nov. 86 (Rspr. VIII. 718).

— Ueber die Bestimmung des § 253 Abs. 1 vol. dort Note 2.

4. Die Borfdrift bes § 249 hat im öffentlichen Interesse ihren Grund; baber tann an ber Unzulässigfeit ber Berlesung eines Protofolles zc. burch Erklärungen ber Prozeste: theiligten, insbes. burch einen Berzicht auf bie nochmalige Bernehmung eines Zeugen, nichts geanbert werben: RGer. F. 11. Aug. 83 (Entsch. IX. 49), IV. 16. Juni 85 (Rfpr. VII. 401).

5. Darüber, baß § 249 bie Bernehmung eines Beugen vom horenfagen nicht ausschließt, f. § 68 Rote 4.

§. 250.

Ist ein Zeuge, Sachverständiger oder Mitbeschuldigter verstorben oder in Geisteskrankheit verfallen, oder ist sein Ausenthalt nicht zu ermitteln gewesen, so kann das Protokoll über seine frühere richterliche Vernehmung verlesen werden. Dasselbe gilt von dem bereits verurtheilten Mitschuldigen.

In ben im §. 222 bezeichneten Fällen ist die Verlesung des Protosolls über die frühere Vernehmung statthaft, wenn letztere nach Eröffnung des Hauptversahrens, ober wenn sie in dem Vorversahren unter Beobachtung der Vorschriften des §. 191 ersolgt ist.

Die Verlesung kann nur burch Gerichtsbeschluß angeordnet, auch muß der Grund berselben verkündet und bemerkt werden, ob die Beeidigung der vernommenen Personen stattgefunden hat. An den Bestimmungen über die Nothwendigkeit der Beeidigung wird hierdurch für diesenigen Fälle, in denen die nochmalige Vernehmung ausschhrbar ist, nichts geändert.

(I. Entw. § 205; II. Entw. § 210; III. Entw. § 213.)

3u 8 250.

^{1.} Rur unter ben hier bestimmten Boraussekungen barf, in Abweichung von ber Regel bes § 249, an Stelle ber munblichen Bernehmung einer Berfon por bem erkennenben Gericht bie Berlefung bes Protofolles über eine frubere Bernehmung berfelben erfolgen. Insbef. tann weber bas Ausbleiben eines gelabenen Beugen ober Sachverftanbigen, noch bie (berech= tigte ober unberechtigte) Berweigerung ber Ausfage feitens bes erschienenen bie Berlefung bes die frühere Aussage enihaltenden Protokolles rechtfertigen; vielmehr muß in diesen Fällen das Ericheinen bes Ausgebliebenen bezw. die Abgabe ber Aussage burch die gesetlichen Dittel herbei= geführt werben, falls nicht von ber Bernehmung Abstanb genommen werben kann (Prot. S. 381 ff.); ogl. auch § 228 Rote 5. A. M. R. R. R. III. 31. März 87 (Entsch. XV. 409, Rspr. IX. 213); bort ift eine analoge Anwendung bes § 250 für flatthaft erachtet und die Berlefung einer im Borverfahren ohne Befolgung bes § 191 zu Protokoll genommenen Ausfage in einem Falle ge= billigt, in welchem jebe, also auch bie kommissarische Bernehmung bes Zeugen burch körperliche Krantheit besselben für längere und ungewisse Zeit ausgeschlossen war. — Liegt keine der gesehlichen Borausjepungen por, fo ift felbft eine blos jur Information porjunehmende Berlefung bes betr. Protofolles ausgeschlossen; bie StBD. tennt bie (in bem preug. Gefet vom 3. Mai 1852 Art. 25 auigeftellte, eines realen Inhalts aber entbehrenbe) Unterscheibung zwifchen Berlefungen jum Bwede ber Beweisaufnahme und Berlefungen "gur Aufflarung ber Sache" nicht.

^{2.} Rur Protofolle über richterliche Bernehmungen burfen auf Grund bes § 250 verlesen werden: RGer. I. 20. Sept. 80 (Entsch. II. 235, Rspr. II. 218); die Berlesung eines polizeilichen Protofolles wird selbst durch bie Zustimmung der Prozesbetheiligten nicht statthaft: RGer. F. 11. Aug. 83 (Entsch. IX. 49). Bgl. übrigens Note 8. c. — Das vorzulesende Protofoll muß von den beiden mitwirkenden Gerichtspersonen unterschrieben sein, widrigensalls die Verlesung unstatthaft ist: RGer. III. 30. Apr. 81 (Rspr. III. 259). Andere Mängel des Protofolles schließen die Verlesung zwar nicht unbedingt aus, mussen jedoch bei der letzteren bekannt gemacht werden (vgl. § 186 Note 5). Bgl. noch Note 15.

Bu Abs. 1.

^{3.} Der Abs. 1 fieht, im Gegensat zu Abs. 2, diejenigen Fälle vor, in benen entweder die Bernehmung sich überhaupt nicht mehr bewirten ober sich wenigstens nicht vorhersehen läßt,
ob sie jemals noch ausführbar sein werde; in diesen Fällen ift die Berlesung der früher abgegebenen Aussage ohne Beiteres zulässig. Indeß wird auch hier eine in derselben Strafsache,
wenn auch im Borbereitungsversahren, erfolgte Bernehmung vorausgeset; so: Reer. I.
31. Jan. 81 (Entsch. III. 307); a. M. II. 25. Nov. 81 (Ripr. III. 739), II. 10. Nov. 82 (Entsch. VII.

- 156, Rfpr. IV. 800); in I. 5. Jan. 84 (Entich. X. 29, Rfpr. VI. 22) ist sogar bie Berleiung eines in einer Civilprozehsache aufgenommenen Brotokolles für statthaft erachtet. Für bie erstere Ansicht auch Keller S. 305; bagegen: Dalde S. 165, Boitus S. 280, Glaser I. S. 449, Stenglein S. 438. Rach bem Bortlaut bes Gesehes ist im Falle einer neuen hauptverhanblung (vgl. § 228, § 394 Abs. 2, § 413) bie Berlesung ber in ber früheren hauptverhanblung abgegebenen, in bas Situngsprotokoll verzeichneten Aussage einer inzwischen verstorbenen 2c. Person nicht ausgeschlossen, und zwar selbst bann nicht, wenn eine Berlesung und Genehmigung bes Niedergeschriebenen (§ 273 Abs. 3) nicht stattgefunden hatte; gl. A. ASer. II. 18. März 84 (Rspr. VI. 212). Doch würde eine berartige Aussage Mangels ber ersolgten Genehmigung immer mit besonderer Borsicht ausgenommen werden müssen. In Betress ber eibigung s. Note 13.
- 4. a. Die Ausjagen von Mitbeschulbigten fteben hinsichtlich ber Zuläsfigkeit ber Berlejung ben Ausjagen ber Zeugen gleich (vgl. Rote 3 zu Buch 1 Abschu. 6). Aus ber besonderen Erwähnung ber bereits verurtheilten Mitschulbigen folgt, daß in Sat 1 ber Ausbrud "Witbeschulbigter" auf ben noch nicht verurtheilten Mitbeschulbigten zu beziehen und baß bie entzgegengesetzt Annahme in bem Brot. v. 20. Ott. 1876 S. 1, 12 und in dem Bericht der RTR. S. 67 eine irrthumliche ift. Sl. A. Puchelt S. 412; vgl. Reller S. 305.
 - b. Bgl. § 253 Rote 4.
- 5. "ober ist sein Aufenthalt nicht zu ermitteln gewesen" Der hier gedachte Fall liegt nicht schon dann vor, wenn die Ladung dem Zeugen zc. nicht hat zugestellt werden können, weil sein zeitiger Ausenthalt unbekannt ist; das Geset ersordert vielmehr, daß Er mittelungen bezüglich des Ausenthalts ersolglos vorgenommen worden: RGer. II. 31. März 80 (Entich L 285), I. 5. März 85 (Entich XII. 104). Ein Berzicht der Prozesteteiligten kann hieran nichts ändern: dass. Urth. Indeß genügt es, wenn die Asten Umstände ergeben, aus denen auf die Ersolglosigkeit etwaiger Ermittelungen mit Sicherheit zu schließen ist, wie z. B. wenn die Flucht des betr. Mitbeschuldigten sessischen Festelungen sie Kentsch. IX. 88). Daß überhaupt keine Aussicht vorhanden sei, den Ausenthalt des Zeugen jewals zu ermitteln, ist kein Ersorderniß der Berlesung: II. 4. März 81 (Entsch. III. 367, Rspr. III. 105), III. 11. Sept. 81 (Entsch. IV. 416).
 - Ցս 916. 2.
- 6. Der Abs. behandelt ben Fall, wenn zwar die Bernehmung noch ausführbar ift, aber bem Erscheinen eines Zeugen ober Sachverständigen vor dem erkennenden Gericht selbst ein hindernis oder die große Entsernung seines Ausenthaltsortes entgegensteht. Das Rähere über diese Boraussehungen s. zu § 222 Note 2—6. Bezüglich dieser Fälle ist der dem § 250 zu Grunde liegende Gedanke folgender: Die unmittelbare Bernehmung wird zwar durch die Berlesung eines Protokolls erset; es dars aber durch dieses außergewöhnliche Bersahren den Prozesbetheiligten die Anwesenheit dei der Beweiserhebung nicht beschränkt werden. Daher ist die Berlesung eines im Borversahren ausgenommenen Protokolls regelmäßig nicht zulässig: vielmehr muß die Bernehmung der betr. Person nach Eröffnung des Hauptversahrens kommiss arisch ersolgen (§ 222). und den Prozesbetheiligten die Wöglichkeit der Anwesenheit dei der Bernehmung gewährt werden. sosen nicht wegen obwaltender Gesahr im Berzuge unthunlich ist (§ 223). Nur dann soll die Berlesung eines im Borversahren ausgenommenen Protokolles genügen und die kommissanische Bernehmung erübrigt werden, wenn bereits bei der Bernehmung im Borversahren den Prozesbetheiligten die Wöglichkeit der Anwesenheit gewährt worden war (§ 191 Note 1). Bgl. § 222 Note 1.
- 7. a. "nach Eröffnung bes hauptverfahrens" Diese Borte haben nach bem Borbemerkten (Rote 6) hauptsächlich bie kommissarische Bernehmung (§§ 222, 223) im Auge. Der letteren aber sind bie nach § 206 Abs. 2 erfolgten Bernehmungen gleichzustellen, sofern bei ihnen gemäß § 223 versahren ift (vgl. § 206 Rote 7). Bezüglich ber in einer früheren hauptverbandlung abgegebenen Aussagen sindet, wenn vor ber neuen hauptverhandlung das betressende hinderniß 2c. eingetreten ist, das in Rote 3 Bemerkte entsprechende Anwendung; doch wird bie

nochmalige Bernehmung bes Zeugen zc. nur bann unterbleiben burfen, wenn bie Richtigkeit ber in bem fruberen Sigungsprotofoll enthaltenen Rieberfchrift unbestritten und zweifellos ift.

b. It bei einer kommissarischen Bernehmung die in § 223 vorgeschriebene Benachrichstigung mit Unrecht unterblieben ober nicht rechtzeitig ersolgt, so muß zunächst die Bernehmung unter Beobachtung des § 223 wiederholt werden, wenn nicht der von der Unterlassung z. betroffene Prozesbetheiligte hierauf ausdrücklich verzichtet; so: Re. III. 18. Febr. 80 (Entsch. I. 210. Rspr. I. 362), III. 3. Apr. 80 (Rspr. I. 533). Dagegen erachten II. 24. Juni 81 (Entsch. IV. 301), II. 18. Sept. 83 (Rspr. V. 536), IV. 14. Okt. 84 (Rspr. VI. 624) den Berstoß gegen § 223 durch das blose Stillschweigen des gedachten Prozesbetheiligten für geheilt; ebenso Stenglein S. 405. Bgl. noch IV. 7. Dez. 86 (Rspr. VIII. 731); danach ist, wenn die Zuziehung des Bertheibigers unterblieben war, das Stillschweigen des Angeklagten nicht gemügend, sofern letzterer selbst den Berstoß nicht kannte. — Das Gesagte sindet auch in dem Falle entsprechende Anwendung, wenn die Benachrichtigung wegen der obwaltenden Gesahr im Berzuge unterblieben war, jedoch eine Wiederholung der Bernehmung ausstührbar ist. Bgl. noch unten Note 15.

8. a. Bas bie im Borverfahren erfolgten Bernehmungen betrifft, so schreibt § 191 Abs. 3 eine Benachrichtigung ber Brozesbetheiligten nur insoweit vor, als sie "ohne Ausenthalt für die Sache geschehen kann." Gleichwohl fann im Sinne des § 250 von der erfolgten "Beobuchtung der Borschriften des § 191" nur dann die Rebe sein, wenn die Bernehmung in Anwesenheit der Brozesbetheiligten stattgefunden hatte oder doch die letteren von dem Termine rechtzeitig benachrichtigt waren; benn da, wo keine dieser Boraussethungen zutrifft, unterscheidet sich die in § 191 Abs. 2 gedachte Bernehmung eben nicht von den übrigen Bernehmungen des Borversahrens (Rote 6). Bar nur der eine, nicht aber der andere Prozesbetheiligte rechtzeitig benachrichtigt (vgl. § 191 Rote 6), so wird die Berlesung des Protosolles für statthast zu erachten sein, salls der nicht be-nachrichtigte Theil auf die Wiederholung der Bernehmung ausbrücklich verzichtet.

b. Aus bem vorstehend (Note 6, 8. a) Bemerkten ergiebt sich jugleich, daß die Berlesung eines im Borbereitungsverfahren aufgenommenen Protofolles auf Grund bes Abs. 2 bes S (vgl. bagegen Abs. 1 u. Rote 3) nicht stattsinden barf, wenn ber jeht Angeklagte jur Zeit ber faglichen Bernehmung noch nicht "ber Beschuldigte" und also nicht befugt war, ber Bernehmung beigmohnen (§ 167 Abs. 2).

c. Hat ein Zeuge ober Sachverständiger bei ber kommissarischen Bernehmung (Note 7) eine im Borversahren abgegebene Erklärung wiederholt und enthält das über die kommissarische Berenehmung aufgenommene Protokoll an Stelle einer neuen Riederschrift dieser Erklärung eine Beremeisung auf bas frühere Protokoll, so ist letzteres als Theil des ersteren anzusehen und somit ohne Rücksicht auf die Befolgung des § 191 zu verlesen: Roer. I. 22. Apr. 80 (Entsch. I. 391, Ripr. I. 645). Dies gilt entsprechend auch von nichtrichterlichen (polizeilichen 2c.) Protokollen und von anderen Schriststücken (Anzeigen 2c.), auf welche in der zur Berlesung kommenden Aussage verwiesen ist: IV. 2. März 86 (Entsch. XIV. 1), III. 10. März 87 (Ripr. IX. 176).

9. Bgl. noch § 49 u. Rote 2 bas., § 71 u. Note 2, 3 bas. Zu Abs. 3.

10. Ob bie gesetzliche Boraussetzung für die Berlesung eines Protofolles vorliege, muß in jedem Falle in der Hauptwerhandlung selbst von dem Gericht geprüft und sestgesellt werden; in allen Fällen des § 250 ift die Erlassung und Berkündung eines mit Gründen versehenen Gerichtsbeschlusses das unerläßliche Ersorderniß der Berlesung; der Mangel eines solchen Beschusses begründet die Revision: RGer. III. 10. Dez. 79 (Entsch. I. 118, Rspr. I. 139), II. 2. März 80 (Entsch. I. 236, Rspr. I. 412), III. 3. März 80 (Entsch. I. 242, Rspr. I. 418) u. öster. — Bei der Beschußfassung des Gerichts sind die früheren Beschüsse (vol. § 222 Rote 8, 10, § 191, § 65) weder präjudizisisch, noch befreien sie das Gericht von der Pflicht der nochmaligen Brüsung. Das Gericht hat auch die etwaige Beränderung der Sachlage in Betracht zu ziehen: es versieht sich, daß selbst ein gemäß § 222 ansgenommenes Protofoll nicht verlesen werden dars, sondern die unmittelbare Bernehmung des betr. Zeugen 2c. ersolgen muß, wenn das frühere Hinden

berniß inzwischen beseitigt ift. Ueberbies bleibt bas Gericht, wenn es die unmittelbare Bernehmung für nothwendig halt und dieselbe jeht ober kunftig aussuhrbar ift, stets besugt, seine früheren Beschlusse au andern und z. B. einen Zeugen trot ber großen Entsernung seines Aufenthalts vorzulaben ober die Berhandlung bis zu ber zu erwartenden Beseitigung des betr. hindernisses zusehen.

- 11. Ein bei einer kommissarischen Bernehmung ausgenommenes Protokol ift ein herbeisgeschafftes Beweismittel im Sinne bes § 244 (vgl. bort Rote 5. b.); die Berlesung eines solchen Protokoles barf baher nicht wegen Unerheblichkeit seines Inhalts unterbleiben, wenn nicht alle Prozesbetheiligten einverstanden sind. Dies gilt ohne Unterschied, ob die Bernehmung in der hauptverhandlung oder schon vor derselben (vgl. § 222 Rote 9) beschlossen war; benn auch in letzterem Falle sehlt es an jedem Grunde, den Beschluß anders zu behandeln als diejenigen Berfügungen, welche die Ladung eines Zeugen 2c. (§ 218) anordnen. Das Rechagegen erachtet nur in dem ersteren Falle das Protokoll für ein herbeigeschafstes Beweismittel; so: III. 18. Jan. 83 (Ripr. V. 39), II. 24. Okt. 82 (Entsch. VII. 127), IV. 9. Rov. 86 (Ripr. VIII. 694), IV. 20. Okt. 85 (Ripr. VII. 605). Uedrigens kommt die Berlesung (und beschadet der Bestimmung des § 252) in Begsall, wenn der Zeuge 2c., odwohl er kommissarisch vernommen war, vor dem erkennenden Gericht erscheint (Rote 10).
- 12. Die Berlesung eines Protofolles kann nicht durch die bloße Mittheilung seines Inhalts ersest werden. Es ist auch nicht statthaft, einen Theil des Protofolles von der Berlesung auszuschließen: RGer. III. 24. Apr. 80 (Rspr. I. 655). Dagegen brauchen, wenn der Zeuge 2c. mehr mals vernommen war, (abgesehen von dem Falle einer Berweisung: Rote 8. c.) nicht nothwendig alle betr. Protofolle verlesen zu werden: IV. 27. Febr. 85 (Rspr. VII. 153).

 Durch wen die Berlesung zu bewirken sei, darüber s. § 242 Rote 5. e

Bum Schlußfaß.

- 13. Die Frage: ob ein Zeuge beeibigt werben muffe ober burfe, ftebt zu ber anberen Frage: ob er vor bem erkennenben Gericht felbst zu vernehmen sei ober nicht, an sich in gar keiner Beziehung (Mot. S. 186). hieraus folgt einerseits: bah auch bie Aussagen eibesunfähiger Zeugen verlefen werben burfen, und anbererfeits: bag bie Beeibigung eines eibesfähigen Reugen nicht baburch entbehrlich werden kann, baß an Stelle seiner unmittelbaren Bernehmung die Berlesung eines Protofolles tritt. Es muß also, wenn bei ber vorausgegangenen Bernehmung die Beeibigung bes (eibesfähigen) Zeugen, fei es aus Berfeben ober gemäß ber Borfdrift bes § 65, unterblieben war, behufs Rachholung ber Beeibigung bie nochmalige Bernehmung (§ 222) erfolgen, und es kommt jonach, was bie Berlefung ber im Borverfahren aufgenommenen Protokolle betrifft, nicht ausschließlich auf die Beobachtung der Borschriften des S 191 an (vgl. S 65 Rote 2. a). Hat die Beeibigung im Borverfahren stattgefunden, so macht ber Umstand allein, daß ein geselb licher Grund, fie schon bamals vorzunehmen, nicht vorlag, die Wiederholung nicht nothwendig: RGer. II. 29. Febr. 84 (Entich. X. 156); vgl. § 65 Rote 6. — Das Gefet fieht nun aber noch besonders ben Kall vor, wenn die Nachholung ber Beeibigung (weil ber Zeuge verftorben ober verschollen 2c.) unausführbar ift, und es gestattet in biefem Falle, um bem Gericht kin Beweismittel zu entziehen, bie Berlefung ber unbeichworenen Ausfage; pgl. RGer. II. 30. Juni 82 (Ripr. IV. 658). Letieres gilt auch für Sachverständige, und insofern erleibet ber Sat, bag im hauptverfahren bie Bernehmung ber Sachverftanbigen ftets eine eibliche fein muffe (§ 79 Note 1), eine Mobififation.
- 14. Ob die verlesene Aussage beeibigt sei ober nicht, muß ftets ausbrudlich angegeben werben, bamit die zur Entscheidung berufenen Bersonen in ben Stand geseht werben, die aus ber Richtbeeibigung etwa herzuleitenden Bebenken zu murdigen; die Unterlassung dieser Angabe begründet die Revision: MGer. I. 15. Jan. 80 (Ripr. I. 230). Daffelbe gilt, wenn über die Beeibigung eine unrichtige Angabe erfolgt ist: RGer. I. 20. Sept. 80 (Entsch. II. 237, Ripr. II. 223).

Bu Abs. 1-3.

^{15.} Auch Brotokolle über richterliche Bernehmungen, welche im Auslande nach ben bort Digitized by

§. 251.

Die Aussage eines vor der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen, welcher erst in der Hauptverhandlung von seinem Rechte, das Zeugniß zu verweigern, Gestrauch macht, darf nicht verlesen werden.

(L II. III. Caim. § -.)

geitenden Rechtsnormen stattgefunden haben, können verlesen werden: Roer. II. 15. Mai 85 (Rspr. VII. 293). Dies gilt auch dann, wenn nach den letzteren die Anwesenheit der Prozeßsbetheiligten dei der Bernehmung nicht gestattet war: III. 5. Jan. 85 (Entsch. XI. 391, Rspr. VII. 11). Selbst der Umstand, daß nach dem Geset des Bernehmungsortes, abweichend von den Borschriften der StP., die Beeidigung eines Zeugen unterbleiben mußte, macht die Bersleiung nicht unzulässig: F. 26. Aug. 85 (Entsch. XII. 347, Rspr. VII. 503).

3u \$ 251.

- 1. Bgl. Rote 11 ju SS 51-54, sowie feruer § 51 Abs. 2, § 57 u. Rote 5 bas.
- 2. Die Bestimmung ist auch auf ben Fall bes § 53 zu beziehen, sofern ein Beamter ein Zeugniß in ber irrigen Meinung abgelegt hat, baß basselbe seine Pflicht zur Amtsverschweigens beit nicht berühre. Dagegen giebt § 251 ber bem Beamten vorgesetzten Dienstbehörbe zc. nicht bie Besugniss, die einmal erthellte Genehmigung zur Ablegung bes Zeugnisses zuruchzunehmen.
- 3. Reber ben Inhalt ber fruber abgegebenen Ausfage burfen aud bie Berichtsperfonen, welche bei ber Bernehmung mitgewirft haben, nicht als Beugen vernommen werben; ibre Bernehmung mare lebiglich eine Umgehung ber Boridrift bes § 251. A. DR. GRer. I. 30. Juni 81 (Ripr. III. 449), I. 1. Nov. 81 (Entich. V. 143, Ripr. III. 678), III. 23. März 82 (Ripr. IV. 271), III. 7. Mai 85 (Ripr. VII. 278), III. 26. Mai 87 (Entich. XVI. 119, Ripr. IX. 342); nach ber Angabe in Ripr. IX. 170 haben jest and ber II. und IV. Strafsenat in gleichem Sinne entschieben, nachbem zuvor II. 2. Mai 84 (Entsch. X. 374, Rspr. VI. 337) abgewichen war. Ungeachtet bieser Uebereinstimmung ist bie Ansicht bes GRer. eine unhaltbare. Dies hat bereits Reller S. 660 aus ber Entstehungsgeschichte bes S bargelegt, insbes. burch ben hinweis auf die in ben Berhanblungen bes RT. abgegebene Erflarung bes Berichterflatters v. Schwarze, bag burch bie gebachte Bernehmung ber Gerichtsperfonen ber Gebante bes Gefetes illujorifc gemacht werben wurde (Stenogr. Ber. S. 507, 508). Es tommt aber ferner Folgenbes in Betracht: Die Borfchrift bes § 251 gebort ber Materie von ber Berechtigung gur Reugniß: weigerung an und fteht mit ben Bestimmungen über bie Munblichfeit bes Berfahrens und über bie Berlefung von Schriftstuden nur in einem außerlichen Busammenhange. Das Gefet giebt bem Beugen, ber von feiner Berechtigung Anfangs nicht Gebrauch gemacht, fonbern bas Beugniß abgelegt bat, bie Befugnig, feinen Entichluf ju anbern und bie abermalige Abgabe einer Ausfage abzulehnen. Es hatte genugt, biefe Befugnif im Gefet jum Ausbrud ju bringen, wenn es bem Befetgeber nur barum ju thun gemefen mare, ben Beugen ber peinlichen Rothmenbigfeit ju überbeben, fich wiberwillig nochmals vernehmen ju laffen. Das Gefet geht aber weiter, inbem es bie Berlefung bes Prototolles über bie frubere Ausfage verbietet; biefes Berbot muß einen Qwed haben, und ber Zwed tann ichlechterdings tein anberer fein als ber: in Berudfichtigung bes neueren Enticoluffes bes Zeugen jeben ferneren Gebrauch ber früher von ihm abgegebenen Ausfage auszufoliegen. Benn nun bas RGer. hier zwifden ber Ausfage und beren Rieberforift unterfceibet und nur bie lettere, nicht aber bie erftere von ber ferneren Benutung ausfoliegen will, fo judt man vergeblich nach bem Gebanten, welcher ben Gefetgeber bei einer folden Untericeibung geleitet haben konte. Die in bem Urth. v. 1. Rov. 81 aufgestellten Gate: bag bas abgelegte Beugniß eine ber Disposition bes Beugen entzogene Thatsache bilbe und bag ber nunmehrigen ablehnenben Erflarung bes Beugen eine rildwirkenbe Rraft nicht beigelegt fei, ent= halten lediglich eine petitio principii; wären fie richtig, bann mare § 251 überflüsfig. Für ben Beugen ift es von Interesse, ob man von seiner Aussage Gebrauch macht, nicht aber: in welcher Beife bies gefciebt. Dagu tommt, bag ber Inhalt ber fruberen Ausfage burch bie Berlefung bes Protofolles genau und zuverläffig, burch bie Bernehmung ber Gerichtspersonen bagegen in ber

§. 252.

Erklärt ein Zeuge ober Sachverständiger, daß er sich einer Thatsache nicht mehr erinnert, so kann der hierauf bezügliche Theil des Protokolls über seine frühere Bernehmung zur Unterstützung seines Gedächtnisses verlesen werden.

Dasselbe kann geschehen, wenn ein in ber Vernehmung hervortretender Biberfpruch mit ber früheren Aussage nicht auf andere Beise ohne Unterbrechung ber Hauptverhandlung festgesiellt ober gehoben werben kann.

(I. Entm. \$ 206; II. Cutm. \$ 211; III. Cutm. \$ 214.)

Regel nur ungenau und unzuverlässig zu ermitteln ist, und es ist unersindlich, weshalb bas Gesethier, anders als in § 250 Abs. 1, gerade ben zuverlässigeren Weg der Ermittelung ausgeschlossen haben sollte. Daß es eine Umgehung des Gesetes enthält, wenn der Borsitende dem Angellagten bei bessenehmung Borhaltungen aus einem gemäß § 251 von der Berlesung ausgeschlossenen Protosolle macht, erkennt auch das RGer. an: I. 20. Dez. 86 (Entsch. XV. 100). Desgleichen ist in dem Falle, wenn die zu vernehmenden Gerichtspersonen erklären, zur Unterkützung ihres Gedächmisses der Einsicht des Protosolles zu bedürsen, diese Einsichtnahme für unstatthaft erachtet: III. 5. Febr. 83 (Entsch. VIII. 122, Rspr. V. 87). — Mit der hier vertretenen Ansicht stimmen überein: v. Schwarze im Saal 1881 S. 270, Geper in StRz. II. S. 324, Glaser I. S. 546, Stenglein S. 442, ausch. auch Puchelt S. 129; mit der Ansicht des RGer. dagegen Gösch i. d. Medlend. Zeitschr. j. Rechtspfl. I. S. 141.

- 4. Der Wortlaut bes § ("erst in ber hauptverhandlung") paßt an sich nicht auf ben fall, wenn ber betr. Befreiungsgrund erst nach ber früheren Bernehmung entstanden ift, also bei bieser noch nicht geltend gemacht werden konnte. Gleichwohl ist auch in diesem Falle die Berlesung ausgeschlossen, weil es an einer Borschrift sehlt, auf Grund beren sie ersolgen könnte (vgl. § 250 Note 1). Gl. A. Reller S. 308; a. M. Dalde S. 166.
- 5. In ben Fällen bes § 250 Abs. 2 muß ber tom missarisch (§ 222) ober im Borversfahren (§ 191) vernommene, jur hauptverhandlung nicht geladene Zeuge, welcher zur Berweigerung bes Zeugnisses berechtigt gewesen wäre, für besugt erachtet werden, nachträglich seine Entschließung zu ändern und die Berlesung durch eine gegen sie gerichtete Erklärung zu hindern. Es ift dies eine Ronsequenz aus § 251, für welche auch die Erwägung spricht, daß event. der Zeuge durch freiwilliges Erschienen in der hauptverhandlung, die Berlesung würde aussichließen können (voll. § 250 Note 10). Gl. A. Buchelt S. 415, Keller S. 308, Glaser I. S. 544.
- 6. Nach ber ratio legis (Note 3) muß die Berlesung des Protokolles auch dann für unstatthaft erachtet werden, wenn ein vernommener Zeuge den Entschluß, nunmehr seine Aussage zu verweigern, schon vor der hauptverhandlung, z. B. in der Boruntersuchung, erklätt hat; a. M. NGer. III. 1. Juli 85 (Rspr. VII. 457).
 - 7. Ueber ben fall einer unberechtigten Bermeigerung bes Reugniffes f. § 250 Rote 1.
- 8. Die Bestimmung bes S sieht einer Benutung solcher Erklärungen nicht entgegen, welche eine zur Berweigerung bes Zeugnisses berechtigte Person nicht bei einer Bernehmung als Zeuge, sondern bei anderer Gelegenheit, abgegeben hat (vgl. Rote 9 zu SS 51—54). Dies gilt namentlich von außergerichtlichen Mittheilungen an dritte Personen: RGer. II. 17. Dez. 80 (Mspr. II. 644), I. 1. Juli 86 (Entsch. XIV. 266), auch von Angaben gegenüber einem polizeilichen Beamten: III. 28. Juni 86 (Mspr. VIII. 502), ober gegenüber dem mit einer amtlichen Untersuchung beaustragten Gerichtsarzt: I. 28. Mai 85 (Rspr. VII. 336); ebenso von Erklärungen, bie jemand als Beschuldigter abgegeben hatte: F. 26. Juli 83 (Entsch. IX. 88); vgl. übrigens S 253 Rote 4.
- 1. Die Bernehmung der Zeugen und Sachverständigen in der Hauptverhandlung soll in der burch § 68 bestimmten Art ohne Rudsicht barauf erfolgen, ob dieselben schon im Borversahren vernommen waren oder nicht. Das in der Praxis bisweilen beobachtete Bersahren, nach welchem die Bernehmung in der Hauptverhandlung nur wie eine Wiederholung der früheren Bernehmung

§. 253.

Erklärungen bes Angeklagten, welche in einem richterlichen Protokolle enthalten find, können zum Zwede ber Beweisaufnahme über ein Geständniß verlesen werden.

Dasselbe kann geschehen, wenn ein in der Vernehmung hervortretenter Widerspruch mit der früheren Aussage nicht auf andere Weise ohne Unterbrechung der hauptverhandlung festgestellt oder gehoben werden kann.

(I. Enim. \$ 206; II. Entm. \$ 212; III. Entm. \$ 215.)

behandelt und auf die lettere von vornherein Bezug genommen wird, wiberftreitet bem Grundfat ber Ründlichkeit und enthält einen Migbrauch. Diefem follen die Borfchriften bes S ente gegentreten, indem fie eine, wenn auch nur theilweise Berlefung der früheren Aussagen nur unter ben hier bestimmten Boraussetzungen gestatten.

- 2. Die Bestimmung schließt es nicht aus, daß der Borsitzende dem Zeugen 2c. zunächst bloße Borhaltungen aus der früheren Aussage macht: RGer. III. 10. Febr. 87 (Rspr. IX. 123). Wenn diese aber ohne Erfolg bleiben und es sich darum handelt, ob und welches Gewicht bei der Entsicheng auf die frühere Aussage zu legen sei, so muß letztere im Wege der Berlesung zur Kenntniß des Gerichts gebracht werden: III. 1. März 83 (Rspr. V. 145).
- 3. Es werben hier (vgl. bagegen §§ 250, 253) nicht ausschließlich Protofolle über richterliche Bernehmungen vorausgesetzt: RGer. II. 7. Mai 80 (Entsch. I. 409); vgl. Boitus Kontr.
 I. S. 40. Ebensowenig nur Protofolle aus berselben Strafsache; es können vielmehr selbst solche aus einer Ewilprozesiache verlesen werben: II. 29. Apr. 84 (Entsch. X. 358, Rspr. VI. 319). Die Berlesung ist auch statthaft, wenn ber Zeuge srüher nicht als solcher, sonbern als Beschulbigter vernommen war: I. 23. März 85 (Entsch. XII. 118). In IV. 21. Juni 87 (Rspr. IX. 379) ist auch die Berlesung ber von bem Zeugen in ber Sache erstatteten amtlichen Berichte für statthaft erklärt. Bgl. § 68 Rote 2.
- 4. Die Bestimmung bes Abs. 2 ift eine versehlte; benn es ist nicht abzusehen, warum bie Feststellung eines Wiberspruches erst "auf andere Weise" versucht werden soll als durch die Berseing: die letztere ist das allergeeignetste und einsachste Wittel zu dieser Feststellung und wird stets ersolgen müssen, sosen es auf das Borhandensein des Widtel zu dieser Feststellung und wird stets ersolgen müssen, sosen es auf das Borhandensein des Widtels überhaupt ankommt und nicht etwa der Zeuge seine frühere Angade auf Borhalt ohne Weiteres für irrig erklärt. In der ALR. (Prot. S. 965) wurde die Frage gestellt: ob die Verlesung auch statthaft sei, wenn die Ladung der Beamten, welche die frühere Vernehmung bewirft haben, bewerkseligt werden könne, und es wurde dies für den Fall bejaht, "daß die Verlesung noch in derselben Sitzung erfolge." Allein dies beruht augenscheinlich auf einem Misverständniß, da die Vernehmung der gedachten Beamten einen Zweck einzig in dem Falle haben könnte, wenn der Zeuge zc. die Richtigkeit des früheren Protokolles bestreitet, was derselbe aber wiederum süglich erst thun kann, nachdem ihm letzters vorgelesen oder vorgehalten worden. Im Nedrigen würde die Vernehmung der Beamten das Prinzip der Mündlichseit in der hier in Rede stehenden hinsicht (vgl. Note 1) ganz ebenso berühren wie die Verlesung des Protokolles. Bgl. Puchelt S. 416, Dalde S. 167, Glaser I. S. 454.
- 5. In Betreff bes Erforberniffes eines Gerichtsbeschlusses gilt bas zu § 248 Rote 3.b Bemerfte; fo: RGer. III. 17. Marz 84 (Rfpr. VI. 210).
- 6. Daß einem Sachverständigen bei ber Bernehmung sein früheres Gutachten zur Eins sichtnahme übergeben werbe, ift in § 252 nicht untersagt: RGer. I. 22. Sept. 81 (Entsch. V. 129, Ripr. III. 520).

Zu § 258.

1. Richtrichterliche Prototolle burfen nicht auf Grund des § 253 verlesen werben: RGer, IV. 18. Juni 86 (Entich. XIV. 258). Dies gilt nach bem Bortlaut des § ("Dasselbe") auch im Falle des Abs. 2; a. M. Stenglein S. 444. — Rommt es darauf an, eine Erklärung sestzurfellen, welche ber Angeklagte vor einem nichtrichterlichen Beamten abgegeben hat, so muß ber lettere als Zeuge vernommen werden; in Ansehung bieser Feststellung besteht zwischen ber-

§. 254.

In ben Fällen ber §§. 252, 253 ist die Berlefung und ber Grund berselben auf Antrag ber Staatsanwaltschaft ober bes Angeklagten im Protokolle zu erwähnen.

(I. II. III. Entm. § --.) §. 255.

Die ein Zeugniß ober ein Gutachten enthaltenben Erklärungen öffentlicher Behörben, mit Ausschluß von Leumundszeugnissen, besgleichen arztliche Atteste über Körperverlehungen, welche nicht zu ben schweren gehören, können verlesen werben.

Ist das Gutachten einer kollegialen Fachbehörbe eingeholt worben, so kann bas artigen Erklärungen und anderen außergerichtlichen Aeußerungen des Angeklagten kein Unterschieb (vgl. Mot. S. 185). Es beruht augenscheinlich auf einem Migverständniß, wenn Boitus Komm. S. 282 u. Kontr. IL S. 300 in Zweisel zieht, ob auch ein Staatsanwalt über die vor ihm abgegebenen Erklärungen vernommen werden könne; selbstverständlich kann der Staatsanwalt, wem er Zeuge in der Sache wird, in dieser nicht weiter sein Amt ausüben.

- 2. Unter "Geständnis" ist nicht ausschließlich ein Schuldbekenntnis oder ein Geständnis ber ganzen That, sondern auch die Einräumung einer einzelnen Thatsache zu verstehen, auf welche es für die Entscheinen ankommt: RGer. II. 23. Sept. 84 (Rspr. VI. 554). Ueberhaupt beschränkt sich die Bestimmung nicht auf solche Erkärungen, welche der Beschehulbigte bei einer Bernehmung als solcher abgegeben hat; es können vielmehr auch Aussagen, die er als Zeuge, sei es in der gegenwärtigen oder in einer anderen Strassach, abgegeben, verlesen werden: III. 3. Mai 82 (Rspr. IV. 427), III. 20. Sept. 83 (Entsch IX. 174, Rspr. V. 538). Auch die erfolgte Beeibigung der Aussage ändert hieran nichts: III. 7. Juni 83 (Rspr. V. 410).
- 3. Die Berlesung geschieht jum Zwede bes Beweises bafür: baß ber Angeklagte juvor ein Geständniß abgelegt habe; über die Bebeutung bes letteren für das Urtheil vgl. § 243 Rote 2, § 260. Es gehören hierher, außer dem Falle des Wiberrufs (Abs. 2), der Fall, wenn der Angeklagte in der Hauptverhandlung nicht anwesend ist (§§ 231, 233; vgl. § 232), sowie der, wem er die Austassung verweigert.
- 4. In einem Urth. v. 26. Juli 83 (Entich. IX. 88) hat bas RGer. F. angenommen, baf auf Grund bes § 253 bie Berlefung ber Aussage eines Mitangeklagten auch jum Zwede ber Neberführung eines and eren Mitangeklagten erfolgen burfe, eine Ansicht, bie im hindlid auf § 250 Abs. 1 erheblichen Bebenken unterliegt.
 - 5. Ru Abf. 2 vgl. § 252 Rote 4.
- 6. In Betreff bes Erforberniffes eines Gerichtsbeschlusses gilt bas ju § 248 Rote 3.b Bemertte.
- 7. Die Bestimmung bes § schließt es nicht aus, baß ber Borsitenbe bem Angeklagten aus ber früheren Aussage, statt bieselbe zu verlesen, blose Borhaltungen macht, so lange nicht bie förmliche Berlesung beantragt wirb: RGer. II. 31. März 85 (Rfpr. VII. 212).

3u § 254.

1. Die Berlesung selbst muß, ba sie zu ben wesentlichen Atten ber hauptwerhandlung gebört, zufolge § 273 Abs. 1 stets, also auch ohne Antrag, in bem Prototoll erwähnt werben; die Bestimmung bes § 254 ist baher nur in Ansehung bes Grundes ber Berlesung von Bebeutung. Wird die Berlesung einem erhodenen Widerspruche gegenüber durch Gerichtsbeschluß angeordnet (vgl. § 248 Note 3), so ist in letterem ber Grund berselben anzugeben: Rest. III. 20. Sept. 83 (Rspr. III. 538 a. E.). Bgl. § 250 Abs. 3.

Au & 255.

Զս Ջենք. 1.

1. Erflärungen öffentlicher Beborben.

a. Die Bestimmung bezieht fich gleichmäßig auf follegialisch formirte Beborben wie auf folde, welche nur aus einem Beamten bestehen. Die ersteren tonnen ihre Ertlarungen übers haupt nur fchriftlich abgeben (unbeschadet ber Besugnif bes Gerichts, nothigenfalls einzelne Dits

Gericht die Behörde ersuchen, eines ihrer Mitglieder mit der Bertretung des Gutsachens in der Hauptverhandlung zu beauftragen und dem Gerichte zu bezeichnen.
(I. Cutm. § 207; IL. Cutm. § 213; III. Cutm. § 216.)

glieber als Zeugen zu vernehmen (vgl. § 53 Rote 6). "hinsichtlich ber nur burch einen Beamten repräsentirten Behörben unterliegt es bem Ermessen bes Gerichts, ob basselbe ben Beamten mündlich vernehmen ober sich mit seiner schriftlichen Auskunst begnügen will" (Mot. S. 186). Die Einsholung schriftlicher Auskunst ist auch hinsichtlich solcher Thatsachen nicht ausgeschlossen, welche Gegenkand persönlicher Bahrnehmung seitens bes Beamten gewesen sind, sosen er nur biese Bahrnehmung (nicht außeramtlich, sonbern) in ber Eigenschaft als Repräsentant ber Behörbe gemacht hat: Rer. F. 26. Juli 83 (Entsch. IX. 88). — Dagegen bezieht sich bie Bestimmung nicht aus Ersstäungen, welche ein einzelner Beamter, wenn auch amtlich, so doch nur für seine Berson, also nicht in der Eigenschaft als Repräsentant der Behörde, abgegeben hat; es ist daher z. B. nicht stathaft, ben in einem amtsgerichtlichen Prototoll enthaltenen Registraturvermerk über die Glaubswürdigkeit eines Zeugen aus Grund des § 255 zu verlesen: RGer. IV. 27. März 85 (Rspr. VII. 199). (Der Begründung dieses Urth. läßt sich übrigens insoweit nicht beitreten, als in ihr ein Untersseheb zwischen dem Amtsrichter und dem Untersuchungsrichter gemacht wird.)

- b. Ob die von einer Behörde abgegebene Erflärung ein Zeugniß bezw. ein Gutachten enthalte, hat bas Gericht nach freiem Ermessen zu beurtheilen; die Ansicht der Prozesbeiheiligten hierüber ift nicht maßgebend. Es gehören z. B. nicht hierber die Berichte, welche eine Behörde ober ein Beamter ber vorgesehten Stelle erstattet hat; vgl. RGer. I. 8. Apr. 86 (Rspr. VIII. 264), II. 1. Oft. 80 (Entich. II. 301).
 - 2. "Leumunbezeugniffe".
- a. Die Berlefung eines Leumundszeugnisses ift schlechthin unstatthaft, sollte sie auch von allen Prozesbetheiligten beantragt werben; es macht hierbei keinen Unterschied, ob bas Zeugniß ben Angeklagten ober eine andere Person, z. B. einen Zeugen, betrifft; ber Beweis über ben Leumund einer Person kann nur durch mündliche Bernehmung von Zeugen erhoben werben. Dem Sinne bes Gesets entsprechend, sind auch s. g. Führungszeugnisse regelmäßig als Leumundszeugnisse anzusehen (gl. A. Dalde S. 168, Reller S. 312; a. M. Boitus S. 282). Dies gilt insbes. von Schulzeugnissen, bie sich über bas sittliche Berhalten von Schülern aussprechen: Rer. I. 23. Dez. 85 (Rspr. VII. 757); a. M. I. 2. Febr. 80 (Entsch. I. 234, Rspr. I. 311) bez. eines Zeugnisses über die Befähigung und Glaubwürdigkeit eines Schülers. Entscheizbung en ber Behörben in Disziplinarsachen stehen ben Leumundszeugnissen nicht gleich: Reser. III. 4. Mai 85 (Entsch. VII. 276).
- b. Ift in einem Theile eines jur Berlefung tommenben Schriftftud's ein Leumunbszeugniß ju finden, fo ift biefer Theil von ber Berlefung auszuschließen: RGer. III. 31. Marz 80 (Ripr. I. 523).
 - 3. "Mergtliche Attefte".
- a. Es find hier nur die Attefte folder Personen gemeint, benen als Aerzten im Sinne bes § 29 ber Gew. O. eine Approbation ertheilt ist: RGer. III. 29. März 86 (Entsch. XIV. 55, Rfpr. VIII. 231).
- b. Der Begriff ber schweren Körperverletung ergiebt sich aus § 224 bes StGB.; sonach ist in ben Fällen bes § 223 a bie Berlesung statthaft: RGer. I. 5. Febr. 80 (Entsch. I. 188, Rspr. I. 320). Da übrigens die Schwere ber Berletung nur im Falle der Borsätsichleit ein Thatbestandsmerkmal bilbet, so ist bei fahrlässigen Körperverletungen (§ 230 bes StGB.) die Berlesung niemals ausgeschlossen (a. M. Oppenhoff S. 505, Olshausen S. 842). Berletungen, welche durch die Berübung des in § 176 Rr. 3 bes StGB. vorgesehenen Verbrechens hervorgestufen sind, gehören nicht hierher: RGer. III. 21. Apr. 80 (Rspr. I. 633).
- c. Ob ber betr. Arzt munblich zu vernehmen fei, barüber hat bas Gericht nach Lage bes einzelnen Falles zu befinden. Das Gefet hat, indem es die Berlefung ärztlicher Atteste zu= läßt, hauptsächlich die Fälle im Auge, in benen es wesentlich nur barauf ankommt, die Richtigkeit ber von bem Berletten ober anderen Personen gemachten, die Berletung betreffenden Angaben zu Lowe, Etrasprozesordnung. 5. Austage.

Nach ber Vernehmung eines jeben Zeugen, Sachverständigen ober Mitangeklagten, sowie nach ber Verlesung eines jeden Schriftstuds soll ber Angeklagte befragt werben, ob er etwas zu erklären habe.

(I. II. III. Entw. § —.)

§. 257.

Nach bem Schlusse ber Beweisaufnahme erhalten bie Staatsanwaltschaft und sobann ber Angeklagte zu ihren Ausführungen und Anträgen bas Wort.

Der Staatsanwaltschaft steht bas Recht ber Erwiderung zu; bem Angeklagten gebührt bas lette Wort.

Der Angeklagte ift, auch wenn ein Bertheibiger für ihn gesprochen hat, zu befragen, ob er felbst noch etwas zu seiner Bertheibigung anzuführen habe.

(I. Entm. \$ 208; II. Entm. \$ 214; III. Entm. \$ 217.)

- prüfen (Mot. S. 186). Eine eibliche Bekräftigung bes Attestes wird nicht erforbert: RGer. II. 13. Apr. 80 (Rfpr. I. 587). Bgl. § 82 Rote 1. Den Attesten stehen Protokolle über eine frühere Bernehmung bes Arztes nicht gleich; bie letteren fallen nicht unter bie Borschriften bes § 255: RGer, III. 21. Apr. 80 (Rfpr. I. 633), II. 5. Mai 82 (Entsch. VI, 254, Rfpr. IV. 435)
- d. Insofern bie Berlesung eines Atteftes unstatthaft ift, barf auch eine Bernehmung anberer Personen als bes Ausstellers über ben Inhalt bes Atteftes nicht stattfinden: RGer I. 25. März 86. (Entsch. XIV. 4).
- 4. "können verlesen werben" b. h. bie Berlesung ift zulässig; fie unterliegt bem Ermessen bes Gerichts. Einen Anspruch auf die Berlesung haben die Prozestbeiheiligten nur, wenn die Boraussehungen bes § 244 (vgl. bort Rote 5) vorliegen; vgl. RGer. I. 19. Apr. 80 (Entisch. I. 383). In Betress bes Ersorbernisses eines Gerichtsbeschlusses s. § 248 Rote 3. b.
- Bu Abs. 2.

 5. Die Bestimmung will eine münbliche Erörterung bes Inhalts bes schriftlich abgegebenen Gutachtens, welches lettere auch neben ber Bernehmung bes anwesenben Mitgliebes regelmäßig zu verlesen sein wird, ermöglichen (vgl. Prot. S. 393, 966). Sie begründet übrigens an sich eine Berpflichtung ber Behörbe, bem Ersuchen zu entsprechen, nicht (vgl. S 83 Rote 5); wird das lettere abgelehnt, so darf die Ladung eines Mitgliedes der Behörde zum Zwecke der Bertretung bes Gutachtens nicht erfolgen (vgl. S 75 Note 3).
- 6. Das Ersuchen fann ichon vor ber hauptverhandlung von bem Borsisenben bes Gerichts, auf Antrag ober von Amtswegen, erlassen werben (§ 220). Auch ben Prozesbetheiligten und insbes. ber Staatsanwaltschaft ift ein birektes Angehen bet betr. Fachbehörbe nicht verwehrt, und, falls bieselbe bem Berlangen stattgiebt, kann bie Labung bes von ihr bezeichneten Witgliebes auch ohne richterliche Anordnung (§§ 213, 219) erfolgen.
 - 7. In Betreff ber Beeibigung vgl. § 79 Rote 11.

Bu § 256.

- 1. Die Bestimmung ift, wie bas Wort "soll" erkennen läßt, instruktioneller Ratur (Brot. S. 392, 393). Die Unterlassung ber Befragung könnte die Revision nur dann begründen, wenn aus ihr nach Lage bes Falles eine Beschränkung der Bertheibigung zu solgern ware: RGer. III. 20. Dez. 79 (Rspr. I. 165), I. 15. Jan. 80 (Rspr. I. 230).
 - 2. In Betreff ichmerhöriger Angeflagten vgl. GBG. § 188 Rote 1.

Zu § 257.

1. — "Rach bem Schlusse ber Beweisaufnahme" — hierzu vgl. § 245 Rote 1. Der Inhalt ber Schlusvorträge kann unter Umftanben eine Biebereröffnung ber Beweisaufnahme erforberlich machen; finbet eine solche statt, so muß ben Prozesbetheiligten bemnächt von Reuem bas Bort ertheilt werben: RGer. II. 5. Mai 82 (Entsch. VI. 254), III. 27. Marz 84 (Ript. VI. 248). Das Gleiche gilt, wenn in einem Schlusvortrage noch ein neuer (nicht blos eventuellet)

Beweisantrag gestellt, biefer aber burch Gerichtsbeschluß (vgl. § 243 Rote 9. a) abgelehnt wirb: RBer. III. 21. Sept. 85 (Ripr. VII. 519); a. W. I. 24. Oft. 81 (Ripr. III. 632).

- 2. hat bie Berhandlung eine Dehrzahl von Straffallen jum Gegenstanbe, fo ift es gus läffig, an bie ben einen Fall betreffenbe Beweisausnahme alsbalb bie auf ihn bezüglichen Schluß= portrage anguichließen und bemnachft ju ber einen anderen Fall betreffenben Beweisaufnahme überjugegen ac.; es entideibet bieruber bas Ermeffen bes Borfibenben bezw. bes Gerichts (§ 237).
- 3. Der S fieht am ei von jeber Seite (Antlage und Bertheibigung) ju haltenbe Schlugvortrage por. hieraus ift ju folgern, bag bie Brozefbetheiligten einen Anfpruch barauf, ofter als zweimal jum Borte verftattet ju werben, nicht haben. Zwar wird ihnen eine mehrmalige Ergreifung bes Bortes regelmäßig nicht ju verfagen fein; bie Befugniß ju biefer Berfagung fieht jeboch bem Bor= nitenben bezw. bem Gericht (vgl. Note 7 Schlug) zu, wenn nach Lage ber Sache in bem öfteren Sprechen eine migbräuchliche Ausbehnung ber Schlufvorträge zu finden ift; gl. A. RGer. III. 6. Oft. 84 (Entich. XI. 136, Ripr. VI. 599). Rur versteht es fich, baß, falls bie Staatsanwaltschaft noch ein brittes zc. Mal gesprochen hat, auch bie Bertheibigung immer wieber gehört werden muß (Abf. 2). - In Betreff bes Falles, wenn mehrere Beamte ber Staatsanwaltichaft ober für einen Angeklagten mehrere Bertheibiger auftreten, f. noch § 226 Rote 3.
- 4. a. Darüber, bag bie Staatsanwaltschaft zwar nicht bie Rlage zurudnehmen (fallen laffen) barf, wohl aber geeignetenfalls bie Freifpredung ac. bes Ungeflagten zu beantragen bat, î. § 154 u. Note 2 baş. sowie § 153 Note 5. a.; vgl. auch GBG. § 147 Note 3. b. Die Staatsanwalticaft ift auch befugt, in zweifelhaften Rallen bie Entscheibung lebiglich bem Gericht anbeimjugeben und fich ber Stellung eines Antrages zu enthalten, was fich inbef regelmäßig nicht empfehlen wirb.
- b. Beantragt bie Staatsanwalifcaft, ben Angeklagten zu verurtheilen, fo bat fie regelmäßig auch eine bestimmte Strafe in Antrag zu bringen; es entspricht bies wenigstens ihrer prozeffualifchen Stellung (§ 153 Rote 5. a), mahrend es ihr gesehlich allerbings nicht verwehrt ift, auch bie Arbitrirung ber Strafe lediglich bem Gericht anheimzugeben. Die RER. hat es mit Recht abgelehnt, eine Borfdrift bes Inhalts aufzunehmen: "Der Staatsanwalt hat einen bestimmten Antrag über bie Bemessung ber Strafe innerhalb bes gesehlichen Straffates nicht zu ftellen" (Brot. S. 395 ff.). Das für ben Untrag aufgestellte Argument : bag es einen peinlichen Ginbrud made, wenn bas Gericht auf eine bobere als bie beantragte Strafe erkenne, ift ungutreffenb unb beweift jebenfalls zu viel. Benn bas Gericht trot bes auf Freisprechung lautenben Antrages ber Staatsanwalticaft ben Angeflagten verurtheilen barf (§ 153 Rote 4. b), fo ift nicht abzusehen, warum in einer Ueberfcreitung bes beantragten Strafmages etwas Anftobiges ju finden fein follte, und nach bem gebachten Argumente wurde man folgerichtig ber Staatsanwaltschaft auch untersagen muffen, bas Borhanbensein eines gesehlich vorgesehenen Strafmilberungsgrunbes ober milbernber Umftanbe überhaupt anzuerkennen, ba auch in biefen Buntten bas Gericht vielleicht eine ftrengere Anficht haben tann. Ueberbies aber entspricht bie Beantragung eines bestimmten Strafmaßes infofern gerade bem Interesse bes Angeklagten, als berfelbe burch fie in ber Regel erfahren wirb, welche Umfianbe etwa als Straficarfungsgrunde gegen ibn geltend gemacht werben tonnen, und er somit Gelegenheit erhalt, auch in biefer Begiehung ju wibersprechen und Gegen= grunde vorzubringen.
- 5. a. Das Befentliche ber Bestimmungen in Abs. 2, 3 ift bas: bag ber Angeklagte auch neben bem Bertheibiger jum Bort tommen muß, unb ferner: bag nicht ber Staatsanwalts idaft, sonbern bem Angeklagten ober feinem Bertheibiger bas lette Bort gebuhrt; bagegen wird nicht bestimmt, bag ber Angeflagte auch gegenüber bem Bertheibiger bas lette Bort haben, also nothwendig nach biefem sprechen muffe: RGer. III. 23. Marg 85 (Rfpr. VII. 191). Auch ift es nicht nothwendig, daß ihm ebenso oft wie bem Bertheibiger bas Bort gegeben werbe, wenn er bies nicht ausbrudlich verlangt.
- b. Der Angeklagte muß barüber, mas er ju feiner Bertheibigung anzuführen habe, aus: brudlich befragt werben (fofern er nicht icon von felbft bas Bort ergriffen hat). In ber Unterlaffung ber Befragung ift ein Revifionsgrund ju finben, wenn nach ben Umftanben bes Digitized 35 00916

§. 258.

Ginem ber Gerichtssprache nicht mächtigen Angeklagten muffen aus ben Schlußvorträgen minbestens die Anträge der Staatsanwaltschaft und des Bertheibigers
burch den Dolmetscher bekannt gemacht werden.

Dasselbe gilt von einem tauben Angeklagten, sofern nicht eine schriftliche Berftanbigung erfolgt.

(I. Entw. § 209; II. Entm. § 215; III. Entm. § 218.)

- Falles anzunehmen ist, baß burch fie irgendwelche Verkummerung der Bertheidigung herbeigesührt worden: RGer. III. 28. Jan. 82 (Rfpr. IV. 94), I. 1. Dez. 83 (Rfpr. V. 749). Dagegen nahm III. 24. Sept. 83 (Entsch. IX. 69) einen Revisionsgrund schon dann als gegeben an, wenn die Möglichkeit eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen der Untersassung und dem Urtheil durch die Umftände des Falles nicht geradezu ausgeschlossen ist.
- c. Beim Borhanbenfein mehrerer Angeklagten ober mehrerer Bertheibiger wird bie Reihens folge, in welcher biefelben ju fprechen haben, burch ben Borfigenben bestimmt.
- 6. Die Schlußvorträge burfen sich nur mit bem Inhalt und ben Ergebnissen ber Berhanbtung beschäftigen, nicht aber Thatsachen erörtern, welche nicht Gegenstand ber Berhandlung gewesen sind. Das Einmischen frember, b. h. in der Verhandlung nicht erörterter Thatsachen ist unstatthaft, so insbes. die Bezugnahme auf den Inhalt z. einer anderen Untersuchung oder Berhandlung; vgl. z. B. MGer. II. 9. Apr. 86 (Mspr. VIII. 271). Ebenso unstatthaft ist das Borlesen von Schriften, insbes. auch von Drudschriften, oder das Vortragen ihred Inhalts, sofern dieselben nicht in der Verhandlung antlich zur Berlesung gedracht waren; die Zulassung eines solchen Vorlesens oder Vortragens würde zugleich die Umgehung der die Berlesung von Schriftstuden betressenden Vorschriften ermöglichen (vgl. § 248 Note 4); a. M. MGer. I. 27. Sept. 83 (Rspr. V. 550): das Vortragen des Inhalts von Zeitungsartikeln sei statthaft, weil es sich hierbei nicht um die Erbringung eines Beweises, sondern um die Auslegung eines Begriffes gehandelt habe und weil es unbestritten zulässig sei, bei Rechtsaussührungen auf die betr. Literaturerzeugenisse Bezug zu nehmen.
- 7. Macht fich ein Prozegbetheiligter in feinem Schlufpvortrage, fei es burch ben Inhalt besfelben (Note 6) ober burch bie Ausbrudsweise 2c., einer Ungeborigfeit ichulbig, fo hat ber Borfitenbe vermoge feiner Bflicht jur Leitung ber Berhandlung und jur Aufrechthaltung ber Orbnung hiergegen einzuschreiten; bies gilt auch gegenüber ben Beamten ber Staatsanwalticaft; pgl. GBG. § 177 u. Rote 2, 3 baf. Gine Ungeborigfeit tann auch in ber migbrauchlichen Ausbehnung bes Schlugvortrages, insbef. in ber ofteren und unmotivirten Bieberholung einer und berfelben Ausführung, enthalten fein. - Bas bie Frage betrifft: ob bemjenigen, ber bie Dabnungen zc. bes Borfigenben unbeachtet lagt, bas Bort entzogen werben burfe, fo ift biefelbe in Ansehung bes Angeklagten und bes Bertheibigers zu bejahen; bie Entziehung bes Bortes fieht bem Borfigenben ju, porbehaltlich ber Enticheibung bes Gerichts (§ 237); pgl. Reer. III. 11. Febr. 82 (Ripr. IV. 151), II. 9. Apr. 86 (Ripr. VIII. 271). Dem Staatsanwalt aber tann bei ben Schlugvorträgen (vol. bagegen & 237 Rote 2, a) bas Bort nicht entzogen werben, ba berfelbe ein fur bie Berhanblung nothwendiges Organ ift, beffen Mitwirkung jur Orbnung bes Berfahrens gebort; baber ift ber Borfigenbe nur befugt, außerften Salles megen bes Berbaltens bes Staatsanwalts bie Berhanblung abzubrechen. Bon bieser Aufsassung ist bie REA. ausgegangen (Brot. S. 947); so auch RGer. III. 2. März 81 (Rfpr. III. 96); vgl. Puchelt S. 420, Dalde S. 170.
- 1. Bgl. GBG. § 187 und insbes. Rote 3. a bas. Rach bem bort Bemerkten ift § 258 als eine bie Berbolmetschung beschränkenbe Borschrift auszusaffen; sie trägt bem Umftanbe Rechnung, baß eine Uebertragung bes gangen Inhalts ber Schlufvorträge regelmäßig schwer ausführbar sein wurde (Mot. S. 187). Die Anträge aber muffen bem betr. Angeflagten burch ben Dolmetscher bekannt gemacht werben, wibrigenfalls eine Richtigkeit vorliegen murbe.

Digitized by GOOGIC

§. 259.

Die Hauptverhandlung schließt mit ber Erlassung bes Urtheils. Das Urtheil fann nur auf Freisprechung, Berurtheilung ober Ginstellung bes Berfahrens lauten.

Die Sinstellung bes Verfahrens ist auszusprechen, wenn bei einer nur auf Antrag zu verfolgenden strasbaren Handlung sich ergiebt, daß der erforderliche Anstrag nicht vorliegt, oder wenn der Antrag rechtzeitig zurückgenommen ist.

(I. Cutu. \$ 210; II. Cutu. \$ 216; III. Cutu. \$ 219.)

3. In Betreff ber Beurtunbung ber Befanntmadung f. GBG. § 187 Rote 8.

Ru \$ 259.

Bu Abf. 1.

- 1. "mit ber Erlaffung bes Urtheils" hierzu vgl. SS 33 Rote 3. In Betreff ber Berathung bes Urtheils f. GBG. § 195.
- 2. Bie sich aus ber Bestimmung in Sat 1 ergiebt, bilbet die Erlassung (Berkundung) bes Urtheils einen Theil ber haupt verhandlung, so daß auch auf sie der Grundsat bes § 225 volle Anwendung sindet; vgl. bort Note 1 und Prot. S. 968. In Betreff einer Aussehung ber Urtheilsfällung s. § 267 u. Note 2. a das.
- 3. Sat 1 hat nur ben regelmäßigen Berlauf ber hauptverhandlung im Auge: die lettere kann ausnahmsweise auch mit der Erlassung eines Beschussselse enden. Selbstverständlich ist dies junächst für die Fälle, in benen die Hauptverhandlung außgesetzt und bemnächt eine neue ansberaumt wird (vgl. §§ 227, 228). Ein Beschluß wird ferner erlassen, wenn das Gericht sich sür unzuständigen: § 270. Ferner ergeht ein Beschluß, wenn die Sache zur vorläusigen Einstelsung des Bersahrens im Sinne des § 203 angethau ist (vgl. bort Note 2). Aber auch eine, nicht blos die einzelne Hauptverhandlung, sondern das ganze Hauptversahren (vgl. Note 2 zu Buch 2 Abschn. 2-6) abschließen de Entschidung ist in gewissen Hällen durch Beschluß zu erlassen, und word wird dies, mit Ausnahme des in Abs. 2 behandelten Falles (Note 11), von allen denzienigen Fällen gelten, in denen die Einstellung des Hauptversahrens auch ohne Hauptverhandlung ersolgen kann (Note 3. a zu Buch 2 Abschn. 5). Gl. A. v. Schwarze S. 419; a. M. Puchelt S. 422, Stenglein S. 450, v. Risch i. SSaal XXXVI. S. 261; vgl. auch Keller S. 316.
- 4. Der S giebt feine ericopjenbe Beftimmung barüber, wie bas Urtheil ju lauten habe. Rach bem Entw. (vgl. Rote 11) follte bas Urtheil nur auf Freifprechung ober Berurtheilung lauten burfen; mit biefer Bestimmung aber hatte man nur bie einstweiligen Freisprechungen bes inquifitorifcen Prozeffes (bie Losfprechung pon ber Inftang 2c.) ausschließen, nicht aber eine ericopfenbe Norm über ben Bortlaut bes Urtheils aufftellen wollen; insbef. ertennen bie Dot. 6. 187 an, bag bas Urtheil auch bie Ungulaffigfeit ber Strafverfolgung ausfprechen tonne. hieran ift burch ben von ber RER. aufgenommenen Bufat, welcher bie Ginftellung bes Berfahrens porfiebt, nichts geanbert. In ber That beftebt tein Beburfniß, fur bie Ralle, in benen weber auf Berurtheilung noch auf Freisprechung ju ertennen ift, eine allgemeine Formel aufgukellen; es kommt vielmehr nur barauf an, daß die Urtheilskormel den im einzelnen Falle maß: gebenben Enticheibungsgrund gutreffenb jum Ausbrud bringt; vgl. RGer. 111. 23. Juni 83 (Entsch. IX. 14), III. 18. Dez. 82 (Entsch. VII. 355). So wird z. B. das Urtheil die Unjulaffigteit ber Strafverfolgung (ober ber erhobenen Straftlage) auszusprechen haben, wenn bie That im Auslande begangen und im Inlande nach § 4 ff. bes StBB. ober nach völkerrechtlichen Bertragen (Dishaufen G. 57) nicht verfolgbar ift ober wenn ber Ginwand ber rechtsfraftig entichiebenen Sache Blat greift (vgl. Rote 32 zu Buch 2 Abschn. 1 u. bie bort cit. Urth. bes RGer.), ober wenn ber Thater jur Zeit ber That bas zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte (St&B. \$ 55). Daffelbe gilt im Falle der Berjährung; fo: Stenglein S. 451; a. M. Dalde S. 171, Puchelt S. 423, Dishausen S. 325, v. Rijch

^{2.} In Betreff tauber ober ichmerhoriger Angeflagten vgl. GBG. § 188 u. Rote 1 baj.

a. a. D. S. 265, nach benen bas Urtheil auf Einstellung bes Berfahrens lauten soll, und andererseits Reller S. 317, Binding Sbb. I. S. 831, Glaser II. S. 545 ff., welche mur die Freisprechung für statthaft halten. Der Ausspruch: baß die Strafverfolgung zur Zeit unzuläsiges, wird z. B. in ben zu Buch 2 Abschin. 1 Note 16. b. bezeichneten Fällen zu erlassen sein wenn es an bem die betr. Ebe auflösenden Urtheil bes Civilrichters sehlt. Uebrigens ift es eben nur ein Unterschied im Ausbruck, nicht in der Sache, wenn in den vorgedachten Fällen statt der Unzulässigsfeit der Strasversolgung die Einstellung des Versahrens ausgesprochen wird.

5. Die StPO. tennt nur eine Art von Freisprechung und insbes. hat fie die (auf bem Gegensat zwischen ber Beweisfrage und ber Anwendbarkeit des Strafgesetes beruhende) Untersichtlichen "Rlagfreisprechung" und "Straffreisprechung" (vgl. Rev. sach. StPO. Art. 202, 203) nicht aufgenommen. Eine Ausnahme machen die Fälle der SS 199, 233 des StBB.; hier hat das Urtheil bahin zu lauten: daß der Angeklagte zwar des betr. Delikts schuldig, aber von Strafe freizusprechen sei; vgl. StPO. § 500, woselbst der in § 199 cit. gebrauchte

Musbrud: "für ftraffrei erflaren" mieberholt ift.

6. a. In Ansehung einer und berselben That eines und besselben Angeklagten (vgl. § 153 Note 1) kann bas (in ber Sache selbst ergehende) Urtheil nur ent weber auf Freisprechung ober auf Berurtheilung sauten. Es ist, wenn bas erkennende Gericht in ber Qualifizirung ber That von bem Erösinungsbeschlusse (§§ 201, 205) abweicht, z. B. ben Angeklagten nicht wegen Diebstahls, sondern wegen Unterschlagung verurtheilt, nicht flatthast, benselben von der Anschlägung des Diebstahls freizusprechen; eine solche Freisprechung wurde bedeutungslos sein: Rer. I. 7. Okt. 80 (Entsch. III. 4, Rspr. II. 301), II. 16. Nov. 80 (Entsch. III. 43); vgl. § 372 Note 2. Dies gilt entsprechend auch in dem Falle, wenn in dem Erössnungsbeschlusse zwei Strasgesehe für anwendbar erachtet sind (ideale Konkurrenz: StBB. § 73), das erkennende Gericht aber nur eines derselben anwendet: Re. I. 13. Okt. 83 (Rspr. V. 604), auch (beil.) III. 25. Febr. 82 (Rspr. IV. 210). Werden bei sonstiger Beibehaltung der in dem Erössnungsbeschlusse ausgestellten Qualisizirung nur einzelne erschwerende Umstände, z. B. beim Diedskahl der Eindruch, für nicht erwiesen erachtet, so ist eine Freisprechung von der auf das schwerere Delikt gerichten Anschlusgung, wenn nicht sür unstatthass, so den mindestens für überstüssig und unangemessen zu erachten; Luck 2014 Note 2. d.

b. Findet das Gericht, daß die That nicht das in dem Eröffnungsbeschlusse bezeichnete Delift, sondern ein anderes, und zwar ein solches darstellt, zu bessen Berfolgung es eines Antrages bedarf (3. B. statt eines Raubes einen unter § 247 des StBB. fallenden Diebstahl), so ift, wenn der Antrag fehlt, die Einstellung des Berfahrens auszusprechen; so: Stenglein S. 311. M. M. (gleich den früheren Ausl. dieses Komm.) RGer. III. 18. Dez. 82 (Entsch. VII. 355): es sei auf Freisprechung bez. des erstgebachten Delists und baneben auf Einstellung bez. des anderen zu erkennen. Bgl. oben Note 29. e zu Buch 2 Absch. 1.

7. Die StBO. tennt Zwischenurtheile, burch welche einzelne, ben Gegenstand ber Urtheilsfällung bilbende Fragen vor ab entschieden werden (vgl. CBO. SS 275, 276), nicht: die erhobene Straftlage muß durch eine einheitliche Entscheidung, durch ein Urtheil erledigt werden. —
Dagegen ift es, wenn die Hauptverhandlung mehrere verbundene Straftlagen umfaßt,
statthaft, die lehteren zu trennen und gesondert zur Entscheidung zu bringen; vgl. Note 38 zu
Buch 2 Absch. 1, § 153 Note 1.

8. Aus bem Borbemerkten (Note 7) ift indeß nicht zu folgern, daß das Gericht genöthigt sei, in allen Fällen bie Sauptverhandlung, insbes. die Beweisaufnahme, vollftändig durchzuführen. Bielmehr fann das Gericht in jedem Zeitpunkt ber Sauptverhandlung zur Erstaffung ber dieselbe abschließenden Entscheidung schreiten, sobalb hinreichend fest gestellt ift, daß ein Urtheil in der Sache selbst, d. h. über die Schulbfrage, nicht erlassen werden kann; dieser Besugnis des Gerichts steht die Bestimmung des 3 244 Mbs. 1 nicht entgegen, da dieselbe nur den Fall eines in der Sache selbst ergehenden Urtheils im Auge hat. — Das Gesagte gilt, nicht blos für die Fälle, in denen die Entscheidung durch Beschluß erfolgt (Note 3; eine Ausnahme sin § 270 u. Note 2 das.), sondern auch für diesenigen, in denen ein die Schulbfrage nicht

enticheibenbes Urtheil zu erlassen ift (Note 4); so würbe 3. B., wenn bie Unzulässigseit ber Strasversolgung wegen res judicata in Frage kommt, die Beweisausnahme zunächt auf die biesen Einwand begründenden Thatsachen beschräuft und event. ohne weitere Beweiserhebung das die Unzulässigseit der Strasversolgung aussprechende Urtheil erlassen werden können; vgl. Note 11 a. E. Das Gleiche gilt bezüglich der Berjährung, vorausgeset, das über die (für die Berjährungsfrage maßgebende) Qualisitation des Delikts und über die Begehungszeit kein Zweisel obwaltet; vgl. insbes. Olshausen S. 323, 324, v. Risch a. a. O.

- 9. Ueber die im Falle einer Berurtheilung etwa erforberliche Anwendung bes § 79 bes SiBB. f. bie Roten an § 492.
 - 10. In Betreff ber Enticheibung über bie Roften ber Untersuchung f. § 496. Bu Abf. 2.
- 11. Rach bem Entw. follte in ben Fällen bes Abs. 2 bie Ginstellung bes Berfahrens nicht burd Urtheil, fonbern burd Befchluf erfolgen; banach batte bie Anfechtung ber Enticheibung nur mittelft ber Beidwerbe ftattfinben tonnen (§ 346), mabrenb bie bas Antragserforbernig zc. betreffenben Deinungsvericiebenbeiten mittelft ber Berufung ober ber Revifion (§§ 354, 374) jum Austrage ju bringen gewesen maren, wenn bas Gericht bie Ginftellung nicht fur julaffig erachtet und also in der Sache selbst das Urtheil erlassen hatte. Die von der ALR. (Sipg. 163 S. 5) befchloffene Aeuberung bezwedt bie Befeitigung biefer Ungleichbeit : bie bezuglichen Streitnagen follen in allen gallen jur Enticheibung bes Berufungs. bezw. bes Revifionsrichters gebracht werben tonnen. - hieraus folgt übrigens nicht, bag, falls ber Antrag icon por ber Saupt= verhanblung gurudgenommen wirb, bie lettere bennoch nothwendig fattfinden und bie Ginnellung bes Berfahrens burch Urtheil erfolgen mulfe; vielmehr tann bie Ginftellung burch Befchluß geichehen und die Sauptverhandlung in Begfall tommen, wenn zwifchen bem Gericht und ber Staatsanwalticaft über bas Borhanbenfein und bie rechtliche Birtfamteit ber Burudnahme und somit fiber die Nothwendigkeit der Einstellung Ginverftändniß besteht: nur der Mangel bes letteren macht bie Abhaltung ber Sauptverhandlung und bie Erlassung eines Urtheils erforber= lig. Sl. A. Olshausen S. 311, Dalde S. 171, Huchs in HH. II. S. 52; a. M. Keller S. 318, Stenglein S. 452. Bgl. Rote 3. a zu Buch 2 Abschn. 5. — In ber Hauptverhandlung kann das Gericht, wenn ber Fall bes Abs. 2 vorliegt, auf bie Einstellung bes Berfahrens erkennen, ohne baß es einer Berhandlung in ber Sache bebarf: RGer. I. 12. Juli 80 (Entich. II. 221, Ripr. II. 188). Bgl. § 289 Rote 3.
- 12. Die in Abs. 2 vorgeschriebene Einstellung bes Bersahrens ist nicht als eine Einstellung "jur Zeit" zu bezeichnen, ba es sich von selbst versteht, daß eine anderweite Strasversolgung statthaft ist, wenn bemnächst ein noch wirksamer Strasantrag gestellt wird: RGer. II. 31. Mai 81 (Ripr. III. 350). Bgl. Note 29. e. zu Buch 2 Abschn. 1.
- 13. a. Das Gericht muß, bevor es wegen eines Antragsbelikts bas Urtheil erläßt, sich bavon überzeugen, ob ber Strafantrag vorliegt. Da jedoch dieser nicht zu den Thatbestandsmerkmalen gehört, sondern nur Boraussehung der Bersolgung und Bestrafung ist, so bedarf es einer Erörterung über ihn in der Verhandlung nur dann, wenn hierzu durch Anträge 2c. Beranlassung gegeben wird: KSer. III. 25. Febr. 82 (Rspr. IV. 207). hinsichtlich der Konstatirung des Antrages und aller das Antragsersordernis betressenden Shatsachen sind die Bestimmungen des Abschn. 6 über die Beweisaufnahme nicht maßgebend, da diese nur den Beweis der That betressen (vgl. § 249 Rote 1. d.); es ist also, auch wenn über den Antrag verhandelt wird, lediglich dem Ermessen des Gerichts überlassen, in welcher Weise es die Eristenz desselben sonstatiren will: III. 17. Apr. 80 (Rspr. I. 614), II. 4. Apr. 82 (Entsch. VI. 162), III. 2. Febr. 85 (Entsch. XII. 34). Insbes. ist eine Berlesung des Antrages nicht nothwendig: I. 16. Juni 81 (Entsch. IV. 264, Rspr. III. 407) u. öster. Für angemessen muß jedoch diese Berlesung (welche im Anschluß an die des Eröffnungsbeschlusses [§ 242] vorzunehmen sein wird) erachtet werden, da es dem Wesen des mündlichen Bersahrens nicht entspricht, wenn das Gericht die Eristenz des Antrages nur im Berathungszimmer aus den Atten sonstatir, und da überdies der Angestagte

§. 260.

Ueber bas Ergebniß ber Beweisaufnahme entscheibet bas Gericht nach seiner freien, aus bem Inbegriffe ber Berhandlung geschöpften Ueberzeugung.

(I. Entm. § 211; II. Entm. § 217; III. Entm. § 220.)

einen Anspruch barauf hat, in ber Berhandlung zu erfahren, ob bie Boraussehungen ber Strafe verfolgung vorliegen. Bgl. Dishausen S. 304.

- b. In bem Urt heil bedarf es ber ausbrüdlichen Feststellung, daß ber Antrag vorliege, nur bann, wenn hierzu durch erhobene Einwendungen oder sonst Beranlassung gegeben ist: RGer. III. 31. Dez. 79 (Entsch. I. 43), III. 21. Apr. 80 (Rspr. I. 637). Angemessen ist: aber durchaus, wenn das Gericht das Borhandensein der Boraussetzungen der Bestrafung, also auch das des Antrages, ausdrücklich sessstellt. Andererseits ist freilich das Fehlen dieser Feststellung, und zwar selbst im Falle einer vorgängigen Erörterung über den Antrag, ohne rechtliche Bebeutung; denn dem Revisionsrichter seht in allen Fällen die freie, aus Grund der Atten vorzunehmende Nachprüfung, ob der Antrag vorliege, zu, ohne daß er hierbei an Feststellungen des Urtheils gebunden ist; das Fehlen der Feststellung kann demzusolge sür sich allein niemals einen Revisionsgrund bilben; so die seste Praxis des RGer., insbes. die cit. Urth. Bgl. § 376 Note 2. d.
- Zu § 260. 1. Der f enthalt ben Grunbfat ber freien Beweismurbigung. Der Richter hat bie Beweisfrage nach feiner freien Ueberzeugung ju enticheiben, und er ift hierbei keiner anberen Befcrantung unterworfen als ber: bag er in Anfebung ber Schulb bes Angeflagten feine Ueberzeugung eben nur aus bem Inhalt ber hauptverhanblung felbst, nicht aber aus Kenntnisquellen Schöpfen barf, bie in biefer nicht benutt worben finb. Seiner etwaigen Privattenntnig barf ber Richter einen Ginfluß auf bie Bilbung feiner Ueberzeugung nicht einraumen. fehlerhaft und unstatthaft aber wäre es, wenn das Gericht bei der Berathung über die Schulde frage auf ben Inhalt ber Alten gurfidgeben und aus letteren Beweismomente entnehmen wollte, welche nicht Gegenstand ber Berhandlung gewesen find: RGer. II. 16. Jan. 80 (Entich. I. 81, Rípr. I. 236), I. 31. Mai 80 (Entích. II. 76, Rípr. I. 840), III. 17. Nov. 80 (Rípr. IL 523, 529). Bgl. ferner § 249 Rote 2 und andererfeits § 261 Rote 5. — Uebrigens barf bas Gericht gerichtstundige (notorische) Thatsachen in Betracht ziehen, ohne daß über dieselben ein Beweis in ber Berhandlung erhoben worben ift; nur wirb in berartigen Sallen bie Rotorietat icon in ber Berhanblung jur Sprache zu bringen fein, bamit auch bezüglich ihrer ben Prozestetheiligten bie Erhebung eines Biberfpruchs ac. ermöglicht merbe.
- 2. Das Befen ber freien Beweismurbigung besteht barin, bag ber Richter nicht an Beweis: regeln, b. b. an gesetliche Rormen über bie Birfung ber Beweife, an Bestimmungen barüber, unter welchen Boraussehungen eine Thatsache als bewiesen anzuseben fei, gebunden ift. Im Gingelnen ift zu bemerten: Gin Unterichieb zwischen bem f. g. bireften Beweife und bem Inbigien: beweise findet nicht ftatt. — Auch hinfichtlich bes f. g. objefti ven Thatbeftanbes entschiebt lebiglich bie richterliche Ueberzeugung, so baß ein Awang, be hufs ber Restellung bes Thatbestanbes bestimmte Arten ber Beweißerhebung vorzunehmen, nicht besteht (vgl. § 86 Rote 4, § 87 Rote 1). Es ift auch bem Richter nicht verwehrt, auf bas Borhanbenfein bes objektiven Thatbeftanbes lebig. lich aus folden Beweismomenten ju foliegen, welche junachft nur ben fubjektiven Thatbeftanb (3. B. bas Berhalten bes Angeflagten) betreffen. — Belche Bebeutung einem Geftanbnig bei Bumeffen fei, unterliegt bem freien Ermeffen bes Richters (vgl. § 243 Rote 2, § 231 Rote 13). Das Gleiche gilt von bem Biberruf eines Geftanbniffes. - Gbenfo verbalt es fich mit ber Beweistraft ber Aussagen ber Zeugen; insbes. ift ber Richter nicht gehindert, feine Ueberzeugung lediglich aus einem unbeeibigten Zeugniß ju fcoppfen (vgl. Rote 2 ju Buch 1 Abfchn. 6, § 56 Rote 1, 2, § 69 Rote 6. b). Den unbeeibigten Beugniffen fieben bie Begichtigungen von Mitangeklagten gleich: selbst in einer solchen Bezichtigung kann ein ausreichenber Beweiß gefunden werben; vgl. Rote 3. c ju Buch 1 Abfchn. 6. Auch ben Berth einer wiberrufenen Ausfage hat ber Richter nach freiem Ermeffen ju beurtheilen. Es ift ibm ferner nicht verboten,

§. 261.

Hangt die Strafbarkeit einer Handlung von der Beurtheilung eines bürgerslichen Rechtsverhältnisses ab, so entscheibet das Strafgericht auch über dieses nach den für das Berfahren und den Beweis in Strafsachen geltenden Vorschriften.

Das Gericht ist jeboch befugt, die Untersuchung auszusehen und einem ber Betheiligten zur Erhebung der Civilklage eine Frist zu bestimmen ober das Urtheil bes Civilgerichts abzuwarten.

(I. Cutm. \$ 212; II. Cutm. \$ 218; III. Cutm. \$ 221.)

aus der Thatsache, daß ein Zeuge von dem Recht zur Berweigerung der Aussage Gebrauch gemacht hat, eine Folgerung für den Beweis zu ziehen: RGer. III. 28. Juni 86 (Rspr. VIII. 502).

Das von der Beweiskraft der Zeugenaussagen Bemerkte gilt entsprechend von derzenigen der als Beweismittel benutzen Schriftstüde (SS 248 ff.). — Bei einem Biderspruch zwischen mehreren Beweismitteln (Aussagen 2c.) entscheibet ohne Rücksicht auf die Art und die Zahl derzelben die Uederzeugung des Richters darüber, ob und welche Angabe als wahrheitsgemäß anzuziehen sei. — Endlich ist die freie Uederzeugung des Richters auch in Betress dach verzitändigen dem die VII. 425); hierüber sowie über die Entbehrlichkeit eines solchen Beweises überhaupt s. S 73 Note 2. a.; vgl. auch S 248 Note 5. e (Schluß). Einschränkungen erleibet der Grundsat des S 260 hinsichtlich der Sachverkändigen durch das Ersorderniß der Beeidigung (S 79 Note 1), durch die Beschussis der Prozeßbetheiligten, Sachversändige abzulehnen (S 74 Note 2, 5, S 83 Note 4), und durch die Bessimmung des S 87 Sat 2 (vgl. bort Note 5).

- 3. Gine Abweichung von bem Grundsat bes § 260 enthält bie StBD. in § 475 Abs. 1; ebenso in § 274, wo es sich übrigens um ben Beweis prozessualer Borgange, nicht um ben ber That, handelt. Einzelne Beweisnormen, welche in anderen Reichsgesetzen enthalten sind (vgl. 3. B. Bereinszollges. v. 1. Juli 1869 § 136, BBBl. S. 356), sind burch die StBD. nicht außer Kraft gesetzt (EG. § 5 u. Rote 2 bas.). Bgl. noch StBB. § 190. In Betreff ber Zulässigiet landesrechtlicher Abweichungen s. EG. § 3 Abs. 2, 3.
- 4. Aus bem Grunbfat bes § 260 folgt nicht bie Befugniß bes Gerichts, Beweisantrage lebiglich beshalb abzulehnen, weil bie betr. Behauptung bereits wiberlegt fei; vgl. hierüber § 243 Rote 9. b.
- 5. Der Grundfat ber freien Beweiswürdigung gilt nicht blos für die Urtheilsfällung und ben Spruch ber Geschworenen, sondern findet auf alle im Strafversahren vorkommende Ent= icheibungen (vgl. 3. B. § 56 Rote 13. a) entsprechende Anwendung, soweit nicht bas Geletausbrudlich etwas Anderes (vgl. 3. B. § 55 u. Rote 2 bas.) vorschreibt.

3u \$ 261.

Bu Abs. 1.

1. Der ftellt ben Grund at auf, daß ber Strafrichter nach seiner freien Ueberzeugungauch über solche bürgerliche Rechtsverhaltnisse (Rechtszustände, Berechtigungen 2c.) zu entscheibenhabe, von beren Borhandensein oder Nichtworhandensein die Strafbarkeit einer handlung abhängt.
Ueber die Aussassischen Von welcher die StPD. in dieser sehr bestrafbarkeit einer handlung abhängt.
Ueber die Aussassischen Materie ausgeht, sagen
die Rot. S. 188, 189 Folgendes: "Der Strafrichter, welcher über die Strafbarkeit einer handlung
besinden soll, hat anch alle einzelnen Boraussehungen dieser Strafbarkeit zu erörtern und festzustellen. Hierbei kann es keinen Unterschied machen, ob eine dieser Boraussehungen in einem Rechtsverhälmisse besteht, welches Gegenstand einer Entschidung des Civilrichters sein kann oder vielleicht
ichon gewesen ist. Denn vermöge der Ausgade des Strafprozesses, möglichst die materielle Wahrheit zu erzorschen, darf der Strafrichter seiner Entschidung überall nur solche Thatsachen zu Grunde
legen, welche sich wirklich ereignet haben, während die Entscheidung des Civilrichters unter dem
Einsluß eivilprozessussischen Erundsähe zu Stande kommt, häusig von gesehlichen Bermuthungen und
jedensalls von dem Gebrauche abhängt, den die Parteien von ihren prozessussischen Ober Richtsund insbesondere von ihren Beweismitteln machen. Die Frage also: ob das Bestehen oder Richts-

besteben eines civilrechtlichen Berhaltniffes, welches fur bie Strafface von prajubigirlicher Bebeutung ift, burch ein hierüber ergangenes Erkenntniß bes Civilrichters, bergestalt bewiefen werbe, daß ber Strafrichter an biefes Erkenntniß gebunben fei? - biefe Frage bat bas Befet unbebingt verneint. Dies fieht keineswegs im Biberspruch mit bem Sat, bag ber Strafrichter auch bas burch ein civilgerichtliches Urtheil feftgeftellte formelle Recht ju fcuten habe. Denn von ber Frage: inwieweit bas civilgerichtliche Urtheil für ben Strafrichter beweisenb und barum binbend fei? if ganz verschieben und unabhängig die andere Frage: ob das civilgerichtliche Urtheil nicht als eine, Rechte und Pflichten begründende Thatface in Betracht tomme, und ob nicht beshalb icon bie Erifteng beffelben einen Ginfluß auf bie ftrafrichterliche Beurtheilung außern muffe? Ginen folden Einfluß wird aber ein por Begehung ber verfolgten That ergangenes civilrechtliches Erkenntniß überall ba haben müssen, wo basselbe unter ben Parteien ein ihrer Berfügung unterworsenes Rechtsverbaltniß fur bie Butunft feststellt und mo bie Birtung bes Ertenntniffes fo weit geht, bag felbft im Sall feiner materiellen Unrichtigfeit ber in ihm anerkannte Rechtszustand fur bie Folge wirklich bestehen muß. Gine folche Wirkung hat bas Erkenntniß bes Civilrichters vorzugsweise auf bem Gebiet ber Bermogenerechte. Daber fann j. B. berjenige, ber einer Grengverrudung befdulbigt ift, fich nicht mehr barauf berufen, bag er bie richtige Grenze hergestellt habe, wenn bereits vor ber That burch ein zwischen ihm und seinem Grenznachbar ergangenes civilgerichtliches Urtheil bie Unrichtigfeit feiner Behauptung anerkannt und bie Grenze in anberer Beife festgeftellt worben ift. - Bo es fich bagegen um Rechtsverhaltniffe banbelt, welche nicht burd Billenserflarungen begrünbet ober abgeänbert werben können, welche vielmehr nur burch anbere Greigniffe (3. B. Zeugung. Beburt) begrunbet werben, ba tann auch bie Existen, eines vor Begehung ber That ergangenen civilredtlichen Urtheils teinen maggebenben Ginfluß auf bie Enticheibung bes Strafrichters üben. Es kann 3. B. einer Chefrau, welche ber Töbtung ihres neugeborenen Kindes angeklagt ift, ber Beweis barüber, baß bies Kind außerehelich erzeugt worden, nicht verschränkt werben, auch wenn das lettere bereits von dem Civilrichter für ein eheliches erklärt worden sein sollte. — Das Geset hat nun in Abs. 1 bes & bie Regel aufgestellt, daß auch die Entscheidung civilrechtlicher Borfragen Sache bes Strafrichters sei. Es hat aber ferner geglaubt, einer ausbrücklichen Borschrift barüber, unter welchen Boraussegungen icon bie bloke Eriften; eines por ber That ergangenen civilgerichtlichen Urtheils auf bie Entscheibung bes Strafrichters von Ginfluß sein muffe, nicht zu beburfen, ba biefe grage von bem Strafrichter in jebem einzelnen gall nach allgemeinen Recitsgrunbfagen beurtheilt und enticieben werben muß, biefelbe feineswegs lebiglich prozeffualifder Natur ift, und fich überdies erschöpfende, auf alle möglichen Fälle gleichmäßig passende Bestimmungen nicht geben laffen."

2. a. Die StPD. fennt keine Ausnahme von bem Grunbsat bes § 261. Insbes. grein bieser auch Plat, wenn die Gültigkeit einer Ehe in Frage steht; die RER. hat einen Antrag, welcher eine abweichenbe Behandlung diese Falles bezwedte, abgelehnt (Prot. S. 422 ff.). Die Fälle, in benen die Strafversolgung von der vorgängigen Erlassung eines die Auflösung einer Ehe aussprechenden civilgerichtlichen Urtheils abhängt, stehen in keinerlei Beziehung zu der Borsschift des § 261; um eine civilrechtliche Vorfrage handelt es sich bei ihnen nicht (vgl. Note 16. b. zu Buch 2 Abschn. 1).

b. Ueber die Zulässigkeit landesrechtlicher Ausnahmen s. EG. § 3 Abs. 2, 3. — Für Preußen ist hervorzuheben: a) Das Ges. v. 31. Jan. 1845, betr. die Eiviseinreben in Walde, Felde und Jagbfrevelsachen (GS. S. 95), hätte für die Forste und Feldrügesachen in Kraft ershalten werden dürfen (Abs. 3 a. a. D.); von dieser Besugniß ist jedoch weber in dem Forste diebst. Ges. v. 15. April 1878 (§ 38), noch in dem Felde und Forstpolizei-Ges. v. 1. April 1880 (§ 55) Gebrauch gemacht worden, so daß das Ges. v. 31. Jan. 1845 jeht außer Kraft geset ist. — β) Der die Stempelstrassachen behandelnde § 14 des Ges. v. 24. Mai 1861 (GS. S. 244) ist durch § 261 außer Kraft geset, da die Bestimmung des GG. § 6 Kr. 3 nur das Bestahren im Berwaltungswege betrifft. Gl. A. RGer. II. 24. Apr. 83 (Entsch. VIII. 224, Apr. V. 227), jeht auch KGer. 1. Dez. 84 (Johow V. 260), Fuchs in Ho. II. S. 94; a. M. Dalde S. 173 (ber übrigens die Note 12. a des vorliegenden Kommentars zu § 6 cit. misversteht).

- 3. Bu Abf. 2 fagen bie Dot. S. 189: "Wenn ber porftebenb (Rote 1) bargelegten Aufiaffung ungeachtet ber Abf. 2 bem Strafrichter geftattet, Die Untersuchung auszuseben und bas Unheil des Civilgerichts über die civilrechtliche Borfrage abzuwarten, so find es wesentlich Gründe praktifcher Zwedmäßigkeit, welche zu biefer Bestimmung geführt haben. Die Erfahrung lehrt namlich, bağ nicht felten von ben Betheiligten Untersuchungen in folden Fallen anbangig gemacht merben, wo bie Rechtsverlegung, wenn eine folche überhaupt vorliegt, lediglich civilrechtlicher Natur ift und alfo nur Anlaß zu einem Civilprozeg vorlag. Nicht felten wird ber Berfuch gemacht, bie Erhebung einer Civilklage baburch zu umgehen, baß man bie Einleitung einer Kriminalunterjugung herbeiführt, weil man auf dem Wege und durch die Mittel einer solchen leichter, müheloser und ohne Aufwendung eigener Roften zur Befriedigung bes Anspruchs zu gelangen hofft. Ramentlid werben aus folden Beweggrunben in Fällen, in benen Sozietätsvertrage, Geschäftsverbindungen, Auftragsverhaltniffe n. f. w. geloft worben finb, öfter gang unbegrundete Denungiationen wegen Betruges ober Unterichlagung erhoben. In folden Fallen murbe ber Strafrichter burch bas miber= rchtliche Borgeben bes benungirenben Betheiligten gezwungen fein, weitläufige Auseinanberfetungen vorzunehmen und in der That die Aufgaben eines Civilprozesses innerhalb des Strafverfahrens ju lofen, wenn ihm nicht bie Befugnig beigelegt murbe, bie Entscheibung bes Civilrichters abguwarten."
- 4. Der Strafrichter ift in jedem Falle befugt, bas Urtheil bes Civilrichters abzumarten, gleichviel ob bie Civilflage bereits anhängig ift ober ihre Erhebung erft veranlagt werben foll; bie Fassung bes Abs. 2 giebt ben Sinn ber Bestimmung nicht torrett wieber.
- 5. Indem der S dem Strafrichter gestattet, das Urtheil des Civilrichters abzuwarten, gestattet es ihm auch zugleich, von diesem Urtheil benjenigen Gebrauch zu machen, der ihm nach der Lage der Sache angemessen erscheint. Daber kann der Strafrichter, wenn er das civilrichterliche Urtheil als der materiellen Bahrheit entsprechend erachtet, dei Feststellung des fraglichen Rechtseurschließes auch das Urtheil als solches seiner Entscheidung zu Grunde legen; er ift also nicht genötigt, seinerseits nochmals die Beweise zu erheben, auf denen das Urtheil des Swillrichters beruht. Das letztere kann, seine Rechtskraft vorausgesetzt, hinsichtlich des gedachten Rechtsverhältnisses die ftrafgerichtliche Beweissührung ersehen, also selbst als Beweismittel wirken, sojem es für den Strafrichter überzeugend ist (vgl. S 399 Nr. 4, Mot. S. 189). Bindend ist dagegen das Civilurtheil für den Strafrichter niemals, und zwar (sofern es nicht eine Entscheidung konstitutiver Natur enthält: Note 1) auch dann nicht, wenn es schon vor Beginn der Untersuchung ergangen war; benn, ob der Strafrichter das Civilurtheil abgewartet hat oder nicht, kann einen sachlichen Unterschied nicht begründen; gl. A. Rec. II. 5. Oft. 86 (Entsch. XIV. 364, Repr. VIII. 583).
- 6. Unter ben "Betheiligten" find nicht blos ber Angeklagte und die soust etwa bei dem Strasverfahren betheiligten Personen, sondern alle dei dem detr. Rechtsverhältniß betheiligten 34 verstehen (Puchelt S. 426); daher kann eine Frist zur Erhebung der Civilklage Jedem beskimmt werden, der ein Interesse an der Feststellung des detr. Rechtsverhältnisses haben kann. Der Beschluß des Gerichts wird dem Betheiligten durch die Staatsanwaltschaft bekannt zu machen sein.
- 7. Daraus, daß ber Betheiligte die Erhebung ber Civilflage unterläßt, fonnen für die Ent = iheibung bes Strafrichters teinerlei Folgerungen gezogen werben. Demzusolge läßt fich auch mit ber Bekanntmachung bes Beschlusses teine anbere Barnung verbinden als die: daß event. das Strafversahren Fortgang haben werbe; diese Warnung wird freilich für andere Personen als ben Angeklagten regelmäßig bebeutungslos sein. Uebrigens ift der Strafrichter nicht gehindert, ihon vor Ablauf der Frift und bezw. tros der erfolgten Erhebung der Civilklage dem Bersahren Fortgang zu geben, wenn sich ein sachlicher Anlaß hierzu ergiebt.
- 8. Benngleich § 261 junachft nur bie hauptverhandlung im Auge hat, fo ift bie hier behandelte Aussehung ber Untersuchung boch auch in jedem anderen Stadium bes Berfahrens erfter Inftang ftatthaft (vgl. § 196 Note 7, § 197 Note 6). Auch in ber Berufungeinftang tann

§. 262.

Bu einer jeben bem Angeklagten nachtheiligen Entscheidung, welche bie Schulbfrage betrifft, ift eine Mehrheit von zwei Drittheilen ber Stimmen erforberlich.

Die Schulbfrage begreift auch folche von bem Strafgesetze besonders vorgesehene Umftände, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen.

Die Schulbfrage begreift nicht bie Boraussehungen bes Rudfalles und ber Berjährung.

(I. Cutw. § 213; II. Entw. § 219; III. Cutw. § 222.)

fie noch beschloffen werben, bagegen nicht in ber Revisionsinftang; vgl. RGer. I. 17. Jan. 81 (Entsch. III. 253).

- 9. Die Bestimmungen bes § 261 sind, wenngleich berselbe nur von bürgerlichen Rechtsverhältnissen und von ben Urtheilen ber Civilgerichte spricht, boch analog auch auf solche Borfragen anwendbar, welche bem Gebiet bes öffentlichen Rechts angehören und Gegenstand eines Berwaltungs-Streitversahrens zc. sein können. Ueber die Anwendbarkeit bes § 261 auf Strassachen, welche Berlehung eines Patentrechts betreffen, vgl. Roer. I. 17. Jan. 81 (Entsch. III. 252, Ripr. II. 740), II. 24. Ott. 82 (Entsch. VII. 146, Ripr. IV. 763); darüber, ob ein Batent vom Patentamt mit Recht ober mit Unrecht ertheilt sei, steht dem Strassicher keine Entscheidung zu. In Betreff der Zollstrassachen voll. Roer. III. 29. Jan. 85 (Entsch. XII. 1).
- 10. Ueber bie Bebeutung ftrafgerichtlicher Urtheile für bie Entscheibungen im Civilprozek f. Rote 5 gu Buch 2 Abichn. 1.
- 1. Abs. 1 stellt für die Entscheidung der Schulbfrage eine Ausnahme von dem alls gemeinen Grundsat des GBG. § 198 Abs. 1 auf. Für das Schöffengericht ist die Borsschrift ohne Bebeutung, da in diesem die Zweidrittheilmehrheit mit der einsachen Mehrheit jusiammenfällt. Dasselbe gilt von der Straffammer, wenn sie in der Berufungsinstanz in der Zahl von drei Richtern entscheidet (BBG. § 77). Dagegen kann in der mit fünf Richtern besetten Straffammer eine dem Angeklagten nachtheilige Entscheidung der Schulbfrage nur mit mindeftens vier Stimmen ersolgen; dies gilt gleichmäßig für die erste wie für die Berufungsinstanz. Auch in dem Reichsgericht als Gericht erster Instanz (GBG. § 136 Rr. 1) ist für eine Entscheidung der gebachten Art die Zweidrittheilmehrheit ersorderlich. Ueder die Anwendung der Bestimmung bes Abs. 1 auf die Geschworenenbank s. § 307 Abs. 2, § 297 Abs. 2.
- 2. a. Die Ausnahme, welche Abs. 1 aufstellt, greift nur bei ber Entscheibung ber Schulbfrage Plat, erstreckt sich bagegen nicht auf die sonstigen in bem Urtheil zu entscheidenden Fragen. Ueber ben Inhalt ber Schulbfrage s. GBG. § 196 Note 3. c. Die Frage: ob in ben erwiesenen Thatsachen die Merkmale bes gesetlichen Thatbestandes zu sinden seien, bilbet, wie auch § 293 ergiebt, einen Theil der Schulbfrage und gehört nicht, wie anscheinend v. Schwarze S. 422 und Buchelt S. 428 annehmen, der Straffrage an; den Angeklagten einer gewissen Handlung sur "schulbig" zu erklären, hat nur bann einen Sinn, wenn zugleich ausgesprochen wird, daß in der Handlung ein strafrechtliches Verschulden enthalten, m. a. B., daß dieselbe eine unter das Strafgest sallende sei; vgl. Dochow S. 237, Fuchs in Hh. I. S. 98, Keller S. 322, Boitus Kontr. II. S. 445. Nach dem zu § 196 cit. Bemerkten muß in der Straffammer die Freisprechung ersolgen, wenn hinsichtlich der strafrechtlichen Qualistzirung der That eine Mehrheit von vier Stimmen nicht zu erzielen ist, wie z. B. wenn drei Richter die That als Diebstahl, zwei dagegen dieselbe als Unterschlagung qualisiziren.
- b. "Umftanbe, welche die Strafbarfeit ausschließen" Es handelt fich hier um Schulb ausschließungsgründe (vgl. Note 3. d). Bu benselben gehören auch solche Umftande, burch welche die an sich vorhandene Schulb strafrechtlich wieder aufgehoben wird; vgl. 3. B. SiSB. § 46, § 163 Abs. 2, § 310. Ob ber betr. Umstand bem allgemeinen ober bem besondere Thatbestande angehört, ift gleichgültig; vgl. 3. B. SiGB. §§ 51 ff. bezw. §§ 204, 310. Sonach muß 3. B. in ber Straffammer Freisprechung eintreten, wenn zwei Richter die Unzurechnungssähigkeit

§. 263.

Gegenstand ber Urtheilssindung ist die in der Anklage bezeichnete That, wie sich dieselbe nach dem Ergebnisse der Berhandlung barstellt.

Das Gericht ist an biejenige Beurtheilung ber That, welche bem Beschlusse über bie Sröffnung bes Hauptverfahrens zu Grunde liegt, nicht gebunden.

(L. Entm. § 214; II. Entm. § 220; JII. Entm. § 223.)

- bes Angeklagten ober bie behauptete Nothwehr ober ben freiwilligen Mudtritt vom Bersuch (StGB. § 46) ober bas Löschen bes Branbes seitens bes Thäters (StGB. § 310.) 2c. für bargethan, besgl. wenn bei einer aus § 186 bes StGB. erhobenen Anklage zwei Richter ben Beweis ber Wahrheit für geführt erachten; so (in Betreff bes letten Falles): RGer. I. 2. Rov. 82 (Rspr. IV. 782).
- a. "Umftände, welche die Strafbarkeit vermindern" Solche Umftände s. 3. B. im SiBB. § 157, 158: RGer. I. 27. Apr. 80 (Entsch. I. 423, Rspr. I. 674); sowie ebenda § 213: RGer. IV. 8. Juni 86 (Entsch. XIV. 298, Rspr. VIII. 441). Gleichgültig ift es, ob der fragsliche Umftand im Strafgeset ausdrücksich nur als ein die Strafbarkeit vermindernder hingestellt ift oder ob sein Borhandensein die Qualifikation der That berührt und die Anwendung eines anderen Strafgesets begründet. So sind 3. B. die Besonderheiten der im StBB. § 370 Ar. 5 (oder in den Feldpolizeigesehen) vorgesehenen Entwendungen im Berhältniß zum Thatbestande des Diedsfahls (§ 242) als strafmilbernde Umstände anzusehen, so daß dei der Urtheilsfällung der Strafzkammer § 370 stat § 242 Anwendung sinden muß, sosern auch nur zwei Richter den ersteren § sür anwendbar halten: RGer. III. 28. Jan. 82 (Entsch. V. 404, Rspr. IV. 83). Das Gleiche würde im Berhältniß des § 216 oder des § 217 des StBB. zu § 211 gelten; vgl. RGer. II. 25. März 84 (Rspr. VI. 225) und über die bezw. dieser §§ bestehende Meinungsverschiedenheit: Olszhausen S. 780, 782.
- d. "Umftände, welche die Strafbarleit erhöhen" Es macht keinen Unterschieb, ob ber betr. Umftand nach Inhalt bes Strafgesehes nur die Bebeutung eines erschwerenden Rebenums ftandes hat (wie z. B. das Einsteigen beim Diebstahl), ober ob durch das hinzutreten besselben der ftrafrechtliche Charakter und Rame der Handlung verändert wird (vgl. z. B. StBB. § 242 mit § 249).
- 3. Die einsache Stimmenmehrheit entscheibet insbes. bei ber Straffrage. Zum Bereich ber Straffrage gehört: a) bie Frage, wie die Strafe nach Art und Maß zu bestimmen sei; b) bie Frage: ob milbernbe Umstände (im Gegensat zu ben im Strafgeseth besonders vorgesehenen Strasmilberungsgründen: Rote 2. c.) vorhanden seien (vgl. § 297 u. b. Noten bas.); beße gleichen in den Fällen des StBB. §§ 94, 96 die Frage: ob ein minder schwerer Fall vorsliege, und in den Fällen des StBB. § 57 Nr. 4 die Frage: ob der vorliegende Fall ein besons der leichter sei; vgl. RGer. II. 10. Febr. 82 (Entsch. VI. 25, Rspr. IV. 147); c) die Frage: ob die Untersuch ungshaft anzurechnen sei (StBB. §60); d) die Frage des Rücksalls; bezüglich dieser war eine ausdrückliche Bestimmung erforderlich, weil an sich der Rücksall zu den in Note 2. d bezeichneten Umftänden gehört.
- 4. Die einsache Stimmenmehrheit entscheibet ferner über alle Fragen, welche bie Zulässigteit ber Strafverfolgung betreffen; so insbes. über bas Borhandensein 2c. bes ersorberlichen Strafantrages: RGer. I. 12. Juli 80 (Entsch. II. 221, Rspr. II. 188), sowie barüber, ob die Straftlage ersoschen sei.
- 5. Beungleich bie Berjährung nicht bem Bereich ber Schulbfrage angehört, so barf boch bie Enticheibung über sie hinsichtlich ber Zeit ber That nicht von ber über bie Schulbfrage getroffenen Entscheibung abweichen: RGer. IV. 7. Dez. 86 (Entsch. XV. 107).
- 6. In Betreff ber Art ber Abstimmung f. GBG. § 196 u. Rote 3 bas., § 197 u. Rote 1 bas., § 198 Abs. 3 u. Rote 3 bas.

3u \$ 263.

1. Der S behandelt bas Berhältniß bes Urtheils zu ber Antlage, b. h. zu bem Eröffnungsbeschlusse (vgl. SS 204, 205, 242), und bie Bulaffigteit einer Umgestaltung

(Anderung) ber erhobenen Klage. Die StPD. gestattet eine solche Umgestaltung im weitesten Umfange. Sie geht von ber Auffassung auß: daß die Hauptverhandlung nicht lediglich eine Berhandlung über die in ber Anklage enthaltenen Anführungen sein solle, daß vielmehr gerade sie die eigenkliche Untersuchung darstelle und daß daher in ihr die wahre Beschseschie ber den Gegenstand der Anklage bildenden That zu ermitteln und sestzustellen sei. Mit dieser Auffassung korrespondirt der Standpunkt, auf welchem die StPD. hinsichtlich des Berbrauches des Strafklagerechts steht (vgl. Note 28, 30 zu Buch 2 Abschn. 1). Die Bestimmungen des S 264 enthalten keine sachliche Beschränung des Grundsaches des S 263; vgl. S 264 Note 1. — Die Waterie der Klageänderung gehört zu denen, über welche die Ansichten weit außeinanderzechen; vgl. des. Ilas Kland S. 317 ff.; Zachariä II. S. 508 ff.; v. Bar, Recht und Beweis im Geschwerengericht, S. 126 ff.; H. Weyer, die Mitwirkung der Parteien im Strafprozeß (Gutachten zum Entw. der StPD.) S. 48 ff.; Glaser im GSaal XXXVII. S. 81 ff.; endlich in Betress der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts: Eichhorn ebenda XXXVIII. S. 401 si.

2. Das ertennende Gericht ift an ben Eröffnungsbeichluß infofern gebunben, als es nur bie in biefem bezeichnete That, nicht aber eine anbere, jum Gegenstande ber Aburtheilung maden barf (§ 153 Mbf. 1; eine Mobifitation f. in § 265). Das Gericht barf j. B., wenn ber Beichlus nur ein Delift betrifft, nicht wegen mehrmaliger Berübung beffelben (StBB. § 74) ftrafen: Refer. III. 23. Juni 80 (Rfpt. II. 101). - Sinfichtlich ber Bulaffigteit einer Rlageanberung fommt es also auf die Ibentität ber That an. Der Begriff ber Jbentität erforbert, bag ber Eröffnungebeichluß und bas Urtheil baffelbe biftorifche Bortom mnig , b.b. entweber baffelbe fontrete Thun bes Angeklagten ober boch feine, wenngleich in einem anderen Thun bestebende Betheiligung an bemfelben Borgange betreffen, welcher bie Subftang ber Anschulbigung bilbet. Freilich fann wieberum sowohl bie Ibentität bes Thuns wie auch bie bes Borganges fraglich fein; ericopienbe Normen laffen fich hieruber nicht aufftellen, bie Frage tann vielmehr nur nach Lage bes einzelnen Falles beantwortet werben ; vgl. Roer. III. 1. Oft. 85 (Entich. XII. 409), III. 15. Nov. 86 (Entich. XV. 133). Bezüglich ber in einem anberen Thun bestehenben Betheiligung an ber That ift 3. B. auf ben Gegenfat von Thatericaft und Anftiftung bingumeijen: ber ber Thatericaft Angeklagte tann auf Grund bes Grgebniffes ber Sauptverhanblung megen Anftiftung verurtheilt werben, wiewohl biefe nur in einem von ber Begehung ber That felbft verichiebenen Thun besteben tann; vgl. Reber. III. 8. Dez. 80 (Entid. III. 95).

3. a. Die Ibentität ber That vorausgesett, ift bem erkennenben Gericht jebe Abweichung von bem Gröffnungsbeichluffe geftattet (vgl. Rote 4). Die Abweichung tann eine thatfachliche wie auch eine rechtliche, b. b. bie ftrafrechtliche Qualifizirung ber That betreffende, fein. - Um eine rein thatfachliche Abweichung wird es fich in ber Regel hanbeln, wenn fich ergiebt, bag bie bie Beit ober ben Ort ber That betreffenben Annahmen bes Eröffnungsbeichluffes ober biejenigen, welche bas Objett bes Delifts ober bie Berfon bes Berletten betreffen , unrichtig finb. Die auf biefe Buntte bezüglichen Abweichungen find meiftens von ber Art, bag fie bie Ibentitat ber That nicht in Frage ftellen (wenngleich fie fur bie Richtung bes Beweises von großer Erheblichfeit fein tonnen, wie j. B. in bem galle, wenn ber Ungeflagte mit Bezug auf bie Beitangabe bes Gröffnungsbefcluffes einen Alibibeweis angetreten bat, biefer aber gegenüber ben neuen Ermittelungen bebeutungelos mirb). Bgl. 3. B. Reer. III. 7. Apr. 80 (Rfpr. I. 549), F. 29. Aug. 81 (Mipr. 1II. 493), I. 25. Febr. 84 (Entich. X. 149). hierher gehört auch ber gall, wenn bie Berhanblung eine andere Berübungsart als bie in bem Beschluffe angenommene (3. B. Tobtung burd Erbroffeln ftatt burch Ertränken) ergiebt, ohne bag hierburch ber ftrafrechtliche Gefichtspunkt eine Beranberung erfährt. -- Um eine lediglich rechtliche Abweichung handelt es fich, wenn bas ertennenbe Gericht, wiewohl bas Beweisergebniß mit ben thatfachlichen Annahmen bes Eröffnungsbeidluffes übereinstimmt, boch bie That anbers qualifizirt, als bies in bem Beichluffe geichen ift. In berartigen gallen tann bie Abweichung barauf beruhen, bag bas Gericht einem Thatumftanbe, ber juvor als nebenfachlich ober nur als Beweismoment angefeben wurde, bie Bebeutung eines Thatbestandsmerkmals beimist; fo wirb 3. B., wenn bas Gericht in ber hanblung bes Angeflagten nicht eine Unterschlagung, fonbern einen Betrug erblidt, eine von bem Angeflagten

Digitized by GOOGLE

gemachte unwahre Mittheilung, welche nach ber Auffassung bes Beschlusses unwesentlich war, als "Borspiegelung" (StoB. § 263) in Betracht tommen tonnen. Bgl. RGer. I. 10. Jan. 84 (Entig. 1X. 420), IV. 22./29. Apr. 84 (Rfpr. VI. 289). In ben meisten Fällen ber Klageanberung aber wird diese eine sowohl that sächliche wie rechtliche sein, b. h. es wird bas von bem Beschlusse abweichenbe Ergebniß bes Beweises zugleich die Beränderung ber Qualifizirung ber That zur Folge haben.

Beispiele: Anstiftung statt Thäterschaft: RGer. III. 8. Dez. 80 (Entsch. III. 95). — Beihülfe statt Thäterschaft und umgekehrt: II. 23. Okt. 83 (Entsch. IX. 161), I. 10. Dez. 85 (Entsch. XIII. 146), I. 27. Okt. 84 (Rspr. VI. 654), — sabrlässige Begehung ber That katt vorsählicher und umgekehrt: I. 20. Mai 80 (Rspr. I. 798), III. 13. Okt. 80 (Entsch. II. 361, Rspr. II. 332), — sortgesehtes Delikt statt Wehrzahl selbstständiger Straffälle: III. 10. Dez. 83 (Entsch. IX. 344, Rspr. V. 766), — Rehrzahl selbstständiger Straffälle statt einheitlicher Handlung: II. 6. Juli 60 (Rspr. II. 163), — Unterbrüdung bes Personenstandes statt Kindesaussehung: III. 21. Apr. 80 (Entsch. II. 15), — Unterschlagung statt Untreue: II. 22. Juni 80 (Entsch. II. 116, Rspr. II. 99), — Hehlere statt Diehschl: I. 19. Dez. 81 (Entsch. V. 249, Rspr. III. 811), III. 17. Mai 82 (Rspr. IV. 493), II. 5. Mai 85 (Entsch. II. 187), und umgekehrt: I. 12. März 83 (Entsch. VIII. 135, Rspr. IV. 611), III. 23. Okt. 84 (Rspr. VI. 644), — Unterschlagung statt Diehschl: IV. 10. März 84 (Entsch. XII. 88), — Betrug statt Unterschlagung: I. 10. Jan. 84 (Entsch. IX. 430), — Richtanzeige von dem Borhaden einer Brandstiftung statt Mitthäterschaft bei lehterer: III. 5. Apr. 86 (Entsch. XIV. 78), — Bersch gegen Ziss. 3 § 210 der Konto., statt gegen Ziss. I. 3. Rov. 84 (Entsch. XI. 251, Rspr. VI. 685).

- b. Es macht hinsichtlich ber Zulässigkeit ber Rlageanberung keinen Unterschieb, ob bie bie lettere bedingenden Thatumftande sich erft in ber hauptverhandlung herausstellen, also neue sind, ober ob sie bereits bei den Akten bekannt waren. Die freie Beurtheilung des Gerichts greift selbst in Ansehung solcher Thatumstande Plat, welche in dem Eröffnungsbeschlusse als unerwiesen ober als unerhedlich ausbrücklich ausgeschieden waren, und ebenso ist es statthaft, ein Strafgeset anzuwenden, bessen Anwendbarkeit in dem Beschlusse ausdrücklich verneint worden ist: Ret. III. 15. Dez. 80 (Ripr. II. 637). Bgl. Rote 29. g. zu Buch 2 Absch. 1 und § 204 Rote 2. b.
- c. Ebensowenig macht es einen Unterschieb, ob bie That nach bem Ergebniß ber hauptverhandlung im Bergleich mit ihrer Qualifizirung im Eröffnungsbeschlusse fich als eine in hoherem, in gleichem ober in geringerem Grabe ftrasbare barftellt. Das erkennende Gericht barf also nicht blos solche Thatumftände sestikellen, welche bem in dem Eröffnungsbeschlusse anzenommenen Thatbestande als erschwerende hinzutreten, wie z. B. beim Diebstahl das Einsteigen oder der Einbruch; sondern es darf überhaupt die That als ein Delitt schwererer Gattung als der durch den Eröffnungsbeschluß bezeichneten qualifiziren, also z. B. ben Angestagten wegen Rordes oder Todtschlages verurtheilen, obwohl der Eröffnungsbeschluß in der Handlung desselben nur eine vorsähliche Körperlehung mit töhtlichem Ausgange (StBB. § 226) erblickte hatte.
- d. Die Rlageanberung tann insbef. auch barin bestehen, bag bas erkennenbe Gericht auf ben burch bie hauptverhandlung ermittelten Sachverhalt zwei Strafgesetze anwendet (ibeale Ronsturenz: StBB. § 73), mahrend ber Eröffnungsbeschluß nur eines berselben für anwendbar erachtet hatte; vgl. Ret. I. 27. Apr. 80 (Rfpr. I. 681).
- e. Betrifft ber Eröffnungsbeichluß ein Delitt, zu bessen Thatbestande die Gewohn heit semäßigkeit ober Gewerbsmäßigkeit ber handlung gehört (vgl. z. B. StBB. § 260), so darf bie hauptverhandlung und Urtheilsfällung auch auf solche Einzelfälle erstreckt werden, welche in dem Beschlusse nicht erwähnt find ober überhaupt bisher nicht erörtert waren. Einer solchen Erfreckung steht die Borschrift des § 153 Abs. 1 nicht entgegen, da die Einzelfälle hier nicht als selbstständige Delitte, sondern nur als Thatsachen, welche das Thatbestandsmerkmal der Gewohn-heitsmäßigkeit 2c. erfüllen, in Betracht kommen; so: Rer. III. 12. Juli 82 (Entsch. VII. 33, Rspr. IV. 691), II. 10. Nov. 82 (Entsch. VII. 229). Bgl. Note 30. c zu Buch 2 Abschn. 1.
- 4. Rach bem Grundfat bes § 153 Abf. 2 (vgl. bort Rote 4. b) ift bie Bulaffigfeit einer Rlageanberung von einem Antrage ber Staatsanwaltschaft ober bes Angeklagten nicht abhangig.

§. 264.

Eine Verurtheilung bes Angeklagten auf Grund eines anderen als bes in dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptversahrens angesührten Strafgesetzes darf nicht erfolgen, ohne daß der Angeklagte zuvor auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes besonders hingewiesen und ihm Gelegenheit zur Vertheidigung gegeben worden ist.

In gleicher Weise ift zu verfahren, wenn erst in ber Verhandlung folche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände behauptet werden, welche die Strafbarkeit erhöhen.

Das Gericht ift berechtigt, von Amtswegen alle in ber hauptverhandlung hervorgetretenen Thatumftanbe in Betracht zu ziehen und die That nach allen bei ihr möglichen ftrafrechtlichen Gefichtspuntten ju prufen. Diefe Berechtigung involvirt aber jugleich bie entfprechenbe Betpflichtung; benn bas Gericht hat von Amtswegen für bie Feststellung ber materiellen Bahrheit ju forgen, und es muß biefer Obliegenheit in bem anbangigen Berfahren genugen, ba bie StBD. bas Inflitut bes Borbehalts einer anbermeiten Berfolgung, wie foldes in bem größeren Theile Deutschlands früher gesehlich bestanb, nicht aufgenommen hat; vgl. RGer. II. 29. März 81 (Eutsch. IV. 34), II. 10. Nov. 82 (Entsch. VII. 229), IV. 10. März 85 (Ript. VII. 164) fowie Rote 28. b ju Buch 2 Abicon. 1. Es tommt auch barauf nicht an, ob bie Ehat. wie fie fich nach bem Ergebnig ber Sauptverhandlung barftellt, bie Buft anbigfeit bes befaßten Gerichts überichreitet ober nicht: bas Gericht muß feiner porgebachten Obliegenheit event. burch Erlaffung einer Unjuftanbigleitsertlarung (§ 270) genügen. — Der eine Rlageanberung bezielenbe Antrag eines Prozefibetheiligten bat biernach nur infofern eine Bebeutung, als er jebenfalls einen ausbrudlichen Ausspruch über ben burch ibn bezeichneten ftrafrechtlichen Befichtspuntt in ben Enticheibungsgrunden erforberlich macht (vgl. § 266 Note 2). Mangels eines folden Untrages bagegen braucht bas Bericht fich über ein negati ves Ergebniß feiner bie etwaige Ba: anberung bes firafrechtlichen Gefichtspunktes betreffenben Erörterungen nicht ausbrudlich ausgufprechen: vgl. Re. III. 21. Apr. 80 (Entich. II. 15, Ripr. I. 639), III. 28. Apr. 80 (Entich. II. 30), 1. 20. Mai 80 (Mpr. I. 798), III. 25. Mai 81 (Entsch. IV. 192, Rpr. III. 325), II. 16. Dez. 81 (Ripr. III. 807), IV. 22. Sept. 85 (Ripr. VII. 522).

- 5. Das Gericht muß auch im Falle einer Rlageauberung die erhobene Klage, wie sie in bem Eröffnungsbeschlusse formulirt ist, vollständig erschöpfen, b. h. sich in den Entscheidungsgründen über das Borhandensein oder Nichtworhandensein der in dem Beschlusse bezeichneten Thatbestandsmerkmale ausdrücklich aussprechen; es darf also die in dem Beschlusse angenommene strafrechtliche Qualisitation der That nicht mit Stillschweigen übergehen. In Betreff der Urtheilssformel vgl. dagegen § 259 Rote 6.
- 6. Aus bem Grundsat bes § 263 folgt, baß eine Freisprechung niemals lediglich beshalb stattfinden barf, weil in bem Eröffnungsbeschlusse eines ber wesentlichen Merkmale bes gesehlichen Thatbestandes nicht ermähnt ist, ber Beschluß selbst also die erforderlichen Unterlagen einer Berurtheilung nicht enthält; auch in Fällen dieser Art muß bas Gericht in der Hauptverhandlung ermitteln, ob das in dem Beschlusse übergangene Merkmal vorhanden sei oder nicht. Uebrigens ift eine Ergänzung oder Erläuterung des Beschlusses aus der Anklageschrift stattbatt. Roer. II. 8. März 81 (Entsch. III. 406).
- 7. In Betreff ber Anwendung bes § 263 auf bas ich murgerichtliche Berfahren vgl. §§ 294—296.
- 1. Gine Rlageanberung, wie fie burch § 263 jugelaffen ift, tann eine anberweite Borbereitung ber Anklage ober ber Bertheibigung erforberlich machen, wie überhaupt von bestimmenbem Ginfluß auf bas Berhalten ber Brozesbeiheiligten fein. Diefem Umstanbe trägt § 264 Rechnung; insbef. aber wollen bie Bestimmungen bes § verhuten, bag burch bie Rlageanberung bie Berthei:

Bestreitet der Angeklagte, unter der Behauptung auf die Vertheibigung nicht genügend vorbereitet zu sein, neu hervorgetretene Umstände, welche die Anwendung eines schwereren Strafgesetzes gegen den Angeklagten zulassen als des in dem Besichlusse über die Eröffnung des Hauptversahrens angeführten, oder welche zu den im zweiten Absate bezeichneten gehören, so ist auf seinen Antrag die Hauptvershandlung auszusetzen.

Auch sonst hat das Gericht auf Antrag oder von Amtswegen die Hauptvershandlung auszusehen, falls dies in Folge der veränderten Sachlage zur genügenden Borbereitung der Anklage oder der Bertheidigung angemessen erscheint.

Auf die in §. 244 Abs. 2 bezeichneten Berhandlungen findet die Borschrift des britten Absates nicht Anwendung.

(L. Catm. § 215; II. Catm. § 221; III. Cutm. § 224.)

Digung bes Angeklagten beeinträchtigt werbe. Die zu biesem Zwede hier vorgesehenen Maßregeln find die Hinweisung bes Angeklagten auf die Beränderung des rechtlichen Gesichtspunkts (Abs. 1, 2) und die Aussehung der hauptverhandlung (Abs. 3, 4). Eine Rückverweisung der Sache an die beickließende Strafkammer behuss Erlassung eines neuen Anklagebeschlusses ist der StBD. unbekannt; vgl. § 243 Rote 7. d. — Las Interesse der Anklage ist nur in Abs. 4 ausdrücklich berücksicht. D auf eine Beränderung des rechtlichen Gesichtspunktes auch die Staatsanwaltschaft hinzuweisen sei, ist dem Ermessen des Borsitzenden überlassen. — Ugl. noch § 378 Note 2.

Bu Abs. 1. 2.

- 2. a. Im Falle vorangegangener Unzustänbigkeitserklärung eines anberen Gerichts vertritt ber bieselbe aussprechenbe Beschluß ben Eröffnungsbeschluß (§ 270 Abs. 2, § 242 Rote 5. d.); § 264 wirb also anwendbar, sosen bas Gericht von bem ersteren Beschlusse abweichen will; bies gilt selbst bann, wenn nunmehr wieber basienige Strafgeset für anwendbar erachtet wirb, welches in bem Eröffnungsbeschlusse bezeichnet war: Roer. IV. 18. Febr. 87 (Entsch. XV. 286, Ripr. IX. 144).
- b. Das RGer. II. hat in ben Urth. v. 29. Apr. 81 (Entsch. IV. 116) u. 9. Okt. 83 (Ripr. V. 586) angenommen, daß in ben Fällen bes § 462 (vorgängiger Strafbesche) § 264 nicht Anwendung finde, weil berselbe einen Beschluß über die Eröffsnung des Hauptversahrens voraussetze. Dieser Ansicht läßt sich nicht beipflichten; benn der Strafbesche vertritt den Eröffnungsbeschuß, und, wenn der § 263 in den Fällen des § 462 anwende dar ift, so muß folgerichtig auch § 264 Anwendung sinden.
- 3. a. Die Anwendung eines anderen Strafgesets als des in dem Beschlisse angeführten darf nicht ersolgen, ohne daß der Angeklagte auf die Beränderung des rechtlichen Gesichtspunktes hingewiesen worden ist; die Unterlassung diese hinweises begründet die Revision; vgl. Re. III. 15. Rai 80 (Ripr. I. 789) und die nachstehend eit. Urth. Auf das hervortreten neuer Thatumstände kommt es hierbei nicht an; auch Mangels solcher muß die hinweisung ersfolgen. Um die Anwendung eines anderen Strafgesets handelt es sich 3. B. auch dann, wenn das Gericht Mitthäterschaft statt Alleinthäterschaft annimmt: Reser. II. 9. Jan. 83 (Ripr. V. 23), oder Anstistung statt Mitthäterschaft: III. 19. März 83 (Ripr. V. 190), oder Bersuch statt vollendeter That: II. 18. Sept. 83 (Ripr. V. 536), oder reale Konkurrenz statt idealer: II. 6. Juli 80 (Ripr. II. 163), oder statt eines fortgesetzen Deliktes: I. 17. Jan. 84 (Entsch. IX. 426), III. 1. Rov. 86 (Ripr. VIII. 659).

b. Tritt eine Beränberung bes rechtlichen Gesichtspunttes ein, so ift ber äußerliche Umstand, baß gleichwohl bas in bem Beschlusse angeführte Strafgeset anwendbar bleibt, nicht entsichenb; vielmehr muß die hinweisung bes Angeklagten auf die Beränderung auch bann erfolgen, wenn in berselben strafgesetlichen Borschrift verschiedene Begehungsformen eines Lelittes zusammengefast find und das erkennende Gericht ftatt des einen, in dem Beschlusse unterfellten Thatbestandsmerkmals ein anderes, in berselben Bestimmung vorgesehenes als vorliegend ans

Digitized by \$600gle

Bome, Strafprozeforbnung. 5. Aufl.

nimmt. So: RGer. II. 3. Apr. 83 (Entich. VIII. 149, Ripr. V. 212) bei einem Bergehen gegen § 12 bes Rahrungsmittelges. v. 14. Rai 1879; III. 23. Febr. 85 (Rspr. VII. 138) bei schwerem Diebstahl (Erbrechen von Behältnissen statt Einbruchs in ein Gebäube); III. 15. Juni 85 (Entsch. XII. 379) bei qualifizirter Körperverletzung (Gebrauch eines gefährlichen Bertzuges statt gemeinschaftlicher Begehung). A. M. RGer. II. 1. März 81 (Entsch. III. 417, Rspr. III. 87), 1. 23. Jan. 82 (Rspr. IV. 62); bort wird ausgeführt, die hinweisung sei nur erforderlich, wenn ber That ein anderer strafrechtlicher Charatter ausgeprägt werde, nicht aber, wenn sie nach wie vor unter benselben § ober benselben Abschnitt eines § falle und nur von mehreren, in bemselben Deliktsthatbestande als gleichwerthig anerkannten Merkmalen das eine an die Stelle des anderen trete; ähnlich Glaser II. S. 563, Stenglein S. 461. Die erstere Ansicht verdient, als die dem Gedanken des Gesehes entsprechende, den Borzug. — In Betress Falles, wenn bei einer Berrurtheilung wegen Begünstigung nicht die Handlung des Begünstigers, sondern nur die des Begünstigten von dem Beschusse abweichend qualifizirt wird, vgl. RGer. II. 27. Nov. 85 (Entsch. XIII. 134).

c. Die hinmeifung mirb baburd nicht überfluffig, bag bas Befet, welches von bem ertennenben Bericht für anwenbbar erachtet wirb, ein milberes ift, als bas in bem Befdluffe angeführte; benn bem Angeflagten muß bie Möglichfeit gegeben werben, bie Richtanwenbbarfeit auch biefes Gefetes barguthun. Beifpiele: Unmenbung bes § 370 Rr. 5 bes SteB. ftatt bes § 242; RGer. III. 30. Nov. 81 (Entich. V. 199, Ript. III. 755), ober bes § 223. a ftatt bes § 224: II. 31. Mari 82 (Mfpr. IV. 298), ober Annahme einer fahrläffigen Begehung ber That ftatt einer porfablichen: I. 12. Juni 82 (Entich. VI. 349, Ripr. IV. 562). - Das Rer. erachtet bie binweisung auch bann für nicht entbehrlich, wenn bie Anwenbung bes milberen Strafgesets aus: folieflich auf ber Musicheibung eines in bem Befoluffe bezeichneten Thatumftanbes beruht; fo: III. 26. Rov. 81 (Entid. V. 211, Ripr. III. 744) in einem Falle, in welchem ftatt bes § 187 ber § 186 bes StGB. augewendet war; I. 2. Nov. 82 (Entsch. VII. 199, Rfpr. IV. 784), II. 21. Marg 84 (Ripr. VI. 213) in Fällen ber Anwendung bes § 223 ftatt bes § 223, a; vgl. auch I. 15. Apr. 80 (Entich. I. 378, Ripr. I. 606). Diefer Anficht ift indeß nur unter ber in bem Urth. v. 26. Nov. 81 ausgesprochenen Boraussehung beizustimmen, bag nach ber Lage bes Falles gegenüber bem anberen Strafgefet auch eine anbere Art ber Bertheibigung nicht völlig ausgeschloffen ericheint. Rehlt es an biefer Borausfepung, fo entbehrt bie Binmeifung jeber iad lichen Bebeutung. Unbebenflich tann bas Gericht im Falle einer wegen ichweren Diebftabls a: hobenen Antlage ben erichwerenben Umftanb (3. B. bas Ginfteigen) ausscheiben, ohne bag § 264 anwenbbar mirb; gang ebenfo aber mirb es ohne Anwendung biefes S, fatt wegen Raubes, wegen Diebstabls ftrafen burfen, wenn es bie Gewalt gegen bie Berfon nicht fur erwiefen erachtet. Bgl. fibrigens bas von ben cit. Enticheibungen abweichenbe Urth. bes RGer. III. 14. Juli 80 (Ripr. II. 191).

d. Auf solche Bestimmungen, auf Grund beren eine Reben ftrafe oder eine sonstige Rebenfolge des Delitts sestzusehen ist, braucht der Angeklagte nicht hingewiesen zu werden, auch wenn bieselben in dem Erössnungsbeschlusse nicht angeführt sind: RGer. I. 20. Okt. 81 (Entsch. V. 137), I. 7. Febr. 84 (Entsch. X. 139), III. 7. Okt. 86 (Rspr. VIII. 600).

4. a. Die Borschrift bes Abs. 2 hat biejenigen, die Strafbarkeit erhöhen ben Umftände im Auge, welche als solche im Strafgeset besonders hervorgehoben sind; vgl. 3. B. StB. §§ 223. a, 224, 243, 250 sowie §§ 244, 264; RGer. III. 24. Sept. 81 (Rspr. III. 531). Umstände, welche blos Strafzumessungsgründe sind, gehören nicht hierher. — Die Fälle, in benen das hinzutreten eines Umstandes zugleich den strafrechtlichen Charakter der That ändert (vgl. 3. B. StBB. § 226 im Berhältniß zu §§ 211, 212), werden schon von der Borschrift des Abs. 1 betroffen.

b. Abf. 2 fest neu hervortretenbe Umftanbe voraus: als folde find aber alle biejenigen anzusehen, welche in ben Eröffnungsbeichluß nicht aufgenommen find, follten fie auch früher in ben Aften zur Sprache gekommen sein.

5. a. Bei ben Borten "befonbers bingewiefen" hat bas Gefet eine an ben Ange

flagten gerichtete Erklärung bes Borsitenben im Auge. Dieselbe wird baburch nicht entbehrlich, daß ber Staatsanwalt einen auf eine Beränberung bes rechtlichen Sesichtspunktes abszielenden Eventualantrag gestellt hat: RSer. I. 8. März 80 (Entsch. I. 254, Rspr. I. 440). Die Frage: ob im schwurgericht lichen Bersahren die besondere hinweisung erübrigt werde, wenn eine die Beränderung des rechtlichen Sesichtspunktes zum Ausbruck dringende hülfs- ober Rebenfrage gestellt wird, muß im hindlic auf den bestimmten Wortlaut des Sesess verneint werden; a. M. ASer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 55), I. 10. Juni 80 (Entsch. II. 92, Rspr. II. 55), II. 14. Wärz 82 (Kspr. IV. 242), F. 26. Aug. 85 (Entsch. XII. 347); Glaser II. S. 564, Stenglein S. 464; vgl. übrigens KSer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 153).

b. In welcher Art die hinweisung zu geschehen habe, ift nicht vorgeschrieben; jedenfalls aber muß sie so ersolgen, daß der Angeklagte zu erkennen vermag, um welchen anderen Gesichtspunkt es sich handelt. Durch die bloße Befragung: ob der Angeklagte für den Fall einer Berzänderung des strassrechtlichen Gesichtspunktes Anträge zu stellen habe, wird dem § 264 nicht gezwägt: Roer. II. 22. Juni 80 (Entsch. II. 116, Rspr. II. 99). Bgl. noch II. 15. Okt. 86 (Rspr. VIII. 623).

- 6. a. Ob burch die Ergebnisse ber Beweiserhebungen ein Anlaß zu ber hier vorgeschriebenen hinweisung geboten sei, ist im Laufe ber Berhanblung in Erwägung zu ziehen. Uebrigens kann die hinweisung erfolgen, so lange das Urtheil noch nicht erlassen ist; ein bestimmter Zeitpunkt ist sür dieselbe nicht vorgeschrieben; vgl. West. III. 6. März 84 (Ripr. VI. 174). Tritt ber Anlaß erst bei der Berathung des Urtheils hervor, so muß die Berhanblung wieder ausgenommen werden. Das Besentliche ist: daß eine von dem Eröffnungsbeschusse abweichende Berurtheilung nicht erfolgen dars, ohne daß die hinweisung stattgefunden hat; Mangels einer solchen Abweichung des Urtheils von dem Beschusse konneisung stattgefunden hat; derhaupt nicht weiter an; der Ausdruck "behauptet" (Abs. 2) ist ungenau (vgl. § 263 Note 4). Der Borsigende kann die hinweisung ohne vorgängigen Gerichtsbeschluß eintreten lassen (Prot. S. 405); sie muß aber auch dann erfolgen, wenn das Gericht sie für angemessen erachtet.
- b. Bird, nachbem ber Angeklagte auf bie Beränberung bes rechtlichen Gesichtspunktes hinsgewiesen worben, bie hauptverhandlung ausgesett (Abs. 3, 4), so ift eine Bieberholung ber hinweisung in ber neuen hauptverhandlung nicht unerläßlich: RGer. II. 5. Juni 83 (Rfpr. V. 405), 14. Juli 85 (Rfpr. VII. 495).
 - 7. Bgl. § 231 Rote 9, § 232 Rote 7.
- 8. Daß bie hinweisung erfolgt sei, tann nur burch bas Protofoll bewiesen werben (§ 274); ein Bermert hierüber in ben Urtheilsgrunden ift ungenügend: RGer. I. 14. Juni 80 (Ripr. I. 67). Ru Abs. 3.
- 9. Der Angeklagie hat schlechthin einen Anspruch (vgl. Note 14) auf Aussehung ber Berhandlung, wenn bie Boraussehungen bes Abs. 3 (Rote 10—13) sammtlich vorliegen: Rec. III. 29. Nov. 79 (Entsch. I. 106, Ripr. I. 105). Bgl. Rec. II. 8. Marz 81 (Entsch. III. 406).
- 10. Die Beränberung ber Sachlage muß in bem hervortreten neuer Umftanbe (Rote 4. b) bestehen; hierunter sind solche Umftanbe zu verstehen, welche ber Angeklagte weber aus bem Erstsssschließe, noch aus ber Anklageschrift ersehen konnte; vgl. RGer. IV. 7. Juli 85 (Rspr. VIL 474), woselbst ber Begriff etwas zu eng bestimmt ift. Mangels neuer Umstände begründet die Beränberung bes rechtlichen Gesichtspunktes (Abs. 1) hen Anspruch auf Aussehung nicht. Selbstverständlich genügt das hervortreten eines neuen Umstandes.
- 11. Die neu hervorgetretenen Umftanbe muffen bie Anwendung eines schwereren Strafs gesetes begründen ober zu ben in Abs. 2 bezeichneten, die Strafbarkeit erhöhenden gestören. Unter bem schwereren Strafgeset ift ein solches zu verstehen, "welches die Erkennung einer schwereren Strafe gegen ben Angeklagten zulätzt, als das in dem Beschusse über die Berweisung angeführte Strafgeseh" (so: Brot. S. 403). Es kommt also nur auf die angedrohte Strafe an; die Rukssich auf die Art und das Waß ber im vorliegenden Falle wirklich zu vershängenden Strafe kann die Ablehnung des Antrages auf Aussehung nicht begründen.

Digitized**36**GOOGLE

§. 265.

Wird ber Angeklagte im Laufe ber Hauptverhandlung noch einer anderen That beschulbigt, als wegen welcher bas Hauptverfahren wider ihn eröffnet worden, so kann bieselbe auf Antrag ber Staatsanwaltschaft und mit Zustimmung bes Angeklagten zum Gegenstande berselben Aburtheilung gemacht werden.

Diese Bestimmung findet nicht Anwendung, wenn die That als ein Verbrechen sich darstellt ober die Aburtheilung derselben die Zuständigkeit des Gerichts überschreitet.
(L. II. III. Cutu. § -.)

- 12. Der Angeklagte muß bie neu hervorgetretenen Umftanbe bestreiten, b. h. bie Bahrheit berfelben in Abrebe stellen. Wiberspricht er blos in rechtlicher Beziehung, insbef. hinsichtlich ber Subsumtion ber Umftanbe unter bas Strafgeset, so liegt bie Boranssetzung bes Abs. 3 nicht vor.
- 13. Der Angeklagte muß behaupten, auf bie Bertheibigung nicht genügenb vor: bereitet ju fein. Die Richtigfeit biefer Behauptung unterliegt einer Brufung bes Gerichts nicht; baffelbe barf alfo bie Aussehung nicht beshalb verweigern, weil eine anberweite Borbereitung ber Bertheibigung nicht erforberlich fei. - Gine anbere Frage ift bie: ob neue Umftanbe wirflich in ber Beife hervorgetreten feien, bag von einer Berudfichtigung berfelben bei ber Urtheils: fällung bie Rebe fein tann. In biefer Beziehung tann felbftverftanblich bas Ermeffen bes Ingetlagten nicht maßgebend fein, ba bemfelben fonft in vielen Fallen bie Sanbhabe geboten fein murbe, willfürlich Musjehungen herbeizuführen und feine Berurtheilung binguhalten. Es fann vielmehr nur barauf antommen, ob in bem Urtheil bie betr. Umftanbe als ermiefen angefeben und bem Angeflagten jur Laft gelegt, bezw. im fcmurgerichtlichen Berfahren: ob fie in bie Fragftellung aufgenommen werben; ift bies nicht ber Fall, fo tann ber Angeklagte aus ber Ablehnung ieines Aussehungsautrages einen Beschwerbegrund niemals entnehmen (vgl. Rote 6). Sonach ift bie obige Frage von bem Gericht ju entscheiben. Diefer aus ber Ratur ber Sache nothwendig folgenben Anficht fieht es nicht entgegen, bag bie RTR. einen Antrag abgelehnt hat, nach welchen ber Anfpruch auf Aussehung ber Berhanblung megfallen follte, menn bas Bericht bie neu hervor: getretenen Umftanbe filr nicht bewiesen erachtet (Brot. S. 972). - Da bie Enticheibung ber gebachten Frage haufig von bem Gesamnitergebnig ber Beweisaufnahme abhangen wirb, so mut bas Gericht auch für befugt erachtet werben, ben Beschluß über einen Aussetungsantrag bis jum Schluß ber Beweisaufnahme aufzuschieben. Gl. A. Reller S. 333, Dalde S. 177.

3u 216 . 4.

14. Fehlt es an einer ber Boraussetzungen bes Abs. 3, so entscheibet bas Ermessen bes Gerichts barüber, ob in Folge ber Beränderung ber Sachlage zur bessern Borbereitung ber Bertheibigung bie Aussetzung ber Berhandlung ersorberlich sei; vgl. RGer. I. 3. Juni & (Rspr. II. 20), III. 29. Nov. 79 (Entsch. I. 106, Rspr. I. 105). — Ob es zur bessern Borbereitung ber Anklage einer Aussetzung bebürse, unterliegt stells bem Ermessen bes Gerichts (a. R. Glaser i. Geal XXXVI. S. 133).

Зи Яб. 3. 4.

- 15. Die Dauer ber Aussetzung wird in allen Fallen burch bas richterliche Ermeffen ber ftimmt; es fann alfo auch eine furzere Unterbrechung und eine Fortsetzung ber Berhanblung (im Gegensat zur Erneuerung: § 228 Rote 1) eintreten.
- 16. Das Gericht kann einem Antrage bes Angeklagten auf abichriftliche Dittheilung von Theilen bes Sigungsprotokolls ftattgeben, wenn ber Angeklagte es glaubhaft macht. baß er einer folden jur besseren Borbereitung seiner Vertheibigung beburfe (Mot. S. 192). Bgl. § 147 Rote 9.

3u Abi. 5.

17. Bgl. § 244 Rote 8-10. In allen in § 244 Abf. 2 bezeichneten Berhandlungen unterliegt bie Aussehung bem Ermeffen bes Gerichts.

Zu § 265.

1. Die Borichrift ift von ber REK. aufgenommen (Prot. S. 460, 973). Da bas Gericht Digitized by

§. 266.

Wird der Angeklagte verurtheilt, so mussen die Urtheilsgrunde die für erwiesen erachteten Thatsachen angeben, in welchen die gesetzlichen Merkmale ber

bas hier zugelassene Berfahren nicht von Amtswegen, sonbern nur auf Antrag ber Staatsanwaltschaft eintreten lassen kann und in biesem Antrage bie Erhebung ber öffentlichen Klage zu sinden ist (§ 168 Rote 2; vgl. unten Rote 3), so ist die Ansicht der Mehrzahl der Schriftsteller: daß § 265 eine Adweichung von dem Anklageprinzip (§ 151) enthalte, nicht als richtig anzuerkennen. Es handelt sich in § 265 lediglich um eine außergewöhnliche Berfahrensart (vgl. auch § 211) und insbes. um eine außergewöhnliche Art der Berbindung mehrerer Strassach. — Der Antrag ist, da er hinschlich der Bezeichnung des Gegenstandes der Berhandlung den Erössnungsbeschluß ersetzt, entsprechend zu formuliren und so in das Protokoll anszunehmen (Glaser II. S. 557).

- 2. Die Borfdrift soll zur Bermeibung unnöthiger Beitläufigkeiten bienen. Man hat namentslich ben Fall im Auge gehabt, wenn die Untersuchung eine Mehrzahl von Diebstählen, Untersichlagungen zc. betrifft, in ber hauptverhandlung aber sich noch neue Straffälle ergeben, beren alsbaldige Aburtheilung ohne Schwierigkeit erfolgen kann (vgl. Bericht ber ALR. S. 71). Uebrigens ersorbert die Bestimmung weber eine Mehrzahl bereits anhängiger Straffälle, noch die Gleichs artigkeit der Delikte, noch den Fall einer zu verhängenden Gesammtstrase; das Entscheidende ist allein die reale Konkurrenz der einen und ber anderen That.
- 3. Mit Rudficht auf bas in Rote 1 Bemertte tann bas Berfahren nach § 265 nur in Anjehung folder Straffalle eintreten, wegen beren bie öffentliche Klage noch nicht erhoben war. Bgl. § 4, § 236.
- 4. Das Berfahren nach § 265 tann vor jebem ertennenben Gericht, insbes. auch vor bem Schwurgericht, eintreten: RGer. II. 12. Apr. 81 (Entsch. IV. '76, Ripr. III. 225). A. M. nur Boitus S. 313, Dalde Komm. S. 178 u. Fragest. S. 79 ff.
- 5. Das Berfahren nach § 265 tann nur ftattfinden, wenn die andere That ein Bergeben sber eine Uebertretung, nicht aber, wenn fie ein Berbrechen ift. Dies gilt auch bann, wenn bas verhandelnde Gericht bas für die Aburtheilung bes Berbrechens an fich juftandige ift.
- 6. Die in ben Schluftworten bes & enthaltene Bestimmung über bie Bustänbigkeit entsipricht bem Grundsat bes \$ 2; vgl. bort Note 3. a. Gine seine Zuständigkeit überschreitende That bar bas Gericht auf Grund bes \$ 265 nicht blos nicht aburtheilen, sonbern auch nicht an bas zuftändige Gericht verweisen: RGer. III. 2. März 81 (Rfpr. III. 91); vgl. übrigens \$ 369 Rote 12. a. Es handelt sich hier nur um bie sachliche Zuständigkeit; in Betreff ber örtlichen vgl. \$ 13 u. Note 4 bas.
- 7. a. Der Angeklagte ift über feine Buftimmung ausbrudlich zu befragen. Bgl. jedoch Rer. II. 12. Apr. 81 (Entich. IV. 76, Ripr. III. 225), wofelbst es für genügend erachtet ift, wenn in einer schwurgerichtlichen Berhandlung ber Angeklagte gegen die Stellung einer die "andere That" betreffenden Frage nichts erinnert hat.
- b. Die "andere That" muß bem Angeklagten unter Hervorhebung ihrer gefehlichen Merkmale und bes anzuwendenden Strafgefehes bezeichnet werden: RGer. III, 12. Mai 80 (Entich. I. 432).
- 8. Ob beim Borhanbenfein ber gesetzlichen Boraussetzungen bie Berhandlung auf bie anbere Ehat zu erftreden fei, unterliegt bem Ermeffen bes Gerichts; basselbe tann ben Antrag ber Staatsanwaltschaft trot ber Zuftimmung bes Angeklagten ablehnen.
- 9. Ift bas Gericht bem Antrage entsprechend in die Berhandlung über die andere That eins getreten, so ift die Zulässigfeit der alsbaldigen Aburtheilung nicht weiter davon abhängig, ob hinssiglich ber ersten, b. h. der in dem Eröffnungsbeschlusse bezeichneten That eine Berurtheilung oder eine Freisprechung erfolgt. Auch verliert die einmal abgegebene Zustimmungserklärung des Angeklagten nicht ihre Birksamkeit, wenn das auf Grund derselben ergangene Urtheil ausgehoben wird und die Sache sodann an ein anderes Gericht gelangt: REer. IV. 1. Mai 85 (Enisch. XII. 164).

ftrafbaren Handlung gefunden werben. Insoweit der Beweis aus anderen Thatfachen gefolgert wird, sollen auch diese Thatsachen angegeben werben.

Waren in ber Verhandlung solche vom Strafgesetze besonders vorgesehne Umstände behauptet worden, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern ober erhöben, so mussen die Urtheilsgrunde sich darüber aussprechen, ob diese Umftande für festgestellt oder für nicht sestgestellt erachtet werden.

Die Gründe des Strafurtheils mussen ferner das zur Anwendung gebrachte Strafgeset bezeichnen und sollen die Umstände ansühren, welche für die Zumessung der Strafe bestimmend gewesen sind. Macht das Strafgeset die Anwendung einer geringeren Strafe von dem Vorhandensein milbernder Umstände im Allgemeinen abhängig, so mussen die Urtheilsgrunde die hierüber getroffene Entscheidung erzeben, sosen das Vorhandensein solcher Umstände angenommen, oder einem in der Verhandlung gestellten Antrage entgegen verneint wird.

Wird ber Angeklagte freigesprochen, so muffen bie Urtheilsgrunde ergeben, ob ber Angeklagte für nicht überführt, ober ob und aus welchen Gründen die für erwiesen angenommene That für nicht strafbar erachtet worben ist.

(I. Entm. § 216; II. Entm. § 222; III. Entm. § 225.)

- 1. Der § behandelt die Urtheilsgründe; ben begrifflichen Gegensatz zu ihnen bildet die Urtheilsformel (ber entscheindende Theil, Tenor); vgl. § 267. Da nach § 266 die Angabe der Merkmale der strafbaren Handlung in die Urtheilsgründe gehört (Note 2), so braucht die Urtheilsformel die That nur nach ihrem strafrechtlichen Namen zu bezeichnen; es braucht also z. B. das einen Diebstahl betreffende Urtheil im Falle der Berurtheilung nur dahin zu lauten: daß der Angeklagte des Diebstahls schuldig und bestalb so und so zu bestrasen, im Falle der Freisprechung aber dahin: daß der Angeklagte des Diebstahls nicht schuldig und beshalb sreizusprechen sei. Im Falle der ibealen Konsurrenz zweier Delikte sind bei de in der Urtheilssormel zu bezeichnen; vgl. Reser. II. 17. Mai 81 (Entsch. IV. 179, Ripr. III. 307). Ueber die Fassung der Urtheile vgl. im Uebrigen § 33 Note 5.
- 2. In ben Mot. G. 193 wirb bemerkt: "Jebes Urtheil, welches ben Angeklagten einer ftrafbaren Sandlung für iculbig erklart, ftellt fich als bas ichliefliche Ergebnig, als ein Busammen faffen einer Reihe von thatfachlichen (positiven ober negativen) Annahmen ober Rest ftellungen bar. Diefe Annahmen ober Beftftellungen find bie Elemente ober Beftanbtheile bes Urtheils, fie enthalten in fich icon eine Enticheibung, und es hangt lebiglich von pofitiven Gefetesvorfdriften ober von bem Gerichtsgebrauch ab, ob fie in ben Urtheilstenor aufgenommen ober in ber Form von Grunben bemielben hinzugefügt werben. Bill man fie als Grunbe auffaffen, fo laffen fie fic als bie objektiven Entscheibungsgrunde bezeichnen." — Gegenstand ber gebachten Fest ftellungen find junacht nothwendig bie gefetlichen Mertmale berjenigen ftrafbaren Sanblung, beren ber Angeklagte für schulbig befunden wird: das Gericht kann nicht verurtheilen, wenn es nicht alle Merkmale bes gesehlichen Thatbestanbes als festgestellt ansieht. Bei jugenblichen Personen (StBB. § 57) gebort hierher auch bie Reststellung ber zur Ertenntniß ber Strafbarteit erforberlichen Ginsicht: RGer. III. 12. Jan. 81 (Entich. III. 198, Ripr. II. 714) u. 12. Febr. 81 (Ripr. III. 44), bei Bergehen gegen § 186 bes StBB. auch bie Nichterweislichkeit ber behaupteten Thatfache: III, 8. Dez. 84 (Ripr. VI. 788). 3m Uebrigen bangt ber Umfang und Inhalt ber ju treffenben Fefifiellungen theils von bem Inhalt ber Antlage, theils von ben in ber Berhanblung aufgeftellten Behauptungen ber Prozegbetheiligten ab. - Die Anflage, b. b. ber Eröffnungsbeichluß (§§ 201, 204, 242), muß burch bie Reftstellungen ber Urtheilsgrunde in allen Buntien erichoft werben. Daber barf bas Gericht, wenn es abweichend von bem Befcluffe einen im Strafgefes

^{10.} Bgl. GBG. §185 u. Note 3 baf.

vorgesehenen, bie Strafbarteit erhöhenben Umftanb für nicht erwiesen erachtet, benfelben nicht einfad übergeben; es muß vielmehr ausbrudlich aussprechen, bag berfelbe nicht feftgeftellt fei (bie faffung des Abs. 2: "in der Berhandlung — behauptet" ift für biefen Kall nicht recht paffenb). Desgleichen muß bas Gericht, wenn es bie That anbers, als in bem Befchluffe gescheben, qualis figirt (\$ 263), a. B. in ihr nicht einen Diebstahl, sonbern eine Unterschlagung findet, ausbrudlich aussprechen, welche Mertmale bes Thatbeftanbes bes Diebstahls nicht fefigestellt feien. - Ueber bie in ber Berhanblung aufgestellten Behauptungen ber Prozesbetheiligten trifft Abf. 2 Bestimmung; barnach barf 3. B., wenn ber Angeklagte in Ausubung ber Rothwehr gehandelt haben will, bie Berurtheilung nicht erfolgen, ohne bag ausbrudlich eine negative Reftftellung hinfichtlich ber Rothwehr getroffen wirb. Der Grunbfat bes Abf. 2 muß übrigens folgerichtig auch bann gelten, wenn bie Behauptung eines Prozegbetheiligten babin geht: bag bie That anbers, als in bem Eröffnungsbeichluffe geschehen, zu qualifiziren sei. Bgl. noch § 262 Rote 2. b. o. d. — Zieht bas Gericht eine andere Qualifizirung der That oder einen in dem Eröffnungsbeschlusse nicht hervorgehobenen Umstand ber in Abs. 2 bezeichneten Art von Amtswegen in Betracht, so braucht es eine ausbrudliche Feststellung nur zu treffen, falls es bei seiner Brufung zu einem positiven Resultat gelangt; bie Aufnahme einer negativen gefistellung ift bem Ermeffen bes Gerichts überlaffen; vgl. § 263 Rote 4. Die Feststellungen ber Urtheilsgrunde entsprechen in ben vorftebend bemerkten Beziehungen bem Spruch ber Gefcmorenen; vgl. bie analogen Bestimmungen ber SS 294-296. - Bgl. noch § 393 Abs. 2.

3. Die Urtheilsgründe mussen selbstftanbig ben Erforbernissen bes § 266 genügen; ber in diesem § vorgeschriebene Inhalt berselben kann weber burch einen hinweis auf ben Erössenungsbeschluß (RGer. III. 9. Juli 81 — Entsch. IV. 382) ober auf die Anklageschrift (RGer. II. 13 Mai 81 — Entsch. IV. 137, Rspr. III. 299), noch burch einen solchen auf das Sitzungsprotokoll (RGer. III. 7. Apr. 80 — Rsp. I. 558) ersetzt werden. Ebensowenig genügt die Bezugnahme auf den Inhalt eines in einer anderen Sache ergangenen Strasurtheils: RGer. III. 9. Juli 81 (Entsch. IV. 367). — Dies gilt auch im Falle eines Geständnisses des Angeklagten: RGer. II. 14. Mai 80 (Entsch. I. 415, Rspr. I. 779).

4. a. Die Urtheilsgrunbe muffen alle gefehlichen Mertmale ber That mit ben Ausbruden bes Gefetes feststellen, außerbem aber biejenigen to ntreten Thatfachen angeben, in welchen jene Merkmale gefunden werden; die Feststellungen enthalten also nicht blos die Entscheibung ber Beweisfrage, sonbern auch bie Subsumtion ber tontreten Thatsachen unter bas Strafgefet; vgl. RGer. I. 19. Jan. 80 (Entsch. I. 152). Im Falle bes § 4 Nr. 3 bes StGB. gilt bies auch von ben in bem betr. ausländischen Strafgeset bezeichneten Merkmalen ber That: I. 14. Jan. 86 (Entic. XIII. 229). Es versteht sich, daß, soweit bei ber Subsumtion rechtliche Bebenten obwalten können, bas Gericht auch bie Rechtsgründe barlegen muß, von benen es bei seiner Ents ideibung geleitet worben ift. Anbererseits ift bie Aufnahme eines gesehlichen (abstrakten) Ausbruds ba entbehrlich, mo es absolut selbstverständlich ift, bag ber konkret bezeichnete Gegenstand 2c. bas betr. Merkmal barftellt; es tann alfo j. B. ber im Gefet gebrauchte Ausbrud "Berfon" burd ben Ramen ber Berson, ber Ausbrud "bewegliche Sache" burch bie Bezeichnung ber Sache erseht werben. — Die Angabe ber konkreten Thatsachen muß eine bergestalt spezielle sein, daß bem Revifionsrichter die Brufung ermöglicht wird, ob dieselben mit Recht unter bas Strafgefet subiumirt worben; vgl. RGer. II. 18. Jan. 81 (Entsch. III. 201) und ferner 3. B. III. 7. Apr. 80 (Ripr. I. 558), II. 25. Juni 80 (Ripr. II. 112), I. 4. Nov. 80 (Entich. II. 419, Ripr. II. 451), I. 24. Oft. 81 (Ripr. III. 636), III. 25. März 82 (Mipr. IV. 280). Es bürfte sich in allen nicht gang einfachen Sachen empfehlen, ben gesammten Thatbestanb mit ben Ausbruden bes Gefebes, unter hinzufügung ber Angaben von Zeit und Ort ber That, in eine Schluffefift ellung miammenzufaffen und biefer bie Darstellung ber tontreten Thatsachen 2c. vorauszuschiden. (Der in Preußen üblich geworbene Ausbrud: "that fächliche Feststellung" ift insofern inkorrekt, als, wie bemerkt, in ber Schlußfestftellung icon bie Gesetzenwendung mit enthalten ift.) - In Betreff ber schwurgerichtlichen Fragstellung val. § 293.

(Menberung) ber erhobenen Rlage. Die StBD. gestattet eine folde Umgestaltung im weiteften Umfange. Gie geht von ber Auffaffung aus: bag bie Sauptverbanblung nicht lebiglich eine Berhandlung über bie in ber Anflage enthaltenen Anführungen fein folle, bag vielmehr gerabe fie bie eigentliche Untersuchung barftelle und bag baber in ihr bie mahre Beschaffenbeit ber ben Gegenstand ber Unflage bilbenben That ju ermitteln und feftzuftellen fei. Dit biefer Auffassung forrespondirt ber Standpunkt, auf welchem die StBO. hinsichtlich bes Berbrauches bes Straftlagerechts fieht (vgl. Rote 28, 30 ju Buch 2 Abicon. 1). Die Bestimmungen bes § 264 enthalten feine fachliche Beidrantung bes Grunbfates bes § 263; vgl. § 264 Rote 1. -Die Materie ber Rlageanberung gebort ju benen, über melde bie Anfichten weit auseinanbergeben; vgl. bef. Bland G. 317 ff.; Zacharia II. S. 508 ff.; v. Bar, Recht und Beweis im Ge ichmorenengericht, S. 126 ff .; B. Deper, Die Mitwirtung ber Barteien im Strafprozef (Gutachten jum Entw. ber StPD.) S. 48 ff.; Glafer im GSaal XXXVI. S. 81 ff.; enblich in Betreff ber bisberigen Rechtsprechung bes Reichsgerichts: Gidhorn ebenba XXXVIII. G. 401 ff.

2. Das ertennenbe Gericht ift an ben Eröffnungsbeschluß infofern gebunden, als es nur bie in biefem bezeichnete That, nicht aber eine andere, jum Gegenstande ber Aburtheilung maden barf (f 153 Mbf. 1; eine Mobifitation f. in § 265). Das Gericht barf g. B., wenn ber Befcluf nur ein Delitt betrifft, nicht megen mehrmaliger Berübung beffelben (StBB. § 74) ftrafen: Refer. III. 23. Juni 80 (Ript. II. 101). - Sinfictlich ber Bulaffigfeit einer Rlageanberung fommt es alfo auf bie 3 bentitat ber That an. Der Begriff ber 3bentitat erforbert, bag ber Eröffnungsbefcluß und bas Urtheil baffelbe hiftorifce Bortommniß, b.h. entweder baffelbe tonfrete Thun bes Angeflagten ober boch seine, wenngleich in einem anberen Thun bestehenbe Betheiligung an bemfelben Borgange betreffen, welcher bie Subftang ber Aniculiquig bilbet. Freilich tann wieberum fowohl bie 3bentität bes Thuns wie auch bie bes Borganges fraglich fein; ericopfenbe Rormen laffen fich hierüber nicht aufftellen, Die Frage tann vielmehr nur nach Lage bes einzelnen Falles beantwortet werben ; vgl. Rer. III. 1. Oft. 85 (Entich. XII. 409), III. 15. Rov. 86 (Entid. XV. 133). Bezüglich ber in einem anberen Thun bestehenben Betheiligung an ber That ift j. B. auf ben Begenfat von Thatericaft und Anftiftung bingumeijen: ber ber Thatericaft Angeflagte fann auf Grund bes Grgebniffes ber hauptverhandlung wegen Anftiftung verurtheilt werben, wiewohl biefe nur in einem von ber Begehung ber That felbft verichiebenen Thun besteben fann; pgl. Reber. III. 8. Dez. 80 (Entich. III. 95).

3. a. Die 3bentitat ber That vorausgefett, ift bem ertennenben Gericht jebe Abmeidung von bem Gröffnungsbeichluffe geftattet (vgl. Rote 4). Die Abweichung tann eine thatfachliche wie auch eine rechtliche, b. b. bie ftrafrechtliche Qualifigirung ber That betreffenbe, fein. - Um eine rein thatfadlice Abweichung wirb es fich in ber Regel hanbeln, wenn fich ergiebt, bag bie bie Reit ober ben Ort ber That betreffenben Annahmen bes Gröffnungsbeichluffes ober biejenigen, welche bas Objett bes Delitts ober bie Berfon bes Berletten betreffen , unrichtig finb. Die auf biefe Buntte bezuglichen Abweichungen find meiftens von ber Art, bag fie bie Ibentitat ber That nicht in Frage ftellen (wenngleich fie fur bie Richtung bes Beweises von großer Erheblichfeit fein tonnen, wie j. B. in bem Falle, wenn ber Ungeflagte mit Bezug auf die Zeitangabe bes Eröffnungsbeicluffes einen Alibibemeis angetreten bat, biefer aber gegenüber ben neuen Ermittelungen bebeutungslos wirb). Bgl. 3. B. RGer. III. 7. Apr. 80 (Rfpr. I. 549), F. 29. Aug. 81 (Ripr. 1II. 493), I. 25. Febr. 84 (Entich. X. 149). Sierher gebort auch ber Fall, wenn bie Berbanblung eine andere Berübungsart als bie in bem Beschluffe angenommene (a. B. Tobtung burd Erbroffeln ftatt burd Ertranten) ergiebt, ohne bag bierburd ber ftrafrechtliche Gefichtspuntt eine Beranberung erfahrt. - Um eine lebiglich rechtliche Abweichung hanbelt es fich, wenn bas erkennenbe Gericht, wiewohl bas Beweisergebniß mit ben thatsachlichen Annahmen bes Eröffnungsbeichluffes übereinstimmt, boch bie That anbers qualifigirt, als bies in bem Beichluffe gefchem ift. In berartigen gallen tann bie Abweichung barauf beruhen, bag bas Gericht einem Thatumftanbe, ber juvor als nebenfachlich ober nur als Beweismoment angefeben murbe, bie Bebeutung eines Thatbestandsmertmals beimigt; fo wirb g. B., wenn bas Gericht in ber Sandlung bes Angeflagten nicht eine Unterfolagung, fonbern einen Betrug erblidt, eine von bem Angeflagten

Digitized by GOOGIC

gemachte unwahre Mittheilung, welche nach ber Auffassung bes Beschlusses unwesentlich war, als "Borspiegelung" (StBB. § 263) in Betracht kommen können. Bgl. RGer. I. 10. Jan. 84 (Entsch. 1X. 420), IV. 22./29. Apr. 84 (Rspr. VI. 289). In ben meisten Fällen ber Klageanberung aber wird biese eine sowohl thatfächliche wie rechtliche sein, b. h. es wird bas von dem Beschlusse abweichenbe Ergebniß bes Beweises zugleich die Beränderung der Qualifizirung der That zur Folge haben.

Beispiele: Anstistung statt Thäterschaft: RGer. III. 8. Dez. 80 (Entsch. III. 95). — Beihülse statt Thäterschaft und umgekehrt: II. 23. Ost. 83 (Entsch. IX. 161), I. 10. Dez. 85 (Entsch. XIII. 146), I. 27. Ost. 84 (Rspr. VI. 654), — sahrlässige Begehung der That statt vorsätlicher und umgekehrt: I. 20. Mai 80 (Rspr. I. 798), III. 13. Ost. 80 (Entsch. III. 361, Rspr. II. 332), — sortgesetze Delikt statt Mehrzahl selbstständiger Strassäule: III. 10. Dez. 83 (Entsch. IX. 344, Aspr. V. 766), — Mehrzahl selbstständiger Strassäule: III. 10. Dez. 83 (Entsch. IX. 344, Rspr. V. 766), — Mehrzahl selbstständiger Strassäule: III. 10. Dez. 83 (Entsch. IX. 344, Rspr. II. 163), — Unterschlaung des Bersonenstandes statt Kindesaussetzung: III. 21. Apr. 80 (Entsch. II. 15), — Unterschlaung statt Untreue: II. 22. Juni 80 (Entsch. II. 116, Rspr. II. 99), — Hehlerei statt Diebschaft: I. 19. Dez. 81 (Entsch. V. 249, Rspr. III. 811), III. 17. Mai 82 (Rspr. IV. 493), II. 5. Mai 85 (Entsch. II. 187), und umgesehrt: I. 12. März 83 (Entsch. VIII. 135, Rspr. IV. 611), III. 23. Ost. 84 (Rspr. VI. 644), — Unterschlagung statt Diebschaft: IV. 10. März 84 (Entsch. XII. 88), — Betrug statt Unterschlagung: I. 10. Jan. 84 (Entsch. IX. 430), — Richtanzeige von dem Borhaben einer Brandssistung statt Mitthäterschaft bei letzerer: III. 5. Apr. 86 (Entsch. XIV. 78), — Berstoß gegen Ziss. 3 § 210 der Konso., statt gegen Ziss. 2 das: I. 3. Rov. 84 (Entsch. XI. 251, Rspr. VI. 685).

- b. Es macht hinsichtlich ber Zulaffigkeit ber Rlageanberung keinen Unterschieb, ob bie bie lettere bedingenden Thatumftande sich erft in ber hauptverhandlung herausstellen, also nene find, ober ob sie bereits bei ben Akten bekannt waren. Die freie Beurtheilung bes Gerichts greift selbst in Ansehung solcher Thatumstände Plat, welche in bem Eröffnungsbeschlusse als unerwiesen ober als unerheblich ausbrucklich ausgeschieden waren, und ebenso ift es statthaft, ein Strafgeset anzuwenden, bessen Anwendbarkeit in bem Beschlusse ausbrücklich verneint worden ist: Reet. III. 15. Dez. 80 (Rept. II. 637). Bgl. Rote 29. g. zu Buch 2 Abschn. 1 und § 204 Rote 2. b.
- c. Ebensowenig macht es einen Unterschieb, ob bie That nach bem Ergebniß ber hauptverhandlung im Bergleich mit ihrer Qualifizirung im Eröffnungsbeschlusse fich als eine in hoherem, in gleichem ober in geringerem Grabe ftrafbare barftellt. Das erkennenbe Gericht barf also nicht blos solche Thatunstände sessikellen, welche bem in dem Eröffnungsbeschlusse anzenommenen Thatbestande als erschwerende hinzutreten, wie z. B. beim Diebstahl das Einsteigen oder der Einbruch; sondern es darf überhaupt die That als ein Delitt schwererer Sattung als der durch den Eröffnungsbeschluß bezeichneten qualifiziren, also z. B. den Angeklagten wegen Rordes oder Todtschlages verurtheilen, odwohl der Eröffnungsbeschluß in der handlung desselben nur eine vorsätzliche Körperletung mit töhtlichem Ausgange (StGB. § 226) erblickte hatte.
- d. Die Rlageauberung tann insbes. auch barin bestehen, baß bas ertennenbe Gericht auf ben burch bie hauptwerhandlung ermittelten Sachwerhalt zwei Strafgesetse anwendet (ibeale Ronsturrenz: StBB. § 73), während ber Eröffnungsbeschluß nur eines berselben für anwendbar erachtet hatte; vgl. RGer. I. 27. Apr. 80 (Rspr. I. 681).
- e. Betrifft ber Eröffnungsbeichluß ein Delikt, zu bessen Thatbestande die Gewohn heit Bemäßigkeit ober Gewerbsmäßigkeit ber Handlung gehört (vgl. z. B. StBB. § 260), so barf die hauptverhandlung und Urtheilssällung auch auf solche Einzelfälle erstreckt werden, welche in dem Beschlusse nicht erwähnt find ober überhaupt bisher nicht erörtert waren. Einer solchen Erstredung sieht die Borschrift des § 153 Abs. 1 nicht entgegen, da die Einzelfälle hier nicht als selbstsändige Delikte, sondern nur als Thatsachen, welche das Thatbestandsmerkmal der Gewohnsbeitsmäßigkeit zc. erfüllen, in Betracht kommen; so: Rer. III. 12. Juli 82 (Entsch. VII. 33, Ripr. IV. 691), II. 10. Nov. 82 (Entsch. VII. 229). Bgl. Note 30. c zu Buch 2 Absch. 1.
- 4. Rach bem Grundfat bes § 153 Abf. 2 (vgl. bort Rote 4. b) ift bie Bulaffigfeit einer Rageanberung von einem Antrage ber Staatsanwaltschaft ober bes Angeklagten nicht abhangig.

§. 264.

Eine Verurtheilung bes Angeklagten auf Grund eines anderen als bes in dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptversahrens angeführten Strafgesetzes darf nicht erfolgen, ohne daß der Angeklagte zuvor auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes besonders hingewiesen und ihm Gelegenheit zur' Vertheidigung gegeben worden ist.

In gleicher Beise ist zu verfahren, wenn erst in ber Verhandlung solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände behauptet werden, welche die Strafbarkeit erhöhen.

Das Gericht ift berechtigt, von Amtswegen alle in ber hauptverhandlung hervorgetretenen Thatumftanbe in Betracht zu ziehen und bie That nach allen bei ihr möglichen ftrafrechtlichen Befichtspuntten ju prufen. Diefe Berechtigung involvirt aber jugleich bie entiprechenbe Betpflichtung; benn bas Gericht hat von Amtswegen für bie geststellung ber materiellen Bahrbeit ju forgen, und es muß biefer Obliegenheit in bem anhangigen Berfahren genugen, ba bie StBO. bas Inftitut bes Borbehalts einer anbermeiten Berfolgung, wie foldes in bem größeren Theile Deutschlanbs früher gesehlich bestand, nicht aufgenommen hat; val. RGer. IL. 29. Marz 81 (Entsch. IV. 34), II. 10. Nov. 82 (Entsch. VII. 229), IV. 10. Marz 85 (Ript. VII. 164) sowie Rote 28. b ju Buch 2 Abschn. 1. Es kommt auch barauf nicht an, ob bie That. wie fie fich nach bem Ergebnig ber Sauptverhanblung barftellt, bie Buft anbigteit bes befagten Gerichis überschreitet ober nicht; bas Gericht muß seiner porgebachten Obliegenheit event. burch Erlaffung einer Unzuftändigkeitserklärung (§ 270) genügen. — Der eine Klageanberung bezielenbe Antrag eines Prozesbetheiligten hat hiernach nur insofern eine Bebeutung, als er jebensalls einen ausbrücklichen Ausspruch über ben burch ihn bezeichneten ftrafrechtlichen Gesichtspunft in ben Enticheibungsgrunben erforberlich macht (vgl. § 266 Rote 2). Rangels eines folden Untrages bagegen braucht bas Gericht fich über ein negatives Ergebniß seiner bie etwaige Beranberung bes firafrechtlichen Gefichtspunttes betreffenben Erorterungen nicht ausbrudlich ausgu-(prechen: vgl. RGer. III. 21. Apr. 80 (Entich. II. 15, Ripr. I. 639), III. 28. Apr. 80 (Entich. II. 30), l. 20. Mai 80 (Rfpr. I. 798), III. 25. Mai 81 (Entsch. IV. 192, Rfpr. III. 325), II. 16. Dez. 81 (Ripr. III. 807), IV. 22. Sept. 85 (Ripr. VII. 522).

- 5. Das Gericht muß auch im Falle einer Klageanberung bie erhobene Klage, wie sie in bem Eröffnungsbeschlusse formulirt ist, vollständig erschöpfen, b. h. sich in den Entscheid ungsgründen über das Borhandensein oder Nichtvorhandensein der in dem Beschlusse bezeichneten Thatbestandsmerkmale ausdrücklich aussprechen; es darf also die in dem Beschlusse angenommene strafrechtliche Qualisitation der That nicht mit Stillschweigen übergehen. In Betreff der Urtheillsformel vgl. dagegen § 259 Rote 6.
- 6. Aus bem Grundsat bes § 263 folgt, daß eine Freisprechung niemals lediglich beshalb stattfinden darf, weil in dem Eröffnungsbeschlusse eines der wesentlichen Merkmale des gesehlichen Thatbestandes nicht erwähnt ist, der Beschluß selbst also die erforderlichen Unterlagen einer Berurtheilung nicht enthält; auch in Fällen dieser Art muß das Gericht in der Hauptverhandlung ermitteln, ob das in dem Beschlusse übergangene Merkmal vorhanden sei oder nicht. Uebrigens ist eine Ergänzung oder Erläuterung des Beschlusses aus der Anklageschrift statt, haft: Roer. II. 8. März 81 (Entsch. III. 406).
- 7. In Betreff ber Anwendung bes § 263 auf bas ich wurgerichtliche Berfahren vgl. \$\$ 294-296.
- 34 § 264.

 1. Eine Rlageanberung, wie fie burch § 263 zugelassen ift, kann eine anberweite Borbereitung ber Anklage ober ber Bertheibigung erforberlich machen, wie überhaupt von bestimmenbem Einsluß auf bas Berhalten ber Prozesbetheiligten sein. Diesem Umstande trägt § 264 Rechnung; insbes. aber wollen bie Bestimmungen bes § verhüten, bag burch bie Rlageanberung bie Berthei-

Bestreitet ber Angeklagte, unter ber Behauptung auf die Vertheibigung nicht genügend vorbereitet zu sein, neu hervorgetretene Umstände, welche die Anwendung eines ichwereren Strafgesetes gegen ben Angeklagten zulaffen als bes in bem Beichluffe über die Gröffnung des Hauptverfahrens angeführten, oder welche zu den im zweiten Absate bezeichneten gehören, so ift auf seinen Antrag bie Sauptverhandlung auszusepen.

Auch fonst hat das Gericht auf Antrag ober von Amtswegen die Hauptverhandlung auszusezen, falls dies in Folge der veränderten Sachlage zur genügenden Borbereitung der Anklage oder der Bertheibigung angemeffen erscheint.

Auf die in &. 244 Abs. 2 bezeichneten Verhandlungen findet die Vorschrift bes britten Absates nicht Anwendung.

(I. Catm. § 215; II. Catm. § 221; III. Catm. § 224.)

bigung bes Angeflagten beeinträchtigt merbe. Die ju biefem Zwede bier vorgesehenen Magregeln und die Sin weifung bes Angeflagten auf die Beranberung bes rechtlichen Gefichtspuntts (Abf. 1, 2) und bie Aussenung ber Sauptverhandlung (Abi. 3, 4). Gine Rudvermeifung ber Sache an bie beidliegende Straffammer behufs Erlaffung eines neuen Anklagebeichluffes ift ber StBD. unbekannt : ogl. § 243 Rote 7. b. — Das Intereffe ber Anklage ift nur in Abs. 4 ausbrudlich berudfichtigt. Db auf eine Beranberung bes rechtlichen Gesichtspunktes auch bie Staatsanwaltschaft hinzuweisen jei, ift bem Ermeffen bes Borfigenben überlaffen. - Bgl. noch § 378 Rote 2.

Bu Abs. 1. 2.

- 2. a. Im Falle vorangegangener Unguftanbigfeitserflärung eines anberen Gerichts vertritt ber biefelbe aussprecenbe Beichluß ben Eröffnungsbeichluß (§ 270 Abf. 2, § 242 Rote 5. d.); f 264 wird also anwendbar, sofern bas Gericht von bem ersteren Beschlusse abweichen will; bies gilt felbft bann, wenn nunmehr wieber bagjenige Strafgefet fur anwenbbar erachtet wirb. welches in bem Eröffnungsbeschlusse bezeichnet mar: Rer. IV. 18. Febr. 87 (Entid. XV. 286. Mpr. IX. 144).
- b. Das RGer. II. hat in ben Urth. v. 29. Apr. 81 (Entich, IV. 116) u. 9. Oft. 83 (Ripr. V. 586) angenommen, bag in ben gallen bes § 462 (vorgangiger Strafbeideib einer Bermaltungsbeborbe) § 264 nicht Anwendung finbe, weil berfelbe einen Beichlug über bie Groffnung bes hauptverfahrens voraussete. Diefer Anficht laft fich nicht beipflichten; benn ber Strafbeideib vertritt ben Eröffnungsbeidlug, unb, wenn ber § 263 in ben Fallen bes § 462 anmenbbar ift, fo muß folgerichtig auch § 264 Anwenbung finben.
- 3. a. Die Anwenbung eines anberen Strafgefehes als bes in bem Befchlusse angeführten barf nicht erfolgen, ohne bag ber Angeflagte auf bie Beranberung bes rechtlichen Gefichts: punttes hingewiesen worben ift; die Unterlasjung biefes hinweises begrundet die Revision; val. RBer. III. 15. Mai 80 (Ripr. I. 789) und bie nachftebend cit. Urth. Auf bas hervortreten neuer Thatumftanbe fommt es bierbei nicht an; auch Mangels folder muß bie binmeilung erfolgen. - Um bie Anwenbung eines anberen Strafgefetes hanbelt es fich a. B. auch bann, wenn Das Bericht Mitthatericaft ftatt Alleinthatericaft annimmt : Reer. II. 9. Jan. 83 (Ripr. V. 23), ober Anftiftung fatt Mitthatericaft: III. 19. Marg 83 (Ripr. V. 190), ober Bersuch ftatt vollenbeter That: II. 18. Sept. 83 (Ripr. V. 536), ober reale Konfurreng ftatt ibealer: II. 6. Juli 80 (Mfpr. II. 163), ober ftatt eines fortgefetten Delittes: I. 17. Jan. 84 (Entich. IX. 426), III. 1. Nov. 86 (Mfpr. VIII. 659).

b. Tritt eine Beranberung bes rechtlichen Gefichtspunftes ein, fo ift ber außerliche Umfland, bag gleichwohl bas in bem Beichluffe angeführte Strafgefet anwendbar bleibt, nicht entideibenb; vielmehr muß bie hinweisung bes Angeflagten auf bie Beranberung auch bann erfolgen, wenn in berfelben ftrafgefetlichen Borfdrift verfchiebene Begehungsformen eines Deliftes aufammengefaßt finb und bas erfennenbe Gericht ftatt bes einen, in bem Befcluffe unterftellten Hatbeftanbsmertmals ein anderes, in berfelben Bestimmung vorgesehenes als vorliegend an-Digitized by \$6-00910 nimmt. So: MGer. II. 3. Apr. 83 (Entsch. VIII. 149, Mspr. V. 212) bei einem Bergehen gegen § 12 bes Nahrungsmittelges. v. 14. Mai 1879; III. 23. Febr. 85 (Rspr. VII. 138) bei schwerem Diebstahl (Erbrechen von Behältnissen statt Einbruchs in ein Gebäube); III. 15. Juni 85 (Entsch. XII. 379) bei qualifizirter Körperverlehung (Gebrauch eines gesährlichen Bertzeugs statt gemeinschaftlicher Begehung). A. M. RGer. II. 1. März 81 (Entsch. III. 417, Rspr. III. 87), I. 23. Jan. 82 (Rspr. IV. 62); bort wird ausgesührt, die hinweisung sei nur ersorberlich, wenn ber That ein anderer strafrechtlicher Charafter ausgeprägt werde, nicht aber, wenn sie nach wie vor unter benselben § oder benselben Abschnitt eines § falle und nur von mehreren, in bemselben Delististhatbestande als gleichwertsig anerkannten Merkmalen das eine an die Stelle des anderen trete; ähnlich Glaser II. S. 563, Stenglein S. 461. Die erstere Ansicht verdient, als die dem Gedanken des Gesehes entsprechende, den Borzug. — In Betress Falles, wenn bei einer Berurtheilung wegen Begünstigung nicht die Handlung des Begünstigers, sondern nur die des Begünstigten von dem Beschusse abweichend qualisizier wird, vgl. RGer. II. 27. Nov. 85 (Entsch. XIII. 134).

c. Die hinweifung wirb baburd nicht überfluffig, bag bas Gefet, meldes von bem erfennenben Bericht für anwendbar erachtet wirb, ein milberes ift, als bas in bem Befchluffe angeführte; benn bem Angeflagten muß bie Doglichfeit gegeben merben, bie Richtanmenbbarfeit auch biefes Befehes barguthun. Beifpiele: Anwenbung bes § 370 Rr. 5 bes St&B. ftatt bes § 242; RGer. III. 30. Rov. 81 (Enrich. V. 199, Ripr. III. 755), ober bes § 223. a ftatt bes § 224: II. 31. Mary 82 (Ripr. IV. 298), ober Annahme einer fahrlaffigen Begehung ber That ftatt einer porfatlichen: I. 12. Juni 82 (Entich. VI. 349, Ripr. IV. 562). — Das RGer. erachtet bie Sinweisung auch dann für nicht entbehrlich, wenn die Anwendung des milberen Strafgesess aus: folie flic auf ber Ausscheibung eines in bem Befoluffe bezeichneten Thatumftanbes beruht; fo: III. 26. Rov. 81 (Entid. V. 211, Ripr. III. 744) in einem Falle, in welchem ftatt bes § 187 ber § 186 bes StBB, angewendet mar; I. 2, Nov. 82 (Entich. VII, 199, Ripr. IV, 784), Il. 21. Marg 84 (Ripr. VI. 213) in Fallen ber Anwendung bes § 223 ftatt bes § 223, a; vgl. auch I. 15. Apr. 80 (Entich. I. 378, Ripr. I. 606). Diefer Anficht ift inbeg nur unter ber in bem Urth. v. 26. Nov. 81 ausgesprochenen Boraussehung beizustimmen, bag nach ber Lage bes Falles gegenüber bem anberen Strafgefet auch eine anbere Art ber Bertheibigung nicht völlig ausgeschloffen ericheint. Fehlt es an biefer Borausfegung, fo entbehrt bie Sinweifung jeber iadlichen Bebeutung. Unbebenflich tann bas Gericht im Salle einer megen ichmeren Diebftabls er: hobenen Anflage ben erichwerenben Umftanb (3. B. bas Ginfteigen) ausicheiben, ohne bag § 264 anwenbbar wirb; gang ebenso aber wirb es ohne Anwenbung biefes S, ftatt wegen Raubes, wegen Diebstahls ftrafen burfen, wenn es bie Bewalt gegen bie Berfon nicht fur ermiefen erachtet. Bgl. übrigens bas von ben cit. Enticheibungen abweichenbe Urth. bes RGer. III. 14. Juli 80 (Mipr. II. 191).

d. Auf solche Bestimmungen, auf Grund beren eine Neben ftrafe ober eine sonstige Rebenfolge bes Delitts sestzusehen ist, braucht ber Angeklagte nicht hingewiesen zu werben, auch wenn bieselben in bem Eröffnungsbeschlusse nicht angeführt find: RGer. I. 20. Okt. 81 (Entsch. V. 137), I. 7. Febr. 84 (Entsch. X. 139), III. 7. Okt. 86 (Rspr. VIII. 600).

4. a. Die Borschrift bes Abs. 2 hat biejenigen, bie Strafbarkeit erhöhen ben Umftände im Auge, welche als solche im Strafgeseth besonders hervorgehoben sind; vgl. 3. B. StBB. §§ 223. a, 224, 243, 250 sowie §§ 244, 264; RGer. III. 24. Sept. 81 (Rspr. III. 531). Umstände, welche blos Strafzumefsungsgründe sind, gehören nicht hierher. — Die Fälle, in denen das hinzutreten eines Umstandes zugleich den strafzechtlichen Charakter der That ändert (vgl. 3. B. StBB. § 226 im Berhältniß zu §§ 211, 212), werden schon von der Borschrift des Abs. 1 betroffen.

b. Abf. 2 fest nen hervortretenbe Umftanbe vorauß: als folde find aber alle biejenigen anzusehen, welche in ben Gröffnungsbeschluß nicht aufgenommen find, sollten fie auch früher in ben Aften zur Sprache gekommen sein.

5. a. Bei ben Borten "befonbers hingewiefen" hat bas Gefet eine an ben Ange

flagten gerichtete Erklärung bes Borsitenben im Auge. Dieselbe wird baburch nicht entsbehrlich, daß ber Staatsanwalt einen auf eine Beränderung bes rechtlichen Gesichtspunktes abzielenden Eventualantrag gestellt hat: RGer. I. 8. März 80 (Entsch. I. 254, Kspr. I. 440). Die Frage: ob im schwurgericht lichen Bersahren die besondere hinweisung erübrigt werde, wenn eine die Beränderung des rechtlichen Gesichtspunktes zum Ausdruck bringende Hilfs- ober Reben frage gestellt wird, muß im hindlick auf den bestimmten Bortlaut des Geses verneint werden; a. R. RGer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 55), I. 10. Juni 80 (Entsch. II. 92, Rspr. II. 55), II. 14. März 82 (Rspr. IV. 242), F. 26. Aug. 85 (Entsch. XII. 347); Glaser II. S. 564, Stenglein S. 464; val. übrigens RGer. III. 8. Mai 80 (Entsch. II. 153).

b. In welcher Art die hinweisung au geschehen habe, ift nicht vorgeschrieben; jedenfalls aber muß sie so erfolgen, daß der Angeklagte zu erkennen vermag, um welchen anderen Gesichtspunkt es sich handelt. Ourch die bloße Befragung: ob der Angeklagte für den Fall einer Berzänderung des strafrechtlichen Gesichtspunktes Anträge zu stellen habe, wird dem § 264 nicht gewährt. II. 22. Juni 80 (Entsch. II. 116, Rspr. II. 99). Bgl. noch II. 15. Oft. 86 (Aspr. VIII. 623).

6. a. Ob burch bie Ergebnisse ber Beweiserhebungen ein Anlaß zu ber hier vorgeschriebenen hinweisung geboten sei, ist im Lause ber Berhanblung in Erwägung zu ziehen. Uebrigens kann die hinweisung erfolgen, so lange bas Urtheil noch nicht erlassen ift; ein bestimmter Zeitpunkt ist für dieselbe nicht vorgeschrieben; vgl. RGer. III. 6. März 84 (Ripr. VI. 174). Tritt ber Anlaß erst bei ber Berathung des Urtheils hervor, so muß die Berhanblung wieder aufgenommen werden. Das Besentliche ist: daß eine von dem Erdssnugsbeschlusse abweichende Berurtheilung nicht erfolgen dars, ohne daß die hinweisung stattgesunden hat; Mangels einer solchen Abweichung des Urtheils von dem Beschlusse kommt es auf die hinweisung überhaupt nicht weiter an; der Ausdruck "behauptet" (Abs. 2) ist ungenau (vgl. § 263 Note 4). — Der Borsitzende kann die hinweisung ohne vorgängigen Gerichtsbeschluß eintreten lassen (Prot. S. 405); sie muß aber auch dann erfolgen, wenn das Gericht sie für angemessen erachtet.

b. Birb, nachbem ber Angeklagte auf bie Beränberung bes rechtlichen Gesichtspunktes hinsgewiesen worben, bie hauptverhandlung ausgesetzt (Abs. 3, 4), so ist eine Bieberholung ber hinweisung in ber neuen hauptverhandlung nicht unerläßlich: RGer. II. 5. Juni 83 (Rfpr. V. 405), 14. Juli 85 (Rfpr. VII. 495).

7. Bgl. § 231 Rote 9, § 232 Rote 7.

8. Daß bie hinweisung erfolgt sei, kann nur burch bas Protofoll bewiesen werben (§ 274); ein Bermerk hierüber in ben Urtheilsgründen ift ungenügend: RGer. I. 14. Juni 80 (Ripr. I. 67). Zu Abs. 3.

9. Der Angeklagte hat schlechthin einen Anspruch (vgl. Note 14) auf Aussehung ber Berhanblung, wenn bie Boraussehungen bes Abs. 3 (Note 10—13) sämmtlich vorliegen: Rec. III. 29. Rov. 79 (Entsch. I. 106, Ripr. I. 105). Bgl. Rec. II. 8. März 81 (Entsch. III. 406).

10. Die Beränberung ber Sachlage muß in bem hervortreten neuer umftanbe (Note 4. b) bestehen; hierunter sind solche Umftanbe zu versiehen, welche ber Angeklagte weber aus bem Erstssschlusse, noch aus ber Anklageschrift ersehen konnte; vgl. RGer. IV. 7. Juli 85 (Ript. VII. 474), woselbst ber Begriff etwas zu eng bestimmt ift. Mangels neuer Umstänbe begründet die Beränberung bes rechtlichen Gesichtspunktes (Abs. 1) hen Anspruch auf Aussehung nicht. Selbstverständlich genügt das hervortreten eines neuen Umstandes.

11. Die neu hervorgetretenen Umftande muffen die Anwendung eines schwereren Strafs gesethes begründen ober zu ben in Abs. 2 bezeichneten, die Strafbarkeit erhöhenden gestören. — Unter dem schwereren Strafgeseth ist ein solches zu verstehen, "welches die Erkennung einer schwereren Strafe gegen den Angeklagten zuläht, als das in dem Beschusse über die Bervoeisung angeführte Strafgeseh" (so: Prot. S. 403). Es kommt also nur auf die angedrohte Strafe an; die Midsicht auf die Art und das Waß der im vorliegenden Falle wirklich zu verschangenden Strafe kann die Ablehnung des Antrages auf Aussehung nicht begründen.

Digitized 36 GOOGLE

§. 265.

Wird ber Angeklagte im Laufe ber Hauptverhandlung noch einer anderen That beschuldigt, als wegen welcher das Hauptverfahren wider ihn eröffnet worden, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft und mit Zustimmung des Angeklagten zum Gegenstande berselben Aburtheilung gemacht werden.

Diese Bestimmung findet nicht Anwendung, wenn die That als ein Verbrechen sich darstellt oder die Aburtheilung derselben die Zuständigkeit des Gerichts überschreitet.

(I. II. III. Entw. 8 --)

- 12. Der Angellagte muß die neu hervorgetretenen Umftande best reiten, b. h. die Bahtheit berfelben in Abrede stellen. Widerspricht er blos in rechtlicher Beziehung, insbes. hinsichtlich ber Subsumtion ber Umftande unter bas Strafgefet, so liegt die Boraussetzung bes Abs. 3 nicht wor.
- 13. Der Angeklagte niuß behaupten, auf die Bertheibigung nicht genügend vorbereitet ju fein. Die Richtigfeit biefer Behauptung unterliegt einer Brufung bes Gerichts nicht; baffelbe barf alfo bie Ausfehung nicht beshalb verweigern, weil eine anberweite Borbereitung ber Bertheibigung nicht erforberlich fei. - Gine anbere Frage ift bie: ob neue Umftanbe wirflich in ber Beife bervorgetreten feien, bag von einer Berudfichtigung berfelben bei ber Urtheils: fällung bie Rebe fein tann. In biefer Begiebung tann felbfiverftanblich bas Ermeffen bes In geklagten nicht maßgebend fein, ba bemfelben fonft in vielen Fallen bie Sanbhabe geboten fein murbe, willfürlich Aussehungen herbeizuführen und feine Berurtheilung binguhalten. Es fann vielmehr nur barauf antommen, ob in bem Urtheil bie betr. Umftanbe als erwiefen angefehm und bem Angeklagten jur Laft gelegt, bezw. im ichwurgerichtlichen Berfahren: ob fie in bie Fragftellung aufgenommen werben; ift bies nicht ber gall, fo tann ber Angeflagte aus ber Ablehnung seines Aussetzungsantrages einen Beschwerbegrund niemals entnehmen (vgl. Rote 6). Sonach ift bie obige Frage von bem Gericht zu entscheiben. Diefer aus ber Ratur ber Sache nothwenbig folgenben Ansicht sieht es nicht entgegen, daß die RTR. einen Antrag abgelehnt hat, nach welchem ber Anspruch auf Aussehung ber Berhandlung megfallen follte, wenn bas Bericht bie neu hervor: getretenen Umftanbe für nicht bewiesen erachtet (Brot. S. 972). — Da bie Enticheibung ber gebachten Frage haufig von bem Gefammtergebnig ber Beweisaufnahme abhangen wirb, fo mut bas Gericht auch für befugt erachtet werben, ben Beschluß über einen Aussetungsantrag bis jum Schluß ber Beweisaufnahme aufzuschieben. Gl. A. Reller S. 333, Dalde S. 177.

Bu Abf. 4.

14. Fehlt es an einer ber Boraussetzungen bes Abs. 3, so entscheibet bas Ermessen bes Gerichts barüber, ob in Folge ber Beränderung ber Sachlage zur besseren Borbereitung ber Bertheibigung bie Aussetzung ber Berbanblung ersorberlich sei; wgl. RGer. I. 3. Juni & (Rspr. II. 20), III. 29. Nov. 79 (Entsch. I. 106, Rspr. I. 105). — Ob es zur bessereitung ber Anklage einer Aussetzung bebürse, unterliegt stets bem Ermessen bes Gerichts (a. M. Glaser i. Geal XXXVI. S. 133).

Bu Abs. 3. 4.

- 15. Die Dauer ber Aussetzung wird in allen Fällen burch bas richterliche Ermeffen berftimmt; es kann also auch eine kurzere Unterbrechung und eine Fortsetzung ber Berhanblung. (im Gegensatzur Erneuerung: § 228 Rote 1) eintreten.
- 16. Das Gericht kann einem Antrage bes Angeklagten auf abichriftliche Mittheilung von Theilen bes Sigungsprotokolls stattgeben, wenn ber Angeklagte es glaubhaft macht. baß er einer folchen zur besseren Borbereitung seiner Bertheibigung beburfe (Mot. S. 192). Bgl- 3 147 Rote 9.

Zu Abs. 5.

- 17. Bgl. § 244 Rote 8—10. In allen in § 244 Abs. 2 bezeichneten Berhandlungen unter= liegt die Aussehung bem Ermessen bes Gerichts.
 - 3u § 265.
 - 1. Die Borfchrift ift von ber RER. aufgenommen (Prot. S. 460, 973). Da bas Gericht

§. 266.

Wird ber Angeklagte verurtheilt, so mussen die Urtheilsgrunde die für erwiesen erachteten Thatsachen angeben, in welchen die gesetlichen Merkmale ber

bas hier zugelassene Bersahren nicht von Amtswegen, sonbern nur auf Antrag ber Staalsanwaltschaft eintreten lassen kann und in biesem Antrage die Erhebung der öffentlichen Klage zu sinden ist (§ 168 Rote 2; vgl. unten Rote 3), so ist die Ansicht der Wehrzahl der Schriftsteller: daß § 265 eine Abweichung von dem Anklageprinzip (§ 151) enthalte, nicht als richtig anzuerkennen. Es handelt sich in § 265 lediglich um eine außergewöhnliche Berfahrensart (vgl. auch § 211) und insbes. um eine außergewöhnliche Art der Berbindung mehrerer Strassacht. — Der Antrag ist, da er hinsichtlich der Bezeichnung des Gegenstandes der Berhandlung den Eröffnungsbeschung ersetz, entsprechend zu formuliren und so in das Protokoll auszunehmen (Glaser II. S. 557).

- 2. Die Borschrift soll zur Bermeibung unnöthiger Beitläusigkeiten bienen. Man hat namentslich ben Fall im Auge gehabt, wenn bie Untersuchung eine Mehrzahl von Diebstählen, Untersichlagungen 2c. betrifft, in ber hauptverhandlung aber sich noch neue Straffälle ergeben, beren alsbalbige Aburtheilung ohne Schwierigkeit erfolgen kann (vgl. Bericht ber RIR. S. 71). Uebrigens erforbert die Bestimmung weber eine Mehrzahl bereits anhängiger Straffälle, noch die Gleichsartigkeit ber Delikte, noch ben Fall einer zu verhängenden Gesammtstrase; das Entscheidende ist allein die reale Konkurrenz ber einen und ber anderen That.
- 3. Mit Rudficht auf bas in Note 1 Bemerkte tann bas Berfahren nach § 265 nur in Unsichung folder Straffalle eintreten, wegen beren bie öffentliche Klage noch nicht erhoben war. Bgl. § 4, § 236.
- 4. Das Berfahren nach § 265 tann vor jebem ertennenben Gericht, insbes. auch vor bem Schwurgericht, eintreten: RGer. II. 12. Apr. 81 (Entsch. IV. '76, Rfpr. III. 225). A. R. nur Boitus S. 313, Dalde Komm. S. 178 u. Fragest. S. 79 ff.
- 5. Das Berfahren nach § 265 tann nur ftattfinden, wenn die andere That ein Bergeben wer eine Uebertretung, nicht aber, wenn fie ein Berbrechen ift. Dies gilt auch bann, wenn bas verhandelnde Gericht bas für bie Aburtheilung bes Berbrechens an fich juftanbige ift.
- 6. Die in ben Schlusworten bes § enthaltene Bestimmung über bie Zuständigteit entspricht bem Grundsat bes § 2; vgl. bort Note 3. a. Eine seine Zuständigkeit überschreitende That bar bas Gericht auf Grund bes § 265 nicht blos nicht aburtheilen, sondern auch nicht an bas zuständige Gericht verweisen: MGer. III. 2. März 81 (Rfpr. III. 91); vgl. übrigens § 369 Note 12. a. Es handelt sich hier nur um die sachliche Zuständigkeit; in Betreff der örtlichen vgl. § 13 u. Note 4 bas.
- 7. a. Der Angeklagte ift über seine Zustimmung ausbrücklich zu befragen. Bgl. jedoch Roer. II. 12. Apr. 81 (Entich. IV. 76, Ripr. III. 225), woselbst es für genügend erachtet ist, wenn in einer schwurgerichtlichen Berhandlung ber Angeklagte gegen die Stellung einer die "andere Hat" betreffenben Frage nichts erinnert hat.
- b. Die "andere That" muß bem Angeflagten unter hervorhebung ihrer gefehlichen Mertsmale und bes anzuwendenden Strafgefehes bezeichnet werben: RGer. III. 12. Mai 30 (Entid. I. 432).
- 8. Ob beim Borhanbensein ber gesetzlichen Boraussetzungen bie Berhandlung auf die andere Bat zu erftreden sei, unterliegt bem Ermessen bes Gerichts; baffelbe tann ben Antrag ber Staatsanwaltschaft trot ber Zuftimmung bes Angeklagten ablehnen.
- 9. Ift bas Gericht bem Antrage entiprechend in die Berhandlung über die andere That einseteten, so ift die Zulässigfigkeit der alsbaldigen Aburtheilung nicht weiter davon abhängig, ob hinstigtlich ber ersten, b. h. ber in dem Eröffnungsbeschlusse bezeichneten That eine Berurtheilung ober eine Freisprechung erfolgt. Auch verliert die einmal abgegebene Zustimmungserklärung des Angeklagten nicht ihre Birtsamteit, wenn das auf Grund berselben ergangene Urtheil ausgehoben wird und die Sache sodann an ein anderes Gericht gelangt: Re. IV. 1. Mai 85 (Enisch. XII. 164).

ftrafbaren Handlung gefunden werben. Insoweit ber Beweis aus anderen Thatsachen gefolgert wird, sollen auch biese Thatsachen angegeben werben.

Waren in ber Verhandlung folche vom Strafgesetze besonders vorgesehnen Umstände behauptet worden, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen, so mussen die Urtheilsgrunde sich darüber aussprechen, ob diese Umstände für festgestellt oder für nicht festgestellt erachtet werden.

Die Gründe bes Strafurtheils müssen ferner das zur Anwendung gebrachte Strafgeset bezeichnen und sollen die Umstände ansühren, welche für die Zumessung der Strafe bestimmend gewesen sind. Macht das Strafgeset die Anwendung einer geringeren Strafe von dem Vorhandensein milbernder Umstände im Allgemeinen abhängig, so müssen die Urtheilsgründe die hierüber getrossene Entscheidung ergeben, sosen das Vorhandensein solcher Umstände angenommen, oder einem in der Verhandlung gestellten Antrage entgegen verneint wird.

Wird ber Angeklagte freigesprochen, so muffen bie Urtheilsgrunde ergeben, ob der Angeklagte für nicht überführt, oder ob und aus welchen Gründen die für erwiesen angenommene That für nicht ftrafbar erachtet worden ist.

(I. Entm. § 216; II. Entm. § 222; III. Entm. § 225.)

10. Bgl. GBG. §185 u. Note 3 baj.

- 1. Der § behandelt die Urtheilsgründe; ben begrifflichen Gegensatz zu ihnen bilbet die Urtheilsformel (ber entscheibende Theil, Tenor); vgl. § 267. Da nach § 266 die Angabe der Merkmale der strafbaren handlung in die Urtheilsgründe gehört (Rote 2), so braucht die Urtheilsformel die That nur nach ihrem strafrechtlichen Namen zu bezeichnen; es braucht also z. B. das einen Diebstahl betreffende Urtheil im Falle der Berurtheilung nur dahin zu lauten: daß der Angeklagte des Diebstahls schuldig und beshalb so und so zu bestrafen, im Falle der Freisprechung aber dahin: daß der Angeklagte des Diebstahls nicht schuldig und beshalb sreizusprechen sei. Im Falle der ibealen Konkurrenz zweier Delikte sind bei de in der Urtheilssormel zu bezeichnen; vgl. Mer. II. 17. Mai 81 (Entsch. IV. 179, Ripr. III. 307). Ueber die Fassung der Urtheile vgl. im Uebrigen § 33 Rote 5.
- 2. In ben Mot. G. 193 wird bemerkt: "Jebes Urtheil, welches ben Angeklagten einer ftrafe baren Sanblung für iculbig erflart, ftellt fic als bas ichliefliche Ergebnif, als ein Ausammen faffen einer Reihe von thatfächlichen (positiven ober negativen) Annahmen ober Reft ftellungen bar. Dieje Annahmen ober Zeftstellungen find bie Elemente ober Beftanbtheile bes Urtheils, fie enthalten in fich icon eine Enticheibung, und es hangt lebiglich von pofitiven Gefetesvor fdriften ober von bem Gerichtsgebrauch ab, ob fie in ben Urtheilstenor aufgenommen ober in ber Form von Grunben bemfelben bingugefügt werben. Will man fie als Grunbe auffaffen, fo laffen fie fic als bie objektiven Enticheibungsgrunde bezeichnen." - Begenstand ber gebachten gefte fiellungen find junadft nothwendig bie gefetlichen Mertmale berjenigen ftrafbaren Sanblung, beren ber Angeflagte für iculbig befunben wirb : bas Gericht tann nicht verurtheilen, wenn es nicht alle Mertmale bes gefetzlichen Thatbestanbes als festgestellt ansieht. Bei jugenblichen Berfonen (StBB. § 57) gebort hierber auch bie Feststellung ber gur Ertenntnig ber Strafbarteit erforberlichen Ginficht: RGer. III. 12. Jan. 81 (Entid. III. 198, Ripr. II. 714) u. 12. Febr. 81 (Ripr. III. 44), bei Bergeben gegen § 186 bes StBB. auch bie nichterweislichkeit ber behaupteten Thatfache: III, 8. Dez. 84 (Ripr. VI. 788). 3m Uebrigen hangt ber Um fang und Inhalt ber ju treffenben Refifiellungen theils von bem Inhalt ber Anklage, theils von ben in ber Berhanblung aufgefiellten Behauptungen ber Prozegbetheiligten ab. - Die Antlage, b. b. ber Eröffnungsbeichluß (SS 201, 204, 242), muß burch bie Reftstellungen ber Urtheilsgrunde in allen Buntten erfcopft werben. Daher barf bas Gericht, wenn es abweichenb von bem Befchluffe einen im Strafgefes

Digitized by GOOGLE

vorgesehenen, die Strafbarteit erhobenben Umftanb für nicht erwiesen erachtet, benfelben nicht eins fac übergeben; es muß vielmehr ausbrudlich aussprechen, bag berfelbe nicht feftgeftellt fei (bie ftaffung bes Abs. 2: "in ber Berhanblung — behauptet" ift für biesen Kall nicht recht paffenb), Desgleichen muß bas Gericht, wenn es bie That anbers, als in bem Befcluffe gescheben, qualis fizirt (f 263), 2. B. in ihr nicht einen Diebstahl, sonbern eine Unterschlagung finbet, ausbrücklich aussprechen, welche Mertmale bes Thatbeftanbes bes Diebftahls nicht feftgestellt feien. - Ueber bie in ber Berhandlung aufgestellten Behauptungen ber Brozefbetheiligten trifft Abf. 2 Bestimmung; barnach barf 3. B., wenn ber Angeflagte in Ausübung ber nothwehr gehandelt haben will, bie Berurtheilung nicht erfolgen, ohne bag ausbrudlich eine negative Feftftellung hinfichtlich ber Rothwehr getroffen wirb. Der Grundsat bes Abs. 2 muß übrigens folgerichtig auch bann gelten, wenn bie Behauptung eines Prozestetheiligten babin geht: bag bie That anbers, als in bem Eröffnungsbejdluffe geschehen, zu qualifiziren fei. Bgl. noch § 262 Rote 2. b. o. d. — Zieht bas Gericht eine anbere Qualifizirung der That ober einen in dem Eröffnungsbeschlusse nicht hervorgehobenen Umstand ber in Abs. 2 bezeichneten Art von Amtswegen in Betracht, so braucht es eine ausbrudliche Reststellung nur zu treffen, falls es bei feiner Brufung zu einem politiven Resultat gelangt; bie Aufnahme einer negativen Refiftellung ift bem Ermeffen bes Gerichts überlaffen; vgl. § 263 Rote 4. Die Feststellungen ber Urtheilsgrunde entsprechen in ben vorftebenb bemerkten Beziehungen bem Spruch ber Gefcmorenen; val. bie anglogen Beftimmungen ber SS 294-296. — Bgl. noch § 393 Abs. 2.

- 3. Die Urtheilsgründe muffen felbstständig den Erfordernissen des § 266 genügen; ber in diesem § vorgeschriebene Inhalt berselben kann weber durch einen hinweis auf den Erössenungsbeschluß (RGer. III. 9. Juli 81 Entsch. IV. 382) ober auf die Anklageschrift (RGer. II. 13 Mai 81 Entsch. IV. 137, Rspr. III. 299), noch durch einen solchen auf das Sitzungsprotokoll (RGer. III. 7. Apr. 80 Rsp. I. 558) ersetzt werden. Ebensowenig genügt die Bezugnahme auf den Inhalt eines in einer anderen Sache ergangenen Strasurtheils: RGer. III. 9. Juli 81 (Entsch. IV. 367). Dies gilt auch im Falle eines Geständnisses des Angeklagten: RGer. II. 14. Mai 80 (Entsch. I. 415, Rspr. I. 779).
- 4. a. Die Urtheilsgründe mussen alle gesetzlichen Merkmale ber That mit ben Ausbruden bes Gefetes feftftellen, außerbem aber biejenigen tonfreten Thatfachen angeben, in welchen jene Merkmale gefunden werben; bie Feststellungen enthalten also nicht blos bie Entscheibung ber Beweisfrage, sonbern auch bie Subsumtion ber tontreten Thatsachen unter bas Strafgeset; vgl. RGer. I. 19. Jan. 80 (Entsch. I. 152). Im Falle bes § 4 Nr. 3 bes StGB. gilt bies auch von ben in bem betr. auslänbischen Strafgeset bezeichneten Merkmalen ber That: I. 14. Jan. 86 (Entich. XIII. 229). Es versteht sich, daß, soweit bei ber Subsumtion rechtliche Bebenken obwalten tonnen, bas Gericht auch bie Rechtsgrunbe barlegen muß, von benen es bei feiner Ent= schiung geleitet worden ist. Andererseits ist die Aufnahme eines gesetlichen (abstrakten) Ausbruds da entbehrlich, wo es absolut selbstverstänblich ift, daß der konkret bezeichnete Gegenstand 2c. bas betr. Merkmal barftellt; es kann also 3. B. ber im Gefetz gebrauchte Ausbruck "Berson" burch ben Ramen ber Berfon, ber Ausbrud "bewegliche Sache" burch bie Bezeichnung ber Sache erfest werben. — Die Angabe ber konkreten Thatsachen muß eine bergestalt spezielle sein, bag bem Reifionsrichter bie Brufung ermöglicht wirb, ob biefelben mit Recht unter bas Strafgefet fubiumirt worben; vgl. Re. II. 18. Jan. 81 (Entich. III. 201) und ferner 3. B. III. 7. Apr. 80 (Ripr. I. 558), II. 25. Juni 80 (Ripr. II. 112), I. 4. Nov. 80 (Entich. II. 419, Ripr. II. 451), I. 24. Oft. 81 (Ripr. III. 636), III. 25. März 82 (Ripr. IV. 280). Es bürfte fich in allen nicht gang einfachen Sachen empfehlen, ben gefammten Thatbestanb mit ben Ausbruden bes Beletes, unter hinzufügung ber Angaben von Zeit und Ort ber That, in eine Schluffefift ellung miammengufaffen und biefer bie Darftellung ber fontreten Thatfachen ac. vorauszuschiden. (Der in Preußen ublich geworbene Ausbrud': "thatfachliche Reststellung" ift infofern intorrett, als, wie bemerkt, in ber Schluffestitellung icon bie Gefehesanwenbung mit enthalten ift.) - In Betreff ber ichwurgerichtlichen Fragstellung vgl. § 293.

b. Eine alternative Feststellung verschiebener Thatbestanbsmerkmale ift nicht ausgeichlossen; so 3. B.: RGer. II. 14. Mai 80 (Rfpr. I. 777). Bgl. bie Roten zu § 292.

5. Rad bem Entw. follten bie Beweisgrunbe nicht in bas Urtheil aufgenommen werben, weil nach bem Grunbfat ber freien Beweiswürbigung bie Uebergeugung von ber Schulb bes Angeflagten 2c. bei bem einen Richter auf anberen Grunben beruhen tann als bei bem anberen (Mot. S. 193); vgl. GBG. § 196 Rote 3. c. β. Die RER. (Brot. S. 405 ff., 975 ff.) hielt es jeboch für nothwendig, das unbeschränkte richterliche Ermeffen einer Art von Selbstontrole gu unterwerfen, und fie nahm beshalb bie Bestimmung bes Abf. 1 Sat 2 auf. Rach biefer follen zwar nicht bie Bemeismittel (vgl. Rer. II. 2. Apr. u. 14. Dai 80 - Ripr. I. 532 576), mohl aber bie Bemeisthatfachen, alfo biejenigen Thatfachen, aus benen ber Bemeis ber That "gefolgert wirb" (Inbigien), in ben Urtheilsgrunben ausgeführt werben. Birb 3. B. ber Angeklagte bes ihm zur Laft gelegten Diebstahls für foulbig erachtet, weil man ihn um bie Zeit ber That in ber Rabe bes Thatortes bemerkt, weil er nach ber That ungewöhnliche Musgaben gemacht hat zc., fo bebarf es ber Anführung biefer Thatfachen. Wenn bagegen g. B. bei einer Antlage wegen Körperverletung bie verschiebenen Augenzeugen ber That ben Hergang bei biejer verschieben barftellen, fo bebarf es einer Angabe ber Grunbe nicht, aus benen bas eine Zeugnif für beweisenb, bas anbere aber für nicht beweisenb angeseben worben ift. Bgl. auch Re. IV. 5. Oft. 86 (Ripr. VIII. 598). — Uebrigens geht aus ber Kassung ber Bestimmung ("sollen") hervor, bag bie Richtbefolgung berfelben eine Nichtigkeit nicht nach fich ziehen würbe, und ihre Befolgung ericeint überhaupt nur hinsichtlich folder Indigien ausführbar, beren Dafein und Erheblichfeit von ber erforberlichen Mehrheit ber Richter (§ 262) anerkannt wirb; benn bie Anführung folder Inbigien, auf welche nur ber eine ober ber anbere Richter Gewicht legt, murbe nichts Anberes als ein fachlich bebeutungslofes Referat über ben Inhalt ber Zeugenausfagen 2c. enthalten. - Unbererfeits wird es fich, wiewohl & 266 bies nicht vorschreibt, in manchen Fallen empfehlen, auch bie Beweismittel und beren Berth in ben Urtheilsgrunben ju erortern, menn nach Lage ber Sache eine folche Erörterung im Sinblid auf bie Möglichkeit ber Berufung ober einer Bieberaufnahme bes Berfahrens angemeffen ericheint.

6. Unter bem jur Unwendung gebrachten Strafgefest find wesentlich biejenigen Borgichriften zu verfieben, welche ben Deliktsbegriff nach irgend einer Richtung befiniren und die Strafandrohung enthalten; bie Anführung anderer Bestimmungen, welche bei ber Entscheidung zu beachten waren, wie 3. B. ber SS 28, 29, 41 bes StBB., ift nicht wesentlich: Re. III. 15. März 83 (Ripr. V. 175). Indeß wird es stets angemessen sein, alle zur Anwendung gebrachten Borschriften anzusübren.

7. Daß auch die Strafzumessungsgründe angegeben werben sollen, beruht gleichsalls auf den Beschlässen der RTR. (Prot. a. a. D.). Wieweit das Gericht hierbei ins Einzelne gehen will, ift seinem Ermessen überlassen. In Betress des Ausdrucks "sollen" gilt das in Rote 5 Bemerkte; vgl. RGer. II. 10. Jebr. 82 (Entsch. VI. 25, Rspr. IV. 147). — In den Bereich der Strafzumessungsgründe gehört auch die Festsellung der "besonders leichten Fälle" des § 57 Rr. 4 und der "minder schweren Fälle" der §§ 94, 96 des StBB.: RGer. II. 10. Febr. 82 (Entsch. VI. 25, Rspr. IV. 147).

8. Die Bestimmung in Betreff ber milbernben Umstänbe entspricht bemjenigen, was in Abs. 2 hinsichtlich ber besonders vorgesehenen, die Strafbarkeit vermindernden Umstände vorgesichrieben ist (vgl. Note 2). Da das Urtheil die Strafzumessungsgründe angeben soll und sachlich gerade die milbernden Umstände dem Bereich der Strafzumessung angehören (§ 262 Note 3), so wird das Urtheil solgerichtig auch diesenigen Momente, in benen die milbernden Umstände gefunden werden, anzusühren haben, wenngleich man in der NEK. (Prot. S. 405 ff.) nicht von dieset Unsicht ausgegangen ist. Gl. A. Puchelt S. 435, Fuchs in Hh. II. S. 104, Stenglein S. 470. Dishausen S. 222, Glaser II. S. 590; a. M. v. Schwarze S. 430, Keller S. 340; vgl. auch Roser, III. 19. Juni 80 (Rfpr. II. 83).

9. In Betreff ber Grünbe eines freifprechen ben Urtheils vgl. bas zu § 202 Rote 3 Gefagte. Das Gefet "forbert von ben Grünben eines freifprechenben Urtheils zum minbeften ein

§. 267.

Die Verkündung des Urtheils erfolgt durch Verlefung der Urtheilsformel und Eröffnung der Urtheilsgründe am Schlusse der Verhandlung oder spätestens mit Ablauf einer Woche nach dem Schlusse der Verhandlung. Die Eröffnung der Urtheilsgründe geschieht durch Verlesung oder durch mündliche Mittheilung ihres wesentlichen Inhalts.

Bar die Verkündung des Urtheils ausgesetzt, so find die Urtheilsgrunde vor derselben schriftlich festzustellen.

(L Entw. § 217; IL. Entw. § 223; III. Entw. § 226.)

flates und bestimmtes Auseinanberhalten ber thatfaclicen und ber rechtlichen Gesichtspuntte, anbererfeits in thatfachlicher Beziehung eine beutliche Bezeichnung berjenigen Thatfachen, welche das ertennende Gericht als nicht erwiesen erachtet, und in rechtlicher Beziehung eine Bervorhebung be Rechtsgrundes, welcher fur bie Enticeibung beftimmenb gewesen ift"; fo: RGer. III. 3. Des. 81 (Entid. V. 225), II. 27. Oft. 85 (Entid. XIII. 30); vgl. aud III. 22. Mai 80 (Kipr. I. 811), III. 28. Dez. 80 (Entich. III. 147), III. 18. Dez. 86 (Entich. XV. 217). Dies gilt entsprechend auch in bem Falle, wenn bas Gericht gegenüber ber Behauptung: bag ein bie Strafe erhobenber n. Umftand vorliege (Abf. 2), eine verneinende Feststellung trifft: Reer. III. 25. Marg 82 (Entig. VI. 141). — Die Mot. S. 194 bemerken noch: "Dentbar ift es auch, bag von ben Richtern ein Theil ben Angeklagten für nicht überführt, ber anbere Theil einen Strafausichliegungsgrund für bargethan erachtet. Auch in einem folden Fall wird ber Angeklagte freizusprechen lein, weil, wenn eine Berurtheilung erfolgen foll, bie Mehrheit ber Richter barüber einig sein muß, baß ber Angeklagte ichulbig fei, und weil ber Mangel einer Ginigung über bie Grunbe ber Freiprechung nicht zu einer Berurtheilung führen tann. In einem folden Fall nun würben bie Urtheilsgrunde fich freilich auf bie Angabe beschränken muffen, bag bas Gericht nicht von ber Schulb bes Angeklagten überzeugt worden fei." Es wird fich inbeg in berartigen Fällen empfehlen, zum Berftanbniß bes Urtheils die vorhandenen Meinungsverschiebenheiten in ben Urtheilsgrunden bervorzuheben. Bgl. GBG. § 196 Note 3. c.

- 10. Inwiefern es bei Antragsbelikten ber ausbrücklichen Feststellung, baß ber Antrag rechtszeifig gestellt sei 2c., beburfe, barüber s. § 259 Rote 13. b.
 - 11. In Betreff ber Grunbe ber ichmurgerichtlichen Urtheile f. § 316.

3# \$ 267.

- 1. Regelmäßig hat sich an die Schlufvorträge (§ 257) alsbald die Berathung bes Gerichts (GBG. § 195) und an diese bie Berkündung des Urtheils anzuschließen; falls jedoch die Berathung eine langere Zeit in Anspruch nimmt, darf ausnahmsweise sie und die Berkündung des Urztheils ausgesetzt werden. Auf schwurgerichtliche Berhandlungen erstreckt sich diese Ausnahme nicht (§ 315).
- 2. a. Die Urtheilsverkündung bilbet selbst im Falle der Aussetzung einen Theil der Sauptverhandlung, wenngleich § 267 eine längere Frist zuläßt als § 228. Sie kann baher nur in Gegenwart berjenigen Richter und Schössen statsen, welche in der Hauptverhandlung mitgewirft haben, und es würde eine Erneuerung der letzteren (§ 228 Note 1) ersorderlich sein, wenn aus irgend welchem Grunde, z. B. wegen des Todes eines Richters oder Schössen, das Gericht nicht mehr in der früheren Besetzung zusammentreten könnte (vogl. § 225 u. Note 1 das.): RGer. III. 11. Dez. 80 (Entsch. III. 116, Rspr. II. 631). Wit Unrecht will Puchelt S. 437 eine Ausnahme zulassen, wenn das Urtheil gemäß § 275 schon zu den Atten gebracht ist; sein Argument (§ 259 Sat 1) trifft nicht zu, da die "Erlassung" des Urtheils mit der Berkündung zusammens sält (§ 33 Note 3). Auch die Staatsanwaltschaft (§ 226 Note 1) und ein Gerichtsschreiber (§ 225 Note 3) müssen bei der Berkündung zugegen sein. Das Ausbleiben des Angeklagten und seines Bertheibigers sehr der Berkündung nicht entgegen; vgl. RGer. I. 3. Dez. 83 (Entsch. IX. 341). Uebrigens ist die Borsührung des nicht auf freiem Fuße besindlichen Angeklagten zur Urztheilsverkündung in gleichem Maße wie zur Berhandlung selbst nothwendig (vgl. § 229 Note 2)

- b. Bgl. § 245 Abf. 1 u. Rote 1 baf.
- c. Der Zeitpunft ber Urtheilsverfundung braucht nur burd Bertundung befannt gemacht zu werben (vgl. § 228 Rote 7).
- d. Die Berfündung bes Urtheils muß burch bas Prototoll beurfundet werden, widrigem falls bas erstere ber Aufhebung unterliegt: RGer. III. 20. März 80 (Rfpr. L 496).
- 3. Erfolgt bie Urtheilsverfundung nicht fpateftens am fiebenten Tage nach ber Aussehung, so muß bie hauptverhandlung erneuert werben (vgl. § 228 u. Rote 1. baf).
 - 4. Die Berfunbung bes Urtheils erfolgt ftets offe ntli & (888. § 174).
- 5. a. Die Berkündung des Urtheils muß sich stets, selbst wenn der Angeklagte nicht anwesend ist, auf die Urtheilsgründe mit erstrecken. Ist die Berkündung der Gründe unterblieden, so fann zwar auf diesen Mangel die Ansechtung des Urtheils nicht gestützt werden: Rec. II. 20. Jan. 80, III. 13. März 80 (Rspr. I. 249, 467), I. 10. Juni 80 (Rspr. II. 51). Allein der Lauf der Frist sir die Einlegung des Rechtsmittels kann in diesem Falle nicht mit der Berkündung, sondern erst mit der (bemzusolge nothwendigen) Zustellung des Urtheils beginnen: Rec. II. 6. Febr. 80 (Entsch. I. 192, Rspr. I. 323); vgl. II. 1. Juni 80 (Entsch. II. 78). Das die Berkündung der Urtheilsgründe stattgesunden habe, kann nur durch das Protokoll konstatit werden (§ 274).
- b. Die Urtheilsformel (§ 266 Rote 1) muß ftets verlefen, folglich vor ber Ber funbung bes Urtheils niebergefchrieben merben; bie getroffene Bestimmung will bie Doglichfeit von Differengen zwifden ber munblich verfunbeten Urtheilsformel und ber Rieberichrift ausfoliegen. Inbeg bilbet ber Umftanb, bag bie Berfunbung nicht burch Berlefung erfolgt ift, nicht ohne Beiteres einen Revisionsgrund, sonbern nur bann, wenn eine Berichiebenheit zwischen ber verfündeten Urtheilsformel und ber niebergefchriebenen behauptet wirb; pgl. einerfeits RGer. IL 21. Dez. 80 (Entsch. III. 131), I. 27. Apr. 82 (Ripr. IV. 398) und andererseits III. 16. Upr. 85 (Ripr. VII. 233). Dag bie Urtheilsformel vor ber Berfunbung protofollirt und aus bem Sigungsprotofoll verlefen werbe, ift nicht vorgefcrieben: Re. I. 24. Apr. 82 (Ripr. IV. 382). — Die Urtheisgrunde brauchen nur bann, wenn bie Berfunbung bes Urtheils ausgefest mar, vor biefer niebergefchrieben ju merben. Ihre Eröffnung fann in allen Fällen, alfo felbft im Salle bes Abf. 2, burch munbliche Mittheilung ihres wefentlichen Inhalts erfolgen ; eine Berlefung ber Rieberichrift ift niemals erforberlich; pgl. GBG. § 174 Rote 2. Auf bie Dichtubereinstimmung ber munblich verfunbeten Grunbe mit ben ichriftlich abgefagten fann bie Revision nicht gestütt werben: RGer. III. 9. Juli 81 (Entich. IV. 382), III. 25. Febr. 82 (Ripr. IV. 210).
- 6. Nach erfolgter Verkündung bes Urtheils ift eine Abanberung ober auch nur Erganzung besselben unstatthaft, auch wenn ein förmlicher Schluß ber hauptverhandlung noch nicht stattgesunden hat: RGer. II. 22. Nov. 81 (Entsch. V. 173, Rspr. III. 723), I. 23. Apr. 85 (Rspr. VII. 245). Dagegen erachtete II. 15. Febr. 87 (Entsch. XV. 271, Rspr. IX. 132) es für statthaft, nachträglich noch einen Theil bes Urtheils zu verkünden, der von dem Gericht schon zuvor "mitberathen und mitbeschlossen, bei der Berkündung aber aus Bersehen weggeblieben war. In Betreff der Berichtigung von Schreibfehlern 2c. s. Note 2. c zu Buch 3.
- 7. War ber Angestagte bei ber Berkündung des Urtheils nicht anwesend (§ 230 Abs. 2, §§ 231, 232, 233; vgl. GBG. § 178 Rote 4. b), so muß ihm basselbe, und zwar mit den Gründen, durch Zustellung bekannt gemacht werden. Dies war im Entw. ausdrücklich vorgeschrieben; der betr. Sah wurde jedoch, weil sein Inhalt selbstverständlich sei, von der REK. gegestrichen (vgl. § 355 Abs. 2, § 381 Abs. 2). Die gestrichene Borschrift war indeß mindesens (vgl. § 35 Note 2) insofern nicht überstüffig, als aus ihr klar hervorging, daß die Zustellung des Urtheils auch im Falle einer ersolgten Bertretung des Angestagten (§ 233) nothwendig sei. Aus dem Geseh selbst ift für diesen Kall die Nothwendigkeit der Zustellung nicht zweiselsfrei zu entnehmen; sie ist nur daraus zu solgern, daß die REK. eine sachliche Aenderung nicht beabssichtigt hat. Bgl. noch Note 8. d zu Buch 1 Abschn. 11.

§. 268.

Urtheile, burch welche die Unterbringung des Angeklagten in eine Erziehungssober Besserungsanstalt angeordnet wird, sind auch dessen gesetzlichem Vertreter zuszustellen, sosern nicht der letztere in der Hauptverhandlung als Beistand des Angeklagten aufgetreten und dei der Verkündung des Urtheils gegenwärtig gewesen ist.

(I. Entw. § —; II. Entw. § 224; III. Entw. § 227.)

, ..., , ..

§. 269.

Das Gericht barf sich nicht für unzuständig erklären, weil die Sache vor ein Gericht niederer Ordnung gehöre.

(I. Cutm. § 218; II. Cutm. § 225; III. Cutm. § 228.)

§. 270.

Stellt sich nach bem Ergebnisse ber Berhandlung die dem Angeklagten zur Last

8. Gine Belehrung bes Angeklagten über bie ihm zustehenben Rechtsmittel ift nicht vorgeschrieben; jeboch wird fie auf Berlangen zu ertheilen fein.

Ju § 268.

- 1. In Betreff ber Unterbringung eines Angeflagten in eine Erziehungs, ober Befferungs, anftalt f. StBB. § 56.
- 2. Ueber ben Begriff bes gesetzlichen Bertreters s. Buch 1 Abschn. 11 Note 3. Nach bem bort unter c. Bemerkten ist die Borschrift des § 268 eine erzeptionelle. Die Nothwendigkeit, das Urtheil auch dem Angeklagten selbst zuzussellen, hängt ohne Rücksicht darauf, ob der Fall des § 268 vorliegt, lediglich davon ab, ob der Angeklagte bei der Berkündung des Urtheils anwesend war oder nicht; vgl. § 267 Note 6. Ueber das Auftreten des Bertreters "als Beisfand" s. § 149.
- 3. Die Urtheile ber hier gebachten Art können, wenngleich sie nach § 56 bes Stob. freisprechenbe find, boch auch von bem Angeklagten und seinem Bertreter mit ben zulässigen Rechtsmitteln angefochten werben; es kann biesen Bersonen nicht verwehrt sein, barzuthun, baß ber Angeklagte die ihm zur Last gelegte That nicht begangen habe; vgl. RGer. III. 11. Juni 81 (Entich. IV. 355, Rspr. III. 380). Aus § 268 wird nun zu folgern sein, baß in den Fällen, in denen das Urtheil dem gesetlichen Bertreter zugestellt werden muß, die Frist für die Einzlegung des diesem zustehenden Rechtsmittels, abweichend von der Regel des § 340, erst mit der Zustellung beginnt, und gerade hierin muß die sachliche Bedeutung des § 268 gefunden werden. Bgl. Prot. S. 1004.
- 1. Es ift in § 269 nur von ber fachlich en Buftanbigfeit i. e. S., b. h. von ber Buftanbigfeit ber orbentlich en Strafgerichte im Berhaltniß berfelben zu einander, bie Rebe. In Betreff
 ber örtlichen Zuftanbigfeit vgl. §§ 16—18, in Betreff ber Sonbergerichte: GBG. § 13 Rote 15. a.

Zu § 269.

- 2. Nach der Auffassung der StPD. schließt die größere sachliche Zuständigkeit (vgl. § 1 Note [2. a) die geringere ein (Wot. S. 194). Bgl. noch § 2 Note 3. a., GBG. § 136 Note 4 (Schluß).
- 3. Der Grundsat bes § 269 gilt ausnahmslos, also z. B. auch bann, wenn bie Buftanbigfeit eines Gerichts nieberer Ordnung schon aus bem Eröffnungsbeschlusse ersichtlich war: Rer. IV. 29 Apr. 87 (Entsch. XVI. 39); ebenso bann, wenn bas Gericht höherer Ordnung durch eine zu Unrecht erlassen Unzuftändigkeitserklärung des Gerichts nieberer Ordnung mit der Sache besatzt worden: IV. 6. Nov. 85 (Ripr. VII. 641); ebenso auch bei Forstfreveln, für deren Aburtheilung ein besonderes Berfahren vorgeschrieben ist: I. 4. März 86 (Entsch. XIII. 381); vgl. EG. § 3 Note 12.
 - 4. Bgl. noch § 458 Rote 2.

3u § 270.

1. Bie in § 269, fo hanbelt es fich auch in § 270 nur um bie faciliche Buftanbigfeit i. e. G.

Digitized by GOOGLE

gelegte That als eine solche dar, welche die Zuständigkeit des Gerichts überschreitet, so spricht es durch Beschluß seine Unzuständigkeit aus und verweist die Sache an das zuständige Gericht.

Dieser Beschluß hat die Wirkung eines das Hauptverfahren eröffnenden Beschluffes und muß den Erfordernissen eines solchen entsprechen.

Die Anfechtbarkeit bes Beschluffes bestimmt sich nach ben Vorschriften bes §. 209.

Ift ber Beschluß von einem Schöffengerichte ergangen, so kann ber Angeklagte innerhalb einer bei ber Bekanntmachung bes Beschlusses zu bestimmenden Frist die Bornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen. Ueber den Antrag entscheibet der Vorsitzende des Gerichts, an welches die Sache verwiesen ist.

(I. Entw. § 219; II. Entw. § 226; III. Cutm. § 229)

Digitized by GOOGIC

Bu Abj. 1.

^{2.} a. Die Unzuftanbigfeitserklarung fest poraus, bag nach bem Ergebniß ber Berhanblung bie That fich als eine bie Buftanbigfeit bes Gerichts überichreitenbe barftellt. Sonach muß bie Berhandlung erft burchgeführt fein, ebe bas Gericht fich fur unguftanbig erflaten fann. Dies gilt auch bann, wenn bas Gericht lebiglich aus rechtlichen Grunben, also ohne baf neue Thatumftanbe bervorgetreten finb, von bem Gröffnungsbeichluffe abmeichen und ber That eine Qualifitation beilegen will, vermoge beren biefelbe feine Bustanbigkeit überschreitet; auch in biefem Falle muß die Berhanblung burchgeführt werben, zumal biefelbe möglicher Beife thatfächliche Momente ergeben kann, welche zu einer Aufrechthaltung ber in bem Beschlusse angenommenen Qualifitation fuhren. Dabei ift jeboch bie Aussenung folder Beweise, welche gegenüber ber vorauszusehenden Unzuftandigkeitserklarung unerheblich erscheinen, nicht ausgeschlossen (Stenglein 😇. 474). — Ohne Beweisaufnahme hat bas Gericht seine Unzustänbigkeit auszusprechen, wenn baffelbe fcon nach ber in bem Eröffnungisbeschlusse angenommenen Qua lifikation ber That unjustandig ift, ber Befclus also auf einer irrigen Anwendung ber Bu ftanbigfeits: normen beruht. Denn bie Zuständigkeit jur Freisprechung kann nicht weiter reichen als bie Busianbigfeit jur Berurtheilung ; baber barf z. B. bas Schöffengericht ben eines ichmeren Diebftable Angeklagten nicht freifprechen, wenn fich in ber Berhanblung herausstellt, bag zwar ber Diebstahl ein schwerer, ber Angeklagte aber nicht ber Thäter ift. Gbenso verhalt es fich in bem anberen Falle, wenn bie Berhanblung ergiebt, bag zwar ber Angeklagte ber Thater, ber Diebstahl aber nur ein einfacher, ber Buftanbigfeit bes Schöffengerichts (BBG. § 27 Rr. 4) unterliegenber ift. In biefem Falle finbet zwar eine ausbrudliche Freisprechung hinfichtlich ber schwereren Qualifitation nicht ftatt (f 259 Rote 6); allein fachlich betrachtet enthalt bas wegen einfachen Diebstahls strafende Urtheil boch eine theilweife Freisprechung, und es ift baber folgerichtig, auch für biesen Fall bem Schöffengericht bie Zuständigkeit zur Aburtheilung abzusprechen. Gl. A. RGer. III. 15. Nov. 83 (Entsch. IX. 324, Rfpr. V. 696). Insoweit hiernach biese Zustänbigkeit icon burch ben Eröffnungsbeichluß ausgeschlossen ift, mare ble Aufnahme bes Beweises etwas Bredlofes; fie muß bemaufolge aber auch für entbehrlich erachtet werben, wenngleich bie RER. von ber Annahme ausgegangen ift, daß die Durchführung ber Berhandlung in allen Fällen nothwendig fei (Brot. S. 980). Ueber bie bestehenden Meinungsverschiebenheiten vgl. Boitus Rontr. I. S. 310.

^{3.} hinsichtlich bes Beweises berjenigen neuen Thatumstanbe, welche für die Qualifizirung ber That und für die von bieser abhängige Zuständigkeit bes Gerichts von Erheblichkeit sind, hat bas Gericht sich auf ben Standpunkt bes über die Eröffnung bes Hauptversahrens beschließenden Richters zu stellen, wie dies aus der in Abs. 2 ausgesprochenen Gleichkellung der Unzusändigkeitserklärung mit dem Eröffnungsbeschlusse hervorgeht. Es ift also nicht ersorberlich, daß das Gericht die gedachten Thatumstände für überzeug end bewiesen, es genügt vielmehr, daß es dieselben sur ihreichend wahrsche inlich erachtet (vgl. § 201 u. Note 3. a. das.). — Demzusolge bedari

es eines Spruches ber Geschworenen nicht, wenn in einer schwurgerichtlichen Berhanblung bas Gericht zu ber Anficht gelangt, baß bie Sache jur Zuftanbigfeit bes Reichsgerichts gehöre.

- 4. Es fragt sich, wie der Fall zu behandeln ift, wenn das Gericht nach dem Ergebniß ber Berhandlung abweichend von dem Eröffnungsbeschlusse, zwar die That für eine seine Zuständigseit überschreitende, allein den Angellagten der Thäterschaft ze. nicht für hinreichend verdächtig oder einen Strafausschließungsgrund ze. für vorhanden erachtet. Es ist davon auszugehen, daß einerseits auch in diesem Falle das Gericht die, die Qualistation der That berührende Beränderung der Sachlage nicht ignoriten dars, andererseits aber, nachdem einmal das hauptversahren eröffnet ist, eine Außerverfolgsehung des Angeslagten im Sinne des § 202 nicht mehr eintreten kann, da das Geseh eine solche im Stadium des hauptversahrens nicht kennt. Tas Gericht kann den Ausspruch des Eröffnungsbeschlusses: daß der Angeslagte hinreichend verzdätig sei, nicht anders als durch Urtheil beseitigen, und da es zur Erlassung eines solchen wegen der veränderten Beschaffenheit der That nicht zuständig ist, so bleibt nichts übrig, als auch in diesem Falle die Unzuständigkeitserklärung zu erlassen. Gl. A. Rever. II. 26. Rov. 80 (Entsch. III. 70, Ripr. II. 571), Stenglein S. 474, Dalde S. 182, Puchelt S. 440, Boitus Kontr. I. 310; a. M. Reller S. 346, Thilo S. 318, Gever S. 745 (welche sich für die Außerverfolgschung artiaren); val. auch Glaser II. S. 573.
- 5. Bei ich offen gerichtlichen Berhanblungen tommen vermöge bes Instituts ber Uebers weisung (GBG. § 75) noch folgenbe besonbere Falle in Betracht:
- a. ber Fall, wenn die That in dem Eröffnungsbeichlusse 2c. (vgl. noch §§ 211, 447) als eine zur ursprünglichen Zuständigkeit bes Schössengerichts (BBG. § 27) gehörige qualifizirt ift, nach dem Ergebniß der Berhandlung sie sich als eine zur Zuständigkeit der Strafkammer gehörige, jedoch als eine solche darstellt, bei welcher die Ueberweisung an das Schössengericht nach § 75 cit. statthaft gewesen wäre. Für diesen Fall wird aus der Ausnahmevorschrift des GBG. § 28 zu solgern sein, daß, soweit nicht eben dieser § anwenddar ist, die Unzuständigkeitserklärung nicht deshalb unterdleiben darf, weil die Zuständigkeit des Schössengerichts durch Ueberweisung hätte begründet werden können. Dies gilt z. B., wenn die öffentliche Klage wegen Bersens mit Steinen (StBB. § 366 Rr. 7) erhoben ist, das Gericht aber die That als Körperverletzung (SiBB. §§ 223, 223 a) qualifizirt;
- b. ber Fall, wenn das Schöffengericht burch Ueberweisung mit der Sache befaßt ist, dasselbe in der Qualifizierung der That von dem Straftammerbeschlusse abweicht, die That jedoch auch in der veränderten Gestalt zu benjenigen Delikten gehört, dei denen die Ueberweisung stattschaft ist. In diesem Falle ist es als dem Gedanken des Gesehes (vgl. GBG. § 75 Rote 2. a) entsprechend anzusehen, daß das Schöffengericht sich nicht für unzuständig erklärt, sondern in der Sache erkennt, also z. B. den Angeklagten nicht wegen Diebstahls, sondern wegen Unterschlagung (vgl. GBG. § 75 Nr. 6, 7) verurtheilt. Gl. A. Stenglein S. 475; a. M. Keller S. 345.
- 6. Aus bem zu § 259 Rote 6 Bemerkten folgt, daß, wenn wegen veränberter Qualifizirung ber That eine Unzuftändigkeitserklärung zu erlaffen ift, das Gericht nicht daneben ein freifprechen bes Urtheil hinsichtlich berjenigen Qualifikation ber That erlaffen darf, welche ber letteren in dem Eröffnungsbeschlusse beigelegt war: Rer. I. 7. Okt. 80 (Entich. III. 4, Ripr. II. 301). Bon diesem Falle verschieden ist der andere Fall, wenn sich in einer, mehrere verbundene Strafsachen umfassenden Berhandlung (vgl. SS 4, 236) die Unzuständigkeit des Gerichts in Ansichung einer dieser Sachen ergiedt; alsdann wird regelmäßig in den übrigen das Urtheil zu erlassen und auf sie die Unzuständigkeitserklärung nur dann zu erstrecken sein, wenn besondere Gründe die gleichzeitige Aburtheilung der verdundenen Sachen erheischen. Bgl. noch § 265 Rote 6.
- 7. Darüber, bag bie Erlaffung einer Unguffanbigkeitserklärung nicht von einem Antrage abhängig ift, f. § 6 u. § 263 Rote 4. Finbet bas Gericht einen auf Erlaffung einer Ungufanbigkeitserklärung gerichteten Antrag unbegründet, so verwirft es benselben, indem es zugleich in der Sache selbst erkennt.
- 8. Die Bermeifung vor bas für juftanbig erachtete, in bem Beschlusse ju bezeichnenbe Gericht ift selbst bann auszusprechen, wenn bieses Gericht nicht bas ber gunachft hoberen Orbnung

§. 271.

lleber bie Hauptverhandlung ift ein Protokoll aufzunehmen und von dem Borfibenben und bem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

ift. Gefehlich ift felbft eine Berweisung von bem Schöffengericht an bas Reichsgericht (GBG. § 436 Rr. 1) nicht ausgeschloffen; vgl. Note 11.

Bu Abj. 2.

9. 3n Betreff ber Erforberniffe bes Beichluffes f. § 205. In Betreff ber Bervollfianbigung eines mangelhaften Beschluffes vgl. Re. III. 10. Apr. 83 (Ripr. V. 227).

10. Der bie Unguftändigkeit aussprechende Beschluß hat (abgesehen von dem Falle einer Aenderung im Beschwerbewege: Rote 13) die Birkung, daß die Hauptverhandlung vor dem als zuständig bezeichneten Gericht stattsinden muß, wie wenn dieses auf dem gewöhnlichen Bege mit der Sache besaßt worden wäre. Auch hinsichtlich der Entscheidung ist der Beschluß in der selben Weise wie ein Eröffnungsbeschluß maßgebend; das Gericht darf daher z. B. die Aburtheitung der in dem ersteren Beschlusse bezeichneten That nicht deshalb ablehnen, weit diese mit den ursprünglich unter Anklage gestellten nicht tbentisch sei: Re. I. 10. Nov. 84 (Entsch. XI. 253. Afpr. VI. 720). — Eine Zurückverweisung der Sache an das früher besaßte Gericht ift zusolge § 269 (vgl. dort Note 3) unzulässig, ein negativer Zuständigkeitsstreit also ausgeschosen; dagegen würde das nunmehr verhandelnde Gericht nicht gehindert sein, geeignetensalls die Sache wiederum an ein Gericht höherer Ordnung zu verweisen. In Betreff des in § 458 vorgesehenen Falles vogl. die Noten das.

11. Darüber, bağ § 270 hinfichtlich ber nothwendigfeit einer Boruntersuch ung ben § 176 mobifigirt, f. bort note 3.

12. a. Dem Angeklagten ift ber Beichluß burch Buftellung betannt gu machen, falls a bei ber Berkundung nicht anwesend war; anderenfalls bedarf es ber Buftellung nicht: Ret. III. 9. Juli 81 (Entich. IV. 373).

b. In Betreff ber Berlefung bes Beichluffes in ber neuen hauptverhandlung f. § 242 Rote 5. d.

3 ս Ջեն. 3.

13. a. Dem Angeklagten steht eine Anfechtung ber Unzuständigkeitserklärung in keinem Falle zu; gl. A. Puchelt S. 440 u. (beil.) auch MGer. III. 2. Febr. 81 (Entsch. III. 311), III. 15. Nov. 83 (Ripr. V. 691); a. M. Dalde S. 183 (in Betreff bes Einwandes ber örtlichen Unzuständigkeit).

b. Hinsichtlich ber Staatsanwaltschaft führt bie analoge Anwendung des § 209 babin, daß berselben die (sofortige) Beschwerde nur zusteht: a. wenn die Erlassung der Unzuftändigt feitserklärung von ihr beantragt war, der Beschluß aber die Sache nicht an das in dem Annage bezeichnete, sondern an ein Gericht niederer Ordnung verwiesen, wie z. B. wenn das Schsswegericht nicht, wie beantragt, das Schwurgericht, sondern die Strassammer als zuständig bezeichnet hat; s. wenn das Gericht bei der Beschlußsassung seine gesehlichen Besugnisse überschritten hat; das Rähere über diesen Fall s. zu § 209 Note 3. a. Ueber die bestehende Meinungsverschieden heit vol. Boitus Kontr. I. 328.

Bu Ath [. 4.

14. Bgl. § 206 Abf. 2; bas bort Note 6, 7 Bemerkte findet hier entsprechende Anwendung.
— Die Bestimmung bes Abf. 4 will bem Umstande Rechnung tragen, bag ben schöffengericht liden hauptverhandlungen oftmals eine genügende Erforschung bes Sachverhalts nicht vorausgehen wird (vgl. auch Note 11).

Bu § 271.

1. Bei einer mehrtägigen Berhanblung ift an jebem Tage ein besonberes Protofoll auf zunehmen (vgl. § 272 Nr. 1). Im Uebrigen bebarf es bei Unterbrechungen ber Berhanblung (vgl. § 227) eines jebesmaligen Abschließens bes Protofolles nicht; boch wird bie Unterbrechung und ihre Dauer burch basselbe zu konstatiren sein.

Ist der Vorsitzende verhindert, so unterschreibt für ihn der älteste beisitzende Richter. Im Falle der Verhinderung des Amtsrichters genügt die Unterschrift des Gerichtsschreibers.

(I. Cutu. § 221; IL Cutu. § 227; III. Cutu. § 230.)

- 2. Das Protofoll ift zwar ber Regel nach in ber hauptverhandlung felbft aufzus nehmen; boch ist eine spätere Fertigstellung bessellen gesehlich nicht ausgeschlossen, und bisweilen wird eine solche nicht zu vermeiben sein. Bgl. Note 5.
- 3. a. Das Protofoll ist von dem Gerichtsschreider und zwar regelmäßig in der Art aufzunehmen, daß es nicht von dem Borsigenden diktirt wird; indeß schließt das Geset ein Diktiren nicht gerade aus (vgl. insdes. § 273 Abs. 3). Da übrigend das Protofoll eine amtliche Bezeugung bei der Gerichtspersonen, des Borsigenden und des Gerichtsschreibers, darstellt, so versteht es sich, daß der Borsigende stets die Riederschrift zu prüsen und nöthigensalls die Berichtigung oder Bervollständigung derselben durch den Gerichtschreiberherbeizussühren hat. Ein hineinsschreiben zc. seitens des Borsigenden durch den Gerichtsschreiber herbeizussühren hat. Ein hineinsschreiben zc. seitens des Borsigenden selbst ist nicht statthaft; jedensalls könnte das von seiner hand Geschriebene nur dann als beweichtästiger Theil des Protofolles (§ 274) gelten, wenn es durch besondere Unterschrift des Gerichtsschreibers beglaubigt märe; vgl. RGer. III. 3. März 80 (Entsch. L. 242, Rspr. I. 418) sowie Note 6. Eine den Inhalt des Protofolles detreisende, unserledigt gebliebene Meinungsverschiedenheit zwischen dem Borsigenden und dem Gerichtsschreiber dari nicht mit Stillschweigen übergangen, muß vielmehr in dem Protosoll selbst zum Ausdruck gebracht werden; dem Gericht legt das Geset eine Besugniß, über derartige Meinungsverschiedensheiten zu entscheiden und den Inhalt des Protosoles durch Beschluß sestzustellen, nicht bei.
- b. Der Gebrauch gebrudter 2c. Formulare ift in ber StBD. nicht untersagt und somit zuläsig. Dagegen ift, ba bas Prototoll für alle zur Durchlesung besselben berusenen Personen ohne Beiteres lesbar sein muß, eine ftenographische Rieberschreibung ausgeschlossen; gl. A. Buchelt S. 443, Reller S. 349; a. M. Dalde S. 184.
 - c. Ueber bie Mitmirfung mehrerer Gerichtsichreiber f. § 225 Rote 3.
- 4. a. Das Protofoll muß, um Beweiskraft (§ 274) zu haben, von bem Borsigenben und bem Gerichtsschreiber unterschreieben sein. Einen Zeitpunkt, bis zu welchem spätestens bie Unterzeichnung geschehen sein musse, schreibt bas Geseh nicht vor; es ist daher eine Nachholung ber aus Bersehen unterbliebenen Unterzeichnung statthaft, und zwar selbst noch nach ersolgter Einzlegung eines Rechtsmittels, sollte auch gerabe durch dieses der Mangel der Unterschrift gerügt sein: RGer. III. 18. Febr. 86 (Entsch. XIII. 351, Rspr. VIII. 123); vgl. II. 20. März 83 (Rspr. V. 191) u. Rote 7. (Eine andere Frage ist selbstverständlich die: ob die betr. Gerichtsperson sich der Berhandlung noch so genau erinnert, um noch jeht die Richtigkeit des Protokolles gewissenhaft bezweigen zu können.)
- b. In Abs. 2 wirb ein hinberniß vorausgesett, welches bem Borsitenben bas Untersschen, überhaupt ober boch zur Zeit, unmöglich macht (Prot. S. 418). Die Ausnahmesbestimmung bes Schluffates gilt für bas Schöffengericht und für biejenigen Berhanblungen, in benen ber Amtsrichter ohne Schöffen entscheibet (§ 211; EG. § 3 Abs. 3). Uebrigens ist aus ber Bestimmung zu solgern, bag die Unterschrift bes Gerichtsschreibers in keinem Falle entsbestich ist; ein hinberniß, welches lebiglich bem Unterschreiben entgegenstünde, wird bei ihm auch nicht füglich eintreten können.
- 5. Eine Berichtigung ober Bervollstänbigung bes Inhalts bes Protokolles ift auch nach erfolgter Unterzeichnung besselben flatthaft; bemzufolge muß, wenn ein Prozesbetheiligter eine Berichtigung ze. beantragt, ber Borsthenbe ben Antrag sachlich prüfen und über ihn nach Anhörung bes Gerichtsschreiters (Note 3. a) entscheiben: RGer. III. 20. Nov. 80 (Entsch. III. 47). A. M. II. 13. März 83 (Entsch. VIII. 141, Rspr. V. 170); bort ist angenommen, daß eine Berichtigung ze. bes Protokolles unstatihaft sei, sobalb basselbe, vom Borsthenben und bem Gerichtsschreiber unterzeichnet, zu ben Aften gebracht worben. Ift bereits ein Rechtsmittel eingelegt, so barf hinschlich ber burch bieses gerügten Borkommnisse eine Berichtigung ze. bes (bereits vollstänbig

§. 272.

Das Protofoll über bie Hauptverhanblung enthält:

- 1. ben Ort und ben Tag ber Berhanblung;
- 2. die Namen ber Richter, Geschworenen und Schöffen, des Beamten ber Staatsanwaltschaft, des Gerichtsschreibers und des zugezogenen Dolmetschers;
- 3. die Bezeichnung ber strafbaren Handlung nach ber Anklage;
- 4. die Namen der Angeklagten, ihrer Vertheidiger, der Privatkläger, Rebenkläger, aefeklichen Vertreter, Bevollmächtigten und Beiskande;
- 5. die Angabe, daß öffentlich verhandelt ober die Oeffentlichkeit ausgeschloffen ift. (L. II. Cutw. § --; III. Cutw. § 231.)

abgeschloffenen) Prototolles nicht mehr ftattfinben: RGer. I. 31. Mai 80 (Entich. II. 76, Ript. I. 840), III. 18. Juni 83 (Ript. V. 451).

- 6. Daß die Bornahme von Rasuren unstatthaft und ein Durchstreichen ober hinein: schreiben von Sätzen ober Worten möglichst zu vermeiben ist, versieht sich auch hinsichtlich bes Sitzungsprotofolles von selbst. Ueber die Wirfung etwaiger Berköße giebt die StBO. auch hin (vgl. § 186 Note 5) keine Bestimmungen; sie überläßt es dem Richter, den Einstuß eines Berisoses der fraglichen Art auf die Beweiskraft des Protofolles nach freiem Ermessen zu würdigen. Regelmäßig kann durch einen solchen Berstoß nicht die Beweiskraft des ganzen Protofolles, sondern nur die des detr. Sates oder Theiles in Frage gestellt werden. Werden dem Protofolle Randwerm erke hinzugesügt, so bedürfen dieselben der besonderen Beglaubigung durch die Unterschriften des Borsitzenden und des Gerichtsschreibers (vgl. Note 3. a); die Folge des Mangels dieser Beglaubigung würde indes auch nur die sein können, daß der betr. Randvermerk und unter Umständen auch bersenige Sat, zu dessen Ergänzung er dienen soll, der Beweiskraft entbehren würde: vgl. Roer. III. 3. März 80 (Entsch. I. 242, Rspr. I. 418), 22. Dez. 80 (Rspr. II. 658).
- 7. Nach bem Grundsat bes § 376 Abs. 1 können Mängel bes Protokolles (3. B. das Fehlen der Unterschrift), da das Urtheil nicht auf ihnen beruhen kann, für sich allein niemals die Revision begründen (s. g. Protokollrüge); vielmehr kommt das Protokoll immer nur als Beweiß (§ 274) für die Mängel der Berhandlung selbst, d. h. für diejenigen Khatsachen x. in Betracht, auf welche die Ansechtung gegründet wird: Rober. II. 8. Juni 80 (Rspr. II. 39), IV. 24. März 86 (Entsch. XII. 119), IV. 14. Jan. 87 (Rspr. IX. 55). Dasselbe güt entsprechend von einer Fälschung des Protokolles: III. 14. Dez. 82 (Entsch. VII. 388, Rspr. IV. 875).
- 8. In Betreff bes Falles, wenn bie Urtheilsgrunbe in bas Protofoll aufgenommen werben, f. S 275 Rote 3, 4.
- 9. In Betreff ber Nieberschreibung einzelner Aussagen ac. in einer fremben Sprache i. GBG. § 187 u. Rote 9 baf.
 - 10. Gine Borlefung bes Protofolles finbet nicht ftatt; eine Ausnahme f. in § 273 Abf. 3. 3u § 272.
 - 1. Bu Rr. 1 vgl. § 271 Rote 1.
- 2. Zu Nr. 2. Auch bie Namen ber etwa zugezogenen Erganzungspersonen find anzugeben; wgl. GBG. § 194 u. Rote 9 bas. In Betreff bes Dolmetschers vgl. GBG. § 187 Rote 8.
- 3. Ju Nr. 3. Der Ausbrud "Anklage" ift ungenau und nur auf gewiffe Falle (§ 211, 265) passenb; es ist der Eröffnungsbeschluß gemeint (vgl. § 242). Die Aufnahme einer die Thatbestandsmerkmale umfassenden Formel ift nicht erforderlich; es genügt die Bezeichnung der Handlung mit ihrem strafrechtlichen Namen ober, wo es (wie z. B. bei manchen Uebertretungen) an einem solchen sehlt, die Bezugnahme auf das übertretene Strafgeseh.
- 4. Ju Nr. 4. Das Prototoll muß angeben, welche ber hier gebachten Bersonen in ber Berhanblung ericienen ober ausgeblieben find. — In Betreff ber gefehlichen Bertreter vgl. Bud !

Digitized 37 Google

§. 273.

Das Protokoll muß den Gang und die Ergebnisse der Hauptverhandlung im Besenklichen wiedergeben und die Beobachtung aller wesenklichen Förmlichkeiten ersücklich machen, auch die Bezeichnung der verlesenen Schriftstücke, sowie die im Lause der Verhandlung gestellten Anträge, die ergangenen Entscheidungen und die Urtheilssormel enthalten.

Aus der Hauptverhandlung vor dem Schöffengerichte find außerdem die wesent= lichen Ergebnisse der Vernehmungen in das Protokoll aufzunehmen.

Kommt es auf die Feststellung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung ober des Bortlauts einer Aussage oder einer Aeußerung an, so hat der Vorsitzende die vollständige Niederschreibung und Verlesung anzuordnen. In dem Protokoll ist zu bemerken, daß die Verlesung geschehen und die Genehmigung erfolgt ist, oder welche Einwendungen erhoben sind.

(I. Chtw. § 221; II. Cutm. § 227; III. Cutm. § 233.)

- 5. Bu Rr. 5. In Betreff ber Deffentlichteit ber Berhanblung pal, GBG, SS 170-175.
- 6. Bgl. § 271 Rote 7.

3u \$ 273.

3 u 21 b f. 1.

- 1. Durch das Protofoll soll bie Hauptverhandlung in der Art beurkundet werden, daß man dadurch eine Uebersicht über ben Gang und den wesentlichen Inhalt berselben erlangt. Wenn Abi. 1 noch "die Ergebnisse" der Hauptverhandlung erwähnt, so erscheint dies insofern mußig, als zuiolge der Borschrift des Abs. 2 die Ergebnisse der Beweisaufnahme hier nicht gemeint sind, im Uebrigen aber als Ergebnisse der Berhandlung nur die Entscheidungen bezeichnet werden können und diese am Schlusse Abs. 1 besonders hervorgehoden sind.
- 2. Hauptfächlich erhellt ber Zwed und die Bebeutung bes Protofolles aus ber Borschrift bes § 274: im Falle ber Einlegung eines Rechtsmittels bilbet bas Protofoll die Grundlage für die oberinftanzliche Brüfung, ob in ber Hauptverhandlung in ber gesehlich vorgeschriebenen Beise versahren worden sei ober die Berletung einer Prozesvorschrift flattgefunden habe. hiernach müssen alle wesentlichen Atte ber Berhandlung wie überhaupt alle Borsommnisse, benen bezüglich ber legalität bes Bersahrens irgend welche Bebeutung beiwohnen kann, protofolirt werden. Dies gilt namentlich von allen Beweisakten; das Protofoll muß also angeben, welche Personen als Zeugen ober Sachverständige vernommen, ob sie beeibigt worden sind z. Es ist hiernach strengsgenommen überstüffig, daß in Abs. 1 die Bezeichnung der verlesenen Schriftstüde besonders vorzeschieden ist.
- 3. Die Beurkundung ber im Laufe ber Berhanblung gestellten Anträge (vgl. insbes. § 243) ift beshald von Bichtigkeit, weil, falls ein Rechtsmittel auf die Ablehnung ober Nichtbeachtung eines Antrages gegründet wird, junächst feststehen muß, daß der Antrag gestellt worden sei, letztere Ihatsache aber eben nur durch das Protokoll bewiesen werden kann; vgl. § 274 Rote 3. Bei Beweisanträgen sind sowohl die Thatsachen, über welche Beweis erhoben werden soll, wie auch die in Borschlag gebrachten Beweismittel in dem Protokoll anzugeden: RGer. II. 16. Dez. 79 (Entich. I. 32); vgl. übrigens IV. 20. Apr. 86 (Rfpr. VIII. 306).
- 4. Die im Laufe ber Berhandlung ergehenden Enticheibungen (Befchliffe) find, soweit fie einer Begründung beburfen (§ 34), mit ben Gründen in das Prototoll aufzunehmen. Bgl. insbes. § 243 Rote 9.
- 5. Die Urtheilsformel muß jebenfalls burch bas Protofoll beurkundet sein, wibrigenfalls bas Urtheil ber Aushebung unterliegt: RGer. III. 20. März u. 26. Mai 80 (Rspr. I. 496, 826), III. 18. Juni 83 (Rspr. V. 451); vgl. übrigens II. 22. Ott. 80 (Entsch. II. 378, Rspr. II. 371).

Abicon. 11 Rote 3 u. § 414 Abi. 3; in Betreff ber Bevollmächtigten: §§ 233, 418, 427, 437; in Betreff ber Beiftanbe: §§ 149, 418, 427, 437.

- Bar bie Urtheilssormel bei ber Berkündung noch nicht protokolirt und folglich ihre Berlesung auf Grund einer anderen Niederschrift erfolgt (§ 267 u. Note 5. b. bas.), so muß die protokolarische Beurkundung mit dieser Niederschrift wörtlich übereinstimmen. In Betreff der Urtheilsgrunde s. § 275.
- 6. Die Prozestetjeiligten find befugt, dis zum Schlusse ber Berhandlung die Prototolitirung eines jeden Bortommnisses, insbes. auch diejenige eines gestellten Antrages, ausdrücklich zu beantragen und so für die herstellung des nach § 274 erforderlichen Beweises Sorge zu tragen. Einem solchen Antrage muß entsprochen und insbes. darf derfelbe nicht beshalb abgelehm werden, weil das betr. Bortommniß hinsichtlich der Legalität des Bersahrens nicht wesentlich zei. Bäre gleichwohl die Protokollirung verweigert worden, so würde in der höheren Instanz ein Zeugendeweis über die Berweigerung zugelassen werden, insoweit also eine Ausnahme von der Regel des § 274 Plat greisen milsen.

Bu Abf. 2.

- 7. a. Die Protofollirung bes Ergebnisses ber Bernehmungen, also bes Inhalts ber abgegebenen Aussagen, ist im Geseth nicht allgemein, sondern nur für die schöffengericht: lichen Berhandlungen vorgeschrieben; vgl. RGer. II. 10. Febr. 80 (Entsch. I. 199, Rspr. I. 327). Die Bestimmung des Abs. 2 beruht theils daraus, daß in der Mehrzahl der schöffengerichtlichen Sachen eine Borversahren, in welchem Zeugnisse ze, protofollirt würden, nicht stattsinden wird, theils in der Müdsicht auf die Berufungsinstanz (vgl. § 366). In anderen Strassachen ist es dem Ermessen des Borsthenden überlassen, die Protofollirung der Aussagen anzuvordnen; auch dem Gericht wird die Besugnis zu einer derartigen Anordnung nicht abzusprechen sein. Uedrigens hat sich ver Rangel der Protofollirung in der Praris, und insdes, in den Fällen einer Wiederausnahme des Bersahrens, als ein sehr erheblicher Wisstand erwiesen, und es ist deshald, und da eine verbietende Borschrift nicht besteht, dringend zu empsehlen, auch in schwurgerichtlichen und landgerlichtlichen Strassachen nach Abs. 2 zu versahren, insdes, auch stets des Räheren zu vermerken, ob und inwieweit der Angestagte die That zugestanden oder bestritten habe. Für Preußen vgl. die Allg. Vers. des Just.-Win. v. 7. Dez. 82 (J.M. Bl. S. 381) u. v. 2. Nov. 85 (J.M. Bl. S. 359).
 - b. Bgl. § 274 Rote 2.
- 8. In der Regel (vgl. Abs. 3) braucht, und zwar auch in schöffengerichtlichen Strassachen, nur der wesentliche Inhalt der Aussagen protokollirt zu werden. Inwieweit der Inhalt einer Aussage wesentlich sei, läßt sich nur nach Lage des einzelnen Falles entscheiden; im Zweisel ift in dieser Hinsicht das Ernessen des Borsihenden für den Gerichtsschreiber maßgebend. Bar ein Zeuge 2c. dereits im Borversahren, wenn auch nur außergerichtlich vernommen, so ist es statthaft, auf das detr. Protokoll Bezug zu nehmen und im Uedrigen die Protokollirung auf die etwaigen Aenderungen der früheren Aussage und die etwaigen Zusätze zu beschränken; dem Grundsah der Mündlichkeit widerstreitet eine solche Bezugnahme nicht, da sie auf die Berhandlung und Entscheidung keinerlei Einsluß äußert. Gl. A. v. Schwarze S. 438, Thilo S. 322; a. M. Kella S. 352, Puchelt S. 445. Jede Aussage ist einzeln niederzuschreiben und ein Zusammensassen mehrerer unstatthaft.

Bu 2161. 3.

- 9. Die hier vorgesehene Protokollirung, bei welcher ein Diktiren seitens bes Borsitzenben zwedmäßig sein wirb, kann von Amtswegen wie auf Antrag angeordnet werden. Der Zwed ber Maßregel kann ein außerhalb ber verhandelten Sache liegender sein, wie z. B. die Berfolgung eines Zeugen wegen Meineibes ober die Verfolgung einer auß einer Aussage sich ergebenden, disher nicht bekannten Strafthat. In Fällen dieser Art wird die Niederschift, statt in das Protokolssehen, in eine Anlage besselben ersolgen bürfen; alsbann muß jedoch die letztere allen Ersokernissen des Protokolses entsprechen; vgl. RGer. III. 1. Mai 80 (Entsch. II. 33). Bgl. noch GBG. § 185.
- 10. Db bie Boraussehung ber Bestimmung gutrifft: baß es auf bie Feststellung n. am tommt, barüber entscheibet, wenn es sich um ben Bortlaut einer Aussage ober Neußerung

§. 274.

Die Beobachtung der für die Hauptverhandlung vorgeschriebenen Förmlichkeiten kann nur durch das Protokoll bewiesen werden. Gegen den diese Förmlichkeiten betreffenden Inhalt desselben ist nur der Nachweis der Fälschung zulässig. (1. Entw. § 263; IL Entw. § 269; III. Entw. § 314.)

hanbelt, bas Ermessen bes Borsitzenben und event. bas bes Gerichts; einen Anspruch barauf, baß bie Protofollirung ersolge, haben bie Prozesbetheiligten nicht: RGer. III. 17. Dez. 81 (Entsch. V. 352). Hinsichtlich eines "Borganges" in ber Berhanblung kann bies jedoch nur gelten, falls berselbe in keiner Beziehung zu ber vorliegenden Sache (vgl. Note 9) sieht; anderensalls sindet das in Note 6 Bemerkte Anwendung. — Beantragt die Staatsanwaltschaft die vollständige Riederschreibung zc. zu dem Zwede, um die Grundlage für eine anderweite Strasversolgung, & B. gegen einen des Meineids verdächtigen Zeugen, zu gewinnen, so wird ein solcher Antragenicht ohne zwingenden Grund abzulehnen sein. — Uedrigens bedarf die Ablehnung eines Antrages auch in den Fällen des Abs. 3 stets der Beurkundung durch das Protokol.

- 11. Ein Unterschreiben bes verlesenen Theiles bes Prototolles seitens ber betheiligten Person ift nicht ersorberlich. Bgl. § 186 Abs. 3.
 - 12. 23gl. § 271 Rote 7.

3u § 274.

- 1. Die Borschrift sett selbstverständlich voraus, daß das Protokoll nicht an einem Mangel leibet, welcher ihm ganz ober doch in dem betr. Punkte die Beweiskraft entzieht; vgl. § 271 Note 2—6, insbes. Rote 5, sowie § 273 Note 6.
- 2. Die ausschließliche Beweistraft bes Protofoles besteht nur für die gegenwärtige Untersuchung und nur für den Richter höherer Instanz, welcher über die Legalität des ersteinkanzlichen Berfahrens zu befinden hat. Sie besteht ferner nur hinsichtlich der Berhandlung satte (vgl. Note 3) und erstreckt sich nicht auf den Inhalt der niedergeschriebenen Aussagen. (Bgl. § 273 Note 7.) Demgemäß kann ein bezüglich der letteren bestehender Widerspruch zwischen dem Protokoll und dem Urtheil nicht die Revision begründen: RGer. IV. 13. Febr. 85 (Rspr. VII. 106), IV. 21. Juni 87 (Rspr. IX. 379). (Beide Urth. betressen Strassammersachen; gegen schösserichtliche Urtheile sindet nicht die Revision, sondern nur die Berufung statt; bei der Berhandlung über lettere würde der Widerspruch nicht unaufgestärt bleiben dürsen.) Jene Beweiskraft greist serner nur Platz in Ansehung der Borkommnisse in der Berhandlung selbst, da nur diese Gegenstand der amtlichen Bahrnehmung des Gerichtsschreibers sind, und sie erstreckt sich somit z. B. nicht auf die Borgänge im Berathungszimmer der Geschworenen (vgl. z. B. § 303); so: RGer. II. 28. Dez. 80 (Entsch. III. 266, Rspr. II. 675). Sie erstreckt sich endlich nicht auf Erstärungen, welche nach der Urtheilsverkündung, z. B. über die Ansechung des Urtheils (vgl. § 355 Note 5), abgegeben werden: OLG. München 22. Nov. 84 (Entsch. bieses Ger. III. 309).
- 3. Das Geset spricht von ber "Beobachtung ber Förm lichteiten"; biese Ausbrucksweise ift, wenngleich sie bereits in ben älteren Geseten enthalten war, keine sachgemäße, da sie den Sinn des Gesetes nur unvolkommen wiedergiedt. Der Sinn ist der: daß das Gericht höherer Instanz alle Borgänge in der Hauptverhandlung als so geschehen annehmen muß, wie sie in dem Brotokoll beurkundet sind, und daß das lettere den einzigen Beweis bildet, wenn es sich fragt, welche Berhandlungsakte und wie dieselben stattgesunden haben. Es handelt sich also nicht blos um Borkommnisse, welche sich unterden Begriff der Förm lichkeiten im engeren Sinne subsumiren lassen, sondern überhaupt um biesenigen Borgänge der Hauptverhandlung, welche silt die Rechtsbeständigkeit des Bersahrens von Bedeutung sein können, also z. um die Anträge der Prozessbetheiligten und um den Inhalt und die Begründung der im Lause der Berhandlung ergangenen Entschiungen (§ 273 Rote 3, 4); vgl. RGer. III. 28. Jan. 80 (Entsch. I. 85, Rspr. I. 284), I. 31. Rai 80 (Entsch. II. 76, Rspr. I 840), II. 4. Ott. 81 (Rspr. III. 586). Und ferner ist das Protokoll der alleinige Beweis nicht blos sür die Beo bachtung derschleien Borschriften, sondern auch für alse Borgänge, welche eine Nichtbeobachtung derselben enthalten. Was nicht

Digitized 37 GOOGLE

§. 275.

Das Urtheil mit den Gründen ist binnen drei Tagen nach der Berkindung zu den Akten zu bringen, falls es nicht bereits vollständig in das Protokoll aufgenommen worden ist.

Es ist von ben Richtern, welche bei ber Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Ift ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird bies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Richter unter dem Urtheile bemerkt. Der Unterschrift der Schöffen bedarf es nicht.

Die Bezeichnung bes Tages ber Sitzung, sowie die Namen ber Richter, ber Schöffen, bes Beamten ber Staatsanwaltschaft und bes Gerichtsschreibers, welche an ber Sitzung theilgenommen haben, sind in das Urtheil aufzunehmen.

Die Aussertigungen und Auszüge ber Urtheile find von bem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit bem Gerichtssiegel zu versehen.

(I. Entw. § 222; II. Entw. § 228; III. Entw. § 233.)

burch bas Protokoll bezeugt ift, gilt als nicht geschehen; bie Angaben besselben können eine Ergänzung burch andere Beweise nicht ersahren; daher muß z. B., wenn das Protokoll nichts über die Beeibigung eines Zeugen sagt, nothwendig angenommen werden, daß berselbe unbeeibigt geblieben sei; vgl. ferner z. B. § 248 Note 7, § 264 Note 8, RGer. I. 11. Febr. 84 (Entsch. X. 92). — Ebensowenig kann der Juhalt des Protokolles durch andere Beweismittel, z. B. durch Erklärungen der betheiligten Gerichtspersonen, widerlegt werden. Selbst der Inhalt der Urtheilsgründe ist nicht geeignet, das Protokoll zu ergänzen oder zu widerlegen, soweit diese überhaupt den Beweis zu liesern bestimmt ist (Note 2); vgl. RGer. IV. 21. Juni 87 (Rspr. IX. 379). Endlich wird an der Beweiskraft des Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch dadurch nichts geändert, daß über die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit desse Protokolles auch das Protokolles auch daburch nichts geändert.

4. a. Ueber ben Begriff ber Falfcung fagt bas Urth. bes Wer. II. 4. Oft. 81 (Entich. V. 44, Ripr. III. 586): Die Annahme einer Fälschung murbe voraussetzen, baß entweder bas Prototoll als Ganzes falfch hergestellt ober baß bas an und für sich echte Prototoll bemnächt in unbefingter Beise inhaltlich verändert wird. hierher muß auch der Fall gezählt werden, wenn von ben bei ber Errichtung Betheiligten bem Prototoll mit Bewußtsein ein unwahrer Inhalt gegeben wird. Dagegen würde eine Fälschung nicht vorliegen, wenn nur aus Migverständniß oder Fahtlässigkeit Borgänge, welche sich zugetragen haben, aus bem Prototolle hinweggelassen oder Borgänge als wirkliche in das Prototoll aufgenommen sind, welche sich überhaupt nicht oder in anderer Beise bei der Hauptverhandlung zugetragen haben.

b. Bgl. § 271 Rote 7.

3u § 275.

- 1. Der Grund ber Bestimmung des Abs. 1 ist ber: daß ein längeres hinausschieden der Absassungen ber Ausschlichen ber Absassungen sie Zuverlässigseit der Erinnerung des Urtheilsfassers beeinträchtigen und zur Aufnahme von Ausschlichtungen führen könnte, welche nicht der Ansicht der Mehrheit des Kollegiums entsprächen. Uebrigens ist die Borschrift nur in ftruktionell; einen Revisionsgrund bildet weder die Beripätung der Absassung der Absassung der Absassung der Absassung der Unterzeichnung: II. 378), III. 28 Jan. 82 (Ripr. IV. 91), noch die Berspätung der Unterzeichnung: II. 14. Juli 85. (Ripr. VII. 493). In Betress halles, wenn die Urtheilsverkündung ausgesett war, s. § 267 Abs. 2.
- 2. Ob bas Urtheil mit ben Gründen als besonbere Rieberschrift zu ben Aften zu bringen ober bie Gründe in bas Protofoll mit aufzunehmen seien, ift bem Ermessen bes Borsibenden überlassen. Die Aufnahme ber Gründe in bas Protofoll wird sich nur in einsacheren Sachen, beren Lage ein alsbalbiges Nieberschreiben ber Gründe ermöglicht, empfehlen.
 - 3. Die Abfaffung bes Urtheils mit ben Grunben gebort (von ben Schöffengerichten abgefeben)

Digitized by GOOGLE

Siebenter Abichnitt.

hauptverhandlung vor den Schwurgerichten.

§. 276.

Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden Abschnitte finden auf das Bersfahren vor den Schwurgerichten insoweit Anwendung, als nicht in diesem Abschnitt ein Anderes bestimmt ist.

(L. II. Cutm. § -; III. Cutm. § 231.)

nicht zur Funktion bes Borfitzenben; vielmehr ift, wie in ben höheren Instanzen ein Berichterstatter (SS 365, 391), so in erster Instanz ein Urtheilsfasser zu ernennen, als welcher indes selbst verftändlich auch ber Borsitzenbe selbst fungiren kann. — Der Umstand, daß die Urtheilsgründe in das Protokoll aufgenommen werden (Note 2), schließt beren Niederschung burch einen der Richter nicht aus; das zu § 271 Note 3. a bemerkte erfährt insoweit eine Wobistation.

- 4. a. Das Erforberniß ber Unterschrift sammtlicher Richter gilt sowohl für bie Urtheilsformel wie für bie Gründe: RGer. III. 26. Mai 80 (Rfpr. I. 826); somit muß, falls bas Urtheil vollständig in das Protokoll aufgenommen wird, auch das lettere von allen Richtern unterschrieben werden; vgl. § 33 Note 4. Der Gerichtsschreiber hat nur die Aussertigungen 2c. des Urtheils, nicht aber die (besonders niedergeschriebene) Urschrift besselben zu unterschreiben.
- b. Durch bie geschehene Unterzeichnung seitens ber Richter werben bie Urtheilsgrunde beregestalt festigestellt, baß jebe nacht fagliche Aenberung ober Ergänzung berselben burch ben Borsibenben allein ausgeschlossen ist und bie von ihm etwa hinzugesügten Sate als Gründe bes Urtheils überhaupt nicht gelten können: RGer. IV. 24. Nov. 85 (Entsch. XIII. 66). Bgl. überbies § 34 Rote 5.
- c. Gine Berhinber ung im Sinne bes Abs. 2 liegt 3. B. vor, wenn bei ber Urtheilsfällung ein nicht am Gerichtssiße wohnhafter Gulfsrichter mitgewirft hat und berselbe vor ber Absassung bes Urtheils an seinen Bohnort jurudgetehrt ift : RGer. III. 9. Dez. 86 (Rfpr. VIII. 739).
- 5. Im Falle einer Differenz zwischen ber im Protofoll stehenden Urtheilssormel und der Formel des besonders niedergeschriedenen Urtheils ist das Protofoll maßgebend. Denn das Protofoll beweist den Wortlaut des verkündeten Urtheils (§ 273 u. Rote 5 bas.); auf das lettere aber muß das alleinige Gewicht gelegt werden, und zwar schon deshalb, weil der Angeslagte, welcher der Berkündung beigewohnt hat, seine Entschließung über die etwaige Einlegung eines Rechtsmittels doch nur in Rücksicht auf das ihm Verkündete fassen und weil er eine Differenz der fraglichen Art regelmäßig erst nach Ablauf der Einlegungsfrist in Ersahrung bringen wurde. Sl. A. Wer. I. 9. Juni 81 (Ripr. III. 378), v. Schwarze S. 441, Keller S. 355; a. M. Puchelt S. 447. Bei einer Differenz zwischen der Urtheilssormel und den Urtheilsgründen ist die erstere maßgebend. Uedrigens kann die Urtheilssormel, da sie mit den Fründen ein Ganzes bildet, aus diesen ergänzt werden; vgl. RGer. II. 22. Okt. 80 (Entsch. II. 378, Rspr. II. 371).
 - 6. In Betreff bes Musbrude "Musfertigungen" vgl. § 37 Rote 8.

Bum Siebenten Abidnitt.

1. Die die Organisation ber Schwurgerichte betreffenden Bestimmungen find im GBG. Eit. 6 (§§ 79—99) enthalten. In Betreff ber sachlichen Zuständigkeit ber Schwurgerichte i. GBG. § 80 u. GG. jum GBG. § 6; vgl. auch StPD. § 477 Abs. 2. — Einzelne, die Geschwerenen betreffenden Borschriften enthält das GBG. noch in den §§ 11, 35, § 194 Abs. 3, § 197, § 199 Abs. 2, § 200.

3u § 276.

Bu ben Bestimmungen bes Abicon. 5. (Borbereitung ber Sauptver: hanblung.)

1. In Betreff ber außerhalb ber hauptverhanblung zu erlassenben Entscheibungen vgl. Rote 2, 3 zu Buch 2 Abschn. 5 und GBG. § 82.

§. 277.

Vor bem Tage, an welchem die Hauptverhandlung beginnen soll, muß die Spruchliste der Geschworenen dem Angeklagten, wenn er sich nicht auf freiem Fuße befindet, zugestellt, für den auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten auf der Gerichtsschreiberei zur Sinsicht niedergelegt werden.

Die Namen später auf die Spruchliste gebrachter Geschworener find dem Angeklagten bis zum Beginne der Hauptverhandlung mitzutheilen.

(I. II. €ntm. § —; III. €ntm. § 235.)

Bu ben Bestimmungen bes Abidn. 6. (Sauptverhanblung.)

4. hinsichtlich bes Ersorbernisses ber Anwes enheit bes Angeklagten in ber hauptverbanblung (§§ 229—235) findet ein Unterschied zwischen schwurgerichtlichen und anderen hauptverhandlungen nicht statt; vgl. § 231 Rote 3. b, § 232 Rote 3.

3u # 277.

- 1. In Betreff ber Spruchlifte ber Geschworenen f. GBG. § 92 und Rote 1 gu §§ 87-94 bas. Bgl. ferner ben Schluffat bes § 279 sowie § 280 Abs. 3.
- 2. Die Bestimmung will bem Angestagten eine seinem Interesse entsprechenbe Ausübung bes Ablehnungsrechts ermöglichen. Behufs ber Erreichung bieses Zwe des muß die Spruchlifte außer bem Bor- und Zunamen jebes Geschworenen auch die Angabe seines Standes ober Gewerbes sowie bie seines Wohnortes enthalten.
- 3. "nicht auf freiem Fuße" hierüber f. § 35 Note 13. Findet die Berhaftung bes Angeklagten im Laufe des dem Beginn der Hauptverhandlung vorangehenden Tages ftatt, so ift die Zustellung der Spruchliste nothwendig. Gl. A. Reller S. 356: a. M. Dalde S. 189 und Buchelt S. 450 in Betreff des Falles, wenn der Angeklagte vor der Berhaftung Gelegenheit hatte, die Spruchliste einzusehn. Die Zustellung muß spätestens an dem gedachten Tage erfolgen; eine frühere Zustellung ist zulässig und wirksam, indeh wegen der noch möglichen Aenderungen der Spruchliste (Abs. 2) nicht zwedmäßig. hat statt der Zustellung eine forms lose Aushändigung der Spruchliste an den Angeklagten stattgefunden, so begründet die Ordnungswidrigkeit für sich allein nicht die Revision: Rier. III. 15. März 83 (Ripr. V. 174)
- 4. Der auf freiem Fuße befindliche Angellagte tann bie Ginsicht ber Spruchlifte nicht früher als an bem Tage vor bem Beginn ber hauptverhandlung und auch an biesem Tage nur mahrend ber üblichen Dienststunden verlangen. Seine Besugniß tann aber baburch nicht ausgehoben ober beschränkt werden, daß der gedachte Tag ein Sonntag oder Feiertag ift. Selbst verständlich steht dem Angellagten die Einsicht der Spruchliste auch noch am Tage der haupt: verhandlung zu.
- 5. In Betreff ber "später auf bie Spruchlifte gebrachten Geschworenen" vol. GBG. § 94 Abs. 2 und StPO. § 280 Abs. 3. Die Mittheilung der Ramen dieser Geschworenen tann münblich erfolgen, muß alsbann jeboch durch ein Protofoll beurkundet werden. Im Falle bes § 280 Abs. 2 ist für biejenigen Angeklagten, welche ber Loosziehung beigewohnt haben, in der letzteren zugleich die vorgeschriebene Mittheilung enthalten; gl. A. H. Weyer in Ho. II. S. 119; a. M. Keller S. 357.
- 6. Ift bie Buftellung (Rote 3) ober bie verlangte Borlegung (Rote 4) ber Spruchlifte ober bie in Abs. 2 vorgeschriebene Mittheilung unterblieben ober zu spät erfolgt, so hat ber von biesem Berftog betroffene Angeklagte einen Anspruch auf Aussehung ber hauptverhanblung.

Digitized by GOGIC

^{2.} In Betreff ber Funktion bes Borfitenben (StBD. §§ 218—220, 124 Abf. 3) vgl. GBG. § 83 Abf. 3 und bie Noten bas.

^{3.} Die StBD. enthält keine Bestimmung, welche gestattete, ben Angeklagten lebiglich zu bem Zwecke zu verhaften, um seine Anwesenheit in ber (ersten) hauptverhandlung zu sichern. Die Verhaftung eines vor bas Schwurgericht verwiesenen Angeklagten bari nur aus benselben Grünben erfolgen, aus benen in nichtschwurgerichtlichen Strafsachen eine Berhaftung statthait in (SS 112, 113, 215, 229).

§. 278.

Die Hauptverhandlung beginnt mit der Bildung der Geschworenenbank durch Ausloofung der Geschworenen.

(I. II. Cutw. § —; III. Cutw. § 236.)

- Dieser Anspruch unterliegt jeboch bem Berzicht bes Angeklagten, und ein solcher Berzicht ift als stillsschweigenb erklärt anzunehmen, wenn ber Angeklagte eine Erklärung über die Annahme ober Ablehnung eines Seschworenen (§ 283) abgegeben hat, ohne ben Antrag auf Aussehung gestellt ober sonst ben Berstoß gerügt zu haben: RGer. III. 19. Apr. 83 (Entsch. VIII. 233); a. M. 30bn S. 424.
- 7. Das vorstehenb (Note 6) Bemerkte findet entsprechende Anwendung, wenn die Spruchliste wesentliche, b. h. solde Unrichtigkeiten enthält, welche den Angeklagten in einen, die zweckbienliche Ausübung bes Ablehnungsrechts beeinträchtigenden Irrihum versehen konnten. Unwefentsliche Unrichtigkeiten (3. B. die Angabe eines unrichtigen, die Ibentität des betr. Geschworenen aber nicht in Frage stellenden Bornamens) begründen den Anspruch auf Aussehung der Berhandlung nicht. Auf Unrichtigkeiten, welche der Angeklagte bei der Ausloosung der Geschworenen gekannt, aber gleichwohl nicht gerügt hat, kann eine Ansechung des Urtheils nicht geführt werden.
- 8. Gine Buftellung ber Spruchlifte an ben Bertheibiger findet, auch wenn ber Angeklagte in haft ift, nicht ftatt; bagegen ift ber Bertheibiger in allen Fallen befugt, in ber Gerichtsichreibie Spruchlifte einguseben.
- 9. Eine Bekanntmachung ber Spruchlifte an bie Staatsanwaltschaft ift mit Rudficht auf bie Bestimmung bes GBG. § 91 Abs. 1 nicht vorgeschrieben; jeboch erscheint eine abschriftliche Mitstheilung ber Liste an bie Staatsanwaltschaft angemessen. Jebenfalls sind ber letteren die Berschreungen, welche in ber Spruchliste eintreten, bekannt zu machen. Bgl. GBG. Tit. 10 Note 2. b.
 - 1. Ueber bie Labung ber Geschworenen f. BBG. § 93 u. Rote 1 baf.
- 2. Die Bilbung ber Geschworenenbant erfolgt für bie einzelne Sache und fiellt einen theil ber hauptverhanblung bar; vgl. übrigens § 286 u. Note 6, 9 bas. Die Bestimsmung bes § 225 findet auch auf bie Bilbung ber Geschworenenbant volle Anwendung.
- 3. a. In Betreff bes Beginnes ber hauptverhanblung vgl. § 242 u. Rote 1 baf. Auch in ber ichwurgerichtlichen hauptverhandlung muß juvorberft ber Aufruf bezw. bie Borführung bes Angeklagten erfolgen. Hieran schließen sich biejenigen Atte an, welche zur Borbereitung ber Ausloofung ber Gefcoworenen erforberlich find, und zwar gestaltet fich bas Berfahren folgenbermaßen: Behufs ber Ermittelung, auf welche Gefdworene fich bie Ausloofung zu erftreden habe, forbert ber Borfibenbe jundoft bie Gefcomorenen jur Anzeige etwaiger Ausschliefungsgrunbe auf, und es wird event. über bas Borhanbensein ober nichtvorhanbensein ber zur Sprache gefommenen Ausschließungsgrunde, wie auch über basjenige etwaiger Unfahigfeitsgrunde, verhandelt und entichieben (§ 279 u. Rote 1, 2 bas.). hierauf wird burch Ramensaufruf seitens bes Borfigenben ermittelt, welche Geschworenen anwesend find, und es werben bie Bettel, bie mit ben Ramen ber anwesenben und von ber Austoosung nicht ausgeschlossenen (§ 280 Rote 2) Geschworenen befdrieben find, in eine Urne gelegt, mas burch ben Borfigenben felbft wie auch burch ben Berichtsichreiber gefchehen tann. (Die umgefehrte Reihenfolge, nach welcher zuerft ber Namensaufrui und fobann bie Berhandlung über etwaige Ausichließungsgrunde ac. ftattfindet, führt ben Uebelftand mit fich, bag im Falle einer Ausschließung ber betr. Name wieber aus ber Urne herporgefucht werben muß.) Der Borfigenbe macht hierauf bie Gefammtgabl ber bei ber Austoofung betheiligten Gefcmorenen und bie Bahl ber ber Staatsanwaltschaft bezw. bem Angeklagten jus fiehenden Ablehnungen (§ 282) befannt. Gine weitere Belehrung bes Angeflagten über fein Ablehnungsrecht und fiber bie Bestimmungen bes § 283 ift nicht vorgeschrieben, wird inbeg angemeffen fein, falls nicht ber Angeklagte bie nach biefem S erforberlichen Erflärungen burch einen Richtsverftänbigen Bertheibiger abgeben läßt. Die Ausloofung felbft erfolgt fobann nach ben Bestimmungen ber SS 281-285. - In Betreff ber Beeibigung ber Gefcororenen f. § 288.

§. 279.

Vor ber Ausloofung find, außer ben zum Geschworenenamte Unfähigen, solche Geschworene auszuscheiben, welche von ber Ausübung bes Amts in ber zu vershandelnden Sache traft Gesetzes ausgeschlossen sind. Die erschienenen Geschworenen sind zur Anzeige etwaiger Ausschließungsgründe aufzufordern.

Die Entscheidung über das Ausscheiden eines Geschworenen erfolgt nach Anshörung besselben durch das Gericht. Beschwerde findet nicht statt. Ein für unsfähig Erklärter ist in der Spruchliste zu streichen.

(I. II. Entm. \$ -; III. Entm. \$ 237.)

- b. Der Beginn ber hauptverhandlung braucht mit bem Beginn ber Sipung nicht zusammenzusallen; vielmehr können nach Eröffnung ber letteren zunächst solche Geschäfte erlebigt
 werben, welche in keiner Beziehung zu ben einzelnen Sachen stehen, wie z. B. bie Entlassung und
 Beurlaubung einzelner Geschworenen (GBG. § 94). Bgl. § 279 Note 1, § 280 Note 7.
- 4. hat bei ber Bilbung ber Geschworenenbant ein bie Nichtigkeit bes Berfahrens nach fich ziehenbes Versehen ftattgesunden, welches nicht mehr rudgängig zu machen ift, so ift es ftatthaft, nach Konstatrung besselben alsbald zur Bilbung einer neu en Geschworenenbant zu schreiten; benn einerseits tann es nicht die Aufgabe des Gerichts sein, eine Berhandlung fortzusehen, deren Nichtigkeit bereits feststeht, und andererseits steht nichts entgegen, mit dem nothwendig gewordenen neuen Bersahren alsbald zu beginnen; vgl. Reller S. 360, h. Meyer in hh. II. S. 121. Tas Gesagte wurde z. B. Anwendung sinden, wenn ein anwesender Geschworener nicht aufgerusen ober ber seinen Namen enthaltende Zettel nicht in die Urne gelegt worden wäre.
- 5. Der gesammte hergang bei ber Bilbung ber Geschworenenbant muß (§§ 278—287) burch bas Protofoll in ber Art beurkundet werden, bag aus letterem bie Beobachtung ber gesetsichen Borschriften zu erkennen ist; bie Bestimmung bes § 274 findet hier volle Anwendung. Die Aufnahme eines besonderen Protokolles über die Bilbung bes Schwurgerichts ift nicht nur zuläsig, sondern als zweckmäßig zu bezeichnen. Bgl. § 286 Note 10.

3u \$ 279.

- 1. Unter ben jum Gefcomorenenamte Unfahigen find nur bie im GBG. § 32 (nicht SS 33, 34) angeführten Personen sowie biejenigen, welche nicht Deutsche find (§ 84 a. a. D.), zu verfteben; vgl. GBG. § 85 bezw. § 31 Rote 3. In Betreff berjenigen Gefcorenen, welche in ber einzelnen Sache kraft Gefetes ausgeschlossen finb, s. StBD. SS 22, 32, 317 Abs. 3. Die Ausscheibung ber Personen ber letteren Kategorie bilbet stets einen Bestanbtheil ber hauptverhanblung in ber einzelnen Sache. Die Ausscheibung eines Unfähigen bagegen fteht an fich in feiner Beziehung zu ber einzelnen Sauptverhandlung und kann baber außerhalb einer folden erfolgen (vgl. GBG. § 94 Rote 2, 7); sie ist indeß mit dem anderen Falle hier beshalb auf gleiche Linie gestellt, weil bie Mitwirfung eines jum Geschworenenamt Unfahigen in gleicher Beise wie biejenige eines fraft Gefetes Ausgeschloffenen bie Richtigkeit bes Berfahrens nach fich giebt (§ 37? Nr. 1, 2), hiernach aber bie Prozeßbetheiligten in beiben Fällen gleichmäßig befugt find, bie Aus: scheibung ber betr. Person zu Peantragen. Selbstverständlich ift in teinem ber beiben Falle bie Ausscheibung von einem Antrage abhängig. — Die Entscheibung über die von den Geschworenen angebrachten Gesuche um Entlassung ober Beurlaubung liegt außerhalb ber einzelnen Hauptverhandlung; daher ist, wenn sie ausnahmsweise im Laufe einer solchen erfolgt, nur bie Staatsanwaltschaft, nicht aber ber Angeklagte vor ber Entscheibung zu hören. Bgl. GBG. § 94 u. Note 1, 5 baf.
- 2. Da im Augemeinen nicht vorauszusehen ift, baß sich unter ben anwesenden Geschworenen ein zum Geschworenenamte unfahiger befinden werde, so braucht eine Aufforderung zur Anzeige etwaiger Unfähigfeitsgründe nicht zu ergeben; über isolche findet eine Erörterung nur im Falle eines besonderen Anlasses ftatt. Bur Anzeige etwaiger Ausschließungsgründe find dagegen die Geschworenen in jeder Sigung ausbrücklich auf zu forbern. hierbei hat der Borsihende benfelden

§. 280.

Bur Bilbung ber Geschworenenbank kann geschritten werben, wenn bie Bahl ber Geschworenen, welche erschienen und nicht in Gemäßheit bes vorhergehenben Paragraphen ausgeschieben worben sind, minbestens vierundzwanzig beträgt. Anberensials ist bie Bahl aus ber Liste ber Hülfsgeschworenen auf breißig zu ergänzen.

Die Ergänzung geschieht mittels Loosziehung burch ben Borsipenben in öffents licher Sipung. Sie gilt für alle in ber Sipungsperiobe noch zu verhandelnben Sachen.

Die ausgelooften hulfsgeschworenen werben unter hinweis auf die gesetlichen Folgen bes Ausbleibens geladen. Ihre Namen sind in die Spruchliste aufzunehmen.

Es kann zur Bilbung ber Geschworenenbank schon bann geschritten werben, wenn in Folge bes Erscheinens von Hulfsgeschworenen bie Zahl von vierundzwanzig Geschworenen erfüllt ift.

Erscheinen zu einer späteren Hauptverhandlung mehr als breißig Geschworene, io treten die überzähligen Hulfsgeschworenen in der umgekehrten Reihenfolge ihrer Ausloofung zurud.

(I. II. Cutm. § -; III. Cutm. § 238.)

bie gesehlichen Ausschließungsgründe (SS 22, 32) bekannt zu machen, swie auch ben Angeklagten, ben Berletten und die den Gegenstand der Berhandlung bildende That zu bezeichnen, da Mangels bieset Angaben die Geschworenen meistens nicht im Stande sein würden, das Borhandenseine eines Ausschließungsgrundes zu erkennen. Uebrigens begründet das Unterlassen ser Ausschließungsgrundes zu erkennen. Uebrigens begründet das Unterlassen ser Ausschlich ein ausgeschlossener Geschworener mitgewirkt hat: RGer. IV. 24. Rarz 85 (Entsch. XII. 119). — Bal. noch & 286 Note 4.

- 3. Bei Beurtheilung i ber Fahigkeit jum Geschworenenamt ist ber Zeitpunkt ber Außloosung, nicht berjenige ber Aufftellung ber verschiebenen Listen maßgebend; sonach ist ein Geschworener, ber zwar bei Aufstellung ber Spruchliste unfähig war, bessen Unfähigkeit jedoch vor ber
 Perhandlung wieber in Wegsall gekommen ist, nicht auszuscheiben: Re. II. 21. Sept. 80
 (Entsch. II. 241, Rspr. II. 225).
- 4. Eine Befcwerbe steht weber bem von ber Entscheidung betroffenen Geschworenen (vgl. GBG. § 94 Abs. 1), noch ben Prozesbetheiligten zu. Dagegen begründet die Mitwirkung eines unfähigen ober kraft Gesets ausgeschlossenen Geschworenen die Revision gegen das Urtheil; das Rabere hierüber s. zu § 377 Rote 1, 2.

3u § 280.

Bu Abs. 1.

- 1. Die Bilbung ber Geschworenenbant barf unter teinen Umftanben serfolgen, wenn nicht minbestens vierundzwanzig Geschworene anwesend find, unter benen bie Aussoosung stattfinden tann. Selbst bas Einverstandniß aller Prozesbetheiligten tann bie Aussoosung aus einer geringeren Rahl nicht zulässig machen.
- 2. Bird einer ber erschienenen und nicht gemäß § 279 ausgeschiedenen Geschworenen vor der Bildung der Geschworenenbank auf sein Gesuch entlassen oder beurlaubt (GBG. § 94 und Rote 1 das.), so zählt er bei der zur Bildung erforderlichen Zahl nicht mit. Wenn dagegen ein beurlaubter Geschworener an einem Tage, an welchem er wegzubleiben besugt gewesen ware, unter ausdrücklichem oder stillschweigendem Berzicht auf diese Besugniß, wieder erscheint, so zählt er mit und darf von der Ausloosung nicht ausgeschlossen werden; vol. RGer. I. 29. Nov. 83 (Enisch. IX. 253).
- 3. Ob bas Ausbleiben eines fehlenben Geschworenen entschulbigt ift ober nicht, ift gleichgultig. Der Umftand, baß bas Erscheinen besselben noch zu erwarten steht, bebingt einen Ausschwicht ber hier vorgesehenen Erganzung nicht; vielmehr ist biese sogleich flatthaft, nachbem sich ergeben hat, baß bie gesehliche Mindestzahl ber Geschworenen nicht erfüllt ist.

- 4. Die burch ben Mangel ber erforberlichen Minbestgahl nothwendig werdende Ergangung bes Geschworenenpersonals tann nur in ber in § 280 vorgeschriebenen Beise erfolgen; die im GBG. § 94 Abs. 2 bestimmte Einberusung einzelner Geschworenen ift nicht mehr ftatthaft; vgl. bort Rote 12.
- 5. In Betreff ber Lifte ber Sulfsgeschworenen f. GBG. § 89 Abf. 2, 3 unb Rote 8 bas., sowie § 90 unb Rote 1 bas.
- 6. Die Zahl ber Geschworenen ift im Falle bes § 280 stets auf breißig zu ergänzen, sollte auch im Boraus seststehen, bag an einem ber folgenben Tage ein Theil ber sehlenben Geschworenen wieber erscheinen werbe (vgl. Abs. 5); sonach können niemals weniger als sieben hulfsgeschworene ausgelooft werben. Das Geset will wennmöglich bie Nothwendigkeit einer abermaligen Erganjung vermeiben (Mot. S. 196).

Bu Abs. 2.

- 7. a. Benngleich die Rothwendigkeit der Austoosung von Gulfsgeschworenen regelmäßig dei Beginn einer einzelnen haupt verhandlung hervortreten wird, so braucht die Austoosung doch nicht nothwendig innerhalb einer solchen statzusinden; es kommt nur darauf an, daß sie in öffentlicher Sitzung erfolgt. Daher ist es auch zuläsig, icon vor demjenigen Tage, an welchen das Eintreten der Hulfsgeschworenen nothwendig wird, zur Austoosung zu schreiten und die Ladungen zu erlassen, falls schon vor diesem Tage (z. B. in Folge von Beurlaudungen z.) sessetzt, daß an demselben die gesetliche Mindestzahl von Geschworenen nicht vorhanden sein werde. Gl. A. v. Schwarze S. 444, Dalde S. 190, H. Meyer in H. II. S. 121, Retter S. 359; a. R. Puchelt S. 454.
- b. Die Ausloosung hat fich jebesmal auf alle in ber Lifte verzeichneten Sulfsgefcomorenen zu erstreden, also auch auf biejenigen, welche bereits in einer früheren Signagperiode besselben Geschäftsjahres einberusen waren; die Borschrift des BBG. § 91 Abs. 2 ift hier nicht wiederholt und mithin auf die Hilfsgeschworenen nicht anwendbar. Die Mühwaltung der letztern wird selbst im Falle mehrmaliger Einberusung regelmäßig noch eine geringere sein als die eines zu einer längeren Situngsperiode einberusenen Dauptgeschworenen; beshalb trifft der Grund, auf dem § 91 Abs. 2 beruht, bei den Hülfsgeschworenen nicht zu. Die Anwendung dieser Borschrit auf die Hülfsgeschworenen wurde aber auch leicht die Folge haben können, daß in den letzten Situngsperioden des Geschäftsjahres eine Ergänzung des Geschworenenpersonals überhaupt nicht mehr ausssührbar wäre. A. M. Rer. I. 24. Sept. 85 (Entsch. XII. 373).
 - 8. Bgl. SS 277 Abs. 2 u. Rote 5 bas.

Bu 216 f. 3.

9. In Betreff ber gesethlichen Folgen bes Ausbleibens f. GBG. SS 96, 56. Uebrigend bebarf es einer förmlichen Labung ber ausgelooften Gulfsgeschworenen eben nur wegen ber event. Berhängung bieser Folgen; es ift baber eine formlose Aufforderung zum Ericheinen, wo biese that jächlich genügt, nicht ausgeschlossen. Bgl. GBG. § 89 Abs. 3 u. Rote 12 bas.

Bu Abf. 4.

- 10. Es braucht nicht auf bas Erscheinen aller einberufenen Sulfsgeschworenen gewartet gu werben, ba sonst ber Beginn ber anstehenben Berhanblungen zu lange verzögert werben könnte. Bu Abs. 5.
- 11. "zu einer fpateren Sauptverhanblung" Es find hier felbstverständlich nur solche Sauptverhandlungen gemeint, bei beren Beginn eine Ausloofung ber Geschworenen flattzufinden hat; diejenigen Sauptverhandlungen, bei benen eine früher gebildete Geschworenenbant in Funktion verbleibt (§ 286), kommen nicht in Betracht.

12. Die übergählig geworbenen Gulfsgeschworenen muffen gurudtreten; mehr als brifig Geschworene burfen unter teinen Umftanben an ber Ausloofung Theil nehmen. Zuerft icheibet ber als ber lette ausgeloofte hulfsgeschworene, sobann ber vorlette aus, u. f. w.

13. — "treten — gurud" — b. h. ihre Geschworenenfunktion ift fur bie gange Sigun gsperio be beenbet, fofern fie nicht etwa auf Grund einer nochmaligen Ausloofung von Reuem einberufen werben; baber finb bie Zurudtretenben ausbrudlich gu entlaffen und in ber

§. 281.

Die Bilbung der Geschworenenbank erfolgt in öffentlicher Sitzung. Das Looswird von dem Borsitzenden gezogen.

(I. II. Cutm. § —; III. Enim. § 239.)

§. 282.

Bon den ausgelooften Geschworenen konnen so viele abgelehnt werden, als Ramen über zwölf in der Urne sich befinden.

Die eine Hälfte ber Ablehnungen steht ber Staatsanwaltschaft, die andere dem Angeklagten zu. Dem Angeklagten gebührt eine Ablehnung mehr, wenn die Gesammtzahl der Ablehnungen eine ungerade ist.

(I. II. Entw. § -; III. Entm. § 240.)

Spruchliste wieber zu ftreichen. Gl. A. Reller S. 360, Dalde S. 191, v. Bomhard S. 210, H. Meyer in H. II. S. 121, Stenglein S. 487; a. M. Puchelt S. 455, welcher annimmt, daß die überzähligen Hilfsgeschworenen nur für die einzelne Sache zurücktreten, auf der Spruchtlike aber verbleiben. Letzterer Ansicht ausch, (vgl. jedoch Stenglein a. a. D.) auch RGer. I. 20. Apr. 82 (Entsch. VI. 170).

Bu Abf. 2-5.

14. In Betreff bes Prototolles vgl. § 278 Rote 5.

3u § 281.

- 1. Die Bilbung ber Gefcmorenenbant vgl. § 278 u. Rote 2, 3. a baf.
- 2. Die Biebung ber Loofe (Bettel) barf nur burch ben Borfitenben felbft gefcheben.
- 3. Die Bilbung ber Geschworenenbank ist erfolgt (beenbet), sobalb zwölf (bei Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen [§ 285] breizehn 2c.) nicht abgelehnte ober nicht mehr ablehnbare (§ 283 Rote 3) Geschworene ausgelooft sind. Rach diesem Zeitpunkt kann eine Beränderung in der Beseihung der Geschworenenbank nicht kattgesunden haben; es würde also die Bilbung einer neuen Geschworenenbank nothwendig werden, wenn einer der zwölf Geschworenen plöhlich erkrankte und ein Ergänzungsgeschworener nicht zugezogen wäre (gl. A. Reller S. 361; a. M. Dalde S. 191). Träte dagegen ein derartiger Fall der Behinderung eines ausgeloosten Geschworenen vor der Besendigung der Bilbung der Geschworenenbank ein, so würde an Stelle des behinderten Geschworenen sogleich ein anderer auszuloosen und die Bilbung einer neuen Geschworenenbank weder nothwendig noch flatthaft sein. Bgl. noch § 283 Note 6.
- 4. Die ausgelooften Geschworenen haben in ber burch bas Loos bezeichneten Reihenfolge Blat zu nehmen, wenngleich bies nicht vorgeschrieben und nicht als wesentlich anzusehen ift. Bgl. BBG. § 199 Abs. 2.
- 5. In Betreff ber Oeffentlichkeit ber Berhandlung vgl. GBG. §§ 170, 173—175. Nach § 281 in Berb. mit § 288 Abs. 2 barf in schwurgerichtlichen Hauptverhandlungen die Aussichließung ber Oeffentlichkeit niemals früher als nach der Beeidigung der Geschworenen stattfinden. Ru § 282.
- 1. Die Ablehnung von Geschworenen kann nicht anders als in der hier (§§ 282 ff.) gesotdneten Beise erfolgen. Ablehnungsgesuche im Sinne des § 24 (vgl. § 32 u. Note 1 bas.) find den Geschworenen gegenüber nicht statthaft; auch der Fall des § 284 (vgl. dort Note 3) macht keine Ausnahme. Bgl. H. Meyer in H. II. S. 123. In Betreff der Ausschließungsstünde s. § 279 Note 1, 2.
 - 2. "über zwölf" vgl. § 285 Abf. 1.
- 3. "bem Angeklagten" vgl. § 284 Abs. 1. Die Bahl ber ber Staatsanwalt= ichaft zustehenden Ablehnungen ift von ber Bahl ber Angeklagten ganz unabhängig. Gine Bereinbarung zwischen ber Staatsanwaltschaft und bem Angeklagten über bie Bahl ber Ablehnungen ift unstattbaft.
 - 4. In Betreff bes Rebenflagers f. § 437 216f. 2.



§. 283.

Sobalb ein Name gezogen und aufgerufen ist, hat die Staatsanwaltschaft und sobann der Angeklagte durch die Worte "angenommen" oder "abgelehnt" die Annahme oder Ablehnung zu erklären. Die Angabe von Gründen ist unzulässig.

Wird eine Erklärung nicht abgegeben, fo gilt bies als Annahme.

Die Erklärung kann nicht zurückgenommen werben, sobalb ein fernerer Name gezogen, ober bie gesammte Ziehung für beendet erklärt ist.

(L II. Entm. § —; III. Entm. § 241.)

§. 284.

Sind bei einer Hauptverhandlung mehrere Angeklagte betheiligt, so haben fie bas Ablehnungsrecht gemeinschaftlich auszuüben.

5. 3n Betreff einer Belehrung bes Angeflagten f. § 278 Rote 3.a.

6. Bgl. noch § 377 Rr. 1 u. bie Roten baf.

Ru & 283.

- 1. a. Da bie Austoofung ber Geschworenen einen wesentlichen Bestanbtheil ber Berhanblung bilbet, so tann sie nicht ohne Anwesenheit bes Bertheibigers flattfinden, wenngleich darüber, welche Geschworene anzunehmen ober abzulehnen seien, nur ber Wille des Angeklagten selbst entischend ift; vgl. § 145 u. Note 2-4 bas.
- b. Die Erklärungen über bie Annahme ober Ablehnung ber Geschworenen können für ben Angeklagten von bem Bertheibiger abgegeben werben, ohne bag bieser einer bessonberen Ermächtigung hierzu bebarf (vgl. Rote 8. a zu Buch 1 Abschn. 11; Mot. S. 1961. Die Erklärungen bes Bertheibigers gelten als Erklärungen bes Angeklagten; baber kann bieier einer von ihm selbst nicht gebilligten Erklärung bes Bertheibigers nur so lange widersprechen, als er eine eigene Erklärung zurückzunehmen berechtigt sein wurde (Abs. 3). Auch ber Bertheibiger eines nicht anwesenden Angeklagten (vgl. § 276 Note 4) kann das dem letzteren zustehende Abslehnungsrecht aussiben.
- 2. Die Erklärung ber Staatsanwaltschaft muß zuerst abgegeben werben. Es ift bies eine zu Gunften bes Angeklagten getroffene wesentliche Bestimmung: wird ein Geschworener, ben ber Angeklagte nicht annehmen will, schon von ber Staatsanwaltschaft abgelehnt, so bleibt bie betr. Ablehnung bem Angeklagten gewahrt, und er kann sie gegenüber einem anberen Geschwortnen verwerthen.
- 3. Erflärungen über bie Annahme ober Ablehnung von Geschworenen konnen von jebem Brozesbetheiligten nur fo lange abgegeben werben, als bas Ablehnungsrecht beffelben noch nicht erschöpft ift. Gine Annahmeerklärung seitens eines Prozesbetheiligten, bem eine Ablehnung nicht mehr zusteht, wurbe keinen Sinn haben.

4. In Betreff ber Ungulaffigfeit ber Angabe von Grünben vgl. § 282 Rote 1.

- 5. Aus Abs. 3 ergiebt sich junächst, baß bie Zurudnahme einer Erklärung an sich ftatthaft ift; sie wird erft unstatthaft, wenn ein sernerer Name gezogen ober die Ziehung für beendet erklärt ist Sonach wird die Zurudnahme einer Annahmeerklärung der Staatkanwaltschaft daburch allein nicht ausgeschlossen, daß auch der Angeklagte schon die Annahme erklärt hat; gl. A. Keller S. 362, v. Bomhard S. 212, Stenglein S. 489; a. M. Puchelt S. 459, Dalde S. 192. Die Bestimmung des Abs. 3 gilt auch für die stillschweigend abgegebenen Erklärungen (Abs. 2).
- 6. Der Borsitenbe wirb, um bezüglich bes zulest ausgelooften Geschworenen bie nachträgliche Burudnahme ber Annahmeerklärung auszuschließen, bie Beenbigung ber Ziehung ausbrüd-lich zu verfünden haben. Indeß ist die Zurudnahme auch Mangels dieses ausdrüdlichen Ausspruchs für unstatthaft zu erachten, sobalb ber auf die Ausloosung folgende fernere Berhandlungs-att (vgl. 88 286, 288) begonnen hat.

7. 3n Betreff bes Prototolles f. § 278 Rote 5.

3u § 284.

1. a. Die gemeinschaftliche Ausübung bes Ablehnungsrechts fest eine Bereinigung ber

Insoweit eine Bereinigung nicht zu Stande kommt, werden die Ablehnungen gleichmäßig vertheilt; über die Ausübung derjenigen Ablehnungen, welche fich nicht gleichmäßig vertheilen laffen, sowie über die Reihenfolge der Erklärungen entscheidet das Loos.

Ift die Auziehung von Ergänzungsgeschworenen angeordnet worden, so vermindert nich die Zahl der zulässigen Ablehnungen um die Zahl der Erganzungsgeschworenen.

Sind mehrere Erganzungsgeschworene zugezogen worden, so treten fie in ber Reibenfolge der Ausloofung ein.

(L. II. Entw. § —; III. Entw. § 243.)

Angeflagten poraus; bas Borhandenfein einer folden fann aber nur burch ausbrudliche Erflärungen aller Angeklagten fouftatirt, Die letteren muffen baber befragt werben, ob fie bas Ablehnungsrecht gemeinschaftlich ober einzeln ausüben wollen. Die Antwort auf bieje Frage tann zwar Namens eines Angeflagten von feinem Bertheibiger abgegeben merben; inbeg tommt es auch bier nur auf ben Billen bes erfteren felbft, nicht auf ben bes Bertheibigers au; pgl. § 283 Rote 1.b.

- b. Die Angeklagten muffen fich event. auch über bie Berfon, welche bie gemeinschaftlichen Erflärungen abgeben foll, vereinigen. Die Abgabe ber letteren fann burch einen ber Angeflagten. wie auch burch einen Bertheibiger geschehen.
- 2. Die Faffung bes S ("Insoweit") ift ungenau, ba bie Bertheilung ber Ablehnungen nur erubrigt werben tann, wenn eine Bereinigung aller Ungeflagten ju Stanbe tommt. 3war fann auch ein Theil ber Angeklagten eine Bereinigung bezüglich ber ihnen guftebenben Ablehnungen rreffen; allein biefer gall tann erft in Betracht tommen, nachbem bie Bertheilung ftattgefunden bat.
- 3. Die Unmöglichkeit einer gleichmäßigen Bertheilung liegt auch bann vor, wenn bie Bahl ber Angeklagten größer ift als biejenige ber ihnen insgesammt auftebenben Ablehnungen (vgl. § 282 Rote 1, 3). Alsbann wird burch bas Loos bestimmt, welchen Angeklagten eine Ablehnung zuftebe und melden nicht.
- 4. Auch bie Reibenfolge muß nothwendig burch bas Loos festgestellt merben, meil ber in ihr nachstebenbe Angeklagte eine portheilhaftere Lage hat als ber porstebenbe; pgl. § 283 Rote 2.
 - 5. Bgl. Note 36 ju Buch 2 Abichn. 1.
 - 6. In Betreff bes Protofolles f. § 278 Rote 5.

Zu § 285.

- 1. Ueber ben Begriff und bie Aufgabe ber Ergangungsgefcomorenen f. GBG. § 194 u. Rote 3, 4 baj.
- 2. Db und in welcher Bahl Erganzungsgeschworene зизидiehen seien, unterliegt lediglich. bem Ermeffen bes Borfigenben (GBG. § 194 u. Rote 6, 7 baf.). Dehr wie eines Ergangungegefcomorenen wird es nur in feltenen Fallen bedurfen. - Giner Anborung ber Progefis betheiligten bedarf es nicht, ba benfelben ein Biberfpruch gegen bie Anordnung nicht guftebt, wenngleich burch biefe bas Ablehnungerecht eine Ginichrantung erfährt.
- 3. a. Die Bugiehung von Ergangungsgeschworenen tann nur angeordnet werben, bevor mit ber Ausloofung begonnen wirb; es folgt bies icon baraus, bag von ihr bie Bahl ber jus laffigen Ablehnungen abhangt (a. M. nur Buchelt S. 461). Auch eine Burudnahme ber Ans ordnung ift nur bis zu bem gebachten Zeitpunkt ftatthaft, ba ber Ginflug ber letteren auf die Bujammensegung ber Geschworenenbant mit ber Ausloosung beginnt; vgl. RGer. III. 27. Mai 86. (Entich. XIV. 206).
- b. Die Austoosung bes ober ber Erganzungsgeschworenen muß fich unmittelbar an biejenige bes zwölften Beichworenen anschließen.
- 4. Die Erganzungsgefcoworenen find gleich ben anberen Geschworenen und mit diesen qua jammen zu beeibigen (§ 288).
 - 5. An ber Berhanblung ninmt ein Erganzungsgeschworener in gleicher Beife- und mit

Digitized by 🗘 OOGTE

§. 286.

Stehen an bemselben Tage mehrere Berhanblungen an, so verbleibt die für eine berselben gebildete Geschworenenbank für die folgende Berhandlung oder für mehrere folgende Berhandlungen, wenn die dabei betheiligten Angeklagten und die Staatsanwaltschaft sich damit vor der Beeidigung der Geschworenen einverstanden erklärt haben.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 244.)

- gleichen Befugnissen (vgl. § 239 Abs. 2, § 291 Abs. 1) wie die übrigen Seschworenen Theil. An ber Berathung der letzteren dagegen darf er nur dann Theil nehmen, wenn einer der zwölsteschworenen durch ihn ersetzt worden ist (Rote 6). So lange eine solche Ersetzung nicht kantzesunden hat, darf der Ergänzungsgeschworene das Berathungszimmer der Geschworenen während der Berathung nicht betreten, da dem Gericht sonst die Kontrole bezüglich seiner Richtbetheiligung an der Berathung und Abstimmung sehlen würde; ein Berstoß hiergegen begründet die Revision: W.Ger. I. 20. Febr. 82 (Entsch. VI. 58, Rspr. IV. 181). Theilw. a. M. RGer. II. 28. Dez. 80 (Entsch. III. 266, Rspr. II. 675), insosern hier angenommen ist, daß ein Revisionsgrund nicht schon in der undefugten Anwesenheit des Ergänzungsgeschworenen in dem Berathungszimmer, sondern erst in dem Bersehr zwischen ihm und den anderen Geschworenen enthalten sei. Der Begangene Berstoß kann durch eine Zurücksendung der Geschworenen zur nochmaligen, in Abwesenheit des Ergänzungsgeschworenen vorzunehmenden Berathung nicht geheilt werden; so: das erstere Urth.
- 6. In Betreff ber Borausfehung, unter welcher einer ber awolf Gefcmorenen burch einen Ergangungsgeschworenen zu erseben ift, sowie barüber, bag bie Anordnung ber Ersehung bem Gericht, nicht bem Borsigenben, juficht, f. GBG. § 194 Rote 11.
 - 7. In Betreff bes Prototolles f. § 278 Rote 5.

3u § 286.

- 1. Gine gleichzeitige Bilbung ber Geschworenenbant für mehrere, wenngleich an bemselben Tage anstehenbe Berhandlungen ist schlechthin unstatthaft und kann auch burch eine Bereinbarung zwischen ber Staatsanwaltschaft und ben betheiligten Angeklagten nicht zulässig werben. Rurauf bem im § 286 geordneten Wege läßt es sich bewirken, daß ohne neue Ausloosung bieselbe Geschworenenbank für mehrere Berhandlungen in Funktion bleibt. Bgl. übrigens § 236 u. Note 36 zu Buch 2 Abschn. 1.
- 2. Die Bestimmung bes 5 will hauptsächlich ben Dienst ber Geschworenen erleichtern (Rot. 197). Demgemäß ist ber Borsitzenbe für verpflichtet zu erachten, in allen Fällen, in benen bies ohne erheblichen Ausenthalt geschehen kann (vgl. Note 5—7), die betheiligten Angeklagten und bie Staatsanwaltschaft über ihr Einverständniß mit dem Berbleiben der Geschworenenbank zu befragen, wenngleich baraus, daß die Befragung unterblieben ift und unnöthiger Beise Bildung einer anderen Geschworenenbank stattgesunden hat, eine Nichtigkeit niemals hergeleitet werden könnte.

 Ist übrigens die Erklärung des Einverständnissels ber betheiligten Angeklagten und der Staatsanwaltschaft einmal erfolgt, so ist hierdurch das Berbleiben der Geschworenenbank sie betr. Sache endgültig sestgestellt, da das Geset eine Zustimmung des Gerichts oder der Beschworenen nicht erfordert und nach der Natur der Sache nicht erfordern kann. Ein Bider: ruf der gebachten Erklärung ist nicht statthaft.
- 3. Die Bestimmung des § 286 ist anwendbar, sobald mehrere Berhandlungen an bemselben Tage an ftehen. Ist das Berbleiben der Geschworenenbant für eine spätere Berhandlung durch die Erstärungen der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten einmal sestgeftellt, so wird die Zulässeit desselben dadurch nicht wieder ausgehoben, daß wegen der Dauer der vorhergehenden Berhandlungen oder aus einem sonstigen Grunde in die spätere Berhandlung er ft an einem anderen Tage eingetreten werden kann. Nur muß bieser andere Tag einer der vier nächsten sein, widrigen salls eine neue Geschworenenbank gebildet werden muß (§ 228; vgl. § 287).
 - 4. Das Berbleiben ber Geschworenenbant für eine folgenbe Berhandlung tann erft bann

Digitized by GOOGLE

Gegenstand ber Erörterung fein, wenn bie Bilbung berfelben für bie vorangehenbe Berhanblung beenbet ift. — Bas bagegen bie an bie Geschworenen ju richtenbe Aufforberung jur Angabe etwaiger Ausichliefungsgrunbe (§ 279 u. Rote 2 baf.) betrifft, fo wirb biefelbe gleichzeitig auf alle an bemselben Tage anstehenbe Sachen zu erstreden sein, ba bas Berbleiben ber Ge: schworenenbant vereitelt werben wurbe, wenn in ber ersten Sace ein Geschworener ausgelooft unb angenommen wurbe, ber in einer folgenben Sache traft Gefetes ausgeschlossen mare. Wirb bas Borhandenfein eines Ausschließungsgrundes ermittelt, fo wirb, um bie Ausscheibung bes betr. Ge= schworenen für alle anstehenden Berhanblungen zu ermöglichen, diejenigen Sache, in welcher ber Ausichliegungsgrund obwaltet, als bie erfte ju verhanbeln fein; ber Borfigenbe braucht bie Reihenfolge ber Berhanblungen erft nach ber Erörterung ber etwaigen Ausschließungsgrunbe fest= juftellen, und er ift baber bis ju biefem Zeitpunkt auch befugt, eine früher bestimmte Reihenfolge ju andern. A. M. Buchelt S. 464, Dalde S. 194, Stenglein S. 491; Die von biefen Schrift: ftellern erhobenen Bebenken erscheinen grundlos, und insbes, gilt dies von der Ansicht, daß bei dem bezeichneten Berfahren bas Ablehnungsrecht eines Angeklagten geschmälert werben könnte; benu der bei einer späteren Sache betheiligte Angeklagte braucht nur die Bilbung einer neuen Ges ichworenenbank zu verlangen, um eine etwaige Benachtheiligung abzumenben.

- 5. Die Erklärung bes Einverftänbnisses fann nur por ber Beeibigung ber Geschworenen wittsam abgegeben werben; nach erfolgter Beeibigung kann bie Beibehaltung ber Geschworenenbank nicht weiter in Krage kommen. Gl. A. H. Meyer in S.H. S. 124, Reller S. 365.
- 6. Das Gefet erforbert nicht, daß ber bei der fpäteren Berhandlung betheiligte Angeklagte ich on bei der Bildung ber Geschworenenbank anwesenb sei. Da jedoch im Falle seines späteren Gintretens in das Situngszimmer es nothwendig sein würde, ihm die Namen der auszeloosen Geschworenen bekannt zu machen, so gestaltet sich das Bersahren am einsachsten und zwedzmäßigsten, wenn die Bildung der Geschworenendank in Gegenwart aller Angeklagten stattsindet, gegen welche an dem betr. Tage verhandelt werden soll. Es wird sich daher empsehlen, die an demselben Tage anstehenden Berhandlungen sämmlich auf dieselbte Stunde anzuberaumen und nach der Beribigung der Geschworenen (§ 288), bezw. nachdem die Beibehaltung der Geschworenenbank abgelehnt worden, die bei der ersten Berhandlung nicht betheiligten Angeklagten bis auf Weiteres wieder abtreten zu lassen.
- 7. Da bie Erflärung bes Einverständnisses mit bem Berbleiben ber Geschworenenbant bie Etflärung über bie Annahme ober Ablehnung ber einzelnen Geschworenen vertritt, so findet bas zu § 283 Rote 1 bezüglich bes Bertheibigers Bemerkte auch bier entsprechenbe Anwendung.
- 8. Bezüglich bes Falles, wenn an einem Tage mehr als zwei Berhanblungen anfteben, fagen bie Mot. S. 197: Es "tann für bie erfte Sache gebilbete Geschworenenbant auf Grund ber zustimmenben Barteierklarungen auch für bie zweite unb britte Sache beibehalten werben. Bird aber eine Reubildung ber Gefcmorenenbant für bie zweite Sache geforbert, fo barf bie erfte Geichworenenbank für die britte Sache nicht mehr in Frage kommen, vielmehr kann es sich bei ber britten Sache nur noch um bie Beibehaltung ber zweiten Gefcomorenenbant hanbeln." Gelbfi= verftanblich murbe bies, wenn noch eine vierte ober fünfte Sache anftunbe, auch auf biese entprechende Anwendung finden. Es ist jedoch bas, was die Mot. sagen, in dem Gesetz selbst nicht hinreichend jum Ausbruck gekommen, und überdies ift es nach jenen wie nach biesem nicht unweifelhaft, ob es bem Borfitenben nicht zuftebe, über bie Beibehaltung ber erften Gefcomorenenbant, nachbem ber ameite Angeflagte fich gegen fie ausgefprochen, alsbalb ben britten Angeflagten gu befragen und fobann, falls biefer fich guftimmend ertfart, bie Reihenfolge ber Berhanblungen ju andern, um fo die erfte Geschworenenbant für diejenige Berhandlung beizubehalten, welcher ur= iprunglich bie britte Stelle jugewiesen mar. Es wirb bies inbef ju verneinen und bas Gefet von bem in ben Dot, eingenommenen Stanbpuntt aus bahin aufzufaffen fein, bag bie Beibehaltung berfelben Geschworenenbank nur so lange in Frage kommen kann, als fie noch nicht auf ben Biberspruch ber Staatsanwaltschaft ober eines Angeklagten gestoßen ift. Gl. A. Geper S. 319, Stenglein S. 492; a. D. Dalde S. 194, Keller S. 365. — Ift übrigens einmal ends gultig festgestellt, welche Geschworene in ben einzelnen Sachen zu fungiren haben, so ist-eine Ber-

Digitized by GOOGLE

§. 287.

Muß nach Unterbrechung einer Hauptverhandlung mit bem Versahren von neuem begonnen werben, so ist auch die Geschworenenbank von neuem zu bilben.

(I. II. Cutw. § —; III. Cutw. § 245.) §. 28

Nach Bilbung ber Geschworenenbank werben bie Geschworenen in Gegenwart ber Angeklagten, über welche sie richten sollen, beeibigt.

änberung ber Reihenfolge ber Berhanblungen bebeutungslos und baher völlig statthaft. Bar 3. B. die erste Geschworenenbank für die zweite Sache beibehalten, für die britte Sache bagegm eine andere Geschworenenbank gebilbet worden, so würde es, salls die Berhandlung der zweiten Sache einen Ausschlung berefahren mußte, zulässig sein, an die Berhandlung der ersten Sache biejenige ber britten anzuschließen und sodann die zweite Sache vor der wieder zusammentretenden erften Geschworenenbank zu verhandeln. Das Geseh schließt es, wie aus den §§ 228, 287 hervorget; in keiner Beise aus, daß die eine Geschworenenbank von Neuem in Thätigkeit tritt, nachdem inzwischen eine andere Geschworenenbank sach sach das die eine Geschworenenbank von Neuem in Thätigkeit tritt, nachdem inzwischen eine andere Geschworenenbank sach sach das die eine Geschworenenbank von Neuem in Thätigkeit tritt, nachdem inzwischen eine andere Geschworenenbank sach sach der Geschworenenbank sach sach der Geschworenenbank sach seine Geschworenenbank von Neuem in Thätigkeit tritt, nachdem inzwischen eine andere Geschworenenbank sach seine Geschworenenbank seine Geschworenenbank seine Geschworenenbank seine Geschworenenbank seine Ges

- 9. Die Borschrift bes § 286 enthält in Ansehung ber nachsolgenden Berhanblungen eine Abweichung von § 278, indem sie die, die Geschworenenbant betreffende Erörterung von der Berhanblung in der Sache selbst (§ 289) ablöft. Diese Abweichung greift aber nur insoweit Plat, als die Boraussehungen bes § 286 zutreffen. Daber ist es, wenn für die zweite Sache eine neue Geschworenen bant gebildet werden muß, nicht zulässig, die Bildung berselben sogleich an die jenige der ersten Geschworenenbant anzuschließen; vielmehr tann die zweite Geschworenenbant ern bei Beginn der zweiten Berhanblungen an, so sind bie bei diesen betheiligten Angestagten wiederum zu der Budung der zweiten Geschworenenbant zuzuziehen (Note 6), jum event. die letztere für die solgenden Berhandlungen beibehalten zu können.
- 10. In Betreff bes Protofolles vgl. § 278 Note 5. Die über die Beibehaltung einer Geschworenenbant abgegebenen Ertlärungen find in bas die Bilbung berfelben betreffende Protofoll mit aufzunehmen, und letteres ift in beglaubigter Abichrift zu ben Aften berjenigen Sachen zu bringen, für welche bie Geschworenenbant beibehalten wirb.'

Bu § 287.

- 1. Die Bestimmung enthält eine Konsequenz bes Sates, bag bie Bilbung ber Geschworenen: bant einen Theil ber hauptverhandlung barftellt; vgl. § 278 u. Rote 2 bas.
- 2. "mit dem Berfahren von neuem begonnen" hierzu vgl. § 228 und Rote 1 bai. llebrigens tommt es nach § 287 nicht barauf an, ob die Nothwendigkeit ber Erneuerung des Setzfahrens ihren Grund in einer Ueberschreitung der in § 228 bestimmten viertägigen Frift ober in einem anderen Umstande hat; es ist daher die Reubilbung der Geschworenenbank auch bann erforderlich, wenn wegen einer Beränderung in dem Richterpersonal (vgl. GBG. § 194 Rote 3) die Erneuerung des Berfahrens eintreten muß; vgl. v. Schwarze S. 449.
- 3. Das Gesch schließt es nicht aus, bag bei ber Neubilbung ber Geschworenenbant eben bieselben Geschworen en wieber ausgelooft werben, aus benen bie erfte Geschworenenbant bestanben hat.
- 1. Die Geschworenen werben nicht für bie ganze Sitperiobe, sonbern für bie einzelnen Sachen beeibigt. Bleibt jeboch eine Geschworenenbank für mehrere Sachen in Funktion (§ 286), so erfolgt, wie bie Fassung bes (Abs. 3 ("ben Anklagesachen") ergiebt. bie Beeibigung für alle biese Sachen auf einmal und zwar in Gegenwart aller bei benselben betheiligten Angeklagten. In Betreff ber Beeibigung ber Schöffen vgl. GBG. § 51.
 - 2. In Betreff ber Ergangungegeichmorenen f. § 285 Rote 4.
- 3. Die Beibigung ber Geschworenen bilbet einen beson beren Berhandlungsatt zwischen ber Bilbung ber Geschworenenbant und ber Berhandlung in ber Sache selbst (§ 289).

Die Beeibigung erfolgt in öffentlicher Situng.

Der Borfigende richtet an die zu Beeldigenden die Worte:

"Sie schwören bei Gott, bem Allmächtigen und Allwissenben, in ber Anklagesache (ben Anklagesachen) wiber N. N. die Pflichten eines Geschworenen getreulich zu erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Sewissen abzugeben."

Die Geschworenen leisten ben Gib, indem jeder einzeln die Worte spricht: "ich schwöre es, so mahr mir Gott helse."

Der Schwörenbe foll bei ber Gibesleiftung bie rechte Sand erheben.

Ist ein Geschworener Mitglieb einer Religionsgesellschaft, welcher bas Geset ben Gebrauch gewisser Betheuerungsformeln an Stelle bes Sibes gestattet, so wird bie Abgabe einer Erklärung unter ber Betheuerungsformel bieser Religionsgesellschaft ber Sibesleistung gleichgeachtet.

(I. II. Entw. § -; III. Entw. § 246.)

§. 289.

Rach ber Beeidigung der Geschworenen erfolgt die Verhandlung in der Sache selbst. (L. II. Entw. § —: III. Entw. § 247.)

4. In Betreff ber Deffentlichteit vgl. § 281 Rote 5.

- 5. In ber Ansprache bes Borfigenben brauchen, wenn bei einer Sache mehrere Angeklagte betheiligt find, nicht biefe sammtlich genannt zu werben; es genugt, zu sagen: "wiber N. N. und Benoffen." Gl. A. Stenglein 6. 493; a. M. Buchelt S. 466, Dalde S. 196, Keller S. 367.
- 6. Die Geschworenen leisten einzeln, b. h. einer nach bem anberen, ben Eib, in ber ihren Platen entsprechenben Reihenfolge (vgl. § 281 Rote 4). In Betreff ber Erhebung ber rechten hand f. § 63 Rote 5. a.
 - 7. Bu Abf. 6 vgl. § 64 u. bie Roten baf.
- 8. Die Beetbigung ber Geschworenen ift burch bas, bie Bilbung ber Geschworenenbant bes treffenbe Protofoll zu beurkunden; vgl. § 278 Rote 5, § 286 Rote 10.

Zu § 289.

- 1. Die Berhanblung in ber Sache selbst erfolgt zunächt nach ben Borschriften ber \$\frac{324-256}{242-256}\$ (vgl. insbef. \congress) 239 Abs. 2). An die Beweisaufnahme aber schließt sich, abweichend von \congress) 257, die Fragestellung an (\congress) 290-298); dann folgen die die Schulbsrage betressenden Borsträge (\congress) 299), das Schluswort des Borsitzenden (\congress) 300), die Uebergade des Fragedogens zc. an die Seschworenen (\congress) 301, 302), die Berathung der letzteren (\congress) 303-307), die Bertündung des Spruches (\congress) 308, 313), die weitere Antragstellung (\congress) 314 Abs. 2), endlich die Entscheidung des Gerichts (\congress) 314-316). Die \congress 306, 309-312, 317 behandeln besondere Borkommnisse in der Bethandlung.
- 2. Eine Berurtheilung ober Freisprechung bes Angeklagten kann nur auf Grund bes Spruches ber Geschworenen erfolgen. Die von einzelnen ber früheren Landesgesetze getroffene Bestimmung, nach welcher die Entscheidung ber Geschworenen durch das Schulbbekenn tniß des Angeklagten entbehrlich werden konnte, hat in die StPD. nicht Aufnahme gefunden, da sie dem Grundsat widerstreitet, daß den Geschworenen auch die Entscheidung über die Subsumtion der Thatsachen unter das Strafgesetz gedührt. Auch die hiermit verwandte Einrichtung, nach welcher schwurgerichtliche Strassachen im Falle des Schuldbekenntnisses vor die Strassammer verwiesen werden konnten, ist der StPD. unbekannt. In Betress des Einstusses des Geständnisses auf das Beweisversahren i. § 243 Rote 2.
- 3. Das ju § 259 Rote 8 in Betreff ber Enticheibung von Borfragen Sefagte finbet auch auf bas ichwurgerichtliche Berfahren entsprechenbe Anwenbung; baber kann in gewiffen Fällen (vgl. bort Rote 4) auch bie Erlaffung eines Urtheils erfolgen, ohne baß ein Spruch ber Geschworenen

§. 290.

Die den Geschworenen zur Beantwortung vorzulegenden Fragen werden von dem Vorsitzenden entworfen.

Nach dem Schlusse der Beweisaufnahme werben die entworfenen Fragen vers lefen. Der Vorsitzende kann sie den Geschworenen, der Staatsanwaltschaft und dem Angeklagten in Abschrift mittheilen und foll einem hierauf gerichteten Antrage entsprechen.

Auf Verlangen der Staatsanwaltschaft oder des Angeklagten oder eines der Geschworenen ist behufs Prüfung der Fragen die Verhandlung auf kurze Zeit zu unterbrechen.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 248.)}

vorausgegangen ist. Gl. A. v. Schwarze S. 453, Puchelt S. 467; a. M. Reller S. 368, H. Weyer in H. II. S. 117, Cochow S. 245, welche ben Spruch ber Geschworenen nur in dem Falle für entbehrlich halten, wenn wegen des Mangels des ersorderlichen Strasantrages auf Einstellung des Versahrens (§ 259 Abs. 2) zu erkennen ist. In Betreff die se Falles hat auch das Meer. die Entbehrlichkeit des Geschworenenspruches auerkannt: II. 12. Juli 80 (Entsch. II. 221. Ripr. II. 188), II. 1. Apr. 87 (Ripr. IX. 226).

Bu § 290.

- 1. Die StBO. reiht die Fragestellung und die auf sie bezüglichen Erörterungen unmit: telbar an ben Schluß der Beweisaufnahme an und läßt die, die Schulbfragen behandelnben Borträge der Prozestetheiligten (§ 299) erst der Fragestellung nachsolgen. Auf diese Weise wird der Gegenstand und die Richtung der Borträge im voraus bezeichnet und in gewissem Maße be grenzt, und es steht, wie die Mot. S. 198 sagen, "du erwarten, daß die Borträge nicht nur abgefürzt, sondern zugleich auf der begrenzten Grundlage der Fragen an Präzision und Klarheit gewinnen werden". In Betrest der Zulässigkeit einer späteren Aenderung der Fragestellung i. § 291 Note 5. Bgl. noch § 245 Note 1.
 - 2. In Betreff ber Funttion bes Borfigenben f. § 291 Rote 1.
- 3. Die Berlesung ber Fragen ist unerläßlich und tann weber burch mündliche Bekanntmachung ihres Inhalts, noch burch eine abschriftliche Mittheilung erset werben, selbst nicht beim Einverständniß aller Prozesbetheiltgten: RGer. IV. 17. Juni 84 (Entsch. X. 436). Sie erfolgt burch ben Borsisenben. Derselbe kann auch alsbalb (vgl. § 300) die verlesenen Fragen er läutern, sofern er dies für ersorberlich ober angemessen erachtet (vgl. Prot. S. 446). hat nach Berlesung der Fragen eine Wiederausnahme des Beweisversahrens stattgesunden, so ist eine Bieders holung der Berlesung nicht nothwendig, falls nicht eine Aenderung oder Ergänzung der Fragen beschlossen oder beantragt wird oder sonst Einwendungen gegen dieselben erhoben werden: RGer. I. 23. Nov. 82 (Entsch. VII. 284).
- 4. a. Gine ab ich riftliche Mittheilung ber Fragen findet, auch wenn beren Entwerfung bereits früher erfolgt ift, erst nach dem Schlusse der Beweisaufnahme ftatt. Im Uebrigen kann sie vor wie auch nach der Berlesung geschehen. Sie unterliegt, sosern sie nicht beantragt ift, lediglich dem Ermessen bes Borsistenden; dagegen darf ein auf sie gerichteter Antrag nicht abgelehnt werden, wenngleich die Fassung des Gesetze ("soll") die Ansicht begründet, daß eine Ablehnung nicht nothwendig die Nichtigkeit des Bersahrens nach sich ziehen würde.
- b. Es genügt, wenn ben Geschworenen in ihrer Gesammtheit eine Abschrift ber Fragen mitgetheilt wird; besgleichen braucht, wenn mehrere Angeklagte vorhanden find, ihnen zusammen nur eine Abschrift ertheilt zu werben. A. D. Stenglein S. 494.
- 5. Ginem ber beutschen Sprache nicht machtigen Angeklagten muffen bie verlejenen fragen nothwendig verdolmeticht, auch muß ihm, falls er die abichriftliche Mittheilung berfelben beantragt, eine burch ben Dolmeticher gesertigte Uebersehung ertheilt werben. Bgl. GBG. § 187 Rote 3, 8, StBD. § 274.

§. 291.

Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte, sowie jeder Geschworene ist beigugt, auf Mängel in der Fragestellung aufmerksam zu machen, sowie auf Absänderung und Ergänzung der Fragen anzutragen.

Das Gericht stellt, wenn Sinwendungen erhoben ober Anträge angebracht werden, ober wenn einer der Richter es verlangt, die Fragen fest. Die festgestellten Fragen sind zu verlesen.

(I. II. Catm. § —; III. Entw. § 249.)

6. Ginem Antrage auf Unterbrechung muß flattgegeben werben; über bie Dauer bers felben aber enticheibet bas Ermeffen bes Borfigenben.

Bu & 291.

- 1. Das ichwurgerichtliche Berfahren enthält im Bergleich mit bem Berfahren por ben übrigen Snafgerichten die Besonberheit, daß in ihm diejenige Thätigkeit, welche sich sonst bei ber Enticeibung über bie Schulbfrage vollzieht, in zwei Theile gespalten ift: in bie Aufstellung ber Bragen und in beren Beantwortung burch bie Geschworenen. Die Aufftellung ber Fragen bilbet in Bahrheit icon einen Theil ber Enticheibung ber Sache; benn fie ift bas Ergebnig einer Bergleichung ber vorliegenben Thatfachen mit bem Inhalt bes Strafgefebes. Es ift baber gang richtig und fachgemag, wenn bie gragestellung als eine Funttion bes Gerichts behanbelt wirb, unb auf biesem Standpunkt steht auch die StBD. (vgl. jeboch D. Meyer in Hh. II. S. 133). Zwar übertragt fie in § 290 Abf. 1 bie Entwerfung ber gragen bem Borfitenben; allein nach § 291 Abf. 2 unterliegt bie Fragestellung der Entscheidung bes Gerichts, sobalb einer ber Richter "es verlangt". Das blohe Berlangen eines ber Beisiber genügt, um das Gericht mit der Fragestellung zu befassen; es ist weder eine Begründung noch eine Erläuterung des Berlangens erforberlich, und insbef. ift bie Befdluffaffung bes Gerichts nicht etwa auf ben fall befdrantt, wenn gegen bie rechtliche Bulaffig teit einer Frage ober ihres Inhalts Bebenten erhoben werben; vielmehr unterliegt auch bie Angemeifenbeit ber gestellten Fragen ber Enticheibung bes Gerichts. Der Borfitzenbe hanbelt fin Ansehung ber Fragestellung lebiglich als Organ bes Gerichts; fein Entwurf gilt als von biefem gebilligt, wenn teiner ber Richter bie Berathung verlangt. — Aus biefer Auffassung folgt aber weiter : bag ber Borsitende stets auch befugt ift, aus eigener Ent= ichliegung ben Beschluß bes Gerichts einzuholen, und bag er nicht abzuwarten braucht, ob sein Entwurf von irgend welcher Seite werbe bemangelt werben; ja in ben Fallen, in benen es fich darum handelt, ob von Amtswegen die Fragestellung über den Inhalt des Eröffnungsbeschlusses hinaus zu erweitern sei (SS 294, 295, 297), wird es fich für den Borsitzenden stets empfehlen, vor der Berlefung der Fragen fich des Einverständnisses des Gerichts zu verfichern. Selbstverständlich wird burch eine folche, ber Berlejung ber Fragen vorausgebende Beichluffaffung ber Befugnig ber Brojefbetheiligten und ber Gefcomorenen, bie Fragen ju bemangeln und Einwenbungen ober Antrage anzubringen, nicht prajubizirt, und bas Gericht muß baber event. von Reuem über bie frageftellung befoliegen. — Enblich folgt aus bem Gefagten noch, bag ber Borfigenbe aus Unlag einer Bemangelung, eines Ginwandes ober eines Antrages auch ohne Berathung mit bem Gericht feinen Entwurf anbern ober erganzen barf, wenn er bies für nothwendig (vgl. § 296) ober boch für unbebentlich erachtet und feiner ber Richter bie Berathung verlangt.
- 2. In Betreff ber Befugniß ber Geschworenen, burch Antrage 2c. auf bie Fragestellung einzuwirken, vgl. bie Roten gu § 305.
- 3. Das Gefet erforbert nicht, bag bie von ben Prozestbetligten ober ben Geschworenen angebrachten Antrage 2c. von benfelben begrundet werben; bas Borbringen für fich allein macht bie Entscheibung bes Gerichts nothwendig.
- 4. Inwiesern bas Gericht einem bie Fragestellung betreffenben Antrage stattgeben muffe, barüber f. § 296 und Rote 1—3 bas. sowie § 297; vgl. auch § 293 Rote 13. b. Bird ein Antrag abgelehnt, so muß ber Beschluß bie Gründe ber Ablehnung angeben (§ 34). In Betreff ber Brotofollirung s. § 273.

Digitizec 38 Google

§. 292.

Die Fragen sind so zu stellen, daß sie mit Ja ober mit Nein sich beantworten lassen. Wenn eine nachfolgende Frage nur für den Fall zu beantworten ist, daß eine vorausgehende in einem gewissen Sinne erledigt werde, so ist dies bemerklich zu machen.

Bei einer Mehrzahl von Angeklagten ober von strafbaren Handlungen mussen bie Fragen für jeben Angeklagten und für jebe strafbare Handlung besonders gestellt werden.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 250.)

5. a. Benngleich bas Gefet bier von einem "Festftellen" ber Fragen fpricht, so ift bies bod nicht babin zu verstehen, als sei bie von bem Gericht beschloffene Fragestellung nunmehr icon eine unabanberliche; bas Gegentheil ergiebt fich aus § 306 Abs. 2 und § 311 Abs. 2. Die in 💲 291 bezeichnete Feststellung ber Fragen bewirkt weber eine Bräklusion weiterer Einwenbungen ober Antrage, noch hindert fie bas Gericht, von Amtsmegen bie Frageftellung wieber aufzunehmen. So lange bie Rundgebung bes Spruches (§ 308) nicht begonnen hat, unterliegt bie Frageftellung noch ber Erörterung, und fogar nach erfolgter Rundgebung findet eine folche noch ftatt, fofetn burch Mangel bes Spruches zc. hierzu Beranlassung geboten wird (SS 309-311, S 305 Rote 5). Gine Aenberung ober Erganzung ber Fragestellung wird erft ausgeschlossen burch bie begonnene Runbgebung eines formrichtigen und von sachlichen Mangeln freien Spruches ber Weichworenen. Go bie fefte Braris bes RGer .; 3. B. III. 14. Dez. 82 (Entich. VII. 345). I. 14. Juli 84 (Entsch. XI. 168, Ripr. VI. 537), F. 25. Juli 85 (Ripr. VII. 497). Dagegen ift nach ber Rundgebung eines fehlerfreien Spruches eine Erganzung ber Fragestellung nicht aus bem Grunde zulässig, weil die erfolgte theilweise Berneinung einer Frage und die baburch bewirfte Beranberung bes ftrafrechtlichen Gefichtspunktes nunmehr bie Borlegung weiterer Fragen, 3. B. ber Frage nach milbernben Umftanben, angezeigt erscheinen läßt: RGer. IV. 24. Dai 87 (Entid) XVI. 126, Ripr. IX. 340).

b. Eine Bieberaufnahme ber Fragestellung tann in allen Fällen nur in Gegenwart bes Angeflagten (vgl. § 301 Sat 3) erfolgen; vgl. § 306 Abs. 2, § 311 Abs. 2.

Bu Abf. 1.

1. Die hier gegebene Bestimmung über bie Fassung ber Fragen findet ihre Ergangung in berjenigen bes § 305 über bie Fassung ber Antworten.

2. Durch bie Bestimmung bes Abs. 1 wirb bie Stellung alternativer Fragen nicht ausgeschlossen. Dies erkennen bie Mot. S. 199 ausbrücklich an, inbem sie im Uebrigen bemerken, bag ber Gefengeber es nicht habe unternehmen wollen, bie in ber Rechtswiffenicaft lebhaft et örterte, ju einem Abichluß aber noch nicht gelangte Streitfrage: unter welchen Boraussetungen eine alternative Fragestellung ftatthaft sei, burch fest formulirte Borfcbriften zu enticheiben. - Aus Abf. 1 folgt nun junachft, bag gragen, welche eine Alternative enthalten, nur insofern fatthaft fein fonnen, als bas Gericht fich mit einer einfachen Bejahung |berfelben begnugen, ober m. a. 28.: als bie in ber Frage liegenbe Unbestimmtheit auch in ber Antwort und folgeweise in bem Urtheil bestehen bleiben barf: von ben Geschworenen barf teinesfalls geforbert werben, bag fie burd ihren Spruch barüber enticheiben, melde ber vericiebenen Annahmen bie gutreffenbe fei. Die einfache Bejahung einer alternativen Frage ift nun aber nichts Anberes als eine alternative Beststellung; es besteht, was bie Bulaffigkeit von Alternativen betrifft, zwifchen ben schwurgerichtlichen Urtheilen und benen ber übrigen Strafgerichte tein prinzipieller Unterfchieb. Die Rothwenbigfeit, alternative Fesistellungen jujulaffen, ift in ber natur bes biftorifchen Beweifes be grunbet. In gabireichen Fallen ift es überzeugend bewiesen, baß eine Sandlung begangen ift, welche ben gefehlichen Thatbeftand eines Delittes enthalt, mabrend fich nicht völlig auftfaren last, wie bie Sanblung im Gingelnen gestaltet gewesen, unter welchen Mobalitaten fie begangen ift. Die Unmöglichkeit einer sich auf alle Einzelheiten erftredenben Aufklarung barf aber kein hindemiß

Digitized by GOOGLE

ber Bestrafung fein, wenn nicht offentunbige Berbrechen straflos bleiben follen. Es fragt fich nun, wie weit bie Unbestimmtheit einer Feststellung fich erftreden, wie weit ber Richter fich mit ber Unnahme, daß das Eine ober das Anbere stattgefunden habe, begnügen bürfe. Besteht die Ungewißheit lediglich barüber, welche von mehreren konkreten Thatsachen vorliege, während die eine wie die andere in gleicher Beise geeignet ist, das nämliche Merkmal des gesetlichen Thatbeftanbes zu erfallen, fo ift bie Alternative vollig zuläffig, fofern nur bie Ibentität ber That burch fie nicht in Zweifel gestellt wird (in ber ichwurgerichtlichen Fragestellung wird vermöge ber Boridrift bes \$ 293 eine Unbestimmtheit bie fer Art meistens nicht ertennbar werben; pal. Rote 13. b baf.). handelt es fich bagegen um eine in bem Strafgefet aufgestellte Alternative, fo wirb es barauf ankommen, ob bieselbe nur bie Mobalitäten betrifft, unter benen bas betr. Delitt bes begangen werben kann, ober ob bas Geset in Bahrheit zwei selbstständige Thatbestände aufstellt, die nur wegen ber Gemeinschaftlichfeit gewiffer Mertmale in berfelben Strafporfdrift aufammen. gefaßt werben. Rur in bem ersteren, nicht aber in bem letzteren Falle ist bie alternative Festpellung für zuläffig zu erachten. hiernach können z. B. alternativ in eine Frage aufgenommen werben: Thaterichaft und Mitthaterichaft: RGer. Fr. 26. Aug. 85 (Entich. XII. 347, Ripr. VII. 503); ebenso bie verschiedenen Mittel ber Anstiftung: III. 2. Marg 81 (Rfpr. III. 93), und war auch unter hinzufügung ber gesetzlichen Generalklausel "ober burch anbere Mittel": III. 25. Juni 83 (Entich. IX. 22, Ripr. V. 463), vgl. III. 10. Jan. 87 (Entich. XV. 304); ebenso verschiebene Thatbestandsmerkmale ber Behlerei: II. 20. Dez. 81 (Rfpr. III. 814), II. 14. Mai 80 (Rfpr. I. 777); besgl. im Falle bes § 176 Rr. 2 bes StBB. bie Thatbestanbsmerkmale ber Billenlofigfeit und ber Geistestrankheit ber gemigbrauchten Frauensperson: III. 28. Jan. 82 (Ripr. IV. 86). Bgl. bef. Reller S. 371, S. Meyer in Bh. II. S. 179 ff., Glafer s. v. Frageftellung in v. Holts. Rechtsleriton 3. Aufl. S. 896 ff., Geper S. 748 ff., v. Bar, Recht unb Beweis im Geschworenengericht S. 200 ff. u. 218 ff. sowie in Goltb. Arch. XV. S. 569 ff., ferner bezw. ber beiben zuerst ermagnten Urth. bes RGer.: Dlahausen S. 180, 191. Ueber bie, die alternativen Fragen behandelnde Literatur f. v. Schwarze, Die Reform des Schwurgerichts 3. 28, u. v. Tippelstirch in Goltb. Arch. XV. S. 449.

Bu Abj. 2.

- 3. Der Fall, daß die Beantwortung einer nachsolgenden Krage durch diejenige einer vorausgehenden entbehrlich wird, kann regelmäßig nur vorkommen, wenn die nachsolgende Frage eine Hülfs- oder Rebenfrage (§§ 294, 295, 297, 298) ist. Eine hauptfrage darf ben in § 294 Abs. 2 vorgesehenen und die zu § 293 Note 11 bezeichneten Fälle ausgenommen nicht undeantwortet bleiben, selbst wenn ihre Berneinung aus der Berneinung einer vorausgehenden Frage mit Nothwendigkeit folgt. Insbes. muß die den Anstister oder Gehülfen detressende Hauptzirage auch dann beantwortet werden, wenn die den Anstister betressende Frage verneint und hierzach bei der sonitägen Lage der Sache die Berneinung der ersteren Frage die selbstverständliche Folge ist. (Letteres wird nicht immer der Fall sein: die Berhandlung kann z. B. den Beweis liesern, daß die That begangen ist und daß der als Anstister angestagte B. auch wirklich den Thäter angestistet hat, während sie es zweiselhaft läßt, ob der der Begehung der That angestagte A. wirklich der Thäter gewesen sei oder od nicht vielmehr ein Tritter die That auf Anstisten des B. begangen habe. In Fällen dieser Art wird in die den Anstister detressende Frage der Name des als Thäter Angeslagten nicht aufzunehmen, sondern durch die Worte "einen Anderen 20." zu ersehen sein; vol. Note 7 sowie § 293 Note 12. d.)
- 4. Ueber bie Reihenfolge ber Fragen enthält bie StBD. teine weiteren Bestimmungen als biejenige bes § 294 Abs. 2. Außer in bem bort bezeichneten Falle barf eine Hulfsfrage nicht vor bie Hauptfrage gestellt werben; eine Rebenfrage barf in keinem Falle ber bezüglichen hauptsober Hilfsfrage vorausgehen; vgl. RGer. II. 25. März 84 (Rspr. VI. 225). Im Uebrigen erzgiebt sich bie Reihensolge ber Fragen aus ber Natur ber Sache und ben Grundsähen ber Logik. Bgl. noch RGer. III. 29. Apr. 82 (Entsch. VI. 243).
- 5. "bemerelich ju machen" Gine besondere Form ift hierfur nicht vorgeschrieben; es muß eine Fassung gewählt werben, welche ben Geichworenen bas Berhaltnif ber Fragen ju

einander verständlich macht; dazu genügt es nicht, daß der nachfolgenden Frage das Bort "eventuell" vorangestellt wird: RGer. III. 8. Jan. 83 (Entsch. VII. 434, Rspr. V. 19). Am besten werden der nachfolgenden Frage die Worte voranzuschicken sein: "Falls die vorsiehende Frage (ober die Frage zu 1, zu 2 2c.) bejaht (verneint) wird."

Bu Abf. 3.

- 6. Gine jede Frage barf nur einen Angeklagten und nur eine That beffelben jum Begenftanbe haben. Selbft bei einer Debraahl gang gleichartiger (felbftftanbiger) Belitte beffelben Angeklagten, wie g. B. bei ber mehrmaligen Bornahme unguchtiger Sandlungen mit berfelben Berfon, ift ein Busammenfassen mehrerer Straffatle in eine Frage (etwa burch bie Borte: 3ft N. foulbig, ju mieberholten Malen 2c. ober burd verschiebene felbfiffanbige Sanblungen 2c.) unftatthaft. Gin foldes Busammenfaffen begrunbet bie Revifion und zwar felbft bann, wenn ber That bestand zweier Ralle in ber Frage hinreidenb unterfdieben ift und bie Befdmorenen ber bejagenben Antwort ben Bufat: "in beiben Rallen" beigefügt haben : Rer. III. 15. Dez. 80 (Ripr. II. 638), III. 4. Febr. 82 (Entich. V. 383). Es tann hiernach fehr mohl vortommen, bag mehren Fragen fich nur burch bie Angabe ber Begehungszeit unterscheiben und im Uebrigen gang benfelben Wortlaut haben. Selbst in bem Falle, wenn jemanb burch eine Banblung ju mehreren Delitten angestiftet bat, muß bie biefe Anftiftung betreffenbe Frage fur jebes Delitt besonbers geftellt werben : Re. II. 30. Marg 83 (Entich. VIII. 153, Ripr. V. 202). - Eine Meinungs. verschiebenheit barüber, ob entsprechend ber Annahme bes Eröffnungsbeichluffes eine Debracht felbftitanbiger Straffalle ober nur ein fortgefettes Belitt vorliege, tann nur in ber Art jum Austrage gebracht werben, bag ber nach bem Beichluffe zu ftellenben Debrzahl von Sauptfragen eine bas fortgefeste Delitt betreffenbe Gulfsfrage (§ 294) beigefügt mirb: RGer. III. 17. Rov. 80 (Mfpr. II. 533). — Bgl. S. Meyer in Sh. II. S. 178 und anbererfeits Glafer a. a. S. **S**. 900.
- 7. Die Bestimmung bes Abs. verbietet nicht, in ber nachfolgenben, einen Theilnehmer (Anftifter ober Gebulfen) betreffenben Frage auf bie vorangebenbe, ben Thater betreffenbe Frage ju verweisen, alfo g. B. zu fragen: "Ift N. fculbig 2c., ben X. zu ber von ihm begangenen, in Frage 1 bezeichneten strafbaren Handlung burch Geschenke 2c, bestimmt zu haben ?" So: RGer. III. 20. März 80 (Entsch. II. 134, Rspr. I. 497), III. 2. März 81 (Rspr. III. 93); a. R. (anich.) II. 15. Jan. 86 (Entich. XIII. 234). Die Bulaffigfeit einer folchen Bermeifung in jeboch bavon abbangig, bag nach ber Lage ber Sache bie etwaige Berneinung ber vorangebenden Frage bie Berneinung ber nachfolgenben nothwenbig nach fich giebt; benn bie Bejahung ber letteren nach Berneinung ber erfteren murbe ju einem unvollftanbigen Spruche fuhren. ba ber Inhalt einer verneinten Frage nicht mehr geeignet ift, jur Erganjung bet Inhalts anderer Fragen und der auf sie ertheilten Antworten zu dienen (vgl. ben in Rote 3 [Schluß] gebachten Fall und § 293 Note 12. d); a. M. RGer. II. 29. Ott. 80 (Entfc. II. 408). - In bem falle, wenn mehrere Berfonen als Mitthater angeflagt finb, ift bie Bejahung einer nachfolgenben Frage niemals von ber Bejahung ber vorangebenben abbangig, fonach aber eine Berweisung ber gebachten Art ausgeschloffen; es muß also bei jebem Angeklagten ber Thatbeftanb voll: ftanbig in bie Frage aufgenommen und baneben bas Moment ber Gemeinichaftlichteit (welches bie Befdmorenen event. verneinen tonnen: § 305 Abf. 2) bervorgeboben werben.
- 8. Die Bestimmung bes Abs. 3 gilt, wie für die Haupt: und Hüsseragen, so auch für die Rebenfragen (§§ 295, 297, 298). Daher muß z. B., wenn Jemand mehrerer selbstständigen Delikte (StBB. § 74) angeklagt ist und bei jedem derselben das Borhandensein milbernder Umstände behauptet wird, an jede Hauptsrage die bezügliche Nebenfrage (§ 297) angeschlossen werden; es ist nicht statthaft, eine einzige Nebenfrage zu stellen, also etwa zu fragen: "Sind bei den in Frage 1, 2, 3 bezeichneten strasbaren Handlungen oder bei einer derselben milbernde Umstände vorhanden?" So: RGer. F. 25. Aug. 80 (Entsch. II. 227, Rspr. II. 202). Bgl. § 297 Rote 4.

^{9.} In Betreff ber 3bealtonturreng (StoB. § 73) f. § 293 Rote 10.

§. 293.

Die Hauptfrage beginnt mit ben Worten: "Ift ber Angeklagte schulbig?" Sie muß die dem Angeklagten zur Last gelegte That nach ihren gesetzlichen Merkmalen und unter Hervorhebung der zu ihrer Unterscheidung erforderlichen Umstände bezeichnen.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 251.)

3u § 293.

- 1. Bei ben die Fragestellung behandelnden Borschriften der SS 293—298 find solgende Geschätspunkte zu unterscheiden: a) was ist überhaupt (in abstracto) Gegenstand der Befragung und der Entscheidung der Geschworenen? b) wodurch wird im einzelnen Falle der Stoff der Fragen bestimmt und begrenzt? c) inwiesern ist in Ansehung einer und derselben That eines und besselben Angeklagten eine Theilung des Fragestosses in eine Wehrzahl von Fragen zulässig oder nothewendig? An die Erörterung dieser Gesichtspunkte hat sich endlich d) die besondere Betrachtung des Inhalts der Hauptsrage anzuschließen. Bon der die schwurgerichtliche Fragestellung bestressenden Literatur sind hervorzuheben: H. Meyer, Thate und Rechtsfrage im Geschworenengericht; derselbe in H. S. 127—183; v. Bar, Recht und Beweiß im Geschworenengericht; v. Schwarze, Das deutsche Schwurgericht und bessen Reform; Glaser, Fragestellung im Schwurgerichtsversahren, sowie in v. Holh. Rechtslerikon 3. Aust. s. v. Fragestellung S. 881—905; Dalde, Fragestellung und Berditt im schwurgerichtl. Bersahren; Planck, Syst. Darstellung S. 389 ff.
 - L. Der Gegenstand ber Befragung und ber Entideibung ber Gefcomorenen überhaupt.
- 2. a. Die Grenze zwischen ber Funktion ber Geschworenen und berjenigen bes Gerichts wird burch § 81 bes GBG. in Berb. mit § 262 ber StPD. sowie burch § 297 bestimmt: bie Geschworenen entschien über bie Schulbfrage sowie über bas Borhandensein milbernber Umstände; vgl. in Betreff ber ersteren: § 262 und Note 2—4 bas., in Betreff ber letteren: § 297 u. Note 1 bas. Alles Uebrige ist Gegenstand ber Entscheidung bes Gerichts; vgl. noch § 477 Rote 3. 3m Aug. vgl. H. Weyer in H. E. 137 ff.
- b. Die Boraussetungen bes Rüdfalls und ber Berjährung liegen nach § 262 außershalb ber Schulbfrage, ohne baß biefer § zwischen ben rechtlichen und thatsächlichen Boraussietungen unterscheibet. Auch die letteren sind baher Segenstand ber Entscheidung bes Gerichts und folglich gebührt diesem und nicht den Geschworenen die Feststellung der für die Entscheidung maßgebenden Zeitpunkte. Bas jedoch den Zeitpunkt der Begehung der That betrifft, so muß berselbe in der den Seschworenen vorzulegenden Hauptfrage, wenigstens annähernd, angez geben werden (Note 13. d), und da der Spruch der Geschworenen einen Theil des Urtheils bildet (§ 316), so darf die Entscheidung des Gerichts bezüglich jenes Zeitpunktes nicht von dem Jubalt der von den Geschworenen bejahten Frage abweichen: RGer. IV. 7. Dez. 86 (Entsch. XV. 107). Eine unzulässige Abweichung liegt schon dann vor, wenn das Urtheil die Begehungszeit näher bestimmt, als dies in der Frage geschehen ist: bass. Urth. Beim Rückfall gebührt dem Gericht auch die Entscheidung über die Identität des Angeklagten mit der früher bestraften Person.
- c. Solche Thatumftanbe, welche (im Gegenfat zu ben in § 295 bezeichneten) lediglich für bie Strafzumeffung Bebeutung haben, find nicht in die Fragen aufzunehmen; dies gilt auch bann, wenn es sich um eine absolut bestimmte Strafe handelt, für beren höhe diese Umftanbe maßgebend sind: RGer. IV. 17. Apr. 85 (Entich. XII. 150, Ripr. VII. 234).
- d. Auch bie prozeffualen Boraussehungen ber Strafverfolgung find nicht Gegenstand ber Befragung ber Geschworenen. Dahin gehört z. B. beim Chebruch bie Thatsache ber erzioigten Scheibung: RGer. II. 28, Dez. 86 (Entsch. XV. 122, Ripr. VIII. 791).
- 3. a. Die Schulbfrage wird in ihrem ganzen Umfange von ben Geschworenen entsichieben. Die letteren befinden also nicht blos über bas Ergebniß bes Beweises, sondern auch über bie Subsumtion ber bewiesenen Thatsachen unter bas Strafgeset; fie entschieden barüber: ob ber Angeklagte vor bem Gesete schulbig ift. Dieser bem Besen bes Geschworeneninstituts ents

fprechenbe Grunbfat mar in ber Debrzahl ber fruheren Lanbesgefete nicht vollftanbig burchgeführt; vielmehr behielten biefelben bie Entscheibung einzelner innerhalb ber Schulbfrage liegenber Rechtsfragen bem Gericht vor, indem fie bestimmten, daß Rechtsbegriffe, welche nicht eine allgemein bekannte und im gegebenen Falle unbestrittene Bebeutung haben (val. preuß. Ges. v. 3. Rai 1852 Art. 82), aus ben Fragen auszuscheiben und entweber zu umschreiben ober aufzulösen, b. h. burch bie Aufnahme ber toutreten Thatumftanbe ju erseben seien. Gine folde, auf ber Unterfdeibung zwischen ber Thatfrage und ber Rechtsfrage beruhenbe Ginschränkung bes Entscheidungs: rechts ber Geschworenen ift ber StBD. unbefannt: bie lettere bat jene Unterscheibung gang und vorbehaltlos aufgegeben, wie bies in ben Mot. S. 199 ff. (val. auch Brot. S. 447 ff.) auf das Bestimmtefte anerkannt ift. — Das Gericht nimmt an ber Beurtheilung ber Schulbfrage — ab gesehen von ber Aufstellung ber Fragen (§ 291 Rote 1) — nur insofern Theil, als es im Falle eines auf Schulbig lautenben Spruches zu prufen bat, ob burch biefen bie wefentlichen Reitmale bes gefehlichen Thatbeftanbes ericoppient feftgeftellt find ober ob nicht vielmehr ungeachtet ber Shulbigerflarung, 3. B. wegen theilweiser Berneinung einer Frage, auf Freisprechung erfannt werben muß; pgl. RGer. II. 11. Juni 80 (Entid. II. 95). - Gine besonbere Befugnif bet Gerichts hinfictlich ber Enticeibung ber Schulbfrage ift ferner in § 317 bestimmt.

b. Bie aus bem Borbemerften folgt, muffen bie Fragen alle einzelnen Dertmale bes gefeslichen Thatbeftanbes umfassen. Es tann also 2. B. nicht gefragt werben, ob ber Angeklagte bes Tobtschlags foulbig sei, sonbern bie Frage ist babin zu richten: ob ber Angeklagte iculbig fei, ben N. porfatlich getobtet ju haben. Beim Berfuche bebarf es ber Aufnahme aller in § 43 bes StBB, bestimmten Merkmale: RGer. III. 11. Mai 81 (Rfpr. III. 292). 3m Falle ber Anftiftung ift minbeftens bas eine ober bas anbere ber im Befet bezeichneten Anftiftungsmittel in die Frage aufzunehmen: RGer. III. 25. Juni 83 (Entsch. IX. 22, Ripr. V. 463), III. 10. Jan. 87 (Entsch. XV. 304, Ripr. IX. 25); pgl. Rote 5 u. § 292 Rote 2. Bgl. ferner in Betreff bes Meineibes: RGer. I. 12. Febr. 83 (Rfpr. V. 97), in Betreff ber Berleitung jum Meineibe: III. 12. Nov. 79 (Entich. II. 283, Ripr. I. 58), I. 21. März 81 (Ripr. III. 152) in Betreff ber Urfunbenfalfchung: I. 6. Deg. 80 (Entich. III. 168, Ripr. II. 608), in Betreff bes Morbes: III. 30. Apr. 83 (Entsch. VIII. 276, Ripr. V. 297). Im Falle bes StGB. § 4 Rt. 3 bilbet bie Strafbarkeit ber That nach bem auslänbischen Gesetz nicht eine prozessuale Boraussetzung ber Berfolgung (note 2. d), fonbern einen Beftanbtheil ber Schulbfrage; es muß alfo bie Befragung ber Geschworenen auch auf bie Merkmale bes auslänbischen Gesetes gerichtet werben: MGer. I. 14. Jan. 86 (Entich, XIII, 229, Ripr. VIII, 51); vgl. Note 11.

c. Nur bie im Gefet ausbrudlich aufgestellten Thatbestandsmerkmale sind in die Frage aufzunehmen, nicht auch die stillschweigend vorausgesetzten (zu subintelligirenden): RGer. II. 20. März 85 (Entsch. XII. 112, Rspr. VII. 186) und die in Note 12. b erwähnten, den § 59 bes SiBB. berührenden Urth.; vgl. Dalde, Fragest. S. 51, 69. Um ausbrüdlich ausgestellte Merkmale handelt es sich übrigens auch dann, wenn die anzuwendende Strasvorschrift, statt selbst die Merkmale sämmtlich anzusühren, auf eine andere Borschrift zurückgreift und dadurch zum Ausbruck bringt, daß gewisse Merkmale zum Thatbestande erfordert werden; daher ift z. E. im Falle des § 270 des SiBB. auch die rechtswidrige Absicht in die Frage auszunehmen: dass. Urth. Im Falle des § 350 SiBB. bedarf es der Ausnahme aller Merkmale der Unterschlagung: RGer. I. 30. Sept. 80 (Entsch. II. 279, Rspr. II. 283).

d. Die Merkmale bes Chatbestanbes mussen mit ben abstrakten Ausbruden bes Strafgesetes bezeichnet und es können bie letteren nicht burch bie Angabe ber konkreten That-sachen z. erset ("aufgelöst") werben. Dies erleibet nur ba eine Ausnahme, wo es absolut selbst verständlich ift, baß ein konkret bezeichneter Gegenstand bas betr. Merkmal barstellt; es kann 3 B ber im Strafgeset vorkommenbe Ausbrud "Mensch" ober "Person" burch ben Namen ber Person, ber Ausbrud "bewegliche Sache" burch ben Namen ber Sache ersett werben. Bgl. RGer. III. 19. Apr. 83 (Entsch. VIII. 233), H. Weyer in Hh. II. S. 145; a. M. Dalde, Fragest. S. 60 ff.— Das Gesagte gilt wie für die Hauptsragen, so entsprechend auch für die Hülfstragen und Nebenstragen. Im Uebrigen vgl. Note 13.

11. Der Stoff ber Fragen im einzelnen Falle.

- 4. Der Stoff ber ben Gefdworenen vorzulegenben Fragen wirb gunachft burch ben Er: öffnungsbeichluß (SS 201, 205, 242) bestimmt. Da bie Antlage, wie fie in bem Befdluffe formulirt ift, im fowurgerichtlichen Berfahren nur burch ben Spruch ber Gefcomorenen erlebigt werben tann, so findet auf die Fragestellung basjenige entsprechende Anwendung, mas ju § 266-Rote 2 von ben Feststellungen ber ftrafgerichtlichen Urtheile gefagt ift. Die Fragestellung muß bie Daber barf 3. B. ein bie Strafbarfeit erhöhenber, im Strafgefet befon: bets vorgefehener Umftanb, welcher in bem Gröffnungsbeichluffe als vorhanden angenommen ift, in ber Fragestellung nicht übergangen werben, follte es auch nach bem Ergebniß ber Berhanblung, meifellos fein, bag biefer Umftanb nicht vorliege. Desgleichen barf bie Stellung einer bem ftraf= rechtlichen Befichtspuntte bes Eröffnungsbeichuffes entsprechenben grage nicht besbalb unterbleiben. weil es zweifellos ericeint, bag bie That anbers, als in bem Befcluffe gefcheben, 3. B. ftatt als. Urfundenfalfdung als Betrug, ju qualifiziren fei; vgl. § 294. Es barf ferner, wenn ber Eröffnungsbefclug bie That unter zwei Strafgesete (StBB. § 73) subsumirt hat, bie Fragestellung nicht auf einen ber beiben gesetlichen Thatbestanbe beschrantt merben. Sieran fann felbft ein Einverftandniß ber Staatsanwaltichaft und bes Angeflagten ober eine Erflarung ber erfteren : bat fie ben einen ober anberen Gefichtspunkt ober einen bie Strafbarteit erbobenben Umftanb 2c. fallen laffe, nichts anbern. - Anbererfeits verfteht es fich, bag, falls in bem Gröffnungsbeichluffe ein Mertmal des gesetlichen Thatbestandes übergangen oder unrichtig zum Ausbruck gebracht ist, bei ber Frageftellung biefem Mangel, und zwar felbft von Amtswegen (§ 153 Abf. 2), abgeholfen, bie hauptfrage also im Bergleich mit bem Beschlusse vervollständigt bezw. verbessert werben muß und bag ben Geschworenen feine Sauptfrage vorgelegt werben barf, bie felbft im Salle uns beidrantter Bejahung nicht zu einer Berurtheilung bes Angeflagten führen tonnte. Bal. Rer. III. 9. Marz 81 (Rip. III. 131), § 263 Rote 6.
- 5. Ob bie Befragung ber Geschworenen fich auf ben in bem Eröffnungsbeschlusse formulirten Thatbestand zu beschränken habe ober über biesen hinaus zu erweitern sei, hangt theils von bem Ermeffen bes Gerichts, theils von ben Antragen ab, welche bezuglich ber Frageftellung angebracht werben. Das für bie Begrengung ber Fragestellung maggebenbe Moment ift bie Ibentität ber That (pal, übrigens Rote 6); auch bierin fieht bie Fragestellung auf gleicher Linie mit ben gentiellungen ber nichtichwurgerichtlichen Strafurtheile; vgl. SS 263, 266. - Das Gericht bat, wie in anderen, fo auch in ichmurgerichtlichen Berhandlungen bas Ergebnig ber Beweistaufnahme ju prufen und bie etwaige Beranberung bes ftrafrechtlichen Gefichtspunttes fowie bas Bervortreten von Thatumftanben, welche bie Strafbarteit erhoben ober verminbern, in Betracht zu gieben ; bie in nichtichwurgerichtlichen Berhanblungen bestehenbe Berechtigung und Berpflichtung bes Rich= ters: bie bezüglichen Keftftellungen zu treffen, tommt in ichwurgerichtlichen Berbanblungen als Berechtigung und Berpflichtung: bie burch bas Ergebnig ber Beweisaufnahme angezeigten gragen ju ftellen, jur Ericheinung (eine Mobifitation f. in Rote 12. b. c). Das Gericht verfahrt, wie bort bei ber Urtheilsfällung, fo bier bei ber Kragestellung von Amtsmegen, und zwar gilt bies, wie binfictlich ber Borlegung von Sulfe und Rebenfragen, fo auch binfichtlich ber Erweiterung bes Inhalts einer Sauptfrage. Go a. B. fann bas Gericht, wenn ber Eröffnungsbefclug auf Anftijtung burd Berfprechen lautet, bie Berhanblung aber Unzeigen bafur ergeben bat, bag noch anbere Anftiftungsmittel (vgl. StoB. § 48) angewenbet feien, auch biefe in bie hauptfrage aufnehmen. (Dit Unrecht meint Rer. IV. 21. Deg. 86, Ripr. VIII. 780, bag im Falle ber Anstiftung bie Borte "ober burch anbere Mittel" stets, also auch bann aufzunehmen seien, wenn sie sich nicht im Eröffnungsbeschlusse finden; die Entscheidung verwechselt die Erweiterung bes Frageftoffes mit ber f. g. Kontretifirung.) Bgl. noch bie Noten zu ben SS 294, 295, 297. — In Betreff ber Berpflichtung bes Gerichts, ben bie Fragefiellung betreffenben Untragen zu ent= iprechen, f. § 296 u. bie Roten bal.
- 6. In Betreff ber Ausbehnung ber Fragestellung auf eine von bem Eröffnungsbeichlusse nicht betroffene That f. § 265 und Rote 6 baf.

III. Die Theilung bes grageftoffes in eine Debrzahl von gragen.

- 7. In Betreff bes Falles, wenn eine Dehrzahl von Angetlagten vorhanben ift ober eine Mehrzahl ftrafbarer hanblungen vorliegt, f. § 292 Abs. 3 u. bie Roten bas.
- 8. Es tann in Anfehung einer und berfelben That eines und beffelben Ange-Elagten bie Stellung mehrerer und zwar verschiebenartiger Fragen erforberlich sein. Die StBD. untericheibet für biefen Fall zwischen hauptfragen (§ 293), hulfsfragen (§ 294) und Rebenfragen (SS 295, 297, 298); inbeg wird burch biefe Terminologie ber begriffliche Gegenfat, um ben es fich handelt, nicht gerade in gang treffender Beise gum Ausbruck gebracht. Ihrem Befen nach verfcieben find bie Sauptfragen und bie Rebenfragen. Die Sauptfragen umfaffen ben Thatbestand, b. h. bie Gesammtheit ber gesetlichen Merkmale einer ftrafbaren Sanblung, so bag bie uneingeschränkte Bejahung einer folden Frage bie Anwendung eines Strafgefetes begrundet. Die Rebenfragen bagegen enthalten nur folde Umftanbe, welche ben in ber hauptfrage formulitien ftrafrechtlichen Thatbestand in irgend welcher Sinsicht modifiziren, ihr Anhalt ftellt lediglich einen Bufat ju bem Inhalt ber hauptfrage bar, und fie maren baber am gutreffenbften als Bufabfragen gu bezeichnen gewesen. Die Beantwortung einer Rebenfrage ift nur erforderlich, wenn bie hauptfrage, an welche jene fich anschließt, be jaht ift. - Die Sulfsfragen bagegen find ihrem Befen nach Hauptfragen (vgl. die Noten zu § 294), so daß, wie an diese, so auch an sie Rebenfragen angeschlossen werben können. Bahrend aber bie hauptfrage (im Sinne ber StBC.) hinsichtlich ber strafrechtlichen Qualifigirung ber That bem Eröffnungsbeschlusse entspricht, bringt bie Bulisfrage bie That unter einen anderen strafrechtlichen Gefichtspunkt, und zwar fett ber Begriff ber Bulfsfrage weiter voraus, daß bie verschiebenen ftrafrechtlichen Gefichtspunkte fich wechselfeitig ausichließen, daß also ber eine der prinzipale, der andere der eventuelle oder subsidiäre ist: bie nachstehenbe Frage ift nur zu beantworten, wenn bie voranstehenbe verneint ift (vgl. Rote 10). Man wurde baber bie Gulföfragen als eventuelle Sauptfragen bezeichnen können; boch trifft ber lettere Ausbrud ben gall nicht, wenn bie von bem Beichlusse abweichenbe grage ben fowereren Thatbeftand umfaßt (f 294 Abf. 2); in biefem Salle ift freilich auch ber Ausbrud "Bulfsfrage" nicht recht angemeffen.
- 9. Die Borfchriften ber StPO. über bie Theilung bes Fragest offes in mehrere Fragen sind nur zum Theil zwingender Natur und lassen bem Ermessen bes Gerichts in mehrsacher Beziehung einen Spielraum; fie leiben freilich an Unbestimmtheit, so daß ihre Auslegung eine mannigsach verschiedene ist; vgl. namentlich Glaser a. a. D. S. 899 ff. Im einzelnen ift zu bemerken:
- a. Die gesetlichen Mert male bes (einfachen Thatbestandes) muffen nothwendig sammtlich in ber hauptfrage enthalten sein; keines berselben barf in eine andere Frage verwiesen werden. Es folgt dies schon baraus, daß die hauptfrage mit ben Borten: "It ber Angeklagte schulbig?" beginnen muß; das "schulbig" hatte keinen Sinn, wenn die uneingeschränkte Bejahung ber Frage noch nicht genügte, eine strafrechtliche Schulb des Angeklagten sestzustellen (vgl. das preuß. Ges. v. 3. Mai 1852: "Die hauptfrage soll nicht in mehrere Fragen getheilt werden").
- b. Ueber die vom Strafgeset besonders vorgesehenen Umstände, welche die Strafbarkeit erhöhen, sind nach § 295 Nebenfragen zu stellen; es ist indes nicht unstatthaft, diese Umstände in die Hauptfrage mit auszunehmen, und es unterliegt dem Ermessen des Gerichts, ob das Eine oder das Andere vorzuziehen sei. Es wird im einzelnen Falle darauf ankommen, od aus der Aufnahme eines solchen Umstandes in die Hauptfrage irgendwie eine Erschwerung der Berathung und Abstimmung der Geschworenen entstehen kann; im Zweisel verdient stets die Stellung einer Rebenfrage den Borzug (vgl. § 305 Note 2). Wird der betr. Umstand in die Hauptfrage ausgenommen, so ist er auch äußerlich dergestalt besonders hervorzuheben, daß die Geschworenen seine Bedeutung zu erkennen vermögen; es wird dies am zwedmäßigsten in der Art geschen, daß der den gedachten Umstand enthaltende Passus mit den Worten "und zwar" an den vorausgehenden, den einsachen Thatbestand umsassenden. Theil der Frage angereiht wird. Im Uedrigm macht es keinen Unterschied, od der betr. Umstand nach Inhalt des Strafgesets nur einen die Strafe erschwerenden Nebenumstand darstellt, wie z. B. das Einsteigen beim Diedstahl, oder ob durch sein hinzutreten der strafrechtliche Charakter und der Name des Delikts eine Beränderung

Digitized by GOOGLE

erfährt. Sbensowenig kommt es barauf an, ob ber Umstand bereits in ben Eröffnungsbeschluß aufgenommen war ober ob er erst in ber Hauptverhandlung hervorgetreten ist, und letteren Falls ist es serner gleichgültig, ob berselbe von Amtswegen ober auf Antrag zum Gegenstande der Bestragung ber Geschworenen gemacht wird; vgl. § 296 Note 2 Schluß. — hiernach ist es z. B. auch bei einer auf Mord ober auf Raub lautenden Anklage dem Ermessen des Gerichts überlassen, ob in Ansehung der Ueberlegung bezw. der Gewalt gegen die Berson eine Rebenfrage zu stellen ober ob die Hauptsrage auf diese Thatumstände zu erstrecken sei. Bgl. RGer. II. 13 Jan. 80. (Entsch. I. 63, Rspr. I. 225), III. 12. Mai 80 (Rspr. I. 759), II. 4. Jan. 84 (Entsch. IX. 401), Olshausen S. 773, v. Schwarze S. 457, 460, Keller S. 384; theilw. H. Meyer in Hh. II. S. 175 ss., Thilo S. 352, Dalde Komm. S. 202, abw. jedoch Fragest. S. 21.

- c. Die Umftände, welche die Strafbarkeit verminbern, find zwar in § 295 ben die Strafbarkeit erhöhenden Umftänden gleichgestellt; indeß würde ihre Aufnahme in die Hauptstrage stets das Berständniß der letzteren und die Berathung und Abstimmung der Geschworenen erichweren; sie werden daher überall, wo sie Gegenstand der Fragestellung sind, in eine Rebenstrage aufzunehmen sein. Gl. A. v. Schwarze S. 461, H. Meyer in Hh. II. S. 177; a. M. Dalde Fragest. S. 22. Bal. die Noten zu § 295.
- d. Das Borhandenfein "milbernber Umftanbe" (im Sinne bes SiGB.) fann nur Gegenftand einer Rebenfrage fein (§ 297). Daffelbe gilt bei jugenblichen Angeklagten in Betreff bes Borhandenfeins ber gur Strafbarteit erforberlichen Einsicht (§ 298).
- e. In Betreff ber Schulbausichließungsgrunde f. unten Rote 12. b, in Betreff ber Umftanbe, welche bie Strafbarteit wieber aufheben: § 295 Abf. 2 u. bie Roten baf.
- f. Die Subsumtion ber That unter einen von bem Eröffnungsbeschlusse abweichenben ftraf = rechtlichen Gesichtspuntt tann, sofern ber lettere und ber bem Beschlusse zu Grunde liegenbe Gesichtspuntt einander ausschließen (vgl. Note 19), nur Gegenstand einer Hulfsfrage sein; bas Rabere f. zu § 294 Rote 2. a.
- 10. Der Fall ber Ibealkonkurrenz (StGB. § 73) ift in ber StBD. nicht ausbrücklich vorgesehen. Der § 294 läßt biesen Fall unberührt, ba er nur die Klageanderung im Auge hat, während die Ibealkonkurrenz, wo sie vorliegt, meistend schon in dem Gröffnungsbeschlusse berückschiese seine Mehrzahl ftrasbarer Handlungen, also die reale Konkurrenz, vorausseht. Hiernach ist es ebensowhl für zulässig zu erachten, die Merkmale der verschiedenen Strasgesehe sämmtlich in eine Frage zusammenzusassen, wie auch mehrere Fragen (Hauptfragen) zu stellen, deren sehen Thatbestand eines dieser Strasgesehe umsaht; vol. Weser. II. 17. Juni 81 (Entsch. IV. 287). Gl. A. Dalde Komm. S. 198 u. Fragest. S. 42, Puchelt S. 471, Keller S. 374, Oshausen S. 369; a. M. v. Schwarze S. 455, H. Meyer in H. II. S. 178, Geyer S. 754, welche die Bestimmung des § 292 Abs. 3 auch auf die Ibealkonkurrenz beziehen. Uebrigens wird die Stellung mehrerer Fragen regelmäßig den Borzug verdienen. In diesen muß alsdann zum Ausbruck gebracht werden, daß sie nicht verschiedene Straffälle, sondern dieselbe That zum Gegenstande haben; H. Meyer a. a. D. hält es sur zulässig, dies durch eine besondere Frage (Nebenstrage) sestzusstellen; vol. auch Hilding in Goltd. Arch. XXXIV. S. 234. Bgl. ferner § 297 Note 4.
- 11. Ift bie That im Austande begangen (vgl. oben Rote 3. b), so tann die Berfchiebenheit, welche zwischen dem Inhalt bes inländischen und dem des ausländischen Strafgesetes besteht, die Stellung zweier hauptfragen bezüglich berselben That ersorberlich machen; doch ift auch hier ein Zusammenfassen ber verschiebenen Merkmale in eine Frage nicht unzulässig. Dasselbe gilt, wenn seit der Begehung der That eine Aenderung des Strafgesetes eingertreten ift und das neuere Geseh die Thatbestandsmerkmale anders bestimmt als das ältere (vgl. SiGB. § 2). Bon dem Falle der Idealkonkurrenz (Note 10) unterscheiden sich diese beiden Fälle darin, daß bei ihnen die Berneinung der einen Frage die Beantwortung der anderen überschlissig machen kann. Bgl. Goltdammer in s. Arch. XV. S. 791 ff.

IV. Der Inhalt ber Sauptfrage im Befonberen.

Digitized by GOOGLE

^{12.} a. Das Wort "foulbig" bilbet einen nothwendigen und unerläßlichen Bestandtheil ber

Sauptfrage; seine Ersetung burch einen anberen, wenn auch gleichbebeutenben Ausbrud (3. B.: "überführt") ift nicht zulässig. Die Geschworenen sprechen, indem fie die auf "schuldig" lautenbe Hauptfrage bejahen, nicht blos aus: baß sämmtliche, in ihr bezeichnete Thatbestandsmerkmale vorhanden seien, sondern auch: baß diese in ihrer Gesammtheit eine strasbare handlung darstellen, der Angestagte also vor dem Strasgesehe schuldig sei; vgl. Note 3. — Der technische Rame des Delikts wird nicht (wie dies früher in der bayerischen Praxis auf Grund des Art. 173 des Gei. v. 10. Nov. 1848 geschah) in die Frage ausgenommen.

b. In ber Bejahung ber auf "ichulbig" lautenben hauptfrage ift insbef. auch ber Ausfpruch enthalten: bag ein bie Schulb bes Angeflagten ausschließen ber Thatumftand nicht vorhanden fei. Rach bem Entw. (§ 253) follte, wenn ein Schulbausschließungsgrund in ber Ber: hanblung jur Sprache getommen, ben Gefcworenen eine auf ihn gerichtete Rebenfrage vorgelegt werben, wie bies früher in bem größeren Theile Deutschlands Rechtens vor. Die RER. (Prot. S. 460 ff., 997) und ber Reichstag selbst (Stenogr. Ber. S. 513 ff.) hielten jeboch eine berartige Spaltung ber Soulbfrage nicht für gerechtfertigt, weil biefelbe bei ber Abstimmung ber Gefcworenen zu unrichtigen Ergebnissen (vgl. GBG. § 196 Rote 3. c) führen könne und in ber Praxis erheblice Kontroversen hervorgerusen habe; es wurbe baher bie bie Schulbausschließungsgründe betreffenbe Bestimmung bes Entw. gestrichen und nur hinsichtlich ber bie Strafbarteit (genauer: bie Schulb) wieber aufhebenben Thatumstände eine besondere Bestimmung (jest § 295 Abs. 2) getroffen. Bon ben Thatumftanben ber lebtgebachten Art abgeseben, verbalt es fich also nach ber SiPC. fo: baß eine ausbrückliche Befragung ber Geschworenen über Schuldausschließungs: gründe überhaupt nicht stattfindet; bieselben bürfen weber zum Gegenstande einer Nebenfrage gemacht werben, noch finden fie in der Hauptfrage eine ausbrückliche Erwähnung. Durch die Beantwortung ber hauptfrage wirb ftillschweigenb auch über bas Borhanbensein ober Richte vorhandensein von Schuldausschließungsgründen entschieden: die Annahme, daß ein Schuldaus: schließungsgrund vorliege, bebingt bie Berneinung ber hauptfrage, mahrend mit ber Bejahung berfelben, wie bemerkt, zugleich ausgesprochen ift, baß ein Schulbausschließungsgrund nicht vor: handen sei, dem Angeklagten vielmehr ein strafrechtliches Berschulden zur Last falle. Insbei enthält bie Bejahung ber hauptfrage ben Ausspruch, bag bie That bem Angeklagten zuzurechnen iei (StoB. § 51); bie Burechnungsfähigkeit ift (mit ber in § 298 bestimmten Ausnahme) nicht Gegenstand einer ausdrücklichen Befragung; vgl. RGer. I. 15. Jan. 80 (Entsch. I. 70), I. 27. Juni 81 (Entsch. IV. 400, Ripr. III. 437). Dasselbe gilt von den im StGB. SS 52-54 vorgesehenen Schulbausschließungsgrunden. Sandelt es fich 3. B. um das Borhandensein ber Rothwehr bem. einer ftraflofen Ueberschreitung berfelben, fo ift mit ber Bejahung ber hauptfrage zugleich ausgesprochen, daß die Handlung des Angeflagten nicht burch die Nothwehr geboten gewesen, bezw. baß bie Boraussetungen, unter welchen bie Ueberschreitung ber Rothwehr ftraflos ift, nicht vorhanden feien; pgl. RGer. III. 1. Dez. 84 (Entich. XI. 277, Ripr. VI. 773). In gleicher Beise verhalt es sich mit bem Schulbausschließungsgrunde bes \$ 59 bes StGB.; es findet 3. B. bei einer Anflage aus § 176 Rr. 2 bes StoB. eine Befragung ber Geschworenen barüber, ob ber Angeflagte ben Beisteszuftand ber gemißbrauchten Frauensperson gekannt habe, nicht ftatt; vielmehr muffen bie Geschworenen, wenn fie die Renntniß nicht als vorhanden ansehen, die hauptfrage verneinen, während sie durch beren Bejahung zugleich bas Borhanbensein jener Kenntniß feststellen : RGer. III. 28. Jan. 82 (Rfpr. IV. 86); baffelbe gilt im Falle bes § 176 Nr. 3 hinsichtlich bes Alters bes gemigbrauchten Rinbes: Reer. III. 1. Juli 85 (Entich. XII. 337, Ripr. VII. 446). Rad biefem Urtheil begrunbet eine ausbrudliche Befragung ber Gefdworenen über Schulbausichliefungs. gründe die Revision, gleichviel ob bieselbe mittelst eines Zusates zur hauptfrage ober mittelft einer Rebenfrage erfolgt ift: vgl. auch cit. RGer. I. 27. Juni 80; Dalde Frageft. S. 89. Bur Sicherung einer sachgemäßen Behandlung ber Schulbausschliegungsgründe bei ber Berathung und Abstimmung ber Geschworenen hat bas Gesetz fein anberes Mittel als bie Rechtsbelehrung bes Bore fipenben (§ 300); es ist eine besonders wichtige Pflicht bes letteren, in ben Fallen, in benen es fich um einen Schuldausschließungsgrund handelt, den Geschworenen den Sinn und die Eragweite ber gestellten hauptfrage zu erläutern und bie Boraussetungen genau zu bezeichnen, unter

Digitized by GOOGIC

benen fie dieselbe zu bejahen ober zu verneinen haben. Bgl. noch bie Roten zu § 295. — Bon ben früheren Landesgesehen verbient bie württemb. StBD. eine besondere Erwähnung, da fie im Art. 366 die Behandlung der Schuldausschließungsgründe in einer Beise geregelt hat, welche als die korrekteste und zweckmäßigfte zu bezeichnen sein bürfte.

- c. Den Schuldausschließungsgründen, welche als solche im Strafgesetz vorgesehen sind, sind hinsichtlich ber prozessualischen Behandlung auch alle sonstigen Thatumstände gleichzusellen, beren Borhandensein im einzelnen Falle die Wirtung hat, daß es der Handlung des Angeklagten den Charakter einer strafbaren entzieht; berartige Umstände dürsen also nicht zum Gesgenstande einer besonderen Befragung gemacht, vielmehr muß über sie durch die Beantwortung der Hauptfrage mit entschieden werden. Dies gilt insbes. von solchen Umständen, aus deren Borhandensein der Mangel des zum gesetlichen Thatbestande erforderlichen Dolus solgt. Behauptet 3. B. der einer Mißhandlung Angeklagte, daß er lediglich ein ihm zustehendes Züchtigungsrecht ausgeübt habe, so wird über diese Behauptung durch die Beantwortung der Schuldfrage stillsichweigend mit entschieden: das Borhandensein einer Mißhandlung kann nur dann angenommen werden, wenn das Bestehen des Züchtigungsrechts verneint oder eine Uederschreitung desselchen werhält es sich, wenn der einer Beleidigung Angeklagte behauptet, daß er die betr. Aeußerung zur Bahrung berechtigter Interessen zu. (Stob. § 193) gethan habe: RGer. I. 27. Sept. 83 (Entsch. IX. 105, Ripr. V. 550). A. M. v. Schwarze S. 461.
- d. Bei einer auf Theilnahme (Anstiftung, Beihülfe) an einem Delikt lautenben Anklage muß durch die Hauptfrage nothwendig jum Ausdruck gebracht werden, daß die Hauptthat wirklich begangen ober versucht worden ist, da dies ein Erforderniß der Strasbarkeit des Theilnehmers ist: Roer. IV. 4. Jan. 87 (Entich. XV. 178), IV. 15. Febr. 87 (Rspr. IX. 137), Bgl. jedoch bezüglich der Berweisung auf die den Thäter betreffende Frage: § 292 Rote 7; vgl. auch Note 3 das. (Schluß).
- 13. a. Außer den gesetlichen Merkmalen ber ftrafbaren hanblung muß die hauptfrage auch bie jur Untericeibung ber That erforberlicen Umftanbe anführen. Das Gefet verlangt also zwar eine gewisse nabere Bezeichnung (Spezialifirung) ber That; allein ber Amed, ben es hierbei im Auge hat, ift lebiglich ber: bie individuelle Unterscheidung bes porljegenben Straffalles von ahnlichen Straffallen zu ermöglichen, alfo bie Ibentitat ber That außer Zweifel zu ftellen (Anbivibualisirung ober Ibentifizirung). In ber Bissensche hat man betauntlich bie Rothwenbigkeit, neben ben abstraften Mertmalen bes Gefetes in gewissem Dage auch bie tontreten Thatumftanbe in bie Frage aufzunehmen, noch aus anberen Gefichtspunkten Theils hat man in ber Gegenüberftellung ber abftraften Mertmale und ber fontreten Thatumstände eine Gewähr bafür gesucht, daß die Geschworenen die ersteren nicht etwa in solchen Thatumständen finden, die in der Hauptverhandlung gar nicht erörtert worden find, theils hat man burch bie Gegenüberftellung eine Grundlage für bie Brufung ichaffen wollen, ob bie tonfreten Thatumftanbe mit Recht unter bie gefehlichen Mertmale fubfumirt worben feien ober ob nicht vielmehr bie erfolgte Subsumtion auf einem Rechtsirrthum berube; vgl. bes. B. Meyer in Soltb. Arch. X. S. 226 ff., 337 ff. 377 ff. Derfelbe, That: und Rechtsfrage S. 175, 176, 186 ff., 258 ff.; p. Bar, Recht und Beweis im Geschworenengericht S. 58 ff., 75 ff., 171 ff.; Pland S. 400 ff.; v. Schwarze im GSaal XX. S. 10 ff.; Dalde Frageft. S. 53 ff. Die StBD. hat indeh, wie die Mot. S. 200 bestimmt aussprechen, völlig barauf Berzicht geleistet, nach ben beiben ebenbezeichneten Gefichtspuntten bin bie Frageftellung ju regeln; fie verlaugt eine für bie Rechtsfrage irgendwie in Betracht tommende Aufnahme der konkreten Thatumstände nicht, und bie folge hiervon ift bie, bag bie Spruche ber Geichworenen binfichtlich ber Anwenbung bes materiellen Rechts jeber Anfechtung entzogen finb. Bgl. 3. B. Rer. III. 7. Apr. 80 (Entich. II. 136, Rfpr. I. 556), I. 22. Apr. 80 (Entidy. I. 391, Rfpr. I. 645), III. 24. Apr. 80 (Entid. II. 138), L. 22. Nov. 80 (Entid. III. 51, Ripr. II. 550), III. 15. Jan. 81 (Entid. III. 250), I. 19. Mai 81 (Entsch. IV. 231), III. 11. Juni 81 (Entsch. IV. 313), III. 26. Apr. 82

§. 294.

Hat die Verhandlung Umstände ergeben, nach welchen eine von dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens abweichende Beurtheilung der dem Angeklagten zur Last gelegten That in Betracht kommt, so ist eine hierauf gerichtete Frage zu stellen (Hülfsfrage).

Diese ist ber bem Beschluß entsprechenden Frage voranzustellen, wenn bie abweichende Beurtheilung eine erhöhte Strafbarkeit begründet.

(I. II. Entw. § —; III. Entm. §. 252.)

(Rfpr. IV. 387), I. 13. Dez. 86 (Entsch. XV. 85), und hierzu: Mittelstäbt im GSaal XXXVII. S. 557 ff.

b. Belde Thatumftanbe neben ben gefehlichen Mertmalen in bie Frage aufzunehmen feien, um die Jbentität ber That außer Zweifel zu stellen, barüber entscheidet lediglich bas Er: meffen bes Gerichts; etwaige hierauf bezügliche Antrage (vgl. § 296) find für baffelbe nicht maggebend. Der Borichrift bes Gejetes ift icon baburch genugt, bag Zeit und Ort ber That in ber Frage angegeben werben; baneben wirb regelmäßig auch bie Berson bes Berletten und ber Gegenstand ber That anzugeben fein. Bei ber Aufnahme sonstiger Spezialien hat bas Gericht barauf Rudfict zu nehmen, daß bie Geschworenen über alle in ber Anklage angeführten ober in ber hauptverhandlung hervorgetretenen Thatfachen zu befinden haben und bag in biefer Beziehung der Inhalt der Frage nicht zu einer Einschränfung führen darf; die Hervorhebung ein: gelner fontreten Thatumftanbe tann in manchen Kallen eine folde Ginfdrantung enthalten unb ein nach ber Sachlage nicht gerechtsertigtes Nichtschuldig zur Folge haben. Uebrigens ist auch hinsichte lich ber Spezialien eine Abweichung von bem Gröffnungsbeichluffe nicht ausgeschloffen, wenn bie Berhanblung bie Unrichtigfeit einer in ihm enthaltenen Angabe ergeben bat; insbes. tonnen auch bie Angaben über ben Ort und bie Zeit ber That wie auch die über bas Objekt berselben in ber Frage eine Berichtigung erfahren, soweit hierbei die Ibentität der That unberührt bleibt; 119sl. RGer. I. 9. Marg 81 (Ripr. III. 131). In Betreff ber Zeit ber That f. noch oben Rote 2. b. Im Allgemeinen vgl. S. Meyer in Bo. II. S. 156 ff.

Ru & 294.

1. Bal. \$ 293 Rote 8.

2. a. Der S fieht ben gall einer Rlageanberung (§ 263) por: Die Gulfsfrage fubjumirt bie That unter einen von bem Eröffnungsbeichluffe abweichenden ftrafrechtlichen Gefichtspunft. Reboch gehören nicht alle Ralle einer Abweichung von bem Beschlusse bierber. Beftebt bie lettere nur barin, bag nach bem Ergebnig ber Berhanblung einzelne in bem Befclusse bezeichnete Um: ftanbe wegfallen und bag bemaufolge nur ber Thatbestand eines geringeren Delittes übrig bleibt (a. B. ftatt Morb nur Tobticlag, ftatt Raub nur Diebstahl), fo liegt ber Kall einer gu ftellenben Bulfafrage nicht vor, ba hier bie Beranberung ber Sachlage einfach baburch jur Geltung gebracht werben tann, daß die Geschworenen die Hauptfrage theilweis bejahen und theilweis verneinen (\$ 305) ober baf fie, falls ber betr. Umftanb in eine Rebenfrage aufgenommen ift. biefe verneinen. Gbensowenig liegt ber Fall einer Gulfsfrage vor, wenn bie Abweichung nur barin beftebt, bag bem in bem Eröffnungebeichluffe bezeichneten Thatbeftanbe gewiffe Umftanbe bin: au treten, welche in ber Fragestellung awar einen Zusak au ber Formel des Beschlusses, nicht aber eine sonstige Aenberung berfelben bebingen: biefe Umftanbe werben entweber in bie hauptfrage (§ 293) mit aufgenommen ober jum Gegenstanbe einer Rebenfrage (§ 295) gemacht; bies gilt 3. B., wenn bie Berhanblung ergiebt, bag ber bes Diebftahls Angeflagte bie Begnahme unter Anwendung von Gewalt gegen bie Person ausgeführt, also einen Raub begangen habe. Der Fall einer Bulfsfrage ift alfo nur bann gegeben, wenn nicht icon bie Bauptfrage alle Merfmale bes eventuell vorliegenben anberen Thatbestanbes enthalt. Dies ift inbeg ftreitig; vgl. insbef. Steng: lein S. 502, Dalde Frageft. S. 18. Die Praxis bes AGer. hat geschwankt. Der porftebenben Auffassung entspricht II. 4. Jan. 84 (Entsch. IX. 401), indem es bei einer auf Morb lautenben

hauptfrage eine auf Tobischlag gerichtete Hulfsfrage für unduläsig erklärt. Dagegen erachtet 1.

15. Febr. 86 (Entsch. XIII. 344) eine solche Hulfsfrage für statthaft, weil burch die Berneinung ber hauptfrage nicht die Töbtung überhaupt, sondern nur die mit Ueberlegung ausgeführte versneint, auch die Fragestellung vollsommen klar und ein Misverständniß nicht denkbar sei. In I.

11. Juni 85 (Entsch. XII. 250, Ripr. VII. 367) wird unterschieden, od beim hinzutreten des beir. Umstandes ein anderes "eigenartiges" Delikt, ein verschiedener Berbrechensbegriff vorliegt oder ob jener Umstand sich nur als ein straserhöhender darstellt, und nur für den ersteren Fall wird die Stellung einer Hulfsfrage für statthaft erklärt. Dabei ist der Thatbestand des § 214 des StBB. im Berhältniß zu dem des § 212 nicht als ein selbstständiger, einen verschiedenen Berbrechensbegriff enthaltender erachtet, im Uedrigen aber bemerkt, daß die Frage der begrifslichen Perschiedenheit nur sur jür jede einzelne Strasvorschrift nach Fassung, Zusammenhang, Grund und Entstehung derselben entschieden werden könne.

- b. Hat der Eröfinungsbeschluß reale Konkurrenz mehrerer Delikte (StGB. § 74) anzgenommen, während nach dem Ergebniß der Berhandlung das Borhandensein eines fortgessehten Delikks in Frage kommt (oder umgekehrt), so ist den die einzelnen Fälle selbstständig beshandelnden Hauptfragen eine diese Fälle zusammensassende, auf das fortgesehte Delikk gerichtete Hülfstrage anzuschließen; so: RGer. III. 17. Nov. 80 (Rspr. II. 533), Dalde Fragest. S. 20. A. M. RGer. IV. 2. Apr. 86 (Entsch. XIV. 75, Rspr. VIII. 251), insofern dort angenommen ist, daß sdie Behauptung, es liege nur ein fortgesehtes Delikt vor, bloß eine Berneinung der indem Beschlusse unterstellten Selbstsftändigkeit der einzelnen Fälle enthalte und daß dem veränderten Erschlüspunkte durch theilweise Bejahung der Hauptfrage, d. h. durch Berneinung der Selbstsftändigkeit, genügend Rechnung getragen werden könne. Dies erscheint nicht zutressend. Denn aus dem die Hauptfragen in der gedachten Art theilweis bejahenden, theilweis verneinenden Spruche würde ohne einen erläuternden Zusak keineswegs zu entnehmen sein, daß die verschiedenen Fälle nach der Meinnung der Geschworenen ein sortgesehtes Delikt bilden; zur hinzusügung eines solchen Zusakes aber sind die Geschworenen nach § 305 nicht berusen.
- c. Der Fall einer hulfsfrage liegt nicht vor, wenn die Berhandlung ergiebt, daß die That sowohl unter den strafrechtlichen Gesichtspunkt des Eröffnungsbeschlusses, als auch unter einen anderen zu subsumiren sei (Zbealtonkurrenz); bezüglich dieses Falles s. § 293 Rote 10.
- 3. Hinsichtlich ber Zulässigleit einer Klageanberung (§ 263) besteht zwischen bem schwurgerichtlichen Bersahren und bem Bersahren ber anberen Strasgerichte kein Unterschieb: soweit biese besugt sind, eine von bem Eröffnungsbeschlusse abweichende ober über ben Inhalt besselben hinausgehende Festlung zu treffen, ist im schwurgerichtlichen Bersahren das Gericht besugt, die Fragestellung entsprechend zu erweitern; vol. insbes. § 263 Note 3. d. o. Ebenso sinden aber auch die Bestimmungen des § 264 auf das schwurgerichtliche Bersahren volle Anwendung; daher kann die Stellung einer Hilfstrage die Aussehung der Berhandlung nöttig machen; voll. insbes. § 264 Note 5, 13. Es versteht sich übrigens (auch abgesehen von der Borschrift des § 296) von selbst, daß die Stellung einer durch das Ergebniß der Berhandlung angezeigten Hilfstrage nicht deshalb unterbleiben dars, damit die Aussehung umgangen werden könne. Auch im schwurgerichtlichen Bersahren kennt das Geseh den Korbehalt einer anderweiten Bersolgung (voll. § 263 Note 4) nicht; es müssen also alle nach Lage der Sache möglichen strassecklichen. Gesichsbunkte bei der Fragestellung berücksicht werden.
- 4. Ob burch bas Ergebniß ber Berhanblung ein Anlaß geboten fei, von Amtswegeneine hulfsfrage zu ftellen, hat bas Gericht nach Lage bes einzelnen Falles zu beurtheilen; vgl. § 293 Rote 5, § 291 Rote 1. Inwieweit bas Gericht ben auf die Stellung von hulfsfragen-gerichteten Antragen Folge geben muß, barüber f. § 296 u. bie Roten bas.
- 5. Da die Halfstrage ihrem Wefen nach eine Hauptfrage ift (vgl. § 293 Note 8), so mußihr Inhalt in jeder Beziehung der Bestimmung des § 293 entsprechen: vgl. RGer. III. 7. Jan. 82-(Entich. V. 327). Auch dars, da die Beantwortung der Hilfstrage die Berneinung der Hauptstrage voraussetzt, die erstere Frage eine Berweisung auf den Inhalt der letzteren nicht enthalten; vgl. § 292 Note 7.

§. 295.

Ueber solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umftande, welche die Strafbarkeit vermindern ober erhöhen, sind geeignetensalls den Geschworenen be-fondere Fragen vorzulegen (Nebenfragen).

Sine Rebenfrage kann auch auf solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände gerichtet werden, durch welche die Strafbarkeit wieder aufgehoben wird.

(I. II. Entw. § -; III. Entw. § 253.)

7. Zu Abs. 2 vgl. § 263 Rote 3. c. — Die hier über die Reihen folge ber Fragen gegebene Borschrift beruht baraus, baß über die schwerere Qualifikation zuerst abgestimmt werden muß. Wird die vorangestellte Hülfskrage ohne Einschränkung bejaht, so bleibt die dem Erössnungsbeschlusse entsprechende hauptfrage unbeantwortet; das Berhältnis beider Fragen zu einander ist hier das umgekehrte wie in den sonstigen Fällen. — Nach dem oben (Note 2 a.) Gesagten gehört z. B. der Fall nicht hierher, wenn der Erössnungsbeschluß auf Todtschlag lautet, die Berhandlung aber ergiedt, daß der Angeklagte die Tödtung mit Ueberlegung ausgesührt habe; vielmehr ist der letzter Umstand entweder in die Hauptfrage oder in eine Rebenfrage auszunehmen. Dagegen gehört hierher der Fall, wenn der Beschluß auf vorsähliche Körperverlehung mit tödlichem Ausgange (StB. § 226) lautet, während die Fragestellung auf den Thatbestand des Mordes oder Todsschlages zu erstreden ist. Desgleichen ist Abs. 2. anwendbar, wenn der Beschluß die Handlung des Angeklagten als Bersuch oder als Theilnahme qualisiziert hat, während die Fragestellung auf auf das vollendete Delitt bezw. auf die Thäterschaft zu richten ist. Wie Dalde Fragest. S. 27 zutressend beine Kechtsfrage, die der Nachprüfung des Revisionskichters unterliegt.

Bu # 295.

Ru Abf. 1.

- 1. a. In Betreff ber vom Strafgefet besonders vorgesetenen Umftanbe, welche bie Strafbarfeit verminbern ober erhöhen, vgl. § 262 Rote 2. c. d. sowie GBG. § 196 Rote 3. d. β.
- b. Ift die Strafbarkeit des Angeklagten eine geringere, falls er bei Begehung der Hat einen gewissen Umstand nicht gekannt hat (St&B. § 59), so bildet diese Unkenntuiß einen strasmilbernden Umstand im Sinne des § 295; es ist also bezüglich ihrer geeignetenfalls eine Rebenfrage zu stellen. Bgl. § 293 Rote 12. b. und in Betreff der Fassung der Fragen: Olshausen S. 271.
- 2. Eine Befragung ber Geschworenen über Umftanbe ber hier gebachten Art erfolgt entweber beshalb, weil bie letteren in bem Eröffnung sbeichlusse hervorgehoben finb, ober ans
 Anlag eines Antrages, ober endlich weil bas Gericht fich burch bas Ergebniß ber Berhanblung
 veranlagt finbet, von Amtswegen ben betr. Umftanb jum Gegenstanbe ber Fragestellung ju
 machen. Bgl. in Betreff bes ersten Falles: § 293 Rote 4, in Betreff bes zweiten: § 296; auf
 ben britten finbet bas ju § 294 Rote 4 über bie Bilfsfrage Bemerkte entsprechenbe Anwendung.
- 3. hanbelt es fich um einen bie Strafbarteit erhöhen ben Umftanb, welcher in ben Er öffnungsbeschluß nicht aufgenommen war, so finden die Bestimmungen bes § 264 Anwendung; et gilt hier basjenige, was zu § 294 Rote 3 bezüglich ber hulfsfrage gesagt ift.

4. Ueber ben Begriff ber Rebenfrage und barüber, ob bie Aufnahme ber betr. Umftanbe in bie hauptfrage flatthaft fei, s. 293 Note 8 u. 9. b. Bgl. ferner § 294 Rote 2.

- 5. Bei einer Mehrzahl von Umftänden der in § 295 bezeichneten Art wird regelmäßig jeder derfelben zum Gegenstande einer besonderen Frage zu machen, es kann also erforderlich sein, an dieselbe Hauptfrage oder Gulfsfrage eine Mehrzahl von Rebenfragen anzuschließen; vgl. § 292 Abs. 1.
- 6. Much bie Rebenfragen muffen bie betr. Umftanbe mit ben Ausbruden bes Strafges fetes bezeichnen: vgl. § 293 Rote 3.

^{6.} Bgl. § 305 Rote 4.

§. 296.

Bird die Borlegung von Hulfs- oder Nebenfragen beantragt, so kann fie nur aus Rechtsgründen abgelehnt werden.

(I. II. Entw. § -; III: Entw. § 254.)

7. In den Fällen, welche der § 20 bes St&B. vorsieht, gebührt die Festsellung: ob die Ehat aus einer ehrlosen Gesinnung entsprungen sei, den Geschworenen, da dieselbe dem Gebiet der Schulbfrage angehört (vgl. Brot. 459). Die gedachten Fälle dieten die Eigenthumslichteit, daß die bezügliche Nebenfrage stets, also auch ohne einen Antrag der Staatsanwaltschaft gestellt werden muß, da sonst dem Gericht die ersorderliche Grundlage für die zu treffende Wahl zwischen Zuchthaus und Festungshaft sehlen würde.

Bu Abs. 2.

- 8. Ueber bie Behanblung ber eigentlichen Schulbausichlie ungsgrunbe, b. b. berjenigen Chatumftanbe, welche bas Borhanbenfein einer ftrafrechtlichen Schulb von Anfang an ausschließen, i. § 293 Rote 12. b.
- 9. a. Neber bie in Abs. 2 gebachten Umitanbe, burch welche bie Strafbarteit (genauer: bie ftrafrechtliche Schulb) wie ber aufgehoben wirb, f. GBG. § 196 Rote 3. d. a.; vgl. Olshaufen zu ben betr. §§ bes StGB.
- b. Die Befragung der Geschworenen über Umstände der in Abs. 2 gedachten Art kann nur mittelst einer Rebenfrage erfolgen; die Ausnahme solcher Umstände in die Hauptfrage int nicht statthaft (vgl. Dalde Fragest. S. 90). Soweit dieselben übrigens als Bestand theile der That selb standigehen find, erscheint die in Abs. 2 getrossene Bestimmung nicht sachgemäß, da sie zu einem unrichtigen Ergebniß der Abstimmung führen kann. Wird z. B. der einer Brandstimung Angekagte von vier Geschworenen sür nicht überführt erachtet, während von den acht sür das Schuldig stimmenden Geschworenen vier das Löschen des beginnenden Brandes seitens des Ihäters (StBB. § 310) annehmen, so muß nach den zu § 196 cit. dargelegten Grundsähen der Angeslagte sür nichtschuldig erklärt werden, während die nach § 295, Abs. 2 eintretende getheilte Absümmung seine Verurtheilung herbeisühren kann. Um ein solches Ergebniß zu vermeiden, werden diesengen Geschworenen, welche sür das Nichtschuldig gestimmt haben, die Rebenfrage zu Gunsten des Angeslagten bejahen müssen müssen
- 10. Es versteht sich, bag Abf. 2 nicht auf folde Umftanbe zu beziehen ift, welche nicht bem Gebiet ber Schulbfrage, sonbern bem ber Straffrage angehören; vgl. § 293 Rote 2.
- 1. Die hier getroffene Bestimmung ift eine nothwenbige Ronfequeng bes Grunbfapes, bag bie Geschworenen über die Schulbfrage in ihrem ganzen Umfange zu entscheiben haben. Wird von einem Prozesbetheiligten (vgl. auch Rote 4) ein von bem Eröffnungsbeschlusse abweichenber strafteckllicher Gefichtspunkt aufgestellt ober bas Borhanbenfein eines ber in § 295 bezeichneten Umftabe behauptet, fo fallt biese Aufstellung bezw. Behauptung in ben Bereich ber Schulbfrage; fie fann baher nur burch ben Spruch ber Geschworenen ihre Erlebigung finden, und folglich muß fte mittelft ber Fragestellung ber Enticheibung ber Gefcomorenen unterbreitet werben. Burbe bie Borlegung einer in Antrag gebrachten Frage von bem Gericht beshalb abgelehnt, weil bie Berhandlung einen genügenben Anlaß, bie Frage zu stellen, nicht ergeben habe, so wäre mit diefer Ablehnung in Bahrheit schon eine Regativ : Feststellung (§ 266 Rote 2) getroffen, burch welche das Gericht in das Berufsgebiet der Geschworenen hinübergreifen würde. — Dieser ber Bestimmung zu Grunde liegende Gebante wirb nun übrigens burch bie Ausbruckweise bes Gefetes ("aus Rechtsgrunden") nicht ganz zutreffend und vollständig wiedergegeben, und ebensowenig ik es zu billigen, wenn bie Mot. S. 200 fagen, baß bas Gericht ben Antrag auf Borlegung einer bulfsfrage ober Rebenfrage nur aus bem Gefichtspuntte ber G efen esanwenbung ju prufen, bagegen bie thatfäcilich e Begrünbung besseben nicht in Betracht zu ziehen habe. Nach biesen Borten wie nach ber Ausbrucksweise bes Gesetes scheint es, als solle bie Prüfung: ob die betr. Thatfacen rechtlich geeignet feien, unter bas Strafgefet fubsumirt zu werben, bem Gericht zu-

fteben, und als folle, wenn biefes bie Subjumtion fur ausgefcloffen erachtet, bie Stellung ber beantragten Frage abgelehnt werben burfen. Gine berartige Befugnig bes Gerichts mare inbef prinzipwibrig, ba fie auf die von ber StBO. aufgegebene Unterscheibung amischen ber That: und ber Rechtsfrage (vgl. § 293 Rote 3) binauslaufen murbe; bie Subjumtion ber Thatfachen unter bas Strafgefet unterliegt burchmeg ber Brufung ber Beidmorenen, und bie Ablebnung einer beantragten Frage aus einem bie Subjumtion betreffenben Rechtsgrunde murbe gang ebenfo ein Sinubergreifen in bas Berufsgebiet ber Gefcmorenen enthalten wie bie Ablehnung aus einem Grunde rein thatsächlicher Natur. So 3. B.: HGer. I. 27. Apr. 80 (Entsch. I. 423, Ript. I. 674) u. III. 19. Apr. 83 (Entich. VIII. 222, Ripr. V. 268) in Betreff einer Rebenfrage aus S 157 Rr. 1 bes StoB.; III. 13. Dai 82 (Ripr. IV. 484) in Betreff einer Bulfsfrage aus S 363. In Bahrheit will bas Gefet fagen: bag bem Gericht bie Ablehnung einer beantragten Frage nur zustehe, wenn biese sich als rechtlich unzulässig ober ihr Inhalt sich als recht lich bebeutungslos barfiellt, bie bezügliche Antwort ber Befchworenen alfo auch einen Ginfluß auf bas Urtheil nicht murbe außern tonnen. hierher gebort j. B. ber Sall, menn bie in Antrag gebrachte Bulfsfrage nicht auf eine anbere Qualifizirung ber in bem Anflage befdluffe bezeichneten That, sonbern auf eine anbere That gerichtet ift; vgl. Reer. III. 1. Oft. 85 (Entich. XII. 409); ebenso ber gall, wenn berjenige Thatumftanb, bezüglich beffen bie Stellung einer Rebenfrage beantragt wirb, im Strafgefet nicht vorgeseben ift, seine geftftellung alfo zwedlos ober boch nur fur bie Strafzumeffung (vgl. § 293 Rote 2. c) von Bebeutung fein murbe. Gin fall, in welchem ber Antrag auf Stellung einer Bulfsfrage abzulehnen ift, ift 3. B. auch ber, wenn basjenige Delitt, auf welches bie Frage gerichtet werben foll, ein Antragsbelift ift, ber jur Bestrajung erforberliche Antrag aber nicht vorliegt: RGer. III. 7. 3an. 82 (Entid, V. 327), II. 1. Apr. 87 (Ripr. IX. 226). Bgl. ferner IV. 4. Jan. 87 (Entid, XV. 178). Selbftverftaublich ift ber Antrag auf Borlegung einer Bulfs: ober Rebenfrage auch bann abjulehnen, wenn er ju fpat, b. b. ju einem Beitpuntt geftellt wirb, ju welchem eine Erganjung ber Fragestellung nicht mehr ftatthaft (§ 291 Note 5 a) ift: RGer. I. 14. Juli 84 (Entich. Xl. 168), IV. 24. Mai 87 (Entich. XVI. 126). Brot. S. 464. Theilm. a. M. Glafer a. a. C. S. 904, v. Schwarze S. 463, anich. auch S. Meyer in Sh. II. S. 134.

- 2. Die richtige Auffassung bes bem Gefet zu Grunde liegenben Gebantens führt übrigens ju bem Sabe, bag es nicht barauf antommen tann, ob es fich bei einem bie Frageftellung betreffenben Antrage um eine Sülfs. ober Rebenfrage hanbelt, bag vielmehr ber Grunbigt bes § 2% auf jeben Antrag entsprechende Anwendung finden muß, ber eine Erweiterung ber Frageftellung über ben Inhalt bes Eröffnungsbeichluffes hinaus bezwedt. Lautet g. B. ber Beichluf auf Anstiftung burch Geschenke ober Bersprechen (SteB. § 48) und wird von ber Staatsanwalt: icaft beantragt, bie Befragung ber Gefcmorenen auch auf eine Anftiftung burd Drobung ju er streden, so murbe eine Ablehnung bieses Antrages unzweifelhaft gegen bas vorstebend (Rote 1) aufgeftellte Bringip verftogen: bas Gericht muß alfo bem Antrage fattgeben, wennaleich es fich bei biefem nicht fowohl um bie Borlegung einer Gulfs- ober Rebenfrage, als vielmehr um bie Erweiterung bes Inhalts ber hauptfrage hanbelt. Desgleichen murbe bas Gericht einen Annag: einen mit bem ftrafrechtlichen Befichtspunkt bes Eröffnungsbefcluffes ibeell tonturrirenben ftrafrechtlichen Gefichtspuntt jum Gegenftanbe ber Fragestellung (vgl. § 293 Rote 10) ju machen, nicht ablehnen burfen. - Aus bem Gefagten folgt aber auch anbererfeits: bag ber gefetliche Anfprud bes Untragfiellers nur babin geben fann, bag überhaupt eine Befragung ber Gefchworenen über ben betr. Gefichtspuntt ober Thatumftanb ftattfinbe, bag bagegen bezüglich ber Theilung bes Frageftoffes in mehrere Fragen bas richterliche Ermeffen, soweit bas Gefet biefem einen Spielraum gewahrt, burch ben gestellten Antrag eine Ginfdrantung nicht erfahren tann (§ 293 Rote 9. b). Bgl. RGer. IV. 2. Apr. 86 (Entsch. XIV. 75, Rspr. VIII. 250), übrigens auch bas bei § 294 Rote 2. b über biefes Urth. Bemerfte.
- 3. Die Ablehnung eines Antrages auf Erweiterung ber Fragestellung (Rote 1, 2) barf nicht aus bem Grunde erfolgen, weil biefe Erweiterung nach & 264 eine Ausfehung ber Ber-

§. 297.

Wenn bas Geset beim Vorhandensein milbernber Umstände eine geringere Strafe androht, so ift eine barauf gerichtete Rebenfrage zu stellen, wenn es von ber Staatsanwaltschaft ober bem Angeklagten beantragt ober von Amtswegen für angemeffen erachtet wirb.

Zur' Berneinung ber Frage nach bem Borhanbensein milbernber Umstänbe bedarf es einer Mehrheit von minbestens sieben Stimmen.

(I. II. III. Catm. § -.)

hand lung nothig machen murbe; es muß vielmehr event. biefe Ausjegung befchloffen werben; vgl. § 294 Rote 3, § 295 Rote 3.

4. a. Der Entw. enthielt hinter bem Bort "Rebenfragen" noch bie Borte: "von ber Staatsanwalticaft ober bem Angeflagten"; biefelben murben von ber RER. geftrichen, fo bag bie Bestimmung nun auch auf bie Antrage ber Geschworenen Anwendung findet; vgl. RGer. II. 26. Nov. 80 (Entich. III. 67, Ripr. II. 569), § 291 u. die Noten ju § 305, sowie § 297 Rote 2. - Die Richter fteben in biefer Beziehung ben Gefcoworenen nicht gleich; fie tonnen nur bie Berathung bes Gerichts verlangen und muffen event. ihre perfonliche Anficht bem Befcluffe bes Rollegiums unterordnen; vgl. § 291 Rote 1.

b. Der Bertheibiger eines Mitangeklagten ift nicht befugt, für andere, von ihm nicht vertheibigte Mitangeflagte bie Stellung von Gulfs- ober Rebenfragen ju beantragen; auf einen folden Antrag ift § 296 nicht anwendbar: RGer. I. 5. Juni 82 (Rfpr. IV. 524).

5. In ber früheren preußischen Braris war bie Meinung in Geltung gewesen, bas ber Angeflagte bie Stellung einer Gulfsfrage nicht beanspruchen tonne, weil er tein rechtliches Intereffe baran habe, bag im Falle ber Berneinung ber hauptfrage gepruft werbe, ob nicht feine That unter einem anberen ftrafrechtlichen Gefichtspuntte ftrafbar fei. Diefe Meinung bat nach ber StBD. feine Berechtigung mehr: RGer. II. 26. Nov. 80 (Entich. III. 67, Ripr. II. 569). Das Intereffe bes Angetlagten an ber Stellung einer Bulfefrage befteht barin, baß bie Borlegung ber letteren, alfo bie Grörterung ber That nach periciebenen Gefichtspuntten, fur bie Gefdmorenen ein Anlag werben fann, die hauptfrage ju verneinen. Rur bas wirb, als aus ber Ratur ber Sache (val auch Rote 11 ju Buch 2 Abichn. 1) folgenb, auch fur bie StBD. gelten muffen: bag ber Angeflagte nicht bie Stellung von Bulfsfragen beanspruchen tann, beren Bejahung eine erhobte Strafbarteit (§ 294 Abf. 2) begrunden murbe, und ebenbaffelbe gilt felbftverftanblich von Rebenfragen, welche einen bie Strafbarteit erbobenben Umftanb jum Gegenftanbe haben follen. -Bei ben Antragen ber Staatsanwaltschaft macht es keinen Unterschieb, ob bieselben eine ftrengere ober eine milbere Beurtheilung ber That bezweden; vgl. § 153 Rote 5. a.

3u \$ 297.

- 1. Die Frage: ob milbernbe Umstänbe porhanben seien, gehört an fich bem Gebiet ber Straffrage (vgl. § 262 Rote 3) an, und bemaufolge wollte ber Entw. fie burch bas Gericht, nicht burch bie Gefcmorenen entichieben miffen; bies ift von ber AIR. geanbert worben. Die Borforift bes § 297 enthalt fonach eine Mobifilation bes Sages: bag bie Befdmorenen nur jur Enticheibung ber Schulbfrage berufen feien (BBG. S 81). - Auf bie in ben Fallen bes Stob. SS 94, 96 event. zu entscheibenbe Frage, ob ein "minber fcmerer Fall" vorliege, erftredt fich bie Beftimmung nicht: biefe Frage unterliegt lebiglich ber Enticheibung bes Gerichts. Daffelbe gilt von der, bei ben Bergeben und Uebertretungen jugenblicher Bersonen (StGB. § 57 Rr. 4) ju enticheibenben Frage, ob ber porliegenbe Fall ein "befonbers leichter" fei; vgl. S 262 Rote 3.
- 2. Den Gefcomorenen fieht, wie bie Bergleichung bes § 297 mit § 296 (vgl. bort Rote 4) ergiebt, bie Befugniß nicht gu, bie Borlegung einer bas Borhanbenfein milbernber Umftanbe betreffenben Rebenfrage ju beantragen (Brot. S. 1125). Bgl. noch § 305 Rote 5.
 - 3. "von Amtsmegen" hierzu vgl. § 291 Rote 1, § 293 Rote 5. Der Umftaub,

Digitized by 39 OOQIC

§. 298.

Hatte ein Angeklagter zur Zeit der That noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet, so muß die Nebenfrage gestellt werden, ob er bei Begehung der That die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Ginsicht besessen, babe.

Dasfelbe gilt, wenn ein Angeklagter taubstumm ift.

(I. II. Cutm. § --; III. Cutm. § 255.)

baß bei einem von mehreren Angeklagten die Borlegung einer Rebenfrage in Betress milbernber Umftände stattfindet, ist für sich allein kein zwingender Grund, die Frage auch bei den übrigen, wennschon nach demselben Strafgeset zu beurtheilenden Angeklagten zu stellen. Ebensowenig macht der Umstand, daß an die Hauptsrage die Rebenfrage nach milbernden Umständen angeschlossen wird, es nothwendig, die gleiche (an sich zulässige) Nebenfrage auch bei der den. Hülfsfrage von Amtswegen zu stellen; val. MGer. III. 6. Juli 85 (Ripr. VII. 471).

- 4. Birb neben ber Hauptfrage eine Hulf kfrage (§ 294) gestellt und kommt es sowohl bei bem einen wie bei bem anderen ber beiben gesehlichen Thatbestände barauf an, ob milbernde Umstände vorhanden sind, so bedarf es nut einer hierauf bezüglichen Rebenstage: bieselbe ift sur den Fall zu stellen, daß die Geschworenen die Hauptfrage o der die Hulfsstage bejahen. Werden im Falle der Idealkonkurrenz mehrere Hauptfragen gestellt (§ 293 Note 10), so darf doch die Rebenstage nach milbernden Umständen nur ein mal vorgelegt werden (bei Borlegung zweier Rebenstragen wurde die Bejahung der einen und Berneinung der anderen einen sachlichen Widerspruch im Sinne der §§ 309, 311 enthalten): Wer. II. 8. Rov. 81 (Entsch. V. 155, Apr. III. 694), II. 30. März 86 (Entsch. XIV. 8, Apr. VIII. 239). Uedrigens ist auch dann, wenn nur eines der anzuwendenden Strasseshe milbernde Umstände vorsieht, die Rebensrage hinter die letzte Pauptfrage zu stellen, so daß sie sich auf den gesammten Thatbestand bezieht: cit. II. 30. März 86. Bgl. noch III. 29. Apr. 82 (Entsch. VI. 243). In Betress der Realkonkurrenz s. 292 Note 8.
- 5. Kommt es auf die Feststellung milbernber Umftände nur an, falls das Delikt im Rud: fall verübt ift (vgl. 3. B. StoB. SS 242, 244), so ift bei der Fragestellung von der Annahme auszugehen, daß Rudfall vorliegt; die Stellung der Rebenfrage muß also, sofern die Borausiehungen des § 297 zutreffen, erfolgen, obwohl die bezügliche Antwort der Geschworenen gegenftandslos wird, wenn demnächst das Gericht das Borliegen des Rudfalls verneint. Auch ist die Rebenfrage nicht als eine bedingte zu stellen; a. M. hüding im Goltd. Arch. XXXIV. S. 232.
- 6. Die Frage ist, entsprechend bem Wortlaut des Strafgesetes, allgemein, b. h. bahin zu fassen: "Sind milbernde Umstände vorhanden?" Eine Fassung, durch welche die Geschworenen bei ihrer Entscheidung auf einzelne Umstände, wie z. B. auf die in der Berhandlung erörterten, beschränkt werden sollen, ist unstatthaft. Bgl. RGer. II. 30. Dez. 81 (Rspr. III. 841), II. 20. März 83 (Rspr. V. 191).
- 7. Die Borschrift bes Abs. 2, wonach zur Berneinung bes Borhandenseins milbernder Umpftände bie einfache Stimmenmehrheit genügt, beruht barauf, daß es sich bei bieser Entscheidung nicht um einen Bestandtheil ber Schuldfrage handelt; vgl. Note 1, § 262 Note 3 u. § 307 Abs. 2.

3u § 298.

Bu Abs. 1.

1. Bgl. GBG. § 73 Nr. 3 u. Note 6 bas.

2. Nach § 57 bes StBB. tann ein Angeklagter, ber jur Zeit ber That noch nicht bas achtzehnte Lebensjahr vollenbet hatte, nur bann ju Strafe verurtheilt werben, wenn jeftgestellt wird, baß er bei Begehung ber That die jur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht befesten habe; diese Festkellung bilbet einen Bestandtheil ber Entscheidung der Schuldfrage. Sonach ift die Befragung ber Schuldfrage iber bas Borhandensein ber gedachten Einsicht unerläßelich und ein hierauf gerichteter Antrag nicht erforderlich.

3. Die Behandlung bes hier vorgesehenen Falles unterscheibet fich von berjenigen ber abrigen

Digitized by GOOGLE

§. 299.

An die Fragestellung schließen sich die Ausführungen und Anträge der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten zur Schulbfrage.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 256.)

Schuldaussichließungsgründe (vgl. § 293 Rote 12. b) barin, daß es hier stets einer Rebenfrage bebarf. Durch die Beantwortung der Hauptfrage kann die Entscheidung über das Borhandensein der Einsicht nicht ersolgen, weil im Falle eines verneinenden Spruches nicht erkenndar sein wirde, ob von den Geschworenen das Borhandensein der Strafthat überhaupt oder nur das Borhandensein der Einsicht verneint worden sei, während es wegen § 56 des StB. wesentlich auf den Erund der Freisprechung antommt. Wird die Hauptfrage (welche auch hier das Bort "schuldig" enthalten muß) bejaht, die nach § 298 gestellte Rebenfrage aber verneint, so ist zwar der Angestlagte freizusprechen, zugleich aber gemäß Abs. 2 des § 56 darüber zu erkennen, od berselbe in eine Erziehungs- oder Besseungsanstalt unterzudringen sei; wird die Hauptfrage verneint, so erzsolgt schlechthin die Freisprechung. — Ueber das Borhandensein eines der allgemeinen Schuldzausschließungsgründe (StBB. §§ 51—54, 59) wird auch bei zugendlichen Angeklagten lediglich durch die Beantwortung der Hauptfrage entschieden.

4. Bas die für die Amwendung des Strafgesetes maßgebenden Zeitpunkte betrifft, so ist bie Beit ber Begebung ber That ftets burch ben Spruch ber Befdmorenen feftguftellen; es geschieht bies burch bie Beantwortung ber bie betr. Zeitangabe enthaltenben Sauptfrage; vgl. § 293 Rote 13. b. Das Alter bes Angeflagten wirb, wenn über baffelbe fein Zweifel obwaltet, ents weber in ber hauptfrage (etwa burch bie Borte: Ift ber an bem und bem Tage geborene Angeflagte fculbig 2c. ?) ober in der nebenfrage anzugeben fein; biefe Angabe ift erforberlich, weil aus ber Fragestellung felbst ber Anlag ju ber Borlegung ber Nebenfrage hervorgeben muß. Ift aber bas Alter streitig und kommt es (was nicht nothwendig ber Kall zu sein braucht) für bie Beurtheilung ber Sache auf bie Enticheibung barüber an, welche ber verichiebenen Annahmen bie richtige fei, so ift ben Geschworenen eine hierauf bezügliche Nebenfrage bes Inhalts vorzulegen: "Ift es erwiesen, bag ber Angeklagte gur Beit ber That bas achtzehnte Lebensjahr bereits vollenbet hatte?" An biefe Frage hat sich alsbann (als eventuelle Rebenfrage) bie in § 298 vorgeschriebene anzuschließen. Gl. A. Olshausen S. 256; vgl. Dalde Fragest. S. 92. - Anbers verhalt es fich, wenn es streitig wirb, ob ber Angeklagte jur Beit ber That icon bas zwölfte Lebensjahr (Ston. S 55) vollenbet gehabt habe; über biefe, bie Bulaffigfeit ber Strafverfolgung betreffende Frage wirb nicht von ben Gefcmorenen, fonbern von bem Gericht entschieben; vgl. Olshaufen G. 251.

Зи Яб. 2.

- 5. Aus ber Borschrift bes SiBB. § 58 ift bie Nothwendigkeit, die hier vorgesehene Frage zu fiellen, nicht herzuleiten: bei bem Laubstummen prasumirt bas StBB. bas Borhandensein ber ersorberlichen Ginsicht. Die Bestimmung bes Abs. 2 führt baher zu einer verschiedenen Beshandlung ber schwurgerichtlichen und ber nicht schwurgerichtlichen Straffalle: bei ben letzteren bedarf es ber ausbrücklichen Festkellung, baß ber taubstumme Angeklagte bie ersorberliche Ginsicht beselsen habe, nur bann, wenn sich Zweisel barüber erhoben haben (§ 266 Abs. 2). Hierüber geben indeß die Meinungen auseinander; vgl. Olshausen S. 264.
- 6. Der Umftand, bag ber Angeklagte taubstumm ift, ift aus bem oben (Rote 4) bezeichneten Grunde in ber Rebenfrage anzugeben. 3u § 299.
- 1. In Betreff bes Zeitpunktes ber hier bezeichneten Borträge f. § 290 u. Rote 1 baf. Macht ber Inhalt ber Borträge eine Wieberaufnahme ber Fragestellung erforberlich (vgl. § 291 Rote 5), so muß nach ber anderweiten Feststellung ber Fragen ben Prozestetheiligten von Neuem bas Bort ertheilt werben.
- 2. "gur Schulbfrage" In Betreff ber weiteren Ausführungen und Antrage f. § 314.
 - 3. 3m Uebrigen vgl. § 257 u. die Roten das., sowie § 300 Note 2 (Schluß).

§. 300.

Der Vorsitzende belehrt, ohne in eine Burdigung der Beweise einzugehen, die Geschworenen über die rechtlichen Gesichtspunkte, welche sie bei Lösung der ihnen gestellten Aufgabe in Betracht zu ziehen haben.

Die Belehrung des Borfitzenden barf von keiner Seite einer Erörterung unterzogen werben.

(I II. €ntw. § —; III. €ntw. § 257.)

3# § 300.

- Zu Abs. 1.
- 1. Rad bem Borgange einzelner Lanbesgesetz bat bie StBD. bas im frangöfischen Recht (Code d'instr. arim, art. 336) porgefchriebene und aus ibm in ben größeren Theil Deutschlands übernommene Refums beseitigt und baffeibe burch ein, lediglich bie rechtliche Belehrung ber Ge fomorenen bezwedenbes Schlugwort bes Borfitenben erfett. Es ift nicht mehr bie Aufgabe bes letteren, bie Entideibung ber Beweisfrage burch eine bie wesentlichen Ergebniffe ber Berhanblung jufammenfaffenbe Darftellung porzubereiten, vielmehr ift eine "Burbigung ber Beweife", alfo namentlich eine Erörterung barüber, welches Gewicht ben porgebrachten Beweismitteln und Beweisgrunden beigumeffen fei, ausgeschloffen (vgl. übrigens Rote 2). Dieraus folgt jeboch feineswegs, bag ber Borfipenbe nicht befugt fei, bas thatfachliche Material bes vorliegenben falles in bem Schlugwort ju ermannen; im Gegentheil wird bas Strafgefet regelmäßig gerabe in feiner Anwendung auf die konkreten Thatsachen zu erläutern sein, da eine völlig abstrakt gehaltene Recitsbelehrung ihren Zwed meiftens nur in ungenugenber Beife erfullen murbe. "Die Rechtsbelehrung foll bie individuelle lage bes jur Enticheibung ftebenben Falles ins Auge faffen" (Dot. S. 202). Selbftverftanblich tann bie Ermagnung ber tonfreten Thatfachen, foweit biefelben nicht etwa burch ein Bugeftanbnig bes Angeklagten vollftanbig außer Zweifel geftellt finb, ftets nur eine hopothetifche fein: fie werben für ben Fall, bag fie von ben Befchworenen als bewiesen angesehm werben, in rechtlicher Sinfict erörtert, mabrent bie Frage: ob fie erwiefen feien, von bem Schlufwort unberührt bleibt.
- 2. -- "über bie rechtlichen Gefichtspuntte" Diefer Ausbrud ift im weiteften Sinne ju verfieben, also ebensowohl auf bas in Anwendung ju bringende Strafgefet, auf ben Sinn und bie Eragweite ber Fragen wie auf bie einschlägigen prozeffualifchen Borichriften gu bezieben; ogl insbef. § 293 Rote 3, 12. Much bie ben Beweiß betreffenben Bestimmungen bes Prozefrechts können ben Gegenstand ber Rechtsbelehrung bilben; fo kann es 3. B. unter Umftanben er forberlich fein, ben Geschworenen bie Bedeutung bes Grunbfates ber freien Beweismurbigung Richt minber ift ber Borfitenbe befugt, bie Befcmorenen (§ 260) auseinanbergufegen. bei gegebener Beranlaffung über ihren Beruf und ihre Aufgabe im Allgemeinen ju belehrn. Endlich versteht es sich, bag er ihnen auch über bas bei ber Berathung und Abstimmung ju beachtenbe Berfahren und über bie bei ber Beantwortung ber Fragen ihnen guftebenben Befugniffe (SS 304-307) bie erforberliche Belehrung zu ertheilen bat. - Die Richtung und ber Umfang ber Rechtsbelehrung hangt von ber Lage bes einzelnen Falles ab; hierbei tann ber Inhalt ber Ausführungen ber Prozefbetheiligten (§ 299) infofern von bestimmenbem Ginfluß fein, als es bem Borfigenben obliegt, ben in ihnen etwa enthaltenen unrichtigen Rechtsausführungen entgegenzutreten. Dagegen find thatfachliche Unrichtigfeiten, wie g. B. bie unrichtige Biebergabe einer Aussage, nicht in bem Schlufwort, sonbern alsbalb ober boch nach Beenbigung bes bett. Bortrages ju berichtigen, jumal bie aber ben Inhalt ber Auslage 2c. bestehenbe Deinungsverfciebenheit eine Biebereröffnung ber Beweisaufnahme (vgl. § 245 Rote 1) erforberlich maden fann.
- 3. Die Ertheilung ber Rechtsbelehrung ift nicht in bas Ermeffen bes Borfigenben geftellt, sonbern obligatorifch vorgeschrieben. Gleichmohl wird es in einsachen Sachen vortommen tonnen, bag es au jebem Stoff für eine Rechtsbelehrung fehlt; alsbann aber wird ber Borfigenbe bies ausbrücklich zu konstatien haben.
 - 4. a. Ift eine ber gu erörternben Rechtsfragen in ber Rechtsprechung ftreitig, fo bat ber

§. 301.

Die Fragen werben vom Vorsitenben unterzeichnet und ben Geschworenen

Borfihende bies hervorzuheben und den Geschworenen die verschiedenen, einander entgegenstehenden Anfichten darzulegen. Er ist zwar auch in dem gedachten Falle für verpslichtet zu erachten, seine eigene Ansicht zu äußern und zu begründen; nicht aber dars er sich auf deren Darlegung beschränken. Ueber die verschiedenen Meinungen bez. dieses Punktes vol. H. Meyer in HH. S. 187, Steng-lein S. 507, Dalde Fragest. S. 103.

- b. Anlangend ben gall, wenn über eine Rechtsfrage gwifden bem Borfigenben und bem Gericht, b. h. ben beiben Beifigern, eine Meinungsverschiebenheit besteht, fo hat zwar bie RER. einen Antrag abgelehnt, nach welchem bie Rechtsbelehrung auf einem Befcluffe bes Gerichts beruhen follte (Prot. S. 470). Deffenungeachtet muß aus ber gaugen Stellung, in welcher nach ber StBO. bas Gericht und ber Borfibenbe ju einander fteben (vgl. § 291 Rote 1, § 237), gefolgert werben, bag ber lettere bie Anficht bes ersteren nicht nur nicht ignoriren barf, sonbern bie Rechtsbelehrung im Sinne ber Anficht bes Berichts ertheilen muß, wenngleich es ibm juftebt, baneben auch feiner eigenen Anficht Ausbrud zu geben. hierfür spricht insbes. bie Erwägung bag bie in bem Schlugwort ju erörternben Rechtsfragen bisweilen auch bei ber Beidluffaffung über bie Fragestellung hervortreten werben, baß es aber etwas Unzulässiges ware, wollte fich ber Borfitzenbe in seinem Schlufwort mit ben Ansichten in Wiberspruch seben, von benen bas Gericht bei ber Feststellung ber Fragen ausgegangen ist. Es kann aber ferner nach bem zu § 291 Rote 1 Bemerkten prinzipiell nicht barauf ankommen, ob eine förmliche Beschluftassung bes Gerichts über bie Fragestellung ftattgefunden hat ober nicht. A. M. Buchelt S. 482, Reller S. 390, h. Meyer in Sh. II. S. 187, Dalde Romm. S. 205 u. Frageft. S. 102. — Uebrigens barf ber Borfitenbe bas teinesfalls zu ertennen geben, bag eine Meinungsperfciebenbeit im Schofe bes Berichts bestebe; vielmehr barf er, gleichwie in bem oben (a) gebachten Falle, fo auch bier nur im Allgemeinen bervorheben, bag bie betr. Rechtsfrage nicht unbestritten fei.
- 5. Die Geschworenen find in keinem Falle an die Rechtsbelehrung bes Borfitzenben gebunden, vielmehr nach der ihnen von der StPO. zugewiesenen Stellung berufen, selbstständig an der Ausslegung des Strafgesets Theil zu nehmen (vgl. § 293 Note 3). Gl. A. H. Weyer in Hh. E. 188; vgl. Dalde Fragest. S. 104.
- 6. Die Rechtsbelehrung barf nicht früh er ertheilt werben als nach bem Schluß ber Ausführungen ber Prozesbetheiligten über bie Schulbfrage; eine f. g. Antezipirung berfelben ift unstatthaft: RGer. III. 11. Febr. 82 (Rfpr. IV. 151).
- 7. Einem ber beutschen Sprache nicht mächtigen Angeklagten braucht bas Schlufwort bes Borsitenben nicht verbolmetschie ju werben; mit Rudficht auf die Bestimmung bes Abs. 2 wurde die Berbolmetschung eines Zwedes entbehren. Dagegen ift biefelbe nothwendig, falls ein Geschworener ber beutschen Sprache nicht mächtig ift (vgl. GBG. § 187 Rote 2).

Bu Abf. 2.

8. Die RTA. hatte die Aufnahme von Bestimmungen beschlossen, nach denen es den Prozessbetheiligten zustehen sollte, die Protofollirung einzelner Sätze der Rechtsbelehrung zu beantragen und sodann auf die etwaige Unrichtigkeit der letteren die Revision gegen das Urtheil zu gründen (Prot. S. 464 ff., 588 ff.; 998 fs.; Bericht S. 78 ff.). Die gedachten Bestimmungen wurden indeh bei den s. Kompromisverhandlungen im Reichstage (Stenogr. Ber. S. 986 ff.) gestrichen, und es wurde die Borschrift des Entw. wiederhergestellt. Nach dieser steht es den Prozessbetheiligten nicht zu, die Protosollirung irgend eines Theiles der Rechtsbelehrung zu beantragen; jeder solche Antrag würde vielmehr als unzulässig zurüczuweisen sein. Aus dem Mangel einer schriftlichen Firirung der Rechtsbelehrung solgt aber ferner von selbst, daß auf den Inhalt der letteren eine Ansechtung des Urtheils nicht gegründet werden kann. So: RGer. III. 28. Jan. 80 (Entsch. I. 85, Rspr. I. 284), III. 1. Dez. 84 (Entsch. XI. 277).

3u § 301.

1. Die Unterzeichnung ber Fragen erfolgt nur burch ben Borfigenben, nicht burch ben

übergeben. Die Geschworenen ziehen sich in bas Berathungszimmer zurud. Der Angeklagte wird aus dem Situngszimmer entfernt.

(I. II. Entw. # -- ; III. Entw. # 258.)

Gegenstände, welche in ber Verhandlung ben Gefcomorenen gur Besichtigung vorgelegt wurden, können ihnen in das Berathungszimmer verabfolgt werden.

(I. II. Cutw. § —; III. Cutw. § 259.)

Awischen ben im Berathungszimmer versammelten Geschworenen und anderen Personen barf teinerlei Berkehr stattfinden.

Gerichtsschreiber; vgl. § 307 Abs. 1, § 308 Abs. 2. — Dag bie Fragen auch von ber hand bes Borfigenben ge forieben fein muffen, bestimmt bas Gefet nicht; ber Borfigenbe ift baber befugt, fie durch den Gerichtsschreiber oder auch durch einen Dritten, sei es nach dem Diktat oder nach einem ichrifilichen Entwurfe, nieberichreiben ju laffen.

- 2. Bgl. § 291 Rote 5.
- 3. Die Geschworenen muffen fich ftets in bas Berathungszimmer zurudziehen; eine Berathung und Abstimmung im Sihungszimmer ist fclechthin unstatthaft. Bgl. GBG. § 195 Rote 2.
 - 4. In Betreff ber Erganjungegeichmorenen f. § 285 Rote 5.
- 5. Daß ber Angeklagte einstweilen aus bem Sitzungszimmer entfernt wirb, entspricht bem bisher geltenben Recht. Als eine wesentliche ift bie Bestimmung übrigens nicht anzusehen; ihre Nichtbeachtung wurde die Nichtigkeit des Berfahrens nicht nach fich ziehen. Bgl. 8 306 Abf. 2, § 311 Abs. 2 sowie § 230.

3u § 302.

- 1. Die Berabfolgung eines Gegenstandes in das Berathungszimmer ift nur ftatthaft, wenn an ihm feitens ber Geschworenen ber Augenfchein eingenommen worben ift: RGer. 11. 11. Deg. 83 (Entich. X: 115, Ripr. V. 773); unter biefer Boraussehung ift bie Bestimmung auch auf Schriftftude anwendbar (vgl. § 248 Rote 1). In bem Urth. III. 25. Januar 82 (Entich. V. 398) ist es für genügend erachtet, wenn das fragliche Beweisstud als solches in der Berhandlung porgelegen hat und von ben Geschworenen geseben worben ift. Das Urth. I. 14. Rebt. 84 (Entich. X. 161) erachtet bie Berabfolgung aller Beweisftude fur julaffig, welche als folche in ber Berhandlung, wenn auch nur durch Berlefen, probuzirt worden, eine Auffassung, die mit bem Bortlaut bes Gefeges nicht vereinbar fein burfte. - Die Atten ben Gefcmorenen ju verabfolgen, ift ichlechthin unftatthaft.
- 2. Die (flatthafte) Berabfolgung ift in allen gallen, alfo auch bann, wenn fie von ben Gefcmorenen beantragt mirb, in das richterliche Ermeffen gestellt. Die Entscheibung fieht nach Maggabe bes § 237 bem Borfigenben, event. bem Gericht gu.
- 3. In ber RTR. (Brot. S. 470) ift bie Anficht vertreten worben und ohne Biberfpruch geblieben, bag es ftatthaft fei, ben Befdmorenen aud Befebbu der, insbei. bas Strafgefebbud und bie Strafprozegorbnung, in bas Berathungszimmer zu verabfolgen. Als unftatthaft in bies nach bem Gefete freilich nicht anzuseben; bas RGer. bat fogar bie Ditgabe von Rommentaren für nicht unguläffig erachtet: II. 20. Apr. 86 (Rfpr. VIII. 301), I. 29. Rov. 86 (Rfpr. VIII. 721). Allein bie Angemeffenheit eines folden Berfahrens läßt fich teineswegs anertennen. Für bie rechtliche Belehrung ber Geschworenen hat bas Gesets einen bestimmten Weg vorgeschrieben (§ 300); bie Ginfict ber Gefetbucher burch bie Befcomorenen felbft ift erfahrungsmäßig geeignet, zu fehr verkehrten Resultaten zu führen. Jebenfalls haben einen Anspruch auf solche Witgabe von Büchern weber die Geschworenen felbst, noch die Prozesbetheiligten: III. 11. Jan. 86 (Entid. XIII. 248, Ripr. VIII. 34); bemnach aber wird fich regelmäßig bie Ablehnung eines hierauf gerichteten Antrages empfehlen.

3u § 303.

1. Erft mit bem Beitpuntt bes Gintritts ber Beichworenen in bas Berathungszimmer greift

Der Borfitzende forgt bafür, daß ohne seine Erlaubniß kein Geschworener das Berathungszimmer verlasse und keine dritte Person in dasselbe eintrete.

(I. II. Cutw. § —; III. Cutw. § 260.) §. 304.

Die Geschworenen mählen ihren Obmann mittels schriftlicher Abstimmung nach Mehrheit ber Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheibet bas höhere Lebensalter.

Der Obmann leitet die Berathung und Abstimmung.

(I. II. Entm. -; III. Entm. # 261.)

- bas in Abs. 1 ausgesprochene Berbot Plat. Das Geseth hat es nicht für nothwendig erachtet, schon vor biesem Zeitpunkt ben Berkehr ber Geschworenen mit anberen Bersonen zu besichränken.
- 2. Die Bestimmung bes § schließt es nicht aus, baß ein Gerichtsbiener, sei es auf Berelangen ber Geschworenen ober auf Besehl bes Lorsipenben, bas Berathungszimmer betreten barf. Ein Betreten bes letteren burch ben Borsipenben selbst ist für unstatthaft zu erachten (vgl. § 306 u. Note 3 bas.); so: Hoper in Hh. II. S. 194; a. M. v. Schwarze S. 468, Dalde Fragest. S. 107.
- 3. Eine Berletung bes § 303 Abs. 1 fann bie Unfechtung bes Urtheils nur bann begrunden, wenn ber stattgehabte Berkehr von Geschworenen mit anderen Bersonen geeignet war, die Selbstftändigfeit ber Berathung und Beschlußfassung ber Geschworenen zu gesährben: RGer. I. 12. Febr. 80 (Entsch. I. 207, Rfpr. I. 347).
 - 4. Vgl. § 274 Note 2 (Schluß).
 - 5. In Betreff ber Ergangungsgefdmorenen vgl. § 285 Rote 5.
- 6. Es ift bem Ermeffen bes Borfigenben überlaffen, welche Magnahmen er zur Ausführung ber Borfchrift bes Abf. 2 treffen will. Die in ben früheren Lanbesgesehen enthaltenen Bestimmungen über bie Bewachung bes Berathungszimmers waren wefentlich reglementarer Natur und find beshalb in die StPD. nicht aufgenommen (Mot. S. 202).

3u § 304.

- 1. Der Entw. hatte eine schriftliche, b. h. burch Stimmzettel erfolgende Abstimmung nicht vorgeschrieden; die RIR. hat aber eine solche für ersorberlich erachtet, bamit nicht, wie dies häufig geschehe, die Bahl ohne Beiteres auf benjenigen falle, der zuerst von irgend einer Seite in Borschlag gebracht werbe (Prot. S. 471). Uedrigens ist die Borschrift in Sat 1 keine wesentliche und ein Berfloß gegen sie nicht geeignet, die Revision zu begründen: RGer. II. 26. Sept. 82 (Rspr. IV. 713); vgl. auch I. 20. Sept. 80 (Rspr. II. 222).
- 2. Der f fagt nicht, wer die Wahl zu leiten habe. Daß die Leitung bem zuerft ausges looften Geschworenen zustehe, lagt sich aus bem Geseh nicht folgern; es muß baber, sofern über-haupt bas Bedurinis einer formlichen Leitung ber Wahl eintritt, zunächst eine Bereinbarung ber Geschworenen über die hiermit zu betrauende Person stattslieden.
- 3. Da bas Gejet Borschriften über eine event. vorzunehmende engere Bahl nicht enthält, so muß auch eine relative Mehrheit der Stimmen für genügend erachtet werden; gl. A. H. Meyer in Hh. II. S. 195, v. Bomhard S. 227, Keller S. 395, Stenglein S. 510; a. M. Dalde Romm. S. 207 u. Fragest. S. 109.
- 4. Eine jebe Gefcomorenenbant nimmt nur einmal bie Bahl bes Obmanns vor; ber Gewählte bleibt in allen vor jener verhandelten Sachen (§ 286) in Funktion.
- 5. a. Rabere Bestimmungen fiber bas von ben Geschworenen bei ber Berathung und Absstimmung zu beobachtenbe Bersahren hat die StPD. nicht aufgestellt; bas GBG. enthält in § 197 und § 199 Abs 2. einzelne hierher gehörige Borschriften. Es erscheint selbstverständlich, baß bei der Abstimmung jeder Geschworene eine ausbrückliche Erklärung abzugeben hat, und zwar auch bann, wenn die ersorderliche Stimmenmehrheit bereits vorhanden ist. Ueber jede den Gesschworenen vorgelegte Frage muß beson berd berathen und abgestimmt werben. Auch ist daraus, daß die Reihensolge der Fragen Gegenstand der gerichtlichen Beschluftassung ift oder boch sein kann (§ 292 Note 4), zu solgern, daß die Geschworenen bei der Abstimmung an diese Reihens

Digitized by GOOGLO

§. 305.

Die Geschworenen haben bie ihnen vorgelegten Fragen mit Ja ober mit Rein zu beantworten.

Sie find berechtigt, eine Frage theilweise zu bejahen und theilweise zu verneinen.
(1. 11. Cutm. § —; III. Cutm. § 262.)

folge gebunben find. — Die Abstimmung ift eine munbliche; pgl. RGer. F. 12. Sept. 81 (Rfpr. III. 495).

- b. hegen bie Geschworenen hinfictlich ihres Berfahrens Zweifel, fo findet bie Borfdrift bes & 306 Anwendung.
- 6. Einige Lanbesgesete hatten ausbrückliche Bestimmungen barüber getroffen, bis zu welchen Zeitpunkt es ben einzelnen Geschworenen gestattet sei, ihr abgegebenes Votum zu ändern und die Wiederausnahme der Berathung zu verlangen. Die StPD. schweigt hierüber. Da der Spruch der Geschworenen gleich den richterlichen Entscheingen (vgl. § 33 Rote 3) eine rechtliche Erinaus erst durch die Kundgebung (§ 308) erlangt, so erscheint es solgerichtig, die Aenderung eines Botumg und den Antrag auf Wiederausnahme der Berathung so lange zuzulassen, als die Kund gedung des Spruches noch nicht deg onnen hat, gleichviel ob die Geschworenen sich noch im Berathungszimmer besinden oder bereits in das Sitzungszimmer zurückgesehrt sind. Gl. A. H. Weger in Hh. S. 204, Boitus S. 321, Reller S. 407, Thilo S. 368, v. Bomhard S. 227. v. Schwarze S. 469 will die Aenderung eines Botums nur dis zum Berlassen des Berathungszimmerk, Puchelt S. 486 dagegen dis zur Berkündung des Spruches an den Angeklagten (§ 313) zulassen, während Dalck Fragest. S. 110 sie dis zur Unterzeichnung des Spruches durch den Borsitzenden sirt flatthast hält, sofern es sich um eine Sinnesänderung des Seschworenen, also nicht blos um die Berichtigung eines ossendern Irrthums handelt. Bgl. übrigens § 309 Rote 11.
- 7. Ein Protokoll wird weber über bie Bahl bes Obmanus noch über bie Berathung und Abstimmung aufgenommen; vgl. § 307 Abf. 1.

Bu § 305.

- 1. Bu Abf. 1 vgl. § 292 Abf. 1.
- 2. Wie das RGer. II. 13. Jan. 80 (Entich. I. 63, Ripr. I. 225) angenommen hat, genügt die ein fache Bejahung einer Frage auch dann, wenn die lettere solche Umftände enthält, durch welche die Strafbarkeit der That erhöht wird. Diese Entscheidung ist zwar Angesichts des Bortlauts des S 305 Abs. 1 nicht zu bekämpfen; sie beweist jedoch, daß es, um Irrungen zu vermeiben, sich regelmäßig empsehlen wird, die gedachten Umstände in Rebenfragen auszunehmen (vgl. S 293 Note 9. b); gl. A. Dalde Fragest. S. 113. Wird z. B. der Angeklagte zwar mit acht Stimmen für schuldig befunden, der erschwerende Umstand aber nur von sieben Geschworenen für erwiesen erachtet, so ist das Borhandensein des letzteren verneint (S 307); nach den in den Schwurgerichten gemachten Ersahrungen aber erscheint die Gesahr sehr nahe liegend, daß in diesen Falle das Ergebniß der Abstimmung von den Geschworenen unrichtig ausgesaßt und die ersolgte Berneinung jenes Umstandes übersehen wird.
- 3. Für den Fall einer theilmeisen Bejahung und theilmeisen Berneinung der Frage hat das Geset eine bestimmte Formel nicht vorgeschrieben; die in dem preuß. Ges. v. 3. Mai 1852 Art. 91 angeordnete Fassung: "Ja, aber es ist nicht erwiesen, daß ze." ist auch nach der StPC. statthast und empsehleuswerth (gl. A. Thilo S. 364, Stenglein S. 511, Dalde Fragest. S. 115; a. M. Buchelt S. 487). Jedenfalls muß die Antwort mit völliger Klarheit erkennen lassen, in welchen Theilen die Frage bejaht und in welchen sie verneint ist; ein in dieser hinsicht möglicher Zweisels kann nicht durch richterliche Interpretation des Spruches, sondern nur auf dem in § 309 bestimmten Wege behoden werden. Ein solcher Zweiselsfall liegt z. B. vor, wenn in dem Spruche neben der allgemeinen Bejahung der Schuldstrage und neben der Berneinung eines Theiles der Thatmerkmale ein anderer Theil der letzteren noch ausbrücklich bejaht ist, hiernach aber noch Katmerkmale übrig bleiben, hinsichtlich deren der Spruch weder eine ausbrückliche Bejahung noch eine ausbrückliche Berneinung enthält: RGer. II. 30. Oft. 82 (Entsch. VII. 194, Rspr. 1V. 775).
 - 4. Wirb eine hauptfrage ober Gulfsfrage gwar von ben Gefcoworenen bejatt und fomit ber

Angestagte für schuldig erklärt, zugleich aber ein Umstand verneint, der zu ben wesentzlichen Merkmalen bes gesetlichen Thatbestandes gehört und Mangels bessen ein straftechtliches Berschulden überhaupt nicht vorliegt, so steht dieser Spruch in seiner Birkung einem Richtschläubig gleich: er hat die Freisprechung des Angestagten zur Folge. Ein Widerspruch im Sinne des § 309 liegt in diesem Falle nicht vor, und es bedarf daher der dort angeordneten abermaligen Berathung der Geschworenen nicht: Reser. II. 11. Juni 80 (Entsch. II. 95), III. 21. Dez. 81 (Ripr. III. 817), I. 21. Apr. 84 (Entsch. X. 315); vgl. indeß I. 5. Apr. 86 (Ripr. VIII. 254). — Dagegen wird eine neue Berathung erforderlich, wenn für den Fall der Berneinung der Hauptstrage eine Hülfstrage gestellt war, die Geschworenen aber die Beantwortung berselben auf Grund der erfolgten theilweisen Bejahung der Hauptsrage unterlassen hatten, während mit dieser theilweisen Bejahung in Wahrheit ein Nichtschuldig ausgesprochen war.

5. Die StBD. trifft keine ausbrückliche Bestimmung barüber, ob die Geschworenen auf bie Bejahung ober Berneinung ber ihnen vorgelegten Fragen beschränkt seien ober ob und welche weitergebenbe Befugniffe ihnen bei Abgabe ihres Spruches gufteben. In ber RER. wurde ber Antrag gestellt, eine Bestimmung bes Inhalts aufgunehmen : "Die Geschworenen tonnen ihrer Antwort auf bie gestellten Fragen befonbere Bufabe gur naberen Erlauterung ber Antwort beifügen. Der Gerichtshof bat nach Gebor bes Staatsanwalis und bes Bertheibigers ju ermeffen, welche Bebeutung biefen Aufagen jugugefteben fei, und bemgemag fie bei ber Aburtheilung ju berudfichtigen"; - ber Antrag fanb inbeg nicht Annahme (Brot. S. 471, 472). Deffenungeachtet lagt fich feineswegs aufftellen, bag bie etwaigen Bu fape, welche bie Geschworenen ibrer Antwort beifügen, einfach als nicht porhanben anzuseben und unberücksichtigt zu lassen seien. Runachft verfteht es fich, bag, wenn ein folder Rufat auf ein bei ben Gefdworenen vorhandenes Difverfanbniß ber Frage hinbeutet, eine Erorterung bierüber eintreten und event. gemäß § 309 ("unbeutlich") eine anbermeite Berathung ber Gefcomorenen angeordnet werben muß. Letteres muß auch bann gefchehen, wenn aus bem Bufat ju entnehmen ift, bag bie Antwort ber Gefchworenen Dasjenige nicht richtig jum Ausbrud bringt, mas fie in Bahrheit haben aussprechen wollen; fo murbe u. A. bie Bejahung ber hauptfrage mit bem hingufugen eines Schulbausichliegungs: grundes, 3. B. bes Bufapes: bag ber Angeflagte bei ber That ungurechnungsfähig gewesen fei ober bag er im Zuftanbe ber Rothwehr gehandelt habe, nicht zu einer Berurtheilung führen fonnen, sonbern bie Anwendung des § 309 ("fich widersprechend") nach fich ziehen; wgl. § 293 Rote 12. b. - Aber auch abgesehen von ben Fallen ber ebengebachten Art murbe bie Richtberudfichtigung etwaiger Bufage ben Grunbfagen ber StBD. wiberftreiten. Die lettere giebt in § 291 ben einzelnen Gefcomorenen bie Befugnif, bezüglich ber Frageftellung Antrage ju ftellen; biefe Befugniß muß ben Befcworenen auch in ihrer Befammtheit um fo unbebenklicher juge: ftanben werben, als oftmals ber Anlag jur Stellung eines folden Antrages gerabe erft bei ber Berathung hervortreten wird (val. § 291 Rote 5). Die Geschworenen find also zweifellos berechtigt, in bas Sibungszimmer jurudjufebren und Antrage bezüglich ber Fragestellung porzubringen; auch auf biefe Antrage finbet bie Borichrift bes § 296 (vgl. bort Rote 1-3) volle Anwendung, und zwar ohne Unterschieb, ob bie Geschworenen fich junachft auf bas Borbringen eines Antrages befchränten ober ob fie bie ihnen porgelegte Frage beautworten und zugleich an bie Antwort einen bie Fragestellung betreffenben Antrag anschließen. hieraus folgt nun aber weiter, daß es bei ber Beurtheilung eines von ben Geschworenen ihrer Antwort beigefügten Bufabes barauf antommt, ob ber Inhalt beffelben von ber Art ift, bag er jum Gegenstanbe einer Frage gemacht werben mußte, wenn von ben Geschworenen ein hierauf gerichteter Antrag gestellt mare: trifft biefe Borausfehung ju, fo muß bie betr. Frage auch ohne ben Antrag nachtraglich geftellt werben. Denn ob bie Geichworenen ben torretten Beg ber Antragftellung ober ben inforreften bes Bufapes mablen, tann fachlich einen Unterfchieb nicht begrunden, wenn anders nicht bie fcmurgerichtliche Rechtsprechung eine verschiebene Gestalt gewinnen foll, je nachbem bie Gefdworenenbant im einzelnen galle mit geubten und ihre Befugniffe tennenben ober mit ungeubten Gefdworenen befett ift. — Der Antrag auf Borlegung einer bas Borbanbenfein milbernber Umftanbe betreffenben Frage fteht nach § 297 (vgl. bort Rote 2) ben Gefchworenen nicht gu,

§. 306.

Glauben die Geschworenen vor Abgabe ihres Spruchs einer weiteren Belehrung zu bedürfen, so wird diese auf ihren Antrag durch den Borsitzenden er: theilt, nachdem sie zu dem Zweck in das Sitzungszimmer zurückgekehrt sind.

Ergiebt sich Anlaß zur Aenberung ober Ergänzung ber Fragen, so muß ber Angeklagte zur Berhanblung zugezogen werben.

(f. II. Entw. § -; Entw. § 263.)

und bemzusolge hat auch ein das Vorhandensein mildernder Umstände aussprechender Zusat keinen Anspruch auf Berücksichtigung; gleichwohl würde das Gericht berechtigt sein, aus dem Antrage wie auch aus dem Jusate den Anlaß zur nachträglichen Borlegung einer Frage nach mildernden Umständen zu entnehmen. — Die Aufsassung, auf welcher die Ablehnung des in der ALL gestellten Antrages beruht, ist vom Standpunkt der StPO. aus eine underechtigte. Weist das Geset einmal den Geschworenen die Entscheidung der Schulbfrage in ihrem ganzen Umsange zu, so ist es prinzipwidrig, sie dei Abgabe ihres Spruches auf den Inhalt der gestellten Fragen beschränken und ihnen die Besugniß vorenthalten zu wollen, die Sache auch nach solchen Gesichtspunkten zu prüsen, die in den Fragen nicht berücksichtigt worden sind; siberdies aber ist disher gerade die Iwangslage, in welche die Geschworenen durch jene Beschränkung gebracht werden, die Ursache ungerechtsertigter und von den Geschworenen selbst nicht gewollter Freisprechungen geworden. Im Wessentlichen gl. A. v. Schwarze S. 470, v. Bomhard S. 227, Stenglein S. 511; im Uedrigen weichen die Ansichten der Schriftseller mehr oder minder von der hier vertretenen Aufsassung zuschen So. 119 st., Buchelt S. 487, H. Wever in H. H. 199, Dochow S. 252.

6. Es fteht ben Geschworenen nicht zu, an Stelle ber Abgabe eines Spruches zunächft noch bie Erhebung weiterer Beweise zu verlangen. Das Gericht würde freilich ftets besugt fein, ein solches Berlangen von Amtswegen zu beruchtichtigen und zu biesem Behuse bie Berhandlung wieber aufzunehmen; pgl. § 243 Abs. 3, § 245 u. Rote 1 bas.

3u § 306.

- 1. Die Geschworenen haben bie Ertheilung ber Belehrung schon bann zu beautragen, wenn auch nur einer von ihnen eine solche für ersorberlich erachtet; ber einzelne barf nicht burch einen Mehrheitsbeschluß in die Lage verseht werden, über etwas abstimmen zu mulfen, was er ohne die Belehrung nicht genügend beurtheilen zu können glaubt. Gl. A. Reller S. 397, Dochow S. 252; a. M. v. Bomhard S. 228, Dalde Komm. S. 208 u. Fragest. S. 105, H. Reyer in H. S. 200, Puchelt S. 488, Boitus S. 322, Freudenstein in Goltb. Arch. XXXIII. S. 369 ff.
- 2. Das Geset saßt, wie sein Wortlaut ("weiteren Belehrung") erkennen läßt und auch bie Mot. S. 203 ausbrüdlich hervorheben, die hier gedachte Belehrung als eine Ergänzung bes Schluswortes (§ 300) auf. Demnach kann Gegenstand ber weiteren Belehrung alles Dasjenige sein, was Gegenstand bes Schluswortes sein konnte; die "Würdigung der Beweise" ift, wie in dem Schluswort, so auch im Falle des § 306 ausgeschlossen; vgl. § 300 Rote 1, 2. Das dort Rote 4, 5 Bemerkte findet auch hier Anwendung.
- 3. Es entspricht ber vorstehenb (Rote 2) bezeichneten Auffassung, daß die StPO., abweichend von ben früheren Landesgesetzen, die Belehrung nicht im Berathungszimmer ber Geschworenen, sondern im Situngszimmer flattsinden läßt. Behus Bornahme der Belehrung wird die hauptverhandlung wieder eröffnet; die Belehrung bildet, ganz ebenso wie das Schluswort, einen Theil der Hauptverhandlung. Daraus solgt von selbst, daß bei der Belehrung die Gegenwart aller derzenigen Personen nothwendig ift, welche bei dem Schluswort zugegen sein müffen: RGer. I. 26. Sept. 81 (Rspr. III. 535), II. 14. Dez. 83 (Entsch. IX. 271, Rspr. V. 787). Rur hinsichtlich bes Angeklagten macht das Gesetz, wie sich aus Abs. 2 in Berb. mit § 301 Satz ergiedt, eine Ausnahme, über welche in den Mot. S. 202 (zu §§ 258, 259 des Entw.) Folgendes gesagt wird: "Die Bestimmung, daß der Angeklagte von dem Zeitpunkte, wo die Geschworenen sich

§. 307.

Der Spruch ift von bem Obmann neben ben Fragen nieberzuschreiben und von ihm zu unterzeichnen.

Bei jeber bem Angeklagten nachtheiligen Entscheidung ift anzugeben, daß dieselbe mit mehr als sieben Stimmen, bei Verneinung der milbernden Umstände, daß dieselbe mit mehr als sechs Stimmen gesaßt worden ist. Im Uebrigen darf das Stimmenverhältniß nicht ausgedrückt werden.

(I. II. Entw. § -; Entw. § 264.)

jur Berathung zuruckziehen, bis zur enbgultigen geststellung bes Spruches von bem Situngszimmer iern zu halten sei, schließt sich an die bestehenden beutschen Gesetzgebungen an und wird durch die Erwägung gerechtsertigt, daß die Anwesenheit des Angeklagten bei einer nothwendig werdenden Insormation der Geschworenen (§ 306) sein Mißtrauen gegen die Sicherheit ihres Spruches erregen kann, während die Entgegennahme eines undeutlichen, unvollftändigen oder nicht sormgerechten Spruches (§ 309) eine, häusig ganz unnöthige, psychische Ausregung sur ihn im Gesolge haben würde. Für die Bahrung der Interessen bes Angeklagten während seiner Abwesenheit vom Sihungszimmer ist — von dem Beistande seines Vertheidigers abgesehen — durch die Bestimmungen in den §§ 306 Abs. 2 und 311 Abs. 2 genügend gesorgt." Diese Gründe dursten freisich kaum geeignet sein, die Nichtzuziehung des Angeklagten zu der Belehrung zu rechtsertigen.

4. Die Bestimmung bes § 300 Abs. 2 und bas bort Note 7 Beinerkte findet auch hier Anwendung; gl. A. Reller S. 398, H. Weper in H. II. S. 201; a. M. Dalde S. 208, Boitus S. 322. Uebrigens ist es ben Prozesbetheiligten unverwehrt, aus ber nachträglichen Belehrung ben Anlaß zu neuen Antragen bezüglich ber Fragestellung zu entnehmen.

5. Gine Menberung ober Ergangung ber Fragen tann auf Antrag wie auch von Amtswegen beschloffen werben; vgl. § 291 Rote 5, § 305 Rote 5. In Betreff einer Bieberseröffnung ber Beweisaufnahme f. § 245 Rote 1, § 305 Rote 6.

6. Der gemäß Abs. 2 gur Berhandlung jugezogene Angeflagte ift, sobalb bie Geschworenen fic von Reuem in bas Berathungszimmer begeben, bis jur Berfundung bes Spruches (§ 313) wieberum aus bem Sipungszimmer zu entfernen.

7. Der in § 306 bezeichnete Borgang (nicht aber ber Inhalt ber Belehrung) ift burch bas Bro tofoll zu beurfunben.

Zu Abs. 1.

1. Der Obmann hat ben Spruch eigenhanbig nieber jufchreiben und barf fich hierbei nicht burch einen andern Geschworenen vertreten laffen. — Die Rieberschreibung hat in ber Art ju geschehen, bag neben eine jebe Frage bie auf fie bezugliche Antwort geseth wirb.

2, a. Der Obmann braucht, auch wenn eine Mehrzahl von Fragen gestellt ift, nicht jebe einzelne Antwort, sondern nur den Spruch als Ganzes zu unterschreiben: RGer. II. 2. Juli 80 (Entsch. II. 201); dies gilt selbst dann, wenn die Niederschrift der Fragen sich über mehrere, nicht verdundene Bogen erstreckt: RGer. 28. Dez. 80 (Rspr. II. 674). Unterzeichnet aber der Obmann die Antworten einzeln, so gelten solche, die nicht speziell unterzeichnet sind, als nicht unterzeichnet, die Unterschrift unter der letzten Antwort kann in diesem Falle nicht als Unterzeichnung des ganzen Spruches gelten: RGer. III. 22. Jan. 83 (Entsch. VIII. 10, Rspr. V. 51). — Ausstreichung en und Einschaltungen (welche selbstverständlich so weit als möglich zu vermeiden sind) sind stets besonders zu beglaubigen. Bgl. übrigens § 312 Note 2 (Schluß).

b. Die Unterschrift bes Obmanns ift schlechthin mefentlich; im Falle ihres gehlens muß zur Bermeibung ber Richtigkeit nach § 309 (vgl. bort Rote 7) verfahren werben. Dagegen ift bie Beifügung bes Wortes "Obmann" neben ber Namensunterschrift nicht unerläßlich.

Bu Abj. 2.

3. Die Borichriften über bie jur Bejahung ober Berneinung einer Frage erforberliche Stim = menzahl find in § 262 Abf. 1 und § 297 Abf. 2 enthalten. Innerhalb ber Schulbfrage

§. 308.

Der Spruch ist im Sitzungszimmer von bem Obmann kund zu geben. Der Obmann spricht die Worte:

"Auf Shre und Gewiffen bezeuge ich als ben Spruch ber Geschworenen" und verliest die gestellten Fragen mit den darauf abgegebenen Antworten.

Der verlesene Spruch ist von dem Borfitenben und dem Gerichtsschreiber ju unterzeichnen.

(I. II. Entw. § — ; III. Entw. § 265.)

- (§ 262) bebarf es zu jeder dem Angestagten nachtheiligen Entscheidung der Zweidrittheilmehtheit, also einer Mehrheit von minde ftens acht Stimmen. Sonach gilt die Frage: ob der Angestagte schuldig sei, schon dann als verneint, wenn sieben Geschworene für die Bejahung, fünf aber für die Berneinung stimmen, und ebendasselbte gilt von der Frage nach dem Borhandensein eines die Strasbarkeit erhöhenden Umstandes. Umgekehrt gilt diejenige Frage, welche einen die Strasbarkeit vermindernden oder sie wiederauschebenden Umstand (§ 295) betrifft, zu Gunsten des Angestagten schon dann als bejaht, wenn auch nur sünf Geschworene sür die Bejahung stimmen; vgl. z. B. NGer. IV. 8. Juni 86 (Entsch. XIV. 298, Ripr. VIII. 441), betr. einen Fall des § 213 des Sto. Bei der Frage nach dem Borhandensein milbern der Umstände verhält es sich, da dieselbe dem Bereich der Strassenach dem Borhandensein milbern der Umstände verhält es sich, da dieselbe dem Bereich der Strassenach dem Stimmen bestehende Mehrheit. Bei Stimmengleichseit gilt diese Frage als bejaht.
- 4. Abs. 2 ersorbert bei jeder dem Angeklagten nachtheiligen Beantwortung einer Frage die ausbrückliche Angabe, daß die Antwort mit mehr als sieden bezw. mit mehr als sechs Stimmen beschlossen sein. Durch diese Angabe wird das Gericht in den Stand gesett, zu erkennen, od die niedergeschriedene Antwort auf der vom Gesett gesorderten Stimmenmehrheit beruht und od nicht etwa die Geschworenen irrthstunlich eine Frage als bejaht bezw. als verneint bezeichnet haden, welche bei richtiger Anwendung der die Stimmenzahl betressenden Vorschriften als verneint bezw. als bejaht gelten muß. Haden sich die Geschworenen in dieser hinscht geirrt, so muß die Berichtigung des (sich widersprechenden) Spruches gemäß § 309 eintreten, so z. B. dann, wenn sie (abgesehen von der Frage nach milbernden Umständen: § 307 Abs. 2) eine dem Angeklagten umgünstige Antwort nur mit 7 gegen 5 Stimmen beschlossen; in diesem Falle liegt ein sacht ich er Mangel im Sinne des § 311 vor; so: RGer. I. 9. Juni 81 (Entsch. IV. 277, Ripr. III. 379), III. 12. Apr. 82 (Ripr. IV. 315), III. 11. Ott. 83 (Entsch. IX. 107, Ripr. V. 601). IV. 8. Juni 86 (Entsch. XIV. 298, Ripr. VIII. 441).
- 5. "Im Uebrigen barf bas Stimmenverhältniß nicht ausgebrückt", b. h. es barf nicht erkennbar gemacht werben, ob gerabe nur bie erforberliche Minbestahl ober eine größere Zahl von Geschworenen für die niedergeschriebene Antwort gestimmt hat, und insbes. darf selbst im Falle der Einstimmigkeit die Angabe nur dahin lauten: "mit mehr als sieben (bezw. mehr als sechs) Stimmen." Ein Berstoß gegen die Bestimmung des Schlußsates würde zwar die Richtigkeit des Urtheils nicht nach sich zieben; doch würde es immerhin angemessen sein, auch hier die Berichtigung der Antwort gemäß § 309 herbeizusühren (a. M. Dalde Fragest. S. 117). Bgl. RGer. F. 28. Juli 84 (Entsch. XI. 42); bort ist gesagt: daß in Betress eines dem Angestagten günstigen Spruches dem Schlußsate nur eine reglementarische Bedeutung betzulegen sei.

3u § 308.

1. Die hier angeordnete Berkundung bes Spruches, welche im Segensatz zu ber im § 313 gebachten als "Rundgebung" bezeichnet werben kann, erfolgt nach Biedereröffnung der Berbanblung; es ist baher die Segenwart aller berjenigen Personen nothwendig, welche während bes vorangegangenen Theiles der Berhandlung zugegen sein mußten. Rur der Angeklagte wohnt, wie sich aus § 301 Sat 3 in Berb. mit § 313 ergiebt, der Kundgebung nicht bei; vgl. § 306 Note 3,

§. 309.

Erachtet bas Gericht, baß ber Spruch in ber Form nicht vorschriftsmäßig ober in ber Sache unbeutlich, unvollständig ober sich widersprechend sei, so werden die Geschworenen von dem Vorsitzenden aufgefordert, sich in das Berathungszimmer zurückzubegeben, um dem gerügten Mangel abzuhelsen.

Diese Anordnung ist zulässig, so lange bas Gericht noch nicht auf Grund bes Spruchs bas Urtheil verkündet hat.

(1. II. Entw. § —; III. Entw. § 266.)

- 2. Richt blos bie Antworten, sonbern auch bie Fragen mussen nothwendig verlesen werben, und zwar muß die Berlesung in ber Art geschen, daß sich an jebe Frage die darauf gegebene Antwort unmittelbar anschließt. Selbstverständlich muß sich die Berlesung auch auf die in § 307 Abs. 2 vorgeschriebene Angabe bes Stimmenverhältnisses erstreden.
- 3. Die Eingangsworte: "Auf Ehre und Gewissen z." find bergestalt wefentlich, daß ihre Beglassung die Richtigkeit des Berfahrens begründet: RGer. III. 22. Dez. 80 (Rspr. II. 661). Doch braucht das Aussprechen dieser Worte nicht ausdrücklich zu Protofoll konstatit zu werden; es genügt, daß das letztere die erfolgte Rundgebung des Spruches bezeugt: RGer. II. 30. Dez. 81 (Rspr. III. 842).
- 4. Der Borfigenbe und ber Gerichtsschreiber haben ben Spruch alsbalb, b. h. bevor er bem Angeklagten vertundet wird (§ 313), ju unterzeichnen. Da jedoch bas Geset einen Zeitzpunkt, bis zu welchem diese Unterzeich nung spätestens zu geschehen hat, nicht vorschreibt, so kann die Berspätung berselben für sich allein eine Richtigkeit nicht zur Folge haben; vielmehr sindet das zu § 271 Note 4. a. Bemerkte auch hier entsprechende Anwendung (a. M. Dalde Fragest. S. 128).
 - 3u § 309.
- 1. a. Die S\$ 309—312 behandeln das s. g. Berichtigungsverfahren; dieses wird erziorderlich, wenn der Spruch an einem Mangel in der Form oder in der Sache leidet. Da der Inhalt der Fragen zugleich den Inhalt des Spruches dilbet, so macht es keinen Unterschied, od der Nangel nur dem Spruche selbst oder schon der Fragestellung anhaftet. Daher greift das Bezichtigungsversahren z. B. auch Plat, wenn sich ergiebt, das eine Frage die wesentlichen Merkmale des gesehlichen Thatbestandes nicht erschöpft: RGer. I. 14. Jan. 86 (Entsch. XIII. 229, Aspr. VIII. 51), oder daß eine nach dem Geseh nothwendige Frage nicht gestellt worden: II. 16. Apr. 86 (Aspr. VIII. 286). Hierbei wird aber eine solche Inforestheit der Fragestellung, welche event. die Richtigleit des Urtheils begründen würde, vorausgesetz; das Berichtigungsversahren darf nicht beshald stattsinden, weil das Gericht es unterlassen hatte, eine seinen Erwessen (§ 293 Rote 5) andeimgegebene Hülfsz oder Rebenstrage zu stellen, deren Borlegung sich nachträglich als indizirt erweist; so: RGer. F. 25. Juli 85 (Rspr. VII. 497). Im Allg. vgl. über das Berichtigungsversahren: Freudenstein in Goltd. Arch. XXXIII. S. 369, Dalde Fragest. S. 129.
- b. Nach begonnener Kundgebung bes Spruches kann irgendwelche Aenberung 2c. besselben nur noch mittelst bes in §§ 309—311 geordneten Bersahrens erfolgen; es isi, wenn während ber Kundgebung eine Unvollftändigkeit 2c. hervortritt, nicht statthaft, daß die Geschworenen erstere unterdrechen und in das Berathungszimmer zurückehren, um dem Mangel abzuhelsen: RGer. I. 24. Sept. 85 (Entsch. XII. 373, Rsp. VII. 529).
- 2. "in ber Form nicht vorschriftsmäßig" Diese Worte haben ben Fall im Auge, wenn blos die, die Niederschrift betressenden Formvorschriften unbeodachtet geblieben find, wie 3. B. wenn die Antwort nicht neben der bezüglichen Frage niedergeschrieben ist (§ 307 Note 1) ober wenn die Unterschrift des Obmanns sehlt (§ 307 Note 2); vgl. unten Note 4. Zwischen den Mängeln in der Form und denen in der Sache besteht hinsichtlich ihrer Folgen der in §§ 310, 311 bestimmte Unterschied.
 - 3. "Unbeutlich" ift ein Spruch, "sobalb er ben Sinn, welchen bie Geschworenen ihm bei-

legen wollen, nicht klar erkennen läßt ober wenn seine Fassung einen Zweisel barüber zuläßt, ob bie Seschworenen nicht bie Frage misverstanden und deshalb die wirklich gestellte Frage unbeantwortet gekassen haben." (Mot. S. 204). Bei der Brüsung, ob der Spruch an einer Undentlichkeit leide, sind Frage und Antwort als ein Ganzes in Betracht zu ziehen, so daß es keinen Untersiched macht, ob die Undentlichkeit ihren Grund in der Fassung der Antwort oder in der der Frage hat (Note 1. a); sehterensalls muß eine Aenderung der Frage (§ 311 Abs. 2) stattsinden; wgl. z. B. RGer. III. 12. Jan. 85 (Rspr. VII. 26).

- 4. "Un vollständig" ift ein Spruch u. A. dann, wenn die Geschworenen eine ber gestellten Fragen mit Unrecht unbeantworter gelassen haben; vgl. z. B. in Betreff ber ibealen Konfurrenz: § 293 Note 10 u. MGer. III. 21. Mai 81 (Entsch. IV. 190), sowie serner § 292 Note 3. Desgleichen gehört hierher ber Fall, wenn ber Spruch die nach § 307 Abs. 2 erforberliche Angabe bes Stimmenverhältnisses nicht enthält; dieser Mangel ift nicht ein Mangel in der Form, sondern ein sachlicher Mangel: RGer. III. 3.). Apr. 81 (Entsch. IV. 122, Rspr. III. 257, III. 29. Jan. 83 (Rspr. V. 66).
- 5. "Sich wider sprechend" Der Widerspruch muß aus dem Juhalt der Fragen und ber Antworten ohne Beiteres, b. b. ohne ein Burndgeben auf ben Afteninhalt, ju erfennen fein; fonach gehört ber Fall einer intonfequenten und infofern fich wiberfprechenben Burbigung bes Beweisergebnisses nicht hierher; RGer. III. 29. Apr. 82 (Entich. VI. 318, Ripr. IV. 401). Im Uebrigen aber ift bei ber Prujung, ob ber Spruch "fich wiberfprechenb" fei, nicht blos bie einzelne Antwort für fich allein in Betracht zu ziehen; vielmehr muß auch berjenige Biberipruch, welcher bei Bergleichung mehrerer, b. b. auf verschiebene Fragen gegebener Antworten hervortritt, auf bem im § 309 vorgeschriebenen Wege beseitigt werben. Dies gilt insbei. bam, wenn mehrere Bersonen als bei berselben That betheitigt angeklagt find und bie bezüglich bes einen Angeklagten gegebene Antwort ber ben anberen Angeklagten betreffenden wiberfpricht; vgl. 3. B. R.Ger. 1. 29. Jan. 85 (Entsch. XI. 418), J. 7. Dez. 85 (Entsch. XIII. 121) sowie § 292 Rote 3. - Beispiele eines Biberspruches f. ferner bei § 297 Rote 4 und bei § 307 Rote 4. -In Betreff ber theilweisen Berneinung einer mit Ja beautworteten Saupt: ober Sulfs: frage f. § 305 Note 4. Darin, daß die Geschworenen eine Rebenfrage nach milbernben Um: ftänben beantwortet haben, obwohl beren Beantwortung burch bie vorausgegangene theilweije Berneinung ber hauptfrage überfluffig geworben mar, ift ein Biberfpruch im Sinne bes § 309 nicht zu finden: Reer. II. 11. Juni 80 (Entich. II. 95), I. 21. Apr. 84 (Entich. X. 315).
- 6. a. Ob eine ber Boraussetungen bes & vorliege, bariber hat bas Gericht, nicht ber Borsigenbe, zu entscheiben. Das Gericht hat bie Borschriftsmäßigkeit zc. bes Spruches von Amtswegen zu prüfen; es kann vor Erlassung seines Beschlusses bie Prozesbetheiligten hören. Ueber einen Antrag auf Berichtigung bes Spruches muß jebenfalls eine ausdrückliche Entischenge ergehen; ein solcher Antrag steht auch bem in bas Sitzungszimmer wieber eingetretenen Angeklagten (§ 313) zu. Der Umftand, baß die Prozesbetheiligten einen solchen Antrag zu stellen unterlassen, beschrieben, beschriebens in keiner Weise ihre Berechtigung, das Urtheil wegen der Borschriftswidrigkeit zc. des Spruches mit der Revision anzusechten.
- b. Wenn bas Gericht eine Berichtigung bes Spruches anordnet, so hat der Borfitende die Geschworenen über ben betr. Mangel zu bedeuten. Insbes. find, wenn das Borfandensein eines Biberspruches angenommen wird, die Gründe dieser Annahme mitzutheilen: RGer. III 29. Apr. 82 (Entich. VI. 318, Ripr. IV. 401). Auch über die Borschift in § 311 Abs. 1 find die Geschworenen zu bedeuten. Eine unrichtige Bedeutung begründet die Revision: RGer. III. 16. Juni 84 (Ripr. VI. 438).
- 7. Bebufs ber nochmaligen Berathung muffen bie Geschworenen fich nothwendig in bas Berathungszimmer jur udbegeben; bie Bornahme ber Berichtigung in bem Sihungszimmer ift schlechthin unstatthaft. Dies gilt auch bann, wenn es fich nur um die Beseitigung eines formellen Mangels, 3. B. um die Rachholung ber Unterschrift bes Obmannes ober um die Berichtigung eines Schreibsetigung eines Schreibsetigung eines
 - 8. Die Beftimmung bes Abf. 2 gewährt bem Gericht bie Doglichfeit, auch folchen Rangein

noch abzuhelsen, beren Borhanbensein erst bei ber Berathung über bas Urtheil entbeckt wirb; vgl. z. B. RGer. I. 14. Jan. 86 (Entsch. XIII. 229, Rspr. VIII. 51). Es versteht sich hiernach von selbst, baß die Berichtigung bes Spruches badurch nicht ausgeschlossen wirb, baß die Unterzeichnung besselben burch ben Borsisenden und den Gerichtsschreiber (§ 308) bereits erfolgt ist.

- 9. Das Berfahren nach § 309 muß burch bas Protofoll beurkundet werden, und insbes. muß die Riederschrift des die Berichtigung des Spruches anordnenden Beschlusses den Mangel genau bezeichnen, wegen bessen das Gericht die Berichtigung für erforderlich erachtet hat.
- 10. Es versteht sich, daß eine abermalige Berichtigung angeordnet werden muß, wenn ber neue Spruch der Geschworenen wiederum an einem ber in § 309 bezeichneten Mängel leibet. Sollten die Geschworenen die vom Gericht für ersorderlich erachtete Aenderung des Spruches ablehnen, so würde, da ein mangelhafter Spruch nicht zur Grundlage des Urtheils dienen kann, die Aussehung ber Hauptverhandlung eintreten und die Sache vor einer neuen Geschworenendank zur Berhandlung gedracht werden müssen. Gl. A. Reller S. 405, Dalde Romm. S. 212 u. Fragest. S. 140, Thilo S. 371, Geyer S. 766, Stenglein S. 517; a. W. H. Weyer in Hh. II. S. 209 (welcher annimmt, daß das Urtheil auf Grund des mangelhaften Spruches zu erlassen sein a. a. D. S. 392, (nach welchem ebenfalls das Urtheil, und zwar auf Freisprechung, erlassen werden soll) und Puchelt S. 495 (welcher meint, daß die Geschworenen bis zur Bollendung ihrer Ausgade im Berathungszimmer zu verbleiben haben).
- 11. Der § 309 läßt, fofern man lebiglich feinen Bortlaut berudfichtigt, bie Falle unberührt, in benen zwar die Nieberschrift bes Spruches einen sachlichen Mangel bes letteren nicht erkennen läßt, jeboch feitens ber Gefcomorenen ober einzelner von ihnen eine Erflärung abgegeben wird, welche auf bas Borhanbensein eines solchen Mangels hinweist. Gleichwohl kann eine solche Erflarung nicht als wirfungslos betrachtet werben. Denn mit ber Aufgabe bes Strafprozeffes, bie materielle Bahrheit festzustellen, wäre es unvereinbar, wenn bas Gericht sein Urtheil auf einen Spruch grunbete, welcher von ben Gefcoworenen felbst als auf einem Migverstanbnig beruhenb ober als ihrer mahren Meinung nicht entsprechend bezeichnet worben; bie Nichtbeachtung ber Erflatung ber Geschworenen wurbe eine Unterordnung des Rechtes unter die Form enthalten, mah= rend bie lettere nur bagu bestimmt ift, gur Berwirklichung bes erftern gu bienen. Ueberbies ift gerabe in ber Ratur bes ichwurgerichtlichen Berfahrens, nämlich barin, bag fich bier bie Enticheis bung aus Frage und Antwort zusammensett (§ 291 Note 1), die Wöglichkeit von Wisverstänbnissen 2c. begrundet, und ebenbeshalb ift in § 309 anerfannt, bag bie Unabanberlichfeit bes Spruches erft mit ber Berfunbung bes Urtheils eintritt. Diese Ermagungen rechtfertigen ben Sat; bag auch bie obengebachten Erflarungen ber Gefdmorenen bie Anwendung ber Borfdriften ber SS 309, 311, 312 nach fich ziehen konnen, biefe Erklarungen alfo fo lange Berudfichtigung finden muffen, als noch nicht mit ber Berfunbung bes Urtheils begonnen ift; val. Dalde Frageft. S. 130 ff. -- Es gebort hierher insbes. ber Fall, wenn ein Geschworener erflart: bag bie Dieberschrift bes Spruches, wie fie verlesen worben, bem Beschlusse ber Geschworenen nicht entspreche ober ihn nicht vollständig ober nicht genau wiebergebe, ober wenn bie Erklärung babin geht: bag ber Spruch vermoge eines unrichtigen Berjahrens bei ber Abstimmung 2c. ju Stande gekommen fei. Fällen ift ber anbere Fall verwandt, wenn bie Geschworenen aus ben auf bie Rundgebung bes Spruches folgenden Erörterungen entnehmen, bag ber Spruch nicht in bem von ihnen gewollten Sinne perftanben werbe; bier fehlt bem Spruche bie erforberliche Deutlichkeit. Gerner gebort hierher ber Fall, wenn von ben Geschworenen ober auch nur von einem von ihnen eine Erklärung abgegeben wirb, aus welcher erhellt, bag ber Spruch bezw. bas Botum auf einem Digverftanb : niß ber ge fellten Frage beruht ober bag bie Befcomorenen fich bei ihrer Berathung in einem wesentlichen Brrthum über ihre Befugniffe und Aflichten befunden haben; vgl. RGer. III. 8. Jan. 83 (Entid. VII. 434, Ripr. V. 19). In allen vorgebachten Fällen bebarf es einer anderweiten Berathung ber Gefdmorenen, um bie mabre Willensmeinung berfelben feftzustellen. -Bgl. \$ 304 Rote 6.

§. 310.

Sind nur Mängel in ber Form bes Spruchs zu berichtigen, so barf eine sachliche Aenberung nicht vorgenommen werben.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 267.) §. 311.

Sind sachliche Mängel des Spruchs zu berichtigen, so sind die Geschworenen bei ihrer erneuten Berathung an keinen Theil ihres früheren Spruchs gebunden.

Ergiebt fich bei ber Erörterung folder Mangel Anlaß zur Aenberung ober Erganzung ber Fragen, fo muß ber Angellagte zur Berhandlung zugezogen werben.

(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 268.) §. 312.

Der berichtigte Spruch ift in ber Weise nieberzuschreiben, daß ber frühere erkennbar bleibt.

(I. 1I. Entw. § -; 1II. Entw. § 269.)

Bu & 810.

- 1. "Mangel in ber Form" hieruber f. § 309 Rote 2.
- 2. Wurbe von ben Geschworenen ber Borschrift bes § 310 zuwider eine sach liche Aenberung bes Spruches vorgenommen, so würbe ber so geänderte Spruch dem Urtheil nicht zu Grunde gelegt werden dürsen; es würde vielmehr behufs Beseitigung der unzulässigen Aenderung von Neuem nach § 309 zu versahren sein; so: Freudenstein a. a D. S. 396; vgl. § 312. Anders allerdings läge der Fall, wenn aus Anlaß einer solchen Aenderung sich herausstellte, daß in Bahrbeit ein sach licher Mangel bestanden hat, der nur vermöge der formellen Borschriftswidrigkeit des Spruches nicht sogleich erkennbar gewesen ist; in einem solchen Falle würde nachträglich das Borhandensein dieses Mangels zu konstatiren sein und alsdann die Bestimmung des § 311 Answendung sinden; vgl. § 309 Rote 11.
 - 1. "fachliche Mängel" hierüber f. § 309 u. Rote 3-5 baf., fomie § 307 Rote 4.
- 2. Sobald bas Gericht die Berichtigung eines sachlichen Mangels angeordnet hat, find die Geschworenen mit der Entscheidung der ganzen Sache bergestalt von Reuem befaßt, daß sie auch diejenigen Antworten ändern durfen, welche an sich von dem Mangel nicht betroffen erscheinen. Die StBD. statuirt in dieser hinsicht die volle Freiheit der Geschworenen (vgl. Mot. S. 204). Selbst dann, wenn es sich um mehrere von einander ganz unabhängige Straffälle handelt, sind die Geschworenen an keinen Theil ihres ursprünglichen Spruches gebunden: RGer. II. 26. Apr. 87 (Rspr. IX. 287). Bgl. noch § 309 Note 6. b.
- 3. Es macht teinen Unterschieb, ob bie Aenberung bes ursprunglichen Spruches zu Gunften ober zu Ungunften bes Ungeflagten erfolgt; insbef. burfen bie Befcoworenen auch eine fruher verneinte hauptfrage ober Bulfsfrage nunmehr bejaben.
- 4. Das Gericht hat von Amtswegen zu prufen, ob ber Mangel bes Spruches etwa in einem Mangel ber Frageftellung seinen Grund habe. Ergiebt sich ein Anlaß zur Nenderung ober Ergänzung ber Fragen, so ist bas Gericht burch die inzwischen erfolgte Berathung ber Beschworenen in keiner Beise gebunden; insbes. können jeht auch neue Fragen (Hulfsfragen, Rebenfragen) gestellt werden, sofern deren Vorlegung bei der ersten Feststellung der Fragen statthaft geweien wäre: RGer. III. 13. Oft. 80 (Entsch. II. 361, Afpr. II. 332). Bgl. § 291 Rote 5, § 305 Note 5. In Betreff einer Wiedereröffnung der Beweisaufnahme vgl. § 245 Note 1, § 305 Note 6.
- 5. Die Zuziehung bes Angeklagten ist nur ersorberlich, wenn eine Aenberung ober Ergänzung ber Fragestellung ersolgt: RGer. I. 19. Juni 82 (Rspr. IV. 581). War bie Zuziehung mit Unrecht unterblieben, so kann ber begangene Berstoß burch Wieberholung bes Berichtigungsversahrens geheilt werben: RGer. III. 28. Jan. 82 (Rspr. IV. 86). Bgl. § 301 Sat 3, § 313 sowie § 306 Note 3, 6.
 - 1. War ber frühere Spruch von bem Gericht irrthumlich als mit einem Mangel behaftet an-

Digitized by GOOGLE

§. 313.

Der Spruch ber Geschworenen wird dem Angeklagten, nachdem er in das Sisungszimmer wieder eingetreten ist, durch Berlesung verkündet.

L. II. Entw. § -; III. Entw. § 270.)

gesehen und sonach die Berichtigung besselben mit Unrecht angeord net, so barf bieses unrichtige Bersahren die Rechte nicht beeinträchtigen, welche bem Angeklagten bezw. ber Staatssanwaltschaft aus dem früheren Spruche erwachsen sind, und folglich sieht dem durch jenes Bersichten benachtheiligten Prozesbetheiligten die Ansechtung des auf Grund des späteren Spruchs ersamgenen Urtheils zu. In einem derartigen Falle hat der Revisionsrichter zu prüsen, "ob der ursprüngliche Spruch mit einem der Berichtigung bedürstigen Mangel behaftet gewesen sei" (Mot. S. 204); vgl. RGer. III. 13. Okt. 80 (Entich. II. 361, Rspr. II. 332); diese Prüsung aber tann nur stattsinden, wenn, wie dies § 312 vorschreibt, der frühere Spruch erkenn dar geblieden ist. — Findet der Revisionsrichter den ersten Spruch sehlerstei, so hebt er das ergangene Urtheil und den ihm zu Grunde liegenden späteren Spruch (vgl. § 393 Abs. 2) auf, und es ist alsdann unter Zugrundelegung des ersten Spruches anderweit in der Sache zu erkennen, nud zwar nach Berschiedenheit der Fälle (vgl. § 394) entweder von dem Revisionsgericht selbst oder von dem Schwurgericht, an welches die Sache behuss anderweiter Urtheilssällung zurückderwiesen wird; vgl. RGer. III. 29. Apr. 82 (Entsch. VI. 317, Rspr. IV. 401).

- 2. Der erste Spruch und bas Ergebniß ber neuen Berathung mussen von einander beutlich zu unterscheiden sein. Daher sind Durchstreichungen und Einschaltungen unzulässig; auch sind alle biejenigen Antworten, an welchen eine Aenderung vorgenommen wird, auf & Reue vollspädig niederzuschen, und zwar unter Bezugnahme auf benjenigen Theil des früheren Spruches, welcher durch die neue Niederschrift ersett wird; vgl. jedoch Re. III. 30. Apr. 81. (Entigt. IV. 122, Rspr. III. 257), III. 24. Wai 86 (Rspr. VIII. 383); dort ist es für genügend erachtet, wenn mit hülfe des Situngsprotokolles der erste Spruch und die Abweichung des zweiten erkenndar ist. Auch bedarf die letztere wiederum der Unterzeichnung durch den Obmann (§ 307 Abs. 1); a. M. cit. III. 24. Wai 86 u. III. 12. Jan. 85 (Rspr. VII. 26) dez. solcher Fälle, in denen der Obmann den neuen Spruch über seine frühere Unterschrift gesett hatte.
- 3. Rach bem Biebereintritt ber Geschworenen in bas Situngszimmer muß ber gange Spruch also auch ber unverandert gebliebene Theil besselben, von Neuem gemäß § 308 fund gegeben werben.
- 4. Im Falle bes Berichtigungsverfahrens braucht bie Unterzeich nung bes Spruches burch ben Borfitenben und ben Gerichtsichreiber (§ 308) erft nach geschener Berichtigung zu erfolgen. Bar fie jedoch icon vor ber neuen Berathung ber Geschworenen erfolgt, so nuß auch ber berichtigte Spruch wiederum von ben beiben Gerichtspersonen unterzeichnet werben.
- 5. Auf ben Fall, wenn bie Gefcomorenen por ber erften Runbgebung ihres Spruches eine Menberung beffelben vornehmen, bezieht fich § 312 nicht. Bgl. § 307 Rote 2. a.

Bu § 313.

- 1. Bgl. S 301 Sat 3, S 306 Abf. 2 u. Rote 6 baf., S 311 Abf. 2.
- 2. Der § ichreibt, abweichend von § 308, eine nochmalige Berlejung ber Fragen nicht vor; es brauchen baber nur bie Antworten, einschließlich ber bas Stimmenverhältniß betreffenben Ansgaben (§ 307), verlefen zu werben (a. M. Stenglein S. 520).
- 3. Die Berlefung wird am paffendsten burch ben Gerichtsichreiber zu bewirken fein; boch ist beim Mangel einer ausbrudlichen Borschrift hierüber auch eine Berlefung burch ben Borschenen selbst nicht ausgeschlossen; vgl. § 290 Rote 3. Gegenüber einem ber beutschen Sprache nicht machtigen Angeklagten genügt die Berlefung bes Spruches burch ben Dolmetscher (vgl. GBG. § 187 Rote 3. a); eine nochmalige (§ 308) Berlefung in beutscher Sprache wurde hier, wo es sich lebiglich um die Bekanntmachung an ben Angeklagten selbst handelt, zwedlos sein.
 - 4. Bgl. § 309 Rote 6.
 - 5. Die hier vorgeschriebene Berfunbung bes Spruches fommt in Begfall, wenn ber Ang

§. 314.

Ist ber Angeklagte von ben Geschworenen für nicht schulbig erklart worden, jo spricht bas Gericht ihn frei.

Anderenfalls muffen, bevor das Urtheil erlaffen wird, die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte mit ihren Ausführungen und Anträgen gehört werden.

(I. II. Catm. § -; III. Catm. § 271.)

§. 315.

Die Berkündung des Urtheils erfolgt am Schlusse der Berhandlung.
1. 11. 111. Entw. § -.)

§. 316.

In ben Gründen des Urtheils ist auf den Spruch der Geschworenen Bezug zu nehmen. Die Urschrift des Spruchs ist dem niedergeschriebenen Urtheil anzusügen.
(I. II. Entw. § —; III. Entw. § 272.)

geklagte, ber Bestimmung bes § 230 zuwiber, sich aus ber Berhandlung ausgent hat ober bei beren Fortsetung ausgeblieben ift (vgl. § 230 Rote 5); a. M. Dalde Fragest. S. 125. Ift von mehreren Angeklagten ein Theil nicht anwesend, so muß ben übrigen bennoch ber ganze Inhalt bes Spruces verfündet werben.

3u § 314.

- 1. In Betreff ber Berathung bes Gerichts vgl. GBG. § 195 Rote 2.
- 2. In bem Falle, wenn bie Geschworenen zwar bie hauptfrage verneint, jeboch eine Sulisfrage bejaht, ober wenn sie eine, einen Straserhöhungsgrund betreffende Rebenfrage verneint haben, gilt bas zu § 259 Note 6 Bemerkte; es ift also nicht auf eine theilweise Freisprechung zu erkennen.
- 3. Haben die Geschworenen zwar den Angeklagten für schulbig erklärt, jedoch die Frage der geftalt theilweis verneint, daß die Freisprechung des Angeklagten erfolgen muß (vgl. § 305 u. Note 4 das.), so ist nicht Abs. 1, sondern Abs. 2 anwenddar: es mussen die Prozesbetheiligten vor der Urtheilsfällung gehört werden.
- 4. a. In ben hier vorgesehenen Ausführungen und Antragen (vgl. § 299) barf, abgesehen von ben Fallen bes § 309, die Richtigkeit bes Spruches ber Geschworenen nicht mehr in Zweifel gezogen werben; vielmehr kann es sich bei ihnen nur noch um solche Fragen handeln beren Entscheidung bem Gericht zusieht; vgl. § 293 Note 2, § 262 Note 3, 4. In Betreff ber Unzulässigsteit weiterer Fragestellung s. § 291 Note 5. a.
- b. Die Bestimmungen bes § 257 Abs. 2, 3 finden auch hier Anwendung; wgl. Rote 4.b u. 5 bas.
 - 5. In Betreff bes Bertheibigers vgl. § 145 Rote 4.

Zu § 315.

- 1. Durch biefe (von ber RER. aufgenommene) Bestimmung wird für bie schwurgerichtlichen hauptverhandlungen eine Aussehung ber Urtheilsverfündung (im Sinne bes § 267) ausgeschlossen.

 3u § 316.
- 1. Ueber die Urtheilsgründe vgl. § 266. In dem schwurgerichtlichen Urtheil vertritt der Spruch der Geschworenen diejenigen Feststellungen, welche in den nichtschwurgerichtlichen Straffachen von dem Gericht in seinen Entscheidungsgründen zu tressen find. Bgl. § 393 Abs. 2. Das schwurgerichtliche Urtheil braucht auf den Spruch der Geschworenen nur "Bezug zu nehmen"; eine Wiedergade des Inhalts desselben ist nicht ersorderlich. Hinschlich dersenigen Fragen, deren Entscheidung dem Gericht zusteht (vgl. § 293 Note 2), insbes. also auch hinsichts lich der Straszumessung, bedarf das schwurgerichtliche Urtheil in demselben Rase der Begründung wie das Urtheil eines anderen Strasgerichts.
 - 2. Die Bestimmungen bes § 275 finden auch auf bas fcwurgerichtliche Urtheil entsprechenbe

Digitized by GOOGIC

§. 317.

Ist das Gericht einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen sich in der Hauptsache zum Nachtheile des Angeklagten geirrt haben, so verweist es durch Beschluß ohne Begründung seiner Ansicht die Sache zur neuen Verhandlung vor das Schwurgericht der nächsten Sitzungsperiode. Die Verweisung ist nur von Amtswegen und die zur Verkündung des Urtheils zulässig.

Betrifft das Verfahren mehrere selbständige strafbare Handlungen ober mehrere Angeklagte, so erfolgt die Verweisung nur in Ansehung derzenigen Handlung ober Person, in Bezug auf welche die Geschworenen sich nach Ansicht des Gerichts geitrt haben.

An der neuen Verhandlung darf kein Geschworener Theil nehmen, welcher bei dem früheren Spruche mitgewirkt hat.

Auf Grund bes neuen Spruchs ift stets bas Urtheil zu erlaffen.

(I. II. III. Eutm. § -.)

Unwenbung. Die namen ber Geschworenen werben in bie nieberschrift bes Urtheils und folgeweise in beffen Ausfertigungen 2c. nicht aufgenommen.

3u & 317.

1. Die dem Gericht hier beigelegte Befugniß, die Sache vor ein anderes Schwurgericht zu verweisen, findet sich bereits in den meisten der früheren Landesgesehe, war jedoch vom Entw. als ein Zeugniß des Mißtrauens gegen das Institut der Schwurgerichte betrachtet und deshalb nicht aufgenommen worden. Die RER. und der Reichstag selbst entschieden sich indeß für die Aufrechts haltung dieser Besugniß (Prot. S. 481 ff., 1001 ff.; Sten. Ber. S. 525 ff.).

Bu 21bf. 1.

- 2. Das Erfordernig des Abs. 1 ift erfüllt, sobalb die Richter einstimmig einen bem Angeklagten nachtheiligen Spruch (in ber Hauptsache) für unrichtig erachten. Db ihre von bem Spruche abweichende Beurtheilung der Sache auf that sächlichen Gründen beruht oder ob sie ben Spruch aus Rechtsgrünben für irrig ausehen, ist gleichgültig. Es gehört hierher naments lich auch ber Fall, wenn bie Richter bie Subsumtion ber That unter das Strasgesets nict für gerechtfertigt erachten; denn aus der Unrichtigkeit dieser Subsumtion (vgl. § 293 Note 3. a) folgt bie Unrichtigkeit bes Spruches; a. M. aus unzutreffenben Grunben: Stenglein S. 521, Dalde Fragest. S. 151. Anlangend bie Beweißfrage, so kann man nicht, wie es biese Schrift= fteller thun, bas Erforberniß aufstellen, bag bie Richter von bem Gegentheil beffen, was bie Ge-Smorenen angenommen, überzeugt sein mußten; es genügt vielmehr, wenn bie Richter finben, daß der erbrachte Beweiß nicht dazu angethan sei, einen Spruch auf Schulbig zu rechtsertigen. Erforberlich aber ist es allerbings, daß jeder einzelne Richter hierüber eine bestimmte Ansicht hat; es genügt nicht, daß er die Sachlage für nicht unzweifelhaft halt und daß er, wäre er selbst jur Enticheibung ber Schulbfrage berufen gemefen, vielleicht ein von bem Spruche abmeichenbes Botum abgegeben haben würbe; vgl. Prot. S. 485, H. Meyer in HH. II. S. 215. — Im Uebrigen kommt es nicht barauf an, ob bie Richter in bem Grunbe, aus welchem fie ben Spruch migbilligen, übereinftimmen ober ob fie in ber Begrundung ihrer Unficht auseinandergeben (vgl. GBG. § 196 Rote 3. c. a).
- 3. a. Durch ben Ausbrud: "in ber hauptsache" hat bie StBD. bie seitherige Kontroverse barüber, welche Bunkte als nicht zur hauptsache gehörig anzusehen seien, fortbesiehen lassen. Der Bericht ber ALK. S. 81 sagt: "Mit ber Bezeichnung "in ber hauptsache" hat bie Kommission ben Fall ausschließen wollen, in welchem ber Irrthum sich nur auf Nebenpunkte in ber
 Entscheidung beschränkt, wogegen es als ein Irrthum in ber hauptsache anzusehen sein würde,
 wenn die Richter bei ber Anklage wegen schweren Raubes die Annahme bes erschwerenben Umstandes in bem Wahrspruche als irrig erachten." Der Begriff ber Nebenpunkte wird aber auch in

Digitized by GOOGIC

bem Bericht nicht weiter erlautert. Die Berhanblungen ber RIR., welche leptere ben Anjangs aufgenommenen Ausbrud "in ber Sache" fpater burch bie Borte "in ber Sauptfache" erfest bat (Prot. S. 481 ff. 1001 ff.), Scheinen bafur ju fprechen, bag biejenigen im Strafgefet besonbers porgefebenen Umftanbe, welche bie Strafbarteit erhoben ober verminbern, als Rebenpuntte angefeben werben follen. Allein aus bem Gefete felbft lagt fich biefe Anficht nicht begrunben, und bie in ihr enthaltene Untericeibung trägt überbies ben Charafter bes Billfurlicen an fic. hinfichtlich ber die Strasbarkeit erhöhenden Momente führt sie auf den Zweisel, ob auch diejenigen Umstände als Rebenpuntte anzusehen feien, burch beren hingutreten ber ftrafrechtliche Charafter und ber name ber handlung veranbert wirb. Birb bies verneint, bann ift g. B. bei einer Anklage wegen Raubes ein bie Gewalt betreffenber Brrthum ein Brrthum in ber hauptsache, während anbererfeits bei bem in ben SS 348, 349 bes StoB. vorgefebenen Amtsverbrechen ein Brrthum binsichtlich ber auf Berichaffung eines Betmögensvortheils gerichteten Absicht als ein nebenfachlicher betrachtet werben tonnte, mas bei Bergleichung ber Strafbestimmung in § 349 mit berjenigen in § 268 febr unangemeffen und willfurlich ericheinen mußte. Die im Gefet vorgefebenen Stratmilberungsgrunde find in gewiffen Fallen von ber Art, bag fie ben Charafter ber That und bemgufolge auch bie Strafe auf bas Befentlichfte mobifigiren, und es mare g. B. vollig verleht, wenn man ben in § 216 bes StBB. vorgesehenen Strafmilberungsgrund als einen nebenfächlichen Umftand behandeln wollte. Es ericheint baber bei ber Unbestimmtheit bes Gefetes als bas Richtige, unter ber hauptsache bie Schulbfrage in ihrem gangen Umfange gu verfteben und allein bie Frage ber milbernben Umftanbe (vgl. § 297 Rote 1) als außerhalb ber hauptfache liegend, zu behanbeln. Gl. A. Dochow S. 255, Geper S. 769, Meves S. 119; a. M. Keller S. 413, thilo S. 378, S. Meyer in Sh. II. S. 215, Dorenborf S. 216, Stenglein S. 521, Dalde Fragen S. 154; vgl. auch v. Schwarze S. 477, Puchelt S. 500.

- b. Uebrigens kann auch ein bie Schulbirage betreffender Jrthum im einzelnen Falle ein nebensächlicher sein, und zwar ift er dies dann, wenn er nach der Lage der Sache einen Einfluß auf die rechtliche Beurtheilung der That nicht äußert: in einem derartigen Falle ift die Berweisung unzulässig. Es gilt dies z. B. dann, wenn die Geschworenen einen Diebstahl als mittelst Einbruch und Einsteigens begangen augesehen haben, während nach der Ansicht des Gerichts zwar ein Einbruch, nicht aber ein Einsteigen vorliegt; in diesem Falle ist der Irrthum der Geschworenen rechtlich einssussos, weil schon ter Einbruch allein die Anwendung des § 243 bes SiGB. begründet.
- 4. a. Eine Beschlußfassung barüber, ob ber Spruch als unrichtig anzusehen und die Sache vor ein anderes Schwurgericht zu verweisen sei, hat stattzusinden, sobald einer ber Richter bied verlangt. Dies kann auch noch bei der Berathung über das Urtheil geschehen. Mit dem Beginn der Berkündung besselben erlischt die Besugniß des Gerichts, die Berweisung auszusprechen. Diese Besugniß ledt nicht wieder auf, wenn das Urtheil auf eingelegte Revision aufgehoben und die Sache unter Aufrechterhaltung des Geschworenenspruchs an das Schwurgericht zurüchverwiesen wird: Reer. Il. 22. Dez. 85 (Ripr. VII. 757).
- b. Der Beschluß tann nur von Amtswegen erlassen werben; ben Prozesbetheiligten steht es in keinem Falle zu, die Berweisung zu beautragen; wurde ein berartiger Antrag gleichwohl gestellt, so würde er als unzulässig zurudzuweisen sein. Es versteht sich übrigens, daß ber unzulässiger Beise gestellte Antrag an der Besugniß bes Gerichts, von Amtswegen die Berweisung zu beschließen, nichts ändern würde.
- 5. Gegen ben bie Berweisung aussprechen Beschluß findet eine Beschwerbe nicht ftatt (vgl. § 347); vgl. Note 6.

3 ս Ջել. 2.

6. In Ansehung berjenigen Straffälle und berjenigen Angeklagten, welche von bem Irrthum ber Geschworenen nicht betroffen werben, muß bas Gericht bas Urtheil erlassen; bies gilt insbes. auch bann, wenn mehrere Personen als bei berselben That betheiligt angeklagt sinb. Im Falle eines Verstoßes gegen Abs. 2 muß bas Gericht in ber neuen Berhandlung benjenigen Theil bes früheren Spruches, auf Grund bessen abs Urtheil alsbalb hatte erlasser

Digitized by GOOGLE

Achter Abichnitt.

Berfahren gegen Abwefende.

werben follen, als zu Recht bestehend anerkennen; vgl. RGer. II. 13. Jan. 85 (Rspr. VII. 30). Dagegen ift in Ansehung einer und berselben That eines und besselben Angeklagten eine Theilung ber Entscheidung ausgeschlossen; die Berweisung ergreift den ganzen Spruch, auch wenn das Gerricht den Jrrthum ber Geschworenen nur in der auf einer Nebenfrage gegebenen Antwort findet. Bgl. Note 9.

Bu Abf. 3.

7. Ein Ergangungsgeschworener, ber zwar an ber Berhanblung, nicht aber an ber Enticheibung ber Geschworenen Theil genommen hat (vgl. § 285 Note 5), ift von ber Theilnahme an ber neuen Berhanblung nicht ausgeschloffen.

Bu 216 f. 4.

- 8. Die Berweifung ber Sache an ein anberes Schwurgericht barf auf Grund bes § 317 nur einmal erfolgen; in ber neuen Berhandlung muß bas Gericht bas Urtheil erlaffen, auch wenn es ben neuen Spruch wiebernm fur irrig erachten follte.
- 9. Ein Theil der früheren Landesgesetze erkannte an, daß, insoweit der erste Spruch zu Gunsten des Angeklagten laute, dieser aus ihm Rechte erworben habe und daß solgeweise daß in der neuen Berhandlung zu erlassend Urtheil für den Angeklagten nicht ungünstiger sein dürse als daßjenige, welches dei Zugrundelegung des ersten Spruches zu erlassen gewesen wäre. Die ALK, hat die Ausenahme einer derartigen, daß Interesse des Angeklagten wahrenden Borschrift abgelehnt; sie ist von der Ansicht außgegangen, daß der erste Spruch, soweit er von der Berweisung betrossen werde (Note 6), nach jeder Richtung hin beseitigt sein müsse und rechtliche Wirkungen nicht mehr äußern dürse (Prot. S. 482 ss.). Sonach schließt die StPD. es nicht auß, daß die Lage des Angesslagten der durch die beschlossene Berweisung verschlimmert werden kann; haben z. B. die Geschworenen den Angeklagten des Diebstahls, unter Berneinung eines erschwerenden Umstandes, für ichuldig erklärt und wird von dem Gericht, weil dasselbe den Angeklagten für nichtschuldig hält, die Verweisung beschlossen, so besteht die Möglichkeit, daß derselbe nunmehr wegen schweren Diebstahls verurtheilt wird, während er in der ersten Verhandlung nur wegen einsachen Diebstahls verurtheilt worden wäre. Der eine solche Möglichkeit zulassende Beschluß der REK. ist übrigens mit dem, dem Geietz zu Grunde liegenden Gedanken unvereindar.

Bum Achten Abichnitt.

- 1. Der Abschn. ist von ber A.R. wesentlich umgestaltet. Der Entw. wollte (abgesehen von bem besonderen Berfahren nach den §§ 470—476) gegen Beschuldigte, welche als abwesend im Sinne des § 318 anzusehen sind, ein eigentliches Ungehorsamsversahren, d. h eine Hauptvershandlung und Urtheilsfällung, überall außschließen und nur ein die Sicherstellung der Beweise bezwedendes Bersahren (§ 327) sowie die Anwendung der auf die Gestellung des Beschuldigten abzielenden Maßregeln (§§ 332, 337) zulassen. Die R.R. dagegen beschloß die Zulassung des Ungehorsamsversahren bei denzienigen Delitten, welche nur mit Gelbstrase oder Einziehung des Ungehorsamsversahren bei denzienigen Delitten, welche nur mit Gelbstrase oder Einziehung debroht sind, und sie nahm bemzusolge die in den §§ 319—326 enthaltenen Bestimmungen auf (Prot. S. 1079 st., 1126 st.; Bericht S. 81 st.). Sonach umfaßt der Abschnitt in seiner jehigen Bestalt zwei verschieden Arten des Bersahrens gegen Abwesende: er behandelt in den §§ 319—326 das eigentliche Ungehorsamsversahren, in den §§ 327—336 dagegen daszenige Berziahren, welches nur die Sicherstellung der Beweise und die Gestellung des Beschuldigten zum Gegenstande hat; vol. noch § 337. Ueber den früheren Rechtszustand in Deutschland s. bes. D. Meyer, das Versahren gegen Abwesende; vol. auch Büchner im G.Saal 1857 Bb. 2.
- 2. Das Berfahren gegen abwesenbe Behrpflichtige ift in ben §§ 470-476 besonbers geregelt.

§. 318.

Sin Beschulbigter gilt als abwesend, wenn sein Aufenthalt unbekannt ift ober, wenn er sich im Ausland aushält und seine Gestellung vor das zuständige Gericht nicht ausführbar ober nicht angemessen erscheint.

(I. Enim. § 224; II. Enim. § 230; III. Enim. § 274.)

3u § 818.

- 1. Die StBD. bebient fich ber Ausbrude "abwesenb" und "Abwesenheit" regelmäßig (eine Abweichung f. in § 230 Abs. 2) nur in bem burch § 318 bestimmten technischen Sinne und umschreibt, wo bieser nicht Plat greift, ben Begriff "Abwesenheit" burch die Ausbrude "ohne Anwesenheit" (§ 233, 234) ober "nicht in Anwesenheit" (§ 355). In bem Ungehorsansversahren nach § 231 wird bas Richterscheinen bes Angeklagten als "Ausbleiben" und bieser selbst als "ausgeblieben" bezeichnet (§§ 229, 231).
- 2. Bezüglich ber im Auslande befindlichen Beschulbigten wird in ben Mot. S. 206 gesagt: Das Geset "stellt ben Fall, wenn bie Gestellung bes im Auslande befindlichen Beschulbigten nicht aus filhrbar ist, bem anberen Fall gleich, wenn bie Gestellung unangemeffen erscheint. Auf biese Beise wird bem Gericht auch jur solche Fälle, in benen sich auf Grund von Staatsverträgen die Auslieferung bes Beschulbigten bei den Behörden des Auslandes erwirken läßt, die Besugniß gewahrt, zu erwägen, ob das Umständliche und Rostspielige einer solchen Wahregel in einem richtigen Berhältniß zu dem Gegenstand und dem muthmaßlichen Ergebniß der Untersuchung stehen würde, und, wenn dies zu verneinen ift, von dem Ersuchen um Auslieferung abzustehen" In Betress Begriffes "Ausland" s. § 9 Note 1, in Betress der Auslieferungsverträge bes Deutschen Reiches: EG § 5 Note 7. b.
- 3. a. Dag bas Gefet bezüglich ber im Auslande befindlichen Beschuldigten bie Unausführbar: feit ober Unangemessenheit ber Gestellung in die Begriffsbestimmung aufgenommen hat, statt bie lettere mit bem Wort "aufhält" zu schließen und sobann in ben das Berfahren regelnden Borichriften amifchen ben bier möglichen verschiebenen gallen bie erforberliche Untericheibung gu treffen, ist ein Fehler, der nicht blos den Begriff bes "Abwesenben" zu einem wöllig vagen und beliebig verichiebbaren macht, fonbern auch bem gangen hier behanbelten Berfahren bas Geprage bes Unflaren giebt. Die Bestimmungen bes Abichnitts bewegen fich gewissermagen im Birtel. Denn einerseits wird die Unaussührbarkeit ober Unangemesseuheit der Gestellung als ein Erforbernig bes Begriffes ber Abmefenheit aufgestellt, und andererfeits beichaftigt fich ber Abichnitt vorzugsweise mit ben Mitteln, bie Geftellung bes Beschulbigten zu bewirken. Sobann foliefr bas Gefet (f 327) ber Regel nach eine Sauptverhanblung gegen Abwesenbe aus, mährend wieberum bie Frage: ob ein Beschulbigter als abwesend anzusehen sel, oftmals gerabe erst in ber Hauptverhandlung zu beantworten fein wirb, ba es barauf ankommt, ob berfelbe ber ihm im Auslande zugestellten Labung zur Hauptverhandlung Folge leistet ober nicht. 'In Sachen, bie zur Erlassung eines haftbefehls nicht angethau find, wird ein Bedürfniß, den Beschuldigten schon vor ber Hauptverhanblung vor bas inlänbische Gericht zu gestellen, oftmals gar nicht bestehen, sei es, baß es einer Bernehmung bes Beschulbigten im Borversahren nicht bebarf, ober bag er mittelft Ersuchens einer ausländischen Behörbe vernommen werben tann ober bag er erft nach feiner im Inlande erfolgten Bernehmung fich ins Ausland begeben bat, 2c.
- b. Die Unzwedmäßigkeit ber Bestimmung bes § 318 tritt insbes. beutlich hervor, wenn man erwägt, baß es nach ber StPO. in allen Fällen völlig statthaft ist, einen im Auslande befindlichen Beschuldigten zur Hauptverhandlung vor ein inländisches Gericht zu laden, sosen nur die Zustellung ber Ladung sich in der regelmäßigen, für Zustellungen im Auslande vorgeschriebenen Beise (CPO. §§ 182—185) bewirten lätt; nur die Zulässigsteit der öffentlichen Ladung (§ 320) bleibt auf die Fälle des § 319 beschränkt. Dieser Umstand in Berbindung mit der Begriffsbestimmung des § 318 und mit der Abweichung, welche zwischen § 231 und § 319 beseht, führt zu eigenthümlichen Ergebnissen. Bleibt der Angeklagte, welcher einer mit Gelbstrafe und Hat bebrohten lebertretung beschuldigt und zur Hauptverhandlung in der regelmäßigen

§. 319.

Segen einen Abwesenden kann eine Hauptverhandlung nur dann stattfinden, wenn die den Gegenstand der Untersuchung bildende That nur mit Geldstrafe oder Einziehung, allein oder in Berbindung mit einander, bedroht ist.

Für bas Verfahren kommen bie Vorschriften ber §§. 320—326 zur Anwendung. (L. II. 111. Cate. § ...)

Beise geladen ift, in dieser aus und erachtet das Gericht seine Anwesenheit zur Aufklärung der Sache nicht für erforderlich, so schreitet es, salls der Angeklagte sich im Inlande befindet, auch Rangels seiner Anwesenheit zur Urtheilssällung (§ 231). Besindet sich dagegen der ausgedliebene Angeklagte im Auslande, so wird das Gericht zwar einerseits die zwangsweise Gestellung dessielben im hindlic auf die Geringsügigkeit des Delikts für unangewessen erachten; andererseits aber hat dieser Umstand nach § 318 gerade die Folge, daß der Angeklagte nunmehr als adwesend gilt und daß ebendeshald nach § 319 die Urtheilssällung unterbleiden muß; ja die letztere ist auch dann ausgeschlossen, wenn für den Angeklagten ein mit Bollmacht versehner Bertheibiger erscheint (§ 233) und das Richterschein des Angeklagten selbst lediglich auf der weiten Entsernung seines Ausenthaltsortes beruht (gl. A. Reller S. 274). Die Bestimmungen der §§ 318, 319, 327 stehen ierner (außerhalb der Fälle des 319) auch einer Anwendung des § 232 auf den im Auslande besindlichen Angeklagten entgegen, und sie schleichen somit unnöthiger Beise die Urtheilssällung selbst in solchen Fällen aus, in denen die Möglichkeit, das Urtheil zu vollstrecken, vorhanden ist und der Angeklagte selbst nicht die Absicht hat, sich der Bollstreckung der vielleicht nur in einem geringen Geldbetrage bestehenden Strase zu entziehen.

3u \$ 319.

Bu Abj. 1.

- 1. Der S ftellt gegenüber bem in § 327 enthaltenen Grundsabe eine Ansnahme auf; eine zweite s. in § 470. Bgl. oben Rote 1 zu Buch 2 Abichn. 8.
- 2. Das Ungehorsamsversahren nach § 319 ff. im Gegensatz zu bem in § 231 behanbelten ift nur zu laffig, wenn die That mit keiner anderen Strase als mit Gelbstrase ober Einziehung bedroht ist; somit ist dasselbe auf einen kleinen Kreis von Bergehen und Uebertretungen wgl. z. B. StBB. §§ 145, 276, 285, 364, 365 Abs. 1) beschränkt und selbst bei der Mehrzahl der Uebertretungen ausgeschlossen. Daß im Unvermögenssalle an die Stelle der Gelbstrase eine Freiheitsftrase tritt, macht, gleichviel welcher Art die letztere ist, das Ungehorsamsversahren nicht unstatthaft. Bgl. § 318 Note 3. b.
- 3. Die Bulaffigfeit bes Ungehorsamsverfahrens ift bavon, welches Gericht sachlich guftanbig ift, nicht abhangig.
- 4. Die Fassung des S ("kann") berechtigt nicht zu der Annahme, daß es dem Ermessen der Staatsanwaltschaft überlassen solle, ob das Ungehorsamsversahren einzuleiten oder von der Strasversolgung Abstand zu nehmen sei; das Wort "kann" bringt lediglich den Gegensat zu den Fällen des S 327 zum Ausdruck. Gine Ausnahme von dem Legalitätsprinzip (vol. S 152 Abs. 2 u. Note 4, 5 das.) wird in S 319 nicht ausgestellt. Die Staatsanwaltschaft ist sonach nicht besugt, die Erhebung der öffentlichen Klage mit Rücksicht auf die voraussichtliche Erfolglosseit des Bersahrens zu unter lassen, wogegen es ihr allerdings zuseht, dieselbe auszus hie erfolglosseit des Bersahrens zu unter lassen, wogegen es ihr allerdings zwieht, dieselbe auszus hie erfolglosseit des Bersahrens zu unter lassen, wogegen es ihr allerdings zwieht, dieselbe auszus hie ernothen S. 256, Stenglein S. 523; a. M. Keller S. 416, Dalde S. 217, Puchelt S. 504, Dorendorf S. 207, u. theilw. H. Weger in H. S. II. S. 227. Auch das Gericht ist nicht besugt, die Erössung oder Fortsehung der Untersuchung wegen der muthmaßlichen Ersolglosseit des Ungehorsamsversahrens oder aus sonstigen Zwessmäßigkeitsgründen abzulehnen; die Vorschrift des S 203 ist hier nicht anwendbar, da der S 319 eben diesenigen Fälle behandelt, in denen die Abwesenheit des Beschuldigten dem weiteren Beriahren nicht "entgegensteht". Gl. A. Dalde S. 217, H. Weger in H. S. 11. S. 226, Stenglein S. 524; a. M. Keller S. 416, Puchelt S. 504, Thilo S. 382, Geger S. 775, Dorendorf S. 217.

· §. 320.

Die Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung ist im Falle, daß sein Aufenthalt unbekannt ist oder die Befolgung der für Zustellungen im Auslande bestehenden Borschriften unaussührbar oder voraussichtlich erfolglos erscheint, in einer beglaubigten Abschrift an die Gerichtstafel dis zum Tage der Hauptverhandlung anzuheften. Außerdem ist ein Auszug der Ladung in das für amtliche Bekanntmachungen des betreffenden Bezirks bestimmte Blatt und nach Ermessen der Gerichts auch in ein anderes Blatt dreimal einzurücken. Zwischen dem Tage der letzten Bekanntmachung und dem Tage der Hauptverhandlung muß eine Frist von mindestens einem Monate liegen.

(I. II. III, Cutm. § -.)

Bu Abs. 2.

- 5. Soweit nicht die §§ 320—326 etwas Abweichendes vorschreiben, richtet sich das Ber: fahren nach den allgemeinen Bestimmungen. Dies gilt insbes. von dem Borverfahren; daßer it es in landgerichtlichen Strafsachen der Staatsanwaltschaft nicht verwehrt, die Eröffnung einer Boruntersuchung zu beantragen (§ 179).
 - 6. Die Borfdrift bes § 232 finbet in bem bier behanbelten Berfahren gleichfalls Anwendung

3u § 320.

- 1. Ift ber Aufenthalt bes im Auslande befindlichen Angeflagten bekannt, so ift, wie aus Say 1 erhellt, die öffentliche Ladung nur dann statthaft, wenn die Befolgung der für Zustellungen im Auslande bestehenden Borschriften (CBD. SS 182—185) unausführbar erscheint; auch mufnach Erlassung der öffentlichen Ladung noch die regelmäßige Ladung nachgeholt werden, wenn der Ausenthalt des Angestagten nachträglich ermittelt wird. Bgl. S 318 Note 3. d. Uedrigens erscheinen in S 320 die Borte: "oder voraussichtlich ersolglos" müssig, da sie nur ebendasselb besagen, was durch das Bort "unaussührbar" ausgedrückt ist: um die Frage, od die zur Ausssührung gebrachte Ladung einen Ersolg haben, d. h. den Angeslagten zum Erscheinen bewegen werde kann es sich hier nicht handeln, da nicht abzusehen ist, weshalb in dieser hinsicht die öffentlicke Ladung sür wirksamer anzusehen sein sollte als die regelmäßige.
- 2. Gleich ber regelmäßigen ift auch bie öffentliche Labung von ber StaatBanwalticait ju erlaffen; pgl. § 213 u. Rote 1, 2 baf.
- 3. Die Anhestung ber Labung an die Gerichtstafel muß, dem Sinne und der Absicht der Bestimmung entsprechend, spätestens einen Monat vor dem Tage der Hauptverhandlung erfolgen: auch muß die Ladung in der ganzen Zwischenzeit ununterbrochen angeheitet bleiben; vgl. § 400 Note 14. Gl. A. Dorendorf S. 218; dagegen nehmen H. Weyer in Hh. II. S. 227, Reller S. 418. Dalde S. 218 und Stenglein S. 525 an, daß die Anhestung spätestens an dem Tage zu erfolgen habe, an welchem die erste Bekanntmachung in einem öffentlichen Blatte stattsindet.
- 4. Daß zwischen ber erften und zweiten öffentlichen Befanntmachung ober zwischen ber zweiten und britten eine gewisse Frift liegen muffe, ift nicht vorgeschrieben; es genugt also, wenn bie bie Befanntmachungen in verschiebenen Rummern besselben Blattes stattfinben.
- 5. "ein Auszug ber Labung" Diese Borte werben bahin zu verstehen sein, baf in ber öffentlichen Befanntmachung bie strafbare handlung nur mit ihrem ftrafrechtlichen Ramen bezeichnet zu werben braucht; vgl. § 321 Rote 1. Bon bem übrigen, burch § 321 vorgeschriebenen Inhalt ber Labung barf kein Theil in ber öffentlichen Bekanntmachung weggelassen werben.
- 6. Darüber, ob bie Labung auch in "ein anderes Blatt" einzurüden fei, wird bas Gericht in jedem Falle ausbrudlich zu beschließen haben; auch fteht bemfelben die Auswahl bes Blattes zu.
- 7. Sind bei ber öffentlichen Labung bie gefehlichen Borichriften in irgend welcher hinficht un befolgt geblieben, fo fann bie hauptverhandlung nicht stattfinden und es muß eine neue öffentliche Labung erlaffen werden. — In Betreff bes Falles, wenn nach gehörig erfolgter bient:

Digitized by GOOSIG

§. 321.

Die Ladung muß enthalten:

bie Angabe bes Namens und, soweit bies bekannt, bes Vornamens, Alters, Standes, Gewerbes und Wohnorts oder Aufenthaltsorts des Angeklagten, die Bezeichnung der dem Angeklagten zur Last gelegten strafbaren Handlung, sowie die Angabe des Tages und der Stunde der Hauptverhandlung.

Zugleich ift die Warnung hinzuzufügen, daß bei unentschuldigtem Ausbleiben bes Angeklagten zur Hauptverhandlung werbe geschritten werben.

(I. II. III. Entw. § -.)

§. 322.

In ber Hauptverhandlung kann für ben Angeklagten ein Bertheibiger auftreten. Auch Angehörige bes ersteren sind, ohne daß sie einer Bollmacht bebürfen, als Bertreter zuzulaffen.

(I. II. III. Entw. § --)

licher Labung die begonnene Hauptverhandlung vertagt und eine neue anderaumt wird, f. § 40 Abs. 2 u. Rote 10, 11 baj.

3u § 321.

- 1. Die bem Angeklagten zur Last gelegte Ehat muß unter Hervorhebung ihrer gesehlichen Merkmale und bes anzuwendenden Strafgesehles bezeichnet, also der Inhalt des Eröffnungsbeichtusses (§ 205) im Wesentlichen in die Ladung aufgenommen werden; die letztere ersett hier Zustellung des Beschlusses selchlusses § 320 Rote 5.
 - 2. Bgl. § 231 Rote 14 und andererseits § 473 Abs. 3, § 475 Abs. 1.

Bu \$ 322.

- 1. Die Bestimmung ist vermöge bes Umstandes, daß in Sat 1 ber Ausbrud "Bertheibiger", in Sat 2 bagegen ber Ausbrud" "Bertreter" gebraucht ist, eine unklare. Da es unzulässig ericheinen muß, Seständnisse einer von bem Angeklagten nicht ausbrücklich bevollmächtigten Person als von bem ersteren selbst abgegeben zu behandeln, so kann von einer wirklichen Bertretung auch hier nur bann die Rebe sein, wenn ein Angehöriger bes Angeklagten oder eine andere Person mit einer ausdrücklich auf die Bertretung lautenden schriftlichen Bollmacht bes Angeklagten erscheint; vgl. § 233 u. Note 4, 6 bas. Wangels einer solchen Vollmacht kann berjenige, der die Rechte des Angeklagten wahrnehmen will, auch wenn er ein Angehöriger besselben ist, immer nur zur Berbeibigung, nicht zur Bertretung, zugelassen werden. Der Berthe idiger als solcher aber bedars, auch wenn er kein Angehöriger des Angeklagten ift, im Falle des § 322 einer Bollmacht nicht. Uedrigens gehen die Meinungen hier sehr außeinander; das Nähere s. bei Boitus Kontr. I. S. 70 ff.
- 2. Der Ausbruck "Angehörige" wird, da das Geset eine Begriffsbestimmung nicht giebt, im weitesten Sinne zu verstehen sein; die Vorschrift des StGB. § 52 kann hier nicht als maßzgebend angesehen werden (gl. A. Binding S. 163, Stenglein S. 526; a. M. Boitus a. a. D., H. Weyer in H. I. S. 228, v. Krieß S. 23, vgl. auch Geyer S. 443). Es sind sonach selbst solche Personen, welche in einem entsernten Grade mit dem Angeklagten verwandt oder verschwäzgert sind, als Angehörige besselben zu betrachten. Selbstverständlich ist vor Allen der Ehegatte ein Angehöriger im Sinne des § 322. Zwischen männlichen und weiblichen Angehörigen unterzichet das Geset nicht; vgl. Buch 1 Abschn. 11 Note 3. b (Schluß), § 138 Note 7. A. M. Reller S. 419, Neves in H. S. 450.
- 3. Der 5 mobifizirt die Bestimmung bes § 138; bie Angehörigen bes Angeklagten haben hier, gleich ben Rechtsanwälten und Rechtslehrern, ein Recht auf die Zulassung zur Bertheibigung, während andere Personen, um für ben Angeklagten auftreten zu können, ber Genehmigung bes Gerichts bedürfen. Wollen mehrere Angehörige als Bertheibiger bes Angeklagten auftreten, so ist bas Gericht für besugt zu erachten, die Zahl ber zur Bertheibigung zuzulassenden Personen

Digitized by GOOGLE

§. 323.

Die Zustellung bes Urtheils erfolgt nach Maßgabe ber Bestimmungen bes §. 40 Abs. 2.

(I. II. III. Cutm. § --.)

§. 324.

Die im §. 322 bezeichneten Berfonen können von ben dem Beschulbigten gutftebenben Rechtsmitteln Gebrauch machen.

(I. II. III. Entm. § -.)

§. 325.

Insoweit es nach dem Ermessen des Richters zur Deckung der den Angeschuldigten möglicherweise treffenden höchsten Gelbstrase und der Kosten des Betssahrens ersorderlich ist, können einzelne zum Vermögen des Angeschuldigten gehörige Gegenstände mit Beschlag belegt werden. Auf diese Beschlagnahme sinden die Bestimmungen der Civilprozesordnung über die Bollziehung und die Birkungen des dinglichen Arrestes entsprechende Anwendung. Die Beschlagnahme ist auszuheben, wenn der Grund derselben weggefallen ist.

(I. II. III. Entw. § —.)

au befdranten und bie bem Angeklagten minber nabe Stebenben auszuschließen. Bgl. § 226 Rote 2.

4. Der Borfchrift bes § 322 liegt ber Gebanke einer vermuth eten Bollmacht zu Grunde. Sie muß baher folgerichtig außer Anwendung bleiben, wenn ein mit ichriftlicher Bollmacht bes Angeklagten versehener Bertheibiger für benselben erscheint: in einem folchen Falle muß angenommen werden, daß ber Angeklagte nur burch biesen vertheibigt sein wolle. An ben selbständigen Befugnissen bes gefetzlichen Bertreters bes Angeklagten wird burch bas Auftreten eines bevollmächtigten Bertheibigers nichts geäubert. Bgl. die Roten zu Buch 1 Abschnit 11.

Bu § 323.

- 1. Auch bann, wenn ber Aufenthalt bes im Auslande befindlichen Angeklagten befannt ift, wird bas Urtheil lediglich in ber in § 40 Abs. 2 bestimmten Beise zugestellt.
 - 5. In Betreff bes Beginnes ber Frift fur bie Anfechtung bes Urtheils f. S 40 Rote 6.
- 3. Gegen bas Urtheil steht bem Angeklagten bas Gesuch um Wiedereinsesung in ben vorigen Stand nach Maßgabe bes § 234 zu; es sehlt jeder Grund, die Wiedereinsesung als ausgesichlossen anzusehn, wenn der Angeklagte an dem von ihm beabsichtigten Erscheinen in der Hauptverhandlung durch einen unadwendbaren, von ihm nicht verschuldeten Zusall verhindert worden ist; vgl. § 319 Note 5. Gl. A. Dochow S. 259, Thilo S. 384, Puchelt S. 508, Keller S. 278, Stenglein S. 526; a. M. v. Schwarze S. 482, Dalde S. 219, H. Meyer in H. E. 229 u. ansch. Boitus S. 340.
 - Ru \$ 324.
- 1. Die im § 322 bezeichneten Personen haben, sofern fie nicht zugleich unter bie Borichtit bes § 340 fallen, ein selbstständiges Recht zur Ergreisung von Rechtsmitteln nicht, vielmehr können fie von ben Rechtsmitteln bes Beschulbigten nur vermöge vermutheter Bollmacht Gebrauch machen. Es steht ihnen also nicht zu, gegen ben erklärten Willen deffelben zu handeln. und bas zu § 322 Rote 4 Bemerkte muß auch hier Anwendung finden. Gl. A. Binding S 173.
- 2. Die Bejugniß zur Ginlegung von Rechtsmitteln fteht auch folden Angehörigen bes Ber ichulbigten zu, welche bisher nicht als Bertreter ober Bertheibiger beffelben auf getreten maren
- 3. Nur innerhalb ber für ben Beschulbigten selbst laufenben Frist en kann die Einlegung x ber Rechtsmittel erfolgen; vgl. § 340.
- 1. Im Gegensat ber in ben §§ 332 ff. behanbelten Beschlagnahme bes ganzen Bermögend burch welche bie Gestellung bes Angeschulbigten herbeigeführt werben soll, hanbelt es sich bei ber in § 325 vorgesehenen Maßregel lediglich barum, für ben Fall ber Berurtheilung bes Angeschul

Digitized by GOOGIC

§. 326.

Insoweit eine Deckung in Gemäßheit ber vorstehenden Bestimmung nicht ausführbar erscheint, kann durch Beschluß des Gerichts das im Deutschen Reich besindliche Bermögen des Angeschuldigten mit Beschlag belegt werden. Der Beschluß ist durch den Deutschen Reichsanzeiger und nach Ermessen des Gerichts auch durch andere Blätter zu veröffentlichen.

Berfügungen, welche ber Angeschulbigte über sein mit Beschlag belegtes Bermogen nach ber ersten burch ben Deutschen Reichsanzeiger bewirkten Beröffentlichung bes Beschluffes vornimmt, sind ber Staatskaffe gegenüber nichtig.

Die Beschlagnahme bes Vermögens ist aufzuheben, sobalb ber Grund bersielben weggefallen ober bie Deckung ber Staatskasse burch eine Beschlagnahme in Gemäßheit bes §. 325 bewirkt ist.

Die Aufhebung ber Beschlagnahme ift burch bieselben Blätter bekannt zu machen, burch welche bie Beschlagnahme veröffentlicht worben ift.

(I. II. III, Entm. § --.)

- bigten die Bollstredung bes Urtheils, b. h. die Beitreibung ber Gelbstrafe und ber Rosten, 34 sidern. Demgemäß sollen nur bestimmte zum Bermögen bes Angeschulbigten gehörige Gegenstände mit Beschlag belegt werben, und nur dann, wenn dies nicht ausführbar ift, tritt die in § 326 vorgesehene allgemeine Bermögensbeschlagnahme ein; vgl. dort Note 1. -- Es können sowohl unbewegliche wie bewegliche Gegenstände in Beschlag genommen werben.
- 2. Die Beschlagnahme nach § 325 ift bei allen in § 319 bezeichneten Deliften, also auch bei Uebertretungen, zulässig. Auch fommt es barauf, welches Gericht sachlich zuständig ift, nicht an.
- 3. Bie fich aus ber Bahl bes Ausbrud's "Angeschulbigten" (vgl. § 155) ergiebt, ift bie Besichlagnahme er ft nach Erhebung ber öffentlichen Klage zuläffig. Im Uebrigen ift fie in jebem Stadium bes Berfahrens flatthaft.
- 4. Darüber, ob und in welchem Umfange bie Beschlagnahme erforberlich sei, entschiebet bas richterliche Ermessen. In ber Boruntersuchung (vgl. § 319 Rote 5) steht bie Entscheisbung bem Untersuchungsrichter zu; vgl. Buch 2 Abichn. 3 Rote 3. c, sowie andererseits § 326 Rote 3. In Betreff ber schöffengerichtlichen Sachen s. GBG. § 30 Abs. 2.
- 5. Ueber bie Bollziehung und bie Birfung bes binglichen Arreftes f. CBD. §§ 808-811 in Berb. mit § 708 ff. und Gef. v. 30. April 1886 (RGBI. S. 130).
- 6. Die Beschlagnahme ift auf zu heben, sobald die Sachlage eine die Boraussehungen bersielben beseitigende Beränderung erfährt, also namentlich bann, wenn ber Angeschuldigte freigesprochen ober außer Berfolgung geseht wird, wenn er seinen dauernden Aufenthalt im Inlande nimmt, oder wenn die Untersuchung ergiebt, daß die That nicht zu den im § 319 bezeichneten strafbaren Hangen gehört; vgl. jedoch § 332. Auch durch Sicherheitsleistung kann der Angeschuldigte die Ausbeung der Beschlagnahme bewirken.
 - 7. Bgl. noch § 480.

Zu § 326.

- 1. Die hier vorgesehene Bermögensbeschlagnahme ift nur eine subsibiare Dagregel; vgl. § 325 Rote 1. Demzufolge muß, sobalb nachträglich bie Beschlagnahme einzelner Gegenstände fic als ausführbar erweift, zu bieser geschritten und, nachbem fie zur Aussuhrung gebracht worden, bie weitergehende Beschlagnahme bes § 326 wieder ausgehoben werden.
- 2. Die Bestimmung sett nicht ben Nachweis voraus, bag ber Angeschulbigte zur Zeit irgend welches im Deutschen Reiche befindliche Bermögen besichte; bie Beschlagnahme ergreift auch basjenige Bermögen, welches ber Angeschulbigte erst später erwirbt.
 - 3. Da ber S einen Befolug bes Gerichts erforbert, fo fleht bie Berhangung ber Bermogens-

§. 327.

In anderen als ben im §. 319 bezeichneten Fällen findet gegen einen Abwesenden eine Hauptverhandlung nicht statt. Das gegen den Abwesenden eingeleitete Verfahren hat die Aufgabe, für den Fall seiner kunftigen Gestellung die Beweise zu sichern.

Für dieses Berfahren gelten die Bestimmungen der §§. 328—336.
(I. Cuim. § 223; II. Enim. § 229; III. Enim. § 273.)

- beschlagnahme in ber Boruntersuchung nicht bem Untersuchungsrichter, sonbern nur ber Straff kammer zu; vgl. bagegen § 325 Rote 4. Für schöffengerichtliche Straffachen (vgl. § 325 Rote 2) gilt auch hier die Borschrift bes GBG. § 30 Abs. 2.
- 4. Ob ber Befchluß öfter als einmal und ob er noch burch andere Blatter als burch ben Deutschen Reichsanzeiger zu veröffentlichen sei, unterliegt bem Ermeffen bes Gerichts. Die Birtungen ber Beschlagnahme beginnen in allen Fallen mit ber erften Beröffentlichung im Reichsanzeiger.
- 5. Der Staatstaffe gegenüber sind bie späteren Berfügungen bes Angeichuldigten felbit bann nichtig, wenn bem mit biesem kontrabirenben Dritten bie Beschlagnahme unbekannt war. Im Uebrigen wird bas Rechtsverhältniß zwischen bem Angeschuldigten und bem Dritten burch bie Borfchrift bes § 326 nicht berührt. Bgl. § 334.
 - 6. Bgl. noch § 325 Rote 6.

3u § 327.

- 1. Bgl. oben Rote 1 gu Buch 2 Abichn. 8.
- 2. Das Gefet ichließt in anberen als ben in § 319 bezeichneten Fällen zwar bie hauptverbandlung und Urtheilsfällung gegen ben abwesenben Beschuldigten aus; allein die zeitige Abwesenbeit bes letteren barf seine Ueberführung im Falle ber fünftigen Gestellung nicht vereiteln, und solglich mussen einstweilen alle biesenigen Untersuchungshandlungen vorgenommen werben, welche zur Sicherung ber Beweise ersorberlich sind. Es handelt sich hier, wie die Mot. S. 206 sagen, "um ein ber Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnis analoges Bersahren" (vgl. § 32-216). 2). Welche Untersuchungshandlungen vorzunehmen seien, barüber lassen sich allgemeine Rommen nicht ausstellen; es hängt dies von der Lage des einzelnen Falles ab.
 - 3. Ueber bie Bestaltung bes Berfahrens ift Folgenbes gu bemerten:
- a. Wird bie Abmefenheit bes Beschulbigten befannt, bevor bie Erhebung ber öffentlichen Rlage ftattgefunben bat, fo bat junachft bie Staatsanmaltichaft baruber ju befinben, ob und welche Untersuchungshandlungen jur Gicherung ber Beweise erforberlich feien. Bei geringiugigen Delitten ift bie Staatsanwaltichaft fur bejugt ju erachten, einftweilen von allen Untersuchungshandlungen Abstand zu nehmen, wenn fich vorausfeben lagt, bag bie Gestellung bes Befchulbigen niemals erfolgen werbe. Im Uebrigen bewirft bie Staatsanwaltschaft bie Sicherung ber Beweife im Bege bes Borbereitungsverfahrens (§ 160); fie tann aber auch, falls bei bem vorliegenben Delift bie Boruntersuchung ftatthaft ift (§ 176), burch ben Antrag auf Groffnung einer folden bie öffentliche Rlage erheben. Die unmittelbare Erhebung ber Anklage (§ 197) ift nicht fur fatthaft zu erachten, ba bie Gröffnung bes Sauptverfahrens, fo lange ber Befculbigte abmefenb in, etwas Zwedlofes fein murbe; bas Gericht murbe befugt fein, bie Eröffnung bes hauptverfahrens einstweilen abzulehnen (vgl. & 197 Rote 6) Gl. A. Reller S. 424, Stenglein S. 528; a. M. & Meyer in Sh. II. S. 231. — Batt bie Staatsanwalticaft eine Bermogensbeschlagnahme (§ 332) für erforberlich, fo ift fie genothigt, Die Gröffnung ber Boruntersuchung zu beantragen; pgl. § 332 Abs. 2 u. Note 2 bas. Dagegen bebingt bie erfolgte Erlaffung bes haftbefehls einen jolden An: trag noch nicht, ba ber Lauf ber in § 126 bestimmten Friften erft nach ber Bollftredung bes Saftbefehls beginnen tann. - Das Legalitätspringip wird burch bie vorgebachten Befugniffe ber Staatsanwaltichaft nur icheinbar berührt; vgl. § 152 u. Rote 4. b baf. Bgl. noch § 319 Rote 4.
- b. hat bie Staatsanwaltichaft gegen ben Abwesenben bie Boruntersuchung beantragt, so wird nach Abschluß berselben, salls ihr Ergebniß nicht zu einer Außerverfolgsebung (§ 202)

§. 328.

Die Zulassung eines Vertheibigers wird durch die Abwesenheit des Beschulbigten nicht ausgeschlossen. Zur Wahl eines Vertheibigers sind auch Angehörige des Beschulbigten besugt.

Zeugen und Sachverständige sind eiblich zu vernehmen.

(I. Entw. § 226; II. Entw. § 232; III. Entw. § 276.)

jührt, das Berfahren vorläufig eingestellt (§§ 196, 203). Caffelbe gilt, wenn erst im Laufe einer Boruntersuchung die Abwesenheit des Beschnlögten eintritt ober bekannt wird.

- c. Stellt sich im Falle einer unmittelbar erhobenen Anklage bie Abwesenheit bes Beschulbigten vor Erlassung bes Beschlusses über bie Eröffnung bes Hauptversahrens heraus (vgl. § 199), so hat bie Staatsanwaltschaft bie Anklage zurückzunehmen (vgl. § 154 Note 1), event. aber bas Gericht die Eröffnung bes Hauptversahrens einstweilen abzulehnen (vgl. oben zu a). Erscheint seboch in einem solchen Falle noch eine Sicherung ber Beweise nothwendig, so wirb bie Bestimmung bes § 200 analog anwendbar: es wird nach Verschiebenheit der Fälle die Erhebung einzelner Beweise oder die Eröffnung einer Boruntersuchung beschlossen und demgemäß das Berssahren vorläusig eingestellt. Die Eröffnung der Boruntersuchung wird auch ersorberlich, wenn eine Vermögensbeschlagnahme eintreten soll; vgl. § 332 u. Note 2 bas.
- d. In Betreff bes Falles, wenn fich bie Abwefenheit bes Befchulbigten erft nach ber Ersöffnung bes Sauptverfahrens herausstellt, f. § 331 u. bie Noten baf.
- 4. Inwiefern burch eine erfolgte Bermögensbefchlagnahme eine Musbehnung ber Bemeisethebungen bebingt werben fonne, barüber f. bie Roten gu § 336.
- 5. Ueber die Erlassung eines haftbefehls enthalten die SS 328—336 keine Borschrift; es sub also in dieser hinsicht lediglich die allgemeinen Bestimmungen (SS 112, 113) maßgebend; wgl. § 332 Note 3. Es versteht sich, daß eine bloß vorläufige Einstellung des Bersahrens die Aufphedung des Haftbefehls nicht nach sich zieht, die Behörden vielmehr dieser Einstellung ohnerachtet verpsichtet bleiben, die Bollfrectung des Haftbefehls im Auge zu behalten und das in dieser hinsicht Ersorderliche zu veranlassen; vgl. insbes. § 131.
- 6. In Betreff bes Falles, wenn von mehreren Beschulbigten nur einzelne abs wesenb find, sagen bie Mot. S. 207: Es ift nicht für angemessen erachtet worden, "über das gegen anwesende Witbeschuldigte einzuschlagende Bersahren Borschriften zu geben. Ginerseits nämlich versteht es sich von selbst, daß die Abwesenheit eines Angeklagten kein rechtliches hinderniß sein kann, gegen anwesende Mitangeklagte zur hauptverhandlung und Urtheilsfällung zu schreiten. Andererseits aber kann es allerdings Fälle geben, in denen es rathsam sein wird, die voraussichtelich erfolgende Gestellung des Abwesenden abzuwarten. Bindende Borschriften lassen sich hierüber nicht wohl geben; vielmehr wird es immer auf die Lage des einzelnen Falles und namentlich auch darauf ankommen, ob sich die anwesenden Mitbeschuldigten in haft befinden und ob eine Berlängerung der letzteren gerechtsertigt erscheint."

3u § 328.

Bu Abs. 1.

- 1. In Betreff bes Begriffes "Ungeborige" f. § 322 Dote 2.
- 2. Abgesehen von der besonderen Bestimmung in Sat 2 finden hier lediglich die allgemeinen Borschriften über die Bertheidigung Anwendung. Dies gilt namentlich von der Berechtigung jur Führung der Bertheidigung (§ 138); daher sind hier, adweichend von dem Falle des § 322 (vgl. dort Rote 3), die Angehörigen des Beschuldigten nicht schlechthin besugt, selbst als Berstheidiger auszuteten. In Betreff der Legitimation s. § 138 Rote 11. a. Auch die Besugniß des Bertheidigers, den Beweiserhebungen beizuwohnen, bestimmt sich nach den allgemeinen Borschriften (§§ 167, 191, 222—224); vgl. Prot. der 173. Sigg. S. 10, 11. Bgl. ferner § 331 Rote 3.

Ru Abf. 2.

3. Die Bestimmung fest voraus, baß eine gerichtliche Bernehmung von Beugen ober Sachverstandigen stattfindet, läßt bagegen die Frage, in welchen Fallen eine solche erforberlich fei,

§. 329.

Dem abwesenden Beschuldigten steht ein Anspruch auf Benachrichtigung über ben Fortgang des Versahrens nicht zu.

Der Richter ist jedoch befugt, einem Abwesenben, beffen Aufenthalt bekannt ift, Benachrichtigungen zugehen zu laffen.

(I. Entw. § 228; II. Entw. § 234; III. Entw. § 277.)

§. 330.

Der Abwesenbe, bessen Aufenthalt unbekannt ift, kann in öffentlichen Blattern jum Erscheinen vor Gericht ober zur Anzeige seines Aufenthaltsorts aufgeforbert werben.

(I. Entm. \$ 227; II. Entw. \$ 233; III. Entw. \$ 278.)

§. 331.

Stellt sich erst nach Eröffnung bes Hauptverfahrens bie Abwesenheit bes Angeklagten heraus, so erfolgen bie noch erforberlichen Beweisaufnahmen burch einen beauftragten ober ersuchten Richter.

(I. Entre. § 225; II. Entre. § 231; III. Entre. § 275.)

gang unberührt; vgl. § 327 Rote 3. a. Anbererseits aber folgt aus ihr, bag biejenigen Beugen ober Sachverstänbigen, beren gerichtliche Bernehmung vor bem Bekanntwerben ber Abwesenheit bes Beschulbigten uneiblich erfolgt war, in ber Regel nachtraglich zu beeibigen sein werben.

4. Die Bestimmung modifizirt nicht bie Borschriften ber SS 56, 57 (vgl. § 72, § 79 Rote1), sondern nur diejenige über den Zeitpunkt der Beeidigung (§ 65); sie trägt dem Umstande Rechnung, daß es einstweilen ungewiß bleibt, wann die Hauptverhandlung stattsinden und ob in ihr eine abermalige Bernehmung der betr. Personen möglich sein werde; vgl. § 327 Note 2.

3u § 329.

- 1. Die Bestimmung bes Abs. 1 gilt für alle Benachrichtigungen, welche an ben nichtabweienben Beschulbigten zu erlassen sein murben (vgl. z. B. §§ 191, 193); ben Worten "über ben Fortgang" wohnt eine besondere Bebeutung nicht bei. — An dem dem Bertheibiger (§ 328) zustehenden Anspruche auf Benachrichtigung wird durch die Abwesenheit des Beschulbigten nichts geandert.
- 2. Eine Zustellung wird auch in Abs. 2 nicht erforbert: ba die Benachrichtigung gan; unterbleiben barf, so barf sie auch in formloser Weise (vgl. § 35 Rote 4) geschehen. Gl. A. Reller S. 425, Stenglein S. 530; a. M. Buchelt S. 515.

3u # 380.

1. Der f hat bie Falle im Auge, in benen anzunehmen ift, baß ber Befchulbigte von ber gegen ihn gerichteten Strafverfolgung teine Renntniß habe, baß er aber, wenn er biefe erhalt, fich bem Gericht freiwillig ftellen werbe (Dot. S. 207).

Ru & 331.

- 1. Bgl. bas zu § 327 Rote 3 Bemerkte. Stellt sich bie Abwesenheit bes Angeklagten erft nach Eröffnung bes hauptverfahrens heraus, so kommt bie anberaumte hauptverhandlung in Begfall, und bas Gericht beschließt nach Anhörung ber Staatkanwaltschaft barüber, ob und welche Beweisaufnahmen zur Sicherung ber künftigen Ueberführung für erforberlich zu erachten seien. Ift mit Rücksicht auf bas stattgehabte Borverfahren eine weitere Beweisaufnahme entbehrlich ober hat die letztere ihren Abschluß gefunden, so beschließt bas Gericht die vorläufige Ginstellung bes Berfahrens. Bgl. Note 3. b. zu Buch 2 Abschn. 5.
- 2. Die noch erforberlichen Beweisaufnahmen erfolgen felbst bann burch einen beauftragten ober erfuchten Richter (vgl. GBG. Tit. 13. Rote 6. b), wenn bie Abwefenheit bes Angerstagten sich erft bei bem Beginn ber hauptverhandlung heraubstellt und die zu vernehmenben Bersonen zur Stelle find. Die Bernehmung berfelben vor bem erkennenben Gericht selbst ware

Digitized by GOOGIC

§. 332.

Liegen gegen ben Abwesenben, gegen welchen bie öffentliche Klage erhoben ist, Berbachtsgründe vor, welche bie Erlaffung eines Haftbefehls rechtfertigen würden, so kann sein Deutschen Reich befindliches Vermögen durch Beschluß bes Gerichts mit Beschlag belegt werden.

Die im vorstehenden Absate bezeichnete Beschlagnahme findet in Sachen, welche zur Zuständigkeit ber Schöffengerichte geboren, nicht statt.

(I. Entm. § 229; II. Entm. § 235; III. Entm. § 279.)

eine nuplose Brozebur, und überdies murbe eine Protokollirung ber Aussagen in ber Art, wie sie in ber hauptverhandlung regelmäßig stattfindet (§ 273), dem Zwede ber Beweisaufnahme (§ 327) nicht entsprechen. Bal. S. Mever in S. II. S. 233.

- 3. hinfichtlich ber Berechtigung ber Staatsanwaltschaft und bes Bertheibigers zur Answesenheit bei ben Beweiserhebungen muß, ba fich bie Sache bereits im Stadium bes hauptverfahrens befindet, die Bestimmung bes § 223 Anwendung finden (vgl. § 206 Note 7). Gl. A. Stengslein; a. M. Puchelt S. 516, Keller S. 426.
 - 4. In Betreff bes Falles einer Bermögensbefchlagnahme f. noch § 336 Rote 2.
- 1. Die hier behandelte Beschlagnahme bes Bermögens ift lediglich ein Geftellung smittel: ber Angeschulbigte foll burch fie bewogen werben, vor Gericht zu erscheinen. Bgl. bagegen § 325 Rote 1.
- 2. Die Beichlagnahme ift erft nach erfolgter Erhebung ber öffentlichen Rlage zulässig; im Uebrigen ift ihre Berhangung im hauptversahren ebenso ftatthaft wie in ber Boruntersuchung. Bgl. § 327 Rote 3.
- 3. a. Die Beschlagnahme sett voraus, daß die Sachlage die Erlassung eines haftbesehls rechtertigen würde; es muß also der Angeschuldigte der ihm zur Last gelegten That bringend versdächtig sein und außerdem ein gesehlicher Berhaftungsgrund vorliegen (vgl. § 112 u. Rote 3. a. das.). Daß der Angeschuldigte im Sinne des § 318 "abwesen" ist, begründet sür sich allein noch nicht den Fluchtverdacht; es bedarf also in jedem Falle der richterlichen Prüsung, obein Berhaftungsgrund vorhanden sei (vgl. § 330 Rote 1). Gl. A. Keller S. 427, v. Schwarze S. 486, Dalce S. 223, Stenglein S. 531; a. M. Puchelt S. 518.
- b. Daß die Erlassung bes haftbefehls wirklich erfolgt fei, erforbert bas Geseth nicht. Doch ist bieselbe auch neben ber Beschlagnahme völlig statthaft (gl. A. Reller S. 427, Dalde S. 223, Dochow S. 262, Stenglein S. 531; a. M. Puchelt S. 518), und es wird sogar regelmäßig an einem Grunde sehlen, die lettere Magregel ohne die erstere eintreten zu lassen.
 - 4. "jein Bermögen" vgl. § 326 Rote 2.
- 5. Auch bann, wenn bie Boraussetzungen bes § 332 fammtlich erfullt finb, unterliegt bie Anordnung ber Beschlagnahme bem Ermeffen bes Gerichts; pgl. § 336 Rote 1 (Schluß).
- 6. In ber Boruntersuchung fteht bie Entideibung nicht bem Untersuchungsrichter, sonbern ber Straffammer, mithin in reichsgerichtlichen Strafsachen bem erften Straffenat bes Reichsgerichts (GBG. § 138 Abf. 1), qu.
- 7. Rach Abs. 2 ift die hier behandelte Beschlagnahme in benjenigen Sachen ausgeschlossen, welche zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören, also bei allen Uebertretungen und bei den im GBG. § 27 bezeichneten Bergehen; dies gilt auch dann, wenn vermöge des Zusammensbanges mit einem anderen Delikt (§ 2) ein Gericht höherer Ordnung mit der Sache besaßt ist.

 Auf diejenigen Sachen, welche dem Schöffengericht überwiesen werden (GBG. § 75), bezieht sich die Bestimmung nicht (vgl. GBG. § 29 Note 2. a.); bei ihnen also ist die Beschlagnahme statthaft. In der REK. (Prot. S. 1091 ff.) ist man anscheinend von der Ansicht ausgegangen, daß auch in diesen Sachen die Beschlagnahme nur von der Straskammer beschlossen werden könne; allein in dem Seseh selbst sindet diese Ansicht keine Begründung; die Besugniß zur Beschlagnahme seht daher nach ersolgter Ueberweisung dem Schössengericht, also außerhalb der Hauptverhandlung (BBG. § 30 Abs. 2) dem Amtsrichter zu. A. M. Stenglein S. 531.

20me, Strafprozeforbnung. 5. Auflage.

§. 333.

Der bie Beschlagnahme verhängenbe Beschluß ift burch ben Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen und kann nach bem Ermeffen bes Gerichts auch burch anbere Blätter peröffentlicht merben.

(T. Entw. \$ 210 Abf. 1; II. Entw. \$ 236; III. Entw. \$ 280).

§. 334.

Mit bem Zeitpunkte ber ersten Bekanntmachung in bem Deutschen Reichanzeiger verliert ber Angeschuldigte bas Recht, über bas in Beschlag genommene Bermögen unter Lebenben zu verfügen.

Der die Beschlagnahme verhängende Beschluß ift berjenigen Beborbe mit: zutheilen, welche für bie Ginleitung einer Bormunbicaft über Abmefende zuftanbig Diese Behörde hat eine Güterpflege einzuleiten.

(I. Entw. \$5 230, 231; II. Entw. \$ 237; III. Entw. § 281.)

§. 335.

Die Beschlagnahme ist aufzuheben, wenn die Grunde berselben weggefallen sind. Die Aufhebung ber Beschlagnahme ist burch bieselben Blätter bekannt ju machen, burch welche bie Beschlagnahme selbst veröffentlicht worben mar.

(I. Cutm. § 232; II. Cutm. § 238; III. Cutm. § 282.)

Zu § 338.

1. Bgl. § 326 Rote 4.

3u \$ 334.

- 1. Die rechtliche Birtung ber Beschlagnahme tritt mit bem Zeitpunkt ber erften Befanntmachung in bem Deut ichen Reichsanzeiger ein. "Die fonfligen öffentlichen Befanntmachungen entbehren biefer Bebeutung und follen nur jur Sicherung britter Berfonen bienen, bie fich mit bem Angefdulbigten etwa in Rechtsgefcafte einlaffen tonnten" (Dot. S. 207).
- 2. Mur Berfügungen unter Lebenben werben von ber in § 332 bestimmten Beschlage nahme betroffen; hinfictlich ber Berfügungen auf ben Tobesfall tritt eine Befdrantung nicht ein. - Die ersteren find bier, anbers im Salle bes & 326 (vgl. bort note 5), folechthin, alfo nicht blos gegenüber ber Staatstaffe, nichtig; ber Angeschulbigte bat binfichtlich bes in Beidlag genommenen Bermögens jebe Berfügungefähigfeit verloren, und ebenbeshalb ichreibt bas Gefet bie Ginleitung einer Gnterpflege vor. Bgl. Prot. S. 1091 ff., Reller S. 428.
- 3. An ben bereits bestehenben Rechten Dritter kann bie Beschlagnahme nichts anbern; baber ift es fur überfluffig erachtet worben, eine Bestimmung bes Inhalts aufzunehmen, bag ben alimentationsberechtigten Angehörigen bes Angefculbigten aus bem in Befclag genommenen Bermögen Unterhalt ju gemähren fei (Mot. S. 207; Brot. S. 436 ff).
- 4. In benjenigen Theilen bes Reiches, in benen bas burgerliche Recht nicht eine eigentlicht Bormunbicaft über Abwesenbe, sonbern nur eine Ruratel über bas Bermögen berselben kennt, erfolgt bie in Abs. 2 porgeschriebene Mittheilung an biejenige Behorbe, welche fur bie Ruratel zuständig ift.
 - 3u § 335.
- 1. Die Aufhebung ber Beichlagnahme muß ftattfinben, fobalb eine ihrer Borausfepungen (SS 318, 332) in Begfall gefommen ift, alfo insbef. auch bann, wenn in Rolge veranberter Sadlage ein Berhaftungsgrund nicht mehr beftebt; vgl. § 332 Rote 3. Beichlieht bas Gericht, ben Angeschulbigten gegen Sicherheitsleiftung mit ber Untersuchungshaft zu verschonen (§ 117), fo zieht auch bie erfolgte Leistung ber Sicherheit bie Aufhebung ber Befchlagnahme nach fich (vgl. Brot. S 1087). - Im Uebrigen tann bie Aufhebung auch im Laufe bes Berfahrens jebergeit erfolgen, wenn bas Gericht eine langere Aufrechthaltung ber Magregel nicht für angemeffen erachtet; vgl. § 332 Note 5. Bgl. ferner § 336 Note 1 (Schlug).

§. 336.

Auf bas nach Erhebung ber öffentlichen Klage eintretende Verfahren finden im Uebrigen bie Vorschriften über bie Voruntersuchung entsprechende Anwendung.

In dem nach Beendigung bieses Verfahrens ergehenden Beschlusse (§. 196) ist zugleich über die Fortdauer oder Aushebung der Beschlagnahme zu entscheiden.
(L. II. II. Entw. § -.)

§. 337.

Das Gericht kann einem abwesenben Beschuldigten sicheres Geleit ertheilen; es kann biese Ertheilung an Bebingungen knüpfen.

Das sichere Geleit gewährt Befreiung von ber Untersuchungshaft, jedoch nur in Ansehung berjenigen strafbaren Handlung, für welche basselbe ertheilt ift.

Es erlischt, wenn ein auf Freiheitsstrafe lautendes Urtheil ergeht, wenn ber Beschuldigte Anstalten zur Flucht trifft, ober wenn er die Bebingungen nicht ersfüllt, unter welchen ihm bas sichere Geleit ertheilt worden ift.

(I. Cutm. § 233; IL Cutm. § 239; III. Cutm. § 283.)

Bu § 336.

2. Das vorstehend Bemertte muß übrigens ber natur ber Sache nach auch auf bie nach Ersöffnung bes hauptverfahrens erfolgenben Beweißerhebungen (§ 331) Anwendung finden, wenn eine Beschlagnahme bes Bermögens verhangt worden ift; insbes. muß nach Abschluß ber Beweiserhebungen ein ausbrucklicher Beschluß über die Fortbauer ober Ausbehung ber Beschlagenahme ergeben; vgl. § 331 Note 1.

Bu # 337.

1. Die Befugniß zur Ertheilung bes sicheren Geleites ift hier, abweichend von bem früheren Recht, nicht ber Landesjustizverwaltung, sondern bem Gericht beigelegt. — Das sichere Geleit kann in allen Strafsachen, also auch von jedem Gericht und insbes. auch von bem Amisrichter, ertheilt werden. In der Boruntersuchung wird, da die Ertheilung besselsen die Untersuchungshaft ausschießt, die Entscheidung über die lettere aber nur bedingungsweise dem Untersuchungsrichter zusteht (§ 124), nicht dieser, sondern nur die Strafsammer für besugt zu erachten sein, die Ertheilung zu beschließen; gl. A. Keller S. 431, Geger Lb. S. 603, Binding S. 105; a. M. Stenglein S. 534.

^{1.} Der Sinn biejes erft von ber RIR. aufgenommenen f ift aus bem Gefete felbit nicht flar zu erkennen. Rach ben Brot. (S. 1091 ff.) und bem Bericht ber RIR. (S. 81) fest bie Beftimmung voraus, bag eine Boruntersuchung (vgl. § 327 Rote 3) eröffnet ift und eine Bermögens: beidlagnahme (§ 332) ftattgefunden bat. Alsbaun foll mit Rudficht auf bie Bichigfeit biefer letteren Dagregel und auf bie Bebeutung, Die fie für ben Angeschulbigten hat, Die Boruntersuchung in ber regelmäßigen Beife, alfo unter Umftanben über bie in § 327 bezeichnete Aufgabe binaus, burchgeführt werben; nur bie Bernehmung bes Angeschulbigten (§ 190) tomint in Begfall ("eintiprechende Anwenbung"). Rach Abichlug ber Borunterfuchung beichlieft bas Gericht entweber bie Außerverfolgfepung bes Angefculbigten (§ 202) ober bie vorläufige Ginftellung bes Berfahrens Im ersteren Falle versteht fich bie Aufhebung ber Beschlagnahme von felbft (§ 335). Aber auch im Falle ber blos vorläufigen Ginstellung hat bas Gericht flets eine ausbrudliche Ent= icheibung über bie fortbauer ober Aufhebung ber Befchlagnahme zu erlaffen, unb amar hat es hierbei nicht blos bie Bulaffigteit, fonbern auch bie Angemeffenheit ber Forts bauer zu prufen; bie Aushebung ber Beichlagnahme foll nach ber Absicht bes Gefetes nicht blos bann stattfinben, wenn eine ber gejestlichen Boraussesungen ber Maßregel in Wegfall gefommen ist, fondern auch bann, wenn bie That, wie fie fich nach bem Ergebnig ber Boruntersuchung barftellt, nicht von folder Erheblichkeit ift, bag es gerechtjertigt ericheinen fonnte, bie Befchlagnahme auf unbestimmte Beit fortbauern ju laffen.

Drittes Buch.

Rechtsmittel.

Erfter Abichnitt.

Allgemeine Beftimmungen.

- 2. Als Bebingung bes sicheren Geleites bezw. seiner Fortbauer tann 3. B. aufgestellt werben: bas Erscheinen bes Beschulbigten zu einem bestimmten Termin ober sein Berbleiben an einem bestimmten inländischen Orte. Desgleichen kann eine Sicherheitsleiftung (§ 117: vgl. bort Note 1) geforbert werben.
- 3. "nur in Ansehung ber je nigen firafbaren hand lung" Die lettere muß also in bem Geleitsbrief in bestimmter Beise bezeichnet werben. Uebrigens tommt es nur auf bie Ibentität ber That, nicht auf beren strafrechtliche Qualifizirung an; eine im Laufe bes Bersahrenseintretende Aenderung ber letteren hat bas Erloschen bes sicheren Geleites nicht zur Folge.
- 4. Schon bie Erlassung eines auf Freiheitsftrase lautenben Urtheils bewirft bas Erlöschen bes sicheren Geleites, auch wenn ber Beschulbigte ein Rechtsmittel ergreift; bas von ber RER. ans fanglich eingeschaltete Wort "rechtsträftig" wurde später wieder gestrichen (Prot. S. 488, 1099.) Aus bem Erlöschen bes sicheren Geleites folgt übrigens selbstwerständlich noch nicht, daß ber Beschulbigte nunmehr nothwendig verhaftet werden mulfe; vgl. § 123 Note 4.
- 5. Das Er löschen bes ficheren Geleites muß burch einen ben Grund besselben feststellenben gerichtlichen Beschluß ausgesprochen werben (a. M. nur Buchelt S. 522). Gegen ben Beschluß sinbet bie Beschwerbe statt; sie hat jedoch keine aufschiebende Wirkung und kann somit, falls bas Gericht einen haftbesehl erläßt, die Bollstredung besselben nicht hindern (§ 348).

Bum Dritten Buche.

- 1. Der Begriff bes Rechtsmittels ift fein absolut feststehenber; er ist vielmehr in ber Theorie wie in der Gesetzebung balb in einem weiteren, balb in einem engeren Sinne verstanden worden. Die StPD. versteht unter Rechtsmitteln nur diejenigen Rechtsbehelse, burch welche gerichtliche Entscheidungen, die noch nicht rechtskräftig sind, vor einem Gericht höherer Instang anzgesochten werden. Rechtsmittel im Sinne der StPD. sind daher nur: die Bescher uf ung und die Revision. Dagegen sallen nicht unter den Begriff der Rechtsmittel: der Anstrag auf Wiederaufnahme des Bersahrens (Buch 4), das Gesuch um Wiedereinsehung in den vorigen Stand (§§ 44 si., 234) und der Einspruch gegen den amtsrichterlichen Strasbesehl (§§ 450 si.); vgl. übrigens § 405, § 44 Note 3. b.
- 2. a. Mit bem Begriff bes Rechtsmittels forrespondirt berjenige ber Rechts traft; ein Urstheil ift rechtsfraftig, wenn es nicht mehr mittelft ber Berufung ober ber Revifion angefochten werben tann (vgl. SS 357, 383). In Betreff ber relativen Rechtstraft f. S 343 Rote 2, S 372, S 398 Abs. 2, in Betreff ber theilweisen: SS 357, 359, 368, 383. In Betreff ber Strafs befehle f. S 450. Beschlusse und Berfügungen find nur in gewissen gallen und nur in beschränter Beise ber Rechtstraft fähig; bas Rabere hieruber f. 3u S 353 Rote 9, S 348 Rote 5.
- b. Ein Rechtsmittel kann nur gegen bie Entscheibung selbft; (ben Tenor), nicht aber ausschließlich gegen die Gründe berselben eingelegt werden (vgl. § 338 Rote 2 b). Ebenso ift nur die Entscheidung selbst, nicht aber ihre Begründung der Rechtskraft fähig; in gewisser hilben jedoch die Fesistellungen des Urtheils einen Theil der Entscheidung selbst § 393 Abs. 2; vgl. § 266 Rote 2.
- c. Offenbare Schreib. ober Rebaktionsfehler können, auch wenn fie im Tenor einer Entscheidung enthalten find, nicht in Rechtskraft übergeben. Zu ihrer Beseitigung bebarf es baber ber Einlegung eines Rechtsmittels nicht; vielmehr können bieselben jeberzeit, von Amtswegen wie auf Antrag, berichtigt werben: RGer. IV. 22. Jan. 86 (Entsch. XIII. 267). Bgl. § 267 Rote 6. § 275 Note 5 sowie CBO. § 290.

- d. In Betreff einer nachträglichen Bieberaufhebung ber bereits eingetretenen Rechtsfraft f. § 397 und bie Roten baf.
- e. In Betreff ber nachträglichen Burudführung rechtsträftig erfannter Strafen auf eine Gefammtftrafe f. SS 492, 494.
- f. In Betreff ber Rechtsfraft einer bie ortliche Unguftanbigteit bes Gerichts ausfprechenben Entscheidung f. § 19 Rote 1.
- g. Ueber bie Befugniß ber Gerichte, ihre eigenen, einer Rechtstraft nicht fabigen Ent= foeibungen gurudgunehmen ober abzuanbern, f. § 348 Rote 5; vgl. § 353 Rote 8.
 - 3. Ueber ben Inftangengug f. bie Roten gu SS 346, 352, 354, 374.
- 4. Auch außerhalb bes 3. Buches enthält bie StBD. noch eine Reihe von Borschriften über bie Rechtsmittel; vgl. 3. B. 28, 81, 123, 430, 437, 441, 443, 469, 494 Abs. 4.

Rum Erften Abidnitt.

1. Der Abidnitt behanbelt hauptsächlich bie Berechtigung zur Ergreifung von Rechtsmitteln (§§ 338-340) und bie Zulässigieit einer Zurüdnahme bezw. eines Berzichts (§§ 344,
345). In § 342 ift eine bie Bezeichnung ber Rechtsmittel betreffende Bestimmung getroffen.
In § 338 Abs. 2 u. § 343 erhält bie Auffassung, von welcher die StPD. hinsichtlich ber Stellung
und Aufgabe der Staatsanwaltschaft ausgeht, ihre besondere Anwendung auf das Institut
ber Rechtsmittel. Endlich trifft § 341 eine besondere Bestimmung hinsichtlich des verhafteten z.
Beschuldigten.

In Betreff ber Gin legung ber Rechtsmittel find bier folgenbe allgemeine Gesichtspuntte bervorzuheben:

- 2. Die Einlegung eines Rechtsmittels tann erst nach ber Erlassung ber anzusechtenben Entscheideng erfolgen; eine frühere Einlegung ist wirkungslos. Dagegen wird die Birksamkeit einer nach ber Erlassung ber Entscheidung stattfindenden Einlegung baburch nicht beeinträchtigt, daß die Entscheidung bem Beschwerbeführer noch nicht bekannt gemacht war, also ber Lauf ber Einlegungsfrift für ihn noch gar nicht begonnen hatte. Bgl. § 344 Note 1.
- 3. Die Einlegung eines Rechtsmittels muß bei bem jenigen Gericht erfolgen, bessen Entsicheibung angesochten wirb (SS 348, 355, 381); Ausnahmen von biesem Grundsat s. in SS 341, 348, 353. Bon biesen Ausnahmen abgesehen, ift die bei einem anderen Gericht ersolgte Einlegung nur dann von Birtung, wenn das betr. Schriftstud ober Protosoll innerhalb der gesetzlichen Frist bei dem erstgedachten Gericht eingeht; vgl. Note 5 c. zu Buch 1 Abschn. 5 und Note 10 d. zu Buch 1. Dasselbe gilt, wenn die Einlegung bei einer nichtgerichtlichen Behörde schriftlich ersolgt. Eine vor einer solchen Behörde mündlich abgegebene Erklärung ift an sich wirtungslos, hat jedoch die Aufnahme eines Protosoles stattgesunden und der Besichwerbesührer dieses unterzeichnet, so liegt eine schriftliche Erklärung des letzteren vor, und das Protosol ist gleich einem von demselben eingereichten Schriftstud zu behandeln.
- 4. Die Einlegung ber Rechtsmittel ift nicht an eine besondere Form gebunden, sondern kann in allen Fällen zum Protokoll des Gerichtsschreibers ober schriftlich,erfolgen (§§ 348, 355, 381); vgl. Rote 8 ff. zu Buch 1. Dies gilt auch von der Einlegung der Revision (nur für die Rechtfertigung dieses Rechtsmittels ift in § 385 Abs. 2 eine besondere Form vorgeschrieben). In Betreff der Einlegung eines Rechtsmittels durch Telegramm s. Note 9. b zu Buch 1. Ueber die Frage, ob die Einlegung der Berufung oder der Revision schon in der Hauptvershandlung der Borinstanz erfolgen durse, s. bie Noten zu § 355 und zu § 381.
- 5. Die Einlegung ber Berufung und ber Revision ist an eine Frist von einer Woche gestunden (§§ 355, 381). Dagegen ist die Beschwerde ber Regel nach eine fristlose; über die Aussnahmen s. § 353 u. Rote 1. das. Das Rähere in Betreff ber Fristen und insbes. barüber, in welchen Fällen eine solche als gewahrt anzusehen sei, s. in Rote 5 zu Buch 1 Abschn. 5. Bgl. noch § 267 Rote 5. a. § 338 Rote 4. In Betreff ber Wiebereinsehung in ben vorigen Stand nach Bersäumung einer Frist s. § 44 ff.

6. Die Erflarungen über Einlegung ober Rechtfertigung eines Rechtsmittels tonnen nicht be-

§. 338.

Die zulässigen Rechtsmittel gegen gerichtliche Entscheidungen fteben sowohl ber Staatsanwaltschaft als bem Beschulbigten zu.

Die Staatsanwaltschaft kann von benfelben auch zu Gunften bes Beschulbigten Gebrauch machen.

(I. Entw. § 234; II. Entw. § 240; III. Entw. § 284.)

bingt abgegeben werben; vielmehr ift eine bebingte Ginlegung zc. unwirffam: RGer. &. 27. Juli 81 (Rfpr. III, 490).

3u § 338.

Bu Abf. 1.

- 1. a. Die Bestimmung bes Abs. 1 hat nur bas in Buch 2 behandelte ordentliche Bersahre im Auge und grenzt nicht ben Kreis ber zur Einlegung von Rechtsmitteln berechtigten Bersonen ab. Die StBD. gewährt die zulässigen Rechtsmittel allen Prozesbetheiligten (vgl. § 153 Rote 6) und enthält bezüglich ber in § 338 nicht genannten noch eine Reihe besonderer Borsschieften (§§ 430, 441, 443, 466—469, 479). In Betreff des Beschwerderechts dritter, zu ben Prozesbetheiligten nicht gehörender Personen s. § 346 Abs. 2.
- b. Jeber Beschulbigte tann ohne Rudficht auf seine sonstige handlungsfähigkeit fich ber zulässigen Rechtsmittel selbstständig bebienen; dies gilt selbst von dem Unmundigen: Rect. III. 3. Dez. 83 (Ripr. V. 754); vgl. Buch 1 Absch. 11 Note 3. a. Inwiesern der Beschuldigte bei dem Gebrauch der Rechtsmittel burch Andere vertreten werden könne, barüber i. Buch 1 Absch. 11 Note 6. a. sowie SS 339, 324. Bgl. serner 340 sowie S 401 Abs. 2.
- 2. a. Das Gefet hat hinfichtlich ber Befugniß zur Ergreifung von Rechtsmitteln bie Staats: anwaltschaft und ben Beschulbigten grundsählich gleichgestellt. Bei ber Berufung und ber Revision erleibet ber Grundsab eine Ginschränkung nur hinsichtlich gewisser Ansechtungsgrunde (§§ 378, 379; vgl. § 369 Abs. 2 u. Note 4. a. bas.). Die Beschwerbe bagegen ist in gewissen ber einen Seite gewährt, ber anderen versagt; hierüber s. § 346 Note 2 a.
- b. Gin Unterschieb zwischen ber Staatsanwaltschaft und bem Beschulbigten ergiebt fich baraus, bag berjenige, ber ein Rechtsmittel einlegt, ein berechtigtes Intereffe an ber Aufr hebung ber anzufechtenben Enticheibung haben muß. Die Staatsanwaltichaft tann vermoge ber Bestimmung bes Abs. 2 ein solches Interesse in allen Fallen haben, in benen ihr überhaupt ein Rechtsmittel zusteht (Note 7). Der Beschulbigte bagegen bat ein folches nur bann, menn bie anzufechtenbe Enticheibung ibn beichmert; er tann gegen eine feine Richtidulb aussprechenbe Entideibung überhaupt nicht und gegen eine verurtheilenbe nicht jum Zwede einer Bericatiung ber Strafe 2c. ein Rechtsmittel einlegen (vgl. Buch 2 Abichn. 1 Rote 11. [Schluß] sowie Rote 26 das.). hierbei kommt es lediglich auf die Entscheibung selbft (ben Tenor), nicht auf die Grunbe an; bie Anfechtung eines freisprechenben Urtheils seitens bes Beschulbigten wird also nicht baburch zulässig, daß basselbe eine Feststellung enthält, an beren Abanberung ber Beschuldigte ein Interesse hat; fo: RGer. III. 11. Juni 81 (Entich. IV. 355, Ripr. III. 380), III. 18. Sept. 84 (Ripr. VI. 545), III. 14./21. Jan. 86 (Enifch. XIII. 324). Dagegen ift ber Befchulbigte jur Anfech: tung bes Urtheils berechtigt, wenn baffelbe ibn zwar von Strafe freifpricht, jeboch eines Delifts für fculbig erflärt (vgl. § 259 Rote 5); er hat ein rechtliches Intereffe baran, bie Schulbigerklärung aufgehoben ju feben: cit. III. 11. Juni 81. Ebenso, wenn bas Urtheil auf Ginftellung bes Berfahrens lautet, ber Beschulbigte aber freigesprochen fein will: baff. Urth. Bgl. ferner § 268 Rote 3. - 3m Befentl. gl. A. v. Rries S. 49, Binbing S. 175, Puchelt S. 526, Dalde S. 226; a. M. v. Schwarze in Hh. II. 251, Reller S. 433, Gener S. 792.
- 2. Bermöge ber absoluten Ratur ber Strafface wird bie Anfechtung einer Enticheibung nie mals baburch ausgeschlossen, bag bie lettere mit ben Antragen übereinstimmt, welche ber Beschwerbeführer vor ihrer Erlassung gestellt hatte; bie etwaige Unrichtigkeit ber Entscheibung kann burch biese Uebereinstimmung nicht geheilt werben. Dies gilt gleichmäßig von ber Staatsanwaltsschaft wie von bem Beschulbigten; vgl. 153 Rote 4, 5.

- 4. Die Rechtsmittel ber Staatsanwaltichaft und biejenigen bes Beschuldigten find von einanber unabhängig. Der Zeitpunkt des Beginnes und bes Ablaufs der Einlegungs frift kann für die Staatsanwaltschaft ein anderer sein als für den Beschuldigten; die Ansechtbarkeit der Entsscheidung kann nach der einen Seite hin noch bestehen, mährend sie nach der anderen hin ichon erloschen ist; vgl. SS 355, 381. Das Institut der Anschlie gung des einen Theiles an das Rechtsmittel des anderen hat in die SPD. nicht Aufnahme gesunden; vgl. jedoch S 343 S 344 Sat 2, S 345. Uedrigens würde in einer, innerhalb der Einlegung bes betr. Rechtsmittels entshalten sein; so: v. Schwarze S. 491. Bgl. RGer. I. 9. Febr. 80 (Entsch. I. 194.)
- 5. Die Rechtsmittel ber Staatsanwalticaft fleben berjenigen ftaatsanwalticaftlichen Behorbe zu, welche bei bem Gericht fungirt, beffen Enticheibung angefochten wirb; vgl. übrigens GBG. § 146 u. Rote 5 bas.

Bu Abi. 2.

- 6. Ueber ben Grund ber bier gegebenen Bestimmung vgl. § 153 Rote 5.
- 7. Die Staatsanwaltschaft hanbelt auch ba, wo sie zu Gunsten bes Beschulbigten ein Rechtsmittel ergreift, sebiglich in Ersüllung ihrer amtlichen Pflicht und nicht etwa als Bertreterin bes Beschulbigten; bemgemäß sett Abs. 2 voraus, daß ber Staatsanwaltschaft selbst in bem betr. Falle ein Rechtsmittel zusteht, und die Bestimmung ist unauwendbar, wenn es sich um einen Beschluß handelt, gegen welchen ausbrücklich nur dem Beschulbigten die Beschwerbe gemährt ist (Note 2. a); so: AGer. III. 21. Dez. 82 (Afpr. IV. 889). Aus dem Gesagten folgt weiter, daß auch im Falle bes Abs. 2 die Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel nur innerhalb der für sie laufenden Frist (Note 4) einlegen kann. Auch auf das weitere Bersahren ist der durch das Rechtsmittel versolgte Zwed ohne Einsluß; vgl. z. 8. § 361 Sat 2, § 367. In Betress der Kosten s. bie Noten zu § 505.
- 8. Dagegen greift hinsichtlich ber Birtungen eines Rechtsmittels ber Staatsanwaltschaft ein Unterschied Plat, je nachdem basselbe im Interesse ber Strasversolgung ober zu Gunsten bes Beschuldigten eingelegt ift (§ 344 Sat 2, § 372, § 398 Abs. 2). Mit Rücksich hierauf sindet sich in den Verhandlungen der REK. (Prot. S. 529 ff.) und in dem Bericht derselben (S. 85) die Ansicht ausgesprochen, daß die Staatsanwaltschaft im Verwaltungswege anzuweisen sein werde, dei Einlegung eines Rechtsmittels zu Gunsten des Beschuldigten sich über die Richtung und den Zwed des Rechtsmittels ausdrücklich zu erklären. Das Geseh selbst verpslichtet die Staatsanwaltschaft hierzu nicht. Wangels einer ausdrücklichen Angade des Zwedes des Rechtsmittels hat das Gericht aus dem Gesammtinhalt der Begründung zu entnehmen, ob das Rechtsmittel zu Gunsten des Beschuldigten eingelegt sei; voll. RGer. II. 7. Dez. 81 (Entsch. V. 218). Im Zweisel wird ders des das in dieser Richtung ersolgende Borgehen der Staatsanwaltschaft den Ausnahmessall darstellt, verneint werden müssen, so insbes. auch dann, wenn der Antrag der Staatsanwaltschaft daht verneint werden müssen, so insbes. auch dann, wenn der Antrag der Staatsanwaltschaft daht dahin geht: das angesochtene Urtheil wegen Verletzung einer Prozesporschrift auszuheben und die Sache zur anderweiten Entscheing in die Borinstanz zurückzuverweisen.
- 9. Bie zu Gunsten des Beschuldigten, so kann die Staatsanwaltschaft ein Rechtsmittel auch zu Gunsten anderer Personen einlegen, welche von einer Entscheidung betroffen sind. Es gilt dies zunächst von den in Note 14 zu Buch 2 Abschn. 1 bezeichneten Personen. Ferner von dem gemäß \$ 502 in die Kosen verurtheilten Antragsteller: RGer. I. 4. Jan. 83 (Entsch. VII. 409). Aber auch zu Gunsten der in \$ 346 Abs. 2 gedachten Personen (Zeugen zc.) kann die Staatsanwaltschaft die Beschwerbe ergreisen. Für diese Meinung spricht nicht nur die Kückschaupt den Beruf der Staatsanwaltschaft überhaupt (§ 153 Note 5), sondern insdes, auch die Erwägung, daß von den gegen eine solche Person verhängten Maßnahmen (vgl. z. B. Sso) der Fortgang des Bersahrens abhängig sein kann; in der Bestimmung des § 346 Abs. 2 ist die Ausschließung einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft (Note 2. a) nicht zu sinden. Gl. A. Stenglein S. 536, Geper Lb. S. 782; a. M. Keller S. 433, Dalde S. 227, Thilo S. 402, Puchelt. S. 526. Binsding S. 174, Porendorf S. 225.

§. 339.

Für ben Beschulbigten kann ber Vertheibiger, jeboch nicht gegen beffen ausbrücklichen Willen, Rechtsmittel einlegen.

(I. Entw. § 235; II. Entm. § 241; III. Entm. § 285.)

§. 340.

Der gesetsliche Vertreter eines Beschulbigten, besgleichen ber Shemann einer beschulbigten Frau können binnen ber für ben Beschulbigten laufenden Frift selbständig von ben zulässigen Rechtsmitteln Gebrauch machen.

Auf ein solches Rechtsmittel und auf bas Verfahren finden die über die Rechtsmittel des Beschulbigten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. (I. Entm. § 236; II. Entm. § 242; III. Entm. § 286.)

Ru § 339.

- 1. Der f fpricht nur von bemjenigen Bertheibiger, welcher in bem vorangegangenen Berfahren bie Bertheibigung geführt hat: RGer. II. 16. Jan. 80 (Entich. I. 71, Ripr. I. 237). — Bal. f 138 Rote 11, s.
- 2. Eine "selbstständige" Berechtigung zur Ergreisung von Rechtsmitteln (vgl. § 340) legt das Geset dem Bertheibiger nicht bei, selbst nicht in den Fällen der nothwendigen (§ 140) Bertheidigung (eine Ausnahme s. zu § 81 Rote 9); vielmehr entbindet es den Bertheibiger nur von dem Rachweise, daß er vom Beschuldigten zur Ergreisung des Rechtsmittels ermächtigt sei. Der Bertheibiger hat die Bermuthung für sich, daß er dem Billen des Beschuldigten entsprechend handele (Wot. S. 209, Prot. S. 429; vgl. Buch 1 Abschn. 11 Note 8 a, § 138 Rote 12); diese Bermuthung greist Plat, sosen ihr nicht eine ausdrückliche Erklärung des Beschuldigten entgegentritt: RGer. II. S. Apr. 87 (Rspr. IX. 230); vgl. I. 13. Jan. 81 (Entsch. III. 222), v. Schwarze in H. S. 248. Erklärt der Beschuldigte nachträglich, daß er mit der ersolgten Einlegung des Rechtsmittels nicht einverstanden sei, so ist letzteres als zurückgenommen anzusehen (§ 344).

 3. Bgl. Buch 1 Abschn. 11 Note 6. a.

Bu § 340.

Zu Abs. 1.

- 1. Ueber ben Begriff bes gesetzlichen Bertreters und über die Befugnisse eines solchen im Allgemeinen s. Buch 1 Absch. 11 Rote 3. b. c. Der Ehemann einer beschuldigten Frau ist wegen des Interesses, welches er selbst an dem Ausgange des Bersahrens hat, dem gesetsichen Bertreter hier gleichgestellt. In den Beschl. v. 30. März u. 5. Okt. 81 (Mspr. III. 175, 61121) hat das RGer. III. angenommen, daß, wenn der Ehemann Namens der Frau ein Rechtsmittel einlege, er nicht seine eigene Berechtigung ausübe, demzusolge aber rechtzeitig eine Bollmacht beibringen müsse; vgl. auch II. 12. Mai 82 (Rspr. IV. 479), III. 13. Dez. 83 (Rspr. V. 778).
- 2. Der gesetliche Bertreter und ber Ehemann find "selbst ftanbig" zur Ergreifung ber bem Beschuldigten zustehenben Rechtsmittel besugt; sie sind an ben Willen bes letteren nicht gebunden und können mithin ein Rechtsmittel selbst dann einlegen, wenn der Beschuldigte sich ausdrücklich bei dem Urtheil beruhigt hat: RGer. I. 6. Oft. 81 (Entsch. V. 50). Umgekehrt ist aber auch der Beschuldigte selbst von dem Willen der gedachten Personen unabhängig. Die verschiedenen Berechtigten können somit auch neben einander Rechtsmittel einlegen. Auch in diesem Falle erschit die Berechtigung des einen durch biesenige des anderen keine Beschränkung; vielmehr hat das höhere Gericht die sämmtlichen Beschwerdegrunde gleichmäßig zu prüsen.
- 3. a. Da die Entscheidungen (bes der Einlegung des Rechtsmittels vorausgehenden Berfahrens; vgl. Note 5) dem gesehlichen Bertreter zc. nicht bekannt gemacht werden (vgl. Buch 1 Absch. 11 Note 3. c.), so kann die ihm zur Einlegung eines Rechtsmittels offen stehende Frist keine andere sein als diejenige, welche für den Beschulbigten selbst läuft, und zwar gilt bies auch dann, wenn

Digitized by GOOGIC

§. 341.

Der nicht auf freiem Fuße befindliche Beschuldigte kann die Erklärungen, welche sich auf Rechtsmittel beziehen, zu Protokoll des Gerichtsschreibers desjenigen Gerichts geben, in bessen Gefängniß er sich besiendet, und falls das Gefängniß kein gerichtliches ist, bessenigen Amtsgerichts, in bessen Bezirke das Gefängniß liegt.

Bur Wahrung einer Frift genügt es, wenn innerhalb berselben bas Protokoll aufgenommen wirb.

(I. Entm. § 237; II. Entm. § 243; III. Entm. § 287.)

§. 342.

Sin Jrrthum in ber Bezeichnung bes zuläffigen Rechtsmittels ift unschäblich. (I. II. III. Cutn. § -.)

ber gesehliche Bertreter 2c. von ber ergangenen Entscheidung erft Renntnig erhält, nachbem bie Frift bes Beschulbigten bereits abgelaufen ift. Gine Ausnahme f. ju § 268 Rote 3.

- b. Unter ber in § 340 gebachten Frist ift nur bie Einlegungsfrist zu verstehen. Die Rechtsertigungsfrist kann, ba sie in ber Regel von ber Zustellung bes Urtheils an ben Beschwerbeführer abhängen wirb (§ 357, Abs. 2, § 358, § 383 Abs. 2, § 385 Abs. 1), für ben gesehlichen Bertreter mit einem anberen Zeitpunkt beginnen als für ben Beschulbigten selbst.
 - 4. In Betreff ber Biebereinsetung in ben vorigen Stand f. §§ 44 Rote 3. b. Bu Abs. 2.
- 5. Dem gesetlichen Bertreter, ber bas Rechtsmittel eingelegt hat, stehen in bem burch bieses veranlaßten Berfahren biejenigen Besugnisse zu, welche bem Beschulbigten im Falle eines von ihm eingelegten Rechtsmittel zustehen. Dies gilt insbes. von ber Labung zur Hauptverhandlung (§§ 364, 390), von bem Gehör und ber Mitwirkung in berselben (vgl. 3. B. § 239 Abs. 2, § 273) und von ber Bekanntmachung ber Entschiedeungen. Bgl. noch die Noten zu § 371. Ueber die rechtliche Stellung des Beschulbigten selchst trifft das Geseh nur im § 371 eine Bestimmung; mit der dort ausgestellten Modifikation wird der Beschulbigte so zu behandeln sein, wie wenn das Rechtsmittel von ihm selbst eingelegt wäre. Insbes, sind die ergehenden Entschiungen ihm beslannt zu machen. Eine Zustellung der von dem gesehlichen Bertreter zc. eingereichten Schriftstücke (vgl. §§ 361, 387) an den Beschulbigten sindet nicht statt.
- 6. Die Lage bes Befculbigten tann burch ein von bem gesetlichen Bertreter 2c. eins gelegtes Rechtsmittel eine Berschlimmerung nicht ersahren (§§ 372, 398 Abs. 2). In Betreff ber Koften bes Rechtsmittels voll. die Noten au § 505, in Betreff ber Anrechnung ber Untersuchungsshaft auf die Strafe: die Noten au § 482.
- 1. "nicht auf freiem Fuße befinblich" vgl. § 35 Rote 13. Rach bem bort Bemerkten ift in § 341 ber Ausbrud "Gefängniß" auf alle Arten von Gefangenanstalten ju beziehen.
- 2. Die Bestimmung stellt im Interesse bes verhafteten 2c. Beschulbigten eine Ausnahme von der allgemeinen Regel (über diese s. Rote 10. d. zu Buch 1) auf; sie will benselben hauptssächlich gegen Fristversäumnisse schulen. Die Besugnis des Beschulbigten, die Erklärungen schriftlich abzugeben, wird durch die Borschrift nicht ausgehoben; dagegen schließt diese, indem sie ben hier bezeichneten Gerichtsscher dem sonst zuständigen substituirt, den Auspruch des Beschulbigten auf Borsührung vor den letzteren aus, salls nicht beibe Beamte sich an demselben Orte besinden.
- 3. Die Bestimmung gilt für alle Ertlarungen, welche ein Rechtsmittel jum Gegenstanbe haben, also nicht blos für die Ginlegung besselben, sonbern auch für die Rechtfertigung, Beant-wortung, Zurudnahme 2c.
- 4. In Betreff bes Falles, wenn ohne eigenes Berichulben bes Berhafteten bie rechtzeitige Aufnahme bes Protofolles unterblieben ift, f. § 44 Rote 4. b. a.

Zu § 342.

1. Es ift nicht blos eine unrichtige Bezeichnung bes eingelegten Rechtsmittels unfchablich,

Digitized by GOOGIG

§. 343.

Jedes von her Staatsanwaltschaft eingelegte Rechtsmittel hat die Birfung, daß die angefochtene Entscheidung auch zu Gunsten des Beschuldigten abgeandent ober aufgehoben werden kann.

(T. Entw. § -; II. Entm. § 245; III. Entm. § 289)

- sondern es ift überhaupt nicht erforderlich, baß der Beschwerbesührer das Rechtsmittel mit einem Namen benenne. Eine solche Benennung ift um so mehr entbehrlich, als bei keiner Entscheung eine Bahl zwischen verschiedenen Rechtsmitteln besteht, vielmehr in allen Fällen nur enwebe die Beschwerde oder die Berufung oder die Revision zulässig sein kann (§§ 346, 354, 374). Bzl. übrigens §§ 356, 382.
- 2. In jeder Erklärung bes Inhalts: baß der Beschildigte ze. sich bei einer gewissen schiedeibung nicht beruhigen wolle, muß die Ginlegung des gegen diese zulässigen Rechtsmittels gestunden werden; dies gilt selbst von der Revision, da das Geset (vgl. § 381 mit § 355) bezüglich der Einlegung dieses Rechtsmittels etwas Besonderes nicht vorgeschrieben hat. Bgl. ferner § 350 Rote 4 (Schluß). In dem bloßen Gesuche um Ertheilung einer Abschrift des Urtheils ift die Einslegung eines Rechtsmittels nicht zu sinden: Reer. II. 2. Dez. 79 (Rspr. I. 110). In der Sinn einer Erklärung zweiselhaft, so wird der Erklärende über ihn zu befragen sein; in einem solchen Falle ist die beabsichtigte Einlegung des Rechtsmittels als rechtzeitig geschen anzuichen, sosen nur die erste Erklärung innerhalb der Frist abgegeben war, sollte auch ihre Erkläuterung erft nach deren Absauf erfolgt sein.
- 3u § 343.
 1. Der S hat biejenigen Rechtsmittel ber Staatsanwaltschaft im Auge, welche nicht :"
 Gunften bes Beschulbigten eingelegt werben; vgl. § 372, § 398 Abs. 2, § 338 Rote 8.
- 2. Die StPD. fennt eine einfeitige (relative) Rechtstraft ber Entscheibungen, jeboch nur zu Gunften bes Beschulbigten: ein von biesem selbst ober boch in seinem Interise ein gelegtes Rechtsmittel barf nicht zu einer Berschlimmerung seiner Lage führen (§ 372, § 398 Abs. 3 vgl. auch § 413 Abs. 2). Dagegen greift eine bem Beschulbigten nacht heilige relative Rechtstraft in keinem Falle Plat, ba eine solche mit ber Natur ber Straffache und ber Aufgabe ber Staatsanwaltschaft (§ 153 Note 5. a) unvereindar sein wurde. Dies wird durch § 343 ausgesprochen, bessen Sinn also ber ist: baß im Falle eines von ber Staatsanwaltschaft eingelesten Rechtsmittels die Sache auch zu Gunften des Beschulbigten rechtshängig bleibt, wenns gleich das Rechtsmittel ben Zweck versolgt, eine für ihn ungünstigere Entscheidung herbeizussühren.
- 3. Die Fassung der Bestimmung ("kann") ist nicht bahin zu verstehen, als wenn hier den höheren Richter irgend welches Belieben bezüglich der zu erlassenden Entscheidung eingeraumt wäre; vielmehr besagt der S nur, daß der höhere Richter, ohne durch den Zweck und die Richtung des Rechtsmittels (Note 1) gebunden zu sein, diesenige Entscheidung zu erlassen hat, welche er nach Lage der Sache sür die richtige crachiet. Er kann z. B., wenn die Staatsanwaltschaft behus der Verschärfung der Strafe die Berusung eingelegt hat, die Strafe milbern. Eine andere Frage ist die: in welchem Maße überhaupt der höhere Richter durch das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft mit der Sache befaßt wird; die se Frage wird don R 343 nicht berührt, ist vielmehr lediglich nach den sonstigen Bestimmungen (§§ 359, 368, 392) zu entscheiden. Es kann z. B., wenn die Verusung der Staatsanwaltschaft nur auf die Berschäuftung der Strass gerichtet ist, zwar eine Milberung der letztern ersolgen, nicht aber der Ingestagte sür nichtschuldig erklärt werden: § 368 u. Note 2 das. Betrisst das Urtheil mehrere selbstständige Deliste, so kann das nur bezüglich eines derselben eingelegte Rechtsmittel nicht bezüglich eines anderen zur Aussedung des Urtheils sühren: RGer. II. 24. Apr. 85 (prens. IVEL 86 S. 5). Gl. A. Puchelt S. 534, Dalde S. 229; a. M. Boitus S. 352 ff.
- 4. Ift nach Aufhebung eines Urtheils bie Burudverweisung ber Sache in bie Borinftan; (§§ 369, 394) erfolgt, so findet auch auf bas in biefer zu erlassende neue Urtheil ber in § 343 aufgestellte Grundsat entsprechenbe Anwendung.

§. 344.

Die Zurudnahme eines Rechtsmittels sowie ber Berzicht auf die Sinlegung eines Rechtsmittels kann auch vor Ablauf der Frist zur Sinlegung besselben wirksam erfolgen. Sin von der Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Beschuldigten einzgelegtes Rechtsmittel kann jedoch ohne bessen Zustimmung nicht zurückgenommen werden.

Der Vertheibiger bebarf zur Zurudnahme einer ausbrücklichen Ermächtigung. (I. Entw. § 238; II. Entw. § 244; III. Entw. § 288.)

- 5. Für die ichöffengerichtlichen Straffachen folgt aus dem Grundfat des § 343 ferner: daß dem Beschuldigten die Revision gegen das Urtheil zweiter Juftanz selbst dann zusieht, wenn nur die Staatsanwaltschaft die Berufung gegen das Urtheil erster Instanz, und zwar zum Zwede der Berschärfung besselben, und ohne Erfolg, eingelegt hatte. Der Umstand, daß der Besichuldigte selbst die Berufung nicht ergriffen hat, schließt seine Revision nicht aus, da die Sache vermöge der Bernfung der Staatsanwaltichaft auch zu seinen Gunsten rechtschängig geblieben war. In dem umgekehrten Falle, wenn nur der Peschuldigte die Berufung, und zwar ersolglos, ergriffen hatte, hat das Urtheil erster Instanz für ihn die resative Rechtstraft erlangt; die von der Staatsanwaltschaft ergriffene Revision kann daher nur noch zu Gunsten des Beschuldigten Wirkungen äußern.
- 6. In Betreff ber Rechtsmittel bes Privatklagers und bes Nebentlagers i. § 430 und bie Roten ju § 441.
- 7. Inwiefern bas Rechtsmittel eines Mitbeschulbigten einem anberen Mitbeschulsbigten zu Gute tommen tonne, barüber f. § 397 und § 368 Note 4.

3u § 314.

- 1. hat ein Urtheil mehrere Delifte zum Gegenstanbe, fo tann auch ein theilweiser Berzicht auf bas Rechtsmittel bezw. eine theilweise Zurudnahme wirtsam erfolgen: RGer. III. 7. Oft. 82 (Rfpr. IV. 732).
- 2. Der Berzicht auf bie Einlegung eines Rechtsmittels tann nicht eber wirfjam erfolgen, als bis ber Lauf ber Rechtsmittelfrift begonnen hat: RGer. II. 1. Juni 80 (Entsch. II. 78, Ripr. II. 3). Daffelbe muß von ber Zurfidnahme eines eingelegten Rechtsmittels (vgl. Rote 2 3u Buch 3 Abichn. 1) gelten.
- 3. Zurudnahme und Berzicht muffen, um wirstam zu fein, bem Gericht gegenüber ersklärt fein; vgl. RGer. III. 31. Jan. 80 (Entsch. I. 92, Rspr. I. 301), 3. März 80 (Ripr. I. 423). Die bort erörterte Frage: ob die von einem Berhafteten gegenüber einem Gefängnißbeamten abgegebene Erflärung wirklam sei, ist zu verneinen; wenn indes der Berhaftete ein von dem Gefängnißbeamten ausgenommenes Protokoll unterzeichnet, so liegt eine schriftliche Erklärung des ersteren vor, welche Birksamkeit erlangt, sobald sie dem Gericht zugeht; vgl. Note 3 zu Buch 3 Abschn. 1 u. unten Note 5.
- 4. a. Eine bestimmte Form ist weber für die Jurücknahme noch für den Berzicht vorgesichrieben; es gilt daher hier das oben Note 4 zu Buch 3 Abschn. 1 von der Einlegung der Rechtssmittel Gesagte. Auch der alsbald nach der Urtheilsverfündung erflärte und durch das Sitzungssprotofoll beurkundete Berzicht ist als wirksam anzusehen: RGer. II. 23. Nov. 80 (Rspr. II. 562); val. übrigens § 274 Note 2 (Schluß). Bal. ferner § 355 Note 5.
- b. Zurudnahme und Berzicht muffen ausbrudlich erklärt sein; eine stillschweigente Billenserklärung genügt nicht (a. M. Buchelt S. 536, Dalde S. 229 u. theilw. auch Reller S. 444). Uebrigens braucht die Erklärung nicht gerabe bas Wort "Berzicht" ober "verzichten" zu enthalten: Wer. II. 1. Juni 80 (Entsch. II. 78, Rspr. II. 3). Jebenfalls aber muß sie eine bestimmte und unzweibeutige sein; im Zweifel ist ber Beschulbigte über seine Willensmeinung zu versnehmen. Bebingte Erklärungen sind unstatthaft und wirkungslos.
- 5. Beber bie Burudnahme noch ber Berzicht tann wiberrufen merben, und zwar ift ein solcher Biberruf felbft mahrend bes Laufes ber Ginlegungsfrift unftatthaft; wgl. Prot. 5. 529 ff.,

§. 345.

Wenn die Entscheidung über das Rechtsmittel auf Grund mündlicher Ber: handlung stattzusinden hat, so kann die Zurücknahme nach Beginn der Haupton: handlung nur mit Zustimmung des Gegners erfolgen.

(I. II. III. Cutw. § --.)

- MSer. II. 23. Apr. 80 (Ript. I. 650). Uebrigens tritt die Unwiderruflichkeit einer schriftlichen Erflärung erst ein, wenn diese dem Gericht zugegangen ist; vgl. RGer. III. 31. Jan. 80 (Entist. 92, Rspr. I. 301), 21. Febr. 80 (Rspr. I. 365). Mit der Uebergabe an die Botenmeisten ift die Erflärung an das Gericht gelangt; RGer. II. 29. Jan. 84 (Rspr. VI. 63).
- 6. Bas bie von ber Staatsanwaltschaft eingelegten Rechtsmittel betrifft, so sieht bie Befugniß zur Zurüdnahme an sich nur berjenigen Behörde zu, burch welche bie Einlegung erfolgt ift. Die StBD. gewährt keine Grundlage für die Ansicht, daß nach dem Eingange der Alten bei dem Oberinstanz-Gericht jene Befugniß auf die Staatsanwaltschaft dieses Gerichts übergeke; vielmehr ist die letztere Staatsanwaltschaft zur Zurüdnahme eines Rechtsmittels nur dann befugt, wenn sie der erstgebachten Behörde vorgesetzt und bemzusolge berechtigt ift, deren Amtsverrichtungen selbst zu übernehmen (GBG. § 146 u. Note 5 bas.). Die Reichsanwaltschaft ift daft ist den Staatsanwaltschaften der Bundesstaaten nicht vorgesetzt (GBG. § 148 u. Note 4 bas.) und somit zur Zurüdnahme einer Revision nicht besugt (a. M. Puchelt S. 537).
- 7. Die Zurudnahme eines von ber Staatsanwaltschaft zu Gunften bes Beschulfbigten eingelegten Rechtsmittels ift beshalb von ber Zustimmung bes Beschulbigten abhangig gemacht, weil bieser vielleicht gerabe in Rudsicht auf jenes Rechtsmittel es unterläßt, seinerseits ein solches einzulegen (Ber. ber RIR. S. 85). Bgl. § 338 Rote 8.
- 8. Auch die Zurudnahme eines von bem gesetzlichen Bertreter bes Beschulbigten ober von bem Ehemann eingelegten Rechtsmittels (§ 340) kann ohne Zustimmung des Beschulbigten nicht für statthaft erachtet werden; der vorstehend (Note 7) angegebene Grund trifft in erhöhten Maße bei diesem Rechtsmittel zu. Gl. A. Dochow S. 294, Binding S. 176; a. M. v. Schwarze in H. S. 253, Dalde S. 230, Voitus S. 356, Buchelt S. 537, Reller S. 445, v. Kriss S. 56, Stenglein S. 541. Umgekehrt kann ein minderjähriger 2c. Beschulbigter auf das von ihm eingelegte Rechtsmittel wirksam verzichten, ohne daß er der Zustimmung des gesehlichen Bertreters bedarf: RGer. II. 23. Apr. 80 (Rspr. I. 650).
- 9. Die ben Bertheibiger betreffende Bestimmung bes Abs. 2 findet Anwendung, gleichvic ob von ihm (§ 339) ober von bem Beschuldigten selbst das Rechtsmittel eingelegt war. Uebrigens kann die "ausdrückliche Ermächtigung" zur Zurucknahme bes Rechtsmittels auch schon im Boraus, b. h. vor ber Einlegung, wirssam ertheilt werden.
 - 10. Bgl. § 345 u. bie Roten baf.
 - 11. In Betreff ber Roften eines gurudgenommenen Rechtsmittels f. § 505.

Zu § 345.

- 1. Die Bestimmung findet nur auf die Berufung und auf die Revision Anwendung; vgl. § 33 Note 1. a. u. § 121 Note 12.
- 2. Die ATR., auf beren Beschlässen ber § beruht (Prot. S. 529 ff., 1004, 1005), ift zur Aufnahme besselben hauptsächlich burch die Erwägung bestimmt worben, daß es ber Staatsanwaltschaft
 nicht zustehen durse, das Gericht an der Erlassung einer dem Beschuldigten günstigen Entschiung
 zu hindern, wenn das Rechtsmittel zwar zum Zwede der Berschärfung des Urtheils eingelegt war,
 das Ergebniß der oberinstanzlichen Hauptverhandlung aber von der Art ist, daß es eine Aenderung
 des Urtheils zu Gunsten des Beschuldigten (§ 343) begründet. Dieses Argument trifft freilich nur
 bei der Berufung der Staatsanwaltschaft zu, während § 345 seinem Bortsaut nach die
 Rechtsmittel aller Prozesbetheiligten umsaßt.
 - 3. Ueber ben Beginn ber hauptverhanblung f. SS 365, 391.
- 4. Auch im Falle ber Bustimmung bes Gegners ift bie Burudnahme nicht mehr gulaffig, for balb bie Berfunbung bes Urtheils begonnen hat.

Zweiter Abschnitt.

Beschwerde.

§. 346.

Die Beschwerbe ist gegen alle von den Gerichten in erster Instanz ober in der Berufungsinstanz erlassenen Beschlüsse und gegen die Verfügungen des Vorsstenden, des Untersuchungsrichters, des Amtsrichters und eines beauftragten oder ersuchten Richters zulässig, soweit das Geset dieselben nicht ausdrücklich einer Anssechtung entzieht.

Auch Zeugen, Sachverständige und andere Personen können gegen Beschlüsse und Verfügungen, durch welche sie betroffen werden, Beschwerbe erheben.

Gegen Beschlüffe und Verfügungen ber Oberlandesgerichte und bes Reichs= gerichts findet eine Beschwerbe nicht ftatt.

(I. Cutm. § 239; II. Entw. § 246; III. Eutw. § 290.)

Bum Zweiten Abidnitt.

- 1. Der Abschn. handelt von der Beschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen. Ueber die Beschwerde gegen Berfügungen z. der Staatkanwaltschaft s. GBG. § 148 Rote 2 und StBO. § 170 Rote 2, 3; vgl. auch GBG. § 164 Rote 7.
- 2. a. Nur die prozessualische Beschwerde ift Gegenstand ber Bestimmungen des Abschn. Beschwerden, welche lediglich die Disziplin, den Geschäftsbetrieb oder Berzögerungen betreffen (Disziplinarbeschwerden, Justigaufsichtsbeschwerden), liegen außerhalb des Bereiches der StBD. und sind nach den landesgesehlichen Bestimmungen zu beurtheilen (Mot. S. 210); indeß kann eine Berzzögerung, sofern sie einen Berstoß gegen eine Prozesvorschrift involvirt, auch die prozessualische Bezichwerde begründen.
- b. Die Beschwerben, welche bie Rechtshülfe ober bie Ausubung ber Sigungspolizei betreffen, find im GBG. § 160 bezw. § 183 behandelt. Desgleichen regelt bas GBG. bie Beschwerben, welche sich auf ben Schöffen bienft ober Geschworenen bienft beziehen (§ 41, § 52 Abs. 4, § 53 Abs. 2, § 56 Abs. 2, § 94 Abs. 1, § 96). Bgl. noch GBG. § 75 Abs. 2.
- 3. In den Fällen, in denen die Beschwerde an eine Frift gebunden ift, wird fie von der StBO. (in Uebereinstimmung mit der CBO. § 540) als "so fortige Beschwerde" bezeichnet; über diese und ihre Besonderheiten s. § 353. Im Gegensatz zur sosortigen Beschwerde kann die in den übrigen Källen Blatz greifende als "einsache" oder "fristlose" Beschwerde bezeichnet werden.
- 4. Gegen bie Enticheibung bes Beschwerbegerichts ift ein ferneres Rechtsmittel ber Regel nach nicht gegeben; nur in gewissen fallen lagt bas Geset eine "weitere Beschwerbe" ju (§ 352, § 353 Rote 3). Bgl. noch GBG. § 160.
- 5. Der Abschn. regelt hauptsächlich bas Berfahren bei Beschwerben (§§ 348-351, 353). Im Uebrigen (§§ 346, 347, 352) stellt er allgemeine Normen über bie Zulässigteit ber Besschwerbe auf, währenb eine Reihe von Einzelbestimmungen hierüber sich in anderen Theilen ber StPD. finden; vgl. § 346 Note 2. a.

3u # 346.

Bu Abj. 1.

1. Charafter ber Befcomerbe und Bulaffigfeit berfelben im Allgemeinen.

a. Die StPD. gestattet ben Prozesbetheiligten (vgl. aber auch Abs. 2) grunbsählich, alle Entscheibung en bes Erstinstanz gerichts, burch welche sie fich beschwert fühlen, anzusechten und auf eine Entscheibung bes zuständigen Oberinstanzgerichts anzutragen. Die Ansechtung ber Urtheile ift, ber Bebeutung ber letteren entsprechend, besonders geregelt: sie erfolgt mittelst ber Berusung bezw. ber Revision (Abschn. 3, 4). In Betress der Strasbesehle vgl. § 450. Gegen alle übrigen Entscheidungen ber Gerichte ift, von den gesehlich bestimmten Ausnahmen

abgesehen, bie Beschwerbe gegeben. Für bie Frage: ob die lettere ober bie Berusung bezw. die Revision bas zulässige Rechtsmittel sei, ift lebiglich die Form ber anzusechrenden Entscheidung, nicht beren Inhalt, maßgebend: RGer. II. 14. Apr. 82 (Ripr. IV. 322). Uebrigens sett die Beschwerbe nicht nothwendig das formelle Borhandensensen eines Beschulsses ober einer Berfügung (vgl. Buch 1 Abschn. 4 Note 3. c.) voraus; vielmehr kann sie sich gegen jeden Theil des richterlichen Berssahrens und gegen jede richterliche Maßnahme richten, durch welche ein Prozesbetheiligter sich beschwert findet; vgl. z. B. § 116. Insbes. kann eine Beschwerbe auch deshalb erhoben werden, weil der Richter es unterläßt, eine gewisse, von dem Beschwerdesührer beantragte Berfügung zu treffen, z. B. eine Beschagnahme wieder auszuheben. — Die Beschwerde kann nicht blos die Zulässigseit einer Anordnung 2c., sondern auch die Angemeisen bet berselben zum Gegenstande haben.

- b. "in ber Berufung in ftang" hierüber f. GBG. § 123 Rote 9. Em Beifpiel ber (jojortigen) Befdmerbe gegen eine Enifcheibung bes Berufungsgerichts f. in § 363.
 - c. "bes Borfigenben" -- vgl. § 347 Rote 3.
- d. "bes Umterichters" ohne Unterschieb, in welcher Funktion (GBG. § 24 Rote 1) berfelbe handelt.
 - 2. Musichliegung ber Beichmerbe.
- a. Die Fassung bes Gesets int insosern nicht forrett, als basselbe nur von einer ausstrücklichen Ausschließung ber Ansechung spricht. In mehreren Bestimmungen ber StBC. ift bie Beschwerbe gegen die betressende Entscheidung stillschweigend ausgeschlossen, so z. B. in \$ 179, \$ 360 Abs. 2, \$ 386, Abs. 2; vgl. auch die Noten zu \$ 363 Abs. 2. Eine ausbrückliche und gänzliche Ausschließung der Beschwerbe sinder sich in der StBO. \$ 28, \$ 46 Abs. 2, \$ 200 Abs. 2, \$ 279 Abs. 2, \$ 346 Abs. 3, \$ 347, \$ 388 Abs. 2, eine theilweise bezw. eine einseitige in \$ 180 Abs. 2, \$ 193 Abs. 3, \$ 209 Abs. 1, \$ 270 Abs. 3, sowie im GBG. \$ 75 Abs. 2 (vgl. dort Note 18). Bgl. ferner die (den Brozeß selbst nicht berührenden) Bestimmungen des GBG. \$ 41, \$ 52 Abs. 4, \$ 53 Abs. 2, \$ 94 Abs. 1. Eine Besprechung der einzelnen Fälle s. bei Glaser II. S. 444.
- b. Die Ausschließung ber Befcmerbe hat in einigen Fällen bie Wirfung, bag bie bett. Enticheibung ichlechthin unansechtbar ift; biese Fälle sind solche, in benen ein Bedurfnis für bie Gemährung eines Ansechts überhaupt nicht vorhanden ift; vgl. 3. B. § 28 Abs. 1. Ja anderen Fällen ift bie Wirfung nur bie, daß bie Entscheidung einst weilen, b. h. bis zur Erlassung bes Urtheils, ber Ansechtung entzogen ift, mährend bennacht aus ihr ein Grund zur Ansechtung bes Urtheils entnommen werden kann; vgl. 3. B. § 28 Abs. 2 u. Note 3 das. Das Rabere hierüber s. zu § 347 Note 1; vgl. auch § 375.
- c. Die Beschwerbe kann nicht mehr eingelegt werden, wenn die Folgen ber betr. Entscheidung nicht mehr rüdgängig zu machen sind; alsbann kann sie (geeigneten Falles) nur noch als Disziolinarbeschwerbe von Wirkung sein (vgl. GBG. § 183 Note 1. b. 3m Uebrigen vgl. § 348 Note 2.
- 3. Begründung ber Beichwerbe. hierüber giebt bie StBD. feine Borichriften. Die Beichwerbe kann baber in allen Fällen sowohl aus rechtlichen wie aus thatfächlichen Gründen erhoben werben; auch ist bas Vorbringen neuer Thatsachen ober Beweise nicht ausgeschlossen. Bgl. v. Schwarze a. a. D. S. 258.
 - 4. Buftanbigfeit in ber Beichwerbeinftang.
- a. Ueber Beschwerben gegen Beschlüsse ober Berfügungen bes Untersuchung Richters, bes Umtkrichters und bes Schöffengerichts entscheibet bie Straffammer bes Landgerichts und zwar in ber Besehung von brei Richtern (GBG. SS 72, 77; vgl. auch GBG. S 78 u. Note 3 bas.) Ueber Beschwerben gegen Beschlüsse ober Berfügungen ber Straffammer, bes Schwurgerichts ober bes Borsigenben eines bieser Gerichte entschebet ber Straffenat bes Oberlaubesgerichts (GBG. S 123 Nr. 5). Dies gilt auch im Falle ber weiteren Beschwerbe (§ 352).

b. Ueber Beschwerben, welche gegen bie in Ausübung ber Sipungspolizei erlassenen Beschlüsse gerichtet find, entschebt in allen Fällen ber Straffenat bes Oberlandesgerichts (GBG. § 183 Abs. 3; vgl. Note 6 baj.).

- c. In ber RER. (Brot. S. 534, 1009 ff.) hat man bie Frage besonbers erörtert, ob eine über ben erfuchten Richter geführte Beschwerbe burch Entscheibung bes ibm porgeorbneten Beichwerbegerichts zu erledigen fei. Dies ift zweifelsfrei zu bejaben. Gine andere Frage aber ift bie: ob bie Befcmerbe fich gegen bas Berfahren ac. bes erfuchten Richters ober ob fie fich nicht in Babrheit gegen ben Inhalt bes Ersuchens, alfo gegen bie Enticheibung bes erfuchenben Gerichts, wendet. Letteren galles tann fie nur an bas biefem Gericht vorgeorbnete Beichwerbegericht geben. Der ersuchte Richter ift regelmäßig (bie Ausnahmen f. im BB. § 159) an bas Erjuchen gebunden; fur eine Befchwerbe über ibn ift baber nur infoweit Raum porhanben, als ihm bei Erledigung bes Ersuchens ein eigenes Ermeffen und ein felbstitandiges Entscheibungsrecht zusteht ober die Beschwerde gerade beshalb erhoben wird, weil er nicht bem Erjuchen entjprechend veriahren habe. Gl. A. Puchelt S. 542, Dalde S. 231, Keller S. 453, v. Kries S. 373, Binbing S. 200; a. M. v. Schwarze Romm. S. 498 u. in Sh. II. S. 260. - Die Befchwerbe über ben ersuchten Richter, welcher nach § 158 bes GBG. ftets ein Amterichter ift, geht an bie Straffammer bes landgerichts (BBG. § 72). - Der Fall, wenn bie Beichwerbe bie Bulaffige feit ber Rechtshulfe betrifft, ift im GBG. § 160 besonders behandelt; fie geht an ben Straf= jenat bes Oberlaudesgerichts; vgl. bort Rote 4.
- d. Auch bei bem beauftragten Richter (vgl. GBG. Dit. 13 Rote 6. b) fragt es fic, ob bie Befcmerbe fich gegen fein Berfahren ic. ober gegen ben Auftrag, bie Enticheibung bes beauftragenben Gerichts, wendet. Ueber ben im ersteren Falle eintretenben Juftangengug enthalt weber bie StBD. noch bas BBG. eine Bestimmung; es läßt fich baber nicht aufftellen, bag bas beauftragende Gericht bie Beschwerbeinstang bilbe. Der beauftragte Richter ift, bem Begriffe nach, jelbft Mitglied biefes Gerichts; er wurbe aber nach § 23 Abf. 1 bei ber Entscheidung über bie Befdwerbe nicht mitwirfen können. Ueberbies kann bas beauftragenbe Gericht auch ein Schwurgericht iein (jo 3. B. wenn biefes bie kommiffarische Bernehmung eines wegen Krankheit ausbleibenben Beugen beschließt); bas Schwurgericht aber ift fein Beschwerbegericht. hiernach und ba ber beauftragte Richter ftets nur ein Mitglieb bes Laubgerichts ober bes Schwurgerichts fein tann, ift bas Oberlandesgericht bie ihm vorgeordnete Beschwerdeinstanz. Gl. A. Reller S. 452, Dalde S. 231, Buchelt S. 542, v. Kries S. 373, Binbing S. 200, Geger S. 797; a. M. v. Schwarze a. a. D. Aus ber Ratur ber gunttion bes beauftragten Richters folgt aber freilich von felbit, bag bas beauftragenbe Gericht jebergeit in fein Berfahren eingreifen barf, und bies tann insbef. auch auf Grund ber Remonstration eines Prozegbetheiligten geschen; allein bierburch wird bas Recht bes letteren, Die Enticheibung bes jufianbigen Beichwerbegerichts angurufen, nicht ausgeschloffen. Bu Abs. 2.
- 5. Die Bestimmung bes Abs. 2 bezieht sich auf alle Personen, beren Rechtssphäre von einer Eutscheidung ober einer Untersuchungshandlung 2c. irgendwie berührt werden kann. In Betreff ber Zeugen vgl. 3. B. §§ 49—54, 69, 70, in Betreff ber Sachverständigen: §§ 75, 77. 84. Es gehören ierner u. A. hierher: ber Eigenthümer ober Inhaber eines in Beschlag genommenen Gegenstandes (vgl. § 98 Note 1, 2), die Personen, benen Kosten auserlegt werden (vgl. § 502 u. Note 4 das., § 504) 2c. In Betreff der Personen, welche für den Beschuldigten Sicherheit geleistet haben, vgl. § 122. Auch der Bertheidiger fällt, soweit er neben dem Beschuldigten selbstständig in Betracht kommt, unter die Bestimmung des Abs. 2 (Prot. S. 533). In Betreff der Beschwerde der Schössen und Geschworenen s. GBG. § 56 Abs. 2, § 96 Abs. 1.
- 6. "betroffen merben" Schon bie Erlaffung einer ungerechtfertigten Anordnung ac. berechtigt zur Erhebung ber Beschwerbe, auch wenn ein Nachtheil für ben Beschwerbesührer noch gar nicht eingetreten ift; es kann 3. B. auch wegen einer bem § 49 zuwiderlaufenden Ladung bie Beschwerbe erhoben werben.
 - 7. Bgl. § 338 Rote 9.

Bu Abs. 3.

8. Bezüglich ber Entscheibungen ber Oberlanbesgerichte erleibet bie Bestimmung eine Ausnahme burch biejenige bes GBG. § 160. Sonftige Ausnahmen hat bas Geseth nicht aufgestellt, insbes. auch nicht hinfichtlich ber Entscheibungen über Kosten ober über Zeugengebühren 20.; vgl.

§. 347.

Entscheidungen ber erkennenben Gerichte, welche ber Urtheilsfällung vorausgehen, unterliegen nicht ber Beschwerbe. Ausgenommen sind Entscheidungen über Berhaftungen, Beschlagnahmen ober Straffestsetzungen, sowie alle Entscheidungen, burch welche britte Personen betroffen werben.

(I. Cutw. \$ 240; IL Cutw. \$ 247; III. Cutw. \$ 291.)

RGer. F. 10. Aug. 83 (Rfpr. V. 527), bezw. II. 16. Jan. 83 (Entich. VII. 420, Rfpr. V. 34).

— Die Entscheidungen ber Senate bes Reichsgerichts find ohne Ausnahme unansechtbar; in Betreff ber Beschwerbe gegen die Berfügungen z. bes reichsgerichtlichen Untersuchungsrichters s. GBG. § 138 Rote 3. — Bgl. noch § 28 Note 2, § 46 Note 4.

3u \$ 347.

- 1. In ben Mot. S. 210 wird ausgeführt: Das Gefet foließt "bei ben meisten ber Untheilsfällung porausgebenben Entideibungen ber ertennenben Gerichte gwar nicht jebe Anfechtung, mohl aber bie Beschwerbe aus. Es beruht bies barauf, bag biefe Entscheibungen regelmäßig in irgenb welchem inneren Bufammenhange mit ber nachfolgenben Urtheilsfällung fteben und jur Borbereitung ber letteren bienen, bag fie bemgufolge aber meiftens als blos porläufige Beschlüsse barstellen und bei ber Urtheilsfällung selbst nochmals ber Prüfung bes Gericht unterliegen. Dier murbe ein icon por ber Urtheilsfällung ftattfinbenbes Gingreifen bes boberen Gerichts in bas Berfahren mit ber Stellung und Aufgabe bes Gerichts erfter Instanz unvereinbar fein. Dies gilt por Allem von folden Befdluffen, welche eine Beweisaufnahme anordnen ober ablehnen. In allen biefen gallen bleibt bemjenigen, ber fich burch bie Enticeibung beichmert fuhlt. bie Weltenbmachung feiner Befchwerbegrunde infofern porbehalten, als biefelben gur Begrunbung bes Rechtsmittels (ber Berufung ober ber Revifion) gegen bas bemnachft ergebenbe Urtheil benutt werben tonnen. Die Befchwerbe geht bier alfo in biefem Rechtsmittel auf. -Gegen folde Entideibungen bes erfennenben Gerichts bingegen, welche in feinem inneren Busammenhange mit ber Urtheilsfällung stehen, also gegen Entscheibungen fiber Berchaftungen, Beschlagnahme ober Straffefifegungen, ift bas Rechtsmittel ber Befdmerbe gulaffig."
- 2. In ben Berhandlungen ber RER. (Brot. S. 533) findet fich ausgesprochen, bag ber Inur bie "nach Einleitung ber Hauptverhanblung getroffenen Entscheibungen" im Auge habe, unb man hat diese Worte als gleichbebeutend mit: "während ber hauptverhandlung" verstanden. Eine berartige Auslegung bes Gesetzes ift inbeß nicht als berechtigt anzuerkennen. Zunächft wurde bei Bugrunbelegung berfelben bie Borichrift bes S ziemlich überfluffig fein; benn bie Befcwerbe gegen einen in ber hauptverhandlung erlaffenen Beschluß wird (von ben in Sat 2 bezeichneten Ausnahmen abgefeben) burch bie Urtheilsfällung ohnehin gegenstanbslos, und bie prattifche Bebeutung bes 8 würde sich sonach auf die Källe beschränken, in benen nach Erlassung des Beschlusses eine Bertagung ber Berhanblung eintritt. Sobann aber treffen bie Ausführungen ber Mot. in gang gleichem Maße, wie auf die Beschlüsse in der Hauptverhandlung, auch auf die vor derselben er gehenden zu, da biefe wie jene zur "Borbereitung" ber Urtheilsfällung bienen, und es ift in ber That nicht abzusehen, weshalb 3. B. in bem Falle, wenn bas Gericht eine kommissarische Beweiß: aufnahme (vgl. § 222 u. Rote 8, 9 bas.) beschlossen hat, bas Gingreifen bes boberen Gerichts an: gemeffen ober unangemeffen ericeinen follte, je nachbem ber Beidlug vor ober in ber baupt: verhanblung ergangen ist. Ein Argument für bie vorgebachte Auslegung ist auch nicht baraus 314 entnehmen, bag ber S von ben Entscheibungen "ber ertennenben Berichte" spricht; benn burch ben bas Hauptverfahren eröffnenben Beschluß ist die Sache bei hem erkennenben Gericht anhängig geworben, und biefes wirb, fofern es vor ber hauptverhandlung noch nicht in berjenigen Bufammen letung vorhanden ift, in welcher es mabrend berfelben fungirt, einstweilen burch ein vom Gefch bezeichnetes anberes Organ vertreten (vgl. Buch 2 Abichn. 5 Rote 2). Hiernach ift die Bestimmung bes S auf alle Entideibungen (vgl. jeboch Rote 4) ju beziehen, welche nach Eröffnung bes Sauptverfahrens und vor ber Urtheilsfällung erlaffen werben. Gl. A. Thilo S. 403, Dalde S. 232, Dochow S. 295, Geyer S. 798, Dorenborf S. 230, Glafer I. S. 391; a. D. v. Schmarze Komm.

Digitized by GOOGLE

§. 348.

Die Beschwerbe wird bei bemjenigen Gerichte, von welchem ober von bessen Borsitzenben die angesochtene Entscheidung erlassen ist, zu Protokoll des Gerichtsichreibers ober schriftlich eingelegt. Sie kann in bringenden Fällen auch bei dem Beschwerbegericht eingelegt werden.

Erachtet das Gericht ober ber Vorsigende, bessen Entscheidung angesochten wird, die Beschwerde für begründet, so haben sie berselben abzuhelsen; anderenfalls ist die Beschwerde sofort, spätestens vor Ablauf von drei Tagen, dem Beschwerdegerichte vorzulegen.

Die vorstehenden Bestimmungen sinden auch auf die Entscheidungen des Amts= richters im Vorversahren, des beauftragten oder ersuchten Richters und des Untersuchungsrichters Anwendung.

(L Entm. §§ 242, 243; II. Entm. §§ 248, 249; III. Entm. §§ 292, 293.)

- S. 499 u. in Sh. II. S. 256, Reller S. 449, Boitus Romm. S. 359 u. Rontr. I. S. 341, v. Boms harb S. 254, Puchelt S. 542, v. Kries S. 364, Binbing S. 199, Stenglein S. 545, Lamm, Das Rechtsmittel ber Beschm. im Strafpr. S. 21.
- 3. Aus bem Borbemerkten folgt aber weiter, daß die Bestimmung auch auf diejenigen Entischiungen bezogen werben muß, welche ber Borsitende in Bertretung des erkennenden Gerichts erläst (vgl. §§ 218—220). Zwar scheint eine Bergleichung des Bortlauts des § mit demjenigen des § 346 gegen diese Ansicht zu sprechen; allein gerade die Berfügungen des Borsitenden sind diejenigen, auf welche die Aussährungen der Rot. vorzugsweise passen. Ueberdies kommen hier noch die Gründe in Betracht, aus benen das Geset die fraglichen Entscheingen dem Borsitenden und nicht dem Gericht selbst übertragen hat (vgl. § 218 Rote 1); es wäre eine augenfällige Inkonsequenz, wenn das Geset das erkennende Gericht selbst von der einstweiligen Entscheidung über die herbeischafsung von Beweismitteln ausschlösse, dagegen das Eingreisen eines oberen Gerichts gestattete, welches der Sache viel ferner sieht und welches (abgesehen von den der Berusung untersliegenden Fällen) auch künstig gar nicht in die Lage kommt, ein Urtheil über die Beweisfrage zu erlassen. E. A. OLGer. München 20. Mai 84 (Entsch. dieses Ger. III. 133); a. M. v. Schwarze Komm. S. 499, Lamm a. a. D. S. 23.
- 4. Der Bortlaut bes & geht übrigens über das, was das Geset will (Note 1), hinaus. Der Absicht bes letteren entsprechend, wird die Anwendbarkeit ber Bestimmung auf diesenigen Entsichelbungen zu beschränken sein, welche in einem inneren Zusammenhange mit der Urtheils fällung stehen und lediglich zur Borbereitung derselben dienen, ohne nach einer anderen Richtung hin eine prozessuchsische Beirkung zu äußern. Wohnt einer Entscheidung des erkennenden Gerichts noch eine andere Bedeutung bei, so kann die Beschwerbe nicht für ausgeschlossen Gerichte werben; es muß überall die Möglichkeit bestehen, einem Berstoße gegen die gesehlichen Bestimmungen im Bege des Rechtsmittels abzuhelsen. Die Beschwerbe würde sonach u. A. statthaft sein, wenn das Gericht mit Unrecht das Borhandensein eines der Fortsehung des Bersahrens entzegenstehenden hindernisses angenommen und beshalb die vorläusige Einstellung des Bersahrens beschlossen hätte (vgl. 3. B. §§ 319, 327, 331). Gl. A. Puchelt S. 542, Reller S. 449.
- 5. Das Beschwerberecht britter Personen erfährt burch bie Bestimmung bes § teine Ginsichrantung; vgl. § 346 Abs. 2 u. Rote 6 bas.

3u \$ 348.

Bu Abs. 1.

1. In ben Mot. S. 210 wird bemerkt: "Die Bestimmung, daß die Beschwerbe nicht bei bem Beschwerbegericht, sondern regelmäßig bei demjenigen Gericht, welches die angesochtene Entscheidung erlassen hat, einzulegen ist, rechtsertigt sich schon durch die Erwägung, daß der S das Gericht, dessen Entscheidung angesochten wird, für besugt erklärt, diese selbst abzuändern oder zurückzunehmen. Auch wird es in der Regel zur Bereinsachung des Geschäftsganges dienen, wenn in den Fällen, in

23me. Strafprozeforbnung. 5. Muflage.

Digitized \$2 Google

§. 349.

Durch Sinlegung ber Beschwerbe wird ber Bollzug ber angesochtenen Entscheidung nicht gehemmt.

welchen bie Aften bes Gerichts ber unteren Instanz eingesehen werben mussen, lettere gleichzeitig mit ber Beschwerbe selbst bei bem Beschwerbegericht eingeben. Es tommt hinzu, daß bas Gericht ber unteren Instanz unter Umständen Gelegenheit nehmen kann, sich bei Einsendung der Beschwerbe an das Gericht höherer Instanz über die Anführungen des Beschwerbeführers zu außern, und daß es in der Lage ist, darüber zu besinden, ob etwa in Gemäßheit des § 349 mit dem Bollzug der angesochtenen Entscheidung einstweilen einzuhalten sei."

- 2. a. An eine Frift ift die Befchwerbe nur in ben Fällen gebunden, in benen bas Gefet bieselbe als "fofortige Beschwerbe" bezeichnet (§ 353). Uebrigens liegt es in ber Ratut ber Sache, daß die Beschwerbe burch einen Aufschub ihrer Einlegung und ben inzwischen eingetretenen Fortgang des Bersahrens gegenstandslos werden kann; dies wird 3. B. meistens von den über den Untersuchungsrichter geführten Beschwerben gelten, wenn inzwischen die Eröffnung bes hamptversahrens stattgefunden hat. Bgl. § 346 Note 2. c.
- b. Der Umftand, bag bie Beschwerbe bei bem Beschwerbegericht eingelegt wird, biefes aber bemnachft bie Oringlichkeit bes Falles nicht anerkennt, hat niemals ben Berluft bes Rechtsmittels jur Folge (§ 353 Abf. 2).
- 3. "Bu Protofoll bes Gerichtsichreibers ober ichriftlich" hierzu vgl. Rote 8ff. au Buch 1.

Bu Abf. 2.

- 4. Das Gericht ober ber Richter, beffen Enticheibung angefochten wirb, ift zu jeber Aenberung und ebenso zu einer ganzlichen Burudnahme berfelben befugt. Der Anlag hierzu tann auch aus ben etwaigen neuen Anführungen ber Befchwerbe (vgl. 8 346 Rote 3) entnommen werben.
- 5. a. Die Gerichte sind grunbsählich für besugt zu erachten, diejenigen Entscheidungen, welche einer Rechtstraft nicht fähig sind, auch Mangels einer Beschwerde, von Amtwegen ober auf Antrag, zu andern ober zurückzunehmen, wenn sie einen rechtlichen ober thatsächlichen Anlaß hierzu sinden; für die Annahme, daß ihnen die Besugniß zur Aenderung ze der eigenen Entscheidungen erst aus der erfolgten Einlegung der Beschwerde erwachse, sehlt es an einem inneren Grunde. Gl. A. Wer. III. 4. Wärz 86 (Rspr. VIII. 150), Puckelt S. 546, v. Schwarze in H.H. S. 259, v. Bomhard S. 255, Geper S. 799, Stenglein S. 546; a. R. Keller S. 451. Ugl. noch § 353 Note 8.
- b. Auch ben Beichwerbegerichten ift eine gleiche Befingniß in Anfehung folder Entificienngen zuzugestehen, welche fie in Folge einer friftlofen Beschwerbe erlaffen haben. Die Zurudnahme einer Entscheidung tann jowohl aus Anlaß einer nachträglichen Gegenvorftellung bes Gegenres bes Beschwerbeführers (vgl. § 350 Rote 2. a), wie auch anbererfeits aus Anlaß einer Erneuerung ber zuruch gewiesenen Beschwerbe erfolgen; einer solchen Erneuerung steht bie Borschrift bes § 352 Abs. 2 nicht entgegen. Bgl. noch Buch 1 Abschn. 2 Note 4. d.
- 6. Dem Gericht erster Inftang fieht es nicht zu, eine Beschwerbe, welche fich als ungulaffig barftellt (§ 346 Note 2), seinerseits zur nauweifen; vielmehr muß auch eine folche Beschwerbe bem Beschwerbegericht vorgelegt werben. Bgl. § 353 Note 5.
 - 7. Die Frift bestimmung in Abf. 2 ift nur instruktionell.

Bu Abs. 3.

- 8. Auf ben Amtsrich ter finben bie Bestimmungen bes S nicht blos "im Vorversahren" sonbern in jedem Stadium bes Berfahrens, und insbes. auch nach ber Urtheilsfällung (vgl. 3. B. §§ 490 ff.) Anwendung. Bgl. noch GBG. § 30 Rote 9.
 - 9. Bgl. § 346 Rote 4.

Ju § 349.

1. Aufschiebenbe Wirkung hat bie Beschwerbe ausnahmsweise im Falle bes § 81 ber StBD. und in ben Fällen ber §§ 180, 182 bes GBG. (§ 183 Abf. 2 baf.).

Jeboch kann bas Gericht, ber Vorsitzenbe ober ber Richter, bessen Entscheibung angefochten wirb, sowie auch bas Beschwerbegericht anordnen, baß die Vollziehung ber angesochtenen Entscheibung auszusetzen sei.

(L. Cutw. § 244; II. Entw. § 250; III. Entw. § 294.)

§. 350.

Das Beschwerbegericht kann bem Gegner bes Beschwerbeführers die Beschwerbe zur schriftlichen Gegenerklärung mittheilen; es kann etwa erforberliche Ermittelungen anordnen ober selbst vornehmen.

(L. Entw. § 245; II. Catw. § 251; III. Cutw. § 295.)

§. 351.

Die Entscheidung über die Beschwerbe erfolgt ohne vorgängige mündliche Bershandlung, in geeigneten Fällen nach Anhörung der Staatsanwaltschaft.

Wird die Beschwerde für begründet erachtet, so erläßt das Beschwerdegericht zugleich die in der Sache erforderliche Entscheidung.

(L Cutm. § 246; II. Cutm. § 252; III. Cutm. § 296.)

- 2. Der Borfitenbe tann bie Aussetzung ber Bollziehung nur bei ben von ihm felbft er: Iaffenen Entideibungen anordnen.
- 3. Sinfichtlich ber Freilaffung bes verhafteten Beschulbigten f. bie besonbere Bestimmung bes § 123 Abf. 2; pgl. bort Rote 6, 7.
 - 4. Bgl. SS 47, 400.

Au \$ 350.

- 1. Mit Rudficht auf bie große Berichiebenheit ber möglichen Beschwerbefälle hat fich bie StBD. einer naberen Regelung bes Berfahrens in ber Beschwerbeinftanz enthalten; fie fiellt in ben SS 351, 352 nur wenige allgemeine Grundzüge auf und überläßt im Uebrigen bas zu beobachtenbe Berfahren bem Ermessen bes Beschwerbegerichts.
- 2. a. Insbef. hat bas Befchwerbegericht barüber zu befinden, ob vor Erlaffung ber Entscheis bung eine Anhörung bes Gegners bes Beschwerbeführers erforberlich sei. Einer solchen wird es z. B. bann nicht bedürfen, wenn bie Beschwerbe sich im vorliegenden Falle als unzulässig dars stellt. Bgl. § 348 Rote 5. b. In manden Fällen (vgl. § 346 Abs. 2) ist ein Gegner bes Besichwerbeführers überhaupt nicht vorhanden. In Betreff ber Staatsanwaltschaft f. noch § 351.
- b. Auch eine Gegenerklarung jum Prototoll eines Gerichtsichreibers ift mit Rud: ficht auf bie fonftige Formlofigfeit bes Rechtsmittels nicht fur ausgeschlosen zu erachten. In Betreff bes verhafteten Beschulbigten ergiebt fich ihre Bulaffigfeit aus S 341.
- 2. Auch barüber, auf welche Art und burch welche Mittel bie etwa noch erforderliche Aufstlarung bes Sachverhalts zu bewirken sei, entschiebet lediglich bas Ermessen bes Beschwerbegerichts. Dasselbe kann nöthigenfalls auch förmliche und selbst eibliche Bernehmungen anordnen und bieselben einem ersuchten ober beauftragten Richter übertragen; nur die mündliche Berhandslung vor dem Beschwerbegericht ist ausgeschlossen (§ 351).

Ru § 351.

Bu Abs. 1.

- 1. Bgl. § 350 Rote 2, 3. In Betreff ber münblichen Berhanblung f. eine Abweichung in § 122 u. Rote 12. bat.
- 2. a. Unter ber Staatsanwaltschaft ift hier bie bei bem Beschwerbegericht fungirenbe staatsanwaltschaftliche Behörbe zu versteben. Die Anhörung berselben (vgl. § 33) ift in allen Fällen in bas Ermessen bes Beschwerbegerichts gestellt; sie kann auch bei solchen Beschwerben erfolgen, bei benen es sich nicht um ein von ber Staatsanwaltschaft zu vertretenbes Interesse handelt. Gine von ber Staatsanwaltschaft ber Borinstanz eingelegte Beschwerbe wird regelmäßig ber Staatsanzwaltschaft bes Beschwerbegerichts zur Erklärung vorzulegen sein, zumal biese regelmäßig (vgl. § 344 Rote 6) besugt sein wird, unbegründete Beschwerben zurückzunehmen.

Digitized 42 Google

§. 352.

Beschlüsse, welche von bem Landgericht in der Beschwerbeinstanz erlassen sind, können, insofern sie Verhaftungen betreffen, durch weitere Beschwerbe angesochten werden.

Im Uebrigen findet eine weitere Anfechtung ber in ber Beschwerbeinftang ergangenen Entscheidungen nicht ftatt.

(I. Cnim. \$ 247; II. Cnim. \$ 253; III. Entw. \$ 297.)

b. Die Anhörung ber Staatsanwaltschaft tann ichriftlich ober munblich erfolgen. Da es sich hier wesentlich um eine gutachtliche Aeußerung handelt, so greifen bie zu § 33 Rote 2. c. gebachten Bebenten gegen bie munbliche Anhörung hier nicht Blas.

Bu Abf. 2.

- 3. Das Beschmerbegericht hat nicht bas Gericht erster Instanz zu einer Aenberung 2c. ber am gesochtenen Entscheidung anzuweisen, sonbern, unter Ausbebung ber setzeren, seinerseits die jenige Entscheidung zu erlassen, welche von ihm nach Lage ber Sache für gerechterigt erachtet wird. hat z. B. bas Gericht erster Instanz die Erössnung bes hauptversahrens abgelehnt (§ 202), so erläßt, wenn die hiergegen gerichtete Beschwerbe für begründet besunden wird, das Beschwerbegericht selbst den Beschluß, welcher die Erössnung des hauptversahrens ausspricht (§ 201).

 Das Gesate seht allerdings voraus, daß eine sormelle Entscheidung Gegenstand der Ansechtung ist; wo eine solche nicht vorliegt kann die Beschwerde auch eine Anweisung an das Gericht erster Instanz zu Folge haben; vgl. § 346 Note 1. a.
- 4. Die StPO. gestattet (was als ein Mangel anzusehen sein bürfte) bem Beschwerbegericht nicht, nach Aushebung bes angesochtenen Beschlusses die Sache zur anderweiten Entscheidung in die erste Infanz zurückzuverweisen. Sonach muß das Beschwerbegericht auch dann selbst entscheiden, wenn das Gericht erster Instanz lebiglich über eine Vorfrage befunden, die Sache selbst aber noch nicht geprüft hat; vgl. z. B. § 198 Note 11.

Au \$ 352.

1. — "Befcluffe — in ber Befcwerbeinftang" — Diefelben find zu unterfcheiben von ben Befcluffen "in ber Berufungsinftang"; vgl. § 346 u. GBG. § 123 Rote 9.

Befchluffe ber Befchwerbeinftang unterliegen einer weiteren Anfechtung nur bann, wenn fie von bem Landgericht (vgl. GBG. § 72 u. § 78 Rote 3) erlaffen find und Berhaftungen betreffen; beibe Borausfehungen muffen erfillt fein.

- 3. Der Ausbruck "Berhaftungen" ift in bem Sinne zu verstehen, in welchem er in Buch 1 Abschn. 9. gebraucht ift. Die Bestimmung hat also nur bie haft bes Beschulbigten im Auge und ist auf die Zwangshaft, welche gegen Zeugen ze. (§§ 69, 95) verhängt wird, nicht anwendbar (wiewohl de lego fer. die entgegengesetzt Aufsassung ben Borzug verdienen würde); gl. A. DEGer. München 13. Oft. 85 (Entsch. bieses Ger. III. 602). Die Borführung des Angeslagten (§ 229) steht der Berhaftung nicht gleich: DEGer. Dresden 5. Febr. 85 (Ann. VII. 9). Ebensowenig die Unterbringung besselben in einer Frenanstalt nach § 81 (vgl. dort Rote 2.)
- 4. a. "insofern sie betreffen" Es sind hier alle aus Anlaß eines haftbefchle ber eines Antrages auf Berhaftung erlassenen Entscheidungen inbegriffen, so insbes. auch die jenigen, welche die Sicherheitsleiftung (§§ 117 ff.) zum Gegenstande haben. Bgl. noch §§ 229, 235. Es gehören auch diejenigen Entscheidungen hierher, welche aus Anlaß einer vorläufigen Festnahme erlassen werden (§§ 127—132).
- b. Die weitere Beschwerbe ift zwar hauptsächlich im Interesse bes Beschulbigten jugelassen; sie steht jeboch, ba bas Geseh zwischen biesem und ber Staatsanwaltschaft nicht untericheibet, auch ber letteren zu und kann sonach auch gegen einen die Freilassung bes Beschulbigten anordnenben Beschluß eingelegt werben. A. M. nur Thilo S. 407.
- 5. Auf bie "weitere Befdwerbe" finden, ba bas Gefet in Betreff ihrer besondere Bestimmungen nicht getroffen bat, die für die Beschwerde im Allgemeinen gegebenen Boridriften (SS 348-351) Anwendung. In Betreff ber Begrundung f. § 346 Rote 3. Bgl. ferner § 353 Rote 3.

§. 353.

Für bie Fälle ber sofortigen Beschwerbe gelten bie nachfolgenben besonderen Bestimmungen.

Die Beschwerbe ist binnen ber Frist von einer Woche, welche mit ber Bestanntmachung (§. 35) ber Entscheidung beginnt, einzulegen. Die Einlegung bei bem Beschwerbegerichte genügt zur Wahrung ber Frist, auch wenn ber Fall für bringlich nicht erachtet wirb.

Das Gericht ist zu einer Abanderung seiner burch Beschwerbe angefochtenen Entscheidung nicht befugt.

(L Entw. § 241; II. Entw. § 254; III. Entw. § 298.)

- 6. Die weitere Beschwerbe geht an bas Oberlanbes gericht (BBG, § 123 Rr. 5).
- 7. Bu Mbf. 2. "Beitere Anfechtung" beißt bier: Anrufung einer weiteren Befchwerbes inftana. Bgl. S 348 Rote 5. b.
- 8. Eine Ausnahme von ber Bestimmung bes Abs. 2 s. im GBG, § 160. Bgl. GBG. § 136 Rote 10.

Ju § 353.

Bu Abf. 1.

- 1. Die StBO. bezeichnet die Beschwerde da als "sofortige", wo sie dieselbe ausnahms=weise (vgl. § 348 Note 2) an eine Frist dindet. Dies ist der Fall in § 28 Abs. 1 (vgl. dort Note 2), § 46 Abs. 3 (vgl. dort Note 4), § 81 Abs. 3, § 122 Abs. 2 (vgl. dort Note 11), § 180 Abs. 1, § 181, § 199 Abs. 3, § 209 Abs. 2, § 270 Abs. 3, § 363 Abs. 2, § 412, § 455, Abs. 3 (vgl. § 461), § 463 Abs. 3, § 494 Abs. 4, § 501 Abs. 3. Bgl. noch GBG. § 183 u. Note 3 das.
- 2. Die sofortige Beschwerbe ift lediglich eine Unterart ber Beschwerbe überhaupt; es finden baber, abgesehen von ben beiben in § 353 vorgeschriebenen Abweichungen, die a II gemeinen Bestimmungen (§§ 346 ff.) auch auf sie Anwendung; vgl. insbes. § 346 Abs. 3 u. Rote 3 bas., § 348 Abs. 1, § 349 u. Rote 1 bas., §§ 350, 351.
- 3. Die Frage: ob gegen bie auf die sofortige Beschwerbe ergangene Entschiung des Beschwerbegerichts eine weitere Beschwerde statthaft sei, kann mit Rücksicht auf die Bestimmungen der SS 352, 124, 346 Abs. 3 nur in dem einen Falle entstehen, wenn eine den Berfall der Sicherheit detressende Entscheidung von dem Amtörichter erlassen, wenn eine den Berfall der Sicherheit detressende Entscheidung von dem Amtörichter erlassen, wenn eine den Berfall der Sicherheit (vol. S 122, S 125, SVG. S 30 Abs. 2). Für diesen Fall muß mit Rücksicht auf das vorstehend (Note 2) Bemerkte die Frage besacht werden. Die weitere Beschwerde kann aber in dem gedachten Falle auch wiederum nur eine "sosortige", d. h. an die elnwöchige Frist gedundene sein, da es dem Sinne und der Absicht des Gesetes (S 122 Abs. 2) widerstreiten würde, wenn die in der Beschwerdeinstanz erzgangene Entscheidung auf unbestimmte Zeit hinaus ansechtbar bliebe. Gl. A. Puchelt S. 551, Dalck S. 235, im Wesentl. auch Binding S. 199; a. M. Reller S. 457, der die fristloseweitere Beschwerde für statthaft erachtet. Bgl. noch S 122 Note 11.

Ցս Ջել. 2.

- 4. In Betreff ber Ginlegung bei bem Befdwerbegericht f. §348 Abf. 1 u. Rote2. b baf
- 5. Eine ju fpat eingelegte Beschwerbe barf nicht von bem Gericht erster Inftang, sonbern nur von bem Beschwerbegericht jurudgewiesen werben; vgl. § 348 Note 6. Bgl. bagegen §§ 360, 386.
- 6. Gine besondere Frift jur Rechtfertigung ber Beschwerbe ift von bem Gefet nicht gewährt. hieraus wird indeß nicht zu folgern sein, daß bas Beschwerbegericht solche Anführungen unberücksichtigt zu lassen habe, welche erft nach Ablauf ber Frift vorgebracht werben.

Bu Abs. 3.

- 7. Abs. 3 enthält bie Abweichung von § 348 Abs. 2, vgl. bort Rote 5. Der Ausbrud "Gericht" umfaßt bier auch alle in § 348 Abs. 2, 3 aufgeführten Richter.
 - 8. Der Grund ber Abweichung von § 348 Abf. 2 liegt barin, bag einzelne Arten pon Be-

Dritter Abidnitt.

Berufung.

§. 354.

Die Berufung findet statt gegen die Urtheile der Schöffengerichte.

schlussen ober Berfügungen in größerem ober geringerem Maße die Bedeutung eines Urtheils haben und daß sie demzusolge auch einer gewissen Rechtskraft fähig sind; vgl. Note 9. Hiervon auszegangen, kann es aber hinsichtlich der Unzulässigseit einer Abanderung nicht darauf ankommen, ob eine Beschwerde eingelegt worden ist oder nicht: das Gericht ist auch Mangels einer solchen zu einer Abanderung seiner Entscheidung nicht besugt. Zwar scheint der Wortlaut des S ("anzgeschtenen") gegen diese Ansicht zu sprechen; allein die hier erörterte Frage ist dei der Redigirung des Gesches nicht in Betracht gezogen worden, und auch die Mot. sassen erkennen, daß die Fassung der Bestimmung dem Sinne des Gesetzs nicht genau entspricht. Die Wot. S. 211 sagen nämlich: "Die Besonderheit der sosiorigen Beschwerde besteht darin, daß diesenigen Entscheidungen, welche derselben unterliegen, von dem Gericht, welches sie erlassen hat, nicht abgeändert werden können, vielmehr werden diese Entscheidungen analog dem Urtheil behandelt." Gl. A. Puchelt S. 551, Keller S. 457; a. M. Gerer S. 801, Stenglein S. 549.

9. Gine mit ber fofortigen Befchmerbe anfechtbare Enticheibung wirb, wenn bie erftere nicht rechtzeitig eingelegt ober wenn fie verworfen wirb, rechtsträftig; eine in ber Beichwerbeinftaug etgebenbe abanbernbe Enticheibung ift bies ihrer Unanfechtbarteit wegen fogleich. Der Begriff biefn Rechtstraft hat inbeg teineswegs bei allen Entscheibungen ben gleichen Inhalt; er bestimmt fich vielmehr bei ben einzelnen Arten von Befdluffen ac. nach bem Befen und ber prozeffualifden Bebeutung berfelben. Manche Beichluffe enthalten eine (event. enbgultige) materielle Enticheibung ber Sache ober boch eines einzelnen Bunttes berfelben, und fie fteben baber in Anfebung ihrer Rechtstraft bem Urtheil gleich, fo 3. B. ber Befchluß, welcher bie nachträgliche Festfegung einer Befammtftrafe ausspricht (§ 494), ber in § 501 vorgejebene Befclug über bie Roften bes Berfahrens, ber Befchluß, welcher bie Berufung als ungulaffig verwirft (§ 363), fowie berjenige. welcher eine geleistete Sicherheit fur verfallen erffart (§ 122) zc. In anberen Fallen besteht bie Rechtstraft bes Beichluffes nur barin, bag berfelbe eine gemiffe prozessulifde Frage enbgulig erlebigt und fo bas weitere Berfahren regulirt, ohne bie materielle Seile ber Sache ju beruhren: bies gilt z. B. von bem Befchluffe, welcher ben Antrag bes Bejchulbigten auf Eröffnung einer Boruntersuchung (SS 199, 176, 181) ober ben von ihm erhobenen Ginmand ber örtlichen Unauftändigkeit (SS 180, 199) vermirft. Im Falle bes S 81 besteht bie Rechtskraft bes Befolusses lebiglich in feiner Bollftrecharfeit, mahrenb bas Gericht, ohnerachtet ber Bestimmung bes § 353 Abs. 3, jeberzeit besugt bleibt, von ber beschlossenen Dagregel Abstand ju nehmen, wenn bie Sad: lage hierzu eine Beranlaffung bietet. Bgl. Glafer in Grunbuts Zeitichr. XII. G. 333 ff.

Bum Dritten Abschnitt.

- 1. Der Entw. ber StBD. wollte bie ganzliche Beseitigung ber Berusung. Die RER aber entschieb sich in erster Lesung für die Beibehaltung bieses Rechtsmittels und zwar sowohl in ben landgerichtlichen wie in ben schöffengerichtlichen Strafsachen. In zweiter Lesung wurde die Beibehaltung ber Berusung auf die schössengerichtlichen Strafsachen eingeschränkt, und diesem Beschlusse trat ber Reichstag bei. (Brot. ber RER. S. 537 si., 1011; Bericht bers. S. 85 sf.; Stenogr. Ber. 532 si.
- 2. Die Statthaftigfeit ber Berufung wird burch § 354 bestimmt. Ueber bas Befen bes Rechtsmittels und ben Inhalt ber Function bes Berufungsrichters f. hauptsächlich bie Noten zu § 364, außerbem aber: §§ 359, 366, 368, 369, 372. Bon ber Instruktion bes Rechtsmittels bei bem Gericht erster Instanz handeln bie §§ 355—358, 360—362, von bem Berfahren bes Berufungsgerichts bie §§ 363—373.

Zu § 354.

1. Die Berusung findet auch gegen biejenigen Urtheile statt, welche ber Amisrichter ohne Buziehung von Schöffen erläßt (§ 211 Schlußsat). Bgl. EG. § 3. Abs. 3.
Digitized by

§. 355.

Die Berufung muß bei bem Gerichte erster Instanz binnen einer Woche nach Berkündung des Urtheils zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder schriftlich eingelegt werden.

Hat die Verkündung des Urtheils nicht in Anwesenheit des Angeklagten statts gefunden, so beginnt für diesen die Frist mit der Zustellung.

(I. II, III. Entm. § --.)

- 2. Die Bernfung kann gegen jeben Theil bes Urtheils ergriffen werben; fie ift also auch bann bas zuläffige Rechtsmittel, wenn nur bie Enticheibung bes Koftenpunttes angefochten wirb. Bgl. bie zu 8 374 Note 3 cit. Urth. bes Reer.
- 3. Die Berufung steht allen Prozegbetheiligten zu; vgl. § 338 u. bie Noten bas. In Betreff bes rechtlichen Interesses, welches ber Beschwerbeführer an ber Aushebung bes anges sochtenen Urtheils haben muß, f. baf. Note 2 b. Bgl. noch §§ 339, 340.
- 4. Die Berufung geht in allen Fällen an die Straftammer bes Landgerichts (GBG. § 76). In Betreff ber auswärtigen Straftammern f. GBG. § 78 u. Rote 3 baf. Neber bie Befetung ber Straftammer f. GBG. § 77 u. die Noten baf.
- 5. Die Revision findet gegen die Urtheile ber Schöffengerichte ober ber Amtsrichter nicht fatt (§ 374). Gine bem schöffengerichtlichen ober amtsrichterlichen Berfahren etwa anhaftende Richtigkeit tann nur mittelft ber Berufung geltend gemacht werden; hierüber f. § 369 Abs. 2, 3 u. die Roten bas.

Zu Abs. 1.

- 1. Bgl. die, die Einlegung ber Rechtsmittel betreffenben allgemeinen Bemerkungen zu Buch 3 Abschn. 1 Rote 2-5 sowie § 342.
- 2. "bei bem Gericht erster Inftang" b. h. bei bem Amtsgericht; vgl. GBG. § 12 Rote 3 (Schlug) und § 30 Abf. 2.
- 3. Die Einlegung ber Bernfung bei bem Bernfungsgericht ift ohne rechtliche Birtung, sofern nicht bas bieselbe enthaltenbe Schriftstud ober Prototoll noch rechtzeitig bem Gericht erfter Inftanz zugeht; val. Buch 1 Abichn. 5 Rote 5. c.
 - 4. In Betreff bes verhafteten zc. Befdulbigten vgl. § 341.
- 5. Die in ber Situng selbst nach ber Bertunding bes Urtheils abgegebene Erklärung: die Berusung ergreisen zu wollen, stellt eine rechtlich wirksame Einlegung bes Rechtsmittels nicht bar; die Zulässigkeit einer solchen Einlegung würde die Bürde bes Gerichts verleten und das übereilte Ergreisen von Rechtsmitteln wesentlich begünstigen. Unter der Einlegung "zu Protokold bes Gerichtsschreibers" versteht das Gesetz die Abgabe einer mündlichen Erklärung vor dem selbsträndig (also außerhalb einer Situng) sungirenden Gerichtsschreiber und die Beurkundung diese Erklärung durch ein besonderes Protokoll (vgl. Rote 10. d. zu Buch 1). Gl. A. Reller S. 439, Thilo S. 410, Gener S. 804, v. Krieß S. 62; a. M. v. Schwarze Romm. S. 504 u. in H. II. S. 269. Die Erklärung bleibt auch dann unwirksam, wenn der Gerichtsschreiber sie in das Protokoll verzeichnet hat; gl. A. Reller S. 439, a. M. Puchelt S. 545, Stenglein S. 550. Derzienige, der in der Situng selbst die Einlegung der Berusung erklärt, wird durch den Borstsenden über die Birkungslosigkeit dieser Erklärung sowie darüber zu bedeuten sein, was er behus Einzlegung des Rechtsmittels zu thun habe. In Betress des Berzichts auf das Rechtsmittel stagegen § 344 Note 4. a.

Bu Abf. 2.

- 6. Der in Abs. 2 vorgesehene Fall liegt auch bann vor, wenn bei ber Berkundung bes Urtheils ein Bertreter bes Angeklagten anwesend war; vgl. § 267 Rote 6. Bgl. ferner § 35 Rote 10.
- 7. Einen Bergicht bes Angeklagten auf bie rechtsförmliche Befanntmachung bes Urtheils fennt bas Gefet nicht; baber muß bie Buftellung bes Urtheils an benjenigen Angeklagten, welcher bei ber Berkundung beffelben nicht anwefend war, unter allen Umfländen erfolgen. Gin Bergicht

Digitized by GOOGIC

§ 356.

Der Beginn ber Frist zur Sinlegung ber Berufung wird baburch nicht ausgeschlossen, daß gegen ein auf Ausbleiben bes Angeklagten ergangenes Urtheil eine Wiebereinsetzung in den vorigen Stand nachgesucht werden kann.

Stellt der Angeklagte ein Gesuch um Wiedereinsetung in den vorigen Stand, so wird die Berufung dadurch gewahrt, daß sie sofort für den Fall der Berwerfung jenes Gesuchs rechtzeitig eingelegt wird. Die weitere Verfügung in Bezug auf die Berufung bleibt dann dis zur Erledigung des Gesuchs um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ausgesetzt.

Die Sinlegung ber Berufung ohne Berbindung mit dem Gesuch um Biebereinsehung in den vorigen Stand gilt als Berzicht auf die lettere.

(I. II. III. Catm. § -.)

auf die Zustellung würde den Beginn der Berufungsfrift niemals begründen tonnen. Gl. A. Buchelt S. 555, Dalde S. 237; a. M. v. Schwarze S. 504. Bgl. § 357 u. die Roten das.

Zu § 356.

- 1. In Betreff ber Biebereinsetzung in ben vorigen Stanb f. § 234 u. Rote 1 bas. Bgl. noch § 323 Note 3.
- 2. Die Frist gur Einlegung ber Berufung fallt gufolge ber Bestimmung bes § 356 mit berjenigen gur Anbringung bes Gesuches um Biebereinsebung gusammen, ba jebe ber beiben Friften mit ber Zustellung bes Urtheils beginnt und eine Boche beträgt (§ 234 Abs. 1, § 355).
- 3. Der Bortlaut bes & entspricht nicht genau bem Sinne bes Gefetes. Rach ber Abficht bes letteren foll es erftens bem Angeklagten nicht geftattet fein, bie Ginlegung ber Berufung bis nach Erlebigung bes Gesuches um Biebereinsetung aufzuschieben, und zweitens foll (nach Abs. 3) ber Angeflagte, wenn er fich auf bie Ginlegung ber Berufung befdrantt bat, auch innerhalb ber Frift (note 2) nicht mehr jur nachträglichen Anbringung bes Gefuches um Biebereinfetjung befugt fein. Beitere Befdrantungen aber werben bem Angeflagten nicht auferlegt. Es ift ihm alfo nicht verwehrt, juerft bas Gefuch um Biebereinsetung angubringen und ju einem fpateren Beitpunft inn'erhalb ber Frist noch bie Berufung einzulegen; ber Ausbrud "sofort" bebeutet nur: "innerhalb ber Frift"; bie Anbringung bes Gesuches ohne gleichzeitige Ginlegung ber Berufung enthalt einen Bergicht auf bie lettere nicht. Gbenfowenig aber enthalt bie nachtragliche Ginlegung ber Berufung eine ftillscweigende Zurlidnahme bes Gesuches um Biebereinsehung; vielmehr gilt auch bie nachträgliche Berufung von felbft als "für ben Fall ber Berwerfung bes Gefuches" eingelegt. Die Borschrift bes Abs. 3 hat ausschließlich ben Fall im Auge, wenn bie Berufung ohne gleich: zeitige ober porgangige Anbringung bes Gefuches eingelegt wirb; fie fpricht beshalb von bem Bergicht und nicht von ber Zurudnahme bes Gesuches; vgl. 8 344. — Eine ausbrudliche Burudnahme bes Gefuches um Biebereinfepung fann bei ber nachträglichen Ginlegung ber Berufung zwar erfolgen; boch wird ber Angeklagte, wenn er fich nicht überhaupt bei bem Urtheil beruhigen will, nicht fliglich einen Beweggrund haben tonnen, bas Gefuch um Biebereinfehung gurudzunehmen.
- 4. Läßt eine Ertlarung bes Angetlagten es zweifelhaft, ob er von bem Gejude um Wiebereinsepung ober von ber Berufung ober von beiben Rechtsbehelfen Gebrauch machen wolle, so wirb er hierüber zu befragen sein. In Betreff ber Rechtzeitigkeit ber Erklarung gilt alsbann bas zu § 342 Note 2 Bemerkte.
- 5. Nicht blos die weitere Berfügung bezüglich ber Berufung bleibt bis zur rechtsträftigen (§ 46 Abf. 3) Erledigung bes Gefuches um Biedereinsehung ausgesett; sondern es kann auch der Lauf ber Rechtsertigungsfrift (§ 358) erft nach dem gedachten Zeitpunkt beginnen, da § 356 von dem Angestagten einstweilen nichts weiter als die Einlegung der Berufung fordert und schon diese das Rechtsmittel "wahrt". Gl. A. Reller S. 460, Buchelt S. 557; a. M. Stenglein S. 557.

6. **Bgl.** § 382.

§. 357.

Durch rechtzeitige Sinlegung ber Berufung wird die Rechtskraft des Urtheils, soweit dasselbe angesochten ist, gehemmt.

Dem Beschwerbeführer, welchem bas Urtheil mit ben Gründen noch nicht zus gestellt war, ist basselbe nach Sinlegung ber Berufung sofort zuzustellen.

(I. II. III. Cutm. § -.)

§. 358.

Die Berufung kann binnen einer weiteren Woche nach Ablauf ber Frist zur Einlegung bes Rechtsmittels ober, wenn zu bieser Zeit bas Urtheil noch nicht zusgestellt war, nach bessen Zustellung bei bem Gericht erster Instanz zu Protokoll bes Gerichtsschreibers ober in einer Beschwerbeschrift gerechtsertigt werben.

(L II. III. Catm. § -.)

Bu f 857.

Bu Abf. 1.

- 1. "foweit baffelbe angefochten ift" vgl. SS 359, 368 u. bie Roten baf.
- 2. In Betreff ber Bollftredbarteit bes Urtheils f. bie Roten au S 481.
- 3. In Betreff ber Aufhebung bes Baftbefehls f. § 123 Abf. 2.

Bu Abs. 2.

- 4. Die StBD. bezeichnet jeben Remebenten mit bem Ausbrud "Beichwerbeführer", ohne bei ben einzelnen Rechtsmitteln besonbere Benennungen (Appellant, Revibent) auszustellen; vgl. § 384. Auch für ben Gegner bes Beschwerbeführers giebt es besonbere Benennungen nicht; vgl. § 387.
- 5. Auch in Abf. 2 wird bie rechtzeitige Ginlegung ber Berufung poraussett; bie Buftellung finbet alfo (einstweilen) nicht ftatt, wenn ber Amterichter gemäß § 360 Abf. 1 verfahrt.
- 6. Die Zustellung bes Urtheils an benjenigen Beschwerbesührer, welchem basselbe nicht bereits zugestellt war (§ 355 Abs. 2), ift vorgeschrieben, weil zur Rechtsertigung bes Rechtsmittels is 358) die Einficht ber Urtheilsgründe ersorberlich sein kann. Ebenbeshalb muß in bem Falle, wenn bem Angeklagten bisher nur ber entschende Eheil bes Urtheils zugestellt war (§ 40 Abs. 2, § 323), nach ersolgter Einlegung ber Berufung noch die Zustellung bes Urtheils mit den Gründen statisinden. Dies gilt auch dann, wenn die Zustellung wiederum nur durch Ansbetung an die Gerichtstafel (§ 40 Abs. 2) ersolgen kann.
- 7. Die Zustellung bes Urtheils barf nicht beshalb unterbleiben, weil ber Beschwerbeführer mit ber Einlegung ber Berusung bie Rechtsertigung schon verbunden hatte. Auch ein ausbrüd- licher Berzicht auf bie Zustellung ist wirtungslos, ba ohne lettere ber Lauf ber Rechtsertigungs-frift nicht beginnen kann; gl. A. Puchelt S. 558. Bgl. § 383 Note 2.
- 8. In Betreff ber Frage: ob bie Buftellung bes Urtheils, ftatt an ben Angetlagten felbft, an ben Bertheibiger erfolgen tonne, gilt bas in ben Roten ju § 383 bezüglich ber Revision Bemertte.
- 9. Der gefetliche Bertreter bes Angeklagten und ber Ehemann find im Falle ber von ihnen eingelegten Berufung (§ 340) selbstftanbig Beschwerbeführer (vgl. § 371); baber ift ihnen selbst und nicht bem Angeklagten bas Urtheil zuzustellen.
- 10. Ift bie Berufung von mehreren Berechtigten (vgl. auch § 340 Rote 2) eingelegt, fo bat bie Buftellung an jeben berselben besonbers zu erfolgen.
 - 11. In Betreff ber Buftellung an bie Staatsanmalticaft f. § 41.

3u § 358.

1. Die Rechtfertigung ber Berufung ift tein nothwendiger Bestandtheil bes Berfahrens; bie Einlegung bes Rechtsmittels genügt, um die Sache zur Entscheidung bes Berufungsgerichts zu bringen; vgl. § 361.

§. 359.

Die Berufung kann auf bestimmte Beschwerbepunkte beschränkt werden. It bies nicht geschehen ober eine Rechtfertigung überhaupt nicht erfolgt, so gilt ber ganze Inhalt bes Urtheils als angefochten.

(I. II. III. Entm. § -..)

- 2. Die Rechtfertigung ber Berufung tann foon por bem Beginn ber in § 358 be- ftimmten Frift und auch in Berbinbung mit ber Ginlegung erfolgen.
- 3. Die Berfäumung ber Frift zieht rechtliche Rachtheile nicht nach sich, und insbef. hat sie nicht etwa eine Prällusion bes Beschwerbesichrers mit neuen Anführungen zur Folge. Eine solche Prällusion giebt es in ber Berufungsinftanz so wenig wie in erster Instanz (§§ 373, 245). Auch bann, wenn die Rechtsertigung ber Berufung rechtzeitig stattgefunden hat, ift ein weiteres Borbringen neuer Anführungen nicht ausgeschlossen. Bgl. § 364 Rote 5.
- 4. Die prozeffualische Bebeutung ber Rechtfertigung besteht hiernach lediglich barin, baß biese ben Gegner bes Beschwerbesührers und bas Berufungsgericht über bie Richtung und ben Umfang ber Beschwerbe informirt und baß sie bem entsprechend häusig einen bestimmenden Ginfluß auf die Beschlußnahme haben wirb, ob und welche Beweismittel zur hauptwerhandlung herbeizuschaffen seien.
- 5. Aus bem Borbemerkten (Rote 3, 4) folgt, bag eine nach Ablauf ber Fri ft eingehende Rechtfertigung nicht als verspätet gurudzuweisen, sondern gleich den sonstigen Erklarungen (Antragen 2c.) des Beschwerdeführers zu prufen ift, sowie ferner: daß es einer Wiedereinsehung in den vorigen Stand gegen die Berfäumung der Frift nicht bedarf. Dem entsprechend kennt bas Geset auch eine Berlängerung der letzteren nicht.
 - 6. In Betreff bes Beginnes ber Frift vgl. noch § 356 Rote 5.
 - 7. Die Beschwerbeschrift ift an keine Form gebunben; wgl. Rote 8 ff. zu Buch 1. 3u § 359.
- 1. Die Bestimmung findet ihre Erganzung in berjenigen bes § 368. Unter "Beschwerbe puntten" find hier die einzelnen Theile ber Entscheibung selbst (ber Urtheilsformel), bie einzelnen in ihr enthaltenen Aussprüche bes Gerichts zu verstehen. Das Rabere hierüber i ju § 368 Note 1, 2.
- 2. Sowohl in § 359 wie auch in § 368 setzt bas Gesetz eine ausbrückliche Erklarung bes Beschwerbeführers voraus: baß er nur einen bestimmten Theil bes Urtheils anfechte, ober: baß er sich bei einem bestimmten Theile bessellen beruhige. Darin allein, baß bie Rechtsertigung ber Berusung sich nur mit einem Theile ber Entscheidung beschäftigt, die übrigen Theile bagegm mit Stillschweigen übergeht, kann eine Beschränkung bes Rechtsmittels im Sinne bes § nicht erblick, vielmehr muß, da beim gänzlichen Mangel einer Rechtsertigung der gesammte Inhalt bes Urtheils als angesochten gilt, solgerichtig auch ein mit Stillschweigen übergangener Theil besselchmals angegriffen betrachtet werben. Läßt die Erklärung des Beschwerdeführers es zweiselhaft, ober bas Rechtsmittel habe beschränken wollen, so kann das Gericht ihn zu einer Erläuterung berselben auffordern, und zwar kann dies auch noch in der Hauptverhandlung geschehen; vol. Note 3. In Betreff des Versahrens voll. ferner § 364 Note 13. b.
- 3. Die Beschränkung ber Berusung auf bestimmte Theile bes Urtheils taun sowohl alsbald, b. h. bei ber Einlegung ober Rechtfertigung bes Rechtsmittels, wie auch noch nachträglich erfolgen. Die alsbalbige Beschränkung ist als ein theilweiser Berzicht auf bas Rechtsmittel, bie nachträgliche als eine theilweise Zurudnahme besselben zu behandeln; es finden baher die SS 314, 345 hier analoge Anwendung; vgl. die Noten bas. Ein Wiberruf der Beschränkung ist demnach, und zwar selbst innerhalb der Einlegungsfrist, unstatthaft (vgl. S 344 Note 5); gl. A. Binding S. 179.
- 4. "ber gange Inhalt bes Urtheils" bei ber Berujung bes Angeklagten und ber in § 340 gedachten Bersonen jedoch selbstverständlich nur insoweit, als ber Angeklagte sich burch bie Entschiedung beschwert fühlen kaun; vgl. § 338 Note 2. b.

§. 360.

Ist die Berufung verspätet eingelegt, so hat das Gericht erster Instanz das Rechtsmittel als unzulässig zu verwerfen.

Der Beschwerbeführer kann binnen einer Woche nach Zustellung bes Beschlusses auf die Entscheidung des Berufungsgerichts antragen. In diesem Falle sind die Alten an das Berufungsgericht einzusenden; die Bollstreckung des Urtheils wird jedoch hierdurch nicht gehenmt.

(I. II. III. Entm. § -.)

Bu § 360.

Bu Abi. 1.

- 1. Die hier vorgesehene Bermerfung ber verfpatet eingelegten Berufung erfolgt burch Besichluß bes Amterichters (GBG. § 30 Abf. 2).
- 2. Die Prüfung bes Amtsrichters hat sich ausschließlich auf bie Rechtzeitigkeit ber Berrufung zu richten; bie Berwerfung bes Rechtsmittels wegen sonstiger prozessualischer Mangel steht nur bem Berufungsgericht (vgl. § 363) zu. Insbes. bars ber Amtsrichter bie Berufung auch bann nicht zurudweisen, wenn er benjenigen Oritten, ber im Interesse bes Angeklagten bas Rechtsmittel einlegt (vgl. § 340), hierzu nicht für legitimirt erachtet. Bgl. § 386 Rote 1.

Bu Abf. 2.

- 3. Der Antrag auf die Entscheidung bes Berusungsgerichts fällt nicht unter ben Begriff der sofortigen Beschwerbe im Sinne des § 353, wenngleich er sachlich einer Beschwerbe gleichsommt; über den praktischen Inhalt der Unterscheidung vol. Note 6. Da übrigens durch die Bestimmung des Abs. 2 ausgesprochen ist, daß der Beschluß durch den Ablauf der Frist rechtstätig wird, so ist der Amtsrichter nicht für besugt zu erachten, den Beschluß (nach ersolgter Zustung) zurückzunehmen (vol. § 353 Note 7—9). Gl. A. Huchelt S. 563, Dalde S. 240, Thilo S. 413, Boitus Kontr. II. S. 402, Stenglein S. 554, Haas im GSaal XXXIII. S. 528; a. M. Keller S. 463, v. Schwarze S. 506, Boitus Komm. S. 367, v. Bomhard S. 262, v. Kries S. 119.
- 4. Die Anbringung bes Antrages tann, ba bas Gefet etwas Anberes nicht bestimmt, ebensowohl bei bem Amtörichter wie bei bem Berufungsgericht erfolgen.
- 5. Die Ginfendung ber Alten an bas Berufungsgericht erfolgt burch bie Staatsanwalts icaft (val. SS 361, 362).
- 6. Ueber ben Antrag beschließt bas Berufungsgericht in berathenber Sigung (vgl. § 363).

 Erachtet es ben Beschluß bes Amtsrichters für gerechtsertigt, so verwirft es ben Antrag. Gegen biese Entscheibung, welche nicht eine Entscheibung ber Beschwerbeinstanz ist (Note 3; vgl. § 352), sindet die sosorige Beschwerbe statt, da § 363 auch auf den Fall des § 360 zu beziehen ist. Gl. A. v. Kries S. 119, Thilo S. 413, Boitus Kontr. II. S. 400, im Besentl. auch Puchelt S. 563, Reller S. 463, Geger S. 806, Stenglein S. 555; a. M. v. Schwarze in H. E. 271, Dalde S. 240, welche eine Beschwerde für unstatthaft halten. Wird der Beschluß des Amtsrichters für nicht gerechtsertigt besunden, so hebt das Berusungsgericht denselben auf. Diese Entscheidung unterliegt einer Ansechung seitens des Gegners des Beschwerdesührers nicht; das Berusungsgericht muß auch im Falle des § 360 sür besugt erachtet werden, die Erledigung der Frage: ob die Berusung zuzulassen sei, der Hauptverhandlung und Urtheilsfällung vorzubehalten (vgl. § 363 Note 1); a. M. Keller S. 464, Stenglein S. 555.
- 7. Durch bie Aufhebung bes Beschlusses bes Amtsrichters fommt bie Sache in bieselbe fage, wie wenn ber Amtsrichter selbst bas Rechtsmittel für rechtzeitig eingelegt erachtet hatte. Die Aften geben also gunachft zum weiteren Bersahren (§ 361) an bas Amtsgericht zurud.
- 8. Der Beginn ber Rechtfertigung kfrist (§ 358) crfahrt, ba bas Geset eine besondere Bestimmung hier nicht trifft, burch die seitens bes Amtkrichters erfolgende Berwerfung des Rechtksmittels an sich keinen Aufschub; vgl. jedoch § 357 Note 5 und § 358. (Anders verhält es sich im Falle des § 356; vgl. bort Note 5.)

§. 361.

Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat nach Ablauf der Frist zur Rechtsertigung der Gerichtsschreiber ohne Rücksicht darauf, ob eine Rechtsertigung statt: gefunden hat oder nicht, die Akten der Staatsanwaltschaft vorzulegen. Diese stellt, wenn die Berufung von ihr eingelegt ist, dem Angeklagten die Schriftstüde über Einlegung und Rechtsertigung der Berufung zu.

(L II. III. Catu. § -.)

§. 362.

Die Staatsanwaltschaft übersenbet die Akten an die Staatsanwaltschaft bei bem Berufungsgerichte. Diese übergiebt die Akten binnen einer Woche dem Boristenben des Gerichts.

(L II. III. Catm. § -.)

- 9. a. "Die Bollstredung bes Urtheils wirb nicht gehemnt". Hermit ist ausgesprochen, daß bem Berurtheilten ein Anspruch auf Ausschied ber Bollstredung nicht zusteht; bestände ein solcher Anspruch, so würde der Berurtheilte im Stande sein, durch verspätete Ergreisung des Rechtsmittels die Bollstredung willfürlich hinzuhalten. Uebrigens ist es der Strasvollstredungsbehörde (§ 483) nicht verwehrt, wegen der Zweiselhaftigkeit der zu entschiedenden Frage einen Ausschied der Strasvollstredung eintreten zu lassen. Dagegen kann ein solcher, da die Borschift des § 349 Abs. 2 hier nicht wiederholt ist, nicht durch gerichtlichen Beschluß angeordnet werden. Gl. A. Reller S. 464, Puchelt S. 563, Dalde S. 240, Boitus Komm. S. 368 u. Kontr. L. S. 90. Stenglein S. 355; a. M. v. Schwarze Komm. S. 507 u. in Hh. II. 271, v. Bomhard S. 262, Geper S. 806.
- b. Einem verhafteten Angeklagten, welcher bie Berufung verspätet eingelegt hat, ift die erlittene Untersuchungshaft vom Ablauf der Einlegungsfrift ab auf die Strafe anzurechnen benn mit dem Zeitpunkt dieses Ablaufs ist die Anwendbarkeit des § 482 eingetreten, und hieran kann durch die verspätete, auf die Bollstreckbarkeit des Urtheils einflußlose Einlegung des Rechismittels nicht mehr geandert werden. Bgl. § 363 Note 8, § 386 Note 6.

3u § 361.

- 1. Bal. & 358 u. Note 1 baf.
- 2. Die Borlegung ber Alten an die Staatsanwaltschaft tann, wenn eine Rechtfertigung bes Rechtsmittels stattgefunden hat, auch icon vor Ablauf ber Frift erfolgen. Geht bemnachn noch ein Rachtrag ber Rechtfertigung ein, so wird auch mit ihm gemaß § 361 verfahren.
- 3. Die Schriftstude über Einlegung und Rechtfertigung ber von ber Staatsanwaltschaft ergriffenen Berufung find bem Angeklagten auch bann juzustellen, wenn bas Rechtsmittel ju Gunften besselben (§ 338 Abs. 2) eingelegt worben ift. hat ber Angeklagte bas Rechtsmittel eingelegt, so findet eine Bustellung an die Staatsanwaltschaft nicht ftatt; sie ift überfluffig, ba die Akten burch die hand ber Staatsanwaltschaft gehen (§ 362).
- 4. Die Buftellung besteht in ber Uebergabe einer beglaubigten Abschrift ber augustellenben Schriftstide (CBD. § 156).
- 5. Eine Gegenerklärung (Beantwortung ber Rechtfertigung), wie solche bei ber Revision (§ 387 Abs. 1) vorgesehen ift, giebt es in bem Berusungsversahren nicht. Das lettere ift ein mündliches; ber Gegner bes Beschwerbesührers kann alles zur Entkräftung ber Berusung Dienende in ber Hauptverhandlung vordringen; auch hat er in Ansehung ber Herbeischaffung von Beweismitteln bieselben Besugnisse, welche ihm in bem Bersahren erster Instanz zustehen (§ 364 Abs. 1); vogl. in Betress ber Staatsanwaltschaft: § 213 Note 3, in Betress bes Angellagten: §§ 218, 219. Die Zulassung einer schriftlichen Rechtfertigung ber Berusung beruht auf einer besonderen Rüdssicht (vogl. § 358 Note 4). A. M. Stenglein S. 556.

Bu § 362.

1. In Betreff ber Burudnahme einer von bem Amtsanwalt eingelegten Berufung burch

§. 363.

Erachtet das Berufungsgericht die Bestimmungen über die Sinlegung der Berufung nicht für beobachtet, so kann es das Rechtsmittel durch Beschluß als unszulässig verwerfen. Anderenfalls entscheibet es über dasselbe durch Urtheil.

Der Beschluß kann burch sofortige Beschwerbe angefochten werben.

(I. II. III. Cutm. f ...)

ben Staatsanwalt bes Landgerichts f. § 344 Rote 6. Im Falle einer folden Burudnahme sendet ber Staatsanwalt die Alten bem Amtsanwalt zurud, ohne daß eine Uebergabe berselben an den Borfigenden des Gerichts stattzusinden braucht.

2. Die Frift bestimmung ift lebiglich reglementarer Ratur.

3. Der Staatsanwalt hat die Aften zu prufen. Ift er ber Anficht, daß die Berufung bes Angeklagten als unzuläffig zu verwerfen fei (§ 363), fo ftellt er bei ber Uebergabe ber Aften ben hierauf bezüglichen Antrag. In ben sonstigen Fällen macht er bem Borfigenben Mittbeilung, welche Beweismittel er zur hauptverhandlung herbeizuschaffen beabsichtige; bas Rabere hierüber f. zu § 364 Rote 13.

Au § 363.

Bu Abs. 1.

- 1. a. Das Berusungsgericht hat zwar stets von Amtswegen zu prüsen, ob die Bestimmungen über die Einlegung der Berusung beobachtet seien; eine besondere, d. h. der Hauptverhandlung vorausgehende Beschlüsnahme hierüber braucht jedoch, außer im Falle des § 360 Abs. 2, nur dann statzusinden, wenn von der Staatsanwaltschaft (vgl. § 362 Note 3) die Unzulässigkeit des Rechtsmittels behauptet ist oder wenn bei dem Gericht selbst Bedenken über die Zulässigkeit deszielben odwalten. With deie iner gemäß § 363 stattsindenden Beschlüsnahme die Berusung surglässig befunden, so ist dies für die in der Hauptverhandlung zu erlassende Entscheidung nicht präjudizirlich: das erkennende Gericht ist weder gehindert, durch Urtheil die Berusung als unzulässig zu verwerfen, noch auch ist es der Psticht überhoden, die Zulässigkeit derselben von Neuem zu prüsen. Das gemäß § 363 beschließende Gericht ist auch in jedem Falle besugt, von einer Berwerfung der Berusung Abstand zu nehmen und die Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels dem erkennenden Gericht vorzubehalten; ein solches Berschen wird sich in zweiselchasten Fällen um so mehr empsehlen, als dei der Berschiedenheit der Beschung des beschließenden und des erkennenden Gerichts (Note 3) die Entscheidung anders aussallen kann, je nachdem sie von dem ersteren oder von dem letzteren erlassen wird.
- b. Der S fest eine in berathender Sigung ergehenbe Entscheibung voraus; in ber hauptverhanblung tann die Berwerfung ber Berufung, auch wenn lettere fich als unzuläsig barftellt, nicht burch Beschluß, sonbern nur burch Urtheil erfolgen.
- 2. Die Bestimmung bes S ift anwendbar, sobald bas Rechtsmittel sich aus irgend welchem prozessualischen Grunde als unzulässig barstellt; ein Fall bieser Art liegt auch bann vor, wenn berjenige Dritte, ber im Interesse bes Angeklagten bas Rechtsmittel eingelegt hat, nicht als hierzu berechtigt (vgl. S 340) anzusehen ist. Die alsbaldige Berwersung einer verspätet eingelegten Berufung wird badurch nicht ausgeschlossen, daß der Amtsrichter die lettere ausbrücklich für rechtzeitig eingelegt erachtet hat.

3. Da bie Beschlußnahme nach § 363 in berathenber Sitzung erfolgt (vgl. § 33 Rote 1), so beschließt bas Gericht in ber Zahl von brei Richtern (GBG. § 77).

4. Bgl. § 369 Rote 2.

Bu Abj. 2.

5. Die Bestimmung hat nur ben Fall im Auge, wenn ber Beschluß auf Berwerfung ber Berufung lautet. Gin bie lettere gulaffenber Beschluß unterliegt nach bem oben (Rote 1.a) Bes merkten ber Ansechtung im Beschwerbewege nicht (a. M. Stenglein S. 557). Bgl. § 360 Rote 6.

6. Ueber Die fofortige Befdmerbe (§ 353) entscheibet bas Oberlanbesgericht (BBG. § 123 Rr. 5).

§. 364.

Auf die Vorbereitung der Hauptverhandlung finden die Vorschriften der §§. 213, 215—224 Anwendung. In der Ladung ist der Angeklagte auf die Folgen des Ausbleibens ausdrücklich hinzuweisen.

Die Labung ber in erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen kann nur dann unterbleiben, wenn beren wiederholte Vernehmung zur Aufklärung der Sache nicht erforderlich erscheint.

Reue Beweismittel find julaffig.

Bei ber Auswahl ber zu labenben Zeugen und Sachverständigen ift auf die von dem Angeklagten zur Rechtfertigung der Berufung benannten Personen Ruckficht zu nehmen.

(I. II. III. Entm. § -..)

- 7. Wird ber bie Berufung verwerfende Beschluß im Beschwerdewege aufgehoben, so ift die Folge hiervon nur die: daß die hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht stattsinden und über das Rechtsmittel durch Urtheil entschieden werden muß. Daß der Beschluß des Oberlandesgericht für das erkennende Berufungsgericht bindend sei, läßt sich beim Mangel einer dies aussprechenden Bestimmung (vgl. § 398 Abs. 1) nicht aufstellen; das Berufungsgericht ist also nicht gehindert, seine frühere Ansicht aufrecht zu erhalten und durch Urtheil die Berufung als unzuläsigz zu verwersen. Ein solches Urtheil ist nach § 380 der Ansechtung durch die Revision entzogen: diese Unansechtbarkeit aber ist ein Beweis mehr für die Unangemessenheit der Borschrift des § 380; vgl. die Noten das.
- 8. In Betreff ber Bollstredbarteit bes Urtheils und ber Anrechnung ber Unterssuchungshaft sinbet bas zu § 360 Note 9 Bemerkte entsprechenbe Anwendung. Bgl. nod § 482 Note 3 (Schluß).

I. Der Inhalt bes Berufungsverfahrens und bie Grunblagen bes Urtheils zweiter Inftang.

- 1. Der Inhalt bes Berufungsversahrens wird hauptsächlich durch die Vorschriften der §§ 364, 366, in Verbindung mit denen der §§ 368, 369 geregelt. Leider sind diejenigen der §§ 364, 366 so unbestimmt, daß sie von der Gestaltung der Berufungsinstanz nur ein unklares und versichwommenes Bild gewähren; sie geden den erheblichsten Meinungsverschiedenheiten Raum und begründen die Gesahr, daß das Berufungsversahren bei den verschiedenen Landgerichten eine ganz verschiedene Gestalt annehmen kann (vgl. noch Note 3 zu § 380). Auch aus den Berhandlungen der NIR. (Prot. S. 567 ff., 1017) ist Material für die Interpretation des Gesetzes nur in geringem Maße zu entnehmen, da sich in ihnen die verschiedensten, einander diametral entgegenstehenden Ansichten vertreten sinden, ohne daß eine Bereinigung über die leitenden Prinzipien ersichtlich ist. Bgl. des. v. Krieß S. 87 ff., Reller S. 466 ff., v. Schwarze in HH. S. 266 ff., Reves S. 141 ff., Puchelt S. 568 ff., Binding S. 177 ff.
- 2. Das Berufungsversahren ber StBD. ift wesentlich verschieben von bemjenigen, welche bis 1879 in Preußen bestand (Ges. v. 3. Mai 1852 Art. 101, StBD. v. 1867 § 377). In bem preußischen Bergahren waren die Feststellungen bes Urtheils erster Instanz (vgl. § 266 Rote?) für den Berufungsrichter bergestalt bindend, daß er von ihnen nur auf Grund einer neuen oder wiederholten Beweisausnahme abweichen durfte; eine solche aber sollte wiederum nur dann stattssinden, wenn sie durch neue, in zweiter Instanz vorgebrachte Ansührungen bedingt wurde oder wenn das Gericht wesentliche Bedensen gegen die Richtigkeit der erstrichterlichen Feststellung begte Bür den preußischen Bernfungsrichter bestand sonach gewissermaßen eine Vorfrage, nämlich die: ob Anlaß vorhanden sei, eine Beweisausnahme anzuordnen; je nachdem eine solche statsand oder nicht, war seine Stellung zur Sache eine verschiedene. War eine (nicht gänzlich ergebnissole) Beweisausnahme ersolgt, so war der Berufungsrichter besugt und verpssichtet, selbstständig, d. h. nach

nach eigener Ueberzeugung, über bie Schulbfrage zu entscheiben. Mangels einer Beweisaufnahme bagegen traf er eine folde felbstfanbige Enticheibung nicht; er bilbete fich nicht eine eigene Ueberzeugung, sondern beschränkte fich barauf, die erftrichterliche Feststellung, weil er bieselbe nicht für bebenklich und die etwaigen neuen Anführungen nicht für erheblich erachtete, aufrecht zu erhalten. Die StBD. hat nichts von allebem aufgenommen: fie binbet ben Berufungsrichter in keiner Beife an die erstrichterliche Feststellung und unterscheibet hinsichtlich bes Berfahrens nicht zwischen ber Aufrechthaltung und ber Aufhebung bes angefochtenen Urtheils. hieraus aber folgt mit Nothwenbigkeit: baß ber Berufung Brichter bie Schulbfrage, fofern fie überhaupt Gegenstand bes Rechtsmittels ift (SS 359, 368), ftets felbfiftanbig gu entscheiben hat. Er barf die erstrichterliche Fesistellung nicht aus irgend welchem mehr ober minder formalen Grunde aufrechterhalten, sondern muß sich eine eigene Ueberzeugung bilben. Dementsprechenb erfolgt in ber mit funf Richtern befetten Berufungstammer (GBG. § 77) bie Enticheibung, foweit es fich um die Schulbfrage banbelt, nicht nach ber einfachen Debrbeit ber Stimmen, vielmehr nach Daggabe bes & 262 Abf. 1 (vgl. bort Rote 1): bie Aufrechts haltung eines ben Angeklagten für schulbig erklärenben Urtheils kann nur statisinden, wenn minbestens vier Richter benfelben für ichnibig halten, und es muß bie Aufhebung bes Urtheils etfolgen, wenn auch nur zwei Richter von ber Schulb beg Angeklagten nicht überzeugt finb.

3. Mus ber vorbezeichneten Aufgabe bes Berufungerichters ergiebt fich nun aber weiter, bag vor ihm die Sache auf's Reue und zwar in folder Weise verhandelt werden muß, daß er in ber Lage ift, fich eine eigene Ueberzeugung zu bilben. Der Bortrag bes Berichterftatters tann nicht bie Grundlage einer folchen fein; es bebarf vielmehr regelmäßig einer abermaligen Beweis≠ aufnahme. Die bezüglich biefer in einzelnen Falle zu prufenbe Frage ift hiernach nicht fowohl bie: ob ein Grund vorhanden fei, auf's Neue Beweis zu erheben, als vielmehr bie: ob nach ber Lage ber Sache in zweiter Inftang (ber Richtung ber Beschwerbe 2c.) ein Grund vorliege, von einer Beweiserhebung gang ober theilweis Abstanb gu nehmen. Gin gall ber Entbehrlichfeit jeber Beweisaufnahme ift 3. B. ber: wenn bie Sache wegen ber Richtigfeit bes angefochtenen Urtheils in die erfte Juftang gurudguverweisen (§ 369 Abf. 2), fowie ber, wenn nur über eine von der Beweisaufnahme unabhängige Rechtsfrage (3. B. bas Antragserforderniß, das Erlöschen ber Straftlage) zu enticheiben ift; vgl. Binbing S. 183. Auch bann, wenn bie Berufung nur bie Art ober bas Mag ber erkannten Strafe betrifft, ist ber Berufungsrichter befugt, ohne Beweisaufnahme zu erkennen (val. § 394 Albi. 1); boch kann auch in biefem Kalle unter Umftänben eine Beweiserhebung erforberlich fein. Daffelbe gilt, wenn bie Berufung lediglich bas Borhanben= fein milbernber Umftanbe betrifft (vgl. § 262 Rote 3). — Ift bie Schulbfrage Gegenstanb ber Entscheibung, fo ift bie Beweisaufnahme unerläftlich. Daß ber Angeklagte in ber Rechtfertigung feiner Berufung eine bestimmte, vom erften Richter festgestellte Thatfache nicht weiter bestritten hat, kann für fich allein die Beweiserhebung über fie nicht entbehrlich machen; es kommt viel: mehr barauf an, ob biefe Thatsache nunmehr als jugeftanben angufeben ift: bas Bugeftanbnig fann bie in erfter Inftang benutten Beweismittel erfeten. Rad ebenbemfelben Gefichtspuntt ift auch ber gall zu beurtheilen, wenn bie Befcmerbe, ohne bie Beweisfrage zu berühren, fich nur gegen bie Subsumtion ber Thatsachen unter bas Strafgejet richtet; hierüber vgl. noch f 368 Rote 2. a. - Fur ben Umfang ber Beweisaufnahme in zweiter Inftang ift, auch abgeseben von bem galle nachtraglicher Bugeftanbniffe, berjenige ber erftinftanglichen Beweiserhebung nicht maß= gebend; insbef. bebarf es einer wieberholten Erhebung folder Beweise nicht, beren Aufnahme in erfter Inftang etwas für bie Beurtheilung ber Sache Befentliches nicht ergeben hat.

4. Bas aber bie fernere Frage betrifft, inwieweit bie Beweisaufnahme zweiter Justanz eine munbliche fein muffe, so läßt bas Geset hinsichtlich ber Aussagen ber in ber hauptvershandlung erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen allerdings eine erhebliche Abweichung von bem Grundsat ber Münblichkeit (§ 249) zu. Zwar stellt § 364 Abs. 2 seinem Bortlaut nach bie abermalige Labung ber gedachten Personen als die Regel hin; allein bas Abgehen von letterer ist wesentlich in bas richterliche Ermessen gestellt, und § 366

geftattet bem Berufungsrichter in weitem Dage, fich mit ber Berlefung ber erftinftanglichen Ausfagen ber gebachten Berfonen ju begnugen. Das Rabere hieruber f. ju § 366 Rote 3.

- 5. In Betreff ber Bulaffigteit und ber Birtung neuer Anführungen hat ber Gebante bes Gefebes in Abf. 3, 4 bes § 364 nur einen ungenugenben und ichiefen Ausbrud gefunden. Sowohl bas Borbringen neuer Thatsachen wie auch basjenige neuer Beweismittel ift ohne jebe Beidrantung julaffig und fowohl bem Beidwerbeführer wie bem Gegner gefigttet. Das Berufungsverfahren ift eben ein neues Sauptverfahren, in welchem ber Berufungsrichter bie Aufgabe, bie materielle Bahrheit festzustellen, ganz felbsistanbig und folglich auf Grund best gefammten ihm vorliegenden Materials zu löfen hat; er steht den neuen Anführungen genau ebenso gegen: über wie ber erfte Richter ben Anführungen ber erften Inftang. hieraus folgt junachft, bag bes neue Borbringen an teine Rrift 'gebunden ift; auch fur bie Berufungsinftang gilt in vollen Mage bie Bestimmung bes § 245 Abf. 1 und bas bort Rote 1 Bemerkte; vgl. § 358 Rote 3. Beiter aber folgt aus bem Gefagten, bag ber Berufungsrichter auf ben Inhalt ber Rechtfertigung und insbef. auf die in ihr als Zeugen ober Sachverständige benannten Berfonen nicht blos "Rudsicht zu nehmen", sondern jenen Inhalt wie auch alle späteren Beweisanträge hinsichtlich ihrer Erbeblichkeit ze, in gang gleicher Beise zu prufen hat wie ber erfte Richter die vor ihm vorge brachten Anführungen und Anträge (vgl. SS 218, 243). Daffelbe gilt von den Beweisanträgen Mich binfictlich ber Anwendbarteit bes § 244 finbet ein bes Gegners bes Beidwerbeführers. Unterschieb zwischen ben neuen Anführungen und bem erstinftanzlichen Beweismaterial nicht flatt. - Es fei hier enblich noch barauf bingewiesen, bag bie in bem fruberen Prozes baufig beliebte Berfahrensart, nach welcher bas Berufungsgericht zwar bie neuen Beweise erhob, bagegen von einer Bieberholung ber erstinstanglichen Beweisaufnahme absah, in bem Berfahren nach ber StBD. teine Berechtigung mehr hat, vielmehr mit ben vorstehend bargelegten Gesichtspunkten (Rote 2-4) unvereinbar fein murbe.
- 6. In Betreff bes Falles, wenn bas Urtheil erfter Inftang an einer Richtigkeit leibet, f. § 369 Abf. 2, 3 u. bie Roten baf.
- 7. Darüber, inmiefern ber Enticheibung bes Berufungsrichters burch bie Antrage bei Befdmerbeführers Grengen gezogen feien, f. § 368 u. bie Roten baf.
 - II. Die Borbereitung ber Sauptverhandlung.
- 8. Wie die Berweisung bes § 364 auf § 213 ergiebt, liegt die Borbereitung ber handlung in ber zweiten Instanz in bemselben Maße ber Staatsanwaltschaft ob wie in ber ersten: die Staatsanwaltschaft bewirkt alle erforberlichen Labungen, die herbeischaffung ber als Beweismittel bienenben Gegenstände und event. (vgl. § 213 Note 4) die Borführung bes nicht auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten.
- 9. a. Die Labung bes Angeklagten geschieht, wenn er selbst die Berufung ergriffen hat und sich auf freiem Juße befindet, unter der Warnung, daß bei seinem unentschuldigten Ausbleiben ohne Weiteres die Berwerfung des Rechtsmittels erfolgen werde (§ 370). Ift die Berufung von der Staatsanwaltschaft eingelegt, so ist die Barnung die: daß im Falle des unentschuldigten Ausbleibens des Angeklagten das Gericht nach seinem Erwessen entweder verhandeln und entscheiden oder die Borsührung oder Berhaftung des Angeklagten anordnen werde (§ 370). Dasselbe güt, wenn die Berufung von einer der in § 340 bezeichneten Personen eingelegt ist, jedoch mit der Rasgabe, daß die Androhung der Berhaftung wegfällt (§ 371). In den Fällen, in denen der Angeklagte sich vertreten lassen dars (§ 370 Rote 2), ist der Hinweis auf die Zulässigkeit der Bertretung zweichnäßig, wenn auch nicht nothwendig.
- b. Auf bie Labung bes nicht auf freiem Fu fe befindlichen Angeflagten ift § 215 Abf. 2 in vollem Umfange anwendbar. Ueber bie Nothwendigfeit ber Borffihrung bes Angeflagten jur hauptverhandlung f. § 370 Rote 3
- 10. Ift ber gefetliche Bertreter bes Angeklagten ober ber Chemann ber Befchwerbeführer (§ 340), so wird er unter ber Warnung gelaben, baß die Berwerfung bes Rechtsmittels
 erfolgen werbe, falls weber er selbft noch ber Angeklagte erscheinen follte. Bgl. die Roten ju § 371.
 - 11. Der Angeflagte hat, gleichviel ob bas Rechtsmittel von ihm ober von ber Staatsanwalt-

icaft eingelegt ift, Anspruch auf bie Innehaltung ber in § 216 bestimmten Frift, ba ibm bie Röglichkeit gewahrt bleiben muß, Beugen ac. unmittelbar zu laben (Rote 13. a.) Den gleichen Anipruch hat auch ein als Beichwerbeführer auftretenber Dritter (Rote 10). - Der in § 216 Mi. 2 bezeichnete Antrag auf Aussehung ber Berhandlung ist zulässig, so lange ber Bortrag bes Berichterftatters noch nicht begonnen bat (vgl. § 25).

12. In Betreff ber Labung best gemählten Bertheibigers finbet § 217 Anmenbung. Daffelbe gilt von bem bestellten Bertheibiger, falls bie Bestellung für bie Berufungsinftang erfolat ift (vgl. f 140 Rote 11. a, f 141). Gin nur für bie erfte Inftanz beftellter Bertheibiger ift, auch wenn bie Ginlegung und Rechtfertigung bes Rechtsmittels burch ihn ftattgefunden bat (§ 339) nicht ju laben, es fei benn, bag er bie Labung ausbrudlich beantragt. Einem folchen Antrage wird ftets ftattzugeben fein, weil in ihm bie Erklarung zu finden ift, bag ber fruher bestellte Bertheibiger nunmehr als Bahlvertheibiger fungiren werbe; bie nach § 138 Abs. 2 etwa erforberliche Genehmigung bes Gerichts wird in biesem Kalle nicht füglich versagt werben können.

13. a. Bas bie Labung von Zeugen und Sachverstänbigen und bie herbei-Spaffung sonstiger Beweismittel betrifft, so folgt aus ber Borschrift in Sat 1, ba bieselbe etwas von bem erstinftanglichen Berfahren Abmeichenbes nicht enthält: bag, wie in erfter Inftang, io auch hier bie Entschließung zunächst ber Staatsauwaltschaft zusteht, und zwar ohne Unterschieb, ob biefe felbst ober ber Angeklagte ober beffen Bertreter 2c. die Berufung eingelegt hat (vgl. Brot. S. 566, 569, 571). Die Staatsanwaltschaft hat sonach, bevor fie die Akten bem Borfibenden bes Gerichts übergiebt (§ 362), zu prufen, welche Beweise in ber hauptverhandlung ju erheben feien; fie ftellt entsprechend ber von ihr hierbei gewonnenen Anficht bie Lifte ber Beweismittel auf und legt biefelbe mit ben Alten bem Borfigenben vor. Selbftverftanblich hat fie hierbei bie zur Entlastung bienenden Beweise ebenso zu berücksichtigen wie bie zur Belastung bienenben; es findet hier bas ju § 198 Rote 6. b Bemerkte entsprechenbe Anmenbung. 🖇 213 Note 3. — Die Entscheidung darüber, ob von Amtswegen noch andere als bie von der Staatsanwaltschaft in die Liste aufgenommenen Bersonen zu laden seien 20., steht, wie in erster Inftang (§ 220), bem Borfibenben gu, für ben es fich empfehlen wirb, in biefer Begiehung bie Borfdlage bes Berichterftatters entgegenzunehmen.

Dem Befen ber Berufungginftang entsprechenb, wirb ber Borfitenbe bie gebachte Frage in allen Fallen, insbef. aber bann, wenn bie Berufung feitens bes Angeklagten ober feines Bertreters 2c. eingelegt ift, eingehend zu prüfen haben. — Der Angeklagte, er mag Beschwerbeführer sein ober nicht, kann stets noch besonbere Anträge bezüglich ber Beweisaufnahme an ben Borsisenden richten; baffelbe gilt auch von britten Berfonen, wenn fie Beschwerbeführer find. Auf berartige Anträge finbet § 218 Anwendung. — Enblich steht bie Befugniß zur unmittelbaren Labung von Beugen und Sachverftanbigen (f 219) allen Prozegbetheiligten ohne Ginfchrantung ju. -Das Gericht jelbst kommt, wie in erster Instanz (§ 243), so auch in zweiter erst in ber Hauptverhanblung in bie Lage, über ben Umfang ber Beweisaufnahme zu beschließen (vgl. übrigens Rote 14).

b. Ift es megen bes Mangels einer Rechtfertigung ober megen ber Unbeutlichfeit berfelben deifelhaft, inwieweit bas Urtheil angefochten fei ober ob ber Angeklagte nunmehr gewiffe, fruber bestrittene Thatfacen zugestehe 2c., fo ift es zuläffig und zewdmäßig, von ber Labung von Beugen ze. einftweilen gang abgufeben und bie Entichliegung bieruber ber Sauptverhanblung vorzubehalten. In einem folchen Falle wird behufs Bermeibung ungeeigneter Magregeln eine Berftanbigung zwifchen bem Borfigenben und ber Staatsanwalticaft angemeffen fein; val. § 213 Note 3.

c. In Betreff ber Benachrichtigung ber Prozegbetheiligten über bie bevorftebenbe Beweisaufnahme finden bie Bestimmungen bes § 218 und bes § 221 entsprechende Anwendung; insbej. ist jenen auch ber vorstehend (b) gebachte Borbehalt ausbrudlich bekannt zu machen.

14. Das Berufungsgericht tann eine ber Sauptverhanblung vorausgebenbe tommiffarifche Beweisaufnahme (§§ 222-224) anordnen, falls bie gefehlichen Borausfehungen einer folden vorliegen; vgl. § 222 Rote 9. In Betreff bes Begriffes ber großen Entfernung gilt bas bort Note 6 Bemertte ohne Ginfdrantung auch für bas Berufungsgericht. Digitizazio Google

§. 365.

Rachbem die Hauptverhandlung nach Borschrift des §. 242 Abs. 1 begonnen hat, hält ein Berichterstatter in Abwesenheit der Zeugen einen Bortrag über die Ergebnisse des disherigen Bersahrens. Das Urtheil erster Instanz ist stets zu verlesen.

Sobann erfolgt die Bernehmung bes Angeklagten und die Beweisaufnahme.

(I. II. III. Catw. § -.)

15. Dem Borbemerkten (Note 8—14) jufolge ist auch der Gang des der Hauptverhandlung vorangehenden Berfahrens im Befentlichen der gleiche wie in erfter Instanz. Rach Empfang der Akten (§ 362) bestimmt der Borsibende den Termin zur Hauptverhandlung, er ernennt den Berichter und trifft seine Entschließung darüber, ob hinsichtlich der Beweismittel es bei der von der Staatsanwaltschaft aufgestellten Liste zu belassen oder bieselbe zu erganzen sei (Rote 13. a). Sobann gehen die Akten an die Staatsanwaltschaft zurück, welche nunmehr die erforderlichen Ladungen. Benachrichtigungen 2c. erläßt.

3u \$ 365.

Bu Abf. 1.

- 1. In Betreff bes Beginnes ber Hauptverhandlung voll. § 242 Rote 1. Die Hauptverhandlung in ber Berufungsinftanz tann, wenngleich bas Gefet bessen nicht erwähnt, unbebentlich mit ber Erörterung einer etwaigen, die Zulässigfeit ober ben Umfang bes Rechtsmittels betressen Borfrage beginnen; es tann z. B. burch Bernehmung bes Angeltagten ober bes sonstigen Beschwerbesührers zunächt klar gestellt werben, inwieweit bas Urtheil erster Instanz angesochten sei; voll. § 359 Rote 2, 3. Ist bas Rechtsmittel von einem Dritten (§§ 340, 324) eingelegt, so kann zunächt bie Legitimation bes Beschwerbeführers erörtert und setzgestellt werben.
- 2. a. Rur ein Mitglied bes erkennenben Gerichts tann als Berichter fatter fungiren. Der Borfibenbe ift von biefer Funktion nicht ausgeschlossen.
- b. Das Geset hat einen munblich en Bortrag im Auge. Die schriftliche Ausarbeitung bes Berichts ift in das Ermessen bes Berichterftatters gestellt, kann jedoch auch seitens bes Gerichts beschlossen werben (vgl. Puchelt S. 572; a. M. Reller S. 471). Der Borfitzenbe allein kann eine solche nicht anordnen, und ebensowenig kann, wie Stenglein S. 559 dies annimmt, durch bie Landesgesetzeng (vgl. EG. § 6 Note 3. a) oder im Aussichtstügege eine allgemeine Borschrift erlassen werben, daß die Berichte schriftlich abzusassen seine.
- c. Hinsichtlich ber Einrichtung und bes Inhalts bes Bortrages wird es vor Alem barauf ankommen, inwieweit bas Urtheil erster Inftanz angesochten ift. Greift in bieser Beziehung eine Einschränkung nicht Blat, so hat sich ber Bortrag auf ben gesammten Sachverhalt zu erstreden. Daraus, baß bas Geset neben ber Berlefung bes Urtheils die Darstellung ben "Ergebnisse bes bisherigen Bersahrens" vorschreibt, geht hervor, daß ber Bericht sich nicht auf bie in dem Urtheil erwähnten Thatsachen und Beweismittel zu beschränken hat. Die in zweiten Instanz vorgebrachten neuen Anführungen, die aufgestellten Beschwerden und die Ansträge bes Beschwerdesührers sind vollständig mitzutheilen, ebenso die Ansührungen und Anntäge bes Gegners. Gegenstand des Berichts sind ferner die Formalien des Rechtsmittels (vgl. § 363 u. Note 1 bas.), endlich der prozesssung bes Berusungsgerichts von Bedeutung sein kann. Steht die Zulässigkeit der Berusung (§ 363) in Frage, so kann der Bortrag zunächt auf die Darstellung der Formalien zu. beschränkt und das Eingehen auf die Sache selbst sür den Fall der Zulassung des Rechtsmittels vorbehalten werden.
- d. Bon bem Bortrage ausgeschlossen ist ber Inhalt solder Schriftsude, beren Berlesung schlechthin unstatthaft ist (vgl. § 366 Note 2). Dagegen mussen bie Aussagen ber in der Hauptverhandlung erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen, gleichviel ob ihre Berlesung im vorliegenden Falle statthaft ist oder nicht (§ 366 u. Note 3. b das.), ihrem wesents lichen Inhalt nach mitgetheilt werden, da sonst das Gericht aus dem Bortrage ein unrichtiges und unvollständiges Bild von dem Sachverhalt gewinnen wurde.

Digitize 134 GOOS

§. 366.

Bei der Berichterstattung und der Beweisaufnahme können Schriftsticke verlesen werden; Protokolle über Aussagen der in der Hauptverhandlung erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen dürsen, abgesehen von den Fällen der §§. 250, 252 ohne die Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten nicht verlesen werden, wenn die wiederholte Vorladung der Zeugen oder Sachverständigen erfolgt ist oder von dem Angeklagten rechtzeitig vor der Hauptvershandlung beantragt worden war.

(1. II. III. Entw. 4 -..)

Ru § 366.

- 1. Der S enthält die für die Seftaltung des Berufungsversahrens wesentlichste Bestimmung, beren Fassung freilich von der Art ift, daß sie der Auslegung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Die Durchführung des Grundsates der Mündlichkeit erfährt hier eine wesentliche Einsichtaung. Dies ift in den Berhandlungen der ALR. ausdrücklich anerkannt; daselbst (Prot. S. 576) sindet sich ausgesprochen, daß die Bestimmungen des § 366 zwar auf dem Standpunkt der möglichsten Mündlichkeit stehen, daß die lettere jedoch in der Berufungsinstanz "nicht aus-nahmslos durchzussinstanz bei Diese Auffassung ift bei der Auslegung des § als die maßgebende anzuseben.
- 2. Zieht man lediglich ben Bortlaut ber Bestimmung in Betracht, so scheint dieselbe die Berlesung von Schriftstüden ganz allgemein und ohne Rudssicht auf die für die erste Instanz geltenden Borschriften (§§ 248—255) zu gestatten und eine Beschränkung nur hinsichtlich derjenigen Prototolle auszustellen, welche die Aussagen der in der Hauptverhandlung erster Instanz
 vernommenen Personen enthalten. Danach würde es z. B. zulässig sein, die in § 251 gedachten
 Aussagen zu verlesen, wiewohl deren Berlesung dem ersten Richter untersagt ist. Dies kann nicht
 der Absicht des Gesehes entsprechen; denn § 366 will ja nach dem vorstehend (Rote 1) Bemerkten
 lediglich der besonderen Natur des Berusungsversahrens Rechnung tragen, während das Rerbot
 des § 251 zu der Verschiedenheit der beiden Instanzen in keiner Beziehung sieht. Die Dispensation
 des Berusungsrichters von dem Berbot des § 251 würde jedes rationellen Grundes entbehren.
 Ganz ebenso verhält es sich mit dem Berbot, Leumundszeugnisse zu verlesen (§ 255). Diese Erwägung führt mit Nothwendigkeit zu der entgegengesetzten Ausslegung: die Bestimmung muß dahin verstanden werden, daß die hier zugelassenen Abweich ung von dem Grundsat der Mündlichkeit sich nur auf die obengedachten Brotofolle erstrecht, daß aber im Uebrigen die sir die

^{3.} Das Urtheil ift mit ben Gründen zu verlesen. Im Falle einer beschränkten Berufung (S 359, 368) können biejenigen Theile ber Gründe von ber Berlesung ausgeschlossen bleiben, welche für die Entschieng des Berufungsrichters nicht mehr von Interesse find.

^{4. - &}quot;in Abwesenheit ber Bengen" - hierzu vgl. § 242 Rote 11, 12. Bu Abs. 2.

^{5.} Auf bas in Abs. 2 gebachte Berfahren finden im Allgemeinen (vgl. Rote 7) bie für bie erfte Inftanz maßgebenden Borschriften Anwendung (§ 373). Es macht hierbei keinen Unterschieb, ob ber Angeklagte ober bie Staatsanwaltschaft bie Berufung ergriffen hat.

^{6.} Die Bernehmung bes Angellagten erfolgt auch über feine perfonlichen Berbaltniffe; vgl. § 242 Abf. 2. In Betreff feiner weiteren Bernehmung f. baf. Note 6, 7.

^{7.} Eine Beweisaufnahme findet nicht in allen Fällen statt; vgl. § 364 Rote 3. Das Berfahren bei berselben weicht von bemjenigen in der ersten Instanz insofern ab, als jenes nicht in gleichem Maße wie dieses von dem Grundsat der Mündlichkeit beherrscht wird (§ 364 Rote 4). Für den Umfang der Beweisaufnahme sind auch in zweiter Instanz die §§ 243—245 maßzgebend; nach § 244 Abs. 2 (vgl. dort Rote 9) ist hierbei der Gegenstand der Untersuchung von entscheidender Bedeutung; vgl. § 366 Rote 3. c. In Betreff der Leitung des Berfahrens und der Besugnisse der Prozesbetheiligten 2c. s. §§ 237—241.

erste Instanz gegebenen Borschriften über bie Berlesung von Schriftstüden auch für ben Berufungsrichter anaßgebend bleiben. Sonach ift bie Berlesung ber im Borverfahren (vgl. Rote 2 zu Buch 2 Abschn. 2—6) abgegebenen Aussagen auch bem Berufungsrichter nur bann gestattet, went bie Boraussehungen vorliegen, unter benen bieselbe in erster Instanz ersolgen barf (§ 250); vgl. übrigens Note 3. d. Gl. A. v. Kries S. 133, Keller S. 468, Stenglein S. 560; a. M. Erzu S. 819; vgl. v. Schwarze in Hh. II S. 277 ff.

3. s. Hinfichtlich ber in ber Hauptverhandlung erster Instanz vernommenen Beugen und Sachverftanbigen geht bas Gefet bavon aus, bag bie abermalige munblicht Bernehmung bisweilen gang ober theilweis entbehrlich fein werbe, und es gestattet baber, biefelbe burch bie Berlejung bes in erfter Inftang aufgenommenen Brotokolles zu erfeten. Gin foldes Berfahren wird bann Plat greifen burfen, wenn es zweifellos erfcheint, bag burch bie Berlefung bie betr. Thatfache in ebenso ficherer Beise aufgeflart werben tonne wie burch bie Bernehmung: val. \$ 364 Abs. 2. Es wird hierbei auf ben Gegenstand ber einzelnen Aussage sowie barauf, ob bieselbe angesochten ist, ferner auf bie Lage bes Beweises überhaupt unb selbstverstänblich auch auf bie Rlarheit und Bollftanbigfeit bes fraglicen Prototolles ankommen. Die gedachte Borausfehung ber Berlefung eines Brotofolles ift nun freilich eine fehr page und unbestimmte, und bas Beith jucht ben Mangel einer festen Norm hier baburch auszugleichen, baß es bie Berlefung in gewissen Maße von dem Einverständniß der Prozesbetheiligten abhängig macht und diese in ben Stand fest, bas Gericht ju ber munblichen Bernehmung ju nothigen. Der (allerbings nur unpolltommen burchgeführte) Gebante bes Gefetes ift bierbei ber: bag bas (ftillichmeigenb erflatte) Ginverständnig bes Gerichts und aller Brozegbetheiligten über bie Entbehrlichkeit ber Bernehmung eine Gewähr bafür biete, daß die Erfehung der Bernehmung durch die Berlefung des Protokolles eine Schabigung ber Bahrheitsermittelung nicht jur Folge haben werbe. Es ift übrigens nicht zu verkennen, daß biefe Gewähr eben keine fehr ftarke ift, ba bie meiften Angeklagten vermöge ihres Bilbungsgrabes bie Bebeutung der unmittelbaren Bernehmung nicht zu würdigen wiffen. ein Bertheibiger in ber Dehrzahl ber Sachen nicht fungiren wirb, bie Behorben aber erfahrunge: mäßig nur ju febr geneigt finb, bie Berlefung von Brotofollen als ein ausreichenbes Mittel gur Erforichung ber Bahrheit ju betrachten. In bem Umftande, bag bas Gefet bie Geftaltung be Berufungsverfahrens lediglich in die hand ber Berufungsgerichte felbst gelegt hat (§ 380), werden biese wie auch bie Beamten ber Staatsanwaltschaft ein Motiv mehr zu finden haben, ben Grund: fat ber Munblichkeit hoch zu halten und fich bewußt zu bleiben, wie trugerisch oftmals bie Ein brude find, die beim Lefen ber Aften und jumal bei bemjenigen mangelhaft redigirter Sigungs. protofolle gewonnen merben.

b. a. Die Zulässigkeit ber Berlesung eines Protokolles an Stelle ber abermaligen Bernehmung einer in ber Hauptverhandlung erster Instanz vernommenen Person ist von ber (anstrückichen) Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten abhängig, falls die Ladung jener Person ersolgt ist oder von dem Angeklagten rechtzeitig beantragt worden war; Mangels bieser Boraussehung aber ist die Berlesung selbst dann nicht ausgeschlossen, wenn beide Theile ihr widersprechen. — Es kommt hinsichtlich des Ersordernisses der Zustimmung übrigens nicht daraus an, von welcher Seite die Ladung veranlaßt war; die Bestimmung sindet selbst auf diesenigen Ladungen Anwendung, welche der Borsitzende von Amtswegen (§ 220) erlassen hatte; vgl. § 244 Note 6. a. — Edensowenig kommt es darauf an, ob der Geladene erschienen ist. Dagegen must umgekehrt die ersolgte Stellung einer Person (§ 219 Note 4) der Ladung gleichgeachtet werden (a. M. Buchelt S. 574). Bgl. unter o.

β. In Betreff ber Bustimmung bes Angeklagten und in Betreff feiner Antrage vol. noch § 340 Rote 5. — Die Staatsanwaltschaft hat Antrage bezüglich ber Labungen nicht zu ftellen, ba fie felbst bie letteren zu bewirken hat; vgl. § 213 Rote 3.

y. — "rechtzeitig" — b. h. so zeitig, bag bie Ansführung ber Labung noch ausführbar mar.

c. Ift bie Berlefung einer Ausfage wegen bes Mangels ber erforberlichen Buftimmung unguläffig und bie zu vernehmenbe Perfon nicht zur Stelle, fo muß behufs beren Bernehmung

Digitized by GOOGLE

§. 367.

Rach dem Schlusse der Beweisaufnahme werden die Staatsanwaltschaft sowie der Angeklagte und sein Vertheidiger mit ihren Aussührungen und Anträgen, und zwar der Beschwerdeführer zuerst, gehört. Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

(I. II. III. Entw. § -). §. 368.

Der Prüfung des Gerichts unterliegt das Urtheil nur, soweit dasselbe ange-

(I. II. III. Entw. § —).

fochten ist.

bie Bertagung ber Hauptverhandlung erfolgen, es sei benn, daß das Gericht bemnächt bie Aussiage für unerheblich erachtet und beshalb beschließt, sie bei der Urtheilssällung nicht zu berücksichtigen. — Die Frage: od das betr. Zeugniß ober Gutachten zur Aufflärung der Sache übershaupt erford erlich sei, wird von dem nur die Form der Beweiserzebung behandelnden § 366 nicht berührt, und insbes. verpflichtet dieser I nicht etwa den Borsigenden (§ 218, § 364 Rote 13. a), den auf Ladung von Zeugen 2c. gerichteten Anträgen auch dann stattzugeben, wenn der Beweis unerheblich erscheint. Das Recht des Prozesbetheiligten auf die Ausnahme solcher Beweise unerheblich erscheint, des Prozesbetheiligten auf die Aufnahme solcher Beweise, welche das Gericht für unerheblich erachtet, bestimmt sich lediglich nach § 244; vgl. dort Rote 2—6, 9, 10.

d. Es kommt nur barauf an, ob ber Zeuge 2c. in ber hauptverhanblung vernommen worben ift; ift bies ber Fall, so barf nicht blos bie in bas Situngsprotokoll verzeichnete, sonbern auch bie von ihm im Borversahren abgegebene Aussage verlesen werben, gleichviel ob sie in bem Situngsprotokoll in Bezug genommen (§ 273 Note 8) ift ober nicht.

4. In ben Fallen ber §§ 250, 252 ift bie Bulaffigteit ber Berlefung niemals von ber

Buftimmung ber Prozefbetheiligten abbangig.

5. Der S gestattet die Berlesung von Schriftstuden zwar gleichmäßig bei der Berichterestattung wie bei der Beweisaufnahme. Da jedoch der Bortrag des Berichtersters nicht die Grundlage der Urtheilsfällung bilbet (§ 364 Note 3), so erscheint es ersorderlich oder doch minsbestens angemessen, die Berlesung berjenigen Protokolle und sonstigen Schriftstude, auf welche das Gericht seine Entscheidung gründen will, von der Berichterstattung zu trennen und sie auch sormell als einen Akt der Beweisausnahme zu behandeln. Ueberdies wird das Gericht vor der Berlesung seinen ausbrücklichen Beschluß darüber zu sassen, welche Protokolle zc. zum Zwecke der Beweisausnahme zu verlesen seinen setzelesen seinen

3u \$ 367.

1. Bal. § 365 Note 1.

2. Ift bie Berufung von beiben Theilen eingelegt, fo wird zuerft bie Staatsanwalt- faft gebort.

3. In Betreff bes Angeflagten vgl. noch § 340 Rote 5.

- 4. "sein Bertheibiger" Bei biesen Borten ift vorausgesett, baß ein Bertheibiger erschienen ift. Gin solcher tann bem Angeklagten auch bestellt werben (§ 141); nothwenbig bagegen ift die Bertheibigung in der Berufungsinstanz in teinem Falle (§ 140 und Rote 11 bas.). Bgl. noch § 364 Rote 12.
 - 5. 3m Uebrigen f. § 257 u. bie Roten baf.

3# § 368.

1. Der Sinn bes S ift ber: baß, falls ber Beschwerbeführer einen Theil ber Entscheibung selbft (ber Urtheilsformel) von ber Ansechtung ausgeschlossen hat (voll. § 359 Rote 2, 3), bieser Beil überhaupt nicht Gegenstand ber Prafiung und Entscheibung bes Berusungsrichters ist: er ist in Rechtstraft übergegangen (§ 357 Abs. 1). Dagegen ist bie Bestimmung nicht bahin zu verzstehen, als sei bas Gericht auch innerhalb bes Kreises seiner Entscheibung auf die Prasiung ber vom Beschwerbeführer geltenb gemachten Ansechtungs grunde beschwantt; eine solche Beschränztung, wie sie bem Rechtsmittel ber Revision eigenthumlich ist (§ 392) wurde bem Wesen ber

rnfung wiberstreiten. Der Berufungsrichter erläßt eine selbstständige Entscheidung in ber Sace (§ 364 Rote 2); er kann bieselbe nur auf die nach seiner Ansicht maßgebenden Gründe stüben, mögen dieselben von den Prozesbetheiligten geltend gemacht sein oder nicht. Seine Beurtheilung ift in dieser hinsicht eine ebenso freie wie diesenige des Richters erster Instanz. In Betress der Prilfung des erstinstanzlichen Berfahrens s. § 369 Abs. 2 u. Rote 5 das. — Ebensowenig wie durch die Ansechtungsgründe wird der Berusungsrichter durch die Anträge des Beschwerdesührers dei einer Entscheidung beengt; auch für ihn gilt das zu § 153 Rote 4 Bemerkte, nur mit der hinssichtlich der reformatio in pejus vorgeschriebenen Einschränkung (§ 372). Daher kann die Entschedung auch über die Anträge des Beschwerdesührers hinausgehen; das Gericht kann z. B., wenn die Staatsanwaltschaft die Berusung behufs Verschaft wur der Strasse ergestigten hat, auf eine noch höhere als die beantragte Strase erkennen und umgekehrt auf die Berusung des Angeklagten die Strasse noch weiter, als von diesem beantragt worden, ermähigen.

- 2. a. Das Gefet enthält keinen Ausspruch barüber, inwiefern in einem Strafurtheil niehren, bei ber Anfechtung trennbare Theile zu unterschethen feien, also eine theilweife Anfechtung flatifinben tonne. Selbstverftanblich ift eine folche ba möglich, wo bas Urtheil mehrere felbstftanbige Delitte betrifft; pgl. 3. B. RGer. II. 24. Apr. 85 (preuß. 3MBl. 1886 S. 5). Im Nebrigm, alfo bezüglich eines Deliftes, ift bie Schulbfrage trennbar von ber Straffrage (§ 26? Rote 3): erklärt ber Angeklagte ausbrüdlich, baß er sich nur über bie Strafe beschwere, so unterliegt ber Ausspruch, bag er bes betr. Delitts ichulbig fei, ber Enticheibung bes Berufungsrichtes nicht. Dagegen ericeint es ungulaffig, innerhalb ber Sculbfrage weiter zwifchen ber Datober Beweisfrage und ber Rechtsfrage ju untericheiben, alfo angunehmen, bag ber Richter bie Beweisfrage nicht mehr zu prufen habe, wenn fich bie Befcmerbe nur gegen bie Subsumtion ber Thatfachen unter bas Strafgeset richtet. Denn bie Thatfrage und bie Rechtsfrage find mit einanber untrennbar verweht und verwachsen, und gegen ihre Scheibung spricht insbes. bie Ermagung, bag auch bann, wenn bie Beschwerbe nur bie Rechtsfrage behanbelt, ber Berufungerichter nad § 263 (vgl. § 373) boch bas gefammte Beweismaterial ins Auge faffen muß, um geeigneten falls ein anberes als bas von bem erften Richter angewenbete Strafgefet gur Anwenbung gu bringen. Innerhalb ber Straffrage läft fich, wenn mehrere Strafen neben einanber verhangt find, zwischen biesen unterscheiben; bie Berufung kann fich z. B. lebiglich gegen bie erkannte Ehrenftrafe richten. Bon ber Schulbfrage und ber Straffrage trennbar ift endlich bie Frage ber Bulaffigteit ber Strafverfolgung, gleichviel ob fie im Tenor bes Urtheils ausbrudlich hervortritt ober nicht. Gine nur ben Roften punt't betreffenbe Berufung lagt ben übrigen Theil bes Urtheils unberuhrt (vgl. § 354 Rote 2). — Uebrigens Igeben bie Anfichten über bie Bebew tung bes § 368 weit auseinander; val. bef. v. Kries S. 97 ff., v. Schwarze in Sh. II. S. 281 ff., Reller S. 472, Binbing S. 180, Stenglein S. 554, 562.
- b. Aus ber Natur ber Sache ift ber Grunbsatz berzuleiten, baf als unangesochten und von ber Prüfung bes Gerichts ausgeschlossen ftets nur solche Theile bes Urtheils gelten können, welche nach ber logischen Reihenfolge ber in biesem entschiedenen Fragen vor bem angesochtenen Theile liegen, baß bagegen alle nach folgenben Hunkte nothwendig von ber Berusung ergriffen werden. Daber ift bas Gericht zur Milberung ber Strafe auch bann besugt, wenn die Berusung lediglich gegen die Entscheidung ber Schulbfrage gerichtet ist; besgleichen kann es ben ausgesprochenen Berluft ber bürgerlichen Ghrenrechte in Begsall bringen, wenn ber Beschwerbeführer nur die Freisheitsstrafe ermäßigt wissen will.
- 3. Die Borichrift bes § 368 erfahrt burch biejenige bes § 343 feine Ginichrantung; pgl. bort Rote 3.
- 4. Die für die Revisionsinstanz gegebene Borschrift des § 397 betreffend solche Mitangestlagte, welche ein Rechtsmittel nicht eingelegt haben, ist von dem Geseh nicht auf die Berusungsinstanz ausgebehnt; der Entscheidung des Berusungsrichters unterliegt also der diese Mitangestlagten betreffende Theil des Urtheils nicht. Es ist dies freilich eine in keiner Beise gerechtsfertigte Inkonsequenz.

§. 369.

Insoweit die Berufung für begründet befunden wird, hat das Berufungsgericht unter Aufhebung des Urtheils in der Sache selbst zu erkennen.

Leibet das Urtheil an einem Mangel, welcher die Revision wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Versahren begründen würde, so kann das Berufungszericht unter Aushebung des Urtheils die Sache, wenn die Umstände des Falles es erfordern, zur Entscheidung an die erste Instanz zurückverweisen.

Hat das Gericht erster Instanz mit Unrecht seine Zuständigkeit angenommen, so hat das Berufungsgericht unter Aushebung des Urtheils die Sache an das zuständige Gericht zu verweisen ober, wenn es selbst in erster Instanz zuständig ist, zu erkennen.

(I. II. III. Entre. § -.)

3# § 369.

Bu Abs. 1.

- 1. Durch bie Bestimmung bes Abs. 1 wird lebiglich ber Gegensatz zu ben in Abs. 2, 3 bestanbelten Fällen zum Ausbruck gebracht: außerhalb bieser Fälle barf eine Zuruckverweisung ber Sache in die erste Instanz nicht erfolgen. Im Uebrigen ift auch bassenige Urtheil, welches die Berusung für unbegründet erklärt, eine Entscheidung "in ber Sache selbst" (§ 364 Rote 2, 3).
- 2. In Anfehung einer und berfelben That eines und beffelben Angeklagten (vgl. Note 33 zu Buch 2 Abicon. 1) muß, auch wenn die Berufung von verschiebenen Seiten (§§ 338, 340) ergriffen worden ift, über sammtliche Beschwerben burch ein und baffelbe Urtheil entschieden werden. Ift jeboch die Berufung des einen Beschwerbeführers unzulässig, so kann ihre Berwerfung schon vor der Hauptverhandlung nach Maßgabe des § 363 erfolgen.
- 3. Das Urtheil lautet, falls und soweit die Berufung für begründet befunden wird, nicht auf "Abanderung", sondern auf "Aufhebung" bes Urtheils erfter Inftanz. Für den entgegengesetten Fall fereibt das Geset eine bestimmte Formel nicht vor; es dürfte am paffendften sein, die "Berwerfung" ber Berufung (also nicht die "Bestätigung" bes angesochtenen Urtheils) auszusprechen.

Bu Abf. 2.

- 4. a. Abs. 2 betrifft ben Fall, wenn in bem Bersahren erster Instanz gegen eine Prozeß vorschrift verstoßen worben und ber Berstoß von ber Art ist, baß er, fande an Stelle ber Berusung bie Revision statt, eine Aufhebung bes angefochtenen Urtheils herbeiführen würde; vgl. § 376 ("bernhe"), § 377. Prozessualische Berstöße, welche ungeeignet sein würden, die Aushebung eines mit ber Revision ansechtbaren Urtheils zu bewirken, können auch in ber Berufungsinstanz seine Birkung angern und sind für die Entscheidung bes Berufungsrichters bedeutungslos. Auch ber Grundsat bes § 378 sindet auf die Berufungsinstanz entsprechende Anwendung.
- b. Darin, daß der erste Richter nicht alle Merkmale des gesehlichen Thatbestandes festgestellt hat, seine Fest ftellung vielmehr dem Strafgesetz gegenüber un vollständig ift, ift nicht ein prozestrechtlicher, sondern ein materiellrechtlicher Fehler zu erblicken. Abs. 2 ift daher hier nicht anwendbar: der Berufungsrichter muß seinerseits prüfen, ob die übergangenen Merkmale voraliegen, und eine vollständige (positive ober negative) Fest kellung treffen.
- 5. Die Bestimmung erforbert nur bas Borhanbensein eines prozessualischen Berstoßes ber vorstehenb (Rote 4) gedachten Art; baß berselbe auch seinen bes Beschwerbesührers gerügt worden, ift nicht Boraussehung ihrer Anwendbarkeit. Der Berusungsrichter hat die Legalität beserstinstanzlichen Bersahrens von Amtswegen zu prüfen und geeignetensalls auch wegen eines. nicht gerügten Berstoßes die Ausbedung des Urtheils auszusprechen. Gl. A. v. Kries S. 142. A. R. v. Schwarze in Hh. II. S. 287, Dalde S. 250, Binding S. 185, Stenglein S. 563, Keller S. 474; soweit diese Schriftseller sich auf § 368 stüßen, verwechseln sie die theilweise b. h. nur gegen einen Theil des Urtheils gerichtete Ansechtung mit der Ausstellung spezieller Be-

schwerbegrunbe, auf welche § 368 sich nicht bezieht. — In bem anderen Falle, wenn von dem Beschwerbeführer nur ein prozessualischer Berftoß geltend gemacht und nur die Zurudverweisung der Sache in die erste Instanz beantragt ist, hat der Berusungsrichter, salls er nicht diesem Antrage entspricht, auch materiell in der Sache zu entscheiden, wie wenn eine Rechtsertigung des Rechtsmittels überhaupt nicht erfolgt wäre. Bgl. § 368 Note 1, § 359 Note 2.

- 6. hinsichtlich ber Beweiserhebung über bie einen prozessualischen Berftoß involvirenben Thatsachen findet zwischen bem Berfahren in der Berufungs- und dem in der Revisionsinftanz ein Unterschied nicht flatt; vgl. § 392 Rote 3.
- 7. Liegt ein die Aushebung des angesochtenen Urtheils begründender prozessualischer Bernof vor, so hat das Gericht die Sache in die erste Instanz zurückzuverweisen, "wenn die Umstände des Falles es ersordern"; andernfalls erkennt es in der Sache selbst. Ob jene Boraussehung vorhanden sei, ist lediglich dem Ermessen des Gerichts überlassen. Im Allgemeinen wird sich die Zurückverweisung nur da empsehlen, wo der dem Bersahren anhastende Mangel ein sundamentaler ist und nicht blos einen einzelnen Bersahrensalt, sondern das Bersahren als Ganzes betrifft (§ 377 Nr. 1. 2. 3. 5. 6. 7). Bgl. übrigens v. Kries S. 142. Auch wird mit Rücksicht auf das in Rote 9. a Bemerkte von einer Zurückverweisung Abstand zu nehmen sein, wenn über den Sinn der in Frage stehnden Prozesvorschrift füglich eine Weinungsverschiebenheit obwalten kann.
- 8. a. Für den Fall, daß nach Ausbebung des nichtigen Urtheils das Gericht in der Sache selbst erkennt, hat das Geset besondere Borschriften nicht gegeben. Es läßt sich daher nicht ausistellen, daß in diesem Falle stets das Bersahren vollständig erneuert werden musse und die in § 366 zugelassene Berlesung von Protokollen ausgeschlossen seit. Es kommt vielmehr darauf an, inwiesweit das Bersahren von dem vorgesallenen Berstoße betroffen wird: soweit die Nichtigkeit reicht, muß sie durch eine neue Bornahme der betr. Alte geheilt werden. Besteht z. B. die Richtigkeit nur in der ungerechtsertigten Richtbeeidigung eines Zeugen, so genügt zu ihrer heilung die abermalige, nunmehr eibliche Bernehmung desselben. Bgl. noch § 364 Note 14.
- b. Ift die heilung ber Nichtigkeit erfolgt (und bas Rechtsmittel nicht etwa in anderer hinsicht als begründet anzuerkennen), so wird auf Berwerfung ber Berufung erkannt; bie Aufshebung bes Urtheils ist in Abs. 2 nur für ben Fall ber Zurückverweisung ber Sache in die erste Instanz vorgeschrieben. Mit ber prozessualischen Sachlage steht die "Berwerfung" nicht in Biberspruch; benn ber Beschwerbesührer hatte zur Ergreisung der Berufung keinen rechtlichen Anlaß, wenn er sich sagen mußte, daß das Urtheil materiell gerechtsertigt sei. A. M. Puchelt S. 578, v. Schwarze Komm. S. 513, 514, Reller S. 474.
- 9. a. Insoweit auf Ausbebung bes Urtheils und Burudverweisung ber Sache in die erfte Inftanz erkannt wird, werben die erftrichterlichen Feststellungen von selbst hinfällig. Eine Bestimmung, wie die in § 393 Abs. 2 für die Revision gegebene, ist in § 369 nicht aufgenommen, weil eine Gesetzerletung, von welcher die Feststellungen nicht betroffen werben, niemals die Zurudverweisung der Sache in die erfte Instanz "erfordern" kann.
- b. Die Berweisung ber Sache an ein anderes Gericht als an basienige, welches bas aufgehobene Urtheil erlassen hat (vgl. § 394 Abs. 2), steht bem Berusungsrichter im Falle bes Abs. 2 (vgl. Abs. 3) nicht zu.
- c. Das Gericht erfter Instanz muß sich zwar ber abermaligen Berhandlung und Entscheibung in bem von bem Berufungsgericht angeordneten Maße unterziehen, ist jedoch hierbei an bie von biesem ausgestellten Rechtsansicht en nicht gebunden; die Borschrift bes § 398 Abs. 1 sindet hier nicht Anwendung. Im Falle der Biederholung des früheren Bersioses und abermaliger Berufung würde das Berufungsgericht, um das Bersahren zum Abschluß zu bringen, in der Sache selbst erkennen mulssen.
 - d. Bgl. § 372 Rote 5.
- e. Das neue Urtheil erster Instanz ist in gleichem Mage wie bas frühere mit ber Berufung anfechtbar (§ 354).

Bu Abs. 3.

10. Das in Rote 5 Bemerkte finbet auch auf ben Fall bes Abs. 3 Unmenbung.

- 11. a. hinfichtlich ber örtlichen Buftanbigteit f. § 377 Rote 9; bas bort Bemerkte finbet auf bie Berufungsinftang entsprechenbe Anwenbung.
- b. Trifft die Boraussehung bes Abs. 3 zu, so barf bas Berufungsgericht auch bann nicht in ber Sache felbft erkennen, wenn bas zuständige Gericht erfter Inftanz ein zu seinem Bezirt gehöriges ift, die gegen bas neue Urtheil zulässige Berufung also wiederum an basselbe Bezulungsgericht gelangen wurde.
- c. Auch hier (vgl. Note 9. c) ift die Ansicht bes Berufungsgerichts an sich für bas als zuständig bezeichnete Gericht nicht bindend, dieses also nicht gehindert, seine Zuständigseit zu prüsen und sich event. für unzuständig zu erklären. Gehört jedoch dieses Gericht dem Bezirk des Berufungsgerichts an, so stellt das Urtheil des letteren zugleich einen Beschluß des "gemeinschaftlichen oberen Gerichts" dar und muß aus diesem Grunde für bindend angesehen werden; vgl. §§ 14, 19 u. Note 4 zu Buch 1 Abschn. 2. Es erscheint dies um so unbedenklicher, als ja die etwaige Unzuständigkeitserklärung (Rote 4 zu §§ 16—18) im Beschwerdewege der Aushebung durch ebendasselbe Berufungsgericht unterliegen würde. A. M. Keller S. 475.
- 12. hinsichtlich ber fachlichen Zuftandigkeit liegt ber Fall bes Abs. 3 zunächst ba vor, wo das Gericht erster Justanz die Zuständigkeitsnormen ober die Bestimmung des § 270 unrichtig angewendet ober unbeachtet gelassen hat. Es gehört aber ferner auch der andere Fall hierher, wenn das Berufungsgericht aus Grund des in der Berhandlung zweiter Instanz neu ermittelten Sachverhalts in der Qualifizirung der That von dem Gericht erster Instanz abweicht und die That sich nunmehr als eine solche darftellt, welche die Zuständigkeit des Schöffensgerichts überschreitet; die Worte "mit Unrecht" sind objektiv, nicht subjektiv zu verstehen; so: Ret. III. 22. Apr. 82 (Entsch. VI. 309, bes. 314, 315). In beiden Fällen ist zu untersichen:
- a. Die Sache gehört nunmehr zur Zuständigkeit der (als Berusungsgericht sungirenden) Strafkammer: alsdann sindet vor dieser eine neue vollständige Berhandlung statt, welche allen Ersordernissen einer Berhandlung erster Instanz entsprechen und. Dies gilt insdes. hinsichtlich der Beweisaufnahme: die §§ 364—366 sinden nicht Anwendung; so: RGer. III. 26. Nov. 83 (Entsch. IX. 282, Rspr. V. 731), II. 4. Wai 86 (Rspr. VIII. 342); a. M. Keller S. 475. Ju dem Urtheil wird die Aussehung des Urtheils erster Instanz ausgesprochen und zugleich in der Sache selbst entschieden. Dieses Urtheil der Strassammer gilt für das weitere Bersahren als ein Urtheil erst Instanz. Die Revision gegen dasselbt geht also regelmäßig an das Reichsgericht (GBG. § 123 Note 3), vgl. KGer. 27. März 82 (Iohow III. 231); auf die Begründung der Revision sindet solgeweise § 380 nicht Anwendung. Das vorbezeichnete Bersahren greist auch Plat, wenn das Schössericht nicht auf Grund eines Eröffnungsbeschlusses (§ 201), sondern in Anwendung des § 265 über das betr., seine Zuständigkeit überschreitende Delist erkannt hatte: Reser. IV. 1. Wai 85 (Entsch. XII. 164).
- b. Die Sache gehört zur Zuständigkeit des Schwurgerichts: alsdann hebt das Berufungsgericht das angesochtene Urtheil auf, spricht die Unzuständigkeit des Gerichts erster Instanz aus und verweist die Sache vor das Schwurgericht. Dasselbe würde bezüglich einer Verweisung an das Reichsgericht gelten, wenn der Fall vorkame, daß eine reichsgerichtliche Strassache zunächst vor einem Schöffengericht zur Verhandlung gelangte. — Bgl. § 372 Note 3.
- 13. Die Unzuftändigkeitserklärung und die Berweisung der Sache vor das zuständige Gericht (Rote 11, 12. b) wird hier, da sie von der Ausbebung des angesochtenen Urtheils sachlich nicht trennbar ift, durch das Urtheil ausgesprochen. Ein Beschluß, wie in erster Instanz (Rote 4 zu S 16—18, § 270), wird nicht erlassen. Hiernach kann die Unzuständigkeitserklärung 2c. nicht mit der Beschwerbe angesochten werden. Das zu § 270 Note 10 Bemerkte sindet auch hier entsprechende Anwendung.
- 14. Der Fall, wenn bas Gericht erfter Instanz mit Unrecht seine Unzuständigkeit angenommen hat, ift in § 369 nicht erwähnt, weil bie Unzuständigkeitserklärung in erfter Instanz burch Beschluß (Rote 13) erfolgt, also nicht mit ber Berujung angesochten werden kann (§ 354).

§. 370.

Ist bei bem Beginne ber Hauptverhanblung weber ber Angeklagte, noch in ben Fällen, wo solches zulässig, ein Vertreter besselben erschienen und das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so ist, insoweit der Angeklagte die Berufung eingelegt hat, dieselbe sosort zu verwerfen, insoweit die Staatsanwaltschaft die Berufung eingelegt hat, über diese zu verhandeln oder die Vorsührung oder Verhaftung des Angeklagten anzuordnen.

Der Angeklagte kann binnen einer Boche nach ber Zustellung bes Urtheils bie Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand unter ben in ben §§. 44, 45 bezeichneten Boraussetzungen beanspruchen.

(I. II. 111, Entm. 4 -.)

Au § 370.

- 1. a. Die seitens bes Angeklagten eingelegte Berufung gilt im Falle bes nicht genügend entschulbigten Ausbleibens als jurudgenommen; sie wird baber ohne jedes Eingehen auf die Sache, also auch ohne vorgängige Berichterstattung (§ 365), durch Urtheil verworfen. Dies gilt auch bann, wenn die Berufung jugleich seitens ber Staatsanwaltschaft eingelegt ift und somit eine Berhandlung der Sache stattsinden muß; nur kann in diesem Falle die Berwerfung ber Berufung bes Angeklagten nicht "sofort", sondern erst bei der Urtheilsfällung am Schlusse der Berhandlung erfolgen (vgl. § 369 Note 2). Uedrigens bleibt trot der Berwerfung die Bestimmung des § 343 anwendbar. Eine Modifikation des Bordemerken s. zu § 371 Rote 1.
- b. Bird bie in Anwesenheit bes Angeklagten begonnene hauptverhanblung unterbrochen, so hat bas Ausbleiben besselben bei Fortsehung ber hauptverhanblung (vgl. § 228 Rote 1) bie Berwersung bes Rechtsmittels nicht zur Folge; bie Bestimmung bes § 370 ift nur auf ben Bes ginn bes Bersahrens vor bem erkennenben Gericht zu beziehen.
- c. Die Borschrift bes § 232 findet auch in der Berusungsinstanz Anwendung (§ 373; a. M. Reller S. 477, Puchelt S. 581; vgl. Boitus Kontr. II. S. 78). Ift der Angeklagte gemäß derselben von der Berpflichtung zum Erscheinen vor dem Berusungsgericht ents bunden worden, so braucht er sich auch nicht vertreten zu lassen, um die sofortige Berwerfung der Berufung abzuwenden (a. M. Stenglein S. 565).
- 2. Ueber bie Frage: in welchen Fallen ber Angeklagte befugt fei, sich vor bem Berufungsgericht vertreten zu lassen, hatte es schon im hinblid auf bie in § 370 bestimmte Folge bes
 Ausbleibens einer besonberen und klaren Borschrift beburft, und ber Mangel einer solchen ift en
 febr fühlbarer. Aus § 373 ergiebt sich Folgenbes:
- a. Ist die Berufung vom Angeklagten eingelegt, so ist die Bertretung (§ 233) insoweit zulässig, als es sich in zweiter Instanz um ein Delikt handelt, welches im Strasgeset nur mit Gelbstrase, Haft ober Einziehung bedroht ist (§ 231). Daraus, ob die erkannte Strase eine ber hier ermähnten und ihre Berschärfung durch § 372 ausgeschlossen ist, kann es nicht ansommen, da § 231 nicht auf die in concreto eintretende Strase, sondern auf die aus der angedrohten Strasart sich ergebende Beschafsenheit des Delikts Rücksicht nimmt. Gl. A. v. Kries S. 125, Stenglein S. 565; a. M. Keller S. 476, v. Schwarze Romm. S. 516 u. in H. II. S. 125, Boitus Romm. S. 378 u. Kontr. II. S. 73, Dalde S. 243. Ferner ist die Bertretung statthaft, wenn das Berusungsgericht den Angeklagten von der Berpflichtung zum Erscheinen ent bunden hat (Note 1. c), wogegen der Umstand, daß der Angeklagte eine derartige Befreiung in erster Instanz erlanzt hatte, sür die zweite Instanz nicht von Wirkung ist. Daß (wie Keller und Boitus annehmen) die Bertretung schon dann ohne Weiteres statthaft sei, wenn die in erster Instanz erkannte Strase die in § 232 bestimmten Grenzen nicht überschreitet, läßt sich seineswegs ausstellen, da die Innehaltung dieser Strasgrenzen nur als Borbedingung einer ausdrücksichen Entbindung vom Erscheinen in Betracht kommt.

b. Ift bie Berufung von ber Staatsan waltschaft eingelegt, so ift bie Bertretung ftets

Digitized by GOOGLE

§. 371.

Ift von einer ber im §. 340 bezeichneten Personen bie Berufung eingelegt

flatthaft; es folgt bies aus § 233 in Berbindung mit bem Umftanbe, daß nach § 370 über bie Berufung ber Staatsanwaltschaft auch beim Ausbleiben bes Angeklagten verhandelt werden bark. Bgl. indeß Boitus Kontr. II. S. 70.

- c. § 235 gilt auch fur bie zweite Inftanz. Uebrigens barf, soweit bie Bertretung an fich zufäsig ift, bas perfonliche Ericheinen bes Angeklagten nicht etwa unter ber Androhung ber event. Berwerfung seiner Berufung angeordnet werben.
- 3. Roch fühlbarer macht fich ber Mangel einer ben verhafteten 2c. (§ 35 Note 13) Angeflagten betreffenben besonberen Borschrift, ba ber Grunbsatz bes § 373 hier zu Ergebniffen führt, welche bem praftifchen Beburinig miberftreiten. Gleichmobl muffen bie Ronfequengen jenes & gejogen und anerfannt werben. Dag ber Berhaftete zc. in allen gallen, gleichviel ob er felbft ber Beschwerbeführer ist ober nicht, ein Recht auf Borführung por bas Berufungsgericht hat, kann nicht zweifelhaft fein, und zwar um fo weniger, ale fur bie Revifioneinftang, aber eben nur fur biefe, bas Gefeh ben Anspruch auf Anwesenheit ausbrudlich ausschließt (§ 390 Abs. 2). Gl. A. v. Rries S. 126, Dochow S. 304, Puchelt S. 580, Reller S. 476, Binbing S. 183, Geper S. 813, Stenglein S. 566. Für Die entgegengesete Auficht (v. Schwarze Romm. S. 575 und in ho. II. S. 275, Dalde S. 243, theilm. auch Boitus Kontr. II. S. 67) gewährt bas Gefet feinen Anhalt. Aber noch mehr: ber Angeklagte tann, wenn er in ber vorliegenben Sache verhaftet ift, nicht einmal wirkfam auf feine Borführung vergichten; bie lettere muß alfo ftets und felbft wiber feinen ausbrücklichen Billen erfolgen; vgl. § 231 Rote 7. Ift ber Angeklagte in einer anberen Sache in Saft, fo ift fein Bergicht auf bie Borführung in benjenigen Fallen julaffig und (unbeschabet ber Borfdrift bes § 235) wirkfam, in benen er, mare er auf freiem guße, fich pertreten laffen konnte (Rote 2). Gines Bertreters bebarf jeboch ber Berhaftete ac. nicht; fein Ausbleiben tann in feinem Falle bie Berwerfung ber Berujung gur Folge haben. - Die vorfiebenben Sate entsprechen übrigens ber ju § 364 Rote 2, 3 bargelegten Auffaffung ber Berufung, und nur aus Grunben praktifcher Zwedmäßigkeit hatte etwas von ihnen Abweichenbes vorgeschrieben werben follen. Bgl. inbeg Boitus Rontr. IL. S. 61, Stenglein S. 566.
- 4. hat bas Berufungsgericht die Berufung des Angeklagten gemäß Abs. 1 verworfen, so ist eine wirksame Ansechtung des Urtheils mittelst der Revision in der Regel ausgeschlossen, ba das Rechtsmittel auf Fehler im Bersahren (wie z. B. auf die nicht gehörig ersolgte Ladung des Angeklagten) zusolge § 380 nicht gestührt werden kann, auf die Sache selbst aber das Berufungsgericht nicht eingehen durfte (oben Note 1. a); vgl. Lamm, Revision im Strafpr. S. 18, AGer. 27. Jan. 81 (Johow II. 205). Ausnahmslos ist indeß die Regel nicht, da Fälle benkbar sind, in denen die sosorige Berwerfung der Berufung gegen § 398 Abs. 2 der StPO. versioßen oder auf der Berlehung einer materiellrechtlichen Norm beruhen kann; hierüber s. haas im Gsaal XXXV. S. 136.

Bu Abj. 2.

- 5. Die Anwendbarfeit bes Abf. 2 ift nicht auf ben Fall beschränkt, wenn wegen bes Ausbleibens bes Angeflagten bie Berwerfung feiner Berufung erfolgt ift. Der Angeflagte kann
 vielmehr unter ben Borausfehungen ber SS 44, 45 auch bann bie Wiebereinsehung beanspruchen,
 wenn bei seinem Richterscheinen über bie Berufung ber Staatsanwaltschaft verhandelt
 und eine ihm ungunftige Ausbebung bes erften Urtheils ausgesprochen worden ift.
- 6. Der Abs. 2 bes § 370 wieberholt nur ben Abs. 1, nicht aber ben Abs. 2 bes § 234. Gleichwohl muß nach § 373 auch bie Bestimmung bes § 234 Abs. 2 im Berufungsversahren Anmenbung finben, ba auch in bem letteren bie Boraussekungen ihrer Anwenbbarkeit vorhanden sind; vgl. Rote 1. c. Bgl. indeß Boitus Kontr. II. S. 80.

3# \$ 371.

1. Das Ausbleiben bes Befchwerbeführers (vgl. Rote 2) muß nach bem Grunbfat bes § 370 bie fofortige Berwerfung ber Berufung nach fich ziehen. Da jeboch, wennichon es fich

Digitized by GOOGLE

worden, so hat das Gericht auch den Angeklagten zu der Hauptverhandlung vorzuladen und kann ihn bei seinem Ausbleiben zu derselben zwangsweise vorführen lassen.

(I. II. III. Entw. § -.) §. 372.

War das Urtheil nur von dem Angeklagten oder zu Gunsten desselben von der Staatsanwaltschaft oder von einer der im §. 340 bezeichneten Personen angesochten worden, so darf das Urtheil nicht zum Nachtheile des Angeklagten abgeändert werden.

(I. II. III. Cutm. § —)

hier um ein "setbstftändiges" Berufungsrecht (§ 340) handelt, das Rechtsmittel immer im Jutersse bes Angeklagten eingelegt ist und dieser die eigene Einlegung besselbst vielleicht gerade beshalb unterlassen hat, weil der gesehliche Bertreter 2c. die Berufung ergriffen, so ist die Ansicht gerechtiertigt, daß auch das Erscheinen des Angeklagten selbst die sosortige Berwerfung des Rechtsmittels ausschließt. Bgl. § 340 Note 5. — Desgleichen werden, wenn der Angeklagte und der gesehliche Bertreter 2c. neden einander die Berufung ergriffen haben (§ 340 Note 2), beide Bersonen als gemeinschaftlich handelnd anzusehen sein, so daß das Erscheinen einer von beiden genügt, um die sosortige Berwerfung des Rechtsmittels abzuwenden. In einem berartigen Falle muß also das Beschwerbegericht auch über die von dem Ausgebliebenen ausgestellten Beschwerden besinden.

- 2. Die Besugniß, sich burch einen mit Bollmacht versehenen Bertheibiger vertret en zu lassen, wird ben in § 340 bezeichneten Personen stets zuzugestehen sein, ba es an jedem Grunde sehlt, auf ihr persönliches Erscheinen Gewicht zu legen. Auch die Bertretung des Angeklagten selbst ift aus dem zu § 370 Note 2. b bezeichneten Grunde (unbeschabet der Zulässigseit der Borführung) ftatthaft.
- 3. Bleibt nur ber Angeflagte aus, fo unterliegt es bem Ermeffen bes Gerichts, ob feine Borführung anzuordnen ober ohne feine Anwesenheit zu verhandeln und zu erkennen fet. Seine Berhaftung barf nicht angeordnet werben (vgl. bagegen § 370).
- 4. Dem Angeklagten muß bas ohne seine Anwesenheit ergangene Urtheil zugestellt werben, auch wenn er selbst die Berufung nicht ergriffen hatte. Hat ber in § 340 bezeichnete Beschwerbestührer ber Berkündung bes Urtheils nicht beigewohnt, so ist auch ihm basselbe zuzustellen. Byl. § 267 Note 6. Hieraus folgt zugleich, daß in den hier gedachten Fällen die Frist zur Emblegung der Revision (§ 381) für den gedachten Beschwerdeführer eine andere sein kann als für den Angeklagten selbst; die die Frist betreffende Borschrift des § 340 (vgl. dort Note 3. a) leidet hier nicht Anwendung.
- 5. In Betreff bes verhafteten 2c. Angeflagten gilt auch hier bas ju § 370 Rote 3 Bemertte.
 - Zu § 372.
- 1. Bgl. § 343 u. Note 2 bas. "Bon bem Angeklagten" ift bas Urtheil auch bann ans gefochten, wenn ein Anberer für ihn bie Berufung ergriffen hat (§§ 339, 324). In Betreff ber von ber Staatsanwaltschaft zu Gunften bes Angeklagten eingelegten Berufung i. § 338 Ubs. 2 u. Note 8 bas.
- 2. Der S enthält bas Berbot ber reformatio in pojus; vgl. § 398 Abf. 2, § 413 Abf. 2. Der Inhalt biefes Berbots ift ber: baß ber höhere Richter auf bas nur von bem Angeklagten ober boch zu Gunften besselben eingelegte Rechtsmittel bie in ber Borinstanz erkannte Strafe nicht verschärfen barf. Darin, baß berfelbe, ohne bie Strafe zu verschärfen, bie That ich werer qualifizirt, als es ber Borberrichter gethan hat, ist eine rot. in pojus nicht endhalten. Die mehrsach vertretene entgegengesehte Ansicht würde bahin führen, baß in manchen Fällen eine Freisprechung in höherer Instanz lebiglich beshalb stattsinden mußte, weil die Ehat seines Borberrichters unrichtig qualifizirt worden. Dies zeigt sich z. B. an solgendem Falle: Der erste Richter hat den Angeklagten der Unterschlagung für schuldig erklärt und ihn unter Annahme milbernder Umstände zu einer Gelbstrafe verurtheilt; hiergegen ergreift der Angeklagte die Berusung-

Der Berufungerichter findet, bag bie Sandlung beffelben nicht eine Unterschlagung, wohl aber einen Diebstahl barftelle. Er barf bie erftrichterliche Feststellung, weil er fie fur rechteirrthumlich erkennt, nicht bestehen laffen; somit aber murbe er, wenn er nicht bie Befugnif hatte, ben Angeflagten bes Diebstahls für ichulbig ju erflaren, auf Freisprechung erkennen muffen, wiewohl beibe Instanzen bie hanblung bes Angeflagten für eine strafbare halten. Gin soldes Eraebnik erscheint ungulaffig; ebenbeshalb aber muß bie gebachte Befugnig bem Berufungerichter gufteben. Argument hiergegen ift nicht aus ber von § 398 abweichenben Sassung bes § 372 gu entnehmen : bie Bericiebenheit in bem Bortlaut ber beiben Beftimmungen beruht lebiglich barauf, baf & 398 icon in bem Entw. enthalten mar, mabrenb \$ 372 erft von ber MER. aufgenommen morben ift. GL A. RGer. III. 15. Nov. 83 (Entich. IX. 324, Ripr. V. 696, bef. 700, 701), Reller S. 478, Dalde S. 251, Thilo S. 423, Dochow S. 309, v. Schwarze in Sh. II. S. 285, Stenglein S. 567; a. M. v. Kries S. 116, Binbing S. 185, Buchelt S. 583, Kleinfeller im Gaal XXXVIII. S. 611 (letterer halt bie ichwerere Qualifigirung bann fur ungulaffig, wenn in Rolge berfelben ber Angeflagte bei einem fpateren Delifte als im Rudfalle befindlich bestraft merben tonute; allein eine folde Rudfichtnahme auf Delifte, bie ber Angeflagte funftig vielleicht noch begeben wirb, ift bem Gefet fremb und entbehrt ber Rechtfertigung). Bal. noch bie ju C 398 Note 4 cit. Urth. bes RBer. - In bem obengebachten Beifpielsfalle muß es nun allerbings bei ber in erfter Inftang ertannten Gelbstrafe fein Bewenben behalten, wiewohl ber Diebftabl im Strafgefet nur mit Breiheitsftrafe, nicht mit Belbftrafe, bebrobt ift; bie Ungulaffigleit ber ref in pojus hat alfo unter Umftanben bie Folge, bag bie ben Angeklagten treffenbe Strafe nach Art und Dag hinter berjenigen Strafe gurudbleiben muß, welche in bem ichlieglich angewenbeten Strafgefet angebrobt ift. Rach Binbing, Buchelt und Rleinfeller mußte in bem gebachten Kalle auf Berwerfung ber Berufung, nach v. Rries bagegen auf Freisprechung erfannt werben.

- 3. Aus dem Vorbemerkten (Note 2) solgt von selbst, daß eine ref. in pejus nicht barin geinnben werden kann, daß das Berufungsgericht das angesochtene Urtheil wegen sachlich er Unguftandigkeit des Borderrichters aufhebt und die Sache an ein Erstinsfanzgericht höherer Ordnung verweist. Auch das lettere darf, wenn die Boraussehung des § 372 zutrisst, in seinem Urtheil nicht über die früher erkannte Strase hinausgehen (vgl. Note 5); hierdurch aber ist dem Berbot der ref. in pojus genügt. Im Uedrigen ist hervorzuheben, daß das mit der Berufung des Angeklagten z. desaste Berufungsgericht, wenn es die erstrichterliche Feststellung an sich richtig sindet und beidehält, keine rechtliche Beranlassung haben kann, neben derselben noch Thatsachen seftzustellen, welche (wie z. B. beim Diedstahl der Eindruch) die Strasbarkeit erhöhen und zu einer die Unzuständigkeit des Gerichts begründenden schwereren Qualisizirung der That schweren würden; die Feststellung solcher Thatsachen und die Erlassung einer nur durch sie beidingten Unzuständigkeitserklärung wäre bei der Unzusässseit einer Berschärsung der Strase etwas Zwecksoses.
- 4. a. Das Berufungsgericht barf bie erkannte Strase weber ber Art noch bem Maße nach, noch auch burch hinzusugung einer in erfter Instanz nicht festgesetten Nebenstrase verschärfen. Dagegen ist bas Berufungsgericht, wenn es die That milber, als in erster Instanz geschehen, qualifizirt, baburch allein noch nicht genöthigt, die erkannte Strase zu ermäßigen; vielmehr barf es dieselbe bestehen lassen, sosen sie trot ber veränderten Qualifizirung noch gesehlich zulässig ist. Eine unzulässige Berschärfung der Strase liegt z. B. dann vor, wenn das Berufungsgericht, ohne die letztere an sich zu ändern, die in erster Instanz ausgesprochene Anrechen ung der Untersuch ung shaft in Begsall bringt: Roer. III. 4. Dez. 80 (Rspr. II. 602). Dagegen enthält es keine Berschärfung der Strase, wenn das Berufungsgericht an Stelle der in erster Instanz erkannten Freiheitsstrase eine Gelbstrase verhängt, welche höher ist, als sie nach dem Umwandlungsmaßtabe des § 29 des StGB. sein durste; nur darf dieser Gelbstrase nicht eine höhere Freiheitsstrase als die früher erkannte substituirt werden: RGer. II. 12. Juli 80 (Entsch. II. 205); a. M. Kleinseller a. a. D. S. 608.

b. Birb ber in erfter Inftang wegen mehrerer felbftftanbigen Delitte verurtheilte Angeflagte in zweiter Inftang begüglich ber einen Sanblung freigefprochen, fo-muß, wenn

wegen biefer eine Strafe gefonbert (StBB. SS 75, 77, 78) feftgefest mar, biefelbe in Begiall gebracht werben. Streitig ift es, ob im Falle einer in erfter Inftang erkannten Gefammtstraje (StBB, § 74) ber Berufungsrichter, wenn er bezüglich bes einen Delifts freispricht, bennoch bie als Befammtftrafe jefigefeste Strafe aufrechterhalten burfe, fofern bei bem betr. Delift eine berartige Einzelstrafe an fich julaffig ift. Fur bie Bejahung : Ret. II. 12. Juli 80 (Entfc. II. 202, Mipr. II. 186), IV. 12. Juni 85 (Ripr. VII. 378), Reller S. 479, Buchelt S. 584, Stenglein S. 568; für die Berneinung: RGer. I. 30. Oft. 79 (Ripr. I. 25), theilw. auch v. Schwarze in BB. II. S. 284. Bei ber Beantwortung ber Frage find zwei Bunkte auseinanber zu halten: bie Bemessung ber Einzelstrafen und die Auruckfubrung berfelben auf eine Gesammtstrafe. Bas bie Einzelstrafen betrifft, so barf ber Berufungsrichter biefelben nicht höher, als in erfter Instanz gefchehen, bemeffen. Die entgegengefette Anficht, welche bie Gefammtftrafe lebiglich als eine Ginbeit behandeln will, wurde babin fuhren, daß die Bebeutung ber erstinftanglichen Bemeffung ber Einzelstrafen für ben Berufungsrichter eine verschiebene sein würbe, je nachbem bie konkurrirenben Delitte gleichzeitig (StBB. § 74) ober successive (§ 79; vgl. StBD. § 492 Rote 1 a) jur Murtheilung gelangen; benn in letterem Salle murbe ber, nur mit ber fpateren Sache befaste Berufungsrichter an ber in ber fruberen Sache festgefesten Gingelftrafe zweifellos nichts anbern tonnen. Gine folche Berschiebenartigkeit ber Behanblung ber Fälle bes § 74 einerfeits und ber bes § 79 anbererseits mare aber mit ber Abficht bes Gefetes nicht vereinbar. hat also z. B. bei Ronturreng von Diebstahl und Betrug ber erfte Richter Die Gingelftrafen auf zwei Monate bezw. einen Monat Befangniß, bie Befammtftraje aber auf zwei Monate und eine Boche feftgefest, fo barf ber Berufungsrichter, wenn er von ber Anlage bes Betruges freifpricht, megen bes Diebftable eine bobere als zweimonatliche Strafe nicht verbangen. Bleibt umgefehrt nicht bie Beruttheilung megen Diebstahls, fonbern nur bie megen Betruges bestehen, so bilbet nicht ber Strafe betrag von einer Boche, um welchen ber erfte Richter bie Ginfatftrafe erhoht hatte, sonbern bie Einzelstrafe pon einem Monat bie Grenze, an welche ber Berufungerichter gebunden ift. Dagegen ift bie Art, wie ber erfte Richter bie Gingelftrafen auf bie Gefammtftrafe gurudgeführt hat, für ben Berufungsrichter nicht maßgebenb; bies ist in bem Kalle von Belang, wenn in erster Anftang mehr als zwei Delifte feftgeftellt waren und in zweiter Anftang trot ber theilweifen Freifpredung immer noch eine Gefammtftrafe ju verhangen ift. Sat 3. B. ber erfte Richter wegen Diebstable, Betruges und Unterichlagung gestraft, Die Gingelftrafen auf brei Monate, zwei Monate und einen Monat bemeffen und bie Gefammtstrafe auf vier Monate festgefest, fo barf ber Berufungerichter, wenn er von ber Anflage ber Unterfolagung freifpricht, bie Gefammiftrafe von vier Monaten bestehen laffen, mahrend er fie nach § 74 Abf. 3 bes SteB. murbe ermagigen muffen, wenn er von ber Antlage bes Betruges freifprache und nur megen Diebftabls unb Unterfclagung ftrafte. — Bericieben von bem vorerörterten Falle theilweifer Freifprechung ift ber anbere fall, wenn bie Abweichung bes Berufungsrichters von bem erften Urtheil barin befteht, bag er in bem feftgeftellten und unverändert bleibenben Thatbestande nicht eine Debracht von Deliften, sonbern nur eines finbet; bier barf ber Berufungsrichter bie in erfter Inftang als Gesammtstrafe ausgesprochene Strafe bestehen lassen, wenn sie an sich zulässig bleibt und tros ber veranberten Beurtheilung bes Falles angemeffen erfcheint: RGer. III. 22. Sept. 80 (Rfpr. II. 239.)

5. Ift bie Sache gemäß § 369 Abs. 2 von bem Berufungsgericht an bas Gericht erfter Instanz zur abermaligen Entscheidung zurudverwiesen, so barf auch von biesem Gericht keine härtere als bie früher erkannte Strafe verhängt werben (vgl. § 398 Abs. 2). Daffelbe gilt im Falle ber in § 369 Abs. 3 vorgeschenen Berweisung an bas zuständige Gericht: RGer. I. 24. Mai 83 (Entsch. VIII. 307, Rspr. V. 381). — Auch in bem Falle, wenn ans die Berufung bes im Privatklageverfahren verurtheilten Angeklagten bas Berufungsgericht gemäß § 429 die Einstellung bes Berfahrens ausgesprochen hat, darf in bem neuen Berschren auf erhobene öffentliche Rlage eine Berschäftung ber Strafe nicht erfolgen: RGer. III. 15. Nov. 83 (Entsch. IX, 324. Rspr. V. 696).

^{6.} In Betreff ber Buge f. § 445 Rote 2.

§. 373.

Im Uebrigen finden die im sechsten Abschnitte bes zweiten Buchs über die hauptverhandlung gegebenen Borschriften Anwendung.

(I. II. III. Cutm. \$ -.)

Vierter Abschnitt.

Revision.

Ru § 873.

Bu ben auch in zweiter Inftanz anwendbaren Bestimmungen gehört indbes. auch bie bes § 263: ber Berufungsrichter hat, soweit er mit ber Schulbfrage besaßt ift (§ 368), die That nach allen, bei ihr möglichen strafrechtlichen Gesichtspunkten, unabhängig von ber Auffassung bes Eröffnungsbeschlusses und bes erften Urtheils, zu prüfen; vgl. § 372 Note 2. -- hervorzuheben sind jerner die für bas Urtheil gegebenen Borschriften der §§ 266, 275.

- 2. In Betreff ber bei ber Enticheibung erforberlichen Stimmenmehrheit vgl. § 364 Rote 2 (Schluß).
- 3. Gine fpeziell für bie Berufungsinftang gegebene, jeboch in Buch 2 ftebenbe Borfchrift f. in § 244 Abf. 2.

Bum Bierten Abschnitt.

1. Das Rechtsmittel ber Revision ist an die Stelle ber Richtigkeitsbeschwerbe bes früheren Rechts getreten. Hierüber sagen die Mot. S. 211 (vgl. bieselben ferner bei § 376 Rote 6-8) Folgendes:

"Den beutichen Gefetgebungen ift neben ber Appellation noch ein zweites, gegen nicht rechtsträstige Urtheile anwendbares Rechtsmittel bekannt: bie Richtigkeitsbeschwerbe. Dasselbe ist wesentlich eine Rachbilbung bes frangofischen Raffationsrekurfes. Benngleich man in Deutschland bie Grundfate biefes letteren Rechismittels nicht ftreng feftgehalten, fonbern baffelbe zu verbeffern gefucht hat, fo find boch bie ber nichtigkeitsbeschwerbe anhaftenben großen Mangel feit langer Zeit tief empfunden worben. Bermoge ber formalen Ratur biefes Rechtsmittels muß ber Richtigkeitsrichter einerseits oft genug Entscheibungen vernichten, welche eine materielle Rechtsverletung burchaus nict enthalten, während er andererseits sich nicht selten gezwungen sieht, einer sachlich begründeten Beschwerbe lediglich aus prozessualischen Grunben bie Abhulle zu versagen. Für ben Entwurf tonnte es beshalb nicht zweifelhaft fein, bag er bas Rechtsmittel ber nichtigkeitsbefcmerbe nicht aufzinehmen habe, bag es vielmehr feine Aufgabe fei, baffelbe burch ein befferes zu erfeten. Der Rame bes Rechtsmittels ift hierbei freilich unwesentlich; man hat aber auch ben Namen "Richtigleitsbeschwerbe" aufgegeben, weil er zu sehr an ben Rajsationsrekurs bes französischen Rechts erinnert, mit biefem aber ber Sache und ben formen nach vollstänbig gebrochen werben follte. gur bie Gestaltung bes gegen bie Urtheile ju gemahrenben Rechtsmittels maren folgenbe Gesichtspuntte leitenb: Aus bemienigen, mas oben (nämlich über bie Berufung) gesagt worben ift, ergiebt fich, daß bie rein that fäch liche 2B ürbigung bes Straffalls, also namentlich die 2Bürbigung ber erbrachten Beweise, von ber Thatigkeit bes hoberen Richters ausgeschloffen bleiben muß. Diefe Burbigung ist bem Richter ber Borinstanz ausschließlich überlassen, und bas von biesem festgestellte thatsachliche Ergebnig ift für bie bobere Inftang maggebenb, insoweit baffelbe nicht etwa im Bege eines gesehwibrigen Bersahrens gewonnen worben ist. Die Aufgabe bes höheren Richters besteht nur in ber rechtlichen Beurtheilung ber Sache; für bie Lösung bieser Aufgabe aber ift ihm freie Bewegung gewährt, und es find feiner Thatigkeit möglichft wenig formale Grenzen gezogen. hierin liegt ber hauptfachlichfte Unterfchieb zwischen bem Rechtsmittel bes Entwurfs und ber nichtigfeitsbeich werbe anderer Gesetzgebungen. Aus ber bem hoberen Richter zugewiesenen freien Stellung folgt aber anbererfeits, baß er bas angefochtene Urtheil in ber Regel nicht icon bann aufzuheben bat, wenn ber erfte Richter in feiner Enticheibung ober feinem Berfahren bas Gefet irgenbwie verlett bat, sonbern nur bann, wenn bie Gefetesvers letung in einem erfichtlichen ober menigstens möglichen Bufammenhang mit ber Enticheif

Tables . The .

bung felbst fleht. Für ben Fall endlich, baß bie Aufhebung bes Urtheils erfolgen muß, hat sich ber höhere Richter nicht auf bie Ausbebung zu beschränken; er hat vielmehr in ber Sache selbst zu entscheiben, insoweites bei ber Entschei bung eines hinübergreifens in bas bem erften Richter vorbehaltene Gebiet thatsächlicher Bürbigungen nicht bebarf. — Das so gestaltete Rechtsmittel hätte man füglich mit bem Namen "Rechtsberufung" bezeichnen können. Es ist indes bem in bem Entwurf ber Civilprozesorbnung gewählten Namen "Revision" ber Borzug gegeben worben weil mit Rücksich auf ben Zusammenhang, in welchem bie beiben Prozesorbnungen als Heile eines größeren Ganzen unter einander stehen, eine Berschiebenheit in der Ausdrucksweise sich nicht zu empsehlen schien. Auch sachlich hat man sich ben Borschriften des Entwurfs der Givilprozessorbnung über die Revision insoweit angeschossen, als nicht die Berschiebenheit des Civilprozessend web bes Strafprozesses Abweichungen unabweislich bebingte."

Diefer Ausführungen ohnerachtet muß behauptet werben, bag bie Revifion ber StBD. ihrem Befen nach eine Nichtigkeitsbeschwerbe ift. Bas zuvörberft ben Sat ber Dot. betrifft, bag nach Ausbebung bes angesochtenen Urtheils ber Revisionsrichter grundsablich in ber Sache felbst ju enticheiben habe, fo ift feine Bebeutung lebiglich eine theoretische, ba bie Borausfehungen, unter welchen die Zurückverweisung in die Borinstanz sich erübrigt (§ 394), nach wie vor nur bei einem fleinen Bruchtheil ber in bie Revisionsinstanz gelangenben Sachen zutreffen tonnen; ja im Bergleich mit einzelnen Landesgesehen hat die StBD. bas Entscheibungsrecht bes Revisionsgerichts fogar befchrantt. Die Reuerung besteht also allein barin, bag bie SiBD. bie Aufhebung bes angefochtenen Urtheils megen prozesfualifcher Berftoge thunlichft von bem Ginfluffe abbangig macht ben ein folder Berftog auf bie Entideibung felbft gehabt haben tann, und bag fie hierbei bem boberen Richter ein möglichft freies Ermeffen einraumt (vgl. § 376 Rote 7, 8). Dies aber ift mit ber natur ber nichtigkeitsbeschwerbe nicht nur nicht unvereinbar, sonbern es batte auch bereits eine Anzahl von Lanbesgeseten bieses Rechtsmittel in ber von ber StBD. eingeschlagenen Richtung verbeffert. Auf ber anderen Seite bat auch bie Revision ber StBD. fcmere Gebrechen bes frugeren Rechtszustanbes unveranbert fortbefteben laffen (vgl. \$ 376 Rote 4.a). Bu einer Aenberung bes namens bes Rechtsmittels lag jebenfalls teine ausreidenbe Beranlaffung vor, und überdies ist der Name "Revision" um so weniger "passend, als der höhere Richter die Sache nicht revibirt, sondern im Gegentheil auf Die Beurtheilung bestimmter Beschwerben beforantt ift.

2. Das Befen bes Rechtsmittels und bie Funttion bes Revisionsrichters ergiebt fich aus folgenben Saben:

a. Ein Urtheil unterliegt ber Aufhebung in Folge eingelegter Revifion, wenn a) eine Berletung bes Gefetes ftattgefunden hat (§ 376), B) bas Urtheil auf berfelben beruht (§ 376), und p) ber Beschwerbeführer bieselbe in ber vorgeschriebenen Beise gerügt hat (§ 384, 392).

b. a. Nach Austhebung bes Urtheils entschiebet bas Revisionsgericht an Stelle bes Gerichts ber Borinstanz in ber Sache selbst, sofern ohne weitere thatsächliche Grörterungen nur auf Freisprechung ober auf Einstellung ober auf eine absolut bestimmte Strase zu erkennen ift, ober bas Revisionsgericht in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft die gesetlich niedrigste Strase für angemessen erachtet; in anderen Fällen wird die Sache zur anderweiten Berhandlung und Entscheing in die Borinstanz zurückverwiesen (§ 394). — 3. Das Gericht, an welches die Sache verwiesen ist, ist an die der Aushebung des Urtheiles zu Grunde liegenden Rechtsanssicht des Revissonsgerichts gebunden (§ 398 Abs. 1).

3. Das Institut einer (Revisions: ober Nichtigkeits:) Beschwerbe "zur Bahrung bes Ge: se bes hat in bie StBD. nicht Aufnahme gefunden.

4. Ebensowenig tennt bie StBD. die in einzelnen ber fruheren Landesgesete (Bapern, Sachsen) getroffene Einrichtung, nach welcher die auf Tobesftrafe lautenben Urtheile behnfs Prusung
ihrer Rechtsbeständigkeit dem oberften Gerichtshofe von Amtswegen, also auch Mangels einer Anfechtung seitens ber Prozestbeiheiligten, vorzulegen waren.

5. Der Abschnitt bezeichnet junachft biejenigen Entscheidungen, welche Gegenftanb ber Ansfechtung burch bie Revision sein können (§ 374), und handelt sobann von ben Erunben, welche bie

Digitized by GOOSIC

§. 374.

Die Revision findet ftatt gegen die Urtheile ber Landgerichte und ber Schwursgerichte.

(I. Entw. § 248; II. Entw. § 255; III. Entw. § 299.)

§. 375.

Der Beurtheilung des Revisionsgerichts unterliegen auch diejenigen Entscheis bungen, welche dem Urtheile vorausgegangen find, sofern dasselbe auf ihnen beruht. (L. Catw. § 231; II. Catw. § —; III. Cutw. § —)

Revision rechtfertigen (§§ 376—380). Hieran reihen sich bie Borschriften über bie Einlegung ber Revision und die Andringung der Revisionsanträge (§§ 381—385). Sodann wird das der Hauptsverhandlung vorangehende gerichtliche Bersahren (§§ 386—390) und ferner dasjenige in der Hauptsverhandlung vor dem Revisionsgericht (§ 391) geregelt. Die übrigen Borschriften betreffen die Entscheidung des Revisionsgerichts und deren rechtliche Folgen (§§ 392—398).

3u \$ 374.

- 1. Gegen bie Urtheile ber Schöffengerichte und ber Amtsrichter findet nur bie Berufung statt; vgl. § 354 u. Rote 5 bas. Die Urtheile bes Reichsgerichts (GBG. § 136 Rr. 1) unterliegen einer Ansechtung burch Rechtsmittel nicht.
- 2. Sowohl die in erfter Inftanz ergangenen Urtheile ber Landgerichte (einschließlich ber auswärtigen Straffammern: GBG. § 78) wie auch die in ber Berufung bin ftanz erlassenen find mit der Revision ausechtbar. In Betreff der Begründung bes Rechtsmittels f. jedoch § 380.
- 3. a. Die Revision kann gegen jeden Theil des Urtheils ergrissen werden; sie kann sich baber auch lediglich gegen die Entscheidung des Kostenpunktes richten: RGer. I. 27. Apr. 82 Entsch. VI. 237, Rspr. IV. 388), IL 14. Apr. 82 (Rspr. IV. 322), II. 29. Jan. 84 (Rspr. VI, 57).
- b. Die Revision fteht allen Prozesbetheiligten ju; vgl. SS 338, 339, 340 und ferner S 502 Rote 4, S 501 Rote 8. In Betreff bes rechtlichen Interesses, welches ber Beschwerbeführer an ber Ausgebung bes angesochtenen Urtheils haben muß, s. S 338 Rote 2. b. Im Uebrigen vgl. SS 378, 379.
 - 4. Die Enticheibung über bie Revifion fteht gu:
- a. bei ben Urtheilen ber Landgerichte in erfter Inftang (vgl. noch § 369 Rote 12. a) bem Reichsgericht (GBG. § 136 Rr. 2), falls aber bas Rechtsmittel ausschließlich auf die Berletung einer landesgesetzlichen Rechtsnorm geftust wirb, bem Oberlandesgericht (GBG. § 123 Rr. 3);
- b. bei ben Urtheilen ber Landgerichte in ber Berufungsinstanz bem Oberlandesgericht (GBG. § 123 Rr. 2), in bem bas. § 136 Abs. 2 vorgesehenen Ausnahmefalle aber bem Reichsegericht;
- c. bei ben Urtheilen ber Schwurgerichte ftets bem Reichsgericht (GBG. § 136 Rr. 2). In Betreff ber Oberlandesgerichte in Preußen und Bayern f. noch § 9 bes EG. zum GBG. u. bie Roten bas.

Ueber bie Fest ft ellung ber Buftanbigteit bes Revisionsgerichts f. § 388.

5. Die Urtheile ber Revisionsgerichte unterliegen einer weiteren Anfechtung burch Rechtsmittel (vol. Rote 1 ju Buch 3) nicht.

3u § 375.

1. Der Sinn bieses (an unrichtiger Stelle stelle stehenben, weil hinter § 380 gehörenben) § ist ber: baß auch aus ber Fehlerhaftigkeit vorausgegangener Entscheidungen ein Grund zur Anfechtung bes Urtheils entnommen werben kann, sosern basselbe auf ihnen beruht (vol. § 347). Selbste verständlich unterliegen bie gebachten Entscheidungen ber Prüsung bes Revisionsrichters nur in bemselben Maße wie bas Urtheil selbst, also nur unter bem Gesichtspunkt einer Berlehung bes Geses (§ 376 und Note 2 bas.); baher kann z. B. ein Beschluß, welcher eine Beweisaufnahme ablehnt (§ 243), hinsichtlich seiner thatsächlichen Begründung nicht nachgeprüst werden. — Die Löme, Strasprozesordnung. 5. Aust.

bung felbst fleht. Für ben Fall enblich, baß bie Aufhebung bes Urtheils erfolgen muß, hat fich ber höhere Richter nicht auf bie Aufhebung zu beschränken; er hat vielmehr in ber Sache selbst zu entschein, insoweit es bei ber Entschei bung eines hinübergreifens in bas bem ersten Richten vorbehaltene Gebiet thatsächlicher Bürbigungen nicht bedarf. — Das so gestaltete Rechtsmittel hätte man füglich mit bem Namen "Rechtsberufung" bezeichnen können. Es ift indes bem in bem Entwurf ber Civilprozesorbnung gewählten Namen "Revision" ber Borzug gegeben worden weil mit Rücksich auf ben Zusammenhang, in welchem bie beiben Prozesorbnungen als Theile eines größeren Ganzen unter einander stehen, eine Berschiebenheit in der Ausdrucksweise sich nicht zu empsehlen schien. Auch sachlich hat man sich den Vorschriften des Entwurfs der Civilprozesordnung über die Revision insoweit angeschlossen, als nicht die Berschiedenheit des Civilprozesies und des Strafprozesses Abweichungen unabweislich bebingte."

Diefer Ausführungen ohnerachtet muß behauptet werben, bag bie Revifion ber StBD. ihrem Befen nach eine nichtigkeitsbeschwerbe ift. Bas zuvörberft ben Sat ber Mot. betrifft, bag nach Mufbebung bes angefochtenen Urtheils ber Revisionsrichter grundfaplich in ber Sache felbft gu enticheiben habe, fo ift feine Bebeutung lebiglich eine theoretische, ba bie Boraussehungen, unter welchen bie Burudvermeisung in bie Borinftang fich erubrigt (§ 394), nach wie vor nur bei einem fleinen Bruchtheil ber in bie RevisionBinftang gelangenben Sachen gutreffen tonnen; ja im Bergleich mit einzelnen Landesgesetzen bat die StBD. das Entscheibungsrecht bes Revisionsgerichts fogar beschränft. Die Neuerung besteht alfo allein barin, bag bie StBD. bie Aufhebung bes ans gefochtenen Urtheils megen prozessualifcher Berftoge thunlichft von bem Ginfluffe abhangig macht ben ein folder Berftog auf die Enticheibung felbft gehabt haben tann, und bag fie bierbei bem boberen Richter ein möglichft freies Ermeffen einraumt (pgl. § 376 Rote 7, 8). mit ber Ratur ber Nichtigkeitsbeschwerbe nicht nur nicht unvereinbar, sonbern es hatte auch bereits eine Angahl von Landesgeseten biefes Rechtsmittel in ber von ber StBD. eingefclagenen Richtung verbeffert. Auf ber anderen Seite hat auch bie Revifion ber StBD. fcmere Gebrechen bes fruheren Rechtszuftanbes unveranbert fortbefteben laffen (vgl. § 376 Rote 4.a). Bu einer Aenberung bes Ramens bes Rechtsmittels lag jebenfalls keine ausreichenbe Beranlasjung por, und überbies ift ber name "Revision" um fo weniger paffent, als ber bobere Richter bie Sache nicht revidirt, sondern im Gegentheil auf die Beurtheilung bestimmter Beschwerben be-

- 2. Das Befen bes Rechtsmittels und bie Funttion bes Revisionsrichters er giebt fic aus folgenden Saben:
- a. Gin Urtheil unterliegt ber Aufhebung in Folge eingelegter Revifion, wenn a) eine Berletung bes Gefetes flattgefunden hat (§ 376), B) bas Urtheil auf berfelben beruht (§ 376), und p) ber Beschwerbeführer bieselbe in ber porgeschriebenen Beise gerfigt hat (§§ 384, 392).
- b. a. Nach Ausbebung des Urtheils entschiebet das Revisionsgericht an Stelle des Gerichts der Borinstanz in der Sache selbst, sosen ohne weitere thatsächliche Erörterungen nur auf Freisprechung ober auf Einstellung ober auf eine absolut bestimmte Strase zu erkennen ist. ober das Revisionsgericht in llebereinstimmung mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft die gesetzlich niedrigste Strase für angemessen erachtet; in anderen Fällen wird die Sache zur anderweiten Berhandlung und Entscheing in die Vorinstanz zurückverwiesen (§ 394). 3. Das Gericht, an welches die Sache verwiesen ist, ist an die der Ausbedung des Urtheiles zu Grunde liegenden Rechtsansicht des Revisionsgerichts gebunden (§ 398 Abs. 1).
- 3. Das Institut einer (Revisions- ober Nichtigkeits-) Beschwerbe "zur Bahrung bes Gefetes" hat in bie StBD. nicht Aufnahme gefunden.
- 4. Ebensowenig tennt bie StBD. die in einzelnen ber früheren Landesgesetze (Bayern, Sadsen) getroffene Einrichtung, nach welcher die auf Tobesftrafe lautenben Urtheile behufs Prujung ihrer Rechtsbeständigkeit bem oberften Gerichtshofe von Amtswegen, also auch Mangels einer Anfechtung seitens ber Prozesteiligten, vorzulegen waren.
- 5. Der Abschnitt bezeichnet junachft biejenigen Entscheidungen, welche Gegenftand ber Ansfechtung burch bie Revision sein konnen (§ 374), und handelt sobann von ben Grunden, welche bie

Digitized by Google

.

And it is a same white seems in

§. 374.

Die Revision findet ftatt gegen bie Urtheile ber Landgerichte und ber Schwuraericte.

(I. Cutm. § 248; II. Cutm. § 255; III. Cutm. § 299.)

8. 375.

Der Beurtheilung bes Revisionsgerichts unterliegen auch biejenigen Entscheibungen, welche bem Artheile vorausgegangen find, fofern basselbe auf ihnen beruht. (L. Cutw. \$ 251; II. Cutw. \$ -; III. Cutw. \$ -.)

Repifion rechtfertigen (SS 376-380). hieran reihen fich bie Borfchriften über bie Einlegung ber Revision und die Anbringung der Revisionsanträge (SS 331—385). Sodann wird das der Hauptverhandlung vorangebenbe gerichtliche Berfahren (SS 386-390) und ferner basjenige in ber Saupt= perhanblung por bem Revifionsgericht (§ 391) geregelt. Die übrigen Borichriften betreffen bie Enticheibung bes Revifionsgerichts und beren rechtliche Folgen (§§ 392-398).

Ru \$ 374.

- 1. Gegen die Urtheile der Schöffengerichte und der Amtsrichter findet nur die Berufung ftatt; vgl. S 354 u. Rote 5 baf. - Die Urtheile bes Reichsgerichts (BBG. S 136 Rr. 1) unterliegen einer Anfechtung burch Rechtsmittel nicht.
- 2. Sowohl bie in erfter Inftang ergangenen Urtheile ber Lanbgerichte (einschließlich ber auswärtigen Straffammern: BBG. § 78) wie auch bie in ber Berufung Binftang erlaffenen find mit ber Revifion anfechtbar. In Betreff ber Begrunbung bes Rechtsmittels f. jeboch & 380.
- 3. a. Die Revision tann gegen jeden Theil bes Urtheils ergriffen werben; fie tann fich baber auch lebiglich gegen bie Entscheibung bes Roftenpunt tes richten: RGer. I. 27. Apr. 82 Entids. VI. 237, Ript. IV. 388), IL 14. Apr. 82 (Ript. IV. 322), II. 29. Jan. 84 (Ript. VI, 57).
- b. Die Revifion fieht allen Prozegbetheiligten ju; vgl. SS 338, 339, 340 unb ferner § 502 Rote 4, § 501 Rote 8. - In Betreff bes rechtlichen Interesses, welches ber Beichmerbeführer an ber Aufhebung bes angefochtenen Urtheils haben muß, f. S 338 Rote 2. b. Im Uebrigen vgl. SS 378, 379.
 - 4. Die Enticheibung über bie Revifion fteht gu:
- a. bei ben Urtheilen ber Landgerichte in erster Inftang (vgl. noch § 369 Rote 12. a) bem Reichsgericht (GBG. § 136 Rr. 2), falls aber bas Rechtsmittel ausschließlich auf bie Berlepung einer lanbesgefeilichen Rechtsnorm geftutt mirb, bem Oberlanbesgericht (GBG. § 123 Rr. 3);
- b. bei ben Urtheilen ber Landgerichte in ber BerufungBinftang bem Oberlanbengericht (GBG. § 123 Rr. 2), in bem baf. § 136 Abf. 2 vorgesehenen Ausnahmefalle aber bem Reichs= gericht;
- c. bei ben Urtheilen ber Schwurgerichte ftets bem Reichsgericht (BBG. § 136 Rr. 2). In Betreff ber Oberlandes gerichte in Preußen und Bayern f. noch § 9 bes EG. jum GBG. u. bie Roten baf.

Ueber bie Reftft ellung ber Buftanbigfeit bes Revifionsgerichts f. \$ 388.

5. Die Urtheile ber Revisionsgerichte unterliegen einer weiteren Anfechtung burch Rechtsmittel (vgl. Rote 1 ju Buch 3) nicht.

3u \$ 375.

1. Der Sinn biefes (an unrichtiger Stelle flehenben, weil hinter § 380 geborenben) § ift ber: baß auch aus ber Rehlerhaftigfeit vorausgegangener Enticheibungen ein Grunb gur Anfechtung bes Urtheils entnommen werben taun, fofern baffelbe auf ihnen beruht (vgl. § 347). Gelbft: verftanblich unterliegen bie gebachten Enticheibungen ber Brufung bes Revifionsrichters nur in bemfelben Rage wie bas Urtheil felbft, alfo nur unter bem Gefichtspunkt einer Berletung bes Befetes (§ 376 und Rote 2 baf.); bager tann 3. B. ein Befchluß, welcher eine Beweisaufnahme ablehnt (§ 243), hinfictlich feiner thatfächlichen Begrundung nicht nachgepruft merben. — Die Digitized by Google

28me, Strafprozegorbnung. b. Aufi.

Frage: ob im einzelnen Falle bie Prüfung bes Revisionsgerichts sich auf eine bem Urtheil vorausgegangene Entscheibung zu erstrecken habe, wirb von § 375 nicht berührt, ift vielmehr lebiglich nach § 392 zu beantworten.

- 2. Ueber bie Rothwenbigfeit ober Entbehrlichfeit ber Borfcrift bes § 375 haben bie Deinungen geschwantt. Die RER. (Prot. S. 583) hat hauptfächlich barauf Rudficht genommen, baß bie CBD. § 510 eine gleiche Borfcrift enthalt und bag bas gehlen einer folchen in ber StBD. ju unrichtigen Folgerungen führen tonnte. Infofern eine bem Urtheil vorausgegangene Enticheibung bas Berfahren betrifft, verfteht fich bas in § 375 Befagte allerdings von felbft: bie Unrichtigkeit ber Entscheibung involvirt eben einen Mangel bes Berfahrens, und es fommt alsbann nach § 376 barauf au, ob bas Urtheil auf bemfelben "beruht" (vgl. bort Rote 7). Camit erledigt fich benn auch bie in ber RER. (Prot. S. 1019) aufgeworfene (und bort bejahte) Frage: ob auch gefetwibrige Unterlaffungen unter bie Bestimmung bes § 375 gu fubfumiren feien. Die Frage ift, fofern nicht bie Unterlaffung bie Musführung einer ausbrudlichen Enticheibung if, au verneinen; es ift bies jeboch bebeutungslos, ba gefehwibrige Unterlaffungen unter bie Beflimmung bes § 376 Abf. 2 fallen. — Bas bagegen folde Entideibungen betrifft, welche eine materiell: rechtliche Frage jum Gegenflande haben, fo lagt fich bie Entbehrlichfeit ber Borfchrift vielleicht eber bezweifeln, wenngleich biefe Enticheibungen, wie bie Mot. S. 212 fagen, fich regelmäßig "als antezipirte Bestandtheile bes Urtheils barftellen." Bon ber Borfdrift getroffen werben 3. B. folde Beschlüsse, welche einen Beweisantrag beshalb ablehnen, weil bie unter Beweis gestellte Thatsache vermoge einer unrichtigen Auslegung bes Strafgefebes fur unerheblich erachtet wirb (vgl. § 243 Rote 9), und im ichmurgerichtlichen Berfahren bie Befchluffe über bie Frageftellung.
- 3. Der Bortlaut bes & ift von ber RER. (Brot. S. 1018) mehrmals geanbert und bie Bestimmung ichlieflich fo gefaßt worben, baß fie fich nicht auf bie in ober vor ber haupt: verhanblung ergangenen Enticheibungen beichränkt, sonbern auch auf bie im Borverfahren erlassenen anwendbar ift. Auf einer in letterem ergangenen Entscheibung wird freilich bas Urtheil nur bei einer gang fingularen Sachlage "beruhen" tonnen. - Anlangend ben Beichluß über bie Eröffnung bes hauptverfahrens, fo hat bas Re. bie Anwenbbarfeit bes § 375 auf benfelben wieberholt auerkaunt, fo: II. 29. Jan. 84 (Entich. X. 56, Ripr. VI. 64) bei einem Beschlusse, ber unter Mitwirlung eines gesehlich ausgeschlossenen Richters gefaßt war, III. 8. Oft. 83 (Mipr. V. 583) im Falle einer gegen § 205 verftogenben, wefentlichen Unvollftanbigfeit bes Beschlusses. In beiben Urth. ist ber Revision ber Erfolg beshalb versagt worben, weil ber Ange Maate es unterlassen hatte, ben betr. Mangel in ber Hauptverhandlung zu rügen, und banach bas "Beruhen" bes Urtheils auf bem Beschluffe verneint wurde. Der Erfolg ber Revision wird übrigens auch bavon abhängig bleiben muffen, ob bie Aufhebung bes Urtheils zu einer Behebung bes betr. Mangels überhaupt führen fann; benn, wenn letteres nicht ber Fall, ware bie Aufhebung zwectlos. Hiernach und ba bas erkennende Gericht gefehlich nicht befugt ift, ben Eröffnungsbeichluß aufzuheben und bie Erlaffung eines anberen Beichluffes berbeiguführen, tann auch die Aufhebung bes Urtheils nicht lebiglich wegen ber bem ersteren Beschlusse anhaftenben Gesetze verleyung erfolgen; fo: RGer. I. 24. Juni 80 (Enisch, II. 120, Rfpr. II. 104); a. M. cit. II. 29. Jan. 84, insosern bort angenommen ist, baß auf Grund eines ungesestlichen Eröffnungsbeschluffes eingeleitete Berfahren muffe "eingestellt" werben, eine Anficht, welche aus ben Bestimmungen ber StBD. nicht zu begründen ift. Braktifch gestaltet sich bemzufolge bie Sache fo, bag die Aufhebung eines Urtheils wegen Kehlerhaftigkeit des Eröffnungsbeschlusses nur dann eintreten kann, wenn bie lettere zugleich eine Beschränkung ber Bertheibigung enthalt und biefe in ber Hauptverhandlung geltenb gemacht war. Bgl. noch Stenglein S. 570. Hat bas Gericht über ein Delift ertannt, welches überhaupt nicht Gegenstand bes Eröffnungsbeichluffes mar, fo liegt eine Berletung ber SS 205, 242 ber StBD. vor, nach benen (von ben Ausnahmefällen ber SS 211, 265 2c. abgesehen) jener Beschluß bie nothwenbige Boraussehung und Grundlage ber Urtheilsfällung bilbet: RGer. II. 13. Jan. 80 (Entfch. I. 66); inbeß ift biefem Urth. nicht 3uzustimmen, wenn es ben § 375 allegirt, ba ber Fall, wenn es an bem erforberlichen Beichlusse fehlt, von biefem S, feinem Bortlaut nach, nicht getroffen wird.

§. 376.

Die Revision tann nur barauf gestützt werben, baß bas Urtheil auf einer Berletzung bes Gesets beruhe.

Das Geset ist verlet, wenn eine Rechtsnorm nicht ober nicht richtig ans gewendet worden ist.

(L. Entw. \$ 249; II. Entw. \$ 256; III. Entw. \$ 300.)

3u § 376.

1. Ueber bas Befen bes Rechtsmittels ber Revision vgl. oben bie Bemerkungen ju Abschn. 4 Rote 1, 2.

I. Die Berlegung bes Gefetes.

2. a. Der Revifionsrichter ift nicht ju ber Brufung berufen, ob ber Borberrichter ben vorliegenben Straffall in thatfachlicher hinficht richtig beurtheilt habe; vielmehr foll feine Enticheibung nur ba Abbulfe icaffen, mo bas angefochtene Urtheil eine Berletung bes Gefetes ents halt ober unter Berletung bes Gefetes ju Stanbe getommen ift. Die thatfachliche Beurtheilung bes galles, bie Entideibung ber Thatfrage, tann nach ben Bringipien ber StBD. nur burch benjenigen Richter erfolgen, welchem ber Sachverhalt im Bege ber munblichen Berbanblung bargelegt worden ift; fie gebührt also lediglich bem Gericht erster Instanz und, soweit eine Berufung julaffig ift, bem Berufungsgericht. Die Richtigfeit ber auf bem Bege ber munblichen Berhanblung gewonnenen Ueberzeugung entzieht fich ber Brufung bes Revisionsgerichts, ba biefem bie gleiche Ertenntnigquelle nicht zu Gebote fieht. - hiernach unterliegt bie Schulbfrage ber Beurtheilung bes Revifionsgerichts nur binfichtlich ihres rechtlichen Bestanbibeils: bie Beweisfrage kann vor biesem Gericht überhaupt nicht und die Subsumtion der Thatsachen unter bas Strafgefet nur nach ihrer rechtlichen Seite bin gepruft merben. hat g. B. ber Borberrichter bie Frage: ob eine gewiffe Meußerung geeignet fei, eine Beleibigung, eine Drobung ac. barguftellen, aus thatfachlichen Grunben bejatt ober verneint, fo tann feine Anficht, auch wenn fie unrichtig ericeint, in ber Revifionsinftang eine Berichtigung nicht erfahren, mahrenb bie Revifion begrunbet fein murbe, wenn ber Bejahung ober Berneinung eine unrichtige Auslegung bes Strafgefetes gu Grunde lage. — Bas bie Strafe betrifft, so ift beren Festfebung innerhalb ber im Gefet gezogenen Grengen etwas Thatfachliches. Daber unterliegt bie Angemeffenbeit ber erfannten Strafe ber Prufung bes Revifionsgerichts nicht; vielmehr tann aus ber Strafzumeffung ein Revifionss grund nur bann entnommen werben, wenn auf eine im porliegenben falle unguläffige Strafe erfannt ift ober wenn bie Strafzumeffung ober bie Richtverbangung einer gewiffen Strafe auf recht irrt bumlich en Ermagungen beruht; pgl. Reer. III. 11. Jan. 83 (Entich. VIII. 76). Dies gilt entsprechend auch von ber Annahme, bag milbernbe Umftanbe vorhanben ober nicht vorhanden feien. In Betreff ber Anrechnung ber Untersuchungshaft val. Reer. I. 12 Rov. 83 (Entid. IX. 244).

b. Der vorbezeichnete Grundsat (a) gilt jedoch nur für die Beurtheilung der That, er reicht nur ebensoweit, als für das erstinstanzliche Bersahren der Grundsat der Mündlichseit gilt; vgl. § 249 Rote 1 b. Im Gebiete prozesselsuler Thatsachen den dagegen ist der Revisionstichter an die Feststellungen der Borinstanz nicht gebunden, sondern zur freien Bürdigung auch des Thatsächlichen berusen. Es gilt dies nicht blos von den Borgängen im Prozesse selbst, sondern von allen Thatsachen, welche für die Gesetzmäßigkeit des stattgehabten Bersahrens und sür die Beurtheilung der erhobenen (prozessulen) Revisionsbeschwerdezvon Belang sind : Reer. III. 13. Juli 81 (Entsch. IV. 388, Rspr. III. 481), III. 15. März 83 (Entsch. VIII. 248, des. 251), III. 14. Febr. 87 (Rspr. IX. 129). Hierher gehören namentlich die Thatsachen, von denen die Zulässisstelte der Strasvers olgung (überhaupt oder doch vor den ordentlichen Gerichten) abhängt: Reer. IV. 27. März 85 (Entsch. XII. 125, Rspr. VII. 198). So insbes. dei den Antragsbesitten die Antragstellung: Reer. II. 4. Apr. 82 (Entsch. VI. 161, des. 166) III. 1. Mai 84 (Rspr. VI. 331); auch die Auslegung der den Antrag darstellenden Erklärung seht dem Revisionsrichter zu: III. 17. Apr. 80 (Rspr. I. 614, des. 616, 617), IV. 28. Apr. 85 (Rspr. VII. 259); vgl. Rote 4 b.

Sinfictlich ber Berjährung gebührt ihm bie freie Prüfung ber Frage, ob burch eine gewisse richter- liche handlung eine Unterbrechung stattgefunden habe: RGer. III. 8. Oft. 85 (Entsch. XII. 434, Rspr. VII. 560); vgl. im Uedrigen Rote 4 b. Bgl. ferner § 377 Rote 7. — Der Inhalt eines die Sache selbst betreffenden Beweismittels (Zeugnisse, Urkunde) fällt nicht in den Bereich der prozessualen Thatsachen; daher kann die Behauptung: daß der Borderrichter bei seinen Fesikellungen sich einer Aktenwidrig keit schuldig gemacht habe, selbst dann nicht zur Begründung der Revision dienen, wenn die betr. Beweiserhedung nicht unmittelbar vor dem erkennenden Gericht, sondern kommissarisch bewirkt und in der Hauptverhandlung nur die Berlesung des ausgenommenen Protokolles (§ 250) ersolgt ist. Das Gleiche gilt von der Behauptung, daß ein eidlich vernommener Zeuge wegen Berstandesschwäche keine genügende Borstellung von der Bedeutung des Eides gehabt habe (§ 56 Nr. 1) sowie von sonssigen, die Geistesbeschaftenheit eines Zeugen betreffenden Einwendungen: MGer. II. 18. Nov. 84 (Entsch. XI. 261).

3. a. Bie im EG. § 7 ausgesprochen ist und auch aus ber Bergleichung bes Abs. 1 mit Abi. 2 erhellt, find bie Ausbrude "Gefe b" und "Rechts norm" gleichbebeutenb. "Der Ausbrud ""Rechtsnorm"" wirb - fo fagen bie Dot. S. 212 - hier im weiteften Sinne verftanben. Er umfaßt nicht blos bie ausbrudlichen Beftimmungen ber Befete, fonbern auch alle Grund fas e, welche fich aus bem Sinne und Zusammenhange ber gesetlichen Borfchriften ergeben"; vgl. MGer. I. 27. Apr. 82 (Entid. VI. 237, Ripr. IV. 388). Demnach gehört auch bas Gemohn: beit Brecht hierher: Reer. III. 5. Rov. 83 (Entich. IX. 299, Ript. V. 673). — Cb eine Rechtsnorm bem Strafrecht ober einem anberen Zweige bes Rechts (bem Civilrecht, ben Staatbrecht ze.) angehört, ist gleichgültig. — Auch bie Berlepung au Blanbischer Rechisnormen begründet bie Revision : foweit ber inlanbifche Strafrichter überhaupt in bie Lage fommt, folche anwenden zu muffen (vgl. z. B. StBB. § 4 Rr. 3), besteht zwischen ihnen und bem inlanbifchen Recht fein Unterschieb ; fur bie richtige Anwendung bes ausländischen Rechts muß ber Staat bem Angeflagten bieselben Garantieen geben wie für bie bes inlanbifchen ; im Civilprozif (vgl. CBO. \$ 511) find bei biefer Frage andere Gefichtspunkte maggebend; gl. A. Rec. III. 21. Febr. 84 (Entic. X. 285, Ripr. VI. 142). — Das Gleiche gilt von ben Bestimmungen ber (gehörig verfunbeten) Staats vertrage: Reer. IV. 22. Sept. 85 (Entfc. XII. 381); vgl. EG. § 5 Note 7 u. § 6 Note 5. - Den Gefeten fteben biejenigen allgemeinen Berorbnungen gleich, welche von ben guftanbigen Organen ber Staatsgewalt, fei es auf Grund ihrer allge meinen, flaatsrechtlich bestehenden Befugnisse, fei es vermoge ber speziellen Ermachtigung burch in einzelnes Gefet (vgl. 3. B. Bbn. v. 4. Jan. 1875, RBBI. S. 5), in beiben gallen alfo mit Gefesesfraft, erlaffen werben. — Bu ben Rechtsnormen gehören bagegen nicht: bie Anweifungen, welche von ben vorgesetten Beborben an bie ihnen untergeordneten erlaffen werben, bie Statuten von Gefellicaften 2c. und ebensowenig bie in rechtstraftigen gerichtlichen Entschibungen enthaltenen Beftjepungen. Bgl. Strudmann und Roch S. 570.

b. Abweichend von ben bie Nichtigkeitsbeschwerbe betreffenden Bestimmungen ber bisherigen Landesgesetze unterscheibet § 376 nicht zwischen den Normen bes materiellen Rechts und benen bes Prozestrechts. Der Grund hiervon ist der: daß die StPD. wegen des Ersordernisses bes "Beruhens" der Entscheidung auf der betr. Gesetwerletzung jene Unterscheidung prinzipiell sur bedeutungslos erachtet. Gleichwohl tritt auch bei der Revision der Unterschied zwischen den Berletzungen des materiellen Rechts und denen des Prozestrechts mehrsach hervor, so namentlich in §§ 377, 380 und in §§ 384, 392. Bgl. auch die solgenden Roten.

4. Die Berletung materiellrechtlicher Rormen.

a. Der Prüfung: ob die Berletung einer solchen Rorm vorliege, tann nur ber Inhalt bes Urtheils (einschl. bes Geschworenenspruches: § 316) und ber etwa vorausgegangenen Entischeibungen bes erkennenden Gerichts (§ 375), nicht aber der sonstige Inhalt der Alten zur Grundlage dienen. Der Revisionsrichter prüft: ob der von dem Borderrichter fest geste Ate That bestand die erfolgte Gesetanwendung rechtfertige, sowie ferner: ob nicht ein Geset außer Anwendung geblieben sei, welches auf diesen Thatbestand hatte angewendet werden muffen. — Die getroffenen (positiven oder negativen) Feststellungen selbst unterliegen der Prüfung des Revis

sion**srichters** nur insoweit, als sie das Ergebniß rechtlicher Erwägungen sind (val. Note 2. a). bier besteht nun freilich ein wefentlicher Unterschieb, swifchen ben Urtheilen ber Richtertollegien und ben Spruchen ber Beichworenen. Die Urtheile muffen bie tontreten Thatumftanbe, in benen bas Gericht bie Dertmale bes gefetlichen Thatbeftanbes finbet, anführen (§ 266 Rote 3), und biefe Begenüberftellung ber erfteren und ber letteren fest ben Revisionsrichter in ben Stand, ju prufen, ob ber Subsumtion ber Thatumftanbe unter Die gesehlichen Mertmale etwa eine rechtstrethumliche Auffassung bes Gesetes zu Grunde liege. Bas bagegen bie Spruche ber Geschworenen betrifft, fo ift in ben von ben letteren zu beantwortenben gragen eine Angabe ber tontreten Thatumftanbe gefetlich nicht erforberlich, bie ebengebachte Brufung alfo nicht ausführbar, und somit ift es leiber eine nicht ju leugnenbe Thatfache, bag es in ber fcmurgerichtlichen Rechtfprechung eigentlich nur barauf antommt, bie betreffenben Gefehesparagraphen, unter Bingufugung ber Angaben von Ort und Beit, richtig abzuschreiben und in bie Frageform umzuseten. Die auf Befeitigung eines berartigen Buftandes gerichteten Forberungen ber Biffenfcaft bat bie StBD. leiber unerfullt gelaffen. Bgl. § 293 Rote 13. a und bie bort cit, Urth. bes RGer., fowie ferner II. 2. Rov. 80 (Rfpr. II. 431), III. 11. Juni 81 (Entjch. IV. 313), I. 24. Nov. 81 (Ripr. III. 738), I. 13. Dez. 86 (Entfc. XV. 85), und bazu: Stenglein im GSaal XXXIV. S. 161 ff. Bgl. auch § 300 Rote 7. - In ber Befchwerbe: bag bas Gericht es mit Unrecht unter laffen habe, neben ber in bem Urtheil enthaltenen Feststellung noch eine gewiffe anbere Feststellung (pofitiv ober negativ) ju treffen, ift bie Ruge eines progeffualen Berftoges enthalten. Begrunbet ift eine berartige Ruge nur bann, wenn bem Gericht burch ben Inbalt bes Eröffnungsbefchluffes ober burch bie Antrage ober Bebauptungen ber Brozekbeibeiligten ein zwingenber Anlaß geboten mar, bie frag= liche Thatface jum Gegenftanbe einer Reftstellung bezw. ber Frageftellung ju machen; ogl. § 266 u. Rote 2 baf., § 263 Rote 4, fowie §§ 293-298.

b. Die Festitellungen bes Urtheils find insbes. auch maßgebend bez. ber Frage: ob ber Angeklagte sich im Rückfall besinde; die Borbestrasungen bes Angeklagten gehören zu ben im Strafgeset besonders vorgesehenen Umständen, welche die Strafbarkeit erhöhen (vgl. § 268 Abs. 2), und stehen prozessualisch den sonstigen Umständen dieser Art gleich. Daher kann die in der Boreinstanz unterbliedene Feststellung der Borbestrasungen nicht seitens des Revisionsrichters nachgeholt werden, obgleich zu ihrer Begründung regelmäßig die Berlesung der betr. Theile der früheren Atten (vgl. Rote 2. d) genügen wird; vgl. Rote. III. 2. Juni 80 (Rspr. II. 17), 1. 22. Jan. 83 (Rspr. V. 47). Auch die Berichtigung einer auf thatsächlichem Irrihum beruhenden Annahme der Boraussehungen des Rückfalls ist in der Revisionsinstanz ausgeschlossen: Roter. III. 14. Apr. 85 (Rspr. VII. 225). Edenso ist der Frage der Berjährung die in dem Urtheil enthaltene Festsstellung sowohl in Betreff der strafrechtlichen Qualisitation der That (vgl. StSB. § 67) wie auch in Betreff der Zeit der Begehung maßgebend; im Uedrigen vgl. Note 2. d. — Desgleichen kann der Revisionsrichter die Frage: od es zur Strafversolgung eines Antrages des Berletzten bes durft habe, auch nur nach Maßgade jener Festsstellung beurtheilen; vgl. gleichsalls Note 2. d.

5. Die Berlegung prozegrechtlicher Rormen.

a. In welchem Stabium bes Berfahrens eine solche Berletung ftattgefunden hat, macht grundsählich keinen Unterschied; auch das Borverfahren macht keine Ausnahme. War eine Handlung bes Borverfahrens (3. B. eine Augenschienbeinnahme ober eine Zeugenvernehmung (in ungesehlicher Weise vorgenommen und ist das betr. Protofoll in der Hauptverhandlung zur Berslefung gelangt, so ist hierdurch der zunächst dem Borversahren anhastende Mangel in das Hauptversahren übertragen. Im Uebrigen wird allerdings das Urtheil auf Mängeln des Borversahrens nicht süglich "beruhen" können: vgl. § 375 Note 3. Insbes. kann der Umstand, daß dem Gesen (§ 176) zuwider eine Boruntersuchung ganz unterblieden ist, die Revision nicht begründen, da det Mangel die Boruntersuchung auf dem in § 199 (vgl. bort Note 9) vorgeschriebenen Wege geltend gemacht werden mußte; vgl. Reer. III. 2. März 81 Ripr. III. 91), II. 29. Febr. 84 (Ripr. VI. 161).

b. Die Berletung einer Rorm bes Prozegrechts tann ebensowohl barin bestehen, bag eine gesetlich vorgeschriebene handlung, insbes. auch eine Entscheidung, unterblieben wie auch

barin, daß sie sehlerhasterweise vorgenommen worden ist, wie auch barin, daß eine handlung stattgesunden hat, beren Bornahme das Geset untersagt (vgl. 3. B. § 251). Ob über die Bornahme oder Nichtvornahme der Handlung zuvor eine ausbrückliche Entscheidung getrossen worden ist oder nicht, ist gleichgültig; vgl. § 375 Note 2.

c. Der Begriff ber Berletung einer Norm bes Prozestechts erforbert nicht, baß ber Borberrichter biejenigen Thatsachen ober Berhältnisse gekannt habe, aus benen sich die Geseswidrigkeit bes stattgehabten Bersahrens ergiebt; biese Thatsachen zc. begründen vielmehr die Revision auch dann, wenn sie erst vor dem Revisionsrichter zur Sprache kommen. Bezüglich gewisser Borgange im Prozesse seiner Zuwiderhandlung gegen das Berbot des § 303 Abs. 1) solgt dieser Sat aus der Natur der Sache; er gilt aber allgemein und selbst hinsichtlich solcher Thatsachen zc., deren Dasein außerhalb des Prozesses und vor diesem liegt. Demgemäß ist der Revisionsrichter der Beurtheilung prozestechtlicher Revisionsbeschwerden nicht auf dassenige Naterial beschänkt, welches dem Borderrichter vorgelegen hat, vielmehr hat er auch neue Anzührungen zu berücksichtigen (vgl. oben Rote 2. d). So: RGer. II. 27. Mai 81 (Entsch. IV. 205, Ript. III. 333) bez. der Birksamseit eines Strasantrages; IV. 27. März 85 (Ript. VII. 198) bez. der die Gerichtsdarfeit des Civilgerichts oder des Militärgerichts begründenden Thatsachen; III. 14. Febr. 87 (Ript. IX. 129) bez. eines das Recht zur Zeugnisverweigerung begründenden Sachältnisses. So würde z. B. auch der Einwand der rechtskräftig entschenen Sache (Note 28 s. zu Buch 2 Absch. 1) noch in der Revisionsinstanz wirksam erhoden werden können.

Der Umftand, daß der Beschwerbeführer die betr. Thatsachen schon in erster Instang getannt, aber verschwiegen hat, schließt beren Geltendmachung nicht aus. — Falls die Sahtheit ober Unwahrheit einer neuen Anführung nicht aus ben Aften zu erkennen ist, sondern zu ihrer Beurtheilung noch thatsächliche Ermittelungen nöthig sein würden, unterliegt die Glaubhaftigkeit der Ansührung und das weitere Eingeben auf sie dem Ermessen des Revisionsrichters: cit. III. 14. Rebr. 87; val. § 392 Rote 3.

II. Das Beruhen bes Urtheils auf ber Gefetesverletung.

- 6. In ben Mot. S. 212 wird gesagt: "Als Erforderniß für den Erfolg der Revision wird aufgestellt, daß das Urtheil auf einer Gesetseberletung beruhe, b. h. daß ohne Berletung des Gesets die Entscheidung nicht so hätte ergehen können, wie sie ergangen ift. Richt eine aus den Entscheidungsgründen sich ergebende, sondern nur eine durch die Entscheidung selbst begangen Gesetsverletung kann den Erfolg der Revision begründen. Die unrichtige Anwendung einer Rechtsnorm ist zur Begründung der Revision nicht geeignet, wenn auch bei deren richtiger Anwendung das Gericht zu berselben Entschiedung gelangt sein würde. Der Erfolg des Rechtsmittels ift also durch einen Zusammen hang zwischen der begangenen Gesetsverletung und der Entschiedung selbst bedingt." Hinsichtlich der Fälle, wo die Berletung einer materiellen Rechtsnorm gerügt ist, dietet die Anwendung der hier dargelegten Säte keine Schwierigkeit; der Einsluß der Gesetsverletung auf die Entscheidung selbst ist nach den Gründen der letzern zu beurtheilen (Note 4).
- 7. a. Nicht so einsach ist die Prüsung: ob das Urtheil auf der begangenen Gesetsebersetzung beruhe, wenn es sich um die Berletzung einer prozestechtlichen Rorm handelt; dieser Punkt eben ist der Sit der von der StPO. beabsichtigten Abweichung von dem bisherigen Recht (vgl. oben Rote 1 zu Buch 3 Abschin. 4). Der Konstruktion der Richtigkeitsbeschwerbe in den frühren Landesgesehen lagen bekanntlich verschiedene Systeme zu Grunde. Ein Theil der Gesetze bezeichnet limitativ diesenigen Prozesworschriften, deren Berletzung die Nichtigkeit des Urtheils nach sich ziehen sollte, ein anderer Theil knüpste die Nichtigkeit generell an die Berletzung wesentlicher Prozesworschriften, ein britter endlich kombinirte das erste mit dem zweiten System (s. g. gemische System); vgl. des. Pland S. 537 ff., Walther, Lehrb. des dager. Strasproz. S. 425 ff., Mittermaier im GSaal 1850. I. S. 295 ff. Die legislatorische Schwierigkeit liegt in der Bestimmung des Begrisses des Wesentlichen und darin, daß die Berletzung berselben Borschrift in dem einen Falle von Einstuß auf das Urtheil, in dem anderen aber einstußloß sein kann. Diese Schwierigkeit hat nun die StPO. dadurch zu umgehen gesucht, daß sie von der Unterscheidung zwischen weinenlichen

und unwesentlichen Brozefvorichriften abgefeben und bagegen ben Erfolg bes Rechtsmittels generell bavon abhangig gemacht bat, bag bas Urtheil auf ber betreffenden Befetesverletung "berube". Dementsprechend heißt es in ben Dot. S. 212: "Grundfaglich ift feine Prozeftvorschrift von ber Begrundung ber Revision ausgeschloffen." Anbererseits aber wird ebenba über bie Bestimmung bes \$ 377 gefagt: "Gewiffe Prozesvorichriften find, obgleich fie außerhalb jeber Beziehung zu bem materiellen Inhalt bes Urtheils fleben, bennoch folde, welche bie Grunblagen bes Berfahrens berühren. Diefe Boridriften find in ben bestehenben beutichen Gefengebungen meistens als absolut wefentliche, b. h. als folde bezeichnet, beren Berletung fte to Dichtigfeit bes Berfahrens gur Folge haben foll. Auch ber Entwurf mußte binfichtlich ber Beftimmungen ber gebachten Art jeben Breifel barüber ausichliegen, bag eine Berletung berfelben ftets bie Aufhebung bes Urtheils nach fich ziebe, gleichviel, ob ein urfachlicher Busammenhang amifchen ber Berletung und bem Inhalt bes Urtheils fur moglich zu erachten fei ober nicht. Er fcbreibt beshalb por, bag bei gewiffen Gefetesverletungen bas Urtheil fiets als auf benfelben berubenb angufeben fei." Bieraus erhellt nun aber, bag bie Abmeidung ber StBD. von benjenigen Lanbesgefeten, welche bie Richtig. feitsbeschwerbe nach bem f. g. gemischten Spftem tonftruirt hatten, jum guten Theil eine scheinbare ift und bag auch bie Formel bes § 376 Abf. 1 ("beruhe") teineswegs genügt, bas hier vorliegenbe legislatorische Broblem in befriedigender Belfe zu lösen. Ginerseits nämlich enthält auch die StBD. eine Angabl Boricoriften, bie als absolut unwesentlich anguleben find und beren Richt= beobachtung niemals bie Revision wird begründen konnen; vgl. 3. B. § 242 Abs. 1 u. Rote 3. R baf., § 60 Rote 2. b. Und andererseits zeigt fic bas Unzulängliche jener Formel gerabe in ber Porfchrift bes § 377: ber Wortlaut bes § fagt, bag in ben bort bezeichneten Fallen bas Urtheil ftets als auf einer Berletung bes Befebes berubend anzuseben fei, mabrend ber Bebante ber Bestimmung in Bahrheit ber ift: bag bas Urtheil in jenen Sallen ftets nichtig fein foll, ob: gleich es (wenigftens in ben meiften berfelben) auf ber erfolgten Befetesverlepung nicht beruht.

b. Der RER. lag ber Antrag por, ben & burch bie Aufnahme folgenber Bestimmung gu ergangen : "Begen Berletung von Rechtsnormen fur bas Berfahren in bas Urtheil als auf einer Berletung beruhend anzuschen, wenn bie Annahme nicht ausgeschlossen ift, bag bie Beobachtung ber Rechtsnorm ju einer anberen Enticheibung geführt haben murbe." Der Antrag murbe abgelehnt, nachbem feitens ber Regierungsvertreter hervorgehoben worben, bag ber Bufammenhang ber Befegesverlegung mit bein Urtheil einer Beweisführung feitens bes Revifionsflagers nicht beburfe, bas Borhanbensein biefes Busammenhanges vielmehr von bem Gericht nach freiem Ermeffen ju prufen fei und bag bas Urtheil icon bann aufzuheben fein werbe, wenn bas Gericht auch nur ju ber Bermuthung eines Busammenhanges gelange (Brot. S. 584 ff.). Diefe Ausfuh: rung geht allerbings nicht gang so weit als ber Inhalt bes Antrages; es tann inbeg nicht zweiselhaft fein, daß die Borfcrift bes & im Sinne bes Antrages aufzufaffen ift. Gin gerechtes Urtheil fann prajumtio nur im Bege eines geordneten, b. h. gefehmaßigen Berfahrens gefunden merben, und bementsprechend ift bei ber Berlegung einer Brogeftvorfdrift bie Bermutbung begrundet, bag. fie einen bas Recht fcabigenben Ginfluß auf bas Urtheil gehabt haben konne. Diese Bermuthung wird bei gewiffen Borfchriften burch ben Inhalt berfelben von felbft ausgeichloffen (abfolut uns wefentliche Borichriften; vgl. oben ju a); im Uebrigen muß fie wiberlegt werben. Somit verhalt es fich bei ber Revision wegen prozessualer Mangel so: bag bie Aufhebung bes Urtheils bei ber Berletung einer absolut wefentlichen Borichrift (§ 377) ftets, bei ber Berletung einer anberen-(nicht absolut unwesentlichen) Borschrift aber überall ba erfolgen muß, wo nicht klar erhellt, daß bie Berletung einen Ginfluß auf bas Urtheil nicht gehabt haben tonne. In biefem Sinne hat bisber auch bas Re. bie Borichrift bes § 376 verftanben; jo 3. B. III. 18. Febr. 80 (Entic. I. 210, Ripr. I. 362), I. 8. Marg 80 (Entich. I. 254, Ripr. I. 140), III. 24. Sept. 83 (Entich. IX. 69), III. 1. Rov. 83 (Entich. IX. 310, Ripr. V. 653), III. 4. Febr. 84 (Entich. X. 135, Ripr. VI. 79), II. 7. Marg 84 (Ripr. VI. 176), III. 20. Jan. 87 (Ripr. IX. 76). Gl. A. auch Lamm, Die Rev. im Strafpr. S. 9; a. Dr. v. Kries S. 220 ff., Binbing S. 192; vgl. auch Boitus 6. 385 ff.

c. Die Mot. S. 212 sagen: Das Geseth brauchte, vermöge ber von ihm im § 376 aufs-

wegen biefer eine Strafe gefonbert (StBB. S\$ 75, 77, 78) feftgefest mar, biefelbe in Begiall gebracht werben. Streitig ist es, ob im Kalle einer in erster Inflanz erkannten Gesammtfixaje (StBB. § 74) ber Berufungerichter, wenn er beguglich bes einen Delifts freispricht, bennoch bie als Gefammtftrafe fesigefeste Strafe aufrechterhalten burfe, fofern bei bem betr. Delitt eine berartige Einzelftrafe an fich julaffig ift. Fur bie Bejahung : Ret. II. 12. Juli 80 (Entid, II. 202, Ripr. II. 186), IV. 12. Juni 85 (Ripr. VII. 378), Reller S. 479. Buchelt S. 584, Stenglein S. 568; für die Berneinung: RGer. I. 30. Oft. 79 (Ripr. I. 25), theilw. auch v. Schwarze in Dh. II. G. 284. Bei ber Beantwortung ber Frage find zwei Buntte auseinanber ju halten: bie Bemessung ber Ginzelftrafen und bie Aurudführung berfelben auf eine Gesammtftrafe. Bas bie Gingelftrafen betrifft, fo barf ber Berufungsrichter biefelben nicht bober, als in erfter Inftang gefchen, bemeffen. Die entgegengefeste Anficht, welche bie Gefammtftrafe lebiglich als eine Ein: beit behandeln mill, murbe babin fuhren, bag bie Bebeutung ber erftinftanglichen Bemeffung ber Einzelstrafen für ben Berufungsrichter eine verschiebene sein wurbe, je nachbem bie konkurrirenben Delitte gleichzeitig (StBB. § 74) ober successive (§ 79; vgl. StBD. § 492 Rote 1 a) gur Aburtheilung gelangen; benn in letterem Salle murbe ber, nur mit ber fpateren Sache befatte Berufungsrichter an ber in ber fruheren Sache festgefesten Ginzelftrafe zweifellos nichts anbern können. Eine solche Berschiebenartigkeit ber Behanblung ber Salle bes § 74 einerseits und ber bes § 79 anbererseits mare aber mit ber Abfict bes Befetes nicht vereinbar. Sat alfo 3. B. bei Ronfurreng von Diebstahl und Betrug ber erfte Richter bie Ginzelftrafen auf zwei Monate bezw. einen Monat Befangnis, die Gefammtftrafe aber auf zwei Monate und eine Boche feftgefett, fo barf ber Berufungsrichter, wenn er von ber Antlage bes Betruges freifpricht, wegen bes Diebftable eine bobere als zweimonatliche Strafe nicht verbangen. Bleibt umgefehrt nicht bie Berurtheilung wegen Diebstahls, sonbern nur bie wegen Betruges bestehen, so bilbet nicht ber Strais betrag von einer Boche, um welchen ber erfte Richter bie Ginfahftrafe erhöht hatte, sonbern bie Einzelftrafe pon einem Monat bie Grenze, an welche ber Berufungsrichter gebunden ift. Dagegen ift bie Art, wie ber erfte Richter bie Ginzelftrafen auf bie Gefammtftrafe gurudgeführt hat, für ben Berufungsrichter nicht maßgebenb; dies ist in bem Kalle von Belang, wenn in erster Anstang mehr als zwei Delitte festgestellt waren und in zweiter Instang trot ber theilweifen Freifprechung immer noch eine Gefammtftrafe ju verbangen ift. Dat z. B. ber erfte Richter wegen Diebstable, Betruges und Unterichlagung gestraft, Die Gingelftrafen auf brei Monate, zwei Monate und einen Monat bemeffen und bie Gefammtstrafe auf vier Monate feftgefest, fo barf ber Be rufungsrichter, wenn er von ber Antlage ber Unterschlagung freispricht, bie Gesammiftrafe von vier Monaten bestehen laffen, mabrend er fie nach § 74 Abf. 3 bes StoB. murbe ermagigen muffen, wenn er von ber Antlage bes Betruges freifprache und nur megen Diebstabls und Unterfolagung ftrafte. — Berichieben von bem vorerörterten Salle theilweifer Freifprechung ift ber anbere gall, wenn bie Abweichung bes Berufungerichters von bem erften Urtheil barin beftebt, bag er in bem fefigeftellten und unveranbert bleibenben Thatbeftanbe nicht eine Debryahl von Deliften, fonbern nur ei nes finbet; bier barf ber Berufungsrichter bie in erfter Inftang als Gefammtftrafe ausgesprochene Strafe bestehen laffen, wenn fie an fich julaffig bleibt und trot ber veranberten Beurtheilung bes Falles angemeffen ericheint: RGer. III. 22. Sept. 80 (Rfpt. II. 239.)

5. Ift die Sache gemäß § 369 Abs. 2 von dem Berufungsgericht an das Gericht erster Instanz zur abermaligen Entschiedung zurückverwiesen, so darf auch von diesem Gerichte keine härtere als die früher erkannte Strafe verhängt werden (vgl. § 398 Abs. 2). Dasselbe gilt im Falle ber in § 369 Abs. 3 vorgeschenen Verweisung an das zuständige Gericht: Riser. I. 24. Mai 83 (Entsch. VIII. 307, Ripr. V. 381). — Auch in dem Falle, wenn auf die Berusung des im Privatklageverfahren verurtheilten Angeklagten das Berusungsgericht gemäß § 429 die Einstellung des Versahrens ausgesprochen hat, darf in dem neuen Berssahren auf erhobene öffentliche Klage eine Berschärfung der Strafe nicht erfolgen: Riser. III. 15. Nov. 83 (Entsch. IX, 324. Ripr. V. 696).

^{6.} In Betreff ber Buße f. § 445 Rote 2.

§. 373.

Im Uebrigen finden die im sechsten Abschnitte bes zweiten Buchs über die Hauptverhandlung gegebenen Borschriften Anwendung.

(I. II. III. Cutm. \$ -.)

Bierter Abichnitt.

Revifion.

Ru § 373.

Bu ben auch in zweiter Instanz anwendbaren Bestimmungen gehört indbes. auch die des § 263: ber Berufungsrichter hat, soweit er mit der Schuldfrage besatt ift (§ 368), die That nach allen, bei ihr möglichen strafrechtlichen Gesichtspunkten, unabhängig von der Auffassung des Eröffnungsbescholusses und bes ersten Urtheils, zu prüfen; vgl. § 372 Note 2. — Hervorzuheben sind serner die für das Urtheil gegebenen Borschriften der §§ 266, 275.

- 2. In Betreff ber bei ber Enticheibung erforberlichen Stimmenmehrheit vgl. § 364 Rote 2 (Schlug).
- 3. Gine fpeziell für bie Berufungeinftang gegebene, jeboch in Buch 2 ftebenbe Borfchrift f. in § 244 Abf. 2.

Bum Bierten Abschnitt.

1. Das Rechtsmittel ber Revision ist an die Stelle ber Richtigkeitsbeschwerbe bes früheren Rechts getreten. hierüber sagen die Mot. S. 211 (vgl. biefelben ferner bei § 376 Rote 6-8) Folgendes:

"Den beutschen Gesetzgebungen ift neben ber Appellation noch ein zweites, gegen nicht rechtsfrästige Urtheile anwendbares Rechtsmittel bekannt: die Nichtigkeitsbeschwerbe. Dasselbe ist wesentlich eine Rachbilbung bes franzöfischen Kassationsrekurses. Wenngleich man in Deutschland die Grundjähe biefes lehteren Rechismittels "nicht ftreng festgehalten, sondern dasselbe zu verbessern gesucht hat, so find boch bie ber Richtigkeitsbeschwerbe anhaftenben großen Mängel seit langer Zeit tief empfunden worden. Bermoge ber formalen natur biefes Rechtsmittels muß ber Richtigkeitsrichter einerfeits oft genug Enticheibungen vernichten, welche eine materielle Rechtsverletung burchaus nicht enthalten, während er andererseits sich nicht selten gezwungen sieht, einer sachlich begründeten Beschwerbe lebiglich aus prozessualischen Grünben bie Abhülfe zu versagen. Für ben Entwurf tonnte es beshalb nicht zweiselhaft sein, daß er das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde nicht aufzunehmen habe, bag es vielmehr feine Aufgabe fei, baffelbe burch ein befferes zu erfeten. Der Name bes Rechtsmittels ist hierbei freilich unwesentlich; man hat aber auch ben Namen "Nichtig= leitsbeschwerbe" aufgegeben, weil er zu sehr an den Kasationsrekurs des französischen Rechts erinnert, mit biefem aber ber Sache und ben Formen nach vollftanbig gebrochen werben follte. -für bie Gestaltung des gegen die Urtheile zu gewährenben Rechtsmittels waren folgende Gesichtspunkte leitenb: Aus bemjenigen, was oben (nämlich über bie Berufung) gefagt worben ift, ergiebt fich, daß bie rein that fächliche Burbigung bes Straffalls, also namentlich bie Burbigung ber erbrachten Beweise, von ber Thätigkeit bes höheren Richters ausgeschlossen bleiben muß. Diese Burbigung ift bem Richter ber Borinstanz ausschliehlich überlassen, und bas von biesem festgestellte thatsachliche Ergebniß ift für die hohere Juftang maßgebend, insoweit basselbe nicht etwa im Wege eines gesetwidrigen Berfahrens gewonnen worden ift. Die Aufgabe bes höheren Richters besteht nur in ber rechtlichen Beurtheilung ber Sache; für bie Lösung bieser Aufgabe aber ift ihm freie Bewegung gewährt, und es find seiner Thatigkeit möglichft wenig formale Grenzen gezogen. hierin liegt ber hauptfäclichfte Unterfchieb zwischen bem Rechtsmittel bes Entwurfs und ber Nichtigkeitsbeschwerbe anderer Gesetzebungen. Aus ber bem höheren Richter zugewiesenen freien Stellung folgt aber anbererfeits, baß er bas angefochtene Urtheil in ber Regel nicht fcon bann aufzuheben bat, wenn ber erfte Richter in feiner Enticheibung ober feinem Berfahren bas Befet irgendwie verlett hat, fonbern nur bann, wenn bie Befetesvers lebung in einem erfichtlichen ober wenigstens möglichen Bufammenhang mit ber Enticheis

bung selbst fteht. Für ben Fall enblich, baß bie Aufhebung bes Urtheils erfolgen muß, hat fich ber höhere Richter nicht auf bie Aufhebung zu beschränken; er hat vielmehr in ber Sache selbst zu entscheiben, insoweit es bei ber Entschei bung eines hinübergreifens in bas bem erften Richter vorbehaltene Gebiet thatsächlicher Burbigungen nicht bebarf. — Das so gestaltete Rechtsmittel hätte man füglich mit bem Namen "Rechtsberufung" bezeichnen können. Es ift indes bem in bem Entwurf ber Civilprozesorbnung gewählten Namen "Revision" ber Borzug gegeben worben weil mit Rücksicht auf ben Zusammenhang, in welchem die beiben Prozesorbnungen als Theile eines größeren Ganzen unter einander stehen, eine Berschiebenheit in der Ausbrucksweise sich nicht zu empsehlen schien. Auch sachlich hat man sich den Borschiften des Entwurfs der Civilprozessordnung über die Revision insoweit angeschlossen, als nicht die Berschiedenheit des Civilprozessend bes Strafprozesses Abweichungen unabweislich bedingte."

Dieser Aussührungen ohnerachtet muß behauptet werben, bag bie Revision ber StBD. ihrem Befen nach eine nichtigfeitsbeschwerbe ift. Bas juvorberft ben Sat ber Dot. betrifft, bag nach Aufhebung bes angefochtenen Urtheils ber Revisionsrichter grunbfahlich in ber Sache felbft ju entscheiben habe, so ist seine Bebeutung lediglich eine theoretische, ba bie Boraussenungen, unter welchen bie Burudverweisung in bie Borinstanz sich erübrigt (§ 394), nach wie vor nur bei einem kleinen Bruchtheil ber in bie Revisionsinstanz gelangenben Sachen zutreffen können; ja im Bergleich mit einzelnen Lanbesgesehen hat die StBD. das Entscheibungsrecht des Revisionsgerichts sogar beschränkt. Die Neuerung besteht also allein darin, daß die SiBD. die Ausbedung des ans gefochtenen Urtheils wegen prozessualischer Berftoge thunlichst von bem Ginflusse abhangig macht ben ein solcher Berstoß auf die Entscheibung selbst gehabt haben kann, und daß sie hierbei bem höheren Richter ein möglichst freies Ermessen einräumt (vgl. § 376 Rote 7, 8). Dies aber in mit ber Natur ber Nichtigkeitsbeschwerbe nicht nur nicht unvereinbar, sonbern es hatte auch bereits eine Angahl von Lanbesgeseten biefes Rechtsmittel in ber von ber StBD. eingeschlagenen Richtung verbessert. Auf ber anberen Seite hat auch bie Revision ber StBD. schwere Gebrechen bes früheren Rechtszustanbes unverändert fortbesteben laffen (vgl. § 376 Rote 4.a). einer Aenberung bes Ramens bes Rechtsmittels lag jebenfalls teine ausreichenbe Beranlaffung vor, und überbies ift ber Name "Revision" um so weniger passend, als ber höhere Richter bie Sache nicht revibirt, fonbern im Gegentheil auf bie Beurtheilung bestimmter Befchwerben beforantt ift.

- 2. Das Befen bes Rechtsmittels und bie Funttion bes Revisionsrichters ergiebt fich aus folgenben Sagen:
- a. Ein Urtheil unterliegt ber Aufhebung in Folge eingelegter Revifion, wenn a) eine Berletung bes Gefetes ftattgefunden hat (§ 376), \(\beta \)) bas Urtheil auf berfelben beruht (§ 376), und \(\beta \)) ber Beschwerbeführer bieselbe in ber vorgeschriebenen Beise gerügt hat (§§ 384, 392).
- b. a. Rach Aufhebung bes Urtheils entschet bas Revisionsgericht an Stelle bes Gerichts ber Borinstanz in ber Sache selbst, sofern ohne weitere thatsächliche Erörterungen nur auf Freisprechung ober auf Einstellung ober auf eine absolut bestimmte Strase zu erkennen ist, ober bas Revisionsgericht in Uebereinstimmung mit bem Antrage ber Staatsanwaltschaft bie gesetzlich niedrigste Strase sur angemessen erachtet; in anderen Fällen wird bie Sache zur anderweiten Berhandlung und Entscheing in die Vorinstanz zurückverwiesen (§ 394). 3. Das Gericht, an welches die Sache verwiesen ist, ist an die der Ausbedung des Urtheiles zu Grunde liegenden Rechtsansicht des Revisionsgerichts gebunden (§ 398 Abs. 1).
- 3. Das Institut einer (Revisions: ober Richtigfeits:) Beschwerbe "gur Bahrung bes Gefepes" hat in bie StBD. nicht Aufnahme gefunden.
- 4. Ebensowenig tennt bie StBD. bie in einzelnen ber früheren Lanbesgesette (Bayern, Sachsen) getroffene Einrichtung, nach welcher bie auf Tobesftrafe lautenben Urtheile behnfs Brufung ihrer Rechtsbestänbigkeit bem oberften Gerichtshofe von Amtswegen, also auch Mangels einer Anfechtung seitens ber Prozefbetheiligten, vorzulegen waren.
- 5. Der Abschnitt bezeichnet junachft biejenigen Entscheibungen, welche Gegenftand ber Ansfechtung burch bie Revision fein konnen (§ 374), und hanbelt sobann von ben Grunben, welche bie

Digitized by GOOGLE

§. 374.

Die Revision findet statt gegen die Urtheile ber Landgerichte und ber Schwursgerichte.

(I. Cutm. § 248; II. Entw. § 255; III. Entw. § 299.)

§. 375.

Der Beurtheilung des Revisionsgerichts unterliegen auch diejenigen Entscheis dungen, welche dem Urtheile vorausgegangen find, sofern dasselbe auf ihnen beruht. (I. Entw. § 251; II. Entw. § —; III. Entw. § —.)

Revision rechtsertigen (§§ 376—380). Hieran reihen sich bie Borschriften über bie Einlegung ber Revision und die Andringung der Revisionsantrage (§§ 381—385). Sodann wird das der Haupts verhandlung vorangehende gerichtliche Bersahren (§§ 386—390) und ferner dasjenige in der Haupts verhandlung vor dem Revisionsgericht (§ 391) geregelt. Die übrigen Borschriften betreffen die Enticheibung des Revisionsgerichts und deren rechtliche Folgen (§§ 392—398).

3u \$ 374.

- 1. Gegen die Urtheile ber Schöffengerichte und ber Amtsrichter findet nur die Berrufung ftatt; vgl. § 354 u. Rote 5 bas. Die Urtheile bes Reichsgerichts (GBG. § 136 Rr. 1) unterliegen einer Anfechtung burch Rechtsmittel nicht.
- 2. Sowohl bie in erster Instanz ergangenen Urtheile ber Lanbgerichte (einschließlich ber auswärtigen Straffammern: GBG. § 78) wie auch bie in ber Berufung 8 in ft an z erlassenen find mit ber Revision aufechtbar. In Betreff ber Begrundung bes Rechtsmittels f. jeboch § 380.
- 3. a. Die Revision kann gegen jeden Theil des Urtheils ergriffen werden; sie kann sich baher auch lediglich gegen die Entscheidung des Kostenpunktes richten: RGer. I. 27. Apr. 82 Entsch. VI. 237, Rspr. IV. 388), IL 14. Apr. 82 (Rspr. IV. 322), II. 29. Jan. 84 (Rspr. VI, 57).
- b. Die Revision steht allen Prozesbetheiligten zu; vgl. §§ 338, 339, 340 und ferner § 502 Rote 4, § 501 Rote 8. In Betreff bes rechtlichen Interesses, welches ber Besichwerbeführer an ber Aushebung bes angesochtenen Urtheils haben muß, s. § 338 Note 2. b. Im Uebrigen vgl. §§ 378, 379.
 - 4. Die Enticheibung über bie Revifion fteht gu:
- a. bei ben Urtheilen ber Landgerichte in erfter Inftang (vgl. noch § 369 Rote 12. a) bem Reichsgericht (BBG. § 136 Rr. 2), falls aber bas Rechtsmittel ausschließlich auf bie Berletung einer lanbesgesetlichen Rechtsnorm geftut wird, bem Oberlandesgericht (BBG. § 123 Rr. 3);
- b. bei ben Urtheilen ber Landgerichte in ber Berufungsinftanz bem Oberlandesgericht (GBG. § 123 Rr. 2), in bem bas. § 136 Abs. 2 vorgesehenen Ausnahmefalle aber bem Reichsegericht;
- c. bei den Urtheilen ber Schwurgerichte ftets bem Reichsgericht (GBG. § 136 Rr. 2). In Betreff ber Oberlandesgerichte in Breugen und Bayern f. noch § 9 bes EG. jum GBG. u. die Roten bas.

Ueber bie Fest ft ellung ber Buftanbigfeit bes Revisionsgerichts f. § 388.

5. Die Urtheile ber Revisionsgerichte unterliegen einer weiteren Anfechtung burch Rechtsmittel (vgl. Rote 1 gu Buch 3) nicht.

3u § 375.

1. Der Sinn biefes (an unrichtiger Stelle stehenben, weil hinter § 380 gehörenben) § ift ber: baß auch aus ber Fehlerhaftigkeit vorausgegangener Entscheilungen ein Grund zur Anfechtung bes Urtheils entnommen werben kann, sofern basselbe auf ihnen beruht (vgl. § 347). Selbsts verständlich unterliegen bie gebachten Entscheibungen ber Prüsung bes Revisionsrichters nur in bemselben Maße wie das Urtheil selbst, also nur unter bem Gesichtspunkt einer Verletzung bes Geses (§ 376 und Note 2 bas.); baber kann z. B. ein Beschluß, welcher eine Beweisaufnahme ablehnt (§ 243), hinsichtlich seiner thatsächlichen Begründung nicht nachgeprüst werben. — Die

Lome, Strafprozegorbnung. 5. Muff.

Frage: ob im einzelnen Falle bie Brufung bes Revisionsgerichts fich auf eine bem Urtheil vorausgegangene Entscheidung zu erftreden habe, wird von § 375 nicht berührt, ift vielmehr lebiglich nach § 392 zu beantworten.

2. Ueber bie Nothwenbigkeit ober Entbehrlichkeit ber Borfchrift bes § 375 haben bie Deinungen geschwankt. Die RER. (Brot. S. 583) hat hauptsächlich barauf Rudficht genommen, bağ bie CBO. § 510 eine gleiche Borschrift enthält und bağ bas Fehlen einer folchen in ber StBD. ju unrichtigen Folgerungen führen tonnte. Infofern eine bem Urtheil vorausgegangene Entideibung bas Berfahren betrifft, verfteht fich bas in § 375 Befagte allerdings von felbfi: bie Unrichtigkeit der Entscheibung involvirt eben einen Mangel bes Berfahrens, und es fommt alsbann nach § 376 barauf an, ob bas Urtheil auf bemfelben "beruht" (vgl. bort Rote 7). Damit erlebigt fich benn auch bie in ber RER. (Brot. S. 1019) aufgeworfene (und bort bejahte) Frage: ob auch gesetwibrige Unterlaffungen unter bie Bestimmung bes § 375 gu fubfumiren feien. Die Krage ift, sofern nicht bie Unterlassung bie Ausjuhrung einer ausbrudlichen Entscheibung ift, au verneinen; es ift bies jeboch bebeutungslos, ba gesehwibrige Unterlaffungen unter bie Bestimmung bes § 376 Abs. 2 fallen. — Bas bagegen folche Entscheibungen betrifft, welche eine materiell: rechtliche grage jum Gegenflanbe haben, fo lagt fich bie Entbehrlichfeit ber Borfchrift vielleicht eber bezweifeln, wenngleich biefe Enticheibungen, wie bie Mot. S. 212 fagen, fich regelmäßig "als antezipirte Beftanbtheile bes Urtheils barftellen." Bon ber Borfdrift getroffen werben g. B. folde Beschlüsse, welche einen Beweisautrag beshalb ablehnen, weil bie unter Beweis gestellte Thatjache vermoge einer unrichtigen Auslegung bes Strafgefehes fur unerheblich erachtet wirb (vgl. § 243 Rote 9), und im fowurgerichtlichen Berfahren bie Befcluffe über bie Frageftellung.

3. Der Wortlaut bes S ift von ber RER. (Prot. S. 1018) mehrmals geanbert und bie Bestimmung folieflich fo gefaßt worben, bag fie fich nicht auf bie in ober vor ber hauptverhanblung ergangenen Enticheibungen beichräntt, fondern auch auf bie im Borverfahren erlaffenen anwendbar ift. Auf einer in letterem ergangenen Entscheibung wird freilich bas Urtheil nur bei einer gang fingularen Sachlage "beruhen" tonnen. — Anlangend ben Beich luß über bie Eröffnung bes hauptverfahrens, fo hat bas RGer. bie Anwenbbarteit bes § 375 auf benfelben wieberholt anerkannt, fo: II. 29. Jan. 84 (Entich. X. 56, Ripr. VI. 64) bei einem Befclusse, ber unter Mitwirkung eines gesehlich ausgeschlossenen Richters gefaßt mar, III. 8. Oft. 83 (Mipr. V. 583) im Falle einer gegen f 205 verftogenben, wefentlichen Unvollstänbigfeit bes Beichluffes. In beiben Urth. ift ber Revifion ber Erfolg beshalb verfagt morben, weil ber Ange Magte es unterlassen hatte, ben betr. Mangel in ber hauptverhandlung zu rügen, und banach bas "Beruhen" bes Urtheils auf bem Beschlusse verneint wurde. Der Erfolg ber Revision wird übrigens auch bavon abhängig bleiben muffen, ob bie Aufhebung bes Urtheils zu einer Behebung bes betr. Mangels überhaupt führen tann; benn, wenn letteres nicht ber Fall, ware bie Aufhebung zwedlos. hiernach und ba bas erkennenbe Gericht gefehlich nicht befugt ift, ben Eröffnungsbeichluß aufzuheben und bie Erlaffung eines anberen Beichluffes herbeizuführen, tann auch bie Aufhebung bes Urtheils nicht lebiglich wegen ber bem ersteren Befcluffe anhaftenben Gefetes verletung erfolgen; fo: RGer. I. 24. Juni 80 (Entich. II. 120, Rfpr. II. 104); a. M. eit. II. 29. Jan. 84, infofern bort angenommen ift, baß auf Grund eines ungefehlichen Eröffnungsbeschluffes eingeleitete Berfahren muffe "eingeftellt" werben, eine Anficht, welche aus ben Bestim: mungen ber StBD, nicht zu begrunben ift. Braktifch gestaltet fich bemaufolge bie Sache fo, bag bie Aufhebung eines Urtheils wegen Fehlerhaftigkeit bes Eröffnungsbeichluffes nur bann eintreten fann, wenn die lettere zugleich eine Beschräufung der Bertheidigung enthält und diese in der hauptverhandlung geltenb gemacht war. Bgl. noch Stenglein S. 570. hat bas Gericht über ein Delift erfannt, welches überhaupt nicht Gegenstand bes Eröffnungsbeschlusses war, so liegt eine Berletung ber 88 205, 242 ber StBD. vor, nach benen (von ben Ausnahmefällen ber SS 211, 265 2c. abgefeben) jener Beschluß bie nothwendige Boraussetung und Grundlage ber Urtheilsfällung bilbet: RGer. II. 13. Jan. 80 (Entich. I. 66); inbeg ift biefem Urth. nicht gujuftimmen, wenn es ben f 375 allegirt, ba ber Fall, wenn es an bem erforberlichen Beichluffe fehlt, von biefem S, feinem Bortlaut nach, nicht getroffen wirb.

§. 376.

Die Revision kann nur barauf gestützt werben, baß bas Urtheil auf einer Berletzung bes Gesets beruhe.

Das Geset ist verlett, wenn eine Rechtsnorm nicht ober nicht richtig ans gewendet worden ist.

(L. Entm. § 249; II. Entm. § 256; III. Entm. § 300.)

3u § 376.

- 1. Ueber bas Befen bes Rechtsmittels ber Revision vgl. oben bie Bemerkungen zu Abschn. 4 Rote 1, 2.
 - I. Die Berlepung bes Gefetes.
- 2. a. Der Revisionsrichter ift nicht ju ber Brufung berufen, ob ber Borberrichter ben porliegenben Straffall in thatfacilider Sinfict richtig beurtheilt habe; vielmehr foll feine Entfceibung nur ba Abbulfe fcaffen, wo bas angefochtene Urtheil eine Berletung bes Gefetes ent: halt ober unter Berlepung bes Gefetes zu Stanbe getommen ift. Die thatfachliche Beurtheilung des Falles, die Entscheidung der Thatfrage, kann nach den Brinzipien der StBD. nur durch benjenigen Richter erfolgen, welchem ber Sachverhalt im Bege ber munblichen Berbanblung bargelegt worben ift; fie gebuhrt alfo lebiglich bem Gericht erfter Inftang und, soweit eine Berufung julaffig ift, bem Berufungsgericht. Die Richtigfeit ber auf bem Bege ber munblicen Berbanblung gewonnenen Ueberzeugung entzieht fich ber Brufung bes Revisionsgerichts, ba biesem bie gleiche Ertenntnifquelle nicht zu Gebote fteht. - hiernach unterliegt bie Schulbfrage ber Beurtheilung bes Revifionsgerichts nur binfictlich ihres rechtlichen Beftanbtheils: bie Beweise frage tann vor biesem Gericht überhaupt nicht und bie Subsumtion ber Thatsachen unter bas Strafgefet nur nach ihrer rechtlichen Seite bin gepruft merben. hat g. B. ber Borberrichter bie Frage: ob eine gemiffe Meußerung geeignet fei, eine Beleibigung, eine Drobung ac. barguftellen, aus thatfachlichen Grunben bejaht ober verneint, fo tann feine Anficht, auch wenn fie unrichtig erfcheint, in ber Revifionsinftang eine Berichtigung nicht erfahren, mahrenb bie Revifion begrunbet fein murbe, wenn ber Bejahung ober Berneinung eine unrichtige Auslegung bes Strafgefepes gu Brunbe lage. - Bas bie St ra fe betrifft, fo ift beren Refifebung innerhalb ber im Gefet gezogenen Grengen etwas Thatfachliches. Daber unterliegt bie Angemeffenbeit ber ertannten Strafe ber Prufung bes Revifionsgerichts nicht; vielmehr tann aus ber Strafzumeffung ein Revifionss grund nur bann entnommen merben, wenn auf eine im porliegenben galle unguläffige Strafe ertannt ift ober wenn bie Strafzumeffung ober bie Richtverbangung einer gewiffen Strafe auf rechtsirrt bümlichen Erwägungen beruht; val. RGer. III. 11. San. 83 (Entsch. VIII. 76). Dies gilt entsprechend auch von ber Annahme, bag milbernbe Umftanbe vorhanben ober nicht vorhanden feien. In Betreff ber Anrechnung ber Untersuchungshaft vgl. Rer. I. 12 Rov. 83 (Entid. IX. 244).
- b. Der vorbezeichnete Grundsat (a) gilt jedoch nur für die Beurtheilung der That, er reicht nur ebensoweit, als für das erstinstanzliche Berfahren der Grundsat der Mündlichkeit gilt; vgl. § 249 Rote 1 b. Im Sebiete prozessualer Thatsace en bagegen ist der Revisionsrichter an die Feststellungen der Borinstanz nicht gedunden, sondern zur freien Bürdigung auch des Thatsächlichen berusen. Es gilt dies nicht blos von den Borgängen im Prozesse selbst, sondern von allen Thatsachen, welche sur die Gesetsmäßigkeit des stattgehabten Bersahrens und sür die Beurstheilung der erhobenen (prozessualen) Revisionsbeschwerdezvon Belang sind : Reer. III. 13. Juli 81 (Entsch. IV. 388, Rspr. III. 481), III. 15. März 83 (Entsch. VIII. 248, des. 251), III. 14. Febr. 87 (Rspr. IX. 129). Herher gehören namentlich die Thatsachen, von deuen die Zulässigt eit der Strasversolgung (überhaupt oder doch vor den ordentlichen Gerichten) abhängt: RGer. IV. 27. März 85 (Entsch. XII. 125, Rspr. VII. 198). So insbes. dei den Antragsdelisten die Antragstellung: RGer. II. 4. Apr. 82 (Entsch. VI. 161, des. 166) III. 1. Mai 84 (Rspr. VI. 331); auch die Außlegung der den Antrag darstellenden Erklärung steht dem Revisionsrichter zu: III. 17. Apr. 80 (Rspr. I. 614, des. 616, 617), IV. 28. Apr. 85 (Rspr. VII. 259); vgl. Rote 4 de.

Hinsichtlich ber Berjährung gebührt ihm die freie Prüfung der Frage, ob durch eine gewisse richterliche handlung eine Unterbrechung stattgesunden habe: RGer. III. 8. Oft. 85 (Entsch. XII. 434. Rfpr. VII. 560); vgl. im Uedrigen Rote 4 d. Bgl. ferner § 377 Rote 7. — Der Inhalt eines die Sache selbst betreffenden Beweismittels (Zeugnisses, Urtunde) fällt nicht in den Bereich der prozessualen Thatsachen; daher kann die Behauptung: daß der Borderrichter dei seinen Festitellungen sich einer Aktenwidrigkeit schuldig gemacht habe, selbst dann nicht zur Begründung der Revision dienen, wenn die betr. Beweiserhebung nicht unmittelbar vor dem erkennenden Gericht, sondern kommissarisch dewirkt und in der Hauptverhandlung nur die Berlesung des ausgenommenen Protokoles (§ 250) ersolgt ist. Das Gleiche gilt von der Behauptung, daß ein eidlich vernommener Zeuge wegen Berstandessschwäche keine genügende Borstellung von der Bedeutung des Sides gehabt habe (§ 56 Rr. 1) sowie von sonssigen, die Geistesbeschassentie eines Zeugen betressenden Einwendungen: RGer. II. 18. Rov. 84 (Entsch. XI. 261).

3. a. Bie im GG. § 7 ausgesprochen ift und auch aus ber Bergleichung bes Abf. 1 mit Abf. 2 erbellt, find bie Ausbrude "Gefe p" und "Rechts norm" gleichbebeutend. "Der Ausbrud ""Rechtsnorm"" wirb - fo fagen bie Mot. S. 212 - hier im weiteften Sinne verftanben Er umfaßt nicht blos bie ausbrudlichen Bestimmungen ber Gefete, fonbern auch alle Grunbfas e, welche fic aus bem Sinne und Bufammenhange ber gefehlichen Borfdriften ergeben"; vgl. MGer. I. 27. Apr. 82 (Entid. VI. 237, Ripr. IV. 388). Demnach gehort auch bas Bewohn: beiterecht bierber: Reer. III. 5. Rov. 83 (Entich. LX. 299, Ripr. V. 673). — Cb eine Rechtsnorm bem Strafrecht ober einem anberen Zweige bes Rechts (bem Civilrecht, bem Staatsrecht 2e.) angehört, ist gleichgültig. — Auch die Berlehung ausländische Rechtsnormen begrundet die Revision : soweit ber inlanbifce Strafrichter überhaupt in die Lage tommt, folde anwenden ju muffen (vgl. j. B. StBB. § 4 Rr. 3), befteht zwifden ihnen und bem inlanbifchen Recht tein Unterfchieb ; fur bie richtige Anwenbung bes auslanbifchen Rechts muß ber Staat bem Angeflagten bieselben Garantieen geben wie fur bie bes inlanbifchen; im Civilproges (vgl. CBO. § 511) find bei biefer Frage anbere Gefichtspunkte maßgebenb; gl. A. RGer. III. 21. Febr. 84 (Entich. X. 285, Ripr. VI. 142). — Das Gleiche gilt von ben Bestimmungen ber (geborig verfundeten) Staatsvertrage: Reer. IV. 22. Sept. 85 (Entich. XII. 381); pgl. EG. § 5 Rote 7 u. § 6 Rote 5. - Den Gefeten fteben biejenigen allgemeinen Berorbnungen gleich, welche von ben juftanbigen Organen ber Staatsgewalt, fei es auf Grund ihrer allge meinen, flaatsrechtlich bestehenben Befugniffe, fei es vermoge ber fpeziellen Ermachtigung burch ein einzelnes Gefet (vgl. 3. B. Bbn. v. 4. Jan. 1875, RBBl. S. 5), in beiden Fallen alfo mit Gefetestraft, erlassen werben. — Bu ben Rechtsnormen gehören bagegen nicht: bie Anweifungen, welche von ben vorgesetten Behorben an bie ihnen untergeordneten erlaffen werben, bie Statuten von Gefellicaften 2c. und ebensowenig bie in rechtsträftigen gerichtlichen Entscheibungen enthaltenen Festjehungen. Bgl. Strudmann unb Roch S. 570.

b. Abweichend von den die Nichtigkeitsbeschwerde betreffenden Bestimmungen der bisherigen Landesgesetze unterscheidet § 376 nicht zwischen den Normen des materiellen Rechts und denen des Prozestechts. Der Grund hiervon ist der: daß die StPO. wegen des Ersordernisses des "Beruhens" der Entscheidung auf der betr. Gesehverlehung jene Unterscheidung prinzipiell für bedeutungslos erachtet. Gleichwohl tritt auch bei der Revision der Unterschied zwischen den Berzlehungen des materiellen Rechts und denen des Prozestechts mehrsach hervor, so namentlich in §§ 377, 380 und in §§ 384, 392. Bgl. auch die solgenden Noten.

4. Die Berlegung materiellrechtlicher Rormen.

a. Der Prüfung: ob bie Berletung einer solchen Norm vorliege, tann nur ber Inhalt bes Ur theils (einschl. bes Geschworenenspruches: § 316) und ber etwa vorausgegangenen Entsicheibungen bes erfennenden Gerichts (§ 375), nicht aber ber sonftige Inhalt ber Aften zur Grundlage bienen. Der Revisionsrichter prüft: ob ber von dem Borderrichter fe ft geste Ute Thats bestand bie ersolgte Gesehanwendung rechtsettige, sowie ferner: ob nicht ein Geseh außer Anwensbung geblieben sei, welches auf biesen Thatbestand hatte angewendet werden muffen. — Die getroffenen (positiven ober negativen) Feststellungen selbst unterliegen ber Prüfung des Revis

sionsrichters nur insoweit, als sie das Ergebniß rechtlicher Erwägungen sind (val. Note 2. a). hier besteht nun freilich ein wesentlicher Unterschieb, awischen ben Urtheilen ber Richterkollegien und ben Sprucen ber Beichworenen. Die Urtheile muffen bie tonfreten Thatumftanbe, in benen bas Gericht bie Merkmale bes gefetlichen Thatbeftanbes finbet, anfuhren (§ 266 Rote 3), und biefe Begenüberfiellung ber erfteren und ber letteren fett ben Revifionsrichter in ben Stanb, ju prufen, ob ber Subsumtion ber Thatumstanbe unter bie gesetzlichen Merkmale etwa eine rechtstrrthumliche Auffaffung bes Gesetes zu Grunde liege. Bas bagegen bie Spruche ber Geschworenen betrifft, fo ift in ben von ben letteren ju beantwortenben gragen eine Angabe ber tontreten Thatumftanbe gefetlich nicht erforberlich, bie ebengebachte Brufung also nicht ausführbar, und somit ift es leiber eine nicht zu leugnenbe Thatfache, bag es in ber ichmurgerichtlichen Rechtfprechung eigentlich nur barauf antommt, bie betreffenben Gefetesparagraphen, unter Bingufugung ber Angaben von Ort und Beit, richtig abzuschreiben und in bie Frageform umzuseten. Die auf Beseitigung eines berartigen Buftandes gerichteten Forberungen ber Biffenicaft bat bie StBD. leiber unerfüllt gelaffen. Bgl. § 293 Rote 13. a und bie bort cit, Urth. bes RGer., fowie ferner II. 2. Rov. 80 (Rfpr. II. 431), III. 11. Juni 81 (Entich. IV. 313), I. 24. Nov. 81 (Ripr. III. 738), I. 13. Dez. 86 (Entsch. XV. 85), und baju: Stenglein im GSaal XXXIV. S. 161 ff. Bal. auch f 300 Rote 7. - In ber Beschwerbe: bag bas Gericht es mit Unrecht unterlassen habe, neben ber in bem Urtheil enthaltenen Refiftellung noch eine gewiffe anbere Befiftellung (pofitiv ober negativ) ju treffen, ift die Ruge eines prozessualen Berftofes enthalten. Begründet ift eine berartige Ruge nur bann, wenn bem Gericht burch ben Inhalt bes Eröffnungsbefchluffes ober burch bie Antrage ober Behauptungen ber Brozefibetheiligten ein zwingenber Anlaß geboten mar, bie fragliche Thatfache jum Gegenftanbe einer Refiftellung bezw. ber Frageftellung ju machen; ogl. § 266 u. Rote 2 bas., § 263 Rote 4, sowie §§ 293-298.

b. Die Festitellungen bes Urtheils sind insbef. auch maßgebend bez. ber Frage: od ber Angeklagte sich im Rückfall besinke; die Borbestrasungen bes Angeklagten gehören zu ben im Strafgeset besonders vorgesehenen Umständen, welche die Strasbarkeit erhöhen (vgl. § 268 Abs. 2), und stehen prozessualisch den sonktigen Umständen dieser Art gleich. Daher kann die in der Borsinstam, unterdliedene Feststellung der Borbestrasungen nicht seitens des Revisionsrichters nachgeholt werden, obgleich zu ihrer Begründung regelmäßig die Berlesung der betr. Theile der früheren Akten (vgl Rote 2. d) genügen wird; vgl. West. III. 2. Juni 80 (Rspr. II. 17), 1. 22. Jan. 83 (Rspr. V. 47). Auch die Berichtigung einer auf thatsächlichem Irrthum beruhenden Annahme der Boraussehungen des Rückfalls ist in der Revisionsinstanz ausgeschossen. Reser. III. 14. Apr. 85 (Rspr. VII. 225). Edenso ist dei der Frage der Berjährung die in dem Urtheil enthaltene Festsstellung sowohl in Betreff der strafrechtlichen Qualifikation der That (vgl. StSB. § 67) wie auch in Betreff der Zeit der Begehung maßgebend; im Uedrigen vgl. Note 2. d. — Desgleichen kann der Revisionsrichter die Frage: od es zur Strafversolgung eines Antrages des Berletten des durft habe, auch nur nach Rahgade jener Feststellung beurtheilen; vgl. gleichsalls Note 2. d.

5. Die Berletung prozegrechtlicher Rormen.

a. In welchem Stabium bes Berfahrens eine solche Berlehung stattgesunden hat, macht grundschlich keinen Unterschieb; auch das Vorversahren macht keine Ausnahme. War eine Haugenschlicher Beise vorgenommen und ist das betr. Protokoll in der hauptverhandlung zur Berslesung gelangt, so ist hierdurch der zunächst dem Borversahren anhastende Wangel in das hauptverschren übertragen. Im Uebrigen wird allerdings das Urtheil auf Mängeln des Borversahrens nicht füglich "beruhen" können: vgl. § 375 Note 3. Insbes. kann der Umstand, daß dem Geset (§ 176) zuwider eine Boruntersuchung auf dem in § 199 (vgl. dort Note 9) vorgeschriebenen Wege geltend gemacht werden mußte; vgl. RGer. III. 2. März 81 Rspr. III. 91), II. 29. Febr. 84 (Rspr. VI. 161).

b. Die Berletung einer Rorm bes Prozeprechts tann ebensowohl barin besteben, bag eine gesehlich vorgeschriebene handlung, insbes. auch eine Entscheidung, unterblieben, wie auch

barin, daß fie sehlerhafterweise vorgenommen worden ist, wie auch barin, daß eine Sandlung stattgefunden hat, beren Bornahme das Geseth untersagt (vgl. 3. B. § 251). Ob über die Bornahme ober Nichtvornahme der Handlung zuvor eine ausbrückliche Entscheidung getroffen worden ist ober nicht, ist gleichgültig; vgl. § 375 Note 2.

c. Der Begriff ber Berletung einer Rorm bes Prozestrechts erforbert nicht, daß ber Borberrichter diejenigen Thatsachen ober Berhältnisse gekannt habe, aus benen sich die Gesewidrigkeit bes stattgehabten Bersahrens ergiebt; diese Thatsachen ze. Begründen viellmehr die Revision auch dann, wenn sie erst vor dem Revisionsrichter zur Sprache kommen. Bezüglich gewisser Borgange im Prozesse seiner Zuwiderhandlung gegen das Berbot des § 303 Abs. 1) solgt dieser Sas aus der Natur der Sache; er gilt aber allgemein und selbst hinsichtlich solcher Thatsachen ze., deren Dasein außerhalb des Prozesses nud vor diesem liegt. Demgemäß ist der Revisionsrichter bei der Beurtheilung prozestrechtlicher Revisionsbeschwerden nicht auf daszenige Material beschränkt, welches dem Borderrichter vorgelegen hat, vielmehr hat er auch neue Ansührungen zu berücksichtigen (vgl. oben Note 2. b). So: Roer. II. 27. Mai 81 (Entsch. IV. 205, Kipt. III. 333) bez. der Birksamseit eines Strasantrages; IV. 27. März 85 (Ripr. VII. 198) bez. der die Gerichtsdarkeit des Civilgerichts oder des Militärgerichts begründenden Thatsachen; III. 4. Febr. 87 (Ripr. IX. 129) bez. eines das Recht zur Zeugnisverweigerung begründenden Brehältnisses. So würde z. B. auch der Einwand der rechtskräftig entschiedennen Sache (Rote 28 st. zu Buch 2 Absch. 1) noch in der Revisionsinstanz wirksam erhoben werden können.

Der Umftand, bag ber Beschwerbesührer bie betr. Thatsachen icon in erster Instang ge- tannt, aber verschwiegen bat, schließt beren Geltenbmachung nicht aus. — Falls bie Bahtheit ober Unwahrheit einer neuen Ansuhrung nicht aus ben Aften zu erkennen ift, sonbern zu ihrer Berurtheilung noch thatsächliche Ermittelungen nöthig sein würden, unterliegt die Glaubhaftigkeit ber Ansührung und bas weitere Eingeben auf sie bem Ermessen bes Revisionsrichters: cit. III. 14. Febr. 87; val. § 392 Note 3.

II. Das Beruhen bes Urtheils auf ber Gefetesverletung.

6. In ben Mot. S. 212 wirb gefagt: "Als Erforberniß für ben Erfolg ber Revision wird aufgestellt, baß bas Urtheil auf einer Gesetsverletzung beruhe, b. h. baß ohne Berletzung bei Gesets die Entscheidung nicht so hätte ergeben können, wie sie ergangen ist. Nicht eine aus ben Entscheidungsgründen sich ergebende, sondern nur eine durch die Entscheidung selbst begangen Gesetsverletzung kann den Erfolg der Revision degründen. Die unrichtige Anwendung einer Rechtsnorm ist zur Begründung der Revision nicht geeignet, wenn auch bei deren richtiger Anwendung das Gericht zu berselben Entscheidung gelangt sein würde. Der Erfolg des Rechtsmittels ift also durch einen Zusammenhang zwischen der begangenen Gesetsverletzung und der Entscheidung selbst bedingt." — hinsichtlich der Fälle, wo die Berletzung einer materiellen Rechtsnorm gerügt ist, dietet die Anwendung der hier dargelegten Säte keine Schwierigkeit; der Einsluß der Gesetsverletzung auf die Entscheidung selbst ist nach den Gründen der letzern zu beurtheilen (Note 4).

7. a. Nicht so einsach ist die Brüfung: ob das Urtheil auf der begangenen Gesetberletung beruhe, wenn es sich um die Berletung einer prozestrechtlichen Rorm handelt; bieser Punkt eben ist der Sit der von der StBO. beabsichtigten Abweichung von dem bisherigen Recht (vgl. oben Rote 1 zu Buch 3 Abschin. 4). Der Konstruktion der Richtigkeitsbeschwerde in den frühren Landesgesehen lagen bekanntlich verschiedene Systeme zu Grunde. Ein Theil der Sesetbe bezeichnete limitativ diesenigen Prozesvorschriften, deren Berletung die Richtigkeit des Urtheils nach sich ziehen sollte, ein anderer Theil knüpste die Richtigkeit generell an die Berletung wesentlicher Prozesvorschriften, ein britter endlich kombinirte das erste mit dem zweiten System (s. g. gemisches System); vgl. bes. Pland S. 537 fs., Walther, Lehrb. des dayer. Strasproz. S. 425 ff., Wittermaier im GSaal 1850. I. S. 295 ff. Die legislatorische Schwierigkeit liegt in der Bestimmung des Begriffes des Wesentlichen und barin, daß die Verletung berselben Borschrift in dem einen Falle von Einstuß auf das Urtheil, in dem anderen aber einstußlos sein kann. Diese Schwierigkeit hat nun die StBO. dadurch zu umgehen gesucht, daß sie von der Unterscheidung zwischen wesentlichen

und unwefentlichen Brozegworichriften abgefeben und bagegen ben Erfolg bes Rechtsmittels generell bavon abhangig gemacht bat, bag bas Urtheil auf ber betreffenben Gefetesverlegung "berube". Dementsprechend heißt es in ben Dot. S. 212: "Grunbfahlich ift feine Prozeftvorfchrift von ber Begrundung ber Revifion ausgeschloffen." Anbererfeits aber wird ebenda über bie Bestimmung bes \$ 377 gefagt: "Gemiffe Progegoorfdriften find, obgleich fie außerhalb jeber Begiebung gu bem materiellen Inhalt bes Urtheils fieben, bennoch folde, welche bie Grunblagen bes Berfahrens berubren. Diefe Boridriften find in ben bestehenben beutiden Gefengebungen meiftens als absolut wefentliche, b. h. als folde bezeichnet, beren Berlepung ftets bie Richtigkeit bes Berfahrens gur Folge haben foll. Auch ber Entwurf mußte hinfichtlich ber Bestimmungen ber gebachten Art jeben Zweifel barüber ausschliegen, bag eine Berletung berfelben ftets bie Aufhebung bes Urtheils nach fich ziebe, gleichviel, ob ein ursachlicher Busammenhang zwischen ber Berletung und bem Inhalt bes Urtheils für möglich zu erachten fei ober nicht. Er fcreibt beshalb vor, bag bei gewiffen Befehesverlepungen bas Urtheil ftets als auf benfelben berubenb angufeben fei." Sieraus erhellt nun aber, bag bie Abweichung ber StBD. von benjenigen Lanbesgeseten, welche bie Richtigkeitsbeschwerbe nach bem f. g. gemischten Syftem konftruirt hatten, zum guten Theil eine scheinbare ift und bag auch bie Formel bes § 376 Abf. 1 ("beruhe") teineswegs genügt, bas bier vorliegenbe legislatorische Problem in befriedigender Beise zu lösen. Ginerseits nämlich enthält auch die StBD. eine Angahl Borichriften, Die als absolut unwesentlich anguseben find und beren Richtbeobachtung niemals bie Revision wird begrunden tonnen; vgl. 3. B. § 242 Abf. 1 u. Rote 3. R baf., § 60 Rote 2. b. Und andererfeits zeigt fich bas Ungulangliche jener Formel gerabe in ber Borfchrift bes § 377: ber Bortlaut bes § fagt, baß in ben bort bezeichneten Fallen bas Urtheil flets als auf einer Berletung bes Gefetes beruhenb angufeben fei, mabrenb ber Gebante ber Beftimmung in Bahrheit ber ift: bag bas Urtheil in jenen gallen ftete nichtig fein foll, ob : gleich es (wenigftens in ben meiften berfelben) auf ber erfolgten Gefebesverlegung nicht beruht.

b. Der RER. lag ber Antrag por, ben S burch bie Aufnahme folgenber Bestimmung gu ergangen : "Begen Berletung von Rechtsnormen fur bas Berfahren in bas Urtheil als auf einer Berletung beruhend anzusehen, wenn die Annahme nicht ausgeschlossen ift, bag die Beobachtung ber Rechtsnorm ju einer anberen Enticheibung geführt haben murbe." Der Antrag murbe abgelehnt, nachbem feitens ber Regierungspertreter berporgehoben morben, bag ber Bufammenhang ber Gefetesverletung mit bem Urtheil einer Beweisführung feitens bes Revifionsflagers nicht beburfe, bas Borhanbensein bieses Zusammenhanges vielmehr von bem Gericht nach freiem Ermeffen ju prufen fei und bag bas Urtheil icon bann aufzuheben fein merbe, menn bas Gericht auch nur ju ber Bermuthung eines Bufammenhanges gelange (Brot. S. 584 ff.). Diefe Ausfuhrung geht allerdings nicht gang fo weit als ber Inhalt bes Antrages; es tann inbeg nicht zweifelhaft fein, bag bie Borfdrift bes S im Sinne bes Antrages aufzufassen ift. Gin gerechtes Urtheil kann prajumtiv nur im Bege eines geordneten, b. h. gejehmäßigen Berfahrens gefunden werden. und bementfprecent ift bei ber Berlegung einer Brogefvorfdrift bie Bermuthung begrunbet, bag. fie einen bas Recht schäbigenben Ginfluß auf bas Urtheil gehabt haben konne. Diese Bermuthung wird bei gewiffen Boridriften burch ben Inhalt berfelben von felbft ausgeschloffen (abfolut unwefentliche Borichriften; wgl. oben ju a); im Uebrigen muß fie wiberlegt werben. Somit verhalt es fich bei ber Revifion megen prozessualer Mangel fo: bag bie Aufhebung bes Urtheils bei ber Berletung einer absolut wesentlichen Borichrift (§ 377) ftets, bei ber Berletung einer anberen-(nicht absolut unwefentlichen) Borfcbrift aber überall ba erfolgen muß, wo nicht flar erhellt, baß bie Berletung einen Ginfluß auf bas Urtheil nicht gehabt haben tonne. In biefem Sinne bat bisberauch bas Rer. bie Borfchrift bes § 376 verftanben; fo 3. B. III. 18. Rebr. 80 (Entic. I. 210, Ripr. I. 362), I. 8. Marg 80 (Entich. I. 254, Ripr. I. 140), III, 24. Sept. 83 (Entich. IX. 69), III. 1. Rov. 83 (Entid. IX. 310, Ripr. V. 653), III. 4. Febr. 84 (Entid. X. 135, Ripr. VI. 79), II. 7. März 84 (Ripr. VI. 176), III. 20. Jan. 87 (Ripr. IX. 76). Gl. A. auch Lamm, Die Rev. im Strafpr. S. 9; a. M. v. Kries S. 220 ff., Binbing S. 192; val. auch Boitus €. 385 fi.

o. Die Mot. S. 212 sagen: Das Geseth brauchte, vermöge ber von ihm im § 376 aufsDigitized by

§. 377.

Ein Urtheil ist stets als auf einer Verletzung bes Gesetzes beruhend anzusehen:

- 1. wenn bas erkennende Gericht ober die Geschworenenbank nicht vorschriftsmäßig besetzt war;
- 2. wenn bei bem Urtheile ein Richter, Geschworener ober Schöffe mitgewirkt hat, welcher von ber Ausübung bes Richteramts kraft bes Gesehes ausgeschloffen war;
- 3. wenn bei dem Urtheile ein Richter oder Schöffe mitgewirkt hat, nachdem derselbe wegen Besorgniß der Besangenheit abgelehnt war, und das Ablehnungsgesuch entweder für begründet erklärt war oder mit Unrecht verworfen worben ist;
- 4. wenn bas Gericht feine Zuständigkeit mit Unrecht angenommen bat;
- 5. wenn die Hauptverhandlung in Abwesenheit der Staatsanwaltschaft oder einer Person, deren Anwesenheit das Geset vorschreibt, stattgefunden hat;

gestellten Regel, nicht besonders vorzuschreiben, daß der Beschwerbeführer die Revision nicht auf die Beschränkung einer prozessualischen Besugniß gründen könne, wenn er durch sein eigenes Berbalten zu erkennen gegeben hat, daß er die Beschränkung für eine ihm nachtheilige nicht erachte. Der hier ausgesprochene Gedanke hat in der Judikatur des Roer, eine weitere Fortbildung ersschren: dei Berlehungen einer Prozesvorschrift, welche in dem Bersahren vor der Hauptverhandlung stattgesunden haben, wird, auch wenn es sich nicht um die Beschränkung einer Besugniß handelt, das Beruhen des Urtheils auf der Gesehesverlehung grundsählich schon dann verneint, wenn der Beschwerdesührer es unterlassen hat, den (ihm bekannten) Berstoß in der Hauptvers handlung zu rügen, oder aus Anlas besselben Anträge zu stellen; so z. B. II. 8. Juli 81 (Entich. IV. 364), III. 8. Ott. 83 (Ripr. V. 583), II. 29. Jan. 84 (Entsch. X. 56, Ripr. VI. 64), III. 23. Ott. 84 (Ripr. VI. 644).

- 8. Auch bei ber Prüfung, welchen Ginfluß bie Gesetzebverletung auf bas Urtheil gehabt haben konne, ift nach ber Natur bes Rechtsmittels (Note 2.a) jebes hinübergreifen bes Revifionsrichters auf bas Gebiet ber thatfachlichen Burbigung bes Straffalles ausgeschloffen. Fehlt 3. B. in bem Urtheil bie Fesistellung eines ber wesentlichen Merkmale bes gesehlichen Thatbestanbes, fo barf ber Revisionsrichter von ber Aufhebung bes Urtheils nicht beshalb absehen, weil an bem Borhanbenfein jenes Merkmals nach Inhalt ber Aften nicht ju zweifeln fei; eine berartige Erwägung enthielte in Bahrheit eine Ergangung ber erftrichterlichen Feftftellungen, welche bem Revifionsrichter nicht gufteht. Dat ber Borberrichter einen gestellten Beweisantrag unbeachtet gelaffen, fo barf ber Rerifionsrichter biefen Berftog nicht beshalb für bebeutungslos erflaren, weil er felbit ben angetretenen Beweis für unerheblich erachtet; bie Brufung ber Erheblichteit tann nicht auf Grund ber Aften erfolgen, mabrend im Uebrigen bie Burbigung bes Sachverhalts auf Grund ber munblichen Berhanblung flattgefunden bat. Die Grunblage für bie Beurtheilung jenes Einfluffel besteht baber nur in bem Inhalt bes Urtheils ober ber ihm vorausgegangenen Enticheibungen (§ 375) unb, fofern es fich um einen prozessualen Berftof handelt, auch in ben biefem nach folgenben prozessualen Borgangen (vgl. Rote 7 b). Bgl. noch § 377 Rr. 8 u. Rote 18 bas. 3u § 377.
- 1. Die hier aufgeführten prozessualischen Berstöße haben, sofern sie gerügt find (§ 392), die Aufhebung best angesochtenen Urtheils zur nothwendigen Folge; vgl. § 376 Note 7. Sinsichtlich ber Revision ber Staatsanwaltschaft erleibet bieser Satz eine Einschränkung burch die §§ 378, 379. Bgl. auch § 380 u. Note 1 bas.

Bu Mr. 1.

2. — "nicht vorschriftsmäßig besetht" — hierher gehört ber Fall, wenn bie Bahl ber Richter ober Geschworenen nicht bie gesetlich vorgeschriebene war (vgl. GBG. § 194 u. Rote 1 bas.) ober, wenn als Richter ober Geschworener eine zu bem betr. Amte überhaupt (in abstr.)

- 6. wenn das Urtheil auf Grund einer mündlichen Berhandlung ergangen ift, bei welcher die Borschriften über die Deffentlichkeit des Berfahrens verletz sind;
- 7. wenn das Urtheil feine Entscheibungsgrunde enthält;
- 8. wenn die Bertheidigung in einem für die Sntscheidung wesentlichen Punkte burch einen Beschluß des Gerichts unzulässig beschränkt worden ist.

(I. Cutw. § 250; II. Entw. § 257; III. Entw. § 301.)

- unfähige Berson mitgewirft hat. Ebenso ber Fall ber Mitwirkung eines Richters, welcher weber betr. Gerichtsbehörbe (vgl. Rote 4. b) als Mitglieb angehört, noch in gesehlicher Beise als Stellvertreter 2c. berufen war: MGer. III. 22. Jan. 85 (Mfpr. VII. 41). In Betreff ber Richter kommen hier namentlich bie landesgesehlichen Borschriften in Betracht; vgl. 3. B. preuß. Ausf.-Ges. v. 24. April 1878 §§ 2, 5 (GS. S. 230). In Betress ber Geschworenen s. § 279 u. die Roten, insbes. Note 3 bas.
- 3. "bas erkennende Gericht" Darunter ift hier nur das in der hauptverhandlung fungirende Gericht verstanden; die vorschriftswidrige Besehung des Gerichts bei einer der hauptverhandlung vorausgegangenen Beschlußsassung fällt nicht unter § 377 Nr. 1, kann vielmehr nur nach Maßgabe der §§ 375, 376 (vgl. § 375 Note 3) in Betracht kommen: RGer. III. 29. Sept. 80 (Entsch. II. 338); a. M. I. 29. Apr. 80 (Entsch. I. 102, Rspr. I. 697).
- 4. a. Die Geschworenenbant ift auch bann als eine nicht vorschriftsmäßig besetzte angusiehen, wenn bas Bersahren bei ber Auswahl und Beruf ung ber Geschworenen (GBG. §§ 87—94, StBD. § 280) ober basjenige bei ber Bilbung ber Geschworenenbant (§§ 280—287) in einem wesentlichen Punkte ein ungesehliches war; bas Recht ber Prozesteheiligten auf eine gesehmäßige Auswahl ze. ber Geschworenen ist von so hervorragenber Bichtigkeit, bas es ihnen unsbedingt zustehen muß, Berstöße ber gebachten Art im Bege ber Revision zu rügen; gl. A. RGer. III. 24. Gept. 81 (Entsch. V. 21, Rspr. III. 530). Der Umstand, baß ber Beschwerbesührer bem ungesehlichen Bersahren nicht widersprochen hat, ist hierbei einslußlos: RGer. III. 27. Mai 86 (Entsch. XIV. 206). Auch bann ist die Geschworenenbant nicht vorschriftsmäßig beseht, wenn gegen die Bestimmungen über die Beeidigung der Geschworenen (§ 288) verstoßen worden ist. In Betress ber Besehung des Gerichts vgl. GBG. § 83.
- b. hinsichtlich ber Besethung ber Straffammer hat bas GRer. I. 8. Juli 80 (Entsch. II. 195, Ripr. II. 173) angenommen, baß bie Revision nicht auf einen Berstoß gegen bie, bie Bilbung ber Kammern regelnben SS 62, 63 bes GBG. gestützt werben könne. Ebenso: III. 16. Ott. 80 (Entsch. III. 8, Ripr. II. 338), woselbst die Borschriften bieser SS als "reglementare" bezeichnet sind. Auf ber entgegengesetten Auffassung beruht indeß bas (bie Führung bes Borsites betreffenbe) Urth. II. 2. Warz 80 (Note 1 zu S 65 bes GBG.); ngl. auch John S. 292 ss. In Betreff ber Zuziehung von Hülfsrichtern zu ben Straftammern s. die Noten zu S 65 bes GBG.; vgl. außerbem RGer. III. 27. Nov. 80 (Entsch. III. 236).
- o. Aus ber Besetung bes Schöffeng erichts fann vermöge ber Bestimmung bes § 380 ein Revisionsgrund nicht hergeleitet werben. Dagegen wurde bas in Note 2 u. 4. a Bemerkte auf bie Schöffen entsprechende Anwendung finden, wenn die nicht vorschriftsmäßige Besetung bes Gerichts in ber Berufungsinftanz zur Erörterung tame (§ 369 Abs. 2). Bgl. noch insbes. § 211 Abs. 2. 3 u Rr. 2.
- 5. Die Bestimmung hat ben Fall im Auge, wenn ein Richter 2c. mitgewirkt hat, ber in ber einzelnen Sache von ber Ausübung seines Amtes frast Gesetzes ausgeschlossen war; vgl. 88 22, 23, 31 Abs. 1, 32 sowie § 279.

Ru Mr. 1. 2.

6. Die Richtigkeit, welche aus ber Mitwirkung eines unfahigen ober fraft bes Gefetes ausgeschloffenen Gefchworenen entspringt, wird burch bie seitens ber Prozesbetheiligten erfolgte Annahme beffelben (§ 283) nicht geheilt.

Bu Rr. 3.

7. Birb bie Revifion auf bie zu Unrecht erfolgte Bermerfung eines Ablehnungs

gesuches gestütt, so unterliegt bas lettere ber freien Prüfung bes Revisionsrichter; eine Beschränkung bieser Prüfung auf Rechtsgründe ift baburch von selbst ausgeschlossen, daß bas Geset (§ 24 Abs. 2) sich ber Aufführung bestimmter Ablehnungsgründe gänzlich enthält (vgl. bort Rote?); gl. A. Wer. III. 30. Nov. 82 (Entich. VII. 340, Rspr. IV. 854), v. Krieß S. 231; a. M. John S. 360. Bgl. noch § 28 Abs. 2 u. Note 3 das. sowie § 376 Note 2. b. Selbstverständlich dari ber Revisionsrichter in eine sachliche Prüfung bes Ablehnungsgesuches nur dann eintreten, wenn er dasselbse für rechtzeitig angebracht (§ 25) erachtet. Auch solgt aus der Borschrit des § 25 in Berbindung mit der Fassung des § 377 ("mit Unrecht verworsen"), daß es dem Beschwerdessührer nicht zusteht, in der Revisionsinstanz neue thatsächliche Ansührungen zur Begründung des Gesuches vorzubringen; gl. A. RGer. II. 6. Juni 82 (Rspr. IV. 527); a. M. Keller S. 490.

8. Daß unter Ar. 3 bie Geschworenen nicht erwähnt sind, beruht barauf, bag ihnen gegenüber Ablehnungsgesinche nicht stattfinden; vgl. § 282 u. Rote 1 bas. Hätte ein abgelehnter Geschworener ohnerachtet der Wirfsamkeit ber Ablehnung (§ 283 Rote 3) an der Entscheidung

Theil genommen, fo murbe ber unter Rr. 1 vorgefebene Fall vorliegen

Bu Rr. 4.

9. "hinsichtlich ber örtlich en Zuftändigkeit bes Gerichts versteht es sich, daß bieselbe in ber Revisionsinstanz nur noch insoweit Gegenstand ber Prüsung sein kann, als ber Borberrichten in ber hauptverhandlung noch befugt war, seine Zuftändigkeit in Frage zu stellen" (Mot. S. 212). Es kann also sich nur darum handeln, ob ber Borberrichter einen vom Angestagten erhobenen Ginwand ber Unzuständigkeit mit Unrecht verworsen hat (§§ 16—18); vgl. RGer. III. 20. Rov. 80 (Entsch. III. 136, Rspr. II. 538).

10. hinfichtlich ber fachlichen Buftanbigfeit liegt ber Fall ber Rr. 4 nur bann vor, wenn bie strafbare hanblung, wie fie in bem Urtheil ober in bem Beschluffe über bie Eröffnung bes hauptverfahrens (vgl. § 270 Rote 2. a) qualifizirt worben, eine bie Zuständigkeit bes Borberrichters überschreitenbe ift (§§ 269, 270, 6): Re. IV. 29. Apr. 87 (Entsch. XVI. 39). —

Bgl. noch GBG. § 13 Note 15. a.

11. Der Fall, wenn bas Gericht fich mit Unrecht für unzuftänbig erklart hat, ift in bem S nicht erwähnt, weil bie Unzuftänbigkeitserklarung nicht burch Urtheil, sonbern burch Beschluß ausgesprochen wirb (vgl. §§ 16—18 Note 4, bezw. § 270) und bemzusolge nicht mit ber Revision, sonbern nur mit ber Beschwerbe anzusechten ift.

Bu Mr. 5.

12. In Betreff ber Anwesenheit ber Staatsanwalticaft f. § 225 u. Rote 2 baf., in Betreff bes Gerichtsichreibers: ebenba Note 3, in Betreff bes Angeklagten: §§ 229—233, 319, 327, 470, in Betreff bes Bertheibigers: §§ 140, 145, in Betreff bes Privattlägers: §§ 425, 427, 431, in Betreff bes Privattlägers: §§ 425, 427, 431,

in Betreff bes Nebentlagers: SS 438, 440. Bgl. noch § 306 Rote 3.

13. In ben Berhanblungen ber RER. (Prot. S. 588) findet fich ausgespröchen, daß ber Fall ber Rr. 5 auch bann vorliege, wenn bas Gericht die Zulasiung eines Beistandes bes Angeklagten (§ 149) mit Unrecht verweigert habe. Dieser Ansicht läßt sich nicht beipflichten, ba bas Geset bas Auftreten eines Beistandes zwar gestattet, nicht aber "vorschreibt". Im Uebrigen kann die ungerrechtsertigte Nichtzulassung eines Beistandes allerdings geeignet sein, die Revision zu begründen (§ 376); vgl. § 149 Note 4 b. Bgl. ferner v. Kries S. 241.

Bu Nr. 6.

14. In Betreff ber Deffentlichkeit ber Berhandlung vgl. GBG. §§ 170, 173-175 u. bie Roten bas, sowie StBD. § 281.

Bu Mr. 7.

15. In Betreff ber Enticheibung sgrunbe vgl. SS 266, 316 u. bie Roten baf.

16. — "feine — enthält" — Diese Borte beziehen fich lebiglich auf bie fcriftliche M: faffung bes Urtheils (§ 275). In Betreff ber Berkundung f. § 267 Rote 5. a.

17. Es wird hier nicht ausschließlich ber Fall vorausgeset, wenn bem Urtheil Entscheibungsgrunde überhaupt nicht beigesügt sind, vielmehr ift ber Revisionsgrund schon dann gegeben, wenn ber in ber Revisionsinstanz in Betracht kommenbe Theil bes Urtheils ber Entscheidungsgrunde

§. 378.

Die Verletung von Rechtsnormen, welche lediglich zu Gunsten des Angeklagten gegeben find, kann von der Staatsanwaltschaft nicht zu dem Zwecke geltend gemacht werden, um eine Aufhebung des Urtheils zum Nachtheile des Angeklagten herbeizuführen.

(I. II. III. Cutm. § -.)

entbehrt (Brot. S. 588); fo: RGer. II. 28. Dez. 80 (Entid. III. 147); a. M. v. Rries S. 235. Dem Fehlen ber Entideibungsgründe muß die Unverständlichteit berselben gleichgestellt werben, ba in bem einen wie in bem anderen Falle bem Revisionsrichter die Möglichteit fehlt, die bem Urtheil zu Grunde liegende Auffassung bes Borberrichters zu prufen. Die bloge Mangels haftigkeit ber Entideibungsgrunde fallt bagegen nicht unter die Borschrift ber Rr. 7.

Bu Rt. 8.

- 18 a. Die Borschrift ber Rr. 8 ist von ber ATR. aufgenommen (Prot. S. 590, 591); sie erscheint jedoch, wie schon bei den Berathungen der ATR. seitens der Regierungsvertreter hervorgehoben wurde, neben der Borschrift des § 376 müßig und demzusolge versehlt. Zunächt ist es klar, daß Rr. 8 nicht irgendwie die Rechte der Bertheidigung normirt; es ist hier kein Sat aufgestellt, der selbstständig Gegenstand einer Berletung sein könnte. Bielmehr kann die Bestimmung nur anwendbar sein, wenn durch Berletung einer sonstigen Rorm des Prozestechts eine Beschräntung der Bertheidigung stattgesunden hat. Run sat § 377 im Eingange allerdings, daß in den hier vorgesehenen Fällen das Urtheil stets als auf der Gesehsertetung beruhend anzussehen sei; allein die Bedeutung dieses Sates wird für die Fälle der Rr. 8 dadurch wieder aufgeshoden, daß eine solche Beschräntung der Bertheidigung vorausgesett wird, welche einen sür die Entscheidung wesentlichen Punkt betrisst. Liegt diese Boraussehung vor, so handelt es sich um eine Gesehseverletung, aus welcher das Urtheil "beruht"; alsbann aber solgt schon aus § 376, daß die Revision gegen dasselbe begründet ist.
- b. Die Bestimmung sett einen in ber hauptverhanblung erlassenen Beichluß bes Gerichts voraus; ihre Anwendbarkeit fann weber burch einen außerhalb ber hauptverhandlung ergangenen Gerichtsbeschluß, noch burch eine, wenn auch in ber hauptverhandlung erlassene Berfigung bes Borfitenben begründet werben.
- c. Die Frage: ob der betr. Punkt ein wesentlicher sei, kann von dem Revisionsrichter nur in rechtlicher hinsicht auf berzerundlage des Urtheils und der Beschlüsse (§ 375) bes Borderrichters geprüft werden; keineswegs hat in den Fällen der Nr. 8 der Revisionsrichter sich thatsächlichen Erwägungen an Stelle des Borderrichters zu unterziehen. Dies gilt namentlich dann, wenn die Revision auf die ersolgte Ablehnung von Beweisanträgen (vgl. § 243 Abs. 2) gestütt wird. So: RGer. II. 25. Jan. 81 (Entsch. III. 298), III. 20. Apr. 81 (Entsch. IV. 138) In anderen Urtheilen hat das RGer. allerdings sich von thatsächlichen Erwägungen nicht fern gehalten; so z. B. III. 10. Dez. 79 (Rspr. I. 136), III. 10. Jan. 80 (Entsch. I. 138, Rspr. I. 213). Bgl. die eingehende Erörterung bei v. Kries S. 236 ff.

Bu § 378.

- 1. Der Entw. hatte eine Borschrift, wie die in § 378 enthaltene, nicht ausgenommen, weil er sie im Sinblid auf bas allgemeine Prinzip bes § 376 ("bernhe") für entbehrlich erachtete (Mot. S. 212; vgl. Prot. S. 593-597). Der § 378 giebt im Wesentlichen ben Inhalt bes Art. 109 Abf. 1 bes preuß. Ges. v. 3. Mai 1852 wieber.
- 2. Der S hat nur solche Rechtsnormen im Auge, welche "lebiglich" zu Gunften bes Ansgeklagten gegeben find; es hanbelt fich also hauptsächlich um bie Borschriften, welche bie Begingnise bes Angeklagten und seine Bertheibigung betreffen; vgl. z. B. § 264, RGer. II. 7. Dez. 81 (Entich. V. 218). Bon ben im § 377 aufgeführten Fällen können nur bie unter Rr. 5 und 8 bezeichneten von ber Bestimmung bes § 378 berührt werben. Zu Rr. 5 ift hervorzuheben, daß bie Anwesenheit bes Angeklagten in ber hauptverhandlung keineswegs nur in seinem Interesse vorgeschrieben ift (vgl. § 229 Rote 1). Zu ben Bestimmungen, welche lebiglich zu

§. 379.

Wenn der Angeklagte von den Geschworenen für nichtschuldig erklärt worden ist, so steht der Staatsanwaltschaft die Revision nur in den Fällen zu, in welchen dieselbe durch die Bestimmungen des §. 377 Nr. 1, 2, 3, 5 oder durch die Stellung oder Nichtstellung von Fragen begründet wird.

I. II. III. Entw. \$ --.)

Gunsten bes Angeklagten gegeben sind, gehören serner 3. B. nicht: biejenigen über bie Oessentichkeit bes Bersahrens: RGer. II. 30. Jan. 80 (Entsch. I. 90, Rspr. I. 297); biejenigen über bas
schwurgerichtliche Berichtigungsversahren: IV. 8. Juni 86 (Entsch. XIV. 298, Rspr. VIII. 441),
sowie ber Grundsat "Non bis in idem": I. 3. März 81 (Entsch. III. 384).

- 3. Der S will nur fagen: baß, wenn eine lebiglich ju Gunften bes Angeklagten gegebene Rechtsnorm zu Ungun fien besseleben verlett, trosbem aber zu seinen Gunften erkannt worben ift, jene Gesetesverletung nicht bazu benut werben barf, eine Ausbebung bes Urtheils zum Rachtheil bes Angeklagten herbeizuführen. In bem andern Falle bagegen, wo eine solche Rechtsnorm zu Gunften bes Angeklagten mit Unrecht augewendet und burch biefe Gesetesverletung eine ihm günftige, für die Anklage ungünstige Entscheidung herbeigeführt worden ift, versteht es sich nach ber Natur der Sache von selbst, daß es der Staatsanwaltschaft nicht verwehrt sein kann, die Revision auf jene Gesetsverletung zu gründen.
- 4. "zum Rachtheile bes Angeflagten" -- Auf ein von ber Staatsanwaltichaft zu Gunften beffelben eingelegtes Rechtsmittel (§ 338 Abf. 2) bezieht § 378 fich nicht; vgl. RGer. II. 7. Dez. 81 (Entich. V. 218, bef. S. 221).

3u § 379.

- 1. Bahrend die Borschrift bes § 378 auf alle Strassachen gleichmäßig Anwendung sindet. stellt § 379 noch eine besondere Bestimmung für die schwurgerichtlichen Sachen auf. § 379 entspricht dem Art. 109 Abs. 2 des prenß. Ges. v. 3. Mai 1852; dieser Art. aber wurzelt seinerseits wiederum in dem Code d'instr. crim. art. 409, woselbst bestimmt ist, daß im Falle eines auf Richtschuldig sautenden Spruches der Geschworenen die Staatsanwaltschaft dem Kassationstreturs nur im Interesse des Gesches, also ohne Rachtheil für den freigesprochenen Angeslagten, einlegen dürse. Als eine berechtigte ist die Bestimmung des § 379 keineswegs anzuerkennen. Ohne Zweisel sassen diese Gründe basit geltend machen, das Ansechtungsrecht der Staatsanwaltschaft in gewisser hinscht, wie dies in § 378 geschehen, in engere Grenzen einzuschlieben als dassenige des Angeslagten; dagegen sehlt jeder haltdare Grund, hier zwischen den schwurgerichtlichen und den nicht schwurgerichtlichen Strassachen zu unterscheiden. Eine berartige Unterscheidung beruht schließlich doch aus nichts Anderem, als auf der phantastischen, einer früheren Zeit angehörigen Vorstellung, daß die Berbitte der Geschworenen etwas ganz Absondersiches, mit den Entscheidungen der anderen Strasserichte nicht Bergleichdares seine.
- 2. Es wird hier ein Spruch ber Gefchworenen vorausgeset, ber die Schulbfrage gu Gunften bes Angeklagten entscheibet. Der Fall, wenn nach erfolgter Schulbigerklarung bas Gerricht bie Einstellung bes Bersahrens ober die Unzuläffigkeit ber Strafversolgung ausspricht, bleibt von der Borschrift bes § 379 unberührt.
- 3. Der S beschränkt bas Ansechtungsrecht ber Staatsanwaltschaft nur hinfichtlich ber Geltenbmachung prozessualer Mängel. Berletungen materieller Rechtsnormen können in bem Geschworenenspruche selbst überhaupt nicht erkennbar sein; bie eine solche Berletung behauptenbe Revisionsbeschwerbe kann sich vielmehr nur gegen bie Fragestellung wenden und ift in bieser Richtung unbeschränkt zulässig; vgl. Note 8.
- 4. Die Anwendbarteit des S ift lediglich bavon abhängig, ob der Spruch der Geschwernen in Bahrheit ein Richtschulbig enthält; eine unrichtige Fassung des Spruches tann hierbei ebensomenig entscheidend sein wie ein unrichtiges Berständniß desselben seitens des Gerichts. Daber sindet der S auch dann Anwendung, wenn der Spruch zwar auf Schuldig lautet, zugleich aber das Borhandensein eines Umstandes verneint ist, der zu den wesentlichen Merkmalen des Thatbestandes

Digitized by GOOGIC

- gehört und Mangels bessen also ein strafbares Berschulben überhaupt nicht vorliegt; vgl. § 305 Rote 4. Dasselbe gilt von bem Falle, wenn die Seschulben überhaupt nicht vorliegt; vgl. § 305 Rote 4. Dasselbe gilt von dem Falle, wenn die Seschulben das Schulbig ausgesprochen, zugleich aber eine Rebenfrage bejaht haben, welche einen die Strasbarkeit aushebenden Umstand betrifft (§ 295 Abs. 2; vgl. dort Rote 9). Andererseits aber solgt aus dem Gesagten, daß, wenn die Staatsanwaltschaft geltend macht, das Gericht habe zu Unrecht in dem Spruche ein Richtzschulbig gefunden, der Revisionsrichter die Richtigkeit dieser Behauptung prüsen muß, und daß, wenn er sie für zutressend erachtet, die Anwendbarkeit des § 379 ausgeschlossen ist.
- 5. Der f sett einen in sich selbst regelrechten Spruch ber Geschworenen voraus (vgl. Prot. S. 1029). Es ist also ber Staatsanwaltschaft nicht verwehrt, geltend zu machen, baß ber Spruch an einem ber in § 309 bezeichneten Mängel leibe und baß bemnach das Gericht das dort angeordnete Berichtigungsversahren hätte eintreten lassen müssen; so: MGer. II. 11. Juni 80 (Entsch. II. 96, Rspr. II. 60), III. 12. Apr. 82 (Rspr. IV. 315). In dem anderen Falle, wenn ein solches stattgefunden hat und hierbei ein ausgesprochenes Schuldig in ein Nichtschuldig umgeändert worden ist, darf die Staatsanwaltschaft gestend machen, daß der ursprüngliche Spruch ein sehlerzsteier gewesen sei, und daß es somit an einem rechtlichen Ansaß zu der Anordnung des Berichtigungsversahrens gesehlt habe; so: RGer. III. 29. Apr. 82 (Entsch. VI. 317, Rspr. IV. 401), IV. 8. Juni 86 (Entsch. XIV. 298, Rspr. VIII. 441); vgl. § 312 Note 1.
- 6. Umfaßt der Spruch mehrere selbstständige Delitte und lautet er bei dem einen auf Schuldig, bei dem andern auf Richtschuldig, so findet auf das lettere der § 379 Anwendung. hinschtlich besselben Delittes dagegen greift bei einem theilweisen Richtschuldig, wie z. B. dei der Berneinung der Hauptschung einer Hilfsfrage, die Bestimmung nicht Plat; denn bieselbe ist als eine Ausnahmevorschrift strift auszulegen, und in dem bezeichneten Falle ist der Angeklagte, wenn auch unter Abweichung von der Anklage, sur schuldig erklärt (vgl. § 259 Rote 6). So: v. Kries S. 255; a. M. (gleich den früheren Ausl. des Komm.) v. Schwarze in H. II. S. 302, Reller S. 494, Lamm a. a. D. S. 11 u. A.; beil. auch MGer. IV. 8. Juni 86 (Entsch. XIV. 298, Rspr. VIII. 441).
- 7. Insoweit ber Angeflagte für nichtschulbig erklärt ift, find bei ber Revision ber Staatsanwaltschaft andere Revision bgründe als bie in § 379 zugelassenen schlechthin ausgeschlossen, und insbef. tann an ber Ungulässigfeit eines Revisionsgrundes badurch nichts geanbert werben, bag er neben einem ber hier zugelassenen ausgestellt wirb.
- 8. "burch bie Stellung ober Richtstellung von Fragen" Mit biesen Borten umfaßt bas Geset alle bei ber Fragestellung etwa vorsommenben Fehler, gleichviel ob eine materielle ober eine prozessuale Rechtsnorm verlett ist. Es gehört hierher also nicht blos ber Fall, wenn bie Stellung einer Frage mit Unrecht erfolgt ober mit Unrecht unterblieben ist, sonbern auch ber andere Fall, wenn ber Inhalt einer Frage sehlerhaft war, wie z. B. wenn dieselbe die gesehlichen Merkmale des vorliegenden Deliktes nicht erschöpste. Als "Richtstellung" einer Frage ist es auch anzusehen, wenn bei dem Berichtigungsversahren (§§ 309 ff.) der Borsitzende die Geschworenen durch eine unrichtige (§ 311) Bedeutung veranlaßt, eine der zuvor beantworteten Fragen nicht von Reuem zum Gegenstande der Berathung zu machen: Wer. III. 16. Juni 81 (Ripr. VI. 438). Im Uedrigen ist die Zulässigsteit des aus der Fehlerhaftigkeit der Fragestellung zu entnehmenden Revisionsgrundes davon unabhängig, ob die letztere von der Staatsanwaltschaft beanstandet (§ 291) worden war ober nicht; selbst der Umstand, daß sie gerade gemäß den Ansträgen der Staatsanwaltschaft erfolgte, ist ohne Bedeutung (vgl. § 338 Note 3).
- 9. Berschieben von ber Frage: ob ber von ber Staatsanwaltschaft aufgestellte Revisionsgrund überhaupt zulässig sei, ift selbstverftändlich bie anbere, von § 379 nicht berührte Frage: ob er wirks am sein, b. h. bie Ausbedung bes angesochten Urtheils herbeisühren könne. In letterer hinsicht kommt, wenn bie Revision auf § 377 Rr. 5 gegründet wirb, die Borschrift bes § 378 in Betracht: die Staatsanwaltschaft kann z. B. die Ausbedung des freisprechenden Urtheils nicht wegen der Abwesenheit des Bertheibigers oder wegen der gesehwidrigen Richtzulassung eines Beistandes des Angeklagten verlangen (gl. A. Keller S. 495). Wird die Revision auf die Fehlerhaftigkeit der Fragestellung gestützt, so kommt es darauf an, ob das Urtheil auf dem Fehler "beruht" (§ 376);

§. 380.

Gegen die in der Berufungsinstanz erlassenen Urtheile der Landgerichte kann die Revision wegen Berletzung einer Rechtsnorm über das Bersahren nur auf Berletzung der Vorschrift des §. 398 gestützt werden.

(L II, III. Entm. § -.)

baber kann 3. B. die Richtstellung einer, einen Straferhöhungsgrund betreffenden Frage (§S 295, 296) die Aufhebung des Urtheils nicht begründen, nachdem die Hauptfrage verneint worden ift. 3u § 380.

- 1. Bu ben Borten: "in ber Berufungsinftang" vgl. noch § 369 Rote 12. a.
- 2. a. Gegen bie in ber Berufungsinftanz ergangenen Urtheile ift zwar bie Revision zugelassen, boch kann sie, abgesehen von ber Borschrift bes § 398, nicht auf Berletung einer "Rechtsnorm über bas Bersahren" gestütt werben; selbst die in § 377 ausgesührten Revisionsgründe find hier ausgeschlossen. Den Gegensat bildet die "Berletung einer and eren Rechtsnorm" (§ 384 Abs. 2), gleichviel, ob diese dem materiellen Strafrecht oder einem anderen Zweige bes Rechts angehört; vgl. Schmidt, der § 380 der d. SiPD. S. 21. Für den Begriff einer prozessualen Rechtsnorm ist es nicht entschehen, ob die Borschrift sich in einem Prozesseselet oder in einem anderen Gesehsindet; so enthalten z. B. die Bestimmungen der SiPD. über die Pflicht zur Rostentragung (§§ 497—505) materielles Recht. Umgesehrt enthält z. B. § 209 des preuß. Bergges. v. 24. Juni 1865 lediglich eine Bestimmung über das Bersahren: KGer. 19. Nov. 83 (Johow IV. 309).
- b. Die Borichrift bes § 380 ift, ba fie felbst eine Ausnahmevorschrift gegenüber ben §§ 376, 377 barstellt, strift auszulegen. Demzusolge barf bie Revision gegen Urtheile ber Berusungsinstanz auf die Berletung solcher Rechtsnormen gestützt werben, welche zwar bem Gebiet bes Prozestrechts, jedoch nicht aussichließlich, angehören, sondern einen über diese hinausgehenden, gemischten Juhalt haben. Zu den gemischten, also von § 380 nicht betroffenen Rechtsnormen gehören u. A.: die Bestimmungen über das Antragserforderniß (StBB. §§ 61 ff.), über die Berjährung, sowie der Frundsau, Non die in idem". Indes ist jeder dieser Punkte bestritten; die betr. Judstatur s. bei Schmidt S. 35 ff., 43 ff., 53 ff.; vgl. auch Rec. ohne Datum bezw. 18. März 86 (Johow I. 169, bezw. VI. 165). Zu den von § 380 nicht betroffenen Borschriften gehören auch diesenigen über die Brenze zwischen der Militärgerichtsdarkeit und der Eivilgerichtsdarkeit, da dieselben auch einen staatsrechtlichen Inhalt haben (a. R. Stenglein S. 582). Die cit. Schrift von Schmidt enthält eine Uebersicht über die Rechtsnormen, bei denen die Anwendbarkeit des § 380 in Frage kommt, und über die bez. Judikatur.
- c. hat bas Berufungsgericht zwar eine Prozesvorschrift verletzt, diese Berletung aber ihren Grund in einer irrthümlichen Auffassung zc. materiellrechtlicher Bestimmungen, so begründet dieser Rechtsirrthum die Revision, wie z. B. in dem Falle, wenn das Gericht den Abs. 2 des § 244 der StPD. für anwendbar erachtet hat, weil es das vorliegende Bergehen irrthümlich für eine Uebertretung ausah; so: KGer. 7. April 81 (Johow II. 207), Stenglein S. 582; a. M. Schmidt S. 62.
- 3. In § 398 ift ber Fall behanbelt, wenn ein burch Revision angesochtenes Urtheil ausgehoben und die Sache jur anderweiten Entscheidung in die Borinstanz jurudverwiesen ift.
 Den Abs. 1 bieses § verlett ber Berufungsrichter bann, wenn er seiner neuen Entscheidung nicht
 biejenige rechtliche Beurtheilung zu Grunde legt, von welcher bas Revisionsgericht bei Austebung
 bes früheren Urtheils ausgegangen ist; eine Berletung bes Abs. 2 aber ist bann vorhanden, wenn
 ber Berufungsrichter in dem neuen Urtheil unzulässiger Beise eine härtere Strafe als die in
 seinem früheren Urtheil erkannte, verhängt. Dem letteren Falle ist sachlich ber andere Fall verwandt, wenn bas Berufungsgericht gegen bas Berdot des § 372 verstößt; gleichwohl gehört
 bieser Fall nicht zu den in § 380 zugelassenen Revisionsgründen.
- 4. Darin, daß § 380 eine auf Mangel bes Berfahrens gestütte Revifion gegen die Urtheile zweiter Instanz nicht zuläßt, ift einer ber erheblichsten Rifgriffe zu finden, welche die StBD aufweift. Abgeseben bavon, bag ber § selbst die flagrantesten prozessualischen Berftoge wie 3. B.

§. 381.

Die Revision muß bei bem Gerichte, bessen Urtheil angesochten wird, binnen einer Woche nach Verkündung des Urtheils zu Protokoll des Gerichtsschreibers ober schriftlich eingelegt werden.

Hat die Berkundung des Urtheils nicht in Anwesenheit des Angeklagten statts gefunden, so beginnt für diesen die Frist mit der Zustellung.

(L. Cutm. § 252; IL. Cutm. § 258; III. Cutm. § 302.)

§. 382.

Der Beginn der Frist zur Sinlegung der Revision wird baburch nicht ausgeschlossen, daß gegen ein auf Ausbleiben des Angeklagten ergangenes Urtheil eine Biedereinsetzung in den vorigen Stand nachgesucht werden kann.

ben eben gebachten Berftoß gegen § 372 ober eine Berletung bes § 23 Abf. 1 ober bie irrthums liche Annahme ber Ungulässigteit bes Rechtsmittels (vgl. \$ 363 Rote 7) ober bie irrthumliche Berwerfung beffelben im Falle bes § 370 (vgl. bort Note 4) — jeber Korrektur entzieht, so hat er auch bie Folge, bag es an jebem Mittel fehlt, auf eine gleichmäßige Gestaltung bes Berufungsverfahrens bei ben verschiebenen ganbgerichten binguwirken (vgl. § 364 Rote 1). Zwar wurbe, ba bie Revifion gegen bie Urtheile ber Berufungsgerichte regelmäßig nicht an bas Reichsgericht, fonbern an bie Oberlandesgerichte geht, Die Bulaffung prozessualifcher Revisionsgrunde bie Gleichmäßigfeit bes Berfahrens noch nicht verburgen; allein fie murbe boch bie golge haben, bag bas ftattgehabte Berufungsverfahren in gahlreichen Fallen ber Rritif ber oberen Gerichte unterliegen wurbe und bag bemnach in ben Enticheibungen ber letteren auch bas Material jur rechtsmiffenicaftlichen Erörterung zweifelhafter prozeffualifcher gragen gegeben mare. Go lange 8 380 in Rraft ift, wird bas Material hierzu nur ein fehr burftiges fein tonnen, mas im hinblid auf bie große Bichtigfeir, welche einer richtigen Geftaltung bes Berufungsverfahrens beigemeffen werben muß, fehr ju beflagen ift. Es ift übrigens auch pringipiell falich, ein Rechtsmittel, welches nicht bie gange Sache ber Enticheibung bes boberen Richters unterwirft, auf materiellrechtliche Anfechtungsgrunde einzuschränken, ba bie Erkennbarkeit materiellrechtlicher Brrthumer oftmals von ber geborigen Beobachtung ber Progefvoridriften abbangig ift. bat j. B. ber Inftangrichter einem Beweisantrage beshalb nicht Folge gegeben, weil er bie unter Beweis geftellte Thatface vermöge einer rechtsirrthumlichen Auslegung bes. Strafgesehes für unerheblich erachtet hat, so kann ber hierdurch Benachtheiligte nach f 380 zwar mit Erfolg bie Revision ergreifen, wenn ber Inftange richter feiner Pflicht gemag (§ 243 Rote 9. a.) bie Grunbe ber Richtaufnahme bes Beweifes befannt gemacht und in die Alten verzeichnet hat. hat er bies aber unterlassen, so kann ber Beichwerbeführer eben nur biefe Unterlaffung, alfo einen prozeffualifchen gehler, rugen, und biefer ift nach f 380 jur Begründung ber Revision nicht geeignet. Sonach ist das Urtheil um so unanfechtbarer, je mangelhafter das Berfahren war, und, wenn das Berufungsgericht es ganz unterlaffen follte, feinem Urtheil und ben ihm etwa vorausgegangenen Entideibungen Grilinde beigufügen (§ 377 Rr. 7), so murbe gerabe biefer Mangel bie Möglichkeit einer Anfechtung ausschließen.

- 3u § 381.
- 1. Die Einlegung ber Revision kann wirksam nur bei benijenigen Gericht erfolgen, besselle Urtheil angesochten wirb, also nicht bei bem Revisionsgericht und, falls es sich um ein Urtheil ber Berusungsinstanz handelt, auch nicht bei bem Gericht erster Instanz. In Betress ber auswärtigen Straftammern vgl. GBG. § 78 Note 4 (Schluß), in Betress ber Schwurgerichte: GBG. § 82 Rote 5.
- 2. Bgl. bie, bie Einlegung ber Rechtsmittel betreffenben allgemeinen Bemerkungen ju Buch 3. Abschn. 1 Note 2-6, sowie § 267 Note 5. a, §§ 341, 342, § 355 Note 5-7, § 479 Rote 1.

Au \$ 382.

1. Bgl. \$ 356 u. bie Noten baf.



Stellt ber Angeklagte ein Gesuch um Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand, so wird die Revision dadurch gewahrt, daß sie sofort für den Fall der Berwerfung jenes Gesuchs rechtzeitig eingelegt und begründet wird. Die weitere Bersügung in Bezug auf die Revision bleibt dann bis zur Erledigung des Gesuchs um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ausgesetzt.

Die Einlegung ber Revision ohne Verbindung mit dem Gesuch um Biedereinsetzung in den vorigen Stand gilt als Verzicht auf die letztere.

(I. Entw. § 253; II. Entm. § 269; III. Entw. § 303.)

§. 383.

Durch rechtzeitige Einlegung ber Revision wird die Rechtstraft des Urtheils, soweit basselbe angesochten ist, gehemmt.

Dem Beschwerbeführer, welchem bas Urtheil mit ben Gründen noch nicht jugestellt war, ist basselbe nach Sinlegung ber Revision zuzustellen.

(I. Entm. § 254; Il. Entw. § 260; III. Entm. § 304.)

§. 384.

Der Beschwerbeführer hat die Erklärung abzugeben, inwieweit er das Urtheil ansechte und bessen Aufhebung beantrage (Revisionsantrage), und die Antrage zu begründen.

Ju § 383.

- 1. Bgl. § 357 u. die Noten das. Die Abweichung des § 383 Abs. 2 von § 357 Abs. 2 ("sofort") ist ohne sachliche Bebeutung.
- 2. Ein Bergicht auf die in Abs. 2 vorgeschriebene Bustellung bes Urtheils ift wirfungslos: RGer. II. 5. Dez. 79 (Ripr. I. 118).
- 3. Im Falle ber Einlegung ber Revision burch ben Bertheibiger (§ 339) ift ber Angeklagte ber Beschwerbeführer; baher hat an ben letteren selbst die Zustellung bes Urtheils zu ersolgen. Auf ausbrücklichen Antrag bes Angeklagten kann jeboch bie Zustellung mit rechtlicher Wirfung an ben Bertheibiger geschehen, gleichviel ob die Einlegung des Rechtsmittels seitens des Angeklagten selbst ober seitens des Bertheibigers ersolgt war; in einem solchen Antrage ist die spezielle Bevollmächtigung des Bertheibigers zur Empfangnahme des Urtheils zu sinden (vogl. das zu Buch 1 Abschn. 11 Rote 8. d). Die Zustellung an den Angeklagten selbst wird indes auch durch einen solchen Antrag ze. nicht unzulässig, dehält vielmehr rechtliche Birtung, so daß sie den Lauf der Frist begründet: Mer. I. 10. März 82 (Entsch. VI. 93), III. 20. Rod. 82 (Mspr. IV. 830), II. 8. Jan. 84 (Mspr. VI. 32). Allerdings wäre es unangemessen, den Antrag undeachtet zu lassen, da durch die Zustellung an den Angeklagten selbst unter Umständen eine Bersäumung der Rechtsertigungsfrist seitens des Vertheibigers herbeigeführt werden kann. Unwirksam dagegen ist die Zustellung, wenn der Gerichtsvollzieher dem Angeklagten selbst zustellt, obwohl der ihm ertheilte Auftrag (wenn auch unrichtig) auf Zustellung an den Bertheibiger lautet: Reer. III. 13. Jan. 87 (Rspr. IX. 42).
- 4. Das Urtheil ist mit ben Gründen zuzustellen, widrigenfalls die Zustellung den Lauf ber Frist nicht bewirken kann: RGer. III. 26. Febr. 87 (Rspr. IX. 161). Der Spruch der Geschworenen gehört in dieser hinsicht nicht zu den Urtheilsgründen: RGer. II. 14. Mai 86 (Rspr. VIII. 360).
 - 5. In Betreff ber Ausfertigung bes Urtheils vgl. § 37 Rote 8.

Au § 384.

1. Im Gegensat zu ber Berusung (§ 358 Note 1) bebarf bie Revision stets einer Rechtsfertigung; bie blofe Einlegung bes Rechtsmittels genügt nicht, um bie Sache zur Entscheidung bes Revisionsrichters zu bringen; vgl. §§ 385, 386. 389. — Die Revisionsrechtfertigung sest sich

Aus ber Begründung muß bervorgeben, ob das Urtheil wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren ober wegen Verlezung einer anderen Rechtsnorm angefochten wirb. Ersterenfalls muffen bie ben Mangel enthaltenben Thatfachen angegeben werben.

(I. Entw. § 255; II. Entw. § 261; III. Entw. § 306.)

jufammen aus ben Revisionsantragen (genauer: bem Revisionsantrage, ba eine Debrheit von Antragen nicht erforberlich ift) und ber Begrunbung berfelben.

- 2. Die Bestimmung bes § 384 finbet ihre Ergangung in berjenigen bes § 392: nach Daggabe best letteren & bilbet ber Inhalt ber Revinonsrechtfertigung bie Grunblage und ben Stoff für bie Enticheibung bes Revifionsrichters; vgl. Note 4-6. Die Mot. S. 212 fagen : "Babrenb bie SS 376, 377 bie Bestimmungen barüber enthalten, mas überhaupt Gegenstand ber Beurtheilung des Revifionsgerichts fein tonne, und alfo von ber Begrundung ber Revifion in abstracto handeln, regeln die SS 384, 392 die Frage, auf welche Puntte sich in concreto die Beurtheilung bes Revifionegerichts ju erftreden habe, ober mit anberen Borten: inwiefern ber Umfang ber von bem Revisionsgericht vorzunehmenden Brufung der Sache burch Antrage und Anführungen bes Befdwerbeführers bebingt und begrengt merbe."
- 3. Ueber bie Revisionsautrage wirb in ben Dot. S. 213 bemerkt: "Sie sollen ben Streitgegenftand fur bie Revifionsinftang feftstellen; fie beziehen fich lebiglich auf bie Urtheils: formel und muffen ertennen laffen, ob biefe in ihrem gangen Umfange ober nur jum Theil als unrichtig angegriffen wirb. Dies bat feine besonbere Bebeutung in ben Sallen, wenn bas Urtheil mehrere ftrafbare Banblungen jum Gegenftanbe bat ober wenn es mehrere Strafen neben einander verhängt." Bgl. § 368 Rote 2. — lebrigens ift bem erften ber in Abf. 1 bezeichneten beiben Erforberniffe unbebenflich genügt, fofern nur überhaupt ein bestimmter Antrag gestellt ift; unter ber in Abf. 1 gebachten Erflarung ift eben nichts weiter als ein folder Antrag ju verneben. Auch muß, ba eine Einschrantung bes Rechtsmittels nicht zu vermuthen ift, ber Antrag: bas angefochtene Urtheil aufzuheben, selbst ba für genügend erachtet werben, wo fich in letterem mehrere, bei ber Anfechtung trennbare Theile untericheiben laffen. — Gegenstand bes Antrages ift überall nur bie Aufhebung bes Urtheils; bezüglich ber im Falle ber Aufhebung zu treffenben weiteren Enticheibung (SS 394, 395) braucht ber Befchwerbeführer einen Antrag nicht ju ftellen; vgl. Reer. II. 16. Rov. 80 (Entich. III. 43).
- 4. Sinfictlich ber Begrunbung ber Reviftonsantrage fagen bie Dot. S. 213: "Es ergiebt fich aus f 384 Abf. 2 juvorberft, bag aus berfelben erhellen muß, ob bie behauptete Gefetverletung in ber Enticheibung felbft ober in bem ihr ju Grunbe liegenben Berfahren ober in beiben zugleich gefunden werde. In biefer Beziehung wird bie Brufung bes Revisionsrichters burch bie Begründung der Revisionsanträge bergestalt begrenzt, daß beispielsweise dann, wenn blos Mängel bes Berfahrens gerügt werben, bie in ber Entscheibung selbst enthaltene unrichtige Ans wendung einer Rechtenorm nicht ju ber Mufbebung bes Urtheils führen tann." Diefe Ausführung ber Dot. wurbe in ber RIR. (Brot. S. 602, 603) ausbrudlich als bem Sinne bes Gefetes entfprecenb anerkannt. Sonach tann, wenn bie Revifion lediglich auf prozessualische Berftoge gegrunbet ift, ber gall vortommen, bag bas Revisionsgericht bas Rechtsmittel verwerfen muß, ob: wohl aus bem Urtheil selbst klar erhellt, bag bas Strafgeset unrichtig angewendet worben.
- 5. a. "Birb bie Berletung einer Brozefvorschrift (vgl. § 376 Note 5 u. 4 a. b. f.) behauptet, so wird — wie bie Mot. S. 213 weiter fagen — außer ber Bezeichnung ber verletten Rechtsnorm auch bie Angabe ber Thatsachen erforbert, welche ben gerügten Mangel enthalten follen. Diefe Angabe ift meiftens ichon jum Berftanbnig ber aufgeftellten Ruge nothwenbig; auch find bie anzugebenben Thatsaden nicht felten folde, welche nur insofern von Bebeutung finb, als fie eben jum Rachweise eines prozessualen Berftoges bienen. In feinem Falle tann es bie Aufgabe bes Revifionsrichters fein, bie Aften behufs Auffinbung folder Thatfachen burchzuseben, welche ber aufgestellten Ruge etwa jur Grundlage bienen tonnten. Auf bie richtige ober unrichtige Bezeichnung ber angeblich verletten Rechtsnorm tommt es auch bier nicht an." - Der Anfang biefer Digitized by 15-00910

28me, Strafprozegorbnung. 5. Auflage.

Ausführung ist insofern nicht ganz zutressend, als eine Bezeich nung ber verletten Rechts:
norm von bem Geset überhaupt nicht ersorbert wird; benn wenn sogar eine Unrichtigkeit ber Bezeichnung unschällich ist, dann kann die letztere selbst kein Ersorderniß der Begründung des Rechtsmittels sein. Dagegen genügt es andererseits nicht, daß der Beschwerdesührer die angeblich verletzte prozessung in Bagegen genügt es andererseits nicht, daß der Beschwerdesührer die angeblich verletzte prozessung in abstracto angiedt; vielmehr müssen die kichtung der angeblich vorhandenen Berletzung in abstracto angiedt; vielmehr müssen die konkreten Thatsachen angegeben werden, in denen der behauptete Mangel des Bersahrens gefunden wird. Hiernach ist z. B. die Revisionsbeschwerde nicht genügend substantint, wenn blos geltend gemacht wird, es sei die Bertheibigung beschränkt oder es seinen die Borschriften über die Beeibigung der Zeugen nicht beobachtet worden; es bedarf vielmehr der Angabe, in welcher Handlung oder Unterlassung des Instanzsichters die Beschränkung der Bertheibigung enthalten, bezw. welcher Zeuge mit Unrecht beeibigt oder nicht beeibigt worden sei Bgl. RErt. I. 12. Dez. 81 (Ripr. III. 792).

- b. Der Prüfung sbes Revisionsrichters unterliegen nur biejenigen Thatsachen, welche ber Beschwerbeführer rechtzeitig, b. h. vor Ablauf ber Rechtsertigungsfrist (vgl. § 385 Rote 1), als Beschwerbegründe geltend gemacht hat (§ 392). Nach Ablauf ber Frift und insbes. in ber haupt verhandlung ift ein weiteres Bordringen von Thatsachen, und zwar selbst von solchen, welche sich aus dem Urtheil selbst ergeben, ausgeschlossen. Es hat dies "seinen Grund darin, daß das Berssahren in der Revisionsinstanz (gleich demjenigen, welches nach den meisten früheren Gesetzgebungm in der Richtigkeitsinstanz flattsand) wesentlich ein schriftliches, d. h. ein solches ist, dei welchem der Stoff für die richterliche Entschend in Schriftlähen niedergelegt und darum die mündliche Dartlegung der Beschwerdepunkte vor dem erkennenden Gericht nedensächlich ist" (Mot. S. 213).
- o. Der Angabe von Beweisen für bie Richtigkeit ber behaupteten Thatsachen bebarf es nur bann, wenn bie letteren nicht zu ben burch bie Aften zu beurkundenden gehören ober wenn ber Beschwerbesührer das Borhandensein eine Fälfchung zc. behauptet; vgl. § 274 u. die Roten bas. In keinem Falle liegt es bem Beschwerbeführer ob, diejenigen Theile ber Aften zu bezeichnen, aus benen sich bie betr. Thatsache ergiebt; ber Inhalt der Aften ift, soweit es auf ben Beweis einer angeführten Thatsache antommt, von Amtswegen zu prufen. Bgl. noch § 392 Rote 3, 4.
- 6. Birb nicht bie Berletung einer Prozefporfdrift, fonbern biejenige einer anb eren Rechts. norm, alfo ein in ber Enticheibung felbft enthaltener Rebler, geltenb gemacht, "fo tommt et barauf, ob ber Angriff in gutreffenber Beise begrundet, ob insbesonbere bas verlette Gefet richtig ober unrichtig bezeichnet ift, nicht weiter an. Jenes Erforberniß bezwedt alfo nur, die Richtung ber Beschwerbe außer Zweifel zu stellen. Sobalb behauptet wird, bag bie Anwendung bes Strafgefetes auf bas festgestellte Sachverhaltnig fehlerhaft fei, ift bie Revifion genügenb begrundet; ber Revisionsrichter hat alsbann biese Gesetzanwendung gang frei und in ihrem vollen Umfange, un: abhängig von ben Angriffen und Ausführungen bes Beschwerbeführers, seiner Brüfung zu unterwerfen" (Mot. S. 213). Es genugt alfo, um ben Revifionerichter mit ber Prufung bes an: gefochtenen Urtheils (vgl. § 376 Rote 4) ju befaffen, jebe Behauptung, beren Sinn ber ift: bas bas Urtheil eine fehlerhafte Gesekesanwenbung enthalte; es bebarf weber einer Angabe ber ver: letten Rechtsnorm noch einer Spezialifirung ober weiteren Begrunbung jener Behauptung. Dem aufolge wird aber burch eine Spezialifirung 2c. ber Befchwerbe bie Prufung bes Revifions richters nicht weiter, als oben (Rote 4) bemertt ift, begrengt: fobalb bie Reblerhaftigfeit ber Ge: feteBanwenbung gerugt ift, unterliegt bie lettere in vollem Umfange ber freien, von ben Ausführungen bes Beschwerbeführers unabhangigen Prufung bes Revifionsrichters. Es fommt alfo nicht barauf an, ob ber Beschwerbeführer eine unrichtige Subsumtion ber Thatsachen unter bas Strafgefet ober bie Berhangung einer ungulaffigen Strafe ober ben Mangel bes jur Strafver: folgung erforberlichen Antrages ober bie Nichtbeachtung ber bereits eingetretenen Berjährung gerägt bat: alle biefe Buntte find won felbft Gegenstand ber Prufung, fobalb bie Befcmerbe wegen jehlerhafter Gesetsanwendung erhoben ift. Bgl. Reger, II. 2, Dez. 81 (Entich. V. 186), III. 8. Oft. 85 (Entsch. XII. 434, Ripr. VII. 560), II. 25. Mai 86 (Ripr. VIII. 385).
 - 7. Der Revisionsrichter wird bem Beifte bes Gefehes entsprechend verfahren, wenn er zweifels

§. 385.

Die Revisionsanträge und beren Begründung sind spätestens binnen einer weiteren Woche nach Ablauf der Frist zur Einlegung des Rechtsmittels ober, wenn zu dieser Zeit das Urtheil noch nicht zugestellt war, nach dessen Zustellung bei dem Gerichte, dessen Urtheil angesochten wird, anzubringen

Seitens bes Angeklagten kann bies nur in einer von bem Vertheibiger ober einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift ober zu Protokoll bes Gerichtsschreibers geschehen.

(I. Cutw. § 256; II. Cutw. § 262; III. Cutw. § 306.)

hafte ober unbeutliche Erklärungen eines Beschwerbeführers so auslegt, daß fie sich als den Ersordernissen des § 384 genügend darstellen. In der früheren Praxis wurde 3. B. die Erstlärung: daß die Strase zu hoch sei, dahin verstanden: daß die Unzulässigkeit der erkannten Strase (vgl. § 376 Note 2. a) behauptet werde, und diese Auffassung ist auch vom Standpunkt der StPO. aus als richtig anzuerkennen (a. M. Puchelt S. 617). Die Praxis des Ren. stimmt mit berselben im Besentlichen überein; vgl. Stenglein S. 587.

Bu § 385.

- 1. a. Die Revisionsrechtfertigung (ber Revisionsantrag und bessen Begründung: § 384 Note 1) tann ichon por bem Beginn ber in Abs. 1 bestimmten Frist und auch in Berbindung mit ber Einlegung bes Rechtsmittels angebracht werden, sofern nur babei die Formvorschrift bes Abs. 2 beobachtet wird. Bis zum Ablauf ber Frist ist auch die Andringung eines Nachtrages ber Rechtsertigung zulässig; nur muß auch dieser Borschrift bes Abs. 2 entsprechen. In Betress ber Frist vgl. noch § 383 Note 4, sowie Buch 1 Abschn. 5 Note 5.
- b. "bei bem Gericht" 2c. vgl. in Betreff ber auswärtigen Straffammern: GBG. § 78 Rote 4; in Betreff ber Schwurgerichte: GBG. § 82 Rote 5.

Bu Abs. 2.

- 2. Die Bestimmung findet auf jebe "seitens des Angeklagten" eingelegte Revision, also auch auf die Fälle der §§ 324, 340 (vgl. dort Abs. 2), und ebenso auf die Revision der in § 478 bezeichneten Personen Anwendung. Bgl. noch § 430 Abs. 2, § 437.
- 3. Die Bestimmung betrifft lebiglich die Form, in welcher die Revisionsrechtsertigung anzustringen ist, und sieht in keiner Beziehung zu der Frage der Legitimation dessen, der dieselbe andringt. Gleichwohl hat das RGer. hier neuerdings die strengere Aussassischen, von der es bezäsiglich der Legitimation der Rechtsanwälte im Allgemeinen ausgeht (§ 138 Note 11. a), verlassen und die von einem Rechtsanwalt, der weder disher Bertheidiger (Note 6) war, noch Bollmacht beigebracht hat, unterzeichnete Revisionsrechtsertigung für wirksam erklärt, "wenn Bedenken nicht bestehen, aus welchen zu entnehmen wäre, daß die Unterzeichnung ohne Austrag oder gegen den Willen des Angeklagten erfolgt sei"; so: III. 24. Jan. 87 (Entsch. XV. 226, Rspr. IX. 90), I. 5. Mai 84 (Rspr. VI. 355); a. M. früher III. 8. März 82 (Entsch. VI. 82, Rspr. IV. 236).
- 4. Abs. 2 schließt bie Einreichung einer formlosen Rechtfertigungsschrift aus (wgl. Rote 11 zu Buch 1). Der Grund ber Bestimmung ist hauptsächlich ber: baß ben Revisionsegerichten "bie Prüfung ganz grundloser ober unverständlicher Anträge, wie sie häusig von Binkeleichreibern versaßt werden, möglichst erspart" bleiben soll; auch liegt es im Interesse bes Angesstagten selbst, daß seine Anträge zc. nicht in ungeeigneter Beise gestellt werden (Mot. S. 213). Der Entw. hatte die Unterzeichnung der Rechtfertigungsschrift durch einen Rechtsverständigen im Auge; dies ersährt durch die von der RER. ausgenommene Borschrift des § 138 Abs. 2 jeht insofern eine Modisitation, als der Bertheibiger nicht nothwendig ein Rechtsverständiger zu sein braucht. Die Andringung der Revisionsrechtsertigung kann auch durch Telegramm wirksam erfolgen, sofern die Urschrift desselben der Bestimmung des Abs. 2 entspricht: RGer. III. 25. Febr. 84 (Entsch. X. 166); a. R. II. 13. Febr. 80 (Entsch. I. 262). Bgl. Note 9. b. zu Buch 1.
 - 5. a. 3m Falle ber Ginreichung einer Rechtfertigungsichrift erforbert bas Gefet bie Unter-

Digitized by 45100gle

zeichnung berselben burch einen Rechtsanwalt ober ben Bertheibiger; daß die Schrift burch ben Rechtsanwalt zc. auch verfaßt sei, wird nicht ersordert. Das Gesetz geht von der Annahme aus, daß weber ein Rechtsanwalt noch der Bertheibiger ein ungeeignetes Schriftstäd mit seinem Ramen unterzeichnen werde. Die bloße "Beglaubigung" durch einer Rechtsanwalt ist nicht eine Unterzeichnung im Sinne des S: RGer. F. 10. Aug. 83 (Rspr. V. 527). — Ein sormloses Schriftstüd, welches der von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift beigefügt ist, kann, auch wenn es in dieser als deren "integrirender Bestandtheil" bezeichnet ift, nicht Berückschung sinden: RGer. IV. 1. Ott. 86 (Entsch. XIV. 348); vgl. Note 10.

- b. Ift ber Angeklagte felbft Rechtsanwalt, fo bebarf er ber Mitunterichrift eines anberen Rechtsanwalts ober bes Bertheibigers nicht: RGer. F. 29. Aug. 82 (Ripr. IV. 695).
- 6. Das Geset sagt: "von bem Vertheibiger", nicht: "von einem Bertheibiger"; es hat also nur benjenigen Bertheibiger im Auge, ber als solcher in ber Borinstanz sungirt hatte (vgl. § 339 Note 1 und serner oben Note 4). Dieser bebarf auch zur Andringung der Revisionstrechtsertigung keiner weiteren Legitimation; es braucht also die von ihm unterzeichnete Schrift nicht noch von dem Angeklagten selbst unterzeichnet zu sein; vgl. RGer. I. 13. Jan. 81 (Entsch. III. 222). Die Unterzeichnung der Schrift durch eine Berson, die weder Rechtsanwalt ist, noch in der Borinstanz Bertheibiger war, ist ohne rechtliche Wirtung, auch wenn der Angeklagte beantragt, diese Berson nunmehr als Bertheibiger zuzulassen (§ 138 Abs. 2); die entgegengesetze Ansicht würde dahin sühren, daß die Gerichte mit einer Menge derartiger, wesentlich auf die Umgehung der Bestimmung des Abs. 2 berechneter Anträge besästigt werden würden (a. M. Stenglein S. 588); vgl. übrigens Note 11. Das Gesagte gilt auch von den Rechtsanwälten gleichstellt (a. M. Binding S. 385, abweichend von § 138, dieselben nicht den Rechtsanwälten gleichstellt (a. M. Binding S. 194 aus Grund analoger Anwendung der Bestimmung); die Abweichung entbehrt freilich seds rechtlichen Grundes. Eine Beistandsperson (§ 149) ist nicht als Bertheibiger im Sinne bes § 385 auzusehen: RGer. I. 30. Dez. 82 (Entsch. VII. 403).
- 7. Der bie Schrift unterzeichnenbe Rechtsanwalt muß als folder bei einem beutschen Gerricht zugelassen sein (vgl. § 138 Abs. 1). Im Uebrigen braucht er weber in ber Borinstanz als Bertheibiger fungirt zu haben, noch auch für die Revisionsinstanz als solcher gewählt zu sein.
- 8. Ein bem Erforberniß bes § 385 Abf. 2 nicht entsprechenbes Schriftftud wird bem Befcmerbeführer fogleich jurudjugeben fein, fofern bie Rachholung ber vorgeschriebenen Unterzeichnung noch ausführbar erscheint.
- 9. Bum Protofoll tann bie Revisionsrechtfertigung bes nicht verhafteten Angestagten nur bei bem Gerichtsschreiber besjenigen Gerichts angebracht werben, bessen Urtheil angesochten wirb; nur hinsichtlich bes verhafteten Angestagten greift bie in § 341 bestimmte Ausnahme Plas: RGer. III. 16. Febr. 81. (Ripr. III. 51), I. 16. Sept. 82 (Entsch. VII. 174), KGer. 3. Apr. 82 (Johow. III. 229). Bal. Rote 10 d au Buch 1.
- 10. Wird die Revisionsrechtfertigung jum Protofoll des Gerichtsschreibers angebracht, so muß sie vollständig in die es aufgenommen werden. Es ist nicht statthaft, von dem Beschwerdeführer ein Schriststäd entgegenzunehmen und in dem Protofoll auf dasselbe zu verweisen: Re. II. 17. Sept. 80 (Rspr. II. 215), II. 19. Ott. 80 (Entsch. II. 358), III. 23. Febr. 81 (Entsch. IV. 7); vgl. Rote 5 a. Ein Protofoll im Sinne des Gesetzes ist nicht vorhanden, wenn der Gerichtsschreiber ein von dem Angeklagten überreichtes Schriftstäd lediglich mit den dei Protofollen üblichen Eingangs und Schlußformeln umkleibet hat: Rer. II. 30. Nov. 80 (Entsch. II. 444, Rspr. II. 587), III. 3. Wai 86 (Rspr. VIII. 338), Oleger. Köln (Rhein. Arch. Rö-LXVIII. Abth. II. 32). Unwirksam ist auch ein Protofoll, welches der Gerichtsschreiber lediglich durch Abschreiben eines ihm vorgelegten Schriftstädes hergestellt hat: RGer. IV. 18. Sept. 85 (Entsch. XII. 367).
- 11. In Betreff bes Falles, wenn ftatt bes Angeklagten eine von ihm bevollmächtigte Berson vor bem Gerichtssichreiber erscheint, um bie Revisionsrechtfertigung zu Protofoll zu erffaren, f. Note 6 a zu Buch 1 Abschn. 11 und ben bort cit. Beschl. bes RGer. II. 16. Oft. 83 (Entich. IX. 78).

§. 386.

Ist die Revision verspätet eingelegt, ober sind die Revisionsanträge nicht rechtzeitig ober nicht in der im §. 385 Abs. 2 vorgeschriebenen Form angebracht worden, so hat das Gericht, dessen Urtheil angesochten wird, das Rechtsmittel burch Beschluß als unzulässig zu verwerfen.

Der Beschwerbeführer kann binnen einer Woche nach Zustellung bes Beschlusses auf die Entscheidung des Revisionsgerichts antragen. In diesem Falle sind die Akten an das Revisionsgericht einzusenden; die Bollstreckung des Urtheils wird jedoch hierdurch nicht gehemmt.

(I. Entw. § 257; II. Entw. § 263; III. Entw. § 307.)

3u § 386.

- 1. Die hier vorgeschriebene Berwerfung ber Revision burch ben Borberrichter tritt ein:
 a) wenn die Einlegung des Rechtsmittels zu spät ersolgt ist, d) wenn eine Rechtsertigung besselben innerhalb ber gesetzlichen Frist überhaupt nicht ober c) nicht in der vorgeschriebenen Form angebracht worden ist (vgl. § 385 Note 8). Dagegensist der Vorderrichter nicht besugt, aus anderen Gründen die Revision zu verwerfen, also nicht wegen der Form der Einlegung: RGer. III. 24. Jan. 80 (Rspr. 1. 266); oder wegen des Mangels der Legitimation desjenigen, der das Rechtsmittel eingelegt zc. hat (vgl. § 360 Note 2), oder weil der Juhalt der Rechtsertigung dem § 384 nicht entspricht. Edensowenig deshald, weil die Einlegung wegen eines vorausgegangenen Berzichts auf das Rechtsmittel oder wegen der ersolgten Zurücknahme des vorher schon einmal eingelegten Rechtsmittels unzusässig erscheint: RGer. III. 21. Juni 86 (Rspr. VIII. 469), Reller S. 503, Puchelt S. 622, Stenglein S. 589; a. M. Lamm S. 26. In allen diesen Fällen steht die Berwerfung des Rechtsmittels nur dem Revisionsgericht zu.
- 2. Zur Berwerfung ber Revision gemäß Abs. 1 ist ber Borberrichter auch bann noch befugt, wenn bereits die Mittheilung der Rechtsertigung an den Gegner (§ 387) ersolgt ist und sich bemnächst ber betreffende Mangel heraussiellt. So: Keller S. 503, Puchelt S. 622; a. M. v. Schwarze S. 536, Dalde S. 262.
- 3. Der Beichluß wirb von ber Straffammer in berathenber Situng also in ber Besetung von brei Richtern (GBG. § 77), erlassen. In Betreff ber schwurgerichtlichen Straffachen vgl. § 82.
- 4. Bu Ab f. 2. vgl. § 360 Note 3, 4, 5, 7; bas bort Bemerkte finbet hier entsprechend Answendung. Gbenso bas bas. Note 6 Gesagte, jedoch mit zwei Modifikationen: bas Revisionsgericht kann, wenn es ben Beschluß bes Porberrichters aushebt, bie Sache auch an diesen zur anderweiten Beschlußfassung zurückverweisen; vgl. z. B. Wer. II. 16. Okt. 83 (Entsch. IX. 78). Und ferner unterliegt die Entscheidung bes Revisionsgerichts in keinem Falle einer Ansechtung durch Beschwerbe (§ 346 Abs. 2).
- 5. Ift bie Revifion bes Angeklagten gemäß Abs. 1 verworfen, so tann ber in Abs. 2 bezeichnete Antrag nur von jenem felbst, nicht aber zu Gunften besselben von ber Staatsanwaltschaft (vgl. § 338 Abs. 2) gestellt werben: RGer. III. 21. Dez. 82 (Ripr IV. 889).
- 6. In Betreff ber Boll ftredbarteit bes Urtheils und ber Anrechnung ber Untersjuchung shaft gilt im Falle verspäteter Einlegung ber Revision bas zu § 360 Rote 9 Bemerkte. In bem anberen Falle, wenn bie Berwerfung bes Rechtsmittels bes Angeklagten ersfolgt, weil die Revision Bantrage nicht rechtzeitig ober nicht in gehöriger Form angebracht worben, ist ber Zeitpunkt, zu welchem ber die Revision verwerfende Beschluß bes Gerichts ergangen ist, berjenige, mit welchem die Bollstreckbarkeit bes Urtheils beginnt und von welchem ab die Untersuchungshaft in Anrechnung kommt. Der § 482 sieht biesen Fall nicht vor. Es sehlt aber auch einem innneren Grunde, den S analog anzuwenden und den Zeitpunkt bes Ablaufs der Rechtsertigungsfrift ober gar den des Ablaufs der Einlegungsfrift als den maßegebenden anzusehen. Denn durch die rechtzeitig erfolgte Einlegung der Revision war die Bollstreck-

§. 387.

Ist die Revision rechtzeitig eingelegt, und sind die Revisionsantrage rechtzeitig und in der vorgeschriebenen Form angebracht, so ist die Revisionsschrift dem Gegner des Beschwerdeschrers zuzustellen. Diesem steht frei, binnen einer Woche eine schriftliche Gegenerklärung einzureichen. Der Angeklagte kann letztere auch zu Protokol des Gerichtsschreibers abgeben.

Nach Singang ber Gegenerklärung ober nach Ablauf ber Frist erfolgt burch bie Staatsanwaltschaft bie Sinsenbung ber Akten an bas Revisionsgericht.

(I. Cutm. § 258; II. Cutm. § 264; III. Cutm. § 308.)

§. 388.

Findet das Gericht, an welches die Einsendung der Akten erfolgt ist, daß die Berhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel zur Zuständigkeit eines anderen Gerichts gehöre, so hat es durch Beschluß seine Unzuständigkeit auszusprechen.

Dieser Beschluß, in welchem bas zuständige Revisionsgericht zu bezeichnen ist, unterliegt einer Ansechtung nicht und ist für das in demselben bezeichnete Gericht bindend.

Die Abgabe ber Atten erfolgt burch die Staatsanwaltschaft.
(I. II. Entw. § ...; III. Entw. § 309.)

barkeit bes Urtheils gehemmt (§ 383), und bieses burch das Berhalten bes Angeklagten (vgl. § 482 Note 1) geschassene hemmniß wird, sosen nicht eine Zurücknahme bes Rechtsmittels erfolgt, erft burch bie, das lehtere verwersende Entscheidung beseitigt. In diesem Sinne hat sich auch der preuß. Just.=Win. in einer Cirk.=Berk. v. 30. Juli 1883 ausgesprochen. Ueber die Berschiedenheit der Meinungen vgl. bes. Haas im GSaal XXXIII. S. 522 fs.

3u § 387.

- 1. Der Ausbrud "Revisionsschrift" umfaßt auch bie jum Prototoll bes Gerichtsichreibers erflärte Revisionsrechtfertigung (§ 385).
- 2. a. Mit Rudficht auf bie fur bie Gegenerklarung vorgeschriebene Frift schreibt ber 5 bie Buftellung ber Revisionsschrift vor, ohne zwischen ber Revision bes Angeklagten und berjenigen ber Staatsanwaltschaft zu unterscheiben; vgl. bagegen § 361 u. Rote 3 bas.
- b. Auch wenn bie Revifion ber Staatsanwaltichaft ju Bunften bes Angetagten (§ 338 Abf. 2) eingelegt ift, muß bie Buftellung an ben letteren erfolgen.
 - 3. Bgl. \$ 361 Rote 4.
- 4. Die Gegenerflarung bebarf ber Unterzeichnung burch einen Rechtsanwalt zc. (§ 385 216f. 2) nicht.
 - 5. "Der Angeflagte" Das ju S 385 Rote 2 Bemertte gilt auch bier.
- 6. Zu Abs. 2 vgl. § 374 Rote 4, § 338 u. insbes. noch GBG. § 136 Abs. 2 u. Rote 16, 17 bas. In Betreff bes Berfahrens findet bas zu § 362 Rote 1, 3 Bemerkte auf die Revision entsprechende Anwendung.

Au § 388.

1. a. Die Entscheidung über bas Rechtsmittel ber Revision steht nach Berschiebenheit ber Fälle bem Reich sgericht ober bem Oberlandesgericht zu; vgl. S 374 Note 4. Im einzelnen Falle kann über bie Zuständigkeit eine Meinungsverschiebenheit bestehen; biesem Umstand trägt S 388 Rechnung: er schließt die Möglichkeit seines Zuständigkeitsstreits zwischen bem Reichsgericht und einem Oberlandesgerichte aus, indem er dem in Abs. 1 gedachten Beschlusse bindende Kraft für das in ihm als zuständig bezeichnete Revisionsgericht beilegt. Sonach ift eintretenden Falles auch das Reichsgericht an den Beschluß bes Oberlandesgerichts gebunden, und zwar selbst dann, wenn es benselben für rechtsirrthumlich erachtet. Angemessener ware es wohl gewesen, die Ober-

§. 389.

Erachtet das Revisionsgericht die Bestimmungen über die Einlegung der Revision ober diejenigen über die Anbringung der Revisionsanträge nicht für beobachtet, so kan es das Rechtsmittel durch Beschluß als unzuläffig verwerfen.

Anderenfalls entscheibet es über basselbe burch Urtheil.

(I. Cutm. # 259; II. Entw. # 265; III. Entw. # 310.)

§. 390.

Der Angeklagte ober auf bessen Verlangen ber Vertheibiger ist von bem Tage ber Hauptverhandlung zu benachrichtigen. Der Angeklagte kann in bieser erscheinen ober sich burch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertheibiger vertreten lassen.

Der nicht auf freiem Fuße befindliche Angeklagte hat keinen Anspruch auf Anwesenheit.

(I. Cutm. § 260; II. Entm. § 266; III. Entm. § 311.)

landesgerichte überall an die Beschlusse bes Reichsgerichts zu binden. — Bgl. noch GBG. § 136 Rote 17.

- b. Ihrem Bortlaut nach würde die Bestimmung bes § 388 auch auf die örtliche Zusständigkeit ber verschiebenen Oberlandesgerichte zu beziehen sein; indeß wird über die lettere eine Meinungsverschiebenheit niemals obwalten können. Dertlich zuständig ist stets dasjenige Oberslandesgericht, zu bessen Bezirk das Borinstanzgericht gehört, und, wenn das an sich zuständige Oberlandesgericht an der Ausübung des Richteramts verhindert sein sollte, so würde ihm gemäß 15 (vgl. dort Rote 10) durch Beschluß bes Reichsgerichts ein anderes Oberlandesgericht zu substitutien sein.
- c. Für Preußen vgl. noch § 50 bes Ausf.:Gef. 3. GBG. v. 24. April 1878 (oben S. 12, 13) u. Note 13 bas.
- 2. Das Gericht, an welches bie Ginsendung ber Alten burch bie Staatsanwaltschaft erfolgt ift, ift zur Erlassung bes in Abs. 1 gebachten Beschlusses auch noch in ber hauptverhand: lung befugt. A. M. Boitus S. 398, 400.
- 3. Der Beschluß ift für bas in ihm bezeichnete Gericht nur insofern bindenb, als bieses bie Sache nicht an basjenige Revisionsgericht, welches benselben erlassen hat, zurückverweisen barf. Im Uebrigen aber ift bie bem Beschlusse zu Grunde liegende Auffassung für bas nunmehr besafte Gericht in keiner Beise maßgebenb; bas lettere hat vielmehr bas Rechtsmittel in ganz berselben Beise zu behandeln, wie wenn ihm bie Sache birekt zugegangen ware. Bgl. Rer. 111. 24. Apr. 84 (Rfpr. VI. 298).

3u § 389.

- 1. Das Revisionsgericht fann unter ben hier bezeichneten Boraussehungen bas Rechtsmittel burch Befcilug in berathenber Situng verwerfen. Das zu § 363 Note 1 Bemerkte finbet hier entsprechenbe Anwendung.
 - 2. "über die Ginlegung ber Revifion" hier gilt bas ju § 363 Rote 2 Gefagte.
- 3. -- "über die Anbringung der Revisionsanträge" Nach der festen Praxis bes RGer. gehört hierher auch der Fall, wenn es an einer dem § 384 Abs. 2 entsprechenden Bes gründung des Rechtsmittels fehlt, wie 3. B. wenn nur die thatsächliche Burdigung der Bes weisergebnisse angegriffen wird; so: I. 8. Dez. 79 (Entsch. I. 257. Rspr. I. 126), III. 3. Mai 86 (Rspr. VIII. 336).
- 4. Der Umftanb, bag icon ber Borberrichter bie Revifion hatte verwerfen tonnen (S 386), ift auf bie Unwenbbarfeit bes S 389 ohne Ginfluß.
- 5. Der bie Revifion verwerfenbe Befchluß bes Revisionsgerichts tann nicht angefochten werben (§ 346 Abs. 3). Bgl. § 374 Rote 5.

Ru & 390.

1. Da das Berfahren in der Revisionsinstanz wesentlich ein schriftliches ift (pgl. § 384

§. 391.

Die Hauptverhandlung beginnt mit dem Vortrage eines Berichterstatters. Hierauf werden die Staatsanwaltschaft sowie der Angeklagte und sein Bertheibiger mit ihren Aussührungen und Anträgen, und zwar der Beschwerdesührer zuerst, gehört. Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

(I. Entw. § 261; II. Entw. § 267; III. Entw. § 312.)

§. 392.

Der Prüfung des Revisionsgerichts unterliegen nur die gestellten Revisionsanträge und, insoweit die Revision auf Mängel des Verfahrens gestützt wird, nur diejenigen Thatsachen, welche bei Anbringung der Revisionsanträge bezeichnet worden sind.

Note 5. b), so ist in ber hauptverhandlung vor bem Revisionsgericht die Anwesenheit bes Angeklagten ober eines Bertreters niemals ersorberlich; rechtliche Nachtheile (vgl. § 370) sind mit ber Nichtanwesenheit nicht verbunden. Mit Rücksicht hierauf entzieht das Geset bem nicht auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten ausbrücklich den Anspruch auf Borführung zur hauptverhandlung, und zwar ohne Unterschied, in welcher Sache und an welchem Orte sich berselbe in haft besindet (vgl. § 35 Note 13). Folgerichtig kann aber auch dem auf freiem Juße besindlichen Angeklagten ein Anspruch daraus, daß wegen eines seinem Erschienen entgegenstehenden hindernisses die hauptverhandlung verlegt werde, nicht zugestanden werden; vgl. Note 20. c. (Schluß) zu Buch 2 Abschn. 1. — Sich durch einen mit Bollmacht versehenen Bertheibiger vertreten zu lassen, ist jeder Angeklagte ohne Unterschied besugt.

2. Die Bertheibigung ift in ber Revisionsinstanz unbeschränkt zuläffig, und insbes. barf aus ber Fassung bes S ("ober sich") nicht gefolgert werben, bag nicht auch neben bem erschienenen Angeklagten ein Bertheibiger auftreten burfe. Die Nothwenbigkeit ber Bertheibigung besteht in ber Revisionsinstanz nicht (§ 140 Note 11. a); auch wirb für bas Revisionsgericht nicht leicht ein Anlas vorliegen können, bem Angeklagten ein Bertheibiger zu bestellen (§ 141). Die Braris bes Reichsgerichts stimmt hiermit überein (Buchelt S. 631).

3. Der Angeklagte muß, auch wenn er sich nicht auf freiem Fuße befindet, von dem Tage und ber Stunde ber hauptverhandlung benachrichtigt werden. Die Benachrichtigung ift ihm zuzustellen (§ 35). Es wird fich empfehlen, in ihr darauf hinzuweisen, daß es seines Erischeinens nicht bedarf. — Eine Benachrichtigung des Bertheibigers findet nur statt, wenn sie vom Angeklagten beantragt wird; in diesem Falle braucht nach dem Wortlaut des Gesets ("ober") eine Benachrichtigung des Angeklagten selbst nicht zu erfolgen; gl. A. Puchelt S. 630. Lamm a. a. D. S. 34.

4. In Betreff bes Falles, wenn bas Rechtsmittel von einer ber in § 340 bezeichneten Berfonen eingelegt ift, f. bort Rote 5.

3u § 391.

- 1. Bgl. § 390 Rote 1, 2.
- 2. Die Mot. S. 214 sagen: "Ueber bie Hauptverhandlung selbst bedurfte es nur weniger Bestimmungen. Das Sachverhältniß, soweit es für die Entscheidung in Betracht kommt, sowie Beschwerbegründe werben mittels eines von einem der mitwirkenden Richter zu erstattenden Berichts zur Kenntniß des Gerichts gebracht. Hieran schließt sich die Anhörung der Staatsansanwaltschaft und des etwa erschienen Angeklagten oder Bertheidigers, wobei der Beschwerdesührer, wenn er anwesend ist, zuerst gehört werden soll. Im Uebrigen sinden die für die Hauptverhandlung erster Justanz geltenden Regeln entsprechende Anwendung, insbesondere auch hinsichtlich der Vessenzlichkeit des Bersahrens."
- 1. Darüber, bag bas Revisionsgericht noch in ber hauptverhandlung auch über bie Bulässigteit bes Rechtsmittels zu befinden hat, f. § 389 Rote 1 u. § 363 Rote 1.

Eine weitere Begründung der Revisionsanträge, als die im §. 384 Abs. 2 vorgeschriebene, ist nicht erforderlich und, wenn sie unrichtig ist, unschäblich.

(I. Cutm. § 262; II. Cutm. § 268; III. Cutm. § 313.)

§. 393.

Insoweit die Revision für begründet erachtet wird, ist das angefochtene Urtheil auszuheben.

Gleichzeitig sind die dem Urtheile zu Grund liegenden Feststellungen aufzuheben, sofern sie durch die Gesetzesverletzung betroffen werden, wegen deren die Aufhebung des Urtheils erfolat.

(I. Cutm. § 264; II. Cutm. § 270; III. Cutm. § 315.)

- 2. Ueber bie Bebeutung ber Befchrantung, welcher bie Prufung bes Revifionsgerichts burch § 392 unterworfen wirb, wgl. bie Roten ju § 384 insbes. Rote 3, 4, 6.
- 3. Bezüglich ber That sachen, in benen Mangel bes Berfahrens gefunden werden, vgl. § 376 Note 2. b und 5. c, sowie bezüglich bes Beweises bieser Thatsachen: § 384 Note 5. c, § 274 u. Note 2 das. Insoweit es banach auf andere Beweise als auf den Inhalt bes Situngs-protofolls der Borinstanz überhaupt ankommen kann, ist es ganz dem Ermessen des Revisionszgerichts überlassen, auf welchem Bege es die Feststellung der betr. Thatsachen bewirken will. Insbes. gilt der Grundsat der Mündlichkeit (§ 249) für die Beweiserhebungen des Revisionszgerichts nicht; dasselbe kann sich mit schristlichen Erklärungen der zu bestragenden Bersonen bez gnügen und die etwa ersorderlichen förmlichen Bernehmungen in allen Fällen durch einen bezauftragten oder ersuchten Richter bewirken. Bgl. noch § 369 Note 6.

3u § 393.

- 1. Die Entscheibung bes Revisionsgerichts lautet, falls bie Revision für begründet erachtet wirb, auf Aufhebung bes angesochtenen Urtheils, anderenfalls auf Berwerfung ber Revision.
- 2. Das angefochtene Urtheil ift nur insoweit aufzuheben, als die Revision für begründet befunden wird; es kann also auch eine gemischte Entscheidung ergehen, b. h. eine theilweise Berwerfung des Rechtsmittels erfolgen. Hierüber sagen die Mot. S. 215: "Die Aushebung braucht sich nicht nothwendig auf das ganze Urtheil bezw. auf den ganzen mittels der Revision angegriffenen Theil besselben zu erstrecken; sie trifft vielmehr die Entscheidung nur insoweit, als diese auf einer Berlehung des Gesehes beruht. Hinsichtlich eines etwaigen von dieser Berlehung nicht berührten Bestandtheils der Entschung sist das Rechtsmittel zu verwerfen."
- 3. a. In jebem Urtheil, welches eine Enticheibung fiber bie Strafbarteit bes Angeflagten ents halt, lagt fich zwischen ben ihm zu Grunde liegenden Feststellungen — worunter in schwurgerichtlichem Berfahren ber Spruch ber Geschworenen zu verstehen ist — und ber auf sie gegrüus beten weiteren Entscheidung des Gerichts unterscheiben (vgl. § 266 Note 2, 3, § 316 Note 1). In manchen gallen bat bie bem Urtheil anhaftenbe Richtigfeit ihren Sit lebiglich in ber lettgebachten Enticheibung, währenb fie bie Festikellungen unberührt läßt; alsbann liegt ein Grunb, auch bie letteren mit aufzuheben, nicht vor, und ber Anspruch bes Beschwerbeführers tann nur babin gehen: daß unter Zugrundelegung ber getroffenen Feststellungen ein neues Urtheil an Stelle bes aufgehobenen erlaffen werbe. Dem entfprechend foll "ber Revifionsrichter, wenn er eine aufhebenbe Entideibung erläftt, gleichzeitig bie Ginwirfung ber von ihm gefundenen Befetesverlezung auf die dem Urtheil zu Grunde liegenden Feststellungen prufen und, soweit er biefe letteren burch jene Berletung fur betroffen erachtet, fie ausbrudlich aufheben" (Dot. S. 215). Befteht bie vorliegende Gefetesverletung in einem prozessualen Berftoge, fo kommt es barauf an, ob berfelbe innerhalb bes ber Refiftellung porangegangenen und ihr jur Grunblage bienenben Berfahrens liegt; bies ift 3. B. nicht ber fall, wenn in einer ichmurgerichtlichen Berhanblung in bem auf bie Bertunbung bes Spruches folgenben weiteren Berfahren (§ 314 Abf. 2) bem Angeflagten mit Unrecht bas Bebor verfagt worben ift. hanbelt es fich um eine Gefetesverletzung materiellrechtlicher Ratur, fo fommt es barauf an, ob biefelbe innerhalb bes Bereiches ber Felt-

ftellung (vgl. § 266 Note 3) bezw. ber Fragestellung liegt ober ob bie unrichtige Gesetesanwendung ausschließlich bei der auf die Fesistellung solgenden weiteren Entscheidung flattgefunden hat. Ein Fall der ersteren Art liegt u. A. vor. wenn die Feststellung bezw. Fragestellung die gesetlichen Merkmale des Thatbestandes nicht erschöpft, also unvollständig ist, wogegen ein Fall der zweiten Art vorliegt, wenn das Gericht das Strasgeset angewendet hat, odwohl die Geschworenen eines der wesentlichen Merkmale des Thatbestandes verneint haben. Fälle der zweiten Art sind serner z. B. die, wenn das Gericht auf Strase ersannt hat, odwohl der zur Strasperfolgung erforderliche Antrag sehlt, oder wenn es den Ablauf der Berjährung nicht beachtet hat.

b. In Ansehung einer und berselben That eines und besselben Angeklagten ift eine theil: weise Aufhebung ber bie Schulbfrage betreffenden Feststellungen ausgeschloffen; die Ente Schulbfrage kann nur eine einheitliche fein: RGer. IL 16. Jan. 80 (Entsch. L. 81), III. 21. Mai 81 (Entjas. IV. 190), III. 30. Juni 80 (Entjas. II. 289, Ripr. II. 137). Gine Ausnahme erleibet dieser Sat nur in dem Falle, wenn der Borberrichter die That nach verschiebenen Qualifikationen gepruft und bezüglich ber ichwereren eine negative, bezüglich ber minber fcmeren eine positive Feststellung getroffen hat, die Gefepesverlehung aber von ber Art ift, bag fie bie erstere Feststellung unberuhrt lagt, ein Fall, ber im fowurgerichtlichen Berfahren vermoge ber Fragestellung befonders hervortritt (Berneinung ber hauptfrage, Bejahung ber Bulfsfrage). Ift 3. B. ber Angeklagte burch ben Geschworenenspruch bes wissenklichen Reineibs für nichtschuldig, bagegen bes fahrlaffigen Deineibes fur foulbig erflart und befteht bie Befehesverlegung barin, bag bie bejahte Bulfsfrage bie Mertmale bes gejeglichen Thatbestanbes nicht ericopft, fo bleibt bie verneinte hauptfrage und bie bezügliche Antwort hiervon unberührt und insoweit also ber Spruch bestehen. Liegt bagegen die Gesehesverlehung in der Beweisaufnahme, 3. B. in der Richt: beeibigung von Beugen, fo wird hiervon ber gange Spruch gleichmäßig betroffen, fo bag er im gangen Umfange aufzuheben ift. hierbei tommt es auch nicht (wie in ben fruheren Auft. bes Romm. angenommen worben) barauf an, von welcher Seite bas Urtheil angefochten ift; benn bie ju Gunften bes Angeflagten eintretenbe relative Rechtsfraft fieht nur einer Bericarfung ber Strafe, nicht aber einer schwereren Qualifizirung ber That entgegen (§ 398 Abs. 2). Ebenso: wenig aber ift ber Umftanb von Ginflug, bag bie Revifion bes Angeklagten nur gegen ben ibm ungunftigen Theil bes Spruches gerichtet ift und nur infomeit bie Aufhebung bes Urtheils bezwedt; biefer Umftand allein macht bie Befcmerbe noch nicht, wie Stenglein S. 594 meint, zu einer beschränkten im Sinne ber SS 384, 392. Der Revisionsantrag fann, ba bie Berneinung ber ichmereren Qualification in ber Urtheilsformel nicht jum Ausbruck tommt (§ 259 Note 6), sich nur gegen bie lettere als Ganzes richten (f. 384 Rote 3), also eine Beschräntung bes Revifionsrichters in ber Brufung ber Sache (8 392) nicht zur Folge haben; eine folde Befcrantung tann vielmehr nur burch bie Revifionsbegrundung bewirft werben. Richt auf ben 3med ber Befcomerbe, fonbern auf ben Raufalgufammenhang amifchen ber Gefetesverletung und ben einzelnen Feststellungen tommt es an, wie auch aus bem Wortlaut bes \$ 393 ("fofern fie - betroffen werben") hervorgeht. - Unbegrunbet ift es ferner, wenn Stenglein a. a. D. eine theilweise Aufhebung ber gentiellungen nur im ichwurgerichtlichen Berfahren julaffen will, weil "ber Geichmorenenspruch icon ein wefentlicher und befinitiver Theil bes Urtheils" fei; benn bie feft stellungen ber landgerichtlichen Erkenntniffe bilben in ganz gleicher Beife wie bie Geschworenen: fpruce bie Elemente bes Urtheils (vgl. § 266 Rote 2), und in § 393 ift irgent ein Anhalt für bie Unterfcheibung amifchen fcmurgerichtlichen und nichtschungerichtlichen Straffachen nicht gegeben. — In ber Jubikatur bes RGer. hat bie hier erörterte Frage eine grunbfatliche Löfung anscheinend noch nicht gefunden; vgl. III. 5. Mai 80 (Entich. II. 45, Ript. I. 732), III. 3. Nov. 80 (Rfpr. II. 437).

c. In Betreff ber Bebeutung, welche bie von ber Aufhebung ausgeschloffenen Feststellungen für bie anberweite Berhanblung und Enticheibung ber Borinstang haben, f. § 394 Rote 6. a.

^{4.} Sind wegen eines Deliftes mehrere Strafen nebeneinander verhangt, fo hat ein, bie eine Strafe betreffender Rechtsirrthum bes Borberrichters die Folge, daß die Straffefiehung in

§. 394.

Erfolgt die Aufhebung des Urtheils nur wegen Gesetzesverletzung bei Anwendung des Gesetzes auf die dem Urtheile zu Grund liegenden Feststellungen, so hat das Revisionsgericht in der Sache selbst zur entscheiden, sosern ohne weitere thatsächliche Erörterungen nur auf Freisprechung oder auf Sinstellung oder auf eine absolut bestimmte Strafe zu erkennen ist, oder das Revisionsgericht in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft die gesetzlich niedrigste Strafe für angemessen erachtet.

In anderen Fällen ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheisbung an das Gericht, dessen Urtheil aufgehoben ist, oder an ein, demselben Bundesstaate angehöriges, benachbartes Gericht gleicher Ordnung zurückzuverweisen.

Die Zurückverweisung kann an ein Gericht niederer Ordnung erfolgen, wenn die noch in Frage kommende strafbare Handlung zu bessen Zuständigkeit gehört.
(1. Entw. § 266; II. Entw. § 271; III. Entw. § 316.)

Ru § 394.

2 n 21 bi. 1

ihrem ganzen Umfange aufgehoben werben muß; eine Sonderung der einzelnen Strafen ift hier nicht ftatthaft, da die anderweite Festsehung der einen dem Borderrichter vielleicht Anlaß geben kann, auch die zweite anders, als zuvor geschehen, zu bestimmen: MSer. II. 2. Nov. 83 (Mpr. V. 663). — hat ein Urtheil den Thatbestand mehrerer Deliste sestgestellt und eine Gestammtstrase und wird dasselbe nur theilweis, nämlich in Betreff der einen Feststellung und der Gesammtstrase, ausgehoben, so bleiben neben den von der Aushebung ausgesichlossene Festsellungen auch die auf letzere bezüglichen Einzelstrafen (als solche) bestehen, so daß deren Bemessung sowohl für den Revisionsrichter wie auch für den aufs Neue (§ 394 Abs. 2) erkennenden Borderrichter bindend ist: MGer. III. 23. Apr. 81 (Entsch. IV. 140).

^{5.} Abweichend von dem in dem größeren Theile Deutschlands in Geltung gewesenen Recht ichreibt die StPD. nicht vor, daß bei Ausbedung eines Urtheils wegen prozessualischer Mängel das Revisionsgericht auch die gänzliche oder theilweise Ausbedung des ftattgehabten Bersfahrens auszusprechen habe (vgl. Mot. S. 215). Eine berartige Borschrift erscheint in der That überstüssig. Denn einerseits versieht es sich, daß, insoweit in der Borinstanz eine anderweite Entischung zu erlassen ist, auch das zur Erlassung und Begründung derselben ersorderliche Berssahren erneuert werden muß, und andererseits ist hervorzuheben, daß die Ausbedung des Urtheils wegen prozessualer Mängel und die Rothwendigkeit der Erneuerung des Bersahrens einander leineswegs beden, diese Rothwendigkeit vielmehr auch dann eintritt, wenn die in dem Urtheil enthaltene Feststellung auf einer Gesetzesverlehung materiellrechtlicher Natur beruht und bemzusolge eine neue Feststellung getrossen werden muß. Das Rähere über die Erneuerung des Bersahrens i. zu § 394 Rote 6. b.

^{6.} In bem Falle, wenn bas Urtheil von mehreren Seiten angesochten ift, findet bas zu § 369 Rote 2 Bemerkte auch auf die Revision entsprechende Anwendung. Der Revisionszichter barf von der Brüfung der Beschwerbe des einen Prozestbetheiligten nicht beshalb Abstand nehmen, weil schon in Folge der Beschwerbe eines an beren die Aushebung des Urtheils und die Zurückverweisung in die Borinstanz eintreten muß; vielmehr ist eine unbegründete Beschwerde auch im Falle der Aushebung und Zurückverweisung ausdrücklich zu verwerfen; vgl. § 398 Rote 5. Gl. A. Stenglein S. 595.

^{7.} In Betreff ber Roften vgl. § 505 Rote 2.

^{1.} a. Gleichwie bei ber Beurtheilung ber Revifionebefchwerbe (§ 376 Rote 2), fo ift auch bei ber mit ber Aufhebung bes Urtheils verbunbenen weiteren Entscheidung bie thatfachliche Burbigung bes vorliegenben Straffalles bem Revifionsrichter entzogen (vgl. jeboch Rote 5);

berselbe tann weber eine Feststellung treffen, noch eine von bem Borberrichter getroffene anbern ober auch nur erganzen, und zwar auch bann nicht, wenn eine solche Erganzung nach bem In: halt ber Alten sachlich unbebenklich erscheint. Die nothwendige Boraussehung einer von bem Revisionsrichter zu erlassenben Entscheidung "in ber Sache selbst" (biefer Ausbruck bezichnet hier nur ben Gegensatz zu ber Entscheidung über bas Begründetsein ber Revision; vgl. Rote bift also zunächt die: baß die Festkellungen des ausgehobenen Urtheils von ber Ausbeung nicht betroisen werden, sondern ohne Aenderung ober Erganzung bestehen bleiben (§ 38-Abs. 2) und baß die neue Entscheidung lediglich die rechtlichen Folgen dieser Feststellungen zum Gegenstande hat; vgl. jedoch Note 2. a.

b. Die zweite Boraussehung aber ist die: daß die Ausbehung des Urtheils nur wegen Sesessverlehung bei Anwendung bes Gesehes auf die Feststellungen, nicht aber wegen eines Mangels des Bersahrens erfolgt. Findet die Ausbehung wegen eines Mangels des Bersahrens statt, so ist, auch wenn die Feststellungen aufrechterhalten werden, die Zurückverweisung der Sache in die Borinstanz unerläßlich, weil alsdann der betr. Theil des Bersahrens in der dem Seche entsprechenen Weise erneuert werden muß. Ein Fall dieser Art ist der, werm nach der Bersahrens dung des Spruchs der Geschworenen dem Angeklagten mit Unrecht das Gehör (§ 314 Abs. 21 versagt worden ist, demzusolge aber das ergangene Urtheil unter Anfrechterhaltung des Spruches ausgehoben wird. A. M. v. Kries S. 270 ff.; vgl. jedoch gegen ihn: Stenglein S. 596.

2. a. In Betreff ber Befugnig bes Revisionsrichters auf Freifprechung (vgl. § 259 Ront) au erkennen, ift amiichen ben ichwurgerichtlichen und ben landgerichtlichen Urtheilen ju unter fceiben. Bei Aufbebung eines ichwurgerichtlichen Urtheils tann bie gleichzeitige Freifpredung nur erfolgen, wenn ein rechtlich fehlerfreier Spruch porliegt, aus welchem fich ohne Beiteres bie Nothwendigkeit ber Freisprechung ergiebt. Gin fall biefer Art ift ber, wenn bie Geschworenen eines ber wesentlichen Merkmale bes gefehlichen Thatbestanbes verneint haben, bas Gericht abr vermöge einer irrthumlichen Auffaffung bennoch ben Angeflagten verurtheilt bat. Uebrigens ift auch in einem folden Falle bie Burudverweisung ber Sache an bas Schwurgericht nothwenbig. wenn ben Geschworenen eine Bulfsfrage vorgelegt mar, beren Beantwortung mit Unrecht unter: blieben ift (val. § 305 Rote 4). -- Bei ben landgerichtlichen Urtheilen verhalt es fich infoiem anders, als bei ihnen bie Subsumtion ber feftgeftellten Thatfachen unter bas Strafgefet ber Brufung bes Revifionsrichters unterliegt, was in ichwurgerichtlichen Straffacen nicht ber gal if (8 376 Note 4. a). hier nun hat die Braris des RGer. fic babin entwidelt, bag baffelbe in ber Regel auf Freisprechung erkennt, wenn jene Subsumtion in bem einen ober anberen Bunte für rechtsirrthumlich befunden mirb und bemaufolge es an einem ber mefentlichen Derfmale bet gefehlichen Thatbeftanbes fehlt, wie 3. B. an ber Bermogensbeschabigung bei ber Anfchulbigung bei Betruges ober an ber rechtmäßigen Aufübung bes Amtes im galle bes § 113 bes SteB. Die gebachte Braris ergiebt fich aus jahlreichen Urtheilen bes Reer., ift indeß aus ben gebruden Sammlungen nur in geringem Dage ju fonstatiren, ba in letteren ber an bie Aufhebung eines Erkenntnisses sich anschließende weitere Ausspruch des RGer. meistens nicht angegeben, eine Ent: scheibung aber, in welcher bie Boraussehungen einer Freisprechung burch ben Revisionstichter grunbfahlich erörtert maren, anfcheinend noch nicht ergangen ift. Beispiele f. jedoch in III. 11 De. 84 (Entsch. XI. 342, Ripr. VI. 793), III. 12. Oft. 85 (Entsch. XIII. 8). Dit ber Borichite bes § 394 vereinbar ist jene Praris allerbings nur bann, wenn man unter ben "bem Urtheil ju Grunbe liegenben Feftstellungen" lediglich bie Feftstellung ber fur bewiefen erachteten tonfreten Thatsachen, nicht aber die (bem Spruche ber Geschworenen entsprechende) bereits die Subsumtion ber Thatfachen unter bas Gefet enthaltenbe Schluffeftftellung (§ 266 Rote 4. a) verfteht. Gine berartige Auslegung bes § 394 erscheint an fich nicht unzulässig und findet in ben Borten: "ohne weitere that fachliche Erörterungen" eine gewiffe Unterftütung. Auch fpricht für bie alb: balbige Freisprechung in ben gebachten Fällen bie Erwägung, baß bie Rurudverweisung in bie Borinftang etwas Müßiges ift, wenn burch bie, für bie lettere binbenben (§ 398 Mbf. 1) Ausführungen bes Revisionsurtheils bie neue Entscheibung in ber Sache selbst berartig genau vorgezeichnet ift, bag weber irgenbwelcher Raum für eine eigene Entschließung bes Borberrichters, noch

irgendwelcher Stoff für eine anderweite Berhandlung (§ 394 Abs. 2) übrigt bleibt. Indeß laffen nich gegen jene Auslegung auch Bebenten erheben. Bunachft fest bie alsbalbige Freifprechung poraus, baf bie Moglichfeit, bie That unter ein anderes Strafgefet gu fubfumiren, vollig ausgeidloffen ift (pal. cit. Urth. III. 11. Dez. 84); in ber Brufung biefer Moglichteit aber ift nothwendig auch eine Betrachtung bes rein Thatfächlichen bes Falles enthalten. Und ferner murbe iene Auslegung, wenn fie ber Abficht bes Geletes entspricht, nicht blos in ben Rallen, in benen bie Revifion ju einer Freifprechung führt, fonbern in allen gallen gleichmäßig Blat greifen muffen, alfo auch bann, wenn ber Borberrichter vermöge eines Rechtsirrthums in ben von ibm ieftgeftellten tontreten Thatfachen gewiffe Mertmale bes gefehlichen Thatbeftanbes nicht gefunben und bemaufolge eine negative Schluffeftftellung getroffen bat. In einem folden galle murbe ber Revisionsrichter folgerichtig für berufen erachtet werben muffen, die vom Borberrichter (polifianbig) iefigeftellten tonfreten Thatfacen unter bas Strafgefet ju fublumiren, b. b. eine politive Soluk: iefifiellung zu treffen (gleich wie er bei einer Freisprechung sachlich eine negative trifft) und fobann, fofern er in Uebereinftimmung mit ber Staatsanwalticaft bas gefetliche Strafminimum für anwendbar erachtet (Rote 5), auf Strafe zu erfennen; biefe Ronfegueng aber mirb, fomeit erfichtlich, von bem RGer. nicht für annehmbar erachtet.

Erfolgt die Aufhebung eines Urtheils aus bem Grunde, weil die getroffene Feststellung die Rertmale bes gefehlichen Thatbestandes nicht erschöpft, also unvollständig ift und die Answendung bes Strafgesets nicht rechtfertigt, so ift eine Freisprechung seitens des Revisionsrichters ausgeschlossen; in diesem Falle muß die Zuruchverweisung in die Borinstanz nothwendig stattsinden, damit nunmehr bezüglich der übergegangenen Merkmale die erforderliche (positive ober negative) gestiellung getroffen werbe. hier hat der Borderrichter nicht lediglich "bei Unwendung des Gesiebes auf die Keststellung" gesehlt; vielmehr ift die letztere selbst eine fehlerhafte; vgl. noch \$263 Rote 6.

- b. Insoweit auf Grund ber getroffenen Feststellungen eine theil weise Freisprechung einetten muß, ift auch auf biese von bem Revisionsrichter selbst zu erkennen. hierher gehört anch ber Fall, wenn ber Borberrichter neben ber im Gesetze angedrohten Strase noch eine bei dem vorzlegenden Delikt nicht statthafte Rebenstrase, z. B. ben Berlust ber bürgerlichen Ehrenrechte ober bie Zulässigleit von Polizeiaussicht, verhängt hat; in einem solchen Falle hat der Revisionszichter bahin zu erkennen, daß die unstatthafte Rebenstrase in Begsall zu bringen (vgl. Puchelt S. 641). Das Gesagte sindet auch auf die Berurtheilung zur Tragung der Kosten entsprechende Anwendung. Bgl. die Noten zu § 502.
- 3. Mit bem Ausbrud" "Ginftellung" umfaßt bas Gefet hier alle bie galle, in benen weber auf Berurtheilung noch auf Freisprechung zu erkennen, insbes. also bie, in benen bie Unsulässigfeit ber Strafverfolgung auszusprechen ift; vgl. § 259 Note 4.
- 4. Eine absolut bestimmte Strafe ift junachft biejenige, bei beren Berhangung bas Strafgejet bem richterlichen Ermeffen einen Spielraum nicht gewährt. Es gehoren bierber insbef. biejenigen Gelbstrafen, bie in bem mehrfachen Betrage einer hinterzogenen Abgabe ober bes Berthes beftimmter Objette zc. befteben (vgl. § 1 Rote 4. c). Auch auf abfolut bestimmte Reben ftrafen findet bie Bestimmung entsprechenbe Anwenbung: ift 3. B. bei einer Berurtheilung megen Dein: eibes bie Revifion pon ber Staatsanwalticaft beshalb eingelegt, weil bas Bericht es unterlaffen hat, auf die Unfabigfeit bes Berurtheilten jum eiblichen Zeugniß ac. (StBB. § 161) ju erfennen, io ift (falls nicht ein sonftiger Grund bie Burudverweisung ber Sache bebingt) biese Unfabigfeit nunmehr von bem Revifionsgericht felbft auszusprechen. - Ferner aber hanbelt es fich um eine absolut bestimmte Strafe, wenn burch bie prozessuale Sachlage, wie biese fich fur ben Revifionsrichter gestaltet bat, jedes Ermeffen beffelben bezüglich ber Art ber Sobe ber zu verhangenben Strafe ausgeschlossen ift, wie 3. B. wenn nach Aufhebung einer Gefammtstrafe nur eine Einzelstrafe übrig bleibt, beren Bemeffung als rechtstraftig anzuseben ift; val. § 393 Rote 4; a. D. Binbing S. 197. — Auch bann hat bas Revifionsgericht in ber Sache felbft ju enticheiben, wenn auf Grunb ber Feffellungen bes Borberrichters ber Angeflagte eines in ber Urtheilsformel übergangenen Delitis für ichulbig ju ertennen, an ber ausgesprochenen Strafe jeboch bieferhalb nichts ju änbern ift: Reer. II. 17. Dai 81 (Entich. IV. 179, Ripr. III. 307).

- 5. Die Befugniß bes Revisionsgericht, auf bas niebrigste Maß einer nicht absolut bestimmten Strase zu erkennen, stellt eine, sebiglich auf Gründen der praktischen Zwedmäßigkeit beruhende Abweichung von dem Prinzipe dar, nach welchem das Rechtsmittel der Revision sonstruit ist; vgl. § 376 Rote 2. a. (Schluß). Macht das detr. Strasgeset die Berhängung einer geringeren Strase von dem Borhandensein milbernder Umstände abhängig, so kann die Bestugniß des Revisionsgerichts, in der Sache selbst zu entscheiden, nur unter der Boraussehung Blatz greisen, daß der Borderrichter das Borhandensein milbernder Umstände sestgestellt hat; der Revisionstrichter kann darüber, ob solche vorliegen, weder im positiven, noch im negativen Sime eine Entscheidung tressen; vgl. Roer. II. 19. Okt. 80 (Entsch. II. 355, Rspr. II. 353).
- 6. a. Durch die Zurüdverweisung in die Borinstanz wird ber Borderrichter mit der Sache insoweit von Reuem besaßt, als die Ausbedung des früheren Urtheils reicht (§ 393). Feststellungen des letzteren (vgl. Rote 3 das.), auf welche sich die Aushebung nicht ersteckt, sind rechtskräftig und bleiben als Grundlagen des neuen Urtheils bestehen; sie können eine Anderung selbst dann nicht ersahren, wenn sie nach dem Ergebniß der neuen Berhandlung unrichtig erschenen: Roer. I. 29. Sept. 81 (Ripr. III. 561), III. 3. Nov. 82 (Entsch. VII. 176). Zu den "Feststellungen" gehört übrigens der Ausspruch: daß milbernde Um ftande vorhanden oder nicht vorhanden seien, nicht; in Betress dieser hat der aus Reue erkennende Borderrichten ebenso freie Hand wie hinsichtlich der Straszumessungsgründe: Roer. F. 27. Juli 83 (Entsch. IX. 98), IV. 12. Juni 85 (Ripr. VII. 378); vgl. I. 7. Febr. 81 (Entsch. III. 319, Ripr. III. 14). In Betress des Bestehenbleibens von Einzelstrasen bei Aushebung einer Gesammtstrase s. 8393 Rote 4 a. E.
- b. Die neue Enticheibung ber Borinftang muß auf Grund einer neuen Berhanblung ergeben (pal. S 393 Rote 4). Bieweit fich bie Erneuerung ber Berhanblung ju erfireden hat , hangt bavon ab , ob und wieweit bie Feststellungen bes aufgehobenen Urtheils aufrecht er halten find. 3ft 3. B. ein ichwurgerichtliches Urtheil unter Aufrechterhaltung bes Geichwormen fpruches aufgehoben, fo ift nur basjenige Berfahren ju erneuern, welches auf bie Berfunbung bei Spruches folgt (f 314 Abs. 2); in biesem Falle erkennt bas Schwurgericht ohne Zuziehung von Gefcmorenen, b. h. ohne Bilbung einer Gefcmorenenbant: RGer. II. 14. Deg. 86 (Ripr. VIII. 760). Im Uebrigen ift es sowohl in ichwurgerichtlichen wie in anberen Straffachen bem Bericht unbenommen, auch lediglich wegen ber Strafzumeffung noch eine Beweiserhebung vorzunehmen; fo : RGer. I. 7. Febr. 81 (Entfc. III. 319, Rfp. III. 14), Reller S. 512, Dalde S. 265, Puchi S. 643, Binding S. 197; a. M. v. Kries S. 273. — Jusoweit die Aufhebung bes Urtheils die Beftftellungen mit ergriffen hat, muß eine neue vollständige Berhandlung stattfinden; daß die frührte Berhanblung nicht bie Grunblage ber neuen Fesistellungen bilben tann, folgt aus bem Prinzip ber Münblichkeit (vgl. SS 225, 228 u. bie Noten baf.) von felbft. Demgemäß barf bie ueue Ba: handlung und die neue Feststellung sich nicht auf diejenigen Bunkte beschränken, die von ben Revifionsgericht fur mangelhaft befunden find und ben Anlag jur Aufhebung bes fruberen Unbeile gegeben haben; RGer. I. 13. Mai 80 (Ripr. I. 767), III. 30. Juni 80 (Enifch. II. 289. Mfpr. II. 137). Ueberhaupt ift bie neue Berhandlung eine felbftftanbige und feineswegs nur als eine Bieberholung ber früheren anzuseben; Die lettere bat insoweit, als die Aufhebung ber Enticheibung reicht, ihre rechtliche Eriftenz verloren. Insbef. ift hinfichtlich bes Umfangel ber Beweisaufnahme bas frubere Berfahren nicht maggebend, vielmehr bas Borbringen neuer Anfüh: rungen und Beweise ohne Ginichrantung ftatthaft und ber Grundfat bes § 245 (vgl. bort Rote 1) wieberum in vollem Dage anwendbar. Bgl. noch § 66 Rote 2 b.
- c. Soweit die Aufhebung bes früheren Urtheils reicht (a., ift auch die neue Enticheis bung von ber aufgehobenen unabhängig und ber Grundfat bes § 263 wieberum maßgebend; eine Einschränkung erfährt dies nur durch die Bestimmungen bes § 398; vgl. Rer. I. 17. Oft. 81 (Entich. V. 134, Ripr. III, 627). Ist bei Aufhebung eines schwurgerichtlichen Urtheils zugleich ber Geschworen en spruch ausgehoben worben, so wird bamit auch die frühere Fragestellung hinfällig, und für die neue Fragestellung ift lediglich die nunmehrige Sachlage maßgebend.

- 7. a. Ob bie Sache an basjenige Gericht, beffen Urtheil aufgehoben ift, ober an ein an = beres gurudguverweisen, unterliegt lediglich bem Ermeffen bes Revisionsgerichts. - 3m Falle ber Burudverweisung an bas erfigebachte Bericht find biejenigen Richter, welche bei ber aufgea hobenen Enticheibung mitgewirft haben, von ber Mitwirfung bei ber neuen Enticheibung nicht ausgeschloffen (vgl. § 23); auch fteht es bem Revisionsgericht nicht zu, für ben einzelnen Sall eine solche Ausschließung im Urtheil anzuordnen. Dem entsprechend tann das Revisionsgericht auch nicht bie Burudverweifung an eine anbere Straftammer beffelben Gerichts ausfprechen; bas Besteben einer Debrzahl von Straffammern ift lebiglich eine innere Angelegenheit bes Lanb: gerichts (vgl. GBG. § 59 Rote 3). Hieraus folgt übrigens auch umgekehrt, daß die neue Berhandlung por einer anberen Straffammer stattfinden barf: RGer. III. 9. Apr. 81 (Rfpr. III. 216). Gine ausmartige Straffammer (BBG. § 78; vgl. bort Rote 4) ift jeboch als ein "an= beres Gericht" im Sinne bes \$ 394 anzuseben; biefer Auffassung entspricht neuerbings bie Braris des RGer., insofern dasselbe bei Ausbebung von Urtheilen einer solchen Straftammer oftmals bie Sace an basjenige Landgericht verweift, zu bessen Bezirk die Straftammer gehört. In berartigen Fallen barf nicht, wie bies einigemal gescheben, bas Lanbgericht bie Atten wieberum an bie Straftammer abgeben, weil bie Sache in beren Begirt gebore.
- b. Das anbere Gericht, an welches bie Sache zurudverwiesen wirb, muß ebenbemselben Bundesstaate angehören, welchem bas früher besaste Gericht angehört; auch muß es ein biesem Gericht benachbartes sein. Durch die lettere Borschrift hat man namentlich ein willfürliches Aussichen bes zu besassen Gerichts ausschließen wollen. Endlich muß bas zu besassenber Gericht ein zum Bezirk bes Revisionsgerichts gehöriges sein. Bgl. § 395 und Note 2 bas.
 - c. "Gericht gleicher Orbnung" hierzu vgl. § 395 Rote 2.
- d. Daß im Falle ber Aufhebung eines in ber Berufungsinstan; erlaffenen Urtheils bie Inrudverweisung nur an ein Berufungsgericht, nicht aber in bie erfte Instan; erfolgen tann, ergiebt fich aus § 380 in Berb. mit § 369 Abs. 2.
 - e. Bgl. § 13 Rote 2 b.

Bu Abs. 3.

- 8. Bahrend bie in Abs. 2 zugelassene Berweisung an ein anderes Gericht nur die örtliche Bustanbigkeit berührt, handelt es sich in Abs. 3 um eine Beränderung der sachlich en Zuständige teit. Die Bestimmung hat den Fall im Auge, wenn in dem aufgehobenen Urtheil die That in minder schwerer Beise als in dem Eröffnungsbeschlusse qualifizirt ift und sie in dieser Gestalt zur Zuständigkeit eines Gerichts niederer Ordnung gehört; ebenso trifft die Bestimmung den andern Fall, wenn ein leichteres Delist nur auf Grund des Zusammenhanges mit einem schwerren vor ein Gericht höherer Ordnung gebracht war (SS 2-4) während die neue Berhandlung nur noch das erstere zum Gegenstande hat. In beiden Fällen ist übrigens die Berweisung an das Gericht niederer Ordnung eine lediglich in das Ermessenlichen bes Revisionsgerichts gestellte, aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit zu beschließende Maßregel.
- 9. Die Berweisung ber Sache an ein Gericht nieberer Ordnung muß für ausgeschlossen erachtet werben, wenn bei Ausbebung bes angesochtenen Urtheils Feststellungen aufrecht ershalten find, welche bem neuen Urtheil zu Grunde gelegt werben milisen; benn es erscheint nicht flatthalt, bei einer Entscheidung zwei Erstinstanzgerichte in der Art mitwirken zu lassen, daß das eine die Feststellungen zu treffen, das andere aber über die rechtlichen Folgen berselben zu erkennen hätte (gl. A. Reller S. 513; a. M. Puchelt S. 644, Stenglein S. 599). Zu ben dem neuen Urtheil zu Grunde zu legenden Feststellungen gehören aber diejenigen Regativ Feststellungen nicht, durch welche ein von der Anklage ausgestellter strafrechtlicher Gesichtspunkt dergestalt endgültig verneint worden ist, daß er bei der neuen Entscheidung nicht weiter in Betracht kommt (vgl. § 393 Note 3 d). Hiernach kann z. B. nach Aussehung eines schwurgerichtlichen Urtheils die Berweisung der Sache an die Stassammer ersolgen, wenn der Angeklagte des wissentlichen Reineibes für nichtschuldig, dagegen der sahrlässigen Ableistung eines salschen Siehen seines schuldig lautende Theil des Geschworenenspruches aussehoben ist, so daß in der neuen Berhandlung nur darüber

§. 395.

Wird ein Urtheil aufgehoben, weil bas Gericht ber vorigen Inftanz sich mit Unrecht für zuständig erachtet hat, so verweist das Revisionsgericht gleichzeitig die Sache an das zuständige Gericht.

(I. Entm. § 266; II. Entm. § 272; III. Entm. § 317.)

§. 396.

Die Berkündung des Urtheils erfolgt nach Maßgabe des §. 267. (L. Entw. § —; II. Entw. § 273; III. Entw. § 318.)

§. 397.

Erfolgt zu Gunsten eines Angeklagten die Aufhebung des Urtheils wegen Gesetzesverletzung bei Anwendung des Strafgesetes, und erstreckt sich das Urtheil,
zu entscheiden bleibt, od der Angeklagte der sahrlässigen Ableistung eines falschen Eides schuldig
sei. Dagegen ist die Berweisung an die Strafkammer ausgeschlossen, wenn der Spruch auch insoweit, als er auf Schuldig lautet, aufrecht erhalten und somit in der neuen Berhandlung nur
noch über die Anwendung des Strafgesetes zu erkennen ift.

- 10. Findet die Berweisung der Sache an ein Gericht niederer Ordnung ftatt, so richtet sich bas weitere Berfahren lediglich nach ben für bieses Gericht geltenden Borschriften. Dies gilt insbes, hinsichtlich ber Nothwendigkeit der Bertheibigung (§ 140) und, salls die Berweisung an das Schöffengericht erfolgt ift, auch hinsichtlich der Zulässigkeit der Berufung gegen das neue Urtheil (§ 354).
 - Ju § 395.
 - 1. Bgl. § 377 Rr. 4 unb Rote 9-11 baf. fowie § 380.
- 2. Der § 395 ist auch in dem Falle anwendbar, wenn die Aussehung eines Urtheils der Straftammer nicht wegen Berletung der Zuständigkeitsnormen, sondern wegen unrichtiger materieller Beurtheilung der Sache erfolgt, bei richtiger Beurtheilung aber die Sache jur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehört: RGer. I. 10. März 84 (Entsch. X. 192, Rspr. VL 180), III. 15. März 86 (Entsch. XIV. 19).
- 3. Die Bestimmung bes & 398 Abs. 1, nach welcher bas burch bie Berweisung mit ber Sache befaßte Gericht an die rechtliche Beurtheilung des Revisionsgerichts gebunden ift, findet auch im Ralle bes & 395 Anwenbung. In Betreff ber fachlichen Buftanbigfeit tonnen Zweifel hieruber icon im hinblid auf bie Borfchriften ber SS 269, 270 und auf bas ju S 398 Rote 2 Bemerke nicht entstehen. Bas bagegen bie örtliche Buftanbigkeit betrifft, so erscheint ber (vom Gefeb nicht ins Auge gefaßte) Fall zweifelhaft, wenn bas Revisionsgericht ein Oberlanbesgericht ift und bas von ihm für zuständig erachtete Erstinstanzgericht einem anderen Oberlandesgerichtsbezirk angebort. In biefem galle wird bas Revifionsgericht zwar fur befugt zu erachten fein, bie Berweisung an bas gebachte Erstinftanggericht auszusprechen; ba jeboch nach bem Suftem ber StBO. (vgl. SS 14, 19) eine enbgultige Enticheibung über bie ortliche Buftanbigfeit immer nur von bem gemeinicaftlicen oberen Gericht erlaffen werben fann, fo tann bie Berweifung bier fur bas Erftinftanggericht nicht binbend fein; vielmehr ift biefes fur befugt ju erachten, feine Buftanbigftit ju prufen und fich event. für unguftanbig ju ertlaren. GL M. Beger S. 834, Boitus S. 412; a. M. v. Schwarze in H.h. II. S. 319, Reller S. 517, Balde S. 267, Buchelt S. 650 (der übrigens ben gebachten gall mit Unrecht als nicht möglich bezeichnet), Glafer II. S. 176; ogl. noch Stenglein S. 600.

Au & 896.

1. Bgl. bie Noten gu § 267, insbes. Rote 6.

3u § 397.

1. Die Bestimmung beruht auf ben Beschlüssen ber RER. (Brot. S. 614 ff., 1032). Alls Grund für die Aufnahme berselben murbe geltend gemacht: "es fei eine Schäbigung ber Gerechtigkeit, wenn einer von mehreren Rompligen auf Grund ber von ihm allein eingelegten Revision

soweit es aufgehoben wird, noch auf andere Angeklagte, welche die Revision nicht eingelegt haben, so ist zu erkennen, als ob sie gleichfalls die Revision eingelegt hätten.

(I. II. III. €ntm. -.)

von der Strafe befreit werbe, mahrend die übrigen Komplizen, wenn fie dieselbe Revifion eingelegt batten, gleichfalls Freifprechung erlangt haben murben, nunmehr aber die Strafe an ihnen vollsftredt werbe" (S. 615).

- 2. a. Der f fest, ba er lebiglich bas Interesse ber Mitangeklagten, nicht aber basjenige ber Strasversolgung schützen will, voraus, baß bie Ausbebung bes Urtheils zu Gunften eines Angeklagten erfolgt. Ob bie Revision von lepterem selbst ober von ber Staatsanwaltschaft (vgl. § 338 Abs. 2, § 343 u. Rote 2 bas.) eingelegt war, ift gleichgültig.
- b. Die Aufhebung bes Urtheils muß wegen Berletung einer materiellen Rechtsnorm, nicht wegen eines prozessualischen Berstoßes, erfolgen; selbst bie in § 377 vorgesehenen Berstöße begründen die Anwendbarkeit des § 397 nicht. Die verletzte Rechtsnorm muß ferner eine solche sein, welche nicht ausschließlich gegenüber dem Revidenten, sondern auch gegenüber den Richtrevidenten in Betracht zu ziehen ist; der Revisionsgrund also muß ein den mehreren Angeklagten gesmeinsamer sein; dieser Fall liegt z. B. dann nicht vor, wenn der Revident mit Unrecht als im Rüdsall befindlich angesehen war (so: Reller S. 515, v. Schwarze S. 543, Stenglein S. 601; vgl. jedoch Boitus Kontr. II. S. 47). Im Uedrigen kommt es darauf nicht an, ob die Geseswerletzung in dem Urtheil selbst oder in einer ihm vorausgegangenen Entscheidung hierher.
- c. Ob ber Revisionstichter nach Aushebung bes Urtheils in ber Sache felbst erkennt ober bie Zurudverweisung in bie Borinstanz ausspricht, macht keinen Unterschieb; insbes, ift § 397 auch anwendbar, wenn bie Zurudverweisung burch bie Unvollständigkeit ber Feststellungen bes Urtheils bedingt ift. Bon bieser Ansicht geht auch bas Roer. aus; vgl. z. B. I. 19. Jan. 80 (Entsch. I. 152). Bgl. übrigens Boitus Kontr. II. S. 53.
- d. Liegen die in § 397 bestimmten Boraussetzungen vor, so darf die Ausbedung des Urstheils in Ansehung der Richtrevidenten nicht beshalb unterbleiben, weil nicht anzunehmen fei, daß die neue Berhandlung zu einer milberen Strase gegen sie filhren würde; eine solche Erwägung ift thatsächlicher Ratur und liegt außerhalb des Beruses des Revisionsrichters. Gl. A. Reller S. 516; a. M. RGer. III. 15. Dez. 80 (Entsch. III. 283), Stenglein S. 601.
- 3. Der S sett die Ibentität ber That voraus; die Ausselung des Urtheils fann nur solchen Angeklagten zu Statten kommen, welche als bei der Khat des Revidenten betheiligt verzurtheilt sind; es wird ein Zusammenhang im Sinne des S 3 (nicht blos des S 236) erforbert: Re. II. 5. Rai 82 (Entsch. VI. 257, Rspr. IV. 431). Ferner aber erfordert das Geset, daß über die mehreren Angeklagten in dem selben Urtheil entschieden ist; der S ist also nicht blos dann unanwendbar, wenn die Berfolgung eine getrennte war (vgl. Note 33 ff. zu Buch 2 Absch. 1), sondern auch dann, wenn in derselben Untersuchung aus irgend welchem zufälligen Grunde, z. B. wegen des Ausbleibens des einen Angeklagten in der Hauptverhandlung, eine successive Urtheilsfällung stattsand. Bei Ausbleideng eines in der Berufung sinstanz erzgangenen Urtheils kommen solche Angeklagte nicht in Betracht, welche die Berufung gegen das Urtheil erster Instanz nicht ergriffen hatten; vgl. S 368 Note 4.
- 4. Den Angeklagten, welche bie Revision nicht eingelegt haben, muffen biejenigen gleich behandelt werden, welche bas Rechtsmittel zwar eingelegt, jedoch in unzutreffender Beise begründet haben; burch Erhebung einer unbegründeten Beschwerbe kann ein Angeklagter ber in § 397 gewährten Rechtswohlthat nicht verlustig gehen. Gl. A. RGer. IV. 23. Sept. 84 (Rpr. VI. 557), Thilo S. 449, Puchelt S. 646; a. M. Boitus Romm. S. 410 u. Kontr. II. S. 50.

^{5. — &}quot;fo ift zu erkennen, als ob ac." — Diese Worte beziehen fich lediglich auf die Bowe, Strafprozespordnung. 5. Auflage.

§. 398.

Das Gericht, an welches die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung verwiesen ist, hat die rechtliche Beurtheilung, welche der Ausbedung des Urtheils zu Grund gelegt ist, auch seiner Entscheidung zu Grund zu legen.

War das Urtheil nur von dem Angeklagten oder zu Gunsten desselben von der Staatsanwaltschaft oder von einer der im §. 340 bezeichneten Personen angesochten worden, so darf das neue Urtheil eine härtere Strafe, als die in dem ersteren erkannte, nicht verhängen.

(I. Catm. § 265 M6f. 1, § 267; IT. Catm. § 274; III. Catm. § 319.)

Entscheibung bes Revisionsrichters (vgl. Rote 7). Ihr Sinn ift ber: Der Revisionsrichter hat ju prüfen, ob bie Boraussehungen ber Anwendbarkeit bes S (vgl. insbes. Rote 2. b) vorliegen, und, insomeit dies ber Fall ift, hat auch ben Mitangeklagten gegenüber die Aufhebung bes Urtheils zu erfolgen. Insomeit aber ein rechtlicher Anlaß hierzu nicht vorliegt, hat ber Revisionsrichter eine ausbrudliche Entsche dung bezüglich ber Mitangeklagten überhaupt nicht zu treffen

- 6. Die Aufhebung bes Urtheils, gegenüber einem Mitangeflagten, welcher bie Revifion nicht eingelegt hatte, macht bie vorgängige Buziehung beffelben zu bem Revisionsverfahren (SS 390, 391) nicht erforderlich.
- 7. Nach erfolgter Aufhebung bes Urtheils bagegen ist ein solcher Mitangestagter in jeber Beziehung so zu behandeln, wie wenn die Revision von ihm selbst eingelegt gewesen ware. Er ist also, wenn die Zurückverweisung der Sache in die Borinstanz erfolgt, zu dem weiteren Berfahren zuzuziehen; auch steht ihm gegen das neue Urtheil die Revision zu. Auf dasselbe finder selbstverständlich § 398 Abs. 2 Anwendung. Aus diesem § folgt auch weiter, daß, wenn abermals eine Strafe verhängt wird, auf diese der etwa schon verdüßte Theil der früher erkannten Strafe angerechnet werden muß.
 - 8. In Betreff ber Strafpollftredung vgl. § 481 Rote 4.

3u § 398.

Bu Abf. 1.

- 1. Das Gericht, an welches bie Sache verwiesen ift, sift an biejenigen Rechtsansichten bes Revisionsrichters gebunden, welche ber Aufhebung bes Urtheils zu Grunde gelegt sind; über biese hinaus erstreckt sich bie bindende Kraft ber Gründe bes Revisionsurtheils nicht.

 Im Uebrigen kommt es nicht barauf an, ob die Aushebung bes Urtheils wegen Berletzung einer materiellen Rechtsnorm ober wegen eines prozessualichen Berstoßes erfolgt ift; die Rechtsansicht bes Revisionsgerichts ist baher nicht blos für die anderweite Entsche ung, sondern auch sur bas weitere Bersahren maßgebend. Bgl. § 395 Note 3.
- 2. Insoweit bas Gericht ber Borinstanz neue Esest fellungen zu treffen hat, sann bie neue Berhandlung unter Umständen auch zu neuen thatsächlichen Ergebnissen führen welche ber Art find, daß nunmehr ein anderes Strafgeset zur Anwendung zu bringen ift als basjenige, über bessen Anwendbarkeit das Revisionsgericht entschieden hat. Bgl. § 394 Rote 6. a. c.
- 3. Birb bas neue Urtheil ber Borinstanz wieberum mit ber Revision angegriffen, so ift auch bas Revisionsgericht selbst an die rechtliche Beurtheilung, welche ber Aufhebung des früheren Urtheils zu Grunde liegt, gebunden: RGer. III. 1. Apr. 82 (Rspr. IV. 300). Dies gilt selbst bann, wenn bas erste Revisionsurtheil von einem Oberlandesgericht erlassen ift, die Entscheung über die neue Revision aber dem Reichsgericht zusteht: RGer. III. 24. Rai 82 (Entsch. VI. 357, Rspr. IV. 506).

Bu Abf. 2.

- 4. Ueber bas Berbot ber reformatio in pojus und über ben Begriff ber "harteren Strafe" (. § 372 und bie Roten bas.; vgl. auch Roer. II. 16. Oft. 80 (Entich. III. 43), I. 17. Oft. 81 (Entich. V. 133, Ripr. III. 627). Bgl. ferner § 393 Rote 3. b.
 - 5. Die Berhangung einer harteren Strafe ift auch bann ungulaffig, wenn bie Revifion gmat



Biertes Buch.

Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Berfahrens.

§. 399.

Die Bieberaufnahme eines burch rechtsfräftiges Urtheil geschloffenen Bersfahrens zu Gunften bes Berurtheilten findet ftatt:

- 1. wenn eine in der Hauptverhandlung zu seinen Ungunsten als echt vorgebrachte Urkunde fälschlich angesertigt oder verfälscht war;
- 2. wenn burch Beeibigung eines zu seinen Ungunsten abgelegten Zeugnisses ober abgegebenen Gutachtens ber Zeuge ober Sachverständige sich einer vorsfätzlichen ober fahrlässigen Berletzung der Sidespslicht schuldig gemacht hat;
- 3. wenn bei bem Urtheil ein Richter, Geschworener ober Schöffe mitgewirkt

von beiden Seiten eingelegt war, die Beschwerde der Staatsanwaltschaft aber verworfen (vgl. § 393 Rote 6) worden ist; benn die Erhebung einer grundlosen Beschwerde hängt von dem Belieben oder Staatsanwaltschaft ab, und es tann nicht in dieses Besieben gestellt sein, ob in Folge der Revision des Angeklagten die Sache auch zu dessen Ungunsten rechtshängig bleiben soll. A. M. nur Kleinfeller im Gaal. XXXVIII. S. 606 (er will dies nur gesten lassen, wenn die Revission als unzulässig, nicht auch, wenn sie als unbegründet verworfen wurde).

6. In Betreff ber Bufe f. § 445 Rote 2.

Bum Bierten Buche.

- 1. Die Wieberaufnahme bes Berfahrens findet niemals von Amtswegen, sondern nur auf Antrag eines Prozesbetheiligten ftatt. Darüber, daß der Antrag auf Biederaufnahme von der StPO. nicht als ein Rechtsmittel betrachtet wird, f. Note 1 zu Buch 3. Bgl. noch § 405 sowie § 412.
- 2. Die in Buch 4 behandelte Biederaufnahme bes Berfahrens sett bas Borhandensein eines rechtsträstigen Urtheils voraus. Gegen einen amtsrichterlichen Strafbesehl (§§ 447 ff.) sindet nach der Ratur dieser Entscheidung ein Antrag auf Biederaufnahme des Berfahrens nicht statt (Rot. S. 219). Ueber die Biederaufnahme eines durch Beschluß beendeten Berfahrens s. § 210 u. die Roten das.; vgl. auch § 181 u. Note 2 das., § 172 Abs. 2 u. Note 4 das.
- 3. In Betreff bes Salles, wenn bas anzufechtenbe Urtheil vor bem Intrafttreten ber SiBD. ergangen mar, f. GG. § 10 u. bie Roten bas.
- 4. Berfchieben von ber (ju Ungunften ibes Angeflagten eintretenben) Bieberaufnahme bes Berfahrens ift bie Erneuerung ber Strafflage. Die Bieberaufnahme sett voraus, baß ein Urtheil in ber Sache selbft, b. h. über bie Schulbfrage ergangen ist; bie Erneuerung ber Strafflage greift bagegen Blat, wenn bas Urtheil wegen eines ber Verfolgung entgegenstehenben hinbernifes bie Einstellung bes Berfahrens ausgesprochen hatte, nunmehr aber bas hinberniß in Begfall gekommen ift. Bgl. Rote 28, 29. e zu Buch 2 Abschn. 1.
- 5. Ueber ben Inhalt bes Buches ift zu bemerken: Die Grünbe ber Wieberaufnahme werben in ben SS 399, 402, 403, bie sonstigen Borbebingungen bes Antrages in ben SS 401, 404
 -406 behanbelt. Der S 400 bestimmt ben Einstuß bes Antrages auf bie Strafvollstreckung. Die SS 407—413 regeln bas Berfahren über ben Antrag auf Wieberaufnahme, und zwar werben bie brei Stabien, welche baffelbe burchlaufen kann, burch bie in S 408, S 410, S 413 gebachten Entscheinungen bezeichnet.
- 1. Der Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens ju Gunften bes Berurtheilten ift nicht an eine Frift gebunden, tann vielmehr ju jeber Beit geftellt werben. Bgl. § 401.
 - 2. Die erfolgte Bermerfung eines Antrages auf Bieberaufnahme folieft einen abermaligen

Digitize**46** y Google

hat, welcher sich in Beziehung auf die Sache einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig gemacht hat, sofern diese Verletzung mit einer im Wege bes gerichtlichen Strasversahrens zu verhängenden öffentlichen Strase bebroht und nicht vom Verurtheilten selbst veranlaßt ist;

- 4. wenn ein civilgerichtliches Urtheil, auf welches das Strafurtheil gegründet ist, durch ein anderes rechtsfräftig gewordenes Urtheil aufgehoben ist;
- 5. wenn neue Thatsachen ober Beweismittel beigebracht sind, welche allein ober in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung des Angeklagten ober in Anwendung eines milberen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung zu begründen geeignet sind. In den vor den Schöffengerichten verhandelten Sachen können nur solche Thatsachen oder Beweismittel beigebracht werden, welche der Verurtheilte in dem früheren Versahren einschließlich der Berufungsinstanz nicht gekannt hatte oder ohne Verschulden nicht geltend machen konnte.

(I. Cutw. § 268; II. Cutw. § 275; III. Cutw. § 320.)

- 3. Die Wieberaufnahme bes Berfahrens tann nicht blos behufs ber völligen Freisprechung bes Angeklagten, sonbern auch zu bem Zwede stattfinden, bamit ein anderes Strafgeset angewendet und die That minder ich wer, als geschehen, qualifizirt werde; eine Modifitation s. in Rote 23. Im Uebrigen vgl. § 403 u. die Roten bas.
- 4. Die hier zugelaffenen Bieberaufnahmegrunbe find ihrem Befen nach von einander verschieden. Der unter Nr. 3 bestimmte Grund betrifft die Rechtsbeständigkeit des Berfahrens und ist den in § 377 Nr. 1-3 bezeichneten Revisionsgrunden verwandt (vol. unten Note 17). Bei den unter Nr. 1, 2, 4 bestimmten Grunden handelt es sich um die Beseitigung der Beweisgrundlagen des ergangenen Urtheils (vol. Note 13, 19), bei dem unter Nr. 5 bezeichneten Grunde endlich um die Erschütterung der in dem Urtheil enthaltenen Feststellung mittelft neuer Thatsachen oder Beweismittel (vol. Note 22). Die Berschiedenartigkeit der Biederaufnahmegrunde tritt auch bei der Bestimmung des § 407 hervor; vol. dort Note 1.

Bu Rr. 1.

- 5. "Urfunde" ist ein Schriftstud schon dann, wenn es in der hauptverhandlung als Berweis mittel denutt worden ist; eben diese Benutung begründet die Urkundenqualität im Sinne des S. Ob das Schriftstud verlesen worden oder Gegenstand einer Augenscheinseinnahme war, macht keinen Unterschied. Zu den Urkunden im Sinne des S gehören insbes. die in der hauptverhandlung zur Berlesung gekommenen Protokolle (SS 248, 250). Uedrigens ist der Begriff der "Urkunden" nicht auf Schriftstude beschränkt, vielmehr fallen unter ihn auch anden ledlose Gegenstände, welche zum Beweise von Thatsachen geeignet sind. Gl. A. Puchelt S. 654, Stenglein S. 605; a. M. Reller S. 520, v. Schwarze S. 548, Dalde S. 269, v. Bomhard S. 291, Geyer S. 842. Bgl. das, den materiellrechtlichen Begriff der Urkunde betressende Urth. des RGer. I. v. 23. Jan. 80 (Entsch. I. 162, Rspr. I. 263).
- 6. Die Bestimmung sett eine unechte (fälschlich angesertigte ober verfälschte) Urtunde voraus. Der Fall, wenn (wie 3. B. bei Scheinverträgen) bie in ber Urtunde enthaltene Erffärung eine unwahre ist, gehört nicht hierher, ebensowenig ber Fall, wenn ihr Inhalt misverstanden worden ift. Der Biederaufnahmegrund ber Nr. 1 liegt auch dann nicht vor, wenn bie zu benuhende Urfunde mit einer anderen, jedoch gleichsalls echten, verwechselt, hierburch aber bas Gericht in einen Irthum verseht worden ist. In biesen Fällen wird unter Umständen die Bestimmung der Nr. 5 Anwendung sinden können.
 - 7. Die Borte: "falfclich angefertigt ober verfalfcht" find zwar im Sinne bes

Antrag biefer Art nicht aus, falls letterer auf einen neuen, von ber Berwerfung nicht betroffenen Grund geftütt wirb.

SiBB. zu verstehen; gleichwohl läßt sich nicht ausstellen, daß die Bestimmung der Rr. 1 nothwendig den Thatbestand einer strafbaren Handlung (Urkundenfälschung) voraussetze. Zum Thatbestande der Urkundensälichung ist nach § 267 des StBB. auch erforderlich, daß von der sallschunde zum Zwede der Täuschung Gebrauch gemacht worden; von diesem Erstordernis aber ist in § 399 keine Rede. Aus § 404 ist ein Argument gegen diese Ansicht nicht zu entnehmen; der § behandelt eben nur den Fall, wenn das Borhandensein einer strasbaren handlung behauptet wird. Ebensowenig kann der Umstand, daß unter Rr. 2 des § 399 eine strasbare handlung vorausgesetzt wird, dei der Auslegung der Borschrift der Rr. 1 von entschiedendem Gewicht sein. Gl. A. Reller S. 520, Puchelt S. 654, Dochow S. 323, Dalde S. 269, v. Schwarze in H. I. S. 337, Stenglein S. 606; a. M. Boitus S. 414, Thilo S. 452, v. Aries S. 426.

Aus dem Gesagten solgt von selbst, daß es kein Erfordernis der Vorschrift ist, daß bei dem Borbring en der Urkunde im Prozesse irgend Zemand ein auf Täuschung abzielendes Berzhalten beodachtet habe. Endlich versteht es sich, daß die Fälschung nicht den klusstigen Gebrauch der Urkunde im Prozesse daten beaucht.

Bu Rr. 2.

- 8. Rur eibliche Zeugnisse ober Gutachten kommen hier in Betracht; bie Unwahrheit einer unberibigten Aussage, insbes. also auch bie ber Bezichtigung eines Mitangeflagten, fiellt ben unter Rr. 2 vorgesehenen Bieberaufnahmegrund nicht bar.
- 9. Der Zeuge ober Sachverständige muß sich burch die Beeibigung seiner Aussage ftrafbar gemacht haben. Beruht die Unwahrheit der letteren auf einem entschulbbaren Jrrthum und liegt somit eine ftrafbare handlung des Zeugen z. nicht vor, so findet die Bestimmung der Nr. 2 nicht Anwendung. Bgl. § 404.
- 10. Ob bie Berletung ber Gibespflicht in ber Angabe unmahrer ober in bem Berichmeigen mabrer Thatfachen bestand, ift gleichgillig (Dot. S. 216).
- 11. Ebenfo gleichgultig ift es, ob ber Beuge zc. in ber hauptverhandlung felbst vernommen ober ein feine Ausfage enthaltenbes Protofoll verlefen worben ift.
- 12. Der Ausbrud "Sachverftanbiger" umfaßt hier hier auch ben Dolmetfcher; vgl. GBG. § 193 Rote 4.

Bu Mr. 1. 2.

13. Das Borbringen ber falichen Urfunde bezw. Die Abgabe ber falichen Ausfage muß " au Ungunften" bes Angeklagten erfolgt sein. Es genügt also nicht bie Thatsache, baß bie falsche Urfunde überhaupt als Beweismittel benutt, bezw. daß die falsche Aussage abgegeben worden ist; vielmehr muß wenigstens bie Doglichkeit vorliegen, baß bas Beweismittel einen Einfluß auf bie Enticheibung, und zwar einen bem Berurtheilten ungunftigen Ginfluß geubt habe. Es erhellt bies beutlich aus ber Borfchrift bes § 410 Abf. 1, beffen zweiter Theil ("ober wenn") von ber RIR. (Brot. S. 1044) gerabe ju bem Zwede aufgenommen wurbe, um bas Erforberniß jenes Ginfluffes außer Zweifel gu ftellen; Die entgegengefeste Ausführung ber Dot. G. 216 ift burch biefe Erganzung bes \$ 410 hinfällig geworben. Sonach ist bie Bieberaufnahme trot ber Falichheit ber Urkunde ober ber Ausfage ausgeschloffen, wenn bas Beweismittel in bem Urtheil ausbrudlich für einfluglos erklart ift (vgl. § 266 Rote 5 a. E.), ober wenn es nur ju Gunften des Angeklagten einen Ginfluß geaußert, ober wenn es einen folchen nur bei ber Abmeffung ber Strafe (\$ 403) gehabt haben tann. — Uebrigens trifft ben Berurtheilten in feinem Falle eine Beweislaft hinfichtlich ber Möglichfeit eines Ginflusses; vielmehr muß bie Annahme biefer Möglichfeit jo lange Plat greifen, als nicht bestimmte Grunbe vorliegen, welche fie als ausgeschloffen er= ideinen laffen.

Bu Rr. 3.

14. Die Bestimmung fest eine mit frimineller Strafe bebrobte (nicht blos bisziplinarisch firafbare) Berletung ber Amtspflicht (vgl. 3. B. St&B. §§ 334, 336) voraus. Bgl. § 404.

15. Nur bie Bflichtverletungen eines Richt ers, Gefcomorenen ober Schöffen, nicht aber bie bes Staatsanwalts, bes Gerichtsichers ober bes Bertheibigers begründen bie Bieberaufnahme.

- 16. Der Richter, ber fich ber Pflichtverletung ichulbig gemacht hat, muß bei bem anges fochtenen Urtheil (vgl. § 407 Rote 1) mitgewirft haben.
- 17. Daß bie geschehene Pflichtverletzung irgend welchen Ginfluß auf Die Enticheibung gehabt habe, ift nicht Erforbernig ber Bieberaufnahme (Ber. ber RER. S. 99).
- 18. Dem Berurtheilten fteht ber Anspruch auf Bieberaufnahme nicht zu, wenn er felba, sei es unmittelbar ober auch nur mittelbar, die Pflichtverletung veranlaßt hat. Bar die Pflichtverletung durch eine andere Person ohne Zuthun bes Berurtheilten, wenn schon in beffen Interesse, veranlaßt, so ift die Bieberaufnahme nicht ausgeschloffen.

Bu Rr. 4.

19. Das Strafurtheil muß auf ibas civilgerichtliche Urtheil gegrundet fein; hierüber vgl. § 261 u. Rote 5 bas. Ueber bas Borhanbensein bieser Boraussehung ift von bem Gericht nach freiem Ermessen zu entscheiben.

Bu Rr. 5.

- 20. Durch bie Bestimmung ber Rr. 5 wird die Beibringung neuer erheblicher Thatisachen ober Beweismittel als Wieberaufnahmegrund zugelassen, und zwar in so weitem Maße, daß eine besonders strenge und sorgfältige Prüfung aller auf diesen Grund gestütten Anträge geboten sein wird, wenn anders nicht aus der Bestimmung eine große Gesahr für die Strafrechtspsiege erwachsen soll. Neue Anführungen willfürlich vorzubringen und Zeugen zu sinden, welche dieselben zu bestätigen bereit sind, wird einem großen Theile der Berurtheilten und, wenn diese sich in haft besinden, ihren Angehörigen ohne Schwierigseit möglich sein, mahrend andererseits (was namentlich bei den zu mehrjährigen Freiheitsstrassen Berurtheilten in Betracht kommt) die Entstästung der neu beschafften Beweise mit dem Lause der Zeit immer schwieriger wird, da in diesem die Belastungsbeweise mehr oder minder verloren zu gehen pstegen, so das eine neue Hauptverhandlung (§ 413) den Inhalt der jrüheren meistens nur unvollsommen reproduzieren kann. Bgl. die Noten zu § 410 u. zu § 413.
- 21. Die von bem Antragsteller beigebrachten Thatsachen ober Beweismittel muffen "neuefein; hierunter find alle diejenigen zu verstehen, welche bem über die Thatsrage entscheidenden Ersteinstanzgericht bezw. Berufungsgericht nicht vorgelegen haben, bei der Entscheidung also nicht in Betracht gezogen werden tonnten; vgl. Prot. S. 620 sowie unten Note 24. a. Im Uebrigen erfordert das Geseh nur die Neuheit der Thatsache ober des Beweismittels; es können also zum Erweise einer neuen Thatsache die früher benuhten Beweismittel in Bezug genommen, desgleichen können neue Beweismittel vorgebracht werden, um hinschtlich einer bereits erörterten oder bei haupteten Thatsache eine abweichende Beurtheilung zu begründen. Aus dem Bortlaut des Gesehes ("Thatsachen") ift nicht zu solgern, daß eine Mehrzaahl neuer Thatsachen oder Beweissmittel erfordert werde.
- 22. a. Die neuen Thatsachen ober Beweismittel muffen geeignet sein, eine von bem Untheil abweichenbe Entscheidung ber Thatfrage herbeizuführen; hiermit ift bas Ersorberniß ihrer Erheblichteit anerkannt. Das beschließenbe Gericht (SS 408, 410) muß also in eine Prüfung ber Thatfrage eintreten und sich hierbei auf ben Standpunkt bes erkennenden Richters stellen; es muß sich darüber schlissig machen, ob die Thatfrage anders, als geschehen, zu entschieden gewesen wäre, wenn das neue Beweismoment schon dem erkennenden Richter vorgelegen hätte. Es kommt sowit auf die Bereinbarkeit der neuen Thatsache mit der in dem Urtheil getroffenen Fesistellung bewauf das Gewicht, welches dem neuen Beweismittel beizumessen ist, an; vol. den Bericht der RTK.

 5. 98. Bei der gedachten Prüfung wird das Gericht nicht blos den Inhalt des angesochtenen Urtheils, sondern den gesammten Inhalt der Akten in Betracht zu ziehen haben; dies gilt insbes. von den schwurgerichtlichen Strassach, da in diesen das Urtheil Entschlungsgründe bezastlich der Thatfrage nicht enthält.

b. Auf bie Art bes Beweisthemas tommt es nicht weiter an. Die neue Thatfache tann eine folde fein, welche einen Bestanbtheil bes Straffalles felbst (3. B. einen im Strafgefet vorgesehenen, die Strafbarteit vermindernben Umftanb) barftellt; fie tann aber auch ein blofes Beweismoment bilben und zu bem Zwede vorgebracht fein, eine gewiffe bem Berurtheilten gunflige

Digitized by GOOGLE

§. 400.

Durch den Antrag auf Wiederaufnahme des Berfahrens wird die Bollftredung des Urtheils nicht gehemmt.

Das Gericht kann jeboch einen Aufschub sowie eine Unterbrechung ber Bollftreckung anordnen.

(I. Cutw. § 269; II. Cutw. § 276; III. Cutw. § 321.)

Schluffolgerung ju begründen ober einen gegen ihn geltenb gemachten Beweisgrund ju befeitigen. Das Borbringen neuer Thatfachen ober Beweismittel tann auch lediglich barauf abzielen, bie Unjuverlässigfeit ber bisber benutten Beweismittel barguthun.

- 23. Ift bie neue Anführung von ber Art, bag fie nicht bie Freisprechung bes Berurtheilten, fonbern nur bie Anwendung eines milberen Strafgefetes berbeifuhren tann, fo ift bie Buläsigfeit ber Bieberaufnahme noch bavon abhängig, ob von letterer auch in Ansehung ber Strafe ein praktifcher Erfolg ju Gunften bes Berurtheilten ju erwarten ftebt; beibe Erforberniffe: bie Unwendbarkeit des milberen Strafgesetes und die Bahricheinlichkeit einer Strafmilberung, muffen jufammentreffen. Die Bieberaufnahme findet alfo nicht ftatt, wenn trot ber Anwenbung bes milberen Strafgefetes entweber bie ertannte Strafe aufrechterhalten werben mußte ober boch ihre Aufrechterhaltung julaffig mare unb biefelbe von bem befchließenben Gericht nach Lage ber Sace auch für angemessen erachtet wirb; über bie Frage bie Angemessenheit entscheibet das freie Ermeffen bes beschließenden Gerichts. Gl. A. Reller S. 522, Thilo S. 454, Dalde S. 270, v. Bomhard S. 292, Geper S. 844, Stenglein S. 607; a. M. einerseits v. Schwarze (Komm. S. 552 und in S.B. II. S. 339), welcher bie Bieberaufnahme icon bann fur unftatthaft halt, menn bie Aufrechterhaltung ber erfannten Strafe ju laffig ift, und anbererfeits Buchelt G. 657, welcher bie Möglichkeit, bag trop Anwenbung bes milberen Strafgefetes auf bie gleiche Strafe erfannt werben kann, für einfluglos erachtet. — Daß bie Bieberaufnahme unftatthaft ift, wenn bie neuen Thatfacen ober Beweismittel bei unveranberter Gefetesanwenbung nur eine Milberung ber Strafe herbeiführen fonnten, barüber f. § 403.
- 24. a. Die Bieberaufnahme bes Berfahrens auf Grund ber Borschrift ber Nr. 5 mirb basburch nicht ausgeschlossen, baß ber Berurtheilte bie neuen Thatsachen ober Beweismittel schon in dem früheren Berfahren gekannt, es jedoch unterlassen bat, sie geltend zu machen; vgl. Roer. II. 12. Ott. 80 (Entsch. II. 323, Ripr. II. 315). Nur in Ansehung ber vor den Schössen gerichten verhandelten Sachen macht das Geset mit Rücksich auf das Bestehen der Berufungsinftanz eine Ausnahme: in diesen Sachen ist die Biederausnahme nur auf Grund olcher neuen Thatsachen oder Beweismittel statthaft, welche der Berurtheilte in dem früheren Berschren, einschließlich der Berufungsinstanz, nicht gekannt hatte ober doch ohne sein Berschulben nicht geltend machen konnte. Es kommt hierbei nicht weiter darauf an, ob im vorliegenden Falle die Berufungsinstanz wirklich beschritten worden ist oder nicht. Ein Antrag: in allen Strassachen die Wiederaufnahme in der vordemerkten Beise einzuschrästen, ist seinen ichweren, vielen Risbräuchen Raum gebenden Fehler des Gesetz bezeichnet.
- b. Ob anzunehmen fei, bag ber Berurtheilte bie neuen Thatsachen ober Beweismittel schon in bem früheren Berfahren gefannt habe, barüber entscheibet bas freie, burch bie Lage bes Falles geleitete Ermeffen bes Gerichts; einen Beweis für seine Unkenntniß braucht ber Berurtheilte nicht zu erbringen. Dagegen wirb er, falls bie neuen Thatsachen ober Beweismittel ihm schon srüher bekannt waren, barzulegen und, soweit erforberlich, glaubhaft zu machen haben, inwiesern er an ber rechtzeitigen Geltendmachung berselben ohne fein Berschulben gehindert gewesen sei.

3u \$ 400.

1. Beber bie Anbringung bes Antrages noch beffen Zulassung (§ 408 Abf. 2) hat an fich aufschiebenbe Birtung; bas Gericht ift jedoch befugt, aus besonderen Gründen einen Aufsichub ober eine Unterbrechnng ber Strafvollftredung anzuordnen. — Dem Beschlusse bagegen, welcher die Bieberaufnahme bes Berfahrens anordnet (§ 410 Abs. 2), muß mit Rudfict barauf.

§. 401.

Der Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens wird weber burch bie erfolgte Strafvollstredung noch burch ben Tob bes Berurtheilten ausgeschloffen.

Im Falle des Todes find der Chegatte, die Bermandten auf= und absteigender Linie sowie die Geschwister bes Berftorbenen zu bem Antrage befugt.

(1. Catw. § 270; II. Catw. § 277; III. Catw. § 322.)

§. 402.

Die Wieberaufnahme eines burch rechtsträftiges Urtheil geschloffenen Berfahrens zu Ungunsten bes Angeklagten findet statt:

- 1. wenn eine in ber Hauptverhanblung zu seinen Gunsten als echt vorgebrachte Urkunde fälschlich angefertigt ober verfälscht war;
- 2. wenn burch Beeibigung eines ju feinen Gunften abgelegten Zeugniffes ober abgegebenen Gutachtens ber Reuge ober Sachverftanbige fich einer vorfatlichen ober fahrlässigen Verletung ber Sibespflicht schuldig gemacht hat;
- 3. wenn bei bem Urtheil ein Richter, Geschworener ober Schöffe mitgewirft hat, welcher fich in Beziehung auf die Sache einer Verletung seiner Amts: pflichten schuldig gemacht hat, sofern biese Berletung mit einer im Bege bes gerichtlichen Strafverfahrens zu verhängenden öffentlichen Strafe bebrobt ist:
- 4. wenn von bem Freigesprochenen vor Gericht ober außergerichtlich ein glaubwürdiges Geständniß ber strafbaren Handlung abgelegt wird. (I. Entw. § 271; II. Entw. § 278; III. Entw. § 323.)

bağ burch ihn bie Rothwenbigkeit einer anberweiten Berhanblung und Urtheilsfällung anerkannt wirb, aufschiebende Wirfung beigemeffen werden; ber in Strafhaft befindliche Berurtheilte ift alfo nach Berschiebenheit ber Falle in Freiheit zu seten ober in Untersuchungshaft zu nehmen. Gl. A. Reller S. 524, Stenglein S. 608; a. M. Meves in S.S. II. S. 475.

2. Unter bem Gericht (Abs. 2) ift basjenige Gericht ju verfteben, welchem bie Enticheibung über ben Antrag gufteht; vgl. § 407 Rote 1, 2. - In Betreff bes von ber Bollftredungs: beborbe (§ 483) ju beobachtenben Berfahrens f. § 47 Rote 5.

3. Dit Rudficht auf bie Bestimmung bes Abf. 2 ift es in ber RER. für überfluffig erachtet worben, in Betreff ber auf Cobesftrafe lautenben Urtheile eine besonbere Boridrift aufgunehmen (Brot. S. 622). Bgl. § 485.

3u § 401.

1. Bu Abf. 1 vgl. § 399 Rote 1, 2.

2. Durch ben Tob bes Berurtheilten mirb bie Bulaffigfeit bes Antrages gwar nicht aus:

gefcoloffen, wohl aber eingefchränkt; hierüber f. § 411 Rote 1.

3. Abs. 2 enthalt eine Spezialbestimmung gegenüber bem allgemeinen Grunbsat bes § 405. Demaufolge fteht im Falle bes Tobes bes Berurtheilten bie Berechtigung gu bem Antrage auf Bieberaufnahme bes Berfahrens nur ben bier bezeichneten Berfonen ju, und es find bie Borschriften ber SS 338 Abs. 2, 339, 340 nicht anwendbar. — Bgl. übrigens § 411 Rote 2.

3u § 402.

1. Bgl. oben Rote 4 u. 2 (Schluß) ju Buch 4.

2. Das ju § 399 Rote 1, 2 Bemerkte finbet auch hier Anwenbung, jeboch mit ber Einforantung, baß ber Eintritt ber Berjahrung unb ber Tob bes Angeklagten bie Bieberauf: nahme bes Berfahrens ausschließt.

3. Die Buläffigkeit ber Bieberaufnahme bes Berfahrens zu Ungunften bes Angeffagten ift

Digitized by GOOGLE

nicht auf ben Fall einer völligen Freisprechung beschränkt; vielmehr kann die Wieberaufnahme anch gegenüber einem verurtheilten Angeklagten zu dem Zweck statistinden, damit ein anderes Strasgeses angewendet und die That schwerer, als geschen, qualifizirt werde; vgl. § 493 u. die Roten das. Es ergiebt sich dies aus den Verhandlungen der RTR., welche den Antrag: die Wiederaufnahme auf den Fall der völligen Freisprechung einzuschränken, wiederholt abgelehnt hat (Brot. S. 622, 1038 st.); vgl. auch den Ber. der RTR. S. 97. — In den Fällen der Nr. 1—3 sest das Geset auch nicht einmal vorans, daß die schwerere Qualisstation (z. B. das Borhandenssein eines die Strasbarkeit erhöhenden, im Geset besonders vorgesehenen Umstandes) in dem Urtheil in Betracht gezogen und daß in Ansehung ihrer eine Regativ=Feststlung getrossen ist; das Borbringen der salschen Urkunde oder die Ablegung des falschen Zeugnisses kann wiederholt, d. h. sowohl in der Hauptwerhandlung wie auch im Borversahren, stattgefunden und demzusolze schon verteilt einer unrichtigen Qualistzirung der That gesührt haben. In Betress bes Falles der Nr. 4 s. Note 7. — Bgl. § 399 Note 3.

Bu Rr. 1. 2.

4. Bgl. bas ju § 399 Rote 5-12 Bemerfte. Das bort Rote 13 Gefagte findet hier mit ber Raggabe Anwendung, bag bie Möglichfeit eines bem Angeflagten gunftigen Ginftuffes erziorbert wirb.

Bu Rr. 3.

5. Bgl. das zu § 399 Rote 14-17 Bemerkte. — Eine seitens bes Staatsanwalts bez gangene Pflichtverletung ift auch in § 402 nicht als ein Grund ber Wieberausnahme anerkannt, obgleich gerade sie sehr wohl geeignet sein könnte, einen Schulbigen ber Strafe zu entziehen.

Bu Rt. 1. 2. 3.

6. Daß bie bier gebachten ftrafbaren Sanblungen von bem Angetlagten irgenbwie ver: anlagt feien, ift tein Erforbernig ber Bieberaufnahme.

Bu Rr. 4.

- 7. Auch unter Rr. 4 (vgl. Note 3) wird eine völlige Freisprechung nicht nothwendig vorausgescht; vielmehr trifft die Bestimmung auch den Fall, wenn der Angestagte zwar verurtheilt, die That jedoch minder schwer, als in dem Eröfsnungsbeschlusse geschehen, qualifizirt ist, so daß eine stillschweigend (§ 259 Rote 6) ersolgte theilweise Freisprechung vorliegt. Die Biederzausnahme ist also z. B. zulässig, wenn der des Mordes oder Todtschlages Angestagte, jedoch nur wegen Körperverlehung mit tödtlichem Ausgange (StGB. § 226) Berurtheilte nachträglich zussssieht, daß er mit der Absicht zu tödten gehandelt habe. Gl. A. v. Schwarze S. 554, Buchelt S. 664, Dalde S. 271, v. Kries S. 443, Geyer S. 845; a. M. RGer. III. 5. März 81 (Entsch. III. 399, Ripr. III. 118), Reller S. 526, Dorendorf S. 270, Stenglein S. 609. Dagegen leidet die Bestimmung dann keine Anwendung, wenn eine Freisprechung überhaupt nicht vorliegt, d. h wenn in Betress der nunmehr zugestandenen Thatsache das Urtheil eine Negativ=Fest kellung gar nicht enthält, weil weder durch den Inhalt des Eröfsnungsbeschlusses noch durch die Ergebnisse der Heftellung zu tressen.
- 8. Die Bestimmung erfordert ein "von bem Freigesprochenen", also nach erfolgter Freisprechung, abgelegtes Geständniß; das Geseth hat eine solche Erklärung des Angeklagten im Auge, durch welche dieser die Unrichtigkeit des freisprechenden Urtheils direkt oder indirekt zugesteht. Ein vor der Freisprechung abgegebenes, aber erft später ermitteltes Geständniß würde lediglich die Bebeutung eines neuen Beweismittels haben; auf neue Beweise allein kann aber die zu Ungunsten des Angeklagten flattsindende Biederaufnahme des Berfahrens nicht gegründet werden.
- 9. Da icon ein außergerichtliches Geftändniß genugt, bie Bieberaufnahme bes Berfahrens zu begründen, so tann es bei bem "vor Gericht" abgelegten tein Erforberniß sein, bag baffelbe gerabe vor bem Strafrichter abgegeben worben.
- 10. Das Gefet erforbert nicht ein Schulbbetenntniß, sonbern nur ein "Geftanbniß" ber ftrafbaren handlung; bie von ber RTR. anfangs beschloffene Fassung "Geständniß ber Schulb" wurde in ber britten Lesung geanbert (Brot. ber 173. Situng S. 12 ff.). Es tommt also nur barauf an, bag ber Angeklagte bas Dasein ber betr. handlung und seine Thaterschaft zugesteht;

§. 403.

Sine Wieberaufnahme bes Verfahrens zum Zwecke ber Aenberung ber Strafe innerhalb bes burch basselbe Gesetz bestimmten Strafmaßes sindet nicht statt.

(I. II. III. Cutu. 3 -.)

§. 404.

Sin Antrag auf Wieberaufnahme bes Berfahrens, welcher auf bie Behauptung einer strafbaren Handlung gegründet werben foll, ift nur bann zulässig, wem

- ob er Angaben hinzugefügt, die auf die Berneinung seines ftrafrechtlichen Berschuldens hinauslaufen (wie 3. B. die Angabe, daß er bei der That sinnlos betrunten gewesen sei), ift hinsichtlich der Zulässigkeit der Biederaufnahme gleichgültig. Ebenso gleichgültig ift es, ob die Handlung in der Gestalt, wie sie jeht zugestanden ist, der in dem Eröffnungsbeschaftlusse angenommenen strafrechtlichen Qualisitation entspricht ober nicht, sofern nur die Jbentität der That (§ 263) vorhanden ist.
- 11. Las Wort "glaubwürden, bag nur ernftlich gemeinte Erflärungen, nicht aber sollen, bag nur ernftlich gemeinte Erflärungen, nicht aber solche, bie auf bloker Ruhmredigleit ober Prahlerei beruhen, die Wiederaufnahme begründen sollen (Prot. S. 623). Ein Biberruf bes Geständnisses hat nicht nothwendig die Folge, daß dieses nummehr als unglaubwürdig angesehen werden müßte (Prot. S. 1043 ff.). Wie die Olaubwürdigleit bes Geständnisses selbentung des Wiberruses von dem Gericht nach Lage des einzelnen Falles zu beurtheilen.

3u § 408.

- 1. Die Bestimmung findet sowohl auf die in § 399 wie auf die in § 402 behandelte Bieberaufnahme Anwendung. Bgl. noch § 399 Note 23.
- 2. "baffelbe Gefeh" Im Sinne bes Sift als ein anberes Gefet nicht blos jede Borschrift anzusehen, welche einen selbstständigen straftechtlichen Thatbestand bestimmt, sondern auch jede solche, welche gewisse, die Strasbarkeit erhöhende oder vermindernde Thatumstände besonders vorsieht. Hierdei macht es keinen Unterschied, ob die Borschrift sich in demjenigen Gesetsparagraphen, welcher den Thatbestand des Deliktes selbst normirt, oder in einem anderen besindet; die äußere Gesetsösonomie kann hier nicht entscheidend sein. Sonach sind z. B. auch die Borschriften in § 200 Abs. 2, § 222 Abs. 2, § 315 Abs. 2 des StBB. andere Gesets im Sinne des § 403.
- 3. Um eine bloße Aenberung ber Strafe innerhalb bes burch basselbe Geset bestimmten Strafmaßes hanbelt es sich nicht, wenn bas Borhanbensein bes Rudfalls in Frage steht. Der Rudfall gehört, insoweit bas Strafgeset (vgl. StBB. SS 244, 261, 264) aus ihn überhaupt Russisch nimmt, zu ben im Geset besonders vorgesehenen Umständen, welche bie Strafbarkeit erhöhen, und er steht den bloßen Strafzumessumenstuden nicht gleich, wiewohl die StBD. ihn in Ansehung der Urtheilsfällung aus dem Gebiet der Schulbfrage ausgeschieden und lediglich dem der Straffrage zugewiesen hat; vgl. S 262 u. Note 3. c das. Dagegen fällt die Frage: ob milbernde Umstände vorhanden seien, sediglich in den Bereich der Strafzumessung; daher kann die Biederausnahme des Berfahrens nicht zu dem Zwecke stattsinden, damit das Borhandensein milbernder Umstände anerkannt oder die in dem Urtheil enthaltene Annahme ihres Borhandenseins beseitigt werde. Dies muß selbst im Falle des S 213 des StBB. gelten, wenngleich dort einzelne bestimmte Strafmilderungsgründe und "andere milbernde Umstände" auf gleiche Linie gestellt sind. Bgl.v. Kries S. 436.

3u \$ 404.

- 1. Die Bestimmung bezieht fich auf bie in § 399 Rr. 1-3 und § 402 Rr. 1-3 vorgesebenen Bleberaufnahmegrunbe; vgl. übrigens § 399 Rote 7.
- 2. In ben hier gedachten Fallen muß regelmäßig (vgl. Rote 3) erft eine rechtsfraftige Berurtheilung wegen ber ben Bieberaufnahmegrund barftellenden ftrafbaren handlung (ber Urfundenfalfdung, bes Meineibes 2c.) porliegen, bevor ber Antrag auf Bieberaufnahme bes Ba:

wegen bieser handlung eine rechtsfräftige Verurtheilung ergangen ift, ober wenn bie Sinleitung ober Durchführung eines Strafverfahrens aus anderen Gründen als wegen Rangels an Beweis nicht erfolgen kann.

(f. Catm. \$ 272; II. Cutm. \$ 279; III. Cutm. \$ 324.)

§. 405.

Die allgemeinen Bestimmungen über Rechtsmittel finden auch bei bem Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens Anwendung.

(I. Cutm. § 273; II. Cutm. § 280; III Cutm. § 325.)

§. 406.

In bem Antrage muffen ber gesetliche Grund ber Wiederaufnahme bes Berfahrens sowie bie Beweismittel angegeben werben.

Bon bem Angeklagten und ben im §. 401 Abf. 2 bezeichneten Personen kann ber Antrag nur mittels einer von bem Vertheibiger ober einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift ober zu Brotokoll bes Gerichtsschreibers angebracht werben.

(I. Cutw. § —; II. Cutw. § 281; III. Cutw. § 326.) §. 407.

Ueber bie Zulaffung bes Antrags auf Wieberaufnahme bes Verfahrens ent:

sahrens anlässig ift; bie rechtskräftige Verurtheilung bilbet bas Fundament bes Antrages. — Selbstverftändlich tann biese Berurtheilung nur in einer besonderen Untersuchung erfolgen. In Betreff ber Frage, ob eine solche zu eröffnen und welches Gericht für sie zuständig sei, gelten lediglich die allgemeinen Bestimmungen; insbes. sinden die SS 151, 170 auch hier volle Anwendung. — Kann eine Untersuchung wegen Mangels an Beweis nicht eröffnet ober nicht bis zur Urtheilsfällung durchgeführt werden, so liegt der Fall ebenso, wie wenn diefelbe mit einem freisprechenden Urtheil endet: ber betr. Wiederaufnahmegrund ist alsdann nicht vorhanden.

3. Nur bann greift ein abweichendes Berfahren Blat, wenn eine Untersuchung "aus ans beren Gründen als wegen Mangels an Beweis" nicht eingeleitet ober nicht burchgessührt werden kann. hierüber sagen die Mot. S. 218: "Rann die Berfolgung des Beschuldigten wegen eines thatsäcklichen ober rechtlichen hindernisses (wegen Todes, Abwesenheit oder Berjährung) nicht mehr stattsinden, so sält das Erfordernis einer vorgängigen rechtskräftigen Berurtheilung sort, und es tritt das in den SS 409 ff. vorgeschriebene regelmäßige Bersahren ein. Es werden also Beweiserhebungen angeordnet, und wenn sich aus denselben ergiedt, daß die in dem Antrage behauptete strasbare handlung begangen sei, so wird zur Biederaufnahme der Untersuchung gesichriten." Uedrigens kommen hier keineswegs blos die vorstehend angeführten hindernisse in Betracht; vgl. vielmehr noch Note 15, 20 zu Buch 2 Abschn. 1. Dem dort Rote 20. a bemerkten Falle, wenn der Beschuldigte zur Zeit geisteskrant ist, steht jedoch nicht der andere Fall gleich, wenn berselbe wegen Unzurechnungsfähigkeit zur Zeit der That außer Berfolgung geset oder freigesprochen ist; denn in diesem Falle liegt eine strasbare handlung, wie § 404 sie voraussetz, nicht vor und ebensowenig ein der Einleitung oder Durchsührung des Bersahrens entgegenstehendes hindernis (gl. A. Stenglein S. 611; a. M. Keller S. 529).

Zu § 405.

1. Die hier in Bezug sgenommenen Bestimmungen find biejenigen ber §\$ 338-345; vgl. inebes. § 338, Abs. 2, § 339, § 340. — Gine Mobification s. zu § 401 Rote 3.

3u \$ 406.

- 1. Bu Abf. 2 vgl. § 385 Abf. 2 u. bie Roten baf.
- 2. Die Bestimmung bes Abs. 2 findet auch bann Anwendung, wenn ber gesetliche Beratreter bes Angeklagten ober ber Ehemann auf Grund bes § 340 (vgl. § 405) bie Bieberausnahme bes Berfahrens beantragt.
 - Bu § 407.

 1. Für bas Bieberaufnahmeversahren ist nur basjenige Gericht zuständig, welches zuvor Digitized by

scheibet das Gericht, bessen Urtheil mit dem Antrag angesochten wird. Wird ein der Revisionsinstanz erlassenes Urtheil aus anderen Gründen als auf Grund bes §. 399 Nr. 3 oder des §. 402 Nr. 3 angesochten, so entschet das Gericht, gegen bessen Urtheil die Revision eingelegt war.

Die Entscheidung erfolgt ohne mündliche Berhanblung. (I. Cutm. § 274; II. Cutm. § 282; III. Cutm. § 327.)

- mit ber Sache befaßt gewesen war und bas angefochtene Urtheil erlassen hatte. Dies gilt auch bann, wenn biesem Gericht nunmehr bie Gerichtsbarkeit über ben Angeflagten mangelt (3. B. wenn letterer inzwischen Solbat geworben ift), und felbst bann, wenn biefer Mangel icon zur Zeit ber Artheilsfällung bestand und nicht erkannt wurde; vgl. RGer. IV. 27. März 85 (Entich, XII. 125). In einem folden Falle wird bie mit ber Aufhebung bes Urtheils ju verbinbenbe anberweite Enticheibung "in ber Sache" (§ 413 Abf. 1) allerdings nur auf Ginftellung bes ftattgehabten Berfahrens lauten tonnen, fo bag bas Beitere bem juftanbigen Gericht vorbehalten bleibt. — Anlangend die örtliche Zuständigkeit, so ist es, wenn die Erneuerung der Sauptverhandlung angeordnet ift (f 410 Abs. 2), rechtlich zwar nicht ausgeschlossen, daß vermöge bes Zusammenhanges ber Sache mit einer anberen, bei einem anberen Gericht anhängigen bie erneuerte Hauptverhandlung (§ 413) vor bem letteren Gericht statsfindet (§ 13 Abs. 2); allein für bas vorausgehende Berfahren (§§ 405—410) ist nur bas früher befaßte Gericht zuständig. Bgl. RGer. IV. 2. Mai 84 (Rfpr. VI. 344); bort ist angenommen, daß, wenn bie Erneuerung ber hauptverhandlung zwar von bem anberen Gericht unzuftanbiger Beife befcoloffen, ber Beichluf aber nicht angefochten (§ 412) worben ist, er für bas erkennende Gericht binbend ist und folglich nicht bie Revision auf ben geichehenen Berftoß geftust werben fann.
- 2. Bezüglich ber Falle, in benen Urtheile verschiebener Inftanzen ergangen find, giebt bie Bestimmung Zweifeln barüber Raum, welches Urtheil als bas burch ben Antrag angef ochtene anzusehen und welches Gericht bemzufolge für bie Entscheidung über ben Antrag zusftändig sei. Es ift hier zunächst bas Berhältnift ber Revisionsinftanz zu ben Borinstanzen und sobann basjenige ber Berufungsinftanz zu ber ersten Instanz ins Auge zu fassen.
- a. Revisionsinftang. a) hat bas Revifionsgericht bie Revision verworfen ober als unzulässig zurückgewiesen, also nicht in ber Sache selbst erkannt, so ist bas Urtheil ber Bor: instang bas burch ben Bieberaufnahmeantrag angefochtene, es fei benn, bag ber Antrag auf einen Bieberaufnahmegrund gestütt wird, welcher innerhalb bes Revisionsverfahrens liegt; nur in letterem Falle ift bas Urtheil bes Revisionsgerichts bas angefochtene und biefes Gerich somit für die Entscheibung über den Antrag zuständig. Hierbei aber geht das Geset (wie übrigens auch icon ber Entwurf) von ber ungutreffenben Annahme aus, bag bas Revifionsverfahren nur ben in § 399 Rr. 3 und § 402 Rr. 3 vorgejehenen Bieberaufnahmegrund barbieten tonne. mabrend in Bahrheit auch bie unter Rr. 1, 2 ber SS 399, 402 porgefebenen Bieberaufnahme grunbe in bem Revifionsverfahren gegeben fein tonnen. Der Grund ber Rr. I murbe bann por: liegen, wenn eine Falfchung bes Sigungsprotofolles ber Borinftang ftattgefunden und auf bie Enticheibung bes Revisionsgerichts Einfluß geaußert hatte (vgl. § 271). Der Grund ber Rt. 2 aber murbe bann gutreffen, wenn ausnahmsweise bas Revisionsgericht eine eibliche Bernehmung von Beugen vorgenommen und hierbei eine ftrafbare Berlegung ber Gibespflicht ftattgefunden hatte (vgl. § 392 Note 3). Dem Gebanken bes Gefetes entsprechenb, muffen bie verschiebenen, innerhalb bes Revisionsversahrens möglichen Bieberaufnahnegrunde gleichmäßig behandelt werden. SI. A. Binbing S. 205, im Befentl. auch v. Rries S. 447 ff.; a. DR. Reller S. 531, Buchelt S. 671, Dochow S. 326, Stenglein S. 613, v. Schwarze in S. II. S. 344. — 3) hat bas Revisionsgericht bas Urtheil ber Borinstang aufgehoben und in ber Sache felbft ertannt, fo kann zwar nur noch bas Urtheil bes ersteren Gerichts Gegenstanb ber Anfechtung burch ben Antrag fein; allein nach ber ausbrudlichen Gefetesvorschrift ift in biefem Salle bas Gericht ber Borinflanz für bie Entscheibung zustänbig, ausgenommen wieberum ben Hall, wenn es sich um einen umerhalb bes Revisionsversahrens liegenben Bieberaufnahmegrund hanbelt. Es gilt also

hier basselbe wie im Falle ber erfolgten Berwersung ber Revision (a). Der Grund, aus welchem. bas Geset bie Entscheidung bem Gericht ber Borinstanz überträgt, ist ber, daß, abgesehen von bem gedachten Ausnahmefalle, ber Bieberausunhundmeantrag die Beseitigung der Feststellungen des Urtheils bezweckt und daß die letteren, auch wenn der Revisionsrichter in der Sache selbst erkannt hat, doch nur von dem Borberrichter getroffen sein und geändert werden können. — y) dat das Revisionsgericht ein Urtheil aufgehoben und die Sache zur abermaligen Entscheidung in die Bore inst anz zurückverweisen, so kommt die ses Revisionsurtheil bei einem Antrage auf Wiederaufnahme des Bersahrens überhaupt nicht in Betracht; Gegenstand der Ansechtung durch den Antrag können alsbann nur die neuen Urtheile sein, welche in Folge jener Zurückverweisung ergangen sind.

Steht nach Borftehendem die Entscheidung über einen Biederausnahmeantrag dem Revision Bericht zu und wird ber Antrag für begründet befunden, so ist die Folge hiervon nur die: daß das Revisionsversahren wieder ausgenommen und event. ein neues Revisionsurtheil erlassen wird; das Urtheil der Borinstanz wird von dem Biederausnahmeversahren an sich (im Gegensah dem neuen Revisionsurtheil) noch nicht berührt. — Steht die Entscheidung dem Gericht der Borinstanz zu und wird der Antrag für begründet befunden, so hat dieses Gericht dei Erlassung des neuen Urtheils (§ 413) das Urtheil des Revisionsgerichts ausdrücklich auszuheben, salls das lettere in der Sache selbst entschieden hatte. Dagegen wird ein die Revision verwersendes Urtheil burch die Aushebung des Urtheils der Borinstanz von selbst hinfällig.

b. Berufungsinftang. Bar gegen ein Urtheil bes Schöffengerichts ober bes Amts: richters bie Berufung ergriffen, fo ift (fofern nicht etwa auch bie Revisionginftang beschritten mar und nach Borftebenbent (a) bas Revifionsgericht fur bie Enticheibung fiber ben Antrag juftanbig ift) ber Regel nach bas Urtheil ber Berufungsinftang, nicht basjenige ber erften Inftang, als bas angefochtene anzufeben und fomit ber Regel nach bas Bernfungsgericht für bie Enticheibung über ben Antrag zuftanbig. Es folgt bies baraus, bag nach ben Borichriften ber StBD. (vgl. § 364 Rote 2—5) ber BerufungBrichter bie Schulbfrage felbstftanbig und unabhangig von ben Refistellungen bes ersten Richters zu entscheiben hat. Hierbei macht es auch keinen Unterschieb, ob ber Berufungsrichter bas Urtheil erfter Inftang aufgehoben und neue Feststellungen getroffen ober ob er unter Beibehaltung ber erftrichterlichen Geftstellungen bie Berufung verworfen bat: foweit er eine Feststellung beibebalt, macht er biefelbe ju ber seinigen (vgl. noch § 369 Rote 1). Gine-Ausnahme von ber gedachten Regel greift jeboch Blat, wenn ber Berufungsrichter nicht über bie Schulbfrage enticieben, alfo geftstellungen weber neu getroffen, noch auch beibehalten bat, fei es, baß er bas Rechtsmittel als unzulässig verworfen hat (5 363 Note 1), sei es, baß er nur mit ber Entscheibung über bie Strafe 2c. befaßt war (§ 368 Rote 2). In biefen Källen finbet auf bas Urtheil ber Bernfungbinstanz basjenige entsprechenbe Anwenbung, was oben (a) in Betreff: bes Revifionsurtheils gefagt worben: bas erftere tann nur bann als bas angefochtene angefeben werben, wenn ber Antrag auf einen innerhalb bes Berufungsverfahrens liegenben Bieberaufnahmegrund gestütt wird, wogegen Mangels dieser Boraussehung das Urtheil erster Inftang ale bas angefochtene gelten muß.

Steht nach Borftehendem die Enticheidung über den Antrag bem Berufungsgericht zu und wird ber Antrag für begründet befunden, fo ift die Folge hiervon die: daß daß Berufung sverfahren wieder aufgenommen wird; daß Urtheil erster Justanz wird hiervon nicht berührt. Umgefehrt werden, wenn daß Gericht erfter Instanz sein Urtheil aufhebt, hiermit die Urtheile der höheren Instanzen von selbst hinfällig.

Uebrigens geben in Betreff ber Frage: welches Gericht fur bie Entscheibung zuständig fei, bie Meineungen erheblich auseinanber; vgl. bef. v. Kries S. 448 ff., Reller S. 531, Stenglein S. 612.

3. Da nach Abs. 2 bie Entscheibung ohne munbliche Berhaublung erfolgt, so entscheibet an Stelle bes Schöffengerichts ber Amtbrichter (BBG. § 30 Abs. 2). Die Straftammer besichließt in allen Fällen in ber Besehung mit brei Richtern (BBG. § 77), gleichviel ob es sich um ein Urtheil erster ober zweiter Instanz ober um ein schwurgerichtliches Urtheil (BBG. § 82). hanbelt; vgl. RGer. III. 1. Juni 81 (Rspr. III. 356). Das Oberlandesgericht und bas Reichsgericht entscheiben in ber für die Urtheilsfällung vorgeschriebenen Richterzahl (BBG. § 124, 139, 140).

§. 408.

Ist der Antrag nicht in der vorgeschriebenen Form angebracht, oder ist darin tein gesetzlicher Grund der Wiederaufnahme geltend gemacht oder tein geeignetes Beweismittel angesührt, so ist der Antrag als unzulässig zu verwerfen.

Anderenfalls ist berselbe bem Gegner bes Antragstellers unter Bestimmung einer Frist zur Erklärung zuzustellen.

(I. Cutm. # 275; II. Cutm. # 283; III. Cutm. # 328)

- 4. Bgl. § 23 Rote 3. Es versteht sich, bag im Falle bes § 399, Rr. 3 und bes § 402 Rr. 3 ber von bem Bormurf ber Amtspflichtverletzung betroffene Richter bei ber Entscheidung nicht mitmirten barf. Bgl. übrigens § 404.
 - 5. Bu Abf. 2 vgl. noch § 408 Rote 1, 4.

3u § 408.

- 1. Der S 408 behandelt biejenige Enticheibung, welche über bie Bulaffig teit bes Antrages ergeht, mogegen in § 410 von ber über bas Begrunbetfein bes Antrages, alfo uber die Bieberaufnahme felbft ergebenden Entscheidung die Rebe ift; vgl. § 410 Rote 3. b. — In Ansehung ber in § 399 Rr. 5 und § 402 Rr. 4 bestimmten Bieberaufnahmegrunde besteht übrigens ber Unterschieb zwischen einem Beschlusse, ber ben Antrag als unzulässig, und einem folden, ber ihn als unbegrundet verwirft, im Befentlichen nur barin, bag ber lettere Befchlug auf Grund einer Beweisaufnahme (§ 409) ergeht: insoweit fich ohne eine folde bie Grundlofigfeit bes Antrages erkennen lagt, ift bie in § 408 vorgefebene alsbalbige Berwerfung bes letteren ftets ftatthaft. Die lettere fann also insbes. auch wegen ber Unerheblichfeit ber angeführten Thatsachen erfolgen. Dies erhellt auch aus ben Mot., welche S. 219 bemerken: "Es wird ein auf S 399 Rr. 5 geftuttes Gefuch ohne Beiteres ju verwerfen fein, wenn bie barin aufgeführten Thatfachen ober Beweismittel nach Ausweis ber Aften entmeber bereits in ber flattgehabten Unterfuchung gemurbigt, alfo nicht neu finb, ober gufammengehalten mit ben fruber erhobenen Bemeifen gur Freifprechung bes Berurtheilten nicht führen werben. Das Gefuch wird aber auch alsbann ju verwerfen fein, wenn zwar bie neu angeführten Thatfachen ben Erforberniffen bes § 399 Rr. 5 entsprechen, aber jum Erweise berfelben nur Beugen benannt werben, welchen unter ben ebmaltenben Umftanden feine Glaubwurbigfeit beigemeffen werben tann." Bgl. bef. Boitus Rontr. I. S. 94 ff.
 - 2. "nicht in ber vorgeschriebenen Form" hierzu vgl. § 406 Abf. 2.
 - 3. "fein gesehlicher Grund ber Bieberaufnahme" bierzu vgl. noch § 404.
- 4. Das Gericht muß, bevor es gemäß Abs. 2 versahren tann, über die Zulassung des Antrages eine ausdrückliche Entscheid ung tressen (gl. A. Reller S. 533, Puchelt S. 674, Thilo S. 451; a. M. v. Kries S. 454, Stenglein S. 615). Da der für zulässig befundene Antrag nach der Zulassung dem Gegner des Antragstellers mitgetheilt wird, so ist es nicht erforderlich, schon vor der Prüfung eines von dem Berurtheilten angebrachten Antrages die Staatsanwaltschaft mit ihrer Erklärung zu hören; wohl aber wird, wenn sich dei der Prüfung die Unzulässigkeit des Antrages herausstellt, das Gericht die Erlassung des Beschlusses einstweilen auszusehen und zunächst die Staatsanwaltschaft zu hören haben (§§ 33).
- 5. Ift ber Antrag nur unvollständig ober leibet er an einem anderen leicht zu behebenden Mangel, so kann bas Gericht, statt ihn alsbald zu verwerfen, zunächst den Antragsteller unter Bestimmung einer Frist zur Ber voll ftändigung z. auffordern. Ein solches Berfahren wird sich in den geeigneten Fällen um so mehr empfehlen, als der Antragsteller jederzeit befugt ift, einen verworfenen Antrag nach Behebung bes betreffenden Mangels zu erneuern (vgl. § 399 Rote 2, § 402 Rote 2).
- 6. Sowohl ber ben Antrag julaffenbe wie ber ihn verwerfenbe Befdlug tann mit ber fofore tigen Befdmerbe ange fochten werben (§ 412).
 - 7. Die Ertlarung bes Gegners ift an teine Form gebunben.
- 8. Auch ber Gegner tann neue Thatfachen unb Beweismittel vorbringen, wie überhaupt Antrage bezüglich ber etwaigen Beweisaufnahme ftellen.

§. 409.

Wird ber Antrag an sich für zulässig befunden, so beauftragt bas Gericht mit Aufnahme ber angetretenen Beweise, soweit biese erforberlich ift, einen Richter.

Dem Ermessen bes Gerichts bleibt es überlassen, ob die Zeugen und Sach= verständigen eiblich vernommen werben follen.

Hinfichtlich ber Berechtigung der Betheiligten zur Anwesenheit bei der Beweissaufnahme kommen die für die Voruntersuchung gegebenen Vorschriften zur Answendung.

Rach Schluß ber Beweisaufnahme find bie Staatsanwaltschaft und ber Ansgeklagte unter Bestimmung einer Frist zur ferneren Erklärung aufzuforbern.

(I. Cutm. 95 276-278; II. Cutm. 95 284-286; III. Cutm. 95 329-331.)

3u § 409.

- 1. a. hat das Gericht ben Antrag für zulässig befunden (vgl. § 408 Note 4) und ber Gegner bes Antragkellers seine Erflärung (§ 408 Abs. 2) abgegeben ober bie ism gestellte Frist versftreichen lassen, so bedarf es einer weiteren Entschließung des Gerichts barüber, ob vor Erlassung des Beschusses über die Wiederausnahme des Bersahrens (§ 410) noch eine Beweisaufnahme erforderlich sei oder nicht. Einer solchen wird es in den Fällen des § 399 Nr. 5 regelmäßig bedürsen. Der Zweck der etwaigen Beweisausnahme ist der: "die nothwendigen thatsächlichen Unterlagen für die Prüfung zu gewähren, ob die gesetlichen Boraussehungen der Wiederaufnahme sür dargethan zu erachten seien, und demgemäß zu einer erneuten mündlichen Berhandlung zu ihreiten sei" (Mot. S. 219). Das Gericht kann jederzeit und insbes. auch noch nach Eingang der in Abs. 4 gedachten Erklärungen eine weitere Erhebung von Beweisen beschließen.
- b. Benngleich der S nur von den "angetretenen" Beweisen spricht, so ist das Gericht boch befugt, noch andere Beweise zu erheben, insbes. solche, welche geeignet sind, die von dem Antragsteller vorgebrachten zu entfrästen; Mangels dieser Besugniß könnte das Gericht in die Lage kommen, auf Grund unglaubwürdiger neuer Aussagen die Hauptverhandlung erneuern zu milsen. Gl. A. v. Bomhard S. 297, Stenglein S. 616; a. M. Keller S. 535, Puchelt S. 676, v. Krieß S. 457. Bgl. S. 408 Note 8.
- 2. Der Ausbrud "beau ftragt" ift gegenüber ber sonstigen Terminologie ber StBD. (vgl. GBG. Tit. 13 Rote 6. b) ungenau: bas Gericht tann selbstverständlich auch burch einen ersuchten Richter die Beweisaufnahme bewirken. Für ben Fall, wenn ber Beschluß bem Amts zichter zusteht (§ 407 Note 2), ist die Fassung des Abs. 1 überhaupt nicht passend: ber Amtszichter tann nur entweder selbst die Beweise erheben oder einen anderen Amtsrichter um beren Erhebung ersuchen.
- 3. Zu Abs. 2 vgl. § 65 Die hier getroffene Bestimmung beruht barauf, baß "es mit bem Besen ber Biederaufnahme einer bereits rechtskräftig entschiebenen Untersuchung nicht wohl verträglich erscheint, dieselbe auf unbeeidigte Aussagen zu gründen. Die Aussehung der Beeidisgung wird baher in diesem Berfahren nur die Ausnahme bilben, die Möglichseit einer solchen Ausnahme aber freilich nicht ganz abgeschnitten werden können" (Mot. S. 219). Es ist dringend zu empsehlen, die eidesfähigen Zeugen alsbalb zu beeidigen, bamit nicht durch unwahre Auslagen, beren, Abgabe Mangels der Beeidigung für die Zeugen ungefährlich sein würde, eine Ersneuerung der Hauptwerhandlung herbeigeführt werde (vgl. § 410 Note 1). Bgl. noch § 66 Rote 2. b.
 - 4. Die in Abf. 3 in Bezug genommenen Bestimmungen f. in ben SS 191, 192.
- 5. Benngleich in § 409 nur von ber Aufnahme ber Beweise bie Rebe ift, so sind boch in bem hier behandelten Stadium bes Berfahrens auch biejenigen Untersuchungshandlungen flatthaft, welche, wie die Beschlagnahme und die Durchsuchung, behus ber herbeischaffung von Beweismitteln erforderlich sein können. In Betreff ber Berhaftung bes Angestagten in ben Fällen bes § 402 f. § 123 Note 7.

§. 410.

Der Antrag auf Wieberaufnahme bes Berfahrens wird ohne münbliche Ber: handlung als unbegründet verworfen, wenn die darin aufgestellten Behauptungen keine genügende Bestätigung gefunden haben, oder wenn in den Fällen des §. 399 Nr. 1, 2 oder des §. 402 Nr. 1, 2 nach Lage der Sache die Annahme ausgeschlossen ist, daß die in diesen Bestimmungen bezeichnete Handlung auf die Entscheidung Einsluß gehabt hat.

Anderenfalls verordnet das Gericht die Biederaufnahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung.

(I. Cutw. \$ 279; II. Cutw. \$ 287; III. Cutw. \$ 332.)

6. Der Angeklagte wirb, soweit er nicht ber Beweisaufnahme beigewohnt hat, die in Abs. 4 gebachte "fernere Erklärung" (vgl. § 408 Rote 7) nur abgeben können, wenn ihm bas Ergebniß ber Beweisaufnahme bekannt gemacht wirb; es wird also einem Antrage besselben auf absichtliche Mittheilung ber ausgenommenen Protokolle ober, wenn er sich in Haft befindet, auf Borlesung berselben stattgegeben werden mulfen (a. M. Stenglein S. 617, ber in jedem Falle die Mittheilung des Ergebnisses in einem Berhöre für genügend halt). hat jedoch der Angeslagte einen Bertheibiger, so kann er nur beauspruchen, daß diesem die Akteneinsicht gestattet werde. Die beschränkende Bestimmung § 147 Abs. 2 kann hier nicht Plat greisen.

3u § 410.

1. In bem Befchluffe, von welchem § 410 hanbelt, liegt ber Schwerpuntt bes gangen Bieberaufnahmever fahrens: hat das Gericht einmal gemäß Abs. 2 die Bieberaufnahme beichloffen, fo ift ber Antragsteller gegen bas frubere Urtheil restituirt und letteres thatfachlich befeitigt. Das ertennenbe Gericht (§ 413) ift an ben Befchluß infofern gebunben, als es nicht bejugt ift, bie Bulaffigfeit ber Bieberaufnahme von Neuem einer Brufung ju unterziehen : Re. I. 30. Juni 81 (Entsch. IV. 402, Rspr. III. 447), II. 1. Mai 83 (Rspr. V. 300). Dies muß um jo mehr betont werben, als bie AER. dem § 413 Abs. I eine von dem Entw. abweichenbe Fassung gegeben hat, welche fehlerhaft und eine irrige Auffassung hervorzurufen geeignet ift. Nach bem Entw. lautete bie Beftimmung bes § 413 Abf. 1: "In ber erneuten munblichen Berhanblung ift anberweit in ber Sache felbst zu erkennen und bas früher ergangene Urtheil aufzuheben." Die RER. hat bie Aenberung lediglich beshalb befcoffen, "weil es nicht gut flinge, wenn bas Urtheil aufgehoben und gleich wieder ebenso erkannt werbe". Die nunmehrige Fassung bes § 413 ("aufrecht zu erhalten") kann jedoch ben Schein erwecken, als wenn in ber neuen hauptverhandlung, ahnlich wir in einer höheren Instang, über bie Richtigkeit ober Unrichtigkeit bes fruheren Urtheils zu entideiben mare. Gine berartige Auffassung mare eine burchaus unberechtigte. Der aufs Reue et fennende Richter kann seine Ueberzeugung aus nichts Anberem als aus dem Inhalt der neuen . Berhanblung fcopfen; bas frubere Urtheil tommt hierbei nicht mehr in Betracht. Es tann allo febr wohl vorkommen, daß ber frühere Berurtheilte, obwohl die von ihm beigebrachten neuen That: fachen 2c. fich in ber neuen hauptverhandlung als gang unerheblich erweifen, boch freigefprocen werben muß, weil bie Belastungsbeweise inzwischen theilweis verloren gegangen find und bie noch vorhandenen zur Ueberführung nicht ausreichen. Dies zeigt fich aufs Deutlichfte in dem schwur: gerichtlichen Berfahren: für bie nunmehr fungirenben Gefdworenen ift bie fruhere Saupwerhand: lung und Entidelbung gar nicht vorhanben; fie find bei ber Bilbung ihrer Ueberzeugung lediglich auf bie vor ihnen felbst erhobenen Beweise angewiesen. Ebenso verhalt es fich bei ben Schoffen. Prinzipiell gilt aber auch für die Beruferichter ganz baffelbe. So: RGer. III. 4. Dez. 82 (Ript. IV. 869); vgl. II. 12. Oft. 80 (Entich. II. 323, Ripr. II. 316). Die Fehlerhaftigkeit ber Faffung bes § 413 zeigt fich ferner noch barin, bag biefer § ein "entweber .- ober" aufstellt, welches ber wirklichen Sachlage nicht entspricht. Denn bas neue Urtheil tann in bem einen Bunkte mit bem früheren übereinstimmen und in einem anderen Puntte davon abweichen; ja bas Gericht ift felbn im Falle ber völligen Uebereinstimmung ber neuen Feststellungen mit ben fruberen nicht einmal

gehinbert, auf eine milbere Strafe, als bie früher verhängte, zu erkennen. Diefer Ansicht steht ber § 403 nicht entgegen : berfelbe verbietet zwar, bie Bieberaufnahme zum Aweile einer blogen Strafermäßigung eintreten gu laffen; er beschrantt jeboch bas Gericht in feinem freien Ermeffen nicht weiter, wenn einmal bie Bieberaufnahme eingetreten ift. Rach erfalgter Bieberaufnahme giebt es für ben enticheibenben Richter feine anbere Befchrantung als biejenige, welche § 413 Abf. 2 aufftellt; von biefer abgefeben, ift bie neue Urtheilsfällung eine gang felbftftanbige und von ber früheren völlig unabhangige. Diernach verbiente nicht nur bie Saffinng bes Entm. por berjenigen des Gesets unbebingt ben Borgug, sonbern es ware wohl sogar bas Richtigste gewesen, bie Aufbebung bes Urtheils auch formell mit bem Bieberaufnahmebeichluffe (§ 410) ju verbinben. Bal. v. Kries Rechtsm. S. 460 ff. u. in Goltb. Arch. XXVI. S. 177. — Aus bem porftegend über die Birfung und Tragmeite biefes Befchluffes Gefagten erhellt, bag bas Gericht bie Wieberaufnahme bes Berfahrens nicht beschließen barf, ohne bie Rothwendigfeit berselben auf bas Genaueste geprüft zu haben; vgl. bes. § 399 Note 20.

- 2. Der Beidlug wird von bemielben Gericht erlaffen, welches über bie Rulaffung bes An= trages (§ 407) entichieben bat.
- 3. a. Borauf bie Brufung bes Gerichts fich ju richten habe, hangt bavon ab, welcher Bieberaufnahmegrund von bem Antragfteller geltenb gemacht ift. - In ben Fallen ber Rr. 1, 2 ber S\$ 399, 402 wird es sich vermöge ber Borschrift bes S 404 regelmäßig nur um bie Frage handeln: welchen Ginfluß das Borbringen der falschen Urkunde bezw. die Abgabe der falschen Ausjage auf bas angesochtene Urtheil gehabt haben konne; vgl. § 399 Rote 13. (Bei bem Be-Splusse über bie Zulassung bes Antrages [§ 408] kommt biese Frage noch nicht in Betracht.) Um die Prufung von Beweisergebniffen wird es fich hier nur ausnahmsweife hanbeln tonnen ; vgl. § 404 Rote 3, § 399 Rote 7. — In bem Falle ber Ar. 3 ber §§ 399, 402 begründet die in § 404 gebachte rechtsträftige Berurtheilung ohne Beiteres bie Bieberaufnahme; vgl. § 399 Rote 17. Bie in ben Fällen ber Nr. 1, 2, so kann es sich auch hier nur ausnahmsweise um die Prüfung von Beweißergebniffen (§ 404 Rote 3) hanbeln. — In bem Falle ben § 399 Rr. 4 tommt es darauf an, ob das angefochtene Strafurtheil auf das betr. civilgerichtliche Urtheil gegründet war und ob bas lettere nunmehr burch ein anderes und zwar rechtsträftiges Urtheil aufgehoben ift; vgl. § 399 Rote 19. — In bem Falle bes § 399 Rr. 5 handelt es fich barum, ob bie neuen Anführungen burch bie stattgehabte Beweisaufnahme (§ 409) eine genügende Bestätigung gefunben haben; außerbem aber ift bas Borhanbensein aller in Rr. 5 bezeichneten Erforderniffe ber Wieber= aufnahme von Neuem zu prufen; vgl. § 399 Rote 21 ff. — In bem Falle bes § 402 Nr. 4 endlich ift zu prüfen, ob ber Angeklagte das behauptete Geftändniß abgelegt habe und ob baffelbe für glaubmurbig anzusehen sei; vgl. § 402 Rote 10, 11.
- b. Der über bie Bulaffung bes Antrages ergangene Befchluß (§ 408) ift fur bie Ents (Heibung über bie Bieberaufnahme (§ 410) in keiner Beise präjubizirlich: bas Gericht hat bie Berwerfung des Antrages auch bann auszusprechen, wenn es findet, daß es gerechtfertigt ge= mejen mare, benfelben ohne Beiteres als ungulaffig zu verwerfen. Gl. A. Reller S. 536, Gener S. 850; bez. ber formellen Bulaffigfeit a. M. Stenglein S. 617. Bgl. noch § 408 Note 1.
- 4. Der Beschluß, er mag bie Berwerfung bes Antrages ober bie Bieberaufnahme bes Berfahrens aussprechen, ift mit ber fofortigen Beschwerbe anfechtbar (§ 412).
- 5. a. Ift bie Bieberaufnahme rechtsträftig ausgesprochen, so wird (abgesehen von ben in § 411 Abs. 2 bestimmten Ausnahmefällen) eine neue Hauptverhanblung anberaumt, und zwar in berjenigen Inftang, in welcher bas burch ben Bieberaufnahmeantrag angefochtene Urtheil ers gangen war; bas Rabere hieruber f. ju § 407 Rote 1. Wie fich aus bem bort Bemerkten ergiebt. ift die in der REK. (Prot. S. 625) aufgestellte Ansicht: daß der Wiederaufnahmebeschluß wie ein Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 201) anzusehen sei und daß das auf ihn solgenbe Bersahren sich nach ben SS 212 ff. regele, in biefer Allgemeinheit keineswegs richtig: fie post vielmehr nur auf den Fall der Erneuerung der Hauptverhandlung erster Instanz.

b. In Reer. III. 2. Juli 83 (Entich. IX. 34, Ripr. V. 482) ift es für zuläffig erachtet. bie nene Sauptverhanblung, ftatt por bem fruber befaßten Bericht, por einem Gericht nies 20me, Strafprojeforbnung. 5. Auflage.

§. 411.

Ist ber Verurtheilte bereits verstorben, so hat ohne Erneuerung ber Hauptverhandlung das Gericht nach Aufnahme des etwa noch erforderlichen Beweises entweder die Freisprechung zu erkennen ober den Antrag auf Wiederaufnahme abzulehnen.

Auch in anderen Fällen kann bas Gericht, bei öffentlichen Rlagen jeboch nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft, den Berurtheilten sofort freisprechen, wenn dazu genügende Beweise bereits vorliegen.

Mit ber Freisprechung ist die Aufhebung des früheren Urtheils zu verbinden. Die Aufhebung ist auf Verlangen des Antragstellers durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen, und kann nach dem Ermessen des Gerichts auch durch andere Blätter veröffentlicht werden.

(I. II. III. Cutu. § -.)

berer Orbnung (in casu: ftatt vor bem Schwurgericht vor ber Straffammer) stattsinden ju lassen, wenn die noch in Frage kommende strafbare Handlung zur Zuständigkeit des letzteren Gerichts gehört. Dieser Ansicht läßt sich nicht beipslichten, da § 410 eine Bestimmung, wie die in § 394 Abs. 3 gegebene, nicht enthält, Wangels einer ausbrücklichen Borschrift aber ein Gericht niederer Ordnung nicht für befugt erachtet werden kann, das Urtheil eines Gerichts höherer Ordnung auszuheben. Wit dem RGer. übereinstimmend Stenglein S. 618.

c. Bgl. § 407 Rote 1 a. E.

6. In Betreff bes Inhalts ber neuen hauptverhandlung f. § 413 Rote 1.

3u § 411.

Bu Abf. 1.

- 1. Die Bestimmung bes Abs. 1 batte in Berbinbung mit ben bezuglichen Bestimmungen bes § 401 ihre Stelle in einem besonberen § finben follen, ba fie fur ben Fall bes Tobes bes Berurtheilten sowohl hinfichtlich ber Rulaffigfeit ber Bieberaufnahme wie auch binfichtlich bes Berfahrens besondere, von ben allgemeinen Borfdriften abweichenbe Normen aufftellt. Die Be fonberheiten bes gebachten Falles finb folgenbe: a) Die Bieberaufnahme bes Berfahrens tann nur behufs ber volligen Freifpredung, nicht aber ju bem Zwede ftattfinben, bamit bie That minber fcwer, als gefchehen, qualifizirt werbe (Prot. S. 625); vgl. § 399 Rote 3. — b) Bei ber folieflichen Entscheibung (vgl. § 410) ist bie zu prilfenbe Frage nicht bie: ob bie Boraussehungen ber Bieberaufnahme bes Berfahrens, fonbern bie: ob bie Borausfehungen ber Freifprechung porhanben feien. Die jur Begrunbung biefer Entideibung erforberlichen Beweiserhebungen werben in ihrem gaugen Umfange auf bem in § 409 Abf. 1 bestimmten Bege bewirft; hierbei muffen bie eibekfähigen Zeugen und die Sachverständigen nothwendig eiblich vernommen werden. — c) Erachtet bas Gericht bie völlige Freisprechung bes Berurtheilten nicht für gerechtfertigt, fo hat es ben Antrag nicht zu verwerfen, fonbern "ab gulebnen"; biefe Berichiebenheit ber Ausbrudsweife entspricht ber materiellen Berichiebenheit, welche nach bem porftebenb (a. b.) Bemertten zwifden bem in Rebe ftebenben falle und bem regelmäßigen falle bes § 410 befteht. - d) Birb bie völlige Freisprechung für gerechtsertigt erachtet, so beschließt bas Gericht nicht bie Bieberaufnahme bes Berfahrens, fonbern es erläßt, ohne bag eine neue hauptverhanblung flattfinbet, alsbalb bas freifprechenbe Urtheil; vgl. § 33 Rote 1.
- 2. a. Abs. 1 finbet sowohl in bem Falle Anwendung, wenn ber Antrag erst nach bem Tobe bes Berurtheilten angebracht war (§ 401), wie auch in bem anderen Falle, wenn ber Berurtheilte selbst ihn gestellt hatte, bemn ach st aber ver ftorben ist und nunmehr statt seiner ein Berechtigter (§ 402 Abs. 2) ben Betrieb bes Bersahrens übernimmt. In dem zweiten Falle muß, wenn es an dem letztgedachten Ersorberniß sehlt, das Bieberaufnahmeversahren eingestellt werden, da dessen zum ban ben bas Borhandensein eines Antragstellers voraussetz; vgl. Stenglein S. 619; a. R. Reller

§. 412.

Alle Entscheidungen, welche aus Anlaß eines Antrags auf Wieberaufnahme bes Bersahrens von bem Gericht in erster Instanz erlassen werben, können mit ber sofortigen Beschwerbe angesochten werben.

(L. Cutu. \$ 280; II. Entw. \$ 288; III. Cutu. \$ 333.)

- S. 537, insofern er in bem zweiten Falle ben Antrag für erlebigt, bie in § 401 Abf. 2 bes zeichneten Bersonen aber nur für befugt erachtet, ihrerseits einen neuen Antrag anzubringen.
- b. Auch bann, wenn gegenüber Mitverurtheilten bie Erneuerung ber hauptverhands lung stattsinbet, ist bezüglich eines verstorbenen Berurtheilten nach Abs. 1 zu versahren: RGer. IV. 29. Apr. 84 (Entsch. X. 423).

Bu Mbf. 2.

3. Auch bie Freisprechung eines lebenben Berurtheilten tann ausnahmsweise "fofort", b. b. ohne Erneuerung ber Sauptverhanblung, erfolgen, wenn a) bie Lage bes Beweifes eine so zweifellose ift, daß die abermalige munbliche Berhandlung sich als überfluffig barftellt und b) auf vollige Freifpredung ju erfennen ift. hierzu tritt bei öffentlichen Rlagen bas fernere Erforberniß, bag c) bie Staatsanwalticaft ihre Buftimmung ju ber fofortigen Urtheilsfallung erflärt hat. Im Brivatklageverfahren bebarf es ber Buftimmung bes Brivatklägers nicht. Diejenige bes Berurtheilten wird in keinem Falle erforbert. — Die RER. hat bei ber Bestimmung bes Abf. 2 3. B. bie Falle im Auge gehabt, wenn wegen berfelben That nachträglich eine anbere Berfon rechtstraftig verurtheilt, hiernach aber bie Unichulb bes fruber Berurtheilten zweifellos feftgeftellt ift, ober wenn ber lettere auf Grund ber Ausfage eines einzigen Reugen beftraft murbe, biefer aber bes Meineibes überführt und beshalb verurtheilt ift (Brot. S. 626). — Als angemeffen ift bas in Abf. 2 jugelaffene außergewöhnliche Berfahren übrigens teineswegs zu bezeichnen; baffelbe paft ju bem gangen sonftigen Organismus bes Prozesses nicht, und bie Rlarbeit ber Beweisfrage tann ben Begfall ber hauptverhanblung hier ebensowenig rechtfertigen, wie fie ihn in bem Berufungsverfahren murbe rechtfertigen tonnen. Jedenfalls mare es fehr unpaffenb, gegen ben Billen bes Berurtheilten von ber Erneuerung ber hauptverhandlung Abftanb zu nehmen, ba gerabe in biefer ber Berurtheilte oftmals ein viel wirkfameres Mittel gur Bieberherftellung feiner Ehre erbliden wird als in ber öffentlichen Befanntmachung, welche ber Abf. 4 bes & vorfiebt.

Bu Abj. 1, 2.

- 4. Auch bie ohne Erneuerung ber Hauptverhandlung ftattfindende Freisprechung hat durch Urtheil, nicht durch Beschluß, zu erfolgen, da die Ausbedung eines Urtheils durch einen Beschluß bem System der StBD. fremd, auch unter dem Ausbruck "erkennen" nicht die Erlassung eines Beschlusses zu verstehen ift (a. M. nur Keller S. 538 und Stenglein S. 620). Zuständig ist daszenige Gericht, welchem die Erlassung der in den SS 408, 410 bezeichneten Beschlusse zusteht. Sonach erkennt der Amtsrichter ohne Zuziehung von Schöffen (GBG. S 30 Abs. 2) und die Strassammer in der Besehung von drei Richtern (GBG. S 77); gerade hieraus aber ist ein Bedenken mehr gegen die Angemessenheit einer Urtheilssällung ohne Hauptverhandlung zu entnehmen.
- 5. hinfichtlich ber Zulässigfeit ber Rechtsmittel fteben bie hier gebachten Urthelle ben in einer Hauptverhandlung ergangenen völlig gleich; vgl. § 413 Note 3 sowie § 354 Note 1.

Bu Abs. 4.

6. Die bffentliche Betanntmadung hat auf Roften ber Staatstaffe gu erfolgen.

3u § 412.

- 1. "Alle Entscheibungen" b. h. bie Beschlüsse, nicht aber bie Urtheile; in Betreff ber letteren f. § 413 Rote 3, § 411 Rote 5. In ben Fällen bes § 411 Abs. 1, 2 geht ber Biebers aufnahmebeschluß in bem alsbalb zu erlassenben freisprechenben Urtheil auf.
- 2. "von bem Gericht in er fter Instang" Diese Worte find von ber MER. ben im Entw. flebenben Borten "von bem Gericht erfter Instang" substituirt worben, weil bie Entscheibung nicht immer bem Erstinftanggericht, sonbern nach Berschiebenheit ber Fälle balb biesem, balb einem

§. 413.

In ver erneuten Hauptverhandlung ist entweder das frühere Urtheil aufrecht zu erhalten oder unter Ausbebung desselben anderweit in der Sache zu erkennen.

Ist die Wiederaufnahme des Verfahrens nur von dem Verurtheilten oder zu Gunsten desselben von der Staatsanwaltschaft oder von einer der im §. 340 be zeichneten Personen beantragt worden, so darf das neue Urtheil eine hartere Strafe. als die in dem früheren erkannte nicht verhängen.

(I. Entw. § 281; II. Entw. § 289; III. Entm. § 334.)

Gericht hoberer Inftang gufteht; vgl. § 407 Rote 2. — Die Beschluffe ber Oberlanbes gerichte sowie biejenigen bes Reichsgerichts unterliegen einer Ansechtung nicht (§ 346 Abf. 3).

3. In Betreff ber fofortigen Befdmerbe f. § 353.

4. In Betreff bes Beschwerberechts ber Staatsanwaltschaft wird in ben Mot. S. 219 bemerkt: "Der Entw. hat geglaubt, auch die Beschwerde ber Staatsanwaltschaft gegen einen die Biederausnahme ber Untersuchung anordnenden Beschulß nicht ausschließen zu sollen, damit in Fällen, in denen der Beschluß auf einer unrichtigen Anwendung der für die Biederausnahme gegebenen Prozesvorschriften beruht, eine Abhülse ermöglicht werde. Hierauf besonders Bedacht zu nehmen, erschien behuß Bahrung des Ansehens rechtskräftiger Urtheile gedoten." Aus dieser Bemerkung darf nicht gesolgert werden, daß die Staatsanwaltschaft ihre Beschwerden nicht auf thatsächliche Gründe fügen durfe; das Gesch selbst enthält von einer solchen Beschwänzung nichts. Gerade in Ansehung des Wiederausnahmedeschlusses (§ 410 Abs. 2) ist das unbeschränkte Beschwerderecht der Staatsanwaltschaft um so unentbehrlicher, je größer die Bedeutung und Trageweite dieses Beschusses ist (vgl. § 410 Rote 1).

3u § 413.

- 1. a. Die "erneute Hauptverhanblung" ist nach Berschiebenheit ber Fälle eine Bershanblung vor bem Gericht erster Instanz ober vor bem Berusungsgericht ober vor bem Revisionssgericht; vgl. § 407 Note 2, § 410 Note 5. Findet dieselbe vor dem Gericht erster Instanz ober vor dem Berusungsgericht statt, so ist sie in jeder Beziehung eine neue und selbstständige Berhandlung, also keineswegs nur eine Wiederholung der früheren Berhandlung unter hinzunahme des in dem Wiederausnahmeantrage oder der Gegenerklärung (§ 408 Abs. 2) neu Borgebrachten; das Bordringen neuer Thatsachen und Beweise ist ohne Einschränkung statthaft und der Grundssach des § 245 (vgl. dort Note 1) wiederum in vollem Maße anwendbar; vgl. RGer. II. 12. Okt. 80 (Entsch. II. 323, Rspr. II. 316), III. 4. Dez. 82 (Rspr. IV. 869). In Betress der Revisionssinstanz s. § 392 Note 2. Bgl. noch § 66 Note 2. b.
- b. Diejenigen Richter, welche bei bem Beschlusse über wiederaufnahme bes Bersahrens (§ 410) mitgewirkt haben, sind von der Mitwirkung in der neuen hauptverhandlung nicht ausgesschlossen: RGer. II. 23. Sept. 81 (Entsch. IV. 426, Rspr. III. 521). Bgl. § 23 Rote 3.
- c. In ber neuen Hauptverhandlung ist der Beschulß über die Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 201) wiederum zu verlesen (§ 242); bagegen ist eine Berlesung des Beschlusses über die Wiederausnahme des Bersahrens (§ 410) nicht vorgeschrieben und barum nicht nothwendig: RGer. II. 23. Sept. 81 (Entsch. IV. 426, Rspr. III. 521). Die Verlesung des in dem ursprünglichen Bersahren ergangenen Strafurtheils ist nicht unzulässig: RGer. I. 19. Jan. 82 (Entsch. V. 429).
- 2. a. In Betreff ber neuen Urtheilsfällung und ber Inforreftheit bes in § 413 Abf. 1 enthaltenen Ausbrud's "aufrecht zu erhalten" f. § 410 Rote 1.
- b. "anderweit in ber Sache zu erkennen" Hierunter ift nicht nothwendig eine Freisprechung ober Berurtheilung zu verstehen, vielmehr ist unter Umftanden auch die Einstellung bes Berfahrens 2c. auszusprechen (vgl. § 410 Note 1). Ein Beispiel s. in § 407 Rote 1.
- 3. Das neue Urtheil unterliegt ber Anfechtung burch Rechtsmittel in ganz berfelben Beife wie bas frühere. Selbst ein Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens ift bem neuen Urtheil gegenüber nicht ausgeschloffen; vgl. § 399 Note 2.
 - 4. Darüber, welche Folgen bie Bieberaufhebung eines rechtsfraftigen Strafurtheils habe,

Fünftes Buch.

Betheiligung des Berlehten bei dem Berfahren.

Erfter Abichnitt.

Privattlage.

enthalt bie StBD. teine Bestimmung ; fie geht bavon aus, bag biefe Kolgen fich aus ber Ratur ber Sache von felbst ergeben. — Ift in bem neuen Urtheil wieberum auf Strafe ertannt, so muß eine aus bem aufgehobenen Urtheil bereits vollstredte Strafe auf bie nunmehr erkannte in An : rechnung gebracht werben (Mot. G. 219). Bar in bem aufgehobenen Urtheil eine Gelb= ftrafe verhangt, mabrend das neue Urtheil eine folde nicht festfest, so ift ber gezahlte aber beigetriebene Betrag bem Berurtheilten ju erstatten, ba, wie nunmehr nach ber Bieberaushebung bes Urtheils fefifteht, ber Staat biefen Betrag ohne Rechtsgrund empfangen hatte. Ebenfo verhalt es fich mit ber Rudgabe eines Gegenftanbes, beffen Gingiebung auf Grund bes wieberaufgebobenen Urtheils erfolgt mar. Bar in bem aufgehobenen Urtheil bem Berlepten bie Befugnig jur offentlichen Befanntmachung bes Urtheilstenors jugefprochen und Diefe erfolgt, fo ift auf Antrag bes nunmehr Freigesprochenen auch bie öffentliche Bekanntmachung ber Ausbebung jenes Urtheils anjuordnen: RGer. II. 18. Jan. 87 (Entid. XV. 188, Ripr. IX. 62). — Bar ber Berurtheilte Inhaber eines öffentlichen Amtes und ift er beffen in Folge ber Berurtheilung verluftig gegangen, fo ift bies eine Thatfache, welche burch bie Bieberaufhebung bes rechtstraftigen Strafurtheils nicht mehr rudgangig gemacht werben tann. Der Amtsverluft ift nicht eine friminelle, in bem Strafurtheil auszusprechenbe Strafe, sonbern eine Birtung, welche gesehlich an bie Berhangung gewisser Strafen geknupft ift. Die Borfdriften, welche biese Birkung bestimmen, finb Borichriften bes Beamtenrechts, auch wenn fie, wie bies in ben SS 33, 35 bes StBB. gefcheben, (fugitiv) in bas Strafrecht aufgenommen find. Bur Breu Ben vgl. § 6 bes Disgipl.-Bef. p. 7. Mai 1851 (GG. S. 218) und § 7 bes Diszipl.:Ges. v. 21. Juli 1852 (GS. S. 465). Der Sinn biefer Borfchriften ift ber: bag bie rechtsfraftige Berhangung einer ber bort bezeichneten Strafen eine Thatsache ist, welche das zwischen dem Staate und dem Beamten bestehende Rechtsverhältniß traft Gefeges ohne Beiteres aufloft. Diefe Birfung bes rechtstraftigen Strafurtheils tann burch eine Bieberaufhebung bes lepteren nicht mehr in Frage gestellt werben; es folgt bies auch aus ber Erwägung, daß ber Antrag auf Wieberaufnahme bes Berfahrens an teine Frist gebunden ist, sonbern jeberzeit zulässig bleibt, währenb bie Frage: ob ber Beamte seines Amtes verlustig gegaugen sei, nicht auf unbestimmte Zeit hinaus in ber Schwebe bleiben kann. Dementsprechenb ift auch die Staatsregierung befugt, die Stelle des verurtheilten Beamten anderweit zu befehen, sobalb bas Strafurtheil bie Rechtsfraft erlangt bat.

5. Bu Abi. 2 (Berbot ber reform. in pejus) vgl. § 372 und § 398 Abi. 2.

Jum ganften Buche.

1. Im Allgemeinen voll. über bie Berechtigungen bes Berletten bezüglich ber Strafversolgung: Rote 11, 12 zu Buch 2 Abschn. 1. — Ueber bas Berhältniß ber Privatklage und ber Nebenklage ber StPO. zu ber action civile bes französischen Strafversahrens s. ebenda Rote 2. b.

Bum Erften Abichnitt.

1. Der Entw. enthielt zwei die Privatklage betreffende Abschinite. Der zweite berselben bes handelte die prinzipale Privatklage bei Beleidigungen und Körperverletungen, der erste dagegen die subsidiare Privatklage, welche nach dem Entw. bei allen übrigen Antragsdelikten statthaft sein sollte. Die RER. brachte, indem sie den § 170 (vgl. bort Note 1) aufnahm, den ersten Abschn. in Begfall. Demzufolge bedurfte der zweite Abschn., welcher in seinem Schlusparagraphen eine allgemeine Berwelsung auf den ersten enthielt, einer Umarbeitung, und es wurde nunmehr der größere Beil der im ersten Abschn. enthaltenen Bestimmungen in den zweiten übertragen. Gierbei ift

§. 414.

Beleidigungen und Körperverletzungen können, soweit die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, von dem Verletzten im Wege der Privatklage verfolgt werden, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf.

Die gleiche Befugniß steht benjenigen zu, welchen in ben Strafgesetzen bas Recht, selbständig auf Bestrafung anzutragen, beigelegt ift.

Hat ber Verlette einen gesetzlichen Vertreter, so wird die Befugniß zur Erstebung der Privatklage durch diesen und, wenn Korporationen, Gesellschaften und

freilich in biesen (nunmehr erften) Abschn. auch eine Anzahl ungeeigneter Borschriften aufgenommen worden, und die Gestaltung, welche bas Privatklageversahren in der StPD. erhalten hat, ist überhaupt als eine wenig sachgemaße zu bezeichnen.

- 2. Daß die StBD. die strafrechtliche Berfolgung von Beleidigungen und Körperverletungen in besonderer, von den allgemeinen Normen abweichender Beise geregelt hat, hat seinen Grund in der besonderen Ratur dieser Delitte. Hierüber sagen die Mot. S. 223: "Beleidigungen und leichte Mißhandlungen sind alltägliche Borsommnisse; sie berühren das allgemeine Bohl der dürgerlichen Gesellschaft meistens wenig, und selbst für die Betheitigten haben sie in der Regel eine viel zu geringe Bedeutung, als daß ein rechtliches oder sittliches Bedürsniß vorläge, stets eine Bestrafung herbeizussühren. Darum bildet ersahrungsmäßig die Bersolgung und Bestrafung jener Gesetsverlehungen nicht die Regel, sondern die Ausnahme." Auf dieser Aussalfung beruht auch die Zulässisselt einer Ausrechnung bei wechselseitigen Bergehen solcher Art (StSB. SS 199, 233) und das Ersorderniß eines Sihneversuches dei Beleidigungen (StBD. S 420).
- 3. Die Bestimmungen, welche bas Brivatklagerecht nach seiner materiellen Seite hin (vgl. Note 1 ff. zu Buch 2 Abschn. 1) betreffen, sind in § 414 Abs. 1. 2, § 415, § 416, § 417, Abs. 2. 3, § 420, § 428, § 431 Abs. 1. 2, § 432, § 433 enthalten. Die prozessindlichen Borsbedingungen der Erhebung der Rlage (Sicherheitsleistung, Sühneversuch) werden in den §§ 419, 420 bestimmt. Die Prozessähigkeit des Privatklägers wird in § 414 Abs. 3, die Zulassung eines Prozessevollmächtigten für denselben in den §§ 418, 427 behandelt, die prozessinale Stellung des Privatklägers im Allgemeinen durch § 425 Abs. 1 u. § 430 Abs. 1 bestimmt. Die übrigen Borschriften regeln hauptsächlich das Bersahren. In Betress der Stellung und Ausgabe des Richteramts s. bes. § 424 Note 2.
- 4. In Betreff bes Falles, wenn ein Privatflager bie Buertennung einer Buße beanfprucht, f. § 446.
- 5. Zuftandig für die Berhandlung und Entscheidung über Privatklagen find die Schöffengerichte (GBG. § 27 Rr. 3; vgl. bort Rote 13). Die Erhebung der Privatklage kann nur bei dem Amtsgericht erfolgen; dagegen kann ein bereits anhängiges Privatklageversahren vor die Strafkammer gedracht werden, wenn zwischen einer bei dieser anhängigen öffentlichen Klage und der Privatklage ein Zusammenhang besteht und die Strafkammer bezw. das gemeinschaftliche obere Gericht die Berbindung für angemessen erachtet (§ 4). Bor das Schwurgericht kann eine Privatklage auf Grund des Zusammenhanges nicht gedracht werden (§ 424 Abs. 2; vgl. übrigens Rote 5 das.). In Ansehung der durch die Presse begangenen Beleidigungen s. noch EG. zum GBG. § 6.
- 6. Darfiber, bag bie Verfolgung von Beleibigungen und Körperverlepungen nicht mehr im Bege bes Civilprozesses ftattfinden kann, f. EG. § 11 u. Rote 1 baf.

3u \$ 414.

Bu Abs. 1.

1. Die Privatklage ber StBD. ift eine pringipale: fie kann erhoben werben, ohne bag ber Privatklager zuvor bei ber Staatsanwaltschaft bie Strafverfolgung beantragt zu haben braucht (vgl. § 422). — Inwiefern bie Staatsanwaltschaft berechtigt und perpflichtet fei, bei ben bier be-

andere Personenvereine, welche als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagen kinnen, die Verletzten sind, durch bieselben Personen wahrgenommen, durch welche sie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vertreten werden.

(L. Cuine. § 305 Abf. 1, § 283; II. Enim. § 311 Abf. 1, § 291; III. Enim. § 356 Abf. 1, 2, § 336.)

zeichneten Beleibigungen und Körperverletungen fich ber Berfolgung zu unterziehen, barüber f. S. 416, 417 Abs. 2 u. die Roten bas.

- 2. a. Rur biejenigen Beleibigungen sind Gegenstand ber Privatklage, beren Berfolgung nur auf Antrag eintritt. Hierher gehört außer ben Fällen ber §§ 185—187 auch ber bes § 189 bes StGB. (vgl. § 433 Abs. 2 u. Rote 1, 2 bas.); a. M. Binding S. 85. Hinsichtlich ber in den §§ 103, 104 bes StGB. vorgesehenen Antragsfälle (Beleidigung bes Oberhauptes eines fremden Staates bezw. Beleidigung eines Gesandten 2c.) hat die ALA. in Uebereinstimmung mit den Regierungsvertretern angenommen, daß wegen des obwaltenden politischen Interesses die Berfolgung stets der Staatsanwaltschaft obliege, diese Fälle mithin nicht Gegenstand der Privatklage seien (Prot. S. 1048); a. M. Dochow in Ho. II. S. 356, Stenglein S. 623, Olshausen S. 427, 429. Die Fälle, in denen es zur Berfolgung einer Ermächtigung ist von dem des Antrages sachlich verschieden.
- b. Die s. g. Amtsbeleibigungen (SiSB. § 196) sind von den Bestimmungen der § 414, 416 nicht ausgenommen (vgl. übrigens Note 6). Die Mot. S. 224 sagen hiersiber: "Es ift seineswegs verkannt worden, daß bei der Mehrzahl der Amtsbeleibigungen die Verfolgung von Staatswegen durch das Interesse der öffentlichen Ordnung gedoten sein wird. Dagegen konnte nicht anerkannt werden, daß dies bei allen Amtsbeleidigungen der Fall sei. Es kommen vielsach Beleidigungen eines Beamten in Beziehung auf seinen Beruf in solcher Sestalt vor, daß sie eine Bersolgung durch die Staatsanwaltschaft nicht nothwendig erheischen, daß es vielmehr mit der össenlichen Ordnung wohl vereindar ist, wenn sie unverfolgt oder der Privatverfolgung überlassen bleiben. Oftmals näunlich sieht eine Beleidigung zu dem Amte des Beleidigten in einer nur sehr losen Beziehung, und nicht minder häusig sind die Fälle, in denen der Beleidigte selbst die Besleidigung hervorgerusen hat." Daraus, daß die Mot. hier nur von Beleidigungen eines Beamten "in Beziehung auf seinen Beruf" sprechen, ist nicht zu solgern, daß Beleidigungen, welche einem Beamten "während der Ausübüng seines Beruses" (§ 196 cit.) zugesügt werden, ausnahmslos von der Staatsanwaltschaft versolgt werden müßten. Bgl. noch Note 4.
- c. Die Frage: ob bei einer burch ben Inhalt einer Drudfchrift begangenen Beleibigung bie Privatklage auch behufs ber Berhangung ber in § 21 bes Preß-Gef. v. 7. Mai 1874 (unten in Abth. III.) beftimmten Rahrläffigteitsftrafe erhoben werben tonne, ift in ber RLA. nicht erortert worben. Sie wird ju bejaben fein. Zwar ift berjenige, ber nur nach bem § 21 cit. ftrafbar ist, nicht als ber Beleibiger anzusehen; allein auch in bem Falle bieses bilbet die Beleibigung ben Gegenstand ber Rlage, und hierin ist hinsichtlich ber Zulässigleit bes Brivatklageversahrens das enticheibende Moment zu finden. Die entgegengesette Anficht wurde auch zu eigenthumlichen Ergebniffen fuhren: mare 3. B. gegen ben Rebatteur einer periobischen Drudichrift bie Privatflage wegen Beleibigung auf Grund bes & 20 bes Breß-Ges. erhoben, mahrend bas Gericht nach verhanbelter Sache ihn nur ber Fahrläffigfeit für schulbig befanbe, so murbe baffelbe gemäß § 429 ber StBD. Die Ginftellung bes Privatklageverfahrens aussprechen muffen, und Die Folge hiervon wurde nach § 152 Abf. 2 wieberum bie fein, bag bie Staatsanwaltichaft wegen ber fahrlaffigfeit bie öffentliche Rlage erheben mußte, obwohl fich bie Fahrlaffigfeit ju ber Beleibigung felbft wie bas minus jum majus verhalt und ber Staat offenbar fein Interesse an ber Bestrafung ber erfteren haben tann, wenn er ein folches an ber Bestrafung ber letteren nicht hatte. Gl. A. Stenglein S. 623; a. M. v. Schwarze, Erört. S. 24.
- 3. a. Ueber ben Begriff ber Rorperverletung f. StoB. § 223. Die nur auf Antrag ju verfolgenben Rorperverletungen find in ben §§ 223, 230 bes StoB. vorgefeben; vgl. § 232 baf.

b. Biewohl bas Gefet feinem Bortlaut nach im Befentlichen mit bem Entw. überein-

ftimmt, fo hat boch mabrend ber Berathungen ber RER. ber Inhalt ber Bestimmung eine erbebliche Beranberung baburch etfahren, bag ju bem StoB. Die Rovelle vom 26. Febr. 1876 erfaffen worben ift. Diefelbe hat in § 223, a gewiffe Källe ber Körperverletung aus ber allgemeinen Beflimmung bes § 223 ausgefchieben und für fle bas Antragserforberniß befeitigt; fomit aber ift in eben biefen gallen bie Berfolgung im Bege ber Privatflage ausgeschloffen. Diefe Ginfdrantung ber letteren latt fich feineswegs als eine angemeffene bezeichnen. Buvorberft liegt fein balibarer Grund por, bie Berfolgungs pflicht ber Staatsanwaltichaft aberall ba Blat greifen ju laffen, wo bab Berfolgungerecht bes Staates von bem Antrage bes Berletten unabhangig ift; auch unter ben in § 223. a vorgesehenen Fallen werben nicht wenige von ber Art sein, bag bas offent liche Intereffe ble Berfolgung nicht erheischt, wie 3. B. ber Foll, wenn ber von Dechreren Gemisbanbelte ober bet mittelft einer Baffe 2c. Berlette ber Angreifer gewelen ift. Roch mehr aber fpricht gegen bie Angemeffenheit bet gebachten Ginfchrantung ber Umftanb, bag vermoge ber großen Unbestimmtheit ber in § 223, a hervorgehobenen Ehatbestandsmerkmale bie Grenze zwischen bem Thatbeftanbe bes § 223. a und bem bes § 223 eine febr fillffige ift, bag baber oftmals aus ber Rlage felbst bie Anwendbarfeit bes § 223. a nicht zu erseben sein wird, bemaufolge aber bie in § 429 ber StBD. vorgeschriebene Ginftellung bes Privatllageverfahrens in folden Rallen wirb etfolgen muffen, in benen biefelbe lebiglich eine nutlofe Beiterung ift. Bgl. § 424 Rote 2.

Bu Abs. 2.

4. In Abf. 2 ift, wie die Bergleichung mit Abf. 1 ergiebt, nur von benjenigen Bersonen die Rebe, welche nach ben Borschriften des StBB. §§ 195, 196, 232 Abs. 3 neben bem Berletten selbst und unabhängig von bem Billen besselben die Strafverfolgung bei der Staatsanwaltschaft zu beantragen berechtigt sind; diesen Personen wird hier die Besugnif beigelegt, auch die Privat-flage selbstständig, b. h. unabhängig von dem Billen des Berletten, zu erheben. Bgl. § 415 u. Rote 2 bas. — Abs. 2 gilt insbes. auch von den Borgesehten eines amtlich beleidigten Beanten (vgl. ben cit. § 196).

Bu Abi. 3.

5. Perfonen, welche einen gefehlichen Bertreter haben, tonnen nicht felbft bie Brivatflage erheben, vielmehr tann bie Erhebung ber letteren nur burch ben Bertreter erfolgen. hierüber fagen bie Dot. S. 221: "Rach § 65 bes Strafgefenbuchs ift ber Berlette, welcher bas achtgebnte Lebensjahr vollenbet bat, felbftftanbig ju bem Antrag auf Beftrafung berechtigt. Ausilbung bes Rechts ber Privatklage konnte jeboch biefes Lebensalter nicht maßgebend fein, ba ber Brogef Bflichten, namentlich auch vermögensrechtliche Berbinblichfeiten, erzeugt, beren Uebernahme ber Entwurf einem Minberjabrigen nicht gestatten tonnte, ohne fich mit ben bier anwendbaren Grunbfagen bes Civilrechts in Biberfpruch ju feben. Der minberjährige Berlette, beffen Berfolgungsantrag von ber Staatsanwaltichaft abgelehnt worben, wird alfo nur burch feinen gefehlichen Bertreter bie Brivatflage erheben tonnen." Bie fich bieraus ergiebt, ift bie Brogef: fahigteit bes Brivatflagers feineswegs nach ben Bestimmungen bes StoB. (SS 65, 195) gu beurtheilen. Die Befugnig, vor Gericht als Privatflager aufzutreten und bie Rolle einer Prozefepartei ju übernehmen, ift eben etwas Anberes als bas Recht, mittelft eines Antrages bei ber StaatBanwalticaft eine burch biefe zu betreibenbe Strafperfolgung zu veranlaffen; über jene Befugniß hat bas StoB. Borfdriften nicht gegeben und mit Radficht auf bie prozessuale Ratur berfelben nicht geben tonnen. 3m Uebrigen ift im hinblid auf bas in ben Dot. Gefagte bie (ber erforberlichen Deutlichkeit allerdings entbehrenbe) Bestimmung bes Abs. 3 bahin zu versteben, bas binfichtlich ber Prozepfabigfeit bes Privatflagers bie Grundfate ber CBD. Anwendung finben follen und bag fomit berjenige, bem im Civilprozeg bie Rabigteit, por Gericht zu fieben, mangelt, auch bie ftrafrechtliche Privatklage nur burch feinen gefehlichen Bertreter erheben kann. hiernach ift ein Minberjähriger, auch wenn er bas achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, zur felbstftan bigen Erhebung ber Privatflage nicht befugt. Dagegen tann eine unter vaterlicher Gewalt ftehende großjährige Person und eine Chefrau die Brivattlage felbftftandig, also ohne daß fie bes Beiftanbes bes Baters bezw. bes Chemannes bebarf, erheben (CBO. § 51); mgl. RGer. IL. 23. Apr. 80 (Mfpr. I. 650). Berfonen, welche wegen Geistestrantheit, wegen Taubftummfeins

§. 415.

Sind wegen derfelben strafbaren Handlung mehrere Personen zur Privatklage berechtigt, so ist bei Ausübung dieses Rechts ein Jeder von dem Anderen unabhängig.

Hat jedoch einer ber Berechtigten die Privatklage erhoben, so steht ben übrigen nur ber Beitritt zu bem eingeleiteten Verfahren, und zwar in ber Lage zu, in welcher sich basselbe zur Zeit ber Beitrittserklärung befindet.

Jebe in ber Sache selbst ergangene Entscheidung äußert zu Gunsten bes Besichulbigten ihre Wirkung auch gegenüber solchen Berechtigten, welche bie Privatsklage nicht erhoben haben.

(I. Cutm. § 284; II. Cutm. § 292; III. Cutm. § 337.)

ober als Berfcmenber bevormunbet find, werben, wie bei bem Antrage auf Strafverfolgung (StBB. § 65 Abf. 3), so auch bei ber Privatklage burch ben Bormund vertreten. — Bgl. Rote 9. b ju § 37.

6. Die Frage: ob Korporationen, Gefellschaften und andere Personenvereine als solche Objekt einer Beleibigung sein können, ist bekanntlich bestritten und wird von der StBO. als eine offene behandelt; fie gehört dem Gebiet des materiellen Strafrechts an und hat durch den § 414 nicht entschieden werden sollen (a. M. Stenglein S. 623). — Beleibigungen einer Behörde (vgl. StBB. § 196) sind fiels durch die Staatsanwaltschaft zu verfolgen und somit nicht Begenstand der Brivatklage (Mot. S. 221).

3u § 415.

- 1. Mit bem Erlöschen ber Antragsberechtigung (StBB. S 61) erlischt felbstverftänblich auch bas Recht, bie Privatslage zu erheben. Hiernach und nach S 62 bes StBB. kann bem Einen von mehreren Berletten bas Privatslagerecht noch zustehen, mabrend ein Anderer bereits besselleben versluftig gegangen ift. Wie das Recht zur eigenen Erhebung ber Privatslage, so ift auch die Berechtigung, einem eingeseiteten Bersahren beizutreten, bavon abhängig, daß bem betr. Berletten bie Antragsberechtigung noch zusteht.
- 2. Die Bestimmung gilt gleichmäßig für ben Fall, wenn neben bem Verletten selbst noch andere Personen (§ 414 Note 4) zur Erhebung ber Privatklage berechtigt, wie auch für ben anderen Fall, wenn durch eine Handlung mehrere Personen verlett sind: RGer. II. 25. Febr. 81 (Entsch. III. 362, Rspr. III. 74), II. 22. Apr. 81 (Rspr. III. 240); vgl. I. 3. März 81 (Entsch. III. 385, Rspr. III. 400). Hiermit stimmt die Wehrzahl ber Schriftseller siberein; a. M. (gleich ben beiden ersten Aust. bieses Komm.) Dalde S. 279, Boitus Komm. S. 429 u. Kontr. II. S. 247; vgl. auch Binding Hdb. I. S. 633 ff.
- 3. Zebe in der Sache selbst ergangene rechtsfräftige Entscheidung schließt nicht blos die Ersteung einer neuen Privatklage seitens der zu dieser Berechtigten, sondern auch eine anderweite Bersolgung derselben Handlung durch die Staatsanwaltschaft auß; es wird also durch sie Straflage völlig verdraucht: eit. RGer. II. 25. Febr. n. 22. Apr. 81 (Rote 2). Bgl. Buch 2 Abichn. 1 Note 28 sf., § 429 Note 4, § 428 Note 10. Wird während des Laufes des von dem einen Berechtigten anhängig gemachten Privatklageversahrens von einem anderen Berechtigten die Strasversolgung dei der Staatsanwalischaft beantragt, so kann die letztere dem Antrage nur in der Art flattgeben, daß sie gemäß § 417 Abs. 2 auch die Bersolgung der anhänz gigen Sache übernimmt; vgl. Glaser II. S. 207 n. in Grünhuts Zeitschr. Bd. XII. S. 341.
- 4. Eine Entscheidung, die nicht in der Sache selbft, b. h. nicht über die Schulbfrage, ergangen ift, fleht weber ber Privatklage eines anderen Berechtigten, noch der öffentlichen Klage entgegen. Insbes. kann, wenn die von dem einen Berechtigten erhobene Klage wegen Berjäumung der Antragsfrift für unftatthaft erachtet ist, ein anderer zur Privatklage Berechtigter immer noch sein Klagerecht ausüben, sofern für ihn selbst die Antragsfrift noch läuft; vgl. RGer. II. 13. Juli 81 (Ripr. III. 479). Bgl. § 432 Rote 2.

Digitized by Google

١

§. 416.

Die öffentliche Klage wird wegen ber im §. 414 bezeichneten strafbaren Handlungen von ber Staatsanwaltschaft nur bann erhoben, wenn bies im öffentlichen Interesse liegt.

(I. Cutus. \$ 305 Abf. 3; II. Cutus. \$ 311 Abf. 2; III. Cutus. \$ 356 Abf. 3.)

5. Der "Beitritt zu bem eingeleiteten Berfahren" erfolgt burch Erhebung ber Rlage gemäß § 421; ber Beitretenbe wird Mittläger, nicht Rebenkläger im Sinne ber §§ 435 ff.; fo; Steng-lein S. 625; a. M. Auerbach in Goltb. Arch. Bb. XXXIII. S. 302 ff.

3u \$ 416.

- 1. Der zur Privatklage Berechtigte ift in allen Fällen befugt, bei der Staatsamwaltschaft ben Antrag auf Erhebung der öffentlichen Rlage (§ 156) zu stellen und es steht ihm, wenn er dies thut, der Anspruch auf Bescheidung zu (§ 169). Durch die rechtzeitige Stellung bes Antrages wird die Antragsfrist (StGB. § 61) auch dann gewahrt, wenn die Staatsanwaltschaft ihr Einschreiten ablehnt. Mit Rücksicht hierauf hätte die im Entw. (§§ 335, 365) enthalten Bestimmung: "Die Besugniß zur Erhebung der Privatklage erklicht, wenn sie nicht dinnen drei Monaten nach Zustellung des Bescheides der Staatsanwaltschaft ausgesübt wird" beibehalten werden sollen. Die Streichung dieser Bestimmung hat die, der Absicht des StGB. widerstreitende Folge, daß, salls die Staatsanwaltschaft den rechtzeitig gestellten Antrag ablehnt, der Berlehte während der ganzen Berjährungszeit (StGB. § 67) zur Erhebung der Privatklage besugt bleibt. Lettere solgt daraus, daß die Antragsfrist nach dem StGB. seine Berjährungsfrist ist; das Gesetz kennt keine Unterbrechung und keinen Reubeginn derselben, vielmehr ist die Antragsfrist durch die einmal erfolgte Stellung des Antrages dauernd gewahrt. Gl. A. Wer. II. 4. Wärz 81 (Entsch. III. 373), v. Schwarze Erört. S. 39, Puchelt S. 694, Keller S. 543, Geyer S. 857, Stenglein S. 625; a. M. Dochow Wet3. S. 92 u. in S.S. II. S. 359, Dalde S. 279.
- 2. Durch § 416 wird an dem Erforderniß eines rechtzeitigen Antrages (StBB. § 61) nichts geändert: ohne einen solchen kann die Staatsanwaltschaft die öffentliche Rlage auch dann nicht erheben, wenn die Berfolgung im öffentlichen Juteresse liegt. Ebensowenig aber ändert der § etwas an der Statthaftigkeit einer Zurücknahme des Antrages (StBB. §§ 64, 194, 232 Abs. 2); so: Wer. III. 14. Apr. 80 (Rspr. I. 601), Keller S. 564, Gezer S. 857, Dochow RStB. S. 95 u. in Hh. II. S. 361; a. M. v. Schwarze Erdri. S. 41. Bgl. § 431 Note 1.
- 3. Ob die Berfolgung im öffentlichen Interesse liegt, ist eine nach Lage bes einzelnen Falles zu beantwortende Frage (vgl. Mot. S. 224). Unter Umständen kann auch das östere Borkommen gleichartiger Bergehen die Erhebung der öffentlichen Klage zehoten erscheinen lassen, vgl. Staudinger, Handausg. der StPD. S. 168. In Betress der Amtsbeleidigungen f. noch § 414 Note 2. d.
- 4. Die Entschließung barüber, ob die Berfolgung im öffentlichen Interesse liege, sieht allein ber Staatsanwaltschaft zu. Der Beschuldigte hat kein Recht, der Erhebung der öffentlichen Rlage wegen des vermeintlichen Mangels des öffentlichen Interesses zu widersprechen, und ebensowenig sieht dem Gericht die Besugniß zu, aus diesem Grunde die von der Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Rlage ab, so sieht dem Berletten zwar die Beschwerde an den vorgesetzen Besanten der Staatsanwaltschaft, nicht aber der Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 170) zu; hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Ablehnung wegen Mangels des öffentlichen Interschied oder aus einem anderen Grunde ersolgt; vgl. § 170 Note 4. Gl. A. Thilo S. 473, Dalde S. 279, Dochow RStB. S. 97 u. in H. S. 360, Freudenstein S. 163, ansch. auch Reller S. 546; a. M. Puchelt S. 694 u. Meves S. 155, welche den Antrag dei jeder Ablehnung sür statthaft, und serner v. Schwarze Erört. S. 38 u. Geyer S. 857, welche (gleich den früheren Aust. dies Romm.) benselben nur dann für unstatthaft halten, wenn die Ablehnung auf den Rangel des öffentlichen Interesses gestützt ist.

8. 417.

In dem Verfahren auf erhobene Privatklage ist die Staatsanwaltschaft zu einer Mitwirkung nicht verpflichtet; es ist ihr jedoch der zur Hauptverhandlung bestimmte Termin bekannt zu machen.

Auch kann die Staatsanwaltschaft in jeder Lage der Sache dis zum Eintritt der Rechtskraft des Urtheils durch eine ausdrückliche Erklärung die Verfolgung übernehmen. In der Sinlegung eines Rechtsmittels ist die Uebernahme der Verfolgung enthalten.

Uebernimmt die Staatsanwaltschaft die Verfolgung, so richtet sich das weitere Verfahren nach den Bestimmungen, welche im zweiten Abschnitte bieses Buchs für den Anschluß des Verletten als Rebenkläger gegeben sind.

(I. Cutm. § 305 At6f. 2, § 304; II. Entm. §§ 312, 310; III. Entm. §§ 357, 355.)

- 5. Zuftändig für die Entschließung (Rote 4) ift die Staatsanwaltschaft bes Landgerichts, nicht die Amtsanwaltschaft; es folgt dies daraus, daß im Falle der öffentlichen Klage die Sache zur Zuständigkeit des Landgerichts gehört (GBG. § 73 Nr. 1, § 27 Nr. 3) und nur bei diesem die Erhebung der öffentlichen Klage erfolgen kann. In Betreff der Ueberweisung an das Schöffengericht s. GBG. § 75 Nr. 4. Bgl. GBG. § 143 Note 5, 6, swie StPO. § 422 Note 4. d., § 417 Note 1.
- 6. Um fiber bas Borhanbensein bes öffentlichen Interesses befinden zu tonnen, tann bie Staatsanwaltschaft erforderlichenfalls Ermittelungen im Bege bes Borbereitung sversahren S(S) 158—160) vornehmen; ihre Entschließung über die Erhebung der öffentlichen Klage wird durch ein solches Einschreiten nicht prajudizirt. Es ift dies von Bichtigkeit, weil die Berletten nicht selten durch eine unwahre ober an Uebertreibung leibende Sachbarstellung die Staatsanwaltschaft zur Uebernahme der Bersolgung zu bestimmen versuchen.
- 7. Rach erfolgter Eröffnung ber Untersuchung bagegen barf um beshalb, weil nunmehr ber Rangel eines öffentlichen Interesses sich herausgestellt habe, von ber Staatsanwaltschaft weber bie öffentliche Alage zurückgenommen (§ 154), noch bie Einstellung bes Berfahrens beantragt werben. Dies gilt auch in bem Falle, wenn in ber erhobenen öffentlichen Rlage ber That eine Qualification beigelegt war, welche bie Erhebung ber Privatklage ausschloß (vgl. 3. B. Stob. § 223. a), und erst in ber hauptverhandlung sich ergiebt, baß bie That eine unter § 414 ber StPD. fallenbe Körperverletzung ober Beleibigung barstellt: Roer. III. 22. Apr. 82 (Entich. VI. 310); solgeweise kann in einem solchen Falle auch nicht von einer Uebernahme ber Berfolgung im Sinne bes § 417 Abs. 2 bie Rebe sein (ebenba).
- 8. Erhebt die Staatsanwaltschaft die öffentliche Klage wegen eines Offizialbelitts, mit welchem eine Beleidigung zc. ideell konkurrirt (StGB. § 73), so bleibt § 416 außer Anwendung, und die Staatsanwaltschaft ist nicht befugt, zu erklären, daß sie die Beleidigung nicht verfolgen wolle; eine solche Erklärung würde dem § 263 widerstreiten und für das Gericht bedeutungslos sein: RGer. III. 2. Okt. 84 (Entsch. XI. 128, Rspr. VI. 588).
- 9. Beber für die Staatsanwalticaft noch für die Bolizei besieht eine Berpflichtung, ben Berleten, welcher die Privattlage zu erheben beabsichtigt, bei seinen hierauf bezüglichen Ermittelungen 2c. burch amtliche Magnahmen zu unterftühen. Bgl. Brot. S. 672, 673.

3u \$ 417.

1. Unter der Staatsanwaltschaft ist, so lange die Sache bei dem Schöffengericht schwebt, der Amtsanwalt zu verstehen, unbeschabet der Bestimmung des GBG. § 146. Bgl. dagegen § 422 Rote 4. d. — In Preußen sind den Amtsanwälten hinsichtlich der Ausübung der in § 417 bezeichneten Besugnisse durch Art. 90 der Geschäftsanw. v. 28. Aug. 1879 (JWBl. S. 261) nähere Borschriften ertheilt.

Bu Abs. 1.

^{2.} a. Die Staatsanwaltschaft ift zu einer Mitwirkung im Privatklageversahren-nicht vers

pflichtet, wohl aber berechtigt; insbes. tann fle an ber hauptverhanblung Theil nehmen und in ihr Anträge ftellen. Diefer Befugniß ohnerachtet ift die Bestimmung, das ber Staatsanwaltschaft in allen Fällen ber Termin zur hauptverhandlung bekannt zu machen ift, nicht zu billigen; die Bekanntmachung wird regelmäßig eine nutlose Beiterung sein, und zur: Bahrung des Interses ber Staatsanwaltschaft wurde es vollfommen genügt haben, wenn die Bekanntmachung für die jenigen Fälle vorgeschrieben wäre, in benen entweder die Staatsanwaltschaft eine solche beantragt hat (vgl. § 422) ober ber Amtsrichter von Amtswegen Beranlassung findet, die Bekanntmachung zu verfügen.

b. Bgl. § 425 Abs. 2, § 430 Abs. 3.

Bu Mbf. 2.

- 3. Die Befugniß, die Berfolgung zu übernehmen, sieht ber Staatsanwaltschaft steis, also auch bann zu, wenn ber Berlette einen Antrag auf Erhebung ber öffentlichen Rlage (§ 416 Note 1) nicht gestellt hatte. Durch die Erhebung ber Privatklage hat berselbe sein Berlangen, das ber Angeklagte bestraft werbe, ber Staatsgewalt gegenüber kundgegeben; hierburch ist bem im StBB. aufgestellten Antragsersorberniß genügt, und die Sache befindet sich, was die Berechtigung des Staates zur Bersolgung betrifft, in berselben Lage, wie wenn der Bersette einen Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt hatte; die lettere von der Bersolgung auszuschliehen, ist der Berslette nicht befugt. Gl. A. RGer. II. 20. Apr. 83 (Entsch. VIII. 207, Rspr. V. 272), Oppenhoss S. 166, Olshausen S. 296. Bgl. § 422 Rote 4.a.
- 4. a. Richt blos in ber Einlegung eines Rechtsmittels gegen bas Urtheil, sonbern auch in ber Einlegung einer Beschwerbe ift bie Uebernahme ber Berfolgung enthalten. A. D. nur Boitus S. 432.
- b. Die Einlegung eines Rechtsmittels enthält von selbst und mit Rothwendigkeit bie Uebernahme ber Berfolgung; es steht ber Staatsanwaltschaft nicht zu, zwar ein Rechtsmittel zu ergreisen, zugleich aber zu erklären, daß sie sich hierauf beschänken, im Uebrigen aber die Berfolgung nicht übernehmen wolle. Andererseits ist jedoch aus dem Bort "Berfolgung" nicht zu schließen, daß die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft eine gegen den Angeklagten gerichtet sein müsse; vielmehr ist unter der Berfolgung nur der weitere, d. h. der nach der Lage des Berfahrens noch übrige Betrieb der Sache (Note 10) zu verstehen. Es kommt daher auf den Gegenstand und die Richtung des Rechtsmittels überhaupt nicht an; dasselte kann auch zu Gunsten des Angeklagten (§ 338 Abs. 2) eingelegt werden. Gl. A. Puchelt S. 697, Thilo S. 474, Stenglein S. 427; a. M. KGcr. 23. Mai 81 (Johow II. 203). Bgl. § 430 Note 2.
- c. hat bie Staatsanwaltschaft ber Berkundung bes Urtheils beigewohnt (Rote 2. a), so be ginnt für sie die Frist zur Einlegung bes zuläffigen Rechtsmittels, gleichwie im Falle ber ershobenen öffentlichen Rlage, mit ber Berkundung. Bon biesem Falle abgesehen, ift die Staatsanwaltschaft, ba ihr die Entscheidungen nicht bekannt gemacht werden und hiernach besondere Friften für sie nicht eintreten, zur Ansechung einer Entscheidung so lange für befugt zu erachten, als bem Privatsläger bas Ansechtungsrecht zusteht.
- 5. Die Staatsanwaltschaft ift nicht befugt, bie übernommene Berfolgung wieber aufgus geben (vgl. § 154).
 - 6. In Betreff einer nachträglichen Burudnahme ber Brivattlage f. § 431 Rote 1. Bu Abf. 3.
- 7. Ueber bie vermoge ber Uebernahme ber Berfolgung eintretenbe Unguftanbigfeit bes Schöffengerichts und über bie Form, in welcher bas ichöffengerichtliche Berfahren abzuichließen ift, f. GBG. § 27 Rote 14.
- 8. Für den Privatkläger hat die Uebernahme der Berfolgung die Birkung, daß ihm nunmehr die Rolle des Nebenklägers zufällt. Diese Wirkung tritt mit der Uebernahme von selbst ein, ohne daß eine Anschlußerklärung (§ 436) seitens des disherigen Privatklägers zu erfolgen braucht; das Recht des letteren, sich der staatsanwaltschaftlichen Berfolgung ausbrücklich anzuschließen, würde schon aus § 435 Abs. 1 folgen und hätte einer Anerkennung in § 417 nicht bedurft. Der bisherige Privatkläger wird bemnach so lange als Rebenkläger behandelt, als er nicht ausbrücklich

§. 418.

Der Privatkläger kann im Beistanb eines Rechtsanwalts erscheinen ober sich burch einen mit schriftlicher Bollmacht verfehenen Rechtsanwalt vertreten lassen. Im letteren Falle können die Zustellungen an den Privatkläger mit rechtlicher Wirkung an den Anwalt erfolgen.

(I. Entm. § 306, § 285 Sat 2; II. Entm. § 313, § 292 Abf. 2; III. Entm. § 368, 338 Abf. 2.)

§. 419.

Der Privatkläger hat für die ber Staatskaffe und bem Beschulbigten voraus= sichtlich erwachsenben Kosien unter benselben Boraussetzungen Sicherheit zu leisten,

erkärt, sich bei bem Berfahren nicht weiter betheiligen zu wollen (vgl. § 442). Gl. A. RGer. II. 19. Jan. 83 (Entsch. VII. 437, Rspr. V. 40), Dochow RS1P. S. 98 u. in H. II. S. 361, v. Schwarze Erört. S. 41, Puchelt S. 697, Freudenstein S. 163, Keller S. 548, Stenglein S. 628. Bgl. noch RGer. III. 24. Apr. 84 (Rspr. VI. 298).

9. In Betreff ber Behanblung einer Bibertlage f. § 437 Rote 4.

3u \$ 418.

- 1. Der Privatflager bebarf ber Mitwirkung eines Rechtsanwalts weber gur Erhebung ber Klage noch in bem eingeleiteten Berfahren; eine Abweichung f. in § 430 Abf. 2. Bgl. § 427 Mbf. 1.
- 2. Jeber bei einem beutschen Gericht zugelassene Rechtsanwalt kann bei jebem beutschen Gericht als Beistand ober Bertreter eines Privatklägers auftreten (Rechtsanw.-D. v. 1. Juli 1878 § 26); eine Ausnahme hinsichtlich ber Reichsgerichtsanwälte stellt § 100 bas. (oben S. 382) auf. Egl. Rote 2 zu § 138 ber StBD.
- 3. Die Frage: ob Jemand, ber nicht Rechtsanwalt ist, als Beistand ober Bertreter eines Privatklägers austreten bürse, wird, da sie von den sonstigen Bestimmungen des Abschitts nicht berührt wird, nur nach Maßgabe des S 418 zu beantworten sein und somit verneint werden müssen, wenngleich es de lege fer. schwerlich gerechtsertigt ist, den Privatkläger in der fraglichen hinsicht mehr zu beschräften als den Angeklagten (vgl. S 427 Note 6). Bgl. auch EBO. S 75, 86. Das Gesagte kann übrigens nicht ausnahmslos gelten: dem Chemann einer Privatklägerin und dem Bater eines großsährigen, noch in väterlicher Gewalt stehenden Privatklägers wird mit Rücksicht auf ihr Recht, selbst die Privatklage zu erheben und auch einem schon eingeleiteten Bersahren als Kläger beizutreten (S 414 Abs. 2, S 415 Abs. 2), die Besugniß, als Beiskand zu erschen, nicht abzusprechen sein, da diese Besugniß zu jenem Recht sich wie das minus zum mazus verhält. Gl. A. v. Schwarze Erört. S. 51, Geper S. 858; a. W. Keller S. 549, Buchelt S. 699, Stenglein S. 629. Bgl. noch S 414 Note 5.
- 4. In Betreff ber Berpflichtung bes Privatliagers jum perfonlichen Ericheinen vor Gericht f. § 427 Abf. 3 und § 431 Abf. 2, 3.
- 5. s. In Betreff ber Zustellung en vgl. CPD. § 162. Nach ber Fassung bes § 418 ("tönnen") ift die Zustellung an den Anwalt zwar eine sakultative; indes wird die Bestimmung dahin zu versiehen sein, daß nach erfolgter Bevollmächtigung eines Anwaltes alle Zustellungen an diesen zu erfolgen haben, sofern nicht im einzelnen Falle ein besonderer Grund vorliegt, anders zu versahren; a. M. DEGer. München 28. Dez. 82 (Entsch. dies. Ger. II. 276), Stenglein S. 629.

 Bei einer Zustellung an den Anwalt ist dieser selbst der Abressat. Bgl. noch CPO. §§ 166 ff. und insbes. § 168 Abs. 2.
- b. haben mehrere bei bemfelben Berfahren betheiligte Privatsläger einen gemeinschaftlichen Anwalt, fo braucht biefem bas betr. Schriftstid nur in einem Eremplar zugestellt zu werben. In Betreff bes Urtheils vgl. noch § 425 Rote 2.

3u § 419.

1. hinfichtlich ber Berpflichtung bes Privatflägers, für bie ber Staatstaffe erwachsenben Roften Sicherheit zu leiften, find bie Bestimmungen bes § 419 als burch bie Borichriften,

Digitized by GOOgle

unter welchen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ber Kläger auf Berlangen bes Beklagten Sicherheit wegen ber Prozestosten zu leisten hat.

Die Sicherheitsleiftung ist burch Hinterlegung in baarem Gelbe ober in Berthpapieren zu bewirken.

Für die Höhe ber Sicherheit und die Frist zur Leistung berselben, sowie sur die Bewilligung des Armenrechts gelten dieselben Bestimmungen wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

(I. Cutm. § 289; II. Cutm. § 296; III. Cutm. § 359.)

welche das Gerichtstosten-Gel. SS 83 ff. (unten in Abth. III.) über den Kostenvorschuß enthält, ersett anzusehen. Denn der Kostenvorschuß wird gerade zu dem Zwede erhoden, damit die Staatstasse für die ihr erwachsenden Gebühren und Auslagen eine Sicherheit habe. Die in den SS 83. 85 a. a. D. normirten Berräge des Gebührenvorschusses sind vom Geset mit Rücksch aus die muthmaßliche höhe der Gerichtsgebühren bestimmt, und dementsprechend ist in S 84 von einem zur Deckung der daaren Auslagen hinreichenden Borschusse die Rede. Durch die solcherzestalt bestimmten Borschüsse wird das Interesse der Staatskasse in vollem Maße gewahrt; neben ihnen ist für eine anderweite Sicherheit kein Raum mehr vorhanden. Daß S 419 überhaupt von einem der Staatskasse zu leistenden Sicherheit spricht, erklärt sich daraus, daß bei der Berathung der SIPO. im Reichstage die reichsrechtliche Regelung des Kostenwesens nur für die Civissachen, dagegen noch nicht für die Strassachen in Aussicht genommen war; vgl. S 1 des EG. zum GBG. und den Eingang der Mot. z. Gerichtskosten-Ges., sowie Wenzel S. 90 ff., 97. Bgl. ferner die Koten zu SS 83 ff. des Gerichtskosten-Ges. (unten in Abth. III).

2. a. Die Bestimmungen bes § 419 fiber bie Sicherheitsleiftung find sonach nur noch himsichtlich berjenigen Sicherheit in Geltung, welche ber Privatkläger für die bem Beschulbigten erwachsenben Rosten zu leisten hat. Die Boraussetzungen, unter benen die Pflicht zur Leistung bieser Sicherheit eintritt, sind in den SS 101—105 der EBD. bestimmt. Danach besteht diese Pflicht überhaupt nur für solche Privatkläger, welche Ausländer sind (SS 102, 103 a. a. E).

b. Nur auf Berlangen bes Beschulbigten hat ber Privatsläger Sicherheit zu leiften vgl. § 102 ber CPD. mit bem Schlusse bes Abs. 1 in § 418. Gl. A. Buchelt S. 701, v. Schwarze Erört. S. 48, Dochow RStP. S. 96 und in HH. II. S. 364, Dalde S. 281.

c. Bei Bestimmung ber hohe ber Sicherheit find nicht blos die Rosten ber erften Inftanz in Betracht zu ziehen, sondern es ist sogleich auf die Möglichkeit der Beschreitung der höheren Instanzen Rücksicht zu nehmen (CPD. § 104 Abs. 2). Demgemäß macht die Einlegung eines Rechtsmittels seitens des Privatklägers eine neue Sicherheitsleistung nicht ersorderlich, unbeschadt jedoch der Bestimmungen der §§ 103, 104 Abs. 3 der CPD.

d. In Betress ber Frist zur Leistung ber Sicherheit s. CPD. § 105. Die Bestimmungen bieses s weichen von benen bes § 431 ber StPD. ab, mithin mussen bie letteren in Ansehung ber Sicherheitsleistung außer Anwendung bleiben (gl. A. Puchelt S. 702, Stenglein S. 630; a. M. v. Schwarze Erört. S. 48, Glaser II. S. 210). Demzusolge bebarf es einerseits hier ber Androhung der Einstellung des Bersahrens nicht; andererseits aber kann der Privatsäger auch nach Ablauf der Frist noch die Sicherheit leisten, so lange die Entscheidung über die Wirtung der Bersammung noch nicht ergangen, d. h. die Alage noch nicht für zurückgenommen erklärt ist. — Auch hinsichtlich der Wirtung der Bersäumung sinden die Bestimmungen der EPD. Anwendung. Sonach ist eine erneuerte Erhebung der Klage nach Maßgabe des § 243 der EPD. statthaft und § 432 der StPD. nicht anwendbar (a. M. Glaser II. S. 210). Die Wiedereinsehung in den vorigen Stand kann der Privatsläger nach Maßgabe des § 44 der StPD. beantragen; vgl. Keller S. 550, Puchelt S. 702.

3. Die Bestimmungen über bas Armenrecht find in ben SS 106-118 ber CPD. enthalten. — Bieht man lediglich ben äußeren Zusammenhang in Betracht, in welchem bie StBD. bas Armenrecht ermähnt, so scheint bas Geseth bem Privatkläger biefes Recht eben nur in Be-

§. 420.

Wegen Beleidigungen ist, insofern nicht einer ber im §. 196 bes Strafgesetzbuchs bezeichneten Fälle vorliegt, die Erhebung der Klage erst zulässig, nachdem von einer durch die Landesjustizverwaltung zu bezeichnenden Vergleichsbehörde die Sühne erfolglos versucht worden ist. Der Kläger hat die Bescheinigung hierüber mit der Klage einzureichen.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Parteien nicht in dems selben Gemeindebezirke wohnen.

(I. Catw. \$ 307; II. Cutw. \$ 314; III. Cutw. \$ 360.)

ziehung auf bie Bflicht zur Sicherheitsleiftung zu gewähren. Allein eine folde Auffaffung entspricht nicht ber Abficht bes Gefetes; vielmehr ift nach ben Dot. S. 225 und ben Brot. S. 661, 665, 1050 angunehmen, bag in Ansehung bes Armenrechts ber Brivattläger bem Rläger im Civilprozeg vollfommen hat gleichgestellt werben follen. Sonach ift ber Brivatflager, ber bas Armenrecht erlangt bat, nicht blos von ber Pflicht jur Sicherheitsleiftung, fonbern auch von ber gur Bablung von Roftenvorichuffen (vgl. CBD. § 107 Rr. 1, 2) befreit (gl. A. Reller S. 551, Stenglein S. 630; a. M. v. Schwarze Erört. S. 49, Buchelt S. 703). Er hat ferner Anspruch barauf, bag ibm jur porläufig unentgeltlichen Bewirfung von Buftellungen ein Gerichtsvollzieber beigeorbnet werbe (Dr. 3 cit). Sobann tann er behufe ber formgerechten Anbringung von Revifionsantragen und Antragen auf Bieberaufnahme bes Berfahrens (§ 430 Abf. 2) bie Beiorbnung eines Rechtsanwalts verlangen (Dr. 3 cit.). (Bu anberen als ben in § 430 bezeichneten Er-Marungen bebarf jufolge § 418 ber Privatkläger ber Mitwirkung eines Rechtsanwalts nicht.) — Bas bagegen ben Befdulbigten betrifft, fo lagt fic, ba § 419 ausschließlich ben Brivat= Nager im Auge hat und die StBD. sonstige Bestimmungen über bas Armenrecht nicht enthält, nicht aufftellen, bag auch er biefes Recht in Anfpruch nehmen tonne (gl. A. DEGer. Munchen 28. Des. 82, Entich. bief. Ger. II. 268). Die Ungleichheit, bie hiernach swifchen bem Privat-Mager und bem Befdulbigten allerbings befteht, ift übrigens nur hinfichtlich ber Beiorbnung eines Gerichtsvollgiehers von prattifcher Bebeutung, ba ber Befculbigte meber einen Roftenvorfcuß gu gablen bat, noch ber Mitwirfung eines Rechtsanwalts bebarf.

Ru & 420.

1. In ber Bahl ber Bergleichsbehörben sind ben Landesjustizverwaltungen burch die Reichsgesetzgebung keine Schranken gesetht; baber können auch die Amtögerichte selbst zu Bergleichsbehörben bestellt werben (vgl. Mot. S. 225, Prot. S. 665). Eine Uebersicht ber in ben einzelnen Bundesstaaten bestellten Bergleichsbehörben s. in Pfasseroth's Jahrb. der D. Gerichtsverf. 1880 S. 357. In Preußen sind Schiedsmänner bestellt: § 1 der Schiedsmannsordnung v. 29. März 1879 (GS. S. 321); in Betress der Privatklagen gegen Studirende s. § 39 bas. und die Allg. Berf. des Just. Min. vom 22. Aug. 1879 (JWBl. S. 251). — Gegenstand der landesrechtlichen Regelung ist auch die ört liche Zuständigkeit der Bergleichsbehörben und das von ihnen zu beobachtende Berfahren. Bal. EG. § 6 Note 4. c.

2. Das Erfordernis bes Sühneversuches besteht nur bei Beleibigungen und auch bei diesen nur unter der Boraussetzung, daß die Parteien in demselben Semeindebezirk (nicht Gerichtsbezirk) wohnen und daß nicht einer der Fälle des § 196 des StGB. (vgl. § 414 Note 2. b) vorliegt. Daß das gedachte Ersordernis nicht auf die Fälle der Körperverletzung ausgedehnt ift, erscheint als ein Mißgriff, und zwar schon deshald, weil die Grenze zwischen Bem Begriff der Körperverletzung und dem der thätlichen Beleidigung eine sehr flüssige ist und daher das ersennende Gericht oftmals die That als Beleidigung qualifiziren wird, während sie in der Klage als Körperverletzung charakterisirt ist. In einem solchen Falle darf das Gericht über den Mangel bes ersorderlichen Sühneversuches nicht hinweggehen, da es dem Privatkläger nicht zustehen kann, durch eine unrichtige Darstellung der That das Ersordernis des Sühneversuches zu umgehen (vgl. A. Kronecker in Goltd. Arch. XXXIII. S. 7; a. M. Keller S. 551, v. Schwarze Erört. S. 42,

- Stenglein S. 631). Es fragt sich baber, wie in einem solchen Falle zu versahren ist. Da es meistens eine nutlose Beiterung wäre, wenn bas Gericht sogleich ein Urtheil extiefe und die Strasversolgung sur Zeit unstatthaft erklärte, so erscheint es als bas Sachgemäße, bem Privatsläger unter Bestimmung einer Frist die Nachholung des Sühneversuches aufzugeben und erst nach fruchtlosem Ablauf der Frist das gedachte Urtheil zu erlassen. Die Bestimmung des § 431 Mbs. 2 erscheint hier nicht anwendbar, weil der Privatkläger einen Anspruch darauf hat, daß über seine Behauptung: es liege eine Körperverletzung vor, durch Urtheil entschieden werde (a. M. Kreneder a. a. D.).
- 3. Das Erforderniß des Sühneversuches ist im öffentlichen Interesse vorgeschrieben: basselbe soll der leichtsertigen und übereilten Erhebung von Rlagen vordeugen; vgl. oben Rote 2 zu Buch 5 Abschn. 1. Daher hat das Gericht in jeder Lage der Sache von Amtswegen zu prüsen, ob diesem Erforderniß genügt sei; der Mangel des Sühneversuches kann niemals dadurch gedeckt werden, daß der Angeklagte ihn ungerügt gelassen hat. hätte das Gericht bei der Einleitung der Sache (§ 423) den Mangel des Sühneversuches übersehen, so würde dem Privatstäger unter Bestimmung einer Frist und unter Androhung der Einstellung des Bersahrens die Rachholung des Sühneversuches auszugeden und event. gemäß § 431 Abs. 2 die Klage für zurüdzgenommen zu erklären sein; vgl. Note 2 a. E. A. M. v. Schwarze Erört. S. 42.
- 4. Tadurch, daß der Berlette bei der Bergleichsbehörde das Gesuch um Bornahme bes Sühneversuches andringt, wird die für den Antrag auf Straspersolgung vorgeschriebene dreimonatliche Frift (SIGB. SS 61, 194) nicht gewahrt; die entgegengesetze, in Preußen früher herrschend gewesene Ansicht hat mit der Einführung der StPO. jede Grundlage verloren gl. A. Reller S. 552, Dalde S. 282, Scherer im GSaal XXXI. S. 343, Stenglein S. 631, Olshausen S. 291; a. M. v. Schwarze Erört. S. 45, Puchelt S. 705, Meden im GSaal XXXIII. S. 497). Sonach muß der Berletze, und innerhalb der Frift die Alage erheben zu können, sich zeitig an die Bergleichsbehörbe wenden, um im Falle einer Säumniß der letzteren oder eines der Vornahme des Sühneversuches entgegenstehenden hindernisses (vgl. Note 7) würde er behuis Wahrung der Antragsfrist entweder die Privatklage, unter Vordehalt der Nachbringung der den Sühneversuch betressenden Bescheinigung, einstweilen einreichen oder den Antrag auf Straspærfolgung nach Maßgade des S 156 Abs. 2 stellen müssen (vgl. S 416 Note 1). Enthält das die der Bergleichsbehörde angebrachte Gesuch zugleich einen ausdrücklichen Antrag auf Strasperfolgung, so gilt das zu S 156 Note 9 Bemerkte.
- 5. a. Indem das Geset das Ersorbernis des Suhneversuches aufftellt, verfolgt es den 3wed. den Parteien die Gelegenheit zur Bersöhnung zu geben und das Rlagerecht wennmöglich im Bege des Bergleiches zu beseitigen. hiermit ist zugleich anerkannt, daß ein vor der Bergleichsbehörde in gehöriger Beise geschlossenen (bedingungsloser) Bergleich von rechtlicher Birkung ist, d. h. daß er das Privatklagerecht des detr. Bersehten aushebt. Die Frage: ob damit auch das Antragsrecht überhaupt ausgeschoben, also auch jede weitere Strasversolgung durch die Staatsanwaltschaft ausgeschlossen, da, wie Puchelt S. 706 tressend bemerkt, hier, wo das Geset den Bergleichsversuch erzwingt, die Absicht nur die sein kann, den Strassallich zu beseitigen. Gl. A. auch Reller S. 552, Stenglein S. 631; a. M. Oppenhoff S. 162, Olshausen S. 313, Geper S. 860.
- b. Wer selbstständig zur Erhebung ber Privatstage befugt ift, ber ift auch befugt, im Bege bes Bergleiches über sein Klagerecht selbstständig zu verfügen. Daher kann eine Ehefrau auch ohne ben Beitritt bes Ehemannes, ein großjähriges Haustind ohne ben Beitritt bes Baters einen Bergleich mit rechtlicher Wirfung schließen, während, wenn ber Berlette minderjährig ift, nur sein gesehlicher Bertreter ben Bergleich eingehen kann, wobei berselbe wiederum bes Beitritts bes Berletten selbst nicht bedarf (vgl. § 414 Note 5). Die Landesgesetzgebung kann etwas Entgegenstehends nicht anordnen. Es versteht sich aber, daß ein Bergleich immer nur die Rechte des Kontrashenten selbst, nicht diesenigen eines anderen zur Klage Berechtigten berühren, daß also z. B. der von der Ehefrau allein geschlossen Bergleich das eigene Klagerecht bes Ehemannes (§ 414 Abs. 2 u. Note 4 das.) nicht beseitigen kann, und daß, falls auch dieses Klagerecht aufgehoben werden

§. 421.

Die Erhebung der Klage geschieht zu Protokoll des Gerichtsschreibers ober burch Einrekchung einer Anklageschrift. Die Klage muß den im §. 198 Abs. 1 bezeichneten Srfordernissen entsprechen. Mit der Anklageschrift sind zwei Abschriften berselben einzureichen.

(I. Entm. § 286; II. Entm. § 294; III. Entm. § 339.) §. 422.

Ist die Klage vorschriftsmäßig erhoben, so theilt das Gericht dieselbe bem Beschuldigten unter Bestimmung einer Frist zur Erklärung und der Staatsanwaltsichaft zur Kenntnifinahme mit.

(I. Entm. \$ 290; II. Entm. \$ 297; III. Catm. \$ 342.)

foll, ber Beitritt bes Chemanns zu bem Bergleiche erforberlich ift. Ebenfo wirb burch einen von bem Chemanne 2c. allein geschloffenen Bergleich bas eigene Rlagerecht ber Frau 2c. nicht aufgehoben.

- c. Auch in ben Fallen, in benen bas Erforberniß eines Gilhneversuches nicht besteht, tann über bas Brivattlagerecht ein Bergleich wirtfam gefoloffen werben.
- 6. Die Suhne muß erfolglos versucht sein, wenn bie Rlage zugelassen werben soll. Diesem Ersorberniß ift genügt, wenn beibe Theile vor der Bergleichsbehörde erschienen sind und ber unternommene Bergleichsversuch an dem Biderspruche beiber oder eines von beiben scheitert, ebenso aber auch dann, wenn wegen des Ausbleibens des Beschuldigten ein Bergleich nicht möglich ift. Der Brivatkläger dagegen darf nicht ausbleiben, widrigensalls er die Bescheinigung nicht ershält; dies gilt selbst dann, wenn der Beschuldigte schon angezeigt hat, daß er nicht erscheinen werde. Gegen letteren sindet ein Zwang zum Erscheinen nicht flatt. Eine Bertretung der Barteien durch Bevollmächtigte ift nicht für zulässig zu erachten; die preuß. Schiedsm.=D. § 18 erklärt sie ausbrücklich für unstatthaft.
- 7. Berweigert bie Buffanbige Bergleichsbehörbe ihre Thatigleit ober fehlt es zeitweise an einer solchen Behorbe, so muß ber Privatkläger bie Behebung bieses hinberniffes burch Beschwerbe bezw. Antrag bei ber Auffichtsbehörbe erwirken; so: Kroneder a. a. D. S. 6. Bal. Rote 4.
 - 8. Bgl. § 422 Rote 4. d (Schluß).
 - 9. In Betreff ber Bibertlage vgl. § 428 Rote 1.

3u § 421.

- 1. Die Erhebung ber Rlage hat bei bemjenigen Amtsgericht zu erfolgen, welches nach ben allgemeinen Bestimmungen (§§ 7, 8) örtlich zuständig ift; vgl. oben Rote 5 zu Buch 5 Abfchn. 1. Bal. ferner § 12 Rote 4. a.
 - 2. Die Anflageidrift ift an eine besonbere Form nicht gebunben. Bgl. S 418 Rote 1.
- 3. Birb bie Rlage zu Protofoll bes Gerichtsschreibers erhoben, so werben bie beiben (nach § 422 erforberlichen) Abschriften bes Protofolles auf ber Gerichtsschreiberei angefertigt; boch kann bie Rittheilung an bie Staatsanwaltschaft auch burch Borlegung ber Urschrift erfolgen.

3u § 422.

- 1. "vorfchriftsmäßig erhoben" b. h. es muß ben Bestimmungen ber SS 420, 421, 198 Abs. 1 genügt fein. Im Uebrigen finbet eine Brüfung ber Rlage vor ber hier angesorbneten Mittheilung nicht statt. Dies erleibet eine Einschräntung nur insofern, als bas Gericht zur alsbalbigen Zurudweisung ber Rlage befugt und verpflichtet ist, wenn ihm die Gerichtsbarkeit gegenüber bem Beschuldigten mangelt (vgl. EG. 3. GBG. SS 5, 7, GBG. S 18); in jener Mitztheilung wurde schon ein Att ber Gerichtsbarkeit enthalten sein.
- 2. Ist die Klage nicht vorschriftsmäßig erhoben, so hat der Amtsrichter dem PrivatNäger unter Bestimmung einer Frist die Behebung des obwaltenden Wangels (3. B. im Falle der Unwollsändigkeit der Anklageschrift die Bervollständigung) auszugeben und sodann, salls der Brivatkläger dieser Auflage nicht nachsommt, die Klage durch eine mit Gründen versehene Berzstügung zurückzuweisen. — Dem Privatkläger steht hiergegen die (frisklose) Beschwerde zu (§ 346); vgl. § 423 Note 5.

Digitize 48 by Google

§. 423.

Nach Singang ber Erklärung bes Beschulbigten ober Ablauf ber Frist entsichet bas Gericht barüber, ob bas Hauptverfahren zu eröffnen ober bie Klage zurückzuweisen sei, nach Maßgabe ber Bestimmungen, welche bei einer von ber Staatsanwaltschaft unmittelbar erhobenen Anklage Anwendung sinden.

(I. Camt. §§ 291, 308; II. Entw. § 298; III. Catu. § 343.)

- 3. Daß hier, abweichend von § 199 Abs. 4, eine ber Entscheidung (§ 423) vorausgehende Mittheilung ber Rlage an ben Beschulbigten vorgeschrieben ift, beruht auf ber Annahme, baß nicht selten bie Erflärung bes letteren schon genügen werbe, die Unzuläffigkeit aber Grundlösigkeit ber Rlage flarzustellen (Mot. S. 221).
- 4. a. Durch die Mittheilung der Klage an die Staatsanwaltschaft soll die letiere in den Stand gesetzt werden, zu prüsen, ob etwa die öffentliche Klage zu erheben sei; vgl. § 416, § 417 u. Note 3 das. Selbstverständlich muß die Staatsanwaltschaft einschreiten, wenn sie sindet, daß ein Delist vorliegt, welches zu den in § 414 Abs. 1 bezeichneten nicht gehört. Im Uedrigen ist es keineswegs zu billigen, daß die Mittheilung an die Staatsanwaltschaft für alle Fälle ausnahmslos vorgeschrieden ist; es würde vollkommen genügt haben, sie in das Ermessen des Amiszrichters zu stellen; vgl. § 417 Note 2. a.
- b. Die Mittheilung hat nicht an die Amtsanwaltschaft, sondern an die Staatsanwalts schaft des Landgerichts zu ersolgen, da nur dieser die Entschließung über die Erhebung der öffentlichen Klage zusieht (vgl. § 416 Rote 5). So: die preuß. Geschäftsanw. für die Amtsanw. v. 28. Aug. 1879 Art. 90 (J.W. S. 284), Meves S. 180, Menzel S. 101, Freudenstein S. 162; a. M. v. Schwarze Erört. S. 54, Reller S. 554, Puchelt S. 708, Dochow RS1P. S. 266, Geger S. 861. Stenglein S. 632 hält lediglich die Anordnung der Landesjustizverwaltung für maßgebend.
- o. Die Staatsanwaltschaft braucht, wenn sie einen Anlaß jum Einschreiten nicht findet, eine Erklärung überhaupt nicht abzugeben; es erhellt dies sowohl aus der Fassung bes § 422 ("dur Renntnisnahme") wie auch aus der des § 423 ("des Beschuldigten"). Aus den Wot. zu § 342 des Entw. (S. 221) tann ein Bebenken hiergegen nicht entnommen werden, da der § 342 zu den die subsidiäre Privatklage behandelnden Bestimmungen (vgl. oben Rote 1 zu Buch 5 Abschn. 1) gehörte und die Mot. nur diese letztere im Auge haben. Es wäre auch eine ganz zwecklose Bermehrung der Arbeit, wenn die Staatsanwaltschaft verbunden ware, über alle erhobenen Privatklagen eine Erklärung abzugeben.
- d. Die Staatsanwaltschaft kann, gleichwie im Falle eines an sie gerichteten Antrages (§ 416 Rote 6), vor ihrer Entschließung Ermittelungen im Bege des Borbereitungsversahrens vornehmen. Hiervon hat sie dem Amtsrichter alsbald Mittheilung zu machen. In diesem Falle ruht dis zur Abgade ihrer weiteren Erklärung das Bersahren über die Privatklage. Bei ungedührlicher Berzögerung sieht dem Privatkläger die Beschwerde bei der vorgesetzten staatsanwaltschaft die Istaatsanwaltschaft die öffentliche Rlage, so sindet die Privatklage hierdurch ihre Erledigung (vgl. § 417 Rote 3). Es kommt alsdann nicht weiter darauf an, ob dem Ersordernis des Sühneversuches (§ 420) genügt war: RGer. II. 4. März 81 (Entsch. III. 373). Der Berletzte kann sich der öffentlichen Riage als Rebenkläger anschließen, salls eine der Boraussepungen des Anschlusses (§§ 435, 443) zutrisst.

1. Das beschließenbe "Gericht" ift ber Amtsrichter; vgl. § 197 u. Rote 1, 2 baf.

2. a. Die Bestimmungen, welche bei einer von ber Staatsanwaltschaft "unmittelbar ers hobenen Anklage" Anwendung sinden, s. in den SS 200, 201, 202, 204, 205 Abs. 1 (vgl. § 424 Note 4). — Danach hat der Amtsrichter die Zulässigfeit der Strafverfolgung überhaupt wie insbeschie Zulässigfeit der Privatslage, die Rlageberechtigung der als Rläger auftretenden Berson und ihre Prozessähigkeit (S 414 Note 5), die Zuständigseit des Gerichts, endlich auch die rechtliche und that sächliche Begründung der Klage zu prüfen. Eine Zurückweisung der Klage wegen Unzulänglichtit der angesührten Beweise (vgl. § 201 Note 2, 3) kann jedoch hier, wo es an einem vorbereitenden

§. 424.

Das weitere Berfahren richtet sich nach den Bestimmungen, welche für das Berfahren auf erhobene öffentliche Klage gegeben sind.

Bor bem Schwurgerichte kann eine Privatklagesache nicht gleichzeitig mit einer auf öffentliche Rlage anhängig gemachten Sache verhandelt werden.

(I. Entw. § 292; II Entw. § 299; III. Entw. § 344.)

Berfahren (§§ 159 ff.) und folglich an einer Grundlage für die Prüfung der Beweisfrage fehlt, regelmäßig nicht flattfinden; eine Ausnahme würde nur Platz greifen tönnen, wenn gar keine Beweise angeführt wären und der Beschuldigte bereits erklärt hätte, daß er den Inhalt der Rlage bestreite. Bgl. noch § 153 Rote 3.b sowie Note 3.a zu § 84 Abs. 3 des Gerichtstoften:Ges. (unten in Abth. III.). — Im Allg. vgl. die eingehende Erörterung von Kroneder in Goltb. Arch. XXXIII. S. 1 ff., sowie Immser ebenda S. 171.

- b. Die Zurudweisung ber Klage wegen Ungulässigteit bes Privatklageversahrens hat sowohl bann zu erfolgen, wenn bas Delikt in ber vom Privatkläger behaupteten Qualifikation sich als ein für die Privatklage ungeeignetes barstellt, wie auch bann, wenn ber Amtsrichter bei Prüfung aller angesührten Thatsachen, abweichend von der Aufsassung der Klage, dem Delikt eine Qualifikation beilegt, welche das Privatklageversahren ausschließt; die von der Staatsanwaltschaft (§ 422 Note 4. c) kundgegebene Aufsassung ift hierbei nicht prajudizirlich. Bgl. § 429 Rote 2.
- 3. Der Amtbrichter hat jebenfalls einen ausbrudlichen Befoluß zu erlassen. Diefer lautet entweber auf Eröffnung bes hauptversahrens ober auf Zurüdweisung ift in allen benjenigen Fällen auszusprechen, in benen bie Eröffnung bes hauptverschrens nicht erfolgt. hierher gehört insbes. auch ber in § 207 Abs. 2 bezeichnete Fall: bie bort vorgeschriebene Borlegung ber Atten bei bem Landgericht kann hier nicht eintreten, da es an ber für bie Beschlußfassung bes letteren erforberlichen öffentlichen Rlage sehlt. Wird bie Rlage zurückgewiesen, weil ein nur burch öffentliche Rlage zu versolgendes Delitt (vgl. z. B. StB. § 223. a) vorliege, so hat, nachdem ber Beschluß rechtsträftig geworben (Note 5), ber Amtbrichter benselben ber Staatsanwaltschaft mitzutheilen; vgl. § 429 Abs. 2.
- 4. Der Amtsrichter tann zwar vor Erlassung bes Beschlusses noch einzelne Beweisserhebungen anordnen (§ 200 u. Rote 5 bas.); boch wird ein solches Berfahren fich nur ausnahmsweise empsehlen, wie z. B. in dem Falle, wenn der Inhalt der Rlage die Bermuthung begründet, daß das vorliegende Delift ein nur durch öffentliche Rlage zu versolgendes sei. Eine Borunters suchung tann der Amtsrichter nicht eröffnen (§ 200 u. Rote 7 bas.).
- 5. Hinsichtlich der Anfechtbarkeit des Beschlusse find die Bestimmungen des § 209 maßzgebend. Danach sieht im Falle der Zuruckweisung der Klage dem Privatkläger die sofortige Beschwerde (§ 353) zu (vgl. § 430). Der Angeklagte kann den das Hauptversahren eröffnenden Beschluß regelmäßig nicht ansechten; eine Ausnahme greift Platz, wenn der von ihm erhobene Einwand der örtlichen Unzuständigkeit verworfen worden ist: in diesem Falle sieht auch ihm die sofortige Beschwerde zu; vgl. § 422 u. Note 3 das., § 209 Note 2. a, § 199 Note 12. Gl. A. Reller S. 555, v. Schwarze Erört. S. 56, Dochow RSP. S. 267, Stenglein S. 633; a. M. Buchelt S. 711, Meves S. 157.
- 6. Die Zuläffigfeit ber abermaligen Erhebung (Bieberaufnahme) einer gurudgewiesenen Rage bestimmt fich nach § 210.

Ru \$ 424.

Bu Abj. 1.

1. Rach Erlassung bes Eröffnungsbeschlusses bestimmt ber Amtsrichter ben Termin zur hauptverhandlung vor bem Schöffengericht (§ 212). Das weitere Bersahren richtet sich nach
ben für ble schöffengerichtlichen Strafsachen bestehenben Bestimmungen (§ 214 ff.), soweit nicht Abweichungen in ben hier folgenben SS vorgesehen sind ober aus ber Ratur bes Privatklageversahrens hergeleitet werben mussen (vogl. Rote 4).

Digitiz 488 Google

8. 425.

Insoweit in dem Versahren auf erhobene öffentliche Klage die Staatsanwaltschaft zuzuziehen und zu hören ist, wird in dem Versahren auf erhobene Privatklage der Privatkläger zugezogen und gehört. Desgleichen sind alle Entscheidungen, welche dort der Staatsanwaltschaft bekannt gemacht werden, hier dem Privatkläger bekannt zu machen.

Es werben jeboch bie auf richterliche Anordnung ergehenden Labungen nicht burch die Staatsanwaltschaft, sondern durch den Gerichtsschreiber bewirkt.

Zwischen ber Zustellung ber Ladung bes Privatklägers zur Hauptverhandlung und bem Tage ber letteren muß eine Krist von minbestens einer Woche liegen.

Das Recht der Akteneinsicht kann der Privatkläger nur durch seinen Anwalt ausüben.

(I. Entm. §§ 294, 309; II. Entm. §§ 300, 315; III. Entm. §§ 345, 361.)

- 2. Die Stellung und Aufgabe bes Richteramts ift im Privatklageversahren bieselbe wie im Berfahren auf erhobene öffentliche Klage; bas Gericht hat also geeignetenfalls auch über bie Antrage bes Privatklagers hinauszugeben; vgl. § 153 u. Note 4. b bas., Prot. 6. 669.
- 3. Der Privatkläger kann nicht als Zeuge vernommen werben; ber das Gegentheil bestimmende § 348 bes Entw. wurde von der RER. gestrichen. Hätte das Gejet die Bernehmung des Privatklägers als Zeuge gestatten wollen, so hätte es auch Bestimmungen über die Statthaftigkeit oder Nothwendigkeit seiner Beeidigung (vgl. §§ 56, 57) tressen müssen. A. M. nur Puchelt S. 716. Die NER. hat serner einen Antrag abgelehnt, nach welchem es zulässig sein sollte, die Entscheidung von einem dem Privatkläger oder dem Angeklagten auszuerlegenden Eide abhängig zu machen (Prot. S. 661 ss.). Dagegen kann das Gericht Zugeständnisse, welche der Privatkläger gegenüber den Behauptungen des Angeklagten (vgl. z. B. St. S. 199, 233) abgiebt, seiner Entscheidung zu Grunde legen, und zwar auch dann, wenn eine Widerklage nicht erhoben ist.
- 4. Die Berhängung ber Untersuchungshaft ift im Privatklageversahren (vgl. jedoch § 417 Abs. 2) nicht statthaft: wo ein öffentliches Interesse an der Strafversolgung nicht besteht und die Burücknahme der Klage von dem Belieben des Klägers abhängt (§ 431), da kann es niemals gerechtfertigt sein, die Freiheit des Angeklagten während des schwebenden Berfahrens zu beschränken. Bgl. auch § 427 Abs. 3, woselbst, abweichend von § 229 Abs. 2, nur die Borführung, nicht die Berhastung des Angeklagten zugelassen ist.

Bu Abj. 2.

5. Abs. 2 enthält eine Ausnahmebestimmung gegenüber ber allgeneinen Norm bes § 4. — Nach ben Mot. S. 222 beruht die Bestimmung auf ber Erwägung, daß die Regelung bes Reckts zur Ablehnung von Geschworenen mit Schwierigkeiten verknüpft sein würde, wenn in einer schwurzegerichtlichen Berhandlung das Austreten eines Privatslägers neben der Staatsanwaltschaft zu lässig wäre. Hieraus ist zu solgern, daß Abs. 2 nicht weiter anwendbar ist, wenn in der durch die Privatslage anhängig gewordenen Sache die Staatsanwaltschaft die Bersolgung übernommen hat (§ 417 Abs. 2); vgl. § 437 Abs. 2. Andererseits aber solgt aus dem Gesagten, daß Abs. 2 auch dann Anwendung sindet, wenn landesgesehlich (vgl. G. zum GBG. § 6) für eine Privatslagesache das Schwurgericht an sich zuständig ist, und daß es auch der Landesgesehung nicht zusteht, sur diesen Fall etwas dem Abs. 2 Entgegenstehendes vorzuschreiben.

3u \$ 425.

1. Bu Abs. 1 sagen bie Mot. S. 222: "Dem Privatkläger fallen im weiteren Berfahren bie jenigen Rechte und Pflichten zu, welche bei Berfolgung ber öffentlichen Rlage bem Staatsanwalt zufallen, soweit bieselben nicht lebiglich ein Ausfluß ber Amtsgewalt bes letteren sind. Obwohl bieser Sat bie Stellung bes Privatklägers am fürzesten und vollständigsten bezeichnen wurde, schien es sich boch nicht zu empsehlen, ihn in bas Geset aufzunehmen, ba barüber, ob eine

§, 426.

Der Borfigenbe bes Gerichts bestimmt, welche Personen als Zeugen ober Sachverständige zur Hauptverhandlung gelaben werben sollen.

Dem Privatkläger wie bem Angeklagten fieht bas Recht ber unmittelbaren Labung zu.

(I. Cutm. \$ 295; II. Cut. \$ 3)1; III. Cut . \$ 346.)

8. 427.

In ber Hauptverhandlung kann auch ber Angeklagte im Beistand eines Rechtss anwalts erscheinen ober sich auf Grund einer schriftlichen Bollmacht burch solchen vertreten lassen.

bem Staatsanwalt beigelegte Befugniß lebiglich ein Aussluß seiner Amtsgewalt sei, im gegebenen Fall Zweisel entstehen tonnen. Der Entw. hat es baber vorgezogen, mehr ins Einzelne gebenbe Bestimmungen zu geben."

- 2. hat ber Privatkläger einen Rechtsanwalt bevollmächtigt, so wird er in jeder Beziehung, also auch hinsichtlich ber Bekanntmachung der Entscheung, so auch von denselben vertreten; vgl. § 418 Rote 5. a. Dies gilt, wie von ber Zustellung, so auch von der Berkündung; daher sindet, wenn ber Anwalt des Privatklägers der Berkündung des Urtheils beigewohnt hat, eine Zustellung des letzteren an den Privatkläger jum Zwecke der Bekanntmachung nicht flatt, und die Frist zur Einlegung des zulässigen Rechtsmittels beginnt für den Privatkläger mit der Berkündung. Gl. A. Keller S. 563, v. Schwarze Erört. S. 64, Puchelt S. 700, Stenglein S. 634. Bgl. § 427 Note 3. Auf den durch einen Rechtsanwalt vertretenen Angeklagten dagegen sindet das Gesagte nicht Anwendung; vielmehr gilt das zu § 267 Note 6 Bemerkte auch im Falle der Privatklage.
 - 3. Ab f. 2 enthält eine Abweichung von § 213; vgl. § 417 Abf. 1.
- 4. Bu Ab f. 3 vgl. § 216. Die Bestimmung bes Abs. 2 bieses § findet auf ben Privatflager entprechenbe Anwendung.
 - 5. Bu Abs. 4 vgl. S. 147 u. Rote 10 bas.

Ru & 426.

- 1. Im Privatslageversahren fällt die Herbeischaffung ber Beweismittel burch die Staatsanwaltschaft (§ 198 Rote 6, § 213 Rote 3) fort (vgl. § 417 Abs. 1); daher überträgt das Geset die Entschließung darüber, welche Zeugen ober Sachverständige zur Hauptverhandlung zu laben und welche sonstigen Beweismittel etwa herbeizuschaffen seien, dem Amtsrichter. Derselbe hat bei Anderaumung des Termines zur Hauptverhandlung (§ 212) von Amtswegen die Sachlage zu prüsen und die auf die Beweisausnahme bezüglichen Anordnungen zu tressen; als Grundlage seiner Prüsung dient die Anklageschrift und die vom Angeklagten etwa abgegebene Erklärung (§ 423). Die getrossene Bestimmung ist dem Privatkläger und dem Angeklagten bekannt zu machen. Beide Theile sind berechtigt, die Herbeischaffung weiterer Beweismittel zu beantragen; auf derartige Anträge sindet § 218 Anwendung; vgl. dort Rote 2. Bgl. jedoch serner § 84 des Gerichtskoften-Ges. u. die Roten das. (unten in Abth. III). Selbstverständlich sind die den Umsang der Beweisaufnahme betressenden Bersügungen des Amtsrichters stets nur vorläusige, durch welche dem Ermessen des Schösserichts nicht präjudizitt wird; vgl. § 243 Abs. 3, § 244 Abs. 2.
- 2. In Betreff bes Rechts ber unmittelbaren Labung f. § 219; bis bort von bem Ansgeflagten Gefagte gilt hier von beiben Theilen.

3u \$ 127.

1. Der S behandelt die Bflicht der Barteien, in der hauptverhandlung erfter Justanz zu ericheinen, und ihre Berechtigung, sich in ihr vertreten zu lassen; neben dem S kommen in Ansehung des Privatklägers die SS 418, 431, in Ansehung des Angeklagten die allgemeinen Bestimmungen in Buch 1 u. 2 in Betracht. — Das Gesetz geht von der Auffassung aus, daß auch im Privatklageversahren dem Gericht die Ermittelung materieller Wahrheit obliegt, und dem ente

Die Bestimmung des §. 139 findet auf den Anwalt des Klägers wie auf den des Angeklagten Anwendung.

Das Gericht ift befugt, bas perfonliche Erscheinen bes Rlagers sowie bes Angeklagten anzuordnen, auch ben Angeklagten vorführen zu laffen.

(L. Entu. § 310; II. Entu. § 316; III. Entu. § 362.)

sprechend giebt es bem Gericht die Befugniß, das perfonliche Erscheinen beiber Parteien oder einer berfelben anzuordnen, salls die Lage der Sache die Annahme begründet, daß durch biefe Magnahme die Ermittelung der Bahrheit gefördert werden tonne (Mot. S. 222). — Im Einzelnen ift Folgendes hervorzuheben und zwar:

I. In Betreff bes Brivattlagers.

- 2. Derselbe muß in ber Hauptverhanblung entweber personlich erscheinen ober sich burch einen mit schriftlicher Bollmacht versehenen Rechtsanwalt vertreten lassen; andere Bevollmächtigte (velübrigens § 139) sind nicht zulässig (§ 418 u. Rote 3 das.). Erscheint weber der Privatsläger noch ein Anwalt, so wird, sofern nicht das Ausbleiben genügend entschuldigt ist, die Privatsläger sind ein Anwalt, so wird, sofern nicht das Bersahren durch Beschlus eingestellt (§ 431 Abs. 2). Hieraus ergiebt sich die dem Privatsläger in der Ladung zu stellende Barnung. Ist das personus ergiebt sich die dem Privatslägers angeordnet, so muß diese Anordnung demselben in der Ladung besannt gemacht und ihm für den Fall seines Ausbleibens die Einstellung des Bersahrens angedroht werden. Eine Borsührung des Privatslägers zur hauptverhandlung ist nicht statthaft. Die Ladung wird, wenn der Privatsläger einen Anwalt bevollmächtigt hat, diesem zu gestellt, und zwar genügt dies auch dann, wenn das persönliche Erscheinen des Privatslägers angeordnet ist (§ 418). Im Falle der Zustellung an den Privatsläger selbst würde daneden noch eine besondere Ladung an den Anwalt zu erlassen sie besondere Ladung an den Anwalt zu erlassen sie besondere Ladung an den Anwalt zu erlassen sie einen wuß, daß alle Zusstellungen an ihn erfolgen.
- 3. Die StPO. enthält keine Bestimmung barüber, ob ber Privatkläger ober sein Anwalt während ber ganzen hauptverhandlung anwesend zu bleiben verpstichtet sei. Rach § 431 wird nur im Falle bes Ausbleibens, nicht im Falle ber vorzeitigen Entsernung die Klage surüdgenommen erachtet. Die bezüglich der Staatsanwaltschaft getrossen Bestimmung des § 225 beruht auf der amtlichen Stellung der Staatsanwaltschaft und läßt eine analoge Anwendung auf den Privatkläger nicht zu. Sonach kann die vorzeitige Entsernung rechtliche Folgen nicht nach siehen; die Berhandlung wird auch ohne Anwesenheit des Privatklägers bezw. seines Anwalts zu Ende gesührt, sosen nicht das Gericht einen besonderen Anlaß sindet, sie auszusehen und das persönliche Erscheinen des Privatklägers wiederum anzuordnen. Ist bei der Berkündung des Urtheils weder der Privatkläger noch sein Anwalt anwesend (vgl. § 425 Note 2), so wird dasselbe dem Privatkläger ober dem Anwalt (§ 418 Rote 5. a) durch Zustellung bekannt gemacht.
 - 4. In Betreff ber Bulaffung eines Beiftanbes bes Privatflägers f. § 418 u. Rote 3 baf. II. In Betreff bes Angeklagten.
- 5. Auf ben Angeklagten finden die SS 229 ff. Anwendung, soweit nicht § 427 Abweichungen vorschreibt; die letteren bestehen darin, daß der Angeklagte, statt selbst zu erscheinen, sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen darf und daß sein Ausbleiben niemals die Berhaftung (§ 229 Abs. 2), soudern nur die Borführung nach sich ziehen kann. Ein Ungehorsamsversahren sindet hier nicht statt, da die in § 414 bezeichneten Bergehen der Boraussetung des § 231 nicht entsprechen; sonach muß, wenn weder der Angeklagte noch ein bevollmächtigter Anwalt erscheint, die Borzsuhrung des Angeklagten angeordnet werden (§ 229). Hieraus ergiedt sich die ihm in der Ladung zu stellende Warnung. Dagegen ist § 232 auch auf das Privatklageversahren anwenddar; in dem dort gedachten Falle bedarf der ausbleibende Angeklagte weder eines Bertreters, noch ist er in der Bahl eines solchen schlechten auf die Rechtsanwälte beschränkt; vgl. § 233 u. Rote 5 das. Gl. A. Stenglein S. 636; a. M. Huchelt S. 718, Keller S. 559. Wird das persönliche Erscheinen des Angeklagten angeordnet, so ist dies dem lehteren unter Androhung der Borführung bekannt zu machen. § 230 gilt auch hier.

§. 428.

Bei mechselseitigen Beleidigungen ober Körperverletzungen kann ber Beschuldigte bis jur Beendigung der Schlußvorträge (§. 257) in erster Instanz mittels einer Biberklage die Bestrafung des Klägers beantragen.

Ueber Rlage und Biberklage ift gleichzeitig zu erkennen.

Die Zurudnahme der Klage ist auf das Verfahren über die Widerklage ohne Einfluß.

(L. Catm. \$ 311; II. Catm. \$ 317; III. Catm. \$ 363.)

- 6. Aus ben Borten bes Abs. 1: "im Beistanbe eines Rechtsanwalts" barf nicht gefolgert werben, baß die allgemeinen Bestimmungen über die Vertheidigung und über die Zulassung von Beiständ en des Angeklagten (Buch 1 Abschn. 11) auf das Privatklageversahren nicht Anwenzbung sinden sollen. Dem Angeklagten in diesem Berfahren Beschrankungen anzuerlegen, welche im Berfahren auf erhodene öffentliche Klage nicht bestehen, kann nicht die Absicht des Gesehos sein, da es für solche Beschränkungen an zedem rationellen Grunde sehlen würde; die vorbezeich neten Borte des Abs. 1 sinden ihre Erklärung in der Entstehungsgeschichte des S und hätten behus der Bermeidung einer misverständlichen Aussallen gestrichen werden sollen; vol. die Ausssührungen Kellers S. 558. Sonach ist hinsichtlich der Auswahl des neben dem erschieders Beiskandes § 149 anwendbar. Auch die Zuordnung eines Bertheidigers ist im Privatklageverssahren nicht ausgeschlossen (§ 141), und, wenn eine solche eintritt, ist dei der Auswahl der S 144 maßgebend.
- 7. Eine Bestimmung, wie sie in § 418 Sat 2 hinsichtlich bes Privattlägers enthalten ift, hat bas Geset hinsichtlich bes Angeklagten nicht gegeben; baber mussen bie erforberlichen Bustellungen wie in bem Berfahren auf erhobene öffentliche Rlage (Rote 8. d zu Buch 1 Abschn. 11), an ben Angeklagten selbst erfolgen, und insbes. ift bieser zur hauptverhandlung stets personlich zu laben, auch wenn er einen Anwalt zu seiner Bertretung in der hauptverhandlung bevollmächtigt hat. In Betreff ber Labung bes Anwalts wie auch eines anderen Bertheibigers findet § 217 Anwensbung. In Betreff ber Lustellung bes Urtheils vgl. noch § 425 Rote 2 (Schlus).

Au # 428.

- 1. Die in ben SS 419, 420 bestimmten Erforbernisse ber Rlage greifen bei ber Wiberklage nicht Plat; im Nebrigen aber muß die lettere ben Erforbernissen einer Privatklage entssprechen. Sie kann also nur wegen solcher Beleibigungen ober Körperverletzungen erhoben werben, welche unter die Bestimmung des S 414 Abs. 1 fallen. Auch setzt die Erhebung der Biberklage voraus, daß der Angeklagte die für den Privatkläger erforderliche Prozessähigt gkeit (S 414 Note S) besitzt; baber kann ein Minderjähriger, wiewohl er in seiner Eigenschaft als Angeklagter des Beiskandes seines gesetzlichen Bertreters nicht bedarf, eine Biberklage nur durch letteren erheben (gl. A. Keller S. 560; a. M. Stenglein S. 636). Hinsichtlich dieser Erfordernisse eine ihm zugefügte Besleibigung ober Körperverletzung nicht behufs der Bestrasung des Klägers, sondern nur vertheidigungsweise, d. h. zu dem Zweck geltend macht, um die Ausrechnung des wechselseitigen Berschulsbens (StBB. SS 199, 233) herbeizusssichen.
- 2. a. Der fest wechfelseitige Beleibigungen ober Körperlehungen voraus. Daß bies selben "auf ber Stelle erwibert" (StGB. SS 199, 233) seien, wird nicht erforbert; auf eine solche Erwiberung kommt es nur bei ber Aufrechnung an. Auch läßt sich nicht aufstellen, daß irgend ein thats ober ursachlicher Zusammenhang zwischen ber Handlung des Einen und ber bes Anderen bestehen milse; es kann auch Mangels eines solchen Zusammenhangs für die richtige Beurtheilung bes wechselseitigen Berschulbens wesentlich sein, daß in einem Urtheil über die Handlungen beiber Parteien entschieden wird (gl. A. Reller S. 560, Glaser II. S. 23, Kronecker a. a. D. S. 21).

 Endlich erforbert der S auch nicht die Gleichartigkeit der Handlungen; es kann also.

wenn bie Klage eine Beleibigung betrifft, die Biberklage auch wegen einer Körperverleitung erhoben werben und umgekehrt (a. M. Olshaufen S. 740, anich. auch Oppenhoff S. 456).

- b. Dagegen erforbert ber Begriff ber Bechfelfeitigkeit, bag bie ben Gogenftanb ber Rlage und ber Bibertlage bilbenben Sanblungen swifden benfelben Berfonen fattgefunben haben-Sonach tann, wenn wegen ber einer Chefrau ober einem haustinde zugefügten Beleibigung 2C. ber Chemann bezw. ber Bater bie Rlage erhoben hat (§ 414 Rote 4), eine von ihm begangene hanblung nicht zum Gegenstande einer Biberklage gemacht werben. Ebensowenig aber kann in biefem Falle eine handlung ber Ehefrau bezw. bes haustinbes Gegenstand ber Bibertlage fein, sofern nicht zugleich biese Bersonen selbst als Rläger aufgetreten find (§ 415 Abs. 2); benn nach § 428 Abf. 1 tann eine Bibertlage nur behufs ber Beftrafung "bes Rlagers" erhoben werben (gl. A. Olshaufen S. 739, Stenglein S. 637). In einem folden Ralle wurde alfo ber Ange-Magte wegen ber ihm felbst zugefügten Beleibigung zc. eine besondere Klage erheben mulfen; indes wurbe, falls fur beibe Sachen baffelbe Gericht juftanbig ift, nach S 236 bie Berbinbung berfelben beschlossen werben können. — Ift wegen einer gegen einen Minberjährigen begangenen handlung bie Rlage burch beffen gefehlichen Bertreter (§ 414 Rote 5) erhoben, fo ift erflerer felbft ber Klager, und folglich ift wegen einer von ihm begangenen Sandlung eine Biberlage ftatihaft (a. D. Kroneder a. a. D. S. 22); bie Erhebung einer folden aber macht feine perfonliche Zuziehung zu dem Berfahren nothwendig, da der Minderfährige in seiner Eigenschaft als Angeklagter (vgl. Buch 1 Abichn. 11 Rote 3. a) nicht burch ben Bater ober Bormund vertreten werden kann (in letterem Buntte a. D. Dishausen S. 739).
- 3. Durch bie Erhebung einer (julaffigen) Bibertlage wird in Ansehung ber burch biese gerügten handlung bie örtliche Buft anbig teit bes besaften Gerichts, sofern fie nicht schon vorhanden war, begründet. Durch bie Burudnahme ber Rlage wirb, wie aus Abs. 3 folgt, biese Buftanbigfeit nicht wieber aufgehoben.
- 4. Finden in erster Inftanz mehrere haup tverhandlungen ftatt, so tann, da das Gejet etwas Entgegenstehendes nicht vorschreibt, auch noch in der letten berselben die Biberklage er hoben werden; dies gilt selbst dann, wenn in der früheren hauptverhandlung bereits Schlufvorträge stattgefunden hatten und erft nach Beendigung derselben die Aussehung der Berhandlung, d. B. behus einer weiteren Beweiserhebung, beschossen wurde.
- 5. Darüber, wie bie Erhebung ber Bibertlage zu erfolgen habe, enthalt bas Gefet feine Bestimmungen. Dieselbe kann außerhalb ber hauptverhanblung wie auch in biefer stattsinden. Ersteren Falles ist § 421 als maßgebend anzusehen. In ber hauptverhandlung wird die Biber-klage mundlich erhoben; boch ift die Ueberreichung einer Antlageschrift nicht ausgeschlossen.
- 6. Das Gesch giebt auch barüber keine Borschrift, ob und welche ein leiten be Raßnahmen vor der Berhandlung über die Widerslage ersorderlich seien. Ueber die Zulässig keit der letteren hat das Gericht durch Beschluß zu befinden (a. R. Keller S. 561, theilw. auch Stenglein S. 637, Kronecker S. 23). Hierdei handelt es sich jedoch nur um die Brüfung: ob die Ersordernisse einer Widerslage (Note 1, 2) vorhanden seien; ein Eröffnungsbeschluß im Sinne des § 423 wird nicht erlassen, und über eine an sich zulässige Widerslage muß selbst dann durch Urtheil entscheden werden, wenn dieselbe sich ohne Weiteres als unbegründet darstellt (gl. A. Glaser II. S. 27; a. M. Jamler a. a. D. S. 175). Die Widerslage wird dem durch sie Angeslagien mitzutheilen (vgl. § 422) und zur Erklärung über sie wird demselben eine Frist von mindestens einer Woche (vgl. § 216, § 425 Abs. 3) zu gewähren sein, salls er nicht auf das Eine oder Andere ausdrücklich verzichtet (a. M. Glaser II. S. 27). Eine Mittheilung der Widerslage an die Staatsanwaltschaft (vgl. § 422) ist nicht ersorderlich (a. M. Keller S. 561, Stenglein S. 637); sie wird sedoch zu ersolgen haben, wenn der Amtsrichter Brund zu der Annahme sindet, daß die Staatsanwaltschaft nunmehr die Bersolgung übernehmen werde.
- 7. Die bebingte (eventuelle) Erhebung einer Biberklage, b. h. bie Erhebung berfelben für ben Fall, bag auf bie Rlage nicht nach ben Anträgen bes Angeklagten entichieben werben follte, ift nicht für ftatthaft, vielmehr für wirkungslos zu erachten.

^{8.} Bu Abf. 3. vgl. noch § 437 Rote 4.

§. 429.

Findet das Gericht nach verhandelter Sache, daß die für festgestellt zu ersachtenden Thatsachen eine solche strasbare Handlung darstellen, auf welche das in diesem Abschnitte vorgeschriebene Verfahren keine Anwendung erleidet, so hat es durch Urtheil, welches diese Thatsachen hervorheben muß, die Sinstellung des Verssahrens auszusprechen.

Die Berhandlungen find in biesem Falle der Staatsanwaltschaft mitzutheilen. (1. Cutm. § 312; II. Cutm. § 318; III. Cutm. § 364).

- 9. Ueber das Berhältniß des § 428 zu § 198 des St&B. ift zu bemerken: Der lettere § bleibt von den Bestimmungen des ersteren ganz unberührt. Abgesehen von der Frage, od der Begriff "wechselseitig" in beiden §§ ber gleiche ist, so handelt § 198 nur von der Wahrung der Antragsberechtigung, und er ersordert nur einen Antrag auf Bestrafung, nicht aber die Erhebung einer Widerslage. Eine solche kann überhaupt nur gegenüber einer Privatklage, nicht gegenüber einer Biderklage. L. 17. Okt. 81 (Entsch. V. 133, Rspr. III. 627), II. 4. Nai 83 (Rspr. V. 317). Der Antrag auf Bestrafung ist nach § 198 dis zum "Schluß der Berhandlung" zulässig, mährend die Widerklage dis zur "Beendigung der Schlußvorträge" erhoben werden muß. Daß, wie in der AER. (Brot. S. 1051) angenommen worden, die in den beiden § bestimmten Zeitgrenzen zusammenfallen, läßt sich nicht anerkennen. Uebrigens gehen die Anssichten hier erheblich auseinander; vgl. bes. Dochow in H. II. S. 368 fs., v. Schwarze Komm. S. 570 u. Erört. S. 33, Glaser II. S. 24, Kronecker a. a. D. S. 22, Binding Hdb. I. S. 641, Olshausen S. 739, Oppenhoff S. 456.
- 10. Die auf die Biberklage ergangene rechtskräftige Entscheidung bewirkt hinfichtlich bes ben Gegenstand berselben bilbenden Delikts ben Berbrauch bes Strafklagerechts: RGer. III. 23. Juni 83 (Entsch. IX. 14). Indeß kann dies nur gegenüber bem Biberkläger und ber Staatsanwaltschaft gelten; eine analoge Anwendung des § 415 Abs. 2, 3 (vgl. bort Note 3) auf andere Berechtigte erscheint ausgeschlossen, da diesen ein Recht, der Widerklage beizutreten, im Geseh nicht gewährt ift.
- 1. Das Gericht hat von Amtswegen zu prüfen, ob bas Delikt ein solches ift, bei welchem bas Privatklageversahren nach § 414 Abs. 1 statthaft ist; vgl. § 424 Note 2.
- 2. Die Einstellung bes Berfahrens ift nicht blos bann auszusprechen, wenn bie burch bie Beweisaufnahme fest gestellten Thatsachen bie Unstatthaftigkeit bes Privatklageversahrens besgründen, sondern auch bann, wenn das Delikt in der in der Klage behaupteten Gestalt sich als ein sur bie Privatklage ungeeignetes darstellt; denn Mangels der Zuständigkeit zu einer der Klage entsprechenden Berurtheilung ist das Gericht zu einem Urtheil in der Sache selbst überhaupt nicht befugt: Roer. III. 15. Nov. 83 (Entsch. IX. 324, Rspr. V. 698). Bgl. § 423 Note 2. b.
- 3. a. Das hier vorgesehene, auf Einftellung bes Berfahrens lautende Urtheil ift von einer Unjufiandigkeitserklärung (§ 270) sachlich verschieben; die Erlassung beffelben wird baburch nicht ausgeschlossen, daß im Falle ber erhobenen öffentlichen Rlage wiederum das Schöffengericht zur Urtheilsfällung zuftändig sein würde. Ebendeshalb findet hier die Berweisung an ein anderes Gericht nicht flatt.
- b. Das auf Einstellung lautende Urtheil ift in berselben Beise, wie ein in ber Sache selbst ergangenes, burch Rechtsmittel an fecht bar. Ist die Einstellung rechtskräftig ausgesprochen, so darf die Staat Banwaltschaft (Abs. 2) die Erhebung ber öffentlichen Rlage nicht mehr aus dem Grunde ablehnen, weil nach ihrer Ansicht ein unter die Bestimmung des § 414 Abs. 1 sallendes Delitt vorliege und ein öffentliches Interesse an der Bersolgung nicht bestehe; die zwischen Bericht und der Staatsanwaltschaft bestehende Meinungsverschlebenheit darf nicht bahin führen, daß eine begangene strafbare Handlung strassos bleibt (a. M. Stenglein S. 638). Im Uedrigen aber wird die Staatsanwaltschaft bezüglich der weiteren Behandlung der Sache durch das Urtheil nicht in ihrem Ermessen beschränkt; sie darf also z. B. die Erhebung der öffentlichen Klage wegen

Digitized by GOOGLE

§. 430.

Dem Privatkläger stehen diejenigen Rechtsmittel zu, welche in dem Berfahren auf erhobene öffentliche Klage der Staatsanwaltschaft zustehen. Dasselbe gilt von dem Antrage auf Wiederaufnahme des Berfahrens in den Fällen des §. 402. Die Bestimmung des §. 343 sindet auf das Rechtsmittel des Privatklägers Anwendung.

. Revisionsanträge und Anträge auf Wiederaufnahme bes burch ein rechtsfräftiges Urtheil geschlossenen Berfahrens kann ber Privatkläger nur mittels einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift anbringen.

Die in den §§. 361, 362, 387 angeordnete Borlage und Einsendung der Akten erfolgt wie im Berfahren auf erhobene öffentliche Klage an und durch die Staatsanwaltschaft. Die Zustellung der Berufungs- und Revisionsschriften an den Gegner des Beschwerbeführers wird durch den Gerichtsschreiber bewirkt.

(I. Catu. § 296; II. Catu. § 304; III. Catu. § 349.)

ber Unzulänglichkeit bes Beweises ober wegen bes Borhanbenseins eines Strafausschließungsgrundes ablehnen; in einem solchen Falle sindet § 170 Anwendung. Erhebt die Staatsanwaltschaft die öffentliche Rlage, so ist für das nunmehr erkennende Sericht das Einstellungsurtheil in keiner Beziehung bindend, das Gericht also auch nicht gehindert, die That als Beleidigung ober einsacke Rörperverlehung (§ 414 Abs. 1) zu qualifizieen.

- 4. Der Sat, baß die auf erhobene Privatslage in der Sache selbst ergangenen rechtsträftigen Urtheile den Berbrauch der Straftlage bewirken (§ 415 Rote 3, 4), erleidet auch dam keine Ausnahme, wenn das Gericht, sei es vermöge einer unrichtigen Qualifizirung des Delittes, sei es vermöge einer Richtbeachtung des § 429 (vgl. Rote 2), zu Unrecht in der Sache selbst entschieden hat, statt auf Einstellung des Bersahrens zu erkennen; die in den Rot. S. 225 vertretene entgegengesetzte Aufsassung ist in dem Gesetze selbst nicht zum Ausdruck gelangt; so: RGer. III. 23. Juni 83 (Entsch. IX. 14, des. 20 sp.,), III. 15. Rov. 83 (Entsch. IX. 324, des. 331, Rspr. V. 698); Reller S. 562, Puchelt S. 724, v. Schwarze Erört. S. 63, Claser in Gründuts Zeitschr. XII. S. 330, Stenglein S. 639; a. M. Freudenstein S. 198.
- 5. Auch bie Birtungen ber relativen Rechtstraft bes Urtheils merben burch einen Berftog ber porflehenb (Rote 4) gebachten Art nicht ausgeschloffen: cit. RGer. III. 15. Rov. 83.
 - 6. In Betreff einer analogen Anwenbung bes § 429 f. BBG. § 27 Rote 14.
 - 1. In Betreff bes Beginnes ber Ginlegungsfrift f. § 425 Rote 2.
- 2. Aus ber Berweisung auf. § 343 folgt, daß ber Privatkläger auch zu Gunsten bes Ansgeklagten (vgl. § 338 Abs. 2) Rechtsmittel ergreisen kann; benn, wenn das Rechtsmittel sogar gegen den Willen des Privatklägers eine Wirkung zu Gunsten des Angeklagten äußern kann, so kann seine Zulässigkeit dadurch nicht ausgeschlossen werden, daß der Privatkläger eine solche Wirkung bezweckt. Gl. A. v. Schwarze Erört. S. 65, Reller S. 563, Boitus S. 437, v. Bombard S. 315, Puchelt S. 725, Dorendorf S. 286, Binding S. 174, Geyer S. 864, Stenglein S. 639; a. M. Thiso S. 483, Dalde S. 286, Lamm, Die Revision S. 4, Freudenstein S. 184, 185, Menzel S. 105, Reinfeller a. a. D. S. 606. Bgl. Prot. S. 664.
- 3. Bu Abs. 2. Bu Protofoll bes Gerichtsschreibers tann ber Privattläger bie Revifionsantrage zc. nicht anbringen; er ift also minder gunftig gestellt als ber Angenagte (§ 385 Abs. 2). Behufs ber Unterzeichnung ber Schrift burch einen Rechtsanwalt kann ber Privattläger bie Beiordnung eines Rechtsanwalts beantragen, falls ihm bas Armenrecht bewilligt ift; vgl. § 419 Rote 3. Gin Privattläger, bem bas Armenrecht nicht bewilligt ift, tann bie Beiordnung auf Grund bes § 33 ber Rechtsanw.=D. beantragen, falls er einen zur Unterzeichnung ber Schrift geneigten Anwalt nicht finbet.

§. 431.

Die Privatklage kann bis zur Verkundung des Urtheils erster Instanz und, soweit zulässige Berufung eingelegt ist, bis zur Verkundung des Urtheils zweiter Instanz zurückgenommen werden.

Als Zurudnahme gilt es im Verfahren erster und, soweit der Angeklagte die Berufung eingelegt hat, im Verfahren zweiter Instanz, wenn der Privatkläger in der Hauptverhandlung weder erscheint noch durch einen Rechtsanwalt vertreten wird, oder in der Hauptverhandlung oder einem anderen Termine ausbleibt, obswohl das Gericht sein persönliches Erscheinen angeordnet hatte, oder eine Frist nicht einhält, welche ihm unter Androhung der Einstellung des Verfahrens gesett war.

Soweit der Privatkläger die Berufung eingelegt hat, ist dieselbe im Falle der vorbezeichneten Versäumungen unbeschabet der Bestimmung des §. 343 sofort zu verwerfen.

Der Privatkläger kann binnen einer Woche nach ber Versäumung bie Wieberseinsetzung in ben vorigen Stand unter ben in ben §§. 44, 45 bezeichneten Vorausssetzungen beanspruchen.

(I. Entm. § 299; II. Entm. § 306; III. Entm. § 350.)

Zu Abs. 1.

1. Die Befugnif bes Privatflagers, Die Privatflage jurudjunehmen, ift bavon, ob im Berfahren auf erhobene öffentliche Rlage bie Zurudnahme bes nach bem StBB. erforberlichen Untrages auf Strafverfolgung ftatthaft fein murbe, unabhangig. hierin liegt nicht, wie mehrseitig angenommen wirb (3. B. Binbing Hbb. I. S. 650, Dockow in Hh. II. S. 362, v. Sommarge Romm. S. 572 u. Erort. S. 66), ein Wiberspruch zwischen ber StBO. und bem StBB.; benn "bie Burudnahme bes Strafantrages ift von ber Burudnahme ber Brivattlage ebenfo verichieben als bie Stellung bes Strafantrages von ber Erhebung ber Brivatflage" (Brot. S. 1051). Ueberbies murbe bas Gefet, wenn es bie Burudnahme ber Brivat-Mage auf bie Falle befdranten wollte, in benen ber Strafantrag gurudgenommen werben barf, bem Gericht ein Mittel gewähren muffen, ben Privatflager jur Durchfuhrung bes Prozeffes ju zwingen : ein folder Awang aber murbe bem Befen bes Brivatklageverfahrens wiberftreiten, pumal ber Brivatfläger ein ber Zurücfnahme ber Brivatflage gleicksommenbes Ergebniß ba= burd berbeiführen fann, bag er eine vom Angeklagten behauptete, beffen Freifprechung begrun: dende Thatsache mahrheitswidrig zugesteht. Mit Recht hat daber die ALK. (Brot. S. 1053) einen Antrag, nach welchem eine bie gebachte Befdrantung enthaltene Beftimmung in bas Gefeb aufgenommen werben follte, abgelehnt. - Die Birfung ber Burudnahme ber Brivatflage ift aber allerbings eine pericieben e, je nachbem bie Burudnahme bes Strafantrages julaffig ift ober nicht (vgl. Stor. SS 64, 194, 232 Abf. 2). Erfteren galles ift in ber Burudnahme ber Rlage zugleich biejenige bes Antrages (vgl. § 417 Rote 3) enthalten, und somit muß bie Strafverfolgung aufboren. Letteren Falles bingegen bleibt trot ber Aurudnahme ber Rlage ber Ans trag befteben; bemaufolge aber nimmt bas Berfahren feinen Fortgang, wenn bie Staatsanwalt= fcaft icon vor ber Burudnahme ber Privattlage bie Berfolgung übernommen batte und ferner tann bie Staatsanwalticaft bie Ginftellung bes Berfahrens baburd hinbern, bag fie nunmehr bie Berfolgung übernimmt; enblich tann fie nach erfolgter Ginftellung bie öffentliche Rlage wegen berjenigen Sanblung erbeben, welche Gegenstand ber Brivatflage mar. Gl. A. RGer. II. 20. Apr. 83 (Entich. VIII. 207, Ripr. V. 272). A. Dr. beg. bes erfteren Falles: Olehaufen G. 314 u. Stenglein S. 640 (bie Burudnahme ber Rlage enthalte nicht von felbft biejenige bes Antrages); beg.

Digitized by GOOGLE

^{4.} hinfichtlich ber Rechtsmittel bes Angeflagten finben lebiglich bie allgemeinen Beflimmungen (Buch 3) Anwendung. Bgl. fibrigens § 431 Rote 8.

bes letteren Falles: Reller S. 564 u. Freubenftein S. 185 (nach Burudnahme ber Privatklage fei bie Erhebung ber öffentlichen Rlage unguläffig).

- 2. Der Angeflagte ift nicht befugt, ber Burudnahme ber Privatflage ju miberfprechen; vgl. Rote 26 ju Buch 2 Abichn. 1. Bgl. ferner § 428 Abi. 3.
- 3. "zulaffige Berufung" vgl. SS 360, 363. Stellt fich bas eingelegte Rechtsmittel als unzuläffig bar, so ift bie nach Berkundungsbes Urtheils erfter Inftanz erfolgte Zurudnahme ber Privatklage unwirklam.
- 4. In ber Revisionsinftang tann eine Burudnahme ber Privatitage (nicht zu verwechseln mit ber Burudnahme ber Revision) nicht mehr ftattfinden. Dagegen tritt die Befugniß zur Burudnahme von Neuem ein, wenn in Folge eingelegter Revision das Urtheil der Berufungsinftanz aufgehoben und die Sache zur anderweiten Entscheidung in diese Instanz zur udverwiesen ift; es folgt dies daraus, daß auch in bem neuen Berufungsversahren die etwaigen Bersamungen bes Privattlägers die in Abs. 2 bestimmte Birtung haben.
- 5. Der jur Bertretung bes Privatklagers bevollmächtigte Anwalt (§ 418) bebarf jur Burudnahme ber Privatklage einer besonberen Ermächtigung (Spezialvollmacht) nicht; auch bies folgt aus Abs. 2, insofern nach bieser Bestimmung ber Anwalt es auch burch sein Ausbleiben in ber Hauptverhandlung herbeisühren tann, daß bie Rlage für zurüdgenommen erachtet wird (a. M. Stenglein S. 640). Bgl. auch CPO. § 77.

Bu Abs. 2.

- 6. Der Abs. handelt von der fingirten Zurudnahme der Privatslage. Um den punttlichen Betrieb des Bersahrens durch den Privatsläger und bessen Anwalt zu sichern, läßt das Geset die hier bezeichneten Bersamungen als Zurudnahme der Privatslage gelten (Mot. S. 233).

 In Betress des persönlichen Erscheinens des Privatslägers in der Hauptverhandlung
 s. \$427 Abs. 3. Ein Anlaß, für einen sonstigen Termin das persönliche Erscheinen anzuordnen,
 wird nur selten eintreten können, wie z. B. in dem Falle, wenn der Privatsläger einem kommissarisch (§ 222) zu vernehmenden Zeugen behufs der Wiedererkennung gegenübergestellt werden
 soll (vgl. SiGB. §§ 199, 233). Die Besugniß des Gerichts, dem Privatsläger für eine von
 ihm vorzunehmende Handlung unter Androhung der Einstellung des Bersahrens eine Frift zu
 seben, ist nicht auf bestimmte gesehlich vorgesehene Fälle beschränkt (Mot S. 223). Bgl. noch
 § 419 Note 2. d.
- 7. Wie bei ber ausbrudlichen Zurudnahme ber Privattlage (Abs. 1), so ift auch bei ber fingirten bie Einstellung bes Berfahrens burch Besch luß auszusprechen. Dies gilt auch für bie Berufungsinstanz: einer Ausbebung bes Urtheils erster Inftanz bebarf es nicht, ba baffelbe burch bie (fingirte) Zurudnahme ber Klage von selbst hinfällig wirb.

Bu Abf. 2. 3.

8. In ber Berufungsinftang ift bie Birtung einer Berfaumung bes Brivattlagers eine verschiebene, je nachbem er selbst ober ber Angeklagte bas Rechtsmittel ergriffen hatte. Bar bie Berufung nur vom Privatkläger eingelegt, so ist bie Folge seiner Bersäumung nur bie: daß sein Rechtsmittel verworfen wirb; das Urtheil erfter Instanz bleibt also besteben. Hatte bagegen ber Angeklagte bie Berufung ergriffen, fo wirb im Falle einer Berfaumung bes Privatflagers bie Rlage für jurudgenommen erachtet. Der Grund hiervon ift ber : bag es bem Brivatflager nicht gestattet sein soll, durch sein Ausbleiben zc. die Durchführung des von dem Gegner ergrife fenen Rechtsmittels bingubalten. An ber ebenbezeichneten Birtung ber Berfaumung wirb bemgufolge baburch nichts geanbert, bag außer bem Angeflagten auch ber Brivatflager bie Berusung eingelegt hat; bas Rechtsmittel bes letteren finbet baburch, bag bie Rlage fur jurudge nommen erachtet wirb, feine Erlebigung. Dies gilt übrigens nur unter ber Borausfegung, baf bie Rechtsmittel beider Theile benselben Rlagepunkt (Straffall) betreffen; haben fie verschiebene felbstständige Klagepunkte zum Gegenstande (vgl. 8 368), fo kann die Rlage nur in Arfehung bes von bem Rechtsmittel bes Angeflagten betroffenen Bunttes als gurudgenommen gelten, mabrend bas Rechtsmittel bes Privatklagers verworfen werben muß, und somit ber burch biefes angefochtene Theil bes Urtheils erfter Inftang bestehen bleibt. Digitized by Google

§. 432.

Die zurudgenommene Privatklage kann nicht von neuem erhoben werben. (L. Entm. § 300; II. Entm. § 306; III. Entm. § 351.)

§. 433.

Der Tob bes Privatklägers hat die Sinstellung des Versahrens zur Folge. Bar jedoch die Privatklage darauf gestüht, daß der Beschuldigte wider bessers Bissen in Beziehung auf den Anderen eine unwahre Thatsache behauptet oder verbreitet habe, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Reinung heradzuwürdigen geeignet ist, so kann die Klage nach dem Tode des Klägers von den Eltern, den Kindern oder dem Spegatten des lehteren fortgesetzt

Die Fortsetzung ist von dem Berechtigten bei Verlust des Rechts binnen zwei Monaten, vom Tode des Privatklägers an gerechnet, bei Gericht zu erklären.
(L. Entm. § 301; II. Entm. § 307; III. Entm. § 302.)

- 9. Die Bestimmungen in Abs. 2, 3 finben nur unter ber Boraussetzung Anwendung, daß ber Privatklager die betr. Berfaumung nicht ober nicht genügend entschulbigt hat. Bu Abs. 3.
- 10. "sofort zu verwerfen" b. h. die Berfäumung zieht ohne Beiteres die Berwerfung bes Rechtsmittels nach fich; ein Eingehen auf die Sache felbst und insbef. auch eine Berichterftattung sindet nicht statt; vgl. § 370 u. Note 1 das. Durch die Borte "unbeschadet der Bestimmung des § 343" wird übrigens die sofortige Berwerfung auf die Fälle beschränkt, in denen das Urtheil erster Instanz auf völlige Freisprechung lautet und das Rechtsmittel folglich eine dem Angeklagten gunstige Birkung überhaupt nicht äußern kann, wogegen dei einer auch nur theilweisen Berurtheilung auf die Sache selbst eingegangen und geprüft werden muß, ob etwa die Lage der letteren eine Aenderung des Urtheils zu Gunsten des Angeklagten erheische.

Bu Abj. 1-4.

merben.

- 11. Das hier hinfichtlich ber Privatklage Bestimmte findet auf die Biberklage (§ 428) entsprechende Anwendung.
- 31 § 482. 1. Die Bestimmung gilt auch für ben in § 431 Abf. 2 behanbelten Fall ber fingirten Burüdnahme ber Privattlage. Bgl. jeboch § 419 Rote 2. d.
- 2. Der § "untersagt nur bem jenigen Berletten, welcher die Klage erhoben hatte, beren nochmalige Erhebung. Das Recht eines anderen, zu derselben Klage berechtigten Berletten bleibt hier underührt; dasselbe erlischt erst durch eine in der Sache selbst ergehende Entscheidung" (Mot. S. 223). Bgl. § 415 u. Rote 2—4 das., v. Schwarze Erört. S. 73, Glaser a. a. O. S. 338. In Betreff des Klagerechts der Staatsanwaltschaft vol. noch § 431 Note 1.

3u § 433.

- 1. Die Brivatklage ift ber Regel nach unvererblich. Die in Abl. 2 getroffene Ausnahmebestimmung umfaßt bie Fälle bes § 187 bes StBB. (mit Ausschluß ber Krebitgefährbung)
 und enthält eine weitere Durchführung bes Gebankens, auf welchem bie Borschrift bes § 189 bes
 StBB. beruht. Bon bem Falle bes § 189 unterscheibet sich ber hier vorgesehene Fall barin,
 baß es sich hier um eine gegen einen Lebenben begangene Beleibigung handelt und baß bie Angehörigen hier nicht zur Erhebung ber Klage, sondern nur zur Fortsehung ber von dem
 Beleibigten selbst erhobenen besugt sind.
- 2. Der Rreis ber jur Fortsetung ber Rlage berechtigten Berfonen ift ebenso bestimmt wie in § 189 bes Stos. ber Rreis ber Antragsberechtigten; bemaufolge find auch hier unter Eltern und Rinbern nur bie leiblichen Aszenbenten und Deszenbenten bes ersten Grabes zu verstehen.
- 3. Auf ben Fall, wenn mehrere jur Fortfetjung ber Rlage berechtigte Ungehörige vorhanben finb, finben bie Bestimmungen bes § 415 entsprechenbe Anwenbung.

§. 434.

Die Zurücknahme ber Privatklage und ber Tob bes Privatklagers, sowie die Fortsetzung der Privatklage sind dem Beschuldigten bekannt zu machen.
(L. Cutw. § 302; IL. Cutw. § 308; III. Cutw. § 383.)

3meiter Abichnitt.

Rebentlage.

§. 435.

Wer nach Maßgabe ber Bestimmung bes §. 414 als Privatkläger aufzutreten berechtigt ist, kann sich ber erhobenen öffentlichen Klage in jeber Lage bes Ber-

- 4. Die Berechtigung jur Fortsethung ber Klage tritt nur ein, wenn in bie ser schon bas Borhandensein ber Thatbestandsmerkmale des Abs. 2 behauptet war; eine nachträgliche Ergänzung ober Erweiterung der Klage steht ben Angehörigen nicht zu. Umgesehrt wird in dem Falle, wenn die von den Angehörigen sortgesehte Klage zwar auf § 187 gestüht war, das erkennende Gericht aber nur den § 185 oder den § 186 des Ston. für anwendbar erachtet, das Urtheil die Einstellung des Bersahrens und die Unzulässisseit der Fortsehung auszusprechen haben, da die an sich nicht vorhandene Bererblichseit der Rlage nicht durch eine Unrichtigkeit der lehteren begründet werden kann; die Fassung des § ("gestüht") kann dieser Erwägung gegenüber nicht entscheidend sein. Gl. A. v. Schwarze Erört. S. 74, Puchelt S. 733, Stenglein S. 642; a. M. Reller S. 567.
- 5. Es liegt bem Gericht nicht ob, bie Angehörigen zu einer Erklarung über bie Fortsetung ber Rlage zu veranlassen. Auch im Falle bes Abs. 2 ftellt bas Gericht beim Tobe bes Privatflägers ohne Beiteres bas Bersahren ein; bas lettere mirb wieber aufgenommen, wenn bemnächt bie Fortsetung ber Klage von einem hierzu Berechtigten erklärt wirb.
- 6. Die zweimonatliche Frist beginnt in jedem Falle mit bem Tobe des Brivatflagers; auf ben Zeitpunkt, zu welchem die Angehörigen von dem Tode oder von dem Privatklageversaften Renntniß erlangen, kommt es nicht an. hieraus folgt, daß ein Gesuch um Biedereinsehung in den vorigen Stand nicht auf den Mangel bieser Kenntniß gestüht werden kann (gl. A. Reller S. 567, Thilo S. 486; a. M. v. Schwarze Erört. S. 75, Puchelt S. 733, Stenglein S. 642; im Uebrigen ist ein solches Gesuch (§§ 44, 45) nicht ausgeschlossen.
- 7. Der Angehörige, welcher bie Fortsetung ber Rlage erklart, kann bas Berfahren nur in berjenigen Lage übernehmen, in welcher es sich beim Lobe bes Privatklagers befanb. Dies gilt insbes. auch hinfichtlich bes weiteren Laufes einer von bem Privatklager wahrzunehmenben, burch seinen Tob unterbrochenen Frift.
 - 8. In Betreff bes Anspruchs auf Buße f. § 444 Abs. 4, § 446.

(§ 434.)

Bum Zweiten Abfdnitt.

1. Unter "Nebenklage" versteht bas Geset ben Anschluß bes Berletten an die erhobene öffentliche Klage. Die Gründe, welche zu dem Anschluß berechtigen, sind breisacher Art und werden durch § 435 Abs. 1, § 435 Abs. 2 und § 443 bestimmt. — In § 446 ift nicht von einem Anschluß an die öffentliche Klage die Rede; vielmehr sieht der § den Fall vor, wenn in einem Privatstageversahren der Privatstäger die Zuerkennung einer Buße beansprucht. — Bgl. noch Rote 5 zu Buch 2 Abschn. 1. — Im Allgemeinen s. Stenglein im Scaal XXXV. S. 271 st.

3u \$ 435.

Zu Abs. 1.

1. a. Die Mot. S. 225 bemerken: "Bird überhaupt bas Recht bes Berletten anerkannt, ohne vorgängige Anrufung ber Staatsanwaltichaft bie Strafverfolgung bei bem Gericht zu betreiben, so kann bies Rlagerecht auch in bem Falle nicht erlöschen, wenn bie Staatsanwaltschaft sich veranlast gefunden hat, die öffentliche Rlage wegen eines Bergehens zu erheben, welches von bem Berletten im Bege ber prinzipalen Privattlage hatte verfolgt werben können." Bgl. übrigens § 416 Rote 2.

fahrens als Nebenkläger anschließen. Der Anschluß kann behufs Ginlegung von Rechtsmitteln auch nach ergangenem Urtheile geschehen.

Die gleiche Befugniß steht bemjenigen zu, welcher burch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§. 170) die Erhebung der öffentlichen Klage herbeigeführt hat, wenn die strafbare Handlung gegen sein Leben, seine Gesundheit, seine Freis heit, seinen Personenstand oder seine Vermögensrechte gerichtet war.

(I. Cutu. \$ 314; II. Cutu. \$ 320; III. Cutu. \$ 366.)

- b. Die Berechtigung zum Anschluß an die erhobene öffentliche Klage besteht auch bann, wenn mit der durch Privatklage versolgbaren Beleidigung ober Körperverletzung ein anderes Delikt (z. B. ein Bergeben gegen § 184 des StB.) i deell konkurrirt und die öffentliche Klage nur unter dem Gesichtspunkt des letzteren erhoben ist: RGer. II. 19. Jan. 83 (Entsch. VII. 437, Kfpr. V. 40); vgl. III. 21. Juni 86 (Kfpr. VIII. 468).
- 2. In Betreff bes Falles, wenn bie Privattlage erhoben war, bie Staatsanwaltschaft aber bemnächft bie Berfolgung übernommen hat, s. § 417 Abs. 3 u. Rote 8 bas.
- Bu Abs. 2.

 3. a. Die erst von der RER. aufgenommene Bestimmung des Abs. 2 schließt sich sachlich an diejenige des \$ 170 an. Der ihr zu Grunde liegende Gedanke ist der: daß demjenigen, der durch den dort zugelassenen Antrag auf gerichtliche Entscheidung die Staatsanwaltschaft gesnötigt hat, wider ihren Billen die öffentliche Klage zu erheben, auch die Möglichkeit gewährt werden soll, in der Untersuchung als Partei neben der Staatsanwaltschaft auszutreten und unabshängig von der letzteren auf die Untersuchungsführung einzuwirken (Prot. S. 678). Sonach besagt der Ausdruck "herbeigeführt", daß das Obersandesgericht die Erhebung der öffentlichen Rsage beschlossen muß (§ 173), wenn die Anschlußberechtigung begründet sein soll; der zu § 171 Rote 2 gedachte Kall gehört nicht hierber.
- b. Der porftebend bezeichnete Gebante bes Gefetes ift jeboch infofern nicht völlig burchgeführt, als ber Kreis ber jum Anschluß berechtigten Bersonen in & 435 enger begrenzt ift als ber Rreis berjenigen, welche nach & 170 auf gerichtliche Entscheidung antragen tonnen: ber Antrage fteller, welcher ben bie Erhebung ber öffentlichen Rlage anordnenben Gerichtsbeschluß erwirkt bat, ift nicht nothwendig zum Anschluß als Nebenkläger berechtigt, vielmehr nur unter ber Boraussepung, daß die strasbare Handlung gegen sein Leben, seine Gesundheit, seine Freis heit, seinen Personenstand ober seine Bermögensrechte gerichtet war. Die Anichluftberechtigung fieht nur bemienigen Berletten zu, welcher in einem ber in Abi. 2 bezeichneten Guter burch bie ftrafbare handlung unmittelbar betroffen murbe; ber Begriff bes Berletten im Sinne bes § 170 ift ein weiterer (vgl. bort Rote 5. b). Co konnen 3. B. im Falle ber Löbtung bie Angehörigen bes Getöbteten auch bann nicht als Rebenkläger auftreten, wenn fie bie Erhebung ber öffentlichen Rlage burch ben Antrag auf gerichtliche Entscheinung herbeigeführt haben. - Im Uebrigen ift aus bem Ausbrud "gerichtet war" nicht etwa zu folgern, bag ber Anschluß nur bei vorfätlichen Deliken zuläsig fei; er ift vielmehr auch bei fahrläffigen, so z. B. bei fahrlaffiger Branbftiftung, burchaus ftatthaft. — Enblich verfteht es fic, bag ber Gintritt irgendwelchen Schabens tein Erforberniß bes Anschlusses ift und bag somit bei Anwenbung ber Bestimmung ein Unterschied zwischen ber vollenbeten That und bem Bersuche nicht Blat greift. — Bgl. noch Brot. S. 675 ff., 1055 ff., Stenglein a. a. D. S. 277 ff.

Bu Abf. 1. 2.

- 4. Die Anschligberechtigung wird baburch nicht aufgehoben, bag ber Berechtigte als Beuge vernommen worden ift. Bgl. § 437 Rote 1. b.
- 5. Treffen die Boraussehungen der Anschlußberechtigung bei mehreren Bersonen zu, so find biese sammtlich befugt, als Rebenkläger aufzutreten; jede berselben ift hierbei von bem Willen ber übrigen unabhängig. Bgl. § 415.
- 6. Das Erforberniß ber Prozeffähigkeit (§ 414 Rote 5) befteht für ben Rebenkläger in gleichem Rage wie für ben Privatkläger; baber kann, wenn ber gum Anschluß Berechtigte minber-

§. 436.

Die Anfolugerklärung ift bei bem Gerichte fdriftlich einzureichen.

Das lettere hat über bie Berechtigung bes Rebenklägers zum Anschlusse nach Anhörung ber Staatsanwaltschaft zu entscheiben.

Bu einer Sicherheitsleistung ist ber Rebenkläger nicht verpflichtet. (I. Entm. 85 315, 314 Abs. 3; II. Entm. 85 321, 320 Abs. 3; III. Entm. 8 388.)

- 7. a. Der Anschluß tann, sobalb die öffentliche Alage erhoben ift, in jeder Lage des Bersfahrens erfolgen, insbes. also auch schon in der Boruntersuchung. Behufs Einlegung eines Rechtsmittels tann der Anschluß nur so lange geschen, als für die Staatsanwaltschaft die Frist zur Ansechtung der betr. Entscheidung noch nicht abgelausen ist (§ 439 Abs. 2). Im Uebrigen sindet hier ein Unterschied zwischen dem Urtheil und den Beschüffen und Beschügungen nicht stat, und insbes. tann der Anschluß auch behufs der Einlegung der sofortigen Beschwerbe in den Fällen der §§ 181, 209 ersolgen. Andererseits aber seht der Anschluß ein schwebendes Bersahren vorauß: nach rechtskräftig entschiedener Sache kann eine Anschlußerklärung nicht behufs der Ansbringung eines Antrages auf Bieberaufnahme des Bersahrens (§§ 402, 210) stattsinden. Bgl. § 441 Rote 6.
- b. In ber Einlegung eines Rechtsmittels seitens bes Anschlußberechtigten ift bie Ansschugerklärung von selbst enthalten: RGer. II. 13. Jan. 82 (Entsch. V, 332, Rspr. IV. 42). Um gekehrt enthält eine Anschlüßerklärung, welche nach ber seitens ber Staatsanwaltschaft erfolgten Einlegung bes Rechtsmittels stattsinbet, nicht von selbst bessen Einlegung; sie wird bemzusolge hinfällig, wenn die Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel zurücknimmt: RGer. I. 25. Apr. 87 (Rspr. IX. 283); vgl. übrigens III. 2. Juni 85 (Entsch. XV. 342).
- 8. Der Anschluß bes Rebenklägers erftred't sich, so lange er nicht auf bie im § 442 bestimmte Beise seine Birkung verloren hat, auf bas gange folgenbe Berfahren; ber Rebenkläger ift also, ohne baß es eines hierauf gerichteten Antrages bebarf, auch zu bem Bersahren in höherer Inftanz zuzuziehen. Selbst im Falle ber Wieberaufnahme bes Bersahrens muß er von Amtswegen wieberum zugezogen werben (vgl. § 441 Note 6).

3u \$ 436.

- 1. Eine zu Protofoll bes Gerichtsschreibers abgegebene Anschlußerklärung ift an sich nicht wirsam: RGer. II. 31. März 80 (Entsch. I. 285, Rspr. I. 520). It jedoch bas Protofoll von bem Anschlußberechtigten unterschrieben, so ist in ihm eine schriftliche Erstlärung enthalten: RGer. III. 23. März 82 (Entsch. VI. 139, Rspr. IV. 274). Dasselbe gilt von einem, burch einen Richter aufgenommenen Protofoll: RGer. I. 29. Nov. 83 (Entsch. IX. 223).
- 2. Erfolgt ber Anschluß behufs ber Einlegung eines Rechts mittels (§ 435 Abs. 1), so ift zwar bie Anschlußerklärung bei bemjenigen Gericht abzugeben, bei welchem bas Rechtsmittel einzuzlegen ist; bie Entscheibung über bie Berechtigung zum Anschluß steht jeboch bem jenigen Gezicht zu, welches über bas Rechtsmittel selbst zu entscheiben hat: RGer. III. 23. März 82 (Entscheiben VI. 139, Rspr. IV. 274); vgl. § 360 u. Note 2 bas., § 363, § 386 u. Rote 1 bas., § 389.
- 3. Ueber bie Zulaffung bes Rebenflägers hat bas Gericht eine ausbrudliche Enticheibung zu erlaffen: RGer. III. 12. Juli 86 (Rfpr. VIII. 532). Gine Abweichung f. zu § 417 Rote 8.
- 4. Die Burudmeisung bes Rebenklägers hat, außer wegen Richtbeachtung ber Borfchrift bes Abs. 1, auch bann zu erfolgen, wenn es materiell an ber Boraussehung ber Anschlüßberechtigung (vgl. oben Rote 1 zu Abschn. 2) sehlt. hierbei ift jeboch, was die strafrechtliche Qualifikation bes Delikts betrifft, ber Inhalt ber öffentlichen Rlage nicht allein entscheidenb; vielmehr ift über die Anschlüßberechtigung nach Maßgabe ber Behauptungen bes Rebenklägers zu befinden, ba biesem die Möglichkeit gewährt werben muß, die Richtigkeit bieser Behauptungen barzuthun. Des-

jährig ift, nicht biefer felbft, sonbern nur fein gesehlicher Bertreter bie Anschlußerklarung abgeben und als Rebenklager an bem Berfahren Theil nehmen; vgl. RGer. III. 11. Oft. 83 (Entich. IX. 124, Ripr. V. 596).

§. 437.

Der Rebenkläger hat nach erfolgtem Anschlusse die Rechte des Privatklägers. An den Erklärungen über Annahme oder Ablehnung der Geschworenen nimmt der Rebenkläger nicht Theil.

(L Cutm. # 316; II. Cutm. # 322; III. Cutm. # 369.)

gleichen siub, wenn der Anschluß durch Einlegung eines Rechtsmittels erfolgt nicht lediglich die Festliellungen des angesochtenen Urtheils entschlend, da gerade deren Aushebung der Zweck des Anschlusses sein kann. So: Stenglein Komm. S. 646; in letterem Punkte, und zwar dez. der Revision, a. M. AGer. II. 16. Jan. 83 (Ripr. V. 35).

5. In Betreff ber Berpflichtung bes Rebenflägers jur Bahlung eines Roftenvorfcuffes [. Gerichtstoften-Gef. S. 83-85 u. Rote 2 bas. (unten in Abth. III).

3u § 437.

- 1. a. Die Bestimmung bes Abs. 1 ift babin ju verstehen, bag ber Rebenklager bie rechtliche Stellung eines Privatklagers hat, soweit nicht etwas Anberes im Gefet vorgeschrieben ift (val. § 436 Abf. 3, § 438, § 440) ober aus ber Ratur ber Sache von felbst folgt. — Der Reben-Mager ift sonach befugt, aber nicht verpflichtet, fic ber Bulfe eines Rechtsanwalts zu bebienen (§ 418; vgl. auch § 427 Abs. 2); mehrere, neben einanber auftretenbe Nebenkläger (§ 435 Note 5) find auch in biefer hinficht von einanber unabhangig: fie tonnen einen gemeinschaftlichen Anwalt beftellen, brauchen es aber nicht ju thun. In Betreff ber Buftellungen finbet, mit ber in § 440 bestimmten Ausnahme, § 418 auf ben Rebenkläger Anwenbung. — In Betreff ber Be rechtigungen bes Rebenklagers val. § 425 Abf. 1, 4, § 426 Abf. 2. — In Betreff ber Anbringung ber Revisions: antrage 2c. ift ber Rebenflager ber Beftimmung bes § 430 Abf. 2 unterworfen (gl. M. Lamm, Die Revision S. 16). — Das persönliche Erscheinen bes Nebenklägers in ber Hauptver= handlung (§ 427 Abf. 3) kann vom Gericht zwar angeordnet werben (a. M. Stenglein i. GSaal XXXV. S. 303); boch giebt das Gefet bem Gericht kein Mittel, basselbe zu erzwingen, ba bas Ausbleiben bes Rebenklägers ben Berluft ber Anschlußberechtigung nicht nach fich liebt (§ 440) und eine Borführung nicht zugelaffen ift (§ 427 Rote 2). — Die Labung bes Rebenklägers jur hauptverhandlung erfolgt nicht gemaß § 425 Abf. 2, fonbern burch bie Staatsanwaltichaft: Reser. III. 9. Nov. 82 (Entsch. VII. 220).
- b. Der Rebenfläger kann als Zeuge eiblich vernommen werben: RGer. B. v. 25. Dft. 80 (Entsch. II. 384, Rspr. II. 381). Finbet seine Bernehmung in ber hauptverhandlung statt, so barf bie Beeibigung nur unterbleiben, sofern ein gesehlich anerkannter Grund zur uneiblichen Bernehmung (§§ 56, 57) vorliegt: RGer. III. 20. Rov. 80 (Entsch. III. 47). Uebrigens ist ber Fall ber Bernehmung bes Nebenklägers als Zeugen nicht zu verwechseln mit bem anderen Falle, wenn ber Rebenkläger als solcher, b. h. als Partei, zur Aufklärung ber Sache gehört wirb (vgl. bass. Urth.).
- 2. In ber Boruntersuchung (vgl. § 435 Note 7) lassen sich, ba es eine solche im Privatklages versahren nicht giebt (§ 423 u. Rote 4 bas.), bie Berechtigungen bes Rebenklägers nicht nach benen eines Privatklägers bestimmen. Daher wirb hinsichtlich ber Befugniß jur Anwesenheit bei Untersuchungshandlungen (§§ 191, 192) ber Rebenkläger bem Angeschulbigten gleichzustellen sein; bie Gleichstellung mit ber Staatsanwaltschaft erscheint beshalb nicht thunlich, weil sie Answendbarkeit bes § 192 und bes § 191 Abs. 4 (vgl. bort Rote 9) auf ben Rebenkläger ausschließen würde. A. M. Reller S. 570, Puchell S. 740, Stenglein i. SSaal XXXV. S. 302.
 - 3. Bgl. GBG. § 75 Rote 6 (Schluß).
- 4. Eine Biberklage kann gegen ben Nebenkläger nicht angebracht werben, auch wenn bie erhobene öffentliche Klage eines ber in § 414 Abs. 1 bezeichneten Bergehen zum Gegenstanbe hat; benn bie Biberklage würbe regelmäßig Beiterungen veranlassen, und somit würbe ber Anschluß bes Rebenklägers mittelbar ben Fortgang bes Bersahrens aufhalten, was ber Bestimmung bes § 438 Abs. 1 wiberstreiten würbe. Das Gesagte gilt auch bann, wenn bie Sache burch Erzhebung einer Privatklage anhängig geworben war, die Staatsanwaltschaft aber bemnächst die Bers

28me, Strafprojeforbnung. 5. Auflage.

Digitized 149GOOGLE

§. 438.

Der Fortgang bes Verfahrens wird burch ben Anschluß nicht aufgehalten. Die bereits anberaumte Hauptverhandlung sowie andere Termine finden an ben bestimmten Tagen statt, auch wenn der Nebenkläger wegen Kurze der Zeit nicht mehr geladen oder benachrichtigt werden konnte.

(I. Entw. \$ 317; II. Entw. \$ 323; III. Entw. \$ 370.)

§. 439.

Entscheidungen, welche schon vor bem Anschluß ergangen und ber Staatsanwaltschaft bekannt gemacht waren, bedürfen keiner Bekanntmachung an ben Rebenkläger.

Die Anfechtung solcher Entscheibungen steht auch bem Rebenkläger nicht mehr zu, wenn für die Staatsanwaltschaft die Frist zur Anfechtung abgelaufen ist. (I. Cutm. § 318; II. Cutm. § 324; III. Cutm. § 371.)

folgung übernommen hat (§ 417 Abs. 2, 3). Dagegen ift die Uebernahme ber Berfolgung burch bie Staatsanwaltschaft auf die weitere Behandlung einer schon juvor erhobenen Biberflage ohne Einfluß (a. M. Stenglein Romm. S. 647 u. GSaal XXXV. S. 313; vgl. bagegen Glaser II. S. 25).

- 5. In Betreff ber Roften zc. gilt Folgenbes:
- a. Im Falle ber Berurtheilung bes Angeklagten hat biefer auch bie bem Rebens kläger erwachsen nothwendigen Auslagen zu tragen: RGer. I. 27. Apr. 82 (Emich. VI. 237, Rfpr. IV. 388), II. 2. Okt. 83 (Rfpr. V. 572). Rach dem ersteren Urth. wird der Erstattungsanspruch des Rebenklägers baburch nicht ausgeschlossen, daß ber Antrag auf Zuerkennung einer Buße abgewiesen wird. In dem letteren Urth. ist ausgesprochen, daß der Erstattungsanspruch auch dann besteht, wenn die Berurtheilung nur unter einem solchen rechtlichen Gesichtspunkt erfolgt, welcher die Anschlußberechtigung nicht begründet, und daß es nur darauf ankommt, ob nach der Prozesslage, wie sie zur Zeit des Anschlusses bestand, der lettere ein berechtigter war.

 Mit der Berurtheilung des Angeklagten in die Rosten des Bersahrens ist seine Erstattungspslicht gegenüber dem Rebenkläger von selbst ausgesprochen; eines besonderen Ausspruchs über dieselbe bedarf es nicht: RGer. II. 26. Febr. 84 (Entsch. X. 113, Rspr. VI. 153).
- b. Im Falle ber Freisprechung bes Angeklagten kann ber Rebenkläger nicht lebiglich in seiner Eigenschaft als solcher (vgl. bagegen §§ 501, 504) in die Koften verurtheilt werden, und zwar auch bann nicht, wenn er die Privatklage erhoben, die Staatsanwaltschaft aber demnächst die Berfolgung übernommen hatte. Daß er seine eigenen Auslagen zu tragen hat, versteht sich, ohne daß es eines Ausspruches hierüber bedarf, von selbst: Roer. I. 13. Jan. 87 (Cutsch. XV. 190, Ripr. IX. 37).
- c. Im Falle eines (allein) vom Rebenkläger erfolglos eingelegten Rechtsmittels (§ 505) fallen bemfelben bie Roften ber höheren Inftanz und bie in ihr bem Angeklagten erwachsenen nothwendigen Auslagen zur Laft: RGer. II. 11. Marz 84 (Rfpr. VI. 197).
 - d. Bgl. § 436 Abf. 3 u. Rote 5 baf.
 - 6. Bu Abf. 2 vgl. \$ 24 Rote 3 u. \$ 424 Rote 5.

(§ 438.)

3u § 439.

- 1. Bu Abs. 2 vgl. § 435 Sat 2 u. Rote 7 bas., sowie anbererseits § 441 Rote 1.
- 2. Der Umftanb, bag bie Staatsanwaltschaft vor Ablauf ber ihr zustehenden Frift auf bas zuläffige Rechtsmittel verzichtet ober dassellebe zurüdgenommen hat, beschränkt nicht bie Besugniß bes Rebenklägers, die Entscheidung anzusechten, so lange die gedachte Frift noch läuft; so: Reller S. 571, Stenglein S. 648. Bgl. § 435 Rote 7. b.

§. 440.

Ift in ber Hauptverhandlung weber ber Rebenkläger noch ein Anwalt besselben erschienen, so wird bas Urtheil bem ersteren zugestellt.

(I. Entw. § 319; IL. Cutm. § 325; III. Cutm. § 372.)

§. 441.

Der Rechtsmittel kann fich ber Rebenkläger unabhängig von ber Staatsanwaltschaft bebienen.

Birb auf ein nur von bem Nebenkläger eingelegtes Rechtsmittel bie ansgesochtene Entscheidung aufgehoben, so liegt ber Betrieb ber Sache wiederum ber Staatsanwaltschaft ob.

(I. Cutur \$ 320; II. Cutu. \$ 326; III. Cutu. \$ 373.)

3u \$ 440.

- 1. Die Bestimmung bes § 431 Abs. 2 findet auf den Rebenkläger nicht Anwendung: das Ausbleiben des Rebenklägers und seines Anwalts hat, wie auch aus § 442 erhellt, nicht die Folge, daß die Anschlügerklärung für zurückgenommen zu erachten ist: RGer. II. 5. Jan. 83 (Entsch. VII. 376, Rspr. V. 11). Bgl. übrigens § 441 Rote 3.
- 2. Ift zwar nicht ber Rebenkläger selbst, wohl aber ein schriftlich bewollmächtigter Anwalt besselben erschienen, so findet eine Zustellung des Urtheils nicht statt; vgl. § 425 Note 2. Dasgegen ist die Zustellung ersorberlich, wenn der Nebenkläger oder sein Anwalt zwar erschienen war, jedoch keiner von beiden der Urtheilsverkündung beigewohnt hat: RGer. III. 11. Febr. 82 (Entsch. VI. 28, Rspr. IV. 155). Bgl. § 427 Note 3 (Schluß).
- 3. Die (erforberliche) Zustellung bes Urtheils erfolgt an ben Nebenkläger felbst, nicht an ben Anwalt; bie Bestimmung bes § 418 Sat 2 (vgl. § 437 Abs. 1) erleibet hier eine Ausnahme. Das Geseh berücksichtigt bier bie Möglichkeit einer inzwischen erfolgten Zurudnahme ber Bollmacht.

3u § 441.

- 1. a. Dem Rebenkläger stehen biefelben Rechtsmittel zu wie ber Staatsanwaltschaft (SS 430, 437 Abf. 1); bies gilt nicht blos von ber Berufung und ber Revision, sonbern auch von ber Beschwerbe (vgl. § 435 Rote 7). Bei bem Gebrauche ber Rechtsmittel sind die Staatsanwaltschaft und ber Rebenkläger von einander unabhängig. Sie können daher auch beibe neben einander bas zulässige Rechtsmittel ergreisen und verschiedene Beschwerbegründe gelztend machen; in diesem Falle wird über die Rechtsmittel beiber gleichzeitig verhandelt und entschieden (Mot S. 226). Die für den Rebenkläger laufenden Fristen fallen mit den für die Staatsanwaltschaft lausenden nicht nothwendig zusammen, beginnen vielmehr mit dem Lage, an welchem die anzusechtende Entscheidung dem Rebenkläger bekannt gemacht worden ist: RGer. III. 11. Febr. 82 (Entsch. VI. 28, Rspr. IV. 155). Bgl. insbes. § 440 und andererseits § 439 Abs. 2, sowie ferner § 435 Rote 7. b.
- b. Ift im Falle ber Ibealkonkurrenz (StGB. § 73) bie Berechtigung zum Anschluß als Rebenkläger nur in ber einen ber zur Anwendung kommenden Strafbestimmungen begründet (vgl. § 435 Note 1. b), so ist der Rebenkläger doch befugt, Beschwerdegrunde aus demzienigen Theile des Urtheils zu entnehmen, welcher sich lediglich mit der anderen, jene Berechtigung nicht begründenden Strasbestimmung beschäftigt: RGer. III. 11. Oft. 83 (Entsch. IX. 124, Rspr. V. 596).
 - 2. Bgl. § 430 Abf. 2 in Berb. mit § 437 u. Rote 1 baf.
- 3. Auf die vom Rebentlager eingelegte Berufung findet § 431 Abs. 3 Anwendung. Die Staatsanwaltschaft ift nicht für besugt zu erachten, die Bertretung bes von bem ausges bliebenen Rebentlager eingelegten Rechtsmittels zu übernehmen.
- 4. § 343 (vgl. § 430 Sat 3) gilt auch für die Rechtsmittel bes Rebenklägers; ebenso bas 3u § 430 Rote 2 Bemerkte. In Betreff ber Buße s. jeboch § 445 Rote 2.

Digitize 49 Google

§. 442.

Die Anschlußerklärung verliert burch Wiberruf sowie burch ben Tob bes Rebenklägers ihre Wirkung.

(I. Cutm. § 321; II. Cutm. § 327; III. Cutm. § 374.)

§. 443.

Die Befugniß, sich einer öffentlichen Klage nach ben Bestimmungen ber §§. 435—442 als Rebenkläger anzuschließen, steht auch bemjenigen zu, welcher berechtigt ist, die Ruerkennung einer Buse zu verlangen.

- 5. a. Abs. 2 hat, wie sich aus ben Mot. S. 226 ergiebt, hauptsächlich ben Fall im Auge, wenn auf ein nur vom Rebenkläger ergriffenes Rechtsmittel bas angesochtene Urtheil aufgehoben und bie Sache zur anderweiten Berhandlung und Entscheidung in die Borinstanz zurüdverwiesen wird. In diesem Falle wurde, wenn der weitere Betrieb ber Sache nicht wiederum der Staatsanwaltschaft obläge, sondern allein von dem Nebenkläger abhinge, unter Umftanden (vgl. § 442) bas Bersahren in der Schwebe bleiben können; dies soll durch die Borschift des Abs. 2 ausgeschlossen werden. Dieselbe besagt also: daß, wenn ein vom Nebenkläger ergriffenes Rechtsmittel Ersolg hat, die Sache in ganz dieselbe Lage kommt, wie wenn das Rechtsmittel von der Staatsanwaltschaft eingelegt gewesen ware. Selbstverständlich bleibt der Rebenkläger auch bei dem weiteren Bersahren betheiligt, sosen er nicht etwa gemäß § 442 aus demselben ausschiedet (vgl. Prot. S. 685).
- b. Aus Abs. 2 barf ferner nicht gefolgert werben, baß im Falle eines nur vom Rebenfläger ergriffenen Rechtsmittels bie Staatsanwaltschaft einstweilen aus bem Berfahren ausscheibe und erft bann wieber in basselbe eintrete, wenn bie Ausbebung ber angesochtenen Entscheibung stattgefunden hat; vielmehr hat auch in bem Berfahren ber höheren Instanz bie Staatsanwaltschaft ganz ebenso mitzuwirken, wie im Falle eines von ihr selbst eingelegten Rechtsmittels. Das Bersahren bleibt, auch wenn nur über ein vom Rebenkläger eingelegtes Rechtsmittel zu entschein ist, immer ein Bersahren auf erhobene öffentliche Klage, in welchem die Staatsanwaltschaft sich ihrer Mitwirkung niemals entschlagen kann; vgl. § 154 u. § 225 Rote 2.
- 6. Wenngleich in § 441, abweichend von § 430 Abs. 1. nur von den Rechtsmitteln, nicht auch von dem Antrage auf Wiederauf nahme des Bersahrens die Rede ist, so muß doch vermöge der allgemeinen Bestimmung des § 437 Abs. 1 berjenige, der in dem geschlossenem Bersahren als Nebenkläger ausgetreten war, für befugt erachtet werden, auch die Wiederausnahme des Berssahrens (§§ 402, 210) zu beantragen (gl. A. Puchelt S. 737; a. M. Keller S. 572, Dochow RSB. S. 100°, u. in H.H. S. 372, Stenglein Komm. S. 645 u. GSaal XXXV. S. 309). Auf diesen Fall sindet das vorstehend (Note 5) Bemerkte entsprechende Anwendung. Bgl. dagegen § 435 Note 7 (Schluß).

3u § 442.

- 1. Gine fillichweigenbe Burudnahme ber Anichlugerflarung (vgl. § 431 Abf. 2) ift bem Gefet unbefannt; bie lettere tann nur ausbrudlich wiberrufen werben. In Betreff einer bem Biberruf gleichftebenben Erflarung vgl. § 417 Rote 8.
- 2. Gine Erneuerung bes Anfclusses nach erfolgtem Biberruf ift statthaft, ba bas Gefet nur hinsichtlich ber Buße (§ 444 Abs. 2) eine entgegenstehenbe, bem § 432 entsprechenbe Borschrift gegeben hat. Gl. A. RGer. III. 18. Juni 83 (Entsch. VIII. 384, Rspr. V. 454); a. M. nur Buchelt S. 746.
- 3. Beim Cobe bes Rebenflägers finbet bie Bestimmung bes § 433 Abf. 2 nicht analoge Anwendung.
 - 4. Bgl. § 435 Rote 7. b.

Zu 🖁 443.

1. Die Vorschriften, nach welchen auf eine Buße erkannt werben kann, find enthalten in a) §§ 188, 231 bes StGB. (in Betreff bes § 340 vgl. RGer. II. 16. Jan. 83, Ripr. V. 35);

b) §§ 18, 43, 45 bes Ges. v. 11. Juni 1870, betr. bas Urheberrecht an Schriftwerken x.;

Digitized by GOOGLE

Ber die Zuerkennung einer Buße in einem auf erhobene öffentliche Klage anhängigen Verfahren beantragen will, muß sich zu diesem Zwede der Klage als Rebenkläger anschließen.

(L Entw. \$ 336; II. Entm. \$\$ 320, 341; III. Entm. \$ 366, 367.)

3. Die StBO. regelt in § 443 Abf. 2, SS 444-446 lebiglich bas prozessuale Berhaltniß bes Anspruches auf Buge zu ber Rlage auf Bestrafung sowie das Berfahren über ben Autrag auf Zuerkennung einer Buge. In ersterer Sinfict wird burch § 443 Abs. 2 und § 446 bestimmt, daß ber Anspruch auf Buße innerhalb bes burch bie Strafflage veranlaßten Berfahrens erhoben werben muß; sonach ist es nicht ftatthaft, nach Erlebigung ber Straffache ein neues ftrafrichterliches Berfahren behufs nachträglicher Zuerkennung einer Buge anbangig ju maden. Ber eine folche beauspruchen will, muß fich, falls bie öffentliche Rlage erhoben ift, biefer als Rebenflager anschließen (§ 443 Abf. 2), mabrend er, falls er als Privatflager auftritt, ben Anspruch auf Buße im Privatklageversahren geltenb machen muß (§ 446). — An ben bestehenben materiellrechtlichen Bestimmungen über bie Bufe (Rote 1) wird burch bie StBD. nichts geänbert. Diefelben besagen sämmtlich, baß ber Strafrichter (auf Antrag) neben ber Strafe auf eine Buße erkennen "tann"; es ift ihm alfo eine nach feinem Ermeffen zu handhabenbe Befugniß beigelegt, mahrend ber Berlette nicht schlechthin verlangen tann, daß über seinen Anspruch von bem Strafrichter materiell entschieben werbe (vgl. 8 444 Rote 2). Gine (rechtsträftig) zuerkannte Bufe ichließt nach allen vorgebachten Bestimmungen bie Geltenbmachung eines weiteren Ent= foabigungsanfpruches auch im Civilprozeft aus (val. 8 444 Rote 4, 7). Umgetehrt ift wenn ber Strafrichter bem Berletten eine Buge nicht zuerkannt hat, die erfolgte Erhebung bes Anspruches für eine im Wege bes Civilprozeffes geltend zu machenbe Entschädigungsforberung in feinem Ralle prajubigirlich, und zwar felbft bann nicht, wenn ber Strafrichter ben Anfpruch materiell geprüft unb für unbegrünbet erklärt hat. Die Frage endlich: ob ber Anspruch auf Buße vor bem Civilgericht geltend gemacht werben tonne (vgl. Brot. S. 682 ff.), enthalt eine contradictio in adjecto; benn bie Bufe ift ihrem Begriffe nach eben biefenige Enticabigung, beren Restjehung im Strafverfahren und zwar neben ber Berurtheilung zu einer friminellen

c) § 15 bes Ges. v. 30. Nov. 1874 über ben Markenschutz; — d) § 16 bes Ges. v. 9. Jan. 1876 über bas Urheberrecht an Werken ber bilbenben Künste; — e) § 9 bes Ges. v. 10. Jan. 1876 über ben Schutz ber Photographien; — f) § 14 bes Ges. v. 11. Jan. 1876 über bas Urheberrecht an Mustern und Mobellen; — g) § 36 bes Patent Ges. v. 25 Mai 1877.

^{2.} In ben SS 443-446 wird bie prozessuale Behanblung eines auf Zuerkennung einer Bufe erhobenen Anspruches geregelt. Der Abs. 1 bes § 443 hat inbeß, wie sein Wortlaut und auch die Bergleichung mit Abs. 2 ergiebt, noch einen Inhalt anberer Art: er sett die Erhebung eines solchen Anspruches nicht nothwendig poraus, fonbern nur die Berechtigung, ibn ju erheben, und er giebt bem Berechtigten bie Befugniß, fich jum Zwede bes Betriebes ber Strafverfolgung auch bann ber erhobenen öffentlichen Rlage anjufdliegen, wenn er eine Buge nicht beaufprucht ober wenn er eine folche, weil bie Berkundung des erstinstanglichen Urtheils bereits erfolgt ift (§ 444 Abs. 1), nicht mehr forbern tann: RGer. III. 10. Mai 83 (Ripr. V. 358), III. 18. Sept. 84 (Entid. XI. 90, Ripr. VI. 547). Diefe Befugniß tann fur ben Berletten von Bebeutung fein, auch wenn er es porzieht, feine Entschäbigungsforberung im Civilprozeg einzuklagen, ftatt fie im Strafverfahren in Geftalt bes Anspruchs auf Buge geltend ju machen. Der § 443 Abs. 1 reiht sich sonach, indem er einen britten selbsiständigen Grund der Anschlußberech= tigung aufstellt, sachlich an § 435 Abs. 1, 2 an. — In der auf Zuerkennung einer Buße gerichteten Rebenflage ift bie Rebenflage auf Bestrafung fraft Gefetes mit enthalten (a. M. Buchelt S. 748, Reller S. 573); bagegen besteht zwifcen beiben insofern ein Unterschieb, als bie erstere nur bis zur Berklinbung bes Urtheils erfter Instanz (§ 444 Abs. 1) geltenb gemacht werben kann, mahrend die lettere auch später (§ 435 Abs. 1) julaffig bleibt, selbst wenn fie sich auf die Bestimmung des § 443 Abs. 1 stütt; vgl. RGer. II. 13. Jan. 82 (Entsch. V. 335, Ripr. IV. 42). Bgl. ferner § 444 Rote 6.

§. 444.

Der Antrag auf Zuerkennung einer Buße tann bis zur Berkundung bes Urtheils erster Instanz gestellt werben.

Der Antrag kann bis zur Verkundung bes Urtheils zurückgenommen, ein zurückgenommener Antrag nicht erneuert werben.

Wird ber Angeklagte freigesprochen ober bas Berfahren eingestellt, ober bie Sache ohne Urtheil erledigt, so gilt auch ber Antrag ohne weitere Entscheidung für erledigt.

Der Anspruch auf Buse tann von ben Erben bes Berletten nicht erhoben ober fortgeset werben.

(I, II, III. Entm. § -.)

- Strafe (vgl. § 444 Abs. 3) erfolgt; eine vor bem Civilrichter erhobene Entschäungssorberung kann baber niemals als ein Anspruch auf Buße bezeichnet werben. Ueber die den rechtlichen Charafter 2c. der Buße betreffenden Streitfragen vgl. außer den Rommentaren zum StBB. und zum Ges. v. 11. Juni 1870 über das Urheberrecht an Schriftwerken 2c. des.: v. Bächter, Die Buße bei Beleibigungen und Rörperverlehungen 2c. und Dochow, Die Buße im Strafr. und Strafpe, sowie in Betreff des Bersahrens ferner: Ortloff in Goldb. Arch. XXII. S. 480 if.
- 4. Beber für bie Staatsanwaltschaft noch für bas Gericht besteht eine Berpflichtung, ben jenigen, welcher eine Buge beauspruchen tann, von ber erfolgten Erhebung ber öffentlichen Rlage zu benachrichtigen (vgl. Prot. S. 684).
- 5. Der Anspruch auf Zuerkennung einer Buße ift stets nur von bem Berechtigten selbst, nicht aber von ber Staatsanwaltschaft zu vertreten; die Thätigkeit ber letteren hat nur die Strafflage zum Gegenstande; vgl. § 152 Rote 2. b. Sonach ist die Staatsanwaltschaft auch nicht befugt, ben die Buße betreffenden Theil eines Urtheils durch Rechtsmittel anzusechten; a. R. Stenglein a. a. O. S. 323. Bgl. § 444 Rote 10.
- 6. "nach ben Bestimmungen ber SS 435—442" Bgl. insbef. S 435 Rote 4, 5, 6, 8; § 440 Rote 1 und bazu: RGer. I. 29. Rov. 83 (Entsch. IX. 223); § 441 Rote 3. Die Abweichungen, welche bei bem Antrage auf Zuerkennung einer Buße Platz greifen, s. in § 444 u. Rote 1, 5 bas.
- 7. Der Umftand, bag nach ber Borschrift bes Strafgesetzes bem Berletten die Befugniß jur öffentlichen Bekanntmachung bes Urtheils zuzusprechen ift (vgl. z. B. StBB. § 200, Batent-Ges. v. 25. Mai 1877 § 35), begründet weber für fich allein die Berechtigung zum Anschluß an die öffentliche Klage, noch macht er einen solchen erforberlich. Die gedachte Besugnif ift eine rein strafrechtliche Folge der That (vgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 3); gleichwie über die Strafe, so ist auch über sie von Amtswegen zu erkennen, und dementsprechend hat auch die Staatsanwaltschaft ihre Anträge auf die Zuerkennung der Besugniß zu erstreden.
- 8. Darüber, bag, abgesehen von ben Fallen ber Bufe, bie StBO. ben Abhafionsprozeß ausgeschloffen hat, f. Rote 5 ju Buch 2 Abichn. 1.

Zu § 444.

Յս ՁԵ∫. 1.

1. a. Der Antrag auf Zuerkennung einer Buße kann in ber hauptverhanblung auch munds lich gestellt werben, josern bereits eine schriftliche Anschlußerklärung vorliegt; bezüglich ber letteren bagegen wirb an bem Ersorderniß ber Schriftlichkeit (§ 436 Abs. 1) burch § 444 nichts geanbert: Re. III. 26. Ott. 85 (Rspr. VII. 616). Bgl. § 443 Rote 2 a. E.

b. - "bes Urtheils erfter Inftang" - biergu vgl. § 445 Rote 2. b.

2. Das Gejet ichreibt zwar nicht vor, bag bem Angeklagten zur Erklärung über ben Antrag und zu feiner Bertheibigung gegen benfelben nothwendig eine Frift freibleiben muffe; es verfteht fich jeboch, bag bas fpate Borbringen bes Antrages nicht zu einer Schäbigung ber Gerechts fame bes Angeklagten führen barf. Daber muß, wenn erft in ber hauptverhandlung ber

Antrag gestellt ober bem Angeklagten bekannt gemacht wird, das Gericht nach der Lage des Falles prüfen, ob der Angeklagte im Stande sei, sich alsdald gegen den Anspruch, insbes, auch in Betreff der Höhe desselben, genügend zu vertheibigen; ist dies zu verneinen, so hat das Gericht den Antrag abzulehnen, sofern nicht etwa ein sonstiger Anlas vorliegt, die Urtheilssällung auszusehen. Theilw. a. M. Wer. III. 26. Ott. 85 (Ripr. VII. 616), insofern dasselbe fordert, daß der Angeklagte die ungenügende Bordereitung seiner Bertheidigung geltend mache. — Edenso ist der Antrag abzulehnen, wenn die Unterlagen sur bie Bemessung geltend mache. — Edenso ist der Antrag abzulehnen, wenn die Unterlagen für die Bemessung bes Anspruchs noch nicht auszreichend gegeben sind, während die Strassach dereits spruchreis ist: Wer. II. 3. März 82 (Ripr. IV. 223); vgl. II. 20. Juni 82 (Entsch. VI. 398, Ripr. IV. 590). Reinessalls darf wegen des Antrages die Entscheidung in der bereits spruchreisen Strassach ausgeschen werden (§ 438 Abs. 1). Der Berlette, welcher mit der Geltendmachung oder rechtzeitigen Substantiirung seines Anspruches zögert, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er eine Buse nicht erlangt und bemzusologe genöthigt ist, eine Entschädigungsforderung auf dem Civilprozeswege geltend zu machen (vgl. § 443 Rote 3).

3. Beweiserhebungen, welche nur ben Anspruch auf Buße betreffen, für bie Entscheidung ber Straffache aber nicht erforberlich find, sind nur insoweit zulästig, als fie die Erledigung ber letteren nicht aufhalten (§ 438 Abs. 1); a. M. Stenglein S. 653. Die Zulässigkeit ber Besweismittel bestimmt sich auch hinsichtlich ber Buße nur nach ben für das Strafversahren geltenden Borschriften; sonach kann dem Nebenkläger ein Barteieid nicht auserlegt werden; vgl. übrigens § 437 Note 1.b.

Bu Mbf. 2.

- 4. hier ist unter bem Urtheil nicht ausschließlich bas Urtheil erster Infanz zu verstehen; vielmehr tann ber Nebentläger, falls die Sache in die Berufungsinstanz gelangt, auch in dieser noch ben Antrag zurücknehmen. So Stenglein S. 653. A. M. Boitus S. 444; ähnlich Glaser II. S. 17 (nur bann, wenn nach Aushebung eines Urtheils von Reuem in erster Instanz entschieben werbe, lebe die Biberrustichkeit des Antrages wieder aus). Reller S. 574, Puchelt S. 749, Thilo S. 491 halten die Zurücknahme in allen Instanzen für zulässig. War dem Nebenkläger die Buthe bereits zugesprochen, so hat die Zurücknahme des Antrages die Folge, daß die Besugnis, eine Entschäugungsforderung im Wege des Civilprozesses geltend zu machen, wieder ausledt (vgl. § 443 Rote 3).
- 5. Bgl. § 442 Rote 2; gegenüber ber bort bezeichneten Regel stellt Abs. 2 hinsichtlich ber Buße eine Ausnahme auf, indem er die Erneuerung bes Antrages ausschließt. Bar übrigens ber ursprüngliche Antrag nicht in der gesehlichen Form (§ 436) angebracht, so steht die exfolgte Zurücknahme besselben der Andringung eines neuen Antrages nicht entgegen: Re. II. 31. März 80 (Entsch. I. 285, Ripr. I. 520).

Bu Abf. 3.

6. Abs. 3 besagt nur, daß es einer ausbrücklichen Entschelung über die Buße nicht bedarf, wenn das Berfahren über die Straftlage ohne ein auf Strase lautendes Urtheil beendigt wird; die Entbehrlichkeit jener Entscheidung beruht darauf, daß eine Buße stets nur neben einer Strase erkannt werden kann; vgl. § 443 Rote 3. — Dagegen ist Abs. 3 nicht dahin zu verstehen, daß der Rebenkläger, welcher eine Buße beausprucht hat, gegen die Freisprechung oder Einstellung kein Rechtsmittel habe; vielmehr ist der Rebenkläger nach § 441 Abs. 1 und nach dem zu § 413 Rote 2 Bemerkten in allen fällen besugt, behus Erwirkung einer Bestrasung von dem zulässigten Rechtsmittel Gebrauch zu machen, und, wenn er dies thut, ist er, wie dei einem von der Staatsanwaltschaft eingelegten Rechtsmittel, in der Lage, auch den Anspruch auf Buße in der höheren Instanz weiter zu versolgen. Dies würde selbst dann gelten müssen, wenn man nicht annehmen wollte, daß in dem auf Buße gerichteten Antrage die Rebenklage auf Bestrasung von selbst enthalten sei; denn nach § 443 Abs. 1 in Berbindung mit § 435 Sah 2 würde der Berechtigte auch nach Erlassung bes Urtheils 2c. sich der öffentlichen Klage behuße Erwirkung der Bestrasung anschließen können. Gl. A. Roer. III. 18. Sept. 84 (Entsch. XI. 90, Rspr. VI. 547), v. Schwarze S. 579, Dalde S. 290, Buchelt S. 750, Stenglein Komm. S. 654 u. Scaal XXXV.

§. 445.

Der Nebenkläger hat den Betrag, welchen er als Buße verlangt, anzugeben. Auf einen höheren Betrag der Buße als den beantragten darf nicht erkannt werden.
(L. II. III. Ent. § —.)

S. 322, Boitus Kontr. II. S. 404 ff.; a. M. Keller S. 575, Dochow RStB. S. 104 u. in S. II. S. 374.

Bu Abf. 4.

- 7. Der Anspruch auf Buße tann von bem Erben des Berletten nicht blos nicht erhaben, sondern auch nicht fortgesett werden. Durch den Tod des Rebenklägers findet der von diesem gestellte Antrag seine Erledigung; die Erben sind alsdann besugt, die Entschädigungsforderung, welche dem Berstorbenen zustand, im Bege des Civilprozesses zu verfolgen; vgl. Rote 4. Mit Rüdsicht auf § 442 muß dies auch dann gelten, wenn der Rebenkläger erst nach Erlassung des auf Buße lautenden Urtheils, jedoch vor Eintritt der Rechtskraft desselben stirbt, und zwar ohne Unterschied, od das Urtheil angesochten war ober unangesochten geblieden ist (gl. A. Stenglein Komm. S. 654 u. SSaal XXXV. S. 324, Seyer Lb. S. 871; a. R. Slaser II. S. 219). Dagegen geht, wenn der Rebenkläger erst nach Eintritt der Rechtskraft des Urtheils stirbt, der in letzterem sestgestellte Anspruch auf Buße auf die Erden über.
- 8. Durch ben Tob bes Bernrtheilten verliert ein noch nicht rechtsfraftiges Urtheil auch insoweit, als es bem Rebenflager eine Buge zuerkennt, seine Birksamkeit; eine bereits rechtsfraftig erkannte Buge bagegen kann gleich einer rechtsfraftig erkannten Gelbftrase (StBB. § 30) in ben Rachlas bes Berurtheilten vollstraft werben; vgl. §§ 481, 497 Abs. 2.

Bu Abf. 3, 4.

- 9. An ber Entscheidung über ben Anspruch auf Bufe nehmen auch die Schöffen Theil (GBG. § 30 Abs. 1). Bon ben Geschworenen gilt bies bagegen nicht (StBD. § 293 Rote 2. a).
- 10. a. Der ben Anfpruch auf Buße betreffenbe Theil bes Urtheils unterliegt auch für sich alle in ber Anfechtung; er kann auch bann, wenn ber die Strafe betreffenbe Theil unangesochten bleibt, von bem Rebenkläger wie von bem Angeklagten (vgl. § 443 Rote 5) mit bemjenigen Rechtsmittel angegriffen werben, welches bezüglich ber Strafe statthaft ist: RGer. III. 1. Juli 82 (Entich. VII. 12, Ripr. IV. 662). In ber Revisionsinstanz kann die höhe einer erkannten Buße nur hinsichtlich ihrer gesehlichen Zulässigkeit, nicht hinsichtlich ihrer Angemessenheit Gegenstand ber Prüsung sein; vgl. § 376 Rote 2. a (Schluß). Die Revision gegen ein in ber Berufungsinstanz ergangenes Urtheil kann zusolge § 380 nicht barauf gestützt werden, daß das Gericht gegen die Bestimmung des § 445 Abs. 2 auf einen höheren als den beantragten Betrag erkannt habe. Das Revisionsgericht kann, wenn es die Revision begründet sindet, die Sache zur anderweiten Berhandlung und Entscheidung in die Borinstanz zurückverweisen, auch wenn es sich bei der neuen Berhandlung 2c. nur noch um die Buße, nicht mehr um die Strafe handelt: cit. Urth.
- b. Bei ber Abhängigkeit ber Buße von ber Strafe (vgl. § 343 Rote 3) versteht es sich, daß ein von ber Staatsanwaltschaft, bem Nebenkläger ober bem Angeklagten in Betreff ber Bestrafung eingelegtes Rechtsmittel sich in seinen Birkungen auch auf die Buße erstreden kann. Wirb in höherer Instanz bas auf Strafe lautenbe Urtheil ausgehoben und auf Freisprechung erkannt, so wird hierdurch ber die Buße zuerkennenbe Theil bes angesochtenen Urtheils von selbst hinfällig. Umgekehrt wird burch ein gegen ein freisprechenbes Urtheil ergriffenes Rechtsmittel bem Nebenkläger von selbst die Möglichkeit eröffnet, auch den Anspruch auf Buße wiederum geltend zu machen; vgl. Note 6. Erfolgt nach Aussehung eines (auf Strafe lautenben ober freisprechenben) Urtheils die Zurückverweisung der Sache in die Borinstanz, so ist in dieser auch über den Anspruch auf Buße von Reuem zu verhandeln und event. (Abs. 3) zu entscheben.
 - 11. In Betreff ber Bollftredung ber eine Bufe feftfegenben Enticheibungen f. § 495.
- 3# § 445.
 1. Die Angabe bes verlangten Betrages ist eine nothwendige Boraussehung ber Zuerkennung einer Buße; sie kann nur burch ben Nebenkläger, nicht burch bie Staatsanwaltschaft erfolgen:

§. 446.

Die Bestimmungen ber §§. 444, 445 finden auf den Fall entsprechende Answendung, daß von dem die Buße Beanspruchenden die Privatklage erhoben wird.

(I. II. III. Cutm. § —)

Sechstes Buch.

Besondere Arten des Berfahrens.

Erfter Abichnitt.

Berfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen.

§. 447.

In ben jur Buftanbigfeit ber Schöffengerichte gehörigen Sachen, mit Aus-

Wer. III. 12. Juli 86 (Ripr. VIII. 532). Diefelbe ift bis zur Berkündung des Urtheils stattsaft, auch wenn die Anschlußerklärung schon früher abgegeben war; vgl. § 444 Abs. 1 u. Rote 2 bas, § 443 Rote 2. — Aus § 444 Abs. 1 folgt serner, daß dis zur Berkündung des Urtheils erster Instanz der Nebenkläger seinen Anspruch erhöhen darf: RGer. III. 28. Sept. 81 (Rspr. III. 545). Eine Ermäßigung desselben ist so lange statthaft, als eine Zurücknahme des Anstrages auf Zuerkennung der Buße (§ 444 Abs. 2) ersolgen kann.

- 2. s. Abs. 2 weicht hinfichtlich ber Buße von ben die Strafe betreffenben Grundsaten (§ 153 Rote 4.b, § 424 Rote 2) ab und überträgt, indem er auf bas Wefen ber Buße als einer Entsichtigung Rudsicht nimmt, einen Grundsat bes Civilprozesses (CBD. § 279) auf bas Strafversabren.
- b. Aus ber Bestimmung bes Abs. 2 ist zu folgern, baß in ber Berufungsinstanz ber entsprechenbe Grundsat bes \$ 498 ber EPD. insoweit Anwendung sinden muß, als die Höhe bet Buße ben Gegenstand ber Entscheidung bildet. Sonach dars, wenn die Berufung nur von dem Rebenkläger behus der Erhöhung der Buße ergriffen ist, eine herabsehung des erkannten Betrages nicht erfolgen (a. M. Stenglein Komm. S. 654 u. SSaal XXXV. S. 316), und andererseits ist eine Erhöhung dieses Betrages ausgeschlossen, wenn nur der Berurtheilte das Rechtsmittel einzgelegt hat. Die Bestimmungen der StPD., welche hinsichtlichsber Strase das Berdot der roform. in po zus enthalten (§§ 372, 398 Abs. 2), haben keine Beziehung auf die Buße. Daher darf nach Aushebung eines die Zuerkennung einer Buße ablehnenden Urtheils, auch wenn die Aushebung nur auf Revision des Angeklagten erfolgt ist, in dem neuen Urtheil erster Instanz auf Buße erkannt werden: RGer. I. 25. Apr. 87 (Entsch. XV. 439, Rspr. 1X. 279). Letztere ist nach § 441 Abs. 1 selbst dann statthaft, wenn der Antrag auf Zuerkennung einer Buße in dem ftüheren Bersahren noch nicht gestellt war, sondern erst in der neuen Hauptverhandlung gestellt wird. dass.

Ru & 446.

1. Bgl. § 443 Rote 3 fowie bie Roten ju SS 444, 445.

Rum Cedften Bude.

- 1. Befondere Berfahrensarten f. noch in § 211 und in § 265. Bgl. ferner bie für ben gall ber Abwejenheit bes Beschulbigten gegebenen Borfchriften in Buch 2 Abschn. 8.
- 2. Auf die in Buch 6 behandelten Berfahrensarten finden Die fonftigen Borfchriften ber StBD. insoweit Anwendung, als ihre Anwendbarkeit nicht durch die hier bestimmten Bessonderheiten ausgeschloffen wird.
 - 3. Bgl. ferner &G. § 3 Abf. 2, 3.

3u \$ 447.

1. Die Erlaffung eines Strafbefehls ift nur julaffig bei Uebertretungen und bei benjenigen

Digitized by GOOGLC

nahme ber im §. 27 Rr. 3—8 bes Gerichtsverfaffungsgesetes bezeichneten Bergeben, tann burch schriftlichen Strafbefehl bes Amtsrichters ohne vorgängige Berhanblung eine Strafe festgeset werben, wenn bie Staatsanwaltschaft schriftlich hierauf anträgt.

Durch einen Strafbefehl barf jeboch keine andere Strafe als Gelbstrafe von höchstens einhundertfünfzig Mark ober Freiheitsstrafe von höchstens sechs Wochen, sowie eine etwa verwirkte Sinziehung festgesetzt werden.

Die Ueberweisung bes Beschulbigten an die Landespolizeibehörde barf in einem Strafbefehle nicht ausgesprochen werben.

(I. Cutm. \$ 317; II. Cutm. \$ 342; III. Cutm. \$ 373.)

Bergeben, welche im GBG. § 27 Rr. 2 als jur Buftanbigkeit ber Schöffengerichte ge borig bezeichnet find. — Diejenigen Sachen, welche ben Schöffengerichten überwiesen werben (GBG. § 75), fallen nicht unter die Bestimmung bes § 447 Abs. 1; hierüber s. GBG. § 29 Note 2. a; vgl. überdies unten Note 7.

^{2.} a. Durch die Bestimmung bes Abs. 2 wird die Julaffigkeit eines Strafbefehls ferner von ber Art und ber Sobe ber in concroto zu verhängenden Strafe abhängig gemacht. Der Ausbrud "Strafe" ift hier in weiterem Sinne zu verstehen, so daß er alle im Strafgeset begründeten Folgen ber That umfast; vgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 8. — Eine Freiheits fir a fe kann burch Strafbesehl nicht blos für den Fall der Uneinziehbarkeit einer Gelbstrafe, sondern auch unmittelbar seitgeseht werden; besgleichen wird die Zulässigseit des Strasbesehls dadurch nicht ausgeschlossen, daß Gelbstrase und Freiheitsftrase neben einander sestzusehen sind, sofern nur keine der beiden Strasen die in Abs. 2 bestimmte Grenze überschreitet.

b. In Betreff ber Uebermeifung an die Lanbespolizeibehorbe f. StoB. \$ 362.

^{3.} Auch gegen einen verhafteten ober zu verhaftenben Beschulbigten tann ein Strafbesehl erlassen werben; bie AER. hat einen Antrag, nach welchem bies unstatthaft sein sollte, abgelehnt (Prot. S. 1058 ss.). Uebrigens tann burch bie Erlassung bes Strafbesehls weber bie Bernehmung bes Berhasteten ober Festgenommenen (SS 115, 128) noch bie Erlassung bes schriftlichen hafte beschls (S 114) entbehrlich werben; hieraus aber ergiebt sich, daß im Falle ber Festnahme z. regelmäßig bas in S 211 vorgesehene Berfahren ben Borzug verdienen wird.

^{4.} Die Erlassung eines Strasbesehls gegen einen Abwesenben (§ 318) ift nur insoweit für zulässig zu erachten, als nach ber Beschaffenheit bes vorliegenden Delists eine Hauptverhandlung und Urtheilssällung der Abwesenheit ohnerachtet würde stattsinden durfen, also nur in den Fällen des § 319. Bezüglich aller übrigen Fälle solgt die Unzulässigsteit eines Strasbesehls daraus, daß bei erhodenem Einspruch und demnächtigem Ausbleiben des Beschuldigten in der Hauptverzhandlung (vgl. § 452) vermöge der Unstatthaftigkeit der Urtheilssällung (§ 327) das Bersahren würde in der Schwebe bleiben müssen. Gl. A. Reller S. 577, Dochow S. 273, Puchelt S. 755, Dalde S. 293; a. M. Wewes in H. A. Reller S. 577, Dochow S. 273, Puchelt S. 755, Dalde S. 293; a. M. Wewes in H. I. S. 387, Stenglein S. 657 (die Erlassung des Strasbesehls sei schlechts unstatthass); vgl. auch v. Schwarze Erört. S. 5. — Uedrigens setzt die Erlassung eines Strasbesehls gegen einen Abwesenden auch voraus, daß der letztere sich im Auslande besindet und die Zustellung des Strasbesehls in der regelmäßigen, für Zustellungen im Auslande vorgeschriebenen Beise (CBO. § 182—185) geschehen kann; eine össentliche Zustellung (StBO. § 40 Abs. 1) muß bei der Wöglichkeit, daß sie dem Beschuldigten unbekannt bleibt, und mit Küdsicht auf die von § 320 adweichende Fristbestimmung des § 40 Abs. 1 für unstatthaft erachtet werden (a. M. Puchelt S. 775, Reller S. 577).

^{5.} Gegen Bersonen, welche zur Zeit ber That bas achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten (St&B. § 57), darf ein Strafbefehl nicht erlaffen werden. Ueber ben Grund f. § 231 Rote 4. Rur die bort bezeichnete Ausnahme ift auch hinficklich bes Strafbefehls für statthaft zu erachten. — In ben von den bayer. Staatsmin. der Justiz 2c. unterm 20. Aug. 1879, erlaffenen Borschriften über die Behandlung der schöffengerichtlichen Straffachen (§ 15 Abs. 1) ift eine solche Ausnahme für statthaft erklärt, "sofern gerichtskundig ober nach der Be-

§. 448.

Der Antrag ist auf eine bestimmte Strafe zu richten. Der Amtsrichter hat bemfelben zu entsprechen, wenn ber Erlassung bes Strafbesehls Bebenken nicht entgegenstehen.

Findet der Amtsrichter Bebenken, die Strase ohne Hauptverhandlung sest= zuseken, so ist die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen. Dasselbe gilt, wenn der Amtsrichter eine andere als die beantragte Strase sestsen will und die Staats-anwaltschaft bei ihrem Antrage beharrt.

(L. Entre. \$ 336; II. Cutm. \$ 343; III. Cutm. \$ 376.)

schaffenheit ber strasbaren handlung mit Sicherheit anzunehmen ist," daß der Beschuldigte die erssorberliche Einstädt bestige. So auch Geyer S. 871. Für die Unzulässigkeit des Strasbesehls: Dochow S. 274, Dalde S. 293, Puchelt S. 755, Meves in Hh. II. S. 387; für die Zuslässigieit: v. Schwarze Erört. S. 6, Stenglein S. 657. — Bgl. noch § 453 Note 4. d.

- 6. Rur auf Antrag ber Staatsanwaltichaft barf ein Strafbefehl erlaffen werben. hiernach fteht es, wenn biefelbe eine Sache auf bem gewöhnlichen Bege (§ 197) ober auf bem in § 211 bestimmten anhängig macht, bem Amtsrichter nicht zu, bie Eröffnung bes hauptvers fahrens zc. beshalb abzulehnen, weil es angemessener sei, einen Strafbefehl zu erlaffen. In Betreff bes Inhalts bes Antrages f. § 448 Rote 1.
- 7. In bem Antrage auf Erlaffung bes Strafbefehls ist bie Erhebung ber öffent lichen Rlage enthalten; wgl. § 451 Abs. 1, § 168 Rote 2. hieraus folgt, daß ber Antrag nicht zuslässig ift, wenn die Rlage bereits in anderer Beise erhoben war und das Gericht auf Grund berselben die Untersuchung (bas hauptversahren ober auch nur die Boruntersuchung; vgl. § 176 Abs. 3) eröffnet hatte.
- 8. Der Strafbefehl wird ohne vorgängige Berhanblung erlassen; hierin gerabe ift bas Besentliche besselchen enthalten. Der Richter verhängt hier ein friminelle Strafe, ohne sich zuvor von der Schulb bes Beschulbigten überzeugt und ohne ihn über die Beschulbigung gehört zu haben. Andererseits aber steht dem Beschulbigten das Recht zu, den Strafbefehl durch einiachen Einspruch außer Birksamkeit zu setzen und hierdurch die mundliche Berhandlung und die Erlassung eines Urtheils herbeizusühren; unterläßt er die Erhebung des Ginspruchs, so greist die Annahme Plat, daß er wirklich schuldig und die Strafe mit Recht verhäugt sei; die hierin liegende Abweichung von den allgemeinen Grundsähen (vgl. § 153 Note 4. a) sindet ihre Rechtfertigung in der Gertingssigsteit berjenigen Deliste, dei denen das hier geregelte Berfahren anwendbar ist.

3u \$ 448.

- 1. a. In Betreff bes Inhalts bes Antrages beidrantt fich bas Gefet auf bie in Sas 1 gegebene Bestimmung. Daraus jedoch, daß ber Antrag bie Erhebung ber öffentlichen Rlage entshält und daß er die Grundlage für ben Strafbesehl sowie event. für die hauptverhandlung und Urtheilssällung bilbet, folgt von selbst, daß er ben Erfordernissen einer schöffengerichtlichen Antageschrift (§ 198) entsprechen muß; ber Amtsrichter würde auch nicht in der Lage sein, über den Antrag materiell zu befinden, wenn aus diesem nicht ersichtlich wäre, in welchen Ehatsachen die strafbare handlung von der Staatsanwaltschaft gefunden und welches Strafgeset von ihr für anwendbar erachtet wird. Mit dem Antrage hat die Staatsanwaltschaft die bisher gesührten Berhandlungen dem Gericht vorzulegen; vol. § 168 Note 7.
- b. Lautet ber Antrag auf Gelbftrafe, fo ift in ihm jugleich bie für ben Unver= mogensfall feftzusetenbe Freiheitsftrafe zu bezeichnen. Bgl. § 491.
- 2. Der S giebt nicht erschöpfende Bestimmungen barüber, wie ber Amtsrichter auf ben Antrag zu verfügen habe; er hat nur die Prüfung ber Zulässigfeit und Angemessenheit ber von der Staatsanwaltschaft gewählten Berfahrenbart und ber beantragten Strafe ex. im Auge, und unter biesem Gesichtspunkte unterscheibet er zwischen ber Erlassung des Strafbesehls (Abs. 1) und ber, durch bas Borhandensein von Bedenken bedingten Berweisung der Sache zur hauptverhande

- lung (Abf. 2). Der Fall, wenn ber Amtbrichter bie erhobene Rlage (vgl. § 447 Rote 7) unguläffig ober unbegrundet findet, wird von § 448 nicht beruhrt: in diesem Falle bat ber Amtsrichter lebiglich ben Antrag jurudjuweifen. Seine Befugnig hierzu tann nicht zweifelhaft sein; benn ba, wo bie Sachlage bie Ablehnung eines auf Eröffnung bes hauptverfahrens gerichteten Antrages rechtfertigen murbe (vgl. § 201 Rote 2), tann ber Amtsrichter ju biefer Eröffnung nicht baburch genothigt fein, daß die Staatsanwaltschaft ihren Antrag auf Erlaffung eines Strafbefehls richtet. Ueberbies mare bie Abhalt ung ber hauptverhandlung etwas Zwectlofes, wenn hinfictlich besjenigen Grundes, aus welchem bie Rlage fich als unjulaffig ze. barftellt, eine weitere Aufflarung im Bege ber munblichen Berbanblung nicht erzielt werben tann. Sonach finbet bie Burudweisung bes Antrages insbes. ftatt, wenn es an einer Borbebingung ber Strafver: folgung (g. B. bem erforberlichen Antrage bes Berletten) fehlt ober wenn bie Strafflage bereits erloschen ober wenn es Mar ift, daß die in dem Antrage bezeichnete That unter kein Strafgeset, fallt, Auch bie Brufung ber Beweisfrage tann ju einer Burudweifung bes Untrages fuhren; bod wird bies mit Rudfict auf bas ju § 447 Rote 8 Bemerkte nur ausnahmsweise, nämlich nur bann ber gall fein tonnen, wenn bie Ungulanglichfeit ber angeführten Beweise flar ju Tage liegt. - Bgl. Rote 5.
- 3. Die Erlassung bes Strasbefehls findet statt, wenn sie nach der Ansicht bes Amtsrichters einem Bebenken weber in rechtlicher noch in thatsächlicher hinsicht unterliegt. Sie kann aber nur genau nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft (vgl. Rote 4. b) ersolgen, und es sieht dem Amtsrichter nicht zu, in irgend welcher Richtung von dem Antrage abzuweichen. Dies gilt, wie von der Bestimmung der Strase, so auch von der Onalisizirung der That: der Amtsrichter kann ein anderes als das in dem Antrage bezeichnete Strasses nicht zur Anwendung bringen. Die völlige Uebereinstimmung beider Behörden in der Aussassigen des vorliegenden Strassalles ist ein nothwendiges Ersorderniß der Erledigung der Sache im Bege des Strasbeschls. Der Staatsanwaltschaft steht gegen den letzteren weder ein Rechtsmittel noch der Einspruch zu, und somit würde sie, wenn die Erlassung eines von dem Antrage adweichenden Strasbeschls statthaft wäre, ganz außer Stande sein, ihre Ansicht zur Geltung zu bringen. Bgl. Reller S. 578, v. Schwarze S. 583, Geper S. 873.
- 4. a Trägt ber Amtsrichter Bebenten, eine Strase ohne vorgängige hauptverhandlung sekzusehen, ober halt er bie Erlassung eines bem Antrage genau entsprechenben Strafbesehls (Rote 3) nicht für gerechtsertigt, so hat er bie Sache zur hauptverhandlung zu bring en. Diese letteren Borte sind bahin zu verstehen, daß der Amtsrichter die Eröffnung des Hauptversahrens zu beschließen und die Hauptverhandlung anzuberaumen hat; der Antrag der Staatsanwaltschaft wird in diesem Falle als Anklageschrift angesehen und behandelt; vgl. oben Rote 1. a. sowie S 197 Rote 1. d. Bei Uebertretungen ist die Erlassung eines förmlichen Eröffnungsbeschlusses entbehrlich (S 211 Note 5). Die Verweisung der Sache zur Hauptverhandlung wird namentlich dann angemessen sein, wenn Zweisel barüber obwalten, wie die That des Beschulbigten zu qualisstren sei.
- b. Das vorstehend Gesagte erleibet eine Mobisitation, wenn ber Amtsrichter nur hinsichtlich ber Strafe von bem Antrage abweichen will: in biesem Falle muß er zuvörberft seine abweichende Ansicht ber Staatsanwaltschaft mittheilen und bie lettere zur Erklärung barüber veranlassen, ob sie bei ihrem Antrage beharre. Die Staatsanwaltschaft kann alsbann bie Eröffnung bes hauptversahrens baburch erübrigen, baß sie ben Antrag, entsprechend ber Ansicht bes Amtsrichters, anbert; es ist aber, wenn sie bei bem Antrage beharrt, auch bem Amtsrichter unbenommen, von seinem Bebenten Abstand zu nehmen und ben beantragten Strasbesehl zu erlassen. Statthaft ist übrigens eine berartige Berständig ung zwischen der Staatsanwaltschaft und bem Amtsrichter überall, also auch ba, wo die Bebenten bes letteren etwas Anberes als die Strase betressen (vgl. Prot. S. 691). In allen vorgebachten Fällen steht es ber Staatsanwaltschaft auch zu, ben Antrag aus Erlassung des Strasbesehls zurückzunehmen; vgl. § 451 Abs. 1. § 154 Rote 1.
- c. Da bas Gefet bas Institut bes Strafbefehls gerabe ju bem Zwede aufgenommen hat, um bas Bersahren in geringfügigeren Strafsachen so einsach wie möglich zu gestalten, so tann es bem Amtsrichter nicht zustehen, behufs ber Erlebigung seiner Bebenken zunächste noch Beweise

§. 449.

Der Strasbesehl muß außer ber Festsetzung ber Strase bie strasbare Handlung, das angewendete Strasgesetz und die Beweismittel bezeichnen, auch die Eröffnung enthalten, daß er vollstreckbar werde, wenn der Beschuldigte nicht binnen einer Boche nach der Zustellung bei dem Amtsgerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erhebe.

Auf ben Sinspruch tann vor Ablauf ber Frist verzichtet werben.
(1. Entw. § 339; II. Entw. § 344; III. Entw. § 377.)

erhebungen (§ 200) vorzunehmen; ber § 448 erwähnt einer solchen Befugniß nicht; wo gerichtliche Beweiserhebungen nothwendig find, ist die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen.
Gl. A. Meves in &B. II. S. 392, Dalde S. 293, Keller S. 579, Stenglein S. 658; a. M.
v. Schwarze Romm. S. 582, Puchelt S. 755. — Dagegen kann ber Amtbrichter bei ber oben (b) gedachten Mittheilung der Staatsanwaltschaft anheimgeben, die Sache zunächst noch auf außers gerichtlichem Bege (§ 159) weiter aufzuklären.

Ueber bie Meinungsverschiebenheiten, welche hinfichtlich ber vorerörterten Buntte (a-c) bestehen, val. Boitus Rontr. I. S. 372 ff.

- 5. Indem das Geset vorschreibt, daß bei obwaltenden Bedenken der Amtsrichter die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen habe, schließt es zugleich stillschweigend (vgl. § 346 Note 2. a) die Beschwerde gegen die dieser Borschrift entsprechende Entschließung des Amtsrichters auß; sür eine solche Beschwerde ist nach der Natur der Sache kein Raum vorhanden. Dagegen ist ein, den Antrag der Staatsanwaltschaft zurückweisender Beschluß (Note 2), da er sachlich dem in § 202 Abs. 1 bezeichneten Beschlusse ganz gleichkommt, mit der sofortigen Beschwerde (§ 209 Abs. 2). ansechtdar (gl. A. Stenglein S. 657). Uedrigens kann das Beschwerdegericht, wenn es die Besschwerde begründet sindet, nur die Eröffnung des Hauptversahrens beschließen, wogegen die Besschwerde niemals mehr zu der Ersassung des zuvor beantragten Strasbeschls sühren kann. Denn einerseits kann nach der Besonderheit des hier geregelten Bersahrens ein Strasbeschl immer nur von dem Amtsrichter, nicht aber von dem Beschwerdegericht erlassen werden, und andererseits ist dieses Gericht nicht besugt, den Amtsrichter zur Ersassung des Strasbeschls anzuweisen; vgl. § 351 Abs. 2 u. Note 3 das.
- 32 § 449.

 1. Die strafbare handlung muß in dem Strasbefehl bergestalt bezeich net werden, daß der Beschuldigte aus ihm genau zu ersehen vermag, wessen er beschuldigt ist. Es genügt also nicht, die gesehlichen Merkmale des Chatbestandes mit den Ausdrücken des Strasseses anzusühren, vielmehr ist auch die Angade der konkreten Thatsachen ersorderlich, in denen jene Merkmale gesunden werden (vgl. § 266 Rote 3). Diese Angade ist schon deshalb unerlässlich, weil dem Beschuldigten nur der Strasbesehl selbst, nicht auch der Antrag der Staatsanwaltschaft zugestellt wird. Uedrigens ist eine genaue Bezeichnung der strasbaren handlung auch insosern von Bichtigkeit, als es mit Rücksicht auf die Birkungen des Strasbesehls (§ 450) darauf ankommt, die Joentität der von ihm betrossene That auch sur die Rukunst ausgesell zu stellen.
- 2. Der § giebt nicht erschöpfende Bestimmungen über ben Inhalt bes Strafbesehls. Rach § 496 Abs. 1 muß ber lettere auch bie Koften tragungspflicht bes Beschulbigten sessignen; wgl. bort Rote 1. hierbei ist zwedmäßig zugleich bie Kaffe zu bezeichnen, an welche bie Kosten und bie etwa verhangte Gelbstrafe zu zahlen sind (vgl. Brot. S. 695).
- 3. Befindet fich ber Beschulbigte nicht auf freiem Fuße, so findet § 341 analoge Answendung. Gl. A. Reller S. 581, Thilo S. 496, Puchelt S. 759, v. Schwarze Erört. S. 13, Stenglein S. 658; a. M. Meves in H. I. S. 398, Boitus Kontr. I. S. 381.
- 4. Bie ber Ginfpruch felbft, fo tann auch ber Bergicht auf ihn fcriftlich ober zu Prototoll bes Gerichtsichreibers ertlart werben. Gin Biberruf bes Bergichtes ift nicht zuläffig; vgl. § 344 Rote 1.

§. 450.

Gin Strafbefehl, gegen welchen nicht rechtzeitig Sinfpruch erhoben worben ift, erlangt bie Wirfung eines rechtstraftigen Urtheils.

(L. Catu. § 337, 166. 3; II. Cutu. § 345; III. Cutu. § 378.)

§. 451.

Bei rechtzeitigem Ginspruche wird zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengerichte geschritten, sofern nicht bis zum Beginn berselben bie Staatsanwaltschaft bie Rlage fallen läßt ober ber Einspruch zurückgenommen wird.

Der Angeklagte kann fich in ber Hauptverhandlung burch einen mit schrift: licher Bollmacht versehenen Bertheibiger vertreten laffen.

Bei ber Urtheilsfällung ist das Schöffengericht an ben in bem Strafbefehle enthaltenen Ausspruch nicht gebunden.

(L. Entw. \$ 340; II. Entw. \$ 346; III. Eutw. \$ 379.)

Ru \$ 450.

- 1. Die Birtung eines rechtstraftigen Urtheils erlangt ber Strafbefehl auch burch ben Bers zicht auf ben Einspruch und burch eine rechtzeitige Bur udnahme bes letteren; vgl. § 449 Rote 3, § 451 Note 7, 8. In Betreff ber Rechtzeitigkeit bes Ginfpruchs f. noch § 451 Note 1.
- 2. Auf andere Beife als burch Einspruch fann ein Strafbefehl fiberhaupt nicht angef och ten werben; pgl. Rote 2 ju Buch 4. Bgl. ferner f 448 Rote 3.
- 3. Inwiefern burch einen Strafbefehl ber Berbrauch ber Straftlage bewirft werbe barüber f. Buch 2 Abicon. 1 Rote 29 f.

3u § 451.

- 1. Das Berfahren nach Abf. 1 tritt auch bann ein, wenn ber Beschulbigte ben Ginspruch zwar zu spät erhoben, aber gegen bie Berfaumung ber Frift bie Biebereinsetung in ben vorigen Stanb (§ 44) erlangt hat (Mot. 228). Bgl. § 452 Abf. 2.
- 2. Der Einspruch bebarf irgend welcher Begrundung nicht; bie blofe Erhebung beffelben bat bas hier vorgesehene Berfahren zur Folge. Das zu § 342 Rote 2 Bemertie findet auch auf ben Einspruch entsprechenbe Anwendung.
- 3. Benngleich ber Einspruch nicht ein Rechtsmittel im Sinne ber StPO. ift (wgl. Buch 3 Rote 1), so ift boch ber gesehliche Bertreter bes Beschulbigten und ber Ehemann einer beschulbigten Frau für besugt zu erachten, selbstftändig ben Einspruch zu erheben (§ 310). Denn es erschein, ba ber Strasbesehl ein bedingtes Urtheil enthält, nicht gerechtsertigt, das im § 340 bem gesehlichen Bertreter z. gewährte Ansechtungsrecht hier auszuschließen; bei der Unzulässigkeit eines Rechtsmittels (§ 450 Rote 2) aber kann bieses Ansechtungsrecht hier nicht anders als in Gestalt bes Einspruchs zur Ausübung gelangen. Gl. A. Keller S. 581, Stenglein S. 660; a. R. Gewer S. 873.
- 4. Der rechtzeitige Ginfpruch hat ohne Beiteres die Anberaumung einer hauptverhand. lung por bem Schöffengericht jur Folge. Gin bas hauptverfahren eröffnenber Befchlug wird nicht erlaffen.
- 5. Die Bestimmung bes § 211 Abf. 2 finbet bier nicht Anwendung: bie Ditwirtung ber Schöffen ift unerläßlich.
- 6. Die Staatsanwaltschaft ift besugt, die erhobene öffentliche Rlage jurudjunehmen. Diese Abweichung von dem Grundsch bes § 154 sindet "darin ihre Begründung; daß in diesen Fällen die Borbereitung der öffentlichen Rlage nicht immer ausreichend geschehen kann und daß es nicht ersorberlich erschien, offendar unbegründete Untersuchungen dem richterlichen Endurtheil zu unterwerfen" (Mot. S. 164). Uebrigens wird die gedachte Besugniß erst durch die Erhebung des Einspruchs begründet; Mangels eines solchen kann die Staatsanwaltschaft den erlassenes Strasbesch (vgl. § 154 Note 1) nicht mehr außer Krast seinen. Gl. A. Reller S. 582, Mroes

- in Sh. II. S. 398, Stenglein S. 659; a. M. Dalde S. 269. Ein Berbrauch bes Rlagerechts (vgl. Rote 28 ff. ju Buch 2 Abichn. 1) tritt mit ber Burudnahme ber Rlage nicht ein; vielmehr tamn bie lettere von Neuem erhoben werben.
- 7. In Betreff ber Burfidnahme bes Ginfpruchs gilt bas ju § 449 Rote 3 Bemertte. Bgl. auch § 450 Rote 1.
- 8. Sowohl bie Rlage wie ber Einspruch tann nur bis jum Beginn ber haupts verhandlung (vgl. § 242 Note 1) jurudgenommen werben. Die Besugniß, burch eine spätere Zurudnahme bas bereits begonnene mündliche Bersahren willkürlich zu beendigen, "würde gegen bie Ordnung des Bersahrens und die Rücksicht auf die Autorität des Gerichtes verstoßen" (Mot. S. 228). Finden in einer Sache mehrere hauptverhandlungen erster Instanz statt, so kann die Zurudnahme nur dis zum Beginn der ersten wirksam erfolgen; die Besugniß zur Zurudnahme ist durch das Eintreten in die Berhandlung untergegangen und kann durch eine Erneuerung der letzteren nicht wieder auslieden; sur biese Ausstallung spricht auch obige Bemerkung der Mot. St. A. Stenglein S. 660; a. M. Schulhenstein in Goltd. Arch. XXIX. S. 444 ff.
- 9. In Abf. 2 wird mit Rudficht auf die in § 452 bestimmte Folge bes Ausbleibens bie Befugnif bes Angeflagten, fich in ber hauptverhandlung vertreten ju laffen, gegenüber ber Beftimmung bes § 233 erweitert. Dagegen wirb hier feineswegs an ber Borfdrift bes § 235 erwas geanbert; vielmehr ift bas Gericht, wenn in ber hauptverhandlung ftatt bes Angeklagten ein bewollmachtigter Bertheibiger ericeint, befugt, bas perfonlice Ericeinen bes Angeflagten anauordnen. Zwar hat die RER. einen Antrag abgelehnt, nach welchem die ebengebachte Befugniß bem Gericht auch bier ausbrudlich beigelegt werben follte (Brot. G. 695 ff.); allein biefem Befoluffe tann ein maggebenbes Gewicht bei ber Auslegung bes Befetes nicht jugeftanben werben, ba er in bem letteren felbft nicht jum Ausbrud gefommen ift und er überbies ben Grunbfaten ber StBD. birett wiberftreitet. Die Bestimmung bes § 235 ift im Intereffe ber Bahrheits: erforidung gegeben, und fie finbet ohne Zweifel auch in ben geringfugigften ichoffengerichtlichen Straffacen Anwendung, wenn biefelben im Bege bes gewöhnlichen Berfahrens bei bem Gericht auhangig gemacht werben; es ift aber unerfindlich, weshalb bie in § 235 bestimmte Befugnig bes Gerichts baburch entbehrlich werden follte, bag ber hauptverhandlung bie Erlassung eines Strafbefehls vorausgegangen ift. Ueberbies lagt bas Gefet fogar im Brivattlageverfahren (§ 427 Abf. 3) bie Borführung bes Angeflagten zu, und es mare eine eigenthumliche Intonfequenz, wenn es biefelbe in ben Fallen bes § 451 ausschlöffe, obwohl in biefen ein öffentliches Interesse an ber Bestrafung bes Schuldigen besteht. Endlich ift bie Befugniß bes Gerichts, bas perfonliche Ericheinen bes Angeflagten anzuordnen, in benjenigen Fallen gang unentbehrlich, in benen ber Angeflagte einem Beugen behufs ber Bieberertennung gegenübergeftellt werben muß: in biefen Fallen wurde ber Rangel ber gebachten Befugnif bem Schulbigen unter Umftanben bie Möglichkeit gemahren, seine Freisprechung baburch ju erzwingen, daß er in ber hauptverhandlung, ftatt felbst gu ericheinen, fich vertreten liefe. Ueber bie vorhandene Meinungsvericiebenbeit val. Boitus Rontr. L S. 133 ff. - Bgl. § 452 Rote 2.
- 10. Ift ber Angestagte in ber vorliegenben Sache verhaftet (vgl. § 447 Note 3), so muß er zur Hauptverhandlung vorgeführt werben, auch wenn er selbst bie Borführung nicht wünscht und einen Bertheibiger zu seiner Bertretung bevollmächtigt hat; "benn ein in Untersuchungshaft besindlicher Angeschulbigter gilt stets als anwesend und muß dem erkennenden Gestichte vorgesührt werden" (Rot. S. 228). In der That erscheint es mit dem Wesen und Zwede der Untersuchungshaft unvereindar, den Angeslagten während der Hauptverhandlung im Unterssuchungsgeschungist zu belassen; in dem § 451, der den Fall der Verhaftung nicht im Auge hat, wird über die Zulässigseit eines solchen Versahrens nicht entschieden. Bgl. indes Voltus Kontr. I. S. 133 ss., Stenglein S. 660. Ein in einer anderen Sache verhafteter Angeslagter kann sich gemäß Abs. 2 vertreten lassen; im Uedrigen sindet auf ihn das zu § 231 Note 7 Bemerkte Anwendung.

- 2. a. Es ift ber Lanbesgefengebung überlaffen, ein polizeiliches Strafverfahren ber bier gebachten Art beizubehalten ober einzuführen (EG. § 6 Rr. 3; vgl. Rote 11 bas. unb GBG. S'13 Rote 2, 7). Gin foldes ift inbeg funftig nur noch innerhalb berjenigen Grengen flattbaft. welche § 453 Abf. 1, 2 bestimmt. Ueber biefe Grenzen fann die Lanbesgesetzung nicht hinaus: geben; insoweit alfo bie fruberen Lanbesgesete ben Polizeibeborben großere als bie bier bestimmten Bejugniffe beilegten, find fie burch bie Ginfuhrung ber StBD. von felbft mobifizirt. Dagegen verfleht es fich, bag bie Lanbesgefetgebung bie polizeiliche Strafgewalt enger als in § 453 gefcheben, begrengen tann; fo bestimmt 3. B. § 1 bes preuß. Gef. v. 23. April 1883 (GG. S. 65), baf bie Boligeibeborben nur Gelbftrafen bis ju 30 Dart ober Saft bis ju 3 Tagen feftieben burfen. - Bgl. noch § 29 bes Preg. Bef. v. 7. Dai 1874 u. Rote 1 baf. (unten in Abth. III.).
- b. Der Begriff ber Uebertretung bestimmt fich nach f 1 bes SteB. Ob eine Uebertretung im Stob. ober in einem anberen Reichsgefet ober in einem Lanbesgefet ober in einer mit Befehestraft erlaffenen Strafverorbnung porgefeben ift, macht binfictlich ber Rulaffiafeit bes polizeilichen Strafverfahrens feinen Untericieb.
- c. In Betreff ber Bobe ber Gelbftrafe und ber im Unvermog ensfalle eintretenben Saft enthalt ber f feine beschräufenbe Bestimmung; es fann alfo, falls nicht lanbesgefetfich eine Beidrantung befteht (a), auch bas in bem anzumenbenben Strafgefet angebroite Strafmarimum festgesett werben. Da hier nur Uebertretungen in Frage stehen, so tann bie Gelbstrafe für einen Straffall nie mehr als 150 Mart betragen.
- d. Die Uleberweisung an bie Lanbespolizeibehorbe (StoB. § 362) barf burd polizeiliche Strafverfügung nicht festgefest werben, ba Mbf. 2 biefe Strafe nicht ermabnt. Bal. überbies § 447 Abf. 3.
- e. Ueberichreitet bie Bolizeibehorbe bei Erlaffung einer Strafverfügung, fei es in In: febung ber Beschaffenheit ber That ober in Anfehung ber Strafe, Die gefekliche Grenze ihrer Strafe gewalt, fo wird bie Strafverfügung fur nichtig und ber Befculbigte jebergeit fur befugt ju er: achten fein, bie ber Boligeibehorbe vorgefeste Inftang ju bem Zwede angurufen, bamit biefelbe bie Bollftredung ber Strafverfügung unterfage. Dagegen folgt aus ber Richtigfeit ber letteren nicht, bag ber Befculbigte befugt fei, ben Antrag auf gerichtliche Enticheibung auch noch nach Ablauf ber gesehlichen Frist zu stellen. Gl. A. Geper Lb. S. 877, Keller S. 587, Stenglein S. 662. — Bal. noch Rote 7.
- f. Ift es bei Reftsetung einer Gelbftrafe unterlaffen worben, jugleich bie im Unpermogensfalle eintretenbe haft zu bestimmen, fo muß, wenn fobann bie Strafverfugung vollftrectbar geworben und die Gelbstrafe nicht beizutreiben ift, die Festsebung der Saft durch eine nachträaliche Strafperfügung erfolgen. Gegen biefe ist wieberum ber Antrag auf gericht: lice Entscheibung statthaft; Gegenstand ber lepteren kann indeß nur die Strafumwanblung sein, mabrent bie Rechtsbeffanbigfeit ber erften Strafverfügung nicht mehr in Frage geftellt merben fann. So Reller S. 586, Stenglein S. 662; vgl. jeboch Boitus Rontr. I. S. 411 ff.
- 3. In Betreff ber Boligeibehörben f. BBG. § 13 Rote 5. Die Buftanbigfeit berfelben bestimmt fic lebiglic nach ben Lanbesgefegen. — Für Preußen f. eine Ueberficht ber zur Erlaffung von Strafverfügungen guftanbigen Beborben bei Dalde S. 296.
- 4. a. Abgesehen von bem, mas Abs. 3 über ben nothwenbigen Inhalt ber Strafverfügung beflimmt, ift bas Berfahren ber Polizeibehörben lebiglich Gegenftanb ber lanbesgefetlichen Regelung; pgl. EG. § 6 Rr. 3 u. Rote 11 baf. Dies gilt insbef. auch in Betreff ber Art ber Betanntmachung ber Strafverfugung an ben Beidulbigten. Dagegen tann bie Lanbesgefetgebung teinerlei Boridriften geben, welche in bas event. eintretenbe gerichtliche Berfahren irgendwie eingreifen ; in § 6 Rr. 3 bes EG. ift nur von bem Bermaltungs-Strafperfahren bie Rebe. - Für Breu fen vgl. bie Anweifung ber Din. bes Innern und ber Juftig v. 8. Juni 1883 (JMBI. S. 223).
- b. Der Lanbesgesetzung fteht insbes. auch bie Bestimmung barüber ju, ob gegen Berfonen, welche gur Beit ber That bas achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollenbet hatten, ber Erlaß polizeilicher Straspersügungen statthaft sein soll. Das gegen bie Zulässigkeit bes amts:

§. 454.

Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung kann bei der Polizeibehörde schrift= lich ober mündlich, bei dem Amtsgerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichts-schreibers angebracht werden.

richterlichen Strafbefehls bestehenbe grunbfägliche Bebenken (§ 447 Note 5) waltet bezüglich ber polizeilichen Strafverfügung nicht ob; benn bie Polizeibehörbe kann burch alle ihr geeignet ersichenenen Mittel sich barüber vergewissern, ob ber Beschulbigte mit ber ersorberlichen Einsicht geshanbelt habe, während ber Amtbrichter berartige Ermittelungen vor Erlaß bes Strafbefehls nicht vornehmen kann (§ 448 Note 4. c). — In Preußen ift ber Erlaß polizeilicher Strafverfügungen gegen jugenbliche Personen statthaft: § 3 bes Ges. v. 23. April 1883 (GS. S. 65).

5. a. Der Beschulbigte ift in allen Fällen besugt, auf gerichtliche Entscheibung anzustragen und auf diese Beise das gerichtliche Strasversahren herbeizusühren; diese Besugniß kann ihm durch die Landesgesetzgedung in keinem Falle entzogen werden; vgl. GBG. § 13 Note 6. — Durch den (rechtzeitigen) Antrag tritt die Strasversügung ohne Beiteres außer Krast; doch ist eine Zurücknahme besselben zugelassen (§ 456 Abs. 2). Auch die Zulässigfigkeit eines Berzichtes auf die Andringung des Antrages wird durch die StPD. nicht ausgeschlossen; wohl aber kann sie landesgesehlich ausgeschlossen werden; a. M. einerseits Keller S. 587, Boitus Kontr. I. S. 405, Stenglein S. 662 (der Berzicht sei schlechthin statthaft), andererseits Meves in HD. II. S. 418 (ein Berzicht sei unstatthaft).

b. Die Frift ift in allen Fallen eine einwöchige; landesgesetliche Bestimmungen, welche eine langere ober furzere Frift für bie Antragstellung vorschreiben, find außer Kraft getreten. A. M. nur Meves in S. II. S. 411 (an ben landesgesetlich bestimmten fürzeren Friften sei nichts geanbert).

- c. Die Anbringung bes Antrages bei ber Staatsanwaltichaft ift nicht zugelassen. Birb ber Antrag gleichwohl bei bieser angebracht, so tann er nur bann von Birtung sein, wenn er noch innerhalb ber Frift an bas Amtsgericht ober an die Polizeibehörde gelangt. Selbstversftanblich hat die Staatsanwaltschaft ben Antrag alsbald weiterzubeforbern.
- 6. Ob bem Beschuldigten gegen die Strafverfügung ber Beschwerbeweg (Refursweg) an eine höhere Verwaltungsinstanz offen siehe, ist eine lediglich nach der Landesgesetzgebung zu beantwortende Frage; die StPO. entscheibet hierüber nicht, sondern erwähnt des Beschwerdeweges nur in hypothetischer Beise, d. h. für den Fall, daß er landesgesetzlich zugelassen ist. Die Worte: "sofern er nicht ergreise" sind nach den Verhandlungen der ALA. (Prot. der 173. Sitz. S. 14) dahin zu verstehen: daß der Beschuldigte, wenn er die landesgesetzlich zulässige Beschwerde ergreist, sich hierdurch des Rechts begiedt, auf gerichtliche Entscheidung anzutragen, und daß er auch innerhalb der einwöchigen Antragsfrist die zwischen der Beschwerde und dem Antrage getrossene Bahl nicht mehr ändern kann. Beitere Vorschriften über die Beschwerde giedt die StPO. nicht; insbes. ist die Frage, ob der Beschuldigte nach Andringung des Antrages seine Bahl ändern und unter Zurücknahme desselben noch die Beschwerde ergreisen könne, sedizich nach dem Landesgesetz zu entscheiden. Auch hinsichtlich der Beschwerdesiest ist nur das letzere maßgedend; diese Frist braucht mit der einwöchigen Antragsfrist nicht nothwendig zusammenzusalen. In Preußen ist der Beschwerdeweg durch das cit. Geset nicht zugelassen.
- 7. Nach ben Lanbesgeseten ift auch bie fernere Frage zu beantworten, welche Birtung eine Strafverfügung habe, gegen bie ber Antrag auf gerichtliche Entscheidung nicht angebracht worben ift (vgl. Brot. S. 698). In Betreff bes Berbrauches bes Strafflagerechts f. jedoch Buch 2 Abfchn. 1 Rote 29. a. Für Preußen vgl. auch § 10 bes cit. Ges.
 - 8. Zu Abj. 4 vgl. St&G. § 68.

'Au § 454.

1. Bgl. § 453 Rote 5. c.

2. Der bei ber Boligeibehörbe münblich gestellte Antrag ift behufs ber Feststellung seiner rechtzeitigen Anbringung burch ein Prototoll ober eine Registratur ju beurfunben.

Die Polizeibehörbe übersenbet, falls sie nicht bie Strafverfügung zurücknimmt, bie Akten an die zuständige Staatsanwaltschaft, welche sie dem Amtsrichter vorlegt.

(I. Cutw. § 343; II. Cutw. § 361; III. Cutw. § 382.)

§. 455.

Gegen die Verfäumung ber Antragsfrist ist unter ben in ben §§. 44, 45 bezeichneten Boraussetzungen Biebereinsetzung in ben vorigen Stand zulässig. Das Gesuch ist bei einer ber im §. 454 Abs. 1 genannten Behörben anzubringen.

Ueber bas Gesuch entscheibet ber Amtsrichter.

Die Bestimmungen bes §. 46 Abs. 2, 3 sinden hier gleichfalls Anwendung.
(I. II. III. Entw. 3 —)

S. 456.

Ift ber Antrag rechtzeitig angebracht, so wird zur Hauptverhandlung vor bem Schöffengerichte geschritten, ohne baß es ber Ginreichung einer Anklageschrift ober einer Entscheidung über bie Eröffnung bes Hauptversahrens bedarf.

Bis jum Beginne ber Hauptverhandlung tann ber Antrag jurudgenommen werben.

(I. Cutm. \$ 344; II. Cutm. \$ 352; III. Cutm. \$ 383.)

- 3. Bezüglich ber Anbringung bes Antrages burch ben gesetlichen Bertreter bes Beschulbigten ober ben Ehemann einer beschulbigten Frau gilt bas ju § 451 Rote 3 von bem Ginspruch Gesagte.
- 4. Bur Burudweifung eines Antrages (3. B. wegen Berfpatung beffelben ober wegen mangelnber Legitimation bes Antragstellers) ift bie Polizeibehörbe nicht befugt; vielmehr muß fie, falls sie nicht bie Strafverfügung zurücknimmt, bie Aften ber Staatsanwaltschaft überfenden (vgl. § 456 Rote 1). Bgl. jeboch Boitus Kontr. I. S. 397 ff.
- 5. Gin bei bem Amtsgericht angebrachter Antrag ift ber Staatsanwaltichaft mitzutheilen, welche fobann bie Bolizeibehorbe zur Ueberfenbung ber Aften aufzuforbern hat.
- 6. Bur Burudnahme ber Strafversügung ist die Bolizeibehörde befugt, gleichviel ob ber Antrag bei ihr ober bei dem Amtsgericht angebracht ist. Diese Besugniß erlischt aber mit ber Uebersendung der Aften an die Staatsanwaltschaft; in das Bersahren der letteren ober bes Berichts einzugreisen, steht der Polizeibehörde nicht zu; für diese Ansicht spricht auch der Bortlaut bes Abs. 2. Gl. A. Dochow S. 279, v. Schwarze S. 589, Meves in H. II. S. 420, Reller S. 558; a. M. Huchelt S. 770 und theilw. Thilo S. 504. Ein Berbrauch des Strafz lagerechts tritt mit der Zurüdnahme der Strasversügung nicht ein; vielmehr bleibt eine anders weite Berfolgung statthaft.
- 7. Der Staatsanwaltschaft steht eine Besugniß, ben Eintritt bes gerichtlichen Bersahrens zu hindern, nicht zu; sie kann die Strafverfügung, da dieselbe nicht von ihr erlassen ift, nicht zurrudnehmen, und ebensowenig kann sie, wie im Falle bes § 451, die "Rlage fallen lassen", da eine folche von ihr nicht erhoben war. Bgl. Brot. S. 698, 699.

3u \$ 455.

- 1. Rach Anbringung bes Gesuches ift gemäß § 454 Abf. 2 ju verfahren.
- 2. Es wird sich für die Bolizeibehörde empfehlen, die Bollstredung der Strafverfügung einstweilen auszuseten. Dem Amtsrichter steht eine hierauf bezügliche Anordnung nicht zu, da ber § 455 eine Berweisung auf § 47 Abs. 2 nicht enthält. Gl. A. Keller S. 588, Geyer S. 878, Puchelt S. 770, Meves in Hh. II S. 419, Stenglein S. 664; a. M. Thilo S. 505.

3u § 456.

1. Ift ber Antrag nicht rechtzeitig angebracht, fo hat ber Amtsrichter ihn burd Berfügung gurudzuweisen; gegen lettere ift Beschwerbe zulässig (§ 346). Uebrigens ift ber Umftanb, bag ber Amtsrichter ben Antrag für rechtzeitig erachtet hat, für bas ertennenbe Gericht nicht

789

Das Verfahren vor dem Schöffengericht ist dasselbe wie im Falle einer von der Staatsanwaltschaft erhobenen und zur Hauptverhandlung verwiesenen Anklage.

Der Angeklagte kann sich burch einen mit schriftlicher Bollmacht versebenen Bertheibiger vertreten laffen.

Bei ber Urtheilsfällung ift bas Gericht an ben Ausspruch ber Polizeibehörbe nicht gebunden.

(L. Cutm. \$ 345; II. Cutm. \$ 353; III. Cutm. \$ 384.)

prajubizirtich; baffelbe muß bie Rechtzeitigkeit von Neuem prufen und event. ohne ein Eingeben auf bie Sache felbft, auf Burudweifung bes Antrages erkennen.

- 2. "vor bem Schöffen gericht" Der § 211 Abs. 2 findet hier nicht Anwendung; bie Mitwirtung ber Schöffen ift unerläßlich.
- 3. Die Kassung des Abs. 1 ("ohne daß es bedarf") ist eine ungenaue. Da das Gericht hier nicht burch einen Aft ber Staatsanwaltichaft, sonbern burch ben Antrag bes Beschulbigten mit ber Sache befaßt wirb, fo ift bie Ginreidung einer Antlagefdrift von felbft ausgefchloffen; Segenstand ber Berhanblung und Urtheilsfällung ift bie in ber Strafverfügung bezeichnete That. Aber auch von einem Eröffnungsbeichluffe im Sinne bes § 201 tann bier nicht bie Rebe fein, ba es fich hier nicht um biejenigen Borausfehungen hanbelt, beren Borhanbenfein bas Gericht im Ralle bes § 201 (vgl. bort Rote 2) ju prufen hat. Der Amterichter, bem ber Antrag auf gerichtliche Entscheidung porliegt, hat lediglich die Rechtzeitigkeit beffelben und , falls ber Antrag nicht von bem Beschulbigten felbst (vgl. § 454 Rote 3) gestellt ift, bie Legitimation bes Antragfiellers ju prufen: maltet in Anfehung biefer beiben Buntte ein Anftanb nicht ob, fo muß bie Anberaumung ber Sauptverhandlung ftattfinden. Db bie That unter ein Strafgefet fallt, ob bie Strafverfolgung (a. B. burd Berjagrung) ausgefcloffen ift ic., ift gleichgullig; benn bie Strafe ift burch bie Strafverfugung einmal verhangt, und, wenn bies mit Unrecht gefchehen ift, fo hat ber Befdulbigte nur um fo mehr Anfpruch barauf, bag burch gerichtliches Urtheil feine Richticulb ober feine Straffofigfeit ausgesprochen werbe; ber Antrag auf gerichtliche Enticheibung fteht in biefer Sinfict mit ben Rechtsmitteln, nicht mit ber von ber Staatsanwaltschaft erhobenen Strafflage auf gleicher Linie.
- 4. In bem gerichtlichen Berfahren hat bie Staatsanwaltichaft gang ebenfo mit zu = wirten, wie wenn baffelbe burch eine ihrerfeits erhobene Antlage veranlaßt mare (vgl. Mot. €. 229).
- 5. In Betreff ber Burudnahme bes Antrages f. § 451 Rote 8. Erfolgt eine folche recht: zeitig, fo tritt bie polizeiliche Strafverfügung wieber in Rraft.

3u \$ 457.

- 1. Das Ausbleiben bes Beschulbigten in ber Hauptverhandlung zieht weber bie Berwerfung bes Antrages auf gerichtliche Entscheidung, noch sonstige besondere Folgen nach sich. Gine Bestimmung, wie die in § 452 Abs. 1 enthaltene ist hier nicht getroffen; es sinden baher lediglich bie allgemeinen Borschriften (§§ 231 ff.) Anwendung, und es kann auch der ausgebliebene Besichulbigte freigesprochen werden; vgl. § 231 Note 14. Reineswegs kann, wie v. Schwarze S. 590 meint, die Landesgesehung weitere Bestimmungen hierüber treffen (vgl. § 453 Note 4). Bgl. auch Boitus Kontr. I. S. 408 ff.
- 2. Auch bie Bestimmung bes § 452 Abf. 2 ift hier nicht wieberholt; bie Bufaffigkeit einer Biebereinsehung in ben vorigen Stanb bestimmt fich somit lebiglich nach § 234.
- 3. Die Befugniß bes Gerichts, bas personliche Erscheinen bes Beschulbigten anzuordnen (§ 235), wird durch die Bestimmung des Abs. 2 nicht ausgeschlossen; das zu § 451 Rote 9 Gessagte sindet auch hier volle Anwendung. Danach erscheint die Bestimmung des Abs. 2 neben bersienigen des § 233 überstäffig; vgl. § 231, § 453 Abs. 1, 2.
 - 4. Zu Abs. 3. vgl. § 451 Abs. 3; bas bort Note 11 Gesagte gilt auch hier.

§. 458.

Stellt sich nach dem Ergebnisse ber Hauptverhandlung die That des Angeklagten als eine solche dar, bei welcher die Polizeibehörde zum Erlaß einer Strafverfügung nicht befugt war, so hat das Gericht die letztere durch Urtheil aufzuheben, ohne in der Sache selbst zu entscheiden.

(I. Cutm § 346; II. Cutm. § 354; III. Cutm. § 385.)

Dritter Abichnitt.

Berfahren bei Inwiderhandlungen gegen die Borfdriften über die Grhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle.

3u § 458.

- 1. Der f fieht ben fall vor, wenn bie That nach bem Ergebnisse ber hauptverhandlung sich als Bergeben (vgl. § 453 Abs. 1), ober wenn sie sich zwar als Uebertretung, jedoch als eine solche barstellt, bei welcher ber Erlaß einer polizeilichen Strasversügung gesehlich ausgeschlossen sit; vgl. preuß. Ges. v. 23. April 1883 § 2. Dagegen gehört ber anbere fall nicht hierher, wenu bie Polizeibehörbe blos hinsichtlich ber Strase (§ 453 Abs. 2 und Note 2 e) ihre Besugniß überschritten hat; in biesem Falle entschebt bas Gericht in ber Sache selbst.
- 2. Liegt ber Fall bes § 458 vor, so muß bas Schöffengericht sich auf bie Aufhebung ber Straf verfügung beschräften, gleichviel welches Gericht im ordentlichen Berfahren sachlich zuständig ist. Insbes. darf bas Schöffengericht, wenn es die Zuständigkeit der Strafkammer für begründet erachtet, nicht seine Unzuständigkeit aussprechen (§ 270) und die Sache durch Beschuß an die Strafkammer verweisen: RGer. I. 21. Nov. 81 (Entich. V. 243), III. 15. Nov. 83 (Rspr. V. 691). In denselben Urth. hat das RGer. aber ferner angenommen, daß, wenn dennoch eine solche Verweisung erfolgt und der Beschluß rechtskräftig geworden ist, die Strafkammer in der Sache selbst erkennen müsse und ihrerseits nicht mehr die Aushedung der Strafverfügung aussprechen dürse. Diese Ansicht unterliegt gegründeten Bedenken; denn die Bestimmung des § 458 sautet ganz unbedingt, und ihre Anwendbarkeit kann durch den sehselhuß durch Beschwerden nicht angesochten (vgl. § 270 Note 13), also auch nicht rechtskräftig. werden kann. Für die Ansicht des RGer. Stenglein S. 665.
- 3. Gleich ben anderen Urtheilen bes Schöffengerichts unterliegt auch bas in § 458 vorgejehene ber Berufung (§ 354).
- 4. Ob wegen ber in bem Urtheil bezeichneten That bemnächft eine anber weite Strafverfolg ung einzuleiten sei, barüber hat bie Staatsanwaltschaft nach Maßgabe bes § 152 Abs. 2 zu befinden. Das etwaige neue Bersahren ersolgt nach ben Borschriften ber StPD., wie wenn eine Strafverfügung nicht vorausgegangen ware. Es gilt bies insbes. hinsichtlich bes Ersorbernisses einer Anklageschrift und eines Beschlusses über die Eröffnung des hauptversahrens, und es kann weber die Anklageschrift burch die ausgehobene Strasversügung, noch der Beschluß durch das gemäß § 458 erlassen Urtheil ersett werden: MGer. II. 29. Jan. 84 (Rfpr. VI. 60).

Bum Dritten Abfonitt.

1. Ueber ben wesentlichen Inhalt bes Abschnitts sagen bie Mot. S. 229: "Die Besonderheiten, welche bas in biesem Abschnitt geregelte Berfahren bei Steuer-, Boll- und ähnlichen Bergeben enthält, sind boppelter Art. Erstens nämlich will bas Geset auch ferner ein abministratives
Straspersahren zulassen, und zweitens legt es für den Fall bes gerichtlichen Bersahrens der betheiligten Berwaltungsbehörbe die Besugniß bei, selbst die Straspersolgung zu betreiben." — In
ben SS 459—462 wird bassenige gerichtliche Bersahren behandelt, welches eintritt, wenn der Beschuldigte gegen einen Strasbeschied ber Berwaltungsbehörde auf gerichtliche Entscheidung angetragen hat. Der S 463 handelt von der durch gerichtlichen Beschluß ersolgenden Ummandlung

Digitized by GOOGLE

einer burch Strasbescheib festgesetzten nicht beizutreibenden Gelbstrase in die entsprechende Freiheitsestrase. Die §§ 464—466 regeln das Bersahren auf eine von der Berwaltungsbehörde selbst erzhobene Anklage. Der § 467 giebt der Berwaltungsbehörde das Recht, sich der auf anderem Bege veranlasten Strasversolgung als Nebenkläger anzuschließen. Die §§ 468, 469 endlich der treisen besondere Besugnisse der Berwaltungsbehörde, welche berselben sowohl im Falle der eignen Angeklageerhebung wie auch im Falle des Anschlusses.

- 2. a. Durch die StPD. wird ein Berwaltungs-Strafversahren für die hier gedachten Zuwiderhandlungen nicht angeordnet; vielmehr sett bieselbe in den §§ 459 ff. das auf einem Reichsoder Landesgesetze beruhende Bestehen eines solchen Bersahrens voraus. Indeß unterwirft § 459 Abs. 1 das Berwaltungs-Strafversahren gewissen Beschrens voraus. Indeß unterwirft § 459 Abs. 2 das Berwaltungs-Strafversahren gewissen Beschrens voraus. Indeß unterwirft § 459 Beschung gebunden ift, während es der Reichsgesetzung selbstwerständlich nicht verwehrt sein würde, von der Bestimmung der StPD. abzuweichen. Bgl. EG. § 5, § 6 Nr. 3 u. Note 12 das sowie GSG. § 13 Note 2 ff. — Ueber das Berwaltungs-Strasversahren dei Delikten gegen die Reichs-Zoll- und Steuergesetze s. bes. Arndt in StR3. V. S. 277. Ueber das in Preußen bestehende Berwaltungs-Straspersahren vgl. Meves in HB. II. S. 436 ff. u. Dalde S. 302.
- b. Daraus, daß in § 459 Abs. 1 von der Erlassung eines Strasbescheis, also von dem iörmlichen Berwaltungs-Strasversahren die Rede ist, ist nicht zu folgern, daß ein s. g. Sub- missionsversahren nicht mehr katthaft sel. Die Bestimmung des EG. § 6 Rr. 3 schließt ein solches Bersahren nicht aus; auch erscheint daß Fortbestehen desselben mit dem Grundsat: daß dem Beschuldigten stets der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zustehe, vereindar, da der Beschuldigte ja auch auf diesen Antrag vor Ablauf der Frist wirksam verzichten kann und die daß Besen des Submissionsversahrens ausmachende freiwillige Unterwersung unter die Strassesstehen der Berwaltungsbehörde von einem solchen Berzichte sachlich nicht verschieden ist. Gl. A. Staudinger Handungs. der StW. S. 188, Dalde S. 439, Meves in H. S. 439, v. Lilsenthal in v. holhendorss Rechtsler. unter "Strasbescheid", Arndt a. a. D. S. 295; a. M. Keller S. 591. Das, auch das Submissionsversahren berührende Urth, des MGer. II. 13. Juli 86 (Entsch. XIV. 293, Ripr. VIII. 534) enthält eine grundsätliche Entscheidung der Frage nicht.
- 3. Für das Berwaltungs Strafversahren wird hier eine Bestimmung nur in § 459 Abs. 2 ertheilt; im Uebrigen ist dasselbe nicht in der StBD. geregelt, sondern durch die bett. Reichs oder Laudesgesetz zu ordnen. Anlangend dagegen das gerichtliche Bestahren, so steht es der Landesgesetzung nicht zu, irgendwelche in diese eingreisende Bestimmungen zu erlassen und die Borschriften der StBD. zu ergänzen; im § 6 Rr. 3 des GG. ist ausschließlich von dem Berssahren im Berwaltungswege die Rede (vgl. § 261 Note 2. d. s). Ebensowenig ist die Landesgesetzgebung besugt, die Festsehung von Steuer= 2c. Strasen als eine dürgerliche Rechtsstreitigkeit zu behandeln und sie dem Eiwisrichter zu überweisen: RGer. II. Civ. Sen. 1. Juni 86 u. 1. März 87 (Entsch. in Civils. XVI. 410, XVII. 431); vgl. § 459 Note 4. Wenn einzelne Reichse oder Zollvereinsgesetz (z. B. des Bereinszollges. v. 1. Juli 1869 § 165) hinsichtlich des Strasverssahrens auf die Landesgesetz verweisen, so hat diese Berweisung gegenwärtig nur noch in Betress ber Berwaltungs: Strasversahrens eine Bedeutung; vgl. GG. § 5 u. Note 6 das.
- 4. Der Ausbrud "Abgaben und Gefälle" ist im weitesten Sinne zu verstehen; er ums sast also die Steuern und Zolle aller Art, die Kommunikationsabgaben, die Stempelgebühren 2c. und insbes. auch die Postgefälle. Zu den "öffentlichen" Abgaben 2c. sind nicht blos diesenigen zu rechnen, welche zur Reichse ober Staatskasse siehen, sondern auch solche, welche au Gemeinden ober Korporationen zu entrichten sind. Die Frage: ob eine Abgabe der letztgebachten Art eine öffentsliche sei, ist nach dem Landesrecht zu beantworten. Jedensalls aber sind unter öffentlichen Abzgaben uur solche Leistungen zu verstehen, welche auf einem öffentlichrechtlichen, nicht auf einem privatrechtlichen Titel beruhen. Bgl. Meves in Ho. II. S. 424, Dalde S. 303.
- 5. Die Bestimmungen bes Abichn. find nicht blos auf solche Straffälle anwendbar, bei benen es sich um die hinterziehung einer Abgabe handelt, vielmehr auf alle Zuwiderhandluns gen gegen die Borschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben 2c., insbes. also auch auf die Kontraventionen gegen diejenigen Bestimmungen, welche barauf abzielen, die Erhebung der Ab-

Strafbescheibe ber Berwaltungsbehörben wegen Zuwiberhanblungen gegen bie Borschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle dürfen nur Gelbftrafen sowie eine etwa verwirkte Ginziehung festseten.

Der Strafbescheib muß außerbem die strafbare Handlung, das angewendete Strafgefet und die Beweismittel bezeichnen, auch die Eröffnung enthalten, daß ber Beschulbigte, sofern er nicht eine nach ben Geseten zugelassene Beschwerbe an bie höhere Berwaltungsbehörde ergreife, gegen ben Strafbescheid binnen einer Boche nach ber Bekanntmachung bei ber Berwaltungsbehörbe, welche benselben erlaffen, ober bei berjenigen, welche ihn bekannt gemacht hat, auf gerichtliche Entscheidung antragen könne.

Der Strafbescheib wirkt in Betreff ber Unterbrechung ber Berjährung wie eine richterliche Sanblung.

(I. Entw. § 347; II. Entw. §§ 355, 356; III. Entw. §§ 386, 387.)

gaben ficher ju ftellen und eine genaue Rontrole ju ermöglichen; bementsprechend geboren auch biejenigen Falle hierher, in benen das betr. (Steuer- 2c.) Gefet die angebrobte Strafe als Orbnungsftrafe (vgl. EG, § 3 Rote 2. b) bezeichnet. Desgleichen gehört hierher bie Boll-Ronterbanbe: RGer. II. 27. Oft. 85 (Entsch. XII. 30, Rspr. VII. 618), Arnbt a. a. O. S. 327. — Dagegen finbet ber Abichn. nicht Anwendung auf folde hanblungen, welche zwar bie hinterziehung einer Abgabe 2c. bezweden, jedoch ben Thatbestand eines nach bem gemeinen Strafrecht strafbaren Delittes, 3. B. bes Betruges, barftellen: RGer. III. 29. Oft. 83 (Entsch. IX. 236, Rfpr. V. 650).

6. Ueber bas Berfahren in Boft Straffachen f. Boft Gef. v. 28. Oft. 1871 SS 34 ff. (unten in Abth. III). Bal, EG. S 6 Rote 12. b.

3u § 459.

1. a. In Betreff bes Betrages ber Gelbftrafen ift bie Strafgemalt ber Bermaltungsbeborben nicht beschränkt. Eine Freiheitsstrafe bagegen tonnen bieselben niemals, also auch nicht für ben Unvermögensfall, festseben, wie bies aus § 459 in Berb. mit § 463 hervorgeht.

b. Die Festletung ber subsibiarischen Saftbarteit eines Dritten für bie Gelbftrafe ift an fich nichts Anberes als bie Berhangung einer folden Strafe gegen biefen felbft; fie fleht also ber Bermaltungsbehörbe ju, sofern nicht bas betr. Ges. (vgl. 3. B. Branntweinsteuer-Ges. v. 8. Juli 1868 § 66 III, Geseth betr. Die haftbarkeit bes Brauereiunternehmers v. 8. Juli 1868 § 3) etwas Entgegenstehendes vorjchreibt; vgl. RGer. III. 23. Mai 87 (Entsch. XVI. 109). — Cbenfo verbalt es fich mit ber Reftjegung einer einen Dritten treffenben Gingiebung.

2. In Betreff ber Bermaltungsbeborben f. GBG. § 13 Rote 5. Die Buftanbigfeit

berselben bestimmt sich lebiglich nach bem betr. Reichse ober Lanbesgeset.

3. Der Umftanb, bag ber Strafbeicheib ben Erforbernissen bes Abs. 2 nicht entspricht, fonbern an formellen Dangeln leibet, ift für bas event. eintretenbe gerichtliche Berfahren bebeutungslos und insbes. nicht geeignet, die Revision gegen bas Urtheil zu begrunden: RGer. III. 2. Juli 85 (Mipr. VII, 462).

4. Der Antrag auf gerichtliche Enticheibung tann fich ftets nur gegen bie Festjepung ber Strafe richten, nicht aber gegen benjenigen Theil eines Strafbescheibes, welcher ben Beschulbigten für verpflichtet erflart, eine umgangene Abgabe ac. nachaugahlen; bie Enticheibung über biefe Rachzahlung steht niemals bem Strafgericht ju. A. M. Stenglein S. 667, beffen Berufung auf RGer. III. 9. Nov. 82 (Entich. VII. 220) und I. 4. Juni 83 (Entich. VIII. 390) ver: fehlt ift, ba in beiben Urtheilen nur ausgesprochen ift, bag bei ber Entscheibung uber bie Strafe bas Gericht an bie Anficht ber Berwaltungsbeborbe nicht gebunden fei. — Die Frage: ob bie Berpflichtung jur Bablung einer Abgabe zc. Gegenstand eines Civilprozeffes fein tonne, bleibt von ber StPO. unberührt (vgl. oben Rote 3 ju biefem Abicon.). — Bgl. noch Prot. S. 701, 702.

5. Abweichend von § 453 lagt § 459 bie Anbringung bes Antrages bei bem Gericht

§. 460.

Wird auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so übersendet die Verwaltungsbehörde, falls sie nicht den Strafbescheid zurudnimmt, die Alten an die zuständige Staatsanwaltschaft, welche sie dem Gerichte vorlegt.

(I. Cutm. § 347 Abf. 3; II. Cutm. § 356 Abf 2; III. Cutm. § 387 Abf. 2.)

8. 461.

In Betreff ber Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand finden die Bestimmungen bes §. 455 entsprechende Anwendung.

(L II, III, Cutm. 4 -.)

§. 462.

Ift ber Antrag rechtzeitig angebracht, so wird zur Hauptverhandlung vor bem zuständigen Gerichte geschritten, ohne daß es ber Sinreichung einer Anklageschrift ober einer Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens bedarf.

Bis jum Beginn ber hauptverhandlung tann ber Antrag jurudgenommen werben.

(L Entw. § 348; II. Entw. § 357; III. Entw. § 388.)

- nicht zu. Es beruht bies auf ber Erwägung, daß "erfahrungsmäßig die Beschuldigten in den hier in Rebe siehenden Sachen oft barüber in Zweifel sind, welches Gericht das zuständige ift, und sie in Folge bessen den Antrag vielsach bei unzuständigen Gerichten andringen. Sie gehen hierdurch in den Fällen, wenn der Antrag dem zuständigen Gericht erst nach Ablauf der Frist zugeht, ihres Rechts auf gerichtliche Entschiedung verlustig" (Mot. S. 229). Ein dei dem Gericht eingehender Antrag ift unverzüglich an die Berwaltungsbehörde abzugeben.
- 6. Lanbes gefehliche Bestimmungen, welche nicht eine einwöchige, sonbern eine langere ober furzere Frift fur bie Antragstellung vorschreiben, treten außer Kraft; bagegen finb reichsgesfehliche Bestimmungen biefer Art burch bie StBD. nicht aufgehoben (GG. § 5 u. Rote 5 bas.).
 - 7. Bgl. § 453 Rote 5. a, 7; bas bort Bemerfte gilt auch bier.
- 8. Das zu § 453 Rote 6 fiber ben Befchwer beweg (Retursweg) Gefagte finbet hier mit ber Maßgabe Anwendung, daß fiber die Zuläffigkeit ber Beschwerbe zc. das betr. Reichs= ober Landesgeset entscheibet.
 - 9. Bu Abf. 3 vgl. St&B. § 68.

Ru \$ 460.

- 1. Der Antrag tann bei ber Bermaltungsbehörbe (§ 459 Rote 5) foriftlich ober munb = lich angebracht werben und ift im letteren Falle behufs Feststellung feiner rechtzeitigen Anbringung burch ein Brotofoll zu beurfunben.
- 2. Bgl. § 454 Rote 3, 4, 6, 7; bas bort Gesagte finbet hier entsprachenbe Anwendung. Gl. A. Arnbt a. a. D. S. 313.

3u § 461.

1. Die Borte "entsprechenbe Anwenbung" find bahin zu versteben, baß bas Gesuch um Biebereinsetzung bei einer ber in § 459 Abs. 2 bezeichneten Berwaltungsbehörben angebracht werben muß. Die Entscheibung über baffelbe steht bagegen bem Gericht zu. — 3m Uebrigen vollbie Roten zu § 455.

Ru § 462.

- 1. Bgl. § 456 Rote 1; bas bort von bem Amterichter und bem Schöffengericht Gefagte finbet bier auf bas juftanbige Gericht (Rote 2) entsprechenbe Anwendung.
- 2. Das zuständige Gericht ift nach Berschiebenheit ber Fälle bas Schöffengericht ober bie Straffammer (GBG. § 27 Rr. 1, 2 u. Rote 11 bas., § 73 Rr. 1). Die in § 75 Rr. 15 vorgesehene Neberweisung an bas Schöffengericht ist auch hier zulässig, wenngleich eine "Ersöffnung bes Hauptversahrens" (vgl. Rote 3) hier nicht stattsindet (a. M. Stenglein S. 669). Die Ueberweisung kann nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft und nur so lange ersolgen, als

Digitized by GOOGIC

§. 463.

Ist die in einem vollstreckaren Strafbescheibe festgesetzte Gelbstrafe von dem Beschuldigten nicht beizutreiben und deshalb ihre Umwandlung in eine Freiheitsstrase erforderlich, so ist diese Umwandlung nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des Beschuldigten durch gerichtliche Entscheidung auszusprechen, ohne daß der Strafbescheid einer Prüfung des Gerichts unterliegt.

Die Entscheibung über bie Umwandlung erfolgt, wenn für eine Urtheilsfällung bas Schöffengericht zuständig gewesen ware, burch Berfügung bes Amtsrichters, in ben übrigen Källen burch Beschluß bes Landgerichts.

Gegen bie Entscheibung findet sofortige Beschwerbe flatt.

(L Entw. § 349; II. Entw. § 358; III. Entw. § 389.)

ein Termin zur hauptverhandlung vor ber Straftanmer noch nicht anberaumt ift (vgl. Rote 4, 6 zu § 75 bes GBG.). — In Betreff bes für bie Zustänbigkeit maßgebenben Betrages ber Gelbstrafe f. noch unten Rote 6 a. E.

- 3. In Betreff ber Einleitung bes gerichtlichen Berfahrens gilt bas ju § 456 Rote 3 Bemerkte. -- Die in ben Berhanblungen ber RER. (Prot. S. 699) ausgesprochene Ansicht, baß die Einleitung eines Borverjahrens nicht ausgeschlossen sei, falls bas Gericht die Sache noch unklar finde, steht mit dem Wortlaut bes Gesehs im Widerspruch und kann nicht für richtig erachtet werden. Gl. A. Keller S. 593, v. Schwarze S. 593, Puchelt S. 780, Stenglein S. 669; a. M. Boitus in Goltb. Arch. XXIX. S. 93.
- 4. Das gerichtliche Verfahren regelt sich (abgesehen von ben in §§ 467—469 bestimmten Besonderheiten) nach ben allgemeinen Borschriften, welche für das besaßte Gericht im Falle ber erhobenen öffentlichen Rlage maßgebend sind. Dies gilt insbes. von der Mitwirkung der Staatsanwaltschaft (vgl. § 456 Note 4) und von dem Erforderniß der Anwesenheit des Beschulbigten in der Hauptverhandlung (§§ 229—235). Bgl. noch § 264 Note 2. b. In schöffenger richtlichen Sachen ist die Mitwirkung der Schöffen unerläßlich und § 211 Abs. 2 nicht auwendbar.
 - . 5. In Betreff ber Burud nahme bes Antrages f. § 451 Rote 8 u. § 456 Rote 5.
- 6. Benngleich § 462 bie Bestimmung bes § 451 Abs. 3 und bes § 457 Abs. 3 nicht wiederholt, so gilt boch auch hier ber Grundsat, daß das erkennende Gericht an die vorausgegangene Straffestsetung und die berselben zu Grunde liegenden Annahmen nach keiner Richtung bin gebunden ist; das zu § 451 Rote 11 Gesagte sindet auch hier Anwendung; vgl. RGer. III. 9. Rov. 82 (Entsch. VII. 220), I. 4. Juni 83 (Entsch. VIII. 390). — Bas insbes, die höße ber Strase betrifft, so ist hervorzuheben, daß die in manchen Gesehen den Berwaltungsbehörden beigelegte Besugniß, eine milbere als die gesehlich angebrohte Strase zu verhängen, den Gerichten nicht zusteht, sofern nicht das betr. Geseh etwas Anderes ansbrücklich vorschreibt.

3# § 463.

- 1. Bgl. § 459 Abf. 1 u. Rote 1 baf.
- 2. Wird die Umwandlung der Strafe ersorberlich, so übersendet, wie im Falle des § 460, die Berwaltungsbehörde die Aften an die Staatsanwaltschaft, und diese legt dieselben mit ihrem aus Festsetung einer bestimmten Freiheitsstrase gerichteten Antrage dem Gericht vor. Das Gericht theilt den Antrag dem Beschulbigten unter Bestimmung einer Frist zur Erklärung mit; die lettere kann schriftlich wie auch zu Protokol des Gerichtschers abgegeben werden. Rach Singang der Erklärung oder Ablauf der Frist erlätt das Gericht die Entscheidung und zwar ohne mündliche Berhandlung (vgl. § 33 Rote 1). Das Landgericht (Strastammer) entscheidet in der Zahl von drei Richtern (GBG. § 77). Die Entscheidung ist der Staatsanwaltschaft und dem Beschuldigten zu zu stellen (vgl. Rote 3). Gl. A. Arnbt a. a. D. S. 310. Dertlich zuständig ist dassenige Gericht, welches im Falle des in § 459 gedachten Antrages für die Urtheilssällung zuständig gewesen wäre.
 - 3. Die Mot. S. 229 fagen: "Das hier vorgeschriebene Strafummanblungsverfahren fest

Digitized by GOOGLE

§. 464.

Hat die Verwaltungsbehörbe einen Strafbescheib nicht erlassen und lehnt die Staatsanwaltschaft den an sie gerichteten Antrag auf Verfolgung ab, so ist die Verwaltungsbehörde befugt, selbst die Anklage zu erheben.

In einem solchen Falle hat sie einen Beamten ihres Berwaltungszweiges ober einen Rechtsanwalt als ihren Bertreter zu bestellen und in der Anklage namhaft zu machen.

(L. Entw. § 350; II. Entw. § 359; III. Entw. § 390.)

einen rechtskräftig gewordenen Strasbescheib vorans, und hieraus folgt von selbst, daß die Gesetsmäßigkeit des letteren nicht mehr der Prüfung des Gerichts unterliegt." Indeß kann die Wirkung der Rechtskraft des Strasbescheides nur darin bestehen, daß das Gericht nicht mehr prüfendars, od die in demselben sestgestelkte handlung von dem Beschulbigten wirklich begangen worden, ob sie strasbar und ob die Geldstrase dem Gesetze gemäß sestgest worden sei. Dagegen hat das Gericht allerdings zu prüsen, od die gesetlichen Boraussepungen des hier angeordneten Strasumwandlungsversahrens vorhanden sind. Diese Boraussepungen sind die: daß die detr. Verwaltungsbehörde zur Erlassung von Strasbeschen überhaupt berusen ist (wogegen die Zuständigkeit derselben in concreto der Prüsung des Gerichts nicht unterliegt), serner: daß die strasbare handlung, wie sie in dem Strasbescheide sestgekelt ist, zu denjenigen Delisten gehört, auf welche sich Berwaltungs-Strasgewalt erstreckt, sowie endlich: daß die Geldstrase nicht beizutreiden gewesen ist (gl. A. Stenglein S. 670). Auch über die Wirfung einer theisweisen Zahlung oder Beitreidung, der Gelbstrase sowie darüber, ob ein gezahlter oder beigetriebener Betrag auf die Strase oder ob er vielmehr auf die etwa nachzuzahlende Abgabe oder auf die Kosen anzurechnen sei, entschede

- 4. Die fofortige Beschwerbe (§ 353) steht ber Staatsanwaltschaft und bem Beschulbigten zu, nicht aber ber Berwaltungsbehörbe, ba ber letteren hier, abweichend von §§ 464, 467, eine Berechtigung zum Betriebe bes Bersahrens nicht beigelegt ist. Gl. A. Thilo S. 513, Kellen S. 595, Boitus in Goltb. Arch. XXIX. S. 98, Meves in Hh. II. S. 429, Dalde S. 307, Stenglein S. 670; a. M. v. Schwarze S. 594.
- 5. Die Bollftredung ber Freiheitsstrafe erfolgt in berselben Beise, wie wenn biese im gewöhnlichen Bersahren burch Urtheil bes Gerichts verhängt worden ware (§ 483). — In Betreff ber Abwendung ber Bollftredung burch nachträgliche Zahlung ber Gelbstrafe f. StBB. § 28 Abs. 4.
- 3u § 464.

 1. Die Befugniß ber Berwaltungsbehörde, die Anklage zu erheben, sest voraus, daß diese Behörde bei Zuwiderhandlungen der fraglichen Art im Allgemeinen (in abstr.) zur Erlassung von Strafbescheiden befugt ist; Mangels der lehteren Besugniß greift auch die erstere nicht Plat. Gl. A. RGer. III. 29. Ott. 83 (Entsch. IX. 236, Rspr. V. 650), Stenglein S. 670; a. M. RGer. II. 27. Ott. 85 (Entsch. XIII. 30, Rspr. VII. 618), Arndt a. a. D. S. 315 (die Besugniß zur Anklageerhedung bestehe dei allen Zuwiderhandlungen der in Absch. 3 gedachten Art). Bal. § 467 Rote 2.
- 2. Ongegen wird die Befugniß der Berwaltungsbehörde zur eventuellen Erhebung der Antlage baburch nicht ausgeschlossen, daß im vorliegenden Falle aus einem in dem bezüglichen Geset vorgesehren Grunde die Erlassung eines Strasbescheibes nicht erfolgen barf, wie z. B. wenn der Beschuldigte schon während bes Berwaltungs-Strasversahrens auf gerichtliche Entscheidung anträgt und hierdurch die Erlassung bes Strasbescheibes gestiedert wird (val. GBG. § 13 Note ?). A. M. Meves in H. S. 434, Dalde S. 307, Reller S. 595. Bgl. noch Post-Ges. v. 28. Oft. 1871 § 35 (unten in Abth. III).
- 3. a. "lehnt bie Staatbanwaltschaft ab" Mit biesen Worten ift nicht etwa ausgesprochen, bag mit Rudficht auf bie eigene Anklagebefugniß ber Berwaltungsbehörbe es hier in bas Belieben ber Staatbanwaltschaft gestellt sei, ob sie selbst einschreiten wolle ober nicht; vielsmehr gilt auch hier in vollem Maße ber Grundsat bes § 152 Abs. 2 (vgl. bort Note 5, b) (gl. A.

Digitized by GOOGLE

§. 465.

Die Staatsanwaltschaft ist zu einer Mitwirkung in jeber Lage bes Berfahrens berechtigt.

Bei ber Hauptverhandlung muß sie vertreten sein; auch hat sie bie gerichtlich angeordneten Labungen zu berselben zu bewirken.

Alle im Laufe des Berfahrens ergehenden Entscheidungen sind ihr bekannt zu machen. (1, 11. III. Entw. § —.)

Glafer I. S. 223). Die Anklagebefugniß ber Berwaltungsbehörbe ift baber nur in benjenigen Fällen von praktischer Bebeutung, in benen zwischen ber Staatsanwaltschaft und ber gebachten Behörbe eine Meinungsverschiebenheit barüber besteht, ob bie Erhebung ber öffentlichen Alage gerechtsertigt sei; vgl. § 152 Note 6. Las Gefet hat einerseits ber Staatsanwaltschaft nicht zwuthen wollen, sich ber Meinung ber Berwaltungsbehörbe schlechthin unterzuordnen, andererseits aber geglaubt, dem Ermessen bieser mit den einschlägigen Bestimmungen und den technischen Fragen bes Abgabenwesens genau vertrauten Behörde kein geringeres Gewicht beilegen zu dürsen wie dem: jenigen der Staatsanwaltschaft (Mot. S. 229).

b. Da bie Berwaltungsbehorbe jur eigenen Erhebung ber Antlage befugt ift, so fieht fir ber in § 170 vorgesehene Antrag auf gerichtliche Entscheibung nicht zu. Dagegen folgt aus ber Organisation ber Staatsanwaltschaft, baß eine Beschwerbe über biese (vgl. § 170 Note 2) nicht ausgeschlossen ift; gl. A. Arnbt a. a. D. S. 318.

c. Bgf. § 152 Rote 3.

- 4. Schreitet bie Staatsanwaltschaft ein, so regelt sich (abgesehen von ben besondern Bestimmungen ber § 467—469) bas Bersahren nach ben allgemeinen Borschriften. Daher tann, wenn bie Sache zur Zuständigkeit ber Straffammer gehört, die Staatsanwaltschaft die öffentliche Rlage auch durch ben Antrag auf Boruntersuchung erheben (§§ 168, 176), und in schöffengerichtlichen Sachen ist die Erlassung eines Strafbeschls (§ 447) statthaft. Die Berwaltungsbehörbe bagegen kann nur die "Anklage erheben", b. h. eine Anklageschrift einreichen; vgl. § 197 u. Note 1 bas., sowie Note 3. b zu Buch 2 Abschn. 2—6. hinsichtlich ber Besugnisse bes Gerichts (§ 200) macht es keinen Unterschied, ob die Anklage von der Staatsanwaltschaft ober von ber Berwaltungsbehörbe erhoben ist.
- 5. Da bie Antlagebefugniß ber Berwaltungsbehörbe eine fubfibiare ift, fo muß bie lettere bei Ginreidung ber Antlageschrift bie seitens ber Staatsanwaltschaft erfolgte Ablehnung ber Berfolgung nachweisen.
- 6. In Betreff ber Ueberweisung einer Sache an bas Schöffengericht f. GBG. § 75 Mb. 3 und Rote 19 bas.
- 7. In ber Rambaftmachung bes betr. Beamten ober Rechtsanwalts ift von felbst bie Ermächtigung besselben zur Ausübung ber ber Berwaltungsbehörbe zustehenben Besugnisse entibalten. Bgl. jeboch in Betreff ber Rechtsmittel: § 466 Rote 2, in Betreff ber Zustellungen: § 468 Rote 2.
- 3u § 465.

 1. Darin, daß nach Abf. 1, 2 bie Staatsanwaltschaft jur Mitwirkung berechtigt, nicht aber in gleichem Maße verpflichtet ift, liegt eine Abweichung von bem in § 462 behandelten Berfahren (vgl. bort Rote 4); bieselbe hat ihren Grund barin, daß hier die Strafversolgung von ber Berwaltungsbehörde betrieben wird. Andererseits beruhen die Borschriften in Abs. 2, 3 darauf, daß es sich hier um eine öffentliche Klage handelt (§ 152 Rote 3).
- 2. Zu Abs. 2 vgl. § 225; bas bort Note 2 Bemerkte gilt auch hier. Die Mitwirfung ber Staatsanwaltschaft in ber haupt verhandlung ift bieselbe wie im Falle einer von ihr selbst erhobenen Rlage; insbes. muß die Staatsanwaltschaft überall, wo die Berwaltungsbehörbe Anträge zu stellen hat, auch ihrerseits solche stellen (a. M. Stenglein S. 671, der sie hierzu nur für befugt, nicht für verpflichtet erachtet). Bgl. noch 466 Rote 2.
 - 3. Die Staatsanwalticaft erläßt außer ben gerichtlich angeordneten auch alle biejenigen

§. 466.

Im Uebrigen regelt sich bas Verfahren auf die von der Verwaltungsbehörde erhobene Anklage nach den für die Privatklage gegebenen Bestimmungen.
(I. Cutw. § 331; II. Cutw. § 360; III. Cutw. § 391.)

Labungen, beren Rothwendigkeit aus bem Gefete felbst folgt, also bie Labung bes von ber Berwaltungsbehörbe benannten Bertreters (§ 464 Abs. 2), bes Angeklagten und seines Bertheibigers und der sonst etwa vorhandenen Prozesbetheiligten; vgl. § 213 Note 2 und andererseits § 425-Abs. 2. — In Betreff der Entschließung barüber, welche Zeugen und Sachverständige zu laden seien, findet gemäß § 466 die Borschrift des § 426 Abs. 1, 2 und das dort Note 1, 2 Bemerkte mit der Maßgabe Anwendung, daß hier an die Stelle des Privatklägers die Berwaltungsabehörde tritt. Uedrigens solgt aus § 465 Abs. 1, daß die Staatsanwaltschaft auch aus eigener Entschließung (vgl. § 213 Note 3) Zeugen 2c. laden kann, ohne daß sie darum die Bersolgung, zu übernehmen (§ 466 Note 2) braucht.

4. Mit bem Zeitpunkt ber an bie Staatsanwaltschaft erfolgten Bekanntmachung (Berstundung ober Zustellung) einer Entscheidung beginnt die Frist für die Ginlegung bes ber Staatssanwaltschaft zustehenden Rechtsmittels (vgl. § 466 Note 2), ohne daß es darauf ankommt, wanus für die Berwaltungsbehörde die Einlegungsfrist zu laufen beginnt (§ 469 Abs. 1).

3u § 466.

- 1. Der f fpricht nur von bem Berfahren "auf erhobene Antlage", alsa von bemjenigen, welches ber Antlageerhebung nachfolgt. Demgemäß und ba bie Rlage ber Berwaltungsbehörbebegrifflich eine öffentliche Klage ift (§ 152 Rote 3, Arnbt a. a. D. S. 320), findet auf berenfrhebung bie bie Brivatklage betreffende Bestimmung bes § 421 nicht Auwendung (a. M. Stenglein S. 672). Die Berwaltungsbehörde reicht eine Anklageschrift ein (vgl. § 464 Rote 4); für den Inhalt berselben ist, je nachdem die Sache zur Zuständigkeit bes Schöffengerichts ober der Strafkammer gehört, der Abs. 1 ober der Abs. 2 des § 198 maßgebend. Die Einreichung von Abschriften der Anklageschrift (§ 421 Sat 3) ist nicht ersorderlich; vgl. Note 2.
- 2. Die Boridrift bes & 466 ift eine burchaus ungeeignete und ruft mannigfache Zweifel berpor, ba bie für bie Privattlage gegebenen Bestimmungen auf bie bier in Rebe ftebenbe öffentliche Rlage (Rote 1) in mehrjacher Sinsicht nicht passen. Schon bie Borfchrift bes Entw., ber übrigens. bie subsibiare Brivattlage (vgl. Note 1 ju Buch 5 Abichn. 1) im Auge hatte, mar ungeeignet; in bem Gefete felbft aber ift bie Unangemeffenheit ber hinweifung auf bie Privatflage eine um fogrößere, als bie lehtere jeht burchweg zur Zustänbigkeit bes Schöffengerichts gehört, währenb es. fich in bem bier behandelten Berfahren auch um landgerichtliche Straffachen handelt. - 3m Ginzelnen ift zu bemerten: § 417 Abf. 2, 3 (vgl. § 465) ift auch bier anwendbar. Sonach tann bie Staatsanwaltschaft jebe Entscheibung mit bem zulässigen Rechtsmittel ansechten. Zu § 417 Abs. 3. vgl. § 467. - § 418 ift erfett burd § 464 Abf. 2; in Betreff ber Buftellungen f. § 468 n. Note 2 das. — § 419 ist nicht anwendbar (vgl. bort Note 1). Ebensowenig die §§ 420, 421 (oben Rote 1). - Zweifelhaft ericheint es, ob bie S\$ 422, 423 ober flatt berfelben bie S\$ 199 ff. Anwenbung finben. Lepteres burfte bas Richtige fein, ba tein Grund erfichtlich ift, weshalb eshier, abweichend von § 199 Abs. 4, erforderlich sein sollte, auch in schöffengerichtlichen Sachen die Unflagefchrift bem Angeflagten mitzutheilen; ber bei ber Brivatflage maggebenbe Gefichtspunfte (§ 422 Rote 3) trifft bier nicht gu. Der Staatsanwaltschaft wird bie Anklageschrift in ber Ur= idrift jur Erffarung vorgelegt (§ 33). - § 424 finbet Anwenbung. - Ebenjo § 425 Abf. 1, 3. 216. 2 ift erfett burch § 465 Abf. 2; wgl. Roer. III. 9. Rov. 82 (Entich. VII. 220). Das. in Abf. 4 Beftimmte gilt von bem in § 464 Abf. 2 gebachten Bertreter. - Desgleichen ift § 426: anwendbar; vgl. § 465 Rote 3. — Ebenjo § 427 Abj. 1, 2 und in Ansehung bes Angeflagtenauch Abs. 3; es ist freilich kein Grund ersichtlich, weshalb es dem Gericht nicht auch zustehen soll, bie Berhaftung bes Angeflagten (§ 229) anzuordnen. — And § 429 finbet bier Anwendung; es. wird inbeg Sache ber Staatsanwaltichaft fein, burch Uebernahme ber Berfolgung bie Erlaffung, eines auf Einstellung bes Berfahrens lautenben Urtheils zu verhindern; vgl. § 429 Rote 2. —

§. 467.

hat ber Beschuldigte gegen einen Strafbescheib auf gerichtliche Untersuchung angetragen, ober hat die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben, so kann die Berwaltungsbehörde sich der Berfolgung anschließen, und sie hat alsbann gleichwie bei einer von ihr erhobenen Anklage einen Bertreter zu bestellen.

In diesem Falle kommen die für den Anschluß bes Berletten als Rebenklager gegebenen Bestimmungen gur Anwendung.

(L. Entw. § 352; II. Entw. § 361; III. Entw. § 392.)

§. 468.

Wenn die Verwaltungsbehörde die Anklage erhoben ober sich ber Verfolgung angeschlossen hat, so sind ihr das Urtheil und alle sonstigen Entscheidungen zuzusftellen, auch wenn sie bei beren Verkündung vertreten gewesen ift.

(I. Entw. # 353; II. Entw. # 362; III. Entw. # 393.)

§ 430 Abs. 1, 3 gilt auch hier. Es erscheint jedoch zweiselhaft, ob ber Bertreter ber Berwaltungsbehörbe (§ 464 Abs. 2) zur Ergreifung ber Rechtsmittel befugt sei ober diese Besugniß nur ber Behörbe selbst zustebe; die Bestimmungen der §§ 468, 469 sprechen für letteres. § 430 Abs. 2 in hier nicht anwendbar: eine öffentliche Behörde bedarf in keinem Falle der Unterzeichnung ihrer Erstärmman durch einen Rechtsanwalt. — Unanwendbar endlich erscheinen §§ 431, 432, da eine Zurücknahme der ässentlichen Klage nicht statthaft ist (§ 154). Das Ausbleiben eines Bertreters der Berwaltungsbehörde past mit Rücksicht auf § 465 Abs. 2 (wgl. dort Rote 2) der Berhandlung und Entscheidung der Sache und eutgegen. — Im Besentlichen gl. A. Arndt a. a. D. S. 320 s., theilw. a. M. Keller S. 596, Thilo S. 515, Boitus Komm. S. 459 u. in Goltd. Arch. XXIX. S. 103, Meves in H. II. S. 433 ss., Stengkim S. 672.

3u § 467.

- 1. Die Mot. S. 230 fagen: "Auch bann, wenn bie Staatsameklicaft bie Berfolgung betreibt, fann bie Berwaltungsbehörbe ein Interesse baran haben, selbst in bem Beringen mitzu-wirfen, um ihre Ansichten unmittelbar vor bem Gericht zu entwideln, sei es, weil bie Sache einzehenbe technische Erörterungen erforbert, sei es, weil sie Berwaltung von grundfahlicher Bichtigkeit ift. Das Geseh gestattet beshalb ber Berwaltungsbehörbe ben Anschluß an die Straivversolgung."
- 2. Die Anschlußberechtigung fieht nur berjenigen Berwaltungsbehörbe zu, welche unter ben Boraussehungen bes § 464 berechtigt gewesen ware, selbst bie Anklage zu erheben; in Betreff ber über biese Boraussehungen bestehenben Meinungsverschiebenheit vgl. bort Rote 1, 2. In bem bort cit. Urth. II. 27. Ott. 85 hat bas RGer. ben Anschluß auch in bem Falle für statthaft erachtet, wenn mit bem Zoll- ober Steuerbelist ein anderes, nach bem gemeinen Strafrecht strafbares Delist ibeell konfurrirt.
 - 3. Die in § 436 Abs. 2 bezeichnete Entscheibung bes Gerichts ift auch hier erforderlich.
 - 4. In Betreff bes Bertreters ber Bermaltungsbehörbe f. § 464 Abf. 2 u. Rote 7 baf.
 - 5. Die hier in Bezug genommenen Bestimmungen f. in SS 436-442.

3u § 468.

- 1. Die Mo.t. S. 230 fagen: "Die Bestimmungen ber SS 468, 469 beruhen auf ber Erwägung, baß bie Berwaltungsbehörbe eine Entschließung über ben Gebrauch eines Rechtsmittels micht wohl früher fassen als bis sie ben Bortlaut ber gerichtlichen Entscheidung und ihrer Gründe kennt, und baß ferner die für die Rechtsmittel ber Staatsanwaltschaft und bes Angeklagten vorgeschriebenen Fristen zu kurz sind, als daß eine Behörbe, welche häusig einer kollegialischen Berrathung bedürfen wird, ober welche die Anweisungen einer höheren Berwaltungsinstanz wird eine holen muffen, im Stande ware, diese Fristen überall innezuhalten."
 - 2. Die Buftellung bes Urtheils an bie Bermaltungsbehörbe hat auch bann ju erfolgen, wenn blefe fich erft nach ber Bertunbung beffelben, jeboch vor Gintritt ber Rechtstraft, ber

§. 469.

Die Fristen jur Ginlegung von Rechtsmitteln beginnen für die Verwaltungs: behörbe erft mit der Zustellung.

Bur Anbringung von Revisionsantragen und zur Gegenerklärung auf folche steht ber Berwaltungsbehörbe eine Frist von einem Monate zu.

(L. Catm. § 354; II. Entw. § 363; III. Entw. § 394.)

Bierter Abichnitt.

Berfahren gegen Abwesende, welche fich der Wehrpflicht entzogen haben.

§. 470.

Bei Untersuchungen gegen

Wehrpstichtige, welche in ber Absicht, sich bem Sintritt in ben Dienst bes stehenden Heeres ober ber Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundeszgebiet verlassen haben ober nach erreichtem militärpslichtigen Alter sich außerzhalb bes Bundesgebietes aufhalten (§. 140 Abs. 1 Rr. 1 bes Strafgesethuchs),

Offiziere und im Offizierrange stehende Aerzte bes Beurlaubtenstandes, jowie beurlaubte Refervisten und Wehrmanner ber Land- ober Seewehr, welche

3nm Bierten Abianitt.

Ru & 470.

Berfolgung angefchloffen hat; auch in biefem Falle beginnt für jene Behörbe bie Frist zur Einlegung bes betr. Rechtsmittels (§ 469) erst mit ber Zustellung: RGer. II. 27. Mai 87 (Entsch. XVI. 150, Rspr. IX. 349).

^{3.} Die Zustellung aller Entscheibungen hat an bie Bermaltungsbehörbe felbst zu ersfolgen; bie Bestimmung bes § 418 Sat 2 findet auf ben Bertreter (§ 464 Abs. 2) nicht Anwendung. Ru § 469.

^{1.} Bal. § 468 u. bie Roten baf.

^{2.} Ourch Abs. 2 werben bie Frist beft im mungen ber §§ 385, 387 zu Gunsten ber Berswaltungsbehörbe mobifizirt. hinsichtlich ber Dauer aller übrigen Rechtsmittelfristen (§§ 381, 355, 358, 353) gelten auch für die Berwaltungsbehörbe lebiglich die allgemeinen Borschiften. In Bettreff ber Rechtsertigung ber Berufung s. bie Noten zu § 358. — Bgl. Arnbt a. a. O. €. 322.

^{1.} Ueber ben Begriff bes "Abmefenben" f. § 318.

^{2.} Das in Abschn. 4 vorgejehene Berfahren greift nur bei ben in § 470 bezeichneten ftrafbaren handlungen Blat und ift auf anbere Zuwiderhandlungen gegen die die Erfüllung der Behrpsticht betreffenden gesehlichen Borschriften (z. B. § 33 bes R.-Militär-Ges. v. 2. Mai 1874) nicht anwendbar.

^{3.} In Betreff ber in ben Fallen bes § 140 bes StoB. Bulaffigen Beichlagnahme bes Bermogens bes Angeflagten f. § 480.

^{4.} Bgl. die Bestimmungen bes R.-Militär:Ges. v. 2. Mai 1874 §§ 12, 27, 28, 57, 58, 59, 60, 61, 69 (RGBl. S. 45 si.).

^{5.} Bu bem gangen Abichn. vgl. bef. Deves in Sh. II. G. 443 ff.

^{1.} Der S enthält insofern eine Abweichung von S 319 Abs. 1, als die Boraussehung bes letteren bei ben Zuwiderhandlungen gegen die SS 140, 360 Rr. 3 bes StoB. nicht zutrifft. hierüber sagen die Wot. S. 230: "Diese Abweichung wird durch ben Inhalt des materiellen Strafs gesehes gerechtfertigt. Die in den SS 140 und 360 Rr. 3 des Strafgesehduchs vorgesehenen strafs baren handlungen werden nämlich gerade durch das Berlassen des Inlandes oder durch das Bers

ohne Erlaubniß ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1 Nr. 2 und §. 360 Nr. 3 bes Strafgesethuchs), Ersatreservisten erster Klasse, welche ausgewandert sind, ohne der Militärbehörde vorher Anzeige gemacht zu haben (§. 360 Nr. 3 des Strafgesethuchs), und

Wehrpslichtige, welche nach öffentlicher Bekanntmachung einer vom Kaiser für die Zeit eines Krieges ober einer Kriegegefahr erlaffenen besonderen Anordnung im Widerspruch mit berselben ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1 Rr. 3 des Strafgesethuchs)

findet in Abwesenheit des Angeklagten eine Hauptverhandlung nach Maßgabe ber folgenden Bestimmungen statt.

(I. Catm. § 365; II. Catm. § 364; III. Catm. § 395.)

§. 471.

Für das Verfahren ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Ausgeklagte seinen letten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reich gehabt hat.

Das Verfahren kann gleichzeitig gegen mehrere Personen gerichtet werben und bie Verhandlung und Entscheidung ungetrennt erfolgen.

(I. Entw. §§ 356, 335 Abf. 2; II. Entm. §§ 365, 364 Abf. 2; III. Entw. §§ 396, 395 Abf. 2.)

§. 472.

Die Erhebung der Anklage und die Eröffnung ber Untersuchung erfolgt auf

bleiben im Auslande begangen; bie Abwesenheit bes Beschulbigten gehört also gerade ju ben Merte malen bes Thatbestandes, und wollte man hier ben Grundsab bes \$ 319 anwenden, so wurde baburch bie Anwendung bes materiellen Strafgesehes vereitelt werben. Der seltene Fall, daß ber Beschulbigte ins Juland gurudtehrt, tann bem gegenüber nicht in Betracht tommen."

3u § 471.

- 1. Bu Abf. 1 vgl. Rote 2 au SS 7-13, jowie S 8 Rote 3, 4.
- 2. Als letter Bohnsit ober gewöhnlicher Ausenthalt ist ber Geburtsort bes Angeklagten anzusehen, wenn nicht zu ermittelu gewesen ist, daß der lettere außerhalb bieses Ortes einen Bohnssit ober gewöhnlichen Ausenthalt im Deutschen Reiche gehabt habe; vgl. Beichl. des vorm. preuß. Obertrib. v. 21. Febr. 1873 (JWBI. S. 97, Goltb. Arch. XXI. S. 287). Gl. A. Keller S. 600, Dalde S. 310, v. Bomhard S. 341, Meves in H. II. S. 447; a. M. Buchelt S. 791. Neußerzsten Falles ist daß zuständige Gericht gemäß S. 9 vom Reichsgericht zu bestimmen (vgl. oben Rote 2 zu Buch 6). Die bei einzelnen Gerichten hervorgetretene Ansicht: daß im Falle einer solchen Bestimmung nur daß gewöhnliche Berschren eintreten könne, daß dagegen das in Abschn. 4 geregelte besondere Bersahren ausschließlich vor dem in S. 471 bezeichneten Gericht statthaft sei, sindet in dem Geseh keinen Begründung; sie würde überdies, da bei den in Rede stehenden Delikten S. 319 nicht anwendbar ist (§ 470 Rote 1), zu dem Ergebniß führen, daß regelmäßig die Schulzbigen überhaupt nicht bestraft werden könnten.
- 3. Die Bestimmung bes § 18, ber zufolge nach Eröffnung bes hauptverfahrens bas Gericht seine Unzuständigkeit nur auf Ginwand bes Angeklagten aussprechen barf, findet auch in bem hier geordneten Berfahren Anwendung: RGer. I. 19. Rai 81 (Entich. IV. 232, Ripr. III. 311).
- 4. Nach Abs. 2 ist es statthaft, eine Mehrzahl von Straffällen ber in § 470 bezeichneten Art in einer Anstageschrift zusammenzusassen und über sie gleichzeitig zu verhandeln und zu entsicheiten; vol. Buch 2 Abschn. 1 Rote 35. In Betreff ber Trennung einzelner Fälle von den übrigen s. § 475 Abs. 2.
 - 1. Die Erhebung ber Antlage und bie Eröffnung ber Unterfuchung "erfolgt" auf Grund

Grund einer Erklärung ber mit ber Kontrole ber Wehrpflichtigen beauftragten Behörbe.

Diese Erklärung ist in ben Fällen bes g. 140 Abs. 1 Rr. 1 bes Strafgeset= buchs babin auszustellen:

baß ber Wehrpflichtige fich zu ben angeordneten Revisionen nicht gestellt. baß ber Aufenthalt besselben im Deutschen Reich nicht ermittelt worben, und baß ber angestellten Ertundigungen ungeachtet sich teine Umftande ergeben haben, welche bie Annahme ausschließen, bag ber Wehrpflichtige, um fich bem Eintritt in ben Dienft bes ftebenben Beeres ober ber Flotte ju ent= ziehen, ohne Erlaubnif entweder bas Bunbesgebiet verlaffen habe ober nach erreichtem militärpflichtigen Alter im Auslande verblieben fei.

In ben Fällen bes &. 140 Abf. 1 Nr. 2 bes Strafgesetbuchs, sowie bei Unterfuchungen gegen beurlaubte Refervisten und Wehrmänner wegen Auswanderns ohne Erlaubniß (g. 360 Rr. 3 bes Strafgesetbuchs) ist die Erklärung babin zu fassen:

daß der Aufenthalt des Offiziers, des Arztes, des Refervisten oder Wehr= mannes im Deutschen Reich nicht ermittelt,

daß ihm eine Erlaubniß zur Auswanderung nicht ertheilt worden, und baß ber angestellten Erkundigungen ungeachtet fich keine Umftanbe ergeben haben, welche bie Annahme ausschließen, daß er ausgewandert fei.

Bei Untersuchungen gegen Ersatreferviften erfter Rlaffe megen Auswanderns ohne Anzeige bei ber Militärbehörbe (§. 360 Rr. 3 bes Strafgesetbuchs) ift bie Erflärung dabin zu faffen:

baß ber Aufenthalt bes Erfatreservisten im Deutschen Reich nicht ermittelt worben sei,

baß er von einer bevorstehenden Ausmanderung ber Militärbehörde eine Anzeige nicht gemacht habe, und

baß ber angestellten Erfundigungen ungeachtet sich teine Umftande ergeben haben, welche bie Annahme ausschließen, bag er ausgewandert fet.

In den Källen des §. 140 Abs. 1 Nr. 3 des Strafgesethuchs ist die Er= flarung babin zu fassen:

baß ber Aufenthalt bes Wehrpflichtigen im Deutschen Reich nicht ermittelt worben, und daß ber angestellten Ermittelungen ungeachtet sich keine Umftanbe ergeben haben, welche bie Annahme ausschließen, daß er nach öffentlicher Bekanntmachung ber betreffenden Raiferlichen Anordnung ausgewandert fet. (L. Catu. § 357; II. Cutu. § 366; III. Cutu. § 397.)

ber bier bezeichneten Erffarung ber betr. Bermaltungsbeborbe; burch biefe Saffung bes Gefetes ift ausgesprochen, daß die Staatsanwaltschaft und das Gericht nur zu prufen haben, ob die Er-Marung ben Erforberniffen bes § 472 entfpricht: ift bies ber Rall, fo tann weber bie Staatsanwaltfcaft bie Erhebung ber Antlage, noch bas Gericht bie Eröffnung ber Untersuchung ablehnen. Gine ber Erhebung ber Anflage vorausgebenbe Rudfrage ber Staatsanwaltichaft bei ber Berwaltungsbeborbe ift zwar nicht ausgeschloffen; im lebrigen aber ift bie Frage: ob Umftanbe vorliegen, welche ber Erflarung entgegenstehen (§ 475), erft in ber hauptverbanblung in Betracht gu gieben; es bleibt zunächst abzuwarten, ob ber Angeklagte in biefer erscheinen und was er zu seiner Bertheibigung vorbringen werbe. Digitized by Google

§. 473.

Die Labung bes Angeklagten zur Hauptverhandlung erfolgt nach Borschrift ber §§. 320, 321 Abs. 1.

Die Ladung muß im Falle ber öffentlichen Zustellung auch die Angabe bes letzten beutschen Wohnorts ober Aufenthaltsorts des Angeklagten enthalten.

Der Labung ist in jedem Falle die Warnung beizufügen, daß bei unentschuldigtem Ausbleiben der Angeklagte auf Grund der in §. 472 bezeichneten Er-klärung werde verurtheilt werden.

(L. Cutus. §§ 388, 389; II Cutus. §§ 367, 368; III. Cutus. § 399.)

§. 474.

Für die Hauptverhandlung sindet die Bestimmung des §. 322 Anwendung. (I. Entw. § 360; II. Entw. § 369; III. Entw. § 400.)

§. 475.

Sind die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet, so erfolgt die Verurtheilung bes abwesenden Angeklagten auf Grund der im §. 472 bezeichneten Erklärung, wenn sich nicht Umstände ergeben, welche dieser Erklärung entgegenstehen.

Bedarf es in Ansehung eines Angeklagten einer Beweisaufnahme, so ist die Sache von den übrigen zu trennen und gesondert zum Abschlusse zu bringen.

(I. Entm. § 361; II. Entm. § 370; III. Entm. § 401.)

3. In Betreff ber "mit ber Kontrole ber Behrpflichtigen beauftragten Beborbe" vgl. für Breugen bie Allg. Berf. bes Juft.=Din. v. 6. Apr. 1880 (3DBl. S. 72).

3u \$ 478.

- 1. "im Ralle ber öffentlichen Buftellung" bierzu vgl. § 320 Rote 1.
- 2. Bu Abf. 3 vgl. § 475 Note 1.

3u \$ 474.

1. Bgl. § 476 Rote 1.

3u § 475.

- 1. Die Mot. S. 230 führen aus: "Es liegt in der Natur der Sache, daß der Thatbestand ber strafbaren hanblung nicht in direkter Beise dargethan werden kann. Das Geset muß baher eine Art positiver Beweistegeln vorschreiben und den Richter anweisen, aus gewöhsen thatsächlichen Umftänden, wie sie hier im § 472 ausgesührt sind, auf den Thatbestand zu schließen, insofern nicht im einzelnen Fall bestimmte Gründe einem solchen Schluß entgegenstehen." Die Frage aber: ob ein gewisser, in der Berhandlung zur Sprache gekommener oder aus den Akten sich ergebender Umstand von der Art sei, daß er der in § 472 bezeichneten Erklärung "entgegensteht", unterliegt in jeder hinsicht der sreien Burdigung des Gerichts (§ 260); die Abweichung von dem Grundsat dieses letzteren § greift nur Plat, insoweit besondere Umstände des Falles nicht in Frage stehen: RGer. 1. 18. Oft. 80 (Entsch. II. 351), I. 25. Febr. 84 (Entsch. X. 152), IV. 24. Apr. 85 (Mspr. VII. 254).
- 2. Wenn die vorgeichriebenen Formlichfeiten nicht beobachtet find, b. h. wenn die Erklärung ber Kontrolbehörbe nicht ber Borschrift bes § 472 ober bas Bersahren bei ber Labung nicht ber bes § 473 entspricht, so barf bieserhalb nicht auf Freisprechung erkannt, es muß viels mehr die Ergänzung bes Fehlenben bezw. die Wieberholung ber Labung angeordnet werden. Bare eine vorschriftsmäßige Erklärung nicht zu erlangen, so würde bemnächt auf Einstellung bes Ber-

^{2.} Die Erhebung ber öffentlichen Rlage tann hier nicht burch einen Antrag auf Borunterfuchung erfolgen (vgl. Rote 3. b, zu Buch 2 Abichn. 2-6), und ebensowenig fteht es bem Gericht zu, ftatt bes hauptverfahrens zunächt eine solche (vgl. § 200) zu eröffnen.

§. 476.

Die Zustellung bes Urtheils erfolgt nach Maßgabe ber Bestimmungen bes §. 40 Abs. 2.

(I. Entm. § 362; IL Cutm. § 371; III. Entm. § 402.)

Fünfter Abidnitt.

Berfahren bei Gingiehungen und Bermögensbefdlagnahmen.

fahrens zu erkennen fein; fo Olshaufen S. 564; vgl. Oppenhoff S. 338 (bas eingeleitete Berfahren fei "als zur Keit unftatthaft" aufzuheben).

3u \$ 476.

- 1. In Betreff ber Rechtsmittel gelten bie allgemeinen Bestimmungen (Buch 3). Bon ben bem Beschuldigten zustehenden Rechtsmitteln können zufolge § 324 auch die Angehörigen besselsen Gebrauch machen. Daraus, daß Abschin. 4 eine Berweifung auf § 324 nicht enthält, ist das Gegentheil nicht zu folgern, da dieser Abschilt sich mit den Rechtsmitteln überhaupt nicht ausdrücklich beschäftigt. Gl. A. Reves in H. II. S. 455, Reller S. 604, Thilo S. 523, Dalde S. 313.
- 2. In ben Mot. S. 230 findet sich bemerkt: "Es schien nicht ersorberlich, bem Berurtheilten eine Biebereinsehung in ben vorigen Stand (vgl. § 234 Abs. 1) zu gewähren. Denn, wenn ein Angeklagter, ber nicht schulbig ist, auf Grund ber Präsumtion bes § 475 verurtheilt sein sollte, so wird die Sachlage stets eine solche sein, daß berselbe im Stande sein wird, die Bieberaushbebung des Urtheils auf Grund des § 399 Ar. 5 herbeizusühren." Das Lehtere kann zwar zugegeben werden; allein in dem Gesetz selbst ist das, was die Mot. sagen, nicht zum Ausdruck gekommen, und es läßt sich daher nicht anerkennen, daß die Wiebereinsehung in den vorigen Stand hier ausgeschlossen sei. Der Fall 3. B., wenn der Angeklagte sein Erscheinen in der hauptvoerhandlung beabsichtigt hat, aber durch einen Unfall auf der Reise am pünktlichen Eintressen zu einer Wiederaussnuck die, ist offendar zu einer Wiedereinsehung in den vorigen Stand, nicht aber zu einer Wiederaussnuch der Aus aus 323 Note 3 Gesagte auch hier entsprechende Anwendung sinden. Bgl. Meves in Ho. II. S. 455.
- 3. In Betreff bes burch bas Urtheil erfolgenben Berbrauchs ber Straftlage f. Rote 29. d. 3u Buch 2 Abicon. 1.

Jum Fünften Abfonitt. Bu ff 477-479.

1. Die SS 477—479 regeln bas f. g. objektive, b. h. bassenige Strafversahren, in welchem über bie Einziehung, Bernichtung ober Unbrauchbarmachung von Gegenständen erkannt wird, ohne baß ein Beschulbigter vorhanden ist; die SS 478, 479 insbes. behandeln die prozessualischen Beschunisse Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf den Gegenstand der Einziehung 2c. haben (Einziehungs 2c. Interessenten). — Die StBO. giebt aber keine ausdrücklichen Borschriften darüber, welche Besugnisse berartige Interessenten innerhalb des gewöhnlichen, d. h. gegen einen bestimmten Beschuldigten gerichteten Berfahrens haben; vgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 3, 14. In dieser hinsicht ist zu unterschieden:

A. Es handelt fich um bie Einziehung zc. einer Ginzelfache (vgl. StoB. § 40 im Gegen- fat ju § 41).

a.a. Muß nach bem anzuwendenden Strafgeset (vgl. 3. B. StBB. S\$ 295, 360) die Einz ziehung erkannt werden, auch wenn nicht der Beschuldigte, sondern ein bei der strafbaren handlung unbetheiligter Oritter der Eigenthümer der Sache ist, so kommt es darauf an, ob es zur Ausführung der Einziehung einer Bollstredung des strafrichterlichen Urtheils gegen den Eigenzthumer bedarf. Ist, weil sich die Sache im Gewahrsam des letzeren besindet, eine solche Bollzstredung nothwendig, so muß, um die Zulässigkeit der letzeren zu begründen, der Eigenzthumer zu dem Bersahren zugezogen werden. Denn von der materiellrechtlichen Frage: ob die

Digitized 51GOOGIC

Einziehung ben Gigenthumer ber Sache ohne Rudficht auf feine Betheiligung bei ber That treffe, 🚻 gang perfcieben bie prozessuale Frage: ob eine rechtsträftig ausgesprochene Einziehung gegen Temand jur Bollftredung gebracht werben tonne, ber ju bem flattgehabten Berfahren nicht juge jogen worben ift. Die lettere Frage muß verneint werben: auch in Straffachen gilt ber allgemeine Grundfat, bag ein Urtheil nur gegen benjenigen vollftredt werben tann, gegen ben es ergangen und in Rechtstraft erwachsen ift. Bal. Roer. II. 27. Jan. 82 (Entich. V. 372, Ripr. IV. 79) fowie bie Befchl. bes vorm. preug, Obertrib. v. 11. Dez. 73 u. 4. Marg 75 (Goltb. Arch. XXL S, 640 u. XXIII. S. 312), Dishaufen S. 137. — Die Bugiehung bes Britten gu bem Berfahren wird barin ju bestehen haben, bag berfelbe gleich bem Befculbigten ju ber Sauptverhandlung gelaben wirb, und zwar unter bem Gröffnen, bag über bie Ginziehung ber betr. Sache ibm gegenüber erkannt werben folle. Der bas hauptverfahren eröffnenbe Befchluß muß, wie bem Befdulbigten felbft, fo auch bem jugezogenen Dritten mitgetheilt werben, ebenfo bie Anklageichrift, infofern es ihrer Mittheilung an ben Befdulbigten felbft (§ 199) bebarf. Im Uebrigen find auf ben augezogenen Dritten bie Bestimmungen bes § 478 Abf. 3 (wgl. bort Rote 4, 5) und bes § 479 anwenbbar. — Ift die Buziehung bes Dritten zu bem Berfahren gegen ben Befdulbigten unterblieben, fo muß gegen ihn nachträglich ein befonberes Berfahren ber vorbezeichneten Art zu bem Zwecke flattfinden, damit auch ihm gegenüber die Einziehung der ben. Sache ausgesprochen und baburch bie Bollftredung biefer Magregel ermöglicht merbe.

3. If (3. B. weil die Sache im Besitze des Beschulbigten gefunden und in Beschlag genommen worden) zur Aussährung der Einziehung eine Bollstredung des Urtheils gegen den Eigenthümer nicht erforderlich, so ist dieser dennoch für befugt zu erachten, sich als Einziehungs: 2c. Interessent bei dem Bersahren zu melben und in diesem Ales vorzubringen, was die Berhängung der Einziehung 2c. abzuwenden geeignet ist. Auch auf Fälle dieser Art werden die Bestimmungen des § 478 Abs. 3 und des § 479 analog anzuwenden sein.

y. Ift gegenüber bem bei ber That unbetheiligten Eigenthumer bie Einziehung unter gewissen Boraussehungen ausgeschlossen (vol. 3. B. Bereinszoll-Ges. v. 1. Juli 1869 § 154), so muß, ohne Rücklicht auf die Rothwendigkeit einer gegen ihn gerichteten Bollftredung, seine Zuziehung zu dem Bersahren (a) zu dem Zwecke stattslinden, damit über das Borhandensein oder Richtworhandensein dieser Boraussehungen verhaudelt und erkannt werbe.

b. Ift bei bem vorliegenden Delitt die Einziehung einer Sache nur zuläffig, wenn der Befculbigte selbst ber Eigenthumer ift (SiBB. § 40), so ift für die Betheiligung eines Dritten bei dem Berfahren kein Raum vorhanden. Das Gericht muß, wenn es auf die Einziehung erkennt, das Eigenthumbrecht des Beschuldigten seftstellen. Diese Feststellung aber hat gegenüber einem bei dem Strasversahren nicht betheiligten Dritten keine Birksamkeit: einem Dritten, der die Sache in seinem Gewahrsam hat, kann die letztere nicht im Bege der Bollftreckung des Strasvurtheiles entzogen werden; in dem anderen Falle aber, wenn die Sache sich im Gewahrsam des Staates 2c. besindet (oben 3), kann die gedachte Feststellung einer auf Anerkennung des Eigensthums gerichteten Tivilksage des Dritten gegen den Staat (Kiskus) 2c. nicht entgegenstehen.

B. a. Es handelt sich nicht um eine Einzelsache, sondern um die Undrauchdarmachung x. aller Eremplare einer Schrift, Abbildung ober Darstellung (StBB. § 41). Alsdann ist das diese Maßregel verhängende Urtheil gegen alle in dem cit. § 41 Abs. 2 gedachten Bersonen volftreckar, gleichviel ob dieselben zu dem Bersahren zugezogen waren oder nicht. Es ist demzusolge auch niemals ersorderlich, neben dem Beschulbigten solche Personen von Amtswegen zuzuziehen. Bohl aber werden diesenigen Interessen zuzuziehen sein, welche sich bei dem Gericht melden und ihre Zuziehung auf Grund des § 41 Abs. 2 verlangen; denn es sehlt jeder Grund, denzeingen, welche Mangels eines Beschulbigten sich dei dem Bersahren betheiligen dürsen (§§ 478, 479), die Besugniß zu versagen, neben einem Beschulbigten aufzutreten; in dem einen wie in dem anderen Falle handelt es sich sur sie um die Vertheibigung eigener Gerechtsame. Auch hier werden son nach die Bestimmungen der eit. §§ analog auzuwenden sein.

b. Birb von ber Bollftredung eines auf Unbrauchbarmachung ze. lautenben Uribeils ein Dritter betroffen, welcher behauptet, bag er nicht zu ben in § 41 Abf. 2 bes StBB, gebachten

Digitized by GOOGIC

§. 477.

In ben Fällen, in welchen nach §. 42 bes Strafgesethuchs ober nach anderweiten gesetlichen Bestimmungen auf Einziehung, Vernichtung ober Unbrauchbarmachung von Gegenständen selbständig erkannt werden kann, ist der Antrag, sofern die Entscheidung nicht in Verbindung mit einem Urtheil in der Hauptsache erfolgt, seitens der Staatsanwaltschaft oder des Privatklägers bei demjenigen Gerichte zu stellen, welches für den Fall der Verfolgung einer bestimmten Person zuständig sein würde.

An die Stelle des Schwurgerichts tritt die an dessen Sitzungsorte bestehende Straffammer.

(I. Eutw. § -; II. Eutw. § 372; III. Eutw. § 403.)

Personen gehöre, so fteht ihm behufs Geltenbmachung bieser Behauptung ber Weg bes Civils prozesses offen. Dafielbe gilt von solchen Dritten, welche Besitrechte an einem Gegenstanbe geltenb machen, ber in bem Gewahrsam einer ber in § 41 Abs. 2 gebachten Personen von ber Bollftredung betroffen worben ift. Bgl. Oppenhoff, Strafgesethuch § 41 Note 12.

Zu A. und B. vgl. die abweichenden Ansichten von v. Kries S. 24 ff., Meves in Hh. II. S. 459 ff., Reller S. 605, Boitus Kontr. II. S. 374 ff., besonders aber Jastrow in Goltd. Arch. XXX. S. 51 ff.

- 2. hinsichtlich ber Einziehung ber Rachbruds-Eremplare und Rachbruds-Bors richtungen enthält bas Ges. v. 11. Juni 1870 SS 21, 22, 25 besondere Bestimmungen über bas Erforberniß ber Zuziehung des Eigenthumers zu dem Berfahren. Auf diese Bestimmungen ift. in verschiedenen anderen Reichsgesetzen (vgl. § 477 Rote 1) verwiesen.
- 3. In allen Fällen, in benen ein Einziehungs= 2c. Interessent bei einem Strafverfahren bestheiligt ift (Rote 1, 2), ift berselbe für berechtigt zu erachten, ber erhobenen Strafflage in allen ihren Theilen zu widersprechen und, unabhängig von bem Berhalten bes Beschulbigten selbst, bas Richtvorhandensein eines die Einziehung 2c. begründenden Delitts darzulegen. Diese Berechtigung wird badurch nicht ausgehoben, daß dem Beschuldigten gegenüber bereits ein rechtsträftiges Urtheil vorliegt (vgl. Note 14 zu Buch 2 Abschu. 1). Auch in der Ausübung der in § 478 Abs. 3 und § 479 bestimmten Besugnisse ift der Einziehungs= 2c. Interessent von dem Bershalten des Beschuldigten unabhängig.

3u & 477.

- 1. Die "anderweiten gesetslichen Bestimmungen" tonnen reichsrechtliche ober laubesrechtliche sein. Reichsrechtliche Borschriften bes gebachten Inhalts s. u. A. im St. S. 152; Ses.
 v. 11. Juni 1870, betr. das Urheberrecht an Schriftwerken 2c., SS 21, 22, 25, 26, 43, 45; Ses.
 v. 9. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Werken der bilbenden Künste, S. 16; Ses. v. 10. Jan.
 1876, betr. den Schutz der Photographieen, S. 9; Ges. v. 11. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an
 Mustern und Modellen, S. 14; Ges. v. 14. Mai 1879, betr. den Berkehr mit Nahrungsmitteln 2c.,
 S. 15; Ses. v. 22. Mai 1881, betr. die Küstenfrachtsahrt, S. 3 Abs. 3; Ges. v. 30. Apr. 1884,
 betr. die Fischere in der Nordsee, S. 2; Ges. v. 26. Mai 1885, betr. das Papier der Reichstassenschen, S. 3; Ges. v. 25. Juni 1887, betr. den Berkehr mit bleiz und zinkhaltigen Gegenz
 ftänden, S. 6; Ges. v. 5. Juli 1887, betr. die Berwendung gesundheitsschädlicher Farben, S. 13;
 Ges. v. 12. Juli 1887, betr. den Berkehr mit Ersahmitteln für Butter, S. 5.
- 2. a. Nach § 42 bes StBB. bezw. nach bem sonstigen, im gegebenen Falle anzuwendenden Geset bestimmen fich die Boraussehung en, von beren Borhandensein die Zulässigkeit der "selbstständigen" Festsehung einer Einziehung 2c. abhängt; vgl. über dieselben namentlich die Roten zu § 42 cit. in den Rommentaren zum StBB. Die §§ 477—479 treffen über die Zuslässigleit einer solchen "selbstständigen" Festsehung keine Bestimmung, sondern regeln lediglich das bei einer solchen eintretende Berfahren.

b. Inwiefern nach vorangegangener Berurtheilung ober Freisprechung eines Angeklagten

- nachträglich noch ein objektives Strafversahren zulässig ober burch ben Grundsat "Non bis in idem" ausgeschlossen sei, barüber s. Rote 31. a. β zu Buch 2 Abschn. 1. Ift die Einziehung zc. zugleich mit der Berurtheilung des Angeklagten ausgesprochen, jedoch wegen des Todes besselben das Urtheil nicht rechtskräftig geworden, so ift letteres auch bezüglich der Einziehung z. nicht vollstreckar (§ 481), und es muß, um diese zu ermöglichen, nachträglich das objektive Strasversahren eintreten; so: Olshausen S. 139.
- 3. Auch bie Frage: inwiesern bie selbfiftanbige Festsebung einer Einziehung ze. in Berbindung mit einem Urtheil in ber hauptsache erfolgen tonne, wird hier nicht entfcbieben. In ber gegen ben Thater 2c. eingeleiteten Untersuchung tann, wenn biefer aus einem in feiner Berfon liegenben Grunbe freigefprochen wirb, in bemfelben Urtheil auf Die Gingiebung 2c. erfannt werben, wenn bie Boraussegungen für eine folde Enticheibung (Rote 2. a) jutreffen: RGer. III. 16. Febr. 81 (Entich. IV. 87, Ripr. III. 52). Rach I. 22. Dez. 84 (Ripr. VI. 837) foll bies auch im fowurgerichtlichen Berfahren nach Abgabe eines auf Richtichulbig lautenben Bahrfpruches gelten, fofern nicht "erfichtlich" ift, bag wegen Mangels ber gebachten Boraussetungen bas Richtschulbig ausgesprochen worben; ebenfo nach I. 12. Juli 80 (Entich. IL. 220, Ripr. II. 191), fofern es "möglich ericheint", bag ungeachtet bes Bahripruches objettiv ber Thatbestand einer strasbaren Handlung vorliegt (sehr bebentlich, da ber Bahrspruch keine Angabe ber Grunde enthalt und somit nicht ertennbar ift, ob bas objektive Borhanbenfein eines Delifts hat verneint werben follen). — Im Uebrigen beantwortet fich bie Frage nach ben allgemeinen Beftimmungen über bie Berbinbung mehrerer Straffachen (SS 2-4, 13, 236; pgl. Rote 33 ff. ja Buch 2 Abicon. 1). Rach biefen ift es 3. B. ebenso zuläffig, bas Berfahren über bie Ginziehung einer Sache, welche einem verftorbenen ober abwefenben (§ 318) Theilnehmer gehort und von ihm bei ber Begehung ber That gebraucht worben ift, mit bem gegen ben Thater flatifinbenden Berfahren ju verbinben, wie es anbererfeits auch ftatthaft ift, fene Ginziehung jum Gegenftanbe eines besonberen Berfahrens zu machen.
- 4. a. Der hier vorgesehene "Antrag " caratterifirt sich als eine besondere Form ber Erbebung ber Straftlage (öffentliche Rlage bezw. Privattlage); vgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 3 und 3 168 Rote 2. Demgemäß bestimmt fich bie Zulässiglieit einer Zurüdnahme bes Antrages nach 3 154 bezw. S 431 Abs. 1, 2.
- b. Die Stellung bes Antrages ift in das Ermeffen ber Staatsanwaltschaft geftellt; bas Legalidatsprinzip (§ 152) greift hier nicht Blat (gl. A. Olshaufen S. 148). Insbes. wird von bem Antrage bann Abstand zu nehmen sein, wenn die Entfernung des betr. Gegensstandes aus dem Berkehr sich thatsächlich auf einsacherem Wege bewirken läßt. Dies gilt selbst da, wo das Geset, wie z. B. § 152 des StBB., die Einziehung obligatorisch vorschreibt: eine solche Borschrift besagt nur, daß das Gericht auf Einziehung erkennen muß, falls es mit der Sache besaft wird. In diesem Sinne hat sich bez. des § 152 cit. der preuß. Just.-Min. in einer Cirk.-Bers. v. 17. Juni 1887 ausgesprochen.
- 5. In Betreff feines Inhalts muß ber Antrag ben Erforberniffen einer Anflagefchift (§ 198; vgl. § 421) entsprechen.
- 6. Auf ben Antrag wirb vom Borfitenben ber hauptverhandlungstermin (§ 478) anberaumt, ohne bag eine Beschlugfassung bes Gerichts flattfinbet: RGer. III. 9. Ott. 84 (Rfpr. VI, 611).
- 7. Die sachliche Buftan bigteit bes Gerichts bestimmt fic, mit ber in Abs. 2 vorge sehenen Mobifitation, nach ben allgemeinen Borfchriften; sonach tann auch bas Reichsgericht in erfter Instanz zuständig sein (GBG. § 136 Rr. 1). Ift, weil ber Thäter unbefannt, ober aus einem anderen Grunde die strafrechtliche Qualifitation ber That und bemaufolge auch die sachliche Zuständigfeit bes Gerichts nicht mit Gewißheit sestigellen, so ift als zuständig basjenige Gericht anzusehen, bessen Zuständigkeit die größere ift, mithin und ba in Ansehung bes Reichsgerichts eine solche Ungewißheit nicht fliglich wird obwalten können, die Straftammer.
- 8. Anch für bie örtliche Buftanbigfeit find bie allgemeinen Borichriften maßgebend. Dieselbe bestimmt sich nach bem Orte, an welchem bie objektiv strafbare, wenn auch an bem Thater nicht zu strafenbe handlung begangen ist: RGer. II. 28. Jan. 87 (Entich. XV. 235, Rfpr. IX.

§. 478.

Die Verhandlung und Entscheidung erfolgt in einem Termine, auf welchen bie Bestimmungen über die Hauptverhandlung entsprechende Anwendung finden.

Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf ben Gegenstand ber Sinziehung, Bernichtung ober Unbrauchbarmachung haben, sind, soweit dies ausführbar erscheint, zu bem Termine zu laben.

Dieselben können alle Befugnisse ausüben, welche einem Angeklagten zustehen, sich auch durch einen mit schriftlicher Bollmacht versehenen Bertheidiger vertreten lassen. Durch ihr Nichterscheinen wird das Versahren und die Urtheilsfällung nicht aufgehalten.

(L. Cutm. \$ --; II. Cutm. \$ 373; III. Cutm. \$ 404.)

96). Ift ein ben Gerichtsfland bestimmender Ort im Inlande nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln, so wird gemäß § 9 das zuständige Gericht durch das Reichsgericht bestimmt: Rer. I. 28. Apr. 87 (Rspr. IX. 290). Dies gilt insbes. auch dann, wenn der Thäter nicht ermittelt ist; a. M. Reves in Hh. II. S. 462, welcher in diesem Falle jedes sachlich zuständige Gericht auch sür örtlich zuständig und den § 12 für ausschlaggebend erachtet. Bgl. noch Olshausen S. 149, welcher in analoger Anwendung des § 9 ("Ergreifung") zunächt daszenige Gericht für zuständig hält, in bessen Bezirk der einzuziehende Gegenstand "angehalten" wird. — In Betress des Falles, wenn es sich um die Undrauchdarmachung einer Oruckschrift handelt, s. noch die Noten zum Preßsessen. 7. Mai 1874 (unten in Abth. III.).

3u § 478.

Bu Abs. 1.

- 1. Der hier gedachte Termin ift nichts Anderes als eine hauptverhandlung (a. M. Meves in Sh. II. S. 463). Insbes. gelten auch hinfictlich ber Deffentlichkeit bie allgemeinen Bestimmungen (GBG. S. 170, 173—176). In schöffengerichtlichen Straffachen nehmen bie Schöffen an ber Berhandlung und Entscheidung Theil (GBG. S. 30 Abs. 1).
- 2. Das Urtheil lautet entweber auf Einziehung z. ber betr. Gegenstände ober, falls ber Antrag für unzuläsig ober unbegrundet befunden wirb, auf Zurudweisung besselben.
- Bu Abs. 2.

 3. In ber RER. war beantragt worden, statt der Borte: "find zu laden" zu sagen: "find auf ihr Ansuchen oder, wenn ihr Anspruch dem Gericht bekannt oder glaubhaft gemacht with, von Amtswegen zu dem Termine zu laden, sofern nicht ihre Abwesenheit oder sonstige hindernisse entgegenstehen." Auf Grund der Erklärung des Regierungsvertreters: daß der Snichts Anderes aussprechen wolle als das, was der Antrag enthalte, wurde der sehtere zurückgezogen (Prot. S. 706).

Bu Abf. 3.

4. In Betreff bes Nichterscheinens ber gelabenen Einziehungs- 22. Interessenten und ihrer Besugniß, sich vertret en zu lassen, sieht Abs. 3, ba es sich hier eben nur um die Einziehung 22. hanbelt, mit ben Bestimmungen ber §§ 231, 233 im Einklang. — Eine Biebereinset ung in ben vorigen Stand (§ 234) kann, wie aus bem Schlußsat zu solgern ist, ber Nichterschieneneniemals beanspruchen. Gl. A. Reller S. 607, Dochow S. 288, Geyer S. 886; a. M. Meves in H. S. 465, Stenglein S. 679. — Die Bestimmung bes § 235, betreffend ben Zwang zum perschlichen Erscheinen, ist hier selbstverständlich nicht anwendbar.

Denjenigen Einziehungs: 2c. Interessenten, welche zu bem Termine gelaben ober sonst zur Berhanblung zugelassen waren, ist bas Urtheil, wenn sie ber Berkündung besselben nicht beiges wohnt haben, zuzustellen: RGer. III. 26. Jan. 85 (Entsch. XI. 414, Rspr. VII. 52). Das selbe muß bezüglich solcher Interessenten gelten, welche sich behufs Betheiligung an dem Versahren bei dem Gericht gemelbet hatten, deren Ladung jedoch unterblieben war; a. M. ansch. das eit, Urth. — Soweit hiernach die Zustellung ersorderlich ist, wird sie dadurch nicht entbehrlich, daß.

§. 467.

Hat ber Beschuldigte gegen einen Strafbescheib auf gerichtliche Untersuchung angetragen, ober hat die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben, so kann die Berwaltungsbehörde sich der Berfolgung anschließen, und sie hat alsdann gleichwie bei einer von ihr erhobenen Anklage einen Bertreter zu bestellen.

In diesem Falle kommen die für den Anschluß des Berletten als Rebenklager gegebenen Bestimmungen gur Anwendung.

(L Entm. § 352; II. Entm. § 361; III. Entm. § 392.)

§. 468.

Wenn die Berwaltungsbehörde die Anklage erhoben oder sich der Berfolgung angeschlossen hat, so sind ihr das Urtheil und alle sonstigen Entscheidungen zuzu: stellen, auch wenn sie bei deren Berkundung vertreten gewesen ist.

(L. Entw. § 353; II. Entw. § 362; III. Entw. § 393.)

§ 430 Abs. 1, 3 gilt auch hier. Es erscheint jedoch zweiselhaft, ob der Bertreter ber Berwaltungsbehörde (§ 464 Abs. 2) zur Ergreifung der Rechtsmittel befugt sei oder diese Befugniß nur der Behörde selbst zustehe; die Bestimmungen der §§ 468, 469 sprechen für letzeres. § 430 Abs. 2 in bier nicht anwendbar: eine öffentliche Behörde bedarf in keinem Falle der Unterzeichnung ihme Erklärungen durch einen Rechtsanwalt. — Unanwendbar endlich erscheinen §§ 431, 432, da eine Zurlichnahme der ätzentlichen Klage nicht statthaft ist (§ 154). Das Ausbleiben eines Bertreters der Berwaltungsbehörde saht mit Rücksicht auf § 465 Abs. 2 (wgl. dort Rote 2) der Berhandlung und Entscheidung der Sache nicht eutgegen. — Im Besentlichen gl. A. Arndt a. a. D. S. 320 si.; theism. a. M. Keller S. 596, Thilo S. 515, Boitus Komm. S. 459 u. in Goltd. Arch. XXIX. S. 103, Meves in H. II. S. 433 si., Stennstein S. 672.

3u # 467.

- 1. Die Mot. S. 230 sagen: "Auch bann, wenn die Staatsamsklichaft die Berfolgung ber treibt, kann die Berwaltungsbehörde ein Interesse daran haben, selbst in dem Buschiem mitzu-wirken, um ihre Ansichten unmittelbar vor dem Gericht zu entwicken, sei es, weil die Sache einzehende technische Erörterungen erfordert, sei es, weil sie surwaltung von grundsählichen Wichtigkeit ist. Das Geseh gestattet beshalb der Berwaltungsbehörde den Anschluß an die Straivversolgung."
- 2. Die Anfclußberechtigung fteht nur berjenigen Berwaltungsbehörbe ju, welche unter ben Boraussetzungen bes § 464 berechtigt gewesen ware, selbft bie Antlage ju erheben; in Betreit ber ilber biese Boraussetzungen bestehenben Meinungsverschiebenheit vgl. bort Rote 1, 2. In bem bort cit. Urih. II. 27. Oft. 85 hat bas Rer. ben Anschuß auch in bem Falle für statthaft erachtet, wenn mit bem Boll- ober Steuerbelist ein anderes, nach bem gemeinen Strafrecht straftent bares Delist ibeell konfurrirt.
 - 3. Die in § 436 Abf. 2 bezeichnete Enticheibung bes Gerichts ift auch bier erforberlich.
 - 4. Ju Betreff bes Bertreters ber Bermaltungsbehörbe f. § 464 Abf. 2 u. Rote 7 baf.
 - 5. Die bier in Bezug genommenen Bestimmungen f. in SS 436-442.

3u \$ 468.

- 1. Die Mo.t. S. 230 sagen: "Die Bestimmungen ber SS 468, 469 beruhen auf ber Erwägung, daß die Berwaltungsbehörbe eine Entschließung über ben Gebrauch eines Rechtsmittels nicht wohl frither sassen, als bis sie ben Bortlaut ber gerichtlichen Entscheidung und ihrer Gründe kennt, und daß ferner die für die Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft und bes Angestagten vorgeschriebenen Fristen zu kurz sind, als daß eine Behörde, welche häusig einer kollegialischen Berrathung bedürfen wird, oder welche die Anweisungen einer höheren Berwaltungsinstanz wird einzholen muffen, im Stande wäre, diese Fristen überall innezuhalten."
 - 2. Die Buftellung bes Urtheils an die Bermaltungsbehörbe hat auch bann ju erfolgen, wenn biefe fich erft nach ber Berfunbung beffelben, jeboch vor Eintritt ber Rechtstraft, ber

Digitized by GOOGLE

§. 469.

Die Fristen zur Ginlegung von Rechtsmitteln beginnen für die Verwaltungsbehörbe erft mit ber Zustellung.

Bur Anbringung von Revisionsanträgen und zur Gegenerklärung auf solche steht ber Berwaltungsbehörde eine Frist von einem Monate zu.

(L. Cutm. § 354; II. Cutm. § 363; III. Cutm. § 394.)

Bierter Abichnitt.

Berfahren gegen Abwefende, welche fich der Wehrpflicht entzogen haben.

§. 470.

Bei Untersuchungen gegen

Wehrpslichtige, welche in der Absicht, sich dem Sintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundeszgebiet verlassen haben oder nach erreichtem militärpslichtigen Alter sich außers halb des Bundesgebietes aufhalten (§. 140 Abs. 1 Rr. 1 des Strafgesehbuchs),

Offiziere und im Offizierrange stehende Aerzte bes Beurlaubtenstandes, sowie beurlaubte Reservisten und Wehrmanner ber Land- ober Seewehr, welche

Bum Bierten Abichnitt.

3u \$ 470.

Berfolgung angeschlossen hat; auch in biesem Falle beginnt für jene Behörbe bie Frist zur Einlegung bes betr. Rechtsmittels (§ 469) erst mit ber Zustellung: RGer. II. 27. Mai 87 (Entsch. XVI. 130, Rfpr. IX. 349).

^{3.} Die Zustellung aller Entscheibungen hat an bie Bermaltungsbehörbe felbst zu erfolgen; bie Bestimmung bes § 418 Sat 2 findet auf ben Bertreter (§ 464 Abs. 2) nicht Anwendung.

3u § 469.

^{1.} Bgl. § 468 u. bie Roten baf.

^{2.} Durch Abs. 2 werben bie Friftbestimmungen ber S\$ 385, 387 zu Gunsten ber Bers waltungsbehörbe mobisizit. hinsichtlich ber Dauer aller übrigen Rechtsmittelfriften (§\$ 381, 355, 358, 353) gelten auch für die Berwaltungsbehörbe lediglich die allgemeinen Borschriften. In Bertress ber Rechtsertigung ber Berufung s. bie Noten zu § 358. — Bgl. Arnbt a. a. D. S. 322.

^{1.} Ueber ben Begriff bes "Abmefenben" f. § 318.

^{2.} Das in Abichn. 4 vorgejehene Berfahren greift nur bei ben in § 470 bezeich neten firafbaren Sanblungen Plat und ift auf anbere Zuwiderhandlungen gegen die die Erfüllung ber Behrpflicht betreffenden gesehlichen Borschriften (3. B. § 33 bes R.-Militar-Ges. v. 2. Mai 1874) nicht anwendbar.

^{3.} In Betreff ber in ben Fallen bes § 140 bes StBB. Bulaffigen Beichlagnahme bes Bermogens bes Angellagten f. § 480.

^{4.} Bgl. die Bestimmungen bes R.-Militär:Ges. v. 2. Mai 1874 SS 12, 27, 28, 57, 58, 59, 60, 61, 69 (RGBl. S. 45 ss.).

^{5.} Bu bem gangen Abichn. vgl. bej. Meves in Sh. II. S. 443 ff.

^{1.} Der S enthält insofern eine Abweichung von S 319 Abs. 1, als die Boraussehung bes letteren bei ben Zuwiberhandlungen gegen die SS 140, 360 Rr. 3 bes StBB. nicht zutrifft. hierüber sagen die Mot. S. 230: "Diese Abweichung wird durch ben Inhalt des materiellen Strafgesets gerechtsertigt. Die in den SS 140 und 360 Rr. 3 des Strafgesehuchs vorgesehenen strafsbaren handlungen werden nämlich gerade durch das Berlassen bes Julandes oder durch das Berlassen

ohne Erlaubniß ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1 Rr. 2 und §. 360 Rr. 3 des Strafgesehbuchs), Ersatzeservisten erster Klasse, welche ausgewandert sind, ohne der Militärbehörde vorher Anzeige gemacht zu haben (§. 360 Rr. 3 des Strafgesehbuchs), und

Wehrpstichtige, welche nach öffentlicher Bekanntmachung einer vom Kaiser für die Zeit eines Krieges ober einer Kriegsgefahr erlassenen besonderen Anordnung im Widerspruch mit berselben ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1 Rr. 3 des Strafgesethuchs)

findet in Abwesenheit bes Angeklagten eine hauptverhandlung nach Maßgabe ber folgenden Bestimmungen statt.

(I. Cutm. § 365; II. Cutm. § 364; III. Cutm. § 396.)

§. 471.

Für das Verfahren ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen letten Wohnsig ober gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reich gehabt hat.

Das Verfahren kann gleichzeitig gegen mehrere Personen gerichtet werben und bie Verhandlung und Entscheidung ungetrennt erfolgen.

(I. Entw. §§ 356, 355 Abf. 2; II. Entw. §§ 365, 364 Abf. 2; III. Entw. §§ 396, 395 Abf. 2.)

§. 472.

Die Erhebung der Anklage und die Eröffnung der Untersuchung erfolgt auf

bleiben im Auslande begangen; bie Abwejenheit des Beschuldigten gehört also gerade zu ben Mertmalen des Thatbestandes, und wollte man hier den Grundsat des § 319 anwenden, so wurde badurch die Anwendung des materiellen Strafgesetes vereitelt werden. Der seltene Fall, daß der Beschuldigte ins Inland zurudfehrt, kann dem gegenüber nicht in Betracht kommen."

Bu # 471.

- 1. Bu Abf. 1 vgl. Rote 2 au SS 7-13, jowie S 8 Rote 3, 4.
- 2. Als letter Bohnsit ober gewöhnlicher Aufenthalt ist ber Geburtsort bes Angeklagten anzusehen, wenn nicht zu ermitteln gewesen ist, daß der lettere außerhalb dieses Ortes einen Bohnsits ober gewöhnlichen Ausenthalt im Deutschen Reiche gehabt habe; vgl. Beichl. des vorm. preuß Obertrib. v. 21. Febr. 1873 (JWBI. S. 97, Goltd. Arch. XXI. S. 287). Gl. A. Reller S. 600, Dalde S. 310, v. Bomhard S. 341, Meves in HD. II. S. 447; a. M. Huchelt S. 791. Neußersten Falles ist das zuständige Gericht gemäß S. 9 vom Reichsgericht zu bestimmen (vgl. oben Note 2 zu Buch 6). Die dei einzelnen Gerichten hervorgetretene Ansicht: daß im Falle einer solchen Bestimmung nur das gewöhnliche Bersahren eintreten könne, daß dagegen das in Absch. 4 geregelte besondere Bersahren ausschließlich vor dem in S. 471 bezeichneten Gericht statthaft sei, sindet in dem Geseh keine Begründung; sie würde überdies, da dei den in Rede stehenden Delisten S. 319 nicht anwendbar ist (S. 470 Note 1), zu dem Ergebniß sühren, daß regelmäßig die Schulbigen überhaupt nicht bestraft werden könnten.
- 3. Die Bestimmung bes § 18, ber gufolge nach Eröffnung bes hauptverfahrens bas Gericht seine Unguftanbigfeit nur auf Ginwand bes Angeklagten aussprechen barf, findet auch in bem bier geordneten Berfahren Anwendung: RGer. I. 19. Dai 81 (Entich. IV. 232, Rfpr. III. 311).
- 4. Nach Abs. 2 ift es statthaft, eine Mehrzahl von Straffällen ber in § 470 bezeichneten Art in einer Anstageschrift zusammenzusassen und über sie gleichzeltig zu verhandeln und zu entschehen; vol. Buch 2 Abschn. 1 Rote 35. In Betreff ber Trennung einzelner Fälle von ben übrigen s. § 475 Abs. 2.
 - 1. Die Erhebung ber Antlage und die Eröffnung ber Untersuchung "erfolgt" auf Grund

Grund einer Erklärung ber mit ber Kontrole ber Wehrpflichtigen beauftragten Behörbe.

Diese Erklärung ift in ben Fällen bes g. 140 Abs. 1 Rr. 1 bes Strafgeset= buchs bahin auszustellen:

baß ber Wehrpflichtige sich zu ben angeordneten Revisionen nicht gestellt. baß ber Aufenthalt besselben im Deutschen Reich nicht ermittelt worben, und baß ber angestellten Erkundigungen ungeachtet sich keine Umftande ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, bag ber Wehrpflichtige, um fich bem Sintritt in ben Dienst bes stehenben heeres ober ber Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnik entweder das Bundesaebiet verlaffen habe ober nach erreichtem militärpflichtigen Alter im Auslande verblieben fei.

In ben Fällen bes &. 140 Abf. 1 Nr. 2 bes Strafgesetbuchs, sowie bei Unterfuchungen gegen beurlaubte Referviften und Wehrmanner wegen Auswanderns ohne Erlaubniß (g. 360 Nr. 3 bes Strafgesethuchs) ift bie Erklärung babin zu faffen:

baß ber Aufenthalt bes Offiziers, bes Arztes, bes Reservisten ober Wehr= mannes im Deutschen Reich nicht ermittelt,

baß ihm eine Erlaubniß zur Auswanderung nicht ertheilt worben, und baß ber angestellten Erkundigungen ungeachtet fich teine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er ausgewandert fei.

Bei Untersuchungen gegen Ersatreservisten erster Klaffe wegen Auswanderns ohne Anzeige bei ber Militärbehörde (§. 360 Rr. 3 bes Strafgefesbuchs) ift bie Erflärung dabin zu fassen:

bag ber Aufenthalt bes Ersapreservisten im Deutschen Reich nicht ermittelt worben fei,

baß er von einer bevorstehenden Auswanderung ber Militärbehörde eine Anzeige nicht gemacht habe, und

baß ber angestellten Erkundigungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er ausgewandert sei.

In den Källen des §. 140 Abs. 1 Rr. 3 des Strafgesethuchs ist die Erklarung babin zu faffen:

baß ber Aufenthalt bes Wehrpflichtigen im Deutschen Reich nicht ermittelt worben, und daß ber angestellten Ermittelungen ungeachtet fich feine Umftanbe ergeben haben, welche bie Annahme ausschließen, daß er nach öffentlicher Bekanntmachung ber betreffenben Raiferlichen Anordnung ausgewandert fei. (I. Cutm. \$ 357; II. Cutm. \$ 366; III. Cutm. \$ 397.)

ber hier bezeichneten Erflarung ber betr. Berwaltungsbehorbe; burch biefe Fassung bes Gefetes ift ausgesprocen, bag bie Staatsanwaltschaft und bas Gericht nur zu prufen haben, ob bie Gr-Narung ben Erforbernissen bes § 472 entspricht: ift bies ber Kall, so tann weber bie Staatsanwaltfcaft bie Erhebung ber Antlage, noch bas Bericht bie Eroffnung ber Untersuchung ablehnen. Gine ber Erhebung ber Antlage vorausgehenbe Rückfrage ber Staatsanwaltichaft bei ber Berwaltungs= **behörbe ist zwar nicht aus**geschlossen; im Nebrigen aber ist bie Frage: ob Umstänbe vorliegen, welche ber Erklärung entgegenstehen (§ 475), erst in ber Hauptverhanblung in Betracht zu ziehen; es bleibt junachft abzumarten, ob ber Angeflagte in biefer erscheinen und mas er ju feiner Bertheibigung porbringen merbe. Digitized by Google

§. 473.

Die Labung bes Angeklagten zur Hauptverhanblung erfolgt nach Borschrift ber §§. 320, 321 Abs. 1.

Die Labung muß im Falle ber öffentlichen Zustellung auch bie Angabe bes letten beutschen Wohnorts ober Aufenthaltsorts bes Angeklagten enthalten.

Der Labung ist in jedem Falle die Warnung beizufügen, daß bei unentsschuldigtem Ausbleiben der Angeklagte auf Grund der in §. 472 bezeichneten Ersklärung werde verurtheilt werden.

(I. Cutm. §§ 358, 359; II. Cutm. §§ 367, 368; III. Cutm. § 399.)

8. 474.

Für die Hauptverhandlung findet die Bestimmung des §. 322 Anwendung. (I. Catm. § 360; II. Catm. § 369; III. Catm. § 400.)

§. 475.

Sind die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet, so erfolgt die Berurtheilung bes abwesenden Angeklagten auf Grund der im §. 472 bezeichneten Erklärung, wenn sich nicht Umftände ergeben, welche dieser Erklärung entgegenstehen.

Bebarf es in Ansehung eines Angeklagten einer Beweisaufnahme, so ist die Sache von den übrigen zu trennen und gesondert zum Abschlusse zu bringen.

(I. Cutm. § 361; II. Cutm. § 370; III. Cutm. § 401.)

3. In Betreff ber "mit ber Kontrole ber Behrpflichtigen beauftragten Beborbe" vgl. für Breugen bie Aug. Berf. bes Juft.: Min. v. 6. Apr. 1880 (IMBI. S. 72).

Ru § 478.

- 1. "im Ralle ber öffentlichen Buftellung" biergu vgl. § 320 Rote 1.
- 2. Bu Abf. 3 vgl. \$ 475 Rote 1.

3u § 474.

1. Bgl. § 476 Rote 1.

Au \$ 475.

- 1. Die Mot. S. 230 führen aus: "Es liegt in ber Natur ber Sache, daß ber Thatbestand ber strasbaren Handlung nicht in birekter Beise bargethan werben kann. Das Gesetz muß baher eine Art positiver Beweisregeln vorschreiben und den Richter anweisen, aus gewissen thatsächtlichen Umständen, wie sie hier im § 472 ausgeführt sind, auf den Khatbestand zu schließen, insofern nicht im einzelnen Fall bestimmte Gründe einem solchen Schluß entgegenstehen." Die Frage aber: ob ein gewisser, in der Berhandlung zur Sprache gekommener oder aus den Akten sich erzgebender Umstand von der Art sei, daß er der in § 472 bezeichneten Erklärung "entgegen: steht", unterliegt in jeder Hinsicht der freien Bürdigung des Gerichts (§ 260); die Abweichung von dem Grundsatz dieses letztern § greist nur Platz, insoweit besondere Umstände des Falles nicht in Frage stehen: Re. 1. 18. Okt. 80 (Entsch. II. 351), I. 25. Febr. 84 (Entsch. X. 152), IV. 24. Apr. 85 (Rspr. VII. 254).
- 2. Wenn die vorgeichriebenen Förmlicht eiten nicht beobachtet find, b. h. wenn die Erflärung der Kontrolbehörde nicht der Borschrift des § 472 ober das Berfahren bei der Ladung nicht der bes § 473 entspricht, so darf diesethalb nicht auf Freisprechung erkannt, es muß vielsmehr die Ergänzung des Fehlenden bezw. die Wiederholung der Ladung angeordnet werden. Bare eine porschriftsmäßige Erklärung nicht zu erlangen, so würde bemnächt auf Einstellung des Ber-

Digitized by GOOGLE

^{2.} Die Erhebung ber öffentlichen Rlage tann hier nicht burch einen Antrag auf Borunters such un g erfolgen (vgl. Note 3. b., ju Buch 2 Abichn. 2-6), und ebensowenig fteht es bem Bericht zu, flatt bes hauptverfahrens junächft eine solche (vgl. § 200) zu eröffnen.

§. 476.

Die Zustellung bes Urtheils erfolgt nach Maßgabe ber Bestimmungen bes §. 40 Abs. 2.

(I. Cutus, § 362; II. Cutus, § 371; III. Cutus, § 402.)

Fünfter Abidnitt.

Berfahren bei Einziehungen und Bermögensbefclagnahmen.

fahrens zu erkennen fein; fo Olshausen S. 564; vgl. Oppenhoff S. 338 (bas eingeleitete Berfahren sei "als zur Beit unstatthaft" auszuheben).

3u \$ 476.

- 1. In Betreff ber Rechtsmittel gelten die allgemeinen Bestimmungen (Buch 3). Bon ben dem Beschuldigten zustehenden Rechtsmitteln können zufolge § 324 auch die Angehörigen besselsten Gebrauch machen. Daraus, daß Abschn. 4 eine Berweisung auf § 324 nicht enthält, ist das Gegentheil nicht zu folgern, da dieser Abschnitt sich mit den Rechtsmitteln überhaupt nicht ausdrücklich beschäftigt. Gl. A. Reves in H. II. S. 455, Keller S. 604, Thilo S. 523, Dalde S. 313.
- 2. In ben Mot. S. 230 findet sich bemerkt: "Es schien nicht ersorberlich, dem Berurtheilten eine Biebereinsehung in den vorigen Stand (vgl. § 234 Abs. 1) zu gewähren. Denn, wenn ein Angeklagter, der nicht schuldig ist, auf Grund der Präsumtion des § 475 verurtheilt sein sollte, so wird die Sachlage stets eine solche sein, daß berselbe im Stande sein wird, die Bieberausbebung des Urtheils auf Grund des § 399 Rr. 5 herbeizusühren." Das Lettere kann zwar zugegeben werden; allein in dem Gesetz selbst ist das, was die Mot. sagen, nicht zum Ausdruck gekommen, und es läßt sich daher nicht anerkennen, daß die Wiedereinsehung in den vorigen Stand hier ausgeschlossen sei. Der Fall z. B., wenn der Angeklagte sein Erscheinen in der Hauptverhandlung beabsichtigt hat, aber durch einen Unsall auf der Reise am pünktlichen Eintressen zu einer Wiederausnahme des Bersahrens angethan. Es muß daher das zu § 323 Note 3 Gesagte auch hier entsprechende Anwendung sinden. Bgl. Meves in Ho. II. S. 455.
- 3. In Betreff bes burch bas Urtheil erfolgenben Berbrauchs ber Strafflage f. Rote 29. d. 3u Buch 2 Abfchn. 1.

Bum Sanften Abfdnitt. Bu 88 477-479.

- 1. Die SS 477—479 regeln das f. g. objektive, b. h. dasjenige Strafverfahren, in welchem über die Einziehung, Bernichtung ober Unbranchbarmachung von Gegenständen erkannt wird, ohne daß ein Beschuldigter vorhanden ist; die SS 478, 479 insbes. behandeln die prozessualischen Besiugnisse sollten, welche einen rechtlichen Anspruch auf den Gegenstand der Einziehung 20. haben (Einziehungs 20. Interessenten). Die StBO. giebt aber keine ausdrücklichen Borschriften darüber, welche Besugnisse derartige Interessenten innerhalb des gewöhnlichen, b. h. gegen einen bestimmten Beschuldigten gerichteten Berfahrens haben; vgl. Buch 2 Absch. 1 Rote 3, 14. In dieser hinsicht ist zu unterscheiden:
- A. Es handelt fich um bie Gingiehung ac. einer Gingelfache (vgl. StBB. § 40 im Gegen- fat ju § 41).
- a. a. Muß nach bem anzuwendenden Strafgeset (vgl. 3. B. StBB. §§ 295, 360) die Einziehung erkannt werden, auch wenn nicht der Beschuldigte, sondern ein dei der strassaren handlung undetheiligter Oritter der Eigenthümer der Sache ift, so kommt es darauf an, od es zur Aussührung der Einziehung einer Bollstredung des strafrichterlichen Urtheils gegen den Eigenzthümer bedarf. Ist, weil sich die Sache im Gewahrsam des letzteren besindet, eine solche Bollstredung nothwendig, so muß, um die Zulässigseit der letzteren zu begründen, der Eigenzthümer zu dem Bersahren zugezogen werden. Denn von der materiellrechtlichen Frage: ob die

Digitized 00310

= = Teine Betheiligung bei ber That treffe, a m marting ausgesprochene Gingiehung gegen une er a ten fangehabten Berfahren nicht juge m Grraffacen gilt ber allgewien fann, gegen ben es ergangen _ In I 1 4 Ain 75 (Goltb. Ath, XXL - "e Buttebung bes Britten gu bem Ber-- : :.eich bem Beichulbigten gu ber hauptvermen, dan über bie Ginziehung ber betr. Sache munterrabren eröffnenbe Befchluß muß, wie bem Conten mitgetheilt werben, ebenfo bie Antlagefdrift, naten feibit (§ 199) bebarf. 3m Hebrigen find auf minum es V 478 Abi. 3 (vgl. bort Rote 4, 5) und bes meine les Ertiten ju bem Beriahren gegen ben Befculantragita em beianberes Berfahren ber por-: : amit auch ihm gegenüber bie Gingiehung ber beit. - Teaung bierer Mantegel ermöglicht merbe.

Treet den Beichindigen gefunden und in Beschlag gestennt eine Jo. innernag bes Urtheils gegen den innern und in derem Ales vorzubringen, mas die meinem artifent in derem Ales vorzubringen, was die mittel erighet it. Him nur seile dieser Art werden die

int die in Sache nur zulässteg, wenn ber ift für die Betheiligung eines in ift für die Betheiligung eines in ihr ihr die Gescheiligung eines in ihr ihr die Gescheiligung eines in ihr ihr die Gescheiligung aber hat gegenüber Birksamkeit: einem Dritten, der die Bege der Bollstreckung des Strafbie Sache sich im Gewahrsam bes

T:

bie Sache fich im Gewahrfam bes einer auf Anerkennung bes Eigenlus) 2c. nicht entgegenftehen.

bie Unbrauchbarmachung x. \$41). Alsbann ift bas gebachten Personen vollmicht. Es ist bemzusolge Mutswegen zuzuziehen. bem Gericht melben und jeber Grund, benjenigen, bürsen (§§ 478, 479), bie einen wie in dem anderen me. Auch hier werden so

Mung ac. lautenben Uribeils Abf. 2 bes Ston, gebachten

In ben Fällen, in welchen nach §. 42 des Strafgesethuchs ober nach anderweiten gesetlichen Bestimmungen auf Einziehung, Vernichtung ober Unbrauchbarmachung von Gegenständen selbständig erkannt werden kann, ist der Antrag, sofern die Entscheidung nicht in Verbindung mit einem Urtheil in der Hauptsache erfolgt, seitens der Staatsanwaltschaft oder des Privatklägers bei demjenigen Gerichte zu stellen, welches für den Fall der Verfolgung einer bestimmten Person zuständig sein würde.

An die Stelle des Schwurgerichts tritt die an bessen Sitzungsorte bestehende Strafkammer.

(I. Cutu. § -; II. Cutu. § 372; III. Cutu. § 403.)

Bersonen gehöre, so fteht ihm behufs Geltendmachung bieser Behauptung ber Beg bes Swils prozesses offen. Dasselbe gilt von solchen Dritten, welche Besitzechte an einem Gegenftande geltend machen, ber in bem Gewahrsam einer ber in § 41 Abs. 2 gedachten Personen von ber Bollftredung betroffen worden ist. Bgl. Oppenhoff, Strasgesehbuch § 41 Note 12.

Zu A. und B. vgl. die abweichenden Ansichten von v. Kries S. 24 ff., Meves in Hh. II. S. 459 ff., Reller S. 605, Boitus Kontr. II. S. 374 ff., besonders aber Jastrow in Goltb. Arch. XXX. S. 51 ff.

- 2. hinfichtlich ber Einziehung ber Rachbruds-Eremplare und Rachbruds-Bors richt ungen enthält bas Gef. v. 11. Juni 1870 SS 21, 22, 25 besondere Bestimmungen über bas Erforberniß ber Zuziehung bes Eigenthumers zu bem Bersahren. Auf biese Bestimmungen ist in verschiebenen anderen Reichsgesethen (vgl. S 477 Rote 1) verwiesen.
- 3. In allen Fallen, in benen ein Einziehungs= 2c. Interessent bei einem Strafverfahren bestheiligt ift (Rote 1, 2), ift berselbe für berechtigt zu erachten, ber erhobenen Strafstage in allen ihren Theilen zu wibersprechen und, unabhängig von bem Berhalten bes Beschulbigten selbst, bas Richtvorhandensein eines die Einziehung 2c. begründenden Delitts darzulegen. Diese Berechtigung wird badurch nicht ausgehoben, daß dem Beschulbigten gegenüber bereits ein rechtsefrästiges Urtheil vorliegt (vgl. Rote 14 zu Buch 2 Abschul. 1). Auch in der Ausübung der in § 478 Abs. 3 und § 479 bestimmten Besugnisse ist ber Einziehungs= 2c. Interessent von dem Bershalten des Beschulbigten unabhängig.

3u § 477. 1. Die "anberweiten gefetlichen Beftimmungen" tonnen reichsrechtliche ober lanbesrechtliche fein. Buidendtliche Borfchriften bes gebachten Inhalts f. u. A. im SteB. § 152; Gef. ". bas Urheberrecht an Schriftwerten 2c., SS 21, 22, 25, 26, 43, 45; Bef. v. 11. Juni 187 bas Urheberrecht an Werten ber bilbenben Runfte, § 16; Gef. v. 10. Jan. v. 9. Jan. 18 1876, betr. ber Photographicen, § 9; Gef. v. 11. Jan. 1876, betr. bas Urheberrecht an :, § 14; Gef. v. 14. Mai 1879, betr. ben Bertehr mit Rahrungsmitteln'ac., Muftern u 4. 4K Rai 1881, betr. bie Ruftenfrachtfahrt, § 3 Abs. 3; Ges. v. 30. Apr. 1884, ber Rorbfee, § 2; Gef. v. 26. Dai 1885, betr. bas Bapier ber Reichs= Bef. v. 25. Juni 1887, betr. ben Berfehr mit bleis und ginthaltigen Gegens v. 5. Juli 1887, betr. bie Berwenbung gefunbheiteichablicher garben, § 13; 37, betr. ben Bertebr mit Erfahmitteln fur Butter, § 5. 2 bes StBB. bezw. nach bem fonftigen, im gegebenen Falle anzuwenbenben

bes Stor. nach bem jonftigen, im gegebenen gaue anzumenbenen h bie Borausfegungen, von beren Borhanbensein bie Zulässigkeit ber ilfetung einer Einziehung 2c. abhängt; vgl. über bieselben namentlich bie in ben Rommentaren jum Stor. Die SS 477—479 treffen über bie Zusfolchen "felbstftanbigen" Festsetzung keine Bestimmung, sonbern regeln lediglich, en eintretenbe Berfahren.

ern nach vorangegangener Berurtheilung ober Freisprechung eines Angeklagten

Digitized by Google

805

- nachträglich noch ein objektives Strafversahren zulässig ober burch ben Grundsat "Non bis in idem" ausgeschlossen sei, barüber s. Rote 31. a. β zu Buch 2 Abschn. 1. Ift bie Einziehung ze. zugleich mit ber Berurtheilung bes Angeklagten ausgesprochen, jedoch wegen bes Tobes besselselben bas Urtheil nicht rechtskräftig geworben, so ist letteres auch bezüglich der Einziehung z. nicht vollstreckbar (§ 481), und est muß, um biese zu ermöglichen, nachträglich bas objektive Strafversahren eintreten; so : Dishausen S. 139.
- 3. Auch bie Frage: inwiefern bie felbfiftanbige Feftfebung einer Gingiehung ac. in Berbinbung mit einem Urtheil in ber hauptfache erfolgen tonne, wird bier nicht ent Sieben. In ber gegen ben Thater zc. eingeleiteten Untersuchung tann, wenn biefer aus einem in feiner Berfon liegenben Grunde freigefprochen wirb, in bemfelben Urtheil auf Die Gingiehung z. erkannt werben, wenn bie Boraussehungen für eine folche Enticheibung (Rote 2. a) zutreffen: RGer. III. 16. Febr. 81 (Entich. IV. 87, Ripr. III. 52). Rach I. 22. Dez. 84 (Ripr. VI. 837) foll bies auch im fomurgerichtlichen Berfahren nach Abgabe eines auf Richtichulbig. lautenben Bahrfpruches gelten, fofern nicht "erfichtlich" ift, bag wegen Dangels ber gebachten Borausfehungen bas Richtichulbig ausgesprochen worben; ebenso nach I. 12. Juli 80 (Entich. IL 220, Ripr. II. [191), fofern es "möglich ericheint", baß ungeachtet bes Bahripruches objettiv ber Thatbestand einer strafbaren Handlung vorliegt (sehr bebentlich, ba ber Bahrspruch keine Angabe ber Grunbe enthalt und fomit nicht ertennbar ift, ob bas objettive Borbanbenfein eines Delitis hat verneint werben sollen). — Im Nebrigen beantwortet fich bie Frage nach ben allgemeinen Bestimmungen über bie Berbindung mehrerer Straffachen (SS 2-4, 13, 236; pgl. Rote 33 ff. ju Buch 2 Abichn. 1). Rach biefen ift es 3. B. ebenso julaffig, bas Berfahren über bie Einziehung einer Sache, welche einem verftorbenen ober abwefenden (§ 318) Theilnehmer gehört und von ihm bei ber Begehung ber That gebraucht worben ift, mit bem gegen ben Thater flatifinbenben Berfahren zu verbinden, wie es andererseits auch ftatthaft ift, fene Ginziehung zum Gegenftanbe eines besonberen Berfahrens ju machen.
- 4. a. Der hier vorgesehene "Antrag" carafterisirt sich als eine besondere Form der Erbebung der Strafflage (öffentliche Rlage bezw. Privatklage); vgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 3 und § 168 Rote 2. Demgemäß bestimmt sich die Zulässigseit einer Zurücknahme bes Antrages nach § 154 bezw. § 431 Abs. 1, 2.
- b. Die Stellung des Antrages ift in das Ermessen ber Staatsanwaltschaft geftellt; das Legalitätsprinzip (§ 152) greift hier nicht Platz (gl. A. Olshausen S. 148). Insbes. wird von dem Antrage dann Abstand zu nehmen sein, wenn die Entfernung des betr. Gegensstandes aus dem Berkehr sich thatsächlich auf einsacherem Berge bewirken läßt. Dies gilt jelbst da, wo das Gesetz, wie z. B. § 152 des StBB., die Einziehung obligatorisch vorschreibt: eine solche Borschrift besagt nur, daß das Gericht auf Einziehung erkennen muß, falls es mit der Sache besaft wird. In diesem Sinne hat sich bez. des § 152 cit. der preuß. Just. Min. in einer Citt. Bers. v. 17. Juni 1887 ausgesprochen.
- 5. In Betreff feines Inhalts muß ber Antrag ben Erforberniffen einer Anklagefdrift (§ 198; vgl. § 421) entfprechen.
- 6. Auf ben Antrag wird vom Borfitenben ber hauptverhandlungstermin (§ 478) anberaumt, ohne bag eine Beichluffassung bes Gerichts flattfindet: RGer. III. 9. Oft. 84 (Rfpr. VI, 611).
- 7. Die sachliche Zuständigkeit bes Gerichts bestimmt sich, mit der in Abs. 2 vorge sehenen Modistation, nach den allgemeinen Borschriften; sonach kann auch das Reichsgericht in erster Instanz zuständig sein (GBG. § 136 Rr. 1). Ist, weil der Thäter unbekannt, oder aus einem anderen Grunde die strafrechtliche Qualifikation der That und demzusolge auch die sachliche Zuständigkeit des Gerichts nicht mit Gewisheit seitzellen, so ist als zuständig dassenige Gericht anzusehen, bessen, dessenigsteit die größere ist, mithin und da in Ansehung des Reichse gerichts eine solche Ungewisheit nicht füglich wird obwalten können, die Straftammer.
- 8. Auch für die örtliche Zuständigkeit find die allgemeinen Borfchriften maßgebend. Diefelbe bestimmt fich nach dem Orte, an welchem die objektiv strafbare, wenn auch an dem Thater nicht zu strafende Handlung begangen ist: RGer. II. 28. Jan. 87 (Entsch. XV. 235, Ripr. IX.

§. 478.

Die Verhandlung und Entscheidung erfolgt in einem Termine, auf welchen bie Bestimmungen über die Hauptverhandlung entsprechende Anwendung finden.

Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf ben Segenstand ber Sinziehung, Bernichtung ober Unbrauchbarmachung haben, sind, soweit dies ausführbar erscheint, zu bem Termine zu laben.

Dieselben können alle Befugnisse ausüben, welche einem Angeklagten zustehen, sich auch burch einen mit schriftlicher Bollmacht versehenen Bertheibiger vertreten lassen. Durch ihr Richterscheinen wird bas Berfahren und die Urtheilsfällung nicht aufgehalten.

(I. Cutm. # --; II. Cutm. # 373; III. Cutm. # 404.)

96). Ift ein ben Gerichtsftand bestimmender Ort im Inlaude nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln, so wird gemäß § 9 das zuständige Gericht durch das Reichsgericht bestimmt: MGer. I. 28. Apr. 87 (Rspr. IX. 290). Dies gilt insbes. auch dann, wenn der Thäter nicht ermittelt ist; a. M. Reves in H. II. S. 462, welcher in diesem Falle jedes sachlich zuständige Gericht auch surtändig zuständig und den § 12 für ausschlaggebend erachtet. Bgl. noch Olshausen S. 149, welcher in analoger Anwendung des § 9 ("Ergreifung") zunächst daszenige Gericht für zuständig hält, in dessen Bezirk der einzuziehende Gegenstand "angehalten" wird. — In Betress des Falles, wenn es sich um die Undrauchbarmachung einer Druckschrift handelt, s. noch die Noten zum Preßs. Ges. v. 7. Mai 1874 (unten in Abth. III.).

3u § 478.

Bu Abs. 1.

- 1. Der hier gedachte Termin ift nichts Anberes als eine hauptverhandlung (a. M. Meves in Sh. II. S. 463). Insbes. gelten auch hinfictlich ber Deffentlichfeit die allgemeinen Bestimmungen (GBG. SS 170, 173—176). In schöffengerichtlichen Straffachen nehmen bie Schöffen an ber Berhandlung und Entscheidung Theil (GBG. S 30 Abs. 1).
- 2. Das Urtheil lautet entweber auf Einziehung 2c. ber betr. Gegenstände ober, falls ber Antrag für unzuläffig ober unbegründet befunden wird, auf Zurudweifung beffelben.
 - Zu Abs. 2.
- 3. In der REA. war beantragt worden, flatt der Worte: "find zu laden" zu sagen: "find auf ihr Ansuchen oder, wenn ihr Anspruch dem Sericht bekannt oder glaubhaft gemacht with, von Amtswegen zu dem Termine zu laden, sosen nicht ihre Abwesenheit oder sonstige hindernisse entgegenstehen." Auf Grund der Erklärung des Regierungsvertreters: daß der S nichts Anderes aussprechen wolle als das, was der Antrag enthalte, wurde der letztere zurückgezogen (Prot. S. 706).

Bu Abs. 3.

4. In Betreff bes Richterscheinens ber gelabenen Einziehungs. 22. Interessenten und ihrer Besugniß, sich vertret en zu lassen, steht Abs. 3, ba es sich hier eben nur um die Einziehung 22. handelt, mit den Bestimmungen der SS 231, 233 im Einklang. — Eine Wiedereinsehung 22. handelt, mit den Bestimmungen der SS 231, 233 im Einklang. — Eine Wiedereinsehung in den vorigen Stand (S 234) kann, wie aus dem Schlußsatzu sollgern ist, der Richterschienene niemals beanspruchen. Gl. A. Reller S. 607, Dochow S. 288, Geger S. 886; a. M. Meves in H. S. 465, Stenglein S. 679. — Die Bestimmung des S 235, betressend den Zwang zum perschulchen Erscheinen, ist hier selbstwerständlich nicht anwendbar.

Denjenigen Einziehungs: 2c. Interessenten, welche zu bem Termine gelaben ober sonst zur Berhandlung zugelassen waren, ist bas Urtheil, wenn fie ber Berkündung besselben nicht beiges wohnt haben, zuzustellen: RGer. III. 26. Jan. 85 (Entsch. XI. 414, Rspr. VII. 52). Das selbe muß bezüglich solcher Interessenten gelten, welche sich behus Betheiligung an bem Bersahren bei bem Gericht gemelbet hatten, beren Ladung jedoch unterblieben war; a. M. ansch. das cit. Urth. — Soweit hiernach die Zustellung ersorberlich ist, wird sie badurch nicht entbehrlich, daß.

§. 479.

Die Rechtsmittel gegen das Urtheil stehen der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und den im §. 478 bezeichneten Personen zu.

(f. Catu. § —; IL Catu. § 874; IIL Catu. § 405.)

§. 480.

Auf die im §. 93 des Strafgesethuchs vorgesehene Beschlagnahme des Bermögens eines Angeschulbigten sinden die Bestimmungen der §§. 333—335 und auf die in §. 140 des Strafgesethuchs vorgesehene Beschlagnahme die Bestimmungen der §§. 325, 326 entsprechende Anwendung.

(L. II. III. Catu. \$ -.)

Siebentes Buch.

Strafvollstreckung und Kosten des Berfahrens.

Erfter Abidnitt. Strafvollftredung.

ber betr. Interessent bei ber Urtheilsverkundung burch einen Bertheibiger vertreten mar (vgl. § 267 Rote 6).

6. Die Roften ber erften Inftang (vgl. § 505) tonnen ben Eingiehungs zc. Intereffenten nicht auferlegt werben: Rer. IV. 15. Mai 85 (Entich. XII. 198, Ripr. VII. 297).

Ru \$ 479.

- 1. Bur Ergreisung ber Rechtsmittel sind auch biejenigen Einziehungs- 2c. Interessenten berechtigt, welche in dem Bersahren erster Justanz noch nicht als solche ausgetreten waren: RGer. III. 26. Jan. 85 (Entsch. XI. 414, Rspr. VII. 52), Thilo S. 526, Dalcke S. 314, v. Kries S. 25, Dochow S. 287, 288, Geyer S. 886, Keller S. 607, Stenglein S. 681; a. R. v. Schwarze S. 600, Boitus Romm. S. 466 u. Kontr. II. S. 364 ss., Weves in H.H. S. 465.
- 2. Die Frist zur Einlegung bes Rechtsmittels beginnt für solche Interessenten, welche bei bem Berfahren ber Borinstan; noch nicht betheiligt waren, mit ber Berkindung bes Urtheils: RGer. III. 26. Jan. 85 (Rote 1). Für diejenigen, benen das Urtheil durch Zustellung bekannt zu machen war (§ 478 Note 5), beginnt die Frist mit der Zustellung.

Au & 480.

- 1. Der S will nur bas Berfahren bei ber in § 93 bezw. § 140 bes StGB. vorgesehenen Beschlagnahme regeln. Die Boraussehungen, unter benen bieselbe verhängt werben kann, werben nicht burch bie StBO., sonbern burch bie cit. §§ bes StGB. bestimmt; sonach ist insbes. bie Abwesenheit bes Angeschulbigten (§ 318) hier kein Erforberniß ber Beschlagnahme, und es kommu nicht, wie nach § 332, barauf an, ob bie vorliegenden Berbachtsgründe die Ersassung eines haftbesehls rechtsertigen würden. Auch hinsichtlich ber Dauer ber Beschlagnahme sind in erster Reihe bie Bestimmungen bes StGB. maßgebend. Ueber den Unterschied zwischen ben Fällen ber §§ 325, 326 und benen der §§ 332 ff. vgl. § 325 Note 1, § 332 Note 1.
- 2. Die Befchlagnahme erfolgt auch im Falle bes § 93 burd Befchluß bes Gerichts, nicht bes Untersuchungsrichters; fo: Reller S. 608, Oppenhoff S. 246, Olshaufen S. 413.

Bum Grften Mbfdnitt.

1. Der Abichn. behanbelt nur die Bollftredung ber von ben Gerichten verhängten Strafen; bie Bollftredung ber Strafen, welche im Bege eines Bermaltungs-Strafverfahrens feftgesett werben, beftimmt fich nach ben für letteres maßgebenben Gesehen; vgl. übrigens § 463 u. Rote 5 bas.
— Es hanbelt fich ferner hier nur um solche Strafen, welche von ben orbentlichen Strafen

Digitized by GOOGIC

§. 481.

Strafurtheile find nicht vollstreckbar, bevor sie rechtskräftig geworben find. (L. Entm. § 363; II. Entm. § 375; III. Entm. § 406.)

gerichten in bem Berfahren nach ber StBD. verhängt werben (EG. § 3 Mbj. 1); vgl. übrigens in Betreff ber Bollftredung militärgerichtlicher Strasurtheile burch bie Einligstehörben: EG. 3. GBG. § 7 Rote 3. f. — Enblich regelt ber Abschn. nur bie Bollstredung ber in einem Urtheil verwandten Entscheibung (vgl. §§ 450, 463, 491, 492, 494) verhängten kriminellen Strasen, wogegen für die Bollstredung ber im Laufe des gerichtlichen Strasversichtens verhängten Ordnungsstrasen (Ungehorsams, Prozesstrasen 2c.; vgl. EG. § 3 Note 2. b) bie auf diese bezüglichen Bestimmungen der StPD. (vgl. § 36) oder des GBG. (vgl. § 181) maßgebend find. Uebrigens sind einzelne Bestimmungen des Abschn. (z. B. §§ 484, 487, 495) auch auf berartige Strasen analog anwendbar.

- 2. In Betreff ber Rechtshillfe bei ber Strafvollftredung f. GBG. SS 163—165 und bie Roten bai., insbef. S 164 Rote 9; in Betreff ber Bollftredung einer Gefammtftrafe in bem Falle, wenn bie Einzelftrafen von Gerichten verichiebener Bunbestaaten festgeset waren: Befchl. bes Bunbesraths v. 11. Juni 1885 (oben S. 130).
- 3. a. Die Bestimmungen bes Abichn. haben nur ben Betrieb (bie Anordnung) ber Strafvollstredung und die Erlassung ber bei bieser etwa ersorberlichen Entscheidung en zum Gegenstande. Borschriften über ben Inhalt ber Strasvollstredung, b. h. barüber, worin die Bollstredung
 einer bestimmten Strase zu bestehen habe, werden hier nicht gegeben; sie sind, soweit sie nicht ich im SiGB. (§ 13, § 15, § 16 Abs. 2, 3, § 17 Abs. 4, § 18 Abs. 2, § 22) enthalten sind, dem
 noch zu erlassenden Strasvollzugsgesethe vorbehalten.
- b. Ueber die Bollftredung eines auf Berweis lautenden Urtheils ift eine reichsrechtliche Borschrift nicht vorhanden; es geben baber sowohl über die Form, in welcher, wie auch über die Beshörde, von welcher ber Berweis zu ertheilen, die Ansichten mannigsach auseinander; val. hierüber bef. Olshausen S. 262. Mit diesem ift anzunehmen, daß die Art der Bollftredung dem Ermessen bes Gerichts überlassen ist, die lettere jedoch nicht durch bloße Zustellung eines Schriftstucks erfolgen tann. Der Landesgesetzgebung steht es nicht zu, Bestimmungen über die Bollftredung des Berweises zu treffen.
- 4. Ueber bie Bollftredung berjenigen Urtheile, welche bas Reichsgericht in erfter Insfang erläßt, f. GBG. § 136 Note 7. d.

3u § 481.

- 1. Der § hat die in mehreren Bundesflaaten vorhanden gewesene Einrichtung beseitigt, nach welcher es im Interesse bes Berutheilten unter gewissen Boraussehungen gestattet war, mit der Bollftredung ber Strafe icon vor bem Eintritt ber Rechtstraft bes Urtheils zu beginnen. Dies ift nicht mehr statthaft. In Betreff bes Berhafteten wird übrigens die Birkung des in § 481 aufgestellten Grundsates modifizirt durch die die Aurechnung der Untersuchungshaft betreffende Bestimmung des § 482; vgl. bort Rote 1. a.
- 2. Die Bestimmung bes § 481 finbet auf alle Strafarten Anwendung; insbes. auch auf bie Einziehung 2c. (vgl. § 477 Rote 2. b a. E.). Ebenso auf die Buße (vgl. § 444 Rote 10. b).
- 3. In Betreff ber Rechts fraft f. Buch 3 Rote 2. Wie burch ben Ablauf ber Rechtsmittelfrift, so kann ein Urtheil auch burch ben Berzicht auf bie Ginlegung bes zulässigen Rechtsmittels (vgl. Rote 5) und ferner auch burch bie Zurudnahme bes eingelegten rechtskräftig werben (vgl. § 344).
- 4. Sind burch baffelbe Urtheil mehrere Angetlagte verurtheilt, so ist die Strafvollstredung gegen ben einzelnen zulässig, sobald ihm gegenüber die Rechtstraft des Urtheils eingetreten ift. Dies gilt auch von benjenigen Urtheilen, gegen welche die Revision stattfindet, obwohl nach § 397 in Folge des von dem einen Angeklagten eingelegten Rechtsmittels das Urtheil auch zu Gunsten eines anderen Angeklagten, der dasselbe nicht angefochten hat, aufgehoben werden kann. Denn nach § 481 beginnt die Bollstreckarkeit des Urtheils mit dem Eintritt der Rechtskraft; nach § 383 aber hemmt die von dem einen Angeklagten eingelegte Revision nur hinsichtlich seiner, nicht auch

ohne Erlaubniß ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1 Rr. 2 und §. 360 Rr. 3 des Strafgesetbuchs), Ersatzeservisten erster Klasse, welche ausgewandert sind, ohne der Militärbehörde vorher Anzeige gemacht zu haben (§. 360 Rr. 3 des Strafgesetbuchs), und

Wehrpsichtige, welche nach öffentlicher Bekanntmachung einer vom Kaiser für die Zeit eines Krieges ober einer Kriegsgefahr erlassenen besonderen Anordnung im Widerspruch mit derselben ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1 Nr. 3 des Strafgesetbuchs)

findet in Abwesenheit des Angeklagten eine hauptverhandlung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen statt.

(I. Entm. § 365; II. Entm. § 364; III. Entm. § 396.)

§. 471.

Für bas Verfahren ift basjenige Gericht zuständig, in bessen Bezirk ber Angeklagte seinen letten Wohnsit ober gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reich aehabt hat.

Das Verfahren kann gleichzeitig gegen mehrere Personen gerichtet werben und bie Verhandlung und Entscheidung ungetrennt erfolgen.

(I. Entw. §§ 356, 355 Abf. 2; II. Entw. §§ 365, 364 Abf. 2; III. Entw. §§ 396, 395 Abf. 2.)

§. 472.

Die Erhebung der Anklage und die Eröffnung ber Untersuchung erfolgt auf

bleiben im Auslande begangen; bie Abwejenheit bes Beschulbigten gehört also gerade zu ben Merkmalen bes Thatbestandes, und wollte man hier ben Grundsat bes § 319 anwenden, so murbe baburch bie Anwendung bes materiellen Strafgesetes vereitelt werben. Der seltene Fall, daß ber Beschulbigte ins Inland zurudfehrt, kann bem gegenüber nicht in Betracht kommen."

Bu \$ 471.

- 1. Ru Abs. 1 vgl. Rote 2 ju SS 7-13, sowie S 8 Rote 3, 4.
- 2. Als letter Bohnsit ober gewöhnlicher Aufenthalt ist ber Geburtkort bes Angellagten anzusehen, wenn nicht zu ermitteln gewesen ist, daß ber lettere außerhalb dieses Ortes einen Bohnsit ober gewöhnlichen Ausenthalt im Deutschen Reiche gehabt habe; vgl. Beschl. des vorm. preukObertrib. v. 21. Febr. 1873 (INBI. S. 97, Goltd. Arch. XXI. S. 287). Gl. A. Reller S. 600, Dalde S. 310, v. Bomhard S. 341, Meves in H. II. S. 447; a. M. Puchelt S. 791. Reußersten Falles ist das zuständige Gericht gemäß S 9 vom Reichsgericht zu bestimmen (vgl. oben Rote 2 zu Buch 6). Die bei einzelnen Gerichten hervorgetretene Ansicht: daß im Falle einer solchen Bestimmung nur das gewöhnliche Berfahren eintreten könne, daß dagegen das in Absch. 4 geregelte besondere Bersahren ausschließlich vor dem in § 471 bezeichneten Gericht flatthaft sei, sindet in dem Geseh keine Begründung; sie würde überdies, da bei den in Rede stehenden Delisten § 319 nicht anwendbar ist (§ 470 Note 1), zu dem Ergebniß sühren, daß regelmäßig die Schulzbigen überhaupt nicht bestraft werden könnten.
- 3. Die Bestimmung bes § 18, ber zusolge nach Eröffnung bes hauptverfahrens bas Gericht seine Unzuständigkeit nur auf Ginwand bes Angeklagten aussprechen barf, sindet auch in bem hier geordneten Bersahren Anwendung: RGer. I. 19. Mai 81 (Entich. IV. 232, Rfpr. III. 311).
- 4. Nach Abs. 2 ift es statthaft, eine Mehrzahl von Straffällen ber in § 470 bezeichneten Art in einer Anstageschrift zusammenzusassen und über sie gleichzeitig zu verhandeln und zu entischein; wgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 35. In Betreff ber Trennung einzelner Fälle von ben librigen s. § 475 Abs. 2.
 - 1. Die Erhebung ber Antlage und bie Eröffnung ber Untersuchung "erfolgt" auf Grund

Abidn. 4. Berfahren gegen Abmefenbe, welche fich ber Behrpflicht entzogen. § 472. 801

Grund einer Erklärung ber mit ber Kontrole ber Wehrpflichtigen beauftragten Bebörde.

Diese Erklärung ift in ben Källen bes S. 140 Abs. 1 Rr. 1 bes Strafgeset= buchs bahin auszustellen:

baß ber Wehrpflichtige fich zu ben angeordneten Revisionen nicht gestellt, baß ber Aufenthalt besselben im Deutschen Reich nicht ermittelt worben, und baß ber angestellten Erfundigungen ungeachtet fich teine Umftanbe ergeben haben, welche bie Annahme ausschließen, bag ber Wehrpflichtige, um fich bem Sintritt in ben Dienst bes stehenden heeres ober ber Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß entweder das Bundesgebiet verlaffen habe oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter im Auslande verblieben sei.

In ben Källen bes &. 140 Abf. 1 Rr. 2 bes Strafgefegbuchs, fowie bei Unterfuchungen gegen beurlaubte Reservisten und Wehrmanner wegen Auswanderns ohne Erlaubnik (g. 360 Rr. 3 bes Strafgesetbuchs) ist bie Erklärung babin zu faffen:

baß ber Aufenthalt bes Offiziers, bes Arztes, bes Reserviften ober Wehrmannes im Deutschen Reich nicht ermittelt,

daß ihm eine Erlaubniß zur Auswanderung nicht ertheilt worben, und baß ber angestellten Erkundigungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er ausgewandert sei.

Bei Untersuchungen gegen Ersatreserviften erfter Rlaffe wegen Auswanderns ohne Anzeige bei ber Militarbehörde (§. 360 Rr. 3 bes Strafgesethuchs) ift bie Erklärung dabin zu faffen:

baß ber Aufenthalt bes Ersapreservisten im Deutschen Reich nicht er= mittelt worden sei.

daß er von einer bevorstehenden Auswanderung ber Militärbehörde eine Anzeige nicht gemacht habe, und

daß ber angestellten Erkundigungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er ausgewandert sei.

In ben Källen bes &. 140 Abs. 1 Rr. 3 bes Strafgesethuchs ift bie Erflarung babin zu faffen:

baß ber Aufenthalt bes Wehrpflichtigen im Deutschen Reich nicht ermittelt worben, und daß ber angestellten Ermittelungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er nach öffentlicher Bekanntmachung ber betreffenben Kaiferlichen Anordnung ausgewandert sei. (I. Entw. § 357; II. Entw. § 366; III. Entw. § 397.)

ber bier bezeichneten Erffarung ber betr. Bermaltungsbeborbe; burch biefe Saffung bes Gefetes ift ausgesprocen, bag bie Staatsanwaltichaft und bas Gericht nur zu prufen haben, ob bie Er-Marung ben Erforberniffen bes § 472 entspricht: ift bies ber Fall, fo tann weber bie Staatsanwaltfcaft bie Erhebung ber Anklage, noch bas Gericht bie Gröffnung ber Untersuchung ablehnen. Gine ber Erhebung ber Antlage vorausgebenbe Rudfrage ber Staatsanwaltichaft bei ber Bermaltungsbehörbe ist zwar nicht ausgeschlossen; im Nebrigen aber ist bie Frage: ob Umstänbe vorliegen, welche ber Erflarung entgegenstehen (§ 475), erft in ber hauptverhandlung in Betracht ju ziehen; es bleibt junachft abzumarten, ob ber Angeflagte in biefer erscheinen und mas er ju feiner Bertheibigung porbringen merbe. Digitized by GOOGLE

§. 473.

Die Labung des Angeklagten zur Hauptverhandlung erfolgt nach Borschrift der §§. 320, 321 Abs. 1.

Die Ladung muß im Falle ber öffentlichen Zustellung auch die Angabe bes letzten beutschen Wohnorts ober Aufenthaltsorts des Angeklagten enthalten.

Der Labung ist in jedem Falle die Warnung beizufügen, daß bei unentsichuldigtem Ausbleiben der Angeklagte auf Grund der in §. 472 bezeichneten Erklärung werde verurtheilt werden.

(I. Cutm. §§ 358, 359; II. Eutm. §§ 367, 368; III. Eutm. § 399.)

8. 474.

Für die Hauptverhandlung findet die Bestimmung des §. 322 Anwendung.
(1. Catu. § 360; II. Catu. § 369; III. Catu. § 400.)

§. 475.

Sind die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet, so erfolgt die Verurtheilung des abwesenden Angeklagten auf Grund der im §. 472 bezeichneten Erklärung, wenn sich nicht Umstände ergeben, welche dieser Erklärung entgegenstehen.

Bebarf es in Ansehung eines Angeklagten einer Beweisaufnahme, so ift die Sache von den übrigen zu trennen und gesondert zum Abschlusse zu bringen.

(I. Cutm. § 361; II. Cutm. § 370; III. Entm. § 401.)

3. In Betreff ber "mit ber Kontrole ber Behrpflichtigen beauftragten Beborbe" vgl. für Preugen bie Allg. Berf. bes Juft.: Din. v. 6. Apr. 1880 (JMBI. S. 72).

Ru \$ 478.

- 1. "im galle ber öffentlichen Buftellung" bierzu vgl. § 320 Rote 1.
- 2. Bu Abf. 3 vgl. § 475 Rote 1.

3u \$ 474.

1. Bgl. § 476 Rote 1.

3u § 475.

- 1. Die Mot. S. 230 führen aus: "Es liegt in ber Natur ber Sache, daß ber Thatbeftand ber strafbaren Handlung nicht in birekter Weise bargethan werden kann. Das Geset muß baher eine Art positiver Beweistregeln vorschreiben und ben Richter anweisen, aus gewissen thatsächlichen Umständen, wie sie hier im § 472 aufgeführt sind, auf den Thatbestand zu schließen, insofern nicht im einzelnen Fall bestimmte Gründe einem solchen Schluß entgegenstehen." Die Frage aber: ob ein gewisser, in der Verhandlung zur Sprache gekommener ober aus den Alten sich ergebender Umstand von der Art sei, daß er der in § 472 bezeichneten Erklärung "entgegensteht", unterliegt in jeder Hinsicht der freien Würdigung des Gerichts (§ 260); die Abweichung von dem Grundsat dieses letztern § greift nur Plat, insoweit besondere Umstände des Falles nicht in Frage stehen: RGer. I. 18. Oft. 80 (Entsch. II. 351), I. 25. Febr. 84 (Entsch. X. 152), IV. 24. Apr. 85 (Rspr. VII. 254).
- 2. Benn die vorgeichriebenen Formlicht eiten nicht beobachtet find, b. h. wenn die Erklärung ber Kontrolbehörbe nicht ber Borschrift bes § 472 ober bas Berfahren bei ber Labung nicht ber bes § 473 entspricht, so barf bieserhalb nicht auf Freisprechung erkannt, es muß viels mehr die Ergänzung bes Fehlenben bezw. die Wieberholung ber Labung angeordnet werben. Bare eine vorschriftsmäßige Erklärung nicht zu erlangen, so würde bemnächt auf Einstellung bes Ber-

Digitized by GOOGIC

^{2.} Die Erhebung ber öffentlichen Rlage tann hier nicht burch einen Antrag auf Borunterfuchung erfolgen (vgl. Rote 3. b., zu Buch 2 Abichn. 2-6), und ebensowenig fteht es bem Gericht zu, ftatt bes hauptverfahrens zunächst eine solche (vgl. § 200) zu eröffnen.

§. 476.

Die Zustellung bes Urtheils erfolgt nach Maßgabe ber Bestimmungen bes §. 40 Abs. 2.

(I. Cutus, § 362; II. Cutus, § 371; III. Cutus, § 402.)

Runfter Abidnitt.

Berfahren bei Einziehungen und Bermögensbefclaguahmen.

fahrens zu erkennen fein; fo Olshaufen S. 564; vgl. Oppenhoff S. 338 (bas eingeleitete Berfahren fei "als zur Beit unftatthaft" aufzuheben).

Su \$ 476.

- 1. In Betreff ber Rechtsmittel gelten bie allgemeinen Bestimmungen (Buch 3). Bon ben bem Beschuldigten zusiehenden Rechtsmitteln können zufolge § 324 auch die Angehörigen besselben Gebrauch machen. Daraus, daß Abschin. 4 eine Berweisung auf § 324 nicht enthält, ist das Gegentheil nicht zu folgern, da dieser Abschilt sich mit den Rechtsmitteln überhaupt nicht ausdrücklich beschäftigt. Gl. A. Reves in H. II. S. 455, Reller S. 604, Thilo S. 523, Dalde S. 313.
- 2. In ben Mot. S. 230 finbet sich bemerkt: "Es schien nicht ersorberlich, bem Berurtheilten eine Biebereinsehung in ben vorigen Stand (vgl. § 234 Abs. 1) zu gewähren. Denn, wenn ein Angeklagter, ber nicht schulbig ist, auf Grund ber Präsumtion bes § 475 verurtheilt sein sollte, so wird bie Sachlage stets eine solche sein, daß berselbe im Stande sein wird, die Bieberaushebung bes Urtheils auf Grund bes § 399 Rr. 5 herbeizusühren." Das Lettere kann zwar zugegeben werden; allein in dem Gesetz selbst ist das, was die Mot. sagen, nicht zum Ausdruck gekommen, und es läßt sich baher nicht anerkennen, daß die Wiebereinsehung in den vorigen Stand hier ausgeschlossen sei. Der Fall z. B., wenn der Angeklagte sein Erscheinen in der Hauptvoerhandlung beabsichtigt hat, aber durch einen Unfall auf der Reise am pünktlichen Eintressen zu einer Wiedereinsehung in den vorigen Stand, nicht aber zu einer Wiederausnahme des Bersahrens angethan. Es muß daher das zu § 323 Note 3 Gesagte auch hier entsprechende Anwendung sinden. Bgl. Meves in H. II. S. 455.
- 3. In Betreff bes burch bas Urtheil erfolgenden Berbrauchs ber Strafflage f. Rote 29. d ju Buch 2 Abicon. 1.

Bum Sanften Abfdnitt. Bu 88 477-479.

- 1. Die §§ 477—479 regeln das f. g. objektive, b. h. dasjenige Strafverfahren, in welchem über bie Einziehung, Bernichtung ober Unbranchbarmachung von Gegenständen erkannt wird, ohne baß ein Beschulbigter vorhanden ift; die §§ 478, 479 insbes. behandeln die prozessualischen Bestugnisse strafverschaden, welche einen rechtlichen Anspruch auf den Gegenstand der Einziehung 2c. haben (Einziehungs: 2c. Interessenten). Die StBD. giebt aber keine ausdrücklichen Borschriften darüber, welche Besugnisse berartige Interessenten innerhalb des gewöhnlichen, b. h. gegen einen bestimmten Beschuldigten gerichteten Berfahrens haben; vgl. Buch 2 Absch. 1 Note 3, 14. In dieser hinsicht ist zu unterscheiden:
- A. Es handelt fich um bie Einziehung zc. einer Gingelfache (vgl. StoB. § 40 im Gegen- fat ju § 41).
- a. a. Duß nach bem anzuwendenden Strafgeset (vgl. 3. B. StBB. SS 295, 360) die Einziehung erkannt werden, auch wenn nicht der Beschulbigte, sondern ein bei der ftrafbaren Handlung unbetheiligter Dritter ber Eigenthümer ber Sache ist, so kommt es darauf an, ob es zur Ausführung der Einziehung einer Bollstredung des strafrichterlichen Urtheils gegen den Eigenzthumer bedars. Ist, weil sich die Sache im Gewahrsam des lehteren besindet, eine solche Bollskredung nothwendig, so muß, um die Zulässigteit der lehteren zu begründen, der Eigenzthumer zu dem Bersahren zugezogen werden. Denn von der materiellrechtlichen Frage: ob die

Digitized COGIC

Einziehung ben Gigenthumer ber Sache ohne Rudficht auf feine Betheiligung bei ber That treffe, in gang perfcieben bie prozessuale Frage: ob eine rechtsfraftig ausgesprochene Einziehung gegen Jemanb jur Bollftredung gebracht werben tonne, ber ju bem ftattgehabten Berfahren nicht jugo zogen worben ift. Die lettere Frage muß verneint werben: auch in Straffachen gilt ber allgemeine Grunbfat, bag ein Urtheil nur gegen benjenigen vollstredt werben tann, gegen ben es ergangen und in Rechtstraft erwachsen ift. Bal. Roer. II. 27. Jan. 82 (Entsch. V. 372, Ripr. IV. 79) fowie die Befchl. bes porm, preuß, Obertrib. v. 11. Deg. 73 u. 4. Marg 75 (Goltb. Arch. XXL S. 640 u. XXIII. S. 312), Olshausen S. 137. — Die Zuziehung bes Dritten zu bem Berfahren wird barin ju befteben haben, bag berfelbe gleich bem Befchulbigten ju ber Sauptverhanblung gelaben wirb, und zwar unter bem Eröffnen, baß über bie Einziehung ber betr. Sache ibm gegenüber ertannt werben folle. Der bas Sauptverfahren eröffnenbe Befculuf muß, wie bem Beidulbigten felbft, fo auch bem jugezogenen Dritten mitgetheilt werben, ebenfo bie Anklageidnit, infofern es ihrer Mittheilung an ben Beschulbigten felbft (§ 199) bebarf. 3m Uebrigen find auf ben augezogenen Dritten bie Beftimmungen bes § 478 Abf. 3 (vgl. bort Rote 4, 5) und bes § 479 anwendbar. — Ift die Bugiehung bes Dritten ju bem Berfahren gegen ben Befdulbigten unterblieben, fo muß gegen ihn nachträglich ein besonberes Berfahren ber vorbezeichneten Art zu bem Awede stattfluben, damit auch ihm gegenüber die Einziehung der betr. Sache ausgesprochen und baburch bie Bollftredung biefer Dagregel ermöglicht merbe,

3. Ift (3. B. weil bie Sache im Befibe bes Beschulbigten gefunden und in Beschlag genommen worden) zur Ausschrung ber Einziehung eine Bollstredung bes Urtheils gegen den Eigenthümer nicht erforderlich, so ift dieser bennoch für besugt zu erachten, sich als Einziehungs: 2c. Interessent bei bem Bersahren zu melben und in diesem Alles vorzubringen, was die Berhängung der Einziehung 2c. abzuwenden geeignet ift. Auch auf Fälle dieser Art werden die Bestimmungen des § 478 Abs. 3 und bes § 479 analog anzuwenden sein.

y. Ift gegenüber bem bei ber That unbetheiligten Eigenthumer bie Einziehung unter gewissen Boraussehungen ausgeschlossen (vgl. 3. B. Bereinszoll-Ges. v. 1. Juli 1869 § 154), so muß, ohne Rüdsicht auf bie Rothwenbigkeit einer gegen ihn gerichteten Bollftredung, seine Zuziehung zu bem Berfahren (a) zu bem Zwecke ftattfinden, damit über das Borhandensein ober Richtworhandensein dieser Boraussesungen verhandelt und erkannt werbe.

b. Ift bei bem vorliegenden Delift die Einziehung einer Sache nur zuläffig, wenn der Befculbigte felbst der Eigenthumer ift (SiBB. § 40), so ift für die Betheiligung eines Dritten bei bem Berfahren tein Raum vorhanden. Das Gericht muß, wenn es auf die Einziehung erkennt, das Eigenthumsrecht des Beschulbigten seftstellen. Diese Feststellung aber hat gegenüber einem bei dem Strasversahren nicht betheiligten Dritten keine Birksamkeit: einem Dritten, der die Sache in seinem Gemahrsam hat, kann die letztere nicht im Bege der Bollstreckung des Strasurtheiles entzogen werden; in dem anderen Falle aber, wenn die Sache sich im Gewahrsam des Staates 2c. besindet (oben 3), kann die gedachte Feststellung einer auf Anerkennung des Gigensthums gerichteten Tivilklage des Dritten gegen den Staat (Fistus) 2c. nicht entgegenstehen.

B. a. Es handelt sich nicht um eine Einzelsache, sondern um die Undrauchdarmachung x. aller Exemplare einer Schrift, Abbildung ober Darftellung (StBB. § 41). Alsbam ift das diese Maßregel verhängende Urtheil gegen alle in dem cit. § 41 Abs. 2 gedachten Bersonen volkfreckar, gleichviel ob dieselben zu dem Bersahren zugezogen waren oder nicht. Es ist demzusige auch niemals ersorderlich, neben dem Beschuldigten solche Personen von Amtswegen zuzuziehen. Bohl aber werden diesenigen Interessen zuzuziehen sein, welche sich bei dem Gericht melden und ihre Zuziehung auf Grund des § 41 Abs. 2 verlangen; denn es sehlt jeder Grund, benjenigen, welche Mangels eines Beschuldigten sich bei dem Versahren betheiligen dürsen (§§ 478, 479), die Besugniß zu versagen, neben einem Beschuldigten aufzutreten; in dem einen wie in dem anderen Falle handelt es sich für sie um die Vertheidigung eigener Gerechtsame. Auch hier werden son nach die Bestimmungen der eit. §§ analog anzuwenden sein.

b. Birb von ber Bollftredung eines auf Unbrauchbarmachung zc. lautenben Urtheils ein Dritter betroffen, welcher behauptet, bag er nicht ju ben in § 41 Abf. 2 bes StBB, gebachten

Digitized by GOOGLE

§. 477.

In ben Fällen, in welchen nach §. 42 bes Strafgesethuchs ober nach anberweiten gesetzlichen Bestimmungen auf Einziehung, Vernichtung ober Unbrauchbarmachung von Gegenständen selbständig erkannt werden kann, ist der Antrag, sofern die Entscheidung nicht in Verbindung mit einem Urtheil in der Hauptsache erfolgt, seitens der Staatsanwaltschaft oder des Privatklägers bei demjenigen Gerichte zu stellen, welches für den Fall der Verfolgung einer bestimmten Person zuständig sein würde.

An die Stelle des Schwurgerichts tritt die an dessen Sitzungsorte bestehende Strafkammer.

(I. Cutu. § -; IL Cutu. § 372; III. Cutu. § 403.)

Bersonen gehöre, so fteht ihm behufs Geltendmachung bieser Behauptung ber Weg des Givils prozesses offen. Daffelbe gilt von solchen Dritten, welche Besitzrechte an einem Gegenftande geltend machen, ber in bem Gewahrsam einer ber in § 41 Abs. 2 gedachten Bersonen von ber Bollstreckung betroffen worben ift. Bgl. Oppenhoff, Strafgesetbuch § 41 Rote 12.

Zu A. und B. vgl. die abweichenden Ansichten von v. Kries S. 24 ff., Meves in Hh. E. 459 ff., Reller S. 605, Boitus Kontr. II. S. 374 ff., besonders aber Jastrow in Goltb. Arch. XXX, S. 51 ff.

- 2. hinfichtlich ber Einziehung ber Rachbruds-Eremplare unb Rachbruds-Borstichtungen enthält bas Gef. v. 11. Juni 1870 SS 21, 22, 25 besondere Bestimmungen über bas Erforberniß ber Zuziehung bes Eigenthümers zu bem Berfahren. Auf biese Bestimmungen ift. in verschiebenen anderen Reichsgesehen (vgl. § 477 Note 1) verwiesen,
- 3. In allen Fallen, in benen ein Einziehungs= 2c. Intereffent bei einem Strafverfahren bestheiligt ift (Rote 1, 2), ift berfelbe für berechtigt zu erachten, ber erhobenen Straftlage in allen ihren Theilen zu wibersprechen und, unabhängig von bem Berhalten bes Beschulbigten felbft, bas Nichtvorhandensein eines die Einziehung 2c. begründenden Delitts darzulegen. Diese Berechtigung wird baburch nicht ausgehoben, baß dem Beschulbigten gegenüber bereits ein rechtsträftiges Urtheil vorliegt (vgl. Note 14 zu Buch 2 Abschu. 1). Auch in der Ausübung der in § 478 Abs. 3 und § 479 bestimmten Besugnisse ift der Einziehungs= 2c. Interessent von dem Bershalten des Beschulbigten unabhängig.

3u § 477.

- 1. Die "anderweiten gesehlichen Bestimmungen" tonnen reichsrechtliche ober landeszrechtliche sein. Reichsrechtliche Borschriften des gedachten Inhalts s. u. A. im St. S. 152; Ses. v. 11. Juni 1870, betr. das Urheberrecht an Schriftwerken z., S. 21, 22, 25, 26, 43, 45; Ses. v. 9. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, S. 16; Ses. v. 10. Jan. 1876, betr. das Urheberrecht an Wustern und Modellen, S. 14; Ges. v. 14. Mai 1879, betr. den Berkehr mit Nahrungsmitteln z., S. 15; Ses. v. 22. Mai 1881, betr. die Küstenfrachtsahrt, S. 3 Abs. 3; Ses. v. 30. Apr. 1884, betr. die Fischere in der Rordsee, S. 2; Ges. v. 26. Mai 1885, betr. das Papier der Reichstaften, S. 3; Ges. v. 25. Juni 1887, betr. den Berkehr mit bleiz und zinkaltigen Gegenzstalben, S. 6; Ges. v. 5. Juli 1887, betr. die Verwendung gesundheitsschählicher Farben, S. 13; Ges. v. 12. Juli 1887, betr. den Berkehr mit Ersahmitteln für Butter, S. 5.
- 2. a. Nach § 42 bes StBB. bezw. nach bem sonstigen, im gegebenen Falle anzuwendenden Geset bestimmen fich die Boraussehung en, von deren Borhandensein die Zulässigkeit der "selbstftändigen" Festsehung einer Einziehung 2c. abhängt; vgl. über dieselben namentlich die Roten zu § 42 cit. in den Kommentaren zum StBB. Die §§ 477—479 treffen über die Zuslässigteit einer solchen "selbstständigen" Festsehung keine Bestimmung, sondern regeln lediglich das bei einer solchen eintretende Berfahren.

b. Inwiefern nach vorangegangener Berurtheilung ober Freisprechung eines Angeklagten

Digitized by GOOGLE

- nachträglich noch ein objektives Strafversahren zulässig ober burch ben Grundsat, "Non bis in idem" ausgeschlossen sein, barüber f. Rote 31. a. β zu Buch 2 Abschn. 1. It die Einziehung 2c. zugleich mit der Berurtheilung des Angeklagten ausgesprochen, jedoch wegen des Todes besselsben das Urtheil nicht rechtskräftig geworden, so ist letteres auch bezüglich der Einziehung 2c. nicht vollstreckat (§ 481), und es muß, um diese zu ermöglichen, nachträglich das objektive Strasversahren eintreten; so: Olshausen S. 139.
- 3. Auch bie Frage: inwiefern bie felbfiftanbige Feftfepung einer Ginziehung zc. in Berbindung mit einem Urtheil in ber hauptsache erfolgen könne, wird hier nicht entfcieben. In ber gegen ben Thater zc. eingeleiteten Untersuchung tann, wenn biefer aus einem in seiner Berson Liegenden Grunde freigesprochen wirb, in bemselben Urtheil auf die Einziehung 22. erkannt werben, wenn die Boraussekungen für eine folde Enticheidung (Rote 2. a) zutreffen: RGer. III, 16. Kebr. 81 (Entich. IV. 87, Ripr. III. 52), Rach I. 22. Dez. 84 (Ripr. VI. 837) foll bies auch im fomurgerichtlichen Berfahren nach Abgabe eines auf Richtschulbig lautenben Babrfpruces gelten, fofern nicht "erfichtlich" ift, bag wegen Mangels ber gebachten Boraussetungen das Richtschuldig ausgesprochen worden; ebenso nach I. 12. Juli 80 (Entich. II. 220, Ript. II. 191), fofern es "möglich erscheint", daß ungeachtet bes Bahrspruches objettiv ber Thatbestand einer strasbaren Handlung vorliegt (sehr bebentlich, da ber Bahrspruch keine Angabe ber Grünbe enthält unb somit nicht erkennbar ist, ob das objektive Borhandensein eines Deliks hat verneint werben sollen). — 3m Uebrigen beantwortet sich bie Frage nach ben allgemeinen Beftimmungen über die Berbindung mehrerer Straffacen (SS 2-4, 13, 236; ogl. Rote 33 ff. ju Buch 2 Abichn. 1). Rach biefen ift es 2. B. ebenso julaffig, bas Berfahren über bie Einziehung einer Sache, welche einem verftorbenen ober abwefenben (§ 318) Theilnehmer gehort und von ihm bei ber Begehung ber That gebraucht worben ist, mit bem gegen ben Thäter flattsindenden Berfahren zu verbinben, wie es anbererfeits auch ftatthaft ift, fjene Einziehung zum Gegenstanbe eines befonberen Berfahrens ju machen.
- 4. a. Der hier vorgesehene "Antrag" carafterifirt sich als eine besondere Form ber Erbebung ber Strafflage (öffentliche Rlage bezw. Privatslage); vgl. Buch 2 Abschn. 1 Rote 3 und § 168 Rote 2. Demgemäß bestimmt sich die Zulässigfeit einer Zurüdnahme bes Antrages nach § 154 bezw. § 431 Abs. 1, 2.
- b. Die Stellung bes Antrages ist in bas Ermessen ber Staatsanwaltschaft gestellt; bas Legalitätsprinzip (§ 152) greift hier nicht Plat (gl. A. Olshausen S. 148). Insbes. wird von bem Antrage bann Abstand zu nehmen sein, wenn die Entsernung des betr. Gegenstandes aus dem Bertehr sich thatsächlich auf einsacherem Berge bewirken läßt. Dies gilt selbst da, wo das Geseh, wie z. B. § 152 des SiBB., die Einziehung obligatorisch vorschreibt: eine solche Borschrift besagt nur, daß das Gericht auf Einziehung erkennen muß, falls es mit der Sache besaft wird. In diesem Sinne hat sich bez. des § 152 cit. der preuß. Just.-Min. in einer Cirk.-Bers. v. 17. Juni 1887 ausgesprochen.
- 5. In Betreff feines Inhalts muß ber Antrag ben Erforberniffen einer Anflagefdrift (§ 198; vgl. § 421) entfprechen.
- 6. Auf ben Antrag wird vom Borfinenben ber hauptverhandlungstermin (§ 478) anberaumt, ohne bag eine Befchluffa ffung bes Gerichts ftattfinbet: RGer. III. 9. Oft. 84 (Rfpr. VI 611).
- 7. Die sachliche Buftan bigkeit bes Gerichts bestimmt sich, mit ber in Abs. 2 vorge sehenen Mobifilation, nach ben allgemeinen Borschriften; sonach kann auch bas Reichsgericht in erfter Instanz zuständig sein (GBG. § 136 Rr. 1). Ift, weil ber Thater unbekannt, ober aus einem anderen Grunde die strafrechtliche Qualifikation ber That und bemzufolge auch die sachliche Buständigkeit des Gerichts nicht mit Gewißheit sesten, so ift als zuständig basjenige Gericht anzusehen, bessen Buständigkeit die größere ist, mithin und ba in Ansehung des Reichsgerichts eine solche Ungewißheit nicht füglich wird obwalten können, die Strafkammer.
- 8. Auch für bie örtliche Buftanbigkeit find bie allgemeinen Borfchriften maßgebend. Dieselbe bestimmt sich nach bem Orte, an welchem bie objektiv strafbare, wenn auch an bem Thater nicht zu strafende Handlung begangen ift: RGer. II. 28. Jan. 87 (Entsch. XV. 235, Ripr. IX.

§. 478.

Die Berhandlung und Entscheidung erfolgt in einem Termine, auf welchen bie Bestimmungen über die Hauptverhandlung entsprechende Anwendung finden.

Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf ben Gegenstand ber Einziehung, Bernichtung ober Unbrauchbarmachung haben, sind, soweit dies aussührbar erscheint, zu bem Termine zu laben.

Dieselben können alle Besugnisse ausüben, welche einem Angeklagten zustehen, sich auch durch einen mit schriftlicher Bollmacht versehenen Bertheidiger vertreten lassen. Durch ihr Nichterscheinen wird das Bersahren und die Urtheilsfällung nicht ausgehalten.

(I. Catu. § --; II. Catu. § 373; III. Cutu. § 404.)

96). Ift ein ben Gerichtsftand bestimmender Ort im Inlande nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln, so wird gemäß § 9 das zuständige Gericht durch das Reichsgericht bestimmt: MGer. I. 28. Apr. 87 (Ripr. IX. 290). Dies gilt insbes. auch dann, wenn der Thäter nicht ermittelt ist; a. M. Weves in Hh. S. 462, welcher in diesem Falle jedes sachlich zuständige Gericht auch für stellich zuständig und den § 12 für ausschlaggebend erachtet. Bgl. noch Olshausen S. 149, welcher in analoger Anwendung des § 9 ("Ergreisung") zunächt daszenige Gericht für zuständig hält, in bessen Bezirt der einzuziehende Gegenstand "angehalten" wird. — In Betress bes Falles, wenn es sich um die Undrauchdarmachung einer Orudschrift handelt, s. noch die Roten zum Preßs Ges. v. 7. Mai 1874 (unten in Abth. III.).

3u § 478.

Zu Abs. 1.

- 1. Der hier gebachte Termin ift nichts Anderes als eine hauptverhandlung (a. M. Meves in Sh. II. S. 463). Insbes. gelten auch hinfichtlich ber Deffentlichfeit die allgemeinen Bestimmungen (GBG. S. 170, 173—176). In schöffengerichtlichen Straffachen nehmen bie Schöffen an ber Berhandlung und Entscheidung Theil (GBG. S. 30 Abs. 1).
- 2. Das Urtheil lautet entweber auf Einziehung a. ber betr. Gegenstände ober, falls ber Antrag für unguläffig ober unbegrundet befunden wird, auf Burudweifung beffelben.

Bu Mbf. 2.

3. In der RIR. war beantragt worden, statt der Worte: "find — zu laden" zu sagen: "find auf ihr Ansuchen ober, wenn ihr Anspruch dem Gericht bekannt ober glaubhaft gemacht wird, von Amtswegen zu dem Termine zu laden, sofern nicht ihre Abwesenheit oder sonstige hindernisse entgegenstehen." Auf Frund der Erklärung des Regierungsvertreters: daß der S nichts Anderes aussprechen wolle als das, was der Antrag enthalte, wurde der letztere zurückgezzogen (Prot. S. 706).

Bu Abs. 3.

4. In Betreff bes Richterscheinens ber gelabenen Einziehungs- 2c. Interessenten und ihrer Besugniß, sich vertret en zu lassen, sieht Abs. 3, ba es sich hier eben nur um die Einziehung 2c. handelt, mit den Bestimmungen der SS 231, 233 im Einklang. — Eine Biedereinsehung 2c. handelt, mit den Bestimmungen der SS 231, 233 im Einklang. — Eine Biedereinsehung in den vorigen Stand (S 234) kann, wie aus dem Schlußsah zu solgern ist, der Richterschienneniemals beanspruchen. Gl. A. Reller S. 607, Dochow S. 288, Geger S. 886; a. M. Meves in H. S. 465, Stenglein S. 679. — Die Bestimmung des S 235, betressend den Zwang zum personlichen Erscheinen, ist hier selbstverständlich nicht anwendbar.

Denjenigen Einziehungs: 2c. Intereffenten, welche zu bem Termine gelaben ober sonft zur Berhanblung zugelaffen waren, ift bas Urtheil, wenn fie ber Berkündung besselben nicht beiges wohnt haben, zuzustellen: RGer. III. 26. Jan. 85 (Entsch. XI. 414, Rspr. VII. 52). Das selbe muß bezüglich solcher Interessenten gelten, welche sich behufs Betheiligung an bem Bersahren bei bem Gericht gemelbet hatten, beren Ladung jedoch unterblieben war; a. M. ansch. bas eitz Urth. — Soweit hiernach die Zustellung erforberlich ist, wird sie dadurch nicht entbehrlich, bas.

§. 479.

Die Rechtsmittel gegen das Urtheil stehen ber Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und den im §. 478 bezeichneten Personen zu.

(f. Catu. § -; IL Catu. § 874; III. Catu. § 405.)

§. 480.

Auf die im §. 93 des Strafgesethuchs vorgesehene Beschlagnahme des Bermögens eines Angeschuldigten sinden die Bestimmungen der §§. 333—335 und auf die in §. 140 des Strafgesethuchs vorgesehene Beschlagnahme die Bestimmungen der §§. 325, 326 entsprechende Anwendung.

(I. II. III. Entm. § -.)

Siebentes Buch.

Strafvollstreckung und Kosten des Berfahrens.

Erfter Abidnitt. Strafvollftredung.

ber betr. Intereffent bei ber Urtheilsverfunbung burch einen Bertheibiger vertreten mar (vgl. § 267 Rote 6).

6. Die Roften ber erften Inftang (vgl. § 505) tonnen ben Einziehungs 2c. Intereffenten nicht auferlegt werben: RGer. IV. 15. Mai 85 (Entid. XII. 198, Ripr. VII. 297).

3u § 479.

- 1. Bur Ergreifung ber Rechtsmittel sind auch biejenigen Einziehungs- zc. Interessenten berechtigt, welche in dem Berfahren erster Instanz noch nicht als solche ausgetreten waren: Rier. III. 26. Jan. 85 (Entsch. XI. 414, Rspr. VII. 52), Thilo S. 526, Dalde S. 314, v. Krieß S. 25, Dochow S. 287, 288, Geyer S. 886, Reller S. 607, Stenglein S. 681; a. R. v. Schwarze S. 600, Boitus Romm. S. 466 u. Kontr. II. S. 364 ss., Reves in H.H. II. S. 465.
- 2. Die Frift zur Einlegung bes Rechtsmittels beginnt für folche Intereffenten, welche bei bem Berfahren ber Borinftanz noch nicht betheiligt waren, mit ber Berfündung bes Urtheils: RGer. III. 26. Jan. 85 (Rote 1). Für biejenigen, benen bas Urtheil burch Zuftellung bekannt zu machen war (§ 478 Note 5), beginnt die Frift mit ber Zuftellung.

3u § 480.

- 1. Der § will nur bas Berfahren bei ber in § 93 bezw. § 140 bes StGB. vorgesehmen Beschlagnahme regeln. Die Voraussehungen, unter benen bieselbe verhängt werben kann, werben nicht burch bie StBO., sonbern burch bie cit. §§ bes StGB. bestimmt; sonach ist insbes. bie Abwesenheit bes Angeschulbigten (§ 318) hier kein Erforberniß ber Beschlagnahme, und es kommt nicht, wie nach § 332, barauf an, ob die vorliegenden Berdachtsgründe die Erlassung eines Haftbesehls rechtsertigen würden. Auch hinsichtlich der Dauer der Beschlagnahme sind in erster Reihe die Bestimmungen des StGB. maßgebend. Ueber den Unterschied zwischen den Fällen der §§ 325, 326 und denen der §§ 332 ff. vgl. § 325 Note 1, § 332 Note 1.
- 2. Die Befchlagnahme erfolgt auch im Falle bes § 93 burch Befchluß bes Gerichts, nicht bes Untersuchungsrichters; fo: Reller S. 608, Oppenhoff S. 246, Olshaufen S. 413.

Bum Erften Abidnitt.

1. Der Abichn. behandelt nur die Bollftredung ber von ben Gerichten verhangten Strafen; bie Bollftredung ber Strafen, welche im Bege eines Berwaltungs-Strafversahrens festgesett werben, bestimmt sich nach ben fur letteres maggebenben Gesehen; vgl. übrigens § 463 u. Rote 5 bas.
— Es handelt sich ferner hier nur um folche Strafen, welche von ben ordentlichen Strafen

Digitized by GOOGLE

§. 481.

Strafurtheile find nicht vollstreckar, bevor sie rechtskräftig geworden find. (L. Entm. § 363; II. Entm. § 375; III. Entm. § 406.)

gerichten in bem Berfahren nach ber StPD. verhängt werben (EG. § 3 Mbs. 1); vgl. übrigens in Betreff ber Bollftredung militärgerichtlicher Strasurtheile burch bie Civiljustizbehörben: EG. 3. GBG. § 7 Note 3. f. — Endlich regelt ber Abschn. nur die Bollstredung ber in einem Urtheil ober in einer bem Urtheil verwandten Entscheidung (vgl. §§ 450, 463, 491, 492, 494) verhängten kriminellen Strasen, wogegen für die Bollstredung ber im Laufe des gerichtlichen Straspersichtens verhängten Ordnungsfrasen (Ungehorsams, Prozehstrasen z.; vgl. EG. § 3 Note 2. b) bie auf diese bezüglichen Bestimmungen der StPD. (vgl. § 36) oder des GBG. (vgl. § 181) maßgebend sind. Uebrigens sind einzelne Bestimmungen des Abschn. (z. B. §§ 484, 487, 495) auch auf berartige Strasen analog anwendbar.

- 2. In Betreff ber Rechtshillfe bei ber Strafvollftredung f. GBG. SS 163—165 und bie Roten baf., insbef. S 164 Rote 9; in Betreff ber Bollftredung einer Gefammtftrafe in bem Falle, wenn bie Einzelftrafen von Gerichten verschiebener Bunbestaaten festgefest waren: Befchl. bes Bunbesraths v. 11. Juni 1885 (oben S. 130).
- 3. a. Die Bestimmungen bes Abschin, haben nur ben Betrieb (bie Anordnung) ber Strafvollstredung und die Erlassung ber bei bieser etwa ersorderlichen Entscheidung en zum Gegenstande. Borschriften über ben Inhalt ber Strasvollstredung, b. h. barüber, worin die Bollstredung
 einer bestimmten Strase zu bestehen habe, werden hier nicht gegeben; sie sind, soweit sie nicht schon
 im StBB. (§ 13, § 15, § 16 Abs. 2, 3, § 17 Abs. 4, § 18 Abs. 2, § 22) enthalten sind, bem
 noch zu erlassenden Strasvollzugsgesetze vorbehalten.
- b. Ueber die Bollftredung eines auf Berweis lautenden Urtheils ift eine reichbrechtliche Borschrift nicht vorhanden; es geben daher sowohl über die Form, in welcher, wie auch über die Behörde, von welcher ber Berweis zu ertheilen, die Anfichten mannigsach auseinander; vgl. hierüber bef. Olshausen S. 262. Mit diesem ift anzunehmen, daß die Art der Bollftredung dem Ermeffen des Gerichts überlaffen ift, die lettere jedoch nicht durch bloße Zustellung eines Schriftsucks erfolgen tann. Der Landesgesehung steht es nicht zu, Bestimmungen über die Bollftredung des Berweises zu treffen.
- 4. Ueber bie Bollfredung berjenigen Urtheile, welche bas Reichsgericht in erfter In- fang erläßt, f. GBG. § 136 Rote 7. d.

3u \$ 481.

- 1. Der S hat die in mehreren Bundesstaaten vorhanden gewesene Einrichtung beseitigt, nach welcher es im Interesse bes Berutheilten unter gewissen Boraussehungen gestattet war, mit der Bollstredung der Strafe icon vor bem Eintritt der Rechtstraft des Urtheils zu beginnen. Dies ift nicht mehr statthaft. In Betreff des Berhafteten wird übrigens die Birkung des in § 481 aufgestellten Grundsabes modifizirt durch die die Anrechnung der Untersuchungshaft betreffende Bestimmung des § 482; vgl. bort Note 1. a.
- 2. Die Bestimmung bes § 481 findet auf alle Strafarten Anwendung; insbes. auch auf die Einziehung 2c. (vgl. § 477 Rote 2. b a. E.). Ebenso auf die Buße (vgl. § 444 Note 10. b).
- 3. In Betreff ber Rechtstraft f. Buch 3 Rote 2. Wie burch ben Ablauf ber Rechtsmittelfrift, so tann ein Urtheil auch burch ben Berzicht auf bie Einlegung bes zulässigen Rechtsmittels (vgl. Rote 5) und ferner auch burch bie Zurüdnahme bes eingelegten rechtsträftig werben (vgl. § 344).
- 4. Sind durch daffelbe Urtheil mehrere Angeklagte verurtheilt, so ift die Strafvollstredung gegen den einzelnen zuläsfig, sobald ihm gegenüber die Rechtskraft des Urtheils eingetreten ift. Dies gilt auch von denjenigen Urtheilen, gegen welche die Revision stattfindet, obwohl nach § 397 in Folge des von dem einen Angeklagten eingelegten Rechtsmittels das Urtheil auch zu Gunsten eines anderen Angeklagten, der dasselbe nicht angesochten hat, aufgehoben werden kann. Denn nach § 481 beginnt die Bollstreckbarkeit des Urtheils mit dem Eintritt der Rechtskraft; nach § 383 aber hemmt die von dem einen Angeklagten eingelegte Revision nur hinsichtlich seiner, nicht auch

hinsichtlich ber Mitangeklagten, bie Rechtstraft bes Urtheils; erfolgt bemnächst bie Ausbebung bes Urtheils ju Gunfien eines Richtrevibenten, fo wirb auch bie bereits eingetretene Rechtsfraft wieber aufgehoben. Aus ben gesehlichen Borschriften ift also nicht zu folgern, bag bie Revision bes einen Angellagten bie Strafvollftredung auch gegen bie fibrigen hinbere. hierzu tritt bie Erwägung, baß fich erft aus ber Begrünbung ber Revifion, nicht aber icon bei Einlegung ber letteren, erkennen läßt, ob die Anwendung des § 397 (vgl. bort Rote 2. b) überhaupt in Frage fommen tann; ift bies nicht ber Fall, fo fehlt auch jeber innere Grund für die Richtvollstredung bes Urtheils gegen bie Richtrevibenten. Die Revisionsbegrundung gelangt aber oftmals erft nach Berlauf mehrerer Bochen an bas Gericht; es wurbe alfo, von ber entgegengefesten Anficht ausgegangen, oftmals die Bollftredbarkeit des Urtheils gegen die Richtrevidenten langere Zeit ungewiß bleiben. Gl. A. Reller S. 610, Puchelt S. 809, p. Schwarze in S. II. S. 246, Stenglein S. 683; a. M. Boitus Kontr. II. S. 42 ff., theilw. auch Dalde S. 315, Meves in HH. II. S. 477. Boitus erachtet die Bollftredung für unstatthaft, weil burch sie ber Zwed bes § 397 verfehlt werben tonne; letteres ift richtig, aber nicht enticheibenb; bie Borichrift bes § 397 ift mit bem gangen Spftem bes Anflageprozeffes nicht vereinbar und muß beshalb ju ungeeigneten Konsequenzen führen. Dalde balt es für richtig, gegen ben Billen bes Richtrevibenten bie Strafe nicht zu vollftreden, will bagegen bem Berhafteten auf feinen Antrag ben Antritt ber Strafe gestatten ; auf ben Billen bes Berurtheilten kommt es inbes hinsichtlich ber gefehlichen Zuläsfigkeit ber Bollftredung nicht an. Meves enblich balt ben burch \$ 397 hervorgerufenen Ronflitt für einen nicht zu lofenben, erachtet es aber fur Sache ber frafvollftredenben Behorbe, zur Bermeibung beffelben bie Bollftredung "foweit anganglich" auszuseben. Immerhin wird in folden Fallen, in benen mit einigem Grunde vorauszusehen ist, baß bas Revisionsgericht ben § 397 zur Anwenbung bringen werbe, es fich für bie Strafvollftredungsbehörbe empfehlen, bie Bollftredung aufauschieben, sofern biese nicht aus besonderen Gründen, 3. B. wegen Fluchtgefahr, bringlich erscheint. Im Sinne ber hier vertretenen Anficht hat fich ber preuß, Juft.: Min. in einer Berf. v. 20. Rai 1887 ausgefprochen. - Erfolgt gu Gunften eines Richtrevibenten bie Aufhebung bes Urtheils, fo muß auch die etwa icon begonnene Bollftredung fogleich aufgehoben werben, ba ein Urtheil, welches rechtlich nicht mehr eriftirt, nicht mehr Gegenftand einer Bollftredung fein tann; ber in Strafhaft befindliche Berurtheilte ift alfo nach Berichiebenheit ber Falle in Freiheit ju feten ober in Untersuchungshaft ju nehmen.

- 5. Das Urtheil muß, um vollstreckbar zu sein, nicht blod gegenüber bem Angeklagten, sondern auch gegenüber ber Staatsanwaltschaft und bem etwaigen Rebenkläger, bezw. gegenüber bem Privatkläger die Rechtskraft erlangt haben; vgl. § 343, § 430 Abs. 1, § 441 Rote 4. Ein das Gegentheil bezwedender Antrag wurde in der RER. abgelehnt (Prot. S. 1070). Sonach begründet der Berzicht des Angeklagten auf das zulässige Rechtsmittel (vgl. § 344 Rote 2) sür sich allein noch nicht die Bollstreckbarkeit des Urtheils; vielmehr bedarf es noch des gleichen Berzichtes seinens der Staatsanwaltschaft 2c. Bgl. § 482.
- 6. Was bie Frage betrifft: ob ein Urtheil, welches gegenüber ein em Angeklagten theilweis rechtskräftig ift (vgl. §§ 357, 359, 368, 383), auch theilweis vollstreckar fei, so sind folgende Falle zu unterscheiben:
- a. Der Angeklagte ist wegen nur eines Deliktes verurtheilt und bas Urtheil nur wegen einer ber in ber Urtheilsformel enthaltenen Festsetzungen angesochten, 3. B. nur wegen ber Aberkennung ber Strenrechte ober nur wegen bes Kostenpunktes. Hier steht ber theilweisen Bolkstredung (in bem Beispielsfalle: ber Bollstredung ber erkannten Freiheitsftrase) nichts entgegen. Da sich in ber Urtheilsformel verschiebene, von einander trennbare Theile unterscheiben lassen, so kann für ben in Rechtskraft übergegangenen Theil die Bescheinigung der Bollstrecharkeit (§ 483) ertheilt werden. Bgl. übrigens § 368 Note 2. b.
- b. Der Angeklagte ift wegen mehrerer felbstftanbigen Delitte zu mehreren gesons berten Strafen (StBB. SS 75, 77, 78) verurtheilt und bas Urtheil nur in Betreff bes einen Delitts angesochten. hier gilt bas Gleiche wie in bem zu a erwähnten Falle.
 - a. In bem Falle, wenn ber Angeklagte wegen mehrerer Delitte gu einer Gefammtftrafe

(StBB. § 74) verurtheilt und bas Urtheil nur bezüglich bes einen Delittes angefochten ift, ermachft baraus eine Schwierigfeit , bag bie Strafvollftredung nur auf Grund einer mit ber Beicheinigung ber Bollftredbarteit verfebenen beglaubigten Abidrift bie Urtheilsiormel erfolgen tann (§ 483), daß eine Borschrift, nach welcher bie Einzelstrafen in die Urtheilsformel aufgenommen werben mußten, nicht befteht und bemaufolge fich überwiegend bie Praris gebilbet hat, biefelben nur in ben Urtheilsgrunden anzugeben. Soweit biefe Braris besteht, ift eine theilweife Bollftredung bes Urtheils wegen ber Bestimmung bes f 483 unmöglich. Sind bagegen bie Einzelstrafen in ber Urtheilsformel angegeben und lagt bas eingelegte Rechtsmittel bie eine biefer Strafen bergeftalt unberührt, bag biefelbe nach Art und Dag unbebingt und unabanberlich fentfteht, fo ift biefe Strafe auch vollftredbar ; bie bezeichnete Borausfebung tann übrigens nur bei ber f. g. Ginfahftrafe gutreffen. Beispiel: A ift wegen Diebstahls, Unterfolagung und Betruges ju einer Gesammtftrafe von 1 Jahr 4 Monat Gefängniß verurtheilt; bie Ginzelstrafen find auf 1 Jahr bezw. 6 und 3 Monat bemeffen. Seine Revifion richtet fich nur gegen bie Berurtheilung wegen Unterfolagung und Betruges; hier fteht bie wegen Diebftahls ertannte einjährige Strafe unabanberlich fest und ihrer Bollstredung kein hinberniß entgegen. Richtet sich bagegen bas Rechtsmittel gegen bie Berurtheilung wegen Diebftahls, fo ift es bis jur rechtefraftigen Enticheibung über baffelbe ungewiß, welche Strafe wegen ber anberen Delikte ben Berurtheilten treffen wirb; es fehlt an einem unbebingten Ausspruch hierüber, und nur ein solcher kann eine Bollstreckung be-Daß fich mit Gewißheit berechnen lagt, welche Strafe minbeftens eintreten muffe (vgl. v. Kries S. 77), ift gleichgultig; benn eine folde Berechnung ift feine vollstrechare Enticeibung. — Insoweit hiernach bie Bollstredung eines theilweis rechtsträftigen Urtheils ausgeichloffen ift, findet ju Gunften bes verhafteten Angeflagten ber § 482 entfprechenbe Unmenbung, und es ist auf ben betreffenben Theil ber Strafe bie erlittene Untersuchungshaft auch bann anzurechnen, wenn bie theilweise Ansechtung bes Urtheils seitens bes Angeklagten erfolgt ist, er selbst also die Bollstreckarteit des Urtheils gehindert hat (vgl. § 482 Rote 1. a). Denn bie Berbinbung mehrerer Strafsachen in bemselben Berfahren ist etwas Zufälliges und von bem Billen bes Angeklagten Unabhängiges; eben beshalb aber barf ber lettere, wenn er bezüglich bes einen Deliktes fich ohne Beiteres bem Urtheil unterworfen bat, nicht ichlechter gestellt fein als in bem Falle, wenn bie Berurtheilung burch getrennte Urtheile erfolgt ift und er nur bas eine angefochten bat.

Uebrigens gehen über die Frage ber Bollftreckarteit bes Urtheils wie über die ber Anrechnung ber haft die Meinungen sowohl im Resultat wie in ber Begründung weit auseinander; vgl. Boitus Kontr. II. S. 29 ff., v. Kries a. a. O., hempfing in Golth. Arch. XXXIV. S. 108 ff., Stenglein S. 683.

7. Die Bollstreckarteit eines Urtheils, welches nicht ansechtar und beshalb sofort rechtsträftig ift, ift von ber vorgängigen Bekanntmachung (Zustellung) besselben an ben bei Berkunsbung nicht anwesend gewesenen Angeklagten zc. nicht abhängig. Es gilt dies sowohl von ben in ber Sache selbst entscheinen Urtheilen ber Revisionsgerichte (§ 394 Abs. 1) wie auch von ben Urtheilen, welche das Reichsgericht als Gericht erfter Instanz erläßt (GBG. § 136 Rr. 1). Desgleichen wird burch die erfolgte Verwersung ber Revision ohne Weiteres die Vollstreckbarkeit bes ans gesochtenen vorinstanzlichen Urtheils begründet.

8. Ueber bie Bollftreckbarteit bes Urtheils in ben Fallen, wenn bas eingelegte Rechtsmittel burch Befchluß als unzuläffig verworfen ift, s. \$ 360 u. Note 9 bas., \$ 363 Note 8, \$ 386 u. Note 6 bas. — Ueber die Bollftreckbarkeit bes Urtheils ohnerachtet ber Anbringung eines Gessuches um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezw. eines Antrages auf Wiederaufsnahme bes Berfahrens s. \$ 47 u. die Noten bas., \$ 400 u. Note 1 bas.

9. Ift Jemand burch ein Urtheil au mehreren Freiheitsftrafen verschiebener Art verurtheilt, so ift es in bas Ermeffen ber vollftredenben Behörbe gestellt und nach Zwedmäßigkeitsgrunden au entschen, welche ber mehreren Strafen querft gur Bollftredung au bringen sei (vgl. Prot. S. 723). — Ift Jemand burch mehrere, von verschiedenen Gerichten erlaffene Urtheile gu Freiheitsstrafen (welche nicht nachträglich au einer Gesammistrafe vereinigt sind) verurtheilt, so, wird, salls nicht etwas Anderes awischen ben betheiligten Behörben vereinbart ober von ber

§. 482.

Auf die zu vollstreckende Freiheitsstrafe ist unverkürtt diejenige Untersuchungs= haft anzurechnen, welche der Angeklagte erlitten hat, seit er auf Einlegung eines Rechtsmittels verzichtet oder das eingelegte Rechtsmittel zurückgenommen hat, oder seitdem die Einlegungsfrist abgelaufen ist, ohne daß er eine Erklärung abgegeben hat. (I. Cutw. § 364; II. Cutw. § 376; III. Cutw. § 407.)

gemeinsam vorgesehten Beborbe angeordnet wirb, basjenige Urtheil zuerst zu vollstreden sein, welches zuerft bie Rechtstraft erlangt hat.

3u § 482.

1. a. Die unbeschränkte Durchführung bes in § 481 aufgestellten Grunbsates wurde gegenüber bem verhafteten Angeklagten zu großen harten führen; bem soll durch die Bestimmung des § 482 vorgebeugt werden. Der Gebanke des Gesetes ist hierbei der: daß, soweit nicht der Angeklagte durch sein eigenes Berhalten in Betreff des Gebrauches der ihm zusehenden Rechtsmittel den Eintritt der Bollstreckarkeit des Urtheils aufgehalten hat, seine Lage dadurch keine Berschlimmerung ersahren soll, daß dem alsbaldigen Beginne der Strasvollstreckung hindernisse entgegentreten, die nicht durch ihn selbst herbeigeführt sind; ein solches hinderniß ist namentlich die Einslegung eines Rechtsmittels seitens der Staatsanwaltschaft zc. (Rote 3). Demgemäß soll die Anzechnung der Untersuchungshaft auf die Strase von dem Zeitpunkt ab stattsinden, zu welchem das Urtheil aufgehört hat, seitens des Angeklagten ansechtbar zu sein. Die Unansechtbarzkeit wird begründet entweder durch den Berzicht des Angeklagten auf die Einlegung des zulässigen Rechtsmittels oder durch die Zurücknahme des eingelegten oder durch den Ablauf der Einlegungsfrist. Ih das in Frage stehende Urtheil überhaupt nicht ansechtbar (§ 481 Rote 7), so ist der Beltpunkt der Berkündung bessellen derschen ab die Untersuchungshaft angerechnet werden muß; dies gilt insbes. im Falle der Berwerfung der vom Angeklagten eingelegten Revision.

b. Uebrigens geht ber § in ber Berudfichtigung bes Intereffes bes Angeflagten weniger weit als einzelne ber fruberen Lanbesgesete. In Breugen 3. B. wurde, wenn ber ju Gefangnif ober haft Berurtheilte bie Ginlegungsfrift verfireichen lief, ohne eine Erflarung abzugeben, Die von ihm feit bem Tage ber Erlaffung bes Urtheils erlittene Untersuchungshaft auf Die Strafe angerechnet, indem ju feinen Gunften die Sache fo angefehen wurde, als habe er fich ber ihm zuerkannten Strafe alsbalb unterworfen. Dag bie StBD. von biefer Behandlung ber Sache abgewichen ift, ift ale ein Uebelftanb ju bezeichnen; benn, inbem ber Angeklagte vor bie Babl geftellt wirb, entweber feine haft zu verlangern ober auf bas ihm guftebenbe, vielleicht Erfolg verfprechenbe Rechtsmittel gu verzichten, wird er in eine Zwangslage verfest, Die geeignet ift, ibn gu einem übereilten Bergichte ju verleiten. Besonders fühlbar wird fich ber gebachte Uebelftand ba machen, mo es fich um eine nur turge Strafe hanbelt: nach ber Beftimmung bes § 482 ift bie Möglichfeit nicht ausgeschlossen, bag ber zu wenigen Tagen ober auch nur zu einem Tage Freibeitoftrafe Berurtbeilte nach ber Urtheilsverfunbung noch eine Boche in Untersuchungshaft verbleibt und daß erst nach Ablauf bieser Woche mit ber Bollftredung jener Strafe begonnen wirb. Behufs möglichfter Bermeibung berartiger Bortommniffe wirb bas Bericht bei Erlaffung eines auf eine turge Freiheitsftrafe lautenben Urtheils bie Untersuchungshaft aufzuheben haben, fofern bies nach Lage bes Falles irgend zuläffig erscheint; vgl. § 123 u. Rote 4 baf.

^{10.} Die fofortige Bollftrectbarteit eines in Berbinbung mit bem Urtheil ergangenen, bie Freis laffung bes verhafteten Angeklagten anordnenben Befchluffes bleibt von ber Borfchrift bes § 481 umberührt (§ 123 Abf. 2; vgl. bort insbef. Rote 4).

^{11.} Ein Strafbefehl ift vollstredbar, sobalb er bie Birfing eines rechtstraftigen Urtheils erlangt hat; hierüber f. § 450 u. Rote 1 baf.

^{12.} Befchluffe und Berfügungen, welche eine Strafe verhängen (vgl. 3. B. §§ 50, 69, 77), find, auch wenn diese Strafe in haft besteht, sogleich vollstrectoar, ba fie nur mit der Beschwerde ansechtbar find (§ 346) und dieser eine aufschiedende Birkung nicht beiwohnt (§ 349). Eine Ausenahme s. im GBG. § 183 Abs. 2.

- 2. Dem Angeflagten ift auch biejenige Sait anzurechnen, welche zwischen bem Tage bes Einstritts ber Bollfteckbarkeit bes Urtheils und bemjenigen Tage liegt, an welchem bie Uebers führung bes Angeklagten aus bem Untersuchungsgefängniß in bas Strafgefängniß ze stattflubet. hierbei wird nicht einmal eine Berzögerung ber Ueberführung vorausgesetz; vielmehr erstreckt sich bie Anrechnung auch auf biejenige Zwischenzeit, welche ber Geschäftsgang und bie etwaige Entsfernung ber beiben Gefängnisse von einander nothwendig mit sich bringt, insbes. also auch auf die Transporttage. Für Preußen vgl. noch Allg. Berf. bes Just.-Min. v. 3. Mai 1887 (JWBI. S. 123).
- 3. In Betreff ber Anrechnung bestenigen Zeitraums, um welchen die Untersuchungshaft burch bie Einlegung eines Rechtsmittels verlängert worden ift, kommt es nach bem oben (Rote 1. a) Bemerkten lediglich darauf an, ob das Rechtsmittel von dem Angeklagten oder von anderer Seite ergriffen war. Ein von dem Vertheidiger eingelegtes Rechtsmittel ift ein Rechtsmittel bes Angeklagten selbst (vgl. § 339 u. die Roten daf.). Dagegen sind den Rechtsmitteln der Staatsanwaltschaft, bei denen selbstverständlich der mit ihnen verfolgte Zweck (vgl. § 338 Abs. 2) gleichz gultig ist, nicht blos diejenigen des Nebenklägers, sondern auch diejenigen der in § 340 bezeicheneten Personen gleichzustellen, da vermöge der "selbstständigen" Berechtigung dieser Bersonen der Angeklagte außer Stande ist, eine ihm unerwünschte Ansechung des Urtheils zu verhindern (vgl. § 340 Rote 2).
- 4. hat ber Angeflagte ein Rechtsmittel eingelegt, welches eine Milberung ber Strafe nach Art ober Maß zur Folge gehabt hat und bessen Ginlegung somit als eine gerechtsertigte anerkannt worben ift, fo ermachft ihm bieraus bennoch fein Unfpruch auf Unrechnung ber Unterfuchungshaft, welche er feit ber Erlaffung bes angefochtenen Urtheils erlitten bat. Das Gericht boberer Inftang hat indeß in berartigen Fallen in Betracht ju ziehen, ob nicht eine Anrechnung auf Grund bes § 60 bes StoB. angemessen sei. — Im Uebrigen bestimmt sich nach Erlassung eines über bie Berufung bes Angeflagten ergebenben, in ber Sache felbft (vgl. § 369) enticheibenben Urheils, gleichviel ob bie Berufung Erfolg gehabt hat ober nicht, bie Anrechnung ber Unterfuchungshaft wieberum nach § 482, wie wenn bas Urtheil in erfter Inftang ergangen mare; es tommt alfo barauf an, wann baffelbe fur ben Angeklagten unanfechtbar geworben ift (Rote 1. a). -Birb in Folge eines vom Angellagten eingelegten Rechtsmittels (Berufung ober Revifion) bas angefochtene Urtheil aufgehoben und bie Sache in bie Borinftang gurudverwiefen, fo finbet auf bas in biefer Instanz ergebenbe neue Urtheil bas vorstehend von bem Berufungsurtheil Gelagte entsprechenbe Anwenbung. — In Betreff berjenigen Urtheile ber Revisionsinftang, burch welche bie Revifion verworfen ober in ber Sache felbft enbgultig entschieben wirb, f. Rote 1. a. (Soluf).
- 5. Ueber bie Unrechnung ber Untersuchungshaft in bem Falle, wenn ber Ungeflagte wegen mehrerer Delike ju einer Gesammtftrafe verurtheilt ift und er bas Urtheil nur theilweisangefochten hat, f. § 481 Rote 6. o.
- 6. Ueber die Anrechnung ber Untersuchungshaft in den Fällen, wenn das eingelegte Rechtsmittel durch Beschluß als unzulässig verworfen ift, s. § 360 Rote 9. b, § 363 Rote 8, § 386 Rote 6.
- 7. Die hier vorgeschriebene Anrechnung ber Untersuchungshaft besteht barin, baß jeber Tag. ber letteren als ein Tag verbüßter Freiheitsstrase behandelt wird, ohne Unterschieb, ob auf Zuchthausstrase, Gefängnißstrase, Festungshaft ober haft erkannt ist. Die das Berhältniß ber verschiebenen Freiheitsstrasen zu einander betreffende Borschrift bes Stob. § 21 findet hier nicht Anwendung. Sonach kann die Anrechnung die Folge haben, daß ein zu Zuchthaus Berurtheilter auf
 einen kurzeren als einzährigen Zeitraum (vgl. Stob. § 14) in das Zuchthaus kommt; diese Mögelichkeit war übrigens schon nach § 60 des Stob. vorhanden.
- 8. Wird gegen einen in Strafhaft befindlichen Berurtheilten wegen eines noch abzuurtheilenben Delifts die Untersuchungshaft verhängt, so wird hierdurch die Strafhaft unterbrochen, sofern nicht ausdrücklich versügt wird, daß der Strasvollzug auch im Untersuchungsgefängniß fortzubauern habe: RGer. III. 6. Nov. 80 (Rspr. II. 456).

§. 483.

Die Strafvollstredung erfolgt burch bie Staatsanwaltschaft auf Grund einer von dem Gerichtsschreiber zu ertheilenden, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen, beglaubigten Abschrift der Urtheilssormel.

Den Amtsanwälten fteht bie Strafvollstredung nicht gu.

Für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen kann durch Anordnung der Landesjustizverwaltung die Strafvollstreckung den Amtsrichtern übertragen werden.

(I. Cutm. § 365; II. Cutm. § 377; III. Cutm. § 408.)

3u § 483.

- 1. In Aufchung ber Freiheitsftrafen find unter ber Strafvollftredung im Sinne bes Inur biejenigen Atte gu verfieben, welche erforberlich find, um ben Berurtheilten ber Strafanstalt zu überliefern (vgl. § 489). Darfiber, welchen Behörben ber weitere Bollzug ber Strafe (bie Berwaltung ber Strafanstalten, bie Aufsicht über biefe n.) zustehen foll, wird hier eine Bestimmung nicht getroffen.
- 2. In Betreff ber Gesichtspunkte, auf benen bie Uebertragung ber Strafvollstredung auf bie Staatsanwaltschaft beruht, f. S 36 Rote 1. Die Ausnahme, welche Abf. 2 hinsichtlich ber Amtsanwaltschaft bem Umftanbe Rechnung, baß bas Personal ber Amtsanwaltschaft "vielleicht nicht überall bie ausreichenbe Gewähr für eine angemessene Strafvollstreckung geben wirb" (Mot. S. 231).
- 3. Bar eine Straffache burch Urtheil ber Revisionsinstanz von bem mit ihr ursprunglich befaßten Gericht an ein anderes verwiesen, so bleibt für die Strafvollstreckung bennoch die Staatsanwaltschaft bes ersteren Gerichts örtlich zuständig. Für Preußen s. hierüber die Allg. Berf. bes Just.=Min. v. 21. Mai 1887 (JMBI. S. 135).
- 4. a. Macht die Landesjustigverwaltung von der Ermächtigung des Abf. 3 nicht Gebrauch, so liegt auch in den schöffengerichtlichen Strassaumaltschaft ob. Uedrigens haben fast alle Landesjustigververwaltungen die Strassaumaltschaft ob. Uedrigens haben fast alle Landesjustigververwaltungen die Strassvollstredung in den gedachten Sachen den Amtsrichtern übertragen. Für Preußen s. Allg. Berf. des Just. Min. v. 14. Aug. 1879 ad I (JWBI. S. 237).
- b. Die Fassung bes Abs. 3 ("zur Buftanbigteit gehörigen Sachen") ift ungenau; bie Bestimmung gilt auch fur biejenigen Sachen, mit welchen bie Schöffengerichte burch Uebers weisung (vgl. GBG. § 29 Rote 2.a) besaft finb.
- 5. Die Amtsrichter, benen die Strafvollstredung übertragen ist, sind in dieser ihrer Funktion nicht Organe ber richterlichen Gewalt, sondern, gleich den Staatsanwälten, Organe der Justipver-waltung. Insoweit sie als solche handeln (vgl. bagegen § 490) sind Beschwerden über ihre Berfügungen im Aufsichtswege zu erledigen. Die Frage: ob die Staatsanwaltschaft zur Aufsichts- und Beschwerdeinstanz bestellt werden könne, ist in der RER. (Prot. zum GBG. S. 665) streitig geblieben; sie ist mit Rücksicht auf den ganz allgemeinen, alle reichsgesehlich vorgesehenen Funktionen des Richters umfassenden Wortlaut des § 152 des GBG. zu verneinen (a. M. Reller S. 614).
- 6. Der Gerichtsich reiber handelt bei ber ihm in Abs. 1 zugewiesenen Funktion lediglich als Organ des Gerichts; die Bollftreckarkeit des Urtheils unterliegt erforderlichenfalls der gericht lichen Entscheing (vgl. § 490). Er felbst hat, wenn er über die Bollftreckarkeit Zweisel hegt, die Beisung des Gerichts einzuholen. Beschwerben über ihn sind nicht im Aufsichtswege, sondern durch gerichtlichen Beschluß zu erledigen.
- 7. In Betreff ber Strafvollstredung in einem anberen Gerichtsbezirke f. GBG. § 164 u. bie Noten bas., insbef. Rote 4. Bgl. ferner GBG. § 163 Rote 6. b.
 - 8. In Betreff ber bei ber Strafpollftredung erforberlich werbenben Entich eibung en f. § 494,
- 9. In Betreff ber Bollftredung ber in ber Ausilbung ber Sipungspolizet verhangten Orbenungsftrafen f. GBG. SS 181, 182.

§. 484.

In Sachen, in benen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, steht das Begnabigungsrecht bem Raiser zu.

(L IL IIL **Catm. §** —.)

§. 485.

Tobesurtheile bedürfen zu ihrer Bollftreckung keiner Bestätigung. Die Vollstreckung ist jedoch erst zulässig, wenn die Entschließung des Staatsoberhauptes, und in Sachen, in denen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, die Entschließung des Kaisers ergangen ist, von dem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen.

An schwangeren ober geisteskranken Personen barf ein Tobesurtheil nicht vollstreckt werben.

(I. Catm. § 366; II. Catm. § 378; III. Catm. § 409.)

§. 486.

Die Bollftredung ber Tobesftrafe erfolgt in einem umichloffenen Raume.

Bei ber Bollstredung muffen zwei Mitglieber bes Gerichts erster Instanz, ein Beamter ber Staatsanwaltschaft, ein Gerichtsschreiber und ein Gefängnißbeamter zugegen sein. Der Gemeinbevorstand bes Orts, wo die Hinrichtung statt-

3# § 484.

1. Ueber bas hier bestimmte Begnabigungsrecht bes Kaisers s. bas Rabere jum GBG. Alt. 2 Rote 10.

Au \$ 485.

- 1. Die Bestimmung bes ersten Sates ist "aufgenommen worben, weil noch in mehreren bemichen Gesetzebungen die landesherrliche Bestätigung sich als Bebingung ber Bollstreckbarkeit bes Tobesurtheils ausgesprochen fand. Es ist aber unrichtig, von einer Bestätigung bes Urtheils zu reben, wo es sich nur um bie Ausübung ober Nichtausübung bes Begnabigungsrechts handelt" (Mot. S. 320).
- 2. Gin in ber RER. gestellter Antrag: bie Bestimmung bes Abs. 2 auf solche Bersonen auszubehnen, welche tobtlich trank find, ist abgelehnt worben, nachbem bas praktische Bedürfnis für eine berartige Ausbehnung verneint worben war (Prot. S. 713).
- 3. Auch bei ber Tobesftrafe ift bie Staatsanwaltschaft bie vollstredende Behörbe (§ 483; vgl. § 486 Note 4). Ueber Einwenbungen, welche gegen bie Bollstredung erhoben werben, entsichet bas Gericht (§ 490 Abf. 1).
- 34 § 486.

 1. Die Tobesstrase wird nach § 13 bes StoB. burch Enthauptung vollstreckt. In welcher Beise bie lettere auszusühren sei, ift reichsgesehlich nicht bestimmt; es entscheibet hierüber bas Recht bes Ortes ber Bollstreckung. Bur Zeit erfolgt die Enthauptung in ben verschiebenen Theilen bes Reiches auf breisach verichiebene Weise: theils burch bas Beil, theils burch bas Fallschwert.
- 2. Da die StPD. überall, wo sie von dem Gericht erster Instanz redet, dasjenige Gericht meint, welches in erster Instanz mit der Untersuchung und Entscheidung besatt ist oder gewesen ist, so ist im Sinne des S unter dem Gericht erster Instanz dasjenige Landgericht, bei welchem das erkennende Schwurgericht zusammengetreten war, und in reichsgerichtlichen Strafsachen (GBG. § 136 Nr. 1; vgl. oden Note 4 zu Buch 7 Abschn. 1) das Reichsgericht zu verstehen. Die bezüglich der schwurgerichtlichen Entscheidungen gegebene Bestimmung in § 82 Sat 2 des GBG. sindet hier, wo es sich nicht um eine Entscheidung, sondern um eine andere richterliche Funktion handelt, entsprechende Anwendung (vgl. Prot. S. 713). A. W. Keller S. 616, welcher unter dem Gericht erster Instanz das Landgericht des Vollstredungsories versteht.

findet, ist aufzuforbern, zwölf Personen aus den Vertretern oder aus anderen achtbaren Mitgliebern der Gemeinde abzuordnen, um der Hinrichtung beizuwohnen.

Außerdem ist einem Geistlichen von dem Religionsbekenntnisse des Berurtheilten und dem Bertheibiger und nach dem Ermessen des die Bollstreckung leitenden Beamten auch anderen Personen der Zutritt zu gestatten.

Ueber ben Hergang ift ein Protofoll aufzunehmen, welches von bem Beamten ber Staatsanwaltschaft und bem Gerichtsschreiber ju unterzeichnen ift.

Der Leichnam bes hingerichteten ist ben Angehörigen besselben auf ihr Berlangen zur einfachen, ohne Feierlichkeiten vorzunehmenben Beerdigung zu verabfolgen.

(f. Entw. \$ 367; II. Eutw. \$ 379; III. Entw. \$ 410.)

§. 487.

Die Bollftredung einer Freiheitsstrafe ift aufzuschieben, wenn ber Verurtheilte in Geistestrantheit verfällt.

Dasselbe gilt bei anderen Krankheiten, wenn von der Bollftreckung eine nabe Lebensgefahr für den Berurtheilten zu beforgen steht.

Die Strafvollstredung kann auch bann aufgeschoben werben, wenn sich ber Berurtheilte in einem körperlichen Zustande befindet, bei welchem eine sofortige Vollstredung mit der Sinrichtung der Strafanstalt unverträglich ist.

(I. Entw. § 368; II. Entw. § 380; III. Entw. § 411.)

Digitized by Google

ţ

^{3.} Rur bie Gegenwart ber in Sab 2 bezeichneten funf Beamten ift unbebingt erforberlich; bas Richterscheinen ber Gemeinbevertreter zc. bilbet fein hinbernif ber Bollftredung.

^{4.} Daß das Protofoll von bem Beamten ber Staatsanwaltschaft zu unterschreiben ift, beruht barauf, daß biefer ber die Bollftredung bewirkenbe und leitende Beamte ift (§ 485 Rote 3).

^{1.} Die §§ 487, 488 behandeln die Frage: in welchen Fällen der Beginn der Bollftredung einer Freiheitsstrafe aufzuschieden sei. Ueber die Unterbrechung einer schon begonnenen Strafvollftredung giebt die StPO. keine allgemeinen Vorschiften. Rur im § 490 Abs. 3 sindet sich neben dem Aufschube auch die Unterbrechung erwähnt; indeß ist dort, abgesehen von den besonderen Fällen des § 490 Abs. 1, eben der Fall vorausgeseht, daß ein Ausschub des Beginnes der Bollstreckung beantragt, jedoch vor der bestinitiven Erledigung dieses Antrages die Bollstreckung ins Wert gesett worden war. Der Fall, wenn erst im Laufe der Bollstreckung Umftände der in § 487 oder § 488 bezeichneten Art eintreten, ist in der StPO. nicht vorgesehen; vielmehr ist berselbe lediglich der Regelung im Berwaltungswege überlassen. Sonach ist die Unterbrechung einer dereits begonnenen Bollstreckung, außer in den Fällen des § 490, nicht Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung (vgl. übrigens § 483 Abs. 3).

Für Preußen vgl. Rr. II ber Allg. Berf. bes Just.: Min. v. 14. Aug. 1879 (JRBI. S. 237). Soweit baselbst nicht etwas Abweichenbes bestimmt ist, sind die älteren Borschriften über Strafteilung und Strasunterbrechung in Geltung geblieben. hinsichtlich der Unterbrechung solcher Strasen, welche in den zum Ressort des Min. des Innern gehörigen Strasanstalten vollstrecht werden, ist das Bersahren durch zwei Bereindarungen der Min. des Inn. und der Justiz geregelt. welche den Justizbehörden durch Girt-Bers. des Just.: Min. v. 7. Juni 1881 und v. 6. Just 1885 mitgetheilt sind (Min.: Bl. d. 1881 S. 174, 1885 S. 186). — In Betreff der Entlassung geisteskrank gewordener Gesangenen s. Allg. Bers. des Just.: Min. v. 25. Okt. 1882 (JWBI. S. 325).

^{2.} In § 487 Abf. 1, 2 werben biejenigen Umftanbe vorgesehen, welche einen Aufschub ber Bollftredung nothwenbig machen unb für ben Berurtheilten ein Recht auf benfelben begründen; in § 488 ift von einem aus Billigkeitsrüdfichten zu gewährenben Aufschube bie Rebe. Der

Auf Antrag des Verurtheilten kann die Vollstredung aufgeschoben werden, so-Ferre Durch die sosortige Vollstreckung dem Verurtheilten ober der Familie desselben erhebliche, außerhalb des Strafzwecks liegende Nachtheile erwachsen. 817

- in S 487 Abs. 3 bezeichnete Fall steht zwischen ben Fällen ber Abs. 1, 2 und benen bes § 488 infoferre tre ber Mitte, als bei ihm einerseits ber Ausschub bem Ermessen von Behörbe unterliegt,
- anderer eine der boch die herbeisührung einer gerichtlichen Entscheinung zugelassen ist (§ 490 Abs. 2). 3- In den Fällen des § 487 ift der Aufschuben Gulftredung von Amtome gen fu verjügent, ein Antrag bes Berurtheilten also nicht erforberlich. Bgl. bagegen 5 488 Abs. 1.
- 4. Darüber, ob eine ber Boraussehungen bes § 487 porliege, hat junachft bie Straf-DOILSt edungsbehörbe (bie Staatsanwaltschaft bezw. ber Amtsrichter) du befinden; ihr also steht die Ablehnung eines von ihr für unbegründet erachteten Antrages du. Werden gegen eine seitens der Staatsanwaltschaft ersolgte Ablehnung Einwendungen erhoben, so hat die Staatsans waltschaft bie Entscheibung bes Gerichts herbeizusühren (§ 490 Abs. 2). In Betress bes Bes Comerbeweges vgl. bort Note 4.
- 5. Auf einen bestimmten Zeitraum (vgl. § 488 Abs. 2) ist hier, ber Natur ber Sache nach, ber Aufschub nicht eingeschränkt; seine Dauer hängt von bem Aufhören ober Fortbestehen bes ber Strafpollstredung entgegenstehenben hindernisses ab. Es ift daher geeignetensalls auch ein neuer und mehrmaliger Aufschung flatthaft und gegen die Aplehnung eines solchen wiederum die An-
- 6. Daburd, baß bas betr. Hinderniß ununterbrochen fortbauert und eine Bejeitigung besselben unmöglich ist, kann bie gollstredung einer Freiheitsstrafe thatsächlich unmöglich Dieraus ermächst für die Behörben die Nothwendigseit, die Behauptung, daß ein solches Dinderniß bestehe, mit besonderer Sorgsalt zu prüsen. — Für Preußen ift hervorzuheben, bas bie burch \$ 590 ber Krim.: D. v. 1805 begründete, in \$\$ 8 ff. der Instruction v. 30. Juni 1834 näher geregelte Besugniß des Just.-Win., einer nicht vollstreckaren Freiheitsstrase eine Gelbstrase
- Bu fubstituiren, nicht mehr besteht. In biesem Sinne hat nunmehr auch ber Just .= Dein, entschiedere-7. Der Bollstreckung einer Bermögensstrafe (Gelbstrafe, Einziehung 2c.) steht die Geistess= trantheit bes Berurtheiten nicht entgegen.
- 8. a. Nach bem Bortlaut bes Abs. 3 fann es scheinen, als sei bie Bestimmung lebiglich tre Interesse ber Strafanstalten gegeben; bieß ist indeß nicht ber Fall: auch ber Berurtheilte kant ne
- in seinem Interesse den Ausschaft und event. (Note 4) bas Gericht anrusen. b. Die Bestimmung bes Abs. 3 kann insbes. auch auf saugenbe Mütter Anwendums. finden. Die MER. (Prot. S. 1072 ff.) hat einen Antrag: ben Aufschub der Strasvollstredung bis der Craftollstredung bis dur Entwöhnung bes Kindes sur nothwendig du erklären, abgelehnt und hierbei namentlich dent Fall ber Fluchtgefahr in Betracht gezogen. Sonach ift über bie Angemessenheit ober Unangemessens fom me beit eines Aufschules nach ben Umftänden bes einzelnen Falles zu entscheiben. — Uebrigens tamme in ben Aufschub bezwedenber Antrag auch unter bem Gesichtspuntt bes § 488 angebracht um S besandelt werden; in biesem Falle wilrbe jedoch die Herbeiführung einer gerichtlichen Entideiburt ausgeschlossen sein (vgl. § 488 Rote 2). Eressen bei einem Antrage beiberlei Eenchrspunkte 322. lo sann bas angerusene Gericht nur die dem § 487 Abs. 3 entsprechenden Gründe, micht aber be-e unter § 488 fallenden, in ben Bereich feiner Entscheibung ziehen (vgl. Reller C. 615)
- 0. 31 Betteff ber Strafvollftredung an Schwangeren f. für Prenfen: Gemin. 1. 16 ma. 1001. Regl. v. 16. März 1881 § 26 Abs. 2, § 83 Abs. 5 sowie Cirt. Leri, bes Aria des 3an. 18. Mai 1883 (JMB). S. 195) und v. 3. Juni u. 9. Sept. 1884 (MBL b. i. R. S. 195)

^{34.} J 48/ Note 1, 2, 3 sowie 7. b.
35th bem hier behandelten Falle unterliegt der Aufschuß der Sollsteckung. 6. Austage. Bime, Strefprogegordnung. 5. Auftage.

Der Strafaufschub barf ben Zeitraum von vier Monaten nicht überfteigen. Die Bewilligung besselben kann an eine Sicherheitsleiftung ober andere Bebingungen geknüpft werben.

(I. 11, 111, Cutm. § —)

§. 489.

Die Staatsanwaltschaft ist befugt, behufs Bollstredung einer Freiheitsstrase einen Borführungs- ober Haftbefehl zu erlassen, wenn der Berurtheilte auf die an ihn ergangene Ladung zum Antritt der Strase sich nicht gestellt hat oder der Flucht verdächtig ist.

Auch tann von ber Staatsanwaltschaft zu bemselben Zwecke ein Steckbrief erlaffen werben, wenn ber Verurtheilte flüchtig ist ober sich verborgen halt.

Diese Besugnisse stehen im Falle bes §. 483 Abs. 3 auch bem Amtsrichter zu. (L. II. III. Catin. § —) S. 490.

Wenn über die Auslegung eines Strafurtheils ober über die Berechnung ber erkannten Strafe Zweifel entstehen, ober wenn Sinwendungen gegen die Zulässige keit der Strafvollstreckung erhoben werden, so ist die Entscheidung des Gerichts herbeizuführen.

5. Bgl. § 495 Rote 2.

3u \$ 489.

- 1. Aus Abs. 1 folgt, bag, falls ber Berurtheilte nicht fluchtverbachtig ift (vgl. § 112 Rote 4), er junachst burch Labung jum Antritt ber Strafe aufgeforbert werben muß. — Bgl. GBG. § 163 Rote 6. b.
- 2. Ob bie Boraussetungen für bie Erlassung eines Borführungs = ober haft befehls bezw. eines Stedbriefes vorhanden seien, barüber hat nur die vollftredende Behorde ju befinden; eine Entscheidung des Gerichts (§ 490) findet hierüber nicht statt.
 - 3. Die ben Polizeibehorben in § 131 Abs. 2 beigelegte Befugniß greift auch bier Blat-
- 1. Ein Antrag 2c. bes Berurtheilten wird hier nicht nothwendig vorausgefett; bie Staatsanwalts fcaft hat bei obwaltenben Zweifeln von Antswegen bie Entscheidung bes Gerichts herbeis zuführen.
- 2. a. "Einwendungen gegen bie Bulaffigteit ber Strafvollftredung" Beispiele: ber Berurtheilte macht Berjährung ber Strafvollftredung geltenb, ober: er erhebt, wenn es fic

messen ber vollstredenben Behörbe (§ 483). Segen bie Ablehnung eines ben Aufschub bezwedenben Antrages findet nur die Beschwerbe an die dieser Behörbe vorgesette Instanz, nicht aber die Anrusung des Gerichts (§ 490) statt (vgl. bort Rote 4). Die RER. hatte die letztere auch hier zulassen wollen; der betr. Beschluß wurde sedoch in Folge des Biderspruches der Regierungen von dem Reichstage in der 3. Lesung geändert (Stenogr. Ber. S. 991 ff.).

^{3.} Der hier gebachte "Antrag" braucht nicht nothwendig von bem Berurthellten felbft, er tann vielmehr unter Umftanben, wie 3. B. im Falle ber Ertrantung bes letteren, auch von Dritten, insbef. von ben Angehörigen 2c. besselben, gestellt werben.

^{4.} Im Bege ber Snabe kann ein Aufschub auch beim Richtvorhandensein ber in Abs. 1 bezeichneten Boraussehung und ferner auch für einen längeren als ben in Abs. 2 bezeichneten Zeitraum gemährt werden; die Befugniß hierzu ift ein Ausstuß des Rechts zum Erlasse der Strafe. Siner Delegirung dieser Befugniß auf die Organe der vollstreckenden Gewalt steht die StBO. nicht entgegen, da § 488 nur diejenigen Besugnisse normirt, welche diesen Organen kraft Gessehes zustehen. Demzusolge find solche Bestimmungen, durch welche eine Delegirung dieser Art erfolgt ift, burch die Einführung der StBO. nicht von selbst außer Kraft geseht worden.

Dasselbe gilt, wenn nach Maßgabe bes §. 487 Einwendungen gegen bie Abslehnung eines Antrags auf Aufschub ber Strafvollstreckung erhoben werben.

Der Fortgang ber Vollstreckung wird hierburch nicht gehemmt; das Gericht kann jedoch einen Aufschub ober eine Unterbrechung der Vollstreckung anordnen.
(I. Cutw. § 389; II. Cutw. § 381; III. Cutw. § 412.)

§. 491.

Rann eine verhängte Gelbstrafe nicht beigetrieben werben und ist die Festsfehung der für diesen Fall eintretenden Freiheitsstrafe unterlassen worden, so ist die Gelbstrase nachträglich von dem Gericht in die entsprechende Freiheitsstrase umzuwandeln.

(L Entw. \$ 370; II, Entw. \$ 382; III. Entw. \$ 413.)

- um die Bollstredung der einer Gelbstrase substituirten Freiheitsstrase handelt, den Einwand, daß die Geldstrase gezahlt sei, oder: der zur Strasverdüßung herangezogene bestreitet seine Identität mit dem Berurtheilten (Mot. S. 231). Bgl. ferner § 485 Abs. 2. Dagegen gehört der Fall nicht hierher, wenn die Einwendung sich gegen die Art des Strasvollzuges richtet, wie z. B., wenn der Berurtheilte behauptet, daß die Gesängnißstrase oder die Festungshaft nicht gemäß § 16. bezw. § 17 des StB. vollzogen werde; hier ist nur Beschwerde dei der Aussichtsbehörde statthaft; so: Olshausen S. 90; a M. Oppenhoff S. 49.
- b. Die Einwendungen tonnen im Interesse bes Berurtheilten (3. B. im Falle seiner Erfrantung) auch von Dritten, insbes. von ben Angehörigen besselben erhoben werben. Dagegen sindet § 490 nicht Anwendung auf Einwendungen, welche aus Anlaß der Bollftredung von Gelbsstrasen ober Einziehung von Oritten traft eigenen Rechtes erhoben werben; so: Jastrow in Goltb. Arch. XXXIII. S. 37.
- 3. Die Anrusung bes Gerichts wird baburch nicht ausgeschlossen, bag bie angesochtene Bollstredungsmaßregel nicht von einer Justizbehörde, sondern von einer Berwaltungsbehörde zur Ausssührung zu bringen ist; baber tritt die gerichtliche Entscheidung z. B. ein, wenn der unter Polizeiaussicht Gestellte behauptet, daß die letztere für eine zu lange Frist (vgl. StBB. § 38) ausgesprochen sei; so: Oppenhoss S. 79; a. M. Olshausen S. 132.
 - 4. Bu Abf. 2 vgl. § 488 Rote 2.
- 5. Indem das Geset in den hier (Abs. 1, 2) bezeichneten Fällen die Anrusung des Gerichts gestattet, schließt es eine Beschwerd an die der vollstredenden Staatsanwaltschaft vorgesetten Aussichtsteinstanzen keineswegs auß; vielmehr gilt auch hinsichtlich der Strafvollstredung in vollem Maße das zum GBG. § 148 Rote 2 Bemerkte (a. M. Boitus Kontr. II. S. 355 ss.). Das Geset bestimmt aber serner auch nicht, daß durch die Beschreitung des Beschwerdeweges die Ansrusung des Gerichts ausgeschossen werde; vielmehr bleibt der Beschwerdesschiefter selbst nach Erschöpfung des Instanzenzuges der Beschwerde noch immer besugt, die Entscheidung des Gerichts herbeizusühren. Hiernach besteht die Möglichkeit, daß das Gericht eine Entscheidung erläßt, durch welche ein Bescheid der obersten Justizverwaltungsbehörde thatsächlich außer Krast gesett wird. Bgl. § 483 Note 5, sowie § 494 Note 3.
 - 6. In Betreff bes Gerichts f. § 494 Rote 1.
- 7. Gegen bie Enticheibung bes Gerichts fteht sowohl bem Berurtheilten wie auch ber Staatsanwaltschaft bie sofortige Beschwerbe ju (§ 494 Abf. 1, 4).
- 8. Wirb, nachbem bas Gericht bie Einwendungen bes Berurtheilten verworfen hat, eine neue Einwendung erhoben ober ein auf neue Umftanbe geftüttes Gefuch um Aufschub angebracht, fo fteht die Entschließung junachft wiederum ber Staatsanwaltschaft zu.
 - 9. In Betreff ber Unterbrechung ber Bollftredung (Abf. 3) vgl. noch § 487 Rote 1.

3u \$ 491.

1. Aus ber Fassung bes § ("unterlassen") geht hervor, bag bas Gefet es ben Gerichten ftill

Digitized 52 GOGIC

§. 492.

Ist Jemand burch verschiebene rechtsträftige Urtheile zu Strafen verurtheilt worben, und sind dabei die Borschriften über die Zuerkennung einer Gesammtstrafe (§. 79 des Strafgesethuchs) außer Betracht geblieben, so sind die erkannten Strafen durch eine nachträgliche gerichtliche Entscheidung auf eine Gesammtstrafe zurückzuführen.

(I. Cutw. \$ 371; II. Cutw. \$ 383; III. Cutw. \$ 414.)

fcweigenb jur Pflicht macht, in ben eine Gelbftrafe verhangenben Enticheibungen jugleich bie im Unvermögensfalle eintretenbe Freiheitsftrafe festjufegen.

- 2. In Betreff bes Gerichts f. S 494 Mbf. 1 u. Rote 1 baf.
- 3. In Betreff ber ber Strafumwandlung vorausgehenben Anhörung ber Staatsanwaltschaft und bes Berurtheilten f. § 494 Abf. 2 u. Rote 5 baf.
 - 4. Rur Breugen vgl. noch § 487 Rote 6.

3u § 492.

- 1. a. Ueber bie hier getroffene Bestimmung fagen bie Dot. G. 231 : "Die in bem Strafgefetbud SS 74-78 gegebenen Borfdriften über bie Zuerkennung einer Gesammtftrafe follen nach S 79 besselben auch bann Anwenbung finden, wenn, bevor eine erkannte Strafe verbußt, verjährt ober erlaffen ift, bie Berurtheilung wegen einer ftrafbaren hanblung erfolgt, welche vor ber fruberen Berurtheilung begangen war. Um biefer Borfdrift volle Birtfamteit zu fichern, bebarf es noch einer prozessualen Regelung bes Falles, wenn Zemanb burch verfchiebene Urtheile ju Strafen verurtheilt worben ift, bei bem späteren Urtheil aber bie Borfcriften über bie Zuerkennung einer Gefammtstrafe außer Betracht geblieben find." Bie fich hieraus ergiebt, beruht bie Beftimmung bes § 492 auf ber Auffassung, baß im Falle successiver Aburtheilung konkurrirenber Straffalle bie Borfdriften über bie Zuerkennung einer Gefammtftrafe grunbfatlich foon in bem Urtheil bes fpater erkennenben Richters jur Anwenbung ju bringen feien und bag biefer fon burch & 79 bes SiBB. ermachtigt und verpflichtet fei, an Stelle ber vericiebenen Gingel: ftrafen eine Gefammtstrafe festzuseken, insoweit also auch bas frühere Urtheil, aleichviel ob baffelbe von ihm felbst ober von einem anderen Richter erlaffen ift, abzuandern. Go auch bie tonftante Praris des RGer., 3. B. II. 22. Juni 80 (Entsch. II. 198), II. 20. Febr. 83 (Entsch. VIII. 62, Ripr. V. 130), F. 27, Juli 83 (Ripr. V. 522), IV. 2./5. Jan. 86 (Ripr. VIII. 3). Der porstebenbe Sat erleibet auch bann teine Ausnahme, wenn por bem jest zu erlaffenben Urtheil bereits mehrere unter § 79 fallenbe Strafen, und zwar in verfchiebenen Urtheilen, ertannt worben und bie Bilbung einer Gefammtftrafe, welche in bem letten biefer Urtheile batte erfolgen muffen, unterblieben war: RGer I. 1. Nov. 86 (Entsch. XV. 29, Rfpr. VIII. 657). — Das Rabere f. in ben Rommentaren jum StBB. § 79, insbef. auch in Betreff ber Fragen: inwiefern ber fpater ertennenbe Richter befugt fei, eine Bufat ftrafe ju ber fruber ertannten Strafe feftgufeten und in welcher Art ein icon verbugter Theil ber Strafe auf bie Gesammiftrafe in Anrechnung gu bringen sei; über die lettere Frage vgl. noch RGer. II. 20. Febr. 83 (oben), I. 17. Mai 83 (Enisch. VIII. 385, Ripr. V. 365). — Rach bem Borbemertten tann auch ein Schöffen gericht in bie Lage kommen, Buchthaus als Gesammtstrafe ober als Busatstrafe festzuseben, obwohl ein foldes Gericht niemals juftanbig ift, auf eine felbstftanbige Buchthausftrafe (Gingelftrafe) ju erfennen (SBG. SS 27, 75).
- b. Ift zur Zeit ber späteren Urtheilssällung bas früher ergangene Urtheil noch nicht rechtsträftig, so kann bas erkennende Gericht von ber Anwendung des § 79 absehen und die Festletung ber Gesammtstrase einer nachträglichen Entscheidung nach § 492 vorbehalten: W.Ger. III. 6. Juli 81 (Entsch. V. 1, Rspr. III. 468), II. 4. Okt. 81 (Rspr. III. 592), III. 14. März 87 (Rspr. IX. 177). Es ift aber auch statthaft, in dem späteren Urtheil die Gesammtsstrase in der Art sestzusehen, daß zugleich, und zwar in der Urtheilsformel, sür den Fall einer Abanderung best früheren Urtheils Bestimmung getroffen wird: Reer. II. 31. Jan. 82 (Rspr. IV 102)e

§. 493.

Ist der Verurtheilte nach Beginn der Strafvollstredung wegen Krankheit in eine von der Strafanstalt getrennte Krankenanstalt gebracht worden, so ist die Dauer des Aufenthalts in der Krankenanstalt in die Strafzeit einzurechnen, wenn nicht der Verurtheilte mit der Absicht, die Strafvollstreckung zu unterbrechen, die Krankheit herbeigeführt hat.

Die Staatsanwaltschaft hat im letzteren Falle eine Entscheidung des Gerichts berbeizuführen.

(L. Cutm. \$ 372; II. Cutm. \$ 384; III. Cutm. \$ 415.)

- 2. Die Bestimmung bes § 492 ift hauptsächlich für ben Fall gegeben, wenn ber später erstennende Richter die frühere Berurtheilung nicht gekannt hat. Diesem Falle steht ber andere gleich, wenn ber Richter die ihm bekannte Berurtheilung außer Acht gelassen hat; wgl. AGer. III. 6. Juli 81 (Entsch. V. 1, Ripr. III. 468), F. 27. Juli 83 (Rspr. V. 522). Dagegen ist die Anwendung des § 492 ausgeschlossen, wenn der Richter die Anwendbarkeit des § 79 des StBB. ausdrücklich geprüft und vermöge eines Rechtsirrthums verneint hat. Hierüber sagen die Mot. S. 232: "Ist die Zuerkennung einer Gesammtstrase vermöge einer unrichtigen Aussachung der strafrechtlichen Borschriften unterdlieben, so kann § 492 nicht Anwendung sinden. Denn alsdann beruht das spätere Urtheil auf einer Berletung des Gesets, welcher durch Einzlegung des Rechtsmittels der Revision abzuhelsen gewesen wäre (§ 376), und die Sache liegt alsdann hier nicht anders wie bei sonstigen, einem Urtheil zu Grunde liegenden Rechtsirrthümern des Richters. Die letztern können die Ansechtung oder Abänderung eines rechtskräftig gewordenen Urtheils nicht begründen."
- 3. Der § 492 spricht nur von ber Zuerkennung einer Gesammtstrase, mahrend ber Inhalt bes § 79 bes Stor. insofern ein weiterer ist, als letterer § auch auf die Bestimmungen bes § 75 Abs. 3, § 77 Abs. 2, § 78 Abs. 2 bes Stor., welche die höchste Gesammtbauer gesons dert erkannter Strasen betreffen, verweist. Aus der Allegirung bes § 79 in § 492 ist indeß zu solgern, daß ber lettere auch da analoge Anwendung sinden soll, wo es sich um eine nachträgsliche Reduktion gesondert erkannter Strasen auf den gesehlich zulässigen höchstetrag der Gestammtbauer handelt. Gl. A. Olshausen S. 388.
- 4. Das Berfahren nach § 492 ift, unabhängig von etwaigen Antragen bes Berurtheilten, von Amtswegen einzuleiten; vgl. RGer. III. 6. Juli 81 (Entsch. V. 1, Rfpr. III. 468). In Betreff ber Zuständigteit s. § 494 Abs. 3.
- 5. In Betreff ber Bollftredung einer Gesammtftrafe in bem Falle, wenn bie Einzelsftrafen von Gerichten verichtebener Bunbesftaaten festgesett waren, f. Beichl. bes Bunbessraths p. 11. Juni 1885 (oben S. 130).

Ru \$ 498.

1. Der § fest bie Unterbringung in eine von ber Strafanstalt getrennte Rrankenanstalt voraus, trifft aber keine Bestimmung barüber, in welchen Fällen eine solche Unterbringung ftatzzusinden habe, und insbes. entscheibet er die Frage nicht, ob etwa die Strafvollstreckung
wegen ber Krankheit zu unterbrech en und ber Berurtheilte einstweilen aus ber Strafhaft zu
entlassen sei. Gine solche Entlassung ist daher in den geeigneten Fällen nicht ausgeschlossen; über die Boraussesungen, unter benen sie einzutreten hat, können im Berwaltungswege Bestims
mungen getrossen werden. — Daß die Zeit, welche der Berurtheilte in der zur Strasaustalt selbst
gehörigen Krankenanstalt verbringt, auf die Strafzeit anzurechnen ist, ist selbstverständlich.

2. An fich ift ber S auch auf ben Fall einer Geiftestrantheit und bie Unterbringung bes Berurtheilten in eine Irrenanftalt anwendbar: wird ein Berurtheilter aus bem Gefängniß in eine folche Anftalt übergeführt und sodann in ersteres jurudgebracht, so muß die in ber Anstalt versbrachte Zeit zur Anrechnung tommen. Es versteht sich indeß, daß es sich hierbei immer nur um turze Zeitraume handeln kann und bag die Strafvollftredung aufgehoben bezw. unterbrochen

§. 494.

Die bei ber Strafvollstreckung nothwendig werbenden gerichtlichen Entscheidungen (§§. 490—493) werden von dem Gericht erster Instanz ohne mündliche Verhandlung erlassen.

Vor ber Entscheibung ift ber Staatsanwaltschaft und bem Verurtheilten Gelegenheit zu geben, Antrage zu fiellen und zu begründen.

Rommt es auf die Festsetung einer Gesammtstrase an (§. 492), und waren die verschiebenen hierdurch abzuändernden Urtheile von verschiedenen Gerichten erslassen, so steht die Entscheidung demjenigen Gerichte zu, welches die schwerste Strasart oder dei Strasen gleicher Art die höchste Strase erkannt hat, salls hiernach aber mehrere Gerichte zuständig sein würden, demjenigen, dessen Urtheil zuletzt ergangen ist. War das hiernach maßgebende Urtheil von einem Gerichte höherer Instanz erlassen, so setzt das Gericht erster Instanz, und war eines der Strasurtheile von dem Reichsgericht in erster Instanz erlassen, das Reichsgericht die Gesammtstrase sell.

Gegen biefe Entscheibungen findet, insofern fie nicht von bem Reichsgericht erlaffen find, sofortige Beschwerbe flatt.

(I. Entw. § 373; II. Entw. § 385; III. Entw. § 416.)

3u \$ 494.

Bu Abs. 1.

2. Auch bann ift bas Gericht erfter Inftang für bie Entscheibung guftanbig, wenn es fich um bie Auslegung eines in boberer Inftang ergangenen Urtheils hanbelt.

3. Ift ber Amtsrichter jum Organ ber Strafvollftredung bestellt (§ 483 Abs. 3), so kann es, ba bas Geseth etwas Entgegenstehenbes nicht bestimmt, vorkommen, baß er über Einwendungen x. (§ 490) zu entscheiben hat, welche gegen seine eigenen, von ihm in ber vorgedachten Eigenschaft erlassenen Berfügungen erhoben werden; vgl. § 483 Rote 5, § 491 Rote 4. Dieser Uebelstand wird die Zulässigfigkeit ber sofortigen Beschwerde (Abs. 4) ausgeglichen.

4. Das Gericht tann por Erlaffung feiner Entscheibung auch Beweiserhebungen burch einen beauftragten ober ersuchten Richter pornehmen; felbst eibliche Bernehmungen find nicht aus-

Digitized by GOOGLE

werben muß, wenn bie Geistestrantheit fesigestellt und bie heilung überhaupt nicht ober boch nicht in Kurze zu erwarten steht. Bgl. v. Schwarze S. 609 und andererseits Boitus Romm. S. 475 u. Kontr. I. S. 100.

^{3.} Die Richtanrechnung ber Strafe tritt nicht icon bann ein, wenn ber Berurtheilte bie Rrantbeit verfchulbet, sonbern nur bann, wenn er fie in ber Abficht herbeigeführt hat, bie Strafvollftredung ju unterbrechen.

^{4.} Ift bie Staatsanwaltschaft ber Anficht, baß bie in ber Rrantenanstalt verbrachte Beit ans jurechnen fei, so braucht fie eine Entideibung bes Gerichts nicht einzuholen.

^{1.} Unter bem Gericht erster Instanz ist hier nach Berschiebenheit ber Fälle zu verstehen: ber Amtsrichter, die Straffammer, das Reichsgericht. Da die Entscheidungen ohne mündliche Berbandlung erlassen werden, so tritt ber Amtsrichter an die Stelle des Schössengerichts (GBG. § 30 Abs. 2). Die Straffammer hat auch dann zu entscheiden, wenn das Urtheil von dem Schwurgerichte erlassen war (GBG. § 82 Sat 2). Sie entscheidet stets in der Zahl von drei Richtern (GBG. § 77); diese Einrichtung ist freilich in gewissen Fällen eine unangemessene, so insdes. dann, wenn es sich um die Auslegung (§ 490 Abs. 1) eines von der Straffammer in der Zahl von fünf Richtern erlassenen Urtheils handelt: hier kann dei vorhandener Meinungsverschiedenheit im Schose des Gerichts das Ausscheiden zweier Richter von wesentlichem Einsluft auf die Entscheidung sein. Bei dem Reichsgericht entscheidet der vereinigte zweite und britte Strafsenat (GBG. § 138 Abs. 2 und Note 1 das).

§. 495.

Die Bollstreckung der über eine Bermögensstrase oder eine Buße ergangenen Entscheidung erfolgt nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte.

(I. Cutm. \$ 374; IL. Cutw. \$ 386; III. Cutm. \$ 416.)

gefchloffen. Solche Beweiserhebungen konnen insbes. erforberlich sein, wenn es fich um die Festftellung ber Ibentität bes Berurtheilten hanbelt (vgl. § 490 Rote 1).

Bu Abs. 2.

- 5. Die Gelegen heit zur Antragftellung zc. wird bem Berurtheilten regelmäßig in ber Art zu geben sein, baß er unter Bestimmung einer angemessenn Frist zur Abgabe einer Erklärung aufgeforbert wird. Diese kann schriftlich ober zu Protokoll bes Gerichtsschreibers abgegeben werben. Der nicht auf freiem Fuße besindliche Berurtheilte wird burch ben Gerichtsschreiber zu vernehmen sein. Die Staatsanwaltschaft hat einen schriftlichen Antrag zu stellen. In Betreff einer mundlichen Anhörung ber Betheiligten vor bem entscheibenben Gericht selbst f. § 33 Rote 2. c.
 - Bu Abj. 3.
 - 6. Bgl. § 492 u. bie Roten baf.
- 7. Die Buftanbigleit bes Gerichts für bie hier vorgesehene Entscheidung bestimmt sich in erster Linie nach ber Schwere ber Strafart, in zweiter Linie nach ber Hohe ber Strafe und in britter Linie nach ber Zeit ber Urtheilsfällung. Bar jedoch eines ber Strafurtheile von bem Reichsgericht in erster Instanz (GBG. § 136 Rr. 1) erlassen, so kommt es auf alle biese Momente nicht an: die Entscheidung steht alsbann nur bem Reichsgericht zu.
- 8. In Betreff ber Art und ber Höhe ber Strafen kommt es darauf nicht an, ob biefe, wie sie nunmehr rechtsträftig sestgeset sind, in ber ersten ober in einer höheren Instanz vers hängt sind: die Entscheidung erfolgt in allen Fällen durch das Gericht erster Instanz (Note 1). Bas dagegen die Zeit der Urtheilsfällung betrifft, so ist den in die Berusungsinstanz gez langten Sachen, sofern das Berusungsgericht überhaupt in der Sache selbst (vgl. § 363 Note 1) entschieden hat, der Zeitpunkt des Urtheils zweiter Instanz maßgedend, auch wenn die Berusung: verworsen worden, also die in erster Instanz erkannte Strase bestehen geblieben ist (vgl. § 364 Note 2, 3, § 369 Note 1); a. M. Keller S. 625, Puchelt S. 832. Der Zeitpunkt eines Revisions-urtheils kommt nur dann in Betracht, wenn in letterem selbst die betr. Freiheitsstrase sestgeset ist (vgl. § 394 Abs. 1).

Bu Abs. 4.

- 9. In Betreff ber fofortigen Beschwerbe vgl. § 353 u. GBG. § 136 Rote 7. c.
- 1. Der Ausbrud "Bermogensftrafe" umfaßt außer ber Gelbftrafe auch bie Gingiehung zc.
- 2. Ueber ben Aufschub ber Bollstredung einer Gelbstrase und insbes. darüber, ob und unter welchen Boraussetzungen bem Berurtheilten die Leistung von Theilzahlungen zu gestatten sei, giebt die StBO. teine Borschriften; dieser Bunkt unterliegt sonach ber Regesung im Instruktionswege (vgl. § 488 Rote 4). Auf die Bollstredung der der Gelbstrase substituirten Freiheitsstrase sinden dagegen die §§ 487, 488, 490 Abs. 2 Anwendung.
- 3. Die Bestimmung bes § 495 hat eine Meinungsverschiebenheit barilber hervorgerusen, in welchem Maße bei ber Bollstredung einer Bermögensstrase bie Borschriften ber GPD- Anwendung sinden. Rach ber einen Ansicht hat der § nur diesenigen Borschriften der GPD- im Auge, welche die Art und Beise der Aussührung der Bollstredung betreffen. Auf dieser Aufsisung beruht z. B. der § 108 Abs. 2, 3 der preuß. Geschäftsanweisung für die Gerichtssvollzieher v. 24. Juli 1879 (Anl. zum JWBl. Nr. 31). Abs. 2 dieses § lautet: "Der Auftrag zur Bollstredung wirdsdem Gerichtsvollzieher von dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft ertheilt. Der schriftliche Auftrag derselben vertritt die vollstredbare Aussertigung des Schuldtiels." Abs. 3 lautet: "Das von dem Gerichtsvollzieher bei der Bollstredung zu beobachtende Bersahren bestimmt sich nach den Borschriften für die Zwangsvollstredung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Der

§. 483.

Die Strafvollstredung erfolgt burch bie Staatsanwaltschaft auf Grund einer von dem Gerichtsschreiber zu ertheilenden, mit der Bescheinigung der Vollstreckarkeit versehenen, beglaubigten Abschrift der Urtheilssormel.

Den Amtsanwälten fteht bie Strafvollstredung nicht zu.

Für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen kann burch Anordnung der Landesjustizverwaltung die Strafvollstreckung den Amtsrichtern übertragen werden.

(I. Cutm. § 365; II. Cutm. § 377; III. Cutm. § 408.)

3# \$ 483.

- 1. In Anfebung ber Freiheitsstrafen sind unter ber Strafvollstredung im Sinne bes 5 nur diejenigen Afte zu verstehen, welche erforberlich find, um ben Berurtheilten ber Strafanstalt zu überliefern (vgl. § 489). Darüber, welchen Behörben ber weitere Bollzug ber Strafe (bie Berwaltung ber Strafanstalten, bie Aufsicht über biese u.) zustehen soll, wird hier eine Bestimmung nicht getroffen.
- 2. In Betreff ber Gesichtspunkte, auf benen bie Uebertragung ber Strafvollstredung auf die Staatsanwaltschaft beruht, f. § 36 Rote 1. Die Ausnahme, welche Abf. 2 hinsichtlich ber Amtsanwaltschaft nacht, trägt bem Umftanbe Rechnung, baß bas Personal ber Amtsanwaltschaft "vielleicht nicht überall bie ausreichenbe Gewähr für eine angemessene Strafvollstredung geben wirb" (Mot. S. 231).
- 3. Bar eine Straffache burch Urtheil ber Revisionsinstanz von bem mit ihr ursprünglich befatten Gericht an ein anderes verwiesen, so bleibt für die Strafvollstreckung bennoch die Staatsanwaltschaft des ersteren Gerichts örtlich zuständig. Für Preußen f. hierüber die Allg. Berf. des Just.:Min. v. 21. Mai 1887 (JNBI. S. 135).
- 4. a. Macht bie Landesjustigverwaltung von ber Ermächtigung bes Abs. 3 nicht Gebrauch, so liegt auch in ben schöffengerichtlichen Strafsachen bie Strafvollstredung ber landgerichtlichen Staatsanwaltschaft ob. Uebrigens haben fast alle Landesjustigververwaltungen die Strafvollstredung in ben gedachten Sachen ben Amtsrichtern übertragen. Für Preußen s. Allg. Berf. bes Just. Min. v. 14. Aug. 1879 ad I (JWBI. S. 237).
- b. Die Fassung bes Abs. 3 ("dur Bustanbigkeit gehörigen Sachen") ift ungenau; bie Bestimmung gilt auch für biejenigen Sachen, mit welchen bie Schöffengerichte burch Uebers weisung (vgl. BB. § 29 Rote 2.a) befaßt finb.
- 5. Die Amtsrichter, benen die Strafvollftredung übertragen ift, find in dieser ihrer Funktion nicht Organe der richterlichen Gewalt, sondern, gleich den Staatsanwälten, Organe der Justigver-waltung. Insweit sie als solche handeln (vgl. dagegen § 490) sind Beschwerden über ihre Berfügungen im Aufsicht 8 wege zu erledigen. Die Frage: ob die Staatsanwaltschaft zur Aussichtes und Beschwerdeinstanz bestellt werden könne, ist in der REK. (Prot. zum GBG. S. 665) streitig geblieben; sie ist mit Rücksicht auf den ganz allgemeinen, alle reichsgesehlich vorgesehenen Funktionen des Richters umfassenden Wortlaut des § 152 des GBG. zu verneinen (a. M. Keller S. 614).
- 6. Der Gerichtsschreiber handelt bei ber ihm in Abs. 1 zugewiesenen Funktion lediglich als Organ bes Gerichts; bie Bollftrecharteit bes Urtheils unterliegt erforderlichenfalls ber gericht lichen Entscheng (vgl. § 490). Er selbst hat, wenn er über die Bollftrecharteit Zweifel hegt, die Beisung bes Gerichts einzuholen. Beschwerben über ihn find nicht im Aufsichtswege, sondern durch gerichtlichen Beschluß zu erledigen.
- 7. In Betreff ber Strafvollstredung in einem anberen Gerichtsbezirte f. GBG. § 164 u. bie Noten bas., insbes. Note 4. Bal. ferner GBG. § 163 Rote 6.b.
 - 8. In Betreff ber bei ber Strafvollftredung erforberlich merbenben Entich eibung en f. § 494.
- 9. In Betreff ber Bollftredung ber in ber Ausübung ber Sibungspolizel verhangten Orb: nungsftrafen f. GBG. SS 181, 182.

§. 484.

In Sachen, in benen bas Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, steht bas Begnabigungsrecht bem Raiser zu.

(L II. III. Cutu. 1 -.)

§. 485.

Todesurtheile bedürfen zu ihrer Bollstreckung keiner Bestätigung. Die Bollsstreckung ist jedoch erst zulässig, wenn die Entschlesung des Staatsoberhauptes, und in Sachen, in denen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, die Entschließung des Raisers ergangen ist, von dem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen.

An schwangeren ober geisteskranken Personen barf ein Tobesurtheil nicht vollstredt werben.

(I. Cutu. § 366; II. Cutu. § 378; III. Cutu. § 409.)

§. 486.

Die Bollftredung ber Tobesftrafe erfolgt in einem umfchloffenen Raume.

Bei ber Bollstreckung muffen zwei Mitglieber bes Gerichts erster Instanz, ein Beamter ber Staatsanwaltschaft, ein Gerichtsschreiber und ein Gefängniß-beamter zugegen sein. Der Gemeinbevorstand bes Orts, wo die Hinrichtung statt-

3u \$ 484.

1. Ueber bas hier bestimmte Begnabigungsrecht bes Kalfers f. bas Rabere jum GBG. Eit. 2 Rote 10.

- 3# § 485.

 1. Die Bestimmung bes ersten Sabes ift "aufgenommen worden, weil noch in mehreren beutschen Gesetzgebungen die landesherrliche Bestätigung sich als Bedingung der Bollftreckarkeit des Lobesurtheils ausgesprochen fand. Es ist aber unrichtig, von einer Bestätigung des Urtheils zu reben, wo es sich nur um die Ausübung ober Nichtausübung des Begnadigungsrechts handelt" (Mot. S. 320).
- 2. Ein in ber RER. gestellter Antrag: bie Bestimmung bes Abs. 2 auf folche Personen auss zubehnen, welche tobtlich frank sind, ist abgelehnt worben, nachbem bas praktische Beburfnis für eine berartige Ausbehnung verneint worben war (Prot. S. 713).
- 3. Auch bei ber Tobesftrafe ift bie Staatsanwaltschaft bie vollstredenbe Behörbe (§ 483; vgl. § 486 Rote 4). Ueber Einwenbungen, welche gegen bie Bollstredung erhoben werben, entsichet bas Gericht (§ 490 Abf. 1).
 - Bu § 486.
- 1. Die Todesstrase wird nach § 13 des StGB, burch Enthauptung vollstredt. In welcher Beise die lettere auszuführen sei, ist reichsgesehlich nicht bestimmt; es entscheitet hierüber das Recht des Ortes der Bollstredung. Zur Zeit erfolgt die Enthauptung in den verschiedenen Theilen des Reiches auf dreisach verschiedene Beise: theils durch das Beil, theils durch das Fallbeil, theils durch das Fallchwert.
- 2. Da die StPO. überall, wo sie von dem Gericht erster Instanz redet, dasjenige Gericht meint, welches in erster Instanz mit der Untersuchung und Entscheidung besatzt ist oder gewesen ist, so ist im Sinne des Lunter dem Gericht erster Instanz dasjenige Landgericht, bei welchem das erkennende Schwurgericht zusammengetreten war, und in reichsgerichtlichen Strassachen (GBG. § 136 Kr. 1; vgl. oden Rote 4 zu Buch 7 Absch. 1) das Reichsgericht zu verstehen. Die bezüglich der schwurgerichtlichen Entscheidungen gegebene Bestimmung in § 82 Satz 2 des GBG. sindet hier, wo es sich nicht um eine Entscheidung, sondern um eine andere richterliche Funktion handelt, entsprechende Anwendung (vgl. Prot. S. 713). A. R. Reller S. 616, welcher unter dem Gericht erster Instanz das Landgericht des Bollstreckungsortes versteht.

findet, ist aufzuforbern, zwölf Personen aus ben Bertretern ober aus anderen achtbaren Mitgliebern ber Gemeinbe abzuordnen, um ber hinrichtung beizuwohnen.

Außerbem ist einem Geistlichen von bem Religionsbekenntnisse bes Berurtheilten und bem Bertheibiger und nach bem Ermessen bes die Bollstreckung leitenden Beamten auch anderen Bersonen ber Zutritt zu gestatten.

Ueber ben Hergang ift ein Prototoll aufzunehmen, welches von bem Beamten ber Staatsanwaltschaft und bem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen ift.

Der Leichnam bes hingerichteten ist ben Angehörigen besselben auf ihr Ber- langen zur einfachen, ohne Feierlichkeiten vorzunehmenben Beerbigung zu verabfolgen.

(I. Entw. \$ 367; II. Eutw. \$ 379; III. Entw. \$ 410.)

§. 487.

Die Bollftredung einer Freiheitsftrafe ift aufzuschieben, wenn ber Verurtheilte in Geiftestrantheit verfällt.

Dasselbe gilt bei anderen Krankheiten, wenn von der Bollstreckung eine nabe Lebensgefahr für den Berurtheilten zu beforgen steht.

Die Strafvollstreckung kann auch bann aufgeschoben werben, wenn sich ber Berurtheilte in einem körperlichen Zustande befindet, bei welchem eine sofortige Bollstreckung mit der Sinrichtung der Strafanstalt unverträglich ist.

(I. Entw. § 368; II. Entw. § 380; III. Entw. § 411.)

^{3.} Rur bie Gegenwart ber in Sas 2 bezeichneten funf Beamten ift unbebingt erforberlich; bas Richterscheinen ber Gemeinbevertreter zc. bilbet tein hinderniß ber Bollftredung.

^{4.} Daß bas Protofoll von bem Beamten ber Staatsanwaltschaft zu unterschreiben ift, beruht barauf, baß bieser ber bie Bollftredung bewirkenbe und leitenbe Beamte ift (§ 485 Rote 3).

^{1.} Die §§ 487, 488 behandeln die Frage: in welchen Fällen der Beginn der Bollstredung einer Freiheitsftrase aufzuschieben sei. Ueber die Unterbrechung einer schon begonnenen Straspollstredung giebt die StPO. teine allgemeinen Vorschriften. Rur im § 490 Abs. 3 sindet sich neben dem Ausschung duch die Unterbrechung erwähnt; indes ist dort, abgesehen von den besonderen Fällen des § 490 Abs. 1, eben der Fall vorausgeseht, daß ein Ausschund des Beginnes der Bollstredung beantragt, jedoch vor der besinitiven Erledigung dieses Antrages die Bollstredung ins Wert geset worden war. Der Fall, wenn erst im Laufe der Bollstredung Umstände der in § 487 oder § 488 bezeichneten Art eintreten, ist in der StPO. nicht vorgesehn; vielmehr ist berselbe lediglich der Regelung im Berwaltungswege überlassen. Sonach ist die Unterbrechung einer dereits begonnenen Bollstredung, außer in den Fällen des § 490, nicht Gegenstand einer gerichtlichen Entscheinung (vgl. übrigens § 483 Abs. 3).

Für Preußen vgl. Nr. II ber Allg. Berf. bes Just.: Min. v. 14. Aug. 1879 (JWBI. S. 237). Soweit baselbst nicht etwas Abweichendes bestimmt ist, sind die älteren Borschriften über Straftheilung und Strasunterbrechung in Geltung geblieben. hinsichtlich der Unterbrechung solcher Strafen, welche in den zum Ressort des Min. des Inneru gehörigen Strasanstalten vollstreckt werden, ist das Bersahren durch zwei Bereindarungen der Min. des Inn. und der Justiz geregelt, welche den Justizdehörben durch Cirk-Bers. des Just.: Min. v. 7. Juni 1881 und v. 6. Just 1885 mitgetheilt sind (Min.: Bl. d. i. B. 1881 S. 174, 1885 S. 186). — In Betress der Entlassung geistestrans gewordener Gesangenen s. Allg. Bers. des Just.: Min. v. 25. Ott. 1882 (JWBI. S. 325).

^{2.} In § 487 Abf. 1, 2 werben biejenigen Umftanbe vorgesehen, welche einen Aufschub ber Bollftredung nothwendig machen und für ben Berurtheilten ein Recht auf benselben begründen; in § 488 ift von einem aus Billigkeitdrudfichten ju gewährenden Aufschube bie Rebe. Der

§. 488.

Auf Antrag bes Berurtheilten tann die Bollftredung aufgeschoben werben, fofern durch die sofortige Bollstreckung dem Verurtheilten ober ber Familie besselben erhebliche, außerhalb bes Strafzwecks liegende Rachtheile erwachsen.

- in f 487 Abf. 3 bezeichnete gall fieht amischen ben gallen ber Abf. 1, 2 und benen bes f 488 in= fofern in ber Mitte, als bei ihm einerfeits ber Auffcub bem Ermeffen ber Beborbe unterliegt, andererfeits aber boch bie Berbeiführung einer gerichtlichen Entscheibung zugelaffen ift (§ 490 Abf. 2).
- 3. In ben Gallen bes § 487 ift ber Aufschub ber Bollftredung von Amtemegen ju verfügen, ein Antrag bes Berurtheilten alfo nicht erforberlich. Bgl. bagegen § 488 Abf. 1.
- 4. Darüber, ob eine ber Boraussenungen bes § 487 vorliege, hat gunachft bie Strafs vollftredungsbeborbe (bie Staatsanwalticaft bezw. ber Amterichter) ju befinben; ihr alfo fteht bie Ablehnung eines von ihr fur unbegrunbet erachteten Antrages gu. Berben gegen eine feitens ber Staatsanwaltichaft erfolgte Ablehnung Ginwenbungen erhoben, fo hat bie Staatsan= waltichaft bie Enticheibung bes Berichts herbeiguführen (§ 490 Abf. 2). In Betreff bes Beichwerbeweges vgl. bort Rote 4.
- 5. Auf einen bestimmten Zeitraum (vgl. § 488 Abf. 2) ift hier, ber Natur ber Sache nach, ber Auficub nicht eingeschränkt; feine Dauer hangt von bem Aufboren ober Fortbefteben bes ber Strafvollftredung entgegenftebenben Sinberniffes ab. Es ift baber geeignetenfalls auch ein neuer und mehrmaliger Aufchub ftatthaft und gegen bie Ablehnung eines folden wieberum bie Anrufung bes Berichts (Note 4) julaffig.
- 6. Daburch, daß das betr. Hinderniß ununterbrochen fortbauert und eine Be= feitigung beffelben unmöglich ift, tann bie Bollftredung einer Freiheitsftrafe thatfachlich unmöglich werben. Sieraus ermachft fur bie Beforben bie Nothwenbigfeit, bie Behauptung, bag ein foldes hinberniß bestehe, mit besonberer Sorgfalt ju prufen. - Bur Breugen ift hervorgubeben, bag bie burch S 590 ber Rrim .. D. v. 1805 begrunbete, in SS 8 ff. ber Inftruction v. 30. Juni 1834 naber geregelte Befugnif bes Juft .= Min., einer nicht vollftredbaren Freiheitsftrafe eine Gelbftrafe ju fubstituiren, nicht mehr besteht. In biefem Sinne bat nunmehr auch ber Juft.-Min. entichieben.

Bu Abs. 1.

7. Der Bollftredung einer Bermogensftrafe (Gelbftrafe, Gingiehung 2c.) fteht bie Geiftesfrantheit bes Berurtheiten nicht entgegen.

Zu Abs. 3.

- 8. a. Rach bem Bortlaut bes Abf. 3 fann es icheinen, als fei bie Beftimmung lebiglich im Interesse ber Strafanstalten gegeben; bies ift inbeg nicht ber Kall: auch ber Berurtheilte kann in feinem Intereffe ben Aufschub beanspruchen und event. (Note 4) bas Gericht anrufen.
- b. Die Bestimmung bes Abf. 3 fann insbef. auch auf faugenbe Dutter Anwenbung finben. Die HER. (Brot. S. 1072 ff.) hat einen Antrag: ben Aufschub ber Strafvollstredung bis zur Entwöhnung bes Kinbes für nothwenbig zu erklären, abgelehnt unb hierbei namentlich ben Kall ber Fluchtgefahr in Betracht gezogen. Sonach ist über bie Angemessenheit ober Unangemessenheit eines Aufschubes nach ben Umftänben bes einzelnen Falles zu entscheiben. — Uebrigens kann ein ben Aufschub bezwedenber Antrag auch unter bem Gesichtspunkt bes § 488 angebracht unb behandelt werben; in biefem Kalle würbe jeboch die Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheibung ausgeschlossen sein (vgl. § 488 Rote 2). Ereffen bei einem Antrage beiberlei Gesichtspunkte zu, so kann das angerufene Gericht nur die dem § 487 Abs. 3 entsprechenden Gründe, nicht aber die unter S 488 fallenben, in ben Bereich feiner Enticheibung gieben (vgl. Reller S. 618).
- c. In Betreff ber Strafvollftredung an Schmangeren f. fur Breugen: Befangniß-Regl. v. 16. Marz 1881 § 26 Abf. 2, § 83 Abf. 5 sowie Girk.-Berf. bes Min. bes Inn. v. 18. Mai 1883 (J.W.Bl. S. 195) und v. 3. Juni u. 9. Sept. 1884 (MBl. d. i. B. S. 264, 265).

3u \$ 488.

- 1. Bgl. & 487 Rote 1, 2, 3 sowie 7. b.
- 28me, Strafprojegorbnung. 5. Auflage.

Der Strasausschub barf ben Zeitraum von vier Monaten nicht übersteigen. Die Bewilligung besselben kann an eine Sicherheitsleistung ober andere Bebingungen geknüpft werden.

(I. IL IIL Cutu. § -.)

§. 489.

Die Staatsanwaltschaft ist befugt, behufs Vollstreckung einer Freiheitsstrase einen Borführungs- ober Haftbefehl zu erlassen, wenn der Verurtheilte auf die an ihn ergangene Ladung zum Antritt der Strase sich nicht gestellt hat oder der Flucht verdächtig ist.

Auch kann von der Staatsanwaltschaft zu demselben Zwecke ein Steckbrief erlaffen werden, wenn der Verurtheilte flüchtig ist oder sich verborgen halt.

Diese Besugnisse stehen im Falle bes §. 483 Abs. 3 auch bem Amtsrichter zu. (L. II. III. Entw. 8 —)

§. 490.

Wenn über die Auslegung eines Strafurtheils oder über die Berechnung der erkannten Strafe Zweifel entstehen, oder wenn Sinwendungen gegen die Zulässigligteit der Strafvollstreckung erhoben werden, so ist die Entscheidung des Gericks herbeizuführen.

3u § 489.

Ru # 490.

messen ber vollstredenben Behörbe (§ 483). Gegen bie Ablehnung eines ben Aufschub beswedenben Antrages findet nur die Beschwerde an die dieser Behörde vorgesette Instanz, nicht aber die Anrusung des Gerichts (§ 490) statt (vgl. bort Rote 4). Die RIR. hatte die lettere auch hier zulassen wollen; der betr. Beschluß wurde sedoch in Folge des Biderspruches der Regierungen von dem Reichstage in der 3. Lesung geändert (Stenogr. Ber. S. 991 ff.).

^{3.} Der hier gebachte "Antrag" braucht nicht nothwendig von bem Berurtheilten selbst, er tann vielmehr unter Umftanden, wie 3. B. im Falle ber Ertrankung bes letteren, auch von Oritten, insbel. von ben Angehörigen 2c. besselben, gestellt werben.

^{4.} Im Bege ber Enabe kann ein Ausschub auch beim Nichtvorhandensein ber in Abs. 1 bezeichneten Boraussetzung und ferner auch für einen längeren als den in Abs. 2 bezeichneten Zeitraum gewährt werden; die Befugniß hierzu ist ein Ausstuß des Rechts zum Erlasse der Stufe. Einer Delegirung dieser Befugniß auf die Organe der vollstreckenden Gewalt steht die StBO. nicht entgegen, da § 488 nur diesenigen Befugnisse normirt, welche diesen Organen kraft Sesse zustehen. Demzusolge sind solche Bestimmungen, durch welche eine Delegirung dieser Art ersolgt ist, durch die Einsührung der StBO. nicht von selbst außer Kraft gesetzt worden.

^{5.} Bgl. § 495 Rote 2.

^{1.} Aus Abs. 1 folgt, baß, falls ber Berurtheilte nicht fluchtverbachtig ift (vgl. § 112 Rote 4), er junachst burch Labung jum Antritt ber Strafe aufgeforbert werben muß. — Bgl. GBG. § 163 Rote 6. b.

^{2.} Ob bie Boraussetzungen für bie Erlassung eines Borführung s - ober haft befehls bezw. eines Stedbriefes vorhanden seien, barüber hat nur die vollstredende Behorbe ju be finden; eine Entscheidung bes Gerichts (§ 490) findet hierüber nicht statt.

^{3.} Die ben Boligeibehorben in § 131 Abs. 2 beigelegte Befugniß greift auch bier Plat.

^{1.} Ein Antrag 2c. bes Berurtheilten wird hier nicht nothwendig vorausgeseht; die Staatsanwalts ichaft hat bei obwaltenden Zweifeln von Antes wegen die Entscheidung bes Gerichts herbeis zuführen.

^{2.} a. — "Ginmenbungen gegen bie Bulaffigfeit ber Strafvollftredung" — Beipiele: ber Berurtheilte macht Berjährung ber Strafpollftredung geltenb, ober: er erhebt, wenn es fic

Dasselbe gilt, wenn nach Maßgabe bes §. 487 Einwendungen gegen die Abslehnung eines Antrags auf Aufschub ber Strasvollstreckung erhoben werben.

Der Fortgang ber Bollstreckung wird hierburch nicht gehemmt; bas Gericht kann jedoch einen Aufschub oder eine Unterbrechung der Bollstreckung anordnen.
(1. Cutm. 2 369; II. Cutm. 2 381; III. Cutm. 2 412.)

§. 491.

١

Kann eine verhängte Gelbstrase nicht beigetrieben werden und ist die Festssehung der für diesen Fall eintretenden Freiheitsstrase unterlassen worden, so ist die Gelbstrase nachträglich von dem Gericht in die entsprechende Freiheitsstrase umzuwandeln.

(I. Catm. § 370; II. Cutm. § 382; III. Cutm. § 413.)

- um die Bollstredung ber einer Gelbstrase substituirten Freiheitsstrase handelt, den Einwand, daß die Geldstrase gezahlt sei, oder: der zur Strasverdüßung Herangezogene bestreitet seine Ihentität mit dem Berurtheilten (Mot. S. 231). Bgl. ferner § 485 Abs. 2. Dagegen gehört der Fall nicht hierher, wenn die Einwendung sich gegen die Art des Strasvollzuges richtet, wie z. B., wenn der Berurtheilte behauptet, daß die Gesängnißstrase oder die Festungshaft nicht gemäß § 16. bezw. § 17 des StB. vollzogen werde; hier ist nur Beschwerde dei der Ausstädeltsbehörde statthaft; so: Olshausen S. 90; a M. Oppenhoss S. 49.
- b. Die Einwendungen konnen im Interesse bes Berurtheilten (3. B. im Falle seiner Erfrankung) auch von Dritten, insbes. von ben Angehörigen besselben erhoben werben. Dagegen sindet § 490 nicht Anwendung auf Einwendungen, welche aus Anlaß der Bollstredung von Gelbsstrasen ober Einziehung von Oritten kraft eigenen Rechtes erhoben werden; so: Jastrow in Soltd. Arch. XXXIII. S. 37.
- 3. Die Anrusung bes Gerichts wird baburch nicht ausgeschlossen, bag bie angesochtene Bollsstredungsmaßregel nicht von einer Justizbehörbe, sondern von einer Verwaltungsbehörbe jur Ausstührung zu bringen ist; baber tritt die gerichtliche Entscheidung z. B. ein, wenn der unter Polizeiaussicht Gestellte behauptet, daß die letztere für eine zu lange Frist (vgl. StBB. § 38) ausgesprochen sei; so: Oppenhoff S. 79; a. M. Olshausen S. 132.
 - 4. Bu Abf. 2 vgl. § 488 Rote 2.
- 5. Indem das Geset in den hier (Abs. 1, 2) bezeichneten Fällen die Anrusung des Gerichts gestattet, schließt es eine Beschwerde an die der vollstredenden Staatsanwaltschaft vorgesetten Aussichtsinstanzen keineswegs auß; vielmehr gilt auch hinsichtlich der Strasvollstredung in vollem Maße das zum GBG. § 148 Note 2 Bemerkte (a. M. Boitus Kontr. II. S. 355 ss.). Das Geset bestimmt aber ferner auch nicht, daß durch die Beschreitung des Beschwerdeweges die Ausrusung des Gerichts ausgeschlossen werde; vielmehr bleibt der Beschwerdesselhrer selbst nach Erschöpfung des Instanzenzuges der Beschwerde noch immer besugt, die Entscheidung des Gerichts herbeizusühren. Hiernach besteht die Möglichkeit, daß das Gericht eine Entscheidung erläßt, durch welche ein Beschied der obersten Justizverwaltungsbehörde thatsächlich außer Krast gesett wird. Bgl. § 483 Note 5, sowie § 494 Note 3.
 - 6. In Betreff bes Gerichts f. S 494 Rote 1.
- 7. Gegen bie Enticheibung bes Gerichts fteht sowohl bem Berurtheilten wie auch ber Staatsanwaltschaft bie sofortige Beschwerbe ju (§ 494 Abf. 1, 4).
- 8. Bird, nachbem bas Gericht bie Einwendungen bes Berurtheilten verworfen hat, eine neue Ginwendung erhoben ober ein auf neue Umftanbe geftüttes Gefuch um Aufschub angebracht, jo fieht bie Entschließung junachft wiederum ber Staatsanwaltschaft ju.
 - 9. In Betreff ber Unterbrechung ber Bollftredung (Abs. 3) vgl. noch § 487 Rote 1.

3u § 491.

1. Aus ber Fassung bes S ("unterlassen") geht hervor, bag bas Gefet es ben Gerichten ftills

Digitized 52 GOGIC

§. 492.

Ist Jemand burch verschiedene rechtsträftige Urtheile zu Strafen verurtheilt worden, und find dabei die Vorschriften über die Zuerkennung einer Gesammtstrafe (§. 79 des Strafgesethuchs) außer Betracht geblieben, so sind die erkannten Strafen durch eine nachträgliche gerichtliche Entscheidung auf eine Gesammtstrafe zurückzuführen.

(I. Entw. § 371; II. Entw. § 383; III. Entw. § 414.)

fcweigenb jur Pflicht macht, in ben eine Gelbftrafe verbangenben Enticheibungen jugleich bie im Unvermögensfalle eintretenbe Freiheitsftrafe festjuseten.

- 2. In Betreff bes Gerichts f. § 494 Abf. 1 u. Rote 1 baf.
- 3. In Betreff ber ber Strafumwanblung vorausgebenben Anhörung ber Staatsanwalticaft und bes Berurtheilten f. § 494 Abf. 2 u. Rote 5 baf.
 - 4. Für Breugen vgl. noch § 487 Rote 6.

3u § 492.

- 1. a. Ueber bie hier getroffene Bestimmung fagen bie Dot. 6. 231 : "Die in bem Strafgefetbuch SS 74-78 gegebenen Borfchriften über bie Zuerkennung einer Gesammtftrafe sollen nach S 79 beffelben auch bann Anwendung finben, wenn, bevor eine ertannte Strafe verbugt, verjahrt ober erlaffen ift, bie Berurtheilung wegen einer ftrafbaren Sandlung erfolgt, welche vor ber fruberen Berurtheilung begangen war. Um biefer Borfchrift volle Birffamkeit zu sichern, bebarf es noch einer prozessuglen Regelung bes Ralles, wenn Jemanb burch verfcbiebene Urtheile ju Strafen perurtheilt worben ift, bei bem fpateren Urtheil aber bie Borfchriften über bie Ruerkennung einer Gefammtstrafe außer Betracht geblieben finb." Bie fich hieraus ergiebt, beruht bie Befimmung bes § 492 auf ber Auffassung, bag im Falle succesfiver Aburtheilung tonturrirenber Straffalle bie Borfdriften über bie Ruertennung einer Gefammtftrafe grunbfatlich icon in bem Urtheil bes fpater erkennenben Richters jur Anwenbung zu bringen feien und bag biefer fon burch § 79 bes StBB. ermachtigt und verpflichtet fei, an Stelle ber verfchiebenen Gingelftrafen eine Gesammtstrafe festzuseten, insoweit also auch bas frubere Urtheil, gleichviel ob baffelbe von ihm felbst ober von einem anderen Richter erlaffen ift, abzuandern. Go auch bie konftante Praris bes RGer., 3. B. II. 22. Juni 80 (Entsch. II. 198), II. 20. Febr. 83 (Entsch. VIII. 62, Mípr. V. 130), F. 27. Juli 83 (Mípr. V. 522), IV. 2./5. Jan. 86 (Mípr. VIII. 3). Der vorstehende Say erleibet auch bann keine Ausnahme, wenn vor dem jeht zu erlassenden Urtheil bereits mehrere unter § 79 fallende Strafen, und zwar in verschiedenen Urtheilen, erkannt worden und bie Bilbung einer Gesammtstrafe, welche in bem letten biefer Urtheile hatte erfolgen muffen, unterblieben war: RGer I. 1. Nov. 86 (Entich. XV. 29, Rfpr. VIII. 657). — Das Raber f. in ben Rommentaren jum StoB. § 79, insbes. auch in Betreff ber Fragen: inwiefern ber fpater ertennenbe Richter befugt fei, eine Bufapftrafe ju ber fruber ertannten Strafe feftgufegen und in welcher Art ein schon verbüßter Theil ber Strafe auf die Gesammistrase in Anrechnung zu bringen fei; über bie lettere Frage vgl. noch RGer. II. 20. Febr. 83 (oben), I. 17. Mai 83 (Entich. VIII. 385, Ripr. V. 365). — Rach bem Borbemertten tann auch ein Schöffen gericht in bie Lage fommen, Buchthaus als Gesammtstrafe ober als Busabftrafe festguseben, obwohl ein foldes Gericht niemals juftanbig ift, auf eine felbftftanbige Buchtbausftrafe (Einzelftrafe) ju erfennen (GBG. SS 27, 75).
- b. Ift zur Zeit ber späteren Urtheilsfällung bas früher ergangene Urtheil noch nicht rechtskräftig, so kann bas erkennenbe Gericht von ber Anwendung bes 79 absehen und die Festsehung ber Gesammtstrase einer nachträglichen Entscheidung nach § 492 vorbehalten: RGer. III. 6. Juli 81 (Entsch. V. 1, Rspr. III. 468), II. 4. Oft. 81 (Rspr. III. 592), III. 14. März 87 (Rspr. IX. 177). Es ift aber auch statthaft, in dem späteren Urtheil die Gesammtstrase in der Art sestzusehen, daß zugleich, und zwar in der Urtheilsformel, für den Fall einer Abanderung ber früheren Urtheils Bestimmung getroffen wird: RGer. II. 31. Jan. 82 (Rspr. IV 102).

§. 493.

Ist der Verurtheilte nach Beginn der Strafvollstreckung wegen Krankheit in eine von der Strafanstalt getrennte Krankenanstalt gebracht worden, so ist die Dauer des Ausenthalts in der Krankenanstalt in die Strafzeit einzurechnen, wenn nicht der Berurtheilte mit der Absicht, die Strafvollstreckung zu unterbrechen, die Krankheit herbeigeführt hat.

Die Staatsanwaltschaft hat im letteren Falle eine Entscheidung des Gerichts berbeizuführen.

(L. Catm. \$ 372; II. Catm. \$ 384; III. Enfm. \$ 415.)

- 2. Die Bestimmung bes § 492 ift hauptsächlich für ben Fall gegeben, wenn ber später erstennende Richter die frühere Berurtheilung nicht gekannt hat. Diesem Falle steht ber andere gleich, wenn ber Richter die ihm bekannte Berurtheilung außer Acht gelassen hat; vol. Reser. III. 6. Juli 81 (Entisch. V. 1, Ripr. III. 468), F. 27. Juli 83 (Rspr. V. 522). Dagegen ist die Anwendung des § 492 ausgeschlossen, wenn der Richter die Anwendbarkeit des § 79 bes SiBB. ausdrücklich geprüft und vermöge eines Rechtsirrthums verneint hat. Herüber sagen die Mot. S. 232: "Ist die Zuerkennung einer Gesammtstrase vermöge einer unrichtigen Aussalieng der strafrechtlichen Borschriften unterblieben, so kann § 492 nicht Anwendung sinden. Denn alsdann beruht das spätere Urtheil auf einer Berlehung des Gesebes, welcher durch Einzlegung des Rechtsmittels der Revision abzuhelsen gewesen wäre (§ 376), und die Sache liegt alsdann hier nicht anders wie bei sonstigen, einem Urtheil zu Grunde liegenden Rechtsirrthümern des Richters. Die letztern können die Ansechtung oder Abänderung eines rechtskräftig gewordenen Urtheils nicht begründen."
- 3. Der § 492 spricht nur von ber Zuerkennung einer Gesammtstrase, mahrend ber Inhalt bes § 79 bes SiGB. insofern ein weiterer ist, als letterer § auch auf die Bestimmungen bes § 75 Abs. 3, § 77 Abs. 2, § 78 Abs. 2 bes SiGB., welche die höchste Gesammtbauer gesons bert erkannter Strasen betreffen, verweist. Aus der Allegirung des § 79 in § 492 ist indes zu solgern, daß der lettere auch da analoge Anwendung sinden soll, wo es sich um eine nachträgsliche Reduktion gesondert erkannter Strasen auf den gesehlich zulässigen höchstetrag der Gessammtbauer handelt. Gl. A. Olshausen S. 388.
- 4. Das Berfahren nach § 492 ift, unabhängig von etwaigen Antragen bes Berurtheilten, von Amtswegen einzuleiten; vgl. RGer. III. 6. Juli 81 (Entich. V. 1, Ripr. III. 468). In Betreff ber Buftanbigteit f. § 494 Abf. 3.
- 5. In Betreff ber Bollftredung einer Gesammtftrafe in bem Falle, wenn bie Einzels ftrafen von Gerichten verschiebener Bunbesftaaten festgeseht waren, f. Beschl. bes Bunbessraths p. 11. Juni 1885 (oben S. 130).

Zu § 498.

1. Der S fest bie Unterbringung in eine von ber Strafanstalt getrennte Krankenanstalt voraus, trifft aber keine Bestimmung barüber, in welchen Fällen eine solche Unterbringung stattzusinden habe, und insbes. entscheibet er die Frage nicht, ob etwa die Strafvollstreckung
wegen ber Krankheit zu unterbrechen und ber Berurtheilte einstweilen aus der Strafhaft zu
entlassen seine solche Entlassung ift daber in den geeigneten Fällen nicht ausgeschlossen; über die Boraussehungen, unter denen sie einzutreten hat, können im Berwaltungswege Bestimsmungen getroffen werden. — Daß die Beit, welche der Berurtheilte in der zur Strafanstalt selbst gehörigen Krankenanstalt verbringt, auf die Strafzeit anzurechnen ist, ist selbstverständlich.

2. An fich ift ber S auch auf ben Fall einer Geifte trantheit und bie Unterbringung bes Berurtheilten in eine Jrrenanftalt anwendbar: wird ein Berurtheilter aus bem Gefänguiß in eine solche Anstalt übergeführt und sobann in ersteres jurudgebracht, so muß die in der Anstalt versbrachte Zeit jur Anrechnung tommen. Es versteht sich indeß, daß es sich hierbei immer nur um turze Zeiträume handeln tann und bag bie Strafvollstredung aufgehoben bezw. unterbrochen

§. 494.

Die bei ber Strafvollstredung nothwendig werbenden gerichtlichen Entschiungen (§§. 490—493) werden von dem Gericht erster Instanz ohne mundliche Verhandlung erlassen.

Bor ber Entscheibung ift ber Staatsanwaltschaft und bem Berurtheilten Gelegenheit zu geben, Antrage zu stellen und zu begründen.

Rommt es auf die Festsetung einer Gesammtstrase an (§. 492), und waren die verschiedenen hierdurch abzuändernden Urtheile von verschiedenen Gerichten erslassen, so steht die Entscheidung demjenigen Gerichte zu, welches die schwerste Strasart oder dei Strasen gleicher Art die höchste Strase erkannt hat, salls hiernach aber mehrere Gerichte zuständig sein würden, demjenigen, dessen Urtheil zuletzt ergangen ist. War das hiernach maßgebende Urtheil von einem Gerichte höherer Instanzerlassen, so setzt das Gericht erster Instanz, und war eines der Strasurtheile von dem Reichsgericht in erster Instanz erlassen, das Reichsgericht die Gesammtstrase sel.

Gegen biese Entscheibungen findet, insofern sie nicht von dem Reichsgericht erlaffen sind, sofortige Beschwerbe flatt.

(I. Entw. § 373; II. Entw. § 385; III. Entm. § 416.)

3u \$ 494.

Bu Abs. 1.

2. Auch bann ift bas Gericht erfter Instang für bie Entscheibung guftanbig, wenn es fich um bie Auslegung eines in boberer Inftang ergangenen Urtheils hanbelt.

3. Ist ber Amtsrichter zum Organ ber Strasvollftredung bestellt (§ 483 Abs. 3), so kann es, ba bas Geseth etwas Entgegenstehenbes nicht bestimmt, vorkommen, baß er über Einwendungen x. (§ 490) zu entscheiben hat, welche gegen seine eigenen, von ihm in ber vorgedachten Eigenschaft erlassenen Berfügungen erhoben werben; vgl. § 483 Rote 5, § 491 Note 4. Dieser Uebelstand wird die Zulässigfigkeit ber sosorigen Beschwerbe (Abs. 4) ausgeglichen.

4. Das Gericht tann vor Erlaffung seiner Entscheibung auch Beweiserhebungen burch einen beauftragten ober ersuchten Richter vornehmen; selbst eibliche Bernehmungen find nicht aus-

Digitized by GOOGLE

werben muß, wenn die Geisteskrantheit festgestellt und die heilung überhaupt nicht ober boch nicht in Kurze zu erwarten steht. Lgl. v. Schwarze S. 609 und andererseits Boitus Romm. S. 475 u. Kontr. I. S. 100,

^{3.} Die Richtanrechnung ber Strafe tritt nicht icon bann ein, wenn ber Berurtheilte bie Rrantbeit verfchulbet, sonbern nur bann, wenn er fie in ber Abficht herbeigeführt hat, bie Strafvollftredung ju unterbrechen.

^{4.} Ift bie Staatsanwalticaft ber Anficht, baß bie in ber Rrantenanftalt verbrachte Zeit ans zurechnen fei, fo braucht fie eine Entideibung bes Gerichts nicht einzuholen.

^{1.} Unter bem Gericht erster Instanz ist hier nach Berschiebenheit ber Fälle zu verstehen: ber Amtsrichter, die Straffammer, das Reichsgericht. Da die Entscheidungen ohne mündliche Berbandlung erlassen werben, so tritt ber Amtsrichter an die Stelle des Schössengerichts (GBG. § 30 Abs. 2). Die Straffammer hat auch dann zu entscheiden, wenn das Urtheil von dem Schwurgerichte erlassen war (GBG. § 82 Sat 2). Sie entscheidet sie der Zahl von drei Richtern (GBG. § 77); diese Einrichtung ift freilich in gewissen Fällen eine unangemessene, so insdes, dann, wenn es sich um die Auslegung (§ 490 Abs. 1) eines von der Straffammer in der Zahl von fünf Richtern erlassenen Urtheils handelt: hier kann bei vorhandener Meinungsverschiedenheit im Schose des Gerichts das Ausscheiden zweier Richter von wesentlichem Einsluß auf die Entscheidung sein. Bei dem Reichsgericht entschiede der vereinigte zweite und britte Strafsenat (GBG. § 138 Abs. 2 und Note 1 das).

§. 495.

Die Vollstreckung der über eine Vermögensstrafe oder eine Buße ergangenen Entscheidung erfolgt nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte.

(I. Cutm. § 374; II. Cutm. § 386; III. Cutm. § 416.)

gefcloffen. Solche Beweiserhebungen tonnen insbef. erforderlich fein, wenn es fich um bie Feftstellung ber Ibentität bes Berurtheilten handelt (vgl. § 490 Rote 1).

Bu Abs. 2.

- 5. Die Gelegen heit zur Antragstellung ac. wird bem Berurtheilten regelmäßig in ber Art zu geben sein, daß er unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Abgabe einer Erklärung aufgeforbert wird. Diese kann schriftlich ober zu Protokoll bes Gerichtsschreibers abgegeben werben. Der nicht auf freiem Fuße besindliche Berurtheilte wird burch ben Gerichtsschreiber zu vernehmen sein. Die Staatsanwaltschaft hat einen schriftlichen Antrag zu stellen. In Betreff einer munblichen Anhörung ber Betheiligten vor bem entschehen Gericht selbst f. § 33 Rote 2. c. Bu Abs. 3.
 - 6. Bgl. § 492 u. bie Roten bas.
- 7. Die Zuständigkeit bes Gerichts für die hier vorgesehene Entscheidung bestimmt sich in erster Linie nach ber Schwere ber Strafart, in zweiter Linie nach ber Hobe ber Strase und in britter Linie nach ber Zeit ber Urtheilsfällung. Bar jedoch eines ber Strasurtheile von bem Reichsgericht in erster Instanz (GBG. § 136 Rr. 1) erlassen, so kommt es auf alle biese Momente nicht an: die Entscheidung steht alsbann nur bem Reichsgericht zu.
- 8. In Betreff ber Art und ber Hohe ber Strafen tommt es barauf nicht an, ob biese, wie sie nunmehr rechtsktäftig sestgeset sind, in ber ersten ober in einer höheren Instanz vershängt sind: die Entscheibung ersolgt in allen Fällen burch bas Gericht erster Instanz (Note 1). Bas bagegen die Zeit der Urtheilsfällung betrifft, so ist bei den in die Berufungsinstanz ges langten Sachen, sofern das Berufungsgericht liberhaupt in der Sache selbst (vgl. § 363 Note 1) entscheden hat, der Zeitpunkt des Urtheils zweiter Instanz maßgebend, auch wenn die Berufungsverworsen worden, also die in erster Instanz erkannte Strase bestehen geblieben ist (vgl. § 364 Note 2, 3, § 369 Note 1); a. M. Keller S. 625, Puchelt S. 832. Der Zeitpunkt eines Revisionsaurtheils kommt nur dann in Betracht, wenn in letterem 'selbst die betr. Freiheitsstrase festgeset ist (vgl. § 394 Abs. 1).

Bu 216 f. 4.

- 9. In Betreff ber sofortigen Beschwerbe vgl. § 353 u. GBG. § 136 Rote 7. c.
- 1. Der Ausbrud "Bermogensftrafe" umfaßt außer ber Gelbftrafe auch bie Gingiehung 2c.
- 2. Ueber ben Aufschub ber Bollftredung einer Gelbstrafe und insbes. darüber, ob und unter welchen Boraussehungen bem Berurtheilten die Leiftung von Theilzahlungen zu gestatten sei, giebt die StBD. teine Borschriften; dieser Bunkt unterliegt sonach ber Regelung im Instruktions wege (vgl. § 488 Rote 4). Auf die Bollftredung ber ber Gelbstrafe substituirten Freiheitsstrafe sinden dagegen die §§ 487, 488, 490 Abs. 2 Anwendung.
- 3. Die Bestimmung bes § 495 hat eine Meinungsverschiebenheit barüber hervorgerusen, in welchem Maße bei ber Bolftredung einer Vermögen sprase bie Borschriften ber GPD. Anwendung sinden. Rach ber einen Ansicht hat der § nur diesenigen Borschriften ber GPD. im Auge, welche die Art und Beise ber Ausführung der Bollstredung betreffen. Auf dieser Auffassung beruht z. B. der § 108 Abs. 2, 3 der preuß. Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher v. 24. Juli 1879 (Anl. zum JWBl. Nr. 31). Abs. 2 dieses § lautet: "Der Austrag zur Bollstredung wirdsbem Gerichtsvollzieher von dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft ertheilt. Der schriftliche Austrag berselben vertritt die vollstredbare Aussertigung des Schuldtitels." Abs. 3 lautet: "Das von dem Gerichtsvollzieher bei der Bollstredung zu beobachtende Bersahren bestimmt sich nach den Borschriften für die Zwangsvollstredung in dürgerlichen Rechtsstreitigseiten. Der

Ruftellung ber Entideibung vor bem Beginne ber Bollftredung bebarf es nicht." Diefen Beftimmungen entsprechen bie SS 38, 39 ber preuß. Raffen-Inftr. v. 1. Dez. 84 (Beil. gu Rr. 45 bes 3DBBl.). Dit ber preug. Gefcaftsaum. ftimmt u. A. S. 83 Abf. 2, 3 ber hamburgifden Inftruftion fur bie Gerichtsvollzieher v. 15. Sept. 1879 (hamb. Gef .= Samml. Rr. 67) wortlich überein. Gine andere Anficht geht bagegen babin, bag nach f 495 bei ber Bollstredung von Gelbstrafen fammt liche Borfdriften ber CBD. über bie Zwangsvollftredung Anwendung finden. Danach alfo follen namentlich bie formellen Borausfehungen ber Zwangspollftredung in burgerlichen Rechtsftreitigleiten auch bei ber Bollftredung von Gelbftrafen Blat greifen: es foll eine mit ber Bollftredungsklaufel verfebene Ausfertigung bes Strafurtheils erforberlich fein und bie Bollftredung erft beginnen burfen, wenn bas Urtheil bereits jugefiellt ift ober gleichzeitig jugeftellt wird (CBO. SS 662, 671). Und ferner foll fur bie Entideibung über Ginmenbungen, welche gegen bie Bulaffigkeit ber Bollftredung erhoben werben, nicht bas Strafgericht (StBD. SS 490, 494), fonbern bas Bollftredungsgericht in burgerlichen Rechtsftreitigfeiten (CBO. SS 684, 685) justanbig sein und bemaufolge auch ber Beschwerbeweg fich nicht nach ben Borfcriften ber StBO., sonbern nach benen ber CBO. regeln. Diese zweite Ansicht hat ber L. Civ.-Senat bes Rer. in einem Befchl. v. 20. Mary 80 (Entich. in Civils. I. 233) aufgestellt, inbem er bie oben gebachten Bestimmungen ber hamburg. Inftruftion, als mit ber Reichsgesegebung im Biberfpruch ftebenb, für ungultig erflart bat.

Es wird inbeg ber erftermanten Anficht ber Borgug gegeben werben muffen. Bie bie Dot. 6. 232 bemerten, beruht bie Bestimmung bes § 495 ausichlieflich auf Zwedmäßigteitsrudfichten. hiermit aber fteht bie von bem RBer. vertretene Anficht im Biberfpruch: bas Bollftredungsverfahren, wie es fich bei Bugrunbelegung biefer Anficht gestalten murbe, mare nicht nur ein im äußersten Maße unzwedmäßiges, sonbern es wurben gerabezu bie größten, taum zu überwindenben Schwierigkeiten entstehen, wenn bei ber Beitreibung aller noch fo kleinen Gelbstrafen, wie folche von ben Schöffengerichten und Amtsgerichten in betrachtlicher Babl verhangt werben, bem Gerichtsvollgieber ju feiner Legitimation eine vollftrechare Ausfertigung bes Urtheils übergeben und ferner noch eine Ausfertigung bem Berurtheilten jugeftellt werben mußte; bie hierburch bebingte Bermehrung bes Schreibmerts mußte für bie Beborben unerträglich werben. — Aber auch innere Grunbe fprechen überwiegenb fur bie erstere Anficht. Der § 495 ift im Berhaltnif ju ben vorausgehenden Bestimmungen über bie Strafvollstredung nicht als eine Ausnahmevorschrift, fonbern als eine Erganzung aufzufaffen; er gilt nicht an Stelle jener Bestimmungen, fonbern neben ihnen, und es bleiben bieselben auf Gelbstrafe 2c. anwendbar, soweit nicht aus bem Bortlaut ber einzelnen Borfchrift bie Unauwenbbarteit von felbft fich ergiebt. Benn nun nach § 483 ber StBD. die Bollstredung einer jeben, selbst der schwerften Freiheitsstrase lediglich auf Grund einer mit ber Beicheinigung ber Bollftredbarteit verfebenen, beglaubigten Abichrift ber Urtheilsformel erfolgt und ihr eine Zustellung bes Urtheils an ben Berurtheilten nicht vorherzugehen braucht, fo ift nicht abzusehen, weshalb es gerabe bei ber milbeften Strafe, ber Gelbstrafe, ber fur bie Bollftredung in Civilsachen vorgeschriebenen Rautelen beburfen follte. Der § 483 enthalt in feinem Bortlaut feine Beidrantung auf Freiheitsftrafen, wie benn auch bie Anwenbbarteit feines Abf. 3 auf Gelbstrafen niemals bezweifelt worben ift. In Civilsachen handelt ber Gerichtsvollzieher im Auftrage ber Partei, in Strafsachen bagegen im Auftrage ber Strafvollstredungsbehörbe, welche bafür verantwortlich ift, bag bie Borausfepungen ber Bollftredung erfullt finb. Das RGer. fagt, baß es ein mangelhafter Sout gegen mögliche Berfeben und Ausschreitungen bes Berichtsvollziehers ware, wenn ber Berurtheilte barauf angewiesen ware, Abhulfe bagegen bei ber vielleicht sehr entfernten Staatsanwaltichaft, anstatt bei bem naben Bollftredungsgericht, ju fuchen. Allein nichts spricht bafür, bag ben Gefetgeber bie Rudficht auf biefen Schut geleitet habe; überbies wirb ber größte Theil aller Gelbstrafen nicht burch bie Staatsanwaltichaft, fonbern burch ben Amterichter, und zwar innerhalb bes eigenen Bezirks bes erkennenben Gerichts, zur Bollftredung gebracht (vgl. 5 483 Rote 3). Ferner ift baran ju erinnern, bag, wenn ber Gerichtspollzieher eine ihm aufgetragene Berhaftung vollzieht, bei etwaigen Ausschreitungen ac. beffelben ber Berurtheilte nicht ben Shub bes Bollftredungsgerichts anrufen tann, obwohl bie Berhaftung eine wesentliche schwerere

3meiter Abichnitt.

Roften des Berfahrens.

Rafregel ift als die Beitreibung einer Gelbstrase. — Anlangend endlich die Behanblung von Einwendungen gegen die Bollstredung, so ist zu unterscheiden: bei Einwendungen, welche gegen die Zulässigleit der Bollstredung überhaupt erhoben werden, sehlt es gleichsalls an einem inneren Grunde, die Bollstredung von Gelbstrasen anders als diesenige anderer Strasen zu behandeln, und zwar um so mehr, als in dem Falle, wenn es zur Vollstredung der substituirten Freiheitsstrase sommt, die gegen diese Bollstredung etwa erhobenen Einwendungen wiederum der Entscheidung des Strassgerichts und nicht des Bollstredungsgerichts unterliegen; demgemäß sindet hier die Bestimmung des § 490 Abs. 1 Anwendung. Alle anderen Einwendungen lassen sich als gegen die Art und Weise der Aussührungen der Bollstredung gerichtet bezeichnen und sind daher nach den Borschriften der CBD. zu behandeln. Ueber die Streitsrage im Allgemeinen wie über die Einzelheiten voll. die, die eingehende Erörterung von Jastrow in Goltd. Arch. XXXIII. S. 29 ss., welche grundsählich, jedoch mit einer erheblichen Wodisstation, der Ansicht des RGer. beitritt. Für die Aussicht des RGer. auch Puchelt S. 833, Keller S. 626, sür die hier vertretene bagegen Binding S. 213, Weves in HB. II. S. 489.

- 4. Gine Folge ber hier gegebenen Bestimmung ift, wie bie Mot. S. 232 hervorheben, bie: bag einer jum Zwede ber Beitrelbung einer Bermögensftrase ober Buge vorgenommenen Abpfan-bung bie gleiche Birtung beiwohnt wie einer Pfanbung im Civilprozesse.
- 5. Die Bollftredung ber eine Buße betreffenben Entscheibung erfolgt nicht auf Betreiben ber Strafvollftredungsbehörbe, sonbern besjenigen, bem bie Buße zuerkannt ift, (vgl. § 152 Rote 2. b). Für Preußen vgl. § 109 ber cit. Geschäftbanw. für bie Gerichtsvollz. (Note 3).
- 6. Ueber bie Beitreibung ber Gerichtstoften f. unten note 5 ju Abichnitt 2; über bie Beitreibung ber Auslagen, welche im Privatflageversahren bie eine Partei ber anderen ju ersftatten bat: \$ 503 Rote 4.

Bum Bweiten Abiduitt.

- 1. Der Abschnitt behandelt hauptsächlich die Gerichtstosten, b. h. die Gebühren und die Auslagen ber Gerichte (vgl. Gerichtstosten-Ges. v. 18. Juni 1878 § 1). Außerdem wird in § 503 von ben Auslagen des Privattlägers (vgl. bort Rote 4) und in den §§ 499, 501—505 auch von benjenigen des Beschulbigten gehandelt.
- 2. Es ist hier überall nur von solchen Roften bie Rebe, welche in einer einzelnen Strafs fache erwachsen. Bu biesen Rosten gehören 3. B. bie Reifekoften nicht, welche ben Schöffen und Beschworenen gezahlt werben (GBG. SS 55, 96).
- 3. Der § 496 hat die formelle Behandlung des Rostenpunktes zum Gegenstande. Das gegen enthalten die §§ 497 ff. materielles Recht, indem sie die Pflicht zur Tragung und Erstattung der durch ein Strasversahren verursachten Rosten regeln; sie gehören demzische nicht zu benjenigen "Rechtsnormen über das Bersahren", auf welche nach § 380 die Revision gegen ein Urtheil der Berusungsinstanz nicht gegründet werden kann. Die verpstichteten Subjekte, um welche es sich in diesem Abschn. handelt, sind außer der Staatstasse bezw. (§ 506) der Reichse lasse berschaftens veranlaßt hat (§§ 501, 502, 504), der Privatkläger (§ 503), endlich alle diezienigen, welche ein Rechtsmittel eingelegt haben (§ 505). Inwiesern die Kosten einzelner Theile des Bersahrens dritten Personen zur Last sallen können, wird nicht in dem gegenwärtigen Absschnicht vorgeschrieben; hierüber s. 2. S. 50, 69, 77, 145.
- 4. Die Bestimmungen über ben Betrag und bie Berechnung ber Gerichtstoften, über bie Erhebung von Auslagen, über ben Roftenvorschuß und bie Roftenzahlung f. im Gerichtstoften. Bel. v. 18. Juni 1878.
- 5. Ueber bie Beitreibung ber Gerichtstoften ift reichsgefestich teine Bestimmung getroffen fie richtet fic alfo nach bem Lanbestrecht. Bgl. übrigens § 99 bes Gerichtstoften:Gef. u. Rote 1

§. 496.

Jebes Urtheil, jeder Strafbefehl und jede eine Untersuchung einstellende Entsicheibung muß darüber Bestimmung treffen, von wem die Rosten des Verfahrens zu tragen sind.

Wenn über die Höhe der Kosten oder über die Nothwendigkeit der unter ihnen begriffenen Auslagen Streit entsteht, so erfolgt hierüber besondere Entscheidung.

(I. Entw. §§ 374, 381; II. Entw. § 386; III. Entw. §. 417.)

bas. (unten in Abth. III.). — Für Breußen s. § 29 bes Auss.: Gerichtstoften-Ges. v. 10. Marz 1879 (GG. S. 145) u. bie Bbn. v. 4. Aug. 1884 (GS. S. 321).

3u § 496.

- 1. Nur die Bestimmung darüber, von wem die Kosten des Bersahrens zu tragen seien, ist in dem Urtheil oder in der die Untersuchung einstellenden Entscheidung zu treffen; in Betress der Festsehung des Betrages der Kosten s. Note 6. Gine Abweichung greist bei dem Strasbesehlich vorgeschrieben ist, auch der Betrag der Kosten auszunehmen ist, wenngleich eine nachträgliche Festsehung zulässig bleibt (vgl. § 449 Rote 2). Eine materielle Borschrift über die Kostentragungspsischt enthält § 496 nicht, und insbes. wird burch ihn dem Gericht ein freies Ermessen über diese nicht eingeräumt: Rer. IV. 15. Mai 86 (Entsch. XII. 198, Rspr. VII. 297).
- 2. Bei ber Entscheidung fiber bie Pflicht zur Rostentragung (Note 1) kommt bie Bahlungssfähigkeit ber betr. Berson nicht in Frage: bie Berurtheilung bes Berpflichteten in bie Roften wird burch seine Zahlungsunfähigkeit nicht entbehrlich. Darüber, unter welchen Boraussehungen eine Rieberschlagung ber Gerichtskoften stattzufinden habe, giebt bie StBD. keine Bestimmungen.
 - 3. "jebes Urtheil" eine Mobififation f. gu § 505 Rote 1. b.
- 4. Die Mot. S. 232 fagen: "Daß biejenigen Beschlüffe, burch welche eine Untersuchung eine gestellt wird, gleich ben Urtheilen behandelt werden, hat barin seinen Grund, daß auch im Falle eines solchen Beschluffes eine jur Rostentragung verpflichtete Person vorhanden sein kann (vgl. 3. B. §§ 502, 503)".
- 5. Birb in bem Berfahren auf erhobene öffentliche Rlage ber Befculbigte freigesprochen ober außer Berfolgung geset, so ift ausbrücklich auszusprechen, baß ber Staatstaffe bie Roften aufz zuerlegen sind. Der Mangel eines solchen Ausspruches ware freilich ohne sachliche Bebeutung, ba bie Staatstaffe von bem Beschulbigten bie Zahlung von Roften eben nur bann beanspruchen tann, wenn solche ihm ausbrücklich auferlegt sind. Bgl. § 505 Sat 3. Unter ben ber Staatstaffe aufzuerlegenden Koften sind übrigens hier nur die Gerichtstoften zu versteben; die dem Beschulbigten erwachsenen Auslagen sind nicht inbegriffen; über lettere vgl. § 499 Note 5.
- 6. Darüber, wie ber Ansat ber Kosten stattzufinden haben, ift reichsgesehlich keine Bestimmung getroffen; es bestimmt sich dies also nach dem Landesrecht. Für Preußen s. § 28 des Auss. Gel. v. 10. März 1879 (GS. S. 145). Ensteht über die Höhe der Kosten ober über die Rothwendigkeit einer Auslage Streit, so ist derselbe durch eine besondere Entscheidung (Beschluß) des Gerichts zu erledigen. In Betreff der Gerichtstosten s. § 4 des Gerichtstosten: Bes. v. 18. Juni 1878 (unten in Abth. III).
- 7. Die Entscheidung über die Pflicht zur Kostentragung (Abs. 1) ift in bemselben Maße und mit demselben Rechtsmittel ansechtdar wie die Entscheidung in der Hauptsache, also nach Berschiedenheit der Fälle mit der Berufung (§ 354 Rote 2) ober der Revision (§ 374 Rote 3) oder der Beschwerde (§ 346, 353); vgl. Roer. II. 14. Apr. 82 (Rspr. IV. 322). Eine Ausnahme s. dei § 501 Rote 8. Die die Höhe der Kosten 2c. betreffende Entscheidung unterliegt in allen Fällen der Beschwerde; in Betreff der Gerichtskosten s. § 4 Abs. 2 des Gerichtskosten v. 18. Juni 1878 (unten in Abth. III).
 - 8. In Betreff ber Auslagen vgl. noch Gerichtstoften: Gef. SS 79, 80.

§. 497.

Die Rosten, mit Einschluß ber burch die Borbereitung der öffentlichen Klage und die Strafvollstreckung entstandenen, hat der Angeklagte zu tragen, wenn er zu Strafe verurtheilt wirb.

Stirbt ein Berurtheilter vor eingetretener Rechtstraft bes Urtheils, so haftet sein Rachlaß nicht für bie Kosten.

(I. Cutm. § 375; II. Cutm. § 387; III. Cutm. § 418.) §. 498.

Wenn ein Angeklagter in einer Untersuchung, welche mehrere ftrafbare Hand-

- 1. Rur ein zu Strafe verurtheilter Angeklagter hat die Roften zu tragen; sonach trifft z. B. die Pflicht zur Roftentragung benjenigen nicht, ber zwar für schuldig erklärt, aber wegen Berjährung von Strafe freigesprochen wird; eine Ausnahme s. in § 500. In Betreff bes f. g. objektiven Strafverfahrens f. § 478 Rote 6. Bezüglich bes burch eine schulbbare Berfaumniß bes Freigesprochen en erwachsenen Theiles ber Roften f. § 499 Abs. 1.
- 2. In welcher Inftanz ber Angeklagte zu Strafe verurtheilt wird, ift gleichgültig; bem in einer hoheren Inftanz Berurtheilten fallen bie Koften auch berjenigen Borinstanz zur Last, in welcher auf Freisprechung erkannt war. Dem entsprechend hat ber Angeklagte bie gesammten Koften bes Berfahrens auch bann zu tragen, wenn er in ber Borinstanz zur Strafe verurtheilt wird, nachbem ein freisprechenbes Urtheil bieser Instanz aufgehoben und bie Sache zur anderweiten Entscheidung in bieselbe zurudverwiesen war. Bgl. § 505 Rote 1. b.
- 3. Bu ben, ben verurtheilten Angeklagten treffenben Koften gehören biejenigen bes Borbeteitung sver fahrens selbft insoweit, als fie entstanden find, mahrend bieses Berfahren noch nicht gegen diesen Angeklagten, sondern gegen eine andere verdächtig gewesene Berson gerichtet war. Bgl. Ges. v. 29. Juni 1887 (RGBI. S. 276), wonach bei Zuwiderhandlungen gegen das Rahrungsmittelgeseh dem Berurtheilten auch die Kosten der polizeilichen Untersuchung des betr. Segenstandes zur Laft sallen.
- 4. Die Berpflichtung bes Berurtheilten jur Roftentragung erftredt fich fraft Gefetes auf bie in Abf. 1 bezeichneten Roften; eines ausbrudlichen Ausspruches über biefen Umfang ber Roftenpflicht bebarf es nicht.
- 5. Sind auf Grund einer Bestimnung ber StBD. (vgl. 3. 8. §§ 50, 69, 77, 145) bie Kosten einzelner Afte ober Theile bes Berfahrens einem Dritten wegen eines benselben treffenzben Berschulbens auferlegt, so hat ber verurtheilte Angeklagte bieselben auch bann nicht zu tragen, wenn ber verpstichtete Dritte zahlungsunfähig ist; bas Geset enthält keine Bestimmung. aus welzer eine subsidiäre Haftbarkeit bes Angeklagten hergeleitet werben könnte. Dagegen ist bas Gericht nicht besugt, in anderen als ben in jenen Bestimmungen ausdrücklich vorgesehenen Fällen bei ber Berurtheilung bes Angeklagten in die Rosten solche Beträge auszunehmen, welche durch bie Berschulbung einer britten Person ober durch eine unrichtige Behandlung der Sache erwachsen sind: RGer. III. 24. März 80 (Entsch. I. 334, Kspr. I. 507), II. 1. Dez. 85 (Kspr. VII. 710). Die StBD. enthält eine dem § 97 der CBD. entsprechende Borschrift nicht.
- 6. Bu Abi. 2. Das Strafurtheil tann auch insoweit, als es bie Koftentragungspflicht bettrift, nur nach Eintritt ber Rechtstraft Birtsamkeit erlangen; wird biese burch ben Tob bes Berurtheilten ausgeschlossen, so wird bas Urtheil auch bezüglich ber Koften hinfällig. Uebrigens schlieft ber S nicht blos die Bollftredung bes Strafurtheils, sondern auch jede civilrechtliche haftspflicht ber Erben für die Koften aus.
- 7. Es kommt nicht barauf an, woburch bie Rechtskraft bes Urtheils gehemmt worden ist; ber finbet felbst bann Anwendung, wenn bie Staatsanwaltschaft behufs ber Berschärfung bes Urtheils ein Rechtsmittel eingelegt hatte.
 - 1. Abf. 1 hat nur ben Fall ber realen Ronfurreng ftrafbarer Banblungen im Auge;

Digitized by GOOGLE

lungen umfaßt, nur in Ansehung eines Theils berselben verurtheilt wirb, burch bie Berhandlung ber übrigen Straffälle aber besondere Rosten entstanden find, so ist er von beren Tragung zu entbinden.

Mitangeklagte, welche in Bezug auf dieselbe That zu Strafe verurtheilt find, haften für die Auslagen als Gesammtschuldner. Dies gilt nicht von den durch die Strafvollstreckung ober die Untersuchungshaft entstandenen Kosten.

(I. Entw. § 376; II. Entw. § 388; III. Entw. § 419.)

- 2. Unter ben in Abs. 1 gebachten "besonberen Roften" find lebiglich Auslagen zu verfteben, ba für die höhe her Gerichtsgebühren nur die rechtsträftig erkannte Strafe ben Maßtab giebt (Gerichtskoften-Ges. § 59 Abs. 1). Es gehören hierher namentlich die Gebühren solcher Beugen, welche lebiglich über ben durch Freisprechung erledigten Straffall, nicht auch über die übrigen Straffalle vernommen worden. Diese Gebühren können dem Freigesprochenen nicht aus dem Grunde auserlegt werden, weil die Zeugen als Entlastungszeugen anzusehen gewesen und von ihnen nur Unerhebliches befundet worden sei: Roer. II. 8. Febr. 81 (Entsch III. 343).
- 3. Abf. 2 fpricht nur von Auslagen; in Betreff ber Gerichtsgebuhren f. bagegen § 61 bes Gerichtstoften-Ges. Es ift hier ferner nur von ben Auslagen ber Staatstaffe bie Rebe; bie Auslagen eines freigesprochenen Mitangeflagten, von benen § 499 Abf. 2 hanbelt, konnen nicht bem verurtheilten Mitangeflagten auferlegt werben. Bgl. Meves in Sh. II. S.522.
- 4. Die Gesammthaftbarkeit ber Mitangeklagten für die Auslagen greift nur insoweit Blat, als diese Personen "in Bezug auf dieselbe That" zu Strafe verurtheilt sind. Hiermit ift jedoch nicht das Ersorberniß aufgestellt, daß die Mitangeklagten zu einander gerade in dem Berzhältniß von Mitthätern oder Theilnehmern stehen mussen; vielmehr ist auch der Begünstiger und der Hehler als "in Bezug" auf die That des Thäters oder Theilnehmers verurtheilt auzusehen. Gl. A. RGer. I. 28. Mai 85 (Entsch. XII. 226, Rspr. VII. 334), I. 29. Okt. 85 (Rspr. VII. 624), Stenglein S. 695, Puchelt S. 841, Herzog in Goltd. Arch. XXVIII. S. 1; a. M. Keller S. 632, Meves in Ho. II. S. 522.
- 5. Da das Gefet von der Gesammthaftbarkeit ausbrücklich nur diejenigen Roften ausnimmt, welche durch die Strafvollstredung oder die Untersuchungshaft entstehen, so erscheint es
 nicht statthaft, noch weitere Unterscheidungen aufzustellen und etwa noch solche Auslagen auszunehmen, die im ausschließlichen Interesse einzelner Mitverurtheilten gemacht oder nur durch
 einzelne von ihnen verursacht sind. So viel sich auch de lege fer. für solche Unterscheidungen
 geltend machen läßt, so bietet doch die StPO. keinen Anhalt für beren Ausstellung, und auch
 ble Wot. S. 232, wiewohl sie gerade von Billigkeitsrücksichten sprechen, nennen als Ausnahme
 von dem Grundsat der Gesammthaftbarkeit eben nur die Rosten der Strafvollstredung und der
 Untersuchungshaft. Das Gesey geht von der Aussassischen der Strafvollstredung an der strafbaren Handlung für jeden Betheiligten die Berpflichtung begründet, der Staatskasse auch dann
 für die Auslagen auszukommen, wenn diese lediglich durch das Berhalten eines anderen Betheiligs
 ten erwachsen sind. A. M. v. Schwarze S. 614.
- 6. Rur zwijchen verurt heilten Mitangeflagten lagt bas Gefet bie Gefammthaftbarfeit eintreten; baber fonnen einem Berurtheilten nicht folde Auslagen auferlegt werben, welche ber Staatskaffe ausich ließlich burch bie Untersuchung gegen einen freigefprochenen Mitange-Magten erwachsen find, wie z. B. bie Kosten ber Bertheibigung bes letteren. Bgl. Reller S. 632.
- 7. Die Gesammthaftbarkeit ist nicht bavon abhängig, ob die Berurtheilung mehrerer Ditangeklagten in bemfelben Urtheil erfolgt: es genügt vielmehr, daß gegen sie eine gemeinschaftliche Untersuchung gesührt worden ist, und die Gesammthaftbarkeit tritt auch dann ein, wenn gegen die

sonach greift die Regel bes § 497 Blat, wenn im Gröffnungsbeschlusse ibeale Konkurrenz mehrerer Delike angenommen war, die Berurtheilung aber nur unter einem der angeführten straftrechtlichen Gesichtspunkte stattfindet: RGer. I. 13. Okt. 83 (Rspr. V. 604), µV. 10. März 85 (Entsch. XII. 87); vgl. IV. 26. Rov. 86 (Entsch. XV. 105).

§. **499**.

Sinem freigesprochenen ober außer Verfolgung gesetzten Angeschulbigten sind nur folche Rosten aufzuerlegen, welche er burch eine schulbbare Versäumniß verzursacht hat.

Die bem Angeschulbigten erwachsenen nothwendigen Auslagen können ber Staatskaffe auferlegt werben.

(I. Cutm. § 377; II. Entw. § 389; III. Cutm. § 420.)

verschiebenen Mitangeklagten bie Urtheilsfällung in verschiebenen hauptverhandlungen erfolgt. Gl. A. Buchelt S. 841, Stenglein S. 695; a. M. Reller S. 631, Meves in Hh. II. S. 522.

8. Insoweit die Gesammthaftbarkeit mehrerer Mitangeklagten begründet ist, folgt sie aus ber Berurtheilung in die Kosten von selbst; sie braucht also nicht ausbrücklich ausgesprochen zu werden; eine haftung nach Kopstheilen kennt das Geseh nicht. So: RGer. I. 2. Febr. 80 (Entsch. I. 93, Rspr. I. 309); a. M. v. Schwarze S. 614. — Wenn darüber, auf welche Auslagen sich die Gesammthaftbarkeit erstrecke (Rote 3—5), Streit entsteht, so findet § 496 Abs. 2 Anwendung.

Zu § 499.

- 1. Rur burch eine schulbbare Berfaumniß, nicht aber burch ein sonstiges schulbbares Berhalten bes Angeschulbigten, wie z. B. burch bie Stellung frivoler Beweisanträge, kann die in Abs. 1
 bestimmte theilweise Kostentragungspflicht begründet werden. Sie greift also vorzugsweise Plat,
 wenn der Angeschulbigte burch sein Ausbleiben in der hauptverhandlung eine Aussehung der
 letteren und eine abermalige Ladung der Zeugen z. veranlaßt hat. Insoweit übrigens die hauptverhandlung ohne Anwesenheit des Angeschulbigten stattsinden kann (SS 231 ff.), ist in seinem
 Ausbleiben eine schuldbare Bersaumiß nur dann zu finden, wenn das Gericht sein personliches
 Erscheinen angeordnet hatte. In der Boruntersuchung liegt eine schulbbare Bersaumniß des Angeschulbigten z. B. dann vor, wenn sein Ausbleiben in einem zum Zwecke einer Gegenstderstellung
 anderaumten Termine die wiederholte Ladung eines Zeugen nothwendig gemacht hat.
- 2. Die in Abs. 1 bezeichneten Roften tonnen bem Angeschulbigten nur in berjenigen Entsicheibung, welche über bie Roftentragungspflicht im Allgemeinen ergeht (§ 496 Abs. 1), nicht aber nachträglich auferlegt werben; eine nachträgliche Entscheibung kann nur bie Höhe ber Roften 2c. (§ 496 Abs. 2) zum Gegenstanbe haben. Bird in ber erstgebachten Entscheibung eine Bestimmung ber in Abs. 1 gebachten Art nicht getroffen, so ist bamit zugleich ausgesprochen, baß kein Theil ber Rosten bem Angeschulbigten zur Laft fällt.

Bu Abs. 2.

- 3. Die Bestimmung beruht auf ben Beschlüssen ber RTR. und lautete in ber ursprünglich beschlossenen Fassung bahin: "Die find aufzuerlegen." Bei ben s. g. Kompromisverhandlungen im Reichstage wurde auf Berlangen ber Regierungen die jetige Fassung angenommen (Stenogr. Ber. S. 568, 992, 993). Aus berselben ergiebt sich, daß die Anwendung der Bestimmung in das Ermessen des Gerichts gestellt ist und daß es auf die Lage des einzelnen Falles ankommt; es sind hier die Rücksichten der Billigkeit maßgebend.
- 4. a. Rur im Falle ber Freisprechung ober Außerverfolgsehung ist Abs. 2 anwenbbar; baber tönnen, wenn ein Rechtsmittel wegen bes Strasmaßes vom Angeschulbigten eingelegt war und vollen Ersolg gehabt hat, die dem Angeschulbigten in der höheren Inflanz erwachsenen Auslagen nicht der Staatskasse auferlegt werden: DLGer. München 8. Mai 84 (Entsch. dieses Ger. III. 72). Bgl. dagegen § 505 Note 1.
- b. Rur Auslagen find Segenstand ber Erstattung an ben Angeschulbigten; eine weitere Entschäbigung, z. B. für Bersaumniß, tann berselbe nicht beanspruchen. Bgl. noch Buch 1 Abschn. 9 Rote 7. Die Nothwenbigfeit einer Auslage ift nach Lage bes einzelnen Falles zu beurtheilen. Bu ben nothwendigen Auslagen können insbes. gehören: die vom Angeschulbigten ausgewendeten Reisekoften, sowie die von ihm gezahlten Zeugengebühren (vgl. § 219 u. Rote 13

§. 500.

Bei wechselseitigen Beleibigungen ober Körperverletzungen wird die Berzurtheilung eines ober beiber Theile in die Kosten daburch nicht ausgeschlossen, daß einer berselben ober beibe für straffrei erklärt werben.

(L. Cutm. § —; II. Cutm. § 390; III. Cutm. § 421.)

- baj.): RGer. II. 29. Jan. 84 (Ripr. VI. 57). Ferner kommen in Betracht die Kosten der Bertheibigung, und zwar auch dann, wenn diese nicht eine nothwendige im Sinne des § 140 war: RGer. I. 29. Juni 82 (Entsch. VI. 429, Ripr. IV. 635); vgl. III. 7. Jan. 84 (Entsch. X. 33).
- 5. a. Einen Antrag bes Angeschulbigten sett bie Bestimmung nicht nothwendig voraus; die Erstattung kann auch von Amtswegen angeordnet werden. Mangels eines Antrages bedarf es jedoch einer ausdrücklichen Entschiung barüber nicht, wem die Auslagen des Angeschuldigten zur Last fallen: werden dieselben in der über die Kostentragungspsisch ergehenden Entschiung (§ 496 Abs. 1) nicht erwähnt, so ist damit ausgesprochen, daß dem Angeschulbigten ein Erstattungsanspruch nicht zuerkannt werde. Der Angeschulbigte kann, gleichwie im Falle der Abweisung eines von ihm gestellten Antrages, so auch Mangels einer solchen das zulässige Rechtsmittel (§ 496 Note 7) einlegen, um in höherer Instanz die Zuerkennung des Erstattungsanspruches zu erwirken. Dies erleibet bezüglich der Revision insosern eine Einschränkung, als nach der Natur dieses Rechtsmittels die Prüfung thatsächlicher Momente (Note 3) in der Revisionsinstanz ausgeschlossen ist; vol. NGer. II. 25. Nov. 84 (Afpr. VI. 760). In anderer Beise nachträglich die Anordnung der Erstattung zu beantragen, steht dem Angestagten nicht zu.
- b. Eine Entscheidung, welche die Auslagen des Angeschuldigten der Staatstasse auferlegt, ift stets nur auf die dis daß in entstandenen Auslagen zu beziehen, nicht aber auf die einer nacht solgenden Instanz (vgl. dagegen § 505 Rote 2). Hat die Staatsanwaltschaft gegen ein frei sprechendes Urtheil, in welchem dem Angeschuldigten der Erstattungsanspruch zuerkannt ist, ein (die Hauptsache betreffendes) Rechtsmittel eingelegt, so hat der höhere Richter, wenn er das letzere verwirft, zugleich darüber zu besinden, ob auch die Auslagen der höheren Instanz der Staatskasse auszuerlegen seien (§ 505 Sat 2); giebt er eine ausdrückliche Entscheidung hierüber nicht ab, so steht dem Angeschuldigten bezüglich dieser Auslagen ein Anspruch nicht zu.
- 6. Darüber, welche Auslagen im vorliegenden Falle als nothwendige anzusehen seien, ift eine besondere Entscheidung zu treffen (§ 496 Abs. 2). Es ift aber auch ftatthaft, daß das Gericht schon in dem Urtheil einzelne Rategorieen von Auslagen bezeichnet und auf biese, als auf die nothwendig entstandenen Auslagen, die Erstattungspflicht der Staatstaffe bes schränkt: Roer. III. 7. Jan. 84 (Entsch. X. 33).

Ru § 500.

- 1. Der & betrifft bie im StBB. §§ 199, 233 vorgesehenen Fälle und ftellt bezüglich ihrer eine Ausnahme von bem allgemeinen Grunbsatz (vgl. § 497 Rote 1) auf. Wie aus ben Worten "nicht ausgeschlossen" in Berbindung mit ber Borfchrift bes § 497 Abs. 1 erhellt, ift ber Sinn ber Bestimmung ber: baß bas Gericht befugt ift, einem für straffrei Erklärten ber Straffreibeit ohnerachtet Rosten aufzuerlegen, wenn bies nach ber Lage bes Falles angemessen erscheint. Als Regel wird anzusehen sein, baß bem für straffrei Erklärten Koften nicht auserlegt werben. In der gedachten Besugniß ist auch die Berechtigung enthalten, bem für straffrei Erklärten einen Theil ber Kosten aufzuerlegen; bas Geset schreibt nicht vor, daß berselbe entweder alle ober gar keine Kosten zu tragen habe.
- 2. Nur gegen einen Angeklagten kann ber & Anwendung finden, nicht aber gegen eine Berson, die zwar der Beleidigung 2c. schuldig erscheint, in dem Bersahren jedoch nur als Zeuge aufgetreten ist: RGer. IV. 19. März 86 (Entsch. XIII. 421, Ripr. VIII. 211). Die Ansechtung eines gegen diesen Sat verstoßenden Urtheils kann nur mittelst der Revision, nicht mittelst der Beschwerde ersolgen: IV. 5. Jan. 86 (Entsch. XIII. 211, Ripr. VIII. 11).
- 3. Der S erforbert nicht, bag gegen beibe Theile bie Rlage erhoben ift: auch in bem Falle, bag nur ber eine Theil angeflagt worben, tann ber filt ftraffrei Erklarte in bie Roften

§. 501.

Ist ein, wenn auch nur außergerichtliches Verfahren burch eine wiber besseres Bissen gemachte ober auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt worden, so kann bas Gericht bem Anzeigenben, nachdem berselbe gehört worden, die ber Staatskasse und bem Beschulbigten erwachsenen Kosten auferlegen.

Bar noch kein Gericht mit der Sache befaßt, so erfolgt die Entscheidung auf den Antrag der Staatsanwaltschaft durch dasjenige Gericht, welches für die Ersöffnung des Hauptversahrens zuständig gewesen ware.

Gegen bie Entscheibung findet sofortige Beschwerbe ftatt.

(L. Entw. § 378; II. Entw. § 391; III. Entw. § 422.)

verurtheilt werben. Hierfur sprechen auch die Mot. S. 232, welche sagen: "Der & beugt ber Annahme vor, baß, ba nach & 499 mit ber Freisprechung ber Regel nach die Berpflichtung, Roften
zu tragen, unvereindar ift, berselbe Grundsat in ben Fällen ber §\$ 199, 233 bes Strafgesetzbuchs Blatz greift. Eine berartige Annahme beruht auf ber unberechtigten Gleichstellung ber
Freisprechung von ber That und ber Straffreiheit trot ber Annahme ber Schuld."

4. Bgl. § 503 Rote 3 u. 9. b.

3u § 501.

- 1. "— ein außergerichtliches Berfahren" Mit biefen Borten find bie außers gerichtlichen Ermittelungen ber Staatsanwaltschaft im Borbereitungsversahren (§§ 158, 159) ge meint. Daß auch die Rosten gerichtlicher Erhebungen (§§ 160—164) unter die Borschrift bes § sallen, ist hiernach selbstverständlich.
- 2.a. Die Bestimmung bes Abs. 1 sest einen Antrag ber Staatsanwalticaft ober bes Beichulbigten nicht nothwendig voraus; vielmehr tann bas Gericht auch von Amtswegen bie hier vorgesehene Entscheidung erlaffen.
- b. Gin Befchluß, welcher bem Anzeigenben bie ber Staatstaffe erwachsenn Roften aufserlegt, muß ihm nothwendig auch die bem Befchulbigten erwachsenen auferlegen und umgetehrt. Gl. A. Reller S. 637, v. Schwarze im Gaal XXXIII. S. 509, Stenglein S. 698.
- 3. Dem Erforberniß ber Anhörung bes Anzeigenben ift genügt, wenn bemselben Gelegensheit gegeben ift, sich zu erklären und sich gegen ben Borwurf zu vertheibigen, bag er bie Anzeige wiber besseres Bissen ober aus grober Fahrlässigfigkeit angebracht habe; vgl. § 494 Rote 5. Ob ber Anzeigenbe eine Erklärung wirklich abgiebt ober nicht, ist gleichgultig: burch bie Nichtabgabe einer solchen kann er sich ber Kostentragungspflicht nicht entziehen.
- 4. a. Die Entscheibung, welche bem Anzeigenden die Kosten auferlegt, ift selbst dann, wenn sie in Berdindung mit dem Urtheil erlassen wird, eine selbstständige; sie erfolgt auch in diesem Falle mittelst besonderen Beschlusses, wie schon daraus erhellt, daß sie nach Abs. 3 mit der iosottigen Beschwerde ansechtdar sein soll (vgl. Rote 8). Der Umstand, daß in dem Urtheil die Kosten bereits der Staatstasse auserlegt sind, schließt die nachträgliche Erlassung der in § 501 bestimmten Entscheidung nicht aus: der Anzeigende kann aus dem Urtheil einen Einwand für sich nicht entnehmen. Auch bedarf es in dem Urtheil des ausdrücklichen Borbehalts einer späteren Anwendung des § 501 nicht; vielmehr folgt aus dem Bordemerkten, daß ein solcher Borbehalt sich von selbst versteht. Gl. A. Reller S. 637; a. M. v. Schwarze im Saal XXXIII. S. 511, Stenglein S. 698.
- b. Die Entscheibung fieht in allen Fällen bem Gericht erfter Inftang qu (vgl. Rote 8); a. Dt. Stenglein S. 698, ber auch in ber Berufungsinftang bie Anwenbung bes § 501 für gus läffig hält.
- 5. Der Begriff ber Koften ift hier berfelbe wie in ben übrigen SS bes Abichnitts, er umfaßt also bie Gerichtsgebuhren und bie Auslagen; vgl. oben Rote 1 zu Buch 7 Abichn. 2. In Betreff ber Gebuhren, welche ber Staatstaffe zustehen, f. Gerichtstoften-Gel. S 69 Abf. 2. Bei bem Beschulbigten kann es sich nur um bie Auslagen hanbeln; ben Ersat eines weiteren Schabens,

. 8. 502.

Erfolgt eine Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme desjenigen Antrags, durch welchen dasselbe bedingt war, so hat der Antragsteller die Kosten zu tragen.

(I. Entw. § 379; IL Entw. § 392; IIL Entm. § 423.)

ben berfelbe burch bas ftattgehabte Berfahren etwa erlitten hat, tann er nur im Bege bes Gintprozesses beanspruchen.

- 6. Die Entscheidung barüber, welche Auslagen bem Beschuldigten erwachsen seien, kann zwar mit ber Entscheidung über die Erstattungspflicht bes Anzeigenden verdunden werden, aber auch gemäß § 496 Abs. 2 getrennt erfolgen. Letteren Falles bedarf es wiederum der Anhörung bes Anzeigenden (Note 3) über die von dem Beschuldigten aufgestellte Liquidation. Die in der RER. (Prot. S. 727) von einem Mitgliede aufgestellte Ansicht, daß die Liquidation der Auslagen im Civilprozeß erfolgen musse, ist nicht zutressend. Wird der Betrag der dem Beschuldigten erwachsenn Auslagen in einer besonderen Entschedung festgesetzt, so ist auch diese wiederum mit der sofortigen Beschwerde ansechtbar.
- 7. Zu ben Anzeigen im Sinne bes § 501 gehören biejenigen Mittheilungen nicht, welche von ben Beamten bes Polizei= und Sicherheitsbienstes ber zuständigen Stelle zum Zweie ber Strafverfolgung gemacht werben (vgl. § 156); gegen biese Beamten kann sonach § 501 nicht Anwendung sinden. So hat sich auch ber preuß. Just. Min. in einer Cirk. Berf. vom 1. Mai 1886 ausgesprochen. Dasselbe muß übrigens auch von anderen öffentlichen Beamten gelten, sofern es zu ihren Amtspflichten gehört, ber Staatsanwaltschaft über strafbare Handlungen Mittheilung zu machen. Bgl. § 502 Note 5.
- 8. Ju Abs. 3. Die sofortige Beschwerbe steht bem von ber Entscheibung betrossenen Anzeigenben sowie ber Staatsanwaltschaft und bem Beschulbigten zu, ben beiben letteren auch bann, wenn bas Gericht erster Instanz es abgelehnt hat, bie Kosten bem Anzeigenben auszuerlegen. Die sofortige Beschwerbe ist auch bann bas allein zulässige Rechtsmittel, wenn bie Entscheibung ungehöriger Beise (Note 4) bem Urtheil eingefügt ist: RGer. I. 2. Nov. & (Entsch. VII. 232); a. M. Stenglein S. 698.

3u § 502.

- 1. Die Bestimmung bezieht sich auf biejenigen Antragsbelitte, bei benen eine Zurudnahme bes gestellten Antrages zuläsig ift (vgl. StBB. § 64). Sie ift nicht anwendbar, wenn in bem Beschlusse über bie Eröffnung bes hauptverfahrens ibeale Konkurrenz eines Antragsbelitts und eines Offizialbelitts angenommen war, in dem Urtheil aber ber Thatbestand bes letteren für nicht vorliegend erachtet wird; in diesem Falle war die Einleitung des Bersahrens nicht durch ben Antrag bebingt: RGer. III. 22. Ott. 83 (Rfpr. V. 623).
- 2. Die Bestimmung setzt nicht nothwendig ein gerichtliches Bersahren voraus (vgl. § 168); § 501 Abs. 2 sindet hier analoge Anwendung. Gl. A. Reller S. 639, v. Bomhard S. 365, Boitus S. 484, Stenglein S. 699; a. M. Puchelt S. 849.
- 3. Unter ben Koften sind, ba ber § ganz allgemein von solchen spricht, sowie im hindlic auf die §§ 499, 501, auch die bem Beschulbigten erwachsenen zu verstehen. Gl. A. Keller S. 639, v. Schwarze S. 617, This S. 547, v. Bombard S. 365, Meves in H. S. 516, Stenglein S. 699; a. M. Buchelt S. 848, Boitus S. 484, Dorendorf S. 318.
- 4. Gegen bie Entscheibung findet das in der Lauptsache zulässige Rechtsmittel statt; wgl. in Betreff bes Antragstellers: RGer. III. 22. Ott. 83 (Rspr. V. 623), in Betreff ber Staatsanwaltschaft: II. 14. Apr. 82 (Rspr. IV. 322); a. M. (beil.) I. 20. März 84 (Entsch. X. 210).

 Die Staatsanwaltschaft kann auch zu Gunsten des Antragstellers das zulässige Rechtsmittel ergreisen: RGer. I. 4. Jan. 83 (Entsch. VII. 409).
- 5. Wird im Falle einer Amtabeleibigung (Ston. § 196) ber von bem Borgefesten bes Beleibigten gestellte Antrag von bemfelben gurudgenommen, so findet, ba bie Stellung und bie Zurudnahme bes Antrac "handlung enthält, § 502 nicht Anwendung, vielmehr

Digitized by GOOGIC

§. 503.

In einem Verfahren auf erhobene Privatklage hat der Verurtheilte auch die bem Privatkläger erwachsenen nothwendigen Auslagen zu erstatten.

Wird ber Beschulbigte außer Verfolgung gesetzt ober freigesprochen, ober wird bas Verfahren eingestellt, so fallen bem Privatkläger die Kosten des Verfahrens sowie die dem Beschulbigten erwachsenen nothwendigen Auslagen zur Laft.

Ift ben Anträgen bes Privatklägers nur zum Theil entsprochen worben, so kann bas Gericht die Kosten angemessen vertheilen.

Mehrere Privatkläger und mehrere Angeklagte haften als Gesammtschuldner. Unter den nach den Bestimmungen dieses Paragraphen zu erstattenden Auslagen sind, wenn sich der Gegner der erstattungspflichtigen Partei eines Rechtsanwalts bedient, die Gebühren und Auslagen des Anwalts insoweit inbegriffen, als solche nach der Bestimmung des §. 87 der Civilprozesordnung die unterliegende Partei der obsiegenden zu erstatten hat.

(I. Entm. § 380; II. Entm. § 393; III. Entm. § 424.)

Civilprozessordnung §. 87.

Die unterliegende Partei hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, insbesondere die dem Gegner erwachsenen Kosten zu erstatten, soweit dieselben nach freiem Ermessen des Gerichts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung nothwendig waren.

Die Gebühren und Auslagen des Rechtsanwalts der obsiegenden Partei sind in allen Prozessen zu erstatten, Reisekosten eines auswärtigen Rechtsanwalts jedoch nur insoweit, als die Zuziehung nach dem Ermessen des Gerichts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung nothwendig war. Die Kosten mehrerer Rechtsanwälte sind nur insoweit zu erstatten, als sie die Kosten eines Rechtsanwalts nicht übersteigen, oder als in der Person des Rechtsanwalts ein Wechsel eintreten musste.

53

find die Rosten ber Staatstaffe aufzuerlegen. So Stenglein S. 700, Reller S. 638. Bgl. S 501 Rote 7.

^{6.} Bgl. Gerichtstoften=Gef. § 69 (Schlußfat).

Bu § 503.

^{1.} Soweit nicht § 503 etwas Abweichenbes vorschreibt, finden auch auf bas Privatklage= verfahren bie in ben §§ 496 ff. gegebenen Bestimmungen Anwendung. Insbes. gilt bies von § 497; nach Abs. 2 bas. kann, wenn ber Berurtheilte vor Eintritt ber Rechtskraft bes Urtheils stirbt, weber bie Staatskasse noch ber Privatkläger einen Kostenanspruch an ben Nachlaß geltend machen.

^{2.} In Betreff ber Kosten ber Rechtsmittel s. § 505 u. Rote 3 bas. — Die in § 503 gegebenen Bestimmungen über die Pflicht zur Erstattung ber dem Gegner erwachsenen Auslagen gelten für alle Instanzen; in jeder Instanz trifft die Erstattungspflicht benjenigen, der in die Kosten der Instanz verurtheilt ist (vgl. jedoch Rote 8); so: RGer. II. 11. März 84 (Rspr. VI. 197), Siegel im GSaal XXXVIII. S. 321 fs.; die dort erwähnte abweichende Judikatur des DEGer. Oresben (Annalen dieses Ger. V. S. 299, VI. S. 291, 293) geht von der unzutreffenden Annahme aus, daß die Kosten 2c. der höheren Instanzen in § 505 erschöpfend behandelt seien.

^{3.} Mit ber Berurtheilung einer Partei in bie Roften ift bie Berpflichtung gur Erstattung ber bem Gegner erwachsenen Auslagen von selbst ausgesprochen; eines besonberen Ausspruches bierfiber bebarf es nicht: RGer. II. 26. Febr. 84 (Entich. X. 113, Rfpr. VI. 153),

- 4. Die Fest fest ung bes Betrages ber zu erstattenben Auslagen erfolgt, sosern sie ersorberlich wirb, gemäß § 496 Abs. 2 mittelst besonderer Entscheibung. Diese Borschrift betrifft zwar ihrem Bortlaut nach zunächt nur ben Fall, wenn über die Höhe ber Rosen ze. Streit entsieht; sie findet jedoch auch Mangels eines Streites analoge Anwendung, und insbes. kann die zwangsweise Beitreibung der Auslagen nur auf Grund einer Entscheidung der gedachten Art ersolgen. Hierüber gehen jedoch bei dem Schweigen des Gesehes die Ansichten erheblich aus einander, ebenso darüber, inwieweit auf das Festschungsversahren im Einzelnen die SS 98—100 der EBO. anwendbar seien; vol. des. Domsch im Scaal XXXIX. S. 203 ss., Irmler in Goltd. Arch. XXXIII. S. 177 ss. Die die Auslagen sesssende Entscheidung ist mit der einsachen Beschwerde ansechtbar. Die Bollstreckung berselben ersolgt nach den Borschriften der EBO. Bu Abs. 1.
- 5. "ber Verurtheilte" Prinzipiell findet auch hier § 500 Anwendung: auch im Brivat-Nageversahren ift es zutässig, einen für ftraffrei Erklärten in die Rosten zu verurtheilen. Angemessen wird dies indeß nur ganz ausnahmsweise sein können; denn bei der Privatstage macht sich ein anderer Gesichtspunkt geltend als in dem Bersahren auf erhobene öffentliche Rlage. Bird im Privatslageversahren der Angeslagte für straffrei erklärt, so ist damit ausgesprochen, daß der Berlette mit Rücksicht auf die von ihm jelbst begangene handlung keinen Grund hatte, eine Rlage zu erheben; dies mußte der Berlette, da er (anders als im Falle der erhobenen öffentlichen Rlage die Staatsanwaltschaft) den Sachverhalt genau kannte, selbst erkennen, und, wenn er gleichwohl die Privatslage erhob, so hat er auch die Rosten verzetheilt, auch kann hinsichtlich der Auslagen in allen Fällen der gedachten Art dahin erkannt werden, daß keine Partei der anderen solche zu ersstatten habe. In Betress der Biberklage s. noch Note 9. d.

Bu Abf. 2.

6. Die Bestimmung greift, ba bas Geset etwas Entgegenstehenbes nicht vorschreibt, in allen Fällen Plate, in benen eine Einstellung bes Berfahrens erfolgt, also auch beim Lobe bes Privatklägers (§ 433 Abs. 1) und ebenso im Falle bes § 429. Es ift bies in Ansehung ber Fälle, in benen bie von bem Berstorbenen erhobene Privatklage eine begründete war, ben Erben gegenüber eine erhebliche Unbilligkeit und auch für die Fälle des § 429 ist die Bestimmung unangemessen. — Die (einstweilige) Einstellung bes Bersahrens begründet eine Rostentragungspflicht der Erben nicht, wenn diese gemäß § 433 Abs. 2 die Klage fortsetzen; vgl. dort Note 5.

Zu 2161. 3.

- 7. Im Falle bes Ubf. 3 tann bas Gericht bie Roften angemeffen vertheilen; es ift aber auch befugt, fie bem Berurtheilten allein aufzuerlegen. Dies gilt felbst bann, wenn es fich um mehrere felbst ftanbige Straffalle hanbelt und ber Angeklagte nur in Ansehung einzelner verurtheilt wird, unbeschabet jeboch ber Bestimmung bes § 498 Abs. 1 (vgl. bort Rote 2). Uebrigens wird beim Borliegen mehrerer Straffalle bie Bertheilung als bie Regel anzusehen sein.
- 8. Die Art ber Bertheilung ift bem richterlichen Ermeffen überlaffen. Insbef. ift bas Gericht befugt, über bie Auslagen ber Parteien eine anbere Bestimmung zu treffen als über bie Gerichtstoften, bie ersteren nach einem anberen Maßstabe zu vertheilen als bie letteren, namentslich aber auch einem jeben Theile bie eigenen Auslagen in solchen Fällen aufzuerlegen, in benen eine Bertheilung ber Gerichtstoften unterbleibt (Note 7). Durch biese Besugniß ift bas Gericht in ben Stand gesetht, die durch bie Liquidation ber Auslagen entstehenden Beiterungen in solchen Fällen auszuschließen, in benen dieselben in einem Wisverhältniß zu ber Geringfügigkeit ber Aussprüche selbst stehen wurden.

Bu Abs. 1, 2, 3.

9. a. Darüber, wie im Falle einer Bibertlage (§ 428) über bie Roften zu entscheiben fei, giebt bie StBD. teine Bestimmung. Bgl. Gerichtstoften: Ges. § 70 Abs. 4, wonach besondere Gerichtsgebuhren für eine Wibertlage nicht erhoben werben. — Berben bei be Theile verurtheilt, so muß eine angemessene Bertheilung ber Rosten einschließlich ber von ben Parteien gemachten Auslagen eintreten. Bei ben Gerichtstoften wird bie Bertheilung nach gleichen Galften als bie

§. 504.

Wird in dem Falle des §. 173 der Angeschuldigte außer Berfolgung gesetzt oder freigesprochen, oder das Berfahren eingestellt, so sinden auf den Antragsteller die Bestimmungen des §. 503 Abs. 2, 3, 4, 5 entsprechende Anwendung. Das Gericht kann jedoch nach Besinden der Umstände den Antragsteller von der Tragung der Kosten ganz oder theilweise entbinden.

Bor ber Entscheibung über ben Kostenpunkt ist ber Antragsteller zu hören, sofern er nicht als Nebenkläger aufzutreten berechtigt war.

(I. II. III. Cutu. § -.)

Regel anzusehen sein; bei ben Auslagen ber Barteien wird fich regelmäßig die Bergleichung (Kompensation) empfehlen. — hinsichtlich ber Gerichtstoften steht bem vorgebachten Falle ber andere Fall gleich, wenn beibe Theile freigesprochen werben. Ein Anspruch auf Erstatung ber Auslagen ber Parteien ift in diesem Falle nicht in Frage. — Bird nur ein Theil verurtheilt, ber andere aber freigesprochen, so sallen bem ersteren alle Gerichtstoften sowie seine Auslagen und biejenigen bes Gegners zur Laft. — Eine Modifitation erleibet bas Borstehende burch bie auch hier anwendbare Bestimmung bes § 499 Abs. 1; vgl. oben Note 1. a.

b. Auch im Falle ber Biberklage tonnen einer Partei, welche zwar für fchulbig befunden, aber für ftraffrei erklart wirb, Roften auferlegt werben; bas oben (Rote 5) Bemerkte finbet bier entsprechenbe Anwendung.

Bu Abf. 4.

- 10. In Betreff mehrerer Angeklagten vgl. § 498 Abf. 2 u. bie Noten baf., insbef. Rote 5.
- 11. Rur zwischen Streit genoffen besteht eine Gesammthaftbarteit fur bie Roften; bagegen haftet, wenn eine Bertheilung ber Gerichtstoften unter bie Brozefigegner (Abs. 3 u. Note 9) flattgefunden bat, feiner von ihnen fur ben bem Gegner auferlegten Theil.
 - 12. In Betreff bes Rebentlagers f. § 437 Rote 5.

Ru \$ 504.

- 1. Bgl. § 175.
- 2. Biewohl in bem hier behanbelten Falle die Untersuchung auf Grund erhobener öffentlicher Rlage eröffnet wird und die Erhebung ber letteren auf einem Beschlusse bes Oberlandesgerichts beruht, so behandelt das Geset in Ansehung ber Roften boch den Antragsteller wie einen Privatstäger; die Kostentragungspflicht des Antragstellers wird also schon durch die Richtbestrafung des Beschuldigten begründet, und es wird nicht, wie im Falle des \$501, vorausgeset, daß der Antrag wider besseründet, und es wird nicht, wie im Falle des \$501, vorausgeset, daß der Antrag wider besseründet, und es wird nicht, wie im Falle des \$501, vorausgeset, daß der Antrag wider besseründer au besonderer Borsicht veranlast und einem Wissbrauch der in \$170 gewährten Berechtigung, auf gerichtliche Entscheidung anzutragen, vorgedeugt werden. Da jedoch die ausnahmslose Anwendung der in Sat 1 enthaltenen Bestimmung in manchen Fällen eine Härte enthalten würde, so gestattet Sat 2 dem Gericht, "nach Besin den der Umständer ben Antragsteller von der Tragung der Kosten ganz oder theilweise zu entbinden. Es sollen also die etwa vorhandenen Biligseitsgründe in Betracht gezogen werden. In der RER. wurde u. A. bemerst, daß es auch darauf ankomme, ob der Antragsteller muthmaßlich aus Gründen privater Ratur oder im öffentlichen Interesse die Bersolgung betrieben habe. Bgl. Brot. der 174. Sigg. S. 2 ff., Stenogr. Ber. S. 486 ff.
- 3. Hinsichtlich bes Berfahrens bei ber Entscheibung über bie Koften kommt es barauf an, ob ber Antragsteller als Nebenkläger aufzutreten berechtigt war ober nicht; hierüber s. § 435 Abs. 2 u. Note 3. b bas. Ob berselbe wirklich als Nebenkläger aufgetreten ift ober nicht, ift gleichgultig. Bestand die Berechtigung nicht, so ist das Bersahren basselbe wie im Falle bes § 501; vgl. bort in Betreff ber Anhörung bes Antragstellers: Rote 3, in Betreff ber Entscheibung: Note 4 (theilw. a. M. Stenglein S. 701). Gegen die Entscheidung sindet bie Beschwerbe

Digitized by 53 OOGIC

§. 505.

Die Kosten eines zurückgenommenen ober erfolglos eingelegten Rechtsmittels treffen benjenigen, ber basselbe eingelegt hat. War bas Rechtsmittel von ber Staatsanwaltschaft eingelegt, so können die dem Beschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden. Hatte das Rechtsmittel theilweisen Erfolg, so kann das Gericht die Kosten angemessen vertheilen.

Dasselbe gilt von den Kosten, welche durch einen Antrag auf Wiederaufnahme bes burch ein rechtsträftiges Urtheil geschlossenen Berfahrens verursacht worden sind.

Die Kosten ber Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand fallen bem Antragsteller zur Last, soweit sie nicht durch einen unbegründeten Wiberspruch des Gegners
entstanden sind.

(I. Entw. § 381; II. Entw. § 394; III. Entw. § 425.)

ftatt; bieselbe sieht ber Staatsanwaltschaft und bem Antragsteller zu. War bagegen ber Antragsteller berechtigt, als Nebenkläger aufzutreten, so wird in bem freisprechenden Urtheil selbst bezw. in bem Einstellungsbeschausse zugleich über seine Koftentragungspflicht entschieden, ohne baß es seiner vorgängigen Anhörung bebarf (a. M. v. Schwarze im Geal XXXIII. S. 521). Das Urtheil bezw. der Beschluß ist ihm bekannt zu machen (vgl. § 440). Gegen die ausgesprochene Auferlegung ber Kosten sieht bem Antragseller das in der Hauptsache zulässige Acchismittel (Berufung, Revision, sofortige Beschwerde) zu; dies gilt insbes. auch dann, wenn er bisher nicht als Rebenkläger ausgetreten war (vgl. § 435 Sah. 2). Die Einlegungsfrist beginnt für den Antragsteller in allen Fällen mit der Bekanntmachung der Entschiedung.

4. Bgl. Gerichtstoften. Gef. § 69.

3u § 505.

Bu 206 1.

1. Die Bestimmung fpricht nur von bem Falle, wenn bas Rechtsmittel gurudgenommen wirb ober gang ober theilmeis erfolglos bleibt. Der anbere gall, wenn baffelbe ben beabfichtigten Erfolg hat, wird nicht ermähnt; man hat ihn anscheinend als durch die Borichriften bes S 497 Abs. 1 und bes S 499 Abs. 1 gebedt betrachtet. Diese SS beden indes ben Rall nicht, wenn bas Rechtsmittel zwar ben beabfichtigten Erfolg in vollem Dage erzielt, gleichmohl aber bas betr. Urtheil in ber Sauptfache befteben bleibt, weil bas Rechtsmittel überhaupt nur gegen einen Theil besselben gerichtet war, wie 3. B. wenn ber Berurtheilte nur behufs ber Milberung ber Strafe bie Berufung ergriffen hatte (vgl. § 368). Rach bem Entw., in welchem ber jetige britte Cat bes § 505 ("Satte bas 2c.") nicht enthalten war, tam es allein barauf an, ob ber 2n= geflagte folieflich verurtheilt ober freigefprocen mar; bie Berurtheilung begrunbete feine Berpflichtung, alle Roften (mit alleiniger Ausnahme ber burch ein erfolglofes Rechtsmittel ber Staatsanwaltichaft verursachten) zu tragen, und bemaufolge trafen ben Berurtheilten bie Roften eines von ihm eingelegten Rechtsmittels auch bann, wenn er eine Strafmilberung eimirtte. Dies tann aber nicht mehr gelten, nachbem bie RIR. ben britten Cat bes § 505 aufgenommen bat; benn wenn, wie in biefem bestimmt wirb, icon ein theilweifer Erfolg bes vom Angeklagten ergriffenen Rechtsmittels eine theilweife Entlaftung beffelben von ben Roften berbeifuhren tann, fo muß folgerichtig ein voller Erfolg biefe Birtung in Anfebung ber gefammten Roften bes Rechtsmittels haben, und zwar muß hier biese Wirfung als eine nothwendige, nicht als eine in das Ermeffen bes Gerichts gefiellte, angesehen werben. Gl. A. AGer. 30. Dez. 80 u. 20. Dit. 81 (Johow 1. 175, III. 331), Cloer. München 8. Mai 84 (Entich. biefes Ger. III. 72), Stenglein S. 702-In bem umgekehrten Ralle, wenn ein von ber Staatsanwaltichaft behufs ber Bericharfung ber Strafe eingelegtes Rechtsmittel ben beabfichtigten Erfolg erzielt, fallen bie Roften beffelben bem Angeklagten zur Laft. In dem Falle enblich, wenn die Staatsanwaltschaft ein Rechtsmittel zu Gunften bes Angeflagten (§ 338 Abf. 2) eingelegt hat, tonnen bie Roften niemals ben letteren,

Digitized by GOOGLE

§. 506.

In ben zur Zuständigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz gehörigen Sachen find die von der Staatskasse zu tragenden Kosten der Reichskasse aufzuerlegen.

(I, II. III. Entm. -.)

fonbern nur bie Staatstaffe treffen (gl. A. Reller S. 644, Geper 26. S. 906; vgl. bagegen Stenglein S., 703).

- 2. Ift ber Erfolg eines eingelegten Rechtsmittels ber: bag ein Urtheil aufgehoben unb bie Sache in bie Borinstanz zur anberweiten Entscheibung zurudverwiesen wirb, so kann bas Oberinstanz-Gericht eine Entscheibung über bie Kosten bes Rechtsmittels nicht treffen; vielmehr muß über biese Rosten in bem neuen Urtheil ber Borinstanz mit entschieben und es mussen bies selben hinsichtlich ber Frage, wem sie zur Last fallen, ganz wie bie Kosten bes neuen Berfahrens ber Borinstanz behanbelt, also event. gleich biesen vertheilt werben (a. M. Stenglein S. 703)-Bon praktischer Bichtigfeit ist bies namentlich hinsichtlich ber Auslagen, welche im Privatstageverfahren bie Parteien einander zu erstatten haben (vgl. § 503 Rote 1. b).
- 3. Bu San 1. "benjenigen, ber baffelbe eingelegt hat" hierher gehort auch ber Privatkläger und ber Rebenkläger; vgl. § 503 Note 2. § 437 Note 5. hat ber gesehliche Bertreter bes Beschulbigten ober ber Ehemann vermöge seiner selbstständigen Berechtigung (§ 340) ein Rechtsmittel eingelegt, jo kann nur er selbst, nicht aber ber Beschulbigte, in die Kosten verurtheilt werden. Dagegen ift das von dem Bertheibiger eingelegte Rechtsmittel (§ 339) auch in Ansehung der Kosten als ein Rechtsmittel des Beschulbigten selbst zu beshandeln, und eben dassselbs gilt von den Rechtsmitteln der in § 324 gedachten Bersonen; vgl. übrigens Reser. II. 10. März 85 (Ripr. VII. 163), betr. einen Fall, in welchem das Rechtsmittel nach dem Tode des Berurtheilten eingelegt war. Bar ein erfolglos eingelegtes Rechtsmittel von der Staatsanwaltschaft eingelegt, so ist nicht diese, sondern die Staatskasse in bie Kosten zu verurtheilen.
 - 4. Bu Sat 2 vgl. § 499 Abf. 2 u. bie Roten baf., insbef. Rote 4. a.
- 5. Zu Sat 3. Die Bestimmung bezieht sich nicht etwa blos auf Sat 2, b. h. auf bie Rechtsmittel ber Staatsanwaltschaft, sonbern gilt für alle Rechtsmittel. Sie hat übrigens nur ben Fall im Auge, wenn in Ansehung besselben Deliktes bas Rechtsmittel theilweisen Erfolg hat. Der andere Fall, wenn es sich um mehrere Delikte handelt und das Rechtsmittel in Ansehung einzelner von ihnen von Ersolg begleitet ift, 'hinsichtlich anderer aber erfolglos bleibt, gehört unter die Borschrift bes § 498 Abs. 1: die Entbindung des Angeklagten von den dort gedachten besonderen Kosten ist nicht in das Ermessen des Gerichts gestellt, sondern obligatorisch vorgeschrieben.

Bu Abs. 2.

- 6. Es ift hier, wie die Berweisung auf Abs. 1 ("Dasselbe gilt" 2c.) ergiebt, nur von dem Falle die Rede, wenn der Antrag auf Wiederaufnahme des Berfahrens zurückgenommen oder versworfen (§§ 408, 410 Abs. 1) wird. Wenn er Erfolg hat, d. h. zur Wiederaufnahme des Bersahrens (§ 410 Abs. 2) führt, so ist über die durch ihn verursachten Kosten in dem neuen Urtheil mit zu entschein; es sindet alsdann dasjenige, was oben (Note 2) bezüglich der Zurückversweisung einer Sache in die Borinstanz gesagt ift, entsprechende Anwendung.
 - 7. Bu Abf. 1-3 vgl. noch Gerichtstoften=Gef. SS 65 ff.

Bu \$ 506.

1. Bgl. GBG. § 136 Rr. 1 u. Rote 7 baf.



Dritte Abtheilung.

Die das Strafverfahren betreffenden Bestimmungen der übrigen Reichsgesetze.*) **)

^{*)} Einzelne Bestimmungen prozestrechtlichen Inhalts sinden sich auch in den Zoll- und Steuerzgesen; vgl. Ges., betr. die Erhebung einer Abgade von Salz, v. 12. Okt. 1867 § 18 (BGBl. S. 41 ss.); Ges., betr. die Besteuerung des Tabacks, v. 26. Mai 1868 § 12 (BGBl. S. 319 ss.); Ges., betr. die Besteuerung des Branntweins 2c., v. 8. Juli 1868 § 66 III. IV., § 68 (BGBl. S. 384 ss.); Ges., betr. die suchsiderische Haftung des Brennerei-Unternehmers 2c., v. 8. Juli 1868 § § 3, 4 (BGBl. S. 404 ss.); Bereinszollges. v. 10. Juni 1869 §§ 18, 19, 21 (BGBl. S. 193-ss.); Bereinszollges. v. 1. Juli 1869 §§ 126, 127, 150, 153, 165 (BGBl. S. 317 ss.); Ges., betr. die Erhebung der Brausteuer, v. 31. Mai 1872 § 24, § 38 III. IV., § 41, § 42 (RGBl. S. 153 ss.); Ges., detr. die Erhebung von Reichsstempelabgaden, v. 1. Juli 1881 in der Fassung des Ges. v. 29. Mai 1885 § 35 (RGBl. 85 S. 179 ss.); Ges., betr. die Zuwiderhandlungen gegen die österreichische ungarischen Zollzese, v. 17. Juli 1881 § 7 (RGBl. S. 247). Der Abbruck dieser Bestimmungen ist unterblieben, weil dieselben nicht von allgemeinerem Interesse sind diese Regelung des eigentlichen Berwaltungs-Strasversahrens (vgl. GG. zur StPO. § 6 Rote 12. b.) nicht enthalten.

^{**)} In ben Text bes GBG, bezw. ber StBO. finb eingeschaltet:

a) bas Gef. über ben Sig bes Reichsgerichts v. 11. April 1877: S. 11 u. 102;

b) bie §§ 26, 100, 39, 12 ber Rechtsanwaltsorbnung v. 1. Juli 1878: S. 381, 382, 389;

c) ber § 87 ber GPD.: S. 833.

d) ber Beschluß bes Bunbesraths v. 11. Juni 1885: S. 130.

§. 500.

Bei wechselseitigen Beleibigungen ober Körperverletzungen wird die Berzurtheilung eines ober beiber Theile in die Kosten dadurch nicht ausgeschlossen, daß einer derselben oder beibe für straffrei erklärt werden.

(I. Cutm. \$ --; II. Cutm. \$ 390; III. Cutm. \$ 421.)

- 5. a. Einen Antrag bes Angeschulbigten sett bie Bestimmung nicht nothwendig voraus; die Erstattung kann auch von Amtswegen angeordnet werden. Mangels eines Antrages bedarf es jedoch einer ausdrücklichen Entscheidung barüber nicht, wem die Auslagen des Angeschulbigten zur Last sallen: werden dieselben in der über die Rostentragungspsticht ergehenden Entscheidung (§ 496 Abs. 1) nicht erwähnt, so ist damit ausgesprochen, daß dem Angeschulbigten ein Erstattungsanspruch nicht zuerkannt werde. Der Angeschulbigte kann, gleichwie im Falle der Abweisung eines von ihm gestellten Antrages, so auch Mangels einer solchen das zulässige Rechtsmittel (§ 496 Note 7) einlegen, um in höherer Instanz die Zuerkennung des Erstattungsanspruches zu erwirken. Dies erleibet bezüglich der Revision insosern eine Einschränkung, als nach der Natur dieses Rechtsmittels die Prüsung thatsächlicher Momente (Rote 3) in der Revisionsinstanz ausgeschlossen ist; vol. Roer. II. 25. Nov. 84 (Rspr. VI. 760). In anderer Beise nachträglich die Anordnung der Erstattung zu beantragen, sieht dem Angestagten nicht zu.
- b. Eine Entscheidung, welche die Auslagen des Angeschulbigten der Staatstaffe auferlegt, ift stets nur auf die dis dah in entstandenen Auslagen zu beziehen, nicht aber auf die einer nach folgenden Instanz (voll. dagegen § 505 Rote 2). Hat die Staatsanwaltschaft gegen ein frei sprechendes Urtheil, in welchem dem Angeschuldigten der Erstattungsanspruch zuerkannt ift, ein (die Hauptsache betreffendes) Rechtsmittel eingelegt, so hat der höhere Richter, wenn er das letzere verwirft, zugleich darüber zu befinden, ob auch die Auslagen der höheren Instanz der Staatskasse auszuerlegen seien (§ 505 Sat 2); giedt er eine ausdrückliche Entschedung hierüber nicht ab, so steht dem Angeschuldigten bezüglich dieser Auslagen ein Anspruch nicht zu.
- 6. Darüber, welche Auslagen im vorliegenden Falle als nothwendige anzusehen seien, ift eine besondere Entscheidung zu treffen (§ 496 Abs. 2). Es ift aber auch statthaft, daß bas Gericht schon in dem Urtheil einzelne Rategorieen von Auslagen bezeichnet und auf biese, als auf die nothwendig entstandenen Auslagen, die Erstattungspflicht der Staatstaffe besichränkt: RGer. III. 7. Jan. 84 (Entsch. X. 33).

3u § 500.

- 1. Der f betrifft bie im StBB. Sf 199, 233 vorgesehenen Fälle und ftellt bezüglich ihrer eine Ausnahme von bem allgemeinen Grundsatz (vgl. § 497 Rote 1) auf. Wie aus ben Worten "nicht ausgeschlossen" in Berbindung mit der Borschrift bes § 497 Abs. 1 erhellt, ift ber Sinn ber Bestimmung der: baß das Gericht besugt ift, einem für straffrei Erklärten der Straffreiheit ohnerachtet Kosten auszuerlegen, wenn dies nach der Lage des Falles angemessen erscheint. Als Regel wird anzusehen sein, daß dem für straffrei Erklärten Kosten nicht auferlegt werden. In der gedachten Besugniß ist auch die Berechtigung enthalten, dem für straffrei Erklärten einen Theil der Kosten auszuerlegen; das Gesetz schreibt nicht vor, daß derselbe entweder alle ober gar keine Kosten zu tragen habe.
- 2. Nur gegen einen Angeklagten kann ber § Anwendung finden, nicht aber gegen eine Berson, die zwar der Beleibigung ze. schuldig erscheint, in dem Bersahren jedoch nur als Zeuge ausgetreten ist: RGer. IV. 19. März 86 (Entsch. XIII. 421, Rspr. VIII. 211). Die Ansechtung eines gegen diesen Sat verstoßenden Urtheils kann nur mittelst der Revision, nicht mittelst der Beschwerde ersolgen: IV. 5. Jan. 86 (Entsch. XIII. 211, Rspr. VIII. 11).
- 3. Der S erforbert nicht, baß gegen beibe Theile bie Rlage erhoben ift: auch in bem Falle, bag nur ber eine Theil angeflagt worben, tann ber für ftraffrei Erflarte in bie Roften

bas.): RGer. II. 29. Jan. 84 (Rspr. VI. 57). Ferner kommen in Betracht die Kosten der Ber theibigung, und zwar auch dann, wenn diese nicht eine nothwendige im Sinne des § 140 war: RGer. I. 29. Juni 82 (Entsch. VI. 429, Rspr. IV. 635); vgl. III. 7. Jan. 84 (Entsch. X. 33).

§. 501.

Ist ein, wenn auch nur außergerichtliches Verfahren burch eine wiber besseres Wissen gemachte ober auf grober Fahrlässigkeit beruhenbe Anzeige veranlaßt worben, so tann bas Gericht bem Anzeigenben, nachbem berselbe gehört worben, bie ber Staatskasse und bem Beschulbigten erwachsenen Kosten auferlegen.

War noch kein Gericht mit ber Sache befaßt, so erfolgt die Entscheidung auf ben Antrag ber Staatsanwaltschaft burch basjenige Gericht, welches für die Ersöffnung des Hauptverfahrens zuständig gewesen wäre.

Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerbe statt.

(I. Cutm. \$ 378; IL Cutm. \$ 391; III. Cutm. \$ 422.)

verurtheilt werben. Hierfür sprechen auch bie Mot. S. 232, welche sagen: "Der & beugt ber Annahme vor, baß, ba nach & 499 mit ber Freisprechung ber Regel nach bie Berpflichtung, Koften zu tragen, unvereindar ist, berselbe Grundsat in ben Fällen ber §§ 199, 233 bes Strafgesetzbuchs Platz greift. Eine berartige Annahme beruht auf ber unberechtigten Gleichstellung ber Freisprechung von ber That und ber Straffreiheit trot ber Annahme ber Schuld."

4. Bgl. § 503 Rote 3 u. 9. b.

3u § 501.

- 1. "— ein außergerichtliches Berfahren" Mit biesen Borten find die außerzgerichtlichen Ermittelungen ber Staatsanwaltschaft im Borbereitungsversahren (§§ 158, 159) gemeint. Daß auch die Kosten gerichtlicher Erhebungen (§§ 160—164) unter die Borschrift bes § fallen, ist hiernach selbstverständlich.
- 2.a. Die Bestimmung bes Abs. 1 sett einen Antrag ber Staatsanwalticaft ober bes Besschulbigten nicht nothwendig voraus; vielmehr tann bas Gericht auch von Amtswegen bie hier vorgesehene Entscheidung erlassen.
- b. Ein Beschluß, welcher bem Anzeigenben bie ber Staatstasse erwachsenen Kosten auferlegt, muß ihm nothwendig auch die bem Beschulbigten erwachsenen auserlegen und umgetehrt. Gl. A. Reller S. 637, v. Schwarze im GSaal XXXIII. S. 509, Stenglein S. 698.
- 3. Dem Erforberniß ber Anhörung bes Anzeigenben ift genügt, wenn bemselben Gelegens heit gegeben ift, sich zu erklären und sich gegen ben Borwurf zu vertheibigen, baß er die Anzeige wiber besser Bissen ober aus grober Fahrlässigkeit angebracht habe; vgl. § 494 Note 5. Ob ber Anzeigenbe eine Erklärung wirklich abgiebt ober nicht, ift gleichgültig: burch bie Nichtabgabe einer solchen kann er sich ber Kostentragungspsicht nicht entziehen.
- 4. a. Die Entschung, welche bem Anzeigenben bie Kosten auferlegt, ist selbst bann, wenn sie in Berbindung mit dem Urtheil erlassen wird, eine selbstständige; sie erfolgt auch in diesem Falle mittelst besonderen Beschusses, wie schon daraus erhellt, daß sie ench Abs. 3 mit der sofortigen Beschwerde ansechtbar sein soll (vgl. Note 8). Der Umstand, daß in dem Urtheil die Kosten bereits der Staatskasse auserlegt sind, schließt die nachträgliche Erlassung der in § 501 bestimmten Entscheidung nicht aus: der Anzeigende kann aus dem Urtheil einen Ginwand für sich nicht entnehmen. Auch bedarf es in dem Urtheil des ausbrücklichen Borbehalts einer späteren Anwendung des § 501 nicht; vielmehr folgt aus dem Borbemerkten, daß ein solcher Borbehalt sich von selbst versteht. Gl. A. Reller S. 637; a. M. v. Schwarze im Gaal XXXIII. S. 511, Stenglein S. 698.
- b. Die Entscheibung steht in allen Fällen bem Gericht erfter Instang qu (vgl. Rote 8); a. M. Stenglein S. 698, ber auch in ber Berufungsinftang bie Anwendung bes § 501 für que läffig halt.
- 5. Der Begriff ber Roften ift hier berfelbe wie in ben übrigen SS bes Abichnitts, er umfaßt alfo bie Gerichtsgebühren und bie Auslagen; vgl. oben Rote 1 ju Buch 7 Abichn. 2. In Betreff ber Sebuhren, welche ber Staatstaffe jufteben, f. Gerichtstoften-Gel. § 69 Abf. 2. Bei bem Befculbigten tann es fich nur um bie Auslagen hanbeln; ben Erfat eines weiteren Schabens,

. §. 502.

Erfolgt eine Sinstellung bes Verfahrens wegen Zurücknahme besjenigen Antrags, burch welchen basselbe bebingt war, so hat ber Antragsteller bie Kosten zu tragen.

(I. Cutu. \$ 379; II. Cutu. \$ 392; III. Cutu. \$ 423.)

ben berfelbe burch bas ftattgehabte Berfahren etwa erlitten hat, tann er nur im Bege bes Civilprozesses beanspruchen.

- 6. Die Entscheidung barüber, welche Auslagen bem Beschulbigten erwachsen seien, kann zwar mit ber Entscheidung über bie Erstattungspflicht bes Anzeigenben verbunden werden, aber auch gemäß § 496 Abs. 2 getrennt erfolgen. Letteren Falles bedarf es wiederum ber Anhörung bes Anzeigenden (Note 3) über die von dem Beschulbigten aufgestellte Liquidation. Die in der RER. (Prot. S. 727) von einem Mitgliede aufgestellte Ansicht, daß die Liquidation der Auslagen im Civilprozeß erfolgen musse, ist nicht zutressend. Wird der Betrag der dem Beschulbigten erwachsenn Auslagen in einer besonderen Entscheidung sestgesetzt, so ist auch diese wiederum mit der sofortigen Beschwerde ansechtbar.
- 7. Zu ben Anzeigen im Sinne bes § 501 gehören biejenigen Mittheilungen nicht, welche von ben Beamten bes Polizei= und Sicherheitsbienstes ber zuständigen Stelle zum Zwede ber Strafverfolgung gemacht werben (vgl. § 156); gegen biese Beamten kann sonach § 501 nicht Anwendung sinden. So hat sich auch ber preuß. Just.-Win. in einer Cirk.-Berf. vom 1. Mai 1886 ausgesprochen. Dasselbe muß übrigens auch von anderen öffentlichen Beamten gelten, sofern es zu ihren Amtspsichten gehört, der Staatsanwaltschaft über strafbare Handlungen Mittheilung zu machen. Bgl. § 502 Note 5.
- 8. Zu Abs. 3. Die sofortige Beschwerbe fteht bem von ber Entscheidung betroffenen Anzeigenben sowie ber Staatsanwaltschaft und bem Beschulbigten zu, ben beiben letteren auch bann, wenn bas Gericht erster Instanz es abgelehnt hat, die Kosten bem Anzeigenben aufzuerlegen. Die sofortige Beschwerbe ist auch bann bas allein zulässige Rechtsmittel, wenn die Entscheidung ungehöriger Beise (Rote 4) bem Urtheil eingefügt ist: RGer. I. 2. Nov. 82 (Entsch. VII. 232); a. M. Stenglein S. 698.

3u § 502.

- 1. Die Bestimmung bezieht sich auf biejenigen Antragsbelitte, bei benen eine Zurüdnahme bes gestellten Antrages zulässig ist (vgl. SiGB. § 64). Sie ist nicht anwendbar, wenn in bem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptversahrens ideale Konkurrenz eines Antragsbeists und eines Offizialbeliks angenommen war, in dem Urtheil aber der Ehatbestand des letteren sür nicht vorliegend erachtet wird; in diesem Falle war die Einleitung des Versahrens nicht durch den Antrag bedingt: RGer. III. 22. Ott. 83 (Rspr. V. 623).
- 2. Die Bestimmung setzt nicht nothwendig ein gerichtliches Berfahren voraus (vgl. § 168); § 501 Abs. 2 findet hier analoge Anwendung. Gl. A. Reller S. 639, v. Bomhard S. 365, Boitus S. 484, Stenglein S. 699; a. M. Puchelt S. 849.
- 3. Unter ben Koften sind, ba ber & ganz allgemein von solchen spricht, sowie im hinblid auf bie §§ 499, 501, auch bie bem Beschulbigten erwachsenen zu verstehen. Gl. A. Keller S. 639, v. Schwarze S. 617, Thiso S. 547, v. Bomhard S. 365, Meves in H. S. 516, Stenglein S. 699; a. M. Puchelt S. 848, Voitus S. 484, Dorenborf S. 318.
- 4. Gegen bie Entscheidung findet das in der hauptsache zuläsfige Rechtsmittel statt; vglin Betreff bes Antragstellers: Roer. III. 22. Oft. 83 (Rspr. V. 623), in Betreff der Staatsanwaltschaft: II. 14. Apr. 82 (Rspr. IV. 322); a. M. (beil.) I. 20. März 84 (Entsch. X. 210).

 Die Staatsanwaltschaft kann auch zu Gunsten des Antragstellers das zuläfsige Rechtsmittel ergreisen: Roer. I. 4. Jan. 83 (Entsch. VII. 409).
- 5. Wird im Falle einer Amtsbeleibigung (StoB. § 196) ber von bem Borgefetten bes Beleibigten gestellte Antrag von bemfelben jurudgenommen, fo findet, ba bie Stellung und bie Zurudnahme bes Antrages eine Amtshanblung enthalt, § 502 nicht Anwendung, vielmehr

§. 503.

In einem Verfahren auf erhobene Privatklage hat der Verurtheilte auch die dem Privatkläger erwachsenen nothwendigen Auslagen zu erstatten.

Wird ber Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt ober freigesprochen, ober wird bas Verfahren eingestellt, so fallen bem Privatkläger die Kosten des Verfahrens sowie die dem Beschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen zur Laft.

Ift ben Anträgen bes Privatklägers nur zum Theil entsprochen worben, so kann bas Gericht bie Kosten angemessen vertheilen.

Mehrere Privatkläger und mehrere Angeklagte haften als Gesammtschuldner. Unter den nach den Bestimmungen dieses Paragraphen zu erstattenden Auslagen sind, wenn sich der Gegner der erstattungspslichtigen Partei eines Rechtsanwalts bedient, die Gebühren und Auslagen des Anwalts insoweit inbegriffen, als solche nach der Bestimmung des §. 87 der Civilprozesordnung die unterliegende Partei der obssegenden zu erstatten hat.

(I. Entw. § 380; II. Cutw. § 393; III. Entw. § 424.)

Civilprozessordnung §. 87.

Die unterliegende Partei hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, insbesondere die dem Gegner erwachsenen Kosten zu erstatten, soweit dieselben nach freiem Ermessen des Gerichts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung nothwendig waren.

Die Gebühren und Auslagen des Rechtsanwalts der obsiegenden Partei sind in allen Prozessen zu erstatten, Reisekosten eines auswärtigen Rechtsanwalts jedoch nur insoweit, als die Zuziehung nach dem Ermessen des Gerichts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsvertheidigung nothwendig war. Die Kosten mehrerer Rechtsanwälte sind nur insoweit zu erstatten, als sie die Kosten eines Rechtsanwalts nicht übersteigen, oder als in der Person des Rechtsanwalts ein Wechsel eintreten musste.

Bu § 503.

find die Rosten der Staatstaffe aufzuerlegen. So Stenglein S. 700, Reller S. 638. Bgl. § 501 Note 7.

^{6.} Bgl. Gerichtsfoften: Bef. \$ 69 (Schlugfat).

^{1.} Soweit nicht \$ 503 etwas Abweichenbes vorschreibt, finden auch auf das Privatklages verfahren die in den §§ 496 ff. gegebenen Bestimmungen Anwendung. Insbes. gilt dies von § 497; nach Abs. 2 das. kann, wenn der Berurtheilte vor Eintritt der Rechtskraft des Urtheils stirdt, weber die Staatskasse noch der Privatkläger einen Kostenanspruch an den Nachlaß geltend machen.

^{2.} In Betreff ber Kosten ber Rechtsmittel s. § 505 u. Rote 3 bas. — Die in § 503 gegebenen Bestimmungen über bie Pflicht zur Erstattung ber bem Gegner erwachsenen Anslagen gelten für alle Instanzen; in jeder Instanz trifft bie Erstattungspflicht benjenigen, ber in bie Kosten ber Instanz verurtheilt ist (vgl. jedoch Note 8); so: RGer. II. 11. März 84 (Rspr. VI. 197), Siegel im GSaal XXXVIII. S. 321 ff.; die bort erwähnte abweichende Judikatur bes DEGer. Oresben (Annalen bieses Ger. V. S. 299, VI. S. 291, 293) geht von ber unzutreffenden Annahme aus, daß die Kosten 2c. ber höheren Justanzen in § 505 erschöpfend behandelt seien.

^{3.} Mit ber Berurtheilung einer Bartei in die Koften ift die Berpflichtung zur Erstattung ber bem Gegner erwachsenen Auslagen von selbst ausgesprochen; eines besonderen Ausspruches hieruber bedarf es nicht: Re. II. 26. Febr. 84 (Entich. X. 113, Ripr. VI. 153).

- 4. Die Fest etung bes Betrages ber zu erstattenben Auslagen erfolgt, sosern sie erforberlich wirb, gemäß § 496 Abs. 2 mittelft besonberer Entscheidung. Diese Borschrift betrifft zwar ihrem Wortlant nach zunächt nur ben Fall, wenn über bie hobe ber Kosten ze. Streit entsteht; sie findet jedoch auch Mangels eines Streites analoge Anwendung, und insbes. kann die zwangsweise Beitreibung der Auslagen nur auf Grund einer Entscheidung der gedachten Art erfolgen. hierüber geben jedoch bei dem Schweigen des Gesetes die Ansichten erheblich aus einander, ebenso darüber, inwieweit auf das Festsehungsversahren im Einzelnen die §§ 98—100 der THO. anwendbar seien; vgl. des. Domsch im Scaal XXXIX. S. 203 ss., Irmler in Goltd. Arch. XXXIII. S. 177 ss. Die die Auslagen sessende Entscheidung ist mit der einsachen Besschwerde ausschlaten. Die Bollstredung derselben erfolgt nach den Borschriften der CHO. Zu Abs. 1.
- 5. "ber Verurtheilte" Prinzipiell sinbet auch hier § 500 Anwendung: auch im Privat-Nageversahren ist es zulässig, einen sur ftraffrei Erklärten in die Kosten zu verurtheilen. Angemessen wird dies indeß nur ganz ausnahmsweise sein können; denn bei der Privatslage macht sich ein anderer Gesichtspunkt geltend als in dem Bersahren auf erhobene öffentliche Klage. Bird im Privatslageversahren der Angeslagte sur straffrei erklärt, so ist damit ausgesprochen, daß der Berlette mit Rucksicht auf die von ihm selbst begangene handlung keinen Grund hatte, eine Klage zu erheben; dies mußte der Berlette, da er (anders als im Falle der erhobenen öffentlichen Klage die Staatsanwaltschaft) den Sachverhalt genau kannte, selbst erkennen, und, wenn er gleichwohl die Privatslage erhob, so hat er auch die Kosten berselben zu tragen. Uebrigens kann der sür straffrei erklärte auch in einen Theil der Kosten verurtheilt, auch kann hinsichtlich der Auslagen in allen Fällen der gedachten Art dahin erkannt werden, daß keine Partei der anderen solche zu erftatten habe. In Betress der Kiderklage su noch Note 9. d.
- Bu Abs. 2.

 6. Die Bestimmung greift, da das Geset etwas Entgegenstehendes nicht vorschreibt, in allen Fällen Plat, in benen eine Einstellung des Bersahrens erfolgt, also auch beim Tode des Privatslägers (§ 433 Abs. 1) und ebenso im Falle des § 429. Es ist dies in Ansehung der Fälle, in benen die von dem Berstorbenen erhobene Privatslage eine begründete war, den Erben gegenüber eine erhebliche Unbilligkeit und auch für die Fälle des § 429 ist die Bestimmung unangemessen. Die (einstweilige) Einstellung des Bersahrens begründet eine Kostentragungspssicht der Erben nicht, wenn diese gemäß § 433 Abs. 2 die Klage sortseben; vgl. dort Rote 5.
- Bu Abs. 3.
 7. Im Falle bes Abs. 3 tann bas Gericht bie Roften angemessen vertheilen; es ift aber auch besugt, sie bem Berurtheilten allein aufzuerlegen. Dies gilt selbst bann, wenn es sich um mehrere selbst ftanbige Straffälle hanbelt und ber Angeklagte nur in Ansehung einzelner verurtheilt wird, unbeschabet jedoch ber Bestimmung bes § 498 Abs. 1 (wgl. bort Rote 2), Uebrigens wird beim Borliegen mehrerer Straffälle die Bertheilung als die Regel anzusehen sein-
- 8. Die Art ber Bertheilung ift bem richterlichen Ermessen überlaffen. Insbes, ift bas Gericht besugt, über bie Auslagen ber Parteien eine andere Bestimmung zu treffen als über bie Gerichtstosten, bie ersteren nach einem anberen Maßstabe zu vertheilen als die letteren, namend lich aber auch einem jeben Theile die eigenen Auslagen in solchen Fällen aufzuerlegen, in benen eine Bertheilung der Gerichtstoften unterbleibt (Rote 7). Durch diese Besugniß ift das Gericht in den Stand geseth, die durch die Liquidation der Auslagen entstehenden Beiterungen in solchen Fällen auszuschließen, in benen dieselben in einem Migverhältniß zu der Geringsügigkeit der Aussprücke selbst stehen wurden.
 - Bu Abs. 1, 2, 3.
- 9. a. Darüber, wie im Falle einer Biberklage (§ 428) über bie Roften zu entschien ei, giebt die StPD. teine Bestimmung. Bgl. Gerichtstosten=Ges. § 70 Abs. 4, wonach besondere Gerichtsgebühren für eine Wiberklage nicht erhoben werben. Werben bei de Theile verurtheilt, so muß eine angemessene Bertheilung ber Kosten einschließlich ber von ben Parteien gemachten Auslagen eintreten. Bei ben Gerichtskosten wird bie Bertheilung nach gleichen Salften als bie

§. 504.

Wird in dem Falle des §. 173 der Angeschuldigte außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen, oder das Versahren eingestellt, so sinden auf den Antragsteller die Bestimmungen des §. 503 Abs. 2, 3, 4, 5 entsprechende Anwendung. Das Gericht kann jedoch nach Besinden der Umstände den Antragsteller von der Tragung der Kosten ganz oder theilweise entbinden.

Vor der Entscheidung über den Kostenpunkt ist der Antragsteller zu hören, sofern er nicht als Rebenkläger aufzutreten berechtigt war.

(I. II. III. Caim. § —.)

Regel anzusehen sein; bei ben Auslagen ber Barteien wird fich regelmäßig die Bergleichung (Rompensation) empsehlen. — hinsichtlich ber Gerichtstoften steht bem vorgedachten Falle ber andere Fall gleich, wenn beibe Theile freigesprochen werben. Ein Anspruch auf Erstatung ber Auslagen ber Parteien ist in diesem Falle nicht in Frage. — Wird nur ein Theil verurtheilt, ber andere aber freigesprochen, so sallen bem ersteren alle Gerichtstoften sowie seine Auslagen und biejenigen bes Gegners zur Laft. — Eine Modifikation erleibet bas Borstehenbe burch bie auch hier anwendbare Bestimmung bes § 499 Abs. 1; vgl. oben Note 1. a.

b. Auch im Falle ber Biberflage tonnen einer Partei, welche zwar fur schulbig befunden, aber für ftraffrei ertlart wirb, Koften auferlegt werben; bas oben (Note 5) Bemerkte findet hier entsprechenbe Anwendung.

Bu Abs. 4.

- 10. In Betreff mehrerer Angeklagten vgl. § 498 Abf. 2 u. bie Noten baf., insbef. Rote 5.
- 11. Rur zwischen Streitgenoffen besteht eine Gesammthaftbarkeit fur die Koften; bagegen haftet, wenn eine Bertheilung ber Gerichtstoften unter die Prozefigegner (Abs. 3 u. Note 9) flattgefunden hat, teiner von ihnen fur ben bem Gegner auferlegten Theil.
 - 12. In Betreff bes Debentlagers f. § 437 Rote 5.

3u \$ 504.

- 1. Bgl. \$ 175.
- 2. Biewohl in dem hier behandelten Falle die Untersuchung auf Grund erhobener öffentlicher Rlage eröffnet wird und die Erhebung der letteren auf einem Beschlusse ber Oberlandesgerichts berutt, so behandelt das Geset in Ansehung der Kosten doch den Antragsteller wie einen Privatskäger; die Rostentragungspflicht des Antragstellers wird also schon durch die Richtbestrafung des Beschuldigten begründet, und es wird nicht, wie im Falle des § 501, vorausgesetzt, das der Antrag wider bessers Bissen oder aus grober Fahrlässigkeit gestellt worden. Durch diese Haftung für die Rosten soll der Antragsteller zu besonderer Borsicht veranlast und einem Rissbrauch der in § 170 gewährten Berechtigung, auf gerichtliche Entscheidung anzutragen, vorgebeugt werden. Da jedoch die ausnahmslose Anwendung der in Sat 1 enthaltenen Bestimmung in manchen Fällen eine Härte enthalten würde, so gestattet Sat 2 dem Gericht, "nach Besind en der Umstände" den Antragsteller von der Tragung der Kosten ganz oder theilweise zu entbinden. Es sollen also die etwa vorhandenen Billigseitsgründe in Betracht gezogen werden. In der ALR. wurde u. A. bemerkt, das es auch darauf ankomme, ob der Antragsteller muthsmäßlich aus Gründen privater Natur oder im össenlichen Interesse die Bersolgung betrieben habe. Bgl. Brot. der 174. Sieg. S. 2 ff., Stenogr. Ber. S. 486 ff.
- 3. Hinsichtlich bes Berfahrens bei ber Entscheidung über die Rosten kommt es darauf an, ob der Antragsteller als Nebenkläger aufzutreten berechtigt war ober nicht; hierüber s. § 435 Abs. 2 u. Note 3. b das. Ob berselbe wirklich als Nebenkläger aufgetreten ist ober nicht, ift gleichgültig. Bestand die Berechtigung nicht, so ist das Bersahren dasselbe wie im Falle des § 501; vgl. bort in Betreff der Anhörung des Antragstellers: Rote 3, in Betreff der Entscheidung: Note 4 (theilw. a. M. Stenglein S. 701). Gegen die Entscheidung sindet die Beschwerde

Digitized by 53 * OOGIC

§. 505.

Die Kosten eines zurückgenommenen ober erfolglos eingelegten Rechtsmittels treffen benjenigen, ber basselbe eingelegt hat. War das Rechtsmittel von der Staatsanwaltschaft eingelegt, so können die dem Beschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden. Hatte das Rechtsmittel theilweisen Erfolg, so kann das Gericht die Kosten angemessen vertheilen.

Dasselbe gilt von den Kosten, welche durch einen Antrag auf Biederaufnahme bes durch ein rechtskräftiges Urtheil geschlossennen Versahrens verursacht worden sind.

Die Kosten ber Wiebereinsetzung in ben vorigen Stand fallen bem Antragsteller zur Last, soweit sie nicht durch einen unbegründeten Wiberspruch des Gegners entstanden sind.

(I. Entw. § 381; II. Entw. § 394; III. Entw. § 425.)

statt; bieselbe sieht ber Staatsanwaltschaft und bem Antragsteller zu. War bagegen ber Antragsteller berechtigt, als Nebenkläger aufzutreten, so wird in bem freisprechenden Urtheil selbst bezw. in dem Einstellungsbeschlusse zugleich über seine Kostentragungspflicht entschieden, ohne daß es seiner vorgängigen Anhörung bedarf (a. M. v. Schwarze im Gaal XXXIII. S. 521). Das Urtheil bezw. der Beschluß ist ihm bekannt zu machen (vgl. § 440). Gegen die ausgesprochene Auferlegung der Kosten sieht dem Antragsteller das in der Hauptsache zulässige Rechtsmittel (Berufung, Revision, sosortige Beschwerde) zu; dies gilt insbes. auch dann, wenn er disher nicht als Rebenkläger ausgetreten war (vgl. § 435 Sah. 2). Die Einlegungsfrist beginnt für den Antragsteller in allen Fällen mit der Bekanntmachung der Entscheidung.

4. Bgl. Gerichtstoften. Gef. § 69.

3u § 505.

Bu Abs. 1.

1. Die Bestimmung fpricht nur von bem Salle, wenn bas Rechtsmittel jurudaenommen wird ober gang ober theilmeis erfolglos bleibt. Der anbere Sall, wenn baffelbe ben beabfich= tigten Erfolg hat, wird nicht ermahnt; man hat ihn anscheinend als durch bie Borichriften bes § 497 Abf. 1 und bes § 499 Abf. 1 gebedt betrachtet. Diefe SS beden inbeg ben gall nicht, wenn bas Rechtsmittel zwar ben beabfichtigten Erfolg in vollem Dage erzielt, gleichwohl aber bas betr. Urtheil in ber hauptsache bestehen bleibt, weil bas Rechtsmittel überhaupt nur gegen einen Theil besselben gerichtet war, wie 3. B. wenn ber Berurtheilte nur behufs ber Wilberung ber Strafe bie Berufung ergriffen hatte (vgl. § 368). Rad bem Entw., in welchem ber jebige britte Cat bes § 505 ("hatte bas 2c.") nicht enthalten mar, tam es allein barauf an, ob ber An= geflagte folieflich verurtheilt ober freigefprochen mar; bie Berurtheilung begrunbete feine Berpflichtung, alle Roften (mit alleiniger Ausnahme ber burch ein erfolglofes Rechtsmittel ber Staats= anwaltichaft verursachten) zu tragen, und bemgufolge trafen ben Berurtheilten bie Roften eines von ihm eingelegten Rechtsmittels auch bann, wenn er eine Strafmilberung erwirfte. Dies kann aber nicht mehr gelten, nachbem bie RTR. ben britten Cat bes § 505 aufgenommen bat; benn wenn, wie in biefem bestimmt wirb, icon ein theilweifer Erfolg bes vom Angeklagten ergriffenen Rechtsmittels eine theilweise Entlaftung beffelben von ben Roften berbeifuhren tann, so muß folgerichtig ein voller Erfolg biefe Birfung in Anfebung ber gefammten Roften bes Rechtsmittels haben, und zwar muß hier biese Wirfung als eine nothwendige, nicht als eine in bas Er= meffen bes Gerichts gestellte, angefehen werben. Gl. A. RGer. 30. Dez. 80 u. 20. Oft. 81 (Johow I. 175, III. 331), LEGer. München 8. Mai 84 (Entich. biefes Ger. III. 72), Stenglein S. 702-In bem umgefehrten galle, wenn ein von ber Staatsanwaltichaft behufs ber Bericharfung ber Strafe eingelegtes Rechtsmittel ben beabfichtigten Erfolg erzielt, fallen bie Roften beffelben bem Angeklagten zur Laft. In bem Falle enblich, wenn bie Staatsanwaltschaft ein Rechtsmittel zu Eunsten bes Angeklagten (§ 338 Abs. 2) eingelegt hat, konnen bie Roften niemals ben letteren,

§. 506.

In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz gehörigen Sachen sind die von der Staatskasse zu tragenden Kosten der Reichskasse aufzuerlegen.

(I. II. III. €utm. —.)

fonbern nur die Staatstaffe treffen (gl. A. Reller S. 644, Geger 26. S. 906; vgl. bagegen Stenglein S. 703).

- 2. Ift ber Erfolg eines eingelegten Rechtsmittels ber: bag ein Urtheil aufgehoben unb bie Sache in bie Borinftanz zur anberweiten Entscheidung zurudverwiesen wirb, so kann bas Oberinftanz-Gericht eine Entscheidung über bie Kosten bes Rechtsmittels nicht treffen; vielmehr muß über biese Rosten in bem neuen Urtheil ber Borinstanz mit entschieben und es muffen biesselben hinsichtlich ber Frage, wem sie zur Last fallen, ganz wie die Rosten bes neuen Berfahrens ber Borinstanz behanbelt, also event. gleich biesen vertheilt werben (a. M. Stenglein S. 703)-Bon praktischer Bichtigkeit ist bies namentlich hinsichtlich ber Auslagen, welche im Privatstlageverfahren bie Barteien einanber zu erstatten haben (vgl. § 503 Rote 1. b).
- 3. Bu Sat 1. "benjenigen, ber basselbe eingelegt hat" hierher gehort auch ber Privatkläger und ber Rebenkläger; vgl. § 503 Rote 2. § 437 Rote 5. hat ber gesehliche Bertreter bes Beschulbigten ober ber Ehemann vermöge seiner selbstständigen Berechtigung (§ 340) ein Rechtsmittel eingelegt, so fann nur er selbst, nicht aber ber Beschulbigte, in die Rosen verurtheilt werden. Dagegen ift das von dem Bertheibiger eingelegte Rechtsmittel (§ 339) auch in Ansehung der Rosen als ein Rechtsmittel des Beschulbigten selbst zu beshandeln, und eben dasselbe gilt von den Rechtsmitteln der in § 324 gedachten Bersonen; vgl. übrigens Roser. II. 10. März 85 (Rspr. VII. 163), betr. einen Fall, in welchem das Rechtsmittel nach dem Tobe des Berurtheilten eingelegt war. Bar ein erfolglos eingelegtes Rechtsmittel von der Staatsanwaltschafte in die Rosen zu verurtheilen.
 - 4. Bu San 2 vgl. § 499 Abf. 2 u. bie Roten baf., insbef. Rote 4. a.
- 5. Zu Sat 3. Die Bestimmung bezieht sich nicht etwa blos auf Sat 2, b. h. auf bie Rechtsmittel ber Staatsanwaltschaft, sonbern gilt für alle Rechtsmittel. Sie hat übrigens nur ben Fall im Auge, wenn in Ansehung besselben Deliktes bas Rechtsmittel theilweisen Ersolg hat. Der andere Fall, wenn es sich um mehrere Delikte handelt und das Rechtsmittel in Ansehung einzelner von ihnen von Ersolg begleitet ift, 'hinsichtlich anderer aber ersolglos bleibt, gehört unter die Borschrift des § 498 Abs. 1: die Entbindung des Angeklagten von den dort gedachten besonderen Kosten ist nicht in das Ermessen des Gerichts gestellt, sondern obligatorisch vorgeschrieden.

Bu Abs. 2.

- 6. Es ist hier, wie die Berweisung auf Abs. 1 ("Dasselbe gilt" 2c.) ergiebt, nur von dem Falle die Rede, wenn der Antrag auf Wieberaufnahme des Versahrens zurückgenommen oder versworsen (§§ 408, 410 Abs. 1) wird. Wenn er Erfolg hat, d. h. zur Wiederaufnahme des Versahrens (§ 410 Abs. 2) führt, so ist über die durch ihn verursachten Kosten in dem neuen Urtheil mit zu entschein; es sindet alsdann daszenige, was oben (Note 2) bezüglich der Zurückversweisung einer Sache in die Borinstanz gesagt ist, entsprechende Anwendung.
 - 7. Bu Abf. 1-3 vgl. noch Gerichtstoften=Gef. SS 65 ff.

Bu § 506.

1. Bgl. GBG. § 136 Rr. 1 u. Note 7 baf.

Dritte Abtheilung.

Die das Strasversahren betreffenden Bestimmungen der übrigen Reichzgesetze.*) **)

^{*)} Einzelne Bestimmungen prozestrechtlichen Inhalts sinden sich auch in den ZoII- und Steuers geseten; vgl. Ges., betr. die Erhebung einer Abgabe von Salz, v. 12. Okt. 1867 § 18 (BGBI. S. 41 ff.); Ges., betr. die Besteuerung des Tabacks, v. 26. Mai 1868 § 12 (BGBI. S. 319 ff.); Ges., betr. die Besteuerung des Branntweins 2c., v. 8. Juli 1868 § 66 III. IV., § 68 (BGBI. S. 384 ff.); Ges., betr. die subsidiarische Haftung des Brennerei-Unternehmers 2c., v. 8. Juli 1868 § 3, 4 (BGBI. S. 404 ff.); Wechselseuerung des Brennerei-Unternehmers 2c., v. 8. Juli 1868 § 3, 4 (BGBI. S. 404 ff.); Wechselseuerung eiges. v. 10. Juni 1869 § 18, 19, 21 (BGBI. S. 193-ff.); Vereinszollges. v. 1. Juli 1869 § 126, 127, 150, 153, 165 (BGBI. S. 317 ff.); Ges., betr. die Erhebung der Brausteuer, v. 31. Mai 1872 § 24, § 38 III. IV., § 41, § 42 (RGBI. S. 153 ff.); Ges, betr. die Erhebung von Reichsstempelabgaben, v. 1. Juli 1881 in der Fassung des Ges. v. 29. Mai 1885 § 35 (RGBI. 85 S. 179 ff.); Ges., betr. die Zuwiderhandlungen gegen die österreichische ungarischen Zollgesehe, v. 17. Juli 1881 § 7 (RGBI. S. 247). Der Abbruck dieser Bestimmungen ist unterblieden, weil dieselben nicht von allgemeinerem Interesse sind diese Regeslung des eigentlichen Berwaltungs-Strasversahrens (vgl. GB. zur StPD. § 6 Note 12. b.) nicht entbalten.

^{**)} In ben Text bes GBG. bezw. ber StBD. finb eingeschaltet:

a) bas Ges. über ben Sit bes Reichsgerichts v. 11. April 1877: S. 11 u. 102;

b) bie SS 26, 100, 39, 12 ber Rechtsanwaltsorbnung v. 1. Juli 1878: S. 381, 382, 389;

c) ber § 87 ber CPD.: S. 833.

d) ber Beschluß bes Bunbesraths v. 11. Juni 1885: S. 130.

I. Geset, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Rompositionen und dramatischen Berken. Bom 11. Juni 1870. (B.G.Bl. S. 339 ff.)

(Auszug.)

§. 26.

Sowohl bie Entscheidung über den Entschädigungsanspruch, als auch die Bershängung der im gegenwärtigen Gesetze angedrohten Strafen und die Einziehung der Rachdrucks-Exemplare 2c. gehört zur Kompetenz der ordentlichen Gerichte.

Die Einziehung ber Rachbrucks-Exemplare 2c. kann sowohl im Strafrechtswege beantragt, als im Civilrechtswege verfolgt werben.

§. 27.

Das gerichtliche Strafverfahren ist nicht von Amtswegen, sonbern nur auf ben Antrag des Berletten einzuleiten. Der Antrag auf Bestrafung kann bis zur Berkündung eines auf Strafe lautenden Erkenntnisses zurückgenommen werben.

§. 28.

Die Verfolgung bes Nachbrucks sieht Jebem zu, bessen Urheber: ober Verlags= rechte burch die widerrechtliche Vervielfältigung beeinträchtigt ober gefährbet sind.

Bei Werken, welche bereits veröffentlicht sind, gilt bis zum Gegenbeweise berjenige als Urheber, welcher nach Maaßgabe bes §. 11. Absat 1. 2. auf bem Werke als Urheber angegeben ist.

Bei anonymen und pseudonymen Werken ist der Herausgeber, und wenn ein solcher nicht angegeben ist, der Berleger berechtigt, die dem Urheber zustehenden Rechte wahrzunehmen. Der auf dem Werke angegebene Verleger gilt ohne weiteren Nachweis als der Rechtsnachfolger des anonymen oder pseudonymen Urhebers.

§. 29.

In ben Rechtsstreitigkeiten wegen Nachbrucks, einschließlich ber Klagen wegen

Bum Gefet vom 11. Juni 1870.

2. Bon ber biefes Geseh betreffenden Literatur ift hervorzuheben: Dambach, die Gesehgebung bes Nordbeutschen Bundes, betr. das Urheberrecht an Schriftwerken 20.; Endemann, Das Geseh betr. das Urheberrecht an Schriftwerken 20.; Rlostermann, Das Urheberrecht an Schriftwerken 20. nach bem Reichsgesehe v. 11. Juni 1870; berselbe, Das Urheberrecht an Schriftwerken 20. nach beutschen und internationalem Recht; Wächter, Das Autorrecht nach dem gemeinen beutschen Recht.

Zu § 26.

1. Bu Abs. 2 vgl. Rote 4. a jur StBD. Buch 2 Abschn. 1, sowie ferner Rote 14 ebenba und bie Noten ju SS 477-479 ber GIBD.

Bu § 27.

1. In bem Antrage auf Strafverfolgung ift ber Antrag auf Einziehung ber Rachbrudts. Gremplare nicht von felbst enthalten: RGer. III. 14/21. Jan. 86 (Entich. XIII. 324, Ripr. VIII. 72).

3u § 29.
1. Für bas Strafversahren ist ber S jest ersett burch § 260 ber StBD.

^{1.} Dicses zunächst für ben Nordbeutschen Bund erlassene Geset ift jett Reichsgeset; vgl. für Baben und Sübhessen: Art. 80 I. Ar. 25 ber mit diesen Staaten vereinbarten Berfassung (BGBl. 1870 S. 647); für Bürttemberg: Bertrag vom 25. Nov. 1870 Art. 2 Ar. 6 (BGBl. 1870 S. 656); für Bayern: § 11 bes R.=Ges. v. 22. April 1871 (RGBl. S. 90); für Elsaß-Lothringen: R.=Ges. v. 27. Januar 1873 (RGBl. S. 42). Bgl. § 2 bes R.=Ges. v. 16. April 1871, betr. bie Berfassung bes Deutschen Reiches (RGBl. S. 63).

Bereicherung aus bem Nachbrud, hat ber Richter, ohne an positive Regeln über bie Wirkung ber Beweismittel gebunden zu sein, den Thatbestand nach seiner freien, aus dem Inbegriff der Berhandlungen geschöpften Ueberzeugung festzustellen.

Sbenso ist ber Richter bei Entscheidung ber Frage: ob ber Nachdrucker ober Beranlasser bes Nachdrucks (§§. 18. 20.) fahrlässig gehandelt hat, an die in ben Landesgesetzen vorgeschriebenen verschiebenen Grabe ber Fahrlässigkeit nicht gebunden.

§. 30.

Sind technische Fragen, von welchen ber Thatbestand bes Nachbrucks ober ber Betrag bes Schabens ober ber Bereicherung abhängt, zweifelhaft ober streitig, so ist ber Richter besugt, bas Gutachten Sachverständiger einzuholen.

§. 31.

In allen Staaten bes Nordbeutschen Bundes sollen aus Gelehrten, Schriftstellern, Buchhändlern und anderen geeigneten Personen Sachverständigen-Vereine gebildet werden, welche, auf Erfordern des Richters, Gutachten über die an sie gerichteten Fragen abzugeben verpflichtet sind. Es bleibt den einzelnen Staaten überlassen, sich zu diesem Behufe an andere Staaten des Nordbeutschen Bundes anzuschließen, oder auch mit benselben sich zur Bildung gemeinschaftlicher Sachverständigen-Bereine zu verbinden.

Die Sachverständigen: Vereine sind befugt, auf Anrusen der Betheiligten über streitige Entschädigungsansprüche und die Sinziehung nach Maaßgabe der §§. 18. bis 21. als Schiedsrichter zu verhandeln und zu entscheiden.

Das Bundeskanzler-Amt erläßt die Instruktion über die Zusammensetzung und ben Geschäftsbetrieb der Sachverständigen-Bereine.

§. 43.

Die Bestimmungen in den §§. 1—42. sinden auch Anwendung auf geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische, technische und ähnliche Zeichnungen und Abbildungen, welche nach ihrem Hauptzwecke nicht als Kunstwerke zu betrachten sind.

§. **4**5.

Die Bestimmungen in den §§. 1. bis 5., 8. bis 42. finden auch Anwendung auf das ausschließliche Recht des Urhebers zur Vervielfältigung musikalischer Kompositionen.

§. 49.

Die Sachverständigen: Vereine, welche nach Maßgabe bes §. 31. Sutachten über ben Rachbruck musikalischer Kompositionen abzugeben haben, sollen aus Komponisten, Musikverständigen und Musikalienhändlern bestehen.

3u § 31.

^{1.} Die in Abs. 3 vorbehaltene Instruction ist unterm 12. Dez. 1870 ergangen (BGBI. S. 621 st.). — Der § 6 berselben ist abgeändert durch Bekanntm. des Reichstanzlers v. 16. Juli 1879 (R. Centr.-BI. S. 490, preuß. JWBI. S. 240), der § 7 durch Bekanntm. v. 25. Oft. 82 (R. Centr.-BI. S. 417).

^{2.} Bgl. StPD. § 73 Abs 2 u. Rote 7 das., sowie für Preußen: die Allg. Berf. des Just.-Min. v. 5. Juli 1882 (JWBl. S. 199).

§. 56.

Die Bestimmungen in den §§. 26. bis 42. finden auch in Betreff der Aufführung von dramatischen, musikalischen und dramatischemusikalischen Werken Anwendung.

II. Gefet, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Rünfte. Bom 9. Januar 1876. (R.G.Bl. S. 4.)

(Auszug.)

§. 16.

Die Bestimmungen in den §§. 18—42 des Gesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken 2c., (Bundes-Gesetzl. 1870 S. 339) finden auch auf die Nachbildung von Werken der bilbenden Künste entsprechende Anwendung.

Die Sachverständigen-Bereine, welche nach Maßgabe des §. 31 des genannten Gesetzes Gutachten über die Nachbildung von Werken der bildenden Künste abzugeben haben, sollen aus Künstlern verschiedener Kunstzweige, aus Kunsthändlern, Kunstgewerbtreibenden und aus anderen Kunstverständigen bestehen.

III. Gefet, betreffend den Schutz der Photographieen gegen unbefngte Rachbildung. Bom 10. Januar 1876. (R.G.Bl. S. 8.)

(Auszug.)

§. 9.

Die Bestimmungen in ben §§. 18 bis 38, 44, 61 Absat 1 bes Gesetes vom 11. Juni 1870, betreffend bas Urheberrecht an Schriftwerken 2c., sinden auch Answendung auf bas ausschließliche Nachbildungs- und Vervielfältigungsrecht bes Versfertigers photographischer Werke.

§. 10.

Die Sachverständigen Bereine, welche Gutachten über die Nachbildung photographischer Aufnahmen abzugeben haben, follen aus Künstlern verschiedener Kunstzweige, aus Kunsthändlern, aus anderen Kunstverständigen und aus Photographen bestehen.

IV. Gefet, betreffend das Urheberrecht an Ruftern und Modellen.

Vom 11. Januar 1876. (R.G.Bl. S. 11.)

(Auszug.)

§. 14.

Die Bestimmungen in den §§. 18—36, 38 des Gesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken 2c., (Bundes:Gesetzl. 1870 S. 339) sinden auch auf das Urheberrecht an Mustern und Modellen mit der Waßgabe entsprechende Anwendung, daß die vorräthigen Nachbildungen und die zur widerzechtlichen Bervielfältigung bestimmten Vorrichtungen nicht vernichtet, sondern auf

Bu den Gefeten bom 9. 10. 11. Januar 1876.

^{1.} Bgl. die Juftruktion des Reichskanzlers über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der Sachverständigenvereine v. 29. Febr. 1876 (R.Centr.-Bl. S. 117). — "Der § 4 derselben ist abgeändert durch Bekanntm. des Reichskanzlers v. 16. Juli 1879 (R.Centr.-Bl. S. 490, preuß. JWBl. S. 241), der § 5 durch Bekanntm. v. 25. Ott. 82 (R.Centr.-Bl. S. 417).

Kosten des Eigenthumers und nach Wahl besselben entweder ihrer gefährbenden Form entkleidet, oder bis zum Ablauf der Schutzrift amtlich aufbewahrt werden.

Die Sachverständigen-Vereine, welche nach §. 31 des genannten Gesetes Sutachten über die Nachbildung von Mustern oder Modellen abzugeben haben, sollen aus Künstlern, aus Gewerbtreibenden verschiedener Gewerbzweige und aus sonstigen Personen, welche mit dem Muster- und Modellwesen vertraut sind, zusammengesett werden.

V. Gesch über die Presse. Bom 7. Mai 1874. (R.G.Bl. S. 65.) (Auszug.)

Berantwortlichkeit für die durch die Breffe begangenen ftrafbaren handlungen.

Bum Gefet vom 7. Dai 1874.

- 1. Ueber biefes Gefet vgl. bie Kommentare von Marquardfen, v. Schwarze (2. Aufi.), Thilo, sowie Berner, Lehrbuch bes beutichen Pregrechts, v. Liszt, bas beutiche Reichs-Brefrecht.
- 2. Die sachliche Zuständigkeit ber Gerichte in Prefftraffachen bestimmt sich nach ben allgemeinen Borschriften (vgl. StPO. § 1 Note 3 und die dort eit. §§ bes GBG.), vorbehaltlich ber in § 6 bes GB. zum GBG. der Landesgesestung gestatteten Abweichung; vgl. die Roten das. Bgl. noch insbes. GBG. § 27 Rr. 3 u. Rote 15 bas.
- 3. Anlangend bie örtliche Buftanbigkeit (ben Gerichtsftanb) in Brefftraffachen, so hatte bie RER. bem § 7 ber StBD. einen Absat hinzugefügt, babin lautenb:

"Bilbet ber Inhalt einer Drudichrift ben Thatbestand einer strafbaren Sandlung, io gilt, soweit die Berantwortlichkeit bes Bersassers, Hebatteurs, Berlegers und Ornders in Frage steht, die handlung nur an bem Ort als begangen, an welchem die Orudschrift erschienen ist."

Diefer Abfat murbe auf Berlangen bes Bunbesraths vom Blenum bes Reichstages in ber britten Lesung ber SIBO. gestrichen (Stenogr. Ber. S. 951—956). Sonach ift auch bei benjenigen strafbaren Handlungen, beren Thatbestand in dem Inhalt einer Druckschrift zu finden ist, der Begehungsort lebiglich nach ben allgemeinen Grunbfaben zu bestimmen; bie Anwendung ber letteren fuhrt indeß zu ebenbemfelben Sage, ben ber geftrichene Abfat enthielt. Denn bie ftrafbare handlung ist vollenbet, sobald die Druckschrift am Ausgabeorte veröffentlicht ist; das weitere Berbreiten ber letteren gehort nicht mehr zum Thatbestanbe biefer handlung (mahrend baffelbe an fich eine ftrafbare Handlung enthalten kann). Sonach ist ber Ausgabeort (Erscheinungsort) der Ort der begangenen That. Gl. A. Keller S. 11, v. Schwarze Romm. z. StBD. S. 129, Dalde S. 16, Stenglein S. 109, Glafer II. S. 187, Binbing S. 59; vgl. Berner Pregrecht S. 279, v. Schwarze Preßges. S. 165, Marquardsen Preßges. S. 235, Thilo Preßges. S. 203; a. M. Puchelt S. 38 (ber auch ben Drt ber Berftellung bes Drudes als Begehungsort anfieht). Ift eine Drudidrit an vericiebenen Orten jur Ausgabe gelangt, bergeftalt, bag bie an benfelben vorgenommenen Sanblungen von einanber unabhangig finb, fo ift jeber biefer Orte als Begehungs: ort anguseben; vgl. RGer. III. 29. Märg 82 (Mfpr. IV. 287), III. 23. Deg. 81 (Entid. V. 314, Mfpr. III. 823), II. 22. Sept. 82 (Entsch. VII. 45); v. Liszt Reichs-Breft. S. 146, John S. 217 ff., Stenglein im Genal XXXV. S. 24, Schütze ebenda S. 263. Durch die Beschlags nahme einer Drudichrift mirb ein Gerichtsftand für bie Strafverfolgung nicht begrunbet.

4. Ueber bas f. g. objektive Strafverfahren bei Orudichriften ftrafbaren Inhalts f. StBO. §§ 477—479, insbes. über bie Zuständigkeit für bieses Berfahren: § 477 Abs. 2 u. Note 7, 8 bas. Auch in diesem Berfahren begründet die Beschlagnahme nicht ben Gerichisftand, und zwar auch bann nicht, wenn es an einem inländischen Gerichisftande sehlt. Der leptere Fall liegt übrigens nicht vor, sobald eine strafbare Berbreitung der Druckschrift im Inlande stattgesunden hat.

5. In Betreff ber Brivattlage bei Beleibigungen, welche burch bie Breffe begangen werben, vgl. noch § 414 Rote 2. c.

§. 20.

Die Berantwortlichkeit für Handlungen, beren Strafbarkeit burch ben Inhalt einer Druckschrift begründet wird, bestimmt sich nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen.

Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redakteur als Thäter zu bestrafen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird.

§. 21.

Begründet ber Inhalt einer Druckschrift ben Thatbestand einer strafbaren handlung, so find

ber verantwortliche Rebatteur,

ber Berleger,

ber Drucker,

berjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmäßig vertrieben ober sonst öffentlich verbreitet hat (Berbreiter),

soweit sie nicht nach §. 20 als Thäter ober Theilnehmer zu bestrafen sind, wegen Fahrlässigkeit mit Gelbstrafe bis zu eintausend Mark ober mit Haft ober mit Festungshaft ober Gefängniß bis zu einem Jahre zu belegen, wenn sie nicht die Anwendung der pslichtgemäßen Sorgfalt ober Umstände nachweisen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.

Die Bestrafung bleibt jedoch für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Versöffentlichung geschehen ist, oder, wenn es sich um eine nicht periodische Druckschrift handelt, als den Herausgeber derselben, oder als einen der in obiger Reihenfolge von ihr Benannten eine Person dis zur Verkündigung des ersten Urtheils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich besindet, oder falls sie verstorden ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung besunden hat; hinsichtlich des Verdreiters ausländischer Druckschriften außerdem, wenn ihm dieselben im Wege des Buchhandels zugekommen sind.

3u 88 20. 21.

Digitized by GOOgle

^{1.} Die §§ 20, 21 enthalten zwar materielles Recht, sind indeß hier aufgenommen, weil ihre Bestimmungen bei der Beantwortung der Frage in Betracht tommen, inwiesern die in ihnen bezeichneten Personen der Zeugnispslicht in Ansehung solcher strafbaren Handlungen unterworfen seien, deren Thatbestand in dem Inhalt einer Druckschift zu sinden ist. — Die ATK. (Prot. S. 42, 44 si., 809 si.) hatte beschlossen, die Zeugnispsslicht in Presstrassach durch eine besondere Borzschift zu regeln, und sie hatte hinter § 53 der StPD. (§ 44 des Entw.) einen § folgenden Inzhalts eingeschaltet:

[&]quot;Wirb ber Gegenstand einer Strafversolgung burch ben Inhalt einer periodischen Orudsschrift gebilbet, für welche nach § 20 Abs. 2 bes Ges. über bie Presse vom 7. Mai 1874 ber verantwortliche Rebakteur als Thäter haftet, so find Perseger, Rebakteure und Druder sowie beren zur herstellung ber Drudschrift verwendetes hilfspersonal berechtigt, bas Zeugniß über die Person des Versasser und Einsenders zu verweigern."

Der Reichstag nahm zwar bei ber 2. Lesung ber StPO, biesen & trot bes Wiberspruches ber Regierungen an (Sten. Ber. S. 429 ff.); indeß wurde ber & bemnachst bei ben f. g. Kompromis-verhandlungen gestrichen (a. a. O. S. 957 ff.). Demzufolge bestimmt sich bie Zeugnispflicht ber

Befdlagnahme.

§. 23.

Sine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung findet nur statt:

- 1) wenn eine Druckschrift ben Vorschriften ber §§. 6 und 7 nicht entspricht, ober ben Vorschriften bes §. 14 zuwider verbreitet wird,
- 2) wenn burch eine Druckschrift einem auf Grund bes §. 15 biefes Gesetzes erlassenen Verbots zuwider gehandelt wird,

Berleger, Rebalteure und Druder fowie ihres hilfsperfonals lediglich nach ben allgemeinen Borfchriften (StBD. SS 51 ff.). Die Anwendung ber letteren ergiebt Folgenbes:

- a. Benn und so lange ber Berleger zc. selbst Beschulbigter ift, fann er in ber Sacht nicht als Zeuge vernommen werben; vgl. Rote 3 zur StPO. Buch 1 Abschn. 6. Die Staatsanwaltschaft aber ift nach § 152 Abs. 2 ber StPO. verpflichtet, gegen jeben bei einer strafbaren handlung Betheiligten einzuschreiten, und barf einen solchen nicht unversolgt lassen, um ihn als Zeugen behandeln zu können.
- b. Der ber Betheiligung an ber firafbaren handlung verbächtige Berleger 2c., welcher noch nicht ober nicht mehr Beschulbigter ift, kann zwar als Zeuge vernommen, nicht aber beeivigt werben; ber Berbacht einer Mitschulb schließt bie Beeibigung aus (StBD. § 56 Rr. 3; vgl. Rote 3.b zu Buch 1 Abschu. 6). Das gilt selbst bann, wenn ber Bernommene die verlangte Auskunft ohne Beigerung ertheilt hat und zur Beeibigung seiner Erklärung bereit ist (vgl. § 56 Note 7, 11).
- c. Ob eine ber hier gebachten Bersonen als ber Betheiligung ver bacht ig anzusehen sei, barüber hat ber Richter nach Lage bes Falles zu befinden; die Erklarung ber betr. Berson ift nicht maßgebend, ein etwaiges Geständniß ist hier so wenig wie in anderen Strassachen bindend.

 Dies erleidet jedoch hinsichtlich des Redakteurs einer periodischen Druckschift eine Einsichtlung durch die Borschift des S 20 Abs. 2 des Breß-Ges., da nach dieser der Redakteur als Ehäter zu strassen ist, sofern nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird. Hier also ist das richterliche Ermessen auf die Frage beschrankt: ob solche besondere Umstände vorliegen. Ist dies nicht der Fall, so ist der Redakteur Witschuldiger; die Staatsanwaltschaft muß ihn versolgen, und er kann, wenn er gleichwohl (vgl. a. b) als Zeuge vernommen wird, nur uneidlich vernommen werden, wie dies auch die Mot. S. 146 zu § 56 der StBD. hervorheben. Liegen dagegen nach dem Ermessen des Richters besondere Umstände der gedachten Art vor, so kann sich der Redakteur nicht willsürlich der Zeugnispslicht dadurch entziehen, daß er das Vorhandensein solcher Umstände in Abrede stellt oder daß er erklärt, die Berantwortlichkeit übernehmen zu wollen. Bgl. v. Schwarze Presges. S. 161.
- d. Das in § 21 bes Breg: Gef. vorgesehene Fahrlässigteits vergeben ift im Berhalmig ju ber in § 20 gebachten ftrafbaren hanblung (Thäterschaft, Theilnahme) ein selbstftanbiges und bie nach § 21 strafbare Berson baber nicht Mitschulbiger berjenigen, welche nach § 20 strafrechtlich verantwortlich ift.
- 2. Der mehrfach erörterte Fall, wenn eine Berletung ber Pflicht gur Amtsversschwiegenheit stattgefunden hat, das widerrechtlich Mitgetheilte durch die Presse verbreitet worden ift und der schuldige Beamte ermittelt werden soll, steht in keiner Beziehung zu den Berstimmungen des Bretigesetes, da es sich hier um ein der Berössentlichung vorausgegangenes Amtsvergehen, nicht aber um ein Delikt handelt, welches durch den Inhalt einer Druckschrift begründet wird. Daher sindet hier zwischen der Zeugnispsticht des Redakteurs und berjenigen anderer Personen ein Unterschied nicht statt.

1. Die SS 23-29 haben nur bie außergerichtliche, b. h. bie burch bie Staatsanwaltschaft ober bie Bolizei vorläufig angeordnete Beschlagnahme jum Gegenstande. In Betreff ber gerichts lichen, b. h. burch richterlichen Beschluß angeordneten und erft auf Grund bessen ausgeführten Beschlagnahme finden lediglich bie Bestimmungen ber StBD. Buch 1 Abicon. 8 Anwendung, und

Digitized by GOOGI

3) wenn ber Inhalt einer Druckschrift ben Thatbestand einer ber in ben §§. 85, 95, 111, 130 ober 184 bes beutschen Strafgesethuchs mit Strafe bedrohten Handlungen begründet, in ben Fällen ber §§. 111 und 130 jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Aufforderung oder Anreizung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben werbe.

§. 24.

Ueber die Bestätigung ober Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme hat das zuständige Gericht zu entscheiden.

Diese Entscheibung muß von ber Staatsanwaltschaft binnen vierundzwanzig Stunden nach Anordnung der Beschlagnahme beantragt und von dem Gericht binnen vierundzwanzig Stunden nach Empfang des Antrags erlassen werden.

Hat die Polizeibehörde die Beschlagnahme ohne Anordnung der Staatsanwaltsschaft verfügt, so muß sie die Absendung der Berhandlungen an die letztere ohne Berzug und spätestens binnen zwölf Stunden bewirfen. Die Staatsanwaltschaft hat entweder die Wiederaussehung der Beschlagnahme mittelst einer sofort vollstreckbaren Berfügung anzuordnen, oder die gerichtliche Bestätigung binnen zwölf Stunden nach Empfang der Verhandlungen zu beantragen.

Wenn nicht bis zum Ablaufe bes fünften Tages nach Anordnung ber Beschlagnahme ber bestätigende Gerichtsbeschluß ber Behörde, welche bie Beschlagnahme angeordnet hat, zugegangen ist, erlischt die letztere und muß die Freigabe ber einzelnen Stüde erfolgen.

§. 25.

Gegen ben Beschluß bes Gerichts, welcher bie vorläufige Beschlagnahme aufs bebt, findet ein Rechtsmittel nicht statt.

zwar ohne Unterschied, ob biese Maßregel in ber Untersuchung ober in bem Borbereitungsversahren verhängt wird. Bgl. unten § 25 Note 1, § 26, Note 1.

3u § 23.

- 1. Bgl. §§ 11 ff. bes Ges. gegen bie gemeingefährlichen Bestrebungen ber Sozialbemokratie v. 21. Okt. 1878 (RGBl. S. 351).
- 1. Unter bem juftanbigen Gericht ift, ba es sich hier regelmäßig um eine noch nicht anhängige Sache handelt, berjenige Amtörichter zu verstehen, in bessen Bezirk bie Beschlagnahme ftattgefunden hat (StBD. § 98 Abs. 2); vgl. &G. zur StBD. § 5 Rote 6. Sollte bie Staats-anwaltschaft ausnahmsweise in der Lage sein, mit dem Antrage auf Bestätigung der Beschlagsnahme zugleich die Erhebung der öffentlichen Klage zu verdinden, so würde das mit dieser zu bessassend Gericht auch für die Entschlung über die Beschlagnahme zuständig sein.

Au & 25.

1. hat, ohne baß eine vorläufige Beichlagnahme (§ 23) vorausgegangen ist, bie Staatsanwaltschaft bei bem Gericht bie Beichlagnahme beantragt und bas Gericht ben Antrag jurud's
gewiesen, so ift bieser Beschluß mit ber (fristlosen) Beschwerbe ansechtbar (StBD. § 346 Abs. 1).
Benngleich nun ein innerer Grund, ben ebengebachten Fall anders zu behandeln als ben ber
vorläufigen Beschlagnahme, nicht vorhanden ist, so ist doch durch die Einführung der StBD. an
ber Bestimmung des § 25 bes Preß-Ges. nichts geändert (EG. zur StBD. § 5; vgl. dort Rote 5).

2. Ein die vorläufige Beschlagnahme bestätigender Beschluß tann in gleicher Beise wie berjenige, welcher die gerichtliche Beschlagnahme verhängt, mit ber (friftlosen) Beschwerbe anges sochten werben.

§. 26.

Die vom Gericht bestätigte, vorläufige Beschlagnahme ist wieber aufzuheben, wenn nicht binnen zwei Wochen nach ber Bestätigung bie Strafverfolgung in ber Hauptsache eingeleitet worben ist.

§. 27.

Die Beschlagnahme von Druckschriften trifft die Exemplare nur da, wo dergleichen zum Zwecke der Verbreitung sich befinden. Sie kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Betheiligten statt Beschlagnahme des Sates das Ablegen des letzteren zu geschehen.

Bei der Beschlagnahme sind die dieselbe veranlassenden Stellen der Schrift unter Anführung der verletzten Gesetze zu bezeichnen. Trennbare Theile der Drudsschrift (Beilagen einer Zeitung 2c.), welche nichts Strafbares enthalten, sind von der Beschlagnahme auszuschließen.

§. 29.

Bur Entscheidung über die durch die Presse begangenen Uebertretungen sind die Gerichte auch in benjenigen Bundesstaaten ausschließlich zuständig, wo zur Zeit noch beren Aburtheilung den Berwaltungsbehörden zusteht.

Soweit in einzelnen Bundesstaaten eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten unterster Instanz nicht vorgeschrieben ist, sind in den Fällen der ohne richterliche Anordnung erfolgten Beschlagnahme die Akten unmittelbar dem Gericht vorzulegen.

3u § 26.

^{1.} Auch biefer & ift auf bie gerichtliche Beschlagnahme nicht anwendbar. Der Folgerichtigkeit entspricht es allerdings nicht, daß eine solche Beschlagnahme auf unbestimmte Zeit sortbauern kann, obwohl in ber hauptsache die Untersuchung noch nicht eröffnet ist.

^{2.} a. Die Borte: "bie Strafverfolgung in der Hauptsache eingeleitet", haben nach der StPD. eine bestimmte technische Bebeutung nicht. Sie werden aber nicht wohl anders verstanden werden können als dahin, daß die Eröffnung der Untersuchung (der Boruntersuchung oder bes Hauptversahrens) innerhalb der Frist ersolgen muß. Beschließt das mit der erhobenen öffentlichen Klage besaste Gericht zunächst die Bornahme einzelner Beweiserhebungen (StPD. § 200), so muß dasselbe, salls es nicht die Aushebung der Beschlagnahme für angemessen erachtet, diese lettere nunmehr seinerseits selbstständig verhängen; es versteht sich, daß die dem besasten Gericht stells zustehende Besugniß zur Berhängung der gerichtlichen Beschlagnahme dadurch nicht ausgeschlossen wird, daß eine vorläufige Beschlagnahme vorausgegangen ist.

b. Im Falle bes f. g. objektiven Strafverfahrens (StBD. SS 477—479) fteht bie Anberaumung bes Termines zur hauptverhandlung ber Eröffnung ber Untersuchung gleich (vgl. S 477, Note 3, 5).

^{3.} Der Amtörichter, welcher bie vorläufige Beschlagnahme bestätigt, hat bieselbe nach Ablauf ber Frist von Amtöwegen aufzuheben, wenn nicht inzwischen bie erfolgte Eröffnung ber Unterssuchung bezw. die Berhängung ber gerichtlichen Beschlagnahme zu seiner Kenntniß gelangt ist: es ist Sache ber Staatsanwaltschaft, für die rechtzeitige Benachrichtigung Sorge zu tragen. Bgl. StBD. § 126 Note 4. a.

^{4.} Die Aufhebung ber vorläufigen Beschlagnahme ift burch Beschluß ausbrudlich ausgufprechen. Sie sieht einer späteren Berhangung ber gerichtlichen Beschlagnahme nicht entgegen.
Ru § 29.

^{1.} Die Bestimmung bes Abs. 1 ift in Geltung geblieben (GG. jur StBD. § 5 Abs. 1).

VI. Geset über das Bostwesen des Dentschen Reichs. Rom 28. Oktober 1871. (M.G.Bl. S. 347.)

(Auszug.)

§. 32.

Die Bostbehörden und Bostbeamten, welche eine Defraudation entbeden, find befugt, die dabei vorgefundenen Briefe ober anderen Sachen, welche Gegenstand ber Uebertretung find, in Befchlag zu nehmen und fo lange gang ober theilweise zurudzuhalten, bis entweder die defraudirten Boftgefälle, die Geloftrafe und die Rosten gezahlt ober durch Kaution sichergestellt sind.

§. 34.

Wenn eine Bost: ober Borto: Defraudation entbeckt wird, so eröffnet die Ober-Posibirettion oder die mit den Funktionen der Ober-Posibirektion beauftragte Postbehörde mittelft besonderer Berfügung vor Einleitung eines förmlichen Berfahrens bem Angeschuldigten, welche Gelbstrafe für von ihm verwirft zu erachten sei, und ftellt ihm hierbei fret, bas fernere Berfahren und die Ertheilung eines Strafbefcheibes burch Bezahlung ber Strafe und Roften innerhalb einer praklusivischen Frist von zehn Tagen zu vermeiben. Leistet ber Angeschuldigte hierauf die Zahlung ohne Ginrebe, fo gilt bie Berfügung als rechtsfraftiger Strafbescheib; entgegengesetzten Falles erfolgt die Untersuchung und Entscheidung nach Maßgabe der §§. 35. bis 46. **§.** 35.

Die Untersuchung wird summarisch von ben Bostanstalten ober von ben Be-Daber erftredt fich bie Bulaffigteit eines polizeilichen Strafverfahrens (EG. jur StBD. S 6 Rr. 3, StBO. S 453) nicht auf bie burch bie Breffe begangenen Uebertretungen.

2. Abf. 2 ift burch bie Ginführung der StBD. gegenftanbslos geworben.

Bum Gefet vom 28. Oft. 1871.

1. Auch an ben Bestimmungen bieses Gesetes ift burch bie Einführung ber StBD. nichts geanbert (GB. jur StBD. § 5 Abf. 1).

2. Bon ben hier wiebergegebenen Borichriften finbet ber bie Beichlagnahme von Boftfenbungen behandelnde 8 32 Anwendung ohne Rudficht barauf, welche Art bes Berfahrens bemnachst eintritt. — § 34 fieht ein f. g. Submiffionsverfahren vor; vgl. StBD. Buch 6 Abschn. 3 Rote 2, b u. RGer. I. 27. Jan. 81 (Entsch. III. 300). — Die SS 35-46 enblich behanbeln das förmliche Berwaltungs: Strafverfahren und das Recht bes Beschulbigten, auf gerichtliche Entscheidung anzutragen; vgl. GBG. § 13 Note 2-8. Das Rabere über bieses Berfahren f. bei Dambach, Kommentar jum Boft-Gef.

3. Eritt ein gericht liches Strafverfahren ein, fo finben auf baffelbe bie Bestimmungen ber SiBD. Buch 6 Abichn. 3 Anwendung; pgl. bort insbef. Rote 4. Unter ber bort gebachten Berwaltungsbeborbe ift überall bie guftanbige Ober-Boftbireftion bezw. bie mit beren Funftionen beauftragte Boftbeborbe (vgl. § 34 bes Boft: Bef.) ju verfteben.

4. Ueber bie Beschlagnahme von Briefen und Bostsendungen bei anderen als ben hier behanbelten Deliften f. StBD. SS 99-101.

Bu § 35.

- 1. In Betreff ber Källe, in benen bie Erlassung eines Strafbescheibes unterbleibt, vgl. StBD. § 464 Rote 2.
- 2. Die Frift, binnen welcher ber Beschulbigte gegen einen Strafbescheib auf gerichtliche Entscheidung antragen tann, beträgt auch nach Einführung ber StBD. zehn (nicht fieben) Tage ; ugl. EG. jur StBO. § 5 Abf. 1 u. Note 5 baf., StBO. § 459 u. Note 6 baf. Digitized ba GOOGLE

Bome, Strafprozegorbnung. 5. Auflage.

zirksaussichtsbeamten gesührt und barauf im Verwaltungswege von den Ober-Postbirektionen 2c. entschieden. Diese können jedoch, so lange noch kein Strasbescheid
erlassen worden ist, die Verweisung der Sache zum gerichtlichen Versahren verfügen,
und ebenso kann der Angeschuldigte während der Untersuchung dei der Postbehörde,
und binnen zehn Tagen präklusivischer Frist, nach Erössnung des von letzterer abgesahten Strasbescheides, auf rechtliches Gehör antragen. Dieser Antrag ist an die
Postbehörde zu richten. Der Strasbescheid wird alsbann als nicht ergangen angesehen.

Siner ausbrücklichen Anmelbung ber Berufung auf rechtliches Gehör wird es gleich geachtet, wenn ber Angeschuldigte auf die Vorladung ber Posibehörbe nicht erscheint ober die Auslassung vor berselben verweigert.

§. 36.

Bei den Untersuchungen im Verwaltungswege werden die Betheiligten mundlich verhört und ihre Aussagen zu Protokoll genommen.

§. 37.

Die Zustellungen und die Vorladungen geschehen durch die Beamten ober Unterbeamten der Postanstalten, oder auf deren Requisition nach den für gerichtliche Insinuationen bestehenden Vorschriften.

§. 38.

Die Zeugen sind verbunden, den an sie von den Postbehörden ergehenden Borladungen Folge zu leisten. Wer sich bessen weigert, wird dazu auf Requisition der Postbehörden durch das Gericht in gleicher Art, wie bei gerichtlichen Borsladungen, angehalten.

§. 39.

In Sachen, wo die zu verhängende Gelbstrafe den Betrag von fünfzig Thalern übersteigt, muß dem Angeschuldigten auf Berlangen eine Frist von acht Tagen dis vier Wochen zur Einreichung einer schriftlichen Bertheibigung gestattet werden.

§. 40.

Findet die Ober-Positoirektion 2c. die Anwendung einer Strafe nicht begründet, so verfügt sie die Zurücklegung der Akten und benachrichtigt hiervon den Ansgeschuldigten.

§. 41.

Dem Strafbescheibe mussen bie Entscheibungsgrunde beigefügt sein. Auch ist barin ber Angeschuldigte sowohl mit den ihm bagegen zustehenden Rechtsmitteln (§. 42.), als auch mit der Straferhöhung, welche er beim Rückfalle (§. 28.) zu erwarten hat, bekannt zu machen.

Der Strafbescheib ist burch die Postanstalt dem Angeschuldigten entweder zu Protokoll zu publiziren oder in der für die Vorladung vorgeschriebenen Form zu insinuiren.

§. 42.

Der Angeschuldigte tann, wenn er von ber Befugniß zur Berufung auf richter-

Ju § 42. 1. In Betreff bes Retursweges und ber Ausschließung bes gerichtlichen Berfahrens vol. StBD. § 459 Rote 8.

liche Entscheibung keinen Gebrauch machen will, gegen ben Strafbescheib ben Rekurs an die der Ober-Postdirektion 2c. vorgesetzte Behörde ergreifen. Dies muß jedoch binnen zehn Tagen präklusivischer Frist nach der Eröffnung des Strafbescheibes geschehen und schließt fernerhin jedes gerichtliche Versahren aus. Der Rekurs ist durch Anmeldung dei einer Postbehörde gewahrt.

Wenn mit der Anmeldung des Returses nicht zugleich bessen Rechtsertigung verbunden ist, so wird der Angeschuldigte durch die Postanstalt aufgefordert, die Ausführung seiner weiteren Vertheidigung in einem nicht über vier Wochen hinaus anzusehenden Termine zu Protokoll zu geben oder die dahin schriftlich einzureichen.

§. 43.

Die Verhandlungen werden hiernächst zur Absassung des Rekursresolutes an die kompetente Behörde eingesandt. Hat jedoch der Angeschuldigte zur Rechtsertigung des Rekurses neue Thatsachen oder Beweismittel, deren Aufnahme erheblich befunden wird, angesührt, so wird mit der Instruktion nach den für die erste Instanz gegebenen Bestimmungen versahren.

§. 44.

Das Rekursresolut, welchem die Entscheidungsgründe beizufügen sind, wird an die betreffende Postbehörde befördert und nach erfolgter Publikation ober Instituation vollstreckt.

§. 45.

Mit ber Berurtheilung bes Angeschulbigten zu einer Strafe, burch Strafbescheib ober Rekursresolut, ist zugleich bie Berurtheilung besselben in bie baaren Auslagen bes Bersahrens auszusprechen.

Bei ber Untersuchung im Berwaltungswege kommen, außer ben bie baaren Auslagen an Porto, Stempel, Zeugengebühren 2c., keine Kosten zum Ansatz.

Der Angeschulbigte, welcher wegen Posts ober Porto-Defraubation zu einer Strafe gerichtlich verurtheilt wirb, hat auch die durch das Verfahren im Verwalstungswege entstandenen Kosten zu tragen.

§. 46.

Die Vollstreckung ber rechtskräftigen Erkenntnisse geschieht nach ben für die Vollstreckung strafgerichtlicher Erkenntnisse im Allgemeinen bestehenden Vorschriften, die Vollstreckung der Strafbescheibe oder der Resolute aber von der Postbehörde; lettere hat dabei nach benjenigen Vorschriften zu versahren, welche für die Exekution der im Verwaltungswege sestgesetzen Gelbstrafen ertheilt sind.

VII. Seemannsordnung. Bom 27. Dezember 1872. (R.G.Bl. S. 409.) (Auszug.)

§. 101.

In ben Fällen ber §§. 81 Abs. 1, 84, 93, 99 erfolgt bie Untersuchung unb

Bur Ceemannsordung.

Ru & 101.

Digitized by \$400gle

^{1.} Der f orbnet ein Bermaltungs : Strafverfahren an; vgl. BBG. § 13 Rote 2-8. An ben Bestimmungen beifelben ift burch bie Ginführung ber StBD. nichts geanbert (EG. gur

Entscheidung durch das Seemannsamt. Dasselbe hat den Angeschuldigten verantwortlich zu vernehmen und den Thatbestand summarisch festzustellen. Sine Bereidigung von Zeugen sindet nicht statt. Nach Abschluß der Untersuchung ist ein mit Gründen versehener Bescheid zu ertheilen, welcher dem Angeschuldigten im Falle seiner Anwesenheit zu verkünden, im Falle seiner Abwesenheit in Ausfertigung zuzustellen ist. Wird eine Strafe sestgesetzt, so ist die Dauer der für den Fall des Unverwögens an Stelle der Geldstrafe tretenden Haft zu bestimmen.

Gegen ben Bescheib kann ber Beschuldigte innerhalb einer zehntägigen Frist von ber Verkündigung ober ber Zustellung ab auf gerichtliche Entscheidung antragen. Der Antrag ist bei dem Seemannsamt zu Protokoll oder schriftlich anzubringen.

Hat bas Seemannsamt seinen Sit im Auslande, so ist für das weitere Berschren bassenige Gericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Heimathshafen und in Ermangelung eines solchen berjenige beutsche Hafen belegen ist, welchen das Schiff nach der Straffestsetzung zuerst erreicht.

Der Bescheib bes Seemannsamtes ift in Betreff ber Beitreibung ber Gelbsftrafe vorläufig vollstreckbar.

§. 102.

Begeht ein Schiffsmann, mährend das Schiff sich auf ber See ober im Auslande befindet, ein Bergehen oder Berbrechen, so hat der Schiffer unter Zuziehung von Schiffsoffizieren und anderen glaubhaften Personen alles dasjenige genau aufzuzeichnen, was auf den Beweis der That und auf deren Bestrafung Sinfluß haben kann. Insbesondere ist in den Fällen der Tödtung oder schweren Körperverletzung die Beschaffenheit der Bunden genau zu beschreiben, auch zu verwerken, wie lange der Verletzte etwa noch gelebt hat, ob und welche Heilmittel angewendet sind und welche Nahrung der Verletzte zu sich genommen hat.

§. 103.

Der Schiffer ist ermächtigt, jeberzeit die Effekten ber Schiffsleute, welche ber Betheiligung an einer strafbaren Handlung verbächtig sind, zu burchsuchen.

Der Schiffer ist ferner ermächtigt, benjenigen Schiffsmann, ber sich einer mit schwerer Strafe bebrohten Handlung (§. 57 Ziffer 3) schulbig macht, festzunehmen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn bas Entweichen bes Thäters zu beforgen steht.

Der Thäter ift unter Mittheilung ber aufgenommenen Berhandlungen an basjenige Seemannsamt, bei welchem es zuerst geschehen tann, abzuliefern. Benn im

StPD. § 5 Abs. 1). Insbes. beträgt die Frift, binnen welcher ber Beschuldigte auf gerichtliche Entscheidung antragen kann, auch künftig zehn (nicht, wie nach § 453 ber StPD., sieben) Tage; vol. Prot. S. 767. — Auf bas nach Andringung des Antrages folgende weitere Berfahren sinden, mit ber in Abs. 4 des § 101 bestimmten Modisstation, die §§ 455—458 der StPD. entsprechende Anwendung (EG. § 5 Abs. 2; vol. dort Note 8). Sonach ist das Seemannsamt auch besugt, den Bescheid zurückzunehmen (StPD. § 454 Abs. 2).

^{2.} Bu Ubs. 3 vgl. StBD. § 9, § 10 u. Note 6 bas.

³u §§ 102. 103.

l. Durch biefe SS find bie bezüglichen Bestimmungen bes preuß. Ges. v. 31. Marz 1841, betr. bie Aufrechthaltung ber Mannszucht auf ben Seeschiffen (GS. S. 64), erfest.

Auslande das Seemannsamt aus besonderen Gründen die Uebernahme ablehnt, so hat der Schiffer die Ablieferung bei demjenigen Seemannsamt zu bewirken, bei welchem es anderweit zuerst geschehen kann.

In bringenben Fällen ist ber Schiffer, wenn im Auslande ein Seemannsamt nicht rechtzeitig angegangen werben kann, ermächtigt, ben Thäter ber fremben Behörbe behufs bessen Uebermittelung an die zuständige Behörde des heimathshafens zu übergeben. hiervon hat er bei demjenigen Seemannsamt, bei welchem es zuerst geschehen kann, Anzeige zu machen.

VIII. Gefeth, betr. die Berpflichtung deutscher Rauffahrteischiffe zur Mitnahme hülfsbedürftiger Seelente. Bom 27. Dezember 1872. (R.G.Bl. S. 432.)

(Auszug.)

§. 8

Wer sich der Erfüllung einer ihm nach §. I obliegenden Verpslichtung entzieht, wird mit Gelbstrafe bis zu fünfzig Thalern oder mit Haft bestraft. Für die Festsehung der Strafe und für das weitere Versahren kommen die im §. 101 ber Seemannsordnung enthaltenen Vorschriften zur Anwendung.

IX. (Preußisches) Geset über den Belagerungszustand. Bom 4. Juni 1851. (Preuß. G.S. S. 451.)

(Auszug.)

§. 10.

Wirb unter Suspension bes Artikels 7. ber Verfassungs-Urkunde zur Ansordnung von Kriegsgerichten geschritten, so gehört vor dieselben die Untersuchung und Aburtheilung der Verbrechen des Hochverraths, des Landesverraths, des Mordes, des Aufruhrs, der thätlichen Widersetung, der Zerstörung von Sisenbahnen und Telegraphen, der Befreiung von Gefangenen, der Meuterei, des Kaubes, der Plünderung, der Erpressung, der Verleitung der Soldaten zur Untreue, und der in den §§. 8. und 9. mit Strase bedrohten Verbrechen und Vergehen, insofern alle genannten Verbrechen und Vergehen nach der Erklärung und Vefanntmachung des Belagerungszustandes begangen oder fortgesetzte Verbrechen sind.

Als Hochverrath und Landesverrath find, bis zur rechtlichen Geltung eines Strafgesehbuchs für die ganze Monarchie, in dem Bezirke des Rheinischen Appellationshofes zu Köln die Verbrechen und Vergehen wider die innere und äußere Sicherheit des Staats (Artikel 75. dis 108. des Rheinischen Strafgesehbuchs) anzusehen.

Ift die Suspension des Art. 7. der Berfassungs-Urfunde nicht vom Staatsministerium erklärt, so bleibt in Friedenszeiten dei den von dem Kriegsgerichte eingeleiteten Untersuchungen die Bollstreckung des Urtheils ausgesetzt, dis die Suspension vom Staatsministerium genehmigt ist.

³um Gefeg vom 4. Juni 1851.

^{1.} Dieses preußische Geset gilt zufolge Art. 68 ber Reichsverfassung einstweilen als Reichsgesetz. Das Nähere hierüber s. zum GBG. § 16 Note 4.

§. 11.

Die Kriegsgerichte bestehen aus fünf Mitgliedern, unter benen zwei von bem Borstande des Civilgerichtes des Ortes zu bezeichnende richterliche Civilbeamte, und brei von dem Militairbesehlshaber, welcher am Orte den Befehl führt, zu ernennende Offiziere sein mussen. Die Offiziere sollen mindestens Hauptmannsrang haben; sehlt es an Offizieren dieses höheren Ranges, so ist die Zahl aus Offizieren des nächsten Grades zu ergängen.

Sofern in einer vom Feinde eingeschlossenen Festung die erforderliche Zahl von richterlichen Civilbeamten nicht vorhanden ist, soll dieselbe von dem kommanbirenden Militairbefehlshaber aus den Mitgliedern der Gemeindevertretung ergänzt werden. Ist kein richterlicher Civilbeamte in der Festung vorhanden, so ist stets ein Auditeur Civilmitglied des Kriegsgerichts.

Die Zahl ber Kriegsgerichte richtet sich, wenn eine ganze Provinz ober ein Theil berselben in Belagerungszustand erklärt ist, nach bem Bebürfniß, und ben Gerichtssprengel eines jeben bieser Gerichte bestimmt in berartigen Fällen ber kommandirende General.

§. 12.

Den Vorsit in ben Situngen ber Kriegsgerichte führt ein richterlicher Beamte. Von dem Vorsitzenden werden, bevor das Gericht seine Geschäfte beginnt, die zu Mitgliedern besselchen bestimmten Offiziere und eintretenden Falls diejenigen Civilmitglieder, welche dem Richterstande nicht angehören, dahin vereidigt,

baß sie bie Obliegenheiten bes ihnen übertragenen Richteramtes mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit, ben Gesetzen gemäß, erfüllen wollen.

Der Militairbesehlshaber, welcher die dem Offizierstande angehörigen Mitglieder des Kriegsgerichts ernennt, beauftragt als Berichterstatter einen Auditeur, oder in bessen Ermangelung einen Offizier. Dem Berichterstatter liegt ob, über die Anwendung und Handhabung des Gesetzes zu wachen, und durch Anträge die Ermittelung der Wahrheit zu fördern. Stimmrecht hat derselbe nicht.

Als Gerichtsschreiber wird zur Führung bes Prototolls ein von bem Borfigenben bes Rriegsgerichts zu bezeichnender und von ihm zu vereibigender Beamter
ber Civilverwaltung zugezogen.

§. 13.

Für bas Berfahren vor ben Kriegsgerichten gelten folgende Bestimmungen:

- 1) Das Berfahren ist münblich und öffentlich; die Deffentlichkeit kann vom Kriegsgerichte durch einen öffentlich zu verkündigenden Beschluß ausgeschlossen werden, wenn es dies aus Gründen des öffentlichen Wohls für angemessen erachtet.
- 2) Der Beschuldigte kann sich eines Vertheibigers bebienen. Bählt er keinen Vertheidiger, so muß ihm ein solcher von Amtswegen von dem Borsitzenden des Gerichts bestellt werden, insosern es sich um solche Verbrechen oder Vergeben handelt, bei welchen nach dem allgemeinen Strafrecht eine höhere Strafe als Gefängniß bis zu Einem Jahre, eintritt.

3) Der Berichterstatter trägt in Anwesenheit bes Beschulbigten bie bemselben zur Laft gelegte Thatsache vor.

Der Beschulbigte wird aufgeforbert, sich barüber zu erklaren, bemnächft wird zur Erhebung ber anberweiten Beweismittel geschritten.

Sodann wird bem Berichterstatter zur Aeußerung über die Resultate der Bernehmungen und die Anwendung des Gesetzes, und zuletzt dem Beschulbigten und seinem Bertheibiger das Wort gestattet.

Das Urtheil wird bei sofortiger nicht öffentlicher Berathung bes Gerichts nach Stimmenmehrheit gefaßt und unmittelbar barauf bem Beschulbigten verstündigt.

4) Das Gericht erkennt auf die gesetzliche Strafe, ober auf Freisprechung, ober Verweisung an den ordentlichen Richter.

Der Freigesprochene wird sofort ber Haft entlassen. Die Verweisung an ben orbentlichen Richter findet statt, wenn das Kriegsgericht sich für nicht kompetent erachtet; es erläßt in diesem Falle über die Fortbauer ober Aufshebung der Haft im Urtheile zugleich besondere Verfügung.

- 5) Das Urtheil, welches ben Tag ber Verhandlung, die Namen der Richter, die summarische Erklärung des Beschuldigten über die ihm vorgehaltene Beschuldigung, die Erwähnung der Beweisaufnahme und die Entscheidung über die Thatfrage und den Rechtspunkt, sowie das Geset, auf welches das Urtheil begründet ist, enthalten muß, wird von den sämmtlichen Richtern und dem Gerichtsschreiber unterzeichnet.
- 6) Segen die Urtheile der Kriegsgerichte findet kein Rechtsmittel statt. Die auf Todesstrafe lautenden Erkenntnisse unterliegen jedoch der Bestätigung des im §. 7. bezeichneten Militairbesehlshabers, und zwar in Friedenszeiten der Bestätigung des kommandirenden Generals der Provinz.
- 7) Alle Strafen, mit Ausnahme ber Todesstrafe, werben binnen 24 Stunden nach ber Verkündigung des Erkenntnisses, Todesstrafen binnen gleicher Frist, nach Bekanntmachung der erfolgten Bestätigung an den Angeschuldigten zum Vollzug gebracht.
- 8) Die Tobesstrafe wird durch Erschießen vollstreckt. Sind Erkenntnisse, welche auf Todesstrafe lauten, bei Aushebung des Belagerungszustandes noch nicht vollzogen, so wird diese Strafe von den ordentlichen Gerichten in diesenige Strafe umgewandelt, welche, abgesehen von dem Belagerungszustande, die gesehliche Folge der von dem Kriegsgerichte als erwiesen angenommenen That gewesen sein würde.

§. 14.

Die Wirksamkeit ber Kriegsgerichte hört mit ber Beenbigung bes Belagerungs= zustandes auf.

§. 15.

Nach aufgehobenem Belagerungszustande werden alle vom Kriegsgerichte erlaffenen Urtheile sammt Belagstücken und dazu gehörenden Verhandlungen, sowie die noch schwebenden Untersuchungssachen an die ordentlichen Gerichte abgegeben;

biese haben in ben von bem Kriegsgerichte noch nicht abgeurtelten Sachen nach ben orbentlichen Strafgesehen, und nur in ben Fällen bes §. 9. nach ben in biesem getroffenen Strafbestimmungen zu erkennen.

X. Sefet über die Roufulargerichtsbarkeit. Bom 10. Juli 1879. (R.G.Bl. S. 197.)

(Auszug.)

I. Allgemeine Beftimmungen.

§. 5.

Die Konsulargerichtsbarkeit wird durch den Konsul (§. 2 des Gesets, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate, vom 8. November 1867 — Bundess-Gesehl. S. 137 —) und durch das Konsulargericht ausgeübt.

Der Konful ift zur Ausübung ber Gerichtsbarkeit befugt, wenn er bazu von bem Reichskanzler ermächtigt ift.

Der Reichstanzler tann neben, bem Konful, sowie an Stelle besselben einem anberen Beamten die Befugnisse bes Konsuls bei Ausübung ber Gerichtsbarkeit übertragen.

§. 6.

Das Konfulargericht besteht aus bem Konsul als Borsigenben und zwei Beissigern, insoweit bieses Geset nicht die Zuziehung von vier Beisigern vorschreibt. Den Beisigern steht ein unbeschränktes Stimmrecht zu.

§. 7.

Der Konful ernennt für die Dauer eines jeden Jahres aus den achtbaren Gerichtseingeseffenen oder in Ermangelung solcher aus sonstigen achtbaren Sinwohnern seines Bezirks vier Beisitzer und mindestens zwei Stellvertreter.

§. 8.

Die Beeibigung ber Beisiter erfolgt bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Situng. Sie gilt für die Dauer des Geschäftsjahres. Der Borsitende richtet an die zu Beeibigenden die Worte: "Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Beisitzers des beutschen Konsulargerichts getreulich zu erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben."

Die Beisitzer leisten ben Sib, indem Jeder einzeln, unter Erhebung der rechten Hand, die Worte spricht: "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helse." Ist ein Beisitzer Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch ge-wisser Betheuerungsformeln an Stelle des Sides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Betheuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Sides-leistung gleich geachtet. Ueber die Beeibigung wird ein Protokoll aufgenommen.

§. 9.

Ist die Zuziehung von vier Beisitzern in ben Fällen, in welchen sie burch

3um Gefet vom 10. Juli 1879.
1. Bgl. Gef., betr. bie Rechtsverhaltniffe ber beutschen Schutgebiete, v. 17. April 1886 (RGBI. S. 75).

biefes Gefet vorgeschrieben ift, nicht ausführbar, so genügt bie Zuziehung von zwei Beifitern.

Ift in burgerlichen Rechtsftreitigkeiten bie Zuziehung von zwei Beifigern nicht ausführbar, fo tritt an bie Stellesbes Konsulargerichts ber Konsul.

Die Gründe, aus welchen die Zuziehung von Beisitzern nicht ausführbar war, muffen in dem Sitzungsprotokoll bemerkt werden.

§. 10.

Der Konsul hat die Personen zu bestimmen, welche die Verrichtungen der Gerichtsschreiber und der Gerichtsvollzieher (Zustellungs: und Vollstreckungsbeamten) auszuüben haben. Sofern diese Personen nicht bereits den Diensteid als Konsulatsbeamte abgelegt haben, sind sie vor ihrem Amtsantritte auf die Erfüllung der Obliegenheiten des ihnen übertragenen Amtes eidlich zu verpslichten.

Das Berzeichniß ber Gerichtsvollzieher ist in ber für konsularische Bekanntsmachungen ortsüblichen Beise, jedenfalls durch Anheftung an die Gerichtstafel bekannt zu machen.

§. 11.

Der Konsul hat die Personen, welche zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft zuzulassen sind, zu bestimmen. Die Zulassung ist widerrustich.

Gegen die Berfügung des Konfuls, burch welche der Antrag einer Person auf Zulassung zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft abgelehnt ober die Zulassung zurückgenommen wird, sindet Beschwerde an den Reichskanzler statt.

Das Berzeichniß ber zur Ausübung ber Rechtsanwaltschaft zugelassenen Personen ist in ber für konsularische Bekanntmachungen ortsüblichen Beise, jedenfalls burch Anheftung an die Gerichtstafel bekannt zu machen.

§. 12 Abs. 1.

Soweit bieses Gesetz nicht abweichenbe Borschriften enthält, ist für die burch bas Gerichtsverfassungsgesetz und die Konkursordnung den Amtsgerichten zugewiesenen Sachen der Konsul, für die den Schöffengerichten, sowie für die den Landgerichten in erster Instanz zugewiesenen Sachen das Konsulargericht zuständig.

§. 13.

Die Vorschriften ber Titel 13 bis 16 bes Gerichtsversassungsgesetzes finden auf die Ausübung ber streitigen Gerichtsbarkeit mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die im §. 183 vorgesehene Frist zweis Wochen beträgt.

III. Berfahren in Straffachen.

§. 21.

Auf Straffachen finden die Borschriften ber Strafprozesordnung und bes Ginführungsgesess zu berselben nach Maßgabe ber folgenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

§. 22.

Der Konsul übt die Verrichtungen des Amtsrichters und des Vorsitzenden der Strafkammer aus.

§. 23.

Auf die Buziehung ber Beisither findet die Vorschrift des §. 30 des Gerichtsverfassungsgesetes entsprechende Anwendung.

§. 24

Gine Mitwirfung ber Staatsanwaltschaft findet nicht ftatt.

Die Zustellungen, die Bollstreckung von Beschlüssen und Berfügungen sowie die Strasvollstreckung werden durch den Konsul veranlaßt.

§. 25.

Soweit nach ber Strafprozesordnung die Staatsanwaltschaft wegen einer gerichtlich strasbaren und verfolgbaren Handlung einzuschreiten hat, ist der Konsul hierzu von Amtswegen verpflichtet. Er hat insbesondere die der Staatsanwaltschaft im vorbereitenden Verfahren obliegenden Ermittelungen anzustellen.

§. 26.

Gine Boruntersuchung finbet nicht ftatt.

Die Bestimmungen bes §. 126 ber Strafprozefordnung bleiben außer Amwendung.

Die Beeibigung eines Zeugen im vorbereitenben Berfahren ift auch aus ben im §. 65 Absat 2 ber Strafprozegordnung bezeichneten Gründen zulässig.

§. 27.

An die Stelle der öffentlichen Rlage tritt in den Fällen, in welchen nicht sofort das Hauptverfahren eröffnet wird, die Verfügung des Konsuls über die Sinleitung des Strafverfahrens gegen den Beschuldigten. Diese Verfügung hat die
dem Angeschuldigten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesetlichen
Merkmale und des anzuwendenden Strafgesehs zu bezeichnen.

Der Beschluß, burch welchen bas Hauptverfahren eröffnet wird, hat auch bie Beweismittel anzugeben.

§. 28.

In der Hauptverhandlung sind vier Beisiger zuzuziehen, wenn der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ein Verbrechen oder ein Vergehen zum Gegenstande hat, welches weder zur Zuständigkeit der Schöffengerichte, noch zu den in den §§. 74, 75 des Gerichtsversassungsgesehes bezeichneten Handlungen gehört.

§. 29.

Den Umfang ber Beweisaufnahme bestimmt bas Gericht, ohne hierbei burd Anträge, Berzichte ober frühere Beschlüffe gebunden zu sein.

§. 30.

In das Protokoll über die Hauptverhandlung find die wesentlichen Ergebnisse ber Bernehmungen aufzunehmen.

§. 31.

Ist die strafbare Handlung ein zur Zuständigkeit des Reichsgerichts oder der Schwurgerichte gehöriges Verbrechen, so hat der Konsul die zur Strasversolgung erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen, sowie die Untersuchungshandlungen, in Ansehung deren Gefahr im Verzug obwaltet oder die Voraussehungen des §. 65 Absah 2 der Strasprozesordnung vorliegen, vorzunehmen und demnächst die Atten

ber Staatsanwaltschaft bei bem zuständigen Gerichte des Inlands, im Falle des §. 9 Absat 1 Sat 2 ber Strafprozesordnung dem Ober-Reichsanwalt zu übersenden.

§. 32.

In ben Fällen ber §§. 45, 449 ber Strafprozesordnung beträgt bie Frist zwei Wochen.

§. 33.

Gegen die in Straffachen wegen Uebertretungen erlaffenen Entscheidungen find Rechtsmittel nicht zuläsige.

§. 34.

In anderen Straffachen findet gegen die Urtheile des Konsulargerichts das Rechtsmittel der Berufung statt.

§. 35.

Ueber Beschwerben gegen Entscheibungen bes Konsuls entscheibet bas Konsulargericht. Die Bestimmung bes §. 23 Absah 1 ber Strasprozesorbnung sindet hierbei keine Anwendung.

In ben Fällen bes §. 353 ber Strafprozeforbnung ift ber Ronful jur Abänderung seiner burch Beschwerbe angesochtenen Entscheidung befugt.

§. 36.

Zur Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Beschwerde gegen die Entscheidungen des Konsulargerichts sowie über das Rechtsmittel der Berufung ist das Reichsgericht zuständig.

Gegen die Entscheidungen bes Reichsgerichts findet ein weiteres Rechtsmittel nicht ftatt.

§. 37.

In ben Fällen ber §§. 353, 355, 358, 360 ber Strafprozesorbnung beträgt bie Frist zwei Wochen.

§. 38.

Die Frist zur Ansechtung einer Entscheidung beginnt für den Nebenkläger im Falle bes §. 439 der Strafprozesordnung mit der Bekanntmachung der Entscheidung an den Beschulbigten.

§. 39.

Der Konsul kann Zeugen und Sachverständige, welche zur Rechtfertigung ber Berufung benannt sind, vernehmen und beeidigen, wenn die Voraussehungen des §. 65 Absat 2 der Strafprozesordnung vorliegen. Die Protokolle über diese Vernehmungen sind demnächst dem Ober-Reichsanwalt zu übersenden. Die Vorschriften der §§. 223, 250 Absat 2 der Strafprozesordnung sinden entsprechende Anwendung.

§. 40.

Der Angeklagte kann in der Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht erscheinen oder sich durch einen mit schriftlicher Bollmacht versehenen Vertheibiger vertreten lassen.

Der nicht auf freiem Fuße befindliche Angeklagte hat keinen Anspruch auf Anwesenheit.

Insoweit ber Angeklagte die Berufung eingelegt hat, ist über dieselbe auch

bann zu verhandeln, wenn weber ber Angeklagte noch ein Bertreter besselben erfchienen ift.

Im Uebrigen finden die im britten Abschnitt des britten Buchs der Strafprozesordnung gegebenen Vorschriften Anwendung.

§. 41.

Die Wieberaufnahme eines burch rechtsfräftiges Urtheil geschlossenen Berfahrens tann von Amtswegen erfolgen.

§. 42.

In Straffachen, in welchen ber Konsul ober das Konsulargericht in erfter Instanz erkannt hat, sieht das Begnabigungsrecht dem Kaiser zu.

V. Schlugbeftimmungen.

§. 44.

In ben Rechtssachen, auf welche die Civilprozesordnung, die Strafprozessordnung oder die Konkursordnung Anwendung findet, gelten das Gerichtskoskengeset und die Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher, für Zeugen und Sachverständige, sowie für Rechtsanwälte. In den Angelegenheiten, welche zu der streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, sind in Betreff des Gebührenwesens, soweit reichsgesetzliche Vorschriften nicht bestehen, die Bestimmungen der in den im §. 3 Absat 1 bezeichneten preußischen Landestheilen geltenden Landesgesetz maßgebend.

Soweit die Gebühren der Rechtsanwälte burch Ortsgebrauch geregelt find, kommt biefer gunächst zur Anwendung.

§. 45.

Die Ginrudung einer öffentlichen Bekanntmachung in ben Reichs-Anzeiger ift nicht erforberlich.

§. 46.

Gelbstrafen fließen zur Reichstaffe.

§. 48.

Diese Geset tritt für alle Konsulargerichtsbezirke gleichzeitig mit dem Gerichtsversassungsgesetz in Kraft. Mit demselben Zeitpunkte werden die Bestimmungen der §§. 22 bis 24 des Konsulargesetzes vom 8. November 1867 (Bundes-Gesetzll. S. 137) und die Zusatzleitimmung des §. 3 des Gesetzes vom 22. April 1871 (Bundes-Gesetzll. S. 87) aufgehoben.

§. 49.

Die Militärgerichtsbarkeit wird durch dieses Geset nicht berührt.

XI. Gerichtskoftengesetz. Vom 18. Juni 1878. (RGBl. S. 141.)
(Auszug.)

Bum Gerichtstoftengefet vom 18. Juni 1878.

^{1.} Das Gerichtstostengeset ift, ebenso wie bie verschiebenen Gebührenordnungen (vgl. Rote 2 zu § 1 bes &G. d. GBG.), bereits Gegenstand besonderer Bearbeitung geworden; vgl. insbeschafferoth, Das beutsche Gerichtstostenwesen, 3. Aust. hier find nur diejenigen Bestimmungen bes Gesets aufgenommen, welche entweber für das Bersahren selbst eine Bedeutung haben ober die Kostentragungspflicht berühren.

^{2.} Bgl. StPD. Buch 7 Abschn. 2 u. bie Noten bas.

Erfter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 3.

In einem weiteren Umfange, als die Prozesordnungen und dieses Gesetz es gestatten, darf die Thätigkeit der Gerichte von der Sicherstellung oder Zahlung ber Gebühren oder Auslagen nicht abhängig gemacht werden.

§. 4.

Ueber Erinnerungen des Zahlungspflichtigen oder der Staatskasse gegen den Ansatz von Gebühren oder Auslagen entscheidet das Gericht der Instanz gebührensfrei. Die Entscheidung kann von dem Gerichte, welches dieselbe getroffen hat, sowie von dem Gerichte der höheren Instanz von Amtswegen geändert werden.

Gegen die Entscheidung findet Beschwerbe nach Maßgabe ber §§. 531 bis 538 ber Civilprozeßordnung, in Strafsachen nach Maßgabe ber §§. 346 bis 352 ber Strafprozeßordnung statt.

Die Sinlegung von Erinnerungen ober Beschwerben kann burch Erklärung zum Protokolle bes Gerichtsschreibers ober schriftlich ohne Mitwirkung eines Anwalts erfolgen.

§. 5.

Eine Nachforberung von Gerichtstosten wegen irrigen Ansates ist nur zulässig, wenn ber berichtigte Ansat vor Ablauf bes nächsten Kalenderjahres nach rechtse träftiger ober endgültiger Erlebigung bes Verfahrens bem Zahlungspflichtigen ersöffnet ist.

· §. 6.

Die Gerichte find befugt, Gebühren, welche burch eine unrichtige Behandlung ber Sache ohne Schuld ber Betheiligten entstanden find, niederzuschlagen, und für abweisende Bescheibe, wenn der Antrag auf nicht anzurechnender Unkenntniß der Berhältnisse ober auf Unwissenheit beruht, Gebührenfreiheit zu gewähren.

Cedster Abidnitt.

Roftenvorschuß und Roftenzahlung.

§. 83.

In Strassachen ist von bem Privatkläger ober bemjenigen, welcher als Privatkläger eine Berufung ober Revision einlegt ober eine Bieberaufnahme bes Berfahrens beantragt, sowie von bem Nebenkläger, welcher eine Berufung ober Revision einlegt, ein Gebührenvorschuß von 10 Mark für die Instanz zu zahlen.

Im Falle bes §. 75 beträgt ber Vorschuß 5 Mark.

3u § 3.

^{1.} Bon einer Sicherstellung ber Gebühren zc. barf bie Thätigkeit ber Gerichte nur im Falle bes § 174 ber StPD., von einer Borfcußzahlung nur in ben Fällen bes § 84 Abs. 3, § 85 Abs. 5, § 95 Abs. 2 bes Gerichtskosten=Ges. abhängig gemacht werden (vgl. § 84 Rote 2). In allen übrigen Fällen ist, wie hieraus folgt, die Uneinziehbarkeit eines Borschusses auf ben Besginn und ben Fortgang bes Bersahrens ohne Ginfluß.

³u §§ 83-85.
1. In § 83 wird ber Gebahrenvorfchuß, in § 84 ber Auslagenvorschuß, in § 85 ber

§. 84.

Außer bem Gebührenvorschuß (§§. 81 bis 83) ift bei jebem Antrag auf Bornahme einer Hanblung, mit welcher baare Auslagen verbunden find, ein zur Deckung berselben hinreichenber Borschuß von bem Antragsteller zu zahlen.

Diese Vorschußpflicht besteht in Straffachen nur in bem Verfahren auf erhobene Privatklage und für ben Rebenkläger, welcher sich eines Rechtsmittels bebient.

Die Labung und Vernehmung von Zeugen ober Sachverständigen auf Antrag bes Privatklägers ober bes Rebenklägers kann von der vorgängigen Zahlung eines zur Deckung der erwachsenden Auslagen hinreichenden Borschuffes abhängig gemacht werden.

§. 85.

Ausländer, welche als Kläger auftreten, haben das Dreifache des im §. 81 bestimmten Betrags als Vorschuß zu zahlen.

Diese Verpflichtung tritt nicht ein:

1. wenn nach den Gesetzen des Staates, welchem der Kläger angehört, ein Deutscher in gleichem Falle zu einer besonderen Borauszahlung oder zu einer Sicherstellung der Gerichtskoften nicht verpslichtet ist;

Borfcus, welchen Auslanber zu entrichten haben, behandelt. In Betreff bes letteren vgl. StBD. § 419 Rote 1 u. 2. a.

2. Die Bewilligung bes Armenrechts befreit in allen Fallen von ber Berpflichtung jur Borfchufgablung. In Betreff bes Privatflagers vgl. StBD. § 419 Rote 3. In Betreff bes Rebentlagers folgt bie Befreiung aus § 437 Abf. 1. Bgl. unten § 84 Rote 2.

3u § 84.

- 1. Bu ben in Abs. 1 gebachten handlungen gehört, außer ber Labung von Zeugen und Sachverftändigen, 3. B. bie Einnahme eines Augenscheines an Ort und Stelle, bie Uebersehung einer in einer fremben Sprache abgesaßten Urtunde. Bon ber Zahlung bes Borfchusses abhangig gemacht werben tann jedoch nur die Labung von Zeugen ober Sachverftandigen (Abs. 3).
- 2. Im Berfahren auf erhobene Privatklage besteht die Borschukpsticht allgemein, b. h. auch für den Angeklagten. Es folgt dies aus dem Wortlaut des Abs. 2, verglichen mit dem des Abs. 3 und des § 83, insosern in den beiden letteren Borschriften der Privatkläger ausdrücklich genannt ist. Der § 96, (aus welchem in den früheren Aust. dieses Komm. die entgegengesetzte Ansicht hergeleitet wurde), besagt nur, daß der Beschuldigte der durch das Urtheil seingegengteten Rostentragungspslicht erft nach Eintritt der Rechtskraft des Urtheils zu genügen braucht; zu der Vorschuspslicht dagegen steht der § in keiner Beziehung. A. W. Pfasserd, S. 159. Die Tragweite der Borschuspslicht aber ist auf Seiten des Privatklägers eine wesentlich andere als auf Seiten des Angeklagten, da nach Abs. 3 die Bersügung auf die Anträge des letteren von der Zahlung des Borschussenicht abhängig gemacht werden darf.
- 3. a. Die Borschrift bes Abs. 3 kann im Privatklageversahren erst bann zur Anwenbung kommen, wenn bie von Amtswegen zu treffende Berfügung bes Borsitenden: welche Zeugen z. zu laben seien (§ 426 u. Rote 1 bas.), ergangen ist und hierauf vom Privatkläger noch weitere Anträge auf Ladungen gestellt werben. Wäre es statthaft, von vornherein die Ladung aller Belaftungszeugen von der Zahlung eines Borschusseig zu machen, so ware damit thatsächlich der Fortgang des ganzen Verfahrens von dieser Zahlung abhängig gemacht, was dem Grundssah bes § 3 widerstreiten würde. A. M. Psasseigeroth S. 159.
- b. Die Mot. bemerten in Betreff ber Borfchrift bes Abs. 3: "Sie erscheint nach ben gemachten Bahrnehmungen nothwendig, um ber Staatstaffe gegen Manover, welche auf Gewinn von Gebühren gerichtet find, Schut zu verschaffen."

- 2. 2c.;
- 3. bei Widerklagen;
- 4. 2c.;
- 5. 2c.;
- 6. wenn bem Kläger bas Armenrecht bewilligt ift.

Die Verpflichtung besteht auch bann, wenn im Laufe bes Rechtsftreits ber Rlager bie Eigenschaften eines Deutschen verliert, ober bie Boraussetzuna, unter welcher ber Ausländer von der Verpflichtung befreit mar, wegfällt.

Unter ben gleichen Boraussetzungen haben Ausländer in den Fällen bes §. 83 Abf. 1 einen Gebührenvorschuß von 30 Mart zu gablen.

Bor Rahlung bes von einem Ausländer nach ben vorstehenden Bestimmungen ober ben Bestimmungen ber S. 83 Abs. 2, S. 84 gu gablenden Borschusses ift bie Bornahme jeder gerichtlichen Sandlung abzulehnen, sofern nicht glaubhaft gemacht wird, daß die Verzögerung dem Ausländer einen nicht zu ersependen Nachtheil bringen würde.

§. 86.

Schuldner ber entstandenen Gebühren und Auslagen ist berjenige, welchem burch gerichtliche Entscheidung bie Roften bes Berfahrens auferlegt find, ober welcher biefelben burch eine vor bem Gericht abgegebene ober bemfelben mitgetheilte Erflarung übernommen bat.

Schulbner ber Schreibgebühr für Ausfertigungen und Abschriften, welche nicht von Amtswegen ju ertheilen find, ift ber Antragsteller.

§. 87.

Die burch gerichtliche Entscheidung begründete Verpflichtung zur Zahlung ber Bebühren und Auslagen (§. 86) erlifcht, insoweit eine Aufhebung ober Abanderung ber Entscheidung erfolgt.

Die Burudzahlung bereits bezahlter Beträge findet, soweit ber Gebuhrenansat bestehen bleibt, nicht ftatt.

§. 88.

Sind die entstandenen Gebühren und Auslagen von der einen oder der anderen Partei burch Uebereinkunft beiber Parteien übernommen (§. 86), so haftet jebe Bartei wenigstens für die Hälfte berselben.

Diese Haftbarkeit kann erst geltend gemacht werben, wenn eine Zwangsvollftredung in das bewegliche Bermögen der nach §. 86 zahlungspflichtigen Partei erfolglos geblieben ift.

§. 89.

In Ermangelung eines anderen Schuldners &. (86) ift berjenige, welcher bas Berfahren ber Instanz beantragt hat, Schulbner ber entstandenen Gebühren und Auslagen. Soweit es fich jeboch um Auslagen handelt, für welche ber Gegner in Gemäßheit bes &. 84 Boricus zu leisten verpflichtet mar, find biefe Auslagen vom Gegner zu erheben.

§. 90.

Die Verpflichtung zur Zahlung ber vorzuschießenden Beträge (§§. 81 bis 85)

bleibt bestehen, wenn auch die Kosten des Verfahrens einem Anderen auferlegt ober von einem Anderen übernommen sind.

§. 92.

Durch die Bestimmungen der §§. 81 bis 91 wird eine nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts oder den Vorschriften der Civilprozesordnung §. 697, der Konkursordnung §§. 50 bis 53, 130, oder der Strafprozesordnung §. 498 Abs. 2, §. 503 Abs. 4, §. 504 begründete Verpstichtung zur Zahlung der entstandenen Gebühren und Auslagen nicht berührt.

§. 93.

Die Gebühren und Auslagen werden fällig, sobalb das Berfahren oder die Instanz durch unbedingte Entscheidung über die Kosten, durch Bergleich oder Zurücknahme oder anderweite Erledigung beendigt ist.

§. 96.

In Straffachen werben bie Gebühren und Auslagen, welche bem verurtheilten Beschulbigten zur Last fallen, erft mit ber Rechtskraft bes Urtheils fällig.

§. 97.

Die Schreibgebühr für Abschriften und Aussertigungen, welche nicht von Amtswegen zu ertheilen sind, wird sofort nach Anfertigung ber Schriftstude fällig.

Die Anfertigung tann von vorgängiger Zahlung eines bie Gebühr bedenben Betrags abhängig gemacht werben.

Siebenter Abichnitt.

Shlußbestimmungen.

§. **99**.

Die Behörben haben einander zum Zwecke der Sinziehung von Gebühren und Auslagen nach näherer Bestimmung der vom Bundesrath zu erlassenden Anweisung Beistand zu leisten.

Bu § 99.

^{1.} Die hier gedachte Anweisung bes Bunbesraths ist unterm 23. April 1880 ergangen (R.:Centr.:Bl. S. 278, preuß. JMBl. S. 128), Bgl. bazu bie Allg. Berf. bes preuß, Just.:Min. v. 4. Juni 1887 (JMBl. S. 158).

Sacregister.

(Die Bablen bebeuten bie Seiten).

Abgaben, öffentliche 792; Bumiberhand= lungen gegen bie Boridriften über beren Erhebung: Buftanbigfeit ber Schöffengerichte 42. 75; bes Reichsgerichts in ber Revisionsinftang 105. 108; - Geltung lanbesgesetlicher Befimmungen 174.

Anflage burch bie Bermaltungsbeborbe 795; Bertretung berfelben 795; Mitmirfung ber Staatsanwalticaft 796; analoge Anwendung bes Berjahrens bei ber Privatflage 797; Buftellung ber Enifcheibungen an bie Bermaltungsbeborbe 798; Rechtsmittel, Friften 799. Anschluß ber Bermaltungsbehörde an bie Strafverfolgung 798; Bertretung berfelben 798; Berfahren 798.

Deffentliche A. von Schriftftuden bei ber Rechtshülfe 135.

Bgl. Strafbescheibe. S. auch 186. Abbulfe ber Beichmerbe 657.

Ablehnung bes Antrages auf Erhebung ber öffentlichen Rlage 448 ff.; Borunterfuchung 449; bes A. auf Labungen Seitens bes Borfigenben 497; von Beweißantragen 497, 524, 531; bes Erfuchens um Rechtshulfe 126 ff.; bes Dolmetiders 154. 221; Gerichtsichreibers 229; ber Geichworenen 230. 587 ff. 769; ber Richter 81.224 ff. 696; Sachverständigen 300; Schöffen 63. 230. 696. - Unftatthaftigfeit ber A. bes Gerichts 216; bes Staatsanwalts 112. 217; — Revisionsgrund 696.

Ablehnungerecht bes Ungeflagten 587 ff.; bes Bejdulbigien 224. 300; bes Privatflagers 224. 300; bes Staatsanwalts 224. 300 587; ber Berufung jum Gefchworenenamt 86. 90; jum Schöffenamt 50 ff.; Bergicht auf Ablehnungsgründe 224 f.

Ablieferung von Wegenftanben, welche Beweismittel fein tonnen, ober ber Beschlagnahme unterliegen 321; bes Berurtheilten burch Rechtshulfe 130 f. 133 f.

Mbolition 23, 24, 405, 492.

Abolitionsrecht 23 ff. 174. 492.

Abpfanbung behufs Beitreibung einer Bermogensftraje ober Buge 823. 825.

Abidriften aus ben Alten für ben Bertheis biger 394; in Befclag genommener Briefe 334; ber Entscheidungen 236; ber Fragen an bie Geschworenen 594; ber Privatflage 724; beglaubigte A ber Labung Abmesenber 634; 3u= ftellenber Schriftstude 259 ff., ber Urtheils=

formel behufs Strafpollftredung 814; A. bes Baftbefehls 351; bes Sigungsprotololles 564. Abjolut bestimmte Strafe, Begriff 717.

Abftimmung bes Ausichuffes fur bie Schöffenmabl 54; über bie Beichaftevertheilung beim Lanbgericht 69. 70; beim Oberlanbesgericht 99. 69 ff., bes Reichsgerichts 69 ff. 104.

2. bes Gerichts 155 ff. Musichluß ber Deffentlichteit 139 ff. 157. Gestattung ber Gegenwart gemiffer Berfonen 142. 157, bes Gerichtsichreibers 158; Fragenftellung, Stimmenfammeln burch ben Borfigenben 15%; Ents iceidung über Meinungsverschiebenbeiten 159: Berbot ber Berweigerung ber A. 162; Ent= scheidung nach absoluter Mehrheit ber Stimmen 163; Reihenfolge bei ber A. 164. Pflicht gur Berichwiegenheit 164.,

2. ber Beichworenen 162. 164. 616 ff.;

ber Schöffen 162. 164.

A. nach Grünben 159, über bie Schulbfrage 160 ff. 161. 162. 556; Straffrage 160. 163; Strafausichliegungsgrunde 162. 557 ff; bie Strafbarteit erhöhende ober vermindernde Um= ftanbe 162. 557 ff.

> Bgl. Berathung, — Stimmenver: hältniß.

Abmeichungen von ben Normen bes Ger ... Berf.=Gef. 5.

Abmefenbe. Begriff 632.

Berfahren behufs Beweisficherung 638 ff.; Bulaffung eines Bertheibigers 639; Benach= richtigung bes A. 640; Aufforderung gur Geftellung u. f. m. 640; Beweisaufnahme 639 ff.; Bermögensbeschlagnahme 641 ff.

Ungehorfameverfahren 633 ff.; Boraus: fepung ber Bulaffigfeit einer Sauptverhandlung 633; Labung 634. 635; Bertretung burch Angehörige und Bertheibiger 635; Befugniß berfelben jur Ginlegung von Rechtsmitteln 636; Urtheilszuftellung 636; Befchlagnahme einzelner Gegenftanbe 636, bes Bermogens bes A. 637. Sicheres Beleit 643.

Bgl. Abmefenheit, Ausbleiben, Beichlagnahme, Behrpflichtige. Abmefenheit bes Angeflagten in ber haupt= verhandlung 510. 511 f. 515. 516. 633; bes Angeschulbigten, vorläufige Ginftellung bes Berjahrens 478. S. auch 404.

Bgl. Abwesenbe, Ausbleiben.

Action civile 398. 741. Action publique 398.

Lome, Strafprozegordnung. b. Muflage.

Digitized by \$500gle

Mbhafionsprozeß 399. 772. 774.

Aboptivvater als Beiftanb 396, als Bertreter 635.

Aboptivvermanbticaft. Ausichließung bes Richters wegen A. 218; Richtbeeibigung 275 f.; Beugnigverweigerung 259.

Abvotat 103.

Menberung ber Frageftellung vgl. b. 28.; ber Rlage vgl. Rlageanberung; ber Prototolle 575; ber Reihenfolge im Schöffenbienfte 58; bes Bahripruches 618. 623 ff.; bes Urtheils 570.

Mergte. Ablehnung bes Gefchworenenamts 86; bes Schöffenamts 51. 52; Berlefung arztlicher Attefte in ber hauptverhandlung 526 f.; Beugnifverweigerungsrecht 264. 265 f.; Buziehung bei Leichenschau und Leichenöffnung 313 ff.

Attusatorisches Bringip vgl. Antlage:

prinzip.

Aften. Ginsenbung an bas Berufungsgericht 668, an bas Lanbgericht 482, an bas Reichs= gericht 182, an bas Revisionsgericht 107. 709. 710; beim Antrage gegen Strafbefdeibe 793. — Einsicht burch Sachverftanbige 306, Staatsanwalt 464, Bertheibiger 393. 464. 736. 756. — Mittheilung an bas Gericht eines anberen Bunbesftaates bei ber Rechtshülfe 138. - Berabfolgung an Bertheibiger 393. — Bors legung feitens ber Beborben u. f. w. bei Durch= fuchungen 322 f., an bie Staatsanwaltschaft 668, Berfendung mabrend ber Borunterfuchung

S. auch 158. 175. 437. 442. 449. 467. 476. 478. 529. 534. 616. 692. 726.

Aften funbigmachen ber Aenberung ber Reihenfolge im Schöffenbienft 58; ber Ausloofung von Bulfeicoffen 59; ber Entbinbung eines Schöffen von ber Dienftleiftung 64.

Attenwibrigfeit 692.

Aftiengefellicaften. Buwiberhanblungen gegen bas Gef. v. 11. Juni 1870; Buftanbigfeit 74.

Aftives heer, Marine 50. 240. 253. 254. 259. Alter. Feststellung bes A. bes Beschulbigten 377; Ginfluß bei ber Fragestellung 612 f., auf bie Nothwendigfeit ber Bertheidigung 385 f., auf bie Theilnahme an ber öffentlichen Berhanblung 141; bei ber Bahl jum Geichworenen= amt 86, bes Dbmanns ber Gefdmorenen 617, zum Schöffenamt 49. 51; bei ber Beugen= beeibigung 270; auf bie Buftanbigfeit bei Ber-brechen 73. 105; A. ber Ditglieber bes Reichsgerichts 103; Abstimmung nach bem A. 164. Alternative Frageftellung 596.

Umtliches Berichulben als Wieberein =

fepungsgrund 247.

Amtsanwalt. Buftanbigfeit 41. 112. 114. 116; Unmefenheit bei ber Schöffenbeeibigung 62; Webor bei Enticheibung über Uniabigfeit eines Schöffen 62; Untrag auf richterliche Unterfudungshandlungen im Borbereitungsverfah= ren 430; Erhebung ber Anflage beim vereinfachten Berfahren vor bem Schöffengericht 489 ff.; Ladung zur Hauptverhandlung 493; Strafvollitredung fteht bem A. nicht gu 814;

Befugnig jur Befclagnahme 332, ju Durchsuchungen 340.

Amtsanwalticaft im Brivaiflageverf. 747. Mmtsbefugniffe, Ueberichreitung berfelben 14. 15.

Amtsbeleibigungen 77; Privattlage 743; öffentliche Rlage 746. 6. auch 832.

Amtsenthebung eines Richters 16 ff. 20; ber Mitglieber ber Kompetengbehörden 35 ff.; ber Mitglieber bes Reichsgerichts 103. 104. Bgl. Berluft bes Amtes.

Amtsgeheimniß 322 f. 330, 541. 846.

Amtsgerichte, Berfaffung 37. Buftanbigfeit 38; Bilbung von Schöffengerichten 39; von Straffammern bet ben A. 79; Aintsanwalte vgl. b. B.; Rechtshülfe 126 ff.; Anzeigen unb Antrage auf Strafverfolgung 422. 424 ff.; Antrag auf gerichtliche Enticheibung gegen Strafverfügungen 787; Buftimmung gut Amtshand-lungen anderer Gerichte im Begirf bes A. 137; Forft- und Felbrügefachen 170. 491.

Bgl. Amtsrichter, Schöffengericht. Amtshandlungen in frembem Gerichtsbezirfe 22. 137, außerhalb ber Sigung ober an Ort und Stelle: Aufrechterhaltung ber Ordnung 142 f. 433. Enthaltung von A. 217 f.

Amtspflichtverlegung. Bieberaufnahme

grunb 724. 728.

Amtsrichter. Ablehnung bes A. 224 ff.; Aften: porlegung an bas Lanbgericht bei Unzuftanbigkeit 482; Bestellung eines Bertheibigers 389: Bestrafung von Beugen 256. 289; Beichwerben gegen Enticheibungen bes A. 72. 110. 653. 657; Dienstaufsicht eines A. 38; Enischei: bungen bes A. über Ausichliegung eines Schofs fen 229, über Beichlagnahme 326. 332; außerhalb ber Hauptverhanblung an Stelle bes Schöffengerichts 45 ff 794. 822, ohne Schöffen in ber hauptverhandlung 170. 489, im Biebers aufnahmeverfahren 733. 739, über Strafumwandlung 794, über Berhaftungen 365. 366. 369. 370. 372. 818, über bas Biebereinfegungs geluch nach Strafverfügungen 798; Erlag von Stedbriefen 371.818, Strafbefehlen 778; Füh: rung einer Borunterfuchung 454. 455; Leiftung einer Rechtshülfe 126; Rechtsmittel gegen Urtheile bes A. 489; Strafvollftredung in Schofs fengerichtsfacen 814. 818. 822; Sigungspolizei 142. 146 f.; unmittelbare Bollftredung von Befcluffen u f. w 238; Buftellungen 238. A. als Mitglieb ber auswartigen Straf-

tammer 79 ff., ift Borfinenber bes Schöffens gerichts 39; Berwaltungsgeschäfte bes A. bei Bilbung ber Schöffengerichte 53-66. 169, ber Schwurgerichte 86-87. A. als Untersuchungs-

richter 222.

Amterichterliche Strafbefehle Strafbefehle, amterichterliche

Amtsfiegel. Berichliegung in Beichlag genommener Papiere 344.

Bernehmung bes Reichstanglers Amtsfig. u. f. w. am A. 255.

Amtstitel, ber ftaatsanwalticaftlichen Beamten 113.

Amtsvergehen 14. Amtsverluft 741.

Amtsverschwiegenheit 164. 266 ff. 303. 541. 846.

Angehörige. Antrag auf Blieberaufnahme bes Berfahrens 728. 731; Berabfolgung bes Leichenams bes hingerichteten an A. 816; Bertretung Abwelenber 635 ff. 639; Biberfpruch bei Beichlagnahmen 325; Zeugnifverweigerungs recht 268; Zulassung als Beistänbe 396; Zuziehung bei Durchsuchungen 341; Beschlagenahmen 325. 328.

ngellagter. Begriff 418; Ablehnung von Geschworenen 537 f.; Ausbleiben in ber Angeflagter. Sauptverhanblung 510. 511. 512. 515-517. 670. 682. 758; Befragung über Beweiserhebungen 546; fiber Bertheibigungsantrage 494; Beiftanbe 396. 757; Befanntmachung mit ber Befugniß, Aussehung ber hauptverhandlung zu verlangen 508; mit ben Schlußantragen bei Richtkenninig ber Gerichtsfprache 548; Benadrichtigung von tommiffarijden Bernehmungen 504; von Augenscheinnahme 506; vom Tage ber Hauptverhandlung in ber RevifionBinftang 711; Beweißantrage 494. 496. 531. 572; Buftimmung jur Abftanbnahme von einzelnen Beweißerhebungen 528; Entfernung aus ber hauptverhandlung 511. 616; Berhinberung berfelben 511; aus bem Sigungszimmer 531. 616; Frageanberung Buziehung bes A. 620. 626; Fragerecht 520; Frageftellung wegen milbernber Umftanbe 611; Geftanbnig 524 f. 543. 593; Ladung 242. 494 497. 501. 635. 670. 672. 684.

Lettes Wort 546. 677. 712. Mittheilung ber Spruchlifte 582; Revisionsanträge 704 f., Gegenerklärung 710, Schlufvorträge 546 f. 613. 628. 677. 712. Strasunmündigkeit 612. Stummer A. 385, tauber 385. 548, taubestummer 612. Berhaftung 510. 517. Berenehmung 518. 518. 522. 671. Bertheibigung, 515. 546. 711 f. 782. 789. Bertretung 510. 517. 3ustellung bes Eröffnungsbeschusses an A. 494.

Bgl. Angeschulbigter, Beschulbigter. Angeschulbigter, Begriff 418, Antrag auf Berbindung zusammenhängender Strassachen 202, auf Voruntersuchung 446. 471. hören vor dem Beschluß 449. Einwand der Unzuständigeit 208, gegen Eröffnung der Boruntersuchung 451, des hauptversahrens 471. Beschwerdercht 452. Besantimachung mit Eröffnung der Boruntersuchung 460. Bernehmung 456. 460. Augenscheinseinnahme 461. Rommissarische Beweiserhebungen 461. 501 f. Ausschließung von der Verhandlung 463. Uns mittelbare Ladung Sachverständiger 463. Besanchrichtigung vom Schlusse Boruntersuchung 464. Wittheilung der Anklageschrift 471. 481. Besantimachung der Außerverfolgesetung 477. Bestellung eines Vertheibigers

für A. 385. Feststellung bes Geisteszustanbes: bes A. 306.

Angriff, erfter 432. 434.

Anhangige Sachen beim Intrafttreten bes Gerichtsverfaffungsgefehes 17, ber Strafprozeße orbnung 177—179.

An heften an die Gerichtstafel. Labung Abswesenber 634. 802; Urtheile u. s. w. 242. 636. 803; zuzustellende Schriftstade 239 ff. Bgl. 665.

Anhörung bes Angeschulbigten vor ber Bejchlußfassung 449. 450, bes Staats-A. 65.
232 ff. 443. 455, bes Schöffen- ober Bertrauensmannes bei Berurtheilung zu Orbnungsfitagen 66. A. bes Oberreichsanwalts in Gheund Entmündigungssachen 109.

Antlage. Mündliche 489, unmittelbare 467, Erhebung burch Bermaltungsbehörbe 795.

Bgl. Deffentliche Rlage. Antlagebeschluß vgl. Eröffnungsbes foluß.

Antlagetammer 68. 466.

Untlagemonopol 438.

Antlagepringip 398. 411 ff.

Antlageschrift, beren Einreichung 436. 466. 467. 481, in Privatklagesachen 753, beren Erfordernisse 468. Mittheilung an ben Angeschuldigten 471. 481. Zustellung 472.

Anflagesenat 466.

Anlagen bes Protofolls 150. 308.

Anonyme Denunziation 426.

Anordnung von Befchlagnahmen, Durchjudungen 325. 338.

Anrechnung ber Untersuchungshaft 179. 812. Anschlußerklärung. Einreichung 768. Berluft ber Birtung burch Biberrus unb Lob bes Nebentlägers 772.

S. auch 647.

Bgl. Nebenklage, Strafbescheibe. Antezipirung ber Rechtsbelehrung unzulässig 615-

Antrage. Begrünbung ber Ablehnung von A. 235. Ginfluß ber A. auf Anwendung ber Strafgesetse 415. Protokollirung ber A. in ber hauptverhanblung 577.

Antrage auf gerichtliche Entscheidung gegen Bescheide bes Seemannsamtes 173.852, wegen Richterhebung ber öffentlichen Klage 438 ff., nach Strasbeicheiden 792 ff., nach Strasbersfügungen 785 ff. A. auf Wiederaufnahme bes Bersahrens 727. 728. 730. 731. 734.

Antragsbelitte 400 ff. 75 ff. 42. 415. Ansbringung bes Strafantrages 422. Berfolgung burch Privattlage 742 ff.; burch Nebentlage 766 ff. Borläufige Festnahme vor Stellung bes Antrags 367. 371. Einstellung bes Berschens, wenn ber Antrag nicht vorliegt ober zurückgenommen ist 519; Kosten 832.

Antragsfrift 246. 247.

Antragsteller. Bescheibung bes A. von Einsstellung bes Bersahrens 438; bessen Beschwerbertecht 438 ff.; Sicherheitsleistung 444 ff.; Kosten 445. 832.

Digitized 55 GOOGLE

Antritt von Freiheitsftrafen, Freiwerben ber Sicherheit 357.

Anwalt 103; bes Berletten ausgeschloffen vom Richteramt 218.

6. auch 102.

Bgl. Rechtsanwälte.

Anweisungen, bienftliche 117.

Anjahl ber Amtsrichter 37; ber Aerzte bei Leichenöffnungen 313; ber hauptgeschworenen 89; ber Sachverständigen 298; ber Senate ber Oberlandesgerichte 99 ff.; bes Reichsgerichts 103. 110; ber Schöffen 40. 56; ber Schwurgerichte 82. 88; ber Direktoren und Mitglieder ber Landgerichte 67; ber Strafkammern 69. Gejehlich bestimmte A. ber Richter, welche bei Entscheidungen mitwirken 155.

Angeige firafbarer hanblungen 422. 424. Sofortige Beglegung 427. 437. Roften falfcher

M. 831. Musichließung 220.

Apotheter. Recht jur Ablehnung bes Geichworenenamtes 86, bes Schöffenamtes 51. Beight jur Abgabe eines Gutachtens 302; Beugnigpflicht 266.

Appellant vgl. Befcomerbeführer. Armeurecht für Kringsfläger 135, 750, 76

Armenrecht für Privatsläger 135. 750. 762. 863; bezüglich ber Sicherheitsleiftung 444.

Armenunterstütung schließt aus vom Geschworenenamte 86, vom Schöffenamte 48. 49.
Armuth 444.

Arreft ogl. Beichlagnahme.

Atteste, aratliche. Berlefung in ber hauptverhandlung 544. 545.

Aufenthalt für bie Sache 464, verschieben von Gefahr im Berzuge 505. A in einer

Rrankenanstalt 179. Aufenthaltsort. Aufforderung bes Abwefens ben zur Angabe des A. 640; Gerichtsftand 196 f. 800; Bernehmung des Reichskanzlers zc. am A. 255; Zustellung bei unbekanntem A. 242 ff. 634. 636. 778. 802. Angabe in der Labung Abwefender 635.

Berechnung ber Zeugen: und Sachverftanbigengebühren nach bem Rechte bes A. 136. Bollitredung von Freiheitsftrafen im Bunbes:

ftaate bes A. 130 f. Aufforberung an Angeschulbigte zu Antragen auf Beweiserhebungen ober Boruntersuchung

471.

Bgl. Befragung,

Aufhebung ber Beichlagnahme 332 f. 637. 642; bes Saftbefehls 361.366; ber polizeilichen Strafverfügungen 790; von Urtheilen in ber Berufungsinstanz 679, in höheren Instanzen (Uebergangsbestimmung) 177 f., in der Revisionsinstanz 713 ff., bei Bieberaufnahme bes Berfahrens 738 ff. A. der Jwangshaft 289. 292. 322. A. der Verbindung von Strafgachen 202.

Aufruf beim Beginn ber Hauptverhandlung 522. Aufichiebenbe Wirkung ber Berufung 665; ber Beschwerbe von Rechtsanwälten und Berstheitigern über Ordnungsstrafen 147, über Berbringung bes Angeschuldigten in eine Irrenanstalt 306; ber Revision 704. Auffdub ber Bollftredung von Entideibungen in ber Beichwerbeinftang 659, beim Bieberaufnahmegeluch 727, bei Biebereinsepung in ben vorigen Stanb 251. 788.

Bgl. Strafvollstredung.

Aufficht, bienftliche 4, bei ben Amtsgerichten 37. 38, bei ber Staatsanwaltschaft 118. 120. Aufwand bes Geschworenen: und Schöffen:

amts 51. 52. 86.

Mugenichein, richterlicher 311 ff.; außerhalb bes Gerichtsbezirfs 137; in ber Borunters fuchung 456. 461. 463; zur Borbereitung ber hauptverhandlung 506. Begriff 311. Mitwirtung bes Gerichtsichreibers 312. 456, von Sachverständigen 312. Brotofoll 312 f.; Bers lefung besselben in ber hauptverhandlung 534 ff.

S. auch 260. 335. 340. 530. 616. Aufnahme einer Handzeichnung 313.

Ausbleiben bes Angeflagten 510. 511. 512. 513. 515. 516. 635. 670. 711 f. 758. 784, bes Angefdulbigten 356, ber Befchlagnahmes Interessenten 807, bes Beschulbigten 373. 670, ber Geschworenen 92. 585. 586, bes Rebentlägers 770. 771, bes Brivatstägers 763, ber Sachverstänbigen 303, ber Schöffen 65. bes Bertheibigers 391, ber Zeugen 253. 256. Bgl. Abwesenbe, Abwesen 253.

Ausbehnung ber Borunterfuchung 458. 460. Auseinanberfegungsbehörben 32. Befreiung ber Mitglieber vom Schöffenamte 50. Ausfertigungen ber Urtheile 580. Au-

ftellung 239 ff.

Ausführung ber That 195. Ausgrabung einer Leiche 313.

Aushang vgl. Anheften. Auskunftsperfonen 36.

Muslander. Berhaftung 347, Beugnifpflicht 259. Bflicht jum Roftenvorfchuß 750. 802 ff.

Auslagen ber Rechtshülfe 134 f. Enticheibung bes Streites über bie Rothwenbigkeit ber A. bes Berfahrens 826; Saftung ber Mitange flagten 828. 833. 834; Erftattung ber A. burch bie Staatstaffe 829. 837, burch ben Brivat-Näger 833, an ben Privatläger 825. 833.

Austanb. Gerichtsftand 196 ff. Rechtshülfe im A. 124. Ladung im A. Abwefender 634 ff. Buftellungen 239. 242. 3m A. verübte ftrafbare handlungen 402. 414. Beihülfe im A. 195. Fälschung ausländischer Münzen ober Papiere 318. Protofolle über richterliche Bernehmungen im A. 540.

S. auch 549. 567. 600. 603. 632, 692.

Auslegung ber Urlifte 52, 86; Streit über A. von Strafurtheilen 818.

Auslieferung vgl. Ablieferung.

Muslieferungsvertrage 174. 175. 632.

Ausloofung ber Geschworenen 89 f. 583 ff. 589; ber Schöffen 57 ff. Abstimmung ber Beischworenen nach ber Reihenfolge ber A. 164. Ausnahmegerichte 33.

Musichlie fung bes behanbelnben Arztes von ber Leichenöffnung 313. 315, bes Bericht-

Digitized by GOOGLE

erftatters 221, bes Dolmetichers 154, bes Gerichtsichreibers 229, ber Geichworenen 230. 584. 591. 696, vom Geschworenenamte 86, ber Deffentlichfeit 139 ff., ber Richter 217 ff., ber Schöffen 229, pom Schöffenamte 47 ff., bes Untersuchungsrichters 221. - Mitmirtung Ausgeschloffener ift Revifionsgrund 696. Reine A. von Sachverständigen 300.

Musichuß jur Bahl ber Schöffen unb Borichlag ber Gefdmorenen 53. 64. 87.

Aussehung ber Untersuchung 553, ber Ur= theilsverfunbigung 569, nicht julaffig im fcmurgerichtlichen Berfahren 628, ber Beugen= beeibigung 278. - A. ber Berhandlung bei Unauftandigfeit bes Schöffengerichts 44, beim Mangel nothwendiger Bertheibigung 391 ff., beim Nichteinhalten ber Labungefrift 495, bei Ginziehung von Erfundigungen 531, bei veranberter Sachlage 561. Antrage auf A. ber Sauptverhandlung 495. 508. A. ber Boll= giebung von mit ber Beschwerbe angefochtenen Entscheibungen 658 f.

Aufträgalgerichte 7. 8. 10. 30.

Auswärtige Straffammern vgl. Straf: fammern.

Ausmahl ber Sachverständigen burch ben Richter 298, ber Bertrauensmänner 54, ber Schöffen und Bulfsicoffen 55, ber Besichworenen 87, ber Rergte bei Leichenicau u. s. w. 313 ff.

Musmanberung, unerlaubte, Wehrpflichtiger

799 ff.

Mußerverfolg febung bes Angeflagten 481, bes Angeidulbigten 362. 466. 477. Enticheis bung über A. 466. 477. Roften 477. 829. 833. **8**35.

Bgl. Ginstellung bes Berfahrens. Musguge von Urtheilen 580; aus Rirchenbuchern und Berfonenstandsregistern, beren Berlefung in ber hauptverhanblung 534.

S. auch 634.

Bahnhofe, Bahnplanum. Durchjudung 340. Bahnpolizeireglement 340.

Bantgefes vom 14. Marg 1875. Buftanbig: feit bei ftrafbaren Handlungen gegen bas B. 74. Bapern. Stanbrechte 34. Oberlanbesgericht

München 14. Oberstes Lanbesgericht 11. Beamte, öffentliche. Begriff 15. 266. Amtshandlungen an Ort und Stelle, Aufrechterhaltung ber Orbnung 433. Strafrechtliche Berfolgung wegen Amtsvergeben 14. Gerichtsftand ber B. im Muslande 199. Berausgabe u. f. w. von Aften 322 f. Bernehmung über Amtsgeheimniffe 266, als Sachverftanbige 302. B. als Bertheibiger 383. lungen an B. 239 ff. B. als Bertreter ber Beborbe im gerichtlichen Berfahren nach Strafbescheiben 795.

Musichließung richterlicher B. vom Gefdmorenenamt 86, Schöffenamt 49, besigl. von B.

ber Staats:A. 49. 86.

Bgl. Reichsbeamte, Staatsbeamte.

Beauftragter und ersuchter Richter. Begriff 125. Befugniffe gur Aufrechterhaltung ber Orbnung 146, gegen ausbleibenbe Bengen 256, bei Beugniß: und Gibesverweigerung 256, 289. 295 f. Bemeiserhebungen im Borbereitungsverfahren 442, in ber Boruntersuchung 45.1 f., vor Eröffnung bes Saupt-verfahrens 474, jur Borbereitung ber Saupt-verhandlung 482. 502. 504. 513, im Ber-fahren gegen Abwelenbe 640, im Bieberanfnahmeverfahren 735. Bernehmung bes Ungeflagten 513.

Befdmerbe über b. R. 653, 657. Bebeutung bes Gibes, Binmeis ber Beugen

auf biefelbe 277.

Bebienftete ber Erterritorialen, Berichtsbarteit 37. Buftellungen an B. ber Beborben u. f. w. 239 ff. feit 37.

Beeibigung ber Dolmetfcher 154. 155, ber Forft: und Felbbeamten 172, ber Gefdmorenen 592 ff., bes Rebentlagers 769, einer Berfon als Gerichtsichreiber 456, ber Sachverftanbigen 304 f 502. 504. 639. 735, ber Schöffen 61, ber Zeugen 278 ff. 502. 504. 639. 735, ber Beifiger beim Ronfulargerichte 856, ber Dite glieber bes Rriegsgerichts 854.

S. auch 537 ff. 846.

Bgl. Berufung auf einen geleifteten Gib, Betheuerungsformel, Gibes-Leiftung.

Beerbigung eines nicht natürlichen Tobes Berftorbenen ober Unbefannten 424, Binges richteter 816.

Befangenheit als Grund ber Ablehnung eines Richters 224 ff., eines Gerichtsichreis bers 229, eines Sachverstänbigen 300, eines Schöffen 229.

Befragung bes Angeflagten nach Bertheibi= gungsantragen 494, nach Erflarung über jebe Beweiserhebung 546 f.

S. aud, 533.

Bgl. Aufforberung, Fragerecht, Fragestellung.

Befreiung von ber Zeugnifpflicht 259 ff., vom Schöffenbienft 48 ff. 62. 64, vom Gefcoos renenamte 86.

Befriebetes Befigthum. Durchsuchung gur Nachtzeit 337.

Beglaubigung juguftellender Abichriften 240, einer Abichrift ber Urtheilsformel behufs Strafvollftredung 814.

Begnabigung, Ginstuß auf bie Gibesfähigs teit 275.

Begnabigungsrecht bes Kaisers 23 ff. 107. 815, bes Staatsoberhauptes 23. 815.

Begunftiger. Gerichtsftanb 188. Beschlagnahme 324. Durchsuchung 335. Richteibliche Bernehmung 271. 275.

Begunftigung, Bergeben ber Buftanbigfeit 40. 43 ff 75. 105. S. auch 562.

Beborben, öffentliche. Erfuchen um Mitthei= lung von Aften 138. Beleibigung von B. nicht Gegenstand ber Brivatflage 745. Austunft im Vorbereitungsverfahren 428. Erflarungen, ' fdriftliche, ber B. 322 f., Berlefung berfelben in ber hauptverhandlung 544. herausgabe u. f. w. von Aften 322 f. Buftellungen an 8. 239 ff.

Bgl. Fachbehörbe, Polizeibehörbe. Beiatten, Ginficht burch ben Bertheibiger 394. Beidte 264.

Beibilfe im Auslande 195.

Beifiper. Fragerecht 520. B. beim Ronfus largerichte 856.

Beiftanbe bes Angeflagten 396. 571, 708. 757.

Beitritt gur Privatflage 745.

Betanntmadung ber Entideibungen burd Bertunbung 236, Buftellung 236 ff., bes Saft- befehls an Angeschulbigten 3-0, bes Schluffes ber Boruntersuchung an ben Angeschulbigten 460, bes Termins jur hauptverhandlung an Berhafteten 494, an Staatsanwalischaft im Brivattlageverfahren 747, ber Urlifte für bas Schöffenamt 52, ber Urtheilsaufhebung im Bieberaufnahmeverfahren 738.

Deffentliche B. von Buftellungen 241. 242. 243, ber Labung Abmejenber 634. 802, Bermögensbeichlagnahme und ihrer Aufhebung 637 ff., von Urtheilen 741. 774.

Belagerungszustanb 34. 853 ff. Belehrung über Beichwerberecht 350, Beug-nifvermeigerungerecht 259. 261. 263. 269. 276, über Rechtsmittel 571.

8. ber Gefcworenen 614, 620.

Beleibigungen. Buftanbigfeit 40. 42, 75. Berfahren 178. Privatflage 742 jf; öffents liche Rlage 748. Rebentlage 766 ff. Berlaumberifche B. 765, mechfelfeitige, Biberflage 759 ff., Roften 830. B. eines Gerichtes 217, eines Richters 219, eines Staatsanwalts 424. B. burd bie Preffe, Buftanbigfeit 42.

Bgl. Amtsbeleibigungen, Rebenflage, Brivatflage. S.auch146.403. Belgien, Bertrag megen Bestrafung ber Forft-

Benachrichtigung bes Angeflagten ober bes Bertheibigers vom Tage ber hauptverhanblung in ber Revifionsinftang 711, bes Staatsanwalts vom Termin jur Sauptverhandlung in Privatflagelachen 747, ber Betheiligten bon Terminen in ber Boruntersuchung 461.

Berathenbe Sigungen 232 f. 465. 492. 514.

517. 669. 709. 711.

frevel 197.

Berathung ber Geschworenen 164. 616 ff., ber Richter 155; Ausschluß bes Gerichtsschreibers 156, anberer Berfonen 157, Bugiehung von Erganzungerichtern 155, Ausschluß ber Deffentlichfeit 157, Leitung 158. Abstimmung 158 ff., — ber Schöffen 164; Berpflichtung jum Stillichmeigen über B. 164.

Berathungszimmer ber Gefcomorenen 616 ff. Musichluß Dritter 617. Berabiolgung von Gegenständen in bas B. 616. Berbot bes Bertehrs mit Dritten 617. Burudverweifung in bas B. 623.

Berechnung von Friften vgl. Friften; ber Dauer ber Freiheitsstrafen 132.

Berichterstatter 111. 233, 465. Berhalten bei ber Abstimmung 111. 164. Aus colie gung vom Sauptverfahren 221. B. in ber Berufungsinftang 674, in ber Revisionsin= ftanz 712.

Berichtigung ber Urliften und Jahresliften 47. 53, bes Prototolles 575, bes Bahripruchs

623 ff.

Berichtigungsverflahren 623.

Berufstonfuln, 200.

Berufung auf einen geleifteten Gib. Dolmet: icher 153, Sachverftanbiger 304, Zeuge 284 ff., 504.

Berufung (Rechtsmittel). Statthaftigfeit 662. 489. 702. 764. Bejen ber B. 670 ff.

Instruktion beim Gerichte I. Justanz 663 ff. Einlegung. Form 663. Frift 663, 664. hemmung ber Rechtstraft 665. Rechtiertigung 565. Form 665. Frift 665. Beidrantung auf Beschwerbepunkte 666. Berwerfung wegen Beripatung burd Befdluß bes Amterichters 667. Anfechtung beffelben burd Antrag auf Enticheibung bes Berufungsgerichts 667. Borlegung ber Aften an Staatsanwaltschaft 668. Mittheilung ber Berufungsschriften an Angeflagten 668. Ginfendung ber Aften an bie Staatsanwaltichaft bes Berufungsgerichts 668. Berfahren bes Berufungsgerichts 669 ff. Bermerfung burd Befoluß 669. Anfechtung beffelben burch fofortige Befchwerbe 669. Borbereitung ber Bauptverhandlung 670. 683 f. Reue Beweismittel 670. Hauptverhandlung 674 ff. 687. Urtheil: Grenzen 677, in ber Sache felbft 679. Burudverweifung in bie I. Inftang 679, an bas juftanbige Gericht 679. Bermerfung ber B. burch Urtheil megen Ausbleibens bes Angeflagten als Befcomerbeführers 682. Anfechtung burch Biebereinfepungsgefuch 682. Borführung ober Berhaftung bes Angeflagten 682. 683 f. Reformatio in pojus 684. B. wegen ber Roften 826.

Buftanbigfeit ber Straffammern 78. Bgl. Berufungsinstanz, Berus

fungerichter.

Befetung ber Straf-Berufungsinstanz. fammern 78 ff. Umfang ber Beweisaufnahme bei Uebertretungen und Privatklagesachen 528.

Ungulaffigfeit ber Uebertragung ber Berhanblung und Enticheibung einer Strafface in ber B. 202.

Berufungstammer 68.

Berufungerichter. Funktionen 662. 666.

670 ff. 675, 677 ff. Befcheibung bes Antragftellers burch bie Staatsanwaltichaft bei Ablehnung ber Rlage 438 ff.

Beicheinigung 249, ber erfolglofen Durch-fuchung 342, bes Guhneverfuchs 751, ber Bollftredbarteit einer Strafe 814.

Beichlagnahme, Birfung berfelben; B. vor Beweiß-und Gingiehung Bft uden 318 ff., burch ben Richter 325, 332, ohne richterliche Anordnung 325, 332; richterliche Beftatigung 325. 332. Ginftweilige B. bei Durchsuchun= gen 342 f. Bergeichnung und Siegelung ber in Beichlag genommenen Gegenftanbe 343; Rudgabe berfelben an ben Berletten 345. B. von Aften 322 f., Briefen, Postsenbungen, Telegrammen 329 ff., ber Rorrespondeng bes Beidulbigten 324 f., in militarifden Dienftgebauben 326, auf Rriegsfahrzeugen 326, auf ber Boft 329 ff., auf Telegraphenanftalten 329 ff.; bei Begunstigern, Behlern, Theilsnehmern 324. Bulaffigfeit ber Befchwerbe über B. 656.

B. bes Bermögens u. f. w. Abmefen: ber im Ungehorsamsverfahren 636. 637; behufs Beweisführung und zur Erzwingung ber Geftellung 641 ff. B. bei Pregvergeben 846;

von Boftfenbungen 849.

B. bes Bermogens bei Boch= und Lanbes= verrath 808

B. in Forft- und Felbfrevelfachen 172. Bgl. Durchsuchung, Einziehung. Befolagnahmeintereffen, vgl. Gin= ziehung.

Befcluffe. Begriff 231. Anfechtbarteit 653. Form ber Anheftung 242. Berfündung 139. 242. Mitwirfung ber Schöffen 45. 143. 155.259.300.

Befoulbigter Ablehnungerecht 224 ff. 300; Beweisantrage 434; Buziehung bei Leichenöffnung 316. Beichlagnahme bei B. 319 ff. Rechtsmittel, Ginlegung und Burud: nahme 646.651. Entjernung aus bem Sigungs= gimmer und Beftrafung wegen Ungebuhr 145 ff. Bernehmung 373 ff. 434. Bertheibigung 381 ff. 635. 639. Bertretung 378 ff. 635. 639. Theilnahme an richterlichen Berhandlungen im Borbereitungsverfahren 435. Buftellung an B. bei unbefanntem Aufenthalt 242 ff. Erfattung von Roften an B. 831.

Bgl. Angeflagter, Angeschulbigter. Befchwerbe. Charafter und Bulaffigfeit 653 ff. 656. 739. Abhülfe 657 ff.; aufschiebenbe Wirfung 147. 306, 654, 558 f. Ausschließung ber 28. 54. 62. 63. 75. 78. 90. 227. 474. 584. 656; theilweise Ausschließung 78. 452. 471. 486. 362. Begründung ber B, 654. Berechtigung zur B. 438. 653. 656. Befcmerbegericht: Borlegung bei bemfelben 657, Berfahren 658. 659. Ginlegung 657. 658. 661; Frift 658; Gegenvorftellung 658. Enticheibung uber 28. 659. — Buftanbigfeit 72. 78. 80. 100. 128 ff. 654. 661.

Sofortige B. 227. 250. 359. 486. 661 f. 739. Ginlegung 661. Frift 661. -Falle ber fofortigen B. fiebe 661. 831.

Beitere B. 660.

B. gegen Berfügungen ber Amterichter 65. 72. 110. 653. 657, Der Schöffengerichte 72. 653, ber Staatsanwaltschaft 118. 134. 438, bes Untersuchungerichters 39. 72. 110. 653. - 657, an die höhere Polizeibehörde 785, an die höhere Berwaltungsbehörde 792, über Beichlagnahme 656, Straffeftfehungen 65. 92. 656, Aber Ordnungsftrafen 147, Berhaftungen 350, 656, 660, über Trennung von Straffachen 188, über Enticheibungen in Roftenfacen 861.

Befomerbeführer. Begriff 665.

Befehung ber Amtsgerichte 37, ber Lanbge-richte 67, ber Oberlanbesgerichte 99 ff., bes Reichsgerichts 103, 111; ber Schöffengerichte 39, ber Straftammern 78 ff., ber Schwurgerichte 83.

Befolbung eines Bulferichters 71.

Besondere Gerichte 5. 6, Arten 30 ff. Bus ftanbigteit 5. 7. 28. 169. 170 f. Befreiung ber Mitglieber vom Schöffenamte 49.

Befprechung ber Beugen mit einanber 524. Befferung Banftalt. Unterbringung bes Un-

getlagten in folche. Buftellung bes Urtheils an ben gefetlichen Bertreter 571.

Beftartungseib 225. 300.

Bestätigung nichtrichterlicher Befclagnahme 325. 332, ber Tobesurtheile 815. 855.

Betheuerungsformel fatt bes Gibes, ber Gefdworenen 593, ber Schöffen 61, ber Reugen 270. 281. 290, ber Sachverstänbigen 304. Betreffen auf frischer That. Borlaufige Feft-

nahme 367.

Betrug. Buftanbigfeit 40. 43. 73. 75.

Beurlaubtenstand, Perfonen bes, Gerichts= stanb 9.

Beweißanträge bes Angeklagten 494 ff. 501. bes. Angeschulbigten 471, 481, bes Befchilbigten 434. Ablehnung von B. 497, 524, 531. Musfegung ber hauptverhandlung megen fpat geftellter B. 531.

Beweisaufnabme in ber Sanptverhanblung burch Borfipenben 518, Staatsanwalt 519 Bertheibiger 519. Umfang ber B. 528 ff. Entfernung bes Angeklagten 533, Borlefung Bertheibiger 519. bes Gestanbniffes 543, von Schriftfinden 534.

B. in ber Berufungsinftang 674; im Berfahren gegen Abmefenbe 640, gegen abmefenbe Wehrpflichtige 802; im Borbereitungsverfahren 426 ff., in ber Boruntersuchung 456 ff.; im

Wieberaufnahmeverfahren 735

Bgl. Beweiserhebung. S. auch 148 f. Beweiserhebung im Borbereitungsverfahren burch Staatsanwaltschaft 426 ff., burch ben Richter 434; in ber Boruntersuchung 458; jur Borbereitung bes Sauptverfahrens 474. 481, im hauptverfahren 572, im Berfahren betreffend bie Strafvollstredung 822, Ableh: nung ber B. 531. Bgl. Bemeisaufnahme.

Beweisgrunde. Angabe im Urtheil 565 f. S. auch 161. 628.

Beweiskraft bes Protokolls 575. 579.

Beweismittel. Begriff 320. Angabe in ber Anklageschrift 468, Bezeichnung im amterichter= lichen Strafbefehl 781, Serbeifchaffung jur Bauptverhanblung 493. 501. 524. 670. 671 ff.; Sicherstellung 319 ff. 335 f. 458. 638.

Biebererhebung ber Neue Beweismittel. öffentlichen Rlage 443. 488 ff.; Bulaffigleit in der Berufungsinstanz 670; Wiederaufnahme= grund 724, 726.

Beweisficherung vgl. Abmefenbe, Bemeismittel.

Beweisfüde 320.

Bemeismurbigung. Ungulaffigfeit bei Be lebrung ber Beichworenen 614. Freie B. 270 f. 552 ff.

Bezichtigung 253. 552.

Begirt ber Schwurgerichte 93, 94.

Bigamie 403.

Blantettftrafgefete 13. 101.

Bleihaltige Begenftanbe, Befet betreffenb ben Berfehr mit blei- und ginthaltigen Gegenftänben 805.

Branntweinfteuer, Gefet betr. bie 792. Brauereiunternehmer, Gefet betr. bie Bafe

tung bes, 792, vgl. 406, 839.

Braufteuer, Gefet megen Erbebung 42. 839. Bremen, Buweifung von Streitigleiten aus § 17 bes Gerichtsverfaffungsgefebes an bas Reichsgericht 17.

Briefe. Beichlagnahme 329 ff. 849.

Briefgebeimniß 329 ff.

Bucherreviforen 301.

Bürgerlicher Gib 280.

Bürgerliches Rechtsverhaltnig 553.

Bürgicaft als Sicherheitsleiftung gegen Befreiung von ber Untersuchungshaft 354 ff.

Bunbebrath. Uebertragung ber Buftanbigfeit ber oberften Landgerichte auf bas Reichsgericht 17. 5; Bilbung von Bulfsfenaten beim Reichsgericht 17; Borichlagerecht bei Ernennung ber Mitglieber bes Reichsgerichts 103. bes Oberreichsanwalts u. f. m. 120, Gerichtsftanb ber Ditglieber bes B. 36; beren Bernehmung 255. Dienftanmeifung für Gingiebung und Berrechnung ber Roften beim Reichsgerict 102.

Grunbfage für Bollftredung von Befammtftrafen bei Feftfepung ber Gingelftrafen von Berichten verfcbiebener Bunbesftaaten 130 f. 809. Berordnung, betreffend Ginrichtung von

Strafregiftern u. f. m. 377 f. Anweisung, betreffenb Beiftanb zur Gin-

giebung von Berichtstoften 864.

Bunbesftaat. Erwerbung ber Fähigfeit jum Richteramte in einem B. 19. 20. barfeit ber Missionen 36. Beugnigvermeige= rungsrecht ber Beamten mit Rudficht auf bas Bohl eines B. 266. Bollftredung von Freis heitsftrafen in bem B. in welchem ber Berurtheilte fich befinbet 130. Sachverftanbige, welche in einem anberen B. mohnen 308.

S. auch 323. Bufie 399. 413. Berfahren beim Antrag auf B. 772 ff. Bouftredung 823. 825.

Bgl. Rebentlage, Privattlage.

S. auch 75. Butter, Gefet, betreffend ben Berfehr mit Erfamitteln für B. 805.

Chemie 302.

Bugiehung bei Berbacht ber Ber-Chemifer. giftung 314. 317.

Civilbeamte ber Militarvermaltung, nicht vom Schöffendienste ausgeschloffen 50. S. auch 329. Civilgerichtliches Urtheil. Abwartung besfelben 553. Aufhebung beffelben als Bieberaufnahmegrunb 724. 726. S. auch 359.

Civilflage. Bestimmung einer Frift burch ben Richter jur Erhebung ber C. 553. Berhältniß ber C. zur Straftlage 398 ff. C. auf Enticabigung ausgeichloffen bei rechtsfraftig erkannter Buke 773, bei Entideibungen über

Berfall von Sicherbeiten 359 ff.

Civilpersonen in militarifchem Dienft 326. 329. 339.

Cipilprozeg wegen Beleidigung und Körperperlegung. Uebergangsbestimmung 178. Geltenbmadung von Rechten aus ber Beidlagnahme im C. 345.

Civilprozeforbnung. Gultigfeit ihrer Bors foriften bei Befchlagnahme von Bermogensgegenftanben Abmefenber 636, bei Bollftredung ber Enifcheibung über Bermogensftrafe ober Buße 823; bei Sicherheitsleiftung und Armenrecht in Brivatflagesachen 750. 833; bei Ruftellungen 239.

Civilverfahren, Geltenbmachung von R. an ben bem Berletten burch bie ftrafbare Sanblung entzogenen Gegenständen im C. 345.

Corpus delicti vgl. Ueberführungs: ft üde.

Dauer ber Baft 144. 145. 256. 349. 361 f., ber provisorifden Untersuchungshaft 366, ber Freiheitsftrafen, Berechnung berfelben 132. D. ber Zwangshaft 292, ber Befchlagnahme 636. 637. 642. 808, ber Amtspflicht ber Schoffen 61, ber Gefdworenen 92, ber Amtspflicht ber Untersuchungerichter 70.

Defraubation 849.

Denunziation vgl. Anzeige.

Depositenmesen 4.

Desertion von Schiffen, Ort der That 199. Deutsche. Begriff 46; nur D. tonnen Schoffen und Gefdmorene fein 46. 86. 150. Gerichts

ftanb ber Erterritorialien 199.

Deutice Sprace ift Gerichtsfprace 150. Devolutionsrecht ber boberen ftaatsanwalt= fcaftlichen Beamten 113. 116.

Dezernent 232.

Diebftahl. Buftanbigfeit 40. 43. 73. 75.

Dienftalter. Ginfluß bei Bertretungen 70, bei ber Abstimmung 164.

Dienftanmeifung Des Bunbesraths betr. Gingiehung und Berrechnung ber Roften bes Reichsgerichts 102.

Dienfraufficht 4, beim Amtsgericht 38, bei ber Staatsanwalticaft 118. 120.

Dienftbeborbe. Entbinbung vom Amtsge heimniß 266; Genehmigung jur Berausgabe pon Aften 322 f., jur Bernehmung ber Beamten als Sachverftanbige 902.

Dienftboten find ausgeschloffen vom Gefcmorenenamt 86, vom Schöffenamt 48. Begriff 49. Buftellung an D. 239 ff.

Digitized by GOOGLE

Dienfteib 305.

Dienfigebaube, militarifche. Befclagnahme in benfelben 326; Durchfuchung 339.

Dienfiliche Anweisungen ber Borgesetten ber Staatsammaltichaft 117. 414.

Dienstzeit ber Mitglieber bes Reichsgerichts. Berechnung 103.

Diftiren bes Protofolls 457. 575. 578. S. auch 616.

Diplomatifche Berfonen 36.

Direktoren ber Landgerichte 67. 69. 70. 88.

Distretionare Gewalt bes Borfigenben **271,** 501, 518,

Disposition, Offiziere zur D. 50.

Disziplinarbeschwerbe über einen Richter 147, über einen Beamten ber Staatsanwaltfcaft 118 f. S. auch 653. 654.

Disziplinargerichte 31.

Disziplinarsachen, Anwendung ber Beugnigpflicht auf biefelben 260.

Diziplinarstrafen 170. 268. 406.

Disziplinarverfahren 260. 289. 391. 392.

Dolmeticher. Buziehung jur Berhanblung 150 ff. 548, jur Durchficht von Papieren 344; Ablehnung und Ausschliegung 154. 221. Aufnahme bes Ramens bes D. in bas Protofoll 576. Beglaubigung einer Ueberfepung von Musfagen ac. in frember Sprache 151. Berhanblung mit Tauben ober Stummen 152. 548. Eidesleistung Stummer 280. Beeibigung bes D. 153. Frauensperfonen als D. 151. Berichtsichreiber als D. 154. Richter als D. 154. 221. Beuge als D. 154. Berfündung bes Bahripruches burch D. 627. — S. auch 301. 344. 529, 594. 615. 725.

Dolmetscherorbnung, preußische 153. 154. Dreitheilung, bie ftrafbaren Sanblungen

Dringlichkeit val. Gefahr im Berzuge, Drudidriften 319. 344; Beleibigungen burch D. 743. 844.

Durchführung bes Berurtheilten burch ein Bunbesgebiet 133.

Durchftreidungen im Brototolle 576. Durchfudung 138. 335 ff.; bei ber That, Theilnahme, Begunftigung ober Behlerei Berbachtigen 335, bei anberen Berfonen behufs Ergreifung bes Beichuldigten ac. 336; jur Rachtzeit 337; bei Berfonen unter Bolizeiauf-ficht 336. 337 f.; von herbergen Beftrafter, Spielhaufern, Borbellen 337 f.; in militariichen Dienstgebäuben 339. Buftanbigfeit ber Richter, Staatsanwaltichaft, Bolizeibeainten Bugiehung von Gemeinbebeamten ac. 338, Angehörigen, Sausgenoffen, Nachbarn, Bertretern 341. Befanntmachung ber Betheis ligten mit bem 3mede ber D. 341. Befchei= nigung über ben Musfall ber D. 342. Ginfts weilige Beidlagnahme verbachtiger Begenftanbe 342 f. Durchficht von Papieren 325. 343. Bugiebung eines Berichtsichreibers 340.

Bgl. Beichlagnahme. G. auch 127.

413. 535.

Œ.

Chitionseib im Strafverfahren nicht anwenbbar 322.

Che. Beurtheilung ber Gultigfeit burch ben Strafrichter 554.

Chebrud, Cheerichleidung 403.

Chefrau, Bejugniß jur Erhebung ber Brivatflage 742.

Chegatten. Recht berfelben jur Stellung bes Antrages auf Bieberaufnahme ber Unter= suchung 728 f. ; jur Fortfepung ber Brivattlage wegen Berleumbung nach bem Lobe bes Riagers 765; auf nichtbeeibigung 275 f.; jur Bahl bes Bertheibigers 639; jur Beugnißverweigerung 259.

Bgl. Angehörige, Chemann. Chemann ift als Richter ausgeschloffen 218, ift nicht gesetlicher Bertreter 379. 381; kann als Beiftand zugelassen werden 396, Rechtsmittel einlegen 648. Recht bes E., ben An= trag auf gerichtliche Enticheibung gegen polizeiliche Strafverfügungen zu ftellen 788, auf Erhebung bes Ginfpruchs gegen amtsrichter: liche Strafbefehle 782, auf nichtbeeibigung 275 f., jur Bahl bes Bertheibigers 639, jur Beugnigverweigerung 259.

Ehefachen, Gebor bes Oberreichsanwalts 109.

Bgl. Angehörige, Chegatten. Chrenamt ift das Geschworenenamt 86, das Schöffenamt 46.

Ehrengerichtliches Berfahren, Befchlagnahme und Durchjuchung 319.

Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte 102. 113 f.

Chrenrechte. Aberkennung macht unfähig jum Geschworenenamte 86, zum Schöffenamte 48. Berfagung bes Butritts ju öffentlichen Berhandlungen 142. S. auch 810.

Ehrlose Gesinnung, Feststellung burch bie

Geschworenen 609. E ib, promissorischer, assertorischer 279. 285. 304 f. Bgl. Beeibigung, Betheuerungs: formeln, Gibesleiftung, Glaubhaftmachung, Bersicherung.

Eibesfähigteit 270.

Eibesformeln ber Schöffen 61, Gefdworenen 593, Sachverstänbigen 304, Colmetscher 153, Bengen 279. Bürgerlicher Gib 280.

Gibesleift ung burd Bethenerungsformel vgl. b. 28.; in frember Sprache 153, ber Gefcworenen 593, ber Lanbesberren zc. 296, Sachverftändigen 304, Stummen 280, Tauben 281, Schöffen 61, Zeugen 279 ff. Bgl. Beeibigung.

Eibesmünbigkeit 270. 273.

Gibesnorm. Stumme 280. Beugen 279. 280. 296; Sachverständigen 304

Eibespflicht. Berletung ift Bieberaufnahmes grund 723. 725. 728.

Eibliche Bersicherung 270. 281.

Eibliches Berfprechen genügt nicht gur Berschonung mit ber haft 354. Eigennut, ftrafbarer. Buftanbigfeit 75.

Digitized by GOOGIC

Einführungsgefeh jum Gerichtsverfaffungsgefehe 3, jur Strafprozeforbnung 169.

Eingangsvermert 245.

Ginheit und Untheilbarteit ber Staatsauwaltichaft 113. 507.

Einlaßtarten ju ben öffentlichen Berhandlungen 139.

Einlegungsfrift vgl. Berufung Rechts: mittel, Revision.

Einregiftrirungsgebühren beiber Rechtsbulfe 135.

Ginfatftrafe 811.

Einfenbung ber Aften vgl. Afteneinfen : bung.

Einsprache gegen bie Urlifte 52 ff.; bie Borfclagelifte 90 f.

Einspruch gegen amtsrichterliche Strafbefehle 781 ff.

Ein fiellung bes Strafverfahrens burch bie Staatsanwaltschaft 436 ff., Aufechtung berfelben 438 f.; burch bas Gericht im hauptverfahren 477, 484, in ber hauptverhandlung burch Urtheil 549, im Privattlageverfahren 764. 765. S. auch 405. 407.

Borlanfige G. b. B. 466. 477. 484. Beichluß in berathenber Sigung 492.

Roften bei & b. 8. 832 ff.

Einftellungsbeschluß 476 ff. 488. Anfecte barteit 486. Aufhebung 484. 485. Betauntmachung 477. Begründung 477.

Einwand ber rechtstraftig entichiebenen Sache 405 f.; ber Unguftanbigteit 208. 451 f., Bersfaumung beffelben 210. G. gegen Eröffsnung ber Boruntersuchung 451 ff.; bes hauptvertahrens 471 ff.; gegen Strafvolleftredung 818.

Einzelrichteramt ber Amterichter 37 f.

Einziehung von Gegenständen 319 ff. Buftanbigfeit 325 ff.; Festenung durch amtsrichterlichen Strafbefehl 778, burch polizeiliche Strafverfügung 785, burch Strafbescheib ber Bermaltungsbehörbe 792.

Berfahren bei E. 803 ff. Antrag bes Privatflägers ober Staatsanwalts 805. Berhandlung, Ladung und Befugnisse ber Interessenten 807. Rechtsmittel 808. Zuständigkeit 805.

Eifenbahnbeamte Befreiung vom Schöffenamte 50. G. an auslänbifden Grenzorten, Gerichtsftanb 200.

Bgl. Bejdlagnahme. S. auch 41. 399. 741.

Elbzollgerichte 32 ff.

Elemente bes Urtheils 566.

Elfaß : Lothringen. Gerichtsfprache 16. 149. — Gefet, betr. bie Ginführung ber Reichsverfaffung 108.

El tern. Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens 728. Fortsehung ber Privatklage wegen Berleumbung 765.

Bgl. Angehörige.

Enburtheil 177.

Entfernung bes Angeflagten aus ber hauptverhanblung 144.511. 533, aus bem Situngsgimmer 616, bes Bertheibigers 391, anberer Bersonen 144 ff., ber Zeugen bei Bernehmung bes Angestagten 522; vorzeitige E. ber Zeugen 257. 533, bes Brivatstägers 758, — Einfluß großer E. 282. 283. 502. 503. 513, 673.

Entführung 403. Enthauptung 815.

Ent hebung vom Amte vgl. Amtsenthebung vom Geschworenenbienft 90, vom Schöffenbienft 62.

Entlaftungsbeweis im Borbereitungsverfahren 426. 434, in der Boruntersuchung 458, vor Eröffnung des Hauptverfahrens 458. ff. 496, in der Hauptverhandlung 524 f. 572. 574.

Entmunbigungsfachen, Gebor bes Ober-

reichsanwalts 109.

Entscheibungen. Begriff 231 Bekanntmachung burch Berkündung, Borlesung, Zuftellung 236. Berathung und Abstimmung 155 ff. Beurkundung 234. Erlaß 232. Fassung 233 ff. Gründe 235. 697. 698 f

Bğl. Antrag (auf gerichtl. Entscheib.), Beschlässe, Strafbesehl, Urtheil, Berfügungen.

Entideibung sgrunbe, f. Grunbe, Urtheils: grunbe.

Entidulbigung, unmahre 66, nachträgliche 65. 66,

Entziehung bes Bortes 143. 518. 521. 548. Erben bes Berletten. Aufpruch auf Buge 774. Erfolg ber verbrecherifchen Thatigfeit 194.

Ergangung ber Frageftellung 595 ff. 620. 626; ber Befcworenenbant 585 ff.; ber Boruntersuchung 464. 474.

Ergangungsgefcomorene. Buziehung 155 ff. 589. 617, ju neuer Berhandlung 631.

Ergangungerichter. Bugiehung 70. 155 ff. Ergangungelobeffen 55. 58 ff. 155 ff.

Ergreifung. Begriff 197. Gerichtsftanb 193. 197. Durchfuchung behufs E. 336. Rechtshulfe 133. E. eines Flüchtigen 137.

Erhebung ber Rlage vgl. Deffentliche Rlage.

Ertlarungen ber Brozesbetheiligten, in frember Sprache 150 f., Form 181 ff.; öffentlicher Behörben, Berlefung in ber Sauptverhandlung 544.

Ertlarungsfriften 244 ff.

Bgl. Friften. Erlofchen ber Strafflage 405 ff. 443. 486. Ermächtigungsbelifte 368. 371. 399. 743. Ermahnung ber Zeugen und Sachverftanbigen 277 f. 305. 523.

Erneuerung ber Strafflage 723.

Eröffnung ber Untersuchung. Begriff 419. E. ber Boruntersuchung 453, bes Sauptverfahrens 465 ff., ber Sauptversanblung 522. E. von beidlaguahmen Briefen, Bapieren, und Boffenbungen burch ben Richter 322. 343. f. Eröffnungsbeichung voll. Saupt verfahr

ren, Hauptverhandlung. Eröffnungslikung bes Schwurgerichts. L

Eröffnung sfi hung bes Schwurgerichts. Las bung ber Gefchworenen 90.

Erfatmänner 90.

Erfahreferviften, Berfahren bei unerlaubter Auswanberung 799 ff.

Erjabicoffen 57 ff.

Erfanguftellung 240. 242 f. 248.

Ericheinungspflicht bes Beugen u. f. m. 256. 303. 373. 498.

Erschießen 855.

Erftattung ber Auslagen ber Freigesprochenen 824, bes Privatklägers 833, ber Roften bes Sachverftanbigen 136. 309, ber Beugen 136. 296, bes Beidulbigten und ber Staaistaffe bei falfcher Anzeige 831, ber baaren Auslagen bei ber Rechtshülfe 135. S. auch 498.

Erfuchen um Rechtshülfe vgl. b. 28.; um Buftellung im Muslanbe 239 ff. 242 f.; ber Staatsanwaltschaft an bie Bolizei u. f. w. im Borbereitungsverfahren 428, an ben Amtsrichter 429 ff., bes Untersuchungsrichters an ben Amtsrichter 454, an die Boligei u. f. m. 458. - G. an bie Militarbehorbe um Befolagnahme 326, um Durchsuchungen 339, um Labungen 253, um Borführung 256; an bas Militargericht um Beftrafung ungehorfamer Sachverftanbiger und Zeugen 256. 289. 296. 303. E. von Staats-A. zu Staats-A. 125.

Erfuchter Richter vgl. Beauftragter unb erjuchter Richter.

Erziehungs-Anstalt. Urtheilszustellung an ben gefetlichen Bertreter bei Unterbringung bes Angeflagten in eine G. 571.

Erawingung bes Beugniffes burch Saft 289, 291 f., ber Muslieferung von Gegen= ftanben ber Untersuchung 321. Ausgeschloffen bei Sachverständigen 303.

Eretutivftrafen 170. 785.

Exterritorialität. Gerichtsbarkeit 36 ff. Gerichtsftand 199. Beschlagnahme 324. S. auch 492.

Facbeborbe. Gutachten 308. Untersuchung bei Bergiftungen 317. Bertretung einer tolle gialen F. in ber Sauptverhandlung 544 f.

Rabigfeit jum Richteramt 19. 20, Reichsgericht 109, jum Schöffenamt 47 ff., jum Gefdworenenamt 86, ju ben Aemtern ber Staatsanwaltschaft 119, zur Funktion bes Bertheibigers 381. 389.

Ralidung ber Protofolle. Nachweiß 576. 579. 580; von Urtunben ale Bieberaufnahme= grund 723 ff. 728 ff.

Fahrlässigteitsftrafe bei Prozegvergeben 743.

Familien glieber ber Erterritorialen. richtsbarkeit 37. Buziehung von F. bei Durch= suchungen 341.

Farben, Gefet, betreffend bie Bermenbung ge= fundheitsicablicher &. bei ber Berftellung von Rabrungsmitteln, Genugmitteln unb Ge= brauchsgegenstänben 805.

Feiertage, allgemeine Friftberechnung 246. 509. S. aud 175. 246. 582.

Felbfrevel 170 ff.

Felbrugefachen vgl. Forft: und Felbruge: fachen.

Ferien 164 f. 245.

Ferientammern 165.

Feriensachen 165.

Feriensenate 165.

Feifelung ber Untersuchungsgefangenen 352; Unzulaffigkeit in ber hauptverhandlung 352. **522.**

Festhalten bes Beschulbigten u. f. w. wegen Drbnungswibrigfeiten 144, behufs Bernehmung 375. 511. F. bes Zeugen 257. Feftnahme vgl. Borlaufige Feftnahme. Feststellung ber Fragen an bie Geschworenen F. in ben Urtheilsgrunden 565 ff. 594 ff. 679. 692. 713 ff.

Fifcherei, Gefet, betreffend bie polizeiliche Regelung ber &. in ber Norbsee 805.

Flucht. Begriff 348. Anftalten jur &., Folgen 356. 643. Stedbriefe 371.

Fluchtverbacht. Unterfuchungshaft megen 🛪. 347. 353 ff. Falle, in welchen ber F. feiner Begrunbung bebarf 347. Feffelung im Befängniß wegen &. 352. Sicherheitsleiftung 353 ff. Befreiungen von ber Sicherheitsleiftung burch Angeige bes &. 357. Borlaufige Festnahme beim Betreffen auf frifder That 367. Borführung ober Saftbefehl behufs Strafpollftredung 818. S. auch 395 f.

Flüchtige. Begriff 137. Nacheile 137.

Formlichteiten bes Berfahrens. Beurfunbung burch bas Prototoll in ber Bor-untersuchung 457, in ber hauptverhandlung 577. Beweis ber Beobachtung ber &. in ber Sauptverhanblung burch bas Protofoll 579. Nachweis berfälldung bes Brotofolls 579.580.

Formmängel bes Wahrspruchs 626. F. als Revifionsgrund 696 ff. 699 ff. 700 ff.

Formulare zu Protokollen 575. For fibiebftabls : Gefet, preußisches 172. 193.

399. 554.

Forft= und Jagb=Beamte, preußisches Ge= fet, betreffend ben Baffengebrauch berfeben 346. Forft = und Felbrugefachen. Berfahren 170 ff. 187. 491. 571.

Forftidutbeamte Befreiung vom Schoffenamte 50. Beeibigung 172.

Fortgesette Delitte 409. 607.

Fragerecht bes Angeflagten 520, ber Erganjungspersonen 520, ber Geschworenen 520, ber Richter 520, ber Sachverständigen 306, ber Schöffen 520, ber Staatsanwalticaft 520, bes Bertheibigers 520, bes Borfitenben 158. 518. 519. **Migbrauch** 521. Enticheibung über Zweifel 522. S. auch 505.

Fragestellung 158. Entwerfung ber Fragen an bie Gefdworenen burch ben Borfigenben 594. Berlesung berselben 594. 595. Abschrifts liche Mittheilung an Geschworene und Prozeß= betheiligte 594. Unterbrechung ber Berhand= lung behufs Brufung ber Fragen 594. Ruge von Mangeln 595 ff. Fefthellung burch bas Bericht 595. Raffung und Reibenfolge 596.

599. 606, alternative Fassung 596. Hilfsfragen 602. 606 ff. 609. 610. Begriff 602.
Ablehnung 609. 610. Rebenfragen 602. 608 ff.,
nach milbernben Umftänben 611, nach ber
erforberlichen Einsicht bei jugenblichen Berbrechern 603. 612, bei Taubstummen 612.
Unterzeichnung ber Fragen 615. Beantwortung 596. 618 f. Renberung und Ergänzung
ber Fragen 595.620. 623. 626. Buziehung
bes Angellagten 620. 626.

Gegenstand ber Befragung 599 ff. Frageftoff im einzelnen Falle 601 ff. Theilung bes Fragestoffes in eine Mehrzahl von Fragen 602, Inhalt ber hauptfrage im Besonberen 603 f.

Fragen an Beugen 288. Revision megen g. an bie Geichworenen 700 ff.

Die Gelumbienen 700 ff.

Bgl. Schwurgericht, Spruch ber Gefchworenen. S. auch 562.

Frauensper sonen als Dolmetscher 151, als Bertheibiger 383, als gesetliche Bertreter 379. 635.

Freiheit, perfonliche. Strafbare handlung

gegen biefelbe. Rebentlage 767.

Freiheits fir a fe. Berechnung ber Dauer 132. Ort ber Berbüßung 138 ff. Erlöschen bes freien Geleites durch Erkennung auf F. 643. Umfang ber Festjehung einer F. durch amtsrichterlichen Strasbesehl 778, durch polizeiliche Strasversügung 785. Umwandlung einer Gelbstrase in F. 289. 794. 819. Unzulässigteit der Festsehung durch Strasbescheib der Berwaltungsbehörde 792. Beriall der Sichersheit, wenn Angeschuldigter sich der F. entzgieht 359. Bollstredung 130 ff. 812. 816 ff.

Bgl. Strafvollstredung. S. auch 354. 513.

Freilaffung im Borbereitungsverfahren 368 ff. in ber Boruntersuchung 363. 366. 369. 372, im Dauptverfahren 363. F. gegen Sicherheits-leiftung 353 ff. Beweiserhebungen behufs F. 434.

Bgl. Haftbefehl.

Freisprechung 549 ff., vor bem Schwurgericht 628, in ber Revisionsinstanz 715. 716, im Wiederaufinahmeversahren 738. Gründe 566. Beröffentlichung 738. F. als Wiederaumahmegrund 724. 728. Rosten 829. 833. Befreiung von Bußeanspruch 774. Borläufige Freisprechung, Lossprechung von der Justanz 178. 549 S. auch 568.

Freizügigkeit, Gefet betr. bie F. 348. Frembe Sprache. Aussagen 150 ff. Gibesleiftung 153. Fragestellung 594. Protofoll 151 f. 457. Bortrag 151. Rechtsbelehrung

Pgl. Dolmeticher, Gerichts iprache. Frieden Brichter, rheinisch preußische 20. Frische That vgl. Betreffen und Ber-

jolgung.

Frist Berechnung nach Tagen, Bochen und Monaten 245 f. Ginfluß von Sonn: und Feiertagen 246, Ferien 165 Berlängerung 244. 246. Berfäumung 245. 246 ff. Bahrung 245 649. Erklärungsfristen 244, gesehliche F.

244, richterliche 244, &. jur Labung ber Geichmorenen 90. F. jur richterlichen Beftatigung von Beichlagnahmen 325. Labungsfriften vgl. Labung. F. ber Beidmerbe gegen Ordnungs. ftrafen 147. F. jur Erhebung ber Civilflage 553. F. jur Borbereitung und Erhebung ber offents lichen Rlage gegen Berhaftete 366; für bie Unterbrechung ber Sauptverhandlung 509 f .; für ben Antrag auf rechtliches Gebor in Boftftraffachen 850, für Bertunbung bes Urtheils 569; F. in welcher bas Urtheil ju ben Aften ju bringen 580. &. für ben Untrag auf gerichtliche Enticheibung gegen ablehnenben Bescheib ber Staatsanwaltschaft 438; für bie Antrage bes Angeschulbigten nach Dittheilung ber Unflageschrift 471, fur ben Antrag ber Staatsanmalticaft auf Aufhebung bes Beichluffes porläufiger Ginftellung 484, für Fortfepung ber Privatflage nach bem Tobe bes Rlagers 765, für Revifionsantrage ber Bermaltungsbehörben 799.

S. auch 849. 852. 857. 859.

Bgl. Biebereinfegung in ben voris gen Stanb, Rechtsmittel.

Sührungszengniffe 545.

6

Gafthaufer. Durchjuchung 337.

Gebrechen ichließen aus vom Gefcmorenenamt 86, vom Schöffenamt 48.

Gebrechlichteit. Kommissarische Bernehmung wegen G. 502. Berlesung bes Brotofolls in ber hauptverhanblung 537. G. bes Beschulbigten 404.

Gebuhren bes Rechtsanwalts für bie Bertheibigung 397, in Privattlagefachen 833; G. ber Sachverftanbigen 136. 309, ber Zeugen 136. 296. Richter beziehen feine G. 20.

Gebuhrenfreiheit in bem Berfahren por bem Reichsgerichte 3.

Bebührenorbnung 3. 136. 296. 309. 397. 445. 498.

Geburtsort. Gerichteftanb 800.

Gefährbung öffentlicher Sicherheit 81. Ginfluß auf ben Gerichtsftand 207.

Befälle vgl. Abgaben.

Gefängniß 649.

Gefangnifbeamter. Bugiehung bei hinrichtungen 815.

Gefangniforbnung bei Untersuchungshaft 352. 395.

Gefängnifort, Anbringung von Antragen beim Gerichte beffelben 249.

Gefängnifftrafe, jubftituirte 40 ff.

Befangnifmefen 7.

Gefahr im Berzuge. Amtshanblungen eines abgelehnten Richters 228, eines unzuftändigen Gerichts 137,216, eines unzuftändigen Staatsanwalts 115, in reichsgerichtlichen Sachen 107. Beschlagnahme 325. 332. Bestellung des Bertheibigers durch den Borfigenden 387. Durchsuchung 337. 338. Einschreiten der Staats-A. bei Antragsbelisten 400. Ermittelungen durch die Polizei u. s. w. 432.

Saftbefehl vor Erhebung ber öffentlichen Klage 365, bei Antragsbelitten 371. Untersuchungshanblungen bes Amtbrichters 434, bes Untersuchungsrichters 460. Borlaufige Festsachme 367. Zeugenbeeibigung im Boreteitungsverfahren 282 ff. 504. Zuziehung einer Person als Gerichtsschreiber 456.

Begenüberftellung Mitbeschulbigter 277. 375; von Zeugen 260. 277.

S. auch 525.

Begenstänbe. Rudgabe ber G., welche bem Berlepten burch eine ftrafbare handlung entzogen find 345. 346.

Gegenvormund, Ausschließung 219.

Segenvorftellung 658.

Gehalt ber Richter 20. 18. Rechtsweg 20. Berluft 103 f.

Beheimatten 158.

Geheimer Justizrath in Preußen 7.

Geistestrautheit schließt nicht die Bernehmung als Zeuge aus 251; ift hinderniß der Strafverfolgung 403. 306. Einstellung des Berjahrens wegen G. des Angeschuldigten 478. Borlesung des Brotosolls über die Bernehmung Geistestranter in der hauptverhandlung 537. Ausschub der Freiheitsstrasen wegen G. 816. Nichtvollstredung der Lodesstrase 815. S. auch 731. 821.

Geifte guftand bes Angeschulbigten, Beobachtung in einer Irrenanstalt 306. S. auch 373.

Geistliche Gerichtsbarkeit 33.

Geiftlicher. Beugnigverweigerungsrecht 264. Buziehung bei hinrichtungen 816.

Gelbstrafe gegen Schöffen und Bertrauensmanner 65. Geschworene 92, ungehorsame Besiter von Gegenständen der Untersuchung 321, gegen ungehorsame Zeugen und Sachverständige 256. 289. 291. 303; Beschlagnahme wegen der G. im Bersahren gegen Abwesende 633 f. höhe der Festlehung einer G. durch amtörichterlichen Strasbeschlagen hurch Strasbescheid der Berwaltungsbehörden 792. 794, durch polizeiliche Strasversügung 785. Umwandlung 289. 794. 819; Bollstreckung 823, durch Rechtshülse 134.

Mit G. bebrobte Strafthaten: Beidrantung ber Unterfuchungshaft 349 f. Entbindung best Angeflagten vom Erscheinen in ber hauptversfandlung 512 ff. Bulaffigfeit bes Ungehorsfamboerfahrens 512 ff., gegen Abwesenbe 6:33. S. auch Orbnungsftrafe. Bgl. 354. 741.

Geleit, sicheres, vgl. Sicheres Geleit. Geltungsbereich bes Ger.: Berf.: Ges. 3. 5. Gemeindebeamte. Zuziehung bei Durch: suchungen 338. bei Hinrichtungen 815 f.

fuchungen 338, bei Sinrichtungen 815 f. Gemeinbebeborben. Anzeigepflicht 424.

Bemeindebegirt. Ausschluß bes Suhneverjuches, wenn Parteien in verschiebenen G. wohnen 751.

Gemeinbebienft eines Bunbesftaates, Berudschigung bei Berechnung ber Dienstzeit eines Mitgliedes bes Reichsgerichts 103.

Gemeindegerichte 32.

Gemeinbemitglieber. Bugiehung bei Durch= fuchungen 338, bei hinrichtungen 816.

Gemeinben. Buftellungen an biefelben 239 ff. Gemeinbevorft anb. Obliegenheiten bei hinrichtungen 815.

Gemeinbevorfteber. Obliegenheiten bei Aufftellung ber Urlifte 52. 53.

Gemeine bes aftiven heeres und ber Marine. Buftellungen an biefelben 240.

Gemeingefährliche Bergeben. Buftanbig- feit 75.

Gemeinichulbner. Unfahigleit jum Bes ichworenenamt 86, jum Schöffenamt 48 ff.

Genbarmen 121. 137. 328. Genehmigung ber Protofolle 457. 577.

Generalatten über Bilbung ber Schöffen= gerichte 58. 59. 62, 64.

Generalfragen an Sachverftanbige 305. 308, an Beugen 279. 287.

General = Staatsanwalt im Rönigreich Sachjen 113.

Generalsubstitut bes Rechtsanwalts als Bertheibiger 384. 390. 397.

Serichte. Begriff 180. Staatlicher Charafter 33. Unabhängigkeit 19; Geschäfiskreis 28 f. Glieberung 26 ff. — Nicht vorschriftsmäßige Besehung, Revisionsgrund 696. — Orbentliche G. 26. 27. 28. 169.

Bgl. Befcluffe, Befonbere Gerichte, Enticheibungen, Gerichtsftanb, hauptverhanblung, Urtheil, Berfügungen, Buftanbigfeit.

Gerichtliche Polizei 121.

Serichtsarzt 175. 301. Begriff 315. Bus giehung bei Leichenöffnungen 299. 313

Gericht Baffefforen 50.

Gerichtsbarteit 5; Ausibung ber orbentlichen ftreitigen G. 3. 21. 26 ff. Geschäftstreis
ber orbentlichen Gerichte 32 ff. Besonbere
Gerichte 32 ff. Privatgerichtsbarteit ausges
hoben 33. Geistliche G. ohne bürgerliche
Birtung 33. Ausnahmegerichte unstatthaft 33.
Kriegs: und Stanbrecht 33. Streitigfeiten
zwischen Gerichten und Berwaltungsbehörben
35. G. über Mitglieber ber Mission 36 und
beren Familienglieber u. f. w. 37, über Konsuln
37, über Lanbesherren u. f. w. 7.

Besonbere G. 28. 30 32 f. Uebertragung berselben auf bie orbentlichen Gerichte 5. 7. 170, auf bas Reichsgericht 5. 6. — Richt

ftreitige G. 4. 7.

Bgl. Militärgerichtsbarteit. S. auch 732.

Serichtsbezirk. Begriff 192. Bollftredung ber Freiheitsftrafe in einem anderen G. 133 f. Bornahme von Amtshandlungen in einem anderen G. 137, 455. Nacheile in anderen G. 137.

Bericht Bbiener, Betreten ber Berathungszimmer ber Beichworenen burch benfelben 617. Bericht Bferien vgl. Ferien.

Gerichtsgewalt 124.

Gerichtstoftengefes 3. 445. 750. 769. 860 ff. Bgl. Roften.

Gerichtstundige Thatfacen 552.

Berichts mitglieber. Anwesenheit zweier G. bei Bollftredung ber Tobesftrafe 815.

Gerichtspersonen. Ablehnung 224 ff. Ausfoliegung 216 ff. 229. Gegenwart einer G. bei Unterrebungen bes Berhafteten mit bem Bertheibiger 395. 396, beren Bernehmung über ben Inhalt fruberer Auslagen 541. Orbnungswidrigfeiten von G. in ber Sigung

Gerichtsichreiber 122, Aufnahme bes Prototolls über Musloofung ber Schöffen 57, ber Sauptgefdmorenen 89; über Beeibigung ber Schöffen 62; über bie Berhanblungen im Borbereitungeverfahren 375. 435, in ber Boruntersuchung 456; über bie Sauptverhandlung 574. Mitmirfung bei Ruftellungen 239. 240. 243, in Brivatflagesachen 756. 762, bei ber Rechtshulfe 130. -- Beglaubigung und Ertheilung von Musfertigungen unb Musgugen ber Urtheile 580, ber Urtheilsformel behufs Strafvollftredung 814. Unterfdrift ber Musfertigungen u. f. m. 580, ber Brotofolle 456. 574. 816, bes Bahripruches 622. - Un= unterbrochene Gegenwart bes G. in ber haupt= verhandlung 507. Borlegung ber Aften in ber Berufungeinftang 668. ber Berufungeinftang 668. Bugiehung bei Augenicheinseinnahmen 312, bei Durchfuchungen 340, bei ber Urtheilsverfunbigung 562, hinrichtungen 815, Leichenöffnungen 314.

Grflarungen ju Protofoll bes G. 182. 451; Ablehnungegefuch 225; Antrag gegen Strafverfügungen 788; Anzeigen ftrafbarer Sanb: lungen 422, 423; Berufung: Ginlegung und Rechtfertigung 645. 649. 663. 665 : Befcmerbe 657; Ginfpruch gegen Straibefehle 781 ; Sinterlegung von Beugengebühren beim G. 497; Privattlage 724 ; Rechtsmittel Berhafteter 649 : Revifion: Ginlegung 703, Revisionsantrage 707, Gegenertlarung 710; Bieberaufnahme antrag 731. G. beim Kriegsgerichte 854. 855,

beim Ronfulargerichte 857.

Ablehnung und Ausschliegung bes G. 229; ob feine Gegenwart bei ber Berathung que laffig 158; Augabe bes Ramens im Brotofoll ber Sauptverhandlung 576; Beeibigung einer Berfon als G. bei Gefahr im Berguge 456. G. als Dolmeticher 154.

Gerichtsichreiberei. Beidaftseinrichtung 122. Nieberlegung von Buftellungen 239 ff.;

ber Spruchlifte auf ber G. 582. Serichtefiegel auf Ausfertigungen und Aus:

zügen ber Urtheile 580.

Gerichtsiprache 149 if. 548. Frembe Sprache, Unlagen jum Brotofoll 150; Rebenprotofoll 150; Ueberfepung ber Ausjagen 150; Gibes= leiftung 153; W. in Glag-Lothringen 16. 149. Bgl. Dolmeticher.

Gerichts ft and. Begriff 192. G. bes Thatortes 193. des Geburtsortes 800, bes Bohnfiges (Aufenthaltsortes, letten Bohnfiges) 195 f.

800, ber Ergreifung 197, bes Beimathshafens 199, ber Erterritorialen 199, ber im Muslanb angestellten Beamten 199, ber Babilonfuln 199, bes Buvortommens (Bravention) 200. burd Uebertragung 200; für Brefftraffachen 195. 844; für jufammenhangenbe Straffaden 202; bei Begehung im Auslande ober Richt= ermittelung bes Thatortes ober Bohnfites 196. 197. Privilegirter G. 10. -- Feftftellung bes G. bei Ronfurreng 200; bei Bufammenhang 202, burch Bereinbarung 202; bei Streit über bie Buftanbigfeit 206; bei Berhinberung bes Gerichis 206 f.; bei Gefährbung ber öffents lichen Sicherheit 206; bei Ginmanb ber Unzuständigteit 208 ff. 452, 471; Entscheibung Aber ben Ginmand 212 ff.; G. ber Boruntet= fuchung begrunbet ben bes hauptverfahrens 212; Unguftanbigfeitserftarung 213. 214. Gin: gelne Unterfudungebanblungen eines ur guftanbigen Gerichts 215, bei Gefahr im Berguge 216. 3. für Amtshandlungen bei Gefahr im

Berguge im eigenen Gerichtsbezirt 215 f., außer: balb beffelben 137; für Befchlagnahmen 325 f.; für Gingiehungen u. f. w. 805; für Sand: lungen ber Rechtshulfe 126; für Unterfuchungs: handlungen im Borbereitungsverfahren 126. 127. 430; für Berhaftungen 365, 368 f. 372; im Berfahren gegen abmefenbe Behrpflichtige

Bestimmung bes G. burch bas Obergericht 200. 206. 214, burch bas Reichsgericht 197, **198. 715. 800**.

Anfectbarkeit ber Beschlüsse über ben G. Berletung ber Borfchriften über ben G. ist Revisionsgrund 696.

S. auch 114, 698, 720, 805 ff. Bgl. Strafverfolgung.

Gerichts felle 461. 462. 499. 505. 533.

Gerichtstafel vgl. Anheiten.

Gerichtsverfassungsgeset,Intrafttreten 3. Umfang ber Geltung 3.

Berichtsvollzieher. Begriff 122. Mus-foliegung 122 f. Dienft und Gefcaftsverhaltniffe 122 Gebührenordnung 3. Ladungen und Buftellungen 239 ff. 241. 498. G. beim Ronfulargericht 857.

Gerichts vorft ande, beren Auffichtsrecht 4. Gesammthaftbarkeit für Roften 828.

- Sefammtftrafe 22. 24. 76. 130 f. 187. 484. 686. 715. 718. 809. 810. 813. 820. Grund fate über bie Bollftredung von G. bei Feftfepung ber Ginzelftrafen von Gerichten verschiebener Bundesstaaten 130 f.
- Sefanbte. Buftellungen burch biefelben 239 ff. Sefdaftseinrichtung ber Gerichtsichreiberei
- Geschäftsjahr 51. 61. G. erftes 18. Ueber: gangsbestimmungen 169. Ausmahl ber Befomorenen aus ber Urlifte für bas nachfte G. 87. Berpflichtung ber Geichworenen, über bas G. hinaus mitzumirten 92. Ablehnung ber Berufung jum Schöffenamte megen Gefcmores nendienstes u. f. w. im letten G. 51. 28ahl

ber Schöffen und Sulfsicoffen für bas nächte G. 55. Geltung ber Beeibigung ber Schöffen für bie Dauer bes G. 61. Bestellung bes Untersuchungsrichters auf bie Dauer eines G. 68. Berpsichtung besselben zu Amtshanblungen nach Ablauf bes G. 70. — G. ber Landgerichte 69. 70, ber Oberlandesgerichte 69 f. 99, bes Reichsgerichts 69 f. 104.

Seichäftstreis bes Amtsgerichts 40, Landgerichts 71 ff., Oberlanbesgerichts 99 f., Reichsgerichts 104 f. 110; ber Staatsanwaltichaft 111, ber Gerichtsichreiber 122. 182, ber

Schwurgerichte 83.

28gl. auch 184 ff.

Geichaftsorbnung beim Reichsgericht 102. 104. 109. 111. 158. 235. 246.

Sefcaftsperfonal ber Erterritorialen. Gestichtsbarteit 37.

Seichaftsvertheilung im erften Geschäftsjahr 18, bei ben Rammern 71, Landgerichten 69 f., Oberlandesgerichten 99. 69 ff., bem Reichsgerichte 69 f. 104, bei ben Amtsgerichten 38.

Gefcwister. Antrag auf Bieberaufnahme 728. 731.

Geschworene. Beruf 83. Qualifikation 86. Urlifte für bie Auswahl gum Beschworenen= anıt 86. Unfähigfeit jum Gefcmorenenamt 86. 46. Musichließung vom Gejchworenenamt 86. 48 ff. 230. 216. Ablehnung ber Berufung jum Beichworenenamt 86. 50. Bahl ber Geichworenen 86. Auswahl für bie Borichlags= lifte 87. 88. Enticheibung über Ginfprachen 88. Bahl ber Saupt- und Gulisgeschworenen 88 ff. Jahresliften 88. 169. Austoojung ber hauptgeschworenen 89. Spruchlifte 89. Labung ber Beichworenen 90. Enticheibung über Ablehnungs: und hinderungsgründe 90. Ergangung burch Erfaymanner 90. 91. Dits wirkung über bas Geschäftsjahr hinaus 92. Reifetoften 92. 64. Ordnungsftrafen 92. 65. Ordnungswidrigfeiten ber G. in ber Sipung 143. Unftatthaftigfeit ber Rumulation bes Geschworenen: und Schöffenbienftes 56, 93.

Ausloofung ber G. behufs Bitbung ber Geschworenenbant 583 ff. Ausscheidung ber kraft Gefetes ausgeichlossenen G. 217. 230. 584. Pflicht zur Anzeige von Ausschließungsgründen 584. Entscheidung durch das Gericht 584. Zahl der Geschworenen 585. Ergänzung derselben durch Hülfsgeschworene 585. Ablehnung der G. 587 ff. Ausschluß des Rebenstägers von der Ablehnung 769. Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen 155. 589. Beeidigung der G. 592 ff. Antrag auf Mittheilung einer Abschrift der Fragestellung 594, auf Anterbrechung der Verhandlung behufs Prüfung der Fragen 594, auf Aenderung und Ergänzung der Fragen 595, auf Hülfssund Rebenfragen 609 ff. Belehrung der G. 614. Zurücziehen in das Berathungszimmer 616. Lusschluß des Bertehrs mit Oriten 617. Wahl bes Obmanns 617. Pflicht

jur Abstimmung 162; Reihenfolge 164; Berspstichtung jur Berschwiegenheit 164; Antrag auf weitere Belehrung 620. Bahrspruch 618. 622 ff. 627 ff. Zurudoerweisung in bas Berathungszimmer wegen Mangel bes Spruchs 623. Reue Berhanblung wegen Jrrthums ber Geschworenen 629.

Ununterbrochene Gegenwart ber G. in ber Sauptverhanblung 506 f. Fragerecht 520. G, welche ber beutschen Sprache nicht mächtig 150. Briwirtung ausgeschloffener G. ift Revisionsagrund 696, Pflichtverletzung, Wieberaufnahmergrund 723. 728.

Bgl. Berathungszimmer; Frages ftellung, Gefcmorenenbant, Schwurgericht, Spruch ber Ges

fcomorenen.

- Sefchworenenbant. Begriff 83. Bilbung bergelben 583 ff.; Protokoll über ben hergang 584. Oeffentlichkeit 587. Ergänzung 585. 589. S. für mehrere Berhanblungen 590. Reusbilbung ber G. nach Unterbrechung ber hauptverhanblung und Neubeginn bes Berfahrens 592. Fehlerhaste Besehung ber G. ift Revisionsgrund 696. 697.
- Beidmorenenliften 87. 88.
- Sefellschaften als Privatkläger 742. 745. Rebenkläger 766 ff. Ausgabe von Berthpapieren burch G. 318.
- Gefet. Begriff 177. 281. Ausländisches G. 603. Inländische G. find nicht Gegenstand ber Beweisaufnahme 525.

Gefesbücher, Berabfolgung in bas Berathungszimmer ber Gefcworenen 616.

Gefegesverlepung als Nevisionsgrund 691.

Sefet gebenbe Berfammlung. Mitglieber berfelben tonnen Geschworenen: und Schöffensamt ablehnen 51.86. Bernehmung berfelben als Zeugen u. f.w. 255.297 f. Strafverfolgung berfelben mahrenb einer Situngsperiobe 174. 174. 346. 404.

Befetliche Friften vgl. Friften.

- Geständnis. G. in fremder Sprace 152. Einsstuß des G. auf Beweißerhebungen in der Borunntersuchung 459, auf das Berfahren vor dem Schöffengerichte wegen Uebertretung 489. 490. G. in der Hauptverhandlung 524. G. vor dem Schwurgerichte 593 Berlesung des Protofolls über ein G. 543. Würdigung des G. 552. G. des Freigesprochenen als Wiederaufnahmegrund 728. 729. Untersassung weiterer Labungen bei vorliegendem Geständnisse 493. G. nachträgliches 178. S. auch 376. 416. 531. 635.
- Seftellung bes Ungeschuldigten 357 ff. 489 ff. 632, von Beugen burch ben Angeklagten 497 ff. Wittel jur G. 374. 375. 641 ff.

Gefundheit. Strafbare handlung gegen dies felbe. Rebentlage 767. Strafvollstredung 816 f.

Gewahrfam. Befdlagnahme von Beweisftuden im G. einer Berfon 320. Angeflagter barf

Digitized by GOOGLO

mahrend einer Unterbrechung ber hauptverhanblung in G. gehalten werben 511.

Gewalt, richterliche. Ausübung berfelben 19.

Gewerbe 301. Angabe in ber Labung Ab: mejenber 635.

Bewerbegeheimniß 268.

Gemerbegehülfe, Buftellung an benfelben 239 ff.

Bewerbegerichte 30. 32. 33.

Gemerbeorbnung 41. 52. 545.

Gewerbsmäßigfeit 195. 559.

Gewohnheitsmäßigfeit 195. 559.

Gewohn heitsrecht 692.

Slaubhaftmadung. Begriff 249. G. bes Ablehnungsgrundes 225. 300, ber Berfaumungegrunde bei Biebereinfetung in ben vorigen Stand 249, ber Beugnigverweigerungsgrunde 269 f.

Gnade 23. 815. 818.

Grenganifichtsbeamten, Breugifches Gefet, betreffend ben Baffengebrauch berfelben

Ør en gen ber Gerichtsbezirfe, Gerichtsftanb 194.

Grunbbucher 323.

Grunde. Abstimmung nach G. 159 f. Roth= menbigfeit von G. fur anfechtbare ober ablehnende Enticheidungen 235 ff. Angabe bes Berhaftungsgrundes im Baftbefehl 350. Buftellung bes Urtheils mit G. an ben Befdmerbeführer in ber Berufungeinstang 665, in ber Revifionsinftang 704.

6. aud 141, 243, 443, 477, 481, 527,

536. 539.

Buterpilege begrunbet Ablehnung 219. S.

bei Bermögensbeschlagnahme 642

Sutachten 297 ff., in ber Boruntersuchung 463 f. Bflicht jur Abgabe bes 3. 301 ff. Recht jur Bermeigerung 302. Unberechtigte Berweigerung 303. Borbereitung bes G. burch Afteneinficht 306, Befragung bes Befculbigten und ber Beugen 306, Beobachtung bes Beifteszustandes bes Angeschuldigten in einer Brrenanstalt 306, Gegenwart bei Bernehmun: Münbliches G. im Borverfahren gen 306. 307. Neues G. 308. Faliches G. als Bieber-aufnahmegrund 723, 728.

G. öffentlich bestellter Sachverständiger 298. 301, öffentl. Beamter 302, einer Fachbeborbe 308, bei Mungverbrechen 317 f. Schriften-

vergleichung 318.

Berlejung bes G. öffentlicher Beborben in ber Sauptverhandlung 544. Bertretung bes B. einer follegialen Fachbeborbe 544 f.

Bgl. Sachverständige.

Dafen, zuerft erreichter beuticher. stand 199 f.

Baft megen Orbnungswidrigkeit in öffentlicher Sigung 144, Musbleibens ber Beugen 256, Beugnigverweigerung 289 ff., Gibesvermeige= rung 289, Ungulaffigfeit gegen Sachverftanbige 303; Bermeigerung ber Berausgabe von Beweisftuden 321. 289. Bulaffigfeit bes Unge-horfamsverfahrens bei mit &. bebrohten Deliften 512. Feftfepung von S. burch polizeis liche Strafverfügung 785. Befdwerbe über f. **350. 656.** 660.

> Bgl. Festhalten, Festnahme, Freis heitsstrafe, Unterfuchungshaft, Berhaftung.

Haftbarkeit eines Anbern 359.

haftbefehl. Begriff 350. Inhalt 350. Bekannt: machung an ben Angeschulbigten 351. Erlag im Borbereitungeverfahren 364, in ber Boruntersuchung 363, nach Eröffnung bes hauptversahrens 363, in ber hauptverhandlung
510. 517, behufs Strafvollftredung 818. h.
nach vorläufiger Feitnahme 368, bei Antrags beliften vor Stellung bes Antrags 371. Sted-briefe auf Grund eines h. 371. Aufhebung bes h. 357. 361. 363. 366.

Bollftredung 129. 351. 366; Abwendung ber Bollftredung 353 ff.

Bgl. Festnahme, Freiheitsstrafe, Untersuchungshaft, Berhaftung. haftpflicht bes Staates für in Bermahrung genommene Gegenftanbe 346.

aftsachen 59. hamburg, Gefet, betr. bie Buftanbigleit bes Reichsgerichts für Streitfragen zwifchen bem Senat und ber Burgericaft ber freien unb Saufestabt B. 102.

Banbelerichter find ausgeschloffen vom Schof. fenamt 49, vom Befcworenenamt 86. S. auch 97 f.

Hanbels - und Schifffahrtsverträge 174. Banbgelübbe 281. 354.

hanblungen, ftrafbare. Angabe berfelben im Saftbefehl 350. Anzeige von ft. S. 422. Beurfundung munblicher Anzeige 422. St. S. in ber Sigung 148,

handzeichnung bei ber Augenschnseinnahme 313.

Banfestäbte vgl. Senate ber freien Banfestäbte.

hauptfragen vgl. Fragestellung. hauptgefdmorene ngl. Geidmorene.

Sauptfache 629.

auptschöffen. Austoolung 56 ff., Jahres: lifte 56. 23ahl 55. 3ahl 55. 56.

hauptstabt bes Beimathestaates als fingirter Bohnfit von Erterritorialen u. f. m. richteftanb 199.

hauptversahren. Begriff 419. Ausschließung bes Berichterftatters über ben Antrag ber Staatsanmalticaft, fowie bes Unterfuchungs: richters von bem & 221. Dertliche Buftanbigfeit 212 ff. 466 ff., fachliche 467. 482 ff. 571. S. por bem Reichsgerichte 109 f.

Enticheibung über bie Eröffnung bes S. 465 ff. 754. Erfolgt in berathenber Sigung 465. -- Erhebung ber Anflage burch bie Staaisanmalticaft: Mittelbare Erbebung 466; unmittelbare Erhebung 467. 436. Un= Mittheilung ber: Klageidrift 467 ff. 481. felben an ben Angeschulbigten 471.

forberung ju Antragen und Einwendungen 471. 481. Befchluß über biefe 471 ff. 481. Ergangung ober Eröffnung einer Borunter-fuchung, Anordnung von Beweiserhebungen 474. Richtgebundenfein bes Gerichts an bie Anträge ber Staatsanwaltschaft 478. — Er= öffnungsbeichluß 466. 475 ff. Bebingung ber hinreichenben Berbachtigung 475. Inhalt Bermeifung ber Sache por bas ju-479. ftanbige Bericht: vor ein Bericht nieberer Orbnung 74. 482. 487, por bas Lanbgericht 482, bas Reichsgericht 482, bas Schöffen-gericht 74. 75. 482. 487. Ansechtung bes Eröffnungsbeichluffes 486; Berücffichtigung beffelben bei ber Fragftellung an bie Be-ichworenen 606, bei ber Urtheilsfindung 557 ff. Berlefung in ber hauptverhandlung 522 523. -Beidluguber bie Unterjudungshaft 361 ff. 479. Ginftellungsbefdluß 466. 476. 477. Borlaufige Ginftellung bes Berfahrens 477. 484. Anfechtung bes Ginftellungsbefchluffes 477. 484. 485; Aufhebung beffelben 484. -Bieberaufnahme ber Rlage auf Grund neuer Thatfachen und Beweismittel 488. - Befon= beres Berfahren in geringfügigen Schöffengerichtsfachen 489 ff.

5. im Berfahren gegen Abwefenbe 633 ff., gegen abwefenbe Behrpflichtige 799 ff., nach amtbrichterlichen Strafbefehlen 782 ff., nach polizeilichen Strafverfügungen 788 ff., nach Strafbefcheiben ber Berwaltungsbehörben 798 ff., in Brivatklagefachen 754. 797, bei

Gingiehungen u. f. w. 807.

Bgl. Sauptverhanblung. Bauptverhanblung. Begriff 139. 232. Defe fentlichkeit 139 ff. Situngspolizei 143 ff. Brinzip ber Münblichkeit 506. 510. 536, ber Unmittelbarkeit 536 ff.

Borbereitung ber B. 491 ff. Beariff 491. Terminsbestimmung burch Borfigenben **492**. Ladungen und Herbeischaffung von Beweismitteln: Ausführung burch bie Staats= anwalticait 493. 238. Unordnung burch ben Borfigenben 500. Mittheilung des Gröffnungs: beichluffes an Angeflagten 494. Labung bes nicht verhafteten Angeflagten 494, bes verhafteten 494. Labungsfrift 495. 756. Richtinnehalten berfelben 495. 508. Labung bes bes ftellten Bertheibigers 495, bes Bablvertheibigers 495. Beweißantrage ber Angeflagten 496. Befanntmachung ber besfallfigen Berfügung an Angeflagten 496; Mittheilung ber Beweisantrage an Die Staatsanwaltichaft 496; Ablebnung berfelben 497. Unmittelbare Labung Seitens bes Angeflagten 497. Ramhaftmachen ber Gelabenen an Angeklagten bezw. Staatsanwalischaft 501. Rommiffarifche Bernehmung 501 ff. 513. Augenscheinseinnahme 506. Ginftellung bes Berfahrens nach Gröffnung bes hauptverfahrens 492. — Bustandigfeit in Schöffengerichtsfachen 45, in Schwurgerichts= fachen 83. 94. — Befegung ber Straftammer 78. - Borbereitung ber B. im Berfahren gegen Abwesenbe 603 ff., gegen abwesenbe Behrpflichtige 800 ff., in ber Berufungsinftang 670 ff., in ber Revisionsinstang 712, bei ber Privattlage 754. S. ohne vorausgegangenen Eröffnungsbeschluß 489. 564. 782. 788 f. 793.

hauptverhandlung insbesonbere: Ununters brochene Gegenwart ber Urtheilsfinder, ber Staatsanwaltschaft, des Gerichtsschreibers 506 f. Bulassung von mehreren Beamten ber Staats: anwaltichaft und Bertheibigern 507. icheibung über Antrage auf Aussehung ber S. 508, fürzere Unterbrechungen 508. Ber= hinberung bes Bertheibigers 508. 391. Richt= innehalten ber Labungsfrift 508. Fortfepung ber Berhandlung nach Unterbrechung ber S. 509 f. - Berfahren ohne Anmefenheit bes Angeflagten 510 ff. Borführungs: ober Saftbefehl 510. 517. Magregeln gegen Entfernung bes Angeflagten 511. Fortfebung ber Berhandlung nach ber Entfernung, menn bas Bericht ben Angeflagten gehört hat unb feine fernere Anwesenheit nicht für erforberlich erachtet 511. Berhandlung ohne Anwesenheit bes Angefl. bei geringeren Deliften 512. Ent= binbung von ber Anwesenheit, tommiffarifche Bernehmung bes Angeflagten 513. Befugniß ber Bertretung burch einen bevollmächtigten Bertheidiger 515. - Biebereinfepung in ben porigen Stand 516. — Berbinbung jus fammenbangenber Straffachen 517. - Lei= tung ber Berhanblung u. f. m. burch Bor= figenden 518 f. Aufruf 522. Bernehmung bes Angellagten 518. 522. - Bemeisauf nahme burd Borfigenben 518: Rreugverbor 519 ff., Fragerecht 521 ff. Sachverftanbigens beeibigung 304. Beugenbeeibigung 282 ff. Um= fang ber Beweisaufnahme 524 ff., in Schoffengerichtsfachen 528, in ber Berufungsinftang por ben Landgerichten 528. Ablebnung von Beweißanträgen 524 ff. Anordnung von Labungen und Berbeischaffung von Beweismitteln burch bas Gericht 524. Aussehnng ber S. jum Zwede von Erfundigungen 531. Entfernung bes Angeflagten aus bem Gigungs= gimmer bei einzelnen Beweiserhebungen ober wegen ordnungswidrigen Benehmens 533, ber Beugen und Sachverständigen von ber Berichtsftelle 533. Unmittelbare Beweisführung Beweisführung burch Schriftftilde 534 ff. Berlefung von Arfunden und Schriftftuden 534, von Prototollen über Augenicheinseinnahme 534, über Bernehmung ber Canbes= herren u. f. w. 296, von Mitschulbigen 537. Sachverständigen 537. 542, Beugen 537 ff. 542, über tommiffarifche Bernehmungen 537, Beftanbniffe 543, bei Biberfpruchen 542. 543, von Gutachten und Zeugnissen öffentlicher Beborben 544, von ärztlichen Atteften 544 f.; Bertretung bes Gutachtens einer tollegialen Rache behörbe 544 f., Sorung bes Angeflagten über bie einzelnen Beweiserhebungen 546 --Schlufvortrage 546. Berbolmetidung ber Untrage aus bem Schlufvortrage ber Staatsanmalifchaft für ben ber Gerichtsiprache un= fundigen Angeflagten 548. — Urtheil 549 - 559.

560—573. 580. — Berfahren bei Alageanberung 560 ff., wenn Angeflagter in ber h. einer anberen That beichulbigt wird 564. — Unzuftänbigfeitserflärung 571—574. Sipungsprostofoll 574—580.

S. in geringfügigen Schöffengerichtsfachen 489 ff., in Schwurgerichtsfachen vgl. Schwurgerichtsfachen vgl. Schwurgericht, im Berfahren gegen Abwelende 631 ff., gegen abwelende Wehrpflichtige 802, in der Berufungsinstanz 674 ff., in der Revisionsinstanz 712 ff., nach Wiederaufnahme des Berfahrens 740, bei der Privattlage 757 ff., Rebentlage 770, im Berfahren nach amtsrichsterlichen Strasbesehlen 782 ff., nach polizeil. Strasversügungen 788 ff., nach Strasbeschen der Berwaltungsbehörden 793 ff., bei Eins

ziehungen und Bermögensbeschlagnahmen 807. Ablehnung bes Richters in ber D. 224 f. Ausbleiben von Zeugen und Sachverständigen 256 ff. 303, Besugnisse ber Schöffen in ber H. Beistänbe bes Angeslagten in ber H. 396. Einwand ber Unzuständigkeit in ber H. 208. Entschungen im Laufe ber H. 45. 232. Fesselung bes Angeslagten in ber H. unstatthaft 352. 522. Mangelbatte Besehung bes Gerichts in ber P. ist Revisionsgrund 696. D. vor bem Konsulargerichte 858.

Bgl. Prototolle, Schwurgericht, Urtheile.

Bausarreft 347.

Sausgen offen. Buftellungen an fie 239 f. Buziehungen von S. bei Burchsuchungen 341, Saus fuchung 138, 335, 337, 328, 349, 344.

Bgl. Durch fuchung. Sausverfaffungen ber lanbesherrlichen und fürftlich hohenzollernichen Familien. Geltung neben bem Gerichtsverfaffungsgefeb 7, neben

ber Strafprozegordnung 172. Sausmirth. Buftellungen an benfelben 239 f.

Hebammen. Zeugnißpflicht 266.

hehler. Beschlagnahme bei h. 324; Durchs suchung 335; nichteibliche Vernehmung ber h. 271, 275. Zusammenhang bei Strafhandslungen gegen Thäter u. s. w. und h. 188. Bgl. hehlerei.

Sehlere i. Buftanbigteit ber Schöffengerichte 40. 43, ber Straffammern 43. 73. 75. 77.

Bgl. Behler.

Beimathlofe Angeschulbigte. Berhaftung 347 ff. Deimathahafen. Begriff 199. Gerichts: ftanb 199.

Seimathsftaat. Gerichtsftanb ber Erterristoriale.i und Beamten im Auslande 199.

Herausgabe von Beweiß: und Einziehungs: ftilden 262. 320 ff.; Zwangsmittel 321. 289. H. von Aften 322 f.

Bgl. Beidlagnahme, Durchfuchung. Berbeigeichaffte Beweismittel, Begriff

Herbergen Bestrafter. Durchsuchung 337 f. Sinbernig ber Strafflage 402 ff. 731; S. als Ursache ber Berfaumung einer Frift 249, bes Richterscheinens eines Zeugen u. f. w. in ber hauptverhandlung 501 ff.

hinberung sgrunde ber Gefcworenen 90. 91. hinein foreiben von Saben in bas Protofoll 576.

Sinrichtung. Auffchub 815. Bollftredung 815. Beerbigung bes hingerichteten 816.

hinterlegung ber Sicherheitsmittel bei Berfconung mit ber Untersuchungshaft 354, ber
Reise: und Bersaumnißkosten unmittelbar gelabener Bersonen 497, ber Kosten bes Berfahrens bei Antragstellung bes Berlepten auf
gerichliche Entscheng gegen Einstellungsbescheib ber Staatsanwaltschaft 444, ber Privattlage 749 ff.

hinweisung auf die Bebeutung bes Eibes 277. 305, auf die Folgen bes Ausbleibens 58. 253. 373. 494. 512. 513. 635. 670. 758, auf Rlageanberung und Straferhöhungs-Um-

ftanbe in ber hauptverhandlung 514. 560 ff. hochfculen vgl. Rechtslehrer.

Hoch = unb Lanbesverrath. Buftanbigfeit bes Reichsgerichts 105 ff. Bermögensbeschlagnahme 808.

6. auch 21.

So henzo Ilern, fürstliche Familie. Gerichtsftanb 7. 172. Bernehmung 296. Gibesleiftung 296 ff.

Solzbiebstähle 170 ff.

hülfsbeamte ber Staatsanwaltschaft 120. 338. 367.

hülfsfragen vgl. Fragestellung.

Hilfs geschworene 51. Begriff 87, Bahl
87. 90 ff. Austoosung, Ladung und Zurudstreten 585. Aufnahme in die Borschlagslifte
87, in die Jahresliste 88.
Bgl. Geschworene.

Sulferichter bei ben Lanbgerichten 71, Oberlanbesgerichten 99, beim Reichsgericht 104. h. als Beifiger im Schwurgericht 85.

Sulfsich öffen. Bahl 55. Zahl 56. Jahresliften 55. Einberufung 56. 57. 58. Ausloofung 59.

Bulfefenate beim Reichsgericht 17.

3.

Zagbfrevel 171.

3 a fre 81 iften ber Erfatmanner 90.169, Sauptsgeschworenen 88. 169, Sülfsgeschworenen 88. 169, Schöffen 56. 62. 169.

Sbealtonfurrenz 408, 409, 477, 479, 550, 559, 561, 566, 598, 603, 607, 610, 612, 624, 747, 767, 771, 798, 828, 832.

3 bentifigirung ber That in ber Fragestellung 605.

Ibentität. Feststellung bei ber Leichenöffnung 316. J. ber Bersonen 372. 409. 599, ber That 408. 558. 601. 605. 721, und bes Bersahrens 294. J. bes Angeklagten 599, bes Berurtheilten 819.

Inbivibualisirung 480, ber That in ber Fragestellung 605.

Fragestellung 605. Indizien 161. 416. 488. 568.

Inbizienbeweis 416. 488. 552. 568. Informatorische Bernehmung, ber Strafprozehordnung fremb, 271.

Inhaber von Raumen und Gegenftanben, Bugiebung bei Durchindungen 340. 344.

Buftanbig= Inhaberpapiere mit Prämien. feit bei Buwiberbandlungen gegen bas Gefet vom 8. Juni 1871. 74.

Initiatine ber Strafverfolgung 412.

Injurienprozeß 178. 399. Bgl. Beleibigungen.

Intompetenz. Bgl. Unguftanbigfeit. Inlanbifche Gerichtsbarfeit 36. 37.

Infinuation. Bgl. Buftellungen.

Inftang. Losiprechung von ben 3. 178. 549. Inftangen bes Berfahrens 27. 292.

Inftanzenzug 27. 128, in Straffacen 126. 645. 653. 660. 661. 663. 689.

Irrenan ftalt. Anrechnung ber Beit ber Unter-bringung bes Berurtheilten in einer 3. bei ber Strafpoliftredung 821. Beobachtung bes Angeschuldigten in einer 3. 306, vgl. 403. **S. auch** 660.

Srrtbum bei Bezeichnung ber Rechtsmittel 247. 649, ber Beidmorenen jum Rachtheil bes Angeklagten 629.

Judex inhabilis, j. suspectus 216.

Jugend Strafmilderungsgrund 41. Jugenbliche Berfonen, Buftanbigfeit für beren Berbrechen 73. 105. Richteibliche Bernehmung 270. 273. Nothwendigfeit ihrer Unwesenheit in der Hauptverhandlung 512. Nothwendigfeit ber Bertheibigung 385. Fefiftellung ber gur Erfenntnig ber Strafbarteit erforberlichen Ginficht im Urtheil 566. Rebenfrage barnach an die Beschworenen 603. 611. 612. Unzulässigfeit eines Strafbefehls 778. laffigleit polizeilicher Strafverfügungen 786. S. auch Rinber.

Justizauffichtsbeschwerbe 653.

Buftigbeamte als bestellte Bertheibiger 389. 390. Bgl. Rechtstunbige.

Juftigvermaltung 4. Uebertragung von Ge-ichaften ber 3. auf bie Gerichte und Staatsanwalticaften burd bie Lanbesgefengebung 7. Bestimmung des fingirten Bobnfiges für Erterritoriale und Beamte im Auslande, wenn bie Bauptstabt bes Beimathistaates in mehrere Gerichtsbezirfe getheilt ift 199.

Bgl. Landesjuftigvermaltung. Juftigvermaltungsbehörbe, oberfte. ihr ein Enticheibungerecht bei bem Erfuchen einer ausländischen Beborbe um Rechtshülfe

zuftebe 124.

Raifer. Begnabigungerecht 23. 107. 815, 860. Ernennung ber Mitglieber bes Reichsgerichts 103, ber Reichsanwaltichaft 120, Genehmigung ber Bernehmung bes Reichstanglers außerhalb feines Aufenthaltsorts 255, über Amtsgeheim= niffe 266.

Raiserliche Berordnung 3. 5. 6. 17. Ber-

fügung 120.

Rammergericht ju Berlin 26. 99. Buftanbig= feit 12, 13.

Raptible Fragen 288. 377.

Rassationsreturs 687. 700. Raffenmefen 4. S. auch 781.

Rauffahrteifchiffe, Rationalität ber. ständigkeit bei Zuwiderhandlungen gegen bas Gef. vom 25. Oktober 1867. 74. 199. Gefet

betr. bie Berpflichtung beutscher Rauffahrteis fchiffe zur Mitnahme hülfsbedürftiger Seeleute **29**. 853.

Raufmann, Buziehung jur Durchficht von Bapieren 344.

Rinber. Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfabrens 728. Fortsetzung ber Brivatflage wegen Berleumbung 765. R. als Zeugen 251. Reugeborene R., Berfahren bei ber Leichens s**c**au 317.

S. auch 492. 549. Bgl. Jugenbliche Bersonen.

Rirchenbücher. Borlefung von Auszügen aus ben R. 534.

Plage, öffentliche, vgl. Deffentliche Rlage. Rlageanberung 557 ff. 606 ff.

Rlaffifche Beugen 252

Rörperlicher Buftanb ber Berurtheilten, Auffdub ber Bollftredung von Freiheitsftrafen

Rörperverlebung. Begriff 743. Buftanbig-feit 40. 42. 75. Aufhebung ber Strafperfolgung im Bege bes Civilprozeffes 178; Uebergangsbestimmung 178. Rebentlage 766 ff. Deffentliche Rlage 746; Privatflage 742 ff.; wechselfeitige R. 759; Bibertlage 759. Roften bes Berfahrens 830. — Berlejung arztlicher Attefte über leichte R. in ber hauptverhands lung 544 f.

Rollettivbelitt 409.

Rollision mehrerer Gerichtsftanbe 200.

Rollufion & gefahr. Unterfuchungshaft megen **R.** 347. **348.** 367.

Rommanbit= Gefellicaften auf Aftien. Buftanbigfeit bei ftrafbaren Sanblungen gegen bas Gef. vom 11. Juni 1870. 74.

Rommandobehörbe. Buftellungen für Untersoffiziere u. f. w. an bie R. 240, für bie Befanung eines Rriegsfahrzeugs 239 ff. 341.

Rommiffarifde Bernehmung bes Ange-Magten 513 f., von Zeugen und Sachver-ftanbigen 500. 501 ff., in ber Berufungs. Benachrichtigung ber Brogeg: instanz 673. betheiligten 504. 506. 513.

Rompensation ber Roften 835.

Rompetenz vgl. Gerichtsstand und Bus ständig keit.

Rompetengbeborben bei Streitigfeiten zwis fcen Gerichten und Bermaltungsbehörben 31. 35. 17.

Rompetenztonflift 14 ff.

Ronfistation vgl. Gingiehung.

Ronfrontation vgl. Gegenüberstellung.

Ronfretistrung 601.

Ronturrens, ibeale 477, 479, 550, 559, 561, 566, 598, 603, 607, 610, 611, 624, 747, 767. 771. 798. 828. 832; reale 186. 477. 479. 561, 564, 607, 612, 686, 827. R. mehrerer Gerichtsftanbe 200.

Digitized by 66 OOG

Ronnexität vgl. Zusammenhang. Ronsulargerichtsbarteit 21, 24, 30, 169. 197, 241, 504, 856 ff. Berfahren in Strafsachen 857 ff. Berujungsinstanz in Sachen ber R. 102.

Ronfularverträge 174. 324.

Konfuln. Gerichtsbarteit lüber fie 37. Gerichtsftand 199. Bewirtung tommissarischer Bernehmungen 504. Zustellungen durch R.241. Bgl. Konfulargerichtsbarteit, Berufstonfuln, Reichstonfuln,

283 ahltonjuln.

Ronterbande, Zoll-R. 792. Rontrolbehörbe über Behrpflichtige. Erflärung behufs Strafverfolgung gegen abwesenbe Behrpflichtige 801 ff.

Rontumazialurtheile 177.

Rontumajialverfahren vgl. Ungehor=

famsverfahren. Fornorationen Auslich

Rorporationen. Ausschließung ber Strafflage gegen R. 402. Zuftellungen an R. 239 ff., Brivatklage wegen Beleibigungen 742. 745. Rebenklage 766 ff. Ausgabe von Berthspapieren burch R. 318.

Rorrespondenz ogl. Beschlagnahme.

Roften. Bestimmung über Roftentragung u. f. w. im Urtheil 826, im Strafbefehl 781. Ents fceibung bes Streites fiber Bobe ber R. unb Rothwendigteit ber Auslagen 826. Umfang ber Berpflichtung bes ju Strafe Berurtheilten jur Tragung ber R. 827. 828, in Brivatflage fachen 833. Saftung bes Nachlaffes 827. R. bei theilmeifer Freisprechung 827 f., in Brivat-flagesachen 833. Gesammthaftbarteit ber Dit= angeflagten für bie Muslagen, nicht für bie R. ber Strafvollftredung und Unterfuchungs: haft 828, mehrerer Rlager und Angeflagten in Privatilagejachen 833. R. bes Borbereitungsperfahrens 435, 827. Roften bei Freifprechung und Außerverfolgfenung 829, bei Ginftellung bes Berfahrens 477, in Brivattlagefachen 833; Erftattung ber nothwenbigen Muslagen bes Angeschulbigten burch bie Staatstaffe 829. R. bei mechfelfeitigen Beleidigungen und Rorperverlegungen 830, bei falfcher Angeige 831, bei Burfidnahme bes Strafantrags 445. 832, in Brivatflagefachen 733. 734, bei Ans tragsbeliften nach erfolgter Freisprechung u. f. w. 445. 835 ff., bei Burudnahme eines Rechtsmittels 836. R. bes Antrags auf Bieberaufnahme bes Berfahrens 836, ber Biebereinsetung in ben vorigen Stanb 836, in Reichsgerichtssachen erfter Inftang 837. Dienfts anweisung für Einziehung und Berrechnung ber R. bes Reichsgerichts 102.

R. bes Ausbleibens ober ber Beigerung eines Sachverständigen 303, des Ausbleibens des Bertheibigers 391, der Zeugen 256, 258, der Sachverständigen 303, der grundlosen Zeugnispermeigerung und Eidesverweigerung 289. 294, der Berweigerung der herausgabe von Gegenständen 321. 289. K. der Rechtstülfe 134 f., in Folge von Pflichtwidrigkeit der Schöffen und Bertrauensmänner 65 ff.,

ber Geschworenen 92. Mehrtoften ber Buftellung burch ben Gerichtsvollzieher ftatt burch bie Boft 239 ff.

Beschlaguahme wegen ber K. im Berfahren gegen Abwesenbe 636. 637, Sicherheitsleistung für die K. des Berfahrens bei Antragsbelisten 444, im Brivattlageversahren 749 ff. Richtverpflichtung des Rebentlagers zur Sicherheitsleitung 768. Rosten der Nebentlage 770.

Bgl. Auslagen. Roftengefet 3. 860 ff.

Roften puntt. Ginlegung ber Berufung 663. 678, ber Revifion 689. 717.

Roftenvorfduß 750. 862.

Rrantenanstalt, von ber Strafanstalt getrennte. Einrechnung ber Aufenthaltszeit in bie Strafzeit 179. 821.

Rrantenversicherung. Gefet, betr. bie 41. Rrantheit. Aufschub ber Bollftredung ber Freisbeitsftrafe wegen R. 816, abfichtlich herbeis geführte R. bes Berurtheilten 821, tommisserische Bernehmung von Zeugen und Sachsverständigen wegen R. 502. Beetbigung von Zeugen im Borversahren 283. R. bes Beschulbigten 404.

Bgl. Geiftestrantheit, Rrantens anftalt.

Rreugverbor 519 ff.

Rreisphyfiter, preußifche 305. 315.

Rreiswund arzte, preußifche 305. Rriegsfahrzeuge. Buftellungen an bie Befanung burch bie Rommanbobeborbe 240. 341. Befchlagnahme auf R. 326 Durchfuchungen auf R. 341. Bgl. Dienftgebaube.

Rriegsgericht 30. 33. 34. 853 ff.

Rriegszustanb 34.

Rriminalpolizei 413. 425. 432.

Ruften fracht fahrt. Gefet bett. bie 805. Rumulation bes Gefcworenen: und Schöffen: bienftes 93.

Bgl. Berbinbung, Bufammenhang. Runbgebung vgl. Spruch ber Befcwo= renen.

Runftgeheimniß, Zeugnispflicht 268. Ruratel ift Ablehnungsgrund 218. 219. K. über bas Bermögen Abwejenber 642.

.

Labung bes Angestagten 494 f., in ber Berufungsinstanz 670. 683 f., bes abwesenden Angestagten 634. 635. 640, der Beschlagnahmeinteressenten 807; des Beschlägens 373 sf. 489 f., der Geschworren 90. 583, des Rebenstlägers 769, des Privatstlägers 758, der Sachenstlägers 769, des Privatstlägers 758, der Sachenstlägers 769, der Schlieden 253. 297. 432. 493. 501. 524. 670. 757; der Schlässen 495; des Beruttheilten zum Strafantritt 132. 818; der Zeugen 253. 256. 493. 501. 524. 670. 757.

2. jur hauptverhandlung burch Angeklagten 497, burch bas Gericht 524, burch bie Staats- anwaltschaft 493 ff, burch Borfigenden 500 f.

— L. burch ben Gerichtsschreiber in Brivat- flagesachen 756. L. in Boftstrafsachen 850.

Deffentliche 2. 239 ff. 242. 634. 640. 802. Unmittelbare 2. 241. 420. 463. 497 ff. 501. 757, nach franzöfischem Recht 467. Rechtsbille bei 2. 129. — 2. vor ein beutsches Gericht, Pflicht berselben nachzukommen 129. 256. S. auch 428.

Bgl. Buftellung.

Labungsfrift für Angellagten 495. 508, im Berfahren gegen Abwefenbe 634. 802, für Gefchworene 91, im Brivatflageverfahren 756. Lanbesbehörben. Begriff 7.

Lanbesgericht, oberftes, vgl. Dberftes Lanbesgericht. Uebertragung ber Gerichts:

barfeit ber Sonbergerichte 5.

Landesgefete, Landesgefetgebung. 26= weichenbe Brozefvorichriften in Anfebung ber Landesherren zc. und ber fürftl. Familie hohen= 30Uern 7. 172. Buftanbigfeit ber Schwurs gerichte für Bregvergeben 8. Militargerichts-barteit 8. 9. Austrage 10. 11. Uebertragung von Revisionen und Befdwerben ausschließlich auf ein oberftes Lanbesgericht 11. Strafverfols gung wegen Amtevergeben 14. Beitweilige Bahr= nehmung richterlicher Gefchafte 20. Streitig= feiten zwischen Gerichten und Bermaltungsbehörden über Bulaffigfeit bes Rechtsweges 35. Musichliegung boberer Bermaltungsbeamten vom Schöffenamt 49, vom Gefcoworenenamt Babl ber Bertrauensmänner für ben Ausichuß zur Schöffenwahl 54. heranziehung nicht flandiger Richter bei ben Landgerichten 71. Organisation ber Staatsanwaltschaft 111. Uebertragung ber Sonbergerichtsbarfeit 5. 170, ber nicht ftreitigen Gerichtsbarfeit und ber Juftigvermaltung auf bie orbentlichen Gerichte Regelung ber Disziplinarverhaltniffe ber Richter 16. Berfahren in Forft= und Felbruge= fachen 170. Strafverfolgung ber Ditglieber einer gefengebenben Berfammlung 174. 176. Buwiberhandlungen gegen bas Bereins= unb Berfammlungsrecht 174. 176. Berwaltungs= ftrafverfahren 174. 176.

Außerfrafttreten lanbesgefehlicher Brogeß: vorfchriften 174 ff. Uebergangsbestimmungen

18. 177 f.

Buftändigkeit ber Oberlandesgerichte bei Berletzung landesgefehlicher Rechtsnormen 100. Landesherren, Iandesherrliche Familien. Gerichtsbarkeit über sie 7. 172. 404. Begnadigungsrecht 23. 24. 815. Genehmigung zur Bernehmung der Minister und Bundesrathsmitglieder außerhalb des Amtssites 255, über Amtsgeheimnisse 266. Bernehmung in ihrer Wohnung 296, Berletung des Protofolls darafber in der hauptverhandlung 296. Etdesleiftung 296. Bergaftung und Festnahme 346. Leiftung 296. Bergaftung und Festnahme 346.

Lanbesjuftigverwaltung. Begriff 38. Uebertragung ber Dienstaufsicht bei ben Amtsgerichten 38. Bestimmung ber Bahl ber Schöffen
56. Bilbung ber Schöffengerichte 66. Uebertragung ber Strasvollftredung in Schöffensgerichtsiaden auf ben Amtsrichter 814. Bestimmung ber Bahl und Bertheilung ber Ge-

schworenen 86. Zusammenlegung ber Schwurgerichtsbezirke 94. Bestellung bes Untersuchungsrichters 68, ber Hillsrichter bei den Landgerichten 71. Bildung auswärtiger Strafsammern 79. 18. Aufsichtsrecht über die Staatsanwaltschaft 118. 415. Einrichtung der Gerichtschreiberei bei den Landesgerichten 122. Bestimmung der Diensperfällnise der Gerichtsvollzieher 122. Anordnungen über den Zussellungsnachweis 242. Bezeichnung der Bergleichsbehörbe für Sühneversuche in Privatzilagesachen 751.

Uebergangsbeftimmungen in Betreff ber Ginrichtung ber Gerichte 18, ber Berfetung ber

Richter 18, ber Jahresliften 169.

S. auch 175. Bgl. Justizverwaltung. Landespolizeibehörde. Ueberweisung an die E. 350; durch amtsrichterlichen Strasbesehl unzulässig 778. Durch polizeiliche Berfügung unzulässig 786. S. auch 512.

Lanbesrecht, Begriff 12.

Lanbesregierung. Begriff 53. Bestellung eines Staatsverwaltungsbeamten für ben Ausschuß zur Schöffenwahl 54. Bezeichnung ber gerichtlichen Polizei 121.

Lanbesverrath vgl. hochverrath.

Landesvertretung 6. 176.

Lanbgericht 26. Befehung 67. Bilbung von Straftammern 67. Bestellung von Unterssuchungsrichtern 68. Borsis 69. Geschäftsvertheilung 69—71. Prasibium 70. Berterungen 70. 71. Zustänbigkeit 71.—78. Gerichtsschreiberei 122. Staatsanwaltschaft 112. 116. 118. Schwurgerichte 82 ff. Ferienskammern 165.

Entscheidung über Ablehnung eines Amtsrichters und Untersuchungsrichters 226. Rothwendige Bertheidigung vor dem L. 385. Boruntersuchung 446, Uebertragung berselben auf
einen Amtsrichter 454, Eröffnung des hauptversahrens 466. 482, vor dem Schöffengericht
482 ff.; Bersahren bei Juftändigseit des Reichsgerichts 482. Inhalt der Antlage 468. Beweisaufnahme dei Uebertretungen und Privatklagen in der Berufungsinstanz 528. Weitere
Beschwerde gegen Beschlässe des L. über
Berhaftung in der Beschwerbeinstanz 660.
Revision gegen Urtheile der L. 639. 702. Umwandlung nicht beizutreibender, durch Strafbeschiede sestgeseter Gelbstrafen 794.

Bgl. Straffammern.

Lanbgerichtsfis. Auswärtige Straffammern 79. Schwurgerichtsfigungen 93.

Lanbftreicher. Berhaftung wegen gluchtverbachts 347 ff.

Lanbwehrmanner. Berfahren wegen uners laubten Auswanderns 799 ff.

Leben. Strafbare handlungen gegen baffelbe. Rebenklage 767 ff. Leichenbffnung bei neugeborenen Kindern, Feststellung bes L. nach ber Geburt 317.

Leben Balter. Abstimmung nach bemfelben bei ben Schöffengerichten 164.

Lebensgefahr. Auffdub ber Bollftredung pon Freiheitsftrafen bei 2. für ben Berurtheil-

Legalitätsprinzip 413 ff. 440. 485. 633. 638. 806.

Leichenausgrabung 313.

Leichenöffnung 137. 313 ff. 463. 535. Leiche eines neugeborenen Rinbes 317, bei Berbacht ber Bergiftung 317. — Buftanbigfeit bes Militargerichts 9 ff. 426.

Leichenicau 137. 313 ff. 463. Begriff 314. Berlefung bes Protofolls über L. in ber Buftanbigfeit bes Hauptverhandlung 535. Militargerichts 9. 426.

Leichnam eines Unbefannten 424, eines Binge-

richteten 816.

Leipzig, Sis bes Reichsgerichts 102. 839. Leitung ber Berathung und Abftimmung 158, ber hauptverhandlung 518, ber Staatsanwalte schaft 117 ff., ber Thatigkeit ber Sachverstan= bigen 303.

Lefensunfunbige 238.

Lettes Wort hat Angeflagter 546. 677. 712. Leumunbszeugniffe 378, 529, 545, 675. Lifte ber Bulfageichworenen 88.

Bgl. Jahreslisten, Spruchliste, Urliften, Boridlagslifte. Loos enticheibet bei Ablehnung ber Geschworenen burch mehrere Angellagte 589.

Bgl. Austoofung. Lossprechung von ber Inftanz 178. 549. Lotterieloofe, unerlaubter Bertrieb, Ort ber That 195.

Dangel in ber Frageftellung 595. Revifionsgrund 700. Sachliche D. bes Bahripruches M. religibler Begriffe als Grund ber Nichtbeeibigung 270. 273.

Bgl. Formmängel.

Gef. betr. ben DR. 96. 773. Martenfous. Mafchineningenieurtorps. Mitglieber besjelben find Berfonen bes Solbatenftanbes 254.

Diebizinalfollegium 301.

Medizinalpersonen, Beugnigpflicht 265 f. Meineib eines Beugen in ber Gipung. fahren 148. Buftanbigfeit für bas Berbrechen bes D. 73. Unfahigfeit jur eiblichen Bernehmung bei Berurtheilung wegen M. 270. 273. Meinungen ber Bengen 289.

Meinungsverschiedenheiten über bie Beftimmungen bes Ger. Berf. Gef. 5, bei ber Be-

rathung und Abstimmung 159 ff.

Bgl. Gibespflicht. S. auch 615. Menoniten, Befreinng von forperlicher Gibes= leiftung in Preugen 282.

Merkmale, gesetliche, ber That, ihre Angabe im Beidluffe über Eröffnung bes Bauptverfahrens 479, in ber Anflageschrift 468.

Milbernbe Umftanbe. Berndfichtigung bei Ueberweisung an bas Schöffengericht 76, Abftimmung über biefelben 162. 557, bei Berneinung berfelben burch bie Beschworenen 611. 621. Angabe in ben Urtheilsgrunden 568. Bebeutung für bie facliche Buftanbigfeit 185. Enticheibung über beren Borbanbenfein flebt bem Revisionsrichter nicht ju 718, ift nicht Bieberaufnahmegrund 730. Rebenfragen nach milbernben U. 603, 611, 619, 624.

Militararate find Berfonen bes Solbaten= ftanbes 254. Berfahren bei unerlaubtem Mus-

manbern 799 ff.

Militarbeamte. Buftellungen an fie 240. 254. Beugenftrafen gegen biefelben 259.

Militarbeborbe. Begriff 244, Befclagnahme 326, Durchsuchung in militarifchen Dienftgebäuben 339, Labung von Personen bes Solbatenstanbes als Zengen 2c. 253. 297. Borführung ungehorfamer Beugen 256.

Dilitargerichte. Beftrafung ungehorfamer Sachverftanbiger 303, Beugen 256. 259. 289. 296. Buftanbigfeit für Leichenfcau 9. 316. 426.

Militärgerichtsbarteit 8 ff. 30. fichtigung ber Unzustänbigfeit bes Civilgerichts von Amtswegen 191, in ber Revifionsinftang 702. S. auch 860.

Militarifche Dienftgebaube vgl. Dienft.

gebänbe

Militärpersonen. Begriff 50. Ausschließung vom Geidmorenenamt 86, vom Schöffenamt 49. Labung ber M. als Zeugen und Sach= verftanbige 253, 256. 289. 303. Orbnungs= ftrafen megen Ungebühr in ber Sigung 144. Buftanbigfeit ber orbentlichen Strafgerichte uber M. 9.

Bgl. Behrpflichtige. G. auch 492.

Militär=Strafgerichts=Orbnung 9.

Militärstrafgesesbuch 197.

Militarverhaltniffe, Befragung ber Bedulbigten 377.

Minberjährige. Beiftanbe berfelben 396. Ronnen feine Privatflage erheben 744, nicht als Rebentlager auftreten 767 f.

Bgl. Bertreter (gefetlicher). Minifter. Befonbere Gerichte megen Ber= faffungsverlegung 30. Ausichliegung vom Geichworenenamt 86, vom Schöffenamt 49. Bernehmung 255. 266.

Ministeranklage 30. 170. Ministère public 113.

Missionen. Gerichtsbarteit 36 ff.

Mitangeflagte. Ablehnungerecht 588. Ent= fernung aus bem Situngszimmer 533. Frageftellung betreffs ber Dr. 596. haftung für Stellung bei ber Revifion Auslagen 828. 720 ff. Bernehmung 546. S. auch 501.

Mitbeschulbigte als Beugen 252. Berlefung ber früheren Bernehmung ber DR. 537.

907 itt bäter 271. 274. 324.

Mitwirfung ber Militärgerichte unb Beborben bei Ausübung ber Civilgerichtsbarfeit 10. Mobelle, Gef. betr. bas Urheberrecht an D.

96. 197. 299, 399, 773, 805, 843, Monat bei ber Fristberechnung 246.

Münblichteit, Pringip ber 506. 509. 536. 675 ff. 713.

Münzverbrechen, Münzvergehen 140.

Mütter, faugende. Bollftredung ber Freiheits= ftrafe gegen fie 817.

Dunbarten ber beutschen Sprache 150. Dufter, Gef. betr. bas Urheberrecht an D.

96. 197. 299. 399. 773. 805. 843. Muthmagungen ber Zeugen 289.

Radbar. Bugiehung bei Durchsuchungen 341. Rad brud Eremplare u. Borrichtungen, beren Einziehung 399. 805.

Racheib 278. Raceile 137. 375.

Radlaß. Saftung für bie Roften 827. Strafpollftredung in ben R 405.

Begriff 337. Durchsuchung 337. Berhaftung 351. Buftellungen 239 ff.

Radaablung binterzogener Abgaben u. f. m. ift nicht Gegenstand richterlicher Enticheibung

Rahrungsmittelgefet 73. 562. 805. 827. Ramen ber Berichte 26, ber Beamten ber Staatsanwalticaft 112.

Ramenlose Anzeige 426.

Ramhaftmadung ber Gerichtspersonen 224, Sachverftanbigen 300. 501, Bengen 501.

Rationalität ber Rauffahrteischiffe vgl. Rauffahr teifdiffe.

Biebereinsepung in ben Raturereignisse. porigen Stand in Folge berfelben 246 f. Rebenfolgen eines Delifts 562.

Nebenfragen vgl. Fragestellung.

Rebentläger. Stellung bes Antrages auf Musichluß ber Deffentlichfeit 141. Ablehnungsrecht 224, 300, 769. Unwesenheit bei Sanblungen ber Boruntersuchung 461. 464. Ansichlugerflarung 767. 768. 769. 770. 772. Richtberechtigung auf Bugiebung bei Durchsuchungen 342. Richtverpflichtung gur Sicherheitsleiftung 768. Stellung in Berfahren 769 ff. Rechtsmittel 771. Tob bes Nebenflägers, Wirtung 772. Biberflage gegen R. unzulaffig 769, R. als Beuge 253, 769. Berpflichtung jum Gebührenvorichuß 825. Buftellungen an D. 240. Beichwerberecht ber R. 488. Anführung ber Ramen bes R. im Sigungsprototoll 576.

Rebenflage. Begriff 766. R. bei Erhebung ber öffentlichen Rlage 766, nach Uebernahme ber Berfolgung feitens ber Staatsanmalticaft bei erhobener Privatklage 748. R. wegen Beleibigung und Rorperverlegung 764. Anschluß= erflarung 768. Roften ber R. 770. Berfahren 768 ff. Hauptverhandlung 770. Urtheils: Biberruf ber Anfchlugerflarung 772. Tob bes Nebenflägers 772. — N. wegen Anfpruchs auf Buge 772 ff. Antrag 774. Betrag 776. Erledigung 744. Unvererblichfeit 774. -R. der Bermaltungsbehörde 798 ff.

S. auch 76. Rebenprotofoll 150. Rebenftrafen 164. 350. 562. 717.

Rebenvormunb, Ausschließung 219.

Redar Schifffahrtagerichte 32.

Regativer Buftanbigfeitsftreit 106. 184. 206. 214.

Neue Thatsachen und Beweismittel. Begriff 443. 488. Neue Th. ac. behufs Erbebung ber Rlage 443, behufs Bieberaufnahme ber Rlage 488, bes geichloffenen Berfahrens 724 ff. 726. - Bulaffigfeit neuer B. in ber Berufungsinftang 670.

Richtigfeitsbeichmerbe 687 f. 694.

Rieberlagen geftoblener zc. Sachen. Durch= fuchung 337. 341.

Rieberlegung ber Spruchlifte ber Befcmores nen auf ber Berichtsichreiberei 582, von auauftellenben Schriftftuden 239 ff.

Rieberichlagung ber Unterfuchung, vgl. Abos

litionsrecht.

Non bis in idem 145, 405 ff. 700, 702, 806. Mormen, prozegrechtliche 679. 692. 693.

S. auch Recht sin orm. Rotare 103. Berpflichtung jum Schöffenbienfl 49, jum Gefdworenenbienft 86. Beidlagnahme von Urfunben pflicht 265. ber R. 321. 323.

Nothwehr 567.

Motorietat 552.

Dbbuttion vgl. Leichenöffnung.

Dberes Gericht, gemeinschaftliches: Enticheis bung über Berbindung zusammenhängender Straffacen 189. 202 ff., bei Buftanbigfeits= streit 206. 214. Bunachft oberes Gericht: Enticheibung über Ablehnungegefuche bei Befclugunfabigfeit bes nieberen G. 226; Ueber= tragung ber Untersuchung ac. auf ein anberes G. wegen Berhinderung bes zuständigen ober megen Gefährbung ber öffentlichen Sicherheit 207.

Dbergutachten 299. 308.

Dberlandesgericht Berlin, beffen Buftanbigfeit 12. München 14.

Oberlandesgerichte 26. Befetung 99. Straffengte 99. 101. Ferienfenate 169. Bertheilung ber Gefcafte unb bes Berfonals 99. Bulferichter 99. Befonbere Ramen einzelner

Rustandigkeit ber D. bei ber Revision 100 f. 689. 710, bei ber Beichmerbe über Enticheis bungen erfter Inftang ber Land- und Schmurs gerichte 100. 654, ber Straffammern in ber Beichwerbe= und Berufungsinftang 100. 654. 661. 669, über Ordnungsftrafen 147, über Ablehnung ober Bemahrung ber Rechtshülfe 128, Enticheibung über ben Untrag bes Berletten auf Erhebung ber öffentlichen Rlage nach Ablehnung Seitens ber Staatsanwalts fcaft 438 ff. D. als oberes Gericht bei Ents scheibungen über bie sachliche Bustanbigkeit 189. 190, ben Berichtsftanb 200 ff. 214, bie Ablehnung von Gerichtspersonen 226. Uebertragung ber Buftanbigkeit bei mehreren D. ausschlieglich auf eins berfelben 11.

Ausschließung ber Beschwerbe gegen Beschliffe zc. ber D. 653, eines Buftanbigfeitstreites awischen D. und Reichsgericht 710.

StaatBanwaltichaft bei ben D. 112 ff. 116.

118.

Dberreichsanwalt 112. Anhörung bei ber Amtsenthebung z. eines Mitgliedes des Reichsgerichts 103. Entscheidung des Juständigs keitsstreits zwischen der Staatsanwaltschaft verschiedener Bundesstaaten 115. Dienstliche Anweisungen in Reichsgerichtssachen 117. Qualifikation 119. Ernennung 120. Einstweilige Bersetzung in den Rubestand 120. Gehör in Shez und Entmündigungssachen 109. S. auch 106. 107. 442.

Dberreich Banwaltichaft. Beruf 112 ff. Ober fte Dienstbeborbe. herausgabe von Aften

323.

Oberftaatsanmalt 439.

Dberftes Lanbesgericht. Buftanbigfeit in Straffachen 11. 17.

Objettiver Thatbestanb 552. 567.

Dbjettives Strafverfahren 195. 410. 414. 803. 827. 844. 848.

Obmann ber Geschworenen. Abstimmung 164. 617. Bahl 617. Rieberschrift und Unterzeichnung bes Wahrspruchs 621. 627, Rundsgebung besselben 622.

Deffentliche Beamte, Begriff 15. 266. 323. S. auch Beamte.

Deffent liche Rlage. Antlageprinzip 394 ff. 411 ff. 415. 417 ff. Initiative 412. Legalitätsprinzip 413 ff. Stellung und Aufgabe des Richteramts 416. 417, der Staatsanwaltschaft 412. 417. Begrenzung der Untersuchung und Entscheidung 415. Unzulässigkeit der Zurücknahme der öffentl. Rl. nach Erössnung der Untersuchung 418, Ausnahme 782.

Rachträgliche Rlage behufs Berbinbung 187. Deffentl. Rl. bei Beleibigungen zc. 748.

Erhebung ber Deffentl. Rl. 196. 419. 436 ff. 748. Berzögerung ber Erhebung 441. Unmittelbare Erhebung ber Anklage 467 ff. 639.

Bgl. Rlageanberung, Straftlage, Borbereitungsverfahren.

Deffentliche Ordnung. Buftanbigfeit bei Bergeben wiber fie 74. Gefährbung ber öffentl. D., Ausschluß ber Deffentlichkeit 159 fi., Entefernung bes Angeklagten aus bem Sipungssimmer 533.

S. auch 207.

Deffentliche Buftellungen vergl. Bus ftellungen.

Deffentliches Intereffe. Bahrnehmung beffelben burch bie Staatsanwaltschaft 233. 413. 746 ff.

Deffentlich feit ber hauptverhandlung 139 ff. Ausschließung ber Deffentl. wegen Gefährdung ber öffentlichen Ordnung ober ber Sittlichkeit 140. Berkündung ber Urtheile 139. 140. Berhandlung und Beschluß über die Ausschließung 141. Berfagung bes Zutritts unserwachsener 2c. Personen 141 f. Gestattung bes Zutritts zu nicht öffentlichen Berhanblungen 142. Beurfundung ber Deffentl. durch bas Situngsprotofoll 139. 576. Berlehung ber Borfcriften über Deffentl. ift Revisionsgrund 697. Deffentl. an dem Kriegsgerichte 854.

Deffentl. ber Ausloofung ber Geschworenen 88. 89, ber Schöffen 57, ber Bilbung ber Ge-

dmorenenbant 587. 593.

Bgl. Parteiöffentlichteit.

Desterreich ungarische Zollgesete 832. Officium nobile judicis 245. 248. 379. Offiziere. Bersahren bei unerlaubtem Auswandern 799 ff. Zustellungen an sie 240. 253 f.

Opportunitatspringip 413.

Orbentliche Gerichte vgl. Gerichte.

Drbnung, öffentlichengl. Deffentliche Orbenung.

Orbnungeruf 143.

Orbnungsftrafen gegen Schöffen und Bertauensmänner 65, gegen Geschworene 92, wegen Berstoßes gegen die Situngspolizei 145 ff. Bollftredung 145. 238. 814.
S. auch 170. 406. 433. 792.

Orbnunge wibrigfeiten ber Berichtsperfonen 143.

Organe ber Strafgerichtsbarteit 26, ber Straf-

verfolgung 111. Organifation ber Gerichte. Beranberungen in berfelben 20. 27, ber Staats

anwaltschaft 111. Organismus bes Strafverfahrens 419 ff. Ort ber Begehung vgl. Thatort.

22

Papiere. Durchficht 343 f.

Baritionsorbre. Erfuchen um biefelbe an bie Militarbehorbe 254. 303. 329.

Barteien. Begriff 135. Zahlungspflichtige B. bei ber Rechtsbulfe 135, Orbnungsftrafen gegen B. 144. B. im Brivattlageverfahren 751.

S. auch 417. Parteiöffentlichteit 461.

Patentgefet 773.

Patentrecht, beffen Berlepung 556.

Batrimonialgerichtsbarfeit 33.

Batrimonialrichter 103.

Perhorreszenzeib unstatthaft 225. 300.

Berfonlichkeit. Mangel ber Feststellung ber rechtigt zur Untersuchungshaft 347 ff., zur vorläufigen Festnahme 367. Feststellung ber B. bes Berftorbenen bei ber Leichenöffnung 316.

Berfonalfragen an Angeklagten 515. 522. 675, Befchulbigten 375 f., Sachverstänbigen 305. 308, Zeugen 279. 287, Dolmeticher 155.

Personen des Solbatenstandes 254.

Berfonen stanb. Zuständigteit bei ftrafbaren Sandlungen gegen bas Gef. v. 6. Febr. 1875. 74. Rebenklage wegen strafbarer Sandlungen gegen ben B. 767.

Berfonen ftanbsregister. Berlefung von Auszügen in ber hauptverhandlung 534. S. auch 323.

Personenvereine als Rebentlager 766, als Privatfläger 743. 745. Buftellungen an B. 239 ff.

Bfanbbeftellung als Sicherheitsleiftung gegen Untersuchungshaft 354.

Pfanbzettel 345.

Pflegeeltern, Bflegetinber. Ablehnung bes Richteramts 220. Beugnigpflicht 263.

Pflegicaft. Ablehnung bes Richteramis 219.

Bflichtverlenung vergl. Amtspflichtens verlegung.

Philipponen, Befreiung von forperlicher

GibeBleiftung in Breugen 282. Bhotographie, Gel. betr. ben Sout gegen unbefugte Rachbildung 197. 399. 773. 805.

Photographische Aufnahmen bei ber Augenscheinseinnahme 313.

Plenarentscheibungen bes Reichsgerichts 103. 104. 109. 110.

Plenum. Landgericht 69. Oberlandesgericht 99. Reichsgericht 27. 104. 109. 110.

Bolizei, gerichtliche 121. Bgl. Polizeibeamte, Polizeibe= börben.

Polizeiaufficht, Bersonen unter B., Durch= fuchung 336 f. 341, ob ihnen ber Butritt gu öffentlichen Berhandlungen gestattet ift 142. **Spaft** 350.

S. auch 819.

Polizeibeamte. Ausschließung von Richtern, Schöffen, Gefdworenen und Gerichtsichreibern, wenn fie als 3. thatig gewefen 218. 220. 229. Unterordnung ber B. unter bie Staats-anwaltichaft 120 f. Anbringung von Anzeigen ftrafbarer Sandlungen bei ben B. 422. Er: mittelungen im Borbereitungsverfahren im Auftrage ber Staatsanwaltschaft 428, aus eigner Entichliegung 432, in ber Boruntersuchung im Auftrage bes Untersuchungsrichters 458. Beichlagnahme burch B. 325; von Drudichriften 846. Curchsuchung 338; vorläufige Feftnahme 367.

Bgl. Polizeibehörben. S. auch 832. Polizeibehörden. Ablieferung bes burch

Rechtshülfe Ergriffenen an bie nächfte B. 137. Anbringung von Anzeigen ftrafbarer Sanblungen bei ben B. 422. Anzeigepflicht bei Auffindung einer Leiche zc. 424. Ermittelungen im Borbereitungsverfahren im Auftrage ber Staatsanwalticaft 428, aus eigener Entichliegung 432, in ber Boruntersuchung im Auftrage bes Untersuchungerichtere 458. Reine Pflicht ju Ermittelungen Zweds Un= ftellung ber Privattlage 747. Erlag von Stedbriefen 372.

Bgl. Polizeibeamte.

Polizeiliche Strafverfügung vgl. Straf:

verfügung.

Polizeiliche Bollftredungsbeamte, Richtberufung jum Schöffendienfte 49. Bum Beichworenenbienfte 86.

Polizeistrafsachen. Begriff 170.

Polizeivorfteber. Rieberlegung zuzustellen= ber Schriftftude bei bemfelben 239 f.

Bopulartlage 440.

Politiver Buftanbigfeiteftreit 183. 206.

Poftogl. Beschlagnahmen. Zustellungen. Postanstalt. Rieberlegung juguftellenber Schriftstude auf berfelben 239 f.

Poftbote. Zustellungen burch benfelben 239 f.

Boftgefälle 108.

Post sendungen. Beschlagnahme 329 ff. 849. Boftstraffacen. Berfahren 29. 170. 173. 177. 792. 849 ff.

Poftmefen, Gef. über bas B. 29. 173. 329. 792. 795. 849.

Praflufion ber Prozegbetheiligten mit Beweisantragen unftatthaft 531, bes Befcmerbeführers in ber Berufungsinftang 666.

Prämien, s. Inhaberpapiere.

Präsentationsrecht 33. Präsentatum vgl. Eingangsvermer k. Brafibent, Brafibium bes Lanbgerichts 67 ff.; Austoofung ber Hauptgefcworenen 89. Bestimmung ber Situng für bie Bahl ber Haupt: und Bulfsgeschworenen 88; Ernen: nung ber Mitglieber bes Schwurgerichts 84, - bes Oberlandesgerichts 99. 69 ff. Ernennung bes Borfigenben bes Schwurgerichts 84, bes Reichsgerichts 103 ff. Beftellung Untersuchungerichters in Reichsgerichtsfachen 104, 455.

Bravention 22. 77. 200. 204. Breggefet 173. 786. 844.

Pregvergehen im Allgemeinen 844 ff. jalagnahme 846 ff. Gerichtsstand 195. 844. Sachliche Buftanbigkeit 8. 42. Beugnifpflicht 264. 269. 275. 845 ff.

Prengen. Buftanbigfeit fbes Oberlanbesgerichts (Rammergerichts) in Berlin 12. Ginfegung auswärtiger Straffammern 80. Befangnifreglement 353. 369. 395.

Privatbozenten als Bertheibiger 382.

Brivatgerichtsbarkeit. Aufhebung 33. Brivatkläger. Stellung bes Antrages auf Musichluß ber Deffentlichkeit 141. Ablehnungsrecht 224. 300. Anschluß als Nebenkläger bei Erhebung ber öffentlichen Rlage 748. Antrag auf Ginziehung 805. 808. Bußean-fpruch 777. — Beiftand und Bertretung 749. 757. Sicherheiteleiftung für Roften 749 ff. Armenrecht 750 Stellung im Berfahren 756. 761; hat feinen Anspruch auf Bugiehung bei Durchsuchungen 342; fann nicht als Beuge vernommen werben 253. 756; beffen Buge-ftanbniffe 756. Unmittelbare Labungen 757. Rechtsmittel 762 ff. Folgen von Berfaumun= gen 763. Cob 765. Berpflichtung jum Gebuhrenvorfduß 861 Buftellungen an B. 240. Anführung bes Namens ber B. im Gipungs: prototol 576. Bgl. Brivatflage.

Brivattlage 398. 400. 402 ; für auf Antrag ju verfolgende Beleibigungen und Rorperver= letungen: Befugniß jur Erhebung ber B. 741 ff.; Berechtigung jum Beitritt 745. Befanntmadjung ber Staatsanwalticaft mit

Digitized by GOOGIC

bem Termin jur hauptverhandlung 747. Uebernahme ber Strafperfolgung burch bie Staatsanwaltschaft 42. 747. Beistand und Bertretung bes Brivatflagers 749. Sicherheitsleiftung für Roften 749 ff. Bewilligung Subneversuch 751 ff. bes Armenrechts 750). Form ber Rlageerhebung 724 Mittheilung ber Rlage an Befoulbigten und Staatsanwalticaft Erflarung bes Beichulbigten 753. 754. Entscheibung fiber Eröffnung bes hauptver-fahrens ober Burudweisung ber Rlage 754. Unjulaffigkeit ber Berbinbung ber B. mit öffentl. Rlage por bem Schwurgericht 755. Stellung bes Privattlagers im Berfahren 756. 761. Afteneinsicht 756. Labungen 756 f. Pflicht ber Parteien, in ber Sauptverhandlung ju ericheinen und Berechtigung gur Bertretung 757 ff. Folgen bes Ausbleibens 758. 763. Wechselseitige Beleibigungen u. f. m. Biberflage 759. Ginftellung bes Berfahrens wegen Ungulaffigkeit ber B. 761. Rechtsmittel ber Staatsanwaltichaft 742. 747, bes Brivattlägers 762 ff. 808. Bieberaufnahme bes Berfahrens 762 ff. Revifionsantrage 762. Burudnahme ber B. 759. 762. 763 f Ber: faumungen bes Privatflagers 763. Biebereinsetzung in den vorigen Stand 763. Ungus laffigfeit ber Erneuerung ber B. bei Burudnahme 764. Ginftellung bes Berfahrens beim Tobe bes Privatflagers 765. Fortfegung ber Rlage merben Berleumbung burch Eltern, Rinder und Chegatten 765. Befanntmachung bes Befdulbigten mit Burudnahme u. f. m. Ungulaffigfeit ber Unterfuchungshaft 756, bes Berfahrens nach § 211 StBO. 489.

B. bei Amtsbeleibigung 743, Beleibigung burch Druckschrift 743. 844; von Korporatiosnen u. s. w. 742; Zuständigkeit 40. 42. 742; Kosten 833 ff.

Besetung ber Straffammern in ber Berufungsinstanz in Fällen ber . P. 78. 79; Umfang ber Beweiserhebung bei P. in ber Berufungsinstanz 528.

Professoren vgl. Rechtslehrer.

Brotofoll im Borbereitungsverfahren 435; in ber Boruntersuchung: Formalien 456; Benehmigung burch bie Betheiligten 457; Unterfcrift 457. — P. über die Hauptverhandlung 574 ff. 580; Form 576; Inhalt 577; in Schöffengerichtslachen 577; Grunbe ber im Laufe ber hauptverhandlung ergebenben Ent= fceibungen 577. Berlefung und Genehmigung bei Feststellung eines Vorganges in ber Baupt= verhandlung und bes Wortlautes einer Mus: fage burch 33. 577. Unterbrechungen 574; Formulare 575 ; Berichtigung und Bervollftanbigung 575; Rafuren 457. 576; Durchftreichungen 457. 576; Ranbvermerte 457. 576; Unterschrift 457. 574 f. Beweisfraft 579; Nachweis ber Fälschung 579. 580. Ausjagen in frember Sprache 150. 151. 457. Nebenprotofoll 150. B. über Anzeigen ftrafbarer Handlungen 422, 423.

B. über Einsprachen gegen die Urliften 52. 53; Ausloosung 57; Beeibigung der Schöffen 62, der Geschworenen 583; Ausloosung der Schömen 89. 90; firafbare handlungen in der Sigung 148; über Ordnungsfrasen bei Berstößen gegen die Sigungspolizei 148; über Augenscheinseinnahmen 301; üder Durchführungen 340; über fommissariche Bernehmungen 505; über Bildung des Schömungerichts 584: über hinrichtungen 816

richts 584; über hinrichtungen 816.
Erflärungen zu Prototoll: Ablehnungsgefuch 225. Rechtsmittel 645. Berhafteter 649. Beschwerbe 657 ff. Einlegung und Rechtfertigung der Berufung 663. 665. Einlegung der Revision 703; Revisionsanträge 707; Gegenerflärung 710; Biederaufnahmeantrag 731. Privatlage 753; Anschlußertlärung unzulässig 768. Einspruch gegen Strasbeschle 791. Antrag gegen polizeiliche Strasbeschle 787.

Protofollirung einzelner Sage ber Rechtsbelehrung 615. Prot. bes Kriegsgerichts 854, bes Konfulargerichts 858.

Einsicht ber B. über fommissariiche Bernehmungen burch Staatsanwalt und Bertheibiger 505, in ber Boruntersuchung burch Bertheibiger 393.

Mittheilung bes B. über Feststellung einer in ber Sauptverhanblung begangenen ftrafbaren Sanblung an bie juftanbige Beborbe 149.

Berlefung von B. in ber hauptverhandlung 296. 529 534 ff. 541—543. 577. 675. Abichriften von Situngsprotokollen 564. Beurkundung von Ladungen zum B. 253. Brotokollkrüge 576.

Brogegbeiheiligte. Begriff 416. 417. Brogegfähigfeit bes Rebentlagers unb Privattlagers 224. 240. 738. 744. 766. 767;

betreffs bes Befdulbigten 240. 378 ff. Brogegrecht ber anbesgefete 174, ber Reichsgefete 173.

Brüfungen für das Richteramt 19. 20. 18. Bublikation vgl. Berkündung.

Dualifigirung ber Strafthat 13. 44. 79. 106. 115. 160. 183. 186. 269. 283. 362. 401. 407. 408. 416. 441. 450. 459. 471. 478. 479. 483. 487. 513. 550. 556. 557. 558. 559. 560. 562. 567. 572. 573. 601. 602. 608. 610. 644. 681. 684. 685. 693. 698. 714. 719. 724. 729. 730. 738. 747.

ĸ

751. 755. 762. 768. 780. 784. 806.

Räumung bes Sipungszimmers 139, 141, 144. Ranbvermerte in Brotofollen 457, 576. Rafuren in Brotofollen 457, 576.

Rathstammer 68.

Realfonfurreng 186. 477. 479. 561. 565. 607. 612. 686. 827.

Rechtfertigungsfrift vgl. Berufung, Rechtsmittel, Revision.

Rechtbanmalte. Berpflichtung jum Schöffenbienft 50, jum Gefcmorenenbienft 86. Orb-

Digitized by GOOGLO

nungsstrafen wegen Ungebühr in ber Situng 146 ff Bebingtes Zeugnisverweigerungsrecht 264 f. R. als Berthetbiger 381. 384. 389. 397, als Bertreter ober Beistand bes Privatklägers 749, bes Angeklagten in Privatklagesachen 757, als Bertreter ber Berwaltungsbehörbe 795. Unterzeichnung bes Antrages auf gerichtliche Entschienung bei Einstellung bes Berlahrens 438. 441, ber Revisionsansträge 707. 762. der Wieberausnahmegesuch 731. 762. — R. beim Konfulargericht 857. Gebühren 397. 833. S. auch 505.

Rechtsanwaltsorbnung 102. 146. 381 f.

369, 441, 749, 762,

Rechtsbegriffe. Fragefiellung 599 f.

Redtsbelebrung ber Geschworenen 614 f. 620.

Rechtsbernfung 688.

Rechtsfrage. Frageftellung 599 f. Plenarents icheibungen bes Reichsgerichts über Rechtsfragen 109.

Redisgrünbe. Fragefiellung 609.

S. auch 78.

Rechtshülfe 123. ff. Begriff 123. Geltungsgebiet 123. Gegenftanb 123; ben Militair-

gerichten ju leiftenbe R. 10.

Berpflichtung jur Leiftung ber R 126. Gr= fuchen 125. 126. Ablehnung und Enticheis dung barüber 128 ff. Berbeiführung von Bollftredungen, Labungen, Buftellungen 129. Bermittelung bes Auftrags an ben Gerichts: pollzieher burch ben Gerichtsschreiber 130. Bollftredung einer Freiheitsftrafe von geringer Dauer 130, in einem anberen Gerichtsbezirte 133, von Saft= und Borführungsbefehlen 129. Ergreifung und Ablieferung eines Berurtheilten 133, 134, 135. Auslagen und Roften 134. Beugen= und Sachverftanbigengebühren 136. Amtshanblungen außerhalb bes Bezirts bei Gefahr im Berguge 137. Racheile 137. Aftenmittheilung 138.

Ginfluß von Staatsvertragen zwifchen eins zelnen Bunbesftaaten 123. R. auf Erfuchen

auslanbischer Behörben 124.

S. auch 22. 215. 375. 455.

Rechtstraft. Begriff 644. Relative R. 79. 644. 650. 684. 722. 730, theilweise 644. 665. 666. 677. 704. R. ber Beschlüffe und Berfügungen 662, ber Strafbeichle 782. Wiederaufhebung ber eingetretenen R. 720 ff. 730 f.

R. einer bie örtliche Unzuftändigkeit aussiprechenden Entscheidung 214. R. ift Bedingung ber Strafvollftredung 809 ff. Zurudführung rechtsträftig erkannter Strafen auf eine Gesammtstrafe 820. 821.

hemmung ber R. burch Berufung 665,

burch Revifion 704.

S. auch 214. 827.

Rechtstunbige als Bertheibiger 384. 385. 389 ff.

Recht blebrer an beutschen Sochschulen als Bertheibiger 381. 389. Fähigkeit berselben jum Richteramt 19.

S. auch 103. 708.

Rechtsmittel. Begriff 644. Berechtigung bes Beschuldigten 646 f., bes Bertheidigers 636. 648, bes gesehlichen Bertreters 648, bes Ehemannes 648, ber Angebörigen bes Abwesenben 636, ber Staatsanwaltschaft 646. 808, auch zu Gunften bes Beschuldigten 646. 650. Irrthum in ber Bezeichnung 649. Zurüdnahme und Berzicht 651. 652. Aufnahme ber Erstärungen bes Berhafteten 649. Rosten 836. Lauf der Resprikt 651.

R. ber Beschlagnahmeinteressenten 898, Mitsbeschulbigter 651, bes Rebenklägers 766, 771, bes Brivatklägers 762 ff. 808, ber Berwals

tungsbeborbe 799

Einlegung ber R. erst nach Erlaß ber anzusechtenben Entscheidung 645, bei bem Gericht, bessen Entscheidung angesochten wird 645, bei einem anberen Gericht 645, bei einer nicht gerichtlichen Behörde 645. — Form 645. Ginlegung durch Telegramm 182. 645. 707. Frist 645. — Einlegung eines R. hält die Freilassung nicht auf 362. Unguzlässigfeit bedingter Einlegung 646.

Anwendung der Bestimmungen über R. beim Antrage auf Biederaufnahme des Berjahrens 731, bei der Wiedereufnahme des Berjahrens 731, bei der Wiedereinsehung zu Gunsten des Beschuldigten 247. Ausschließung eines Richters, der bei einer durch ein R. angesochtenen Entscheidung mitgewirft hat, in der höheren Instanz 221. Nothwendigkeit der Gründe bei durch R. ansechtbaren Entscheidungen 235. Unzusäsigsteit eines R. gegen reichsgerichtliche Urtheile erster Instanz 107. R. gegen Urtheile und Entscheidungen des Amtsrichters 489.

Bgl. Berufung, Beschwerbe, Ins ftanzenzug, Rechtstraft, Revis fion.

Rechtsnorm 177. Berlegung einer R. als Revisionsgrund 100. 679. 691 ff. 699, 702. 706. Bgl. Revision.

Rechtspraftifanten. Bulaffigfeit ihrer Gegenwart bei ber Berathung zc. 157.

Bgl. Rechtstunbige.

Rechtsweg für Anspruche ber Richter aus ihrem Dienstverhaltniffe 20. Guticheibung über bie Bulaffigfeit bes R. 30. 35.

Rebaktionsfehler können nicht in Rechtsfraft übergeben 644.

Rebuftion gesondert erfannter Strafen 821. Referenbarien. Bulässigfeit ihrer Gegenswart bei ber Berathung 2c. 157.

Bgl. Rechtstunbige.

Reformatio in pejus. Berbot für die Berufungsinstanz 678. 684, in der Revisionsinstanz 715. 722, bei der Biederausnahme des Berfahrens 740.

S. auch 777. 784.

Registratur über Anzeige strafbarer Sanblungen 423.

Reglementare Borfchriften ber Lanbesregierungen 175. 314. 319. 353. 369. 395. 430, 454. 617.

Reich, Deutsches. Buffanbigfeit bei hochober Lanbesverrath gegen baffelbe 105. Beugnisverweigerungbrecht ber Beamten mit Rudficht auf bas Boll bes beutiden R. 266.
herausgabe von Aften 323. Beschlagnahme
bes im beutschen Reiche befinblichen Bermögens
Abwesenber 637. 641.

Reich amt bes Junern 256, für Berwaltung ber Reichseifenbahnen 256.

Reichsanwaltschaft 25. 652.

Reich anwälte 112. 118. 119. 120. 382. 389. 390. 749.

Reich san zeiger. Beröffentlichung von Labuns gen 239. 241, Bermögensbeschlagnahme gegen Abwefenbe 637. 642, ber Urtheilsaufhebung im Bieberaufnahmeversahren 738.

Reichsbantbireftorium 256.

Reichsbanknoten. Fälfcung 318.

Reichsbeamte. Ausschließung vom Schöffens und Geschworenenamt 49. 86. Gerichtsftanb ber im Auslanbe angestellten R. 199. Gefet, betr. die Rechtsverhältnisse ber R. 15. 23. 49. 102. 111. 120. 170. 200. 255. 261. 267.

Bgl. Beamte, Staatsbeamte. Reichsbehörben, oberfte. Bernehmung ber Borftanbe als Zeugen und Sachverftanbige 255 f. Bgl. Behörben.

Reichsbisziplinarhof 102.

Reichsgericht 25. 26. 5. 16. Alter ber Dit-glieber 103. Gis 100. Befesung 103. Ers nennung bes Prafibenten ac. 103. Amtsverluft Borlaufige Amtsenthebung 103. Berjegung in ben Rubestanb 103 f. Straffenate 104. Butisfenate 17. Ferienfenate 165. Bertheilung ber Geschäfte und bes Berfonals 104, im erften Gefcartsjahr 18. Ungulaffigfeit von Bulferichtern 104, Bermeifung por bas Blenum 109. Gefchäftefreis bes erften unb bes vereinigten zweiten und britten Straffenats bei hoch: und Landesverrath 110. Besepung bes Blenums und ber Senate 110 f. ichaftsordnung 111. Gerichteichreiberei 122. Gerichtsvollzieher 122. Staatsanmaltichaft 112. 118 ff.

Berfahren 105 ff. Nothwendige Bertheidigung 385. Entscheidung über den Antrag auf gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf gerichtliche Entscheidung über den Einstellungsbeschluß 438. 442. Nothwendigseit der Bornutersuchung 446. Bestellung des Unterssuchungsrichters 103. 104. 69. 455. Inhalt der Antrageschrift 468. Eröffnung des Hauptversahrens 482. Unzuläsisigseit der Beschwerde gegen Entscheidungen des R. 653. Straspolliteratung 107. 809. Begnadigungsrecht in reichsgerichtlichen Sachen I. Instanz 107. 815. Bestätigung der Todesstrase durch den Kaiser 815. Festsehung der Gesammtstrase 822.

Roften bes Berfahrens 837.

Buftanbigkeit bes R. in erfter Inftanz bei Soch= und Lanbesverrath 105 ff. 10. 11; in höchster Instanz für die Revision gegen Urtheile ber Straftammern in erster Instanz bei Berlehung reichsgesehlicher Rechtsnormen und gegen Urtheile ber Schwurgerichte 105. 108.

689, gegen Urtheile ber Straffammern in ber Berufungsinftang bei Buwiberhandlungen gegen bie Borichriften über Erhebung von in bie Reichstaffe fliegenben Abgaben 105. 108, in Ronfularftraffacen 859. Gerichtsbarteit lester Inftang in Straffacen, welche von Sonbergerichten auf bie orbentlichen Berichte überwiefen finb 5. Borenticheibung über Berfolgung eines Beamten 14. Enticheibung über Bulaffigfeit bes Rechtsweges 35, über Beichwerben bei Ablehnung ber Rechtshülfe und Berichiebenheit bes Oberlanbesgerichtsbezirts 128 ff. Bestimmung bes Gerichtsftanbes bei ftrafbaren Sanblungen im Auslande ac. 197. Bufammenhang reichsgerichtlicher mit anberen Straffachen 105. Ausschluß eines Buftanbigfeitsftreits zwifchen R. und Oberlandesgericht 710 f.

Fortbefteben eines oberften Canbesgerichts

neben bem R. 11.

Gebührenfreiheit in bem Berfahren vor bem R. 3. Berrechnung ber Koften beim R. 102. Uebergangsbestimmungen 17. 18.

S. auch 180. 256.

Reichsgefete. Prozegrechtliche Borichriften berfelben 173.

Reich sjuftigamt 25. 119. 256.

Reichstanzler. Bestimmung ber Zahl ber Senate beim Reichsgericht 104. Aufsichtsrecht über ben Oberreichsanwalt ze. 118. Einrichtung ber Gerichtsschreiberei beim Reichsgericht 122. Bestimmung ber Dienstverhältnisse ber Gerichtsvollzieher bei bem Reichsgericht 122. Errichtung ber Hilfssenate beim Reichsgericht 17. Bertheilung ber Geschäfte und bes Perssonals im ersten Geschäfte und bes Perssonals im ersten Geschäftsjahr bes Reichsgerichts 18. Zustellungen an Erterritoriale 239 ff. Bernehmung als Zeuge ze. 254. 297. Entbinbung von ber Amtsverschwiegenheit 266. Beschwerbe an ben R. bei Nichtzulassung zur Rechtsanwaltschaft bei ben Konsulargerichten 857.

S. auch 442.

Reichstaffe. Dedung ber R. burch Sicherheitsleiftung 359. Buftanbigkeit bes Reichsgerichts für Revisionen gegen Urtheile ber Straffammern in ber Berufungsinftanz bei Buwiberhanblungen gegen bie Borschriften über Erhebung zur R. fließenber Abgaben 105. Koften ber Reichsgerichtsfachen erster Justanz 837. Gelbstrafen in Konfulatsfachen zur R. 860.

Reichstaffen icheine, Falicung 318. Gejet betreffend ben Schut bes jur Anfertigung von R. verwenbeten Papieres gegen unbefugte Rad-ahmung 805.

Reichstonfulate, Borfteber ber. Buftellun: gen an fie 239 ff.

Reichstonfuln Gerichtsftanb 199 f. Buftellungen burch fie 239 ff.

Reich & - Militar - Gefen 240. 254, 329. 799.

Reichsmünzen. Fälschung 318. Reichsoberhanbelsgericht 4. 17.

Reichspoftamt 256.

Reich Brecht, beffen Berhaltniß jum Lanbes: recht 5. 100.

Reichsichanamt 256.

Reichsftempelabgaben. Gefet, betreffenb bie 102. 108. 839.

Reichstagsmitglieder, Berhaftung u. Festnahme 346. Berfolgung 404.

Reichsverfassung 176.

Reihen folge ber Schöffen 56. 57. Aenberung berselben 58; R. bei ber Abstimmung 164. R. ber Ergänzungs-Richter und Schöffen 157; ber Geschworenen 585. 589, bei beren Abstimmung 164; R. ber Bernehmungen beim Reeuzverhör 519. R. ber Fragen an bie Geschworenen 597. 608. 617.

Reifen bes Untersuchungerichters 455.

Reisetosten ber Schöffen und Bertrauensmanner 64, Geschworenen 92, Rechtsanwälle 389. 833, Sachverständigen 136. 209. 497, Zeugen 136 296. 497.

Refruten, ausgehobene, Gerichtsftand 9.

Refurs an eine bohere Berwaltungsbehörbe gegen polizeiliche Strafverfügungen 787, gegen Strafbescheibe ber Berwaltungsbehörben 793, in Pofistraffachen 850 f.

Refurerefolut 850.

Religiofe Begriffe. Mangel berfelben als Grund ber Richtbeeibigung 270 f.

Religionsbiener. Ausschließung vom Ges foworenenamt 86, vom Schöffenamt 49.

Religionsgefellichaften. Betheuerungs= formel an Gibesftatt 61. 281. 593.

Remonstration. 487. 635. Requisition vgl. Ersuchen.

Referviften. Berfahren bei unerlaubtem Mus= manbern 799 ff.

Bgl. Behrpflichtige.

Restauration slotale. Durchsuchung 337. Restitution vgl. Wiebereinse pung. Resumé 614.

Revident vgl. Beichmerbeführer.

Revision. Begriff 687. 688. Bulaffigfeit 689. Dem angegriffenen Urtheile vorausgegangene Enticheibungen 689. Revifionsgrunde 691 ff. Befegesverlegung 691 ff. Beruhen bes Ur= theils auf Gefetesverletung 691. 694 ff. Berlepung von Rechtsnormen, welche lediglich gu Gunften bes Angeflagten gegeben finb 699. Beforantung ber R. bei einem Richticulbig ber Gefcomorenen 700, bei Urtheilen ber Land= gerichte in ber Berufungsinftang 702. legung ber R. 703 ff.; Form 703; Frift 703; Berbinbung mit bem Biebereinsebungsgesuch 703; hemmung ber Rechtsfraft 704; Revisions: anträge 704 ff.; Begrünbung 705. 713; Form 707; in Privatklagesachen 762; Frist 707. 799. Bersahren bei Berspätung: Berwerfung ber R. burch Beschlutz 709. 711, Antrag auf Enticheibung bes Revifionsgericht 709. Ber= fahren bei Bahrung von Form und Frift: Mittheilung ber Revifionsidrift an ben Geg= ner 710; Gegenerflarung 710; Ginfenbung ber Aften an bas Revisionsgericht 710; Un= juftanbigfeitserflarung 710. Bermerfung ber R. burch Beschluß 711; Terminsbenachricztigung an Angeklagten ober Bertheibiger 711; Bertretung bes Angeklagten 711; Hauptvershandlung 712. Beschränkung ber Prüfung bes Kevsstonsgerichts auf die Revisionsanträge 712; Aussehung des angesochtenen Urtheils 713; Entscheidung in der Sache selbst 715; Jurüdverweisung in die Borinstanz 715, an das ftändige Gericht 720. Urtheilsverkündung 720. Berückschiedung von Mitangeklagten im Revisionsurtheil 720 selbsiedungeklagten im Revisionsurtheil 720 selbsiedungeklagten im Kerisionsurtheil 720 selbsiedungeklagten in Steinsichter 722. Reformatio in pejus 722. Rewegen der Kosten 689. 717. 826.

Bustaubigkeit bes Oberlanbesgerichts 100 ff. 11, bes Reichsgerichts 105 ff. 108.

Anfechtung eines Revisionsurtheils burch Bieberaufnahmegefuch 732.

Bgl. Rechtsmittel.

Revision Bin ftang. Berhaltniß ju ben Borinftangen 732 ff.

Revisionsrichter, bessen Funktionen 688. Revisoren, Zulässigkeit ihrer Gegenwart bei Berathung 157.

Rheinichiffahrtsgerichte 32 ff.

Richter. Brufung 18. 19. Ernennung auf Lebenszeit 20. Gehalt 20. Unabsetbarfeit und Unversetbarfeit 16. 18. 20. Rechtsweg wegen Unsprüche aus bem Dienstverhältnisse 20.

Ausschließung vom Richteramt 217 ff.; vom Geschworener- und Schöffenamt 49. 86, von ber Mitwirkung beim hauptversahren 221 ff., bei ber Entscheidung in höherer Instanz 221 ff. Mitwirkung ausgeschlossener R. als Revisionsegrund 696. Ablehnung 224 ff. Berathung und Abstimmung 155 ff. Leitung ber Thätigekeit ber Sachverständigen 303. Pflichtverletung eines R. als Wieberaufnahmegrund 723. 728.

Beifigenber Richter: Fragerecht 520; Untersichtift ber Sigungsprotofolle 575, ber Urstheile 580. S. auch 180.

Bgl. Amterichter, Beauftragter und ersuchter Richter, Gericht, Untersuchungerichter, Borsigenber.

Richteramt. Erlangung ber Fähigkeit zu bems felben 19 ff. 18. R. ber Geschworenen und Schöffen 20. 45. 83. Stellung und Aufgabe bes R. im Strafprozek 416 ff. 756.

bes R. im Strafprozeß 416 ff. 756.
S. auch 103. 119. Bgl. Richter.

Richterliche Fristen vgl. Fristen. Richterliche Gewalt. Ausübung 19.

Rinberpeft, Gefet betreffenb Zuwiberhanblungen gegen bie jur Abwehr ber R. erlaffenen Biebeinfuhrverbote 73.

Rudfall. Bertheibigung bei ftrafbaren handlungen, welche wegen R. fich als Berbrechen barftellen 386. Die Frage bes M. gehört nicht zum Bereiche ber Schulbfrage 556. 557. 599; Prüfung berch ben Revisionsrichter 693, Beurtheilung bei Bieberaufnahme bes Berfahrens 730.

S. auch 185. 536. 612 721.

Rud griff ber Staatstaffe an ben Berurtheilten wegen ber Roften ber Bertheibigung 397. Ruge 143.

Rugefachen, Begriff 171.

Rufegehalt eines Richters 20, ber Ditglieber bes Reichsgerichts 103.

Rubestand, Bersebung ber Richter in benfelben 17. 20, ber Mitglieber bes Reichsgerichts 103, bes Reichsoberhandelsgerichts 17, bes Oberreichsanwalts und ber Reichsanwälte 120.

Sachbeschäbigung. Buftanbigfeit 40. 43. 75. Sachtunbe. Bernehmung über fie 309 ff. Sachleitung bes Borfibenben in ber hauptsperhanblung, Beanstanbung burch Betheiligte

und Enticheibung durch das Gericht 518 ff. Sachverständige. Begriff 297 ff. Analoge Anwendung der Borfchriften über Zeugen auf S. 297. Auswahl 298. 299, in der Berufungseinstanz 670, in Privatstagesachen 757, Anzahl 298. 299. Deffentlich bestellte S. 298. Ablehnung 300. 308. Pflicht zur Abgabe sach

weigerung des Gutachten 301. Recht zur Berweigerung des Gutachten 302. Deffentliche Beamte als S. 302. Ordnungsftrafen wegen Richterscheinens oder Beigerung 303, wegen Berstoßen gegen die Situngspolizei 145. Beeibigung 304. 305. 297. 639. 735. Berufung auf den im Allgemeinen geleisteten eid 304. Borbereitung des Gutachtens durch Akteneinsicht und Bernehmungen 306, durch Beobachtung des Geisteszustandes des Angeschuldigten 306, Gutachten im Borversahren

306. Reue Begutachtung 308. Reue S. 308. Gutachten einer Fachbehörbe 308, Bertretung besselben in ber Hauptverhandlung 545. Buziehung zur Augenscheinseinnahme 311, 463, bei ber Leichenschau 313 si., bei Bergistungen 317, bei Münzverbrechen 317 f., bei Durchficht von Papieren 344. Schriftvergleichung 318. Gebühren ber S. 3. 136 309. 498 f. Sachverständige Zeugen 306. 309 ff.

Labung ber G. im Borbereitungsverfahren 428. 432. 435, in ber Boruntersuchung 463 f., gur Hauptverhandlung 493. 497. 501. 524, in ber Berufungsinftang 670 ff., im Brivatflageverfahren 757. Bernehmung 287, im Borbereitungsverfahren 307. 435, in ber Boruntersuchung 307. 456. 461. 463, tommissa= rifche Bernehmung im Sauptverfahren 501 f. Bernehmung in ber Sauptverhandlung 518 ff. 528 ff. 546, in ber Berufungsinstang 675, im Berfahren gegen Abwesende 639, im Wieber= aufnahmeverfahren 735, im Brivatflageverfahren 757. - Berlefung bes Brotofolls über Bernehmung eines verftorbenen ober geiftes= franten G. 537, jur Unterflügung bes Bebachtniffes ober jur Bebung eines Biber-

pruchs 542.

Ausschließung eines Richters u. s. w., wenn er als S. vernommen worden ift 218. Bersletzung ber Eibespflicht Seitens eines S. als Wieberaufnahmegrund 723. 728. Beschwerbes

recht ber S. 653. Berbot ber Entfernung ber S. von ber Gerichtsftelle mahrend ber haupt- verhandlung 533.

Sachverftanbige Beugen 309 ff.

Sachverftanbigenvereine 299, 300. 842. 843. 844.

- Salg, Gej. betr. bie Erhebung einer Abgabe pon S. 42. 839.
- Schanbe, eigene, berechtigt nicht jur Beugnißverweigerung 268.
- Soiebamann vgl. Bergleichsbehorbe.

Schiebsfprüche bes Reichsgerichts 102.

Schiffe, beutsche. Gerichtsttanb für auf solchen im Auslande ober in offener See begangene strafbare Handlungen 199. Löbtung auf Sch. 316. Beschlagnahme und Durchsuchung auf Sch. 319.

S. auch Rauffahrteifchiffe. Schiffsleute, Berlebung ibrer Bflichten, Ge-

richtsftanb 199. Schlägerei, Ort ber That 194.

Soliegung eines Bereins 176.

Solup fwin tel bes Gludsipiels und ber Un: gucht. Durchfuchung 337 f. 341.

Solugfeftftellung im Urtheile 567.

Schlugvortrage bes Angeklagten, bes Staatsanwalts und des Bertheibigers 507. 546 ff., vor bem Schwurgericht 628, in ber Berufungsinftanz 677, in ber Revisionsinftanz 712, in Privatklagefachen 759, Berdolmeticung ber Antrage aus ben Sch. ber Staatsanwaltichaft und bes Bertheibigers für ben ber Gerichtssprache untundigen Angeklagten 548.

Soflugmort bes Borfigenben an bie Gefcomerenen 614 ff. Ergangung beffelben 620.

Schöffen. Umfang ihres Richteramts 45 ff. 143. 155. 170. 300. 489. Befähigung 46. Richtfennt: nig ber beutschen Sprace 150. Unfahigleit 47. 62. Ausschluß von ber Berufung 48. 19. Ablehnung ber Berufung 50; Frift zur Geltends machung ber Ablehnungsgrunde und Ente Urlifte 52. 66; Gin: fceibung über fie 63. fprache gegen fie 52; Ginfendung ber Urlifte und ber Ginfprachen an ben Amisrichter 53; Ausichuß fur die Schöffenwahl 53. 66; Ent fceibung über Ginfprachen 54. Babl ber Baupt= und Bulfsicoffen 55. Beftimmung ber Zahl burch bie Lanbesjustizverwaltung 56. Jahresliften 56. 66. Austoolung ber Daupt: icoffen 57. 58. 66. Benachrichtigung ber So. von Austoofung und Sigungstagen 57. Menberung ber Reihenfolge im Dienfte 57. 58. Ausloofung für außerorbentliche Sipun: Ginberufung von Bulfeicoffen 59. gen 58. Ergangungeicoffen 60. 156. Berpflichtung über bie Beit ber Ginberufung binaus 61. Beeibigung 61 ff. Streichung von ber Jahres lifte megen Unfähigfeit 62; Richtherangieben Unberechtigter 62; Entbinbung von ber Dienft: leiftung 64. Reifetoften 64. Orbnungsftrafen 65 ff. Orbnungswidrigfeiten in ber Sipung 143. - Berbot ber Rumulation bes Ge fcmorenen. und Schöffenamts 56. 93, ber Bermeigerung ber Abstimmung 162. Reibens

folge ber Abstimmung 164. Pflicht gum Stillichweigen über Berathung und Abstimmung Fragerecht ber Sch. 520. Urtheils-Uribeileunteridrift nicht nothfallung 45. wendig 580. Ununterbrochene Gegenwart ber So. in ber hauptverhandlung 507.

Ablehnung und Musichliegung eines So. 229; Mitwirtung ausgeschloffener Sch. als Revifionsgrund 696. Bflichtverlegung als Bieberaufnahmegrund 723. 728.

Bgl. Schöffengerichte.

Schöffengerichte. Berhaltniß ju ben Amts-gerichten 26 ff. Befehung 40; nicht por-ichriftsmäßige Befehung als Revifionsgrund 696. 697, als Wieberaufnahmegrund 723. Buftanbigfeit: ursprungliche 40-44. 184 ff. 573, burch Ueberweisung 45. 74 ff. 185. 573; für Befcomerbe gegen Entideibungen ber Sch. 72, für Berufung gegen beren Urtheile 78. Ums gehung ber Unguftanbigfeitserflarung in ge= wiffen Sachen 44. Richteramt ber Schöffen Enticheibung außerhalb ber Saupt= verhandlung 45 ff. 230. 794 f. 822. Sigungs-tage 57 ff. Abstimmung 162 ff. Amtsan-

waltichaft 112 ff 116. Bertheibigung 386. 387. Unftatthaftigfeit ber Boruntersuchung im Allgemeinen 447. 448. Ginreidung ber Antlageschrift 467, Unzulässige feit ber Mitteilung berfelben an Angeflagten 471. Beweisprüfung bei Eröffnung bes haupt= verfahrens 476. Sauptverhandlung ohne Schöffen 170. 489 ff. Beweisaufnahme in ber Sauptverhandlung 528. Berfahren bei Rlageanberung 560 ff. Untrag des Ange-Magten auf Beweißerhebungen bei Unguftanbig-Sipungsprotofoll 577. feitBerflarung 572. Urtheilsunterichrift 580, Unguloffig= **578.** feit ber Bermögensbeichlaguahme im Berfahren gegen Abmefenbe 641. Berfahren bei amts= richterlichen Strafbefehlen 777 ff.; vgl. Strafbefehle; nach polizeilicher Strafverfügung 788 ff.; vgl. Strafverfügung. — Strafvollfiredung 814. 818. 822.

Ertennung ber Sch. auf Gefammiftrafe 40. 820. 822, auf jufanliche Buchthausstrafe 820. Berufung gegen Urtheile ber Sch. 662 ff. Bieberaufnahme bes Berfahrens bei neuen Thatsachen und Beweismitteln 724. 727.

S. auch 793. 794.

Bgl. Amtsrichter, Schöffen.

Schreibfehler konnen nicht in Rechtsfraft übergeben 644. S. auch 570.

Sorifilice Anzeigen von ftrafbaren Banbe

lungen 422. 424.

Schriftstade. Ermittelung ber Echtheit 318. Berlefung in ber hauptverhanblung vgl Berlejung. Borlegung amtlicher Sch. 322 f. Bgl. Beichlagnahme, Durchjuchung.

Sariftwerte, f. Urbeberrecht.

Soriftvergleichung 318.

Sariftverftanbige 318.

Soulbausichließungsgrunbe 491. 492. 556 ff. 603. 608.

Soulbbetenntnig bes Angeflagten por bem Schwurgericht 593,

S. auch 729. Bgl. Gestänbniß.

Soulbfrage. 556. 557. Abftimmung über bie **ජරා. 160 ff. 162. 164.** 556. 611. ීමරා. ift Gegenstand ber Enticheibung ber Weichworenen 83. 599. 611. Brujung in ber Berufungs: instang 671. 678, in ber Revisionsinstang 691. Ausführungen unb Antrage ber Staatsan= malticaft und bes Angeflagten jur Sch. 613. Pringipale, eventuelle Sch 163.

Soulzeugniffe 545.

Soulaucht in Breugen 15.

Sougebiete, beutiche 21. 30. 102. 169. 197. 856.

Somagericaft. Ausschließung ber Gerichts= perfonen zc. megen Sch. 218. 229 ff., bes Gerichtsvollziehers 123. Bermeigerung bes Gibes 275 f, Gutachtens 302, ber Berausgabe pon Gegenftanben 321, bes Beugniffes 259. 263. Richtbeeibigung 275 f.

Somangere Berfonen. Richtvollftredung ber Tobesftrafe 815. Bollftredung von Freiheits=

ftrafen in Breußen 817.

Somerhörige, munbliche Berhanblung vor Gericht 152.

Somurgericht. Bermaltungsgeschäfte jur Bil= bung bes G. 72. 87. Begriff 26. 82, 83. Periobischer Zusammentritt 82. Bustanbigfeit 8. 83. 184. 805. Befegung 83. Enticheibungen bes Richterfollegiums 83. 90. 92, ber Straftammern 83. 805. Borfigenber und richterliche Mitglieber 84. 94. Beidmorenenamt 86 ff. Schwurgerichtsfigungen außerhalb bes Lanbgerichtsfibes 93, Schwurgerichtsbezirtes 94. -Nothwendigfeit ber Bertheibigung 385 f., ber Boruntersuchung 446. Anflageschrift 468.

Sauptverhanblung vor bem Somurgericht 581 ff. Borbereitung ber Hauptverhanblung 491 ff. Erforberniß ber Anmefenheit bes Angeflagten 510 ff. theilung ber Spruchlifte an ben Angeflagten 582. Bilbung ber Gefdmorenenbant 583-592. Beeibigung ber Geschworenen 592 ff. Schulbbetenninig 593. Fragestellung 594 ff. Ausführungen u. f. m. bes Angeflagten und ber Staatsanwaltschaft ber Schulbfrage 613. Belehrung ber Beichworenen 614 ff. 620. Berathung und Abstimmung ber Geschworenen Bahripruch 621 ff. Schlufvortrage 628. Urtheil 629 ff. Berweisung in bie nachfte Sigungsperiobe 629 ff.

Revision gegen Urtheile bes Sch. 689. 696. 697. 700, Buftanbigfeit bes Reichsgerichts 105. 689. Unguläffigfeit ber Berbinbung ber öffentlichen Klage mit der Privatklage vor dem

ලරු. 755.

Bgl. Frageftellung, Gefdmorene, Geichworenenbant hauptver: handlung, Sprud) ber Ge= fomorenen.

Somurgerichtsbezirt 93. 94.

See, offene. Gerichtsftanb für Strafthaten auf offener S. 199.

Seeleute. Entziehung ber Pflicht zur Mitnahme hulfsbedurftiger S. 853. S. auch Schiffsleute.

Seelforge 264.

Seemannsamt. Strafbeideibe, Antrag auf gerichtliche Enticheibung 173. 199. 852.

Seemann sorb nung 170. 173, 199. 316.319. 346. 73. Berfahren bei Buwiberhanblungen gegen beren Bestimmungen 29. 173, 193. 199. 851 ff.

Seemehrmanner. Berfahren gegen fle bei unerlaubtem Ausmanbern 799 ff.

Selbstanzeige 402. 427.

Selbftentleibungsverfuch ber Untersuchungsgefangenen. Feffelung 352.

Senate ber freien Sanfeftabte 23. Ausichließung ber Mitglieber vom Geschworenenund Schöffenamt 49. 86, beren Bernehmung 255. 266. — S. ber Oberlanbesgerichte 99. 101, bes Reichsgerichts 103 ff. 109 f. 17. 18.

Senatspräsibenten ber Oberlanbesgerichte 99 ff., bes Reichsgerichts 103 ff.

Separatvotum 158.

Sicheres Geleit 643.

Sich er beit, öffentliche. Ginfluß ber Gefahrbung beifelben auf ben Gerichtsftanb 207.

Sicherheitsbeamte. Begriff 137. 2gl. Polizeibeamte.

Sicherheitsbienst vgl. Polizeibeamte. Sicherheitsleistung zur Abwendung der Berhaftung 353 ff.; hinterlegung von Geld zc. 354; Pfandbestellung 354; Bürgichaft 354. 355; Bestellung eines Zustellungsbevollmächetigten 355; Berhaftung ungeachtet der S. 356; Erhöhung der S. 356. Nichthaftung der S. für Ansprücke des Berletten 354. Freiwerden der S. 357 f., Berfall der S. 359; Beschwerden 359; Unzulässigleit des eidlichen Bersprechens und handgelübdes anstatt S. 354. Zustandigseit für Entscheidungen über S. 363. 364.

S. für Koften: Seitens bes Antragstellers bei Erhebung ber öffentlichen Klage 444; im Privatslageversahren 750 ff. Nichtverpflichtung bes Rebenklägers jur S. 768. — S. bei Strasausschub 818. Armenrecht 444.

Sicherung bes Beweises ngl. Abwesenbe und Beweismittel. S. auch 403.

Siegelung. Beschlagnahme 343 f.

Sitlichfeit. Gefährbung berselben, Ausichließung ber Deffentlichfeit 140. Buffanbigfeit bei Bergeben wiber bie S. 74.

Sit bes Gerichts. Wahl von Sulfsschöffen, welche am S. wohnen 55. 59 f.

Sigungen, außerorbentliche bes Schöffengerichts 57 f., beren Dauer fich über bie Beit ber Berufung eines Schöffen erftredt 61.

ber Berufung eines Schöffen erstredt 61.
Sigungsperiobe ber Schwurgerichte 92. Entscheidungen außerhalb ber Dauer ber S. bet Schwurgerichts 83. Berweisung ber Sache in die nächfte S. 629. S. ber gesetzenben Bersammlungen 51.

Sigung & polizei 142 ff. Sandhabung burch ben Borfigenben 142, 146, 518; Mitwirfung ber Schöffen 45. Ordnungsruf 143; Entziehung bes Borts 143. 546. 547 f. Beschuß bes Gerichts über Entfernung ober Lerhaftung ber Parteien 2c. 144, über Festjeung und Bollstreckung einer Ordnungsftrase gegen Barteien 2c. 145, gegen einen Rechtsambalt ober Bertheibiger 146. Analoge Anwendung ber Bestgenisse es Borsihenben und des Gerichts auf Antshandlungen des einzelnen Richters außerhalb der Sihung 146. Beschwerbe über Ordnungsstrasen 147. Brotofollirung der Mahregeln 148 si. Festhahme des Thäters 148. S. auch 654.

Sigungsprotofoll vgl. Protofolle. Sigungstage im Schöffenbienft 55 f., bes Schöffengerichtes 57.

Sit ungs gimmer. Entfernung aus bemfelben wegen Ungebuhr 144. Entfernung bes Angeflagten mahrend ber Bernehmung eines Mitangeflagten ober Beugen 533, mahrend ber Berathung ber Geschworenen 616 ff.

Strutinialverfahren vgl. Borbereis

tung Bverfahren.

Solbaten vgl. Militärpersonen. Solbatenstanb vgl. Militärbehörbe.

S. auch 502.

Sonbergerichte vgl. Besonbere Gerichte. Sonn= und Feiertage. Fristberechnung 246. Busterhandlung 509. Bernehmung bes Berhasteten 352, 370. 371. 372. 373, der Borgesührten 352. 370.

Sozialbemofratie, Gefet gegen bie gemeingefährlichen Bestrebungen ber S. 399. 847. Spezialarzt, Zeugnifpflicht 266. Zuziehung

30**6.**

Spezialifirung ber That in ber Frages ftellung 605.

Spielfartenstempel, Gesethetr. ben, 186. Sprache vgl. Frembe Sprache, Gerichts

prache.

Sprengstoffe, Gesetz gegen ben verbrecherischen und gemeingesährlichen Gebrauch von S. 73. Spruch ber Geschworenen. Fassung 621 spruch ber Geschworenen. Fassung 621 spruch 620. Rieberchrift und Unterschrift durch ben Obmann 621. 624. Stimmenverhältniß bei dem Angeklagten nachtheiliger Entscheidung und Berneinung milbernder Umstände 611. 621. Rundgebung 622. Unterzeichnung durch Borsitzenden und Bereibissschreiber 622. Berichtigungsverschren 623 siederiber 622. Berichtigungsverschren 623 siederschren 623. Recklündung 627. Ansügung der Urschrift an das Urtheil 628. 704. Folge von Irrihum zum Nachtheil des Angeklagten 629. Reuer Spruch innächster Situngsperiode 629sie pruch liste 89. 90. Mittheilung an Angestagen

Spruch li fie 89. 90. Aktithetung an ungerusten 582. Streichung unfähiger Geschworenen 584. Aufnahme von Hilfsgeschworenen 585. Staatbangehörigkeit 116.

Staatsan waltschaft 111 ff. Begriff 111. Gliederung 112. Benennung 112. Einheit und Untheilbarteit 113. 116. Devolutions und Substitutionsrecht 113. 116. 117. Dertliche Zuständigkeit 113f. Amtshandlungen eines unzuständigen Beamten bei Gesahr im Berzuge 115. Zuständigkeitsstreit 115. Dienstliche Anzweisung 117. Aufsicht, Leitung 118 ff. Bestähigung 119. Stellung ben Gerichten gegenüber 120. 121. 143. Hilfsbeamte ber St. (gerichtliche Bolizei) 120. Ausschließung und Ablehnung ber Beamten ber St. A. 217.

Beruf ber St. auf bem Gebiet ber Strafrechtspflege 111; Handhabung bes staatlichen
Straftlagerechts 412; Initiative ber Strafverfolgung 412 sf.; Legalitätsprinzip 413; Steflung und Aufgabe im Bersahren auf erhobene Klage 417 sf. 646. St als Bollstrechungsbehörbe 238. 493. 814. Verwaltungsgeschäfte bei Bilbung ber Schöffen- und Schwurgerichte 62. 63. 64. 89. 90.

Borbereitungsbienst bei ber St. 19. Ausfoliegung ber Beamten ber St. vom Schöffenamt 49, vom Gefdmorenenamt 86. Anborung bei ber Entscheibung über Unfähigkeit 62, und Ablehnungsgrunde eines Schöffen 63, eines Befdmorenen 90; über Berurtheilung eines Schöffen, Ausichukmitgliebes ober Beichmorenen in Ordnungsftrafen 65. 66. 92, Antrag auf Bermeifung von ber Straffammer vor bas Schöffengericht 75, auf Enticheibung bes Reichs: gerichts in ber Revisionsinftang bei Bumiberhandlungen gegen bie Borschriften Aber Er= bebung von Abgaben jur Reichstaffe 105, Stel: lung bei ber Rechtshülfe 125. 130. 133 ff., in Bezug auf bie Sigungspolizei 145. 149. An= mejenheit ber St. bei ben Berathungen bes Gerichts 158.

Antrag auf Berbindung jufammenbangenber Straffachen 187. 189. 202. 204 f. 411. Ab: Iehnungsrecht betreffe ber Gerichtsperfonen 224, ber Beichworenen 587 ff , ber Sachverftanbigen 300. Anhörung vor gerichtlichen Enticheidungen außerhalb ber hauptverhand= lung 232 f. Buftellung und Bollftredung von Enticheibungen burch bie St. 238 ff.; Bu-ftellungen an bie St. 244, Anordnung von Beschlagnahmen 325 ff. 332 ff. 846. Durchfuchungen 338 ff ; Benachrichtigung ber St. über in Befchlag genommene verbachtige Gegen= ftande 343; Mittheilung beichlagnahmter Bapiere an St. 344. Unborung über ben Ber= fall einer Sicherheit 359. 360, über Aufhebung eines Saftbefehle 362. 363. 365. 366. Antrag auf Berhaftung vor Erhebung ber öffentlichen Rlage 365. 366. 367. Borläufige Festnahme 367. 371. 433. Erlaß eines Baftbefehls behufs Strafvollftredung 818, von Stedbriefen 371. 818.

Erhebung ber öffentlichen Rlage 412. 436. 443. 489 ff. 746 798.

Borbereitungsversahren: 410 ff. Annahme von Anzeigen und Anträgen 422 ff. Genehmigung von Beerbigungen Unbekannter 2c. 424. Erforschung frafbarer handlungen 426 ff.; Beweiserhebungen 426. 513; Erluchen um Austunst von Behörben 428; Anträge beim Amts

richter 365. 366. 429. Theilnahme an ben richterlichen Berhanblungen 435. Antrag auf Boruntersuchung 436. 448, ober Einreichung ber Antageschrift 436. Einstellung bes Bergfahrens 436. 438; Bescheibung bes Antragstellers 438; Borlegung ber Berhanblungen an bas Gericht 442. Beglegung ber Anzeige 427. Erhebung ber Klage auf Gerichtsbeschluß 443. 444. 481.

Boruntersuchung 445 ff. Antrag auf Eröffsnung 446.448. Beschwerbe über Ablehnung bes Antrags 452 f. Antrag auf Führung ber Boruntersuchung burch einen Amtsrichter 454. Abwesenheit bei Bernehmung bes Angeschulzbigten 460; Anwesenheit bei Augenschinsteinnahmen 461 f. und kommissarischen Berenehmungen von Zeugen 2c. 461. Akteneinsicht 464. Antrag auf Ergänzung ber Borunterssuchung 464.

Eröffnung ber hauptverfahrens: Aftenvorlegung 4:6. 467. 482; Ginreichung ber Anflageschrift 466. 481, bei unmittelbarer Erbebung ber Klage 467. Antrag auf vorläufige Ginftellung bes Berfahrens in Betreff einzelner Straffälle 484. 485. Beschwerbe über Ablehnung bes Eröffnungsantrages ober Berweisung ber Sache vor ein Gericht nieberer Orbnung 486. Zustimmung zur Verhanblung ohne Schöffen 489.

hauptverhandlung: Labungen und herbeiicaffung von Beweismitteln 493 ff. 670. 672 f. Mittheilung von Beweisantragen bes Angeflagten an St. 496. 501. Benachrichtigung über nachträgliche Labungen 501, über tommiffarifche Bernehmungen 504. 513. - Uns unterbrochene Begenwart 507; Abmefenheit ift Revifionsgrund 696. Mehrheit 507. Wechfel 507. Rreugverhor 519. Fragerecht 520. 521. Buftimmung jur Abstandnahme von einzelnen Beweiserhebungen 528. Antrag auf Aussetzung ber Berhandlung behufs Erfundigungen 531. Anborung über Entfernung vernommener Beu: gen u. f. w. 533. Antrag auf Protofollirung ber Berlejung früherer Ausfagen 544. Schluß: vortrag 546. Entziehung bes Wortes 521. 548. Stellung eines bestimmten Antrages 547 f. Antrag auf Aburtheilung über eine in ber hauptverhandlung hervorgetretene neue Beschulbigung bes Angeflagten 564. Gegen= wart bei ber Urtheilsverfundigung 569. Beichmerbe über UnguftanbigfeitBerflarung 572. 574. Sauptverhandlung por bem Schmur= gericht: Ablehnung und Unnahme von Ge= fcmorenen 587 ff. Anbörung über einheitliche Bilbung ber Geschworenenbant 590 f. Un= trag auf Unterbrechung ber Berhandlung behufs Brüfung ber Fragen 594. Rüge von Mängeln in ber Fragestellung 595 ff. Antrag auf Neben= fragen megen milbernber Umftanbe 611. Musführungen u. s. w. zur Schulbfrage 613. Schlugvortrag 628.

Rechtsmittel 646. 748. 808, auch ju Gunften bes Beschuldigten 646. 650. f. 684. 722. Beschwerbe: Anhörung vor ber Entscheibung 659.

— Berufung: Bustellung ber Schriftstide über Einlegung u. f. w. ber Berufung seitens ber St. an Angeklagten 668. Akteneinsenbung 668. Labungen u. s. w. 670. 672 f. Anhören über Berlesung früherer Aussiagen 675. Schlußzvortrag 677. — Revision: Beschränkung zu Gunsten bes Angeklagten 699 ff. Einsenbung ber Akten an das Revistonsgericht 710. Absgabe ber Akten nach Unzuständigkeitserklärung 710. Schlußvortrag 712.

Bieberaufnahme bes Berfahrens: Anhörung

735. 738.

Brivattlage: Mittheilung ber Klage an St. 753. Benachrichtigung ber St. vom Termin zur hauptverhandlung 747. Uebernahme ber Berfolgung 747. Rechtsmittel 748. Mittheilung ber Berhandlungen an St. bei Eine ftellung bes Berfahrens wegen Unzuläsigsfeit ber Brivattlage 761. Borlage und Einsendung ber Aften in ber Berusunge: und Revisionsinftanz 762.

Rebenklage: Anhörung 768. Betrieb nach Berweisung ber Sache in die Borinstanz 772.

Berfahren bei amtsrichterlichen Strafbeseihlen: Antrag auf Erlaffung 777 fi, nach polizeilicher Strafverfügung 788. 789, — bei Strafbeschein der Berwaltungsbehörden: Afteneinsendung an St. 793; Anhörung über Strafumwandlung 794; Ablehung bet Der Anklage verfolgung 795; Ritwirkung bei der Anklage der die Berwaltungsbehörde 796. Erhebung der öffentlichen Rlage 798, — bei Einziehungen und Bermögensbeschlagunahmen: Antrag 805; Rechtsmittel 808.

Strafvollftredung 814 ff. Antrag über

Roften falfcher Anzeigen 831.

Befchwerben über St. 118. 134. 438. Reine Mitmirfung ber St. bei ben Ronfulars gerichten 858.

S. auch 217.

Bgl. Amtsanwälte, Oberreichsans walt, Oberreichsanwaltschaft, Reichsanwälte.

- Staats beamte, inwieweit fie ausgeschloffen find vom Schöffenamt 49, vom Geschworenens amt 86.
- Staatsgerichte 33.
- Staatsgerichtshöfe 30. 31.
- Staatsgewalt vgl. Biberftanb.
- Staatskaffe. Dedung ber St. durch Beschlagnahme 636. 637, durch Sicherheitskeistung 359.
 444. 750. 768. Tragung der Kosten bei Freisprechung u. s. w. 739. 829. 836. 837, der
 Gebühren für Sachverständige und Zeugen
 296. 309. 498, für den zum Vertheibiger bespellten Rechtsanwalt 397. Erstattung der
 durch falsche Anzeigen entstandenen Kosten
 an die St. 831.
- Staatsoberhaupt. Abolitionsrecht 23. 174. Begnabigungsrecht 23. 815.
- Sta at & vertrage bes Reichs 2c. Geltung bes Gerichtsverjaffungsgefepes 5, ber Strafprozeßordnung 174. 176. St. zwifchen ben einzelnen

- Bunbesftaaten 123. 132, mit bem Auslanbe über Rechtshülfe 124.
- Staatsverwaltungsbeamter im Ausschuß für bie Schöffenwahl 54.
- Stabtgericht, unjulaffige Beziehung 26.
- Stanb, Angabe in ber Labung Abwefender 635. Stanbesherren. Gerichtsbarfeit über fie 8 ff.
- Stanbrechte 30. 33. 34.
 Stedbriefe. Borausjehungen 371; Inhalt 372; Abfaffung 371; Beröffentlichung 372.
- St. behufs Strafvollftredung 132. 818. Stellung von Beugen und Sachverftanbigen
- stellung von Zeugen und Sachverstandigen gur hauptverhandlung 497 ff.
- Stellvertreter bes Borfipenben bes Schwurgerichts 84 ff. St. bes Rechtsanwalts, Befreiung von ber Zeugnispflicht 265.
 Bgl. Bertretung.
- Stempelgebühren bleiben außer Anfat bei ber Rechtshülfe 135.
- Sten og raphif de Rieberfchreibung ber Prototolle 575.
- Steuerftraffacen 29. 170. 177. 319. 338. 341. 346. 556 790 ff.
- Stillschweigen ber Schöffen und Gefdworenen aber Berathung und Abstimmung 164.
- Stimmengleichheit, Ausschlag ber Stimme bes Brafibenten 69. 70.
- Stimmenmehrheit bei Beschlußsaffung bes Ausschusses für die Schöffenwahl 54, bei ber Entscheidung über die Geschättsvertheilung in ben Kammern der Landgerichte 69, bei Entscheidungen des Laubgerichte Sprafibiums 70, bei Bahl der Geschworenen 87, der Gerichte 163, bei dem Angeslagten nachtheiligen Entscheidungen über die Schulbfrage 556. 621. 671. 687, bei Berneiaung milbernder Umftande durch die Geschworenen 611. 621, bei der Bahl des Obmanns 617, bei Entscheidungen des Kriegsgerichts 855.

Bgl. Stimmenverbaltnif.

- Stimmenverhältniß bei Plenarentscheibungen bes Reichsgerichts 110, bei ber Bahl bes Obmanns 617, bei bem Angeklagten nach: theiligen Entscheidungen über die Schulbfrage 556. 621. 671. 687, bei Berneinung milbernber Umftänbe burch die Geschworenen 611. 621. 629, bei Berweisung an ein anberes Schwurgericht 629. Angabe bes St. im Bahr= spruch 621.
- Stimmrecht ber Schöffen 45.
- Störung ber Orbnung 140 ff. 207.
- Strafanbrohungen, verschiebene für ein Bergeben 41.
- Strafanftalt 816.
- Strafanftaltsbeamte als Sicherheitsbeamte 137.
- Strafantrag vgl. Antragsbelifte, An= tragfteller.
- Strafaufhebungsgrünbe 253, 698, 609. Bgl. Shulbausfhließungsgrünbe, Strafbarteit.
- Strafauficub 727. 816. 817.

Strafausichließungsgrunde 161, 556 ff. 566, 603, 604, 609.

Bgl. Schulbausschließungsgrünbe, Strafaushebungsgrünbe, Strafbarkeit.

Strafbare hanblung, Begriff 74, in ber Sipung 148 f.

Strafbarkeit. Abhängigkeit von einem bürgerlichen Rechtsverhältniß 553. Nebenfrage nach
ber zur Erkenntniß ber St. erforterlichen Einficht bei Angeklagten unter 18 Jahren 603.
612. Umftände, welche die St. außschließen
161. 556. 566. 603. 609, milbern 161. 537.
566. 568. 603. 604. 608. 611, erhöhen 161.
185. 537. 560. 566. 599. 603. 608. 609.
611.

Bgl. Milbernbe Umftanbe, Um; ftanbe.

Strafbefehle, amtsrichterliche. Begriff 231. Bulässigkeit 777 ff., gegen einen Berhafteten 778, Abwesenben 778. Strasmaß 778, Unzulässigkeit ber Ueberweisung an bie Landespolizeibehörbe 778. Antrag der Staatsanwaltschaft 778 ff. Inhalt desselben 781; Prüfung durch den Amtsrichter 779; Berfahren dei Bedenken des Amtsrichters 779 ff. Erslassigkeit 785 ff.; Inhalt desselben 781. Wirtung des et. 779; Inhalt desselben 781. Wirtung des rechtsträftigen St. 407. 782. Einspruch 782, Wiedereinsehung dei Berfäumung der Einspruchs 784 ff.; Berzicht 781. Jurücknahme des Einspruchs 782, der öffentlichen Klage durch Staatsanwaltschaft 782. Haubtwerhandlung 782 ff. Bertretung des Angeklagten 782. 783. Urtheilssällung 782. — Ausbleiden des Angeklagten, Berwerfung des Einspruchs 784. Berufung 784, Kosten der St. 781. Bollstrechdarkeit 781. 812. Rein Wiederausnahmeversahren gegen St. 723.

S. auch 231. 407. 484. 644.

Strafbescheibe 232, ber Verwaltungsbehörben bei Zumiberhanblungen gegen die Borschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle. Voraussehungen eines Verwaltungsstrafverschrens 790 f 174 ff. 28. Strafmaß 792. Inhalt 792. Birtung 792. Returs an die höhere Verwaltungsbehörde 792. 793. Verfahren beim Antrag auf gerichtliche Entschehung 793 ff. 29. Wiedereinsehung in den vorigen Stand 793. Zurücknahme des Antrages 793 Zuftändigkeit 794. Hauptvershandlung 793. Strasumwandlung 794. Beschwerde 794. Anschluß der Verwaltungsbehörde 798; Vertretung derselben 798; Urstheilszustellung an sie 798. Fristen für Rechtsmittel der Verwaltungsbehörde 799. St. in Posisitrafsachen 849.

Bgl. Abgaben, SeemannBamt. S. auch 176. 406. 561.

Strafe, abfolut bestimmte 715. 717. Straffestegungen, welche ber Urtheilssfällung vorausgehen, Beschwerbe 656. Straffrage 160. 162 f. 557. 611. 678.

23gl. 599 ff.

Strafgefangene. Trennung von Unter= fuchungsgefangenen 342.

Strafgerichtliche Berfolgung, Gefahr berfelben. Zeugnifverweigerungsrecht 268. 302. herausgabe von Beweisstuden 321 f.

Strafgefes. Bezeichnung im Antrage auf Boruntersuchung 448 f.; im Eröffnungsbesschließe 479, im Strafbefehl 781, im Strafbefcheibe 792, in der Strafverfügung 785, in den Urtheilsgründen 566. 568. Anwendung des St. dem Strafantrage gegenüber 415. 470. 480.

S. auch 600. 608.

Strafgemalt bes Reichs und ber Bunbes= ftaaten 21 ff.

Strafhaft begründet keinen Gerichtsftand 196. Strafkammern. Bildung 67. 79. Borfit 69. 70. 79. 26. Jusammensetung 69 ff. 79. 26. Geschäftsvertheilung 71. 26. Besetung 78. 81, in der Berufungsinstanz dei Ueberstretungen und in Fällen der Privatklage 78 ff., im Biederaufnahmeversahren 799. Auswärztige Strafkammern 79 ff. 26. 112.

Buftanbigfeit ber St. für Entichelbungen in ber Boruntersuchung 72. 449. 450. 454 ff. 466; für ben Befdlug über Eröffnung bes hauptverfahrens 72 ff. 466 ff. 468. 475 ff., über Ueberweisung an bas Scoffengericht 44. 74 ff.; als ertennenbe Erftinftanggerichte 72 ff.; für Enticheibungen außerhalb ber Saupt= verhandlung 733. 822. 79; an Stelle bes Schwurgerichts außerhalb ber Dauer ber Sibungsperiobe 83. 93, 492, 581, 733, 805. 822; als Berufungsgerichte 78. 489. 663; als Beschwerbegerichte 72. 78. 654; als Obergerichte bei Enticheibungen über bie Buftanbigfeit ber Amts- und Schöffengerichte 200. 208. 214, über Ablehnung eines Amtsrichters ober bes Untersuchungerichters 227.

Beschwerbeinstanz gegen Entscheibungen ber St. 100 f. 661. Revisionsinstanz 100, 101. 105 106.

Ausschließung bes Untersuchungerichters 221 ff., bes Berichterflatters über ben Ersöffnungsantrag 222 ff.

Abhaltung von Sigungen ber Straffammer außerhalb bes Sipes bes Landgerichts 94. Bgl. Landgericht.

Straftlage 398 ff. Gegenstand berselben 398 ff. Berhältniß zur Civilslage 398 ff. Strafrechtsweg und Eivilrechtsweg 398 ff. — Berechtigungen in Bezug auf die St. 399 ff. Berechtigungen in Bezug auf die St. 399 ff. Berechtigte Subjette: Staat 399, Berketzter und andere Personen 401. — Personen, welche von der St. betroffen werden 402. Borausssehungen der St. 402. hindernisse in der Beschäftenheit der Sache 403, in der Person des zu Bersolgenden 403. Erhebung der St. 196. 404. Rechtshängigkeit derselben 404. Erlöschen 405 ff. 443. 486. — Berbindung mehrerer St. 410. 484 ff. — Erneuerung der Straftlage 723.

S. auch Berbrauch ber St.

Strafliften. Berlefung in ber hauptver- ' banblung 534.

Strafmilberungsgrund 161 f. Bgl. Milbernbe Umftanbe.

Strafprozegorbnung. Räumliches 169, sachliches Geltungsgebiet 183 ff. Beschränkte Anwendung auf die Landesherren 2c. 172. Brozegrecht der Reichsgesete 173 ff., der Landesgeiete 174 ff. Geset im Sinne der St. 177. Uebergangsbestimmungen 177 ff. Anwendung der St. bei Berfolgung von Besleidigungen und Körperverlezungen 178, auf die Strasvollftredung 178 f. Geltung in Konsularstrafsachen 857.

Strafregifter 377.

Straffacen Begriff 169. Bufammenhangenbe

St. 186 ff.

Straffenate ber Ober-Lanbesgerichte 99; Busftänbigfeit berfelben 100 ff. 148. 438. 441. 654 f. 661. St. bes Reichsgerichts 103. 110.

- Strafumwandlung von Gelbe in Freiheitse firafen 289. 794. 819; Unzulässigeit bei Orbenungsftrafen gegen Rechtsanwalt ober Beretheibiger 146; von mehreren Strafen in eine Gesammtstrafe 820. 822.
- Strafunmunbigteit. Fragestellung 612. Ungulässigfeit best Ungehorsamsverfahrens 512. Strafurtheile. Berlesung in ber hauptver-

handlung 534.

Strafverbügung. Rechtshulfe bei Ergreifung behufs St. 130 ff. 133 ff.

Strafverfolgung, Ungulaffigfeit berfelben 549.

Strafverfolgung brecht bes Reichs im Berbaltniß gu bem ber Bunbesftaaten 21. 22; ber einzelnen Bunbesftaaten im Berhaltniß berfelben zu einanber 21 ff.

Bgl. Strafflage. S. auch 678. 691.

Strafverftigung 232, polizeiliche 28. 29. 174. Begrenzung ber Zulässigfigkeit 785. Strafmaß 785. Inhalt 785. Rekurs an die höhere Bolizeitehörde 785. 787. Wirkung in Betress der Unterbrechung der Berjährung 785. Antrag auf gerichtliche Entscheiung: Frist 785. 786. Anderingung 787. Akteneinsendung 788. Wiedereinsehung in den vorigen Stand dei Bersäumung der Antragsfrist 788. Zurüdenahme des Antrags 788. Hauptverhandlung vor dem Schöffengerichte 788. Bersahren 789. Bertretung des Angeklagten 789. Urtheil 789. Berufung 790.

Strafvollstredung. Boraussetzung ber Rechtskraft bes Strasurtheils 809 ff. Anrechtung von Untersuchungshaft 812 ff. Betrieb ber St. burch Staatsanwaltschaft 809. 814, nicht burch bie Amtsanwälte 814. Uebertragung ber St. in Schöffengerichtssachen auf ben Amtsrichter 77. 814. Bescheinigung ber Bolstrechtenteit 814. Bolstredung ber Tobes, urtheile 815 j. Fälle nothwendigen Ausschlichtsber Freiheitsstrafe 816 ff. Ausschlaub auf Anstrag bes Berurtheilten 817. Dauer bes

Strafausschung 818. Sicherheitsleistung und Bebingungen 818. Borsührungs- und Haftsbefehl 818. Steckbrief behus St. 818. Entsicheibung über Einwendungen und Zweisel 818. Unterbrechung der St. 817. 819. Strafsumwandlung 819. Gesammistrase 820. 822. Bedingte Anrechnung der während der Strafsverbühung in einer Arankenanstalt verdrachten Zeit 821. Zuständigkeit für die Entschungen betreffs der St. 822. Berfahren 822. Rechtsmittel 822. Bollftredung einer Bermögensstrase und Buße 823.

Bollftredung von Orbnungsstrafen 146. 238; von Strafen gegen Militärpersonen als Zeuzgen ober Sachverständige 289. 303. Rechtsbülfe 130. 135. 814. Zustellungsnachweis 242. Kosten 827. — Bieberausnahme bes Berfahrens nach St. 728. St. in Positiraf

fachen 851.

Uebergangsbestimmung 178 f.

S. aud 795.

Bgl. Bollstredung. Strafvollzug, Ort berfelben, Einwenbungen 819.

Strafzum effungsgrunbe. 566. 568. 718. Stubium ber Rechtswiffenicaft 19.

Stubirenbe, Bergleichsbehörbe für biefelben in Breugen 751.

Stumm e. Berhandlung mit ihnen 152. Gibesleiftung 280. 281. Bertheibigung 395

Stunde ber Sauptverhandlung, anzugeben in Labung Abwefenber 635.

Submiffione verfahren 29. 791. 849.

Sub fibiare haftbarteit 792. Antlagebefugniß ber Berwaltungsbeborben 795.

Substituirende (ju) Freiheitsstrafe tommt bei Bestimmung ber Buftanbigteit nicht in Betracht 41.

Substitution Brecht ber Rechtsanwälte als Bertheibiger 384; ber staatsanwalischaftlichen höberen Beamten 112 ff. 116. 117.

Subnever uch in Brivatflagefachen wegen Beleibigung 751.

Suggeftive Fragen 288. 377.

Symbolifche Gibesleiftung 282.

a.

Tabatsfteuer. Gefet 177. 839.

Tage. Fristberechnung 245 f.

Eaube. Berhanblung mit ihnen 152. 289. Bortrag 153. Gibesleiftung 281. Bertheibigung 395. Bekanntmachung mit ben Schlugantragen ber Staatsanwaltichaft und bes Bertheibigers 548.

Taubstumme. Fragestellung 612. S. auch 404. 744.

Bgl. Stumme.

Taxatoren 301.

Telegramm. Beschlagnahme 329 ff. Labung mittelst E. 253. Erklärungen mittelst E. 182. 383. 645. 707.

Telegraphenanstalt vgl. Befclagnahme. Telegraphengeheimniß 329 ff. Telegraphenorbnung 330. Tenor vgl. Urtheilsformel.

Termin. Boruntersuchung 461. Sauptversbandlung 492. 495. 513, in Brivattlagesachen 747.

Terminologie ber Strafprozegorbnung 27. 45. 112. 125. 180. 231. 285. 419. 492. 602. 735.

Te ft a mente, bei Gericht niebergelegte. Be ichlagnahme 323.

Ehater. Busammenhang ber Untersuchung gegen Eh. und Sehler zc. 186. 271. 274.

That 274; Angabe ber Mertmale berfelben im Erbifnungsbeichluffe 479, in ber haupt-frage 599.

S. aud 415. 448.

Thatbestand. Feststellung. Begriff 148. Db= jettiver Th. 552.

That frage. Entideibung berfelben 599. 691.

Theilnahme. Qualifizirung 186.

Eh eilnehmer. Buftänbigkeit bei hoch- und Landesverrath 105. Busammenhang ber Unterssuchung gegen Eh., Thäter ec. 186. 271. 274. Gerichtsftand 195. Nichteibliche Bernehmung 271. 274. Beschängnahme 324. Durchsuchung 335. Fragestellung wegen des Th. 598. 605.

Theilzahlungen einer Bermögensstrafe 823. Thierarzte. Ablehnung bes Geschworenensbienstes 86, bes Schöffendienstes 52. Zeugnißspslicht 266.

Tob. Erlöschen ber Strafflage 405. Anzeige eines unnatürlichen E. 424. Berlesung ber Aussagen Berstorbener in ber hauptverhandlung 537. E. bes Privatklägers 765, bes Rebenklägers 772, bes Berurtheilten, Bieber-aufnahme 728. 738; Roften 827.

Tobes ftr afe. Bollftredung 815 ff. Ausfehung bei Geiftestranten und Schwangeren 815.

Bgl. Tobesurtheile. S. auch 688. 728. 855.

To besurt bei le beburfen ber Bestätigung nicht 815 (f. aber auch 855). Berfahren bei ber Bollftredung 815 ff.

Bgl. Tobesftrafe. S. auch 107. 728.

Eransport eines Berurtheilten burch ein Bunbesgebiet 133.

Erennung ber Juftig von ber Bermaltung 7. E. gusammenhangenber Straffacen 186 ff. 189. 202. 411.

Bgl. Berbinbung, Bufammenhan: genbe Straffachen.

11.

Ueberführungsftüde. Befchlagnahme 319 ff. Unguläffigfeit ber Berabfolgung an ben Beratheibiger 393. 394. Berabfolgung in bas Berathungszimmer ber Geschworenen 616.

Aeber sehungen burch ben Dolmetscher 150 ff. 548. 594. Uebers. bes Protofolls 150. 457, ber Rechtsbelehrung 615, bes Bahrspruches 627.

Nebertragung, Gerichtsftanb burch Uebertr. 200. 201. 202. 206. 213. Uebertr. ber Bors

untersuchung ober einzelner Untersuchungshanblungen auf einen Amterichter 454 ff.

S. auch Ueberweisung.
Uebertretungen. Begriff 185. 786. Zustänsbigseit der Schöffengerichte 40, für Beschlagenahmen bei Ue. 332. Besehung der Strafzkammern bei Ue. in der Berufungstinstan 78. Abgekürztes Berfahren 489 ff. Ungehorsamsverschren 512. 633. Umfang der Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz 528. Nichtzaussehung der Hautweisung wegen neu hervortretender Umstände 561. Zulässigkeit eines Berwaltungstrasversahlung wegen neu hervortretender Umstände 561. Zulässigkeit eines Berwaltungstrasversahlung von Ausgeschlage Strassessehung 777 ff. Polizeiliche Strassessehungshaft 349 f. Ue. vor den Konsulargerichten 859.

Ueberweifung an bie Lanbespolizeibehörbe 350; Unzulässigkeit ber Festsenung burch amtherichterlichen Strasbefehl 778, burch polizeiliche Strasberschung 786, bes Ungehorsamsversahrens 512. — Bustänbigkeit ber Schöffengerichte burch Ueberweisung 44. 45 ff., 74 ff. 185. 385. 483. 573. 793. 796.

Umftanbe, erschwerenbe 185. 557. 561 ff. 599 ff. 606. 608; milbernbe vgl. Milbernbe Umftanbe. Reu hervortretenbe U. rechtfertigen Berhaftung trob Sicherheitsleiftung 356; neu hervortretenbe U. in ber hauptverhanblung 561 ff.; neu hervortretenbe U. jur Erhebung ber öffentliche Rlage 443.

Umwanblung vgl. Strafumwandlung. Umzugstoften 18.

Una bhangigteit ber Gerichte 19, ber Staatsanwalticaft von ben Gerichten 120.

Unabjegbarfeit ber Richter 20.

Unbefannter, Bulaffigfeit ber Untersuchungs: haft 347. Unbefannter Leichnam 424.

Unbrauchbarmachung vgl. Einziehung. Unbeutlichteit bes Spruchsber Geschworenen 623.

Unerwachfene Berfonen. Berfagung bes Bustritts ju öffentlichen Berhanblungen 141.
S. auch Rinber.

Unfallverficherungsgefet 170.

Unfahigfeit jum Schöffenamt 47. 62, jum Gefcmorenenamt 86. 584.

Ungebilbr in ber Sigung. Begriff 145. Sigungspolizei 143. 145 ff. 149. 548.

Un gehorfam ber Sachverftanbigen 303 ff., ber Beugen 256 ff. 289 ff.

S. auch 321. 499.

Ungehorsamsversahren. Ausschließung 510 ff. 514. Zulässigteit 512. 633 ff. 784. 807, in ber Berufungsinftanz 682 ff. Koften 636.

Bgl. Abmefenbe, Biebereinfepung in ben vorigen Stanb.

Universitätägerichte 30. Universitätärechtslehrer 19. Universitätäfuhien 19.

Universitätsstudien 19. Unmittelbare Labung 241. 420.

Un mittelbarteit ber Beweisführung in ber Sauptverhandlung 536.

Unmunbigfeit ber Beugen, Belehrung berfelben ohne Bugiehung bes gefenlichen Ber-Befugniß jur Ginlegung von treters 263. Rechtsmitteln 646.

Unregelmäßigfeiten im Gefcaftsverfehr bes Gerichts, Biebereinfegungsgrund 247.

Unterbrechung ber hauptverhandlung zur Borbereitung ber Vertheibigung 391, auf In-orbnung bes Borfigenben 508. Fortfetung ber unterbrochenen Berhanblung 509. Brototoll bei Unterbrechung ber Sauptverhandlung 574. U. ber hauptverhandlung vor bem Schwurgerichte behufs Brufung ber Fragefiellung 594. — U. ber Bollftredung 727. 816. 817, 819; ber Berjährung 752. **785.** 792.

Bgl. Musfegung.

Unterbringung bes Angeflagten in eine Er giebungs. ober Befferungsanftalt. Buftellung bes Urtheils an ben gefeslichen Bertreter 571. S auch 613.

Unteroffiziere. Buftellungen an fie 240. Unterrebungen bes Berhafteten mit bem Ber-

theibiger 495 f.

Unterfolagung. Buffanbigfeit 40. 43. 75. Unterforift ber Fragen an bie Befomores nen 615; ber Prototolle über Ausloofung ber Schöffen 57, Gefdmorenen 89, fiber Beeibis gung ber Schöffen 62, im Borbereitungsver= fahren 423. 435, in ber Boruntersuchung 457, über bie hauptverhandlung 574 f.; bes Rechts= anwaltes auf Antragen auf gerichtliche Entscheibung über Rlageerhebung 438, auf RevifionBautragen 707. 762, auf Bleberauf= nahmegefuchen 731, 762. U. ber Urtheile 580, die Urtheile bes Kriegsgerichts 855, bes Bahr= fpruches 621. 622. 627; ber handzeichnung 313; ber Erflarungen ber Brogegbetheiligten 181 f., ber Gibesformel burch Stumme 280, burch Lanbesherrn u. f. w. 296.

Unterftügungsmobnfig, Befet über ben 196. Untersuchung. Begriff 415. 418. Aussehung 553. Eröffnung 200. 411. Uebe 200. 202. 212. 213. Umfang 415. Uebertragung

Unterfuchungsgefangene. Behandlung351ff. Untersuchungshaft. Begriff 347. Boraus-fetungen 347 ff. Befchrantung ber II. bei Uebertretungen 349 f.; Unzuläsfigfeit im Brivat-Mageverfahren 756. Inhalt u. Befanntmachung bes haftbefehls 350 ff. Bernehmung bes Berhafteten 357 ff.; Berkehr besselben mit bem-Bertheibiger 395 f. Beschaffenheit ber U. 352 ff. Abwendung ber U. burch Sicherheitsleiftung 353 ff., burch Ertheitung bes ficheren Ge-leits 643. Aufhebung ber U. 361 ff. Ent-icheibungen über U. 363. 364, über Fortbauer berfelben bei Eröffnung bes hauptverfahrens 479. Broviforifche U. vor Erhebung ber öffentlichen Rlage 364 ff.; Dauer berschen 349. 366 ff. Stedbriefe 371 ff. An= rechnung ber U. bei ber Strafpollftredung 179. 557. 668. 670. 685. 691. 709. 811. 812 ff. Roften 828.

Bgl. Baftbefehl, Berhaftung, Bor= läufige Fefinahme.

Untersuchungshandlungen. Begriff 215, richterliche: im Borbereitungsverfahren auf Antrag ber Staatsanwaltichaft 428 ff., auf Angeigen ber Polizeibehörben 432, von Amtsmegen bei Befahr im Berguge 434, in ber Boruntersuchung burch ben Amisrichter auf Erfuchen bes Unterfuchungerichters 454, 455. U. eines unjuftanbigen Gerichts 215. 216; eines abgelehnten Richters 228, eines ausgefchloffenen Richters 218.

Beftellung 68 ff., Untersuchungerichter. beim Reichsgericht 104. 69. 455. Ablehnung 224. 227. Musichließung von ber Mitwirfung in ber Straffammer 221. 222. 446. Ber= bangung von Orbnungsftrafen wegen Un= gebuhr bei Amtshandlungen 146, ungehorfame Beugen 256. 290, Sachver= ftanbige 297. Unmittelbare Buftellungen unb Sachver: Bollftredungen von Beidluffen 238. bangung und Aufhebung ber Unterfuchungs= baft 363. Enticheibung über porläufige Feft: nahme 370. Ermittelungen im Borbereitungs-Berfahren 422. 442. Eröffnung und Sührung ber Boruntersuchung 453 ff. 460.

Befcmerbe über ben U. 39. 72. 110. 653. 657.

S. auch 504, 808,

Unvereinbarteit gewisser richterlicher Funttionen innerhalb berfelben Strafface 221, bes Schöffens und Gefcworenenbienftes fur baffelbe Geschäftsjahr 56. 93.

Unverlegbarteit ber Beifon ber Lanbes.

berren 7.

Unvollstänbigfeit bes Spruchs ber Gefcmorenen 623. 624.

Unmiberruflichteit bes Bergichts und ber Burudnahme ber Rechtsmittel 651.

Durchsuchungen Unaucht. Buftanbigfeit 73. in Schlupfwinteln gewerbsmäßiger U 327.341.

Unzurechnungsfähigteit 731.

Unjuffanbigfeit. Ginmand ber örtlichen U. 213, wann geltenb zu machen 208 ff.; ber U. bei Eröffnung ber Boruntersuchung 449 ff. 452 ff., bes hauptverfahrens 471. Unters fucungshanblungen eines unzustanbigen Se richts 215, bei Gefahr im Berzuge 215. 216. Ablehnung ber Boruntersuchung wegen U. Berfahren bei U. jur Gröffnung bes hauptverfahrens 482 ff. U. als Revifionsgrund 696.

Bgl. UnjuftanbigfeitBerflarung, Bustanbigfeit.

S. auch 561.

UnguftanbigfeitBerflarung bes Schöffens gerichts 43. 75. ff. 572. 573, bes Gerichts nach Eröffnung bes hauptverfahrens 213. Ents scheibung burch bas obere Gericht bei U. mehrerer Berichte 214. U. in ber hauptverhand= lung 523. 571 ff., in ber Berufungeinftang 679 ff. U. bes Revisionsgerichts 710.

Sol. Unguftanbigfeit, Buftanbigteit.

Urheberrecht an Schriftmerten zc. 4. 197. 399. 772. 805. 841, an Werten ber bilbenben Runfte 197. 299. 399. 773. 805. 843, an Muftern und Mobellen 197 ff. 299. 399. 773. 805. 843.

Urfunben. Berlesung in ber hauptverhanb= lung 534. Fälichung von U. als Bieber-

aufnahmegrund 723. 724. 728.

Urkundenfälschung, Ort ber That 195. Urtundsperfonen. Bugiebung jum Mugenfcein unftatthaft 312.

Urlaub, verfagter, fein Grund jur Enticul-

bigung von Schöffen 65.

Urlifte für bie Auswahl ber Schöffen unb Gecomorenen 52. 66. 86. Auslegung 52. Ginsprachen 52. Einsenbung 53. Berichtigung 53. Bufammenftellung 53. Entideibung über bie Ginfprachen 54.

Urichrift bes Wahrspruchs 628.

Urtheil 549 ff. Begriff 231. Wie es zu lauten bat 549 ff. Freie Beweismurbigung 552. Burbigung eines burgerlichen Rechtsverhalt= niffes 554. Soulbfrage 556 ff. Berhaltniß bes U. jur Anflage 557. Bulaffigfeit einer Rlageanberung 558 ff. Berudfichtigung einer in ber hauptverhandlung neu hervortretenden Beschuldigung 564, Urtheilsgrunde 565 ff. 569. 628. 697. 698. Berfundung bes U. 139. 140. 236. 569, in Schwurgerichtsfachen 628, in ber Berufungsinftang 687, in ber Revifionsinftang 720; Ausjepung berfelben 569, in Schmurgerichtsjachen unjulaffig 628. Buftellung 236. 571. 663 ff. 704, burch Aushang 242. 665. 803, an Abmefenbe 636, an Rebentläger 771, an Bermaltungsbehörben 798, an ben gefets lichen Bertreter bei Unterbringung bes Angeflagten in eine Erziehungs= u. f. w. Unftalt 571, nicht an ben Bertheibiger 380. Nieber= schrift 580. Fassung 232 ff. 580. Unterschrift 580. Beifügung bes Bahrfpruchs 628. Ausfertigungen und Auszüge 580. Aufhebung von 11. in ber Berufungsinftang 679, in boberer Inftang (Uebergangsbestimmung) 177, in ber Revifionsinftang 713 ff. Anfechtung 689; Aufhebung bei Bieberaufnahme bes Berfahrens 738 ff. Reformatio in pejus 678. 684. 715. 722. 740 784.

U. bes Schöffengerichts nach amterichter= lichen Strafbefehlen 782, nach polizeilicher Strafverfügung 789. U. bes Amterichters 489, bes Kriegsgerichts 855.

Berlesung bes U. erster Instanz in ber Berufungsinftang 674. Beftimmung bes Roften-

punttes im Urtheil 826 ff.

Urtheilsfaffer in erfter Instang 581. Urtheilsformel 566. Berlefung 569.

glaubigte Abichrift behufs Strafvollftredung Ĭ34. 814.

Urtheilsgrunbe 566 f. Deffentlich ju ver: Inhalt 566. tunben 141. Eröffnung 569. Unverftanblichteit 699. Mangel als Revifionsgrund 697.

6. auch 243. 536. Urtheilstammer 68.

Urtheilsverfündung. Deffentlichfeit 139. 140. Beurfunbung jum Brotofoll 570. Musfehung 569, in Schwurgerichtsfachen unzulässig 569. 628.

Baterliche Gewalt, kein Hinderniß ber Pris vattlage 744.

Bater als Beiftanb 396.

Bgl. Angehörige, Eltern.

Berbindung jufammenhangenber Straffachen 186 ff. 410. Rachtragliche B. 189 ff. Gleich. mäßigfeit bes Berfahrens bei B. 191. Ginfluß auf bie örtliche Buftanbigteit 202, auf bie Rothwenbigteit ber Bertheibigung 386. B. in ber Borunterfuchung 447. 448, in ber Sauptverhandlung 517. 564. Ungulaffigfeit ber B. ber Brivatflage mit ber öffentl. Rlage vor bem Schwurgericht 755. B. einer militars gerichtlichen mit einer orbentl. Strafface 9.

B. ohne Zusammenhang im Berfahren gegen

abwesenbe Behrpflichtige 800.

B. bes Biebereinfegungegefuchs mit ber Berufung 664, mit ber Revifion 704, ber Gingiebung mit ber Sauptfache 805. S. auch 274. 484. 511.

Bgl. Trennung, Busammen = hangenbe Straffacen.

Berbotene handlung. Begriff 127. Abs lehnung ber Rechtshülfe 126.

Berbrauch ber Strafflage 405 ff. 437. 443. 761. 787. 788. 803.

Berbrechen. Begriff 185. Buftanbigfeit 73 ff. 105. 185. Untersuchungshaft 347. Rothmenbige Bertheibigung 385 f. Friftverlangerung für Erhebung ber Rlage 366. Befculbigung mit einem B. im Laufe ber hauptverhands lung 564.

Berbachtsgrunde find im Haftbefehl nicht anzuführen 351; bringenbe B. rechtfertigen neben Fluchtverbacht bie Untersuchungshaft 347, hinreichenbe find Bebingung ber Eröffnung bes Sauptverfahrens 475.

Berbächtige Zeugen 252.

Bereinbarung über Berbindung zusammenhängenber Straffacen 202 ff.

Bereine vgl. Personenvereine.

Bereins= unb Bersammlungsrecht 174. 176. 399.

Bereinszollgeset 177. 399. 553. 791. 804.

Berfassungsverlegung 30.

Berfolgung vgl. Flüchtiger, Nacheile, Strafgerichtliche Berfolgung.

Berfolgung auf frifcher That 137. Durchjuchung bei Rachtzeit 337. Borlaufige Kestnahme 367.

Berfügung. Begriff 231. 243. Befchmerbe 653.

Berfügung unter Lebenben Seitens Abwejenber nach ber Beichlagnahme bes Bers mogens 642. S. auch 637.

Bergeben. Begriff 185. Zustanbigfeit 40 ff. 73 ff. 185 ff. Frift für Erhebung ber Rlage

Digitized by GOOSIG

366. Berfuch 42. Ungehorfamsverfahren 512. 633. Amterichterliche Strafbefehle 777 ff.

Bergiftung, Berbacht ber. Berfahren 317. Bergleichsbehörbe für ben Sühneverfuch bei Beleibigungen 751.

Bergutung von Reifetoften an Schöffen und Bertrauensmanner 64, an Gefcomorene 92.

S. auch Reisekosten. Berhaftung. Begriff 346. Borausfegungen ber Untersuchungshaft 347 ff. Saftbefehl 350; Buftellung beffelben an Berhafteten 351. Bedwerbe bes Berhafteten 350. 656. 660. Berbor 351. Behandlung bes Berhafteten 352 ff. Sicherheitsleiftung 353 ff. Buftellungs: bevollmächtigter 355. Wieberverhaftung 356. Aufhebung bes haftbefehls 361. Buftanbigfeit für Enticheibungen betreffs ber Berhaftung **363.** 364. Berhaftung por Erhebung ber öffentlichen Rlage 364. Dauer berfelben 366 ff. B. bei Eröffnung bes Sauptverfahrens 479, in ber Berufungeinftang 682. Borläufige Reft= nahme 367 ff. Stedbriefe 371. 372. Bors führung und Bernehmung bes Ergriffenen 372. — Berhaftung jur Rachtzeit 351, behufs Strafvollftredung 818.

B. bes Angeflagten megen Ausbleibens in

ber hauptverhandlung 510. 517.

Berkehr bes Berhafteten mit anberen Bers sonen 353, mit bem Bertheibiger 395 f. Ers Marung von Rechtsmitteln zu Protofoll am Saftorte 649.

Bgl. Saft, Festhalten, Unter= fuchungshaft, Borlaufige Fest= nahme.

S. auch 517.

Berhaftungsgrunbe 347. 348. Angabe

im Saftbefehl 350.

Berhandlung in frember Sprace 150 f. 153. 375. 457, mit Stummen 152. 375, Tauben 152. 153. 375. Deffentliche B. vor bem er-

tennenben Gerichte 139 ff.

Berhinberung bes Gerichts an Ausübung bes Richteramts, Bestimmung bes Gerichtsstandes 207. B. ber Richter an Unterschrift ber Urtheile 580, bes Borsigenden an Unterschrift bes Brotofoles 575. B. eines Mitgliedes ber Straffammer 69. 70. B. bes Bertheibigers in der hauptverhandlung 508.
B. eines Schöffen 64, eines Geschworenen 90.

Bgl. Bertretung.
Berjährung. Erlöschen ber Straftlage burch
B. 405. 484. 492. 557. Entscheidung ber Frage ber B. 551. 556. 557. 599. 692. 693. 714. Ausschluß bes Wieberausnahmeversahrens 728. Unterbrechung ber B. 752, 785. 792,

S. auch 191. 549. 746. Bertehr bes Berhafteten mit anberen Berfonen 352. 353, mit bem Bertheibiger 395 ff., ber Gefcmorenen im Berathungszimmer mit

Dritten 617.

Berfinbung ber Beichluffe: Deffentlichkeit 139. 141. Enticheibungen 236, bes Grunbes ber Berlefung in ber hauptverhanblung 537, bes haftbefehls 351, ber Urtheile 139. 140. 511. 569. 720, bes Bahripruchs 622. 627.

Berlefung in ber hauptverhandlung: Eröffs nungsbefcluß 495. 522. Beweisftude 534. Prototolle über tommiffarische Bernehmungen 501 ff. 534 ff., über Einnahme bes Augenfceins 534 ff., über frubere Bernehmungen geiftestranter ober verftorbener Beugen, Sach= verftanbiger, Ditichulbiger 537, über Bernehmung ber Lanbesherren u. f. m. 296, jur Unterftugung bes Gebachtniffes 542. Bebung pon Biberfpruchen 542. 543, über Geftanb. niffe 543. Anordnung ber Berlefung burch Gerichtsbefdlug 537. Berfunbung bes Grunbes 537. Beurfundung ber B. und ihres Grunbes 544. B. von Erflärungen öffent: lider Beborben 544, aratlichen Atteften 544 f. B. ber Urtheilsformel 569. B. von Theilen bes Prototolls ber hauptverhandlung 577. B. bes Urtheils erfter Inftang in ber haupt: verhandlung auf Berufung 674, von Schriftftuden in ber Berufungsinftang 675.

B. ber Fragen an Die Gefcoworenen 594. 595. 622, bes Bafripruchs 622. 627. Falle ber Ungulaffigfeit ber B. 544. 545.

Bal. Borlejung.

Berletter. Begriff 219. 401. 440. Zurudgabe entzogener Gegenstände an B. 345.
Beschwerbe über Einstellung des Berjahrens
438 ff. B. hat keinen Anspruch an die bestellte Sicherheit 354. Antrag auf gerichtliche Entscheidung 438. Privatklagerecht 741 ff. Ansschließ als Rebenkläger 401, 766 ff. Ausschließung der Gerichtspersonen wegen Berwandtschaft mit B. 218.

Berleumbung. Fortfetung ber Privattlage burd Eltern ac. 765.

Berlobte. Beugnifpermeigerungsrecht 259. 262. Richteibliche Bernehmung 275 f.

Berlobnig begründet Ablehnung 219.

Berluft bes Amtes als Mitglieb bes Reichsgerichts 103.

Bermiether. Buftellungen an ihn 239 ff. Bermögensbeschlagnahme vgl. Beschlags nahme.

Bermögensnachtheil berechtigt nicht jur Austunftverweigerung Seitens bes Zeugen 268.

Bermögen Brechte. Strafbare Sanblungen gegen biefelben. Rebenflage 767.

Bermögens firafe. Begriff 823. Bollftredung 823. S. auch 817.

Bernehmung, richterliche, bes Beschulbigten im Borversahren 351. 365. 369. 370 f. 373 ff. 428 f., in ber Boruntersuchung 460; bes Angestagten in ber hauptverhandlung 495. 511. 522. 674; eines ber Gerichtsprache nicht mächtigen Beschulbigten 150 ff. 375; eines Tauben ober Stummen 152. 153. 375; Beurkundung ber Bernehmung 376. 435. 456. 457; Buziehung bes Gerichtsschreibers 375. 435. 456; Abwesenheit ber Staatsanwaltschaft und bes Bertheidigers 376. 435. 460. Richtrichter B. 428. 429. 432; nochmalige B.

Digitized by GOOGLO

eines Zeugen 284 ff. Anwesenheit ber Sache verftanbigen bei B. 306.

Bgl. Rommiffarifche Bernehmung, Beugenvernehmung.

Bernichtung ber Spuren ber Strafthat. Unterfuchungshaft 347 f.

Bgl. Gingiehung. Berordnung als Gefet im Sinne ber Revision 692.

Berfäumnißkoften für unmittelbar gelabene Personen. hinterlegung 497.

Bgl. Berfaumung.

Berfaumung. Begriff 210. B. bes Ginmanbes ber Unguständigkeit 210, ber Friften 246 ff., ber Sauptverhandlung 516. 763. 784. Roften foulbbarer B. 829.

Bgl. Ausbleiben. Ungehorfams: verfahren, Biebereinsepung in ben vorigen Stanb.

Berfammlung, gesetzebenbe, vgl. Gesets= gebenbe Berfammlung.

Bersammlungsorte bestrafter Berfonen. Durchsuchung 337.

Bertheibigers Bericulben bes Biebereinsegungsgrund 248, besgl. amtliches **23**. 247.

Berschwägerung vgl. Schwägerschaft. Berichmenber. Unfahigfeit zum Schöffenund Gefdmorenenamt 48. 86.

Berfcmiegenheit vgl.Amtsverfcwiegen= beit, Geschworene, Stillschweigen, Ábstimmung.

Berfetung eines Richters 20. 16.

Bgl. Rubeftanb.

Berficherung an Gibesftatt 153 f. 281. 290. 308; auf einen geleisteten Eib 284 f. 304. 305; eibliche B. bes Zeugnigverweigerungsgrundes 269.

Berfpätung von Beweisantragen 531 f. Berftanbigung, fchriftliche, mit Stummen und Tauben. 152. 153.

S. auch 280 f. 289. 375.

Berftanbesicomache. Richtbeeibigung 273. Berfuch. Buftanbigfeit 43. 105. 186.

Bertagung vgl. Aussehung, Unters

brechung.

Bertheibiger. Musichliegung vom Richter= amte 218. Funktion und rechtliche Stellung im Augemeinen 378 ff. Zulassung 381. Bahl burch gesetlichen Bertreter 381. Fabig**ke**it al**s Wahlvertheidiger 381 ff. Substitutions=** recht eines Rechtsanwalts als Wahlvertheibi= gers 384 ff. Beftellung eines B. bei nothwendiger Bertheibigung 385 ff., in anderen Fällen auf Antrag ober von Amtswegen 387, im Borverfahren 388. Burudnahme ber Beftellung 388. Auswahl bes bestellten 2. burch Borfipenben 389, im Borbereitungsverfahren burch Amtsrichter 389. Fähigkeit als bestellter B. 389. Folgen bes Musbleibens ac. bes B. in ber Hauptverhandlung 391 ff. Bulassung eines B. für mehrere Beidulbigte 392. Afteneinficht 393. 736. Berabfolgung ber Aften an B. 393, nicht ber Ueberführungsftude 393. Berfehr mit bem Berhafteten 325. 332. 353. 395 ff. Gebühren 397.

Richtberechtigung auf Bugiehung bei Durch=

fuchungen 341.

Orbnungsftrafen gegen B. wegen Ungebuhr in ber Sigung 146. Anhörung refp. Beftellung eines B. bei Beobachtung bes Geifteszustanbes bes Angeflagten in einer Brrenanftalt 306. Beugnifvermeigerungorecht 264. - Stellung im Borbereitungsverfahren 435, in ber Bor

unterfuchung 461. 463. 464.

Hauptverhandlung: Labung 495. 673. Zu= laffung mehrerer B. 507. Berhinderung 508. Benachrichtigung von Terminen zu kommiffarifcher Bernehmung bes Angeflagten 513, von Beugen und Sachverftanbigen 504 f. Bollmacht behnfs Bertretung in ber hauptverhanblung ohne Anwesenheit bes Angeflagten Fragerecht 520. Rreugverbor 519 ff. Schlugvorträge 546. 628. 677. 712. lehnung u. f. w. ber Beichworenen 588. 591. Mittheilung ber Spruchlifte 583. Bertretung im Berfahren gegen Abmefenbe 635. 636. 639. 640. - Rechtsmittel bes B. 636. 648; Burud's nahme berfelben 651. Schlufvortrag in ber Berufungsinftang 677. Revifionsinftang: Unter= zeichnung ber Revifionsantrage 707; Benach= richtigung von ber Hauptverhandlung 711; Bertretung bes Angeflagten auf Grund ichrifts licher Bollmacht 711; Schlußvortrag 712. -Unterzeichnung bes Bieberaufnahmegefuchs731. Bertretung im Berfahren bei amterichterlichen Strafbefehlen 782, nach polizeilichen Straf-verfügungen 789, bei Ginziehungen 807. — Buziehung bei Sinrichtungen 816. Berichulben bes B. als Wiebereinfegungsgrund 248. B. vor dem Kriegsgericht 854.

Bertheibigung 378 ff.; nothwendige 385 ff.; ngl. 677; gemeinschaftliche mehrerer Be-ichulbigter 392. Aussehung ber Berhanblung jur Borbereitung ber B. 561. Befdrantung

ber B. als Revisionsgrund 697.

Bertheilung ber Roften 833. 835. Bertrauensmänner, Ausschuß für Schöffen-

mahl 54. 64. Bertranen sperfonen, Beugnifmeigerung 264.

Bertreter. Angehörige als B. ohne Bollmacht im Berfahren gegen Abmefenbe 635. - B. mit Bollmacht in ber Hauptverhandlung 515 f. 636, im Berfahren bei amterichterlichen Strafbefehlen 782, nach polizeilicher Strafverfügung 789, im Brivattlageverfahren 749. 757, im Berfahren bei Gingiehungen 807, bei ber Rebenflage 767, in ber Berufungsinftang 682. 683 f., in ber Revisionsinstang 689. - B. ber Berwaltungsbehorbe im Berfahren bei Bumiberbandlungen gegen bie Borfdriften bei Erhebung öffentlicher Abgaben 795. — Buziehung eines B. bei Durchfuchungen 341. — B. bes Untersuchungsrichters beim Reichsgericht 455.

Gefesliche Bertreter. Begriff 378. Bus ftellungen an biefelben 239. 380. 571. 636. Selbstftanbige Wahl eines Bertheibigers 381. Antrag auf Bestellung eines Bertheibigers 381.

Digitized by GOOGIC

Bulaffung unb Anhörung in ber Hauptverbanblung 396. Ginlegung von Rechtsmitteln 636. 648, Burudnahme 652, ber Berufung 682. 683 f. Antrag auf Bieberaufnahme bes Berfahrens 731. Erhebung ber Privatflage 742, Anfclug als Rebentlager 766. 767. Ginfpruch gegen amterichterliche Strafbefehle 782. Un: trag auf gerichtliche Entscheidung gegen polizeis liche Strafverfügungen 788. Beichwerberecht bes g. B. bes Berletten gegen Ginftellung bes Berfahrens burch bie Staatsanwaltichaft441.

Bertretung ber Mitglieber zc. ber Landgerichte 70. 71. 155, ber Oberlandesgerichte 99. 70 ff., bes Reichsgerichts 104. B. bes Untersuchungsrichters beim Reichsgericht 69. 455, bes Bor= figenben bes Schwurgerichts 84. 85. 156, ber Staatsanwaltichaft 116, bes gewählten Ber-

theibigers 374, ber Amtsrichter 38.

Berurtheilung, ftrafrectliche. Unfähige feit jum Schöffens und Geschworenenamt 47. 86, als Beuge eiblich vernommen ju werben 270. 273, als Sachverftanbiger vernommen zu werben 304.

Bermahrung bes Angeschulbigten in einer Irrenanstalt 306. S. auch 346. 403.

Berwaltungsbeamte, höhere. Richtberus fung jum Schöffen= und Gefdmorenenamt 49.86.

Bermaltungsbehörben. Borbereitungsbienft behufs Erlangung bes Richteramts bei B. 19. Buftanbigfeit ber B. in Straffachen 28 ff. Streit amifchen B. und Gerichten über Bulaffigfeit bes Rechtsmeges 35. 17. ber B. auf Ueberweisung an bas Schöffengericht bei Buwiberhandlungen gegen bie Borfchriften über Erhebung öffentlicher Abgaben 2c. 75 ff. Ablehnungerecht 224.

Bgl. Strafbescheibe.

Bermaltungsberichte 16. 28. - Bgl. Ber= waltungsbehörben.

Bermaltungsgerichtshof, oberster, eines Bunbesftaates. Borentscheibung bei Amtsver-

gehen 14. 16.

Bermaltungsftrafverfahren 174. 176 f. Gerichtsbarteit 28 ff. Zeugnifpflicht im B. 260. 289. B. fein Sinberniß ber Strafflage 403. Enticheibungen im B. find ben ftrafgerichtlichen Entscheidungen gleichzuftellen 406. Antrag auf gerichtliche Untersuchung und Ents

Sgl. Bermaltung behörben. **S. auc** 561.

Bermaltungszweig Beamter bes betr. B. als Bertreter ber Beborbe im gerichtlichen Berfahren nach Strafbescheiben 795.

Bermanbtichaft. Ausschließung ber Gerichts= personen und Geschworenen 218. 229. 230, Bermeigerung bes Gerichtsvollziehers 123. bes Gibes 275 f. 297, bes Gutachtens 302, ber Herausgabe von Beweismitteln 321, bes Zeug= niffes 259. 263. Nichtberechtigung gur Berweigerung bes Beugniffes wegen Bermanbt-icaft mit bem Brivatflager und Rebenflager 262. Nichtbeeibigung 275 f. Bieberaufnahmegesuch ber Bermanbten 728. 731.

Bermeigerung ber Abstimmung 162, ber Berausgabe von Beweisftuden 289. 320. 321. Bermeis 143. 809.

Berweisung an das zuständige Gericht in der hauptverhandlung 572, vor bas Plenum bes Reichsgerichts im Falle ber Abweichung von einer früheren Enticheibung über eine Rechtsfrage 109. B. von dem Kriegsgericht an den orbentlichen Richter 855.

Bermeifungebeichlug ogl Eröffnunge.

beschluß.

Bergeichniß ber Ginberufungen von Bulfsfcoffen 60, ber Beweismittel 494.

Bergicht auf ben Biberruf bes Beugnifverweis gerungsrechts 259. 261; auf Ablehnungs grunbe 224 f.; bes Angeschulbigten auf Dittheilung ber Antlagefdrift 472; auf Aus-fegung ber hauptverhandlung wegen verfpateter Labung 495. 508, auf Beeibigung ber Zeugen unzuläffig 272; auf Beweismittel in ber hauptverhandlung 528, auf Rechtsmittel 651, theilweise B. auf Rechtsmittel 651, auf Biebereinsetzung in ben vorigen Stanb 664. 704, auf ben Ginfpruch gegen amtsrichterliche Strafbefehle 782; auf rechtsformliche Befanntmachung bes Urtheils 663; auf Buftellung bes Urtheils 663 f. 704; Ungulaffigfeit bes B. auf eibliche Bestärtung feitens bes Dolmetichers 153, bes B. auf nothwendige Bertheibigung 385. 392, auf Buftellung bes Eroffnungs: beichluffes 472. 494.

Berzug vgl. Gefahr im Berzuge.

Boltsichullehrer. Ausschließung vom Schoffen: und Gefdworenenamt 49. 86.

Bollgultige Beugen 252. Bollmacht 379, 383. Rechtsanwalt 707. 749. 757. Bertheibiger 515. 711. 757. 782. 807; vermuthete B. 636.

Bgl. Bertreter.

Bollftredbarteit ber Strafurtheile 809 ff. Befdeinigung ber B. 814. B. ber Beidluffe und Berfügungen 145. 812, ber Strafbefeble 812, ber Tobesurtheile 815. 855.

Siehe auch 134. 668. 727. 855.

Bollftredunggerichtlicher Enticheibungen 238ff., burd Rechtshulfe 129 ff., von Freiheitsftrafen 130. 133. 795. 812. 816. 817. 818, Saftbefehlen 129. 351, Orbnungsftrafen 145. 146. 238, Strafen gegen Zeugen ober Sachver= ftanbige bes Militarftanbes 144. 289. 296. 303; ber richterlichen Anordnung von Durchsuchungen 339; LobeBurtheilen 815 ff. 855, Borführungebefehlen 375. Ginfluß bes Ge-fuche um Biebereinfepung 251. 788, ber Beschwerbe 658. 667, ber Berufung 665, ber Revision 704. 709 f., bes Bieberaufnahme= gefuche 727. Aufschub ber B. 251. 659. 727. 788. B. militärgerichtlicher Urtheile burch bie Civilgerichte 10.

Bgl. Strafvollstredung. Bollftredungsbeamte. Ausschließung vom Schöffen= und Befdmorenenamt 49. 86. Bgl. Gerichtsvollzieher.

Digitized by GOOGIC

Bollft redungs beborbe im Strafverfahren ift Staatsanwalticaft 238. 814.

S. auch 493.

Borbehalt anderweiter Berfolgung 406. 560. Borbereitung ber Sauptverhanblung vgl. Sauptverhanblung.

Borbereitungsbienst für bas Richteramt 18. 19. Siehe auch 157.

Borbereitungsverfahren. Begriff 419 ff. 421. Unzeigen und Strafantrage 422. Anzeige pflicht ber Bolizeis und Gemeindebehörben beim Berbacht nicht natürlichen Tobes 2c. 424 ff.; Genehmigung ber Beerbigung 424. Pflicht ber Staatsanwaltichaft jur Erforichung bes Sachverhalis 426 ff., ber Beborben gur Aus. funftsertheilung 428. Ermittelungen burch Staatsanwalt 428; burch bie Polizei auf Antrag 428, aus eigener Entichließung 432; bes Amterichters auf Ersuchen 420, von Antes wegen 434, auf Antrag bes Beschulbigten 434. Amtshanblungen an Ort und Stelle 433. Enticliegungerecht ber Staatsanwalticaft 435. Beurtundung bei Untersuchungsbandlungen bes Amtsrichters 435. Theilnahme an ben richterlicen Berhandlungen 435. Erhebung ber öffentlichen Klage 436. Ginftellung bes Berfahrens 436. Bescheibung bes Antragftellers bei Richt= erhebung ber Rlage 438. Befchmerbe bes Berlebten 438. Antrag auf gerichtliche Entfceibung 438, Buftanbigfeit 438, Berfahren 442, Berhaftung 364. Bermerfung bes Un= trags 443, Beichluß auf Erhebung ber Rlage 443. Sicherheitsleiftung Seitens bes Antrag-ftellers 444; Roften 435. 827.

Buftellungsnachweis für bas B. 242. Falle ber Zeugenbeeibigung 282. Provisorische Untersuchungshaft 364 sf. 369; Ausbeung berselben 366. Dauer ber Untersuchungshaft 349. 366 sf. Bestellung bes Bertheibigers burch ben Amtsrichter 388 sf. Zuftänbigkeit ber Amtsanwälte 112. Münbliches ober schriftsliches Gutachten ber Sachverstänbigen 307.

S. auch 747. Borbestrafungen 43. 377. 394.

Boreib 278. 304 ff.

Borenticheibung einer Berwaltungsbehörbe über Amisvergeben 15.

Borfragen 163. 524. 550. 593.

Borfilhrung. Zeuge 256. 258. Festgenoms mener 358 f. 370. 489. Ergriffener 372. Befoulbigter 373 ff. Angeflagter 510. 517. 682. 684. 758. 783. Berurtheilter 818. S. auch 660.

Borführungsbefehl. Inhalt 373 j. Abfassung 374. Borzeigung 374. Bollftredung 129. 375. 818. B. ber Staatsanwaltschaft 428. Erlaß eines B. behufs Bernehmung bes

Beschulbigten 373, behufs Erzwingung bes persönlichen Erscheinens bes Angeklagten in ber hauptverhandlung 510. 517. 684, behufs Strafpoliftredung 818.

Borgefester. Befugniß zur Brivatflage 744; Genehmigung bes unmittelbaren'B. jur Bernehmung bestimmter hoher Beamte außerhalb bes Aufenthaltsortes 255.

Borlaufige Ginftellung bes Berfahrens val. Ginftellung.

Borläufige Festnahme 367 ff. Borl. F. burch Jebermann 367, Staatsanwaltschaft 367, Bolizei 2c. 367, bei Antragsbeliften 367. Borsführung und Bernehmung des Festgenommene burch den Amtsrichter 368 f. Freilassung oder haftbeiehl 368. Borsührung vor Gericht oder den Untersuchungsrichter 370. Entscheidung 370.

Borlaufige F. wegen ftrafbarer Sanblungen in ber Sipung 148. 149. Berfahren bei ben

Schöffengerichten 489.

Bgl. Ergreifung, Festhalten, Baft, Berhaftung.

Borlaufige Freifprechung vgl. Freis fprechung.

Borlesung bem Berhafteten zugeftellter Ents fdeibungen 226 f.; bes Protofolls in ber Boruntersuchung an Betheiligte 457.

Bgl. Berlesung. Bormunb. Ausschließung bes B. bes Beichuldigten ober Berletten als Richter 218. B. als Beiftand in ber hauptverhanblung 396. Bormunbicaft über Abwefenbe 642.

Borfchlagslifte 87. Ginfenbung 87. Bahl ber Gefchworenen aus ber B. 88.

Borfduß auf Beugen= und Sachverftanbigen= gebuhren 136.

Borsikender. Begriff 493. Gestattung bes Butritts zu nicht öffentlichen Sitzungen 142. Handhabung ber Sitzungspolizei 142 ff. 146 ff. Zuziehung von Ergänzungsrichtern 155. Leitung der Berathung und Abstimmung 158. Bershängung und Aussehung der Untersuchungsshaft nach Eröffnung des Hauptversahrens in dringenden Fällen 363. Bestellung des Berstheibigers 387, 389. 391. Berahfolgung der Aften an den Bertheibiger 393. Mittheilung der Antlageschrift an den Angeschuldigten 471. Bestimmung des Termins zur Hauptverhandlung 492. Einstweilige Entscheidung über Beweisanträge des Angestagten 496 ff. Labung von Zeugen u. Sachverständigen 20. von Amtswegen 500, im Privatslageversahren 757.

B. in ber Hauptverhandlung: Anordnung von Unterbrechungen 508. Bekanntmachung bes Angeklagten mit dem Recht auf Aussehung wegen Richtinnehaltens der Ladungsfrist 508. Leitung der Berhandlung 518. Bernehmung bes Angeklagten 518. Beweisausnahme 518. Gestattung des Krenzverhörs 519. Fragerecht 519 st. Genehmigung der Entsernung versnommener Zeugen u. s. 533. Entziehung des Wortes 143. 521. 548. Unterschrift des Sipungsprotokolls 575, des Urtheils 580.

B. bes Schwurgerichts 83. 582. Ernennung 84 ff. Stellvertreter 70. 84. 85 ff. Uebers fendung ber Spruchlifte an B. 89. Ladung ber Gefchworenen 90. Entscheing über Abslehungs und hinderungsgründe 90. Aussloosung ber Ersakmanner 90 ff. Aussloosung behufs Bildung ber Geschworenenbant 585.

Digitized by GOOGLE

587. Fragestellung 594 ff. Belehrung ber Geschworenen 614. 620. Unterzeichnung ber Fragen 615. Magnahmen jur Bewachung bes Berathungszimmers 617. Unterzeichnung bes Wahrspruchs 622. Zurudweisung ber Geschworenen in bas Berathungszimmer 623.

B. bes Schöffengerichts 40, bes Ausschuffes für bie Schöffenwahl 53, bes Lanbgerichts 69 ff., ber Straffammer 69. 78, bes Rriegsgerichts 854, bes Ronfulargerichts 856.

Befchwerbe fiber Verfügungen bes B. 653. Borftanbe ber oberften Reichsbehörben unb ber Minifterien, Bernehmung als Zeugen 255. Borftrafen vgl. Borbeftrafungen.

Borunterfudung, gerichtliche 445 ff. Berein- facte Buftellung 242. Rothwendigfeit in Reichsgerichts. und Schwurgerichtsfachen 446; Bulaffigfeit in Lanbgerichtsfachen 446; Ungulaffigfeit in Schöffengerichtsfachen 447 f., in Brivatflagefachen 755. Eröffnungsantrag 448. Ablehnung 449. Ginmanb gegen Gröffnung 208 f. 451. Beichwerbe 452 ff. Führung ber B. burch Untersuchungerichter 453; Uebertragung ber B. ober einzelner Untersuchungs= banblungen auf Amterichter 454 ff. Buziehung bes Gerichtsschreibers 456. Prototou 456 f. Ermittelungen burch bie Polizei 2c. 458. Musbehnung ber B. 458 ff. Baftbefehle 363. Bernehmung bes Angeschulbigten, Abmefenheit ber Staatsanmalticaft unb bes Bertheibigers 460. Beweisaufnahme, Theilnahme ber Brozegbetheiligten 461 ff. Bulaffigteit ber Beugenbeeibigung 282. Renntnignahme ber Staatsanmalischaft vom Stanbe ber B. 453. 464. Erganzung 464. Schluß 464. S. auch 419 ff. 802. 858.

Borverfahren. Begriff 419. Bereinfachte Buftellung 242. Bann Gegenüberstellung 277, und Zeugenbeeibigung zulästig 282 f. Form bes Gutachtens ber Sachverkanbigen 307. Bestellung eines Bertheibigers 388. Zulaffung von Beistänben 396. — R. vor bem Reichsgericht 110.

111

Bahl ber Schöffen 54. 55; ber Gefcmorenen 88. 89.

Bablfonfuln. Gerichtsftanb 199.

Bahlrecht bes Richters in Aufehung ber Sach= perftänbigen 298. 315.

Bahlvertheibiger vgl. Bertheibiger. Bahripruch vgl. Spruch ber Bes

fcmorenen. Bahrung ber Erllärungefriften 245.

Barnung vgl. hinweisung.

Bartegelb eines Richters. Zulässigkeit bes Rechtsweges 20; bes Oberreichsanwalts und ber Reichsanwälte 120.

Bechfelftempelfteuer: Gefet 177. 424.839. Behrpflicht. Berfahren gegen Abwesenbe, welche sich berselben entzogen haben 799 ff. Dertliche Zuftänbigkeit 800. Gleichzeitiges Bergahren gegen mehrere Bersonen 800. Anklage 800 f. Erklärung ber Kontrolbehörbe 801.

Labung 802. Hauptverhanblung 802. Folge einer Beweisaufnahme 802. Urtheilszustellung 803. Bermögensbeichlagnahme 808.

S. auch 407. Beigerung bes bestellten Bertheibigers, bie Bertheibigung ju führen 391.

Beitere Befdwerbe 653. Falle 660. Buftanbigfeit 661.

Berthpapiere, Falfchung 317. Sicherheits: leiftung 254. 444.

Befer Bollgerichte 32.

Bibertlage im Brivattlageverfahren bei wechfelfeitiger Beleibigung u. f. w. 759 ff., unguläfig gegen Rebenflager 769. Koften ber 28. 834.

Biberruf ber Anschlußerklärung 772, bes Geftanbnisses 491. 552. 730, bes Berzichts auf Aussehung ber Hauptverhanblung wegen verspäteter Labung 495, auf bas Zeugnisverweigerungsrecht 259; bes Berzichtes und ber Zuruchauhme ber Rechtsmittel 651. 652.

Biberipruch mit ber früheren Auslage, Berlejung bes Protofolls 542. 543. B. bei Beschlagnahmen 325. B. im Bahrspruche ber Gelchworenen 623. 624.

Biberftanb gegen bie Staatsgewalt. Buftanbigfeit 74.

Bieberaufhebung, nachträgliche, bereits eins getretener Rechtstraft 645.721, die Verbindung von Straffachen 202.

Bieberaufnahmeber öffentlichen Rlage 443. 488.

Bieberaufnahme bes Verfahrens nach rechtsfraftigem Urtheile. Grunbe ber 28. ju Gunften bes Berurtheilten 723 ff., ju Uns gunften bes Angeflagten 728 ff. 28. gegen ein por bem Infrafitreten ber Strafprojes ordnung ergangenes Urtheil 177. 723. Un: julaffigleit ber 28. jum 3mede ber Straf: anberung innerhalb bes gefetlichen Strafe maßes 730. Antrag nach bem Tobe bes Ber: urtheilten burch Chegatten und Bermanbte Befdrantung bes Antrages bei Be: hauptung einer ftrafbaren Sandlung 730. Antrag bemmt bie Bollftredung nicht 727; Bulaifigfeit bes Auffcubes und ber Unterbrechung ber Bollftredung 727. Analoge Ans menbungen ber Bestimmungen über Rechtsmittel auf ben Antrag 731. Inhalt und Form bes Untrages 731. Buftanbigfeit 731 f. Burudweifung wegen Ungulaffigfeit 734. fahren bei Bulaffigfeit 735. Bermerfung wegen Unbegründetheit 736 ff. Anordnung ber 28. 796. Ablehnung ober Freifprechung und Aufhebung bes früheren Urtheils ohne Erneuerung ber hauptverbandlung 733. Betanntmachung ber Aufhebung 738. Anfech: tung ber Beidluffe betreffs bes Antrages 739. Erncuerte Sauptverhandlung, Aufrechterhal: tung bes früheren Urtheils ober Aufhebung und Enticheibung in ber Sache felbft 739. 28. gegen ein Reformatio in pejus 740. Urtheil ber Berufungeinftang 733, ber Revisionsinstanz 732 f., in Privatklagesachen 762. Roften 836.

Biebereinse pung in ben vorigen Stand gegen Friftverfaumung: Falle 246 ff.; Gefuch 249; Form 250; Frift 249 f. Burudnahme bes Gefuches 247. Glaubhaftmachung ber Berfaumungsgrunbe 219. Rachholung ber verfaumten Sandlung 249. Enticheibung über bas Gefuch 250. Unfectbarteit berfelben 250. Birtung bes Antrages auf bie Bollftredbar= feit 251. - 28. bei Berfaumung ber Gin= fpruchsfrift bei amtsrichterlichen Strafbefehlen 784, ber Antragsfrift nach polizeilichen Strafverfügungen 788, ber Frift für ben Antrag auf gerichtliche Entideibung nach Strafbeicheis ben ber Bermaltungsbehörben 793.

28. gegen Berfaumung ber Bauptverhands lung ober eines anberen Termins 245. 516. im Berfahren gegen Abmefenbe 636, in ber Berufungsinftang 664. 682, in ber Revifions= inftang 703, im Privatflageverfahren 763. 766, im Berfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen 784, im Berfahren gegen Wehrpflichtige 803.

-- Rosten 836. S. auch 439.

Bieberergreifung eines entwichenen Ge= fangenen. Durchsuchung 337. Stedbrief 371 f. Bieberverhaftung 362.

Birtung, auficiebenbe, vgl. Aufichiebenbe Wirfung.

Boche. Friftberechnung 246.

Bobnort. Angabe in ber Labung Abmefenber **6**35. 800. 802.

Gerichtsftand 195. 800 ff. Bebeu-Bobnfig. tung bei ber Berufung jum Schöffen- unb Gefcmorenenamte 48. 55. 63. 86. 88.

280 hnung. Durchsuchung 335 f. 337. Beugenvernehmung 255. 257. 296. Buftellungen

Bort vgl. Entziehung bes Bortes, Let: tes Wort.

Birbe bes Gerichts 142.

B.

Bahl ber Mitglieber bes Reichsgerichts jur Fassung von Blenarbeschlussen 109, ber Straffenate bes Reichsgerichts 104. 111, ber Straftammern 67. 69. 78, ber Sachverstänbigen 298. 313, ber Gooffen 55. 56, ber Gefcomorenen 83. 86. 87. 585. 587, ber Erganjungsrichter u. f. m. 156, ber bei Durchsuchungen augugiebenden Gemeinbemitglieber 338, Stimmen bei bem Ungeflagten nachtheiligen Enticheibnugen 556, ber bei Sinrichtungen auguziehenden Gemeindemitglieber 816, ber Beifiger bes Ronfulargerichts 856. 858.

Rabnätzte. Ablehnung bes Schöffendienstes 52; bes Gefdmorenenbienftes 86.

Zeitungsartikel, Borlesen in der Hauptverbandlung 548.

Zensus 47.

Beugen. Begriff 251. 3. vom Borenfagen 289. Unfähige 252 ff., verbächtige 252, voll= gultige 252, Beiftestrante 251, Rinber 251, Lanbesberren u. f. w. 296, Minifter 254. 266, Mitbeschuldigte 252 ff., Mitglieber ber Senate ber freien Sanfeftabte 254, bes Bunbegrathes 255 ff., ber gefengebenben Berfammlungen 255. Reichstangler 254. 266. Borftanbe ber Minifterien und oberften Reichsbehörben 255.

Labung ber 3. 253. 428. 432. 493. 496. 524. 670. 757; vor ben Staatsanwalt 428; un= mittelbare Labung 241. 497. 501. 757. -Orbnungsftrafen wegen Ausbleibens 256, wegen Berfloßes gegen die Sigungspolizei 145. wegen Bermeigerung bes Beugniffes 289 ff. Roften 256, 258. 289. 290 ff Borführung 256. Ermahnung 277. Beeibigung 270. 278 ff. 296. 502. 504. 639. 735. Berufung auf ben früher geleifteten Gib 284. Betheuerungsformel 281 ff. Bermeigerung ber Beeibigung 275 f. 289. Berlepung ber Gibespflicht als Bieberaufnahmegrund 723. 728. - Gegenüberftel= lung 260. Gebühren 3. 136. 296. 497 ff.

Musichliegung ber Berichtsperfonen zc., melde 3. in ber Sache maren 218, 220, 229 f. Beichwerberecht ber 3. 653. Stellung von 3. jur hauptverhandlung 497 ff. - Sachverftanbige 3. 300. 309 ff. 3. als Dolmetfcher 154.

3. in Boftftraffacen 850.

Bgl. Zeugenvernehmung, Zeugniß= vermeigerung.

Beugengebühren ogl. Beugen. Beugenvernehmung 254 f. Generalfragen 279. 287. Bernehmungeregeln 275 ff. 288. Informatorifche 271, fommiffarifche 255. 501 ff. 537 f., nochmalige 284. 670. 675 ff. 154, unbeeibigte 270 ff. Bernehmung am Aufenthaltsorte 255 ff., in ber Wohnung 255. 257. 296. - Ermahnung 277. Beeibigung 278 ff. 735. Gegenüberftellung 260. 277.

Bernehmung ber Beamten über Amtsgebeim= niffe 266, der Lanbesherren zc. 296, Minifter 254 f. 266, ber Mitglieber bes Bunbesrathes 255, ber Senate ber freien Banfestabte 255. 266, ber gejeggebenben Berfammlungen 255. bes Reichstanglers 254. 266, ber Borftanbe ber Ministerien und oberften Reichsbehörben 255.

3. im Borbereitungsverfahren 428. 429; in ber Boruntersuchung 456. 461; in ber hauptverhandlung 518 ff. 546; Befragung burch Beifiger 520, Rreugverhor 519; 3. im Berfahren gegen Abmefenbe 639, in ber Berufungeinftang 670. 675 ff., im Bieberauf nahmeverfahren 735.

Ausschließung von ber 3. 463. 533.

Bgl. Beugen. Beugniffe öffentlicher Beborben. Ertheilung berfelben an ben Richter 324. Berlefung ber 3. in der Hauptverhandlung 544.

Bgl. Leumunbszeugniffe, Fuhs rungszeugniffe.

Beugnigpflicht 252. 259 ff. 347. 428. 429. **4**32. **4**98. **84**5. **8**46. **85**0.

Beugnifverweigerung. Berechtigung gur 3. 259. 264. 268. 269. 321 f. Belebrung über bas Recht jur 3. 259. Glaubhaftmachung bes Grundes 269. Biberruf bes Bergichts auf B. 259. - Zwangsmittel bei ungefete licher 3. 289 ff.

3. in ber Hauptverhandlung 541. Beugnifzmang 252. 289. 321 324. 850. Binthaltige Gegenstänbe f. bleihaltige Begenftanbe.

Bollbeamte an auslänbischen Grenzorten,

Gerichtsftanb 200.

Bollgefete, öfterreichifd-ungarifde 839. Kollstraffachen vgl. Steuerstraffachen. Zollvereinsgefese 173. 177. S. auch S. auch Bereinszollgefes.

Budthausfirafe. Buftanbigfeit ber Straffammern 73. Bufatliche B. 41. 820. Bufall, unabwenbb. als Biebereinfetungs=

grund 246 f.

Burudnahme ber Berurtheilung ju Orbnungs. ftrafe 65 f., bes Biebereinsehungsgesuches 247, ber Uebertragung ber Borunterfuchung an einen Amterichter 455, ber Bestellung eines Bertheibigers 388, bes Antrages auf Strafverfolgung 549, ber Ertlarung über Annahme ober Ablehnung eines Beichmorenen 583, ber Rechtsmittel 651. 652, ber beichwerenben Enticeibung 658, ber Brivattlage 748. 763. 765. 706, bes Antrages auf Buge 774, bes Ginipruches gegen amtsrichterliche Strafbefehle 782, bes Antrages gegen polizeiliche Strafe verfügungen 788, gegen Strafbeideibe ber Bermaltungsbeborben 793, bes Antrages auf Einziehung, Bernichtung und Unbrauchbar-machung 806. Roften 832. 836.

3. ber öffentlichen Rlage unzuläffig 418.

466. 547, Ausnahme 782.

Bgl. Bergicht.

Burudverweifung in bie Borinftang 679. 715 ff. 177, ber Gefcomorenen in bas Berathungszimmer 623.

Rufane ber Geschworenen gur Antwort 619. Bufammenhangenbe Straffachen 25. 172. Begriff 186. 186 ff. 386. 410. 483. 517. Gerichtsftanb 200. Sachliche Buftanbigfeit 191, bes Reichsgerichts 105.

Bgl. Trennung, Berbinbung. Bufammenhang zwifden Reicherecht unb Lanbebrecht 100, von Forfte und Felbfreveln mit anberen Straffacen 172.

Bufammentreffen mehrerer Straffalle 40. 484 f.

Bulabstrafe 820.

Buftanbig teit, sachliche 27, 183 ff.

3. ber Amtsgerichte 38 ff. 126, ber Schöffen. gerichte 40. 44 f., ber Straffammern 72 ff., ber Schwurgerichte 83, ber Oberlanbesgerichte 99 ff. 128. 147. 11, bes Reichsgerichts 104 f., ber Sonbergerichte 28. 5. 169 f., ber Ber= maltungsbehörben unb Bermaltungsgerichte 28, ber Konsulargerichte 856 ff., ber Kriegsgerichte 853 ff.

3. für zusammenhängenbe Straffachen 186 ff., für bie Enticheibung über Berbinbung ober

Trennung 189 ff. 202 ff.

3. für Befclagnahme 325 ff; für Baftbejehl 363. 365; für bas Biebereinsepungs= gefuch 250; für Beichwerbe gegen Ginftellungs: beichluß ber Staatsanwaltschaft 438; für Ent= fceibungen über Untersuchungshaft 363. 365. 660; für Eröffnung bes Sauptverfahrens 482. 486, für bie Borbereitung ber Sauptverhandlung in Schöffengerichtsfachen 45, in Schwurgerichtssachen 83. 94, für bie Beschwerbe 11. 72. 78. 100. 105. 128. 147. 654. 661, bie Berufung 78. 100. 663, für bie Beftellung bes Bertheibigers im Borverfahren 388, bie Revifion 11. 100. 105. 689, für bas Bieberaufnahmeverfahren 731 f., für bas Berfahren gegen Bebrpflichtige 800, für Ginziehungen und Bermögensbeichlagnahmen 805, für Entichei: bungen über Strafvollftredung 822, für bie Strafvollstredung 22; in Boftftraffachen 849, in Brefftraffacen 844. - Streit über fach. liche 3. 105. 183. 206. Prüfung ber 3. burch bas Gericht 191. 466. 468, in ber Hauptverhandlung 564.571 f., in ber Revisions: instang 710. 715. 720. Berlepung ber Borschriften Aber 3. ift Revisionsgrund 696. Sachliche 3. der Staatsanwalischaft 111 i. Dertliche 3. vgl. Gerichtsftand.

Bgl. Unzustänbigteit, Unzustan=

Digfeitserflarung. Bustanbigkeitenormen für Uebertragung

ber Soubergerichtsbarteit auf bie orbentlichen Gerichte 5. 6.

Buftanbigkeitsstreit vgl. Bustanbigkeit. 3. zwifchen Civil= unb Militargerichten 10; zwifchen Reichsgericht und Oberlandesgericht 100 f., zwischen Beamten ber Staatsanwalt: íchaft 115.

Buftellung von Enticheibungen 239 ff.; von Ausfertigungen und Abichriften 240, von Baftbefehlen 351; Unmittelbare Beranlaffung von 3. Seitens ber Amterichter und Unterfuchungerichter 238. Anmendung ber Bor: fdriften ber Civil-Br.-Drbn. 239.

Beauftragung bes Gerichtsvollziebers 239. Bermittelung bes Gerichtsichreibers 239. 3. burch Aufgabe jur Boft 240. Erfanguftellung 211. Deffentliche Buftellung 242. Unmittelbare Labungen 241. 498. 3. an die Staats: anwalticaft 244, burch bie Staatsanwalt:

f**á**baft 238, 493.

3. ber Labungen an Geschworene burch Staats-A. 90, 3. an ben Buftellungsbevoll: machtigten bes gegen Sicherheitsleiftung Freigelassenen 353, an den Privatkläger 240, an bie Rommanbobehörben 240, an Unteroffiziere und Gemeine 240, an Difigiere und Militair: beamte 240, an ben Bertbeibiger 240, an Rorporationen 241, an nicht auf freiem Fuße Befindlice 236; an ben Rechtsanwalt bes Brivatklägers 769, an bie Berwaltungsbehörde im Berfahren bei Buwiberhandlungen gegen u.f.m. öffentlicher Abgaben 798. 3 ber Anklageschrift 472, bes Eröffnungsbeichluffes an Ange-494, bes Urtheils 570. Magten ber Spruchlifte an Angeflagten 582 f., Det Berufungs: und Revisionsichriften in Brivatflagesachen 762. 3. bes Urtheils burch öffentliche Befanntmachung 242. 636. 802, bei Unterbringung bes Angeklagten in eine Bef-

ferungsanstalt 571, nach Ginlegung ber Berufung 665. 3. ber Schriftftude über Gin-legung und Rechtfertigung ber Berufung an ben Angeklagten burch bie Staats-A. 668. 3. des Urtheils nach Einlegung der Revision 704, an den Anwalt des Privatslägers 749. 757, an Nebenstläger 771, an die Berwaltungsbehörde 798. 3. der Revisionsschrift 710. 3. im Wiederaufnahmeversahren 734, des Urtheils im Bersahren dei Einziehungen und Bermogensbeschlagnahmen 807. 3. im Bieber-aufnahmeverfahren 734, bes Urtheils im Berfahren bei Gingiehungen unb Bermogensbefolagnahmen 807. B. in Boffftraffachen 850. B. auf Ersuchen um Rechtshulfe 129. Uns

tenntniß von ber 3. begrunbet Biebereinfepung in ben vorigen Stanb 246.

Bgl. Labung. Buftellungsbeamte vgl. Gerichtsvoll=

Buftellungsbevollmächtigter 240. 248. 353.

Buftellungsurtunbe 239 ff. 242. Bumiberhanblungen. Begriff 74. 3mangshaft 289. 291. 321 f.

Zwangsmaßregeln, Zwangsmittel, Ausbleiben von Beugen 256, von Sachver-ftanbigen 303. 428; ob ber Staatsanwalt= Schaft zuftebenb 428; Beugnigverweigerung 289. 428 ff. Gibesverweigerung 289. 428 ff. Berweigerung ber Berausgabe von Begenftanben 321 f. S. auch 432 f.

Bal. Borführung.

3meifel über Auslegung bes Urtheils ober Be-rechnung ber Strafe 818; 3., ju benen bie Bestimmungen bes Ger.-Berf.-Gef. Anlah geben 5. 3. über Bulaffigfeit einer Frage, Enticheibung bes Gerichtes 522. 595. 3. ber Befcmorenen, weitere Belehrung 620.

3meitampf, Ort ber That 191. Gerichts: ftanb für Aerzte ber Referve bei 3. 9. Amifchenurtheile 550.

